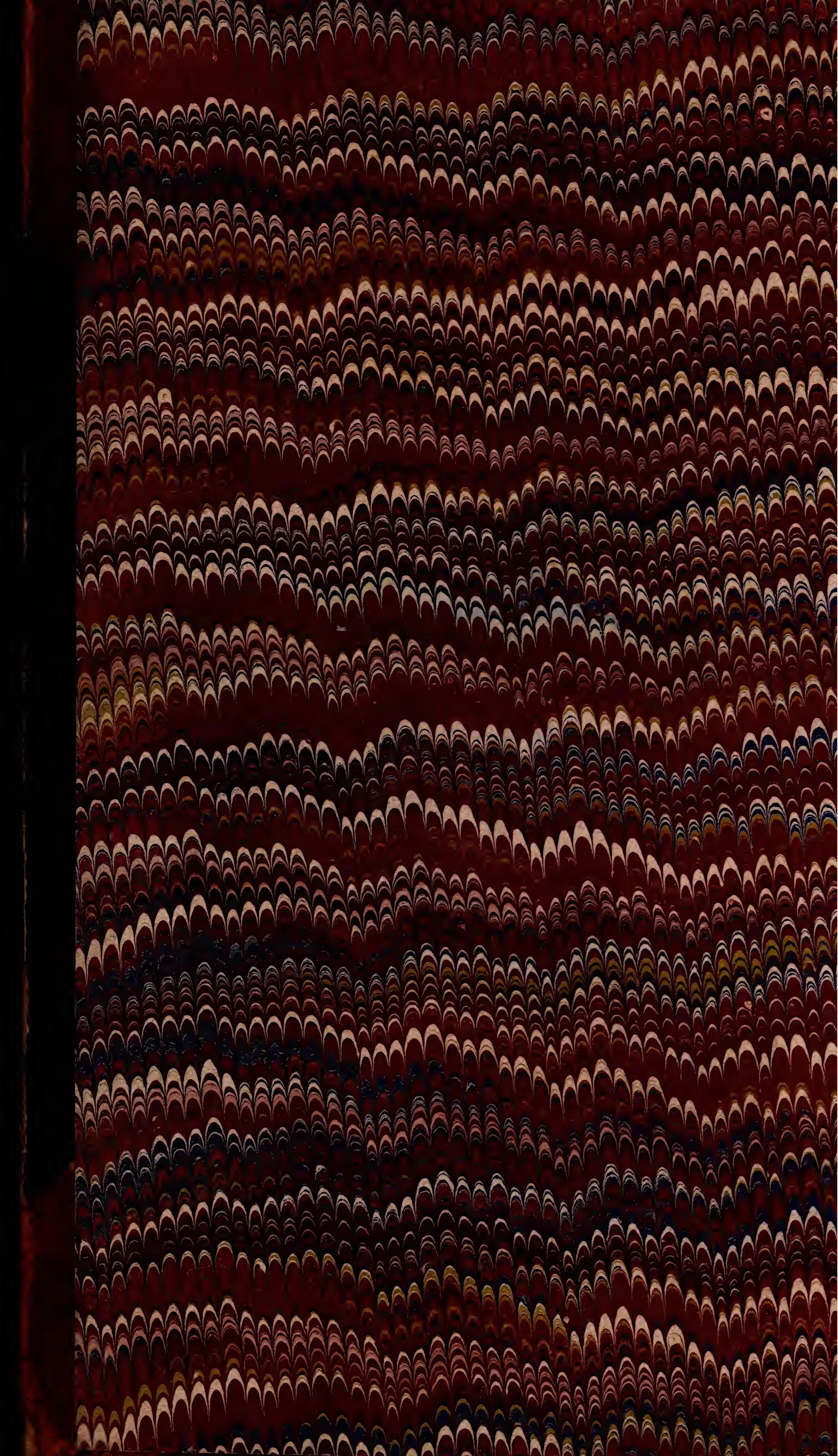

UVIC - McPHERSON
3 2775 90354252 9





Die Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen

von

E. Bernstein, C. Hugo, K. Kautsky, P. Lafargue,
Franz Mehring, G. Plechanow

Dritter Band, erster Theil

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1897

Geschichte

der

Deutschen Sozialdemokratie

Von

Franz Mehring

Erster Theil

Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungsstreite

1830 bis 1863



Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1897

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Inhalt.



Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungsstreite

1830 bis 1863

Einleitung.

Die deutsche Arbeiterbewegung und der deutsche Sozialismus trugen von Anbeginn einen internationalen Charakter. Sieht man von einzelnen konvulsivischen Zuckungen des rheinischen und schlesischen Proletariats ab, so knüpfte der Bund der Gerechten und Weitlings Agitation praktisch wie theoretisch an den westeuropäischen Sozialismus, an die Klassenkämpfe des westeuropäischen und namentlich des französischen Proletariats an. Die verschiedenen Arten des bürgerlichen, feudalen, philosophischen und sonstigen Sozialismus, die während der vierziger Jahre in Deutschland auftauchten, nicht minder der Staatssozialismus von Rodbertus fußten auf der sozialistischen Literatur Englands und Frankreichs. Dann stellte das Kommunistische Manifest den Sozialismus auf den Boden des Klassenkampfs, zu dem es die Proletarier aller Länder aufrief. Marx und Engels zählten zu ihren geistigen Ahnen nicht nur Kant, Fichte und Hegel, sondern auch Saint-Simon, Fourier und Owen; sie waren durch die Schule der deutschen Philosophie, der französischen Revolution, der englischen Industrie gegangen.

Der moderne wissenschaftliche Kommunismus, den sie begründeten, wurde noch einmal weggeschwemmt durch den ökonomischen Aufschwung und den politischen Niedergang der fünfziger Jahre. Darnach lehnte sich Lassalles Agitation abermals an den französischen Sozialismus. Nicht zwar in ihrem inneren Wesen, aber doch in einzelnen Auffassungen und Forderungen, in vorgeschobenen Posten gleichsam, um die der Kampf am heftigsten entbrannte. Eine letzte und untilgbare Spur davon trägt die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Namen. Die tiefsinnigen Untersuchungen der bürgerlichen Oekonomen über die begrifflichen Unterschiede von Sozialismus und Kommunismus sind müßige Haarspaltereien; es ist die historische Entwicklung, die diesen Worten ihren Sinn giebt. In dem Sprachgebrauche der vierziger Jahre unterschieden sie sich dadurch, daß der Sozialismus eine bürgerliche, der Kommunismus eine proletarische Bewegung war. Der Sozialismus wollte die Mißstände der bürgerlichen Gesellschaft mit Hilfe der besitzenden Klassen heben, der Kommunismus erkannte, daß sie nur durch eine gründliche Umwälzung dieser Gesellschaft beseitigt werden könnten. Die französische Sozialdemokratie war damals eine aus kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen gemischte Partei, welche die diesen Klassen gemeinsamen Interessen gegenüber der konservativen und radikalen Bourgeoisie vertrat. Die deutsche Sozialdemokratie saugt heute ihre Kraft praktisch aus dem Proletariat, dessen

Interesse sie gegen alle anderen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft verficht, theoretisch aus dem Kommunistischen Manifest, dem klassischen Programm des modernen wissenschaftlichen Kommunismus.

Bis tief in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hinein sind fortwährende Rückblicke auf den westeuropäischen Sozialismus, auf die Klassenkämpfe des englischen und französischen Proletariats nothwendig. Es empfiehlt sich deshalb aus Gründen der Klarheit und Kürze, eine einleitende Skizze über diese historischen Erscheinungen vorauszuschicken bis zu dem Zeitpunkt, wo die deutsche Arbeiterbewegung und der deutsche Sozialismus einsetzen. Selbstverständlich kann es dabei nur auf die Hervorhebung derjenigen Thatsachen und Theorien ankommen, welche die geschichtliche Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in der einen oder der anderen Weise beeinflußt haben.

Erstes Kapitel.

Julirevolution und Reformbill.

Die ökonomische Weltwende des 16., der dreißigjährige Krieg des 17. Jahrhunderts hatten Deutschland in einen Zustand tiefen Verfalls geworfen. Bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts stand das heilige römische Reich deutscher Nation wie eine zerlumpte Vogelscheuche unter den europäischen Kulturvölkern. Die herrschenden Klassen verkommen und verrottet bis ins innerste Mark, die beherrschten Klassen ohnmächtig und unfähig, das Joch zu zerbrechen, das sie in den Staub drückte. Was die bürgerliche Klasse Englands in ihrer Revolution des 17., die bürgerliche Klasse Frankreichs in ihrer Revolution des 18. Jahrhunderts vollbracht hatte, das zu vollbringen war dem deutschen Pfahlbürgerthum versagt. Seine besten Köpfe schufen sich in der Literatur und Philosophie ein Idealbild der bürgerlichen Welt, aber die wüsten Trümmerhaufen feudaler Verwesung vom deutschen Boden zu fegen, blieb dem eisernen Besen eines fremden Eroberers vorbehalten.

Die französische Revolution hatte sich in der militärischen Diktatur Napoleons die Waffe geschmiedet, womit sie ihre sozialen Ergebnisse sicherte. Sei es im Kampfe mit England um die Beherrschung des Weltmarkts, sei es im Kampfe mit Rußland, Oesterreich, Preußen um die Zertrümmerung des Feudalismus. Ihre gewaltigen Erfolge schienen sie weit über den ursprünglichen Zweck hinwegzureißen, aber das ökonomische Gleichgewicht stellte sich alsbald mit eherner Gewalt wieder her. Der Traum einer französischen Weltherrschaft zerrann ebenso an der überlegenen Kraft der englischen Industrie, wie an dem noch waldursprünglichen Feudalismus des östlichen Europas. Und berathen von ihrem Klasseninstinkt ernüchterte sich die französische Bourgeoisie früh genug von dem

Rausche, der sie einen Augenblick bethört hatte. Sie eilte, selbst die Waffe zu zerbrechen, die auf den thörichten Einfall gerathen war, sich selbstherrlich zu geberden. Mehr noch an ihrem Verrathe scheiterte Napoleon, als an dem englischen Gold und dem russischen Schnee.

Aber zunächst entging ihr die Frucht ihres Verraths. Unter der Führung der englischen Tories und des russischen Zaren hatte das vereinigte Europa bei Leipzig und Waterloo gesiegt. So stellte 1814 der Kaiser Alexander, 1815 der Herzog von Wellington das altbourbonische Königthum wieder her. Der Feudalismus suchte sich noch einmal häuslich einzurichten auf unserem Erdtheile. In England haderte das aristokratische Grundeigenthum seit den Korngesetzen von 1815 offen mit dem industriellen Kapital, in Frankreich versteckte sich derselbe Gegensatz in dem Streite zwischen dem Grundherrn der feudalen und dem Parzellenbauern der bürgerlichen Gesellschaft. Politisch war es ein Kampf der Regierungen und ihres Anhangs von Junkern und Pfaffen mit den von der Bourgeoisie geführten Volksmassen. Jedoch das Banner der heiligen Allianz, um das sich Despotismus und Feudalismus schaarten, zerfloß wie gestaltloser Nebel vor den sehr greifbaren und stets wachsenden Kräften, die hinter der Bourgeoisie standen. In England nahm die seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts erwachsene große Industrie einen riesenhaften Aufschwung, sie trat mit den Handelskrisen von 1815 und namentlich von 1825 in den periodischen Kreislauf ihres modernen Lebens. In Frankreich erstarkte die bürgerliche Gesellschaft, die aus dem Schooße der großen Revolution geboren und unter dem Kaiserreiche befestigt worden war, nur um so mehr unter dem reaktionären Drucke der altbourbonischen Restauration; das bloße Dasein dieser verhüllten Fremdherrschaft stachelte den nationalen Nerv des französischen Volkes unablässig zur Empörung an. In der Julirevolution von 1830 eroberte die französische Bourgeoisie die politische Macht; nicht lange darauf, in der Reformbill von 1832, gelang der englischen Mittelklasse das Gleiche. In beiden Ländern begann das Bürgerthum damit, das ihm bis dahin verbündete Proletariat um seinen Antheil an dem gemeinsamen Siege zu prellen.

Es war eine entscheidende Wendung. Sie öffnete der modernen Arbeiterklasse die Bahn zum weltgeschichtlichen Kampfe. In dem Widerstande gegen gemeinsame Unterdrücker, gegen die rückständigen Klassen, die ihre Ansprüche auf politische Herrschaft aus überlebten Produktionsweisen herleiteten, waren Bourgeoisie und Proletariat durch gemeinsame Interessen verbunden gewesen. Aber wie sich in diesem Kampfe die Bourgeoisie entfaltete, so entfaltete sich auch das Proletariat. Die Bourgeoisie muß das Proletariat erzeugen, denn in diesem Gegensatz entsteht und besteht sie allein. Sie kann nicht wachsen, ohne daß auch das Proletariat wächst, und immer nur kurze Zeit ist ihr eine ungestörte Vormundschaft über ihr Kind gestattet. Niemals in der Geschichte durfte die bürgerliche Klasse einen hellen Siegesschrei ausstoßen, ohne daß ihr ein dumpfes Echo aus der arbeitenden Klasse geantwortet hätte. Von Thomas Münzer bis Gracchus Baboeuf regte sich im Mutterleibe der bürgerlichen Revolution regelmäßig das

keimende Proletariat. Dunkel, träumerisch, unbeholfen, kämpfend mit phantastischen Waffen, fallend in grausamen Enttäuschungen. Erst die entscheidende Niederlage der gemeinsamen Gegner konnte das letzte Band zwischen Bourgeoisie und Proletariat lösen. Sobald um das Jahr 1830 die westeuropäische Bourgeoisie zur politischen Herrschaft gelangte, entwickelte sich das westeuropäische Proletariat unaufhaltsam als politische Opposition.

Dieser Klassenkampf ergab sich aus den ökonomischen Lebensbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft. Die unterdrückte Klasse rebellirte gegen die unterdrückende; das Proletariat bekämpfte die Bourgeoisie, wie die Bourgeoisie den Feudalismus bekämpft hatte. Aber ein wesentlicher Unterschied bestand doch zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution. Als die bürgerliche Produktionsweise die feudale überflügelte, trat sie ihr schon früh mit den glänzendsten Waffen entgegen. Welche Fülle prächtiger Gestalten hatte bereits die mittelalterliche Kommune erzeugt, Cola di Rienzi in Rom, Etienne Marcel in Paris, Jakob van Artevelde in Gent! Eine wie schwindelnde Bahn hatten die großen Entdeckungen und Erfindungen des 16. Jahrhunderts dem bürgerlichen Ehrgeiz eröffnet! Mit wie unsterblichem Gelächter hatten die Boccaccio und Rabelais bis auf die Lessing und Voltaire die feudalen Schatten und Schemen verscheucht! Dagegen als die Bourgeoisie in der großen Industrie den gipfelnden Höhepunkt ihrer Entwicklung erreichte, züchtete sie zwar ein um so zahlreicheres Proletariat, aber schleuderte es auch um so tiefer in den Abgrund eines Elends, wie es in der Weltgeschichte noch niemals erhört worden war. Je schärfer sich der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausprägte, um so aussichtsloser erschien der Kampf zwischen diesen Unterdrückern und diesen Unterdrückten.

Denkende Köpfe der Bourgeoisie erkannten alsbald, daß eine ökonomische Entwicklung, die jede Steigerung des gesellschaftlichen Reichthums mit steigendem Elend der Massen erkaufte, zum Untergang aller menschlichen Kultur führen müsse. Allein je klarer ihnen die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise wurden, um so ferner trat ihnen auch der Gedanke, daß dieser historische Prozeß jemals aus sich selbst heraus umschlagen könne. Eine Rettung, eine Umkehr war nöthig, aber sie konnte niemals aus den leidenden Massen kommen, die an Zahl nur wuchsen, um an Kraft abzunehmen. Die besitzenden Klassen selbst mußten einsehen, daß es auf diesem Wege nicht weiter gehe; sie mußten von der Unerträglichkeit der sozialen Mißstände überzeugt werden. Es galt ihr Herz und ihren Verstand anzurufen; es galt die bürgerliche Gesellschaft auf eine neue Grundlage zu stellen oder mindestens nur ihre Lichtseiten zu erhalten, dagegen ihre Schattenseiten aufzuheben; es galt durch Versuche im Kleinen die Möglichkeit einer neuen Gesellschaft im Großen zu beweisen; es galt besonders, die Ursache alles Uebels aufzuheben, den scharfen und täglich noch mehr sich verschärfenden Gegensatz der Klassen. Von diesem Standpunkt aus, der sich über die Klassen stellte, erschien der Klassenkampf des Proletariats als eine gleichgiltige oder gar schädliche Sache. Er mochte gleichgiltig sein, da er doch zu nichts

führen konnte; er wurde schädlich, wenn er die besitzenden Klassen erbitterte und den Klassengegensatz, den es ja eben zu beseitigen galt, noch verschärfte.

So entstand ein Widerspruch zwischen Klassenkampf und Sozialismus, der weder in England noch in Frankreich ausgeglichen wurde.

Zweites Kapitel.

Der westeuropäische Sozialismus.

Historisch ging der Sozialismus dem Klassenkampfe des Proletariats voran. Ehe die Bourgeoisie die politische Herrschaft an sich reißen konnte, mußte sie auf eine hohe Stufe der Entwicklung gelangt sein, und ehe sie auf eine hohe Stufe der Entwicklung gelangen konnte, mußte sie breite Massen besitzloser Lohnarbeiter geschaffen, ganze Schichten der Bevölkerung aus ihrem Eigenthum geworfen haben. Schon im Anfange des 19. Jahrhunderts sahen erleuchtete Männer, die mitten im kapitalistischen Großbetriebe standen, seine düstere Kehrseite und entwarfen Pläne einer neuen Gesellschaft. So Saint-Simon und Fourier in Frankreich, Owen in England.

I. Die großen Utopisten und ihre Schulen.

Gemeinsam war ihnen die ablehnend feindselige Haltung gegen die französische Revolution, gegen jede politische Aktion der arbeitenden Klassen überhaupt. Sie erklärte sich aus dem klaffenden Widerspruch, in dem die von der französischen Revolution geschaffenen Zustände zu den bürgerlichen Idealen standen, die in ihr verkündet worden waren, zu den Idealen des Friedens, der Gerechtigkeit, der Gleichheit. Diese Ideale wollten die Utopisten nunmehr in ihrer vollen Reinheit verwirklichen, sie wollten die Lage aller Gesellschaftsglieder verbessern, wenn auch in erster Reihe die Lage der ärmsten und zahlreichsten Klasse, des Proletariats. Aber dann galt es andere Wege einzuschlagen, als die Revolution gegangen war. Die denkende Vernunft mußte den Plan einer neuen Gesellschaft entwerfen und die herrschenden Klassen von der Nothwendigkeit überzeugen, diese Gesellschaft einzurichten. So lange in dem noch sehr unentwickelten Proletariat keine historische Triebkraft, kein selbständiges Leben zu erkennen war, blieb den Utopisten nur dieser Weg für ihre Ziele. Saint-Simon rief das Königthum an, Fourier hoffte jeden Tag auf den Besuch des Millionärs, der ihm die Mittel zur Verwirklichung seiner Utopie überbrächte, Owen beschränkte sich auf eine friedliche Propaganda, die allem politischen Treiben fern blieb.

Natürlich entpuppte sich die allgemeine Vernunft, welche die Utopisten verwirklichen wollten, in jedem von ihnen als seine besondere Vernunft. Saint-Simon war eine faustische Natur, die das Leben ihrer Zeit in allen Höhen und

Tiefen erforscht hatte, ein universaler Geist, der sich ebenso über die französische Aufklärung wie über die französische Romantik erhob. Im Gegensatze zu den Aufklärern verstand er den inneren Zusammenhang der Geschichte, die historische Berechtigung des Mittelalters, die bewegende Kraft der Religion; im Gegensatze zu den Romantikern verwarf er die Rückkehr zu feudalen und klerikalen Herrschaftszuständen. Ein Grandseigneur des alten Frankreichs verkündete er, daß nicht mehr dem Glauben und dem Heere, sondern der Industrie und der Wissenschaft die Herrschaft gebühre; ein ausgezeichneter Ingenieur, der im Vorkampfe der welterobernden Bourgeoisie stand, täuschte er sich nicht über ihre historische Vergänglichkeit. Der Grundgedanke seines Lebens war, Jedem die freieste Entwicklung seiner Fähigkeiten zu sichern. Bisher ist der Mensch als Sklave, Leibeigener, Lohnarbeiter vom Menschen ausgebeutet worden. Nun ist die Zeit gekommen, wo die Natur, der Erdball allein ausgebeutet werden darf, und zwar durch die Vereinigung, die Assoziation Aller, denn alle Menschen sollen arbeiten. Und wie die Industrie nicht länger in der Ausbeutung von Menschen, sondern in der Ausbeutung der Natur allein durch die Menschen bestehen soll, so soll auch die Regierung fortan eine Leitung der Sachen, nicht mehr der Menschen sein. Das neue Christenthum ist die moralische und physische Hebung des Proletariats, ist die Glückseligkeit aller Menschen schon hienieden, ist die Einheit von Fleisch und Geist, die das alte Christenthum getrennt hat. Noch mischte sich ein derber Erdenrest bürgerlicher und selbst hierarchischer Vorstellungen mit Saint-Simons genialen Ahnungen, aber die von ihm ausgestreuten Keime haben den späteren Sozialismus auf den verschiedensten Gebieten befruchtet, und immer wieder brachen aus seiner ringenden Gedankenwelt prophetische Blicke hervor wie Sternenschein aus treibenden Wolken.

In weit höherem Grade als Saint-Simon war Fourier ein Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft. Ein Kommis im Großhandel, sah er in allen politischen Umwälzungen nur das Kapital gedeihen. Er sah immer den Handel seinen baaren Profit schlagen aus den Güterkonfiskationen, der Assignatenwirthschaft, der Kontinentalsperre, den Waffen-, Bekleidungs- und Lebensmittellieferungen für die französischen Heere, kurzum aus jeder Maßregel, welche die wechselnden politischen Gewalten der revolutionären Epoche getroffen hatten. Gegen die Hydra des Handels, gegen die Handelsfeudalität richtete er seine spitzesten Pfeile. Aber auch er ging von den ideellen Voraussetzungen der großen Revolution aus. Er fußte auf dem französischen Materialismus, indem er alle Neigungen und Triebe der Menschen für gut erklärte und auf ihrer vernünftigen Befriedigung seine neue Gesellschaft aufbauen wollte. Diese Gesellschaft war ein Spiel seiner Phantasie, und es ist kinderleicht, ihre bizarren Einzelheiten zu verspotten. Deshalb bleibt nicht weniger bahnbrechend, was Fourier in der Kritik der modernen Zivilisation geleistet hat. Er hat mit eindringendem Scharfsinne die Widersprüche aufgedeckt, welche sie stets von Neuem erzeugt, ohne sie je zu überwinden, er hat zuerst darauf hingewiesen, daß in ihr das Elend aus dem Ueberfluß entspringe. Er

sagte, sie erhebe jedes einfache Laster der Barbarei zu einem zusammengesetzten, doppelsinnigen, zweideutigen, heuchlerischen Dasein. Mit beißendem Spott überschüttete er die bürgerliche Ehe und sprach das tiefe Wort: Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation. Seine Kritik war durchaus produktiv; was Fourier über die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, über die Verschmelzung der Nationen, über die Arbeit nicht als wirthschaftliche Nothwendigkeit, sondern als Vollendung des menschlichen Wesens, über den ungeheuren Fortschritt der Menschheit in ihrer Assoziation, ihrer Vergesellschaftung dargelegt hat, ist von bleibender Bedeutung geworden.

Trotz aller Phantastik waren Saint-Simon und Fourier revolutionäre Denker. Erst ihre Anhänger und Nachfolger wurden reaktionär. Sie rekrutirten sich fast ausschließlich in den besitzenden Klassen, und namentlich Saint-Simon gewann nach seinem im Jahre 1825 erfolgten Tode einen starken Anhang, der nach der Julirevolution mit beträchtlichem Lärm auf die öffentliche Bühne trat. Allein je deutlicher sich das Proletariat als Klasse entwickelte, um so stärker wurde der Gegensatz des Saint-Simonismus zu ihm. Wohl versuchte Bazard, ein ehemaliger Carbonari, der die bourbonische Restauration in politischen Geheimbünden bekämpft hatte, die Lehre des Meisters ökonomisch auszubauen, aber er drang nicht durch und starb vor Kummer, als Enfantin ihre hierarchischen, mystischen, religiösen Seiten in den Vordergrund schob und die Wiederherstellung des Fleisches in grobsinnlichem Sinne predigte. Nun zogen sich die kräftigeren Elemente von der Schule zurück. Unter ihnen Buchez, ein alter Genosse Bazards. Er gab den religiösen Momenten des Saint-Simonismus eine praktische Wendung. Er wollte die Gebote der christlichen Moral auf sozialem Gebiete verwirklichen durch das friedliche Mittel der Assoziation; die Arbeiter sollten Produktiv-Genossenschaften gründen, nicht um die einzelnen Arbeiter zu Unternehmern zu machen, sondern um die Arbeiterklasse aus dem Lohnverhältniß zu erlösen. Buchez rechnete mit dem Solidaritätsgefühle des Proletariats. Es würde, so hoffte er, die ersten erfolgreichen Genossenschaften veranlassen, einen bestimmten Theil ihres Reingewinns zu einem untheilbaren Kapital zu schlagen, das als unveräußerliches Eigenthum der Klasse nach und nach die Arbeiter aller Gewerbe assoziiren sollte. Ein Vorschlag, der gänzlich das innere Wesen der kapitalistischen Gesellschaft verkannte, aber für den Gedanken der Assoziation innerhalb der französischen Arbeiterklasse kräftige Propaganda gemacht hat.

Um so schneller riß Enfantin den Saint-Simonismus in einen ruhmlosen Untergang. Zu seinen persönlichen Verehrern gehörte auch Heinrich Heine, aber mit dem Seherblicke des Dichters spottete er über den Widerspruch, der darin lag, daß sich die schwärmende Gemeinde der Saint-Simonisten just in denselben Junitagen des Jahres 1832, in denen die erste Straßenschlacht gegen das neue Königthum der Bourgeoisie geschlagen wurde, in ländliche Einsamkeit zurückzog. Eine leichte gerichtliche Verfolgung, wie sie einer urwüchsigen Klassenbewegung nicht einmal ein Haar zu krümmen pflegt, sprengte den Saint-Simonismus.

Einzelne seiner Bekenner gingen zu Fourier über, doch die große Masse der ernüchterten Schwärmer schlug sich wie die Miquel unserer Tage zu den unbedenklichen Vorkämpfern des Mammonismus. Der Börsenschwindel des zweiten Kaiserreichs segelte in seinen gröbsten Auswüchsen unter saint-simonistischer Flagge; die Märtyrer von ehedem trugen, wie Heine spottete, kein Kreuz mehr, es sei denn das Kreuz der Ehrenlegion.

Fourier starb 1837 wie Saint-Simon in bitterer Armuth. Oft sah ihn Heine im grauen abgeschabten Rocke längs den Pfeilern des Palais Royal dahinschreiten, die Taschen schwer belastet, so daß aus der einen der Hals einer Flasche, aus der anderen ein langes Brot hervorguckten. Fourier hatte in Viktor Considerant einen klugen und tapferen Anhänger gefunden, und der Fourierismus fristete ein engeres, weniger lärmendes, aber dafür zäheres Dasein, als der Saint-Simonismus. Allein auch er ging spurlos unter theils an kleinen und natürlich mißlingenden Versuchen, die Utopie des Meisters zu verwirklichen, theils am Widerstande gegen den proletarischen Klassenkampf.

Von den französischen Utopisten unterscheidet sich Owen darin, daß er in mancher Beziehung beschränkter erscheint, aber thatsächlich auf einer höheren Warte der ökonomischen Erkenntniß steht. In Frankreich war die große Industrie noch so gut wie unbekannt, als sie in England schon die ganze Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft revolutionirte. Erst die große Industrie treibt den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft auf die höchste Spitze, aber sie schafft auch erst die Mittel, Gegensatz und Widerspruch zu überwinden. Owen erklärte das Fabriksystem für den Ausgangspunkt der sozialen Revolution; von ihm ging er auch in seinen praktischen Versuchen aus. Wo er sich mit Fourier berührt, wie in der Forderung, die verwüstenden Folgen der Arbeitstheilung, die Verkümmerung des Arbeiters und der Arbeitsthätigkeit selbst durch eine abwechslungsreiche und kurze Arbeitszeit aufzuheben, da giebt ihm die Ueberlegenheit der englischen Entwicklung einen überlegenen Blick. Was Fourier in seinen utopischen Phalansteren erreichen wollte, das sah Owen aus dem herodischen Kinderraub emporkeimen, womit die große Industrie begann: die Erziehung der Zukunft, die für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen.

Wie Fourier knüpfte Owen an den französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts an. Er faßte den Menschen auf als das Produkt seiner natürlichen Anlagen und der ihn umgebenden Verhältnisse, und die industrielle Revolution Englands bot ihm die willkommene Gelegenheit, seinen Lieblingssatz zu erhärten. Er leitete von 1800 bis 1829 die große Baumwollspinnerei von New Lanark. Aus ihren 2500 Arbeitern, die durch schlechte Entlohnung, übermäßige Arbeitszeit, maßlose Ausbeutung von Frauen und Kindern entartet, an die Krämer des

Ortes tief verschuldet und in Trunksucht, geschlechtlichen Ausschweifungen, Rohheit und Unwissenheit völlig verkommen waren, schuf er eine Musterkolonie. Seine Mittel waren der zehnstündige Arbeitstag, die sorgfältige Erziehung des heranwachsenden Geschlechts, überhaupt die menschenwürdigen Zustände, in welche er die Arbeiter versetzte. Seine großartigen Erfolge erregten die Aufmerksamkeit von ganz Europa. Gekrönte Häupter borgten von dem Glanze, der den edlen Menschenfreund umstrahlte. Der Kaiser aller Reußen erklärte sich für Owens Beschützer, und sogar der schläfrige König von Preußen, der dem Kindermorde der rheinischen Industrie unthätig gegenüberstand, sandte ihm eine goldene Medaille und ein schmeichelhaftes Handschreiben. Doch schätzte Gentz, der geriebenste Soldschreiber der heiligen Allianz, den Werth dieser Huldigungen schon richtig ein mit der zynischen Bemerkung: Wir wollen gar nicht, daß die Massen wohlhabend und unabhängig werden. Wie könnten wir sie sonst beherrschen?

In der Thai verwelkten die Kränze auf Owens Haupte sehr schnell, als er den einmal betretenen Weg entschlossen verfolgte. Was er in New Lanark erreicht hatte, befriedigte ihn keineswegs. Die Arbeiter blieben seine „Sklaven", blieben weit von dem Zustande entfernt, der ihm als Endziel der menschheitlichen Entwicklung vorschwebte. Und doch produzirten diese 2500 Arbeiter ebensoviel wirklichen Reichthum für die Gesellschaft, wie kaum ein halbes Jahrhundert vorher eine Bevölkerung von 600 000 Menschen erzeugt hatte. Owen fragte sich: Was wird aus der Differenz zwischen dem, was 2500 Personen verzehrt haben und dem, was 600 000 Personen hätten verzehren müssen? Die bündige Antwort auf diese Frage gaben die mehr als sechs Millionen Mark Reingewinn, die neben der fünfprozentigen Verzinsung des Anlagekapitals für die Besitzer von New Lanark abgefallen waren. Von diesem Gesichtspunkt aus gelangte Owen zum Sozialismus. Die gewaltigen Produktivkräfte der großen Industrie, die der Bereicherung Einzelner und der Knechtung der Massen dienten, wurden ihm die Hebel einer neuen Gesellschaft, in der sie als gemeinsames Eigenthum Aller nur für die gemeinsame Wohlfahrt Aller zu arbeiten hatten. Die drei großen Hindernisse dieser Gesellschaft sah Owen in der „Dreieinigkeit des Bösen": der positiven Religion, dem persönlichen Eigenthum, der untrennbaren Ehe. Indem er sie bekämpfte, wohl wissend, daß er Alles aufs Spiel setze, verlor er wirklich Alles. Die offizielle Gesellschaft ächtete ihn, die Presse schwieg ihn todt oder heulte, wie das führende Blatt der englischen Bourgeoisie, seine „ungeheuerlichen Abscheulichkeiten", seine „Bestialitäten", seine „höllischen Scheußlichkeiten" nieder; sein Vermögen ging darauf in Versuchen, die ersten Anfänge der sozialistischen Gesellschaft anzubahnen, ihre Möglichkeit im Kleinen zu beweisen. Auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft mußten diese Versuche nothwendig scheitern, aber immer bewährten sie noch die geschickte Hand und den großen Blick ihres Urhebers. Mit eindringender Sachkenntniß entwarf Owen den Plan seiner Heimathskolonien in allen technischen Einzelheiten, und seine Arbeitsbazars, Anstalten zum Austausch von Arbeitsprodukten vermittelst eines Arbeitspapiergeldes, dessen Einheit die Arbeits-

stunde bildete, setzten unmittelbar vergesellschaftete Arbeit voraus, also den völligen Wegfall der Waarenproduktion, worauf die kapitalistische Gesellschaft beruht.

Wie praktisch aus der großen Industrie, so zog Owen theoretisch seine sozialistischen Schlüsse aus den klassischen Vertretern der politischen Oekonomie, die noch mit wissenschaftlicher Unbefangenheit das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft untersucht hatten. Der Reichthum einer solchen Gesellschaft besteht aus Waaren, und der Tauschwerth der Waare war das Räthsel, an dessen Lösung die englischen und französischen Oekonomen seit dem Ende des 17. Jahrhunderts gearbeitet hatten. Endlich brachte Ricardo die Bestimmung des Werthes der Waaren durch die Arbeitszeit rein heraus und bewies in seinem Hauptwerke, daß dies Gesetz auch die ihm scheinbar widersprechendsten bürgerlichen Produktionsverhältnisse beherrsche. Daneben aber stellte er die Thatsache fest, daß sich das Produkt der gesammten gesellschaftlichen Arbeit unter die drei Klassen der Grundbesitzer (Rente), Kapitalisten (Profit) und Arbeiter (Arbeitslohn) vertheile. Somit ergab sich doch ein klaffender Widerspruch. War der Tauschwerth eines Produkts gleich der in ihm enthaltenen Arbeitszeit, so mußte der Tauschwerth eines Arbeitstags gleich seinem Produkt oder mit anderen Worten: der Arbeitslohn mußte gleich dem Produkte der Arbeit sein. Nun aber beschränkte sich der Lohn der Arbeiter auf das, was Rente und Profit vom Produkte der gesellschaftlichen Arbeit übrig ließen, und die Erzeuger aller Werthe lebten in der großindustriellen Produktion unter kläglicheren Umständen, als den arbeitenden Klassen jemals früher beschieden gewesen waren. Sollte ihnen zu ihrem Rechte verholfen werden, so kam es darauf an, sie in den vollen Werth ihres Arbeitsprodukts zu setzen.

Eben dies bezweckte Owen mit seinem papierenen Arbeitsgelde. War die Arbeitszeit das Maß der Werthe, wozu dann ein anderes äußerliches Maß, das Geld? Indem alle anderen Waaren ihren Werth in dieser einen Waare schätzten, wurde der Tauschwerth zum Preise, wurde die Spaltung des Arbeitsprodukts in Rente, Profit und Lohn ermöglicht. Aber Owen hatte den inneren Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise viel zu klar erkannt, um sich einzubilden, durch seine Arbeitsscheine das Geld wegpfuschen und übrigens die Waarenproduktion bestehen lassen zu können. Sollten Rente und Profit fortfallen, so mußte das Sondereigenthum an den Produktionsmitteln durch das Gemeineigenthum ersetzt werden. Zu diesem Endziele sollten Owens Arbeitsbazars überleiten. Das war eine Utopie, denn eine bestehende Gesellschaft läßt sich nicht umwälzen durch kleine Versuche, die sie praktisch ihrer inneren Unvernunft überführen sollen. Aber Owen verfiel nicht dem ungleich größeren Irrthum, die kapitalistische Gesellschaft am eigenen Zopfe aus dem Sumpfe ziehen zu wollen.

Es ist klar, daß Owen der Arbeiterklasse schon um Vieles näher treten mußte, als die französischen Utopisten. Nicht nur in New Lanark hat er für sie gewirkt, sondern auch nachdem er der Habgier seiner Mitbesitzer gewichen war, hat er noch ein Menschenalter bis zu seinem 1858 erfolgten Tode unter ihr gelebt. Soweit die englische Fabrikgesetzgebung und das englische Genossenschafts-

wesen der bahnbrechenden Kraft eines Einzelnen ihr Dasein verdanken, ist Owen ihr Vater. Auch für seine sozialistischen Theorien hat Owen im Proletariat agitirt und dabei schon allen Unglimpf erfahren, der den Vorkämpfern der proletarischen Interessen seitdem zum täglichen Brot geworden ist: von der Saal-abtreiberei bis zur persönlichen Gefährdung von Leib und Leben. Aber dem Kampfe der Arbeiterklasse um die politische Herrschaft, der im Chartismus einen mächtigen Aufschwung gewann, hielt Owen sich fern. Er wollte in erster Reihe die besitzenden Klassen durch friedliche Propaganda überzeugen und mißtraute der in seinen kräftigen Jahren noch großen Unreife des Proletariats.

Seine Schüler kamen nicht über ihn hinaus. J. F. Bray sprach wohl einmal die Ueberzeugung aus, daß die herrschenden Klassen unfähig seien, große Wahrheiten zu erkennen, aber den politischen Kampf der Arbeiter verwarf er deshalb nicht weniger, und sein Namensvetter C. Bray sah durch die Chartistenbewegung nichts bewiesen als die Unfähigkeit des Proletariats, seine eigenen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen. Die Glückseligkeitsrezepte, die sie in ihren Köpfen ersannen, waren ihr einziges Heilmittel für die kranke Gesellschaft. Owens Anhang wurde zu einer Sekte, die in ihm ihren unfehlbaren Propheten verehrte. Je revolutionärer sich der Chartismus entwickelte, um so friedlicher geberdeten sich die Oweniten. Kein Wunder, daß ihnen die mühsam gewonnene Fühlung mit den Massen verloren ging. Der Owenismus versandete in selbsthilflerischen Genossenschaften und religiösem Freidenkerthum.

II. Die kleinbürgerlichen Sozialisten.

Mit dem Anschwellen des Klassenkampfs starb der großbürgerliche Sozialismus überhaupt ab. Je härter die Bourgeoisie von dem Proletariat bedrängt wurde, um so mehr verlor sie Muße und Stimmung für das Entwerfen und Betrachten von Zukunftsbildern, in denen die Leiden des Proletariats aufgehoben waren. Dagegen entfaltete sich der kleinbürgerliche Sozialismus gerade unter dem Drucke des wachsenden Klassenkampfs zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Nicht zwar als ob die kleinbürgerlichen Sozialisten in diesem Kampfe die Partei der Arbeiter genommen hätten! Als eine Uebergangsklasse, in der sich die Interessen zweier Klassen zugleich abstumpfen, glaubt sich das Kleinbürgerthum über den Klassengegensatz erhaben und verwirft den Klassenkampf. Was den kleinbürgerlichen Sozialismus von dem großbürgerlichen Utopismus unterschied, war vielmehr, daß er die Extreme Kapital und Lohnarbeit nicht aufheben, sondern ihre Gegensätze abschwächen und in Harmonie verwandeln wollte. Er wollte die Höhen und Tiefen der modernen Gesellschaft auf dem kleinbürgerlichen Niveau ausgleichen. Weil er keine neue Gesellschaft ersann, sondern die bürgerliche Gesellschaft von den Widersprüchen befreien wollte, die ihr Wesen ausmachen und von ihr unzertrennlich sind, prunkte er gern mit seiner „Wissenschaft", ähnlich wie

sich das Kleinbürgerthum gern als „Volk" aufspielt, weil es die allgemeinen Interessen zu vertreten glaubt, indem es seine besonderen Interessen vertritt.

Deshalb brauchten sich die kleinbürgerlichen Sozialisten keineswegs auf dem geistigen Standpunkte von Gevatter Schneider und Handschuhmacher zu bewegen. Nach Bildung und Herkunft standen sie oft genug hoch über der Klasse, welche sie vertraten. Sie sind mit schneidenden Waffen für das Proletariat gegen die Bourgeoisie aufgetreten, sie haben mit ätzender Kritik die gleißnerischen Beschönigungen der kapitalistischen Oekonomen zerstört. Was sie zu kleinbürgerlichen Sozialisten machte, war der Umstand, daß sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskonnten, über die das Kleinbürgerthum im Leben nicht hinauskann. Entweder wollten sie die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Reinheit herstellen, die Bestimmung des Waarenwerths durch Arbeit und den nach diesem Werthmaß sich vollziehenden freien Austausch der Arbeitsprodukte zwischen gleichberechtigten Waarenbesitzern verwirklichen, oder aber sie wollten die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in die alten Eigenthumsverhältnisse, die von ihnen längst gesprengt worden waren, gewaltsam wieder einsperren. Indem sie auf dem Boden der Wirklichkeit blieben, glaubten die kleinbürgerlichen Sozialisten den großbürgerlichen Utopisten weit überlegen zu sein; in Wirklichkeit ersetzten sie revolutionäre Utopien durch reaktionäre.

Die erste jener kleinbürgerlichen Utopien hatte ihren Ursprung in England, die zweite in Frankreich. Die Lehre von der Arbeitszeit als unmittelbarer Maßeinheit des Geldes wurde zuerst von John Gray im Jahre 1831 systematisch entwickelt. Er schlug eine nationale Zentralbank mit Zweigbanken vor, die den Tausch der Waaren bewirken sollten nicht mehr gegen Geld, sondern gegen Bescheinigungen der in ihnen verkörperten Arbeitszeit. Der innere Widerspruch, woran diese Pläne litten und woran sie auch wirklich, soweit sie praktisch verwirklicht wurden, stets gescheitert sind, bestand darin, daß die Produkte zwar als Waaren produzirt, aber nicht als Waaren ausgetauscht werden sollten. Während Owens Arbeitsscheine nur den individuellen Antheil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch auf den zur Konsumtion bestimmten Antheil des Gemeinprodukts feststellen sollten, waren Grays Arbeitsscheine dazu bestimmt, den Austausch von Produkten vereinzelter unabhängiger Produzenten zu vermitteln. Damit ging aber jede Kontrolle darüber verloren, ob sich in der Sonderarbeit der einzelnen Individuen allgemeine, gesellschaftlich nothwendige Arbeit verkörpere. Erst in der Geldform der Waare wird die individuelle Arbeit allgemein gesellschaftliche Arbeit. Die kapitalistische Gesellschaft würde durch die Abschaffung des Geldes, wäre sie in ihr überhaupt möglich, nicht auf den Gipfel einer kleinbürgerlichen Harmonie geschnellt, sondern in den Abgrund eines sofortigen Bankerotts geschleudert werden. Waare und Geld gehören zusammen wie Pol und Gegenpol. Mit der Waarenproduktion verschwindet auch das Geld, aber unmöglich kann das Geld verschwinden ohne die Waarenproduktion. So unfehlbar jeder praktische Versuch scheiterte, der diese Utopie verwirklichen sollte, so

zieht sie sich dennoch wie ein rother Faden durch die Geschichte des kleinbürgerlichen Sozialismus erst in England, dann aber auch in Deutschland und Frankreich. Die Bestimmung des Waarenwerths durch Arbeit ist die reale Grundlage, aus der die bürgerlichen Ideale von Gerechtigkeit und Gleichheit erwachsen, und so erlahmten die hoffnungslosen Versuche nicht, die bürgerliche Gesellschaft von ihren Uebelständen zu reinigen, indem man die Bedingungen zu beseitigen versuchte, unter denen sie überhaupt leben kann.

Es entsprach dem ökonomischen Entwicklungsgrade beider Länder, daß diese Utopie in England entstand, während jene andere kleinbürgerliche Utopie, die das Huhn in das zerbrochene Ei zurückstecken wollte, in Frankreich ihren Ursprung nahm. In Frankreich hatte der Kleinbetrieb noch eine ganz andere Bedeutung wie in England. Das Handwerk erhielt sich viel kräftiger und länger, weil Frankreich den Massenprodukten, womit England auf dem Weltmarkt erschien, seine Luxusartikel entgegensetzte. Die bäuerliche Klasse belief sich auf mehr als die Hälfte der französischen Bevölkerung, während die englischen Bauern längst von dem gefräßigen Rachen der kapitalistischen Produktionsweise verschlungen worden waren. Die Erhaltung der französischen Bauernschaft erklärt die längere Dauer des französischen Feudalismus. Sie erklärt auch die straffe politische Zentralisation und das Uebergewicht der Hauptstadt, denn beides entsteht überall und muß überall entstehen, wo die große Masse der Nation aus Millionen kleiner, ganz gleichartiger, fast ganz sich selbst genügender und deshalb keiner einheitlichen Klassenpolitik fähiger sozialer Einheiten besteht. Sie erklärt endlich die Verschiedenheit zwischen englischen und französischen Oekonomen. Der Siegeszug des Kapitalismus vollzog sich in England unter furchtbaren Zerstörungen des Kleinbesitzes glänzend und schnell, in Frankreich weit weniger rasch, weit weniger glänzend, aber viel qualvoller noch für die beherrschte und unterdrückte Masse, deren endlosen Leiden gegenüber eine sofortige Vernichtung fast als Wohlthat erscheinen konnte. Die bürgerlichen Oekonomen Frankreichs blickten deshalb auf diesen Triumphzug mit einem lachenden und einem weinenden Auge; in einem Athem verklärten und verwünschten sie die bürgerliche Form der Arbeit; an Klarheit der Erkenntniß mochten sie den englischen Oekonomen nachstehen, aber an menschenfreundlicher Gesinnung gingen sie ihnen voran. Wie dieser Unterschied zwischen den ersten Vertretern der klassischen Oekonomie, zwischen Boisguillebert und Petty, am Ende des 17. Jahrhunderts schon scharf hervortrat, so auch noch zwischen ihren letzten Vertretern am Anfange des 19. Jahrhunderts, zwischen Ricardo und Sismondi.

Ricardo veröffentlichte sein Hauptwerk 1817, Sismondi das seinige 1819. Dazwischen lagen die Erfahrungen der ersten Handelskrisis, die nach Herstellung des europäischen Friedens ausgebrochen war. Ricardo hatte sich noch sehr leicht damit abgefunden, als mit einem Ungemache, das jede reiche Nation ebenso geduldig ertragen könne, wie ein großer Kaufmann die Gefahren seines Seeschiffs ertrage, um derentwegen er doch nicht seinen armen, vor solchen Gefahren

geschützten Nachbar beneide. Dagegen sah Sismondi in der wachsenden Armuth der Massen die Ursache der Krisen. Er fand, daß die bürgerliche Gesellschaft jede Art des Eigenthums von jeder Art der Arbeit trenne. „Indem sich die Vermögen in einer kleinen Zahl von Eigenthümern konzentriren, verengert sich der innere Markt immer mehr, und die Industrie wird immer mehr gezwungen, ihre Absatzwege auf fremden Märkten zu suchen, wo größere Revolutionen sie erwarten.“ In beredter Weise zergliederte Sismondi die Widersprüche der modernen Produktionsverhältnisse: die Anarchie in der Produktion, den industriellen Vernichtungskrieg der Nationen, die schreienden Mißverhältnisse in der Vertheilung des Reichthums, die Konzentration des Kapitals und des Grundbesitzes, den drohenden Untergang der Bauern und Handwerker, das Elend des Proletariats. Er zuerst sprach das schlagende Wort aus: Das römische Proletariat lebte auf Kosten der Gesellschaft, während die moderne Gesellschaft auf Kosten des Proletariats lebt.

Aber Sismondis Kritik überschritt nirgends den kleinbürgerlichen Gedankenkreis. Beschränkung der Produktion war sein Ziel. Er fragte: Ist denn der Reichthum alles und sind die Menschen gar nichts? Die Anhäufung des Reichthums hat ihre Schranke in der Wohlfahrt der Menschen. Sismondi war ein viel zu einsichtiger Oekonom, um einfach zu feudal-zünftigen Zuständen zurückzukehren, allein die Logik seines kleinbürgerlichen Standpunkts trieb ihn mehr oder weniger dahin zurück. Am unsichersten tappte er auf industriellem Gebiete hin und her, denn er sah zu gut ein, daß die internationale Konkurrenz die zünftige Ordnung des Handwerks ein für allemal unmöglich mache. Er wollte eine „gewisse Solidarität“ zwischen Kapitalisten und Arbeiter herstellen; die Unternehmer sollten haftbar sein für die Existenz der Arbeiter, die von ihnen beschäftigt würden. Das verschwamm ganz ins Blaue und so wandte Sismondi seine eifrigste Sorge dem ländlichen Kleinbetriebe zu. Er zog ihn durchaus dem Großbetriebe vor, denn die Wohlfahrt der ländlichen Bevölkerung sei wichtiger, als die Steigerung der landwirthschaftlichen Produktion. Der französische Parzellenbauer war durch die große Revolution aus einem halben Hörigen ein freier Grundeigenthümer geworden; er hatte die Schlachten der Republik und des Kaiserreichs gegen den Feudalismus geschlagen; nun begann der kapitalistische Wucherer und seine Hypothek ihn nicht weniger zu bedrängen, als ehedem der feudale Grundherr und seine Frohnden ihn bedrängt hatten. Aber die Erbpacht-, Patrimonial- und Rentengüter, durch die Sismondi den bäuerlichen Besitz erhalten wollte, streiften doch wieder an das gebundene Eigenthum des Mittelalters. Seine Schule steuerte vollends zur patriarchalischen Wirthschaft zurück.

Wie Sismondi der letzte Vertreter der klassischen Oekonomie war, so war er der erste Vertreter des kleinbürgerlichen Sozialismus. Er beherrschte ihn in Frankreich etwa zwanzig Jahre. Dann fand diese Richtung neue Vertreter, deren Verständniß erst möglich wird durch die proletarischen Klassenkämpfe.

Drittes Kapitel.

Klassenkämpfe des englischen und französischen Proletariats.

I. Englische Fabrikgesetze und Gewerkvereine. Chartismus.

Im Anfange des 16. Jahrhunderts hatte das Aufblühen der flandrischen Wollmanufaktur und das Steigen der Wollpreise den ersten Anstoß zur räuberischen Enteignung der englischen Bauernklasse durch den englischen Großgrundbesitz gegeben; am Ende des 18. Jahrhunderts warf die große Industrie die häuslich-ländlichen Spinner und Weber, den letzten starken Rest der Bevölkerung, die ehedem auf eigener Hufe gesessen hatte, aus ihrem Besitz. Und damit nicht genug. Indem die Maschine Muskelkräfte entbehrlich machte, rief sie die Frauen- und Kinderarbeit hervor, jenes eigenthümliche und furchtbare Leiden des modernen Proletariats, das die Sklaverei des Alterthums und die Leibeigenschaft des Mittelalters in solcher Weise niemals gekannt hatten. Während England gleichsam neu geschaffen wurde, große Städte aus dem Boden schossen, mächtige Bienenkörbe menschlichen Fleißes aus öden Sümpfen emporwuchsen, während das Kapital riesenmäßig anschwoll und einen fremden Markt nach dem anderen eroberte, brachen unerhörte Leiden über das englische Proletariat herein.

Das großindustrielle Kapital entriß ihm alles, was irgend das Leben lebenswerth macht. Es betrachtete den Lebenstag des Arbeiters zugleich als seinen Arbeitstag, mit Ausnahme der wenigen Ruhestunden, ohne welche die Arbeitskraft ihren erneuten Dienst völlig versagen muß. Die Feierzeit des Sonntags wurde im Lande der Sabbathheiligen dem Arbeiter geraubt, nicht minder die Zeit für Erfüllung seiner Familienpflichten, für geselligen Verkehr, für die Bildung und Pflege seines geistigen Wesens. Dem kindlichen Körper blieb nicht die nöthige Zeit zur Entfaltung und zum Wachsthum, nicht die nöthige Zeit zum Verzehr von frischer Luft und von Sonnenschein, nicht einmal die nöthige Zeit zum raschen Hinunterwürgen einer kargen Mahlzeit. Kindern und Erwachsenen wurden oft während der Arbeit selbst die Bissen in den Mund geschoben, so daß der Arbeiter nur als sachliches Produktionsmittel erschien, dem Speisen zugesetzt wurden, wie dem Dampfkessel Kohlen und der Maschine Talg oder Oel. Der gesunde Schlaf zur Erfrischung und Erneuerung der Lebenskraft schrumpfte auf so viel Stunden Erstarrung zusammen, als zur Wiederbelebung eines völlig erschöpften Organismus unentbehrlich war. Wurde anfangs die völlige Entartung des großindustriellen Proletariats durch die Aufsaugung naturwüchsiger Elemente vom platten Lande ein wenig verlangsamt, so begann auch diese Quelle bald zu versiegen, und ärztliche Berichte stellten das schnelle Ableben der ländlichen Arbeiter fest. Die Lebenskraft der englischen Nation war an ihren Wurzeln angefressen.

Damit war aber auch die herrschende Stellung Englands auf dem Weltmarkt bedroht. Die Sorge um sie, der Haß des Großgrundbesitzes gegen das industrielle Kapital, die Spaltungen innerhalb der Bourgeoisie selbst, die Warnungsrufe der Aerzte, philanthropisches Mitleid der besseren Bourgeois-Elemente, der unermüdliche Eifer edler Menschenfreunde, wie Owens, ja auch das geschäftliche Sonderinteresse einzelner großen Fabrikanten, genug, eine Reihe der verschiedensten Umstände wirkten zusammen, um die besitzenden Klassen, mit Ausnahme der Fabrikanten in ihrer Masse, einem staatlichen Schutze wenigstens der wehrlosesten Arbeiterschichten, zunächst also der Kinder, geneigt zu machen. In der That wurden in den Jahren 1802, 1819, 1825, 1829 und 1831 Gesetze zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder erlassen. Aber diese Gesetze blieben todtes Papier, weil das Parlament keinen Pfennig zu ihrer zwangsweisen Durchführung gegen den Widerstand der Fabrikantenklasse bewilligte. Wirksamer als in ihren thatsächlichen Früchten erwiesen sich jene bürgerlichen Bemühungen um den gesetzlichen Arbeiterschutz in ihrer psychologischen Rückwirkung auf die Arbeiter selbst. Aus ihnen erkannte das Proletariat, was es in all seinem grenzenlosen Elend für die Gesellschaft bedeute.

Ohnehin hatte es sich niemals ganz verloren. Im Jahre 1799 war ihm durch den brutalen Gewaltstreich des Koalitionsverbots die letzte gesetzliche Waffe zertrümmert worden, die es als Klasse handhaben konnte. Doch hatte das Verbot, so harte Strafen es über die Koalitionen von Arbeitern verhängte, nicht die von seinen Urhebern gewünschte Wirkung. Es rief in dem bedrohten Proletariat das Bewußtsein von der Solidarität seiner Interessen hervor, selbst da, wo es milde gehandhabt wurde. Wo es aber, wie in der Fabrikindustrie, drakonisch durchgeführt wurde, weckte es gewaltsamen Widerstand. Die Arbeiter schlossen sich in geheimen Verbindungen zusammen, unter furchtbaren Eidschwüren verpflichteten sich die Mitglieder, untreue Genossen wurden an Leib und Leben gestraft. In den gewaltsam entmenschten Opfern des Kapitals erwachte unmenschliche Rachsucht als letztes menschliches Gefühl; Brandstiftungen, Diebstähle, Zertrümmerung von Maschinen waren an der Tagesordnung. Einsichtige Vertreter des Industrialismus sahen selbst ein, daß solche Zustände nicht fortdauern konnten; sie erkannten, daß sie die Konsequenzen ihrer eigenen Lehre nicht verleugnen durften, wo sie den Arbeitern zu Gute kamen; dem Betreiben des radikalen Freihändlers Hume, hinter dem der Schneidermeister Place als ungemein praktischer, immer neue Waffen heranschleppender Agitator stand, gelang es im Jahre 1824, die Aufhebung des Koalitionsverbots durchs Parlament zu schmuggeln.

Nun entstanden in allen Arbeitszweigen Trade Unions, gewerkschaftliche Verbände, die sich namentlich durch Streiks günstigere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen suchten, und hierdurch erschreckt, schränkte das Parlament schon im nächsten Jahre die kaum gewährte Koalitionsfreiheit wieder ein. Aber damit war der geistige Aufschwung der Arbeiter nicht gebrochen. Die Gewerkschaften fuhren fort, sich kräftig zu entwickeln, sie befreundeten sich dem Radikalismus

und Sozialismus, im Jahre 1834 schlossen sie sich zu einem mächtigen Bunde zusammen, der direkt auf die kommunistische Gesellschaft lossteuerte. In dieser Siegeszuversicht ließen sie sich zu voreilig auf große Arbeitseinstellungen ein, die mit einer Reihe schwerer Niederlagen endeten und ihren Bund sprengten. Indessen auch diesen Schlag überwanden die Trade Unions. Mochte die äußerste Ungunst der Gesetzgebung und der von der Kapitalistenpresse fabrizirten öffentlichen Meinung sie auf Schritt und Tritt hemmen, mochten Oekonomen wie Sozialisten ihnen die Nutzlosigkeit ihrer Anstrengungen beweisen: das erwachte Klassenbewußtsein des Proletariats ließ sich nicht mehr beirren.

Es ließ sich auch darin nicht beirren, daß es die verhaßte Bourgeoisie in ihren politischen Kämpfen gegen die Krone und den Großgrundbesitz unterstützte. Noch zu unentwickelt, um eine eigene Partei bilden zu können, war die englische Arbeiterklasse entwickelt genug, um zu erkennen, daß die schamlosen Vergewaltigungen der bürgerlichen Freiheit, daß die Erhaltung des halb von den Landlords und halb von bestochenen Wählern ernannten Unterhauses ihren Interessen schnurstracks zuwiderlief. Sie schloß sich dem kleinbürgerlich-radikalen Flügel der Bourgeoisie an, der eine Reform des Parlaments auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts verlangte. In erster Reihe war es die Angst vor den „düsteren Arbeitermassen von Lancashire und Yorkshire", welche die Krone und die beiden Häuser des Parlaments in die Reform willigen ließ. Aber die Reformbill von 1832 sicherte nur der Mittelklasse das Wahlrecht, dessen fernere Erweiterung von ihr selbst in der berüchtigten „Finalitätserklärung" abgelehnt wurde.

Das reformirte Parlament zeigte alsbald, weß Geisteskind es sei. Die Zwangsgesetze gegen Irland, die neue Ordnung der städtischen Verwaltung, die der Bourgeoisie in den großen Industriestädten die unmittelbare Herrschaft über das lokale Proletariat sicherte, das neue Armengesetz mit seinen „Bastillen", in denen Arbeitslose ärger als Verbrecher mißhandelt wurden, auch das Fabrikgesetz von 1833, das in manchen Bestimmungen hinter die früheren Fabrikgesetze zurückging und nur dadurch endlich das Eisen zum Glühen brachte, daß sich die Einsetzung von Fabrikinspektoren, die als ein Schachzug der großen gegen die kleinen Fabrikanten geplant war, als eine arbeiterfreundliche Maßregel bewährte — alles dies trieb das Proletariat in die politische Opposition gegen die Bourgeoisie. Im Jahre 1835 trat ein Arbeiterbund in London zusammen und entwarf die Volkscharte als sein Programm. Sie bestand aus sechs Punkten: Allgemeines Stimmrecht für jeden Mann, der bei gesundem Verstande und keines Verbrechens überführt ist, jährliche Parlamentswahlen, Diäten für die Parlamentsmitglieder, geheime Abstimmung, gleiche Wahlbezirke, Wählbarkeit jedes Wählers. Mit der Erfüllung dieser Forderungen wäre die englische Verfassung von Grund aus umgestürzt gewesen.

Der Chartismus war der erste Versuch des modernen Proletariats, die politische Macht zu erobern, um sie für seine Interessen zu handhaben. Doch war er weder eine rein proletarische Bewegung, noch umfaßte er alle vor-

geschrittenen Elemente der Arbeiterklasse. Er war mit kleinbürgerlich-radikalen Bestandtheilen durchsetzt, dagegen hielten sich ihm die Trade Unions fern, die eben durch das Scheitern ihres ersten großen Anlaufs stark entmuthigt worden waren. Dazu kam, daß der Chartismus in einen heftigen Klassenkampf zwischen Aristokratie und Bourgeoisie eintrat. Kaum war die englische Bourgeoisie zur politischen Macht gelangt, als sie sich beeiferte, ihr Ideal durchzuführen, England zur „Werkstatt der Welt" zu machen, der alle anderen Länder dienen sollten als Märkte für ihre Industrieprodukte, als Bezugsquellen ihrer Nahrungsmittel und Rohstoffe. Diesem Ideal standen in erster Reihe die Korngesetze entgegen, welche die industrielle Produktion vertheuerten, indem sie die Brotpreise und somit die Löhne steigerten. Es war ein innerer Hader zwischen Grundrente und Kapitalprofit, der die Arbeiter als solche erst mittelbar berührte. Die Chartisten hatten kein Interesse daran, die Korngesetze aufrecht zu erhalten, aber sie wußten auch, daß der Freihandel nicht um des Proletariats willen nach billigem Brote schrie. Ihr Ziel war, wie auf politischem Gebiete die Charte, so auf ökonomischem Gebiete der zehnstündige Arbeitstag. Allein gerade mit dieser Forderung suchten die herrschenden Klassen die Arbeiter zu ködern. Die Freihändler versprachen ihnen nach Abschaffung der Korngesetze den zehnstündigen Arbeitstag, um später mit Bright und Cobden an der Spitze einen offenen Wortbruch zu begehen, und die Großgrundbesitzer verhüllten den Gram über die Gefährdung ihrer Grundrente unter der Fahne des Zehnstundentags, um welche sie die unreiferen Schichten des Proletariats zu schaaren suchten.

Die Chartisten durchschauten nun wohl die falschen Freunde. Sie unterstützten die Agitation der Aristokratie für den zehnstündigen Arbeitstag, ohne sich mit ihr zu verschmelzen, und sie warfen die Antikorngesetzler von der Tribüne, sobald diese Sophisten des Kapitalprofits im Freihandel den Anbruch des tausendjährigen Reiches verkündeten. Gleichwohl mußten sie ohne eigene Vertretung im Parlament mit den parlamentarischen Parteien, bald mit den Tories, bald mit den Whigs rechnen. Erst der große Streik von 1842, in den die Arbeiter wahrscheinlich von den Fabrikanten gehetzt und in dem sie sicherlich von ihnen verrathen wurden, brachte den proletarischen Charakter des Chartismus zum völligen Durchbruch. Hunderttausende von Arbeiterherzen erweckte sein Schlachtruf: Politische Macht unser Mittel, soziale Glückseligkeit unser Ziel. Nun aber rächte sich am Chartismus der Mangel an Verständniß für den Sozialismus, wie sich am Sozialismus der Mangel an Verständniß für den Chartismus rächte. Die Streitigkeiten um die moralische oder physische Gewalt, um den „heiligen Monat", die allgemeine Arbeitseinstellung, um den Landplan, der in der kindlichen Milchtopfrechnung bestand, durch Zeichnung gering bemessener Aktien eine Reihe von Landgütern anzukaufen, lähmten immer wieder die innere Kraft der Partei. Trotzdem füllen ihre heldenhaften Kämpfe das erste ruhmreiche Blatt in der revolutionären Geschichte des modernen Proletariats. An ihrem geschlossenen Widerstande scheiterten die „infamen Praktiken", womit die Fabrikanten das sachverständige und un-

erschrockene Vorgehen der Fabrikinspektoren zu lähmen und das Fabrikgesetz von 1833 abermals zu vereiteln suchten. Sie erweckte ein reges geistiges Leben in der englischen Arbeiterklasse, sie schuf eine eigene proletarische Literatur, die theilweise klassischen Werth erreichte, wie das Fegefeuer der Selbstmörder, ein großes Gedicht, das der Chartist Thomas Cooper aus dem Gefängniß heraus veröffentlichte, eine Literatur, die nicht in der gefeilten und geschliffenen Form, aber in der Energie des Denkens und der Tiefe des inneren Gehalts die gleichzeitigen Geisteserzeugnisse der oberen Zehntausend überflügelte.

So mächtig war die chartistische Bewegung, daß sie auch auf die besitzenden Klassen einen gewissen Rückschlag übte. Einzelne radikale Fabrikanten traten auf die Seite der kämpfenden Arbeiter; aus humanen Tories entstand das Junge England, das den romantischen Feudalismus mit seinen guten Seiten wiederherstellen wollte und somit Unmögliches erstrebte, aber doch mit empfindlichen Schlägen das Geldprotzenthum traf. In Disraelis Roman Sybil, der eine tief ergreifende Schilderung des Streiks von 1842 enthält, mag es seine glänzendste Vertretung gefunden haben. Talentvolle Humoristen, wie Thomas Hood in seinem Liede vom Hemde und seiner Seufzerbrücke, brachten das namenlose Elend des weiblichen Proletariats zu erschütterndem Ausdruck. Ein weit austönendes Echo fand der Chartismus endlich in Carlyles Schriften. Genährt vom Geiste der deutschen Klassiker sah Carlyle im Gefolge der großen Industrie ein neues Zeitalter der Barbarei heraufdämmern. In wunderbar schöner Sprache schilderte er ihre verheerenden Wirkungen und verlangte eine Organisation der Arbeit. Freilich steckte im tiefsten Innern dieser Literatur ein reaktionärer Kern, der sich um so stärker entfalten mußte, je klarer sich das Proletariat über seine weltgeschichtliche Bestimmung wurde. Das Mitleid mit dem Elend, mag es noch so lauter sein und in noch so schimmernden Gefühlen hervorbrechen, ist eine zarte Pflanze, die im heißen Athem des auflodernden Klassenkampfes schnell verwelkt. Selbst Carlyle endete als Vertheidiger der Sklaverei.

II. Revolutionäre Anläufe der französischen Arbeiterklasse.

In Frankreich war bereits 1791 ein Koalitionsverbot über die Arbeiter verhängt worden. Freilich mußte hier die Erklärung der Menschenrechte und die Angst vor der Wiederherstellung der Zünfte als Schreckgespenst dienen, während bei dem englischen Koalitionsverbote die Rettung der Gesellschaft und die Angst vor dem französischen Jakobinerthum als Schreckgespenst benutzt worden war. Doch die Verschiedenheit der Vorwände, unter denen die Arbeiter diesseits und jenseits des Kanals übers Ohr gehauen wurden, entsprach wirklichen Unterschieden der ökonomischen Zustände. In Frankreich fehlte die schnelle Entwicklung der großen Industrie und damit auch die einheitliche Bewegung großer Arbeitermassen, die sich in England an die Beseitigung des Koalitionsverbots, die Gründung

der Gewerkvereine, die Einführung der Fabrikgesetze geknüpft hatte. Dem entsprechend kam zunächst nicht die industrielle, sondern die finanzielle Bourgeoisie in den Sattel, die sogenannte Finanzaristokratie, Bank und Börse, die Besitzer großer Bergwerke und Waldungen. Die Julimonarchie war eine Aktienkompagnie zur Ausbeutung des französischen Nationalreichthums, deren Dividenden sich unter Krone, Minister, Kammer, ein paarmal hunderttausend Wähler und ihren Anhang vertheilten.

Im Prellen des Proletariats erwies sich die französische Großfinanz der englischen Großindustrie durchaus ebenbürtig. Zunächst eskamotirte sie die französische Republik, welche die Arbeiter und Kleinbürger auf den Barrikaden des Julis erobert zu haben glaubten. Indem sie Louis Philipp zum Leiter ihres ausbeuterischen Geschäfts ernannte, heuchelte sie, eine Monarchie mit republikanischen Einrichtungen geschaffen zu haben. Was darunter verstanden wurde, zeigte sich bald, als der neue Bürgerkönig den steinreichen Bankier Casimir Perier zu seinem Ministerpräsidenten ernannte. Ein beschränkter und düsterer Fanatiker des Kapitalismus, begann Perier damit, den Illusionären des Julis zu erklären, die Revolution habe die gesellschaftliche Ordnung nicht umgestoßen, sondern nur an die politische Ordnung gerührt, jeder Aufstand sei ein Verbrechen, welche Fahne er auch entfalte, jede Gewaltthat eine Anarchie. Gleichzeitig aber leitete dieser französische Bourgeois eine staatsretterische Praxis ein, die später von den genialen Köpfen des preußischen Junkerthums und überhaupt aller ausbeuterischen Klassen, die an das Ende ihres Lateins kamen, so glorreich nachgeahmt werden sollte: seine Polizei warb Vagabunden, rückfällige Verbrecher, freigelassene Galeerensträflinge und ähnliches Gelichter gegen baare Zahlung an, um scheinbare Attentate, Revolten, Verschwörungen anzuzetteln und bei diesen Anlässen die genasführte Menge niederzuknüppeln. Unter dem Eindrucke des künstlich fabrizirten Schreckens ließ Casimir Perier die gefügige Kammer mit den politischen Rechten aufräumen, welche die Volksmassen sich eben erst mit ihrem Blut erkämpft hatten, und nach seinem frühen Tode setzten die Thiers, Guizot und ähnliche Biedermänner dies patriotische Geschäft mit ungeschwächten Kräften fort. Das Bürgerkönigthum zählte noch nicht ein halbes Dutzend Jahre, als in seinen Jahrbüchern schon etwa drei Dutzend Revolutiönchen, mehr als ein Dutzend Attentate auf den König und — nahezu ein Dutzend Gesetze verzeichnet standen, die den Massen ihre politischen Rechte entrissen, in erster Linie die Preß- und Vereinsfreiheit.

Es war eine Politik, die ebenso die kleinbürgerlichen wie die proletarischen Julikämpfer in den Harnisch jagen, die eben deshalb bis zu einem gewissen Grade die Wirkungen haben mußte, welche sie angeblich vereiteln sollte. Von dem öffentlichen Leben abgesperrt, organisirten sich die unterdrückten Klassen in geheimen Gesellschaften; ausgeschlossen von Rede und Schrift, griffen sie zum Dolch und zur Flinte. Mehr als einmal verbrannte sich die Polizei die Finger an dem Feuer, womit sie spielte. Doch ist es bemerkenswerth, daß selbst bei dem blutigsten Attentat, das auf Louis Philipp gemacht wurde, der Höllenmaschine des Fieschi,

der Rädelsführer ein Polizeispitzel a. D. war. Und neben den polizeilichen Revolutiönchen wurden auch einige ernsthafte Versuche unternommen, mit den Waffen in der Hand die schmutzige Krämerherrschaft zu stürzen, die der Nation von der Bourgeoisie aufgehalst worden war. Das Proletariat trat dabei als eine erst schwach entwickelte Klasse hinter das Kleinbürgerthum zurück, dessen thatkräftige Elemente von den jakobinischen Ueberlieferungen der großen Revolution beherrscht wurden. Zunächst fürchtete die herrschende Klique weit mehr die radikalen Kleinbürger, als die rebellirenden Arbeiter.

Das zeigte sich deutlich, als im Herbste von 1831 die hungernden Seidenweber von Lyon aufstanden, unter einer schwarzen Fahne mit der düsteren Inschrift: Arbeitend leben oder kämpfend sterben! die Garnison verjagten und einige Tage die zweite Stadt des Reichs in musterhafter Ordnung beherrschten. Es war ein Hungeraufruhr ohne bestimmtes Programm; nicht die hausindustriellen Weber, sondern die 8 bis 10 000 Werkführer, die zwischen den 40 bis 50 000 Arbeitern und den 800 Fabrikanten standen, selbst Werkzeuge der Ausbeutung, aber von bitterer Noth auf die Seite des Proletariats gedrängt, waren organisirt. Und zwar in einer Hilfsgesellschaft, der Mutuelle, deren Statuten jede Unterhaltung über politische oder religiöse Angelegenheiten verboten. Nach schneller Beschwichtigung des Aufruhrs erleichterten die Organe der Bourgeoisie ihr Herz mit dem Stoßseufzer: Es war ein simpler Konflikt zwischen Fabrikanten und Arbeitern. Weit mehr erschreckte sie der republikanische Putsch, der im Jahre 1832 beim Begräbniß des Generals Lamarque in Paris ausbrach.

Inzwischen hatten die Weber von Lyon aus dem nutzlosen Aufruhr gelernt. Im Februar von 1834 suchten sie einer weiteren Herabsetzung ihrer Hungerlöhne unter Führung der Mutuelle durch einen Streik zu begegnen. Bei dem Mangel jeder umfassenden Organisation scheiterten sie schon nach einer Woche. Mitten in ihre aufgeregte Stimmung fiel ein freches Attentat der Regierung auf die letzten Reste der Vereinsfreiheit. Thiers, der durch feiges Gewinsel, und Guizot, der durch salbungsvolle Moralpredigten ersetzte, was beiden an der offenen Brutalität eines Perier fehlte, wollten damit zunächst die bürgerlichen Republikaner treffen, aber indem sie alles und jedes Vereinsrecht illusorisch machten, schlugen sie auch Hilfsgesellschaften wie die Mutuelle todt. In einem mit 2500 Unterschriften bedeckten Protest erklärte diese Gesellschaft, daß sie sich freiwillig außerhalb des politischen Gebietes gestellt und deshalb keinen Angriff der Regierung befürchtet habe; nun sei sie durch das freiheitsmörderische Vereinsgesetz über ihren Irrthum aufgeklärt worden, aber sie werde sich diesem entwürdigenden Joche nicht unterwerfen, sondern ihre Versammlungen fortsetzen und vor keinem Opfer zurückscheuen, um ein unveräußerliches Menschenrecht zu vertheidigen. Sie trat in nahe Verbindung mit der Gesellschaft der Menschenrechte, der einfluß- und zahlreichsten unter den geheimen Organisationen der bürgerlichen Republikaner. Doch in diesem Vereine herrschte mancherlei Zwietracht, herrschten kleinbürgerliche Eifersüchteleien zwischen den Führern; auch hatten allerlei Spitzel ihr Händchen mit im

Spiele. So konnte sich die Regierung auf den drohenden Schlag vorbereiten. Seit dem Hungeraufruhr von 1831 war Lyon stark befestigt worden; das Militär stand kampfbereit auf allen entscheidenden Punkten, als sich die Arbeitermasse am 9. April 1834 erhob. Sie rang heldenhaft in fünftägigem Kampfe, bis sie unter beispiellosen Greueln der Soldaten niedergeworfen wurde. In Paris brachen die Republikaner erst am 13. April los, doch schon am nächsten Tage waren sie überwältigt. Auch hier schwelgte das Heer in Greueln ohne Maß und Zahl; das Blutbad der Rue Transnonain ist heute noch unvergessen.

Der Riesenprozeß, der den Gefangenen gemacht wurde, zerstörte die Gesellschaft der Menschenrechte vollständig. Einen noch empfindlicheren Schlag erfuhren die bürgerlichen Organisationen des Aufstands dadurch, daß es ihren bekannteren Führern gelang, aus der Untersuchungshaft ins Ausland zu entfliehen. An die Stelle der Flüchtigen traten begabtere und thatkräftigere Männer, namentlich Barbes und Blanqui, die im Jahre 1835 die Gesellschaft der Familien, später die Gesellschaft der Jahreszeiten gründeten. In diesen Gesellschaften herrschte die proletarische Richtung fast ausschließlich vor; sie fand ihren Schwerpunkt in den Lehren Baboeufs, dessen Gedächtniß durch Buonarottis Geschichte seiner Verschwörung in frischen Farben erneuert worden war. Die neuen Gesellschaften forderten die „soziale und radikale Revolution", die „Zerstörung der Aristokratie, der Geldleute, Bankiers, Lieferanten, Monopolisten, Großgrundbesitzer, Agioteure, mit einem Worte, der Ausbeuter, die sich auf Kosten des Volkes fett machen". Sie erklärten, die Errichtung der Republik sei weniger ein Zweck als ein Mittel, um die Güter von den Besitzern, die nicht arbeiten, auf die Arbeiter, die nichts besitzen, übergehen zu lassen. Es war die unbehilflichste Form des Kommunismus, die wesentlich auf der bürgerlich-ideologischen Form der Gleichheit beruhte. Und wie in ihrem Programm, so knüpfte die Gesellschaft der Jahreszeiten auch in ihrer Taktik an Baboeuf an. Eine kleine Zahl entschlossener Verschwörer sollte genügen, um sich durch einen Handstreich der Staatsgewalt zu bemächtigen. Aber als Barbes und Blanqui am 12. Mai 1839 ihren Versuch machten, brach er nach wenigen Stunden scheinbaren Gelingens vollständig zusammen.

Die dreimalige Niederlage hatte die Kräfte der revolutionären Aktionsparteien gelähmt. Von nun an blieb das Bürgerkönigthum von jedem neuen Aufstande verschont. Um so schneller vollzog sich seine innere Auflösung. Es verstand sich von selbst, daß die Julimonarchie nichts für die Arbeiterklasse that; das einzige Fabrikgesetz, das im Jahre 1841 erlassen wurde und in sehr beschränkter Weise die Kinderarbeit schützen sollte, blieb ohne jede praktische Wirkung. Damit war der industriellen Bourgeoisie zwar sehr gedient, ebenso wie mit den hohen Exportprämien und Schutzzöllen. Aber je stärker sie wurde, um so mehr wuchs auch ihre Unzufriedenheit mit dem herrschenden Theil ihrer Klasse. Die Finanzaristokratie, die am Ruder des Staates saß, war ihrer Natur nach mehr auf die Eskamotage des schon vorhandenen, als auf die Erzeugung neuen Reichthums bedacht. Sie vernachlässigte Ackerbau, Handel, Schiffahrt, Verkehrswesen

und schädigte dadurch empfindlich die industrielle Bourgeoisie. Sie brachte auch die kleinbürgerliche Ehrbarkeit gegen sich auf, indem sie sich durch schwindelhafte Gründungen, durch schamlose Bestechungen, durch Betrug und Raub aller Art zu einem Lumpenproletariat auf höchster Stufenleiter entwickelte. Ihrer kläglichen Politik im Innern entsprach ihre klägliche Politik nach Außen. Innerhalb der besitzenden Klassen selbst bildete sich eine wachsende Opposition gegen die herrschende Klique, eine Opposition, die aus sehr verschiedenen Elementen zusammengesetzt, eine gemeinsame Fahne in der Forderung der Wahlreform fand. Sie war einig darin, die engen Schranken des aktiven und passiven Wahlrechts niederzureißen, die der Finanzaristokratie die ausschließliche Herrschaft sicherten. Sie ging auseinander in der Frage, wie weit das Wahlrecht ausgedehnt werden sollte.

Im Wesentlichen ließen sich drei Richtungen dieser bürgerlichen Opposition unterscheiden: die dynastische Opposition, die das Bürgerkönigthum erhalten und nur die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie gleichmäßiger an der Macht betheiligen wollte; die bourgeois-republikanische Opposition, die in der republikanischen Staatsform die sicherste Bürgschaft für die Gesammtherrschaft der Bourgeoisie sah; endlich die demokratisch-republikanische Opposition, der die kleinbürgerliche Republik nach jakobinischem Muster als Ideal vorschwebte. Den beiden ersten Richtungen war die kapitalistische, den beiden letzten die republikanische Gesinnung gemeinsam. Aber eine Republik ohne Hilfe der Arbeiter war undenkbar. Daher mußten die Bourgeois-Republikaner, denen die Interessen der Arbeiter sonst ebenso gleichgiltig waren, wie der dynastischen Opposition, bis zu einem gewissen Grade mit dem Proletariat kokettiren. Diese Richtung, die sich um den National sammelte, patronisirte das Atelier, ein Arbeiterblatt, das seit dem Jahre 1840 erschien und die Produktiv-Assoziationen von Buchez als Heilmittel der sozialen Schäden verkündete.

Die demokratisch-republikanische Opposition, die in Ledru-Rollin ihren parlamentarischen Wortführer und in der Reforme ihr publizistisches Organ besaß, näherte sich den Arbeitern um so mehr, als sie nach kleinbürgerlicher Auffassung das „Volk“ überhaupt im Gegensatze zur Bourgeoisie vertrat. Sie nannte sich sozialdemokratisch und forderte das allgemeine Stimmrecht, sowie eine Organisation der Arbeit, die das Lohnverhältniß durch die Assoziation ersetzen sollte. Im Programm der Reforme hieß es: Der Arbeiter hat denselben Anspruch auf die Erkenntlichkeit des Staats, wie der Soldat; dem kräftigen und gesunden Arbeiter schuldet der Staat Arbeit, dem alten und schwachen Hilfe und Schutz. Organisation der Arbeit und Recht auf Arbeit — das waren die sozialpolitischen Ziele dieser Richtung, wie sie literarisch namentlich durch Louis Blanc vertreten wurde. Er nannte die freie Konkurrenz ein System der Ausrottung, das zunächst den Proletarier, dann aber auch den Bourgeois ruinire. Die freie Konkurrenz führe zur Vernichtung des Handwerkers durch den Fabrikanten, des Bauern durch die Hypothek; sie führe schließlich zum Monopol des großen Kapitals und vertheuere die Waare, die sie angeblich verbilligen solle. Es sei

die Aufgabe des Staats, soziale Werkstätten einzurichten, die Arbeiter desselben Berufs in großen Genossenschaften zu gliedern und aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Diese solidarisch unter sich verbundenen Genossenschaften würden nach und nach die private Industrie aufsaugen und damit die unheilvolle Konkurrenz aus der Welt schaffen.

Der kleinbürgerliche Charakter dieser Vorschläge ist leicht zu erkennen. Es steht mit ihnen ähnlich, wie mit der Arbeitszeit als unmittelbarer Maßeinheit des Geldes. Das Recht auf Arbeit ist in der bürgerlichen Gesellschaft organisirt, soweit es in ihr überhaupt organisirt werden kann. Die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Ueberproduktion, die von der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist. Läßt der Staat die arbeitslosen Proletarier unter normalen Bedingungen weiter produziren, so vermehrt er die Ueberproduktion ins Maßlose und endet mit dem Bankerott. Das Recht auf Arbeit erheischt zu seiner Verwirklichung das Gemeineigenthum an den Arbeitswerkzeugen. So lange das Sondereigenthum an den Produktionsmitteln besteht, ist das Recht auf Arbeit nur möglich als jenes Arbeitshaus, das die englischen Arbeiter mehr fürchten als das Zuchthaus und selbst den Hungertod. Ebenso ist die Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft so organisirt, wie sie in ihr nicht anders organisirt sein kann: als Lohnarbeit, die das Kapital voraussetzt und nur zugleich mit dem Kapital, also mit der bürgerlichen Gesellschaft aufgehoben werden kann. Ganz das Gleiche gilt von der freien Konkurrenz, die in einer Gesellschaft austauschender Waarenproduzenten die einzig mögliche Organisation der gesellschaftlichen Produktion ist.

Gleichwohl ist es sehr erklärlich, daß Louis Blancs Vorschläge einen tiefen Eindruck auf die französischen Arbeiter machten. Die Kriegsgefahr und die politischen Erschütterungen, die aus der orientalischen Krisis des Jahres 1840 entsprangen, riefen ein wüstes Spekulationsfieber in den besitzenden Klassen hervor, brachten über die arbeitenden Klassen eine Fülle von Elend und Noth. Arbeitslose Massen überschwemmten die Straßen von Paris, so daß der Verkehr durch Militär freigehalten werden mußte. Unter solchen Umständen waren die Rufe nach Recht auf Arbeit und nach Organisation der Arbeit ungestüme Proteste gegen die widersinnigen Konsequenzen des Kapitalismus. Gleichzeitig brachen trotz des Koalitionsverbots unter den Schneidern, Schreinern, Tapetendruckern, später auch unter den Zimmerern große Streiks aus, und es zeugte für das erwachende Solidaritätsbewußtsein der Arbeiterklasse, daß andere Gewerke, wie die Schriftsetzer, welche die Arbeit nicht eingestellt hatten, ihren bedrängten Kameraden mit ihren Ersparnissen wirksam unter die Arme griffen. Die eigenthümlichen Klassenintereſſen des modernen Proletariats gestalteten sich immer greifbarer und trieben die Arbeiter immer weiter über den ideologischen Gleichheitskommunismus hinaus. Die Erfahrung lehrte sie, daß durch vereinzelte Aufstände die politische Macht nicht zu erobern sei; die Forderung des allgemeinen Stimmrechts gewann unter ihnen immer breiteren Boden.

Damit war Klassenkampf und Sozialismus noch keineswegs verschmolzen. Die Fourieristen verlangten zwar auch das Recht auf Arbeit, aber sie bekämpften eifrig die Reformisten. Viktor Considerant erklärte in seinem Organe, der Friedlichen Demokratie, der Fehler sei nur, daß die Regierung keine Ideen habe; lehre man sie die Wissenschaft der Gesellschaft, so könne die Reform ohne Revolution verwirklicht werden. Worauf die Reforme erwiderte: der Fehler sei vielmehr, daß die Regierung nicht das Volk, sondern nichts als Monopole und Privilegien hinter sich habe, die sich nicht belehren, sondern nur zerbrechen ließen, man könne von den siegreichen Interessen nicht verlangen, daß sie sich selbst ermordeten. Die Männer der Reforme hätten aber nicht kleinbürgerliche Republikaner sein müssen, wenn sie nicht allen Sozialismus und Kommunismus, der die Axt an die Wurzeln der bürgerlichen Gesellschaft legte, gründlich gehaßt hätten. Wir sind weder Kommunisten noch Sozialisten, erklärte Ledru-Rollin seinen Wählern. Aus diesem Widerstreit ergab sich der erste Arbeiterkommunismus, der eine Massenbewegung wurde und in Cabet seinen Sprecher fand.

Cabet war beides: Jakobiner und Utopist. Als ein Führer der bürgerlichen Republikaner hatte er sich gerichtliche Verfolgungen zugezogen, die ihn zur Flucht nach England veranlaßten. Hier gelangte er nicht durch praktische, sondern durch literarische Studien, namentlich durch Thomas More und Owen, zu kommunistischen Anschauungen. Sein Kommunismus stand durchaus auf ideologischen Füßen. Aus dem Grundsatze der Gleichheit und Brüderlichkeit folgerte Cabet die Nothwendigkeit der Gütergemeinschaft, die allein das Glück aller Menschen verbürge. Wie alle Utopisten, wollte er sein Ideal durch friedliche Propaganda verwirklichen. Aber im Unterschiede von den übrigen Utopisten forderte er die Herrschaft der Demokratie als nothwendige Uebergangszeit. Er sagte den Arbeitern: Seid vor allem zuerst Demokraten und Reformer; unterzeichnet die Petitionen für Reform des Wahlrechts. Cabet war unstreitig der flachste Utopist, seine Reise nach Ikarien trägt einen überwiegend kleinbürgerlichen Zuschnitt, neben den Utopien eines Saint-Simon oder Fourier erscheint sie arm und zaghaft. Aber wie der flachste, so war Cabet der populärste Utopist, weil er endlich der politischen Aktion des Proletariats ein gewissen Spielraum gewährte.

Es ist überhaupt sein Verdienst, dem Klassenbewußtsein des französischen Proletariats, soweit es in den vierziger Jahren entwickelt war, den treuesten Ausdruck gegeben zu haben. Daher die ungeheure Verbreitung, die seine Schriften unter den Arbeitern fanden, daher der allgemeine Haß, den er in der bürgerlichen Welt gegen sich wachrief. Die Fourieristen wollten so wenig von ihm wissen, wie die Reformisten; hatte er doch den wunden Punkt bei den einen wie bei den anderen getroffen. Seine ehemaligen Gesinnungsgenossen vom National denunzirten ihn als Handlanger der heiligen Allianz, und irgend ein Pfarrer Iskraut in der Champagne empfahl, die Kommunisten zu steinigen. Der Papst und die französischen Bischöfe verfluchten den Kommunismus, und doch hatte Cabet in seiner Weise das Christenthum anerkannt. Er sagte: „Der ikarische Kom-

munismus ist das Christenthum, das Jesus Christus eingesetzt hat, in seiner ursprünglichen Reinheit, denn das Christenthum ist das Prinzip der Bruderliebe, der Gleichheit, der Freiheit, der Assoziation und der Gütergemeinschaft." Cabet traf eben auch in diesem Punkte das Empfinden des modernen Proletariats, das in den Anfängen seines Emanzipationskampfes stets den Blick auf das Urchristenthum zurücklenkt. Indem Dezamy den Kommunismus auf den Atheismus und Materialismus zu begründen suchte, verfuhr er weit konsequenter als Cabet, erlangte aber nicht entfernt einen gleichen Einfluß auf die Arbeiter.

Alle Anfeindungen erschütterten Cabet nicht, sie schädigten ihn nur dadurch, daß sie sein Selbstgefühl ins Ungemessene steigerten. In dem Eifer, die widerstrebende Welt von der Möglichkeit seiner Utopie zu überzeugen, vergaß er, was er selbst als ihre unerläßliche Voraussetzung bezeichnet hatte; er versuchte, sie in kleinen Gebilden auf amerikanischem Boden zu verwirklichen. Der Opfermuth seiner Anhänger ermöglichte ihm die Ausführung, doch kaum war die erste Expedition abgesegelt, als die Februarrevolution ausbrach. Sie zeigte dem französischen Proletariat mit eindringlicher Gewalt, daß seine Interessen anderswo lagen, als in dem hoffnungslosen Bemühen, die riesenhaften Kräfte des Kapitalismus mit dem Kinderspielzeug eines zwerghaften Kommunismus zu überwältigen. Die ikarischen Kolonien gingen als solche unter, wie die ähnlichen Versuche der Fourieristen und Owenisten, vor denen sie sich allerdings durch ein weit stärkeres Klassenbewußtsein auszeichneten. Cabet vermochte nicht, sie diktatorisch zu beherrschen; er starb, gebrochen durch das Scheitern seiner Pläne, 1857 in St. Louis.

Neben der cabetistischen und reformistischen Bewegung bestanden proletarische Geheimbünde fort, namentlich die Gesellschaft der Neuen Jahreszeiten unter Leitung von Albert. Sie hatten gewisse Beziehungen zu den Reformisten, hielten sich aber sonst sehr unabhängig. Jedoch verloren in ihnen die gewerbsmäßigen Verschwörer mehr und mehr an Boden; auch in den geheimen Gesellschaften, die nach Lage der Dinge nur kleine Bruchtheile der Arbeiterklasse umfaßten, machte sich immer stärker das Bedürfniß geltend, das Proletariat als solches zu organisiren und über seine Klasseninteressen zu verständigen.

Mehr ein Hinderniß als ein Hebel dieser Selbstverständigung war die reiche sozialistische Literatur, die in der schwülen Luft der vierziger Jahre gedieh. Sie wurzelte in der Empörung über die Herrschaft der Finanzaristokratie, einer Empfindung, in der sich alle übrigen Klassen, von der industriellen Bourgeoisie bis zum industriellen Proletariat einschließlich aller Mittelschichten, zusammenfanden. Je höher diese Empörung anschwoll, um so mehr wurden die Gegensätze zwischen den sozialen Schichten der gemeinsamen Opposition verwischt. Ein unklarer Sozialismus begeisterte die besitzenden Klassen, soweit sie mit der Finanzaristokratie haderten; in hundert Schattirungen zerfließend, hemmte er die kraftvolle Entwicklung des Klassenbewußtseins, das in den vorgeschrittensten Arbeitern zu erwachen begann. Er fand fast bei allen Dichtern der Zeit einen mehr oder minder starken Wiederhall, von Beranger bis Lamartine; seine genialste Vertreterin

war Georges Sand, die größte Dichterin des Jahrhunderts, sein gelesenster Vertreter Eugene Sue, dessen sentimentale Schauerromane in den Feuilletons der Bourgeoispresse den Pariser Kleinbürger entzückten. Aus dem Schooße des Katholizismus erhob sich Lamennais, um die Kirche an die Spitze der sozialen Bewegung zu rufen und dann, von Rom verdammt, in den glühenden Worten eines Gläubigen und anderen Schriften die Priesterschaft des Volkes zu verkünden. Ein beredter und in seiner Art auch überzeugter Schwärmer, machte er tiefen Eindruck auf die Massen, obgleich sein soziales Programm, wie er selbst im National erklärte, sich auf die dünne Forderung beschränkte, eine gerechtere Zutheilung des Arbeitslohns zu ermitteln. Allen sozialistischen Systemen sagte er nach, daß sie die Völker zu einer Sklaverei verurtheilen wollten, wie die Welt sie noch nicht gesehen habe, daß sie den Menschen zu einer bloßen Maschine, zu einem Werkzeug herabsetzen, ihn unter den Neger, ja sogar noch unter das Thier stellen würden.

Dem überwältigenden Einfluß dieses bürgerlichen Sozialismus hatte das französische Proletariat erst einzelne Theoretiker entgegenzusetzen, die, aus seinem eigenen Schooß entsprungen und von richtigem Instinkt geleitet, mit den dialektischen Waffen der deutschen Philosophie die Widersprüche der modernen Zivilisation aufzulösen versuchten. Es waren zwei Schriftsetzer: Leroux und Proudhon. Neben Saint-Simons Neuem Christenthum war bereits Lessings Erziehung des Menschengeschlechts das kanonische Buch der Saint-Simonisten gewesen, und zu ihnen gehörte Leroux in seinen Anfängen. Er trennte sich bald von der verkommenden Sekte und vertiefte sich in die deutsche Philosophie, die er mit ungleich schärferem Verständniß auffaßte und vertrat, als es der offiziellen Wissenschaft in Frankreich gegeben war. Doch sah auch er nicht in Hegel oder Feuerbach, sondern in Schelling ihren Vollender, und die deutsche Dialektik lernte er nicht genug beherrschen, um sie als Schlüssel zu den Geheimnissen der Geschichte gebrauchen zu können. Leroux faßte die Entwicklung der Menschheit als einen stetigen Fortschritt auf, als eine fortwährende Annäherung an die Gleichheit, als eine wachsende Befreiung von den Banden der Familie, des Staats, des Eigenthums. Aber er untersuchte nicht den historischen Prozeß, der sich in diesen Einrichtungen vollzogen hatte und vollzog, sondern wollte ihre schlechten Seiten aufheben, um ihre guten zu organisiren. So kam er wieder in die Utopie hinein.

Ungleich tiefer schlug die Schrift ein, in deren Titel Proudhon die Frage stellte, was das Eigenthum sei. Weder die Frage war neu, noch die Antwort, die Proudhon fand; schon sechzig Jahre früher hatte Brissot das Eigenthum für Diebstahl erklärt. Aber in ihren Vorzügen wie Schwächen wirkte Proudhons Schrift wie das erste wissenschaftliche Manifest des französischen Proletariats. Hatten die bürgerlichen Oekonomen den durch die Bewegung des Privateigenthums erzeugten Reichthum benützt, um das Privateigenthum zu bejahen, so benützte Proudhon das durch die Bewegung des Privateigenthums erzeugte Elend, um das Privateigenthum zu verneinen. Es war ein kühner Versuch, die offizielle

Oekonomie mit ihren eigenen Waffen zu vernichten, und mit herausforderndem Trotze wurde er unternommen. Aber nicht minder schroff stellte sich Proudhon allem bisherigen Sozialismus entgegen. Von den großen Utopisten unterschied er sich dadurch, daß er das Eigenthum nicht in der Phantasie aufhob, sondern in der rauhen Wirklichkeit seines inneren Widersinns überführte, von den kleinbürgerlichen Sozialisten dadurch, daß er nicht einzelne Seiten des Eigenthums angriff, nicht das Fabriksystem, nicht das Geld, nicht die freie Konkurrenz, sondern das Eigenthum als solches, das Eigenthum schlechthin.

Proudhon lehnte sich an Kant, wie Leroux an Schelling. Doch so wenig wie diesem gelang es ihm, bis zum Kerne der deutschen Philosophie vorzudringen. Auch er verkannte den natürlichen Zusammenhang der geschichtlichen Entwicklung, auch er wollte die bürgerliche Gesellschaft ohne die Elemente, welche sie auflösen und revolutioniren. Indem er den Kommunismus wie das Privateigenthum bekämpfte, verlangte er statt beider den Besitz, was immer er darunter verstand. Ohnehin schrumpfte thatsächlich seine Bekämpfung des Eigenthums zu einer Bekämpfung des Eigenthums am Grund und Boden zusammen. Sein Ideal der Gerechtigkeit, wonach er Gut und Schlecht unterschied, sein Ideal des redlichen Tausches, sein Ideal der Anarchie, der Herrschaftslosigkeit, der individuellen Unabhängigkeit, alles das war aus dem Gedankenschatze der bürgerlichen Gesellschaft geschöpft, lief zuletzt auf ihre Grundlagen hinaus. Die Schwächen und Unklarheiten, die Proudhons erste Schrift schon im Keime enthielt, mochten ihre Wirkung auf das französische Proletariat verstärken, das noch von kleinbürgerlichen Anschauungen durchsetzt war und unter der straffen Zentralisation einer im großkapitalistischen Interesse gehandhabten Staatsgewalt erstickte. Aber ihn selbst mußten sie bei konsequentem Weiterschreiten auf diesem Wege in den kleinbürgerlichen Sozialismus zurückführen.

Nicht durch Proudhon selbst, sondern im Kampfe mit ihm gelang der deutschen Philosophie die Versöhnung von Klassenkampf und Sozialismus. Und deutsche Köpfe vollbrachten diese weltgeschichtliche That.

Erster Abschnitt.

Der moderne wissenschaftliche Kommunismus.

Erstes Kapitel.

Deutsche Zustände. Feudal-zünftige Reste.

Während das Jahr 1830 die englische und französische Bourgeoisie zur politischen Herrschaft rief, weckte es das deutsche Bürgerthum überhaupt erst aus einem politischen Winterschlafe. Es war der Ruhm wie das Verhängniß dieser Klasse, daß sie ihre Revolution glorreich genug in den Wolkenhöhen der Literatur und Philosophie, aber niemals auf ebener Erde mit derben Fäusten und blanken Waffen schlagen konnte. Kein Sturm auf die zahllosen Bastillen des Despotismus und Feudalismus, die den deutschen Boden bedeckten, lüftete ihre Flügel; erst die zerschmetternden Niederlagen, welche die österreichischen und preußischen Heere durch die französischen Eroberer erlitten, bahnten ihr den Weg.

Sie gerieth dadurch in einen unlöslichen Widerstreit ihrer nationalen und sozialen Interessen. Sie verdankte die Anfänge ihrer sozialen Emanzipation einer Fremdherrschaft, die ihr nationales Dasein zertrümmerte. Nach der ganzen europäischen Lage und der geringen Höhe ihrer eigenen Entwicklung mußte sie sich begnügen, den französischen Weltdespoten zu bekämpfen gegen das feierliche Versprechen der deutschen Theildespoten, ihr nach dem Siege politische Rechte zu gewähren. Aus denselben Gründen verstand es sich von selbst, daß sie nach Waterloo um ihren Antheil an dem Siege betrogen wurde. Es blieb bei der Zerreißung Deutschlands in einige dreißig Despotien, von denen die kleinste so souverän war wie die größte. Der Deutsche Bund war ein Hohn auf die nationale Einheit; ohnmächtig und verachtet, ein Spott für das Ausland und Inland, gedieh der Bundestag in Frankfurt a. M. nur zu der Rolle des gemeinsamen Büttels der Fürsten gegen das Volk.

Die grausame Enttäuschung rief in dem deutschen Bürgerthum noch einen Versuch mannhaften Widerstands hervor. Seine kräftige Jugend, die von dem Hauche der klassischen Literatur beseelt war und eben aus einem siegreichen Kriege heimkehrte, pflanzte auf den deutschen Hochschulen in der Burschenschaft ein Banner der Rebellion auf. Doch es war eine Vorhut, um die sich kein Heer sammelte,

und auch diese Vorhut wurde durch jenen Widerstreit der nationalen und sozialen Interessen gespalten. In der Burschenschaft kreuzten sich mittelalterliche Träume von Kaiser und Reich mit einem jakobinischen Ingrimm, der den Dolch des Rächers gegen die wortbrüchigen Fürsten und ihre Helfershelfer zückte. Beides mischte sich in dem Burschenschafter Sand, der im Jahre 1819 den russischen Spion Kotzebue tödtete. Hochherzigen Beweggründen entsprungen, war die That politisch sinnlos, aber um so willkommener kam sie der despotisch-feudalen Reaktion, die schon lange auf der Lauer gelegen hatte. Die Karlsbader Beschlüsse vernichteten alles aufkeimende politische Leben in den deutschen Grenzen. Sie wurden gekrönt mit jener Demagogenhetze, die durch boshafte Heimtücke ersetzte, was ihr etwa noch an brutaler Grausamkeit abgehen mochte.

Der Ueberschuß an politischer Reaktion, worin das deutsche Bürgerthum erstickte, wurde möglich durch seinen Mangel an ökonomischer Entwicklung. Die französische Fremdherrschaft hatte Deutschland erst von dem gröbsten Schutte des Feudalismus gesäubert. Ganz zerstört war er auf dem linken Rheinufer. Hier hatte der Adel keine Vorrechte mehr, der feudale und kirchliche Besitz war in bäuerliche Hände übergegangen, der Bauer ein freier Grundbesitzer wie in Frankreich. Dagegen hatte sich überall sonst in Deutschland ein gewaltiger Rest feudalen Unraths erhalten.

I. Ostelbisches Junkerthum.

Am stärksten im Norden und Osten. Die ritterliche Gutsherrschaft, wie sie seit dem 16. Jahrhundert in Holstein, Mecklenburg, namentlich aber in den preußischen Provinzen östlich der Elbe entstanden war, verdankte ihren Ursprung den ökonomischen Umwälzungen im Zeitalter der Reformation. Aus einem Kriegsmanne war der Ritter ein Waarenproduzent geworden. Aber auf feudale Rechtstitel hin vollzog er seine Wiedergeburt. Aus der mittelalterlichen Grundherrschaft leitete er mit Hilfe feiler Juristen die Vorwände her, unter denen er die Bauern von ihren Schollen vertrieb und ihr Gemeineigen an Wald, Wasser und Weide an sich riß, um eine für den landwirthschaftlichen Großbetrieb genügende Fläche zu gewinnen, unter denen er das Besitzrecht der verschonten Bauern lockerte und ihre persönliche Freiheit vernichtete, so daß sie sich widerstandslos seinen immer wachsenden Ansprüchen an ihre und ihrer Familie Arbeitskraft fügen mußten. Das absolute Fürstenthum widersetzte sich diesem jahrhundertelangen Raube nicht. Es stand, namentlich auch im Preußischen, immer auf Seite der Gutsherren gegen die Bauern, es sei denn, daß es für seine militär- und steuerpolitischen Zwecke mit dem Junker um den Bauern kämpfte. Sein sogenannter Bauernschutz beschränkte sich darauf, die bäuerliche Klasse soweit zu erhalten und ihre Auspressung soweit einzuschränken, daß neben den feudalen die despotischen Ausbeutungs- und Unterdrückungszwecke nicht zu kurz kamen.

Durch die sogenannte Bauernbefreiung wurden die feudalen Zustände keineswegs schon beseitigt. Die französischen Bauern hatten mit dem rothen Hahne, den sie auf die Schlösser ihrer Peiniger setzten, die junkerlichen Köpfe hinreichend erleuchtet; die adeligen Mitglieder der französischen Nationalversammlung gingen voran, als in der berühmten Augustnacht des Jahres 1789 mit den feudalen Vorrechten reiner Tisch gemacht wurde. Die deutschen Bauern waren für die Anwendung einer gleich gründlichen Methode viel zu verelendet; nur hier und da, so in Ostpreußen und Schlesien, verursachten sie „anarchistische Ruhestörungen", mit welchem Ausdruck die preußische Bureaukratie seit hundert Jahren jeden Widerstand ausgebeuteter Klassen beehrt. Dagegen traten klügere Mitglieder des Adels für die Bauernbefreiung ein. Doch war es ihnen keineswegs um die Interessen der Bauern, sondern um die Interessen der Junker zu thun. Sie erkannten, daß der Frohnbauer schlecht und unzuverlässig arbeitet, und indem sie ihn in einen freien, aber besitzlosen Proletarier verwandelten, wollten sie eine größere Menge von Arbeit aus ihm herausquetschen. Wie sich Mirabeau, der adelige Führer des dritten Standes, den Beschlüssen der französischen Nationalversammlung fernhielt, die mit den feudalen Methoden der Ausbeutung aufräumten, so wollte Schön, der freisinnigste aller preußischen Staatsmänner, zwar die persönliche Freiheit der Bauern, aber keineswegs ihr freies Eigenthum an ihren Hufen wiederherstellen. Die Masse der Junker hatte in ihrer verbohrten Klassenselbstsucht nicht einmal hierfür ein Verständniß. Erst die furchtbaren Schläge, die sie von den Bauernsöhnen der französischen Heere erhielten, paukten ihnen ein wenig ökonomische Logik ein.

Vor französischen Despoten zu kriechen, war den deutschen Fürsten und Junkern eine alte ehrwürdige Gewohnheit. Auch vor Napoleon sind sie reichlich genug gekrochen. Aber daneben haßten sie in ihm den plebejischen Testamentsvollstrecker der bürgerlichen Revolution, und dieser Haß trat um so schärfer hervor, je tiefer die einzelnen Theile Deutschlands noch im Feudalismus steckten. Jedoch mit leibeigenen Bauern ließen sich freie Bauern nicht schlagen. Die preußische Bauernbefreiung beschränkte sich also darauf, die Bauern für die moderne Kriegführung tauglich zu machen, sonst aber vom Feudalismus zu retten, was irgend zu retten war. Man gab den Bauern die persönliche Freiheit und köderte sie mit allerlei Verheißungen über die Ordnung ihrer Besitzverhältnisse, bis der Feind aus dem Lande geschlagen war. Dann wurde die bäuerliche Klasse noch ärger geprellt als die bürgerliche.

Die große Masse der kleinen Bauern, die Bauern, die kein eigenes Gespann besaßen, kamen durch die Bauernbefreiung aus dem Regen in die Traufe. Weder durften sie ihr Besitzrecht befestigen, noch sich von den feudalen Abgaben, Diensten, Frohnden befreien. Dagegen machte ihre persönliche Freiheit sie nunmehr vogelfrei für jedes Gelüsten der Junker. Die Schranken, die das Königthum des 18. Jahrhunderts noch gegen das Bauernlegen zu errichten versucht hatte, fielen dahin. Der Junker machte mit den nicht spannfähigen Bauern

was er wollte. Er durfte ihre Stellen einziehen, „unter Entschädigung für ein etwa bestehendes Besitzrecht“, er kaufte sie aus oder kündigte ihnen einfach ihre Hufen oder benützte ihre Unwissenheit, um sie zum Verzicht auf ihre „etwaigen“ Rechte zu bewegen. Genug, er drückte sie um einen Spottpfennig oder, wenn ihm selbst das zu viel war, einfach mit Gewalt oder mit Lug und Trug zu einer Klasse besitzloser Proletarier herab, deren Freiheit darin bestand, daß die Bauern frei von allen Rechten gegen die Junker, die Junker aber frei von allen Pflichten gegen die Bauern waren. Für einen Theil dieses Proletariats wurde sogar die Rechtlosigkeit durch die Gesindeordnung von 1810 gesetzlich festgestellt. Damit wurde der großen Masse der Bauern für Großbeeren, Dennewitz, Leipzig und all die zahllosen Schlachten der napoleonischen Kriege gedankt. Noch im Jahre 1848 rühmte es der Junker Bismarck öffentlich als einen idealen Zustand, daß die Tagelöhner auf seinem Gute Kniephof gegen einige nach seiner eigenen Schilderung jammervolle Naturallieferungen und einen Tagelohn, der im Sommer für den Mann vier, für die Frau drei, im Winter für jedes einen Silbergroschen weniger betrug, jährlich 156 Manns- und 26 Frauentage unentgeltlich zu schanzen hatten.

Nachdem sich die Junker ein für den landwirthschaftlichen Großbetrieb unentbehrliches und gegen die gründlichste Ausbeutung widerstandsloses Proletariat geschaffen hatten, plünderten sie die Minderheit der spannfähigen Bauern in anderer Form. Diese Bauern wurden in solche mit unsicherem, d. h. durch die junkerlichen Räubereien im Laufe der Jahrhunderte unsicher gemachtem Besitzrecht und solche mit noch sicherem Besitzrecht getheilt. Die spannfähigen Bauern mit unsicherem Besitzrecht wurden „regulirt“; sie durften sich ein freies Eigenthumsrecht an ihren Schollen und die Befreiung von allen Feudallasten dadurch sichern, daß sie je nach der Unsicherheit ihrer Besitzrechte ein Drittel oder die Hälfte ihres Ackers den Junkern überließen. Dabei wurde noch ein großer Theil dieser spannfähigen Bauern durch perfide Gesetzesbestimmungen von der Regulirung ausgeschlossen und ebenso wie ihre nicht spannfähigen Schicksalsgenossen der junkerlichen Willkür preisgegeben. Die spannfähigen Bauern mit sicherem Besitzrecht wurden „abgelöst“; sie durften ihre feudalen Lasten in Geld- oder Kornrente schätzen lassen und sich um den fünfundzwanzigfachen Betrag der Rente ganz davon loskaufen.

Auf diese Weise entstanden von 1815 bis 1848 in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien, Preußen und Posen durch Regulirung nicht mehr als 70582 erbliche Eigenthümer, über 20000 davon allein in der Provinz Posen, wo die Regierung dem ihr aufsässigen polnischen Adel etwas schärfer auf den Leib rückte. Daneben lösten sich 289652 spannfähige Bauern von den feudalen Lasten ab. Bei der Regulirung und Ablösung selbst wurden die Bauern noch über die Grenzen der ihnen schon so ungünstigen „Reform“ hinaus von den staatlichen Behörden geschädigt, die überall den Junkern in die Hände arbeiteten. Die ganze Befreiung kostete den Bauern an Land 1533050 Morgen, an Kapital-

abzahlung 18 544 768 Thaler, ferner an jährlich zu zahlender Rente 1 599 992 Thaler und 260 069 Scheffel Getreide.

Die preußische Bauernbefreiung erschien wie eine blutige Satire auf das, was die französischen Bauern aus ihrer Revolution gewonnen hatten. Jenseits des Rheins waren der Absolutismus und Feudalismus gestürzt, und ihre gespensterhafte Wiederkehr nach Waterloo bewies nichts, als daß ihre Tage ein- für allemal gezählt waren. Diesseits der Elbe wuchsen sie sich um so behaglicher aus, je mehr ihnen die Ausbeutung der Massen gestattete, den Betrieb der Staatsdomänen und der Junkergüter auf kapitalistische Füße zu stellen. Die große Landwirthschaft hatte jetzt in aller Form Rechtens ein Proletariat, dessen letzten Schweißtropfen sie ausmünzen konnte, und die kolossalen Aufwendungen an Geld und Land, womit die Bauern über ihre vierhundertjährige Plünderung obendrein hatten quittiren müssen, lieferten die Mittel zur Einrichtung landwirthschaftlicher Gewerbe. In erster Reihe der Schnapsbrennerei, die von nun an zunächst Deutschland und dann die ganze Welt mit preußischem Fusel zu überschwemmen begann. Die preußische Spritindustrie vergiftete die Massen mit einem Erfolg, der nur von der englisch-indischen Opiumindustrie zur Vergiftung Chinas übertroffen worden ist. Aber der Destillirhelm krönte die ostelbische Junkerherrlichkeit, wie kaum ihr Armeehelm, geschweige denn ihr Wappenhelm. Und während sie mit dieser und anderen höchst modernen Industrien, so der Rübenzuckerindustrie, sich neue Bollwerke ihrer Macht schufen, hielten die preußischen Junker krampfhaft an einem Wust feudaler Vorrechte fest, an der Gutspolizei, der Patrimonialgerichtsbarkeit, dem Kirchenpatronat, dem Jagdrecht u. s. w.

Es war eine wunderlich verzerrte Welt, und sie mochte wohl ausschauen, wie sie dem rheinischen Dichter erschien: Ein Kind mit großem Kürbiskopf, Hellblondem Schnurrbart, greisem Zopf, Mit spinnig langen, doch starken Aermchen, Mit Riesenmagen, doch kurzen Gedärmchen. Aber ehe das deutsche Bürgerthum mit der hartnäckigen und zähen, seit Jahrhunderten ans Herrschen gewöhnten Klasse der preußischen Junker nicht fertig wurde, durfte es an seine politische Herrschaft nicht denken, durfte es um so weniger daran denken, als sich diese Junker in der preußischen Armee und Bureaukratie allezeit schlagfertige Waffen geschmiedet hatten.

II. Städtisches Handwerk.

Im preußischen Staate lebten mehr als drei Viertel der Bevölkerung auf dem platten Lande, im deutschen Bunde mehr als zwei Drittel. In den Städten hielt überwiegend das zünftige Handwerk, herabgekommen wie es war, das Heft in der Hand. Es stand im Jahre 1830 auf derselben Stufe wie im Jahre 1800. In der zweiten Hälfte dieses Zeitraums hatte es nothdürftig die Wunden geheilt, die ihm in der ersten Hälfte durch die ewige Kriegsnoth geschlagen worden waren. Sonst wies es keine Spuren fortschreitender Entwicklung auf. Es arbeitete nach

Urväterweise für den örtlichen Verbrauch, recht und schlecht, beschränkt und eigensüchtig, allen technischen Fortschritten abhold, ein dämmeriges Pflanzendasein fortspinnend in der drückenden Enge der Kleinstädterei. Die einzelnen Handwerksbetriebe waren von zwerghaftem Umfange; es gab fast noch einmal so viele Meister wie Gesellen. Jeder Geselle hatte die Hoffnung, selbst Meister zu werden; wo die Gewerbefreiheit bestand, war die Niederlassung ohne Weiteres möglich; dem Handwerke fehlte die Spannung sozialer Gegensätze.

Gleichwohl sah es unter den Gesellen nicht so trübe aus, wie unter den Meistern. Die alten Gesellenverbände waren seit dem dreißigjährigen Kriege zerfallen, und ihre verkümmerten Reste hatte die fürstliche Gewalt im Interesse des aufkommenden Kapitalismus gewaltsam zertreten. Dabei stand die preußische Monarchie in erster Reihe. Auf ihr Betreiben wurde das Reichsgesetz von 1731 erlassen, das den letzten Widerstand der ehemals so kampflustigen und trotzigen Gesellenschaft niederwarf, und die preußische Handwerksordnung von 1733 setzte die schärfsten Strafen, Gefängniß, Zuchthaus, für Rückfällige den Tod, auf Verstöße gegen die reichsgesetzlichen Bestimmungen. Es versteht sich von selbst, daß dann auch im preußischen Landrecht ein strenges Koalitionsverbot erlassen wurde. Aber gerade die Grausamkeit dieser Gesetzgebung hielt in der Gesellenschaft eine Art dumpfen Klassenbewußtseins wach, einen unruhigen unzufriedenen Sinn, der durch eine zünftige Einrichtung, den Wanderzwang, stets von Neuem angeschürt wurde. In der Schweiz, in England und Frankreich lernten die deutschen Handwerksburschen vorgeschrittene Zustände kennen, von denen die heimische Verrottung grotesk genug abstach; viele blieben im Auslande hängen, andere brachten freiere Anschauungen in die Heimath zurück.

Dem trümmerhaften Zustande des deutschen Handwerks entsprach der zertrümmerte Zustand seiner Verfassung. Schon im 18. Jahrhundert hatte die kapitalistische Politik des aufgeklärten Despotismus die Zunftverfassung angetastet, durchbrochen, erschüttert; dann waren die Stürme des napoleonischen Zeitalters darüber hinweggebraust, aber gründlich hatten sie die Zunft doch erst da ausgefegt, wo sie auch dem Feudalismus den Garaus gemacht hatten: in Rheinpreußen, Rheinbaiern und Rheinhessen. In ganz Süddeutschland herrschte sonst noch die Zunft, auch im Königreiche Sachsen, das verhältnißmäßig schon auf eine hohe Stufe der industriellen Entwicklung gelangt war. In den altpreußischen Provinzen stand die Gewerbefreiheit freilich auf dem Papier, doch gab sie dem preußischen Handwerke keinen neuen Aufschwung. Seit vierhundert Jahren waren die ostelbischen Städte so häufig von dem Fürsten- und Junkerthum geplündert worden, daß ihnen jeder regsame Bürgergeist fehlte.

Wohl war die Städteordnung von 1808 für ihre Zeit ein ziemlicher Fortschritt. Sie befreite die Städte einigermaßen von der bureaukratisch-militärischen Fuchtel, sie gab ihnen die Verwaltung ihrer Finanzen, des Armen- und Schulwesens, unter Umständen auch der Polizei zurück. Aber wenn sie schon, wie die ganze preußische Reformgesetzgebung nach Jena, ein von der äußersten Noth

erpreßtes Stückwerk war, so wurde sie nach Waterloo nicht vorwärts, sondern rückwärts revidirt. Und zwar in dem Sinne, daß die ärmeren Schichten möglichst vom Bürgerrecht, möglichst aus den städtischen Behörden ausgeschlossen, diese Behörden selbst aber unter ein chikanöses Aufsichtsrecht der staatlichen Bureaukratie gestellt wurden. Daneben hatte die unglückliche Scheidung zwischen Bürgern und Schutzverwandten zwar nicht die rechtliche, aber die thatsächliche Folge, daß die gebildeten Klassen sich erst herbeiließen, Bürger zu werden, wenn sie sich ein Haus kauften und Bürger werden mußten. Die Masse der städtischen Bürger bestand aus Handwerkern und Hausbesitzern, die in der beschränktesten Philistergesinnung groß geworden waren. Gewöhnt an die ausbeuterischen Praktiken der Zunft sahen sie in der neuen Städtefreiheit einen willkommenen Ersatz für das, was ihnen die Gewerbefreiheit genommen hatte. Mit behäbiger Seelenruhe verschleuderten sie den städtischen Landbesitz, verwüsteten sie die städtischen Forsten, rückten sie erobernd mit den Grenzen ihrer Gärten vor, bis Wall und Graben verschwunden waren, theilten sie mitunter sogar den Hof des Rathhauses unter sich auf. Wer im Schützenhause am besten seinen Dreikart spielte, war der Held dieses kleinen Bürgerthums.

Rühriger erschien der süddeutsche Kleinbürger, obgleich hier das Handwerk rechts vom Rhein noch in den Banden der Zunft lag. Napoleon hatte die Mittelstaaten jenseits des Mains aus hundert ehemals reichsunmittelbaren Fetzen zusammengeschlagen, und ihre Fürsten waren dem französischen Beschützer treu geblieben, so lange sie es irgend bei Strafe des sofortigen Unterganges konnten. Nun suchten sie ihre hastig zusammengezimmerten und noch sehr wackeligen Throne auf konstitutionellen Verfassungen fester zu gründen. Aber dieser Konstitutionalismus war auch darnach. Er hatte nichts hinter sich als große Worte. Er konnte das feudal-militärische Deutschland nicht aus den Angeln heben und er trug nicht einmal ein Gelüste nach den sauren Trauben. Das politische Ideal des Kleinbürgers, wie er in Baden, in der Pfalz, in Württemberg vorherrschte, war durch seine ökonomische Lage bestimmt. Er wollte unter Umständen die Republik, aber die Republik als sanftes Arkadien, die bäuerlich-bürgerliche Republik von geringem Umfange, ohne die großen Gegensätze des historischen und sozialen Lebens, ohne viel Reichthum und ohne viel Armuth, lauter Mittelstand und Mittelmäßigkeit. Er wollte keine Fürsten, keine Zivilliste, keinen Adel, kein stehendes Heer und womöglich auch keine Steuern, aber er wollte auch keine aktive Betheiligung an der Geschichte, keine auswärtige Politik, keine große Industrie, keine Eisenbahnen, keinen Welthandel. Wäre es möglich gewesen, daß Deutschland in eine Anzahl solcher Winkelrepubliken zerfiel, so wäre es gründlicher als jemals früher aus der Reihe der großen Nationen verschwunden.

Zweites Kapitel.

Deutsche Zustände. Kapitalistische Anfänge.

Neben dem überwiegenden Handwerke fehlte es in Deutschland jedoch auch nicht an mancherlei Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise. Trotz der allgemeinen Verarmung hatten sich in den alten Handels- und Seeplätzen mehr oder minder beträchtliche Reste von Kapital erhalten. Dann waren im 18. Jahrhundert die unersättlichen Geldbedürfnisse des Despotismus für Hof und Heer, seine wachsende Steuerwucht und seine wachsenden Staatsschulden, seine Monopol-, Privilegien- und Protektionswirthschaft zu starken Hebeln der kapitalistischen Produktionsweise geworden. Zum Theil floß das Kapital des Industriellen direkt aus dem Staatsschatze; von den 180 Millionen Thalern sächsischer Staatsschulden leitete Mirabeau den Manufakturglanz dieses Landes her. Bekannt ist die merkantilistische Politik der Hohenzollern. Die preußischen Steuern, Akzise und Kontribution, bluteten die Handwerker und Bauern aus; mochte nun auch der Löwenantheil des Ertrags an Heer und Junkerthum fließen, manch rundes Sümmchen fiel daneben in den Schooß der Kapitalisten, die damals mit Entzücken dem Prinzip der „Staatshilfe" huldigten. Die Proletarisirung der Bauern lieferte dem jungen Kapital immer neue Massen zur Verwandlung von Muskel und Nerv in heckenden Mehrwerth, und die drakonische Ausrottung des blauen Montags, die summarische Verkürzung der kirchlichen Feiertage setzten die kapitalistische Pumpe in immer schnelleren Gang. Die kleineren Despoten lösten ungezählte Millionen durch den Massenverkauf der Landeskinder für die Kriege des Auslandes. Anders als unter Blut und Elend und Schmach hat sich auch in Deutschland die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals nicht vollzogen.

Immer blieb der deutsche Kapitalismus weit hinter dem französischen oder gar englischen zurück. Er war darauf angewiesen, auf dem Weltmarkte mit Hungerlöhnen und schäbigen Geschäftskniffen der überlegenen Konkurrenz der westlichen Völker ein Bein zu stellen. Seine breite Basis war die Hausindustrie, hinter der die auf Handarbeit beruhende Manufaktur und vollends die mechanische Fabrik weit zurückstanden.

Nun ist die Hausindustrie wie die älteste so die rückständigste Form der kapitalistischen Produktionsweise. In ihren Anfängen erscheint sie oft als eine Wohlthäterin des armen Bauern und Handwerkers; sie lullt ihre Opfer in einen behaglich-lethargischen Geistesschlaf, um sie dann zur ärgsten Verkümmerung an Geist und Leib zu erwecken. Sobald die Hausindustrie vom Manufaktur- oder gar Maschinenbetrieb überholt wird, vermag sie sich nur durch die fieberhafteste Anspannung der Arbeitskraft aufrecht zu erhalten. Die Zersplitterung der Hausarbeiter lähmt ihre Widerstandskraft gegen das Kapital und der fortwährende

Druck auf die Löhne zwingt sie, den Arbeitstag bis an die Grenzen der physischen Möglichkeit auszudehnen, Weib und Kinder in das gleiche Joch zu spannen, sich und ihre Familien einem schnellen Siechthum, einem frühen Tode zu opfern. Und nicht nur durch das Uebermaß der Arbeit, sondern auch durch den Mangel der nothwendigsten Arbeitsbedingungen, durch den Mangel an Licht, Luft, Ventilation in der engen Behausung, die Wohnung und Werkstätte in Einem ist, oft genug auch durch die gesundheitsgefährliche Beschäftigung. Dazu kommen Unregelmäßigkeit der Arbeit, Truck und Wucher, parasitisches Faktorenwesen, hundert andere Uebelstände. Die hoffnungslosesten aller Proletarier, stehen die Hausarbeiter gleichwohl dem proletarischen Klassenbewußtsein am fernsten. Sie prunken mit dem Schein ihrer Selbständigkeit, während ihr federleichter Besitz sie wie ein schweres Bleigewicht in den Abgrund reißt. Die Art ihres Betriebs wirft sie um so wehrloser in das zerstörende Getriebe des Weltmarkts, je fester sie den Bauern an seinen Ackerfleck, den Handwerker an sein Werkzeug schmiedet.

Die deutsche Hausindustrie entstand wesentlich auf zwei Wegen. Theils nistete sich das Kapital in die Risse der Zunft und sprengte den morschen Bau, so daß einzelne Handwerker zu kapitalistischen Verlegern, die meisten aber zu hausindustriellen Lohnarbeitern wurden. Auch hierbei half freundwillig die Staatsgewalt. Das preußische Landrecht unterwarf das ganze Zunftwesen dem landesherrlichen Gebote, neue Zünfte durfte nur der König errichten, und die bestehenden Zünfte konnte er öffnen oder schließen, wie ihm gefiel. Theils aber und hauptsächlich warf sich das Kapital aufs platte Land, wo es frei war von den immer doch beengenden Schranken der Zunft, auf den hörigen Bauern, den der Junker schon wehrlos gemacht hatte, auf den Zwergbauern, der in Gegenden von geringer Fruchtbarkeit und mit stark zertheiltem Grundbesitz auf karger Hufe saß, vom Ackerbau allein nicht leben konnte, im Spinnen und Weben, im Schnitzen von mehr oder minder kunstvollem Hausgeräth schon lange eine Nebenbeschäftigung gesucht hatte. Es ist bezeichnend, daß der Kapitalismus die Höhen und Abhänge der deutschen Gebirge, des Eulen- und Riesen-, des Erz- und Fichtelgebirges, des Thüringer Waldes und der Rhön, des Taunus, des Schwarzwaldes und der bairischen Alpen mit hausindustriellem Jammer überschwemmte. Doch verschmähte er auch nicht, was ihm die Ebene an Opfern bot; breite Striche am Niederrhein und in Westfalen waren alte Sitze der Hausindustrie.

I. Schlesische und sächsische Hausindustrie.

Im östlichen Deutschland bildeten die Provinz Schlesien und das Königreich Sachsen die Mittelpunkte der kapitalistischen Produktionsweise. In der Leinenindustrie hatte sich Deutschland noch in den Zeiten seines tiefsten Verfalls die fast einzige Exportindustrie erhalten, und zu ihren Hauptsitzen zählte Schlesien

seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Damals hatte die lebhafte Nachfrage englischer und holländischer Händler dem schlesischen Leinengewerbe einen starken Aufschwung gegeben; im Anfange des 18. Jahrhunderts wurde in 287 schlesischen Ortschaften Leinwand für den Verkauf produzirt. Es war fast ausschließlich eine ländliche Hausindustrie, die in Dörfern mit magerer Feldmark betrieben wurde, und sie ruhte auf feudaler Grundlage.

Schlesien stellte in gewisser Beziehung das klassische Land des ostelbischen Feudalismus dar. Als Schön die Provinz im Jahre 1797 bereiste, war er entsetzt über die „gräßlichen" Zustände. Er meinte, hier mache die Luft erbeigen, außerhalb der Städte gebe es nur Herren und Knechte; wenn nicht Aufstände über Aufstände ausbrächen, so erkläre es sich theils aus dem Rest eines patriarchalischen Verhältnisses zwischen Gutsherrn und Hintersassen, bei dem diese bewußtlos das sonst Unerträgliche leichter ertrügen, theils aus der geistigen und körperlichen Verkrüppelung der Schlesier durch Leibeigenschaft, Hörigkeit, Erbunterthänigkeit, durch das Spinner- und Weberwesen. In der That wurzelte die Organisation des schlesischen Leinengewerbes in der Gutsherrlichkeit. Während in den anderen altpreußischen Provinzen das Handwerk vom platten Lande verbannt oder so gut wie verbannt war, gab es in Schlesien aus der österreichischen Zeit her zahlreiche Handwerker auch in den Dörfern, und die Gutsherren waren alleinige Inhaber der Gewerbeberechtigungen. Wohl verbot ihnen der König Friedrich, als er Schlesien erobert hatte, die Erhebung von Gewerbe- und Handwerkerzinsen, aber wie so oft, zerschellte auch in diesem Falle der Wille des aufgeklärten Despoten an dem geschlossenen Widerstande der feudalen Junker.

Den Weberzins an die Gutsherren hatten alle Weber zu entrichten, die freien und die unfreien. Doch die Freien waren in verschwindender Minderzahl; die ungeheure Mehrzahl der Weber war gutsunterthänig und mußte neben dem Weberzinse die feudalen Abgaben und Dienste leisten. Indem die Gutsherren ihren Unterthanen das Recht verkauften, das Weben als Waarenproduktion zu betreiben, dachten sie aber nicht etwa an die Pflicht, für den Absatz der Waaren zu sorgen. Im Gegentheil: sie ließen das Garn, das ihnen als Naturalabgabe von den hörigen Flachsspinnern massenhaft zuströmte, durch Händler an die Weber vertreiben; die von ihnen besteuerten Gewerbetreibenden wurden ihnen ein sicherer Absatzmarkt für ihren Ueberfluß an Garn. Wo aber die Weber mit ihrem etwaigen Ueberschuß an produzirter Leinwand blieben, das war ihre Sache und ging die Gutsherrschaft nichts an. Sie mußten losschlagen zu jedem Preise des Marktes oder zu dem was ihnen die Leinenhändler als solchen Preis anzugeben für gut befanden. Die von jeher sprichwörtliche Noth der schlesischen Weber erklärt sich hinlänglich daraus, daß sie gleichzeitig vom Feudalismus wie Kapitalismus in holdem Wetteifer gerupft wurden.

Trotz oder auch wegen der Webernoth blühte die schlesische Leinenindustrie bis gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts. Dann aber unterlag sie der aufkommenden britisch-irischen Konkurrenz. Der irische und schottische Spinner war

gewiß auch nicht auf Rosen gebettet, aber die magerste Löhnung erwies sich doch noch als ein besserer Sporn zu fleißiger und tüchtiger Arbeit, zu technischen Fortschritten des Spinnprozesses, als der feudale Zwang, gemessene oder auch ungemessene Garnmengen umsonst zu liefern. In Schlesien wurde nicht einmal die Handspindel durch das Spinnrad ersetzt, und das schlesische Garn kam in einen ebenso schlechten wie verdienten Ruf. Noch eingreifender beeinflußte die Gutsherrlichkeit die Konkurrenzfähigkeit der schlesischen Weber. Nach einem englischen Parlamentsberichte von 1773 verdienten die Weber in Schottland 10, in Irland 8, in Schlesien 2 bis 6 Pence den Tag. Dabei hatten die irischen und schottischen Weber keinem Grundherrn einen Weberzins zu zahlen oder gar noch feudale Abgaben und Dienste zu leisten. Stieg ihr Lohn bei steigender Konjunktur so weit, daß sie einen Sparpfennig erübrigten, so konnten sie bei sinkender Konjunktur nach Amerika auswandern. Dagegen durfte der schlesische Weber das Gebiet seiner Gutsherrschaft nur gegen ein Loskaufgeld verlassen, das unter allen Umständen seine Mittel überstieg. Auf diese Weise wurde das Spinner- und Weberwesen allerdings der geistigen und körperlichen Entwicklung der schlesischen Landbevölkerung höchst nachtheilig. Und wie mit dem Arbeiter die Arbeitsleistung verdarb, so mußte die schlesische Leinenindustrie trotz aller Künste unlauteren Wettbewerbs der englischen Konkurrenz mehr und mehr weichen.

Die merkantilistische Politik König Friedrichs konnte ihrer innern Natur nach diese Mißstände nicht beseitigen. Mochte sie noch so zahlreiche Reglements und Statuten erlassen, die durch Schauämter, durch Ausschluß von Pfuscherarbeit, durch Bedrohung der Weber mit Karre, Stock, Halseisen und Zuchthaus die Güte der Waare sichern sollten: alles das half nichts, so lange die Gutsunterthänigkeit der Spinner und Weber, so lange die Wurzel des Uebels blieb. Unter dieser Voraussetzung vermehrte Friedrich auch nur die Webernoth, indem er immer neue Weber ins Land zu ziehen suchte, ein Bestreben, das ihn unablässig beschäftigte und bis zu gewaltsamem Menschenraub in seinen mindermächtigen Nachbarstaaten trieb. Seine Maßregeln zur Hebung der schlesischen Leinenindustrie gehören zu den groteskesten Kapiteln seiner bornirten Wirthschaftspolitik.

Durch allen Stumpfsinn der schlesischen Weber drang ein ferner Nachhall der französischen Revolution. Im Jahre 1792 brachen Revolten unter ihnen aus. Mit dem Sack um die linke Schulter zogen sie aus den Bergen auf die städtischen Märkte und zwangen durch Mißhandlungen die Garnhändler, billig zu verkaufen, die Leinenhändler theuer zu kaufen. Unterstützt wurde die Bewegung durch bäuerliche Unruhen und einen Tumult der Breslauer Handwerksgesellen. Da sich das preußische Heer auf dem tragikomischen Kreuzzuge gegen das revolutionäre Frankreich befand und Schlesien von Truppen entblößt war, so schwankte die erschreckte Regierung zwischen barbarischer Unterdrückung und hilflosen Palliativmitteln. Sicherer aber als durch Almosen und Spießruthen bändigten die Kaufleute den Aufstand, indem sie sich von den Märkten fern hielten, bis die Weber durch den Hunger gezähmt worden waren.

Da die schlesischen Hausindustriellen gleichmäßig vom Feudalismus und Kapitalismus gerupft wurden, so entsprach es der edlen Harmonie preußischer Sozialreform, daß sie mit der Bauern- und der Gewerbefreiheit gleichmäßig genarrt wurden. Die mißverständliche Auffassung der Freiheit, deren der Bauersmann von Martini 1810 ab genießen sollte, wurde an vielen Orten Schlesiens streng unterdrückt, und eine königliche Kabinetsordre belehrte die geliebten Unterthanen, daß mit der Erbunterthänigkeit keineswegs Frohnden und Hufedienste, Geld- und Naturalleistungen, Grundgeld und Hundehafer, Hühner-, Gänse-, Eier-, Besen-, Wächter-, Silber- und sonstige Zinse gefallen seien. Und ebenso illustrirte die Regierung die neue Gewerbefreiheit, indem Hardenberg auf das Drängen der Junker erklärte, daß diese Freiheit keineswegs den Weberzins beseitigt habe, der vielmehr rechtlich fortbestehe, derselbe Zins, den die friderizianische Politik wenigstens noch grundsätzlich bestritten, wenn auch thatsächlich nicht abgeschafft hatte. Das alte Elend blieb für die Arbeiter der schlesischen Leinenindustrie fast ungemindert, und nun drohte die englische Konkurrenz mit einem zweiten gewaltigeren Schlage: mit dem Kampfe nicht mehr nur des freien Arbeiters gegen den unfreien, sondern auch mit dem Kampfe der Maschine gegen die Hand. Die Zeiten kamen herauf, in denen die schlesischen Weber nach dem Worte eines amtlichen Berichterstatters „die elendesten Bewohner vielleicht von ganz Europa“ wurden.

Im Königreiche Sachsen datirten die Anfänge des Kapitalismus aus dem Zeitalter der Reformation. Seine älteste Stätte war der Bergbau; der „Bergsegen“ wurde früh ein Fluch für die Bergleute, die ihn zu Tage förderten; von gewaltsam unterdrückten Lohnkämpfen, von zahllosen Verordnungen gegen das Trucksystem wird schon aus dem 15. Jahrhundert berichtet. Mit der Entdeckung der amerikanischen Gold- und Silbergruben sank der sächsische Bergbau in edlen Metallen, aber die alten Handels- und Verkehrsbeziehungen, die günstige geographische Lage des Landes, der Reichthum seines Bodens an mineralischen Schätzen, an Blei, Zinn, Kohlen ließen es nicht zu einem dauernden ökonomischen Verfall kommen. Die Leipziger Messen wurden für das östliche Europa die großen Märkte erst der französischen, dann auch der englischen Manufakturwaaren, und die verschiedensten Zweige der Textilindustrie gelangten zu hoher Blüthe. Die sächsischen Tücher, die lausitzer Linnen, die vogtländischen Musseline, die Baumwollwaaren aus Chemnitz, die Spitzen vom Erzgebirge gingen ins entfernteste Ausland. Einen neuen mächtigen Anstoß erhielt die sächsische Industrie durch die Kontinentalsperre. Chemnitz begann sich zum sächsischen Manchester zu entwickeln; eine Kattunfabrik beschäftigte 1200, eine Kattundruckerei und Baumwollspinnerei über 3000 Arbeiter. Kleine Spinnmaschinen für Baumwolle waren schon seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts eingeführt worden, doch gab es bis zur Mitte dieses Jahrhunderts noch keinen mechanischen Webstuhl. Die Hausindustrie überwog, und ihre Hungerlöhne waren weit und breit verrufen. Kartoffeln und Zichorienbrühe nährten ausschließlich die Hausarbeiter des Erzgebirges; schon im Jahre 1780 veröffentlichte ein Arzt des Vogtlands ein Werk über die eigenthümlichen

Krankheiten, die sich mit dem Anwachsen des hausindustriellen Betriebs ausbreiteten und vervielfältigten.

Im 18. Jahrhundert war Sachsen der ökonomisch und demgemäß auch geistig vorgeschrittenste Theil Deutschlands. Sachsen hat die Bahn deutscher Kultur gebrochen, die Sachsen sind der am meisten unterrichtete und gelehrte Stamm der deutschen Nation: so schrieb Schön bei einem Besuche des Landes. Sachsen besaß die besten Schulen und von hier aus entwickelte sich unsere klassische Literatur. Anders stand es um seine politische Verfassung. Zwar konnte sich auf diesem ökonomischen Unterbau kein Militärstaat nach preußischem Muster erheben; man war in Dresden mit den ökonomischen Erkenntnissen der Zeit viel weiter fortgeschritten, als in Berlin; vergebens suchte die Kurfürstin-Regentin Maria Antonia von Sachsen den alten Fritz von seinem verbohrten Merkantilismus zu bekehren. Leipzig war fast eine freie Reichsstadt, und überhaupt erfreuten sich die sächsischen Städte einer gewissen Unabhängigkeit. Mochte diese Unabhängigkeit auch zunächst einem patrizischen Klüngel förderlich sein: in der gährenden Unzufriedenheit der plebejischen Masse steckte doch ein vorwärtstreibendes Element, das in den preußischen, vom Korporalstock niedergeworfenen Städten gänzlich fehlte. Dennoch war weder mit dem Feudalismus auf dem Lande, noch mit der Zunft in der Stadt aufgeräumt, und die vermoderten Formen der ständischen Monarchie dauerten im 19. Jahrhundert fort. Ein freiwilliger Bundesgenosse Napoleons, weder wie Preußen sein Feind, noch wie die sonstigen Rheinbundsstaaten sein Geschöpf, bewahrte Sachsen sein soziales Gefüge vor den wohlthätig aufrüttelnden Folgen der französischen Eroberung, und als es, ohnehin durch den Feldzug von 1813 bis auf den Tod erschöpft, zur Strafe für die seinem „großen Alliirten" bewahrte Treue auf dem Wiener Kongreß zerrissen wurde, schleppte sich der alte Schlendrian weiter.

II. Rheinisch-westfälische Großindustrie.

So lagen die industriellen Mittelpunkte des östlichen Deutschlands noch mehr oder minder im feudalen Sumpfe. Dagegen war der industrielle Mittelpunkt des westlichen Deutschlands nahezu auf die Höhe der modernen bürgerlichen Gesellschaft gelangt. Rheinpreußen besaß eine ausgebildetere und mannigfaltigere Industrie als Schlesien und selbst Sachsen; es ging ihnen aber auch darin voran, und diesen Vorzug theilte es in ganz Deutschland nur noch mit Rheinbaiern und Rheinhessen, daß es seit 1795 die bürgerlich befreiende Gesetzgebung der französischen Revolution mitgemacht hatte. Die alte naturwüchsige Industrie, die von jeher in der besten Wasserstraße Deutschlands, in der Nähe des Meeres, in den mineralischen Schätzen des Bodens kräftige Förderungsmittel gehabt hatte, war unter der französischen Herrschaft mächtig aufgeblüht. In den Regierungsbezirken Aachen, Köln und Düsseldorf gab es fast alle Industriezweige: Baumwollen-,

Wollen- und Seidenindustrie aller Art mit den davon abhängigen Zweigen der Bleicherei, Druckerei und Färberei, der Eisengießerei und Maschinenfabrikation, ferner Bergbau, Waffenschmieden und sonstige Metallindustrie. Sie beschäftigten eine Bevölkerung von einer Dichtigkeit, die sonst in Deutschland unerhört war.

An die Rheinprovinz schloß sich unmittelbar, sie mit einem Theile der Rohstoffe versorgend und industriell zu ihr gehörend, der märkische Eisen- und Kohlendistrikt an. Mit der Industrie in Wechselwirkung stand ein für deutsche Verhältnisse sehr ausgedehnter Aus- und Einfuhrhandel nach allen Welttheilen, ein bedeutender direkter Verkehr mit allen großen Stapelplätzen des Weltmarkts. Die Blüthe von Handel und Industrie förderte die Anhäufung des Kapitals; in den Städten zerrieb es die alten Stände und ballte die Atome von Neuem zusammen in die immer schroffer sich scheidenden Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats. Auf dem Lande bestand Freiheit des Grundeigenthums; der kleine Bauer herrschte vor, der frei war von feudalen Lasten, aber immer mehr der Schuldknechtschaft des Kapitals verfiel. Ueber ihn herrschte die Bourgeoisie durch die Hypothek, wie über das Proletariat durch den Lohn und über die Kleinbürger durch die Konkurrenz. Anerkannt aber und befestigt war die Herrschaft der Bourgeoisie durch die Handelsgerichte, die Fabrikgerichte, die Schwurgerichte, durch die ganze materielle Gesetzgebung. Es war eine für Deutschland einzige Höhestufe der ökonomischen Entwicklung.

In ihrem allmäligen Wachsthum bot die rheinisch-westfälische Großindustrie ein buntes Bild der kapitalistischen Betriebsformen. Im Remscheider Bezirk hatte sich das Handwerk erhalten und das Kapital begnügte sich mit der Rolle des exportirenden Kommissionärs für alle möglichen Artikel, wodurch sein Regiment nicht eigentlich sanfter wurde. Im Solinger Bezirk sprengte es die Zunft und warf die Waffenschmiede, einst das angesehenste Handwerk, ein Handwerk von Weltruf, in alles Elend eines hausindustriellen Proletariats. In Aachen kirrte es das zünftige Tuchhandwerk, indem es die billigen Arbeitskräfte der ländlichen Umgebung in seine Dienste nahm. In der Krefelder Seidenindustrie, die von Anfang an kaufmännisch organisirt war, kämpften die Hausweber hartnäckig um den Namen von Handwerksmeistern; sie waren glücklich, sich durch schwere Entbehrungen das Eigenthum an ihren Webstühlen zu erwerben, ohne zu ahnen, daß sie sich dadurch nur um so fester in die Ketten des Kapitals schmiedeten. Doch zeichnete sich die rheinische Industrie auch darin aus, daß sich in ihr schon früh der Manufaktur- und Maschinenbetrieb entwickelte. Die erste mechanische Spinnmaschine in Deutschland wurde 1783 von einem Elberfelder Fabrikanten mit Wasserkraft betrieben. Wenn sich die Solinger Schleifer 1826 gegen ein entsetzliches Trucksystem, die Krefelder Seidenweber 1828 gegen einen unerträglichen Lohndruck tumultuarisch erhoben, so fielen gleichzeitig in dumpfem Schweigen Hekatomben von Arbeiterkindern der Maschine zum Opfer.

Es war das unfreiwillige Verdienst der preußischen Regierung, diese greuelvollen Zustände aufzudecken. Im Jahre 1818 erfuhr sie zufällig, daß ein rheinischer

Fabrikant eine Fabrikschule errichtet hatte, und mit jener eigenthümlichen Heuchelei, die längst als preußischer Wind sprichwörtlich geworden war, wurde der verdienstvolle Mann dafür durch eine königliche Kabinetsordre öffentlich belobt. Inzwischen führte die Verfolgung der sogenannten Demagogen zu einer Untersuchung der Schulen, und der Kultusminister v. Altenstein verlangte von der Düsseldorfer Regierung nähere Auskunft über jene Fabrikschule. Es stellte sich nunmehr heraus, daß der belobte Fabrikant zwei Spinnereien besaß, in denen sowohl zur Tages- wie zur Nachtarbeit Kinder vom sechsten Jahre an aufgenommen wurden. In der einen arbeiteten am Tage 96, bei Nacht 65, in der anderen bei Tage 95, bei Nacht 80 Kinder. Die Arbeitszeit währte am Tage 13, bei Nacht 11 Stunden, dazu kam häufige Sonntagsarbeit. Der Tageslohn der Kinder belief sich für die kleineren auf noch nicht 20, für die größeren auf 30 Pfennig, während die erwachsenen Arbeiter für die gleiche Arbeit 1 Mark (nach heutiger Währung) erhielten. Die gepriesene Fabrikschule aber bestand darin, daß die Tageskinder eine, die Nachtkinder zwei Stunden lang unterrichtet wurden. Ein Geheimer Oberfinanzrath, dessen Name leider nicht der Nachwelt erhalten ist, berichtete nach Berlin, daß sich die Nachtkinder von den bleichen Berlinern durch kräftiges und blühendes Aussehen unterschieden, die Nachtarbeit griffe sie so wenig an, daß sie auf ihrem über eine Viertelmeile langen Heimwege scherzenden Muthwillen aller Art trieben, bei Tage zu schlafen sei ebenso gesund wie bei Nacht.

Nicht ganz so befriedigt sah Altenstein die Sachlage an. Er war ein Freund Hegels und wollte nicht umsonst Unterrichtsminister in dem berühmten Staate der allgemeinen Schulpflicht sein; seine Leitung des Schulwesens war so ziemlich die einzige verhältnißmäßige Lichtseite in der jammervollen Verwaltung des preußischen Staats. Indessen sein Kollege v. Schuckmann, der Minister des Innern, mit dem er sich verständigen mußte, fand an der Kinderarbeit in Fabriken nichts auszusetzen. Um ihn von der Nothwendigkeit des Einschreitens zu überzeugen, forderte Altenstein die Bezirksregierungen der Rheinprovinz, sowie der Provinzen Westfalen, Schlesien, Brandenburg und Sachsen zu einer Untersuchung über Art und Umfang der fabrikmäßigen Kinderarbeit auf. Obgleich die angegangenen Behörden die Enquete in altpreußisch-lodderiger Weise veranstalteten, nirgends die Arbeiter und ihre Kinder, sondern die Fabrikanten und etwa noch Aerzte, Geistliche, Lehrer vernahmen, so ergaben ihre Berichte doch ein schreckenerregendes Bild.

In allen Zweigen der Textilindustrie, dann aber auch in Nadel-, Bronze-, Schnallen-, Panzer-, Tapeten-, Papier-, Porzellan- und anderen Fabriken wurden viele Tausende von Kindern im zartesten Alter, schon vom vierten Lebensjahr an, massenhaft abgerackert und nach unmäßiger, zehn-, zwölf-, selbst vierzehnstündiger Arbeitszeit gegen einen Tagelohn von ein paar Groschen, wie es in einem Berichte aus Iserlohn heißt, einer kurzen Erholung an Branntwein, Tabak, Unzucht und Spiel zugeschleudert. In anderen Berichten wurde ausgeführt: „Bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, geschwollene Leiber, aufgedunsene Backen, auf-

geschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüsenanschwellungen am Halse, böse Hautausschläge und asthmatische Zufälle unterscheiden diese unglücklichen Geschöpfe in gesundheitlicher Beziehung von anderen Kindern derselben Volksklasse, welche nicht in Fabriken arbeiten. Nicht weniger verwahrlost ist ihre sittliche und geistige Bildung." Sogar in Gegenden, die industriell noch so wenig entwickelt waren, wie die Provinzen Brandenburg und Sachsen, herrschten schon die traurigsten Zustände. Der Magistrat von Luckenwalde erklärte, die in den Tuchmanufakturen der Stadt beschäftigten Kinder wüchsen in sittlichem Verderben auf, und in Nagelschmieden des Merseburger Bezirks wurden Kinder von 4 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends zu der schweren Arbeit des Blasebalgziehens verwandt.

Alles das ließ mit Ausnahme Altensteins das preußische Ministerium sehr kalt. Auch als 1826 der Generallieutenant v. Horn dem König meldete, daß die Fabrikdistrikte ihr Rekrutenkontingent nicht mehr stellten, geschah nichts, als daß Schuckmann auf eine neue Mahnung Altensteins sehr grob, aber mit tiefer Einsicht in das Wesen des preußischen Militärstaats erwiderte: die Fabrikarbeit von Kindern sei doch weniger schädlich, als die auf Erwerb geistiger Bildung gerichtete Arbeit der Jugend. Erst als menschlich gesinnte Fabrikanten der Rheinprovinz in öffentlichen Blättern Lärm schlugen und der rheinische Provinziallandtag gesetzliche Regelung der Kinderarbeit verlangte, ließ sich die Regierung im Jahre 1839 herbei, einige Beschränkungen der Fabrikarbeit von Kindern zwar beileibe nicht durchzuführen, aber doch auf einem Blatte Papier anzuordnen. Noch zehn Jahre länger dauerte es, bis die Beschwerden der rheinischen Arbeiter über das Trucksystem beachtet wurden. Erst nach der heilsamen Lehre von 1848 wurde ein Verbot des Waarenzahlens erlassen und etwas ernsthaft durchgeführt; bis dahin hatte die preußische Regierung den Klagen der Arbeiter, den wiederholten Beschwerden des rheinischen und westfälischen Provinziallandtags, ja der leidenschaftlichen Agitation einiger ehrenwerthen Fabrikanten „ernste Bedenken und erhebliche Zweifel" daran entgegengesetzt, ob der nichtswürdigste, an blutarmen und wehrlosen Proletariern begangene Wucher verboten werden dürfe. Um so bereitwilliger war sie, mit den Waffen des herrlichen Kriegsheeres jede unruhige Bewegung der mißhandelten Arbeiterklasse niederzuschmettern.

Uebrigens war das intime Verständniß der ostelbischen Bureaukratie für die Ausbeutungsgelüste der rheinischen Bourgeoisie das einzige Band, das die östlichen und westlichen Provinzen des preußischen Staates verknüpfte. Sonst wurden die Rheinländer etwa wie besiegte Rebellen behandelt und durch fortgesetzte Anfechtung ihrer vorgeschrittenen Gesetze auf die Kulturhöhe der Kassubei herabzudrücken gesucht. Was sie an Bildung und Selbstbewußtsein besaßen, war in hellem Aufruhr gegen die christlich-germanische Regierung in Berlin, und mit wie inniger Liebe besonders das Proletariat an dieser landesväterlichen Obrigkeit hing, ist leicht zu ermessen.

Drittes Kapitel.

Deutsche Zustände. Geistiges Leben.

I. Romantische Reaktion.

Die junge Bourgeoisie, die sich in Deutschland entwickelt hatte, bildete im Ganzen und Großen keineswegs die Blüthe der Nation. Die Art ihrer Entstehung und die Möglichkeiten ihres Daseins flößten ihr eine kleinliche, krämerhafte, pfennigfuchserische Gesinnung ein. Sie war brutal und habgierig gegenüber dem Kleinbürgerthum und dem Proletariat, duckmäuserig und feige gegenüber dem Absolutismus und Feudalismus. Als das ärgste Gebrechen der preußischen Industrie erklärte der Staatsrath Kunth, ihr genauester Kenner, die erstaunlich mangelhafte Bildung der meisten Fabrikanten; unter den ersten Fabrikherren Berlins seien viele, die kaum ihren Namen richtig zu schreiben vermöchten. Nicht aus dem beginnenden Mittel- und Großbürgerthum, sondern aus kleinbürgerlichen Schichten, aus dem Handwerk, aus dem kleinen Beamtenthum in Kirche, Schule und Staat war im 18. Jahrhundert die Literatur und die Philosophie erwachsen, die das ökonomisch und politisch rückständige Deutschland wenigstens geistig auf gleiche Höhe mit den westlichen Kulturvölkern gehoben hatte.

Von diesem großen Erbtheile der Nation war in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts wenig mehr übrig. Die romantische Schule, die der klassischen Richtung gefolgt war, wie der feudale Rückstoß des Ostens dem bürgerlichen Vorstoß des Westens, verfiel nach Waterloo mehr und mehr der seichtesten Nichtigkeit. Gehaltlose Vielschreiber, schwankend zwischen der sentimentalen Thräne und der lüsternen Zote, wurden die Lieblinge des großen Publikums. Schon meldeten sich einzelne Vorboten einer neuen Zeit, aber sie alle, Immermann und Platen, Börne und Heine rangen noch mehr mit der Romantik, als daß sie ihr schon selbstherrlich den Fuß auf den Nacken gesetzt hätten.

Wissenschaftliche Früchte reifte die Romantik einzig auf dem Gebiet der Sprachforschung, ähnlich wie dreihundert Jahre früher die Förderung der Sprache die einzige Lichtseite der lutherischen Reaktion gewesen war. Auf ökonomischem, politischem, religiösem Felde jagte die Romantik einer Wiederherstellung des Mittelalters nach, die nach dem historischen Verfall der mittelalterlichen Gesellschaftsformation auf eine phantastische Beschönigung der feudalen Plünderungsmethoden hinauslaufen mußte. Dabei waren die Wortführer der romantischen Staatswissenschaft, die Adam Müller und Haller und wie sie sonst hießen, dürftige Nachbeter der genialeren Franzosen Bonald und Maistre. Zwar hatte die Nothwendigkeit, unter der napoleonischen Zuchtruthe mit dem feudal-zünftigen Schutte einigermaßen aufzuräumen, der klassischen Oekonomie der bürgerlichen Klassen einen gewissen Nachhall in Deutschland verschafft. Aber auch deren Vertreter

blieben unselbständige Schüler Adam Smiths und Ricardos. Ihnen fehlte der lebendige Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft, und so verwandelte sich unter ihren Händen der theoretische Ausdruck einer fremden Wirklichkeit in eine Dogmensammlung, die von ihnen im Sinne der sie umgebenden kleinbürgerlichen Welt mißdeutet wurde. In nichts vielleicht sprach sich die ökonomische Rückständigkeit der deutschen Zustände so klar aus, wie darin, daß der einzige, in seiner Art originelle Oekonom Deutschlands, Friedrich List, die Theorie Adam Smiths nicht wie es in England und Frankreich geschah, von vorn, sondern von hinten, nicht vom sozialistischen, sondern vom merkantilistischen Standpunkt aus bekämpfte. Gleichwohl erkannte List, der keine wissenschaftliche Größe, aber ein praktischer Verstand war, worauf es zunächst für den deutschen Kapitalismus ankam; er agitirte leidenschaftlich für einen deutschen Zollverein und ein deutsches Eisenbahnsystem. Aber die partikularistischen Regierungen verfolgten den nationalen Demagogen, und die Bourgeoisie ließ ihren beredtesten Vorkämpfer verhungern, bis er sich eine Kugel durch den Kopf jagte.

Unter den deutschen Schülern Adam Smiths hatte nur Heinrich v. Thünen eigene Gedanken. Er schrieb im Jahre 1826 einen „Traum ernsten Inhalts: Ueber das Loos der Arbeiter" nieder, verschloß ihn aber auf Jahrzehnte in seinem verschwiegenen Pulte. Thünen war ein praktischer Landwirth von wissenschaftlicher Bildung, ein geborner Friese, der unter den freien Bauern des Jeverlandes aufgewachsen war und sich als Gutsbesitzer in Mecklenburg ansässig gemacht hatte, wo die feudale Waarenproduktion das ländliche Proletariat furchtbar zerrüttete. Dieser Gegensatz schärfte Thünens Blick für die Leiden der „zahlreichsten Klasse der Staatsbürger, der gemeinen Handarbeiter", die auch in Staaten mit repräsentativer Verfassung keine Vertretung ihrer Interessen hätten, die im Verhältniß zu dem Einkommen des Fabrikanten und des Pächters zu niedrig abgelohnt würden. In der Julirevolution erkannte Thünen früher als irgendwer in Deutschland das Signal zum Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Er fragte: Da das Kapital das Erzeugniß der menschlichen Arbeit ist, wie hat das Geschöpf den Schöpfer unterjochen, wie hat der Arbeiter aus dem Beherrscher zum Sklaven des Kapitals werden können? Die Lösung des Räthsels fand Thünen in der mathematischen Formel eines naturgemäßen Arbeitslohnes, die er für so unfehlbar hielt, daß er sie auf seinen Grabstein meißeln ließ. Doch war sie nicht mehr als eine scholastische Tiftelei, und seine Idee, die ländlichen Arbeiter zu assoziiren, vermochte Thünen nicht lange vor seinem 1850 erfolgten Tode nur in einer Form zu verwirklichen, die sich trotz seiner wohlwollenden Absichten praktisch herausgestellt hat als ein neuer Vortheil des Besitzers und eine neue Fessel der Arbeiter.

Origineller als auf staatswissenschaftlichem erwies sich die deutsche Romantik auf rechtswissenschaftlichem Gebiete. Die historische Rechtsschule war ein ihr eigenthümliches Gewächs. Sie wollte ein Protest gegen den angeblich frivolen Geist des achtzehnten Jahrhunderts sein, war aber thatsächlich ein Protest gegen

seinen revolutionären Geist. Das Vernunftrecht der Aufklärer mochte nur das Recht der bürgerlichen Vernunft sein, aber als solches bedeutete es einen historischen Fortschritt, während die historische Rechtsschule jede geschichtliche Entwicklung abschnitt, indem sie als Grundlage des Rechts das geschichtlich Gewordene aufstellte, nur weil es geschichtlich geworden war. So vertheidigte Hugo die Sklaverei, die gutsherrlichen Rechte, die Majorate. Und als der Rechtslehrer Thibaut in Heidelberg im Jahre 1814, erschüttert durch die dichten Schaaren der deutschen Jugend, die er in Wehr und Waffen nach Frankreich strömen sah, ein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch für das deutsche Volk verlangte, da antwortete ihm Savigny, daß der Zeit der Beruf zur Gesetzgebung fehle. Savignys Schrift wurde das Programm der historischen Rechtsschule: sie schloß die Augen vor dem bürgerlichen Rechte Frankreichs, in dem die Zeit ihren Beruf zur Gesetzgebung eben glänzend bewährt hatte, und suchte das historisch werdende Recht der bürgerlichen Klasse zu verspotten, wie der berühmte Kriminalist Feuerbach sagte, als ein von der Vernunft mit Idealen gezeugtes, auf Wolken geborenes Götterkind, das die vergangene Zeit aus dem Buche der Geschichte streiche und kecken Geistes über die Gegenwart hinweg in noch unerschaffene Jahrhunderte springe. Sie war nach Hegels Wort der größte Schimpf, welcher der Nation ins Gesicht geschleudert werden konnte. Und bald sollte ein junger Kämpfer erstehen, der die historische Rechtsschule für immer kennzeichnete als die Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern rechtfertige und jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch erkläre, sobald die Knute eine bejahrte, eine angestammte, eine historische Knute sei.

Derselbe junge Kämpfer, Karl Marx, sagte von den zwanziger Jahren, das einzige Literaturgebiet, in welchem damals noch lebendiger Geist pulsirt habe, das philosophische, habe aufgehört, deutsch zu sprechen, weil die deutsche Sprache aufgehört habe, die Sprache des Gedankens zu sein. Der Geist sprach in geheimnißvollen Worten, weil die verständlichen Worte nicht mehr verständig sein durften. Doch ist es nothwendig, etwas tiefer in den Sinn dieser geheimnißvollen Worte einzudringen, wenn der Ursprung des wissenschaftlichen Kommunismus nicht selbst ein Geheimniß bleiben soll.

II. Die klassische Philosophie.

Die Grundfrage aller Philosophie, der Streit zwischen Idealismus und Materialismus, das Verhältniß von Subjekt und Objekt, die Frage, ob Denken oder Sein, ob Geist oder Natur das Ursprüngliche sei, ob ein Gott die Welt geschaffen habe oder die Welt von Ewigkeit da sei, hatte schon die Denker des Alterthums beschäftigt und war selbst im Kirchenglauben des Mittelalters nicht völlig verstummt. Sie tauchte mit neuer Kraft auf, als mit Beginn des bürgerlichen Zeitalters die ökonomische Entwicklung und in ihrem Gefolge die Naturwissen-

schaften einen immer rascheren Aufschwung nahmen. Die Heimath des neueren Materialismus war demgemäß England und Bacon brach ihm die erste Bahn.

Jedoch ein Erzeugniß bürgerlichen Geistes, wurde der Materialismus zunächst eine Waffe gegen das revolutionär aufstrebende Bürgerthum, das im England des 16. Jahrhunderts noch unter religiösem Banner seine Schlachten schlug. Hobbes, der erste konsequente Materialist, war ein schroffer Absolutist. Freilich ein Absolutist bürgerlichen, nicht feudalen Zuschnitts. Er ging nicht von einer göttlichen Ordnung der Stände, einem geheiligten Königthum und ähnlichen feudalen Schrullen aus, sondern leugnete vielmehr, daß der Mensch ein politisches, ein staatenbildendes Thier sei. Hobbes erklärte den ursprünglichen Zustand der Menschheit für den Krieg Aller gegen Alle, ein Schlagwort, das dann sprichwörtlich geworden ist für den bürgerlichen Konkurrenzkampf. Er leitete den Staat aus einem Vertrag ab, der zur Bändigung der menschlichen Eigensucht geschlossen worden sei und somit absolute Gewalt haben müsse. Er bestritt jeden Unterschied zwischen Gut und Böse, Tugend und Laster, und mit der Religion fand er sich durch die Erwägung ab, daß die Furcht vor unsichtbaren Mächten, sei es, daß diese erdichtet oder überliefert seien, Religion sei, wenn vom Staate festgestellt, Aberglauben dagegen, wenn nicht vom Staate festgestellt.

Die englische Revolution des 17. Jahrhunderts endete in einem Kompromiß zwischen Aristokratie und Bourgeoisie, die sich ein gemeinsames Königthum schufen. So wandte sich der englische Materialismus von der absolutistischen zur konstitutionellen Staatsform. Locke lehrte, daß nichts im Geiste sein könne, was nicht vorher in den Sinnen gewesen sei; er begründete die Philosophie des gesunden Menschenverstandes; er sagte damit, daß es keine von den gesunden menschlichen Sinnen und dem auf ihnen beruhenden Verstande unterschiedene Philosophie gebe. Er trennte Politik und Religion, bestritt im Gegensatze zu Hobbes der Staatsgewalt das Recht, die Meinungen der Menschen anzuordnen oder zu vertilgen, predigte die bürgerliche Toleranz.

Trotzdem blieb der englische Materialismus eine esoterische Lehre, ein Geheimniß der oberen Zehntausend und mehr noch der Aristokratie als der Bourgeoisie. Denn seitdem die englische Bourgeoisie einen sei es auch erst bescheidenen Antheil an der Macht erhalten hatte, war sie fromm, sehr fromm geworden, und beinahe schon zweihundert Jahre vor dem Kaiser Wilhelm I. entdeckte sie die tiefe Weisheit, daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse. Im 18. Jahrhundert kam es so weit, daß englische Materialisten, wie Hartley, in demselben Buche erst das menschliche Denken und Empfinden auf Gehirnschwingungen zurückführten, also auf materialistische Weise erklärten, dann aber auf theologische Weise die Gewißheit der biblischen Wunder und eines jenseitigen Lebens nach dem Tode darlegten. Als Haupt der Ungläubigen galt damals kein Materialist, sondern der Philosoph Hume, der zwar den Kirchenglauben verwarf, aber ebenso den Materialismus, indem er den menschlichen Sinnen eine erschöpfende Kenntniß der Welt bestritt. Und so reich England

als erstes Industrieland an großen Naturforschern blieb, so glaubten sie, von Boyle und Newton bis auf Darwin und Faraday, entweder an eine übernatürliche Schöpferkraft oder ließen den Herrgott mindestens einen guten Mann sein.

Dagegen hob Locke den französischen Materialismus, Hume den deutschen Idealismus aus der Taufe. Auf dem europäischen Festlande hatte sich in den Philosophen des 17. Jahrhunderts, die wie Descartes, Spinoza, Leibniz, meist bedeutende Mathematiker und Physiker waren, die idealistische und die materialistische Weltanschauung ein gewisses Gleichgewicht gehalten, mochten sie nun wie Descartes sich mit den irdischen Dingen materialistisch, mit den himmlischen Vorstellungen idealistisch abfinden oder wie Spinoza in der göttlichen Verklärung der Substanz die Wesenseinheit von Geist und Natur darlegen oder wie Leibniz einen von Ewigkeit her verordneten Einklang von Denken und Sein behaupten. Im Anfange des 18. Jahrhunderts erst entwickelte sich der französische Materialismus als selbständige Erscheinung. Er spaltete sich früh in zwei Richtungen, die sich zwar mannigfach kreuzten, aber sich doch im Wesentlichen unterschieden. Die eine dieser Richtungen ging von Descartes aus und beschränkte sich mehr oder weniger auf die reine Naturwissenschaft, die andere aber nahm den von Locke angesponnenen Faden auf. Sie war Anfangs auch eine aristokratische Lehre, jedoch erkannte das revolutionär gährende Bürgerthum bald, was ihm diese Lehre in seinem Kampfe gegen Königthum, Adel und Geistlichkeit werden könne.

Der französische Materialismus des 18. Jahrhunderts räumte nicht allein mit der Religion auf, wobei nicht viel darauf ankam, ob seine Bekenner als Atheisten den Menschen für eine Maschine erklärten oder als Deisten dem lieben Gott noch irgendwo im Weltall ein harmloses Altentheil gönnten. Er griff auch tief in das politische und soziale Leben Frankreichs. Wenn der Mensch aus der Sinnenwelt und aus der Erfahrung in der Sinnenwelt alle Empfindung und Kenntniß sich bildete, so hatte er in dieser Welt allein sein Glück und sein Schicksal zu suchen. Die Vollkommenheit der menschlichen Gesellschaft bestand in ihrem vollkommenen Einklange mit der Natur des Menschen; was dieser widerstritt, war in jener zu beseitigen. Helvetius, der eigentliche Begründer des französischen Materialismus, erklärte in seinem Buche über den Menschen für die Grundlagen der Moral die sinnlichen Eigenschaften und die Selbstliebe, den Genuß und das wohlverstandene persönliche Interesse; Hauptgesichtspunkte seines Systems sind die natürliche Gleichheit der menschlichen Intelligenzen, die Einheit zwischen dem Fortschritt der Vernunft und dem Fortschritt der Industrie, die natürliche Güte des Menschen, die Allmacht der Erziehung.

Was die französischen Materialisten für die Natur des Menschen hielten, war thatsächlich das politische und soziale Bedürfniß des damaligen dritten Standes; in der Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft sahen sie die Herstellung der vollkommenen Gesellschaft. Der französische Materialismus wurde eine mächtige Waffe gegen das absolute, feudale, klerikale Frankreich. Er gipfelte literarisch

in der berühmten Enzyklopädie, politisch in der Verkündung der Menschenrechte und verlief endlich in den utopistischen Sozialismus. Wie viel dieser Sozialismus aus der Lehre des französischen Materialismus von der ursprünglichen Güte und gleichen intellektuellen Begabung der Menschen, der Allmacht der Erfahrung, Gewohnheit, Erziehung, dem Einfluß der äußeren Umstände auf den Menschen, der hohen Bedeutung der Industrie, der Berechtigung des Genusses schöpfen konnte und geschöpft hat, ist leicht einzusehen. Fourier und Owen gingen von diesem Materialismus aus, Dezamy griff auf ihn zurück als auf die logische Grundlage des Sozialismus.

Trotz aller glänzenden Erfolge ruhte der französische Materialismus noch auf sehr schwankem Boden. Die Naturwissenschaften hatten große Fortschritte gemacht; aber erst die Mechanik war zu einem gewissen Abschluß gelangt. Chemie und Biologie standen noch in den ersten Anfängen. Man wußte nichts von einer Entwicklung in der Natur und demgemäß auch nichts von einer Entwicklung in der Geschichte. Die Natur bewegte sich in ewigem Kreislauf, und der menschliche Geist war von Anbeginn der gleiche, zeitweilig verfinstert wie im Mittelalter, und nunmehr wieder nach seinem natürlichen Rechte strebend. Der Materialismus rührte noch nicht an den inneren Zusammenhang des Welträthsels. So übernahm es der Idealismus noch einmal, dies Räthsel zu lösen. Und ganz logischer Weise in dem Lande, wo die bürgerliche Klasse reif genug war, eine Fülle geistreicher und selbst genialer Köpfe zu erzeugen, aber noch nicht reif genug, die verfallenden Burgen des Absolutismus und Feudalismus mit stürmender Hand zu brechen.

Die deutsche Philosophie war die Fortsetzung der deutschen Literatur, soweit sich in dieser der bürgerliche Emanzipationskampf verkörpert hatte. Kants Kritik der reinen Vernunft erschien in Lessings Todesjahr und wurde allgemein bekannt im Geburtsjahre der französischen Revolution. Die innige Geistesgemeinschaft mit dieser mächtigen Umwälzung war unseren großen Philosophen gemeinsam. Kant, Fichte, Hegel sprachen von ihr stets mit der lebhaftesten Anerkennung, unbeirrt selbst von dem Schreckensregiment, durch das Goethe zu seinem elenden Bürgergeneral und Schiller zu allerlei Leberreimen über die segensreiche Himmelstochter, die heilige Ordnung des Spießbürgerthums begeistert wurde. Der deutsche Idealismus war ein Rückschlag auf den englisch-französischen Materialismus, aber keineswegs ein Rückschritt gegen ihn. Kant schlug den Materialismus siegreich auf seinem eigensten Gebiete, indem er das Prinzip der Entwicklung in die Natur einführte. Er löste die ewige Dauer des Sonnensystems auf, indem er die Entstehung der Sonne und aller Planeten aus rotirenden Nebelmassen erklärte. Ja, in seinen populären Vorlesungen besprach er schon das Hervorgehen der Menschen aus dem Thierreich als etwas Selbstverständliches. Ausdrücklich verwarf er die Lehre des älteren Idealismus, alle Erkenntniß durch Erfahrung und Sinne sei nichts als lauter Schein und nur in den Ideen des reinen Verstandes sei Wahrheit. Er sagte umgekehrt: alle Erkenntniß von Dingen, aus bloßem reinem Verstand, ist nichts als lauter Schein, und nur in der Erfahrung ist Wahrheit.

Kants wirkliche That bestand darin, daß er, anknüpfend an Hume, das Erkenntnißvermögen des Menschen untersuchte und in der Kritik der reinen Vernunft die gesammte Erfahrung sammt allen historischen und exakten Wissenschaften umkehrte durch die einfache Annahme, daß unsere Begriffe sich nicht nach den Gegenständen richten, sondern die Gegenstände nach unseren Begriffen, daß wir die Dinge außer uns nicht sehen, wie sie sind, sondern wie sie unseren unvollkommenen Sinnen erscheinen, daß die ganze Erscheinungswelt bis auf die sinnliche Anschauung von Raum und Zeit für den Menschen nur in der menschlichen Vorstellung vorhanden sei, während sich hinter ihr das absolute Wesen der Dinge, das Ding an sich, in einem undurchdringlichen Dunkel verberge. Auf der einen Seite war damit Denken und Sein versöhnt, auf der anderen Seite klafften sie um so weiter auseinander. Kant löste nicht das Welträthsel, sondern erklärte es für unlösbar. In den Dingen können keine Widersprüche sein, denn Alles was einen Widerspruch enthält, ist unmöglich. Dagegen verwickelt uns das Denken in unvermeidliche Widersprüche, die berühmten Antinomien Kants, wie Begrenztheit und Unbegrenztheit der Welt, Theilbarkeit und Untheilbarkeit der Materie, Freiheit und Nothwendigkeit.

Hatte Kant die gegenständliche Welt gleichsam zertrümmert, indem er ihr Dasein in die Thätigkeit des menschlichen Bewußtseins auflöste, so baute Fichte sie, Kants Lehre zugleich fortbildend und umwälzend, aus dem menschlichen Bewußtsein wieder auf. Fichte stand den Naturwissenschaften fern. Das Ich, d. h. der Mensch nicht als Individuum, sondern als Gattung war ihm das wirkliche Ding an sich, das menschliche Selbstbewußtsein nicht der Spiegel, sondern der Schöpfer der gegenständlichen Welt, deren Dasein sich nicht durch reine Denkformen erklärt, sondern deren Daseinsformen durch das reine Denken erzeugt werden. Aus ihm leitete Fichte Raum und Zeit, Quantität und Qualität, Möglichkeit, Wirklichkeit, Nothwendigkeit ab. Das Denken ist ein selbständiger Prozeß, der sich mit innerer Nothwendigkeit vollzieht. Mit jedem Satze ist sein Gegensatz gegeben, und in der steten Ueberwindung dieses steten Widerspruchs durch eine höhere Einheit bewegt sich der Gedanke vorwärts. Damit nahm Fichte die dialektische Methode der altgriechischen Philosophie wieder auf. Ließ er nun aber in der reinen Innerlichkeit des Subjekts das Objekt erzeugt werden, so waren Geist und Natur ein und dasselbe, und in der That erklärte Fichte das Ich für das Subjekt-Objekt. Seine Lehre fortspinnend und zugleich umwälzend, führten dagegen Schelling und Hegel aus: Wenn Subjekt und Objekt ein und dasselbe sind, so ist keines von beiden die Sache selbst, das Subjekt so wenig wie das Objekt, das Denken so wenig wie das Sein, der Geist so wenig wie die Natur, sondern jedes ist nur je eine Seite der Sache, und die ganze Sache ist nichts anderes als der Prozeß, der durch beide hindurchgeht und im Geiste des Menschen zum Bewußtsein seiner selbst kommt.

Für Schelling blieb die „Identität von Subjekt und Objekt" ein bloßer Einfall. Bei dem Versuche, ihn zu begründen, gerieth Schelling in eine phan-

tastische Naturphilosophie und allerlei romantischen Kram, bis er in dem längst versandeten Hafen des Offenbarungsglaubens strandete. Hegel dagegen wußte von der absoluten Idee, die er für die belebende Seele der ganzen Welt erklärte, zwar auch nichts zu sagen, und ihrer philosophischen Abstammung nach war sie nur die höhere Einheit von Spinozas Substanz und Fichtes Selbstbewußtsein. Aber er faßte sie als einen logischen und historischen Prozeß auf. Der Geist, das an und für sich seiende Ich, wird in verschiedenen Entwicklungsstufen erst Bewußtsein, dann Selbstbewußtsein, dann betrachtende und handelnde Vernunft, endlich sich selbst begreifender, gebildeter und religiöser Geist. Dann verwandelt er sich in die Natur, wo er als blinde Nothwendigkeit wirkt, und arbeitet sich in der Geschichte aus dem Rohen wieder heraus, bis er sich selbst begreift. Der historische Prozeß ist also nur ein Abbild des logischen Prozesses, der sich unbekannt, wann und wo? vollzogen hat. Indessen wie dunkel diese Vorstellung sein mochte, so war es Hegels bahnbrechendes Verdienst, den historischen als einen logischen Prozeß darzustellen. Hatte Kant die Entwicklung in die Natur eingeführt, so führte Hegel sie in die Geschichte ein. Hatte Fichte an die dialektische Methode angeknüpft, so machte Hegel sie zum Springquell alles Lebens. Mit dem Begriffe des Seins ist auch der Begriff des Nichts gegeben, und aus dem Kampfe beider entsteht der höhere Begriff des Werdens. Alles ist und ist zugleich nicht, denn Alles fließt, ist in steter Veränderung, in stetem Werden und Vergehen begriffen. Die dialektische Bewegung der deutschen Philosophie vollzog sich aber so, daß Kants Satz: Alles was einen Widerspruch enthält, ist unmöglich, umschlug in Hegels Satz: Was überhaupt die Welt bewegt, ist der Widerspruch.

Damit war ein Ziel erreicht, das der englisch-französische Materialismus nicht hatte erreichen können, weil seine Kenntniß der Natur noch auf einer verhältnißmäßig niedrigen Stufe stand. Die dialektische Bewegung in der Natur selbst nachzuweisen, ist erst durch die gewaltigen Fortschritte möglich geworden, welche die Naturwissenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht haben. Hier hat der durch Kant gegebene Anstoß seinen Abschluß erst gefunden in Darwins Nachweise, daß die ganze organische Natur, Pflanzen und Thiere und damit auch der Mensch, das Erzeugniß eines durch Jahrmillionen fortgesetzten Entwicklungsprozesses ist. Hier konnte auch Hegel über die Schranke nicht hinaus, die ihm das unzulängliche Naturerkennen seiner Zeit setzte. Er theilt noch die Ansichten der französischen Materialisten, daß die Natur ein sich in gleichen Kreisläufen bewegendes, sich stets gleichbleibendes Ganzes mit ewigen Weltkörpern und unveränderlichen Arten von organischen Wesen sei. Aber er durchbrach diese Anschauung, soweit sie namentlich von den englischen Materialisten auf die Geschichte übertragen worden war. Er faßte die Geschichte der Menschheit als einen in steter Bewegung, Veränderung und Umbildung begriffenen, von Niederem zu Höherem aufsteigenden Prozeß auf, und er versuchte mit gewaltiger Geistesarbeit in den verschiedensten Fächern der historischen Wissenschaft den inneren Zusammenhang, den allmäligen Stufengang dieses Prozesses durch alle scheinbaren Irrwege und Zufälligkeiten

zu verfolgen. Da er die Dinge für Abbilder der Begriffe nahm, so gelangte er wohl zu sehr willkürlichen Geschichtskonstruktionen, aber da so halsstarrige Dinge, wie geschichtliche Thatsachen, sich nicht so leicht unter das Joch der Begriffe spannen ließen, so kam er auch zu genialen Blicken in den Zusammenhang der Menschheitsgeschichte.

Die eigenthümliche Größe ebenso wie die eigenthümliche Schwäche der deutschen Philosophie erklärt sich aus der ökonomischen und politischen Eigenthümlichkeit der deutschen Zustände. Sie gestattete auf der einen Seite, die bürgerlichen Ideale, unbeirrt durch die rauhe Wirklichkeit, bis in ihre kühnsten und reinsten Konsequenzen zu verfolgen. Kants oberster Grundsatz der Sittlichkeit: Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden Anderen zugleich als Zweck, nie blos als Mittel gebrauchst! war nur möglich in einem Lande, wo die bürgerliche Klasse erst wenig und die proletarische Klasse noch gar nicht entwickelt war. Und nur in einem solchen Lande konnte Fichte sagen, daß kein Mensch eines Anderen Kräfte für sich verwenden dürfe, konnte er schreiben: „Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lastthier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der nothdürftigsten Erholung zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist." Fichte, dessen proletarischer Ursprung sich an einer Feuerspur revolutionärer Gedanken durch sein ganzes Leben verfolgen läßt, brandmarkte den ausbeutenden Feudaladel als dumm und unwissend, feige, faul und niederträchtig; der Terrorismus der französischen Revolution athmete in seinem Satze: Das Recht muß schlechthin sein, und wer es nicht durch sich selbst einsieht, muß gezwungen werden. Gerade aus der elenden Geschichte Deutschlands, die für ihn gar keine Geschichte war, folgerte Fichte den Beruf der Deutschen, darzustellen ein wahrhaftes Reich des Rechtes, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt. Und wenn Hegel durch das reine Gedankenspiel der dialektischen Methode alle Autoritäten entwurzelte, himmlische wie irdische, so war dieses ebenso gründliche wie luftige Verfahren nur möglich in einem Volke ohne große hart im Raume sich stoßende Klassenkämpfe.

Aber auf der anderen Seite lebten unsere klassischen Philosophen doch nur mit den Gedanken in den Wolken. Und ihr Idealismus erfuhr dadurch eine sehr fühlbare Einschränkung, daß ihre Gedanken sich nicht lösen konnten von ihren Leibern, die unter der despotischen Fuchtel und der orthodoxen Geißel athmeten. Mit der reinen Vernunft disputirte Kant den lieben Gott aus dem Weltall, aber durch das Hinterpförtchen der praktischen Vernunft schmuggelte er ihn wieder hinein. Fichte schwankte in dem Prozesse, der ihm wegen atheistischer Ge-

sinnung gemacht wurde und zu seiner Vertreibung aus Jena führte, in einer an dem starken Manne befremdenden Mischung von unzeitigem Trotz und unzeitiger Nachgiebigkeit; in späteren Jahren trübte er die haarscharfe Logik, womit er einst die Vorstellung eines persönlichen Gottes vernichtet hatte, durch einen Anflug von Mystik. Hegel endlich fand sich sogar mit dem dreieinigen Gott ab, indem er ihn in sein eigenes System gliederte: Gott, dessen bloßer Gedanke die wirkliche Welt als sein eigenes Spiegelbild, als den Sohn erschuf und sich selbst darin erkennend sich als Geist zu sich selbst zurücknahm.

Dorniger noch als das religiöse war das politische Gebiet. Den deutschen Philosophen fehlte der Punkt des Archimedes, von dem aus die französischen Materialisten den absolutistisch=feudal=klerikalen Staat aus den Angeln hoben: der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft. Und der Begriff fehlte ihnen, weil die Sache selbst in Deutschland fehlte oder doch erst in kümmerlichen Anfängen vorhanden war. Sie kannten nur den Staat als Hüter der menschlichen Gesittung. In seinem berühmten Entwurfe zum ewigen Frieden begann Kant mit dem Satze: „Der Staat ist ja keine Habe wie der Boden, auf dem er seinen Sitz hat. Er ist eine Gesellschaft von Menschen, über die Niemand anders als sie selbst zu gebieten und zu disponiren hat.“ Hieraus schloß er folgerichtig, die Verfassung des Staates solle republikanisch sein. Aber wie den Staat, der die Habe der Despoten war, in eine Republik verwandeln? Durch den moralischen Fortschritt des Menschengeschlechts, antwortete Kant; durch die nationale Erziehung, antwortete Fichte. Mochten sie diese Ideologien auch noch so groß und tief fassen, sie erzeugten damit wohl ein langweiliges Geschlecht von Moralpredigern und Schulmeistern, aber sie erschütterten deshalb noch nicht einen Stein des despotischen Staates, dessen Träger ihnen um so argwöhnischer über die Schultern und auf die Finger sahen.

Nun gar Fichtes Abhandlung über den geschlossenen Handelsstaat, die er selbst gelegentlich sein bestes durchdachtestes Werk nannte, zeichnet das Ideal des friderizianischen Staats, so wie dieser historische Staat nach den strengen Forderungen der bürgerlichen Vernunft hätte eingerichtet werden müssen. Der preußische Finanzminister Struensee, ein Mann der friderizianischen Schule, nahm im Jahre 1800 die Widmung der Schrift wohlwollend an. Er fand, daß Fichte das Ideal eines Staates aufgestellt habe, nach welchem zu streben jedem Staatsdiener, der an der Administration Antheil habe, Pflicht sein solle, wenn es auch zweifelhaft sei, ob es jemals erreicht werden würde. Struensee mochte dabei seines Bruders gedenken, der dreißig Jahre früher in Dänemark den Versuch, ein absolutistisch=feudales Gemeinwesen nach bürgerlichem Vernunftrecht einzurenken, mit dem Leben gebüßt hatte. Fichte bekämpft Adam Smith, die freie Konkurrenz, die Beschränkung des Staats auf den Rechtsschutz. Aber er nimmt dabei einen ganz anderen Standpunkt ein, als die englischen und französischen Sozialisten. Er ist auch darin ein Gegner Adam Smiths, daß er nichts von der Bestimmung des Waarenwerths durch die Arbeit wissen will; er

steht der bürgerlichen Gesellschaft verständnißlos gegenüber; in dem freien Handel sieht er eine unhaltbare Ueberlieferung aus der „Denkart unserer Voreltern"; für die modernen Nationen gilt nicht mehr, was sich für die mittelalterliche Einheit des christlichen Europas schickte. Es sind durchaus friderizianische Gedanken, wenn Fichte der Regierung die Aufgabe zuweist, bestimmte Stände der Bevölkerung auf bestimmte Thätigkeiten, den Ackerbau, das Handwerk, den Handel zu beschränken, wenn er im Abfluß des baaren Geldes ins Ausland eine Verarmung des Volkes sieht. Man glaubt den alten Fritz selbst räsonniren zu hören, wenn Fichte das Reisen ins Ausland verboten wissen will, weil der müßigen Neugier und Zerstreuungssucht nicht länger erlaubt werden dürfe, ihre Neugier durch die Länder zu tragen.

Wohl erkennt Fichte die schweren Schäden des friderizianischen Staats: den aussaugenden Militarismus und die wuchtende Steuerlast, welche die Massen in hilflose Verzweiflung trieben. Er will ihn gründlich umwandeln in ein harmonisches Gemeinwesen, dessen einzelnen Gliedern ihr natürliches Recht auf ein glückliches und zufriedenes Dasein gesichert sein soll. Aber er übertrumpft ihn noch durch seinen Vernunftstaat, der sich gänzlich vom Auslande absperrt, der ein besonderes Geld schafft, dessen Zusammensetzung in monarchischen Staaten ein Geheimniß der regierenden Familie sein soll, der mit der übrigen Welt nichts als die Wissenschaft gemein hat. Es ist auf nationalem Gebiete derselbe tragische Konflikt zwischen Mittel und Zweck, der auf internationalem Gebiete Fichtes letzte Jahre zu einem erschütternden Drama gestaltete. Er, der einst die französischen Bajonette herbeigesehnt hatte als die Retter des freien Gedankens, den die deutschen Despoten gewaltsam zu ersticken trachteten, rief in seinen flammenden Reden an die deutsche Nation zum Kampfe gegen dieselben Bajonette und starb mitten im Siegeslärm, ohne Hoffnung, ohne Selbsttäuschung, mit erschütternder Klarheit all das Elend vorhersagend, das nach Waterloo über Deutschland hereinbrach.

Auch Hegel empfand, was der Sieg der europäischen Reaktion bedeutete. Er hatte einst seine Philosophie den Vorläufer der Zeit genannt, in der es ein freies Volk geben werde; nach der Niederlage der Franzosen erklärte er es für den natürlichen Beruf der Deutschen, für den Hauptgewinn ihrer wiedergewonnenen Unabhängigkeit, daß sie ungestört das heilige Feuer der Philosophie aufbewahren könnten. Als er nach Berlin berufen seine Philosophie des Rechts schrieb, um das Recht als einen vernünftigen, sich aus sich selbst entwickelnden Organismus darzustellen, ging er von dem Satze aus: Das Wirkliche ist vernünftig und das Vernünftige ist wirklich. Sein Ideal des Rechtsstaats spiegelte den preußischen Staat von 1821 ebenso wieder, wie Fichtes geschlossener Handelsstaat den preußischen Staat von 1800 wiedergespiegelt hatte: mit dem begreiflichen Unterschiede, daß Hegel unter dem Drucke der Karlsbader Beschlüsse sein Vorbild viel weniger idealisirte, als Fichte unter der begeisternden Nachwirkung der französischen Revolution das seinige idealisirt hatte. Hegel kennt endlich die bürgerliche Gesellschaft, aber er schätzt sie sehr gering. Sie ist schon der Staat, aber erst der

äußere Staat, der Noth- und Verstandesstaat, der Schauplatz der Ausschweifung und des Elends, des physischen und sittlichen Verderbens. Dagegen ist der Staat selbst die Wirklichkeit der sittlichen Idee, das absolut Vernünftige und der absolute Selbstzweck, daher das höchste Recht gegen die Einzelnen, deren höchste Pflicht es ist, Mitglieder des Staats zu sein. Eine Auffassung, die zu den Demagogenverfolgungen paßte, wie der Handschuh auf die Hand.

Nun ist der Staat nach Hegels Rechtsphilosophie immer die Monarchie. Die Republik besteht nicht mehr vor der entwickelten Idee; ein Volk ohne Monarchen ist die formlose Masse ohne Gliederung. In der Monarchie aber bezeichnet man mit dem Worte Volk diejenigen Mitglieder des Staats, die nicht wissen, was sie wollen. Ueber dieser großen Masse erheben sich die Stände als die gesetzgebende Gewalt, die das Allgemeine zu bestimmen hat. Sie bestehen aus dem Stande der Majoratsherren im Oberhause und den drei Ständen des Unterhauses: dem substanziellen Stande der Grundbesitzer, dem formellen Stande der Handwerker, Industriellen und Handeltreibenden, endlich dem allgemeinen Stande der Gelehrten. In den Ständen kommt das Fürsichsein, das öffentliche Bewußtsein als empirische Allgemeinheit zur Existenz, durch sie tritt der Staat in das subjektive Bewußtsein des Volks. Aber sonst ist mit den Ständen auch nicht viel anzufangen. Ohne sie können die Staatsdiener das Beste thun und in den ständischen Versammlungen müssen sie das Beste thun. Sie sind die Träger der zweiten Gewalt, der Regierung, welche die einzelnen Fälle unter das Allgemeine zusammenzufassen hat, sie sind die eigentlichen Staatspersonen, die alles am besten verstehen. Die dritte Gewalt ist die fürstliche, sie trifft die letzte Willensentscheidung und setzt den Punkt auf das i, sie enthält die Idealität der drei Gewalten als eine Totalität in sich. Sie vertritt die Souveränetät des Staats nach außen, sie befehligt das stehende Heer, den Stand der Tapferkeit; sie entscheidet souverän über Krieg und Frieden. Identisch mit dem substantiellen Willen und der Idealität des Ganzen ist sie die wahre Wirklichkeit gegenüber der elenden, alles auflösen wollenden Subjektivität der schlechten Presse. Die Presse vertritt die öffentliche Meinung, nach Hegel den vorhandenen Widerspruch, sie wird von solchen gespeist, die sich sonst nicht geltend zu machen wissen und deshalb auf die überwiegenden Tugenden und Talente der angeborenen und angestellten Tugendhaften neidisch sind; ganz im Geiste der Karlsbader Beschlüsse will Hegel über die Presse theils verhindernde, theils bestrafende polizeiliche Anordnungen verhängen. Seine Rechtsphilosophie überflügelt das Preußen der zwanziger Jahre in nicht viel mehr als darin, daß sie Oeffentlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte fordert.

Trotzdem pulsirte in ihren unverständlichen Worten allein das geistige Leben der damaligen Zeit. Die Polemik, die Hegel in demselben Werke gegen die historische Rechtsschule und die romantische Staatswissenschaft führte, bewies zur Genüge, daß es ihm nicht um eine gedankenlose Verherrlichung der bestehenden Zustände oder gar um eine Rückkehr ins Mittelalter zu thun war. Auf seine

mühevollen Quälereien, die Vernunft in der damaligen Wirklichkeit zu entdecken, traf sein eigenes Wort zu: In unserer reflexionsreichen und räsonnirenden Zeit muß es Einer noch nicht weit gebracht haben, der nicht für Alles, auch das Schlechteste, einen guten Grund anzugeben weiß. Deshalb erkannte er nicht weniger die Wirklichkeit der Vernunft.

Die Vernunft ist die historische Nothwendigkeit, der ewige Fluß des geschichtlichen Entwicklungsprozesses. Was er schafft, ist wirklich und vernünftig, weil es nothwendig ist; sobald es aufhört, nothwendig zu sein, wird es unwirklich und unvernünftig. Die preußische Monarchie war wirklich und vernünftig, weil sie nach den gegebenen geschichtlichen Bedingungen nicht anders sein konnte als sie war, weil das Volk nicht wußte, was es wollte und somit sehr unwirklich und unvernünftig war. Nach Hegels eigener Auffassung war die preußische Monarchie aber keineswegs ein wirklicher Staat. Ein wirklicher Staat war ihm nur der, wo der Monarch ideell gesetzt und ins öffentliche Wohl aufgehoben ist, also im Wesen der Sache die Republik. Demgemäß bestand die wirkliche Vernunft oder die vernünftige Wirklichkeit des preußischen Staats darin, daß die Unterthanen zu unvernünftig waren, um ihren unvernünftigen König „ideell zu setzen", d. h. abzusetzen oder über die Grenze zu jagen oder sonstwie unschädlich zu machen.

Hegel selbst täuschte sich natürlich nicht über den revolutionären Charakter seiner Dialektik, und er befürchtete Anfangs, daß seine Rechtsphilosophie verboten werden würde. Ganz geheuer war dem preußischen Staate bei all der Verherrlichung auch nicht. Stolz auf seinen Polizeiknittel gelehnt, wollte er seine Wirklichkeit nicht erst durch seine Vernunft gerechtfertigt haben. Selbst der stumpfsinnige König sah die Schlange unter den Rosen lauern; als eine dunkle Mär von den Lehren seines Staatsphilosophen zu ihm drang, fragte er mißtrauisch: Aber wenn ich nun nicht den Punkt über das i setze? Indessen die preußische Bureaukratie war dankbar für den Lorbeer, der ihr in so reicher Fülle gewunden wurde, besonders als die strammen Hegelianer die dunklen Worte des Meisters dem gemeinen Unterthanenverstande klar machten und einer von ihnen eine preußische Rechts- und Staatsgeschichte schrieb, worin der preußische Staat bewiesen war als eine Riesenharfe, ausgespannt im Garten Gottes, um den Weltchoral zu leiten. Trotz ihrer unheimlichen Geheimnisse wurde Hegels Philosophie zur preußischen Staatsreligion erklärt, unter den vielen Ironien der Weltgeschichte sicherlich eine der witzigsten. Hegel hatte die reiche Bildung des deutschen Idealismus in einem gewaltigen System zusammengefaßt, er hatte alle Quellen und Ströme unseres klassischen Zeitalters in ein Bett geleitet, wo sie nun gefroren waren in der eisigen Luft der Reaktion. Aber die voreiligen Thoren, die sich hinter diesen Eismassen sicher geborgen wähnten, die vorwitzig jubelten, wenn von ihren glatten und steilen Hängen kecke Sturmläufer abstürzten, ahnten wenig, daß mit den Stürmen des Frühlings die gebundenen Wasser sich lösen und verheerend über sie selbst ergießen würden.

Einen ersten Hauch dieser Stürme erlebte Hegel noch selbst. Er verwarf die Julirevolution, er schalt den ersten Entwurf zur englischen Reformbill einen Schnitt in die „edlen Eingeweide" der großbritannischen Verfassung. Da verließen ihn seine Hörer in dichten Schaaren und wandten sich seinem Schüler Eduard Gans zu, der über die Rechtsphilosophie des Meisters las mit Hervorkehrung ihrer revolutionären Seite, unter scharfer Polemik gegen die historische Rechtsschule. Man sagte damals in Berlin, an dieser schmerzlichen Erfahrung, und nicht an der Cholera sei der große Denker gestorben.

Viertes Kapitel.

Die dreißiger Jahre.

I. Wirkungen der Julirevolution.

Die Julirevolution fand einen mächtigen Wiederhall in Belgien, Italien, Polen, sie rief neues Leben auch in Deutschland hervor. Doch entzündete sie hier keine nationale Bewegung, für die noch alle ökonomischen Vorbedingungen fehlten. Sie erschütterte die kleineren von den einigen dreißig Vaterländern, sonst gab sie erst den Anstoß zu einer nationalen Kundgebung.

Diese Kundgebung galt den Trümmern des polnischen Heeres, das nach glorreichem Ringen vom russischen Zaren gesprengt worden war. Der Trauerzug der polnischen Flüchtlinge durch Deutschland wurde zu einem wahren Triumphzuge. Instinktiv empfanden alle bürgerlichen Kreise, daß der Heldenkampf der Polen gegen den russischen Oberdespoten auch gegen die deutschen Unterdespoten geführt worden war. Die Begeisterung für die Polen erweckte dem deutschen Kleinbürgerthum in Robert Blum seinen größten Agitator, sie senkte in die Seele des eben heranwachsenden Junkerleins von Bismarck jenen wüthenden Polenhaß, der sich noch ein halbes Jahrhundert später in blinder Gewaltpolitik entladen sollte. Und wie sehr sie auf dem richtigen Wege war, zeigte sich später auch darin, daß die preußischen Rüstungen gegen den polnischen Aufstand nahe an vierzig Millionen Thaler verschlungen und den Finanzen wie dem Militärwesen des Absolutismus einen auf lange hin wirkenden Stoß versetzt hatten.

War die deutsche Bourgeoisie noch nicht reif für eine nationale, so war das deutsche Proletariat noch nicht reif für eine soziale Bewegung. In Aachen und Eupen zerstörten die Arbeiter, gepeitscht von furchtbarer Noth, Maschinen und Maschinenfabriken. Handelskammer, Gewerbegericht und selbst die Bezirksregierung waren einsichtig genug, die Ursachen des Tumults zu erkennen; sie baten um ein Verbot des Trucks und der willkürlichen Lohnabzüge. Aber die Berliner Vorsehung blieb taub. Um so mehr wurde sie erschreckt, als die Schneidergesellen vor den Fenstern des Königs wegen beängstigender Konkurrenz der Näh-

mamsellen randalirten; possirlich genug klagte der Minister des Auswärtigen in diplomatischen Depeschen über „dies neue Symptom jenes Schwindel- und Wahngeistes, der bald ganz Europa in ein großes Narrenhaus verwandeln kann", und man empfand es als einen ruhmwürdigen Erfolg, daß die bewaffnete Macht allein mit der flachen Klinge und ohne erst Kanonen aufzufahren den Schneiderkrawall auseinandertrieb. Die bürgerlichen Klassen in Preußen blieben noch ganz still.

Etwas munterer waren sie im übrigen Norddeutschland. In Braunschweig jagten sie einen boshaften Zwergdespoten über die Grenze; in Kassel suchten sie einen ähnlichen Nichtsnutz durch eine Mitregentschaft mehr oder weniger unschädlich zu machen. Bedeutsamer war, daß in den norddeutschen Mittelstaaten mit dem feudalen Schutt einigermaßen aufgeräumt wurde. In Hannover wurde dieser Erfolg erreicht durch einen Studentenlärm in Göttingen und die drohende Haltung der bäuerlichen Bevölkerung, in Sachsen durch Tumulte namentlich in Leipzig und Dresden, die sich zunächst gegen die Winkeltyrannei des städtischen Klüngels richteten, aber bei der allgemeinen Gährung im Lande doch zu einigen Reformen führten. Alles in Allem zeigte sich die norddeutsche Bewegung so zahm oder beseitigte so unerträgliche Uebelstände, daß der Bundestag sich wohl oder übel darein ergab.

Anders stellte er sich zu der Aufregung, welche die Julirevolution in dem süddeutschen Kleinbürgerthum hervorgerufen hatte. Theilweise handelte es sich dabei auch, wie in Baden und Hessen, um die Beseitigung feudaler Dienste, Frohnden und Lasten, doch im Wesen der Sache richtete sich die süddeutsche Bewegung gegen die Schmach der Karlsbader Beschlüsse. Ihre Ziele waren namentlich Erweiterung der landständischen Befugnisse und Preßfreiheit; die Wünsche der Kühnsten verstiegen sich bis zu den „vereinigten Freistaaten Deutschlands". Die Bewegung hatte einen durchaus kleinbürgerlichen Zuschnitt: neben manchen kräftigen Elementen viele Schwätzer, männlicher Trotz in oft sehr kindlichen Formen, große Unklarheit, die durch lärmende Worte mehr enthüllt als versteckt wurde, im Ganzen viel Rauch und wenig Feuer. Sie fand ihren Mittelpunkt in der bairischen Rheinpfalz, nicht nur weil ihr hier das französische Recht freien Spielraum ließ, sondern auch weil die kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Bevölkerung des Ländchens von materieller Noth schwer bedrängt war. Eingeschlossen von badischen, hessischen, preußischen und französischen Zolllinien erstickte sie im Reichthum ihrer Produkte. Der Schoppen Wein wurde zu einem Kreuzer verschenkt und ebenso niedrig standen die Preise für Brot und Fleisch. Die Bauern und Handwerker vermochten ihre Gemeinde- und Staatssteuern, ihre Hypothekenzinsen nicht mehr zu leisten; in Stadt und Land waren die Zwangsversteigerungen an der Tagesordnung. Dabei mußte die Pfalz einen Ueberschuß von einigen Millionen an die bairische Staatskasse abliefern, eine drückende Last, die ihr dadurch nicht versüßt wurde, daß sie mit Baiern in Geschichte, Gewohnheiten und Sitten nichts gemein hatte und etwa mit denselben wohlwollenden Gefühlen nach München blickte, wie die rheinpreußische Bevölkerung nach Berlin.

An der Spitze der pfälzischen Agitation standen mehrere Schriftsteller, von denen Wirth aus Franken wie der begabteste so der rührigste war. Er wanderte mit seiner Zeitung von einer pfälzischen Stadt in die andere, sobald ihm seine Handpresse versiegelt worden war, und einigen Schutz vor den Verfolgungen der bairischen Polizei fand er wirklich unter dem französischen Gerichtsverfahren. Er stiftete einen Preßverein, als dessen Zweck „die Organisation eines deutschen Reichs im demokratischen Sinne“ angegeben war und berief mit seinen Genossen zum 27. Mai 1832 eine Versammlung aller Deutschen nach dem Hambacher Schlosse, um „der Deutschen Mai“ zu feiern. Unter dem Wehen deutscher und polnischer Fahnen erhitzten sich hier einige zwanzigtausend Menschen in manchmal schrecklich klingendem, aber sonst harmlosem Phrasenschwall. Dies „Allerdeutschenfest“ brachte die längst erwogenen Pläne der Reaktion zur Reife; vier Wochen darauf ergingen die Sechs Artikel, welche die süddeutschen Landtage unter das Joch des Bundestages spannten und eine bundespolizeiliche Kommission zu ihrer Ueberwachung niedersetzten.

Damit war das Rückgrat der süddeutschen Bewegung zerbrochen, und sie verathmete in ein paar letzten Zuckungen. Eine kleine Anzahl radikaler Elemente, vornehmlich aus studentischen Kreisen, organisirte sich im Geheimen, um den Widerstand fortzusetzen. Sie unternahm, wenig über fünfzig Mann, in dem Frankfurter Wachensturm einen Schlag gegen den Bundestag. Es war ein unreifer Putsch, der lange vor seinem Ausbruch an die Polizei verrathen war und der elend zusammenbrach, noch ehe er recht begonnen hatte. Jedoch die österreichisch-preußische Reaktion in jener Mischung von Brutalität, Feigheit und Perfidie, die ihr innerstes Wesen ausmachte, war nicht faul, den unbesonnenen Handstreich zu verwerthen. Wie Metternich nach Hambach ausgerufen hatte: „Das Hambacher Fest, wenn es gut benutzt wird, kann das Fest der Guten werden“, so schrieb jetzt Ancillon aus Berlin: „Das Frankfurter Attentat kann Deutschland retten, wenn man sich beeilt, das Ereigniß auszubeuten.“ Eine Welle der schmutzigsten Gewaltthaten ergoß sich über das Land; mißliebige Bücher wurden unterdrückt, mißliebige Zeitungen verboten, mißliebige Persönlichkeiten ins Exil gejagt oder ins Gefängniß geworfen, auf gar keine oder lächerliche Verdachtsgründe hin in grausamer Untersuchungshaft gefoltert, von servilen Gerichten zu langsamem Verkommen in den Kasematten der Festungen oder den Zellen der Zuchthäuser verurtheilt.

Zum letzten Male flackerte die süddeutsche Bewegung im Großherzogthum Hessen auf. Hier kam im Jahre 1830 ein unfähiger Fürst zur Regierung, und der Minister du Thil brachte im Landtag den Antrag ein, zwei Millionen Gulden, die der neue Landesvater in der Vorbereitung auf seinen hohen Beruf an Schulden aufgehäuft hatte, auf den Staatshaushalt zu übernehmen. Die Zumuthung war so frech, daß der sonst sehr gefügige Landtag sie dennoch ablehnte. Schon lastete eine unerschwingliche Steuerlast auf den 700 000 Einwohnern des Ländchens, und sie drückte doppelt schwer auf die blutarme bäuerliche Bevölkerung, die namentlich in Oberhessen den feudalen Lasten der mediatisirten Standesherr-

schaften schier erlag. Im Herbst von 1830 erhoben sich die oberhessischen Bauern, streiften in Haufen durchs Land, plünderten hier ein Zollhaus, zündeten dort einem Amtmann das Dach über dem Kopfe an. Diesen Augenblick ersah du Thil, sein Ansehen bei Hofe wieder herzustellen, das durch seine Niederlage im Landtage schwer erschüttert worden war. Er stellte den Bruder des Großherzogs an die Spitze des tapferen Kriegsheeres, und dieser Held ließ seine Dragoner bei dem Dorfe Södel in die wehrlosen Haufen der Bauern einhauen ohne vorherige Aufforderung zum Auseinandergehen, so daß auch Leute verwundet und getödtet wurden, die sich gerade bemühten, durch vernünftiges Zureden die aufständischen Bauern von der Aussichtslosigkeit ihres Beginnens zu überzeugen. Das „Blutbad von Södel", wie es im Volksmunde hieß, machte du Thil wieder zum allmächtigen Pascha, hinterließ aber in den Massen eine starke Erbitterung.

Führer der hessischen Liberalen war der Rektor Weidig in Butzbach, ein alter Burschenschafter der christlich-germanischen Richtung, ein Schwärmer für Kaiser und Reich und ein Hasser der französischen Revolution, aber ein fester Charakter von starkem Rechtssinn. Unter den Leitern der süddeutschen Bewegung, die frei und im Lande blieben, war er der einzige, der sich nicht hinter den zaghaften Vorwand der Gesetzlichkeit zurückzog, als die Gewaltpolitik des Bundestags die öffentliche Agitation ungesetzlich gemacht hatte. In geheimen Gesellschaften, in heimlichen Flugschriften suchte er den Widerstand gegen die schamlose Willkürherrschaft du Thils zu schüren. Um Neujahr 1834 schloß sich ihm Georg Büchner an, ein zwanzigjähriger Student der Naturwissenschaften, der seit zwei Jahren in Straßburg studirt hatte. Ein Kopf von merkwürdiger Frühreife, ein Freidenker nicht nur auf religiösem Gebiete, sondern auch, was ungleich mehr sagen wollte, so klar in politischen Dingen, wie Keiner sonst von allen, die im damaligen Deutschland politisch hervorgetreten sind. Nicht als ob er ein Sozialist im englisch-französischen oder gar im heutigen Sinne des Wortes gewesen wäre; er spottete über den Saint-Simonismus, von dem ihm einmal ein wunderliches Exemplar in Straßburg begegnet war. Ganz im Gegensatze zu den Utopisten verstand er vielmehr die französische Revolution; aus ihr schöpfte er seine Ueberzeugung, daß der Despotismus nur durch Gewalt gestürzt werden könne, aber daß jede politische Revolution ohne materielle Grundlage, ohne ein nothwendiges Bedürfniß der großen Masse scheitern müsse. Er werde sich nie, so schrieb er seinen Eltern aus Straßburg, in die Gießener Winkelpolitik und revolutionären Kinderstreiche einlassen; die Opfer des Frankfurter Attentats bedauerte er von Herzen, aber er begriff nicht die Verblendung derer, die in den Deutschen ein zum Kampfe für sein Recht bereites Volk sähen.

Als hessisches Landeskind mußte Büchner im Herbst von 1833 für den Rest seiner Universitätszeit nach Gießen übersiedeln. In dem kleinen Neste, umgeben von einer reizlosen Landschaft, verfiel er in tiefe Schwermuth; die politischen Verhältnisse engten ihn ein; er schämte sich nach seinen eigenen Worten, ein Knecht mit Knechten zu sein, einem vermoderten Fürstengeschlecht und einem

kriechenden Staatsdiener-Aristokratismus zu gefallen. Nicht minder ekelte ihn das Treiben der Burschenschaft an. Obgleich sie in Gießen von jeher verhältnißmäßig radikal war, wollte sie doch auch hier nicht von dem romantischen Flitterkram ihrer bunten Bänder lassen; vergebens suchte Büchner sie zu überzeugen, daß es ihre Pflicht sei, in Reih und Glied des bürgerlichen Emanzipationskampfes zu treten; die knabenhafte Eitelkeit mochte nicht mit Handwerksburschen auf derselben Bank sitzen. Meine Freunde verlassen mich, wir schreien wie Taube einander in die Ohren, schrieb Büchner an seine Braut. Ein paar Studenten schlossen sich ihm dennoch an, keiner inniger als August Becker, ein verbummelter Theologe, dessen bedeutende Gaben an jener inneren Haltlosigkeit verkamen, die das deutsche Elend so vielen begabten Deutschen als Mitgift auf den Lebensweg gegeben hat. Durch Becker hörte Büchner von Weidigs Verschwörung, und sein revolutionärer Drang zu handeln riß ihn zu dem Versuche hin, der geheimen Agitation breiteren Boden, höhere Ziele zu schaffen. Darüber mußte er bald genug mit Weidig zusammenstoßen; das einzige Flugblatt, das Büchner geschrieben hat, der Hessische Landbote, ist von Weidig, der über die geheime Druckerei in Offenbach verfügte, arg verstümmelt und durch biblische Kraftstellen entstellt worden. Aber auch so noch sprüht es wie ein dichter Funkenregen aus dem Brande der großen französischen Revolution. Die Sprache hält sich dem Bombast des damaligen Liberalismus fern, sie ist einfach, klar, durch glückliche Vergleiche belebt, von revolutionärer Leidenschaft gesättigt. Jedoch sozialistische Anklänge enthält sie nicht. Büchner stürmt die hessischen Bauern auf, die Burgen ihrer Zwingherren zu brechen, wie zahlreiche Aufstände der französischen Bauern das Jahr 1789 eingeleitet hatten.

Einen Erfolg hatte die Flugschrift nicht. Den liberalen Mitgliedern der Verschwörung erschien sie „allzuscharf, ja ekelhaft", und der Trotz der Bauern war unter du Thils Joche gründlich gebrochen worden. Sie lieferten die Blätter des Hessischen Landboten, die ihnen nächtlicher Weile in die Fenster und die Thüren geschoben wurden, ängstlich den Behörden aus, und der Rest fiel durch Verrath in die Hände der Regierung. Judas Kuhl, ein Bürger von Butzbach, hatte schon im März 1833 seinen Pakt mit du Thil und dem Großherzoge selbst abgeschlossen, aber als zäher Schacherer verkaufte er die Verschworenen allmälig Kopf bei Kopf und arbeitete derweil als Lockspitzel unter ihnen. Erst im Frühjahre von 1835 zog sich das Netz über die kostbarsten Opfer, über Büchner und Weidig zusammen. Büchner hatte den Winter bei seinen Eltern in Darmstadt verlebt und hier einen kleinen Geheimbund gestiftet, der nächtlicher Weise in einem Gartenhäuschen tagte; schon eng umgarnt von du Thils Häschern, schrieb er sein Drama Dantons Tod, eine formlos-mächtige Dichtung, die im grandiosen Wurfe der abgerissenen, in fieberhafter Aufregung wie hingewühlten Szenen die Schreckensherrschaft in all ihrer unheimlichen Größe heraufbeschwor. Im letzten Augenblicke konnte Büchner dann noch fliehen, erst nach Straßburg und von da nach Zürich, wo er schon im Februar 1837, noch nicht 24 Jahre alt, an einem hitzigen Fieber gestorben ist.

Wenige Tage nach Büchners Tod endete Weidig durch einen schauerlichen Selbstmord. Ihn hatte du Thil rechtzeitig ergriffen, und wie in allem reaktionären Handwerk, so auch darin erfahren, die Justiz zur Dirne der Gewalt zu machen, hatte er dem edlen Schwärmer in dem Untersuchungsrichter Georgi einen feigen, grausamen, an Säuferwahnsinn leidenden Folterknecht bestellt. In endlosen Martern wurde Weidigs geistige Kraft gebrochen. Als dann auch sein Körper durch Schläge mit dem Farrenschwanze geschändet wurde, wählte er den freiwilligen Tod. Er zerschnitt sich mit zerbrochenen Glasscherben die Adern. Noch war Hilfe möglich, als die That entdeckt wurde, doch Georgi und seine Helfer ließen den Unglücklichen verbluten. Du Thil aber belohnte den Henker durch einen Orden und ließ ihn mit Unterstützung der Behörden in die Kammer wählen. Der unerhörte Frevel entriß dem geknebelten Volke einen Aufschrei ohnmächtigen Zorns und ungesühnt ist er nicht geblieben. Weidigs Schicksal bestimmte die Zukunft eines damals elfjährigen Knaben, der ihm blutsverwandt war: er hieß Wilhelm Liebknecht.

II. Oekonomische Fortschritte. Neue Literatur.

Um die Mitte des Jahrzehnts lag wieder die Ruhe des Kirchhofs über Deutschland. Aber wenn die Despoten mit staatsmännischer Befriedigung auf dies Ergebniß ihrer patriotischen Bemühungen blickten, so ahnten sie wenig, daß sie gleichzeitig erfolgreicher als alle Demagogen an der Untergrabung ihrer Herrlichkeit von Gottes Gnaden arbeiteten. Zu Neujahr 1834 trat der preußisch-deutsche Zollverein ins Leben, der ein Gebiet von etwa 8000 Geviertmeilen mit gegen 30 Millionen Einwohnern dem freien Verkehr im Innern erschloß und zugleich als einheitliches Ganzes den fremden Handelsmächten gegenüberstellte. Und ein Jahr darauf wurde die erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth erbaut. Schwerfällig genug, aber unaufhaltsam trieb Deutschland in den großen Strom des Weltverkehrs.

Die Vorgeschichte des Zollvereins ist ein tragikomisches Beispiel dafür, wie souveräner Unverstand durch die ökonomische Nothwendigkeit gebändigt wird. Während sich fast alle europäischen Staaten durch Zölle schützten, lag das zerissene Deutschland offen für die übermächtige Konkurrenz des Auslandes und wurde namentlich von englischen, durch die Kontinentalsperre so lange gestauten Waaren überschwemmt. Es war so, wie die niederrheinischen Fabrikanten in einer Bittschrift an den preußischen König klagten: „Von allen Märkten Europas sind unsere Gewerbe durch Zollinien ausgeschlossen, indeß alle Gewerbe Europas in Deutschland einen offenen Markt haben.“ Dafür fehlte der deutschen Industrie der inländische Markt, denn ganz Deutschland war von zahllosen Zollinien durchschnitten, so daß dem Franzosen de Pradt die Deutschen wie Gefangene vorkamen, die nur durch Gitter miteinander verkehren durften. Was dem Auslande zum Spotte gereichte, war das Ideal der deutschen Despoten, deren Handels-

und Wirthschaftspolitik einzig durch dynastische Interessen oder auch nur Schrullen bestimmt wurde. Aber sie waren arm, sehr arm, und der Hunger nach Gold bändigte den souveränen Trutz. Finanzielle Rücksichten hatten Preußen schon im Jahre 1818 gezwungen, alle Binnenmauthen niederzuwerfen und den ganzen Staat mit einer Zollgrenze einzuschließen, so schwierig die Erhebung der Zölle an den weit gestreckten und tief zerrissenen Grenzen war. Damit kamen die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die fast alle von der preußischen Zollgrenze berührt wurden, aus dem Regen in die Traufe. Mochten sie mehr oder minder deutlich einsehen, daß ein preußisch-deutscher Zollverein der Anfang zur preußischen Vorherrschaft sei, so blieb ihnen keine Wahl. Sie sträubten und zerrten sich, so lange sie konnten, und machten noch lange Jahre viele Seitensprünge, aber die wachsende Noth ihrer Finanzen entschied, und einer nach dem anderen meldete sich zum Eintritt in den Zollverein. Da es allen Regierungen auf den finanziellen Ertrag der Zölle, nicht aber oder doch erst sehr in zweiter Reihe auf den Schutz der Industrie ankam, so wurde der Tarif so liberal, wie ihn kein anderer großer Staat des Festlands kannte. Wohl schrie die Mehrzahl der Fabrikanten nach höheren Zöllen, aber sie kamen gegen die Regierungen um so weniger auf, als auch der Großgrundbesitz wegen der Kornausfuhr begeisterter Freihändler war.

Dagegen war die junge Bourgeoisie die treibende Kraft bei dem Bau von Eisenbahnen. Deutschland war arm an guten Land- und Wasserstraßen; in Preußen gab es 1831 noch nicht 1100 Meilen Chausseen. Um so schneller begriff die rheinische und sächsische Industrie, begriffen die größeren Handelsstädte wie Leipzig und Magdeburg ihr Interesse an Eisenbahnen. Den Despoten und ihren Werkzeugen war die Sache zunächst höchst verdächtig. Der preußische Generalpostmeister Nagler, ein wüthender Demagogenverfolger, der die Briefspionage im Großen betrieb, eiferte gegen das „höchst beschränkte und untergeordnete Kommunikationsmittel“ und fand damit gnädiges Gehör bei seinem Landesvater, der sein Gottesgnadenthum gefährdet glaubte, wenn er mit seinen geliebten Unterthanen in demselben Zuge von Berlin nach Potsdam fahren sollte. Höchstens die Phantasten unter den Fürsten, wie der König von Baiern und der Kronprinz von Preußen, hatten einiges Wohlgefallen an den neuen Eisenstraßen; von ihrer umwälzenden wirthschaftlichen Bedeutung ahnten auch sie nichts. Der souveräne Unverstand griff oft störend in den Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes ein, doch verhindern konnte er ihn nicht. Die Eisenbahnen legten die erste große Bresche in die chinesischen Mauern der partikularistischen Vorurtheile. Sehr bald besang Karl Beck in einem Bilde von zweifelhaftem Geschmack, aber prophetisch genug die Schienen als die Hochzeitsbänder, als die blankgegossenen Trauungsringe, welche die Länder liebend tauschten. Die Eisenbahnen erschlossen erst den Reichthum des deutschen Bodens an Eisen- und Kohlenschätzen, sie gaben der großen Industrie einen gewaltigen Anstoß, die nun auch in Süddeutschland einzudringen, sich in Augsburg, Nürnberg, Mannheim anzusiedeln begann. Fabriken für Maschinenbau wuchsen rasch empor, so Borsig in Berlin, Cramer und Klett in Nürnberg.

Doch immer noch herrschte weitaus das Handwerk in Deutschland vor, und es erlebte seine letzte Blüthe in dem wirthschaftlichen Aufschwunge der dreißiger Jahre. Zwar litten schon einzelne Gewerbe durch die Konkurrenz der großen Geschäfte, so die Seifensieder, Gerber, Handschuhmacher, Hutmacher, Töpfer, aber dafür gewannen andere, wie Mechaniker, Schlosser, Steinmetzen gerade durch die Beschäftigung, die ihnen die große Industrie gab. Insoweit mochte sich Gewinn und Verlust ausgleichen. Im Ganzen und Großen hob sich das Handwerk; die Zahl der in ihm beschäftigten Personen stieg verhältnißmäßig schneller, als die Gesammtziffer der Bevölkerung, was sich besonders an den wichtigen Gewerben der Bäcker und Fleischer zeigte, die sich sonst auf gleicher Höhe mit der steigenden oder sinkenden Bevölkerung zu halten pflegen. Nun trat aber auch der soziale Gegensatz zwischen Meistern und Gesellen schärfer hervor. In den zwanziger Jahren hatten sich die Lücken des Handwerks allmälig ausgefüllt; die selbständige Niederlassung erforderte namentlich in den größeren Städten schon einige Mittel; hier vergrößerten sich die Geschäfte, aber vermehrten sich nicht. Ein Theil der Gesellen mußte auf die Aussicht verzichten, jemals Meister zu werden. Im 18. Jahrhundert hatte sich, wenn das Handwerk übersetzt war, der Ueberschuß in die Söldnerheere ergossen; dieser Abfluß bestand nicht mehr oder soweit er etwa in anderer Form noch bestand, hatte er keinen Reiz für die kräftigen Elemente der Gesellenschaft, die in den revolutionären Bewegungen nach 1830 mitgethan hatten. Politische und soziale Noth trieb sie über die Grenzen, nach England, nach Frankreich, nach der Schweiz. Aus gleichen Gründen nahm in diesem Jahrzehnt die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ihren ersten großen Aufschwung: mehr als 150 000 Deutsche wanderten dahin aus gegen noch nicht 8000 in den zwanziger Jahren.

Wie immer ging mit dem ökonomischen Fortschritte der naturwissenschaftliche Hand in Hand. In erster Reihe stand dabei die Chemie, der Liebig ein genialer Bahnbrecher wurde, er gründete in Gießen das erste Laboratorium an einer deutschen Hochschule In Berlin schaarten sich um Alexander von Humboldt bedeutende Naturforscher, Ehrenberg, Dove, die beiden Rose, Johannes Müller. Gegen die historischen Wissenschaften, wie sie bis dahin an deutschen Universitäten und Gymnasien getrieben worden waren, begann sich in den aufblühenden Städten eine starke Abneigung geltend zu machen; sie gründeten polytechnische Anstalten, gewerbliche Fortbildungsschulen, Handelsschulen. Die süddeutschen Regierungen nahmen einigen Antheil daran, um das Handwerk zu fördern; was Preußen etwa zur Förderung der gewerblichen Entwicklung that, das kam durchaus dem großen Kapital zu Gute, in dem der preußische Despotismus bei allem Mißtrauen gegen die revolutionirenden Wirkungen der Industrie doch zugleich eine neue Macht der Ausbeutung und Unterdrückung witterte.

Und nun begann auch das Eis auf literarischem und politischem Gebiete zu treiben. Zuerst nagte der heiße Hauch der Julirevolution an den todten Massen. In ehernen Rhythmen brandmarkte Platen die Henker Polens, den zarischen Despotismus und seine Helfershelfer, die Petersburger Knute, die Fuchtel

von Berlin. Börne und Heine aber eröffneten ein heftiges Kreuzfeuer gegen den deutschen Despotismus. Sie waren nach Paris geeilt, und mit leidenschaftlichem Antheil erlebten sie die letzte Begeisterung wie die erste Enttäuschung der Julirevolution. Bald spottete Börne über die konstitutionelle Monarchie als über eine Mißgeburt mit zwei Rücken, die bestimmt sei, auf beiden Seiten Prügel zu bekommen. Er war aufgewachsen in dem Ghetto Frankfurts am Main, der „freien" Stadt, wo der Geist ihres größten Sohnes, der Geist Goethes, bis auf den letzten Hauch verschwunden war, wo sich neben altem Gerümpel mittelalterlicher Herrlichkeit das politische Elend der Gegenwart im Bundestage handgreiflich verkörperte, wo aus der schmutzigsten Judengasse der Welt die größte Finanzdynastie des Jahrhunderts hervorgegangen war, wo eine feile Geldoligarchie hartherzige Bedrückung und verschrumpftes Pfahlbürgerthum mit kosmopolitischer Profitwuth zu verbinden wußte. Alle diese spitzen Gegensätze hatten sich von früh auf zu tief in Börnes weiches Gemüth eingeprägt, als daß sie sein scharfer Verstand in nun doch schon reifen Jahren noch hätte überwinden können. Er liebte Deutschland, er liebte die Freiheit und mit kräftigen Streichen traf er ihre Verächter, aber ihr Retter konnte der Mann nicht werden, der Goethe einen gereimten und Hegel einen ungereimten Knecht schalt. Eine ungleich reichere Natur war Heine, der Sohn des gewerbfleißigen Niederrheins, der süßeste Liedermund, den Deutschland seit Goethes jungen Tagen gesehen hatte, und ein wissender Schüler Hegels. Als ihn die Kunde von der großen Juliwoche auf Helgoland traf, war er ganz Freude und Gesang, ganz Schwert und Flamme. Er hatte das Schwanenlied der Romantik gesungen und in dem Napoleonkultus seiner Reisebilder die bürgerliche Kultur der Rheinlande gegen die feudale Unkultur des preußischen Junkerthums vertheidigt; nun ergriff er mit genialem Verständniß das innerste Wesen des französischen Sozialismus. Er dolmetschte den Franzosen die Geheimnisse der deutschen Philosophie und sagte voraus, was noch keiner ahnte, daß die deutschen Handwerksburschen und Arbeiter die Erben unserer großen Philosophie seien.

Platen, Börne, Heine kämpften im Auslande, unter der deutschen Zensur war ihr freies und kühnes Wort unmöglich. Aber um die Mitte des Jahrzehnts brachen mit der ökonomischen Wendung der Dinge auch in Deutschland selbst allerlei Quellen und Quellchen unter der Eisdecke der Literatur hervor. In demselben Jahre, das die erste deutsche Eisenbahn sah, erschien eine ganze Reihe bedeutsamer literarischer Kundgebungen: die Geschichte der deutschen Dichtung von Gervinus, die aus unserer klassischen Literatur die Waffen für den politischen Emanzipationskampf des deutschen Bürgerthums zu rüsten gedachte, Immermanns Epigonen, die den Klassenkampf zwischen Feudalismus und Industrialismus schilderten, Freiligraths erste Gedichte, die in brennender Farbenpracht das Gebiet des Welthandels entrollten, Mundts Madonna und Gutzkows Wally, die auf philosophischem und religiösem Umwege nach den Lorbeeren Börnes und Heines trachteten, endlich das Leben Jesu von Strauß.

Doch nur von diesem gelehrten Werke des schwäbischen Theologen, das den Kämpfen der Gegenwart am fernsten zu liegen schien, ging eine revolutionäre Wirkung aus. Gervinus blieb eine Stimme in der Wüste, denn der Philister steckte ihm selbst noch zu tief im Leibe, als daß er die Philister hätte bekehren können; er mißverstand oft genug die klassische Literatur, und die klassische Philosophie verstand er überhaupt nicht. Der junge Freiligrath lebte im Zustande politischer Unschuld und der ältere Immermann gestand selbst, keine politische Ader zu haben; mit dem Hochmuth halb des altpreußischen Beamten und halb des Nachfahren von Goethe sah er herab auf die mittelalterlichen Restaurationsversuche des Adels, die harten Thaler des dritten Standes, den studentischen Demagogismus, die hegelisirenden Minister; es sei ihm völlig gleichgiltig, so meinte er, ob Meister Hinz einen Groschen Steuer mehr bezahle oder Professor Kunz sein schlechtes Pamphlet nicht drucken lassen dürfe. Das Junge Deutschland endlich, die Mundt, Gutzkow, Laube, litt an dem Fluche der Halbheit. Es wollte die profane Welt wieder in ihre Rechte einsetzen, aber es wollte nicht, wie Gutzkow an Börne tadelte, Alles zur Sache der Könige machen. Das hieß die Pferde hinter den Wagen spannen, denn damals war Alles in Deutschland Sache der Despoten, und Georg Büchner meinte in seiner klaren Weise, er könne diese halben Bestrebungen nicht verstehen.

In der That war es der norddeutsche Liberalismus, der, geborener Wirrkopf, hegelisch gefärbt, romantisch verquickt, saint-simonistisch angehaucht, in den Schriften des Jungen Deutschlands seine ersten schwankenden Gehversuche machte. Bei Mundt findet sich sogar schon die „preußische Spitze"; der angebliche Demagoge Laube reiste im Auftrage des preußischen Polizeiministers nach Straßburg, um über bonapartistische Umtriebe zu berichten und schrieb eine seichte Literaturgeschichte gegen Gervinus, dessen „Doktrinarismus" ihm viel zu knorrig war. Gutzkows Wally, die Zweiflerin, war durch das Leben Jesu von Strauß angeregt worden; eine herzlich schwache Dichtung, aber in ihren zweiflerischen Tendenzen so harmlos, daß sie von der pietistischen Reaktion der fünfziger Jahre in den Berliner Schulbibliotheken geduldet wurde, zog sie bei ihrem Erscheinen den Bannstrahl des Bundestages auf die Schriften Börnes, Heines und des Jungen Deutschlands. Börne und Heine wurden deshalb nur um so lebendiger, aber das Junge Deutschland siechte hoffnungslos dahin. Karl Gutzkow, sein begabtester und ehrlichster Vertreter, erkannte nach dem Erscheinen der Hallischen Jahrbücher, daß die Fortsetzung des großen neuzeitlichen Kampfes andere Waffen erfordere, als er zu führen verstände.

III. Kampf zwischen Philosophie und Romantik.

So wenig wie Immermann und vielleicht weniger als Gutzkow besaß David Strauß eine revolutionäre Ader. Er war ein schwäbischer Magister und Theolog, mehr noch ein Spieß- als ein Kleinbürger, eine sorgliche Natur, die für die

wachsenden Profitbedürfnisse des wachsenden Kapitalismus ein wachsendes Verständniß fand, aber die Revolution in ihren bürgerlichen Formen stets bekämpft, in ihren proletarischen Formen stets beschimpft hat. Halb Poet und halb Philosoph und keines von beidem ganz, trieb er sich zuerst in Schellings mystischer Naturphilosophie, dann im Irrgarten des Magnetismus und Somnambulismus herum, bis er in Hegels Gabe des dialektischen Denkens den ausgleichenden Ruhepunkt für den Zwiespalt zwischen Herz und Kopf fand. Mit ihr bewaffnet schrieb er seine Kritik der evangelischen Geschichte, absichtlich in der dunklen Rede der Schule, damit ihn nur die offizielle Gelehrsamkeit verstehen sollte.

Dennoch wurde sein Buch eine epochemachende That. Die Bibelkritik von Reimarus mit ihrer bündigen Beweisführung und ihren flachen Schlußfolgerungen hatte einst Lessings philosophischem Geiste den Anstoß gegeben, die Bedeutung der Religionen im Leben der Menschheit zu untersuchen; in tiefsinnigen Arbeiten hatte die deutsche Religionsphilosophie dann in Hegel ihren Abschluß gefunden, um Gott in die Geschichte und die Geschichte in Gott aufzunehmen; nun gab Strauß mit seiner Bibelkritik dem stolzen Geistesbau wieder den ersten Stoß. Wo die deutsche Aufklärung des 18. Jahrhunderts aufgehört hatte, praktisch zu sein, da begann die deutsche Philosophie des 19. Jahrhunderts wieder praktisch zu werden. Was aber war mit dem Leben Jesu von Strauß für die Interessen der Gesellschaft gewonnen? Strauß selbst hat die Frage nie zu beantworten gewußt und das quälende Räthsel hat sein ganzes Leben verdüstert. Es ist aber keineswegs unlösbar.

Die Julirevolution hatte wie in einem grellen Blitzschein erkennen lassen, daß die von Hegel zwischen ewiger Vernunft und preußischer Wirklichkeit geschlagene Brücke aus Spinnweben gewoben war. Die Wendung, die Gans gegen die historische Rechtsschule nahm, war nur das Vorspiel ganz anderer Dinge. Das erkannte, wenn Niemand sonst, so doch die einzige wirkliche Partei, die damals schon bestand: die feudale. Sie pflanzte das Banner der romantischen Staatswissenschaft, das Banner Adam Müllers und Hallers um so dreister auf; sie gewann in dem preußischen Kronprinzen einen mächtigen Beschützer, in Jarcke, Leo, Hengstenberg, drei ehemaligen Burschenschaftern, begabte Wortführer; sie schuf sich in der Evangelischen Kirchenzeitung und dem Politischen Wochenblatt einflußreiche Organe. Ihre stark katholisirende Richtung ergab sich aus ihren mittelalterlichen Idealen und auch aus dem bestimmenden Einfluß der französischen Romantik. Das Politische Wochenblatt trug ein Wort de Maistres als Motto an der Stirn, und sein Redakteur Jarcke trat offen zum Katholizismus über, mit dem Hengstenbergs päpstliche Orthodoxie und Leos historische Auffassung ohnehin nahe Berührungspunkte hatten. Sobald der süddeutsche Liberalismus niedergeschlagen war und so lange sich der norddeutsche Liberalismus erst wie im Traume regte, ergab es sich von selbst, daß die romantische Reaktion zunächst auf religiösem Gebiete vordrang. Sie machte die Religion zur Sache der Könige und der Junker. Sie band mit Hegels Religionsphilosophie eher an als mit seiner Rechtsphilosophie.

Unserer klassischen Literatur und Philosophie war die Wahrheit der evangelischen Geschichte eine abgethane Sache. Hegel selbst hatte erklärt, was das blos Geschichtliche, Endliche, Aeußerliche betreffe, so seien die heiligen Geschichten wie profane zu betrachten, den Glauben ginge das Wissen gemeiner wirklicher Geschichten nichts an. Aber auf der Wirklichkeit dieser Geschichten fußte die romantische Reaktion; mit ihr stand und fiel sie. Hier also mußte der erste Zusammenstoß zwischen Philosophie und Romantik erfolgen. Strauß trat dafür ein, daß die Prüfung der evangelischen Geschichte durchaus der historischen Kritik freizulassen sei. Er übte diese Kritik mit einer Gründlichkeit, die den guten Glauben an die historische Wahrheit der Evangelien ein- für allemal unmöglich machte. Aber wenn er als Hegelianer ganz andere Waffen der Kritik handhaben konnte, wie Reimarus zu seiner Zeit gehandhabt hatte, so kam er auch zu ganz anderen Ergebnissen. Mit Hegel behauptete er die Einheit der göttlichen und menschlichen Natur. Demgemäß waren ihm die Evangelien zwar nicht Geschichte, aber auch nicht Dichtung, sondern Mythe, Volkssage, bewußtlos geschaffenes Erzeugniß der christlichen Gemeinde. Damit war im Grunde nichts erklärt, wohl aber Hegels absolute Idee erschüttert. Von den beiden Gegensätzen, deren höhere Einheit sie bildete, der Substanz und dem Selbstbewußtsein, griff Strauß die geheimnißvolle Substanz heraus als Erzeugerin der christlichen Mythe. Es stand zu erwarten, daß sich das Selbstbewußtsein nicht so ohne Weiteres verabschieden lassen würde.

Aus diesen beiden Gesichtspunkten erklärt sich die ungeheuere Wirkung, die das Leben Jesu von Strauß bei seinem Erscheinen hervorrief. Es führte einen vernichtenden Streich gegen die Sache der Könige, und es trieb Hegels absolute Idee, in der die Weltgeschichte ihren Abschluß gefunden hatte, über sich selbst hinaus. Während die älteren Hegelianer fortfuhren, die Hefte des Meisters nach ihrem Wortlaute abzuleiern, entsannen sich nun die jüngeren Schüler Hegels, daß den inneren Kern seiner Philosophie nicht die Ruhe, sondern die Unruhe, nicht der Stillstand, sondern die Entwicklung, nicht das System, sondern die Methode bilde. Sie sammelten sich um die Fahne der Hallischen Jahrbücher, die zwei junge Gelehrte, Theodor Echtermeyer und Arnold Ruge, seit 1838 herausgaben. Die eigentliche Seele des Unternehmens war Arnold Ruge, ein Pommer von der Insel Rügen, der als alter Burschenschafter den Wahnsinn der Demagogenjagd mit sechsjährigem Gefängniß in Köpnick und Kolberg gebüßt hatte. Er besaß manche Eigenschaften eines guten Publizisten: philosophische Bildung, Fleiß, Rührigkeit, Kampflust und war reichlich der grobe Keil, der auf den groben Klotz der Reaktion gehörte. Doch steckte hinter den Eseln, Ochsen und Pferdeköpfen, die ihm nur so von den Lippen stoben, mehr ein polternder und rechthaberischer Philister, als ein wirklicher Revolutionär. Ruge hatte sich durch glückliche Heirathen eine behagliche Existenz geschaffen und erklärte den „langohrigen Sauertöpfen" als Hallischer Hausbesitzer, Stadtverordneter, Schiedsmann und Sanitätskommissarius, ja als verfolgter Demagog — aus seinen „mancherlei rechtlichen Verwicklungen", wie er sich ausdrückte — das preußische

Staatswesen für frei und gerecht. Mit den Hallischen Jahrbüchern wollte er zunächst frisches Wasser in den stockenden Sumpf der alten Literaturzeitungen leiten; er wollte wieder Leben und Wissenschaft vermitteln im Gegensatze zu den Berliner Jahrbüchern, in denen sich die älteren Hegelianer ein staubtrockenes Organ geschaffen hatten. Auf einer Werbereise trommelte er an den deutschen Universitäten allerlei junges, aber bunt gemischtes Volk zusammen; auch Leo gehörte anfangs zu den Mitarbeitern der Hallischen Jahrbücher. Es war, wie Ruge selbst sagte, „sehr gegen seinen Willen“, daß sich sein Blatt so bald mit der Romantik in die Haare gerieth.

Die Reaktion fühlte instinktiv den Boden unter ihren Füßen wanken und durch plumpe Schläge rief sie selbst den Widerstand hervor, den sie fürchtete. Dieselben Göttinger Professoren, die den Werber Ruge im Herbste 1837 sehr von oben herab behandelt hatten, wurden noch in demselben Jahre von ihrem angestammten Könige aus dem Lande gejagt, weil ihnen ihre Ehre höher stand als ihr Amt. Das freie und gerechte Preußen aber unterstützte den nichtswürdigen Gewaltstreich des Welfen, und der Minister v. Rochow erfand damals das geflügelte Wort vom beschränkten Unterthanenverstand, um den Beifall lächerlich zu machen, den die brave That der Göttinger Sieben in preußischen Städten erweckt hatte. Gleichzeitig blamirte sich der preußische Despotismus unsterblich, indem er sich trotz seiner mittelalterlich-romantischen Neigungen in der Frage der gemischten Ehen mit der römischen Kurie überwarf und Dank seiner Gendarmenpolitik gegen die katholischen Bischöfe die Sache des Ultramontanismus zum ersten, wenn auch nicht zum letzten Male zur Sache der bürgerlichen Freiheit machte. Die preußischen Romantiker kamen dadurch in ein gewisses Gedränge. Als Leo die Verhaftung des Kölner Erzbischofs erfuhr, wollte er jeden Hegelianer wie einen Hasen hinter die Ohren schießen, mußte dann aber gern oder ungern gegen den „Welfen“ Görres schreiben, der vom ultramontanen Standpunkt aus den preußischen Staat mit beißendem Hohn überschüttet hatte. Diesen Augenblick ersah Ruge, um seinen Freund Leo von der Philosophie aus gründlichst zu kritisiren und seine Schrullen, die freilich eine ganze Frachtfuhre zerbrochener Töpfe seien, vollends zusammenzuschießen. Indessen Leo, der an Geist, Wissen und nicht zum wenigsten an Grobheit sich reichlich mit Ruge messen konnte, klagte nunmehr die Sekte der Hegelingen als staatsgefährlich an, weil sie jeden persönlichen Gott leugne, das Evangelium für eine Mythe erkläre, die Unsterblichkeit bestreite und eine Religion des alleinigen Diesseits lehre, trotz alledem aber sich das Ansehen einer christlichen Partei gebe. Von nun an war der Kampf zwischen Philosophie und Romantik offen entbrannt.

Immer noch blieben die Hallischen Jahrbücher „Hegelsche Christen und Hegelsche Preußen“. Der preußische Beamten- und Militärstaat war ihr Ideal, und für einen philisterhaften Aufsatz über Heine erntete Ruge den Beifall des Kultusministeriums, in dem die offizielle Hegelei ihren letzten Stützpunkt hatte. Doch war gegenüber dem Kronprinzen und seinem romantischen Gefolge der

Kultusminister Altenstein und sein Geheimer Rath Johannes Schulze viel zu schwach oder viel zu ängstlich, um mehr zu leisten, als eine verschämte Duldung der Junghegelianer. Auf Ruges flehentliche Bitte um eine staatliche Anstellung als Anerkennung seiner Leistungen gingen sie nicht ein. So trieben die Hallischen Jahrbücher allmälig in die politische Opposition. Sie erklärten, das Prinzip des preußischen Staats, der Protestantismus in all seinen vernünftigen Konsequenzen, sei nach wie vor die Wahrheit, aber der gegenwärtige Zustand Preußens sei gegen seine Entwicklung das Unhaltbare und gegen sein Wesen das Unwahre. Ruge wollte nun, wie in der Literatur und Poesie, so auch in der Politik die Romantik „zu Tode hetzen", aber die „unpraktische alte Dame", wie er sie nannte, stand früher auf als er und gelangte in der Person Friedrich Wilhelms IV. auf den Thron, um den Hallischen Jahrbüchern dasselbe Schicksal zu bereiten, das sie ihr zugedacht hatten.

Fünftes Kapitel.

Handwerksburschen-Kommunismus.

I. Geheime Gesellschaften deutscher Flüchtlinge.

Leo und Ruge, die Hauptkampfhähne der Romantik und der Philosophie, behaupteten, der eine wie der andere, ihrer burschenschaftlichen Vergangenheit treu zu bleiben, indem sie sich heftig befehdeten. Und in gewissem Sinne konnte es jeder von Beiden behaupten. Unter dem stärkeren Luftzuge der ökonomischen Entwicklung mußten sich die verschiedenen Strömungen scheiden, aus denen die Burschenschaft zusammengeflossen war. Ja, die Mehrzahl der akademischen Rebellen schloß einen so gründlichen Frieden mit den herrschenden Gewalten, daß die preußischen Mandarinen, die nie vom Pfade des Rechts abgewichen waren, unter neidischem Schütteln ihrer Zöpfe das Witzchen erfanden, Niemand mache eine so schnelle Karriere wie ein bekehrter Demagoge.

Eine ähnliche Scheidung trat aus ähnlichem Grunde unter den revolutionären Elementen ein, welche die reaktionäre Schmutzwelle über die deutschen Grenzen geworfen hatte. Nur daß die freie Luft oder die entwickelten Klassenkämpfe des Auslands, nicht zuletzt auch die fortgesetzten Verfolgungen der deutschen Regierungen, das Schwergewicht dieser Scheidung nicht nach der reaktionären, sondern nach der revolutionären Seite schoben. Auf dem neutralen Boden der Schweiz fanden die deutschen Flüchtlinge italienische und polnische Leidensgenossen, die gleich ihnen von Metternich und dessen Helfershelfern drangsalirt wurden; in Frankreich trat ihnen die sozialistische Bewegung nahe. Es waren harte Proben für die beschränkte Deutschthümelei und Spießbürgerei, die von den deutschen Flüchtlingen noch massenhaft über die Grenze geschleppt worden war.

Und es lag in der Natur der Sache, daß von ihren beiden hauptsächlichen Bestandtheilen die Handwerksburschen diese Proben besser bestanden als die Studenten, von denen nur die tüchtigsten Elemente sich über einen mehr oder minder verwaschenen Radikalismus hinaus zu entwickeln vermochten.

Paris war damals die Hauptstadt der europäischen Revolution, und von hier aus liefen die Fäden, welche die deutschen Flüchtlinge verbanden. In Paris entwickelte sich, als ein öffentlicher Volksverein zur Unterstützung der süddeutschen Oppositionspresse von der französischen Regierung unterdrückt worden war, Anfangs 1834 ihre erste geheime Organisation, der Bund der Geächteten. Sein Zweck war nach den Statuten: Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands, Begründung und Erhaltung der sozialen und politischen Gleichheit, Freiheit, Bürgertugend und Volkseinheit. In seinen demokratisch-republikanischen Zielen entsprach der Bund der französischen Gesellschaft der Menschenrechte und war wie diese als hierarchisch abgestufte Verschwörungsgesellschaft mit unbedingtem Gehorsam gegen die geheimen Oberen organisirt. Zu seinen Leitern gehörten zwei ehemalige Privatdozenten: Wilhelm Schuster aus Göttingen und Jakob Venedey aus Heidelberg, ein geborner Kölner, der auf Verlangen seiner Heimathsbehörde wegen Betheiligung am Hambacher Feste verhaftet, aber von dem jungen Johann Philipp Becker in dem Städtchen Frankenthal befreit worden war, als er beim Transport in die preußischen Kerker durch die Rheinpfalz geschleppt wurde. Die Masse der Bundesmitglieder bestand aus einigen hundert Handwerksburschen, nicht nur aus solchen, die in Paris ansässig waren, sondern auch aus wandernden Gesellen, die über kurz oder lang nach Deutschland zurückkehrten. Gerade diese Beziehungen mußte der Bund pflegen, wenn er Verbindungen in Deutschland anknüpfen wollte, was ihm in einer ganzen Reihe größerer Städte, Hannover, Bremen, Berlin, Leipzig, München, Frankfurt, Mainz, auch gelang. Doch war der Bund schon hoffnungslosem Siechthum verfallen, als ihn die Polizei im Jahre 1840 aufspürte.

Die Keime seines Verfalls lassen sich bis in die ersten Hefte des Geächteten verfolgen, einer Monatsschrift, die als Organ des Bundes diente und seit 1834 von Venedey herausgegeben wurde. Sie begann mit einem schwärmerischen Aufsatze Börnes über die Worte eines Gläubigen, die Lamennais eben veröffentlicht hatte: Rettung überschrieb Börne seine Anzeige und den Mai der Völker datirte er von dem religiösen Gefühlssozialismus, den der ehemalige Vorkämpfer der päpstlichen Weltherrschaft in biblischem Stile predigte. Venedey selbst knüpfte auch an Lamennais an, an dessen Satz: Jeder hat das Recht, zu bewahren, was er hat, sonst brauchte Niemand etwas zu besitzen; Jeder hat das Recht, durch Arbeit zu erwerben, was er nicht hat, denn sonst wäre die Armuth ewig. Trotz dieser billigen Weisheit ließ es Venedey, dessen Name später durch Heines Witz sprichwörtlich werden sollte für deutschthümelnde Gimpelei, damals an kräftigen Worten nicht fehlen. Er trotzte auf die Propaganda des Hungers, auf dessen blutiger Sturmfahne geschrieben stehe: wir haben nichts zu schaffen, wir haben nichts zu

essen. Aber er bemühte sich, den aufbrechenden bürgerlich-proletarischen Klassengegensatz zu verwischen. Er leugnete, daß die Noth der Fabrikarbeiter in Lyon und Manchester eine besondere Noth sei, die sich von der allgemeinen Noth der Unterdrückten unterscheide. Die politische Freiheit werde auch die soziale Gleichheit herbeiführen durch Unterstützung des Bedürftigen, durch Sicherung des Nothwendigen, durch Besteuerung des Ueberflüssigen. Der freie Staat werde dem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Bürger einen auskömmlichen Lebensunterhalt sichern. Er nannte es Aberwitz, darüber zu streiten, was nach dem Siege der Revolution geschehen solle. Wenn ein reißendes Thier die Umzäunung einer Herde durchbräche und darin wüthe, so schlügen die Hüter der Herde es todt und erst nachher besprächen sie sich, wie sie sich durch eine bessere Umzäunung gegen Raubthiere sichern könnten.

Hiergegen erhob sich Schuster in dem fünften Hefte des Geächteten. Er führte aus, einzig der heuchlerische Egoismus der Klassen erzeuge verschiedene Ansichten über die beste Einrichtung des Staats. Für naturkräftige Geister gebe es nur eine soziale Wahrheit: die menschliche Gleichheit, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur ein Mittel, sie zu erreichen: die Revolution. „Verbreite man diese Lehren mit Thätigkeit unter die Klassen, welche weder ein verkehrtes Wissen, noch eine laxe Moral verdarb, in deren Mitte allein noch frischkräftiger Sinn lebt, sowie biedere Uneigennützigkeit, und deren dringendste Interessen die Veränderung unseres Staatenbaues im Sinne der Gleichheit erheischen — ich meine, unter die arbeitenden Klassen; entwickle man mit Sachkenntniß die Möglichkeit einer solchen Veränderung wie deren Nutzen — und gewiß, man hat alsdann keine Parteiungen zu fürchten." An der Hand der Geschichte wies Schuster mit großem Scharfsinn die Sinnlosigkeit nach, Revolution zu spielen um der Revolution willen; freie Gesetze und Verfassungen könnten niemals etwas nützen, wenn sie nicht zu dem Körper paßten, den sie bekleiden sollten.

Besonders eingehend zeigte Schuster an den Vereinigten Staaten von Amerika, daß die sozialen Zustände die politische Verfassung beherrschen und nicht umgekehrt. „Zum großen Glücke für die ärmeren Bürger Nordamerikas ist dort die Bevölkerung dünn gesät auf einer ungeheuren Länderstrecke, wodurch es kommt, daß der zahlreichste Theil derselben sich vom Ackerbau ernährt, und dadurch in einem gewissen Wohlstande, sowie in größerer Unabhängigkeit sich erhält. Die thätige Betreibung des Ackerbaues in Nordamerika wirkt nothwendig zurück auf das Fabrikwesen und die Handwerke in den Städten. Die Zahl der arbeitenden Hände ist dort nicht so groß, die Arbeit folglich gesuchter, der Verdienst der Arbeiter wird erhöht und mit ihrem Verdienst ihre Aufklärung, ihre Unabhängigkeit." Aus diesen Gründen verzögere sich die mammonistische Entwicklung in den Vereinigten Staaten; „immerhin zeigen aber die neueren Wahlszenen in New York und Philadelphia, daß ein friedliches Nebeneinanderbestehen unter einer demokratischen Verfassung, zweier durch ihre Interessen und politischen Zwecke bis zur Feindseligkeit getrennten Klassen, nicht möglich ist, und daß der nothwendige Aus-

gang des Kampfes entweder Vernichtung der Verfassung ist, sei es in ihrem Geiste oder in ihrer Form, oder aber vollständiges Erlöschen der bevorrechteten Klasse durch eine soziale Revolution". In der That seien denn auch die politischen Zustände in den Vereinigten Staaten „nicht eben sehr vorgerückt" im Verhältniß zu den europäischen Monarchien. In beiden schwelge der Müßiggang, entbehre die Arbeitsamkeit, in beiden gebiete Reichthum und Laster, gehorche Armuth und Tugend, in beiden gebe es keinen anderen Ausweg aus den Bedrängnissen der Gegenwart, als durch die Schleusen der sozialen Revolution.

Schuster wandte sich dann noch gegen Venedeys Heilmittel: die Besteuerung der Reichen, um die Armen zu unterstützen. Er gab zu, daß die Steuern in Amerika niedriger seien als in Europa, aber seien sie deshalb gerechter vertheilt? Sie beständen allergrößtentheils in indirekten Steuern und dem Ertrage der Eingangszölle, und dadurch sei der Arme schwerer bedrückt als der Reiche. Und noch habe man nichts davon gehört, daß die amerikanischen Staatsführer aus dem Ertrage der Steuern Ersprießliches geleistet hätten für die zunächst nothwendigen und vorderhand allein nützlichen Anstalten, die den Wohlstand der arbeitenden Klassen fördern könnten: als da seien Beförderung des Assoziationswesens unter denselben durch Herschießung unverzinslicher Kapitale, Befreiung der Arbeiter aus den räuberischen Händen der Kapitalisten, eben durch jenes Assoziationswesen, sowie durch die staatsseitige Gründung von Gewerbanstalten für den Nutzen brotloser Arbeiter, Anlegung zahlreicher und ehrenvoller Versorgungsanstalten für die verwaiste Kindheit, die brotlose Gebrechlichkeit und das unversorgte Alter. Wohl sei an und für sich kein Tadel dagegen zu erheben, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten die öffentlichen Einkünfte ganz besonders zur Erleichterung des inneren Verkehrs, durch Anlegung von Eisenbahnen, Kanälen u. s. w. verwende. Aber es sei klar, daß dadurch der Reichthum der Reichen wie die Armuth der Armen vergrößert werde. „Ich sage: vergrößert; denn nach Maßgabe der Abkürzung der Entfernungen und der größeren Raschheit des Verkehrs bevölkert sich das Land, vervielfachen sich die Werksitze der Industrie. Eine rege Konkurrenz lebt auf, Konkurrenz der unternehmenden Kapitale, Konkurrenz der erzeugenden Arme; die Preise der Erzeugnisse sinken, aber mit ihnen auch der Lohn für die erzeugende Kraft. Alles weissagt den Schiffbruch des öffentlichen Glücks. Nur eines steigt inmitten des allgemeinen Verfalls empor, unermeßlich und gierig und unersättlich: der Reichthum Einzelner, das Kapital. Sein ist die Frucht fremder Mühe; sein der Genuß des vervielfältigten Gewerbefleißes, der verfeinerten Kunst; sein der Segen aller Wohlthaten und aller Opfer des gesellschaftlichen Verbandes. Mit dem Reichthum wächst die Gewinnsucht, mit der Gewinnsucht der unternehmende Erfindungsgeist; Maschinen erstehen und ersetzen die Leistungen der Menschenkraft: eine neue Quelle der Brotlosigkeit und der Verarmung, und so geschieht es, daß bei dem Zustande unserer Gesellschaften jeder Fortschritt im Gewerbefleiß, in der Kunst einen Rückschritt bezeichnet im Bürgerglück und in dem Bildungsgange der Menschheit."

Aus diesen Vordersätzen gelangte Schuster dann zu dem Schlusse, „daß unser Volk, daß alle Völker des Erdbodens einen Frevel an ihrem eigenen Heile, einen Frevel an der Menschheit begehen würden, wenn sie sich an der mißlungenen Republik der Vereinigten Staaten kein Beispiel nehmen und sich damit begnügen wollten, das Joch eines Königs zu brechen, um Krämern zu gehorchen. Wenn es Licht werden soll für das Volk, so muß es sich in der nächsten Revolution darum handeln, nicht blos den Monarchen zu stürzen, sondern die Monarchie. Die Monarchie aber besteht nicht im Wappenschilde noch in der Königskrone — sie besteht im Vorrecht — das Vorrecht aller Vorrechte aber ist der Reichthum. Fälle die revolutionäre Axt diesen Feind, und Thron, Geburtsadel und Krämerhoffahrt werden mit ihm sich neigen, wie ein Gemäuer mit seinem Fundament. Lasse sie ihn unversehrt, und alles Uebrige wird auf seinen Schultern sich wieder erheben, bis ein neuer Wetterstrahl den neuen Bau zerschellt."

Auf diese beredten Darlegungen antwortete Venedey mit allgemeinen radikalen Schlagworten, die nichts bewiesen, als daß er Schusters Meinung nicht einmal verstanden hatte. Im Jahre 1835 wurde er von der französischen Regierung ausgewiesen, und die deutschen Handwerker erhielten von Bundestagswegen den Befehl, Paris zu verlassen, Maßregeln, die natürlich dazu dienten, die proletarischen Elemente im Bunde der Geächteten schärfer herauszutreiben. In einem Aufsatz über die Freiheit, der anonym erschien, aber augenscheinlich wieder aus Schusters Feder herrührte, erklärte der Geächtete: „Ja! vor Freund und Feind erklären wir es laut: es ist nicht unsere Absicht, uns mit einer jener jämmerlichen Theaterpossen von Regierungs- und Verfassungswechseln zu begnügen, welche, auf Unkosten des Volkes, in der neueren Geschichte so oft ihr Glück gemacht haben: unser Zweck geht weiter, und da es nicht in unserem Charakter liegt, Jemanden zu täuschen, im Guten wie im Bösen, so nennen wir von jetzt an ihn laut. Er heißt: Radikal soziale und politische Emanzipation der arbeitenden Klassen." Der Bruch im Bunde der Geächteten stand nahe bevor.

Kurz nach der Stiftung dieses Bundes war auch in der Schweiz die erste Organisation deutscher Flüchtlinge entstanden. Von hier aus hatte Mazzini im Februar 1834 einen bewaffneten Einfall nach Savoyen unternommen, wobei ihn deutsche Revolutionäre unterstützten. Unter ihnen Karl Schapper aus Nassau, ehedem Student der Forstwissenschaft in Gießen, der nach seiner Betheiligung am Frankfurter Wachensturm in die Schweiz entkommen war. Der Savoyer Zug mißglückte, und nun bildete Mazzini ein Junges Europa der Völker gegen das alte Europa der Könige. Es bestand aus einem Jungen Deutschland, einem Jungen Italien und einem Jungen Polen, denen sich später ein Junges Frankreich und eine Junge Schweiz anschlossen. Wie schon aus der oberen Leitung Mazzinis hervorging, war das Junge Europa frei von sozialistischen Tendenzen; in seiner Akte der Verbrüderung, die aus dem April 1834 datirt, werden Freiheit, Gleichheit und Humanität als die drei unverletzlichen Elemente genannt, aus denen allein die Lösung des sozialen Problems hervorgehen könne;

in einer anderen Kundgebung wird sogar von der Heiligkeit des Eigenthums gesprochen. Indessen aus den gleichen Gründen, wie der Bund der Geächteten, war das Junge Deutschland auf die Agitation unter den deutschen Handwerkern in der Schweiz angewiesen. Die schweizerische Vereins- und Versammlungsfreiheit gab ihm weiteren Spielraum, als der Bund der Geächteten in Paris besaß; seine Mitglieder gründeten öffentliche Bildungs-, Lese-, Gesang-, Turn- und sonstige Arbeitervereine, in denen sie die deutschen Gesellen bearbeiten und neue Rekruten werben konnten. Das Junge Deutschland breitete sich in Bern, Zürich, Genf, dann auch in Biel, Solothurn, St. Gallen, Lausanne und anderen Städten der Schweiz aus.

Mit dem Pariser Bunde stand es in geistigem Zusammenhang: als seine Programmschriften vertrieb es gleichfalls den Geächteten und das Buch von Lamennais. Daneben pflegte der Bund eine halb prosaische und halb poetische, halb blutrünstige und halb bombastische Literatur, im Stile jenes jakobinischen Flügels der Burschenschaft, der einst den Dolch gegen die verrätherischen Fürsten geschliffen hatte und nunmehr unter den Stiftern des Jungen Deutschlands stark vertreten war. Ferner plante man diesen und jenen Putsch, einen Einfall ins Badische, einen Guerillakrieg im Schwarzwalde. Die süddeutschen Dynastien bekamen es um so mehr mit der Angst, als ihre Fahnen auf einer Versammlung deutscher Handwerker im Steinhölzli bei Bern in den Koth gestampft und dafür schwarzrothgoldene Banner aufgepflanzt worden waren. Metternich war schon durch Mazzinis Einfall in Savoyen heftig erschreckt worden; er ließ die schweizerische Tagsatzung durch den Bundestag um Aufhebung des Asylrechts für die Mitglieder des Jungen Deutschlands bedrängen. Als die Tagsatzung sich nicht gleich fügte, schickten Oesterreich und Preußen geheime Spitzel nach der Schweiz, von denen einer, der preußische Student Lessing, in Zürich erdolcht wurde, ohne daß die Thäter jemals entdeckt worden sind. Der deutsche Bund verbot den Studenten den Besuch der schweizerischen Universitäten, den Handwerksburschen das Wandern in der Schweiz. Endlich fügte sich die Tagsatzung; durch wiederholte Beschlüsse von 1834 und 1836 vertrieb sie die deutschen Revolutionäre und löste die deutschen Handwerkervereine auf. An sinnloser Rohheit gab die republikanische Flüchtlingshetze den monarchischen Demagogenverfolgungen wenig nach, sie war ein Beweis mehr, daß die Unterschiede in den Staatsformen nur eine problematische Bedeutung beanspruchen können. Das Junge Deutschland verschwand bis auf einige Reste in den Kantonen Genf und Waadt, deren Behörden etwas lässiger im Bütteldienste waren.

Um dieselbe Zeit, wo das Junge Deutschland unterdrückt wurde, spaltete sich der Bund der Geächteten. Unter Schusters Führung schieden die thatkräftigeren Mitglieder aus. Den Anlaß bot die Forderung unbedingten Gehorsams gegen unbekannte Obere; in dem Protest gegen diese Forderung spiegelte sich die Thatsache wieder, daß sich die proletarischen Mitglieder des Bundes über ihre Interessen klarer geworden waren und satt der unnützen Revolutionsspielerei die Propa-

ganda über die Verschwörung stellten. Sie stifteten im Jahre 1836 den Bund der Gerechten, der überwiegend aus Handwerkern bestand und sich eine demokratische Verfassung gab. Der Vorstand wurde fortan gewählt. Unter den Mitgliedern traten Karl Schapper hervor, der aus der Schweiz vertrieben in Paris seinen Lebensunterhalt als Setzer erwarb, der Schuhmacher Heinrich Bauer aus Franken und der Schneider Wilhelm Weitling aus Magdeburg. Zwar zwangen die Verhältnisse den Bund, halb und halb noch eine Verschwörungsgesellschaft zu bleiben; er suchte seine Stütze ebenso an der Gesellschaft der Jahreszeiten, wie sie der Bund der Geächteten an der Gesellschaft der Menschenrechte gesucht hatte. Indessen regte sich im Schooße des Bundes das lebhafte Bedürfniß, über die grobe Form des Babouvismus hinauszugehen. Im Jahre 1838 verfaßte Weitling die Schrift: Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte, ein kommunistisches Glaubensbekenntniß, das in der Form noch stark durch Lamennais, im Inhalt aber nicht weniger stark durch den kritisch-utopistischen Sozialismus beeinflußt war. Wie tief diese Anschauungen bereits in den Bund eingedrungen waren, bewies der aufopfernde Eifer, den die Mitglieder für die Verbreitung von Weitlings Schrift entfalteten. Sie legten sich die größten Entbehrungen auf, um sie auf einer geheimen Presse drucken und in zweitausend Exemplaren unter den deutschen Handwerkern vertreiben zu können. Im Geiste des utopistischen Sozialismus gründete Weitling auch eine kommunistisch eingerichtete Speiseanstalt für die deutschen Schneidergesellen in Paris, die ihnen großen Nutzen gewährte.

Inzwischen wurde der Bund der Gerechten als deutscher Ableger gleichsam der Gesellschaft der Jahreszeiten in die schwere Niederlage verwickelt, welche diese Gesellschaft am 12. Mai 1839 bei ihrem Aufstandsversuch erlitt. Karl Schapper und Heinrich Bauer mußten nach längerer Haft Frankreich verlassen. Sie gingen nach London, wo sie gemeinsam mit Josef Moll, einem Uhrmacher aus Köln, am 7. Februar 1840 einen öffentlichen Arbeiterbildungsverein stifteten, der bis auf den heutigen Tag besteht. Zugleich stellten sie den Bund der Gerechten wieder her und verlegten seinen Schwerpunkt nach London. In Paris sammelte Weitling die zersprengten Elemente, dann siedelte er im Sommer 1840 zu kurzem, im Frühling 1841 zu dauerndem Aufenthalt in die Schweiz über, um hier die kommunistische Propaganda zu betreiben.

Er stieß Anfangs auf große Schwierigkeiten. Wie natürlich suchte er sich zunächst mit den Resten des Jungen Deutschlands zu verständigen, aber „der Same von Hambach und Steinhölzli" setzte ihm einen starken Widerstand entgegen. Die Jungdeutschen mochten nichts vom Kommunismus wissen. Sie herrschten im Genfer Arbeiterbildungsverein, aus dem sie diejenigen, namentlich schweizerischen Mitglieder verdrängt hatten, die aller Beschäftigung mit politischen Fragen abhold waren. Sie wollten sich nun ihrerseits keineswegs von den Kommunisten verdrängen lassen. Weitling gewann wohl den einen und den anderen von ihnen, so August Becker, den Freund Georg Büchners, aber den ganzen Arbeiterbildungsverein vermochte er nicht auf seine Seite zu ziehen. Selbst als

er der Mehrheit des Vereins den Plan einer gemeinsamen Speiseanstalt plausibel machte, setzten die Jungdeutschen noch ein Mißtrauensvotum gegen seine Person durch, indem sie seine Wahl zum Verwalter verhinderten, obgleich er sich erboten hatte, die Stelle unentgeltlich zu versehen, falls sich der gehoffte Gewinn nicht ergeben sollte. Ja, die „Hambacher Politiker" stießen fünf Mitglieder, die des Kommunismus verdächtig waren, ohne Weiteres aus dem Verein aus und beschlossen, daß wenn je die Mehrheit kommunistisch gesinnt sein sollte, die Minderheit das Vereinsvermögen zu beanspruchen habe. Je ängstlicher und verbissener die Jungdeutschen sich geberdeten, um so frischer und fröhlicher tummelte sich Weitling in diesen Kämpfen. Er meinte, sie seien nöthig, um zu sehen, ob das junge Prinzip des Kommunismus seinen großen Zielen gewachsen sei, um ängstliche Diplomaten, Magistrate und Krämer an den Lärm der kommunistischen Lehre zu gewöhnen, wie den Schiffer an das Rauschen der Wellen.

Größere, obschon nur heimliche Förderung scheint Weitling bei einigen reichen Waadtländern gefunden zu haben, die durch Buonarotti während seines Exils in der Schweiz für den Kommunismus gewonnen worden waren. Dann aber gelang es ihm, in dem Gerber Simon Schmidt aus Schwaben ein ausgezeichnetes Verwaltungstalent anzuwerben. Gemeinsam mit Schmidt gründete Weitling einen geheimen Bund der Gerechten, der sich zunächst über die französische, dann auch über die deutsche Schweiz ausdehnte. Bei der Aufnahme wurden die Mitglieder auf folgendes Bekenntniß verpflichtet: „Wir Arbeiter sind endlich müde, für die Faullenzer zu arbeiten, in Entbehrung zu leiden, während Andere im Ueberfluß schwelgen; wir wollen uns von den Egoisten keine drückenden Lasten mehr auflegen lassen, keine Gesetze mehr respektiren, welche die zahlreichsten und nützlichsten Menschenklassen in der Erniedrigung, Entbehrung, Verachtung und Unwissenheit erhalten, um einigen Wenigen die Mittel an die Hand zu geben, sich zu Herren dieser arbeitenden Massen zu machen. Wir wollen frei werden und wollen, daß alle Menschen auf dem Erdenrund so frei leben wie wir, daß keiner besser und keiner schlechter bedacht werde als der andere, sondern alle sich in die gesammten Lasten, Mühen, Freuden und Genüsse theilen, d. h. in Gemeinschaft leben." Die Mitglieder des Bundes dutzten sich und nannten sich Brüder; sie verbanden sich, jede Ohrenbläserei, selbst wenn sie Wahrheit enthalte, unter Beschämung des Ohrenbläsers zurückzuweisen, mäßig zu sein in allen Genüssen, alle sozialen Systeme zu studiren und zu diskutiren, mündlich Propaganda für die Prinzipien des Bundes zu machen und seine Schriften zu vertreiben, eine kleine monatliche Beisteuer zu leisten u. s. w.

Geheim sollte der Bund nur sein, um seine Wirksamkeit auch in den Ländern zu ermöglichen, wo, wie in Frankreich und Deutschland, keine Vereinsfreiheit bestand. Sonst vertrat Weitling im Gegensatz zu den Jungdeutschen wie die Verbrüderung aller Arbeiter, so auch die öffentliche Propaganda. In dem geheimen Bunde wollte er die klarsten und thätigsten Kommunisten sammeln, wie in einem Mittelpunkt, von dem aus sie die öffentlichen Bildungs-, Lese-, Gesang-

und Speisevereine leiten könnten. Ein reges Vereinsleben galt ihm als die wahre Vorschule des Bürgers und des Staatsmannes im Staate; er nannte die Vereine das treue erste Bild der Gesellschaft im Kleinen. Vergewaltigungen sollten die Mitglieder dadurch vereiteln, daß sie sich in kleiner Zahl in Wohnungen, Werkstätten und Wirthshäusern träfen. „Keine Macht der Menschen ist im Stande, die Propaganda des Guten und Wahren aufzuhalten, man kann den Leuten bei der Arbeit, bei Tische, in ihren Schlafzimmern und auf ihren Spaziergängen das Wort nicht wehren.“ Daneben wirkte Weitling durch das Mittel der Presse: bereits im September 1841 begann er eine Monatsschrift herauszugeben, den Hilferuf der deutschen Jugend, mit dem Motto: Gegen das Interesse Einzelner, insofern es dem Interesse Aller schadet, und für das Interesse Aller, ohne einen Einzigen auszuschließen. Vom Januar 1842 ab erschien dieses Organ unter dem Namen der Jungen Generation, und im Dezember desselben Jahres veröffentlichte Weitling die Garantien der Harmonie und Freiheit, seine Hauptschrift, zu der seine früheren Veröffentlichungen hinauf- und von der seine späteren Veröffentlichungen hinabführen. Auf ihr namentlich beruht Weitlings Ruhm, der erste Theoretiker des deutschen Kommunismus zu sein.

II. Wilhelm Weitling.

Wilhelm Weitling wurde 1808 in Magdeburg geboren, als ein uneheliches Kind, das in schweren Entbehrungen und Nöthen aufwuchs. Er lernte das Schneiderhandwerk und wanderte von 1828 bis 1835 in Deutschland. Aus dieser Zeit ist überhaupt wenig und von diesem Wenigen kaum etwas Sicheres über seine Schicksale bekannt geworden. Er soll sich an den sächsischen Tumulten von 1830, über deren Kopflosigkeit er sich in seiner Hauptschrift wegwerfend äußert, durch satirische Verse betheiligt haben; in Wien soll er der begünstigte Nebenbuhler eines Erzherzogs in der Gunst eines jungen Mädchens gewesen und dann von dem geprellten Nebenbuhler aus der Stadt vertrieben worden sein. Die entscheidende Wendung nahm sein Leben, als er in der Mitte der dreißiger Jahre nach Paris kam und hier mit Unterbrechungen bis zum Jahre 1841 lebte. Sein aufgeweckter und lebhafter Geist sog die Lehren des französischen Sozialismus begierig ein, während er im Bunde der Gerechten leidenschaftlichen Antheil an dem revolutionären Kampfe der arbeitenden Klasse nahm. Er versuchte, jene Lehren für diesen Kampf umzuschmieden. So wurde er das Mittelglied zwischen dem utopistischen und dem proletarischen Sozialismus.

Das Mittelglied, wie es seiner sozialen Mittelstellung entsprach. Weitling war schon Proletarier, aber noch Handwerksbursche. Er gehörte einer kleinbürgerlichen Schicht an, die unaufhaltsam ins Proletariat zu sinken begann, eben deshalb aber noch kein klares proletarisches Klassenbewußtsein hatte. Als Mitglied einer unterdrückten Klasse erkannte Weitling sehr gut, wie trügerisch die Er-

wartungen waren, welche die Utopisten auf die Könige und Millionäre setzten; er giebt diese Erwartung nicht völlig auf, aber spricht davon als von einer Sache, auf die man wohl hoffen, aber keineswegs vertrauen dürfe. Seinem kleinbürgerlichen Ursprung nach weiß er aber nichts von einem eigenthümlichen historischen Leben des Proletariats. Die Grundlage seiner Theorie ist noch immer die Gleichheit, die in der Geschichte des französischen Sozialismus eine so große Rolle spielt; in seiner Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, so glänzend sie ist, steht er ganz auf dem moralischen Standpunkt der Utopisten. An historischem Verständniß bleibt er sogar weit hinter Saint-Simon und Fourier zurück. Seine Hypothesen über die Entstehung der Eigenthumsverhältnisse schweben in der Luft, und er bekennt sich noch zu der aufklärerischen Geschichtsauffassung: Die Weltgeschichte ist nichts als eine große Räubergeschichte, worin die ehrlichen Leute zu allen Zeiten die Geprellten waren.

Freilich geht er über diese Auffassung auch wieder weit hinaus. Weitling glaubt an den Fortschritt der Gesellschaft als ein Gesetz der Natur und er weiß, daß dies Gesetz auch in der heutigen Gesellschaft wirkt. Im Anschluß an Fourier sieht er das Element der gesellschaftlichen Ordnung in den menschlichen Begierden, nur daß er Fouriers Klassifikation der menschlichen Triebe beträchtlich vereinfacht. Weitling kennt drei Hauptklassen der Begierden: die Begierden des Wissens, des Erwerbes und des Genusses. Den Begierden entsprechen die Fähigkeiten, sie zu befriedigen, und die Anwendung dieser Fähigkeiten sind die geistigen und körperlichen Arbeiten des Menschen. Die Fähigkeiten sind die natürlichen Grenzen der Begierden. Um aber den ganzen Organismus in Bewegung zu setzen, legte die Natur in die Befriedigung der Genüsse alle ihre Reize. Diese Reize stacheln die Sinne zu neuen Begierden auf, und aus den neuen Begierden entwickeln sich neue Fähigkeiten. Auf diese Weise entsteht der Fortschritt der Menschheit.

Darnach besteht in einer gegebenen Gesellschaft immer das schönste Gleichgewicht zwischen den menschlichen Begierden und Fähigkeiten. Mit den Begierden wachsen die Fähigkeiten, und mit den Fähigkeiten wachsen die Begierden. Die Ursache aller gesellschaftlichen Uebel ist die gewaltsame Störung jenes Gleichgewichts. „Aus der Freiheit und der Harmonie der Begierden und Fähigkeiten Aller entsteht alles Gute und aus der Unterdrückung und Bekämpfung derselben zum Vortheile Einiger alles Böse. In diesen wenigen Worten ist alles in allem enthalten.“ In der heutigen Gesellschaft erzeugt die Zähmung der Begierden der Einen zum Vortheil der Begierden der Anderen die scheußliche Ungleichheit in den gesellschaftlichen Verhältnissen; sie gebiert und vermehrt Gesetze, Verbrechen und Strafen. Möglich geworden ist sie dadurch, daß die Begierden des Erwerbes und Genusses regieren, während die Begierde des Wissens sich unter die Wänste dieser seiner sinnlichen Genossen beugen muß und in Unsinn, Irrthum, Aberglauben, Täuschung und Lüge zum Vortheil der Hab- und Genußsucht entartet.

Jedoch läßt sich die Gewalt des Wissens dauernd nicht unterdrücken. Sie macht ihren Anspruch auf Leitung der Gesellschaft dadurch geltend, daß sie die

Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung langsam unterminirt und dem Fortschritt unerwartete Bahn bricht, daß sie den Begierden des Erwerbes und Genusses Entdeckungen und Erfindungen als Lockspeisen hinwirft, welche Hab- und Genußsucht pflegen und schützen, ohne zu ahnen, daß sie dadurch ihre eigene Herrschaft untergraben. Die Anwendung der Dampfkraft auf Maschinen und namentlich die Buchdruckerkunst sind die Beispiele, auf die Weitling sich beruft. Er sagt, die Buchdruckerkunst ermögliche es, die Lichtfunken der Wissenschaften zu sammeln und zu erhalten, bis sie stark genug wären, die Begierden des persönlichen Interesses niederzuwerfen.

Man sieht: in seiner Weise weiß Weitling die ökonomische Dialektik recht gut zu handhaben. Nur ist es die Weise eines proletarisirten Handwerksburschen, nicht eines klassenbewußten Proletariers. Weitling verkennt keineswegs die Bedeutung der politischen Freiheit für die ökonomische Emanzipation des Proletariats, er verlangt ausdrücklich die Assoziations-, die Preß-, die Wahlfreiheit. Aber schließlich findet er doch, daß damit unter der Herrschaft des Geldsystems nichts auszurichten sei. Er steht eben in der Mitte zwischen utopistischem und proletarischem Sozialismus. Besonders scharf tritt diese Stellung in seinem Urtheil über die Assoziationsfreiheit hervor. Weitling polemisirt gegen Fourier, weil dieser in seinen Phalansteren neben der Belohnung der Arbeit eine Belohnung des Kapitals und des Talents zulassen wollte; er verhöhnt die Fourieristen wegen der chimärischen Hoffnung, damit Geldleute anlocken zu können. Er will die proletarische Assoziation. Aber wenn sie ihm halb schon eine Waffe der revolutionären Propaganda ist, so ist sie ihm halb auch noch eine Waffe kommunistischer Sektirerei, wie der hohe Werth zeigt, den Weitling auf die Speiseanstalten legte. Der Gedanke, daß die Arbeiterklasse im Kampfe um die politische Herrschaft zugleich die Fähigkeit erwerbe, diese Herrschaft auszuüben, ringt in ihm kräftig zum Durchbruch, doch mit unzweideutiger Klarheit tritt er niemals hervor.

Aber so fern Weitling noch dem proletarischen Klassenbewußtsein steht, so fern steht er schon dem bürgerlichen Utopismus. Er weiß, daß die Arbeiterklasse niemals befreit werden wird, wenn sie sich nicht selbst befreit. Für ihn wird die Revolution des Proletariats das, was für Fourier der rettende Millionär war. Eine Revolution, die sich Weitlings ganzer Auffassung nach nicht auf die wachsende Erstarkung, sondern auf die wachsende Verelendung der Arbeiter stützen muß. Er will die bestehende Unordnung auf den höchsten Gipfel treiben, die arbeitenden Klassen in das grenzenloseste Elend werfen. In ihrer Verzweiflung erblickt er den wirksamsten Hebel der Revolution, und er hofft sogar auf das Lumpenproletariat, indem er den Diebstahl als letzte Waffe der Armen gegen die Reichen empfiehlt.

Bei dieser Auffassung muß er natürlich den Plan einer neuen Gesellschaft bereit halten, die an Stelle der alten niedergerissenen Gesellschaft errichtet werden kann. Es kommt ihm darauf an, das natürliche Gleichgewicht zwischen den Begierden und den Fähigkeiten herzustellen und somit der Begierde des Wissens,

will sagen der Wissenschaft, die Verwaltung zu sichern über die Begierden des Erwerbes und Genusses, will sagen der Produktion und Konsumtion. Die Verwaltung, nicht die Regierung. „Eine vollkommene Gesellschaft kennt keine Regierung, sondern eine Verwaltung, keine Gesetze, sondern Pflichten, keine Strafen, sondern Heilmittel.... Hier giebt es weder Ehrenbezeugungen noch Unterwürfigkeitsformeln, weder äußere Anzeichen des Ruhms noch der Verachtung; hier ist nichts zu befehlen und zu gehorchen, sondern zu regeln, anzuordnen und zu vollenden. Da giebts weder Verbrechen noch Strafen, sondern nur noch einen Rest menschlicher Krankheiten und Schwächen, welche die Natur uns in den Weg legte, um durch die Beseitigung derselben unsere physische und geistige Fähigkeit anzufeuern, damit sie auf diese Weise ein Triebrad des Fortschritts werde." Man beseitigt diesen Rest nicht durch Gesetze und Strafen, sondern durch Heilmittel; der philosophischen Heilkunde widmet Weitling ein eigenes Kapitel.

Mit grübelndem Scharfsinn klügelt Weitling die Organisation der neuen Verwaltung aus, welche die kommunistische Gesellschaft, den großen Familienbund, wie er sie nennt, künftig leiten soll. An der Spitze steht das Trio oder der Dreimännerrath, aus den größten Philosophen bestehend, welche zugleich die vorzüglichsten Genies in der Heilkunde, der Physik und der Mechanik sind. Darnach kommt die Zentralmeisterkompagnie, durch welche das Trio gewählt und die wichtigsten Aemter des großen Familienbundes verwaltet werden. Nach dieser kommen die Meisterkompagnien, welche die Distrikte, Länder, Bezirke und kleineren Familienbünde verwalten. Um die Verwaltung zu erleichtern und zu vereinfachen, wählt jede Meisterkompagnie aus ihrer Mitte einen Werksvorstand, die Zentralmeisterkompagnie aber wählt den großen Werksvorstand, der dem Trio als ausübendes Verwaltungspersonal zur Seite steht. Den Meisterkompagnien zur Seite stehen die Akademien, welche die angenehmen und schönen Arbeiten verwalten, so lange diese noch nicht allgemein geworden sind; als einen Ausschuß aus ihrer Mitte bilden sie den akademischen Rath. Neben allen diesen, die Verwaltung leitenden Körpern stehen Gesundheitskommissionen, unter besonderer Leitung des Gesundheitsraths, der ebenso wie der große Werksvorstand das Trio unterstützt in der Verwaltung des großen Familienbundes.

Es erübrigt, in diese Einzelheiten näher einzugehen oder gar sie zu kritisiren. Die historische Bedeutung der Utopien liegt nicht in dem äußeren Gerüste, das ihre Verfasser mit größerem oder geringerem Geschicke zurechtzimmern, um die praktische Ausführbarkeit ihrer reformatorischen Gedanken zu beweisen, sondern in diesen Gedanken selbst, in der Schärfe und Tiefe, womit sie den gesellschaftlichen Uebelständen auf den Grund gehen. Das gilt für Weitling um so mehr, als er gewissermaßen Utopist wider Willen ist. Da er nur die negative Seite der proletarischen Revolution zu erkennen vermag, so muß er ihre positive Seite aus seinem Kopfe erfinden. Aber er hat eine sehr deutliche Empfindung davon, daß er damit nur ein Surrogat liefert; gleich in der Vorrede zu den Garantien erläutert er seine Aufgabe dahin, der Gesellschaft zu zeigen, was sie in einer

schlechten Organisation ist und was sie in einer besseren sein könnte. Er warnt davor, zu viel Werth auf die Lieblingspläne zum neuen Bau zu legen und meint, nichts sei vollkommen unter der Sonne, und nie werde eine Organisation der Gesellschaft gefunden werden, die für alle Zeiten unabänderlich die beste sei. Der reformatorische Gedanke aber, der jenem phantastischen Aufbau von Akademie- und Gesundheitsräthen, von Meister- und Zentralmeisterkompagnien und dem obersten Trio der größten Genies zu Grunde liegt, ist die klare Einsicht, daß die persönlichen Interessen der Regierenden die Gesellschaft ausbeuten. Niemand darf ärmer sein als die Regierung, sagt Weitling; so lange es denen, welche die Reichthümer Aller verwalten, erlaubt ist, besondere Reichthümer für sich zu haben und zu erwerben, so lange werden sie auch durch ihre Verwaltung den Interessen Aller schaden. Weitlings großen Familienbund sollen nicht Personen, sondern Fähigkeiten leiten. Die Besetzung der Aemter soll nicht durch Wahl der Personen, sondern der Fähigkeiten erfolgen, durch Bewerbungen um die Lösung von Konkursfragen mittelst Einsendung von Wahlproben, als da sind schriftliche Abhandlungen über nützliche wissenschaftliche Gegenstände, Erfindungen und Entdeckungen, Proben von Kunstprodukten, Zeichnungen und Pläne von Bauten, Maschinen, Werkzeugen und Aehnliches mehr. Die Bewerber reichen ihre Proben bei denjenigen Behörden ein, in welche sie aufgenommen zu werden wünschen. Ihre Namen aber bleiben unbekannt und werden erst nach günstigem Ausfalle der Prüfung von ihnen kundgegeben.

Ueber der Harmonie der menschlichen Begierden und Fähigkeiten vergißt Weitling nicht ihre Freiheit. Abermals nach Fouriers Vorgang theilt er die Arbeiten in nothwendige, nützliche und angenehme. Für jeden Arbeitsfähigen wird eine gewisse Arbeitszeit vorgeschrieben, um die nothwendigen und nützlichen Arbeiten zu verrichten, wofür er die nothwendigen und nützlichen Lebensbedürfnisse von der Gesellschaft erhält. Weitling kennt die Ueberlegenheit der gesellschaftlichen über die vereinzelte Arbeit und er weiß sie einleuchtend auseinanderzusetzen. Er hält einen sechsstündigen Arbeitstag für ausreichend. Anders als um die nothwendigen und nützlichen steht es um die angenehmen Arbeiten. Da die Natur Niemanden zwingt, Güter des Angenehmen zu genießen, so kann auch Niemand zu den angenehmen Arbeiten gezwungen werden. Die Harmonie Aller und die Freiheit des Einzelnen, die sich gegenseitig bedingen, erheischen nothwendig, daß Jedem überlassen wird, ob er für die Genüsse des Angenehmen viel oder wenig oder gar nicht arbeiten will, je nachdem er von ihnen viel oder wenig oder gar nichts begehrt. In diesem Betrachte regelt Weitling Produktion und Konsumtion durch Kommerzbücher, worin auf der einen Seite die geleisteten Arbeitsstunden und auf der anderen die bezogenen Genüsse abgestempelt werden. Die Kommerzbücher sind Weitlings Lieblingskinder. Er verherrlicht sie mit den schwungvollen Worten; „Sie sind zugleich Reisepaß, Taufschein, Heimathsschein, Freischein, Lehrbrief, Wechsel, Quittung, Rechnungsbuch, Tagebuch, Schulzeugniß, Eintrittskarte, Empfehlungsschreiben, Kollekte, Geldbörse, Kalender; sie sind der Spiegel aller geistigen und physischen Bedürfnisse des Individuums, sein Porträt, seine Bio-

graphie; kurz, das ganze bildliche Ich des Individuums, wie es noch nie dargestellt wurde." In diesem Jubelschrei löst sich die Qual der endlosen Scherereien, welche namentlich die deutsche Bureaukratie und Polizei den Handwerksburschen durch zahllose Vorschriften über Atteste und Zeugnisse bereitete.

Wie nun aber nach dem Sturze der alten Gesellschaft die neue aufbauen? Die soziale Mittelstellung Weitlings bedingte sowohl, daß er über diese Frage hin- und herschwankte, als auch, daß er zu dem Schlusse kam, die wünschenswertheste Uebergangsperiode wäre nun freilich die, daß einmal durch die Umwälzung irgend eines Staates irgend ein Mann an das Ruder der Verwaltung käme, der dem kommunistischen Prinzip mit größter Liebe ergeben sei und in dessen Verwirklichung sein Glück, seine Ehre und sein Leben suche. Er kommt wiederholt darauf zurück und schließt mit den begeisterten Worten: „Ein neuer Messias wird kommen, um die Lehre des ersten zu verwirklichen. Er wird den morschen Bau der alten gesellschaftlichen Ordnung zertrümmern, die Thränenquellen in das Meer der Vergessenheit leiten und die Erde in ein Paradies verwandeln. Bereiten wir uns vor, ihn würdig zu empfangen! Woran aber werden wir diesen Messias erkennen? Daran: Er wird einfach und schlicht daher gehen, den Zauber des Mammons stolz verachten und sein Herz den Leiden der Menschheit öffnen. Er wird niedersteigen von den Höhen des Reichthums in den Abgrund des Elends, unter das Gewühl der Elenden und Verachteten und seine Thränen mit den ihrigen vermischen. . . . Die Gewalt aber, die ihm verliehen, wird er nicht eher aus den Händen lassen, bis das kühne Werk vollendet ist. Dann wird der Wille des Einzelnen nicht mehr über die Gesellschaft herrschen, sondern das Wissen Aller. Und der größte Messias wird in stiller Bescheidenheit sich dieser neuen Herrschaft fügen. Dies wird die Krone seines Wirkens sein und alle Welt wird daran den zweiten Messias erkennen, größer als der erste." So stolz sich diese in ihrer Art großartige Vision über die Spekulation der Fourieristen auf den Geldbeutel der Millionäre erhebt, sie führt deshalb nicht weniger mitten in den Utopismus zurück.

Um so kräftiger regt sich der Proletarier in Weitling, wo er auf die Hindernisse stößt, die praktisch der Befreiung der Arbeiterklasse entgegenstehen. Er durchschaut die patriotische Lüge, „die den wüthendsten Feinden des Fortschritts und der Freiheit Aller zum letzten Nothanker ihrer Irrthümer, zum Rettungsbalken ihrer Vorrechte dient", und er wirft sie ihnen vor die Füße, „um unter das Banner der Menschheit zu flüchten, welches keine Hohe und Niedere, keine Arme und Reiche, keine Herren und Knechte unter seinen Vertheidigern zählen wird". Er trifft das internationale Wesen der modernen Arbeiterbewegung mit der Frage: „Welche Liebe kann heute wohl der zum sogenannten Vaterlande haben, der nichts darin zu verlieren hat, was er nicht in allen fremden Ländern wieder zu finden im Stande ist?" Ob Hinz oder Kunz, ob Napoleon, Friedrich Wilhelm oder Nikolaus die Herrschaft ausübt, die Arbeiter müssen unter dem einen Herrscher ebenso den Esel machen, wie unter dem anderen.

Nicht ganz so frei steht Weitling der Frauenfrage gegenüber. Er glaubt noch an die natürliche Ueberlegenheit des Mannes und so lange die Natur nicht ein Wunder verrichte, so lange das weibliche Geschlecht das männliche in nützlichen Wissenschaften, Erfindungen und Talenten nicht übertreffe, so lange soll die Frau kein leitendes Amt in der neuen Gesellschaft bekleiden. Aber dies ist auch der letzte Schatten, den der Haushalt des Handwerkers in Weitlings Anschauungen über Ehe und Liebe wirft. Sonst kritisirt er die bürgerliche Ehe ebenso bitter wie treffend. „Die Liebe ist der Nußkern, die Ehe sind die Schalen. Das Geldsystem ist der Wurm, welcher sich in den Kern frißt und ihn verdirbt. Die große Menge nagt an den bitteren und herben Schalen. Da habt ihr die ganze Definition unserer heutigen Ehen." Weitling verlangt ein freiwilliges, von keiner Seite erzwungenes Zusammenleben in der Ehe. Hält ihr Band nicht mehr durch das Bedürfniß der Achtung, Freundschaft und Liebe, „so löst es doch auf ums Himmelswillen! und schafft euch einander nicht doppelte und dreifache Höllen!" Und er schließt wieder mit den hinreißenden Sätzen: „Trockne deine Thränen! armes, unglückliches, verachtetes und mißhandeltes Weib! und denke, es leiden der Schwachen noch viele auf dem Erdenrund. Einst wird auch dir der goldene Frühstrahl des Befreiungsmorgens heranbrechen, um dir die heißen, bitteren Thränen der Sklaverei aus den feuchten Wimpern zu küssen. Dann blicke deinem Tyrannen stolz ins Auge, denn du brauchst ihn nicht mehr und das Gesetz schützt ihn nicht mehr; dann arme, betrogene, verführte Dirne findest auch du wieder einen braven Mann, der das Vorurtheil des großen Haufens mit Füßen tritt; dann ihr lebensfrohen Jünglinge und Mädchen in der Blüthe eurer Jahre lebet und liebet! Dann lasset ausströmen die heute in eurem Busen widernatürlich verschlossene Glut, die an eurem Herzen nagt und eure Thatkraft lähmt, ehe sie eine der Harmonie der Gesellschaft und eurer Gesundheit schädliche Richtung nimmt. Dann liebe wer zum Lieben fähig ist." Die Erziehung der Kinder vom dritten oder sechsten Jahre ab liegt der Gesellschaft ob; sie werden in die Schularmee aufgenommen, in allen Künsten und Wissenschaften unterrichtet, an alle Arbeiten gewöhnt, namentlich auch an die widrigsten; der Unterricht der Jugend soll mit produktiver Arbeit für die Gesellschaft verbunden sein.

Die Religion verspottet Weitling, soweit sie von den Pfaffen benutzt wird, um die leidenden Klassen über die Qualen des Diesseits durch die Hoffnung auf ein dunkles Jenseits hinwegzutäuschen. Ueber den „Sektenkram" zuckt er verächtlich die Achseln. Dagegen hat er in der Form viel von Lamennais gelernt, und das Urchristenthum ist ihm als eine revolutionäre Bewegung unterdrückter Klassen vertraut. Er dringt darauf, soweit es das kommunistische Prinzip gestatte, zu schonen was Anderen heilig sei, und für Jesus bekundet er in den Garantien eine Sympathie, die bald darauf noch viel stärker hervortreten sollte.

Wie sich von selbst versteht, tritt in der ökonomischen Kritik Weitlings das Fabrikwesen weit zurück gegen den Handel. Er weiß wohl, daß die fabrikmäßige Industrie die Massenarmuth in ihren grellsten Formen erzeugt, aber er

meint, mit ihr sei heute nicht so Bedeutendes zu gewinnen, wie mit dem Handel. Der „Kommerz“ ist ihm der Hauptpolyp, der am Marke der Massen saugt; gegen die Geld- und Waarenkrämerei richtet er seine zündendsten Invektiven. Als Deutscher, als geborener Preuße, hat er ein kräftiges Wörtlein zu sagen über die Titelkrämerei und das Soldatenwesen; was er über die Soldatenschinderei schreibt, liest sich heute so frisch wie am ersten Tage.

Weitlings Hauptschrift machte bei ihrem ersten Erscheinen ein bedeutendes Aufsehen. Und mit vollstem Rechte. Mochte er geistig auch nicht auf gleicher Höhe stehen mit den großen Utopisten des Westens, so warf er doch die Schranke nieder, welche sie von der Arbeiterklasse schied, und er war ihr würdiger Jünger in seiner Begeisterung, seiner Phantasie, seinem Scharfsinn. In alledem war er dem gleichzeitigen Arbeiterkommunismus Cabets überlegen und vollends überlegen der Masse der Liberalen, die eben den Kampf für die politische Emanzipation des deutschen Bürgerthums begannen.

Niemand hat das williger anerkannt, als die deutschen Zeitgenossen, die etwa mit Recht hätten auf Weitling herabsehen können. Als Ludwig Feuerbach die Schrift Weitlings von einem Handwerksburschen erhielt, rief er: „Wie war ich überrascht von der Gesinnung und dem Geiste dieses Schneidergesellen! Wahrlich, er ist ein Prophet seines Standes. Wie frappirte mich auch der Ernst, die Haltung, der Bildungstrieb dieses Handwerksburschen! Was ist der Troß unserer akademischen Burschen gegen diesen Burschen!“ Friedrich Engels nannte Weitling den einzigen deutschen Sozialisten, der wirklich etwas gethan habe, und Karl Marx schrieb: „Wo hätte die Bourgeoisie — ihre Philosophen und Schriftgelehrten eingerechnet — ein ähnliches Werk wie Weitlings Garantien der Harmonie und Freiheit in Bezug auf die Emanzipation — die politische Emanzipation — aufzuweisen? Vergleicht man die nüchterne, kleinlaute Mittelmäßigkeit der deutschen Literatur mit diesem maßlosen und brillanten literarischen Debut der deutschen Arbeiter; vergleicht man diese riesenhaften Kinderschuhe des Proletariats mit der Zwerghaftigkeit der ausgetretenen politischen Schuhe der Bourgeoisie, so muß man dem deutschen Aschenbrödel eine Athletengestalt prophezeien.“ Und unter dem lebhaften Eindruck von Weitlings Schrift fügte Marx hinzu, das deutsche Proletariat sei der Theoretiker des europäischen Proletariats, wie das englische Proletariat sein Nationalökonom und das französische Proletariat sein Politiker.

Sechstes Kapitel.

Der Sieg der Romantik.

Derweil in der Schweiz der deutsche Kommunismus mündig zu werden begann, errang in Deutschland selbst die Romantik noch einmal einen vollen Sieg. Es war ein Pyrrhussieg, den sie bald mit ihrem gänzlichen Untergange bezahlen sollte, aber es war deshalb nicht weniger ein Sieg, den sie über den ersten Ansturm der bürgerlichen Opposition davontrug.

Der preußische Thronwechsel und mehr noch die Kriegsgefahr des Jahres 1840 lösten die Kräfte der Bourgeoisie, die seit der Mitte der dreißiger Jahre einen frischen Aufschwung genommen hatten. Der Gedanke der nationalen Einheit schlug aus dem geistigen Traumleben in eine handgreifliche Wirklichkeit um. Nie haben trivialere Reime eine allgemeinere Begeisterung erzeugt, als das Rheinlied, das Nikolaus Becker gegen die französischen Kriegsgelüste richtete: zum sprechenden Zeugniß, daß die deutsche Einheit als Poesie ebenso gesunken wie als Prosa gestiegen war. Die drohende Kriegsgefahr lenkte den Blick darauf, wie erbarmungswürdig der deutsche Bund das Kriegs- und Verkehrswesen vernachlässigte, wie schlecht er die deutschen Handels- und Wirthschaftsinteressen im Ausland vertrat. Forderungen wie die Einsetzung von Zollvereinskonsuln, wie die Einrichtung eines Zollparlaments von Gewerbe- und Handeltreibenden neben Zollkongressen der Regierungen, begannen populär zu werden. Je stärker sich Handel und Wandel entwickelte, um so eindringlicher predigten die fünf verschiedenen Münzfüße, die zehn verschiedenen Ellen- und die elf verschiedenen Gewichtmaße des Zollvereins die Nothwendigkeit eines einigen Reichs.

Diese Frage verknüpfte sich nun aber aufs engste mit der Frage der preußischen Verfassung. Preußen war der führende Staat des Zollvereins und fast in keinem anderen Zollvereinsstaate hatten die bürgerlichen Klassen so wenig mitzureden wie hier. David Hansemann, ein Führer der rheinischen Bourgeoisie, der die große Feuerversicherungsanstalt in Aachen gegründet hatte, machte schon im Jahre 1830 dem preußischen Könige den gemüthlichen Vorschlag, zwei Kammern zu bilden, von denen die erste aus Majoratsherren und königlichen Vertrauensmännern, die zweite aus den höchstbesteuerten Bourgeois gebildet werden sollte. Als er damit kein Gehör fand, veröffentlichte er ein paar Jahre darauf eine Schrift, worin er die Wirthschaft der französischen Bourgeoisie dem preußischen Despotismus als leuchtendes Muster vorstellte. Er verlangte Schonung des Kapitals als Hauptzweck des Staats und demgemäß Beschneidung des Etats, namentlich der unproduktiven Ausgaben für das Heer. Er klagte bitterlich, wie schwere Hemmnisse die Zensur der aufkommenden Bourgeoisie bereite, indem sie nicht nur die Erörterung politischer, sondern auch ökonomischer Fragen hindere, selbst in der anständigsten und gemessensten Form. Hinter die alten Forderungen

der bürgerlichen Ideologie: Freiheit der Presse und wahre Volksvertretung, trat jetzt das Kapital mit seiner wachsenden Wucht.

In der Frage der Volksvertretung marschirte der preußische Despotismus mit der Kugel am Bein. Er hatte das feierliche Versprechen gebrochen, das er in den Tagen der Noth eingegangen war, aber das Gesetz vom 22. Mai 1815, das eine „Repräsentation des Volks“ verhieß, stand wie ein drohendes Gespenst im Hintergrund und konnte durch kein königliches Machtwort gebannt werden. Der preußische Despotismus erfreute sich in der Geschäftswelt aus guten Gründen keines Kredits; um sich finanziell nothdürftig aufrecht zu erhalten, hatte er im Jahre 1820 den Etat der Staatsschulden auf immer für geschlossen erklärt und sich seinen Gläubigern verpflichtet, ohne Mitgarantie von Reichsständen keine neuen Anleihen aufzunehmen. Und seinen Gläubigern konnte er keine Nase drehen wie seinen geliebten Unterthanen.

Diesen gegenüber hatte er sich mit der Verheißung von 1815 abgefunden durch die Provinziallandtage, eine Scheinvertretung für die einzelnen Provinzen, die dem allgemeinen Durchschnitte nach zur Hälfte von dem großen Grundbesitze, zu einem Drittel von den Städten und zu einem Sechstel von den Bauern zusammengesetzt wurde. Die Provinzialstände wurden von der Krone einberufen oder auch nicht einberufen, wie es ihr beliebte; sie tagten bei verschlossenen Thüren unter der Leitung eines von der Regierung ernannten Marschalls, der jede unliebsame Erörterung zu hindern befugt war; sie durften über Vorschläge der Regierung nur eine unmaßgebliche Meinung äußern; ein Recht, zu beschließen, stand ihnen — unter Vorbehalt der königlichen Genehmigung — einzig bei kommunalen Angelegenheiten zu, wie der Errichtung von Korrektions- und Zuchthäusern, Feuerversicherungs-, Irren-, Taubstummenanstalten und dergleichen mehr. Diese verachteten Körperschaften boten den Gläubigern des preußischen Despotismus keine Garantie, und so schleppte sich sein Finanzwesen mit Ach und Krach hin, durch finanzielle Mogeleien, wie die Erweiterung der Seehandlung zu einer geheimen Leihanstalt für den Staat, durch einen Steuerdruck, der unmöglich noch gesteigert werden konnte, mühsam aufrecht erhalten, aber keiner außerordentlichen Anforderung und namentlich keinem Kriege gewachsen. Die bloßen Rüstungen gegen den polnischen Aufstand hatten ihm einen Stoß versetzt, dessen verheerende Wirkungen den preußischen Gamaschenknöpfen sogar die zweijährige Militärdienstzeit abzwangen. Je mehr sich nun Deutschland aus seiner wirthschaftlichen Rückständigkeit aufraffte, um so unhaltbarer wurden die preußischen Finanzzustände. Namentlich drängte aus militärischen wie ökonomischen Gründen der Ausbau des preußischen Eisenbahnnetzes, für dessen weniger rentable Linien das Kapital die Staatshilfe in Form einer Zinsengarantie verlangte. Einer Zinsengarantie, die im Wesen der Sache auf eine neue Anleihe hinauslief und somit die Zustimmung der Reichsstände erforderte.

In dieser Lage der Dinge bestieg Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron. Nach den bestimmenden Eindrücken seiner geistigen Entwicklungsjahre ein echter Romantiker, war er doch ein zu gescheidter Mann, um nicht das Wehen

einer neuen Zeit zu spüren. Ungleich den sogenannten Heldengreisen, die vor und nach ihm den preußischen Staat regierten, fühlte er sich in der muffigen Kaserne nicht immer behaglich und riß von Zeit zu Zeit einen Fensterflügel auf, um einen Athemzug frischer Luft zu schöpfen. Der Anfang seiner Regierung kennzeichnete sich durch eine Mehrzahl ganz romantischer und eine Minderzahl halb liberaler Handlungen und Reden. Es kam darauf an, welche der kämpfenden Klassen diesen schwankenden Geist gewinnen konnte.

Von vornherein stand die Partie sehr ungleich. Es war so wie Kraus, der fähigste unter den deutschen Nachbetern Adam Smiths, gesagt hatte: der preußische Staat, weit entfernt, eine unumschränkte Monarchie zu sein, ist eine etwas verschleierte Aristokratie. Oder wie Chamisso, dessen französisch klarer Verstand die Zustände seines zweiten Vaterlandes schärfer durchschaute, als die eingeborenen Philister es vermochten, schon 1826 aus der Seele der Junker gesungen hatte: Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut. Der Feudalismus hielt alle staatlichen Machtmittel in festen Händen, und um sie ihm zu entreißen, mußte die bürgerliche Opposition sehr geschlossen, sehr klar, sehr mächtig sein. Von alledem war sie aber, verglichen mit der feudalen Partei, noch erst das Gegentheil. Das wurde gleich bei ihrem ersten Vorstoß offenbar, als die Stände der Provinz Preußen, zur Huldigung an den neuen König nach Königsberg berufen, statt der hergebrachten Bitte um die Bestätigung ihrer Vorrechte vielmehr den ehrfurchtsvollen Wunsch aussprachen, die Krone möge ihr Verfassungsversprechen von 1815 erfüllen.

In dem ostelbischen Theile des preußischen Staates vertrat die Provinz Preußen in erster Reihe die bürgerliche Opposition. Aus der alten Ordenszeit erhielt sich in ihr ein gewisses Maß rebellischen Sinnes, das bei der örtlichen Entfernung von Berlin niemals ganz gebrochen werden konnte. Hier gab es noch freie Bauern in verhältnißmäßig bedeutender Anzahl. In Königsberg lehrte Kant sein langes Leben hindurch, und was in der Provinz an bürgerlichem Selbstbewußtsein vorhanden war, das schwor auf die Worte des Meisters. In den napoleonischen Kriegen hatte die Provinz gelitten wie keine andere deutsche Landschaft und kräftiger als jede andere sich zum Widerstand aufgerafft. Doch schüttelte sie das französische Joch nur ab, um unter dem infamen Joche der russischen Oberherrschaft zusammenzubrechen. Wie dies schmähliche Erbe der friderizianischen Politik, das auf dem Wiener Kongreß von Neuem verbrieft worden war, jeden Deutschen aufrüttelte, in dem noch ein Funke deutschen Ehrgefühls lebte, so in erster Reihe die Provinz Preußen, der die russische Grenzsperre alle Lebensadern unterband. Danzig und Königsberg waren Schatten ihrer alten Handelsblüthe, Elbing verarmte ganz. Dazu kam die Schmach des Kartellvertrags, der den preußischen Staat zwang, alle russischen Flüchtlinge auszuliefern. Wohl verpflichtete er Rußland zu gleichem Schergendienste gegen Preußen, aber über die russische Grenze rettete sich kein deutscher Flüchtling, und die preußischen Unterthanen, die beim Schmuggeln ertappt wurden oder sich einmal

ohne Paß über die Grenze verirrten, ließ die russische Regierung ohne Federlesen nach Sibirien verschleppen. Mit satanischem Hohne schwang Väterchen die Knute über seinen preußischen Satrapen. Im Jahre 1809 mußte Friedrich Wilhelm III. öffentliche, zur Linderung eines grauenhaften Nothstandes bestimmte Gelder angreifen, um eine prunkvoll unterthänige Fahrt an den Hof des russischen Oberherrn anzutreten; als Friedrich Wilhelm IV. seinen pflichtschuldigen Antrittsbesuch beim Zaren Nikolaus machte, begnadigte dieser „aus Anlaß des Festes und aus höchsteigener Bewegung“ sämmtliche preußischen Unterthanen, die wegen Zolldefraudation nach Sibirien verbannt worden waren. Und diesen blutigen Schimpf nahm der preußische König hin, um Väterchen als seinen besten und innigsten Freund, als den wahren Freund Preußens zu feiern, um von dem unvergeßlichen Danke zu schwadroniren, den Preußen an Rußland schulde.

So heillose Zustände hatten in der Provinz Preußen eine Masse tiefer Erbitterung erzeugt, die der Oberpräsident v. Schön mit geschickter Hand zu dem Vorstoß bei der Huldigungsfeier zusammenfaßte. Sein energischer Wille beseelte die Kundgebung. Schön war ein geistvoller unterrichteter Mann, in allen Schichten der Bevölkerung angesehen und beliebt wegen der großen Dienste, die sein Verwaltungstalent der Provinz geleistet hatte. Indessen die Thatsache, daß er ein gefeierter Führer des preußischen Liberalismus werden konnte, genügte schon zum Beweise dafür, wie sehr der bürgerlichen Opposition jede klare Anschauung fehlte. Schön verachtete die geistlose und verknöcherte Bureaukratie, die im preußischen Staate regierte, er betrachtete den preußischen Militarismus als eine fragwürdige Erscheinung und fuhr in seiner scharfen Weise heraus, als ein Mitglied des preußischen Provinziallandtags einmal in Ausübung seines Berufs die Offiziersuniform angelegt hatte. Aber er haßte auch den Zollverein, er haßte die nationale Einheit und nannte es eine aberwitzige Forderung, Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen. Ein Bewunderer Kants, wollte er den Staat aus der reinen Vernunft auferbauen. Nur daß die reine Vernunft für ihn im Grunde die Vernunft eines klugen Junkers war, der wohl einsah, daß der Großgrundbesitz nicht mehr in feudalen, sondern nur noch in bürgerlichen Eigenthumsformen bestehen könne. Wie er diesen Standpunkt bei der sogenannten Bauernbefreiung, nicht zu Gunsten der Bauern, vertreten hatte, so vertrat er ihn auch in der Denkschrift: Woher und wohin?, die er dem Könige überreichte, um die Nothwendigkeit einer Verfassung zu begründen. Er sagte hier, es tage immer heller auf, im Mittelstande wie im Adel. Aber während der Mittelstand sich theilweise bei der Herrschaft des Beamtenstandes beruhige, weil er ihn selbst zu bilden bemühe, und ebenso der Dienstadel, der ohne Vermögen und Grundeigenthum dastehe, so müsse die Bevormundung der Bureaukratie doch dem unabhängigen Manne unerträglich sein, insbesondere dem Grundadel, der eingedenk seiner früheren Herrschaft, ihr gegenüberstehe. Von dem Liberalismus Hansemanns war Schön weiter entfernt als von der Romantik des Königs, mit dem ihn eine trotz aller Wechselfälle unverwüstliche Freundschaft verband.

Der König nahm denn auch die Bitte der preußischen Stände Anfangs nicht ungnädig auf. Erst als er nach Berlin zurückgekehrt und wieder von der märkisch-feudalen Romantik umsponnen war, erklärte er unzweideutig, er werde das Verfassungsgesetz von 1815 nicht ausführen. Aus freier Gnade gewährte er den Provinziallandtagen das Recht, ihre Protokolle zu veröffentlichen, jedoch ohne die Namen der Redner zu nennen; er versprach, sie regelmäßig alle zwei Jahre zu berufen und für die Zwischenzeit sich „ihres Rathes“ zu bedienen durch Ausschüsse, welche sie wählen sollten. Es waren dürftige Maßregeln, die einzig darauf hinausliefen, den Schein von Reichsständen zu erwecken, um die finanziellen Schwierigkeiten des Despotismus leichter zu überwinden. Ehe aber die zum Frühjahr 1841 einberufenen Provinziallandtage zusammentraten, erschien eine namenlose Flugschrift an ihre Adresse: Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, als deren Verfasser sich Johann Jacoby, ein Königsberger Arzt, dem Könige zu erkennen gab.

Bei unverkennbarer Geistesverwandtschaft mit Schöns Denkschrift trat in den Vier Fragen die bürgerliche Auffassung viel schärfer hervor. Freilich auch erst in rein ideologischer Form. Die preußische Bevölkerung ist mündig, so folgerte Jacoby: selbst von den eifrigsten Gegnern, von Franzosen und Engländern, wird Preußen mit seinen sieben Universitäten, seinen 20085 Schulen und seiner volksbildenden Militärverfassung als ein bisher unerreichtes Vorbild gründlichster Volkserziehung gepriesen. Er wollte die „politische That des preußischen Huldigungslandtags“ in die Sprache des Volkes übersetzen und so fragte er: Was wünschten die Stände? Was berechtigte sie? Welcher Bescheid ward ihnen? Was bleibt ihnen zu thun übrig? Mit schneidender Logik — schneidend nicht in der maßvollen Form, sondern durch die zwingende Macht der Beweisführung — zeigte er auf, wie wenig die bureaukratisch verstümmelte Städteordnung, die völlige Bedeutungslosigkeit der Provinziallandtage, das heimliche Verfahren einer abhängigen Justiz, das Verwaltungsmonopol der Minister, deren ergebenes Dienerpaar Polizei und Zensur darüber wache, daß keine andere Meinung, keine andere Thätigkeit sich geltend mache als die ihre, wie wenig das alles den Ansprüchen entspreche, die selbständige Bürger auf gesetzmäßige Theilnahme an den Staatsangelegenheiten erheben müßten. Er wies die dauernde Rechtsbeständigkeit des Verfassungsgesetzes von 1815 nach, und forderte die Stände nach dem abschlägigen Bescheide des Königs auf, das was sie bisher als Gunst erbeten, nunmehr als erwiesenes Recht zu beanspruchen.

Jacobys Schrift erschien in Leipzig und umging die sächsische Zensur durch Angabe eines falschen Verlagsorts. Aber sofort nach ihrem Erscheinen wurde sie auf preußisches Betreiben polizeilich beschlagnahmt und dann vom Bundestage verboten. Der König war über sie tief erbittert. So lange er den Verfasser noch nicht kannte, suchte er von Schön seinen Namen herauszulocken unter dem Versprechen der Straflosigkeit; als Jacoby sich ihm freiwillig nannte, schrieb er an Schön, er nehme die Herausforderung an. Unter dieser lächerlichen Renommisterei verstand er nichts anderes, als daß er Jacoby vor die Gerichte laden ließ. Der

Kriminalsenat des Berliner Kammergerichts war servil genug, den Verfasser der Vier Fragen wegen Majestätsbeleidigung und sonstiger Frevel zu dritthalbjähriger Festungshaft und Verlust der Nationalkokarde zu verurtheilen; der Ober-Appellationssenat desselben Gerichts sprach ihn unter Vorsitz Grolmans frei. Darüber war die Wuth des Königs grenzenlos. Er verfügte in sultanischer Laune, daß dem Freigesprochenen, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die Gründe des freisprechenden Urtheils vorenthalten werden sollten und chikanirte den alten Grolman, einen der sehr spärlich gesäeten Richter, die an ihrem Theile den legendenhaften Ruhm der preußischen Justiz rechtfertigten, aus seinem Amte. Und mehr noch: ein neues Disziplinargesetz warf die paar Schranken nieder, mit denen das Landrecht die Richter vor der königlichen Willkür geschützt hatte. Sie waren von nun an vogelfrei, sobald sie ein mißliebiges Urtheil fällten.

In den Provinziallandtagen fand Jacobys Schrift keinen Wiederhall; die preußischen Stände lehnten ausdrücklich eine Petition ab, die Königsberger Bürger im Sinne Jacobys an sie gerichtet hatten. In der bürgerlichen Bevölkerung ging die verbotene Schrift zwar von Hand zu Hand, aber der tapfere Freimuth des Verfassers wurde sehr wenig nachgeahmt. In Halle trommelte Ruge mit Mühe und Noth einige siebzig Unterschriften zusammen für eine Petition um Erlaß einer Verfassung, die auf Grund der Vier Fragen abgefaßt und an den sächsischen Provinziallandtag in Merseburg abgesandt wurde. Kaum aber bedrohte der Oberst Natzmer, ein illegitimer Oheim des Königs, die Unterzeichner mit einem Hochverrathsprozesse, als siebzehn von ihnen, so schnell die Postgäule laufen konnten, nach Merseburg eilten, um ihre Namen wieder auszustreichen. Ein Arzt glaubte seine Praxis zu verlieren, weil er unterzeichnet habe; ein Holzhändler erklärte, er habe zwar keine Regierungsbauten, könne aber doch möglicher Weise welche bekommen; ja ein Spezereihändler betheuerte, er habe nur unterschrieben, um die Demagogen herauszulocken, damit der König seine Feinde kennen lerne. Von solchem Schlage war die Masse der liberalen Philister, deren erstes unwirsches Rumoren durch den Tritt der romantischen Reaktion sofort erstickt wurde.

Siebentes Kapitel.

Die Auflösung der klassischen Philosophie.

Der Kampf um eine wirkliche Volksvertretung verquickte sich mit dem Kampfe um eine freie Presse. Auch ihr stand der romantische König nicht ganz verständnißlos gegenüber. Die öde Geistlosigkeit der zensirten Zeitungen war seinem lebhaften Geiste zuwider, und mit jener Selbsttäuschung, die allen Romantikern eigen war, bildete er sich ein, er könne ein freies Wort vertragen. Es war nicht viel, aber doch etwas, daß zu Weihnachten 1841 eine Ministerialverfügung

erschien, die den Behörden eine milde Handhabung der Zensur empfahl und die Zeitungen väterlich ermahnte, sich von allen Frivolitäten und Klatschereien fern zu halten.

Wie üblich verschwand dieser Tropfen von patriarchalischem Liberalismus in einem gerüttelten Maße echter Romantik. Nach dem Tode Altensteins wurde Eichhorn zur Leitung des Kultusministeriums berufen, ein pietistischer Reaktionär, der mit kleinlicher Bosheit die einzige Freiheit ausrottete, die unter dem alten Könige noch halbwegs bestanden hatte: die akademische Lehrfreiheit. Auf den Lehrstuhl von Gans, der ebenfalls durch den Tod seines Inhabers erledigt worden war, gelangte der Baier Julius Stahl, ein getaufter Jude, der das christlich-germanische Prinzip aus der ungeschlachten Offenheit der feudalen Romantik in die verklärende Sprache der modernen Philosophie zu übersetzen versuchte. Dann kam der alt und konfus gewordene Schelling auf die Einladung des Königs nach Berlin, um durch seine Offenbarungsphilosophie die Hegelei auszurotten. Das Justizministerium aber erhielt Savigny, das Haupt der historischen Rechtsschule, der für seine Person nun allerdings den schlagenden Beweis lieferte, daß ihm jeder Beruf zur Gesetzgebung fehle.

Zu allem Ueberfluß begann der nach Preßfreiheit lüsterne Despot damit, die einzige Zeitschrift zu drangsaliren, die auf der Höhe ihrer Aufgaben stand. Er befahl im Mai 1841, daß die Hallischen Jahrbücher ihren Druck von Leipzig nach Halle, d. h. unter die preußische Zensur verlegen sollten, wenn sie nicht in Preußen verboten werden wollten. In Folge dieses Befehls siedelte Ruge nach Dresden über und gab seine Zeitschrift als Deutsche Jahrbücher heraus. Es begreift sich, daß ihre Tendenz sich um so mehr verschärfte, je mehr sich die Ansicht ihres Herausgebers, Preußen sei ein freier und gerechter Staat, als holder Irrthum entpuppte. Hatten Ruge und Strauß den Hallischen Jahrbüchern ihr Gepräge aufgedrückt, so standen die Deutschen Jahrbücher unter dem geistigen Einfluß Bruno Bauers und Ludwig Feuerbachs. Es war ein Schritt vorwärts — gegen die Romantik, aber auch in der Auflösung der klassischen Philosophie. Der Romantik blühte das Glück, daß dieselbe ökonomische Entwicklung, welche sie zu gesammeltem Widerstand aufstachelte, ihre gefährlichste Gegnerin von selbst aufrieb.

I. Bruno Bauer und Ludwig Feuerbach.

In der klassischen Philosophie hatte das deutsche Bürgerthum sein Laufen und Trachten gewissermaßen zu Protokoll der Weltgeschichte gegeben. Sobald es ihm gelang, seine materiellen Kräfte zu entwickeln, wurde dies Protokoll ein überflüssiges Blatt Papier. Die wolkenhaften Gebilde der Philosophie sanken um so schneller zusammen, je freier die Industrie in den Rauchsäulen der Fabrikschlote ihr Banner entfaltete.

Unmöglich aber konnte die bürgerliche Philosophie einfach abdanken in die bürgerliche Oekonomie. Sie war das Heldenzeitalter des deutschen Bürgerthums

gewesen und durfte ihr Erbe nicht im Aufstrich an die platte Geldmacherei verganten, an Bank und Börse, an die Analphabeten von Fabrikanten, die nicht einmal ein Gelüste nach diesem Erbe trugen. Trotz des gemeinsamen Kampfes gegen die Romantik und gerade in diesem Kampfe mußte der Gegensatz zwischen Philosophie und Bourgeoisie aufbrechen. Im Laufe von kaum einem Jahrzehnt machte er drei Perioden durch: eine erste, wo er unbewußt vorhanden, aber noch nicht klar erkannt war, eine zweite, wo er schon erkannt war, aber noch nicht überwunden werden konnte, eine dritte endlich, wo er in seiner grundsätzlichen Schärfe erfaßt und dadurch überwunden wurde, daß die Philosophie der Kopf des Proletariats, das Proletariat das Herz der Philosophie wurde.

Der ersten Periode gehörten Ruge und Strauß an. Sie kämpften als Philosophen gegen die Romantik, aber sie fanden sich schließlich gern oder ungern darein, daß sie für die Bourgeoisie gekämpft hatten. Sie bauten ihr Hüttlein auf den Trümmern der Philosophie und sahen in dem Bismärckischen Reiche deutscher Nation, so gut oder so schlecht es ging, ihre Ideale erfüllt. Dagegen waren Bauer und Feuerbach die typischen Vertreter der zweiten Periode. Sie haben sich nie zu dem Glauben bekennen mögen, daß die Welt der Bourgeoisie ihre Welt oder überhaupt eine dauernde Welt sei. Bauer sagte später von Bismarck mit einem Treffworte der Verachtung: der Mann macht nicht Geschichte, sondern Episode, und Feuerbach sprach von der „preußischen Knute", wenn er von ihr sprach, stets mit einem kräftigen Fluche. Aber Beide haben sich nie im Politischen und Sozialen zurecht gefunden; sie irrten rathlos zwischen den Trümmern der Philosophie umher.

Dabei bestand zwischen ihnen selbst ein großer Unterschied. Sie standen nicht Seite an Seite, sondern Rücken an Rücken. Bauer spann den Faden der idealistischen Philosophie fort, bis er ihm unter den Händen zerriß, Feuerbach aber brach offen mit ihr und that die ersten Schritte zu ihrer endgiltigen Ueberwindung.

Bruno Bauer, aus einem der kleinen sächsischen Herzogthümer gebürtig, war seinem ganzen Wesen nach ein Norddeutscher. Er gehörte nach Berlin, wo er auch den größten Theil seines Lebens verbracht hat: nach Berlin, „mit seinem dicken Sande und dünnen Thee und überwitzigen Leuten". Er war darin der schroffste Gegensatz zu Strauß, dem das norddeutsche Leben ebenso fatal war, wie die Person und Wirksamkeit Bauers. Wie Strauß die Substanz aus Hegels absoluter Idee entnommen hatte, um sie zum schöpferischen Prinzip der Evangelien zu machen, so entnahm Bauer eben daher und zu eben dem Zwecke das Selbstbewußtsein. Die Kritik von Strauß, so sehr sie mit der historischen Wahrheit der evangelischen Geschichte aufräumte, war noch theologisch, denn im Grunde lief es auf dasselbe hinaus, ob die Evangelien vom heiligen Geiste diktirt oder von der christlichen Gemeinde bewußtlos geschaffen sein sollten. Bauer löste die „mysteriöse" Ansicht von Strauß dahin auf, „wohin die Entwicklung der Substanz selber treibt, zur Allgemeinheit und Bestimmtheit der Idee und zu deren

wirklicher Existenz, dem unendlichen Selbstbewußtsein". Oder aus dem Hegelschen ins Deutsche übersetzt: er wies nach, daß die Evangelien literarische Erzeugnisse bestimmter Verfasser seien, denen bei ihrer Schriftstellerei an bestimmten Zwecken gelegen gewesen wäre.

Diese Auffassung Bauers enthob ihn allen Respekts vor den Evangelisten und er machte der Theologie den Krieg auf Leben und Tod. Das Selbstbewußtsein hat zwar die Evangelien geschaffen, aber als außer sich gekommenes, sich selbst widersprechendes, entäußertes und entfremdetes Selbstbewußtsein. In der Kritik der evangelischen Geschichte, die Bauer 1841 veröffentlichte, finden sich bereits die Keime, die sich um mehr als ein Menschenalter später in seinen Untersuchungen über die Entstehungsgeschichte des Christenthums zu bahnbrechenden Erkenntnissen entfalten sollten. Er hob hervor, daß der Weltherr in Rom, der alle Rechte in sich verschlossen halte, der Leben und Tod auf seinen Lippen trage, an dem Herrn der evangelischen Geschichte, der mit einem Hauche seines Mundes den Widerstand der Natur bezwinge oder seine Feinde niederschlage, der sich schon auf Erden als den Weltherrn und Weltrichter ankündige, einen feindlichen Bruder zwar, aber doch einen Bruder habe. In der christlichen Religion habe der Vampyr der geistigen Abstraktion der Menschheit Kraft und Saft, Blut und Leben bis auf den letzten Tropfen ausgesogen. Auf den Trümmern einer untergegangenen Welt sei das ausgemergelte Ich als einzige Macht übrig geblieben, aber diesem alles verschlingenden Ich habe vor sich selbst gegraut. Es habe seine Entfremdung vollendet, indem es seine allgemeine Macht als eine fremde sich entgegenstellte und dieser Macht gegenüber in Furcht und Zittern für seine Erhaltung und Seligkeit arbeitete. Doch in der Knechtschaft unter ihrem Abbilde sei die Menschheit erzogen worden, damit sie um so gründlicher die Freiheit vorbereite und sie um so inniger umfasse, wenn sie endlich gewonnen sei. Das zu sich selbst gekommene, das sich selbst verstehende, das sein Wesen erfassende Selbstbewußtsein habe die Macht über die Geschöpfe seiner Selbstentäußerung. In dieser Weise räumte Bauer rücksichtslos mit der Theologie auf.

Und nicht nur mit ihr. Das unendliche Selbstbewußtsein duldete überhaupt keine Schranke. Mit der Waffe der Kritik warf es jede „positive Bestimmtheit" nieder, „die seine wahre Allgemeinheit noch beschränkte". Es hob alle Einrichtungen in Gesellschaft und Staat auf, denen es eine Schranke nachweisen konnte. Versteht sich in seinen Vorstellungen. Denn die Philosophie des Selbstbewußtseins lebte nicht minder in der geistigen Abstraktion als die christliche Religion. Ja, sie war der vollendetste Ausdruck des christlich-germanischen Prinzips; ärgere Grimassen konnte die idealistische Spekulation nicht schneiden, als in der kritischen Kritik, die alles in reinen Geist auflöste und mit unsäglicher Verachtung auf die Masse herabsah. Bruno Bauer, der als Privatdozent in Bonn von dem Minister Eichhorn in tückischer Weise gemaßregelt worden war, siedelte nach Berlin über und stiftete mit seinem Bruder Edgar und anderen Junghegelianern den Verein der Freien, der in radikalen Phrasen „immer weiter

ging" und in philosophischer Instanz das leistete, was der Berliner Mutterwitz als „Alles Verrungeniren" verspottete.

Es war Ludwig Feuerbach, der an Bruno Bauer dieselbe aufklärende Liebesthat vollzog, die Bruno Bauer an David Strauß vollzogen hatte. Feuerbach wies bündig nach, daß die Hegelsche Philosophie der letzte Zufluchtsort, die letzte rationelle Stütze der Theologie sei. Wer die Hegelsche Philosophie nicht aufgebe, der gebe auch nicht die Theologie auf. Die Hegelsche Lehre, daß die Natur, die Realität von der Idee gesetzt — sei nur der rationelle Ausdruck der theologischen Lehre, daß die Natur von Gott, das materielle Wesen von einem immateriellen, d. h. abstrakten Wesen geschaffen sei. Der Kampf zwischen Strauß und Bauer war ein Kampf innerhalb der Hegelschen Philosophie. Beide gingen über Hegel hinaus, indem jeder eine Seite der absoluten Idee konsequent durchführte, Strauß die Substanz, die Natur in der Trennung vom Menschen, Bauer das Selbstbewußtsein, den Menschen in der Trennung von der Natur. Feuerbach dagegen kritisirte den ganzen Hegel vom Hegelschen Standpunkte, indem er die absolute Idee auflöste in den wirklichen Menschen auf Grundlage der Natur. Er bahnte den Uebergang vom Idealismus zum Materialismus.

Feuerbach war ein Süddeutscher wie Strauß, aber anders als dieser ein feuriges leidenschaftliches Temperament, eine Kampfnatur wie geschaffen für das heiße Getümmel des praktischen Lebens. In vieler Beziehung erinnert er an Lessing, an dessen Streitschriften er sich gern erlabte: nicht zum wenigsten leider erinnert er darin an Lessing, daß ihm die deutsche Misere niemals gestattet hat, sich voll auszuleben. Wie lebhaft mahnt seine Marterstation auf dem Rechenberge an Lessings Martyrium in Wolfenbüttel! Feuerbachs große That ist die Schrift über das Wesen des Christenthums, die aus allen gesunden Augen der deutschen Nation die idealistischen Schemen wusch. Sie erschien gleichfalls im Jahre 1841 und hatte eine befreiende Wirkung, die man nach einem Worte von Engels selbst erlebt haben muß, um sie sich richtig vorzustellen. Feuerbach setzte den wirklichen Menschen wieder in seine Rechte ein. Erwachsen aus dem Boden der Natur, die unabhängig von aller Philosophie besteht, ist der Mensch dem Menschen das höchste Wesen. Es giebt nichts außer dem Menschen und der Natur; die himmlischen Wesen, welche die religiöse Phantasie erschuf, sind phantastische Rückspiegelungen des menschlichen Wesens. Und wie der Mensch dem Menschen das höchste Wesen ist, so ist das höchste Gesetz die Liebe des Menschen zum Menschen. Diesen Gedankengang entwickelte Feuerbach in einer Sprache, deren fortreißender und manchmal selbst sich überstürzender Schwung wie quellendes Leben tönte nach dem Rascheln der dürren Blätter, die der Nebelwind der Hegelei vor sich hertrieb.

Feuerbach hob den Materialismus aus dem Staube. Was ihm aber nicht gelang, Dank den philisterhaft engen Verhältnissen, die in Deutschland noch immer vorherrschten, das war die Lösung der Aufgabe, den neu gewonnenen Inhalt des Idealismus in den Materialismus aufzunehmen, wie einst Kant den neu gewonnenen

Inhalt des Materialismus in den Idealismus aufgenommen hatte. Bacon, der erste Vertreter des modernen Materialismus, hatte einst gesagt, er wolle weder krasser Empiriker sein, wie die Ameisen, die nur zusammentragen und verbrauchen, noch auch abstrakter Idealist, wie die Spinnen, die ihr Gewebe aus sich selbst herausziehen, sondern er wolle eins mit dem anderen verbinden, wie die Bienen, die den Stoff aus den Blumen der Gärten und der Felder saugen, ihn dann aber aus eigener Kraft verarbeiten. Aehnlich verglich sich Feuerbach mit den Bienen, nur daß er meinte, sie verzehrten im Winter, was sie im Sommer gearbeitet hätten, während er im Winter als Kopfmensch von sich gebe, was er im Sommer als Naturmensch verschluckt habe.

Die denkende Anschauung der Natur war die Sonne, um die dieser Geist kreiste, und dabei konnte er, durch die pietistische Verbohrtheit der deutschen Regierungen von den Lehrstühlen der Hochschulen ferngehalten, nicht einmal gleichen Schritt mit den wachsenden Fortschritten der Naturwissenschaften halten. Feuerbach empfand wohl die Unzulänglichkeit des naturwissenschaftlichen Materialismus, von dem er mit einem bezeichnenden Ausdrucke sagte, er stimme ihm rückwärts zu, aber nicht vorwärts. Allein zu einer klaren Erkenntniß, geschweige denn zu einer erschöpfenden Würdigung der Thatsache, daß der Mensch nicht nur in der Natur, sondern auch in der Gesellschaft lebe, daß der Materialismus also nicht nur Natur-, sondern auch Gesellschaftswissenschaft sei, kam er nicht. Die große Welt des Auslandes blieb ihm fremd und selbst der kleinen Welt seiner deutschen Heimath verschloß er sich. Die Liebe zur Natur machte ihm das einsame Dorf, an das ihn zunächst seine ehrenvolle Armuth fesselte, zum freiwilligen Exil. Echt menschlich war ihm nur das theoretische Verhalten der Menschen; den Standpunkt der Theorie nannte er den Standpunkt der Harmonie zwischen Mensch und Welt.

Die gesellschaftliche Praxis kannte Feuerbach erst in der schmutzigen Form des jüdischen Schachers. Im Wesen des Christenthums analysirte er die jüdische Religion als die Religion des selbstischen Interesses. Er schrieb: „Dem Griechen war die Natur ein Diamant, er konnte sich nicht satt sehen an seinem wundervollen Farbenspiel, an seinen regelmäßigen Formen, an seiner himmlischen Klarheit und Durchsichtigkeit; er erblickte in ihm seinen reinen, von keinem praktischen Egoismus getrübten Geist im Spiegel, er erkannte Vernunft, Geist in der Natur — darum war ihm die Natur ewig. Kurz, der Grieche betrachtete die Natur mit den Augen des enthusiastischen Mineralogen, der Jude mit den Augen des seinen Vortheil berechnenden Mineralienhändlers. Die Juden haben sich in ihrer Eigenthümlichkeit bis auf den heutigen Tag erhalten. Ihr Prinzip, ihr Gott ist das praktischste Prinzip der Welt — der Egoismus und zwar der Egoismus in der Form der Religion. Der Egoismus ist der Gott, der seine Diener nicht zu Schanden werden läßt. Der Egoismus ist wesentlich monotheistisch, denn er hat nur Eines, nur Sich zum Zwecke. Der Egoismus sammelt, konzentrirt den Menschen auf sich, aber er macht ihn theoretisch bornirt, weil gleichgiltig gegen Alles, was nicht unmittelbar auf das Wohl des Selbst sich bezieht.“ Feiere der

Israelite die Größe der Natur, so nur aus demselben Interesse, aus dem der Sieger die Stärke seines Gegners vergrößere, um dadurch seinen eigenen Ruhm zu verherrlichen. Denn die Größe der Natur sei ihm die Größe Jehovahs, die sich am herrlichsten offenbart habe in den Wundern zum Besten Israels.

Diese Auffassung traf bei Bauer auf eine verwandte Saite. Er meinte, der christliche Staat habe durch bestimmte Formen das egoistische Treiben der bürgerlichen Gesellschaft eingeschränkt, aber in ihren Ritzen und Spalten nisteten sich die Juden ein, um ihre unsicheren Elemente auszubeuten, gleich den Göttern Epikurs, die in den Zwischenräumen der Welt wohnten, wo sie der bestimmten Arbeit überhoben seien. Für Bauer wurde das Judenthum der Sündenbock, auf den er die materielle Masse ablud, auf daß die absolute Kritik, das unendliche Selbstbewußtsein um so reiner in sich selbst kreise. Ideolog vom Scheitel bis zur Zehe, spitzte er die Judenfrage auf das rein religiöse Problem zu. Christen oder Juden können zur Freiheit nur durchdringen, indem die einen wie die anderen ihre Religion überwinden. Für die Christen ist das bei der unaufhaltsamen Selbstauflösung ihrer Religion verhältnißmäßig leicht. Für die Juden aber, die sich von jeher dem geschichtlichen Fortschritte widersetzt und in ihrem Hasse aller Völker sich das abenteuerlichste und beschränkteste Volksleben gestiftet haben, deren Religion thierische Schlauheit und List ist, womit sich das sinnlichste Bedürfniß befriedigt, ist es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich. So lange die Juden Juden bleiben, können sie nicht emanzipirt werden, am allerwenigsten kann sie der noch christliche Staat emanzipiren.

Bauer und Feuerbach kannten das Kapital erst in der brutalsten und rohesten, in der mittelalterlichen Form des jüdischen Wuchers. Und seinem unmenschlichen Wesen kamen sie erst philosophisch bei; ökonomisch vermochten sie es nicht einmal zu fassen, geschweige denn zu überwinden.

II. Deutsche Jahrbücher. Politische Lyrik.

Ruge machte in Dresden alsbald die Erfahrung, daß die preußische Regierung einen langen Arm hatte. Die Deutschen Jahrbücher geriethen in immer schwerere Zensurnoth. In seinen Briefen wetterte Ruge über die verfluchte Kalamität mit dem Hornochsen von Zensor, über den Ballhorn, der die feinsten Pointen greulich abstumpfe und wahre Sünden wider den Geist beginge. Der also schmeichelhaft Bedachte war Professor Wachsmuth, der Geschichtsschreiber der französischen Revolution und nicht der schlechteste seiner Zunft; vergebens suchte er seinen „hochverehrten Freund" Ruge mit den Vandalismen seines Rothstifts auszusöhnen.

Unter diesen Umständen erschien der Jahrgang 1842 der Deutschen Jahrbücher in doppelter Gestalt: als Zeitschrift in Dresden und als ein paar Bände Anekdota in der Schweiz. Hier hatte Julius Fröbel, ein geborener Thüringer, seine Professur der Mineralogie an der Züricher Hochschule niedergelegt, um die

Leitung des schweizerischen Radikalismus zu übernehmen. Er gründete das Literarische Kontor in Zürich und Winterthur, das den Schweizerischen Republikaner herausgab und den deutschen Zensurflüchtlingen eine willkommene Zuflucht bot. Die zwei Bände Anekdota enthielten Beiträge von Ruge, Bauer, Feuerbach, dann auch von Marx, Moritz Fleischer, Köppen und anderen Junghegelianern, Aufsätze, die sich über politische Freiheit, Lehr- und Preßfreiheit, über Philosophie und Theologie verbreiteten und von der sächsischen Zensur entweder nicht zugelassen oder in Voraussicht dieses unausbleiblichen Schicksals ihr überhaupt nicht erst vorgelegt worden waren.

Ruge hoffte mit diesen Bänden den Ochsen einen schauerlichen Schlag vor den Kopf zu versetzen, von dem sie sich nicht wieder erholen würden, und zweifellos enthalten sie Beiträge von hohem Werth. Aber ein wie starker Schlag sie gegen die reaktionäre Romantik sein mochten, so zeigten sie die Philosophie in einer Gährung, die weit von einem Abschluß entfernt war. Bauer erkannte Feuerbachs Leistung wohl an, soweit sie die objektive Auflösung aller Religion vollzog, aber er hielt an Hegels idealistischem Prinzip fest und stellte das ideale Denken über das reale Sein, während Feuerbach unumwunden sagte, damit sei kein Schritt vorwärts gethan, denn das vom Menschen abgetrennte Selbstbewußtsein sei nichts weiter als eine Hegelsche Abstraktion ohne Realität.

Ruge war ein zu guter Redakteur, um nicht zu wissen, was er an Mitarbeitern wie Bauer und Feuerbach besaß. Er meinte, Feuerbach sei ein Drommete aus Jericho, aber auch Bauer habe enormen Eifer, Talent und Fonds. Feuerbach schreibe selten und nur in seinem Genre, während Bauer viele Register ziehen könne. Indessen war es nicht oder doch nicht nur schlaue Berechnung, die Ruge antrieb, den Riß zwischen Bauer und Feuerbach möglichst zu verkleben. Er stand unter Beiden, eben deshalb erkannte er sehr gut ihre Schwächen, ohne sie doch überwinden zu können. Der Bourgeois, der in ihm steckte, wollte je länger je gründlicher mit dem ganzen theoretischen Zeug aufräumen, und die derben Püffe, die er in seinem publizistischen Kriegsleben austheilte und empfing, belehrten ihn hinlänglich, daß die absolute Kritik und das unendliche Selbstbewußtsein die sehr handgreifliche Romantik nicht aus den Angeln heben könne. Aber derselbe Bourgeois witterte in Feuerbachs Materialismus eine unheimliche Macht und sagte ganz richtig, Feuerbachs Fehler sei, mit Hegel zu brechen, statt ihn aus seinem Prinzip der Entwicklung heraus zu berichtigen. Ruge pries Feuerbach, weil er die Philosophie aus den Fesseln des Christenthums gelöst habe und fiel dann doch wieder in den christlichen Spiritualismus zurück, indem er sagte, wem der Lebendige mehr sei, als der Denkende, der möge die Läuse auf seinem Kopfe verehren und seines Schädels träges Dasein für höher halten, als den Kopf des Aristoteles.

Eine ähnliche Zwitterstellung nahm Ruge in einem Aufsatz über Hegels Rechtsphilosophie ein, den er durch die Klippen der Zensur in die Deutschen Jahrbücher zu lotsen verstand. Um überhaupt davon zu reden, so war der letzte Jahrgang dieser Zeitschrift ihr vorzüglichster; zum hundertsten Male bewährte sich

die Erfahrung, die sich seitdem zum tausendsten Male bewährt hat, daß nämlich die Presse im drängenden Kampfe ihr Bestes zu leisten pflegt. Bauers Aufsätze über die Judenfrage waren mit unleugbarem Geiste geschrieben. In einer langen Kritik an Leos Geschichte der französischen Revolution gab Köppen — zum erstenmal in irgend einer Sprache — die richtige Erklärung der französischen Schreckenszeit. Unter dem Pseudonym Jules Elysard veröffentlichte der junge Russe Bakunin, der sich in Berlin mit Hegelscher Philosophie durchtränkt hatte und nun in Dresden lebte, seinen literarischen Erstling über die Reaktion in Deutschland. Er wies nachdrücklich auf das unterirdische Grollen der sozialen Revolution hin, auf die arme Klasse, das eigentliche Volk, das die im Vergleiche zu ihm schwache Reihe seiner Feinde zu zählen, das die wirkliche Vollführung seiner ihm längst zugestandenen Rechte zu fordern beginne. „In Rußland selbst, in diesem endlosen und schneebedeckten Reiche, das wir so wenig kennen und dem vielleicht eine große Zukunft bevorsteht, — in Rußland selbst sammeln sich dunkle, Gewitter verkündende Wolken: O, die Luft ist schwül, sie ist schwanger von Stürmen. . . . Laßt uns dem ewigen Geiste des Herrn vertrauen, der nur deshalb zerstört und vernichtet, weil er die unergründliche und ewig schaffende Quelle alles Lebens ist. Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust." Ein eigenthümlicher Hauch, seltsam gemischt aus Elegie und Fanatismus und auch aristokratischer Suffisance, wehte durch den Aufsatz.

Hegels Rechtsphilosophie kritisirte Ruge nun aus dem zutreffenden Gesichtspunkte, daß sie die dialektische Methode verleugne. Der Hegelsche Staat sei etwas Nebelhaftes, ein Wolkengebilde, das man nicht fassen und halten könne, er sei nicht reeller als der platonische; wie dieser an den griechischen, so erinnere er an den preußischen Staat, aber er verkenne den historischen Prozeß. Ruge weist darauf hin, wie Hegel, und vor ihm schon Kant, sich einem äußeren Drucke habe fügen müssen; Hegel habe sich bei der Vernunft des Absolutismus beruhigt, weil der Absolutismus so vernünftig gewesen sei, die Vernunft der Hegelschen Philosophie anzuerkennen. Aber es sei ein Mangel seiner Rechtsphilosophie, aus der lebendigen Geschichte herauszutreten, sich einseitig theoretisch zu verhalten und diesen Standpunkt als den absoluten zu befestigen. Bei ewigen Bestimmtheiten, wie Familie, Gesellschaft, Staat dürfe die Theorie zwar von dem historischen Prozeß absehen, aber sie müsse stets unterscheiden, ob sie eine logische oder historische Kategorie vor sich habe. Beispielsweise sei die Verfassung des Staats seine historische Form, und Hegel habe Unrecht, historische Existenzen, wie das erbliche Königthum, die Majorate, das Zweikammersystem als logische Nothwendigkeiten hinzustellen. Um den Staat in der Form des Staats zu haben, seien alle jene großen Einrichtungen nothwendig, die den Deutschen fast sämmtlich noch fehlten, Nationalversammlung, Geschworene, Preßfreiheit. Es leuchtet ein, wie Ruge hier von dem naiven Instinkt des Bourgeois gefoppt wird: des Bourgeois, der, um seiner Klasse einen genügenden Antheil an der Regierung zu sichern, den absolutistisch-feudalen Staat für eine historische Kategorie erklärt, aber Familie

und Gesellschaft in ihrer bürgerlichen Form als logische Kategorien ruhig fortbestehen läßt.

Dieser gährenden Philosophie entsprach die gährende Poesie, die sich unter ihrem Einfluß entwickelte. Ein neues Geschlecht von Dichtern kam empor; Sturmglocken läuteten in ihren Liedern und wie von Waffen klirrten ihre Reime. Der Adel der Form kam wieder zu seinem Recht und in ihrem klaren Krystall erschien das Pathos um so mächtiger und die Satire um so witziger. Nicht zwar als ob die Hallischen und Deutschen Jahrbücher diese neuen Dichter unmittelbar erzogen hätten! Ruge war in seinem ästhetischen Urtheil sehr beschränkt und einseitig; er stellte die Briefe des Junius als großartige Kunstprodukte tausendmal über Shakespeare, gegen das was er Heines Frivolität und Liederlichkeit nannte, kämpfte er so unermüdlich wie gegen die althegelschen Perrücken, und selbst zu Dingelstedt besaß er kein Verhältniß, obgleich dieser junge Hesse mit einer Klarheit, die kein zeitgenössischer Dichter in gleichem Maße besaß, das politisch-soziale Elend Deutschlands durchschaute und auf Nachtwächters Weltgange in einer Reihe plastischer Bilder verkörperte. Berechtigter war die Unzufriedenheit Ruges mit Hoffmanns Unpolitischen Liedern, die in ihrem etwas platten Witze dem trivialen Räsonniren des Bierbankpolitikers allzu weit entgegen kamen. Gleichwohl war es der Widerschein des philosophischen Kampfes, der in dieser politischen Lyrik bald schwächer, bald stärker aufleuchtete. Der Pommer Prutz, ein alter Freund und Mitarbeiter Ruges, kommandirte in seinen Versen ganze Gedankenkolonnen, in schwerfälligem Takte manchmal, ein Rhetor mehr als ein Poet, und als der Schwabe Herwegh seine Gedichte eines Lebendigen wie einen zündenden Blitz in die deutsche Welt warf, da hob ihn Ruge jubelnd auf den Schild.

Und gewiß klang die Noth und Unruhe der ringenden Zeit nirgends in so brausendem Akkorde wie in diesen Gedichten. Im fernen Südwesten, wo sich Wirth, der Mann von Hambach, aus langer Haft entlassen sein Asyl auf thurgauischem Gebiete hart an der Stadtgrenze von Konstanz gegründet hatte, in der Deutschen Volkshalle, die der tapfere Kämpfer nach Deutschland hinüberwarf, war Georg Herweghs Talent zuerst flügge geworden. In einem Herbste und einem Winter gedieh es zum Flügelschlag einer freien Seele. Ein Freudenschrei ging durch ganz Deutschland, als die Gedichte eines Lebendigen erschienen, und wie ein Triumphator zog der Dichter von der südwestlichen bis zur nordöstlichen Grenze, über Köln und Düsseldorf nach Jena und Weimar, Leipzig und Dresden bis Berlin und Königsberg. Es waren kurze Tage eines berauschenden Traums. Sie endeten in dem trivialen Katzenjammer des deutschen Elends.

In Dresden traf Herwegh mit Ruge zusammen, und sie reisten miteinander nach Berlin. Hier geriethen sie mit den Bauers und ihrem Anhange hart aneinander. Herweghs farbenfroher Dichternatur widerstand die blasse Negation der Freien, und Ruge, der sich eben zum praktischen Kampfe wider den bestehenden Staat rüstete, wollte sich von Bruno Bauer nicht „die lächerlichsten Dinge auf die Nase binden lassen“, so beispielsweise nicht die Behauptung, daß Staat, Eigen-

thum, Familie im Begriffe aufgelöst werden müßten, ohne daß man sich um die positive Seite der Sache weiter zu kümmern habe. Da nun beging Herwegh die Thorheit, sich vom Könige empfangen zu lassen; der königliche Leibarzt Schönlein, dem Herwegh Grüße aus der Schweiz überbracht hatte, spielte den gefälligen Vermittler. Wenn es dem Dichter in seinen Gedichten, die beiläufig in Preußen sofort verboten worden waren, nicht schwer gedäucht hatte, mit dem Könige zu grollen, so ging es mit dem Konversiren um so schlechter. Denn im Hofzeremoniell steht geschrieben, daß Marquis Posa nur über das reden darf, um was Don Philipp ihn fragt. Die geflügelten Worte der Stunde: Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition; ich wünsche Ihnen von Herzen einen Tag von Damaskus und Sie werden Ungeheures wirken; wir wollen ehrliche Feinde bleiben — sie alle gehörten dem Könige und vom Dichter schwieg die Geschichte. Der Radikalismus des „Alles Verrungenirens" beeilte sich nun, mit bissigem Spott an dem stummen Poeten seine Revanche zu nehmen.

Herwegh ließ sich dadurch zu einem unglücklichen Treppenwitze hinreißen. In Königsberg, wo er die herzlichste Aufnahme gefunden hatte, erfuhr er, daß die preußische Polizei mit unanständiger Eile gleich nach seiner Audienz beim Könige eine erst im Prospekte bestehende Zeitung, die er in der Schweiz herausgeben wollte, von vornherein verboten habe. Daraufhin richtete er einen Brief an den König, worin er nachträglich den Marquis Posa tragirte. Wider seinen Willen wurde der Brief in der Leipziger Allgemeinen Zeitung veröffentlicht, und sofort erhielt Herwegh einen Ausweisungsbefehl, der ihn in Stettin bei seinem Freunde Prutz traf. In rückläufiger Linie ging der Triumphzug durch eine ununterbrochene Kette von Gendarmen bis zur Grenze, und hinterdrein das Kreuzige! derselben Presse, die eben ihr Hosiannah! geschrieen hatte. Selbst Freiligrath mischte seine Stimme in das greuliche Katzenkonzert, und Heine spottete: das Volk wie katzenjämmerlich, das eben noch so schön besoffen! Der Mann Herwegh hat niemals den Tag von Damaskus erlebt, den der romantische König ihm prophezeit hatte, aber dem Dichter Herwegh hat es für immer die Schwingen gebrochen, daß jenes Volk, dem er mit fliegender Fahne voranzuschreiten wähnte, sich als tückisch schadenfroher Lakaienschwarm enthüllte.

Mit ihrem Dichter fielen die Deutschen Jahrbücher. Ruge war durch seinen Konflikt mit den Freien in der Absicht bestärkt worden, dem historischen Staat unmittelbar auf den Leib zu rücken. Den Jahrgang 1843 seiner Zeitschrift eröffnete er mit einer Selbstkritik des Liberalismus, worin er ausführte, der deutsche Liberalismus sei gar keine Partei, sondern der blaue Dunst einer unfruchtbaren Theorie, er könne nirgends zu einer reellen Existenz kommen, weil er nirgends wisse, was er wolle. Ruge wollte ihn auflösen in die Demokratie mit ihren praktischen Problemen. Als solche Probleme nannte er: die Kirche in die Schule zu verwandeln und eine wirkliche, allen Pöbel absorbirende Volkserziehung daraus zu organisiren, das Militärwesen damit völlig zu verschmelzen, das gebildete und organisirte Volk sich selbst regieren und selbst Justiz handhaben zu lassen, im

öffentlichen Leben und im öffentlichen Gerichte. Das aber war mehr als die deutschen Despoten sich bieten ließen. Sachsen und Preußen und nach ihnen auch noch der Bundestag verboten die Deutschen Jahrbücher. Der Bundestag machte dabei den prophetischen Witz, der Redaktion erst nach fünf Jahren die Herausgabe einer neuen Zeitschrift zu gestatten; diesen Wechsel hat die Märzrevolution pünktlich eingelöst.

Leider fehlte auch dem Untergange der Deutschen Jahrbücher nicht der burlesk-triviale Zug. In einer Petition an die sächsische Ständeversammlung protestirte Ruge gegen das Verbot seiner Zeitschrift und berief sich neben Anderem auf das Zeugniß seiner Familie dafür, was für ein guter und nützlicher Staatsbürger er sei. Die braven Banausen von sächsischen Parlamentariern aber billigten das Verbot unter der einleuchtenden Begründung, daß ihnen der Inhalt der Deutschen Jahrbücher ganz unbekannt und daß ihnen ganz unverständlich sei, was sie etwa davon gehört hätten.

Achtes Kapitel.

Rheinische Zeitung.

Herweghs Brief an den König gab der Romantik die willkommene Gelegenheit, einen „kleinen Belagerungszustand" über die Presse zu verhängen, die unter der gemilderten Zensurinstruktion aufzuathmen begonnen hatte. Zum großen Theil allerdings erst mit ohnmächtigen Stoßseufzern, wie namentlich in der preußischen Hauptstadt. Acht Tage nach dem Erlaß der neuen Instruktion erhob sich in der Vossischen Zeitung, dem Berliner Organe des heimlich räsonnirenden und öffentlich schweifwedelnden Spießbürgers, eine triumphirende Stimme: Da das Wort freigegeben sei, wolle sie die Freiheit nutzen — jedoch in den gebührenden Schranken — und unverhohlen, aber mit loyaler Gesinnung ihre Meinung dahin aussprechen, daß es bei Versendung der Brieffelleisen nach Kurland, deren eines kürzlich gestohlen worden sei, zweckmäßig sein dürfte, einen Kondukteur mitzugeben. Darauf folgte in der Spenerschen Zeitung eine so sackgrobe Erwiderung der Postverwaltung, daß die Vossin ganz betreten die kühn ausgestreckten Fühlhörner zurückzog und sich auf die schüchterne Frage beschränkte, ob denn die Postbehörde über allen Tadel erhaben zu sein glaube.

Von ernsthaften Tagesblättern erlangten nur drei einen stärkeren oder schwächeren Einfluß auf die preußische Bevölkerung, und von ihnen erschien eines im deutschen Auslande: die Allgemeine Zeitung in Leipzig, die von den unzufriedenen Elementen der preußischen Bureaukratie heimlich gespeist, aber sofort von der preußischen Regierung verboten wurde, als sie Herweghs Brief veröffentlicht hatte. Im preußischen Staate selbst führten die Königsberger Zeitung und

die Rheinische Zeitung eine ehrliche und mannhafte Sprache: die Königsberger Schandzeitung und ihre Hurenschwester vom Rhein, wie Se. romantische Majestät in ihrem jottvollen Gardelieutenantsjargon sie zu nennen beliebten. Die Königsberger Zeitung stand auf dem bürgerlich-ideologischen Standpunkte Johann Jacobys und wurde von dem Oberlehrer Witt geleitet, der deshalb bissige Verfolgungen des Ministers Eichhorn zu ertragen hatte; in dieser Zeitung verdiente sich unter Anderen der junge Walesrode seine literarischen Sporen. Sie stand aber, namentlich was die Weite ihres Gesichtskreises anbetraf, hinter der Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe zurück, die seit dem 1. Januar 1842 in Köln erschien.

Die Rheinische Zeitung war nach einer Erklärung in ihrer ersten Nummer gegründet worden von einer Gesellschaft unabhängiger Rheinländer, welche dem Fortschritte huldigten, den Aufschwung der Rheinlande, die Fortbildung ihrer Institutionen, die Vermittlung ihrer und der deutschen Gesammtinteressen, sowie die menschliche Gesellschaft überhaupt und ihr inneres Gedeihen im Auge hatten. Wie man sieht, zeichnete sich die Ankündigung nicht durch große Klarheit aus und auch was die Zeitung später als ihr politisches Programm verkündete: die Einführung eines allgemeinen, alle Klassen und Interessen umspannenden Wahlgesetzes, Oeffentlichkeit der Regierungshandlungen, Freiheit der Presse und so weiter, war nicht so sauber in Kapitel und Paragraphen eingetheilt, wie es den Gewohnheiten eines bereits ausgebildeten Parteiwesens entspricht. Die Rheinische Zeitung vereinigte verschiedene Elemente, die sich klar waren über das was sie verband, aber noch nicht klar über das was sie trennte: hinter den älteren Führern der rheinischen Bourgeoisie, hinter David Hansemann und Ludolf Camphausen, dem Präsidenten der Kölner Handelskammer, kühl rechnenden Geschäftsmännern, stand ein junger Nachwuchs, der im geistigen Banne der Hegelschen Philosophie groß geworden war. Ungleich klarer als in den Fragen der Politik war sich die Rheinische Zeitung in den Fragen des Handels und Gewerbes: sie forderte eingehende und genaue Rechenschaft über den Staatshaushalt, Verminderung der Staatsausgaben, Ausbau des Eisenbahnwesens, Ermäßigung der Gerichtssporteln und Postgebühren, eine gemeinsame Flagge und gemeinsame Konsuln für den Zollverein.

Aus diesen Umständen ergab sich ihre große Ueberlegenheit über die ostelbische Oppositionspresse. Sie war an Kühnheit und Schärfe des Denkens den Deutschen Jahrbüchern mindestens gewachsen, während sie ihnen in dem Verständniß der industriellen Entwicklung, die das deutsche Leben vorwärts trieb, weit überlegen war. Sie trat ebenso lebhaft für den Zollverein ein, wie Schön ihn bekämpfte. Auf dem Zollvereine, so sagte sie, beruhe das Recht des preußischen Staats zur Hegemonie über Deutschland; sie war bereit, unter der Fahne dieses Staats zu kämpfen, wenn er dem ökonomischen Fortschritte den geistigen und politischen Fortschritt folgen lasse. Mit dem Scharfblicke des Hasses denunzirten die Soldschreiber Metternichs in der Augsburger Allgemeinen Zeitung die

preußischen Tendenzen der Rheinischen Zeitung, während die preußischen Staatsmänner in traditioneller Verbohrtheit sich in die Ohren raunten, das Blatt lebe von dem Gelde der französischen Regierung. Die Berliner Vorsehung war viel zu beschränkt, um zu erkennen, wie scharfe Waffen die Rheinische Zeitung ihr in die Hand drücken wollte. Sie steifte sich um so bockbeiniger auf ihre absolutistisch-feudale Rückständigkeit, je kräftiger die Rheinische Zeitung sie auf die Höhe der modernen bürgerlichen Gesellschaft treiben wollte. So verschärfte sich der Konflikt von Tag zu Tage, und dementsprechend kamen die radikalen Elemente in der Rheinischen Zeitung je länger je mehr ans Ruder.

Es war ihrer eine stattliche Schaar. Aus dem Kreise der Berliner Junghegelianer arbeiteten mit Bruno Bauer, Köppen, Nauwerck, Stirner; auch Rutenberg, der anfangs die Redaktion führte, stammte aus Berlin. Von geborenen Rheinländern wirkten an der Rheinischen Zeitung Heinrich Bürgers, Georg Jung, Moses Heß, Hermann Püttmann, Karl Marx. Die Zeitung brachte keine regelmäßigen Leitartikel, sie war noch nicht in die spanischen Stiefel des eintönigen Konkurrenzbetriebes eingeschnürt. Um so reichere Gaben bot ihre Beilage an technischen und wissenschaftlichen Aufsätzen, ihr Feuilleton an ästhetischen, literarischen, philosophischen Untersuchungen, auch an vortrefflichen Gedichten. Hier waren Herwegh und Prutz ständige Gäste. Sehr bald aber trat der jüngste Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung als ihre ausgezeichnetste Kraft hervor; noch heute, wenn man ihre verstaubten Bände aufschlägt, erkennt man in der Fülle des Guten leicht die Arbeiten von Karl Marx als das Beste — an der Breite und Tiefe der gedanklichen Anlage, an dem Glanze und der Wucht des Stils, an den prallen Gegensätzen des dialektischen Beweises, an dem Scharfsinn, der überall sondernd eindringt in den verworrenen Wust der deutschen Dinge, bis er auf festen Grund stößt. Marx arbeitete anfangs von Bonn aus mit, im Herbste von 1842 übernahm er die Redaktion und führte sie den Winter hindurch bis kurz vor dem Untergange des Blattes.

Seine ersten Arbeiten befaßten sich mit der Frage der Preßfreiheit. In Ruges Anekdotis veröffentlichte er Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion, worin er die gänzliche Abschaffung der Zensur verlangte. Das Institut sei schlecht und die Institutionen seien mächtiger als die Menschen. Marx spottet über die Art des Scheinliberalismus, der sich über eine schlechte Einrichtung zu trösten wisse mit dem Wechsel der Personen, welche sie handhaben sollen. Er geht Punkt für Punkt die neue Instruktion durch, um den logischen Widersinn aufzudecken, den sie unter romantisch verschwommener Hülle barg. Sie theilte mit dem alten Zensuredikt die Vorschrift, daß die Untersuchung der Wahrheit in der Presse ernsthaft und bescheiden sein solle, und darauf antwortet Marx: „Ihr bewundert die entzückende Mannigfaltigkeit, den unerschöpflichen Reichthum der Natur. Ihr verlangt nicht, daß die Rose duften soll wie das Veilchen, aber das allerreichste, der Geist, soll nur auf eine Art existiren dürfen? Ich bin humoristisch, aber das Gesetz gebietet, ernsthaft zu schreiben. Ich bin keck, aber

das Gesetz befiehlt, daß mein Stil bescheiden sei. Grau in Grau ist die einzige, die berechtigte Farbe der Freiheit. Jeder Thautropfen, in den die Sonne scheint, glitzert in unerschöpflichem Farbenspiel, aber die geistige Sonne, in wie vielen Individuen, an welchen Gegenständen sie auch sich breche, soll nur eine, nur die offizielle Farbe erzeugen dürfen. Die wesentliche Form des Geistes ist Heiterkeit, Licht und ihr macht den Schatten zu seiner einzigen entsprechenden Erscheinung; nur schwarz gekleidet soll er gehen und doch giebt es unter den Blumen keine schwarze."

Aber die neue Instruktion unterschied sich darin von dem alten Edikt, daß sie die Zensoren aufforderte, darauf zu achten, ob die Tendenz der Presse wohlmeinend sei oder nicht. Hierüber ergießt Marx ätzenden Spott. Er schreibt: „Der Schriftsteller ist also dem furchtbarsten Terrorismus, der Jurisdiktion des Verdachts anheimgefallen. Tendenzgesetze, Gesetze, die keine objektiven Normen geben, sind Gesetze des Terrorismus, wie sie die Noth des Staats unter Robespierre und die Verdorbenheit des Staats unter den römischen Kaisern erfunden hat. Gesetze, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihren Hauptkriterien machen, sind nichts als positive Sanktionen der Gesetzlosigkeit. . . . Das Tendenzgesetz bestraft nicht allein das was ich thue, sondern das was ich außer der That meine. Es ist also ein Insult auf die Ehre des Staatsbürgers, ein Vexirgesetz gegen meine Existenz. Ich kann mich drehen und wenden wie ich will, es kommt auf den Thatbestand nicht an. Meine Existenz ist verdächtig, mein innerstes Wesen, meine Individualität wird für eine schlechte betrachtet, und für diese Meinung werde ich bestraft. Das Gesetz straft mich nicht für das Unrecht was ich thue, sondern für das Unrecht was ich nicht thue. Ich werde eigentlich dafür bestraft, daß meine Handlung nicht gesetzwidrig ist, denn nur dadurch zwinge ich den milden wohlmeinenden Richter, an meine schlechte Gesinnung, die so klug ist, nicht ans Tageslicht zu treten, sich zu halten. Das Gesinnungsgesetz ist kein Gesetz des Staats für den Staatsbürger, sondern das Gesetz einer Partei gegen eine andere Partei."

Tendenzgesetze, sagt Marx weiter, werden von einer Regierung erfunden, die sich in prinzipiellen Gegensatz gegen das Volk setzt und daher ihre staatswidrige Gesinnung für die allgemeine, für die normale Gesinnung hält; das üble Gewissen der regierenden Faktion erfindet Tendenzgesetze als Gesetze der Rache gegen eine Gesinnung, die nur in den Regierungsgliedern selbst ihren Sitz hat. „Gesinnungsgesetze basiren auf der Gesinnungslosigkeit. Sie sind ein indiskreter Schrei des bösen Gewissens. Und wie ist ein Gesetz der Art zu exekutiren? Durch ein Mittel, empörender als das Gesetz selbst, durch Spione und durch vorherige Uebereinkunft, ganze literarische Richtungen für verderblich zu halten. Wie im Tendenzgesetz die gesetzliche Form dem Inhalt widerspricht, wie die Regierung, die es giebt, gegen das eifert, was sie selbst ist, gegen die staatswidrige Gesinnung, so bildet sie auch im Besonderen gleichsam die verkehrte Welt zu ihren Gesetzen, denn sie mißt mit doppeltem Maße. Nach der einen Seite ist Recht, was das Unrecht der anderen Seite ist. Ihre Gesetze schon sind das Gegen=

theil von dem, was sie zum Gesetze machen. . . . So will die Instruktion die Religion beschützen, aber sie verletzt den allgemeinsten Grundsatz aller Religionen, die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der subjektiven Gesinnung. Sie macht den Zensor an Gottes Statt zum Richter des Herzens. So untersagt sie beleidigende Aeußerungen und ehrenkränkende Urtheile über einzelne Personen, aber sie setzt euch jeden Tag dem beleidigenden und ehrenkränkenden Urtheile des Zensors aus. So will die Instruktion die von übelwollenden oder schlecht unterrichteten Individuen herrührenden Klatschereien unterdrücken, und sie zwingt den Zensor, sich auf solche Klatschereien, auf das Spioniren durch schlecht unterrichtete und übelwollende Individuen zu verlassen und zu verlegen. . . . In dieser Dialektik verfängt sich die neue Zensurinstruktion. Sie ist der Widerspruch, alles das auszuüben und den Zensoren zur Pflicht zu machen, was sie an der Presse als staatswidrig verdammt." In diesem Aufsatze erhob sich zuerst die Tatze des Löwen gegen rechtlose Willkür, und ihr zermalmender Schlag trifft heute die Umsturzvorlage und ähnliche Staatsrettereien, wie er vor fünfzig Jahren die Zensurinstruktion traf.

In der Rheinischen Zeitung selbst begann Marx mit einer ausgiebigen Kritik der Verhandlungen, die der rheinische Provinziallandtag im Jahre 1841 geführt hatte. Eine mit mehr als tausend Unterschriften bedeckte Petition aus Köln war dem Landtage zugegangen mit der Bitte, sie unmittelbar zur Kenntniß des Königs zu bringen. Sie forderte freien Zutritt zu den Sitzungen des Landtags, die tägliche und unverkürzte Wiedergabe der Verhandlungen, die anständig freie Besprechung dieser Verhandlungen, sowie aller inneren Landesangelegenheiten in den öffentlichen Blättern und endlich ein Preßgesetz an Stelle der Zensur. Der Landtag hatte sich diesen Wünschen in sehr bedingtem Maße angeschlossen, indem er den König bat, die Namen der Redner in den Landtagsprotokollen nennen zu dürfen und indem er nicht ein Preßgesetz, nicht die Abschaffung der Zensur, sondern nur ein den Willkürlichkeiten der Zensoren vorbeugendes Zensurgesetz verlangte. Beides war von der Krone abschlägig beschieden worden.

Marx geht nun in einer Reihe von sechs großen Aufsätzen scharf ins Gericht mit dem Landtage. Der Behauptung eines Redners, daß die Stände ihre Reden veröffentlichen könnten, je nachdem oder wie es ihnen beliebe, entgegnet er mit kühler Verachtung: „Wir versichern ihn, daß die Provinz keineswegs neugierig ist auf die Worte der Landstände als einzelner Personen, und nur solche Worte können sie mit Recht ihre Worte nennen. Vielmehr verlangt die Provinz, daß die Worte der Landstände sich verwandeln sollen in die öffentlich vernehmbare Sprache des Landes." Marx geißelt schon, was er später als parlamentarischen Kretinismus brandmarken sollte. „Es handelt sich darum, ob die Provinz ein Bewußtsein über ihre Vertretung haben soll oder nicht. Soll zu dem Mysterium der Regierung das neue Mysterium der Vertretung kommen? Auch in der Regierung ist das Volk vertreten. Die neue Vertretung desselben durch die Stände ist also rein sinnlos, wenn nicht eben darin ihr spezifischer Charakter

besteht, daß hier nicht für die Provinz gehandelt wird, daß sie vielmehr selbst handelt, daß sie hier nicht repräsentirt wird, sondern sich selbst repräsentirt. Eine Repräsentation, die dem Bewußtsein ihrer Kommittenten entzogen wird, ist keine. Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Es ist der sinnlose Widerspruch, daß die Funktion des Staats, die vorzugsweise die Selbstthätigkeit der einzelnen Provinzen darstellt, sogar ihrem formellen Mitwirken, dem Mitwissen entzogen ist, der sinnlose Widerspruch, daß meine Selbstthätigkeit die mir unbewußte That eines Anderen sein soll."

Ebenso unbarmherzig springt Marx mit den Debatten des Landtags über Preßfreiheit um. Den Stimmen aus dem Fürsten- und Ritterstande, die von der freien Presse demoralisirende Wirkungen befürchteten, hält er entgegen, demoralisirend wirke vielmehr die zensirte Presse. Von ihr sei das potenzirte Laster der Heuchelei unzertrennlich, und aus diesem ihrem Grundlaster flössen alle ihre anderen Gebrechen, denen sogar die Anlage zur Tugend fehle, ihre, selbst ästhetisch betrachtet, ekelhaften Laster der Passivität. „Die Regierung hört nur ihre eigene Stimme, sie weiß, daß sie nur ihre eigene Stimme hört und fixirt sich dennoch in der Täuschung, die Volksstimme zu hören, und verlangt ebenso vom Volke, daß es sich diese Täuschung fixire. Das Volk seinerseits versinkt daher theils in politischen Aberglauben, theils in politischen Unglauben oder ganz vom Staatsleben abgewendet wird es Privatpöbel." Aber auch was aus dem Städtestande über Preßfreiheit gesagt worden war, befriedigt Marx nicht. Zu der Forderung, daß die Presse nicht von der allgemeinen Freiheit der Gewerbe ausgeschlossen werden dürfe, bemerkt er sarkastisch: „Wir haben hier die Opposition des Bourgeois, nicht des Citoyen vor uns." Die relative Berechtigung dieser Ansicht will er freilich nicht verkennen. „So originell die Betrachtungsweise des Redners auf den ersten Blick scheinen mag, so müssen wir ihr doch einen unbedingten Vorzug vor dem haltungslosen, nebelnden und schwebelnden Räsonnement jener deutschen Liberalen zuschreiben, welche die Freiheit zu ehren meinen, wenn sie dieselbe in den Sternenhimmel der Einbildung, statt auf den soliden Boden der Wirklichkeit versetzen. Diesen Räsonneurs der Einbildung, diesen sentimentalen Enthusiasten, die jede Berührung ihres Ideals mit der gemeinen Wirklichkeit als Profanation scheuen, verdanken wir Deutsche zum Theil, daß die Freiheit bis jetzt nur eine Einbildung und Sentimentalität geblieben ist." Die Deutschen seien überhaupt zu Sentiments und Ueberschwänglichkeiten geneigt, sie hätten ein Tendre für die Musik der blauen Luft. Sie seien von Natur devotest, allerunterthänigst, ehrfurchtsvollst, sie verwirklichten die Ideen nicht aus lauter Respekt vor ihnen. Aber so relativ richtig jene Ansicht von der Preßfreiheit sein möge, so falsch sei sie. „Der Schriftsteller muß allerdings erwerben, um existiren und schreiben zu können, aber er muß keineswegs existiren und schreiben, um zu erwerben. . . . Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein." Ein Satz, dessen furchtbare Wahrheit die bürgerliche Presse seitdem durch eine fünfzigjährige — Unfreiheit bekräftigt hat.

Abgesehen von einzelnen Stimmen namentlich aus dem Bauernstande, machen die Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtags über Preßfreiheit und Veröffentlichung der landständischen Verhandlungen auf Marx den öden und unbehaglichen Eindruck von Vertretern, die zwischen der absichtlichen Verstocktheit des Privilegiums und der natürlichen Ohnmacht eines halben Liberalismus hin- und herschwanken. „Diese Herren, weil sie die Freiheit nicht als natürliche Gabe dem allgemeinen Sonnenlichte der Vernunft, sondern als übernatürliches Geschenk einer besonders günstigen Konstellation der Sterne verdanken wollen, weil sie die Freiheit nur als individuelle Eigenschaft gewisser Personen und Stände betrachten, sind konsequenter Weise genöthigt, die allgemeine Vernunft und die allgemeine Freiheit unter die schlechten Gesinnungen und Hirngespinste ‚logisch geordneter Systeme' zu subsumiren. Um die besonderen Freiheiten des Privilegiums zu retten, proskribiren sie die allgemeine Freiheit der menschlichen Natur." Marx verwirft die „Freiheit", die nur im Plural existiren will; mit Voltaire nennt er „Freiheiten" Ausnahmen von der allgemeinen Knechtschaft. Die besonderen Arten der Freiheit seien nothwendige Folgerungen aus ihrem allgemeinen Prinzip; in der Gewerbefreiheit gestalte sich die Natur des Gewerbes seiner inneren Lebensregel gemäß; in der Gerichtsfreiheit folgten die Gerichte den eigenen eingeborenen Gesetzen des Rechts. „Wie in dem Weltsystem jeder einzelne Planet sich nur um die Sonne bewegt, indem er sich um sich selbst bewegt, so kreiset in dem System der Freiheit jede ihrer Welten nur um die Zentralsonne der Freiheit, indem sie um sich selbst kreiset."

In diesen Aufsätzen steht Marx noch ganz auf dem Standpunkte des Hegelianers, des radikalen Hegelianers zwar, der mit heißer Begier aus der Welt der Wolken auf die Welt der Erde trachtet, aber doch des Hegelianers, der rein aus ideologischen Voraussetzungen seine Schlußfolgerungen zieht. Eine gleichzeitige vernichtende Polemik gegen die Kölnische Zeitung, deren von der Regierung bestochener Redakteur, Hermes, die Junghegelianer als unberufene Schwätzer und ihre publizistische Thätigkeit als ekelerregende Auswüchse eines knabenhaften Uebermuthes der Polizei und Zensur denunzirt hatte, schließt Marx mit den Worten: „Wenn die früheren philosophischen Staatsrechtslehrer aus den Trieben sei es des Ehrgeizes, sei es der Geselligkeit, oder zwar aus der Vernunft, aber nicht aus der Vernunft der Gesellschaft, sondern aus der Vernunft des Einzelnen den Staat konstruirten: so die ideellere und gründlichere Ansicht der neuesten Philosophie aus der Idee des Ganzen. Sie betrachtet den Staat als den großen Organismus, in welchem die rechtliche, sittliche und politische Freiheit ihre Verwirklichung zu erhalten hat und der einzelne Staatsbürger in den Staatsgesetzen nur den Naturgesetzen seiner eigenen Vernunft, der menschlichen Vernunft gehorcht." Von diesem Standpunkt aus schlägt Marx eine ebenso glänzende wie scharfe Klinge gegen die historische Rechtsschule, indem er anknüpfend an Hugos Lehrbuch des Naturrechts als ihre Methode aufdeckt, nicht die Vernunft, sondern die Unvernunft des Bestehenden nachzuweisen. Sie mißdeute den

Meister Kant dahin, daß wir, weil wir das Wahre nicht wissen könnten, das Unwahre, wenn es nur existire, für vollgiltig passiren lassen müßten. Aus allen Weltgegenden schleppe sie mit selbstgefälliger Ironie Gründe herbei, um zur Evidenz zu steigern, daß keine vernünftige Nothwendigkeit die positiven Institutionen, z. B. Eigenthum, Staatsverfassung, Ehe beseele, daß sie sogar der Vernunft widersprächen, daß sich höchstens dafür oder dawider schwatzen lasse. Nicht zum wenigsten tritt die ideologische Auffassung von Marx in dem hervor, was er über Preßgesetze im Gegensatze zu Zensurgesetzen sagt. „Im Preßgesetz straft die Freiheit. Im Zensurgesetz wird die Freiheit bestraft. Das Zensurgesetz ist ein Verdachtsgesetz gegen die Freiheit. Das Preßgesetz ist ein Vertrauensvotum, das die Freiheit sich selbst giebt. Das Preßgesetz bestraft den Mißbrauch der Freiheit. Das Zensurgesetz bestraft die Freiheit als einen Mißbrauch. Das Zensurgesetz hat nur die Form eines Gesetzes, das Preßgesetz ist ein wirkliches Gesetz, weil es positives Dasein der Freiheit ist. . . . Der Mangel einer Preßgesetzgebung muß als die Ausschließung der Preßfreiheit aus der Sphäre der rechtlichen Freiheit betrachtet werden, denn die rechtlich anerkannte Freiheit existirt im Staate als Gesetz." Wie ganz anders sieht die Preßgesetzgebung aus in der trockenen Handgreiflichkeit der Gesetzsammlungen, wie in dem philosophischen Horoskop, das der junge Marx ihr stellte!

Indessen währte es nicht lange, bis er nach seinem eigenen Ausdrucke auf die „ebene Erde" kam, bis er in hartem Zusammenstoße mit den ökonomischen Thatsachen die Unzulänglichkeit der idealistischen Anschauung von Gesellschaft und Staat erkannte. In einer anderen Reihe von fünf großen Aufsätzen kritisirte er die Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtags über ein Holzdiebstahlsgesetz. Er verlangt auch hier, daß die einzelne materielle Aufgabe politisch, d. h. im Zusammenhange mit der ganzen Staatsvernunft und Staatssittlichkeit gelöst werde; er nennt es einen „verworfenen Materialismus", eine „Sünde gegen den heiligen Geist der Völker und der Menschheit", eine „unsittliche, unverständige und gemüthlose Abstraktion", bei einem Holzgesetze nur an Holz und Wald zu denken, der Materie das Bewußtsein sklavisch zu unterwerfen. Aber wie sich ihm bei den Verhandlungen über die Preßfreiheit der Unterschied zwischen Bourgeois und Citoyen aufschloß, so schloß sich ihm bei den Verhandlungen über den Holzdiebstahl der Unterschied zwischen Bourgeois und Proletarier auf. Und das war an diesem durchdringenden Geiste erklärlich genug. Die aufkommende großbürgerliche Aera beeiferte sich, die letzten Wurzeln des Gemeineigenthums am Grund und Boden auszurotten, einen grausamen Enteignungskrieg gegen die Volksmassen zu eröffnen. Von 207 478 strafgerichtlichen Untersuchungen, die 1836 im preußischen Staate geführt wurden, bezogen sich gegen 150 000, also nahe an drei Viertel auf Holzdiebstähle, Forst-, Jagd- und Hutungsvergehen.

Eine dieser Enteignungsmethoden bestand darin, das Sammeln von Raffholz für einen Holzdiebstahl zu erklären. Marx wendet dagegen ein, das habe selbst nicht einmal die hochnothpeinliche Halsgerichtsordnung des 16. Jahrhunderts

gewagt. „Wenn das Gesetz eine Handlung, die kaum ein Holzfrevel ist, einen Holzdiebstahl nennt, so lügt das Gesetz und der Arme wird einer gesetzlichen Lüge geopfert.“ Marx bezieht sich auf das Wort Montesquieus, daß es zwei Arten von Korruption gebe: die eine, wenn das Volk die Gesetze nicht beobachte, und die andere, wenn es durch die Gesetze verdorben werde; dies Uebel sei unheilbar, weil es in dem Heilmittel selbst stäke. „Wir unpraktischen Menschen aber nehmen für die arme politisch und sozial besitzlose Menge in Anspruch, was das gelehrte und gelehrige Bediententhum der sogenannten Historiker als den Stein der Weisen erfunden hat, um jede unlautere Anmaßung in lauteres Rechtsgold zu verwandeln. Wir vindiziren der Armuth das Gewohnheitsrecht, und zwar ein Gewohnheitsrecht, welches nicht lokal, ein Gewohnheitsrecht, welches das Gewohnheitsrecht der Armen in allen Ländern ist.“ Marx geht noch weiter und stellt den Satz auf, das Gewohnheitsrecht sei seiner Natur nach nur das Recht der untersten besitzlosen Masse.

Sein Beweis ist einfach. Die privilegirten Stände haben im Gesetze die Anerkennung ihres vernünftigen Rechts und oft sogar auch ihrer unvernünftigen Anmaßungen gefunden. Rechte, welche sie gegen das Gesetz geltend machen, beanspruchen sie als Domänen für ihre Grillen und Vergnügungen. „Wenn aber diese vornehmen Gewohnheitsrechte Gewohnheiten wider den Begriff des vernünftigen Rechts sind, so sind die Gewohnheitsrechte der Armuth Rechte wider die Gewohnheit des positiven Rechts. Ihr Inhalt sträubt sich nicht gegen die gesetzliche Form, er sträubt sich vielmehr gegen seine eigene Formlosigkeit. Die Form des Gesetzes steht ihm nicht gegenüber, sondern er hat sie noch nicht erreicht.“ Marx sieht die Grundlagen aller Gewohnheitsrechte der Armen in dem schwankenden Charakter eines gewissen Eigenthums, der es nicht entschieden zum Privat-, aber auch nicht entschieden zum Gemeineigenthum stempele, in einer Mischung von Privatrecht und öffentlichem Rechte, die uns in allen Einrichtungen des Mittelalters entgegentrete. Der Verstand habe diese zwitterhaften, schwankenden Bildungen des Eigenthums aufgehoben, indem er die dem römischen Rechte entnommenen Kategorien des abstrakten Privatrechts anwandte. „Es lebt also in diesen Gewohnheitsrechten der armen Klasse ein instinktmäßiger Rechtssinn, ihre Wurzel ist positiv und legitim, und die Form des Gewohnheitsrechts ist hier um so naturgemäßer, als das Dasein der armen Klasse selbst bisher eine bloße Gewohnheit der bürgerlichen Gesellschaft ist, die in dem Kreise der bewußten Staatsgliederung noch keine angemessene Stellung gefunden hat.“

An einem Beispiel aus den Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtags erläutert Marx seine Ansicht näher. Ein Vertreter der Städte hatte gegen die Bestimmung gesprochen, wonach auch das Sammeln von Preißel- und Waldbeeren als Diebstahl bestraft werden solle. Er hatte darauf hingewiesen, daß die Kinder armer Leute jene Früchte sammelten, um damit eine Kleinigkeit für ihre armen Eltern zu verdienen; das sei seit unvordenklichen Zeiten von den Eigenthümern des Waldes gestattet worden und dadurch sei für die Kleinen ein

Gewohnheitsrecht entstanden. Hierauf hatte ein anderer Abgeordneter erwidert, in seiner Gegend seien diese Früchte schon Handelsartikel und würden faßweise nach Holland verschickt. Diese Beweisführung zerfetzt Marx mit den beißenden Worten: „Man hat es wirklich schon an einem Orte so weit gebracht, aus einem Gewohnheitsrechte der Armen ein Monopol der Reichen zu machen. Der erschöpfende Beweis ist geliefert, daß man ein Gemeingut monopolisiren kann; es folgt daher von selbst, daß man es monopolisiren muß. Die Natur des Gegenstandes verlangt das Monopol, weil das Interesse des Privateigenthums es erfunden hat. Der moderne Einfall einiger geldfuchsenden Handelskrämer wird unwiderleglich, sobald er Abfälle dem urteutonischen Interesse von Grund und Boden liefert." Marx schließt mit dem Bekenntniß, er sei nur mit Widerstreben diesen langweiligen und geistlosen Debatten gefolgt, aber er habe es für seine Pflicht gehalten, an einem Beispiele zu zeigen, was von einer Ständeversammlung der Sonderinteressen, würde sie einmal zur Gesetzgebung berufen, zu erwarten sei.

Die Aufsätze über den Holzdiebstahl führten Marx auf die Bedeutung des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft. Aber auch sonst störte das eingehende Interesse, das die Rheinische Zeitung den ökonomischen Fragen widmete, empfindlich die ideologische Selbstgenügsamkeit ihrer junghegelianischen Mitarbeiter. Sollte der Staat die Allgemeinheit sein, so mußte er einig, so durfte er nicht getheilt sein. Woran scheiterten daher die Versuche, ihn in seiner „Allgemeinheit" herzustellen? Die Antwort lag nahe und wurde auch wirklich so gegeben: die Freiheit scheitert an dem Elend, das noch einem sehr großen Theile der Gesellschaft die Möglichkeit abschneidet, seine Kräfte frei zu entfalten. Unter den schweizerischen Korrespondenten des Blattes befanden sich Freunde Weitlings, August Becker und Sebastian Seiler. Die Rheinische Zeitung selbst erwähnte Ende September 1842 einen Aufsatz aus Weitlings Junger Generation, worin über die Regierungsformen des kommunistischen Prinzips ausgeführt war, daß in die Regierung nicht Personen, sondern Fähigkeiten gewählt werden sollten, eine Idee, der die Rheinische Zeitung Genialität und Originalität nicht absprechen wollte. Am nächsten Tage druckte sie aus der Jungen Generation den Brief eines gelegentlichen Korrespondenten über die Berliner Familienhäuser ab, als einen Beitrag, der für die Geschichte dieser wichtigen Zeitfrage nicht ohne Interesse sei. Die Korrespondenz schilderte die Familienhäuser vor dem Hamburger Thore, „ein halbes Dutzend fabrikähnlicher, aus Lehm, Holz und Fachwerk zusammengekleisterter, vierzig Fuß hoher und ungefähr neunzig Fuß langer, blau und weiß angestrichener Mäusekästen", als eine Stätte äußersten Elends, wie sie es denn auch in Wirklichkeit waren.

Fast gleichzeitig machte sich in der Rheinischen Zeitung ein schwaches Echo des französischen Sozialismus laut. Zu einem Gelehrtenkongreß in Straßburg hatte die Rheinische Zeitung einen eigenen Berichterstatter, anscheinend Moses Heß, entsandt. Auf dem Kongresse waren deutsche und französische Gelehrte zahlreich erschienen, neben deutschen Liberalen wie Welcker, der die französische

Revolution als die Mutter des Naturrechts feierte, französische Sozialisten wie Considerant und Leroux, und in der staatswirthschaftlichen Sektion des Kongresses waren die Systeme des französischen Sozialismus erörtert worden. Hierzu machte der Korrespondent der Rheinischen Zeitung die Bemerkung, es sei heute mit dem Mittelstande wie mit dem Adel im Jahre 1789, damals habe der Mittelstand die Vorrechte des Adels beansprucht und erhalten, heute verlange der Stand, der nichts besitze, Antheil am Reichthum der Mittelklassen, die jetzt am Ruder seien. Der heutige Mittelstand habe sich aber besser vorgesehen als der Adel von 1789, und das Problem werde voraussichtlich auf friedlichem Wege gelöst werden.

Diese Aeußerung und der Abdruck des Artikels über die Berliner Familienhäuser gaben der hämischen Scheelsucht der Augsburger Allgemeinen Zeitung den willkommenen Anlaß, die Rheinische Zeitung wegen kommunistischer Propaganda zu denunziren. Marx, der eben die Redaktion übernommen hatte, antwortete darauf am 16. Oktober 1842 mit einem geharnischten Artikel. Er verspottete die Augsburgerin, weil einer ihrer Pariser Korrespondenten, der die Geschichte behandle wie der Konditor die Botanik, den Einfall gehabt habe: die Monarchie müsse die sozialistisch-kommunistischen Ideen in ihrer Weise sich anzueignen suchen. Marx fragt: „Wirft sie uns etwa vor, daß wir nicht sofort ein probates Rezept verschrieben und einen sonnenklaren Bericht über die unmaßgebliche Lösung des Problems dem überraschten Leser in die Tasche spielten? Wir besitzen nicht die Kunst, mit einer Phrase Probleme zu bändigen, an deren Bezwingung zwei Völker arbeiten." Indem Marx aber die Denunziantin abfertigt wie sich gebührt, spricht er sich zugleich mit unverkennbarer Schärfe gegen alle noch so wohlgemeinten Stümpereien in diesen Fragen aus. Mit charakteristischer Ehrlichkeit gesteht er zu, daß er noch kein selbständiges Urtheil über den französischen Sozialismus gewonnen habe. Er entwickelt sein Programm wie folgt: „Die Rheinische Zeitung, die den kommunistischen Ideen in ihrer jetzigen Gestalt nicht einmal theoretische Wirklichkeit zugestehen, also noch weniger ihre praktische Verwirklichung wünschen oder auch nur für möglich halten kann, wird diese Ideen einer gründlichen Kritik unterwerfen. Daß aber Schriften wie die von Leroux, Considerant und vor allem das scharfsinnige Werk Proudhons nicht durch oberflächliche Einfälle des Augenblicks, sondern nur nach lang anhaltenden und tief eindringenden Studien kritisirt werden können, würde die Augsburgerin einsehen, wenn sie mehr verlangte und mehr vermöchte als Glacee-Phrasen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß nicht der praktische Versuch, sondern die theoretische Ausführung der kommunistischen Ideen die eigentliche Gefahr bildet, denn auf praktische Versuche kann man mit Kanonen antworten, sobald sie gefährlich werden, aber Ideen, die unsere Intelligenz besiegt, die unsere Gesinnung erobert, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft."

In der Rheinischen Zeitung sollte Marx nicht dazu kommen, sein Vorhaben auszuführen. Nach seinem Eintritt in die Redaktion nahm die Zeitung eine scharf oppositionelle Haltung ein und machte zugleich durch ihre geschickte Taktik der Zensur so viel zu schaffen, daß der Regierungspräsident v. Gerlach bereits in der Mitte des Novembers dem Verleger das „entschiedenste Mißfallen der Regierung an der Tendenz des Blattes“ eröffnete. Nur in der Hoffnung, daß die Zeitung in eine „befriedigendere Bahn einlenken“ werde, sah man von einem Verbote ab und begnügte sich, Rutenberg aus Köln zu drangsaliren. Um der Zeitung den Weg zur Besserung zu ebnen, wurde ihr Zensor abgesetzt, ein Polizeirath Dolleschall, der allerdings ein Prachtexemplar zensorischer Bornirtheit war; er hatte einmal in der Kölnischen Zeitung eine Anzeige von Dantes Göttlicher Komödie in der Uebersetzung von Philalethes, dem späteren Könige von Sachsen, unter der Begründung gestrichen, mit göttlichen Dingen dürfe Niemand Komödie treiben. An seine Stelle trat ein Assessor Wiethaus, der den Gedankenmord geschickter betreiben sollte, aber den Henkersdienst doch nicht zur Zufriedenheit der Berliner Machthaber ausüben konnte oder wollte.

Es kam sehr bald zu neuen Konflikten. Die Rheinische Zeitung erhielt aus Bernkastel und sonst von der Mosel sachkundige Berichte über die klägliche Lage der Moselbauern. Das Land an der Mosel zwischen Trier und Koblenz, zwischen der Eifel und dem Hunsrücken war sehr arm. Der Moselbauer besaß nicht wie der rheinpfälzische Bauer ein Stückchen Land für den Acker- oder Tabaksbau; sein Besitz beschränkte sich auf seinen Weinberg und jede Mißernte warf ihn hilflos nieder. Nun waren sich von der Mitte der zwanziger Jahre bis zur Mitte der dreißiger Jahre eine Reihe von Mißernten gefolgt, und dann kam der Zollverein, dessen niedrige Tarife die Einfuhr französischer Weine begünstigten, den Absatz der Moselweine hemmten und ihren Preis herabdrückten. Andere Beschwerden der Moselbauern richteten sich gegen die Art, wie ihnen die Nutznießung des Gemeineigenthums an Wald und Weide durch den kapitalistischen Geschäftsbetrieb der bureaukratischen Gemeindeverwaltungen verkümmert wurde, gegen die drückende und ungleichmäßig veranlagte Moststeuer, gegen den Wucher, der sie aussog; massenweise wurde ihr kleiner Besitz subhastirt, weil sie Steuern und Zinsen nicht mehr zahlen konnten. Der Nothstand dieser blutarmen Bevölkerung lag so offen da, daß ihn nicht einmal der preußische Absolutismus zu leugnen wagte, wenn er ihn auch nur mit jenen Wenn und Aber zugab, in denen sich eine aberweise und unfähige Bureaukratie praktischen Aufgaben gegenüber zu ergehen pflegt. Sein letztes Hilfsmittel blieb wie immer der Stock, womit er die unbequemen Leute niederschlug, die ihm mehr zutrauten als er leisten konnte. Als noch zu Lebzeiten des alten Königs der Kronprinz ins Land kam, angeblich um die Beschwerden der Bewohner entgegenzunehmen, überreichte ihm eine Anzahl Moselbauern durch einen Landtagsabgeordneten eine sachlich begründete Petition, worin sie die Hilfe der Gesetzgebung gegen ihre Leiden anriefen. Indessen die einzige Wirkung des kindlichen Vertrauens, das sie in das väterliche

Herz ihrer Obrigkeit von Gottes Gnaden setzten, war eine Anklage, die gegen den Ueberreicher der Petition wegen frechen und unehrerbietigen Tadels der Landesgesetze erhoben wurde. In erster Instanz zu mehrmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, wurde er in zweiter Instanz bei dem durchaus harmlosen Inhalt der Petition zwar freigesprochen, erhielt aber die Kosten des gerichtlichen Verfahrens aufgehängt zur Strafe für sein unvorsichtiges Verhalten und als Warnung für zukünftige Fälle.

Die Briefe, welche die Rheinische Zeitung von der Mosel brachte, waren gleichfalls vollkommen ruhig und sachkundig geschriebene Berichte. In einer dieser Korrespondenzen wurde getadelt, daß in einer Gemeinde von mehreren tausend Seelen, welche die schönsten Waldungen besitze, noch keine Vertheilung von Brennholz stattgefunden habe, während in einer anderen die größere Preßfreiheit freudig begrüßt wurde, weil die Moselbauern nunmehr die Krebsschäden, an denen sie litten, öffentlich geißeln könnten, ohne sich den Vorwurf frechen Gekreisches zuzuziehen. Gegen diese zwei Korrespondenzen erließ der Oberpräsident v. Schaper zwei Berichtigungen. In der einen verlangte er den Namen der Gemeinde zu wissen, wo die Geschichte mit dem Brennholze vorgekommen sein sollte, in der anderen bestritt er, daß jemals eine Behörde die „Unwürdigkeit" begangen habe, die Beschwerden der Winzer über ihren „anerkannten Nothstand" für freches Gekreisch zu erklären. Er schrieb weiter, daß der Korrespondent von der Mosel ihn sehr verpflichten würde, wenn er die Güte haben wollte, ihm die Fälle speziell anzugeben, wo auch vor dem Erscheinen der milderen Zensurinstruktion eine freimüthige öffentliche Besprechung des Nothstandes der Moselbewohner von der Behörde verhindert worden sei, daß er, der Oberpräsident, es dem Korrespondenten ferner danken würde, wenn er diese Gelegenheit benutzen wollte, die am Marke des Winzers zehrenden Krebsschäden offen darzulegen, daß er ihm aber ganz besonders Dank wissen würde, wenn der Korrespondent geeignete Mittel gegen den Nothstand der Winzer vorschlagen könnte. Und nachdem die Bureaukratenseele so ihr höfliches Gift verspritzt hatte, wurde sie grob wie Bohnenstroh und erklärte die Behauptung des Korrespondenten bis zum Beweise des Gegentheils für eine böswillige Verleumdung.

Die Rheinische Zeitung nahm den Handschuh auf. Sie ließ durch ihren Korrespondenten ein reichliches Material über die Lage der Moselbauern sammeln und gab ihm dann das Wort zu einer gründlichen, von ihr selbst aus anderen Quellen noch ergänzten und vervollständigten Antwort auf die Angriffe des Oberpräsidenten. Am 15. Januar 1843 begann die Reihenfolge dieser Aufsätze, mit sauberer Eintheilung des Stoffes in fünf Rubriken: es sollte behandelt werden 1. Die Frage der Holzvertheilung, 2. Das Verhältniß der Moselgegend zur freieren Bewegung der Presse, 3. Die Krebsschäden der Moselgegend, 4. Die Vampyre der Moselbauern, 5. Vorschläge zur Abhilfe. Der erste Punkt wurde dadurch erledigt, daß der Korrespondent die Redaktion ermächtigte, dem Oberpräsidenten den Namen der Gemeinde zu nennen, wo die Holzvertheilung ver-

trödelt worden war. Zum zweiten Punkt aber eröffnete er eine Batterie, welche spielend die groben wie die hämischen Ausfälle des Oberpräsidenten in ihr Nichts zusammenschoß. Mit einer Fülle amtlichen und urkundlichen Materials wurde nachgewiesen, daß die Regierung allerdings die Klagen der Moselbauern gewaltsam unterdrückt, daß sie keinen ernsthaften Versuch zur Abhilfe gemacht, sondern sich mit Redensarten geholfen habe, wie etwa: der Staat werde sich lediglich darauf beschränken, durch dazu geeignete Mittel der Bevölkerung den Uebergang möglichst zu erleichtern, wozu die Rheinische Zeitung die beißende Bemerkung machte, darunter sei bei den obwaltenden Umständen der allmälige Untergang der Moselbauern zu verstehen, daß die Bureaukratie, deren obere Instanzen sich auf die unteren verließen, wie die unteren auf die oberen, überhaupt unfähig sei, sozialen Mißständen abzuhelfen. An diesen scharfen Geschossen hatte die Regierung genug, sie retirirte schleunigst hinter den Rothstift des Zensors. Am 20. Januar brachen die Artikel unvermittelt ab; zu einer Erörterung der drei letzten Punkte ließ es die ebenso feige wie gewaltthätige Bureaukratie nicht erst kommen.

Dafür erschien am 28. Januar an der Spitze der Rheinischen Zeitung die Notiz, daß die königlichen, dem Zensurwesen vorgesetzten Ministerien das Aufhören der Rheinischen Zeitung zum 1. April d. J. verfügt hätten. Zugleich wurde der Regierungspräsident v. Gerlach ermächtigt, sich täglich das ganze Blatt, nachdem es die Zensur passirt habe, vorlegen zu lassen, dessen Druck und Ausgabe niemals vor der durch ihn bewirkten Durchsicht zu gestatten und das Erscheinen ganz zu verhindern, wenn er der Zensur ungeachtet noch unzuläßige Stellen darin finden sollte. In der Verbotsverfügung vom 25. Januar hieß es, die Zeitung habe von ihrer Entstehung an eine verwerfliche Richtung verfolgt, unverkennbar herrsche in ihr die Absicht vor, die Verfassung des Staats in ihrer Basis anzugreifen, das monarchische Prinzip zu erschüttern, die Regierung in der öffentlichen Meinung zu verdächtigen, einzelne Stände gegen die anderen aufzureizen, Mißvergnügen mit den bestehenden gesetzlichen Zuständen zu erwecken. Das Treiben der Zeitung sei auf hohle Theorien gegründet und auf verwerfliche Zwecke gerichtet, die in keinem Staate zu dulden seien. Ausdruck und Sprache seien zügellos. Die Verfügung gestand die Ohnmacht der Zensur; deren Beruf sei es nicht, meinte sie, einem Unwesen auf die Dauer zu steuern, das auf so hartnäckig festgehaltenen bösartigen Tendenzen beruhe. In anderer Weise wurde das christlich-germanische Prinzip, das bei allem sittlichen Abscheu vor profanen Tendenzen doch immer eine zärtliche Empfindung für klingende Münze besitzt, durch die Bemerkung gekennzeichnet, daß die Zeitung längst verboten worden wäre, wenn die Regierung nicht billige Rücksicht auf die pekuniären Interessen der Aktionäre genommen hätte, eine Rücksicht, die sie auch jetzt noch veranlasse, die Zeitung nicht sofort, sondern erst nach Ablauf des Quartals zu unterdrücken.

Der Zensor Wiethaus legte sein Amt nieder, als ihm im Regierungspräsidenten ein Oberzensor bestellt wurde; dafür brachte die Kölner Liedertafel dem „Nichtzensor" ein feierliches Ständchen. An seine Stelle wurde von Berlin

der Ministerialsekretär Saint-Paul geschickt, der endlich die von der Regierung gewünschte Mischung von Brutalität und Geschicklichkeit entwickelte, so daß die Oberzensur am 18. Februar wieder aufgehoben wurde. Möglich, daß dazu auch die flehentlichen Vorstellungen der um ihre Geldbeutel geängstigten Aktionäre beitrugen, die am 12. Februar zu einer Generalversammlung zusammengetreten waren. Nicht der Kampf mit dem Zensor, so sehr dessen Wüthen noch heute in den Spalten der Rheinischen Zeitung zu spüren ist, sondern die Einbildung der Aktionäre, durch eine schwächere Haltung der Zeitung das über sie gefällte Todesurtheil aufzuheben, veranlaßte Marx, am 17. März von der Redaktion zurückzutreten. Er hatte gleich die praktische Probe auf seine Ansicht, daß die erste Freiheit der Presse darin bestehe, kein Gewerbe zu sein.

Die Einbildung der Aktionäre erwies sich natürlich als das, was sie war. Eine Deputation, welche sie nach Berlin sandten, wurde beim Könige gar nicht vorgelassen; Petitionen aus Köln, Trier und anderen rheinischen Städten erhielten den Bescheid, daß es bei dem Verbote sein Bewenden haben müsse; die Beamten, die sich daran betheiligt hatten, bekamen als Zugabe den Rüffel, sie möchten sich gereiftere Ansichten über die gesellschaftlichen Verhältnisse beschaffen. Die Rheinische Zeitung ging am 31. März 1843 ein.

Aber selbst diese stolze Standarte sank nicht in den Staub, ohne daß deutscher Bedientensinn einen Schatten auf sie geworfen hätte. Beim Leichenschmause der Zeitung tafelte ihr mörderischer Zensor mit den Aktionären, und an seinen Stuhl war ein Exemplar des Blattes gekettet. Ehe Saint-Paul nach rühmlich vollbrachter Kulturthat Köln verließ, zog er sich noch eine Verurtheilung vom Zuchtpolizeigerichte zu, weil er sich vor einem Hurenhause mit Nachtwächtern geprügelt hatte. Sein Genosse in diesem Heldenkampfe war ein anderer Zensor, jener Graf Fritz Eulenburg, der sich einige dreißig Jahre später der deutschen Sozialdemokratie als alte Betschwester mit hauendem Säbel und schießender Flinte präsentirte. Mit wie gottseligen Empfindungen der romantische König, derweil er in dem lieblichen Bilderschmucke seiner Phantasie von der „Hurenschwester am Rhein“ faselte, seine Zensoren als Kämpfer für Religion und Sitte mit den Wächtern der Ordnung in sehr irdischen Hurenhäusern sich raufen sah, melden die preußischen Hofhistoriker nicht.

Neuntes Kapitel.

Deutsch-Französische Jahrbücher.

Noch in demselben Monat, in dem Marx von der Redaktion der Rheinischen Zeitung zurücktrat, schrieb er an Ruge: Der Prunkmantel des Liberalismus ist gefallen, der widerwärtigste Despotismus steht in seiner ganzen Nacktheit vor aller Welt Augen. Und es hieß die Wurzel dieses Despotismus aufdecken, wenn Ruge an seinen Bruder schrieb: Die Presse in ganz Deutschland wird nicht durch einen oder zwei Beamte, nicht durch den König unterdrückt, sie ist unterdrückt mit Willen und im Namen des Volks, der Schriftsteller, der Gelehrten, der Bürger, der Soldaten, der Bauern. Wollte die publizistische Opposition neue Wurzeln schlagen, so mußte es im Auslande geschehen. Aus dieser Nothwendigkeit entstanden die Deutsch-Französischen Jahrbücher.

I. Gründung und Untergang der Zeitschrift.

Die geschäftlichen und literarischen Vorbereitungen des neuen Unternehmens beanspruchten ziemlich ein ganzes Jahr. Gleich nach der Unterdrückung der Deutschen Jahrbücher hatte Ruge den Plan gefaßt, sie mit Marx im Auslande zu erneuern. Im Mai kamen Fröbel und Marx nach Dresden, um das Nähere mit Ruge zu verabreden. Ruge trat mit sechstausend Thalern als Kommanditär in Fröbels Literarisches Kontor, doch sollte die neue Zeitschrift nicht wie die Anekdota in der Schweiz erscheinen. Zürich gehorchte den Befehlen aus Berlin, wie Marx sagte. Herwegh war schon im Februar der Angst vor der monarchischen Reaktion zum Opfer gefallen und aus Zürich ausgewiesen worden. Er mußte die von ihm geplante Zeitschrift aufgeben und sammelte ihre Trümmer, die Beiträge für die ersten Hefte, in den Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz, welche die Zensurfreiheit auszunützen suchten, die Büchern über zwanzig Bogen verheißen war.

Indessen nicht nur deshalb, weil sie ganz unabhängig von der deutschen Zensur sein wollten, lenkten Marx und Ruge ihre Schritte nach Paris. In ihren praktischen Kämpfen waren beide vom Gebiete der Religion auf das Gebiet der Politik gedrängt worden; Marx hatte die Fehde Herweghs und Ruges mit der Bauers in der Rheinischen Zeitung kräftig unterstützt, die Frivolität, die Berlinerei in der Art des Auftretens, die politische Romantik, Geniesucht und Renommage der Freien, die einzeln meistens treffliche Leute seien, rücksichtslos getadelt. Nun hatte sich der politische Kampf in Deutschland unmöglich erwiesen, während er in Frankreich hohe Wellen schlug. Nirgends auch konnte Marx den

französischen Sozialismus so gut studiren, wie an seiner Quelle. Ruge seinerseits plante eine intellektuelle Allianz der Deutschen und Franzosen. Er meinte gegen Frankreich und gegen Politik, gegen Politik und gegen Freiheit sein, sei dasselbe. Frankreich sei das politische Prinzip, das reine Prinzip der menschlichen Freiheit in Europa, und Frankreich sei es allein. Die Mitgift der Deutschen in dem neuen Bunde sollte der logische Scharfblick der Hegelschen Philosophie sein, als sicherer Kompaß in den metaphysischen und phantastischen Regionen, in denen die Franzosen, selbst *Lamennais* und *Proudhon*, geschweige denn die Saint-Simonisten und Fourieristen, ohne Steuer vor Wind und Wellen trieben. Ruge wollte Lamartine, Lamennais, Louis Blanc, Leroux, Proudhon als Mitarbeiter gewinnen.

Im Spätsommer 1843 reiste er auf einige Monate nach Paris, um den Boden zu sondiren. Das Ergebniß schien ihm günstig und gegen Ende des Jahres siedelten er wie Marx endgiltig über. Aber schon nach drei Monaten schrieb Ruge an seine Mutter, die beiden ersten Lieferungen der Deutsch-Französischen Jahrbücher seien erschienen, aber damit habe das Unternehmen auch sein Ende erreicht.

Die Gründe dieses Mißlingens lagen nicht allein darin, daß die Verbreitung der Zeitschrift nach Deutschland auf große Hindernisse stieß und die finanziellen Mittel des Literarischen Kontors bald versiegten. Das hätte sich vielleicht überwinden lassen, und noch eher die kühle Zurückhaltung der französischen Schriftsteller. Keiner davon ist in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern vertreten. Einzelne hatten zugesagt, aber nichts geliefert, andere sagten in manchmal nicht erfreulicher Weise ab. Lamennais hielt den Herausgebern einen zweistündigen Vortrag über seine religiösen Mucken und erklärte dann, er werde ihre Thaten abwarten, ehe er sich daran betheilige. Lamartine bestritt im Bien public die Zeitungsnachricht, daß er sich anheischig gemacht habe, gemeinsam mit dem — Ketzer! — Lamennais an der Revue der Herren Ruge und Marx mitzuarbeiten, worauf diese in der Friedlichen Demokratie erwiderten, Lamartine habe sie allerdings seine Mitwirkung hoffen lassen. Am ungeberdigsten benahm sich Louis Blanc. In der Revue independante beglückwünschte er Deutschland zwar, daß seine Jugend anfange, ihre Aufmerksamkeit auf die Praxis des Lebens zu richten, aber sie müsse ihre Hitze zu mäßigen wissen, da der Atheismus in der Philosophie die Anarchie in der Politik zur nothwendigen Folge habe. Er tadelte die deutschen Jünglinge, die durch ihr Bekenntniß zum französischen Materialismus, zu Diderot und Holbach und der Enzyklopädie um mehr als ein Jahrhundert zurückgingen und beschwor sie bombastisch: „Denkt daran, daß Rousseau der Repräsentant der Demokratie ist, die sich auf Einheit und Bruderliebe gründet! Denkt wohl daran, daß dieselbe Hand, die uns den Gesellschaftsvertrag gab, das Glaubensbekenntniß des savoyischen Landpfarrers schrieb!" Dieser ängstliche Kleinbürger konnte nicht von der süßen Gewohnheit lassen, sich die Kämpfe des praktischen Lebens in irgend einer Religion zu verhimmeln und sich dadurch ihr erschöpfendes Verständniß zu verrammeln. Doch brauchte der Baum nicht auf den ersten Hieb zu fallen, und die

Herausgeber der Deutsch-Französischen Jahrbücher hätten zunächst um so eher auf französische Mitarbeiter verzichten können, als sie sich in Heine, Herwegh, Johann Jacoby, Friedrich Engels und Anderen einen Stab deutscher Mitarbeiter gesammelt hatten, der sich wohl sehen lassen durfte.

Was sie hoffnungslos scheitern ließ, war der Bruch zwischen ihnen selbst. Ueber den äußeren Anlaß dieses Bruchs liegen nur Ruges Berichte vor, die einen tödtlichen Haß gegen Marx athmen und nicht ohne Weiteres glaubhaft sind. Darnach hat Marx die Freundschaft gekündigt, weil Ruge dem „Lumpen" Herwegh, der trotz seiner jungen Ehe mit einer reichen und ihn anbetenden Bankierstochter aus Berlin eine Liebelei mit einer sehr passirten Schönheit der Pariser Aristokratie angebandelt hatte, jede Zukunft absprach. Es mag wohl etwas Wahres daran sein. Marx hatte für echte Dichternaturen ein kongeniales Verständniß; wäre er wie Ruge vor Jahr und Tag mit Herwegh in Berlin gewesen, so würde er der Audienz des Dichters beim Könige nicht mit Ruges heimlicher Befriedigung zugesehen, sondern sie nach seinen Kräften gehindert haben; jetzt wo Herwegh unter den Folgen dieser jugendlichen Thorheit so schwer litt, mag er über dessen angebliche oder wirkliche Verirrungen gerechter und deshalb milder geurtheilt haben. Möglich, daß ihm Ruges unausrottbare Philistermoral einmal die Galle überlaufen ließ. Kam Ruge doch selbst einem Dichter wie Heine gegenüber nicht aus dem ewigen Moralpredigen heraus, obschon er ihn jetzt richtiger würdigte, als ehedem in Halle; noch nach langen Jahren rühmte er sich, damals gemeinsam mit Marx Heines unsterbliche Satiren wie das Wintermärchen angeregt zu haben. Im Uebrigen lohnt es sich nicht, viel darüber zu grübeln, was Marx und Ruge persönlich auseinander brachte; historische Bedeutung hat nur ihr politischer Bruch, und der wurzelte weit tiefer als in einem gelegentlichen Streite über Heine oder Herwegh.

Es hatte die ganze Verbohrtheit der romantischen Reaktion dazu gehört, um einen Mann wie Ruge in die äußerste Opposition zu treiben. Hätte man ihm die althergebrachte Freiheit zu philosophiren gelassen, die doch selbst der alte stupide König geduldet hatte, so würde er sich mit der Heldenrolle des Hallischen oder Dresdener Stadtverordneten beschieden haben. Wie wohl er sich in diesen Krähwinkeleien fühlte, zeigt die breite Behaglichkeit, womit er zwanzig Jahre später in seinen Denkwürdigkeiten davon erzählte. Ob ein neuer Bahnhof im Interesse der Kärrner und Kutscher auf dem linken oder im Interesse der Reisenden auf dem rechten Elbufer angelegt werden solle, ob die Berliner Juden den Dresdener Jahrmarkt mit falschen Diamanten beziehen dürften, ob ein grober Engländer im Lesemuseum gehindert werden könne, die Beine auf den Tisch zu legen, das waren die Fragen, in denen sich Ruge vergnüglich tummelte. Wie riesenhaft stachen davon die materiellen Konflikte ab, über die Marx als idealistischer Junghegelianer in der Rheinischen Zeitung gestolpert war: Der Krieg zwischen der bürgerlichen und der feudalen Gesellschaft, der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und selbst auch nur der Hader zwischen Freihandel und Schutzzoll,

den namentlich die süddeutschen Fabrikanten unter Führung von List gegen die niedrigen Tarife des Zollvereins entspannen. Als Marx und Ruge in das französische Leben eintauchten, schwamm Marx auf den Fluthen, wie ein starkes Schiff, das endlich auf hohe See gelangt, während Ruges Nußschale ängstlich nach den Sandbänken der Küste zurückstrebte. Um sich über das Leben und Weben in den kommunistischen Arbeiterkreisen zu unterrichten, verkehrte Marx gern mit dem Danziger Everbeck, der damals die Pariser Gemeinden des Bundes der Gerechten leitete; als Everbeck aber von Ruge ein paar Francs erbat zur Beisteuer für die Drucklegung von Weitlings Schriften, mit dem harmlosen Bemerken, Ruge habe es ja dazu, da hielt ihm der Dresdener Stadtverordnete a. D. eine „zornige" Rede, die er obendrein für würdig erachtet hat, schwarz auf weiß der Nachwelt überliefert zu werden: er verbäte sich dies Interesse an seinen Privatangelegenheiten, er sei nicht darum der deutschen Polizeiaufsicht und Zensur aus dem Wege gegangen, um sich von Everbeck seine Wirthschaft kontrolliren zu lassen und in diesem Stile noch eine ganze Strecke weiter. Bei der praktischen Berührung mit dem Sozialismus sprengte der Bourgeois seine philosophische Hülle; Ruge begann die „preußischen Schinderknechte" mit nachsichtigerem Auge zu betrachten, als die „greulichen Judenseelen" von Kommunisten.

Im rückstrahlenden Lichte einer fünfzigjährigen Geschichte erscheint der typische Unterschied zwischen Ruge und Marx, der Unterschied zwischen einem polternden Spießer und einem revolutionär-analytischen Denker, schon sehr klar ausgeprägt in dem Briefwechsel zwischen ihnen, Bakunin und Feuerbach, der die Deutsch-Französischen Jahrbücher eröffnet. Der Briefwechsel ist nicht fingirt, wie neuerdings behauptet worden ist; unzweifelhaft sind die Briefe von den Verfassern geschrieben worden, deren Initialen sie tragen. Eher könnte man sagen, er sei redigirt wie ein Programm oder komponirt wie eine Ouvertüre. Ein kurzer stimmungsvoller Anschlag von Marx eröffnet ihn: die romantische Reaktion führt zur Revolution, der Staat ist ein zu ernstes Ding, um zu einer Harlekinade gemacht zu werden, man könnte vielleicht ein Schiff voll Narren eine gute Weile vor dem Winde treiben lassen, aber seinem Schicksal trieb' es entgegen eben darum, weil die Narren dies nicht glaubten. Ruge antwortet darauf mit einer langen Jeremiade über die unvergängliche Schafsgeduld der deutschen Philister, die er am liebsten zerschmeißen möchte. Jedoch weiß er, daß er selbst dazu gehört, und er will sich der allgemeinen Schmach nicht entziehen. „Sagen Sie mir jede Bitterkeit; ich bin darauf gefaßt. Unser Volk hat keine Zukunft; was liegt an unserem Ruf?"

Worauf Marx: Ihr Brief ist eine gute Elegie, aber politisch ist er ganz und gar nicht. Dem Philister gehört die Welt, um so genauer müssen wir diesen Herrn der Welt studiren. Marx analysirt die Anfänge Friedrich Wilhelms IV. als den Versuch eines gescheidten Monarchen, den Philisterstaat auf seiner eigenen Basis aufzuheben. Dieser Versuch ist gescheitert und mußte scheitern. Der Philister ist das Material der Monarchie und der Monarch immer nur der König der

Philister; er kann weder sich noch seine Leute zu freien wirklichen Menschen machen, wenn beide bleiben was sie sind. Der König wollte nicht mit dem todten Gesetze, sondern mit seinem lebendigen Herzen regieren; er wollte alle Herzen für seine Herzenswünsche in Bewegung setzen, aber die übrigen Herzen schlugen nicht wie das seine, die Beherrschten konnten den Mund nicht aufthun, ohne von der Aufhebung der alten Herrschaft zu reden; die Idealisten, welche die Unverschämtheit hatten, den Menschen zum Menschen machen zu wollen, ergriffen das Wort, und während der König altdeutsch phantasirte, glaubten sie neudeutsch philosophiren zu dürfen. Dieser Zwiespalt machte es den Dienern, die früher den Gang der Dinge so leicht geleitet hatten, machte es dem Herrn aller Hinterrussen leicht, dem jähzornigen Könige begreiflich zu machen, daß sich ein Geschlecht redender Menschen nicht regieren lasse. Die Rückkehr zum alten verknöcherten Diener- und Sklavenstaat erfolgte; Schweigen war das einzige Auskunftsmittel. Damit ist die Nothwendigkeit der Brutalität und die Unmöglichkeit der Humanität für den Despotismus aller Welt anschaulich gemacht. Darnach, meint Marx, werde Ruge ihm wohl nicht den Vorwurf machen, zu hoch von der Gegenwart zu denken; wenn er dennoch nicht an ihr verzweifele, so erfülle ihn ihre verzweifelte Lage mit Hoffnung. Er rede nicht erst von der Unfähigkeit der Herren und der Indolenz der Diener und Unterthanen, die alles gehen ließen, wie es Gott gefalle, obschon beides zusammen hinreiche, eine Katastrophe herbeizuführen. Er mache nur darauf aufmerksam, daß die Feinde des Philisterthums, mit einem Worte alle denkenden und leidenden Menschen zu einer Verständigung gelangt seien, daß selbst das passive Fortpflanzungssystem der alten Unterthanen jeden Tag Rekruten für den Dienst der neuen Menschheit werbe. „Das System des Erwerbes und Handels, des Besitzes und der Ausbeutung der Menschen führt aber noch viel schneller als die Vermehrung der Bevölkerung zu einem Bruch innerhalb der jetzigen Gesellschaft, den das alte System nicht zu heilen vermag, weil es überhaupt nicht heilt und schafft, sondern nur existirt und genießt.“ Ihre Aufgabe sei, die alte Welt vollkommen ans Tageslicht zu ziehen und die neue positiv auszubilden.

Es folgen Briefe Bakunins und Feuerbachs, die gleichfalls Ruges verzweifelte Stimmung bekämpfen. Bakunin schreibt in hochmüthig-wohlwollendem Tone über deutsche Zustände, „eure Bande will ich lösen, ihr Germanen, die ihr Griechen werden wollt, ich der Scythe“. Feuerbach wird durch den Untergang der Deutschen Jahrbücher an den Untergang Polens erinnert; „die Anstrengungen weniger Menschen waren umsonst in dem allgemeinen Sumpf eines verfaulten Volkslebens. . . . Neue Menschen brauchten wir. Aber sie kommen diesmal nicht, wie bei der Völkerwanderung, aus den Sümpfen und Wäldern, aus unsern Lenden müssen wir sie erzeugen.“ Er empfiehlt die Gründung eines neuen Organs, um die Köpfe zu säubern. Ruge bekennt sich durch „den neuen Anacharsis und den neuen Philosophen“ überwunden und Marx zieht wie in einem prachtvollen Schlußakkorde das Ergebniß der Diskussion.

Es sei klar, daß ein neuer Sammelpunkt für die wirklich denkenden und unabhängigen Köpfe geschaffen werden müsse. Aber wenn auch kein Zweifel über das Woher, so herrsche desto größere Konfusion über das Wohin. „Nicht nur daß eine allgemeine Anarchie unter den Reformern ausgebrochen ist, so wird jeder sich selbst gestehen müssen, daß er keine exakte Anschauung von dem hat was werden soll. Indessen ist das gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipiren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen. Bisher hatten die Philosophen die Auflösung aller Räthsel in ihrem Pulte liegen, und die dumme exoterische Welt hatte nur das Maul aufzusperren, damit ihr die gebratenen Tauben der absoluten Wissenschaft in den Mund flogen. Die Philosophie hat sich verweltlicht und der schlagendste Beweis dafür ist, daß das philosophische Bewußtsein selbst in die Qual des Kampfes nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich hineingezogen ist. Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser was wir jetzt zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebenso wenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten." Marx will keine dogmatische Fahne aufpflanzen, und der Kommunismus, wie ihn Cabet, Dezamy, Weitling lehren, ist ihm auch nur eine dogmatische Abstraktion. Das Hauptinteresse des jetzigen Deutschlands sei einmal die Religion, dann die Politik; ihnen sei nicht irgend ein System wie die Reise nach Ikarien entgegenzusetzen, vielmehr müsse an sie, wie sie auch seien, angeknüpft werden.

Marx verwirft die Meinung der „krassen Sozialisten", daß die politischen Fragen unter aller Würde seien. Aus dem Konflikte des politischen Staates mit sich selbst, aus dem Widerspruche seiner ideellen Bestimmung mit seinen realen Voraussetzungen, lasse sich überall die soziale Wahrheit entwickeln. Er bezieht sich auf den von ihm in der Rheinischen Zeitung erörterten Unterschied zwischen ständischem und repräsentativem System: diese Frage drücke nur auf politische Weise den Unterschied aus zwischen der Herrschaft des Menschen und der Herrschaft des Privateigenthums. „Es hindert uns also nichts, unsere Kritik an die Kritik der Politik, an die Parteinahme in der Politik, also an wirkliche Kämpfe anzuknüpfen. Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreien. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen m u ß, wenn sie auch nicht will." Und Marx schließt den Briefwechsel mit dem Programm: Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche.

Auf der Höhe dieses Programms stehen die Beiträge, welche Marx und Engels in die Deutsch-Französischen Jahrbücher gegeben haben. Was von anderen

Mitarbeitern stammt, Heines und Herweghs Lieder, Johann Jacobys urkundliche Mittheilungen aus seinem Hochverrathsprozesse, die Artikel von Bernays und die Briefe von Heß, alles das hat mehr oder minder großen, ästhetischen oder historischen Werth, ist aber ohne Bedeutung für die Geschichte des Sozialismus.

II. Die Aufsätze von Marx.

Marx und Engels haben je zwei Aufsätze für die Deutsch-Französischen Jahrbücher geschrieben. Die Arbeiten von Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie und Zur Judenfrage, stehen in einem gewissen inneren Zusammenhange, und ebenso die Arbeiten von Engels: Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie und Die Lage Englands. Aber darüber hinaus sind alle vier Aufsätze wie durch einen rothen Faden zusammengehalten: es ist Feuerbach, von dem sie aus- und über den sie mit tastenden Schritten hinausgehen.

In einem Schreiben aus Kreuznach vom 30. Oktober 1843 hatte Marx bei Feuerbach angeklopft wegen einer Kritik Schellings gleich für das erste Heft. Er nennt Feuerbach den „umgekehrten Schelling“, in dem sich der aufrichtige Jugendgedanke Schellings, der bei diesem ein phantastischer Jugendtraum geblieben sei, zur Wahrheit, zur Wirklichkeit, zu männlichem Ernste entfaltet habe. „Ich halte Sie daher für den nothwendigen, natürlichen, also durch Ihre Majestäten, die Natur und die Geschichte, berufenen Gegner Schellings.“ Die wenigen Zeilen, keck und liebenswürdig und wie im Sturme hingeworfen, regten Feuerbach so auf, daß er sofort die Vorlesungen Schellings vornahm, um der „Pflichtnothwendigkeit“, die Marx ihm vorgestellt habe, zu genügen. Aber er lehnte schließlich doch ab, weil er in Kürze das Nothwendige bereits ausgeführt habe und etwas schon Gesagtes nicht ad captum vulgi, zum Gemeinverständniß wiederkauen möge. Marx hat von Feuerbach stets mit hoher Achtung gesprochen, wie Feuerbach von Marx, aber was sie trennte, ein halbes Menschenalter industrieller und politischer Entwicklung, tritt gleich bei ihrer ersten Berührung deutlich hervor: der vierzigjährige Mann mag doch nur in der vornehmen Toga des Philosophen die sinnliche Welt beschreiten, die der fünfundzwanzigjährige Jüngling mit schneidendem Schwerte erobern will.

In der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie geht Marx von dem Fundamente der irreligiösen Kritik aus, wie es von Feuerbach gelegt worden war: der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. Aber er geht sofort einen Schritt weiter: „Der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät.“ Es ist die Aufgabe der Geschichte, die Aufgabe der Philosophie, die im Dienste der Geschichte steht, nachdem das Jenseits der Wahrheit verschwunden ist, die Wahrheit des Diesseits zu etabliren. Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.

Um diese Aufgabe zu lösen, schließt sich Marx nicht an das Original an, sondern an eine Kopie, aus keinem andern Grunde, als weil sich seine Kritik an Deutschland anschließt. An die deutschen Zustände selbst anzuknüpfen, führe zu einem Anachronismus. „Wenn ich die deutschen Zustände von 1843 verneine, stehe ich nach französischer Zeitrechnung kaum im Jahre 1789, noch weniger im Brennpunkte der Gegenwart.“ Es folgt eine brennende Schilderung der deutschen Zustände, „die Schilderung eines wechselseitigen dumpfen Drucks aller sozialen Sphären auf einander, einer allgemeinen thatlosen Verstimmung, einer sich ebenso sehr anerkennenden als verkennenden Beschränktheit, eingefaßt in den Rahmen eines Regierungssystems, welches von der Konservation aller Erbärmlichkeiten lebend selbst nichts ist, als die Erbärmlichkeit an der Regierung“. Wolle die Kritik die moderne soziale Wirklichkeit begreifen, wolle sie sich zu wahrhaft menschlichen Problemen erheben, so befinde sie sich außerhalb der deutschen Zustände oder sie würde ihren Gegenstand unter ihrem Gegenstande greifen.

Hierfür giebt Marx ein Beispiel. „Das Verhältniß der Industrie, überhaupt der Welt des Reichthums zu der politischen Welt ist ein Hauptproblem der modernen Zeit. Unter welcher Form fängt dies Problem an, die Deutschen zu beschäftigen? Unter der Form der Schutzzölle, des Prohibitivsystems, der Nationalökonomie. Die Deutschthümelei ist aus dem Menschen in die Materie gefahren und so sehen sich eines Morgens unsere Baumwollritter und Eisenhelden in Patrioten verwandelt.“ Marx zerriß damals schon das patriotische Gewand, in das der heute noch als Nationalheld gefeierte List seine kapitalistisch-merkantilistische Agitation hüllte. Während das Problem in Frankreich und England laute: Politische Oekonomie oder Herrschaft der Sozietät über den Reichthum, laute es in Deutschland: Herrschaft des Privateigenthums über die Nationalität. Dort handele es sich um die Lösung und hier erst um die Schürzung des Knotens: ein zureichendes Beispiel von der deutschen Form der modernen Probleme, ein Beispiel, wie die deutsche Geschichte, gleich einem ungeschulten Rekruten, bisher nur die Aufgabe gehabt habe, abgedroschene Geschichten nachzuexerziren.

Aber die deutsche Geschichte habe in der deutschen Philosophie eine ideale Verlängerung; die Deutschen seien philosophische Zeitgenossen der Gegenwart, ohne ihre historischen Zeitgenossen zu sein. Die deutsche Rechts- und Staatsphilosophie sei die einzige mit der offiziellen modernen Gegenwart auf gleichem Fuße stehende Geschichte. Ihre Kritik führe mitten in die Fragen, um deren praktische Lösung es sich handle. Mit Recht fordere die praktische, politische Partei — also etwa die liberale Bourgeoisie — die Negation der Philosophie; ihr Unrecht sei nur, daß sie diese Forderung nicht vollziehe noch vollziehen könne. Man negire die Philosophie nicht, indem man ihr den Rücken kehre und abgewandten Hauptes einige ärgerliche und banale Phrasen über sie hermurmle. Diese Partei wolle an wirkliche Lebenskeime anknüpfen, aber sie vergesse, daß der wirkliche Lebenskeim des deutschen Volkes bisher nur unter seinem Hirnschädel gewuchert habe. Sie könne die Philosophie nicht aufheben, ohne sie zu ver-

wirklichen. Den umgekehrten Fehler begehe die theoretische, von der Philosophie her datirende politische Partei, also etwa die Berliner Freien. Sie kritisire nicht die Philosophie, sondern gehe von ihren Voraussetzungen aus und bleibe bei ihren Resultaten stehen oder gebe anderweitig hergeholte Forderungen und Resultate für unmittelbare Forderungen und Resultate der Philosophie aus. Der Grundmangel dieser Partei sei der Glaube, die Philosophie verwirklichen zu können, ohne sie aufzuheben. Es frage sich vielmehr: kann Deutschland zu einer Praxis auf der Höhe der Prinzipien gelangen, d. h. zu einer Revolution, die es nicht nur auf das offizielle Niveau der modernen Völker erhebt, sondern auf die menschliche Höhe, welche die nächste Zukunft dieser Völker sein wird?

Marx antwortet darauf: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen. Die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie auf den Menschen demonstrirt und sie demonstrirt auf den Menschen, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.“ Indessen scheine einer radikalen deutschen Revolution eine Hauptschwierigkeit entgegenzustehen. Die Revolutionen bedürften eines passiven Elements, einer materiellen Grundlage. Die Theorie werde in einem Volke immer nur soweit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse sei. Wie nun solle Deutschland mit einem Salto Mortale nicht nur über seine eigenen Schranken hinwegsetzen, sondern zugleich über die Schranken der modernen Völker, über Schranken, die es in Wirklichkeit als Befreiung von seinen wirklichen Schranken empfinden und erstreben müsse? Die Frage löst sich dadurch, daß die deutschen Regierungen verstanden haben, die zivilisirten Mängel der modernen Staatswelt, deren Vortheile das deutsche Volk nicht besitzt, zu kombiniren mit den barbarischen Mängeln der alten Staatswelt, deren es sich in vollem Maße erfreut, daß Deutschland alle Leiden der modernen Entwicklung mitgemacht hat ohne ihre Genüsse, daß es sich eines Morgens auf dem Niveau des europäischen Verfalls befinden wird, ohne jemals auf dem Niveau der europäischen Emanzipation gestanden zu haben. „Nicht die radikale Revolution ist ein utopischer Traum für Deutschland, nicht die allgemein menschliche Emanzipation, sondern vielmehr die theilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, welche die Pfeiler des Hauses stehen läßt.“

Eine solche Revolution beruhe darauf, daß ein Theil der bürgerlichen Gesellschaft sich emanzipire und zur allgemeinen Herrschaft gelange, daß eine bestimmte Klasse von ihrer besonderen Situation aus die allgemeine Emanzipation der Gesellschaft unternehme. Diese Klasse befreie die ganze Gesellschaft, aber nur unter der Voraussetzung, daß die ganze Gesellschaft sich in der Situation dieser Klasse befinde, also z. B. Geld und Bildung besitze oder beliebig erwerben könne. „Keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft kann diese Rolle spielen, ohne ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorzurufen, ein Moment, worin sie

mit der Gesellschaft im Allgemeinen fraternisirt und zusammenfließt, mit ihr verwechselt und als deren allgemeiner Repräsentant empfunden und anerkannt wird, ein Moment, worin ihre Ansprüche und Rechte in Wahrheit die Rechte und Ansprüche der Gesellschaft sind, worin sie wirklich der soziale Kopf und das soziale Herz ist." Umgekehrt müßten, damit die Revolution eines Volkes und die Emanzipation einer besonderen Klasse zusammenfallen, alle Mängel der Gesellschaft in einer anderen Klasse konzentrirt, müsse ein bestimmter Stand der Stand des allgemeinen Anstoßes sein, müsse eine besondere soziale Sphäre für das notorische Verbrechen der ganzen Sozietät gelten, so daß die Befreiung von dieser Sphäre als die allgemeine Selbstbefreiung erscheine. Die negativ-allgemeine Bedeutung von Adel und Klerisei bedinge in Frankreich die positiv-allgemeine Bedeutung der Bourgeoisie.

Marx führt nun aus, in Deutschland fehle jeder besonderen Klasse nicht nur die Konsequenz, die Schärfe, der Muth, die Rücksichtslosigkeit, die sie zum negativen Repräsentanten der Gesellschaft stempeln könnten, sondern auch jene Breite der Seele, die mit der Volksseele, wenn auch nur augenblicklich verschmelze, jene Genialität, welche die materielle Macht zur politischen Gewalt begeistere, jene revolutionäre Kühnheit, die dem Gegner die trotzige Parole zuschleudere: Ich bin nichts und ich müßte alles sein. Die Sphären der deutschen Gesellschaft verhielten sich nicht dramatisch, sondern episch zu einander; jede lagere sich neben die anderen mit ihren besonderen Ansprüchen hin; sogar das moralische Selbstgefühl der deutschen Mittelklasse beruhe nur auf dem Bewußtsein, die allgemeine Repräsentantin von der philisterhaften Mittelmäßigkeit aller übrigen Klassen zu sein. Jede Klasse sei schon in den Kampf mit der unter ihr stehenden Klasse verwickelt, sobald sie den Kampf mit der über ihr stehenden Klasse beginne. Die Mittelklasse wage kaum von ihrem Standpunkt aus, den Gedanken der Emanzipation zu fassen, und schon erkläre die Entwicklung der sozialen Zustände, wie der Fortschritt der politischen Theorie diesen Standpunkt selbst für antiquirt oder wenigstens für problematisch.

Wo liegt also die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation? „Antwort: In der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provoziren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens steht, einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipiren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipiren, welche mit einem Worte der völlige Verlust des Menschen ist, also nur durch die völlige Wiedergewinnung des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat."

Das Proletariat beginne erst durch die hereinbrechende industrielle Bewegung für Deutschland zu werden, denn nicht die naturwüchsig entstandene, sondern die künstlich produzirte Armuth, nicht die mechanisch durch die Schwere der Gesellschaft niedergedrückte, sondern die aus ihrer akuten Auflösung, vorzugsweise aus der Auflösung des Mittelstandes hervorgehende Menschenmasse bilde das Proletariat, obgleich allmälig, wie sich von selbst verstehe, auch die naturwüchsig gewordene Armuth und die christlich-germanische Leibeigenschaft in seine Reihe treten. Wenn das Proletariat die Auflösung der bisherigen Weltordnung verkünde, so spreche es nur das Geheimniß seines eigenen Daseins aus, denn es sei die faktische Auflösung dieser Weltordnung. Wenn es die Negation des Privateigenthums verlange, so erhebe es nur zum Prinzip der Gesellschaft, was die Gesellschaft zu seinem Prinzip erhoben habe, was in ihm als negatives Resultat der Gesellschaft schon ohne sein Zuthun verkörpert sei. Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so finde das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen und sobald der Blitz des Gedankens in diesen naiven Volksboden eingeschlagen sei, werde sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen. „Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie. Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird der deutsche Auferstehungstag verkündet werden durch das Schmettern des gallischen Hahns."

Indem Marx darlegt, daß in Deutschland nicht die politische, aber die menschliche Emanzipation möglich sei, untersucht er zugleich den Unterschied zwischen politischer und menschlicher Emanzipation in dem Aufsatze zur Judenfrage, der Bruno Bauers Schriften über diese Frage kritisirt. Die Judenfrage war sozusagen der Zipfel, an dem der deutsche Idealismus die ökonomische Entwicklung gepackt hatte. Der christlich-germanische Staat mißhandelte, unterdrückte, verfolgte die Juden, während er sie zugleich duldete, begünstigte, ja liebkoste. Im vorigen Jahrhundert hatte der alte Fritz die Juden vollständig rechtlos gemacht, ihnen aber zugleich einen weitreichenden Schutz gewährt, „hauptsächlich deshalb, um Handel, Commerce, Manufakturen, Fabriquen zu fördern". Der „philosophische König" gab den Geldjuden, die ihm bei seinen Münzfälschungen und sonstigen zweifelhaften Finanzoperationen halfen, die „Freiheit von christlichen Bankiers", während er den Philosophen Moses Mendelssohn in seinen Staaten eben nur duldete, aber nicht etwa weil er ein Philosoph war, sondern weil er die Stelle eines Buchhalters bei einem jener reichen Juden bekleidete. In den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts verfolgte Friedrich Wilhelm IV. die Juden mit allen möglichen Scherereien, aber das jüdische Kapital wurde deshalb nicht weniger durch die ökonomische Entwicklung gefördert. Es begann, sich die herrschenden Klassen zu unterwerfen und schwang seine Geißel über die beherrschten Klassen, über das Proletariat als Industrie- und weit mehr noch über die große Masse der kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Klassen als Wucherkapital.

Gegen diesen sonderbaren Widerspruch, gegen diesen „lügenhaften Zustand“ hatte sich Bruno Bauer erhoben. An diesem Punkte erkannte er die kapitalistische Entwicklung, aber nur als mittelalterliches Embryo, als Auswuchs des christlich-germanischen Staats. Deshalb blieb er in dem religiösen Gegensatze zwischen Christenthum und Judenthum befangen. So scharf er die Theologie kritisirte, so sah er die Dinge doch immer nur erst durch die theologische Brille. Er bekämpfte den christlich-germanischen Staat, der seinem religiösen Wesen nach die Juden nicht emanzipiren könnte; er bekämpfte aber auch die Juden, die ihrem religiösen Wesen nach nicht emanzipirt werden könnten. Der religiöse Gesichtspunkt ist für ihn entscheidend. Christen und Juden müssen aufhören, Christen und Juden zu sein, wenn sie frei sein wollen. Da aber das Judenthum als Religion von dem Christenthum als Religion überholt worden ist, so hat der Jude einen beschwerlicheren und weiteren Weg zur Freiheit als der Christ. Nach Bruno Bauer müssen die Juden gewissermaßen erst das Christenthum und die Hegelsche Philosophie nachexerziren, ehe sie emanzipirt werden können. Die Lösung der Judenfrage, die Emanzipation der Juden, verflüchtigt sich ihm in eine idealistische Schrulle.

Dagegen macht Marx die praktischen Resultate geltend, die er aus dem Studium der französischen Revolution gewonnen hatte. Er sagt, es genüge keineswegs, zu untersuchen: Wer soll emanzipiren? Wer soll emanzipirt werden? Die Kritik habe ein Drittes zu thun, sie müsse fragen: Um welche Art der Emanzipation handelt es sich? Das Verhältniß der politischen zur menschlichen Emanzipation sei zu untersuchen. Frage Bauer die Juden: Habt ihr von eurem Standpunkt aus das Recht, die politische Emanzipation zu begehren? so müsse vielmehr gefragt werden: Hat der Standpunkt der politischen Emanzipation das Recht, vom Juden die Aufhebung des Judenthums, vom Menschen überhaupt die Aufhebung der Religion zu verlangen?

Marx verneint diese Frage durch den Nachweis, daß der christlich-germanische Staat, der Staat der Privilegien erst der unvollkommene, der noch theologische, der noch nicht in politischer Reinheit ausgebildete Staat sei. Der politisch vollendete, moderne Staat, der keine religiösen Privilegien mehr kenne, sei auch der vollendete christliche Staat; er könne die Juden nicht nur emanzipiren, sondern habe sie emanzipirt und müsse sie seinem Wesen nach emanzipiren. Wo der politische Staat in seiner höchsten Ausbildung existire, wo die Staatsverfassung ausdrücklich die Ausübung politischer Rechte für unabhängig erkläre von dem religiösen Glauben, wie in einem Theile der nordamerikanischen Freistaaten, da halte man gleichwohl einen Menschen ohne Religion für keinen anständigen Menschen. Das Dasein der Religion widerspreche also der Vollendung des Staates nicht. Die politische Emanzipation des Juden, Christen, überhaupt des religiösen Menschen sei die Emanzipation des Staats vom Judenthum, vom Christenthum, überhaupt von der Religion. Der Staat könne sich von einer Schranke befreien, ohne daß der Mensch wirklich von ihr frei wäre, und darin zeige sich die Grenze der politischen Emanzipation.

Der Staat als Staat annullire beispielsweise das Privateigenthum. Der Mensch erkläre auf politische Weise das Privateigenthum für aufgehoben, sobald er den Zensus für aktive und passive Wählbarkeit aufhebe, wie es in vielen nordamerikanischen Freistaaten geschehen sei. Der Staat hebe den Unterschied der Geburt, des Standes, der Bildung, der Beschäftigung in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für unpolitische Unterschiede erkläre, wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum gleichmäßigen Theilnehmer der Volkssouveränetät ausrufe. Nichts desto weniger lasse der Staat das Privateigenthum, die Bildung, die Beschäftigung auf ihre Weise, d. h. als Privateigenthum, als Bildung, als Beschäftigung wirken und ihr besonderes Wesen geltend machen. Weit entfernt, diese faktischen Unterschiede aufzuheben, existire er vielmehr nur unter ihrer Voraussetzung, empfinde er sich als politischer Staat und mache er seine Allgemeinheit geltend nur im Gegensatze zu diesen seinen Elementen. Der vollendete politische Staat sei seinem Wesen nach das Gattungsleben des Menschen im Gegensatze zu seinem materiellen Leben. Alle Voraussetzungen dieses egoistischen Lebens blieben außerhalb der Staatssphäre in der bürgerlichen Gesellschaft bestehen, aber als Eigenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. Das Verhältniß des politischen Staats zu seinen Voraussetzungen, mögen dies nun materielle Elemente sein, wie das Privateigenthum, oder geistige Elemente, wie die Religion, sei der Widerstreit zwischen dem allgemeinen und dem Privatinteresse. Der Konflikt, in welchem sich der Mensch als Bekenner einer besonderen Religion mit seinem Staatsbürgerthum, mit den anderen Menschen als Gliedern des Gemeinwesens befinde, reduzire sich auf die Spaltung zwischen dem politischen Staat und der bürgerlichen Gesellschaft.

Könne der Mensch nun aber, obgleich Jude, politisch emanzipirt werden, so leugne Bauer ferner, daß der Jude die Menschenrechte beanspruchen und erhalten dürfe. Darauf antwortet Marx, die Unvereinbarkeit der Religion mit den Menschenrechten liege so wenig im Begriffe der Menschenrechte, daß das Recht, religiös zu sein, auf beliebige Weise religiös zu sein, vielmehr ausdrücklich unter die Menschenrechte gezählt werde. Das Privilegium des Glaubens sei ein allgemeines Menschenrecht. Die Menschenrechte, die droits de l'homme, unterschieden sich von den Staatsbürgerrechten, den droits du citoyen. Wer aber sei der vom citoyen unterschiedene homme? Niemand anderes als das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Marx weist dies eingehend nach an der Definition der Menschenrechte (Gleichheit, Freiheit, Sicherheit, Eigenthum) in der radikalsten Konstitution, der französischen Konstitution von 1793. Die politische Revolution sei die Revolution der bürgerlichen Gesellschaft gewesen. Unter der Feudalität habe die Gesellschaft einerseits unmittelbar einen politischen Charakter getragen, indem die Elemente des bürgerlichen Lebens, wie Besitz und Familie, Art und Weise der Arbeit, in der Form der Grundherrlichkeit, des Standes, der Korporation Elemente des Staatslebens gewesen seien, andererseits sei sie eben dadurch in eine Anzahl besonderer Gesellschaften zerfallen und habe das Indivi-

duum vom Staatsganzen ausgeschlossen; die Konsequenz dieser Organisation sei nothwendig gewesen, die allgemeine Staatsmacht zur besonderen Angelegenheit eines von dem Volke abgeschiedenen Herrschers und seiner Diener zu machen. Indem nun aber die politische Revolution diese Herrschermacht stürzte, die Staatsangelegenheiten zu Volksangelegenheiten erhob, den politischen Staat als allgemeine Angelegenheit, als wirklichen Staat konstituirte, habe sie nothwendig alle Stände, Korporationen, Innungen, Privilegien zerschlagen und den politischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft aufgehoben. „Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine eigenen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisirt hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“

Endlich untersucht Marx die Ansicht Bauers, daß der Christ emanzipationsfähiger sei als der Jude. Er bricht auch hier die theologische Fassung der Frage, über die Bauer nicht hinauskommt, so kritisch er sich zur Theologie stellt. Marx will nicht den Sabbats-, sondern den Alltagsjuden betrachten. Die Judenfrage sei freilich auch eine religiöse Frage, aber sie habe eine weltliche reale Grundlage. Der wirkliche Jude sei nicht aus der jüdischen Religion, sondern die jüdische Religion aus dem wirklichen Juden zu erklären. So verwandelt sich die Frage nach der Emanzipationsfähigkeit des Juden für Marx in die Frage, welches besondere gesellschaftliche Element zu überwinden sei, um das Judenthum aufzuheben. Welches sei der weltliche Grund des Judenthums? Das praktische Bedürfniß, der Eigennutz. Welches sei der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches sein weltlicher Gott? Das Geld. „Nun wohl, die Emanzipation vom Schacher und vom Geld, also vom praktischen realen Judenthum wäre die Selbstemanzipation unserer Zeit. Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzungen des Schachers, also die Möglichkeit des Schachers aufhöbe, hätte den Juden unmöglich gemacht. Sein religiöses Bewußtsein würde wie ein fader Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft sich auflösen. Andererseits: wenn der Jude dies sein praktisches Wesen als nichtig erkennt und an seiner Aufhebung arbeitet, arbeitet er aus seiner bisherigen Entwicklung heraus, an der menschlichen Emanzipation schlechthin und kehrt sich gegen den höchsten praktischen Ausdruck der Selbstentfremdung.“ Marx erkennt im Judenthum ein allgemeines gegenwärtiges antisoziales Element, das durch die geschichtliche Entwicklung, an der die Juden in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet hätten, auf seine jetzige Höhe getrieben worden sei, wo es sich nothwendig auflösen müsse.

Das Judenthum habe sich auf jüdische Weise emanzipirt, indem es sich die Geldmacht aneignete, indem das Geld zur Weltmacht und der praktische Judengeist zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden sei. „Die Juden haben sich insoweit emanzipirt, als die Christen zu Juden geworden sind." Wenn Bauer es einen lügenhaften Zustand nenne, daß dem Juden in der Theorie die bürgerlichen Rechte vorenthalten würden, während er in der Praxis eine ungeheure Gewalt besitze, so sei dieser Widerspruch der Widerspruch zwischen Politik und Geldmacht überhaupt. Während die Politik ideal über der Geldmacht stehe, sei sie in der That zu ihrem Leibeigenen geworden. Das Judenthum habe sich nicht trotz der Geschichte, sondern durch die Geschichte erhalten. Aus ihren eigenen Eingeweiden erzeuge die bürgerliche Gesellschaft fortwährend den Juden. Das Geld sei der eifrige Gott Israels, vor dem kein anderer Gott bestehen dürfe. Das Geld erniedrige alle Götter des Menschen und verwandele sie in eine Waare. Das Geld sei der allgemeine, für sich selbst konstituirte Werth aller Dinge. Es habe daher die ganze Welt, die Menschenwelt wie die Natur, ihres eigenthümlichen Werths beraubt. Das Geld sei das dem Menschen entfremdete Wesen seiner Arbeit und seines Daseins; dies fremde Wesen beherrsche ihn, und er bete es an. Die chimärische Nationalität des Juden sei die Nationalität des Kaufmanns, des Geldmenschen überhaupt. Weil das reale Wesen des Juden in der bürgerlichen Gesellschaft sich allgemein verwirkliche, darum könne die bürgerliche Gesellschaft den Juden nicht von der Unwirklichkeit seines religiösen Wesens überzeugen. Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden sei die Emanzipation der Gesellschaft vom Judenthum.

Mit anderen Worten sagt Marx: Die religiösen Tagesfragen haben heutzutage eine gesellschaftliche Bedeutung, von religiösen Interessen als solchen ist nicht mehr die Rede. Nicht mit den Augen des Theologen, sondern des Weltmannes betrachtet er die historische Entwicklung des Judenthums. Er weist diese Entwicklung nach nicht in der religiösen Theorie, sondern in der industriellen und kommerziellen Praxis, die in der jüdischen Religion einen phantastischen Reflex findet. Das praktische Judenthum hat seine Vollendung erst in der vollendeten christlichen Welt erhalten, ja es ist die vollendete Praxis der christlichen Welt selber. Und da die bürgerliche Gesellschaft durchaus kommerziellen jüdischen Wesens, der Jude von vornherein ihr nothwendiges Glied ist, so hat er um so größeres Recht auf die politische Emanzipation, auf den Genuß der allgemeinen Menschenrechte.

Die Anerkennung der Menschenrechte ist nichts anderes als die Anerkennung des egoistischen bürgerlichen Individuums und der zügellosen Bewegung der geistigen und materiellen Elemente, welche den Inhalt seiner Lebenssituation, den Inhalt des heutigen bürgerlichen Lebens bilden. Die Menschenrechte befreien den Menschen nicht von der Religion, sondern geben ihm die Religionsfreiheit, sie befreien ihn nicht vom Eigenthum, sondern verschaffen ihm die Freiheit des Eigenthums, sie befreien ihn nicht vom Schmutze des Erwerbes, sondern verleihen ihm vielmehr

die Gewerbefreiheit. Die Anerkennung der Menschenrechte durch den modernen Staat hat keinen anderen Sinn als die Anerkennung der Sklaverei durch den antiken Staat. Wie der antike Staat die Sklaverei, so hat der moderne Staat die bürgerliche Gesellschaft zur Naturbasis. Indem sie durch ihre eigene Entwicklung die alten politischen Bande sprengte, schuf sie den modernen Staat, und dieser Staat erkannte durch Proklamirung der Menschenrechte seine Geburtsstätte und Grundlage an. Das ausgebildete moderne Staatswesen hat die entwickelte bürgerliche Gesellschaft zur nothwendigen Grundlage: den allgemeinen Kampf von Mann wider Mann, Individuum wider Individuum, den Krieg aller nur mehr durch ihre Individualität von einander abgeschlossenen Individuen gegen einander, die allgemeine zügellose Bewegung der aus den Fesseln der Privilegien befreiten elementarischen Lebensmächte, die thatsächliche Sklaverei, wenn auch scheinbare Freiheit und Unabhängigkeit des Individuums, das die zügellose Bewegung seiner entfremdeten Lebenselemente, wie Eigenthum, Industrie, Religion für seine eigene Freiheit nimmt, während sie vielmehr seine vollendete Knechtschaft und Unmenschlichkeit ist.

Die Anarchie ist das Gesetz der von den gliedernden Privilegien emanzipirten bürgerlichen Gesellschaft, und die Anarchie der bürgerlichen Gesellschaft ist die Grundlage des modernen öffentlichen Zustands, wie der öffentliche Zustand wieder seinerseits die Gewähr dieser Anarchie ist. So sehr sich beide entgegengesetzt sind, so sehr bedingen sie sich gegenseitig.

Diese Kritik der Judenfrage führte die Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie einen großen Schritt weiter. Hatte Hegel den Staat der Gesellschaft übergeordnet, so findet Marx, daß thatsächlich die Gesellschaft dem Staate übergeordnet ist. Marx führt den Beweis dafür an der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft und dem ausgebildeten modernen Staate. Er deutet darauf hin, daß in der antiken und feudalen Welt, wie in der modernen, die Gesellschaft die nothwendige Grundlage des Staates gewesen sei, nicht umgekehrt. Aber erst die moderne Welt hat den Gegensatz von Gesellschaft und Staat so vereinfacht und so gesteigert, daß er sich auflösen muß in die bewußte Organisation der gesellschaftlichen Kräfte, die den Gegensatz der gesellschaftlichen Anarchie und des staatlichen Zwanges in einer höheren Einheit aufhebt, die den Menschen emanzipirt, indem sie ihn zum Herrn seiner Lebensquellen macht. Die Aufsätze von Marx in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern enthalten die fruchtbaren Keime der materialistischen Geschichtsauffassung.

Auf die Judenfrage selbst ist Marx niemals wieder zurückgekommen, und mit Recht nicht. Was darüber zu sagen war, hatte er in erschöpfender Weise gesagt. Die unabsehbare Literatur, die seitdem über die Judenfrage entstanden ist, geht mit keinem Gedanken über Marx hinaus, bleibt vielmehr durchweg hinter seinem Aufsatze zurück. Wohl ist es nachgerade ein Gemeinplatz geworden, daß die Judenfrage keine religiöse, sondern eine gesellschaftliche Frage sei. Aber der richtige Standpunkt, von dem aus eine Frage gelöst werden kann, ist noch nicht

ihre Lösung selbst. Um diese Lösung schlagen sich Antisemiten und Philosemiten die Köpfe wund in demselben beschränkten Kreise, aus dem Marx schon vor fünfzig Jahren den Ausweg geöffnet hat.

Marx hat nichts mit dem Antisemitismus gemein. Er sagt nicht nur, daß, sondern er beweist auch, weshalb der Jude den unanfechtbarsten Anspruch auf die politische Emanzipation, auf den Genuß der allgemeinen Menschenrechte hat. Ja noch mehr: er sagt, die politische Emanzipation sei allerdings ein großer Fortschritt, sie sei die letzte Form der menschlichen Emanzipation zwar nicht überhaupt, aber doch innerhalb der bisherigen Weltordnung. Marx hat aber auch nichts mit dem Philosemitismus gemein, der jede Kritik des Geldjudenthums mit einigen schönen Versen aus Lessings Nathan dem Weisen niederschlagen möchte. Marx faßt das Judenthum als gesellschaftliches Produkt auf, das in seiner bestimmten historischen Gestalt aus bestimmten historischen Zuständen entstanden sei und mit ihnen vergehen werde. Die geschichtliche Entwicklung hat das Judenthum, ohne seine Schuld und auch mit seiner Schuld, zum Träger der Geldmacht und damit zu einem antisozialen Element gemacht, das sich nothwendig auflösen muß. Und es wird sich auflösen in der sozialen Gesellschaft, die nicht mehr um das Geld als Gott, sondern um die Arbeit als Sonne kreist.

Feuerbach hatte in seinem Wesen des Christenthums die jüdische Religion als die Religion des praktischen Eigennutzes erläutert. Marx fügt hinzu, daß der praktische Eigennutz die bürgerliche Gesellschaft regiere. Daraus folgt, daß der Jude in ihr *politisch* emanzipirt werden muß, aber *menschlich* nicht emanzipirt werden *kann*, daß die jüdische Religion nicht eher verschwinden *wird*, aber auch nicht länger bestehen *kann*, als der ökonomische Zustand, dessen ideologische Abspiegelung sie bildet. Will man das, was Marx über die Judenfrage zu sagen hatte, in der heute üblichen Sprache zusammenfassen, so würde das Ergebniß seiner Untersuchung lauten: Wie die menschliche Emanzipation des Arbeiters, wie die menschliche Emanzipation der Frau, so ist auch die menschliche Emanzipation des Juden erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich.

III. *Die Aufsätze von Engels.*

Wie Marx in der französischen Revolution, so suchte und fand Engels in der englischen Industrie die Selbstverständigung über die Kämpfe und Wünsche der Zeit. Er sah, wie die zügellose Bewegung des dem Menschen entfremdeten Eigenthums den Menschen in Elend, Erniedrigung, Knechtschaft, Unmenschlichkeit wirft, aber er sah auch, wie es mit seiner Auflösung aller Sonderinteressen den Weg bahnt für den großen Umschwung des Jahrhunderts, für die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst.

In seinen Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie nennt Engels die bürgerliche Oekonomie seit Adam Smith, das System der Handelsfreiheit,

dieselbe Heuchelei und Unsittlichkeit, die jetzt auf allen Gebieten der freien Menschlichkeit gegenüber stehe. Sie sei ein Fortschritt über das Merkantilsystem hinaus, weil sie die Gesetze des Privateigenthums entwickele, aber sie scheue den letzten Schritt und frage nicht nach der Berechtigung des Privateigenthums. Demgemäß könne sie das Merkantilsystem nicht wirklich überwinden; die Inkonsequenz der liberalen Oekonomie müsse sich nothwendig wieder in ihre Bestandtheile auflösen. Hinter der gleißnerischen Humanität der Neueren stecke eine Barbarei, von der die Alten nichts gewußt hätten; die Begriffsverwirrung der Alten sei noch einfach und konsequent gegen die doppelzüngige Logik der Neueren; die Vertheidiger der Handelsfreiheit seien schlimmere Monopolisten als die alten Merkantilisten selbst. Wenn sie die Restauration des Merkantilsystems durch List nicht begreifen könnten, so sei der Zusammenhang doch sehr einfach. „Wie die Theologie entweder zum blinden Glauben zurück, oder zur freien Philosophie vorwärts gehen muß, so muß die Handelsfreiheit auf der einen Seite die Restauration der Monopole, auf der anderen die Aufhebung des Privateigenthums produziren.“ In allen rein ökonomischen Kontroversen hätten die Vertheidiger der Handelsfreiheit das Recht auf ihrer Seite gegenüber den Merkantilisten, aber nicht gegenüber den Gegnern des Privateigenthums, die ökonomische Fragen auch ökonomisch richtiger zu entscheiden wüßten, wie die englischen Sozialisten längst praktisch und theoretisch bewiesen hätten.

Von diesem allgemeinen Standpunkt aus untersucht Engels die einzelnen ökonomischen Kategorien, wie Handel, Werth, Preis, Grundrente, Kapital, Arbeit, Konkurrenz. Er deckt ihre unheilbaren Widersprüche auf, aber er faßt sie nicht wie Proudhon als Voraussetzungen, von denen aus er die Nationalökonomen bestreitet, sondern er weist nach, daß sie die logischen Gestaltungen des Privateigenthums seien. Wie Bruno Bauer bei der schärfsten Kritik der Theologie doch immer in theologischen Voraussetzungen hängen geblieben war, so Proudhon bei der schärfsten Kritik des Privateigenthums in den ökonomischen Begriffen, die sich aus dem Privateigenthum ergeben. Wie Marx dort die theologische, so zerbrach Engels hier die nationalökonomische Fassung der Frage und führte sie auf ihre allgemeine, rein menschliche Basis zurück.

Unter dem Merkantilsystem trug der Handel seine gemeine Habsucht offen zur Schau. Die liberale Oekonomie hat ihn humanisirt. Weshalb? Weil es im Interesse des Handelsmanns liegt, mit dem Einen, von welchem er wohlfeil kauft, wie mit dem Anderen, an welchen er theuer verkauft, in gutem Vernehmen zu stehen. Je freundschaftlicher, desto vortheilhafter. „Haben wir nicht die Barbarei der Monopole gestürzt, rufen die Heuchler aus, haben wir nicht die Zivilisation in entfernte Welttheile getragen, haben wir nicht die Völker verbrüdert und die Kriege vermindert? — Ja, das alles habt ihr gethan, aber wie habt ihr es gethan! Ihr habt die kleinen Monopole vernichtet, um das Eine große Grundmonopol, das Eigenthum, desto freier und schrankenloser wirken zu lassen, ihr habt die Enden der Erde zivilisirt, um neues Terrain für die

Entfaltung eurer niedrigen Habsucht zu gewinnen; ihr habt die Völker verbrüdert, aber zu einer Brüderschaft von Dieben, und die Kriege vermindert, um im Frieden desto mehr zu verdienen, um die Feindschaft der Einzelnen, den ehrlosen Krieg der Konkurrenz, auf die höchste Spitze zu treiben!" Und nicht genug damit! Nachdem die liberale Oekonomie ihr Bestes gethan hatte, um durch die Auflösung der Nationalitäten die Feindschaft zu verallgemeinern, die Menschheit in eine Horde reißender Thiere — und was sind Konkurrenten anders? — zu verwandeln, die einander eben deshalb auffressen, weil Jeder mit allen Anderen gleiches Interesse hat, nach dieser Vorarbeit blieb ihr nur noch ein Schritt zum Ziele übrig: die Auflösung der Familie. Das vollbrachte sie durch ihre eigene schöne Erfindung: das Fabriksystem. Durch dies System löste sie die letzte Spur gemeinsamer Interessen, die Gütergemeinschaft der Familie auf. Engels erinnert an die damals — wenigstens in England — schon alltägliche Erscheinung, daß Kinder, sobald sie neun Jahre und damit arbeitsfähig werden, ihren Lohn für sich verwenden, das elterliche Haus als ein bloßes Kosthaus ansehen und den Eltern ein Gewisses für Kost und Wohnung vergüten.

Indessen findet Engels, daß der Grundbesitzer dem Kaufmann nichts vorzuwerfen hat. „Er raubt, indem er den Boden monopolisirt. Er raubt, indem er die Steigerung der Bevölkerung, welche die Konkurrenz und damit den Werth seines Grundstücks steigert, für sich ausbeutet, indem er zur Quelle seines persönlichen Vortheils macht, was nicht durch sein persönliches Thun zu Stande gekommen, was ihm rein zufällig ist. . . . Es war der letzte Schritt zur Selbstverschacherung, die Erde zu verschachern, die unser Eins und Alles, die erste Bedingung unserer Existenz ist; es war und ist bis auf den heutigen Tag eine Unsittlichkeit, die nur von der Unsittlichkeit der Selbstveräußerung übertroffen wird." Engels sagt, die Axiome, welche die Erwerbsart des Grundbesitzers als Raub qualifizirten, nämlich daß Jeder ein Recht auf das Produkt seiner eigenen Arbeit habe oder daß Keiner ernten solle, wo er nicht gesäet habe, seien nicht seine Behauptung. Denn das erste schließe die Pflicht zur Ernährung der Kinder, das zweite schließe jede Generation vom Rechte der Existenz aus, indem jede Generation den Nachlaß der vorangehenden Generation antrete. Jene Axiome seien vielmehr Konsequenzen des Privateigenthums. Entweder führe man seine Konsequenzen aus oder gebe es als Prämisse auf.

Das Privateigenthum trennt den Boden, der ohne die Befruchtung des Menschen todt und unfruchtbar ist, und die menschliche Thätigkeit, deren erste Bedingung eben der Boden ist. Es löst die menschliche Thätigkeit wieder in Arbeit und Kapital auf und stellt beide einander feindselig gegenüber. Nicht genug aber an dem Kampfe zwischen Boden, Kapital und Arbeit: das Privateigenthum zerbricht und zersplittert jedes dieser Elemente noch in sich selbst. Ein Grundstück steht dem anderen, ein Kapital dem anderen, eine Arbeitskraft der anderen gegenüber. Mit anderen Worten: weil das Privateigenthum Jeden auf seine eigene rohe Einzelheit isolirt, und weil Jeder dennoch dasselbe Interesse

hat, wie sein Nachbar, so steht ein Grundbesitzer dem anderen, ein Kapitalist dem anderen, ein Arbeiter dem anderen feindselig gegenüber. In dieser Verfeindung der gleichen Interessen eben um ihrer Gleichheit willen ist die Unsittlichkeit des bisherigen Zustandes der Menschheit vollendet, und diese Vollendung ist die Konkurrenz. „Sie ist die Hauptkategorie des Oekonomen, seine liebste Tochter, die er in Einem fort hätschelt und liebkost — und gebt Acht, was für ein Medusengesicht da herauskommen wird."

Engels weist zunächst nach, daß die Konkurrenz denselben Widerspruch enthält wie das Privateigenthum: den schroffen Widerspruch zwischen dem allgemeinen und dem individuellen Interesse. Es liegt im Interesse jedes Einzelnen, alles zu besitzen, aber im Interesse der Gesammtheit, daß Jeder gleich viel besitze. So muß sich Jeder das Monopol wünschen, während die Gesammtheit als solche durch das Monopol verlieren und es also entfernen muß. Die Konkurrenz setzt das Monopol schon voraus, nämlich das Monopol des Eigenthums, und so lange das Monopol des Eigenthums besteht, so lange ist das Eigenthum des Monopols gleich berechtigt. Denn auch das einmal gegebene Monopol ist Eigenthum. Welche jämmerliche Halbheit ist es also, die kleinen Monopole anzugreifen und das Grundmonopol, das Privateigenthum bestehen zu lassen!

Das Gesetz der Konkurrenz ist nun, daß Nachfrage und Zufuhr sich stets und eben deshalb nie ergänzen. Ist die Nachfrage größer als die Zufuhr, so steigen die Preise und die Zufuhr wird angereizt. Zeigt sie sich auf dem Markte, so fallen die Preise und je mehr die Zufuhr die Nachfrage übersteigt, so bedeutend, daß dadurch die Nachfrage wieder angereizt wird. „So geht es in Einem fort, nie ein gesunder Zustand, sondern eine stete Abwechslung von Irritation und Erschlaffung, die allen Fortschritt ausschließt, ein ewiges Schwanken, ohne je zum Ziele zu kommen. Dies Gesetz mit seiner steten Ausgleichung, wo, was hier verloren, dort wieder gewonnen wird, findet der Oekonom wunderschön. Es ist sein Hauptruhm, er kann sich nicht satt daran sehen und betrachtet es unter allen möglichen und unmöglichen Verhältnissen. Und doch liegt auf der Hand, daß dies Gesetz ein reines Naturgesetz, kein Gesetz des Geistes ist. Ein Gesetz, das die Revolution erzeugt. Der Oekonom kommt mit seiner schönen Theorie von Nachfrage und Zufuhr heran, beweist euch, daß nie zu viel produzirt werden kann, und die Praxis antwortet mit den Handelskrisen, die so regelmäßig wiederkehren wie die Kometen, und deren wir jetzt durchschnittlich alle fünf bis sieben Jahre eine haben. Diese Handelskrisen sind seit achtzig Jahren ebenso regelmäßig gekommen, wie früher die großen Seuchen — und haben mehr Elend, mehr Unsittlichkeit mit sich gebracht als diese. Natürlich bestätigen diese Handelsrevolutionen das Gesetz, sie bestätigen es in vollstem Maße, aber in einer anderen Weise, als der Oekonom uns glauben machen möchte. Was soll man von einem Gesetze denken, das sich nur durch periodische Revolutionen durchsetzen kann? Es ist eben ein Naturgesetz, das auf der Bewußtlosigkeit der Betheiligten beruht. Wüßten die Produzenten als solche, wie viel die Konsumenten bedürften, organisirten sie

die Produktion, vertheilten sie sie unter sich, so wäre die Schwankung der Konkurrenz und ihre Neigung zur Krisis unmöglich. Produzirt mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein, und ihr seid über alle diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus. So lange ihr aber fortfahrt, auf die jetzige unbewußte, gedankenlose, der Herrschaft des Zufalls überlassene Art zu produziren, so lange bleiben die Handelskrisen, und jede folgende muß universeller, also schlimmer werden als die vorhergehende, muß eine größere Menge kleiner Kapitalisten verarmen, und die Zahl der bloß von der Arbeit lebenden Klasse in steigendem Verhältnisse vermehren — also die Masse der zu beschäftigenden Arbeit, das Hauptproblem unserer Oekonomen, zusehends vergrößern und endlich eine soziale Revolution herbeiführen, wie sie sich die Schulweisheit der Oekonomen nicht träumen läßt."

Die Konkurrenz, der Kampf von Kapital gegen Kapital, Arbeit gegen Arbeit, Boden gegen Boden, treibt die Produktion in eine Fieberhitze, in der sie alle natürlichen und vernünftigen Verhältnisse auf den Kopf stellt. Keiner, der sich in den Kampf der Konkurrenz einläßt, kann ihn ohne die höchste Anstrengung seiner Kräfte, ohne die Aufgebung aller wahrhaft menschlichen Zwecke aushalten. „Die Folge von dieser Ueberspannung auf der einen Seite ist nothwendig Erschlaffung auf der anderen. Wenn die Schwankung der Konkurrenz gering ist, wenn Nachfrage und Zufuhr, Konsumtion und Produktion sich beinahe gleich sind, so muß in der Entwicklung der Produktion eine Stufe eintreten, in der so viel überzählige Produktionskraft vorhanden ist, daß die große Masse der Nation nichts zu leben hat, daß die Leute vor lauter Ueberfluß verhungern. In dieser wahnsinnigen Stellung, in dieser lebendigen Absurdität befindet sich England schon seit geraumer Zeit. Schwankt die Produktion stärker, wie sie es in Folge eines solchen Zustandes nothwendig thut, so tritt die Abwechslung von Blüthe und Krisis, Ueberproduktion und Stockung ein. Der Oekonom hat sich diese verrückte Stellung nie erklären können; um sie zu erklären, erfand er die Bevölkerungstheorie, die ebenso unsinnig, ja noch unsinniger ist, als dieser Widerspruch von Reichthum und Elend zu derselben Zeit." Ehe Engels aber dazu übergeht, die Bevölkerungstheorie der liberalen Oekonomie, die in ihrer Formulirung durch Malthus typischen Ruf gewonnen hatte, kritisch aufzulösen, erklärt er selbst das „wunderbare Faktum, wunderbarer als alle Wunder aller Religionen zusammengenommen", daß eine Nation vor eitel Reichthum und Ueberfluß verhungern müsse.

Er sagt, die der Menschheit zu Gebote stehende Produktionskraft sei unermeßlich. Die Ertragsfähigkeit des Bodens sei durch die Anwendung von Kapital, Arbeit und Wissenschaft ins Unendliche zu steigern. Das „übervölkerte" Großbritannien könne nach der Berechnung der tüchtigsten Oekonomen und Statistiker in zehn Jahren dahin gebracht werden, daß es Korn genug für das Sechsfache seiner damaligen Bevölkerung produzire. Das Kapital steigere sich täglich, die Arbeitskraft wachse mit der Bevölkerung, und die Wissenschaft unterwerfe den Menschen die Naturkraft mehr und mehr. „Diese unermeßliche Produktions-

fähigkeit, mit Bewußtsein und im Interesse Aller gehandhabt, würde die der Menschheit zufallende Arbeit bald auf ein Minimum verringern; der Konkurrenz überlassen, thut sie dasselbe, aber innerhalb des Gegensatzes. Ein Theil des Landes wird aufs beste kultivirt, während ein anderer — in Großbritannien und Irland dreißig Millionen Acres gutes Land — wüst daliegt. Ein Theil des Kapitals zirkulirt mit ungeheurer Schnelligkeit, ein anderer liegt todt im Kasten. Ein Theil der Arbeiter arbeitet vierzehn, sechzehn Stunden des Tages, während ein anderer faul und unthätig dasteht und verhungert. Oder die Vertheilung tritt aus dieser Gleichzeitigkeit heraus; heute geht der Handel gut, die Nachfrage ist sehr bedeutend, da arbeitet alles, das Kapital wird mit wunderbarer Schnelligkeit umgeschlagen, der Ackerbau blüht, die Arbeiter arbeiten sich krank — morgen tritt eine Stockung ein, der Ackerbau lohnt nicht der Mühe, ganze Strecken Landes bleiben unbebaut, das Kapital erstarrt mitten im Flusse, die Arbeiter haben keine Beschäftigung, und das ganze Land laborirt an überflüssigem Reichthum und überflüssiger Bevölkerung.“ Wie einfach immer diese Erklärung des Phänomens ist, so darf sie von der liberalen Oekonomie niemals zugestanden werden, die damit die ganze Herrlichkeit des Konkurrenzsystems preisgeben würde.

Statt dessen suchte sie sich mit der Bevölkerungstheorie zu helfen. Malthus behauptete, daß die Bevölkerung stets auf die Subsistenzmittel drücke, daß dem menschlichen Geschlecht die unveräußerliche Tendenz inne wohne, sich über die jeweilig vorhandenen Subsistenzmittel hinaus zu vermehren; nach seiner Annahme wächst die Bevölkerung in geometrischer (1:2:4:8:16:32 ꝛc.), die Produktionskraft des Bodens aber nur in arithmetischer (1:2:3:4:5:6 ꝛc.) Progression. In der ständigen Uebervölkerung sah die liberale Oekonomie die Ursache alles Elends und Lasters. Aus ihr zog sie ihre anmuthigen Schlüsse: Almosengeben sei ein Verbrechen, da es den Zuwachs der überzähligen Bevölkerung unterstütze, dagegen sei es sehr vortheilhaft, wenn man die Armuth zu einem Verbrechen und die Armenhäuser zu Zuchthäusern mache und Aehnliches mehr. Zwar stimmte diese Theorie sehr schlecht mit der Lehre der Bibel von der Vollkommenheit Gottes und seiner Schöpfung, aber die fromme englische Bourgeoisie meinte, es sei eine schlechte Widerlegung, wenn man die Bibel gegen Thatsachen ins Feld führe.

Engels geht scharf ins Gericht mit dieser „infamen, niederträchtigen Doktrin, dieser scheußlichen Blasphemie gegen die Natur und Menschheit“. Er fragt, wo denn erwiesen sei, daß die Ertragsfähigkeit des Bodens in arithmetischer Progression steige? Gegenüber dieser rein aus der Luft gegriffenen Behauptung macht Engels darauf aufmerksam, was die Agrikultur des Jahrhunderts allein der Chemie, ja allein zwei Männern — Sir Humphrey Davy und Justus Liebig — verdanke. Es sei lächerlich von Uebervölkerung zu reden, so lange überhaupt erst ein Drittel der Erde für bebaut angesehen und die Produktion dieses Drittels selbst durch die Anwendung jetzt schon bekannter Verbesserungen um das Sechsfache und mehr gesteigert werden könne. Malthus mache zwei Fehler. Er übersehe, daß die überzählige Bevölkerung stets mit überzähligem Reichthum, überzähligem

Kapital und überzähligem Grundbesitz verknüpft sei, eine Thatsache, deren Erwägung zur richtigen Erkenntniß führen müsse. Dann aber verwechsele Malthus die Mittel der Beschäftigung mit den Mitteln der Subsistenz. Was er wirklich bewiesen habe und was bewiesen zu haben sein Verdienst sei, das sei etwas anderes. Er habe bewiesen, daß die Bevölkerung stets auf die Mittel der Beschäftigung drücke, daß die Erzeugung der Arbeitskraft bisher durch das Gesetz der Konkurrenz regulirt worden und daher auch den periodischen Krisen und Schwankungen ausgesetzt gewesen sei.

In aller Hinfälligkeit und Scheußlichkeit der liberalen Bevölkerungstheorie erkennt Engels den historischen Fortschritt, den sie enthält. Sie habe auf die Produktionskraft der Erde und der Menschheit aufmerksam gemacht, sie liefere die stärksten ökonomischen Argumente für eine soziale Umgestaltung. „Wir haben durch sie die tiefste Erniedrigung der Menschheit, ihre Abhängigkeit vom Konkurrenzverhältnisse kennen gelernt; sie hat uns gezeigt, wie in letzter Instanz das Privateigenthum den Menschen zu einer Waare gemacht hat, deren Erzeugung und Vernichtung auch nur von der Nachfrage abhängt; wie das System der Konkurrenz dadurch Millionen von Menschen geschlachtet hat und täglich schlachtet; das alles haben wir gesehen, und das alles treibt uns zur Aufhebung dieser Erniedrigung der Menschheit durch die Aufhebung des Privateigenthums, der Konkurrenz und der entgegengesetzten Interessen.“

Zu dem gleichen Ergebniß kommt Engels bei Erwägung der Frage, wie die Konkurrenz das Machtverhältniß zwischen Arbeit, Kapital und Grundbesitz verschiebe. „Zuerst sind Grundbesitz und Kapital jedes stärker als die Arbeit, denn der Arbeiter muß arbeiten, um zu leben, während der Grundbesitzer von seinen Renten und der Kapitalist von seinen Zinsen, im Nothfalle von seinem Kapital oder dem kapitalisirten Grundbesitz leben kann. Die Folge davon ist, daß der Arbeit nur das Allernothdürftigste, die nackten Subsistenzmittel zufallen, während der größte Theil der Produkte sich zwischen dem Kapital und dem Grundbesitz vertheilt. Der stärkere Arbeiter treibt ferner den schwächeren, das größere Kapital das geringere, der größere Grundbesitz den kleineren aus dem Markte. Die Praxis bestätigt diesen Schluß. Die Vortheile, die der größere Fabrikant und Kaufmann über den kleinen, der große Grundbesitzer über den Besitzer eines einzigen Morgens hat, sind bekannt. Die Folge hievon ist, daß schon unter gewöhnlichen Verhältnissen das große Kapital und der große Grundbesitz das kleine Kapital und den kleinen Grundbesitz nach dem Rechte des Stärkeren verschlingen — die Zentralisation des Besitzes. In Handels- und Agrikulturkrisen geht diese Zentralisation viel rascher vor sich. — Großer Besitz vermehrt sich überhaupt viel rascher als kleiner, weil von dem Ertrage ein viel geringerer Theil als Ausgaben des Besitzers in Abzug kommt. Diese Zentralisation des Besitzes ist ein dem Privateigenthum ebenso immanentes Gesetz, wie alle anderen; die Mittelklassen müssen immer mehr verschwinden, bis die Welt in Millionäre und Paupers, in große Grundbesitzer und arme Tagelöhner getheilt ist. Alle

Gesetze, alle Theilung des Grundbesitzes, alle etwaige Zersplitterung des Kapitals hilft nichts." Die freie Konkurrenz erzeugt das Monopol, wie das Monopol die Konkurrenz erzeugt: aus diesem Dilemma giebt es nur einen Ausweg, die Aufhebung des Prinzips, das beide erzeugt, die Aufhebung des Privateigenthums.

Die Konkurrenz hat alle Lebensverhältnisse des Menschen durchdrungen; wie den numerischen Fortschritt der Menschheit, beherrscht sie auch ihren sittlichen. „Wer mit der Statistik des Verbrechens sich einigermaßen bekannt gemacht hat, dem muß die eigenthümliche Regelmäßigkeit aufgefallen sein, mit der das Verbrechen alljährlich fortschreitet, mit der gewisse Ursachen gewisse Verbrechen erzeugen. Diese Regelmäßigkeit beweist, daß auch das Verbrechen von der Konkurrenz regiert wird, daß die Gesellschaft eine Nachfrage nach Verbrechen erzeugt, der durch eine angemessene Zufuhr entsprochen wird." Wie gerecht es unter diesen Umständen, abgesehen von allen anderen, sei, Verbrechen zu bestrafen, überläßt Engels dem Urtheile seiner Leser. Er will durch diesen Hinweis auf das moralische Gebiet nur zeigen, zu welcher tiefen Erniedrigung das Privateigenthum den Menschen gebracht hat.

Zuletzt hebt er hervor, daß Grundbesitz und Kapital in ihrem Kampfe gegen die Arbeit unter den heutigen Verhältnissen noch einen mächtigen Bundesgenossen haben: nämlich die Hilfe der Wissenschaft. „Fast alle mechanischen Erfindungen z. B. sind durch den Mangel an Arbeitskraft veranlaßt worden, so besonders Hargreaves, Cromptons und Arkwrigths Baumwollspinnmaschinen. Die Arbeit ist nie sehr gesucht gewesen, ohne daß daraus eine Erfindung hervorging, die die Arbeitskraft bedeutend vermehrte, also die Nachfrage von der menschlichen Arbeit ablenkte. Die Geschichte Englands von 1770 bis jetzt ist ein fortlaufender Beweis dafür. Die letzte große Erfindung in der Baumwollspinnerei, die Selfakting Mule, wurde ganz allein durch die Frage nach Arbeit und den steigenden Lohn veranlaßt, — sie verdoppelte die Maschinenarbeit und beschränkte dadurch die Handarbeit auf die Hälfte, warf die Hälfte der Arbeiter außer Beschäftigung und drückte dadurch den Lohn der anderen Hälfte herab; sie vernichtete eine Verschwörung der Arbeiter gegen die Fabrikanten und zerstörte den letzten Rest von Kraft, mit dem die Arbeit noch den ungleichen Kampf gegen das Kapital ausgehalten hatte." Gegen die Behauptung der Oekonomen, daß im Endresultate die Maschinerie für die Arbeiter günstig sei, indem sie die Produktion billiger mache, dadurch einen neuen größeren Markt für ihre Produkte schaffe und so zuletzt die außer Arbeit gesetzten Arbeiter doch wieder beschäftige, beruft sich Engels auf das von ihnen selbst festgestellte Gesetz, wonach die Arbeitskraft stets auf die Mittel der Beschäftigung drücke. Sollten also jene Vortheile eintreten, so würden sie dadurch illusorisch gemacht, daß bereits wieder eine Ueberzahl von Konkurrenten für Arbeit darauf warte, während der Nachtheil, die plötzliche Wegnahme der Subsistenzmittel für die eine und der Fall des Lohns für die andere Hälfte der Arbeiter nicht illusorisch sei.

In engem Zusammenhange mit diesen Aphorismen zur Kritik der bürgerlichen Oekonomie steht der andere Aufsatz, den Engels in den Deutsch-Französischen

Jahrbüchern veröffentlichte: ein kritischer Auszug aus Carlyles Past and Present. Engels beginnt damit, in drastischen Strichen die geistige Erschöpfung der englischen Aristokratie und Bourgeoisie zu schildern; er nennt den gebildeten Engländer, nach dem man auf dem Kontinente den englischen Nationalcharakter beurtheile, den verächtlichsten Sklaven unter der Sonne, der unter Vorurtheilen, namentlich religiösen Vorurtheilen ersticke. „Nur der auf dem Kontinente unbekannte Theil der englischen Nation, nur die Arbeiter, die Parias Englands, die Armen, sind wirklich respektabel, trotz all ihrer Rohheit und all ihrer Demoralisation. Von ihnen geht die Rettung Englands aus, in ihnen liegt noch bildsamer Stoff; sie haben keine Bildung, aber auch keine Vorurtheile, sie haben noch Kraft aufzuwenden für eine große nationale That, sie haben noch eine Zukunft.“ Engels erzählt, als das Leben Jesu von Strauß über den Kanal gekommen sei, habe kein anständiger Mann gewagt, das Buch zu übersetzen, kein angesehener Buchhändler, es zu drucken. „Endlich übersetzte es ein sozialistischer Lekturer, also ein Mann in einer der unfashionabelsten Lebensstellungen von der Welt, ein unbedeutender sozialistischer Buchdrucker druckte es in Heften, jedes zu einem Penny, und die Arbeiter von Manchester, Birmingham und London bildeten das einzige Publikum für Strauß in England.“ Von den beiden Parteien, in die sich der gebildete Theil der Engländer spalte, findet Engels das verhältnißmäßig unbefangenere Urtheil bei den Tories, welche in der Industrie höchstens ein nothwendiges Uebel sähen, weil sie ihre Macht und Alleinherrschaft gebrochen habe, während die Whigs an der Industrie, die ihnen Macht und Reichthum gebe, alles tadellos fänden und in ihrer Ausdehnung den einzigen Zweck aller Gesetzgebung erblickten. Philanthropische Tories, wie Lord Ashley, Ferrand, Walter, Oastler und andere, machten sich die Vertretung der Fabrikarbeiter gegen die Fabrikanten zur Pflicht. Auch Thomas Carlyle sei ursprünglich ein Tory und stehe dieser Partei noch immer näher als den Whigs. Ein Whig hätte nie ein Buch schreiben können, das halb so menschlich wäre, wie Past and Present, das einzige Buch in der englischen Literatur des Jahres 1843, das lesenswerth sei, das einzige, das menschliche Saiten anschlage, menschliche Verhältnisse darlege und eine Spur von menschlicher Anschauungsweise entwickle.

Carlyles Schrift ist ein Vergleich zwischen dem England des zwölften und dem England des neunzehnten Jahrhunderts. Sie betrachtet die Gegenwart mit den düstersten Blicken, schildert sie mit Farben, die von heißer Scham brennen, droht und zürnt ihr in einer Prophetensprache von erschütternder Gewalt. Eine faullenzende grundbesitzende Aristokratie, die noch nicht einmal gelernt hat, still zu sitzen und wenigstens kein Unheil anzustiften, eine arbeitende Aristokratie, die im Mammonismus versunken und wo sie eine Versammlung von Leitern der Arbeit sein sollte, ein Haufe von industriellen Piraten ist, ein durch Bestechung gewähltes Parlament, eine Lebensphilosophie des bloßen Nichtsthuns und Zusehens, eine ausgeschlissene bröcklige Religion, eine totale Auflösung aller allgemein menschlichen Interessen, eine universelle Verzweiflung an der Wahrheit und der

Menschheit, eine chaotische wüste Verwirrung aller Lebensverhältnisse, ein Krieg Aller gegen Alle, eine unverhältnißmäßig starke arbeitende Klasse, in unerträglichem Druck und Elend, in wilder Unzufriedenheit und Rebellion gegen die alte soziale Ordnung, und daher eine drohende, unaufhaltsam voranrückende Demokratie: überall Chaos, Unordnung, Anarchie, Auflösung der alten Bande der Gesellschaft, überall geistige Leere, Gedankenlosigkeit und Erschlaffung — das war nach Carlyle die Lage Englands in den vierziger Jahren. Er gesteht, kein Universalmittel für die Heilung der sozialen Uebel zu haben, keine Morrisonspille, wie er in seiner besonderen Sprache sagt.

So weit stimmt ihm Engels zu, wenngleich nicht ohne Vorbehalt. Er schreibt: „Alle Sozialphilosophie, so lange sie noch ein paar Sätze als ihr Endresultat aufstellt, so lange sie noch Morrisonspillen eingiebt, ist noch sehr unvollkommen; es sind nicht die nackten Resultate, die wir so sehr bedürfen, als vielmehr das Studium; die Resultate sind nichts ohne die Entwicklung, die zu ihnen geführt hat, das wissen wir schon seit Hegel, und die Resultate sind schlimmer als nutzlos, wenn sie für sich fixirt, wenn sie nicht wieder zu Prämissen für die fernere Entwicklung gemacht werden. Aber die Resultate müssen auch temporär eine bestimmte Form annehmen, müssen durch die Entwicklung aus der vagen Unbestimmtheit zu klaren Gedanken sich gestalten und können dann allerdings bei einer so rein empirischen Nation, wie die Engländer sind, die Form der Morrisonspillen nicht vermeiden.“ Engels erläutert den englischen Skeptizismus. Das Resultat aller englischen Philosophie sei die eingestandene Unfähigkeit, die Widersprüche zu lösen, auf die man in letzter Instanz stoße, und in Folge dessen auf der einen Seite ein Rückfall in den Glauben, auf der anderen die Hingebung an die reine Praxis, ohne sich viel um Methaphysik u. s. w. zu kümmern. Die englischen Sozialisten, die Carlyle in allen seinen Rhapsodien mit keiner Silbe erwähne, seien rein praktisch und schlügen deshalb auch Maßregeln, wie Kolonisation der Heimath, in etwas Morrisonspillenmäßiger Form vor; ihre Philosophie sei echt englisch, skeptisch; sie verzweifelten an der Theorie und hielten sich für die Praxis an den Materialismus, auf dem ihr ganzes soziales System basire. Sie seien einseitig, aber wie sie sei auch Carlyle einseitig. Beide hätten den Widerspruch nur innerhalb des Widerspruchs überwunden, die Sozialisten innerhalb der Praxis, Carlyle innerhalb der Theorie; was Beiden fehle, sei die Kenntniß der deutschen Philosophie. Engels hofft, die englischen Sozialisten würden von selbst dazu kommen, und es sei nicht so eilig, ihnen die deutsche Philosophie aufzudrängen, die ihnen zunächst wenig nützen könne, aber er meint auch, Carlyle habe nur noch einen, wenngleich, wie alle Erfahrung in Deutschland gezeigt habe, schweren Schritt zu thun, um über den Widerspruch hinwegzukommen, in dem er sich bewege.

Carlyle erklärt, daß alles unnütz und fruchtlos sei, so lange die Menschheit im Atheismus beharre, so lange sie ihre „Seele“ noch nicht wieder gefunden habe. Er versteht unter Atheismus nicht den Unglauben an einen persönlichen

Gott, sondern den Unglauben an die innere Wahrhaftigkeit, die Unendlichkeit des Universums, den Unglauben an die Vernunft; sein Kampf geht nicht gegen den Unglauben an die Offenbarung der Bibel, sondern „gegen den schrecklichsten Unglauben, den Unglauben an die Bibel der Weltgeschichte“. Er ist Pantheist im Sinne Spinozas, Goethes, des jungen Schelling. Seine Religion der Zukunft hat in Goethe ihren Propheten und in der Arbeit ihren Kultus. Carlyles Pantheismus ist die letzte Form der Religion, aber er ist noch immer Religion, bleibt noch immer im Dualismus stecken, erkennt immer noch etwas Höheres an als den Menschen als solchen. Dementsprechend glaubt Carlyle an den vorläufigen, aber nicht an den dauernden Sieg der Demokratie. Die arbeitenden Millionen werden in ihrem Lebensbedürfniß die falsche Leitung wegwerfen und für einen Augenblick hoffen, daß Nichtleitung ihnen genügen werde. Aber das wird nur einen Augenblick dauern. Das große Problem ist dann noch ungelöst: die Führung der Menschheit durch ihre wahren Oberen, durch Industriefeldherren, durch Heroen, durch die Besten, deren Leitung die unvermeidliche Demokratie mit der nothwendigen Souveränetät zu verbinden wüßte.

Gegen diese Auffassung Carlyles führt nun Engels die Resultate ins Feld, welche Bruno Bauer und Feuerbach gewonnen hatten. Er sagt, Carlyles Klagen seien gerecht, aber mit dem einfachen Klagen sei es nicht gethan; um dem Uebel abzuhelfen, müsse man seine Ursachen aufsuchen. Hätte Carlyle dies gethan, so würde er gefunden haben, daß der Atheismus und die Seelenlosigkeit, die er anklage, ihren Grund hätten in der Religion selbst. Die Religion sei ihrem Wesen nach die Entleerung des Menschen und der Natur von allem Gehalt, die Uebertragung dieses Gehalts an das Phantom eines jenseitigen Gottes, der dann wiederum dem Menschen und der Natur in Gnaden etwas von seinem Ueberflusse zukommen lasse. „Auch wir greifen die Heuchelei des jetzigen christlichen Weltzustandes an; der Kampf gegen sie, unsere Befreiung von ihr und die Befreiung der Welt von ihr sind am Ende unser einzig Tagwerk, aber weil wir durch die Entwicklung der Philosophie zur Erkenntniß dieser Heuchelei gekommen sind, und weil wir diesen Kampf wissenschaftlich führen, darum ist uns das Wesen dieser Heuchelei nicht mehr so fremd und unverständlich, wie es für Carlyle allerdings noch ist. Diese Heuchelei führen wir auch auf die Religion zurück, deren erstes Wort eine Lüge ist — oder fängt die Religion nicht damit an, daß sie uns etwas Menschliches zeigt und behauptet, das sei etwas Uebermenschliches, Göttliches? Weil wir aber wissen, daß alle diese Lüge und Unsittlichkeit aus der Religion folgt, daß die religiöse Heuchelei der Urtypus aller anderen Lüge und Heuchelei ist, so sind wir berechtigt, den Namen der Theologie auf die gesammte Unwahrheit und Heuchelei der Gegenwart auszudehnen, wie dies zuerst durch Feuerbach und Bruno Bauer geschehen ist. Carlyle möge ihre Schriften lesen, wenn er zu wissen wünscht, woher die Unsittlichkeit kommt, die alle unsere Verhältnisse verpestet.“ Engels fügt hinzu, alle Möglichkeiten der Religion seien erschöpft; es sei unmöglich, eine neue Religion, einen pantheistischen Heroenkultus,

Kultus der Arbeit zu stiften und darauf zu hoffen. Nach dem Christenthum sei keine andere Religion mehr möglich, auch der Pantheismus nicht, der selbst noch eine von seiner Voraussetzung nicht zu trennende Konsequenz des Christenthums sei, wie Feuerbach wiederum bewiesen habe.

Den Atheismus, den Carlyle schildert, will Engels auch vernichten, aber dadurch, daß er dem Menschen den Inhalt wiedergiebt, den er durch die Religion verloren hat, nicht als einen göttlichen, sondern als einen menschlichen Inhalt, und die ganze Wiedergabe beschränke sich einfach auf die Erweckung des Selbstbewußtseins. Die Prätension des Menschlichen und Natürlichen, übermenschlich, übernatürlich sein zu wollen, sei die Wurzel aller Unwahrheit und Lüge. „Deswegen haben wir auch der Religion und den religiösen Vorstellungen ein- für allemal den Krieg erklärt, und kümmern uns wenig darum, ob man uns Atheisten oder sonst irgend wie nennt. Wenn indeß Carlyles pantheistische Definition von Atheismus richtig wäre, so wären nicht wir, sondern unsere christlichen Gegner die wahren Atheisten. Uns fällt es nicht ein, die ‚ewigen Thatsachen des Universums‘ anzugreifen; im Gegentheil, wir haben sie erst wahrhaft begründet, indem wir ihre Ewigkeit nachwiesen und sie vor der allmächtigen Willkür eines in sich selbst widersprechenden Gottes sicher stellten. . . . Uns fällt es nicht ein, die ‚Offenbarung der Geschichte‘ zu bezweifeln oder zu verachten; die Geschichte ist unser Eins und Alles und wird von uns höher gehalten als von irgend einer anderen früheren philosophischen Richtung, höher selbst als von Hegel, dem sie am Ende auch nur als Probe auf sein logisches Rechenexempel dienen sollte. Der Hohn gegen die Geschichte, die Nichtachtung der Entwicklung der Menschheit ist ganz auf der anderen Seite; es sind wiederum die Christen, die durch die Aufstellung einer aparten ‚Geschichte des Reiches Gottes‘ der wirklichen Geschichte alle innere Wesenhaftigkeit absprechen und diese Wesenhaftigkeit allein für ihre jenseitige, abstrakte und noch dazu erdichtete Geschichte in Anspruch nehmen, die durch die Vollendung der menschlichen Gattung in ihrem Christus die Geschichte ein imaginäres Ziel erreichen lassen, sie mitten in ihrem Laufe unterbrechen und nun die folgenden achtzehnhundert Jahre schon der Konsequenz halber für wüsten Unsinn und baare Inhaltlosigkeit ausgeben müssen. Wir reklamiren den Inhalt der Geschichte, aber wir sehen in der Geschichte nicht die Offenbarung ‚Gottes‘, sondern des Menschen und nur des Menschen. Wir haben nicht nöthig, um die Herrlichkeit des menschlichen Wesens zu sehen, um die Entwicklung der Gattung in der Geschichte, ihren unaufhaltsamen Fortschritt, ihren stets sicheren Sieg über die Unvernunft des Einzelnen, ihre Ueberwindung alles scheinbaren Uebermenschlichen, ihren harten, aber erfolgreichen Kampf mit der Natur, bis zur endlichen Erringung des freien menschlichen Selbstbewußtseins, der Einsicht von der Einheit des Menschen mit der Natur, und der freien, selbstthätigen Schöpfung einer auf rein menschliche, sittliche Lebensverhältnisse begründeten neuen Welt — um alles das in seiner Größe zu erkennen, haben wir nicht nöthig, erst die Abstraktion eines ‚Gottes‘ herbeizurufen und ihr alles Schöne, Große, Erhabene und wahrhaft Menschliche

zuzuschreiben.... Die Gottlosigkeit unseres Zeitalters, worüber Carlyle so sehr klagt, ist seine Gotterfülltheit.... Die Frage ist bisher immer gewesen: Was ist Gott? und die deutsche Philosophie hat die Frage dahin gelöst: Gott ist der Mensch. Der Mensch hat sich nur selbst zu erkennen, alle Lebensverhältnisse an sich selbst zu messen, nach seinem Wesen zu beurtheilen, die Welt nach den Forderungen seiner Natur wahrhaft menschlich einzurichten, so hat er das Räthsel unserer Zeit gelöst.... Alles das steht auch in Goethe, dem ‚Propheten‘, und wer offene Augen hat, der kann es herauslesen. Goethe hatte nicht gern mit ‚Gott‘ zu thun, das Wort machte ihn unbehaglich, er fühlte sich nur im Menschlichen heimisch, und diese Menschlichkeit, diese Emanzipation der Kunst von den Fesseln der Religion, macht eben Goethes Größe aus. Weder die Alten noch Shakespeare können sich in dieser Beziehung mit ihm messen. Aber diese vollendete Menschlichkeit, diese Ueberwindung des religiösen Dualismus kann nur von dem in ihrer ganzen historischen Bedeutung erfaßt werden, dem die andere Seite der deutschen Nationalentwicklung, die Philosophie, nicht fremd ist. Was Goethe erst unmittelbar, also in gewissem Sinne allerdings ‚prophetisch‘, aussprechen konnte, das ist in der neuesten deutschen Philosophie entwickelt und begründet."

Aus dieser Kritik von Carlyles innerem religiösen Standpunkt ergiebt sich schon, wie Engels über seinen äußeren politisch-sozialen Standpunkt denkt, über seinen Heroenkultus und was darum und daran hängt. „Als ob diese Heroen im besten Falle mehr sein könnten als Menschen! Hätte Carlyle den Menschen als Menschen in seiner ganzen Unendlichkeit begriffen, so würde er nicht auf den Gedanken gekommen sein, die Menschheit wieder in zwei Haufen Schafe und Böcke, Regierende und Regierte, Aristokraten und Kanaille, Herren und Dummköpfe zu trennen, so würde er die richtige soziale Stellung des Talents nicht im gewaltsamen Regieren, sondern im Anregen und Vorangehen gefunden haben. Das Talent hat die Masse von der Wahrheit seiner Ideen zu überzeugen und wird sich dann nicht weiter um die ganz von selbst folgende Ausführung derselben zu plagen haben." Wohl sei die Demokratie ein Durchgangspunkt, wie Carlyle meine, aber nicht Durchgangspunkt zu einer neuen verbesserten Aristokratie, sondern zur wirklichen menschlichen Freiheit, ebenso wie die Irreligiosität des Zeitalters zuletzt zur vollkommenen Emanzipation von allem Religiösen, Uebermenschlichen und Uebernatürlichen, nicht aber zu dessen Wiederherstellung leiten werde.

Engels schließt den einen wie den anderen seiner beiden Aufsätze mit dem Versprechen, demnächst ausführlicher auf das Fabriksystem, auf die Lage Englands und ihren Kern, die Lage der arbeitenden Klassen einzugehen. Der schnelle Untergang der Deutsch-Französischen Jahrbücher hinderte ihn, sein Versprechen in der beabsichtigten Form einzulösen; er hat es dann in anderer Weise gethan.

IV. Die Heilige Familie.

Ehe indessen Marx und Engels die Fäden der positiven Selbstverständigung weiter spannen, die sie in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern angeknüpft hatten, vereinigten sie sich zu ihrer ersten gemeinsamen Arbeit, zu einer kritischen Auflösung des deutschen Idealismus, soweit er in Bruno Bauer und den Berliner Freien noch namhafte Vertreter fand. Marx und Engels waren durch ihre Beiträge für die Jahrbücher in einen lebhaften Briefwechsel gekommen, und im September 1844 kam Engels auf einige Tage nach Paris, um Marx zu besuchen. Aus demselben Monat ist die Vorrede der Schrift datirt, die im Jahre 1845 in Frankfurt a. M. erschien unter dem Titel: Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik, gegen Bruno Bauer und Konsorten, von Friedrich Engels und Karl Marx. Die Schrift steht in keinem äußeren Zusammenhange mit den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, aber ihrem inneren Wesen nach gehört sie ganz in den Gedankenkreis, den Marx und Engels in dieser Zeitschrift umschrieben hatten. Sie ist gewissermaßen die erste praktische Probe auf die Festigkeit und Sicherheit des neu gewonnenen Standpunkts, eine Probe, die wenn sie gelang, natürlich auch diesem Standpunkte neue Stützen sichern mußte.

Zweck der Heiligen Familie ist nach dem Vorworte der Verfasser, das größere Publikum über die Illusionen der spekulativen Philosophie zu verständigen. „Der reale Humanismus hat in Deutschland keinen gefährlicheren Feind, als den Spiritualismus oder den spekulativen Idealismus, der an Stelle des wirklichen individuellen Menschen das ‚Selbstbewußtsein‘ und den ‚Geist‘ setzt und mit dem Evangelisten lehrt: Der Geist ist es, der da lebendig macht, das Fleisch ist kein Nütze. Es versteht sich, daß dieser fleischlose Geist nur in seiner Einbildung Geist hat. Was wir in der Bauerschen Kritik bekämpfen, ist eben die als Karrikatur sich reproduzirende Spekulation. Sie gilt uns als der vollendetste Ausdruck des christlich-germanischen Prinzips, das seinen letzten Versuch macht, indem es die ‚Kritik‘ selbst in eine transzendente Macht verwandelt.“ Die Darstellung von Marx und Engels schließt sich vorzugsweise an die acht ersten Hefte der Allgemeinen Literaturzeitung an, die Bruno Bauer gemeinsam mit seinem Bruder Edgar, Faucher, Jungnitz, Szeliga und Anderen seit Anfang 1844 in Charlottenburg herausgab.

In dieser Monatsschrift machten die Berliner Freien den Versuch, ihre Weltanschauung zu begründen, alle wichtigen Erscheinungen, die das Leben der Gegenwart beeinflußten, Religion und Philosophie, Christenthum und Judenthum, Pauperismus und Sozialismus, englische Industrie und französische Revolution auf ihre historische Bedeutung zu untersuchen, sie alle vor dem Richterthrone des absoluten Selbstbewußtseins und der kritischen Kritik abzuurtheilen. Das Programm der Zeitschrift war gewissermaßen in dem Satze Bruno Bauers enthalten: „Alle großen Aktionen der bisherigen Geschichte waren deshalb von vornherein verfehlt und ohne eingreifenden Erfolg, weil die Masse sich für sie interessirt

und enthusiasmirt hatte oder sie mußten ein klägliches Ende nehmen, weil die Idee, um die es sich in ihnen handelte, von der Art war, daß sie sich mit einer oberflächlichen Auffassung begnügen, also auch auf den Beifall der Masse rechnen mußte.“ Der Gegensatz zwischen „Geist“ und „Masse“ zieht sich wie ein rother Faden durch die Allgemeine Literaturzeitung; sie sagt, der Geist wisse jetzt, wo er seinen einzigen Widersacher zu suchen habe, nämlich in den Selbsttäuschungen und der Kernlosigkeit der Masse.

In gewisser Beziehung glich dieser Standpunkt dem Standpunkte, von dem die großen Utopisten ausgegangen waren. Massenbewegungen, wie die französische Revolution, die anscheinend die Welt aus den Angeln gehoben hatten, waren gescheitert und in einen sehr trivialen Krämerdespotismus ausgelaufen. Alle Fortschritte des Geistes erwiesen sich bisher als Fortschritte gegen die Masse der Menschheit, die in immer entmenschtere Situationen hineingetrieben wurde. Fourier und Owen traten gewissermaßen auch als aktiver Geist der passiven Masse gegenüber. Der Unterschied war nur, daß sie die entwickelte bürgerliche Gesellschaft vor sich hatten, während die Bauers und ihr Anhang in einer feudal-rückständigen und kleinbürgerlich-verkröpften Gesellschaft lebten, daß jene praktische Geschäftsmänner waren und diese deutsche Philosophen, daß jene auf den französischen Materialismus zurückgingen und diese auf den deutschen Idealismus, daß jene die Grundlagen der wirklichen Gesellschaft, die Beziehungen des Menschen zur Industrie und Natur untersuchten, während diese einen eingebildeten Geist zum Leiter einer eingebildeten Geschichte machten.

Die Allgemeine Literaturzeitung urtheilte ebenso absprechend wie abgeschmackt über alle „massenhaften“ Bewegungen der Zeit. Vor ihren Augen fand die englische Industrie so wenig Gnade wie die französische Revolution; das Leben und Weben der westeuropäischen Kulturvölker war ihr mehr oder minder ein Greuel. Aber selbst für die deutschen Verhältnisse bedeutete sie einen argen Rückschritt. Sie gab nicht nur preis, was Feuerbach erobert hatte, sondern machte auch aus der Hegelschen Philosophie ein trauriges Zerrbild. Indem Hegel den absoluten Geist als schöpferischen Weltgeist immer erst nachträglich im Philosophen zum Bewußtsein kommen ließ, sagte er im Grunde nur, daß der absolute Geist zum Schein in der spekulativen Einbildung die Geschichte mache, und er hatte sich sehr nachdrücklich gegen die Mißdeutung verwahrt, als ob das philosophische Individuum selbst der absolute Geist sei. Dagegen betrachteten die Bauers und ihre Jünger sich als die persönlichen Inkarnationen der Kritik, des absoluten Geistes, der durch sie mit Bewußtsein im Gegensatze zur übrigen Menschheit die Rolle des Weltgeistes spiele. War die Hegelsche Philosophie der spekulative Ausdruck des christlich-germanischen Dogmas vom Gegensatze des Geistes und der Materie, Gottes und der Welt, so war die Allgemeine Literaturzeitung die kritische Karrikatur, in der sich die Hegelsche Philosophie selbst ins Absurde trieb. Ihr Standpunkt war so haltlos und luftig, daß er sich sogar in der philosophischen Atmosphäre Deutschlands sehr schnell verflüchtigte. Die Allgemeine Literaturzeitung

brachte es nur auf zwölf Monatshefte; in einem Schlußworte zur Heiligen Familie konnten Marx und Engels noch selbst ihren Untergang melden.

Damit hängt es zusammen, daß der Heiligen Familie gleich nach ihrer Veröffentlichung der Vorwurf gemacht wurde, sie renne offene Thüren ein. Ruge schrieb an einen Freund der Verfasser: Schade, daß die Literaturzeitung kein Gibraltar war, und er schwatzt dann noch von der gehässigen und gemeinen Brühe, womit der frühere intimste Freund überschüttet werde. Ein Urtheil, das gelegentlich mit entsprechenden Variationen bis auf den heutigen Tag von strebsamen Jüngern bürgerlicher Gelahrtheit wiederholt worden ist. In Wirklichkeit ist die Schrift weder gehässig noch gemein noch ein Verrath an der Freundschaft, die Engels und Marx mit Bruno Bauer verbunden hatte. Irgend eine persönliche Kränkung der Bauers enthält sie nicht; sie stellt nur an ihrer öffentlichen Schriftstellerei den endgiltigen Bankbruch der idealistischen Philosophie fest: mit einer Klarheit und Schärfe, die für die Theilhaber dieses Bankbruchs unerfreulich genug sein mochte, aber deshalb nicht weniger durch die Sache selbst geboten war. In großen Fragen rücksichtslos zu denken und zu sprechen, frei von allen Kameraderien das Prinzip über die Person zu stellen, das ist von jeher die kennzeichnende Eigenthümlichkeit aller großen Denker gewesen, und von dieser Regel haben Marx und Engels allerdings niemals eine Ausnahme gemacht.

Für sie war die Auseinandersetzung mit den Bauers eine aufräumende Vorarbeit; sie schickten diese Polemik den selbständigen Schriften voraus, worin sie — jeder für sich — ihre positive Ansicht und damit ihr positives Verhältniß zu den neueren philosophischen und sozialen Doktrinen darstellen wollten. Dem heutigen Leser mag die Polemik hier oder da zu kleinlich erscheinen; namentlich in den Partien, die sich mit den Jungnitz und Szeliga und anderen vergessenen Größen der kritischen Kritik beschäftigen, hat man mitunter die Empfindung einer etwas abspannenden Weitläufigkeit. Jene Meisterschaft epigrammatischer Kritik, die Marx und Engels später so oft bewähren sollten, läßt sich in ihrer ersten gemeinsamen Schrift noch nicht überall erkennen. Doch mag sie der Zwang, mehr als zwanzig Druckbogen zu füllen, wenn sie ihr Buch der deutschen Zensur entreißen wollten, veranlaßt haben, in manche Einzelheiten einzugehen, die sie sonst lieber übergangen hätten. Ein Ton jugendlichen Uebermuths klingt wohl manchmal durch, nirgends aber ein Laut gemeiner oder nicht gemeiner Gehässigkeit. Als Bruno Bauer mehr als ein Menschenalter später starb, einsam und vergessen, da war Engels der Einzige, der in einem schönen Nachrufe die bleibenden Verdienste des Todten würdigte.

Es ist aber auch nicht wahr, daß die Heilige Familie offene Thüren eingerannt habe. Der Nachweis der Verlotterung, in welche die idealistische Philosophie bis auf Sprache und Stil gerieth, war das Geringste an der Schrift. Eine andere Eigenthümlichkeit, welche die Polemik von Marx und Engels immer auszeichnen sollte, tritt in ihr schon glänzend hervor: jener produktive Geist, der die ideologische Einbildung durch die positive Thatsache schlägt, der zugleich schafft,

indem er zerstört, zugleich aufbaut, indem er einreißt. Was die Heilige Familie in dieser Beziehung leistet, ist seitdem durch die späteren Arbeiten von Marx und Engels überholt worden, aber auch nur durch sie; ihr wissenschaftlicher Gehalt kann heute noch die bürgerliche Gelehrsamkeit mit einer Fülle von Erkenntniß segnen, geschweige denn, daß er es vor fünfzig Jahren konnte.

So setzte Marx einigen kritischen Phrasen Bruno Bauers die „profane massenhafte Geschichte" des französischen Materialismus „in einer kurzen Skizze" gegenüber, die in ihrer gedrungenen Kraft, in ihrer durchsichtigen Klarheit immer noch nicht übertroffen worden ist. In der köstlichen Abfertigung Julius Fauchers, der in der Allgemeinen Literaturzeitung allerlei sinnloses Zeug über die Zustände der englischen Industrie zusammengeschrieben hatte, stellte Engels den Klassenkampf, der in England zwischen Großgrundbesitz, Kapital und Arbeit tobte, unter die historischen Gesichtspunkte, unter die er gehörte; er rannte damit so wenig offene Thüren ein, daß er nicht einmal die verschlossenen Sinne der deutschen Intelligenz sprengte. Und das Gleiche gilt von den Aufklärungen über die französische Revolution, womit Marx den hochmüthigen Redereien Bruno Bauers über das „Experiment des 18. Jahrhunderts" auf den Leib rückte.

In diesen Abschnitten der Heiligen Familie, sowie in den Abschnitten, die sich mit Bruno Bauer nochmals über die Judenfrage auseinandersetzen, erweiterte und vertiefte Marx die Gedanken, die er bereits in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern niedergelegt hatte. Gegen jenen Hauptsatz Bauers, wonach alle großen Aktionen der bisherigen Geschichte deshalb von vornherein verfehlt und ohne eingreifenden Erfolg gewesen seien, weil die Masse sich für sie interessirt und enthusiasmirt hatte oder weil die Idee, um die es sich in ihnen handelte, auf den Beifall der Masse rechnen mußte, führte er aus: „Die ‚Idee' blamirte sich immer, so weit sie von dem ‚Interesse' unterschieden war. Andererseits ist es leicht zu begreifen, daß jedes massenhafte, geschichtlich sich durchsetzende ‚Interesse', wenn es zuerst die Weltbühne betritt, in der ‚Idee' oder ‚Vorstellung' weit über seine wirklichen Schranken hinausgeht und sich mit dem menschlichen Interesse schlechthin verwechselt. Diese Illusion bildet das, was Fourier den Ton einer jeden Geschichtsepoche nennt. Das Interesse der Bourgeoisie in der Revolution von 1789, weit entfernt, ‚verfehlt' zu sein, hat alles ‚gewonnen' und hat den ‚eingreifendsten' Erfolg gehabt, so sehr das ‚Pathos' verraucht ist und so sehr die ‚enthusiastischen' Blumen, womit dieses Interesse seine Wiege bekränzte, verwelkt sind. Dieses Interesse war so mächtig, daß es die Feder eines Marat, die Guillotine der Terroristen, den Degen Napoleons wie das Kruzifix und das Vollblut der Bourbonen siegreich überwand. ‚Verfehlt' ist die Revolution nur für die Masse, die in der politischen ‚Idee' nicht die Idee ihres wirklichen ‚Interesses' besaß, deren wahres Lebensprinzip also mit dem Lebensprinzip der Revolution nicht zusammenfiel, deren reale Bedingungen der Emanzipation wesentlich verschieden sind von den Bedingungen, innerhalb deren die Bourgeoisie sich und die Gesellschaft emanzipiren konnte." Die Revolution war

verfehlt, weil die Masse, innerhalb deren Lebensbedingungen sie wesentlich stehen blieb, eine beschränkte und exklusive, nicht die Gesammtheit umfassende Masse war, weil der zahlreichste, der von der Bourgeoisie unterschiedene Theil der Masse in ihrem Prinzip kein wirkliches Interesse, sondern nur eine Idee besaß.

Es war die Illusion der Terroristen, den modernen Staat, der auf der bürgerlichen Gesellschaft beruht, nach dem Muster des antiken Staates bilden zu wollen, der auf der Sklaverei beruhte. „Welche kolossale Täuschung, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft der Industrie, der allgemeinen Konkurrenz, der frei ihre Zwecke verfolgenden Privatinteressen, der Anarchie, der sich selbst entfremdeten natürlichen und geistigen Individualität — in den Menschenrechten anerkennen und sanktioniren zu müssen, und zugleich die Lebensäußerungen dieser Gesellschaft hinterher an einzelnen Individuen annulliren und zugleich den politischen Kopf dieser Gesellschaft in antiker Weise bilden zu wollen." Es war die Illusion Napoleons, den Staat als Selbstzweck zu betrachten und das bürgerliche Leben nur als seinen Schatzmeister und seinen Subalternen, der keinen Eigenwillen haben dürfe. Die Terroristen wie Napoleon scheiterten an ihren Illusionen. Dann trat der Bourgeoisie noch einmal die Kontrerevolution gegenüber. „Endlich verwirklichte sie in dem Jahre 1830 ihre Wünsche vom Jahre 1789, nur mit dem Unterschiede, daß ihre politische Aufklärung nun vollendet war, daß sie in dem konstitutionellen Repräsentativstaat nicht mehr das Ideal des Staats, nicht mehr das Heil der Welt und allgemein menschliche Zwecke zu erstreben meinte, sondern ihn vielmehr als den offiziellen Ausdruck ihrer ausschließlichen Macht und als die politische Anerkennung ihres besonderen Interesses erkannt hatte." Damit sei aber die Lebensgeschichte der französischen Revolution, die von 1789 datire, noch nicht beendigt — mit diesem nachdrücklichen Hinweise schließt Marx den Abschnitt über die französische Revolution.

Verallgemeinert lautet der Schluß, den Marx aus diesen und anderen historischen Exkursen der Heiligen Familie zieht: „Die Naturnothwendigkeit, die menschlichen Wesenseigenschaften, so entfremdet sie auch erscheinen mögen, das Interesse, halten die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft zusammen, das bürgerliche und nicht das politische Leben ist ihr reales Band. Nicht der Staat hält die Atome der bürgerlichen Gesellschaft zusammen (wie Bruno Bauer behauptet hatte), sondern dies, daß sie Atome nur in der Vorstellung sind, im Himmel ihrer Einbildung — in der Wirklichkeit aber gewaltig von den Atomen unterschiedene Wesen, nämlich keine göttlichen Egoisten, sondern egoistische Menschen. Nur der politische Aberglaube bildet sich noch heutzutage ein, daß das bürgerliche Leben vom Staate zusammengehalten werden müsse, während umgekehrt in der Wirklichkeit der Staat von dem bürgerlichen Leben zusammengehalten wird." Und verächtlichen Aeußerungen Bruno Bauers über Natur und Industrie begegnet Marx mit der Ausführung: „Glaubt die kritische Kritik in der Erkenntniß der geschichtlichen Wirklichkeit auch nur zum Anfang gekommen zu sein, so lange sie das theoretische und praktische Verhalten des Menschen zur Natur, die Natur=

wissenschaft und die Industrie, aus der geschichtlichen Bewegung ausschließt? Oder meint sie irgend eine Periode in der That schon erkannt zu haben, ohne z. B. die Industrie dieser Periode, die unmittelbare Produktionsweise des Lebens selbst erkannt zu haben? Allerdings die spiritualistische, die theologische kritische Kritik kennt nur — kennt wenigstens in ihrer Einbildung — die politischen, literarischen und theologischen Haupt- und Staatsaktionen der Geschichte. Wie sie das Denken von den Sinnen, die Seele vom Leibe, sich selbst von der Welt trennt, so trennt sie die Geschichte von der Naturwissenschaft und Industrie, so sieht sie nicht in der grob-materiellen Produktion auf der Erde, sondern in der dunstigen Wolkenbildung am Himmel die Geburtsstätte der Geschichte." So sprießt die junge Saat der materialistischen Geschichtsauffassung aus den Furchen hervor, die der kritische Pflug in den festen Händen von Marx und Engels auf dem Acker der idealistischen Philosophie zieht.

Noch werden diese Hände geleitet von Feuerbach einer-, von dem englisch-französischen Sozialismus andererseits. Doch die Abhängigkeit ist nichts weniger als sklavisch. Rückhaltlos erkennen Marx und Engels die genialen Entwicklungen Feuerbachs an, sein Verdienst, die großen und meisterhaften Grundzüge zur Kritik aller Metaphysik geliefert, den Menschen an die Stelle des alten Plunders, auch des unendlichen Selbstbewußtseins gestellt zu haben. Ueber den Humanismus Feuerbachs schreiten sie aber vor zum Sozialismus, über den abstrakten zum historischen Menschen. Mit bewundernswerthem Scharfsinn finden sie sich in der noch chaotisch durcheinander fluthenden Welt des westeuropäischen Sozialismus zurecht. Sie enthüllen das Geheimniß der sozialistischen Spielereien, in denen sich die satte Bourgeoisie gefiel. Das menschliche Elend selbst, die unendliche Verworfenheit, welche das Almosen empfangen muß, dienen der Aristokratie des Geldes und der Bildung zum Amüsement, zur Befriedigung ihrer Selbstliebe, zum Kitzel ihres Uebermuths: einen anderen Sinn haben die vielen Wohlthätigkeitsvereine in Deutschland, die vielen wohlthätigen Gesellschaften in Frankreich, die zahlreichen wohlthätigen Don Quixoterien in England, die Konzerte, Bälle, Schauspiele, Essen für Arme, selbst die öffentlichen Subskriptionen für Verunglückte nicht.

Von den großen Utopisten hat Fourier am meisten beigesteuert zu dem gedanklichen Inhalte der Heiligen Familie. Doch unterscheidet Engels schon zwischen Fourier und Fourierismus; er sagt, der verwässerte Fourierismus, wie ihn die Friedliche Demokratie predige, sei nichts als die soziale Lehre eines Theils der philanthropischen Bourgeoisie. Marx hebt hervor, daß die „Organisation der Arbeit" kein Stichwort der Sozialisten, sondern der politisch-radikalen Partei sei, die in Frankreich eine Vermittlung zwischen der Politik und dem Sozialismus versuche. Beide betonen immer wieder, was die großen Utopisten niemals verstanden hatten: die geschichtliche Entwicklung, die selbstthätige Bewegung der Arbeiterklasse. Auf Edgar Bauers superkluge Bemerkung, der Arbeiter mache nichts, darum habe er nichts, er mache aber nichts, weil seine Arbeit stets eine einzeln bleibende, auf sein eigenstes Bedürfniß berechnete, tägliche sei, erwidert

Engels: „Die kritische Kritik schafft nichts, der Arbeiter schafft alles, ja so sehr alles, daß er die ganze Kritik auch in seinen geistigen Schöpfungen beschämt; die englischen und französischen Arbeiter können davon Zeugniß ablegen.“ Und Bruno Bauers angeblich ausschließenden Gegensatz zwischen „Geist“ und „Masse“ illustrirt Marx unter Anderem auch durch die Bemerkung, daß der kommunistischen Kritik der Utopisten praktisch sogleich die Bewegung der großen Masse entsprochen habe; er sagt, man müsse das Studium, die Wißbegierde, die sittliche Energie, den rastlosen Entwicklungstrieb der französischen und englischen Ouvriers kennen gelernt haben, um sich von dem menschlichen Adel dieser Bewegung eine Vorstellung machen zu können.

Das französische Proletariat hatte seinen hervorragendsten Vertreter in Proudhon gefunden, dessen Schrift über das Eigenthum gewissermaßen den vorgeschobensten Posten des westeuropäischen Sozialismus bildete. Dem entsprechend war Proudhon in der Allgemeinen Literaturzeitung besonders jämmerlich verhunzt, nicht einmal richtig übersetzt, geschweige denn richtig gewürdigt worden. So wird dieser Proletarier unter den französischen Sozialisten auch in der Heiligen Familie am eingehendsten behandelt. Die Abschnitte, die sich mit ihm beschäftigen, sind wie überhaupt der weitaus größere Theil des Buchs von Marx verfaßt. Er nimmt sich Proudhons lebhaft gegen die sinnlos herunterreißende Kritik Edgar Bauers an, und daraus ist das akademische Märlein entstanden, Marx sei anfangs ein Anhänger und Bewunderer des später von ihm so scharf angegriffenen Proudhon gewesen. Doch wurzelt dies Märlein allein in der Unfähigkeit deutscher Professoren, sei es richtig lesen zu können, sei es richtig lesen zu wollen.

Marx identifizirt sich in der Heiligen Familie so wenig mit Proudhon, daß er ihn vielmehr mit Bruno Bauer vergleicht. Edgar Bauer hatte sich darüber lustig gemacht, daß Proudhon in dem Prinzipe der Gleichheit den letzten Vernunftgrund aller Beweise für das Eigenthum finde und doch aus demselben Prinzipe die Unmöglichkeit des Eigenthums folgern wolle. Hierauf erwidert Marx, damit thue Proudhon dasselbe, wie Bruno Bauer, der allen seinen Entwicklungen das unendliche Selbstbewußtsein zu Grunde lege und dies Prinzip auch als das schöpferische Prinzip der dem unendlichen Selbstbewußtsein durch ihre unendliche Bewußtlosigkeit scheinbar gerade widersprechenden Evangelien auffasse. Marx legt dann in sinnreicher Weise dar, daß für den praktischen Franzosen das Prinzip der Gleichheit dasselbe sei, wie für den theoretischen Deutschen das Prinzip des Selbstbewußtseins; wie in Deutschland die destruktive Kritik, ehe sie in Feuerbach zur Anschauung des wirklichen Menschen fortgegangen sei, alles Bestimmte und Bestehende durch das Prinzip des Selbstbewußtseins aufzulösen gesucht habe, so die destruktive Kritik in Frankreich durch das Prinzip der Gleichheit.

Und wie Bruno Bauer die Theologie kritisch zersetzte, aber immer vom Boden der Theologie aus, so Proudhon die Nationalökonomie vom Boden der Nationalökonomie. Den großen Fortschritt, den er gemacht hat, sieht Marx darin, daß er das Privateigenthum, die Grundvoraussetzung der Nationolökonomie,

welche ihre Vertreter als eine unumstößliche, nicht weiter zu erörternde Thatsache behandelten, der ersten entschiedenen, rücksichtslosen und zugleich wissenschaftlichen Prüfung unterwerfe. Zwar habe der Widerspruch zwischen dem menschlichen Scheine der nationalökonomischen Voraussetzungen, wie Lohn, Werth u. s. w. und der unmenschlichen Wirklichkeit des Privateigenthums sich früher schon gelegentlich den Nationalökonomen bemerklich gemacht, aber dann hätten sie das Privateigenthum nur in irgend einer partiellen Gestalt als Verfälscher des an sich, nämlich in ihrer Vorstellung vernünftigen Arbeitslohns oder Werths angegriffen, wie Adam Smith gelegentlich die Kapitalisten, Sismondi das Fabriksystem, Ricardo das Grundeigenthum. Dieser Bewußtlosigkeit habe Proudhon ein für alle Male ein Ende gemacht, indem er den menschlichen Schein der nationalökonomischen Verhältnisse ernst genommen und ihrer unmenschlichen Wirklichkeit schroff gegenübergestellt habe. Er habe das Privateigenthum schlechthin als den Verfälscher der nationalökonomischen Begriffe dargestellt und damit alles geleistet, was die Kritik der Nationalökonomie vom nationalökonomischen Standpunkt aus leisten könne. Aber diesen Standpunkt verlasse Proudhon nicht; er bekämpfe die Nationalökonomie mit ihren eigenen Voraussetzungen und so wisse er die Wiederaneignung der gegenständlichen Welt durch den Menschen nur unter der nationalökonomischen Form des Besitzes zu fassen, den er für eine „gesellschaftliche Funktion" erkläre, ohne diesem Gedanken eine entsprechende Ausführung geben zu können.

Indem Marx sich dagegen wehrt, daß der Fortschritt, den Proudhon gemacht hatte, durch das verwaschene Gerede der Bauers wieder illusorisch gemacht werde, löst er nach dem Vorgange von Engels die nationalökonomische Beschränktheit Proudhons ebenso entschieden auf, wie er die theologische Beschränktheit der Bauers aufgelöst hatte. Edgar Bauer hatte es als eine „Einseitigkeit" Proudhons verurtheilt, daß dieser seine Waffen der Thatsache des Elends und der Armuth entnehme, diese Thatsache als absolut berechtigt, die Thatsache des Eigenthums als unberechtigt anerkenne. Die Kritik fasse dagegen beide Thatsachen der Armuth und des Eigenthums zu einer einzigen zusammen, sie erkenne die Verbindung beider, mache sie zu einem Ganzen, das sie als solches nach den Voraussetzungen seiner Existenz frage. Marx fertigt diese ideologischen Seichtheiten mit der einfachen Bemerkung ab, die Voraussetzung für die Existenz des Ganzen sei die Natur seiner zwei Seiten. Proletariat und Reichthum seien Gegensätze. Als solche bildeten sie ein Ganzes. Sie seien beide Gestaltungen des Privateigenthums. Es reiche nicht aus, sie für zwei Seiten eines Ganzen zu erklären, sondern es handle sich um die bestimmte Stellung, die beide in dem Gegensatze einnähmen. „Das Privateigenthum als Privateigenthum, als Reichthum, ist gezwungen, sich selbst und damit seinen Gegensatz, das Proletariat, im Bestehen zu erhalten. Es ist die positive Seite des Gegensatzes, das in sich selbst befriedigte Privateigenthum. Das Proletariat ist umgekehrt als Proletariat gezwungen, sich selbst und damit seinen bedingenden Gegensatz, der es zum Proletariat macht, das Privateigenthum aufzuheben. Es ist die negative Seite des Gegensatzes,

seine Unruhe in sich, das aufgelöste und sich auflösende Privateigenthum. Innerhalb des Gegensatzes ist der Privateigenthümer also die konservative, der Proletarier die destruktive Partei. Von jenem geht die Aktion des Erhaltens des Gegensatzes, von diesem die Aktion seiner Vernichtung aus. Das Privateigenthum treibt allerdings sich selbst in seiner nationalökonomischen Bewegung zu seiner eigenen Auflösung fort, aber nur durch eine von ihm unabhängige, bewußtlose, wider seinen Willen stattfindende, durch die Natur der Sache bedingte Entwicklung, nur indem es das Proletariat als Proletariat erzeugt, das seines geistigen und physischen Elends bewußte Elend, die ihrer Entmenschung bewußte und darum sich selbst aufhebende Entmenschung. Das Proletariat vollzieht das Urtheil, welches das Privateigenthum durch die Erzeugung des Proletariats über sich selbst verhängt, wie es das Urtheil vollzieht, welches die Lohnarbeit über sich selbst verhängt, indem sie den fremden Reichthum und das eigene Elend erzeugt. Wenn das Proletariat siegt, so ist es dadurch keineswegs zur absoluten Seite der Gesellschaft geworden, denn es siegt nur, indem es sich selbst und sein Gegentheil aufhebt. Alsdann ist ebenso wohl das Proletariat, wie sein bedingender Gegensatz, das Privateigenthum, verschwunden."

Marx verwahrt sich ausdrücklich gegen den schon von der kritischen Kritik erhobenen und seitdem niemals wieder ausgestorbenen Einwand, als ob die Proletarier für Götter erklärt werden sollten, indem ihnen diese weltgeschichtliche Rolle zugeschrieben würde. Er sagt: „Vielmehr umgekehrt! Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem Scheine der Menschlichkeit im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich nicht nur das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes gewonnen hat, sondern auch unmittelbar durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende Noth — den praktischen Ausdruck der Nothwendigkeit — zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muß das Proletariat sich selbst befreien. Es kann sich aber nicht selbst befreien, ohne seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne alle unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben. Es macht nicht vergebens die harte, aber stählende Schule der Arbeit durch. Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist, und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu thun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation, wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet." Und abermals betont Marx, daß ein großer Theil des englischen und französischen Proletariats sich seiner geschichtlichen Aufgabe schon bewußt sei und beständig daran arbeite, dies Bewußtsein zur vollständigen Klarheit herauszubilden.

Es scheint, daß die Heilige Familie bei ihrem Erscheinen wenig Beachtung gefunden hat. Gegner von Marx und Engels spotteten über den geringen Absatz der Streitschrift. Es war einer jener Mißerfolge, die gewöhnlich am Eingange bahnbrechender Wege stehen.

Zehntes Kapitel.

Karl Marx und Friedrich Engels.

Mit der Heiligen Familie begann die gemeinsame Lebensarbeit von Marx und Engels, die nahezu vierzig Jahre gewährt und einen beherrschenden Einfluß auf die historische Entwicklung wie der internationalen, so namentlich der deutschen Sozialdemokratie geübt hat. Beide Männer verband eine Freundschaft, *wie sie gleich echt und probehaltig noch niemals ein historisches Freundespaar* verbunden hatte. Sie war ganz frei von den Reibungen und Verstimmungen, die fast unvermeidlich entstehen mußten zwischen Charakteren, von denen jeder in seiner Art scharf ausgeprägt war, in den tausend Wechselfällen eines heißen Kampfes, der an Niederlagen so reich war wie an Siegen. Sie war gepanzert gegen alle Versuchungen, womit die Außenwelt absichtlich oder unabsichtlich an sie herantreten mochte. Es ist heute und vielleicht immer unmöglich, sondernd zu scheiden, was dem Einen oder dem Anderen an dem gemeinsamen Werke gebührt. Wohl hat Engels nach dem Tode von Marx seinem Freunde oft den größeren, den weitaus größeren Antheil zugeschrieben, aber seine Ansicht war nicht unbefangen. Wie er bei Lebzeiten seines Freundes von dem Urtheile der Zeitgenossen allzu leicht übersehen wurde, so wurde er von demselben Urtheile, nachdem Marx gestorben war, höher geschätzt, als ihm selbst richtig dünkte. Er sagte mit Recht, daß er ohne Marx nicht geleistet haben würde, was er geleistet hat, aber im Sinne seines todten Mitkämpfers mußte dieser Satz dahin ergänzt werden, daß Marx auch ohne Engels nicht geworden wäre, was er geworden ist. Das tritt schon — und gerade — in ihren Anfängen hervor.

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier geboren als der Sohn des Advokatanwalts und späteren Justizraths Marx, der 1824 mit seiner Familie vom Judenthum zum Christenthum übertrat. Der Stammbaum von Marx soll von seinem Vater aufwärts bis hinauf ins 16. Jahrhundert nur Rabbiner aufweisen; sicherer ist bezeugt, daß seine Mutter von holländischen Juden abstammte. Beide Eltern waren hochgebildet. Diese Thatsachen sind von Bedeutung, um die vollkommene Unbefangenheit zu erklären, womit Karl Marx von Anbeginn dem Judenthum gegenüberstand: eine Unbefangenheit, die in dieser Weise kein deutscher Jude von historischer Bedeutung jemals sonst erreicht hat. Selbst so kongeniale Naturen nicht, wie Heine und Lassalle, oder so kluge Männer wie Börne und Jacoby,

von denen dieser noch mit den schiefen Gründen der religiösen Duldsamkeit für die Juden eintrat, als Marx längst die soziale Bedeutung der Judenfrage erkannt hatte, geschweige denn der jüdische Nachwuchs, der, soweit er sich nicht zu dem Standpunkte von Marx emporgearbeitet hat, zwischen einem seichten Philosemitismus und einem verstiegenen Antisemitismus hin und her taumelt.

Das Judenthum stand im östlichen und im westlichen Europa auf einer wesentlich verschiedenen Kulturstufe. In Portugal, Spanien, im südlichen Frankreich, in England, nicht zuletzt auch in Holland lebte es von den Ueberlieferungen einer in ihrer Art großen Geschichte, schwamm es im Strome der bürgerlichen Kultur, und selbst die Verfolgungen, denen es zeitweise noch unterlag, stählten es in trotzigem Kampfe. Anders im östlichen Europa, in den Donauländern, in Böhmen und Polen, in Deutschland bis ins Elsaß und das nördliche Frankreich hinein. Inmitten einer Bevölkerung von ausschweifenden Despoten und versklavten Massen lebend, beiden unentbehrlich, beiden verächtlich und beide verachtend, war hier das Judenthum noch ganz von parasitischem Schacher und Wucher durchsetzt. Es war ein sozialer Gegensatz, der als solcher tiefer griff, als die Gemeinsamkeit des Blutes und des Glaubens. So bestanden in Hamburg eine hochgebildete portugiesisch-spanische und eine ganz ungebildete deutsch-polnische Judengemeinde neben einander, ohne in den geringsten Beziehungen mit einander zu stehen. So unterschied die Gesetzgebung der französischen Revolution in ihren Anfängen zwischen den „Juden des Südens“ und den „Juden des Nordens“; sie emanzipirte zunächst nur jene politisch und gewährte diesen erst später die völlige Gleichstellung mit den Christen. Der Code Napoleon hielt daran fest, doch erging in dem späteren Rheinpreußen bereits 1808 ein kaiserliches Dekret, das den jüdischen Wucher scharfen Einschränkungen unterwarf. Die Rheinlande waren auch in dieser Beziehung gewissermaßen das Bindeglied zwischen dem bürgerlichen West- und dem feudalen Osteuropa. Während in den rheinischen Städten jenes gebildete Judenthum sich ausbreitete, dessen jüdische Art von der allgemeinen bürgerlichen Kultur zugleich aufbewahrt und aufgesogen wurde, wüthete auf dem Lande und gerade auch in der Trierer Gegend der jüdische Wucher und erwürgte die kleinen Bauern mit den raffinirten Nichtswürdigkeiten, die ihm in dem feudalen Verwesungsprozesse des östlichen Europas angewachsen waren.

Mit eben jenen Beamtenkreisen, deren Berichte in drastischen Strichen die Auspoverung des ländlichen Kleinbesitzes durch den jüdischen Wucher schilderten, stand der Advokatanwalt Marx in amtlichem wie gesellschaftlichem Verkehr. Besonders eine dieser Beziehungen ist für Karl Marx von entscheidender Bedeutung geworden: die nachbarliche Freundschaft, welche seine Familie mit der Familie des Regierungsraths Westphalen verband. Ludwig v. Westphalen gehörte nicht zu den preußischen Bureaukraten des gewöhnlichen Schlages. Sein Vater war der Geheimsekretär Philipp Westphalen, der im siebenjährigen Kriege — als „leitender Genius im Hauptquartiere des Herzogs Ferdinand von Braunschweig“, wie ihn ein bürgerlicher Kriegshistoriker nennt — fünf französische Marschälle in

fünf Feldzügen und fünf Schlachten siegreich aufs Haupt schlug, und dabei so durchaus bürgerlicher Gesinnung blieb, daß er nie eine soldatische Uniform trug und den Titel eines Generaladjutanten von der Armee, durch den ihn der König von England ehren zu können meinte, lächelnd bei Seite schob. Einzig die „Erhebung in den Adelsstand" ließ er sich gefallen, anscheinend aus Rücksichten, wie sie auch Schiller zwangen, sich dieser Erniedrigung zu unterwerfen: um ein Mädchen heirathen zu können, die ihm an hohen Eigenschaften des Geistes und Herzens ebenbürtig und wie er arm an irdischen Schätzen, aber die Tochter einer schottischen Baronsfamilie war: sie stammte von jenem Earl Argyle ab, dessen nichtswürdige Verurtheilung durch ein jakobitisches Blutgericht und dessen im Kerker wie auf dem Schaffot bewährter heiterer Heldenmuth aus Macaulay männiglich bekannt sind. Der jüngste Sohn aus dieser Ehe war Ludwig v. Westphalen, und er war, wenn nicht der alte Block selbst, so doch ein Span von dem alten Blocke.

Ursprünglich braunschweigischer Rath, hatte er „westfälische Dienste" genommen, nachdem Napoleon die Welfen verjagt und das Königreich Westfalen gegründet hatte. Gegenüber der Thatsache, daß die „westfälische Zeit" für die preußischen, hessischen, braunschweigischen und sonstigen Landestheile, über die sie hereinbrach, eine Fülle von Reformen mit sich brachte, die im Interesse der bürgerlichen Klassen längst nothwendig, aber von den entsprechenden deutschen Landesvätern in schändlicher Weise hintangehalten worden waren, betrachtete es Ludwig v. Westphalen wohl als eine sehr nebensächliche Frage, ob in Kassel ein eitler und windiger Patron wie Jerome Bonaparte oder ein siebenfach destillirter Gauner von „angestammtem" Landesvater und Menschenverkäufer, wie der berüchtigte Kurfürst mit dem Zopfe gebot. Deshalb haßte er doch die französische Fremdherrschaft als solche; im Jahre 1813 ließ Marschall Davoust ihn verhaften und unter harter Behandlung in Gifhorn einthürmen. Gleich nach Waterloo wurde Westphalen vom Landrath in Salzwedel zum ersten Rath an der Regierung in Trier befördert; unter dem frischen Eindrucke des Krieges hatte die Berliner Vorsehung noch die allzu schnell verlorene Einsicht, daß die bürgerlichsten und tüchtigsten, von allen bureaukratisch-junkerlichen Schrullen freiesten Beamten in die neugewonnenen Rheinlande geworfen werden müßten.

In dem Hause dieses freidenkenden Bureaukraten fand der junge Karl Marx eine zweite Heimath. Während sein Vater ihn in die französische Bildung einführte, ihm Racine und Voltaire vorlas, führte Westphalen ihn in die deutsche Bildung ein, las ihm Homer und Shakespeare vor, die zeitlebens seine Lieblingsdichter geblieben sind. Westphalens Kinder wurden die Jugendgespielen von Karl Marx, Jenny v. Westphalen, die 1814 in Salzwedel geboren, um einige Jahre älter war als er, die Gefährtin seines Lebens, eine so hochsinnige und tapfere Gefährtin, wie sie ein revolutionärer Kämpfer selten gefunden haben mag. Bereits als Marx im Jahre 1835 zur Universität abging, war die Gemeinsamkeit ihrer künftigen Geschicke entschieden; im Jahre 1843 nach der Unterdrückung der

Rheinischen Zeitung fand die Hochzeit in Kreuznach statt. Seitdem hat Jenny Marx die Arbeiten, die Kämpfe, die Schicksale ihres Gatten nicht nur getheilt, sondern mit dem höchsten Verständniß, mit der glühendsten Leidenschaft daran theilgenommen; ein geschworener Gegner des „schlimmsten Atheisten und Kommunisten" bezeugt dennoch, diese Ehe sei im Himmel geschlossen worden.

Unter den günstigsten Sternen begann die Laufbahn von Karl Marx. Die reiche Begabung, die er frühzeitig verrieth, brauchte sich nicht im Kampfe mit äußeren Hindernissen zu verzehren; sie entwickelte sich vielmehr, harmonisch gefördert durch das ganze soziale Milieu, in dem Marx aufwuchs. Nichts in seinem Wachsen und Werden konnte ihn zu der Fratze machen, als welche ihn die Todfeinde des Proletariats noch immer darstellen möchten: zu dem eiskalten, verbissenen, mit sich und der Welt zerfallenen Demagogen, dem Scheidewasser statt Blutes in den Adern rann. Gerade das Stückchen Wahrheit in dieser ungeheuerlichen Legende: die Thatsache, daß Marx nicht aus empörter Leidenschaft, sondern aus tiefer Einsicht in den inneren Zusammenhang der Dinge zum Revolutionär wurde, bekundet das glückliche Gleichgewicht seiner Entwicklung. Der junge Marx war ein frischer, kräftiger, vollsaftiger Mensch, der mit allen Poren nach der Fülle des wirklichen Lebens lechzte. Seine ersten literarischen Arbeiten waren Gedichte. Er hat nie einen Vers veröffentlicht, aber bis in die trockensten Themata hinein, die er je behandelt hat, bezeugt die unvergleichliche Plastik seiner Darstellung, daß ein Stück von einem echten Poeten in ihm steckte. Der revolutionären Dichtung Heines, Freiligraths und Weerths hat er seine Spuren tief eingedrückt; wo immer er ästhetische Urtheile fällt, zeichnen sie sich ebenso durch die Feinheit wie die Tiefe der Empfindung aus. Am wenigsten ließ er sich durch die plumpe Tendenz bestechen; als er Sallet nach dessen Tode in der Rheinischen Zeitung gegen die ganzen Orthodoxen und die halben Freidenker vertheidigte, kennzeichnete er gleichwohl den ästhetischen Werth des gefeierten Laienevangeliums mit dem trockenen Lakonismus: Welch verkehrter Einfall, theologische Kontroversen poetisch behandeln zu wollen! Ist es je einem Komponisten eingefallen, die Dogmatik in Musik zu setzen?

Kaum den Knabenjahren entwachsen, bezog Karl Marx die Universität erst in Bonn, dann in Berlin, wo er seinem Vater zu Liebe Rechtswissenschaft, sich selbst zu Liebe Geschichte und Philosophie studirte. Als ein Kopf von naturwüchsiger Dialektik mußte er von allen Zaubern der Hegelschen Philosophie umsponnen werden; keiner ihrer zahllosen Jünger hat sie so gründlich studirt, so tief erfaßt wie er. Nicht zwar, als ob deshalb ein anderes landläufiges Geschwätz über Marx wahr wäre, als ob sein rabbinistischer oder gar rabulistischer Scharfsinn sich nicht habe genug thun können im Zerfasern und Zerspalten der Begriffe. Was Marx so mächtig an die Hegelsche Philosophie fesselte, war ihre dialektische Methode, deren revolutionäre Spitze gerade durch das Schattenspiel der nebelhaften Begriffe verhüllt wurde. Marx räumte vielmehr mit diesen Begriffen auf, indem er sich in die Masse des historischen Stoffes stürzte. Von früh an be-

währte er, was die Könige der Wissenschaft von *ihren Kärrnern unterscheidet:* einen unersättlichen Wissensdurst und eine rastlose Selbstkritik. Ueber die leidigen Nachtwachen, die so viel dazu beigetragen haben, seine eisenfeste Gesundheit zu untergraben, klagen seine Freunde schon in seiner Frühzeit. Aber Marx hat diesen unermüdlichen Fleiß nicht verschwendet, um gespaltene Haare noch einmal zu spalten. An dem einfältigen Gerede ist nur so viel wahr, daß der junge Marx mitunter, wie es einem kräftigen und ungestümen Jüngling nicht schlecht ansteht, schon am bloßen Klirren seiner scharfen und schweren Waffen eine naive Freude hatte. Darin sehen denn deutsche Professoren, die sich nie die Mühe genommen haben, in den Kern der damaligen philosophischen Diskussion einzudringen und die sich bei ihrer banausisch-patriotischen Beschränktheit diese Mühe auch ganz erfolglos machen würden, abstoßende Manierirtheit, geistreichelnde Paradoxenjagd und dergleichen mehr.

Treffender urtheilte Ruge über den jungen Marx, in den ersten Stadien ihres Zerwürfnisses, als sein Blick durch den Haß geschärft, aber noch nicht verblendet war, indem er an Feuerbach schrieb: „Er liest sehr viel; er arbeitet mit ungemeiner Intensivität und hat ein kritisches Talent, das bisweilen in Uebermuth ausartende Dialektik wird, aber er vollendet nichts, er bricht überall ab und stürzt sich immer von Neuem in ein endloses Büchermeer. Er gehört seiner gelehrten Disposition nach ganz der deutschen Welt an, und seiner revolutionären Denkweise nach ist er von ihr ausgeschlossen." Dies Bild des jungen Marx ist nicht geschmeichelt, aber auch nicht entstellt. Marx vereinigte in sich alle faustischen Triebe der deutschen Gelehrsamkeit, um sie für immer zu überwinden. Er trug das Leben in die Wissenschaft, wie die Wissenschaft in das Leben. Es war der Fortschritt, den die deutsche Bildung allein noch machen konnte, den sie unter allen Umständen machen mußte, wenn sie nicht aus einem Triebrade der historischen Entwicklung zu einem Tretrade für verbohrte Philister werden wollte. Die gelehrte Welt, die Marx wegen seiner revolutionären Denkweise von sich ausschloß, schloß sich auch von ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft aus, machte sich selbst zum gelehrigen Haussklaven für die Augenblicksinteressen des deutschen Despotismus.

Im Jahre 1841 vollendete Karl Marx seine Studien und erwarb den Doktorgrad mit einer Abhandlung über die Philosophie Epikurs. Seine Absicht, sich an der Universität Bonn als Dozent der Philosophie niederzulassen, scheiterte daran, daß die preußische Regierung der Freiheit des Philosophirens ein jähes Ende bereitete. Nach der schmählichen Mißhandlung, die sein Freund Bruno Bauer als Dozent der Theologie in Bonn durch den Minister Eichhorn erdulden mußte, hatte Marx an preußischen Hochschulen nichts mehr zu suchen. Siebengescheidt, wie sie immer ist, drängte die Reaktion diesen geborenen Kämpfer in den Kampf. Und wie der Kampf ihn nun Schritt für Schritt weiter trieb auf der Bahn der Erkenntniß, wie er ihm eine ideologische Hülle der Dinge nach der anderen vor den Augen zerriß, wie er ihn immer tiefer in die brandenden Wogen des wirk-

lichen Lebens warf, das läßt sich an den literarischen Anfängen von Marx mit wachsender Deutlichkeit verfolgen. Er heckte nicht in Stunden journalistischen Leichtsinns, wie seichte Schwätzer ihm nachreden, den Gedanken aus, daß die ökonomische Struktur der Gesellschaft ihren ideologischen Ueberbau bedinge; die Nothwendigkeiten des Kampfes selbst drängten ihn auf das Gebiet der materiellen Interessen, das ihm wie jedem echten Hegelianer bei seinen bisherigen Studien sehr fern gelegen hatte. Er verschloß sich nicht hartnäckig der Thatsache, daß die idealistischen Gesichtspunkte der klassischen Philosophie ihm keine sicheren Führer auf ökonomischem Gebiete sein könnten; er suchte und fand den wirklichen Boden, auf dem sich die menschliche Gesellschaft bewegt. Das war seine Schuld, wenn es anders das Verdienst der Strauß und Ruge und Bauer war, auf ihren Wolkenwegen über keinen Stein des ökonomischen Anstoßes zu stolpern, eben deshalb sich niemals in der praktischen Welt zurechtzufinden und endlich als Opfer der deutschen Misere zu sterben.

Die Meisterschaft, womit Marx die dialektische Methode der deutschen Philosophie handhabte, verschaffte ihm auf dem Boden der materiellen Interessen einen schnellen und sicheren Ueberblick. Es ist ein mächtiger Fortschritt vom Frühjahr 1842, wo er, vom Scheitel bis zur Sohle noch ganz ideologisch gewappnet, in den praktischen Kampf eintrat, bis zum Herbste 1844, wo er an klarer Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht nur die bürgerliche Oekonomie, sondern auch den westeuropäischen Sozialismus und diesen schon in seinen vorgeschrittensten Ausläufern überflügelte. Noch freilich ist seine Mauserung vom Idealismus zum Materialismus nicht völlig abgeschlossen, und die ökonomischen Kategorien erscheinen ihm in philosophischem Gewande. So, wenn er seine wunderbar scharfe, durch eine nun schon fünfzigjährige Geschichte bestätigte Voraussicht, daß es im politischen Leben Deutschlands die bürgerliche Klasse zu Nichts, die proletarische Klasse aber zu um so viel Mehr bringen werde, in die Worte kleidet, in Deutschland sei nicht die politische, sondern nur die menschliche Emanzipation möglich. Es war ein philosophisch geschulter Blick, womit Marx der bürgerlichen Gesellschaft in Herz und Nieren schaute. Er sah, daß sie sterben müsse an der Geburt einer höher entwickelten Gesellschaft, deren Glieder sich schon dunkel in ihrem Schooße regten, aber seine Beweise holte er aus dem philosophischen Rüsthause, nicht aus dem ökonomischen.

Nach dieser Richtung ergänzte ihn Friedrich Engels ebenso bedeutsam wie entscheidend. Engels war wie Marx ein naturwüchsiger Dialektiker, der in der klassischen Philosophie seine Gaben geschmeidigt und gekräftigt hatte. Er besaß nicht die streng philosophische Bildung von Marx, aber mit seinem hellen und klaren Geiste hatte er sicher erfaßt, was unsterblich war in Hegels Lebenswerke. Von früh auf stand er mitten im Getriebe des praktischen Lebens, und dieser Vorzug wog reichlich die Lücken seiner systematischen Rüstung auf.

Friedrich Engels wurde am 28. November 1820 in Barmen als Sohn eines Fabrikanten geboren. Die Firma Ermen und Engels hat sich in der Ge-

schichte der rheinischen Industrie einen rühmlichen Namen gemacht durch die Entschiedenheit, womit sie den althergebrachten betrügerischen Manipulationen in Maß und Gewicht der Fabrikate entgegentrat. Die Familie Engels gehörte zu den ersten der Stadt Barmen; wie bei Marx war es bei Friedrich Engels nicht persönliche Noth, sondern hohe Intelligenz, die ihn auf die revolutionäre Bahn trieb. Er brach dadurch völlig mit dem Geiste seiner hochkonservativen strenggläubigen Familie und sog früh einen Widerwillen gegen die Beamtenlaufbahn ein, die er Anfangs zu betreten beabsichtigte. Nachdem er die kleine Barmer Realschule durchlaufen hatte, deren Anschauungsunterricht in Physik und Chemie ihm für seine naturwissenschaftliche Fortbildung eine treffliche Grundlage lieferte, besuchte er das Elberfelder Gymnasium und entschied sich ein Jahr vor dem Abiturientenexamen endgiltig für den kaufmännischen Beruf. Erst in einem Barmer, dann in einem Bremer Handelshause machte er seine Lehrjahre durch und diente vom Oktober 1841 bis Oktober 1842 in Berlin bei der Garde-Artillerie als Einjährig-Freiwilliger. Kein geborener Rheinländer betrachtete damals „des Königs Rock" als ein Ehrenkleid, und die rheinische Bourgeoisie hatte ein weitverzweigtes Bestechungssystem organisirt, um ihre Söhne dem verhaßten Dienste zu entziehen; um so mehr kennzeichnet es den praktischen Sinn, womit Engels das wirkliche Leben auch in seinen minder anmuthigen Gestaltungen ergriff, daß er in der alten Kaserne am Kupfergraben ein tiefes und niemals erloschenes Interesse für die Militärwissenschaften gewann.

Darüber versäumte er seine philosophischen Studien nicht. Feuerbachs Wesen des Christenthums ergriff ihn mächtig, mit den Bauers stand er in freundschaftlichem Verkehr und gelegentlich korrespondirte er für die Rheinische Zeitung. Auf ihrer Redaktion traf er zum ersten Male mit Marx zusammen, als er Ende November 1842 durch Köln kam, um nach Manchester zu reisen und dort als Kommis in eine Fabrik einzutreten, an der sein Vater betheiligt war. Jedoch war das erste persönliche Zusammentreffen zwischen Marx und Engels sehr kühl. Marx hatte sich damals gerade gegen das Treiben der Berliner Freien erklärt, als deren Genosse Engels galt, während Engels durch die Bauers, mit denen er korrespondirte, gegen Marx eingenommen worden war.

In Manchester lebte Engels 21 Monate, vom Dezember 1842 bis zum September 1844. Hier machte er seine hohe Schule durch: inmitten der großen Industrie, welche die bürgerliche Gesellschaft zersetzt, um die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zu errichten. Er studirte die eine wie die andere, die unmenschliche wie die menschliche Seite dieses weltgeschichtlichen Prozesses, und seine philosophische Bildung befähigte ihn, den inneren Zusammenhang zwischen beiden zu erkennen, den der englische Sozialismus und das englische Proletariat noch nicht zu erkennen vermochten. Engels arbeitete ebenso an dem Northern Star mit, dem Organe der Chartisten, wie an der New Moral World, dem Organe Robert Owens. In Bauer, Moll und Schapper, die damals den Bund der Gerechten leiteten, lernte er die ersten revolutionären Proletarier kennen, und

nie vergaß er den imponirenden Eindruck, den diese drei wirklichen Männer auf ihn machten, der eben ein Mann werden wollte. Während Marx aus dem Studium der französischen Revolution die Erkenntniß schöpfte, daß nicht der Staat die bürgerliche Gesellschaft, sondern die bürgerliche Gesellschaft den Staat zusammenhalte, lernte Engels aus der englischen Industrie, daß die ökonomischen Thatsachen, die in der bisherigen Geschichtsschreibung gar keine oder nur eine verachtete Rolle spielten, wenigstens in der modernen Welt eine entscheidende geschichtliche Macht seien, daß sie die Grundlage bildeten für die Entstehung der heutigen Klassengegensätze, daß diese Klassengegensätze in den Ländern, wo sie vermöge der großen Industrie sich voll entwickelt hätten, also namentlich in England, wieder die Grundlage der politischen Parteibildung, der Parteikämpfe und damit der ganzen politischen Geschichte seien.

Auf verschiedenen Wegen waren Beide zu dem gleichen Ziele gelangt. Bei Marx überwogen noch die philosophischen, bei Engels schon die ökonomischen Gesichtspunkte. Marx gab der gewonnenen Erkenntniß die allgemeinere Fassung, während Engels die Seite hervorkehrte, die entscheidend war für die Gegenwart und Zukunft der Menschheit. Marx hat einmal die Umrisse zur Kritik der Nationalökonomie, die Engels in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern veröffentlichte, eine geniale Skizze genannt, und dies Urtheil trifft den Nagel auf den Kopf. Engels machte der bürgerlichen Oekonomie keinen systematischen Prozeß; er sprang mit ihr etwas summarisch um, wie er denn Ricardo, ihren bedeutendsten Vertreter, damals erst aus zweiter Hand kannte. Dennoch traf der junge Feuerkopf mit sicherem Blick ihre unheilbaren Schwächen. Er überführte sie siegreich ihrer inneren Unvernunft und legte den Finger auf die Wunden, an denen sie verbluten mußte. Engels hat zuerst den Plan abgesteckt für die ökonomischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus, und dies Verdienst wird nicht geschmälert durch seine eigene Bemerkung, daß, was er gefunden habe, Marx auch wohl von selbst gefunden haben würde. Denn für das historische Urtheil kommt es an auf das, was gewesen ist, nicht auf das, was hätte sein können.

Sachlich nicht so einschneidend, wie seine Kritik der Nationalökonomie, aber für das persönliche Wesen von Engels fast noch bezeichnender war seine Kritik Carlyles. Wie in Marx, so paarte sich in ihm mit der Schärfe des kritischen Verstandes eine echt dichterische Empfindung, von der manche treffliche Uebersetzungen englischer Arbeiter- und Volkslieder redendes Zeugniß ablegen. Carlyle imponirte ihm, aber er gab sich dem bestrickenden Zauber des mystischen Propheten nicht gefangen. Engels verstand diesen einsamen Geist in seiner originellen Tiefe zu fassen, aber er sah auch die Schranken, über die Carlyle nicht hinaus konnte.

Als Marx und Engels im Herbste 1844 zum zweiten Male in Paris zusammentrafen, ergab sich ihre völlige Uebereinstimmung auf allen theoretischen Gebieten. Hierauf zuerst beruhte ihre Waffenbrüderschaft, die dann freilich einen nicht minder festen Kitt dadurch erhielt, daß sie als Menschen so hoch standen wie als Denker und Kämpfer. Sie empfanden deshalb nicht minder tief mit

den Leidenden und Unterdrückten, weil sie den Kampf gegen die Unterdrücker nur mit den schärfsten Waffen führten, weil sie wußten, daß in harten Klassenkämpfen nichts ausgerichtet wird mit jener dünnen und unfruchtbaren Stimmung, die der Philister sein menschliches Mitleid und seine sittliche Entrüstung nennt. Keine Spur von Sentimentalität war in ihnen, nichts von jenem duckmäuserigen und duseligen, weichen und wehleidigen Wesen, das eine jammervolle Geschichte von dreihundert Jahren dem deutschen Spießer eingeprägt hat. Aber sie waren auch keine finsteren Fanatiker, keine gravitätischen Wichtigthuer; ihr mannhaftes und deshalb bescheidenes Selbstbewußtsein verschmähte alle jene Posen, in denen sich die „Edelsten und Besten", die öffentlichen Führer der bürgerlichen Klassen so gern spreizen. Im Dienste ihrer Sache konnten sie unbarmherzig sein, weil sie es sein mußten, aber sonst war ihnen nichts Menschliches fremd. Sie waren gütig und hilfsbereit und nachsichtig: kräftige und heitere Naturen voll unverwüstlicher Lebenslust: sie konnten von Herzensgrunde lachen und sie liebten das helle Lachen der Kinderwelt; am Christus der Bibel gefiel ihnen nichts so sehr als seine Kinderfreundschaft.

Nach ihrer ersten Verständigung trennten sie sich vorläufig. Engels ging nach Barmen, um sein Werk über die Lage der englischen Arbeiter abzufassen. Marx blieb in Paris. Die Thore des Vaterlandes waren ihm schon damals verschlossen; das Oberpräsidium in Koblenz hatte auf Grund seiner Schriften einen Verhaftsbefehl gegen ihn an die Grenzpolizeibehörden erlassen. Bald sollte aber auch seines Bleibens in Paris nicht mehr sein. Mit anerkennenswerthem Eifer sorgte die preußische Regierung dafür, das Schwert ihres gefährlichsten Gegners nicht rosten zu lassen; sie vertrieb ihn aus Frankreich, wie sie ihn aus Deutschland getrieben hatte. Den äußeren Vorwand dazu boten gelegentliche Arbeiten von Marx für ein Blättchen, durch das die deutschen Flüchtlinge in Paris ihren Krieg gegen die heimischen Unterdrücker fortzusetzen versuchten.

Dies Blättchen war der Vorwärts, der seit Anfang 1844 in Paris erschien. Er war von dem Schauspieler Heinrich Börnstein mit dem Gelde Giacomo Meyerbeers begründet worden und diente anfangs den sehr vielseitigen und nicht immer zweifelsfreien Geschäften seines Begründers. Als Handelsmann mit literarischer Waare und als ein sehr findiger Handelsmann erkannte Börnstein nach dem Untergange der Deutsch-Französischen Jahrbücher, daß er unter Umständen ein gutes Geschäft machen könnte, wenn er den deutschen Flüchtlingen eine letzte Zuflucht in seinem Blättchen eröffnete. Er verständigte sich darüber mit Bernays, dem er einen Platz in der Redaktion einräumte. Etwa seit der Mitte des Jahres 1844 trat der Vorwärts in den politischen Kampf ein, und es versteht sich, daß er kein Blatt vor den Mund nahm, um die gehäuften Unthaten, namentlich des preußischen Despotismus zu brandmarken. Bernays setzte einen groben Keil auf den groben Klotz der deutschen Reaktion. Von nun an schrieben Heine, Herwegh, Bakunin, Heß, Ruge gelegentlich für das Blatt, aus jeglichem Mangel

eines anderen Organs, unabhängig von der Redaktion und jeder auf eigene Verantwortung.

Marx wurde zur Mitarbeit am Vorwärts gewissermaßen gezwungen. Ruge hatte in dem Blatte eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die theils ordinäre Witze über das preußische Königspaar rissen, wie beispielsweise: die Königin hinkt, der König trinkt und dergleichen mehr, theils philosophische Orakelsprüche über den König von Preußen und die Sozialreform zum Besten gaben. Ruge sagte, der König von Preußen und die deutsche Gesellschaft seien noch nicht beim Vorgefühl ihrer Reform angelangt. In einem unpolitischen Lande, wie Deutschland, sei es unmöglich, die partielle Noth der Fabrikdistrikte als eine allgemeine Angelegenheit zur Anschauung zu bringen, man betrachte sie wie eine lokale Feuers- oder Wassersnoth. Der König nehme sie als einen Verwaltungs- und Mildthätigkeitsmangel und erwarte schließlich Alles von der guten Gesinnung christlicher Herzen, welche keine Schwierigkeit bestehen lasse. Die deutschen Armen seien auch nicht klüger als die armen Deutschen, sie sähen nirgends über ihren Herd, ihre Fabrik, ihren Distrikt hinaus. Die ganze Frage sei von der Alles durchdringenden politischen Seele bis jetzt noch verlassen, eine Sozialrevolution ohne politische Seele sei unmöglich. Ruge unterzeichnete diesen und andere seiner Artikel als: Ein Preuße, was den Verdacht der Verfasserschaft auf Marx lenkte, der thatsächlich ein Preuße war, während Ruge es seit seiner Uebersiedelung nach Dresden nicht mehr war. Den französischen Behörden gegenüber legitimirte er sich als Sachse und stellte sich unter den Schutz der sächsischen Gesandtschaft in Paris.

Diese literarische Zweideutigkeit Ruges veranlaßte Marx, im Vorwärts „kritische Randglossen“ natürlich nicht zu Ruges Witzeleien über das preußische Königspaar, wohl aber zu seinen philosophischen Halluzinationen über preußische Sozialreform zu veröffentlichen. Marx wies darauf hin, daß nicht nur das unpolitische Preußen, sondern auch das politische England, wo überdies der Pauperismus einen universellen Charakter habe, unfähig sei, die soziale Noth als eine „allgemeine Angelegenheit“ zu fassen. Die englische Armengesetzgebung beweise, wie man hier den Pauperismus erstens in einem Naturgesetze, zweitens in einem Verwaltungsmangel und schließlich im schlechten Willen der Arbeiter gefunden habe, so daß man zuletzt auf das Auskunftsmittel der Workhouses verfallen sei, wo die Wohlthätigkeit sinnreich verflochten werde mit der Rache der Bourgeoisie an den Elenden, die ihre Mildthätigkeit anriefen. England sei also auch noch nicht zum „Vorgefühl seiner Reform“ gelangt, ebenso wenig wie seiner Zeit der Konvent, das Maximum der politischen Energie, der politischen Macht und des politischen Verstandes. Wie England in dem schlechten Willen der Armen, wie der König von Preußen im unchristlichen Gemüth der Reichen, so habe der Konvent in der kontrerevolutionären Gesinnung der Eigenthümer die Ursache des Pauperismus gesucht. Um ihn aufzuheben, habe er die Eigenthümer geköpft, wie zu gleichem Zwecke England die Armen bestrafe und der König von Preußen die Reichen ermahne.

In ähnlicher Weise, wie schon in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, führte Marx aus, daß der Staat, gleichviel welches seine Form sei, den Widerspruch zwischen den allgemeinen und den besonderen Interessen nicht aufheben könne, weil er eben auf diesem Widerspruche beruhe. „Diese Zerrissenheit, diese Niedertracht, dies Sklaventhum der bürgerlichen Gesellschaft ist das Naturfundament, worauf der moderne Staat ruht, wie die bürgerliche Gesellschaft des Sklaventhums das Naturfundament war, worauf der antike Staat ruhte. Die Existenz des Staats und die Existenz der Sklaverei sind unzertrennlich. Der antike Staat und die antike Sklaverei — offenherzige klassische Gegensätze — waren nicht inniger aneinander geschmiedet, als der moderne Staat und die moderne Gesellschaft — scheinheilige christliche Gegensätze. Wollte der scheinheilige Staat die Ohnmacht seiner Administration aufheben, so müßte er das jetzige Privatleben aufheben. Wollte er das Privatleben aufheben, so müßte er sich selbst aufheben." Je mächtiger der Staat, je politischer daher ein Land sei, um so weniger sei er geneigt, im Prinzip des Staats, also in der jetzigen Einrichtung der Gesellschaft, deren thätiger, selbstbewußter und offizieller Ausdruck der Staat sei, den Grund der sozialen Uebel zu suchen, und ihr allgemeines Prinzip zu begreifen. Der politische Verstand sei eben politischer Verstand, weil er innerhalb der Schranken der Politik denke. Je geschärfter und je lebendiger er sei, um so unfähiger sei er zur Auffassung sozialer Gebrechen. Die klassische Periode des politischen Verstandes sei die französische Revolution. Weit entfernt, im Prinzip des Staats die Quelle der sozialen Mängel zu erblicken, hätten die Heroen der französischen Revolution vielmehr in den sozialen Mängeln die Quelle der politischen Uebelstände erblickt.

Das verächtliche Urtheil Ruges über die deutschen Arbeiter weist Marx mit der Ausführung zurück, die „soziale Revolution mit einer politischen Seele", die Ruge von den Arbeitern verlange, sei entweder ein zusammengesetzter Unsinn, wenn unter sozialer Revolution eine solche im Gegensatze zu einer politischen verstanden und nichts destoweniger der sozialen Revolution eine politische Seele verliehen werden solle. Oder die soziale Revolution mit einer politischen Seele sei nichts als eine Paraphrase von dem, was man sonst eine politische Revolution oder eine Revolution schlechthin nenne. Jede Revolution löse eine alte Gesellschaft auf, insofern sei sie sozial. Jede Revolution stürze die alte Gewalt, insofern sei sie politisch. „So paraphrastisch oder sinnlos aber eine soziale Revolution mit einer politischen Seele, ebenso vernünftig ist eine politische Revolution mit einer sozialen Seele. Die Revolution überhaupt — der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse — ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Akts, soweit er der Zerstörung und Auflösung bedarf. Wo aber seine organisirende Thätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg." Marx rieth dem „Preußen", vorläufig aller Schriftstellerei in politischer und sozialer Hinsicht, wie den Deklamationen

über deutsche Zustände zu entsagen, und vielmehr mit einer gewissenhaften Selbstverständigung über seinen eigenen Zustand zu beginnen.

Natürlich war Ruge viel zu eingebildet, um den guten Rath zu befolgen. Unfähig, der haarscharfen Dialektik zu entgegnen, womit Marx seine Konfusion kritisirt hatte, schimpfte er seinen Gegner ein auflösendes sophistisches Naturell, das einen Wurm in seiner Bildung habe, und zog alle Register pommerscher Grobheit über den Vorwärts. Zur Zeit der Deutsch-Französischen Jahrbücher hatte er, auch darin ein haushälterischer Philister, Marx oft ermahnt, nicht so viele Gedanken im Gespräche zu vergeuden, sondern alles, was ihm einfiele, fleißig zu notiren und dann schriftstellerisch zu verwerthen; jetzt war es mit seinen eigenen Einfällen für immer vorbei und er begnügte sich fortan, die philosophischen Schlagworte der Hallischen und Deutschen Jahrbücher wieder und wieder auszupatschen.

Derweil trog Börnsteins Rechnung nicht. Der Vorwärts nahm durch die Mitarbeiter, die ihn als einzige, ihnen noch zugängliche Waffe gegen die Verfolger des freien Worts benutzten, einen großen Aufschwung und fand in Deutschland trotz aller Verbote eine wachsende Verbreitung. So flehte das legitime Königthum in Berlin das illegitime Bürgerthum in Paris um freundnachbarliche Bütteldienste an. Guizot, der bei aller reaktionären Gesinnung ein Mann von literarischer Bildung war, scheint anfangs etwas taube Ohren gehabt zu haben, und die Sache hatte auch sonst ihre Schwierigkeiten: von französischen Geschworenen war kein Schuldig für angebliche oder wirkliche Beleidigungen der preußischen Majestät zu erlangen, und ein paar Monate Gefängniß, die dem Redakteur Bernays wegen formeller Verstöße gegen die französischen Preßgesetze durch das Zuchtpolizeigericht aufgehängt wurden, bliesen dem Vorwärts noch lange nicht das Lebenslicht aus. Erst der unschönen Vermittelung Alexander v. Humboldts gelang es, Guizot breitzuschlagen, so daß er Mitte Januar 1845 die Mitarbeiter des Vorwärts, etwa ein Dutzend deutscher Schriftsteller, binnen vierundzwanzig Stunden aus Paris und in möglichst kurzer Frist aus Frankreich verwies.

Jedoch es war ein ahnungsvoller Engel gewesen, der Guizot anfänglich mit Taubheit geschlagen hatte. Die französische Zivilisation sträubte sich gegen die preußische Barbarei; sie schätzte die nationale Gastfreundschaft höher ein, als die Aengste des bösen Gewissens, die in Berlin rumorten. Die unabhängige Presse erhob sich in heftigem Proteste gegen die Henkerrolle des Ministeriums Guizot. Auf der anderen Seite war Börnstein tief von der Wahrheit durchdrungen, daß ein Topf von Thon nachgeben müsse, wenn er mit einem Topfe von Eisen zusammenstoße. Die schönen Seelen fanden sich, indem Börnstein freiwillig auf die weitere Herausgabe des Vorwärts verzichtete, wogegen die Regierung die Ausweisungsbefehle gegen seine bisherigen Mitarbeiter zurücknahm. Ruge that noch ein Uebriges und winselte in Eingaben an das preußische Ministerium, er habe mit den Redakteuren des Vorwärts in prinzipieller, persönlicher und ästhetischer Feindschaft gelebt, weil er — derselbe „Preuße“, der den preußischen Landesvater und die preußische Landesmutter im Vorwärts mit den

schnödesten Witzchen attackirt hatte, — seine Ansicht von einer „gehaltenen Preßfreiheit“ nicht habe durchsetzen können.

Das anmuthige Einverständniß gelang um so leichter, als sich Marx, auf den der Streich der preußischen Regierung in erster Reihe gemünzt war, natürlich in keine Kompromisse mit der Polizei einließ. Er ging nach Brüssel, und der Ausweisungsbefehl gegen ihn wurde nicht zurückgenommen. In Brüssel lebte Marx drei Jahre, großentheils in gemeinsamer Arbeit mit Engels. Man kann diese Zeit die zweite Hälfte ihrer Lehr- und Wanderjahre nennen.

Elftes Kapitel.

Proletarische Bewegungen.

I. Revolutionäre Agitationen in der Schweiz.

Als Marx aus Frankreich verbannt wurde, hatte Weitlings kommunistische Propaganda in der Schweiz längst ein jähes Ende gefunden. Es war nicht allein die äußere Gewalt, der sie erlag: sie ging ebenso oder noch mehr an ihrem inneren Widerspruch unter, an dem Widerspruche, durch die revolutionäre Thätigkeit des Agitators die Utopie des kommunistischen Sektirers ins Leben rufen zu wollen.

Zunächst waren Weitlings praktische Erfolge beträchtlich genug. Sein Geheimbund erstreckte sich über die Kantone Genf, Waadt, Neuenburg, Zürich, Aargau, Bern. Mochten sich an manchen Orten auch nur einzelne zerstreute Anhänger finden, so wurden sie doch fest zusammengehalten durch brieflichen Verkehr und mehr noch durch die echte Begeisterung, die Weitling ihnen einzuflößen wußte. Seine Garantien der Harmonie und Freiheit warben Rekruten bis in die bürgerlichen Klassen hinein. Im Kanton Waadt gehörten namhafte Politiker, wie Druey und namentlich Delagareaz, ein Schüler Buonarottis, zu Weitlings Anhängern. Ebenso der Arzt Sutermeister in Zofingen und Doktor Wilhelm Schulz in Zürich, ein hessischer Flüchtling, in dessen Armen Georg Büchner gestorben war. Julius Fröbel unterstützte Weitling durch buchhändlerische Rathschläge für den geheimen Vertrieb seiner Schriften in Deutschland, hielt sich sonst aber in gemessener Entfernung und ebenso der Professor Adolf Follen, den Weitlings Anhänger zu gewinnen suchten. Mit Herwegh, auf dessen Dukaten August Becker ein lüsternes Attentat plante, scheint es nur zu losen Beziehungen gekommen zu sein.

Schapper in London und namentlich Everbeck in Paris beriethen Weitling in regelmäßigem Briefwechsel. In der Schweiz waren seine nächsten Gehilfen — neben August Becker und Simon Schmidt — der Kürschnergeselle Niels Petersen aus Kopenhagen und Sebastian Seiler aus Schlesien, der früher Aktuar in Liegnitz gewesen war und sich in der Schweiz vom Demokraten zum Kom-

munisten gemausert hatte. Den Kern des Bundes bildeten Handwerksburschen und ganz überwiegend deutsche Handwerksburschen. Von ihrem Bildungstrieb und Wissensdurst, ihrer Opferwilligkeit und Rührigkeit kann man sich nicht leicht eine zu hohe Vorstellung machen. Sie besoldeten Lehrer, von denen sie sich in den verschiedenen Wissenszweigen unterrichten ließen; um die erste Auflage der Garantien in zweitausend Exemplaren herzustellen, theilten sich dreihundert Arbeiter in die Kosten und nahmen dafür Bücher in Zahlung; vier Arbeiter gaben ihre ganzen Ersparnisse im Betrage von zweihundert Francs für den Druck her. Mehr noch als in Weitlings Büchern spiegelt sich in seinen Zeitschriften, dem Hilferuf der deutschen Jugend und der Jungen Generation, der Geist wieder, der seine Anhänger beseelte. Ergreifende Schilderungen des Elends, das über die Handwerksburschen hereinbrach, trotzige Geißelungen der Chikanen, womit sie von ihren landesväterlichen Obrigkeiten gehetzt wurden, wechseln ab mit witzigen Satiren auf ihre Peiniger, mit Satiren, die sich bald in ein Wechselgespräch der europäischen Ströme, bald in einen Rück- oder Vorblick vom Jahre 2000 kleiden.

Es klingt noch sehr verschwommen, wenn es einmal heißt, Kommunisten seien der fleißige Landmann, der sein Stückchen Brot mit dem hungernden Handwerksburschen theile, der fleißige Handwerksmann, der seine Arbeiter nicht schinde, sondern sie aus dem Ertrage der gemeinschaftlichen Arbeit verhältnißmäßig lohne, der reiche Mann, der seinen Ueberschuß zum Besten der nothleidenden Menschheit verwende, der Kaiser, König oder Fürst, dessen Gesetze das Wohl der ärmsten und zahlreichsten Klassen bezweckten u. s. w. Aber der revolutionäre Instinkt bricht dann gerade aus dieser theoretischen Unklarheit heraus, wenn die Junge Generation ein andermal erklärt, sie ließe sich in keine der kommunistischen Sekten drängen. „Man möchte uns mit Teufels Gewalt gern in diese Sekten hineinzwängen; man möchte, daß wir nach Art der Sektirer uns untereinander zu rupfen und zu streiten anfingen. Das werden wir wohl schön bleiben lassen. Nur die wollen wir bekämpfen, die uns zurückhalten wollen, und lieber den Fehlern derer, die uns überflügeln, durch die Finger sehen." Unter Sektirern verstand die Junge Generation diejenigen, die Niemanden auf der Bahn voranlassen wollten; sie lehnte es ab, Grundsätze aufzustellen, die für ewige Zeit gelten sollten.

Durchaus überlegen erwiesen sich Weitlings Zeitschriften der bürgerlichen Opposition der damaligen Zeit. Während diese mit heldenmüthigen Gesängen und Leitartikeln um den „freien Rhein" kämpfte, erklärte die Junge Generation: „Das Volk, welches zuerst das reine Prinzip der Nächstenliebe zu verwirklichen sucht, wird ohne Schwertstreich die Herzen aller Völker erobern. Darin liegt die Lösung der Rheinfrage, sonst giebt es keine." Besonders scharf ging die Junge Generation mit Wirth ins Gericht, dem radikalsten Führer des Kleinbürgerthums. Der fade Scherz, mit dem Herr Virchow heute noch die geistigen Unkosten seines Kulturkampfs gegen den Sozialismus bestreitet, war damals schon nicht mehr neu, der Scherz von der Kaserne oder dem Zuchthause, das auf den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaft errichtet werden solle. So lange es einen uto-

pistischen Sozialismus gab, war dieser Puff nicht ganz so albern, wie er heute ist; gleichwohl konnte Weitling, dessen Theorie gerade die Harmonie Aller mit der größtmöglichsten Freiheit der Einzelnen verbinden wollte, darauf erwidern: „Ihr werdet in der Folge sehen, daß uns die Idee, aus der Welt ein Zuchthaus oder eine Kaserne machen zu wollen, anekelt. Ihr werdet sehen, daß wir nicht die persönliche Freiheit der allgemeinen Gleichheit zum Opfer bringen wollen, da es gerade dieser natürliche Freiheitstrieb ist, der uns zu Vertheidigern des Prinzips der Gleichheit macht." Nun sagte Wirth in komischer Selbstüberhebung, Fouriers „prächtige Kasernen" hätten für das „gebildete Gefühl etwas Peinliches und Schauderhaftes", und darauf erwiderte die Junge Generation: „Das Mehrseinwollen, der verfluchte Kastengeist klebt unseren deutschen Gelehrten zu stark an." Sie traf damit den Grund, der jenem faden Scherze in der Gedankenkammer der deutschen Gelehrsamkeit einen so dauerhaften und so hervorragenden Platz sichert.

Die kleinbürgerlichen Rezepte zur Lösung der sozialen Frage waren damals auch schon dieselben, welche sie heute sind, und ganz im Tone von heute pries Wirth sie als die „wahre Sozialreform" gegenüber den exzentrischen, phantastischen, schwärmerischen Vorschlägen der Sozialisten. Worauf die Junge Generation erwiderte: „Du lieber Himmel! Das ist eine drollige Sozialreform mit ihren Sparkassen und milden Stiftungen. Sparkassen! Warum nicht auch Sparbüchsen? Nun ja, die Gesellschaft ist noch nicht genug vom Geiz und vom Wucher angesteckt; da thäte es also noch noth, man errichtete noch mehr solcher Pfennigfuchserbureaus. Nein! Nein! Was man spart für den Mund, frißt uns Katze und Hund, d. h. je mehr wir uns einschränken, um so geringer lohnt man uns. Wer sich nicht getraut, etwas zu verzehren, getraut sich auch nichts zu verdienen. Und milde Stiftungen! Hast du Stolz, Deutscher? Milde Stiftungen, solche Gnadenbrotanstalten unter der Vormundschaft der Beamten und Gelehrten. Armenhäuser! Pfui doch, ein freies Volk Armenhäuser, das ist ein Unsinn, Herr Wirth!" Und dann verspottete die Junge Generation mit vollem Rechte Wirths dreiste, den thatsächlichen Zuständen hohnsprechende Behauptung, daß „nach den heutigen Staatszuständen wenigstens in Deutschland für wirkliche Armuth so ziemlich" gesorgt sei.

Indessen wie geschickt Weitling und seine Anhänger ihre Sache führten, so gewannen sie doch nicht alle revolutionären Elemente für sich, die unter den deutschen Handwerksburschen in der Schweiz vorhanden waren. Die jungdeutsche Agitation blieb in feindlichem Gegensatze zu ihnen bestehen. Sie verlor zwar mehr und mehr den bürgerlich-nationalen und nahm einen proletarisch-revolutionären Charakter an, aber sie gerieth nicht ins Fahrwasser des französischen Sozialismus, sondern der deutschen Philosophie. Zwei junge Thüringer, die als Sprachlehrer in der französischen Schweiz lebten, Hermann Döleke und Julius Standau, leiteten diese Agitation. An formaler Bildung standen sie über Weitling, doch reichten sie nicht entfernt an seine Begabung und seinen Charakter

hinan. Dank der Verquickung von Politik und Religion, die der romantischen Reaktion eigenthümlich war, hatte die revolutionäre Entwicklung der deutschen Philosophie einen lebhaften Wiederhall bei geweckten Handwerksburschen gefunden; ihnen wurde der denkende, von allem Aberglauben und allen Vorurtheilen befreite Mensch der Ausgangs- und Mittelpunkt der proletarischen Revolution; sie sahen mit den Fesseln des menschlichen Geistes auch die Fesseln des Menschen zerfallen. Weitlings Utopie galt ihnen als ein neues Evangelium, Weitling selbst als ein neuer Prophet, seine Anhängerschaft als eine neue Sekte. Indem sie in der Emanzipation des menschlichen Bewußtseins schon eine Emanzipation der menschlichen Gesellschaft erblickten, hatten sie kein Bedürfniß, eine neue Welt aufzubauen; die absolute Freiheit des Menschen von allem Zwange war ihr Ideal und das mochte man ihren Anarchismus nennen. Aber nicht nur die vollkommene Nebelhaftigkeit dieses Anarchismus, sondern mehr noch der praktische Kampf, den sie mit Weitling führten, trieb ihren Atheismus als ihre bezeichnendste Eigenthümlichkeit hervor.

Weitlings naturwüchsigem Kommunismus, der an dem ökonomischen Klassengegensatze gereift war, fehlte jedes Verständniß für die spekulativen Spinnweben der Philosophie. Er nannte die deutschen Philosophen Nebler, die im Reiche des Uebersinnlichen nach Abstraktion im Trüben fischten, deren Begriffe Niemand fassen könne. „Der gefeierte Hegel ist für mich eben so ein Nebler. Ich darf ihn so nennen, obgleich ich nichts von ihm gelesen habe. Warum? Weil Niemand mir sagen konnte, was er wollte, obgleich die ganze deutsche Nebelphilosophie von ihm ein großes Geschrei macht." Eben dieser naturwüchsige Kommunismus lenkte Weitlings Blick, so frei er von allem dogmatischen Kirchenglauben war, immer wieder auf das Urchristenthum zurück, auf den Jesus der Evangelien, dem seine bewundernde Sympathie galt. Dabei war er auch wieder ein zu klarer und nüchterner Kopf, um nicht zu erkennen, daß mit aller Revolutionirung des Bewußtseins die ökonomischen Zustände, unter denen die Arbeiter so unsäglich litten, noch nicht einmal erschüttert würden. Zwischen den jungdeutschen und den kommunistischen Handwerksburschen gab es keine Versöhnung. Wohl mahnte Everbeck zur Verträglichkeit gegenüber den gemeinsamen Feinden und vermittelte auch einen freundlichen Briefwechsel zwischen Weitling und Moses Heß in Paris, der gleichfalls von der Philosophie her zum Sozialismus gekommen war, aber ein besseres Verständniß für Weitling hatte, als die Döleke und Standau. Allein der Gegensatz blieb doch und wurde um so tiefer, je mehr Weitling nun auch wirklich in die Rolle eines Propheten gedrängt wurde.

Die Schuld daran trug jener innere Widerspruch seiner Agitation. Weitlings Erfolge stärkten einerseits sein Selbstbewußtsein, andererseits riefen sie den wachsenden Widerstand der Welt hervor, die er zu zerstören trachtete. Die konservativen Regierungen in der Schweiz begannen die kommunistische Bewegung zu fürchten, die schon in einzelne radikale Organe einzudringen begann; die Drucker der Jungen Generation wurden polizeilich drangsalirt; Weitling mußte wiederholt

den Druckort wechseln. In Deutschland, Oesterreich, Frankreich wurden seine Schriften scharf verfolgt. Das Ministerium Guizot ließ einmal zwölfhundert Exemplare der Jungen Generation an der Grenze wegnehmen und verbrennen, ohne daß es sich die Mühe gab, das Blatt vorher zu verbieten; mit Recht konnte der arme Schneidergeselle sagen: Solchen Respekt haben die Mächtigen vor dem Eigenthum! Viele Sorgen hatte Weitling auch von den Kostanstalten, die mehrfach an dem Widerspruche scheiterten, daß dieselben Vereine den Kampf gegen die alte Gesellschaft führen und embryonische Keime der neuen Gesellschaft sein sollten. Trotz aller Opferwilligkeit seiner Anhänger war Weitlings persönliche Lage überhaupt sehr bedrängt. Seine Noth wuchs mit seinen Erfolgen ebenso sehr wie sein Selbstbewußtsein. Dadurch wurde sein Thatendrang zwar umsomehr angespornt, aber nun zeigte sich in verhängnißvoller Weise, daß seiner revolutionären Agitation das klare Ziel fehlte.

Um die bestehende Gesellschaft möglichst schnell niederzureißen, verfiel Weitling auf allerlei sonderbare Ideen. Er wollte sofort die „weibliche Gemeinschaft" einführen, eine Diebesbande zum Guerillakriege gegen die besitzenden Klassen organisiren, eine geheime Verschwörung anzetteln, die dann plötzlich gewaltsam losbrechen sollte. Natürlich widersetzten sich Everbeck und Schapper, August Becker und Simon Schmidt solchen abenteuerlichen Plänen. Ueberflüssig zu sagen, daß sie Recht hatten, aber wenigstens Everbeck und Becker versahen es doch wieder in anderer Weise. Sie verkannten den Fortschritt, der trotz alledem in Weitlings revolutionärem Drange lag. Becker schrieb an das „Kind" in einem väterlich abmahnenden Tone, der diesem geistreichsten, aber auch verbummeltsten von Weitlings Anhängern seltsam genug zu Gesichte stand. Nicht minder von oben herab warnte Everbeck, der von Cabets moralisirendem Utopismus befangen war, den „lieben Bruder" dringend davor, Systembücher zu schreiben, wie die Garantien, auf die sich Weitling doch wohl etwas einbilden durfte. Everbeck rieth ihm, seine Agitation von den Ufern des Genfer Sees nach Zürich zu verlegen, wo er den deutschen Grenzen näher war und engere Fühlung mit literarischen Kräften nehmen konnte. Hierzu war Weitling sehr bereit, aber gegen diesen Plan protestirte nun wieder Fröbel, der durch eine gewisse Annäherung an sozialistische Anschauungen seine Stellung bis ins radikale Lager hinein erschüttert hatte. Er sagte voraus, daß Weitlings Erscheinen in Zürich einen gewaltsamen Schlag gegen den Kommunismus, und den Radikalismus dazu, hervorrufen würde.

All das stürmte auf Weitling ein, und ihm fehlte der sichere Kompaß, sich in dem Wirrwarr zurechtzufinden. Er wurde an seinen nächsten Freunden irre; sein Selbstbewußtsein wuchs sich zur Eitelkeit aus, seine frische Kampflust zu rechthaberischer Zanksucht; er begann sich als das verkannte Genie zu fühlen. Die Idee des „zweiten Messias" ging um so leuchtender in ihm auf, je unklarer es ihm wurde, wie der alten Gesellschaft der revolutionäre Prozeß zu machen sei. Aus diesen Stimmungen heraus schrieb er im Frühjahre von 1843 sein Evangelium der armen Sünder.

In dieser Schrift wollte Weitling an mehr als hundert Bibelstellen beweisen, daß die kühnsten Folgerungen der freisinnigen Ideen ganz im Einklange mit dem Geiste der Lehre Christi seien. Voltaire und Andere hätten die Religion zerstören wollen, um die Menschheit zu befreien. Lamennais dagegen, der beiläufig Weitlings Schrift nach ihrem Erscheinen schnöde verleugnete, und vor ihm viele christliche Reformatoren, wie Karlstadt und Thomas Münzer, hätten gezeigt, daß alle demokratischen Ideen der Ausfluß des Christenthums seien. Ihnen schließt sich Weitling nunmehr an; er meint, die Religion müsse benutzt werden, um die Menschheit zu befreien; Christus sei ein Prophet der Freiheit und lehre die Liebe.

Vom Standpunkte der kommunistischen Propaganda ist die Schrift ein großer Rückschritt gegen die Garantien, dagegen giebt sie von Weitlings Wesen das treffendste Bild, von seinem Talente vielleicht die eigenthümlichste Probe. Weitling verleugnet nicht die Ergebnisse der modernen Evangelienkritik: er sagt nur, es sei nicht seine Aufgabe, die Widersprüche der Evangelien, deren Strauß nicht wenige aufgedeckt habe, ans Licht zu ziehen; er wolle vielmehr das Wesentliche, Bestimmte und Mögliche, worauf das Christenthum beruhe, als wahr annehmen, um daraus das Prinzip des Christenthums zu ermitteln. Im Jesus der Evangelien spiegelt er sich selbst. Mit kongenialem Instinkt spürt er die Niederschläge auf, die der urchristliche Kommunismus in der evangelischen Geschichte gefunden hat. Er sieht recht gut, daß dieser Kommunismus sich nur auf die Konsumtion, nicht auf die Produktion erstreckte, aber er meint, daß die „Gemeinsamkeit der Genüsse" die „Gemeinsamkeit der Arbeiten" voraussetze. „Das war schwerer zu erklären und wäre noch schwerer verstanden worden; das können heute noch Millionen nicht fassen. Was sie fassen können, ist, daß man recht gut den Ueberfluß des Einen nehmen könnte, um ihn den Armen zu geben. Das aber wäre nur zweckmäßig, wenn von Lebensmitteln, Kleidern und Möbeln die Rede ist, aber Handwerkzeug, Geld, Grund und Boden kann in der Gemeinschaft nicht vertheilt werden; ersteres (der Ueberfluß) wird unnütz und abgeschafft, und letzteres (Hab und Gut) gehört Allen gemeinschaftlich und Niemanden besonders." Die Schrift ist eine Art Beichte Weitlings vor sich und vor der Welt, vor den Freunden vielleicht noch mehr als vor den Feinden. Es sind seine Erfahrungen und Erfolge, seine Freuden und Leiden, an denen er die Thaten und Worte Jesu mißt. Mögen sie ihm sagen, aus der Bibel lasse sich alles machen, was man wolle, Weitling antwortet ihnen: „Wohl, ihr Herren, ihr habt's bewiesen, ihr habt ein Evangelium der Tyrannei, der Bedrückung und der Täuschung daraus gemacht, ich wollte eines der Freiheit, Gleichheit und Gemeinschaft, des Wissens, der Hoffnung und der Liebe daraus machen, wenn es dies nicht schon wäre. Wenn jene sich irrten, so geschah es aus persönlichem Interesse; wenn ich mich irre, so geschieht es aus Liebe für die Menschheit. Meine Absicht ist bekannt und die Stellen, aus denen ich schöpfe, angemerkt. Der Leser mag nun lesen, prüfen, urtheilen und glauben, was er will. Amen." Es handelte sich für Weitling mehr um sich, als um Jesus; es ist der zweite Messias, der den ersten für sich in die Schranken ruft.

Der zweite und der größere Messias, denn an Jesus entschuldigt es Weitling mit den Zuständen seiner Zeit, daß er einen Organisationsplan einer neuen Gesellschaft, „wie zu vermuthen sei, entweder sehr unvollkommen oder gar nicht angefertigt" habe; es sei nicht zu verlangen, daß er „damals alle Tiefen der heutigen kommunistischen Lehre vollständig aufgefaßt haben" solle.

Weitling hatte das Evangelium der armen Sünder noch in Lausanne geschrieben; er wollte es in Zürich drucken lassen, wohin er im Mai 1843 übersiedelte. Fröbel lehnte den Verlag ab, um das Literarische Kontor nicht zu gefährden, besorgte aber einen anderen Drucker. Doch ehe die Schrift öffentlich erschien, erfolgte schon die Katastrophe. Züricher Pfaffen denunzirten den Prospekt, den Weitling verbreiten ließ, beim Staatsanwalte wegen Gotteslästerung. Der Staatsanwalt leitete sofort die Untersuchung ein und ließ Weitling in der Nacht vom 8. auf den 9. Juni verhaften. Haussuchungen in seiner Wohnung und in der Druckerei lieferten seine Privatkorrespondenz und einen Theil des Manuskripts zum Evangelium der armen Sünder in die Hände der Behörde.

Fröbels Befürchtungen erwiesen sich als begründet: die Züricher Regierung wollte die kommunistische und in ihr auch die radikale Partei mit einem vernichtenden Schlage treffen. Es war, wenigstens so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt, die erste staatsretterische Komödie dieser Art, und in ihrer Art war sie typisch für alle folgenden. Der Staatsanwalt reichte die beschlagnahmten Papiere der Regierung ein, und der Regierungsrath setzte eine Kommission von fünf Mitgliedern nieder, um „sämmtliche kommunistische Umtriebe in der Schweiz" zu untersuchen. Der Bericht, den diese Kommission durch die Feder des Professors Bluntschli erstattete, wurde auf Staatskosten gedruckt und dem buchhändlerischen Vertriebe übergeben. Bluntschli bewies durch seine Arbeit sowohl, daß er an historischer, ökonomischer, politischer Einsicht tief unter dem Schneidergesellen Weitling stand, als auch, daß er würdig war, noch ein Menschenalter später als Stern ersten Ranges am Himmel des deutschen Liberalismus zu strahlen. Statt irgend eines Versuchs, die theoretischen Ziele, geschweige denn die praktischen Wurzeln der kommunistischen Agitation zu würdigen, erhob er ein wehmüthiges Geheul darüber, daß in einem unermeßlichen Abgrunde, der sich vor dem kalten abstrakten Prinzip des Kommunismus eröffne, alle göttliche und menschliche Ordnung verschlungen werden sollte; statt irgend eines positiven Vorschlags, den Beschwerden der Arbeiter abzuhelfen, rief er den Polizeiknüppel an, beantragte er, die nichteinheimischen Mitglieder des Züricher Arbeitervereins, in dem Weitling einige Male verkehrt hatte, aus dem Lande zu jagen, mit allen nichteinheimischen Personen, die kommunistischer Umtriebe verdächtig seien, ebenso zu verfahren, falls sie aber nach einer „summarischen Untersuchung des Falles" solcher Umtriebe überwiesen würden, auch noch eine steckbriefliche Notiz in ihr Wanderbuch zu stiften. Dazu kam der echt spießbürgerliche Vorschlag, die Zahl der Wirthschaften und Weinschenken einzuschränken und — versteht sich — eine salbungsvolle Empfehlung des Christenthums als eines Korrektivs, das den

Armen durch das „innere Heiligthum des Seelenlebens“ über die Unterschiede in den Vermögenszuständen der äußeren Welt trösten müsse.

Mit dieser blöden Beschränktheit und Heuchelei paarte sich auch schon jene Perfidie, die das rothe Gespenst für parteipolitische Geschäftchen ausbeutet. Bluntschli veröffentlichte zu dem edlen Zwecke, politische Gegner der Regierung zu kompromittiren, aus den bei Weitling gefundenen Papieren private Briefe von Personen, die mit der Untersuchung in gar keinem Zusammenhange standen und sich keiner strafbaren Handlung gegen die Gesetze des Kantons Zürich schuldig gemacht hatten, Briefe also, zu deren Veröffentlichung die Kommission nicht einmal ein scheinbares Recht besaß. Er redigirte dies widerrechtlich benutzte Material wider besseres Wissen so, daß auf die Führer des Züricher Radikalismus der ganz grundlose Schein fiel, angeblich verbrecherische Zwecke der Kommunisten gefördert zu haben. Vergebens protestirten Follen und Fröbel, auf die es dabei besonders abgesehen war, gegen dies unanständige Verfahren; sie wurden vom Regierungsrathe noch obendrein wegen „ungeziemender Ausdrücke“ gegen die Kommission in eine Geldstrafe verfällt. Und es war eine letzte Aehnlichkeit zwischen damals und heute, daß der bürgerliche Radikalismus sich ins Bockshorn jagen ließ, sobald seine intimsten Feinde ihn kommunistischer Tendenzen ziehen. Die Radikalen rückten von Fröbel ab, und der Schweizerische Republikaner mußte wegen Mangels an Abonnenten eingehen.

Dagegen dachte die kommunistische Agitation nicht daran, die Flagge zu streichen. Weitling selbst vertheidigte sich vor den Gerichten mit männlicher Würde. Wohl verrieth er auch hier, wie später im Gefängnisse, Zeichen krankhafter Erregung, aber er verleugnete seine Grundsätze nicht. Aus dem üblichen Strauß staatsanwaltlicher Gaben, der in der Anklage gewunden war: Gotteslästerung, Angriffe auf das Eigenthum, Geheimbündelei und dergleichen mehr, wählte die zweite Instanz die einzelnen Blüthen etwas anders aus als die erste, worauf es bei der sogenannten Begründung solcher Tendenzurtheile ja nicht weiter ankommt. Traurig für Weitling und unrühmlich für die Züricher Rechtspflege war es, daß die erste Instanz schon ein hartes Urtheil fällte: sechs Monate Gefängniß, mit Abrechnung von zwei Monaten unverschuldeter Untersuchungshaft, die zweite Instanz die Strafe aber noch auf zehn Monate Gefängniß, abgerechnet vier Monate unverschuldeter Untersuchungshaft erhöhte. Daß daneben die erste Instanz auf lebenslängliche, die zweite aber nur auf fünfjährige Verweisung aus der Schweiz erkannte, kam thatsächlich für den Verurtheilten auf dasselbe hinaus.

Ungefähr ein Jahr saß Weitling in den Züricher Gefängnissen, wo er wiederholt disziplinarisch bestraft wurde und nach einer Angabe sogar körperlich gezüchtigt worden sein soll. Nach seiner Freilassung wollte er mit seinem Anhänger Andreas Dietsch nach Amerika übersiedeln, um dort eine kommunistische Kolonie zu gründen, aber die Züricher Regierung, froh des Schergendienstes, bestand darauf, ihn der preußischen Polizei auszuliefern. Unter heftigem Sträuben wurde Weitling über die deutsche Grenze geschafft, durch die verschiedenen Vater-

länder, begleitet von ihren Sicherheitswächtern und mit jeweiligem Aufenthalte in ihren Kerkern, nach seiner Vaterstadt Magdeburg geschleppt und als Militärflüchtling unter die Soldaten gesteckt. Wegen körperlicher Untauglichkeit mußte er bald entlassen werden, und nun spedirte ihn die preußische Regierung trotz seines Heimathsrechts und trotz des Nachweises hinreichender Subsistenzmittel, für die sich ein Buchhändler verpflichtete, nach Hamburg, wo sie ihn mit einem Reise- und Zehrpfennig von ganzen sieben Thalern in die weite Welt stieß. Weitling ging nach London; in einem großen Meeting begrüßten die deutschen, englischen und französischen Sozialisten der Weltstadt den „muthigen und talentvollen Führer der deutschen Kommunisten", wie ihn Owens Organ nannte.

Seine Anhänger in der Schweiz führten gleichfalls ihre Sache tapfer fort. Der gegen sie gerichtete Schlag wurde von dem gewöhnlichen Rückschlage begleitet: die öffentliche Aufmerksamkeit wandte sich den Verfolgten erst recht zu, und selbst der Bericht Bluntschlis machte kräftige Propaganda für sie. Mit all seiner künstlichen Gruppirung, mit all seinen hämischen Glossen war der tiefe Eindruck nicht zu verwischen, den die nunmehr der weitesten Oeffentlichkeit übergebenen Urkunden selbst, namentlich die langen Auszüge aus Weitlings Schriften, auf das Proletariat machen mußten. Der preußische Gesandte in Paris meldete nach Berlin, dieser Bericht habe dreihundert deutsche Handwerksburschen zum Eintritt in den Bund der Gerechten veranlaßt, und Moses Heß dankte dem braven Staatsretter Bluntschli in einer spöttischen Adresse dafür, daß er der guten Sache einen so großen Dienst geleistet habe. Im Ernste wies eine anonyme Schrift: Ueber den Kommunismus in der Schweiz die elende Mache Bluntschlis auf, und die treffliche Abfertigung wurde dadurch, daß der kommunistische Verfasser den revolutionären Tendenzen Weitlings abgeneigt war, eher gestärkt als geschwächt. Weitlings letzte Schrift, deren Manuskript seine Freunde zum großen Theil hatten retten können, erschien in Bern unter etwas verändertem Titel als Evangelium eines armen Sünders, und seine früheren Schriften wurden in neuen Auflagen gedruckt. Drei Auflagen kurz hinter einander erlebte auch ein kommunistisches Schriftchen von Andreas Dietsch, der von Geburt ein Schweizer und von Gewerbe ein Bürstenbinder war. In den Vereinen zeigten die gemeinsamen Küchen und Speiseanstalten, soweit sie gediehen waren, nun auch eine gute Seite für die Propaganda; sie hielten die Kommunisten zusammen in der Verwirrung, die durch Weitlings plötzliches Verschwinden und die Verfolgungen der Polizei geschaffen worden war.

Trotz dieses ehrenvollen Widerstandes verflachte aber die kommunistische Agitation in der Schweiz mehr und mehr. Nicht etwa oder doch nicht etwa allein, weil sie in Weitling ihr geistiges Haupt verloren hatte. Man könnte eher in umgekehrtem Sinne sagen: weil sich die Glieder nach demselben Takte regten wie das Haupt. Weitlings Kommunismus war stets mehr oder weniger Kollektivprodukt seiner Bekenner gewesen; das wußte Weitling auch sehr gut, und trotz seines wachsenden Selbstbewußtseins sagt er noch in dem Evangelium der armen

Sünder, der essäische Bund habe die kommunistische Lehre verbreitet und Jesus möge in seinen eigenen Ideen die Ideen seiner Bundesmitglieder nicht bedeutend überragt haben. Dieselben Ursachen, die Weitling auf den religiösen Utopismus zurückdrängten, wirkten mit demselben Erfolge in größerer oder geringerer Stärke auf seine Anhänger ein, und nur darin erwies sich seine Entfernung als verhängnißvoll, daß an die Stelle eines ehrlichen und in seiner Art genialen Sektenhaupts allerlei zweifelhafte Häuptlinge traten.

Die Ersatzmänner Weitlings waren zunächst gutmüthige Bummler, wie August Becker, der es mit der Sache ehrlich meinte und unter der Leitung eines festen Charakters auch Treffliches leistete, aber auf eigene Füße gestellt, haltlos schwankte, und genarrt durch das Geschrei der orthodoxen Pfaffen, die ihren Schäflein jede Abweichung von der alleinseligmachenden Lehre als Kommunismus denunzirten, sogar mit den deutsch-katholischen Wirrköpfen anbandeln wollte. Dann harmlose Narren, wie der „Prophet" Albrecht, ein alter Demagoge aus Altenburg, der, in sechsjähriger Gefangenschaft auf die Lesung der Bibel beschränkt, religiösem Wahnsinn verfallen war. Endlich aber auch offenbare Betrüger und Landstreicher, wie der Pseudodoktor Kuhlmann aus Holstein, der die famose Lehre verkündete: in der neuen Welt werde der Weiseste die Vertheilung der Genüsse regeln, und deshalb müßten schon jetzt in der alten Welt die Jünger dem Weisesten die Genüsse scheffelweis zutragen, sich selbst aber mit den Brosamen begnügen. Daß Kuhlmann mit dieser einträglichen Beutelschneiderei nicht nur die kommunistischen Handwerksburschen bethörte, sondern auch einem gebildeten Manne wie August Becker den Schrei des Entzückens entriß, in Kuhlmann sei der Mann der Zeit aufgetreten, der „Mann, in dessen Munde all' unser Leiden und all' unser Sehnen und Hoffen, mit einem Worte Alles was unser Zeit im Innersten bewege, zur Sprache würde" — diese Thatsachen beweisen beredter als lange Schilderungen, wie schnell und unaufhaltsam der Handwerksburschen-Kommunismus auf der abschüssigen Bahn des religiösen Utopismus unterging.

Sein Verfall gab zunächst der jungdeutschen Agitation einen neuen Aufschwung. Ihr platter Atheismus erschien den rebellischen Proletariern begreiflicher Weise noch genießbarer, als der religiöse Kohl Albrechts oder Kuhlmanns. An der Spitze der Jungdeutschen stand jetzt Wilhelm Marr, ein junger Kommis aus Hamburg, der sich in Zürich an Weitling angeschlossen hatte und nach dessen Verhaftung ausgewiesen worden war. Marr hatte in Feuerbachs und Proudhons Schriften geguckt und brachte einiges System in die jungdeutsche Agitation; er popularisirte Friedrich Feuerbachs Religion der Zukunft, in der Ludwig Feuerbachs Lehre schon einmal popularisirt worden war. Sonst ein unreifer Prahlhans, wußte Marr doch mit der Rührigkeit hartgesottener Selbstsucht zu agitiren; er verstand die kleinen Künste der Demagogie bis auf den grauslichen Mummenschanz, womit neue Mitglieder in den jungdeutschen Geheimbund eingeführt wurden. Marr renommirte mit seinem Zynismus und spottete über Weitlings mißglücktes Priesterthum; um so widerlicher stach seine geile Brunst von Weitlings gesunder Sinn-

lichkeit ab. Seine Bekämpfung des Kommunismus beschränkte sich auf altbackene Gemeinplätze; wenn er meinte, das Eigenthum als Sache lasse sich wohl aufheben, aber nicht die innere Gier nach dem Eigenthum, so umschrieb er einfach die Seufzer, die er in seinen Briefen ausstieß nach einem hübschen Goldtöchterchen, nach Einer, die was hat.

In Folge der Züricher Katastrophe hatte die kommunistische Agitation ihren leitenden Standpunkt wieder an die Ufer des Genfer Sees verlegt, wo die jungdeutsche Agitation von jeher heimisch gewesen war. In Lausanne hausten Becker und Kuhlmann sowohl wie Marr, und in den Arbeitervereinen der französischen Schweiz rangen beide Geheimbünde um den beherrschenden Einfluß. Nach und nach gelang es der jungdeutschen Agitation, eine große Zahl dieser Vereine unter ihre Herrschaft zu bringen und in drei Sektionen zu gliedern, von denen die größte, der Lemanbund, durch Marr, die anderen beiden durch Döleke und Standau geleitet wurden. Im Dezember 1844 gründete Marr die Blätter der Gegenwart für soziales Leben als jungdeutsches Bundesblatt, einige Monate später Becker die Fröhliche Botschaft als Sprachrohr der kommunistischen Agitation, die seit dem Eingehen der Jungen Generation kein eigenes Organ und nur zeitweise im Pariser Vorwärts einen dürftigen Ersatz dafür gehabt hatte. Beide Blätter bekämpften sich heftig, doch waren die Tage des einen wie des anderen gezählt.

Im Kanton Waadt hatte im Februar 1845 ein politischer Umschwung stattgefunden, der die radikale Partei ans Ruder brachte. Durey und Delagareaz, die Freunde Weitlings, kamen in den Großen Rath. Sie versuchten in dem Entwurfe einer neuen Verfassung das Recht auf Arbeit zu organisiren, ein Anlauf, der natürlich scheiterte, aber den gestürzten Konservativen willkommenen Anlaß zu dem Vorwurfe bot, daß die neue Regierung kommunistischen Bestrebungen huldige. Gleichzeitig war die Regierung des Kantons Neuchatel, der damals noch unter preußischer Oberhoheit stand, dem jungdeutschen wie dem kommunistischen Geheimbunde auf die Spur gekommen; in der Untersuchung scheint die gegenseitige Feindschaft zu dem unwürdigen Uebermaße gegenseitiger Denunziationen geführt zu haben; jedenfalls stellte sich heraus, daß beide Geheimbünde im Kanton Waadt ihre hauptsächlichsten Verzweigungen hatten. Nun erhoben sich die waadtländischen Konservativen mit erhöhter Heftigkeit gegen die radikale Regierung. Sie warfen dabei Jungdeutsche und Kommunisten in einen Topf und machten die sozialistischen Mitglieder des Großen Raths für Marrs zynische Schreibweise verantwortlich. Die Regierung ging in die absichtlich oder unabsichtlich gestellte Falle, wies Marr aus, unterdrückte sein Blatt, löste die jungdeutschen Vereine auf. Dagegen wollte sie die kommunistischen Vereine durch eine scheinbare Untersuchung decken, als deren Ergebniß der radikale Präfekt von Lausanne meldete: wenn diese Vereine nicht beständen, so würde er darauf antragen, sie zu errichten. Indessen so leichten Kaufs war die konservative Opposition nicht abzuspeisen. Wollte die Regierung sich halten, so mußte sie der kommunistischen Agitation recht sein lassen, was der jungdeutschen Agitation billig gewesen war. Dem-

gemäß wurde Becker ausgewiesen, sein Blatt verboten und mit den kommunistischen Vereinen ebenso aufgeräumt wie mit den jungdeutschen. Kuhlmann hatte schon vorher den Kanton Waadt verlassen.

Die jungdeutsche Agitation war für immer todt. Marr hat seitdem die verschiedensten Wandlungen durchgemacht; Döleke und Standau sind als Kolonisten in Algier verschollen. Dagegen versuchte Becker die kommunistische Agitation noch einmal aufzunehmen, und zwar in Zürich, wo inzwischen die Radikalen durch die Wahlen von 1845 ans Ruder gekommen waren. Becker gewann den ehemaligen Schullehrer Treichler für sich, den Herausgeber einer demokratischen Wochenschrift. Der nunmehr in diesem Blättchen gepredigte Kommunismus erwies sich als sehr verschwommen: nicht auf Abschaffung, sondern auf Herstellung des Privateigenthums, nicht auf Umsturz, sondern auf Vervollkommnung des Staats, nicht auf Zersetzung, sondern auf Erfüllung der Religion sei sein Streben gerichtet, so versicherte Treichler mit vieler Emphase. Seine Taktik war, die kommunistische Theorie möglichst in den Hintergrund zu schieben, dafür aber um so stärker das „liberale Neuherrenthum", die „Scheinfreisinnigen" in der Regierung anzugreifen. Wie immer er es sonst mit dieser Taktik meinen mochte: jedenfalls war er gründlich im Irrthum, wenn er sie in einem Briefe an Weitling aus Gründen der Behutsamkeit und Vorsicht zu rechtfertigen suchte.

Der bürgerliche Radikalismus bleibt immer derselbe. Eine kommunistische Agitation hätten sich die Züricher Radikalen vielleicht ebenso gefallen lassen, wie die Waadtländer Radikalen; wie diese opferten sie aber den Kommunismus und ihre eigenen Grundsätze dazu, als ihre materielle Macht bedroht erschien. Je schärfer ihnen Treichler auf den Leib rückte und je lauter Bluntschli und Konsorten schrieen, nun zeige es sich, daß der Radikalismus die Vorfrucht des Kommunismus sei, um so bereitwilliger wurden sie zum Erlaß eines Ausnahmegesetzes, das nicht nur untersagte, den Diebstahl oder andere ihm verwandte Verbrechen zu rechtfertigen, sondern auch verbot, wegen Ungleichheit des Besitzes eine Klasse von Bürgern gegen eine andere zum Hasse aufzureizen oder durch Angriffe auf die Unverletzlichkeit des Eigenthums die Ruhe und Wohlfahrt des Staats böswillig zu gefährden. Mit diesem Kautschukschlauch erschlugen sie die kommunistische Agitation. Treichler war einsichtig genug, sich nach und nach zum liberalen Professor zu entwickeln; Becker verließ die Schweiz und ist erst 1871 nach langen Irrfahrten als Zeilenschreiber in Cincinnati gestorben.

Die kommunistische Agitation war aber keineswegs für immer todt. Der Handwerksburschen-Kommunismus scheiterte im letzten Grunde an dem unentwickelten Zustande der Industrie, der ihm so wenig gestattete, unerschöpflich neue Rekruten zu werben, als die wirkliche Bahn des Sieges zu erkennen. Allein, wenn es seine Schattenseite war, sich Ziele zu stecken, für deren Verwirklichung die thatsächlichen Vorbedingungen zur Zeit noch fehlten, so war es auch seine Lichtseite. Seine Fehler wurzelten in den Verhältnissen, seine Vorzüge in den Personen. Und vergebens haben Weitling und seine Genossen nicht gekämpft. Der Brand, den

sie entfachen wollten, wurde erstickt, aber unter der Asche glühten die Kohlen fort und aus ihnen schürte Ferdinand Lassalle zwanzig Jahre später das Herdfeuer der deutschen Sozialdemokratie. Es waren Anhänger Weitlings, an die er sein Offenes Antwortschreiben richtete.

II. Deutsches Massenproletariat.

In Deutschland selbst war der Bund der Gerechten zwar auch mannigfach verzweigt, doch konnte er hier natürlich keine Agitation von der Ausdehnung entfalten, wie zeitweise in der Schweiz. Die deutsche Polizei hielt die Bildungs- und Unterhaltungsvereine, welche sie den Handwerksburschen überhaupt gestattete, straff am Gängelbande. Ein- oder zweimal gelang es ihr, in solchen Vereinen Fäden aufzuspüren, die auf den Bund der Gerechten zurückführten, so die Mentelsche Verschwörung in Berlin, doch rissen ihr diese Fäden unter den Händen entzwei. Der Schneidergeselle Mentel und seine Genossen wurden theils freigesprochen, theils kamen sie mit einer für preußische Verhältnisse auffallend gelinden Strafe davon.

Um so eifriger arbeitete die ökonomische Entwicklung in Deutschland daran, ein Massenproletariat zu züchten und damit die thatsächlichen Vorbedingungen des Kommunismus zu schaffen. Die Umwälzung der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die mit der Gründung des Zollvereins und dem Bau von Eisenbahnen eingeleitet worden war, nahm einen immer breiteren und tieferen Umfang an. Die große Industrie und der große Handel begannen, moderne Großstädte zu schaffen, das Handwerk aufzureiben, eine kleine Minderzahl in den Schooß des Reichthums und der satten, zahlungsfähigen Moral, die große Mehrzahl in den Abgrund des Elends und des Verbrechens zu schleudern, die Lebensformen der kleinbürgerlichen Gesellschaft zu zerstören, in denen die städtische Bevölkerung bisher vegetirt hatte. Auf dem platten Lande verbürgerlichte der feudale Großgrundbesitz; er warf sich immer stärker auf Kartoffelbrennerei und Runkelrübenwirthschaft, enteignete massenhaft die kleinen Besitzer, die nicht durch die Ablösungs- und Regulirungsgesetze geschützt waren, heftete die Arbeitskräfte, die er gebrauchte, mit feudalen Kreuzesnägeln an die Hufe, schuf ein Proletariat, das so hilflos wie elend war. Krampfhaft sträubte sich der Feudalismus in allem Modergeruche seiner Verwesung gegen das Grab; nicht minder krampfhaft drängte der Industrialismus ans Tageslicht; in diesem Ringen und Würgen wurde die arbeitende Bevölkerung zerstampft, als jagten die apokalyptischen Reiter über sie dahin.

Ein amtlicher Bericht, der ausdrücklich dazu bestimmt war, angeblichen Uebertreibungen der Presse entgegenzutreten, muß über die Lage der ländlichen Arbeiter auf den ostelbischen Latifundien, über die Lage der Eigenkäthner und Einlieger, der Häusler und Heuerlinge und wie sie sonst hießen, in eintönigem

Kehrreime berichten: Diese Klasse lebt im größten Elend; die Lage dieser Arbeiter ist jedenfalls die unsicherste; sie stehen meistentheils auf einer sehr niedrigen Stufe der geistigen und sittlichen Kultur; größtentheils erreicht diese Klasse von Menschen kein hohes Alter, woran natürlich die schlechte Lebensweise, übermäßige Arbeit und Nahrungskummer schuld ist. In anderen zeitgenössischen Berichten, die keinen Anlaß hatten, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, werden schauerliche Einzelheiten darüber gemeldet, wie Frost und Hunger die Bewohner ganzer Kirchspiele hinschlachteten. Das ländliche Proletariat hauste in Kathen, die Höhlen für Thiere ähnlicher sahen als Wohnungen für Menschen; seine Nahrung bestand gewöhnlich aus Kartoffeln, Salz und Schnaps; jedes Mißrathen der Kartoffelernte rief den Hungertyphus und andere Würger herbei. Nach dreimaligem Mißrathen der Kartoffelernte brachen über Oberschlesien entsetzliche Katastrophen herein; in den Kreisen Pleß, Rybnik und Ratibor waren 4000 hilflose Waisenkinder zu versorgen; im Kreise Pleß starben 1847 allein 6800 Menschen, fast dreimal mehr als sonst in Jahresfrist, und darunter — so fügt ein Hofhistoriker dieser statistischen Notiz trocken hinzu — wohl 900 an Hunger.

In den Städten, wo sich die große Industrie anzusiedeln begann, folgte ihr die Massennoth mit ihren greulichen Begleiterscheinungen auf dem Fuße. Die Dampfmaschinen der Berliner Fabriken vermehrten sich in den ersten neun Jahren Friedrich Wilhelms IV. von 29 mit 392 Pferdekräften auf 193 mit 1265 Pferdekräften; in derselben Zeit stieg die Zahl der Prostituirten auf 10 000, der Verbrecher auf 12 000, der nicht polizeilich gemeldeten Herumtreiber auf 12 000, der Almosenempfänger auf 6000, der Bettler auf 4000, der Zucht- und Arbeitshäusler auf 3000. Dagegen berechnete man die Zahl der leistungsfähigen Bürger auf nur 20 000. Das Handwerk wurde ein Spielball zwischen den Maschinen der Industrie und den Magazinen des Handels. Von den 4000 selbständigen Schneidern in Berlin hatten zwei Drittel keine hinreichende Beschäftigung; dagegen gab es 206 Kleiderhändler, welche die unbeschäftigten Meister zu spottwohlfeilen Preisen ausbeuteten. Aehnlich stand es um die 3000 selbständigen Schuhmacher und 2000 selbständigen Tischlermeister. Und mit dem Handwerke wurde der bürgerliche Haushalt zerrüttet, der auf der handwerksmäßigen Produktion beruhte. Die wohlfeilen Massenartikel der Maschinen nahmen der Hausfrau den größten Theil ihrer wirthschaftlichen Thätigkeit; vergebens suchte die reaktionäre Gesetzgebung der Lockerung der bürgerlichen Ehe durch Erschwerungen der Ehescheidung zu begegnen.

Die Arbeiter der großen Industrien litten unter den drückendsten Uebelständen. Fabrikordnungen unterjochten sie nicht blos mit despotischer Gewalt, sondern stellten mit pfiffig gelegten Fallen auch noch den letzten Groschen ihrer kargen Löhne nach. Das Trucksystem blühte in sehr vielen Fabrikdistrikten; in seiner alten Heimstätte Solingen kam es nach einer gerichtlichen Feststellung so weit, daß den Arbeitern oft in mehreren Jahren kein Pfennig Arbeitslohn in Geld gezahlt worden war, daß sie statt Geld Waaren erhalten hatten, die theils

ihr vermeintliches Bedürfniß um das zehnfache überschritten, theils ihnen ganz unnütz gewesen sein mußten, theils zu ganz übertriebenen Preisen angerechnet worden waren. Frauen- und Kinderarbeit nahm überhand. Umgekehrt wie die bürgerliche wurde die proletarische Ehe umgewälzt. Während die Frau dort ein Luxusmöbel wurde, wurde sie hier das Haupt der Familie. Aus Elberfeld hörte man schon die Klage, die Weiber müßten in die Fabriken gehen, die Männer aber zu Hause bleiben und Strümpfe stricken, wo möglich auch die kleinen Säuglinge stillen. In Elberfeld besuchten nur 79, in Berlin nur etwas über 50, in Aachen gar nur 37 Prozent der schulpflichtigen Kinder die Schule.

Gemeinsam war dem industriellen Proletariat und dem verfallenden Handwerke die wachsende Wohnungsnoth, die weniger da hervortrat, wo sich die große Industrie neue Mittelpunkte schuf, als wo sie sich in alten Städten niederließ. So in Berlin, Köln, Breslau. Weit und breit berüchtigt waren die Familienhäuser vor dem Hamburger Thore in Berlin; sie beherbergten in 400 Gemächern — und was für Gemächern! — 2500 Menschen; oft hausten in einem Loche zwei Familien, als Grenze war dann ein Kreidestrich oder ein Seil gezogen. Aus Köln, wo es 30000 Almosenempfänger gab, richteten Arbeiter eine Petition an den König, worin sie drastisch schilderten, wie sie durch die unerschwinglichen Miethspreise aus menschenwürdigen Wohnungen in menschenunwürdige Räume gedrängt seien und nun auch schon fürchten müßten, ganz obdachlos zu werden. Armenärzte schilderten die Behausungen der Breslauer Arbeiter mehr als Schweineställe, denn als Wohnungen. Alles darin sei so baufällig, daß bei jedem starken Tritte das ganze Gebäude erzittere. In den Höfen gelegen, würden die Arbeiterwohnungen durch die Ausdünstungen der Abtritte und Ställe verunreinigt, die an den Wänden oft als ganze Bäche niederströmten und schädliche Schwämme hervorriefen. Gelenkrheumatismus, Skropheln, Bleichsucht müßten die Gesundheit ihrer Bewohner zerstören.

Fast aber mochte das Elend des großindustriellen Proletariats noch erträglich erscheinen, verglichen mit dem Elend der hausindustriellen Arbeiter, namentlich in der Textilindustrie. Sie bildeten den großen Stamm der kapitalistischen Produktion und begründeten in erster Reihe den traurigen Weltruhm der deutschen Industrie, sich mit den schandbarsten Hungerlöhnen auf dem Weltmarkte zu behaupten. Nun aber verblich dieser trübselige Ruhmesglanz vor den zerschmetternden Gewaltstößen der englischen Konkurrenz. Die mechanische Flachsspinnerei in England hatte sich so kräftig entwickelt, daß sie größere Mengen guten Maschinengarns auch nach dem Zollvereine werfen konnte. Und der englische Maschinenspinner lieferte in gleicher Zeit fünfhundertmal so viel wie der deutsche Handspinner. Bei einer Vernehmung im Berliner Handelsamte über die Lage der westfälischen Spinner erklärten Bielefelder Industrielle: „Bei dem gegenwärtigen Zustande kann es unmöglich bleiben. Etwa zwei Drittel der Spinner, deren Zahl man auf hunderttausend veranschlagt, arbeiteten in den letzten Jahren ganz umsonst. . . . Ein guter Feinspinner verdient jetzt im Tage nur zwei Silber-

groschen und ein Spinner für Garn zweiter Qualität nur sieben Pfennige.“ In der That — bei diesem Zustande konnte es unmöglich bleiben. Der Knoten löste sich dadurch, daß viele Tausende von Spinnern dem Hungertyphus erlagen.

Dieselben Bielefelder Industriellen erklärten im Berliner Handelsamte: „Die Lage der Weber ist etwas besser, als die Lage der Spinner, aber dennoch höchst übel.“ Und ein bürgerliches Blatt, die Barmer Zeitung, veröffentlichte aus der Feder eines kundigen Gewährsmanns einen Aufsatz über die hausindustriellen Weber des Wupperthals, worin es hieß: „Der Weber muß morgens auf den Hahnenruf aufstehen und bis Mitternacht und wohl darüber arbeiten. Seine Kräfte werden schnell verbraucht, seine Sinne vor der Zeit abgestumpft. Seine Brust kann dem ununterbrochenen Zusammenhocken nicht widerstehen, die Lungen werden krank, Blutspeien stellt sich ein. Auch seine anderen Glieder erschlaffen und erlahmen. So wird seine physische Person eine frühe Kirchhofsblume.“ Keiner der Wupperthaler Fabrikanten, unter deren Augen die Schilderung veröffentlicht wurde, hat ihr zu widersprechen gewagt.

In dieser Hölle hausindustriellen Jammers nahmen aber wieder die schlesischen Spinner und Weber durch die Größe ihrer Qualen den hervorragendsten Platz ein. Sie steckten noch mit beiden Füßen im feudalen Schlamm, während ihr Leib von dem heftigsten Wirbelwinde des kapitalistischen Konkurrenzkampfes gepackt wurde. Dazu verstopfte die nichtsnutzige Handelspolitik der Regierung der schlesischen Leinwand die letzten Schlupfwinkel, in welche sie sich vor dem Siegeszuge der englischen Gewebe retten konnte; aus erhabenem Abscheu vor der Revolution schloß sie keine Handelsverträge mit Spanien und Portugal, mit den mittel- und südamerikanischen Republiken; mochten die fleißigen Landeskinder wie Fliegen sterben, wenn nur die legitimistischen Schrullen des müssigen Landesvaters befriedigt wurden. Auch war die hermetische Absperrung des polnisch-russischen Marktes für den preußischen Satrapen gewiß noch ein milder Geißelschlag des russischen Oberherrn. Die großen, maschinenmäßig betriebenen Spinnereien und Webereien, welche die Seehandlung im schlesischen Gebirge errichtete, hatten zur ersten Wirkung, eine Masse von Arbeitskräften frei zu setzen. Die Arbeit siechte unaufhaltsam dahin, während die Macht des Kapitals, immer schneller konzentrirt durch die Gewerbefreiheit, riesengroß über sie emporwuchs. Die kleinen Kaufleute verschwanden und an ihre Stelle traten die großen Kapitalisten, groß freilich nur durch die Größe ihres Geldsacks, nicht durch die Größe ihrer Gesinnung. Sie suchten nach wie vor mit gaunerischen Praktiken den Weltmarkt zu behaupten und zogen den Hungerriemen des von ihnen ausgebeuteten Proletariats mit immer gesteigerter Grausamkeit an. Wo die Leinwand versagte, griffen sie zur Baumwolle und brachten dadurch die hausindustriellen Arbeiter aus dem Regen unter die Traufe.

Die Jahreseinnahme eines schlesischen Leinewebers, der unter eigenem Dache hauste und ein paar Morgen Land besaß, belief sich bei erschöpfender Arbeit von Mann, Weib und Kindern auf höchstens sechzig Thaler. Davon ging nahezu der

dritte Theil an feudalen und fiskalischen Lasten ab, an Grund- und Weberzins, Jagd- und Spinngeld, Gemeindeabgaben und Schulgeld, Grund- und Klassensteuer; mit einem täglichen Verdienst von etwa vier Silbergroschen mußten die Ausgaben für Brot, Kartoffeln, Salz, Holz, Licht, Stärke, Seife, Kleidung, Hausreparaturen und wer weiß was sonst noch bestritten werden. Und das waren die Krösusse unter den schlesischen Webern. Ueber die Lage der Baumwollenweber hieß es in einem Aufrufe, den ein Pastor, ein Polizeiverweser und ein Gerichtsschreiber veröffentlichten: „Wie leicht die körperliche Anstrengung auch hier und da zu sein scheint, so ist es doch bei Gesundheit, Kraft und dem ausdauerndsten Fleiße, der die Stunden des Abends bis nach Mitternacht zu Hilfe nimmt, nicht möglich, ein Gewebe von 140 Ellen früher als in sechs Arbeitstagen zu vollenden, wofür der Fabrikant ein Almosen von 14 Silbergroschen verabreicht. Die Lebensweise jedes Korrigenden, jedes Militärsträflings erscheint ungleich beneidenswerther um ihrer Sorgenfreiheit, Ordnung und Menschlichkeit willen, als diejenige eines solchen Webers. In alle Häuser tritt die Noth mit unwiderstehlicher Gewalt ein." Die Weber, die keine eigene Hütte besaßen, vegetirten nach den Worten eines zeitgenössischen Schriftstellers in „Lokalen, gegen die der Viehstall eines Domanialbesitzers ein Prunksaal genannt werden" mußte. Sie brauchten zwar keine Grundsteuer und keinen Grundzins zu zahlen, dafür hatten sie als sogenannte Inlieger ein jährliches Schutzgeld von ein bis zwei Thalern zu entrichten, um für den Fall, daß ihre geistige und körperliche Verwilderung sie zu Verbrechern machen sollte, dem Gutsherrn die Kosten ihres Unterhalts im Zuchthause zu sichern. Es waren nur sehr wenige unter den schlesischen Junkern, die großmüthig darauf verzichteten, der ärmsten Armuth dies infame Blutgeld abzuzwacken.

Wohl hallte der wilde Verzweiflungsschrei des Hungers aus den schlesischen Bergen endlich über ganz Deutschland hin. Die milden Gaben flossen, aber sie waren ein Tropfen auf eine brennend heiße Sandwüste. Obendrein wurden sie durch die bureaukratische Unfähigkeit sinnlos verschleudert. Als für sämmtliche Arme des meilenlangen Dorfes Salzbrunn 38 Metzen Kartoffeln aus dem Landrathsamte abgeholt wurden, erwiesen sie sich bei der Vertheilung als ganz erfroren und selbst fürs Vieh ungenießbar.

III. Hungeraufstände. Die schlesischen Weber.

Dem neuen Massenproletariat fehlten alle gesetzlichen Waffen zu Schutz und Trutz. Es war dem Kapital erlaubt, je nach Vortheil oder auch nur Laune, die Hände haufenweise aufs Pflaster zu werfen, aber es war der Arbeit nicht gestattet, Schlag mit Schlag zu vergelten. Wo Arbeiter zu streiken versuchten, um ihre Lebenshaltung zu erhöhen, wie einmal die Kattundrucker in Berlin oder ein andermal die Eisenbahnarbeiter in Brandenburg, da schlug der Knüppel der

Polizei sie nieder. Die vollkommenste Rechtlosigkeit des Proletariats war ein Rechtstitel des christlichen Staats, an dessen Verwirklichung die deutschen Landesväter und namentlich der König von Preußen mit hingebendem Eifer arbeiteten.

Statt des Brotes speiste man die hungernden Massen höchstens mit guten Rathschlägen ab. Man empfahl den hektischen und rachitischen Webern den Uebergang zu Eisenbahn-, Straßen- oder sonstigen Arbeiten, zu denen ein herkulischer Körper gehörte. Man schüttelte den Kopf über den krankhaften Stumpfsinn, womit die von Kindesbeinen an abgerackerten Hausindustriellen sich an die von ihren Vätern ererbten, längst veralteten Arbeitsmethoden klammerten, ohne den Segen der Maschine zu begreifen, die damit begann, ihnen das letzte Stück Brot aus der Hand zu schlagen. Man rieth den an die Scholle gefesselten Landproletariern die Auswanderung an, und kam sich dabei unendlich weise vor, obgleich dieser Rath so närrisch wie überflüssig war. Denn wer in den unterdrückten Klassen den Staub dieses Vaterlandes irgend von den Schuhen schütteln konnte, der that es schon mehr als gern aus freien Stücken. In den vierziger Jahren stieg die Zahl der deutschen Auswanderer auf 434 626.

In dem jungen Proletariat selbst konnte noch kein klares Klassenbewußtsein erwachen. Und nicht nur deshalb nicht, weil es eine in sich sehr verschiedene Masse bildete. Betäubt vom Sturz in den Abgrund, vermochte es überhaupt noch nicht zu erkennen, daß seine Noth künstlich produzirt war im Interesse der herrschenden Klassen und daß sie nur im Kampfe mit diesem Interesse gehoben werden konnte. Es suchte sein düsteres Loos, das ihm unabwendbar schien, im Rausche zu vergessen. Und einen Vorzug hatte die neue Ordnung der Dinge auch für den Armen: den Kartoffelschnaps lieferte sie spottwohlfeil. Die Branntweinpest raste durch die Reihen des Proletariats von Oberschlesien, wo sie am ärgsten wüthete, bis in die rheinischen Industriebezirke, wo sie aus harmlos lustigen Schoppenstechern wüst tobende Raufbolde machte. Welche Wendung auch durch Gottes Fügung, daß dies letzte Mittel, aus dem Menschen ein Thier zu machen, zugleich ein erstes Mittel war, die feudalen Stützen von Thron und Altar zu stärken!

Dennoch wurde die letzte Stufe des Niedergangs zugleich die erste Stufe des Aufgangs. Der moderne Proletarier läßt sich nicht gewaltsam entmenschen, und wo sich dieser grauenvolle Prozeß für immer zu vollziehen droht, findet auch der Schwächste noch einen Stachel gegen seine Peiniger. Um die Mitte der vierziger Jahre und mit den wachsenden Nothjahren wachsend, kündigten sich in gewaltsamen Tumulten die Vorboten der Revolution an. Es waren Hungeraufstände, die plan- und ziellos ausbrachen, Thaten wilder Verzweiflung, die zu nichts führen konnten und zu nichts geführt haben, als zum Verderben ihrer Urheber und Theilnehmer. Denn der christliche Staat hatte dem Schrei nach Brot zweimal drei durchschlagende Gründe entgegenzusetzen: erstens Infanterie, Kavallerie und Artillerie, zweitens Schanzarbeit, Zuchthaus und Peitschenhiebe. Aber diese Tumulte erstreckten sich über ganz Deutschland, von Breslau bis

Mainz, von Regensburg bis Stettin und sogar bis in das entlegene Hinterpommern; in ihrem allseitigen Hervorbrechen waren sie ein bedeutsames Zeichen dafür, daß die proletarischen Massen sich ihres Rechtes auf ein menschenwürdiges Dasein bewußt zu werden begannen.

Der größte dieser Hungeraufstände spielte sich Anfangs Juni 1844 in den schlesischen Weberdörfern Peterswaldau und Langenbielau am Fuße des Eulengebirges ab. In Peterswaldau hatten sich die Gebrüder Zwanziger besonders verhaßt gemacht. Für 160 Ellen Barchent, das acht volle Tage angestrengter Arbeit erforderte, zahlten sie 12½ und 12 Silbergroschen Lohn. Mit dieser Auspressung noch nicht zufrieden, erklärten sie sich bereit, 300 Weber mehr in Arbeit zu nehmen, falls diese ebensoviel für 10 Silbergroschen arbeiten wollten. Sie fanden auch dafür noch bereite Hände. Auf die Klage dieser Aermsten, daß sie nun gar nicht mehr bestehen und selbst nicht mehr Kartoffeln kaufen könnten, soll Zwanziger erwidert haben, die Weber würden noch für eine Quarkschnitte arbeiten müssen oder auch: die Weber möchten nur, wenn sie nichts anderes hätten, Gras fressen, das sei heuer reichlich gewachsen. Dabei trugen die Schufte ihren Reichthum protzig zur Schau; sie höhnten ihre Opfer durch freches Prahlen mit dem Golde, das sie aus dem Blut und Schweiß der Arbeit geheckt hatten.

Aus der Seele der Gequälten rang sich ein Lied, dessen schlichte und schmucklose Verse ergreifend wiederspiegeln, wie ihnen wilder Trotz erwuchs aus ihrem endlosen Jammer. Die Masse selbst schuf das Lied, sie reihte Wort an Wort, Satz an Satz, bis der Text dann unvermittelt abbrach, gerade wie der Kampf der Weber durch die knatternden Salven des Militärs plötzlich niedergeworfen wurde. Aus den mehr als zwanzig Strophen des Gedichts klang es herzzerreißend:

Hier im Ort ist das Gericht,
Viel schlimmer als die Vehmen,
Wo man nicht mehr ein Urtheil spricht,
Das Leben schnell zu nehmen.

Hier wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Folterkammer,
Hier werden Seufzer viel gezählt
Als Zeugen von dem Jammer.

Die Herren Zwanziger die Henker sind,
Die Diener ihre Schergen,
Davon ein Jeder tapfer schind't,
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schurken all', ihr Satansbrut!
Ihr höllischen Kujone!
Ihr freßt der Armen Hab' und Gut,
Und Fluch wird euch zum Lohne!

Hier hilft kein Bitten, hilft kein Flehn,
Umsonst sind alle Klagen;
Gefällts euch nicht, so könnt ihr gehn,
Am Hungertuche nagen!

Nun denke man sich diese Noth
Und Elend dieser Armen,
Zu Hause keinen Bissen Brot,
Ist das nicht zum Erbarmen?

Erbarmen? Ha, ein schön Gefühl,
Euch Kannibalen! fremde;
Ein jeder kennt schon euer Ziel:
Es ist der Armen Haut und Hemde!

Die Weber von Peterswaldau, eines Dorfes von fünftausend Einwohnern, sangen das Lied wiederholt vor Zwanzigers Hause ab. Einer von ihnen wurde ergriffen, ins Haus genommen, durchgeprügelt und der Ortspolizei überliefert.

Da trat um Nachmittage des 4. Juni der Strom über seine Ufer. Eine Schaar Weber zog aus Peterswaldau auf den nahe gelegenen Kapellenberg, ordnete sich paarweise und rückte auf das prächtige Wohnhaus ihrer Quäler los. Sie forderten höheren Lohn und ein Geschenk. Unter Hohn und Spott wurde die Forderung abgeschlagen. Nun stürmte die Masse das Haus, erbrach alle Kammern, Gewölbe, Böden und Keller, zertrümmerte die kostbaren Möbeln, Spiegel, Porzellane, zerriß die Bücher, Wechsel und Papiere, stürzte im Packhause, im Trockenhause, in den Remisen die Vorräthe und Waaren zum Fenster hinaus, wo sie zerrissen, zerstückt, mit Füßen getreten oder an die Umstehenden vertheilt wurden. Zwanziger flüchtete in Todesangst mit seiner Familie von Stadt zu Stadt, deren keine den unheimlichen Gast beherbergen mochte, bis er endlich in Breslau einen Unterschlupf fand.

In der grenzenlosen Wuth der Weber verleugnete sich nicht ihre grenzenlose Gutmüthigkeit. Den Fabrikanten Wagenknecht, der neben Zwanziger wohnte, aber nicht so unmenschlich geschunden hatte, wie dieser, verschonten sie nicht nur, sondern brachten ihm für ein kleines Geschenk noch ein Hoch aus. Selbst von dem Fabrikanten Fellmann, der, wie es in dem Weberliede heißt, „ganz frech ohn' alle Bande" den Lohn gedrückt hatte, ließen sie sich dadurch beschwichtigen, daß er jedem fünf Silbergroschen zahlte und Brot, Butter, Speck an sie vertheilen ließ. Dagegen wurde, was bei Zwanziger noch übrig geblieben war, am Abend des 4. und am Morgen des 5. Juni vollends zertrümmert. Doch lehnte die Masse der Weber den Vorschlag einiger von ihnen, die Gebäude der Zwanziger anzuzünden, mit der bezeichnenden Begründung ab, dann würden die Beschädigten ja Brandgelder erhalten, und es käme doch darauf an, sie auch einmal arm zu machen, damit sie wüßten, wie weh der Hunger thue.

Am 5. Juni wälzte sich die auf dreitausend Köpfe angeschwollene Masse der Weber nach Langenbielau, einem Dorfe von dreizehntausend Einwohnern. Hier hatten sich die Gebrüder Dierig, die zwei große Geschäfte besaßen, besonders verhaßt gemacht. Ihre obere Niederlassung, die zuerst angegriffen wurde, vertheidigten sie durch ihre Kommis und Fabrikknechte, denen es in einem heftigen Knüttelgefechte gelang, die stürmenden Weber zurückzuschlagen. Diese rückten jetzt gegen das andere Haus der Gebrüder Dierig vor, wo sich ihnen die von der Firma ausgebeuteten Weber anschlossen. Nun versprach Dierig jedem Weber, der sein Eigenthum beschützen würde, ein Geschenk von fünf Groschen und ließ diese Verheißung auf einem Zettel an sein Haus kleben. Sofort bildeten die Weber zwei Reihen, um sich abermals durch das geringe Almosen beschwichtigen zu lassen. Indem rückte aber das aus Schweidnitz herbeigerufene Militär ein. Die Weber sprachen die Soldaten an, und der kommandirende Major v. Rosenberger, der darin mit Recht eine Gefahr sehen mochte, schaffte sich durch Rückwärtsbewegung einigen Raum, um hinter dem Hause und an seinen Seiten eine vortheilhafte Stellung zu nehmen. Mit der Ankunft des Militärs verzögerte sich die Zahlung des versprochenen Geschenks; die Weber wurden ungeduldig und

drängten mehr und mehr an die Soldaten heran. Da ließ der Major eine dreimalige Salve in die wehrlose Masse geben.

Ihre Wirkung war furchtbar. 11 Todte und 24 tödtlich Verwundete lagen auf dem Platze. Gehirn und Blut spritzten weit umher. Die anfangs erstarrten Weber wurden durch den Anblick des Bluts, das Stöhnen und Röcheln der Sterbenden, die Schmerzensschreie der Verwundeten zu verzweifeltem Widerstande angetrieben. Mit Aexten, Knütteln, Steinen drangen sie auf die Soldaten ein und trieben sie aus dem Dorfe. Dann zerstörten sie das Haus der Gebrüder Dierig.

Es war ein kurzer Triumph. Am Morgen des 6. Juni rückte der Major v. Schlichting mit drei Kompagnien Infanterie und einer Batterie von vier Geschützen, die Artilleristen mit brennenden Lunten daneben, in Langenbielau ein. Später kam auch noch Kavallerie. Jeder Widerstand war aussichtslos. Ein Theil der aufständischen Weber zog sich nach Friedrichsgrund bei Leutmannsdorf und vernichtete die bei dem dortigen Ausgeber der Zwanziger aufgefundenen Waaren, enthielt sich aber sonst jeglichen Angriffs. Ueberhaupt wurden in den dreitägigen Tumulten nirgends die ausbeuterischen Kaufleute persönlich angegriffen oder gemißhandelt; nirgends flog ihnen der rothe Hahn aufs Dach, und auch die Bäckerläden, gegen die eine sehr erbitterte Stimmung unter den Webern herrschte, blieben völlig verschont.

Eine um so grausamere Hetzjagd erhob sich nun gegen die unglücklichen Weber, die theilweise in die Berge und Wälder geflüchtet waren. Dreiundachtzig von ihnen wurden vor Gericht gestellt und zu schweren Strafen verurtheilt, die bis auf zehnjährige Schanzarbeit und zwei Dutzend Peitschenhiebe stiegen. Die Webernoth selbst wurde aber nicht beseitigt, sondern gesteigert. Ein paar Palliativmittelchen fielen ebenso leicht in die Wagschale, wie schwer in sie fiel der Befehl des Königs, den schlesischen Blättern den Mund zu schließen über die Zustände in den Weberdistrikten, und die ruchlose Unvernunft der preußischen Diplomatie, die ein paar Jahre später der schlesischen Textilindustrie einen letzten Absatzmarkt verschloß, indem sie sich an dem Gewaltstreiche der heiligen Allianz gegen den polnischen Freistaat Krakau betheiligte und dessen Einschluß in die österreichische Zollinie duldete.

In dem Hungeraufstande der schlesischen Weber waren irgend welche kommunistische Tendenzen selbst nicht einmal von dem findigen Auge der preußischen Polizei zu entdecken gewesen. Sie beeilte sich, die Lücke auszufüllen durch die lärmende Entdeckung einer kommunistischen Verschwörung im Hirschberger Thale. Dort erschien im Frühjahr 1845 der Kammergerichtsreferendar Stieber aus Berlin unter dem Namen eines Landschaftsmalers Emanuel Schmidt und entdeckte, daß der Tischlermeister Wurm in Warmbrunn an der Spitze eines Geheimbundes von sechs oder acht Arbeitern stehe, dessen Zweck die Vernichtung der Reichen sei. Die Zeitgenossen hegten sofort den Verdacht, daß diese Verschwörung „gemacht" sei, und die fürchterlichen Statuten des fürchterlichen Geheimbundes sehen in der

That darnach aus, als ob dabei ein Lockspitzel irgend einem verworrenen Kopfe die Hand geführt habe. Natürlich kann auch kein Beweis gegen die künstliche Mache der Verschwörung darin gefunden werden, daß Wurm, vom Kammergericht wegen Hochverraths zum Tode verurtheilt, zu lebenswieriger Zuchthausstrafe „begnadigt" wurde und daß seine Genossen eine mehrjährige Freiheitsstrafe davontrugen, Strafen, die wirklich vollstreckt wurden, bis die Amnestie von 1848 die Verurtheilten erlöste. Indessen ist es heute kaum noch möglich, vollkommen klar festzustellen, was es mit dem angeblichen Hochverräther Wurm und seinen angeblichen Mitschuldigen auf sich hatte, und es ist auch von keinem großen Interesse. Worauf es dem Staatsretter Stieber und seinen Auftraggebern eigentlich ankam, liegt klar zu Tage: es war die Vernichtung zweier wackerer Männer, des Fabrikbesitzers Schlöffel in Eichberg und des Schullehrers Wander in Hirschberg. Beide hatten durch ihre Bemühungen um die politische Aufklärung des Spießbürgers den Haß der Bureaukratie erweckt und Schlöffel ganz besonders auch noch den Haß der Junker, weil er dem ländlichen Proletariat mit Rath und That beistand, die willkürliche Erhöhung der Feudallasten abzuwehren.

Unter gänzlicher Mißachtung des bescheidenen Schutzes, den die vormärzliche Gesetzgebung den Personen der Unterthanen verlieh, verhaftete Stieber sowohl Schlöffel wie Wander als angebliche Mitverschworene Wurms und raffte ihre Papiere bis auf den letzten Fetzen an sich. Doch fand er darin kein Fädchen, aus dem seine schöpferische Phantasie einen Strick für die Verhafteten spinnen konnte. Beide mußten nach längerer oder kürzerer Frist entlassen werden, und das einzige Opfer der mißglückten Staatsretterei wurde Merckel, der Oberpräsident von Schlesien. Der alte Herr war sonst ein erprobter Bureaukrat, was er eben erst dadurch bewiesen hatte, daß er für die Noth der Weber kein Auge und für ihren Hilfeschrei kein Ohr besaß. Aber sei es bureaukratische Eifersucht, sei es ein besseres Gefühl: das paschamäßige Schalten Stiebers widerte ihn an und er behandelte den verhafteten Schlöffel nicht so brutal, wie der geheime Polizist beansprucht hatte. Darüber ließ ihm der König seine Ungnade vermelden und Merckel mußte den Abschied nehmen.

Bei seinem ersten Auftreten auf der geschichtlichen Bühne durfte Stieber schon sagen, was er durch seine Thaten noch so oft verkünden sollte: Der preußische Staat, das bin Ich.

Zwölftes Kapitel.

Der deutsche Sozialismus.

Es bedurfte nicht erst des anwachsenden Massenproletariats, um dem westeuropäischen Sozialismus die Bahn nach Deutschland zu eröffnen. Die literarische Entwicklung des deutschen Bürgerthums machte es natürlich, daß literarische Erscheinungen von der Bedeutung Saint-Simons und Fouriers alsbald eine lebhafte Beachtung diesseits des Rheins fanden. Sie machte es aber auch unvermeidlich, daß bei der Würdigung des französischen Utopismus der literarische Gesichtspunkt vorwog, daß sein ökonomisches Wesen in der phantastischen Hülle nicht einmal gesehen, geschweige denn begriffen wurde.

Zunächst und zumeist waren es die Auswüchse des Saint-Simonismus, die in den Kreisen der deutschen Bildung ein Echo fanden. Im Anfange der dreißiger Jahre handelten einige Theologen den Saint-Simonismus als eine neue kirchliche Sekte ab. Gleichzeitig deuteten, wie das Junge Deutschland, so auch die ästhetischen Zirkel Berlins die Emanzipation des Fleisches in blasirt sinnlicher Weise, und selbst eine in ihrer Art bedeutende Frau, wie die Rahel, kam über die geistreiche oder auch nur geistreichelnde Betrachtung dieses Punktes nicht hinaus. Derartige literarische Spielereien mit dem Sozialismus weitläufig zu erörtern, lohnt heute nicht mehr der Mühe. Es klang nach etwas, wenn Fürst Pückler am 5. Februar 1832 an Rahel schrieb: „Dies ist wahrlich eine neue Lehre und die klare Erkenntniß einer beginnenden neuen Zeit, wenn auch diese nur ganz langsam sich entfalten sollte in Jahrhunderten", aber er fügte sofort hinzu: „Uebrigens steht sie uns noch weiter und bleibt blos als ein fernes Meteor zu beschauen, wenn man nicht nach Spandau wandern will." Und nicht blos die Angst vor Spandau lähmte Hand und Kopf dieser kuriosen Sozialisten. Nach einer Unterhaltung mit Pückler über den Saint-Simonismus schrieb Rahel an ihn: „Welche Stärkung — ja, ein großtropfiger Mairegen auf dorr-durstigen Boden — waren mir gestern Ihre edlen, reinen, unschuldigen, milden, stillen und festen Vorsätze! Welcher Trost, welche Bürgschaft!" Jedoch der alte Sünder, der solche geistig verzückende Buhlschaft mit seinen Freundinnen liebte, machte alsbald in einem Briefe an Rahels Gatten, den fatalen Schleicher Varnhagen, den selbstverständlichen Vorbehalt, daß der Sozialismus ihn selber und seine Freunde und die gute Gesellschaft nicht in ihren bisherigen hübschen Verhältnissen stören dürfe. Im günstigsten Falle waren die sozialistischen Koketterien der dreißiger Jahre ein modischer Zeitvertreib für satte Leute, die durch den Anblick hungriger, kranker und schmutziger Gesichter in ihrem ästhetischen Behagen gestört wurden und wie Strohfeuer aufflammten bei einem Evangelium, das allen Menschen Bildung und Wohlstand verhieß.

Unter den damaligen deutschen Sozialisten, soweit von solchen überhaupt gesprochen werden kann, gab es aber doch einen, der an tiefem Mitgefühle für die Leiden der arbeitenden Klassen, an kritischer Einsicht in die Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, an uneigennütziger Opferfähigkeit nicht unwürdig neben den großen Utopisten des westeuropäischen Sozialismus bestand. Er hieß Ludwig Gall und war ein rheinischer Subalternbeamter erst in französischen, dann in preußischen Diensten. Die Utopien, durch die er das Elend des Proletariats zu beseitigen bestrebt war, wechselten. Erst wollte Gall die Auswanderung organisiren und setzte sein ererbtes Vermögen an diesen Plan, der unter traurigen Erfahrungen scheiterte. Dann verlangte er, wie der Titel seiner Hauptschrift lautete: „Papiergeld durch Getreidevorräthe verbürgt; ein schnelles, vielleicht das einzige Mittel, Deutschlands gesunkenen Wohlstand zu heben und fest zu begründen und jeder Noth des Mangels und des Ueberflusses auf einmal zu begegnen." Die Schrift hatte keinen anderen Erfolg, als einen groben Erlaß des Ministers Schuckmann, worin Gall bedeutet wurde, er sei wohl nicht hinreichend beschäftigt und es solle ihm nicht wieder an Dienstarbeiten fehlen. Endlich betrieb Gall nach Preisgabe seines Amts den Plan, sich in einer Landgemeinde niederzulassen und durch die Vortheile gemeinschaftlicher Anstalten, wie Dreschmaschinen, Back- und Waschhäuser u. s. w., in den Einwohnern selbst den Gedanken und den Wunsch einer allgemeinen Vergesellschaftung hervorzurufen. Gall war ein geschickter Erfinder und durch den Ertrag seiner Erfindungen wollte er die Mittel zur Verwirklichung dieser Utopie gewinnen. Es ist nicht dazu gekommen. Auch der Versuch, in einer eigenen Zeitschrift, die Gall Menschenfreundliche Blätter betitelte, literarische Propaganda für die Utopien Saint-Simons, Fouriers und Owens zu machen, versagte aus Mangel an Lesern schon nach dem Erscheinen des ersten Heftes. Galls sozialistische Wirksamkeit ist eine lange Kette von Enttäuschungen gewesen.

Er tröstete sich damit, daß die Wahrheit schließlich doch siegen werde. Und diese Hoffnung hat ihn nicht betrogen. Sein Name verdient eine rühmliche Erwähnung in der Geschichte des deutschen Sozialismus. Was Gall geleistet hat, war aller Ehren werth für einen Deutschen der zwanziger und dreißiger Jahre, zumal für einen preußischen Kreis- und Regierungssekretär. Dagegen ist es ein vergebliches Bemühen, durch Klauben an einzelnen Worten und durch Pressen einzelner Sätze nachweisen zu wollen, daß Gall ein bahnbrechender Theoretiker gewesen sei. Das Beste in seinen spärlichen Schriften ist ein kräftiger Nachhall aus dem westeuropäischen Utopismus, von dessen Trägern er Fourier und Owen persönlich aufgesucht hatte. Namentlich aus Fourier stammt, was Gall über den Mangel inmitten des Ueberflusses, über die nothwendige Vereinigung von Kapital, Arbeit und Talent, über die versiegende Produktivität der zerstückelten und die wachsende Produktivität der vergesellschafteten Arbeit zu sagen hat. Wo sich seine Vorschläge von den großen Utopisten unterscheiden, da weisen sie, wie die Organisation der Auswanderung und die immerwährende Getreidelagerung, historisch

nach rückwärts, was freilich weniger seine Schuld als die Schuld der deutschen Rückständigkeit war. Nach vorwärts geht Gall nicht über Fourier und Owen hinaus; er hat namentlich auch niemals irgend eine Theilnahme für die selbstthätige Bewegung der Arbeiterklasse verrathen, obgleich er erst im Jahre 1863 starb.

Im Jahre 1842 erschien Lorenz Steins Geschichte des französischen Sozialismus und Kommunismus, und sie bildete in gewissem Sinne den Grenzstein, an dem für den deutschen Sozialismus das kindliche oder kindische Tändeln aufhörte und der Ernst des Lebens begann. Das Buch stieß für die deutsche Intelligenz so zu sagen die Thür auf zu den unterirdischen Gängen, welche die bürgerliche Gesellschaft unterminiren. Alles in allem noch ziemlich leichte Waare, mit einem starken Stich ins Belletristische, hing es sich mit unbilliger Ausführlichkeit an die seltsamen Aeußerlichkeiten des Utopismus, an Fouriers Schwärmereien über einstige Erdentwicklungen, die hierarchische Gliederung der Gemeinde Enfantin und Aehnliches. Aber es enthüllte doch auch, gleichviel mit wie großem Miß- und Unverstand, den ökonomisch-sozialen Untergrund des französischen Sozialismus und Kommunismus, den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es war ein saurer und unreifer, aber es war ein Apfel der Erkenntniß. Roscher stellt die Dinge auf den Kopf, wenn er sagt, Steins Buch habe auf das deutsche Publikum wie ein Märchen aus weiter Ferne gewirkt; viel treffender urtheilt Guido Weiß, die junge Bourgeoisie sei sich an ihm ihrer selbst bewußt geworden. Stein überschätzte den Erfolg seines Buchs, wenn er von ihm die sozialistische Bewegung in Deutschland datirte. In spielerischen Formen war sie schon vorher da, und in greifbarer Gestalt erwuchs sie nicht aus einem Buche, sondern aus einer ökonomischen Thatsache: aus der wachsenden Verelendung der Massen. Um sie zu begreifen, haben sich die bürgerlichen Kreise an Steins Werke mehr oder minder mühsam zurechtgetastet.

Auch diese ideologischen Fäden im Einzelnen zu verfolgen, hat heute keinen Zweck mehr. Damals gab es in Deutschland noch keine geschlossenen Parteien, und unter der Flagge des „Sozialen" schwamm ebenso viel oder noch mehr ganz verschiedenes Gut, wie unter der Flagge des „Liberalen". Fruchtbarer ist es auf den Grund der Dinge zu tauchen und, soweit eine reinliche Scheidung möglich ist, die einzelnen Formen des bürgerlichen Sozialismus nach den ökonomischen Interessen zu scheiden, von denen sie bewußt oder unbewußt gestaltet wurden.

I. Christlich-feudaler Sozialismus.

Wie das Junge England und ein Theil der französischen Legitimisten, versuchte der deutsche Feudalismus schon früh die Noth des Massenproletariats gegen die drohend aufsteigenden Kapitalmächte auszubeuten.

Jedoch gelang ihm nicht mehr als eine plump pfäffische Nachahmung jener geistreicheren Muster. Alle oder doch so gut wie alle feudal-sozialistischen An-

läufe waren mit einem abgestandenen Pietismus verquickt, der ihrer Gefährlichkeit von vornherein gründlichen Abbruch that. Der Schwanenorden, den der König von Preußen in einem feierlichen Patente ankündigte als eine geistliche Genossenschaft für christliche Liebesthaten an den Armen und Elenden, verfiel sofort der allgemeinen Heiterkeit. Man mußte auf jeden Versuch verzichten, ihn ins Leben zu rufen. Hinter den romantischen Schrullen des Königs verbarg sich nicht einmal eine Empfindung ehrlichen Mitleids. Als Bettina v. Arnim in dem Buche, das dem Könige gehören sollte, die Leiden des hauptstädtischen Proletariats mit beredten Worten schilderte, da stand Friedrich Wilhelm rathlos vor dem Strahl echter Menschenliebe, der einst aus Goethes Sonnenaugen auf die Sibylle der Romantik gefallen war und nun immer wieder aus ihrem krausen Gedankenwirrwarr hervorbrach. Wie sollte dieser nebelnde Kopf auch Bettinas menschliches Wort verstehen: des Königs Nächster ist sein hungerndes Volk, oder ihre bittere Anklage: der Verbrecher ist des Staates eigenstes Verbrechen!

Düsteren Burgen gleich erhoben sich die beiden einzigen christlich-sozialen Schöpfungen, die dem Könige gelangen: im Süden der Hauptstadt das Krankenhaus Bethanien, in ihrem Norden das Zellengefängniß Moabit. Es waren die Stätten, wo die Innere Mission die leiblichen und seelischen Krankheiten des Volkes heilen sollte. Im Krankenhause herrschten die Diakonissen von Kaiserswerth und pfuschten mit ihrem geistlichen Hochmuth in die Befugnisse der Aerzte; im Zellengefängnisse erprobten die Brüder vom Rauhen Hause ihre Künste der Seelenrettung an den Gefangenen, die durch die grausame Tücke der Isolirhaft mürbe gemacht worden waren. Und als dritte Bastille des christlichen Sozialismus wuchs das Arbeitshaus empor, das Arbeitshaus mit all seinen Schrecken, wo die arbeitslosen Bettler von fünf Uhr Morgens bis neun Uhr Abends Wolle zupfen mußten, unter der Peitsche, die der Inspektor nach seinem Gutdünken schwingen durfte. Fast in demselben Augenblicke, in dem der König sich als Großmeister des Schwanenordens proklamirte, genehmigte er das Armenpflegegesetz von 1842, in dessen Begründung als „Kardinalmaxime der Armenverwaltung“ festgesetzt war, daß die Armen „überhaupt kein Recht, keinen im Rechtsweg verfolgbaren Anspruch“ auf Unterstützung hätten. Die Armenpflege sollte „ihnen nicht mehr, als das äußerste Bedürfniß gewähren und nichts weiter als das wirkliche Umkommen im Elende verhüten“, und ein Plenarbeschluß des preußischen Obertribunals erläuterte zu allem Ueberfluß diese gesetzgeberische Weisheit dahin, daß der hilfsbedürftige Arbeiter mit Rücksicht auf „die aus der Noth, Hilfsbedürftigkeit und Nahrungslosigkeit entstehenden Gefahren für die Sicherheit und die sittlichen Zustände der Gesellschaft“ nicht verhungern solle. Das war der Kern des christlich-feudal-sozialen Pudels, der mit allen Blasebälgen romantischer Reklame unmöglich zum Elephanten aufgeschwellt werden konnte.

Wie der romantische König, so seine romantischen Junker. Sie waren höllisch fromm, aber ihre christliche Nächstenliebe reichte nicht weiter, als daß sie das ländliche Proletariat nicht in modern-kapitalistischer, sondern in patriarchalisch-

feudaler Weise ausbeuten wollten. Da saßen sie in ihrem Hauptneste Hinterpommern: der Patriarch Thadden auf Triglaff, sein Schwiegersohn Blankenburg auf Zimmerhausen, der Heißsporn Kleist-Retzow auf Groß-Tychow und dann auf Kniephof der trutzigliche Junker Otto v. Bismarck. Der freilich, tief verschuldet, ohne Betriebskapital und Kredit auf heruntergekommenen Gütern wirthschaftend, studirte nur 2. Moses 32, 8 die anmuthige Historie vom goldenen Kalbe, aber die anderen sprachen, Erwecker und Erweckte, in Zungen, wie die vier großen und zwölf kleinen Propheten des Alten Bundes. Auf einer Generalversammlung der pommerschen ökonomischen Gesellschaft in Köslin hielt der alte Thadden einen salbungsvollen Vortrag, worin er alle ihre Herzensgeheimnisse ausplauderte: er koramirte die adligen Genossen, die betrunken von den Kreistagen getragen werden mußten, er fluchte dem jüdischen Schacher mit Rittergütern, er verhöhnte die „unverschämten Prätensionen der Völker“, die von den Fürsten das Verbum Glücklichmachen bis zum Plusquamperfektum vorkonjugirt haben wollten, er symbolisirte die ritterschaftliche Uniform mit ihren blinkenden Schulterstücken — „der Schmuck unserer Schultern, was bedeutet er anderes, als Flügel, um sich aufzuschwingen zu dem auf dem Throne sitzenden Adler!“ — und endlich war das Ende vom Liede „das oberherrliche und väterliche Verhältniß zwischen dem Gutsherrn und seinen Einsassen“. Den Gegnern der feudalen Ausbeutungsprivilegien rief Thadden in zürnendem Prophetentone zu: „Sie wollen uns bald die Jurisdiktion, bald die Polizei, bald das Kirchen- und Schulpatronat nehmen und auf jegliche Weise unsere Landstandschaft einschränken, um uns wo möglich lediglich auf die Gesellschaft der grasfressenden Thiere zu beschränken. . . . Also nicht etwa mit Vieren zu fahren, sondern auf allen Vieren zu kriechen, das ist es, was unsere Gegner uns zugedacht haben.“ Ja wohl, „grasfressende Thiere, die auf allen Vieren kriechen“, das waren diesen Junkern ihre Tagelöhner, und über sie mit Vieren hinwegkutschiren, das wollten sie nach wie vor, nur nicht mehr blos die Geißel in der Faust, sondern auch den Herrgott auf den Lippen.

An literarischen Vorkämpfern von weiterem Blicke besaß der christlich-feudale Sozialismus nicht mehr als zwei: V. A. Huber und Hermann Wagener. Nach einer freigeistigen Erziehung und weiten Reisen im Auslande war über Huber die Erleuchtung gekommen: er schwor seitdem auf die Innere Mission und das Königthum von Gottes Gnaden. In seiner Art ein aufrichtiger und wohlwollender Mann, hatte er in England und Frankreich die praktische Unmöglichkeit einer feudal-zünftigen Reaktion begreifen und die Assoziations-Bestrebungen des Proletariats bis zu einem gewissen Grade würdigen gelernt. Aber seine bessere Erkenntniß wurde irre geführt durch die illusionäre Hoffnung, von den herrschenden Klassen im Allgemeinen und vom „sozialen Königthum“ im Besonderen eine freiwillige Sozialreform zu erwarten. Vom Könige nach Berlin berufen, vermochte Huber sich keinen praktischen Wirkungskreis zu schaffen. Der unter Eichhorns Stocke murrenden Universität wider ihren Willen aufgehängt, wurde er durch alle Bosheiten akademischer Kollegialität aus seinem Lehramte gedrängt, und in der preußi-

schen Bureaukratie stieß er, wie er selbst sagte, auf ein „gräßliches Geschlecht lebender Leichen". Seine Zeitschrift Janus gewann so wenige Leser, daß der König ihre Kosten aus eigener Tasche decken mußte.

Ein Mann ganz anderen Schlages war Hermann Wagener. In einem märkischen Dorfe geboren, eine eckige, hagere, knochige Gestalt mit harten, plumpen Gesichtszügen, ein sprechendes Bild der Nüchternheit und doch wieder ein Stück von einem Don Quixote, der seine verrostete Lanze für unmögliche Ideale einzulegen wußte und in der religiösen Sekte der Irvingianer bis zum Erzdiakon aufrückte. Weder ein Schwärmer noch ein Schwindler, aber in unlöslicher Mischung ein Schwindler und ein Schwärmer. Wageners Anfänge sind vorbedeutend für seine ganze Laufbahn. Seinen Lehrkursus in praktischem Sozialismus machte er bei den Meliorationen der Tucheler Heide durch, einem berüchtigt gewordenen Versuche „innerer Kolonisation", über dessen schnöden Mißerfolg sich der König mit dem schnöden Witzworte tröstete, ein Pfund Heu von diesen meliorirten Sümpfen koste dem Lande ebenso viel, wie ein Pfund echt chinesischen Thees. Dann kam Wagener als Konsistorialassessor nach Magdeburg und hier halfen ihm ein paar alte geistreiche Romantiker unter seinen amtlichen Vorgesetzten zum geistlichen Durchbruch. Die Lust am geschäftlichen Experimentiren und Spekuliren ist ihm stets treu geblieben und der Mißerfolg auch. Aber dieser Mißerfolg entsprang eben doch daraus, daß er kein geriebener Spekulant, kein gemeiner Börsenwolf war, sondern bei kleinen Profiten für sich selbst immer größeren Gewinn erstrebte für das, was ihm als seine gerechte Sache erscheinen mochte. Wagener haßte den Kapitalismus, dessen Schwächen er scharf zu treffen wußte, ohne doch seine Stärken zu unterschätzen; er wußte sehr gut, daß dagegen mit der abgelebten Bureaukratie nicht aufzukommen sei und ebenso wenig mit einem Feudalismus, der sich nicht so oder so mit dem industriellen Proletariat abzufinden verstand. Unbedenklich in Wahl seiner Mittel, rücksichtslos in seiner Polemik, reich an Einfällen, guten wie schlechten, ein gewandter Agitator und Publizist, wäre er ganz der Mann dazu gewesen, eine feudal-sozialistische Massenagitation einzuleiten, wenn ihn nur nicht die geistige Trägheit des ostelbischen Krautjunkerthums gehindert hätte, jemals eine halbwegs verfängliche Rattenfängermelodie zu komponiren. Er klagte verzweifelt, die Konservativen seien zur einen Hälfte Ochsen von Geburt und zur anderen Hälfte Ochsen von Prinzip, verkannte dabei aber, daß in ihrer geistigen Beschränktheit doch auch ein ganz richtiger Klasseninstinkt enthalten sein konnte. Von Anfang an graute ihnen vor dem Problematischen in der Person des Mannes wie in seiner Politik.

Einstweilen versuchte Wagener seine demagogischen Künste im Rheinischen Beobachter, einem offiziösen Blatte, das in Köln erschien, um das von der Rheinischen Zeitung gesäete Unkraut wieder auszureuten. Der junge Liberalismus hatte von Anbeginn die Mahl- und Schlachtsteuer, die in den größeren Städten statt der Klassensteuer erhoben wurde, als ungerechte Bedrückung der Armen bekämpft, halb aus ideologischen Gründen und halb auch, wie Hansemann, aus

derselben Profitwuth heraus, welche die englischen Industriellen gegen die Kornzölle aufbrachte. Er hatte gefordert, daß diese indirekte Steuer auf Brot und Fleisch für die ärmeren Klassen durch die Klassensteuer ersetzt, der Ausfall aber durch eine den reicheren Klassen aufzuerlegende Einkommensteuer gedeckt werden solle. Nun reichte die Regierung dem Vereinigten Landtage von 1847 einen entsprechenden Gesetzentwurf ein; sie schlug eine Einkommensteuer mit Selbsteinschätzung vor, die alle Einkommen über vierhundert Thaler mit zwei oder soweit es fundirtes Einkommen war, mit vier Prozent treffen sollte. Die Regierung vertheidigte den Entwurf sehr lau, denn sie wünschte keineswegs seine Annahme; sie hatte ihn nur eingebracht, um durch seine voraussichtliche Ablehnung den Vereinigten Landtag in den Augen der Massen zu kompromittiren, sich selbst aber ohne sonstige Unkosten im Lichte der Arbeiterfreundlichkeit zu sonnen. Es war schließlich ein etwas dummer Teufel, der den feinen Plan ersonnen hatte. Die Fürsten, Herren und Ritter des Vereinigten Landtags tobten mit einigen Ausnahmen heftig gegen die Vorlage der Regierung, während wenigstens ein beträchtlicher Theil des ostpreußischen und rheinischen Liberalismus so ehrlich oder so schlau war, bei der Stange zu bleiben. Camphausen und Hansemann traten lebhaft für die geplante Einkommensteuer ein, und Camphausen erklärte sogar, auf dem tiefsten Grunde des Kommunismus und Sozialismus liege eine Wahrheit, „die Wahrheit nämlich, daß der Mensch, der lebt, auch das Recht habe zu leben, und daß dieses Recht von der Gesellschaft in einem erweiterten Umfange anzuerkennen sei“. Unter der großen Mehrheit, die den Entwurf ablehnte, waren die treuesten Anhänger der Regierung am stärksten vertreten.

Jedoch in der Noth frißt der Teufel Fliegen und ein dummer Teufel erst recht. Andere Liberale, und darunter sehr angesehene Koryphäen der rheinischen Bourgeoisie, wie der Mennonit Beckerath, der als emporgekommener Geldprotze damit renommirte, daß seine Wiege am Webstuhle seines Vaters gestanden habe, waren in die plumpe Falle getappt und hatten gegen die Einkommensteuer gedonnert als eine vexatorische Maßregel, eine gefährliche Probe auf die Moral, einen Schritt zur Revolution. Hier schlug nun der Rheinische Beobachter seinen christlich-feudal-sozialistischen Haken ein. Die Einkommensteuer sei eine vexatorische Maßregel? „Wie, aber das ist wohl nicht vexatorisch, daß der arme Mann, der kaum das liebe Brot hat, davon noch Steuern zahlen soll, und der gewiß gern seine Einnahme angeben würde, wenn sie nur einigermaßen auskömmlich wäre?“ Die Einkommensteuer sei eine gefährliche Probe auf die Moral? „Wie, die Lage des Armen, den man mit Steuern drückt, und dem man den Lohn verkürzt, die ist wohl keine Probe?“ Die Einkommensteuer führe zur Revolution? „Allerdings zur Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, zur Beseitigung des grenzenlosen Elends. Auch zum Kommunismus, der gar nicht von den Kommunisten erfunden, sondern schon im Allgemeinen Landrecht versprochen ist, schon die Weihe des Christenthums für sich hat.“ Und so mit Grazie weiter bis zur Anpreisung eines Bündnisses zwischen Krone und Proletariat.

Wenn Wagener durch solche Artikel den ostelbischen Junkern ein Beispiel davon geben wollte, wie er nicht nur die Widersprüche der liberalen Bourgeoisie geißeln, sondern auch die Herzen der arbeitenden Klasse gewinnen könne, so hatte er kein Glück. Für diesen Hokuspokus war das rheinische Proletariat viel zu gewitzt. Es hörte die Botschaft wohl, aber ihm fehlte aus guten Gründen der Glaube.

II. Bourgeois-Sozialismus.

In ihrer Weise suchte auch die Bourgeoisie dem Nothstande des Proletariats abzuhelfen. Sie liebte es damals wie heute, ihre inneren Zwistigkeiten, beispielsweise den Hader über Handelsfreiheit und Schutzzölle, als Kämpfe darzustellen, in denen sie sich so edel- wie heldenmüthig zerfleischte im Interesse der arbeitenden Klassen.

Ueber diese rednerischen Figuren hinaus gefiel sie sich im Mäßigkeits- und Wohlthätigkeitssport, in der Stiftung von Fabrikkassen, Prämienfonds und sonstigen Winkelreformen, die alle darauf hinausliefen, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat zu befestigen durch Hilfsleistungen, die angeblich den Arbeitern um ihrer selbst willen gespendet würden, während sie thatsächlich meist die Produktionskosten des Kapitals verringern sollten. Die Bourgeoisie betrachtete es damals schon als eine vortreffliche Sache, aus den Proletariern zufriedene Menschen zu machen, vorausgesetzt erstens, daß sie keine Unkosten, sondern womöglich noch Profit davon hätte, und zweitens, daß die angewandten Mittel das Klassenbewußtsein der Arbeiter nicht erweckten, sondern wo es schon erwacht war, nach Kräften einschläferten.

Das Parade- und Prunkstück des Bourgeois-Sozialismus war in den vierziger Jahren der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen. Er wurde im Herbste 1844 gestiftet, als der Hungeraufstand der schlesischen Weber der aufstrebenden Bourgeoisie, die sich eben in einer Berliner Industrieausstellung wohlgefällig bespiegelt hatte, einen heillosen Schreck in die Glieder jagte. Der Verein sollte sich in Zweigvereinen über ganz Deutschland verbreiten und den Leiden des Proletariats an die Wurzeln gehen. Der Gedanke schlug in der gährenden Zeit und bei der noch großen Unreife der Klassenkämpfe kräftig genug ein. Die Begeisterung war groß vom Könige, der fünfzehntausend Thaler für den Verein versprach, bis zur unzufriedensten Opposition, die allerlei schöne Pläne von Arbeitsnachweisen und Organisation der Arbeit an den Verein knüpfte, ja bis in die Reihen der Arbeiter hinein, von denen sich Hunderte zur Aufnahme meldeten.

Es waren schöne Träume, aber es kam ganz anders. Obgleich die Fabrikanten des Zentralvereins in ihrem ersten Aufrufe selbst die „thätige Mitwirkung der arbeitenden Klassen“ für nothwendig erklärt hatten, änderte sich sehr schnell ihre Ueberzeugung, als sie merkten, daß sie nicht einfach abgerichtete Puppen am

Seile tanzen lassen könnten, sondern mit wirklichen Arbeitern zu rechnen hätten. Sobald der Berliner Zweigverein beschlossen hatte, den jährlichen Mitgliederbeitrag auf zehn Silbergroschen festzusetzen und wöchentliche oder monatliche Versammlungen abzuhalten, erklärten die Fabrikanten, man solle die Arbeiter doch nicht zu neuen Geldausgaben verleiten und so viele Lokale gäbe es gar nicht, wie für die Versammlungen nothwendig sein würden. Uebrigens besäßen sie selbst das gründlichste Urtheil über das, was dem Volke noth thue, das Volk sei für ein solches Urtheil noch lange nicht reif, die geplanten Versammlungen würden Jakobinerklubs und Tummelplätze kommunistischer Debatten werden. Selbstverständlich fanden diese Schmerzen beim christlichen Staate verständnißinnigen Wiederhall, und dem Berliner Zweigvereine wurde die behördliche Genehmigung versagt.

Fast noch drastischere Vorgänge spielten sich bei der Stiftung des Kölner Zweigvereins ab. Bürgers und Jung, ehemalige Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung, beantragten in der konstituirenden Versammlung, daß der Verein sich Gegenseitiger Bildungs- und Hilfsverein nennen solle, um jeden Anflug herablassender Patronage aus seinem Namen zu entfernen. Kaum aber war dieser Antrag angenommen, als Ludolf Camphausen, der angesehenste und verhältnißmäßig noch weitsichtigste Führer der rheinischen Bourgeoisie, seinen Austritt erklärte, indem er schriftlich mit anerkennenswerther Offenheit aussprach, er könne sich nicht an Bestrebungen betheiligen, die „geeignet seien, die arbeitenden Klassen zu erhöhten Ansprüchen anzuregen, sie mit ihrem Zustande unzufriedener, zur Arbeit unwilliger zu machen und statt ihnen die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse zu verheißen, neue Bedürfnisse bei ihnen zu erwecken". Das Uebrige that auch in Köln die Polizei, und so überall im Lande, wo die Vereine für das Wohl der arbeitenden Klassen etwas Besseres sein wollten, als Mittel, die Herrschaft der unterdrückenden Klassen zu stärken dadurch, daß sie die unterdrückten Klassen über die Ursachen ihrer Qualen hinwegzutäuschen suchten. Der unzweifelhafteste Patriotisnus schützte nicht vor dem Verdachte des „Kosmopolitismus und Philanthropismus", sobald er mit einem gewissen Wohlwollen für das Proletariat verbunden war; in der Berliner Nationalversammlung von 1848 machte es ein Führer der Rechten, der Professor Baumstark aus Greifswald, der Regierung zum bitteren Vorwurfe, daß sie die Genehmigung des Baltischen Zweigvereins, den er und Rodbertus zu gründen beabsichtigt hätten, absichtlich so lange vertrödelt habe, bis die Sache eingeschlafen sei.

Ja, schließlich verfiel der Zentralverein selbst dem Argwohne des christlichen Staats und des sozialen Königthums. Weder die königliche Spende wurde ihm ausgezahlt, noch erhielt er die behördliche Genehmigung, so sehr er sich beeiferte, seine Statuten zu „revidiren". Nach den Märztagen, als er verstärkten Drang empfand, die Arbeiter zu nasführen, verkündete er in einem pomphaften Aufrufe, „die Bande des Todes, die ihn bereits gefangen" gehalten hätten, seien endlich gelöst; nun wolle er seine „Kraft zum Leben" zeigen. Jedoch half ihm seine „aus der Freiheit wieder erlangte Stärke" ebenso wenig auf die Sprünge, wie

die nunmehr wirklich ausgezahlte Gabe des Königs. Mit dem Erwachen des Proletariats verflog der Bourgeois-Sozialismus von selbst. Je geringere Profite dabei herausschauten, um so lieber verzichtete die Bourgeoisie auf die Last wie die Lust dieser Heuchelei. Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen blüht zwar heute noch wie ein Veilchen im Verborgenen und er wird auch den ursprünglichen Absichten seiner Stifter gerecht: seine Thätigkeit erschöpft sich darin, daß er vom manchesterlich-kapitalistischen Standpunkte aus allerlei Blättchen und Traktätchen gegen die klassenbewußten Arbeiter losläßt. Aber es kümmert sich Niemand darum: nicht einmal mehr die Bourgeoisie, geschweige denn das Proletariat.

Uebrigens wurde der Bourgeois-Sozialismus in seiner Blüthezeit ebenso durch seine praktische Armenpflege beleuchtet, wie der christlich-feudale Sozialismus durch seine prinzipielle Armengesetzgebung. Die Bourgeois der Berliner Armenverwaltung bekundeten ihre Nächstenliebe in sehr seltsamer Weise; so kam es häufig bei jungen Familienmüttern vor, daß die Armendirektion vor Gewährung der Unterstützung untersuchen ließ, ob die Unglücklichen nicht etwa noch Muttermilch hätten.

III. Philosophisch-schöngeistiger Sozialismus.

Eine dritte Form des bürgerlichen Sozialismus war in Wesen und Wirkung deshalb nicht weniger reaktionär, weil sie sich einbildete, ungeheuer revolutionär zu sein. Sie hatte zu Sprechern Moses Heß und Karl Grün nebst anderen westdeutschen Journalisten, zu Organen den Gesellschaftsspiegel von Heß, der vom Sommer 1845 bis zum Sommer 1846 erschien, dann Püttmanns Rheinische Jahrbücher und Deutsches Bürgerbuch, von denen 1845 und 1846 je zwei Jahrgänge herausgegeben wurden, weiter Lünings Westfälisches Dampfboot, eine Monatsschrift, die auch im Jahre 1845 begann, aber ihr Leben bis in die deutsche Revolution erstreckte, endlich einzelne Tagesblätter, wie die Triersche Zeitung.

Es ist nicht ganz irrthümlich, zu sagen, daß diese Bewegung da wieder anknüpfte, wo die Rheinische Zeitung hatte aufhören müssen. Von ihren Mitarbeitern fanden sich hier manche wieder zusammen, so Heß und Püttmann, für deren Organe wie für das Westfälische Dampfboot selbst Marx und Engels einzelne Beiträge lieferten. Es waren in erster Reihe rheinische Junghegelianer, die, empört und erschreckt durch das wachsende Elend des Proletariats, eine neue Agitation entfalteten. Die Bewegung geberdete sich in gewissem Sinne ungleich sozialistischer als die Rheinische Zeitung jemals gewesen war, doch glich sie dieser rüstigen Vorkämpferin nur, wie ein Altweibersommer dem Frühling.

Unstreitig hatte sie ihre Lichtseiten. Dazu gehörte vor allem die rückhaltlose Aufdeckung des proletarischen Jammers. Ihre Zeitschriften enthielten darüber reichhaltige Mittheilungen, die heute noch mit großem Nutzen zu lesen sind. Im Deutschen Bürgerbuche schrieb Wilhelm Wolff die Geschichte der schlesischen Weber mit revolutionärem Trotze. Die Rheinischen Jahrbücher feierten Baboeuf und

Marat als echte Freunde der hungernden Massen. Die lächerlichen Einwände, die der Spießbürger gegen den Kommunismus erhob, wurden mit beißendem Hohn überschüttet, vom Vorwurfe des „Theilens" bis zur herzbrechenden Frage, wer im „Zukunftsstaate" die Stiefel wichsen solle, was alles damals schon gang und gebe war. Mit dem kleinen Unterschiede immerhin, daß die berühmte Stiefelwichsfrage heute von den bedächtigen Häuptern der freisinnigen Staatsmänner tiefsinnig erwogen wird, während sie dazumal nur den Handlungsreisenden beim Nachtische der Wirthshaustafeln willkommene Gelegenheit bot, den Sozialismus zu vernichten. Feuerbachs Humanismus und Proudhons Anarchie waren die Mittelpunkte, um welche die Gedankenwelt der Heß und Grün sich bewegte. Sie schienen damit auf der Höhe der deutschen wie der französischen Geistesentwicklung zu stehen.

In der That aber lag die Sache umgekehrt. Die schnelle Entwicklung des Industrialismus hatte es auch für Deutschland schon aus einer revolutionären zu einer reaktionären Sache gemacht, gesellschaftliche Probleme auf philosophischem Wege lösen zu wollen. Und den philosophischen Bann vermochten die Heß und Grün nicht zu zerbrechen. Soweit sie sich den französischen Sozialismus aneigneten, entmannten sie ihn dadurch, daß sie ihn nicht als das auffaßten, was er war: als den literarischen Ausdruck eines ökonomischen Klassenkampfes, sondern als ideologische Spekulation über das Wesen des Menschen. Im Wesentlichen klammerten sie sich an die künstlichen Gesellschaftskonstruktionen des Utopismus, die dann mit allerlei philosophischen Possenreißereien in der erhabenen Leere der Hegelschen Kategorien „aufgehoben" und „überwunden" wurden; an der einschneidenden Kritik, die der Utopismus an der bürgerlichen Gesellschaft geübt hatte, gingen sie achtlos vorüber. Und selbst an Proudhon interessirten sie weit mehr seine philosophischen Mißgriffe, als seine nationalökonomischen Treffer.

Die deutsche Philosophie aber verdarb unter ihren Händen nicht weniger als der französische Sozialismus. Hatte Feuerbach den christlichen Gott enthüllt als das entäußerte Wesen des Menschen, der sich nur selbst zu erkennen brauche, um Gott los zu werden, so meinte Heß, das Geld sei auf ökonomischem Gebiete dasselbe, wie Gott auf philosophischem, und der Mensch brauche sich nur selbst zu erkennen als thätiges Glied der menschlichen Gesellschaft, als ein schöpferisches allmächtiges Wesen, um das Geld und damit den ganzen Plunder einer entmenschten Wirklichkeit los zu werden. Heß suchte diesen wunderbaren Sozialismus dadurch plausibel zu machen, daß er die ökonomischen Begriffe flugs in philosophische übersetzte. Aber wenn er mit gesperrtem Druck verkündete: „Das materielle Eigenthum ist das zur fixen Idee gewordene Fürsichsein des Geistes", so konnte sich dieser Gallimathias nicht einmal mit dem bizarrsten Zukunftsbilde des unbedeutendsten Utopisten messen. Grün wieder verwässerte Feuerbachs Lobpreisung der Liebe in die widerwärtigste Liebesschwülstigkeit, durch die er alle Kämpfe der Menschheit in rosenrothe Harmonie auflöste, bis zu der einleuchtenden Phantasie, daß die gesammte Produktion dermaleinst in den Spielen der Kinder besorgt werden würde.

Von Heß darf man eher sagen, was von Marx so oft, aber stets mit gleichem Unrechte gesagt worden ist: nämlich daß er ein scholastischer Kopf gewesen sei, der im Zerfasern und Zerspalten der Begriffe ein vollkommenes Selbstgenüge gefunden habe. Unbedingt gilt das aber auch nicht von ihm, denn sein etwas enger und trockener, mehr spitzfindiger als scharfsinniger Verstand konnte ihn nie so weit in die Irre führen, daß sein braves Herz ihn nicht doch immer wieder dahin zurückgeführt hätte, wo das wirkliche Interesse der arbeitenden Klassen lag. Heß hat ein langes Leben voll Entbehrungen der Emanzipation des Proletariats geopfert und hat noch als Greis in Reih und Glied der deutschen Sozialdemokratie gekämpft, die so ganz andere Wege marschirte, als er in seinen jüngeren Jahren hatte weisen wollen. Ein viel ungünstigeres Urtheil fordert Grün heraus. Bei mehr belletristischer als philosophischer Begabung besaß er in gleichem Maße den Hochmuth des deutschen Literaten und des deutschen Philosophen. Er ging 1845 nach Paris und schrieb sein Buch über die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien. Darin kanzelte er die großen Utopisten als verworrene Köpfe ab, während er sich gleichzeitig mit Eifer und leider auch nicht ohne Erfolg bemühte, durch Einimpfung seiner mißverstandenen Hegelei aus dem geistreichen Proudhon einen langweiligen Pedanten zu machen.

Marx und Engels wurden sich alsbald über den philosophisch-schöngeistigen Sozialismus klar. Bereits im zweiten Bande des Deutschen Bürgerbuchs erhebt sich Engels gegen ihn. Er schreibt hier: „Die Deutschen fangen nachgerade an, auch die kommunistische Bewegung zu verderben. Wie immer, auch hier die Letzten und Unthätigsten, glauben sie ihre Schläfrigkeit durch Verachtung ihrer Vorgänger und philosophische Renommage verdecken zu können. Kaum existirt der Kommunismus in Deutschland, so wird er von einem großen Heere spekulativer Köpfe akkaparirt, die Wunders meinen, was sie gethan hätten, wenn sie Sätze, die in Frankreich und England schon zu Trivialitäten geworden, in die Sprache der Hegelschen Logik übertragen und diese neue Weisheit als etwas noch nie Dagewesenes, als die ‚wahre deutsche Theorie‘ in die Welt schicken, um dann recht nach Herzenslust auf die ‚schlechte Praxis‘, auf die ‚Lächeln erregenden‘ sozialen Systeme der bornirten Franzosen und Engländer Koth werfen zu können.“ Engels legt „diesen weisen Herren“ ein kleines Kapitel Fouriers über den Handel vor, auf daß sie sich daran ein Exempel nehmen könnten. „Es ist wahr, Fourier ist nicht aus der Hegelschen Theorie hervorgegangen und hat deshalb leider nicht zur Erkenntniß der absoluten Wahrheit, nicht einmal zum absoluten Sozialismus kommen können; es ist wahr, Fourier hat sich durch diesen Mangel leider verleiten lassen, die Methode der Serien an die Stelle der absoluten Methode zu setzen, und dadurch ist er dahin gekommen, die Verwandlung des Meers in Limonade, den Anti-Löwen und die Begattung der Planeten zu konstruiren, aber wenn es so sein muß, will ich doch lieber mit dem heiteren Fourier an alle diese Geschichten glauben, als an das absolute Geisterreich, wo es gar keine Limonade giebt, an die Identität von Sein und Nichts, und die Begattung der ewigen Kategorien.

Der französische Unsinn ist wenigstens lustig, wo der deutsche Unsinn morose und tiefsinnig ist."

Und nachdem Engels das Fragment Fouriers mitgetheilt hat, fährt er fort: „Die Deutschen sollten wahrhaftig endlich aufhören, von ihrer Gründlichkeit so viel Wesens zu machen. Mit dritthalb mageren Daten sind sie im Stande, euch das Hundertste und Tausendste nicht nur züsammen, sondern auch in seinen Zusammenhang mit der Weltgeschichte zu bringen. Von der ersten besten Thatsache, die ihnen aus dritter Hand zukommt, von der sie gar nicht einmal wissen, ob sie sich so und nicht anders zugetragen hat, beweisen sie euch, daß sie sich so und nicht anders habe zutragen müssen. . . . Daher ist denn auch der deutsche ‚absolute Sozialismus' so erschrecklich pauvre. Etwas ‚Menschenthum', wie man das Dings neuerlich titulirt, etwas ‚Realisirung' dieses Menschenthums oder vielmehr Ungethüms, etwas Weniges über das Eigenthum aus Proudhon — dritte oder vierte Hand —, etwas Proletariatsjammer, Organisation der Arbeit, die Vereinsmisere zur Hebung der niederen Volksklassen, nebst einer grenzenlosen Unwissenheit über die politische Oekonomie und die wirkliche Gesellschaft — das ist die ganze Geschichte, die noch dazu durch die theoretische Unparteilichkeit, die ‚absolute Ruhe des Gedankens', den letzten Tropfen Blut, die letzte Spur von Energie und Spannkraft verliert. Und mit dieser Langeweile will man Deutschland revolutioniren, das Proletariat in Bewegung setzen, die Massen denken und handeln machen?" Engels rieth schließlich den „absoluten" und „wahren" Sozialisten, sich erst gründlich darüber zu unterrichten, was vor ihnen gethan sei, um dann zu zeigen, was sie thun könnten, aber natürlich erschütterte er weder mit seinem Ernste noch mit seinem Humor das starre Selbstbewußtsein der Philosophirer, die in dem Netze ihrer Hegelschen Begriffe die ganze sichtbare und unsichtbare Welt gefangen hielten.

Konnte der philosophisch-schöngeistige Sozialismus nicht Deutschland revolutioniren, so hing er sich umgekehrt der revolutionären Entwicklung in Deutschland als ein Bleigewicht an. In seinem souveränen Dünkel verkannte er vollständig den historischen Fortschritt, der darin lag, daß der Liberalismus der Bourgeoisie sich anschickte, die romantische Reaktion des Feudalismus zu entwurzeln. Er betrieb, immerhin unwissentlich, die Geschäfte dieser Reaktion, indem er die liberalen Bestrebungen verhöhnte und feierlich verkündete, daß die Massen davon nichts zu erwarten, sondern alles zu fürchten hätten. Heß erklärte im Gesellschaftsspiegel, daß „uns alle politisch-liberalen Bestrebungen mehr als gleichgiltig, förmlich zum Ekel geworden" seien. Was auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft revolutionär war, das wurde reaktionär, wo dieser Boden noch fehlte und erst erobert werden mußte. Die romantische Reaktion verstand sich auch sehr gut auf ihren Vortheil, und die Zensur bewies dem philosophisch-schöngeistigen Sozialismus eine Nachsicht, die sie weit entfernt war, dem um so viel bescheideneren bürgerlichen Liberalismus zu beweisen. Sie beschnitt ihm die Fänge, sobald die Gefahr drohte, daß seine drastischen Schilderungen des prole-

tarischen Elends aufregen konnten, aber wo er nur seinen theoretischen Kohl baute, da ließ sie ihn trotz aller grundstürzenden Redensarten gerne gewähren.

Ebenso reaktionär wirkte die „Philosophie der That", die „Deutsche Wissenschaft des Sozialismus" oder wie sich der philosophisch-schöngeistige Sozialismus sonst nennen mochte, dadurch, daß sie dem Pfahlbürger die eben sich lüftende Schlafmütze wieder fest über Augen und Ohren zog. In ihrer unparteiischen Erhabenheit über die Klassenkämpfe verhüllte sie ihm seinen sicheren Untergang zwischen den Mühlsteinen der Bourgeoisie und des Proletariats; dafür flößte sie ihm das süße Bewußtsein ein, auf einer bisher noch nicht erreichten Höhe zur Menschheit zu stehen und wie ein neuer Heiland der Welt über das Meer der Revolution zu wandeln, ohne sich auch nur die Schuhsohlen naß zu machen. Hieraus erklärt sich die epidemische Verbreitung des philosophisch-schöngeistigen Sozialismus vor den Märztagen, wie sein spurloses Verschwinden nach ihnen.

IV. Max Stirner.

Viel kecker und origineller, als Heß oder Grün, suchte der Berliner Schulmeister Kaspar Schmidt, ein geborener Franke, Hegels absolute Idee, Bauers Selbstbewußtsein, Feuerbachs Humanismus und Proudhons Anarchie umzustürzen in leibhaftige Wirklichkeit. Die philosophischen Betrachtungen, die er unter dem Pseudonym Max Stirner über den Einzigen und sein Eigenthum veröffentlichte, kennzeichneten die Grenzen der idealistischen Philosophie nach der einen Seite, wie die gleichzeitig erschienene Heilige Familie von Marx und Engels diese Grenzen nach der anderen Seite kennzeichnete. Gleich der Heiligen Familie knüpfte auch der Einzige und sein Eigenthum polemisch an die Allgemeine Literaturzeitung der Bauers an.

Es ist kein Unrecht gegen Marx und Engels, in einem Athemzuge mit den ihrigen Max Stirners Namen zu nennen. Nichts verkehrter als die Behauptung eines akademischen Philosophieprofessors, Stirner habe die Philosophie Feuerbachs ins Lächerliche ziehen wollen. Er wollte sie vielmehr verwirklichen, wie es Marx und Engels auch wollten. Hat es je ein Buch gegeben, auf das der oft mißbrauchte Vergleich zutrifft: es sei mit dem Herzblute seines Verfassers geschrieben worden, so ist es der Einzige und sein Eigenthum.

Stirner war durchaus eine philosophische und auch revolutionäre Natur. Es liegt etwas wie titanische Kraft in seinem heißen Bemühen, den Menschen Feuerbachs, der noch immer über den Wolken thront, auf die Erde zu reißen. Es gelingt ihm, und es gelingt ihm auch nicht. Der Einzige, den Stirner lebendig macht, ist nicht der Mensch, sondern ein Mensch, die vorgeschrittenste Sorte Mensch, die der halbverhungerte Schulmeister Kaspar Schmidt in dem vormärzlichen Berlin kannte: der Bourgeois mit seinem Eigenthum, dem Kapital, das nicht mehr vom Despotismus gehätschelt sein wollte, sondern stark genug geworden

war, um in schrankenloser Konkurrenz, im reinen Genuß seines Daseins sich selbst zu leben. Stirner war zu sehr Philosoph und zu sehr Revolutionär, um nicht den schneidenden Widerspruch dieser Spottgeburt von Dreck und Feuer mit seinem philosophischen Ideal vom Menschen zu empfinden, und aus dieser Empfindung entsprangen jene Blitze verzweifelten Humors, die sein Buch in einen so falschen Verdacht gebracht haben.

Was Stirner aber nicht lebendig machen konnte, das war sein philosophisches Ideal, das war der Mensch, das Ich, dem Nichts über Sich geht, das um seine Eigenheit zu behaupten alle Bande abstreift, die ihm Gewissen, Recht, Sitte, Gesetz, Familie, Gesellschaft, Staat auferlegen. Dieses Ich war ebenso ein abstrakter Begriff wie Feuerbachs Mensch, ja es wurde dadurch, daß es seine Wirklichkeit beweisen wollte, noch offenkundiger zu einem abstrakten Begriffe. Der Mensch ist ein Gesellschaftswesen; als Mensch kann er nur in der menschlichen Gesellschaft und durch sie leben; als einsames Ich verwildert er zum Thiere. Darüber war sich auch Stirner klar, und er suchte sich mit dieser unumstößlichen Thatsache abzufinden durch seine „Vereine der Egoisten", freie Vereinigungen, in die jedes Ich eintritt, sobald, und in denen es bleibt, so lange es seine egoistischen Interessen erheischen. Aber diese Vereine waren ein Widerspruch in sich selbst, denn es ist die Voraussetzung jedes Vereins, der als solcher handeln und schaffen will, daß die einzelnen Mitglieder so viel von ihren persönlichen Zwecken opfern, als die gemeinsamen Zwecke gebieten. In einem Vereine hört das Ich eben auf der Einzige zu sein.

Es liegt in Stirners System, daß er gründlich aufräumt mit der bürgerlichen und christlichen Heuchelei, die so viel zu singen und zu sagen wußte von den opfermuthigen Tugenden der herrschenden Klassen, von ihrer hingebenden Liebe und Zärtlichkeit für die beherrschten Klassen. Stirner verhöhnt diese Illusion wie kaum eine andere. Er sagt den herrschenden Klassen: „Von Euch verlange Ich gar nichts, denn, was Ich auch forderte, Ihr würdet doch gebieterische Gesetzgeber sein und müßt es sein, weil ein Rabe nicht singen, ein Räuber ohne Raub nicht leben kann." Er verspottet das Gerede von dem „tausendjährigen Unrecht" der Reichen an den Armen. Die Reichen handeln so, wie sie handeln müssen, und sie wären Thoren, wenn sie anders handelten. Das wirkliche Unrecht begehen die Armen. „Rechtliches oder rechtmäßiges Eigenthum eines Anderen wird nur das sein, wovon Dir's recht ist, daß es sein Eigenthum sei. Hört es auf, Dir recht zu sein, so hat es für Dich die Rechtmäßigkeit eingebüßt und das absolute Recht daran wirst Du verlachen. . . . Warum die Schuld Anderen zuschieben, als beraubten sie Uns, da Wir doch selbst die Schuld tragen, indem Wir die Anderen unberaubt lassen. Die Armen sind daran schuld, daß es Reiche giebt. . . . Proudhon konnte sein weitläufiges Pathos sparen, wenn er sagte: Es giebt einige Dinge, die nur Wenigen gehören, und auf die Wir Uebrigen von nun an Anspruch oder — Jagd machen wollen. Laßt sie Uns nehmen, weil man durchs Nehmen zum Eigenthum kommt und das für jetzt noch Uns entzogene Eigenthum auch

nur durchs Nehmen an die Eigenthümer gekommen ist. Es wird sich besser nutzen lassen, wenn es in Unser aller Händen ist, als wenn die Wenigen darüber verfügen. Assoziiren Wir Uns daher für die Zwecke dieses Raubes." Aber diese Assoziation hebt sofort die Eigenheit des Einzigen auf; jeder Streik zeigt, wie schnell dabei das egoistische mit dem gemeinsamen Interesse zusammenstößt. Stirner predigt in seiner Weise den Klassenkampf, aber nach seiner eigenen Theorie ist der Einzige und sein Eigenthum in diesem Kampfe nichts weiter, als das Schwarzbein und sein Sündenlohn.

Von Fichtes Ich bis zu Stirners Ich vollendete sich der Kreislauf der idealistischen Philosophie. Die Schlange biß sich in den Schwanz, aber nun hatte sie auch nichts mehr zu beißen. Indem Stirner die Nebelgestalt des philosophischen Menschen mit Fleisch und Blut bekleiden wollte, verpuffte er sie wider Willen ins leere Nichts. Im schroffsten Gegensatze zu ihm gaben Marx und Engels allen Nebelgestalten freiwillig den Laufpaß und suchten den wirklichen Menschen da, wo er allein zu finden ist: in der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Sie suchten ihn nicht in der Philosophie, sondern in der Oekonomie.

Aber die Geschichte der Ideen spiegelt nur die Geschichte der Wirklichkeit wieder. Im westlichen Europa begann bereits der proletarische Klassenkampf, als im östlichen Deutschland erst der kapitalistische Konkurrenzkampf begann. Jener beeinflußte die Auffassungen von Marx und Engels, wie dieser die Auffassungen Stirners beeinflußte. Niemand erkannte das so schnell und scharf, wie der Bourgeois, der in dem Ideologen Ruge steckte. Ruge pries Stirner sofort als das Gegengift gegen Marx und Engels an. Er nannte Stirners Werk wiederholt eine „befreiende That". Er schrieb: „Man müßte das Buch souteniren und propagiren. Es ist eine Befreiung von der dümmsten aller Dummheiten, der sozialen Handwerkerdogmatik, diesem neuen Christenthum, das die Einfältigen predigen und dessen Realisirung ein niederträchtiges Schafstallleben wäre." Freilich stach der revolutionäre Zug, der durch Stirners Buch geht, dem Philister Ruge arg in die Nase, aber er wußte sich zu helfen. Er meinte, eine „Dummheit" habe Stirner allerdings von Marx und Engels angenommen, nämlich daß er „aus der wirklichen Welt heraus wolle". „Als allgemeiner Zustand Tollheit und nur im besonderen Falle wahr", oder wie Ruge den gleichen Gedanken in andere Worte kleidete: „Der offene Egoismus bei Stirner ist wahr, der Egoismus als Geheimlehre, wie bei Marx, ist Heuchelei", oder wie diese Sätze in richtigem Kapitalistendeutsch lauten würden: Für das Proletariat Tollheit, für die Bourgeoisie Wahrheit; für die Bourgeoisie der Egoismus, für das Proletariat die Entsagung. Doch über der Schale vergaß Ruge nicht den Kern; die Quintessenz Stirners sind ihm die Kraftworte: „Verlaß dich auf dich selbst, wer sich auf Andere verläßt, der ist schon verlassen genug." Es ist dasselbe Eiapopeia, womit zwanzig Jahre später die Nichts-als-Freihändler die neu auflebende Arbeiterbewegung zu nasführen suchten.

In der That hat Ruge sofort mit scharfem Klasseninstinkt den sehr einfachen Griff erkannt, um aus der rauhen Schale den süßen Kern zu lösen. Der Entschluß, nicht aus der wirklichen Welt zu wollen, die schlichte Erkenntniß: wir brauchen die beste der Welten nicht erst zu erstreben, denn wir haben sie schon, genügte vollkommen, um aus Stirners revolutionärer Auflösung alles Bestehenden das simple Evangelium des Freihandels zu machen. Abgesehen von dem Streite über den Zolltarif, war dies Evangelium bisher in seiner grundsätzlichen Schönheit erst von einem eingewanderten Engländer, dem braven John Prince-Smith, verkündet worden, der in seiner beschränkt-hartköpfigen Weise nachwies, daß Preußen schon überreif sei für die „Legalisirung der faktischen Geldmacht durch Verfassungsgesetze". Das war noch ein unverdaulicher Bissen für die deutsche Ideologie, und Julius Faucher ließ sich erst als andächtiger Schüler zu den Füßen Stirners nieder, um von ihm die Schlagworte zu lernen, durch welche die allgemeine Schachermachei zum tausendjährigen Reiche der Menschheit aufgestutzt werden konnte. In ihrem ersten Organ, der Berliner Abendpost, predigte die junge Schule der deutschen Freihändler die Abschaffung der Moral und des Staats, frei nach Stirner und ganz im Interesse des süßen Handels.

Sonst hinterließ Stirners Werk keine greifbaren Spuren im deutschen Leben. Philosophische Schule konnte es nicht machen, da es ja eben durch That und Wort den Bankerott der Philosophie verkündete, und als frohe Botschaft des Anarchismus ist es erst nach Jahrzehnten vom Auslande her angesprochen worden, nicht weil Stirner im Sinne irgend einer Schule Anarchist war oder sein wollte, sondern weil er die Schilderung eines anarchischen Gesellschaftszustandes ausgeführt hatte mit der paradoxen Gründlichkeit des deutschen Schulmeisters und mit der Konsequenz eines Logikers, der bei Hegel in die Lehre gegangen war.

V. Der Staatssozialismus von Rodbertus.

Die deutschen Freihändler waren erwerbslustige rührige Leute. Ihr praktisches Ziel hieß: alle Schranken des kapitalistischen Konkurrenzkampfes niederwerfen, ihre Parole: Gehen- und Geschehenlassen, denn die Welt geht von selber. Sie sagten, der Erwerbstrieb beherrsche den Menschen unter allen Umständen und zu allen Zeiten in gleicher Weise; das Streben nach dem größtmöglichen Gewinne rufe von selbst die größte Harmonie in der menschlichen Gesellschaft hervor. Sie lehnten sich an die englische Manchesterschule an, wie denn auch Faucher später der Sekretär Cobdens wurde; aus der klassischen Oekonomie nahmen sie nicht mehr, als sie brauchten, und das war wenig genug: ein paar Begriffe und Worte, die sie aus dem Zusammenhange rissen und für ihre geschäftsmäßigen Zwecke zurechtkneteten.

Als Plänkler des Kapitalismus standen sie in einem mehr oder weniger scharfen Gegensatze zu den vormärzlichen Regierungen, die sich noch immer nicht

von der feudal-zünftigen Herrlichkeit losreißen konnten. Sie wurden nicht auf die Katheder der Universitäten berufen und da sie viel lukrativere Beschäftigungen zu finden wußten, so drängten sie sich auch durchaus nicht zu akademischen Ehren. Um so mehr hätte man erwarten sollen, daß die patentirten Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft, die ihren Adam Smith und David Ricardo jahraus jahrein breittraten, sei es auch nur unter kleinbürgerlichen Verhunzungen, der mißbräuchlichen Berufung der kapitalistischen Freihändler entgegentreten würden. Das geschah aber nicht oder doch nur in sehr besonderer Weise. Die professorale Weisheit sagte der manchesterlichen Betriebsamkeit: Deine Berufung auf die klassische Oekonomie ist nicht so uneben, aber die klassische Oekonomie war einigermaßen auf dem Holzwege. In den vierziger Jahren entstand an den deutschen Universitäten die „historische Methode" der Volkswirthschaft, und dieses Licht begann bald, gewaltig zu scheinen.

Hätten die Bekenner dieser Methode nachweisen wollen, daß die Anschauungen der klassischen Oekonomie nicht unfehlbare Weisheitssprüche, sondern historisch entstandene und deshalb zwar historisch berechtigte, aber auch historisch vergängliche Lehren gewesen seien, so würden sie den Weg eines wirklichen Fortschritts beschritten haben. Was Adam Smith und Ricardo dargelegt hatten, das war, um einen Hegelschen Ausdruck zu gebrauchen, die Produktionsweise ihrer Zeit, in Gedanken erfaßt; sie waren die Theoretiker der Manufakturperiode und etwa schon der beginnenden großen Industrie. Wenn sie dabei, gerade je klarer sie in ihrer Zeit um sich blickten, nicht über ihre Zeit hinausblicken konnten, wenn sie die ökonomischen Zustände ihrer Zeit für die Verwirklichung ewiger Naturgesetze hielten, die sich nach einer langen Vorgeschichte voller Irrthümer endlich durchgesetzt hätten und nun niemals mehr erschüttert werden könnten, so war das ihre besondere historische Beschränktheit, der Schatten zu dem Lichte, das sie über die Gesetze der Volkswirthschaft verbreiteten. Wollten die deutschen Lehrer ihrer Wissenschaft nicht blos ihre Nachbeter und Nachtreter sein, sondern sie selbständig weiter entwickeln, so war es ihre Sache, diese historische Beschränktheit aufzulösen, wozu im englischen und französischen Sozialismus ja schon viel versprechende Anfänge gemacht worden waren.

Aber nicht dies verstanden die deutschen Professoren unter ihrer „historischen Methode". Je mehr die ökonomischen Gegensätze in Deutschland sich praktisch schärften, um so mehr bebte ihr zaghaftes Herz davor zurück, aus ihren still umfriedeten Lehrsälen in so heftige Kämpfe gerissen zu werden. Gerade weil die Lehren Adam Smiths und Ricardos keine abstrakten Hirngespinste, sondern echt historische Erzeugnisse waren, gaben sie der feudalen Weltanschauung den letzten Stoß und enthielten schon die erste Ahnung der sozialistischen Weltanschauung. Das eine wie das andere war gleich verdrießlich für die treuen Diener romantisch angehauchter Landesväter. Und so kam es diesen loyalen Patrioten sehr bequem, daß die radikalen Freihändler die Lehren der klassischen Oekonomie zu ein paar abstrakten und dünnen Begriffen abschliffen, von denen

sich die Fülle und der Glanz ihrer „historischen Methode“ um so wirksamer abheben konnten. Diese Methode war nichts anderes als ein sehr unhistorischer Versuch, den Konsequenzen der historischen Entwicklung auszuweichen oder im günstigsten Fall Unversöhnbares zu versöhnen. Unter dem Deckmantel des „Historismus“ konnten die rückständigen Produktionsweisen, die in Deutschland noch einen so großen Raum einnahmen, bald gegen die kapitalistische, bald gegen die sozialistische Beweisführung vertheidigt, oder je nachdem konnten hinter mächtigen Scherbenbergen historischer Notizen und Notizchen bald liebende, bald zürnende Blicke bald mit dem Feudalismus, bald mit dem Kapitalismus, bald mit dem Sozialismus getauscht werden.

Haupt dieser Richtung war Wilhelm Roscher in Göttingen. Er begann in richtigem Instinkt damit, seine Methode eine Nachahmung der Methode zu nennen, womit die historische Rechtsschule das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen versuchte. Er verzichtete auf die kritische Untersuchung des modernen Produktionsprozesses und die unzweideutige Formulirung ihrer Ergebnisse; er verglich vielmehr alle möglichen Völker und Zeiten, um aus der großen Masse der historischen Erscheinungen das Gesetzmäßige und Wesentliche herauszufinden. Er wollte die kennzeichnenden Eigenthümlichkeiten der kapitalistischen Produktionsweise nicht klarstellen, sondern verwischen. Statt die vorbildliche Entwicklung der englischen und französischen Zustände zu verfolgen, studirte er „insbesondere“ die alten Völker, indem er aus der unzweifelhaften Thatsache, daß „ihre Entwicklungen jedenfalls ganz beendigt“ seien, die zweifelhafte Schlußfolgerung zog, die antike Volkswirthschaft böte also, wo sie der modernen ähnele, einen „unschätzbaren Leitfaden“ des Urtheils. Mit dieser famosen Methode hat Roscher sich ziemlich ein halbes Jahrhundert als „Altmeister der Nationalökonomie“ durchgeschlagen und sich glücklich mit einem undeutlichen Ja und Nein um alle ökonomischen Fragen herumgeredet, die in diesem langen Zeitraume auf ein klares Ja oder Nein drängten. Uebrigens aber war er ein Mann von großer Gelehrsamkeit, und ein gewisser Respekt vor den klassischen Vertretern der bürgerlichen Oekonomie hinderte ihn doch, sie so völlig als „todte Hunde“ zu behandeln, wie es unter seinen viel weniger gelehrten und viel weniger gewissenhaften Nachahmern bald zur Mode wurde. Die „historische Methode“ entartete zu einer völlig prinziplosen Opportunitätspolitik, die jeden feudal-zünftlerischen Abhub zu einem historischen Prunkstück aufzudonnern wußte und selbst in ihren besseren Leistungen als angeblich epochemachende Entdeckungen nur wiederkäute, was Adam Smith und Ricardo keineswegs übersehen, sondern ausdrücklich hervorgehoben hatten.

In den vierziger Jahren gab es nur einen deutschen Gelehrten, und er gehörte nicht zur abgestempelten Zunft, der sich wirklich auf der Höhe der klassischen Oekonomie hielt und sie bis zu einem gewissen Grade weiter zu entwickeln wußte. Karl Rodbertus stammte aus akademischen Kreisen. Sein Vater war Professor der Rechte an der Universität Greifswald, sein Großvater mütterlicherseits der im vorigen Jahrhundert bekannte Physiokrat Schlettwein, der den Markgrafen

Karl Friedrich von Baden bei der Einrichtung von Landgemeinden nach physiokratischen Grundsätzen praktisch unterstützt, dann in Basel und Gießen dozirt, endlich als Landwirth auf einem ihm von seiner Frau zugebrachten Rittergute in Mecklenburg sein Leben beschlossen hatte. Nicht unmittelbar von diesem Großvater, der schon vor seiner Geburt gestorben war, läßt sich die geistige Entwicklung von Karl Rodbertus ableiten; immerhin aber hat die ererbte Verbindung von gelehrten Beschäftigungen mit der praktischen Erfahrung und der ökonomischen Unabhängigkeit eines großen Landwirths sehr fördernd auf seine natürlichen Anlagen gewirkt. Rodbertus hatte sich auf deutschen Universitäten die juristische und philosophische Bildung der Zeit erworben, dann die ersten Stufen der preußischen Bureaukratie erstiegen, an den schlesischen Bezirksregierungen in Breslau und Oppeln soziale Probleme würdigen gelernt, nach Aufgabe des Staatsdienstes weite Reisen in England und Frankreich gemacht, dann abermals in Heidelberg und Dresden historische und ökonomische Studien getrieben und endlich als dreißigjähriger Mann das Rittergut Jagetzow in Vorpommern erworben, wo er in behaglicher Muße seinen Neigungen leben konnte: unbekümmert um Gunst oder Ungunst der Welt, freilich auch abgeschlossen von ihrem Leben und Treiben.

Gleich der erste Aufsatz, den Rodbertus 1839 in der Augsburger Allgemeinen Zeitung über die Forderungen der arbeitenden Klassen veröffentlichen wollte, aber von diesem Professorenblatte als unzeitgemäße Phantasie zurückgesandt erhielt, zeigt ihn auf einer Höhe ökonomischer Einsicht, die damals noch kein deutscher Forscher erreicht hatte. Als Rodbertus einige dreißig Jahre später die vergilbten Blätter herausgab, durfte er sagen, sie enthielten schon sein ganzes System, von dessen Richtigkeit er sich je länger je mehr überzeugt habe. Das war ein etwas zweideutiges Selbstlob, denn es konnte auch besagen und besagte in der That nur, daß Rodbertus wesentlich auf dem Punkte stehen geblieben sei, den er um das Jahr 1840 erreicht hatte. Aber trotzdem blieb er immer weit überlegen Allem, was in Deutschland von amtlicher und bürgerlicher Seite als ökonomische Wissenschaft produzirt wurde. Wie er sich in den vierziger Jahren über die Roscher und List erhob, so schlug er in den fünfziger und sechziger Jahren die Freihandelshausirburschen mit glänzendem Schwerte, so kritisirte er in den siebziger Jahren den Kathedersozialismus als hoffnungslose Halbheit, und so sagte er sterbend noch voraus, hierin allerdings ein sozialer Seher, daß Bismarcks Ruhm in der sozialen Frage seinen russischen Feldzug finden werde. Insofern hat sich Rodbertus als der größte deutsche Nationalökonom bewährt, wie Lassalle ihn einmal nannte.

Rodbertus bequemte sich nie dazu, hinter die klassische Oekonomie zurückzugehen. Er setzte der „historischen Methode“ der deutschen Universitätsökonomen ein echt historisches Prinzip entgegen, indem er sagte: „Soziale Reaktion, wie Reaktion überhaupt, ist für mich jede Institution, die gewesen und verwest ist und doch in die Zukunft wieder eingeführt werden soll, ohne daß ihre Existenzbedingungen mit der geschichtlichen Lebensstufe dieser Zukunftsepoche verträglich

sind." Rodbertus sprach stets für Freizügigkeit und Gewerbefreiheit; er verhöhnte die Versuche zur Wiederherstellung der Zünfte als „Luftspiegelungen, Nebelbilder, optische Täuschungen"; er verwarf die Schutzzöllnerei und erklärte die Handelsfreiheit für die Ehre und den Ruhm des Smithschen Systems; er brandmarkte die reaktionären „Politiker", die den Arbeitern einen Bissen zuwerfen wollten, um die Unterstützung des Proletariats für ihre eigennützigen Zwecke zu gewinnen; er wies nach, daß Alter=, Invaliden=, Krankenversicherung den Kern der Arbeiterfrage nicht berührten; er spottete darüber, mit Polizei und Kanonen, mit Moralpredigten und selbst mit bloßem Schulunterricht die berechtigten Ansprüche der arbeitenden Klassen niederhalten zu wollen. Es gab für ihn kein Zurück, sondern wie er von vornherein erklärte, nur ein Weiter, denn die Gesellschaft habe ihre Schiffe hinter sich verbrannt.

Demgemäß suchte Rodbertus aus Ricardos Werttheorie sozialistische Konsequenzen zu ziehen. Es geschah schon in seinem ersten Aufsatze und dann in gleichem Sinne, aber ausführlicher in seiner ersten Schrift, die er Zur Erkenntniß unserer staatswirthschaftlichen Zustände im Jahre 1842 veröffentlichte. Das war für Deutschland ein sehr bedeutender Schritt, jedoch nur für Deutschland. Denn was Rodbertus sagte, war bis auf einen Punkt in England oder Frankreich längst ebenso gut, wenn nicht besser gesagt worden: Rodbertus kannte sehr genau, was in diesen Ländern bis zum Jahre 1840 über politische Oekonomie und Sozialismus veröffentlicht worden war. Er meinte, wer die Literatur über die soziale Frage seit 1818 nicht kenne, als noch Niemand an Lassalle und Marx gedacht habe, der kenne nicht das Beste an ihr, und acht Jahre nach der Gründung der Internationalen Arbeiter=Assoziation, fünf Jahre nach dem Erscheinen des Kapitals von Marx konnte er das erstaunliche Urtheil niederschreiben, weder in der Wissenschaft, noch in den Arbeiterversammlungen habe die Diskussion der sozialen Frage die Höhe wieder erreicht, auf der sie in den zwanziger und dreißiger Jahren behandelt worden sei.

Inwieweit Rodbertus unmittelbar aus der englischen und französischen Literatur geschöpft oder von ihr angeregt selbständig seine Schlußfolgerungen aus Ricardo gezogen hat, läßt sich im Einzelnen deshalb schwer feststellen, weil er selbst ebenso saumselig im Zitiren war, wie er eifersüchtig darüber wachte, daß seine vermeintlichen oder wirklichen Urheberrechte an sozialistischen Gedanken von keinem Dritten beeinträchtigt würden. Er warf mit dem Vorwurfe der Plünderung selbst gegen Leute um sich, die wie Marx eine Auffassung vertraten, die der seinen in allen entscheidenden Punkten diametral entgegengesetzt war. Indessen hat diese Frage viel größeres Interesse für den Biographen von Rodbertus, als für den Geschichtsschreiber des Sozialismus, der sich an der Thatsache genügen lassen darf, daß der Sozialist Rodbertus, gleichviel wie und woher ihm seine Wissenschaft gekommen sein mag, nichts gesagt hat, was nicht schon in der Literatur des englisch=französischen Sozialismus ebenso gut oder besser gesagt worden war, mit Ausnahme eines Punktes, eben des Staatssozialismus,

der keinen Fortschritt, sondern einen gewaltigen Rückschritt bedeutete gegenüber dem großbürgerlichen Utopismus, wie gegenüber dem kleinbürgerlichen Sozialismus des westlichen Europas.

In seinen frühesten Schriften zitirt Rodbertus verhältnißmäßig noch am häufigsten Sismondi. Gleich in seinem ersten Aufsatze nennt er Sismondi zwar nicht ausdrücklich, beruft sich aber auf ihn als einen „Oekonomen, dessen Name nicht nur einen berühmten, sondern auch einen humanen Klang hat", um das sonst gewöhnlich mit Ricardos Namen verknüpfte Gesetz zu erhärten, wonach in der kapitalistischen Gesellschaft der Arbeitslohn um den nothwendigen Lebensunterhalt gravitirt, den der Arbeiter braucht, seine Arbeitskraft zu erhalten und sich in seinen Kindern zu verjüngen. Gerade gegen Ricardo hatte Sismondi aber die Erläuterung der Handelskrisen aus der Unterkonsumtion der arbeitenden Klassen vertreten, und diese Erläuterung war der Grundgedanke der Theorie von Rodbertus, zu dem sich nach seiner eigenen Angabe alles Uebrige nur noch wie Beiwerk verhalte, der Erklärung und Begründung wegen. Jedoch darf daraus nicht ohne Weiteres geschlossen werden, daß Rodbertus seinen Grundgedanken, den er als vollkommen neu für sich beanspruchte, aus Sismondi entnommen hat. Bereits vor Sismondi hatte Owen die Handelskrisen ähnlich erklärt, und gerade Owens Spuren sind in dem ersten Aufsatze von Rodbertus sehr deutlich ausgeprägt, obgleich Owen nicht einmal andeutungsweise erwähnt wird.

Die gesellschaftliche Organisation, welche die sicherste Bürgschaft böte, daß Jedem die Früchte seiner Arbeit zukommen, schildert Rodbertus in seinem ersten Aufsatze wie folgt: „Es würde das rentirende Eigenthum (das, was dem Besitzer, ohne zu arbeiten, Rente gewährt) aufzuheben, das Eigenthum am Produkt dagegen nur desto fester zu gründen sein. Boden und Kapital würden Gemeingut der Gesellschaft, aber das, was mit diesen Arbeitsinstrumenten, nach Reproduktion des Kapitals, hervorgebracht wäre, würde Eigenthum der Arbeiter nach dem Maße der geleisteten Arbeit. Ein solcher Zustand würde den rechtlichen Grundsatz angenommen haben, daß Arbeit nicht blos das konstitutive, sondern auch das distributive Prinzip des Eigenthums wäre. Er würde mit einer saint-simonistischen Ordnung das gemein haben, daß eben kein rentirendes Eigenthum bestände, aber darin bedeutend von ihr abweichen, daß er das auf jenes natürliche Maß zurückgeführte Eigenthum als einen integrirenden Theil eines Rechtszustandes ansähe, daß das, was dort Willkür der Oberen bliebe, hier im eigenen Rechte des Individuums seine Begründung und sein Maß erhielte. Wenn man das wirthschaftliche Prinzip, die Arbeit, in den Fortschritten der Ricardoschen Schule verfolgt, wenn man der Ricardoschen Berechnung des Realwerths nachgeht, wonach derselbe — selbst der Theil, der vom stehenden Kapital in das Produkt übergeht — sich in Arbeitszeit auflöst, wenn man dann ferner erwägt, daß das, worauf sich in solchem Zustande der Eigenthumsanspruch des Arbeiters gründen würde, eben auch nur verwendete Arbeitszeit ist; daß damit also ein Maß gegeben ist, was ebensowohl die Berechtigung als auch die gegenüberstehende

Güterquantität mißt; wenn man endlich noch einen Schritt weiter thut, und auf dies gemeinschaftliche Maß der Berechtigung und des Güterwerths ein neues Geld gründete, welches von der Art wäre und sich auf die Weise in den Verkehr einführte, daß es in der indifferenten Form ebenfalls der Arbeitszeit eine Bescheinigung für den Arbeiter, auf das von ihm in der bestimmten Zeit in den Verkehr gelieferte Gut, und damit also auch eine Anweisung auf ebenso viel von den übrigen Gütern beliebiger Art wäre; wenn man bedenkt, daß kein Geld größere Garantien böte, als dieses, das sicher ist, stets zu gleichem Werth seine Realisirung zu finden — wenn man alle diese Andeutungen gründlich verfolgt, so wird man gestehen müssen, daß ein solcher Zustand nichts Unmögliches oder der Produktion Nachtheiliges enthalten würde." Was Rodbertus in diesen langathmigen Sätzen schildert, ist nichts anderes als die besondere Utopie des Owenschen Sozialismus. Die Thatsache wird weder dadurch erschüttert, daß Rodbertus den Gedanken so entwickelt, als käme er von ihm, worüber er sich selbst getäuscht haben mag, noch auch dadurch, daß er einige Jahrzehnte später versicherte, er habe beim Abfassen seiner ersten Schriften nicht gewußt, daß Owen bereits in den dreißiger Jahren praktische Versuche zur Verwirklichung seiner Utopie gemacht habe und damit gescheitert sei.

Owens Utopie war das Ideal von Rodbertus, und er hat in vortrefflicher Weise geschildert, nicht nur wie das Gemeineigenthum an Grund und Boden und den Produktionsmitteln möglich, sondern auch welch ungeheurer Fortschritt es für die Menschheit sein würde. Aber es war ihm nur ein himmelblaues Ideal. Ungefähr noch ein halbes Jahrtausend sollte die Menschheit „den Weg durch die Wüste" wandern, bis sie das „gelobte Land der Erlösung vom Grund- und Kapitaleigenthum" erreichte. So verfügte Rodbertus, denn ökonomische oder überhaupt greifbare Gründe hat er nie für die Nothwendigkeit des etwas länglichen Uebergangsstadiums angegeben. In seinem ersten Aufsatze sagt er einmal, die Gegenwart sei von der Verwirklichung dieses Ideals zu fern, um sich länger bei ihm aufzuhalten, oder ein andermal, man wolle allgemein, daß die Arbeiter mehr Besitz weder auf Kosten des Grundeigenthums noch des Kapitalbesitzes erlangen sollten. Später hat er wohl gemeint, daß die Menschheit auf das besagte halbe Jahrtausend noch nicht den Zwang zur Arbeit entbehren könne, den das rentirende Eigenthum ausübe. Alles dies und Aehnliches war im besten Falle der Ausfluß einer echten, aber durch keine sachlichen Gesichtspunkte getrübten Ueberzeugung.

Indessen hatte Rodbertus einen Ausweg entdeckt, der die halbtausendjährige Vorstufe zum Gemeineigenthum erträglich machen sollte. In konsequenter Durchführung des Smith-Ricardoschen Satzes, daß alle Güter wirthschaftlich nur Produkte der Arbeit seien, nichts als Arbeit kosten, wollte er das papierne „Arbeitsgeld" in der Weise Owens schaffen, aber nicht etwa zu dem Zwecke, Jedem die Frucht seiner Arbeit zu sichern oder die Grundrente und den Kapitalprofit zu kürzen oder auch nur ihr Steigen zu hindern, sondern in der ungleich bescheideneren

Absicht, durch dieses „Arbeitsgeld“ ein Mittel zu sichern, das dem Staate ermöglichen sollte, bei wachsender Produktivität der Arbeit den Arbeitslohn in entsprechendem Verhältniß zur Grundrente und zum Kapitalprofit zu steigern. So daß wenn beispielsweise von dem gesammten durch die Arbeit geschaffenen Produkte bisher ein Drittel auf die Grundrente, ein Drittel auf den Kapitalprofit und nur das letzte Drittel auf den Arbeitslohn entfiele, dies Verhältniß auch in Zukunft bleiben sollte mit der Maßgabe, daß an den steigenden Früchten der Arbeit der Arbeitslohn ebenso zu je einem Drittel theilnehmen sollte, wie die Grundrente und der Kapitalprofit. Diese Utopie zeichnete sich vor den sonstigen Utopien des „Arbeitsgeldes“, wie sie Owen und selbst wie sie Gray und später Proudhon vertraten, nur dadurch aus, daß sie in ihren Mitteln und Zwecken um so verkrüppelter, und wenn es Grade des Unmöglichen giebt, um so unmöglicher war. Wie der Staat das ihm zugedachte Kunststück ausführen sollte, hat Rodbertus stets nur in vagen Andeutungen über einen Normalwerkarbeitstag offenbart und auf unfehlbare Rezepte in seiner Tasche verwiesen, ohne daß diese Rezepte, sei es vor oder nach seinem Tode, ans Tageslicht gekommen wären. Im Uebrigen würde die Verwirklichung dieser Utopie keineswegs erreichen, was Rodbertus mit ihr erreichen wollte. Bei den Handelskrisen spielt die Unterkonsumtion der arbeitenden Klassen auch eine Rolle, aber nicht die entscheidende Rolle. Sie ist nicht die Ursache der dem großindustriellen Zeitalter eigenthümlichen sozialen Noth, wie schon daraus hervorgeht, daß sie, so lange es eine Klassenherrschaft giebt, stets für die ausgebeuteten Klassen bestanden hat.

Verschuldet wurde jene Verkrüppelung dadurch, daß dem sozialen Forscher Rodbertus, der mit der sozialistischen Fortbildung der klassischen Oekonomie einen vielversprechenden Anlauf nahm, der Utopist, der deutsche Philosoph und der preußische Großgrundbesitzer Rodbertus hindernd in den Weg traten.

Wie alle Utopisten, mochte Rodbertus nichts vom proletarischen Klassenkampfe wissen. Er wollte keine Inschriften für die Fahnen der arbeitenden Klassen liefern. Er hatte aufrichtiges Mitleid mit ihnen, aber ebenso aufrichtige Furcht vor ihnen. Er geißelte treffend die abgeschmackten Schimpfereien der deutschen Bourgeoisblätter über die Pariser Kommune; er konnte fluchen und wettern über die „christliche Moral“, womit an den Arbeitern herumgedoktert wurde, und er hatte eine starke Empfindung davon, daß die Proletarier den besitzenden Klassen geistig und sittlich über die Köpfe zu wachsen anfingen. Aber jede selbständige Regung der Arbeiterklasse war ihm doch nicht mehr als ein warnendes Mene Tekel an die Herrschenden. Mit der Pariser Kommune fand er sich auch nur, wenn nicht durch ein Schimpf-, so doch durch ein Schlagwort ab, durch die Phrase von den Barbaren, welche die moderne Zivilisation in ihrem eigenen Schooße ausbrüte, eine Redensart, die zuerst in der großen französischen Revolution von dem Royalisten Mallet du Pan geprägt und seitdem zu einem verstaubten Ladenhüter des feudalen Sozialismus geworden war. Und Rodbertus war noch ordentlich stolz darauf, als er bei der Ausgrabung seines ersten Aufsatzes entdeckte, daß er

die chartistischen Unruhen der dreißiger Jahre mit derselben Redensart abgethan hatte. Selbst für den proletarischen Klassenkampf in seinen rein gesetzlichen Formen hatte er kein Verständniß. Er prophezeite, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter werde nach hundert Jahren für eine Verrücktheit erklärt werden, und wie sehr er immer Karlsbader Beschlüsse gegen die Arbeiterklasse verwarf, so hatte er nicht übel Lust, mit dem Polizeiknüppel zwischen den „Streikunsinn" zu fahren. Die paar Male, wo er sich unmittelbar an die Arbeiter wandte oder wenden wollte, warnte er sie vor dem politischen Kampfe, rieth ihnen zum friedlichen Unterhandeln mit den herrschenden Klassen.

Die englischen und französischen Utopisten des „Arbeitsgeldes" verwarfen auch den proletarischen Klassenkampf. Aber sie standen mitten im Getriebe der modernen bürgerlichen Gesellschaft; sie suchten mit größerer oder geringerer Logik, wenn auch immer mit dem gleichen Mißerfolge, nach gesellschaftlichen Einrichtungen, um ihre Utopie zu verwirklichen; sie wollten die ökonomische Frage auf ökonomischem Wege lösen. Um so näher lag dem deutschen Philosophen und dem preußischen Rittergutsbesitzer Rodbertus der Ruf an den Staat.

Rodbertus wurde von der deutschen Philosophie stark beeinflußt. Er kannte alle ihre Staatsgebilde von Fichtes geschlossenem Handelsstaate bis zu Stahls Rechtsphilosophie; aus dieser verfehlten Nachgeburt der klassischen Philosophie wollte er seltsamer Weise sogar unter allen Werken solcher Art am meisten gelernt haben. Seltsamer oder auch nicht seltsamer Weise! Indem Rodbertus dies Bekenntniß ablegte, schilderte er Stahls Methode recht gut mit den Worten, Stahl habe seine sozialen Ideen den mittelalterlichen Zuständen entlehnt, mit ihnen den Thron des Allmächtigen bekleidet und sich dann wieder ein paar solcher göttlicher Strahlen zurückgeborgt, um damit einer neuen ständischen Monarchie einen Schein zu geben. An einer anderen Stelle wandte er gegen Stahls Forderung, daß die Wissenschaft umkehren solle, seinerseits ein, es sei schon richtig, daß die Gesellschaftswissenschaft von ihrer individualistischen Auffassung zurückgeführt werden müsse, aber sie könne nicht in einer selbstgeschaffenen Wüste umkehren, sondern müsse hindurch; kein Jahrhundert der Geschichte könne ungeschehen gemacht werden. Trotzdem ist es nicht unverständlich, weshalb sich Rodbertus gerade zu Stahls Werke hingezogen gefühlt und leider viel aus ihm gelernt zu haben scheint. Da der Staat seinem historischen Wesen nach auf dem Gegensatze der Klassen beruht, da er die Herrschaft der einen Klassen über die anderen zugleich organisirt und verkleidet, so hat der unbedingte Staatskultus einen autoritären und mystischen Zug, der an seinen unbedingten Bekennern um so stärker hervortritt, je mehr die anschwellende Empörung der beherrschten Klassen ihre Illusionen gefährdet. Dies aber war der Fall von Rodbertus. Je bedrohlicher ihm die revolutionäre Arbeiterbewegung erschien, um so mehr vergöttlichte oder vergötzte er sich den Staat.

Es war halb ein mystisches Spiel mit Namen und Zahlen, halb aber auch wirklich religiöse Anbetung. Rodbertus spannte die Geschichte der Menschheit

in ein Prokrustesbette von Staatenordnungen: die antik-heidnische mit Menschen-eigenthum, die katholisch-germanische mit Boden- und Kapitaleigenthum, die christlich-soziale mit Arbeitseigenthum. Jede dieser Staatenordnungen theilte er in mehrere Staatenarten: die katholisch-germanische beispielsweise in den kirchlichen, den Stände-, den bureaukratischen und den Repräsentativstaat. In dieser letzten Art der katholisch-germanischen Staatenordnung leben wir, und ihr wird die erste Art der christlich-sozialen Staatenordnung folgen, die ein hervorstechend religiöses Gepräge tragen wird. Rodbertus war darin durchaus konsequent, daß er den Repräsentativstaat, für wie unvollkommen er ihn hielt, über den Ständestaat stellte; er hielt sich in den vierziger und fünfziger Jahren zur demokratisch-liberalen Opposition gegen den ständischen Staat mit christlichem Anstrich, den Stahl vertheidigte. Auch war er ein viel zu heller und kühler Kopf, um von Natur zu irgend welcher Muckerei zu neigen; in der sozialen Frage hatte er „einen Zahn auf die Schwarzen“, und als er bei einem Besuche des Rauhen Hauses in den Büchereien der Brüder allerlei geographische, historische und natur-geschichtliche Traktätchen „vom christlichen Standpunkte“ entdeckte, schwebte ihm die boshafte Frage auf den Lippen, ob sie nicht auch Mathematik „vom christ-lichen Standpunkte“ trieben. Weshalb soll nun gerade sein „Zukunftsstaat“, die Staatenordnung mit Arbeitseigenthum, christlich-sozial sein und die erste Art dieser Ordnung sogar einen hervorstechend religiösen Charakter tragen?

Einfach deshalb, weil es das Schema so gebot, das Rodbertus für den Gang der Weltgeschichte angelegt hatte. Die erste Art der katholisch-germanischen Staatenordnung war der kirchliche Staat des Mittelalters gewesen. Folglich mußte auch die erste Art der antik-heidnischen Staatenordnung ein kirchlicher Staat gewesen sein. Für diesen Zweck setzte Rodbertus die Art Theokratie, welche das Ende des ägyptischen Staats als eines selbständigen Gemeinwesens gebildet hatte, an seinen Anfang. Machte ihm aber solche Verbesserung des weltgeschichtlichen Verlaufs schon keine Sorgen, so noch viel weniger die Prophezeiung, daß um der Analogie willen auch der „Zukunftsstaat“ mit einer neuen Belebung des religiösen Prinzips einsetzen werde. Es ist wahrhaft erstaunlich, in welchen formalen Schematismus der Staatskultus diesen gescheidten Mann von unzweifelhaft reichen Geschichtskenntnissen trieb. Ueber die Thatsache, daß die heutigen Staaten, ob-gleich zu einer Art gehörig, doch sehr große Verschiedenheiten aufwiesen, half sich Rodbertus damit hinweg, daß dem Menschen allerdings eine „Spielartenfreiheit“ gegeben sei; ob der Mensch den Repräsentativstaat mit ein Bischen mehr oder weniger „Konstitutionalismus“ ausschmücken wolle, das stünde bei ihm. Aber sonst habe er „der in der Geschichte waltenden Gottheit zu pariren“ und die Staaten-ordnungen und ihre besonderen Arten unweigerlich so abzuwandeln, wie Rodbertus sie ihm nach dem Willen der Gottheit vorschrieb. Um sich in dieser Beziehung noch besser auszuweisen, entdeckte Rodbertus ein Gesetz der Dreieinigkeit, das er unermüdlich durch alle Phasen des menschlichen nicht nur, sondern auch göttlichen Lebens ver-folgte — nach der sicheren Methode, immer gleich vorauszusetzen, was er finden wollte.

Ungleich praktischer als der deutsche Philosoph griff der preußische Rittergutsbesitzer Rodbertus den Staatssozialismus an. Das soll nicht in irgend einem herabsetzenden Sinne gesagt sein. Rodbertus war ein lauterer Charakter, anziehend und liebenswürdig bis in seine Schrullen hinein, ein Gentleman durchaus, der durch den freundlichen Gruß einer Versammlung von sozialdemokratischen Arbeitern „aufs tiefste bewegt“ wurde, tiefer als durch die Aemter und Titel, mit denen ihn sein geliebter Staat schmückte. Aber man lebt nicht ungestraft vierzig Jahre lang als ostelbischer Großgrundbesitzer. Unbewußt macht sich die soziale Klassenstellung von Rodbertus schon in seinen ersten und frischesten Schriften geltend. Die Engbrüstigkeit und Zahmheit seiner Utopie, sein Mißtrauen in die Reife der Arbeiterklasse, seine wunderliche Annahme, irgend ein Proletariat würde sich fünfhundert Jahre lang bescheiden, wenn ihm täglich schwarz auf weiß bescheinigt würde, daß der größere Theil seiner verbrauchten Arbeitskraft von müßig gehenden Klassen aufgesaugt würde — alles das erklärt sich bei einem begabten und vielseitig gebildeten Sozialpolitiker doch nur daraus, daß Rodbertus von dem überhaupt noch sehr unentwickelten Proletariat in Deutschland nur die vielleicht unentwickeltste Schicht, das pommersche Landproletariat, aus praktischer Erfahrung kannte.

Je mehr sich dann die deutsche Industrie entwickelte und mit ihr der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, um so mehr wurde Rodbertus, der nach seiner Auffassung weder von dem Siege der Bourgeoisie noch von dem Siege des Proletariats etwas anderes als Unheil erwarten konnte, auf den Gedanken gedrängt, daß die dritte große Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, der Grundbesitz, der hier schon von den mächtigen Fängen des Kapitals gepackt und dort schon von der aufrührerischen Arbeit unterminirt wurde, neu gestärkt und gestützt werden müßte, um das Gleichgewicht des für absehbare Zeit unentbehrlichen Klassenstaats herzustellen. So konnte es geschehen, daß Rodbertus gerade dreißig Jahre, nachdem er in seiner Weise mannhaft für die „Forderungen der arbeitenden Klassen“ eingetreten war, seinen Klassengenossen zurufen konnte: Sammeln wir uns um unsere Rente!, daß er die Staatshilfe für die Schuldennoth der preußischen Landjunker noch dringlicher verlangte, als die Staatshilfe für die Hungersnoth der deutschen Arbeiter. Er handelte so nicht aus unmoralischer Klassenmoral, denn er sagte ausdrücklich, die soziale Frage sei ein Riese gegen das Rentenprinzip, die neue von ihm vorgeschlagene Verschuldungsform des Grundbesitzes. Er handelte so in logischer Folge einer Weltanschauung, die dann freilich im letzten Grunde durch sein Klassenbewußtsein bestimmt wurde.

Mit seiner ersten Schrift hatte Rodbertus etwas mehr Glück, als mit seinem ersten Aufsatze. Er konnte sie wenigstens in einem mecklenburgischen Winkelverlage ans Tageslicht bringen. Aber sie blieb gänzlich unbekannt und hat keine erkennbaren Eindrücke in der geistigen oder sozialen Bewegung der vierziger Jahre hinterlassen. Erst in späteren Jahrzehnten ist der Schatten von Rodbertus breit in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gefallen. Oder genauer: seines

Schattens Schatten. Denn eigentlich wurde er erst nach seinem Tode als der orthodoxe Papst gegen die großen Ketzer des revolutionären Sozialismus ausgerufen — aus den zweifelhaftesten Beweggründen und in der grotesken Form, daß er von seinen Bewunderern da, wo er etwas geleistet hat, als unreifer Schulbube heruntergeputzt und da, wo er nichts geleistet hat, zum epochemachenden Genius aufgebläht wurde. Er hatte ein besseres Schicksal verdient, denn in allem Wesentlichen ist er sich selbst immer treu geblieben. Man kann den alten Rodbertus nicht verstehen ohne den jungen, wie den jungen Rodbertus nicht ohne den alten. Deshalb empfahl es sich, sein Bild in der Geschichte des vormärzlichen Sozialismus zu zeichnen, in der Zeit, wo es die bestimmten Linien empfing, die sich im Laufe der Jahre dann nur schärfer und tiefer eingefurcht haben.

VI. Sozialistische Lyrik.

Unter den Zweigen, die der deutsche Sozialismus in den vierziger Jahren trieb, war nicht der schwächste die sozialistische Dichtung. Immer noch lebte in der Literatur eine kräftige Ueberlieferung aus der klassischen Zeit des deutschen Bürgerthums; der Nothschrei des Proletariats fand in ihr einen tönenden Wiederhall. Schwächer im östlichen, stärker im westlichen Deutschland, am stärksten in der deutschen Emigration, unter den Dichtern, die, wie einer von ihnen sang, ihrer Lieder Schwert westwärts hat getrieben.

Die Gedichte Karl Becks, Meißners, Lenaus waren erst dumpfen Grolles voll und einer unbestimmten Hoffnung auf Erlösung. In den Liedern vom armen Manne überhäufte Beck das Haus Rothschild als der Könige König mit leidenschaftlichen Anklagen und drohte dem Gebieter der Sklaven mit dem Gerichte der Freien. Meißner sah eine blasse Brut von Kindern, wo hohe Essen dampften und die ehernen Räder in der Gluth einen Tanz in schwerem Takte stampften; er zürnte dem Messias, der den Kindern das Himmelreich verheißen hatte. Tiefer als sie empfand Lenau das Sterben in der Dämmerung, den Tod beim Morgengrauen, mit heißen Wünschen, unvergoltenen Qualen, und sicherer als sie empfand er, daß er an der Schwelle einer neuen Zeit stehe, so wie einst seine Albigenser. Ihr dunkles Ahnen der Freiheit kleidete er in die herrliche Vision, die Marx um ihrer echt philosophischen Wahrheit willen noch anklingen ließ, als die Sonne der Wissenschaft in seinem größten Werke strömendes Tageslicht verbreitete:

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten;
Den Albigensern folgen die Hussiten
Und zahlen blutig heim, was jene litten;
Nach Huß und Ziska kommen Luther, Hutten,
Die dreißig Jahre, die Zevennenstreiter,
Die Stürmer der Bastille und so weiter.

Wie ganz andere Töne schlug Heinrich Heine an! Er stand mit Marx in täglichem Verkehr, so lange Marx in Paris lebte, und in eben dieser Zeit, im Jahre 1844, erschien Heines unsterbliches Wintermärchen, in das die auftauchenden Lichter des Sozialismus ebenso hineinleuchten, wie über den drei Jahre früher erschienenen Atta Troll noch die fliehenden Schatten der Romantik huschen. Von jeher kreuzten sich in Heines Geiste die Gedanken dreier großer Weltanschauungen; eben dies wunderbare Spiel der Farben und Formen, das bei allen grellen Widersprüchen doch harmonisch ineinander klang, macht sein Genie aus, das in seiner Zeit seines Gleichen nicht gehabt hat. Heine hat die blaue Blume der Romantik nie völlig vergessen und das Grauen vor dem Kommunismus nie völlig überwunden. Aber das Wintermärchen ist das freieste Lied, das er je gedichtet hat: vernichtend in seinem Witze, wahrhaftig in seinem Pathos: singende Flammen, die eine vermoderte Welt verzehren, um aus der Asche den Phönix einer neuen Welt erstehen zu lassen. Sie hallen immer wieder im Emanzipationskampfe des Proletariats, die siegessicheren Verse mit ihrem frohen Ernst und ihrem kichernden Uebermuth:

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten:
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was die fleißigen Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug,
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für Jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

Kräftiger noch, als Ruges ausdrückliches Zeugniß, zeigen Heines Gedichte aus dieser Zeit, wie stark Marx ihn beeinflußt hat. Selbander erwogen sie oft jedes Wort in einem Gedichtchen von wenigen Zeilen, unermüdlich feilend, bis alles glatt war. Aber Heine hat auch auf Marx und Engels einen tiefen Einfluß geübt; in ihren Aufsätzen aus der zweiten Hälfte der vierziger Jahre mögen sich wenige finden, die nicht das eine oder andere Zitat aus Heine enthalten. Was der radikale Kleinbürger Börne nicht fertig brachte, und der reaktionäre Philister heute erst recht nicht fertig bringt, das vermochten Marx und Engels sofort, wie es heute das klassenbewußte Proletariat vermag: sie verstanden Heine in seiner Größe und deshalb auch in seinen Schwächen. Marx dachte nicht unsittlicher als Börne, wenn er über Heines Schattenseiten sehr nachsichtig urtheilte, wenn er meinte, Dichter seien sonderbare Käuze, die man ihre Wege gehen lassen müsse, man dürfe sie nicht mit dem Maßstabe gewöhnlicher oder auch ungewöhnlicher Menschen messen. Er dachte nur größer und — falls man die Frage auf das moralische Gebiet spielen will — auch sittlicher, weil er historisch verstand, weshalb Heine nicht anders sein konnte, als er war, weil ihm Heines öffentliches Lebenswerk als eine große Sache für die Befreiung der unterdrückten Klassen erschien, Heines persönliche Bedürftigkeit aber als ein Quark, gut genug, Nach-

mittagsprediger in sittliche Entrüstung zu jagen. Ebenso wie ihn umgekehrt Ruges bürgerliche Respektabilität keinen Augenblick beirrte in dem schroffen Bruche mit Ruges bornirt bürgerlichen Anschauungen.

Einen ähnlichen Flug, wie Heine, versuchte Herwegh zu nehmen, aber er brachte es nur zu scharf gewürztem, verärgertem Spotte, nicht zu weltbefreiendem Humor und Witz. Sein Saitenspiel war und blieb zerbrochen. Um so gewaltiger sprang die sozialistische Dichtung seines ehemaligen Gegners Freiligrath auf, der die alten, durch seinen Hohn über Herweghs Triumphfahrt verscherzten Ehren nun doppelt einbrachte. Der infame Despotismus, der sein geliebtes Deutschland knechtete, rief in dem Dichter der rothen Erde den alten Sachsentrotz wach: er kehrte von seinen exotischen Flügen heim und warf sich ans Herz der Heimath, ein anderer und doch derselbe. In seinem Glaubensbekenntniß sagte er der romantischen Reaktion ab, und von ihr über die deutschen Grenzen getrieben, sandte er sein Ça ira zurück: heiße, stürmische Lieder, von deren mächtig aufrüttelnder Wirkung noch in unseren Tagen ein preußischer Kriegsminister giltiges Zeugniß ablegte, indem er sie Erzeugnisse einer hirnverbrannten Phantasie schimpfte. In dem Dampfer, der den König den sonnenhellen Rhein hinabtrug, sah der Dichter das Bild des Staats und er ließ den Proletarier-Maschinisten murren:

Du bist viel weniger ein Zeus, als ich, o König, ein Titan!
Beherrsch' ich nicht, auf dem du gehst, den allzeit kochenden Vulkan?
Es liegt an mir: — Ein Ruck von mir, Ein Schlag von mir zu dieser Frist,
Und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem du die Spitze bist!

Der Boden birst, aufschlägt die Gluth und sprengt dich krachend in die Luft!
Wir aber steigen feuerfest aufwärts ans Licht aus unsrer Gruft!
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!

Noch in ihrem Sterben hatte die Rheinische Zeitung spitze Pfeile auf Freiligrath geschnellt; als jetzt Marx, aus Paris vertrieben, in Brüssel eintraf, war ungefähr sein erstes Wort zu Bürgers, der ihn begleitete: „Wir müssen heut zu Freiligrath gehen, er ist hier und ich muß gut machen, was die Rheinische Zeitung, als er noch nicht auf den Zinnen der Partei stand, an ihm verbrochen hat, sein Glaubensbekenntniß hat alles ausgeglichen.“ Und kurz darauf schrieb Freiligrath: „Seit einer Woche ist auch Marx hier, ein interessanter, netter, anspruchslos auftretender Kerl.“ Seitdem waren Freiligrath und Marx nahe befreundet; in mehr als einem Revolutionsliede Freiligraths ist der Geist von Marx bis in die einzelnen Gedanken und Wendungen zu spüren. Das eine oder das andere, wie die grandiose Phantasie Kalifornien, leuchtet in seinem innersten Kern erst auf, wenn man daneben hält, was Marx über die Entdeckung der kalifornischen Goldgruben historisch und ökonomisch zu sagen hatte. Das soll kein Tadel für Freiligrath sein, im Gegentheil. Was immer über poetische Rhetorik oder rhetorische Poesie gesagt werden mag: das gereimte Wort, der gegliederte Silbenfall kennt höhere Aufgaben, als die Empfindung des Hörers zu erregen oder seinen Ohren wohlzugefallen.

Ein Detmolder Kind, wie Freiligrath, war Georg Weerth. Er lebte als Kommis einer deutschen Firma in Bradford, in nahem Verkehr mit Engels, der ihn den ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats nennt. Den schlesischen Webern sang Weerth ein Lied, das sich wohl sehen lassen durfte neben Heines dreifach blitzendem Fluche, neben Freiligraths düster grollendem Gedichte von Rübezahl: in markigen Strichen warf er die markigen Gestalten der Chartisten hin, wilde, zornige Kerle aus York und Lancashire, wie sie in schmerzlichem Jubel auffuhren bei der Kunde der schlesischen Weberschlacht. Weerth feierte die Industrie als Knechterin und Befreierin der Menschheit; sie treibt den Armen mit finsterem Blick und schwerer Geißel zu unerhörter Frohn:

Und Menschen opfernd steht sie wieder da
Des Irrthums unersättliche Begierde;
Weinend verhüllt sein Haupt der Paria,
Indeß der Andre strahlt in güldner Zierde —
Doch Thränen fließen jedem großen Krieg,
Es führt die Noth nur zu gewisserm Sieg.
Und wer sie schmieden lernte, Schwert und Ketten,
Kann mit dem Schwert aus Ketten sich erretten.

Was er verlieh, des Menschen hehrer Geist,
Nicht Einem — Allen wird es angehören!
Und wie die letzte Kette klirrend reißt,
Und wie die letzten Arme sich empören:
Verwandelt steht die dunkle Göttin da,
Beglückt, erfreut ist alles, was ihr nah!
Der Arbeit Noth, die Niemand lindern wollte,
Sie war's, die selbst den Fels bei Seite rollte.

Oft wandte Weerth Heinesche Versmaße an: der einzige Nachahmer des Unnachahmlichen, der die entlehnten Formen mit neuem Geiste zu füllen, mit einem sinnlichen Feuer zu beleben wußte, das Heine überstrahlte und an Goethes natürliche Fleischeslust heranreichte. Ein freier Mensch auch als Dichter, hatte Weerth den Zopf der Poetenzunft ganz abgestreift; er gackerte nicht über seinen Gedichten, sobald er sie einmal aufs Papier geworfen und eine Abschrift an Marx oder Engels gegeben hatte, mit denen er später in Brüssel zusammen lebte. Die Revolution war seine Muse; „dürftige Witze, schlechte Späße reißen, um den vaterländischen Fratzen ein blödes Lächeln abzulocken — wahrhaftig, ich kenne nichts Erbärmlicheres", schrieb er einmal an Marx.

An diese Dichter des vormärzlichen Sozialismus reichten andere, wie Püttmann, Neuhaus, Wenckstern nicht heran, auch Ernst Dronke nicht. Zwar erhoben sich seine Lieder und Novellen über das Mittelmaß, aber kräftiger als in ihnen prägte sich sein eigenthümliches Talent in seinem Buche über die preußische Hauptstadt aus, der gelungensten Schilderung, die wir von dem vormärzlichen Berlin besitzen. Dronke besaß ein gesundes Urtheil und eine scharfe Beobachtungsgabe, dazu hatte er sich stattliche Kenntnisse auf den verschiedensten Gebieten erworben. Er wußte die Gegensätze der Klassen klar zu erkennen und zu schildern, während

seine poetische Mitgift und die tiefe Sympathie, die er für das Proletariat empfand, seinen Darstellungen frisches Leben einhauchten. Mag das Buch heute veraltet sein: ein annähernd ähnliches ist nie wieder über Berlin geschrieben worden.

Es hatte seine Schicksale. Dronke, der in Berlin seine juristischen Studien vollendete, war als „Ausländer" polizeilich ausgewiesen worden. Diese „Ausländerschaft" beruhte darauf, daß sein Vater, der als Gymnasialdirektor in Koblenz lebte, dasselbe Amt einige Jahre in dem hessischen Fulda bekleidet hatte, wo Ernst Dronke geboren worden war. Nach seiner Ausweisung ließ er sich als Schriftsteller in Frankfurt a. M. nieder und in einem Verlage dieser freien Stadt gab er sein Buch über Berlin heraus. Preußische Polizeinasen spürten darin eine sogenannte Majestätsbeleidigung auf und bei einem Besuche, den Dronke seinen Eltern in Koblenz abstattete, wurde er verhaftet und vor Gericht gestellt. Vergebens berief er sich darauf, daß er als „Ausländer" im „Auslande" veröffentlichen könne, was er wolle; die Rechtsverdreher von preußischen Richtern diktirten ihm zwei Jahre Festung zu, weil er zwei Exemplare seines Buches nach Preußen geschickt und dadurch eine Majestätsbeleidigung quer über die Grenze nach Preußen hinein begangen habe. Dronke hatte seine Strafe in Wesel fast schon abgesessen, als die Februarrevolution ausbrach. Um sich nicht von einem preußischen Könige begnadigen zu lassen, machte er einen kecken Fluchtversuch und das Glück war ihm hold. Er gelangte über die holländische Grenze und ging nach Brüssel zu Marx und Engels.

In den Tagen des Kampfes bewährten sich die sozialistischen Dichter. Dronke, Freiligrath, Weerth traten in die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung ein.

Dreizehntes Kapitel.

Der historische Materialismus.

Im Frühjahre 1845 siedelte Engels von Barmen nach Brüssel über. Persönliche Gründe mochten dabei mitwirken. Engels stand im schroffsten Gegensatze zu den politischen und religiösen Ansichten seiner Familie, und einige Vorträge, die er gemeinsam mit Moses Heß und dem Maler Köttgen den großmögenden Kapitalisten seiner Vaterstadt über den Kommunismus hielt, waren trotz ihres akademisch-friedlichen Charakters von der Polizei gewaltsam unterbrochen worden. Bemerkenswerth aus diesen Vorträgen, die sich sonst ihrem Gedankengange nach mit den gleichzeitigen Schriften von Engels decken, sind die vortrefflichen Ausführungen, womit er Lists merkantilistische Heilmittel widerlegt.

Was ihn aber am stärksten nach Brüssel trieb, war der Wunsch, gemeinsam mit Marx über ihren neuen Standpunkt ins Reine zu kommen. Für diesen

Zweck brachte Engels eine werthvolle Vorarbeit mit: sein Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England, das er im Winter ausgearbeitet hatte. Die Vorrede ist aus Barmen vom 15. März 1845 datirt.

---

1. Engels über die Lage der englischen Arbeiter.

In der Vorrede giebt Engels als den Zweck seiner Schrift an, den sozialistischen Theorien und den Urtheilen über ihre Berechtigung einen festen Boden zu geben, allen Phantastereien und Träumereien für und gegen ein Ende zu machen. Er hielt es für nothwendig, daß namentlich die deutschen Theoretiker, von denen fast kein Einziger anders als durch die Feuerbachsche Auflösung der Hegelschen Spekulation zum Kommunismus gekommen sei, die wirklichen Lebensumstände des Proletariats kennen lernten. In ihrer klassischen Form, in ihrer Vollendung existirten die proletarischen Zustände aber erst in England; deshalb schilderte Engels die Lage der englischen Arbeiter.

Es ist ganz richtig, daß Engels nicht der Erste war, der das moderne Proletariat zu beschreiben unternahm. Und er war gewiß der Letzte, die Verdienste seiner Vorgänger, auf deren Arbeiten er selbst fußte, irgendwie zu verkleinern. Aber sein Buch war das erste dieser Art in der deutschen Literatur und, was noch mehr bedeutete, es war überhaupt das erste in seiner besonderen Art. Dabei war wieder das Wenigste, daß noch Niemand vor Engels ein so erschütternd wahres Bild von den Leiden des modernen Proletariats zu entwerfen gewußt hatte: viel höher stand die bewundernswerthe Schärfe, womit der vierundzwanzigjährige Verfasser den Geist der kapitalistischen Produktionsweise begriff und aus ihm nicht nur die Allmacht, sondern auch den Verfall der Bourgeoisie, nicht nur das Elend, sondern auch die Rettung des Proletariats zu deuten verstand.

Von dieser Schrift aus gewannen die Umrisse zur Kritik der Nationalökonomie, die Engels in den Deutsch-französischen Jahrbüchern veröffentlicht hatte, erst ihr rechtes Licht. Hatte er dort das Prinzip behandelt, die freie Konkurrenz, so behandelte er hier die Praxis, die große Industrie. Zwischen beiden Arbeiten besteht kein Unterschied, wie wohl behauptet worden ist, kein Unterschied in dem Sinne, daß Engels dort ethisch verurtheilt und hier erst ökonomisch geurtheilt habe. Denn auf ökonomischem Grunde ruhen beide Arbeiten, und in der jüngeren genirt sich Engels so wenig, wie in der älteren, den schreienden Widerspruch zwischen den menschlichen Idealen der bürgerlichen Vernunft und der unmenschlichen Wirklichkeit der fabrizirenden Bourgeoisie drastisch zu beleuchten. Was aber in der That einen Fortschritt der Lage über die Umrisse bedeutet, das ist die fortschreitende Emanzipation des Verfassers von den radikalen Ausläufern der deutschen Philosophie. Er beruft sich nicht mehr auf Bruno Bauer oder Feuerbach, und „Freund Stirner“ zitirt er nur ein paarmal, um ihm zu sagen, daß sein Ideal des Ichs, das in den anderen Ichs nichts als brauchbare Subjekte

der Ausnutzung sehe, von der kapitalistischen Gesellschaft gar herrlich verwirklicht worden sei. Zwischen beiden Schriften liegt eben die Heilige Familie. Wohl merkt man überall in der Lage, daß Engels von der deutschen Philosophie kommt, aber man merkt auch, daß er ihre Erbschaft zu sondern begonnen hat. Hier und da steht er noch auf der „allgemeinen rein menschlichen Basis", so wenn er in den Schlußworten den Kommunismus für eine Sache der Menschheit, nicht bloß der Arbeiter erklärt, was theoretisch sehr richtig, aber praktisch ganz unfruchtbar war, so lange die herrschenden Klassen nichts vom Kommunismus wissen wollten. Indessen in der ganzen Darstellung tritt schon viel schärfer der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als die entscheidende Thatsache hervor und auf ihre richtige Würdigung wird Engels dadurch geführt, daß er die dialektische Methode Hegels immer klarer anwandte als Schlüssel zum Verständniß der weltgeschichtlichen Periode, die mit der großen Industrie anhob.

Von dem Anbruche dieser Periode datirt Engels die Geschichte der modernen Arbeiterklasse. „Die Theilung der Arbeit, die Benutzung der Wässer- und besonders der Dampfkraft und der Mechanismus der Maschinerie — das sind die drei großen Hebel, mit denen die Industrie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts daran arbeitet, die Welt aus ihren Fugen zu heben. Die kleine Industrie schuf die Mittelklasse, die große schuf die Arbeiterklasse und hob die wenigen Auserwählten der Mittelklasse auf den Thron, aber nur um sie desto sicherer zu stürzen." Der Kern der Schrift war, zu zeigen, wie die große Industrie die moderne Arbeiterklasse schafft, und wie die moderne Arbeiterklasse sich kraft einer historischen Dialektik, deren Gesetze im Einzelnen aufgezeigt werden, zum Sturze ihres Schöpfers entwickelt und entwickeln muß.

Die Proletarier konkurriren unter sich, wie die Bourgeois unter sich konkurriren. Die Konkurrenz der Proletarier bestimmt das Minimum, die Konkurrenz der Bourgeois das Maximum des Lohns. Der Proletarier braucht die Bourgeoisie, die sich das Monopol der Lebensmittel im weitesten Umfange angemaßt hat, um überhaupt leben zu können; die Bourgeoisie, die von ihrem Kapitale zehren kann, braucht den Proletarier wie ein Lastthier oder einen Handelsartikel, um sich zu bereichern. Sind mehr Arbeiter da, als die Bourgeoisie für ihre Zwecke bedarf, so unterbieten sich die Arbeiter, um nicht liegen zu bleiben und zu verhungern, bis auf das Minimum, das gerade noch nothwendig ist, um sie vor dem Hungertode zu schützen. Sind weniger Arbeiter da, als die Bourgeoisie braucht, so jagen sich die einzelnen Bourgeois die Arbeiter ab durch Steigerung des Lohns. Unter Durchschnittsverhältnissen, wenn gerade so viel Arbeiter da sind, als beschäftigt werden können, um die gerade verlangten Waaren zu verfertigen, wird der Lohn etwas mehr als das Minimum betragen. Um wie viel mehr hängt von den Durchschnittsbedürfnissen der Arbeiter ab. Wenn die Arbeiter gewohnt sind, wöchentlich mehrere Male Fleisch zu essen, so werden sich die Kapitalisten bequemen müssen, den Arbeitern so viel Lohn zu zahlen, daß diesen eine solche Nahrung erschwinglich wird. Nicht weniger, weil die Arbeiter nicht unter

sich konkurriren, also auch keine Ursache haben, mit weniger vorlieb zu nehmen, nicht mehr, weil der Mangel an Konkurrenz unter den Kapitalisten diesen keine Veranlassung giebt, die Arbeiter durch außerordentliche Begünstigungen an sich zu ziehen.

Daraus ergiebt sich die schon von Adam Smith gezogene Schlußfolgerung, daß die Nachfrage nach Arbeitern gerade wie die Nachfrage nach einem anderen Handelsartikel die Produktion von Arbeitern, die Menge der erzeugten Menschen regulirt, diese Produktion beschleunigt, wenn sie zu langsam geht, sie aufhält, wenn sie zu rasch fortschreitet. Sind zu wenig Arbeiter da, so steigen die Preise, will sagen die Löhne, es geht den Arbeitern besser, die Heirathen vermehren sich, es werden mehr Menschen erzeugt, es wachsen mehr Kinder heran, bis genug Arbeiter produzirt sind. Sind zu viel Arbeiter da, so fallen die Preise, es treten Brotlosigkeit, Elend, Hungersnoth und in Folge davon Seuchen ein und raffen die „überflüssige Bevölkerung" weg. Der Arbeiter ist rechtlich und thatsächlich der Sklave der Bourgeoisie, so sehr ihr Sklave, daß er wie eine Waare verkauft wird, wie eine Waare im Preise steigt und fällt. Der ganze Unterschied gegen die alte offenherzige Sklaverei ist nur der, daß der heutige Arbeiter frei zu sein *scheint*, weil er nicht auf einmal verkauft wird, sondern stückweise, für den Tag, für die Woche, für das Jahr, und weil ihn nicht ein Eigenthümer dem anderen verkauft, sondern er sich selbst — als Sklave nicht eines Einzelnen, sondern der ganzen besitzenden Klasse — verkaufen muß. Für ihn bleibt die Sache im Grunde dieselbe. Giebt ihm der Schein der Freiheit auch einige wirkliche Freiheit, so verbürgt ihm kein Mensch seinen Unterhalt und er kann jeden Augenblick zurückgestoßen werden, sobald die Bourgeoisie kein Interesse mehr an seiner Existenz hat. Dagegen steht sich die Bourgeoisie bei dieser Einrichtung viel besser als bei der alten Sklaverei. Sie verliert in dem abgelegten Arbeiter kein angelegtes Kapital und kann viel wohlfeiler produziren, wie ihr Adam Smith gleichfalls schon zu ihrem Troste vorgerechnet hat.

Die Lage des Proletariats wird nun aber noch wesentlich dadurch verschlechtert, daß es fast immer „überflüssige Bevölkerung" giebt, daß die Konkurrenz *unter* den Arbeitern fast immer größer ist, als die Konkurrenz um die Arbeiter, daß also der Lohn fast immer auf sein Minimum drängt. Die durch die Konkurrenz der Arbeiter unter sich auf ihr Maximum gesteigerten Leistungen jedes Einzelnen, die Theilung der Arbeit, die Einführung der Maschinerie, die Benutzung der Elementarkräfte, die Einbürgerung der Frauen- und Kinderarbeit werfen unausgesetzt eine Menge Arbeiter außer Brot. Die freigesetzten Arbeiter können nicht mehr konsumiren und dadurch werden neue Arbeiter brotlos. Jedoch wird dieser Kreislauf durch die steigende Ausdehnung der Industrie und die Eroberung fremder Märkte unterbrochen. Seit etwa sechzig Jahren ist die Nachfrage nach Manufakturwaaren fortwährend und rasch gestiegen, mit ihr die Nachfrage nach Arbeitern, und die Einwohnerzahl des britischen Reichs hat sich reißend schnell vermehrt. Trotzdem giebt es überzählige und überflüssige Bevölkerung. Woher entsteht dieser Widerspruch?

Engels antwortet: „Aus dem Wesen der Industrie und Konkurrenz und den darin begründeten Handelskrisen. Bei der heutigen regellosen Produktion und Vertheilung der Lebensmittel, die nicht um der unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse, sondern um des Geldgewinns willen unternommen wird, bei dem System, wonach Jeder auf eigene Faust arbeitet und sich bereichert, muß alle Augenblicke eine Stockung entstehen. England z. B. versorgt eine Menge Länder mit den verschiedensten Waaren. Wenn nun auch der Fabrikant weiß, wie viel von jedem Artikel in jedem einzelnen Lande jährlich gebraucht wird, so weiß er doch nicht, wie viel zu jeder Zeit die Vorräthe dort betragen, und noch viel weniger, wie viel seine Konkurrenten dorthin schicken. Er kann nur aus den ewig schwankenden Preisen einen unsicheren Schluß auf den Stand der Vorräthe und der Bedürfnisse machen, er muß aufs Gerathewohl seine Waaren hinausschicken; alles geschieht blindlings ins Blaue hinein, mehr oder weniger nur unter der Aegide des Zufalls. Auf die geringsten günstigen Berichte hin schickt Jeder was er kann — und nicht lange, so ist ein solcher Markt überfüllt mit Waaren, der Verkauf stockt, die Rückflüsse bleiben aus, die Preise fallen, und die englische Industrie hat keine Beschäftigung für ihre Arbeiter mehr." Allmälig und in dem Maße, worin die aufgehäuften Waarenvorräthe konsumirt werden, wird der Stand der Dinge wieder besser; günstige Berichte von allen Seiten und steigende Preise stellen die Thätigkeit wieder her.

Was nun folgt, mag Engels wieder selbst schildern: „Die Märkte liegen meist weit entfernt; bis die ersten neuen Zufuhren hingelangen können, steigt die Nachfrage fortwährend und mit ihr die Preise; man reißt sich um die zuerst ankommenden Waaren, die ersten Verkäufe beleben den Verkehr noch mehr, die noch erwarteten Zufuhren versprechen noch höhere Preise, man fängt in Erwartung eines ferneren Aufschlages an, auf Spekulation zu kaufen, und so die für den Konsum bestimmten Waaren gerade zur nöthigsten Zeit dem Konsum zu entziehen — die Spekulation steigert die Preise noch mehr, da sie andere zum Kaufen ermuthigt und neue Zufuhren vorwegnimmt — alles das wird nach England berichtet, die Fabrikanten fangen wieder flott an zu arbeiten, neue Fabriken werden errichtet, alle Mittel aufgeboten, um die günstige Epoche auszubeuten; die Spekulation tritt auch hier ein, ganz mit derselben Wirkung, wie auf den fremden Märkten, die Preise steigernd, die Waaren dem Konsum wegnehmend, durch beides die industrielle Produktion zur höchsten Kraftanstrengung treibend — dann kommen die ‚unsoliden' Spekulanten, die mit fiktivem Kapital arbeiten, vom Kredit leben, die ruinirt sind, wenn sie nicht gleich flott verkaufen können, und stürzen sich in dies allgemeine unordentliche Wettrennen nach Geldgewinn, vermehren die Unordnung und Hast durch ihre eigene zügellose Leidenschaft, welche Preise und Produktion bis zum Wahnsinn steigert — es ist ein tolles Treiben, das auch den Ruhigsten und Erfahrensten ergreift, es wird gehämmert, gesponnen, gewoben, als gälte es, die ganze Menschheit neu zu equipiren, als wären ein paar Tausend Millionen neuer Konsumenten auf dem Monde entdeckt worden."

Dadurch werden natürlich die Märkte wieder überfüllt und es tritt eine neue Krisis ein. „So geht es in einem fort, Blüthe, Krisis, Blüthe, Krisis, und dieser ewige Kreislauf, in dem sich die Industrie bewegt, pflegt sich in je fünf oder sechs Jahren zu vollenden." In der planlosen Produktion und der zügellosen Konkurrenz, die mit der großkapitalistischen Produktionsweise verbunden sind, sieht Engels die Ursachen der Handelskrisen und erkennt ihnen gegenüber der Unterkonsumtion der arbeitenden Klassen nur eine untergeordnete Bedeutung zu.

Aus diesem Zustande der Dinge ergiebt sich, daß zu allen Zeiten, ausgenommen in den Perioden höchster Blüthe, die englische Industrie eine unbeschäftigte Reserve von Arbeitern haben muß, um eben während der am meisten belebten Monate die im Markte verlangten Massen von Waaren produziren zu können. In England und Wales allein, abgesehen von Schottland und Irland, zählt man anderthalb Millionen offizieller Paupers. Die Folgen, die sich daraus für die Lage der englischen Arbeiter ergeben, prüft Engels nun im Einzelnen. Er schildert, wie sie wohnen, wie sie sich kleiden und nähren, wie sie geistig, sittlich, körperlich verkommen; er schildert den sozialen Mord, den die Gesellschaft an ihnen verübt, in allen fürchterlichen Einzelheiten. Er untersucht, wodurch sich die Armuth des Proletariats von der Armuth der arbeitenden Klassen in früheren Jahrhunderten unterscheidet. Da ist die Unsicherheit der Lebensstellung, die Nothwendigkeit, vom Lohne aus der Hand in den Mund zu leben. „Der Proletarier, der gar nichts hat, als seine beiden Hände, der heute verzehrt, was er gestern verdiente, der von allen möglichen Zufällen abhängt, der nicht die geringste Garantie für seine Fähigkeit besitzt, sich die nöthigsten Lebensbedürfnisse zu erwerben, — jede Krisis, jede Laune seines Meisters kann ihn brotlos machen — der Proletarier ist in die empörendste, unmenschlichste Lage versetzt, die ein Mensch sich denken kann. Dem Sklaven ist wenigstens seine Existenz durch den Eigennutz seines Herrn gesichert, der Leibeigene hat doch ein Stück Land, wovon er lebt, sie haben wenigstens für das nackte Leben eine Garantie — aber der Proletarier ist allein auf sich selbst angewiesen, und doch zugleich außer Stand gesetzt, seine Kräfte so anzuwenden, daß er auf sie rechnen kann. Alles was der Proletarier zur Verbesserung seiner Lage selbst thun kann, verschwindet wie ein Tropfen am Eimer gegen die Fluthen von Wechselfällen, denen er ausgesetzt ist und über die er nicht die geringste Macht hat." Da ist ferner die entwürdigende Qual der Zwangsarbeit, deren verthierende Wirkungen durch die Theilung der Arbeit, die Dampfkraft und die Maschinen unabsehbar vervielfältigt werden. „In den meisten Arbeitszweigen ist die Thätigkeit des Arbeiters auf eine kleinliche, rein mechanische Manipulation beschränkt, die sich Minute für Minute wiederholt und Jahr aus Jahr ein dieselbe bleibt. Wer von Kindesbeinen an jeden Tag zwölf Stunden und darüber Nadelknöpfe gemacht oder Kammräder abgefeilt und außerdem in den Verhältnissen eines englischen Proletariers gelebt hat, wie viel menschliche Gefühle und Fähigkeiten mag der in sein dreißigstes Jahr hinüberretten?" Da ist endlich die völlige Versklavung der Arbeiter durch die Fabrikordnungen, die

unmenschliche Länge der Arbeitszeit, die Frauen- und Kinder- und Nachtarbeit, die alle Bande der Familie löst und die lebende wie die kommende Generation verwüstet, das Truck- und Kottagesystem und wie die unzähligen, von Engels mit der genauesten Sachkenntniß geschilderten Uebelstände des Fabriksystems sonst noch heißen.

Engels verhehlt nicht, daß die große Industrie das moderne Proletariat als eine entmenschte, degradirte, intellektuell und moralisch zur Bestialität herabgewürdigte, körperlich zerrüttete Rasse geschaffen hat. Wenn unter den englischen Arbeitern Trunksucht und zügelloser Geschlechtsverkehr, Rohheit und Eigenthumsverbrechen überhand nehmen — wie kann es unter solchen Umständen anders sein? Aber Engels sieht in dem Elend von heute zugleich die Hoffnung auf morgen. Es giebt nur eine Möglichkeit für den Arbeiter, ein Mensch zu bleiben und sich als Mensch zu fühlen, und diese Möglichkeit ist die leidenschaftliche Empörung gegen die Bourgeoisie. Die unaufhaltsam wachsende Gefahr seiner Verthierung treibt das Proletariat in einen Kampf gegen die Bourgeoisie, der keinen Waffenstillstand kennt und mit dem Siege des Proletariats über die Bourgeoisie enden muß. Gerade die Mittel, durch welche die Bourgeoisie das Proletariat entmenscht, werden dem Proletariat zu Waffen gegen die Bourgeoisie.

Die irische Einwanderung hat viel dazu beigetragen, die Lage der englischen Arbeiter zu drücken, aber das lebendige irische Wesen hat auch revolutionirend auf das englische Proletariat gewirkt. Die Zentralisation der Bevölkerung treibt die Demoralisation der Arbeiter auf die höchste Spitze, aber sie erweckt in ihnen auch das Klassenbewußtsein, die Erkenntniß, daß sie, obgleich einzeln schwach, doch zusammen eine Macht bilden, sie zerstört die letzten Spuren des patriarchalischen Verhältnisses zwischen den Arbeitern und ihren sogenannten Brotgebern, die großen Städte werden die Herde einer selbständigen Arbeiterbewegung. Die harten Schicksale, die den Arbeiter treffen, machen ihn humaner, umgänglicher, friedlicher, er sieht in jedem Menschen den Menschen, während der Geldmensch von Bourgeois, der alles durch die Brille seines Eigennutzes ansieht und keinen anderen Lebenszweck kennt, als Geldsäcke aufzuhäufen, im Arbeiter weniger als einen Menschen erblickt. So wird der Arbeiter viel unbefangener, bekommt viel offenere Augen für Thatsachen, als der Bourgeois. Und hierdurch wird die künstliche Unbildung ausgeglichen, worin die Bourgeoisie das Proletariat hält. Seine praktische Bildung ersetzt dem Proletarier nicht nur den Schulkram, sondern macht auch die damit verbundenen verworrenen religiösen Vorstellungen unschädlich. „Noth lehrt beten, und, was mehr heißen will, denken und handeln. Der englische Arbeiter, der kaum lesen und noch weniger schreiben kann, weiß dennoch sehr gut, was sein eigenes Interesse und das der ganzen Nation ist — er weiß auch, was das spezielle Interesse der Bourgeoisie ist, und was er von dieser Bourgeoisie zu erwarten hat. Kann er nicht schreiben, so kann er doch sprechen, öffentlich sprechen; kann er nicht rechnen, so kann er doch mit nationalökonomischen Begriffen so viel kalkuliren, als dazu gehört, einen korngesetzabschaffenden Bourgeois

zu durchschauen und zu widerlegen; bleiben ihm trotz aller Mühe der Pfaffen die himmlischen Fragen sehr unklar, so weiß er desto besser Bescheid in irdischen, politischen und sozialen Fragen." Das englische Proletariat wird allmälig ein ganz anderes Volk, als die englische Bourgeoisie. Die Arbeiter sprechen andere Dialekte, haben andere Ideen und Vorstellungen, andere Sitten und Sittenprinzipien, andere Politik und andere Religion, als die Bourgeoisie. Gleichzeitig mit Disraeli sprach Engels das Wort von den zwei Nationen aus, aber anders als Disraeli fügte er hinzu, daß der Arbeiter an die Spitze der historischen Entwicklung trete, an die Stelle des in seinen Klassenvorurtheilen eingerammten, aller historischen Bewegung abgestorbenen Bourgeois.

Indem Engels die verschiedenen Formen der englischen Arbeiterbewegung untersucht, kommt er zu folgenden Ergebnissen. Die Trade Unions sind mächtig gegen einzelne, kleinere Uebel der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit allen ihren Anstrengungen können sie das Gesetz der Oekonomie nicht ändern, wonach sich der Lohn durch das Verhältniß der Nachfrage zum Angebot im Arbeitsmarkte richtet. „Die Geschichte dieser Verbindungen ist eine lange Reihe von Niederlagen der Arbeiter, unterbrochen von wenigen einzelnen Siegen." Weshalb nehmen aber die Arbeiter diese Niederlagen auf sich? „Einfach weil sie gegen die Herabsetzung des Lohnes und selbst gegen die Nothwendigkeit dieser Herabsetzung protestiren *müssen*, weil sie erklären *müssen*, daß sie, als Menschen, nicht nach den Verhältnissen sich zu schicken, sondern daß die Verhältnisse sich nach ihnen, den Menschen, zu richten haben, weil ihr Stillschweigen eine Anerkennung dieser Verhältnisse, eine Anerkennung sein würde des Rechtes der Bourgeoisie, während guter Handelsperioden die Arbeiter auszubeuten und sie in schlechten Zeiten verhungern zu lassen." Die Gründe, mit denen die Fabrikanten den Arbeitern die Nutzlosigkeit der Streiks predigen, sind nationalökonomisch ganz richtig, aber eben deswegen theilweise falsch und für einen Arbeiterverstand ganz wirkungslos. Die Trade Unions setzen die Einsicht voraus, daß die Herrschaft der Bourgeoisie nur auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich beruht, d. h. auf der Zersplitterung des Proletariats, auf der Entgegensetzung der einzelnen Arbeiter gegen einander. Als erster Versuch der Arbeiter, ihre gegenseitige Konkurrenz aufzuheben, greifen sie die kapitalistische Gesellschaft an ihrem wundesten Fleck an. Und gerade weil dieser erste Versuch niemals die Gesetze des Lohnes auf die Dauer beseitigen kann, treibt er über sich selbst hinaus.

Die Arbeitseinstellungen der Trade Unions sind erst Vorpostenscharmützel, zuweilen auch bedeutendere Gefechte; sie entscheiden nichts, aber sie sind der sicherste Beweis, daß die entscheidende Schlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie herannaht. Sie sind die Kriegsschule der Arbeiter und als solche von unübertrefflicher Wirkung. Engels schildert ausführlich den großen Ausstand, den die Grubenleute von Northumberland und Durham im Frühjahr 1844 neunzehn Wochen lang mit heldenhaftem Muthe durchführten. Ueberhaupt — da dem Arbeiter kein einziges Feld für die Bethätigung seiner Menschheit gelassen ist, als die Opposition

gegen seine ganze Lebenslage, so zeigen sich die Arbeiter gerade in dieser Opposition am edelsten, am liebenswürdigsten, am menschlichsten. Freilich fehlt es in den fast täglichen Streiks nicht an Brutalitäten und Grausamkeiten, aber der soziale Krieg besteht nun einmal in England. Liegt es im Interesse der Bourgeoisie, diesen Krieg heuchlerisch, unter dem Scheine des Friedens und selbst der Menschenliebe zu führen, so kann dem Proletariat nur eine Zerstörung dieser Heuchelei, eine Offenlegung der wahren Verhältnisse dienen; die gewaltsamsten Feindseligkeiten der Arbeiter gegen die Bourgeoisie und ihre Diener sind nur der offene, unverhohlene Ausdruck dessen, was die Bourgeoisie den Arbeitern verstohlen und heimtückisch anthut. Dem Bourgeois ist das Gesetz heilig, weil es sein Machwerk ist und seinem Vortheile dient. Dagegen weiß der Arbeiter nur zu gut und erfährt nur zu oft, daß das Gesetz für ihn eine Ruthe ist, die ihm der Bourgeois gebunden hat, und wenn er nicht muß, kehrt er sich nicht an das Gesetz. Zugleich aber bemüht er sich, das Gesetz der Bourgeoisie durch ein Gesetz des Proletariats zu ersetzen und dies Gesetz ist die Volkscharte.

Die sechs Punkte der Charte, so unschuldig sie aussehen, sind dennoch hinreichend, die englische Verfassung sammt Königin und Oberhaus zu zertrümmern. Der Chartismus ist die kompakte Form der proletarischen Opposition gegen die Bourgeoisie; im Chartismus steht die ganze Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie auf und sucht ihr die politische Gewalt zu entreißen. Doch darin erschöpft sich die Bedeutung des Chartismus nicht. Seinem Wesen nach ist er sozialer Natur, und die chartistischen Arbeiter nehmen sich mit doppeltem Eifer aller Kämpfe des Proletariats gegen die Bourgeoisie an. Die Zehnstundenbill, Schutz des Arbeiters gegen den Kapitalisten, guter Lohn, garantirte Stellung, Abschaffung des neuen Armengesetzes gehören mindestens ebenso wesentlich zum Chartismus, wie die sechs Punkte der Charte. Freilich ist der Sozialismus der Chartisten noch sehr wenig entwickelt, wie denn ihr Hauptmittel gegen das Elend, die Parzellirung des Grundbesitzes, schon durch die Industrie überwunden wurde, aber die nächste Krisis, von der Engels sagt, daß sie spätestens im Jahre 1847 eintreten und vermuthlich alle früheren an Heftigkeit und Wuth übertreffen werde, wird sie in die Arme des Sozialismus treiben.

Sind die Chartisten theoretisch noch weit zurück, aber dafür echte, leibhaftige Proletarier, so blicken die Sozialisten weiter, aber sie kommen von der Bourgeoisie, sind friedfertig, zahm, abstrakt. Obgleich der Sozialismus der Sache nach über den Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat hinausgeht, verfährt er in seinen Formen dennoch mit vieler Nachsicht gegen die Bourgeoisie und vieler Ungerechtigkeit gegen das Proletariat. Die Sozialisten wollen nicht kämpfen, sondern die öffentliche Ueberzeugung für ihre Prinzipien gewinnen. „Dabei klagen sie fortwährend über die Demoralisation der unteren Klassen, sind blind gegen das Fortschrittselement in dieser Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung und bedenken nicht, daß die Demoralisation des Privatinteresses und der Heuchelei unter den besitzenden Klassen bei weitem schlimmer ist. Sie erkennen keine historische Ent-

wicklung an und wollen daher die Nation, ohne Weiteres, ohne Fortführung der Politik bis zu dem Ziele, wo sie sich selbst auflöst, sogleich in den kommunistischen Zustand versetzen. Sie begreifen zwar, weshalb der Arbeiter gegen den Bourgeois aufgebracht ist, sehen aber diese Erbitterung, die doch das einzige Mittel ist, die Arbeiter weiter zu führen, für unfruchtbar an und predigen eine, für die englische Gegenwart noch viel fruchtlosere Philanthropie und allgemeine Liebe. Sie erkennen nur die psychologische Entwicklung an, die Entwicklung des abstrakten Menschen, der außer aller Verbindung mit der Vergangenheit steht, wo doch die ganze Welt auf dieser Vergangenheit beruht, und der einzelne Mensch mit ihr. Daher sind sie zu gelehrt, zu metaphysisch und richten wenig aus." Engels sagt, in dieser Gestalt werde der englische Sozialismus nie Gemeingut der Arbeiterklasse werden können; er müsse den revolutionären Gehalt des Chartismus in sich aufnehmen, wie der Chartismus den schärferen und weiteren Blick des Sozialismus nöthig habe; die Verschmelzung des Sozialismus mit dem Chartismus werde die Arbeiterklasse zur wirklichen Herrscherin von England machen. Schon jetzt aber hätten, was Engels im Einzelnen nachweist, die verschiedenen Sektionen von Arbeitern unendlich viel für die Bildung des Proletariats gethan, das eine eigene Klasse mit eigenen Interessen und Prinzipien, mit eigener Anschauungsweise gegenüber allen Besitzenden bilde, das die Entwicklungsfähigkeit und die Kraft der Nation in sich schließe.

In den Schlußworten seiner Schrift sagt Engels die soziale Revolution in England für eine nahe Zukunft voraus, und an diese falsche Prophezeiung hat sich die bürgerliche Kritik seit einem halben Jahrhundert gehängt, um das epochemachende Werk in ihrer Art zu „widerlegen". Thatsächlich ist aber die angekündigte Revolution eingetreten, wenn auch in anderer Form als Engels meinte: die englische Arbeiterschaft hat sich aus hoffnungslosem Elend zu einem gewaltigen Heere emporgearbeitet und ein Stück der politischen Macht nach dem anderen erobert. Engels selbst durfte nicht lange vor seinem Tode mit berechtigtem Selbstbewußtsein sagen, nicht das sei wunderbar, daß von den Prophezeiungen, die ihm seine jugendliche Hitze eingegeben habe, so viele fehlgeschlagen, sondern daß so viele eingetroffen seien. Den Irrthum von der gewaltsamen Revolution, die schon vor der Thüre stünde, theilte Engels mit den genauesten Kennern der englischen Zustände, mit Gaskell und Carlyle und selbst mit der Times, dem Hauptblatte der englischen Bourgeoisie; was an seiner Schrift neu und ursprünglich, was davon sein geistiges Eigenthum war, das hat sich als bahnbrechende Wahrheit bewährt.

Dabei braucht durchaus nicht verhehlt zu werden, daß Engels und auch Marx, namentlich in ihren jüngeren Jahren, das Tempo der revolutionären Arbeiterbewegung manchesmal überschätzt haben. Während der gedankenlose Troß dadurch die Unhaltbarkeit ihrer historischen Auffassung bewiesen zu haben glaubte und glaubt, schloß ein Mann wie Albert Lange daraus, daß sie vielmehr ihr Zeitalter „auffallend richtig" beurtheilt hätten. Er schrieb: „Im Allgemeinen sind wir

stets geneigt, was wir klar voraussehen, uns näher vorzustellen, als es ist." Dieser Neigung haben auch Engels und Marx ihren Tribut gezollt, Engels selbst noch in dem hohen Alter, in das er sein junges Herz gerettet hatte. Bewiesen wird dadurch aber nicht, daß sie im Nebel umhertappten, sondern umgekehrt, daß sie, wie Lange sagt, „scharfsinnige Denker" waren, die sich über die Länge des Weges täuschten, weil sie das Ziel des Weges klar erkannten.

Das Buch von Engels hatte bei seinem ersten Erscheinen einen großen Erfolg. Es wurde die gelesenste Schrift des vormärzlichen Sozialismus. Doch war es im Grunde nur die packende Darstellung des düsteren Stoffes, was die bürgerlichen Leser anzog. Die Methode, die Engels angewandt, die Resultate, die er gewonnen hatte, blieben unverstanden, wie Professor Bruno Hildebrand, ein Haupt der „historischen Schule", alsbald in einem gelehrten Werke bewies. Hildebrand suchte mit einer dichten Staubwolke historischer Notizchen wieder das Licht zu verdunkeln, das Engels über die historische Entwicklung verbreitet hatte. Er schleppte einen Wust von Daten und Zahlen heran, aus denen hervorgehen sollte, daß die arbeitenden Klassen Englands in früheren Jahrhunderten noch übler daran gewesen wären, als im 19. Jahrhundert, daß die englischen Handwerker, Matrosen, Dienstboten besser daran seien, als die Fabrik-, Acker- und Bergarbeiter, deren Lage Engels allein schildere, daß in der kurhessischen Provinz Oberhessen das handwerksmäßige Proletariat noch mehr zu leiden habe, als das großindustrielle Proletariat in England, und ein paar ähnliche Einwände mehr. Gesetzt nun, Hildebrand hätte wirklich erwiesen, was zu erweisen er sich bemühte, was hätte er damit gegen Engels bewiesen? Wie auf der Hand liegt: rein gar nichts. Hildebrand ging um alle entscheidenden Fragen herum, die Engels aufgeworfen hatte, ganz nach der „historischen Methode" der „historischen Schule". Engels muß ein Phantast sein, weil er auf dem Weltmarkte nicht gefunden hat, was Hildebrand in der kurhessischen Provinz Oberhessen findet.

Uebrigens ist anzuerkennen, daß Hildebrand zu den scharfsichtigeren Vertretern der „historischen Schule" gehörte. Etwa dreißig Jahre später gab Roscher seine Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland heraus und hatte darin über Engels nicht mehr zu sagen, als daß er ein paar von Hildebrands Phrasen abschrieb. Er nannte nicht einmal die Quelle seiner Weisheit, was denn freilich auch wohl zur „historischen Methode" gehören mag.

II. Marx über Feuerbach.

Als Engels im Frühjahre 1845 nach Brüssel zu Marx übergesiedelt war, machten sich Beide daran, den Gegensatz ihrer Ansichten zur ideologischen Auffassung der deutschen Philosophie nach allen Richtungen auszuarbeiten und so mit ihrem ehemaligen philosophischen Gewissen abzurechnen. In einer zweibändigen Kritik der nachhegelschen Philosophie führten sie diesen Vorsatz aus. Indessen

sollte das Werk nicht das Licht der Oeffentlichkeit erblicken. Der Verleger, der in Westfalen gewonnen war, streikte nach dem Eintreffen des Manuskripts, weil „veränderte Umstände den Druck nicht erlaubten“. Es war der erste Anfang einer Misere, unter der Engels und Marx lange leiden sollten: selbst ein Mann wie Ruge schämte sich nicht, seinem Sozius Fröbel die Pistole auf die Brust zu setzen, damit er im Literarischen Komtor nichts von Marx veröffentliche, obgleich Ruge selbst anerkannte, daß Marx nicht leicht etwas Schlechtes schreiben werde.

Marx und Engels überließen ihr Manuskript der „nagenden Kritik der Mäuse“ um so williger, als sie ihren Hauptzweck erreicht hatten: Selbstverständigung. Jedoch sind aus derselben Zeit einige Thesen erhalten, in denen sich Marx mit Feuerbach auseinandersetzt. Marx nennt es hier den Hauptmangel alles bisherigen Materialismus, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, die Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt werde, nicht aber als menschlich sinnliche Thätigkeit, nicht als Praxis, nicht subjektiv. Er sagt, die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung seien, vergesse, daß die Umstände eben von den Menschen verändert würden und daß der Erzieher selbst erzogen werden müsse. Sie komme daher, wie bei Owen, mit Nothwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Theile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben sei. Thatsächlich könne aber das Aendern der Umstände durch menschliche Thätigkeit nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.

Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf, die irdische Familie ist das Geheimniß der heiligen Familie. Aber er übersieht, daß darnach die Hauptsache noch zu thun bleibt. Wenn sich die Welt in eine religiöse, vorgestellte und eine wirkliche Welt verdoppelt, wenn sich die irdische Familie als selbständiges Reich in den Wolken fixirt, so erklärt sich diese Thatsache aus der Selbstzerrissenheit und dem Sich-Selbst-Widersprechen der weltlichen Grundlage. Dieser Widerspruch muß verstanden und durch praktische Umwälzung der weltlichen Grundlage beseitigt werden. Erst dann ist das religiöse Wesen wirklich in das menschliche Wesen aufgelöst.

Das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Indem Feuerbach auf die Kritik dieses wirklichen Wesens verzichtet, ist er gezwungen, von dem geschichtlichen Verlauf abzusehen und das religiöse Gemüth für sich zu fixiren, ein abstrakt-isolirt-menschliches Wesen vorauszusetzen. Er sieht daher nicht, daß das „religiöse Gemüth“ selbst ein gesellschaftliches Produkt ist und daß das abstrakte Individuum, das er analysirt, in Wirklichkeit einer bestimmten Gesellschaftsform angehört. Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis.

Marx schließt seine Kritik Feuerbachs mit den lapidaren Sätzen: Das Höchste, wozu es der anschauende Materialismus bringt, d. h. der Materialismus, der die Sinnlichkeit nicht als praktische Thätigkeit begreift, ist die Anschauung der einzelnen Individuen in der „bürgerlichen Gesellschaft". Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft, der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft oder die vergesellschaftete Menschheit. Die Philosophen haben die Gesellschaft nur verschieden interpretirt, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

Was mit dieser Auffassung erreicht war, ist unschwer zu erkennen. Indem Feuerbach völlig mit dem Idealismus brach, um auf den Materialismus zurückzugehen, mit dem er sich doch nie völlig befreunden konnte, hatte er den Fortschritt preisgegeben, den der deutsche Idealismus über den englisch-französischen Materialismus hinaus gemacht hatte: jene dialektische Methode, welche die Geschichte der Menschheit als einen ununterbrochenen Fluß des Werdens und Vergehens auffaßte, im Gegensatze zu der, wie Hegel sie nannte, metaphysischen Methode des Materialismus, die in der Welt einen Komplex von fertigen Dingen sah, von festen, starren, ein- für allemal gegebenen Gegenständen der Untersuchung. So nothwendig und nützlich diese metaphysische Methode einmal gewesen war, so untersuchte sie mit ihren Mikroskopen und Sezirmessern gewissermaßen doch nur Leichname, denn sie riß die Dinge aus dem Zusammenhange, in dem sie leben und ihr eigenthümliches Dasein entfalten. Dagegen erfaßte die dialektische Methode den Komplex der Prozesse, worin die Dinge entstehen und vergehen, sie sah in dem Menschen nicht ein abstraktes, ein- für allemal gegebenes, sondern ein historisches, sich unaufhörlich veränderndes Wesen.

Im Einverständniß mit Feuerbach opferte Marx unbarmherzig alle idealistischen Schrullen, aber im Gegensatze zu ihm hielt er an dem großen Fortschritte des deutschen Idealismus fest. Er vollbrachte positiv, was Feuerbach nur negativ zu vollbringen vermocht hatte. Er nahm den bleibenden Gehalt des Idealismus in den Materialismus auf, wie einst Kant den bleibenden Gehalt des Materialismus in den Idealismus aufgenommen hatte. Lenkte aber einerseits kein Gott und keine absolute Idee die Geschichte der Menschheit, entwickelte sich andererseits diese Geschichte in einem ununterbrochenen dialektischen Prozesse, was bestimmte dann den Gang der historischen Entwicklung? Marx zog die Summe seiner bisherigen Forschungen über Gesellschaft und Staat, wenn er das wirkliche Wesen des Menschen in dem Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse sah. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist die Entwicklung des historischen Menschen. Es ist aber die ökonomische Produktionsweise, die mit ihren Umwälzungen die Gliederung der Gesellschaft umwälzt, also in letzter Instanz die historische Entwicklung bestimmt. Marx übernahm weder Hegels dialektische Methode, noch Feuerbachs abstrakt-isolirten Materialismus unbesehen. Jene stülpte er um durch den Nachweis, daß die Gedanken sich nicht in den Dingen verkörpern, sondern daß die Dinge sich in den Gedanken spiegeln. Diesen

erweiterte er zum historischen Materialismus, indem er zeigte, wie in ihm der unaufhörliche Fluß des dialektischen Prozesses thätig war.

Von der bürgerlichen Gelahrtheit ist gegen die materialistische Geschichtsauffassung eingewandt worden: erstens, daß sie nichts weniger als neu und zweitens, daß sie nichts weniger als wahr sei. Nun hat Marx so wenig wie Engels jemals behauptet, daß sie aus freier Faust das Entwicklungsgesetz der menschheitlichen Geschichte entdeckt hätten. Mit dieser Behauptung hätten sie selbst den historischen Materialismus verneint, der seinem ganzen Sinne nach erst auf einer bestimmten Höhe der weltgeschichtlichen Entwicklung gefunden werden konnte. Ehe man die bürgerliche Gesellschaft untersuchen kann, muß sie erst da sein, und es ist vollkommen richtig, daß seit ihren Anfängen, seitdem sie sich aus der feudalen Gesellschaftsformation des Mittelalters herausarbeitete, denkende Köpfe sich allerlei Gedanken darüber gemacht haben, ob diese Gesellschaft nicht vielmehr den ihr anscheinend übergeordneten Staat gestalte, ob somit die politische und alle sonstige Ideologie nicht vielmehr aus der ökonomischen Produktionsweise abzuleiten sei, als umgekehrt.

Je breiter sich die bürgerliche Gesellschaft auseinander legte, je schroffer ihre ökonomischen Gegensätze auf einander stießen, je mehr sich die zersplitterten Trümmer der feudalen Stände zu großen Klassen zusammenballten, desto schärfer trat auch die Thatsache hervor, daß die politischen Kämpfe nichts Anderes seien, als die Kämpfe dieser Klassen. Die große französische Revolution und nicht weniger die große englische Industrie bewiesen schlagend, wie spurlos alle Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft zerschellte an ihrer ökonomischen Entwicklung. Die Julirevolution und die Reformbill stellten die drei großen Klassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, Aristokratie, Bourgeoisie, Proletariat, schon unverhüllt auf den politischen Kampfplatz. Seitdem war die englische und namentlich die französische Geschichtsschreibung sich klar darüber, daß in dem Kampfe dieser Klassen und dem Widerstreit ihrer Interessen die treibende Kraft der modernen Geschichte liege. Ja, auch in dem rückständigen Deutschland dämmerte wenigstens eine Ahnung davon auf. Romantische Reaktionäre tiftelten darüber, daß die Wirthschaftsformen die Grundlagen der gesammten Gesellschafts- und Staatsorganisationen seien, und Liberale, wie Hansemann, bekämpften die Zensur mit dem Einwande, daß sie mit der Erörterung politischer auch die Erörterung ökonomischer Fragen hindere, denn die Oekonomie greife fast immer in die Politik über. Es versteht sich vollends von selbst, daß der utopistische und aller sonstiger Sozialismus, der an dem Widerspruche der bürgerlichen Ideale mit der ökonomischen Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft erwuchs, auf die materialistische Geschichtsauffassung gedrängt wurde, wofür sich aus den Schriften Saint-Simons, Fouriers, Louis Blancs mannigfache Zeugnisse beibringen lassen.

Wie jede neue Entdeckung und Erfindung ihre lange Vorgeschichte hat, so auch jede neue Erkenntniß der Wissenschaft. Niemand hat schärfer als Marx hervorgehoben, daß sich die Menschheit immer nur Aufgaben stelle, die sie lösen

könne, daß die Aufgabe selbst nur entspringe, wo die Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen seien. Marx und Engels haben ihre Vorläufer nie verleugnet; sie haben im Gegentheil die Saint-Simon und die Fourier, wie die Hegel und die Feuerbach wieder oder überhaupt erst in ihre historischen Ehren eingesetzt. Sie handelten so aus Gerechtigkeit, aber aus Berechnung hätten sie nicht anders handeln können. Was sie selbst geleistet haben, wird nicht verdunkelt, sondern in volles Licht gestellt, wenn das Verdienst ihrer Vorläufer ungeschmälert bleibt. Albert Lange sagt einmal, daß wir gerade die besten Gedanken wohl immer mit anderen Zeitgenossen theilen und daß nur die vollendete Durchführung eines Prinzips uns die gerechte Anerkennung der Mitmenschen sichere. In der That — die vollendete Durchführung des Prinzips, das ist die epochemachende Bedeutung des historischen Materialismus, den Marx und Engels entwickelt haben. Sie fanden den Weg aus der Sackgasse, in der sich hier der englisch-französische Sozialismus und dort die deutsche Philosophie verrannt hatten. Sie leiteten die verschiedenen Bäche, in denen die moderne Kultur Dank ihren Widersprüchen zu zerrinnen drohte, in einen revolutionären, alle Widersprüche umwälzenden Strom.

Nichts sinnloser als die Behauptung, daß Marx und Engels mit der materialistischen Geschichtsauffassung einem dumpfen Fatalismus gehuldigt und alle ideellen Triebkräfte aus der historischen Entwicklung der Menschheit gescheucht hätten. Aus ihrer dialektischen Methode ergab sich von selbst, daß wenn die Gesellschaft den Staat bestimmte, so doch auch der Staat auf die Gesellschaft zurückwirkte, daß wenn die ökonomischen Thatsachen in letzter Instanz entschieden, so doch die ideologischen Vorstellungen sie beeinflussen könnten, daß die Ideologie deshalb keineswegs unwirksam sei, weil sie keine selbständige Wirksamkeit auszuüben vermöge. In den Thesen über Feuerbach, in denen Marx die genialen Grundzüge der neuen Weltanschauung entwickelte, sprach er unumwunden aus, daß er gerade die thätige Seite des Idealismus vor der Trägheit des anschauenden Materialismus retten wolle, daß ihm der historische Materialismus nicht blos eine theoretische Erkenntniß, sondern auch eine praktische Waffe sei, daß er ihn zu handhaben gedenke als ein revolutionäres Werkzeug, um die bürgerliche Gesellschaft umzuwälzen in die vergesellschaftete Menschheit.

Ob aber diese vollkommen neue Auffassung auch richtig sei, das konnte nur praktisch erprobt werden. Es kam in erster Reihe darauf an, das ökonomische Geheimniß der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu enträthseln, die kapitalistische Produktionsweise nicht zu verurtheilen, sondern zu begreifen, die Nothwendigkeit ihres Vergehens aus der Nothwendigkeit ihres Entstehens zu beweisen. Unter den westeuropäischen Sozialisten war Proudhon am weitesten vorgedrungen mit dem Versuche, den eigentlichen Zusammenhang der Sache zu verstehen und nicht blos ihre üblen Folgen aufzudecken. An die Kritik Feuerbachs schloß Marx die Kritik Proudhons.

III. Marx gegen Proudhon.

Zur Zeit, als Marx in Paris lebte, hatte er mit Proudhon persönlich verkehrt. Ganze Nächte hindurch stritten sie über ökonomische Probleme. Von Marx wurde Proudhon in die Gedankenwelt Hegels eingeführt, die er bei seiner Unkenntniß der deutschen Sprache doch niemals beherrschen lernte. Nachdem Marx aus Paris vertrieben worden war, kam Proudhon in die Schule Karl Grüns, von dem er überhaupt nicht philosophische Methode lernen konnte.

In der That ging Proudhon ebenso rückwärts, wie Marx vorwärts. Wie weit sie schon wenig über ein Jahr nach ihrer Trennung von einander entfernt waren, zeigt ein Brief, den Proudhon am 17. Mai 1846 aus Lyon an Marx richtete. Leider ist der Brief von Marx nicht erhalten oder nicht veröffentlicht, auf den Proudhon mit diesem Schreiben antwortete. Was immer aber darin gestanden haben mag, so viel ist klar, daß Proudhon in tragikomischer Weise die Ansichten von Marx mißverstanden haben muß. Er haranguirt seinen „lieben Philosophen" als zweiten Luther, der mit Bannflüchen um sich werfe, als einen Mann der Handstreiche, der eine Bartholomäusnacht über die Eigenthümer heraufbeschwören, den Wissensdurst des Proletariats mit Blut stillen wolle. Woher Proudhon diese seltsame Wissenschaft bezogen hat, läßt sich vielleicht aus dem Lobgesange auf Karl Grün schließen, der den letzten Theil seines Briefes füllt. Was Proudhon als seine Absicht verkündete: die Gesetze der Gesellschaft und die Art ihrer Verwirklichung zu entdecken, eben dies war die Selbstverständigung, die Marx suchte. Es kam nur darauf an, wer von Beiden sich besser auf die Arbeit verstand. Proudhon schrieb an Marx, seine Lösung des Problems werde in einem bereits zur Hälfte gedruckten Werke erscheinen; er bat Marx, die Geißel darüber zu schwingen und versprach sich ihr bereitwillig zu unterwerfen, in Erwartung seiner Revanche. Indessen als Marx seine Geißel schwang, bestand Proudhons Revanche in einem gelegentlichen Geschimpfe über das „Libell eines Doktor Marx", das „ein Gewebe von Grobheiten, Verleumdungen, Fälschungen und Plagiaten" sei.

Proudhons angekündigte Schrift: System der ökonomischen Widersprüche oder Philosophie des Elends, versuchte die Frage nach dem Wesen des Eigenthums nicht mehr, wie sein Erstlingswerk, durch eine Invektive, sondern durch eine Analyse der politischen Oekonomie zu beantworten. Statt mit Kants unlösbaren Antinomien hantirte Proudhon nunmehr mit Hegels Widerspruche, den er in allen Kategorien der politischen Oekonomie fand und aufzulösen suchte. In erster Reihe beschäftigte er sich mit der grundlegenden Werthlehre, dem Widerspruche zwischen Gebrauchs- und Tauschwerth, den er beseitigen wollte durch jene utopistische Auslegung der Ricardoschen Werththeorie, die in England und selbst schon in Deutschland versucht worden war. Jedoch faßte Proudhon das Problem kleinbürgerlich wie Gray, nicht großbürgerlich wie Owen und dessen Schüler, auch nicht staatssozialistisch wie Rodbertus. Proudhon wollte mit seinem „kon-

stituirten Werthe" das letzte Wort der Menschheit sprechen, während Owen und in seiner besonderen Weise auch Rodbertus darin nur den Uebergang zur kommunistischen Gesellschaft sahen.

Dabei mißverstand Proudhon in grober Weise Hegels dialektische Methode. Er hielt fest an ihrer bereits reaktionär gewordenen Seite, wonach die Welt der Wirklichkeit sich ableitet aus der Welt der Idee, während er ihre revolutionäre Seite verleugnete: die Selbstthätigkeit der Idee, die sich setzt und entgegensetzt, um in diesem Kampfe jene höhere Einheit zu entfalten, welche den sachlichen Inhalt beider Seiten aufbewahrt, indem sie ihre widersprechende Form auflöst. Proudhon unterschied vielmehr in jeder ökonomischen Kategorie eine gute und eine schlechte Seite, um nach einer Synthese, einer wissenschaftlichen Formel zu suchen, welche die gute Seite erhielte und die schlechte Seite vernichtete. Er sah die gute Seite von den bürgerlichen Oekonomen hervorgehoben und die schlechte Seite von den Sozialisten angeklagt; mit seinen Formeln und Synthesen glaubte er sich über die Oekonomen wie die Sozialisten gleichmäßig zu erheben.

Marx zerstörte diese Illusion mit den grausamen Worten: „Herr Proudhon schmeichelt sich, die Kritik sowohl der politischen Oekonomie wie des Kommunismus gegeben zu haben — er steht tief unter Beiden. Unter den Oekonomen, weil er als Philosoph, der eine magische Formel bei der Hand hat, sich erlassen zu können glaubt, in die ökonomischen Einzelheiten einzugehen; unter den Sozialisten, weil er weder genug Muth noch genug Einsicht besitzt, sich und sei es auch nur spekulativ über den Bourgeoishorizont zu erheben. Er will die Synthese sein, und er ist ein zusammengesetzter Irrthum; er will als Mann der Wissenschaft über Bourgeois und Proletariern schweben, er ist nur der Kleinbürger, der beständig zwischen dem Kapital und der Arbeit, zwischen der politischen Oekonomie und dem Kommunismus hin- und hergeworfen wird." Hart wie das Urtheil klingt, hatte Marx nichtsdestoweniger das Recht, es zu fällen. In dem Elend der Philosophie, seiner französisch geschriebenen und im Juni 1847 veröffentlichten Antwort auf die Philosophie des Elends, zeigte er nicht nur, weshalb und woran Proudhon gescheitert war, sondern löste auch selbst die Aufgabe, die Proudhon sich gestellt hatte. Marx entdeckte die Gesetze der Gesellschaft, er führte die politische Oekonomie und den utopistischen Sozialismus über sich selbst hinaus, um sie organisch im wissenschaftlichen Kommunismus zu verketten, und zwar auch durch die dialektische Methode, nur nicht in ihrer idealistisch-mystifizirenden, sondern ihrer materialistisch-revolutionirenden Form.

Von den beiden Kapiteln der Schrift beschäftigt sich das erste mit Proudhons „konstituirtem Werth". Marx weist nach, daß der Austausch der Waaren gemäß der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit, die „revolutionäre Zukunftstheorie" Proudhons, eben das sei, was Ricardo nachgewiesen hatte als die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft. Der Werth der Arbeit wird bestimmt durch die Arbeitszeit, die erforderlich ist zur Erzeugung alles dessen, was der Arbeiter zu seinem Unterhalt und zu seiner Fortpflanzung bedarf. Ricardo hatte dargelegt: „Vermindert die

Unterhaltskosten der Menschen durch Ermäßigung des natürlichen Preises der zum Leben nothwendigen Nahrung und Kleidung, und ihr werdet sehen, wie die Löhne fallen, selbst wenn die Nachfrage nach Arbeitern stark steigen sollte." Der natürliche Preis der Arbeit ist nichts anderes als das Minimum des Lohns. So ist der durch die Arbeitszeit gemessene Werth nothwendiger Weise die Formel für die moderne Sklaverei der Arbeiter, statt, wie Proudhon behauptete, die „revolutionäre Theorie" für die Emanzipation des Proletariats zu sein.

Um seine Utopie zu stützen, hatte Proudhon unterstellt, daß sich Angebot und Nachfrage unfehlbar ausgleichen würden, wenn der Werth eines Produkts bestimmt würde durch die in ihm enthaltene Arbeitszeit. Für diese Behauptung hatte er den angeblich historischen Beweis geführt, daß die nützlichsten Dinge die geringste Produktionszeit erforderten, daß die Gesellschaft stets mit den leichtesten Industrien anfinge und erst allmälig zur Produktion von Dingen vorschritte, die größere Arbeitszeit kosteten und höheren Bedürfnissen entsprächen. Marx illustrirte diese wunderbare Geschichtsphilosophie durch die Behauptung, daß weil man unter den römischen Kaisern Muränen in künstlichen Teichen ernährte, die ganze römische Bevölkerung im Ueberfluß habe ernährt werden können, während doch gerade im Gegentheile das römische Volk des Nöthigsten entbehrt habe, um Brot zu kaufen, derweil die römischen Aristokraten nicht der Sklaven ermangelten, um sie den Muränen als Futter vorzuwerfen. Nicht genug damit, stellte er die historische Entwicklung, die Proudhon auf den Kopf gestellt hatte, wieder auf die Füße, indem er ausführte: „Die Dinge vollziehen sich ganz anders als Herr Proudhon denkt. Mit dem Moment, wo die Zivilisation beginnt, beginnt die Produktion sich aufzubauen auf den Gegensatz der Berufe, der Stände, der Klassen, schließlich auf den Gegensatz zwischen angehäufter und unmittelbarer Arbeit. Ohne Gegensatz kein Fortschritt: das ist das Gesetz, dem die Zivilisation bis heute gefolgt ist. Bis jetzt haben sich die Produktivkräfte auf Grund dieser Herrschaft des Klassengegensatzes entwickelt." Die Geschichte zeigt aber auch, daß sich die Art, wie sich die Produkte austauschen, im Allgemeinen richtet nach der Art, wie sie produzirt werden. Der individuelle Austausch entspricht einer bestimmten Produktionsweise, die auf dem Klassengegensatze beruht. Die Verwendung der Produkte wird bestimmt durch die sozialen Verhältnisse, in denen sich die Konsumenten befinden, und diese Verhältnisse beruhen auf dem Gegensatze der Klassen. Weshalb sind Baumwolle, Kartoffeln und Branntwein die Angelpunkte der bürgerlichen Gesellschaft, die Gegenstände des allgemeinsten Gebrauchs? Weil sie die gesellschaftlich nützlichsten Produkte sind oder weil sie als die elendesten Produkte in einer auf dem Elende begründeten Gesellschaft das naturnothwendige Vorrecht haben, dem Gebrauche der großen Masse zu dienen? Erst in einer künftigen Gesellschaft, wo der Klassengegensatz verschwunden ist, wo es keine Klassen mehr giebt, würde der Gebrauch nicht mehr von dem Minimum der Produktionszeit abhängen, sondern die Produktionszeit, die man den verschiedenen Gegenständen widmet, würde abhängig sein von ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit.

In der bürgerlichen Gesellschaft wird Angebot und Nachfrage nicht durch den in der Arbeitszeit enthaltenen Werth der Produkte geregelt, sondern die oszillatorische Bewegung von Angebot und Nachfrage macht aus der Arbeitszeit das Maß des Werthes. Jede neue Erfindung, welche es ermöglicht, in einer Stunde zu produziren, was bisher in zwei Stunden produzirt wurde, entwerthet alle gleichartigen Produkte, die sich auf dem Markte befinden. Die Konkurrenz zwingt den Produzenten, das Produkt von zwei Stunden ebenso billig zu verkaufen, wie das Produkt einer Stunde. Die Konkurrenz führt das Gesetz durch, wonach der Werth eines Produktes durch die zu seiner Herstellung nothwendige Arbeitszeit bestimmt wird. Nicht die Zeit, in welcher eine Sache produzirt wurde, sondern das Minimum von Zeit, worin sie produzirt werden kann, bestimmt ihren Werth, und dieses Minimum wird durch die Konkurrenz festgesetzt. Die Thatsache, daß die Arbeitszeit als Maß des Tauschwerths dient, wird auf diese Art zum Gesetz einer beständigen Entwerthung der Arbeit, die mit Ueberproduktion und industrieller Anarchie Hand in Hand geht.

Marx nennt die Utopie Proudhons den Wunsch eines Biedermannes, der gern möchte, daß die Waaren in solchen Proportionen hergestellt würden, daß man sie zu einem Biedermannspreise losschlagen könnte. Er weist nach, daß es von jeher eine bürgerliche Illusion gewesen sei, sich den individuellen Austausch ohne Klassengegensatz vorzuspiegeln, um in der bürgerlichen Gesellschaft einen Zustand der Harmonie und ewigen Gerechtigkeit zu erblicken, der Niemandem erlaube, sich auf Kosten der Anderen zu bereichern. Aber die „richtige Proportion zwischen Angebot und Nachfrage" war nur möglich in jenen Zeiten, wo die Produktionsmittel beschränkt waren, wo der Austausch sich in außerordentlich engen Grenzen vollzog, wo die Nachfrage das Angebot, die Konsumtion die Produktion beherrschte. Sie ist unmöglich geworden mit dem Entstehen der Großindustrie, die schon durch ihre Instrumente gezwungen ist, in beständig größerem Maße zu produziren, die nicht auf die Nachfrage warten kann, die mit Naturnothwendigkeit in beständiger Aufeinanderfolge den Wechsel von Prosperität und Depression, Krisis, Stockung, neuer Prosperität und so fort durchmachen muß. „In der heutigen Gesellschaft, in der auf den individuellen Austausch basirten Industrie, ist die Produktionsanarchie, die Quelle so vielen Elends, gleichzeitig die Ursache alles Fortschritts. Demnach von zwei Dingen eines: Entweder man will die richtigen Proportionen früherer Jahrhunderte mit den Produktionsmitteln unserer Zeit, und dann ist man Reaktionär und Utopist in Einem. Oder man will den Fortschritt ohne Anarchie: und dann verzichte man, um die Produktionskräfte beizubehalten, auf den individuellen Austausch."

Marx hebt dann hervor, daß Proudhon keineswegs zuerst die „egalitäre" Anwendung der Ricardoschen Werththeorie versucht habe. Er zählt eine Reihe englischer Vorläufer auf und geht darunter auf die Utopie J. F. Brays näher ein. Er widerlegt sie mit dem einleuchtenden Schlusse, daß wenn alle Mitglieder der Gesellschaft selbständige Arbeiter seien, ein Tausch gleicher Arbeitsstunden nur

dadurch möglich sei, daß die für die materielle Produktion nothwendige Stundenzahl festgesetzt würde, und eine solche Uebereinkunft schlösse den individuellen Tausch aus. Zu derselben Schlußfolgerung gelange man, wenn man als Ausgangspunkt nicht mehr die Vertheilung der erzeugten Produkte, sondern den Akt der Produktion nehme. In der Großindustrie könne Peter oder Paul nicht selbst seine Arbeitszeit festsetzen, denn die Arbeit Peters oder Pauls sei nichts ohne die Mitwirkung aller Peter und Paule, die in einer Werkstatt vereinigt seien. Daraus erkläre sich der hartnäckige Widerstand der englischen Fabrikanten gegen die gesetzliche Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, die sich nicht durchführen lasse, ohne die Arbeit der männlichen Arbeiter in gleichem Umfange einzuschränken. In der Großindustrie müsse die Arbeitszeit für Alle gleich sein. „Was heute durch das Kapital und die Konkurrenz der Arbeiter unter sich bewirkt wird, das wird morgen, wenn man das Verhältniß von Kapital und Arbeit aufhebt, das Ergebniß einer Vereinbarung sein, die auf dem Verhältniß der Summe der Produktivkräfte zur Summe der vorhandenen Bedürfnisse beruht. Aber eine solche Vereinbarung ist die Verurtheilung des individuellen Austausches."

Dann erläutert Marx noch ein paar besondere Nutzanwendungen, die Proudhon von seiner Entdeckung gemacht hatte. Gold und Silber sollten nach Proudhon die ersten Waaren sein, deren Werth zu seiner Konstituirung gelangt und aus der souveränen Weihe, die ihm das Siegel der Souveräne aufgedrückt habe, als Geld hervorgegangen sei. Worauf Marx: das Geld ist nicht eine Sache, sondern ein gesellschaftliches Verhältniß, ein einzelnes Glied in der ganzen Kette der ökonomischen Verhältnisse, als solches aufs innigste mit ihr verbunden; wie der individuelle Austausch entspricht es einer bestimmten Produktionsweise. Das Belieben der Souveräne hat nicht das Geld geschaffen. „In der That, man muß jeder historischen Kenntniß bar sein, um nicht zu wissen, daß die Souveräne sich zu allen Zeiten den wirthschaftlichen Verhältnissen fügen mußten, aber ihnen niemals das Gesetz diktirt haben. Sowohl die politische wie die bürgerliche Gesetzgebung proklamiren, protokolliren nur das Wollen der ökonomischen Vorsehung . . . das Recht ist nur die offizielle Anerkennung der Thatsache." Das Siegel der Souveräne drückte dem Golde nicht den Werth, sondern das Gewicht auf; gerade aber in ihrer Eigenschaft als Münze, als Werthzeichen sind Gold und Silber von allen Waaren die einzigen, die nicht durch ihre Produktionskosten bestimmt werden, wie sie denn in der Zirkulation durch Papier ersetzt werden können, was abermals längst durch Ricardo klargestellt worden sei. Das Geld als praktische Probe auf den „konstituirten Werth" Proudhons paßte also wie die Faust aufs Auge.

Und nicht besser stand es mit seiner Anwendung auf den Ueberschuß, den die gesellschaftliche über die isolirte Arbeit giebt. Um das Phänomen zu erklären, daß die Gesellschaft immer reicher und der Arbeiter immer ärmer wurde, faßte Proudhon die Gesellschaft als eine Person Prometheus zusammen, deren Lebensthätigkeit anderen Gesetzen folge, als die Lebensthätigkeit der Individuen. Der

„konstituirte Werth" soll jedem Arbeiter das immer größere Produkt sichern, das er an jedem Arbeitstage durch den Fortschritt der gemeinschaftlichen Arbeit erzielt. Dagegen Marx: „In der englischen Gesellschaft hat der Arbeitstag in siebzig Jahren einen Ueberschuß von 2700 Prozent an Produktivität gewonnen, d. h. im Jahre 1840 produzirte er siebenundzwanzigmal mehr als 1770. Nach Herrn Proudhon müßte man die Frage folgendermaßen stellen: Warum war der englische Arbeiter 1840 nicht siebenundzwanzigmal reicher als 1770? Um eine solche Frage zu stellen, muß man natürlich voraussetzen, daß die Engländer diesen Reichthum ohne die historischen Bedingungen hätten produziren können, unter denen er produzirt wurde, wie: Anhäufung von Privatkapitalien, moderne Arbeitstheilung, Maschinenbetrieb, anarchische Konkurrenz, Lohnsystem, mit einem Worte, lauter Dinge, die auf dem Klassengegensatze beruhen. Das waren nämlich gerade die Existenzbedingungen für die Entwicklung der Produktivkräfte und des Arbeitsüberschusses. Es war somit, um diese Entwicklung der Produktivkräfte und diesen Arbeitsüberschuß zu erlangen, nothwendig, daß es Klassen gab, die profitirten, und andere, die am Verkommen waren. Was ist also in letzter Instanz dieser von Herrn Proudhon auferweckte Prometheus? Es ist die Gesellschaft, es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, basirt auf den Klassengegensatz. Diese Verhältnisse sind nicht die von Individuum zu Individuum, sondern die von Arbeiter zu Kapitalist, von Pächter zu Grundbesitzer 2c. Streicht diese Verhältnisse, und ihr habt die ganze Gesellschaft aufgehoben; euer Prometheus ist nur mehr ein Phantom ohne Arme und Beine, d. h. ohne Maschinenbetrieb, ohne Arbeitstheilung, dem mit einem Worte alles fehlt, was ihr ihm ursprünglich gegeben habt, um ihn diesen Arbeitsüberschuß erlangen zu machen." Uebrigens fügte Marx hinzu, daß es nach Proudhons Theorie praktisch genügen würde, unter den Arbeitern eine gleiche Vertheilung aller heute erworbenen Reichthümer vorzunehmen, ohne irgend etwas an den heutigen Produktionsbedingungen zu ändern. Und er gab bereits zu, womit heute die Soldschreiber des Kapitalismus noch tagtäglich den Kommunismus zerschmettern: daß eine solche Vertheilung den einzelnen Betheiligten gewiß keinen ausnehmend großen Wohlstand sichern würde.

Im ersten Kapitel der Schrift enthielt die Kritik Proudhons mittelbar bereits eine Kritik der bürgerlichen Oekonomie. Diese Wissenschaft hatte in ihren klassischen Vertretern die innere Struktur der bürgerlichen Gesellschaft viel richtiger erkannt, als Proudhon sie zu erkennen vermochte, aber ihre Kategorien wie Werth, Geld, Austausch gelten eben auch nur für die bürgerliche Gesellschaft. Sie wurzeln in dem Gegensatze zwischen Kapital und Arbeit, in dem Gegensatze der Klassen; sie fallen mit diesen Gegensätzen dahin. Die Kategorien der politischen Oekonomie sind nicht, wie sie selbst sich einbildet, ewig und natürlich, sondern historisch und gesellschaftlich. Hatte Ricardo die Formen der ökonomischen Kategorien im Zustande der Ruhe dargestellt, so stellte Marx ihre Funktionen im Zustande der Bewegung dar. Hiermit vornehmlich beschäftigt er sich in dem zweiten Kapitel seiner Schrift, das Proudhons absonderliche Methode untersucht.

Marx sagt hier: „Die ökonomischen Kategorien sind nur die theoretischen Ausdrücke, die Abstraktionen der gesellschaftlichen Verhältnisse. . . . Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergiebt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten. Aber dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktionsweise gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Ideen, die Kategorien gemäß ihren gesellschaftlichen Verhältnissen. Somit sind diese Ideen, diese Kategorien ebenso wenig ewig, wie die Verhältnisse, welche sie ausdrücken." Marx vergleicht die bürgerlichen Oekonomen mit den orthodoxen Theologen, denen die eigene Religion eine Offenbarung Gottes ist, alle übrigen Religionen menschliche Erfindungen sind. So hat es für die Oekonomen eine Geschichte gegeben, als die „künstlichen" Einrichtungen des Feudalismus bestanden, aber es giebt für sie keine Geschichte mehr, seitdem die „ewigen und natürlichen" Einrichtungen der Bourgeoisie bestehen.

Es war für Marx eine leichte Aufgabe, die Lächerlichkeit der von Proudhon befolgten Methode aufzudecken. Zerschneidet man den dialektischen Prozeß in eine gute und eine schlechte Seite und verabreicht man die eine Kategorie als Gegengift gegen die andere, so ist kein Leben mehr in der Idee; sie funktionirt nicht mehr, weder setzt noch zersetzt sie sich in Kategorien. Als echter Schüler Hegels wußte Marx recht gut, daß gerade die schlechte Seite, die Proudhon überall ausmerzen wollte, die Geschichte macht, indem sie den Kampf zeitigt. „Hätten zur Zeit der Herrschaft des Feudalismus die Oekonomen, begeistert von den ritterlichen Tugenden, von der schönen Harmonie zwischen Rechten und Pflichten, von dem patriarchalischen Leben der Städte, von dem Blühen der Hausindustrie auf dem Lande, von der Entwicklung der in Korporationen, Zünften, Innungen organisirten Industrie, mit einem Worte von Allem, was die schöne Seite des Feudalismus bildet, sich das Problem gestellt, Alles auszumerzen, was einen Schatten auf dies Bild wirft — Leibeigenschaft, Privilegien, Anarchie — wohin wären sie damit gekommen? Man hätte alle Elemente vernichtet, welche den Kampf hervorriefen, man hätte die Entwicklung der Bourgeoisie im Keim erstickt. Man hätte sich das absurde Problem gestellt, die Geschichte auszustreichen."

Marx stellt dann das Problem richtig, wie folgt: „Will man die feudale Produktion richtig beurtheilen, so muß man sie als eine auf den Gegensatz basirte Produktionsweise betrachten. Man muß zeigen, wie der Reichthum innerhalb dieses Gegensatzes produzirt wurde, wie die Produktivkräfte sich gleichzeitig mit dem Widerstreite der Klassen entwickelten, wie die eine dieser Klassen, die schlechte Seite, das gesellschaftliche Uebel, stets anwuchs, bis die materiellen Bedingungen ihrer Emanzipation zur Reife gediehen waren." Die Produktionsverhältnisse sind nichts weniger als ewige Gesetze, sondern entsprechen einem bestimmten Ent=

wicklungszustande der Menschen und ihrer Produktivkräfte. Mit den Produktivkräften ändern sich nothwendiger Weise auch die Produktionsverhältnisse. Da es vor allen Dingen darauf ankommt, nicht von den Früchten der Zivilisation, den erworbenen Produktivkräften ausgeschlossen zu sein, so wird es nothwendig, die überkommenen Formen, in denen sie geschaffen wurden, zu zerbrechen, und von diesem Augenblick an wird die revolutionäre Klasse konservativ.

An der Bourgeoisie weist Marx denselben geschichtlichen Entwicklungsprozeß auf, wie am Feudalismus. „Die Bourgeoisie beginnt mit einem Proletariat, das selbst wiederum ein Ueberbleibsel des feudalen Proletariats ist. In dem Verlauf ihrer geschichtlichen Entwicklung entwickelt die Bourgeoisie nothwendiger Weise ihren antagonistischen Charakter, der sich bei ihrem ersten Auftreten mehr oder minder verhüllt vorfindet, nur im latenten Zustande existirt. In dem Maße, worin die Bourgeoisie sich entwickelt, entwickelt sich in ihrem Schooße ein neues Proletariat, ein modernes Proletariat: es entwickelt sich ein Kampf zwischen der Proletarierklasse und der Bourgeoisklasse, ein Kampf, der, bevor er auf beiden Seiten empfunden, bemerkt, gewürdigt, begriffen, eingestanden und endlich laut proklamirt wird, sich vorläufig nur in theilweisen und vorübergehenden Konflikten, in Zerstörungswerken äußert. Andererseits, wenn alle Angehörigen der modernen Bourgeoisie das gleiche Interesse haben, insoweit sie eine Klasse gegenüber einer anderen Klasse bilden, so haben sie entgegengesetzte, widerstreitende Interessen, sobald sie selbst einander gegenüberstehen. Dieser Interessengegensatz geht aus den ökonomischen Bedingungen ihres bürgerlichen Lebens hervor. Von Tag zu Tag wird es somit klarer, daß die Produktionsverhältnisse, in denen sich die Bourgeoisie bewegt, nicht einen einheitlichen, einfachen, sondern einen zwieschlächtigen Charakter haben; daß in denselben Verhältnissen, in denen der Reichthum produzirt wird, auch das Elend produzirt wird; daß in denselben Verhältnissen, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte vor sich geht, sich eine Repressionskraft entwickelt; daß diese Verhältnisse den bürgerlichen Reichthum, d. h. den Reichthum der Bourgeoisklasse nur erzeugen unter fortgesetzter Vernichtung des Reichthums einzelner Glieder dieser Klasse und unter Erzeugung eines stets wachsenden Proletariats." Je mehr der gegensätzliche Charakter der bürgerlichen Produktionsweise hervortritt, der die Oekonomen ihre ewigen und natürlichen Gesetze entnehmen, um so mehr verwirren sich ihre Theorien, und es bilden sich verschiedene Schulen.

Mit wenigen Strichen skizzirt Marx die Klassiker der bürgerlichen Oekonomie so erschöpfend, wie es der „historischen Schule" der deutschen Universitätsökonomie mit ihren himmelhohen Scherbenbergen von historischen Notizchen nimmermehr gelungen ist. „Adam Smith und Ricardo vertreten eine Bourgeoisie, die, noch im Kampfe mit den Resten der feudalen Gesellschaft, nur daran arbeitet, die ökonomischen Verhältnisse von den feudalen Flecken zu reinigen, die Produktivkräfte zu vermehren, der Industrie und dem Handel neue Triebkraft zu geben. Das an diesem Kampfe theilnehmende Proletariat kennt, von dieser fieberhaften Arbeit absorbirt, nur vorübergehende zufällige Leiden, betrachtet sie selbst als solche. Die

Oekonomen, wie Adam Smith und Ricardo, welche die Historiker dieser Epoche sind, haben lediglich die Mission, nachzuweisen, wie der Reichthum unter den Verhältnissen der bürgerlichen Produktion erworben wird, diese Verhältnisse in Kategorien, in Gesetze zu formuliren und nachzuweisen, um wie viel diese Gesetze, diese Kategorien für die Produktion der Reichthümer überlegen sind den Gesetzen und Kategorien der feudalen Gesellschaft. Das Elend ist in ihren Augen nur der Schmerz, der jede Geburt begleitet, in der Natur wie in der Industrie." Sobald sich der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt und jede Täuschung darüber schwindet, daß in ebenso großem Umfange wie der Reichthum auch das Elend anwächst, spielen die Oekonomen entweder die blasirten Fatalisten, die von der Höhe ihres Standpunkts einen stolzen Blick der Verachtung auf die menschlichen Maschinen werfen, die den Reichthum erzeugen, oder aber die Humanitären und Philanthropen, die den Widerspruch der bürgerlichen Produktionsverhältnisse aufheben wollen durch Ausmerzung der schlechten Seite, durch endlose Unterscheidungen zwischen Theorie und Praxis, zwischen Recht und Thatsache, durch Ermahnungen an die Bourgeois und Proletarier, durch Umwandlung aller Menschen in Bourgeois.

Sind die Oekonomen die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie, so sind die Sozialisten und Kommunisten die Theoretiker des Proletariats. „So lange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, um sich als Klasse zu konstituiren, und daher der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie noch keinen politischen Charakter trägt, so lange die Produktivkräfte noch im Schooße der Bourgeoisie selbst nicht genügend entwickelt sind, um die materiellen Bedingungen durchscheinen zu lassen, die nothwendig sind zur Befreiung des Proletariats und zur Bildung einer neuen Gesellschaft, so lange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die um den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen abzuhelfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerirenden Wissenschaft suchen. Aber in dem Maße, worin die Geschichte fortschreitet und mit ihr der Kampf des Proletariats sich deutlicher abzeichnet, haben sie nicht mehr nöthig, die Wissenschaft in ihrem Kopfe zu suchen; sie haben sich nur Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt und sich zu dessen Organen zu machen. So lange sie die Wissenschaft suchen und nur Systeme machen, so lange sie im Beginne des Kampfes sind, sehen sie im Elend nur das Elend, ohne die revolutionäre umstürzende Seite darin zu erblicken, welche die alte Gesellschaft über den Haufen werfen wird. Von diesem Augenblicke an wird die Wissenschaft bewußtes Erzeugniß der historischen Bewegung, und sie hat aufgehört, doktrinär zu sein, sie ist revolutionär geworden." In diesen Sätzen zeichnete Marx mit klassischer Kürze den Uebergang des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Er verfolgt nun weiter, wie Proudhon seine Methode an einer Reihe ökonomischer Kategorien erprobt, Arbeitstheilung und Maschine, Konkurrenz und Monopol, Grundeigenthum oder Rente, Streiks und Arbeiterkoalitionen. Proudhons Annahme, daß die Arbeitstheilung eine abstrakte Kategorie sei, beseitigt Marx

durch den Nachweis, daß die Arbeitstheilung vielmehr eine historische Kategorie ist, daß sie in den verschiedenen Perioden der Geschichte die verschiedensten Formen angenommen hat. Nach Proudhon sollten die Maschinen „der *logische Gegensatz* der Arbeitstheilung" sein, die Synthese, welche die Einheit der zerstückelten Arbeit wieder herstelle. Marx erwidert, daß sich die Arbeit vielmehr organisire und theile je nach den Werkzeugen, worüber sie verfüge; man könne nicht von der Arbeitstheilung im Allgemeinen ausgehen, *um zu den Maschinen im Besonderen zu gelangen.* „Die Maschinen sind ebenso wenig eine ökonomische Kategorie wie der Ochse, der den Pflug zieht, sie sind nur eine Produktivkraft. Die moderne Fabrik, die auf der Anwendung von Maschinen beruht, ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältniß, eine ökonomische Kategorie." Aber die Arbeitstheilung in der Fabrik ist eine ganz andere als die Arbeitstheilung in der Gesellschaft. „Während innerhalb der modernen Fabrik die Arbeitstheilung durch die Autorität des Unternehmers bis ins Einzelnste geregelt ist, kennt die moderne Gesellschaft keine andere Regel, keine andere Autorität für die Vertheilung der Arbeit, als die freie Konkurrenz." Im Allgemeinen stellt Marx das Gesetz auf, daß die Autorität in der Fabrik und die Autorität in der Gesellschaft, soweit es auf die Arbeitstheilung ankommt, im umgekehrten Verhältniß zu einander stehen.

Die Fabrik ist die Existenzbedingung der Arbeitstheilung im Sinne Adam Smiths; in der Fabrik ist die Aufgabe jedes Arbeiters auf eine sehr einfache Operation zusammengeschmolzen, während die Autorität, das Kapital, die Arbeiter gruppirt und leitet. Die Fabrik ist aber nicht, wie Proudhon annahm, durch freundschaftliche Vereinbarungen der Arbeitsgenossen oder dergleichen entstanden; sie ist nicht einmal im Schooße der alten Zünfte erwachsen. „Der Kaufmann wurde der Prinzipal der modernen Werkstatt und nicht der alte Zunftmeister." Der modernen großen Industrie mit ihren Maschinen ging die Manufaktur voran, und ihre historischen Existenzbedingungen waren: einerseits die Akkumulation der Kapitalien, bewirkt durch die Entdeckung Amerikas und die Einfuhr seiner Edelmetalle, die schnellere Verbindung mit Ostindien um das Kap der guten Hoffnung, das Kolonialsystem, der Seehandel, andererseits die Auflösung der zahlreichen Gefolgschaften der Feudalherren, die Freisetzung unzähliger Landleute durch die Umwandlung von Aeckern in Wiesen, das fast universelle Landstreicherthum des 15. und 16. Jahrhunderts.

Die eigentlichen Maschinen datiren seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Sie entstanden in England aus den Bedürfnissen der wachsenden Märkte, denen die Erzeugnisse der Handarbeit nicht genugthun konnten. Die Maschine ist aber eine Vereinigung von Arbeitswerkzeugen und keineswegs eine Verbindung von Arbeiten für die Arbeiter selbst. „Einfache Werkzeuge; Akkumulation von Werkzeugen; zusammengesetzte Werkzeuge; in Bewegung setzen eines zusammengesetzten Werkzeugs durch einen einzigen Handmotor, den Menschen; in Bewegung setzen dieser Instrumente durch die Naturkräfte; Maschinen; System von Maschinen, die nur einen Motor haben; System von Maschinen, die einen automatischen Motor

haben, — das ist die Entwicklung der Maschine." Die Konzentration der Arbeitsinstrumente hebt nicht die Arbeitstheilung auf, wie Proudhon meint, sondern steigert sie vielmehr. Jede große Erfindung in der mechanischen Technik hat eine größere Arbeitstheilung zur Folge und jede Steigerung der Arbeitstheilung ruft neue mechanische Erfindungen hervor. Und ebenso hinfällig ist Proudhons Behauptung, daß der Arbeiter in der Maschine eine Art Wiederherstellung gesehen habe. Im Gegentheile setzte er im 18. Jahrhundert der entstehenden Herrschaft der Kraftautomaten langen Widerstand entgegen. Die Maschine lähmte die Kraft der Arbeiterklasse durch Entwerthung ihrer Fachbildung; nach jedem neuen einigermaßen bedeutenden Streik erstand eine neue Maschine.

Die automatische Fabrik wälzt die Arbeitstheilung nicht in Proudhons kleinbürgerlichem Sinne um, nicht so, daß der Arbeiter nicht mehr blos den zwölften Theil einer Nadel, sondern nach und nach alle zwölf Theile der Nadel anfertigt. Sie revolutionirt die Arbeitstheilung nicht, um den mittelalterlichen Zunftmeister, sondern um den allseitig entwickelten Menschen zu produziren. Die Arbeitstheilung in der modernen Gesellschaft erzeugt die Spezialitäten, die Fachleute und mit ihnen den Fachidiotismus. Die Arbeitstheilung in der mechanischen Fabrik verliert jeden Spezialcharakter. Damit verschwindet der Fachidiotismus, und das Bedürfniß nach Universalität macht sich fühlbar.

In gleicher Weise zeigt Marx an Konkurrenz und Monopol auf, daß sie nicht natürliche, sondern gesellschaftliche Kategorien seien. Er sagt, die ganze Geschichte sei nur eine fortgesetzte Umwälzung der menschlichen Natur. Proudhon glaube die Fourieristen, welche die Konkurrenz durch den Wetteifer ersetzen wollten, dadurch schlagen zu können, daß er sage, der Wetteifer auf industriellem Gebiete sei nichts anderes als die Konkurrenz. Aber hätte man einem Handwerker des 14. Jahrhunderts gesagt, die ganze feudale Organisation der Industrie solle abgeschafft werden, um an deren Stelle den industriellen Wetteifer, genannt Konkurrenz, zu setzen, so würde er geantwortet haben, daß die Privilegien der verschiedenen Korporationen, Zünfte, Innungen gerade die organisirte Konkurrenz bildeten. Die Konkurrenz sei keine Nothwendigkeit der menschlichen Seele, wie Proudhon meine, sondern wie sie im 18. Jahrhundert aus historischen Bedürfnissen entstanden sei, so könne sie im 19. Jahrhundert aus historischen Bedürfnissen verschwinden. Sie sei nicht der industrielle, sondern der kommerzielle Wetteifer; sie kämpfe nicht um das Produkt, sondern um den Profit. „Es giebt sogar Phasen im ökonomischen Leben der Völker, wo alle Welt von einer Art Taumel ergriffen ist, Profit zu machen, ohne zu produziren. Dieser Spekulationstaumel, der periodisch wiederkehrt, enthüllt den wahren Charakter der Konkurrenz, die den nothwendigen Bedingungen des industriellen Wetteifers zu entschlüpfen sucht." Die schlechte Seite der Konkurrenz, die Proudhon ausmerzen wolle, treibe die Geschichte vorwärts. Je fieberhafter die Konkurrenz neue Produktivkräfte schaffe, um so mehr zerstöre sie die bürgerlichen Verhältnisse und erzeuge die materiellen Bedingungen einer neuen Gesellschaft. Im Monopol sehe Proudhon mit Recht das

nothwendige Ende der Konkurrenz, aber wie die Konkurrenz aus dem feudalen Monopol hervorgegangen sei, so schaffe sie das moderne Monopol, das sich nur durch beständiges Eintreten in den Konkurrenzkampf aufrecht erhalte. Wenn die Monopolisten den Konkurrenzkampf unter sich durch partielle Assoziationen einschränkten, so wachse die Konkurrenz unter den Arbeitern, und je mehr die Masse der Proletarier gegenüber den Monopolisten einer Nation wachse, um so zügelloser gestalte sich die Konkurrenz unter den Monopolisten der verschiedenen Nationen.

Als Eigenthum betrachtete Proudhon nach wie vor das Grundeigenthum. Er meinte, sein Ursprung sei außerökonomisch und beruhe in Erwägungen der Psychologie und Moral, die nur sehr entfernten Bezug auf die Produktion der Reichthümer hätten, die Grundrente solle den Menschen stärker an die Natur fesseln. Dagegen legte Marx dar: „In jeder historischen Epoche hat sich das Eigenthum anders und unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt. Das bürgerliche Eigenthum definiren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen. Eine Definition des Eigenthums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten und ewigen Idee geben wollen, kann nichts anderes sein, als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz." Die Grundrente ist der Ueberschuß des Preises der Ackerbauprodukte über ihre Produktionskosten, einschließlich des landläufigen Kapitalgewinnes und Kapitalzinses. Sie ist unter bestimmten, gesellschaftlichen Verhältnissen entstanden und kann nur unter ihnen entstehen; sie kann nicht der mehr oder minder handfesten, mehr oder minder dauerhaften Beschaffenheit des Bodens entstammen; sie entspringt der Gesellschaft, nicht der Natur. Die Grundrente ist das Grundeigenthum in seiner bürgerlichen Gestalt: das feudale Eigenthum, das sich den Bedingungen der bürgerlichen Produktion unterworfen hat. Sie bedeutet die Umwandlung der patriarchalischen Bodenwirthschaft in die industrielle, die Anwendung des industriellen Kapitals auf den Boden, die Verpflanzung der städtischen Bourgeoisie auf das Land. Statt den Menschen an die Natur zu fesseln, hat die Rente lediglich die Ausbeutung des Bodens an die Konkurrenz gefesselt. Als Rente ist der Grundbesitz mobilisirt und wird ein Handelsartikel. Die Rente ist erst von dem Augenblick an möglich, wo die Entwicklung der städtischen Industrie und die dadurch geschaffene Organisation den Grundbesitzer zwingen, nur auf den Handelsprofit, auf den Geldertrag seiner landwirthschaftlichen Produkte zu sehen, in seinem Grundbesitze schließlich nichts anderes zu erblicken, als eine Maschine zum Geldschlagen. Die Rente hat den Grundbesitzer so vollständig vom Boden, von der Natur losgelöst, daß er nicht einmal seine Ländereien zu kennen braucht.

Endlich beschäftigt sich Marx mit dem verdammenden Urtheile, das Proudhon über die Streiks und Arbeiterkoalitionen gefällt hatte. Marx deckt den Widersinn der Behauptung auf, daß ein allgemeines Steigen der Löhne ein allgemeines Steigen der Preise herbeiführen müsse; er weist nach, daß wenn die Löhne steigen, vielmehr die Profite fallen, ohne daß in den meisten Fällen die Preise durch das

wechselnde Verhältniß von Löhnen und Profiten beeinflußt würden. Schon darin, daß Arbeitseinstellungen und Gewerkschaften mechanische Erfindungen gegen sich wachrufen, sieht er einen ungeheuren Einfluß, den sie auf die Entwicklung der Industrie ausüben. Aber welches ist der eigentliche Grund, der die Entwicklung von Koalitionen und Streiks auf gleicher Stufe mit der Entwicklung der großen Industrie hält, obgleich Oekonomen wie Sozialisten, sei es auch aus entgegengesetzten Gründen, die Arbeiter nicht dringend genug vor dem Gebrauche dieser Waffen warnen können? „Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Orte zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen, aber die Aufrechterhaltung des Lohns, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihren Meistern, vereinigt sie zu einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — Koalition." Um diesen Widerstand zu brechen, vereinigen sich die einzelnen Kapitalisten und um dem vereinigten Kapital zu widerstehen, gruppiren sich die anfangs isolirten Assoziationen der Arbeiter. So wird für sie die Aufrechterhaltung der Assoziationen nothwendiger als die Aufrechterhaltung der Löhne; die Arbeiter opfern, worüber sich die Oekonomen nicht genug wundern können, einen großen Theil ihrer Löhne den Assoziationen, die zur Erhöhung der Löhne errichtet wurden. In diesen Kämpfen entwickeln sich alle Elemente einer kommenden Schlacht. Die Interessen, welche die Arbeiter vertheidigen, werden Klasseninteressen. Die Koalition nimmt einen politischen Charakter an, der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.

Marx erinnert daran, daß die Bourgeoisie gleichfalls mit partiellen Koalitionen gegen die Feudalherren begonnen habe, um sich als Klasse zu konstituiren und dann als konstituirte Klasse die feudale in die bürgerliche Gesellschaft umzuwandeln. „Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf den Klassengegensatz begründeten Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also nothwendig die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein. Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muß eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr neben einander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schooße der alten Gesellschaft entfalten konnten." Aber nach dem Sturze der alten Gesellschaft wird es keine neue Klassenherrschaft geben, die in einer neuen politischen Gewalt gipfelt. Die arbeitende Klasse kann sich nur befreien, indem sie alle Klassen abschafft, wie die bürgerliche Klasse sich nur befreien konnte, indem sie alle Stände abschaffte. Der Sieg des Proletariats wird im Laufe der Entwicklung eine Assoziation ohne Klassen herbeiführen und somit auch ohne eigentliche politische Gewalt, denn innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes. Inzwischen ist der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein Kampf von Klasse gegen Klasse, ein Kampf, der auf seinen höchsten Ausdruck gebracht, eine

totale Revolution bedeutet. Die gesellschaftliche Bewegung schließt die politische nicht aus, denn es giebt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre. Nur in einer Gesellschaft ohne Klassen werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein. Bis dahin wird am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten — so schließt Marx mit einem Worte der George Sand seine Schrift —: Kampf oder Tod; blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt.

In dem Kampfe gegen Proudhon vollzog Marx den endgiltigen Bruch mit allem und jedem Utopismus. Er lieferte den unwiderleglichen Beweis, daß die Gesellschaft kein Gebilde des menschlichen Kopfes, kein künstlicher Bau weiser oder nicht weiser Baumeister, daß sie vielmehr ein lebendiger Organismus sei, der die Gesetze seiner Entwicklung in sich selbst trage. Der historische Materialismus war schlagend nachgewiesen als die Methode, diese Gesetze nicht zu schaffen, sondern zu entdecken, und eine Fülle neuen Lichtes war verbreitet über die Probleme, an deren Bewältigung sich die besten Köpfe der drei großen Kulturvölker bisher vergebens zermartert hatten.

Um so unbegreiflicher oder, je nachdem man will, um so begreiflicher war es bei dem damaligen Stande der europäischen Klassenkämpfe, daß diese neue Bahnen eröffnende Streitschrift an den Zeitgenossen so gut wie spurlos vorübergegangen ist. So weit sich erkennen läßt, hat sie in der deutschen Literatur keine Beachtung gefunden, jedenfalls keine Beachtung, die ihrer Bedeutung irgendwie entsprochen hätte, und in Frankreich erschütterte sie das Ansehen Proudhons so wenig, daß sein Einfluß auf das französische Proletariat vielmehr ununterbrochen wuchs.

Dennoch fehlte es nicht an einer entschlossenen und tapferen Vorhut, die sich um Engels und Marx als die Bannerträger einer neuen Zeit allmälig schaarte. Mochten die Gelehrten ihre Leistungen verkennen, mochte die große Masse des Proletariats noch nicht reif sein für das Verständniß der Losungsworte, die sie ihr zuriefen: sie gewannen einen Wirkungskreis, in dem es sich lohnte zu schaffen. Ihre wissenschaftliche Arbeit begann kräftig einzugreifen in die revolutionären Kämpfe der Zeit.

Vierzehntes Kapitel.

Der Bund der Kommunisten.

I. Deutsche Brüsseler Zeitung und Westfälisches Dampfboot.

Seit der Julirevolution war Belgien der Musterstaat der bürgerlichen Monarchie, der sich unabhängig wähnte von dem Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat und damit auch von der Revolution. Er gewährte den Flüchtlingen aus den großen Staaten eine Freistatt, die sich erst mit dem Zerflattern jener Illusion als illusorisch erweisen sollte. Die Bemühungen der preußischen Regierung, Marx auch aus Brüssel zu vertreiben, hatten keinen Erfolg. Jedoch durch ihre gehässige Wuth wurde Marx veranlaßt, seine Entlassung aus dem preußischen Unterthanenverbande zu nehmen, ohne daß er sich in Belgien oder sonstwo im Auslande naturalisiren ließ.

Engels und Marx beabsichtigten keineswegs, ihre theoretischen Erkenntnisse ausschließlich der gelehrten Welt in dicken Büchern zuzuflüstern. Hand in Hand mit ihrer wissenschaftlichen Forschung ging ihre praktische Agitation, eine emsige rührige Thätigkeit in der Presse und in Vereinen. In der Deutschen Brüsseler Zeitung, die vom Januar 1847 ab zweimal wöchentlich in Brüssel erschien und von A. v. Bornstedt geschickt redigirt wurde, hatten sie gewissermaßen ein eigenes Blatt. Diese Zeitung galt neben dem Northern Star und der Reforme als Hauptorgan der europäischen Demokratie und verdankte diesen Ruf nicht zum mindesten den Beiträgen, welche Marx und Engels und ihre näheren Freunde einsandten.

Vornehmlich nach drei Seiten richteten sich in dieser Zeitung ihre energischen Vorstöße. Zunächst gegen den gouvernemental-kirchlichen Sozialismus, wie er vom Rheinischen Beobachter gepredigt wurde. In der Nummer der Deutschen Brüsseler Zeitung vom 12. September 1847 thaten Marx und Engels das lächerliche Blendwerk in einem umfangreichen Artikel ab. Dem Gerede von der Selbstsucht der liberalen Bourgeoisie, die nur für sich sorge und gar nicht fürs „Wohl des Volkes", setzten sie die Ausführungen entgegen: „Das Volk oder um an die Stelle dieses weitschichtigen schwankenden Ausdrucks den bestimmten zu setzen, das Proletariat fragt nicht, ob den Bourgeois das Volkswohl Nebensache oder Hauptsache sei, ob sie die Proletarier als Kanonenfutter gebrauchen *wollen* oder nicht. Das Proletariat fragt nicht, was die Bourgeois blos *wollen*, sondern was sie *müssen*. Es fragt, ob der jetzige politische Zustand, die Herrschaft der Bureaukratie, oder der von den Liberalen erstrebte, die Herrschaft der Bourgeoisie, ihm mehr Mittel bieten wird, seine eigenen Zwecke zu erreichen. Dazu hat es nur nöthig, die politische Stellung des Proletariats in England, Frankreich und Amerika mit der in Deutschland zu vergleichen, um zu sehen, daß die Herrschaft der Bourgeoisie dem Proletariat nicht nur ganz neue Waffen zum Kampfe *gegen* die Bourgeoisie

in die Hand giebt, sondern ihm auch eine ganz andere Stellung, eine Stellung als anerkannte Partei verschafft." Man solle doch nicht glauben, im Proletariat mit Berliner Eckenstehern oder pommerschen Bauern zu thun zu haben; das Proletariat sehe den Redensarten der Regierung von Volkswohl und schlechter sozialer Lage ebenso auf den Grund, wie den ähnlichen Redensarten der liberalen Bourgeoisie.

Was die sozialen Prinzipien des Christenthums anbetreffe, so hätten sie achtzehnhundert Jahre Zeit gehabt, sich zu entwickeln, und was hätten sie vollbracht? „Die sozialen Prinzipien des Christenthums haben die antike Sklaverei gerechtfertigt, die mittelalterliche Leibeigenschaft verherrlicht und verstehen sich ebenfalls im Nothfalle dazu, die Unterdrückung des Proletariats, wenn auch mit etwas jämmerlicher Miene, zu vertheidigen. Die sozialen Prinzipien des Christenthums predigen die Nothwendigkeit einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse, und haben für die letztere nur den frommen Wunsch, die erstere möge wohlthätig sein. Die sozialen Prinzipien des Christenthums setzen die konsistorialräthliche Ausgleichung aller Infamien in den Himmel und rechtfertigen dadurch die Fortdauer dieser Infamien auf der Erde. Die sozialen Prinzipien des Christenthums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrücker gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde und sonstigen Sünden, oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlösten nach seiner unendlichen Weisheit verhängt. Die sozialen Prinzipien des Christenthums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demuth, kurz alle Eigenschaften der Kanaille, und das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Muth, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nöthiger als sein Brot. Die sozialen Prinzipien des Christenthums sind duckmäuserig und das Proletariat ist revolutionär."

Und demgemäß zerstörten Marx und Engels den holden Traum von dem Bündniß zwischen König und Volk unbarmherzig wie folgt: „Das Volk ist von allen politischen Elementen für den König das allergefährlichste. Nicht das Volk, von dem Friedrich Wilhelm spricht, das sich für einen Fußtritt und einen Silbergroschen mit thränenden Augen bedankt; dies Volk ist durchaus ungefährlich, denn es existirt nur in der Einbildung des Königs. Aber das wirkliche Volk, die Proletarier, die kleinen Bauern und der Pöbel, das ist, wie Hobbes sagt, puer robustus sed malitiosus, ein robuster und bösartiger Knabe, und läßt sich weder von mageren noch von fetten Königen zum Besten haben. Dies Volk würde vor allen Dingen von Seiner Majestät eine Konstitution mit allgemeinem Stimmrecht, Assoziationsfreiheit, Preßfreiheit und andere Dinge erzwingen. Und wenn es das alles hätte, so würde es dies dazu benutzen, um möglichst rasch die Macht, die Würde und die Poesie des Königthums zu zerstören." Eine Prophezeiung, die gerade ein halbes Jahr brauchte, um sich wörtlich zu erfüllen.

Einen zweiten Feldzug führten Marx und Engels in der Deutschen Brüsseler Zeitung gegen Karl Heinzen, den klassischen Typus jener vormärzlichen Maulhelden, die sich jeder ernsthaften Geistesarbeit entzogen durch endloses Schimpfen

über die Fürsten, als die Urheber aller Reaktion, eine Auffassung, die genau so sinnreich war und ist, als die Auffassung der Fürsten, die sich revolutionäre Bewegungen nur durch die Anstiftung von Demagogen erklären können. Marx führte gegen Heinzen aus, nicht das Fürstenthum sei der Springquell der deutschen Gesellschaft, sondern die deutsche Gesellschaft sei vielmehr der Springquell des Fürstenthums. „Die gewaltsam reaktionäre Rolle, in der das Fürstenthum auftritt, beweist nur, daß in den Poren der alten Gesellschaft eine neue Gesellschaft sich herangebildet hat, welche auch die politische Hülse, — die naturgemäße Decke der alten Gesellschaft — als eine naturwidrige Fessel empfinden, und in die Luft sprengen muß. Je unentwickelter diese neuen auflösenden Elemente, desto konservativer erscheint selbst die heftigste Reaktion der alten politischen Gewalt. Je entwickelter die neuen auflösenden Gesellschaftselemente, desto reaktionärer erscheint selbst der harmloseste Konservationsversuch der alten politischen Gewalt. Die Reaktion des Fürstenthums, statt zu beweisen, daß es die alte Gesellschaft macht, beweist vielmehr, daß es abgemacht ist, sobald die materiellen Bedingungen der alten Gesellschaft sich überlebt haben. Seine Reaktion ist zugleich die Reaktion der alten Gesellschaft, die noch die offizielle Gesellschaft, und darum auch noch im offiziellen Besitze der Gewalt oder im Besitze der offiziellen Gewalt ist. Haben sich die materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft so weit entwickelt, daß die Umwandlung ihrer offiziellen politischen Gestalt eine Lebensnothwendigkeit für sie geworden ist, so verwandelt sich die ganze Physiognomie der alten politischen Gewalt. So versucht die absolute Monarchie nun, statt zu zentralisiren, worin ihre eigentliche zivilisirende Thätigkeit bestand, zu dezentralisiren. Aus der Niederlage der feudalen Stände hervorgegangen und selbst den thätigsten Antheil an ihrer Zerstörung nehmend, sucht sie jetzt wenigstens den Schein der feudalen Unterschiede festzuhalten. Den Handel und die Industrie, und gleichzeitig damit das Aufkommen der Bürgerklasse früher begünstigend als nothwendige Bedingungen, sowohl der nationalen Macht, als des eigenen Glanzes, tritt die absolute Monarchie jetzt dem Handel und der Industrie, die immer gefährlichere Waffen in den Händen einer schon mächtigen Bourgeoisie geworden sind, überall in den Weg. Von der Stadt, der Geburtsstätte ihrer Erhebung, wirft sie den ängstlich und stumpf gewordenen Blick auf das Land, das mit den Leichen ihrer alten reckenhaften Gegner gedüngt ist." Wie durchsichtig immer diese Auseinandersetzung war, so blieb sie für Heinzens Begriffsvermögen unentzifferbar; er beharrte dabei, groteske Katechismen zu schreiben, in denen die Soldaten zur Fahnenflucht aufgereizt werden sollten, Dampfguillotinen zu erfinden, mit denen die Führer massenweise ins Jenseits spedirt werden könnten, und ähnlichen Ulk zu treiben. Im nächsten Frühjahr sah er den deutschen Aufständen von den neutralen Hochgebirgen der Schweiz zu, betheiligte sich dann allerdings später an der Reichsverfassungskampagne, aber nur um beim Pfeifen der ersten Kugel auszureißen, worauf er noch jahrzehntelang von jenseits des großen Wassers unerschöpfliche Schimpfsalven auf die deutschen Fürsten sowohl als auch auf die deutschen Kommunisten abgefeuert hat.

Zum Dritten aber kreuzten Marx und Engels ihre Klingen in der Deutschen Brüsseler Zeitung nochmals mit dem philosophisch-schöngeistigen Sozialismus, und vornehmlich mit dessen verkehrtestem Träger, mit Karl Grün. Ihre Stellung zu dieser sozialistischen Richtung ist deshalb nicht ganz leicht zu beurtheilen, weil der „wahre Sozialismus" selbst bei all seinen reaktionären Wirkungen doch auch ein ganz ehrlich gemeintes Interesse für die arbeitenden Klassen empfand und unter seinen Bekennern manche sehr brauchbare Elemente zählte. Moses Heß kämpfte in der Deutschen Brüsseler Zeitung Schulter an Schulter mit Marx und Engels; er stellte sich ganz auf ihren Standpunkt in einer Reihe von Artikeln über die Folgen der proletarischen Revolution und in ein paar Aufsätzen gegen Ruge. Die Blätter des „wahren Sozialismus" öffneten ihre Spalten bereitwillig den Artikeln, worin Marx und Engels die Halbheiten und Inkonsequenzen dieser Richtung kritisirten; ja das einzige dieser Blätter, das im Jahre 1847 noch bestand, wurde bis zu einem gewissen Grade nächst und neben der Deutschen Brüsseler Zeitung das erste Organ, in dem die Vorkämpfer des modernen wissenschaftlichen Kommunismus einen ziemlichen Spielraum gewannen.

Es hieße sehr wenig im Geiste dieser Männer handeln, wenn man heute den philosophisch-schöngeistigen Sozialismus der vierziger Jahre historisch erledigen wollte durch einfaches Nachsprechen der scharfen Urtheile, welche Marx und Engels — zu ihrer Zeit und von ihrem Standpunkte mit vollem Rechte — über ihn gefällt haben. Sie bekämpften ihn nicht zum wenigsten deshalb, weil er mit seinem Poltern gegen die liberale Bourgeoisie die Geschäfte des Absolutismus und Feudalismus besorgte: sie würden aber sicherlich nicht an seinen Blättern mitgearbeitet haben, wenn sie geglaubt hätten, daß die „wahren Sozialisten" falsche Brüder wären. In der That waren sie das auch nicht, und selbst Karl Grün, der unleidlichste von ihnen, kann für sich den mildernden Umstand geltend machen, daß er 1848 auf der Linken der preußischen Nationalversammlung saß und sich auch in späteren Jahren mindestens zur bürgerlichen Demokratie hielt.

Wie gerade Marx und Engels seit den Deutsch-Französischen Jahrbüchern immer wieder hervorhoben, lag die Sache in Deutschland so, daß die Bourgeoisie, just da sie mit dem König- und Junkerthum anbinden wollte, schon den Griff der Arbeiterklasse im Nacken spürte. Ihre Politik erhielt dadurch einen noch revolutionären und einen schon reaktionären Zug. Marx und Engels hatten alle historische Logik und Vernunft für sich, wenn sie verlangten, daß die Arbeiterklasse in ihrem eigensten Interesse zunächst den Sieg der Bourgeoisie über den Absolutismus und Feudalismus sicher zu stellen habe und wenn sie alle Versuche des „wahren Sozialismus", den Liberalismus zu bekämpfen, ehe dieser des Feudalismus Herr geworden sei, mit schneidendem Spott abfertigten. Nur haben sie selbst nicht angenommen und selbst wenn sie es in dem Eifer des Kampfes angenommen hätten, darf man heute nicht annehmen, daß die „wahren Sozialisten" aus böser Absicht und nicht vielmehr nur aus unzureichender Erkenntniß gehandelt haben. Die Grenze zwischen der noch revolutionären und der schon reaktionären Taktik

der Bourgeoisie war eben nicht so einfach zu erkennen. Marx und Engels haben sich darüber gelegentlich auch getäuscht, wenn auch natürlich nach der entgegengesetzten Seite hin, wie die „wahren Sozialisten". Wenn sie in der Deutschen Brüsseler Zeitung die Ablehnung der Einkommensteuer durch den Vereinigten Landtag als eine „konsequente Geldverweigerung", als einen „energischen" Versuch lobten, das absolutistisch-feudale Regiment an seiner schwachen Seite lahm zu legen, so thaten sie der Opposition gegen die Einkommensteuer zu große Ehre an. Wie die Reden und Abstimmungen beweisen, wurde die Steuer abgelehnt nicht aus revolutionärem Trotze gegen die Regierung, sondern aus der reaktionären Verbissenheit der Profitwuth, die den besitzenden Klassen nicht einmal ein geringes Opfer auferlegen wollte, um den arbeitenden Klassen eine kleine und vorübergehende Erleichterung zu verschaffen.

Es war wie gesagt vornehmlich Karl Grün, mit dem namentlich Marx in der Deutschen Brüsseler Zeitung und im Westfälischen Dampfboot gründlich abrechnete. Als echter deutscher Literat hatte sich Grün ein verzweigtes Reklamesystem in der Presse geschaffen und ganz nach der Art solcher Leute den ihm verhaßten Marx hinter dem Ofen gesucht, hinter dem er selbst steckte. Indem Marx diesen Schwindel aufdeckte, erklärte er zugleich spöttisch, er habe es wirklich sehr nöthig gehabt, zu kleinen Ausfällen in kleinen Zeitungsartikelchen seine Zuflucht zu nehmen. Bereits vor Jahr und Tag habe er in seinem gemeinsam mit Engels verfaßten Werke über die „deutsche Ideologie" Grüns Schrift über die soziale Bewegung in Belgien und Frankreich ausführlich rezensirt, aber die Rezension ruhig den Schlaf des Gerechten schlafen lassen, als der Druck des gesammten Werkes an den deutschen Preßzuständen gescheitert sei. Ein besonderer Abdruck des durchaus nicht zensurwidrigen Kapitels über Grün sei ihm nicht der Mühe für werth erschienen, doch werde er es nunmehr dem Westfälischen Dampfboot einsenden. Diese Monatsschrift veröffentlichte denn auch im August und September 1847 den Aufsatz, worin Grüns Arbeit als ein leichtfertig plagiirtes Machwerk aufgedeckt wurde. Kurz darauf kritisirte Marx in der Deutschen Brüsseler Zeitung noch Grüns Buch über Goethe vom menschlichen Standpunkte. Er wies bündig nach, daß Grün alles Geniale und Große an Goethe übersehe oder in einem breiten Strom von Trivialitäten ertränke, dagegen alle Philistereien, alle Spießbürgerlichkeiten, alle Kleinigkeiten Goethes literatenmäßig aufbausche, um den deutschen Philister als den idealen „Menschen" zu entwickeln. Weit mehr noch als durch die schlagende Polemik gegen Grün, interessiren diese Feuilletons den heutigen Leser durch die genialen Gedankenblitze, womit Marx selbst den historischen Goethe beleuchtet.

Als Herausgeber des Westfälischen Dampfboots stand Lüning innerhalb des „wahren Sozialismus" gewissermaßen zwischen Karl Grün und Moses Heß. Er bekannte sich nicht unumwunden zur historisch-materialistischen Auffassung, doch machte sie sich in seinem Blatte je länger je mehr geltend. Unter Anderem veröffentlichte das Westfälische Dampfboot aus der Feder Ferdinand Wolffs die

anscheinend einzige ausführliche Besprechung, welche die Schrift von Marx gegen Proudhon in der damaligen deutschen Presse gefunden hat. Selbst die Deutsche Brüsseler Zeitung hatte sich mit einer anerkennenden, aber ziemlich oberflächlichen Anzeige begnügt.

II. Deutscher Arbeiterverein und Internationale demokratische Gesellschaft.

Es war nicht der schlechteste Theil der deutschen Flüchtlinge, der in Brüssel zu Marx und Engels stieß. Der Kreis, der sich um sie sammelte, bestand aus gebildeten Ideologen und kräftigen Proletariern, von denen die einen wie die anderen die entwickeltsten Elemente ihrer Klasse bildeten. Zu jenen gehörte Ernst Dronke, Moses Heß, Sebastian Seiler, Ferdinand Wolff, der ehemalige Lieutenant Weydemeyer, Edgar v. Westphalen, ein jüngerer Bruder von Frau Marx, zu diesen der Stubenmaler Steingens aus dem Düsseldorfischen und der Schriftsetzer Stephan Born, der eigentlich Buttermilch hieß und aus dem Großherzogthum Posen stammte. Keiner aber von Allen befreundete sich so eng mit Marx und Engels, wie Wilhelm Wolff, der „kühne edle treue Vorkämpfer des Proletariats", dessen Manen Marx später den ersten Band des Kapitals gewidmet hat.

Wilhelm Wolff war der Sohn eines erbunterthänigen Bauern in Schlesien. Er hatte sich unter den schwersten Hindernissen auf Gymnasium und Universität die Bildung des klassischen Philologen erworben, ohne je den lohenden Haß zu verlieren gegen die feudalistischen und kapitalistischen Unterdrücker der Klasse, aus welcher er stammte. Als Demagoge war er jahrelang auf preußischen Festungen herumgeschleppt worden, dann hatte er sich als Privatlehrer in Breslau mit der Bureaukratie und Zensur tapfer herumgeschlagen, die unvergleichliche Beschränktheit der einen wie der anderen lustig verhöhnt. In dem Humor dieses Guerillakrieges erschöpfte sich aber keineswegs seine revolutionäre Kampflust. Er stieg in die Höhlen herab, in denen das Breslauer Proletariat verkam, und seine ergreifende Schilderung dieser „Kasematten" verschaffte ihn den ehrenden Uebernamen des „Kasematten-Wolff". Von seinem klaren Verständniß ökonomischer Fragen zeugte die Darstellung des schlesischen Weberaufstandes, die er im Deutschen Bürgerbuche veröffentlichte. Wegen Preßvergehen verfolgt, verzichtete er auf den ferneren Genuß, in preußischen Gefängnissen zu versauern und siedelte erst nach London über, dann aber bald nach Brüssel zu Engels und Marx, denen er mit seiner unerschütterlichen Charakterstärke und Zuverlässigkeit, mit seinem, gegen Freund, Feind und sich selbst gleich strengen Pflichtgefühl ein wirksamster Helfer wurde.

Marx, Engels und Wolff stifteten in Brüssel den deutschen Arbeiterverein. Ein Bruchstück der ökonomischen Vorträge, die Marx in diesem Vereine hielt, ist in seinen Aufsätzen über Lohnarbeit und Kapital erhalten. Sie bezeugen seine Meisterschaft auch in der populären Darstellung. Marx untersucht zunächst, was

der Arbeitslohn sei. Er weist an der täglichen Erfahrung jedes Arbeiters nach, daß der Arbeitslohn nicht ein Antheil des Arbeiters an der von ihm produzirten Waare, daß er vielmehr der Theil der schon vorhandenen Waaren ist, womit der Kapitalist eine bestimmte Summe produktiver Arbeit an sich kauft. Marx fragt weiter: wie wird der Preis der Arbeit bestimmt? und er antwortet: wie der Preis jeder anderen Waare. Er wird bestimmt durch die dreiseitige Konkurrenz der Käufer unter sich, die Nachfrage, der Verkäufer unter sich, die Zufuhr, der Käufer mit den Verkäufern, die Schwankungen von Nachfrage und Zufuhr. Diese Schwankungen lassen den Preis jeder Waare um ihre Produktionskosten schwanken. Der kourante Preis einer Waare steht über oder unter den Produktionskosten. Ist die Nachfrage stärker als die Zufuhr, so steigen die Preise der Waaren, eine Masse von Kapitalien wird sich auf den blühenden Industriezweig werfen, bis der Preis seiner Produkte durch Ueberproduktion unter die Produktionskosten sinkt. Ist die Zufuhr einer Waare stärker als die Nachfrage, so vollzieht sich der umgekehrte Prozeß: die Kapitalien ziehen sich von der Produktion dieser Waare zurück, bis ihr Preis wieder über ihre Produktionskosten steigt. Demgemäß wird der Preis der Arbeit bestimmt durch ihre Produktionskosten; in ewigem Schwanken steigt er über sie oder fällt unter sie herab. Die Produktionskosten der einfachen Arbeit belaufen sich aber auf die Existenz- und Fortpflanzungskosten des Arbeiters, und der Preis dieser Kosten bildet den Arbeitslohn. Wie die Preisbestimmung der Waaren durch die Produktionskosten überhaupt, gilt er nicht für das einzelne Individuum, sondern für die Gattung. Einzelne Arbeiter, Millionen von Arbeitern erhalten nicht genug, um existiren und sich fortpflanzen zu können, aber der Arbeitslohn der ganzen Arbeiterklasse gleicht sich innerhalb seiner Schwankungen zu diesem Minimum aus.

Marx geht dann zu der Untersuchung des Kapitals über. Auf die Erklärung der Oekonomen, wonach aufgehäufte Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion diene, Kapital sein soll, antwortet er: „Was ist ein Negersklave? Ein Mensch von der schwarzen Rasse. Die eine Erklärung ist der anderen werth. Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen, ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld oder der Zucker der Zuckerpreis ist." Das Kapital ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältniß. Es ist ein bürgerliches Produktionsverhältniß, ein Produktionsverhältniß der bürgerlichen Gesellschaft. Eine Summe von Waaren, von Tauschwerthen wird dadurch zu Kapital, daß sie als selbständige gesellschaftliche Macht, d. h. als die Macht eines Theils der Gesellschaft sich erhält und vermehrt durch den Austausch gegen die unmittelbare lebendige Arbeitskraft. „Die Existenz einer Klasse, die nichts besitzt als ihre Arbeitsfähigkeit, ist eine nothwendige Voraussetzung des Kapitals. Die Herrschaft der aufgehäuften, vergangenen, vergegenständlichten Arbeit über die unmittelbare lebendige Arbeit macht die aufgehäufte Arbeit erst

zum Kapital. Das Kapital besteht nicht darin, daß aufgehäufte Arbeit der lebendigen Arbeit als Mittel zu neuer Produktion dient. Es besteht darin, daß die lebendige Arbeit der aufgehäuften Arbeit als Mittel dient, ihren Tauschwerth zu erhalten und zu vermehren." Kapital und Arbeit bedingen sich gegenseitig, sie bringen sich wechselseitig hervor.

Daraus folgern die bürgerlichen Oekonomen, das Interesse des Kapitalisten und des Arbeiters sei dasselbe. Und allerdings: der Arbeiter geht zu Grunde, wenn ihn das Kapital nicht beschäftigt, und das Kapital geht zu Grunde, wenn es den Arbeiter nicht ausbeutet. Je rascher sich das produktive Kapital vermehrt, je blühender daher die Industrie ist, je mehr sich die Bourgeoisie bereichert, je besser das Geschäft geht, um so mehr Arbeiter braucht der Kapitalist, um so theurer verkauft sich der Arbeiter. Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage des Arbeiters ist also möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals.

Aber was ist Wachsthum des produktiven Kapitals? Wachsthum der Macht der aufgehäuften Arbeit über die lebendige Arbeit, Wachsthum der Herrschaft der Bourgeoisie über die arbeitende Klasse. Wenn die Lohnarbeit den sie beherrschenden fremden Reichthum, die ihr feindselige Macht, das Kapital produzirt, strömen ihr Beschäftigungs- d. h. Lebensmittel daher zurück, unter der Bedingung, daß sie sich von Neuem zu einem Theile des Kapitals macht, zum Hebel, der das Kapital von Neuem in eine beschleunigte Bewegung des Anwachsens schleudert. Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Arbeiter sind dieselben, heißt nur: Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere, wie der Wucherer und Verschwender sich wechselseitig bedingen.

Marx unterstellt den günstigsten Fall: wenn das produktive Kapital wächst, wächst die Nachfrage und mit ihr steigt der Arbeitslohn. Aber ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohnes setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus. Das rasche Wachsen des produktiven Kapitals ruft ebenso rasches Wachsthum des Reichthums, des Luxus, der gesellschaftlichen Bedürfnisse und Genüsse hervor. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters merklich gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich sind, im Vergleich mit dem Entwicklungsstande der Gesellschaft überhaupt. Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft, wir messen sie daher an der Gesellschaft; weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur. Mag der nominelle Arbeitslohn, d. h. der Geldpreis der Arbeit steigen, mag selbst der reelle Arbeitslohn steigen, d. h. die Summe der Waaren, die wirklich im Austausch für den Arbeitslohn gegeben wird, so kann der relative Arbeitslohn nichtsdestoweniger fallen.

Der Arbeitslohn ist nicht ein Antheil des Arbeiters an der von ihm produzirten Waare. Aber er muß aus dem Preise ersetzt werden, wozu der Kapitalist das vom Arbeiter erzeugte Produkt verkauft. Dieser Preis zerfällt für den

Kapitalisten in drei Theile: den Ersatz für die verbrauchten Rohstoffe und verschlissenen Arbeitsmittel, den Ersatz des Arbeitslohnes und den Profit des Kapitalisten selbst. Der erste Theil ersetzt nur früher vorhandene Werthe, die anderen beiden Theile, Lohn und Profit, müssen gedeckt werden aus dem neuen Werth, den die Arbeit des Arbeiters geschaffen und den Rohstoffen zugesetzt hat. Insofern kann man Lohn und Profit, um sie zu vergleichen, als Antheile am Produkte des Arbeiters auffassen. Sie stehen dann im umgekehrten Verhältnisse zu einander. Der Profit steigt in dem Maße, worin der Lohn fällt, er fällt in dem Maße, worin der Lohn steigt. Selbst innerhalb des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit stehen die Interessen des Kapitals und die Interessen der Lohnarbeit sich schnurstracks gegenüber. Wächst das Kapital, so mag der Arbeitslohn steigen: unverhältnißmäßig schneller steigt der Profit des Kapitals. Die materielle Lage des Arbeiters hat sich verbessert, aber auf Kosten seiner gesellschaftlichen Lage; die gesellschaftliche Kluft, die ihn vom Kapitalisten trennt, hat sich erweitert. Günstigste Bedingung für die Lohnarbeit ist möglichst rasches Wachsthum des Kapitals, heißt nur: Je rascher die Arbeiterklasse die ihr feindliche Macht, den fremden, über sie gebietenden Reichthum vermehrt und vergrößert, unter desto günstigeren Bedingungen wird ihr erlaubt, von Neuem an der Vergrößerung der Kapitalmacht zu arbeiten, zufrieden, sich selbst die goldenen Ketten zu schmieden, woran die Bourgeoisie sie hinter sich herschleift.

Thatsächlich sind nun aber Wachsthum des Kapitals und Steigen des Arbeitslohnes keineswegs so unzertrennlich verbunden, wie die bürgerlichen Oekonomen behaupten. Es ist nicht wahr, daß je feister das Kapital, desto besser sein Sklave gemästet wird. Die Vermehrung der Kapitalien vermehrt die Konkurrenz unter den Kapitalisten. Der steigende Umfang der Kapitalien giebt die Mittel, gewaltigere Arbeiterarmeen mit riesenhafteren Kriegshandwerkzeugen auf das industrielle Schlachtfeld zu führen. Der eine Kapitalist kann den anderen nur aus dem Felde schlagen und dessen Kapital erobern, indem er wohlfeiler verkauft. Um wohlfeiler verkaufen zu können, ohne sich zu ruiniren, muß er wohlfeiler produziren, d. h. die Produktionskraft der Arbeit so viel wie möglich steigern, Die Produktionskraft der Arbeit wird aber vor allem gesteigert durch eine größere Theilung der Arbeit, durch eine allseitigere Einführung und beständige Verbesserung der Maschinerie. Je größer die Arbeiterarmee ist, unter welche die Arbeit getheilt, je riesenhafter die Stufenleiter ist, auf welcher die Maschinerie eingeführt wird, um so mehr nehmen verhältnißmäßig die Produktionskosten ab, um so fruchtbarer wird die Arbeit. Es entsteht daher ein allseitiger Wetteifer unter den Kapitalisten, die Theilung der Arbeit und die Maschinerie zu vermehren und sie auf möglichst großer Stufenleiter auszubeuten. Das Gesetz, das innerhalb der Schwankungen von Angebot und Nachfrage den Preis einer Waare nothwendig auf ihre Produktionskosten ausgleicht, revolutionirt die Produktionsweise, wälzt die Produktionsmittel beständig um, wirft die bürgerliche Produktion stets wieder aus dem alten Geleise und raunt dem Kapital unablässig zu: Marsch,

marsch! Stellt man sich diese fieberhafte Agitation auf dem ganzen Weltmarkt vor, so begreift sich, wie das Wachsthum, wie die Akkumulation und Konzentration des Kapitals eine ununterbrochene, sich selbst überstürzende und auf stets riesenhafterer Stufenleiter ausgeführte Theilung der Arbeit, Anwendung neuer und Vervollkommnung alter Maschinerie im Gefolge hat.

Diese Umstände sind unzertrennlich vom Wachsthum des produktiven Kapitals: wie wirken sie auf die Bestimmung des Arbeitslohnes ein? Die größere Theilung der Arbeit befähigt einen Arbeiter, die Arbeit von fünf, zehn, zwanzig zu thun, sie vermehrt also die Konkurrenz unter den Arbeitern um das Fünf-, Zehn-, Zwanzigfache. Ferner ist Theilung der Arbeit zugleich Vereinfachung der Arbeit. Die besondere Geschicklichkeit des Arbeiters wird werthlos. Er wird in eine einfache, eintönige Produktivkraft verwandelt, die weder körperliche noch geistige Spannkräfte ins Spiel zu setzen hat. Seine Arbeit wird Allen zugängliche Arbeit; in dem Maße, worin die Arbeit ekelhafter wird, nimmt die Konkurrenz unter den Arbeitern zu. In demselben Maße nimmt aber auch der Arbeitslohn ab, denn je einfacher, je leichter erlernbar die Arbeit ist, um so geringer sind ihre Produktionskosten. Vergebens sucht der Arbeiter die Masse seines Arbeitslohnes zu behaupten, indem er mehr arbeitet, sei es, daß er mehr Stunden thätig ist, sei es, daß er mehr in denselben Stunden liefert. Je mehr er arbeitet, um so weniger Lohn erhält er, aus dem einfachen Grunde, weil er in demselben Maße seinen Mitarbeitern Konkurrenz macht, sich daher ebenso viele Konkurrenten aus seinen Mitarbeitern macht, die sich zu ebenso schlechten Bedingungen anbieten, wie er selbst.

Die Maschinerie bringt dieselben Wirkungen auf viel größerer Stufenleiter hervor, indem sie geschickte Arbeiter durch ungeschickte, Männer durch Weiber, Erwachsene durch Kinder verdrängt, indem sie da, wo sie neu eingeführt wird, die Handarbeiter massenhaft aufs Pflaster wirft, und da, wo sie ausgebildet, verbessert, durch fruchtbarere Maschinen ersetzt wird, Arbeiter in kleineren Haufen abdankt. Der industrielle Krieg der Kapitalisten hat das Eigenthümliche, daß die Schlachten in ihm gewonnen werden weniger durch Anwerben, als durch Abdanken der Arbeiterarmee. Die Feldherren, die Kapitalisten, wetteifern untereinander, wer am meisten Industriesoldaten entlassen kann.

Und damit nicht genug! Der kleine Industrielle hält den Kampf nicht aus, zu dessen ersten Bedingungen gehört, auf stets größerer Stufenleiter zu produziren, d. h. eben ein großer und kein kleiner Industrieller zu sein. Der Zins vom Kapital nimmt in demselben Maße ab, in dem Masse und Zahl des Kapitals wächst; der kleine Rentner kann nicht mehr von seiner Rente leben und wirft sich auf die Industrie, um das Schicksal des kleinen Industriellen zu theilen. Eine Masse kleiner Industrieller und kleiner Rentner stürzt in die Arbeiterklasse herab. Sie haben nichts Eiligeres zu thun, als ihre Arme zu erheben neben den Armen der Arbeiter. So wird der Wald der in die Höhe gestreckten und nach Arbeit verlangenden Arme immer dichter, und die Arme selbst werden immer magerer.

In dem Maße endlich, wie die Kapitalisten gezwungen werden, schon vorhandene riesenhafte Produktionsmittel auf größerer Stufenleiter auszubeuten und zu diesem Zwecke alle Springfedern des Kredits in Bewegung zu setzen, in demselben Maße vermehren sich die industriellen Erdbeben, worin die Handelswelt sich nur dadurch erhält, daß sie einen Theil des Reichthums, der Produkte und selbst der Produktionskräfte den Göttern der Unterwelt opfert, nehmen mit einem Worte die Krisen zu. Sie werden häufiger und heftiger schon deswegen, weil in demselben Maße, worin die Produktenmasse, also das Bedürfniß nach ausgedehnten Märkten wächst, der Weltmarkt immer mehr sich zusammenzieht, immer weniger neue Märkte zur Ausbeutung übrig bleiben, da jede vorhergehende Krise einen bisher uneroberten oder vom Handel nur oberflächlich ausgebeuteten Markt dem Welthandel unterworfen hat. Das Kapital lebt nicht nur von der Arbeit. Ein zugleich vornehmer und barbarischer Herr, zieht es mit sich in die Gruft die Leichen seiner Sklaven, ganze Arbeiterhekatomben, die in den Krisen untergehen. Und so faßt sich Marx dahin zusammen: wächst das Kapital rasch, so wächst ungleich rascher die Konkurrenz unter den Arbeitern, d. h. desto mehr nehmen verhältnißmäßig die Beschäftigungsmittel, die Lebensmittel für die Arbeiterklasse ab, und nichtsdestoweniger ist das rasche Wachsen des Kapitals die günstigste Bedingung für die Lohnarbeit.

Leider ist nur dies eben in seinen Grundzügen skizzirte Bruchstück aus den Vorträgen erhalten, durch die Marx den deutschen Arbeitern in Brüssel das ökonomische Verständniß des großindustriellen Zeitalters erschloß. Eine andere Probe seiner praktischen Agitation in jener Zeit giebt die Rede über den Freihandel, die er 1847 in der Internationalen demokratischen Gesellschaft hielt.

In der Abschaffung der englischen Korngesetze hatte der Freihandel eben seinen größten Triumph gefeiert, und im Rausche seiner Erfolge wurde er nicht müde, zu prahlen, daß seine Herrschaft das tausendjährige Reich für das Proletariat sei. Marx deckt diesen Humbug in seiner ganzen Blöße auf. Die englischen Freihändler wollten den Preis des Brotes herunterdrücken, um den Lohn zu senken; nicht der Lohn, sondern der Profit sollte um so viel steigen, um wie viel die Grundrente fiel. „Die englischen Arbeiter haben es den englischen Freihändlern gezeigt, daß sie sich von ihren Vorspiegelungen und Lügen nicht hinter das Licht führen lassen, und wenn sie sich ihnen trotzdem angeschlossen haben, so geschah es, um die letzten Reste des Feudalismus zu zerstören und nur noch mit einem einzigen Feinde zu thun zu haben. Die Arbeiter haben sich in ihren Berechnungen nicht getäuscht, denn die Grundbesitzer machten mit ihnen, um sich an den Fabrikanten zu rächen, gemeinsame Sache zur Durchsetzung der Zehnstundenbill, welche die Arbeiter seit dreißig Jahren vergeblich gefordert hatten und die unmittelbar nach Abschaffung der Korngesetze durchging." Wenn der Freihandel, wie seine Bekenner sagen, die Produktivkräfte des Kapitals vermehrt, so wird damit den Arbeitern nicht geholfen sein. Dies beweist Marx in gleicher Weise, wie schon in den Vorträgen über Lohnarbeit und Kapital.

Der Freihandel ist in der kapitalistischen Gesellschaft nichts anderes als die Freiheit des Kapitals. Weit entfernt, der Arbeiterklasse zu helfen, unterwirft er sie vielmehr rücksichtslos allen Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise. Aber deshalb tritt Marx nicht für den Schutzzoll ein. „Man kann den Konstitutionalismus bekämpfen, ohne ein Freund des Absolutismus zu sein." Das Schutzzollsystem ist nur ein Mittel, in einem Lande die Großindustrie aufzuziehen. Das heißt aber nichts anderes, als sie vom Weltmarkt und damit vom Freihandel abhängig zu machen. Es entwickelt die freie Konkurrenz innerhalb eines Landes und ist für die junge Bourgeoisie ein Mittel, ihre Kräfte zu konzentriren. Marx verweist auf die deutsche Bourgeoisie, die damals große Anstrengungen machte, um Schutzzölle zu bekommen. Aber im Allgemeinen, so schließt er seine Rede, ist das Schutzzollsystem konservativ, während das Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die früheren Nationalitäten, treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze, beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne stimmte Marx für den Freihandel.

Die Internationale demokratische Gesellschaft vereinigte die belgischen Demokraten mit den Flüchtlingen, die sich in Brüssel zusammengefunden hatten. Ehrenpräsident war der greise General Mellinet, der Retter Antwerpens gegen die Holländer, Präsident der Advokat Jottrand, früher Mitglied der belgischen provisorischen Regierung. Vizepräsidenten waren für die Polen Lelewel, früher Mitglied der polnischen provisorischen Regierung, für die Franzosen Imbert, nach der Februarrevolution von 1848 Gouverneur der Tuilerien, und für die Deutschen war es Marx. In diesen internationalen Beziehungen vertraten Marx und Engels natürlich auch ihre materialistische Geschichtstheorie. Sie verwarfen die leere Revolutionsphrase, welche über die historische Wirklichkeit hinwegsah als über eine absolut verwerfliche, von Despoten- und Diplomatenkongressen willkürlich hergestellte Thatsache, und diese Thatsache vor dem angeblichen Volkswillen mit seinem kategorischen Imperativ, mit der absoluten Forderung der Freiheit schlechtweg verschwinden lassen wollte. Sie erkannten die Hindernisse einer allgemeinen Völkerbefreiung: die so durchaus verschiedenen Zivilisationsstufen und die dadurch bedingten ebenso verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Völker, und im Streite mit englischen und französischen Demokraten bekämpften sie die Theorie der allgemeinen Völkerverbrüderung, die ohne Rücksicht auf die historische Stellung, auf die gesellschaftliche Entwicklungsstufe der einzelnen Nationen nichts weiter wollte, als verbrüdern ins Blaue hinein.

Auf der anderen Seite wandten Engels und Marx sich nicht minder scharf gegen die hochnäsige Manier, womit die schöngeistig-philosophischen Sozialisten auf die Verbrüderung der Nationen herabsahen, auf die Verbrüderung namentlich unter dem Banner der großen französischen Revolution. Engels schrieb im zweiten Bande der Rheinischen Jahrbücher: „Die Fraternisirung der Nationen, wie sie jetzt überall durch die extreme proletarische Partei gegenüber dem alten urwüchsigen Nationalegoismus und dem heuchlerischen privategoistischen Kosmopolitismus der Handels-

freiheit vollzogen wird, ist mehr werth als sämmtliche deutsche Theorien über den wahren Sozialismus." Für ihn wie für Marx war die Demokratie der Kommunismus. „Eine andere Demokratie kann nur noch in den Köpfen theoretischer Visionäre existiren, die sich nicht um die wirklichen Ereignisse kümmern, bei denen nicht die Menschen und die Umstände die Prinzipien, sondern die Prinzipien sich selbst entwickeln. Die Demokratie ist proletarisches Prinzip, Prinzip der Massen geworden." Und diese Demokratie feiert mit Recht die französische Republik, nicht nur weil alle Völker, die dumm genug waren, sich zur Bekämpfung der Revolution gebrauchen zu lassen, den Franzosen öffentliche Genugthuung schulden, nicht nur weil die soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts nur den zweiten Akt der französischen Revolution darstellt, sondern auch weil es „in unserer feigen, selbstsüchtigen, bettelhaften Bourgeoisepoche an der Zeit ist, das Gedächtniß jener großen Jahre zurückzurufen, wo ein ganzes Volk einen Augenblick alle Feigheit, alle Selbstsucht und alle Bettelhaftigkeit bei Seite warf, wo es Männer gab, die den Muth der Ungesetzlichkeit hatten, die vor nichts zurückschreckten und deren stählerne Energie es durchsetzte, daß vom 31. Mai 1793 bis zum 26. Juli 1794 in ganz Frankreich keine Memme, kein Krämer, kein Agioteur, kurz kein Bourgeois sich sehen lassen durfte."

Engels und Marx erfaßten den richtigen Punkt, an dem die Verbrüderung der Nationen praktisch, an dem sie eine wirkliche Macht werden konnte. „Die Hirngespinste von europäischer Republik", schreibt Engels weiter, „von ewigem Frieden unter der politischen Organisation sind ebenso lächerlich geworden wie die Phrasen von der Vereinigung der Völker unter der Aegide allgemeiner Handelsfreiheit; und während so alle chimärischen Sentimentalitäten dieser Art ganz außer Kurs kommen, fangen die Proletarier aller Nationen, ohne viel Wesens davon zu machen, schon an, unter dem Banner der kommunistischen Demokratie wirklich zu fraternisiren. Die Proletarier sind auch die Einzigen, die dies wirklich können, denn die Bourgeoisie hat in jedem Lande ihre Spezialinteressen und kann, da ihr das Interesse das Höchste ist, nie über die Nationalität hinauskommen; und die paar Theoretiker bringen mit all ihren schönen ‚Prinzipien' nichts fertig, weil sie die widersprechenden Interessen, wie überhaupt alles Bestehende, ruhig fortbestehen lassen und nur Phrasen machen können. Die Proletarier aber haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind, einen und denselben Kampf vor sich, die Proletarier sind der großen Masse nach schon von Natur ohne Nationalvorurtheile, und ihre ganze Bildung und Bewegung ist wesentlich humanitarisch, antinational. Die Proletarier allein können die Nationalität vernichten, das erwachende Proletariat kann allein die verschiedenen Nationen fraternisiren lassen." Es war hier wie überall: Engels und Marx gaben dem *internationalen, dem weltbürgerlichen Gedanken*, der in schwankenden Ahnungen bei den revolutionären Ideologen des Bürgerthums und bei den großen Utopisten aufgetaucht war, die feste klare konkrete Form; sie untersuchten, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen er leibhaftige Gestalt annehmen konnte. Die

materialistische Geschichtsuntersuchung zeigte ihnen den Weg, auf dem allein vorwärts zu kommen war, und sie zögerten nicht, diesen Weg einzuschlagen.

III. Die Krisis im Bunde der Gerechten.

Sie standen von Brüssel aus in reger Verbindung mit den revolutionären Elementen des englischen Chartismus und der französischen Sozialdemokratie. Sie korrespondirten namentlich mit Julian Harney, dem Redakteur des Northern Star, und Ferdinand Flocon, dem Redakteur der Reforme. Viel wichtiger aber wurde ihre Verbindung mit dem Bunde der Gerechten. Sie datirte aus der Zeit, als Marx in Frankreich und Engels in England lebte, doch hatten Beide den Eintritt in den Bund abgelehnt. Sein ideologischer Gleichheitskommunismus konnte ihnen nicht genügen.

Nun entwickelte sich aber der Bund der Gerechten in einer Weise, die ihren Anschauungen von selbst entgegenkam. An und für sich bestand der Bund aus denselben Elementen, wie Weitlings Geheimbund in der Schweiz. Seine Mitglieder, soweit sie der Arbeiterklasse angehörten, waren fast ausschließlich Handwerker, unter denen die Schneider überwogen. Von den Pariser Gemeinden bestanden 1847 zwei vorwiegend aus Schneidern, eine aus Möbelschreinern. Der Ausbeuter dieser Handwerker war ein kleiner Meister, und sie selbst hofften schließlich kleine Meister zu werden. Sie standen noch mit einem Fuße im deutschen Handwerke, das seinerseits in zünftlerischen Wahnvorstellungen befangen war. Sie waren ebenso tüchtige Menschen, wie die Anhänger Weitlings in der Schweiz, aber ihnen drohte auch das gleiche Schicksal, sich in den Widersprüchen ihrer zwieschlächtigen Klassenlage festzufahren.

Die einflußreichsten Mitglieder des Bundes schildert Engels wie folgt: „Schapper, ein Hüne von Gestalt, resolut und energisch, stets bereit, bürgerliche Existenz und Leben in die Schanze zu schlagen, war das Musterbild des Revolutionärs von Profession, wie er in den dreißiger Jahren eine Rolle spielte. Bei einer gewissen Schwerfälligkeit des Denkens war er keineswegs besserer theoretischer Einsicht unzugänglich, wie schon seine Entwicklung vom ‚Demagogen‘ zum Kommunisten beweist, und hielt dann um so starrer am einmal Erkannten. Eben deshalb ging seine revolutionäre Leidenschaft zuweilen mit seinem Verstande durch, aber er hat stets seinen Fehler nachher eingesehen und offen bekannt. Er war ein ganzer Mann und was er zur Begründung der deutschen Arbeiterbewegung gethan hat, bleibt unvergeßlich. Heinrich Bauer war Schuhmacher, ein lebhaftes, aufgewecktes witziges Männchen, in dessen kleinem Körper aber auch viel Schlauheit und Entschlossenheit steckte. Zu ihnen gesellte sich Josef Moll, Uhrmacher aus Köln, ein mittelgroßer Herkules — er und Schapper haben, wie oft! eine Saalthüre gegen hunderte andringender Gegner siegreich behauptet — ein Mann, der seinen beiden Genossen an Energie und Entschlossenheit mindestens gleichkam, sie aber geistig

beide übertraf. Nicht nur, daß er geborener Diplomat war, wie die Erfolge seiner zahlreichen Missionsreisen bewiesen; er war auch theoretischer Einsicht leichter zugänglich.“ Diesen älteren Führern waren zwei jüngere an Befähigung für theoretische Erkenntniß bedeutend überlegen: der Miniaturmaler Karl Pfänder aus Heilbronn, den Engels einen eigenthümlich fein denkenden Kopf, witzig, ironisch, dialektisch nennt, und der Schneider Georg Eccarius aus Thüringen.

Vergleicht man den Aufsatz von Eccarius über die Schneiderei in London oder, wie er in seinem Nebentitel heißt, den Kampf des großen und des kleinen Kapitals mit Weitlings Schriften, so erkennt man auf den ersten Blick, weshalb der Bund der Gerechten in London nicht ebenso scheiterte, wie er in der Schweiz gescheitert war. Eccarius besaß nicht entfernt das literarische Talent Weitlings, aber um noch viel mehr, als er ihm in dieser Beziehung nachstand, überflügelte er ihn an klarer Einsicht in die ökonomische Struktur der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Es ist vorbei mit den Gefühlsmucken, mit der sentimentalen moralischen und psychologischen Kritik: Eccarius begreift das Erliegen des Handwerks vor der großen Industrie als historischen Fortschritt und er sieht in den Resultaten der großen Industrie die von der Geschichte selbst hervorgebrachten und täglich sich neu erzeugenden realen Bedingungen der proletarischen Revolution.

Als Eccarius seinen Aufsatz schrieb, war er bereits ein Schüler von Marx. Eben dies ist die entscheidende Thatsache, daß der Bund der Gerechten im Mittelpunkte des Weltmarkts das Verständniß gewann für den historischen Materialismus. Seitdem sein Schwerpunkt von Paris nach London verlegt worden war, wurde er aus einem deutschen allmälig ein internationaler Bund. In dem von ihm gestifteten Arbeitervereine fanden sich außer Deutschen und Schweizern auch Mitglieder aller jener Nationalitäten ein, denen die deutsche Sprache vorwiegend als Verständigungsmittel mit Ausländern diente: Skandinavier, Holländer, Ungarn, Tschechen, Südslaven, auch Russen und Engländer. Der Verein nannte sich bald kommunistischer Arbeiterverein und auf der Mitgliedskarte stand der Satz: Alle Menschen sind Brüder, in wenigstens zwanzig Sprachen, wenn auch hier und da, wie Engels sagt, nicht ohne Sprachfehler. Der internationale Charakter des öffentlichen Vereins wirkte dann auch auf den geheimen Bund zurück, praktisch durch die verschiedene Nationalität der Mitglieder, theoretisch durch die Einsicht, daß jede Revolution, um siegreich zu sein, europäisch sein müsse. Der Bund der Gerechten nahm lebhaften Antheil an den internationalen Meetings der Flüchtlinge in London, auf denen die Gedenktage der großen französischen Revolution gefeiert wurden.

Gleichzeitig wuchs die gesellschaftliche Doktrin des Bundes aus dem rohen Gleichheitskommunismus heraus. Sie durchlief die verschiedenen Phasen des englisch-französischen Sozialismus und der deutschen Philosophie. In Weitlings Zeitschriften berichteten Schapper und seine Genossen über Owens Kolonien, die utopisch wie sie sein mochten, doch ihren Blick für die großindustriellen Zustände schärfen mußten. Zu gleicher Zeit als August Becker in der Schweiz mit dem Deutsch-Katholizismus sanfte Liebesblicke tauschte, richteten Bauer, Moll und Schapper

einen offenen Brief an Ronge, der den neuen Apostel mit köstlicher Ironie abfertigte. „Du stiftest eine neue nationale Kirche. Jesus Christus hat keine nationale Kirche gestiftet. Damit die Kirche national werde, hebst du die lateinischen Gesänge in der Messe auf und führest deutsche ein. Die Leute werden nun verstehen, was in der Messe gesungen wird, aber wird es eben darum nicht langweiliger werden, alle Sonntage oder alle Tage dasselbe zu hören, was man versteht? Was gewinnt der Gläubige, der Wißbegierige, der Arme und Unterdrückte dabei, wenn ihr gewisse Worte, welche seit tausend Jahren in der ganzen Welt alle Tage lateinisch vorgetragen wurden, nun auf einmal in einigen Winkeln national-deutsch vortragt?" Und so weiter. Als Weitling nach London kam, konnte er sich mit den Führern des Bundes nicht mehr verständigen. Er war schon zu fest gerannt in seinem Prophetenthum, und sie waren über allen religiösen Utopismus weit hinaus. Dagegen gelang es ihnen nicht und konnte es ihnen nicht gelingen, die Geheimlehre des Bundes über ein Gemisch von deutscher Philosophie und englisch-französischem Sozialismus fortzuentwickeln.

Hier nun griffen Engels und Marx entscheidend ein. Sie standen mit den Londonern in fortwährendem Briefwechsel und in noch engerem Verkehr mit Everbeck, dem Leiter der Pariser Gemeinden. Daneben wirkten sie auch durch theils gedruckte, theils lithographirte Rundschreiben an ihre Freunde und Korrespondenten auf die Entwicklung des Bundes ein. Eins dieser Rundschreiben ist im Westfälischen Dampfboot abgedruckt. Es richtet sich gegen den jungen westfälischen Studiosus Hermann Kriege, der in New York als Prophet des europäischen Kommunismus den Volkstribun herausgab, worin er in kindisch pomphafter Weise eine phantastische Gemüthsschwärmerei bekundete, eine „Liebessabbelei", die wie Marx und Engels in ihren Rundschreiben ausführten, den Kommunismus als den liebevollen Gegensatz des Egoismus darstelle, die eine weltgeschichtliche revolutionäre Bewegung auf die paar Worte Liebe-Haß, Kommunismus-Egoismus reduzire, die somit höchst demoralisirend auf die Arbeiter wirken müsse, falls sie von diesen angenommen würde. Dem Bunde der Gerechten wurde dabei in keiner Weise geschmeichelt, seine Geheimlehre in diesem wie in anderen Pamphleten einer schonungslosen Kritik unterworfen.

Dagegen stellten Marx und Engels statt der unbarmherzig zerstörten Hirngespinste die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzig haltbare theoretische Grundlage auf und setzten in populärer Form auseinander, daß es sich nicht um Durchführung irgend eines utopistischen Systems handle, sondern um selbstbewußte Theilnahme an dem unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Umwälzungsprozeß der Gesellschaft. Sie brachten es nicht mehr fertig, Weitling zu überzeugen, der, nachdem er sich mit den Londonern überworfen hatte, nach Brüssel übergesiedelt war. Trotz allen Interesses, das Marx dem ersten Bahnbrecher des deutschen Kommunismus entgegentrug, war der Bruch zwischen ihnen unvermeidlich. Weitling selbst und ein unparteiischer Zeuge, der russische Publizist Anienkow, haben in dramatischer

Lebendigkeit eine Szene aus dem März 1846 geschildert, in der die unversöhnlich gewordenen Gegensätze aufeinander platzten. Der utopistische Dünkel Weitlings war ein Hemmschuh für die Entwicklung des Proletariats geworden. Er mußte fortgeräumt werden und er wurde fortgeräumt. Weitling ging nach Amerika, um in der neuen Welt sein Heil als kommunistischer Sektenstifter zu versuchen.

Um so schärfer wurde im Bunde der Gerechten das Verständniß für die Auffassung von Marx und Engels. Ende 1846 kam Moll nach Brüssel, um sie und Wolff zum Eintritt in den Bund aufzufordern. Ihren anfänglichen Bedenken setzte Moll die Eröffnung entgegen, daß die Zentralbehörde einen Bundeskongreß nach London zu berufen beabsichtige, wo die von ihnen geltend gemachten kritischen Ansichten in einem öffentlichen Manifeste als Bundesdoktrin aufgestellt werden sollten, daß jedoch den veralteten und widerstrebenden Elementen gegenüber ihre persönliche Mitwirkung unerläßlich, diese aber an den Eintritt in den Bund geknüpft sei. Damit fiel jedes Bedenken um so mehr hinweg, als Marx und Engels überzeugt waren, daß eine Organisation innerhalb der deutschen Arbeiterklasse nothwendig sei und diese Organisation unter den obwaltenden Umständen nur eine geheime sein könne. Sie traten also ebenso wie Wilhelm Wolff in den Bund ein und stifteten Bundesgemeinden in Brüssel.

Der erste Bundeskongreß fand im Sommer 1847 in London statt. Marx wohnte ihm noch nicht bei, wohl aber Engels als Vertreter der Pariser und Wolff als Vertreter der Brüsseler Gemeinden. Der Kongreß führte zunächst eine neue Organisation des Bundes durch. Er beseitigte alles, was noch an die alten konspiratorischen Tendenzen erinnerte und gab dem Bunde den Charakter einer Propaganda-Gesellschaft, die durchaus auf demokratischen Grundsätzen beruhte. Im ersten Artikel war als „Zweck des Bundes" angegeben „der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigenthum". Der Bund organisirte sich als Bund der Kommunisten in Gemeinden, Kreisen, leitenden Kreisen, Zentralbehörde und Kongreß. Darüber bestimmen die Statuten etwa Folgendes. Jede Gemeinde besteht aus wenigstens drei und höchstens zwanzig Mitgliedern. Wenigstens zwei und höchstens zehn Gemeinden bilden einen Kreis. Die verschiedenen Kreise eines Landes oder einer Stadt stehen unter einem leitenden Kreise. Die Kreisbehörde ist die vollziehende Gewalt für sämmtliche Gemeinden des Kreises, der leitende Kreis für sämmtliche Kreise seiner Provinz. Er steht in Korrespondenz mit diesen Kreisen und mit der Zentralbehörde. Die Zentralbehörde ist die vollziehende Gewalt des ganzen Bundes und als solche dem Kongreß Rechenschaft schuldig. Sie besteht aus wenigstens fünf Mitgliedern und wird von der Kreisbehörde des Orts gewählt, an den der Kongreß ihren Sitz verlegt hat; sie stattet alle drei Monate einen Bericht über den Zustand des ganzen Bundes ab. Die Gemeinden und Kreisbehörden, sowie die Zentralbehörde versammeln sich wenigstens alle vierzehn Tage einmal. Die Mitglieder der Kreis-

behörden und der Zentralbehörde sind auf ein Jahr gewählt, wieder wählbar und von ihren Wählern jederzeit absetzbar. Der Kongreß ist die gesetzgebende Gewalt des ganzen Bundes. Jeder einzelne Kreis unter dreißig Mitgliedern sendet einen Abgeordneten, unter sechzig zwei, unter neunzig drei u. s. w. Der Kongreß versammelt sich im Monat August jedes Jahres und erläßt nach jeder Session ein Manifest im Namen der Partei.

Was die Finanzen des Bundes anbetrifft, so setzt der Kongreß für jedes Land ein Minimum des Betrages fest, welches jedes Mitglied zahlen muß. Dieser Beitrag geht zur Hälfte an die Zentralbehörde, die andere Hälfte bleibt in der Kreis- oder Gemeindekasse. Verwandt werden die Geldeinkünfte des Vereins lediglich für propagandistische Zwecke: zur Deckung der Korrespondenzkosten, zum Druck und zur Verbreitung von Flugschriften, zur Aussendung von Emissären. Die Statuten fordern von jedem Mitgliede neben dem Bekenntniß zum Kommunismus „revolutionären Eifer und Energie der Propaganda", gehen aber nicht näher auf die Art dieser Propaganda ein. Praktisch blieb es bei der Methode, die schon der Bund der Gerechten erprobt hatte. Die Thätigkeit der Bundesmitglieder bestand zunächst in der Stiftung öffentlicher Arbeiterbildungsvereine. Einen Abend in der Woche widmeten diese Vereine der Diskussion, einen anderen der gesellschaftlichen Unterhaltung, Gesang und Deklamation. Sie richteten Bibliotheken ein, und wo es sich immer als möglich erwies, Klassen für den Unterricht der Arbeiter in elementarischen Kenntnissen. Der hinter den öffentlichen Vereinen stehende und sie lenkende Geheimbund fand in ihnen den nächsten Spielraum für öffentliche Propaganda, wie er sich aus ihren brauchbarsten Mitgliedern ergänzte und erweiterte. Bei dem Wanderleben der deutschen Handwerker bedurfte die Zentralbehörde nur in den seltensten Fällen der Entsendung besonderer Emissäre.

Die neuen Statuten wurden den einzelnen Gemeinden zur Prüfung vorgelegt und dann auf einem zweiten Kongreß, der im November und Dezember 1847 gleichfalls in London stattfand, endgiltig angenommen. Sie sind „im Namen des zweiten Kongresses vom Herbste 1847" von Schapper als Vorsitzenden und Engels als Schriftführer ausgefertigt. Zwischen den ersten und zweiten Kongreß fällt noch eine sehr bezeichnende Episode. Cabet, der damals die Auswanderung der Kommunisten nach seinem Ikarien betrieb, hatte sich auch an den kommunistischen Arbeiterverein in London um Hilfe und Unterstützung gewandt. Die Antwort des Vereins zeigt, wie klar er sich über die Aufgaben des modernen Proletariats geworden war. Er zollt der Person Cabets die gebührende Achtung, erkennt freudig an, daß Cabet mit unermüdlichem Eifer, mit bewundernswerther Ausdauer für die Sache der leidenden Menschheit kämpfe, daß er durch seine Warnung vor allen Konspirationen dem Proletariat einen unermeßlichen Dienst geleistet habe. Aber der Verein bekämpft den Auswanderungsplan als einen falschen Weg; mit den triftigsten Gründen legt er dar, daß die Ausführung dieses Plans dem Prinzip des Kommunismus den größten Schaden zufügen, daß sie den

Triumph der Regierungen herbeiführen, die letzten Tage Cabets durch bittere Enttäuschungen trüben werde. Cabet wird an seine bessere Einsicht gemahnt: für die Kommunisten, die das Prinzip der persönlichen Freiheit anerkennen, ist eine Gütergemeinschaft ohne Uebergangsperiode und zwar ohne demokratische Uebergangsperiode, in welcher das Privateigenthum erst nach und nach in gesellschaftliches umgewandelt wird, so unmöglich, wie für den Landmann eine Ernte ohne Aussaat. Cabet kam noch persönlich nach London hinüber, um eine Woche lang mit den deutschen Kommunisten zu debattiren, aber er vermochte sie nicht zu seiner Utopie zu bekehren.

Die Hauptaufgabe des zweiten Kongresses war die Feststellung der Bundeslehre in einem Manifest. Der Entwurf, den Marx und Engels vorlegten, wurde von den deutschen, französischen, englischen, belgischen und schweizerischen Arbeitern, die auf dem Kongreß vertreten waren, in mindestens zehntägigen Verhandlungen debattirt und nach gründlicher Aufhellung aller Zweifel erhielten die Verfasser den einstimmigen Auftrag, das für die Oeffentlichkeit bestimmte Manifest auszuarbeiten. Das alte sentimentale Losungswort: Alle Menschen sind Brüder, wurde ersetzt durch den neuen kampffreudigen Schlachtruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Im Februar 1848 erschien das Kommunistische Manifest im Drucke und bald auch in englischer, französischer, dänischer und polnischer Uebersetzung. Die Fahne des modernen wissenschaftlichen Kommunismus war aufgepflanzt.

Fünfzehntes Kapitel.

Das Kommunistische Manifest.

Das Kommunistische Manifest faßt in klassischer Darstellung die Ergebnisse zusammen, die Marx und Engels aus ihren praktischen Kämpfen und ihren theoretischen Studien gewonnen hatten.

Es ist durchaus eine historische Urkunde, historisch auch in dem Sinne, daß es so wie es ist nur in dem geschichtlichen Augenblicke entstehen konnte, in dem es wirklich erschien. Erst aus der Kenntniß seiner Geburtszeit heraus fällt volles Licht in die reiche Gedankenwelt, die es auf wenigen Seiten umschließt. Wenn es trotzdem fünf Jahrzehnte, wenn es so viele Programme und Systeme überdauert hat, die für die Ewigkeit zu gelten bestimmt waren, wenn es in einem Zeitalter der ungeheuersten Umwälzungen mehr und mehr zum gemeinsamen Feldzeichen für das Proletariat des Erdballs geworden ist, so verdankt es diesen weltgeschichtlichen Erfolg dem durchdringenden Blicke, womit seine Verfasser den Entwicklungsprozeß der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu erkennen, der meisterhaften Hand, womit sie ihn zu erklären verstanden zur Zeit, als diese Gesellschaft noch in ihren historischen Anfängen stand.

Das Manifest beruht auf dem historischen Materialismus. Sein durchgehender Grundgedanke ist, daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Nothwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung jeder Geschichtsepoche die Grundlage bilde für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber in der modernen bürgerlichen Gesellschaft eine Stufe erreicht habe, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien könne, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien. Dieser Gedanke hat eine, aber auch nur eine Einschränkung erfahren, seitdem durch neuere Forschungen, an denen Marx und Engels rühmlichen Antheil gehabt haben, die ungeschriebene Urgeschichte der Menschheit entdeckt worden ist: das urwüchsige Gemeineigenthum an Grund und Boden, mit dessen Auflösung erst die Spaltung der Gesellschaft in Klassen begann.

In seinem ersten Abschnitte: Bourgeoisie und Proletariat, verfolgt das Manifest in raschem Ueberblick, wie die moderne Bourgeoisie historisch entstanden ist als das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise. „Jede dieser Entwicklungsstufen der Bourgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Assoziation in der Kommune, hier unabhängige städtische Republik, dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie, dann zur Zeit der Manufaktur Gegengewicht gegen den Adel in der ständischen oder der absoluten Monarchie, Hauptgrundlage der großen Monarchien überhaupt, erkämpfte sie sich endlich seit der Herstellung der großen Industrie und des Weltmarkts im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet.“

In scharfen Strichen zeichnet das Manifest die höchst revolutionäre Rolle, welche die Bourgeoisie in der Geschichte gespielt hat. Wo sie zur Herrschaft gekommen ist, hat sie alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene unverschämte direkte dürre Ausbeutung gesetzt. Sie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Thätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Sie kann nicht existiren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämmtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutioniren, im Gegensatze zu allen früheren industriellen Klassen, deren erste Existenzbedingung die unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war. Indem sie alles Ständische und

Stehende verdampft, alles Heilige entweiht, werden die Menschen gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.

Das Bedürfniß nach einem stets ausgedehnteren Absatze für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Sie gestaltet durch ihre Ausbeutung des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen von einander, wie in der materiellen, so in der geistigen Produktion. Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen auch die barbarischesten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waaren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde, indem sie alle Nationen zwingt, ihre Produktionsweise sich anzueignen.

Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen und einen bedeutenden Theil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen. Sie hat die Bevölkerung agglomerirt, die Produktionsmittel zentralisirt, das Eigenthum in wenigen Händen konzentrirt. Die nothwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammengenommen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Welttheile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktivkräfte im Schooße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten!

Jedoch die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus niedergeschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst. Wie die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie heranbildete, einst die feudalen Eigenthumsverhältnisse sprengten, so empören sich die modernen Produktivkräfte seit Jahrzehnten gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigenthumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Die periodische Wiederkehr der Handelskrisen stellt die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft immer drohender in Frage. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, die allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre — die Epidemie der Ueberproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand moderner Barbarei zurückversetzt, weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt. Die bürgerlichen

Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichthum zu fassen. Die Bourgeoisie kann die Krisen nur überwinden, einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte, also dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel vermindert, den Krisen vorzubeugen.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den *Tod bringen, sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden,* die modernen Arbeiter, die Proletarier, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Das Manifest schildert in gedrängten Zügen die Entstehung und Entwicklung des modernen Proletariats, wie sie in den bisherigen Schriften von Marx und Engels untersucht worden war. Es wird noch besonders hervorgehoben, daß die Kollisionen der alten Gesellschaft mannigfach den Entwicklungsgang des Proletariats fördern. Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe: Anfangs gegen die Aristokratie, später gegen die Theile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritte der Industrie in Widerspruch gerathen, stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht sie sich genöthigt, die Hilfe des Proletariats zu beanspruchen, es in die politische Bewegung zu reißen, ihm ihre eigenen Bildungsmittel, d. h. Waffen gegen sich selbst zuzuführen. Ferner führen die Bestandtheile der herrschenden Klasse, die durch den Fortschritt der Industrie ins Proletariat hinabgeschleudert oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht werden, der Arbeiterklasse eine Masse Bildungselemente zu. In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der ganzen alten Gesellschaft einen so heftigen und grellen Charakter an, daß ein kleiner Theil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, namentlich ein Theil der Bourgeois-Ideologen, welche zum theoretischen Verständniß der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.

Von allen Klassen, die heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt. Der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergange zu bewahren. Sie sind also nicht revolutionär, sondern reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Uebergang ins Proletariat, so vertheidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen. Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl, im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird. Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden. Die Entwicklung des Proletariats ist der mehr oder minder versteckte Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkte, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.

Nachdem das Manifest so den Umwälzungsprozeß innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft dargestellt hat, faßt es diesen Prozeß zum Schlusse des ersten Abschnittes in kernigen Sätzen zusammen. Alle bisherige Gesellschaft beruhte auf dem Gegensatze unterdrückender und unterdrückter Klassen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihr Bedingungen gesichert sein, innerhalb deren sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der moderne Arbeiter dagegen sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab, der Arbeiter wird zum Pauper und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichthum. Die Bourgeoisie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage hinabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft. Die Herrschaft der Bourgeoisie beruht auf der Lohnarbeit, die Lohnarbeit beruht auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Indem der Fortschritt der Industrie, deren willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, an die Stelle der Isolirung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation setzt, entzieht er der Bourgeoisie die Grundlage, worauf sie produzirt und die Produkte sich aneignet. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.

In seinem zweiten Abschnitt erörtert das Manifest die Stellung der Kommunisten zu den Proletariern. „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesammten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft,

stets das Interesse der Gesammtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Theil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der nächste Zweck aller übrigen Arbeiterparteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Das Manifest weist darauf in glänzender Weise nach, daß die theoretischen Sätze der Kommunisten keineswegs auf Ideen oder Prinzipien beruhen, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden worden sind, daß sie vielmehr aus den thatsächlichen Verhältnissen eines existirenden Klassenkampfs erwachsen. In diesem Nachweise wird bereits erschöpfend erledigt, was alles seit fünfzig Jahren von der Bourgeoisie und ihren Klopffechtern gegen den wissenschaftlichen Kommunismus vorgebracht worden ist. Das Gezeter über die Aufhebung des persönlich erworbenen, selbst erarbeiteten Eigenthums hat nichts hinter sich als eine Illusion, welche die Bourgeoisie allerdings mit allen untergegangenen herrschenden Klassen theilt. Sie, die das feudale Eigenthum abgeschafft hat, und nichts dagegen einwendet, daß ihre Produktionsweise täglich das kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Eigenthum abschafft, dichtet ihre besonderen Eigenthums- und Produktionsverhältnisse aus geschichtlichen, im Laufe der Produktion vorübergehenden Verhältnissen in ewige Natur- und Vernunftgesetze um. Was sie für das antike und feudale Eigenthum begreift, begreift sie nicht für das moderne bürgerliche Privateigenthum, nämlich daß es ein historisches Produkt ist und dem historischen Prozesse unterliegt. Die Abschaffung bisheriger Eigenthumsverhältnisse ist nichts dem Kommunismus Eigenthümliches. Die französische Revolution schaffte das feudale Eigenthum ab, weil es mit der historischen Entwicklung der Gesellschaft unverträglich geworden war, und aus demselben historischen Grunde wollen die Kommunisten das moderne bürgerliche Privateigenthum abschaffen. Insoweit aber als dies Eigenthum der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte ist, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der Einen durch die Anderen beruht, können die Kommunisten ihre Theorie in dem Ausdruck: Aufhebung des Privateigenthums zusammenfassen.

Aber damit soll die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Thätigkeit und Selbständigkeit aufgehoben sein! Nun ist in der bestehenden Gesellschaft das Privateigenthum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existirt gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existirt. In seiner heutigen Gestalt bewegt sich das Eigenthum in dem Gegensatze von Kapital und Lohnarbeit. Das Kapital ist keine persönliche, sondern eine gesellschaftliche Macht. Es ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Thätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Thätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Wird es in gemeinschaftliches, allen

Mitgliedern der Gesellschaft gehöriges Eigenthum verwandelt, so verwandelt sich nicht persönliches Eigenthum in gesellschaftliches, sondern der gesellschaftliche Charakter des Eigenthums verwandelt sich, indem er seinen Klassencharakter verliert.

Was dagegen der Lohnarbeiter sich durch seine Thätigkeit aneignet, schafft ihm kein Eigenthum, sondern reicht blos hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen. Diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiedererzeugung des unmittelbaren Lebens, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrig läßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte, wollen die Kommunisten keineswegs abschaffen. Sie wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt. „In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern. In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit. In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und unpersönlich, während das thätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist." Alle Redensarten über Aufhebung der Freiheit und der Person laufen darauf hinaus, daß die Bourgeois-Freiheit und Bourgeois-Persönlichkeit aufgehoben werden soll. Die Freiheitsbravaden der Bourgeoisie haben überhaupt nur einen Sinn gegenüber dem gebundenen Schacher, gegenüber dem geknechteten Bürger des Mittelalters, nicht aber gegenüber der kommunistischen Aufhebung des Schachers, der bürgerlichen Produktionsverhältnisse und der Bourgeoisie selbst. Der Kommunismus nimmt Keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.

Das Manifest geht dann auf die Vorwürfe ein, daß die Kommunisten Familie und Vaterland abschaffen wollen. Es weist nach, daß die bürgerliche Familie auf dem Kapital und dem Privaterwerb beruht, daß sie vollständig entwickelt nur für die Bourgeoisie existirt, daß sie ihre Ergänzung findet in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und in der öffentlichen Prostitution. Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung werden um so ekelhafter, je mehr die große Industrie alle Familienbande für die Proletarier zerreißt und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt. Mit ätzendem Spotte brandmarkt das Manifest das hochmoralische Entsetzen der Bourgeoisie über die angebliche offizielle Weibergemeinschaft der Kommunisten, die umgekehrt mit den heutigen Produktionsverhältnissen die offizielle und nicht-offizielle Prostitution der bürgerlichen Gesellschaft beseitigen wollen.

So wenig wie eine Familie haben die Arbeiter ein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituiren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im

Sinne der Bourgeoisie. Mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse verschwinden ohnehin schon mehr und mehr die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen; vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisirten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung. In dem Maße, wie die Ausbeutung des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Ausbeutung einer Nation durch die andere aufgehoben; mit dem Gegensatze der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen zu einander.

Summarisch erledigt das Manifest die Anklagen, die von ideologischen, philosophischen und religiösen Gesichtspunkten gegen den Kommunismus erhoben werden. Mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein ändern sich auch ihre Vorstellungen und Begriffe, ändert sich mit einem Worte auch ihr Bewußtsein. Mit der materiellen Produktion gestaltet sich die geistige um; die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse. Indem man von Ideen spricht, welche eine ganze Gesellschaft revolutioniren, spricht man nur die Thatsache aus, daß sich innerhalb der alten Gesellschaft die Elemente einer neuen gebildet haben, daß mit der Auflösung der alten Lebensverhältnisse die Auflösung der alten Ideen gleichen Schritt hält. „Als die christlichen Ideen im 18. Jahrhundert den Aufklärungsideen unterlagen, rang die feudale Gesellschaft ihren Todeskampf mit der damals revolutionären Bourgeoisie. Die Ideen der Gewissens- und Religionsfreiheit sprachen nur die Herrschaft der freien Konkurrenz auf dem Gebiete des Wissens aus." Der Einwand, daß es ewige Wahrheiten gebe, wie Freiheit, Gerechtigkeit u. s. w., die allen gesellschaftlichen Zuständen gemeinsam seien, die sich allerdings im Laufe der geschichtlichen Entwicklung veränderten, aber sich in diesem Wechsel erhielten, die vom Kommunismus nicht beseitigt werden könnten, ohne daß er sich mit der historischen Entwicklung in Widerspruch setze, erledigt sich einfach dadurch, daß die Ausbeutung des einen Theils der Gesellschaft durch den anderen in verschiedenen Epochen verschieden gestaltet, aber eine allen vergangenen Jahrhunderten gemeinsame Thatsache war. „Kein Wunder daher, daß das gesellschaftliche Bewußtsein aller Jahrhunderte, aller Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit zum Trotz, in gewissen gemeinsamen Formen sich bewegt, in Bewußtseinsformen, die nur mit dem gänzlichen Verschwinden des Klassengegensatzes sich vollständig auflösen." Wie mit den überlieferten Eigenthumsverhältnissen, so bricht die kommunistische Revolution auch am radikalsten mit den überlieferten Ideen.

Nach dieser schlagenden Abwehr der gegen den Kommunismus erhobenen Einwände greift das Manifest auf den Gang der proletarischen Revolution zurück. Ihr erster Schritt ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie. Das Proletariat wird seine Herrschaft dazu benützen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktions-

instrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisirten Proletariats zu zentralisiren, und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Das kann zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigenthumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind. Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein. In den fortgeschrittensten Ländern, so meint das Manifest, würden die folgenden ziemlich allgemein angewandt werden können: Expropriation des Grundeigenthums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben, Starke Progressivsteuer, Abschaffung des Erbrechts, Konfiskation des Eigenthums aller Emigranten und Rebellen, Zentralisation des Kredits und des Transportwesens in den Händen des Staats, Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plane, Gleicher Arbeitszwang für Alle, Errichtung industrieller Armeen, Allmälige Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land, Oeffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder, Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion u. s. w.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziirten Individuen konzentrirt, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisirte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Hebt das zur Klasse vereinte Proletariat die alten Produktionsverhältnisse auf, in denen die Klassen und ihre Gegensätze wurzeln, so hebt es damit auch seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist.

Der dritte Abschnitt des Manifestes kritisirt die sozialistische und kommunistische Literatur, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte. Sie wird in den reaktionären, den konservativen und den kritisch-utopistischen Sozialismus eingetheilt. Der reaktionäre Sozialismus zerfällt wieder in den feudalen, den kleinbürgerlichen und den deutschen oder „wahren" Sozialismus.

Den feudalen Sozialismus beleuchtet das Manifest in klassischen Worten, die ihm heute noch wie angegossen sitzen, abgesehen etwa davon, daß er seit fünfzig Jahren immer schäbiger geworden ist. Der feudale Sozialismus entstand als eine Folge der Niederlage, welche die französische und englische Aristokratie durch die Julirevolution und Reformbill erlitten hatte. Ihre alten feudalromantischen Redensarten waren unmöglich geworden und um Sympathie zu erregen, mußte sie ihren Anklageakt gegen die Bourgeoisie im Interesse der ausgebeuteten Arbeiterklasse formuliren. Sie bereitete so die Genugthuung vor,

Schmählieder auf ihren neuen Herrscher singen und mehr oder minder unheilschwangere Prophezeiungen ihm ins Ohr raunen zu dürfen. „Auf diese Art entstand der feudalistische Sozialismus, halb Klagelied, halb Pasquill, halb Rückhall der Vergangenheit, halb Dräuen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie ins Herz treffend durch bitteres, geistreich zerreißendes Urtheil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen. Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter." Die Feudalen haben unter anderen, jetzt überlebten Bedingungen ausgebeutet, wie die Bourgeois, aber wenn sie nachweisen, daß unter ihrer Herrschaft das moderne Proletariat nicht existirt hat, so vergessen sie nur, daß die moderne Bourgeoisie ein nothwendiger Sprößling ihrer Gesellschaftsordnung war. „Uebrigens verheimlichen sie den reaktionären Charakter ihrer Kritik so wenig, daß ihre Hauptanklage gegen die Bourgeoisie eben darin besteht, unter ihrem Regime entwickele sich eine Klasse, welche die ganze alte Gesellschaftsordnung in die Luft sprengen werde. Sie werfen der Bourgeoisie mehr noch vor, daß sie ein revolutionäres Proletariat, als daß sie überhaupt ein Proletariat erzeugt. In der politischen Praxis nehmen sie daher an allen Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterklasse theil, und im gewöhnlichen Leben bequemen sie sich, allen ihren aufgeblähten Redensarten zum Trotze die goldenen Aepfel aufzulesen und Treue, Liebe, Ehre mit dem Schacher in Schafswolle, Runkelrüben und Schnaps zu vertauschen." Als bloße Spielart des feudalen wird der christliche Sozialismus abgethan; er ist das Weihwasser, womit der Pfaffe den Aerger des Aristokraten einsegnet.

Die beiden anderen Arten des reaktionären Sozialismus, die das Manifest registrirt, sind der kleinbürgerliche Sozialismus, wie ihn Sismondi namentlich für Frankreich, und der deutsche oder „wahre" Sozialismus, wie ihn Moses Heß und Karl Grün für Deutschland vertraten. Der eine wie der andere Sozialismus ist in seiner damaligen Gestalt abgestorben, ja der „wahre" Sozialismus hat kaum noch das Erscheinen des Manifestes überlebt. Dennoch ist die Kritik, die das Manifest an diesen Formen des Sozialismus ausübt, keineswegs veraltet. Je schroffer sich der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat gestaltet, um so mehr konzentrirt sich aller bürgerlicher Sozialismus auf die Erhaltung des Kleinbürgerthums, der Mittelstände, des antikollektivistischen Bauernschädels. „Reaktionär und utopistisch zugleich": diese Kritik des Manifestes an dem kleinbürgerlichen Sozialismus paßt auf alle Antisemiterei, Bauernbündlerei, Zünftlerei ebenso gut oder noch viel besser als auf den Sozialismus Sismondis.

In ähnlicher Weise reicht der deutsche Kathedersozialismus an Schärfe und Tiefe der prinzipiellen Kritik zwar nicht entfernt an Sismondi heran, aber dafür übertrifft er ihn weit an schwankendem Hin und Her seiner Heilmittel. Seine verzweifelten Versuche, in der modernen bürgerlichen Gesellschaft noch einen bleibenden

Platz für die Mittelstände zu erspähen, kritisirt das Manifest im Voraus mit den Worten: „In den Ländern, wo sich die moderne Zivilisation entwickelt hat, hat sich eine neue Kleinbürgerschaft gebildet, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwebt und als ergänzender Theil der bürgerlichen Gesellschaft stets von Neuem sich bildet, deren Mitglieder aber beständig durch die Konkurrenz ins Proletariat hinabgeschleudert werden, ja selbst mit der Entwicklung der großen Industrie einen Zeitpunkt herannahen sehen, wo sie als selbständiger Theil der modernen Gesellschaft gänzlich verschwinden und im Handel, in der Manufaktur, und in der Agrikultur durch Arbeitsaufseher oder Domestiken ersetzt werden." Dieser vom Manifest vorhergesagte historische Prozeß ist heute so weit gediehen, daß im Handwörterbuche der Staatswissenschaften, dem neuesten Evangelium des deutschen Universitätssozialismus, „die große Masse der höheren Angestellten in den kapitalistischen Unternehmungen (also Kommis, Geschäftsreisende, Inspektoren, Techniker 2c.), ferner die große Masse der selbständigen Elemente mit mäßigem Einkommen im kapitalistischen Verkehre (also Kommissionäre, Agenten 2c.); dann die Klasse der kleinen Kaufleute und Händler, sowie die der Wirthe; endlich die Subalternbeamten, die in jedem Lande des Kontinents ein riesiges Heer ausmachen", schließlich auch „der alte, nicht gänzlich untergegangene, sondern sich theilweise behauptende Mittelstand (z. B. die Bäcker, Metzger, Barbiere, Schornsteinfeger)" als Elemente eines „neuen Mittelstandes" gefeiert werden. Thatsächlich mag der „neue Mittelstand" wohl ungefähr so aussehen; neben versinkenden Trümmern des alten Zwerggewerbes und Zwerghandels — so ist wenigstens in den großen Städten die Bäckerei, Metzgerei, Schornsteinfegerei schon großkapitalistischer Betrieb geworden oder auf dem besten Wege dazu — bestehen die „großen Massen" und die „riesigen Heere" des „neuen Mittelstandes" aus den „Arbeitsaufsehern und Domestiken" der großen Bourgeoisie oder ihres Beauftragten, des Klassenstaats, ganz wie es das Kommunistische Manifest vorausgesagt hat. Nur ließen seine Verfasser sich nicht träumen, daß der kleinbürgerliche Sozialismus auf den Grad komischer Thorheit sinken würde, um diesen „neuen Mittelstand", dessen „große Massen" entweder aus gesinnungslosen Bedienten der Bourgeoisie oder aus heimlichen Verbündeten des Proletariats bestehen, zu einem Damm gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung aufzuschwindeln, zu einem „wichtigen Faktor in der Volkswirthschaft", der die Kapitalkonzentration beschränke und das gänzlich unvermittelte Gegenüberstehen der Kapitalisten- und Arbeiterklasse verhindere.

Auch der „wahre" Sozialismus, den das Kommunistische Manifest aus Rücksicht auf seinen deutschen Ursprung besonders ausführlich und besonders scharf kritisirt, ist niemals ganz auf deutscher Erde ausgestorben, mag er auch längst nicht mehr französische sozialistische Wendungen in verdorbenes Hegeldeutsch und sentimentale Liebesduselei übersetzen. Er wird so lange bestehen, wie seine Wurzel nicht abgestorben ist: die spezifisch deutsche Pfahlbürgerei, die ernsthafte Klassenkämpfe scheut. Mag er sich bald so bald so vermummen, bald als ethische Kultur,

bald als naturalistische Aesthetik, bald als sonst was: sein Gewand ist stets dasselbe: wie es im Manifeste heißt, „gewirkt aus spekulativem Spinnweb, überstickt mit schöngeistigen Redeblumen, durchtränkt von liebesschwülem Gemüthsthau". Einzelne tüchtige Naturen befinden sich wohl darunter, wie sich in den vierziger Jahren Moses Heß darunter befand, sie entwickeln sich mit der zunehmenden Schärfe des Klassenkampfs zum „rohdestruktiven Kommunismus", während die Masse des „wahren" Sozialismus unter der gleichen Voraussetzung in den kapitalistischen Sumpf zurückplumpst, wo er am tiefsten ist.

Eben diese Voraussetzung hat, je mehr sie zur historischen Thatsache geworden ist, mit dem konservativen und dem kritisch-utopistischen Sozialismus aufgeräumt, den das Kommunistische Manifest neben dem reaktionären Sozialismus kritisch zerfetzt. Als bedeutsamste systematische Leistung des konservativen Sozialismus führt es Proudhons Philosophie des Elends an, und der Proudhonismus ist selbst in seinem Heimathlande zur Spielerei kleiner Bourgeoiskreise zusammengeschrumpft, während er in Deutschland seit Jahrzehnten nur einen komischen Kauz als einsamen Bekenner mustert. Der konservative Sozialismus, der mit seinem Krimskrams von Winkelreformen die Bourgeoisie erhalten möchte ohne das Proletariat, der dem Proletariat zumuthet, „daß es in der jetzigen Gesellschaft bestehen bleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife", der in der Behauptung besteht, „daß die Bourgeois Bourgeois sind — im Interesse der arbeitenden Klassen", ist praktisch ein Scherz von vorgestern, mag er theoretisch gelegentlich auch noch so breit auf dem geduldigen Papier breitgetreten werden.

Das Gleiche gilt von dem kritisch-utopistischen Sozialismus, obgleich er von allen Gattungen des bürgerlichen Sozialismus dem wissenschaftlichen Kommunismus die werthvollsten Vorarbeiten geliefert hat. Soviel erkennt das Kommunistische Manifest in vollem Maße an, aber es hebt auch hervor, daß die Bedeutung dieses Sozialismus im umgekehrten Verhältnisse zur geschichtlichen Entwicklung stehe. Wie Saint-Simon, Fourier und Owen revolutionäre Denker waren, aber die Saint-Simonisten, Fourieristen und Oweniten reaktionäre Sektirer wurden, weil sie sich gegen die lebendigen Fortschritte des Proletariats verblendeten, indem sie auf die Worte ihrer todten Meister schworen, so zeichnet sich der heutige Utopismus, wo er etwa noch auftaucht, wie in Hertzkas kläglich mißglückter Expedition, „nur noch durch mehr systematische Pedanterie, durch den fanatischen Aberglauben an die Wunderwirkungen seiner sozialen Wissenschaft" vor dem gerade landläufigen reaktionären Sozialismus aus.

Der vierte und letzte Abschnitt des Manifestes beschäftigt sich mit der Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien. Hier ist natürlich durch die historischen Umwälzungen der letzten fünfzig Jahre die ganze Sachlage gründlich geändert worden, aber um so fester haben die in diesem Abschnitte festgelegten Grundsätze der kommunistischen Taktik die schwere Probe bestanden. Die Kommunisten kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse; sie vertreten in der gegen-

wärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung; sie unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände und heben in allen diesen Bewegungen die Eigenthumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor; sie arbeiten überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder — das sind Sätze, die heute noch ihre volle Geltung haben, vorausgesetzt, daß man sie in dem gedanklichen Zusammenhange des Manifestes auffaßt, also unter revolutionärer Bewegung nicht etwa kindische Attentate und Putsche, sondern eine ökonomisch-politische Umwälzung versteht, und unter den demokratischen Parteien aller Länder die proletarische Demokratie, was heute so wenig mißverstanden werden kann wie damals, nachdem sich in der Zwischenzeit alle Arten bürgerlicher Demokratie abermals abgewirthschaftet haben.

Für die einzelnen Länder empfiehlt das Manifest die Anknüpfung an das radikalste Ende der vorliegenden revolutionären Entwicklung. In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an, an die Partei der Reforme, gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Ueberlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten. In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, theils aus demokratischen Sozialisten in französischem Sinne, theils aus radikalen Bourgeois. Unter den Polen unterstützen sie die Partei, die eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Freiheit macht. „In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigenthum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als eben so viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt. Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt, als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann." Das Manifest schließt mit den Worten: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kom-

munistischen Revolution zittern! Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Die Geschichte des Kommunistischen Manifestes ist je länger je mehr die Geschichte der modernen internationalen Sozialdemokratie geworden. Bei seinem ersten Erscheinen wurde es enthusiastisch begrüßt von einer kleinen Kerntruppe entwickelter Proletarier und klarblickender Ideologen, von einer sehr kleinen Kerntruppe immerhin, denn der Bund der Kommunisten mochte in allen Ländern, wo er Anhänger besaß, schwerlich mehr als einige hundert Köpfe zählen. Dann verschwand das Manifest mit dem vorübergehenden Rückfluthen der revolutionären Arbeiterbewegung. Aber ihre neu anschwellende Woge trug es wieder empor wie ein Lootsenboot, dessen Kompaß den sicheren Pfad weist über die wilde Wasserwüste in die neue Welt der Arbeit. Heute ist das Manifest das verbreitetste, das internationalste Erzeugniß der gesammten sozialistischen Literatur, das gemeinsame Programm, auf das Millionen von Arbeitern in allen Ländern, von Sibirien bis Kalifornien, sich freiwillig verpflichten für den großen Kampf um die Emanzipation ihrer Klasse.

Seltsam genug fielen die Loose des Manifestes in der bürgerlichen Welt. Es führte die politische Oekonomie Deutschlands, die sich bis dahin von den Brosamen des englischen und französischen Tisches genährt hatte, mit überlegener Kraft in den Reigen der europäischen Kulturvölker ein. Jedoch der große theoretische Sinn, der in den Tagen seiner klassischen Literatur als ein Erbgut des deutschen Bürgerthums galt, war schon so ganz erloschen, daß mehr als drei volle Jahrzehnte lang das Manifest für die bürgerlichen Klassen Deutschlands nur im Schwarzen Buche der politischen Partei existirte. Immerhin fand der Spitzel Stieber noch „Geist und Energie" darin. Anders als der erste deutsche Universitätsprofessor, H. Eisenhart in Halle, im Jahre 1881 glücklich hinter die Existenz des Manifestes kam. In seiner Geschichte der Nationalökonomik schimpfte er es eine „elende Nachäffung des babouvistischen Manifestes" und gab als Probe daraus den von ihm selbst hineingedichteten Blödsinn: „Wir wollen die Gleichheit und ob alle Künste darüber zu Grunde gingen." Seitdem ist wieder ein halbes Menschenalter vergangen, und nun haben die Eulen so weit ins Licht blinzeln gelernt, daß sie im Manifest den „gewaltsamen Umsturz" und damit eine noch lange nicht abgebaute Grube sittlicher Entrüstung gefunden haben.

Ohne allen Zweifel fehlte seinen Verfassern das harmlose Gottvertrauen, um zu erwarten, daß die moderne Bourgeoisie, sobald ihre historische Stunde schlage, freiwillig abdanken werde. Die Bourgeoisie selbst ist über diesen Punkt ja auch getheilter Meinung. Während ihre Ideologen den „gewaltsamen Umsturz" als einen frevelhaften Zweifel an dem guten Willen der herrschenden Klassen verurtheilen, verdonnern ihre Justiz- und Polizeibedienten die Proletarier, die in friedlicher Weise für die Emanzipation ihrer Klasse agitiren, als blutdürstige Revolutionäre, sintemalen nie daran zu denken sei, daß die gegen-

wärtigen Kapitalisten sich selbst enteignen würden. Uebrigens dröhnte der europäische Boden, als Marx und Engels das Kommunistische Manifest schrieben, von dem nahen Ausbruche kolossaler Klassenkämpfe, in denen die Bourgeoisie sich ohne alle Gewissensbisse breit machte auf dem Boden, den ihr das Proletariat durch den „gewaltsamen Umsturz“ der absolutistisch-feudalen Gesellschafts- und Staatsordnung bereitet hatte.

In der That ist das kindische Gerede über den „gewaltsamen Umsturz“ keines ernsthaften Wortes werth, mag es auch aus den ehrwürdigsten Professorenperrücken hervortönen. Was in dieser Beziehung berichtigend und ergänzend zum Kommunistischen Manifest zu sagen ist, haben Marx und Engels selbst noch gesagt. Hatte ihnen das Studium der französischen Revolutionsepoche von 1789 bis 1830 die tiefsten Einblicke in den Umwälzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft gewährt, so waren sie eben dadurch veranlaßt worden, die Formen der bürgerlichen Revolution allzu getreu auf die proletarische Revolution zu übertragen. Keiner von Beiden hatte bei Veröffentlichung des Manifestes schon das dreißigste Lebensjahr vollendet, und als Greise noch immer willig, aus den praktischen Erfahrungen der Geschichte zu lernen, haben sie sich ihnen als junge Männer am wenigsten verschlossen. In seinem Epilog auf die Revolutionskämpfe von 1848 bis 1851 unterschied Marx bereits scharf zwischen dem Gange der bürgerlichen und der proletarischen Revolutionen: „Bürgerliche Revolutionen stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Extase ist der Geist jedes Tages, aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen kritisiren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von Neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kraft aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von Neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen: Hier ist Rhodus, hier tanze!“ Dann lehrte die Pariser Kommune, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre Zwecke in Bewegung setzen“ könne, und an der historischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie erläuterte Engels noch in seiner letzten Schrift, daß im Umschlagen der historischen Dialektik das revolutionäre Proletariat bei grundsätzlicher Beschränkung auf friedliche und gesetzliche Kampfmittel rothe Backen bekommen und aussehen könne wie das ewige Leben, derweil die berufensten Ordnungsstützen sich in hektischem Eifer heiser schreien nach „gewaltsamem Umsturz“, nach „Revolution von Oben“, nach Staatsstreichen und der unverschämt einfachen Herrschaft des Säbels.

Es ist heutzutage ein beliebter Kniff der bürgerlichen Weisheit, den historischen Materialismus als einen sozialistischen Wunderschäfer darzustellen, der, wenn er den hundertjährigen Kalender nicht vorwärts Tag für Tag an den Fingern abzählen kann, mit salzlosen Späßchen als falscher Prophet verhöhnt wird. Ehrliche Leute wissen, daß er das gerade Gegentheil aller Wunderschäferei, daß er eine wissenschaftliche Methode ist, die je nach der Arbeitskraft und den Arbeitsmitteln, womit sie gehandhabt wird, mehr oder weniger genaue Ergebnisse liefert. Die Arbeitskraft, die aus dem Kommunistischen Manifest eine geistige Weltmacht geschaffen hat, ist um so staunenswerther, je unvollkommener erst bei dem damaligen Stande der historischen Wissenschaften die Arbeitsmittel waren, über die sie verfügen konnte. Das Manifest sagt selbst, daß die praktische Anwendung seiner Grundsätze überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen werde, und in allem Wechsel dieser Umstände sind seine Grundsätze unerschüttert geblieben. Marx und Engels haben nicht für das Jahr und nicht für das Jahrzehnt, sondern für das Jahrhundert gearbeitet, und das Jahrhundert bestätigt ihnen gern, was ihnen das Jahr und manches lange Jahrzehnt noch so keck zu bestreiten schien.

Wie lächerlich, wie gründlich verfehlt mochte den Glückspilzen des neuen deutschen Reichs die Behauptung erscheinen, daß die bürgerliche Revolution in Deutschland das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein werde, und doch, wenn man heute zurückblickt auf den großen Gang der geschichtlichen Entwicklung — was anderes ist sie gewesen?

Zweiter Abschnitt.

Die Märzrevolution und ihre Folgen.

Erstes Kapitel.

Die Klassenkämpfe der deutschen Revolution.

I. Der 18. März.

Im Laufe der vierziger Jahre hatte die deutsche Romantik vollständig abgewirthschaftet. Unfähig zu schaffen, stand sie in heller Ohnmacht den neuen Mächten gegenüber, die sich in der Industrie und im Handel entwickelten. Ihr letztes Fest feierte sie in der langen Thronrede, womit der preußische König im Jahre 1847 den Vereinigten Landtag begrüßte. Die steigende Unzufriedenheit der gebildeten und der gewerbetreibenden Klassen, und weit mehr noch die ungestüme Presserin, die Finanznoth, hatten ihn gezwungen, die Landtage der acht Provinzen in einer Körperschaft zu vereinen, womit er das alte Verfassungsversprechen seines Vaters erfüllt haben wollte.

Der Vereinigte Landtag sollte kein modernes Parlament, sondern eine feudal-ständische Versammlung sein. Und er war es auch. Die Mitglieder der acht Provinziallandtage wurden in zwei Kurien getheilt: eine Herrenkurie, die aus 72 Mitgliedern des hohen Adels bestand, und eine Dreiständekurie, in der die Ritterschaft 231, die Städte 182 und die Bauern 120 Vertreter zählten. Die Befugnisse des Landtags beschränkten sich auf die Bewilligung von Anleihen in Friedenszeiten und von neuen oder erhöhten Steuern, daneben auf die Begutachtung neuer Gesetzentwürfe, falls es der Krone beliebte, ihm solche Vorlagen zu machen. In seiner Thronrede verschwor sich der König, daß es keiner Macht der Erde je gelingen solle, ihn zu einem konstitutionellen Fürsten zu machen, er werde es nie und nimmermehr zugeben, daß sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte Treue zu ersetzen. Nicht entfernt so romantisch, aber viel deutlicher und kürzer erläuterte er „den sehr kurzen Sinn der sehr langen Rede“ in einem vertraulichen Briefe an seinen Freund Bunsen dahin: man wäre ein siebenfaches Rind-

vieh, 1. eine Verfassung zu fordern und 2. ein noch viel größeres, eine Verfassung zu geben, wenn man schon eine habe. Konsequenter noch als der König vertrat der Prinz von Preußen als Thronfolger diesen liebenswürdigen Standpunkt. Er sah bereits in dem Vereinigten Landtage den Untergang des alten Preußens.

Immerhin hatte er in seiner reaktionären Beschränktheit einen besseren Instinkt, als sein geistreicher Bruder, einen besseren Instinkt auch als die Ideologen der Bourgeoisie, die über eine solche Erfüllung alter Ideale verächtlich die Achseln zuckten und theilweise dazu riethen, diese Sorte von Verfassung gar nicht anzunehmen. Sie fanden damit kein Gehör bei ihrer Klasse, die eben auch ihren guten Instinkt hatte. Engbrüstig und zahm, wie sie an sich war, und obendrein erschreckt durch die ersten, noch so stammelnden Lebenslaute des Proletariats paßte ihr sowohl, was ihr der König bot als auch wie er es bot. Vereint mit verbürgerlichten Elementen des Adels, die durch ihre agrarisch-industrielle Waarenproduktion in die großbürgerliche Interessensphäre gedrängt wurden, und hinter sich viele der Groß- und Mittelbauern, die in dieser ständischen Körperschaft die bäuerliche Klasse vertraten, bildete die Bourgeoisie die liberale Opposition auf dem Vereinigten Landtage, und Hansemann warf mit seinem geflügelten Worte: Bei Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf, die gemüthvolle Romantik der königlichen Thronrede einfach über den Haufen. Der Landtag hielt den Daumen auf dem Geldbeutel. Er wollte nicht blos, wie es damals hieß, eine „Pumpanstalt" für den bankerotten Absolutismus sein und erklärte sich für unzuständig, die geforderte Anleihe von einigen zwanzig Millionen Thalern für den Bau der Ostbahn zu bewilligen, ehe seine periodische Wiederkehr gesichert und seine Rechte erweitert würden. Darüber kam er in Unfrieden mit der Krone auseinander, ohne daß er sich deshalb viel Kopfzerbrechen machte. Er wußte, daß sie ihm wieder kommen müsse.

In diese preußische Idylle brauste nun aber ein Sturm der Weltgeschichte. Eine Reihe von Mißernten und die große Handelskrise von 1847 ließen den europäischen Boden in konvulsivischen Zuckungen erbeben. Alles morsche Gebälk stürzte zusammen. Die Pariser Arbeiter zerschmetterten den Thron Louis Philipps, und in der Metropole des Weltmarkts erhob der Chartismus mächtig sein Haupt. Zum ersten Male trat die moderne Arbeiterklasse in einer bürgerlichen Revolution mit selbständigen Ansprüchen auf; in der provisorischen Regierung der französischen Republik saß ein leibhaftiger Proletarier. Es war kein Jahr, das wie dreißig blitzt, es war ein Gewitter von vierzig und acht: so feierte Freiligrath den Fortschritt der Februar- über die Julirevolution. Dies Gewitter brauste durch ganz Europa bis an die russische Grenze: der Erhebung des westeuropäischen Proletariats antworteten die heroischen Unabhängigkeitskämpfe der unterdrückten Nationen, der Iren und Polen, der Italiener und Ungarn.

In Deutschland fegte der revolutionäre Westwind mit dem ersten Stoß eine Masse alten Gerümpels fort. In allen Klein- und Mittelstaaten wankten

die Thrönlein. Ihre Insassen beeilten sich, sie durch Karyatiden von liberalen Märzministern zu stützen, wobei sie die angenehme Ueberraschung mit in den Kauf bekamen, daß sich mit diesen Mollusken eigentlich noch besser regieren ließe, als mit verbissenen Bureaukraten und steifnackigen Junkern. Ihr gemeinsamer Büttel, der Bundestag, kapitulirte auch schon in den ersten Märztagen und zog als amtliches Banner Deutschlands die schwarzrothgoldene Fahne auf: dieselbe Fahne, die er so oft beschimpft und geächtet, um derentwillen er Hunderte und Tausende blühender Menschenleben vernichtet hatte. Indessen diese feige Erbärmlichkeit ließ ihn nur um so schneller unter der Wucht der allgemeinen Verachtung zusammenbrechen. Am 5. März beschlossen in Heidelberg 51 vornehmlich süddeutsche Liberale, nur vier Rheinpreußen und ein Oesterreicher waren darunter, Männer des öffentlichen Vertrauens aus allen Theilen Deutschlands nach Frankfurt a. M. zusammenzuberufen, die „dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anbieten sollten" für die möglichst rasche Einberufung eines deutschen Parlaments.

Alles das hatte aber erst im Luftreiche des Traumes politischen Kurs. Die Entscheidung lag in Wien und mehr noch in Berlin. So lange die österreichische Monarchie lahmgelegt war durch die nationalen Revolutionen in ihrem Schoße, durch den allgemeinen Hader ihrer verschiedenen Völkerbestandtheile, war der preußische Staat mit seinen ganzen Einrichtungen und Ueberlieferungen, mit seinem Absolutismus und Feudalismus, seiner Armee und seiner Bureaukratie der einzige ernsthafte innere Gegner der deutschen Revolution. Dabei war Preußen der führende Staat des deutschen Zollvereins und wie verhaßt immer die preußische Zwangsjacke in Deutschland sein mochte, so hatte sich die deutsche Bourgeoisie seit den unruhigen Bewegungen des Proletariats doch daran gewöhnt, in ihr das Mittel der deutschen Einheit zu sehen, deren sie je länger je mehr bedurfte. Seitdem französische Arbeiterfäuste mit dem Bürgerkönigthum reinen Tisch gemacht hatten, war die langsame, aber sichere Methode des Vereinigten Landtags unmöglich geworden. Dagegen war eine siegreiche Revolution in Preußen ein viel schnellerer, aber auch viel unsicherer Prozeß, der je nachdem die ganze liberale Märzherrlichkeit der Mittel- und Kleinstaaten mit einem Schlage wegschwemmen konnte.

Einstweilen dachte das vormärzliche Preußen nicht daran, auch nur in dem bescheidenen Maße abzudanken, das die Ansprüche der Bourgeoisie befriedigt hätte. Es verließ sich auf sein Heer und seine sonstigen Machtmittel, und die bürgerliche Klasse der Hauptstadt, eine noch sehr junge Bourgeoisie und ein vorlautes, aber thatenscheues Kleinbürgerthum, trat ihm auch keineswegs in erschreckender Gestalt entgegen. Ihre ersten Kundgebungen im März waren viel weniger von der Liebe für die Freiheit, als von der Angst vor dem Proletariat diktirt: ein Heulmeierartikel der Vossischen Zeitung vom 7. März, worin den Arbeitern eindringlich vorgestellt wurde, sie möchten sich nicht durch die französische Revolution in der Ueberzeugung beirren lassen, daß sie im Schooße des Kapitalismus immer am besten aufgehoben seien, und ein Beschluß der Stadtverordneten vom

9. März, etwas mehr als bisher für die arbeitenden Klassen zu thun und durch eine Kollekte bei den wohlhabenden Bürgern Mittel für die Ausführung gemeinnütziger Arbeiten zu schaffen. An demselben Tage war nach unendlich langen Vorbereitungen ein städtischer Arbeitsnachweis eröffnet worden, wo sich sofort sechs bis sieben Tausend Arbeitslose gemeldet hatten, ohne daß mehr als einem Einzigen von ihnen Arbeit nachgewiesen werden konnte.

Sonst glaubte die Krone die bürgerliche Opposition dadurch beschwichtigen zu können, daß sie dem Vereinigten Landtage die periodische Berufung gewährte und ihn zum 27. April einberief, obendrein aber noch verhieß, beim Bundestage wegen Preßfreiheit mit Garantien und bei Metternich wegen der deutschen Einheit vorstellig zu werden. Diese wundervollen Verheißungen erregten in der That die höchste Begeisterung des Berliner Philisters, dessen Leibblatt, die Vossische Zeitung, und dessen berufene Behörde, die Stadtverordneten, als „Freunde besonnenen Fortschritts", vor „freudigem Danke" über so herrliche Zugeständnisse erbebten. Natürlich ließ sich aber das Berliner Proletariat mit derartigen Albernheiten nicht abspeisen. Unentwickelt und unreif, wie es als Klasse noch war, gab es dennoch die treibende Kraft zu großen Volksversammlungen, die vor den Thoren der Stadt abgehalten wurden und neben Preß-, Vereins- und sonstiger bürgerlicher Freiheit schon Garantie der Arbeit und ein Arbeitsministerium verlangten.

Die Krone bildete sich zu ihrem Verhängniß ein, auch mit dieser Opposition ohne Weiteres fertig werden zu können. Sie ließ die Volksversammlungen, nachdem sie die ersten geduldet hatte, mit Waffengewalt sprengen, die heimkehrenden Massen zusammenhauen oder zusammenschießen, überhaupt die Straßen der Stadt mit Militär überschwemmen. Die Garde war vorher in den Kasernen durch den Prinzen von Preußen haranguirt worden und fanatisirte sich in wachsendem Blutdurste so schnell, daß sie schließlich die harmlosesten Menschen niedersäbelte, die sich auf der Straße sehen ließen. Diese Metzeleien wiederholten sich am 13., 14., 15. und 16. März. Anfangs sah ihnen die bürgerliche Klasse gleichmüthig zu und verschloß sogar die Hausthüren vor den flüchtenden Opfern der militärischen Wuth. Als aber ohne Unterschied auch die „ruhigsten Bürger" über die Klinge springen mußten, da fing sie an, rebellisch zu werden.

In diesen sich häufenden Zündstoff fiel wie ein Feuerfunke die Nachricht, daß die Bevölkerung von Wien am 13. März das System Metternich gestürzt und dessen Träger verjagt habe. Nun endlich fühlte die Regierung das Feuer auf ihren Nägeln brennen, und ihre Erkenntniß wurde noch gewaltig beflügelt durch eine große Deputation, die unter der Führung des rheinischen Oberpräsidenten aus Köln eintraf und dem Könige ziemlich unverblümt andeutete, wenn er sich nicht sofort zu Reformen entschlösse, könne er auf den Abfall der Rheinlande gefaßt sein. So wurden schleunigst zwei Patente erlassen, von denen das eine vom 17., das andere vom 18. März datirt war. Jenes verhieß Preßfreiheit mit Kautionen, dieses die Einberufung des Vereinigten Landtags zum

2. April mit einem allgemeinen Programm über einen deutschen Bundesstaat unter preußischer Vorherrschaft und über eine konstitutionelle Verfassung für Preußen. Unterzeichnet waren beide Patente von dem vormärzlichen Ministerium mit all seinen verhaßten Namen.

Inzwischen hatte die Wiener Revolution aber auch in der Berliner Bevölkerung ein Gefühl tiefer Scham hervorgerufen. Es war allzu bitter, daß die „Stadt der Intelligenz", die sich in hochtrabenden Redensarten wie ein seidenes Tuch herauszustreichen verstand, an politischer Einsicht und Energie von der verachteten Phäakenstadt an der Donau übertroffen wurde. Gerade die friedfertigsten Elemente, die „Schutzbürger", die ein paar Tage vorher von den städtischen Behörden eingesetzt worden waren, um die „Ruhestörer" zur Ruhe zu verweisen, beschlossen zum Mittage des 18. März eine friedliche Massenkundgebung vor dem Schlosse zu veranstalten, um von dem Könige zu beanspruchen: Zurückziehung der militärischen Macht, Organisation der bewaffneten Bürgergarde, Gewährung unbedingter Preßfreiheit und schnelle Einberufung des Vereinigten Landtags. Von diesen Punkten war der vierte durch die königlichen Patente ganz, der dritte halb bewilligt worden. Die zweite Forderung sollte, wie wenigstens die weit überwiegende Mehrzahl ihrer Urheber meinte, keineswegs das Volk gegen das Heer rüsten, sondern aus der Bürgerschaft eine freiwillige Gendarmerie gegen die Rebellen bilden, um dadurch die erste, der Reihe wie dem Sinne nach erste Forderung zu ermöglichen: die Zurückziehung des Militärs. Hierin gipfelte die geplante Kundgebung. Mit den militärischen Metzeleien, mit der Zumuthung, sich je nach Molochs sultanischen Launen wie eine willenlose Hammelherde abschlachten zu lassen, hatte der vormärzliche Despotismus glücklich ein Ende an dem endlosen Geduldfaden der vormärzlichen Philister aufzuspüren gewußt.

Wie bekannt, entbrannte die Revolution an diesem Punkte. Die Menschenmassen, die in der Mittagsstunde des 18. März den Schloßplatz erfüllten, nahmen die Kundgebung der königlichen Patente zwar mit Beifall entgegen, aber sie waren durch pompöse Redensarten des romantischen Königs und seines bureaukratisch-feudalen Ministeriums zu oft genarrt worden, als daß sie sich über den entscheidenden Punkt der ganzen Lage hätten täuschen lassen. Als der Justizminister Savigny unter einem Schloßportale der andringenden Menge auseinandersetzte, daß der König ja viel mehr bewilligt habe, als je verlangt worden sei, sagte ihm ein Arbeiter: „Alter, das verstehst du nicht, man hat nichts bewilligt", eine Antwort, die mehr an historischem Sinn enthielt, als die gesammte historische Schule jemals hat mobil machen können. Die Rufe nach Zurückziehung des Militärs wurden immer lauter, trotz aller Beschwichtigungsversuche, die der König vom Balkon aus machte, und sie schwollen zum Sturme an, als von der Stechbahn her eine Schwadron Dragoner und aus dem Schlosse selbst eine Kompagnie Infanterie vorbrach, um den Platz von Menschen zu säubern. Zwei Schüsse, die aus den Reihen der Infanterie fielen, gaben dann das Signal zum Straßenkampfe.

Der langwierige Streit darüber, ob diese Schüsse sich zufällig entladen haben oder nicht, ob der Prinz von Preußen den Befehl zum Einschreiten des Militärs gegeben habe oder nicht und was alles sich daran knüpft, ist von ganz nebensächlicher Bedeutung. Möglich, daß bei der Entladung der beiden Gewehre ein Zufall gespielt, möglich, daß der Prinz von Preußen, der allgemein für den Urheber des militärischen Angriffs gehalten wurde und durch sein demagogisches Treiben in den Kasernen den Verdacht reichlich verdient hatte, zufällig in dieser Stunde keine reaktionäre Intrigue gesponnen hat: der gewaltsame Zusammenstoß war unvermeidlich, sobald die Zurückziehung des Militärs zur praktisch brennenden Frage geworden war, in der keiner der streitenden Theile nachgeben konnte und wollte. Wäre er nicht unter diesen zufälligen Umständen erfolgt, so wäre es unter anderen zufälligen Umständen geschehen.

Ebenso müßig ist der Streit darüber, wer in dem dreizehnstündigen Kampfe gesiegt hat. Siegen in einem Kriege heißt: seinen Willen dem widerstrebenden Gegner aufzwingen, und es ist nicht abzusehen, weshalb diese einfache Logik, die jedem preußischen Schulkinde an den Schlachten des alten Blücher und des alten Fritz bis zum Ekel eingepaukt wird, für den Kampf zwischen Krone und Volk nicht gelten soll. Am Vormittage des 19. März zog die Krone das Militär aus der Stadt, was sie am Nachmittage des 18. März auf die Gefahr des Straßenkampfes hin hartnäckig verweigert hatte. Sagt man aber, wie es von byzantinischen Historikern unzählige Male gesagt worden ist, daß der Befehl zum Rückzuge der Truppen ohne zwingenden Grund und in niemals aufgeklärter Weise gegeben worden sei: nun, so ist ein Hauptquartier, in dem die entscheidenden Befehle unbekannt von wem und unbekannt weshalb ertheilt werden, nicht einmal, sondern dreimal geschlagen. Wirklich brach das alte Preußen in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848 unter der Last seiner Sünden, die der kräftige Stoß der Revolution ins Rollen gebracht hatte, rettungslos zusammen.

Der Straßenkampf wurde von dem fanatisirten Militär unter unmenschlichen Grausamkeiten geführt, mit einer tückischen Mordsucht, die sehr patriotischen Veteranen der Befreiungskriege den Schmerzensschrei entriß, daß sie eine Schande für das preußische Heer sei. Dagegen kämpften die Jünglinge und Männer auf den Barrikaden mit heiterer und tapferer Ausdauer, mit einer gutmüthigen Menschlichkeit, die von allen unbefangenen Zeugen bestätigt und hier oder da selbst von einem militärischen Berichterstatter unbewußt zugegeben wird. Trotz ihrer ganz unzureichenden Bewaffnung wußten sie die 14000 Soldaten und 36 Geschütze, mit denen sie zu schaffen hatten, im Laufe der Nacht so mürbe zu machen, daß die militärischen Befehlshaber um 5 Uhr Morgens den bis auf den Tod erschöpften Truppen die Einstellung des Kampfes befahlen. Die Kämpfer auf den Barrikaden sogen immer neue Kraft aus der Sympathie der Bevölkerung. Kein Zweifel, daß der Frühlingssturm dieser Märznacht den Kern des Kleinbürgerthums über den engen Horizont seiner philisterhaften Gesinnungen hinaushob.

Doch die Hauptlast des Kampfes ruhte auf dem Proletariat. Unter den 183 bürgerlichen Todten, die am 22. März in einem feierlichen Leichenzuge bestattet wurden, befanden sich ein Referendar und zwei Studenten, deren einer sich nicht einmal am Kampfe betheiligt hatte, sondern von blutdürstigen Soldaten ermordet worden war. Die Masse der Todten bestand aus Handwerkern, von denen in den Listen einige wenige als Meister, sehr viele aber als Gesellen bezeichnet werden, aus Arbeitsmännern, Maschinenbauern, Handlungsgehilfen, Lehrlingen. Daß die 33 Leichen, die nicht rekognoszirt werden konnten, ausschließlich der Arbeiterklasse angehörten, liegt auf der Hand. An diese unbekannten Todten heftete später die Reaktion die mehr noch alberne als schamlose Nachrede, daß die Kämpfer des 18. März aus fremdländischen Emissären, aus Strolchen und Verbrechern bestanden hätten. Nachgewiesen hat sie es von keinem, und trotz aller heißen Mühe weder in einem der rekognoszirten Todten noch in einem der 700 Gefangenen einen Emissär oder Strolch oder Verbrecher oder auch nur einen „kriminalisch Bestraften" zu entdecken vermocht, obgleich in dem vormärzlichen Berlin schon das Tabakrauchen auf offener Straße eine „kriminalische Bestrafung" nach sich zog. „Man hat häufig behauptet, daß unter den Gefallenen mehrere Dutzend bestrafte Diebe gewesen seien. Geheimräthe waren freilich nicht darunter. Wäre jene Behauptung wirklich wahr, so hätte der Tod jene Männer ehrlich gemacht." So fertigt Gneist, selbst ein preußischer Geheimrath, kurz und treffend die freche Verleumdung ab.

Mit den Truppen verließ der Prinz von Preußen die Hauptstadt und floh verkleidet unter nichts weniger als heldenhaften Abenteuern nach London. Auch die verhaßtesten der alten Minister und eine Masse Feiglinge aus den oberen Zehntausend verließen Berlin. Der König beauftragte den Grafen Arnim, einen gelegentlich liberalisirenden Großgrundbesitzer, mit der Bildung eines neuen Ministeriums, doch vermochte Niemand die am Boden schleifenden Zügel der Regierung zu ergreifen. In den Gemächern des Schlosses herrschte die grenzenloseste Verwirrung, im Schloßhofe drängte und stieß sich eine wachsende Menge. Da strömten aus allen Theilen der Stadt, getrieben von einem gemeinsamen Instinkt, die Barrikadenkämpfer durch die Portale herein. In der Faust die siegreiche Waffe, die Gesichter noch glühend vom Kampfe, trugen sie auf den Schultern die Bahren mit den Leichen ihrer gefallenen Brüder, deren Wunden offen gelegt, deren blutige Stirnen von Frauenhänden mit Immortellen und Lorbeeren geschmückt worden waren. Lautlos empfing sie die Menge, die Lippen bebten und die Thränen flossen, der feste Schritt der Träger hallte allein im Schloßhofe wieder und von Zeit zu Zeit der Name eines Gefallenen, vom Träger laut ausgerufen: „Familienvater von fünf unerzogenen Kindern"; „Auf der Barrikade am Kölnischen Rathhause niederkartätscht"; „Ohne Pardon niedergestochen, nachdem er sich ergeben hatte"; „Fünfzehn Jahre alt, an meiner Seite niedergeschossen, mein einziger Sohn". Und nun brach über den Hohenzoller ein Gericht herein, wie es kein Stuart und kein Capet auf den Stufen des Schaffots

zu erdulden gehabt hat, ein Gericht, dessen erschütternde Gewalt in Freiligraths unsterblichen Versen für immer aufbewahrt ist:

So war's! Die Kugel in der Brust, die Stirne breit gespalten,
So habt ihr uns auf schwankem Brett auf zum Altan gehalten!
„Herunter!“ — und er kam gewankt — gewankt an unser Bette;
„Hut ab!“ — er zog — er neigte sich! (so sank zur Marionette,
Der erst ein Komödiante war!) — bleich stand er und beklommen!
Das Heer indeß verließ die Stadt, die sterbend wir genommen!
Dann „Jesus meine Zuversicht!“, wie ihr's im Buch könnt' lesen;
Ein „Eisen meine Zuversicht!“ wär' paßlicher gewesen!

Der leise Vorwurf, den der Dichter die Todten an die Lebenden richten läßt, ist seitdem oft gegen die siegreichen Barrikadenkämpfer erhoben worden. Weshalb den Stachel einer unvergeßlichen Demüthigung in das Herz des Königs drücken, statt mit kaltblütiger Verachtung den Thron zu zerbrechen? Der Vorwurf ist so berechtigt oder so unberechtigt, als wenn man die Stürmer der Bastille tadeln wollte, weil sie nicht sofort die Republik ausgerufen haben. In hochherzigem Aufschwunge hatte das Proletariat ein schmähliches Joch zerbrochen, in dem Blute eines Tages die Schmach von Jahrzehnten abgewaschen, eine historische Grenzscheide gezogen, über welche keine Macht der Welt wieder zurückkonnte. Gewiß, es konnte auch den Thron für den Augenblick umwerfen, aber es konnte nicht eine Herrschaft antreten, für die es lange nicht entwickelt und reif genug war, es konnte nicht eine Aufgabe lösen, an deren Anfangsgründen es sich erst dämmernd zurecht tastete. Es vergaß nicht des „Eisens meine Zuversicht“, denn der Todtenzug nach dem Schlosse war nicht nur die Sühne, welche die Volksjustiz an einem schuldigen Fürsten nahm: er krönte vielmehr das Werk des 18. März, indem er dem Könige die Genehmigung der Volksbewaffnung entriß. Das Proletariat konnte nicht mehr thun, als reinen Tisch für die Bourgeoisie machen, für diejenige Klasse, die nach dem Stande der historischen Entwicklung zunächst berufen war, die Herrschaft zu ergreifen. Ihr lag die Abrechnung mit dem Absolutismus und Feudalismus ob, bei ihr lag die Entscheidung, ob das tapfere Werk des 18. März gekrönt oder verrathen werden sollte.

Sie hat es verrathen, und ihr böses Gewissen ließ den Friedhof verwildern, wo die gefallenen Volkskämpfer zur Ruhe gebettet worden waren. Der Rost nagte an den Buchstaben und Ziffern der Kreuze, und über den versunkenen Grabhügeln wehte das Gras zusammen. Dann aber kam der Tag, an dem das erwachte Klassenbewußtsein des Proletariats die historische Bedeutung der Märzrevolution begriff und die Gräberstätte des Friedrichshains von Neuem weihte. Von seinen Todten gilt, was Marx später von den Märtyrern eines anderen 18. März sagte: sie sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse.

II. Der Verrath der Bourgeoisie.

Auf den Berliner Barrikaden hatte die deutsche Revolution festen Boden unter den Füßen gewonnen. Sie wandelte aufstürmend durch das Land und zerstörte die Wurzeln der feudalen Gesellschaft. Die bäuerliche Klasse erhob sich, um namenloses Leid zu rächen. Im südlichen Deutschland, im Odenwalde, im Schwarzwalde, schlugen aus dem alten Boden des Bauernkrieges neue Flammen auf; die Rentbeamten der Edelleute und Standesherren wurden verjagt, die Grund- und Zehntbücher vernichtet, die Schlösser der Grundbesitzer zerstört. Im Königreiche Sachsen fraß das Feuer einzelne feudale Schlösser. Am stärksten war die bäuerliche Bewegung im ostelbischen Preußen, und hier namentlich in Schlesien. Die Bauern zogen auf die Gutshöfe und zwangen ihren Quälern Urkunden ab, in denen diese auf alle gutsunterthänigen Abgaben und Leistungen verzichteten. Die feudale Partei, die einzige organisirte Partei in Preußen, wurde durch unzählige Bauernrevolten aufgerieben, mit ihr fiel die letzte Stütze des vormärzlichen Staats.

Derweil trat in Berlin selbst der Gegensatz zwischen der bürgerlichen und proletarischen Klasse scharf hervor. Kaum war der begeisternde Schwung der Märznacht verrauscht, als die Philister nach „Schließung der Revolution", nach Ruhe um jeden Preis zu schreien begannen. Die bürgerliche Klasse hatte die Aemter der Gemeinde in der Hand und benutzte sie, um die 25 000 Gewehre, die aus den Zeughäusern des Heeres für die Bürgerwehr geliefert wurden, für sich zu ergreifen. Sie machte Ortsangehörigkeit, persönliche Garantie für Rückgabe der anvertrauten Waffe und selbständigen Erwerb zu Bedingungen für den Eintritt in die Bürgerwehr: Bestimmungen, die in weitestem Umfange dazu angewandt wurden, um das Proletariat von der Volksbewaffnung auszuschließen. Am Tage nach dem Siege wurden die Sieger um den Preis ihres Kampfes geprellt.

Die neue Bürgerwehr geberdete sich sofort als eine Polizeitruppe, die eine gelinde Sehnsucht nach der vormärzlichen Gendarmerie erwecken konnte. Sie tobte wie ein angeschossener Eber für die Heiligkeit des Eigenthums und gegen die „Aufwiegler". Dabei beschränkten sich die sogenannten Exzesse im Märzkampfe darauf, daß die Wohnung eines pensionirten Offiziers und der Laden eines Handschuhmachers, die beide heimtückisch Barrikadenkämpfer an die Truppen verrathen hatten, demolirt wurden. Ein gleiches Schicksal drohte dem Palais des Prinzen von Preußen, doch wurde es dadurch abgewandt, daß ein Führer der Massen die Geistesgegenwart besaß, das Gebäude zum Eigenthum der Nation zu erklären. Sonst bewährte sich in der Märzwoche, wie schon so oft, die erhebende Kraft der Revolution: die gemeinen Verbrechen und namentlich die Eigenthumsverbrechen nahmen ab. Genau einen Monat nach dem 18. März erklärte der Polizeipräsident öffentlich, „daß im Allgemeinen die bisherige Haltung der Gesellen und Arbeiter mit Recht eine öffentliche Anerkennung verdiene", und drei

Wochen nach endlich errungener Preßfreiheit mußte der Staatsanwalt am Berliner Kriminalgerichte den braven Bürgern auf ihre zahllosen Denunziationen wegen „Uebergriffe der Presse" gleichfalls öffentlich erklären: „Wer Preßfreiheit will, muß auch deren Mißbräuche zu ertragen wissen, die Neuheit der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen." Trotzdem lärmte die Bürgerwehr für das bedrohte Eigenthum weiter; „Alles ist ruhig in der Stadt, mit Ausnahme der Bürgerwehr", meldete in einer Nacht ein patrouillirender Zugführer, dem das Treiben seiner Kameraden zum Ekel geworden war. Den Geist dieser braven Truppe kennzeichnet nichts besser, als die Reihenfolge ihrer selbstgewählten Befehlshaber: erst war es der Polizeipräsident v. Minutoli, dann der Stadtkommandant v. Aschoff, darauf der urreaktionäre Major Blesson und endlich, als den bürgerlichen Helden vor ihrer eigenen Gottähnlichkeit bange zu werden begann, der Philister Rimpler, Bein von ihrem Bein und Blut von ihrem Blut, ein Hasenherz vor der bewaffneten Reaktion und ein brüllender Löwe vor dem wehrlosen Proletariat.

Der Skandal war schon am 23. März so groß, daß die einzige politische Zeitung Berlins, die vor Jahr und Tag gegründete Zeitungshalle, einen Artikel gegen die Ruheprediger richtete. Sie sagte sehr richtig, daß wenn die Bürger am ersten Tage nach der Revolution mit allen Kräften rückwärts zögen, die Angst vor den Arbeitern sie zu diesem selbstmörderischen Gebahren triebe. Freilich bestehe ein Bruch zwischen der Bürger- und Arbeiterklasse, aber um ihn zu überbrücken, müsse das Bürgerthum nicht rückwärts, sondern vorwärts schreiten. Es fehlte nicht viel, daß der Redakteur der Zeitungshalle wegen dieses ebenso ruhigen wie vernünftigen Artikels von entrüsteten Bürgerwehrmännern gelyncht worden wäre. Seine demokratischen Freunde stürmten sein Haus, um ihm die Freundschaft aufzusagen, und die Börse erklärte mit feierlichem Schwur Jeden für einen „Schurken", der nicht helfen würde, der Zeitungshalle die Abonnenten und Inserate abzuknöpfen.

Würdig der Bürgerwehr waren natürlich die städtischen Behörden. In ihren Kundgebungen versteiften sie sich wider besseres Wissen auf die Behauptung, daß die politische Bewegung der Massen gegen das Eigenthum der bürgerlichen Klassen gerichtet sei, und bereits am 21. März hatten sie sich durch heimliche Machenschaften mit der Krone darüber geeinigt, daß die kaum aus der Stadt getriebenen Garderegimenter wieder einrücken sollten. Um dem Volke den nöthigen Sand in die Augen zu streuen, hieß es in der gedruckten Proklamation des Magistrats, „Se. Majestät habe befohlen, daß vor dem Einzuge in die Stadt das Militär auf die deutsche Verfassung vereidigt werde", also auf eine Verfassung, die es gar nicht gab. Im letzten Augenblick fehlte aber doch die Kourage, diesen sauberen Plan auszuführen, und die Proklamation wanderte in den Papierkorb. Dagegen wurde jetzt eine mit 14 000 Unterschriften bedeckte Adresse an die Krone zu Stande gebracht, worin der Einzug zwar nicht der vertriebenen Truppen, aber „bürgerfreundlicher Regimenter" erbeten wurde. Ein sehr zweifel-

hafter Demagoge, der Thierarzt Urban, leistete dabei hilfreiche Hand, und die Mehrheit der Bürgerwehr erklärte sich gleichfalls dafür. Bei allem Tändeln mit bunten Schnüren und Schulterstücken, worin sie die schnurrbärtigsten Gardelieutenants noch übertraf, war sicherer doch sicherer: wirksamer als durch ihren freiwilligen Heldenmuth wurde das heilige Eigenthum durch wirkliche Soldaten geschützt. Und so rückten denn am 30. März ein Infanterie- und ein Kavallerieregiment, dazu zwei Bataillone und eine Schwadron wieder in die Hauptstadt ein.

Es war kein günstiges Vorzeichen für die Bourgeoisie, die gleichzeitig in das Ministerium einzog. War sie zunächst zur Herrschaft berufen, so war in ihr selbst wieder die rheinische Bourgeoisie am entwickeltsten und reifsten. Camphausen und Hansemann, die Präsidenten der Handelskammern in Köln und Aachen, waren denn auch sogleich vom Grafen Arnim zum Eintritt in sein Ministerium aufgefordert worden, hatten aber wohlweislich abgelehnt, als Figuranten unter einem Großgrundbesitzer zu dienen, der wohl mitunter eine liberale Maske vorsteckte, jedoch im Wesen der Sache feudal-ständische Anschauungen hegte. Ueber diesen Widerstand stolperte Graf Arnim; am 29. März wurde Camphausen zum Ministerpräsidenten und Hansemann zum Finanzminister ernannt. Graf Schwerin und Auerswald, zwei oppositionelle Größen des Vereinigten Landtags, gingen als Kultusminister und Minister des Innern aus dem alten in das neue Kabinet über, ebenso Arnim-Heinrichsdorff, der bisherige Gesandte in Paris, als Minister des Auswärtigen.

Diese Leute verdienten einen Platz im ersten Ministerium der Bourgeoisie, der sie schon unter dem Grafen Arnim kräftig vorgearbeitet hatten. Sie hatten am 21. März den komödiantenhaften Aufzug des Königs durch die Hauptstraßen Berlins veranlaßt. Unter einem Vortrabe von Generalen und Ministern, die schwarzrothgoldene Binden am Arme trugen, vor sich einen Bürgerwehrmann mit der dreifarbigen Fahne, neben sich den Polizeispitzel Stieber, hinter sich den Thierarzt Urban mit einer gemalten Kaiserkrone, hatte der König vor dem Rathhause und der Universität wie ein Jahrmarktsreiter verkündet, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle, daß er die deutsche Einheit und Freiheit retten, daß er sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen wolle. Bei allem Gaudium, das der Berliner Philister daran hatte, lud die Posse neue Schmach auf das Haupt des Königs, der eben bis in den Staub gedemüthigt schon wieder den prahlerischen Charlatan spielte. Ein Hohngelächter aus ganz Deutschland antwortete auf seine feierlichen Verheißungen.

Aber die Macher des theatralischen Umritts wußten recht wohl, was sie wollten. Aus ihm schöpfte der König in einem Briefe an den Herzog von Augustenburg alsbald den Beruf, sich in den Kampf der Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen Dänemark zu mischen. Es geschah öffentlich unter der Aegide des deutschen Bundes, zur Rettung deutscher Volksstämme vor dänischer Fremdherrschaft. Die geheimen Zwecke waren, einerseits der gedemüthigten und aus Berlin vertriebenen Garde eine militärische Genugthuung zu geben, andererseits

in Schleswig-Holstein, dessen Sache in Deutschland überaus populär war, einen Herd der Revolution zu zertreten. Ehe die preußischen Truppen die Grenze überschritten, schrieb der preußische Gesandte v. Wildenbruch in einer geheimen Note vom 8. April an das dänische Kabinet, es möge den Krieg nur nicht tragisch nehmen; die preußische Regierung wünsche vor allen Dingen, die Herzogthümer dem Könige von Dänemark zu erhalten, sie habe den Feldzug einzig unternommen, um die radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands an unheilbringender Einmischung zu hindern.

Während so schon unter dem Ministerium Arnim das Gewebe der Gegenrevolution angezettelt wurde, erwies sich das Kabinet ohne Hilfe der Bourgeoisie doch viel zu schwach, um derben Stößen der Revolution zu widerstehen. Wie am 18. März die Deputation aus Köln, so griff am 22. März eine Deputation aus Breslau und Liegnitz entscheidend in die Politik der Krone ein, und zwar mit dem gleichen Mittel: mit der Drohung, daß Schlesien abfallen werde, wenn nicht statt des Vereinigten Landtags eine auf Urwahlen gegründete Volksvertretung, vollständige Sicherheit der Person, Schwurgerichte namentlich für politische Vergehen, allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer, Unabsetzbarkeit des Richterstandes, Abschaffung aller feudalen Gerichtsbarkeit und Polizei, Ministerverantwortlichkeit und Vereidigung des Heeres auf die Verfassung gesichert würden. Graf Arnim sträubte sich mit Händen und Füßen, aber die Deputation, die von einem ehemaligen Polizeipräsidenten geführt wurde und hauptsächlich aus städtischen Beamten bestand, wurde so dringend, zudem lauteten die Nachrichten aus Schlesien so beunruhigend, daß die Krone wohl oder übel nachgeben mußte.

In einer sofort veröffentlichten Kabinetsordre an die schlesische Deputation versprach der König „eine konstitutionelle Verfassung auf der breitesten Grundlage“ und ein volksthümliches Wahlgesetz, das eine auf Urwahlen begründete, alle Interessen des Volks umfassende Vertretung zu schaffen geeignet sei. Diese Versammlung sollte über die einzelnen, in der Kabinetsordre nochmals aufgezählten Forderungen der schlesischen Deputation beschließen. Außerdem verhieß der König, das stehende Heer auf die künftige Verfassung zu vereidigen, und nur in dem einen Punkte machte er einen Vorbehalt, daß dem Vereinigten Landtage das neue Wahlgesetz zur Begutachtung vorgelegt werden solle. Mit solchem Programm war Graf Arnim unmöglich. Er sperrte sich noch ein paar Tage, aber seine eigenen Kollegen, besonders sein Namensvetter, drängten ihn hinaus. Diese verbürgerlichten Aristokraten zögerten nicht, unter das Kommando der Bourgeoisie zu treten.

Von den beiden neuen Ministern war Camphausen der gebildetere, Hansemann der entschlossenere. Hansemann wollte die materiellen Interessen der Bourgeoisie ohne Gram und Scham durchsetzen, während Camphausen sich noch mit dem mahnenden Gewissen der bürgerlichen Ideologie herumschlug. Jedoch waren sie zunächst darin einig, daß der Sieg des Proletariats zu Gunsten der Bourgeoisie zu eskamotiren sei. Sie lehnten deshalb ab, auf die historische That-

sache der Revolution hin die neue Volksvertretung einzuberufen, sie stellten sich vielmehr auf den „Rechtsboden", sie wollten die „Kontinuität des Rechtszustandes" aufrecht erhalten und wie die schönen Schlagworte sonst noch heißen mochten. Deshalb hielten sie daran fest, daß der Vereinigte Landtag das Wahlgesetz zu berathen und die Grundzüge der neuen Verfassung zu entwerfen habe. Der famose „Rechtsboden" bestand in der pfiffigen Berechnung, daß die Eskamotirung der Revolution durch die Bourgeoisie einen ehrwürdigen Heiligenschein erhalten müßte, wenn sie dem Proletariat durch ein feudales Gespenst aufgeherrscht würde.

Wie nicht anders zu erwarten war, erwies sich der Vereinigte Landtag als ein reines Gespenst. Die feudale Partei war auf der ganzen Linie geschlagen. Unter ihren Mitgliedern gefiel sich einzig der alte Thadden-Triglaff noch in den vormärzlichen Kapuzinaden und wollte neben der freien Presse den Galgen errichten. Aber sein junger Adjutant v. Bismarck gestand mit aufrichtigem Kummer, keine menschliche Macht könne die begrabene Vergangenheit wieder erwecken und fügte mit süß-saurer Miene hinzu, er werde das Ministerium Camphausen unterstützen, denn sonst sei keine Hoffnung mehr auf einen „gesetzmäßigen und geordneten Zustand". Der Vereinigte Landtag glich einem galvanisirten Leichnam, der gerade noch die Befehle niederschreiben konnte, welche ihm die Bourgeoisie in die Feder diktirte. In dem Gesetze vom 6. April wurden die Grundzüge der neuen Verfassung festgelegt: Freiheit der Presse ohne Kautionen, Schwurgerichte auch für politische Vergehen, Unabhängigkeit des Richterstandes und Beseitigung des über ihn verhängten Disziplinargesetzes, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Genuß der staatsbürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß und endlich als die Krone von Allem die Zusicherung, daß der Erlaß aller Gesetze, die Feststellung des Etats und die Erhebung der Steuern von der Zustimmung der künftigen Volksvertreter abhängig sein solle. Dazu verlieh das Gesetz vom 8. April das allgemeine gleiche geheime, aber indirekte Wahlrecht für eine Versammlung, welche berufen sein sollte, die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen.

In diesen Gesetzen ist noch sehr deutlich die Angst vor dem siegreichen Proletariat zu spüren. Sie sind der praktische Niederschlag der Verheißungen, die der König der schlesischen Deputation gegeben hatte. Besonders dasjenige der neuen Volksrechte, das zunächst wirksam werden sollte, war, wie Rodbertus ausdrücklich bezeugt, von der Furcht geboren worden. Es kennzeichnet die Lage, daß Rodbertus von allen Mitgliedern des Vereinigten Landtags vermuthlich der Einzige war, der grundsätzlich dem allgemeinen Stimmrechte anhing, aber gewiß der Einzige, der thatsächlich dagegen sprach, weil er die Massen noch nicht für reif genug hielt, dies Recht zu gebrauchen. Hatte das Ministerium nun aber schon durch die indirekte Wahl eine arge Bresche in das allgemeine Stimmrecht gelegt, so stellte es überhaupt die Gesetze vom 6. und 8. April in eine völlig nebelhafte Region durch die Bestimmung, daß die künftige Staatsverfassung zwischen Krone und Volksvertretung vereinbart werden solle.

Die „Vereinbarung“ war ein bürgerlicher Schwindel, würdig des „Rechtsbodens“. Sie war, wie später ein Redner der Linken in der preußischen Nationalversammlung sagte, ein Klex, der hinterher der großen Bewegung auf nichtige Weise angehängt wurde, ein Wort, weder alt noch neu und nicht einmal deutsch, eine wahre Mißgeburt von Wort, das sich wie eine Nabelschnur an das Neue anhing, um das Alte aufzusaugen. Mit der „Vereinbarung“ wurde grundsätzlich der Stand der Dinge auf die Mittagsstunde des 18. März zurückgeworfen, der Sieg des Volkes kassirt, die Krone in ihrer alten Gewalt wieder aufgerichtet. Es war abermals Rodbertus, der im Vereinigten Landtage klipp und klar die Frage stellte, was denn geschehen solle, wenn Krone und Versammlung sich nicht vereinbarten. Hansemann antwortete mit kaltblütigem Hohne: Dann wird dessen Meinung obsiegen, der noch die größte Macht hat, worauf Rodbertus mit dem Stoßseufzer schloß: Das scheint mir aber nur auf dem Wege einer zweiten Revolution geschehen zu können. Trotzdem stellte auch er sich auf das Prinzip der Vereinbarung. Utopist im Politischen, wie im Sozialen, wollte er die „Jungfräulichkeit Preußens im Rechte“ retten, desselben Preußens, dessen offizielle Geschichte seit dem 16. Jahrhundert eine ununterbrochene Reihe von Rechtsbrüchen war; um die „erste Revolution“, die Revolution des Volkes, verleugnen zu können, bereitete er die „zweite Revolution“ vor, die Gegenrevolution der Krone.

Die Bourgeoisie hätte nicht die Bourgeoisie sein müssen, wenn sie nach diesem Verrath an dem Proletariat ihre eigene Herrschaft nicht durch den Nerv der Dinge gestärkt hätte. Das Ministerium verlangte vom Vereinigten Landtage einen Kredit von vierzig Millionen Thalern, von dem fünfzehn Millionen für Rüstungen des Heeres, fünfundzwanzig Millionen zur Bändigung der inneren Anarchie in der Weise verwandt werden sollten, daß dem Handel und der Industrie flüssige Kapitalien zugeführt würden, in deren Fluthen das arbeitslose und unruhige Proletariat wieder untergetaucht werden konnte. Da in Geldsachen nicht blos die Gemüthlichkeit der Monarchie, sondern auch der Rechtsboden der Bourgeoisie aufhört, so verlangten Camphausen und Hansemann diesen Kredit von demselben Landtage, der sich namentlich auf ihr Betreiben ein Jahr vorher für unzuständig erklärt hatte, solche Kredite zu bewilligen, und sie erhielten ohne viele Redensarten das erkleckliche Handgeld.

Nicht ganz so glücklich fuhren sie mit einer dritten Machenschaft, zu der sie den Vereinigten Landtag mißbrauchen wollten. Gleichzeitig mit dieser Körperschaft war die von Heidelberg berufene Versammlung von Notabeln in Frankfurt a. M. zusammengetreten, das sogenannte Vorparlament, das auf einem revolutionären Boden stand, aber keineswegs eine revolutionäre Gesinnung athmete. Wie unreif immer die politische Bildung in Deutschland damals noch war, so drängte sich doch mit unwiderstehlicher Gewalt die Erkenntniß auf, daß aus zwei Großmächten, einem halben Dutzend Mittelstaaten und einigen Dutzend Kleinstaaten, kurzum aus einem wirren Konglomerat von fast durchweg monarchischen Staaten und Stätlein, ein einiges und freies Deutschland nur in der Form

der Republik herzustellen sei. Wollte also das Vorparlament ganze Arbeit machen, so mußte es die Revolution nicht „schließen“, sondern in Permanenz erklären. Jedoch hierfür reichte der Athem des deutschen Bürgerthums nicht aus. Eine Minderheit namentlich des süddeutschen Kleinbürgerthums verlangte zwar die deutsche Republik, aber in einer historisch längst überlebten Form: als Föderation republikanischer Kantone nach schweizerischem Muster. Die große Masse der Bourgeoisie und die Mehrheit namentlich des norddeutschen Kleinbürgerthums wollten lieber die Einheit als die Monarchie preisgeben. Ihr Ideal war ein gerupftes Deutschland. Unter Verzicht auf das deutsche Oesterreich, das Metternichs ruchlose Politik durch geistige Zensur- und materielle Zollschranken seit Jahrzehnten vom übrigen Deutschland abgesperrt hatte, erstrebten sie das preußische Erbkaiserthum, das der bürgerlichen Klasse die allzu drückenden feudalistischen und partikularistischen Fesseln abstreifen, aber sonst möglichst alles beim Alten lassen sollte. Niemals verlegen um schöne Redensarten, beugten sie sich in Ehrfurcht vor der Revolution, die „ehrfurchtsvoll vor den Thronen stehen geblieben“ sei. Ihr Ideal blieb nur deshalb noch etwas verschleiert, weil der preußische König einstweilen zu tief unter der allgemeinen Verachtung begraben war.

Im Vorparlament stießen diese Gegensätze heftig aufeinander, aber der Sieg der monarchischen Richtung stand von vornherein fest. Mit ihren etwa 370 Stimmen war sie den etwa 150 republikanischen Stimmen weit überlegen. Dabei waren die Heimstätten des zwerghaften Republikanismus noch unverhältnißmäßig stark vertreten; auf 52 Württemberger, 72 Badener und 84 Hessen kamen nur 2 Oesterreicher und 141 Preußen. Das Vorparlament lehnte es ab, sich selbst und damit die Revolution in Permanenz zu erklären. Es setzte vielmehr einen Fünfziger-Ausschuß nieder, der gemeinsam mit dem gereinigten Bundestage eine deutsche Volksvertretung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einberufen sollte, wobei den einzelnen Staaten überlassen blieb, ob sie direkt oder indirekt wählen lassen wollten. Die Nationalversammlung sollte zwar „einzig und allein“ die künftige Verfassung Deutschlands feststellen, aber ihre Souveränetät sollte sich auch auf die Frage erstrecken, ob sie sich mit den Regierungen einigen wolle oder nicht. Diese Zweideutigkeit des Vorparlaments begleitete der Bundestag mit der anderen Zweideutigkeit, daß er eine „konstituirende“ Nationalversammlung einberief, aber als ihren Zweck bezeichnete, „zwischen dem deutschen Volke und den Regierungen“ das Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Man log sich gegenseitig um die Theorie der Vereinbarung herum; das Vorparlament lehnte sie nicht unbedingt ab und der Bundestag stellte sie nicht unumwunden auf; es kam auch hier darauf an, wer schließlich der Stärkere sein werde. Augenblicklich hatte das Vorparlament die größere Kraft, und um so sinnloser war seine Ablehnung des Antrags, eine bewaffnete Macht hinter seine Beschlüsse zu stellen. Damit verwies es die Souveränetät der künftigen Nationalversammlung in irgend ein Wolkenkukuksheim.

Die Rolle, welche die preußischen Märzminister Camphausen und Hansemann im Vereinigten Landtage spielten, spielte im Vorparlament der hessische

Märzminister v. Gagern, ein Jupiter, wie ihn wegen seines tönenden Organs und seiner buschigen Augenbrauen die bewundernde Bourgeoisie nannte, ein „ganz dummer Kerl“ und eine „Phrasengießkanne“, wie ihn der praktische Junker Bismarck nach einer Unterhaltung von fünf Minuten viel richtiger einschätzte. Das norddeutsche Kleinbürgerthum war im Vorparlamente besonders durch Robert Blum vertreten. Er hielt durch seine Energie und Gewandtheit die schwerfällige Versammlung einigermaßen zusammen, er bewahrte sie namentlich vor der riesigen Blamage, auf den blinden Lärm von dem Herannahen eines bewaffneten Volkshaufens auseinander zu laufen, aber er fügte sich schließlich nach einigem Sträuben den Beschlüssen der Mehrheit. Konfuser und zugleich rabiater waren die süddeutschen Kleinbürger Hecker und Struve, die, als sie zur Strafe für ihre Widerspenstigkeit von der Wahl in den Fünfziger-Ausschuß ausgeschlossen wurden, sich dadurch zu einem republikanischen Putsch in Baden verleiten ließen, der tragikomisch scheiterte.

Wie dünn aber auch der Wein des Vorparlaments war, für den Berliner Geschmack war er noch immer zu feurig. Der König von Preußen hatte sich bereits an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands gestellt, und die rheinische Bourgeoisie beabsichtigte keineswegs, in die Hände badischer oder hessischer Lokalberühmtheiten abzudanken. Das Ministerium Camphausen glaubte deshalb besonders schlau zu verfahren, indem es die preußischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung vom Vereinigten Landtage wählen ließ. Aber für diesen Humbug war die revolutionäre Strömung noch viel zu stark, und das Ministerium hielt es doch für rathsam, auf den Einspruch des Fünfziger-Ausschusses hin zurückzuhufen. Der Vereinigte Landtag mußte die eben vollzogenen Wahlen wieder vernichten, und auch dies Kreuz nahm er geduldig auf sich, ehe er dann für immer in die Grube fuhr.

III. Die Parlamente.

Auch sonst war der Verrath der Bourgeoisie nicht ohne heftigen Widerstand der revolutionären Elemente vor sich gegangen. Die Einberufung des Vereinigten Landtags, die indirekten Wahlen, die famose Vereinbarung hatten namentlich in Berlin stürmische Proteste hervorgerufen. Jedoch gelang der Bourgeoisie die Ueberrumpelung, weil sie den großen Vorzug besaß, sich als Klasse bereits ihrer Interessen bewußt zu sein, während in den kleinbürgerlichen und proletarischen Massen noch ganz unklare Tendenzen durcheinander wogten.

Es konnte nicht anders sein. Aus einem politisch völlig todten Dasein waren sie plötzlich in eine revolutionäre Bewegung geschleudert worden. Sie besaßen unbeschränkte Preß- und Versammlungsfreiheit, nachdem ihnen Jahrzehnte hindurch jede Handhabe gefehlt hatte, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen. Unmöglich konnten sie Anfangs anders als unbehilflich mit den neuen Waffen umgehen.

Das Kleinbürgerthum war weitaus die stärkste Klasse der städtischen Bevölkerung, aber seine Stärke wurde aufgehoben durch seine Zerrissenheit. Es steckte noch voller zünftiger Vorurtheile, und in den zahllosen Beamten-, Militär- und Residenzstädten war es mit seiner Kundschaft vom Hofe und von den Junkern, von den Beamten und den Soldaten abhängig. Ein großer Theil dieser Klasse war trotz aller Unzufriedenheit reaktionär oder doch, sobald er rebellirte, mit den ersten besten reaktionären Schlagworten einzufangen. Aber auch ihre entwickelteren Elemente waren sehr schwer unter einen Hut zu bringen; in dem zerklüfteten und ökonomisch noch so rückständigen Deutschland wechselten ihre Interessen und demgemäß ihre Forderungen von einem Staat zum anderen, ja von einer Provinz und je nachdem selbst von einer Stadt zur anderen. Und was auch die tapfersten Kleinbürger kopfscheu und unzuverlässig machte, das war eben die Revolution selbst, die nicht den goldenen Boden des Handwerks ebnete, sondern ein Schlachtfeld moderner Klassenkämpfe.

Gegen solche fatalen Ueberraschungen war die Arbeiterklasse gefeit; immerhin aber erkannte sie nur erst, wo die große Industrie ihren Blick geschärft hatte, das Eine was noth that: ihre Organisation als Klasse der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Andere und die weitaus größten Theile des Proletariats standen auf dem primitivsten Standpunkte ihres eben erwachenden, noch halb im Schlafe befangenen Klassenbewußtseins: sie wollten, wie es im Kommunistischen Manifeste heißt, die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wieder erringen. Dies galt namentlich von dem ländlichen Proletariat. In den großen Städten machte die unvermeidliche Unklarheit der Arbeiter, ihre Unfähigkeit, sich in den staatsrechtlichen Finten und Kniffen der Bourgeoisie zurechtzufinden, die furchtbare Nothlage, in der sie sich befanden, die Bahn frei für allerlei zweifelhafte Demagogen, wie jenen Thierarzt Urban, den ehemaligen Lieutenant Held, den Konditor Karbe und ähnliche Geister. Gleich nach den Märztagen begannen auch schon die Versuche der absolutistisch-feudalen Reaktion, das Lumpenproletariat aufzuhetzen; wie hätte sie auch nicht die schöne Gelegenheit ausnützen sollen, die ihr das Angstgeschrei der Bourgeoisie über das bedrohte Eigenthum bot!

Dazu kam, daß die Wahlen zur deutschen und zur preußischen Nationalversammlung das allgemeine Interesse fesselten. Die Parlamente konnten und mußten wieder gut machen, was in den ersten Wochen nach der Revolution versäumt worden war. Freilich zeigte schon das Nebeneinandertagen zweier großen Versammlungen, wie gründlich der Verrath der Bourgeoisie die ganze Sachlage verfahren hatte. Der Fünfziger-Ausschuß verlangte von den Regierungen, daß sie die Landtage ihrer Staaten nicht einberufen sollten, bis das Frankfurter Parlament die deutsche Verfassung festgestellt habe, und diese Forderung hatte ihren guten Sinn, vorausgesetzt, daß die deutsche Volksvertretung die Rolle eines revolutionären Konvents übernehmen wollte. Blieb sie dagegen in den luftigen Geleisen des Vorparlaments und des Fünfziger-Ausschusses, so beruhte die letzte Hoffnung der deutschen Revolution auf der preußischen Nationalversammlung, die

wenigstens auf ebener Erde mit der mächtigsten Krone in Deutschland rang. In einem Zuruf an die preußischen Volksvertreter forderte Johann Jacoby sie auf, sofort nach ihrem Zusammentritte Männer ihres Vertrauens zu Ministern zu ernennen und mit unbedingter Vollmacht auszustatten, sich selbst aber bis zur Beendigung des deutschen Verfassungswerkes zu vertagen. Pathetisch erklärte er, nimmermehr werde Deutschland sein Geschick von einer Stadt, von dem Uebermuth verwegener Volksmassen dieser Stadt abhängig wissen wollen; als ob nicht der „Uebermuth" des Berliner Proletariats, sondern das Vorparlament und der Fünfziger-Ausschuß, in denen Jacoby saß, Deutschland aus dem vormärzlichen Sumpfe gerissen hätten! Die Logik der Thatsachen zwang den ehrlichen Mann, kaum daß seine tönenden Worte verhallt waren, seinen Sitz in der preußischen Versammlung einzunehmen.

Bei den Wahlen, die für beide Parlamente in den ersten Maitagen stattfanden, bewies das allgemeine Stimmrecht seinen naturwüchsigen Instinkt dadurch, daß es alle burschenschaftliche Romantik bis hinauf zu Arndt und Jahn, den Petrefakten der Befreiungskriege, alle vormärzlichen Berühmtheiten der Landtage und Universitäten nach Frankfurt in die scheinbar vornehmere, aber thatsächlich ohnmächtigere Versammlung abschob. Für das preußische Parlament wurden neue Leute gewählt und zum Theil sehr praktische Leute: nicht nur zum ersten, sondern auch zum letzten Male war das ländliche Proletariat durch ein halbes Hundert Köpfe parlamentarisch vertreten. Dafür fehlten so gut wie alle Junker, in dem schlesischen Junkerparadiese wurde nicht mehr als einer gewählt. Sogar die hinterpommersche Vendee war rebellisch geworden. Aus Lauenburg kam ein Dorfschullehrer, aus Schlawe ein Kossäth, aus Rügenwalde ein Gerichtsschreiber, aus Neustettin ein Halbbauer, aus Belgard ein Fleischermeister und zwischenein aus der junkerlichen Hochburg Stolp der Assessor Lothar Bucher, der als Richter der Junker sich gleichwohl die Liebe und das Vertrauen ihrer Hintersassen erworben hatte.

Von einem eigentlichen Kampfe der Parteien konnte in den Wahlen noch nicht gesprochen werden, eben weil es noch keine Parteien gab. Selbst in Berlin kam es vor, daß von zwei Abgeordneten, welche dieselben Wahlmänner in demselben Wahlgange wählten, der eine sich auf die äußerste Rechte und der andere auf die äußerste Linke der Nationalversammlung setzte. Und die Nationalzeitung, das neue Organ, das sich die Berliner Bourgeoisie gegründet hatte, weil ihr die Zeitungshalle zu ketzerisch und die alten Philisterblätter zu beschränkt waren, tappte noch so im Dunkeln, daß sie Waldecks Wahl in Berlin als einen reaktionären Erfolg beklagte. Das allgemeine Stimmrecht konnte nur mit dem vorhandenen Material arbeiten und da hatte es keine große Auswahl. Sollte die neue Volksvertretung mit dem alten Staat aufräumen, so brauchte sie geschulte Kräfte, und es war im Grunde nicht so kurzsichtig, wie es aussah, wenn die Angehörigen der eigentlich regierenden Klasse, des Beamtenthums in Kirche, Schule und Staat, die wegen ihres angeblichen oder wirklichen Freisinns von der romantischen Reaktion irgendwie molestirt worden waren, besonderen Anklang bei den Wählern fanden.

Die Ueberlieferungen Altensteins und Schöns waren in der preußischen Bureaukratie nie völlig ausgestorben. Das launenhafte Regiment Friedrich Wilhelms IV. und seiner Günstlinge stärkte sie gerade dadurch, daß es sie gänzlich auszurotten suchte. Bis in die geheimsten Schränke der ehrwürdigsten Kanzleien hinein wühlte der Wind der vormärzlichen Opposition leise den Aktenstaub auf. Am stärksten wehte er unter den Geistlichen, Lehrern und Richtern, in denjenigen Schichten der Bureaukratie, die nicht so ganz mit Haut und Haaren in die Willkür der obersten Mandarinen gegeben waren. Eichhorns nichtswürdige Wirthschaft in Kirche und Schule machte die nicht völlig vermuckerten Geistlichen und so ziemlich alle Lehrer von der Hochschule bis zur Dorfschule rebellisch. Die Richter wurden durch das berüchtigte Disziplinargesetz aufgewiegelt, die rheinischen Juristen waren durch die ewigen Anzapfungen des Code seit lange argwöhnisch und mißtrauisch, und die zünftige Absperrung der Advokatur züchtete eine Art juristischen Proletariats, von dem ein ganzer Schwarm unzufriedener Assessoren in die Versammlung gelangte. Dazu kam, daß die Bourgeoisie der großen Städte im Bewußtsein ihrer sehr mangelhaften Bildung ihre juristisch gebildete Bureaukratie mit Vorliebe zu ihrer parlamentarischen Vertreterin erkor.

Jedoch so erklärlich und bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich das Ueberwiegen der Beamten in der Berliner Versammlung war, so hatte es doch auch schwere Nachtheile für sie. Der juristische Formalismus hat sie mehr als einmal in die Irre geführt, die von Eichhorn chikanirten Geistlichen erwiesen sich meist als sehr unsichere Kantonisten, und vor allem blieben preußische Bureaukraten immer preußische Bureaukraten, Leute, denen nach dem Worte eines der Besten von ihnen in einer raffinirten Dressur alle geistigen und moralischen Rippen gebrochen worden waren. Das sollte sich in der entscheidenden Stunde als verhängnißvoll erweisen.

Erst allmälig bildeten sich in der preußischen Nationalversammlung vier Fraktionen heraus, mit sehr verschwimmenden Grenzen und ziemlich gleichlautenden Programmen, aber nach ihrer sozialen Struktur doch unterscheidbar. Die anfangs sehr zahlreiche, nahezu die Hälfte der Versammlung umfassende Rechte war rein ministeriell, sie verwarf prinzipiell den Feudalismus mit allen seinen Konsequenzen, war aber praktisch zu allen möglichen Kompromissen mit dem König- und Junkerthum bereit. An ihrer Spitze standen der rheinische Jurist Reichensperger, der schlesische Fabrikbesitzer Milde, der pommersche Professor Baumstark und Grabow, der Oberbürgermeister von Prenzlau. Milde war der erste, Grabow der zweite Präsident der Versammlung.

An die Rechte schloß sich das rechte Zentrum, das sich von ihr etwa unterschied, wie die dynastische Opposition in Frankreich von Guizots strammer Mehrheit. Diese Fraktion wollte auch aus derselben Schüssel mit König- und Junkerthum essen, aber doch etwas tiefer als die Rechte mit dem Löffel hineinfahren. Ihr Führer war der Bau- und Regierungsrath v. Unruh, ein geborener Ostpreuße, der Sohn eines Generals und ursprünglich ein strammer Bureaukrat,

bis ihn der Bau von Eisenbahnen tief in die Interessen der Bourgeoisie verflocht, deren Tisch er reicher und schmackhafter besetzt fand, als den Tisch der Bureaukratie. In jedem Augenblicke bereit, die Massen zu verrathen, feilschte er doch hartnäckig um den Preis seines Verraths. Von heimlicher Eitelkeit geplagt, spielte er den treuherzigen Biedermann, dem die gemeine Sache alles, die eigene Person nichts galt. Neben und hinter ihm standen der Berliner Stadtrath Duncker und der Stettiner Stadtsyndikus Gierke, dann auch der Assessor Pilet aus Stendal, der bisher bei der Regulirung der gutsherrlich-bürgerlichen Verhältnisse beschäftigt worden war und praktisch gelernt hatte, den Pelz des Junkerthums zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Im linken Zentrum saßen die Ideologen der Bourgeoisie. Man konnte diese Fraktion mit der republikanischen Opposition unter Louis Philipp vergleichen, abgesehen davon, daß sie von der Republik nichts wissen wollte. Was sie verfocht, war das Gesammtinteresse der bürgerlichen Klasse und zwar vertrat sie es von einem höheren prinzipielleren Standpunkt aus, als es in der geschäftemacherischen Praxis der Rechten und des rechten Zentrums vertreten wurde. Bucher und Rodbertus, die Führer des linken Zentrums, mochten die feinsten Köpfe der Versammlung sein, aber sie kamen aus Pommern, der politisch rückständigsten Provinz, und ihnen mangelte jede revolutionäre Energie. Sie besaßen bis zu einem gewissen Grade das Verständniß der historischen Entwicklung, nur nicht wie es der Kämpfer im Getümmel des Markts, sondern wie es der Gelehrte in seinem einsamen Zimmer besitzt. Es war bezeichnend, daß Rodbertus nie das Wort ergriff zu den sozialen und wirthschaftlichen Fragen, welche die Versammlung beschäftigten und von ihm besser behandelt werden konnten, als von irgend einem anderen Mitgliede; dafür tummelte er sich mit besonderer Vorliebe auf dem Gebiete der deutschen Frage, wo sein utopischer Hang ein Luftschloß über dem anderen erbauen konnte. Schärfer und schneidender war Buchers Logik, dagegen fehlte ihm die soziale Unabhängigkeit, deren sich Rodbertus erfreute. Selten hat die deutsche Misere so gründlich ihre Revanche an einer großen Begabung genommen, wie an Bucher; von Kindesbeinen an hatte er sich in peinlich dummen und engen Verhältnissen herumschlagen müssen, bis die angeborene Farbe der Entschließung auf seinen Wangen erloschen war. Nicht entfernt so unterrichtet und weitsichtig, wie Bucher und Rodbertus, aber von ihnen beeinflußt, ein Kleinbürger durch und durch, aber ein praktisches Talent war der Patrimonialrichter Schulze aus Delitzsch in Sachsen. In den letzten Tagen der Versammlung trat durch eine Nachwahl noch Ziegler, der Oberbürgermeister von Brandenburg, in das linke Zentrum ein: ein echter und geistreicher Typus der preußischen Demokratie, die nur am Krückstocke des alten Fritz das gelobte Land der bürgerlichen Freiheit zu betreten wagte, ein Mann, der an praktischem Organisationstalent Schulze weit übertraf, mit Bucher und Rodbertus die tiefere Auffassung sozialer Fragen theilte, freilich auch wie namentlich Rodbertus vom preußischen Staatsgedanken hypnotisirt war.

Die vierte Fraktion bildete die Linke. Sie ließ sich nicht einmal mit der demokratisch-sozialistischen Partei unter Ledru-Rollin und Louis Blanc vergleichen. Ihr beschränkt kleinbürgerlicher Charakter war höchstens bei einzelnen Mitgliedern mit einem schwachen sozialistischen Schimmer gefärbt, und wenige ihrer Mitglieder wagten etwa auch, in stillen Stunden an dem verbotenen Gedanken der Republik zu naschen. Sie faßte die radikaleren Elemente des norddeutschen Kleinbürgerthums zusammen, und war dem linken Zentrum zwar an Entschlossenheit, aber keineswegs an politischem Blick überlegen. Das galt auch von ihren Führern, von Johann Jacoby und dem Obertribunalsrath Waldeck. Jacoby verstand wenig von den Klassenkämpfen der Zeit. Er war der strenge Mann des Prinzips, aber eines kleinbürgerlich gebundenen Prinzips, das sich wie eine schwanke Gerte bog, wenn es die revolutionären Zuckungen des Proletariats messen sollte, das aus ihnen bald „gerechte Forderungen der arbeitenden Klasse", bald „anarchistisches Treiben eines arbeitsunlustigen Pöbels" herausmaß. Klammerte sich Jacoby zu fest an abstrakte Formeln, so litt Waldeck umgekehrt unter einer konkreten Ueberfülle der Gesichte. Seine Bewunderer verglichen den geborenen Westfalen mit Immermanns Hofschulzen, und nicht ganz mit Unrecht. In seiner Art war er eine kräftige Persönlichkeit, aber er steckte voller Schrullen. Fanatischer Preuße und strammer Monarchist, schwang er das „Schwert Friedrichs des Großen", wie der Hofschulze das Schwert Karls des Großen. Als „westfälischer Bauernkönig" liebte und verstand er den Bauern als Hofschulzen, aber nicht den Bauern als Proletarier. Er verleugnete das allgemeine Wahlrecht als soziale Waffe der arbeitenden Klassen. Er war orthodoxer Katholik, er war namentlich auch selbstbewußter Bureaukrat, der sich zu „vornehm" dünkte, in Volksversammlungen zu sprechen. Aus dem parlamentarischen Mandat konstruirte er ein Priesterthum, das sich vom praktischen Leben ausschloß.

Diese vier Fraktionen krystallisirten sich erst allmälig aus der Versammlung heraus, am ehesten die Linke und die Rechte, zwischen denen der Streit über das Prinzip der Vereinbarung eine scharfe Grenze zog. Die beiden Zentren schwankten in der Zahl ihrer Mitglieder wie in ihrer Politik lange hin und her, anfangs mit starker Neigung zur Rechten, bis sie durch das Anwachsen der Gegenrevolution auf die Linke zurückgeworfen wurden. Die Linke zählte zunächst kaum vierzig bis fünfzig Mitglieder und etwa ebenso stark war jedes der beiden Zentren.

Das Ministerium Camphausen seinerseits setzte seine verrätherische Politik fort, indem es den vom Volke verjagten Prinzen von Preußen unter allerlei Flunkereien über die „diplomatische Mission", die er in England zu erfüllen gehabt haben sollte, nach Berlin zurückberief. In der Meinung, sich selbst dadurch zu schützen, daß er den Thronfolger auf die konstitutionelle Monarchie verpflichtete, stellte sich Camphausen als „Schild vor die Dynastie"; thatsächlich setzte er durch die Rückberufung des Prinzen der noch ganz kopflosen Gegenrevolution einen ebenso beschränkten wie halsstarrigen Kopf auf. Der Prinz selbst heuchelte nicht mehr als unbedingt nothwendig war. In Koblenz empfing er das Offizier-

korps mit den vertraulichen Worten: Auf diese Herren verlasse ich mich allein; in der Versammlung, in die er durch einen posenschen Wahlkreis gewählt worden war, bekannte er sich öffentlich zwar zu der neuen Ordnung der Dinge, aber so kühl und zurückhaltend, daß an seinem Wunsche, ihr so schnell wie möglich den Hals umzudrehen, kaum ein ernsthafter Zweifel blieb.

Von der zärtlichen Fürsorge für die Dynastie stach sehr auffallend die Geringschätzung ab, womit das Ministerium Camphausen die Volksvertretung behandelte. Es that nichts, ihre ersten Schritte zu erleichtern, der Verwirrung zu steuern, die nothwendig entstehen mußte, wenn eine Versammlung von vierhundert Köpfen sich auf dem ungewohnten parlamentarischen Boden zurecht finden sollte. Nicht einmal mit der Rechten, die anfangs das Heft in der Hand hatte, nahm die Regierung die nothwendige Fühlung. Sie begnügte sich, den Entwurf einer Verfassung vorzulegen, einen verhunzten Abklatsch der belgischen Verfassung, mit dem schließlich Niemand sich einverstanden erklärte.

Begreiflicher war es, daß die Massen der Berliner Bevölkerung keine große Theilnahme für die Versammlung zeigten, von der sie wenig erwarteten. Es wurde zum schweren Schaden für das Berliner wie das Frankfurter Parlament, daß sie in Städten ohne großes Volksleben tagten. Ihnen fehlte der feuerspeiende Boden, den die englische und die französische Revolution in London und Paris besessen hatten. Zwar suchten die Berliner Massen in gelegentlichen Gewaltstößen dem Parlamente zugleich Beine und Luft zu machen, aber sie waren nicht organisirt, und ihr jeweiliges Aufbrausen lieferte der lauernden Reaktion erst die Gelegenheit, ein falsches Spiel zu spielen und dann den Vorwand, die Volksvertretung zu sprengen.

Der stärkste dieser Stöße erfolgte am 14. Juni in dem Sturme auf das Zeughaus. Nachdem die Versammlung sich mühsam konstituirt hatte, brachte die Linke den Antrag ein, es solle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklärt werden, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich ums Vaterland wohl verdient gemacht hätten. Der Antrag wurde nicht besonders energisch und klar vertheidigt; in gemüthlicher Konfusion wollte Schulze-Delitzsch sogar die Haltung der Barrikadenkämpfer nicht sowohl *während* des Kampfes, als *nach* dem Kampfe anerkannt wissen, was den Antrag so ziemlich in sein Gegentheil umstürzen hieß. Um so besser verstanden die Massen die Bedeutung des Antrags, sie wogten während der zweitägigen Verhandlung in heftiger Erregung um den Sitzungssaal. Der Antrag fiel mit 196 gegen 177 Stimmen. Die Versammlung ging zur Tagesordnung über, weil die hohe Bedeutung der Märzereignisse, auf denen in Verbindung mit der königlichen Zustimmung der gegenwärtige staatsrechtliche Zustand beruhe, unbestritten sei, übrigens aber die Volksvertretung nicht den Beruf habe, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Damit war die Vereinbarung anerkannt, und der Zorn der Menge schäumte hoch auf. Der Minister v. Arnim, der sie beim Verlassen des Sitzungssaals noch durch schnöde Redensarten reizen zu sollen glaubte, mußte sich schleunigst

flüchten, mit ihm der Prediger Sydow, der als Geistlicher bei der Bestattung der gefallenen Barrikadenkämpfer die Revolution ebenso überschwänglich verherrlicht, wie als Abgeordneter feige verleugnet hatte.

Diese Akte einer sehr zahmen Volksjustiz wurden in der Sitzung der Versammlung vom 14. Juni von der Rechten benutzt, um die Volksvertretung als bedroht hinzustellen und Maßregeln zu ihrem Schutze zu verlangen. Es gelang der Linken, den Angriff abzuschlagen, aber die Erregung der Massen entlud sich dennoch in dem Sturm auf das Zeughaus. Bekundete sich darin auch ein Mißtrauen gegen die Linke, so zeigte sich einige Tage später, daß dies Mißtrauen wohl berechtigt war. Ohne ein Wort des Protestes, kaum mit einem schwachen Zischen, hörte es die Linke mit an, als ein Kommissar des Kriegsministers schwindelte, daß eine Bande von Dieben das Zeughaus geplündert habe. Möglich, daß es der Gegenrevolution damals schon gelungen war, einzelne falsche Brüder unter die Stürmer des Zeughauses zu mischen; diese Vorkämpfer von Thron und Altar mögen dann auch wohl lange Finger gemacht haben. In seinem Kerne war der Sturm auf das Zeughaus ein instinktiv-revolutionärer Rückschlag auf den Verrath der Bourgeoisie, den die Verleugnung der Barrikadenkämpfer durch die Nationalversammlung besiegelt hatte. Anfangs glückte der Sturm, und die militärische Besatzung des Zeughauses kapitulirte. Aber ehe die aufständische Menge sich bewaffnen konnte, gelang es neu heranrückenden Truppen, sie zu vertreiben. Die Bürgerwehr blamirte sich diesmal wie gewöhnlich.

Trotzdem steifte der Sturm auf das Zeughaus einigermaßen das Rückgrat des Parlaments. Von der Rechten, die damals schon die Verlegung der Versammlung in eine entlegene Provinzialstadt plante, blieben in der Sitzung vom 15. Juni die meisten Mitglieder aus Feigheit fort. Die Linke aber setzte sowohl den Beschluß durch, daß die Versammlung auf alle Sicherheitsmaßregeln verzichte und sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle, als auch den Beschluß, den Verfassungsentwurf der Regierung als „schätzbares Material“ zu behandeln und ihn einer Kommission zu überweisen, die sich mit seiner Umarbeitung oder der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs zu befassen habe. Die Linke und das linke Zentrum sahen ein, daß mit einem beliebigen Blatte Papier nicht viel ausgerichtet sei. Waldeck rief: „Wir müssen von unten aufbauen, die Gemeinde müssen wir zuerst herstellen, die traurigen Reste des feudalen Staats zertrümmern. Wenn wir das nicht thun, haben wir gar nichts gethan; wir pflügen im Sande, wir bauen in der Luft.“ Rodbertus hatte schon vorher einen Antrag eingebracht, wonach eine Gewerbeordnung, eine Gemeinde- und Steuerverfassung, ein Unterrichts- und Wehrgesetz und so weiter als organische Theile der Verfassung von der Versammlung beschlossen werden sollten.

Es war ein erster kräftiger Anlauf, der viel weiter führen konnte, als der großen Bourgeoisie lieb war. Sie beeilte sich, der drohenden Gefahr durch einen potenzirten Verrath zu begegnen.

IV. Das Ministerium Hansemann.

Das Ministerium Camphausen hatte vom Prinzen von Preußen eine kaum verhüllte, von der Nationalversammlung eine ganz unverhüllte Absage erhalten. Besonders aber drängte Hansemann seinen „verehrten Freund", der sich noch immer mit allerlei ideologischen Gewissensbissen herumschlug, ungeduldig bei Seite.

Hansemann meinte, daß der passive Widerstand gegen die Revolution seine Schuldigkeit gethan habe und nunmehr der aktive Angriff auf sie geboten sei, daß die Bourgeoisie aus einem Schilde für die Krone zu einem Schwerte gegen das Volk werden, daß dem „Ministerium der Vermittlung" ein „Ministerium der That" folgen müsse, um die Revolution unter allen Umständen, und wenn irgend menschenmöglich auch die Gegenrevolution zu entwaffnen. Sein Plan war ebenso einfach wie genial. Die Bourgeoisie opfert das Volk der Krone, dafür opfert die Krone den Adel der Bourgeoisie. Die Volksvertretung wird gewonnen, indem jeder ihrer drei Bourgeoisfraktionen je ein Portefeuille hingeworfen wird. Hansemann war ganz der pfiffige Bourgeois nach dem konstitutionellen Schaukelsystem Louis Philipps, das eben so schmählichen Bankerott gemacht hatte; die kleine Nebenfrage, ob König- und Junkerthum, die historischen Mächte des alten Preußens, mit der neu gebackenen Bourgeoisie nicht um so eher fertig werden würden, wenn diese erst mit den Massen des Volks fertig geworden sei, legte er sich gar nicht vor.

Einstweilen ließ ihm die Krone aus guten Gründen freie Hand, und die Versammlung biß auch in den Köder, den ihr der Versucher hinhielt. Hansemann machte einen beliebigen Auerswald aus der ebenso gleichgültigen wie zahlreichen Sippe dieses Namens zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, er selbst behielt das Finanzministerium als die Quelle aller Gnaden, Inneres und Justiz wurden mit den bürgerlichen Bureaukraten Kühlwetter und Märcker besetzt, der Handel kam an Milde von der Rechten, die Landwirthschaft an Gierke vom rechten Zentrum und der Unterricht an Rodbertus vom linken Zentrum. Dabei zeigte sich in drastischer Weise, wie sehr es dem braven Gesellschaftsretter Hansemann auf den Stimmenschacher und wie wenig auch nur auf bürgerliche Reformen ankam. Dem praktisch und theoretisch gebildeten Landwirthe Rodbertus wurde die Unterrichtsverwaltung anvertraut, für deren Aufgaben er nie einen Beruf bekundet oder ein Interesse verrathen hatte, während der Stadtsyndikus Gierke in das neugegründete landwirthschaftliche Ministerium, das die Grundsuppe alles feudalen Unraths wegfegen sollte, mit dem bekümmerten Geständniß eintrat, er könne nicht Gerste von Hafer und nicht Roggen von Weizen unterscheiden. Nur ins Kriegsministerium vorzudringen, gelang der Bourgeoisie nicht; hier thronte der General Roth von Schreckenstein, sei es als Gespenst von gestern oder als Schrecken von morgen.

Am 26. Juni präsentirte sich das neue Kabinet der Versammlung. Die Verfassung auf breitester demokratischer Grundlage war mit Camphausen in der

brachte das Ministerium ein Tumultgesetz ein, das die Versammlungsfreiheit zu vernichten bestimmt war.

Die „organischen Gesetze“, mit denen Hansemann debutirte, bewegten sich ganz auf der Grundlage, auf der die französische Bourgeoisie ihre achtzehnjährige Schandherrschaft unter Louis Philipp geführt hatte. Höchstens daß sie sich durch viel servilere Zugeständnisse an den Absolutismus und Feudalismus davon unterschieden. Nächst diesen Zugeständnissen wollten Hansemanns Vorlagen über die Ordnung der Gemeinden und die Organisation der Bürgerwehr alle Errungenschaften der Märzrevolution ausschließlich der Bourgeoisie sichern, das Proletariat gänzlich davon absperren. Typisch für diese Art von Gesetzmacherei war das Gesetz über die Bürgerwehr, das — nach dem Falle des Ministeriums Hansemann — wirklich verabschiedet worden ist. Darnach sollte die Bürgerwehr zwar die „verfassungsmäßige Freiheit und gesetzliche Ordnung“ schützen, aber die einzelnen Bestimmungen ihrer Organisation machten sie halb zu einer nutzlosen Waffenspielerei, halb zu einer bewaffneten Polizeimacht. Die Dienstpflicht begann erst mit dem 24. und endete mit dem 50. Lebensjahre; die Dienstpflichtigen mußten sich selbst bewaffnen; falls sie keine Mittel dafür besaßen, sollten zwar die Gemeinden verpflichtet sein, ihnen Waffen zu liefern, aber zugleich wurde den Gemeinden das Recht gewährt, nur den zwanzigsten Theil der Bevölkerung einzuberufen, womit zwei Drittel oder gar drei Viertel der Dienstpflichtigen und in erster Reihe das besitzlose Proletariat ausgeschlossen werden konnten und thatsächlich ausgeschlossen wurden. Dazu kam eine Masse bureaukratisch-kleinlicher Vorschriften, von denen schon die eine, daß die Krone „aus wichtigen, in der Auflösungsordre näher anzugebenden Gründen“ die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise auflösen dürfe, das ganze Gesetz zum Fidibus machte und die in der Märzrevolution eroberte Volksbewaffnung in die beliebige Willkür der Krone stellte. Trotzdem stimmten schließlich nur die Linke und ein Theil des linken Zentrums gegen den selbstmörderischen Akt.

Soweit ließen Krone und Junkerthum das „Ministerium der That“ gerne gewähren. Um so stärker sträubten sie sich, als der brave Hansemann neben der perfiden Entrechtung und Niederhaltung des Proletariats auch die feudale Gesellschaft über den Kamm der Bourgeoisie zu scheeren gedachte. Dieser nüchterne Geschäftsmann war einer poetischen Schwärmerei verfallen, als er sich einbildete, die Krone werde ihm den Adel so willig opfern, wie er das Volk der Krone opferte.

Es war dem Könige sehr willkommen, daß ihm die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer holte, an dem er sich die allerhöchsten Finger verbrannt hatte, aber verzehren wollte er die Kastanien allein. Die Höflinge und Junker hatten seinen leichtgläubigen Geist mit einem Gewebe kindischer Lügen über Ursprung und Verlauf der Märzrevolution umsponnen; in seinen vertraulichen Briefen an Bunsen schilderte er den Liberalismus mit unheimlicher Phantasie als eine „Rückenmarksdarre“, als einen „sündigen von Gott verfluchten Wahnsinn“, seine liberalen Minister schimpfte er „Schöpse“ und „Intriguanten“. Und dabei war Hansemann

in seinen Forderungen an den Absolutismus und Feudalismus ebenso bescheiden, wie in seiner Mißhandlung der Massen unverschämt. Bei der Beseitigung des eximirten Gerichtsstandes ließ er, unterstützt durch den juristischen Formalismus der Versammlung, diesen Gerichtsstand für das Heer und die Hochschulen fortbestehen. An die feudalen Frohnden, Hofedienste, Roboten wagte er sich nicht erst heran; auch der schmähliche Raub, den die Junker seit einem Menschenalter an den Bauern verübt hatten, sollte ungesühnt bleiben. Der Gesetzentwurf wegen Aufhebung verschiedener Abgaben und Lasten, den Gierke als landwirthschaftlicher Minister einbrachte, wollte weiter nichts, als den kleinsten und für den Junker werthlosesten Theil der feudalen Abgaben und Lasten unentgeltlich beseitigen. Er sollte den Junkern möglichst wenig wehe thun und den Bauern möglichst viel Sand in die Augen streuen.

Ein wenig ungemüthlich wurde Hansemann nur auf dem Gebiete, auf dem für ihn die Gemüthlichkeit überhaupt aufhörte: auf dem Gebiete der Finanzen. Hier sah es schwierig genug aus. Die Einnahmen des Staats waren gesunken, seine Ausgaben gestiegen, der Staatskredit war erschöpft. Unter dem Zeichen der Zwangsanleihe begann Hansemann sein Regiment. Um die Bourgeoisherrschaft finanziell zu fundiren und an ihren Produktionskosten möglichst zu knickern, beabsichtigte er, das altpreußische Finanzsystem bis zu einem gewissen Grade umzuwälzen. Als echter Bourgeois haßte er allen Staatsbetrieb, die Domänen wollte er parzelliren, die Staatsbank zu einer Privatbank machen, die Seehandlung auflösen, die staatlichen Fabriken, „wenn auch mit bedeutendem Schaden", an private Unternehmer verkaufen; er begann damit, die großen Spinnereien und Webereien, welche die Seehandlung im schlesischen Gebirge angelegt hatte, für einen Apfel und ein Butterbrot zu verschleudern. Er sprach sich gegen diejenigen indirekten Steuern aus, welche die nothwendigen Lebensmittel vertheuern und dadurch den Arbeitslohn steigern. Um so stärker sollte der Großgrundbesitz bluten. Hansemann brachte Gesetzentwürfe ein, welche die Branntwein- und Rübenzuckersteuer zu erhöhen und namentlich die feudalen Grund- und Klassensteuerbefreiungen zu beseitigen bezweckten.

Er rühmte sich, damit „tief ins Fleisch der Reaktion" zu schneiden, und allerdings erhoben die feudalen Geldbeutel mit Gott für König und Vaterland ein fürchterliches Geheul. Allein was Hansemann auf dieser Seite verlor, gewann er keineswegs auf der anderen Seite. Die reaktionäre Seite seiner Politik rächte sich in dem Mißtrauen der Massen gegen ihre sozusagen revolutionäre Seite. War es die Sache des Volks, den fiskalischen Säckel eines Ministeriums zu füllen, dessen polizeilicher Knüppel seine berechtigten Ansprüche nach Kräften niederschlug, eine „Staatsmacht zu stärken", welche die Errungenschaften der Märzrevolution nicht schnell genug auf dem Trödel feilbieten konnte? Dieser Gedanke vergällte der Linken der Versammlung sogar die Freude an der Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen, der einschneidendsten Maßregel, die Hansemann plante. Zudem vertheuerte die Erhöhung der Branntweinsteuer ein bereits unentbehrlich

gewordenes Lebensmittel der großen Masse und stellte die bürgerlichen Branntweinbrenner der Rheinprovinz viel ungünstiger in ihrer Konkurrenz mit den ostelbischen Großgrundbesitzern. Mit all seiner Pfiffigkeit hatte das „Ministerium der That" den einzigen Ast abgesägt, auf dem es sitzen konnte, und die absolutistisch=feudale Reaktion beeilte sich nunmehr, es mit einem kräftigen Fußtritt zu expediren.

Sie hatte sich von den Schlägen des Frühjahrs, Dank der kläglichen Politik der Bourgeoisie, nach und nach erholt. Anfangs organisirte sie einen Krieg der treuen Provinzen gegen die treulose Hauptstadt, der mit betäubendem Lärme geführt wurde, sonst aber noch nicht viel bedeutete. Ungleich wichtiger war es, daß sie sich mit raschem Entschluß in ihrer Weise auch auf den Boden der Revolution stellte. Sie schuf sich ein Parlament und eine Presse. Ein Verein „zum Schutze des Eigenthums", vom Volksmunde mit richtigem Instinkte das „Junkerparlament" genannt, tagte im Juli neben der Nationalversammlung. Seit dem Anfange dieses Monats erschien auch die Kreuzzeitung als ein Banner, um das sich die zersprengten Trümmer der feudalen Partei sammelten. Ihr Begründer war Hermann Wagener, und er leitete sie zwar boshaft und gehässig genug, aber weder dumm noch feige.

Die Kreuzzeitung vertrödelte die kostbare Zeit nicht damit, sich als „Schild vor die Dynastie" zu stellen. Gleich in einer ihrer Probenummern lehnte sie den „Absolutismus irgend eines Menschen, irgend eines Fürsten auf das entschiedenste" ab. Sie begriff vollkommen, daß in vormärzlicher Weise nicht mehr zu regieren sei. Sie erklärte, sie sei konstitutionell und am wenigsten Liebhaberin einer zentralisirenden Bureaukratie. Wagener wollte den großen Grundbesitz als Klasse der modernen bürgerlichen Gesellschaft organisiren, soweit es nach Lage der Dinge zur unerläßlichen Nothwendigkeit geworden war; die Junker mußten lernen, sich auf dem konstitutionellen Kriegsschauplatze zu verbarrikadiren, um die Unterwerfung der Krone durch die siegreich vordringende Bourgeoisie zu hindern. Gegen das Ministerium richtete Wagener die heftigsten Angriffe. Er denunzirte Hansemanns „Konfiskationspläne", die Staats= und Privatgut millionenweise zum Fenster hinaus und nicht etwa den Armen, sondern wohlhabenden Leuten in den Schooß würfen, die den großen Grundbesitz enteignen und seine Treue der Krone entfremden sollten, der Krone, die durch die Einwilligung in solchen Raub ärger als ein fremder Eroberer den großen Grundbesitz mißhandeln würde. „Hansemann geht der Revolution im Sturmschritte voran und schwingt die rothe Fahne." Es waren lächerlich übertriebene Redensarten, aber anders als durch diese Frakturschrift konnte Wagener den harten Köpfen der Junker nicht einpauken, daß eine neue Zeit angebrochen sei, die eine neue Taktik erfordere.

Dieser Erziehungsprozeß dauerte längere Zeit, und ganz hat Wagener seine Ziele niemals erreicht. Inzwischen gestattete die sinnlose Politik der Bourgeosie ein abgekürztes Verfahren. Als eine seit Jahrhunderten herrschende Klasse wußten die Junker recht gut, daß in den Kämpfen der Klassen die organisirte Macht

entscheidet, und das Heer wurde der große Trumpf, den sie gegen die Revolution ausspielten. In dem schlichten Verschen: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, erschöpfte sich ihr Programm.

Der schauerliche Zusammenbruch des Staats hatte auch im preußischen Heerwesen tiefe Schäden blosgelegt. In den Märztagen blamirten sich viele Generale durch Feigheit und Kopflosigkeit. Dagegen hatten sich in vormärzlicher Zeit unter den jüngeren Offizieren radikale Tendenzen ziemlich weit verbreitet. Als der Artillerielieutenant Anneke in Minden wegen kommunistischer Gesinnung kassirt werden sollte, war anfangs seine Verurtheilung nicht durchzusetzen. Im Ehrengerichte sprachen ihn seine eigentlichen Kameraden, 30 jüngere Offiziere, frei, während 18 auf Kassation und andere 18 nur auf eine Warnung erkannten. Der König mußte erst mit einer drohenden Kabinetsordre dazwischen fahren und ein neues, ausschließlich aus Stabsoffizieren gebildetes Ehrengericht niedersetzen, um Annekes Ausstoßung aus dem Heere durchzudrücken. Und dann kostete es noch unzählige Donnerwetter der alten Schnurrbärte, um Annekes frühere Kameraden von dem freundschaftlichen Verkehre mit ihm abzuhalten. Es war ein besonders auffallendes, aber entfernt nicht das einzige Symptom von der gährenden Stimmung unter den jüngeren Offizieren.

Anneke blieb der kommunistischen Sache treu, manche andere Offiziere schlossen sich wenigstens der bürgerlichen Revolution an, noch beim Sturm auf das Zeughaus opferte der Lieutenant Techow eine glänzende Laufbahn, um auf die Seite des Volkes zu treten. Im Großen und Ganzen aber siegte nach den Märztagen der Korpsgeist im Heere noch schneller über alle oppositionellen Regungen, als in der Bureaukratie. Camphausen und Hansemann beeiferten sich, durch die Niederwerfung der polnischen Insurgenten und das Säbelrasseln gegen Dänemark den vormärzlichen Militarismus wieder aufzurichten. Statt die polnische Revolution gegen den russischen Todfeind zu lenken und statt Schleswig-Holstein durch einen ernsthaften Krieg zu befreien, verriethen diese weisen Staatsmänner lieber die nationalen Interessen, um nur ja das Schwert zu schleifen, das gegen ihre eigene Brust gezückt war.

Als dann das französische Heer das Pariser Proletariat in einer furchtbaren Straßenschlacht besiegt hatte, war die junkerliche Plempe gar nicht mehr in der Scheide zu halten. Die Offiziere steigerten täglich ihre anmaßenden Neckereien. Es war so, wie Waldeck sagte: „Das alte Militärsystem, mit dem der Bruch in den Märztagen stattfand, besteht noch in der allervollständigsten Vollständigkeit.“ Damit war der würdige Hansemann in der Gewissensangst seiner bürgerlichen Profitwuth auch ganz einverstanden, aber die Mehrheit der Versammlung, die ihm so weit durch Dick und Dünn gefolgt war, schreckte doch auf, als die Besatzung von Schweidnitz, die sich bei dem Aufstande der Weber an das Vergießen von Bürgerblut gewöhnt hatte, ein furchtbares Blutbad in der Bürgerwehr anrichtete. Der Kommandant von Schweidnitz hatte aus einer kindischen Laune der Bürgerwehr den Trommelschlag verboten und war für diese Heldenthat

durch eine Katzenmusik belohnt worden. Um die ungebetenen Konzertgeber zu zerstreuen, rückte die Bürgerwehr an, wurde aber vor der Wohnung des Kommandanten von einer Kompagnie Infanterie empfangen, die ohne jeden Anlaß eine Salve von 102 Schüssen auf sie abgab. 14 Bürgerwehrleute wurden getödtet, 32 meist schwer verwundet. Dies Massacre öffnete der Berliner Versammlung die Augen über die wahre Lage der Dinge. Sie forderte auf den Antrag Steins von der Linken am 9. August den Kriegsminister auf, in einem Erlaß an das Heer die Offiziere vor allen reaktionären Bestrebungen und vor Konflikten jeglicher Art mit dem Zivil zu warnen, ihnen Annäherung an die Bürger und aufrichtige hingebende Arbeit an der Verwirklichung des konstitutionellen Rechtszustandes zu empfehlen, endlich denjenigen Offizieren, deren politische Ueberzeugung damit nicht vereinbar sei, den Austritt aus dem Heere zur Ehrenpflicht zu machen. Es war bei alledem ein sehr schüchterner zahmer Schritt, und der Satz von der Ehrenpflicht hatte gerade nur mit einer Stimme die Mehrheit erlangt. Vorläufig glaubte das Ministerium Hansemann genug gethan zu haben, wenn es den Beschluß nicht weiter beachtete.

In anderer Weise, aber nicht minder nachdrücklich, wurde die deutsche Nationalversammlung durch den preußischen Moloch aus ihren souveränen Träumen aufgeschreckt. Seit der Einsetzung des Reichsverwesers hatte sie ihre Zeit mit einem endlosen Wortgedresche über papierene Grundrechte verbracht, abermals genasführt von dem edlen Gagern, der unter vier Augen kein Hehl daraus machte, daß um jeden Preis Zeit gewonnen werden müsse, bis sich der preußische König so weit von der allgemeinen Verachtung erholt habe, um als deutscher Kaiser ausgerufen werden zu können. Zwischenein erfrischte sich die Gagernsche Mehrheit durch einen soliden Spektakel, als ein Mitglied der kleinbürgerlich-demokratischen Minderheit den sittlichen Erholungsprozeß der preußischen Krone durch die Bemerkung störte, der Republikaner Hecker verdiene ebenso gut eine Amnestie, wie der reaktionäre Prinz von Preußen. Wegen dieser harmlosen und für Hecker gewiß nicht allzu schmeichelhaften Aeußerung wären die „souveränen" Volksvertreter auf ein Haar in eine solenne Prügelei gerathen. Die preußische Krone war aber keineswegs gewillt, eine so überschwängliche Ehrerbietung auch nur im bescheidensten Maße zu erwidern. Unbekümmert um die Gewalten des Reichs schloß sie am 26. August in Malmö auf sieben Monate einen Waffenstillstand mit der dänischen Regierung ab, einen Waffenstillstand, dessen für Deutschland überaus schimpfliche Bedingungen die klägliche preußische Kriegführung in Schleswig-Holstein würdig krönten.

Der Krieg war von der preußischen Krone begonnen worden, um ihren deutschen Beruf zu bekunden, um Beschlüsse des deutschen Bundes auszuführen, und die Erbin des Bundestags war die deutsche Nationalversammlung. Bereits am 9. Juni hatte sie feierlich beschlossen, sie werde keinen Frieden genehmigen, der die Rechte der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands preisgebe. Im Waffenstillstande von Malmö gab nun die preußische Krone Beides preis: die Rechte der Herzogthümer wie die Ehre Deutschlands. Nach all ihren leeren Beschlüssen und Reden mußte die Nationalversammlung jetzt zum ersten Male praktisch

erproben, ob sie eine Macht sei, die etwas bedeute. Sie verwarf am 5. September das Abkommen von Malmö und beschloß mit einer Mehrheit von 17 Stimmen, daß die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes einzustellen seien.

Darauf hin trat das imaginäre Reichsministerium, in dem der Oesterreicher Schmerling und der Preuße Peucker sich zwar gegenseitig möglichst über das Ohr zu hauen versuchten, darin aber ganz einig waren, das deutsche Parlament nach Kräften zum allgemeinen Gespötte zu machen, sofort zurück, und der biedere Reichsverweser beauftragte nach der konstitutionellen Schablone den Führer der Mehrheit vom 5. September mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Es war Dahlmann, der Urtypus des doktrinären Professorenliberalismus aus vormärzlicher Zeit. In seiner persönlichen Unfähigkeit für energisches Handeln spiegelte er die gänzliche Ohnmacht des deutschen Parlaments getreulich wieder. Nach einigen Tagen gab er sein Mandat als unausführbar dem schmunzelnden Reichsverweser zurück, und am 16. September kassirte die Nationalversammlung ihren früheren Beschluß, genehmigte sie mit einem Mehr von 21 Stimmen den Waffenstillstand.

Sie vernichtete sich damit selbst, moralisch wie politisch. Sie hatte die Früchte der Märzrevolution, die ihr in den Schooß gefallen waren, schmählich verthan, und es gab nur noch eine Rettung: eine neue Revolution. Tausende von bereiten Kämpfern strömten aus der Umgegend bis auf fünfzig Stunden in der Runde nach Frankfurt zusammen und verlangten, die Fraktionen der Linken sollten sich als Konvent aufthun und die Leitung einer neuen revolutionären Bewegung übernehmen. Aber mit wenigen Ausnahmen, wie dem braven Schlöffel, versagten diese Fraktionen. Sie beschlossen, sich der Mehrheit des Parlaments zu unterwerfen. Damals lud Robert Blum, ihr einflußreichstes Mitglied, die Schuld auf sich, die er zwei Monate später durch seinen tragischen Tod sühnen sollte. Die enttäuschten Schaaren von Bewaffneten verließen Frankfurt. Ohne irgend einen Rückhalt an den erwählten Volksvertretern mußte ein Aufstand scheitern, konnte er nur die Gegenrevolution der Fürsten stärken. Ein neuer Putsch Struves in Baden brach auf der Stelle zusammen.

In Frankfurt selbst brachten Peucker und Schmerling, die wieder eingetretenen Minister des Reichsverwesers oder, wie Blum ihn zu nennen pflegte, des Reichsvermoderers Johann, mit vieler Mühe und Noth einen kleinen Aufstand fertig, um eine überwältigende Waffenmacht aus der Bundesfestung Mainz heranziehen und das Parlament unter die Gewalt der Bajonette stellen zu können. Dieser Versammlung gegenüber war es eigentlich überflüssige Mühe. Zwei ihrer Mitglieder, ein alter General v. Auerswald und der junkerliche Schwadroneur v. Lichnowski, hatten ihre Würde als Volksvertreter so weit vergessen, um am 18. September auf Rekognoszirung der Volkskämpfer auszureiten und waren bei diesem Kundschafterdienste erschlagen worden. Noch mehr vergaß die Nationalversammlung selbst ihre Würde, indem sie am 19. September bei voller Sicherheit für Leib und Leben den Truppen für ihre „bei der Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Hingebung“ dankte und auf einen Antrag aus der Linken der

„Hingebung“ auch noch „Mäßigung“ hinzufügte. Kaum acht bis zehn Mitglieder der Linken stimmten gegen diese schamlose Selbstentwürdigung. Von nun an war das deutsche Parlament unwiderruflich eine gleichgiltige Schwatzbude.

In denselben Septembertagen fielen die entscheidenden Würfel auch über die preußische Versammlung. Sie wußte, weshalb der Waffenstillstand von Malmö abgeschlossen worden war. In kontrerevolutionärer Absicht unternommen, drohte der Krieg um Schleswig-Holstein einen revolutionären Charakter anzunehmen, seitdem England und Rußland, die Mächte der europäischen Kontrerevolution und die geschworenen Feinde der deutschen Einheit, zu Gunsten Dänemarks diplomatisch eingeschritten waren. Nach dem Willen des König- und Junkerthums sollte das preußische Heer nicht „Knechtsdienste für die Revolution“ thun; nach ihrer geheimen Absicht sollte es vielmehr gegen die preußische Versammlung als die Vertreterin der Revolution losgelassen werden. Kehrte Wrangel mit der Garde aus den schleswig-holsteinischen Marken in die brandenburgische Mark zurück, so sammelte die Gegenrevolution ihre Kräfte zu einem entscheidenden Schlage. Das Ausland war dann befriedigt, das deutsche Parlament moralisch ruinirt, das preußische Parlament militärisch umzingelt. Es ist zu begreifen, daß den Berliner Volksvertretern das Hemd näher war als der Rock. Sie nahmen den Waffenstillstand von Malmö ohne Begeisterung hin, aber auch ohne Lamento über Deutschlands preisgegebene Ehre, dagegen griffen sie auf ihren Beschluß vom 9. August zurück. Stein brachte eine Resolution ein, worin es für die dringendste Pflicht des Ministeriums erklärt wurde, den von der Versammlung an jenem Tage beschlossenen Erlaß an das Heer ohne Weiteres zu verfügen.

Der Erlaß selbst bedeutete dabei nicht viel mehr als eine Kulisse. Aehnliche Erlasse, welche die Beamten vor reaktionären Umtrieben warnten, waren in verschiedenen Zweigen der bürgerlichen Verwaltung ergangen, mit so viel oder so wenig Wirkung, wie dergleichen papierene Kundgebungen gegenüber den thatsächlichen Machtverhältnissen zu haben pflegen. Man begreift, mit welcher Hochachtung die hartgesottenen Sünder von reaktionären Beamten die ermahnenden Wische der liberalen Minister behandelten, die auch nicht einen von ihnen abzusetzen gewagt hatten. Die Krone konnte, wie sie ein paar Wochen darauf wirklich that, ohne Schädigung ihrer Interessen einen Erlaß an das Heer verfügen, der die Versammlung befriedigte. Aber was die Krone einem militärischen Ministerium gern gestattete, das verweigerte sie einem bürgerlichen Ministerium. Hansemann durfte den Beschluß der Versammlung vom 9. August nicht ausführen, der Fuchs hatte sich in seiner eigenen Falle gefangen.

Um so nachdrücklicher mußte die Versammlung auf der Ausführung ihres Beschlusses bestehen. Sie war abgedankt, wenn das Heer ein Rührmichnichtan für sie sein sollte, wenn das Ministerium ihre Beschlüsse als Futter für den Papierkorb behandeln durfte. Im Grunde handelte es sich wieder um das Prinzip der Vereinbarung, wie im Juni bei dem Antrage der Linken auf Anerkennung der Revolution. Und wie damals bemächtigte sich der Berliner Bevölkerung eine

heftige Erregung. Sogar die schlaffe Bürgerwehr erließ durch ihren Kommandeur und ihren Stab eine Adresse an die Versammlung, worin sie deren Beschlüsse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten versprach.

Am 7. September wurde der Antrag Stein berathen. Hansemann schämte sich nicht, mit Kontrerevolution, Bürgerkrieg und Blutvergießen zu drohen, wenn die Versammlung auf ihrem Beschlusse bestände. Die Redner der Rechten tiftelten mit allerlei juristischen Finten und Klauseln aus dem Beschlusse ein Attentat auf die konstitutionellen Spinnweben heraus. Treffend führten die Redner der Linken dagegen aus, es komme weit weniger auf den Inhalt des Beschlusses als darauf an, ob das Ministerium ihn auszuführen habe. In einschneidender Rede legte Bucher dar, daß es sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Machtfrage handle. Es sei naiv, angesichts des heraufziehenden Sturmes mit skrupulöser Prüfung am geschriebenen Gesetze zu klauben; eine neue Zeit brauche ganz andere Grundlagen als ein Blatt in der Gesetzsammlung; nicht mit beschränkter juristischer Auffassung, sondern mit staatsmännischem Sinne müsse die Versammlung ihren Beruf erfüllen, den in der Geschichte vielleicht beispiellosen Beruf, die Konsequenzen einer nicht fertig gewordenen Revolution auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung herbeizuführen. Die Mächte, die Prinzipien, die Institutionen, gegen welche sich die Revolution gerichtet habe, seien verurtheilt, aber nicht vernichtet, alle Behörden des Absolutismus seien noch in Thätigkeit, seine Gesetze beständen fast alle noch. Die Versammlung dürfe nicht dulden, daß sich der Absolutismus im Heere ein Werkzeug schaffe, um die Freiheit des Volkes über den Haufen zu werfen, sie müsse den junkerlichen Trotz der Offiziere brechen, die Soldaten daran mahnen, daß sie ihnen und ihren Leidensgenossen die Menschenrechte erkämpfen wolle.

Die Entscheidung lag beim rechten Zentrum, und es schwenkte diesmal zur Linken und zum linken Zentrum ab. Unruh gehörte einer etwas bockbeinigeren Richtung der Bourgeoisie an als Hansemann, und so unbedingt wie dieser wollte er doch nicht zum Narren des Königs und der Junker werden. Von Buchers politischen Gesichtspunkten blieb er weit entfernt: als trockener Geschäftsmann legte er dar, es bleibe nur noch das „gefährliche Dilemma" zwischen Kontrerevolution und einer zweiten Revolution, wenn die Versammlung durch die Preisgabe ihres Beschlusses ihre „moralische Vernichtung" vollzöge. Nicht zum Wenigsten mochte für seinen Entschluß bestimmend sein, daß er, wenn er die Entscheidung zu Gunsten des Antrags Stein gab, der Nächste dazu war, die Erbschaft des von ihm gestürzten Ministeriums anzutreten. Unruh gab sich der holden Illusion hin, die Sache der Bourgeoisie besser führen zu können als Hansemann.

Der Antrag Stein wurde mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen. Der Schwerpunkt der Versammlung war damit nach links verschoben. Aber was im Mai ihren Sieg hätte einleiten können, das leitete im September nur noch ihren Todeskampf ein.

V. Die Opferung der Bauern.

Die Krone antwortete auf den Antrag Stein mit der Berufung des Generals Pfuel zum Kriegsminister und Ministerpräsidenten; unter ihm wurden einige, nicht alle, Ministerposten mit einigen gleichgiltigen Statisten aus der vormärzlichen Bureaukratie und Diplomatie besetzt. Gleichzeitig erhielt der General Wrangel den Oberbefehl über die in der Provinz Brandenburg zusammengehäuften Truppen. Es war die Vorbereitung des Staatsstreichs, aber noch nicht der Staatsstreich selbst. Die Gegenrevolution besaß vorläufig keinen klaren Feldzugsplan; aus guten Gründen trug sie gerechtes Bedenken, die Versammlung einfach mit Gewalt der Waffen auseinanderzujagen; besonders der König hatte eine heilige Scheu davor, die Erfahrungen des 18. und 19. März zu erneuern.

Der Haupttrick der Reaktion bestand zunächst darin, mit der Kraft eines „siebenfachen Rindviehs" nach der Verfassung zu brüllen. Alle sentimentalen Verfassungsschmerzen des vormärzlichen Liberalismus waren ein Kinderspiel gegen die heilige Inbrunst, welche jetzt die verbohrtesten Junker, die vermuckertsten Pfaffen, die verkniffensten Bureaukraten nach jenem Blatte Papier verzehrte, das sich wie eine zweite Vorsehung zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land drängen sollte. Die Versammlung wurde mit den wüthendsten Vorwürfen überhäuft, weil sie ihren Beruf, die Verfassung zu vereinbaren, leichtfertig vernachlässige und ihre Zeit mit nichtsnutzigem Quarke vertrödele.

Mit dem widerlichen Humbug, der als ehrwürdige Stimme des Volkes in die patriotischen Historien des Revolutionsjahres übergegangen ist, sollte zweierlei erreicht werden. Einmal wollte man die Versammlung so einschüchtern, daß sie davon abließ, an den Einrichtungen des vormärzlichen Staates zu rütteln, und ihre Kraft ausschließlich darauf konzentrirte, ein Blatt Papier zu beschreiben, das je nachdem von dem ersten besten Bajonette zerrissen werden könnte. Zweitens aber gab es einen Paragraphen der neuen Verfassung, an dem die Junker und was ihnen zugethan war, allerdings ein lebhaftes Interesse hatten, nämlich den Paragraphen, der, wie es sich für eine bürgerliche Verfassung gehörte, das Eigenthum für heilig und unverletzlich erklärte, seine Beschränkung nur gegen volle Entschädigung gestattete. Je eher dieser Paragraph als ein neues Grundrecht verkündet wurde, um so lieber war es den Junkern; mit ihm bewaffnet, wollten sie all ihr feudales Eigenthum, so absurd und verrottet es sein mochte, bis an die Zähne vertheidigen.

Die Versammlung durchschaute den Schwindel, und ihre Führer, wie Bucher und Waldeck, deckten ihn offen auf. Ihre Kommission hatte eine vom bürgerlichen Standpunkt aus recht leidliche Verfassung fertig; was daran fehlte, war der Versäumniß der Regierung geschuldet, die namentlich mit den Entwürfen der Bezirks- und Kreisordnung nicht fertig wurde, sei es aus bösem Willen, sei es aus trauriger Unfähigkeit. Ebenso fällt aufs Konto der Regierung, was sich der Versammlung an wirklicher Kraft- und Zeitverschwendung vorwerfen

läßt. Ein neues Parlament, dem das Ministerium von vornherein nur Knittel zwischen die Beine wirft, muß nothgedrungen oft stolpern. Trotz aller Schwierigkeiten hat die Nationalversammlung bewiesen, daß eine unter dem frischen Eindruck einer Revolution durch das allgemeine Stimmrecht gewählte Volksvertretung an praktischer Einsicht und Klarheit der geschultesten Bureaukratie weit überlegen ist. Sie hat ungleich mehr vor sich gebracht, als die preußische Bureaukratie in ihren besten Epochen, und Gneist, der keineswegs zu ihren Bewunderern gehört, stellt ihr sogar das Zeugniß aus, daß sie materiell in fünf Monaten mehr geleistet habe, als das englische Parlament in irgend einer Jahressitzung des laufenden Jahrhunderts. Wie viel sich immer vom revolutionären Standpunkt aus gegen die Versammlung einwenden läßt, gegenüber den reaktionären Schimpfereien, die sich seit fünfzig Jahren zur „objektiven Geschichtsschreibung" verklärt haben, steht sie unanfechtbar da.

Was ihr fehlte, war eben die revolutionäre Thatkraft. Das Ministerium Pfuel zeigte ihr einerseits die handgreifliche Gefahr und gewährte ihr andererseits noch eine Galgenfrist. Pfuel selbst war ein gebildeter Offizier aus der Schule Gneisenaus und Scharnhorsts, in seinem Alter ein Freund Lassalles, wie in seiner Jugend ein Freund Heinrich Kleists. Hatte die Gegenrevolution in ihm ein williges Werkzeug ihrer geheimen Pläne zu finden geglaubt, so irrte sie sich. Möglich aber auch, daß sie in ihm nur den Mann sah, der in gutmüthiger Lässigkeit die Dinge hinschleppen würde, bis sich der Staatsstreich entladen konnte. Auf keinen Fall durfte sich die Versammlung darüber täuschen, daß Pfuel nur ein Provisorium war. Wollte sie das, was schon verloren war, einigermaßen wieder einholen, so mußte sie auf dem Wege weiter gehen, den sie mit dem Antrage Stein beschritten hatte.

Dieser Antrag selbst hatte mit dem Sturze des Ministeriums Hansemann seine Bedeutung verloren. Unruh, der wie ein hungriger Schluckspecht nach einem Portefeuille schnappte, apportirte dem neuen Ministerium heimlich einen Erlaß an das Heer, der ungefähr dem Antrage Stein entsprach und von Pfuel sofort verkündet wurde. Ueber die praktische Wirkung dieses Kamillenthees konnte sich Niemand täuschen; Tagesbefehle, die der General Wrangel als Oberbefehlshaber in den Marken und der Graf Brandenburg als kommandirender General in Schlesien erließen, zerstörten jeden Zweifel daran, daß die Festung, welche die absolutistisch-feudale Reaktion im Heere besaß, mit wohlwollenden Ermahnungen nicht zur Uebergabe gezwungen werden könne. Hatte die Nationalversammlung den günstigen Augenblick verpaßt, ihre Hand auf das Heer zu legen, so blieb ihr noch eine große Chance des Erfolges von ihrem eigenen bürgerlichen Standpunkte aus: nämlich die Interessen der bäuerlichen Klasse an ihr Schicksal zu ketten. Damit wären König- und Junkerthum in ihrer politischen, sozialen und schließlich auch militärischen Position lahm gelegt gewesen.

Die Gährung in den ländlichen Massen war den Sommer hindurch eher gestiegen als gesunken. Sie fraß als Geier am Herzen des Königs und seiner

Junker. Mit Gewalt und Güte wurden die Bauern von den liebreichen Absichten ihrer bisherigen Unterdrücker zu überzeugen gesucht. Aber sie blieben halsstarrig und fuhren fort, die feudalen Abgaben, Dienste und Lasten mit rauhen Fäusten zu demoliren. Einen Erlaß des Ministeriums Arnim vom 27. März, der alle durch Drohungen und Gewaltthätigkeiten den Gutsherren abgezwungenen Zugeständnisse für null und nichtig erklärte, lachten sie einfach aus.

König und Junker versuchten es dann mit einem komödiantischen Streiche. Wie unzählige schlesische Junker war der Graf Schaffgotsch von seinen Hintersassen gezwungen worden, auf das Laudemium, auf alle Dienste jeglicher Art, auf die Spesen- und Salzgelder, Ehrungs- und Spinngelder, auf das Zinsgetreide zu verzichten. Irgendwie gelang es nun, die Gemeinde Warmbrunn zu überreden, daß sie dem Grafen Schaffgotsch zum 5. Mai, seinem Geburtstage, das „Dokument der Entsagung" mit der Bitte zurückgab, es für immer in Vergessenheit zu begraben. Diese „edle That" machte der König in einer feierlichen Kabinetsordre vom 25. Mai bekannt. Er offenbarte sein „höchstes Wohlgefallen" an einem so „hell leuchtenden Beispiele von Treue, von Gefühl für Recht, Gesetz und wahrer Rückkehr in die Bahnen guter und nothwendiger Ordnung" und forderte die schlesischen Bauern auf, sich wieder in „ähnlicher herzerhebender Art" als Kälber an der Schlachtbank der Junker einzufinden. Indessen die Bauern lachten ihn abermals aus.

Es half alles nichts: mit der alten feudalen Wirthschaft war es vorbei. Der verbürgerlichte Theil der ländlichen Aristokratie sah es freiwillig ein, und die junkerlichen Starrköpfe mußten es wohl oder übel einsehen. Sollten die Bauern fortan übers Ohr gehauen werden, so durfte es nicht mehr auf feudale, sondern mußte auf bürgerliche Weise geschehen. Mit anderen Worten: die feudalen Lasten mußten dadurch verewigt werden, daß sie in Geld oder Land abgelöst wurden. Dies konnte aber vorläufig nicht in der brutalen und rohen Form geschehen, wie in den Jahrzehnten nach Waterloo: die Ablösungs- und Regulirungsgesetze hatten die Minderheit der Bauern ebenso rebellisch gemacht, wie die unverminderte Fortdauer der feudalen Lasten ihre Mehrheit. Nun ließen sich solche Gesetze, die den Bauern unmerklicher schoren, als bisher, nicht im Handumdrehen machen, während doch die chronische Rebellion der ländlichen Massen schnelle Schritte erheischte. Aus diesem Dilemma zog sich das Ministerium Camphausen mit einem Promemoria über die Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. Es war von dem Handelsminister v. Patow gezeichnet, einem verbürgerlichten Aristokraten nach der Art der Schwerin und Auerswald.

Das Patowsche Promemoria beruhte auf folgenden Grundsätzen. An allen bereits durch Richterspruch oder Verträge geordneten Feudalablösungen darf nicht gerüttelt werden. Grundsätzlich bleibt es auch fernerhin dabei, daß die feudalen Lasten, „alle die freie Disposition über die Personen und das Eigenthum hemmenden Beschränkungen", gegen Entschädigung aufgehoben werden, doch sollen sie in Zukunft nach billigeren Grundsätzen abgelöst werden können, als bisher. Eine Aus-

nahme davon bilden solche Beschränkungen, die als ein Ausfluß der Erbunterthänigkeit, der früheren Steuerverfassung, der Patrimonialgerichtsbarkeit zu betrachten sind oder an sich nur als zum Theil veraltete Belästigungen des Grundbesitzes ohne wahren dauernden Werth für die Berechtigten erscheinen und nicht wirthschaftliche Verhältnisse betreffen. Als solche Ausnahmen von der Regel nannte das Promemoria Lehnsherrlichkeit, Besthaupt, Kurmede, Jagd- und Reisedienste, Blutzehnt, Schutzgeld, Walpurgisschoß, Schäfersteuer, Bienenzins, Wachspacht, Wasserlaufzinsen, Auenrecht und dergleichen mehr.

Diese Liste sah nach etwas aus, bedeutete aber nichts oder doch nicht viel. In dem „bestverwalteten Staate der Welt" hatten sich solche Massen feudalen Schmutzes erhalten, daß ein Hügel davon weggekarrt werden konnte, ohne daß dem Berge deshalb viel anzusehen war. Die Abgaben und Lasten, die unentgeltlich aufgehoben werden sollten, waren entweder gänzlich verfallen oder bestanden nur in einzelnen Gegenden oder brachten den Junkern, wie das Promemoria selbst mit dankenswerther Offenheit andeutete, keinen nennenswerthen Nutzen. Es war das reine Augenverblenden, und eben deshalb ließ das Ministerium Hansemann nur diesen Theil des Patowschen Promemorias in gesetzliche Formen schlagen.

Unter allen Mißgriffen der Nationalversammlung war es der schwerste, und es ist der schwärzeste Fleck auf ihrem Andenken, daß sie ihre historische Aufgabe auf diesem Gebiete nicht begriff. Mochte sie für die Noth des industriellen Proletariats noch nichts übrig haben, als wohlfeile Redensarten und gelegentliche Palliativmittelchen, dafür war sie ein bürgerliches Parlament. Aber als solches mußte sie die Bauern vom feudalen Joche zu befreien verstehen. Sie besaß in fünfzig bis sechzig bäuerlichen Abgeordneten einen Generalstab, der ihr ein unüberwindliches Heer bilden konnte. Gewiß war erst ein Theil dieser Volksvertreter so weit entwickelt, um sich dahin zu setzen, wohin er gehörte, nämlich auf die äußerste Linke, während ein anderer Theil noch nicht um sich wußte, sich von dem schlauen Hansemann als Stimmvieh einfangen und im Finanzministerium abfüttern ließ, wo er nach dem Ausdrucke eines englischen Korrespondenten erschien, wie ein Trupp Ojibbeways-Indianer in den Salons des Herzogs von Devonshire. Um so mehr hätte die bürgerliche Opposition diese armen Kerle über ihre Interessen aufklären sollen. Statt dessen bereitete sogar ein Mitglied des linken Zentrums der Rechten den wohlfeilen Triumph, die Ausschließung des angeblich der deutschen Sprache unkundigen Dreschgärtners Kiolbassa zu beantragen und sich wegen dieses unwürdigen Antrags von dem zur Rechten gehörigen Präsidenten abkanzeln zu lassen. Die Kreuzzeitung war ganz in ihrer Rolle, wenn sie die Schnurren aufbrachte, daß Kiolbassa sich im Sitzungssaale die Stiefeln auszuziehen pflege, weil er barfuß zu gehen gewohnt sei, und daß er dem Kassirer, der ihm die Diäten in lauter blanken Thalern auszahlte, vor freudiger Rührung den Rockzipfel geküßt habe. Aber was soll man zu den bürgerlichen Liberalen sagen, die entzückt in diese salzlosen Scherze einstimmten, zu einem Manne wie Gustav Freytag, der

in den Grenzboten wetteifernd mit der Kreuzzeitung seine schlesischen Landsleute Mros und Kiolbassa als „schnurrige Teufel“ verhöhnte?

Wohl machten die Linke und das linke Zentrum einige Vorstöße gegen die feudalen Lasten, gegen die Gesindeordnung, gegen das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden, gegen manches andere der Art, aber es war kein rechter Nachdruck dahinter, und von allem wurde nur ein Antrag Buchers, der den feudalen Kreisständen das Recht nahm, Ausgaben zu beschließen, als Gesetz durchgebracht. Noch am 1. September versagte die Versammlung einem Antrage auf Beseitigung der Hofedienste die Dringlichkeit. Ja sogar ein anfangs Juni eingebrachter Antrag des linken Zentrums, die schwebenden Verhandlungen über gutsherrlich-bäuerliche Auseinandersetzungen zu sistiren bis zum Erlaß billigerer Ablösungs- und Regulirungsgesetze, war Ende September noch nicht von der Versammlung genehmigt worden. Sechs Monate nach dem 18. März konnte sie sich noch nicht zu dieser einfachen provisorischen Maßregel aufschwingen, während die französische Nationalversammlung von 1789 drei Wochen nach dem Sturm auf die Bastille schon mit dem ganzen feudalen Unwesen aufgeräumt hatte.

Trotzdem war noch viel zu retten, als mit dem Ministerium Pfuel die entscheidende Krisis über Leben und Tod der Versammlung begann. Die Bauern waren nach wie vor sehr munter, in vielen Tausenden von Petitionen riefen sie den Schutz der Volksvertretung an, die am 1. September eröffnete Jagd führte zu Mord und Todtschlag zwischen Bauern und Junkern, da die Bauern das feudale Jagdrecht mit gutem Fug als durch die Märzrevolution erloschen betrachteten, während die Junker nicht von der noblen Passion lassen wollten, auf bäuerlichen Aeckern zu jagen. In der That setzte die Versammlung an diesem Punkte ein, und zwar mit einem Erfolge, der sie wohl ermuthigen konnte. Aus eigener Initiative beschloß sie, das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden als dingliches Recht ohne jede Entschädigung aufzuheben, sie ging dabei sogar radikaler vor, als sich vom bürgerlichen Standpunkt aus rechtfertigen ließ, und trotzdem wagte die Krone nicht, dem Gesetze ihre Genehmigung zu versagen. Die Versammlung brauchte jetzt nur das Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Abgaben und Lasten aus einem Blendwerk zu einem wirklichen Wesen zu machen, die drückenden oder sei es auch nur die drückendsten Lasten der bäuerlichen Klasse darin aufzunehmen, und sie hatte immer noch eine Position, in der sie den politischen Kampf mit Krone und Junkerthum wohl aufnehmen konnte.

Leider war ihre Energie abermals mit dem ersten Anlaufe, mit dem Jagdgesetze erschöpft. Außerdem nahm sie endlich das so lange verschleppte Sistirungsgesetz über die gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen an, aber schon unter Ablehnung aller für die bäuerlichen Betheiligten vortheilhafteren Amendements. Die Krone genehmigte auch dies Gesetz. Jedoch nun brach bei der Berathung des Lastengesetzes ein hoffnungsloser Wirrwarr herein. Das rechte Zentrum, das am 7. September den Fraktionen der Linken den Sieg verschafft hatte, fiel wieder zur Rechten ab. Unruh war ein solcher Eigenthumsfanatiker, daß ihm die Grund-

säße des Patowschen Promemorias eigentlich schon zu weit gingen. Sein Fraktionsgenosse Pilet erklärte als Berichterstatter über das Gesetz, es sei weder gerecht noch klug, die Feudallasten — abgesehen von nichts oder wenig bedeutenden Ausnahmen — unentgeltlich abzuschaffen; gerecht nicht, weil sie durch einen seit Jahrhunderten gesetzlich geschützten Besitz Gegenstand des wohlerworbenen Eigenthums geworden seien, klug nicht, weil dadurch die zahlreiche und durch den Besitz großer materieller Mittel einflußreiche Klasse der berechtigten Grundbesitzer den neuen Einrichtungen des Staats entfremdet werden würde. Die Fraktionen der Rechten wollten zwar nicht gerade die Bauern vor den Kopf stoßen, die nur darauf warteten, der Versammlung neue Kraft zu geben, aber sie wollten es noch viel weniger mit den Junkern verderben, die nur darauf lauerten, der Versammlung den Stoß ins Herz zu versetzen. Sie blinzelten den Bauern zu: Ein Sperling in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dache, und ihr könnt ganz zufrieden sein, wenn wir den dreißigsten oder auch zwanzigsten Theil eurer Lasten aufheben, und sie blinzelten den Junkern zu: Ein kleines Draufgeld könnt ihr schon zahlen, wenn ihr euer bedrohtes Eigenthum aus dem Feudalen ins Bürgerliche mausern dürft.

In glänzenden Reden warf sich Bucher wiederholt diesem ekelhaften Prachern und Schachern entgegen. Er sah die Gerechtigkeit und Klugheit auf einer anderen Seite, als Pilet. Entweder sei der Gutsherr berechtigt, eine Entschädigung zu fordern, und dann müsse sie ihm werden, oder die Gesetzgebung sei berechtigt, ohne Entschädigung aufzuheben, und dann habe sie kein Recht, den Junkern auf Kosten der Bauern Geschenke zu machen. Der Rechtsboden, von dem die Frage entschieden werden müsse, sei nicht der verrottete Rechtsboden der historischen Schule, sondern der Rechtsboden der Revolution. „Die Revolution ist die Nothwehr des Volks, das in seinen heiligsten Rechten gekränkt ist. Die Nothwehr aber ist ein Recht, anerkannt nicht blos im Sittengesetze, sondern in den Gesetzen aller Zeiten und Völker. Wenn ein Volk eine Revolution gemacht hat, eine wahre Revolution in diesem Sinne, das heißt im Falle der Nothwehr, und seine Vertreter auf diesen Boden sich stellen und in diesem Sinne die Gesetzgebung fortführen, den Gedanken der Revolution verkörpern, so stehen sie auf einem Rechtsboden.“ Diesen Boden zu verlassen, sei ebenso unklug wie ungerecht. Wie am 7. September warnte Bucher wieder vor den verbohrten Tifteleien des juristischen Formalismus. „Die Juristen werden sich mit den sozialen Wissenschaften befreunden müssen, damit die sozialen Fragen sie nicht verschlingen. . . . Wenn wir den Entwurf Punkt für Punkt mit juristischer Genauigkeit diskutiren und mit zahlreichen Amendements begleiten, so könnte es uns leicht gehen wie dem Archimedes, als er über seinen Zirkeln saß.“ Dabei war sich Bucher vollkommen bewußt, daß die Revolution, auf deren Rechtsboden er sich stellte, eine bürgerliche Revolution war. Er forderte dem Sinne nach, daß die Versammlung handeln solle, wie die Versammlungen der großen französischen Revolution gehandelt hatten, nach dem Grundsatze: die gutsherrlichen Rechte sind ohne Weiteres und ohne jede Entschädigung aufgehoben, soweit sie feudaler, herrenschaftlicher Natur sind, auf der Herrschaft

einer Person über die andere beruhen; sie sind dagegen ablösbar, soweit sie sich auf den in der bürgerlichen Gesellschaft fortdauernden Rechtstitel des Vertrages, auf das Prinzip von Leistung und Gegenleistung gründen.

Die Stimmenverhältnisse in der Nationalversammlung lagen damals so, daß sich die Fraktionen der Rechten mit den Fraktionen der Linken ziemlich das Gegengewicht hielten. Gegen Ende des Monats Oktober, als Grabow sich vom Präsidium zurückzog, wurde Unruh mit 177 Stimmen von den Fraktionen der Rechten gewählt, während die Fraktionen der Linken bei dieser Gelegenheit 170 Stimmen musterten. Diese Stimmverhältnisse machten die konsequente Durchführung des von Bucher und seinen Freunden aufgestellten Prinzips schon sehr schwierig. Aber die letzten Aussichten, die es eben dadurch besaß, daß es ein klares und reinliches Prinzip war, welches als Ariadnefaden in dem feudalen Labyrinth dienen konnte, wurden durch die Linke vernichtet. Im beschämenden Gefühle ihrer bisherigen Versäumnisse wollte diese Fraktion möglichst alle gutsherrlichen Rechte mit einem Federstriche unentgeltlich abschaffen, unbekümmert darum, ob sie auf feudalem oder bürgerlichem Rechtstitel beruhten. Damit handelte die Linke, die keineswegs den bürgerlichen Rechtsboden zu verlassen beabsichtigte, nicht nur inkonsequent, sondern sie lief auch in ein hinterlistig ausgespanntes Garn der Rechten. Während diese wackere Partei, so weit ihre Kraft reichte, sich der unentgeltlichen Abschaffung der feudalen Lasten widersetzte und das Gesetz nach besten Kräften für die Bauern werthlos machte, half sie, wo sie ihren edlen Zweck nicht durchsetzen konnte, dem blinden Ungestüm der Linken zum Siege, um die Versammlung bei den besitzenden Klassen in den Geruch zu bringen, daß sie kommunistisch sei und das bürgerliche Eigenthum so wenig achte, wie das feudale.

Den ersten Erfolg erzielte das treulose Doppelspiel schon beim Jagdgesetze. Sobald die unentgeltliche Aufhebung des feudalen Jagdrechts beschlossen war, warf die Rechte im Verein mit der Linken das von Schulze-Delitzsch eingebrachte Amendement des linken Zentrums ab, wonach für die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden Entschädigung zu leisten sei, falls der Grundeigenthümer oder dessen Besitzvorfahren innerhalb der letzten dreißig Jahre das ihnen schon damals zustehende Jagdrecht gegen Entgelt veräußert hätten.

Aber wahre Orgien feierten die perfide Taktik der Rechten und die unheimliche Beschränktheit der Linken erst bei dem Lastengesetze. So beispielsweise in dem Streite über die Laudemien. Die sogenannten Laudemien, Marktgroschen, Konfirmationsgebühren, Zählgelder, Verrufsgelder, Vorschreibegelder, Pfändergebühren, Anfahrtgelder, herrschaftliche Kaufsporteln, Dominialjura und wie dergleichen Abgaben sonst noch hießen, gehörten zu den scheußlichsten Plagen der Bauern. Sie wurden von den pflichtigen Grundstücken bei jeder Aenderung des Besitzes in herrschender oder dienender Hand erhoben und stiegen je nachdem bis zu zehn Prozent des Werths. Sie waren die reine Plünderung, eine Vermögenskonfiskation in bester Form. Starb der Bauer, so mußten seine Erben bis zum

zehnten Werththeil des Hofes, gleichviel ob er verschuldet war oder nicht, an den Junker zahlen. Wenn ein Bauernhof, der zehntausend Thaler werth, aber mit sechstausend Thalern Hypotheken- und dreitausend Thalern Personalschulden belastet war, durch Todesfall des Besitzers auf die Wittwe überging, so berechnete der Staat die Erbschaftssteuer nur mit zehn Thalern nach dem thatsächlich vererbten Werthe von tausend Thalern, aber der Junker kassirte den zehnten Theil des Gesammtwerths, also das ganze Erbtheil von tausend Thalern, als Laudemium ein. Er konnte den Hof sofort subhastiren lassen. Ging das Gut dann etwa für siebentausend Thaler fort, so fielen die persönlichen Forderungen der Gläubiger aus und blieben der Erbin am Halse hängen, aber neben den Hypothekenschulden war nicht nur das Laudemium des Junkers gedeckt, sondern er war auch berechtigt, von dem neuen Besitzer ein neues Laudemium von siebenhundert Thalern zu fordern.

Das linke Zentrum brachte nun durch Bucher und Schulze-Delitzsch den Antrag ein, die Laudemien unentgeltlich abzuschaffen, es sei denn, daß „die Verpflichtung erweislich durch den zwischen dem Berechtigten und Verpflichteten oder deren Besitzvorgängern über das Grundstück geschlossenen Ueberlassungsvertrage begründet“ sei. Wie bei dem entsprechenden Antrage zum Jagdgesetze war die Einschränkung thatsächlich ebenso unbedeutend, wie grundsätzlich wichtig; die Laudemien waren allermeist rein feudalen Ursprungs und beruhten auf dem Rechte der Verjährung. Der Antrag wurde mit 178 gegen 160 Stimmen angenommen, und nun brachten zwei Mitglieder der Rechten, der Justizrath Gellern und der Oberlandesgerichtsrath Tüshaus, die beide gegen den Antrag gestimmt hatten, das Amendement ein, in den vorbehaltenen Fällen dürfe der Laudemialsatz nicht zwei Prozent übersteigen. Die Absicht lag klar auf der Hand: die Versammlung sollte zu einem Eingriffe in ein Eigenthumsrecht bewogen werden, das sie eben selbst als bürgerlich anerkannt hatte. Trotzdem ging die Linke in die plumpe Falle. Und kaum war das Amendement ohne namentliche Abstimmung angenommen worden, als andere Mitglieder der Rechten, voran der Landgerichtsrath Reichensperger und der Geheime Obertribunalsrath Rintelen, einen feierlichen Protest gegen den von ihren eigenen Fraktionsgenossen veranlaßten Beschluß zu Protokoll gaben, weil er in nicht zu rechtfertigender Weise in das Recht der Verträge eingreife und damit die Existenz jedes Rechts in Frage stelle.

Es mag genug sein an dieser einen Szene aus der widerlichen Komödie, für deren Aufführung sich die Rechte täglich in verschiedene Trupps spaltete. Sie ist nicht völlig zu Ende geführt worden, was noch das Beste an ihr war. Die Versammlung bekam das seltene Kunststück fertig, den Torso eines Gesetzes zusammenzustoppeln, das einerseits die besitzenden Klassen und namentlich auch die verbürgerlichte Aristokratie in ihren heiligsten Eigenthumsgefühlen verletzte, andererseits die Bauern immer mißtrauischer und argwöhnischer machte. Wie hätten sie sich auch in diesem Wust von manchmal vierzig beschränkenden oder erweiternden Amendements zu einem einzigen Paragraphen zurecht finden sollen,

in einem Wust, in dem sich kaum noch die geriebensten Rechtsstiftler zurecht fanden? Wie hätten sie ihre Knochen zu Markte tragen sollen für eine Versammlung, welche sie nicht zu emanzipiren, sondern nur zu opfern verstand?

Keineswegs wurde die Lage der Versammlung dadurch gebessert, daß sie unter dem Ministerium Pfuel gleichzeitig mit dem Lastengesetze die ersten Abschnitte der neuen Verfassung berieth. Sie strich dem Könige die „Gnade Gottes" aus dem Titel, schaffte den Adel ab, beseitigte Orden und Titel. Das alles half ihr nichts, im Gegentheile! Eine Politik, die, während sie mit der einen Hand die Truppen abdankt, mit der anderen Hand heftige Herausforderungen an den Feind richtet, ist ihrer Niederlage um so sicherer.

VI. Krone und Junker.

Besser wußte die Gegenrevolution die Uebergangszeit unter dem Ministerium Pfuel auszunutzen. Sie umklammerte Berlin immer fester mit hundert Kanonen, mit einer Truppenmacht von vierzig- bis fünfzigtausend Mann. Sie bemühte sich eifrig, in den Massen der Hauptstadt einen Aufruhr zu erregen, der das militärische Einschreiten gestattete.

Am liebsten hätte sie eine kleine Kopie der Pariser Junischlacht veranstaltet. Einen Anlauf dazu nahm sie in der Mitte des Oktobers, als arbeitslose Handwerker, die vom Staate bei einem Kanalbau auf dem Köpenicker Felde beschäftigt wurden, eine Maschine zerstörten, welche ihnen beim Herannahen des Winters das letzte Stück Brot zu entreißen drohte. Die verzweifelte Stimmung dieser Armen war um so erklärlicher, als es meist an feine Arbeit gewöhnte Leute waren, wie Gold- und Silberschmiede, deren Hände bei der harten Erdarbeit für ihren eigentlichen Beruf immer untauglicher wurden. Das halb rathlose, halb täppische Eingreifen der Bürgerwehr führte zu einem Zusammenstoß, bei dem einige Arbeiter und Bürgerwehrleute getödtet wurden, doch gelang es den Abgeordneten der Linken, den Konflikt beizulegen, ehe das Militär herangerufen werden konnte. Die Reaktion machte dann noch einen Versuch, die Arbeiter aufzureizen, indem der den Kanalbau auf dem Köpenicker Felde leitende Baumeister in „höherem Auftrage" verfügte, daß nicht nur die bei der Zerstörung der Maschine betheiligten, sondern auch hundert andere, ganz unbetheiligte Arbeiter zur Strafe entlassen werden sollten. Indessen auch diese barbarische Demagogie schlug fehl. Die einigermaßen entwickelten und organisirten Arbeitermassen wußten recht wohl, wem in diesem Augenblicke mit einem Blutbade gedient war.

Die Gegenrevolution mußte sich an bescheideneren Staatsrettereien genügen lassen. Im Laufe des Oktobers begannen tumultuarische Haufen das Schauspielhaus zu belagern, in dem die Versammlung tagte. Sie hörten nicht auf die Abgeordneten der Linken, wohl aber auf zweifelhafte Demagogen, wie den Grafen

Breßler, der sich bald mit der Linken, bald mit dem Junkerparlamente angefreundet hatte und von dem später in gerichtlicher Verhandlung festgestellt wurde, daß er in den kritischen Tagen des Oktobers Arbeiter mit Geld zum Erbauen von Barrikaden anzustiften gesucht hatte. Uebrigens war die täglich wehmüthigere Klage der Reaktion, daß diese Haufen die Nationalversammlung terrorisirten, einfach läppisch. Dieselben Abgeordneten der Rechten, die in den Tagen des Sturmes auf das Zeughaus, als wirkliche Proletarier die Versammlung voranzutreiben gesucht hatten, allerdings zu Hause geblieben waren, spazierten jetzt wohlgemuth im Sitzungssaal aus und ein. Sie selbst wagten nicht zu behaupten, daß ihre Abstimmungen durch die Angst vor den Tumultuanten beeinträchtigt würden, sondern bejammerten nur die „gefährdete Würde" der Versammlung, derselben Versammlung, deren Würde sie selbst täglich durch ihre elenden Intriguen zerstörten. Aber auch ganz abgesehen von der Frage, inwieweit reaktionäre Aufhetzungen bei den tumultuarischen Straßenszenen vor dem Schauspielhause mitgewirkt haben, so bezeugen nicht nur alle unbefangenen Urtheiler, sondern auch Leute, wie Gneist und Unruh, die einen scharfen Blick schon für die entfernteste Bedrohung von Eigenthum und Personen besaßen, daß der ganze Spektakel in freien Ländern kaum eine beiläufige Aufmerksamkeit gefunden haben würde.

Der entscheidende Schlag fiel dann in Wien. Wie die Berliner Revolution, so empfing auch die Berliner Gegenrevolution ihre Losung aus der österreichischen Hauptstadt. Die österreichische Regierung sammelte nach Radetzkys Siegen in Italien ihre halb barbarischen slavischen Völkerschaften, um sich auf die revolutionären Kulturvölker der Deutschen und der Magyaren zu stürzen. Am 31. Oktober stürmte Fürst Windischgrätz das nach tapferer Gegenwehr erliegende Wien. Am Abend dieses Tages nahm das preußische Parlament nach leidenschaftlicher Debatte einen harmlosen Antrag von Rodbertus an, der die Regierung aufforderte, bei dem Reichsverweser schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstags in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde. Am 1. November kam die Kunde vom Falle Wiens nach Berlin. Sofort wurde Pfuel entlassen und der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Brandenburg war eine Dreieinigkeit von Junker, Offizier und Hohenzoller, ein Oheim des Königs, entsprossen aus einer jener Doppelehen, in denen der König Friedrich Wilhelm II. seine Gottesfurcht und fromme Sitte zu bekunden pflegte.

Graf Brandenburg bedeutete den Staatsstreich in der brutalsten Form, in einer Form, die sogar der Rechten über den Spaß ging. Die Versammlung konnte jetzt entweder der Krone offen den Krieg erklären, indem sie sich als selbständige Macht konstituirte, aber diese von Jacoby lebhaft befürwortete Taktik war ihrer Mehrheit viel zu revolutionär. Oder sie konnte auf dem parlamentarischen Wege das neue Ministerium lahm zu legen versuchen, aber dieser Weg erschien der Mehrheit viel zu aussichtslos. Man einigte sich auf den Antrag

des linken Zentrums, durch eine Deputation beim Könige wegen der „Lage des Landes“ vorstellig zu werden. Es war ein halber Schritt, welcher der Krone mit dem Trotze der Versammlung zugleich ihre Ohnmacht verrieth. Das trat schon in der äußeren Form der Adresse hervor, die dem Könige von der Deputation überreicht werden sollte. Jacoby, Bucher und Reichensperger wurden mit ihrer Abfassung beauftragt, und dieser Führer der Rechten flickte in Buchers vortrefflich stilisirten Entwurf, der den König in ernstem Tone auf die „unendlich traurigen, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernden Folgen“ seines Thuns hinwies, allerlei loyale Redensarten ein über das „Herz Sr. Majestät“, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen haben sollte.

In Sanssouci wurde die Deputation am 2. November nach längeren Verhandlungen mit dem Flügeladjutanten v. Manteuffel, dem späteren Feldmarschall, wirklich beim Könige vorgelassen. Während Unruh die Adresse verlas, schlug der König erst an seinen Degen und kehrte dann der Deputation den Rücken zu, mit einer drastisch einladenden Geberde, die sich unter den Berliner Gassenjungen großer Volksthümlichkeit erfreute, um das Gegentheil von Hochachtung zu bekunden, im konstitutionellen Verkehre zwischen Krone und Volksvertretung allerdings noch nicht erprobt worden war. Die bestürzte Deputation verharrte erst im Schweigen, als der König nach Verlesung der Adresse das Zimmer zu verlassen begann. Dann raffte sich Jacoby zu der Frage auf, ob der König der Deputation Gehör geben wolle und rief auf die rauhe Antwort: Nein! dem im Nebenraume Verschwindenden die Worte nach, es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollten.

Man hätte denken sollen, daß Jacoby von seinen Genossen beglückwünscht worden wäre, denn durch sein nicht gerade tiefsinniges, aber der Situation vollkommen angemessenes Wort hatte er der Deputation wenigstens einigermaßen aus der peinlichen Lage geholfen, in welche sie durch das absonderliche Benehmen des Königs versetzt worden war. Jedoch sobald der König das Zimmer verlassen hatte, stürzte die Mehrheit der Deputation mit wüthenden Vorwürfen über Jacoby her, und kaum war der Flügeladjutant wieder eingetreten, als Rodbertus, wie er sich dessen am nächsten Tage in offener Versammlung rühmte, auf ihn zueilte und ihn „dringend bat, zu Seiner Majestät hineinzugehen und zu sagen, daß wir überzeugt seien, daß Seiner Majestät Gefühl die Adresse der Nationalversammlung und die letztgehörten Worte eines Deputirten zu unterscheiden wissen werde“. So waren nun einmal diese Volksvertreter und selbst die besseren unter ihnen: während der König die Schwerter schleifen und die Rosse satteln und die Kanonen laden ließ, um die Volksvertretung mit militärischer Gewalt zu sprengen, verklagten sich die Führer des Parlaments beim Adjutanten des Königs wegen Mangels an unterthäniger Ehrfurcht. Diese trübselige Politik mußte der Gegenrevolution frischen Muth einflößen.

Sie hatte ihn nöthig genug. Brandenburg wie Wrangel waren nichts weiter, als militärische Schnurrbärte, die mit ihrem Bramarbasiren von der

„Kugel im Lauf und haarscharf geschliffenen Schwertern“ vorsichtigen Reaktionären geringes Vertrauen einflößten. Damals wurde gewitzelt, der Flügeladjutant v. Manteuffel mache die Straßen Berlins mit einem Revolver unsicher, um Minister zu pressen. In sechs Tagen brachte Brandenburg noch nicht ein halbes Ministerium zusammen; irgend ein Kriegsknecht war ins Kriegsministerium kommandirt worden, und zwei vormärzliche Bureaukraten, Ladenberg und v. Manteuffel, hatten den Unterricht und das Innere übernommen. Für das Auswärtige, den Handel, die Landwirthschaft, die Justiz und die Finanzen fanden sich keine Kandidaten. Die simple Wiederherstellung des vormärzlichen Absolutismus und Feudalismus war ein so unmögliches Ding, daß höchstens die allerbeschränktesten Junker davon träumten. Wagener erklärte sie unumwunden für eine reaktionäre Utopie, und selbst Brandenburg versicherte unaufhörlich, er sei konstitutionell vom Scheitel bis zur Sohle, obgleich ihm der Konstitutionalismus ein Räthsel mit sieben Siegeln war.

Mindestens mit der Rechten mußte die Gegenrevolution sich zu einigen suchen, ehe sie den vernichtenden Schlag gegen die Versammlung führte. Und hier ergab sich die Schwierigkeit, daß auch die Rechte wiederholt erklärt hatte, die Versammlung könne von der Krone nicht aufgelöst werden. Das Prinzip der Vereinbarung war sinnlos, weil zwei Souveräne in einem Staate so wenig neben einander bestehen können, wie zwei Sonnen am Himmel, aber die Bourgeoisie hatte sich einmal darauf festgelogen und konnte sich nicht so ohne Weiteres davon losreißen. Nach diesem Prinzip durfte der König die Versammlung so wenig auflösen, wie die Versammlung den König absetzen durfte. Das Hangen und Bangen in schwebender Pein dauerte eine ganze Woche, während deren sich die Versammlung mit gleichgiltigen Debatten beschäftigte, nachdem sie den Antrag der Linken, einen Sicherheitsausschuß niederzusetzen, noch einmal abgelehnt hatte. In der Stadt herrschte während dieser Zeit die vollkommenste Ruhe. Die Tumultuanten des Oktobers waren merkwürdiger Weise wie von der Erde verschlungen, seitdem die Gegenrevolution am Ruder saß, aber sich nicht zu helfen wußte.

Inzwischen fanden sich die schönen Seelen des Grafen Brandenburg und der Rechten. Das Wie? und Wo? ist im Einzelnen nicht bekannt geworden, aber das Ergebniß ihrer geheimen Machenschaften trat sofort ans Tageslicht. Durfte der König die Versammlung nicht auflösen, so durfte er doch ihren Sitz verlegen und sie für diesen Zweck vertagen. Einen schönen Vorwand dafür boten die „nicht seltenen anarchischen Bewegungen“ und „verbrecherischen Demonstrationen“ in der Hauptstadt, welche auf die „Einschüchterung“ der Versammlung abzielten. Wie konnte die zarte Sorge um die Selbständigkeit der Versammlung ein Attentat auf ihr Leben sein? Es war der alte Plan, den die Rechte schon einmal in den Tagen des Sturms auf das Zeughaus ausgeheckt hatte. Ließ sich die Versammlung darauf ein, so war ein Präjudiz geschaffen, auf Grund dessen im Nothfalle bewiesen werden konnte, daß die Krone auch wohl das Recht habe, sie aufzulösen; ging sie nicht darauf ein, so rebellirte sie

gegen eine legitime Anordnung der Krone, die nichts Schlimmeres bezweckte, als die Versammlung aus der Gewalt des Pöbels zu erlösen. Bei ihrem sehr gegründeten Zweifel an den geistigen Fähigkeiten des Grafen Brandenburg stellte die Rechte ihm vorsorglich in ihrem Mitgliede Rintelen einen erprobten Rechtsverdreher als Justizminister. Zwar war Rintelen erst am 2. November mit nach Sanssouci gewallfahrtet, um gegen das Ministerium Brandenburg zu protestiren, aber was kam so einem preußischen Obertribunalsrath viel darauf an, heute das Siegel des Rechts auf Gewaltthaten zu drücken, die er gestern verflucht hatte? Mit dem sauberen Plänchen in der Tasche begab sich Brandenburg zu Unruh, um ihn auszuhorchen. Und wenn er wirklich noch über die Spitzen seines Schnurrbarts hat sehen können, so wird ihn die sofortige Erklärung Unruhs: die Mehrheit der Versammlung, die Zentren und die Linke und er selbst als Präsident an ihrer Spitze, würden sich der Verlegung und Vertagung nicht fügen, mit aufrichtiger Freude erfüllt haben.

Für Unruh war die absolutistisch-feudale Reaktion eine sehr fatale Sache, und so billig wie die Rechte gedachte er keineswegs sich mit ihr abzufinden. Aber noch weit fataler war ihm eine zweite Revolution des Volks, und sie um jeden Preis zu hindern, war, wie Unruh selbst öffentlich erklärt hat, der eigentliche Grund seiner Widerspenstigkeit. Wenn die Versammlung sich verlegen und vertagen ließ, so ging ihr lange schon erschüttertes Ansehen beim Volke völlig in die Brüche. Dann stand zu befürchten, daß sich „politische Vereine der Bewegung bemeisterten", dann „war der Straßenkampf unvermeidlich", wie Unruh in seinen Denkwürdigkeiten sagt. Widersetzte sich die Versammlung dagegen den Befehlen der Krone, so erfrischte sie ihr Ansehen in den Augen der Massen, so konnte sie in aller Seelenruhe den Karren verfahren, bis ihn keine menschliche Macht wieder ins richtige Geleise zu bringen vermochte. Unruh traute sich mit Recht zu, diese Aufgabe meisterhaft lösen zu können.

Gleichviel aber ob Brandenburg die Sachlage übersah oder nicht: er hatte jetzt einen politischen Faden in der Hand, den er abhaspeln konnte. Am 9. November verkündete er in der Versammlung eine königliche Botschaft, durch welche sie nach Brandenburg a. H. verlegt und bis zum 27. November vertagt wurde. Auf Unruhs Erklärung, daß er die Sitzung nicht ohne Zustimmung der Versammlung schließen könne und somit diese Frage zu ihrer Entscheidung stellen werde, protestirte Brandenburg „feierlich" gegen die „ungesetzliche" Fortsetzung der Verhandlungen und verließ den Saal. Er verbarrikadirte sich im Kriegsministerium, und Wrangel rückte mit einer großen Truppenmacht in Berlin ein. Es dauerte nun nicht drei Tage, bis die beiden militärischen Schnurrbärte alles öffentliche Recht unter ihre Reiterstiefel getreten hatten: die Gesetze vom 6. und 8. April, die Gesetze über die Bürgerwehr und den Schutz der persönlichen Freiheit. Dafür schufen sie als neues Recht den Belagerungszustand, für den ihnen jede gesetzliche Handhabe und jeder thatsächliche Anlaß fehlte. Sie etablirten die nackte Herrschaft des Säbels.

VII. Die Tragikomödie des Novembers.

Durch das Vorgehen der Gegenrevolution gewann die Versammlung einen Rechtsboden, wie ihn das preußische Bürgerthum gleich solide weder vorher noch nachher unter den Füßen gehabt hat.

Indem das Parlament dem Befehle der Krone widerstand, befand es sich in seinem vollen Rechte, formell wie materiell und gleichviel, ob die Theorie der Vereinbarung giltig war oder nicht. Selbst wer diese Theorie als maßgebend anerkannte, mußte zu den Schlußfolgerungen kommen, die ein so weit rechts stehender Jurist, wie Gneist, als Berliner Stadtverordneter in die Worte kleidete: „Die Nationalversammlung ist zur Vereinbarung der Verfassung nach Berlin berufen worden. Sie ist nach dem Gesetze zusammengetreten und dem Rufe nach Berlin gefolgt. Sie hat damals und später diese Bestimmung des Orts thatsächlich genehmigt. Einseitige Abänderung in Ort und Zeit ist daher nicht statthaft, weder für die Krone noch für die Versammlung, denn beide stehen sich als selbständige Gewalten gegenüber. Wer das Recht einer Verlegung nach Brandenburg einräumt, muß auch eine Verlegung nach Tilsit, nach Saarlouis oder in eine andere freundnachbarliche Gegend zugestehen: wer eine Vertagung auf vierzehn Tage zugesteht, auch eine Vertagung auf vierzehn Jahre einräumen. Freie Vereinbarung hört auf, wo ein Theil allein Zeit und Ort bestimmen will. Einseitige Bestimmung ist es aber, wo ein Theil allein sich ein Urtheil beilegt, ob eine Aenderung wesentlich, ob die Gründe dazu genügend sind. Es handelt sich jetzt also nicht um ‚Befehlen und Gehorchen‘, sondern um Wahrung unserer Rechte." Die Rechtsfrage lag so klar, daß selbst die konservativsten Juristen, wenn sie nur nicht absichtlich das Recht beugen wollten, sie im Sinne Gneists beantworteten, so beispielsweise Bornemann, der Justizminister in dem Ministerium Camphausen.

Die Mehrheit der Versammlung war von ihrem Rechte auch überzeugt. Als Brandenburg am 9. November nach seinem „feierlichen Proteste" den Sitzungssaal verließ, war ihm nicht einmal die Rechte vollzählig gefolgt. Einzelne ihrer Mitglieder blieben, sei es aus Gewissensbedenken, sei es aus schlechteren Gründen, bei den Zentren und der Linken zurück. Die etwa 250 Mitglieder, die sich dem Staatsstreiche nicht unterwarfen, sicherten weitaus die Beschlußfähigkeit der Versammlung. Eine von Gierke, dem ehemaligen landwirthschaftlichen Minister, begründete Resolution, die der Krone das Recht absprach, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und die verantwortlichen Minister einer schweren Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung zieh, erhielt fast einstimmigen Beifall. Nach dieser zutreffenden Entscheidung der Rechtsfrage kam es darauf an, wie die Versammlung ihr Recht vertheidigen und das Unrecht der Krone abwehren würde.

An sich lag die Thatfrage ebenso sonnenklar wie die Rechtsfrage und ergab sich unmittelbar aus ihr. Griff die Krone mit Gewalt an, so mußte sich

die Versammlung mit Gewalt vertheidigen. Irgend ein Recht auf Revolution, über das die „gesetzliche“ Bourgeoisie hätte zweifelhaft sein können, kam dabei nicht ins Spiel. Es handelte sich einfach um die gesetzliche Abwehr eines ungesetzlichen Angriffs, und die Vertheidiger mußten sich gern oder ungern den Waffen bequemen, welche die Angreifer wählten. Ein Volk, in dessen Grenzen ein fremder Eroberer mit Waffengewalt einbricht, vertheidigt seine Herde auch mit Waffen, und die Hochverräther Brandenburg und Wrangel waren ärger, gefährlicher, hassenswerther als fremde Eroberer. Betrachtete sich die Versammlung nach dem Rechtsbruche der Krone als die einzige rechtmäßige Macht im Lande, wie sie es denn auch wirklich war, so mußte sie das Volk aufrufen zum Widerstande um jeden Preis, und gegen bewaffnete Bedränger auch zum bewaffneten Widerstande. Das war ihre Pflicht, wie es ihr Recht war, sobald die Krone sie gewaltsam zu sprengen versuchte.

An dieser Sachlage wurde auch dann nichts geändert, wenn die Versammlung befürchtete, durch ihre schweren Fehler das Vertrauen des Volks verscherzt zu haben, wenn sie besorgte, keine den Machtmitteln der Krone überlegenen Machtmittel aufbieten zu können. Einen Kampf ums Recht aufzugeben, weil er möglicher Weise mit einer Niederlage enden kann, ist die Sache von Feiglingen, nicht von Männern. Wäre Leonidas bei den Thermopylen mit seinen Dreihundert umgekehrt, weil er dem Heere der Perser unterliegen müsse, so würde er in der Geschichte nicht als Held, sondern als Schelm oder Narr fortleben. Was aber vom Kriege gilt, das gilt auch von der Revolution. Marx verurtheilte später die Taktik der preußischen Versammlung in der Novemberkrisis, indem er sagte: „Eine Niederlage nach hartnäckigem Kampfe ist eine Thatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung wie ein leicht gewonnener Sieg.“ Wagte die Versammlung den Kampf selbst auf die Gewißheit der Niederlage hin, so konnte sie die Schuld ihrer Vergangenheit löschen und die Hoffnung ihrer Zukunft retten: nie wäre dann der preußische Parlamentarismus auf ein halbes Jahrhundert hin dazu verurtheilt gewesen, den Schatten an der Wand zu spielen. Obendrein war aber der Kampf noch gar nicht aussichtslos, vorausgesetzt, daß die Versammlung energisch, klar und rasch zu handeln verstand.

Die Gelegenheit dazu wurde ihr noch an demselben Tage geboten. Mit echt preußischer Schamlosigkeit befahl der Minister des Innern durch den Polizeipräsidenten dem Kommando der Bürgerwehr, das Schauspielhaus für die Versammlung zu sperren. Das Kommando weigerte sich mit der zutreffenden Begründung, daß die Bürgerwehr nach dem Bürgerwehrgesetze verpflichtet sei, die „verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung“ zu schützen, nicht aber sie zu verletzen und daß sie nach demselben Gesetze weder vom Minister des Innern, noch vom Polizeipräsidenten, sondern nur von der Gemeindebehörde Befehle anzunehmen habe. Rimpler übersandte diesen Briefwechsel an Unruh, und dieser berief die Versammlung schleunigst für den 10. November Morgens fünf Uhr ein, da der Polizeipräsident erklärt hatte, wenn die Bürgerwehr nicht bis sechs Uhr

Morgens ihre Bereitwilligkeit erklärt habe, würden die königlichen Behörden „die geeignet erscheinenden Maßregeln“ selbst ergreifen.

In dieser entscheidenden Sitzung lagen der Versammlung drei Kundgebungen vor, welche ihr Handeln bestimmen konnten. Eine Deputation des Magistrats bot sich zur Vermittlung zwischen Krone und Parlament an, sie forderte „versöhnliche Schritte“ der Versammlung und namentlich die Verhütung von Blutvergießen. Die Bürgerwehr überreichte die zwischen ihrem Kommando und dem Polizeipräsidium gewechselten Schriftstücke, ohne eine besondere Aufforderung daran zu knüpfen, also mit der stillschweigenden Andeutung, daß sie sich zwar nicht zu Attentaten auf die Versammlung mißbrauchen lassen werde, aber damit ihren Heldenmuth auch als erschöpft zu betrachten bitte. Endlich forderten die organisirten Arbeiter Berlins, „das Berliner Bezirkskomite für deutsche Arbeiterverbrüderung, zu welcher“ — wie Unruh bei der Versammlung sagte — „nach den Unterschriften eine große Zahl der hiesigen Gewerke gehört“, die Versammlung zu bewaffnetem Widerstande auf. In der kurzen Adresse hieß es: „Die Arbeiter Berlins sind bereit und gerüstet, eurem Rufe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volks in seinen Vertretern zu verletzen; sie bieten euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrath üben wollte an euch und den Freiheiten des Volks.“ Ohne eine Debatte über diese Kundgebungen zu eröffnen, legte Unruh dar, „versöhnliche Schritte“ könne die Versammlung nicht mehr machen, aber allerdings müsse Blutvergießen vermieden werden. Dem Ministerium müsse jeder Vorwand zu Gewalt- und Zwangsmaßregeln, zur Erklärung des Belagerungszustandes &c. genommen werden. Es sei passiver Widerstand zu leisten und es genüge, wenn sich die Versammlung „nur mit Gewalt“ von ihren Plätzen vertreiben lasse. Die wahre Entscheidung liege in der Hand des Landes. So lange die Presse, so lange das Assoziationsrecht nicht von Neuem geknebelt sei, könne das Land ohne Blutvergießen die Reaktion besiegen. Ließe das Land es an genügenden Protesten fehlen, so habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn die eben aufblühende Freiheit wieder verdorre.

Da Unruh besser als irgend wer wußte, was ohnehin die Spatzen von allen Dächern pfiffen, daß nämlich die Gegenrevolution eben daran sei, die Assoziations- und Preßfreiheit „von Neuem zu knebeln“ und den Belagerungszustand zu verhängen, gleichviel ob mit oder ohne Grund, so leuchtet das sinnige Heldenthum seiner grundsätzlichen Erklärung von selbst ein. Thatsächlich knüpfte er daran die Aufforderung an die Bürgerwehr, die Versammlung, falls sie von militärischer Gewalt bedroht werde, nicht aktiv zu schützen, sondern nur passiven Widerstand zu leisten. Und zu der Adresse der Arbeiter sagte er: „Wir sind weit entfernt, meine Herren, wenn ich Ihre Meinung richtig aufgefaßt habe, diese Männer, deren Kraft und deren Blut dem Vaterlande gehört, zu veranlassen oder auch nur es zu dulden, daß sie zur unrechten Zeit und am unrechten Orte diese dem Vaterlande gewidmeten Kräfte aufopfern.“ Unruh war ein zu verschmitzter Bourgeois, um Arbeiterfäuste, die auch nur im Interesse der Bour-

gewisse despotisches Unrecht zerschmettern wollten, nicht doch am unrechten Orte und zur unrechten Zeit zu sehen; nach ihm gehörten Blut und Kraft des Proletariats ausschließlich dem „Vaterlande", worunter er die Profitwuth des Kapitals verstand.

Die Versammlung nahm die Erläuterungen ihres Präsidenten mit „allgemeinem Bravo" entgegen. Irgend ein Widerspruch erhob sich nicht. Ja, sie erließ noch in derselben Sitzung einen Aufruf an das Volk, „in dem schweren Augenblick, wo die gesetzliche Vertretung des Volks durch Bajonette auseinandergesprengt wird, auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes zu verlassen". Sie fuhr dann, um ihre Unabhängigkeit von der Regierung dadurch zu beweisen, daß sie organische Gesetze ohne Beisein von Ministern berieth, in der Verhandlung über das Lastengesetz fort, aber unter Bedingungen, die das ländliche Proletariat ebenso abkühlen mußten, wie das städtische Proletariat schon durch Unruhs Erklärung abgekühlt worden war. Die paar in der Versammlung gebliebenen Mitglieder der Rechten beanspruchten, daß die erweiternden Amendements zu dem Gesetze auf den Widerspruch eines einzelnen Mitgliedes in die Kommission zurückverwiesen werden müßten, und die Versammlung genehmigte diesen Anspruch. Sie gab die Interessen der Bauern preis, um den Rechten derjenigen Mitglieder nichts zu vergeben, die pflichtvergessen der Versammlung den Rücken gekehrt hatten.

Nun erst recht führte die preußische Nationalversammlung als possenhafte Travestie auf, was die französische Nationalversammlung sechzig Jahre früher als historisches Drama aufzuführen gewußt hatte.

So wollte die Vorlage der Regierung die ungemessenen Dienste, die rein feudalen Ursprungs waren und nirgends auf Vertrag beruhten, die sogar schon von der vormärzlichen Gesetzgebung als Folgen der Erbunterthänigkeit anerkannt worden waren, unentgeltlich abschaffen, aber nur in ein paar Winkeln der Provinzen Sachsen und Westfalen, wo sie noch bestanden, während sonst in den westlichen Landestheilen die französische Fremdherrschaft schon gründlich mit diesen Ueberbleibseln christlich-germanischer Herrlichkeit aufgeräumt hatte. Jedoch der Antrag, die ungemessenen Dienste überhaupt ohne Entschädigung aufzuheben, also auch in den östlichen Provinzen, wo sie greulich ausgewuchert waren, mußte zurückgelegt werden, weil ein Mitglied der Rechten der Berathung widersprach. So wollte ferner die Vorlage der Regierung die Jagd-, Treiber-, Hundeleit-, Jagdbotendienste, auch die unter dem Namen Hundebrot, Hundekorn, Hundehafer, Hundeackerkorn, Hundeackerhafer, Hundeackerzins, Hundsatzung vorkommenden Abgaben unentgeltlich abschaffen. Eine Reihe von Amendements beantragte, in dies mittelalterliche Schurr-Murr noch mit hineinzuwerfen Hetzgetreide, Jagdgeld, Spinngeld, Wirkegeld, Holzspaltegeld, Flachs- und Federposenlieferung, Hanf-, Docht-, Sumpf-, Ablager- und Heuergeld, Häckselschneider- und Deckerlohn, Dienst- und Weidehafer, Pfeffergeld u. s. w. u. s. w. Aber keines dieser Amendements gelangte zur Verhandlung, weil jedesmal ein Mitglied der Rechten widersprach. Und so stundenlang fort.

Es war eine blutige, aber verdiente Ironie des Schicksals, daß mitten in dies unwürdige Spiel hinein die Meldung gelangte, das von der Bürgerwehr bewachte Schauspielhaus sei nun auch von Truppen umstellt. Ein homerisches Wortgefecht, welches Rimpler und Wrangel an der Spitze ihrer Schaaren führten, endete mit der Versicherung des Generals, er ginge nicht eher, und müßte er acht Tage auf dem Platze bivouakiren, bis die Abgeordneten das Haus verlassen hätten, das er nach ihrem Abzuge zu verschließen beabsichtige. Die Bürgerwehr wollte nun nicht ohne die Versammlung abziehen und so stellte der Präsident fest, daß die Militärgewalt eingetreten sei. Unter „allgemeinem Bravo", womit in diesen Tagen sehr verschwenderisch umgegangen wurde, erklärte die Versammlung, sie weiche „nur der militärischen Gewalt" und zog mit der Bürgerwehr ab. Darauf besetzten die Truppen das Schauspielhaus und machten es sich zur staatsretterischen Kurzweil, die Archive der Versammlung zu zerstreuen.

Am 11. November löste das Ministerium die Bürgerwehr auf, wozu der König aus „wichtigen, in der Auflösungsordre näher anzugebenden Gründen" formell berechtigt war. Um so nachdrücklicher wurde die materielle Ungesetzlichkeit der Maßregel durch den einzigen Grund erhärtet, der in der Ordre angegeben war: die Bürgerwehr wurde aufgelöst, weil sie sich geweigert hatte, dem formell wie materiell gleich ungesetzlichen Befehle des Polizeipräsidenten zu gehorchen und das Schauspielhaus zu sperren. Die Versammlung, die an diesem Tage im Schützenhause zusammentrat, erklärte die Auflösung der Bürgerwehr für ungesetzlich und jeden Beamten oder Bürger, der daran mitwirken würde, für einen Verräther am Vaterlande, fügte aber die vorsichtige Klausel hinzu, sie fordere das Ministerium auf, seine Ordre zurückzunehmen, und dieser Zurücknahme möge die Bürgerwehr wie die Bevölkerung Berlins in ruhiger Haltung entgegensehen. Rimpler legte sofort sein Kommando nieder. Die Majore der Bürgerwehr thaten noch ein Uebriges, indem sie sich in der Nacht vom 11. auf den 12. November versammelten, um zu berathen, ob aktiver oder passiver Widerstand geboten sei. Eine Deputation der Arbeiterverbrüderung forderte sie zu aktivem Widerstand auf und verbürgte sich für die kräftige Unterstützung des Proletariats, aber auch Waldeck erschien mit einigen Abgeordneten der Linken und sagte, es sei nicht seine Sache, den Majoren einen Rath zu ertheilen, er sei kein Mann der Waffe und von militärischen Wissenschaften verstehe er nichts, jeder müsse wissen, was er zu thun habe und was der abwiegelnden Redensarten mehr waren. Die sehr schwach besuchte Zusammenkunft verlief sich nach einigem wirren Gerede, und die Entwaffnung der Bürgerwehr ging „in ruhiger Haltung" vor sich.

Die militärischen Schnurrbärte waren wieder am Ende ihres Lateins. Sie mußten und wollten den Belagerungszustand verhängen, um die Assoziations- und Preßfreiheit abzuwürgen, aber die Bürgerwehr ließ sich in aller Gemüthlichkeit entwaffnen, und die papierenen Proteste der Versammlung krümmten keinem Menschen ein Haar. In dieser Noth griff bürgerliche Dummdreistigkeit der militärischen Brutalität hilfreich unter die Arme. Am 12. November erschien eine

Deputation der städtischen Behörden vor versammeltem Staatsministerium, um es zu bitten, seine Demission einzureichen. Brandenburg hatte die Fassung, diese Zumuthung, deren anmuthiger Humor selbst seinem beschränkten Fassungsvermögen nicht entging, mit „ruhiger Würde" abzulehnen, wie der Augenzeuge Gneist berichtet. Dann aber platzte der Sprecher des Magistrats mit den Worten hervor, „es seien soeben, wir wüßten nicht wie, viele tausend Waffen der Bürgerwehr in die Hände des demokratischen Klubs und der Arbeiter gekommen, und wir müßten daher, um ein schreckliches Blutvergießen zu verhüten, gegen die Auflösung der Bürgerwehr und den angedrohten Belagerungszustand protestiren." Bei diesen Worten, deren sachlicher Inhalt rein aus den Fingern gesogen war, ging ein vergnügtes Grinsen — „einen Sonnenblick freudiger Ueberraschung" nennt es der höfliche Gneist — über die Gesichter der versammelten Minister, und sie antworteten augenblicklich, eben mit Rücksicht auf diese höchst dringlichen Umstände müsse der Belagerungszustand erklärt werden, was denn auch noch am selben Tage geschah.

Alle Klubs wurden sofort geschlossen, Versammlungen über zwanzig Personen verboten, die Veröffentlichung von Plakaten, Zeitungen und anderen Schriften an die Genehmigung der Polizei gebunden. Allen mißliebigen Organen der Presse blies die Polizei augenblicklich das Lebenslicht aus; den alten Philisterblättern schärfte sie ein, daß ihr Lebensfaden zerschnitten werden würde, falls sie etwas zu Gunsten der Versammlung oder zu Ungunsten der Regierung veröffentlichen sollten. Dazu kam eine Masse ungesetzlicher Haussuchungen, Verhaftungen und anderer Chikanen, so die alsbald auf Rodbertus angewandte Befugniß der Polizei, alle Fremde, „welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht genügend legitimiren könnten", binnen vierundzwanzig Stunden auszuweisen, und die Einsetzung von Kriegsgerichten, denen alle unterstellt wurden, welche durch eine „verrätherische Handlung" den Truppen Gefahr oder Nachtheil bereiten würden.

Auf die Kunde dieser Vorgänge eilte die Versammlung ins Schützenhaus. Sie fand das Haus selbst und den Stadttheil, worin es lag, von Bewaffneten überschwemmt, von Bewaffneten nicht aus der Bürgerwehr, sondern aus den fliegenden Korps, die, aus jüngeren Kaufleuten, Technikern, Künstlern, Studenten zusammengesetzt, stets etwas kräftiger aufgetreten waren. Sie verlangten kategorisch, die Volksvertretung schützen zu dürfen. Ebenso kategorisch antwortete Unruh, die Versammlung verlange ihren Schutz nicht, und Waldeck als Vizepräsident stimmte ihm zu. Unruh trieb die Bewaffneten fort, indem er sich weigerte, vor ihrem Abzuge die Sitzung zu eröffnen. In der Sitzung selbst wurde der verhängte Belagerungszustand für ungesetzlich erklärt, aber diesmal der übliche Vers nicht angehängt, die Bevölkerung möge ihm keinen thätlichen Widerstand entgegensetzen. Jung von der Linken schwang sich zu der Erklärung auf, man möge doch nicht immer das Volk schulmeistern und durch solche Ermahnungen den Schein hervorrufen, als sei es nicht etwa auch zum thätlichen Widerstande gegen die brutale Gewalt berechtigt. Wolle die Versammlung das Volk nicht

zu den Waffen rufen, so möge sie doch auch nicht davon abmahnen. Allmälig erwachte ein Gefühl der Scham in der Versammlung. Während hunderte aufmunternder Adressen aus allen Theilen des Landes sie überschwemmten, arbeitete sie an der Quadratur des Kreises, wollte sie die Freiheit schützen, vorausgesetzt, daß dabei kein Tropfen Blut floß.

Bereits am 11. November hatte die Linke die Steuerverweigerung beantragt, freilich nur mit dem Erfolge, daß der Antrag in eine Kommission abgeschoben wurde, nachdem Unruh verheißen hatte, auch ohne dies „letzte friedliche Mittel" werde die „Stimme des Landes" das „Gequieke der Reaktion" übertönen. Als nun aber die Reaktion nicht „quiekte", sondern sich in immer ungesetzlicheren Gewaltmaßregeln überstürzte, gegen welche die „Stimme des Landes" immer lauter ertönte, brachte die Linke am 12. November abermals den Antrag ein, das hochverrätherische Ministerium sei zur Verwendung der Staatsgelder und Erhebung der Steuern nicht berechtigt. Bucher schlug dazu eine Resolution vor, die den Fahneneid für unverbindlich erklärte, wenn das Heer zur Ausführung ungesetzlicher Handlungen, wie des Belagerungszustandes, befehligt würde, und in ähnlichem Sinne wollten einige Mitglieder der Linken eine Proklamation erlassen wissen, in der die „Brüder im Heere" aufgefordert werden sollten, die „gesetzliche Haltung" der Versammlung anzuerkennen. Alles das ging aber den paar Mitgliedern der Rechten viel zu weit, und sie drohten, die in dieser Sitzung gerade nur noch beschlußfähige Versammlung durch ihren Austritt beschlußunfähig zu machen, wenn von solchen Plänen nicht abgesehen würde. Die Anträge, die sich auf das Heer bezogen, wurden zurückgenommen, und selbst Ziegler gab ihnen, überwältigt von seinem preußischen Staatsfanatismus, den er bald bitter genug büßen sollte, einen Fluch mit auf den Weg, indem er die Disziplin als die Mutter der Siege feierte. Gegen die Steuerverweigerung hatte sich schon die Mehrheit der Kommission erklärt, und bis zu ihrem schriftlichen Berichte wurde der Beschluß darüber vertagt. Die wenigen Mitglieder der Rechten, die das formelle Lebensrecht der Versammlung entschieden, entleerten dieses Recht zugleich jedes materiellen Inhalts.

Nach Verhängung des Belagerungszustandes ging das Ministerium gegen die Versammlung als einen Privatklub von mehr als zwanzig Personen schärfer vor. Dennoch gelang es ihr, noch drei Sitzungen am 13., 14. und 15. November abzuhalten. Sie machen in den stenographischen Berichten einen überaus kläglichen Eindruck. Die Minister wurden abermals zu Hochverräthern erklärt und dem — Staatsanwalt denunzirt, Adressen wurden unter stürmischem Beifall verlesen, dazwischen erzählten ein Vizepräsident und ein paar Schriftführer, die nach der Sitzung vom 13. November im Saale des Schützenhauses zurückgeblieben waren, um Deputationen abzuwarten und zu bescheiden, mit wie unerwarteter Höflichkeit sie vom Militär hinauskomplimentirt worden seien. Der Vizepräsident erklärte gerührt, es sei zwar rohe, aber nicht brutale Gewalt gegen ihn angewandt worden, der eine Schriftführer schilderte beweglich, wie ihn ein Soldat, „ein

großer starker Mann, so zart wie dies zarter nicht geschehen konnte, Arm in Arm, mehr als Bruder, denn als Gegner", die Treppe hinab expedirt habe, und der andere Schriftführer fügte hinzu, den Soldaten seien „die Thränen heruntergeperlt aus ihren Augen". Ein Mitglied der Linken protestirte zwar gegen diese Bewunderung der preußischen Tyrannei, sobald sie auf Socken herangeschlichen komme, wurde aber für einen so frivolen Spott durch die „Mißbilligung" der Versammlung bestraft. Unterweilen wurde dann freilich auch sorgsam jedes barsche Wort protokollirt, das irgend ein Lieutenant irgend einem Mitgliede hatte zukommen lassen. Die guten Menschen und schlechten Musikanten geberdeten sich, als handle es sich nicht um einen historischen Prozeß zwischen Krone und Volk, sondern um einen Injurienhandel, der in seinem Für und Wider stark des Beweises bedürftig sei.

Nur die Haupt- und Staatsaktion der Steuerverweigerung lag der Versammlung noch schwer im Magen. Hatte sie Brandenburg und Genossen so und so oft für Hochverräther erklärt, so konnte, ja mußte sie ihnen auch das Recht absprechen, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden. Aber unter dieser Voraussetzung war die Steuerverweigerung nicht der letzte Schritt des passiven, sondern der erste Schritt des aktiven Widerstandes. Sollte die Steuerverweigerung ein „friedliches Mittel" bleiben, so ließen sich allerlei konstitutionelle Flöhe darüber fangen, ob die Versammlung trotz des Steuerbewilligungsrechts, das den künftigen Volksvertretern im Gesetze vom 6. April eingeräumt worden war, die im laufenden Jahresbudget bereits ausgeworfenen Steuern verweigern dürfe.

Die Frage rückte der Versammlung viel zu nahe auf den Leib, als daß sie nicht blos den Mitgliedern der Rechten, sondern auch vielen anderen Mitgliedern sehr unbequem gewesen wäre. Nach einer nochmaligen Berathung verwarf die Kommission mit 5 gegen 3 Stimmen wiederum die Steuerverweigerung. Aber die Adressen und Deputationen wurden immer dringender, und so verfiel Unruh auf eine besonders schlaue Taktik. Als in der Sitzung vom 14. November, die im Saale der Stadtverordneten stattfand, Gerüchte vom Anmarsche des Militärs erschollen, erklärte er: wenn die Versammlung nochmals vertrieben würde, so würde er sie nicht wieder einberufen, bis sie sicher tagen könne, denn es sei ihrer nicht würdig, sich von einem Stadttheil in den anderen jagen zu lassen. Das Militär kam aber nicht, und als Waldeck nun unter heftigem Widerspruche der Rechten die Entscheidung über die Steuerverweigerung verlangte, bat ihn der Präsident, er möchte sich noch bis zum nächsten Tage gedulden, um die „glorreiche Stellung" der Versammlung nicht durch irgend eine Uneinigkeit zu stören. Unruh verhieß, er werde die Versammlung, da sie nicht gesprengt worden sei, für den nächsten Morgen in denselben Saal berufen. Mit diesem Versprechen ließ sich Waldeck übertölpeln und willigte in den Aufschub. Nach Schluß der Sitzung aber wurde der Saal vom Militär besetzt, und Unruh glaubte nun, mit der Volksvertretung selbst auch die Steuerverweigerung beerdigt zu haben.

Ganz so würdelos, wie ihr würdiger Präsident, dachte die Versammlung nun aber doch nicht. Durch eine schriftliche Aufforderung, die von mehr als 202 Mitgliedern, der beschlußfähigen Anzahl, unterzeichnet worden war, wurde der Präsident gezwungen, die Versammlung noch einmal auf den Abend des 15. November in das Hotel Mielentz einzuberufen. Die Freunde wie die Gegner der Steuerverweigerung drängten gleichermaßen dazu. Einerseits war jetzt die Kommission zu der Ansicht gelangt: die Handlungen und Maßregeln der Regierung seien zu einem solchen Extrem von Gewalt, List und Ungerechtigkeit vorgeschritten, die Versammlung sei mit einem solchen Netze von Gewalt und Hinterlist umstrickt, daß ihr nichts übrig bleibe, als zu diesem äußersten Mittel zu greifen, selbst für den Fall, daß sie die Anarchie ins Land werfen sollte. Andererseits wollten die Gegner die brenzlich gewordene Frage, ehe sie zu heller Flamme aufschlug, gern austreten oder doch schlimmstenfalls den Beschluß so verklausuliren, daß er zur reinen Posse würde. Sie hatten den Antrag vorbereitet, daß zwar die Steuern nach wie vor forterhoben, auch die feststehend darauf angewiesenen Zahlungen davon entrichtet, aber die Ueberschüsse nicht dem Ministerium Brandenburg zur Disposition gestellt, sondern von den Erhebungsbehörden bei eigener Verantwortlichkeit einbehalten werden sollten. Herrlicher konnte der passive Widerstand ja auch nicht beleuchtet werden als dadurch, daß der Widerstand gegen den Staatsstreich auf die widerstandsloseste aller Klassen geschoben wurde, auf die vom Ministerium mit Leib und Leben abhängige Bureaukratie.

Vor dieser unglaublichen Blamage wurde die Versammlung durch das rechtzeitige Eintreffen des Militärs bewahrt. Während der donnernden Philippika, die ein Mitglied gegen die Steuerverweigerung hielt, besetzte der Major Herwarth, der spätere Feldmarschall, mit einem Pikett Soldaten das Haus. Kaum sah Unruh die rettenden Helme im Saale erscheinen, als er verkündete, er werde in Gegenwart der Bajonette nicht zur Abstimmung schreiten. Und nach einigem Parlamentiren mit Herwarth sprach er eben die sakramentale Formel aus, daß „wir abermals der Gewalt weichen“, als die Versammlung in einer augenblicklichen Aufwallung des Temperaments protestirte und die Abstimmung verlangte. Rodbertus komplimentirte in seiner verbindlichen Weise den Major für einen Augenblick hinaus, und die Steuerverweigerung wurde einstimmig beschlossen in der schwächsten bis dahin vorgeschlagenen Form, wonach das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sein sollte, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Berathungen fortzusetzen vermöge. Der Präsident erklärte den Beschluß für „rechtsgiltig gefaßt“ und schloß die Sitzung.

Sofort aber berief der vorsichtige Mann die Beamten der Versammlung zu einer Konferenz, worin festgestellt wurde, der Beschluß sei noch gar kein Beschluß, denn der angenommene Antrag habe erst schriftlich vorgelegen, und Paragraph so und so viel der Geschäftsordnung bestimme, daß über nicht gedruckte Anträge, sofern sie genehmigt würden, nach erfolgtem Druck nochmals ohne Dis-

kussion abgestimmt werden müsse. Zwar hatte der Präsident erst einen Tag vorher ausgeführt, die Verletzung dieser rein formalen Bestimmung beeinträchtige keineswegs die materielle Giltigkeit von Beschlüssen, indessen guter Rath konnte ihm ja über Nacht gekommen sein. Nur mußte er dann allerdings entweder die Versammlung noch einmal zur Vollziehung jener Formalität einberufen oder aber wenn er das durchaus nicht wollte, mindestens die Steuerzahler öffentlich benachrichtigen, daß der Beschluß, den er öffentlich als „rechtsgiltig gefaßt“ verkündet hatte, eben doch nicht rechtsgiltig sei. Das bescheidenste Maß von Ehr- und Pflichtgefühl mußte ihm verbieten, die Wähler, denen natürlich nicht alle kniffflichen Formalitäten der Geschäftsordnung gegenwärtig sein konnten, geflissentlich irre zu führen. Gleichwohl entschied sich die Konferenz dahin, es sei nicht die Sache der Versammlung, Belehrungen über ihr Reglement zu veröffentlichen. Nachdem diese braven Bourgeois ihre kostbaren Leiber salvirt hatten, kam es ihnen nicht weiter darauf an, auf etwaige Unkosten ihrer Wähler die todesmuthigen Helden zu spielen.

Unter solchen Umständen war der Beschluß der Steuerverweigerung ein Stoß in die Luft. Er wurde von einzelnen revolutionären Brennpunkten, namentlich im Rheinlande und in Schlesien, dazu benutzt, den bewaffneten Widerstand anzufachen, aber diese einzelnen Brände verzehrten sich in sich selbst, da die Versammlung nicht daran dachte, ein großes Feuer zu entzünden, indem sie die Steuerverweigerung organisirte. Als später einige Dutzend Steuerverweigerer wegen angeblicher Aufwiegelung ihrer Wähler gerichtlich belangt werden sollten, wiesen sie überzeugend ihre völlige Unschuld nach. Schulze-Delitzsch durfte sich sogar rühmen, die Bürger seiner Vaterstadt zurückgehalten zu haben, als sie schon auf dem Wege gewesen seien, ein Waffendepot der Landwehr zu stürmen, und nur der einzige Bucher wurde überführt, seine Wähler und namentlich auch städtische Behörden seiner heimathlichen Provinz zur Beschlagnahme der königlichen Kassen, zur Vertreibung der dem hochverrätherischen Ministerium gehorsamen Beamten, zum bewaffneten Widerstande gegen bewaffnete Attentate, kurzum zu alledem aufgefordert zu haben, was die Mitglieder der Versammlung hätten thun müssen, wenn sie mit der Steuerverweigerung etwas anderes als einen Firlefanz beschlossen haben wollten.

Nachdem Unruh und Genossen den Karren glücklich verfahren hatten, gedachten sie sich in der Stadt Brandenburg zur Fortsetzung der parlamentarischen Schaumschlägereien einzufinden. Allein diese Rechnung war ohne das Ministerium Brandenburg gemacht. Sobald die Gegenrevolution sicher war, daß die Massen nicht mehr hinter der Versammlung ständen, bewies sie jene praktische und taktische Ueberlegenheit, welche die Politik des preußischen Junkerthums vor der Politik der preußischen Bourgeoisie auszuzeichnen pflegt. Am 5. Dezember löste das Ministerium die Versammlung auf, erließ aber gleichzeitig nach deren eigenen Konzepten eine Verfassung, die durch eine nach allgemeinem Stimmrechte gewählte Versammlung revidirt werden sollte. Freilich war die Verfassung in einigen der

wesentlichsten Bestimmungen arg verstümmelt, freilich sollte neben der neuen Versammlung noch eine erste, nach starkem Zensus gewählte Kammer zur Revision berufen werden, aber der Glanz freiheitlicher Grundsätze strahlte in der von königlicher Hand gespendeten Urkunde so hell, daß die Fallklappen leicht übersehen wurden, durch welche die ganze Herrlichkeit wieder verschwinden konnte.

Gleichzeitig versprach die Regierung, der nächsten Volksvertretung eine lange Reihe namentlich aufgezählter Gesetze vorzulegen, die den preußischen Staat auf bürgerliche Grundlagen stellen sollten. Als Probe ihres guten Willens streichelte sie zunächst durch Aufhebung des Zeitungsstempels die Presse der Bourgeoisie, wo sie am kitzlichsten war, erfüllte sie den Spießbürger durch einen Erlaß über Einführung von Schwurgerichten mit kurulischem Stolze, suchte sie endlich durch eine Verordnung über die interimistische Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien den gefährlichsten Herd der bäuerlichen Rebellion auszulöschen. Es gelang ihr weniger durch die etwas milderen Bestimmungen dieser Verordnung, als durch die fliegenden Kolonnen, die in Schlesien streiften, und namentlich durch die Enttäuschung, welche das Parlament den Hoffnungen der Bauern bereitet hatte. Hierauf spekulirte die Gegenrevolution. Sie klagte den Bauern wehmüthig ihr Leid, weil sie ihnen endgiltig nicht vor dem Zusammentritte der neuen Kammer helfen könne, aber schuld daran sei einzig die aufgelöste Versammlung, die statt für das Wohl der Bauern zu sorgen, das der Krone so sehr am Herzen liege, sich mit „unaufhörlichen Interpellationen über Dinge, die ihrem wahren Berufe gänzlich fern lagen", abgegeben habe. Es war ein unglaublich dreister Humbug, denn gerade die eifrigere Berathung des Lastengesetzes durch die Versammlung hatte die Krone und die Junker vielleicht am stärksten zum Staatsstreich angetrieben, aber allerdings daß dieser Humbug sich überhaupt herauswagen durfte und noch dazu mit einem gewissen Scheine von Wahrheit, das hatte die Versammlung sich selbst zuzuschreiben.

Nun zeigte sich, daß sie sich nicht blos zwischen zwei, sondern sogar zwischen drei Stühle zu setzen gewußt hatte. Sie wurde von ihrer eigenen Klasse verlassen. Das Ministerium spendete mit freigebiger Hand so ziemlich alles, was die Versammlung hatte gewähren wollen, und mochte dies oder jenes noch fehlen, so wurden die Lücken reichlich ausgeglichen durch die Wiederbelebung des Kredits und die Wiederherstellung der Ruhe, die ein ungestörtes Funktioniren der Ausbeutungsmaschinerie gestatteten. Die guten Bürger bildeten sich ein, es werde bei dem bewenden, was die Gegenrevolution im Augenblick zu versprechen für gut befand.

Kläglicher noch als die Bourgeoisie geberdeten sich die gelehrten Klassen, die ihr vornehmlich die parlamentarischen Vorkämpfer gestellt hatten: die städtische Bureaukratie, die Universitäten, namentlich aber die Gerichte. Mit einzelnen Ausnahmen überboten sich die Magistrate der großen Städte in bedientenhaften Kundgebungen, und achtzig Professoren der Berliner Universität, darunter Männer wie die beiden Grimms, Schönlein, Ehrenberg, Boeckh schämten sich nicht, in einer Adresse an den König der gesprengten Nationalversammlung nachzuzetern, daß sie

„die Ehre der deutschen Nation geschändet“ habe. Wie sich die Gerichte, gewissermaßen um ihre rebellischen Gelüste zu sühnen, den Bajonetten unterwarfen, wie sie unter offener und wissentlicher Verhöhnung der Gesetze jeden infamen Gewaltakt mit dem ehrwürdigen Schimmer des Rechts zu verkleiden wußten, das steht mit schmutztriefenden Lettern in der Geschichte der preußischen Justiz geschrieben, freilich weder als erster noch als letzter Fall der Art in diesem Tempel der Gerechtigkeit, dem die unergründliche Verbohrtheit des teutschen Michels nicht anders als mit heiliger Scheu zu nahen wagt.

Jedoch am kläglichsten fast benahm sich die deutsche Nationalversammlung in der Tragikomödie des Novembers. Sie sandte einige Kommissare nach Berlin, die zwischen Krone und Parlament vermitteln sollten, sich aber entweder lächerlich machten wie Simson durch eitle Wichtigthuerei, hinter der rein gar nichts steckte, oder aber verächtlich wie Bassermann durch die Verlogenheit, womit sie Berlin als ein von unheimlichen Gestalten wimmelndes Sodom und Gomorrha schilderten. Die Frankfurter Versammlung lispelte dann das Ministerium Brandenburg um seine Demission an und dröhnte den Beschluß der Steuerverweigerung als null und nichtig nieder. Die erleuchteten Staatsmänner dieses Schwatzklubs begriffen nicht einmal, daß sie sich selbst damit für null und nichtig erklärten, denn zur Sprengung der Berliner Versammlung gehörte ihre eigene Sprengung, wie das B zum A.

VIII. Das rebellische Kleinbürgerthum.

Aus Angst vor der Arbeiterklasse unterwarf sich die deutsche Bourgeoisie der absolutistisch-feudalen Reaktion. Wenn Krone und Junker das Proletariat knebelten, so ließ sie sich gern oder ungern mitknebeln. Einen Trost wenigstens hatte sie in ihrem Leide: vorwärts gekommen war sie für ihre schwächlichen Verhältnisse doch ein gutes Stück. Sie blieb eine aufsteigende Klasse trotz des Kappzaums, der ihr wieder angelegt worden war.

Anders das deutsche Kleinbürgerthum. Diese Klasse erlitt in der deutschen Revolution die entscheidende Niederlage, von der sie sich nie wieder erholen sollte. Sie hatte sich von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in mancherlei Anläufen versucht und in ihrer Weise für die bürgerliche Freiheit gekämpft. Aber so weit war sie nie gekommen, die alte Pfahlbürgerei und Philisterei, die ihr seit der Mitte des 16. Jahrhunderts in die Knochen gejagt worden war, gründlich los zu werden. Sobald nach den Märztagen die Illusion zerrann, daß mit dem Sturze des vormärzlichen Staats die allgemeine Glückseligkeit angebrochen sei, sobald sich zeigte, daß die bürgerliche Freiheit erst den Boden schuf, auf dem sich die großen Klassenkämpfe der modernen bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können, schauderte der deutsche Kleinbürger vor der grauenvollen Aussicht zurück. Er wollte um jeden Preis seine Ruhe haben, sei es auch um den Preis seines moralischen, ökonomischen, politischen Ruins.

In England und Frankreich, im englischen Chartismus und in der französischen Sozialdemokratie, hatten sich die kräftigsten Elemente des Kleinbürgerthums mit dem Proletariat gegen die Bourgeoisie verbündet. Nicht zum Heile des Proletariats, dessen Entwicklung als Klasse dadurch sehr verzögert wurde, aber zum Nutzen des Kleinbürgerthums, das aus diesem Bündniß revolutionäre Triebe sog. Der deutsche Kleinbürger hat sich nie zu dem Gedanken eines solchen Bündnisses aufzuschwingen vermocht, er glaubte immer schon ein Großes zu thun mit der lächerlichen Zumuthung an die Arbeiterklasse, sich seiner Führung blindlings anzuvertrauen. Diese kleinbürgerliche Beschränktheit hat das deutsche Proletariat außerordentlich gefördert, sie steht mit in erster Reihe unter den Ursachen, die der politischen Organisation des Proletariats in Deutschland einen um so kräftigeren Anstoß gegeben haben, als in England und Frankreich. Umgekehrt wurde es für das deutsche Kleinbürgerthum verhängnißvoll, daß es nie, auch nicht nach den bittersten Erfahrungen, ein Verständniß für den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen wußte. Seit einem halben Jahrhundert ist kein Jahrzehnt vergangen, in welchem nicht einzelne Ideologen eine kleinbürgerliche Demokratie zu organisiren versucht hätten, die ihre Reihen nach links aufschließen sollte, um sie nach rechts desto fester zusammenzuschließen. Glänzende publizistische Talente, wie Walesrode und Guido Weiß, haben in solchen Versuchen ihr Leben aufgerieben. Aber es sammelte sich regelmäßig nur eine Handvoll Ideologen um diese Fahne, die kaum entfaltet immer wieder in den Staub sank. Die große Masse des deutschen Kleinbürgerthums blieb taub für alle Aufrufe zu einer einsichtigen und tapferen Klassenpolitik.

Diese Masse zerfiel 1848 in drei Theile, deren verkümmerte Reste im heutigen Reichstage als antisemitische, freisinnige, süddeutsche „Volkspartei“ spuken. Die antisemitisch-zünftlerische Richtung fand ihren Stützpunkt namentlich in den norddeutschen Klein- und Mittelstaaten, in denen noch nicht mit der Zunft aufgeräumt worden war: in den Hansestädten, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg, theilweise auch in Sachsen. Bereits am 22. April 1848 erließen 22 Obermeister Leipziger Innungen einen Offenen Brief an „alle Innungsgenossen Deutschlands“, worin diese aufgefordert wurden, am Innungswesen festzuhalten als an dem Kleinode, ohne das die Arbeitsfrage niemals gelöst werden könne, ohne das Deutschland überhaupt nie wieder gute Tage sehen werde. Hand in Hand mit diesem Anpreisen der Zunft ging eine heftige Kriegserklärung gegen die Juden, deren Herz ein Geldbeutel, deren Emanzipation ein Modeartikel sei; ihrem Treiben habe Deutschland zum guten Theile das wachsende Proletariat zu danken, das dann durch die jüdischen Redner und Schriftsteller gegen die bestehende Ordnung aufgewiegelt werde. Nicht zuletzt offenbarte sich der reaktionäre Charakter dieses Aufrufs im partikularistischen Scheelblicken auf andere deutsche Staaten, in einer giftigen Polemik gegen das allgemeine Wahlrecht, das die Handwerksmeister unterdrücke, indem es Dienstboten und Gesellen für stimmberechtigt erkläre.

Aehnliche Kundgebungen gingen von Bremer und Hamburger Handwerksmeistern aus, und in Hamburg trat am 2. Juni eine von 200 Abgeordneten besuchte „Versammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes" zusammen, wo das alte Lied von der alleinseligmachenden Zunft und der alles ruinirenden Gewerbefreiheit in allen Tonarten angestimmt wurde. Ein Berliner Delegirter fand sogar begeisterten Anklang mit der kühnen Behauptung, daß es ohne die Gewerbefreiheit nie gelungen sein würde, die Berliner von ihrem guten König abwendig zu machen. In dieser unheilbaren Konfusion wäre die Versammlung vielleicht ohne jedes Ergebniß auseinander gegangen, um so mehr als sich ein heftiger Streit zwischen Meistern und Gesellen entspann, wenn nicht ein erst nach längerem Sträuben zugelassenes Mitglied beschwichtigend dazwischen getreten wäre und einen sozusagen modernen Zusammenhang in den zünftlerischen Wirrwarr gebracht hätte. Es war der Professor Winkelblech, den eine Volksversammlung in Kassel abgesandt hatte.

Winkelblech las an der höheren Gewerbeschule in Kassel über Chemie und hatte seltsamer Weise auf einer Reise in Norwegen sein sozialistisches Herz entdeckt: durch die Schilderungen, die ihm ein deutscher Fabrikarbeiter, dem er dort zufällig begegnet war, vom Elend des Proletariats entworfen hatte. Hierdurch veranlaßt, beschloß Winkelblech nach seinen eigenen Worten, sich nicht mehr blos um Maschinen und Technik, sondern um den Menschen und sein wirthschaftliches System zu bekümmern. Er entwarf ein gelehrtes, später auch in einem weitläufigen Werke aufgedröseltes System, das den Liberalismus und Kommunismus durch den Föderalismus versöhnen, den Monopolismus durch den Paupolismus vernichten und überhaupt die schlechten Ismen durch gute Ismen ersetzen sollte. Im Wesen der Sache war es ein bornirt-kleinbürgerlicher Sozialismus, der einen achtungswerthen Haß gegen die ausbeutenden Tendenzen der Bourgeoisie doch nur dadurch bethätigen konnte, daß er die christlich-germanische Zunftverfassung, die malthusische Bevölkerungstheorie in noch dazu krasser Uebertreibung und einzelne Gedanken aus Fourier und Louis Blanc zu einem hinten hängenden Zopfe verknotete.

Solch ein Zopf paßte aber gerade einer Versammlung von Handwerksmeistern, die auf dem Boden der bürgerlichen Revolution die Zunft neu beleben wollten. Auf Winkelblechs Vorschlag erklärte die Hamburger Versammlung, daß allein eine durchgreifende, alle Industriezweige umfassende Zunftverfassung Deutschland vor dem Schicksal Englands und Frankreichs, sowie vor den Gefahren des Kommunismus bewahren könne, und sie beschloß, zur Berathung einer derartigen Verfassung und ihrer Ueberweisung an die deutsche Nationalversammlung einen allgemeinen deutschen Handwerkerkongreß nach Frankfurt a. M. einzuberufen. Dieser Kongreß, der von 116 Handwerksmeistern aus 24 deutschen Einzelstaaten besucht war, tagte von Mitte Juli bis Mitte August und brachte nach Winkelblechs Fingerzeigen den Entwurf einer Handwerker- und Gewerbeordnung fertig, der dann auch der Nationalversammlung als ein „feierlicher, von Millionen Unglücklicher besiegelter Protest gegen die Gewerbefreiheit" überreicht wurde. Das deutsche Parla-

ment wußte aber mit diesem seltsamen Gemische fortschrittlicher und reaktionärer Vorschläge nichts anzufangen, und das war unter all seinen Sünden vielleicht die geringste.

Der Entwurf verlangte eine Art hierarchisch gegliederten, in einer allgemeinen deutschen Gewerbekammer gipfelnden Innungsstaats. Die „soziale Kammer" sollte durch direkte Urwahlen sämmtlicher Innungsmeister gewählt werden und sich jedesmal gleichzeitig mit dem deutschen Parlament an dessen Sitze versammeln, um ihm berathend zur Seite zu stehen. Innerhalb der Innungen sollte es bei der alten Stufenfolge Lehrling, Geselle, Meister bleiben, ebenso bei den Arbeitsbüchern, beim Lehr- und Wanderzwange, beim Befähigungsnachweise, bei der Beschränkung auf ein Handwerk. Dazu wurde ein Ehezensus gefordert, der Nachweis eines Ehekapitals für alle Heirathslustigen. An der Seite dieser reaktionären Utopien marschirten allerdings auch praktisch-reformatorische Forderungen: die Einführung einer progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, gründliche Verbesserung des Schulwesens, unentgeltlicher Unterricht und Erhebung der Volksschulen zu allgemeinen Bildungsanstalten für alle Glieder der bürgerlichen Gesellschaft, damit Kunst und Wissenschaft ein Gemeingut für das Volk würden und nicht ferner ein Monopol des Reichthums blieben.

Trotzdem lag der Schwerpunkt des Handwerkerkongresses in der reaktionären Zünftlerei. Das zeigte sich namentlich auch in seiner gehässigen Haltung gegen die zehn Gesellen, die als Delegirte für den Kongreß gewählt worden waren. Sie sollten anfangs gar nicht, dann nur mit berathender Stimme zugelassen werden. Daraufhin erließen die Gesellen einen Aufruf zu einem besonderen Gesellenkongresse, der zahlreich beschickt wurde und von Ende Juli bis Ende September gleichfalls in Frankfurt tagte. Er stellte sich in scharfen Gegensatz zu dem Kongresse der Meister. „Der Meister Eigennutz", so schreibt er in einer Eingabe an die Nationalversammlung, „läßt sie so alle Klugheit vergessen, daß sie es wagen, uns für unmündig zu erklären, uns, die wir die Jugend, also auch die Kraft für uns haben, uns, die wir Arbeitende, also die eigentlichen Produzenten, deshalb der Kern Deutschlands sind, uns, die wir die große Ueberzahl bilden und wissen, daß wir sie bilden." Gleichwohl blieb auch dieser Kongreß im zünftlerischen Moder stecken.

Winkelblech, der alle Gegner des großen Kapitals unter einen Hut bringen wollte, sah mit lebhaftem Kummer seine kleinbürgerliche Utopie durch den Zwist zwischen Meistern und Gesellen bedroht, und es gelang seiner unermüdlichen Thätigkeit, die Gesellen für die wesentlichsten Forderungen der Meister zu gewinnen, für die Zwangsinnungen und sogar für die Ehebeschränkungen der Arbeiter. Freilich wollten die Gesellen die Innungsverfassung nicht nach der Schablone der alten Zunftverfassung haben. Sie verlangten in ihrer Weise die „Organisation der Arbeit", die „Einführung einer neuen, von der früheren gänzlich abweichenden, unseren höchst entwickelten industriellen Verhältnissen entsprechenden, die gleiche Berechtigung aller Produzenten anerkennenden, sich über alle sozialen Berufs-

geschäfte ausdehnenden Innungsverfassung". Auch in wichtigen Einzelheiten lehnten sie sich gegen die bevormundenden Sätze auf, welche die Meister in ihrem Entwurfe niedergelegt hatten. Sie verwarfen die Arbeitsbücher als eine „lästige Polizeimaßregel", sie wollten vom Wanderzwange nichts wissen, sie nahmen die Progressivsteuer nur als ein Palliativ-, nicht im Entferntesten als ein genügendes Ausgleichsmittel zwischen Kapital und Arbeit an. Aber im Kerne seiner Gesinnungen vertrat der Gesellenkongreß doch nur denjenigen Theil der deutschen Gesellenschaft, der noch in den dicken Vorurtheilen des Zunfthandwerks befangen war.

Deshalb fing er es auch möglichst ungeschickt mit der Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins an, der die deutschen Arbeitervereine unter der Parole zusammenfassen sollte, daß die Arbeiter Niemandem dienen dürften, als sich selbst, daß sie lediglich ihre eigenen Zwecke verfolgen sollten. Dies verständige Prinzip wurde sofort wieder verleugnet durch den Rath, daß die Arbeitervereine sich mit Politik nur dann befassen sollten, wenn ihre Standesinteressen unmittelbar davon berührt würden. Wichtiger als die Politik erschien dem Kongresse der Gesellen eine gemeinsame Kokarde und ein gemeinsames Banner, deren Annahme den Arbeitern in bombastischen Aufrufen empfohlen wurde. Der Gesellenkongreß endete damit, eine Kommission niederzusetzen, in die auch Winkelblech gewählt wurde, und sie mit der Organisation der gesammten Arbeiterschaft Deutschlands, sowie mit der Herausgabe einer allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung zu betrauen. Dies Blatt erschien am 1. Januar 1849 in Frankfurt, machte sich aber bei allen halbwegs entwickelten Arbeitern schon durch die erste Nummer unmöglich, die das konstitutionelle System mit den romantischen Redensarten des preußischen Königs zu verspotten bemüht war.

Neben dem reaktionär-zünftlerischen Kleinbürgerthum bestand eine kleinbürgerliche Demokratie. Sie setzte sich aus denjenigen Elementen des Handwerkes zusammen, die noch nicht von der großen Industrie bedroht waren oder aber sich ihr anzupassen gewußt hatten, aus dem kleinen Handel, aus der politisch erwachten Schicht der Bauern, nicht zuletzt aus den Theilen der gelehrten und literarischen Klasse, die sich noch gegen die Soldknechtschaft sträubten, womit der Kapitalismus sie bedrohte. Sie organisirte sich politisch in Kongressen, Vereinen, Zeitungen. Dieses demokratische Kleinbürgerthum war aber kein geschlossenes Ganzes, sondern zerfiel in einen norddeutschen und einen süddeutschen Bestandtheil, die sich bei großen Aehnlichkeiten doch mannigfach unterschieden.

Die kleinbürgerliche Demokratie des nördlichen Deutschlands fand ihren klassischen Ausdruck in der Linken der preußischen Nationalversammlung. Hatte sie sich von den mittelalterlich-zünftigen Schrullen frei gemacht, so war sie von der Bourgeoisie um so fester ins Schlepptau genommen worden, in ein mitunter langes, aber doch unzerreißbares Schlepptau. Sie wagte auf die Dauer keine konsequente, keine selbständige Politik zu treiben, und selbst jede Lust dazu verging ihr regelmäßig in dem Augenblicke, wo sie vor die Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat gestellt war. In solchen Momenten klammerte sie

sich unbesehen an die vorgeschrittenste Fraktion der Bourgeoisie. Wohl saßen in der Linken der preußischen Nationalversammlung einzelne Mitglieder, die vor einem Bündniß mit der Arbeiterklasse nicht zurückgeschreckt wären: Gefühlssozialisten, wie der greise Nees v. Esenbeck aus Breslau, oder entschlossene praktische Männer, wie der junge Arzt d'Ester aus Köln. Aber es waren nur Einzelne, und in der entscheidenden Krise der Versammlung tanzte das demokratische Kleinbürgerthum genau so, wie die liberale Bourgeoisie pfiff.

Nach seiner schlechtesten Seite gab es sich in Berlin, wo es den augenblicklichen Rausch der Märznacht durch einen endlosen Katzenjammer büßte. In seiner kommunalen und militärischen Organisation, in den städtischen Behörden und der Bürgerwehr, feierte es wahre Orgien zitternder Furcht. Es mußte sich selbst von dem Blatte der Berliner Bourgeoisie, die wahrlich auch nicht an einem Ueberflusse von Heldenmuth litt, derbe rüffeln lassen, weil es „wegen jeder Kleinigkeit in die Angsttrompete stieß". Ein klassisches Denkmal errichtete es sich in der Vossischen Zeitung. Die allgemeine Heulmeierei dieses Organs wurde in den ersten Tagen nach dem Märzkampfe zeitweise unterbrochen durch extreme und sich selbst überschlagende Phrasen, wie sie der Philister liebt, wenn er einmal in sicherem Hinterhalte den Helden spielen zu dürfen glaubt; nach dem „Extrablatte der Freude", das die Vossische Zeitung am 20. März herausgab, hätten die „achtbarsten Kommunalbeamten" die Barrikaden vertheidigt. Aber diese „Freude" war wirklich nur ein „Extrablatt", und mit Recht sagt ein demokratischer Historiker des Revolutionsjahres, keine reaktionäre Stimme hätte das Märchen von den Strolchen und Verbrechern, die auf den Barrikaden gekämpft haben sollten, mit so infamer Ausdauer vertheidigt, wie die Vossische Zeitung. Das Blatt erfand die lukrative Industrie der „Eingesandts". Gegen baare Bezahlung machte es sich zur Kloake für allen verleumderischen Unrath, den die junkerliche Reaktion gegen die bürgerliche Revolution, die Bourgeoisie gegen das Proletariat anzuschwemmen für gut befand. Die erste Nummer des ersten Arbeiterblattes, das in Berlin erschien, richtete einen stolzen Protest gegen diese „käufliche Zeitungspresse". Es heißt im Volk vom 25. Mai, dem Organe des Zentralkomites für Arbeiter: „Die Vossische Zeitung hat den ungewöhnlichen Vortheil, daß sie statt ihre Mitarbeiter zu bezahlen, im Gegentheile noch von denselben bezahlt wird. Hin und wieder macht sie Ausnahmen von der Regel, so z. B. giebt sie einen längeren Artikel der Berliner Buchdruckereibesitzer ohne Vergütigung der Verfasser, dagegen läßt sie sich von den Buchdruckergehilfen, armen Arbeitern, 16 Thaler 22 Silbergroschen für die Erwiderung bezahlen." Von einer so ehrlosen Profitwuth hielten sich damals selbst die Zeitungen der Bourgeoisie fern.

Nach ihrer besten Seite gab sich die kleinbürgerliche Demokratie des nördlichen Deutschlands im Königreiche Sachsen. Die hohe ökonomische Entwicklung des kleinen Landes rebellirte unausgesetzt gegen seine noch immer sehr rückständigen Staatsformen, während ihre hausindustrielle Basis die Scheidung zwischen Kleinbürgerthum und Proletariat verlangsamte. Im sächsischen Landtage von 1847

hatten sich 14 Mitglieder als sozialdemokratische Fraktion aufgethan — sozialdemokratisch im französischen, kleinbürgerlich-proletarischen Sinne des Worts —, und von den 24 Abgeordneten, welche Sachsen in die deutsche Nationalversammlung wählte, schlossen sich 20 der Linken an. An ihrer Spitze Blum und Trützschler, die beiden Parlamentarier des Jahres 1848, welche die rachsüchtige Reaktion gemordet hat, beide in nichtswürdigen Possenspielen des Standrechts, den einen durch kaiserlich österreichische, den anderen durch königlich preußische Kugeln. Trützschler war ein feiner zierlicher Aristokrat, ein entschlossener Geist mit einer elfenbeinernen Faust, Blum ein rheinisches Proletarierkind, kernig und unverwüstlich, ein tapferes Herz, das unter häßlicher Hülle dicht verpackt war. In Blum hat das deutsche Kleinbürgerthum der bürgerlichen Revolution seinen besten Mann gestellt. Aber das Schicksal dieser Klasse erfüllte sich auch an ihm, nur in tragischer Verkettung, wie an den Berliner Philistern in groteskem Spott. Hatte Blum im Vorparlamente, als die Massen an die Wahlurnen berufen werden sollten, mit Recht den Bruch zwischen der Bourgeoisie und dem Kleinbürgerthum verhütet, so traf er dieselbe Entscheidung sehr mit Unrecht in den entscheidenden Septembertagen, als das deutsche Parlament überhaupt nicht mehr, und die deutsche Revolution nur noch durch eine zweite Revolution zu retten war. Seitdem hatte er den sicheren Kompaß verloren, und vergebens suchte er im Wiener Straßenkampfe zu retten, was er im Frankfurter Straßenkampfe versäumt hatte. Er sühnte sein politisches Verschulden durch einen muthigen Tod, und sein Name lebt fort, nicht zwar in der Klasse, für die er gestorben ist, aber wohl in der Klasse, für die er nicht kämpfen mochte, obgleich sie ihn gezeugt hatte. Es war leider keine ganz unverdiente Sympathie, die Bismarck zwanzig Jahre später dem Todten der Brigittenau aussprach, weil dieser vom proletarischen Klassenkampfe nichts habe wissen mögen.

Am nächsten kamen Kleinbürgerthum und Proletariat in den demokratischen Kongressen zusammen, aber freilich auch nur, um bald wieder auseinanderzukommen. Der erste dieser Kongresse fand in Frankfurt a. M. Mitte Juni statt. Er war von mehr als 200 Abgeordneten besucht, die 88 demokratische, Arbeiter- und Turnvereine vertraten; von Mitgliedern des Kommunistenbundes waren neben Anderen Moll und Schapper zugegen. Der Kongreß erklärte einstimmig, die demokratische Republik sei die einzige für Deutschland haltbare Verfassung, und bemühte sich, eine Organisation für die demokratisch-republikanische Propaganda zu schaffen. Jene drei Arten von Vereinen sollten sich bezirks- oder provinzweise zusammenfassen unter der Leitung von Kreisausschüssen, als deren Sitze Mannheim, Stuttgart, Bamberg, Wien, Berlin, Köln, Frankfurt, Marburg, Halle, Breslau, Stettin, Königsberg empfohlen wurden. Ueber den Kreisausschüssen stand ein fünfköpfiges Zentralkomite, das unter lebhaftem Widerstande der süddeutschen Partikularisten nach Berlin verlegt wurde. Zwei seiner Mitglieder zu wählen, wurde den Berliner Vereinen überlassen; von den Dreien, die der Kongreß wählte, neigten zwei einem allerdings sehr fragwürdigen Sozialismus zu: Julius Fröbel und jener Kriege aus New York, dessen „Liebessabbelei“ Engels

und Marx so scharf kritisirt hatten. Zu Organen des Kongresses wurden neben der Mannheimer Abendzeitung, dem radikalsten Blatte des südlichen Deutschlands, die Neue Rheinische Zeitung in Köln und die Zeitungshalle in Berlin erkoren.

Außer in Köln, in dessen Kreisausschusse neben zwei bürgerlichen Demokraten drei Mitglieder des Kommunistenbundes saßen: Marx, Moll, Schapper und als sechstes Mitglied Hermann Becker, der spätere Oberbürgermeister von Köln, der dem Kommunistenbunde zwar noch nicht angehörte, aber ihm schon nahe stand, hat sich diese Organisation zu keinem kräftigen Leben zu entwickeln vermocht. Von der Konfusion, die im Zentralkomite herrschte, giebt es ein erschöpfendes Pröbchen, daß Fröbel nach Wien ging, weil, wie Kriege erläuterte, „uns die Idee einer Föderativrepublik mit den slavischen Stämmen erhabener erschien, als selbst die Idee einer deutschen Republik". Der zweite Kongreß, der Ende Oktober in Berlin tagte, zeigte die Organisation schon in heller Auflösung. Dieser Kongreß war von 240 überwiegend norddeutschen Abgeordneten besucht. Von Kommunisten war Everbeck aus Paris zugegen, der sich bald vom Kommunistenbunde trennen sollte, und Weitling, der sich in utopistischem Eigendünkel längst von ihm getrennt hatte. Zum Präsidenten des Kongresses wurde auf Krieges Vorschlag Georg Fein gewählt, eine politische Mumie aus den längst versunkenen Tagen der romantischen Burschenschaft. Als Berichterstatter des Zentralkomites eröffnete Kriege die Verhandlungen mit den verheißungsvollen Worten: „Unsere Hauptstütze müssen die Bürger sein, das Proletariat können wir nicht gebrauchen, es ist zu roh und ungebildet, um auf unsere Bestrebungen eingehen zu können." Kriege fügte zwar hinzu, daß der Kongreß geharnischt dastehen müsse *als eine Regierung für die demokratisch-soziale Republik* und daß es gewissenlos sei, *ohne eine solche Organisation eine Revolution zu machen*. Aber diese und ähnliche Ausbrüche anderer Redner hatten nur die Wirkung, daß viele Mitglieder den Kongreß verließen, indem sie erklärten, ihre Auftraggeber hätten nicht gewußt, daß „die Mitglieder des jetzigen Kongresses von der republikanischen Staatsform durchdrungen sein und für deren Verwirklichung handeln" müßten.

Der Rumpf des Kongresses vertrödelte dann die Zeit mit allerlei Vereinsspielerei, mit weitläufigen Tifteleien darüber, ob im Zentralkomite statt fünf nicht vielmehr drei oder sieben Mitglieder sitzen sollten, mit Debatten über Robespierres Menschenrechte, deren gründliche Berathung den demokratischen Vereinen angerathen wurde, mit einem aus Ruges Feder geflossenen Aufrufe zu Gunsten des belagerten Wien, von dem die Neue Rheinische Zeitung treffend sagte, daß er den Mangel an revolutionärer Energie ersetze durch ein predigerartiges Heulerpathos, hinter dem sich die entschiedenste Armuth an Gedanken und Leidenschaft verberge. Und alles das, während der preußische Staatsstreich *in der Luft hing!* Das Fiasko dieses Kongresses *trug nicht wenig dazu bei, die militärischen Schnurrbärte zu* ermuthigen, während die wüthenden Redensarten, in denen sich einzelne seiner Mitglieder ergingen, keinen anderen Erfolg hatten, als daß sie von den preußischen Staatsanwälten benutzt wurden, um nach dem Siege des Staatsstreichs die harm-

losesten Rebellen als unheimliche Verschwörer anzuklagen. So namentlich den armen Waldeck, dessen königlich preußischem Patriotismus der demokratische Kongreß mit seinen immerhin republikanischen Tendenzen ein Greuel war.

Die kleinbürgerliche Demokratie des südlichen Deutschlands hielt sich im Allgemeinen dieser demokratischen Organisation fern, nachdem auf dem ersten Kongresse Berlin zum Zentralsitze der republikanischen Propaganda gewählt worden war. In dem süddeutschen Preußenhasse steckte nicht nur ein sehr achtbarer Abscheu vor dem preußischen Despotismus, sondern auch ein entschieden reaktionäres Element: der Haß des gemüthlichen Krähwinklers gegen den großen Staat, auf dessen Boden sich die großen Konflikte der modernen Gesellschaft zu entfalten begannen. Von diesen Konflikten wollte der süddeutsche Kleinbürger noch weniger wissen als der norddeutsche. Ihm graute vor dem Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat in dem instinktiven Bewußtsein, daß seine Klasse zwischen diesen harten Mühlsteinen zerrieben werden würde. Der zwerghafte Republikanismus, wie er im südlichen Deutschland das große Wort führte und namentlich auch in der Linken der Frankfurter Versammlung stark vertreten war, marschirte weit mehr im Hintertreffen als an der Spitze der revolutionären Bewegung.

In den südwestdeutschen Kleinstaaten, in die vom Auslande freiere Luft strömte, während sie alle seit Jahrzehnten die scheußlichste Mißregierung zu erdulden gehabt hatten, waren die kleinbürgerlichen und namentlich auch die kleinbäuerlichen Massen tief aufgewühlt. Sie rissen leichter die Büchse von der Wand als der preußische Kleinbürger, und die sittigende Kraft des „monarchischen Gedankens“ empfanden sie weit schwächer, aber in anderer Beziehung hatten sie einen noch weit engeren Gesichtskreis. Ihr Blick reichte kaum über die örtlichen Grenzpfähle, und ihr staatliches Ideal ging nicht über die vergrößerte Gemeinde hinaus. Diese eigenthümliche Beschränktheit machte sie zum Spielball für ihre Führer, die etwas weiter sahen, für Advokaten, Buchhändler, Schulmeister, Zeitungsschreiber, welche sie mit biedermännischer Gesinnungstüchtigkeit köderten, um sie bei der ersten besten Gelegenheit an den eigenen, mitunter kindischen, mitunter auch verschlagenen Ehrgeiz zu verrathen.

In Baden, dem Kernlande der süddeutschen Demokratie, hatten sich die Führer der vormärzlichen Opposition einen Ruf erworben, der durch ganz Deutschland hallte. Kaum aber zogen sich die Gewitterwolken der Revolution zusammen, als ein Theil dieser Musterpatrioten, die Bassermann, Mathy, Soiron, sofort umfiel. Sobald Blum nach Frankfurt kam, konnte er nicht genug klagen über die „Lumpen, die jahrzehntelang als entschieden und freisinnig galten und jetzt Rückschrittsmenschen“ geworden seien. Hätte er länger gelebt, so würde er gefunden haben, daß auch in der Frankfurter Linken noch längst nicht alle Spreu aus dem Weizen geworfelt war. Gleich zu seiner Seite saß als parlamentarischer Führer der Linken Karl Vogt aus Gießen, ein feister Falstaff, der im Jahre 1849 den Reichsregenten spielte, um im Jahre 1859 am bonapartistischen Futtertroge seine politische Nahrung zu suchen.

IX. Das revolutionäre Proletariat.

Der proletarische Klassenkampf konnte sich in der deutschen Revolution nur unter dem bestimmenden Einfluß des entscheidenden Kampfes zwischen Aristokratie und Bourgeoisie entwickeln. Bei einiger Kourage der Bourgeoisie hätte sie die gesammte Arbeiterklasse hinter sich gehabt. Indem sie aber aus Angst vor dem Proletariat die Flagge vor der Krone und den Junkern strich, rief sie gerade hervor, was sie vermeiden wollte, trieb sie das Klassenbewußtsein der Arbeiter schärfer heraus, als es sich nach der historischen Lage der Dinge damals schon aus natürlicher Wurzel entwickelt haben würde.

Das ländliche Proletariat allerdings gelangte noch zu keiner klassenbewußten Organisation, es sei denn in Schlesien, wo die sogenannten Rustikalvereine der Gegenrevolution viel zu schaffen machten. Sonst legte es sein Programm in Tausenden von Petitionen an die Berliner und Frankfurter Nationalversammlung nieder, aber über die Beseitigung der feudalen Lasten, über einen kleinen Besitz an Land und sei es nur um ein Fleckchen zur Gänseweide, über Erhöhung des Tagelohns und Verminderung der Steuern gingen seine Forderungen nicht hinaus. Das konnte auch nicht anders sein, denn eben dies Programm entsprach den Anschauungen feudaler Hintersassen, die ihre Emanzipation von der bürgerlichen Revolution erwarteten und demgemäß keinen Standpunkt einnehmen konnten, der über diese Revolution schon weit hinausging.

Anders das industrielle Proletariat, das längst im heimlichen Kriegszustande mit dem Kapital lebte und die bürgerliche Revolution nur unterstützte, um einen Kampfplatz zu gewinnen, auf dem es der Bourgeoisie einen offenen Krieg machen konnte. Sobald es sah, daß die bürgerliche Klasse mit Darangabe ihrer eigenen Interessen diesen Kampfplatz zu versperren begann, mußte es auch einsehen, daß es sich nicht mehr leiten lassen dürfe *durch* die Bourgeoisie, sondern sich organisiren müsse *trotz* der Bourgeoisie. Je mehr die bürgerliche Revolution versandete, um so revolutionärer wurde die Arbeiterklasse. Sie war noch viel zu schwach, um die Fahne, welche das Bürgerthum verrathen hatte, zum Siege zu führen, aber sie kämpfte tapfer um diese Fahne, und ihre Niederlage war nicht, wie bei der bürgerlichen Klasse, der Anfang vom Ende, sondern umgekehrt das Ende vom Anfange ihres Emanzipationskampfes. Sie räumte in der Märzrevolution mit den letzten Illusionen auf, die das moderne Proletariat in den ersten Stadien seiner revolutionären Entwicklung durchzumachen hat, und sie wurde nur von der geschichtlichen Bühne geworfen, um nach zehnjähriger Erholung von ihren schweren Wunden desto entschlossener, fertiger und klarer darauf zu erscheinen.

Die Hauptzentren des proletarischen Klassenkampfes waren im Jahre 1848 natürlich die großen Städte, in erster Reihe Berlin und Köln. Die Berliner Arbeiter hatten den Sieg des 18. März erfochten, um sich am Tage nach dem Siege seine Früchte entreißen zu lassen. Das war nur möglich, weil ihnen die Klarheit fehlte, ihre Interessen zu erkennen, und die organisirte Macht, sie zu

verfechten. In der That war ihre politische Unreife noch sehr groß, wie gleich die erste große Versammlung bewies, die sie am 26. März abhielten, um über die Abhilfe ihrer Noth zu berathen. Es waren an zwanzigtausend Menschen zusammengekommen, aus deren Mitte die kunterbuntesten Vorschläge laut wurden. Die Versammlung endete mit einem stundenlangen Tumulte, da es einem verschmitzten Mitarbeiter der Vossischen Zeitung gelungen war, durch eine unklare Fragestellung den Schein hervorzurufen, als habe sie dem Vereinigten Landtage den Vorzug vor der Nationalversammlung gegeben.

Begreiflicher Weise thaten die herrschenden Klassen bewußt oder unbewußt alles Mögliche, um die Verwirrung in der Arbeiterklasse zu steigern. Die lächerlichen Attaken der Bürgerwehr und die plumpen Bauernfängereien der Gegenrevolution, die unentgeltliche Freigabe aller in den königlichen Leihhäusern unter dem Betrage von fünf Thalern versetzten Pfänder, der Nachlaß sämmtlicher Miethssteuerreste, sowie sämmtlicher an Schul- und Strafgeldern aufgelaufenen Rückstände, die Einrichtung einer Art von Nationalwerkstätten, von Erd- und Kanalarbeiten, bei denen der Staat 3500 und die Stadt 2500 Arbeitslose beschäftigte, ja die Errichtung eines sogenannten Arbeitsministeriums, des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, das sich natürlich sofort als ein neues Bollwerk der besitzenden Klassen entpuppte, die hohlen Rodomontaden der Demagogen Held und Genossen, das liebreiche Zureden edelmüthiger Arbeiterfreunde, die herzergreifenden Mahnungen, die Arbeiter möchten nun für das Wohl der Gesellschaft arbeiten und leben, wie sie auf den Barrikaden dafür zu kämpfen und zu sterben gewußt hätten, Mahnungen, welche die vormärzlichen Spaßmacher des liberalen Philisters, die Literaten Glaßbrenner und Kossak, mit besonders feierlichem Schwunge von sich gaben — alles das drang wie ein ohrzerreißendes und sinnverwirrendes Konzert auf die Berliner Arbeiter ein. Um so rühmlicher war es, daß sie sich nicht von dem politischen Wege abdrängen ließen, auf den sie ihre historische Aufgabe verwies. Sie haben sich weder von der liberalen Angstmeierei abstoßen, noch von den reaktionären Sirenengesängen bethören lassen, und bis in den Staatsstreich hinein ihre Arme und ihr Blut der bürgerlichen Revolution zur Verfügung gestellt.

Sie lernten aus ihren Fehlschlägen. Schon wenige Tage nach der mißglückten Massenversammlung traten 150 Arbeiter zu einem besonderen Arbeiterklub zusammen, mit dem offenen Bekenntniß, daß sie sich erst in kleineren Kreisen an parlamentarische Form und logische Gliederung der Fragen gewöhnen müßten, ehe sie große Massenversammlungen veranstalteten, in denen sie von allerhand Herumläufern und Wichtigthuern genasführt werden könnten. Der Klub beschloß, alle Arbeitergemeinschaften, Gewerke, Fabriken zur Wahl von Vertretern aufzufordern, die ein Zentralkomite für Arbeiter bilden sollten.

So geschah es auch, und nach mehreren Vorberathungen konstituirte sich am 19. April das geplante Zentralkomite, das zwar noch diesen oder jenen unsicheren Kantonisten unter sich zählte, aber in seinen Vorsitzenden, dem Schrift-

setzer Born und dem Goldschmiede Bisky, ein paar Leiter besaß, die sehr wohl um sich wußten.

Neben ihnen trat in diesen ersten Berathungen der Student Gustav Adolf Schlöffel hervor, ein schwärmerischer Jüngling von 19 Jahren, der Sohn jenes schlesischen Gutsbesitzers, der ehedem von Stieber verfolgt worden war und der demnächst zu den Besten auf der Linken der Frankfurter Nationalversammlung gehören sollte. Der junge Schlöffel war von der Universität Heidelberg wegen Verbreitung angeblich aufrührerischer Schriften im Odenwalde relegirt worden, und die Universität Berlin, wo er seine Studien fortsetzen wollte, hatte seine Immatrikulation verweigert. Er lebte nun ganz in der proletarischen Agitation und gab in zwanglosen Flugblättern den Volksfreund heraus, worin er mit heftigen und kühnen Worten den Kampf aufs Messer zwischen Kapital und Arbeit verkündete. Seine sympathische Erscheinung verschaffte ihm schnell einen großen Anhang unter den Arbeitern. Gleichwohl kam er mit Born und Bisky in einen scharfen Gegensatz, als er eine große Massenkundgebung betrieb, die am 20. April vor das Schloß ziehen und das direkte Wahlrecht ertrotzen sollte.

Born war ein gescheidter, aber kühler und ruhiger Kopf. In Brüssel und Paris hatte er dem Bunde der Kommunisten angehört und, wie seine Aufsätze und Reden zeigen, den Geist des Kommunistischen Manifestes wohl erfaßt. Seinen persönlichen Muth hatte er auf den Berliner Barrikaden bewährt, wie er ihn im nächsten Jahre auf den Dresdener Barrikaden bewähren sollte. Als Leiter von Versammlungen, als fesselnder und kerniger Redner übertraf er, wie ihm sogar das Organ der Bourgeoisie bescheinigte, alle damaligen Volksführer in Berlin. Wenn er — und ebenso Bisky, der ihm bei geringerer Begabung ähnelte — die Massenkundgebung für das direkte Wahlrecht nicht mitmachen wollte, so mochte er fürchten, daß die unbewaffnete Menge von der bewaffneten Bürgerwehr vertrieben werden und so ein Zusammenstoß zwischen Bürgern und Arbeitern entstehen würde, der, ehe noch die Nationalversammlung gewählt, geschweige denn zusammengetreten war, freie Bahn für die Gegenrevolution schaffen mußte. Aus dem Volkswahlkomite, das die Gewährung des direkten Wahlrechts betreiben sollte, traten Born und Bisky nebst einigen bürgerlichen Demokraten aus, als sich die Mehrheit für Schlöffels Plan entschied, der übrigens von selbst ins Wasser fiel, da sich die erwarteten Massen nicht beim Stelldichein einfanden. Schlöffel wurde darnach verhaftet und am 11. Mai wegen versuchter Verleitung zum Aufruhr vom Kammergerichte zu sechsmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt, die er in Magdeburg abbüßte. Er wurde — noch unter dem Ministerium Camphausen — das erste Opfer der Reaktion. Die lebhaftesten Kundgebungen der Sympathie begleiteten den edlen Jüngling, aber eine dauernde Spur hinterließ seine Wirksamkeit in der Berliner Revolution nicht.

Der Gegensatz zwischen Born und Schlöffel hatte einen tieferen Hintergrund und war gewissermaßen vorbildlich für den Verlauf der Dinge. Born selbst sprach seine Ansicht mit aller Offenheit aus, wenn er sagte, in Deutschland ständen sich

Bourgeoisie und Proletariat, Kapital und Arbeit noch nicht so scharf gegenüber wie in England und Frankreich, wo sie sich kaltblütig und kampfgerüstet als streng gesonderte Parteien Aug' in Auge sähen. In Deutschland seien die Arbeiter noch nicht organisirt, sie begriffen sich noch nicht als Partei. Es sei unsinnig, wenn einzelne Arbeiter Maschinen zerstörten oder von einzelnen Fabrikanten Dinge verlangten, welche diese unmöglich gewähren könnten. Wolle die Arbeiterklasse als Macht im Staate dastehen, so sei ihre Organisation die erste Aufgabe. „Wir zählen zu uns den größten Theil der Nation, zu uns gehört nicht allein der Lohnarbeiter, der Geselle, zu uns gehört auch die große Zahl der kleinen Meister, die erdrückt werden durch die Konkurrenz des großen Kapitals, der Ackerbauer, dessen Parzelle nicht mehr hinreicht, ihn und seine Familie zu ernähren, der Lehrer, der unsere Kinder unterrichtet, das Mädchen, das hinter dem Stickrahmen oder der Maschine sitzt, zu uns gehört ein Jeder, dessen Fleiß und Anstrengung überboten wird von der Macht des Kapitals und untergehen muß in der freien Konkurrenz." Mit diesem Programm begleitete Born die Statuten des Zentralkomites für Arbeiter, durch welche die Arbeiterklasse organisirt werden sollte.

Engels hat in späteren Jahren gesagt, in den amtlichen Veröffentlichungen der von Born begründeten Organisation seien die Auffassungen des Kommunistischen Manifestes mit Zunfterinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schutzzöllnerei u. s. w. durcheinander gelaufen. Das ist richtig, aber wenn Engels hinzufügte, Born, ein sehr talentvoller junger Mann, habe es mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig gehabt, er habe sich mit den verschiedenartigsten Krethi und Plethi verbündet, um nur einen Haufen zusammen zu bekommen, und sei keineswegs der Mann gewesen, Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos zu bringen, so bedarf dies Urtheil mindestens der Ergänzung.

So weit sich die Arbeiterbewegung des Jahres 1848 in den deutschen Handels- und Industriestädten quellenmäßig verfolgen läßt, war sie — mit Ausnahme des Rheinlands und theilweise Westfalens — eben nur so weit entwickelt, daß sie sich etwa auf der Höhe der damaligen französischen Sozialdemokratie bewegen, über Fragen, wie Organisation der Arbeit, Recht auf Arbeit, Arbeitsministerien nicht hinausgehen konnte. Sie hatte das Stadium der ziellosen Hungerkämpfe weit hinter sich, mochten auch noch hier und da Zerstörungen von Maschinen vorkommen. Sie hatte auch den utopistischen Handwerkerkommunismus wesentlich überwunden; Weitling, der im Juli nach Berlin kam, konnte keinen Boden unter den Arbeitern finden, und mußte den Urwähler, ein von ihm begründetes Blatt, nach wenigen Nummern wegen Mangels an Lesern eingehen lassen. Aber sie war noch nicht reif für den Standpunkt des Kommunistischen Manifestes, das, um zum Banner einer Massenbewegung werden zu können, die große Industrie als typische Betriebsform in viel größerem Umfange voraussetzt, als sie damals im östlichen Deutschland hatte. Wollte Born die Arbeiter als Klasse organisiren, so mußte er mit dem Gedankenkreise rechnen, in dem sie sich vorläufig erst bewegen konnten,

und er hat es wenigstens nicht an Eifer fehlen lassen, sie über diesen Horizont hinauszuführen.

Als in den Vorberathungen, die zur Stiftung des Zentralkomites für Arbeiter führten, ein liberaler Bureaukrat, der Präsident Lette erschien, um die Arbeiter zu einer gemeinsamen Organisation mit den Unternehmern zu überreden, die ja doch mit höherem Ueberblick die Beziehungen der nationalen Produktion zum Weltmarkte zu regeln vermöchten, erwiderte Born, diese Beziehungen gingen die Arbeiter gar nichts an. Dem Arbeiter als solchem sei das Verhältniß zum Auslande, der Absatz der Produkte ganz gleichgiltig. Die Ausdehnung der Industrie sei kein Mittel zur Hebung der arbeitenden Klassen, sie verursache vielmehr eine Vermehrung des Proletariats, und die Arbeiter hätten gerade die entgegengesetzten Interessen wie die Unternehmer. Ebenso entschieden trat Born aller Zünftlerei entgegen; er sagte, es sei keinem Staate, der einmal die moderne Großindustrie eingeführt habe, mehr möglich, zu einer schon niedergegangenen Produktionsweise zurückzukehren, ohne sich zu ruiniren oder eine ganz untergeordnete Stellung in der Reihe der europäischen Staaten einzunehmen.

Und als Proudhon seine Utopie des Arbeitsgeldes durch die Gründung einer Volksbank ausführen wollte, aber damit scheiterte, schrieb Born durchaus im Geiste des Kommunistischen Manifestes und im Sinne des historischen Materialismus: „Wir haben diesem Unternehmen durchaus keinen Beifall zugeklatscht, und wenn sein Untergang uns auch betrübt, so überrascht er uns doch nicht, denn wir haben diesen Ausgang fast mit Sicherheit erwartet, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil eine Idee, sie mag noch so groß und wahr sein, nimmer da ohne Weiteres zur Ausführung gebracht werden kann, wo die Elemente zur Ausführung nicht in hinreichendem Maße vorhanden sind. Die Republik z. B. ist sicher eine vernünftigere Staatsform als die Monarchie; ob sie aber für alle Völker gleich, für die Kroaten sowohl wie für die Franzosen paßt, das ist eine andere Frage. . . . Wir haben immer die Organisation der Arbeiter über die Organisation der Arbeit gestellt, wir setzten immer die politische Herrschaft der arbeitenden Klasse voraus, ehe wir eine größere, in alle Gesellschaftskreise greifende Ausführung sozialer Ideen für möglich hielten. . . . Wir mißbilligen von vornherein dergleichen sozialistische Versuche, obgleich wir, ja mit um so größerem Rechte, zur sozialistischen Partei gehören. . . . In die Zwangsjacke eines Systems läßt sich die menschliche Gesellschaft, dieser immer lebendige und schöpferische Organismus, ebenso wenig hineinzwängen, wie man der um sich greifenden Verarmung mit Volksbanken entgegentreten kann, die ihre Fonds aus den Taschen der Armen nehmen müssen. . . . Wir fragen mit Recht: welche Zukunft, welche Lebensfähigkeit hatte die Volksbank, wenn sie zu Grunde gehen mußte — wegen eines Preßprozesses des Herrn Proudhon. Mit der Volksbank wollte Proudhon die neue Welt aufbauen, in der Volksbank ruhte seine Lösung der sozialen Frage und wegen sechs Monate Gefängniß und einiger tausend Franken Strafe, zu denen Bürger Proudhon verurtheilt ist, ist die Welt wieder um ihren Heiland und ihren Erlöser geprellt.

Wir können ein bitteres Lächeln nicht unterdrücken, denken wir an die kleinen Eitelkeiten, die der großen Volksbewegung die Wege lichten wollen und als die Josuas der Neuzeit mit dem Prophetengewande voranziehen, nicht aber um selbst mit dreinzuschlagen, das zackige Schwert zu führen, nein — um sich bewundern zu lassen. Da kommt Herr Considerant, ein Prophet zweiten Ranges, und will Herrn Proudhon die Erfindung der Volksbank streitig machen — wie erbärmlich dieser kleine Krieg zwischen zwei Persönlichkeiten zu einer Zeit, wo die ganze Welt an Entwürfen schwanger ist, die Erde bebt von den Tritten zweier großer Heeresmassen, die mit rasender Kampflust einander näher rücken und sich bald das Weiße der Augen zeigen werden, in einer Zeit, wo eine in Ungarn von Dembinski oder Bem gewonnene Schlacht mehr werth ist als sämmtliche gedruckten und noch ungedruckten Werke der Bürger Proudhon und Considerant zusammen, zu einer Zeit, an welcher die größten Berühmtheiten sich an einem einzigen Tage abschleifen." So Born im Volke und die Verbrüderung, den amtlichen Organen der von ihm geleiteten Organisation. Wenn trotzdem in ihren eigentlichen Programmen die Ideen Louis Blancs vorwogen, noch dazu versetzt mit mancherlei Schutzzöllnerei, Utopisterei und Zünftlerei, so mag die eigentliche Schuld daran die Thatsache tragen, daß die industriellen Arbeiter Deutschlands, mit Ausnahme einzelner westlicher Striche, nur eben erst bis zum Standpunkte der damaligen französischen Sozialdemokratie vordringen konnten, was übrigens für das ostelbische Proletariat eine ganz hübsche Stufe der Entwicklung war.

Das Zentralkomite für Arbeiter entwickelte eine eifrige Agitation in der Presse, in Versammlungen, auch für die Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen es Bisky als stellvertretenden Abgeordneten in einem Berliner Wahlkreise durchbrachte. Seit dem 1. Juni gab es dreimal in der Woche das Volk heraus, eine „sozialpolitische Zeitschrift", mit dem Programm, „einerseits das Bürgerthum zu unterstützen im Kampfe gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden, andererseits dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und der freien Konkurrenz, und immer voran zu schreiten, wo es gelte, dem Volke ein irgend noch vorenthaltenes politisches Recht zu erkämpfen, damit es die Mittel erhalte, sich die soziale Freiheit, die unabhängige Existenz um so schneller zu erringen". In seiner dritten Nummer begrüßte das Blatt das Erscheinen der gleichfalls seit dem 1. Juni herausgegebenen Neuen Rheinischen Zeitung, deren „entschiedene Richtung" durch die Namen „unserer Freunde" Marx, Engels, Wolff verbürgt werde. Politisch stand es anfeuernd hinter der Linken der preußischen Nationalversammlung, es trat muthig für die Pariser Junikämpfer ein und feierte den englischen Chartismus, wie es denn überhaupt eine enge geistige Fühlung mit den revolutionären Arbeiterparteien des europäischen Westens aufrecht zu erhalten bemüht war. Hand in Hand damit ging eine rücksichtslose Geißelung des politisch-sozialen Schwindels, den Demagogen wie Held mit der Bevölkerung trieben. Einen großen Theil seines Raumes widmete das Blatt der Erörterung der sozialen Ideen, die im

Zentralkomite überlegt wurden und die sich von Ausfuhrprämien und Handwerkerkorporationen bis zur Beschäftigung der Arbeitslosen durch den Staat erstreckten.

Ferner beschickte das Zentralkomite den Hamburger Handwerkerkongreß, mit dessen „fanatischer Vertheidigung der mittelalterlichen Zünfte" es sich natürlich nicht einverstanden erklärte. Ebenso wenig war es befriedigt durch einen kleineren Kongreß der Handwerker- und Arbeitervereine, der am 18. Juni in Berlin zusammentrat, sich zwar nicht so zünftlerisch geberdete, wie der Hamburger Kongreß, aber doch in ganz allgemeinen wohlwollenden Redensarten über das Heil der Arbeiter stecken blieb. Sechs Mitglieder dieses Kongresses, Born für das Zentralkomite, Lucht und Krause für die Berliner Maschinenbauer, Bühring und Steinhauer für die Hamburger und Crüger für die Königsberger Arbeiter erließen nunmehr am 27. Juni „an alle Arbeiter-, Handwerker- und Bildungsvereine Deutschlands, an die deutschen Vereine in der Schweiz, Paris, Brüssel und London" einen Aufruf zur Beschickung eines Arbeiterparlaments, das in Berlin tagen sollte. Vertreten sollten sein die „arbeitenden Klassen aus allen Städten, Fabrik- und Ackerbaudistrikten", und berathen werden sollte über Garantie der Arbeit durch den Staat, staatliche Unterstützung industrieller Arbeiterassoziationen, staatliche Versorgung aller hilflosen und invaliden Arbeiter, Regelung und Beschränkung der übermäßigen Arbeitszeit, Reform des Steuerwesens im Interesse der arbeitenden Klassen: starke progressive Einkommensteuer, Beschränkung des Erbrechts und Abschaffung aller Lebensmittelsteuern, sowie aller feudalen Abgaben und Lasten, Nationalschulen mit unentgeltlichem Unterricht, kostenlose Rechtspflege, Einsetzung von Arbeitsministerien in den einzelnen deutschen Staaten, die aus der freien Wahl der arbeitenden Klassen hervorgehen sollten.

Der Arbeiterkongreß trat am 23. August zusammen. Er zählte 40 Theilnehmer, darunter 5 mit berathender Stimme; 35 Arbeitervereinigungen aus Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, Königsberg, München und anderen großen Städten hatten ihn beschickt. Auch ein Abgesandter des Frankfurter Gesellenkongresses war zugegen. Gemeinsam mit diesem beantragte Weitling sofort nach Eröffnung der Verhandlungen eine Petition um Einberufung eines besonderen Arbeiterparlaments an die Frankfurter Nationalversammlung zu richten, und verließ gekränkt den Saal, als der Kongreß den Antrag keineswegs ablehnte, aber auf die Tagesordnung der zweiten Sitzung verschob. Der Kongreß wählte Nees v. Esenbeck und Born zu seinen Vorsitzenden, Bisky und den Geometer Schwenniger aus Hamm zu seinen Schriftführern, und erledigte dann in zehntägigen Verhandlungen eine große Zahl von Anträgen, die sich ungefähr in den von seinen Einberufern gezogenen Grenzen bewegten. In einem Manifeste wurde die deutsche Nationalversammlung aufgefordert, die Beschlüsse des Kongresses unter die Grundrechte des deutschen Volks aufzunehmen und auf Staatskosten ein Arbeiterparlament nach Frankfurt zu berufen, das ihrem volkswirthschaftlichen Ausschusse berathend zur Seite stehen sollte.

Wichtiger als diese theoretischen Beschlüsse war das Statut, das der Kongreß für die Organisation der deutschen Arbeiter entwarf. Die Arbeiterverbrüde-

rung, wie sich der neue Bund nennen sollte, baute sich in Lokal- und Bezirks-komites auf, über denen als oberste Behörde ein Zentralkomite stand. In den Lokalkomites sollten die verschiedenen Gewerke eines Orts je nach Verhältniß ihrer Mitgliederzahl vertreten sein. Die Aufgabe dieser Komites bestand darin, regelmäßige Versammlungen der Arbeiter zu veranstalten und die örtlichen Arbeiterinteressen zu vertreten. Eine größere oder geringere Zahl der Lokalkomites gruppirte sich in Bezirken unter einem Bezirkskomite, das auf einer jährlich mindestens einmal stattfindenden Bezirksversammlung von Vertretern der Lokalkomites gewählt wurde. Den Bezirkskomites lag die Pflege der Arbeiterinteressen in ihren Bezirken und die Verbindung zwischen dem Zentralkomite und den Lokalkomites ob; auch sollte in ihnen die Sache der Arbeiterinnen durch eine besondere Abtheilung vertreten sein. Als Sitze der Bezirkskomites setzte der Kongreß vorläufig die Städte Danzig, Königsberg, Stettin, Köln, Bielefeld, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Augsburg, München, Linz, Wien, Brünn, Prag, Nürnberg, Bamberg, Jena, Koburg, Marburg, Hannover, Osnabrück, Braunschweig, Magdeburg, Berlin, Breslau, Dresden fest, womit den Lokalkomites nicht das Recht benommen sein sollte, aus sich heraus noch andere Bezirkskomites zu bilden. Ueber den Bezirks-komites stand das Zentralkomite, das nach Leipzig verlegt und mit der Heraus-gabe eines Bundesblattes betraut wurde. Seinerseits wurde es beaufsichtigt und je nachdem neu gewählt von der jährlich mindestens einmal stattfindenden General-versammlung aller deutschen Arbeiter. Vorläufig bestimmte der Kongreß zu seinen Mitgliedern Born, Kick und Schwenniger, die vom Oktober in Leipzig die Ver-brüderung als Organ des Bundes herausgaben.

Das neue Zentralkomite widmete sich seiner Aufgabe mit unermüdlichem Eifer, und es gelang ihm, den Bund über einen großen Theil Deutschlands auszubreiten, namentlich auch durch eine Reihe von Bezirkskongressen, die in Alten-burg, Leipzig, Hamburg, Heidelberg, Nürnberg und anderen Orten stattfanden. In Heidelberg stieß Born mit Winkelblech zusammen, und der Schriftsetzer schlug den gelehrten Professor so gründlich, daß Winkelblech schon nach dem ersten Tage der Verhandlungen abreiste. Ueberhaupt wurde der von dem Frankfurter Gesellen-kongresse gestiftete Arbeiterverein von dem neuen Bunde sei es aufgesogen sei es verdrängt. Politisch hielt sich die Arbeiterverbrüderung durchaus wacker. Ihr Berliner Bezirkskomite, an dessen Spitze Bisky stand, stellte sich der National-versammlung zur Verfügung, um den Staatsstreich nicht blos mit Redensarten, sondern auch mit Waffen zu bekämpfen, und in der Majorsnacht der Berliner Bürgerwehr bemühte sich Bisky persönlich aufs eifrigste, die bürgerlichen Philister auf die Barrikaden zu treiben. Im Monat November erließ auch das Zentralkomite in Leipzig eine dringende Aufforderung an die Bezirks- und Lokalkomites, für die Bewaffnung der Arbeiter zu sorgen.

Nicht so einwandsfrei waren die sozialen Bestrebungen der Arbeiterverbrüde-rung. Sie hatte eben alles Mögliche und Unmögliche in ihr soziales Programm aufgenommen, und je zahlreicher die Stellen waren, an denen sie ihre Hebel

anzusetzen versuchte, um so mehr zersplitterten sich ihre Kräfte. Ihre Versuche, durch Abzüge vom Lohne Kreditkassen für die Arbeiter zu bilden, allerlei Produktivassoziationen zu gründen und andere Anläufe, das Pferd am Schwanze aufzuzäumen und der kapitalistischen Produktionsweise den Prozeß zu machen, ehe das Proletariat die politische Macht erobert hatte, führten zu Enttäuschungen und Verlusten. Doch trug das Organ des Bundes viel dazu bei, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken und zu schärfen. Es war geschickt redigirt und zerfetzte die berühmten Redensarten vom Kapital, das Geld unter die Leute bringe, von den Armen und Reichen, die es immer gegeben habe und was sonst in dies Kapitel kapitalistischer Perfidie oder Stupidität gehört, mit treffendem Witze. Auch unterstützte es wirksam die Lohnkämpfe der Arbeiter durch Nachweis ihrer Berechtigung und durch Warnung vor Zuzug.

An solchen Lohnkämpfen war das Jahr 1848 überaus reich. In Berlin allein zählten sie nach den Märztagen zu vielen Dutzenden. Wie es in der Natur der Sache lag, erzielten die streikenden Arbeiter viele augenblicklichen, aber keine dauernden Erfolge. Was ihnen in der Angst vor der Revolution gewährt worden war, das wurde ihnen im Uebermuthe der Reaktion wieder entrissen. Aus den zahlreichen Gelegenheitsstreiks erwuchsen bei einzelnen Gewerken die Ansätze dauernder und nationaler Verbände, am ehesten und stärksten bei den Schriftsetzern und den Zigarrenarbeitern. Die Setzer gründeten sich im Gutenberg, die Zigarrenarbeiter in der Konkordia gewerkschaftliche Organe. Die Bourgeoisie feindete die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, die unmittelbar den Profit bedrohte, noch heftiger an als ihre politisch-soziale Organisation, und sie fand willige Helfershelfer an der Justiz und Polizei, die das landrechtliche Koalitionsverbot so munter handhabten, als wäre nie in dem Gesetze vom 6. April die unbeschränkte Assoziationsfreiheit verbürgt worden.

Vor diesen Mächten brutaler und ungesetzlicher Unterdrückung konnte sich auf die Dauer noch kein gewerkschaftlicher Verein halten, aber der intellektuelle Sieg blieb ungeschmälert den Arbeitern. Als die Berliner Setzer, abgerackert und schlecht gelohnt, wie sie waren, um Verminderung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne streikten, erklärten die Berliner Buchdruckereibesitzer, wenn die Forderungen der Gehilfen bewilligt würden, so müßten die Preise um fünfzig Prozent steigen und also der Verbrauch um hundert Prozent abnehmen. Denn es sei eine unumstößliche furchtbare Wahrheit, bewiesen von hundertjähriger Statistik in unbesiegbaren Legionen gezählter Thatsachen, daß, wenn die Preise eines Arbeitsprodukts in arithmetischer Proportion zunähmen, der Verbrauch in geometrischer Proportion abnehme. Und an einen so unsagbaren Blödsinn knüpften diese „gebildeten" Bourgeois die empörte Frage: „Sollen und dürfen wir, die einem Geschäfte angehören, das recht eigentlich die Nährerin der Intelligenz ist, die ersten und höchsten Güter der Intelligenz verleugnen?" Die Nationalzeitung aber führte aus, daß Streiks nur mit obrigkeitlicher Erlaubniß statthaft seien, denn sonst würde sich der Staat in gesetzlos einander bekämpfende Assoziationen

auflösen, und die Vossische Zeitung denunzirte die streikenden Setzer als bestochene Söldlinge des Auslandes, die 14000 Franken aus Frankreich und der Schweiz erhalten hätten. Da die Setzer dieses Blattes bei einem Wochenlohn von vier bis sechs Thalern eine tägliche Arbeitszeit von vierzehn bis sechzehn Stunden einschließlich Sonntags zu leisten hatten, so begriff der Berliner Philister leicht, daß die Unzufriedenheit mit einem so idyllischen Arbeitsverhältniß nur durch schnödes Frankengold erzeugt werden könnte.

Es ist heute noch eine Freude, zu lesen, wie überlegen die Führer der proletarischen Lohnkämpfe, die Setzer Born und Fröhlich, die Zigarrenarbeiter Kohlweck und Stechan mit dem Gallimathias abfuhren, den der Stumpfsinn und die Profitwuth der Bourgeoisie in unholder Ehe gebaren. Es waren meistens oder durchweg Proletarier, die sich im Bunde der Kommunisten geschult hatten.

Zweites Kapitel.

Neue Rheinische Zeitung.

I. Deutsche Politik.

Mit dem Ausbruche der Revolution verlor der Bund der Kommunisten den Zweck seines Daseins und damit sein Dasein selbst. Selbst wenn er nicht ein viel zu schwacher Hebel gewesen wäre, um die Massen zu regieren, die in die revolutionäre Bewegung geworfen worden waren, so wurde er schon dadurch überflüssig, daß die Arbeiterklasse nunmehr die Mittel und die Möglichkeit einer öffentlichen Propaganda besaß.

Auf die Kunde der Pariser Revolution übertrug die Zentralbehörde in London ihre Befugnisse auf die Behörde des leitenden Kreises Brüssel. Aber deren Tage waren bereits gezählt, da ihre Mitglieder von der belgischen Regierung sei es schon ausgewiesen oder verhaftet worden waren, sei es ihrer Ausweisung oder Verhaftung stündlich gewärtig sein mußten. Ohnehin standen Marx und Engels auf dem Sprunge, nach Paris zu gehen, wohin Marx durch ein vom 1. März datirtes Schreiben Flocons, der in der provisorischen Regierung der französischen Republik saß, in ehrenvoller Weise zurückberufen worden war. Im Augenblick ihrer Sprengung übertrug die Brüsseler Zentralbehörde die „momentane Zentraldirektion aller Bundesangelegenheiten“ an Marx, den sie zugleich beauftragte, in Paris eine neue Zentralbehörde zu bilden.

Dies geschah, und gemäß dem Kommunistischen Manifeste richtete die neue Zentralbehörde, in der Marx, Engels, Wilhelm Wolff, Bauer, Moll und Schapper saßen, ihr Hauptaugenmerk auf Deutschland. Hier erhielt die bürgerliche Revolution freilich dadurch einen veränderten Charakter, daß sie nicht aus eigener Kraft siegte, sondern im Gefolge einer französischen Revolution, die schon einen

ausgeprägt proletarischen Stempel trug. Der revolutionäre Drang, der etwa in der deutschen Bourgeoisie vorhanden war, wurde dadurch von vornherein geknickt, und um so mehr kam es darauf an, diese Klasse vorwärts zu treiben zur Sicherung der Rechte, deren das Proletariat zu seiner politischen Organisation bedurfte, der Assoziations- und Preßfreiheit und anderer Rechte, die zu erobern der historische Beruf der Bourgeoisie, aber die aus Angst vor dem Proletariat preiszugeben die geheime Absicht der deutschen Bourgeoisie war. Wollte der Bund der Kommunisten in die revolutionäre Bewegung der Massen eingreifen, wollte er nicht wieder in die sektirerischen Spielereien zurückfallen, die er eben erst abgestreift hatte, so konnte er den Boden der deutschen Revolution nur als radikalster Flügel der Demokratie beschreiten, was keineswegs einschloß, daß er seine Endziele irgendwie zu verheimlichen brauchte.

Demgemäß beschränkten sich die „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland", welche die neue Zentralbehörde in einem Aufrufe verbreitete, auf eine Reihe von Punkten, die ebenso im Interesse des kleinen Bauern- und Bürgerstandes wie des Proletariats lagen. Die wesentlichsten dieser Punkte waren die deutsche Einheit als einige untheilbare Republik, Allgemeine Volksbewaffnung, Besoldung der Volksvertreter, Beschränkung des Erbrechts, Starke Progressivsteuern, Abschaffung der Konsumtionssteuern, Errichtung von Nationalwerkstätten, Allgemeine unentgeltliche Volkserziehung, Verstaatlichung aller Transportmittel, wie Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten, im Interesse der unbemittelten Klasse. Ferner wurde die Umwandlung aller Bergwerke und Gruben, aller fürstlichen und feudalen Landgüter in Staatseigenthum verlangt, mit dem Zusatze jedoch, daß auf diesen Landgütern der Ackerbau im Großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vortheile der Gesammtheit betrieben werden solle. Gleichfalls für Staatseigenthum sollten die Hypotheken auf den Bauerngütern erklärt und die Interessen für diese Hypotheken von Bauern an den Staat gezahlt werden, ebenso die Grundrente und der Pachtschilling in den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt war.

Diese Forderungen erschöpften nicht entfernt das kommunistische Programm, sie blieben noch weit hinter den Maßregeln zurück, die das Kommunistische Manifest nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat für die „vorgeschrittensten Länder" vorgeschlagen hatte, sie übersahen also keineswegs die ökonomische Rückständigkeit Deutschlands. Gleichwohl hat der historische Verlauf der Dinge gezeigt, daß dies Programm noch verfrüht war bei der Höhe der ökonomischen Entwicklung, welche Deutschland damals erst erreicht hatte. Nur daß man wieder nicht so weit gehen darf, zu sagen, es sei unpraktisch und utopisch gewesen. Es war nicht unpraktisch, weil es die Aufmerksamkeit der revolutionär erregten Massen auf den richtigen Weg lenkte; es war nicht utopisch, weil seine Urheber sehr wohl wußten und auch durchaus nicht verhehlten, daß es erst in einer langen Reihe revolutionärer Kämpfe und Umwälzungen durchzusetzen sei. Sie irrten allein in der Annahme, daß es überhaupt schon in einem, wenn

auch langen, so doch ununterbrochenen revolutionären Prozeß erreicht werden könne. Sie täuschten sich weder über die Richtung, noch über das Ziel, sondern allein über die Länge des Weges.

Nicht minder rücksichtslos als aller Sekten- widersetzte sich der Bund der Kommunisten aller Revolutionsspielerei. Er bekämpfte die damals in der Pariser Flüchtlingschaft grassirende Manie der revolutionären Legionen, die ihre verschiedenen Vaterländer vom Joche der Knechtschaft befreien wollten. Die Mehrheit von Bourgeois, die in der provisorischen Regierung der französischen Republik saß, beförderte diese Manie mit hinterhaltigem Eifer; um die fremden Arbeiter los zu werden, bewilligte sie ihnen Marschquartiere und Marschsold bis an die französische Grenze, und der Schönredner Lamartine that als Minister des Auswärtigen gern noch ein Uebriges, um die Legionäre an die Regierungen ihrer Heimathländer zu verrathen. Herwegh hatte sich bethören lassen, an die Spitze der deutschen Legion zu treten, die über den Rhein vorstoßen sollte, um Deutschland zu revolutioniren, aber Marx wies in öffentlichen Versammlungen, ohne die Ungunst der aufgeregten Massen zu scheuen, die Sinnlosigkeit des ganzen Abenteuers auf. Der zwangsweise Import der Revolution nach Deutschland mußte den Regierungen als willkommene Vogelscheuche dienen und die Legion selbst in die Hände ihrer Truppen liefern. Namentlich nachdem die Revolution in Wien und Berlin ausgebrochen war, verlor das kindische Spiel selbst den scheinbaren Sinn, den es bis dahin etwa noch für sich hätte geltend machen können. Leider wurde es trotzdem fortgespielt bis zu dem kläglichen Ende, das Marx ihm vorausgesagt hatte.

Statt einer deutschen Legion stifteten Marx und Engels einen deutschen kommunistischen Verein, dessen Mitgliedern sie riethen, einzeln nach Deutschland zurückzukehren und als Sauerteig in der revolutionären Bewegung zu wirken. Flocon verschaffte diesen Arbeitern dieselben Begünstigungen, die den Legionären gewährt worden waren, und so gelangten ihrer drei- bis vierhundert nach Deutschland zurück, darunter die große Masse der Bundesmitglieder. Indem sie sich über Deutschland zerstreuten, löste sich der Bund der Kommunisten auf, aber in in dieser Auflösung bewährte er sich als eine treffliche Vorschule für den Emanzipationskampf des Proletariats. Ueberall, wo sich im Revolutionsjahre die Arbeiterklasse mit einiger Klarheit zu entwickeln begann, fanden sich Bundesmitglieder als treibende Kräfte, die auch da, wo sie sich freiwillig oder gezwungen den örtlichen Verhältnissen anpaßten und die prinzipielle Höhe des Kommunistischen Manifestes nicht einhielten, den bürgerlichen Volksführern an Einsicht und Entschlossenheit weit überlegen waren. Sie wirkten in Hessen und Nassau, in Hamburg und Bremen und Hannover, in Berlin und Leipzig und Breslau, wo Wilhelm Wolff mit großem Erfolge wühlte und sogar zum stellvertretenden Abgeordneten für die Frankfurter Versammlung gewählt wurde. Jedoch lag es in der Natur der Dinge, daß der Bund der Kommunisten eine Agitation in großem revolutionären Stile nur da entfalten konnte, wo die Voraussetzungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft bereits gegeben waren.

Marx und Engels begaben sich mit ihrem engeren Kreise von Freunden nach Köln, wo von demokratischer und theilweise kommunistischer Seite ein großes Blatt vorbereitet wurde. Sie wurden zunächst von den Gründern dieses Blattes scheel angesehen und sollten nach Berlin abgeschoben werden, worauf sie sich aus guten Gründen nicht einließen. Sie kannten Berlin und wußten, wie wenig erst die bürgerliche Klasse der preußischen Hauptstadt entwickelt war. Sie wußten namentlich auch, und das Schicksal des jungen Schlöffel bewies es ihnen zu allem Ueberflusse, daß es eine gesicherte Preßfreiheit in Berlin noch nicht gab. In Berlin herrschte noch das preußische Landrecht, und politische Prozesse kamen vor die Berufsrichter; am Rheine bestand der Code Napoleon, der politische Prozesse vor die Geschworenen verwies. Ein großes Blatt, das gewissermaßen als Leuchtthurm über das wogende Meer der Revolution strahlen sollte, konnte nirgends anders als in der rheinischen Hauptstadt erscheinen, und dem energischen Willen, den Marx und seine Freunde hinter diese richtige Ansicht setzten, gelang denn auch schnell die Ueberwältigung aller Hindernisse. Sie bekamen die neue Zeitung in ihre Hand unter der einzigen Bedingung, Heinrich Bürgers in die Redaktion aufzunehmen, der nach der Absicht der Aktionäre ein Hemmschuh am Wagen werden sollte, thatsächlich aber nur das fünfte Rad am Wagen wurde.

Die erste Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung erschien am 1. Juni 1848. Ihr Redaktionsstab bestand aus Karl Marx als leitendem Redakteur, Heinrich Bürgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels, Georg Weerth, Ferdinand Wolff und Wilhelm Wolff. Die Zeitung begann mit einem sehr beschränkten Aktienkapital, von dem nur wenig eingezahlt worden war, und gleich ihr erster Artikel, der die leere Schwatzhaftigkeit geißelte, worüber die Frankfurter Versammlung sich ein Machtmittel nach dem anderen entschlüpfen ließ, kostete ihr die Hälfte ihrer Aktionäre.

In ihrem Titel nannte sich die Neue Rheinische Zeitung ein „Organ der Demokratie", doch machte sie kein Hehl daraus, daß sie die revolutionäre Bewegung an ihrem äußersten thatsächlich vorhandenen Ende eben nur aufnehme, um sie im Interesse des Proletariats voranzutreiben. Die Zeitung geizte nicht nach der Ehre, das Organ irgend einer parlamentarischen Linken zu sein; sie sprach es offen aus, daß sie es bei den vielfachen verschiedenen Elementen, aus denen sich die demokratische Partei in Deutschland gebildet habe, im Gegentheil für dringend nöthig halte, Niemanden schärfer zu überwachen als die Demokraten; ihr Ideal sei nicht die schwarzrothgoldene Republik, sondern in dieser Republik werde erst ihre eigentliche Opposition beginnen. Und noch in dem Monate ihrer Geburt enthüllte sie ihre wirklichen Ziele in einem gewaltigen Artikel voll flammender Leidenschaft, als über die besiegten Junikämpfer von Paris der Schwall von infamen Verleumdungen hereinbrach, in dem die Stimmen der liberalen Bourgeoisie und des demokratischen Kleinbürgerthums nicht zum wenigsten hervorgellten.

Die Pariser Arbeiter sind geschlagen, aber ihre Gegner sind besiegt, so rief die Neue Rheinische Zeitung; der augenblickliche Triumph der brutalen Gewalt ist erkauft mit der Vernichtung aller Täuschungen und Einbildungen der

Februarrevolution, mit der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und der Arbeiter. Der tiefe Abgrund dürfe die Demokraten nicht wähnen lassen, daß die Kämpfe um die Staatsform illusorisch und inhaltslos seien. Die Kollisionen, welche aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgingen, müßten durchkämpft, könnten nicht wegphantasirt werden. Die beste Staatsform sei die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt würden, wo sie vielmehr zum freien Kampf und damit zur Lösung kämen. Aber wohin die Demokratie in dem Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat gehöre, das sprach der Artikel mit den mächtigen Worten aus: „Man wird uns fragen, ob wir keine Thräne, keinen Seufzer, kein Wort für die Opfer haben, welche vor der Wuth des Volkes fielen, für die Nationalgarde, die Mobilgarde, die republikanische Garde, die Linie? Der Staat wird ihre Witwen und Waisen pflegen, Dekrete werden sie verherrlichen, feierliche Leichenzüge werden ihre Reste zur Erde bestatten, die offizielle Presse wird sie unsterblich erklären, die europäische Reaktion wird ihnen huldigen vom Osten bis zum Westen. Aber die Plebejer, vom Hunger zerrissen, von der Presse geschmäht, von den Aerzten verlassen, von den Honetten Diebe gescholten, Brandstifter, Galeerensklaven, ihre Weiber und Kinder in noch grenzenloseres Elend gestürzt, ihre besten Lebenden über die See deportirt — ihnen den Lorbeer um die drohend finstere Stirn zu winden, das ist das Vorrecht, das ist das Recht der demokratischen Presse." Dieser von Marx verfaßte Aufsatz, ein bleibendes Denkmal echter revolutionärer Begeisterung, kostete der Neuen Rheinischen Zeitung den letzten Rest ihrer Aktionäre.

Inzwischen hatte sie festen Fuß in den Massen gefaßt. Sie vereinigte zwei Eigenschaften, deren keine auch nur annähernd von irgend einem anderen Blatt in Deutschland erreicht wurde, deren jede selten und deren harmonischer Einklang noch viel seltener ist: sie verband ein tiefes Verständniß für den historischen Zusammenhang der Dinge, das doch niemals in müßige Beschaulichkeit entartete, mit einem kühnen Thatendrang, der doch niemals in Illusionen zerrann. Sie schmeichelte der Nation so wenig wie ihren Despoten. Sie geißelte bis aufs Blut, was immer noch von Philisterthum und Sklavensinn in den Deutschen steckte, aber sie schürte auch jeden revolutionären Funken, der als reinigende Flamme durch den vermoderten Wust des deutschen Elends zu fahren versprach. Für die alberne „Gemüthlichkeit", hinter welcher der verspießerte Deutsche so gern seine Schlafmützigkeit versteckte, hatte sie nichts als Spott und Hohn, und sie behandelte das deutsche Volk nach einem Worte Weerths en canaille, aber nirgends waren die großen Interessen der deutschen Zukunft so fest und klar behütet, wie in ihren Spalten, und selbst die Bourgeoisie hätte von ihrem eigenen Standpunkte nichts Besseres thun können, als auf die Mahnungen und Warnungen dieses Blattes zu hören.

Rechtzeitig rief die Neue Rheinische Zeitung dem Ministerium Camphausen zu, es wolle die Reaktion säen im Sinne der großen Bourgeoisie, aber es werde

sie ernten im Sinne der Feudalpartei. Sie nannte es die Quadratur des Zirkels, wenn das Ministerium Hansemann die Herrschaft der Bourgeoisie begründen wolle, indem es einen Kompromiß mit dem alten Feudal- und Polizeistaate schließe; die Bourgeoisie könne ihre eigene Herrschaft nicht aufrichten, ohne vorläufig das ganze Volk zum Bundesgenossen zu haben, ohne mehr oder weniger demokratisch aufzutreten; das Ministerium der That müsse scheitern, wenn die noch mit dem Absolutismus, dem Feudalismus, dem Krautjunkerthum, der Soldaten- und Bureaukratenherrschaft ringende Bourgeoisie das Volk schon ausschließen, schon unterjochen und bei Seite werfen wolle. Mit einschneidender Kritik verfolgte die Zeitung die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, sie suchte die Linke aus ihrer halbschlächtigen Politik herauszujagen, machte ihr klar, daß die alte Macht ihr gern kleine parlamentarische Siege und große Konstitutionsentwürfe überlasse, wenn sie sich derweil nur aller entscheidenden Machtpositionen bemächtigen könne; die Linke werde eines schönen Morgens finden, daß ihr parlamentarischer Sieg und ihre wirkliche Niederlage zusammenfielen. Vorhersagen, die sich durchweg mit der größten Pünktlichkeit erfüllten.

Dem selbstgefälligen Wortgedresche, in dem sich die neuen parlamentarischen Größen der Bourgeoisie und des Kleinbürgerthums gefielen, trat die Neue Rheinische Zeitung mit bitterstem Sarkasmus entgegen. Am schonungslosesten deckte sie die klägliche Blöße dieses „parlamentarischen Kretinismus" an der Frankfurter Versammlung auf, wo er noch ärger grassirte, als in der Berliner. Sie hatte natürlich nichts übrig für die Verpreußungspläne der Rotte Gagern: die schönen Tage seien vorüber, in denen das gänzlich zerfallende Deutschland des Bundestags selbst in der allgemeinen Anwendung der preußisch-bureaukratischen Zwangsjacke ein letztes Mittel des Zusammenhalts gesehen habe. Ueberhaupt wurde die preußische Legende mit äußerster Verachtung behandelt. Als bei dem Sturm auf das Berliner Zeughaus etwelches Gerümpel an alten Fahnen und Pickelhauben zerstört worden war und ein großes Lamento patriotischer Herzen sich darüber erhob, lobte die Zeitung den sehr richtigen Takt des Berliner Volks, das zum ersten Male nicht nur gegen seine Unterdrücker, sondern auch gegen die glänzenden Illusionen seiner eigenen Vergangenheit revolutionär aufgetreten sei; das Erste, was die Deutschen in ihrer Revolution zu thun hätten, sei mit ihrer ganzen schimpflichen Vergangenheit zu brechen.

Aber die Neue Rheinische Zeitung kritisirte auch scharf den föderativen Republikanismus, wie er in der Frankfurter Linken vertreten war. Eine Föderation von konstitutionellen Monarchien, Fürstenthümchen und Republikchen mit einer republikanischen Regierung an der Spitze könne nicht die schließliche Verfassung Deutschlands sein. „Wir stellen nicht das utopistische Verlangen, daß a priori eine einige untheilbare deutsche Republik proklamirt werde, aber wir verlangen von der sogenannten radikal-demokratischen Partei, den Ausgangspunkt des Kampfes und der revolutionären Bewegung nicht mit ihrem Zielpunkte zu verwechseln. Die deutsche Einheit wie die deutsche Verfassung können nur als

Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebenso sehr die inneren Konflikte, als der Krieg mit Rußland zur Entscheidung treiben werden. Die definitive Konstituirung kann nicht dekretirt werden, sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir zu durchlaufen haben. Es handelt sich daher auch nicht um die Verwirklichung dieser oder jener Meinung, dieser oder jener politischen Idee, es handelt sich um die Einsicht in den Gang der Entwicklung. Die Nationalversammlung hat nur die zunächst praktisch möglichen Schritte zu thun." Nichts sei konfuser, als an dem nordamerikanischen Föderativstaate sich das Maß der deutschen Verfassung nehmen zu wollen. „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, abgesehen davon, daß sie alle gleichartig konstituirt sind, erstrecken sich über eine Fläche so groß wie das zivilisirte Europa. Nur in einer europäischen Föderation könnten sie eine Analogie finden. Und damit Deutschland sich mit anderen Ländern föderirt, muß es vor allem Ein Land werden. In Deutschland ist der Kampf der Zentralisation mit dem Föderativwesen der Kampf zwischen der modernen Kultur und dem Feudalismus. Deutschland verfiel in ein verbürgerlichtes Feudalwesen in demselben Augenblicke, wo sich die großen Monarchien im Westen bildeten, aber es wurde auch von dem Weltmarkte ausgeschlossen, in demselben Augenblicke, wo dieser sich dem westlichen Europa eröffnete. Es verarmte, während sie sich bereicherten. Es verbauerte, während sie großstädtisch wurden. Klopfte nicht Rußland an die Pforten Deutschlands an, die nationalökonomischen Verhältnisse allein würden es zur straffesten Zentralisation zwingen. Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkte betrachtet, ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichthum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in neununddreißig Ländchen zersplitterten Terrain?" Man sieht aus dieser Ausführung zugleich, was Marx und Engels unter der „Revolution in Permanenz" verstanden, womit sie nach der geistreichen Auslegung strebsamer Professoren ein allgemeines Tohuwabohu bezweckt haben sollen. Die Neue Rheinische Zeitung widersetzte sich dem lächerlichen Philistergeschrei nach „Schließung der Revolution" ebenso im Interesse der bürgerlichen, wie der proletarischen Klasse.

II. Europäische Politik.

Nicht ihr letzter Vorzug war die scharfe und tiefe Auffassung der auswärtigen Politik, deren Behandlung von jeher zu den schwachen Seiten demokratischer Parteien gehört hat. Die Neue Rheinische Zeitung übersah keinen Augenblick den Zusammenhang der deutschen mit den europäischen Zuständen. Und ebenso wenig wie die deutschen Partei-, beurtheilte sie die europäischen Völkerkämpfe nach der Schablone inhaltloser Schlagworte, wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit.

Der entscheidende Gesichtspunkt war für sie immer die Kultur- und Zivilisationsstufe, welche die einzelnen Völker erreicht hatten, und die Stellung, welche

sie demgemäß in den revolutionären Kämpfen der Zeit einnahmen. Sie entrollte dem deutschen Volke das Bild der Schande, wie seine Söhne sich seit siebenzig Jahren, seit dem amerikanischen Unabhängigkeits- und dem französischen Revolutionskriege bis zur Unterdrückung der jüngsten italienischen und polnischen Aufstände zu Schergen revolutionirender Völker hergegeben hätten, und sie erklärte: „Jetzt wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Auslande gegenüber ändern, oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten, nehmen wir unsere eigene junge, fast nur erst geahnte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maße frei, worin es die Nachbarvölker frei läßt." Aber die Zeitung unterschied haarscharf zwischen den großen lebensfähigen Nationen, die in selbstherrlicher Kraft um ihre Unabhängigkeit rangen, und den kleinen zurückgebliebenen Völkertrümmern, die mit demokratischen Schlagworten rebellirten, um sich thatsächlich der revolutionären Entwicklung der vorgeschrittensten Nationen in den Weg zu werfen oder werfen zu lassen.

Sie forderte Italien für die Italiener, Polen für die Polen, Ungarn für die Ungarn, aber sie verwarf die panslavistische Bewegung, die entweder eine leere Schwärmerei oder die russische Knute sei. Sie brandmarkte die machiavellistische Politik der österreichischen und preußischen Regierung, welche die Aufstände in Italien und Polen mit blutiger Gewalt niederwarf, „welche, im Innern Deutschlands in ihren Grundvesten erschwankend, die demokratische Energie zu lähmen, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, der revolutionären Gluthlava einen Abzugskanal zu graben, die Waffe der inneren Unterdrückung zu schmieden suchte, indem sie einen engherzigen, dem kosmopolitischen Charakter der Deutschen widerstrebenden Stammhaß heraufbeschwor." Aber sie trat auch für das historische Recht Deutschlands ein im Kampf mit Dänemark um Schleswig-Holstein.

In erster Reihe verlangte die Zeitung den revolutionären Krieg gegen Rußland. „Nur der Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten langer träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach Innen frei macht, indem es nach Außen befreit." Die Zeitung wurde nicht müde, auf die Gefahr hinzuweisen, die der deutschen Revolution vom zarischen Despotismus drohte. Sie sah die Tage von Vilagos und Warschau voraus, und wenn sie im Juni 1848 schon ausrief: Der Zar steht vor den Thoren von Thorn, so war es, als läse sie das erst dreißig Jahre später veröffentlichte Memoire ab, worin der Kaiser Nikolaus in eben diesen Tagen dem Prinzen von Preußen die Hilfe des russischen Heeres für die gewaltsame Wiederherstellung des vormärzlichen Despotismus anbot.

Mit dem Kriege gegen Rußland hing untrennbar zusammen die Wiederherstellung Polens. Im Jahre 1848 war bei aller verworrenen Unklarheit das nationale Bewußtsein in Deutschland noch nicht so abgestumpft, wie in den Tagen

des neuen deutschen Reichs. Was ein selbständiges Polen für die deutsche Einheit und Freiheit bedeutete, wußte man damals auch noch in bürgerlichen Kreisen; selbst das Vorparlament hatte die Theilung Polens für ein „schmachvolles Unrecht", hatte es für eine „heilige Pflicht" des deutschen Volks erklärt, Polen wiederherzustellen. Die Frankfurter Versammlung dachte dann freilich schon „staatsmännischer"; sie beschloß den größten Theil der Provinz Posen zu dem deutschen Reiche zu schlagen, das sie in den Wolken erbaute.

Hiergegen erhob sich die Neue Rheinische Zeitung in einer Reihe von Aufsätzen, die weitaus das Beste sind, was je in deutscher Sprache über die polnische Frage geschrieben worden ist. Sie zerzauste den Bericht, den der preußische Historiker Stenzel der Frankfurter Versammlung über diese Frage erstattet hatte, in all seinen legendären Behauptungen über die von den Deutschen nach Polen getragene Kultur und Zivilisation. Sie schrieb: „Die Slaven sind ein vorwiegend ackerbautreibendes Volk, wenig geschickt zum Betriebe städtischer Gewerbe, wie sie bisher in slavischen Ländern möglich waren. Der Handelsverkehr auf seiner ersten, rohesten Stufe, wo er noch bloßer Schacher war, wurde den hausirenden Juden überlassen. Als Kultur und Bevölkerung sich vermehrten, als das Bedürfniß städtischer Gewerbe und städtischer Konzentration fühlbar wurde, zogen Deutsche nach den slavischen Ländern. Die Deutschen, die überhaupt ihre höchste Blüthe in der Kleinbürgerei der mittelalterlichen Reichsstädte, in dem trägen, karawanenmäßigen Binnenhandel und beschränkten Seehandel, im zünftigen Handwerksbetrieb des 14. und 15. Jahrhunderts erreichten, die Deutschen bewiesen ihren Beruf die Pfahlbürger der Weltgeschichte zu werden namentlich dadurch, daß sie bis auf den heutigen Tag den Kern der Kleinbürgerschaft von ganz Ost- und Nordeuropa, ja von Amerika bilden. In Petersburg, Moskau, Warschau und Krakau, in Stockholm und Kopenhagen, in Pest, Odessa und Jassy, in New York und Philadelphia sind die Handwerker, Krämer und kleinen Zwischenhändler zum großen, oft zum größten Theil Deutsche oder von deutscher Abkunft. In allen diesen Städten giebt es Stadtviertel, wo ausschließlich deutsch gesprochen wird; einzelne Städte, wie Pest, sind sogar fast ganz deutsch."

Gerade in Polen liege die Sache am klarsten. „Die deutschen Spießbürger, die dort seit Jahrhunderten ansässig sind, haben sich von jeher ebenso wenig politisch zu Deutschland gerechnet, wie die Deutschen in Nordamerika, wie die ‚französische Kolonie' in Berlin oder die 15000 Franzosen in Montevideo zu Frankreich. Sie sind, soweit es in den dezentralisirten Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts möglich war, Polen geworden, deutsch redende Polen, sie haben längst vollkommen verzichtet auf den Zusammenhang mit dem Mutterlande."

Aber sie haben Kultur, Handel und Gewerbe nach Polen gebracht? Auf diesen Einwurf antwortete die Neue Rheinische Zeitung: „Allerdings den Kleinhandel und das Zunfthandwerk haben sie hingebracht, durch ihre Konsumtion und den beschränkten Verkehr, den sie herstellten, haben sie einigermaßen die Produktion gehoben. . . . Dafür haben die Deutschen in Polen die Bildung polnischer Städte

mit polnischer Bourgeoisie verhindert; sie haben die Zentralisation, das gewaltigste politische Mittel zur raschen Entwicklung eines Landes, durch ihre verschiedene Sprache, durch ihr Abschließen von der polnischen Bevölkerung, durch ihre tausendfach verschiedenen Privilegien und städtischen Rechtsverfassungen erschwert. Fast jede Stadt hatte ihr eigenes Recht; ja in gemischten Städten bestand und besteht oft noch verschiedenes Recht für Deutsche, für Polen und für Juden. Die Deutsch-Polen sind auf der alleruntergeordnetsten Stufe der Industrie stehen geblieben, sie haben weder große Kapitalien gesammelt, noch haben sie sich die große Industrie anzueignen gewußt, noch haben sie sich der ausgedehnten Handelsverbindungen bemächtigt. Kramhandel, Handwerk, und höchstens Kornhandel und Manufaktur im beschränktesten Maßstabe — das war die ganze Thätigkeit der Deutsch-Polen. Und daß sie deutsches Philisterthum, deutsche spießbürgerliche Beschränktheit nach Polen importirt, daß sie die schlechten Eigenschaften beider Nationen ohne die guten in sich vereinigen, darf bei den Verdiensten der Deutsch-Polen ebenfalls nicht vergessen werden."

Mit köstlichem Spotte fertigte die Neue Rheinische Zeitung Stenzels Bemühungen ab, die polnischen Juden als Träger deutscher Vaterlandsliebe zu beanspruchen. „Die unerwartete Sympathie und Anerkennung, welche die polnischen Juden in der letzten Zeit in Deutschland gefunden haben, hat hier ihren offiziellen Ausdruck erlangt. Verrufen, soweit der Einfluß der Leipziger Messe reicht, als der vollständigste Ausdruck des Schachers, der Filzigkeit und des Schmutzes, sind sie deutsche Brüder geworden; der biedere Michel drückt sie unter Wonnethränen an sein Herz, und Herr Stenzel reklamirt sie im Namen der deutschen Nation als Deutsche, die Deutsche sein wollen. Und warum sollten die polnischen Juden keine ächten Deutschen sein? Sprechen sie nicht ‚in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder deutsch'? Und welches Deutsch noch obendrein! Wir machen übrigens Herrn Stenzel darauf aufmerksam, daß er auf diese Weise ganz Europa und halb Amerika, ja einen Theil von Asien reklamiren kann. Deutsch ist bekanntlich die jüdische Weltsprache. In New York wie in Konstantinopel, in Petersburg wie in Paris ‚sprechen die Juden in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder deutsch', und theilweise noch klassischeres Deutsch, als die ‚stammverwandten' Bundesgenossen der Netzbrüder, die posenschen Juden."

Noch viel trübseliger als um die bürgerliche stand es um die königlich preußische Germanisirung Polens. Die Neue Rheinische Zeitung stellte gegenüber Stenzels Geschichtsfälschungen fest, daß die Theilung Polens ein Raub nicht nur im staats-, sondern auch im privatrechtlichen Sinne war. Sie schilderte die kolossalen Plünderungszüge, die das preußische König- und Junkerthum nach der dritten Theilung Polens im Jahre 1796 an den starosteilichen und kirchlichen Gütern vorgenommen und — in etwas veränderter Form — nach den polnischen Aufständen von 1830 und 1846 wiederholt hatte. Wie immer wenn der preußische Adler seine Fänge ausreckt, troffen sie auch bei diesen Anlässen von erhabenen und sittlichen Redensarten, vom Interesse der Kultur des Deutschthums,

vom Interesse der leibeigenen Bauern. Aber nicht nur daß die preußischen Junker, die polnische Güter an sich rafften, ihre polnischen Leibeigenen ausbeuteten und mißhandelten, wie ihre preußischen, so wurde gerade umgekehrt ein Schuh daraus.

Die Theilung Polens wurde möglich durch das Bündniß, das die große Feudalaristokratie des Landes mit den drei Theilungsmächten schloß, und die Polen begriffen sehr schnell, daß ihre Unabhängigkeit nach außen unzertrennlich sei von dem Sturze der Aristokratie und von der agrarischen Reform im Innern. Unter den großen ackerbautreibenden Völkern zwischen der Ostsee und dem schwarzen Meere, über denen noch die patriarchalisch-feudale Barbarei herrschte, war Polen gerade das erste, das die Nothwendigkeit einer agrarischen Revolution einsah. Der erste Reformversuch war die Konstitution von 1791; in dem Aufstande von 1830 wurde die agrarische Revolution von Lelewel als einziges Mittel zur Rettung des Landes anerkannt; in den Aufständen von 1846 und 1848 wurde sie offen verkündet. Namentlich seit dem Krakauer Aufstande von 1846 war der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugleich der Kampf der agrarischen Demokratie gegen den patriarchalisch-feudalen Absolutismus. Nicht die preußische Regierung befreite den polnischen Bauer von der feudalen Barbarei, sondern die agrarische Revolution in Polen zwang die preußische Regierung, sich um so krampfhafter an die feudale Barbarei zu klammern, nicht nur in ihren polnischen, sondern auch in ihren übrigen Landestheilen. Ueberhaupt war der sehr unheilige Raub an Polen der eigentliche Kitt der heiligen Allianz; der Riß, den Preußen, Oesterreich, Rußland durch Polen zogen, war das Band, das sie aneinander kettete. „So lange wir Polen unterdrücken helfen, so lange wir einen Theil von Polen an Deutschland schmieden, so lange bleiben wir an Rußland und die russische Politik geschmiedet, so lange können wir den patriarchalisch-feudalen Absolutismus bei uns nicht gründlich brechen." Und deshalb erklärte die Neue Rheinische Zeitung, die nationale Existenz Polens sei für kein Volk so nothwendig wie gerade für das deutsche.

Natürlich blieb sie dabei nicht auf halbem Wege stehen. „Es versteht sich, daß es sich nicht um die Herstellung eines Scheinpolens handelt, sondern um die Herstellung eines Staats auf lebensfähiger Grundlage. Polen muß mindestens die Ausdehnung von 1772 haben, muß nicht nur die Gebiete, sondern auch die Mündungen seiner großen Ströme, und muß wenigstens an der Ostsee einen großen Küstenstrich besitzen. Alles das konnte ihm Deutschland garantiren, und doch dabei seine Interessen und seine Ehre sicher stellen, wenn es nach der Revolution in seinem eigenen Interesse den Muth hatte, von Rußland die Herausgabe Polens mit den Waffen in der Hand zu fordern. Daß bei dem Durcheinander von Deutsch und Polnisch an der Grenze und namentlich an der Küste beide Theile sich gegenseitig etwas nachgeben, daß mancher Deutsche polnisch, mancher Deutsche hätte polnisch werden müssen, verstand sich von selbst und hätte keine Schwierigkeit gemacht. Aber nach der halben deutschen Revolution hatte man den Muth nicht, so entschieden aufzutreten. Pomphafte Reden halten über

die Befreiung Polens, die durchziehenden Polen an den Eisenbahnstationen empfangen und ihnen die glühendsten Sympathien des deutschen Volks anbieten (wem sind die nicht schon angeboten worden?) — das ließ sich hören. Aber einen Krieg mit Rußland anfangen, das ganze europäische Gleichgewicht in Frage stellen, und vollends irgend ein Läppchen des geraubten Gebietes herausgeben — ja, da müßte man seine Deutschen nicht kennen!" Und abermals erklärte die Neue Rheinische Zeitung den Krieg mit Rußland für den vollständigen, offenen und wirklichen Bruch mit Deutschlands ganzer schmachvoller Vergangenheit, für die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, für den einzig möglichen Weg, die deutsche Ehre und die deutschen Interessen gegenüber den slavischen Nachbarn und namentlich gegenüber den Polen zu retten.

Wie den Polen, so wurde das Blatt den Ungarn gerecht. Es sah den streitenden Völkerwirrwarr im österreichischen Gesammtgebiete sich bald in zwei große Heerlager scheiden: auf der Seite der Revolution die Deutschen, Polen und Magyaren, auf der Seite der Gegenrevolution die Rumänen, die siebenbürgischen Sachsen und sämmtliche Slaven mit Ausnahme der Polen. Auf die Frage: Woher diese Scheidung? antwortete die Neue Rheinische Zeitung: Aus der ganzen bisherigen Geschichte dieser Stämme. Abgesehen von den Polen, die nicht zu dem alten eigentlichen Oesterreich gehören, war seit dem Mittelalter die geschichtliche Initiative in den Donaugegenden an die Deutschen und die Magyaren gebunden. Ohne die Deutschen und die Magyaren wären alle — im Gegensatze zu den Polen und den Russen — sogenannten Südslaven türkisch geworden, wie ein Theil es wirklich wurde. Und das war ein ihnen geleisteter Dienst, den die österreichischen Südslaven selbst mit der Vertauschung ihrer Nationalität gegen die deutsche oder magyarische nicht zu theuer bezahlen würden.

Die türkische Invasion des 15. und 16. Jahrhunderts war die zweite Auflage der arabischen aus dem 8. Jahrhundert. Der Sieg Karl Martells wurde unter den Mauern Wiens und in den ungarischen Ebenen aber- und abermals erfochten. Wie damals bei Poitiers war hier wieder die ganze europäische Entwicklung bedroht. Und wo es diese zu retten galt, da sollte es auf ein paar verfallene, ohnmächtige Nationalitäten ankommen, wie die österreichischen Slaven, die obendrein ja mitgerettet wurden? Und wie nach Außen, so nach Innen. Die treibende Klasse, die Trägerin der historischen Bewegung, die Bürgerschaft, war überall deutsch oder magyarisch. Die Südslaven haben es nur ganz stellenweise zu einem nationalen Bürgerthum gebracht. Und mit der Bürgerschaft war die industrielle Macht, war das Kapital in deutschen oder magyarischen Händen, entwickelte sich deutsche Bildung, kamen die Slaven auch intellektuell unter die Botmäßigkeit erst der Deutschen und dann der Magyaren. So waren die Deutschen und die Magyaren im österreichischen Staate revolutionär, weil sie die Träger der Kultur und der Zivilisation waren. Ihnen gegenüber schlossen sich die österreichischen Slaven in einem Sonderbunde, im Panslavismus zusammen, der nicht in Polen oder Rußland, sondern in Prag und Agram geboren wurde und als

bewußter Gegensatz zu den revolutionär vorwärts drängenden Deutschen und Magyaren von vornherein reaktionär war.

Die Neue Rheinische Zeitung verglich den magyarischen Freiheitskrieg mit dem Kampfe des revolutionären Frankreichs gegen das reaktionäre Europa. „Die Uebermacht ist furchtbar. Ganz Oesterreich, voran 16 Millionen fanatisirte Slaven, gegen 4 Millionen Magyaren. Der Aufstand in Masse, die nationale Waffenfabrikation, die Assignaten, der kurze Prozeß mit Jedem, der die revolutionäre Bewegung hemmt, die Revolution in Permanenz, kurz alle Hauptzüge des glorreichen Jahres 1793 finden wir wieder in dem von Kossuth bewaffneten, organisirten, enthusiasmirten Ungarn." Im Gegensatze dazu wird die unheilbare Reaktion des Panslavismus nachgewiesen. „Der direkte Zweck des Panslavismus ist die Herstellung eines slavischen Reichs vom Erzgebirge und den Karpathen bis ans schwarze, ägäische und adriatische Meer unter russischer Botmäßigkeit, eines Reichs, das außer der deutschen, italienischen, magyarischen, wallachischen, türkischen, griechischen und albanesischen Sprache noch ungefähr ein Dutzend slavischer Sprachen und Hauptdialekte umfassen würde. Das Ganze zusammengehalten nicht durch die Elemente, die bisher Oesterreich zusammenhielten und entwickelten, sondern durch die abstrakte Eigenschaft des Slaventhums und die sogenannte slavische Sprache, die allerdings der Mehrzahl der Einwohner gemeinsam. Aber wo existirt dies Slaventhum als in den Köpfen einiger Ideologen, wo die ‚slavische Sprache', als in der Phantasie der Herren Palacky, Gaj und Konsorten, und annähernd in der altslavischen Litanei der russischen Kirche, die kein Slave mehr versteht? In der Wirklichkeit haben alle diese Völker die verschiedensten Zivilisationsstufen, von der (durch Deutsche) auf einen ziemlich hohen Grad entwickelten modernen Industrie und Bildung Böhmens bis herab zu der fast nomadischen Barbarei der Kroaten und Bulgaren, und in der Wirklichkeit haben alle diese Nationen daher die entgegengesetztesten Interessen. In der Wirklichkeit besteht die slavische Sprache dieser zehn bis zwölf Nationen aus ebensoviel meist einander unverständlichen Dialekten, die sich sogar auf verschiedene Hauptstämme (tschechisch, illyrisch, serbisch-bulgarisch) reduziren lassen, die durch die gänzliche Vernachlässigung aller Literatur zu reinem Patois geworden sind und die mit wenig Ausnahmen stets eine fremde nichtslavische Sprache als Schriftsprache über sich hatten." Und eben hieraus folgerte die Neue Rheinische Zeitung, daß die panslavistische Einheit entweder eine leere Schwärmerei oder die russische Knute sei.

Sie ging dann noch näher auf die demokratische Spielart des Panslavismus ein, die im Juni 1848 auf dem Slavenkongresse in Prag rumort hatte und von Bakunin in einem Manifest an die Slaven pomphaft vertreten worden war. Sie findet zunächst die politische Romantik und Sentimentalität bei den Demokraten des Slavenkongresses sehr entschuldbar. „Mit Ausnahme der Polen — die Polen sind nicht panslavistisch, aus sehr handgreiflichen Gründen — gehören sie alle Völkerstämmen an, die entweder wie die Südslaven durch ihre ganze geschichtliche Stellung nothwendig kontrerevolutionär sind, oder die wie die Russen

von einer Revolution noch weit entfernt und daher wenigstens vor der Hand noch kontrerevolutionär sind. Diese Fraktionen, demokratisch durch ihre im Ausland erworbene Bildung, suchen ihre demokratische Gesinnung mit ihrem Nationalgefühle, das bei den Slaven bekanntlich sehr ausgeprägt ist, in Harmonie zu bringen, und da die positive Welt, die wirklichen Zustände ihres Landes keine oder nur fingirte Anknüpfungspunkte für diese Versöhnung boten, so bleibt ihnen nichts als das jenseitige ‚Luftreich des Traumes‘, das Reich der frommen Wünsche, die Politik der Phantasie. Wie schön wäre es, wenn Kroaten, Panduren und Kosaken das Vordertreffen der europäischen Demokratie bildeten, wenn der Gesandte der Republik Sibirien seine Kreditive in Paris überreichte! Gewiß sehr erfreuliche Aussichten, aber daß die europäische Demokratie auf ihre Verwirklichung warten soll, wird doch selbst der begeistertste Panslavist nicht verlangen — und vor der Hand sind gerade die Nationen, deren spezielle Unabhängigkeit das Manifest verlangt, die speziellen Feinde der Demokratie. Wir wiederholen es: Außer den Polen, den Russen und höchstens den Slaven der Türkei hat kein slavisches Volk eine Zukunft, aus dem einfachen Grunde, weil allen übrigen Slaven die ersten historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen der Selbständigkeit und Lebensfähigkeit fehlen.“

Die Neue Rheinische Zeitung begründete diese Auffassung durch eingehende historische Nachweise. Sie hob weiter hervor, daß die Slaven sich nirgendwo ernstlich an der revolutionären Bewegung von 1848 betheiligt hätten. „Ein einziger muthiger demokratischer Revolutionsversuch, selbst wenn er erstickt wird, löscht im Gedächtniß der Völker ganze Jahrhunderte der Infamie und Feigheit aus, rehabilitirt auf der Stelle eine noch so tief verachtete Nation. Das haben die Deutschen erfahren. Aber während Franzosen, Deutsche, Italiener, Polen, Magyaren die Fahne der Revolution aufpflanzten, traten die Slaven wie ein Mann unter die Fahne der Kontrerevolution. Voran die Südslaven, die bereits seit langen Jahren ihre kontrerevolutionären Gelüste gegen die Magyaren vertheidigt hatten, dann die Tschechen und hinter ihnen schlachtgerüstet und bereit im Momente der Entscheidung auf dem Kampfplatze zu erscheinen — die Russen.“ Und die Zeitung schloß diese beredten Aufsätze mit den Worten: „Wir wissen jetzt, wo die Feinde der Revolution konzentrirt sind: in Rußland und den österreichischen Slavenländern, und keine Phrasen, keine Anweisungen auf eine unbestimmte demokratische Zukunft dieser Länder werden uns abhalten, unsere Feinde als Feinde zu behandeln. Und wenn Bakunin endlich ausruft: ‚Wahrlich nichts einbüßen soll der Slave, sondern gewinnen soll er! Wahrlich, leben soll er! Und wir werden leben. So lange uns der kleinste Theil unserer Rechte bestritten wird, so lange ein einziges Glied von unserem gesammten Leibe abgetrennt oder losgerissen gehalten wird, so lange werden wir bis aufs Blut, werden wir unerbittlich auf Tod und Leben kämpfen, bis das Slaventhum endlich groß und frei und unabhängig dasteht‘ — wenn der revolutionäre Panslavismus diese Stelle ernstlich meint, und wo es sich um die phantastisch-slavische Nationalität handelt, die

Revolution ganz aus dem Spiele läßt, dann wissen wir auch, was wir zu thun haben. Dann Kampf, ‚unerbittlicher Kampf auf Leben und Tod‘ mit dem revolutionsverrätherischen Slaventhum; Vernichtungskampf und rücksichtsloser Terrorismus — nicht im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Revolution!" Es sind diese Sätze, auf welche hin ein deutscher Professor gelogen hat, die Neue Rheinische Zeitung habe die Ausrottung des russischen, tschechischen und kroatischen Volkes verlangt.

In dem schleswig-holsteinischen Streite erklärte sich das Blatt für die energische Führung des Krieges mit Dänemark, ohne deshalb dem meerumschlungenen bürgerlichen Schoppenenthusiasmus die geringste Stammverwandtschaft zu bezeugen. Deutschlands Recht gegen Dänemark sei das Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität. Selbst wenn die Verträge für Dänemark wären, was sehr zweifelhaft sei, so gelte dies Recht mehr als alle Verträge, weil es das Recht der geschichtlichen Entwicklung sei. „Die Dänen sind ein Volk, das in der unbeschränktesten kommerziellen, industriellen, politischen und literarischen Abhängigkeit von Deutschland steht. Es ist bekannt, daß die faktische Hauptstadt von Dänemark nicht Kopenhagen, sondern Hamburg ist, daß Dänemark alle seine literarischen Lebensmittel ebensogut wie seine materiellen über Deutschland bezieht und daß die dänische Literatur — mit Ausnahme Holbergs — ein matter Abklatsch der deutschen ist. So ohnmächtig Deutschland auch von jeher war, es hat die Genugthuung, daß die skandinavischen Nationen und namentlich Dänemark unter seine Botmäßigkeit gerathen sind, daß es ihnen gegenüber noch progressiv und revolutionär ist." Der Skandinavismus sei die Form, in der die Dänen die Unterstützung der Norweger und Schweden gegen Deutschland angerufen hätten. „Der Skandinavismus besteht in der Begeisterung für die brutale, schmutzige, seeräuberische, altnordische Nationalität, für jene tiefe Innerlichkeit, die ihre überschwänglichen Gedanken und Gefühle nicht in Worte bringen kann, wohl aber in Thaten, nämlich in Rohheit gegen Frauenzimmer, permanente Betrunkenheit und mit thränenreicher Sentimentalität abwechselnde Berserkerwuth." Der Krieg Deutschlands gegen Dänemark sei ein wirklicher Revolutionskrieg und schlimm genug für Deutschland, wenn sein erster Revolutionskrieg der komischeste Krieg sei, der jemals geführt wurde!

Auf Seite Dänemarks seien von Anfang an die kontrerevolutionärsten Mächte Europas gewesen: Rußland, England und die preußische Regierung. Diese drei Mächte hätten die deutsche Revolution und ihre erste Folge, die deutsche Einheit am meisten zu fürchten. „Preußen weil es dadurch aufhört zu existiren, England weil der deutsche Markt dadurch seiner Ausbeutung entzogen wird, Rußland weil die Demokratie dadurch nicht nur bis an die Weichsel, sondern selbst bis an die Düna und den Dniepr vorrücken muß. Preußen, England und Rußland haben komplottirt gegen Schleswig-Holstein, gegen Deutschland und die Revolution." In den Tagen des Waffenstillstandes von Malmö forderte die Neue Rheinische Zeitung die Frankfurter Versammlung auf, sich zum Kriege zu entschließen. „Gerade

solch ein Krieg thut der einschlummernden deutschen Bewegung noth, ein Krieg gegen die drei Großmächte der Kontrerevolution, ein Krieg, der Preußen in Deutschland wirklich aufgehen, der die Allianz mit Polen zum unumgänglichen Bedürfniß macht, der die Freilassung Italiens sofort herbeiführt, der gerade gegen die alten kontrerevolutionären Alliirten von 1792 bis 1815 gerichtet ist, ein Krieg, der ‚das Vaterland in Gefahr‘ bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg Deutschlands vom Siege der Demokratie abhängig macht.“ Die Zeitung macht freilich kein Hehl daraus, daß die deutsche Nationalversammlung mit diesem Kriege um ihr Dasein spielen würde. „Die Bourgeois und Junker in Frankfurt mögen sich keine Illusionen darüber machen: beschließen sie den Waffenstillstand zu verwerfen, so beschließen sie ihren eigenen Sturz, gerade so wie die Girondins in der ersten Revolution, die am 10. August thätig waren und für den Tod des Exkönigs stimmten, damit ihren eigenen Sturz am 31. Mai vorbereiteten. Nehmen sie dagegen den Waffenstillstand an, so beschließen sie ebenfalls ihren eigenen Sturz, so begeben sie sich unter die Botmäßigkeit von Preußen und haben gar nichts mehr zu sagen. Mögen sie wählen! Wir werden sehen. Aber wir wiederholen es: die Ehre Deutschlands ist in schlechten Händen.“ Und sie war in schlechten Händen.

Die Neue Rheinische Zeitung hatte richtig vorhergesehen, daß die Pariser Junischlacht, die blutige Bezwingung des französischen Proletariats durch die französische Bourgeoisie, einerseits bedeute die neue Knebelung der Nationalitäten, die das Krähen des gallischen Hahns mit heldenhaften Emanzipationskämpfen erwidert hatten, andererseits die Niederlage der Mittelklassen in den europäischen Ländern, wo diese Klassen, einen Augenblick mit dem Volke vereint, das Krähen des gallischen Hahns mit blutiger Schilderhebung gegen den Feudalismus beantwortet hatten. Sie sagte am Schlusse des Jahres 1848: In diesem Augenblick ist der Zar allgegenwärtig in Europa. Zwar flatterten die Fahnen des revolutionären Ungarns noch siegreich im Felde gegen den habsburgischen Despotismus, aber die Neue Rheinische Zeitung wußte, daß sich die europäische Revolution nicht von Osten nach Westen, sondern von Westen nach Osten wälzt. So aussichtsreich die ungarische Revolution um die Jahreswende erschien und so lange sie noch siegreich fortschritt, so sagte die Zeitung dennoch, daß auch dieser Aufstand erliegen müsse, wenn er nicht durch eine revolutionäre Erhebung in Frankreich unterstützt würde. In der Betrachtung, womit sie das Jahr 1849 einleitete, kannte sie nur noch ein Losungswort der europäischen Befreiung: den Sturz der französischen Bourgeoisie, den Triumph der französischen Arbeiterklasse, die Emanzipation der Arbeiterklasse überhaupt.

Sie verkannte keinen Augenblick, welche Stellung England, der „Hort der Freiheit“ nach vulgärer Auffassung, in den Revolutionskämpfen einnehme. „Das Land, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in dessen eigenem Schoße die Klassengegensätze sich zur ausgesprochensten schamlosesten Form fortgetrieben haben. —

England scheint der Fels, an welchem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschooße aushungert. England beherrscht den Weltmarkt. Eine Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesammten europäischen Kontinent ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser." Sei die Befreiung Europas, gleichviel ob die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten zur Unabhängigkeit oder der Sturz des feudalen Absolutismus, durch die siegreiche Erhebung der französischen Arbeiterklasse bedingt, so scheitere jede französisch-soziale Umwälzung an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens.

Aber die erste Folge einer siegreichen Arbeiterrevolution in Frankreich sei der Weltkrieg. „Und das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein der Chartistenpartei, der organisirten englischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhaften Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung — erst mit diesem Augenblicke tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit." Revolutionäre Erhebung der französischen Arbeiterklasse, Weltkrieg — so faßte die Neue Rheinische Zeitung die Inhaltsangabe des Jahres 1849 zusammen.

Sie überschätzte das Maß von Kraft, das der gründliche Aderlaß des Juni im französischen Proletariat zurückgelassen hatte. Erst nach Jahren und Jahrzehnten konnte sich dies Proletariat wieder erheben. Um so gewisser trat nun ein, daß die europäische Befreiung einstweilen unmöglich war. Der russische Bär schlug mit seinen ungebrochenen Tatzen die ungarische Revolution nieder, und der Zar war allgegenwärtig in Europa.

III. Rheinische Agitation.

Die Septemberkrisen in Frankfurt und Berlin, die Genehmigung des Malmöer Waffenstillstandes dort und der Sturz des Ministeriums Hansemann hier, führten auch in Köln zu einer Katastrophe.

Die Haltung der Rheinlande war der schwerste Alp auf der Brust der Berliner Gegenrevolution. Schon vor den Märztagen hatte die Regierung die westlichen Provinzen mit Truppen überschwemmt, die zumeist aus den östlichen Landestheilen rekrutirt waren. In der Rheinprovinz mit ihren fünf Festungen, in Westfalen, Mainz, Luxemburg war etwa der dritte Theil des preußischen Heeres aufgehäuft, vierzehn von den fünfundvierzig Regimentern der Infanterie und entsprechende Massen von Kavallerie und Artillerie. Diese Truppen standen in einem großen Bogen von Köln und Bonn über Koblenz und Trier nach der französischen und luxemburgischen Grenze. Besonders war es dabei auf Köln abgesehen. Im Juni wurden die Forts armirt, die Truppen aus der Stadt in die Forts verlegt, mit Brot auf acht Tage und mit scharfen Patronen versehen. Je eifriger diese Rüstungen betrieben wurden, um so mehr fiel es auf, daß die

Bäume des Glacis überall stehen blieben, was völlig sinnlos war, wenn die Rüstungen einem äußeren Feinde galten. Galten sie aber der Stadt selbst, so machten die geschonten Bäume die Kanonen des Stadtwalls allerdings nutzlos gegen die Forts, während die Forts keineswegs gehindert waren, Bomben und Granaten über die Bäume weg in die Stadt zu werfen.

Wegen dieser wunderbaren Rüstungen interpellirte d'Ester am 28. Juni das Ministerium Hansemann in der preußischen Nationalversammlung, erhielt aber nur von dem Kriegsminister Roth v. Schreckenstein die patzige Antwort, alle Grenzfestungen müßten gerüstet werden, um das Vaterland vor Gefahr zu schützen, und wie das zu machen sei, verständen nur Militärs. Die dreiste Lüge wurde sofort durch einen schlesischen Abgeordneten von der Linken festgenagelt, der darauf hinwies, daß Neiße, die bedeutendste Festung Schlesiens gegen Osten und ein großer Waffenplatz mit Gewehrfabriken, Stückgießereien, Artilleriewerkstätten und einer der beiden staatlichen Pulverfabriken, vollständig widerstandslos gegen einen feindlichen Angriff sei, diese Grenzfestung habe nicht mehr als 6 bespannte Geschütze, der Artillerie fehlten 1150, dem Pontontrain 240 Pferde u. s. w. Das konnte vom Ministerium auch nicht bestritten werden; sein Vorsitzender Auerswald erkannte es sogar an, indem er unter patriotischem Augenverdrehen beklagte, daß durch die Kundgebung solcher Einzelheiten die Interessen des Landes geschädigt würden.

Wenn die Regierung die östlichen Grenzen ungeschützt ließ, trotz der ebenso glaubhaften wie unverhohlenen Kriegsdrohungen des Zaren, dagegen die westlichen Grenzen bis an die Zähne rüstete, trotz der ebenso glaubhaften wie unverhohlenen Friedensbetheuerungen der französischen Bourgeoisie, so wußte die Neue Rheinische Zeitung diese gouvernementale Liebe zum Vaterlande richtig zu deuten, um so richtiger, je heimtückischer die polizeilichen und gerichtlichen Behörden trotz aller Märzerrungenschaften die demokratische Opposition zu reizen versuchten. Sie wurde nicht müde, die rheinischen Arbeiter vor jedem Putsche zu warnen, der nach Lage der Dinge nur für sie selbst verhängnißvoll werden konnte. Aber die Besonnenheit schloß die Kühnheit nicht aus, sondern vielmehr ein. Konnte die militärisch erdrückte Rheinprovinz nicht aus eigener Macht die Gegenrevolution werfen, so mußte sie ihre Kräfte um so sorgfältiger sammeln und schonen für den Tag, wo aus der halben Revolution eine ganze werden konnte. Und je dringender die Neue Rheinische Zeitung vor jedem hoffnungslosen Putsche warnte, um so kräftiger organisirte sie die revolutionäre Propaganda.

Die Kölner Demokratie war in drei großen Vereinen organisirt, deren jeder mehrere tausend Mitglieder zählte: der demokratischen Gesellschaft, die von Marx und dem Advokaten Schneider geleitet wurde, dem Arbeitervereine, an dessen Spitze Moll und Schapper standen, und dem Vereine für Arbeitgeber und Arbeiter, den namentlich der Referendar Hermann Becker vertrat. Diese drei Vereine thaten sich, als Köln vom demokratischen Kongresse in Frankfurt a. M. zum Vororte für Rheinland und Westfalen gewählt worden war, zu einem Zentralausschusse zusammen, der aus den genannten Personen bestand und für

Mitte August einen Kongreß der rheinischen und westfälischen Vereine von demokratischer Tendenz nach Köln einberief. Dieser Kongreß wurde von 17 Vereinen beschickt, die durch 40 Abgeordnete vertreten waren. Er bestätigte den Zentralausschuß der drei Kölner Vereine als Kreisausschuß für Rheinland und Westfalen, beschäftigte sich sonst aber nur mit äußeren Organisationsfragen. Vorsitzende waren der Advokat Schneider und der Professor Kinkel, der gemeinsam mit dem Studiosus Schurz den demokratischen Verein von Bonn vertrat; Schriftführer der Advokat Schily aus Trier und der Lehrer Imandt aus Krefeld, Anhänger von Marx, die ihm durch alle Wechsel der Zeiten treu geblieben sind. Als Organe der rheinischen Demokratie wirkten neben der Neuen Rheinischen Zeitung in Köln noch die Neue Kölner Zeitung, der Wächter am Rhein und die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung des Arbeitervereins. Assoziations= wie Preßfreiheit wurden von der rheinischen Demokratie bis auf den letzten Tropfen ausgenützt.

In der Bürgerwehr war sie gleichfalls stark vertreten, besaß in ihr aber nicht die Mehrheit, wie schon daraus hervorging, daß der Regierungspräsident v. Wittgenstein zum Kommandanten gewählt worden war. Bei einem groben militärischen Exzesse, der am 11. September stattfand, offenbarte sich die Unzuverlässigkeit Wittgensteins so grell, daß es den demokratischen Kompagnien gelang, seine Absetzung sowie die Entfernung des schuldigen Regiments aus der Stadt durchzusetzen. Ferner beschloß eine große Volksversammlung auf dem Frankenplatze einen Sicherheitsausschuß „als Vertretung für die in den bestehenden gesetzlichen Behörden nicht vertretene Bevölkerung Kölns" zu wählen; zugleich richtete sie auf Antrag von Engels eine Adresse an die Berliner Versammlung mit der Aufforderung, ihre Plätze selbst der Gewalt der Bajonette gegenüber zu behaupten. Eine noch größere, von mindestens acht= bis zehntausend Menschen besuchte Volksversammlung, die am 17. September in Worringen auf einer Wiese am Rhein stattfand, bestätigte diese Beschlüsse und erklärte sich für die demokratisch=soziale, für die rothe Republik. Neben Engels, Schapper, Wilhelm Wolff sprachen in dieser Versammlung der junge Ferdinand Lassalle aus Düsseldorf und Henry Brisbane, der Korrespondent der demokratisch=sozialistischen New York Tribune.

Die kritischen Septembertage, so entscheidend sie für die deutsche Revolution waren, verliefen in Frankfurt und Berlin zunächst im Sande. Das Frankfurter Parlament wagte keine Revolution, und das Ministerium Pfuel wagte keine Gegenrevolution. Um so eifriger nahmen die Kölner Behörden das alte Ziel auf, die rheinischen Arbeiter zum Putsche zu reizen, indem sie auf erdichtete und später von ihnen selbst fallen gelassene Vorwände hin gegen die Mitglieder des demokratischen Kreisausschusses und die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung mit gerichtlichen und polizeilichen Prozeduren vorgingen. Aber um so dringender riethen auch die Führer der rheinischen Demokratie den Arbeitern, sich zu keinem Putsche aufreizen zu lassen. In einem Augenblicke, wo keine große Frage die Gesammtbevölkerung in den Kampf treibe und jede Emeute daher scheitern müsse,

sei sie um so sinnloser, als in naher Zukunft gewaltige Ereignisse eintreten könnten und man sich daher vor dem Tage der Entscheidung kampfunfähig mache. Wenn das Ministerium in Berlin eine Gegenrevolution wage, dann sei der Tag für das Volk gekommen, eine Revolution zu wagen. Dennoch kam es zu einem Tumulte, als am 25. September Becker, Schapper, Wilhelm Wolff und Moll verhaftet werden sollten. Becker und Schapper wurden ergriffen, Wolff aber war nicht aufzufinden und Moll wurde vom Volke befreit. Der Polizeipräsident forderte nunmehr die Bürgerwehr auf, Moll zu verhaften und eine Volksversammlung aufzuheben, die sofort zum Mittage auf den Alten Markt einberufen worden war. Doch die Bürgerwehr wollte weder das Eine noch das Andere thun; sie besetzte zwar den Alten Markt, erklärte aber, sie sei da, um das Volk zu schützen. Die Volksversammlung, in der Moll sprach und Wolff den Vorsitz führte, fand ungestört statt. Außer der thätlichen Mißhandlung eines Polizeikommissars fielen namentlich keine sogenannten oder wirklichen Exzesse vor. Jedoch schon im Begriffe auseinanderzugehen, wurde die Volksversammlung von dem Gerüchte ereilt, daß Militär anrücke, und nun begann sie, Barrikaden zu bauen, während die Bürgerwehr, um das eigene Heil noch besorgter als um den Schutz der Volksrechte, nach Hause marschirte.

Das Gerücht von dem Heranrücken des Militärs erwies sich als blinder Lärm. Selbst die Barrikaden wurden nicht angegriffen; auf den meisten von ihnen wehte die Nacht hindurch ruhig die rothe Fahne. Ihre Vertheidiger verließen sie, als keine Angreifer kamen und sich überdies herausstellte, daß aus Berlin keine entscheidenden Nachrichten eingetroffen seien. Sie vereitelten nur noch einen Versuch des Militärs, Moll zu ergreifen, der glücklich ins Ausland entkam.

Nachdem die Ruhe von selbst wiederhergestellt worden war, hatte die Kommandantur die Kourage, den Belagerungszustand über die Festung zu verhängen. Sie stützte sich dabei auf irgend eine vormärzliche Instruktion für Festungskommandanten, welche sie dadurch modernisirte, daß sie die Assoziationsfreiheit aufhob, die Neue Rheinische Zeitung nebst den anderen drei demokratischen Blättern suspendirte, die Bürgerwehr auflöste und das Kriegsrecht androhte für offenen und gewaltsamen Widerstand gegen die gesetzlichen Anordnungen der Behörden. Da die Bourgeoiselemente der Bürgerwehr mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, die gefährlichen Schießgewehre abzuliefern, so fügte sich bei der Nutzlosigkeit jedes zersplitterten Widerstandes auch der Rest. Im Uebrigen wurde der ungesetzliche Handstreich nach acht Tagen wieder aufgehoben. Er rief in der preußischen Nationalversammlung heftige Debatten hervor, und das Ministerium Pfuel hielt es aus guten oder schlechten Gründen für rathsam, ihn rückgängig zu machen.

Die Neue Rheinische Zeitung wurde durch den Gewaltstreich schwer getroffen. Um Verhaftsbefehlen zu entgehen, hatten ihre meisten Redakteure Köln verlassen, Dronke und Engels waren über die belgische Grenze gegangen, Wolff in die Pfalz; die zersprengte Redaktion konnte sich allmälig erst wieder sammeln. Dazu waren die niemals glänzenden Finanzen des Blattes ganz zerrüttet worden. In-

dessen gelang es, aller Schwierigkeiten Herr zu werden, und am 12. Oktober erschien die Zeitung wieder, mit der Ankündigung, daß die finanziellen Hindernisse überwunden seien und der Redaktionsstab derselbe bleibe, nur daß Ferdinand Freiligrath neu eingetreten sei.

Sie kam zur rechten Zeit, die Wiener Revolution in ihren tapferen Kämpfen und ihrem tragischen Falle zu begleiten — nicht wie die Kannegießer der parlamentarischen Linken mit sentimentalen Klagen, mit unfruchtbaren Sympathien, mit hilflosen Hilferufen an den hilflosen Reichsverweser, sondern mit leidenschaftlichen Aufrufen an das Volk, aus seiner Lethargie zu erwachen und den kämpfenden Wienern die einzige Hilfe zu bringen, die es ihnen noch bringen könne: die Besiegung der Kontrerevolution im eigenen Hause. Es war dieser Gedanke von Marx, den Freiligrath in seinem herrlichen Liede an Wien mit den Worten wiedergab:

> Räum' auf im eignen Hause! Räum' auf und halte Stich —
> Den Jellachich zu jagen, wirf deinen Jellachich!
> Ein dreister Schlag im Norden ist auch im Süd ein Schlag;
> Mach' fallen unser Olmütz und Olmütz rasselt nach!

Wien fiel, und die Neue Rheinische Zeitung schrieb seiner Revolution den Epilog: „In Wien ist soeben der zweite Akt des Dramas aufgeführt worden, dessen ersten Akt man zu Paris spielte, unter dem Titel der Junitage. In Paris Mobile, zu Wien Kroaten — in beiden Lazzaronis, bewaffnetes und erkauftes Lumpenproletariat gegen das arbeitende und denkende Proletariat. Zu Berlin werden wir bald den dritten Akt erleben.“ Und eben ging der Vorhang über diesen dritten Akt auf.

Konsequent wie immer hatte die Zeitung schon vor ihrer zeitweisen Unterdrückung das bombastische Gerede von der angeblichen Bedrohung der Berliner Versammlung durch aufgeregte Massen auf seinen wahren Gehalt zurückgeführt. „Das Recht der demokratischen Volksmassen, durch ihre Anwesenheit auf die Haltung konstituirender Versammlungen moralisch einzuwirken, ist ein altes revolutionäres Volksrecht, das seit der englischen und französischen Revolution in keiner stürmischen Zeit entbehrt werden konnte. Diesem Rechte verdankt die Geschichte fast alle energischen Schritte solcher Versammlungen. Wenn die Ansässigen des ‚Rechtsbodens‘, wenn die furchtsamen und philiströsen Freunde der ‚Freiheit der Berathungen‘ dagegen jammern, so hat dies keinen anderen Grund als den, daß sie überhaupt keine energischen Beschlüsse wollen.“ Es gebe keine hohlere Phrase, als die Redensart von der Freiheit der Berathungen. „Die ‚Freiheit der Berathungen‘ wird beeinträchtigt durch die Freiheit der Presse, durch die Freiheit der Versammlung und der Rede, durch das Recht der Volksbewaffnung auf der einen Seite. Sie wird beeinträchtigt durch die bestehende öffentliche Macht, die in den Händen der Krone und ihrer Minister beruht: durch die Armee, die Polizei, die sogenannten unabhängigen, in der That aber von jeder Beförderung und jeder politischen Veränderung abhängigen Richter auf der anderen Seite. Die Freiheit der Berathung

ist zu jeder Zeit eine Phrase, die nichts weiter sagen will als: Unabhängigkeit von allen nicht durch das Gesetz anerkannten Einflüssen. Diese anerkannten Einflüsse, Bestechung, Beförderung, Privatinteressen, Furcht vor einer Kammerauflösung u. s. w. machen ja erst die Berathungen wahrhaft ‚frei‘. Aber in Revolutionszeiten ist diese Phrase vollends sinnlos. Wo zwei Mächte, zwei Parteien sich gerüstet gegenüberstehen, wo der Kampf jeden Augenblick losbrechen kann, da haben die Deputirten nur die Wahl: Entweder sie stellen sich unter den Schutz des Volkes und lassen sich dann auch von Zeit zu Zeit eine kleine Lektion gefallen. Oder sie stellen sich unter den Schutz der Krone, ziehen in irgend eine kleine Stadt, berathen unter dem Schutze der Bajonette und Kanonen oder gar des Belagerungszustandes — und dann werden sie nichts dagegen haben, wenn die Krone und die Bajonette ihnen ihre Beschlüsse vorschreiben. Einschüchterung durch das unbewaffnete Volk oder Einschüchterung durch die bewaffnete Soldateska — die Versammlung möge wählen!“ Wieder und wieder suchte die Neue Rheinische Zeitung dem Berliner Parlamente den Rücken zu steifen, aber diese „quengelnde, klugthuende, entschlußunfähige“ Versammlung war zu keiner entscheidenden Haltung aufzureizen. Sie wollte sich nicht unter den Schutz der Bajonette, aber sie wagte noch weniger, sich unter den Schutz des Volkes zu stellen.

Ueberflüssig zu sagen, daß die rheinische Demokratie in der Novemberkrisis ihre Schuldigkeit that. Jetzt war der entscheidende Augenblick gekommen, wo der Gegenrevolution mit einer zweiten Revolution geantwortet werden mußte, und jeden neuen Tag rief die Neue Rheinische Zeitung die Massen auf, der Gewalt jede Art von Gewalt entgegenzusetzen. Der passive Widerstand müsse den aktiven zu seiner Unterlage haben, sonst gleiche er dem Sträuben des Kalbes gegen seinen Schlächter. Rücksichtslos wurden alle juristischen Spitzfindigkeiten der Vereinbarungstheorie weggefegt, hinter denen sich die Feigheit der Bourgeoisie so gern verstecken wollte. „Die preußische Krone ist in ihrem Rechte, indem sie der Versammlung als absolute Krone entgegentritt. Aber die Versammlung ist im Unrechte, weil sie der Krone nicht gegenübertritt als absolute Versammlung. . . . Die alte Bureaukratie will nicht zur Dienerin einer Bourgeoisie herabsinken, deren despotische Schulmeisterin sie bisher war. Die feudale Partei will ihre Auszeichnungen und ihre Interessen nicht auf dem Altare des Bürgerthums auflodern lassen. Und die Krone endlich, sie erblickt in den Elementen der alten feudalen Gesellschaft, deren höchster Auswuchs sie ist, ihren wahren einheimischen gesellschaftlichen Boden, während sie in der Bourgeoisie eine fremde künstliche Erde erblickt, von der sie nur getragen wird, unter der Bedingung zu verkümmern. Die berauschende ‚Gnade Gottes‘ verwandelt die Bourgeoisie in einen ernüchternden Rechtstitel, die Herrschaft des Bluts in die Herrschaft des Papiers, die königliche Sonne in eine bürgerliche Lampe. Das Königthum ließ sich daher nicht beschwatzen von der Bourgeoisie. Es antwortete ihrer halben Revolution mit einer ganzen Kontrerevolution. Es stürzte die Bourgeoisie zurück in die Arme der Revolution, des Volkes, indem es ihr zurief: Brandenburg in der Versammlung und die Ver-

sammlung in Brandenburg.“ Die Neue Rheinische Zeitung übersetzte diese Losung der Gegenrevolution treffend: die Wachtstube in der Versammlung und die Versammlung in der Wachtstube. Sie hoffte, mit dieser Parole werde das Volk siegen, sie las in ihr die Grabschrift des Hauses Brandenburg.

Als die Nationalversammlung endlich die Steuerverweigerung beschlossen hatte, forderte der demokratische Kreisausschuß in einem von Marx, Schapper und Schneider gezeichneten Aufrufe vom 18. November die demokratischen Vereine auf, die Durchführung folgender Maßregeln zu bewerkstelligen: Die gewaltsame Eintreibung der Steuern wird überall durch jede Art des Widerstandes zurückgewiesen; der Landsturm zur Abwehr des Feindes wird überall organisirt, für die Unbemittelten werden Waffen und Munition auf Gemeindekosten oder durch freiwillige Beiträge beschafft: falls sich die Behörden weigern, die Beschlüsse der Nationalversammlung anzuerkennen und auszuführen, werden Sicherheitsausschüsse ernannt und zwar wo möglich im Einverständnisse mit den Gemeinderäthen; der gesetzgebenden Versammlung widerstrebende Gemeinderäthe werden durch allgemeine Volkswahl erneuert. Der demokratische Kreisausschuß der Rheinlande that damit das, was zu thun die Pflicht der Nationalversammlung gewesen wäre, wenn sie es mit dem Beschlusse der Steuerverweigerung ernsthaft gemeint hätte. Die Unterzeichner des Aufrufs waren sich darüber klar, daß die Entscheidung bei der Nationalversammlung lag und daß der Funke, den sie ins Land warfen, erlöschen müsse, wenn er nicht von einer allgemeinen Erhebung des Volks angefacht und weiter getragen würde. Aber sie wahrten die revolutionäre Ehre der Rheinlande, und der Erfolg ihres Aufrufs zeigte hinlänglich, wie viel trotz alledem zu erreichen gewesen wäre, wenn die Nationalversammlung gleiche Schritte gethan hätte. Da sie es vorzog, die Flinte ins Korn zu werfen, so gelang es der militärischen Uebermacht, den Widerstand der Rheinlande zu unterdrücken.

Die Unterzeichner des rheinischen Aufrufs wurden wegen Aufforderung zum bewaffneten Widerstande gegen das Militär und die Beamten angeklagt und am 9. Februar 1849 von den Kölner Geschworenen abgeurtheilt. Sie bestritten selbstverständlich nicht, unter dem inneren Feinde die bewaffnete Regierungsgewalt gemeint zu haben. Der Staatsprokurator besaß den nöthigen Mangel an Scham, aus den Gesetzen vom 6. und 8. April 1848, aus denselben Gesetzen, welche die Regierung mit ihrem Staatsstreiche, mit der Oktroyirung einer Verfassung und eines neuen Wahlgesetzes zerrissen hatte, das Unrecht der Nationalversammlung und in noch höherem Grade das Unrecht der Angeklagten zu folgern. In seiner Vertheidigungsrede erwiderte ihm Marx, die Regierung könne nicht an die Gesetze appelliren, welche sie selbst so schändlich umgestoßen habe. Wer eine Revolution glücklich vollbringe, könne seine Gegner hängen, aber nicht verurtheilen, als besiegte Feinde aus dem Wege räumen, aber nicht als Verbrecher richten. Es sei eine feige Heuchelei der Gesetzlichkeit, nach vollendeter Revolution oder Gegenrevolution die umgestoßenen Gesetze gegen die Vertheidiger derselben Gesetze anzuwenden. Die Frage, wer im Rechte gewesen sei, die Krone oder die

Nationalversammlung, sei eine geschichtliche Frage, welche nur die Geschichte und keine Jury entscheiden könne.

Aber Marx ging weiter und erklärte, die Gesetze vom 6. und 8. April überhaupt nicht anzuerkennen. Sie seien willkürliche Machwerke des Vereinigten Landtags, bloße Formen, die der Krone das Eingeständniß der im Märzkampfe erlittenen Niederlage ersparen sollten. Die Phrase vom Rechtsboden beruhe entweder auf bewußtem Betrug oder auf bewußtloser Selbsttäuschung. Der Vereinigte Landtag habe die alte feudale Gesellschaft vertreten und nach seinen Gesetzen könne nicht die Nationalversammlung gerichtet werden, welche die moderne bürgerliche Gesellschaft repräsentire. Es sei eine juristische Einbildung, daß die Gesellschaft auf dem Gesetze beruhe. Vielmehr beruhe das Gesetz auf der Gesellschaft, es müsse Ausdruck ihrer gemeinschaftlichen, aus der jedesmaligen materiellen Produktionsweise hervorgehenden Interessen und Bedürfnisse gegen die Willkür des einzelnen Individuums sein. „Hier der Code Napoleon, den ich in der Hand habe, er hat nicht die moderne bürgerliche Gesellschaft erzeugt. Die im 18. Jahrhundert entstandene, im 19. Jahrhundert fortentwickelte bürgerliche Gesellschaft findet vielmehr im Code nur einen gesetzlichen Ausdruck. Sobald er den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entspricht, ist er nur noch ein Ballen Papier. Sie können die alten Gesetze nicht zur Grundlage der neuen Gesellschaft machen, so wenig als diese alten Gesetze die alten gesetzlichen Zustände gemacht haben.“ Marx erklärte die Behauptung der alten Gesetze gegen die neuen Ansprüche und Bedürfnisse der gesellschaftlichen Entwicklung, den berühmten „Rechtsboden“, für nichts anderes als die scheinheilige Behauptung unzeitgemäßer Sonderinteressen gegen das zeitgemäße Gesammtinteresse.

Natürlich bemächtigte sich der Staatsprokurator der faulen Ausrede, womit die Unruh und Genossen ihre werthen Leiber vor dem etwaigen Risiko der Steuerverweigerung zu schützen gesucht hatten. Er behauptete, der Beschluß der Nationalversammlung über die Steuerverweigerung sei überhaupt nicht rechtsgiltig gewesen, weil die von der Geschäftsordnung verlangte zweite Abstimmung unterblieben sei. Darauf antwortete Marx mit überlegenem Spotte: „Von der einen Seite setzt man sich über die wesentlichen Formen hinaus, an die man gegenüber der Nationalversammlung gebunden war, von der anderen muthet man der Nationalversammlung die Beobachtung der unwesentlichsten Formalitäten zu. Die Regierung begeht Gewaltstreich über Gewaltstreich. Sie verletzt rücksichtslos die wichtigsten Gesetze. Sie führt willkürlich den unbeschränktesten Militärdespotismus ein unter der Firma des Belagerungszustandes. Sie jagt die Volksvertreter selbst zum Teufel. Und während man auf der einen Seite alle Gesetze schamlos verletzt, verlangt man auf der anderen Seite zarteste Beobachtung sogar eines Reglements.“ Und nicht minder überlegen verspottete Marx das Bemühen des Staatsprokurators, das Verhalten der Nationalversammlung bald als ungesetzlich zu tadeln und bald als gesetzlich zu loben, das eine wie das andere zu dem Zwecke, die Angeklagten als Verbrecher abzustempeln.

Die Behauptung des Staatsprokurators, die Nationalversammlung habe keine Vermittlung gewollt, nennt Marx das Gegentheil der Wahrheit, entsprungen aus absichtlicher Verfälschung oder aus Unwissenheit. Die Vermittlungssucht sei vielmehr das Unglück und das Unrecht der Versammlung gewesen, die sich aus einem revolutionären Konvent zu einer zweideutigen Gesellschaft von Vereinbarern herabgewürdigt habe. Sie habe nicht ihre historische Stellung begriffen, wie sie aus der Märzrevolution hervorgegangen sei. „Was hier vorlag, das war kein politischer Konflikt zweier Fraktionen auf dem Boden einer Gesellschaft, das war der Konflikt zweier Gesellschaften selbst, ein sozialer Konflikt, der eine politische Gestalt angenommen hatte, es war der Kampf der alten feudalbureaukratischen mit der modernen bürgerlichen Gesellschaft, der Kampf zwischen der Gesellschaft der freien Konkurrenz und der Gesellschaft des Zunftwesens, zwischen der Gesellschaft des Grundbesitzes und der Gesellschaft der Industrie, zwischen der Gesellschaft des Glaubens und der Gesellschaft des Wissens." Zwischen diesen Gesellschaften gebe es keinen Frieden, ihre materiellen Bedürfnisse und Interessen bedingten einen Kampf auf Leben und Tod. Die Steuerverweigerung erschüttere nicht die Grundvesten der Gesellschaft, wie der Staatsprokurator komischer Weise behauptet habe, sondern sie sei eine Nothwehr der Gesellschaft gegen die Regierung, welche die Gesellschaft in ihren Grundvesten bedrohe. Sie bringe den Konflikt nicht hervor, sondern zeige nur an, daß er vorhanden sei.

Habe die Nationalversammlung mit der Steuerverweigerung nicht ungesetzlich, so habe sie mit dem passiven Widerstand nicht gesetzlich gehandelt. „Wenn die Eintreibung der Steuern einmal für ungesetzlich erklärt ist, muß ich die gewaltsame Ausübung der Ungesetzlichkeit nicht gewaltsam zurückweisen?" Verschmähten die Herren Steuerverweigerer den revolutionären Weg, um nicht ihre Köpfe zu riskiren, so mußte sich das Volk in Ausübung der Steuerverweigerung auf revolutionären Boden stellen. „Das Verhalten der Nationalversammlung war für das Volk keineswegs maßgebend. Die Nationalversammlung hat keine Rechte für sich, das Volk hat ihr nur die Behauptung seiner eigenen Rechte übertragen. Vollführt sie ihr Mandat nicht, so ist es erloschen. Das Volk selbst tritt dann in eigener Person auf die Bühne und handelt aus eigener Machtvollkommenheit. Wenn die Krone eine Kontrerevolution macht, so antwortet das Volk mit Recht durch eine Revolution. Es bedarf dazu der Genehmigung keiner Nationalversammlung." Und Marx schloß damit, zu sagen, daß erst der erste Akt des Dramas beendet sei. Das nothwendige Resultat könne kein anderes sein, als vollständiger Sieg der Kontrerevolution oder neue siegreiche Revolution. Vielleicht sei der Sieg der Revolution erst möglich nach vollendeter Kontrerevolution.

Die Rede ist merkwürdig, weil hier ein Kommunist den bürgerlichen Geschworenen in sachgemäßer und unwiderleglicher Weise auseinandersetzt, er sei angeklagt, weil er im Kampfe der feudalen mit der bürgerlichen Gesellschaft die Sache des Bürgerthums vertreten, weil er das gethan habe, was zu thun die Pflicht wie das Recht derjenigen Klasse gewesen sei, der seine Richter angehörten.

Die Geschworenen ließen sich denn auch nicht auf den schmutzigen Schergendienst ein, den die Regierung ihnen zumuthete. Sie sprachen die Angeklagten frei und bedankten sich obendrein durch ihren Obmann bei Marx für seine lehrreiche Auseinandersetzung.

Indessen je mehr die Aufgaben, deren Lösung zum historischen Berufe der Bourgeoisie gehörte, auf die Schultern des Proletariats fielen, um so mehr trat auch die Nothwendigkeit hervor, die Arbeiterklasse fester zu organisiren, sie klarer herauszuschälen aus der demokratischen Partei, die ein Jahr revolutionärer Kämpfe mehr desorganisirt als konsolidirt hatte. Am 14. April traten Marx, Schapper, Becker und Anneke, der die Neue Kölner Zeitung redigirte, neben Moll und Schapper den Arbeiterverein leitete und an Molls Stelle in den demokratischen Kreisausschuß gewählt worden war, aus dieser Körperschaft aus. Sie erklärten, daß die jetzige Organisation der demokratischen Vereine zu viele heterogene Elemente in sich schließe, als daß eine dem Zwecke der Sache gedeihliche Thätigkeit möglich wäre; sie seien vielmehr der Ansicht, daß eine engere Verbindung der aus gleichen Elementen bestehenden Arbeitervereine vorzuziehen sei. Gleichzeitig schied der Kölner Arbeiterverein aus dem Verbande der rheinisch-demokratischen Vereine aus und berief demnächst sämmtliche Arbeiter-, sowie alle anderen Vereine, die den Grundsätzen der sozialen Demokratie entschieden anhingen, zu einem Provinzialkongresse, der am 6. Mai stattfinden und über eine Organisation der rheinisch-westfälischen Arbeitervereine, sowie über die Beschickung des von der Arbeiterverbrüderung für den Monat Juni nach Leipzig berufenen Kongresses sämmtlicher deutscher Arbeitervereine berathen sollte.

In der Neuen Rheinischen Zeitung hatte Marx bereits vorher den politischen Bankerott des Bürgerthums durch eine scharf eindringende Darstellung der preußischen Entwicklung vom März bis zum November dargelegt; nun förderte er die neue Wendung durch den Abdruck der Vorträge, die er im Brüsseler Arbeiterverein über Lohnarbeit und Kapital gehalten hatte, während Wilhelm Wolff durch seine flammensprühenden Artikel über die schlesische Milliarde das ostelbische Landproletariat aufstürmte.

Es waren vielversprechende Anfänge, die revolutionäre Arbeiterbewegung in ganz Deutschland zu einer einheitlich geschlossenen und prinzipiell klaren Aktion zusammenzufassen. Aber ehe sie sich entwickeln konnten, wurden sie in den Todeskrämpfen der bürgerlichen Revolution erstickt.

IV. Historische Stellung.

Ueber die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung sagt Engels, ihre Verfassung sei die einfache Diktatur von Marx gewesen; sein klarer Blick und seine sichere Haltung hätten das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre gemacht.

In der That braucht man nur ihre dreihundert Nummern zu durchmustern, um zu dem gleichen Ergebnisse zu gelangen. Marx ist nur dies eine Jahr seines Lebens der Leiter eines großen Tageblattes mit ziemlich unbeschränkter Preßfreiheit gewesen, aber unter seinen Ruhmestiteln ist nicht der geringste, der erste — und bisheran auch letzte — deutsche Journalist großen Stils gewesen zu sein. Die Neue Rheinische Zeitung bietet heute noch eine unerschöpfliche Fundgrube der Aufklärung und Belehrung für jeden politischen Tagesschriftsteller, der etwas Besseres sein will, als die Tintenkulis der kapitalistischen Tagespresse sind.

Wie der Rheinischen Zeitung von 1842 war ihr die öde Kannegießerei ganz fremd, die nothwendig entstehen muß mit dem Leitartikel, der reglementsmäßig jeden neuen Morgen über irgend welche „ewigen Prinzipien" geliefert werden muß. Eine einzige Probe davon findet sich in ihrer zweiten Nummer, in dem einzigen Beitrage, den Bürgers für die Zeitung geliefert hat. Sie knüpft überall sonst an die Thatsachen an, welche sie ordnet, sichtet, in ihrem historischen Zusammenhange erläutert, auf ihre historischen Folgen prüft. Wie ihr die Vergangenheit die Gegenwart erklärt, so schließt ihr die Gegenwart die Zukunft auf.

Mit wunderbarem Takte weiß Marx herauszuheben, was in „jener wirren Masse anscheinend zufälliger, unzusammenhängender und miteinander unvereinbarer Thatsachen", welche die Revolutionsjahre ans Tageslicht förderten, „ein Stück Weltgeschichte" zu bilden bestimmt war. Heute noch enthält der Jahrgang der Neuen Rheinischen Zeitung eine gründlichere und erschöpfendere Geschichte jener revolutionären Bewegung, als alle bürgerlichen Geschichtswerke zusammengenommen, die seitdem über diesen Zeitraum zu Hunderten veröffentlicht worden sind. Ein Arzt, der die Geburt eines Kindes für widernatürlich erklären würde, weil sie mit Leiden und Schmerzen für die Mutter verknüpft ist, hätte allen Anspruch auf einen Platz im Irrenhause; die gelehrten Historiker aber, die jede Revolution für widernatürlich erklären, für einen Unsinn und ein Unrecht, das den normalen Verlauf der Dinge unterbreche, besitzen die gerechteste Anwartschaft auf alle Aemter, Orden und Titel des Kultur- und Rechtsstaats. Weil Marx die Revolution als einen historischen Prozeß zu würdigen weiß, der sich nach historischen Gesetzen vollzieht, deshalb haben seine im Sturme der gewaltigsten Ereignisse aufs Papier geworfenen Aufsätze heute noch einen ungleich höheren historischen Werth, als die Geschichtsflitterungen, welche die Staatshämorrhoidarier der bürgerlichen Gelehrsamkeit über die deutsche Revolution zusammengeflickt haben.

Es ist natürlich leicht, hier einen Satz und dort einen Satz aus ganz verschiedenen, um viele Monate auseinanderliegenden Artikeln von Marx loszubrechen und zwischen ihnen sogenannte „Widersprüche" herauszuklauben. Wenn man nur wüßte, was mit diesem Kunstgriffe, den Schopenhauer einmal den dümmsten und schlechtesten aller dummen und schlechten Kunstgriffe nennt, bewiesen werden soll! Und es ist ebenso wohlfeil, die „falschen Prophezeiungen" festzunageln, die Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung begangen haben soll. Als ob ein ehrlicher Kampf um eine große Sache denkbar wäre, ohne daß in den Kämpfen Sieges-

hoffnungen erwachen, die je nachdem über das erreichbare Ziel hinausschweifen! Marx hat klarer als irgend ein anderer Kämpfer der deutschen Revolution über ihre Möglichkeiten und Unmöglichkeiten gedacht, aber sollte er deshalb darauf verzichten, sie anfeuernd voranzutreiben, so weit sie irgend zu treiben war? Die gelehrten Dunse, die darüber spotten, daß Marx den Berliner Staatsstreich des Novembers auf die erste Kunde hin für die Vorschule der ganzen Revolution erklärt habe, während er doch die Vorschule der ganzen Reaktion gewesen sei, sollten ohnehin billig darüber urtheilen, daß Marx ihre eigenen Väter und Großväter für nicht ganz so unverbesserliche Schafe gehalten hat, wie sie thatsächlich gewesen sind. Hätte die bürgerliche und namentlich auch die gelehrte Klasse einiges Blut in den Adern und einiges Mark in den Knochen gehabt, so wäre der Berliner Staatsstreich allerdings die Vorschule der ganzen Revolution geworden.

Doch es lohnt sich nicht, bei den kindischen Finten hoffnungsvoller Karriereschnaufer zu verweilen. Wer überhaupt logisch zu denken vermag, der sieht von selbst ein, daß die Neue Rheinische Zeitung ein Kampfblatt war, geschrieben in der glühenden Luft der Revolution und bestimmt, handelnd einzugreifen in diese Revolution, daß sie die Dinge somit nicht von der rückschauenden Warte historischer Erkenntniß, sondern in ihrer aufkeimenden Entwicklung beurtheilte, in ihrem Geburtsprozesse gleichsam, an dem sie selbst als Geburtshelferin mitwirkte, daß für den Handelnden oft genug genau das richtig ist, was dem Betrachtenden hinterher als unrichtig erscheint und selbst mit Recht so erscheint. Man hat das Licht nicht ohne den Schatten, und der verlorenste Träumer, der auf eine Barrikade stieg, weil er auf die Revolution Hoffnungen setzte, welche sie niemals erfüllen konnte, war noch ungleich einsichtiger, als der feige Philister, der von vornherein die Hände in den Schoß legte, weil bei der Revolution doch nichts herauskommen würde, was ihm der historische Verlauf der Ereignisse so nachdrücklich bestätigt zu haben scheint.

Das gewaltige Ringen des Pariser Proletariats in den Junitagen veranlaßte die Neue Rheinische Zeitung, die Kraft des niedergeworfenen Riesen höher zu schätzen und sein Wiedererwachen in näherer Zukunft zu erwarten, als nach der Lage der Dinge möglich gewesen ist. Die schnöde Art, wie der deutsche Bourgeois Polens Heldenkämpfe mit Worten pries, um sie mit Thaten zu verrathen, verleitete sie, die Germanisirung des slavischen Ostens in ihrer historischen Bedeutung hier und da zu unterschätzen. Die Knechtesdienste, welche die österreichischen Slaven der europäischen Reaktion leisteten, verlockten sie, diesen Nationen und Natiönchen die nationale Existenzberechtigung abzusprechen, in scheinbarem „Widerspruche" mit der Thatsache, daß sie wie für die Polen in Posen und für die Italiener in Italien, so für die Tschechen in Böhmen Partei genommen hatte, als im Juni 1848 ein tschechischer Aufstand in Prag ausbrach. Der „Widerspruch" löst sich einfach dadurch, daß die Zeitung sofort nach Ausbruch dieses Aufstandes erklärt hatte, die vierhundertjährige Unterdrückung der Tschechen durch die Deutschen werde die Tschechen in die Arme der Russen jagen, sie doch von

der Seite der Revolution auf die Seite des Despotismus treiben. Die Halbheit der deutschen Revolution schuf eben jene Situation voll wirklicher Widersprüche, welche das klarste und schärfste Urtheil nicht ohne scheinbare Widersprüche lösen konnte.

Wer die Schatten tadeln will, soll aber auch das Licht loben, von dem sie unzertrennlich waren. Die rücksichtslose Parteinahme für die Pariser Junikämpfer war eine That ebenso großen politischen Muths, wie großer politischer Einsicht. Das Gleiche gilt von der rückhaltlosen Parteinahme für die polnischen Aufstände, von dem zwingenden Nachweise, daß die Wiederherstellung Polens eine unbedingte Nothwendigkeit war für die europäische Kultur wie für die nationale Einheit Deutschlands. Marx hat sich wenige Jahre später, als er in der New York Tribune die Revolution und die Gegenrevolution in Deutschland schilderte, gerechter als in der Neuen Rheinischen Zeitung über die Germanisirung des slavischen Ostens ausgelassen; er sagt hier, die Frage der Abgrenzung zwischen der deutschen und der polnischen Nationalität habe verwickelt genug gelegen und sei nicht einfach nach den Grenzen der alten polnischen Republik von 1772 zu entscheiden gewesen. Die einzig mögliche Lösung habe der Krieg mit Rußland geboten; die Polen hätten über den Westen eher ein vernünftiges Wort mit sich reden lassen, wenn sie im Osten ausgedehnte Landschaften erhalten hätten; Riga und Mitau wären ihnen am Ende ebenso wichtig erschienen, wie Danzig und Elbing. Gleichwohl war es das gute Recht der Neuen Rheinischen Zeitung, die Polenfrage in schroffster Ausschließlichkeit zu stellen, als ihre praktische Lösung dadurch vereitelt werden sollte, daß sie in einem Meere patriotischer Schlagworte ertränkt wurde. Preußen hat an der Provinz Posen unendlich viel weniger Gutes gethan und unendlich viel mehr an ihr gesündigt, als Frankreich an Elsaß-Lothringen; von allen diesen Schandthaten den Schleier zu reißen, der über sie gebreitet werden sollte, um neues Unrecht zum alten Unrechte zu fügen, das war eine ebenso patriotische wie revolutionäre That. Und der Panslavismus ist in dem innersten Kerne seines reaktionären Wesens nirgends so schlagend und so treffend beleuchtet worden, wie in der Neuen Rheinischen Zeitung, gleichviel ob sie dabei jedem der Völker oder Völkertrümmer, die sich unter seiner Fahne sammelten, gerecht geworden ist. Das Zeichen des revolutionären Kämpfers ist das Schwert, nicht die Wage.

Sehr vieles von dem Inhalte der Neuen Rheinischen Zeitung steht heute noch in trotziger Kraft da, sehr weniges davon ist verwittert. Und Alles, worin das Blatt gefehlt hat, läßt sich im letzten Grunde auf den einen Irrthum zurückführen, der sich in jener Zeit wie ein rother Faden durch die Thätigkeit von Marx und auch von Engels zieht, auf den Irrthum, der sie die europäischen Klassenkämpfe auf einer weit höheren Stufe der Entwicklung erblicken läßt, als sie thatsächlich schon erreicht hatten. Nur daß dieser Irrthum eben auch der Schatten zu dem Lichte der tiefen Einsicht war, womit sie den Klassenkämpfen der modernen bürgerlichen Gesellschaft bis auf den Grund blickten. Deshalb hat dieser Irrthum sie niemals entmuthigt, sondern stets ermuthigt, ihre Kämpfe

niemals gelähmt, sondern immer gestärkt; er hat ihnen in jeder neuen Niederlage nur eine neue Bürgschaft des um so näher gerückten Sieges gegeben. So ist auch das Kampfesjahr der Neuen Rheinischen Zeitung nicht verloren gewesen, sondern hat reiche Früchte getragen. Den Massen, welche das Blatt einmal elektrisirt hatte, konnte das proletarische Klassenbewußtsein niemals wieder völlig entrissen werden, und als sich die deutsche Arbeiterklasse von den Schlägen der Gegenrevolution so weit erholt hatte, um von Neuem einen nunmehr ununterbrochenen Siegeslauf zu versuchen, da bildeten die rheinischen Arbeiter ihr Rückgrat.

Hatte die Neue Rheinische Zeitung das Glück, in Marx einen unvergleichlichen Leiter zu besitzen, so hatte Marx das Glück, über einen unvergleichlichen Stab von Mitarbeitern zu gebieten. Es waren durchweg Männer von hoher Bildung, und sie haben ihren mehr oder minder großen Antheil an dem Ruhme des Blattes. Den größten wohl Engels, der neben manchem Anderem die glänzende Abrechnung mit Bakunins panslavistischen Tendenzen vollzog, dann Wilhelm Wolff, der die kleinstaatliche Krähwinkelei ebenso glücklich verspottete, wie er die feudale Raubsucht blutig geißelte. Ueber die Ungewitter im Frankfurter Reichsfroschteiche berichtete zuerst Dronke, später der junge Schlöffel. Freiligrath schmückte das Feuilleton mit seinen prächtigen Revolutionsliedern; gleich in einer der ersten Nummern erschien sein variirtes Trotz alledem, dessen kernigste Strophe in seinen gesammelten Dichtungen der Preßfreiheit des neuen deutschen Reichs zum Opfer gefallen ist:

Und ob der Prinz zurück auch kehrt
Mit Hurrah hoch und alledem: —
Sein Schwert ist ein gebrochen Schwert,
Ein ehrlos Schwert trotz alledem!
Ja doch: trotz all- und alledem,
Der Meinung Acht, trotz alledem,
Die brach den Degen ihm entzwei
Vor Gott und Welt, trotz alledem!

Der eigentliche Beherrscher des Feuilletons war Georg Weerth und er war der lustige König eines lustigen Reichs. Kein Spaßmacher und Witzereißer des bürgerlichen Schlages, aber ein Prinz aus Genieland, leicht einherschreitend in funkelnder Rüstung und mit blitzendem Schwerte. Seitdem der deutsche Bürger sich aufs platte Geldmachen verlegt hat, ist ihm mit dem großen theoretischen Sinn auch der literarische Geschmack abhanden gekommen, der ihn ehedem auszeichnete, und mancher Kandidat Jobs der höheren Nationalökonomie hat ein gewaltiges Gezeter erhoben über die angebliche „Zotenreißerei“ im Feuilleton der Neuen Rheinischen Zeitung.

Könnte Weerth es noch hören, der Leichenbitterernst dieser sittlichen Entrüstung würde ihm das herzlichste Lachen entlocken. Seine Hauptarbeit in der Neuen Rheinischen Zeitung: Leben und Thaten des berühmten Ritters Schnapphahnski, worin er getreu nach der Wirklichkeit die Abenteuer des von Heine also benamsten Fürsten Lichnowski beschrieb, ist ein Juwel jener genialen Frechheit,

die von jeher für solche Stoffe in aller Literatur ihr gutes Bürgerrecht gehabt hat, in aller Literatur wenigstens, an der sich echte Männer und echte Weiber erbauen, mag sie auch höheren Töchtern ein scheinbarer oder Byzantinern und Eunuchen ein wirklicher Greuel sein.

Drittes Kapitel.

Ferdinand Lassalle.

In den Spalten der Neuen Rheinischen Zeitung wird oft ein Jüngling erwähnt, der an den revolutionären Kämpfen des Rheinlandes hervorragenden Antheil nahm und später einen noch weit hervorragenderen Antheil an dem Emanzipationskampfe des Proletariats nehmen sollte. Er zählte damals erst 23 Jahre und hatte sich schon einen Ruf erworben, der in den Kämpfen der Zeit wie ein Schlachtruf klang.

Ferdinand Lassalle wurde am 11. April 1825 in Breslau als der Sohn eines Seidenhändlers geboren. Seine Familie gehörte jenem osteuropäischen Judenthum an, das sich von den feudalen Halseisen erst dadurch zu befreien wußte, daß es sie mit dem Roste parasitischen Schachers zersetzte. Die angebliche Gleichberechtigung, welche das Edikt vom 11. März 1813 den altpreußischen Juden gewährt hatte, war wenig mehr als eine klingende Schelle geblieben. Der alte, bei aller Beschränktheit zugleich boshafte König fand mindestens ebenso großen Spaß daran, seine jüdischen Unterthanen über den Löffel zu barbieren, wie seine christlich-germanischen. Als sich herausstellte, daß ein Kaufmann, dem er den Titel eines Hoflieferanten verliehen hatte, weil er ihn wegen seines Vornamens Ferdinand für einen Christen hielt, thatsächlich ein Jude war, wurde eine wilde Hetzjagd gegen die „christlichen Vornamen“ der Juden eröffnet. Diese läppischen Alfanzereien setzte auch noch Friedrich Wilhelm IV. fort und mußte deshalb den Spott des kosmopolitischen Nachtwächters erdulden:

> Auch sorg' er, wie ein Schuldespot, sich nicht um Jüdennamen,
> Wer wird denn grausam gegen Schmul und strenge gegen Itzig sein?

In den deutsch-polnischen Grenzstrichen, wo die Juden am zahlreichsten vertreten waren, lebten sie thatsächlich auf Grund mittelalterlicher Privilegien und nicht auf Grund bürgerlicher Gleichberechtigung. In der Gegend von Krotoschin beispielsweise, wo die Juden „mit großen Rechten ausgerüstet“ waren, durften sie die Schöpse von den Gütern kaufen, aber nur die Vorderviertel für sich behalten, während sie die Hinterviertel den Christen überlassen, Fell, Wolle und Fleisch aber nach den Preisen der Stadt Kobilin berechnen mußten. Die Steine aus der Ziegelei in Krotoschin mußten sie theurer bezahlen als die Christen. Ja, für den Trost, daß im Falle ihrer Ermordung ihre Mörder bestraft werden

sollten, mußten sie an die Gutsherren steuern, die Angesessenen einen Dukaten, die Nichtangesessenen einen halben Dukaten für den Kopf. Und wie in Krotoschin, so überall in jenen polnisch-schlesischen Distrikten, aus denen die Familie Lassalles stammte und in denen sie ihre gesellschaftlichen Beziehungen hatte.

Unendlich viel schwerer als Marx hat Lassalle zu leiden gehabt unter „dem tausendjährigen Familienübel, der aus dem Nilthal mitgeschleppten Plage, dem altägyptisch ungesunden Glauben". In denselben Lebensjahren, in denen Marx sich schon auf den geistigen Höhen der damaligen bürgerlichen Gesellschaft bewegen durfte, hauste Lassalle zur Zeit der Leipziger Messe auf dem Brühl in einem schachernden Gewühle von russischen und polnischen Juden, die nun einmal beim günstigsten Vorurtheile nicht zur Blüthe der Menschheit gerechnet werden konnten. Freilich hatte sich Lassalles Vater schon aus dem Gröbsten herausgearbeitet. Er war ein wohlhabender Mann, an dessen bürgerlicher Ehrbarkeit nichts auszusetzen war, in der Synagoge hielt er sich zum Reformjudenthum. Aber das Reformjudenthum wollte eben doch auch noch Judenthum bleiben, und in jedem Augenblicke lebhafterer Erregung erwies sich die bürgerliche Bildung, die dem elterlichen Hause Ferdinand Lassalles angeflogen war, als ein sehr dünner Firniß. Die häuslichen Szenen, die der fünfzehnjährige Knabe in seinem Tagebuche schildert, sind nichts weniger als anmuthig. Er verzeichnet mit unverkennbarem Wohlbehagen die grellen Töne alttestamentarischer Wuth, womit er seine Schwester um irgend eines kleinlichen Anlasses willen verflucht hat; dann erörtert er wieder mit der Seelenruhe eines erprobten Schadchens ihre geistigen und körperlichen Vorzüge, um daran die Höhe der Mitgift abzuwägen, welche ihre Bewerber beanspruchen könnten; wie im Großen, so schachert er im Kleinen und bucht sorgfältig jeden Groschen, um den er seine Angehörigen und seine Mitschüler bemogelt; selbst seine Sprache zeigt sich stark angemauschelt.

Sein Judenthum ist noch ganz unverfälscht. Mag er auch das jüdische Zeremonialgesetz mißachten, er glaubt an Jehovah und will einer der besten Juden sein, die es giebt. Er scheut nicht das Schaffot, könnte er die Juden wieder zu einem geachteten Volke machen. Er schreibt: „O, wenn ich meinen kindischen Träumen nachhänge, so ist es immer meine Lieblingsidee, an der Spitze der Juden, mit den Waffen in der Hand, sie selbständig zu machen." Aber das waren in der That „kindische Träume", und in Wirklichkeit gab sich dies theatralische Makkabäerthum als eine Art junkerhafter Faulheit und Liederlichkeit, deren unerfreuliche Folgen dem eingebildeten und naseweisen Knaben den Aufenthalt auf dem Breslauer Gymnasium unerträglich machten. Er überwand den Widerstand seiner Eltern, die ihn gern studiren lassen wollten, und siedelte im Frühjahre 1840, eben 15 Jahre alt, an die Handelsschule in Leipzig über.

So unbedacht der Entschluß war, so erfreulich gestalteten sich seine Folgen. Die Schlacken des jüdischen Schachers, die dem jungen Lassalle anhingen, schliffen sich ab an dem christlichen Schacher, der in der Handelsschule nach allen Regeln der Kunst gelehrt wurde. War weder von den Lehrern noch von den Schülern

geachtet: so schrieb der Direktor Schiebe in die Register der Schule, als Lassalle nach Jahresfrist einfach wegblieb, und dies Zeugniß war in dem eifernden Sinne des erbosten Schultyrannen wohl verdient. Lassalle erkannte, daß er zum Geldmachen verdorben sei, als er in die Geheimnisse des Geldmachens eingeführt wurde; er schauderte davor zurück, „in dem tristen Breslau Kalikot zu verkaufen an polnische Jüdchen", und bereits am 3. August schrieb er in sein Tagebuch: „Ich glaube fest, der Zufall oder lieber die Vorsehung wird mich aus dem Kontor herausreißen und auf einen Schauplatz werfen, wo ich wirken kann. Ich traue auf den Zufall und meinen festen Willen, mich mehr mit den Musen als den Haupt- und Strazzabüchern, mich mehr mit Hellas und dem Orient als mit Indigo und Runkelrüben, mehr mit Thalien und ihren Priestern als mit Krämern und ihren Kommis zu beschäftigen, mich mehr um die Freiheit als um die Waarenpreise zu kümmern, heftiger die Hunde von Aristokraten, die dem Menschen sein erstes höchstes Gut nehmen, als die Konkurrenten, die den Preis verschlechtern, zu verwünschen. Aber beim Verwünschen solls nicht bleiben."

Indem Lassalle sich vom Schacher abkehrte, wandte er sich auch vom Judenthum weg. Die blutigen Verfolgungen, denen dazumal die Juden in Damaskus unterlagen, entrissen ihm noch einige heftige Ausbrüche des Zorns, aber stärker schon als die Grausamkeit der Unterdrücker geißelte er die Feigheit der Unterdrückten. Der kindische Makkabäer, der das auserwählte Volk zum Siege führen wollte, wandelte sich in den modernen Revolutionär um, der in dem unterdrückten Juden nur den unterdrückten Menschen, in der Befreiung des Juden nur die Befreiung des Menschen vom Judenthum sah. Die fleißige Beschäftigung mit Goethe, Schiller und Lessing, mit Voltaire und Byron, mit Börne und Heine öffneten die Augen des jungen Lassalle für die Geistesschätze der modernen Kultur. Sein literarischer Geschmack war noch sehr unsicher, und er feierte um einiger tendenziöser Schlagworte willen seichte Belletristen, wie Heinrich Laube oder selbst noch unbedeutendere, mit überschwänglichen Worten. Doch gerade die Tiefe, woraus er emporsteigen mußte, spornte ihn um so mehr an, die Höhe der klassischen Bildung zu erklimmen.

Im Unterschiede von Marx und auch von Engels, wuchs Lassalle aus persönlicher Bedrängniß zum Revolutionär empor. Er empfand es wohl und schalt sich selbst einen „Egoisten", als er bei einer Vorstellung von Schillers Fiesko das deutliche Gefühl hatte, er würde trotz seiner revolutionär-demokratisch-republikanischen Gesinnungen an der Stelle des Grafen von Lavagna ebenso gehandelt und die Hand nach dem Diadem ausgestreckt haben, statt sich damit zu begnügen, Genuas erster Bürger zu sein. „Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein." Von jener „Selbstverständigung über die Kämpfe und Wünsche der Zeit", die Marx und Engels in ihren Anfängen unablässig suchten, stand in Lassalles Lexikon nichts geschrieben. Sobald sein Selbstbewußtsein erwachte, war für ihn auch entschieden, was er zu

thun und zu lassen habe. Er suchte nicht in den Dingen nach ihren Zwecken, sondern stellte die Dinge in den Dienst seines Zwecks. Er flüchtete von der Konkurrenz und den Waarenpreisen in die allgemeine Freiheitsidee, während Marx und Engels die allgemeine Freiheitsidee preisgaben, weil sie aus der Konkurrenz und den Waarenpreisen ihre Nebelhaftigkeit erkannten.

An seinem sechzehnten Geburtstage war der junge Lassalle sich klar über seine Zukunft, über die Zukunft des Agitators, des Redners, des Schriftstellers, der für die heiligsten Interessen der Menschheit kämpft und sei es bis zur eigenen Vernichtung. Im Mai 1841 stellte er seinem Vater sein Ultimatum. Er wollte sich dem Studium der Geschichte widmen; den vermittelnden Vorschlag des Vaters, Medizin oder Jura zu studiren, lehnte er ab, da der Arzt und der Advokat mit ihrem Wissen auch nur Handel trieben. Es gereicht dem alten Lassalle zur Ehre, daß er den hohen Sinn seines Sohnes ahnte und sich ihm fügte. Im Herbste 1841 begann Ferdinand Lassalle seine neue Laufbahn.

Aus seinen nächsten Jahren ist nichts bekannt, als dieses oder jenes dürftige Datum. Mit Riesenfleiß holte er nach, was von ihm auf der gelehrten Schule versäumt worden war. Er hatte bald die Reife für die Universität erworben, wo er — in Breslau und Berlin — sich vor allem anderen in das Studium der Antike und der Hegelschen Philosophie stürzte. In voller Beleuchtung erscheint er erst wieder am 3. Januar 1845, in einem Briefe, worin Heinrich Heine ihn an Varnhagen von Ense empfahl. Es heißt darin: „Herr Lassalle, der Ihnen diesen Brief bringt, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben, mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem größten Scharfsinn, der mir je vorgekommen. Mit der reichsten Begabniß der Darstellung verbindet er eine Energie des Willens, eine Habilite im Handeln, die mich wahrhaft in Erstaunen setzen. . . . Herr Lassalle ist nun einmal so ein ausgezeichneter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder in unserer Zeit hindurch gelungert und hindurch gefaselt. Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren; wir, die Alten, beugten uns demüthig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flennten und waren doch vielleicht glücklicher, als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen.“ Lässig hingeworfen, wie diese flüchtigen Zeilen erscheinen, enthalten sie wie den ganzen Heine, so auch den ganzen Lassalle. In jedem Worte tragen sie den Stempel der Wahrheit, und indem sie Lassalle als fertigen Mann zeigen, werfen sie ein dämmerndes Licht auf den einsamen und rauhen Weg, den er in dem kurzen Zeitraume dreier Jahre gewandert sein muß, um ein fertiger Mann zu werden.

In aller Geistesgeschichte findet sich kein zweites Beispiel, daß eine geniale Natur mit fünfzehn Jahren noch so unreif und mit zwanzig Jahren schon so reif gewesen ist. Je weniger aus dieser Lebenszeit Lassalles bekannt ist, um so weniger darf man den Einfluß unterschätzen, den diese Jahre der Selbstbefreiung

auf seinen Charakter gehabt haben müssen. Das unglaubliche Selbstvertrauen, das ihn beseelte, und der unermüdliche Thatendrang, der ihn verzehrte, erklären sich aus dem, was der „dumme Judenjunge“, der „Ellenreiter“, der „Ladenschwengel“ aus sich zu machen wußte, sobald er einmal erkannt hatte, daß er für bessere Dinge begabt und also auch bestimmt sei, als fürs Geldschlagen. Der Narben lacht, wer Wunden nie gefühlt, und die Schwächen Lassalles sind die Narben, die davon zeugen, in wie heißen Kämpfen er schon gesiegt haben mußte, ehe er als Streiter der Revolution in den öffentlichen Schranken erscheinen konnte.

Eine unbefangene Stellung zum Judenthum hat Lassalle nie gewonnen. Bis an sein Lebensende blieb es ihm fatal, so fern er sich natürlich von der Geschmacklosigkeit antisemitischer Kraftmeiereien hielt. Kein Mensch kann die ersten fünfzehn Lebensjahre aus seinem Dasein amputiren, als wären sie nie gewesen. Die Wunde mag heilen, aber die Narbe bleibt. Und sie zuckt und quält und schmerzt, besonders wenn stürmische Wetter heraufziehen. In einer Beichte, die Lassalle einem geliebten Mädchen ablegte, „als gereifter Mann, welcher dem Alter nach nur 35, den Erfahrungen nach 90 Jahre zählt“, schreibt er in demselben Athemzuge, er wäre vielleicht im Stande, eine Frau mit einer Mitgift von drei bis vier Millionen Thalern zu heirathen, ohne ihre Person weiter zu berücksichtigen, blos dieses Vermögens wegen, das seine großen Ziele fördern könne, aber er wolle nie durch seine geistige Arbeit Geld verdienen, und das Unglück dieser Prostitution möge ihm immer fern bleiben. Hier wirft ihn ein Gefühl innerer Unsicherheit aus einem sinnlosen Extrem in das entgegengesetzte sinnlose Extrem: die Selbstverschacherung der eigenen Person erscheint diesem Revolutionär erträglicher, als die Aussicht, daß arme Teufel an dem geistigen Fortschritte der Menschheit arbeiten könnten. Mit wie ganz anderer Unbefangenheit haben ein Lessing, ein Marx über die „gebieterische Nothwendigkeit einer Erwerbsarbeit“ gesprochen! Natürlich handelte es sich auch bei Lassalle nur um eine Unsicherheit des Empfindens: thatsächlich hat er nie an eine Geldheirath gedacht, und um das Honorar seines wissenschaftlichen Hauptwerks hat er ganz munter gefeilscht.

In anderer Beziehung gab sich jene innere Unsicherheit, die immer wie ein Hauch auf dem blanken Spiegel seines revolutionären Selbstbewußtseins lag, in seiner Eitelkeit und seiner Empfänglichkeit für Schmeichelei kund. Darin konnte Lassalle erstaunlich viel leisten und vertragen, aber auch diese Schwächen waren nicht sowohl Fehler seines Charakters, als Narben aus dem Kampfe, in dem er die erbliche Belastung einer seit Jahrhunderten gehetzten und gequälten Rasse überwunden hatte. Seine Eitelkeit war ganz frei vom Neide; kein Mensch erkannte bereitwilliger fremdes Verdienst an als Lassalle, vorausgesetzt, daß es wirkliches Verdienst war. Sein Ehrgeiz war niemals auf kleinliche Ziele gerichtet und wann wäre ein großer Ehrgeiz ohne große Ansprüche zu haben gewesen? Die naive Offenheit, womit Lassalle seine Eitelkeit offenbarte und die ihm gespendeten Huldigungen einstrich, ohne viel nach ihrem Ursprung und ihrem Werthe

zu fragen, hat ihm manches harte Urtheil eingetragen, und doch war sie mehr ein mildernder, als ein erschwerender Umstand dieser Schwächen.

Lassalle war überhaupt bei aller hohen Bildung, bei aller Reflexion, die sein Thun und Lassen durchdrang, eine naive Natur geblieben. Er hatte viel von einem Kinde, von der Großherzigkeit und auch wohl von der Selbstsucht eines Kindes. Es war einige Renommage darin, wenn er von den Lastern seiner Kraft sprach: von seinen wilden Instinkten, seinem fürchterlichen Zorne, seiner grenzenlosen Leidenschaftlichkeit, seiner grausamen und mitleidslosen Härte, und es war auch einige Renommage in der Rolle des Don Juan, die er mehr spielte als erlebte. Am unleidlichsten scheint er sich gegeben zu haben, wenn er in den Berliner Salons als stutzerhafter Dandy mit eigelben Handschuhen um die schmachtenden Elviren der Bourgeoisie scherwenzelte, aber als Frau Herwegh ihm darüber gelegentlich eine Bemerkung machte, antwortete er mit gutmüthigem Lachen: So bin ich nun einmal bei solchen Gelegenheiten. Sterblich verliebt sein, war für ihn überhaupt kein Begriff, und er war darin ein durchaus antiker Charakter, daß ihm die Freundschaft höher stand als die Liebe. Er war das Muster eines Freundes, treu wie Gold, aufopfernd und zuverlässig, immer bereit, zu helfen und zu rathen und mit vollen Händen zu geben. Wer sein Wort hatte, der konnte auf ihn wie auf einen Felsen bauen, und gern führte er den einfältig treuherzigen Spruch des alten Simon Dach im Munde: Der Mensch hat nichts so eigen, nichts steht so wohl ihm an, als daß er Treu' erzeigen und Freundschaft halten kann.

Nach Paris war Lassalle gegangen, um in den dortigen Bibliotheken Vorstudien für ein Werk zu machen, das er über den griechischen Philosophen Heraklit zu schreiben gedachte. Empfehlungen Alexander v. Humboldts, der ihn „das Wunderkind" zu nennen pflegte, führten ihn bei den französischen Gelehrten ein, desselben Humboldt, der gleich darauf an der Intrigue spann, die Marx aus Paris trieb. Ob Marx und Lassalle sich damals begegnet sind, ist unbekannt geblieben; die nahen Beziehungen, die Beide zu Heine unterhielten, machen es immerhin wahrscheinlich. Aber so wahrscheinlich es sein mag, so unwahrscheinlich ist es, daß sie bei etwaigen Begegnungen sich näher getreten sein sollten. Sie verfolgten in jener Zeit genau entgegengesetzte Wege. Marx unterwarf die Hegelsche Philosophie einer zersetzenden Kritik, um aus ihr den Weg in die wirkliche Welt zu finden, während Lassalle in der Hegelschen Philosophie jenes höchste Wissen erlangt zu haben glaubte, das ihm zur höchsten Macht im wirklichen Leben werden sollte. Ist Lassalle während seines Pariser Aufenthalts zuerst dem Sozialismus näher getreten, und das ist wieder wahrscheinlich genug, so hat er den stärksten Anstoß von jener sozialdemokratischen Richtung erhalten, die sich gerade im Jahre 1844 um Ledru-Rollin und Louis Blanc als eine geschlossene Partei zu sammeln begann. Manches aus ihrem Gedankenkreise haftete noch zu einer Zeit, als Lassalle das Kommunistische Manifest aus- und inwendig kannte, in seinem Geiste mit einer Festigkeit, wie sie sich am leichtesten aus der frischen und tiefen Wirkung erster Eindrücke erklärt.

In die Heimath zurückgekehrt, arbeitete Lassalle an seinem Werk über Heraklit, aber noch ehe er es beendet hatte, warf ihn die zufällige Begegnung mit einer klugen, schönen und unglücklichen Frau in einen Strom praktischer Kämpfe, der nahezu ein Jahrzehnt seines Lebens verschlingen sollte. Dem unparteiischen Beobachter wird es schwer, auf Lassalles Krieg für die Gräfin Hatzfeldt mit derselben Befriedigung zurückzublicken, womit er selbst stets auf diesen „Triumph seines Lebens" zurückgeblickt hat. Es versteht sich, daß der boshafte Klatsch, der sich daran gehängt hat, nicht größere Beachtung verdient, als die erste beste Infamie, und ebenso wenig hat die für alte Weiber beiderlei Geschlechts anscheinend sehr interessante Frage, ob jemals intime Beziehungen geschlechtlicher Art zwischen Lassalle und der um zwanzig Jahre älteren Gräfin bestanden haben, das Mindeste zu thun mit dem moralischen oder politischen Urtheil über die Sache. Mit gutem Fug schrieb Lassalle kurz vor seinem Tode an Huber, daß er bei seinem Eintreten für die Gräfin Hatzfeldt von nichts weiter entfernt gewesen sei als von Frivolität, daß er dabei in seinem politischen Sinne durch und durch religiös gewesen sei, und noch treffender nannte er in seiner letzten Gerichtsrede ein praktisches ritterliches Pathos als das Motiv, das ihn in die Hatzfeldtschen Händel getrieben habe.

Ohne jeden Zweifel waren Lassalles Beweggründe rein und unantastbar. In der stillen vormärzlichen Zeit, verzehrt von glühendem Thatendrange, warf er sich zum Beschützer einer wehrlosen Frau auf, die gehetzt und verrathen war von denen, die sie schützen sollten, von ihrem Gatten, ihren Brüdern, ihrer Klasse, der das ebenso christliche wie unumschränkte Königthum höchstens ein hilfloses Wort des Trostes spendete, um dann doch wieder seine schirmenden Flügel über das ruchloseste Unrecht zu breiten. Das Schicksal der Gräfin Hatzfeldt war allerdings ein Mikrokosmos, in dem sich die ganze Niedertracht der Klassen spiegelte, die das vormärzliche Preußen regierten. Indem sich Lassalle, ein junger und machtloser Jude, gegen den Frevler erhob, vor dessen übermüthigem Trotze die Krone, der Adel, die Justiz scheu zurückgewichen waren, unternahm er eine Insurrektion auf eigene Faust. Und mag man tadeln, daß in seine revolutionäre Kampflust doch wohl einige romantische Ritterlichkeit hineingespielt haben möge, so hat er selbst diesen Tadel in der liebenswürdigsten Weise entwaffnet, indem er vor den Kölner Geschworenen sagte, daß die Jugend zu allen Zeiten das Alter der Uneigennützigkeit, der Begeisterung und Aufopferungsfähigkeit gewesen sei und bleiben werde.

Kreuzten sich einmal die Wege Lassalles und der Gräfin Hatzfeldt, so wäre Lassalle eben nicht Lassalle gewesen, wenn er mit gleichgiltigem Achselzucken an den Leiden dieser mißhandelten Frau vorbeigegangen wäre. Er sah in ihrer Angelegenheit allgemeine Prinzipien und Standpunkte verkörpert, er sagte sich, daß der Graf Hatzfeldt nur in der übermüthigen Stellung eines Fürsten und Millionärs solche Unthaten wagen dürfe, wie er gegen seine Gattin seit Jahrzehnten verübte. Hierin bewies Lassalle einen feineren und tieferen Blick für

revolutionäre Zusammenhänge als beispielsweise die Redaktion der Deutschen Brüsseler Zeitung, die ihren rheinischen Korrespondenten öffentlich anfuhr, er möge sich an die Skandalpresse wenden, wenn er über Lassalles Kämpfe gegen den Grafen Hatzfeldt berichten wolle. Ungleich gerechter urtheilte die Neue Rheinische Zeitung. Ohne sich gerade groß für die Sache zu erwärmen, berichtete sie doch ausführlich über den Prozeß, der im August 1848 vor den Kölner Assisen wegen Verleitung zum Kassettendiebstahle gegen Lassalle verhandelt wurde, und sie öffnete ihm auch sonst ihre Spalten zum Schutz und Trutz in seiner Fehde mit dem Grafen Hatzfeldt. Gerade aber wenn man die Neue Rheinische Zeitung studirt, wenn man auf ihrer ersten Seite die gewaltigen Aufsätze von Marx liest und dann auf ihrer vierten Seite Lassalle sich herumschlagen sieht mit bestochenen Kammerdienern und verrätherischen Kammerzofen, mit Huren und Hurenwirthen und allerlei sonstigem Gesindel, so bleibt ein Rest, zu tragen peinlich. Je ausgezeichneter Lassalle seine Sache führte, je rücksichtsloser er in seinen Angriffen, je stahlharter er in seiner Vertheidigung war, um so schwerer kommt man hinweg über seine Verstrickung in diesen Hader just zu einer Zeit, wo auch in Deutschland endlich einmal um der Menschheit große Gegenstände gerungen wurde.

Die Schuld daran scheint nun freilich nicht auf Lassalle zu fallen. Als er im Jahre 1846 die Sache der Gräfin Hatzfeldt in seine Hand nahm, konnte er nicht wissen, daß im Jahre 1848 eine Revolution in Deutschland ausbrechen werde. Und wenn er es hätte wissen können, so mußte er annehmen, daß er bis dahin der Gräfin längst zu ihrem Rechte verholfen haben würde. In der That — hätte es in dem herrlichen preußischen Staate noch irgend etwas wie Recht und Gerechtigkeit gegeben, so hätte Lassalles Krieg mit dem Grafen Hatzfeldt nicht so viele Wochen dauern dürfen, wie er Jahre gedauert hat. Es wäre unbillig, Lassalle zu tadeln, weil die preußische Korruption ihm immer neue Hindernisse schuf, bis er ein unleidliches Unrecht in ein leidliches Recht verwandeln konnte, ihm vorzuwerfen, daß er den einmal aufgenommenen Kampf nicht eher aufgab, als bis er ihn zum glücklichen Ende geführt hatte.

Es fragt sich nur noch, was unter einem glücklichen Ende zu verstehen sei. War es nicht auch ein glückliches Ende, den Kampf so weit zu treiben, bis die Unmöglichkeit, mit gesetzlichen Waffen der gesetzlosen Willkür eines preußischen Feudalherrn zu steuern, vor aller Welt Augen lag, bis die unheilbare Verderbniß des preußischen Staats in dem einzelnen Falle so nachdrücklich erwiesen war, daß dadurch für die Allgemeinheit ein starker Antrieb mehr gewonnen wurde, diesen Staat umzustürzen? Indessen eine solche Frage war für Lassalle überhaupt keine Frage; für ihn hatte der römische Dichter nicht gesagt, daß es genüge, Großes gewollt zu haben. Es gab für ihn nur das eine glückliche Ende, den mächtigen Frevler unter seine Füße zu zwingen. Um dies Ziel zu erreichen, scheute er nicht vor Mitteln zurück, die über das Maß hinausgingen, welches ein Kampf um allgemeine Prinzipien einhalten muß, um seiner selbst willen einhalten muß. Und dies ist der Schatten, der auf Lassalles Kämpfe für die Gräfin Hatzfeldt fällt.

Wohl hielt sich Lassalle in der Wahl seiner Waffen noch immer hoch über seinem Gegner. Was er durch die Kraft eines an klugen Hilfsmitteln unerschöpflichen Geistes erstreben konnte, das hat er auch nur durch sie erstrebt. Aber wenn er den Grafen Hatzfeldt persönlich niederwerfen wollte, so mußte er manches Mal über diese Grenze hinausgehen, so mußte er manches thun, von dem man, ohne dem philisterhaften Urtheil irgend ein Zugeständniß zu machen, doch wünschen möchte, daß er es nicht gethan hätte. Lassalle aber hätte es sich nie vergeben, wenn er vor der völligen Niederlage des Grafen aus dem Kampfe geschieden wäre. So war er einmal, und anders konnte er nach den Bedingungen seines Werdens nicht sein. Er mußte Uebermenschliches vollbringen, um dann am Allzumenschlichen unterzugehen. Ein neckisches Vorspiel tragischer Konflikte war es, daß, als Lassalle nach acht- bis neunjährigem Kampfe der Gräfin Hatzfeldt ein sehr großes und unabhängiges Vermögen erstritten hatte, ein sehr großer Theil dieses Vermögens in der Handelskrise von 1857 verloren ging.

Bei alledem vergaß Lassalle niemals, daß sein Leben der Revolution gehörte. Kaum hatten ihn die Kölner Geschworenen von der lächerlichen Anklage freigesprochen, zum Kassettendiebstahl verleitet zu haben, als Lassalle sich mit voller Kraft in die revolutionäre Bewegung stürzte. In Düsseldorf, wo sie ziemlich stark war, gehörte er zu ihren Leitern. Daraus ergab sich für ihn ein reger Verkehr mit dem demokratischen Kreisausschuß und der Neuen Rheinischen Zeitung. Im Jahre 1848 sind Lassalle und Marx sich zuerst näher getreten, und es ist unverkennbar, daß Marx damals großen Einfluß auf Lassalle gewonnen hat. Freilich wurde Lassalle niemals ein Schüler von Marx in dem Sinne, daß er unbesehen auf die Worte des Meisters schwor, nicht einmal in dem Sinne, daß die Auffassungen von Marx seiner geistigen Entwicklung eine neue Richtung gegeben hätten. Für eine solche Einwirkung war Lassalle schon viel zu abgeschlossen und fertig. Es gab eine bestimmte Grenze, über die hinaus ein Verständniß zwischen Lassalle und Marx unmöglich war, mochte sich diese Grenze auch nicht mit grundsätzlicher Schärfe ziehen lassen, eben weil sie durch den persönlich so grundverschiedenen, ja in gewissem Sinne geradezu entgegengesetzten Entwicklungsgang der beiden Männer gegeben war. Wo sich aus dem Selbstverständigungsprozesse von Marx das revolutionäre Ergebniß klar und rein herauslöste, da ergriff es Lassalle mit revolutionärer Thatkraft, aber an dem Prozesse selbst ging er achtlos vorüber. Das Kommunistische Manifest und die Neue Rheinische Zeitung haben einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht, seine revolutionären Anschauungen befestigt, geklärt, erweitert; aus der langen Reihe ihm wohlbekannter Aufsätze und Schriften aber, die Marx von der Rheinischen Zeitung bis zu dem Buche gegen Proudhon veröffentlicht hat, lassen sich in Lassalles Arbeiten keine oder höchstens sehr schwache Spuren entdecken.

In der Novemberkrise von 1848 leistete Lassalle dem Aufrufe des demokratischen Kreisausschusses begeisterte Heerfolge. Im Auftrage der Düsseldorfer Bürgerwehr und der Landwehrmänner des Kreises Düsseldorf verfaßte er Adressen

an die Nationalversammlung, worin es hieß: „Der passive Widerstand ist erschöpft. Wir beschwören die Nationalversammlung: erlassen Sie den Ruf zu den Waffen, den Ruf zur Pflicht.“ Lassalle war der eifrigste Adjutant Cantadors, der als Kommandant der Düsseldorfer Bürgerwehr Tag und Nacht Kugeln gießen ließ und sonst den bewaffneten Widerstand rüstete. Auch in der Umgegend Düsseldorfs agitirte Lassalle eifrig, wobei ihm wieder der Arbeiter Weyers als Adjutant diente. Er feuerte die ländliche Bevölkerung an, ihre Leute bereit zu halten, für Munition und Waffen zu sorgen.

Aber die Nationalversammlung erließ den ersehnten Ruf nicht, und am 22. November wurden Cantador, Lassalle und Weyers verhaftet. Nun begann eine gerichtliche Prozedur, die an schamlosen Rechtsverletzungen zu dem Aergsten gehörte, was die traurigen Novemberhelden auf diesem Gebiete vor sich gebracht haben. Der wüthende Haß, womit die rheinischen Justizbehörden Lassalle verfolgten, bewies allerdings, daß er in der Angelegenheit der Gräfin Hatzfeldt allgemeine Prinzipien vertrat, namentlich das vortreffliche Prinzip, eine durch und durch verseuchte Justiz aus dem Sumpfe aufzujagen, worin sie sich behaglich sonnte. Während wegen einer ganz gleichen Handlungsweise Marx, Schapper und Schneider angeklagt worden waren, zum bewaffneten Widerstande gegen das Militär und die Beamten aufgefordert zu haben, was nach dem Code als bloßes Vergehen galt, keine Untersuchungshaft bedingte und höchstens ein paar Monate Strafhaft nach sich zog, wurde Lassalle des Kapitalverbrechens angeklagt, zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgefordert zu haben, wonach die Untersuchungshaft geboten und im Falle der Verurtheilung die ganze bürgerliche Existenz Lassalles bedroht war. Um den bürgerlichen Geschworenen die Verurtheilung zu erleichtern, wurde der Bourgeois Cantador, der genau dasselbe wie Lassalle, nur in noch einflußreicherer Stellung gethan hatte, von der Anklage entbunden. Da aber doch ein freisprechendes Urtheil möglich war, so spannte diese würdige Justiz noch zwei besondere Stränge auf ihren Bogen. Erstens wurde die Untersuchungshaft Lassalles dadurch verlängert, daß der Staatsprokurator angeblich belastende Schriftstücke dem Untersuchungsrichter so lange unterschlug, bis es zu spät war, die Sache vor die nächsten Assisen zu bringen. Zweitens wurde für den Fall, daß die Geschworenen Lassalle freisprachen, die eventuelle Anklage gegen ihn gerichtet, zum bewaffneten Widerstande gegen das Militär und die Beamten aufgefordert zu haben, und dies wieder erstens unter Mißachtung des alten Rechtsgrundsatzes, daß Niemand wegen derselben Handlung zweimal angeklagt werden dürfe, und zweitens unter der lächerlichen Behauptung, die Aufforderung zur Steuerverweigerung und zum bewaffneten Widerstande sei gar kein politisches, sondern ein gemeines Vergehen, gehöre somit nicht vor die Geschworenen, sondern vor das Zuchtpolizeigericht. Es war eine Häufung von Nichtswürdigkeiten, wie sie damals selbst in der preußischen Justiz als ziemlich unerhört gelten konnten.

Am 3. Mai 1849 kam der Prozeß gegen Lassalle und Weyers endlich zur öffentlichen Verhandlung. Lassalle hatte seine Vertheidigungsrede vorher aus-

gearbeitet und in den Druck gegeben. Einzelne Druckbogen waren, übrigens ohne Lassalles Schuld, ins Publikum gelangt, und diesen Umstand benutzte der Gerichtshof, der wohl wußte, was ihm blühte, zu einem neuen Gewaltstreiche. Er schloß die Oeffentlichkeit aus unter dem Vorgeben, daß durch Lassalles Rede die öffentliche Ordnung gefährdet erscheine. Unter diesen Umständen verzichtete Lassalle darauf, zu sprechen, und beschwor die Geschworenen, kein Urtheil zu fällen, ehe ihm das Recht der Vertheidigung gewährt worden sei. Einzelne Geschworene wollten seinem Verlangen willfahren, doch ihre Mehrheit entschied sich dafür, Lassalle wie Weyers ohne Weiteres freizusprechen.

Die Vertheidigungsrede Lassalles ist im Druck erhalten. Sie unterscheidet sich in sehr bezeichnender Weise von der Vertheidigungsrede, die Marx ein paar Monate vorher gegen dieselbe Anklage gehalten hatte. Während Marx sich und die Geschworenen über die historische Sachlage verständigte, ihnen die Klassenkämpfe der deutschen Revolution auseinandersetzte und gewissermaßen ihnen selbst die Schlußfolgerung überließ, welche traurige Rolle ihnen die Regierung in diesen Kämpfen zumuthe, stürzte sich Lassalle mitten ins Lager der Feinde und mähte mit furchtbarem Schwert in ihren Haufen, wo sie am dichtesten standen. Er bekannte sich als Revolutionär, als entschiedener Anhänger der sozialen demokratischen Republik, aber er verschmähte es, sich der Staatsprokuratur gegenüber auf diesen Boden zu stellen. Er will sie nicht vom revolutionären Standpunkt aus widerlegen, er will auf ihren eigenen Standpunkt treten, um sie zu beschämen, um sie des Verraths an ihren eigenen Prinzipien zu überführen. Lassalles Vertheidigungsrede ist keine historische Untersuchung, wie die Vertheidigungsrede von Marx; sie ist eine zürnende Anklage des gemordeten Rechts gegen seine Mörder.

Die grundsätzliche Auffassung des preußischen Staatsstreichs ist bei Lassalle wesentlich dieselbe wie bei Marx. Manche Partien von Lassalles Rede klingen wie Echos aus der Neuen Rheinischen Zeitung. Indem aber Lassalle ganz mit Marx übereinzustimmen scheint, springt sofort der Gegensatz auf, der sie immer wieder trennte. Lassalle sagt mit anderen Worten dasselbe oder fast dasselbe wie Marx, wenn er ausführt: „Es ist im Völkerleben der Rechtsboden ein schlechter Standpunkt, denn das Gesetz ist nur der Ausdruck und geschriebene Wille der Gesellschaft, nie ihr Meister. Hat sich der gesellschaftliche Wille und das gesellschaftliche Bedürfniß geändert, so gehört der alte Kodex in das Museum der Geschichte, an seine Stelle tritt das neue Abbild, das neue Konterfei der Gegenwart." Aber sofort geht Lassalle dazu über, nachzuweisen, daß die Regierung durch die Gegenrevolution selbst ihren Rechtsboden zertrümmert habe und fügt dann hinzu: „Mir und den Meinen gehört er jetzt an! Wir haben ihn seit dem November mit Beschlag belegt. Die Revolution ist vom Rechtsbodenstandpunkte aus zur juristischen Nothwendigkeit geworden. Die Erinnye des gemordeten Rechtsbodens schreit jetzt mit dem Bedürfniß der Völker um die Wette zu den Waffen." Sätze, die Marx so wenig inhaltlich wie stilistisch jemals aus seiner Feder gebracht hätte.

Uebrigens steht dies verunglückte Bild ziemlich einsam in Lassalles, an treffenden Bildern und Vergleichen sonst überreicher Rede. Lassalles Rhetorik war nichts weniger als hohl und leer, und es spricht mehr für als gegen sie, daß die Geschmacklosigkeiten, an denen es ihr nicht mangelt, sich dann einzustellen pflegen, wenn die innere Logik seines Standpunkts brüchig zu werden beginnt. Es beweist gerade den genauen Zusammenhang zwischen Form und Inhalt, wenn mit dem Inhalt auch sogleich die Form unsicher wird. Wo Lassalle festen Boden unter seinen Füßen hat, da ist seine Rhetorik durchaus geschmackvoll, beziehungsreich, bis zum Rande mit revolutionärer Energie gefüllt.

Es ist wahr: Marx führt wohl einen kurzen tödtlichen Schwertstoß, wo Lassalle seine Klinge erst im Sonnenlichte kreisen läßt, ehe sie dem Gegner das Haupt vom Rumpfe trennt. Wenn Marx sagte, der passive Widerstand gleiche dem Sträuben des Kalbes gegen seinen Schlächter, und die Steuerverweigerer hätten den revolutionären Weg verschmäht, um nicht ihre Köpfe zu riskiren, so war damit alles Nothwendige gesagt. Aber deshalb war es nichts Ueberflüssiges, wenn Lassalle denselben Gedanken in blendenden Lichtern spielen ließ, wenn er sagte: „Der passive Widerstand, das ist der Widerspruch in sich selber, es ist der duldende Widerstand, der nicht widerstehende Widerstand, der Widerstand, der kein Widerstand ist.... Der passive Widerstand, das ist der bloße innere böse Wille ohne äußere That. Die Krone konfiszirte die Volksfreiheit und die Nationalversammlung dekretirte zum Schutze des Volkes den bösen Willen. Unbegreiflich würde es sein, wie die allergewöhnlichste Logik es zuließ, daß eine gesetzgebende Versammlung sich mit solcher unvergleichlichen Lächerlichkeit beflecken konnte, daß sie nicht lieber offen den Befehlen der Krone sich unterwarf — unbegreiflich würde es sein, wenn es nicht zu begreiflich wäre! Der passive Widerstand ist das Produkt von folgenden Faktoren: Die klar erkannte Schuldigkeit, pflichtmäßig widerstehen zu müssen und die persönliche Feigheit, nicht auf Gefahr von Leib und Leben widerstehen zu wollen, diese beiden Potenzen erzeugten in ekelerregender Umarmung in der Nacht vom 10. November das schwindsüchtige Kind, die hektische Geburt des passiven Widerstandes." Der eine Stil hat ein so gutes Recht, wie der andere, und jeder von beiden hat in seiner besonderen Weise den Kampf des revolutionären Proletariats wirksam gefördert.

Nachdem Lassalle von den Geschworenen freigesprochen worden war, führte die Justiz ihr sauberes Plänchen aus und stellte ihn nochmals wegen derselben Handlung vor besoldete Richter. Das Zuchtpolizeigericht besudelte sich auch wirklich mit der ihm angesonnenen Schmach und verurtheilte Lassalle zu sechs Monaten Gefängniß. Als er endlich den Kerker verlassen konnte, war die deutsche Revolution erloschen.

Viertes Kapitel.

Die Ausgänge der deutschen Revolution.

I. Frankfurt und Berlin.

Nachdem die Gegenrevolution in Wien und Berlin gesiegt hatte, richtete sich ihr Bestreben selbstverständlich darauf, mit der deutschen Nationalversammlung reinen Tisch zu machen. Diese Versammlung war zwar ein sehr entartetes, aber sie war doch immer ein Kind der Revolution. Aus demselben Grunde schaarten sich um sie alle noch widerstandsfähigen Elemente der Bevölkerung. Wider Verdienst und Würdigkeit kam der Frankfurter Schwatzklub schließlich zu einer Art historischer Rolle, wenn er sie anders nur zu spielen gewußt hätte.

Die Politik, welche die österreichischen und die preußischen Gewalthaber gegen Frankfurt verfolgten, war nicht dieselbe. Das österreichische Kabinet wollte thatsächlich zu der alten Bundesverfassung zurückkehren, die ihm die herrschende Stellung in Deutschland gesichert hatte, ohne ihm irgend welche Verpflichtungen gegen Deutschland aufzuerlegen. Indem die österreichische Gegenrevolution den gesammtösterreichischen Staat in straffsten Formen zentralisirte, erklärte sie zugleich, sie werde in dem neu zu bildenden deutschen Staatskörper ihre alte Stellung zu behaupten wissen. Das hieß aber nichts anderes, als die deutsche Einheit unmöglich machen. Die deutsch-österreichischen Gebiete konnten nicht zugleich einem deutschen und einem österreichischen Gesammtstaat angehören. Das deutsche Programm der österreichischen Gegenrevolution war somit die Wiederherstellung des deutschen Bundestags. Wenn sie dies Programm einstweilen nicht mit dem Nachdrucke vertrat, womit sie entschlossen war, es zu vertreten, so hinderte sie daran allein die siegreich fortschreitende Rebellion der Ungarn.

Dagegen wollte die preußische Regierung in dem Schiffbruche der Revolution für sich im Trüben fischen. Die Kreuzzeitung enthüllte dies Programm, indem sie sagte, die Krone solle Frankfurt dadurch vernichten, daß sie entschieden, aber freundlich mit Frankfurt bräche. Zur selben Zeit, wo ein österreichischer General der Frankfurter Versammlung den Kopf Blums verächtlich vor die Füße warf, umarmte der König von Preußen seinen „Freund“ Gagern unter Thränen der Rührung. War es sonst das Schicksal Friedrich Wilhelms IV., bei seinen Komödien gefoppt zu werden, so hatte er diesmal das Glück, auf einen Komödianten zu stoßen, den sogar er foppen konnte und wirklich gefoppt hat.

Die Tage schienen gekommen zu sein, wo die Rotte Gagern die Frucht pflücken konnte, nach der sie so lange begehrlich geschielt hatte. Die hartnäckige Weigerung Oesterreichs, sich auf irgend etwas einzulassen, was der deutschen Einheit auch nur von ferne ähnlich sähe, machte es möglich, mit der preußischen Kaiserherrlichkeit ans Tageslicht zu kommen. Der Oesterreicher Schmerling räumte dem

edlen Gagern das imaginäre Präsidium des imaginären Reichsministeriums ein, und im Parlamente selbst begann eine Reihe verworrener Parteikämpfe, aus denen die Reichsverfassung vom 28. März 1849 hervorging.

Diese Verfassung war nicht entfernt so freisinnig, wie sie nach der liberalen Legende gewesen sein soll, obgleich sie beträchtliche Vorzüge vor der bundestäglichen Verfassung Deutschlands hatte. Aber selbst wenn ihre Augen so schön gewesen wären, wie ihre Bewunderer behaupteten, so fehlten ihr die Beine, womit sie ins wirkliche Leben spazieren konnte. Sie beruhte auf einem von schwarzgelber Bosheit gesegneten Kompromiß der Linken und der Erbkaiserlichen, wie sich nunmehr die Rotte Gagern nannte. Der Streit zwischen den österreichischen Großdeutschen und den preußischen Kleindeutschen hatte den Demokraten der Linken eine größere Macht verschafft, als sie nach der Zahl ihrer Köpfe und ihrer Talente beanspruchen konnten. Sie sträubten sich zunächst gegen die deutsche Einheit unter der preußischen Pickelhaube und unterstützten insofern die Großdeutschen, die mit ihren partikularistischen, reaktionären, ultramontanen Bestandtheilen übrigens eine mindestens ebenso gemischte Gesellschaft waren, wie die Kleindeutschen. Als dann aber die österreichische Gegenrevolution die Verfassung vom 4. März mit ihren stramm zentralistischen Tendenzen oktroyirte, ging die Linke zu Gagern und Genossen über. Sie erklärte sich bereit, den Erbkaiser zu verschlucken, wenn ihr zwei Zugeständnisse gemacht würden: das allgemeine Wahlrecht und das suspensive Veto.

Nach der neuen Verfassung sollte der Reichstag aus einem Staatenhause und einem Volkshause bestehen, deren Uebereinstimmung zu einem Reichsbeschlusse nothwendig war. Das Staatenhaus sollte zu gleichen Theilen von den Regierungen und den Kammern der Einzelstaaten gewählt werden, das Volkshaus aber, wie die Linke verlangte, nach allgemeinem gleichem geheimem und direktem Wahlrechte. Noch größeren Werth legte diese Partei auf das suspensive Veto, wonach der Einspruch des Kaisers gegen Beschlüsse des Reichstags dahin eingeschränkt wurde, daß ein vom Reichstage in drei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden unverändert gefaßter Beschluß mit dem Schlusse des dritten Reichstags zum Gesetze werden sollte, auch wenn ihm der Kaiser nicht zustimmte. Es kennzeichnet die damalige Konfusion, daß um dies Hirngespinst mit der größten Hartnäckigkeit gekämpft wurde. Die heutige Reichsverfassung kennt weder ein absolutes, noch ein suspensives Veto des Kaisers; der Bundesrath besorgt ausreichend die nöthige Reaktion, wie sie, wäre die Reichsverfassung jemals ins Leben getreten, das Staatenhaus besorgt haben würde.

Im Uebrigen gelang das Kompromiß zwischen der Kaiserpartei und der Linken nur dadurch, daß österreichische Stimmen sowohl die Annahme des Erbkaiserthums als auch die Annahme des suspensiven Vetos entschieden. Nach Gagerns Programm sollten die Beziehungen zwischen dem neuen Deutschland und dem neuen Oesterreich besonders geregelt werden, und die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt machten sich den Spaß, dem preußischen Könige eine Suppe zu serviren, in welche sie vorher gespuckt hatten. Gegen das suspensive

Veto hatte die preußische Regierung bereits protestirt. Die Kompromißler, Kaiserpartei wie Linke, halfen sich einstweilen über alle bangen Ahnungen mit dem schriftlichen Rütlischwure hinweg, nach einmal endgiltig beschlossener Verfassung für irgend wesentliche Aenderungen an ihr oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite solche auch verlangt werden sollten, nicht stimmen zu wollen.

Der Schlußstein des Verfassungswerks war dann die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser der Deutschen. Sie erfolgte mit 290 Stimmen, während 248 Abgeordnete sich der Abstimmung enthielten. Die feierliche Deputation, welche die neu gebackene Krone nach Berlin bringen sollte, trieb sich ein paar Tage in Deutschland herum, um nicht just am Narrentage des 1. April an ihrem Ziele einzutreffen. Indem sie der chronologischen Kritik ihres Schwabenstreichs auswich, hatte sie aber manche hymnologische Kritik ihrer Narretei zu erdulden; in Köln wurde sie mit einer solennen Katzenmusik empfangen. Jedoch die ärgste Enttäuschung harrte ihrer im Berliner Schlosse, in dessen Vorzimmern schon die Lakaien ihren Führer, den „tönenden Rhapsoden" Simson, als einen überlästigen Bittsteller behandelten.

Der romantische König selbst schwankte hin und her zwischen altpreußischem Abscheu vor der Revolution und altpreußischem Appetit auf Annexionen. Einerseits ekelte ihn vor der Frankfurter Krone, die ihn, wie er in seiner anmuthigen Sprechweise sagte, mit ihrem Ludergeruche der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch gottlob nicht böseſten dieses Jahrhunderts, überschwänglich verunehre; einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, könne ein legitimer König von Gottes Gnaden sich nicht geben lassen, am wenigsten ein König von Preußen, der den Segen habe, wenn auch nicht die älteste, so doch die edelste Krone zu tragen, eine Krone, welche Niemandem gestohlen worden sei, worüber bekanntlich andere Leute, wie beispielsweise die römische Kurie, anderer Meinung waren und sind. Andererseits sah der König ein, daß der altpreußische Appetit nach des Nächsten Hab und Gut sich den Mund zu wischen habe, wenn Frankfurt untergehe und die Sache in die Hände der Fürsten falle. Es ist nicht zu leugnen, daß sich diesmal in den romantischen Rücken des Königs ein Dilemma der preußischen Staatsraison ganz getreulich wiederspiegelte. Zunächst versuchte sie es, „freundlich" mit Frankfurt zu brechen.

Was der König der feierlichen Deputation der Nationalversammlung antwortete, war ein feierliches Gespreize von Worten, das er selbst in einem Brief an Bunsen dahin erläuterte: „Ich kann euch weder ja noch nein sagen. Man nimmt nur an und schlägt nur aus eine Sache, die geboten werden **kann**; und ihr da habt gar nichts zu bieten: das mache ich mit meines Gleichen ab. Jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten. Adieu!" In der That war dies der Sinn des königlichen Bescheides, und man muß bewundern, wie glücklich Friedrich Wilhelm IV. die Sprache eines Hausknechts in die offizielle Verlogenheit wohlklingender Phrasen zu hüllen verstand.

Wie die Berliner, so scheiterte die Frankfurter Versammlung an dem Prinzip der Vereinbarung. Indem der romantische König die Krone ablehnte, weil nicht die Volksvertreter, sondern die Fürsten sie zu vergeben hätten, stellte er klipp und klar die Frage: wer ist in Deutschland souverän, die Fürsten oder das Volk? Die Frankfurter Versammlung wurde gewaltsam auf den revolutionären Standpunkt zurückgeworfen, den sie zu ihrem Unheile verlassen hatte. So wurde die Reichsverfassung, verkrüppelt wie sie sein mochte, zum Panier der Revolution, zur Fahne aller Elemente, die nicht gewillt waren, in die Hände des vormärzlichen Absolutismus abzudanken. Im Kampf um die Reichsverfassung spielte sich der letzte Akt der deutschen Revolution ab.

Der letzte Akt, nicht weil er zufällig mit der Niederlage der Revolution endete, sondern weil er nothwendig mit ihr enden mußte. Unter dem frischen Eindrucke der Ereignisse schrieb Engels: „Denen es Ernst war mit der Bewegung, war es nicht Ernst mit der Reichsverfassung, und denen es Ernst war mit der Reichsverfassung, war es nicht Ernst mit der Bewegung." Nach dem Siege der absolutistisch-feudalen Gegenrevolution in Oesterreich und in Preußen erhielt die Reichsverfassung erhöhten Werth für die deutsche Bourgeoisie, aber diese Klasse war im Frühling 1849 noch viel entnervter und entmuthigter, als sie schon im Frühling 1848 gewesen war. Am besten gefiel ihr an der Reichsverfassung, daß deren allseitige Annahme endlich die „Revolution geschlossen" hätte. Um diesen Zweck war ihr sogar das Mittel feil. Trotz ihres Rütlischwurs auf die Reichsverfassung fand sich die Rotte Gagern schon Ende Juni in Gotha zusammen und schloß mit dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel einen feigen Pakt, worin sie die Reichsverfassung verleugnete und sich mit der Sorte deutscher Einheit und Freiheit befriedigt erklärte, die dem preußischen Staatsstreich in den Kram paßte.

Umgekehrt hatte das Proletariat nicht das geringste Interesse an dem erblichen Kaiserthum der Hohenzollern, und selbst an den vorgeschrittensten Bestimmungen der Reichsverfassung hatte es nur so viel Interesse, als sie ihm den Weg nicht zum Siege, sondern zum entscheidenden Kampfe einigermaßen zu ebnen versprachen. Um so wichtiger war für die Arbeiter, daß die revolutionäre Bewegung nicht im Sande verrann, das Prinzip der Volkssouveränetät nicht zum Spielball für militärische Schnurrbärte wurde. „Nichts widersinniger", schrieb Born in der Verbrüderung, „als eine Revolution für den Erbkaiser machen zu wollen, einen König zwingen zu wollen, daß er eine Krone annehme." Aber er fügte hinzu, eine ganz andere Frage sei, ob die Volksvertreter zu Narren der Fürsten werden dürften. „Das Volk, wir haben das Recht, unseren Abgeordneten in Frankfurt unsere entschiedene Mißbilligung ihres bisherigen Verhaltens kundzugeben; wir, die Wähler, haben das Recht, sie zurückzuberufen oder sie auseinanderzujagen, wenn sie nicht gehen wollen, aber den Fürsten steht dies Recht nicht zu. Indem wir die Frankfurter Versammlung unterstützen, wollen wir nicht zugleich den Erbkaiser; wir unterstützen die Volkssouveränetät und nichts

anderes.“ Von diesem Standpunkt aus griff das Proletariat, soweit es zum Klassenbewußtsein erwacht war, kräftig in die Reichsverfassungskampagne ein. Es stellte ihr die tapfersten und unermüdlichsten Kämpfer.

Ungleich stärker, als die Bourgeoisie und auch als das Proletariat, war das Kleinbürgerthum, und bei ihm lag die Entscheidung, mit welchem Maße von Energie und Erfolg der Kampf um die Reichsverfassung geführt werden sollte. Dieser Klasse, und namentlich dem süddeutschen Kleinbürgerthum, war die Reichsverfassung auch am passendsten auf den Leib geschnitten. Die neue Einheit ließ die Einzelstaaten mit bescheidenen Einschränkungen ihrer Souveränetät bestehen, und das famose suspensive Veto gestattete in aller Gemüthlichkeit, den Kaiser sammt den Fürsten eines schönen Morgens abzuschaffen und flugs die geliebte Kantönlirepublik ins Leben zu rufen. Freilich war es auch für die demokratischen Kleinbürger eine harte Zumuthung, mit den Waffen in der Hand für die Reichsverfassung einzutreten. Aber sie hatten so oft geschworen, Gut und Blut für das Vaterland zu opfern, und namentlich ihre bäuerlichen Elemente empfanden ein ebenso aufrichtiges wie berechtigtes Grauen vor der Wiederkehr des vormärzlichen Feudalismus. Dazu lockte die Bourgeoisie, die unter Umständen gern dabei ist, wenn andere Leute für sie ins Feuer gehen, die Kleinbürger in den Kampf, natürlich mit dem Vorbehalte, sie nach dem ersten Schusse zu verrathen, während das Proletariat sie in den Kampf trieb, natürlich mit dem Vorbehalte, nach dem letzten Schusse seine eigenen Forderungen geltend zu machen. Das Kleinbürgerthum selbst erkannte nach dem ersten Schusse die Konsequenzen des Kampfes und scheute deshalb vor dem letzten Schusse zurück, wodurch die Reichsverfassungskampagne ihren haltlosen und zerfahrenen Gang erhielt.

Ihre Aussichten waren an und für sich keineswegs ungünstig. In Frankreich drohte ein neuer Ausbruch der sozialistisch-demokratischen Partei gegen die monarchistische Reaktion; in Ungarn jagten die aufständischen Magyaren in einer Reihe von Siegen die österreichischen Regimenter vor sich her; in Italien widerstand die römische Republik der französischen Invasion. In Deutschland selbst ging eine elementare Bewegung durch die Massen; die wachsenden Unverschämtheiten der Gegenrevolution, ihre Eid- und Wortbrüche, die Feigheit der Märzminister machten nachgerade auch den schläfrigsten Philister rebellisch. Die Bewegung war stark genug, 28 deutsche Regierungen zur Anerkennung der Reichsverfassung zu zwingen; es widerstanden außer Oesterreich und Preußen nur noch die vier mittelstaatlichen Königreiche Baiern, Hannover, Sachsen und Württemberg, und auch von ihnen mußte Württemberg kapituliren. In Preußen und Sachsen forderten die Kammern die Anerkennung der Reichsverfassung, und die bairische wie die hannöversche Regierung schützten sich vor der gleichen Zumuthung nur dadurch, daß jene ihre Kammern nicht einberief und diese sie auflöste. Dabei bestand ein tiefes Mißtrauen zwischen Preußen und den Mittelstaaten, welche die heimlichen hohenzollernschen Appetite natürlich sehr gut kannten; sie verharrten in tiefem Schweigen, als die preußische Regierung sie wie die übrigen Regierungen

am 3. April aufforderte, Bevollmächtigte nach Frankfurt zu senden, um sich wegen einer gemeinsamen Vereinbarung mit der Nationalversammlung zu verständigen.

Es kam jetzt darauf an, ob sich die Frankfurter Versammlung zu einer energischen Haltung aufraffen könne. Sie erklärte am 11. April feierlich, an der Reichsverfassung und dem allgemeinen Wahlrechte festhalten zu wollen, und setzte einen Ausschuß von dreißig Mitgliedern nieder, der berathen sollte, wie diese Politik praktisch durchzuführen sei. Der Ausschuß bestand gleichmäßig aus Angehörigen der Kaiserpartei und der Linken; als seine Taktik empfahl ein kundiger Thebaner, daß weder die demokratischen Elemente zu heftig vordrängen, noch die gemäßigten Elemente zu sehr zurückbleiben dürften. Leider aber gab er nicht gleichzeitig die Methode an, wie die Versammlung vorwärts kommen sollte, indem sie die eine Hälfte der Gäule vor, und die andere hinter den Wagen spannte, und so ließen die Vorschläge des Ausschusses den Wagen auf demselben Flecke. Nach ihnen sollten erstens die widerspenstigen Regierungen aufgefordert werden, die Reichsverfassung nunmehr endlich anzuerkennen. Zweitens sollte ihnen verboten werden, die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Kundgebungen des Volkswillens zu unterdrücken, insbesondere sollten sie von ihrem Rechte, ihre Landtage aufzulösen und zu verlegen, in diesem entscheidenden Augenblicke keinen Gebrauch machen. Drittens sollte der Reichsverweser, der seit der Annahme der Reichsverfassung offenkundigen Verrath zu Gunsten Oesterreichs trieb, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der Verfassung wirken. Nach dreitägiger Debatte führte die Versammlung am 26. April mit großer Energie diese drei Schläge ins Wasser.

Gleichzeitig aber warf die preußische Regierung die Maske ab. Hatte sie zunächst den „friedlichen Bruch" mit Frankfurt versucht, so scheiterte dieser Plan daran, daß die mittelstaatlichen Könige sich nicht aufs Glatteis locken ließen und die anschwellende Massenbewegung sich um die Reichsverfassung scharte, nicht wegen, sondern trotz des preußischen Kaiserthums. Zudem waren die preußischen Revisionskammern Ende Februar zusammengetreten, und die zweite Kammer zeigte sich viel widerspenstiger, als der Regierung lieb war. Sie bestand zu ziemlich gleichen Theilen aus einer frondirenden Linken, den ehemaligen Steuerverweigerern, und einer gouvernementalen Rechten, in der sich Bourgeois wie Camphausen und Junker wie Bismarck zusammenfanden. Aber die Rechte wurde nur vorläufig zusammengehalten durch den Wunsch, die Rechtsgiltigkeit der oktroyirten Verfassung vom 5. Dezember 1848 in der Antwortadresse auf die Thronrede anzuerkennen; sie zerfiel, nachdem dieser Zweck mit einer knappen Mehrheit erreicht worden war, und es fehlte jede Aussicht, daß die junkerlichen Wünsche bei der Revision der Verfassung durchgesetzt werden würden. Daneben verlangte die zweite Kammer die Anerkennung der Reichsverfassung und die Aufhebung des widerrechtlich über Berlin verhängten Belagerungszustandes. In der deutschen Frage hatte die Regierung nur eine Handvoll Junker hinter sich, unter denen sich Bismarck durch abgeschmackte Hohnreden auf die deutschen Einheitskämpfe, auf die Empörung der

Schleswig-Holsteiner gegen ihren „rechtmäßigen Landesherrn“ und ähnliche, wie sogar altpreußische Patrioten sagten, „antediluvianische“ Sottisen auszeichnete.

Jedoch wie in der Novemberkrise zeigten die junkerlichen Staatsstreichler auch jetzt, daß sie am letzten Ende zu handeln wußten, während die Bourgeoisie nur in alle Ewigkeit fortzuschwatzen verstand. Am 26. April hatte die Nationalversammlung ihre Schläge ins Wasser geführt, am 27. April jagte die preußische Regierung die zweite Kammer auseinander, ließ das herrliche Kriegsheer in wehrlose Massen schießen und brach offen mit Frankfurt. In einer Note vom 28. April schrieb sie der Reichsverfassung den endgiltigen Scheidebrief, und an demselben Tage forderte sie diejenigen Regierungen, die mit ihr gemeinsam die deutsche Einheit gründen wollten, zu gemeinsamen Konferenzen in Berlin auf. Sie fügte hinzu, daß sie die nothwendigen Maßregeln getroffen habe, um den willfährigen Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hilfe in „gefährlichen Krisen“ zu leisten. Die preußische Regierung bot sich den deutschen Dynastien als Henker der Revolution an in der Hoffnung, daß die deutschen Dynastien ihr dafür die Vorherrschaft zugestehen würden. Man mag zweifeln, ob diese Politik dümmer oder treuloser war; darüber aber kann man ganz beruhigt sein, daß die furchtbaren Hiebe, womit sie in Olmütz von dem habsburgischen Stock und in Warschau von der zarischen Knute gezüchtigt wurde, durchaus verdient waren.

Die Frankfurter Versammlung machte noch einen schwachen Versuch des Widerstandes, indem sie am 4. Mai auf Grund der Reichsverfassung den neuen Reichstag zum 22. August einberief und die Wahlen für das Volkshaus auf den 15. Juli anberaumte. Obgleich der Beschluß abermals ziemlich wolkenhafter Natur war, da die Wahlen bei dem Widerstande der großen und fast aller mittleren Regierungen kaum im sechsten Theile Deutschlands stattfinden konnten, so gab dies angebliche Verlassen des „Rechtsbodens“ der Kaiserpartei doch den ersten Anlaß zur Ausreißerei, die in demselben Umfange zunahm, in welchem die Volksbewegung nun zu explodiren begann. Die Aufstände in Dresden, in Rheinpreußen, in Baden und in der Pfalz zerstäubten die Rotte Gagern und gaben das Heft der Frankfurter Versammlung in die Hand der Linken.

Leider bewies auch diese Partei jetzt eine traurige Unfähigkeit. Statt den verrätherischen Reichsverweser zum Teufel zu jagen, ließ sie sich von ihm nach der Flucht des edlen Gagern durch ein Ministerium hänseln, das aus den komischen Personen der Versammlung zusammengesetzt war, und statt die revolutionären Aufstände zu konzentriren und zu organisiren, vertrödelte sie die Zeit mit Aufrufen und Beschlüssen, deren hochtönende Redensarten in umgekehrtem Verhältniß standen zu der Kraft, die in ihnen steckte. Der klassische Typus dieser kleinbürgerlichen Demokraten war Karl Vogt, der in Nürnberg die fränkische Revolution abwiegelte, weil ihm die nöthigen Garantien für seine persönliche Sicherheit fehlten. Derselbe „Reichsweinschwelg“ loderte in einer an ihm doppelt komischen Entrüstung auf, als Wilhelm Wolff, der als Stellvertreter des ausgerissenen Historikers Stenzel einberufen worden war, am 26. Mai der Versammlung sagte,

sie solle doch endlich aufhören, ebenso wirkungslose wie wortreiche Aufrufe an das Volk zu erlassen; wenn sie etwas thun wolle, so solle sie den Reichsverweser als ersten Volksverräther für vogelfrei erklären und den heranrückenden Heeren der dynastischen Reaktion wohlorganisirte Sturmkolonnen entgegensetzen. Wenige Tage darauf flüchtete die Versammlung schon vor ihrem geliebten Reichsverweser aus Frankfurt, warf sich aber auch jetzt nicht in das Lager des badischen Aufstandes, sondern ging nach Stuttgart, wo sie an die Stelle des Reichsverwesers Karl Vogt und vier andere Mitglieder als Reichsregenten wählte. Es erübrigt, die lächerlichen Befehle dieser Leute aufzuzählen; das Parlament selbst hatte noch das Glück, von der württembergischen Regierung gewaltsam gesprengt zu werden und so eines halbwegs anständigen Todes zu sterben.

Die preußische Regierung wußte den Monat Mai besser zu benützen. Sie berief einen großen Theil der Landwehr ein, schlug den Aufstand in Dresden nieder, verschärfte den Belagerungszustand in Berlin, verhaftete Waldeck, den Führer der parlamentarischen Opposition, unter der unheimlichen Anklage des Hochverraths und sammelte gewaltige Truppenmassen in den westlichen Landestheilen, um die Unruhen in der Rheinprovinz und die Revolution im südwestlichen Deutschland zu ersticken. Ihr famoses Programm hatte nur ein großes Loch: so gern die anderen deutschen Regierungen ihre Henkersdienste annahmen, so wenig dachten sie daran, sich in ihre schönen Augen zu verlieben. Mit Mühe und Noth preßte sie Hannover und Sachsen zu dem sogenannten Dreikönigsbündniß, das genau so lange währte, wie die Bedrängniß der beiden Mittelstaaten. Die Verfassung dieses neuen Bundes war ein Abklatsch der Reichsverfassung, der die preußische Vorherrschaft zu Gunsten des dynastischen Partikularismus abstumpfte und sonst alle diejenigen Bestimmungen strich, die in der Reichsverfassung einen historischen Fortschritt bedeutet hatten. Das allgemeine, obschon indirekte Wahlrecht sollte scheinbar fortbestehen, aber dadurch zu einer widerlichen Karrikatur entwürdigt werden, daß es weder geheim noch gleich bleiben sollte. Mit jenem schmutzigen Zynismus, der das Ministerium Brandenburg-Manteuffel kennzeichnete, wurde die öffentliche Dreiklassenwahl aus dem spukhaften Dasein der neuen Unionsakte gleich ins praktische Leben übersetzt und für Preußen oktroyirt.

Die edlen Staatsstreichler behaupteten, damit eine Abschlagszahlung auf die preußische Bundestreue zu leisten, und in einem amtlichen Bericht an den König sagten sie höhnisch, dem Volke dürfe auch bei den Wahlen die Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Wie sich ein solches Uebermaß nichtswürdiger Gesinnung ans Tageslicht wagen konnte, würde heute noch unbegreiflich sein, wenn es nicht allzu begreiflich würde durch die klägliche Politik der bürgerlichen Klasse. Unterwarf sich die Rotte Gagern Ende Juni dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel auf ihrer Versammlung in Gotha, so erklärte die Rotte Unruh schon Mitte Juni auf einer Versammlung in Köthen, nach Oktroyirung des Dreiklassenwahlsystems überhaupt die Flinte ins Korn werfen zu wollen. Vergebens widersetzten sich die thatkräftigeren Elemente des Kleinbürgerthums, wie Schulze-Delitzsch und die

neugegründete Urwählerzeitung in Berlin. Obgleich die kleinbürgerlichen Wähler durch das Dreiklassenwahlsystem viel mehr geschädigt wurden, als die großbürgerlichen, so begriffen sie doch ganz gut, daß der Beschluß des absoluten Nichtsthuns, mag er auch aus beleidigtem Rechtsgefühl oder sonst den erhebendsten Beweggründen gefaßt sein, der thörichtste Entschluß ist, den eine politische Partei fassen kann. Sie drangen aber nicht durch; selbst ein Mann wie Rodbertus schlug sich auf Unruhs Seite in der kindlichen Hoffnung, daß die Bourgeoisie, wenn die gefährlichen Steuerverweigerer von der Bühne verschwänden, der absolutistisch-junkerlichen Reaktion kräftigeren Widerstand leisten würde.

Die einzigen Lichtblicke in den traurigen Agonien der deutschen Revolution waren die Aufstände, in denen um die Reichsverfassung gekämpft wurde. Sie konnten nicht siegen, theils weil die Frankfurter Versammlung versagte, theils auch weil die europäische Lage durch die Niederlage der sozialistisch-demokratischen Partei in Frankreich und durch den russischen Einfall in das siegreiche Ungarn einen völligen Umschwung erlitt. Auch waren sie nichts weniger als frei von den kläglichen Schwächen, Unklarheiten und Verräthereien, welche die deutsche Revolution überhaupt ruinirt haben. Aber sie waren die einzigen ernsthaften Versuche, diese Revolution noch zu retten und namentlich so weit das Proletariat an ihnen betheiligt war, bilden sie ehrenvolle Episoden in seiner Geschichte.

II. Die Reichsverfassungskampagne.

Der erste Aufstand brach in Dresden aus. Der sächsische König hatte sich von Berlin anstiften lassen, die Reichsverfassung unter keinen Umständen anzuerkennen, und er hielt an seinem Widerstande hartnäckig fest trotz aller bürgerlichen Agitationen, die ihn unter Hinweis auf die im ganzen Lande herrschende Aufregung um Nachgiebigkeit anflehten. Als am 3. Mai eine Kundgebung der Bürgerwehr und ein Versuch des Proletariats, sich aus dem Zeughause zu bewaffnen, zu einem blutigen Zusammenstoße mit dem Militär geführt hatte, floh der König auf den Königstein. Aber auch die Bürgerwehr zog sich vorsichtig zurück, als rothes Blut geflossen war, und die provisorische Regierung, die sich am 4. Mai konstituirte, konnte nur in sehr bedingtem Sinne als eine revolutionäre Behörde gelten. Ihre drei Mitglieder wurden aus den drei Fraktiönchen entnommen, in welche sich die bürgerliche Opposition des sächsischen Landtags spaltete, und in ihren Ansichten gingen sie sehr weit auseinander. Todt war ein liberalisirender Bureaukrat der vormärzlichen Zeit, Heubner gehörte zur Linken der Frankfurter Versammlung und meinte es ernst mit der Reichsverfassung, während der einzige Tzschirner es ernst mit der Revolution meinte. Leider beging auch er den Fehler, zum militärischen Oberbefehlshaber den Oberstlieutenant Heintze zu ernennen, der ehedem in griechischen Diensten gestanden hatte, und ein völlig unfähiges Subjekt, wenn nicht ein Verräther war.

Was den Aufstand zunächst rettete, war der Zuzug industrieller und ländlicher Arbeiter aus der Umgegend. Sie bildeten den Kern der Barrikadenkämpfer, und sie gewannen ein paar entschlossene und fähige Führer in Bakunin und Born. Bakunin nahm der Hilflosigkeit der provisorischen Regierung die Dinge über dem Kopfe weg, während Born der Unfähigkeit des Kommandanten abzuhelfen wußte. Born kommandirte in der Schloßgasse auf der wichtigsten Barrikade, die er dadurch uneinnehmbar machte, daß er die inneren Wände der Häuser, die nach dem Schlosse vorwärts und dem Rathhause rückwärts liefen, rechtzeitig durchbrechen ließ. Als sich Heintze am 7. Mai den Truppen der Regierung auslieferte, erhielt Born auch thatsächlich den militärischen Oberbefehl, den er mit ebenso großer Geschicklichkeit wie Kaltblütigkeit zu führen wußte.

War das Ausreißen der Dresdener Bürgerwehr einigermaßen durch den proletarischen Zuzug von Außen ausgeglichen, so beruhten die ferneren Aussichten des Aufstandes darauf, daß sich das Land erhob, um die Hauptstadt zu entsetzen. Das geschah aber nicht, Dank vornehmlich der Feigheit der Leipziger Bourgeoisie, die sich weigerte, den Aufstand zu unterstützen. Ihre Haltung entschied für die Städte, da Leipzig in viel höherem Grade als Dresden der industrielle und kommerzielle Mittelpunkt des kleinen Königreichs war. Der vereinzelte Zuzug vom Lande konnte aber den Aufstand nicht halten; er reichte kaum hin, die Lücken zu füllen, welche übermenschliche Anstrengung in die Reihen der Barrikadenkämpfer riß. Ihre Zahl stieg nicht über 3000 Mann, die nur höchst gemischte Waffen und an Artillerie nicht mehr als ein paar kleine Böller besaßen, während das Ministerium preußische Regimenter zu Hilfe rief und zuletzt über 15 000 Mann aller Truppengattungen verfügte. Die besten Büchsen der Aufständischen reichten lange nicht so weit, wie die Spitzkugelgewehre der Soldaten, und ihre Vierpfünder dienten eigentlich nur zum Lärmmachen, während die Barrikaden mit einem wahren Kartätschenregen überschüttet wurden.

Um so bewundernswerther war die Ausdauer, womit der Aufstand sich vier Tage lang hielt, vom Morgen des 5. bis zum Morgen des 9. Mai. Er hätte sich noch einen Tag länger halten können, aber nur auf die Gefahr hin, daß dann die Stadt völlig umschlossen und den Aufständischen jeder geordnete Rückzug abgeschnitten worden wäre. Da alle Aussicht auf Entsatz geschwunden war, so hielt es Born, wie er selbst sagt, für vernünftiger, einige Tausend der tapfersten Freiheitskämpfer den Klauen des Despotismus zu entreißen, als sie nutzlos erwürgen zu lassen. Am Morgen des 9. Mai gaben dreimal drei Schläge vom Kreuzthurme das Signal zum allgemeinen Rückzuge nach Freiberg. Born sah richtig ein, daß die Sache in Sachsen verloren sei und verlangte den Rückzug ins Gebirge, von wo die Aufständischen sich für den südwestdeutschen Aufstand retten konnten. Trotz seines Widerspruchs ließen sich Bakunin und Heubner zu einem aussichtslosen Zuge nach Chemnitz verleiten, der beide in die Gewalt der Regierung lieferte. Born selbst entkam mit genauer Noth den sächsischen Gardereitern und ging über Böhmen nach der Pfalz, wo er durch eine schwere Er=

krankung gezwungen wurde, sich in ein Straßburger Spital zu begeben. Andere sächsische Mitkämpfer nahmen thätigen Antheil an dem badisch-pfälzischen Aufstande; sie zeichneten sich durch Arbeitsamkeit in den Bureaus und durch Tapferkeit auf dem Schlachtfelde aus.

Gehörten die militärischen Lorbeeren des Dresdener Kampfes den Unterlegenen, so rächten sich die Sieger dafür durch unmenschliche Grausamkeit. Die sächsische Regierung, an deren Spitze der windige Zwergdiplomat v. Beust stand, hatte den zweideutigen oder vielmehr unzweideutigen Befehl erlassen, daß sie nicht durch zu viele Gefangene belästigt werden wolle, und dem etwa noch mangelnden Verständniß der sächsischen Soldaten halfen die preußischen Vaterlandsretter aus, indem sie wehrlose Gefangene niederstießen oder in die Elbe stürzten. Graf Waldersee, der Befehlshaber der Strafpreußen, gesteht die Thatsache selbst ein und sucht sie nur dadurch zu beschönigen, daß er den sächsischen Proselyten nachredet, sie hätten es noch ärger getrieben, als ihre preußischen Lehrer. Ferner mußten es sich die Dresdener Spießbürger, die während des Kampfes die Soldaten mit Kalbsbraten gefüttert hatten, verdientermaßen gefallen lassen, von ihren Pfleglingen geplündert zu werden, worüber die Presse der Leipziger Bourgeoisie nachträglich ein großes Halloh erhob. Ein minder zweifelhafter Ausdruck sittlicher Entrüstung und ein treffendes Wort dazu war es, wenn selbst Ruge unter dem schauerlichen Eindrucke der von den Rettern der Gesellschaft in dem eroberten Dresden verübten Missethaten meinte, die Gegenrevolution wecke wieder die Bestie im Menschen, nachdem die Revolution den Menschen in der Bestie erweckt habe.

An den Gefangenen, die lebend davon kamen, übte eine ehrlose Justiz ihr Henkeramt aus. Die kindischen Figuren der deutschen kleinstaatlichen Diplomatie hatten seit je einen Zug vom Vitzliputzli, und die Gräber auf dem Friedhofe des Zuchthauses in Waldheim werden von Beust noch erzählen, wenn seine diplomatischen Ränke und Schwänke längst vergessen sind. Schmutzige Nahrung, aufreibende Zwangsarbeit, der Mensch eine Nummer in der Sträflingsjacke, jedes gesprochene Wort, jedes Anbieten einer Prise Schnupftabak bei Strafe der körperlichen Züchtigung verboten — das war die Rache des geretteten Gottesgnadenthums an den tapferen Maikämpfern. Viele wurden auf diese Weise langsam gemordet, Andere überstanden die furchtbare Strafe ein Jahrzehnt, wie Heubner, oder selbst anderthalb Jahrzehnte, wie der Kapellmeister August Röckel, der sich wie andere namhafte Künstler, wie sein Kollege Richard Wagner und der Baumeister Gottfried Semper, an dem Aufstande betheiligt hatte. Bakunin war aus den sächsischen in österreichische und aus diesen wieder in russische Kerker ausgeliefert worden, um dann in die sibirischen Eiswüsten verbannt zu werden.

Wie in Sachsen, so gährte es auch in Schlesien, aber an diesem gefährdeten Punkte war die preußische Regierung seit lange auf ihrer Hut. Ein erster Versuch, in Breslau Barrikaden zu bauen, wurde sofort durch die Verhängung des Belagerungszustandes erstickt, und die ländlichen Bezirke hielten fliegende Kolonnen nach wie vor im Zaum. Noch mehr hatte sich die Regierung in den

westlichen Provinzen vorgesehen und ein vereinzelter Aufstand in den Rheinlanden war von vornherein aussichtslos. Trotzdem kam es hier zu einzelnen gewaltsamen Konflikten.

Es war sogar die Bourgeoisie, welche die Feindseligkeiten begann. Eine große Anzahl rheinischer Gemeinderäthe trat am 8. Mai in Köln zusammen und erklärte sich für die Frankfurter Versammlung in ihrem Streite mit der preußischen Regierung. Sie forderte das „gesammte Volk der Rheinlande" auf, an der Reichsverfassung festzuhalten, verlangte von der Frankfurter Versammlung „kräftigere Maßregeln", um dem Widerstande des Volkes gegen die wohlorganisirte Gegenrevolution die nöthige Einheit und Stärke zu geben, erklärte die theilweise Einberufung der Landwehr für eine unnöthige, den inneren Frieden in hohem Maße gefährdende Maßregel, gab dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel ein entschiedenes Mißtrauensvotum und drohte schließlich unverblümt, daß, falls ihr Wille nicht erfüllt würde, „selbst der Bestand Preußens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gefährdet" erscheine. Wären diese Worte so ernsthaft wie großartig gewesen, so hätte aus dem rheinischen Aufstande trotz aller militärischen Uebermacht wohl etwas werden können, aber die Macher der Versammlung trieben dieselbe Politik, wie ein halbes Jahr früher die Berliner Steuerverweigerer: sie wollten die Kleinbürger und Proletarier wohl ins Feuer locken, aber nur so weit, wie es ohne Gefahr für ihre eigene Haut möglich war, die sie denn auch vortrefflich zu salviren verstanden haben.

Zunächst widersetzten sich die Landwehrleute im bergisch-märkischen Industriebezirk ihrer Einkleidung. Elberfeld und Iserlohn waren die Mittelpunkte dieses Widerstandes, und der Versuch der Regierung, ihn militärisch niederzuschlagen, mißlang vorläufig. Aus Elberfeld wurden die Truppen, ein Bataillon Infanterie, eine Schwadron Ulanen und zwei Geschütze, mit blutigen Köpfen heimgeschickt, und das gegen Iserlohn kommandirte Bataillon wagte überhaupt keinen Angriff auf die verbarrikadirte Stadt. Auf die Nachricht von dem Rückzuge der Truppen aus Elberfeld erhoben sich die Arbeiter in Düsseldorf, doch gar nicht oder schlecht bewaffnet, wie sie waren, erlagen sie nach einem hartnäckigen Barrikadenkampfe der starken Garnison. Glücklicher waren die Solinger Arbeiter, die das Gräfrather Zeughaus erstürmten und sich daraus bewaffneten. In Elberfeld, Iserlohn, Solingen und Hagen wurden die Kreis- und Ortsbehörden lahm gelegt, an ihrer Stelle Sicherheitsausschüsse niedergesetzt.

Das Schicksal dieses Aufstandes hing davon ab, ob das linke Rheinufer dem rechten zu Hilfe kommen könne, und das war unmöglich wegen der erdrückenden Uebermacht des Militärs. Wie in Düsseldorf, so mußte jeder Aufstandsversuch in Köln, Koblenz, Aachen, Trier mit dem Siege der Regierung enden und die letzten Chancen des bergisch-märkischen Aufstandes vernichten. Eine revolutionäre Bewegung war links vom Rheine nur in den kleinen Städten und auf dem platten Lande möglich. Hier fehlte sie auch nicht ganz; in Neuß und Kempen brachen Unruhen aus, das Zeughaus in Prüm wurde unter Führung

Imandts und Schilys erstürmt, Kinkel und die Bonner Demokraten unternahmen einen Angriff auf das Zeughaus in Siegburg. Aber solche einzelne Vorstöße genügten natürlich nicht, um dem bergisch-märkischen Industriebezirke Luft zu machen. Auf diesem eigentlichen Schauplatze des rheinpreußischen Aufstandes wurde Alles verdorben durch den Verrath der Bourgeoisie, die nach dem ersten Schusse entweder ausriß oder sich in wilder Angst um ihr heiliges Eigenthum verzehrte, und durch die Kopflosigkeit des Kleinbürgerthums, das sich doch noch lieber von der verrätherischen Bourgeoisie umgarnen, als von der proletarischen Revolution vorantreiben ließ. Die zitternden Kleinbürger des Elberfelder Sicherheitsausschusses dienerten unausgesetzt vor der Bourgeoisie, drängten dagegen Engels, der aus Köln herbeigeeilt war, um den militärischen Widerstand zu organisiren, zum Thore hinaus, indem sie seine Thätigkeit vollauf anerkannten, aber ihn himmelhoch anflehten, die Stadt zu verlassen, da die Bourgeoisie durch seine Anwesenheit im höchsten Grade allarmirt sei und jeden Augenblick fürchte, daß er die rothe Republik ausrufen könne. Engels, der von vornherein erklärt hatte, dem politischen Charakter der Bewegung fremd bleiben zu wollen, erwiderte, daß er sich nicht aufdrängen wolle, aber den einmal übernommenen Posten nicht verlassen könne, ohne einen ausdrücklichen Befehl des Sicherheitsausschusses und des Kommandanten, der ihm denn auch von jenem sofort und von diesem nach vielfachem Drängen der bürgerlicheu Aengsterlinge ertheilt wurde.

Ihre Kourage wurde übrigens keineswegs durch die Kourage der preußischen Generale übertroffen. Um vier offene Städte zu überrennen, bildeten diese vorsichtigen Feldherren ein vollständiges Heer von 20000 Mann und ließen es hinter der Ruhr eine regelrechte strategische Aufstellung nehmen. Inzwischen erkannten die bewaffneten Revolutionäre Elberfelds, daß die bürgerliche Klasse nur darauf warte, sie an die Gegenrevolution zu verrathen, und schlugen sich nach der aufständischen Pfalz durch, unter einer fortwährenden Hetzjagd, welche aufgestachelte Bauern und preußische Ulanen auf sie machten. Die aufathmende Bourgeoisie ließ schleunigst die Barrikaden abtragen und dafür den herannahenden Truppen Ehrenpforten erbauen. Ebenso wurden Hagen und Solingen durch die verrätherische Bourgeoisie den Truppen in die Hände gespielt, und nur Iserlohn mußte in zweistündigem Kampf erobert werden.

Nun gewann die Regierung auch endlich den Muth zu einem vernichtenden Schlage gegen die Neue Rheinische Zeitung. Das Blatt zählte 6000 Abonnenten, mehr als es vor seiner zeitweisen Unterdrückung im September gehabt hatte; es war eine revolutionäre Macht geworden und je näher die letzte Stunde der Entscheidung heranrückte, um so hageldichter fielen seine Streiche auf die Gegenrevolution. Damals stellte ihm die Kreuzzeitung das ehrenvolle Zeugniß aus, daß gegen seine Chimborassofrechheit der Moniteur von 1793 matt erscheine. Zu einer gleichen Kühnheit vermochten sich die Helden des Staatsstreichs nicht aufzuraffen; sie nahmen ihre Zuflucht zu der erbärmlichen polizeilichen Finte, Marx als angeblichen Ausländer aus Preußen auszuweisen. Den übrigen Redakteuren stand,

wie die Polizei erklärte, entweder auch die Ausweisung oder, wo diese nicht möglich war, die Verhaftung bevor. Ein paar Dutzend Prozesse waren gegen sie anhängig. So mußte die Neue Rheinische Zeitung am 19. Mai 1849 aufhören zu erscheinen.

In ihrer rothgedruckten Abschiedsnummer warnte sie die Kölner Arbeiter vor jedem Putsch in Köln. „Nach der militärischen Lage Kölns wäret ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und sie hinterher aufs niederträchtigste verräth. Der Belagerungszustand in Köln würde die ganze Rheinprovinz demoralisiren, und der Belagerungszustand wäre die nothwendige Folge jeder Erhebung von eurer Seite in diesem Augenblick. Die Preußen werden an eurer Ruhe verzweifeln. Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken euch beim Abschied für die ihnen erwiesene Theilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: Emanzipation der arbeitenden Klasse!" Mit zermalmenden Worten brandmarkte Marx die Feigheit der an ihm verübten Gewaltthat: „Wozu eure heuchlerischen, nach einem unmöglichen Vorwande haschenden Phrasen? Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksichten von euch. Wenn die Reihe an uns kömmt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes und Rechts Gnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie verstockt, feig, doppelzüngig, in beiden Beziehungen ehrlos. Der preußische Regierungswisch ist albern genug, von einem durch Karl Marx ‚schmählich verletzten Gastrecht' zu sprechen. Das Gastrecht, welches die frechen Eindringlinge, die Vorderrussen (Borussen) uns Rheinländern auf unserem eigenen Grund und Boden oktroyirt haben, ist allerdings ‚schmählich' durch die Neue Rheinische Zeitung verletzt worden. Wir glauben uns dadurch den Dank der Rheinprovinz verdient zu haben. Wir haben die revolutionäre Ehre unseres heimischen Bodens gerettet." Und Freiligrath sang der gemeuchelten Vorkämpferin des Proletariats das unvergessene Abschiedslied:

Kein offner Hieb in offner Schlacht —
Es fällen die Nücken und Tücken,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen Westkalmücken!
Aus dem Dunkel flog der tödtende Schaft,
Aus dem Hinterhalt fielen die Streiche —
Und so lieg' ich nun da in meiner Kraft,
Eine stolze Rebellenleiche!

Von den Redakteuren der Neuen Rheinischen Zeitung begab sich Marx nach Paris, wo damals noch die Entscheidung bevorstand, die am 13. Juni zu Ungunsten der sozialistisch-demokratischen Partei fiel. Wolff ging in die Frankfurter Versammlung, die er vergebens zu einer energischen Haltung aufzustacheln bemüht war. Engels ergriff die Muskete und betheiligte sich an dem badisch-pfälzischen Aufstande, als Adjutant Willichs, in dessen Freikorps die Revolutionskämpfer eingetreten waren, die sich aus den rheinpreußischen Aufständen durchgeschlagen hatten.

Der badisch-pfälzische Aufstand unterschied sich von den rheinischen und sächsischen Kämpfen dadurch, daß hier das Kleinbürgerthum unter sich war. Die Entscheidung über die norddeutsche Revolution war thatsächlich schon in der preußischen Novemberkrisis gefallen. Nachdem sich die preußische Bourgeoisie aus Angst vor dem Proletariat unter das Joch der Gegenrevolution gespannt und das norddeutsche Kleinbürgerthum diese selbstmörderische Politik mitgemacht hatte, war eine siegreiche Revolution in dem preußischen Machtbereiche vorläufig unmöglich. Darüber mußte der Verlauf der Aufstände in Dresden und dem bergisch-märkischen Industriebezirke alle Zweifel zerstreuen. Anders im südlichen und namentlich südwestlichen Deutschland, wo der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat erst in schwachen Ansätzen bestand.

In Baden war nahezu die ganze Bevölkerung einig in ihrem Hasse gegen eine achselträgerische, grausame und wortbrüchige Regierung. Sie ließ sich nicht einmal beschwichtigen, als der Großherzog sich zur Anerkennung der Reichsverfassung bequemte. Das von junkerlichen Offizieren mißhandelte Heer stellte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung und verhalf ihr zum siegreichen Durchbruche. Nicht ganz so einmüthig war die benachbarte Rheinpfalz, in der es einzelne reaktionäre Bezirke gab. Aber auch sie hatte sich das bairische Joch vom Nacken geschüttelt, und auch hier war ein Theil des Militärs zum Volke übergegangen. Mit Ausnahme der altbairischen Truppen gährte es in allen süddeutschen Heeren, und die Bevölkerungen von Württemberg, Hessen, Nassau, Franken warteten nur auf ein allgemeines Signal der Empörung. Stieß das badische Heer gegen Frankfurt vor und brachte es die deutsche Nationalversammlung unter seinen terrorisirenden Einfluß, so war das ganze südwestliche Deutschland ein Kriegslager der Revolution, und dann mochte selbst ein großer Erfolg in den Rheinlanden noch keineswegs ausgeschlossen sein.

Alle diese Aussichten und Möglichkeiten wurden durch den kleinbürgerlichen Landesausschuß vernichtet, der in Karlsruhe als revolutionäre Behörde herrschte, besonders durch den Advokaten Brentano, ein Mitglied der Frankfurter Linken, das in diesem Landesausschusse die leitende Rolle spielte. Er sträubte sich hartnäckig, Maßregeln zu ergreifen, welche das Ländchen in Kämpfe werfen konnten, die weit über seinen kleinbürgerlichen Horizont hinausgingen. Die Brentanos in Karlsruhe weigerten sich ebenso, nach Frankfurt zu marschiren, wie die Vogts in Frankfurt sich weigerten, die Leitung des südwestdeutschen Aufstandes zu übernehmen. Brentano hätte sich gern durch die revolutionäre Bewegung zum Minister des Großherzogs machen lassen, aber es ging ihm schon sehr gegen den Strich, daß er sich auf dem Stuhle seines flüchtigen Fürsten niederlassen sollte. Alles was er that, geschah im schielenden Hinblick darauf, wie er es nach der Rückkehr seines legitimen Landesherrn verantworten könnte, und so that er Alles, was in seiner nahezu unbeschränkten Macht stand, um die badisch-pfälzische Revolution in Grund und Boden zu verfahren. Ein Versuch kräftigerer Elemente, ihm eine revolutionäre Politik aufzuzwingen, scheiterte an seiner schier grenzenlosen Volks-

thümlichkeit. Freilich schlug diese Volksthümlichkeit in ebenso große Verachtung um, als Brentano vor den einrückenden Preußen floh und das badische Kleinbürgerthum in den Händen rachsüchtiger Feinde ließ. Aber die eine Empfindung war so ungerecht oder auch, je nachdem man es nehmen will, so gerecht wie die andere: eben dieselbe kleinbürgerlich beschränkte Pfiffigkeit, die Brentano zum Lieblinge der badischen Spießbürger machte, verrieth die badische Revolution.

Sobald es entschieden war, daß sie ein bloßer Lokalaufstand bleiben sollte, war der beste Theil ihrer Bedeutung dahin. Aber auch in dieser Beschränkung that Brentano nichts, sie zu retten. Die Abgesandten der Pfalz, die ihn um Geld, Geschütze, Gewehre anflehten, hielt er mit leeren Reden hin. Er wagte nicht einmal, die feudalen Lasten aufzuheben, unter denen die badischen Bauern noch seufzten. Ebenso wenig that er etwas für die Organisation der militärischen Streitkräfte, zu der ihm von Mitte Mai bis Mitte Juni reichliche Zeit gelassen war. Außer 21 000 Mann Linientruppen, die in Baden und in der Pfalz übergegangen waren, konnte der Aufstand über 8 bis 10 000 Mann Volkswehren und 13 bis 15 000 Mann Bürgerwehren verfügen. Diese ganz respektablen Kräfte verbummelten in einem gemüthlichen Kneipenleben. Lieutenant Sigel, der anfängliche Oberbefehlshaber des badischen Heeres, zeichnete sich durch Muth, aber nicht durch Einsicht aus. Andere Offiziere, welche die Kriegsminister spielen sollten, erwiesen sich als unfähig oder hatten gar verrätherische Neigungen.

Erst in höchster Noth war Brentano zu bewegen, den Oberbefehl über das badisch-pfälzische Heer an den Polen Mieroslawski zu übertragen, der sich seiner Aufgabe mit großem Eifer und Geschick annahm, aber unwiederbringliche Versäumnisse nicht wieder einbringen konnte. In seinem Tagesbefehle vom 13. Juni gab er die Stärke der badischen Rhein- und Neckararmee auf 20 000 Mann an, von denen nur zwei Drittel zum Kampfe verwandt werden könnten, und höchstens die Hälfte eine geregelte Schlacht zu liefern im Stande sei. Dazu kam die pfälzische Streitmacht, die in ihrer Blüthezeit 5 bis 6000 Gewehre und 1000 bis 1500 Sensen musterte. Sie bestand bunt gemischt aus Linie und Volkswehr, und ihr fehlte so ziemlich jede Disziplin. Schlagfertig waren fast nur Willichs Schaar, die 7 bis 800 Köpfe zählte und das rheinhessische Freikorps, dessen treffliche Mannschaften leider in Zitz und Ludwig Bamberger zwei im Ausreißen ebenso geübte, wie im Kämpfen ungeübte Führer besaßen.

Ueberhaupt ließ, auch abgesehen von Brentano und seinem Landesausschusse, die militärische und politische Führung außerordentlich zu wünschen übrig. Die polnischen Offiziere, die sich dem Aufstande zur Verfügung stellten, taugten meist nicht viel, da die besten Kräfte der polnischen Emigration auf dem ungarischen Kriegsschauplatze thätig waren. Der General Sznayde, der das pfälzische Heer befehligen sollte, enthüllte sich als ein unfähiger Schlemmer. Doch besaß er einen tüchtigen Generalstabschef in Techow, der wegen seiner Betheiligung an dem Berliner Zeughaussturme zu 15 Jahren Festungshaft verurtheilt und glücklich aus den Kasematten von Magdeburg entkommen war. Neben Techow that sich der

ehemals preußische Lieutenant Willich als geschickter und kühner Parteigänger hervor. Andere Offiziere bewährten sich besser oder schlechter, allzu oft auch gar nicht; mehr als sie alle zeichnete sich Johann Philipp Becker aus, dem Mieroslawski den Befehl über die badischen Volkswehren anvertraut hatte. Becker hatte sich seit den Tagen von Hambach immer revolutionärer entwickelt und in der hanebüchenen Schule der schweizer Miliz seine Organisationskunst, Strategie und Taktik gelernt.

In der bürgerlichen Verwaltung entwickelte sich eine gewaltige Stellenjägerei, die sich als „Konzentrirung aller demokratischen Kräfte Deutschlands" großartig genug drapirte. Wie Brentano und Zitz, so blamirte Arnold Ruge die Frankfurter Linke, indem er beharrlich, obgleich vergeblich nach dem Pöstchen des badischen Gesandten in Paris angelte. Einige andere Parlamentarier zeigten allerdings, daß sie des ewigen Schwatzens müde geworden und besserer Leistungen fähig waren. In der Pfalz war d'Ester die Seele alles dessen, was an praktischer Organisation geleistet wurde, in Mannheim fungirte Trützschler als Zivilkommissar, im badischen Heere der alte Schlöffel als rühriger Kriegskommissar, während sein Sohn in Reih und Glied kämpfte. Leider hatten die tüchtigen „Ausländer" und „Norddeutschen" unter der kläglichen Eifersucht des badischen und pfälzischen Kantönligeistes zu leiden.

Gegen diesen innerlich zerfahrenen Aufstand wälzten sich nun unter dem Oberbefehle des Prinzen von Preußen ungeheure Heeresmassen heran. Es wäre ein Kinderspiel gewesen, die badisch-pfälzische Revolution durch einen raschen Vorstoß zu erdrücken, aber die Gegenrevolution zog es vor, ein sehr vorsichtiges Spiel zu spielen, und sie hatte ihre guten Gründe dazu in der unsicheren Stimmung der süddeutschen Truppen und der rheinischen Landwehren. Die beiden preußischen Korps Gröben und Hirschfeld, das Bundeskorps Peucker, das aus klein- und mittelstaatlichen Kontingenten zusammengesetzt war, ein bairisches Reservekorps Thurn und Taxis, ganz ungerechnet zwei Observationskorps, die Württemberg in Heilbronn und Oesterreich in Vorarlberg aufstellten, umklammerten den Herd des südwestdeutschen Aufstandes. Es war eine Uebermacht von ziemlich hunderttausend Mann scharf gedrillter und reichlich ausgerüsteter Truppen, welche die paar Zehntausende von mangelhaft bewaffneten und geübten, oft auch mangelhaft geführten Rebellen nicht sowohl besiegten als erdrückten.

Die aufständischen Truppen bewiesen im Kampfe durch Beispiele tragikomischer Panik, daß ihnen die militärische Disziplin fehlte, aber auch durch Beispiele unvergleichlichen Heldenmuths, daß trotz alledem revolutionärer Geist in ihnen lebte. Die Kommunisten und Proletarier, die in ihren Reihen kämpften, bewährten sich immer als die tapfersten Soldaten. In dem entscheidenden Treffen bei Waghäusel, das die Aufständischen mit allen Ehren verloren, fiel der junge Schlöffel an der Spitze seines Bataillons. Den beschwerlichen Rückzug von Heidelberg auf Karlsruhe und Rastatt mitten durchs Gebirg deckte Becker mit seinen ungeschulten Volkswehren so geschickt und erfolgreich, daß selbst die preußischen

Gamaschenknöpfe dieser militärischen Leistung ihre Anerkennung spendeten. Unter den Mauern von Rastatt fanden sich noch 13 000 Mann als letzte Reste des badischen und pfälzischen Heeres zusammen, und sie hielten sich in zweitägigen Kämpfen an der Murg so tapfer, daß die sechsmal stärkeren Feinde sie nur durch eine Umgehung über das neutrale württembergische Gebiet hinweg aufrollen konnten. Hier fiel Moll durch einen Schuß in den Kopf. Aus London, wohin er sich nach dem Kölner Septemberkrawall geflüchtet hatte, war er schon im Winter nach Deutschland zurückgekehrt, um von Neuem im Proletariat zu agitiren. Wie immer, zeigte er sich auch im badisch-pfälzischen Aufstande bereit, die gefährlichsten Aufgaben zu übernehmen; vor dem Ausbruche des Kampfes hatte er mitten in dem preußischen Heere Fahrkanoniere für die pfälzische Artillerie geworben. Nach dem Verluste der Murglinie blieb den Trümmern des Revolutionsheeres nur noch die Flucht in die Schweiz.

Die Gegenrevolution hatte gesiegt, aber Lorbeeren hatte sie nicht geerntet. Dafür erfrischte sie sich in ihrem alten Geschäfte des Mordens. Wie in Dresden, so war auch nach den einzelnen Gefechten in Baden und in der Pfalz das Füsiliren wehrloser Gefangener von den Soldaten ausgeübt worden. Nach der Niederwerfung des gesammten Aufstandes wurden jetzt Kriegsgerichte in Mannheim, Rastatt und Freiburg niedergesetzt. Sie verstanden anfangs ihre kannibalische Aufgabe nicht völlig, und verurtheilten die vor sie geschleppten Revolutionskämpfer nicht zum Tode, sondern zu schweren Zuchthausstrafen. Da kam aus dem Hauptquartier des Prinzen von Preußen der Befehl, neue Kriegsgerichte einzusetzen, die dann auch wirklich die Zivilisation der preußischen Gegenrevolution richtiger abzuschätzen wußten. Sie verurtheilten 28 Revolutionäre zum Tode, Männer darunter, die wie Trützschler und der Schullehrer Höfer, gar nicht am Kampfe theilgenommen hatten. Alle Verurtheilten starben wie Helden, herrlich bezeugend den Adel der menschlichen Natur, den der Prinz von Preußen auf seiner Flucht nach dem 18. März so gänzlich zu verleugnen gewußt hatte. 68 andere Freiheitskämpfer wanderten durch den Spruch der Kriegsgerichte auf zehn Jahre ins Zuchthaus. Der Dichter Gottfried Kinkel, der neben Moll als Gemeiner des Willichschen Freikorps in den Kämpfen an der Murg verwundet und gefangen worden war, wurde vom Könige von Preußen zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“, nachdem das Kriegsgericht auf lebenslängliche Festungsstrafe erkannt hatte. Das gehörte so zu den jottvollen Witzen, zu denen der romantische König durch den „Aufblick nach Oben“ begeistert wurde. Ungezählt sind die Opfer, die heimlich in den Kasematten von Rastatt durch Hunger, Mißhandlung, durch den in feuchten, erstickenden Löchern gezüchteten Typhus hingeschlachtet wurden.

In der süddeutschen Bevölkerung blieb hinfort der Name des „Kartätschenprinzen“ lebendig, wie im Westen Englands der Name Jeffreys nach den Blutigen Assisen.

III. Die deutsche Emigration.

In der Mitte des Jahres 1849 hatte die deutsche Revolution ihr Ende erreicht, und der weiße Schrecken herrschte von Mannheim bis Memel. Er ließ seine Opfer unter den Kugeln des Standrechts verbluten oder folterte sie in Kerkern und Zuchthäusern. Wie vor 1848, war eine revolutionäre Propaganda innerhalb Deutschlands nur als geheime Organisation möglich, und öffentlich war sie nicht anders möglich als vom Auslande her.

Soweit sie möglich war, durfte sie noch keineswegs als ganz aussichtslos gelten. In Frankreich waren noch immer nicht die entscheidenden Würfel gefallen, und somit war das Schicksal der europäischen Revolution immer noch nicht endgiltig besiegelt. Es ist begreiflich, daß die deutschen Flüchtlinge, die sich in England und namentlich in der Schweiz zu vielen Tausenden gesammelt hatten, auf ein baldiges Wiedererwachen der Revolution in ihrem Vaterlande hofften und eifrig daran arbeiteten. Die in jedem Betrachte trostlose Lage, worin sie sich befanden, mußte ihre Anstrengungen um so verzweifelter machen, aber freilich auch ihren politischen Blick in demselben Maße trüben, in welchem die Aussichten der Revolution sanken. Dazu kam, daß die deutsche Flüchtlingschaft eine sehr verworrene Masse darstellte. Die heftige Gewaltsamkeit der Gegenrevolution hatte selbst die harmlosesten Rebeller vertrieben; innerhalb der deutschen Emigration waren von den zaghaftesten Parlamentlern bis zu den entschlossensten Kommunisten alle denkbaren Schattirungen der Opposition vertreten.

Jeder Anlauf, diese Masse zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen, war von vornherein aussichtslos oder verlief, wo er dennoch versucht wurde, in den leeren Lärm pomphafter Aufrufe und beim ersten Schritte des Handelns in die unerbaulichsten Zänkereien. Die Klassenkämpfe, die den Gang der Revolution bestimmt hatten, ließen sich in der Emigration nicht wegphantasiren, sondern mußten auch in ihr durchgekämpft werden. Im Spiegel der Illusionen, die das Flüchtlingselend unaufhörlich erzeugte, um sie unaufhörlich zu vernichten, nahmen sie oft genug eine Form an, welche die Gegenrevolution mehr beruhigen als beunruhigen durfte, wenn nur nicht der siegreiche Absolutismus und Feudalismus die „Riesenschatten seiner eigenen Schrecken im hohlen Spiegel der Gewissensangst" gesehen hätte.

Er fuhr fort, die Flüchtlinge zu drangsaliren, und in der Schweiz hatte er auch vollen Erfolg. Wie jedesmal vorher und nachher in den Kämpfen dieses Jahrhunderts versagte das schweizerische Asylrecht in dem Augenblicke, wo es seine Kraft beweisen sollte. Die Schweiz befand sich, wie Marx zu sagen pflegte, in der schlimmen Lage eines kleinen Landes, das eine große Geschichte gehabt hat. Ihre politischen Mittel reichten nicht hin, ihre historischen Ansprüche zu erfüllen. Die europäische Reaktion gestattete ihr die demokratische Entwicklung im Innern nur unter der Bedingung, daß sie ihr Asylrecht unter die Kontrolle der jeweilig interessirten Großmacht stellte. Im Jahre 1849 fand dies Verhältniß einen besonders bezeichnenden Ausdruck darin, daß der radikale Druey,

der inzwischen zum Chef des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements avancirt war, den Bütteldienst der heiligen Allianz versehen mußte. Der Freund Weitlings trieb die kommunistischen Arbeiter aus der Schweiz. Er mußte sich von den Genfer Flüchtlingen sagen lassen: „So verhülle sich das eidgenössische Kreuz vor dem türkischen Halbmond, der, wenn der Flüchtlingshäscher an seine Pforte klopft, die Hörner zeigt und nicht zu Kreuze kriecht.“ Druey wand sich ohnmächtig unter eisernem Griffe, indem er stöhnte, daß es in der Politik keine Gerechtigkeit gebe, und indem er den Flüchtlingen, die er vertrieb, aus seiner Tasche Reise- und Zehrpfennige zusteckte.

An der Nichtsnutzigkeit der schweizerischen Flüchtlingshetze wurde dadurch nichts Wesentliches geändert. Binnen Jahr und Tag räumte die Schweiz so ziemlich mit den 11 000 deutschen Flüchtlingen auf, die auf ihrem Boden sich niedergelassen hatten. Die große Mehrzahl wurde gezwungen, nach Amerika auszuwandern, und eben dies wünschten ihre fürstlichen Bedränger. Wie üblich, gesellte sich zur brutalen Rohheit noch die infame Verleumdung. Die schweizerischen Radikalen redeten den vertriebenen Flüchtlingen revolutionäre Ideen jenseits der Grenzen aller Vernunft nach oder verdächtigten sie als Spitzel. Sie fanden dabei willige Helfershelfer an deutschen Parlamentlern vom Schlage Karl Vogts, die sich ihr Asyl gern erkauften durch schmutzige Beschimpfungen ihrer ehrlicheren und thatkräftigeren Exilsgenossen.

Die gröbste Probe dieses widerwärtigen Intriguenspiels war die polizeiliche Posse, die im Februar 1850 mit dem sogenannten „Revolutionstage in Murten“ aufgeführt wurde. Die revolutionären Proletarier unter den deutschen Flüchtlingen hatten Arbeitervereine gestiftet oder die hier und da noch vorhandenen Trümmer deutscher Arbeitervereine aus den Tagen der jungdeutschen und kommunistischen Agitation von Neuem ausgebaut. Es gab 24 solche Arbeitervereine in Genf, Lausanne, Bern, Zürich, Basel, Winterthur und anderen Orten; die Zahl ihrer Mitglieder schwankte, im Mindestfalle betrug sie 6, im Höchstfalle 112. Es lag nahe, daß sie unter sich in engere Verbindung traten, und dieser Plan wurde besonders eifrig betrieben von Wilhelm Liebknecht, der an der Spitze des Genfer Arbeitervereins stand.

Wilhelm Liebknecht zählte damals 24 Jahre. Er stammte aus einer alten hessischen Beamten- und Gelehrtenfamilie, die ihren Ursprung bis auf Luther zurückführen konnte. Vom deutschen Beamten- und Gelehrtenwesen hatte Wilhelm Liebknecht wenig, um so mehr von der derben und unverwüstlichen Bauernnatur des Reformators überkommen. Er machte das Gymnasium sehr schnell und mit großer Auszeichnung durch, um dann auf der Universität zu erkennen, daß er weder zum deutschen Beamten noch zum deutschen Gelehrten tauge. Im Jahre 1847 stand er im Begriffe, nach Amerika auszuwandern, als ihn die zufällige Begegnung mit einem schweizerischen Lehrer bestimmte, seine Schritte nach der republikanischen Schweiz zu lenken und die Entladung der elektrischen Atmosphäre abzuwarten, die damals über Europa brütete. Das Gewitter der Februarrevo-

lution rief ihn nach Paris, und nur eine schwere Erkrankung hinderte ihn, an Herweghs Zuge theilzunehmen. Er ging dann wieder nach der Schweiz und betheiligte sich an Struves Septemberputsch in Baden. Gefangen genommen, saß er in badischen Gefängnissen, bis ihn die Mairevolution befreite. Er trat als Kanonier in die Volkswehr ein, die Johann Philipp Becker befehligte, und befand sich unter den revolutionären Elementen, die Brentanos Rückgrat zu steifen suchten. Brentano ließ ihn dafür in die Kasematten von Rastatt werfen. Abermals befreit, machte Liebknecht die Reichsverfassungskampagne mit. Als Flüchtling in Genf bemühte er sich, die deutschen Arbeitervereine zu einer kräftigen Organisation zusammenzufassen und auf ein sozialistisches Programm zu einigen. Schon als Gymnasiast hatte Liebknecht die Schriften Saint-Simons verschlungen, und die praktischen Erfahrungen der Revolution reiften schnell sein Verständniß für die Klassenkämpfe der bürgerlichen Gesellschaft.

Seine Bemühungen um die straffere Organisation der deutschen Arbeitervereine gingen ganz öffentlich vor sich, und ein öffentliches Sendschreiben lud diese Vereine ein, einen Kongreß zu beschicken, der am 20. Februar 1850 in Murten stattfinden sollte. Aber als sich die Vertreter von 16 Vereinen zu dem Kongreß einfanden, wurden sie von den schweizerischen Behörden verhaftet unter der lächerlichen Beschuldigung, einen bewaffneten Einfall nach Baden zu planen. Dann wurde eine weitläufige Untersuchung eingeleitet, deren amtliches „Gesammtresultat“ die Gründe wie die Zwecke des ganzen Schwindels hinlänglich aufklärte. Es wurde darin erstens als „vollständig erwiesen“ festgestellt, daß die deutschen Arbeiter in der Schweiz behufs einer neuen Revolution, welche nicht nur die Throne, sondern auch die sozialen Einrichtungen zunächst Deutschlands vernichten solle, sich organisirt hätten. Zweitens wurde gesagt, es sei „historisch unwahr und darum ungerecht, die Schweiz als den Herd der deutschen Revolution zu bezeichnen“, denn die revolutionäre Propaganda werde nach Ausweis der Untersuchung hauptsächlich von Ausländern und Fremden betrieben. Drittens aber wurde verkündet, daß die Arbeitervereine in enger Verbindung mit den Flüchtlingen gestanden hätten, und diese Erscheinung werde hoffentlich alle Diejenigen beruhigen, welche die Ausweisung der Flüchtlingschefs als ein Unrecht betrachteten. Indem der schweizerische Bundesrath sich zum Schergen der heiligen Allianz machte, wusch er seine Hände in Unschuld sowohl vor denen, die ihm die Förderung, als auch vor denen, die ihm die Verfolgung der revolutionären Propaganda zum Vorwurfe machten. Im Uebrigen wies er auf Grund dieser geistvollen und unparteiischen Untersuchung die Mitglieder der 16 Arbeitervereine, deren Vertreter nach Murten gekommen waren, „mit Ausnahme der allfälligen schweizerischen Angehörigen“, im Ganzen 296 deutsche Arbeiter aus und übermittelte ihre Namen auf diplomatischem Wege den deutschen Regierungen, während er den Rest der deutschen Arbeitervereine „einstweilen nur unter polizeiliche Aufsicht“ stellte.

Mit den Arbeitervereinen in der Schweiz wurde die einzige Organisation unter den deutschen Flüchtlingen zerstört, die auf eine dauernde Wirksamkeit hätte

rechnen können. Andere Organisationen erwiesen sich als sehr vergängliche Erscheinungen, eben weil sie sich aus den buntscheckigsten Elementen zusammensetzten. Die einzige, etwa noch nennenswerthe von ihnen war die Revolutionäre Zentralisation, in der sich, von einzelnen Mitgliedern des Kommunistenbundes bis zu den harmlosen Schoppenstechern der süddeutschen Demokratie, die verschiedensten Tendenzen mischten. Sie war ein Generalstab ohne Soldaten, und ihren Kern scheinen in der That die militärischen Führer des badisch-pfälzischen Aufstandes, Johann Philipp Becker, Sigel, Techow und Andere gebildet zu haben. Sie sandte zwei Emissäre nach Deutschland, den Studiosus Schurz, der mit der Kunde zurückkehrte, daß er alle brauchbaren Kräfte bereits in den Händen des Kommunistenbundes gefunden habe, während der andere, der Schleswiger Bruhn, ein alter Revolutionär aus den dreißiger Jahren, der schon dem Bunde der Geächteten und dann dem Bunde der Kommunisten angehört hatte, diesem Bunde einzelne Gemeinden und Mitglieder abspenstig zu machen suchte. Er wurde deshalb vom Bunde der Kommunisten ausgestoßen, der ein ihm im Juli 1850 von der Revolutionären Zentralisation angebotenes Kartell aus prinzipiellen Gründen ablehnte. Als Techow einen Monat später nach London kam, um nochmals mit Marx und Engels zu verhandeln, war die Revolutionäre Zentralisation schon aufgelöst.

Der einzige ernsthafte Versuch, die deutsche Emigration als eine wirksame Kraft in die deutschen Geschicke eingreifen zu lassen, ging von Marx, Engels und ihren näheren Freunden aus. Marx war nach dem Scheitern des 13. Juni von der französischen Regierung vor die Wahl gestellt worden, sich in die Bretagne zurückzuziehen oder Frankreich zu verlassen. Er siedelte nach London über, wo ihn die drückendsten Sorgen des Exils erwarteten. Aber sie konnten so wenig wie die furchtbaren Enttäuschungen der historischen Entwicklung das Gleichgewicht dieses mächtigen Geistes erschüttern. In der Revue der Neuen Rheinischen Zeitung, einer Monatsschrift, die Marx seit dem Januar 1850 herausgab, ging er sofort an die kritische Analyse der Revolution, die er eben kämpfend durchlebt hatte. Sein getreuer Gehilfe dabei war Engels, der alsbald auch von der Schweiz nach London gekommen war. Die ersten drei Hefte der Revue sind fast ausschließlich gefüllt mit den Darstellungen, die Marx von der französischen Revolution und Engels von der deutschen Reichsverfassungskampagne gab. Sie räumten darin unbarmherzig mit allen Illusionen auf, ohne jemals in unfruchtbaren Pessimismus oder wohlfeil weises Absprechen zu verfallen. So kräftig sie allen blauen Dunst zerstreuten, der die Ursachen des revolutionären Niedergangs verhüllte, so sorgsam achteten sie auf jeden Funken, an dem sich das revolutionäre Feuer wieder entzünden konnte. Sie glaubten noch nicht daran, daß der Revolutionssturm sich erschöpft habe.

In diesen Aufsätzen machten Marx und Engels die ersten Versuche, umfassende Abschnitte der Zeitgeschichte an der Hand des historischen Materialismus auf ihre inneren Zusammenhänge zu untersuchen. Sie deckten die Klassenkämpfe,

über welche die demokratische wie die reaktionäre Kannegießerei mit allgemeinen Schlagworten hinweghuschte, in ihrer nackten Schroffheit auf. Engels wies an dem gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsgrade Deutschlands nach, weshalb die Reichsverfassungskampagne gescheitert war und weshalb sie scheitern mußte. In seiner rückhaltlosen Kritik scheute er nicht vor den schärfsten Worten zurück, aber über den komischen Auswüchsen der deutschen Revolution vergaß er nicht ihren tragischen Ernst. Engels schloß mit den Sätzen: „Das badische Volk hat die besten kriegerischen Elemente in sich; in der Insurrektion wurden diese Elemente von vornherein so verdorben und vernachlässigt, daß die Misere daraus entstand, die wir geschildert haben. Die ganze ‚Revolution‘ löste sich in eine wahre Komödie auf, und es war nur der Trost dabei, daß der sechsmal stärkere Gegner noch sechsmal weniger Muth hatte. Aber diese Komödie hat ein tragisches Ende genommen, Dank dem Blutdurst der Kontrerevolution. Dieselben Krieger, die auf dem Marsch oder dem Schlachtfelde mehr als einmal von panischem Schrecken ergriffen wurden, sie sind in den Gräben von Rastatt gestorben wie die Helden. Kein einziger hat gebettelt, kein einziger hat gezittert. Das deutsche Volk hat die Füsilladen und Kasematten von Rastatt nicht vergessen; es wird die großen Herren nicht vergessen, die diese Infamien befohlen haben, aber auch nicht die Verräther, die sie durch ihre Feigheit verschuldeten: die Brentanos von Karlsruhe und von Frankfurt.“ Das deutsche Volk oder mindestens die bürgerliche Klasse, die sich so gern als „das deutsche Volk“ aufspielt, kann sich gewiß nicht beklagen, daß Engels ihr zu viel gethan hat. Sie hat die „Brentanos von Karlsruhe und Frankfurt“ aber- und abermals auf den Schild gehoben, und sie hat sich die „großen Herren“ vergötzt, welche die tapferen Vorkämpfer ihrer Emanzipation niederknallen ließen.

Einen noch ungleich verwickelteren historischen Stoff behandelte Marx in der französischen Revolution. Sie erschien dem ideologischen Bierbankpolitiker als ein unlöslicher Wirrwarr und mußte ihm auch so erscheinen; nahm man die Aufschriften der Dinge für die Dinge selbst, so blieb nichts übrig als ein völliges Räthsel. Marx klärte das Bild dieser wirren Klassenkämpfe, indem er sie von ihrem inneren Springpunkte her beleuchtete, von den ökonomischen Gegensätzen her, die in ihnen aufeinanderstießen. Wie oft gelingt es ihm in diesen Aufsätzen, die verworrensten Tagesfragen mit ein paar epigrammatischen Sätzen zu schlichten! Was hatten die erleuchtetsten Köpfe der französischen Bourgeoisie und selbst doktrinäre Sozialisten in der Pariser Nationalversammlung tagelang über das Recht auf Arbeit zusammengeschwatzt und wie völlig schöpfte Marx den historischen Sinn wie Unsinn dieses Schlagworts in den wenigen Sätzen aus: „In dem ersten Konstitutionsentwurfe, verfaßt vor den Junitagen, befand sich noch das Recht auf Arbeit, erste unbeholfene Formel, worin sich die revolutionären Ansprüche des Proletariats zusammenfassen. Es wurde verwandelt in das Recht auf öffentliche Unterstützung, und welcher moderne Staat ernährt nicht in der einen oder anderen Form seine Paupers? Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinne

ein Widersinn, ein elender frommer Wunsch, aber hinter dem Recht auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziirte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses." Unbekümmert um diese klassische Erläuterung drosch die deutsche Gelehrsamkeit ein Menschenalter später, als der brave Bismarck das kapitalistische Recht auf Armenunterstützung aus demagogischen Gründen in ein sozialistisches Recht auf Arbeit umzuschwindeln versuchte, noch einmal die ganze Konfusion der französischen Nationalversammlung von 1848 durch. Dieselbe Gelehrsamkeit, die gleichzeitig ein fürchterliches Halloh über die Hohlheit der materialistischen Geschichtsauffassung erhob, weil Marx im Frühjahr 1850 aus sehr triftigen Gründen, angesichts der proletarisch-sozialistischen Wahlsiege in Paris und des von der Bourgeoisie gegen das allgemeine Wahlrecht geplanten Attentats, ein nochmaliges Aufflammen der französischen Revolution erwartete.

Gleichzeitig mit der literarischen nahmen Marx und Engels die praktische Propaganda wieder auf. Sie stifteten ein Flüchtlingskomite und reorganisirten den Bund der Kommunisten, dessen alte Mitglieder sich fast alle wieder in London zusammengefunden hatten. Außer Moll fehlte nur noch Wilhelm Wolff, der in der Schweiz lebte und erst im Jahre 1851 nach London kam. Diese Lücken wurden ergänzt durch neue Kräfte, durch Willich, durch Liebknecht, durch Konrad Schramm, von dem Marx schreibt: „Seine ungestüme thatenkühne Feuernatur, die sich nie durch Alltagsinteressen binden ließ, war durchtränkt mit kritischem Verstand, origineller Denkkraft, ironischem Humor und naiver Gemüthlichkeit; er war der Percy Heißsporn unserer Partei." Mit der revolutionärsten Richtung des Chartismus, der französischen Bewegungspartei, der ungarischen Emigration wurden alte wie neue Beziehungen angeknüpft.

Auf dem Kontinente war der Bund durch grausame Verfolgungen fast ganz erstickt in Belgien. In Frankreich hatte er sich völlig aufgelöst; Everbeck zog sich aus der praktischen Agitation zurück, indem er seine literarische Thätigkeit für wichtiger erklärte als die kommunistische Propaganda. In Deutschland aber waren noch manche Bundesmitglieder thätig, und die Arbeiter-, Bauern-, Tagelöhner- und Turnvereine, die noch nicht der gewaltsamen Ausrottung der Gegenrevolution erlegen waren, boten ausgezeichnete Rekrutirungsfelder. Heinrich Bauer wurde von der Zentralbehörde als Emissär nach Deutschland gesandt, und es gelang seiner geschickten Diplomatie, die lässig gewordenen oder auf eigene Rechnung operirenden Mitglieder des Bundes, namentlich auch die einflußreichsten Führer der Arbeiterverbrüderung, in die aktive Organisation einzuspannen. Es gab wieder leitende Kreise in Hamburg für Schleswig-Holstein, in Schwerin für Mecklenburg, in Breslau für Schlesien, in Leipzig für Sachsen und Berlin, in Nürnberg für Baiern, in Köln für Rheinland und Westfalen. In Göttingen und Stuttgart bestanden einzelne Gemeinden, die in unmittelbarer Verbindung mit der Zentralbehörde standen; in Göttingen that sich der junge Miquel durch enthusiastischen

und nicht immer wohlüberlegten, weil selbst jesuitische Mittel nicht verschmähenden Eifer für die Diktatur der Arbeiterklasse hervor.

Eine vom März 1850 an die deutschen Mitglieder gerichtete Ansprache der Zentralbehörde geht von der Auffassung aus, daß eine neue Revolution bevorstehe, „sei es, daß sie hervorgerufen wird durch eine selbständige Erhebung des französischen Proletariats oder durch die Invasion der heiligen Allianz gegen das revolutionäre Babel". Wie die Märzrevolution die Bourgeoisie, so werde die neue Revolution das Kleinbürgerthum zum Siege führen, das die Arbeiterklasse abermals verrathen werde. Das Verhältniß der revolutionären Arbeiterpartei zu den kleinbürgerlichen Demokraten faßt die Ansprache dahin zusammen: „Sie geht mit ihnen zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezwecken; sie tritt ihnen gegenüber in Allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen." Die Kleinbürger würden eine für sie siegreiche Revolution dazu ausnützen, die kapitalistische Gesellschaft so weit zu reformiren, daß sie für ihre eigene Klasse und bis zu einem gewissen Grade auch für die Arbeiter bequemer und erträglicher gemacht würde. Damit könne aber das Proletariat keineswegs zufrieden sein. Während die demokratischen Kleinbürger möglichst rasch nach Durchführung ihrer beschränkten Forderungen auf Abschluß der Revolution drängen würden, sei es vielmehr die Aufgabe und das Interesse der Arbeiter, die Revolution permanent zu machen, „so lange bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat, und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentrirt sind."

Die Ansprache warnt die deutschen Arbeiter davor, sich durch die Einigungs- und Versöhnungspredigten der kleinbürgerlichen Demokraten täuschen und zum Anhängsel der bürgerlichen Demokratie herabdrücken zu lassen. Sie müßten im Gegentheile sich möglichst fest und stark organisiren, um nach dem Siege der Revolution, den sie wie bisher immer durch ihren Muth, ihre Entschiedenheit und Aufopferung zu erkämpfen haben würden, dem siegreichen Kleinbürgerthum solche Bedingungen zu diktiren, daß die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Untergangs in sich trage und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert werde. „Die Arbeiter müssen vor allen Dingen während des Konflikts und unmittelbar nach dem Kampfe, soviel nur immer möglich, der bürgerlichen Abwiegelung entgegenwirken und die Demokraten zur Ausführung ihrer jetzigen terroristischen Phrasen zwingen." Sie müßten die unmittelbar revolutionäre Aufregung so lange wie möglich aufrecht erhalten. „Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, den Exempeln der Volksrache an verhaßten Individuen und öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muß man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen." Die Ar-

beiter müßten in der Revolution bei jeder Gelegenheit ihre eigenen Forderungen aufstellen, von den Kleinbürgern Garantien für das Proletariat fordern und nöthigenfalls erzwingen, die neuen Regierer zu allen nur möglichen Versprechungen und Zugeständnissen verpflichten, sie dadurch kompromittiren, überhaupt vom ersten Augenblicke des Sieges an das Mißtrauen nicht mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen die bisherigen Bundesgenossen richten, gegen die Partei, die den gemeinsamen Sieg allein ausbeuten wolle.

Die nächste Folge der Revolution werde die Einberufung einer Nationalversammlung sein, für welche die Arbeiter überall selbständige Kandidaturen aufstellen müßten, selbst wo gar keine Aussicht für ihren Sieg vorhanden sei. Unbekümmert um demokratische Redensarten hätten sie ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung vor die Oeffentlichkeit zu bringen. Den ersten Punkt, bei dem die bürgerlichen Demokraten mit den Arbeitern in Konflikt kommen würden, werde die Aufhebung des Feudalismus sein. Die Arbeiter dürften nicht dulden, daß wie in der ersten französischen Revolution die feudalen Ländereien den Bauern als freies Eigenthum gegeben, somit das Landproletariat erhalten und eine kleinbürgerliche Bauernklasse gebildet werde, die denselben Kreislauf der Verarmung und Verschuldung durchmache wie der französische Bauer. Sie müßten vielmehr verlangen, daß die konfiszirten Feudalländereien Staatsgut blieben und zu Arbeiterkolonien verwandt würden, die das assoziirte Landproletariat mit allen Mitteln des großen Ackerbaues zu bearbeiten habe. Dadurch erlange das Prinzip des gemeinsamen Eigenthums sogleich eine feste Grundlage mitten in den wankenden bürgerlichen Eigenthumsverhältnissen. Natürlich könnten die Arbeiter im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Maßregeln vorschlagen, aber sie könnten die Demokraten dazu zwingen, nach möglichst vielen Seiten hin in die bisherige Gesellschaftsordnung einzugreifen, ihren regelmäßigen Gang zu stören und sich selbst zu kompromittiren, sowie möglichst viele Produktivkräfte, Transportmittel, Fabriken, Eisenbahnen u. s. w. in den Händen des Staats zu konzentriren. Die Arbeiter müßten die Vorschläge der Demokraten, die jedenfalls nicht revolutionär, sondern blos reformirend auftreten würden, auf die Spitze treiben und sie in direkte Angriffe aufs Privateigenthum verwandeln.

Eine zweite Ansprache der Zentralbehörde vom Juni 1850 gab einen Bericht über den Zustand des Bundes und mahnte daran, seinen Einfluß auf die Bauern- und Turnvereine so fest wie möglich zu organisiren, nöthigenfalls aus Leuten, die revolutionär brauchbar und zuverlässig seien, aber die kommunistischen Konsequenzen der jetzigen Bewegung noch nicht verständen, eine zweite Klasse von weiteren Bundesmitgliedern zu bilden. Aus dieser Erweiterung des Bundes wird aber praktisch nichts oder nicht viel geworden sein, denn dieselben Zeitumstände, die den neuen Aufschwung des Bundes herbeigeführt hatten, führten eine innere Katastrophe über ihn herauf.

Im Laufe des Sommers 1850 trat immer klarer hervor, daß die Revolution im Sande verrinne. In Frankreich wurde das allgemeine Stimmrecht

vernichtet, ohne daß sich das Proletariat erhob; die Entscheidung stand jetzt nur noch zwischen dem Prätendenten Louis Bonaparte und der monarchistisch-reaktionären Nationalversammlung. In Deutschland legten die demokratischen Kleinbürger die Hände in den Schooß, ließ sich die liberale Bourgeoisie von der preußischen Regierung prellen, während die preußische Regierung von der österreichischen Regierung geprellt wurde und beide zusammen nach der Pfeife des zarischen Despotismus tanzten. Nichts erklärlicher, als daß die deutschen Flüchtlinge, bedrängt, verfolgt, in tausend Nöthen wie sie waren, die revolutionäre Fluth um so krampfhafter zu stauen suchten, je unaufhaltsamer sie ebbte, daß sie in demselben Maße, in dem die wirkliche Revolution verfiel, eine künstliche Revolution zu fabriziren versuchten. Es war eine Stimmung, die selbst tüchtige Naturen ergriff, aber um so mehr nicht nur Phantasten, Schwätzern, Tollköpfen freie Bahn eröffnete, sondern auch falschen Brüdern, politischen Abenteurern und Industrierittern, polizeilichen Spürnasen und sonstigem Mob.

Einzig die alte Garde des Kommunistenbundes ließ sich nicht von dieser Stimmung hinreißen. Marx und Engels wetterten nicht über das siegreiche Vordringen der Gegenrevolution, sondern untersuchten seine Ursachen. Sie fanden die ökonomische Lösung des politischen Räthsels. Bereits im Februarhefte ihrer Revue wiesen sie auf die Entdeckung der kalifornischen Goldgruben hin als auf eine Thatsache, die „noch wichtiger als die Februarrevolution" sei und noch großartigere Resultate haben werde als die Entdeckung Amerikas. „Eine Küste von dreißig Breitengraden Länge, eine der schönsten und fruchtbarsten der Welt, bisher so gut wie unbewohnt, verwandelt sich zusehends in ein reiches, zivilisirtes Land, dicht bevölkert von Menschen aller Stämme, vom Yankee zum Chinesen, vom Neger zum Indianer und Malaien, vom Kreolen und Mestizen zum Europäer. Das kalifornische Gold ergießt sich in Strömen über Amerika und die asiatische Küste des Stillen Ozeans, und reißt die widerspenstigsten Barbarenvölker in den Welthandel, in die Zivilisation. Zum zweiten Male bekommt der Welthandel eine neue Richtung. . . . Dank dem kalifornischen Golde und der unermüdlichen Energie der Yankees werden beide Küsten des Stillen Meeres bald ebenso bevölkert, ebenso offen für den Handel, ebenso industriell sein, wie es jetzt die Küste von Boston bis New Orleans ist. Dann wird der Stille Ozean dieselbe Rolle spielen, wie jetzt das atlantische und im Alterthum und Mittelalter das mittelländische Meer — die Rolle der großen Wasserstraße des Weltverkehrs, und der Atlantische Ozean wird herabsinken zu der Rolle eines Binnensees, wie sie jetzt das Mittelmeer spielt. Die einzige Chance, daß die europäischen zivilisirten Länder dann nicht in dieselbe industrielle, kommerzielle und politische Abhängigkeit fallen, in der Italien, Spanien und Portugal sich jetzt befinden, liegt in einer gesellschaftlichen Revolution, die, so lange es noch Zeit ist, die Produktions- und Verkehrsweise nach den aus den modernen Produktivkräften hervorgehenden Bedürfnissen der Produktion selbst umwälzt und dadurch die Erzeugung neuer Produktivkräfte möglich macht, welche die Ueberlegenheit der europäischen

Industrie sichern und so die Nachtheile der geographischen Lage ausgleichen.“ In dieser großartigen historischen Perspektive war schon die Erkenntniß enthalten, daß, wie Marx sich später einmal ausdrückte, die Februarrevolution in letzter Instanz an der Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldgruben gescheitert sei, und je mehr er sich in das Studium der ökonomischen Weltlage einwühlte, um so klarer erkannte er, daß wie die Welthandelskrise von 1847 die Mutter der Revolution gewesen, so die allmälig wieder eingetretene und im Jahre 1850 zu voller Blüthe gekommene industrielle Prosperität die Mutter der Gegenrevolution sei.

Mit dieser Erkenntniß war natürlich der Stab gebrochen über die gewaltsame Revolutionsspielerei, in der sich die deutschen und überhaupt die europäischen Flüchtlinge gefielen. Von Anfang an hatten Marx und Engels in der Emigration einen schwierigen Stand gehabt. Ihre rücksichtslose Kritik der ideologischen Flausen hatte längst die „sentimentalen Schwindler und demokratischen Deklamatoren“ aufgebracht, die sich von ihr getroffen fühlten. Sie richtete sich nicht nur gegen die großen Leuchten der vormärzlichen Zeit, wie Carlyle und Guizot, die ihre geistige Welt schleunigst mit Brettern vernagelten, wo sie sich mit den Klassenkämpfen der Revolution berührte; sie blies auch die kleinen Lichter der Demokratie aus, wie Ludwig Simon und Gottfried Kinkel, die als Irrlichter über dem Sumpfe der Gegenrevolution fortzuleuchten gedachten.

Was dann dem Fasse den Boden ausschlug, war der unversöhnliche Gegensatz, in den Marx und Engels durch ihre Erkenntniß, daß die Gegenrevolution vorläufig die Revolution abgelöst habe, zu den revolutionären Träumen der Emigration traten. Und der Gegensatz drang bis in den Bund der Kommunisten. Seine alten Mitglieder, Bauer, Eccarius, Pfänder, Seiler, Freiligrath, Ferdinand Wolff, hielten mit der einzigen Ausnahme Schappers zu Marx und Engels; seine jüngeren Mitglieder mit einzelnen Ausnahmen, wie Liebknecht und Schramm, ließen sich von der allgemeinen Strömung der Emigration fortreißen und wollten den Bund in deren hoffnungslose Putschereien verwickeln. Ihr Führer war Willich und neben ihm Schapper. Willich gehörte zu den damals sehr zahlreichen Gemüthskommunisten, deren Herz mit ihrem Verstande durchzugehen pflegte; ehrlich, sehr selbstbewußt, ohne ökonomische und philosophische Bildung, hatte er als alter Soldat ohnehin die Neigung, zunächst immer mit dem Schwerte dreinzuschlagen. Wie wenig überhaupt diese ehemaligen Offiziere bei aller Tapferkeit und Tüchtigkeit sich in den Gedankengang von Marx und Engels einleben konnten, bewies auch Techow gerade in den Tagen, als die Krisis in dem Bunde der Kommunisten ausbrach. Ueber eine Unterredung, die er mit Marx, Engels und Schramm gehabt hatte, berichtete er in einem vertraulichen Briefe an seine Freunde von der Revolutionären Zentralisation, und dieser Brief, den Karl Vogt zehn Jahre später ohne Vorwissen und wider den Willen des Schreibers und der Empfänger an die Oeffentlichkeit zerrte, wird heute noch gelegentlich benutzt, um den persönlichen Charakter von Marx zu verdächtigen. Thatsächlich beweist der Brief aber

nur, daß Techow keine blasse Ahnung von dem hatte, was Marx und Engels eigentlich wollten, daß er, wie Marx sagte, den Ernst der Unterredung ebenso spaßhaft, wie ihren Spaß ernsthaft genommen hatte.

In der Sitzung der Zentralbehörde vom 15. September 1850 kam der Gegensatz zum offenen Ausbruche. Sechs Mitglieder, Marx, Engels, Schramm, Bauer, Pfänder, Eccarius, standen gegen vier, Willich, Schapper, Fränkel und Lehmann. Den Gegensatz selbst kennzeichnete Marx treffend mit den Worten: „An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Triebrade der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, sagt ihr im Gegentheil: ‚Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen.‘ Während wir speziell die deutschen Arbeiter auf die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt ihr aufs plumpste dem Nationalgefühl und dem Standesvorurtheile der deutschen Handwerker, was allerdings populärer ist. Wie von den Demokraten das Wort Volk zu einem heiligen Wesen gemacht wird, so von euch das Wort Proletariat. Wie die Demokratie schiebt ihr der revolutionären Entwicklung die Phrase der Revolution unter.“ Eine Versöhnung zwischen solchen Gegensätzen konnte es nicht geben, und die einzige Möglichkeit, den Bund zu retten, war der Beschluß der Mehrheit, den Sitz der Zentralbehörde nach Köln zu verlegen und durch den Kreis Köln eine neue Zentralbehörde wählen, sowie an die Stelle des einen bisherigen Kreises London zwei Kreise setzen zu lassen, die von einander unabhängig, nur mit der gemeinsamen Zentralbehörde in Verbindung stehen sollten.

Umfassend begründeten Marx und Engels ihre Auffassung im fünften und sechsten Heft ihrer Revue, dem letzten Doppelhefte, das von ihr erschien und an seiner Spitze die Abhandlung enthielt, in der Engels die Klassenkämpfe des deutschen Bauernkriegs entwirrte und die deutsche Reformationsgeschichte aus dem verhüllenden Dunkel ihrer ideologischen Schleier befreite. In der politischen Uebersicht dieses Heftes, die vom 1. November 1850 datirt ist, wird zunächst die ökonomische Geschichte der vierziger Jahre dargelegt als die reale Grundlage, auf der sich die politische Geschichte der Revolution und Kontrerevolution abgespielt habe. Es wird nachgewiesen, daß auf die Periode der Krisis von 1847 eine Periode der Prosperität gefolgt sei, die im Jahre 1850 noch nicht ihren Höhepunkt erreicht habe. „Die Prosperität der englischen Industrie wird noch gesteigert werden durch die neulich erfolgte Eröffnung der holländischen Kolonien, durch die bevorstehende Errichtung neuer Verbindungslinien auf dem Stillen Ozean und durch die große Industrieausstellung von 1851. Diese Ausstellung wurde von der englischen Bourgeoisie bereits im Jahre 1849, als noch der ganze Kontinent von Revolution träumte, mit der bewunderswerthesten Kaltblütigkeit

ausgeschrieben. In ihr beruft sie ihre sämmtlichen Vasallen von Frankreich bis China zu einem großen Examen zusammen, auf dem sie nachweisen sollen, wie sie ihre Zeit genützt haben, und selbst der allmächtige Zar von Rußland kann nicht umhin, seinen Unterthanen zu befehlen, auf dieser großen Prüfung zahlreich zu erscheinen. Dieser große Weltkongreß von Produkten und Produzenten ist von ganz anderer Bedeutung als die absolutistischen Kongresse von Bregenz und Warschau, die unseren kontinentalen demokratischen Spießbürgern so viel Schweiß auspressen, oder als die europäisch-demokratischen Kongresse, welche die verschiedenen provisorischen Regierungen in partibus zur Rettung der Welt stets aufs Neue projektiren. Diese Ausstellung ist ein schlagender Beweis von der konzentrirten Gewalt, womit die moderne große Industrie überall die nationalen Schranken niederschlägt und die lokalen Besonderheiten in der Produktion, den gesellschaftlichen Verhältnissen, dem Charakter jedes einzelnen Volkes mehr und mehr verwischt. Indem sie die Gesammtmasse der Produktivkräfte der modernen Industrie auf einen kleinen Raum zusammengedrängt zur Schau stellt, gerade zu einer Zeit, wo die modernen bürgerlichen Verhältnisse schon von allen Seiten untergraben sind, bringt sie zugleich das Material zur Anschauung, das sich inmitten dieser unterwühlten Zustände für den Aufbau einer neuen Gesellschaft erzeugt hat und noch täglich erzeugt."

Die Prosperität der englischen Industrie wirkte auf den Kontinent zurück. „Schon im Sommer 1849 waren in Deutschland die Fabriken, besonders der Rheinprovinz, wieder ziemlich beschäftigt, und seit Ende 1849 war die Wiederbelebung des Geschäfts allgemein. Diese erneuerte Prosperität, die unsere deutschen Bürger naiver Weise der Herstellung der Ruhe und Ordnung zuschreiben, beruht in der Wirklichkeit einzig auf der erneuerten Prosperität in England und der vermehrten Nachfrage nach Industrieprodukten auf den amerikanischen und tropischen Märkten." Und nachdem sie die gleichen Symptome in Frankreich nachgewiesen hatte, faßte sich die Revue zusammen wie folgt: „Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickelt haben, wie dies innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, mit einander in Widerspruch gerathen. Die verschiedenen Zänkereien, in denen sich jetzt die Repräsentanten der einzelnen Fraktionen der Ordnungspartei ergehen und gegenseitig kompromittiren, sind im Gegentheile nur möglich, weil die Grundlage der Verhältnisse momentan so sicher, und was die Reaktion nicht weiß, so bürgerlich ist. An ihr werden alle die bürgerliche Entwicklung aufhaltenden Reaktionsversuche ebenso sehr abprallen, wie alle sittliche Entrüstung und alle begeisterten Proklamationen der Demokraten. Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber ebenso sicher wie diese." Eine Vorhersage, welche die große Handelskrise von 1857 bestätigt hat; von ihr an nahm die revolutionäre Entwicklung Europas einen neuen Gang.

Von der ökonomischen Grundlage aus beurtheilte die Revue die politischen Zustände im Herbste 1850. Sie sagte über den Krieg, der damals zwischen Oesterreich und Preußen ausbrechen zu wollen schien: „Um Preußen wieder in den Bundestag hineinzudrohen, stellen sich jetzt österreichische und süddeutsche Truppen in Franken und Böhmen auf. Preußen rüstet ebenfalls. Die Zeitungen strotzen von Berichten über Märsche und Kontremärsche der Armeekorps. All dieser Lärm wird zu Nichts führen, ebenso wenig wie die Zänkereien der französischen Ordnungspartei mit Bonaparte. Weder der König von Preußen noch der Kaiser von Oesterreich ist souverän, sondern allein der russische Zar. Vor seinem Befehle wird das rebellische Preußen sich schließlich beugen, und ohne daß ein Tropfen Blut geflossen, werden sich die Parteien friedlich zusammenfinden auf den Sesseln des Bundestages, ohne daß deshalb weder ihren Eifersüchteleien unter sich, noch ihrem Hader mit ihren Unterthanen, noch ihrem Verdruß gegen die russische Oberherrschaft der geringste Abbruch geschehen wird." Was alles sich binnen kürzester Frist erfüllte, es sei denn, daß der Schimmel von Bronzell „einen Tropfen Blut" verlor, der merkwürdiger Weise noch nicht zur „Widerlegung" von Marx verspritzt worden ist.

Das letzte Wort der Revue richtete sich gegen einen von nichtssagenden Phrasen wimmelnden Aufruf, den ein Europäisches Zentralkomite, bestehend aus Mazzini, Ledru-Rollin, Ruge und dem Polen Darasz, an die gesammte Emigration erlassen hatte, um sie unter einer Fahne zu sammeln. Der Aufruf lief auf die „höchst ordinäre Philisteransicht" hinaus, daß die Revolution gescheitert sei an der ehrgeizigen Eifersucht der einzelnen Führer und an den feindlich entgegenstehenden Meinungen der verschiedenen Volkslehrer. Die Revue sagte dazu: „Die Kämpfe der verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen gegen einander, deren Verlauf durch seine einzelnen Entwicklungsphasen gerade die Revolution ausmacht, sind für unsere Evangelisten nur die unglückliche Folge der Existenz divergirender Systeme, während in Wirklichkeit umgekehrt die Existenz verschiedener Systeme die Folge der Existenz der Klassenkämpfe ist. Schon hieraus geht hervor, daß die Verfasser des Manifestes die Existenz der Klassenkämpfe leugnen. Unter dem Vorwande, gegen die Doktrinäre anzukämpfen, beseitigen sie jeden bestimmten Inhalt, jede bestimmte Parteiansicht, verbieten sie den einzelnen Klassen, ihre Interessen und Forderungen gegenüber den anderen Klassen zu formuliren. Sie muthen ihnen zu, ihre widerstreitenden Interessen zu vergessen und sich zu versöhnen unter der Fahne einer ebenso flachen wie unverschämten Unbestimmtheit, die unter dem Scheine der Versöhnung der Interessen aller Parteien nur die Herrschaft des Interesses einer Partei — der Bourgeoispartei verbirgt. . . . Wie die Entwicklung und den Kampf, so hassen die Herren das Denken, das herzlose Denken — als ob irgend ein Denker, Hegel und Ricardo nicht ausgenommen, je die Herzlosigkeit erreicht hätte, mit der dem Publikum dieser weichmäulige Spülicht über den Kopf gegossen wird! Das Volk soll nicht für den folgenden Tag sorgen, und sich alle Gedanken aus dem Kopfe schlagen; kommt der große Tag der Ent-

scheidung, so wird es durch die bloße Berührung elektrisirt werden, und das Räthsel der Zukunft wird sich ihm durch ein Wunder lösen. Dieser Aufruf zur Gedankenlosigkeit ist ein direkter Versuch zur Prellerei gerade der unterdrücktesten Klassen des Volks." Und von dem Mazzinischen Schlachtrufe: Gott und das Volk, in dem das Europäische Zentralkomite seinen Aufruf ausklingen ließ, sagte die Revue, das Stichwort möge in Italien einen Sinn haben, wo man Gott dem Papste und das Volk den Fürsten gegenüberstelle, aber es sei doch etwas stark, dies Plagiat an Johannes Ronge, „dem seichtesten Abspülicht des deutschen Aufklärichts", als das Wort hinzustellen, welches das Räthsel des Jahrhunderts lösen solle. Besonders stark von Ruge, der diesmal zur großen Freude von Leo den Unterschied zwischen Gottheit und Menschheit zu würdigen wisse.

Der Aufruf des Europäischen Zentralkomites verpuffte ins Nichts, wie alle bürgerlich-demokratische Revolutionsmacherei. Mit der Geschichte der deutschen Revolution lief auch die Geschichte der deutschen Emigration aus. Ihre inneren Spaltungen ließen sich nicht durch schleimige Redensarten übertünchen, und je häufiger es versucht wurde, um so kleinlicher brachen sie in persönlichen Krakehlen und Zerwürfnissen aus, die sich jahrelang in der amerikanischen Presse fortspannen.

Von alledem hielten sich Marx und Engels seit dem Herbste 1850 vollständig fern. Ihr Interesse an der revolutionären Propaganda beschränkte sich auf den Bund der Kommunisten.

Fünftes Kapitel.

Der Kölner Kommunistenprozeß.

Der Versuch, den Bund der Kommunisten durch die Verlegung der Zentralbehörde nach Köln als einheitliche Organisation zu retten, scheiterte. Die vorhandenen Gegensätze brachen in offenen Krieg aus, und noch in der entscheidenden Sitzung der Zentralbehörde vom 15. September wurde Willich von Schramm zu einem Zweikampf auf Pistolen herausgefordert, der in Antwerpen vor sich ging und mit einer leichten Verwundung Schramms endete. Marx und Engels hatten natürlich das Duell scharf mißbilligt, ohne es jedoch hindern zu können.

In der Streitfrage selbst war die Mehrheit der Zentralbehörde auf ihrer Seite, aber dieser Mehrheit entsprach keineswegs die Mehrheit des Bundes. Die große Masse der neuen Mitglieder, die ihm aus den Strudeln der Revolution zugewachsen waren, trieb eben auch noch in diesen Strudeln und hatte nicht die Schulung, die Arbeiter wie Bauer, Eccarius, Pfänder besaßen. Der Arbeiterbildungsverein in London, aus dem Marx, Engels, Bauer, Eccarius, Pfänder, Seiler, Schramm, Ferd. Wolff, Liebknecht und einige andere am 17. September ausschieden, hielt sich zu Willich und Schapper, ebenso der Kreis London, der

aus eigener Machtvollkommenheit die bisherigen Mitglieder der Zentralbehörde ihrer Aemter enthob, Marx und seine Gesinnungsgenossen aus dem Bunde schloß und eine neue Zentralbehörde wählte, deren Kern die Minderheit vom 15. September bildete. Der Kreis Köln übernahm zwar den Auftrag, den ihm die Mehrheit an diesem Tage ertheilt hatte; er wählte eine neue Zentralbehörde, in der Becker, Bürgers und der Zigarrenmacher Röser saßen, und beauftragte Eccarius einer=, Schapper andererseits, je einen neuen Kreis in London zu bilden. Aber als Antwort sandten Willich und Schapper einen Emissär nach Köln, der den dortigen Kreis erst gütlich zur Kapitulation überreden und, falls das nicht gelänge, ihn aus dem Bunde stoßen sollte. Der Kölner Kreis kapitulirte nicht und erwiderte, als der Emissär ihn nunmehr für ausgeschlossen erklärte, damit schlössen der alte Kreis London und seine Zentralbehörde sich selbst aus dem Bunde aus. Der Bund der Kommunisten war somit in zwei Fraktionen zerfallen.

Der Sonderbund Willich=Schapper hatte scheinbar den Sieg davongetragen. Jedoch er lebte nur, um die Quellen seines Lebens zu verschütten. Die Revolutionsspielerei, um derentwillen er den Bruch herbeigeführt hatte, machte ihn um so wehrloser, je mehr unsichere Kantonisten sie ihm zuführte, vom lächerlichen Prahler bis zum abgefeimten Spitzel. So stiftete er in Paris drei neue Gemeinden, aber der Gewinn war mehr als zweifelhaft, denn in diesen Gemeinden herrschte jenes blutrünstig=bombastische Zigeunerpathos, das, an den Revolutionären der dreißiger Jahre etwa noch erklärlich, nach den Erfahrungen einer wirklichen Revolution rein kindisch geworden war. Sehr viel darüber hinaus kamen aber auch Willich und Schapper nicht in den Ansprachen, welche sie an ihren Sonderbund richteten. Unter weidlichem Schimpfen auf „die Marx=Engelssche Klique“, die unfähig sei, das Geringste zu organisiren oder etwas Praktisches auszuführen, strichen sie sich heraus als die „Männer der That“ gegenüber den „Literaten“ und „blos schreibenden“ Mitgliedern. Willich schrieb im Januar 1851 an Becker in Köln, er möchte doch die Kölner Besatzung revolutioniren; wenn die Kölner Revolution fertig sei, wäre er nicht abgeneigt, die Leitung der weiteren Operationen zu übernehmen. Mit Recht kennzeichnete Becker diese Sorte Revolutionsmacherei in einem Schreiben an Marx mit den Worten: „Willich wird mit seinen Dummheiten noch ungezählte Menschen ins Pech bringen, denn ein einziger Brief könnte hundert Demagogenrichtern drei Jahre lang das Gehalt sichern.“ Ein schwülstiger Aufruf, den Willich heimlich an die preußischen Offiziere versandte, um sie zur Revolution aufzufordern, prangte natürlich innerhalb dreier Tage in den Spalten der Kreuzzeitung.

Daneben betheiligte sich der Sonderbund Willich=Schapper an allen möglichen Donquixoterien der bürgerlich=demokratischen Emigration. Willich war sogar nächst und neben Kinkel in erster Reihe betheiligt an der Thorheit, die deutsche Revolution auf Aktien zu gründen. Kinkel, der bereits vor dem Rastatter Kriegsgerichte eine peinliche Schwäche verrathen hatte, aber durch die tückische Rachsucht des preußischen Königs wieder zu den Ehren eines Märtyrers gekommen war,

spielte nach seiner Flucht aus dem Spandauer Zuchthause in London die zweifelhafte, von Freiligrath in witzigen Versen verspottete Rolle des interessanten Salondemagogen. Nach dem Vorbilde Kossuths unternahm er eine Revolutionslustfechtreise in den Vereinigten Staaten. Da er aber bei alledem kein Kossuth war, brachte er nicht einmal wie dieser eine erkleckliche Summe heim, sondern nur 1500 Pfund Sterling, von denen etwa der dritte Theil unter allerhand häßlichen Stänkereien für Reise- und andere Spesen verrechnet wurde. Der Rest wurde in einer englischen Bank als Handgeld für die erste deutsche provisorische Regierung niedergelegt, und an all diesem Mummenschanz betheiligte sich Willich mit wahrem Feuereifer.

Ungleich ernster nahm der Rumpf des alten Bundes seine Aufgabe. Die Ansprache, welche die Kölner Zentralbehörde am 1. Dezember 1850 erließ, war ebenso sachlich, verständig und würdig, wie die Ansprachen der Fraktion Willich-Schapper von alledem das Gegentheil waren. Sie machte auch kein Hehl daraus, daß die inneren Zerwürfnisse den Bund zerrüttet hätten. Vier Emissäre, von denen je einer nach Süddeutschland, in die Rheinprovinz, ins Königreich Sachsen und nach Schlesien gesandt worden war, meldeten wenig Tröstliches; eigentlich bestand nur noch in der Rheinprovinz eine straffere Organisation, und auch diese war nicht stark; die Kreise Köln und Frankfurt umfaßten zusammen nur elf Gemeinden.

Einer jener Emissäre, der Schneidergeselle Nothjung, wurde am 10. Mai 1851 zufällig wegen Mangels an Legitimationspapieren in Leipzig verhaftet. Die Polizei fand bei ihm das Kommunistische Manifest, die Statuten des Kommunistenbundes, die Ansprachen der Zentralbehörde vom März und Dezember 1850, Briefe von Becker und Bürgers und eine Anzahl Adressen. Diese Spuren und das Geständniß des in Hamburg verhafteten Kommis Haupt führten zur Entdeckung der Kölner Zentralbehörde. Elf Mitglieder des Bundes wurden unter die Anklage versuchten Hochverraths gestellt und in Untersuchungshaft genommen: Nothjung, Becker, Bürgers, Röser, die Kommis Ehrhard und Reiff, der Schneidergeselle Leßner, der Chemiker Otto und die drei Aerzte Daniels, Jacoby und Klein. Freiligrath, der gleichfalls angeklagt werden sollte, befand sich bereits in London, wohin der Arm der preußischen Justiz nicht reichte.

Die preußische Regierung beeiferte sich, aus dieser Anklage eine gewaltige Haupt- und Staatsaktion zu machen. Sie täuschte sich zwar keineswegs über die praktische Ungefährlichkeit des Bundes in seinem damaligen Zustande, aber die Gegenrevolution brauchte das Schreckgespenst einer unheimlichen Verschwörung, um die letzten Reste von Verstand in dem romantischen Könige zu umnebeln und die letzten Reste von Widerstand in der bürgerlichen Klasse zu lähmen. Dazu hatten die Schwurgerichte bisher eine gewisse Unabhängigkeit bewiesen, die es zu brechen galt, und endlich kam es darauf an, die politische Polizei aus dem Zustande vormärzlicher Tölpelei, der sie in dem Hochverrathsprozesse gegen Waldeck bis auf die Knochen blamirt hatte, zu derjenigen Höhe verschmitzter Staatskunst

zu erheben, die wie sogar die Junker begriffen, in einem industriellen Zeitalter nicht entbehrt werden konnte. Für alle diese erhebenden Zwecke bot sich der Prozeß gegen die Kölner Kommunisten als ein vortreffliches Versuchsobjekt dar; an den Arbeitern konnte die Schärfe der Waffen erprobt werden, mit denen das Bürgerthum zerfleischt werden sollte. So wurde mit lärmenden Tamtamschlägen angekündigt, in den Kölner Angeklagten seien die Häupter eines hochverrätherischen Komplotts ergriffen, das wie ein Vampyr die gesittete Welt umklammere.

Allerdings thürmte sich gleich am Anfange der glorreichen Bahn ein anscheinend unüberwindliches Hinderniß auf. Das ganze Beweismaterial, über das Polizei und Justiz geboten, bewies nichts anderes, als daß der Bund der Kommunisten weder eine heimliche noch eine unheimliche Verschwörung, sondern eine geheime Propagandagesellschaft war, und über geheime Gesellschaften verhängte der Code keine Strafen. Das Kommunistische Manifest protestirte in jeder Zeile gegen die Unterstellung, Komplotte anstiften zu wollen, und die Ansprachen der Zentralbehörde, die bei Nothjung gefunden worden waren, beschäftigten sich ausschließlich mit dem Verhältniß der Kommunisten zur künftigen Regierung der Demokratie, also nicht mit der gegenwärtigen Regierung des romantischen Königs. Und wirklich entschied der Anklagesenat des Kölner Appellhofes im Oktober 1851, daß kein objektiver Thatbestand für die Anklage vorliege und die Untersuchung von Neuem beginnen müsse.

Indessen je größere Hindernisse zu überwinden waren, um so lockender erschien auch das Ziel. Fehlten die Beweise, so mußte die politische Polizei sie zu schaffen verstehen, und verurtheilten die bürgerlichen Geschworenen auf gar keine oder gefälschte Beweise, so waren sie um so ärger prostituirt. Der Polizeirath Stieber, der im Frühjahr 1851 zur Londoner Industrieausstellung geschickt worden war, um die deutschen Flüchtlinge zu überwachen, erhielt gleich nach der Verhaftung Nothjungs die nöthigen Winke. Er hatte sich in den Revolutionsjahren schlecht und recht als begeisterter Freiheitskämpfer und Vertheidiger der Steuerverweigerer durchgeschlagen, war dann aber, als mit der Revolution keine Geschäfte mehr zu machen waren, reuig zu den polizeilichen Fleischtöpfen zurückgekehrt und brannte natürlich vor Begierde, durch potenzirte Spitzeleien den etwa noch auf ihm haftenden Verdacht unzeitgemäßer Gesinnung zu zerstreuen. Er kam bald genug hinter das Dasein der Fraktion Willich-Schapper und ließ durch den Spitzel Reuter, der in demselben Hause mit dem Schriftführer jener Fraktion wohnte, deren Korrespondenz stehlen. Mit diesem Schatze wußte Stieber zu wuchern. Er sandte den Spitzel Fleury, der eigentlich Krause hieß und als der Sohn eines Raubmörders sich von Kindesbeinen an abwechselnd als Dieb, Polizeispion und Zuchthäusler ernährt hatte, nach Paris, um in den dortigen Gemeinden des Willich-Schapperschen Geheimbunds ein regelrechtes Komplott zu stiften. Mit richtigem Polizeiblicke hatte Stieber aus der gestohlenen Korrespondenz erkannt, daß die Pariser Gemeinden einen günstigen Boden für Lockspitzeleien böten, und er durfte sicher sein, daß die bonapartistische Polizei am Vorabend des Staats-

streichs, den alle Welt erwartete, eine ihr fix und fertig dargebotene Verschwörung mit dankbarer Rührung annehmen und ausbeuten würde.

So geschah es denn auch. Fleury hatte in Paris um so leichteres Spiel, als er in den Pariser Gemeinden neben ehrlichen Tollköpfen bereits einen oberfaulen Kunden vorfand, einen gewissen Cherval, welcher der preußischen Gesandtschaft in Paris als Spion gedient hatte, übrigens nicht ein Irländer war, wie er behauptete, sondern ein ehrlicher oder vielmehr unehrlicher Rheinpreuße, Namens Kremer, der im Jahre 1844, wegen Wechselfälschungen verhaftet, aus dem Gefängniß in Aachen entflohen war. Ein Patron ähnlichen Kalibers war Gipperich, der die Straßburger Gemeinde des Willich-Schapperschen Sonderbundes leitete. Bereits im September 1851 hatte Fleury seine Aufgabe so weit gelöst, daß Stieber und der Polizeilieutenant Greif nur noch nach Paris zu kommen brauchten, um als Entdecker einer auf den Umsturz der französischen Verfassung abzielenden Verschwörung im bengalischen Lichte der Staatsretter zu strahlen. Da in diesem Falle die juristische Kategorie des Komplotts erfüllt war, so wurden einige arme Teufel von deutschen Arbeitern im Februar 1852 durch den Spruch der Pariser Geschworenen zu längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen verurtheilt. Ungleich härter noch schienen Cherval und Gipperich mit acht Jahren Einkerkerung davon zu kommen, doch war es nur ein Augenblenden. Sie konnten gleich nach ihrer Verurtheilung aus dem Gefängniß entfliehen, denn die bonapartistischen und preußischen Staatsretter waren ganz einig darin, daß so nützliche Leute nicht hinter schwedischen Gardinen müßig liegen dürften.

Erfolgreich wie dieser polizeiliche Feldzug in seiner Art war, verfehlte er doch seinen eigentlichen Zweck, indem er kein Material gegen die Kölner Angeklagten lieferte. Man konnte sie nicht für ein Komplott verantwortlich machen, das die Polizei erst nach ihrer Verhaftung angestiftet hatte, und von allen Beziehungen, die in den Pariser Gemeinden aufgeschnüffelt worden waren, wies auch nicht eine einzige auf die Kölner Zentralbehörde oder die Fraktion Marx-Engels. In den Papieren, die Reuter gestohlen hatte, fand sich allerdings ein von Marx und seinen Freunden gezeichnetes Schriftstück, aber es war die sehr harmlose Erklärung von anderthalb Zeilen, worin sie am 17. September 1850 ihren Austritt aus dem Londoner Arbeiterbildungsverein angezeigt hatten. Die wirklich kostbaren Urkunden, die Stieber ergattert hatte, kostbar insofern, als sie, wie der im Stile des Schinderhannes zwischen Cherval und Gipperich geführte Briefwechsel, bürgerliche Geschworene mit bleichem Schrecken schlagen mußten, ließen sich nicht in den entferntesten Zusammenhang mit den Kölner Angeklagten bringen.

Die preußische Polizei verlegte also das Feld ihrer Thätigkeit nach London zurück. An die Fraktion Willich-Schapper nestelte sich der Lieutenant Hentze, der hier die ersten Uebungen im Lockspitzelfache machte, in dem ihn die Prozesse Ladendorf und Wiggers bald als vollendeten Lumpen zeigen sollten. Jedoch aus der Fraktion Willich-Schapper war nicht viel mehr zu holen und jedenfalls nicht das, was man gegen die Kölner Angeklagten brauchte. Greif, welcher der

preußischen Gesandtschaft in London attachirt worden war, erklärte dem Spitzel Wilhelm Hirsch, daß um jeden Preis Berichte über die geheimen Bundessitzungen der Partei Marx herbeigeschafft werden müßten, nur daß sie die Wahrscheinlichkeit nicht überschreiten dürften, und Fleury, der sich als biderber Kaufmann in der englischen Hauptstadt niedergelassen hatte, erläuterte demselben Spitzel die Wünsche der preußischen Polizei mit den Worten: „Dokumente sind die Hauptsache; kann man sie nicht schaffen, muß man sich doch zu helfen wissen." Hirsch, ein Kommis aus Hamburg, hatte sich im Dezember 1850 unter der Maske eines kommunistischen Flüchtlings in die private Gesellschaft einzuschleichen gewußt, in der sich Marx wöchentlich einmal mit seinen Freunden zusammen zu finden pflegte, war aber schon im Januar 1851 entlarvt und sofort hinausgethan worden. Die „Partei Marx" war so boshaft, nicht ein Atom zu liefern, das gegen die Kölner Angeklagten verwandt werden konnte. So halfen sich Fleury und Hirsch denn, wie sie konnten, schmiedeten allwöchentlich in Fleurys Hause, in dessen oberem Stocke der wackere Greif hauste, ihre Berichte über die „geheimen Bundessitzungen der Partei Marx" und verkauften sie gegen schweres Geld an die preußische Regierung, die in dem blödsinnigen Kauderwälsch der beiden ungebildeten Strolche die geheimste Weisheit von Marx und Engels zu besitzen glaubte.

Allzu wohl scheint ihr bei dieser wachsenden Fülle „objektiven Thatbestandes" trotzdem nicht gewesen zu sein. Die mündliche Verhandlung gegen die Kölner Angeklagten wurde von einer Assise auf die andere verschoben. Die Polizeidirektion in Köln, das Polizeipräsidium in Berlin, die Ministerien der Justiz und des Innern griffen unaufhörlich in den Gang der Untersuchung ein, aber immer war das Ende vom Liede: Aus Nichts wird Nichts. Sie hatten sogar das Pech, daß ihr Hauptzeuge Haupt von seinen Verwandten, welche die Schande nicht erleben wollten, vor der Eröffnung des Prozesses nach Brasilien spedirt wurde. Und das Publikum wurde immer ungeduldiger. Nach anderthalb Jahren mußte man sich endlich entschließen, den Vorhang über dem so lärmend angekündigten Spektakelstück aufzuziehen. Es geschah unter den ausgesuchtesten Vorsichtsmaßregeln. Die Geschworenen waren sorgfältig gesiebt, eine erlesene Sammlung von Angstmeiern aus den herrschenden Klassen; den Vertheidigern wurde sogar noch nach Zustellung der Anklageakte, in direktem Widerspruche mit dem Gesetze, der Verkehr mit den Angeklagten untersagt; das schwarze Kabinet der Post, das im preußischen Staate von jeher den Briefdiebstahl unvergleichlich zu organisiren gewußt hatte, wurde angespornt, diesmal sich selbst zu übertreffen und der Vertheidigung alle Hilfe von Auswärts abzuschneiden, und Stieber stand bereit, mit kräftiger Faust Meineid auf Meineid zu leisten.

Die Verhandlungen währten sechs Wochen, vom 7. Oktober bis zum 12. November 1852. Abgesehen von kleinen Polizeiüberraschungen, wie einem Schriftstücke voll rabiaten Unsinns, das von Marx geschrieben sein sollte, aber sofort als Fälschung enthüllt wurde, suchte Stieber die Angeklagten in das Komplott Cherval zu verwickeln, indem er kunterbunt Daten und Namen durcheinander

warf und keine Lüge verschmähte, die er irgend wagen durfte, ohne sofort auf ihr festgenagelt zu werden. Ein Rinaldobrief Chervals an Gipperich wurde nicht weniger als dreimal verlesen, um den Geschworenen die verbrecherische Ruchlosigkeit des Kommunismus klar zu machen. Aber alle Meineide Stiebers halfen dem noch so beschränkten Unterthanenverstande der bürgerlichen Geschworenen oder ihrer noch so ängstlichen Sorge um das heilige Eigenthum nicht über die einfache Logik hinweg, daß die Angeklagten nicht verantwortlich gemacht werden konnten für ein Komplott, das während ihrer Untersuchungshaft von polizeilichen Lockspitzeln in einer Organisation angestiftet worden war, mit welcher sie in heller Feindschaft gelebt hatten.

Stieber sah ein, daß er es mit der stärksten seiner Künste versuchen müsse. Am 23. Oktober gestand er, daß für das Komplott Cherval allerdings nur der Willich-Schappersche Sonderbund hafte. Aber er werde nunmehr das Originalprotokollbuch der Partei Marx-Engels vorlegen, das ihm eben durch einen außerordentlichen Kourier aus London überbracht worden sei und das die schrecklichsten Umtriebe in der Rheinprovinz, in Köln, ja mitten im Gerichtssaale enthülle. Der außerordentliche Kourier war Freund Greif, und das Protokollbuch bestand aus den von Fleury und Hirsch geschmiedeten Berichten, nur daß sie in diesem Buche von H. Liebknecht und Rings als den Sekretären der Partei Marx-Engels eigenhändig geschrieben und unterzeichnet sein sollten. Stieber schwor auf die Echtheit des Buchs, aus dem einleuchtenden Grunde, weil es dasselbe enthalte, was ihm von seinen geheimen Agenten über die geheimen Verhandlungen jener Partei mitgetheilt worden sei. Die Angeklagten und ihre Vertheidiger standen natürlich dieser polizeilichen Enthüllung zunächst wehrlos gegenüber, und die Polizei- wie die Postbehörden nahmen einen erneuten Anlauf, alle Aufklärungen abzuschneiden, die aus London von dem gefürchteten Marx eintreffen könnten.

Allein alle Macht des preußischen Staates reichte nicht so weit, den ebenso plumpen wie verbrecherischen Schwindel durchzuführen. Echte Handschriften von Rings und Liebknecht, dessen Vornamen die Fälscher nicht einmal richtig angegeben hatten, konnten in Köln selbst herbeigeschafft werden, und auf Umwegen mußte Marx trotz aller postalischen Briefdiebstähle die Vertheidiger mit den nöthigen Anweisungen zu versehen. Einen letzten verzweifelten Versuch machte Stieber noch, indem er den Polizeilieutenant Goldheim nach London sandte, um den Spitzel Hirsch unter Anerbieten einer förmlichen Staatspension nach Köln zu locken, wo er als H. Liebknecht die Echtheit des Protokollbuchs vor den gerichtlichen Schranken beschwören sollte. Jedoch Hirsch witterte ganz richtig, daß er aus diesem Abenteuer viel eher als Sündenbock der Polizei und meineidiger Zuchthäusler, denn als preußischer Staatspensionär hervorgehen werde. Er wies den Versucher ab und öffnete vielmehr den Geheimschrank seiner schönen Seele vor Willich, der ihn bewog, am 6. November an Eidesstatt vor einer englischen Behörde zu erklären, daß er unter Leitung von Greif und Fleury das Protokollbuch gefälscht habe. Die Kölner Prokuratur mußte das herrliche Beweisstück selbst für „unecht", für ein „unseliges Buch" erklären.

Die Freisprechung der Kölner Angeklagten schien unabweislich. Die deutsche und die englische Bourgeoispresse bereitete die öffentliche Meinung auf einen ungünstigen Ausgang des Prozesses vor. Aber am 12. November sprachen die Geschworenen über sieben von den elf Angeklagten ihr Schuldig; Röser, Bürgers und Nothjung wurden zu sechs, Reiff, Otto und Becker zu fünf, Leßner zu drei Jahren Festungshaft verurtheilt. Es war der erste Sündenfall der Geschworenen seit den Märztagen; zwischen die Wahl gestellt, einen Justizmord an einigen Kommunisten zu begehen oder vor aller Welt das Brandmal der Infamie auf die Stirn der preußischen Regierung zu drücken, entschieden sie sich für den Justizmord.

Darnach lösten sich die Reste des Kommunistenbundes auf, die noch in London bestanden hatten. In dem Auflösungsbeschlusse war als Grund angegeben, daß seit der Verhaftung der Kölner Verurtheilten alle Verbindungen mit dem Kontinent aufgehört hätten und überhaupt eine derartige Propagandagesellschaft nicht mehr zeitgemäß sei. Wenige Monate darauf schlief auch der Willich-Schappersche Sonderbund ein. Schapper erkannte die Mißgriffe der „Flüchtlingstölpelei", und Willich ging nach Amerika, wo er sich als General im Bürgerkriege der sechziger Jahre verdienten Ruhm erworben hat.

Mit der Auflösung ihrer kräftigsten Organisation schloß die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung ab. Weitling, der nach dem Novemberstaatsstreich aus Berlin ausgewiesen worden war, hatte noch einige Monate hindurch in Hamburg und Altona eine nicht ganz erfolglose kommunistische Propaganda getrieben; er stiftete einen Befreiungsbund, in dem der Haartuchweber Jakob Audorf zum überzeugten Kommunisten wurde. Indessen schon im August 1849 kam die Polizei der Agitation Weitlings auf die Spur. Audorf ging dann noch im geheimen Auftrage seiner Gesinnungsgenossen nach England, um mit den dortigen Flüchtlingen eine bewaffnete Schilderhebung im nördlichen Deutschland zu berathen, ließ sich aber namentlich durch Marx von der gänzlichen Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens überzeugen. Weitling entkam nach Amerika, von wo er nicht wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist. Er hat sich noch das Verdienst erworben, unter den deutschen Arbeitern in den Vereinigten Staaten eine kräftige Bewegung zu entfachen, deren Leitung ihm nur wieder bald durch seinen persönlichen Eigenwillen und seine utopistischen Pläne verloren ging. Ein kleines Aemtchen in Castle Garden, dem Einwanderungsdepot des Hafens von New York, ernährte ihn und seine zahlreiche Familie kümmerlich bis zu seinem Tode im Jahre 1871. Die letzten schriftlichen Zeugnisse von seiner Hand deuten darauf hin, daß er sich schließlich ganz in fixe Ideen verrannt hatte und eine völlige Umwälzung der Astronomie plante, worin er die Erde wieder zum Mittelpunkte der Welt gemacht haben soll. Er starb an der Schwelle der Zeit, die ihm gerecht werden sollte in dem was er geleistet, wie in dem was er verfehlt hat.

Ueberlebt wurde der Bund der Kommunisten anscheinend durch einzelne Ausläufer der Arbeiterverbrüderung. Von all ihren praktischen Versuchen waren einzig die Gesundheitspflegevereine gediehen, deren Mitglieder gegen einen kleinen monat-

lichen Beitrag in Krankheitsfällen freie ärztliche Hilfe und Arzneimittel erhielten. Diese Vereine wurden erst im Frühjahr 1853 todtgeschlagen, im Zusammenhange mit dem Prozesse Ladendorf, in dem die politische Polizei auf die kleinbürgerliche Demokratie mit denselben schuftigen Mitteln losschlug, wie ein halbes Jahr vorher im Kölner Kommunistenprozesse auf das revolutionäre Proletariat. Darin aber bekundete Stieber eine gewisse Logik der Infamie, daß er die Gesundheitspflegevereine nicht in die proletarische, sondern in die bürgerliche Katastrophe verwickelte. Diese Vereine konnten allerdings nicht mehr als proletarische Organisationen gelten; sie waren ganz verbürgerlicht und wurden von der Bourgeoisie als Entlastung der städtischen Armenbudgets geschätzt. Liberale Menschenfreunde protestirten gegen ihre Auflösung unter Berufung darauf, daß die Gesundheitspflegevereine ihre Zusammenkünfte stets bereitwillig der Polizeiaufsicht unterworfen hätten.

In dem Schicksale dieser Vereine spiegelte sich bis zu einem gewissen Grade das Schicksal der Arbeiterverbrüderung selbst ab. Die prinzipielle Unklarheit in ihrem Schooße war, so lange die Revolution währte, durch den revolutionären Instinkt des Proletariats ausgeglichen worden; sie trat scharf hervor, als die Revolution in der Reichsverfassungskampagne niedergeschlagen worden war und zugleich die industrielle Prosperität sich kräftig zu entfalten begann. Dazu kam, daß Born im Exile lebte und seine Nachfolger in der Leitung des Bundes und seines Organs, der Geometer Schwenniger und der Schriftsetzer Gangloff, ihn keineswegs ersetzten. Die Generalversammlung der Arbeiterverbrüderung, die vom 20. bis 26. Februar 1850 in Leipzig tagte und von 25 Delegirten besucht war, darunter auch einzelnen Mitgliedern des Kommunistenbundes, wie Bisky und Stechan, zeigten die entschiedenste Neigung, auf große politische Reformen zu verzichten und statt ihrer mit selbsthilflerischen und deshalb hilflosen Kurversuchen an der kapitalistischen Gesellschaft herumzupfuschen. Wie das französische Proletariat durch den furchtbaren Aderlaß der Junischlacht, durch den Tod oder das Exil seiner begabtesten Führer, durch die Niederlage der bürgerlichen Revolution und die üppige Entfaltung der bürgerlichen Produktivkräfte nach dem klassischen Worte von Marx in eine Bewegung geworfen wurde, „worin es darauf verzichtete, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesammtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzmittel seine Erlösung zu vollbringen suchte“, wie sich im englischen Proletariat nach dem Scheitern des Chartismus eine ganz ähnliche Tendenz geltend machte, so riefen ähnliche Ursachen in der deutschen Arbeiterklasse ähnliche Wirkungen wach. Sie hatte freilich weder eine Junischlacht noch eine Chartistenbewegung aufzuweisen, aber im Verhältniß zu ihrer noch embryonenhaften Entwicklung hatte sie in den Revolutionskämpfen ebenso viel geleistet und gelitten, wie die englische und französische Arbeiterklasse, und sie bedurfte einer Zeit der Erfrischung und Erholung, um sich klar zu werden über die bitteren Lehren der Revolution und die süßen Lockungen des industriellen Aufschwungs.

Es mag dahingestellt bleiben, ob, wie Engels meint, die Arbeiterverbrüderung wegen ihrer untergeordneten Bedeutung von der Reaktion lange geschont wurde, oder ob die Gegenrevolution, wofür manche Fingerzeige sprechen, erst den bürgerlichen Widerstand gänzlich gebrochen haben wollte, ehe sie in das Wespennest der Arbeitervereine griff, die in dem Bunde geeinigt waren. Jedenfalls wurde er erst in der Mitte des Jahres 1850 gleichzeitig in Preußen, Baiern und Sachsen gesprengt. Die Bestimmung in den neuen reaktionären Vereinsgesetzen jener Staaten, die politischen Vereinen die Verbindung unter einander verbot, mußte dabei in erster Reihe als Vorwand herhalten. Mit dem Bunde ging auch sein Organ ein. Schwenniger wurde als geborener Preuße aus Sachsen ausgewiesen, nachdem er wegen angeblicher Betheiligung am Dresdener Maiaufstande längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten worden war. Gangloff gab als Ersatz für die Verbrüderung noch den Prometheus heraus, eine Wochenschrift von schwächlicher Haltung, die höchstens etwa mit einem konfusen Sozialismus kramte. Sie feierte Proudhon ebenso überschwänglich, wie die Verbrüderung ihn scharf kritisirt hatte, sie druckte Karl Grüns saftlose Belletristik ab und fügte aus Eigenem die geistreiche Anmerkung hinzu, der Kommunismus verhalte sich zum Sozialismus, wie die Astrologie zur Astronomie und wie die Alchymie zur Chemie. Als der Prometheus in Preußen verboten wurde, jammerte er über die grausame Härte gegen ein „unschuldiges Arbeiterblatt, das vorhanden sei, um Klarheit der Ideen zu verbreiten und den Kommunismus als unmöglich, wenigstens als im nächsten halben Jahrtausend unmöglich darzustellen." Trotz dieses bedenklichen Schickens in die böse Zeit waren seine Tage gezählt: Gangloff wurde verhaftet und im Jahre 1852 vom Leipziger Appellationsgericht „wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverraths und wegen Verdachts der Theilnahme am Kommunistenbunde" zu vier Jahren Arbeitshaus verurtheilt. Zur „Warnung" ließ das sächsische Ministerium obendrein das Schandurtheil durch den Druck öffentlich verbreiten.

Am längsten hielt sich die Arbeiterverbrüderung im nordwestlichen Deutschland, wo Stechan ihre Trümmer um die von ihm herausgegebene Deutsche Arbeiterhalle sammelte, die sich zwar auch den reaktionären Zeitläuften anpaßte, aber ihrer Sache deshalb nichts vergab. Nach der Entdeckung des Kommunistenbundes wurde Stechan verhaftet und sein Blatt ging ein. Ihm selbst gelang es, aus der Untersuchungshaft nach England zu entfliehen.

Am Grabe der Arbeiterverbrüderung salutirte der deutsche Bundestag durch den Beschluß vom 13. Juli 1854, der „im Interesse der gemeinsamen Sicherheit sämmtliche Bundesregierungen" verpflichtete, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben, und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten. Hauptpathe dieses Ausnahmegesetzes war der preußische Bundestagsgesandte v. Bismarck.

Sechstes Kapitel.

Die fünfziger Jahre.

I. Politischer Niedergang.

In den landläufigen Geschichtswerken wird die Reaktionszeit der fünfziger Jahre dargestellt als ein düsteres Zwischenspiel, in dem der böse Geist Ahriman abgefeimte Bosheiten trieb und der gute Geist Ormuzd als ein edelmüthiger Dulder ein trostloses Dasein hinschleppte. In der rauhen Wirklichkeit spielten sich die Dinge natürlich ganz anders ab. Und zwar genau so, wie sie sich nach ihren thatsächlichen Voraussetzungen abspielen mußten.

Die preußischen Einheitsbestrebungen waren nach Verdienst vergeckt. Kaum hatte der hohenzollernsche Adler die Mittel- und Kleinstaaten vor der Revolution gerettet, als sie sich vor seinen annexionssüchtigen Krallen in Oesterreichs Arme flüchteten. Der Zar lud Oesterreich und Preußen als seine Vasallen vor seinen Richterstuhl in Warschau und befahl ihnen, Ruhe zu halten und den alten Bund wiederherzustellen. Jedoch behandelte er sie nicht nach gleichem Vasallenrechte, sondern Preußen mußte zur Strafe dafür, daß es mit der Revolution kokettirt hatte, als Untervasall vor Oesterreich zu Kreuze kriechen. Der preußische Patriotismus ächzte schwer, indem er das doppelte kaudinische Joch passirte, bewies aber zugleich seine unverbesserliche Schafsnatur dadurch, daß er auch jetzt noch an der allerunterthänigsten Legende fortspann. Graf Brandenburg, der „edle Hohenzoller“, sollte bei seiner Rückkehr von Warschau nach Berlin von der Schande seines Vaterlands erdrückt worden und an gebrochenem Herzen gestorben sein, in den Todesphantasien nach Schild und Schwert rufend. Thatsächlich starb dieser militärische Schnurrbart an einer höchst profanen Erkältung, just als er sich anschickte, mit demselben angenehmen Kitzel, womit er die Hiebe der russischen Knute empfangen hatte, die Schläge des habsburgischen Stockes entgegenzunehmen. Preußische Historiker, denen es gegen den Strich ging, daß ein „edler Hohenzoller“ je mit einer noch so philisterhaften Volksbewegung sympathisirt haben sollte, haben die Thatsache aus den Akten festgestellt.

Manteuffel machte dieser Volksbewegung das Zugeständniß, die Kammern einzuberufen und das Heer zu mobilisiren. Er dachte aber nicht daran loszuschlagen, sondern ging nach Olmütz, um in aller Seelenruhe die preußische Schande zu verbriefen. Er büßte in Sack und Asche und flehte nur um die Ehre, als Büttel zweiten Ranges zu den Exekutionen zugelassen zu werden, durch die Oesterreich und die Mittelstaaten den gesetzmäßigen Widerstand der kurhessischen Bevölkerung gegen einen nichtswürdigen Staatsstreich und den nationalen Widerstand der schleswig-holsteinischen Bevölkerung gegen die dänische Fremdherrschaft zu brechen gedachten. Mit solchen „Zugeständnissen“ wagte der traurige Patron

noch zu prahlen, und wahrhaft frenetisch waren die Jubelschreie des Junkers Bismarck über Olmütz. Dagegen schrieb der altpreußische Diplomat Pourtales in der zutreffenden Empfindung, daß Olmütz noch über Jena gehe: „Unsere Geschichte kann Nichts aufweisen, was mit der Niederlage von Olmütz zu vergleichen wäre. Unsere Kammern und unser Heer zusammenzutrommeln, um in Gala geohrfeigt zu werden, von Konzessionen Oesterreichs zu sprechen, weil wir dem Henker Rechberg in Hessen einen Schinderknecht stellen dürfen, als Kuppler und Hehler nach Holstein nachzuhinken, mit Pauken und Trompeten, Protokollen und Urkunden unsere Schande verbriefen lassen zu müssen — es ist so niederschmetternd, daß ich keinen Ausdruck dafür finde." Wälzten sich die Junker vom Schlage Bismarcks in der Olmützer Schande wie Katzen im Baldrian, so flüsterten schamvollere Gemüther der Reaktion, nur durch die diplomatische habe die militärische Niederlage vermieden werden können. Und in der That enthüllte die Mobilmachung den Verfall des preußischen Heerwesens, den die klägliche Kriegführung in Posen, Schleswig-Holstein und Baden schon angekündigt hatte.

Nach Preußens Unterwerfung wurde der Bundestag wieder hergestellt, der kurhessische Staatsstreich mit militärischer Gewalt befestigt, Schleswig-Holstein an die dänische Fremdherrschaft ausgeliefert. Und zwar für immer. Durch einen Gewaltstreich beseitigten die Großmächte einschließlich Preußens und Oesterreichs das altverbriefte Recht der Herzogthümer, wonach in ihnen nur der Mannesstamm des dänischen Königshauses herrschen durfte, dessen nahe bevorstehendes Ableben ihre dauernde Loslösung von Dänemark gesichert hätte. Im Londoner Protokolle vom 8. Juli 1852 wurde festgesetzt, daß in der ganzen deutschen Monarchie einschließlich Schleswig-Holsteins das Haus Glücksburg erbberechtigt sein sollte, mit Ausschluß der nach schleswig-holsteinischem Rechte berechtigten Augustenburger, deren Haupt sich übrigens seine Ansprüche von Gottes Gnaden gegen ein paar Milliönchen abkaufen ließ. Der wiederhergestellte Bundestag gab dann den Mittel- und Kleinstaaten das Signal zur Beseitigung der Märzerrungenschaften. In den meisten dieser Staaten, in Sachsen, Hannover, Württemberg, Nassau, den beiden Hessen und anderen erfolgte sie unter offenem Eid- und Wortbruche der Fürsten; nur Baiern und einige Kleinstaaten, wie Braunschweig, Koburg, Meiningen, Oldenburg und Weimar kamen um diese Klippe herum, wenngleich auch sie meist ins reaktionäre Fahrwasser segelten.

Fürst Schwarzenberg, der leitende Minister des österreichischen Gesammtstaats, hatte die Parole ausgegeben: il faut avilir la Prusse et puis la démolir, man muß Preußen demüthigen und dann vernichten. Er schien jetzt sein Ziel erreicht zu haben. Preußen war thatsächlich aus der Reihe der Großmächte geschieden, und in Deutschland nahm kein Hund mehr von seiner „nationalen Mission" ein Stück Brot an. Selbst der langmüthige Vater Arndt sang der preußischen Hegemonie das Scheideverschen: „Wohl Vieles wird vergeben und vergessen, doch nimmer Schleswig-Holstein, nimmer Hessen." Und dennoch schlug sie in diesen Tagen festere Wurzeln als jemals früher. Der österreichisch-mittel-

staatlichen Politik mißlang der entscheidende Schlag: die Sprengung des Zollvereins. Ihre heftigen Anstrengungen, die Erneuerung der am 1. Januar 1854 ablaufenden Zollvereinsverträge zu hindern, scheiterten an dem unüberwindlichen Veto der ökonomischen Entwicklung. Der Zollverein wurde nicht nur nicht gesprengt, sondern erweiterte sich sogar durch den Zutritt Hannovers, Oldenburgs und kleinerer nordwestdeutscher Staaten, die bisher einen eigenen „Steuerverein" gebildet hatten, auf ein Gebiet von 9046 Geviertmeilen mit 35 Millionen Einwohner.

Innerhalb des preußischen Staates machte die Gegenrevolution gleichfalls die Erfahrung, daß ihre politische Allmacht an den ökonomischen Zuständen ihre bestimmte Grenze habe. Sie hatte nach der Knebelung der Arbeiterklasse und nach dem politischen Verzichte des Kleinbürgerthums sowie der etwas entschiedeneren Bourgeoisie so ziemlich freie Bahn. Die Opposition der Gothaer, hinter der nur die schwächlichsten Elemente der Bourgeoisie standen, bedeutete nicht viel. Die junkerlichen Heißsporne haben denn auch ziemlich ein Jahrzehnt daran gearbeitet, die vormärzlichen Zustände zurückzuführen, aber ohne Erfolg. Die Gothaer verriethen einen ganz richtigen Bourgeoisinstinkt, wenn sie sich damit trösteten, das Hühnchen Freiheit lasse sich wohl noch erdrosseln, aber nicht mehr in das zerbrochene Ei zurückstecken.

Und sie waren des Trostes sehr bedürftig. Denn gewürgt hat der bureaukratisch-junkerliche Habicht das Hühnchen bis auf den letzten piepsenden Athemzug. Irgend welche Gewissens- und Rechtsbedenken kannte er nicht, und man kann dem bürgerlichen Märthyrer zugeben, daß er in den fünfziger Jahren reichlich hat büßen müssen, was er in den Tagen der Revolution gesündigt hatte. Die Macht, die er dem König- und Junkerthum wieder in die Hände gespielt hatte, wurde weidlich ausgenützt, um ihn zu peinigen und zu placken. Jedoch da er sich willig in diese See von Plagen tauchen ließ und nicht einmal aus eigener Kraft herausgeschwommen ist, so mag es seinen Thränenweibern überlassen bleiben, ihre Klagelieder darüber anzustimmen. Hier kommt es nur darauf an, aus der Geschichte der fünfziger Jahre die Thatsachen festzustellen, die so oder so auf die Schicksale des deutschen Proletariats eingewirkt haben.

Die Wahlen, die im Sommer 1849 auf Grund der oktroyirten Dreiklassenwahl stattfanden, waren endlich nach dem Herzen des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel ausgefallen. In den neuen Kammern saß auf der äußersten Linken, was in der Nationalversammlung von 1848 auf der äußersten Rechten gesessen hatte. Dieser ihr Charakter prägte sich bei den Wahlen von 1852 und 1855 noch mehr in reaktionärem Sinne aus. Die oktroyirte Verfassung vom 5. Dezember 1848 wurde nun im Handumdrehen von allen Märzerrungenschaften gereinigt. Aus dem immerhin sauberen Dasein eines Blattes Papier sank sie zum besudelten und zerrissenen Fetzen herab, an dem jeder Bureaukrat seine Feder und jeder Junker seine Stiefel abwischte. Die Kammern waren fast immer willig, die Verfassung zu durchbrechen, und zudem half das feile Obertribunal nach,

mißliebige Paragraphen trotz des klarsten Wortlauts in ihr Gegentheil zu interpretiren, vorausgesetzt, daß die Regierung es überhaupt für nöthig hielt, die Verfassung zu vergewaltigen, statt sie einfach zu übertreten, als wäre sie nicht da.

Bei dem gewaltigen Kehraus, der den Märzerrungenschaften getanzt wurde, machte man eine sehr bezeichnende Ausnahme mit dem Bürgerwehrgesetz. Es wurde suspendirt aber nicht aufgehoben, sondern fein säuberlich in den Winkel gestellt, als ein Hausmittelchen für künftige Nothfälle. Mit einem Institut, an dem sich so schnell und scharf der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat entfaltet hatte, mußte schonend umgegangen werden. Dagegen wurde das Gesetz zum Schutze der persönlichen Sicherheit beseitigt. Das Gesetz vom 8. April 1848 war bereits durch die oktroyirte Dreiklassenwahl zerrissen worden. Das gleiche Schicksal hätte die bureaukratisch-junkerliche Reaktion am liebsten auch dem Gesetze vom 6. April 1848 bereitet, aber an ihm stieß sie auf die Grenze ihrer Macht.

Soweit sie konnte, stampfte sie es in Grund und Boden. Statt der Preßfreiheit ohne Kautionen kam ein Preßgesetz mit Kautionen, mit Stempelsteuern, mit einer Präventivpolizei, die nahe an die Zensur streifte, mit allerlei sonstigen Chikanen. Politische und Preßvergehen wurden den Geschworenen entzogen und den besoldeten Gerichten überwiesen, für schwere Fälle wurde ein Staatsgerichtshof als Ausnahmegericht niedergesetzt. Der Genuß der staatsbürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß fand seine Verwirklichung in der grausamen Herrschaft einer verfolgungssüchtigen Orthodoxie. Die Unabhängigkeit der Richter wurde durch neue Disziplinargesetze zerbrochen und dem Ehrgeize richterlicher Streber in dem Strafgesetze von 1850 ein unbeschränktes Feld eröffnet. Das neue Kriminalrecht strafte die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze oder obrigkeitliche Anordnungen, strafte den Widerstand gegen Beamte, gleichviel ob ihre Handlungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse lagen oder nicht, strafte die Gefährdung des öffentlichen Friedens, die Anreizung der Bevölkerungsklassen gegen einander, was alles dem preußischen Landrecht unbekannt war. Es schützte nicht blos die Personen in öffentlichen Aemtern gegen Beleidigungen und Verleumdungen, sondern auch die Anordnungen der Obrigkeit gegen Entstellungen und Erregung von Verachtung. Eine mißbilligende Kritik von Regierungshandlungen, ein Nachweis, daß solche Handlungen rechtswidrig seien, wurde thatsächlich unmöglich gemacht. Die gesetzlich verbürgte Vereins- und Versammlungsfreiheit würgte das Vereinsgesetz von 1850 ab. Die Einreichung der Vereinsstatuten und Mitgliederverzeichnisse bei der Polizei trug den denunziatorischen Stempel an der Stirn, lieferte treffliches Material für die Register der heiligen Hermandad und gestattete der Regierung, die Leute, die mißliebigen Vereinen beigetreten waren, zu maßregeln und zu verfolgen. Das über politische Vereine verhängte Verbot, mit einander in Verbindung zu treten, lähmte die Entwicklung des modernen Parteiwesens. Die polizeiliche Anmeldung und Beaufsichtigung der Versammlungen gestattete jedem untergeordneten Poli-

ziſten, jede Verſammlung in jedem Augenblick aufzulöſen, ohne im ſchlimmſten und ſeltenſten Falle mehr zu riskiren, als einen ermunternden Rüffel ſeines Vorgeſetzten. Dies famoſe Geſetz brachte die Regierung übrigens mit einer Art Schamerröthens ein; ſie gab ihm keine Motive bei, und ihre Helfershelfer in der Kammer mußten ſtottern, es ſei eine ganz proviſoriſche Maßregel, die durch ſchwere Zeiten helfen ſolle, aber in beſſeren Zeiten wieder beſeitigt werden würde. Bekanntlich beſteht es aber heute noch und iſt den Kulturhelden des neuen deutſchen Reiches ſogar viel zu liberal.

Dies alles gelang der bureaukratiſch-junkerlichen Reaktion. Was ihr aber nicht oder doch nicht ganz gelang, das war, dem Geſetze vom 6. April 1848 ſeine eigentliche Krone auszubrechen, das Budget- und Steuerbewilligungsrecht. Das Steuerbewilligungsrecht wurde zwar auf das Maß zurückgeführt, das ſchon dem Vereinigten Landtage zugeſtanden hatte: auf die Bewilligung neuer Anleihen und Steuern, und ebenſo wurde das Budgetbewilligungsrecht einerſeits dadurch abgeſchwächt, daß der Etat in einigen großen Ziffern vorgelegt wurde, die der Regierung im Einzelnen möglichſt weiten Spielraum ließen, andererſeits dadurch angezweifelt, daß man die Frage aufwarf, was geſchehen ſolle, wenn kein Etatsgeſetz fertig würde. Im Ernſte war dieſe Frage natürlich gar keine Frage, denn ſeinem geſchichtlichen und thatſächlichem Sinne nach beſtand das Budgetrecht darin, daß die Regierung keine Ausgabe machen durfte, welche die Volksvertretung nicht gebilligt hatte. So hatte es auch die Nationalverſammlung gemeint, aber um das Budgetrecht möglichſt feſt zu verankern, hatte ſie es in dem Verfaſſungsentwurfe des Miniſteriums Camphauſen bei dem Artikel 99 belaſſen, wonach alle Einnahmen und Ausgaben des Staats alljährlich im Voraus veranſchlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden müßten, der jährlich durch ein Geſetz feſtzuſtellen ſei. Sie bildete ſich ein, die feierliche Form eines Geſetzes würde den von der Volksvertretung einmal feſtgeſtellten Etat um ſo unantaſtbarer machen, während vielleicht ſchon das Miniſterium Camphauſen-Hanſemann, ganz gewiß aber das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel dabei an den Artikel 60 der Verfaſſung dachte, wonach die Uebereinſtimmung des Königs und der beiden Kammern zu jedem Geſetze erforderlich ſei. Aus den Artikeln 99 und 60 folgerte die bureaukratiſch-feudale Reaktion, daß die Volksvertretung an dem von der Regierung entworfenen Etat nur ſolche Aenderungen vornehmen dürfe, die ſich die Regierung mit guter oder böſer Miene gefallen laſſe. Die zweite Kammer von 1849, welche die Verfaſſung in reaktionärem Sinne revidirte, lehnte ausdrücklich einen Antrag der Gothaer ab, der den Artikel 99 in ſeinem eigentlichen Sinne deklariren ſollte, beantwortete aber allerdings auch nicht die von ihr ſelbſt aufgeworfene Frage, was geſchehen ſolle, wenn ſich König und Kammern nicht über ein Etatsgeſetz einigen könnten. Sie ließ die „Lücke“ beſtehen mit dem Vorbehalte, ſie im gegebenen Falle nach ihrem Geſchmack auszufüllen. Einſtweilen war noch nicht Noth am Manne. Im Gegentheile, wenn die Reaktion das Steuer- und Budgetbewilligungsrecht ſo kappte oder doch lockerte, daß es im

Bedürfnißfalle mit einem Axthiebe gefällt werden konnte, so hatte sie ihre zwingenden Gründe, seine innere Hohlheit nicht vorzeitig bloß zu stellen.

Welches diese Gründe waren, sagte die Revue der Neuen Rheinischen Zeitung mit den klaren und knappen Worten: „Wenn wir zurückdenken an die Finanzbeklemmung von 1842 bis 1848, an die vergeblichen Borgversuche mit der Seehandlung und der Bank, an die abschlägigen Antworten Rothschilds, an die vom Vereinigten Landtage verweigerte Anleihe, an die Erschöpfung des Staatsschatzes und der öffentlichen Kassen, und wenn wir mit dem allen vergleichen den Finanzüberschuß von 1850 — drei Budgets mit 70 Millionen Defizit gedeckt, Darlehensscheine, Tresorscheine massenhaft in Umlauf gesetzt, der Staat mit der Bank auf einem besseren Fuß als je mit der Seehandlung, und zu alledem noch 34 Millionen bewilligter Anleihe in Reserve — welch ein Kontrast!" Es war die Finanznoth, welche die offene Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen unmöglich machte; ohne Konstitutionalismus konnte der preußische Staat nicht mehr bestehen, und der junkerliche Ehrgeiz mußte sich darauf beschränken, den preußischen Konstitutionalismus zu einem bloßen Scheine zu machen.

Es war aber nicht die Finanznoth allein, die der bureaukratisch-feudalen Reaktion eine unüberwindliche Schranke setzte. Auch auf sozialem Gebiete mußte sie sich bescheiden, wie auf politischem. Sie stellte die gutsherrliche Polizei, die feudalen Kreis- und Provinzialstände wieder her; ja sie krönte diese mittelalterliche Organisation dadurch, daß sie die erste Kammer durch das Herrenhaus ersetzte, in welchem das ostelbische Junkerthum die angeborene Mehrheit hatte. Diese vollständig verfassungswidrige Mißgeburt konnte die ganze Gesetzgebung lahm legen, wenn einmal die Dreiklassenwahl versagen sollte. Die beiden Kammern mit ihren „revolutionären Namen" verschwanden; dafür bildeten Herren- und Abgeordnetenhaus den mittelalterlich anklingenden Landtag. Was sich aber auch hier als unmöglich erwies, das war die Aufrechterhaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. Diese Grundlage aller feudalen Herrlichkeit mußte beseitigt werden. Den Junkern steckte die Angst vor den Bauern noch viel zu tief in den Knochen, als daß sie nicht selbst darauf gedrungen hätten. Sie sahen ein, daß wie ein späteres Ministerium so schön sagte, eine „befriedigende Lösung bald erfolgen müsse, wenn die Frage nicht einer weniger rücksichtsvollen Behandlung entgegen eilen" sollte. Lassalle übersetzte die wohlklingende Phrase in den kräftigen und treffenden Satz: Der Feudalgeist fühlt die ihm so knapp zugemessene Zeit — und greift schnell noch mit beiden Händen von neuem in die Taschen des Volks, um noch vor dem Hahnenschrei durch eine neue Gewalt seinen feudalen Besitz in bürgerlichen zu verwandeln.

Und tief genug griff das Gesetz über die Regulirung und Ablösung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850 in die Taschen des Volks. Einige zwanzig ganz nebensächliche Lasten wurden unentgeltlich aufgehoben: solche Berechtigungen, wie das Ministerium sagte, „welche nur in einer lästigen Beschränkung der freien Verfügung des Verpflichteten über den Grundbesitz bestehen

und dem Berechtigten entweder gar keinen materiellen oder doch nur einen selten zu realisirenden, von ganz zufälligen Umständen abhängigen und deshalb nach Geld überhaupt nicht wohl zu veranschlagenden Vortheil gewähren", dazu einige Arten von Laudemien. Die meisten Laudemien mußten abgelöst werden, wie überhaupt jede halbwegs einträgliche Feudallast, wie auch die ungemessenen Dienste, deren rein feudale Natur schon im Jahre 1820 von der preußischen Gesetzgebung anerkannt worden war, so daß Lassalle ihre Ablösung mit Recht als einen widerrechtlich und wider das eigene Rechtsbewußtsein von der reichen Grundaristokratie am armen Manne begangenen Raub brandmarkte. Die Regulirung und Ablösung erstreckte sich diesmal auf die ganze Bauernschaft einschließlich der kleinen spannlosen Bauern; die Junker wollten eben reinen Tisch machen und den See bis auf den Grund abfischen.

Regulirt wurden aber nur noch 12 706 Bauern, während Schlesien ihrer allein nach dem Stande von 1816 25 000 hätte stellen müssen: so gründlich hatten die Junker in den Jahrzehnten vor der Märzrevolution unter den Bauern mit unsicherem Besitzrecht aufgeräumt. Viel weiter erstreckte sich die Ablösung, bei der die Junker insofern etwas nachließen, als die Geld- oder Kornrenten, in denen die Feudallasten abgeschätzt wurden, zum achtzehnfachen Betrage kapitalisirt werden konnten, und nicht mehr wie früher zum fünfundzwanzigfachen. Rentenbanken, die auf Staatskosten und mit Staatsgarantie errichtet wurden, vermittelten die Kapitalabzahlung, indem sie dem Gutsherrn den zwanzigfachen Betrag auszahlten, während der Bauer durch sechsundfünfzigjährige Abzahlung von Amortisationsraten aller Verpflichtung ledig wurde. Bis zum Jahre 1865 löste sich über eine Million Bauern ab.

Die abgelösten und regulirten Bauern zahlten 19 697 483 Thaler an Kapital, 3 890 136 Thaler und 55 522 Scheffel Roggen an Renten, außerdem traten sie noch 113 071 Morgen Land ab. Nach der Berechnung eines amtlichen Statistikers hat die ganze „Bauernbefreiung" von 1816 bis 1865 den ostelbischen Bauern, alles zusammengerechnet, 213 861 035 Thaler gekostet. Doch ist diese Berechnung viel zu niedrig, da jener Statistiker den Scheffel Roggen nur zu 1, den Morgen Kulturland nur zu 20, den Morgen Forstland nur zu 10 Thalern berechnet. Vermuthlich kommt man der Wahrheit beträchtlich näher, wenn man sagt, daß die ostelbischen Bauern im Laufe von fünfzig Jahren eine Milliarde Mark an die Junker ausgezahlt haben, um lastenfrei einen Theil des Landes zurück zu erhalten, auf dem ihre Vorfahren als freie Leute gesessen hatten. Ungerechnet die vielen Tausende von Bauern, die im Schatten dieser weltberühmten „Sozialreform" mit Gewalt und List ins Proletariat hinabgestoßen worden sind. Satt waren übrigens die Junker bei alledem noch nicht, und Bismarck plärrte wehmüthig, daß die Rittergutsbesitzer von der preußischen Gesetzgebung als die „Parias des 19. Jahrhunderts" behandelt würden.

Wie die Aufhebung der Erbunterthänigkeit ihrer Zeit durch die Gesindeordnung begleitet wurde, so jetzt die Aufhebung des gutsherrlich-bäuerlichen Ver-

hältnisses durch das Gesetz vom 24. April 1854, das von der „Verletzung der Dienstpflichten" handelte und die ländlichen Arbeiter um so widerstandsloser in die Fäuste der Junker lieferte, als diese sich gleichzeitig wieder der gutsherrlichen Polizei bemächtigten. Neben anderen überaus chikanösen Bestimmungen stellte dies Gesetz jeden Koalitionsversuch des ländlichen Proletariats unter Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre. Wie die Junker die gutsherrliche Polizei ausübten, das plauderte der Graf Pfeil munter im Landtag aus. Er hauste in den schlesischen Weberdistrikten und rühmte sich, daß er einen Menschen, von dessen juristischer Unschuld er überzeugt gewesen sei, fünf Tage in Ketten und Kerker geworfen habe, um einen gefährlichen Aufstand zu ersticken; er rühmte sich auch, daß er einen Menschen habe durchprügeln lassen, der zur Zeit einer großen Hungersnoth von einem todten, auf die Füchse als Luder geschlagenen Pferde Fleisch abgeschnitten und verzehrt habe. Die Regierung wagte kaum einen schwachen Protest gegen diese offenen Bekenntnisse einer schönen Junkerseele zu erheben.

Sonst allerdings vollzog sich der Ausgleich zwischen dem, was für die bureaukratisch-feudale Reaktion noch möglich und was für sie nicht mehr möglich war, unter heftigen Reibungen in ihrem eigenen Schooße. Der echte Landjunker lebte von je in einem ununterbrochenen Kleinkriege mit den Organen der Staatsgewalt, die schon aus militär- und steuerpolitischen Gründen das bequeme Dasein der „kleinen Herren", die, wie Bismarck sagte, „natürliche politische Ordnung" des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses störten. Recht aus der Seele dieser Junker heraus schrieb Bismarck an Wagener: „Die Bureaukratie ist krebsfräßig an Haupt und Gliedern, nur ihr Magen ist gesund, und die Gesetzesexkremente, die sie von sich giebt, sind der natürlichste Dreck von der Welt". Die feudalen Junker wollten stierköpfig in die vormärzlichen Zustände zurück. Die Lektion von 1848 war tief genug gegangen, um sie mit heller Angst um Haut und Beutel zu erfüllen, aber nicht tief genug, um sie dauernd von ihrer Sehnsucht nach dem Mittelalter zu heilen. Sie überrannten ihre eigenen Führer, Stahl, Wagener, die Gerlachs, die ganz gut wußten, daß sich der Großgrundbesitz als herrschende Klasse nicht mehr auf einer Grundlage etabliren konnte, die von der Revolution ein- für allemal zertrümmert worden war.

Zwischen diesen Führern selbst bestanden allerdings mannigfache Meinungsverschiedenheiten. Die Gerlachs steckten noch tief in der Romantik, Stahl dagegen hatte zärtlich genug mit der modernen Philosophie gebuhlt, um wie Lassalle spottete, einen jakobinischen Hauch von ihr zu empfangen, während Wagener in der bürgerlichen Gesellschaft zu gut orientirt war, um nicht den Kampf gegen die „modernen Raubritter hinter den hohen Fabrikschornsteinen" aller philosophischen und religiösen Salbaderei voranzustellen. Jedenfalls waren sie aber darin einig, gute Miene zum bösen Spiele zu machen, heimlich über die verbohrten Junker zu schimpfen, die mit der Front nach dem Mist und mit dem Rücken nach dem Staate ständen, und öffentlich die genasführten Führer zu spielen. Ehrlicher als sie, sagte sich Huber nunmehr von der feudalen Partei los, mit

der Erklärung, sie sei ein Stein am Halse jeder Macht, der sie sich anhänge, vom Königthum bis zur Zunft.

Natürlich war das Rattenfängerlied vom „sozialen Königthum" verklungen, sobald die Bourgeoisie untergeduckt worden war. Höchstens Lorenz Stein orakelte noch aus seiner Studirstube, alles Königthum werde fortan entweder ein leerer Schatten oder eine Despotie werden oder untergehen in Republik, wenn es nicht den hohen Muth habe, soziales Königthum zu werden, aber er predigte tauben Ohren. Das einzige Gesetz der fünfziger Jahre, das der Noth des industriellen Proletariats zu steuern suchte, ging von dem einzigen konservativen Bourgeois aus, der mit am Steuer der bureaukratisch-feudalen Reaktion saß, von dem Handelsminister v. d. Heydt. Er war Theilnehmer des Bankhauses Kersten & Söhne in Elberfeld und ein richtiger Geldprotze des vermuckerten Wupperthals. Man erzählte von ihm, daß er sich jeden Morgen einen Choral vorspielen lasse und niemals ohne Thränen in den Augen von seiner seligen Mutter spräche, was ihn nicht hinderte, mit allen Wassern der kapitalistischen Ausbeutung gewaschen zu sein. So auch stöhnte er über das ihm wohlbekannte Elend des rheinischen Proletariats: ehe dieses Elend fortdauere, möge die ganze Industrie zu Grunde gehen, und brachte das Fabrikgesetz vom 16. Mai 1853 durch, ohne sich weiter um dessen praktische Ausführung zu bemühen.

Das Gesetz untersagte die fabrikmäßige Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, und gestattete bis zum 14. Lebensjahre nur eine sechs-, bis zum 16. nur eine zehnstündige Arbeitszeit; auch wurde für die Bezirke Aachen, Arnsberg und Düsseldorf je ein Fabrikinspektor zur Ueberwachung der Vorschriften angestellt. Aber als diese Beamten fungirten ganz untaugliche Leute, die den hartnäckigen Widerstand der Fabrikanten weder brechen konnten noch auch nur brechen wollten. Brachten sie wirklich einmal einen Industriellen zur Anzeige und Bestrafung, so tröstete sich der Sünder: die fünfzig Thaler Strafe quetsche ich in einer Woche wieder aus den Kindern heraus. Der Fabrikinspektor in Aachen legte nach dreijähriger Amtsführung noch eine vollständige Unkenntniß des Gewerbewesens an den Tag und erregte durch seine schönfärberischen Berichte sogar den Unwillen der Bezirksregierung. Anders allerdings der Polizeirath Piper, der im Jahre 1857 sein Nachfolger wurde und aus dem eigenen Antriebe seines gewissenhaften, tapferen und tüchtigen Charakters heraus den Kampf mit den mächtigen Fabrikanten aufnahm. Er unterdrückte das Trucksystem, überraschte die industriellen Betriebe durch unvermuthete Besuche, vereitelte alle Schliche, die Kinderarbeit seiner Kontrolle zu entziehen, wartete vor den zerstreuten Fabriken auf der Eifel oft stundenlang bei bitterer Kälte und in tiefem Schnee auf die Kinder, sorgte im städtischen Schulkollegium für ihren regelmäßigen Schulbesuch und widmete sich so eifrig seinem Berufe, daß er sich ihm endlich geopfert hat. Die unaufhörlichen Anstrengungen warfen ihn auf ein langwieriges Krankenlager, von dem er nicht wieder genesen sollte. Das „soziale Königthum" linderte das langsame Sterben des wackeren Mannes durch eine jährliche Spende von Einhundert Thalern preußisch

Kourant. Das patriotische Entsetzen über diese heillose Verschwendung kann nur dadurch gelindert werden, daß sie erst in den sechziger Jahren erfolgte, nachdem sich eben dies „soziale Königthum" in den fünfziger Jahren bereits dadurch gedeckt hatte, daß es dem Zentralvereine für das Wohl der arbeitenden Klassen den Rest von siebentausend Thalern vorenthielt, der in der Revolutionszeit von der berühmten Spende der vierziger Jahre noch nicht verpulvert worden war.

In der Regierung gehörte der Minister v. Westphalen, ein Schwager von Karl Marx, der feudalen Richtung an. Sie hatte ihn als Minister des Innern eingeschmuggelt, als Manteuffel nach dem Tode Brandenburgs zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen avancirt war. Jedoch war Westphalen nicht der Mann, die bureaukratische Opposition gegen das Uebermaß der junkerlichen Gelüste zu sprengen. Er ließ sich namentlich seinen eigenen Untergebenen, den Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey, über den Kopf wachsen. Die Thatsache, daß dieser Macher des Prozesses Waldeck, des Kölner Kommunistenprozesses, des Prozesses Ladendorf der gescheidteste und rührigste Kopf der Bureaukratie war, beweist zur Genüge, daß es sich bei dem holden Zwiste innerhalb der bureaukratisch-feudalen Reaktion um alles andere eher als um edle Güter der Menschheit handelte. Hinckeldey hauste in Berlin ziemlich ebenso, wie der Graf Pfeil im schlesischen Gebirge. Als Stieber unter der Neuen Aera zum Sündenbock für die polizeilichen Schandthaten der fünfziger Jahre gemacht wurde, wies er aus den Akten nach, daß sich Hinckeldey im Einverständniß mit der Staatsanwaltschaft und dem Gerichte grundsätzlich über die klarsten Vorschriften der Gesetze weggesetzt, fast täglich ungesetzliche Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen habe.

Die Sache war nur die, daß Amt Verstand gab, und daß die Bureaukratie mit der Nase darauf gestoßen wurde, unter welchen reellen Möglichkeiten der preußische Staat in der Mitte des 19. Jahrhunderts überhaupt nur bestehen könne. Selbst Manteuffel, der bei seiner feigen und trägen Natur immer geneigt war, den Zwiespalt zwischen Bureaukratie und Junkerthum möglichst zu vertuschen, konnte nicht umhin, Vorlagen einzubringen, welche die preußische Steuergesetzgebung einigermaßen vom feudalen auf den bürgerlichen Fuß zu stellen bezweckten. Immerhin ging er nur mit halbem Herzen vor und ließ es sich gefallen, daß sein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen auf die lange Bank geschoben, sein anderer Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, sowie Einführung einer Einkommensteuer in sehr verstümmelter Form angenommen wurde. Mit ganzem Herzen huldigte Manteuffel moderneren Instinkten allein in frivolem Börsenspiele. Dagegen zog Hinckeldey rücksichtsloser die Konseqnenzen der Lage, worin sich die Bureaukratie befand. Echter Pascha, wie er war, mochte er nicht blos zerstören, sondern auch bauen. Je wilder er die politischen Ansprüche der Bourgeoisie haßte, um so besser begriff er, daß diese Ansprüche am sichersten niedergehalten werden könnten, wenn die materiellen Interessen der Bourgeoisie befriedigt würden. Hinckeldey hat Berlin zur wirklichen Großstadt gemacht, indem er eine Menge großstädtischer Einrichtungen schuf, die Feuerwehr, die Wasser-

leitung, die Straßenreinigung, die öffentlichen Bade- und Waschanstalten, die Anschlagsäulen, das Telegraphennetz und vieles andere, meist unter heftigem Widerstreben der städtischen Behörden, die in der angeborenen Unfähigkeit der Berliner Bourgeoisie ihren historischen Beruf dadurch erfüllt zu haben glaubten, daß sie Manteuffel und Wrangel zu Ehrenbürgern ernannten. Uebrigens stellte sich bei Hinckeldeys Tode heraus, daß er in all diesen großen Unternehmungen arm wie eine Kirchenmaus geblieben war, was auch noch keinem der „Edelsten und Besten“, die sich in der berühmten „Selbstverwaltung des deutschen Bürgerthums“ marktschreierische Lorbeeren erworben haben, hat nachgesagt werden können.

Am lebhaftesten entbrannte der Zwist zwischen der bureaukratischen und der feudalen Richtung zur Zeit des Krimkriegs. So sehr dieser Krieg in den Grenzen eines Kabinetskrieges blieb, war er doch der erste Rückschlag auf die europäische Diktatur, die sich der bornirte Zar nach dem Siege der Gegenrevolution anmaßte. Preußen war damals ein russisches Paschalik, und die preußischen Junker wußten, daß jeder Schlag, der das von ihnen als „Vater des Vaterlandes“ gefeierte Väterchen treffe, auch ihre Macht erschüttere. Sie hatten durch den Generaladjutanten v. Gerlach und den Kabinetsrath Niebuhr das Ohr des Königs und drängten auf die Unterstützung Rußlands. Umgekehrt hielten Manteuffel und Hinckeldey, und mit ihnen der Thronfolger, zu den Westmächten, deren Sieg den feudalen Uebermuth dämpfen mußte, ohne doch irgend eine revolutionäre Propaganda hervorzurufen; der Bonapartismus berührte sich sogar mannigfach mit Hinckeldeys Idealen. Es begann nun eine Katzbalgerei, die zu einer vollständigen Anarchie innerhalb der Regierung führte. Die Feudalen hetzten den ehemaligen Zuchthäusler Lindenberg als Spion auf die Fersen des Prinzen von Preußen, während Manteuffel den ehemaligen Zuchthäusler Techen die Geheimschränke des Generals v. Gerlach erbrechen und dessen geheime Korrespondenz mit dem russischen Hofe stehlen ließ. Da Manteuffel seinen Dieb nach altpreußischer Art sehr ruppig bezahlte, so verkaufte Techen seine Beute zugleich an den französischen Gesandten, und nun brach jener internationale Skandal aus, der unter dem Namen des Depeschendiebstahls bekannt geworden ist und den preußischen Staat um den etwa noch vorhandenen Rest seines europäischen Ansehens brachte.

Einen durchschlagenden Erfolg trug weder die Bureaukratie noch das Junkerthum davon. Hinckeldey vermochte zwar, Wagener aus der Redaktion der Kreuzzeitung zu beißen, wurde aber bald selbst, als er sich einfallen ließ, eine feudale Spielhölle aufzuheben, von einem Mitgliede des Herrenhauses vor die Pistole gefordert und erschossen. Dann aber stellte die geistige Erkrankung des Königs die süße Eintracht innerhalb der bureaukratisch-feudalen Reaktion wieder her, denn von diesem Ereignisse wurden die gemeinsamen Wurzeln ihrer Macht bedroht.

Der König hatte sich nach alter Gewohnheit von den streitenden Brüdern hin- und herzerren lassen. Den alten romantischen Genossen blieb wohl der wärmste Platz in seinem Herzen, um so mehr, als er den trockenen Schleicher

Manteuffel und dessen geschäftsmäßig nüchterne Reaktionspraxis nicht ausstehen mochte, aber er liebte doch auch sehr seinen hauptstädtischen Polizeipräsidenten, der so schöne Verschwörungen erfand und die ermattende Phantasie seines königlichen Gönners mit so unheimlichen Revolutionsgeschichten kitzelte. Trotz aller kontrerevolutionären Erfolge kam der König zu keiner rechten Freude am Leben mehr. Die alten romantischen Träume wollten nicht wiederkehren, nachdem ein Revolutionssturm über den europäischen Boden gefegt war, und der „Racker von Staat" ließ sich nach wie vor nicht kneten, wie es den allerhöchsten Fingern beliebte. Ueber alle schwankenden Handlungen und widerstreitenden Empfindungen des Königs siegte zuletzt das dumpfe Gefühl, daß die Illusionen seines Lebens auf Nimmerwiederkehr zerronnen seien, und er dämmerte in die Nacht des Wahnsinns hinüber.

Der Thronfolger aber kam mit der bureaukratisch-feudalen Reaktion gänzlich auseinander. Mit ihrem bureaukratischen und mehr noch mit ihrem feudalen Flügel. Der Prinz von Preußen besaß weder die Begabung noch die Bildung seines Bruders. Als jüngerer Sohn war er im militärischen Drill aufgezogen worden, in den er sich um so eher schickte, als er den kraft- und schwunglosen Geist des Vaters geerbt hatte. Romantischer Ueberschwang lag ihm fern, und seinen altpreußischen Appetit nach Annexionen störten keine sentimentalen Schrullen über den gottgewollten Vorrang des Erzhauses Oesterreich. Er wollte sich nicht so ohne Weiteres um den Sold prellen lassen, um den sich die preußische Regierung zum Henkersdienst an der deutschen Revolution gedrängt hatte, und zerfiel mit Manteuffel, als dieser den Gang nach Olmütz antrat. Seitdem wurde er von der bureaukratisch-feudalen Reaktion als „liberal" geächtet und bis in sein privates Leben hinein angeärgert. Der Krimkrieg näherte ihn zeitweise der Fraktion Manteuffel, aber nur um ihn mit der Fraktion Gerlach desto weiter auseinander zu bringen. Dann verdarb ihm die ganze bureaukratisch-feudale Reaktion dadurch völlig die Laune, daß sie den Wahnsinn des Königs lange vertuschte, und als sie ihn nicht mehr vertuschen konnte, den Prinzen von Preußen noch ein volles Jahr von der verfassungsmäßigen Regentschaft fern zu halten wußte. Erst im Herbste 1858 konnte er die Zügel der Regierung ergreifen. Er jagte Westphalen sofort, Manteuffel und die übrigen Minister nach einigen Wochen aus dem Amte und bildete ein neues Ministerium aus dem rechtesten Flügel der Gothaer, aus den verbürgerlichten Aristokraten Auerswald, Patow, Schwerin, denselben Leuten, die zehn Jahre früher im Ministerium Camphausen gesessen hatten.

Ohn' all ihr Verdienst und Würdigkeit brachte die Bourgeoisie wieder einen Fuß in den Steigbügel.

II. Oekonomischer Aufschwung.

Allzu schwer hatte sie unter der reaktionären Wirthschaft der fünfziger Jahre nicht gelitten. Ihr rechter Flügel besaß so viel parlamentarische und publizistische Bewegungsfreiheit, wie seinem schwachen Leibe frommte, und ihr linker Flügel tröstete sich mit der industriellen Prosperität über das vorläufige Verpuffen seines politischen Ehrgeizes.

Die Bourgeoisie verstand es zudem, aus der politischen Schande der Reaktionsjahre reichliches Kapital zu schlagen. Wenn der preußische Staat im Krimkriege durch sein hilfloses Hin- und Hertaumeln zwischen den kriegführenden Mächten zum europäischen Gespötte wurde, so konnte er gerade als neutrales Land Rußland versorgen und versorgte es mit den schönsten Profiten für das Kapital. Die boshaften Verfolgungen der Gegenrevolution steigerten die Auswanderung in den fünfziger Jahren auf nahezu eine Million Köpfe, aber in demselben Umfange steigerten sie auch die ozeanische Dampfschiffahrt. Und nun gar für die kleinen Plackereien nnd Zwackereien der Reaktion wußte das Kapital seine Revanche zu nehmen. Im Jahre 1851 befand sich ziemlich die Hälfte des preußischen Offizierkorps in seinen wucherischen Händen, und als der hinterpommersche Landrath v. Diest-Daber, der dem Kreise Elberfeld zur Strafe aufgehängt worden war, das weitverzweigte Bestechungssystem aufdeckte, durch das die rheinische Bourgeoisie ihre Söhne dem Militärdienst entzog, da stieß er bis ins Kabinet des Königs auf unüberwindliche Hindernisse und mußte selbst bei der ersten passenden Gelegenheit über die Klinge springen.

Am letzten Ende nahm die Bourgeoisie alles politische Ungemach gern in den Kauf, wenn nur das Proletariat geknebelt blieb und die Geschäfte gut gingen. Beides leistete oder schien die Reaktion zu leisten. Die Geschäfte gingen sogar sehr gut. In Süddeutschland nahm die Baumwollindustrie einen großartigen Aufschwung. In Sachsen entwickelten sich fast alle Zweige der Metall- und Textilindustrie in größerem Maßstabe als bisher. In Preußen warf man sich heftig auf Bergbau und Hüttenbetrieb. Kohle und Eisen wurden zum Losungsworte der Zeit. In zehn Jahren stieg die Kohlenproduktion im Königreiche Sachsen aufs Doppelte, am Rhein und in Westfalen aufs Dreifache, Schlesien hielt die Mitte. Der Werth des produzirten Roheisens verdoppelte sich in Schlesien, in den Rheinlanden verfünffachte er sich. Der Werth der gesammten Bergwerksproduktion wuchs um mehr als das Dreifache. Entsprechend der Produktionsentwickelten sich die Verkehrsverhältnisse. Die Rhederei gedieh und das Netz der Eisenbahnen spann sich durch den massenhaften Gütertransport zu einer vorher nie geahnten Dichtigkeit aus.

Mochte Deutschland in alledem noch hinter England und Frankreich zurückstehen, so trat das große Kapital doch auch schon im Lande der Eichen und Linden in seine Schwindelblüthe. In der Berliner Handelsgesellschaft und in der von Hansemann gegründeten Diskontogesellschaft entstanden die ersten jener großen

Geldmächte, die der Aussaugung der Volksmassen auf großkapitalistischer Stufenleiter als unentbehrliche Schröpfköpfe dienen. In Berlin kam es schon zu einem hübschen kleinen Gründungsschwindel, dem nach der Handelskrise von 1857 ein ebenso hübscher kleiner Krach folgte. Dem Staatsanwalt, der zunächst noch nicht orientirt war und dem verdächtigen Kapitalismus eines auszuwischen gedachte, fielen höhere Mächte in den Arm, und die Handelswelt warf sich für die „kaufmännischen Usancen" mit einer Begeisterung ins Zeug, die sie weit entfernt war, irgend einem politischen Ideal zu widmen.

Dabei war auch nichts zu verwundern. Ein liberaler Historiker schreibt in bitterer Selbstkritik über diese Zeit: „Man verdiente viel Geld und lebte alle Tage besser. Rasch reich gewordene Kaufherren hatten die Genugthuung, Adel und Bureaukratie finanziell, bald auch in einzelnen Fällen sozial zu überflügeln. Sie prunkten in den elegantesten Equipagen, sie hatten Livreen wie der Herr Baron, sie gaben Diners, an denen Diplomaten und Minister gerne theilnahmen, sie bekamen Orden und Titel, ja sie wurden, wenn es ganz gut ging, selber Baron. Wie hätten diese Millionäre dazu kommen sollen, sich mit den Verlegenheiten der Nation zu inkommodiren, die keine Anleihen machte, keine lukrativen Konzessionen ertheilte und durchweg in schlechten Verhältnissen lebte?" In der That, wie hätten sie dazu kommen sollen?

Und dennoch gab es ein Gebiet, auf dem auch die Bourgeoisie rebellisch blieb und nur immer rebellischer wurde, je größeren Anlaß sie bekam, sich ihren fetten Bauch zu streicheln. Die deutsche Zerrissenheit legte der schrankenlosen Entfaltung des Kapitalismus die drückendsten Fesseln an. Die verschiedenen Maß-, Münz- und Gewichtssysteme innerhalb des deutschen Gebiets, die Ehe- und Niederlassungsbeschränkungen, welche die einzelnen Staaten trennten und das Kapital an der freien Verfügung über das Proletariat hinderten, der Mangel an diplomatischem Schutz im Auslande, der die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkte empfindlich beschwerte — diese und andere Folgen des deutschen Partikularismus wurden für die deutsche Bourgeoisie um so unerträglicher, je mehr sie über alles bisherige Maß hinauswuchs. So offen sie auf alle Freiheitsträume verzichtete, wenn nur die Profite anschwollen, so sehr drängten die anschwellenden Profite sie auf die deutsche Einheit. Für schwärmerische Gemüther hatte es unzweifelhaft etwas Niederschlagendes, daß dieser „große Gedanke" aus den erhabenen Regionen mittelalterlicher Romantik auf die ebene Erde modernsten Schachers herabsank, aber sie mußten sich damit trösten, daß er jetzt wenigstens festen Boden unter den Füßen hatte. War es doch ein günstiges Vorzeichen, daß die deutsche Wechselordnung, die kurz vor Ausbruch der Märzrevolution auf dem Papiere fertig gemacht worden war, sich mitten in den Stürmen der Revolution und Gegenrevolution schlankweg an die Stelle von 56 partikularen Wechselordnungen gesetzt hatte, das einzige gelungene Werk inmitten so vieler Trümmer.

Der Kongreß deutscher Volkswirthe, in dem sich die Einheitsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie konzentrirten, hatte allerdings verzweifelt geringe Aehn-

lichkeit mit Klopstocks deutschen Bardenhainen oder den feierlichen Kommersen der romantischen Burschenschaft. Die Nichts-als-Freihändler, die sich auf ihm tummelten, waren die literarischen Bediensteten der Bourgeoisie, in deren Auftrage sie für die deutsche Einheit als wirthschaftliche Nothwendigkeit, für Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, für die schleunigste Wegräumung aller feudal-zünftigen Schranken und kurzum für alle Interessen des Kapitalismus zu agitiren hatten. Sie thaten, was ihres Amtes war, nicht ohne Erfolg, wenn auch meist mit unglaublich leichtem Gepäck. Die Zeiten waren vorüber, wo sich die deutschen Freihändler erst zu den Füßen eines verhungernden Philosophen niederlassen mußten, um ihre Weisheit für das deutsche Bürgerthum schmackhaft zu machen. Diese Klasse hatte ein sehr feines Ohr bekommen für das Geld, das im Kasten klingt, und die deutschen Freihändler mochten sich auch nicht gern mehr mit hungrigen Leuten einlassen. Sie saßen auf einem grünen Zweige. Ihre Hauptführer beispielsweise, Faucher und Prince-Smith, arme Teufel von Haus aus, hatten zwei Jungfern geheirathet, Faucher als galanter Franzose die junge Nichte, Prince-Smith als praktischer Engländer die alte Tante, zwei Jungfern, die Unter den Linden eine baufällige Baracke besaßen auf einem großen Grundstücke, das durch den mächtig anwachsenden Verkehr der preußischen Hauptstadt einen kolossalen Werth erlangt hatte. Angeheirathet an diese goldspendende Scholle, entwickelte Faucher mit überzeugender Beweiskraft, daß die kapitalistischen Profite der Lohn für die Entbehrungen seien, die sich die Besitzer des Kapitals auferlegt hätten, um es zu sammeln, entwickelte Prince-Smith nicht weniger eindringlich, daß die Familien, die das größte Kapital zu sparen gewußt und damit dem Volkshaushalte die größte Wohlthat erwiesen hätten, mit Recht den größten Antheil an dem Nationalprodukte beanspruchen könnten und müßten.

Das alte Verhängniß der deutschen Bourgeoisie bewährte sich auch an dem Kongresse der deutschen Volkswirthe. Bei jedem Schlage gegen seine historischen Vordermänner schielte er scheu zurück auf seine historischen Hintermänner. Das Maß der Kraft, womit er die überlebten Produktionsweisen des Mittelalters bekämpfte, wurde mindestens erreicht durch das Maß von Verlogenheit, womit er das Kleinbürgerthum und die Arbeiterklasse über die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu täuschen suchte. Für diesen Zweck war ihm selbst noch das englische Manchesterthum zu ehrlich, und er schwor jetzt Stein und Bein auf die „ökonomischen Harmonien" des Franzosen Bastiat, durch die dieser geistreichelnde Schwätzer alle Noth des industriellen Proletariats auf dem Papiere weggeschwindelt hatte. Zwar hatte Rodbertus in seinen Sozialen Briefen das von Bastiat gesponnene Gewebe schamloser Sophismen längst zerrissen, aber Rodbertus todtzuschweigen, war für den Kongreß der deutschen Volkswirthe ein Kinderspiel. Und er bekam es wirklich fertig, wenn auch nicht eigentlich das Proletariat, so doch das Kleinbürgerthum einzufangen.

Das deutsche Handwerk hatte in den fünfziger Jahren einiges von dem fruchtbaren Platzregen des ökonomischen Aufschwunges abbekommen, während das

schnelle Anwachsen der großen Industrie seine Wurzeln noch mehr lockerte, als sie bisher schon gelockert worden waren. Zu einer wirklichen Blüthe, wie in den dreißiger Jahren, kam es nicht mehr. Am wenigsten konnte die von der Regierung beliebte Rückwärtsrevidirung der Gewerbeordnung im zünftlerischen Sinn ihm wieder zu den Tagen helfen, die für immer vergangen waren. Die einzige Wirkung der reaktionären Thorheit war, die alten verbohrten Zunftmeister in trügerische Sicherheit zu lullen, dagegen die noch lebenskräftigen und regsamen Glieder des Handwerks um so mehr zu lähmen.

Diesen Elementen boten eine wirksamere Hilfe die Kredit-, Vorschuß- und Rohstoffvereine, für welche Schulze-Delitzsch eine rührige Agitation entfaltete, seitdem ihn die Regierung aus seinem richterlichen Amte gemaßregelt hatte. Schulze kam halb und halb zufällig in die Agitation für das Genossenschaftswesen hinein. Was den paar kleinen Vereinen, die er zunächst in seiner Vaterstadt Delitzsch und ihrer Umgegend gegründet hatte, eine schnelle Blüthe und Verbreitung verschaffte, war das von einer perfiden Gesetzgebung niedergehaltene Bedürfniß des Kleingewerbes nach einem geregelten Kreditwesen. In seiner praktischen Weise hatte Schulze mit seinem Statut glücklich die Klippe umschifft, die das preußische Landrecht einem volksthümlichen Bankwesen entgegenstellte, und es mindert sein wirkliches Verdienst durchaus nicht, daß er seinen schnellen Erfolgen zuerst überrascht und nicht ohne Bedenken gegenüberstand. Irgend welche Nebenabsichten hatte er bei seiner Agitation nicht. Als wohlmeinender Kleinbürger wollte er seiner Klasse helfen, und soweit ihr noch zu helfen war, half er ihr auch wirklich. Sein Ideal, durch ein kleinbürgerliches Genossenschaftswesen „Mammonismus und Pauperismus“ auszugleichen, diese „unseligen Auswüchse unserer Industrie“, in denen er „zwei gleich feindliche Mächte wahrer Kultur“ erblickte, war eine Utopie, aber diese Utopie gab der Sache der Assoziation einen starken Anstoß, unmittelbar für die kleinbürgerlichen, mittelbar auch für die proletarischen Bevölkerungsschichten. Rodbertus sagte treffend, Schulze werde den Schatz nicht finden, nach dem er im Weinberge grabe, aber sein Graben mache den Weinberg doch fruchtbarer.

Die Bourgeoisie sah zuerst sehr scheel zu Schulzes Bemühungen, die ihr das Verschlingen des Kleinbetriebes zu erschweren drohten und, was noch viel schrecklicher war, möglicher Weise das Proletariat widerhaariger machen konnten. Indessen kam sie bald dahinter, daß sich mit Schulze leben ließ. Er hielt es für angemessen, einem internationalen Wohlthätigkeitskongresse, der 1857 in Frankfurt a. M. tagte, seine Gedanken vorzutragen. Hier fühlten ihm einige Vorkämpfer des großen Kapitalismus auf den Zahn und machten die für sie erfreuliche Entdeckung, daß es mit seinem Beißen nicht weit her sei. Es war das Jahr der großen Handelskrise, die zuerst wieder die Bourgeoisie um ihre Gottähnlichkeit bange machte. Ihre schlaueren Köpfe erkannten, daß Schulze ein brauchbarer und kein unnützer Knecht sei, und sie machten ohne große Mühe den nach Art kleinbürgerlicher Größen eitlen und selbstgefälligen Mann seinem besseren Theil abwendig. Schon im nächsten Jahre wurde auf dem Volkswirthschaftlichen

Kongresse in Gotha der Pakt abgeschlossen. Schulze schwang die Fahne Bastiats mit begeistertem Eifer und wurde dafür von den großkapitalistischen Kumpanen als neuer Arbeiterheiland ausgerufen.

Das Kleinbürgerthum ließ sich abermals von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen. Die traurigen Erfahrungen, die es 1848 mit dieser seiner Gefolgschaft gemacht hatte, waren nicht ganz spurlos an ihm vorübergegangen; seit dem Frühjahr 1849 hatten sich seine kräftigeren Elemente um die Urwählerzeitung zu sammeln gesucht, ein kleines Blatt, das Aron Bernstein geschickt und tapfer redigirte. In die Katastrophe des Ladendorfschen Prozesses verwickelt, ging es unter, um sofort als Volkszeitung wieder aufzuerstehen und den Kampf mit der bureaukratisch-feudalen Reaktion eifrig fortzusetzen. Die Volkszeitung gewann bis tief ins Proletariat hinein einen großen Anhang. Aber auch sie machte Schulzes Schwenkung auf ökonomischem Gebiete mit. Weniger ihr Verleger Franz Duncker, der immer seine Vorbehalte gegen das Manchesterthum gemacht hat, als Bernstein selbst trug die Schuld an dem Fehlgriffe. Bernstein war ein trefflicher Mensch, der eine seltene Gabe besaß, naturwissenschaftliche Kenntnisse in den Massen zu verbreiten und sich auf diesem Gebiete auch sehr verdient gemacht hat, aber in der Oekonomie und Politik arbeitete er mehr mit biedermännischer Gesinnung, als mit wirklichen Kenntnissen. Bastiats sinnlose Behauptung: weil der Fortschritt der Naturwissenschaften die Arbeit immer mehr den Naturkräften aufzubürden gestatte, so müßten auch die Lebensbedürfnisse immer wohlfeiler und den arbeitenden Klassen immer zugänglicher werden, da die freie Konkurrenz nicht dulden werde, daß sich Jemand bezahlen lasse, was nicht die Arbeit, sondern die Natur mit ihrer Kraft leiste, leuchtete Bernsteins naturwissenschaftlich, aber nicht ökonomisch geschultem Verstande ein, und kaum in einem Blatte der Bourgeoisie wurden die elenden Schaumschlägereien des großkapitalistischen Sykophanten so gläubig nachgeahmt, wie in dem entschiedensten Organe des damaligen Kleinbürgerthums.

III. Bürgerliche Literatur und Philosophie.

Mit dem ökonomischen und politischen Umschlage der fünfziger Jahre wandelte sich entsprechend ihre literarische und philosophische Entwicklung. Die feudale Romantik spiegelte sich in der Amaranth von Redwitz so wie sie war: fanatisch und doch morsch in allen Knochen. Eine süßlich-weichliche Epik und Lyrik zeigte schon in ihrem zierlichen Goldschnittformat, daß alles Mark aus der deutschen Poesie gewichen sei. Bodenstedt mit der durstigen Weisheit seines Mirza Schaffy, Roquette mit seinen Rhein-, Wein- und Wandermärchen, Scheffel mit seinen Saufliedern suchten den politischen Katzenjammer des deutschen Philisters zu verscheuchen, wie die Rothhaut im Feuerwasser ihr historisches Mißgeschick ertränkt. Ehrlicher stemmte sich Gutzkow in zwei großen Romanen der Noth der Zeit entgegen, um endlich nach mühseliger Wanderung durch je neun dicke Bände zu

gestehen, daß er sie nicht heilen könne, weder mit der Vision eines Geheimbundes aller Ritter vom Geiste, noch mit der Vision des zu freigemeindlichen Grundsätzen bekehrten Zauberers von Rom.

Auf philosophischem Gebiete trat Schopenhauer in die Tage seines Ruhmes, und die Briefe an seine Apostel wiederholten bis zum Ueberdrusse: der Nil ist bei Kairo. Die Philosophie des spießbürgerlichen Rentners trug es über die himmelstürmenden Anläufe der Junghegelianer davon. Ein volles Menschenalter hindurch, so lange noch irgend etwas von Kraft und Muth im Schooße des deutschen Bürgerthums lebte, hatten Schopenhauers Schriften wie Blei im Speicher des Verlegers gelegen; nun da er ein Greis war, trafen seine Parerga und Paralipomena ins Schwarze. Welches Glück auch für den deutschen Philister, daß eine in ihrer Art geistreiche Philosophie ihm über alle Gefühle der Reue und Scham hinweghalf, indem sie ihm nachwies, daß alle seine feigen und geizigen, alle seine eigen- und scheelsüchtigen Instinkte den Kern der menschlichen Weisheit bildeten! Was Wunder auch, daß die Vossische Zeitung als Trommelschläger voranging bei Schopenhauers Triumphzuge durch die deutschen Lande!

Die ideologischen Junghegelianer hatte die Sturmfluth der Revolution alle auf den Strand geworfen. Ruge war bei dem Versuche, die „Vernunft der Ereignisse zu redigiren", aus einem tragikomischen Abenteuer ins andere getaumelt. Strauß, den der landsmannschaftliche Patriotismus seiner Vaterstadt Ludwigsburg in die württembergische Kammer gewählt hatte, holte sich selbst von diesen getreuesten Gevattern ein Mißtrauensvotum, als er den kaiserlich königlichen Mördern Robert Blums ein halbes Vertrauensvotum spendete. Bruno Bauer hatte sich 1848 und 1849 in Berlin um ein parlamentarisches Mandat beworben, aber die Wähler trauten ihm nicht, so ernsthaft er sie versicherte, er werde die reine frische Luft der Kritik in den Saal dringen lassen, in dem es durch den Streit der Interessen dumpf und schwül geworden sei, in dem der Phrasenkampf die Atmosphäre stickig mache. Jetzt begeisterte er sich für die russische Urkraft, lebte selbst als Bauer in Rixdorf, arbeitete am Tage mit Hacke und Spaten auf dem Felde und am Abend mit Tinte und Feder in einem ehemaligen Kuhstalle; alle Samstage erschreckte er die geschniegelten Herren der Kreuzzeitung, wenn er mit seinen Kothstiefeln, seinem siebenkragigen Mantel, seinem grünwollenen Shawl auf ihrer Redaktion erschien, um sein Manuskript für Wageners Gesellschafts- und Staatslexikon abzuliefern, in dem er umschichtig die antiken Philosophen und die modernen Juden verarbeitete. Ein ganz stiller Mann war Max Stirner geworden. Wegen seines Buches hatte man ihn aus seinem Lehramte gemaßregelt; da er nun nicht einmal einen, geschweige denn zwei ernähren konnte, so mußte sein treues Weib ihn verlassen, um in der Fremde ihr Brot zu suchen; dann ist „der Einzige" stoischen Muthes verhungert.

Die unsterbliche Seele des vormärzlichen Idealismus war längst in den historischen Materialismus gefahren; auf dem Grabhügel seiner sterblichen Reste hockte ein schnurriger Kobold von nachmärzlichem Materialismus. Seine „thätig

ihn preisenden, predigend reisenden" Bekenner, Jakob Moleschott, Karl Vogt, Ludwig Büchner, trabten im Trosse der wie in allen Zeiten industrieller Blüthe, so auch in den fünfziger Jahren rüstig aufstrebenden Naturwissenschaften. Ihr Materialismus glich dem französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts, wie die vermanteuffelte Bourgeoisie der fünfziger Jahre jener bürgerlichen Klasse glich, welche die große französische Revolution durchkämpft hatte. Er fiel nicht nur hinter den deutschen Idealismus, sondern selbst auf eine verhältnißmäßig frühe Stufe des französischen Materialismus zurück. Er kitzelte die aufwuchernde Bourgeoisie, die ihre politischen Ideale in den Schornstein gehängt hatte, aber an dem industriell-naturwissenschaftlichen Fortschritt ihre helle Freude hatte, zum Nachtische mit materialistischen Kraftphrasen, wie etwa La Mettrie den alten Fritz mit eben solchen Phrasen zum Nachtische gekitzelt hatte. Wie großartig mußte sich der satte Mastbürger noch in seinem geheimen Gemache vorkommen, wenn Karl Vogt ihn versicherte: die Gedanken stehen in demselben Verhältniß zum Gehirn, wie der Urin zu den Nieren!

Bei Lichte besehen kam dieser Materialismus auch da, wo er etwas zu leisten versuchte, um einen oder selbst zwei Posttage zu spät. Ging er um die politischen und sozialen Probleme herum, wie die Katze um den heißen Brei, so wollte er wenigstens mit dem „Köhlerglauben" der Religion aufräumen, so wollte er von einer „doppelten Buchführung" zwischen Glauben und Wissen nichts hören. Nun hatte aber schon der deutsche Idealismus mit der Religion in ihren gröberen oder feineren Formen reinen Tisch gemacht, und gegen Feuerbachs Wesen des Christenthums kamen die bürgerlichen Materialisten der fünfziger Jahre nicht auf. Sie verstanden nicht einmal, die philosophischen Begriffe richtig zu unterscheiden und halfen sich in dieser Verlegenheit damit, daß sie alle Philosophie, die nicht sofort von jedem Gebildeten, will sagen jedem Bourgeois, begriffen werden könne, zum Teufel wünschten. Dann aber, und eben deshalb, weil sie den Idealismus überhaupt nicht verstanden, wußten sie auch nicht den sterblichen Punkt der Religion zu treffen. Sie stolperten über das Denken, wie der Idealismus über das Sein gestolpert war. Vogt mochte jene Kraftphrase vom Verhältniß zwischen Gedanke und Gehirn hinschleudern und in dieser saftigen Prahlhanserei sein Genüge finden, aber Büchner, der die Dinge ernsthafter nahm und ein wenig von dem feurigen Weine seines älteren Bruders Georg gekostet hatte, wurde durch seine beschränkte Kraftstoffelei in den Schooß der ältesten Kirchenväter zurückgewirbelt.

Indem er Vogts Renommistereien zurückwies, sagte er selbst, Kraft und Stoff seien unzertrennlich, aber doch begrifflich sehr weit auseinandergehend, „ja in gewissem Sinne einander geradezu negirend". Und weiter: „Wenigstens wüßten wir nicht, wie man Geist, Kraft als etwas anderes, denn als Immaterielles, an sich die Materie Ausschließendes oder ihr Entgegengesetztes definiren wolle." Damit war aber der ganze Dualismus des Christenthums anerkannt, wie schon Albert Lange gegen Büchner eingewandt hat. Daß Kraft und Stoff unzertrennlich

verbunden sind, ist für die sichtbare und greifbare Natur hinlänglich bewiesen. Wenn aber die Kraft etwas ihrem Wesen nach Uebersinnliches ist, warum soll sie nicht in einer Welt, die unsere Sinne nicht zu fassen vermögen, für sich oder in Verbindung mit immateriellen Substanzen existiren? Die Frage, wie Religionen entstehen und vergehen, konnte der historische Materialismus beantworten, aber nicht der abstrakt-naturwissenschaftliche, der den geschichtlichen Prozeß ausschloß und sofort in dichter Finsterniß tappte, sobald er sich über seine Spezialität hinauswagte, auf politischem und sozialem Gebiete nicht minder als auf religiösem.

Die Unzulänglichkeit dieses Materialismus erkannte auch Feuerbach. Er gewann ihm seine beste Seite ab, indem er die Dummheit der Reaktion verspottete, welche die philosophische und politische Diskussion unterdrücke und der naturwissenschaftlichen Forschung freien Lauf lasse, aber er fügte hinzu, daß Moleschotts Materialismus für ihn zwar die Grundlage des Gebäudes des menschlichen Wesens und Wissens sei, nicht jedoch wie für Moleschott das Gebäude selbst. Nach dem Eingang in dies Gebäude tastete Feuerbach mit manchem ahnenden Worte, so mit jenem „berüchtigten Aberwitze", an dem die eklektischen Flohknacker der deutschen Universitätsphilosophie heute noch ihre patriotischen Speere verstechen, mit dem Satze: Der Mensch ißt, was er ist, der in dem Zusammenhange Feuerbachs sagen sollte, daß ein menschenwürdiges Dasein der Massen die Vorbedingung aller menschlichen Bildung und Gesittung sei. Jedoch zum Verständniß des historischen Materialismus drang der edle Denker nicht vor, weil er das innere Räderwerk der modernen bürgerlichen Gesellschaft niemals kennen lernte. Er siechte dahin in melancholischer Einsamkeit.

Der nachmärzliche Materialismus war ein Modespielzeug der Bourgeoisie, das sie jeden Tag zerbrechen konnte und das sie auch wirklich zerbrach, sobald mit der Frömmelei bessere Geschäfte zu machen waren als mit der Freigeisterei. Treffender als in ihm spiegelten sich die Ideale ihrer Gegenwart und die Hoffnungen ihrer Zukunft in zwei Zeitschriften wieder, in den Preußischen Jahrbüchern, die in Berlin, und in den Grenzboten, die in Leipzig erschienen. Diese Organe wurden die eifrigen Kuppler für den Bund der deutschen Bourgeoisie mit dem preußischen Staat, und sie hatten die richtige Witterung.

Zwischen ihnen selbst fand eine gewisse Theilung der Arbeit statt. Um die Preußischen Jahrbücher gruppirte sich die kleindeutsche Geschichtsbaumeisterei, die den preußischen Staat als einen edlen Märtyrer darstellte, der eigentlich von jeher für die deutsche Einheit und Freiheit geblutet habe, und nur mit anderen Märtyrern das Mißgeschick theile, von der undankbaren Welt verkannt zu werden. So schilderte Droysen den altpreußischen General York, einen der galligsten und verbohrtesten Junker, von denen die preußische Geschichte zu erzählen weiß, als einen nationalen Helden, und diese Biographie wurde ein Lieblingsbuch der deutschen Bourgeoisie, worüber der alte achtzigjährige Schön, dem Yorks feudale Ränke genug zu schaffen gemacht hatten, bei all seinem preußischen Patriotismus verwundert den Kopf schüttelte.

Der Verbürgerlichung des Preußenthums arbeiteten die Grenzboten mit der Verpreußung des Bürgerthums in die Hände. Ihre Matadore waren Gustav Freytag und Julian Schmidt. Freytags Soll und Haben verklärte literarisch die deutsche Bourgeoisie der fünfziger Jahre. Noch steckte ihre neue Welt voll ererbter Vorurtheile, noch war sie kleinbürgerlich verkröpft und verzerrt: kein Welthandel, sondern Zwischenhandel, wie ihn das Haus T. O. Schröter treibt. Der Held des Romans hat an philisterhafter Langweiligkeit in der Romanliteratur aller Völker nicht seinesgleichen. Aber wie hob sich die satte Tugend und zahlungsfähige Moral dieses Biedermanns von dem bankerotten Junkerthum ab! Freytag verstand es vortrefflich, die moralische Sauce anzurühren, worin der deutsche Bourgeois allemal seinen Profit servirt zu haben wünscht. Seine dichterischen Gaben waren mäßig und ihm fehlte fast alle Phantasie, aber niemals hat die ausschweifende Begeisterung eines religiösen Dichters den Himmel mit unzähligeren Engeln bevölkert, als Freytag dem Hause T. O. Schröter jeden Schluck Handelsprofit von zahllosen Heinzelmännchen kredenzen ließ. In seinen Journalisten feierte er die bürgerliche Presse in all ihrer Tintensklaverei als genial, heiter, liebenswürdig; in seinen Bildern aus der deutschen Vergangenheit wies er nach, daß die Deutschen seit zweitausend Jahren „in Tugenden und Schwächen, in Anlage und Charakter" so ziemlich immer dieselben gewesen seien, wie die Spießbürger seiner Zeit. Alles schmiegte sich wundersam diesem Normalmenschen an, und was ihm etwa noch als Dorn im Fleische saß, wie die jüdische Konkurrenz, das wurde im Wucherer Itzig und im Zeilenschinder Schmock gründlich abgestraft.

An sanftem Leitseile führte Freytag die bürgerliche Klasse in sein geliebtes Borussenthum hinüber. Aufgewachsen in den polnisch-schlesischen Grenzstrichen war er wenigstens ein ehrlicher und überzeugter Borusse, was seine Erfolge ebenso erleichterte, wie das Stück reeller Bildung, das er sich aus der alten guten Zeit der deutschen Gelehrsamkeit gerettet hatte. Mit einer geschickten, leichten und in letztem Grunde auch nicht unehrlichen Hand half er der Bourgeoisie aus der idealistischen in die mammonistische, aus der schwarz-roth-goldenen in die schwarz-weiße Haut. Viel ärger trieb es sein Kumpan Julian Schmidt. Der einzige Gedanke, den er je produzirt hat, war die Forderung, daß der Roman das deutsche Volk da aufsuchen solle, wo es in seiner Tüchtigkeit zu finden sei, nämlich bei seiner Arbeit, will sagen bei seiner Profitmacherei. Julian Schmidt füllte die grünen Hefte der Grenzboten mit ebenso abgeschmackten wie absprechenden Kritiken über alle Wolkenkuckucksheimer von Leibniz bis Gutzkow, Kritiken, die er dann in drei dicken Bänden deutscher Literaturgeschichte zusammenheften ließ und als breite Bettelsuppe dem bürgerlichen Publikum vorsetzte, das vergnügt genug darin löffelte.

Gegen die Romantik hegte Julian Schmidt wenigstens einen nicht ganz unechten Zorn, obgleich seine krämerhaft-platte Nüchternheit nicht einmal ihr wirksam in die Flanke zu fallen vermochte. Dagegen war schlechthin widerwärtig seine Mißhandlung der klassischen Literatur und Philosophie. Hätte er sie einfach zum alten Eisen geworfen, gut: weshalb sollte es nicht auch einmal solchen

Kauz geben? Aber er kastrirte und verschimpfirte sie: in einer schleimigen und schwammigen Sprache, mit einer unlöslichen Mischung von Perfidie und Unwissenheit stumpfte er ihre männliche Thatkraft ab und flößte den bürgerlichen Geldprotzen das beglückende Gefühl ein, daß die Lessing und Goethe und Schiller, die Kant und Fichte und Hegel eigentlich Fleisch von ihrem Fleisch und darüber hinaus trostlos dumme Kerle gewesen seien. Feuerbach, von dem Julian Schmidt geschrieben hatte, daß nur Halbgebildete ihm zustimmen könnten, sagte mit kaltblütiger Verachtung: „Es ist das Urtheil eines Knaben über einen Mann.“ Und nicht nur Feuerbach, sondern auch Ruge und Schopenhauer fanden Worte kräftigen Urtheils über ein Treiben, das als knabenhafte Tempelschändung noch am mildesten beurtheilt wurde.

Aber sie ballten die Faust nur in der Tasche, und noch fand sich keine rauhe Hand, die den kritischen Kunstrichter der Grenzboten nach Verdienst gezüchtigt hätte.

Siebentes Kapitel.

Fortschritte des wissenschaftlichen Kommunismus.

Der kommunistischen Propaganda fehlte im Deutschland der fünfziger Jahre jeder Spielraum. Die Arbeiterklasse bot ihr keinen Resonanzboden, und ihre leitenden Träger waren in allen Erdtheilen zerstreut, hatten fast alle den bittersten Kampf um des Lebens Nahrung und Nothdurft zu bestehen. Selbst der deutsche Büchermarkt verschloß sich Männern wie Marx und Engels; die noch am radikalsten sich geberdenden Verleger antworteten gleichwohl mit aufrichtigem Entsetzen auf die „zeitwidrige Zumuthung“, ihre Arbeiten zu drucken. Erst gegen Ende des Jahrzehnts erwarb sich Franz Duncker das Verdienst, diesen Bann zu brechen.

Deshalb waren die fünfziger Jahre für den wissenschaftlichen Kommunismus nicht verloren. Sie wurden für ihn eine Periode der Sammlung und Vertiefung. Er schliff aus seinem Schwerte die Scharten, die es im heißen Kampfe der Revolutionsjahre davongetragen hatte, und baute aus gewaltigen Quadern die Mauern zu Schutz und Trutz, an denen sich seine Gegner fortan die Köpfe zerschellen sollten. Und wo die praktische Propaganda noch möglich war, wie in der amerikanischen und englischen Presse, da wurde sie keineswegs vernachlässigt. In den Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß, die zugleich in Basel und Boston erschienen, stellte Marx die preußische Regierung an den Pranger, an den sie gehörte. Für eine deutsch-amerikanische Monatsschrift, die sein Freund Weydemeyer herausgab, schrieb er die Geschichte des französischen Staatsstreichs, den Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte, worin er nachwies, wie der Klassenkampf in Frankreich einer mittelmäßigen und grotesken Personnage das Spiel der Heldenrolle ermöglicht habe; ein Meisterstück materialistischer Geschichts-

schreibung stellte diese ätzende, von Geist und Witz funkelnde Kritik dem von allen europäischen Gesellschaftsrettern angestaunten Bonapartismus die Perspektive seiner gleich schmachvollen Erfolge und Niederlagen. In der New York Tribune, deren europäischer Redakteur Marx bis zum amerikanischen Bürgerkriege war, zeichnete er in kraftvollen Zügen die Geschichte der deutschen Revolution und Gegenrevolution. An den chartistischen Blättern, die noch nach der großen Niederlage des Chartismus im Jahre 1848 die Agitation für das allgemeine Stimmrecht fortsetzten, arbeitete er mit uneigennützigem Eifer mit; in mehreren Flugschriften geißelte er die Liebesdienste, die Lord Palmerston dem Zarismus leistete. Es war ein tüchtiges Tagewerk selbst für einen tüchtigen Mann, doch nur der geringste Theil von dem, was Marx in den fünfziger Jahren gearbeitet hat.

Wie Marx in der Thätigkeit für die New York Tribune die materielle Grundlage seiner Existenz fand, so trat Engels wieder in das Geschäft seines Vaters in Manchester ein. Die räumliche Trennung hinderte nicht die Gemeinsamkeit ihrer Arbeit. Sie theilten sich fortan so darein, daß Engels die Vertretung des gemeinsamen Standpunkts gegenüber gegnerischen Angriffen übernahm, wozu sich freilich lange Jahre hindurch keine Gelegenheit bot, während Marx in umfassenden Studien die wissenschaftliche Grundlage des modernen Kommunismus aufmauerte, seine Ziele in all ihren historischen Zusammenhängen fest verankerte. Die Schätze des British Museum boten ihm eine unerschöpfliche Quelle der Belehrung. Marx wie Engels haben in diesem Jahrzehnt auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft geforscht und gelernt; sie haben die erzwungene Pause des Kampfes für ihre große Sache so gründlich ausgenützt, wie nur je die günstigsten Aussichten des Kampfes selbst. Keinen Augenblick beirrte es sie, daß ihrer das Vaterland nicht anders gedachte, als mit verlogenen Nachreden, in denen sich der Haß ihrer Gegner nunmehr straflos entladen konnte.

Es waren bei alledem schwere Zeiten, und ein Nachklang davon zittert noch in den Worten, die Engels ein Menschenalter später am Grabe von Frau Marx sprach: „Diesmal war es für Jenny Marx das Exil mit allen seinen Schrecken. Den materiellen Druck, unter dem sie ihre beiden Knaben und ein Töchterchen ins Grab sinken sah, hätte sie dennoch überwunden. Aber daß Regierung und bürgerliche Opposition, von der vulgär-liberalen bis zur demokratischen, sich zusammenthaten zu einer großen Verschwörung gegen ihren Mann, daß sie ihn mit den elendesten und niederträchtigsten Verleumdungen überschütteten, daß die gesammte Presse sich ihm verschloß, ihm jede Vertheidigung abschnitt, so daß er momentan wehrlos dastand vor Gegnern, die er und sie verachteten, das hat sie tief getroffen. Und das dauerte sehr lange.“ In diesen düsteren Jahren hat Marx die Hauptarbeit gethan für sein wissenschaftliches Hauptwerk.

In Deutschland selbst lebte die kommunistische Propaganda im stummen Trotz einzelner Arbeiter fort und in den glühenden Hoffnungen Ferdinand Lassalles. Er hatte im Jahre 1854 die Sache der Gräfin Hatzfeldt zum Siege geführt und dann sein Werk über Heraklit vollendet; im Jahre 1857 war er von Düsseldorf

nach Berlin übergesiedelt, um es herauszugeben und fortan in der preußischen Hauptstadt zu leben. Eine Rente von mehreren tausend Thalern enthob ihn aller gemeinen Sorgen ums Dasein. Viel angefeindet und viel bewundert, verkehrte er namentlich im Hause Franz Duncker's, in dem sich damals die literarische und politische Opposition sammelte. Nicht lange, und die Gräfin Hatzfeldt folgte ihm nach Berlin, um seine stete Begleiterin zu werden.

Es war nicht zu seinem Heile. Zwar wäre es sehr ungerecht, den hohen Sinn zu verkennen, der in Lassalles Treue für die Gräfin, wie in ihrer Treue für ihn lag, aber der stete Verkehr mit der gescheidten welterfahrenen Frau von fünfzig Jahren brachte den um so viel jüngeren und trotz allen genialen Selbstbewußtseins um so viel naiveren Mann unter einen ungünstigen Einfluß. Sicherlich hat die Gräfin Hatzfeldt, soweit sie Lassalle leiten konnte, ihn stets nur zu dem geleitet, was sie nach ihrer aufrichtigen Ueberzeugung für sein Bestes hielt, aber dafür, was sein Bestes war, konnte sie nach ihrer ganzen Vergangenheit höchstens ein angelerntes Verständniß besitzen, und die dankbare Huldigung, womit sie ihn auf Schritt und Tritt umgab, förderte die schwachen, nicht die starken Instinkte Lassalles.

Trotzdem vergaß er nie seine großen Zwecke. Immer auf dem Sprunge, in die revolutionäre Entwicklung einzugreifen, sobald sie wieder einsetzte, hat er in diesen Tagen des Harrens und Wartens sein wissenschaftliches Hauptwerk geschrieben, von dem er sagen durfte, daß es ein „Riesenwerk menschlichen Fleißes" sei. Er verfolgte darin dasselbe revolutionäre Ziel wie Marx, aber auf Wegen, die nicht minder klar hervortreten ließen, was beide Männer trennte, als was sie verband.

I. Marx und Lassalle.

Albert Lange hat den Vergleich zwischen dem Kapital von Marx und Lassalles System der erworbenen Rechte einmal dahin gezogen: „Beide Werke haben das Gemeinsame, daß in ihnen eine sonst nirgends wieder erreichte Durchdringung des spekulativen Elements und des positiven Stoffes zu Tage tritt, aber sie unterscheiden sich dadurch, daß Lassalle seinem Meister (Hegel) in Beziehung auf die spekulative Grundlage freier und — als wesentlich philosophische Natur — unabhängiger gegenübersteht, während der juristische Stoff seines Werkes zwar mit ungemeiner Geisteskraft erarbeitet, aber doch immerhin eben zum Zwecke dieser Leistung erarbeitet dasteht, daß dagegen bei Marx der volkswirthschaftliche Stoff aus einem staunenswerthen und mit seltenster Freiheit beherrschten Material empirischer Fachkenntnisse gleichsam von selbst hervorfließt, während die spekulative Form sich eng an die Manier des philosophischen Vorbildes (Hegel) anschließt und sich in manchen Theilen des Werkes zum Nachtheil seiner Wirksamkeit mühsam in den Stoff eindrängt." In einer Beziehung stellt dies Urtheil die Dinge geradezu auf den Kopf. Nicht Lassalle stand der

Hegelschen Spekulation freier und unabhängiger gegenüber als Marx, sondern umgekehrt: Marx hatte den Fehler aus Hegels Rechnung, den Lassalle erst halb herauszurechnen verstand, ganz herauszurechnen gewußt. Langes Irrthum erklärt sich daraus, daß er selbst den historischen Materialismus nicht begriff. Jedoch in einer anderen Beziehung rührt er an den tiefsten Grund des Unterschiedes, der zwischen Lassalle und Marx bestand. Beide waren Revolutionäre, aber Lassalle erarbeitete sich einen kolossalen Wissensstoff als das gewaltigste Mittel, die Gesellschaft zu revolutioniren, während Marx mit empirischen Fachkenntnissen auf den Grund der Dinge drang, um sich in den Dienst der revolutionären Triebkräfte zu stellen, welche die bürgerliche Gesellschaft umwälzen.

Sozusagen plastisch erscheint der Unterschied, wenn man die literarischen Lieblinge der beiden Männer gegenüberstellt. Für Marx waren es Homer, Dante, Shakespeare, Zervantes, von den Neueren Balzac; für Lassalle Hutten, Lessing, Fichte, von den Neueren Platen. Es sind zwei grundverschiedene Reihen literarischer Typen. Dort Köpfe, die das Bild eines ganzen Zeitalters so objektiv in sich aufgenommen haben, daß jeder subjektive Rest mehr oder minder, ja theilweise so vollständig aufgegangen ist, daß die Schöpfer hinter ihren Schöpfungen in mythischem Dunkel verschwinden. Hier Köpfe, die, wie einer von ihnen singt, nur „ein Bild des Bilds der Welt" wiederstrahlen, Männer, in deren Werken wir nicht sowohl erkennen, wie ihre Welt auszusehen hat, als wie sie selbst sich ihrer Welt bemächtigt oder zu bemächtigen versucht haben. Wer liest heute Huttens Pamphlete um ihrer selbst, um ihres Inhaltes oder auch nur um ihrer Form willen? Man liest sie um Huttens willen. Von allen historischen Gestalten stand Hutten dem Herzen Lassalles am nächsten. Er sagt einmal, Huttens und sein Schicksal seien vollständig gleich und von überraschender Aehnlichkeit, eine Behauptung, gegen die mit Recht eingewandt worden ist, daß sie zur Zeit, als Lassalle sie aufstellte, möglichst wenig der thatsächlichen Wirklichkeit entsprach. Gleichwohl entsprang sie einer sehr richtigen Empfindung. Man halte Lassalles und Huttens früheste Kundgebungen neben einander: Lassalles Tagebuch und Huttens Querelen gegen die Lötze, und man wird die überraschendste Aehnlichkeit in der Grundform ihrer Temperamente finden. Bis auf die kindliche Selbsttäuschung, womit sie sich als unschuldig verfolgte Lämmer aufspielen, während man doch nur hundert Zeilen von dem Einen wie von dem Andern zu lesen braucht, um zu wissen, daß sie von früh an sehr unbequeme Gesellen gewesen sein müssen für den gewohnten Schlendrian ihrer Umgebung. Um mit seinem Lieblingsdichter Platen zu sprechen, so fand Lassalle den „Knoten seiner verworrenen Lebensräthsel" gelöst in Huttens Worte: „Wahr ist, daß ich hierin nicht mehr denn andere, ja auch weniger als mancher, zu sorgen hab: allein daß mich Gott mit dem Gemüth (ich förcht) beschwert hat, daß mir gemeiner Schmerz weher thut und tiefer denn vielleicht anderen zu Herzen geht."

Jeder Vergleich hinkt, und es wäre thöricht, den Vergleich zwischen Lassalle und Marx an der Hand ihrer literarischen Sympathien über den Punkt hinaus-

zutreiben, an dem er den verschiedenen Grundzug ihrer Geistesthätigkeit beleuchtet. Dabei würde der eine wie der andere sehr zu kurz kommen. Aber in jener Beschränkung hat der Vergleich seinen guten Sinn. Unterstellt man einen Augenblick die unmögliche Möglichkeit, daß Marx bis auf den Namen vergessen werden könnte, so würde gleichwohl sein Hauptwerk durch die Jahrhunderte dauern als das getreueste Bild des großindustriellen Zeitalters, während Lassalles Schriften, wie zum Theile heute schon, so binnen weniger Jahrzehnte nur noch leben werden als Urkunde dessen, was ein genialer Mensch in einer weltgeschichtlichen Bewegung gedacht und gethan hat, als unvergängliche Zeugnisse menschlichen Geistes, nicht aber als monumentale Werke, in denen eine große Weltwende einen klassischen Ausdruck gefunden hat. Rein äußerlich zeigt sich dieses Verhältniß darin, daß Lassalle auch in seinen wissenschaftlichen Arbeiten gern seine persönliche Auffassung hervorkehrt, während Marx selbst in der politischen Agitation seine Person so völlig zurücktreten ließ, daß jahrzehntelang die wahnsinnigsten Lügen über ihn verbreitet und geglaubt werden konnten.

Hieraus ergiebt sich aber noch ein Anderes. Marx umspannte geistig ein ungleich größeres Gebiet als Lassalle. Unermüdlich betrat er ein Feld der Wissenschaft nach dem andern, sobald ihm seine Studien neue Fernsichten eröffneten. Wie viel haben, um nur eines zu erwähnen, Marx und auch Engels auf dem Gebiete der Naturwissenschaften gearbeitet, an dem Lassalle höchstens einmal flüchtig vorbeistreifte! Nicht allein der Umstand, daß Marx in seinem englischen Exil auf der höchsten Warte der europäischen Gesellschaft stand und Lassalle gewissermaßen in ihrem verlorensten Winkel, in dem Preußen Manteuffels lebte, trug die Schuld daran oder trug nur insofern die Schuld daran, als die Wahl dieses Aufenthalts Lassalles freiester Wille war. Er beschränkte sich vielmehr auf einen engeren Horizont, weil dieser Horizont eben die Welt umschloß, die er umzuwälzen gedachte. Er durfte mit Recht sagen, daß er sich in einem faustischen Triebe mit der zähesten und ernstesten Mühe durchgearbeitet habe von der Philosophie der Griechen und dem römischen Rechte durch die verschiedensten Fächer historischer Wissenschaft bis zur modernen Nationalökonomie und Statistik, und beschränkt auf die Geisteswissenschaften, war sein vielverspottetes Wort von der ganzen Bildung des Jahrhunderts, die er beherrsche, keineswegs eine müßige Prahlerei. Trotzdem ist nicht zu bestreiten, daß für Lassalle die wissenschaftliche Forschung erst in zweiter Reihe stand.

Er schildert sie einmal in einem Briefe an Herwegh als eine Qual, als eine befreiende Qual immerhin, aber doch als eine Qual, und mag er in diesem Briefe übertrieben haben, um Herwegh aus träger Lethargie aufzurütteln, so war es unzweifelhaft seine wirkliche Meinung, wenn er im Jahre 1859 an Engels schrieb, er werde beim nationalökonomischen und geschichtsphilosophischen Fache wohl verbleiben, wenn nicht, was sehr zu hoffen wäre, der endliche Beginn praktischer Bewegungen alle größere theoretische Thätigkeit sistire. „Wie gerne will ich ungeschrieben lassen, was ich etwa weiß, wenn es dafür gelingt,

Einiges von dem zu thun, was wir können." Wenn Engels von Marx sagte: „So reine Freude er haben konnte an einer neuen Entdeckung in irgend einer theoretischen Wissenschaft, deren praktische Anwendung vielleicht noch gar nicht abzusehen war — eine ganz andere Freude empfand er, wenn es sich um eine Entdeckung handelte, die sofort eingriff in die Industrie, in die geschichtliche Entwicklung überhaupt," so handelte es sich für Lassalle überhaupt nur um den revolutionären Eingriff der Wissenschaft in die historische Entwicklung. Mit Ausnahme etwa seines Werkes über Heraklit, das er bereits in den vierziger Jahren entworfen und zum größten Theil ausgearbeitet hatte, bewegt sich Lassalles wissenschaftliche Arbeit in den fünfziger Jahren durchweg um die politisch-soziale Liquidation der Märzrevolution.

Damit hängt ein Drittes zusammen: Lassalles idealistische Weltanschauung. Streng genommen ist er nicht einmal Jung-, sondern immer Althegelianer gewesen mit allem gläubigen Vertrauen auf den spekulativen Begriff als die treibende Kraft der Weltgeschichte. Sein geistiges Leben steht unter dem Zeichen der klassischen Philosophie und ihrer Nährmutter: der antiken Bildung. Als Lassalle der klassischen Philosophie zuerst näher trat, war sie bereits in voller Auflösung begriffen, aber kampfbereit wie er war, hat er in diese philosophischen Kämpfe niemals eingegriffen. Strauß, Bruno Bauer, Feuerbach erwähnt er kaum jemals in seinen Schriften und niemals im Zusammenhange mit ihren die klassische Philosophie auflösenden Tendenzen. Lassalle war durchaus ein Spätling dieser Philosophie, und was Goethe sagt, um Voltaires geschichtliche Bedeutung zu kennzeichnen: daß es alten Nationen wohl einmal glücke, alle ihre Tugenden und Untugenden in einem einzelnen Individuum zusammenzufassen, das trifft auf Lassalle in dem Sinne zu, daß alle Art und Unart des Idealismus, der Deutschland in den Tagen seines tiefsten Verfalls allein auf der Höhe der westeuropäischen Kulturvölker erhalten hatte, sich noch einmal in ihm verkörperte.

Nichts lächerlicher, als wenn strebsame Privatdozenten sich auf Lassalle berufen, um ihren Idealismus gegen den historischen Materialismus ins Feld zu führen. Diese Sorte von Idealismus, die einfach darauf hinausläuft, die entscheidenden Klassenkämpfe in leere Redensarten zu verfaseln, hätte Lassalle mit Hohnlachen abgewiesen. Was ihn an die klassische Philosophie fesselte, war ihr revolutionärer Kern. Persönlich stand ihm von ihren Trägern Fichte am nächsten, der den Geist der großen französischen Revolution am leidenschaftlichsten erfaßt, die Forderungen der bürgerlichen Vernunft am weitesten zu einem Rechte der arbeitenden Klasse vorgetrieben hatte. Fichtes kühner Idealismus beeinträchtigte aber nicht Lassalles Sinn für das Positive, jenen Sinn, in dem Kant einst gesagt hatte, nur in der Erfahrung sei Wahrheit, und alle Erkenntniß der Dinge, aus bloßem reinem Verstande, sei lauter Schein. So schrieb Lassalle: „Der Stoff hat ohne den Gedanken immer noch einen relativen Werth, der Gedanke ohne den Stoff nur die Bedeutung einer Chimäre." Indem Lassalle Hegels dialektische Methode mit seltener Meisterschaft als eine Waffe revolutionärer

Umwälzung handhabte, betonte er zugleich, daß Hegel auf allen Seiten seiner Werke unermüdlich hervorgehoben habe, die Philosophie erfordere nichts so sehr als die Vertiefung in die empirischen Wissenschaften.

Gegen die gedanken- und geistlosen Nachbeter, die aus Hegels Philosophie eine neue literarische Schöngeisterei erzeugten, sie in eine neue belletristische Geistreichigkeitsbrühe verwandelten, um sie den unbegriffenen und ungewußten Dingen aufzugießen, kehrte Lassalle seine schärfste Polemik. Wie sehr sie ihm zuwider waren, zeigte schärfer noch, als diese Polemik, Lassalles allzu nachsichtiges Urtheil über den nachmärzlichen Materialismus. Er macht ihm das Kompliment: Heraklit habe schon den Satz, daß der Gedanke eine Bewegung des Stoffes sei, zur Grundlage seines Philosophirens gemacht, und Büchner berufe sich mit Recht auf die ältesten jonischen Philosophen. Der Unterschied sei nur der nicht geringe, daß bei Heraklit diese Anschauung vor der eigentlichen Geistesphilosophie, vor der Entfaltung des Unterschiedes von Denken und Sein auftrete, während sie mit der modernen Physiologie nach der Vollendung der Geistesphilosophie wiederkehre, „eine Rückkehr, welche, wie jede solche Rückkehr nach Durchlaufung und Ueberwindung des Unterschiedes, nicht mehr bloße Rückkehr zur ersten Unmittelbarkeit bleiben kann, sondern den überwundenen Unterschied in sich aufgenommen und an sich haben muß.“ Freilich macht Lassalle hierzu die Anmerkung, daß gegen diese Forderung von der in der ersten Freude ihres Sichselberfindens noch gährenden jungen Philosophie hin und wieder verstoßen werde, aber selbst mit dieser Einschränkung überschätzt er Büchner und Genossen ganz bedeutend und beweist dadurch, daß sein Idealismus wirklich auch gar nichts zu thun hat mit dem blut- und marklosen Gespenst, das heute unter diesem Namen an deutschen Hochschulen umherspukt.

Vom historischen Materialismus unterscheidet sich Lassalles Idealismus dadurch, daß Lassalle die Bedingungen und Nothwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes nicht in ihrer ökonomischen Nacktheit auffaßt, sondern sie erst in idealistische Denkformen übersetzt, und zwar in diejenigen idealistischen Denkformen, die in erster Reihe dem bürgerlichen Zeitalter eigenthümlich waren, also in die Philosophie und die Rechtswissenschaft. Nur daß Lassalle deshalb so wenig ein bürgerlicher Revolutionär ist, wie die Eisenseiten Cromwells trotz ihrer alttestamentarischen Sprache feudale Revolutionäre waren. Wie sich die bürgerlichen Revolution jahrhundertelang noch in den religiösen Denkformen des feudalen Zeitalters vollzogen hat, so die proletarische Revolution mindestens jahrzehntelang in den juristischen und philosophischen Denkformen des bürgerlichen Zeitalters. Erst der historische Materialismus zerbrach sie bewußt und vollständig. Von den bürgerlichen Revolutionären und den sozialistischen Doktrinären unterscheidet sich Lassalle dadurch, daß er den proletarischen Klassenkampf in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung begriffen hat; vom historischen Materialismus trennt ihn die ungleich schwächere Schranke, daß sich dies Begreifen erst in bürgerlichen Denkformen vollzieht.

Lassalle war überzeugter Kommunist im Sinne des Kommunistischen Manifestes, und nur dadurch kam er zu manchen Fehlgriffen und Irrthümern, daß er sich die ökonomischen Auffassungen des Manifestes erst ins Juristische und Philosophische übertrug. Weil er den proletarischen Klassenkampf begriff, konnte der Staatskultus der klassischen Philosophie bei ihm nie zu so formalistischer Erstarrung entarten, wie bei Rodbertus, aber da er niemals mit den idealistischen Denkformen brach, so brach er auch nie mit jenem Staatskultus. Und gewiß bewegte er sich auf juristischem und philosophischem Gebiete ungleich sicherer, als auf ökonomischen, wenn es auch sehr übertrieben ist, zu sagen, er habe auf ökonomischem Gebiete überhaupt keine reellen und selbständigen Studien gemacht. Das hat er allerdings gethan, und zwar mit einem Erfolge, der ein Regiment akademischer Zopfträger noch reichlich segnen könnte. Aber mit der freien Meisterschaft eines Marx oder Engels hat er dies Gebiet nicht beherrscht, weil ihm seine idealistischen Denkformen allzu oft die Wege versperrten. Im drängenden Kampfe nahm er dann wohl seine Waffen, wo er sie fand, im Sinne jenes Lessingschen Wortes: „Heran kömmt nicht, wer die Leiter machte, sondern wer die Leiter besteigt, und einen behenden kühnen Mann trägt auch wohl eine morsche Leiter." Darin hat die bürgerliche Weisheit schon recht, wenn sie behauptet, daß Lassalle kein bahnbrechender sozialistischer Theoretiker gewesen sei. Wenn nur diese Maulwürfe, die sich so gut im Dunkeln zurechtfinden, auch einen Blick für das Licht hätten!

War Lassalles Idealismus seine Schwäche, so war er auch seine Stärke. Er gab ihm jenes felsenfeste Vertrauen auf die Macht der Idee, die Lassalle so Gewaltiges hat vollbringen lassen. Mag es nothwendig sein, festzustellen, daß Lassalle die Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der modernen bürgerlichen Gesellschaft nicht so scharf und tief erkannt hat, wie Marx und Engels, so wäre es doch verkehrt, daran Lassalles historische Bedeutung ausschließlich oder auch nur nach mehr, als eben dieser einen und keineswegs allein entscheidenden Seite hin messen zu wollen. Das hieße historische Probleme behandeln wie Schulübungen, die freilich nur nach ihren Fehlern durchgesehen zu werden brauchen. Jede historische Gestalt kommt zu ihrem historischen Rechte nur in ihrer historischen Umgebung, in ihrem, um einen modischen Ausdruck zu gebrauchen, historischen Milieu.

Vergleicht man Lassalle mit Marx und Engels, die unter wesentlich anderen historischen Verhältnissen aufgewachsen waren, so mag er bis zu einem gewissen Grade in den Schatten treten, wie denn von vornherein auf seinen Lebenswegen um so viel dichtere Schatten lagen, als auf den ihren. Vergleicht man ihn aber mit den Zeitgenossen, die unter ungefähr den gleichen oder selbst noch günstigeren Umständen ihre bestimmenden Lebenseindrücke empfingen, also mit den Junghegelianern auf philosophischem, mit Rodbertus auf ökonomischem, mit Johann Jacoby auf politischem Gebiete, so wächst er gewaltig in die Breite und in die Höhe.

Er ist eben, was keinem dieser Männer gelang, trotz der idealistischen Weltanschauung, die er mit ihnen theilte, bis zum Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus vorgedrungen, Dank seinen großen Geistesgaben, Dank seinen revolutionären Instinkten, aber auch — und in erster Reihe — Dank seinem redlichen und unermüdlichen Streben nach Wahrheit.

II. Marx über Waare und Geld.

Marx legte als erste Frucht der wissenschaftlichen Arbeit, die er in den fünfziger Jahren vollbrachte, der Oeffentlichkeit ein wenig umfangreiches Heft Zur Kritik der politischen Oekonomie vor. In der Vorrede betrachtete er das System der bürgerlichen Oekonomie in dieser Reihenfolge: Kapital, Grundeigenthum, Lohnarbeit; Staat, Auswärtiger Handel, Weltmarkt. Unter den drei ersten Rubriken wollte er die ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen untersuchen, worin die moderne bürgerliche Gesellschaft zerfällt, und die erste Abtheilung des ersten, vom Kapital handelnden Buchs sollte aus drei Kapiteln über die Waare, über das Geld und über das Kapital im Allgemeinen bestehen. Die beiden Kapitel über die Waare und das Geld bildeten den Inhalt des ersten Heftes, das Marx im Jahre 1859 herausgab.

Zugleich warf er in die Vorrede einen kurzen Rückblick auf den Gang seiner Studien. Er führte aus: seine Untersuchung der Hegelschen Rechtsphilosophie habe in dem Ergebniß gemündet, daß Rechtsverhältnisse und Staatsformen weder aus sich selbst, noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes zu begreifen seien, daß sie vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzelten, deren Gesammtheit Hegel unter dem Namen der bürgerlichen Gesellschaft zusammengefaßt habe, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Oekonomie zu suchen sei. Es folgte dann jene klassische Darstellung der materialistischen Geschichtsauffassung, die seitdem oft abgedruckt worden ist.

In der unzweideutigsten Weise sprach Marx in der Vorrede den historischen Charakter seiner Schrift aus, der im Texte selbst gleich unzweideutig auf jeder Seite hervortritt. „Auf den ersten Blick erscheint der *bürgerliche* Reichthum als eine ungeheure Waarensammlung, die einzelne Waare als sein elementarisches Dasein,“ so beginnt die Darstellung. Marx untersucht eine bestimmte historische Form der Gesellschaft; er will nicht feststellen, was Waaren und Geld in irgend einem allgemeinen philosophischen Sinne sein *könnten* oder sein *sollten*, sondern was sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft *sind*. Bereits in seiner Schrift gegen Proudhon hatte Marx die Oekonomen verspottet, die sich die Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft als Lebensbedingungen der menschlichen Gesellschaft überhaupt verhimmelten; in der Kritik der politischen Oekonomie legte er in breiten Abschnitten die historische Entwicklung und damit die historische

Bedingtheit der Theorien über Waare und Geld dar. Trotzdem wird von bürgerlicher Seite immer wieder, in bewußter Täuschung oder unbewußter Selbsttäuschung, aber stets in tollster Konfusion die Unterstellung gemacht, als habe Marx namentlich mit seiner Werththeorie irgend ein ideales oder moralisches Prinzip aus seinem Kopfe geschöpft, das mit irgend welchen anderen idealen oder moralischen Prinzipien aus klügeren oder sittlicheren Köpfen umgestürzt werden könne. Derselbe Marx, der eingehend darlegte, was Ricardo erst mittelbar erkannt hatte, daß nämlich die Werththeorie zu ihrer völligen Entwicklung die Gesellschaft der großen industriellen Produktion und der freien Konkurrenz, das heißt die moderne bürgerliche Gesellschaft voraussetze!

Aus der historischen Auffassung von Marx ergab sich, daß er den Faden der Untersuchung da wieder aufnahm, wo er der bürgerlichen Oekonomie abgerissen war. Ricardo hatte die Bestimmung des Waarenwerths durch die Arbeitszeit am reinsten entwickelt, nicht jedoch, ohne daß sich aus seiner Theorie eine Reihe von Widersprüchen ergeben hätte, welche weder die bürgerliche Oekonomie noch der bisherige Sozialismus hatten lösen können. Es sei nur an die Differenz zwischen dem Arbeits*lohn* und dem Arbeits*produkt* erinnert, die dem Werthgesetz Ricardos so schroff widersprach und von den Gray, Proudhon, Rodbertus durch die Beseitigung des Geldes aufzuheben versucht worden war. Schärfer als irgend wer hatte Marx die Hoffnungslosigkeit dieser Anläufe nachgewiesen, aber nun kam es auf den positiven Nachweis an, wo der Fehler bei Ricardo steckte, wo die bürgerliche Oekonomie nicht tief genug in den Organismus der bürgerlichen Gesellschaft eingedrungen war. Marx unterwarf die werthbildende Qualität der Arbeit einer gründlichen Revision; er untersuchte, welche Arbeit und warum und wie sie Werth bildet, weshalb Werth nichts ist als festgeronnene Arbeit dieser Art. Er zergliederte dann das Verhältniß von Waare und Geld, und wies nach, wie und warum, kraft der ihr innewohnenden Wertheigenschaft, die Waare und der Waarenaustausch den Gegensatz von Waare und Geld erzeugen muß.

Marx entdeckte zuerst den zwieschlächtigen Charakter, den die Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft hat. Jede Waare stellt sich dar unter dem doppelten Gesichtspunkt des Gebrauchs- und des Tauschwerths. „Welches immer die gesellschaftliche Form des Reichthums sei, Gebrauchswerthe bilden stets seinen gegen diese Form zunächst gleichgiltigen Inhalt. Man schmeckt dem Weizen nicht an, wer ihn gebaut hat, russischer Leibeigener, französischer Parzellenbauer oder englischer Kapitalist. Obgleich Gegenstand gesellschaftlicher Bedürfnisse und daher in gesellschaftlichem Zusammenhange, drückt der Gebrauchswerth jedoch kein gesellschaftliches Produktionsverhältniß aus. . . Der Gebrauchswerth in dieser Gleichgiltigkeit gegen die ökonomische Formbestimmung, d. h. der Gebrauchswerth als Gebrauchswerth liegt jenseits des Betrachtungskreises der politischen Oekonomie. In ihren Kreis fällt er nur, wo er selbst Formbestimmung ist. Unmittelbar ist er die stoffliche Basis, woran sich ein bestimmtes ökonomisches Verhältniß dar-

stellt, der Tauschwerth." Mit diesen einleuchtenden Sätzen verstopfte Marx eine Quelle endloser Mißverständnisse und warf ganze Haufen ökonomischer Lehrbücher ins Feuer.

Als Tauschwerth ist ein Gebrauchswerth gerade so viel werth wie der andere, vorausgesetzt, daß er in richtiger Proportion vorhanden ist. „Der Tauschwerth eines Palastes kann in bestimmter Anzahl von Stiefelwichsbüchsen ausgedrückt werden. Londoner Stiefelwichsfabrikanten haben umgekehrt den Tauschwerth ihrer multiplizirten Büchse in Palästen ausgedrückt." Indem sich Waaren austauschen, ganz gleichgiltig gegen ihre natürliche Existenzweise und ohne Rücksicht auf die spezifischen Bedürfnisse, welche sie befriedigen sollen, stellen sie trotz ihres buntscheckigen Scheins dieselbe Einheit dar.

Die Gebrauchswerthe sind unmittelbar Lebensmittel, aber diese Lebensmittel sind selbst Produkte des gesellschaftlichen Lebens, Resultat verausgabter menschlicher Lebenskraft, vergegenständlichte Arbeit. Als Materiatur der gesellschaftlichen Arbeit sind alle Waaren Krystallisationen derselben Einheit. „Die Arbeit, die sich gleichmäßig in ihnen vergegenständlicht, also die Arbeit, die sich im Tauschwerthe darstellt, muß selbst gleichförmige, unterschiedslose, einfache Arbeit sein, der es ebenso gleichgiltig, ob sie in Gold, Eisen, Weizen, Seide erscheint, wie es dem Sauerstoff ist, ob er vorkommt im Rost des Eisens, der Atmosphäre, dem Saft der Traube oder dem Blute des Menschen." Entspringt die Verschiedenheit der Gebrauchswerthe aus der Verschiedenheit der die Gebrauchswerthe produzirenden Arbeit, so ist die tauschwerthsetzende Arbeit, wie gleichgiltig gegen den besonderen Stoff der Gebrauchswerthe, so auch gleichgiltig gegen die besondere Form der Arbeit selbst. Sind die verschiedenen Gebrauchswerthe ferner Produkte der Thätigkeit verschiedener Individuen, also Resultat individuell verschiedener Arbeiten, so stellen sie als Tauschwerthe gleiche unterschiedslose Arbeit dar, d. h. Arbeit, worin die Individualität der Arbeitenden ausgelöscht ist. Tauschwerthsetzende Arbeit ist daher abstrakt allgemeine Arbeit, die sich nicht mehr qualitativ, sondern nur noch quantitativ unterscheidet, durch die größeren oder geringeren Mengen, welche sie in Tauschwerthen von verschiedenen Größen vergegenständlicht. Die quantitativ verschiedenen Mengen von abstrakt allgemeiner Arbeit haben ihr einziges Maß an der Arbeitszeit, die ihren Maßstab an den natürlichen Zeitmaßen, Stunde, Tag, Woche u. s. w. erhält. Arbeitszeit ist das lebendige Dasein der Arbeit, gleichgiltig gegen ihre Form, ihren Inhalt, ihre Individualität. Als Tauschwerthe sind alle Waaren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit. Die in den Gebrauchswerthen der Waaren vergegenständlichte Arbeitszeit ist ebensowohl die Substanz, die sie zu Tauschwerthen macht und daher zu Waaren, wie sie ihre bestimmte Werthgröße mißt.

Die Reduktion der verschiedenen Arbeiten auf unterschiedslose, gleichförmige, einfache Arbeit erscheint als eine Abstraktion, aber es ist eine Abstraktion, die in dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß täglich vollzogen wird. „Die Auflösung aller Waaren in Arbeitszeit ist keine größere Abstraktion, aber zugleich

keine minder reelle, als die aller organischen Körper in Luft." Jene Abstraktion existirt in der Durchschnittsarbeit, die jedes Durchschnittsindividuum einer gegebenen Gesellschaft verrichten kann, eine bestimmte produktive Ausgabe von menschlichem Muskel, Nerv, Gehirn u. s. w. Es ist einfache Arbeit, welche die bei weitem größte Masse aller Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft bildet. Komplizirte Arbeit ist einfache Arbeit in höherer Potenz, ein komplizirter Arbeitstag ist beispielsweise gleich drei einfachen Arbeitstagen: gleichviel nach welchen Gesetzen diese Auflösung der komplizirten Arbeit in zusammengesetzte einfache Arbeit sich regelt, so zeigt zunächst die praktische Erfahrung, daß sie täglich vor sich geht. Produkte der komplizirten Arbeit tauschen sich täglich in bestimmtem Verhältniß gegen Produkte der einfachen Durchschnittsarbeit aus. Es versteht sich ferner, daß die werthbildende Arbeitszeit nothwendige Arbeitszeit sein muß, nothwendig, um unter gegebenen allgemeinen Produktionsbedingungen ein neues Exemplar derselben Waare zu produziren; daß nicht die Zeit, in welcher eine Sache produzirt wurde, sondern das Minimum der Zeit, worin sie produzirt werden kann, ihren Werth bildet, hatte Marx bereits im Elend der Philosophie nachgewiesen.

Der Doppelcharakter der Arbeit gehört einer historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise an, der Waarenproduktion, die in und mit der kapitalistischen Gesellschaft zur herrschenden Produktionsweise geworden ist. Soweit die Arbeit Gebrauchswerthe hervorbringt, ist sie allen denkbaren Gesellschaftsformen eigenthümlich; als zweckmäßige Thätigkeit zur Aneignung des Natürlichen in der einen oder der anderen Form ist die Arbeit Naturbedingung der menschlichen Existenz, eine von allen sozialen Formen unabhängige Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. Diese Arbeit bedarf des Stoffes zu ihrer Voraussetzung und ist somit nicht die einzige Quelle des von ihr Hervorgebrachten, nämlich des stofflichen Reichthums. Mag das Verhältniß zwischen Arbeit und Naturstoff in den verschiedenen Gebrauchswerthen sehr verschieden sein, so enthält der Gebrauchswerth stets ein natürliches Substrat.

Dagegen ist tauschwerthsetzende Arbeit eine spezifisch gesellschaftliche Form der Arbeit. In dem naturwüchsigen Kommunismus, der sich an der Schwelle der Geschichte aller Kulturvölker findet, war die einzelne Arbeit unmittelbar dem gesellschaftlichen Organismus eingereiht. In den Naturaldiensten und Naturallieferungen des Mittelalters bildete die Besonderheit, nicht die Allgemeinheit der Arbeit ihr gesellschaftliches Band. In der ländlich-patriarchalischen Familie, wo für den Selbstbedarf der Familie die Frauen spannen und die Männer webten, waren Garn und Leinwand gesellschaftliche Produkte, Spinnen und Weben gesellschaftliche Arbeiten innerhalb der Grenzen der Familie. Der Familienzusammenhang mit seiner naturwüchsigen Theilung der Arbeit drückte dem Produkt der Arbeit seinen eigenthümlichen gesellschaftlichen Stempel auf; Garn und Leinwand tauschten sich nicht gegen einander aus als gleichgiltige und gleichgeltende Ausdrücke derselben allgemeinen Arbeitszeit. Erst in der Waarenproduktion wird die einzelne Arbeit dadurch gesellschaftliche Arbeit, daß sie die Form ihres unmittel-

baren Gegentheils, die Form der abstrakten Allgemeinheit annimmt. Der Tauschwerth ist gegenständlicher Ausdruck einer spezifisch gesellschaftlichen Form der Arbeit. Als solcher enthält er keinen Naturstoff, sondern die Arbeit ist seine einzige Quelle und damit auch die einzige Quelle des Reichthums, der aus Tauschwerthen besteht.

Nun ist die Waare unmittelbare Einheit von Gebrauchs- und Tauschwerth, und zugleich ist sie Waare nur in Beziehung auf die anderen Waaren. Die wirkliche Beziehung der Waaren auf einander ist der Austauschprozeß. In diesem Prozeß, den die von einander unabhängigen Individuen eingehen, muß sich die Waare darstellen zugleich als Gebrauchs- und als Tauschwerth, als besondere Arbeit, die besondere Bedürfnisse befriedigt, und als allgemeine Arbeit, die austauschbar ist gegen gleiche Mengen allgemeiner Arbeit. Der Austauschprozeß der Waaren muß den Widerspruch entwickeln und lösen, daß die individuelle Arbeit, die in einer besonderen Waare vergegenständlicht ist, unmittelbar den Charakter der Allgemeinheit haben soll.

Als Tauschwerth wird jede einzelne Waare zum Maße der Werthe aller anderen Waaren. Umgekehrt aber wird jede einzelne Waare, in der alle anderen Waaren ihren Werth messen, adäquates Dasein des Tauschwerths, wird somit der Tauschwerth eine besondere ausschließliche Waare, die durch Verwandlung aller anderen Waaren in sie unmittelbar die allgemeine Arbeitszeit vergegenständlicht. So ist in der einen Waare der Widerspruch gelöst, den die Waare als solche einschließt, als besonderer Gebrauchswerth zugleich allgemeines Aequivalent und daher Gebrauchswerth für Jeden, allgemeiner Gebrauchswerth zu sein. Und diese eine Waare ist — Geld.

Im Gelde krystallisirt sich der Tauschwerth der Waaren als eine besondere Waare. Der Geldkrystall ist ein nothwendiges Produkt des Austauschprozesses, worin verschiedenartige Arbeitsprodukte einander thatsächlich gleichgesetzt und daher thatsächlich in Waaren verwandelt werden. Er hat sich instinktartig auf historischem Wege entwickelt. Der unmittelbare Tauschhandel, die naturwüchsige Form des Austauschprozesses, stellt viel mehr die beginnende Umwandlung der Gebrauchswerthe in Waaren, als der Waaren in Geld dar. Je mehr sich der Tauschhandel entwickelt und je mehr die Gebrauchswerthe zu Waaren werden, je mehr also der Tauschwerth eine freie Gestalt gewinnt und nicht mehr unmittelbar an den Gebrauchswerth gebunden ist, um so mehr drängt er zur Geldbildung. Zunächst spielen eine Waare oder auch mehrere Waaren von allgemeinstem Gebrauchswerthe, Vieh, Getreide, Sklaven, die Rolle des Geldes. Sehr verschiedene, mehr oder weniger unpassende Waaren haben abwechselnd die Funktion des Geldes verrichtet. Wenn diese Funktion schließlich an die edlen Metalle übergegangen ist, so aus dem Grunde, weil die edlen Metalle die nothwendigen physischen Eigenschaften der besonderen Waare besitzen, worin sich das Geldsein aller Waaren krystallisiren soll, soweit sie aus der Natur des Tauschwerths unmittelbar hervorgehen: Dauerbarkeit ihres Gebrauchswerths, beliebige Theilbarkeit, Gleichförmigkeit

der Theile und Unterschiedslosigkeit aller Exemplare dieser Waare. Sie muß innerhalb des Austauschprozesses ausdauern; sie muß als Materiatur der allgemeinen Arbeitszeit gleichartige Materiatur sein und fähig, blos quantitative Unterschiede darzustellen.

Unter den edlen Metallen ist es wieder das Gold, das mehr und mehr zur ausschließlichen Geldwaare wird. Es dient als Maß der Werthe und als Maßstab der Preise, es dient als Zirkulationsmittel der Waaren. Durch den Salto mortale der Waare in Gold bewährt sich die in ihr aufgehäufte besondere Arbeit als abstrakt allgemeine, als gesellschaftliche Arbeit; gelingt ihr diese Transsubstantiation nicht, so hat sie ihr Dasein nicht nur als Waare, sondern auch als Produkt verfehlt, denn Waare ist sie nur, weil sie für ihren Besitzer keinen Gebrauchswerth hat.

Das Gold, die spezifische Waare, die als Maß der Werthe und als Zirkulationsmittel der Waaren dient, wird ohne weiteres Zuthun der Gesellschaft Geld. Im Gegensatze zu den Waaren, die das selbständige Dasein des Tauschwerths, der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit, des abstrakten Reichthums nur vorstellen, ist Gold das materielle Dasein des abstrakten Reichthums. Aber das Gold ist auch der materielle Repräsentant des stofflichen Reichthums; es befriedigt jedes Bedürfniß, sofern es in den Gegenstand jedes Bedürfnisses unmittelbar umsetzbar ist; in seiner gediegenen Metallität enthält es allen Reichthum unaufgeschlossen, der in der Welt der Waaren entrollt ist. Es ist zugleich der Form nach die unmittelbare Inkarnation der allgemeinen Arbeit, und dem Inhalte nach der Inbegriff aller realen Arbeiten. Es ist der allgemeine Reichthum als Individuum. Aus dem Knechte wird es der Herr, aus dem bloßen Handlanger zum Gott der Waaren.

Marx entwickelt die Rolle des Geldes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in allen ihren Verzweigungen, überall Licht verbreitend, wo bisher ungewisses Zwielicht oder völliges Dunkel lag. Sein Scharfsinn in der ökonomischen Analyse erinnert an jenen Dampfhammer, von dem Marx einmal sagt: „Er pulverisirt spielend einen Granitblock und ist nicht minder fähig, einen Nagel in weiches Holz mit einer Aufeinanderfolge leiser Schläge einzutreiben.“ Nichts sinnloser daher, als ihm verdunkelnde Mythologie und unklare Mystik vorzuwerfen, wie es Roscher und dessen Nachbeter gethan haben. Marx entschleierte vielmehr die Mystik und Mythologie der Waarenproduktion, welche die bürgerlichen Oekonomen wieder und wieder foppte.

Er wies nach, wie ein gesellschaftliches Produktionsverhältniß sich als ein außer den Individuen vorhandener Gegenstand, wie die bestimmten Beziehungen, die sie im Produktionsprozeß ihres gesellschaftlichen Lebens eingehen, sich als spezifische Eigenschaften eines Dinges darstellen, wie diese Verkehrung und nicht eingebildete, sondern prosaisch reelle Mystifikation alle gesellschaftlichen Formen der tauschwerthsetzenden Arbeit kennzeichnet. „In der Waare ist diese Mystifikation noch sehr einfach. Es schwebt Allen mehr oder minder vor, daß das Verhältniß

der Waaren als Tauschwerthe vielmehr Verhältniß der Personen zu ihrer wechselseitigen produktiven Thätigkeit ist. In höheren Produktionsverhältnissen verschwindet dieser Schein von Einfachheit. Alle Illusionen des Monetarsystems stammen daher, daß dem Golde nicht angesehen wird, daß es ein gesellschaftliches Produktionsverhältniß darstellt, aber in der Form eines Naturdings von bestimmten Eigenschaften. Bei den modernen Oekonomen, die auf die Illusion des Monetarsystems herabgrinsen, verräth sich dieselbe Illusion, sobald sie höhere ökonomische Kategorien handhaben, z. B. das Kapital. Sie bricht hervor in dem Geständniß naiver Verwunderung, wenn bald als gesellschaftliches Verhältniß erscheint, was sie eben plump als Ding festzuhalten meinten, und dann wieder als Ding sie neckt, was sie kaum als gesellschaftliches Verhältniß fixirt hatten." Ueber diese scharfsinnige Unterscheidung hätte Roscher lieber ein wenig nachdenken sollen, statt sich in seinen dickleibigen Büchern ein halb Dutzend Mal mit der Geistreichelei zu trösten, daß Marx ein geistreicher, aber kein scharfsinniger Mann gewesen sei.

An der Waare und dem Gelde hatte Marx die Mystifikation der Waarenproduktion nachgewiesen. Er wollte nunmehr am Kapital den gleichen Nachweis führen, aber äußere Umstände, so eine langjährige Krankheit, die seine Arbeit wieder und wieder unterbrach, verhinderten acht Jahre lang die Fortsetzung der im Jahre 1859 begonnenen Veröffentlichung. Derweil wurde das erste Heft todtgeschwiegen. Dagegen jagten sich die Auflagen von Roschers Lehrbuch der Nationalökonomie, worin die historische Methode durch ein kunterbuntes Gerede über Waare und Geld ihre Triumphe feierte, bis zu der begeisternden Entdeckung, daß Geld eine „angenehme Waare" sei.

III. Lassalles Heraklit.

Lassalles Werk über Heraklit, das im Jahre 1857 erschien, berührt sich nicht unmittelbar mit Lassalles öffentlicher Wirksamkeit. Es war gewissermaßen das Meisterstück, womit der Schüler Hegels seine Lehrjahre krönte, das Zeugniß der Reife, womit er in die Hochschule des Lebens eintrat.

In großem Sinne griff Lassalle seine Aufgabe an. Er bezog sich auf das Wort eines modernen Gelehrten, anscheinend Boeckhs, daß die deutsche Wissenschaft seit Winckelmann, Herder und Kant bewußt und unbewußt auf eine weltgeschichtliche Betrachtung der göttlichen und menschlichen Dinge ausgehe, sie durch die Vereinigung der Philologie, Historie und Philosophie zu bewerkstelligen suche. Er fügte prophetischen Blicks hinzu, die Zeit werde kommen, wo die Geschichte der Philosophie ebenso wenig wie diejenige der Religion, der Kunst, des Staats und der Lebensformen der bürgerlichen Gesellschaft als eine isolirte Disziplin für sich geschrieben, sondern alle in ihrer konkreten Wechselwirkung in dem Pantheon des historischen Geistes — und so erst in ihrer lebendigen Entstehung und Ein-

samkeit — würden aufgefaßt und dargestellt werden. Es ist der selbständige Denker, der sich in dem Bekenntniß zur Einheit aller Wissenschaft von vornherein von den Handwerkern der Fachgelehrsamkeit scheidet, und so richtet Lassalle seinen Blick auf den Mann, von dem zuerst das eine, die ganze Welt durchwaltende Gesetz gefunden worden war.

Um diesen Mann und seine Leistung zu verstehen, bedurfte es eines ungemein hohen Grades von Meisterschaft auf den Gebieten der Philologie, der Historie und der Philosophie. Die „Philosophie Herakleitos des Dunkeln von Ephesos“, die Lassalle in zwei starken Bänden „nach einer neuen Sammlung ihrer Bruchstücke und nach den Zeugnissen der Alten“ abhandelte, war schon im Alterthum wegen ihrer Schwerverständlichkeit berufen gewesen. Ein Denkriese wie Aristoteles bekannte, man finde in Heraklits Rede keine Ruhepunkte, und es sei eine Arbeit, daß was er geschrieben, in Sätze einzutheilen, weil nicht am Tage liege, wohin jedes gehöre, zum Folgenden oder zum Vorhergehenden. Der heutige Forscher besitzt aber nicht einmal mehr Heraklits Werk über die Natur. Es ist verloren gegangen bis auf eine Reihe abgerissener Sätze, und diese haben sich nur in der entstellten und verdorbenen Form erhalten, in der griechisch-römische Philosophenschulen und christliche Kirchenväter sie für ihre besonderen Zwecke ausgelegt und zurechtgestutzt, in ihren besonderen Denk- und Glaubenssystemen verbaut und vermauert haben.

Seitdem der holländische Gelehrte Daniel Wyttenbach im vorigen Jahrhundert zuerst wieder auf Heraklit aufmerksam gemacht hatte, waren namentlich hervorragende Geister in Deutschland, Schleiermacher, Schelling, Creutzer, Boeckh, Hegel und Andere für die Enträthselung der Heraklitischen Philosophie thätig gewesen. Das bedeutendste Verdienst um die Sammlung und Erklärung ihrer Bruchstücke hatte sich Schleiermacher erworben. Er faßte den Grundgedanken des griechischen Philosophen als Bewegung und Werden auf, aber Bewegung als Fortbewegung in gerader Linie und Werden als bloße indifferente Veränderung. Dagegen machte Hegel geltend, daß Heraklit das Werden als dialektische Bewegung, daß er die Einheit der Gegensätze, die Identität von Sein und Nichtsein zuerst erkannt und zur Grundlage seines Systems gemacht habe, daß bei Heraklit zuerst die philosophische Idee in ihrer spekulativen Form anzutreffen sei. An diesem Punkte nahm Lassalle die Forschung über Heraklit auf, und wie den hohen Sinn, so kennzeichnete es das Selbstvertrauen des noch nicht zwanzigjährigen Jünglings, daß er auf einem Gebiete voll unabsehbarer Schwierigkeiten den bedeutendsten Denkern und Forschern des Jahrhunderts den Rang ablaufen wollte.

Ueber das Verhältniß von Lassalles Werke zu Hegel gehen zwei Meinungen um, die gleich irrig oder mindestens stark übertrieben sind. Einmal wird behauptet, daß Lassalle nichts beigebracht habe, was nicht in der Hauptsache schon bei Hegel zu finden sei: eine Behauptung, die ungefähr auf gleicher Stufe mit der Behauptung steht, daß Marx nichts beigebracht habe, was in der Hauptsache nicht schon bei

Ricardo zu finden sei. Lassalle knüpft an Hegel an mit dem Rechte des Forschers, der ein wissenschaftliches Problem von dem Punkte an behandelt, bis zu dem es bereits von Anderen entwickelt worden ist: gegenüber Hegels auf wenigen Seiten hingeworfener Skizze ist Lassalles Werk eine berichtigende und ergänzende, erweiternde und vertiefende, durchaus selbständige Arbeit. Dann aber wird gesagt, Lassalle habe den griechischen Philosophen einfach über den Leisten der Hegelschen Philosophie geschlagen. Jedoch diese Behauptung kann nur aufstellen, wer Lassalles Buch nicht gelesen oder höchstens angeblättert hat. Lassalle wird nicht müde zu wiederholen, daß Heraklit wesentlich noch Physiker und nicht spekulativer Logiker gewesen sei, daß er sich mit sinnlichen Begriffen des dialektischen Weltprozesses zu bemächtigen gesucht habe, daß es gerade die Schranke seiner Philosophie sei, die Natur des Gedankens nicht in der Form des Gedankens ausdrücken zu können.

Mit einer bewundernswerthen Geistesschärfe und einer nicht minder bewundernswerthen Kenntniß des griechisch-römischen Quellenmaterials weist Lassalle nach, daß Heraklit unter Feuer, Fluß, Krieg und anderen sinnlichen Begriffen die prozessirende Einheit von Sein und Nichtsein dargestellt, daß er beispielsweise unter dem Urprinzipe des Feuers nicht das bestimmte sinnliche Element, sondern nur Werden, Bewegung und Prozeß in philosophischer Form verstanden, daß er mit seiner Weltverbrennung nicht ein Aufflammen des Weltalls in sinnlichem Feuer, sondern den dialektischen Fluß des Werdens gemeint habe, als das weltbildende, Alles durchwaltende Gesetz. Lassalle stellt die Heraklitische Philosophie in die weitesten historischen Zusammenhänge, von den orphischen Vorstellungen und den Lehren der orientalischen Religionen bis zur Spekulation Platos und der Stoiker und selbst den Dogmen des Urchristenthums. Gewiß steht er auf idealistischem Standpunkt, aber er verdunstet ihn nicht, wie die offizielle Hegelei ihn verdunstete, sondern sucht seinen Schwerpunkt da, wo die Hegelsche Philosophie, um ein später von Lassalle gebrauchtes Wort anzuziehen, Recht behält gegen sich selbst, wo die absolute Idee abdanken muß vor der historischen Entwicklung. Lassalle sieht in der Geschichte der Philosophie die Geschichte des wissenschaftlichen, sich begreifenden Gedankens, aber er fügt hinzu, sie sei nicht nur eine Entwicklung für sich in dem aparten Himmel des ideologischen Bewußtseins, sondern vermittle sich erst durch das populäre vorstellende Bewußtsein und die von ihm erfüllten Kreise der Wirklichkeit, wovon sie sich ablöse und worauf sie wieder zurückwirke.

An dem Vorwurfe, daß Lassalle den Ephesier verhegele, ist nur so viel wahr, daß Lassalle die Dialektik, die er von der modernen Philosophie gelernt hat, als Schlüssel benützt für das Verständniß der antiken Philosophie. Wer in der Einheit des absoluten Gegensatzes von Sein und Nichtsein und ihrem Umschlagen ineinander eine leichtfertige Erfindung des „Unsinnschmierers“ Hegel sieht, der mag Lassalles Werk über Heraklit als „tiefgelehrte Verirrung“ verwerfen; er muß sich dann freilich auch an der Heraklitischen Philosophie genügen lassen als an einem Scherbenhaufen unverständlicher Sätze. Ist diese Auffassung

aber wenigstens konsequent, so ist es ganz haltlos, wenn ein bürgerlicher Biograph Lassalles dessen Arbeit mit der Bemerkung verkleinern will, daß Zeller sie „oft sehr nachdrücklich berichtige". Soweit sind wir einstweilen noch nicht, daß die Denkergebnisse unabhängiger Forscher an und für sich hinfällig werden, wenn ein königlich preußischer Professor sie bestreitet. Zeller „berichtigt" Lassalle, wie Lassalle umgekehrt Zeller „berichtigt". Wobei noch zu beachten ist, daß Lassalle gegen Zeller in den liebenswürdigsten und loyalsten Formen polemisirt, während Zeller gegen Lassalle ins Feld rückt mit ärgerlichen Redensarten, wie wortreich, weitschweifig, breitspurig, verzweifelte Ausflucht, genug mit Redensarten, die höchstens in offiziellen Kreisen als Proben siegreicher Ueberlegenheit gelten mögen.

Damit soll keineswegs bestritten werden, daß Zeller und Andere Manches mit Fug gegen Lassalles Auffassungen eingewandt haben mögen. Hätten sie aber auch selbst mit allen ihren Einwänden Recht, ja hätte Lassalle die Heraklitische Philosophie wirklich mißverstanden, so wäre der Bedeutung seines Werks kein Eintrag gethan. Er könnte dann ebenso gelassen wie Lessing, von dessen Arbeiten über die antike Literatur die Fachgelehrten auch nie viel wissen wollten, seinen Gegnern sagen: „In dem antiquarischen Studio ist es öfters mehr Ehre, das Wahrscheinliche gefunden zu haben als das Wahre." Es ist das Vorrecht bahnbrechender Köpfe, schwierige Probleme mit genialen Irrthümern mehr zu fördern, als die gewandte Alltagsroutine sie mit ihren trivialen Wahrheiten zu fördern vermag, und so sagt ein bürgerlicher Historiker der Philosophie mit Recht, Lassalles Werk stehe im Mittelpunkte der Streitfragen über Heraklit, und von ihm habe fortan alle weitere Forschung über den dunklen Philosophen, bestätigend oder bestreitend, ihren Ausgang zu nehmen. Als Ruge nach Lassalles Tode das „lichtvolle prächtige" Buch las, stellte er ihm, trotz all seines Sozialistenhasses und trotz eines ingrimmigen Fluchs auf die Juden, die doch der Teufel gemacht habe, aus seinem alten philosophischen Gewissen das Zeugniß aus: „Es ist ein philosophisches Kunstwerk, und bei aller Tiefe des Inhalts das leichteste und lesbarste Werk in unserer ganzen gelehrten Literatur, weil der Verfasser, der seinen großen Gegenstand ganz beherrscht und die Philosophie vollkommen versteht, keine Schwierigkeit findet, was er selbst sieht, auch Anderen zu zeigen." Dies Urtheil wird der Form wie dem Inhalte des Werks gleich gerecht.

Seltsam genug, daß dieselben Leute, die in Lassalles Heraklit einen Hegel des 6. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung erblicken, aus Lassalle selbst einen Heraklit des 19. Jahrhunderts konstruiren möchten. Es ist abermals ein bürgerlicher Biograph Lassalles, der zwischen seinem Helden und Heraklit eine ganz auffällige Uebereinstimmung findet, nicht nur in ihrer logischen Anlage und ihrer dialektischen Tendenz, sondern auch in ihrer Ethik mit der Aufopferung für das Allgemeine, ja selbst in ihren persönlichen Eigenschaften, Tugenden sowohl wie Lastern. Lassalle habe dem Ephesier in dem unglaublichen Selbstgefühl und der Menschenverachtung geähnelt, trotz ihres Selbstvertrauens und Stolzes hätten sie aber auch übereingestimmt in dem leidenschaftlichen Drange nach Ruhm und

Ehre, nach der Bewunderung und dem Lobe Anderer, endlich sei ihre Staats-philosophie die gleiche gewesen. Der Unterschied sei nur der — und hier kommt der Pferdefuß zum Vorschein! —, daß man aus der Staatstheorie des griechischen Denkers sehr wohl begreife, wie er, trotz seines Respekts für das Allgemeine, in den schärfsten Gegensatz zu der Massenherrschaft in seiner Vaterstadt Ephesos habe treten müssen, während man weit schwieriger einsehe, wie Lassalle aus seinem analogen Grundbegriffe vom Staate habe Vertheidiger des allgemeinen Stimmrechts werden können, Vorkämpfer einer Massenherrschaft, welche die Geschichte zuvor nie gesehen habe. Hier sei bei dieser interessanten Individualität eine innere Spaltung eingetreten. „Geistesaristokrat und Sozialdemokrat! größere Gegen-sätze als diese kann ein Menschenherz umfassen, aber man hegt sie nicht ungestraft in seinem Gemüthe." Dieser Kontrast in der Welt der Prinzipien sei „rein äußerlich" zu Tage getreten, wenn Lassalle in Lackstiefeln und feiner Wäsche zu Fabrikarbeitern mit russiger Haut und schwieligen Händen gesprochen habe.

Um bei dem Kleineren zu beginnen, so entsprang das Selbstgefühl Heraklits und Lassalles aus ganz verschiedenen Quellen. Bei Lassalle war es das Produkt eines heißen und siegreichen Kampfes mit erdrückenden Lebensverhältnissen, bei Heraklit die felsenfeste Gewißheit, das absolute vernünftige Weltgesetz erkannt und zwar allein erkannt zu haben. Berauscht von dieser Erkenntniß, so sagt Lassalle, habe Heraklit seine philosophischen Vorgänger, geschweige denn seine profanen Mitbürger wegwerfend behandelt, mit einem Tone der Bitterkeit und Verachtung, der durch all seine Schriften wehe und freilich nicht umhin gekonnt habe, ihm den Vorwurf der Anmaßung und des Hochmuths zuzuziehen. Zu diesem ablehnenden Tadel war Lassalle gerade auch persönlich berechtigt, denn Nichts lag ihm ferner als die Menschenverachtung Heraklits. Um nur den nächstliegenden Punkt herauszugreifen, so behandelt Lassalle seine Vorgänger in der Forschung über Heraklit mit einer achtungsvollen Rücksicht, die in diametralstem Gegensatze zu Heraklits polemischer Art steht. Ueberhaupt ist Lassalles wissen-schaftliche Polemik gerade in dieser Frage der Form durchaus unanfechtbar. Wohl konnte er mit Keulen dreinschlagen, aber abgesehen von einem einzigen Falle, wo er als Rächer unserer unwürdig besudelten Klassiker auftrat, hat er nur dann mit Keulen dreingeschlagen, wenn er in schwerster Weise persönlich gereizt worden war. Er neigte eher zu dem entgegengesetzten Fehler, zu viel auf das Urtheil der Menschen zu geben, und seine „unselige Vorliebe für den Lärm und Trommelschall der Ehre" wird denn ja auch gegen sein Selbstgefühl ins Feld geführt. Aber die eine wie das andere entstammte derselben Wurzel; Lassalles Eitelkeit war der letzte Rest innerer Unsicherheit, den er eben doch nicht überwunden hatte in den Kämpfen, in denen sein Selbstvertrauen erwachsen war. Und von dieser Art Eitelkeit war wieder Heraklit, soviel wir von ihm wissen, völlig frei.

In wunderschöner Weise führt Lassalle aus, daß Heraklits Ruhmesliebe nicht eine unmittelbare, sondern eine bewußte und gedankenmäßig vermittelte

gewesen sei, daß sie in engstem Zusammenhange mit seinem philosophischen System stehe. Der Ruhm, das Eine statt Allem, das die Besten erwählen, ist Sein der Menschen in ihrem Nichtsein, reine Fortdauer im Untergange der sinnlichen Existenz selbst, er ist darum erreichte und wirklich gewordene Unendlichkeit des Menschen, eine Wirklichkeit, die aber nicht mehr in seinem unmittelbaren Dasein besteht. Wie dies der Grund sei, führt Lassalle aus, weshalb der Ruhm seit je die großen Seelen so mächtig ergriffen und über alle kleinen und beschränkten Zwecke hinausgehoben habe, weshalb ein deutscher mit hellenischem Genius begabter Dichter (Platen) von ihm sage, daß er erst annahen könne „Hand in Hand mit dem prüfenden Todesengel“, so sei es auch der Grund, weshalb Heraklit in ihm die ethische Verwirklichung seines spekulativen Prinzips gesehen habe. Die Ruhmesliebe Heraklits fällt zusammen mit seinem ethischen Grundprinzipe, der Hingabe an das Allgemeine. Heraklit versteht darunter die bewußt-freiwillige Unterwerfung des Einzelnen unter das allgemeine Weltgesetz; indem der Einzelne wahrhafte Einheit von Sein und Nichtsein erst im „immer währenden Ruhme“ erreicht, wird der Ruhm das höchste Ziel menschlichen Strebens und das größte Loos der Sterblichen.

In der Hingabe an das Allgemeine sieht auch Lassalle den „ewigen Grundbegriff alles Sittlichen“. Aber was ihn von Heraklit scheidet, ist der Begriff des Allgemeinen. Lassalle weiß, daß der Gedanke ein historisches Produkt ist und nicht blos „im aparten Himmel des ideologischen Bewußtseins“ lebt. Für Heraklit war das Allgemeine das durch die ganze Welt waltende Gesetz, worin noch unterschiedslos Alles zusammenfloß, was sich später als Erkenntnißtheorie, Physik, Ethik, Politik geschieden hat. Indem die Ephesier die objektive Vernunft dieses Naturgesetzes nicht anerkannten, war ihre Massenherrschaft eben auch nur das Wähnen der Vielen, dem Heraklit als der eine Wissende nicht anders als schroff entgegentreten konnte. Von einem Staatsbegriffe im modernen Sinne des Worts kann bei ihm begreiflicher Weise überhaupt noch nicht gesprochen werden. Seine leidenschaftlichste Polemik richtete er gegen den Götterkultus seiner Mitbürger, gegen die Astrologen und selbst gegen die Dichter, die den Glauben an hohe, über den Menschen waltende Mächte nährten; in diesem Sinne sagte er, daß Homer aus den Versammlungen zu den öffentlichen Kampfspielen hinausgeworfen und mit Ruthen gepeitscht zu werden verdiene.

Um nun den Begriff des Allgemeinen bei Heraklit klarzustellen, zieht Lassalle den treffenden Vergleich, daß auch in der Hegelschen Philosophie die Gesetze aufgefaßt würden als die Verwirklichung des allgemeinen substantiellen Willens, ohne daß bei dieser Bestimmung im Geringsten an den formellen Willen der Subjekte und deren Zählung gedacht werde. Allein Lassalle trat mit dieser Auffassung nicht in den leisesten Widerspruch, wenn er als Verehrer der objektiven Vernunft zugleich Vorkämpfer des allgemeinen Stimmrechts war. So wenig wie Heraklit und Hegel bildete Lassalle sich ein, daß die objektive Vernunft aus der Masse der Menschen herausgezählt werden könne, und nicht so verstand

er das allgemeine Stimmrecht. Es war ihm nicht ein Mittel, die objektive Vernunft zu erzeugen, sondern der objektiven Vernunft zur Herrschaft zu verhelfen. Denn wenn Lassalle mit Heraklit und Hegel in der Hingabe an das Allgemeine den ewigen Grundbegriff des Sittlichen sah, so hatte das Allgemeine entsprechend der historischen Entwicklung bei ihm eine andere historische Bedeutung als bei Heraklit und Hegel. Es war ihm nicht die allgemeine Weltidee, nicht die absolute Staatsidee, sondern die „Idee des Arbeiterstandes". Nicht weil die Arbeiterklasse die größte Zahl ausmacht, trat Lassalle für sie ein, sondern weil sie — wie oft hat er diesen Gedanken ausgeführt und wie tief hat er ihn begründet! — unter den historischen Bedingungen des modernen Klassenstaats die Hingabe an das Allgemeine verkörpert, sowohl dadurch, daß sie allein von allen Klassen dieser Hingabe fähig ist, als auch dadurch, daß ihre besonderen Interessen in dem Wirrwarr der Klasseninteressen die allgemeinen Interessen sind. In welche „Welt der Prinzipien" die Lackstiefeln Lassalles und die schwieligen Hände der Fabrikarbeiter dann allerdings nur „rein äußerlich" hineinspuken.

All das Gerede über Lassalles „innere Spaltung", über den tragischen oder je nachdem auch grotesken Gegensatz zwischen dem „Geistesaristokraten" und dem „Sozialdemokraten" läuft auf ein plumpes Mißverständniß hinaus. Es entspringt jener, schon von Lassalle bis aufs Blut gegeißelten Isolirtheit und Abgerissenheit des Denkens, womit sich die liberale Bourgeoisie allein des politischen Inhalts zu bemächtigen vermag.

IV. Lassalles Trauerspiel.

In den beiden Jahren 1844 und 1845 hatte Lassalle sein Werk über Heraklit entworfen und zu reichlich zwei Dritteln ausgearbeitet; um das letzte Drittel hinzuzufügen, brauchte er drei Jahre, von 1854 bis 1857.

In einem Schreiben an Marx schilderte er, was ihm immer wieder die Feder in der Hand lähmte, schilderte er die Qual, theoretisiren zu müssen, „nachdem schon so vieles Blut geflossen und so viele Thaten um Rache schreien"; nur nationalökonomische Werke nahm er aus, weil sie zugleich praktische Thaten seien. Sein leidenschaftlicher Drang zu handeln erpreßte ihm den Seufzer, wie gar keinen unmittelbaren Nutzen das Theoretisiren habe, da die Leute immer ruhig fortlebten, als wären die besten und größten Werke und Gedanken niemals geschrieben und gedacht. So schob Lassalle in seine Arbeit am Heraklit „quasi als Beruhigung" ein Spezialstudium, das in einiger Verwandtschaft mit seinen aktuellen Interessen stand und doch nicht so aktuell war, ihn ganz zu verzehren. Er studirte die große Weltwende der Reformationszeit.

Bezeichnend wie diese Bekenntnisse für Lassalle waren, war für ihn auch die Form, in die er die Frucht seiner Studien goß. Er machte Franz von

Sickingen zum Helden einer historischen Tragödie. Lassalle war kein Dichter und täuschte sich darüber auch nicht. Er bekannte, nicht einmal als Jüngling habe er ein lyrisches Gedicht verbrochen, ihm gehe alle Phantasie ab, sein Trauerspiel habe er mehr mit revolutionärer Aktionskraft als mit dichterischer Begabung geschrieben, jedes andere Drama, das er noch schreiben könne, würde dieses Eine unter anderen Formen und Namen sein. Er gesteht, für ihn selbst wäre es das Leichtere gewesen, seine Gedanken über die Reformationszeit in einem gelehrten Werke niederzulegen, aber er habe diesen kulturhistorischen Prozeß in bewußter Erkenntniß und leidenschaftlicher Ergreifung durch die Adern alles Volks jagen wollen, und deshalb habe er sich zu dem Drama entschlossen. Das Wort Alexander v. Humboldts, wonach die höchste Begünstigung eines Stoffes doch der Poesie gegeben ist, bildet das Motto des Trauerspiels.

Da Lassalle selbst seine Flanke nach der dichterischen Seite hin freiwillig bloß gegeben hat, so ist es überflüssig, die oft hervorgehobenen Mängel seiner Tragödie als dramatische Dichtung noch einmal aufzuzählen. Und es lohnt sich auch nicht, bei seinen ästhetischen Anschauungen allzu lange zu verweilen. Lassalle hatte ein sehr einseitiges Verhältniß zur Kunst. Ein Maler, der in den fünfziger Jahren viel mit ihm verkehrt hat, freilich nicht gerade ein Meister seiner Zunft, sagt ihm nach, er sei für das schöpferische Wesen der Kunst völlig blind gewesen. Er habe sie nur als Interpretin der Ideen geschätzt, in der Musik einige Sympathie für Richard Wagners deklamatorisches Pathos verrathen, in der bildenden Kunst einen jungen Schlachtenmaler, der beiläufig später durch seine höfischen Schlachtenbilder eifrig am Ruin der deutschen Malerei mitgewirkt hat, als den berufensten Darsteller künftiger Freiheitsschlachten bewundert. Diese Schilderung ist zweifellos übertrieben, aber daß sie nicht ganz erfunden ist, zeigen die aphoristischen Bemerkungen, die Lassalle in der Vorrede seines Trauerspiels über die Zukunft des historischen Dramas macht.

Er will fortan das Historische der dramatischen Dichtung durchaus nicht in den historischen Stoff, die Begebenheiten und Personen, sondern wesentlich dahinein setzen, daß der innerste welthistorische Gedanke und Gedankenkonflikt einer Epoche in vollständiger Klarheit dramatisch entfaltet und gestaltet werde. Die Klippe eines solchen Dramas, das Unding einer abstrakten und gelehrten Poesie, entging ihm nicht, aber Lassalle glaubte, daß sie vollkommen wohl vermieden, daß den Individuen aus der Bestimmtheit der Gedanken und Zwecke, denen sie sich zutheilen, eine durchaus markige und feste, selbst derbe und realistische Individualität gegeben werden könne. Offenbar wird Lassalle hier von seiner idealistischen Weltanschauung irre geleitet. Der „derbe Realismus“ der historischen Kämpfe entspringt nicht aus Gedankenkonflikten, und je bestimmter die Gedanken wiedergegeben werden, welche sich die kämpfenden Menschen über ihre Zwecke machen, um so unbestimmter pflegen sie dem zu entsprechen, was der rückschauende Historiker unter dem Begriffe eines historischen Gedankenkonflikts zusammenfassen mag.

Freilich ist die Uebertreibung, wie oft bei Lassalle, nur die allzu leidenschaftliche Reaktion auf einen schweren Schaden des deutschen Lebens. Er sagt: „Nur etwa jene schlechte Partikularistik, die in modernster Zeit in unserer Kunst überwuchert, die breite Vertiefung in die gedanken- und wesenlose Besonderheit des zufälligen Charakters, schien mir, der seine Kunstanschauungen wesentlich an der Brust der antiken Poesie und ihrer leuchtenden Gebilde großgesogen hat, durch diesen Plan des Dramas ausgeschlossen, und gar sehr zum Vortheile der Sache ausgeschlossen zu sein.“ Lassalle führte damit den ersten Streich gegen Julian Schmidt, der eben damals die „leuchtenden Gebilde“ der nationalen Dichtung in Gustav Freytags Backfischen und knauserigen Krämern feierte oder auch in Otto Ludwigs braven Schieferdeckermeistern, die, wenn ihnen ein geliebtes Weib leidenschaftlich ans Herz sank, die dunkle Vorstellung überschlich, als könne „etwas wie ein Tintenfaß auf etwas wie Wäsche oder ein werthvolles Papier“ fallen. Aus diesen jammervollen Niederungen einer unsagbaren Philistrosität wollte Lassalle die Poesie auf die Höhen des historischen Lebens zurückführen, und immerhin ist seine philosophische Verkrustung des Dramas kein so gefährlicher Irrweg, wie jene „schlechte Partikularistik“, die immer wieder auftaucht, wo die Poesie scheu an den großen Problemen der Zeit vorbeizuschleichen versucht. Lassalle war kein Dichter, aber in seinem Sickingen weht doch immer noch mehr von dem historischen Geiste der Reformationszeit, als im Florian Geyer Gerhart Hauptmanns, der wirklich ein Dichter ist.

Obgleich Engels bereits in der Revue der Neuen Rheinischen Zeitung den entscheidenden Einfluß ökonomischer Triebkräfte auf die Entwicklung der deutschen Reformation klargestellt hatte, so kam Lassalle bei seinem Studium dieser gewaltigen Zeit noch immer nicht von seiner idealistischen Auffassung los. In dem großen Bauernkriege, den Engels als die revolutionäre Tradition des deutschen Volkes behandelt hatte, wollte er stets nur eine reaktionäre Erscheinung erblicken. Was ihn dazu verleitete, war seine Neigung, historische Katastrophen als innere Gedankenkonflikte aufzufassen. Da der Grundbesitz das „herrschende Prinzip“ des feudalen Mittelalters war, und die Bauern dies überlebte Prinzip zwar konsequenter und reiner ausgestalten, aber eben dadurch trotz seiner innerlichen Vermorschung erhalten wollten, so waren ihre Rebellionen trotz aller blutigen Gewaltsamkeit reaktionär. Es läßt sich nicht leugnen, daß in dieser Argumentation Lassalles ein gewisser blendender Schein liegt. Vom Klassenstandpunkte der patriarchalischen Bauernwirthschaft konnte die feudale Produktionsweise nicht aus den Angeln gehoben werden; alle Aufstände der Bauern, die durch eigene Kraft das feudale Joch zerbrechen wollten, sind unterlegen, es sei denn, daß sie hier oder da, durch die Gunst örtlicher oder sonstiger besonderer Verhältnisse, auf sehr beschränktem Gebiete gelangen. Die revolutionäre Kraft, welche die feudalen Gesellschaftsformationen zerstörte, ging nicht von den Bauern, sondern von den Städtern aus. Aber so wahr dies sein mag, so wahr ist auch, daß jede bürgerliche Revolution — in England, in Frankreich, und so weit sie überhaupt siegte,

auch in Deutschland — in erster Reihe durch die Kraft der Bauern gesiegt hat. Deshalb ist es grundfalsch, wenn Lassalle in den Bauernkriegen reaktionäre Erscheinungen sieht. Sie scheiterten, nicht weil sie das Rad der Geschichte rückwärts drehen, sondern weil sie es schon vorwärts drehen wollten, als die Bedingungen noch nicht erfüllt waren, unter denen es sich vorwärts drehen ließ.

Eine innerlich reaktionäre Rebellion war vielmehr Sickingens Aufstand, der die mittelalterliche Ritterschaft retten wollte, eine Klasse, die unwiderruflich dem historischen Untergange verfallen war. Das hatte Engels schlagend nachgewiesen, und hierüber dachte Lassalle nicht anders. Konnte er doch am wenigsten von seinem idealistischen Standpunkt aus leugnen, daß der mittelalterliche Ritter mit beiden Füßen auf dem „herrschenden Prinzip" des Grundbesitzes stand. Um so verwunderlicher erscheint es auf den ersten Blick, daß Lassalle eine historisch-reaktionäre Gestalt zum Helden eines mit revolutionärer Aktionskraft gesättigten Dramas machte. Allein auch hier findet sich eine ideologische Vermittelung.

Was Lassalle in der deutschen Reformationsgeschichte am meisten fesselte, war die Gestalt Huttens. Und Hutten war nicht nur der Theoretiker des niederen Adels, sondern auch und in erster Reihe Humanist. Nächst und neben Luther war er der einzige Schriftsteller der Reformationszeit, dessen Stimme zeitweise ein Echo in allen Klassen fand, namentlich als Hutten deutsch zu schreiben begann. Als er sang: „Wir wöllens halten ingemein, Laßt doch nit streiten mich allein, Erbarmt euch übers Vaterland, Ihr werthen Teutschen regt die Hand! Itzt ist die Zeit, zu heben an Um Freiheit krigen. Gott wills han", da antworteten echte Volkslieder dem „edlen Hut aus Franken". Und was Hutten vor Luther voraus hatte, das war die frei-menschliche Begeisterung. Seine glühende und stürmische Beredtsamkeit, die sich ebenfalls an den Brüsten der Antike genährt hatte, fuhr in ideologischem Schwunge gegen Fürsten und Pfaffen einher und verhüllte den engen Klassenstandpunkt um so mehr, je eifriger Hutten im wachsenden Kampfe um das Bündniß der Städte, ja sogar, wenn der Neue Karsthans von ihm verfaßt ist, was Lassalle als zweifellos annahm, um das Bündniß der Bauern warb. So wurde Hutten für Lassalle zum nationalen Helden.

Aber Lassalle verhehlte sich nicht, daß gerade der „lyrische Grundton", der ihn an Hutten erwärmte, den fränkischen Ritter zu einem unpolitischen Helden machte, daß bei Hutten schließlich doch Alles in der Theorie stecken blieb. Hutten selbst feierte Sickingen als den rettenden Arm Deutschlands. Und nun stellte sich für Lassalle die Frage: Weshalb und woran ist Sickingen gescheitert? Wie setzen sich revolutionäre Gedanken in revolutionäre Thaten um? Wie ist der Widerspruch zu lösen, der mit dem ersten praktischen Schritte des Revolutionärs sofort hervortritt zwischen der begeisternden Kraft und der erschöpfenden Konsequenz des Prinzips einer-, dem berechnenden Verstande und der nothwendigen Einseitigkeit aller Politik andererseits? Den tiefen dialektischen Widerspruch, welcher der Natur alles Handelns, zumal des revolutionären Handelns innewohnt, nennt Lassalle die formelle tragische Idee seiner historischen Tragödie.

Nach Lassalles Auffassung scheiterte Sickingen daran, daß er seinen revolutionären Zweck mit reaktionären Mitteln durchsetzen wollte, daß er nicht die gesammte Nation für seine nationalen Ziele aufrief, sondern auf dem Umwege einer ritterlichen Fehde gegen einen geistlichen Reichsfürsten die nationale Revolution einleiten wollte, auf einem Umwege, der keinen Augenblick die Fürsten und Pfaffen, wohl aber die Massen des Volkes täuschte. Die Frage, ob eine solche intellektuelle Schuld eine tragische Schuld sein könne, beantwortete Lassalle mit dem schönen Nachweise: die intellektuelle Schuld eines Revolutionärs, der seinem Prinzip so wenig vertraue, daß er es von hinten herum durchsetzen wolle, der eine verfaulte Welt umstürzen möchte, ohne ihr doch geistig so weit überlegen zu sein, um die richtigen Mittel zu ihrem Umsturze finden zu können, sei auch eine sittliche Schuld: eine sittliche Schuld, die wieder dadurch gemildert, daß sie eine intellektuelle Schuld sei, den echtesten tragischen Konflikt darstelle. Was Lassalle aber nicht erkannte, war die Thatsache, daß Sickingens historische Schuld sich ihm unter der Hand in ihr Gegentheil verkehrt hatte. Sickingen scheiterte nicht, weil er ein revolutionäres Ziel mit reaktionären Mitteln, sondern umgekehrt, weil er ein reaktionäres Ziel mit revolutionären Mitteln erreichen wollte. Wie Engels schon nachgewiesen hatte, war Sickingens nationales Ziel eine Art Adelsdemokratie mit monarchischer Spitze, und einmal dies Ziel gegeben, handelte Sickingen so entschlossen und klar, waren seine Mittel so völlig von seinem Zwecke durchdrungen, wie man vom Standpunkte revolutionärer Taktik aus nur immer wünschen mochte. Gesetzt, daß er überhaupt die ganze Nation hätte aufrufen können und wollen, so wäre er überhaupt keinen Schritt vorwärts gekommen. Denn der damalige kleine Adel war wie die nationalste, so auch die den Bauern und Bürgern, also der Masse der Nation verhaßteste Klasse, und wirklich konnte nichts den bäuerlichen und bürgerlichen Interessen schroffer widersprechen, als die von Sickingen geplante Reichsreform. Gewiß war auch Sickingens historische Schuld im Sinne Lassalles eine tragische Schuld, aber in dem thatsächlich umgekehrten Sinne, daß Sickingen sich einbildete, ein Revolutionär zu sein, während er in Wirklichkeit ein Reaktionär war.

Dagegen war diejenige tragische Schuld, die Lassalle an Sickingen zu erkennen glaubte, die historische Schuld der deutschen Bourgeoisie in der Märzrevolution gewesen. Sie hatte eine revolutionäre Aufgabe zu lösen und konnte sie lösen, wenn sie anders den gangbaren Weg zu dem erreichbaren Ziele eingeschlagen hätte. Freilich ließ sich darüber streiten, ob die feige Pfiffigkeit und pfiffige Feigheit, womit das deutsche Bürgerthum seine Todfeinde zu übertölpeln gedacht hatte, überhaupt etwas mit Tragik zu thun habe. Aber Lassalle nahm diese Klasse einstweilen, nicht wie sie sich gegeben hatte, sondern wie sie im günstigsten Falle genommen werden konnte, und daraus läßt sich ihm auch kein Vorwurf machen. In seiner Assisenrede hatte er den Rücken des deutschen Bürgerthums mit blutigen Striemen bedeckt, um es vielleicht doch noch im letzten Augenblicke zu energischer Haltung aufzustacheln; jetzt wo es von der Gegen-

revolution zertreten wurde, behandelte er es mit wohlwollender Schonung. Die Politik, die er in den fünfziger Jahren befolgte, rechnete immer mit der Möglichkeit, daß die bürgerlichen Klassen aus dem Schicksale der Märzrevolution gelernt haben könnten. Das war unzweifelhaft auch die vom proletarischen Standpunkte gebotene Politik, so lange jene Möglichkeit überhaupt eine Möglichkeit war und so lange die der Vergangenheit gespendete Nachsicht den Forderungen der Gegenwart und Zukunft nichts vergab. Und diese Grenze wußte Lassalle sehr genau inne zu halten: die Vorlesung, die er in seinem Trauerspiele dem deutschen Bürgerthum über revolutionäre Taktik hielt, ließ an Eindringlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Insofern ist Lassalles Sickingen ein Tendenzdrama. Es wäre zu viel behauptet, wenn man sagen wollte, daß Lassalle mit dem, gleichviel ob anfechtbaren oder unanfechtbaren Rechte des Dichters, seinem Helden tendenziöse Absichten untergeschoben habe, die Sickingen in Wirklichkeit nicht gehabt hatte. Lassalles öffentliche Aeußerungen und vielleicht noch mehr die Briefe, die er mit Marx und Engels über seine Tragödie wechselte, lassen keinen Zweifel darüber, daß er Sickingens Aufstand historisch so auffaßte, wie er ihn dramatisch gestaltete. Aber allerdings, wenn er diesen historischen Stoff dramatisch behandelte, so nur deshalb, weil er in Sickingens Schicksal einen treuen Spiegel des Schicksals sah, das die deutsche Bourgeoisie der Märzrevolution bereitet hatte.

In seinem Drama löst Lassalle den dialektischen Widerspruch in der Natur des revolutionären Handelns durch den Satz, daß revolutionäre Zwecke nur durch revolutionäre Mittel erreicht werden können. Unter revolutionären Mitteln versteht er natürlich nicht gewaltsame Mittel in irgend einem ausschließlichen Sinne. In dieser Beziehung sagt er nur, daß nothwendige revolutionäre Mittel nicht deshalb verschmäht werden dürften, weil sie gewaltsame Mittel seien. Insoweit bestand eine vollkommene Analogie zwischen der bürgerlichen Revolution des 16. und des 19. Jahrhunderts, als ihre Träger, solange sie weit vom Schusse waren, mit Feuer und Schwert gedroht, aber sobald sie in die Schußlinie geriethen, sich als die friedlichsten Gevattern von der Welt geberdet hatten. Luther selbst war in dieser Taktik mit glorreichem Beispiele vorangegangen. Und so legt Lassalle auf das Gerede eines lutherischen Pfaffen von der Befleckung der reinen Lehre durch irdische Gewalt, von der Liebeslehre, die nicht durch das blutige Schwert entweiht werden dürfe, in Huttens Mund eine feurige Apostrophe an das für die Freiheit geschwungene Schwert als an den in die Wirklichkeit geborenen Gott. Aber Hutten vertritt, was nicht übersehen werden darf, in dem Drama gegenüber dem einseitig-realistischen Revolutionär Sickingen den rein begeisterten, die realen Bedingungen der Wirklichkeit übersehenden, also auch nur einseitigen und selbst noch einseitigeren Revolutionär. Wenn Hutten jenem Pfaffen antwortet:

Ehrwürd'ger Herr! Schlecht kennt ihr die Geschichte.
Ihr habt ganz Recht, es ist Vernunft ihr Inhalt,
Doch ihre Form bleibt ewig die Gewalt,

so ist das ein Satz aus Lassalles geschichtsphilosophischem, aber keineswegs aus seinem praktisch-revolutionären Glaubensbekenntniß. Die Dummheit, beim Worte Revolution sofort Heugabeln blitzen zu sehen, hat er unzählige Male verhöhnt, aber allerdings dachte er nicht schmeichelhafter über die entgegengesetzte Dummheit, die den ausbeutenden und unterdrückenden Klassen einen Freibrief ausstellt mit der Forderung, daß sie nicht durch Gewalt gestürzt werden dürfen, selbst dann nicht, wenn sie nur durch Gewalt gestürzt werden können.

Das wahre Kriterium der revolutionären Mittel, durch welche allein revolutionäre Zwecke durchgesetzt werden können, sieht Lassalle in Hegels Satze, daß ein Zweck nur dann durch ein Mittel erreicht werden könne, wenn zuvor das Mittel selbst schon von der eigenen Natur des Zwecks ganz und gar durchdrungen sei. Bei der praktischen Anwendung, die Lassalle diesem Satze auf die historischen Klassenkämpfe gab, operirt er noch einigermaßen mit philosophischen Begriffen, aber es ist interessant zu sehen, wie sich seine revolutionäre Praxis aus ihnen herauswindet, so daß sie ihr nur noch wie zerbröckelnde Eierschalen anhaften. Im Wesen der Sache führt Lassalle seinen Beweis aus dem realen Wesen der Klassenkämpfe.

Die ewige Stärke aller herrschenden Klassen ist das ausgearbeitete, vollkommen klare, durch nichts zu täuschende Klassenbewußtsein, womit sie ihre Klasseninteressen vertheidigen. Die ewige Schwäche aller revolutionirenden Klassen liegt darin, daß ihr Klassenbewußtsein noch nicht ausgebildet, demgemäß ihre politische Einsicht noch unklar, ihr Verstand noch roh, ihre Macht noch nicht organisirt ist. Unter diesen Umständen scheinen die Führer der Revolution einen Triumph übergreifender Klugheit zu feiern, wenn sie mit den gegebenen Mitteln rechnen, die wahren und letzten Zwecke der Bewegung Anderen (und beiläufig eben dadurch häufig sogar sich selbst) geheim halten und durch diese beabsichtigte Täuschung der herrschenden Klassen die Möglichkeit zur Organisation der neuen Kräfte gewinnen, um so durch dies klug erlangte Stück Wirklichkeit die Wirklichkeit selbst zu besiegen. Aber diese anscheinend so kluge Taktik muß jede Revolution ruiniren. Sie täuscht die herrschenden Klassen nicht, die wegen ihres vollkommen klaren Klassenbewußtseins niemals getäuscht werden können. Sie täuscht aber die revolutionirende Klasse, die noch kein Klassenbewußtsein hat, die das ganze unmittelbare Prinzip der Revolution versteht, jedoch durch seine Abschwächung und Vermittelung nur irregeführt wird. „Es muß also zuletzt kommen, daß solche Revolutionsrechner, statt die getäuschten Feinde nicht vor sich und die Freunde hinter sich zu haben, zuletzt umgekehrt die Feinde vor sich und Anhänger ihres Prinzips nicht hinter sich haben. Der scheinbar höchste Verstand hat sich in der That als höchster Unverstand erwiesen." Und so ist der Sieg einer Revolution nur dadurch möglich, daß alle ihre praktischen Maßregeln von ihrem Prinzip durchdrungen sind, daß sie alles Diplomatisiren und Versteckspielen verschmäht und im offensten Spiel ihr stärkstes Spiel erblickt.

In diesen Sätzen ist Lassalles revolutionäres Aktionsprogramm enthalten, und die Tiefe der inneren Ueberzeugung macht selbst bis zu einem gewissen Grade

den Dichter, wenn er in der Katastrophe seines Dramas den alten Balthasar zu Sickingen sprechen läßt:

O nicht der Erste seid ihr, werdet nicht
Der Letzte sein, dem es den Hals wird kosten,
In großen Dingen schlau zu sein. Verkleidung
Gilt auf dem Markte der Geschichte nicht,
Wo im Gewühl die Völker dich nur an
Der Rüstung und dem Abzeichen erkennen.
Drum hülle stets vom Scheitel bis zur Sohle
Dich kühn in deines eignen Banners Farbe,
Dann probst du uns im ungeheuren Streit
Die ganze Triebkraft deines wahren Bodens
Und stehst und fällst mit deinem ganzen Können.

Die bürgerliche Klasse, an die Lassalle sein Trauerspiel richtete, hat es nie beachtet, und wenn sie es beachtet hätte, so würde sie es nicht verstanden haben. Ihre Politik ist bis auf den heutigen Tag dabei geblieben, „in großen Dingen schlau zu sein". Seine praktische Verwirklichung hat Lassalles revolutionäres Aktionsprogramm in der politischen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse gefunden. Und die Frage nach seiner Richtigkeit wird am leichtesten und schnellsten entschieden durch einen vergleichenden Blick auf das, was die deutsche Bourgeoisie hüben und das deutsche Proletariat drüben seit einem Menschenalter auf politischem Gebiete vor sich gebracht haben.

V. Lassalles rechtsphilosophisches Hauptwerk.

Aus demselben Drange praktischen Handelns heraus, aus dem Lassalle sein Trauerspiel gedichtet hatte, schrieb er sein System der erworbenen Rechte.

Es mag paradox klingen, daß eine schwere theoretische Arbeit, ein Werk, das mit einer schier unabsehbaren Gelehrsamkeit bis in die innersten Falten einer Rechtsgeschichte von Jahrtauseuden dringt, aus einem praktisch politischen Interesse entstanden sein soll. Dennoch ist dem so, und auch keineswegs zur Unehre Lassalles. Sein großer Sinn offenbarte sich in dem Blick für den großen Zusammenhang der Dinge. Praxis und Theorie waren ihm nicht zwei entgegengesetzte Begriffe, ja nicht einmal zwei Seiten eines Begriffs, sondern sie waren ihm derselbe Begriff, der gleichmäßig durch Denken und Handeln waltet. Da die Zeit des Theoretisirens für die Deutschen immer noch nicht verschwinden wollte, so rüstete Lassalle in der Theorie die Waffen, die in dem von Neuem entbrennenden Kampfe sofort praktisch geschwungen werden konnten. Fragte er in seinem Trauerspiele: Wie müssen sich revolutionäre Gedanken in revolutionäre Thaten umsetzen, um zu siegen?, so fragte er in seinem rechtsphilosophischen Werke: Wie schlägt das revolutionäre Prinzip nach dem Siege in positives Recht um, wie läßt sich ein alter Rechtszustand in einen neuen überführen? „Aus der archäologischen Rumpelkammer des alten Roms und der gesammten universalgeschichtlichen Bewegung die Waffen schmiedend für die modernsten Zwecke," wollte Lassalle „die feste

Burg eines wissenschaftlichen Rechtssystems für Revolution und Sozialismus" erbauen.

Die preußische Nationalversammlung war kläglich an der Aufgabe gescheitert, das feudale Recht in bürgerliches Recht umzuwandeln. Sie hatte kein Prinzip gehabt, um sich reinlich auseinanderzusetzen mit den Ansprüchen der erworbenen Rechte, hinter denen sich aller feudale Unrath verschanzte. Nach dem Siege der Gegenrevolution wurde jedes einmal erworbene Recht für heilig erklärt, und wenn es unter dem Zwange einer unerbittlichen Nothwendigkeit in seiner mittelalterlichen Form aufgegeben werden mußte, in moderner Form wieder aufgerichtet, wie die reaktionäre Gesetzgebung der fünfziger Jahre dutzendfach zeigte. Gerade als Lassalle an die Ausarbeitung seines rechtsphilosophischen Werkes ging, sollten die feudalen Grundsteuerbefreiungen um ungezählte Millionen abgekauft, die „Hörigkeit des Volks von den adeligen Grundbesitzern" abermals proklamirt werden. Dem gegenüber entwickelte Lassalle wissenschaftlich die Theorie der erworbenen Rechte, stellte er fest, ob und wie neue Gesetze auf die erworbenen Rechte rückwirken dürfen.

In der Hegelschen Rechtsphilosophie sah Lassalle die Frage nicht beantwortet. Er fand, daß Hegel höchstens die allgemeine Disposition zu einer wirklichen Rechtsphilosophie, nicht sie selbst gegeben habe. Und die Schüler Hegels hätten sich begnügt, seine Disposition immer zu wiederholen, die dünnsten allgemeinen Grundlinien, wie Eigenthum, Vertrag u. s. w. immer von Neuem abzuhaspeln; sie wären im Himmel der allgemeinen Redensarten der groben Erde des realen Rechtsstoffs so fern wie möglich geblieben, statt in den Reichthum des positiven Rechtsmaterials einzudringen und ihn begreifend zu gestalten. Dies nun will Lassalle thun. Er vergleicht die Rechtswissenschaft mit einem Felde, in dessen Furchen und Rinnen er sich einleben wolle, um aus ihnen die Flammen des Lichts schlagen zu lassen, während Hegels Nachbeter dies Feld nur durch ein flüchtig von oben herabgeworfenes Feuerwerk zu beleuchten wüßten.

Schärfer als jemals früher sagt sich Lassalle von der absoluten Idee los, um der historischen Entwicklung ihr Recht zu geben. Er meint, mit den abstrakt-allgemeinen Kategorien von Eigenthum, Erbrecht, Vertrag, Familie sei überhaupt nichts gethan, der römische Eigenthumsbegriff sei ein anderer, als der germanische, der römische Erbthumsbegriff ein anderer, als der germanische u. s. w.: mit andern Worten, *die Rechtsphilosophie, als in das Reich des historischen Geistes* gehörend, habe es nicht mit logisch-ewigen Kategorien zu thun, sondern die Rechtsinstitute seien nur die Realisationen historischer Geistesbegriffe, nur der Ausdruck des geistigen Inhalts der verschiedenen historischen Volksgeister und Zeitperioden und daher nur als solche zu begreifen.

Aber eben nur soweit sagt sich Lassalle von Hegel los. Er will die Fahne Hegels nicht verlassen, sondern sie auf anderem Wege zum Siege führen. An Hegels idealistisch-dialektischer Methode hält er fest. Die alleinige Quelle des Rechts ist das gemeinsame Bewußtsein des ganzen Volks, der allgemeine Geist.

„Seit Hegel ist dieser Satz theoretisch so festgestellt, daß er keines neuen Beweises bedarf.“ Gerade dies setzt sich Lassalle als Aufgabe, aus dem historischen Rechte der verschiedenen Volksgeister die Rechtsidee herauszuringen, sie zu vollkommener Durchsichtigkeit zu erheben: die formale Rechtslogik, welche nachweist, wie neue Gesetze, gleichviel welchen Inhalt das jeweilige Zeitbewußtsein habe, auf bereits bestehende Rechtsverhältnisse der Rechtsidee gemäß wirken. Im Hinblick auf die Schwankungen der ab- und zufließenden Wellen und ihren wiederkehrenden Strudel will Lassalle mit fester Hand die unzerbrechlichen Grundlinien für den Begriff der Rückwirkung ziehen.

In den allgemeinsten Zügen kommt er zu folgenden Ergebnissen. Kein Gesetz darf rückwirken, das ein Individuum nur durch die Vermittelung seiner Willensaktionen trifft. Eine Rückwirkung dieser Art wäre ein absolut unzulässiger Eingriff in die Freiheit und Zurechnungsfähigkeit des Menschen, in die Freiheit des Denkens und Wollens, die unantastbaren Grundlagen allen Rechts; so weit auch die Macht des Gesetzgebers reicht, so weit reicht sie niemals, zu bewirken, daß ein Individuum etwas anderes wollte, als es gewollt hat. Aber daraus folgt zugleich, daß das Individuum diesen Einwand stets nur da erheben kann, wo es eine freiwillige Handlung, eine individuelle Willensaktion ist, die durch ein späteres Gesetz vernichtet oder entstellt werden soll. Rechte, mit welchen das Gesetz als solches, ohne Vermittelung des individuellen Willens, das Individuum befaßt, sind nichts als allgemeine Qualitäten und Befugnisse, die nur auf Grund des verleihenden Gesetzes da sind und also mit ihm fließen und verschwinden. Im Gesetze verkörpert sich das Rechtsbewußtsein des ganzen Volkes, alles gesetzliche Recht ist somit nur eine durch den in stetem Wandel begriffenen allgemeinen Geist gesetzte Bestimmtheit, so daß jede neue Bestimmtheit das Individuum unverzüglich mit demselben Recht ergreift, mit welchem es von der früheren befaßt wurde. Fest kann für das Individuum nur sein, was es sich aus diesem Strome durch sein eigenes Thun und Wollen einmal abgeleitet, was es verseinigt hat. Jedes Gesetz also, welches nicht frühere individuelle Willensaktionen trifft, und insoweit es diese nicht trifft, muß seiner Natur nach augenblicklich eingreifen.

Demgemäß fällt mit dem Satze, daß kein Gesetz rückwirken darf, das ein Individuum nur durch die Vermittelung seiner Willensaktionen trifft, der andere Satz zusammen, daß jedes Gesetz rückwirken darf, welches das Individuum ohne Dazwischenschiebung eines solchen freiwilligen Akts trifft, welches das Individuum also unmittelbar in seinen unwillkürlichen, allgemein-menschlichen oder natürlichen oder von der Gesellschaft ihm übertragenen Qualitäten trifft, oder es nur dadurch trifft, daß es die Gesellschaft selbst in ihren organischen Einrichtungen ändert.

Aus diesem Begriffe der Rückwirkung folgt aber noch mehr. Das Individuum kann durch seine Handlungen, durch einseitigen oder zweiseitigen Vertrag, sich oder anderen Personen Rechte nur sichern, wenn und insoweit die be-

stehenden Gesetze dies erlauben. Jedem Vertrage ist von Anfang an die stillschweigende Klausel hinzuzudenken, es solle das in demselben für sich oder Andere stipulirte Recht nur auf so lange Zeit Geltung haben, so lange die Gesetzgebung ein solches Recht überhaupt als zulässig betrachten wird. Ein entgegengesetzter Wille des Individuums ist von Haus aus ungiltig und unrechtlich, denn die alleinige Quelle des Rechts ist der allgemeine Volksgeist, von dem sich der Einzelne nicht losreißen kann, ohne den Rechtsbegriff selbst aufzuheben. Es läßt sich vom Individuum kein Pflock in den Rechtsboden schlagen, durch den es sich für selbstherrlich für alle Zeiten erklärt. Und nichts anderes als diese verlangte Selbstsouveränetät des Individuums liegt in der Forderung, daß ein erworbenes Recht auch für solche Zeiten fortdauern solle, wo absolute oder zwingende Gesetze, d. h. Gesetze, die der individuellen Willkür kein Abweichen gestatten, seine Zulässigkeit ausschließen. „Es läßt sich eben so wenig ein solcher Pflock in den Rechtsboden treiben, als sich ein Pflock in das Erdreich schlagen und verlangen läßt, daß dieser selbst dann noch an seiner Stelle bleibe, wenn sich das ganze Erdreich, in dem er haftet, in Bewegung setzt. Dies ist der wahre Sinn des oft gehörten Ausspruchs: Es giebt kein Recht gegen das Recht. Es heißt dies nichts Anderes, als daß jedes einzelne Recht der Umwandlung der Rechtssubstanz selbst folgt, aus der es hervorgegangen ist und in der es haftet. . . Von dem Gesagten aus ergiebt sich bereits mit einem Blicke die ganze Hohlheit und tiefe Rechtswidrigkeit des sinnverwirrenden interessirten Geschreis, welches die Berechtigten jederzeit anheben, wenn der öffentliche Geist in seiner Fortentwicklung dazu gelangt ist, den Fortbestand eines früheren Rechtes, z. B. Leibeigenschaft, Hörigkeit, Robbotten, Bann- und Zwanggerechtigkeiten, Dienste und Abgaben bestimmter Natur, Jagdrecht und Grundsteuerfreiheit, fideikommissarische Erbfolge u. s. w. von jetzt ab auszuschließen." Absolute oder zwingende Gesetze, die einen bestimmten Rechtsinhalt ausschließen, zerstören diesen Inhalt auch in individuell erworbenen Rechten, ohne daß deshalb von einer unstatthaften Rückwirkung gesprochen werden darf.

Lassalle begründet diese Auffassung in einer glänzenden Polemik gegen Stahl, den Theoretiker der preußischen Feudalpartei. Mit schneidendem Hohne weist er nach, in welches gedanken- und inhaltslose, sich selbst vernichtende Gerede über erworbene Rechte dieser mit allen Gaben der Spiegelfechterei ausgestattete Mann verfallen war, gerade weil er dem modernen Bewußtsein gewisse Zugeständnisse machen wollte. Dann wendet sich Lassalle gegen das Haupt der historischen Rechtsschule, gegen Savigny, der in schwankender Weise die Rückwirkung absoluter Gesetze auf erworbene Rechte zugegeben, aber für jeden solchen Fall eine „wahre vollständige Entschädigung des Berechtigten" gefordert hatte. Ihm sagt Lassalle, einen größeren Irrthum, als dieses angebliche Recht auf Entschädigung könne es gar nicht geben. „Das Recht konnte selbst durch Vertrag von Haus aus von dem Individuum mit Giltigkeit nur stipulirt werden bis zu dem Tage, wo das allgemeine Dasein eines solchen Rechts auf ein es negirendes

und für unmöglich erklärendes Bewußtsein des öffentlichen Geistes stoßen würde. Das Recht hat gegolten, so lange es gelten konnte und sollte. Jener Tag des Verhängnisses, der Tag der von Haus aus dem Akte vorherbestimmten Nothwendigkeit, ist nun eingetreten — und alles ist gesagt. Die Grenze, bis zu welcher das Recht gelten sollte und konnte, ist erreicht, und es ist daher hier logisch und juristisch weder Raum noch Grund denkbar für eine Entschädigung. Es giebt hier nichts zu entschädigen." Ein Recht der Entschädigung dennoch annehmen, da wo der Inhalt des aufgehobenen Rechts vom öffentlichen Bewußtsein bereits prohibirt, d. h. als widerrechtlich bestimmt ist, hieße vermöge der Kraft der Logik gar nichts Geringeres, als Klassen oder Individuen das Recht zusprechen: dem öffentlichen Geiste einen Tribut für seine Fortentwicklung aufzuerlegen, hieße also nichts anderes, als ein tributpflichtiges Hörigkeits- oder Abhängigkeitsverhältniß des öffentlichen Geistes von jenen berechtigten Klassen oder Individuen annehmen.

Ergebe sich dies aus dem Begriffe der Rückwirkung, so ergebe sich daraus allerdings noch ein anderes. Schließe das neue Rechtsbewußtsein nicht ein Rechtsverhältniß selbst, sondern nur einen bestimmten Modus seiner Anwendung aus, so sei nur dieser Modus für widerrechtlich erklärt, nicht aber das Rechtsverhältniß selbst, und es müsse nun eine Umwandlung eintreten, welche die Form einer Entschädigung haben könne und oft haben werde. Aber dies sei nur ihre täuschende Außenseite. In der That sei diese Umwandlung nur die Ueberleitung des noch als wirksam erkannten Rechtsinhalts aus der prohibirten Art seiner Befriedigung in seine unprohibirte. Diese Umwandlung müsse aus dem sehr einfachen Grunde eintreten, weil ja nicht mehr aufgehoben werden dürfe, als durch die Anschauung des neuen Rechtsbewußtseins wirklich prohibirt sei.

Lassalle erläutert diese Seite des Prinzips namentlich an dem preußischen Jagdgesetze von 1848. Es führt aus, die Nationalversammlung habe zwar die Aufhebung des aus herrenschaftlichen Rechten hervorgegangenen Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden aussprechen müssen, da der feudal-gutsherrliche Ursprung der Jagdgerechtigkeit von dem neuen Rechtsbewußtsein ausgeschlossen worden sei. Aber sie habe auch den Gegenbeweis entgeltlicher Veräußerung durch den Grundeigenthümer zulassen und in diesem Falle die Ablösung verordnen müssen, da das neue Rechtsbewußtsein die Trennung des Jagdrechts vom Grund und Boden durch einen freien Willenskontrakt des Grundeigenthümers zugelassen habe. Lassalle meint also, daß die Nationalversammlung sich einer unstatthaften Rückwirkung schuldig gemacht habe, indem sie den entsprechenden von Schulze-Delitzsch eingebrachten Antrag ablehnte. Und es ist beachtenswerth, wie schonend er auch hier gegen die bürgerliche Klasse verfährt. Während er die furchtbarsten Stöße gegen die feudalen Theoretiker und die feile Praxis des Obertribunals richtet, zieht er die Sünden der Nationalversammlung auf diesem Gebiete nur in dem verhältnißmäßig mildesten Falle heran, obendrein hinzufügend, ihr könne keinerlei Vorwurf daraus entstehen, wenn sie im gewaltigsten Drange praktischer

Ereignisse einen mehr nur theoretischen Unterschied unbeachtet gelassen habe. Es hätten schwerlich zahlreiche Fälle vorgelegen, in denen eine Ablösung des Jagdrechts hätte eintreten müssen, und der Jurist müsse hauptsächlich auf die Regel, nicht auf die Ausnahmen sehen.

Diese gesammte Theorie der erworbenen Rechte holt Lassalle nicht aus seinem Kopfe, sondern er hält sein Versprechen, sie aus dem realen Rechtsstoffe zu entwickeln. Er spürt dem Gedanken der Rückwirkung nach von der römischen Zwölftafelgesetzgebung bis zur preußischen Gesetzgebung der fünfziger Jahre; er verfolgt ihn in den verschiedensten Rechtsinstituten mit einer kolossalen Kenntniß der Rechtsmaterie und einer Tiefe der philosophischen Spekulation, die von Seite zu Seite neue Bewunderung erregen. Wie Lassalle aus dem abstrusesten und massenhaftesten Stoff den Begriff der Rückwirkung sich spielend zu durchsichtigster Klarheit entwickeln läßt, wird für immer eine denkwürdige Leistung des menschlichen Geistes bleiben.

Fragt man aber, was Lassalle praktisch mit seiner Arbeit erreicht habe, so führen einige Einwände, die Rodbertus gegen seine Schlüsse erhob, am schnellsten in den Kern dieser Frage ein. Nach Lassalle hängt die Entschädigungsfrage davon ab, ob das Volksbewußtsein ein bestimmtes Recht grundsätzlich ausschließe oder nur eine bestimmte Form dieses Rechts. Rodbertus warf nun ein, woran dieser Unterschied zu erkennen sei, durch Stimmenmehrheit und selbst durch Stimmeneinheit lasse er sich doch nicht feststellen. Hierauf antwortete Lassalle, diese Frage ginge die formale Rechtslogik, die Rückwirkungstheorie überhaupt nichts an. Was das heutige oder irgend ein späteres Zeitbewußtsein wolle, wie die Zeit heute über Ehe, Staat, Monarchie, Jagd, Bergwerk, Zeitungen, Eigenthum denke oder jemals später denken werde, lasse sich niemals durch eine formale Regel feststellen, die ja ein reines Vademecum für die ganze Weltgeschichte sein würde. Aber so einleuchtend diese Replik erscheint, so empfindet Lassalle doch, daß der Einwand von Rodbertus damit nicht erschöpft ist. Die klarste Rechtslogik muß unklar werden, wenn der Inhalt nicht klar ist, auf den sie angewandt werden soll. Und so antwortet Lassalle „beiläufig", freilich lasse sich weder durch Stimmenmehrheit noch durch Stimmeneinheit feststellen, was das heutige Zeitbewußtsein wolle. Aber er denke, dieser Wille sei doch „ganz einfach" festzustellen. „Was Sie Sich und der Zeit durch Vernunft, Logik und Wissenschaft beweisen können — das will die Zeit!" Der Satz malt wieder den ganzen Lassalle, mit seiner „wilden Energie", mit seiner konzentrirten Leidenschaft, mit dem unerschütterlichen Vertrauen auf die unwiderstehliche Kraft der Idee, aber auch mit der Schwäche, die von all dieser Stärke untrennbar war.

Gewiß stellt sich die Zeit immer nur Aufgaben, welche sie lösen kann. Aber ehe sie diese Aufgaben so weit entwickelt hat, um sich ihrer bewußt zu werden und sie im positiven Rechte zu lösen, können Jahrzehnte und Jahrhunderte vergehen, und bis dahin läßt sich die Zeit durch Vernunft, Logik und Wissenschaft nicht beweisen, was sie will. Wäre dem nicht so, dann wären nicht so

viele bahnbrechende Geister, die was davon erkannt, die ihrer Zeit bewiesen, was sie wollte, gekreuzigt und verbrannt worden. Lassalle selbst sollte bald am eigenen Leibe erfahren, wie schlecht sein Exempel stimmte. Er sah, daß die lebendigen Triebkräfte der Zeit an der Emanzipation des Proletariats arbeiteten, aber alle Vernunft, Logik und Wissenschaft, womit er diese unzweifelhafte Thatsache bewies, klärten die Zeit nicht so über ihren Willen auf, daß ein neues Rechtsbewußtsein entstand, an dem sich seine formale Rechtslogik hätte erproben können.

Wie Lassalles Stärke, so war seine idealistische Weltanschauung auch seine Schwäche. Bei seinen mühevollen Untersuchungen des realen Rechtsstoffes muß er „fortlaufend" die Thatsache feststellen, daß die Gesetzgebung in ihrem praktischen Rechtsgefühle der Rechtsidee immer noch näher gekommen sei, als die Theoretiker mit ihrer Vernunft, Logik und Wissenschaft. Wäre Lassalle noch einen Schritt weiter gegangen, so würde er gefunden haben, daß der dunkle Drang der Massen die Rechtsidee noch viel schärfer zu erfassen pflegt, als das praktische Rechtsgefühl der Gesetzgebung sie erfaßt. Die ostelbischen Bauern, die nach dem 18. März ihren junkerlichen Bedrängern auf den Leib rückten und die feudalen Dienste für erloschen erklärten, handhabten die Theorie der erworbenen Rechte ungleich einsichtiger, als die preußische Nationalversammlung.

Ja, auch diesen weiteren Schritt thut Lassalle bis zu einem gewissen Grade in einem der interessantesten Kapitel seines Werks. Er führt hier aus, bei den Völkern des Alterthums habe der Volksgeist eine solche objektive substantielle Gedrungenheit dargestellt, sei in den Individuen eine solche sittliche Einheit und Uebereinstimmung des Volksgeistes lebendig und thätig gewesen, daß in der That das durch diese innere Substanz schlechthin Verworfene ebenso gut als gesetzlich verworfen habe angesehen werden können. Aber das sei nur bei den Völkern des Alterthums zulässig gewesen und auch bei diesen nur in ihrer klassischen Zeit. Es sei nicht mehr zulässig in den modernen Zeiten, wo Subjektivismus und Individualismus, Bildung und Skepsis u. s. w. diese in den Individuen gegenwärtige strenge Einheit und Uebereinstimmung der sittlichen Anschauungen des Volksgeistes aufgelockert haben, wo das ethische Bewußtsein der zu demselben Staate gehörenden Individuen sehr häufig ein um fast ganze Weltperioden auseinanderliegendes sei. Für diese Zeiten könne nur ein solcher Inhalt des allgemeinen Rechtsbewußtseins rechtliche Wirklichkeit beanspruchen, der bereits mittelbar oder unmittelbar gesetzt sei. Mittelbar oder unmittelbar, denn freilich sei es nicht nöthig, daß er in Worten, es genüge für seine rechtliche Wirklichkeit, daß er in Handlungen des ganzen Volkes gesetzt sei. Und nun führt Lassalle aus, daß der Konvent keine unzulässige Rückwirkung begangen habe, als er seine Gesetze über das Erbrecht bis auf den Tag des Bastillesturms zurückwirken ließ. Denn an diesem Tage habe das französische Volk den Rechtszustand der feudalen Gesellschaft zertrümmert und sein den feudalen Privilegien entgegengesetztes Rechtsbewußtsein der rechtlichen Gleichheit an den Tag gelegt.

Was Lassalle einmal von Savigny sagt, das gilt in ähnlicher Weise von ihm: er streift hart an das Richtige, um doch in seiner ideologischen Auffassung das Richtige grundsätzlich zu verfehlen. Offenbar war der Bastillesturm nicht die Handlung des ganzen Volks, sondern eines gleichviel wie großen oder kleinen Volkstheils; er faßte nicht die in den Individuen aufgelockerten sittlichen Anschauungen des Volksgeistes zu strenger Einheit und Uebereinstimmung zusammen, sondern bewies gerade, daß wirklich das ethische Bewußtsein der zu demselben Staate gehörigen Individuen um ganze Weltperioden auseinander liegen könne. Schuf er dennoch neues Recht, wie er es historisch gewiß geschaffen hat, so mußte dies Recht eine andere Quelle haben, als den allgemeinen Volksgeist. Um in Lassalles Sprache zu reden, so setzte sich im Bastillesturm nicht ein allgemeines Rechtsbewußtsein, sondern ein besonderes Klassenbewußtsein, welches sich nur dadurch — und insoweit — zum allgemeinen Rechtsbewußtsein entwickelte, daß — und inwieweit — es den allgemeinen Bedürfnissen der Gesellschaft entsprach. Was Lassalle unter dem idealistischen Begriffe der Zeit versteht, ist immer eine bestimmte Gesellschaft, deren historische Entwicklung in ihrem Wechsel auch den Wechsel des Rechts bestimmt.

Damit ist aber erst die Beweisführung Lassalles für seine Rückwirkungstheorie angefochten, nicht diese selbst. Denn da er sie aus der Fülle des realen Rechtsstoffs entwickelte, so kann er sie vollkommen richtig entwickelt haben, gleichviel ob er ihre Gründe am rechten oder am unrechten Orte gesucht hat. Indessen auch der Theorie selbst rückte Rodbertus auf den Leib mit dem zweiten Einwande, schon wegen der Verschiedenheit des historischen Geistes sei es ganz unmöglich, daß Lassalle seine Theorie in den römischen Pandekten gefunden habe. Es sei ein Widerspruch, daß Lassalle immer die Verschiedenheit des historischen Geistes betone und doch in so verschiedenen Zeiten, wie der modernen und der römischen, dieselbe Theorie wieder erkennen wolle. Hierauf antwortete Lassalle mit dem einmal von Rodbertus selbst angezogenen Vergleiche, daß man sehr wohl von einem Thiere, von einer Wirbelsäule sprechen könne, wenn auch die eingehende Behandlung nur als Behandlung der einzelnen Thierordnungen möglich sei. Beim Jus verhalte sich die Sache nun so, daß der Inhalt des historischen Geistes verschieden sei, aber daß sich identisch durch diesen verschiedenen Inhalt jenes andere Element ziehe, das er die formale Rechtslogik nenne. Und wie er eine solche formale Rechtslogik bewußt entwickelt habe für alle späteren Zeiten, gleichviel welchen Inhalt auch das jedesmalige Rechtsbewußtsein habe, so könne dieselbe formale Rechtslogik auch schon bei den Römern das unbewußt agirende Moment gewesen sein.

Schlagender würde Lassalles Replik gewesen sein, wenn er gesagt hätte: wie die Wirbelthiere trotz aller sonstigen Verschiedenheit ihres Baus doch die Wirbelsäule gemeinsam hätten gegenüber den wirbellosen Thieren, so könne ein bestimmtes Rechtssystem bei aller Verschiedenheit seiner historischen Entwicklung doch einen gemeinsamen Grundzug haben gegenüber anderen Rechtssystemen. In

seinem Werke legt er ausführlich dar, daß der Begriff der Rückwirkung der chinesischen, der indischen, selbst noch der mosaischen Gesetzgebung fremd sei, weil sie überhaupt noch nichts von der Subjektivität des Geistes, der Freiheit und Zurechnungsfähigkeit der Individuen gewußt hätten, über die sich erst die klassischen Völker des Alterthums klar geworden seien. Ja, Lassalle geht noch weiter und sagt, daß der germanische Eigenthumsbegriff des Mittelalters die Rückwirkungstheorie mehr oder weniger außer Kurs gesetzt, die Nichtrückwirkung weit übertrieben habe. So sehr er von einer Rechtsidee als solcher spricht, so faßt er sie unbewußt auch nur als historische, nicht als logische Idee. Er beschränkt sie auf die Zeit des römischen Rechts und die Zeiten der modernen Völker, die am Ausgange des Mittelalters wieder das römische Recht aufgenommen und in ihrer Weise weiter entwickelt haben.

Das römische Recht ist aber das Recht einer Gesellschaft von Waarenproduzenten. Die klassischen Völker des Alterthums gelangten zur „Subjektivität des Geistes“, zur „Freiheit und Zurechnungsfähigkeit des Individuums“ nicht, wie Lassalle meinte, durch Bildung oder Kunst oder Religion, sondern durch das Privateigenthum und die Waarenproduktion, die sich aus dem Urkommunismus entwickelten. Nur auf diesem bestimmten gesellschaftlichen Boden mußte jeder Fortschritt der historischen Entwicklung, jede Revolution den Sieg einer Art von Privateigenthum über eine andere Art von Privateigenthum sein, nur auf ihm konnte, wie Lassalle in seiner ideologischen Weise sagt, der Begriff der erworbenen Rechte der „treibende Springquell aller weiteren Gestaltung“ werden. Begreiflich genug, daß mit dem Versiegen der Waarenproduktion und des Waarenhandels in der Naturalwirthschaft des Mittelalters die formale Rechtslogik der Pandekten sich trübte und daß mit ihrem neuen Aufleben im ausgehenden Mittelalter das römische Recht zu neuen Ehren kam als das Recht, das einer Gesellschaft von Waarenproduzenten am besten auf den Leib geschnitten war. Insofern nur, als das Recht im technischen Sinne des Worts, die spezifische Rechtswissenschaft, die Juristerei als solche aus der Waarenproduktion entstanden ist und die Voraussetzungen sichert, unter denen sie sich überhaupt entwickeln kann, durfte Lassalle von einer Rechtsidee als solcher, als einer logischen Kategorie sprechen. Es ist seine eminente Leistung, den Grundgedanken der Rechtswissenschaft, wie er von der einfachen Waarenproduktion des Alterthums bis zur riesenhaft entwickelten, kapitalistischen Produktionsweise der modernen bürgerlichen Gesellschaft immer bewußter hervorgetrieben worden ist, verfolgt zu haben bis zur völligen Klarheit positiven Rechts für die letzte Revolution, die auf dem Boden des Privateigenthums und der Waarenproduktion überhaupt noch stattfinden kann, für die Hinüberführung des feudalen in das bürgerliche Eigenthum.

Der Werth dieser Leistung würde auch nicht wesentlich beeinträchtigt werden, wenn Lassalle einmal bei dieser, wie er gelegentlich sagt, „wahnsinnigen“ Arbeit allzu sicher von Späterem auf Früheres geschlossen und, wie Rodbertus meinte, aus den Pandekten mehr herausgelesen haben sollte, als darin steht. Ungleich wich-

tiger ist die Frage, ob Lassalle die Giltigkeit seiner formalen Rechtslogik auch für alle späteren Zeiten beanspruchen durfte, also nicht blos für die Hinüberführung des feudalen Privateigenthums in bürgerliches, sondern auch für die Hinüberführung des Privateigenthums überhaupt in Gemeineigenthum.

Am ausführlichsten handelt er darüber in einer langen Note seines Werks, auf die er sich später gern berufen hat. Er entwickelt hier, daß im Allgemeinen der kulturhistorische Gang der Rechtsgeschichte darin bestehe, immer mehr die Eigenthumssphäre des Privatindividuums zu beschränken, immer mehr Objekte außerhalb des Privateigenthums zu setzen. Wenn man die Herrschaft der freien Konkurrenz als eine solche auffasse, durch welche das Eigenthum erst zu seiner wahren Freiheit und Entwicklung gekommen sei, und wenn die Stimmführer dieser Richtung von „unbeschränkter Freiheit des Eigenthums" sprächen, so sei diese Seite vermöge der allen Begriffsbestimmungen zukommenden Dialektik in ihren realen Folgen auch vollständig da und nicht zu leugnen. In ihrem innersten Grunde genommen beruhe aber die Einführung der freien Konkurrenz und die Aufhebung der Monopole und Zünfte vielmehr auf dem Gedanken, daß ein ausschließendes Recht auf Gewerbebetrieb und Absatz, d. h. ein Recht darauf, daß andere Personen an sich erlaubte Handlungen nicht vornehmen dürfen, unmöglich Privateigenthum des Individuums sein könne.

Es sei natürlich, daß der Mensch am Anfange der Geschichte, wie das Kind noch heute, nach Allem seine Hände ausstrecke, Alles als sein setze und keine Grenze kenne für den Umfang seiner Privatwillkür. Erst spät und in vorschreitendem Maße lerne er diese Grenze finden. Der Fetischdiener zerbreche noch seine Idole, wenn sie ihm nicht den Willen thäten, und behandele so selbst seine Götter noch als Eigenthum. Der Gottesdienst sei früh der Privatwillkür entzogen worden, aber noch lange sei der Mensch selbst Eigenthumsgegenstand des anderen Menschen geblieben. Dann habe sich die Sklaverei zur Leibeigenschaft, die Leibeigenschaft zur Hörigkeit mit ihren verschiedenen Abstufungen gemildert, bis der hörige Arbeiter zum freien Arbeiter erklärt worden sei. Gegenwärtig stehe Europa nun an zwei sehr interessanten Eigenthumsfragen: in politischer Hinsicht an der Aufhebung dessen, daß der öffentliche Wille einer Nation Eigenthum einer Familie sein könne, also an der Aufhebung der Monarchie, in sozialer Hinsicht an der Frage, ob heute, wo es kein Eigenthum an der unmittelbaren Benutzbarkeit eines Menschen mehr gebe, ein solches auf seine mittelbare Ausbeutung existiren solle, ob die freie Bethätigung und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft ausschließliches Privateigenthum des Besitzers von Arbeitssubstrat und Arbeitsvorschuß (Kapital) sein und dem Unternehmer als solchem ein Eigenthum an fremdem Arbeitswerth (Kapitalprofit) zustehen solle.

Diese fortschreitende Verminderung des Privateigenthumsumfangs beruhe auf nichts anderem als auf der positiven Entwicklung der menschlichen Freiheit. In immer fortschreitender Entwicklung werde ein früher als veräußerlich gedachter Theil der Freiheit als zur unveräußerlichen Freiheit des Menschen gehörig be-

stimmt, deshalb als der sittlichen Idee und dem öffentlichen Rechte entflossen angesehen und durch absolute Gesetze geregelt. Ganz parallel dieser Bewegung der Rechtshistorie, immer mehr Inhalt aus der Eigenthumssphäre herauszuwerfen, laufe in der ökonomischen Entwicklung die genau entsprechende Tendenz, immer mehr Faktoren der Produktion und die Produkte selbst in immer größerem quantitativem Umfange aus der ökonomischen Eigenthumssphäre, der Entgeltlichkeit, in die Sphäre der Unentgeltlichkeit hinüberzuwerfen, kürzer gesagt, die Produktionskosten herabzumindern, ein ganz richtiger Grundgedanke, dem Bastiat in seinen Oekonomischen Harmonien eine ganz falsche und einseitige Auslegung gegeben habe.

Hiergegen erhob Rodbertus den dritten Einwand, mit dem schwülstigen Satze Bastiats bekämen die Arbeiter nicht die Butter zum Brote. Er legte Lassalles Ansicht in einem Sinne aus, den dieser ausdrücklich abgelehnt hatte, und es war natürlich, daß sich Lassalle mit einiger Lebhaftigkeit gegen das grobe Mißverständniß erklärte. Aber er schloß seine Abwehr mit der höflichen Wendung, die von ihm gezogene Parallele sei „wahrhaftig nicht besonders tief", und das habe Rodbertus vielleicht verleitet, einen tieferen Sinn in ihr zu suchen, als sie haben könne. Und hier streifte Lassalle wieder hart an das Richtige, um doch das Richtige wegen seiner ideologischen Auffassung grundsätzlich zu verfehlen.

Die Parallele war tief genug, nur daß Lassalle durch seine juristische Brille nicht auf ihren Grund sah. Was er über den Gang der Rechtsgeschichte sagt, ist vollkommen richtig, vorausgesetzt, daß man die Rechtsgeschichte in jenem engeren Sinne faßt, wonach das Recht sich überhaupt erst aus dem Privateigenthum und der Waarenproduktion entwickelt hat. Lassalle wußte noch nicht, daß die kommunistische Urgesellschaft den ersten und bisher weitaus längsten Abschnitt der Menschheitsgeschichte umfaßt hat, und der Wilde, den er am Anfang der Geschichte die Hand nach Allem ausstrecken läßt, um es sein zu nennen, hat nie existirt. Was Lassalle scharf und treffend beobachtet hat, verdunkelt er sich aber selbst wieder, indem er die Ursache in den Wolken, statt auf ebener Erde sucht. Die fortschreitende Verminderung des Privateigenthumsumfangs beruht nicht auf der positiven Entwicklung der menschlichen Freiheit, sondern die Fortschritte der Produktion auf dem Boden des Privateigenthums führen zu jener Parallele Lassalles: sie verwohlfeilern die Produkte und erweitern die menschliche Freiheit. Der Sklave arbeitet theurer und schlechter, als der Leibeigene, der Leibeigene theurer und schlechter, als der Hörige, der Hörige theurer und schlechter, als der freie Arbeiter. Die antike Gesellschaft ist an der Sklavenarbeit untergegangen, die feudale Gesellschaft an der Leibeigenen- und Hörigenarbeit, wie die bürgerliche Gesellschaft untergehen wird an der freien Arbeit, aber nicht weil sie juristisch frei, sondern weil sie ökonomisch unfrei ist.

Die dialektische Entwicklung des Privateigenthums hat ihren „innersten Grund" nicht in der Beschränkung seines Rechts, sondern in der Entfaltung seiner Macht. Der Schwerpunkt liegt in den „faktischen, den realen Folgen",

was die Manchesterleute trotz oder auch wegen ihrer sonstigen Beschränktheit richtig erkannten. Erst die Entfaltung der Macht hat die Beschränkung des Rechts zur Folge. Das Eigenthum streift die Bande des Rechts ab und macht die Arbeiter rechtlich frei, aber nur um seine ökonomische Macht desto schrankenloser entfalten und die ökonomische Unfreiheit der Arbeiter desto ergiebiger ausbeuten zu können. Lassalle stellt den Schein über das Wesen und muthet der Rechtswissenschaft mehr zu, als sie leisten kann, wenn sie nach Aufhebung aller rechtlichen Unfreiheit auch die ökonomische Unfreiheit des Arbeiters beseitigen soll. Sie kann es so wenig, wie die feudale Theologie mit der Gotteskindschaft aller Menschen die rechtliche Unfreiheit des mittelalterlichen Arbeiters beseitigen konnte. Eine neue Gesellschaft zersprengt nicht nur den ökonomischen Bau, sondern auch den ideologischen Ueberbau der alten Gesellschaft, aus deren Schooße sie geboren wird.

Die beiden Eigenthumsfragen, vor welche Lassalle die europäische Gegenwart stellt, haben das Gemeinsame, daß sie außerhalb der Rechtswissenschaft liegen, so wie Lassalle sie auffaßt: freilich mit dem Unterschiede, daß die eine rückwärts und die andere vorwärts von ihr liegt, daß die eine mit ihrem Entstehen gelöst war und die andere mit ihrem Vergehen gelöst sein wird. Die Monarchie als Eigenthumsfrage, als Frage, ob der öffentliche Wille einer Nation das Eigenthum einer bestimmten Familie sein dürfe, gehört einer Zeit an, welche die „Freiheit und Zurechnungsfähigkeit des Individuums“ noch nicht kannte, gehört dem orientalischen Rechte an, das von der „Subjektivität des Geistes“ noch nichts wußte. Im griechischen und römischen Alterthum, selbst im feudalen Mittelalter, geschweige denn in der modernen bürgerlichen Gesellschaft ist die Monarchie, gleichviel unter welcher ideologischer Verkleidung, immer nur eine Frage der politischen Organisation gewesen, welche die herrschenden Klassen je nachdem beantwortet haben, unbekümmert um die fossile Einbildung der Monarchie, daß ihr Wille das höchste Gesetz sei. Die Beseitigung der Monarchie ändert materiell an den Eigenthumsverhältnissen der modernen bürgerlichen Gesellschaft nichts, sondern prägt sie nur formell zur vollendeten Klarheit und Schärfe aus, wie denn die demokratische Republik das ideale Schlachtfeld ist für den entscheidenden Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Dagegen ist die Frage des Kapitalprofits eine Eigenthumsfrage im schärfsten Sinne des Worts; sie ist sogar *die* Eigenthumsfrage, denn der Kapitalprofit entspringt aus der historisch und logisch entwickeltsten Form des Privateigenthums. Seine Aufhebung wäre die Aufhebung des Privateigenthums in jeder Gestalt und damit auch des auf dem Boden des Privateigenthums erwachsenen Rechts. Was kürzer ausgedrückt nur heißt: Juristisch ist dem Kapitalprofit überhaupt nicht beizukommen. Alle sozialistischen Versuche dieser Art sind im Sande verronnen und mußten im Sande verrinnen. Es ist der große Fortschritt des wissenschaftlichen Kommunismus über allen früheren Sozialismus, daß er den Kapitalprofit oder genauer den Mehrwerth nicht mehr als ein Attentat auf die Gerechtigkeit und Moral betrachtete, sondern ihn als eine ökonomische Thatsache

auffaßte und als die ökonomische Thatsache nachzuweisen verstand, welche das Privateigenthum auflösen und in Gemeineigenthum überführen müsse.

Eine Aufgabe, die Lassalles formale Rechtslogik nicht zu lösen vermag. Gleich der eigentliche Kern seiner Rückwirkungstheorie hat ein ganz anderes Gesicht, wenn das Privateigenthum überhaupt in Gemeineigenthum übergehen soll, als wenn es sich darum handelt, eine Art des Privateigenthums in eine andere Art des Privateigenthums überzuführen. Privateigenthum ist die Herrschaft der Einen über die Anderen, und für die Beherrschten ist es gewiß eine Frage von der höchsten Bedeutung, ob sie verpflichtet sind, ein zum Herrschen untauglich gewordenes Eigenthum auf ihre Kosten wieder in ein zum Herrschen taugliches Eigenthum umzuwandeln. Gemeineigenthum ist die Herrschaft Aller über das Eigenthum und es ist eine Frage von verhältnißmäßig geringer Bedeutung, ob den bisherigen Besitzern des Privateigenthums eine Entschädigung gewährt werden soll, die ihnen, wie hoch oder wie gering oder welcher Art sie sei, in keinem Falle wieder die Herrschaft über Menschen sichern kann. Wenn Marx es niemals der Mühe für werth gehalten hat, öffentlich die Frage zu berühren, wie es bei der „Enteignung der Enteigner" mit deren Entschädigung gehalten werden solle, so pflegte er, wie Engels bezeugt, in vertraulichem Gespräche zu äußern, am wohlfeilsten würde man davon kommen, wenn man die ganze Bande abkaufte.

Und so stichhaltig Lassalles Theorie der erworbenen Rechte sich erwies, wo er sie auf die Hinüberführung einer Art Privateigenthum in eine andere Art Privateigenthum anwandte, so sehr versagte sie bei dem Versuche, dem Privateigenthum selbst auf den Leib zu rücken, und zunächst das moderne Erbrecht als ein großes Mißverständniß, als eine kompakte theoretische Unmöglichkeit nachzuweisen. Er widmet diesem Nachweise den zweiten Band seines Werks, der durch die Fülle der Gelehrsamkeit und das dialektische Spiel der Gedanken fast noch staunenswerther ist als der erste. Aber was Lassalle beweisen wollte, hat er nicht bewiesen. Er würde es auch dann nicht bewiesen haben, wenn er nicht darin geirrt hätte, das römische Testament aus der Unsterblichkeitsidee der alten Römer abzuleiten. Wäre das moderne Erbrecht wirklich ein mißverstandener Niederschlag aus dem altgermanischen und dem altrömischen Erbrecht, so wäre nur bewiesen, daß es sich in eine Tracht geworfen hätte, die ihm nicht paßte. Riß Lassalle diese Tracht in Fetzen, so stand das moderne Erbrecht erst recht in nackter Wirklichkeit da. Wo Privateigenthum ist, da ist auch Erbrecht; an dieser logischen Folge wird nichts geändert durch die noch so kompakte theoretische Unmöglichkeit der Illusionen, welche das Erbrecht sich über seinen eigenen Ursprung macht.

Die Hoffnungen, die Lassalle auf die praktischen Wirkungen seines Werks setzte, erfüllten sich nicht. Er hatte richtig vorausgesehen, daß eine „sturmvoll bewegte Zeit" der Gesetzgebung herannahe, und wenn die Bourgeoisie die Kourage gehabt hätte, ernstlich mit den Junkern anzubinden, so hätte allerdings, wie Lassalle erwartete, kein „Kammermensch und Politikus" das Buch entbehren können. Auf die praktische Gesetzgebung hat es aber keinen Einfluß gehabt,

es sei denn, daß es gelegentlich von einem „Kammermenschen" zu rednerischer Ausschmückung verwerthet wurde. So im Januar 1869 von einem liberalen Abgeordneten, der gegen die feudalen Ehevorrechte des preußischen Landrechts polemisirte. Und das ist kaum noch ein Mal vorgekommen. Wie sehr die preußische Gesetzgebung sich seit einem Menschenalter in dem gefallen hat, was Lassalle mit den stärksten Ausdrücken als Mangel an Pflicht- und Schamgefühl brandmarkte, ist bekannt. Besonders Bismarck war ein Virtuose in der Kunst, aus den feudalen Ansprüchen, die seine Klasse in der modernen bürgerlichen Gesellschaft erhebt, „Ersatzrechte gegen den öffentlichen Geist zu drehen" durch Getreidezölle, Liebesgaben an Schnapsbrenner und Zuckersieder und wie vieles Andere! Und dies Genie des Genialen ist in der preußischen Gesetzgebung nicht erloschen, namentlich auch nicht unter den bürgerlichen Gesetzgebern. Erst vor wenigen Jahren kaufte der preußische Finanzminister Miquel, der aus seinen alten kommunistischen Traditionen doch Lassalles Beweisführung hätte verstehen sollen, einem Dutzend mittelalterlicher Raugrafen das feudale Vorrecht der Steuerfreiheit mit einigen Millionen aus der Tasche des Volks ab.

In der gelehrten Welt weckte Lassalles Werk einzelne Rufe begeisterter Anerkennung. Der alte Savigny, der nur noch den ersten Band erlebte, ehrte sich und den größeren Gegner durch das Wort, seit Donellus sei so ein Buch nicht geschrieben worden, und der junge Albert Lange studirte an dieser Theorie der erworbenen Rechte die Praxis der entzogenen Rechte. Im Allgemeinen aber war die deutsche Gelehrsamkeit der Höhe dieser wissenschaftlichen Diskussion nicht mehr gewachsen. Ziegler schalt, daß in Berlin, von der Universität abgesehen, nicht zehn Juristen das Buch gelesen und nicht fünf es verstanden hätten. Von namhaften Juristen machte Ihering gequälte Scherze über einige gewagte Bilder Lassalles im zweiten Bande, auf dessen sechshundert Seiten Ihering auch nicht eine Spur von Verstand entdeckt haben wollte, eine Behauptung, die selbst als scherzhafte Wendung gegen die philosophische Spekulation geschmacklos genug war. Von einem Freunde Lassalles zurechtgewiesen, half sich Ihering damit zu sagen, er habe nicht die spekulative Richtung selbst, sondern nur ihre Verirrungen bekämpfen wollen, denen gerade die Begabtesten verfielen; auf den Klippen ließen sich nur die Gemsen und Steinböcke, nicht die Schafe betreffen. An den Kern dessen, was Lassalle wollte, rührte Ihering gar nicht. Dieser Kern war ein Buch mit sieben Siegeln für einen Mann, der bogenlang über den Kampf ums Recht orakeln und doch demüthig vor dem gewaltthätigen Despoten einherknixen konnte, gegen den in Deutschland fast drei Jahrzehnte lang der Kampf ums Recht geführt werden mußte. Bewies Lassalle, daß feudales Recht, wie die preußische Gesindeordnung, in der bürgerlichen Gesellschaft von selbst erlösche, so lehrte Ihering in seiner Schrift über den Kampf ums Recht, daß „ein Dienstherr, der nicht mehr wage, die Gesindeordnung in Anwendung zu bringen", nicht nur seine ethischen Lebensbedingungen verletze und die Poesie seines Charakters verliere, sondern auch die ideale Autorität des Gesetzes gefährde und die reale

Ordnung des bürgerlichen Lebens preisgebe. Dies kleine Brevier praktischer Lebensphilosophie wurde vom bürgerlichen Geldprotzen ebenso eifrig gelesen, wie Lassalles großes theoretisches Werk von ihm ungelesen blieb.

Unter den Philosophen zeigte Michelet durch seine Kritik, daß die offizielle Hegelei glücklich im Sumpfe des ordinärsten Manchesterthums angelangt war. Er leugnete die Existenz des Kapitalprofits und meinte, Kapital müsse als ersparte Arbeit „am gemeinschaftlichen Lohne" theilnehmen; Bastiat habe die ökonomischen Kategorien besser erkannt, als Lassalle. Aber selbst auf dies platte Geschwätz fiel ein versöhnender Schimmer, als Lassalles Werk der „wissenschaftlichen" Oekonomie des Bismärckischen Reichs deutscher Nation in die Hände gerieth. Während Lassalle die Theorie der erworbenen Rechte ins Reine brachte, weil die Gesetzgeber sich „meist durch politische und Billigkeitsrücksichten" über ihre klare Bestimmung hinweggeholfen hätten, baute Herr Adolf Wagner unter den landesüblichen Posaunenstößen auf Lassalles „trefflichem Werke" seine „national-ökonomische Theorie der Enteignung" auf, und lehrte, auch wo kein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung vorliege, „könne und werde es häufig der Billigkeit und der Politik entsprechen, eine Entschädigung zu geben". Dieser superlativische Humbug führte die Frage wörtlich auf den alten konfusen, den Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen entsprechenden Stand zurück, aus dem Lassalle sie mit gewaltiger Geistesanstrengung gebracht hatte, und dann spielte er sich als Lassalles Geisteserben auf.

Inzwischen hatte Lassalle sich die wahren Erben seines Geistes erzogen, an denen alle Sophisten- und Sykophantenstreiche spurlos abprallen sollten.

Achtes Kapitel.

Die europäische Krisis von 1859.

Lassalle arbeitete noch an seinem rechtsphilosophischen Werke, als die Wirkungen der großen Handelskrise von 1857 die europäischen Massen in neue politische Bewegung brachten. Wie zehn Jahre früher, regten sie sich zuerst in Italien und in Frankreich. In Italien richtete sich eine schnell anwachsende Volksbewegung gegen die österreichische Fremdherrschaft, und die savoyische Dynastie war schlau genug, sich dieser Bewegung zu bemeistern, indem sie sich selbst aufs Spiel setzte. In Frankreich erwachte der alte revolutionäre Geist in dem Proletariat, und die Bourgeoisie begann ungeberdig zu werden gegen den Bonapartismus, der ihr doch nicht dauernd gewähren konnte, weswegen sie ihm gern die politische Herrschaft abgetreten hatte, nämlich gute Geschäfte.

Der Bonapartismus ist niemals die freie Erfindung eines genialen Kopfes gewesen. Nicht einmal in der Gestalt des ersten Kaiserreichs, wo er wenigstens

einen genialen Träger hatte, und noch viel weniger in der Gestalt des zweiten Kaiserreichs, wo sein Träger ein sehr mittelmäßiger Genius war. Der erste Napoleon vollstreckte das Testament einer Revolution, in welcher die Bourgeoisie den Feudalismus aufs Haupt geschlagen hatte; der dritte Napoleon beerbte eine Revolution, in welcher Bourgeoisie und Proletariat bis zur gegenseitigen Erschöpfung mit einander gerungen hatten. Das französische Proletariat, in den Städten bereits hoch entwickelt, aber an Zahl weit überwogen von den kleinen Bauern auf dem Lande, war in einem großen Kampfe von der Bourgeoisie, dem Kleinbürgerthum und dem Heere besiegt worden. Jedoch die groß- wie die kleinbürgerliche Klasse hatte sich in diesem Kampfe verblutet und nach mehrjährigem Hinquälen abgedankt vor dem eigentlichen Sieger der Junischlacht, vor dem Heer und der Klasse, aus der sich vorzugsweise das Heer rekrutirte, den kleinen Bauern, die endlich einmal vor den Städtekrawallern Ruhe haben wollten. Und der militärische Despotismus verkörperte sich in dem Namen Napoleon.

Das Wesen dieses Bonapartismus hat Engels gezeichnet in Sätzen, die durch jede Umschreibung nur abgeschwächt werden könnten. Sie lauten: „Gegenüber den Arbeitern wie den Kapitalisten zeichnet sich der Bonapartismus dadurch aus, daß er sie verhindert auf einander loszuschlagen. Das heißt, er schützt die Bourgeoisie vor gewaltsamen Angriffen der Arbeiter, begünstigt ein kleines friedliches Plänkelgefecht zwischen beiden Klassen und entzieht im Uebrigen den Einen wie den Anderen jede Spur politischer Macht. Kein Vereinsrecht, kein Versammlungsrecht, keine Preßfreiheit; ein allgemeines Wahlrecht unter solchem bureaukratischen Drucke, daß Oppositionswahlen fast unmöglich sind; eine Polizeiwirthschaft, wie sie selbst in dem polizirten Frankreich bisher unerhört war. Daneben wird ein Theil der Bourgeoisie wie der Arbeiter direkt gekauft; der eine durch kolossale Kreditschwindeleien, wodurch das Geld der kleinen Kapitalisten in die Tasche der großen geleitet wird; der andere durch kolossale Staatsbauten, die neben dem natürlichen selbständigen Proletariat ein künstliches, imperialistisches, von der Regierung abhängiges Proletariat in den großen Städten konzentriren. Endlich wird dem Nationalstolz geschmeichelt durch scheinbar heroische Kriege, die aber stets mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß Europas gegen den jeweiligen allgemeinen Sündenbock geführt werden, und nur unter solchen Bedingungen, daß der Sieg von vornherein gesichert ist." Der Bonapartismus, so wie ihn Engels schildert, erwuchs von selbst aus bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen. Er kehrt regelmäßig wieder, wo ähnliche Verhältnisse wiederkehren.

Die Handelskrise von 1857 enthüllte zuerst seine marktschreierischen Verheißungen als hilflose Verlegenheit. Dann warfen Orsinis Handgranaten den nachgemachten Zäsar in zähneklappernde Angst, und die Sicherheitsgesetze, zu denen er sich im panischen Schrecken hinreißen ließ, flößten nicht nur keinen Schrecken ein, sondern zeigten vielmehr, daß der Bonapartismus nach sieben Jahren noch immer nicht auf festen Füßen stand. Es gab nur noch einen Rettungsweg für Bonaparte, einen populären Krieg, der mit einigem Scheine von

Recht einen befreienden und zivilisatorischen Anstrich hatte und die steigende Fluth der Revolution beschwören konnte. Wo dieser Krieg zu suchen war, hatten Orsinis Bomben mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit gezeigt.

Indem sich Bonaparte mit der savoyischen Dynastie verbündete, um die österreichische Gewaltherrschaft in Italien zu brechen, mischte sich ein reaktionäres Element in die italienische Revolution. Die nationale Einheit Italiens widersprach allen Ueberlieferungen der französischen Politik; in Bonapartes Munde wurde sie zu einer schamlosen Lüge, denn dies angebliche Ziel stand in schroffem Widerspruch mit den wirklichen Beweggründen, die ihn in den Krieg trieben. Sein Zweck war zunächst, auf den allgemeinen Sündenbock loszuschlagen, und das war damals Oesterreich. Der habsburgische Despotismus war durch seine Schandwirthschaft in Italien zum europäischen Skandal geworden; mit den alten reaktionären Genossen von der heiligen Allianz hatte er sich überworfen, mit Preußen wegen Olmütz und mit Rußland wegen des Krimkriegs; höchstens in den englischen Tories besaß er noch laue Freunde. War die Lombardei und Venetien der österreichischen Herrschaft entrissen, so sollten diese Provinzen an Piemont fallen, wofür sich Bonaparte als Gegengabe Savoyen und Nizza ausbedang. Alles Weitere konnte vorläufig dem Gange und der Gunst der Ereignisse überlassen bleiben. Ließen sich die österreichischen Kreaturen auf den mittel- und süditalienischen Thronen durch Mitglieder der ehrenwerthen Familie Bonaparte ersetzen, um so besser; in keinem Falle durfte die italienische Einheit über die Formen eines neuen Rheinbundes sich entwickeln, der die einzelnen italienischen Staaten unter der Ehrenpräsidentschaft des Papstes und dem thatsächlichen Protektorate Frankreichs vereinen sollte.

Größere Sorge, als die zukünftige Gestaltung Italiens, machte dem Völkerbefreier an der Seine zunächst die Lokalisirung des Krieges. Er spielte mit Rußland unter derselben Decke und ferner durfte er auf Englands Neutralität rechnen. Aber würde der deutsche Bund theilnahmlos dem gefährlichen Stoße gegen seine führende Macht zusehen, mochte er immerhin auch nicht verpflichtet sein, die außerdeutschen Besitzungen seiner Mitglieder zu schützen? Und wenn sich der deutsche Bund mit Oesterreich verbündete, so war ein dicker Strich durch Napoleons Rechnung gemacht.

Oesterreich begriff natürlich die Gunst der Lage und entfaltete eine fieberhafte Propaganda, um den deutschen Bund in den Krieg zu reißen. Ihr Mittelpunkt war die Augsburger Allgemeine Zeitung, deren Diplomaten und Strategen haarklein bewiesen, daß die österreichische Gewaltherrschaft in Italien ein deutsches Interesse sei, daß der Rhein am Po vertheidigt werden, daß Alldeutschland mit gewaffneter Hand für Oesterreich eintreten müsse, wenn es nicht nach Niederwerfung seiner isolirten Vormacht wehrlos vor dem Schwerte des übermächtigen Siegers liegen wolle. Bald beschworen die kaiserlich königlichen Federn das Gespenst von Jena in den ängstlichsten Tonarten, bald schwelgten sie in den üppigsten Phantasien. Oesterreich vertheidigte angeblich die „heiligsten Güter“

gegen den „Umsturz“, wie es wörtlich in amtlichen Manifesten hieß, es rüstete der Kreuzzug der Völker gegen das blut- und schmachbedeckte Regiment des Dezembermörders, und unter österreichischer Aegide sollte eine mitteleuropäische Großmacht entstehen, die von Belgien, Holland und Elsaß-Lothringen bis zu Ungarn und den slavisch-rumänischen Donauländern die Urkraft germanischen Wesens umfassen und hier die Romanen wie dort die Slaven im Zaume halten sollte. Gegenüber dieser österreichischen Propaganda war die französische Agitation auch nicht faul, und ebenso wenig verlegen in der Wahl ihrer Mittel. Ihre Hauptposaune fand sie in dem ehemaligen Reichsregenten Karl Vogt, der wie die später in den Tuilerien gefundenen Quittungen bewiesen, mit französischem Golde bestochen worden war und den Bonapartismus als Befreier der unterdrückten Völker in Schriften anpries, die von der Gesinnungslosigkeit wie von der Unwissenheit ihres Verfassers ein gleich beweiskräftiges Zeugniß ablegten.

Unter dem befruchtenden Thau solcher Beredtsamkeit erwachte wieder der alte, an seiner eigenen Dürre vertrocknete Gegensatz von Kleindeutschen und Großdeutschen. Die Kleindeutschen horchten auf die bonapartistischen Sirenengesänge; gerade die Art, wie die italienische Einheit sich vollziehen sollte, war ganz nach ihrem Herzen, die Rolle der savoyischen Dynastie hatten sie von jeher der hohenzollernschen Dynastie zugedacht. Ebenso inbrünstig oder noch inbrünstiger ließen sich die Großdeutschen hypnotisiren von dem Hokuspokus, den ihnen die Auguren der Hofburg vorgaukelten.

Wenn es eine allzu schmeichelhafte Wendung wäre, zu behaupten, daß die Kleindeutschen weitsichtiger gewesen seien als die Großdeutschen, so muß man doch sagen, daß die Großdeutschen noch kurzsichtiger waren als die Kleindeutschen. Diese wollten wenigstens einen großen Theil Deutschlands einigen, während jene einfach die deutsche Zerrissenheit aufrecht zu erhalten gedachten. Die preußischen Groß- und Mittelbürger ahnten etwas mehr von historischen Nothwendigkeiten, als die bairischen Ultramontanen, die schwäbischen Partikularisten oder gar die Frankfurter Geldjuden, deren patriotisch bangendes Herz in den österreichischen Schuldtiteln ihrer Kassenschränke pupperte. Allerdings gab es einzelne Großdeutsche, die es in ihrer Weise ehrlich mit ihrem deutschen Patriotismus meinten, so Bucher und Rodbertus, dann auch der Leipziger Historiker Wuttke. Aber gerade die Schriften dieser Männer aus dem Jahre 1859 beweisen, wie widerspruchsvoll die großdeutsche Richtung war. Wuttke kehrte von einer vertraulichen Berathung der großdeutschen Führer in Rosenheim mit der niederschlagenden Erkenntniß zurück, daß der süddeutsche Adel die großdeutschen Schlagworte mißbrauche, um seine in der Reaktionszeit widerrechtlich wiederhergestellten Vorrechte zu befestigen, und er protestirte öffentlich gegen die großdeutschen Versuche, ein deutsches Parlament zu hintertreiben. Bucher und Rodbertus aber verlangten in mehreren Flugschriften die deutsche Einheit als Bundesdirektorium, in dem Preußen und Oesterreich geborene Mitglieder sein, das dritte Mitglied aber von den Fürsten gewählt werden sollte, mit wechselndem Vorsitz und wechselndem Vororte

zwischen Wien, Berlin und Frankfurt: eine reaktionäre Utopie, der gegenüber sogar noch der Bundestag den Vorzug besaß, zwar eine sehr klägliche, aber doch immerhin eine Wirklichkeit zu sein.

Unabhängig von dem Fraktionsgezänk der Klein- und Großdeutschen entstand in den deutschen Volksmassen eine nationale Bewegung von urwüchsiger Kraft. Ihre allgemeinen Ursachen waren dieselben, welche überhaupt am Ende der fünfziger Jahre ein neues Leben in den europäischen Völkern hervorriefen, aber als erster Wind blies in das wieder aufglimmende Feuer der französische Angriff auf Oesterreich. Das instinktive und in seiner Weise auch berechtigte Gefühl, daß der schmutzige Abenteurer auf dem französischen Thron erst dann auf eine halbwegs gesicherte Existenz rechnen könne, wenn er das linke Rheinufer gekapert habe, daß der deutsche Michel immer die Zeche bezahlen solle, wenn andere Leute sich in die Haare geriethen um Fragen, die ihn in aller Welt nichts angingen, wurde noch empfindlich geschärft durch das Gefühl der Hilflosigkeit, durch die grausame Erkenntniß, daß die Nation als solche nach wie vor mediatisirt sei und kein Organ ihres Willens habe. Kein Organ ihres Willens und nicht einmal eine Stätte, an der sie sich über ihre wirklichen Interessen verständigen konnte. War diese nationale Bewegung instinktiv entstanden, so war sie um so unklarer über sich selbst, und die Gefahr lag nahe, daß sie eine Beute der klein- oder großdeutschen Schlagworte werden konnte. Um dieser Gefahr zu steuern, griffen Engels, Marx und Lassalle aufklärend ein.

Zuerst erschien Engels auf dem Plan mit der Schrift: Po und Rhein, für die ihm Lassalle in Franz Duncker einen Verleger besorgt hatte. In dieser Schrift räumte Engels mit den Phantasmen der großdeutsch-österreichischen Propaganda auf. Nicht zwar als ob er sich bei der „Vertheidigung der heiligsten Güter“ gegen den „Umsturz“ aufgehalten hätte! Das war unnöthig, denn so geistig und sittlich verwahrlost war der deutsche Philister in den fünfziger Jahren noch nicht, um sich durch derartigen Quatsch bethören zu lassen. Aber mit überlegenem Spotte fertigte Engels die mitteleuropäische Großmachtstheorie ab, und noch viel eingehender widerlegte er den großdeutschen Lieblingssatz, daß der Rhein am Po vertheidigt werden müsse. Er widerlegte ihn durch den militärwissenschaftlichen Nachweis, daß Deutschland kein Stück von Italien zu seiner Vertheidigung brauche, und daß Frankreich, wenn blos militärische Gründe gelten sollten, allerdings noch viel stärkere Ansprüche auf den Rhein habe, als Deutschland auf den Mincio. Diesen Beweis führte Engels so bündig und unwiderleglich, daß seine anonym erschienene Schrift allgemein für das Werk eines hochgestellten und vorzüglich unterrichteten Militärs gehalten wurde, ein Irrthum, der sich noch bis in neuere Geschichtswerke fortgepflanzt hat.

Ebenso bündig und unwiderleglich wies Engels nach, daß auch vom politischen Standpunkte aus die deutschen Interessen nicht die Erhaltung, sondern die Beseitigung der österreichischen Fremdherrschaft in Italien geböten. Das Wesen dieser Fremdherrschaft kennzeichnete er als „in zivilisirten Ländern unerhört“;

so lange sie währe, müsse Italien immer der Bundesgenosse Frankreichs gegen Deutschland sein. Schrieben die österreichischen Federn, daß Deutschland einen anderen Beruf habe, als zum Blitzableiter für die Donnerschläge zu dienen, die sich über dem Haupte der bonapartischen Dynastie zusammenzögen, so könnten die Italiener mit demselben Rechte sagen, daß Italien einen anderen Beruf habe, als den Deutschen zum Puffer zu dienen gegen die Stöße, die Frankreich gegen sie führe, und zum Danke dafür von den Oesterreichern mit Stockprügeln regalirt zu werden. Mit dem interessirten Gerede von der politischen Unfähigkeit der Italiener sollten gerade Deutsche vorsichtig sein. „Statt unsere Stärke im Besitze fremden Landes zu suchen und in der Unterdrückung einer fremden Nationalität, der nur das Vorurtheil die Zukunftsfähigkeit absprechen kann, werden wir besser thun, dafür zu sorgen, daß wir in unserm eigenen Hause eins und stark sind." Ein einiges Deutschland werde kaum jemals mit einem einigen Italien in Zwist gerathen, wohl aber werde es dadurch einen starken Einfluß in Italien haben, daß die Italiener oft genug die deutsche Hilfe gegen Frankreich brauchen würden.

Mit dieser kritischen Auflösung großdeutsch-österreichischer Schlagworte kam Engels natürlich dem Bonapartismus keinen Schritt entgegen. Er hob hervor, daß die Frage um den Besitz der Lombardei eine Frage zwischen Deutschland und Italien sei, nicht aber zwischen Louis Napoleon und Oesterreich. „Gegenüber einem Dritten, der um seiner eigenen, in anderer Beziehung antideutschen Interessen willen sich einmischt, handelt es sich um die einfache Behauptung einer Provinz, die man nur gezwungen abtritt, einer militärischer Position, die man nur räumt, wenn man sie nicht mehr halten kann. Die politische Frage tritt in diesem Falle sogleich hinter die militärische zurück; werden wir angegriffen, so wehren wir uns." In der nationalen Bewegung, die durch die deutschen Massen zitterte, sah Engels den richtigen Instinkt, daß wenn der Po für Louis Napoleon der Vorwand sei, der Rhein unter allen Umständen sein Endziel sein müsse. Er wollte ihr ermöglichen, mit reinen Händen in den erwarteten Kampf zu gehen und schloß seine Untersuchung mit dem Ergebnisse, daß die Deutschen einen ganz ausgezeichneten Handel machen würden, wenn sie den Po, den Mincio, die Etsch und den ganzen italienischen Plunder vertauschen könnten gegen die Einheit, die vor einer Wiederholung von Warschau und Bronzell schütze und die allein nach Innen und Außen stark machen könne.

Engels veröffentlichte seine Schrift im Einvernehmen mit Marx, der seinerseits in der New York Tribune in gleicher Weise sowohl die Behauptung widerlegte, daß die Fortdauer der österreichischen Herrschaft in Italien ein deutsches Interesse sei, als auch den bonapartistischen Ränkeschmieden die Wege wies, indem er zeigte, daß die bonapartistische Befreiung Italiens nur ein Vorwand sei, Frankreich unterjocht zu halten, Italien dem Staatsstreiche zu unterwerfen, die „natürlichen Grenzen" Frankreichs nach Deutschland zu verlegen, Oesterreich in ein russisches Instrument zu verwandeln und die Völker in einen Krieg der legitimen mit der illegitimen Kontrerevolution hineinzuzwingen. In ihren Ver-

öffentlichungen über die europäische Krisis von 1859 untersuchten Marx und Engels die europäische Gesammtlage nach jeder Richtung; sie boten alle Hilfsmittel der Wissenschaft auf, um in ihre verborgensten Winkel hineinzuleuchten. Nur eine Frage legten sie sich nicht vor, die Frage: wie stellt sich die nationale Bewegung in Deutschland zu ihren nächsten Feinden, zu den deutschen Fürsten? Diese Frage war nur dann überflüssig, wenn die französisch-russische Koalition die deutsche Nation mit unmittelbaren Gefahren bedrohte, denn freilich muß ein Volk erst existiren, ehe es sich entscheiden kann, wie es existiren will. Aber wenn solche Gefahren nicht vorlagen, dann wurde jene Frage zur entscheidendsten von allen.

Hier nun griff Lassalle ein mit seiner Schrift über den italienischen Krieg und die Aufgabe Preußens, die in dem gleichen Verlage erschien wie die Schrift von Engels, und sie in gewissem Sinne ergänzte. Hatte Engels gesagt: Wenn wir angegriffen werden, so wehren wir uns, so fügte Lassalle hinzu: Wohl, aber untersuchen wir erst, in welchem Falle wir angegriffen sind. In allen grundsätzlichen Fragen war Lassalle mit Marx und Engels einverstanden: in dem Urtheile über die Nothwendigkeit der deutschen und der italienischen Einheit, über die eigennützige Politik Bonapartes, über die Verlogenheit der bonapartistischen und der österreichischen Propaganda, endlich auch über die Nothwendigkeit des Krieges, falls die deutschen Interessen gefährdet seien. Mit den bürgerlichen Groß- oder Kleindeutschen hatte Lassalle so wenig etwas zu thun, wie Marx und Engels. Worin er von ihnen abwich, das war die thatsächliche Frage, ob der Krieg in Oberitalien die deutschen Interessen schon gefährde. Lassalle war keineswegs so kurzsichtig zu verlangen, daß die französischen Heere die deutschen Grenzen überschreiten müßten, ehe der Kriegsfall gegeben sei; er fand ihn schon gegeben, wenn Bonaparte für sich oder seine Sippe in Italien Eroberungen machen wolle. Dann sollte die deutsche Nation den Krieg führen — gegen den Bonapartismus, im Bunde mit dem italienischen Volke und den demokratischen Instinkten der französischen Nation. Lassalle dachte unpatriotisch genug, auf diese Bundesgenossen ungleich höheren Werth zu legen, als auf die Bundesgenossenschaft der deutschen Fürsten.

Wollten diese Fürsten auf eigene Rechnung und Gefahr den Krieg an Frankreich erklären, so lange kein deutsches Interesse ernstlich bedroht war, so lange es sich nur um die österreichische Gewaltherrschaft in Italien, also um die Schwächung Oesterreichs und nicht um die Schwächung Deutschlands handelte, so hatte Lassalle gegen diesen Fürstenkrieg nichts einzuwenden. Er begrüßte ihn vielmehr lebhaft, aber nur unter der Voraussetzung, daß die nationale Bewegung sich diesem dynastischen kontrerevolutionären Kriege entgegenwürfe und aus seinen unausbleiblichen Wechselfällen revolutionäres Kapital schlüge. Lassalle hoffte darauf, daß die deutschen Fürsten in einem solchen Kriege gründliche Hiebe davontragen würden, wodurch er die wirklichen Interessen der deutschen Nation außerordentlich gefördert sah. Was dagegen Lassalle bis aufs Messer bekämpfte,

das war ein deutsch-französischer Volkskrieg, in dem sich die beiden großen Kulturvölker des Kontinents zerfleischten um nationaler Trugbilder willen, während thatsächlich hüben und drüben nur dynastische Interessen auf dem Spiele ständen. In einem populären Kriege gegen Frankreich, der keine nationale Lebensfrage hinter sich habe, sondern seine geistige Nahrung aus krankhaft überreiztem Nationalgefühl, aus verstiegenem Patriotismus, aus kindischer Franzosenfresserei söge, sah Lassalle die furchtbarste Gefahr für die europäische Kultur und damit auch für alle nationalen, wie für alle revolutionären Interessen. Und da ein solcher Krieg von Tage zu Tage möglicher wurde, da die noch am weitesten links stehenden Organe der öffentlichen Meinung, die National- und die Volkszeitung, die nationale Bewegung in einen solchen Krieg trieben, so hielt es Lassalle für seine Pflicht, sich dem drohenden Unheil entgegenzuwerfen.

In seiner Schrift legt er eingehend dar, daß eine wirkliche Bedrohung Deutschlands überhaupt nicht vorliege. An dem Gelingen der italienischen Einheitsbewegung habe die deutsche Nation das allerdringendste Interesse, und eine gute Sache werde dadurch noch nicht schlecht, daß ein schlechter Mann sie in die Hand nehme. „Wenn Louis Napoleon eine große und durch und durch volksmäßige Sache in die Hand nimmt, gerade um sich durch den Wiederhall, den dieselbe im Herzen der Völker findet, einige Pfennige Popularität zu erschleichen, — nun, so verweigere man ihm diese Pfennige und mache so die Leistung, zu der er sich aus persönlichen Zwecken entschließt, unnütz für diese persönlichen Zwecke. Aber wie kann man nach dem gewöhnlichsten gesunden Menschenverstande jetzt selbst das Schwert ziehen wollen gegen jene Sache? Wie kann man jetzt kämpfen wollen gegen das, was man bisher wollte, wünschte, erstrebte?“ Auf der einen Seite habe man einen schlechten Mann mit einer guten Sache. Und auf der anderen Seite eine schlechte Sache und einen — „Nun ja, der Mann? Wie steht es mit dem Manne? Wir wären doch begierig, welche Thaten man Louis Napoleon vorwerfen kann, bei deren Appell Oesterreich nicht sollte antworten können: ja, hier! ... Wenn Louis Napoleon Cayenne hat, hat Oesterreich nicht die Bluthochzeit von Arad, den Galgen der ungarischen Generale? ... Und was nun gar die partikular-deutschen und preußischen Vorwürfe anbetrifft, so liegt es in der Natur der Sache, wessen Wage zentnerschwer zur Erde sinken muß. Robert Blum, Olmütz, Holstein, Bronzell hat Louis Napoleon *nicht* zu verantworten.“ Der österreichische Despotismus sei ein gefährlicherer Feind der demokratischen Entwicklung, als der bonapartistische. Er stelle ein geschlossenes reaktionäres Prinzip dar, während Bonaparte zwar persönlich ein Despot sei, aber durch beständiges Kokettiren mit demokratischen Grundsätzen sich selbst lächerlich und seine Stellung unhaltbar machen müsse.

Eine Schwächung Oesterreichs zu hindern, habe das deutsche Volk um so weniger ein Interesse, als vielmehr die gänzliche Zerschlagung Oesterreichs die erste Vorbedingung der deutschen Einheit sei. Woran bisher die deutschen Einheitsbestrebungen gescheitert seien, das sei die selbständige Weltstellung, welche Oester-

reich, gestützt auf seine außerdeutschen Besitzungen, einnehme. An dem Tage, an dem Italien und Ungarn selbständig wären, seien die zwölf Millionen Deutsch-Oesterreicher dem deutschen Volke wiedergegeben, und erst dann könnten sie sich als Deutsche fühlen, erst dann sei ein einiges Deutschland möglich. Von dem Staatsbegriffe Oesterreich sagt Lassalle, daß er zerfetzt, zerstückt, vernichtet, zermalmt, daß seine Asche in alle vier Winde zerstreut werden müsse. Er verwahrt sich ausdrücklich gegen jede borussische Auslegung dieses Satzes; er spräche nicht in einem spezifisch-preußischen, sondern im rein deutschesten Bewußtsein von der Welt; er würde ebenso sprechen, wenn er Oesterreicher wäre.

Lassalle entwickelt dann ausführlich, weshalb Louis Napoleon nicht an Eroberungen in Italien, und noch viel weniger an einen Krieg um den Rhein denken könne. Beschränkt wie dieser in Europa so allgemein überschätzte Mensch sein möge, werde er nie so thörichten und unausführbaren, seiner ganzen Stellung unangemessenen Eroberungsplänen nachhängen. Das Höchste, wonach er streben könne, sei die Vereinigung Savoyens mit Frankreich. Und durch Sprache, Lage, Gesinnungen und Verkehrsverhältnisse französisch, wäre Savoyens Vereinigung mit Frankreich, die früher oder später doch eintreten müsse, in dem Augenblicke ganz unanstößig, in welchem Deutschland eine diese Vergrößerung aufwiegende Kompensation erhielte.

Gesetzt aber den mehr als unwahrscheinlichen Fall, daß Bonaparte in phantastischen Eroberungsplänen schwelge, welche Ursache läge dann für die Deutschen vor, sich so unanständig zu fürchten? Ein so entsetzliches Zetergeschrei anzustellen, und an Jena zu erinnern? Aehnlich wie Engels vor ihm, verhöhnte Lassalle die angenehmen Patrioten, denen sich in den Tagen von Jena das normale Maß unserer nationalen Kraft darstellte. Und aus übertriebener Furcht werde man tollkühn! Weil man sich fürchte vor dem mindestens höchst ungewissen, höchst unwahrscheinlichen Uebel eines französischen Angriffs auf Deutschland, wolle man ein ungewisses Uebel in ein gewisses, die gefürchtete Wahrscheinlichkeit in eine aktuelle Wirklichkeit verwandeln, indem man zum Angriff gegen Frankreich treibe. Ja, man vergrößere auf diese Weise ein doch nur als möglich gedachtes Uebel, denn es liege auf der Hand, daß Deutschland in der Abwehr eines französischen Angriffs ganz andere Kräfte entwickeln könne und werde, als in einem Invasionskriege gegen Frankreich.

Die Folgen eines Volkskriegs zwischen Deutschland und Frankreich schildert Lassalle mit brennenden Farben. Er hebt ausdrücklich hervor, daß nicht jeder Krieg zwischen beiden Völkern so unheilvolle Folgen haben müsse, obgleich jeder unter allen Umständen ein trauriges Ereigniß sein würde. Ein Krieg, der von beiden Seiten oder auch nur von einer derselben ein wirklicher Kabinetskrieg wäre, also ein Krieg, wie er bis Sedan geführt wurde, würde sie nicht haben. Aber ein Krieg, der für kein nationales Interesse des deutschen Volkes geführt würde, während es zugleich gelänge, die öffentliche Meinung und nationale Gesinnung in Deutschland für ihn zu entflammen, also ein Krieg, wie er nach

Sedan geführt und wie er im Jahre 1859 von angeblich demokratischen Stimmführern betrieben wurde, würde sie haben. „Wie ist es nur möglich, von demokratischer Seite her nicht zu sehen, daß dieser Krieg das kulturfeindlichste Ereigniß wäre, das gedacht werden kann? Das gute Einverständniß — niemals war es mehr an der Zeit dies zu verkünden für Jeden, der nur in etwas den Gang der europäischen Kulturgeschichte zu übersehen vermag, als in dem jetzigen Augenblicke wiederauflebender Franzosenfresserei — das gute Einverständniß zwischen den beiden großen Kulturvölkern, Deutschen und Franzosen, das ist der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorische Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unwiderruflich abhängt! An diesem Punkte hängt nicht nur das Schicksal einer bestimmten Nation — es ist die Lebensfrage der gesammten europäischen Demokratie! Der endlich gebändigte blutdürstige Tiger des Nationalhasses zwischen diesen beiden Völkern wieder aus seiner Höhle geweckt — und auf vielleicht drei Dezennien hinaus ist jeder Kulturschritt geknickt, jede politische Fortbildung gehemmt, jede Verwirrung der Geister ermöglicht, jeder finsteren und macchiavellistischen Kabinetspolitik wieder Thür und Thor geöffnet, und die Barbarei gegenseitiger Eroberungs- und Vernichtungswuth an Stelle der inneren Entwicklung auf die Fahne der Völker geschrieben. Es wäre der weitaus ungeheuerste und unübersehbarste Sieg des reaktionären Prinzips, den dasselbe seit dem März 1848 erfochten!" Ueber die Tiefe und Wahrheit dieser Prophezeiung ein Vierteljahrhundert nach Sedan noch ein Wort zu verlieren, hieße Wasser in die Spree tragen.

Hierin liegt der Schwerpunkt von Lassalles Schrift, und nicht in ihrem letzten Abschnitt, wo er oft gesucht worden ist. Nachdem Lassalle den verhängnißvollen Irrweg beleuchtet hatte, in den die nationale Bewegung eben einlenken wollte, mußte er, um den letzten Stein in seine Beweisführung einzufügen, auch die Frage beantworten, welchen Weg diese Bewegung denn einschlagen solle, wenn sie doch einmal vorhanden war, was Lassalle ebenso anerkannte, wie Marx und Engels. Er kennzeichnete diesen richtigen Weg mit den Worten: „Die einzige, würdige und große, ebenso sehr in den Interessen der deutschen Nation als in denen Preußens gelegene Haltung wäre folgende Sprache Preußens: ‚Revidirt Napoleon die europäische Karte nach dem Prinzip der Nationalitäten im Süden, gut, so thun wir dasselbe im Norden. Befreit Napoleon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein.' Und mit dieser Proklamation unsere Heere gegen Dänemark gesendet." In diesem Kriege könne und werde die Demokratie Preußens Banner tragen. Zaudere die preußische Regierung und thue sie nichts, so würde aber- und abermals bewiesen sein, daß die Monarchie in Deutschland einer nationalen That nicht mehr fähig sei. Verwickle die preußische Regierung endlich ohne die Gefährdung eines nationalen Interesses Deutschland in einen völkerverhetzenden Krieg mit Frankreich, so werde sie die Demokratie sich gegenüber finden.

Die Schrift Lassalles ist durch zwei ebenso weit verbreitete, wie hinfällige Irrthümer in ein falsches Licht gebracht worden. Als nach der Schlacht von Königgrätz ein nationalliberaler Staatsmann nach Trostgründen für sein beunruhigtes Gewissen suchte, gerieth er über Lassalles Schrift und posaunte sofort in die Welt hinaus, die deutsche Politik Bismarcks habe einen gewiß beweiskräftigen Schwurzeugen in dem nationalen Revolutionär Lassalle. Aus diesem parteipolitischen Schachzug ist dann nach und nach die Legende erwachsen, daß Lassalle bei Abfassung seiner Schrift den Zweck gehabt habe, der preußischen Sonderpolitik, die Bismarck später betrieb, die Wege zu bereiten. Indessen genügen wenige Sätze, um das eine wie das andere Hirngespinst zu zerstreuen.

Als im Jahre 1863 der Tod des dänischen Königs die schleswig-holsteinische Frage wieder aufrollte, entstand abermals eine nationale Bewegung, die sich von ihrer Vorgängerin im Jahre 1859 dadurch unterschied, daß sie ein ganz klares Ziel hatte: die Losreißung der Elbherzogthümer von Dänemark oder, was dasselbe sagte, die Zerreißung des Londoner Protokolls vom 8. Juli 1852, worin die Großmächte durch einen eigenmächtigen Gewaltstreich das schleswig-holsteinische Erbfolgerecht zu Gunsten des dänischen Königshauses geändert hatten. Der gemeinsamen Arbeit der groß- und der kleindeutschen Politiker, die sich bei dieser Gelegenheit endlich als die entgegengesetzten Pole derselben bürgerlichen Beschränktheit enthüllten, gelang es nun zwar, der populären Bewegung gegen die dänische Fremdherrschaft ein positives Programm von zweifelhaftem Werthe aufzudrängen. Nämlich die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzogs von Schleswig-Holstein, also die Anerkennung eines Fürstenrechts, dessen Legitimität nicht einmal mehr in jungfräulicher Unschuld strahlte, seitdem es vom Vater des Erbprinzen gegen ein hübsches Sümmchen verschachert worden war. Aber nicht hieran nahm Bismarck Anstoß, oder doch nur insofern Anstoß, als er den Augustenburger zu Gunsten der preußischen Krone zu prellen gedachte. Worauf er mit geballter Faust einschlug, das war der echte Kern der populären Bewegung, die Forderung, das Londoner Protokoll zu zerreißen. Bismarck begann seine nationale Politik damit, diese feierliche Verbriefung deutscher Schande für eine rechtsgiltige Urkunde zu erklären.

In Worten, wie mit der That. Gerade indem Bismarck seine schleswig-holsteinische Politik auf die Thatsache stützte, daß Dänemark die Verpflichtungen *nicht erfüllt habe, die ihm das Londoner Protokoll auferlege, erkannte er dessen* Rechtsbeständigkeit an. Bismarck wollte keine der Großmächte vor den Kopf stoßen, sondern sich zwischen allen mit diplomatischen Ränken durchwinden, um Schleswig-Holstein für die preußische Krone zu ergattern. Er beschwichtigte die österreichische Eifersucht, indem er um Oesterreichs Bundesgenossenschaft warb und der Hofburg eine Hand im Spiele ließ, zur gehörigen Kontrolle der nationalen Bewegung. Er kirrte die russische Eifersucht, indem er sich dem zarischen Despotismus zu Henkersdiensten an dem polnischen Aufstande aufdrängte. Er köderte die französische Eifersucht, indem er den bonapartistischen Appetit nach deutschen

Grenzstrichen durch „dilatorische Verhandlungen“ reizte. Als einigermaßen ernsthafter Gegner blieb nur England übrig, von dem von vornherein feststand, daß es allein nicht mit bewaffneter Hand für Dänemark eintreten würde. Und dennoch — hätte das dänische Kabinet auf den Rath der englischen Diplomatie gehört und sich bereit erklärt, die Einverleibung Schleswigs in die dänische Monarchie rückgängig zu machen, wodurch vornemlich das Londoner Protokoll verletzt worden war, so hätte Bismarcks geniale Politik das glorreiche Ergebniß gehabt, die Elbherzogthümer für immer in dänische Hände zu liefern. Sein getreuester Mameluck unter den preußischen Historikern sagt kopfschüttelnd, es sei ein großes Wagniß Bismarcks gewesen, seine ganze schleswig-holsteinische Politik auf die eine Karte der dänischen Verblendung zu setzen. Bismarck selbst hat später zwar geprahlt, auf diese seiner diplomatischen Kampagnen sei er am stolzesten, aber als ihm das Feuer noch auf den Nägeln brannte, klang es aus einer anderen Tonart. Am Tage nachdem ihm die dänische Hartnäckigkeit ermöglicht hatte, sich von dem Londoner Protokolle loszusagen, schrieb er an einen Freund: „Je länger ich in der Politik arbeite, um so geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen.... Im Uebrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der HErr auch unsere Irrthümer zu unserem Besten zu wenden weiß, das erfahre ich täglich zu heilsamer Demüthigung.“ Muckerische Redensarten gehörten sonst nicht zu Bismarcks Schwächen; wenn er diesmal den HErrn behelligte, so war es ein Stoßseufzer aus tiefstem Herzen.

Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, ob Bismarck in seiner besonderen Lage gerade diese Politik treiben mußte oder ob er auch eine andere Politik hätte treiben können. Soviel ist in jedem Falle klar, daß seine Politik im Jahre 1863 sich von Lassalles Politik im Jahre 1859 unterschied, wie ein reaktionärer Kabinetskrieg von einem revolutionären Volkskriege. Lassalle verlangte gerade, Preußen solle mit einem revolutionären Entschlusse das Londoner Protokoll zerreißen und die Fetzen den europäischen Großmächten ins Gesicht werfen, es solle durch die That beweisen, daß Deutschland endlich fähig sei, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu besorgen. Welch rührende Aehnlichkeit auch, daß Bismarck die Gnade des zarischen Despotismus durch schmutzige Schergendienste an Polen erkaufte, während Lassalle „diesen bösen Geist bannen“ wollte durch die Insurgirung Polens! Genug, Lassalle verlangte denselben revolutionären Volkskrieg um Schleswig-Holstein, den elf Jahre früher die Neue Rheinische Zeitung verlangt hatte. Deshalb ist es auch unrichtig, ihm vorzuwerfen, er habe aus demagogischen Gründen einen Krieg empfohlen, den er gar nicht gewünscht habe, sicher, daß dieser Krieg doch nicht geführt werden würde. Lassalle wünschte diesen Krieg sehr, er wünschte ihn ganz außerordentlich, er wünschte ihn aus denselben Gründen, die ihn, wie er freilich wußte und keineswegs verhehlte, für die preußische Krone unmöglich machten. Denn diese Krone konnte keinen Krieg führen, zu dessen Opfern sie selbst gehört haben würde; sie war

keiner „nationalen That“ fähig, weil jede „nationale That“ damit beginnen mußte, ihr selbst den Prozeß zu machen.

Empfahl also Lassalle nicht die deutsche Politik, die Bismarck später getrieben hat, sondern ihr genaues Gegentheil, so war doch diese Empfehlung durchaus nicht das, worauf es ihm ankam. Lassalle wollte die nationale Bewegung vor einem ungeheuren Fehlgriffe bewahren und stellte dem falschen Ziele, das sie verfolgte, das richtige Ziel entgegen, ohne zu verschweigen, daß praktisch dies Ziel unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht zu erreichen sei. Er sagte den bewegten Massen: wollt ihr nationale Politik treiben, so macht die Fürsten zum Vorspann eurer nationalen Interessen; lassen sie sich dazu nicht gebrauchen, so hütet euch um so mehr, euch zum Vorspann ihrer dynastischen Interessen zu machen.

Lassalle machte dem kleindeutschen Standpunkte so wenig irgend welche Zugeständnisse, wie dem großdeutschen. Auch nicht in der Forderung, Oesterreich zu zertrümmern, was ihm mißverständlicher Weise als „kleindeutsch“ angerechnet worden ist, wie beiläufig auch Engels „kleindeutsch“ gescholten wurde, weil er sich für die österreichische Gewaltherrschaft in Italien nicht zu begeistern vermochte. Die europäische Nothwendigkeit Oesterreichs war gerade das Dogma, aus dem sowohl die kleindeutsche wie die großdeutsche Verkehrtheit erwuchs. Alle Kleindeutschen, von Gagern bis Treitschke, haben die Zertrümmerung Oesterreichs als ein „schreckliches Unglück“ bejammert; eben weil ohne diese Zertrümmerung das ganze Deutschland nicht zu haben war, wollten sie sich mit einem gerupften Deutschland begnügen. In diesem Sinne sagte Lassalle später einmal, alles Kleindeutsche sei reine Feigheit, Furcht vor Ernst, Krieg, Revolution, Republik und ein gutes Stück Nationalverrath; er habe nie in seinem Leben ein Wort geschrieben, das der kleindeutschen Partei zu Gute gekommen wäre. Wenn Marx und mit ganz ähnlichen Worten Engels ausführte, der einzige Umstand, der die staatliche Existenz Oesterreichs seit der Mitte des 18. Jahrhunderts rechtfertige, sei sein hilfloser inkonsequenter feiger, aber zäher Widerstand gegen die Fortschritte Rußlands im östlichen Europa gewesen, so war das genau die Meinung Lassalles. Dieser eine Existenzgrund fiel vollständig hinweg, wenn ein selbständiges Deutschland, ein selbständiges Polen, ein selbständiges Ungarn dem Umsichgreifen des zarischen Despotismus einen noch viel zäheren und um so konsequenteren und kühneren Widerstand entgegensetzen konnten, als der österreichische Zwangsstaat.

In jeder Beziehung war die Taktik Lassalles ehrlich, klar, revolutionär. Und sie war auch richtig. Der historische Verlauf der Dinge ist bekannt. Der seit einigen Monaten zur Regentschaft gelangte Prinz von Preußen schwankte und zauderte; sich der nationalen Bewegung in der Art der savoyischen Dynastie zu bemächtigen, lag ganz außerhalb seines beschränkt-reaktionären Gesichtskreises, und zu einer preußischen Eroberungspolitik auf Kosten Oesterreichs fehlte ihm zwar nicht der Appetit, aber vorläufig die Kourage. Ungewiß, auf welchen der

Stühle er sich setzen solle, die ihm Frankreich und Oesterreich boten, setzte er sich endlich mit großer Vehemenz zwischen beide. Er machte das preußische Heer mobil, was eine halbe Drohung gegen Frankreich, und beanspruchte den selbstständigen Oberbefehl über das deutsche Bundesheer, was eine halbe Drohung gegen Oesterreich war. Unter gleich großem Halloh erklärte die französische Regierung, sie werde von Preußen in ihrer völkerbefreienden Mission gehemmt, und die österreichische Regierung, sie werde von Preußen in der Vertheidigung der heiligsten Güter gehindert. Sie schlossen schleunigst den Frieden von Villafranca, und die preußische Politik war wieder einmal das allgemeine Gespött auf den europäischen Gassen.

Die Sache hatte aber nicht nur eine lächerliche, sondern auch eine ernsthafte Seite. Die österreichische Regierung erklärte offiziös, die Weigerung Preußens, als österreichischer Vasall den Krieg zu führen, habe den Abschluß des Friedens durch die Preisgabe der Lombardei zur gebieterischen Nothwendigkeit gemacht, die treulose Lombardei sei unendlich viel weniger werth, als die Behauptung der österreichischen Vorherrschaft über Deutschland, also die Fortdauer der deutschen Zersplitterung. Damit war erwiesen, daß ein deutscher Volkskrieg gegen Frankreich unter österreichischer Aegide die nationalen Interessen des deutschen Volks aus dem Regen unter die Traufe gebracht hätte, gleichviel ob der bonapartistische oder der habsburgische Despotismus siegte. Der biedere Bonaparte aber erklärte seinem knechtseligen Senat, bei einer Fortsetzung des Krieges hätte er wagen müssen, was ein Fürst nur für die Unabhängigkeit des eigenen Landes wagen dürfe, will sagen, was weit über die Kräfte des Bonapartismus hinausging. Damit war erwiesen, daß diesem Fuchse die Trauben des Rheins zu hoch hingen. Und zu allem Ueberflusse sandte der Zar nach der preußischen Mobilmachung einen Generaladjutanten ins französische Hauptquartier, um auf den Abschluß des Friedens zu drängen. Damit war erwiesen, daß Rußland so wenig wie Frankreich zu dem Weltkriege gerüstet war, ohne den weder der Rhein noch Konstantinopel zu haben waren, daß Deutschland überhaupt nicht ernstlich bedroht gewesen war. Wie Lassalle in seiner Schrift vorhergesagt hatte: Die Thatsachen ermangelten nicht, ihm Recht zu geben.

Im nächsten Jahre sind Marx, Engels und Lassalle noch einmal in besonderen Schriften auf die europäische Krisis von 1859 zurückgekommen. Lassalle wies in seinem Aufsatze über Fichtes politisches Vermächtniß nach, daß die nationale Einheit im Gegensatze zu der Veröfterreicherung oder Verpreußung Deutschlands nur möglich sei als einige und untheilbare Republik. Was die Nation von ihren Fürsten zu erwarten habe, sprach er in aller Höflichkeit, aber auch in aller Deutlichkeit aus, indem er schrieb, es sei geradezu thöricht, die Idealität solcher Entschließung, nämlich die Opferung der dynastischen Interessen zu Gunsten der nationalen Einheit, von Männern zu verlangen, deren geistige Persönlichkeit doch wie die aller anderen ein bestimmtes Produkt ihrer Faktoren in Erziehung, Tradition, Neigung und Geschichte sei, und die dies ebenso wenig leisten könnten,

als es einer von uns leisten würde, wenn seine Bildung und Erziehung ausschließlich durch dieselben Faktoren bestimmt worden wäre.

Marx griff dann in seiner Schrift gegen Karl Vogt auf die Geschichte des Jahres 1859 zurück. Der ehemalige Reichsregent und nunmehrige Soldschreiber Bonapartes hatte ihn mit den nichtswürdigsten Verleumdungen angegriffen, die von der edlen Nationalzeitung begierig aufgefangen und weiter verbreitet worden waren. Die Versuche, die Marx machte, vor den preußischen Gerichten die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu widerlegen, scheiterten an der berühmten Unparteilichkeit der Richter in Berlin. Unter den verächtlichsten Vorwänden versagten sie dem verbannten Revolutionär sein Recht. So nahm sich Marx dies Recht selbst in einem furchtbaren Strafgericht über seine Verleumder, in der wuchtigen Schrift, die Vogts Namen als Titel trug und von Lassalle als ein „meisterhaftes Ding“ begrüßt wurde. Marx berührt in ihr nicht unmittelbar die Streitfrage, die ein Jahr vorher zwischen ihm und Lassalle geschwebt hatte; weshalb nicht, sagt er in der Vorrede mit den Worten: „Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse bemerke ich nur das eine: von Männern, die schon vor 1848 mit einander darin übereinstimmten, die Unabhängigkeit Polens, Ungarns und Italiens nicht nur als ein Recht dieser Länder, sondern als das Interesse Deutschlands und Europas zu vertreten, wurden ganz entgegengesetzte Ansichten aufgestellt über die Taktik, die Deutschland bei Gelegenheit des italienischen Krieges von 1859 Louis Bonaparte gegenüber auszuführen habe. Dieser Gegensatz der Ansichten entsprang aus gegensätzlichen Urtheilen über thatsächliche Voraussetzungen, über die zu entscheiden einer späteren Zeit vorbehalten bleibt. Ich für meinen Theil habe es in dieser Schrift nur mit den Ansichten Vogts und seiner Klique zu thun. Selbst die Ansicht, die er zu vertreten vorgab und in der Einbildung eines urtheilslosen Haufens vertrat, fällt in der That außerhalb der Grenzen meiner Kritik. Ich behandle die Ansichten, die er wirklich vertrat.“ Aber indem Marx den bonapartistischen Ursprung von Vogts Sudelschriften aufdeckt, muß er die Geschichte des Vorjahres analysiren und kommt in dieser heute noch höchst lehrreichen Untersuchung zu Ergebnissen, die thatsächlich der Taktik Lassalles die bedeutendsten Zugeständnisse machen. Marx führt den Nachweis, daß Bonaparte nur einen lokalisirten Krieg habe führen können, fast noch schlagender, als Lassalle ihn geführt hatte.

Aehnlich steht es um die Schrift, die Engels über Savoyen, Nizza und den Rhein herausgab. So legt Engels dar, daß Louis Napoleon nur ein Werkzeug in der Hand des Zarismus gewesen sei, der zum Frieden von Villafranca gedrängt habe, weil ihm die immer noch nicht überwundene Erschöpfung des Landes, die Gährung in Russisch-Polen, der Widerstand des Adels gegen die Aufhebung der Leibeigenschaft einen auswärtigen Krieg unmöglich gemacht habe. Je richtiger dies alles war, um so mehr hatte es mit der Gefährdung Deutschlands durch die bonapartistisch-zaristische Koalition im Vorjahre seine guten Wege gehabt. In ihrem Kerne war die Schrift von Engels eine wieder sehr

bedeutende militärwissenschaftliche Abhandlung über die Stärke der militärischen Position, die sich der Bonapartismus durch die Annexion Savoyens und Nizzas verschafft hatte, und diese wichtige Frage hatte Lassalle in seiner Schrift allerdings kaum gestreift.

Ueberhaupt zeigt sich bei einem Rückblick über die ganze Kontroverse, daß Marx und Engels die europäische Politik in tieferem und weiterem Zusammenhange erfaßten, als Lassalle. Aber in dem einen Punkte, in dem er von ihrer Auffassung abwich, sah Lassalle klarer und schärfer, und es war der für Deutschland entscheidende Punkt.

Neuntes Kapitel.

Der preußische Verfassungsstreit.

I. Die Neue Aera und das Ministerium Bismarck.

Die Ereignisse des Jahres 1859 übten eine starke Rückwirkung auf die deutschen und besonders die preußischen Zustände aus. Sie zerstörten die idyllischen Hoffnungen, womit die Regentschaft des Prinzen von Preußen begrüßt worden war.

Man macht sich heute schwer einen Begriff von dem Jubel, den die bürgerliche Klasse dem sechzigjährigen Manne entgegenbrachte, der bis zum Jahre 1848 als der starrste Vertreter des Absolutismus gegolten und diesen Ruf in der Revolution vollauf gerechtfertigt hatte. Ihm selbst läßt sich nicht einmal der Vorwurf machen, daß er eine liberale Gesinnung geheuchelt habe, die er nicht besaß. In dem Programm, womit er die Regentschaft übernahm, erklärte er ausdrücklich, daß von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmer die Rede sein könne, sondern daß nur da, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeige, die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden solle. Aber auch an diese Flickerei ging das liberale Ministerium nicht. Alles blieb beim Alten, ganz so wie es unter Manteuffel gewesen war; der einzige Unterschied bestand darin, daß die neuen Rathgeber der Krone sich persönlich frei von Korruption hielten und auf allzu boshafte Chikanirungen der getreuen Unterthanen verzichteten. Mit politischer Ehrlichkeit hatte ihre persönliche Ehrlichkeit nichts gemein. Als der junge Schriftsteller Wilhelm Eichhoff in tapferen Flugschriften einige Zipfel des Schleiers lüftete, welcher die unergründliche Verrottung des Polizeistaats bedeckte, als sich sogar am Berliner Kammergerichte ein Staatsanwalt fand, der gleichviel aus welchen Beweggründen den Lumpen Stieber wegen der schwersten Amtsverbrechen anzuklagen wagte, da ließ man zwar Stieber, den gefügige Gerichte freigesprochen hatten, gegen ein gutes Wartegeld im Hintergrunde verschwinden. Aber auch der Staatsanwalt mußte vom Platze, der ihn angeklagt hatte, und Eichhoff wurde von denselben

gefügigen Gerichten zu hohen Gefängnißstrafen verurtheilt wegen der „Beleidigungen", die er Stiebers zerbrechlicher Ehre zugefügt hatte. Im Exil büßte er seinen Glauben an preußische Gerechtigkeit unter liberaler Herrschaft.

Dem Junkerthum, das sich trotzig im Herrenhause verschanzt hatte, wagten die liberalen Minister kein Haar zu krümmen, und ebenso wenig der Bureaukratie, von der nur zwei oder drei Beamte, die den Prinzen von Preußen allzu heftig angeärgert hatten, über die Klinge springen mußten. Bei den Wahlen zum Landtage, die gleich nach Beginn der Regentschaft stattfanden, bekämpften dieselben Landräthe, die unter dem Ministerium Manteuffel das System der ministeriellen Kandidaturen mit unvergleichlicher Virtuosität gehandhabt hatten, eben dies System als fluchwürdige Einschränkung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit, und das Ministerium that so, als ob es in konstitutioneller Unschuld den blutigen Hohn nicht verstände.

Um so mehr entrüstete sich der Liberalismus aller Schattirungen über einen solchen Mangel königstreuer Gesinnung, und er hatte auch volles Recht dazu. Denn er selbst bekundete, daß ihm diese Gottesgabe in überreichlichem Maße beschieden war. In allen Tonarten des Jubels feierte er die „Neue Aera", obgleich oder auch weil er wußte, daß wie Walesrode spottete, nicht von Verfassungs-, sondern von Prinzregentswegen in Preußen ein wenig konstitutionell regiert werden sollte, daß die Auerswald, Patow, Schwerin nicht wegen ihres Liberalismus, sondern wegen der Harmlosigkeit ihres Liberalismus zu Ministern berufen worden waren, daß ihr Reginient im günstigsten Falle bloß ein Amendement zum Regiment Manteuffel war. Die Steuerverweigerer von 1848 gaben sofort die politische Obstruktion auf und gingen — mit wenigen Ausnahmen — in ihrer patriotischen Aufopferung so weit, die Dreiklassenwahl, um derentwillen sie sich neun Jahre lang in den Schmollwinkel zurückgezogen hatten, als das kostbarste Kleinod des Konstitutionalismus in ihr Herz zu schließen. Und indem sie sich zum Wählen entschlossen, erklärten sie sich selbst für unwählbar. Waldeck, Rodbertus, Schulze-Delitzsch lehnten Kandidaturen ab, um durch Abgeordnete von ihrer Vergangenheit den liberalen Ministern, gegenüber der Rückschrittspartei, keine Schwierigkeiten zu bereiten; die braven Männer thaten so, als ob sie 1848 wirklich die politischen Brandstifter und Königsmörder gewesen seien, als welche sie Manteuffel mit boshafter Ironie an die Wand gemalt hatte. Selbst Johann Jacoby lehnte eine Kandidatur ab, pries das „wahrhaft männliche, verfassungstreue Auftreten" des Regenten und erklärte es für seine „volle innige Ueberzeugung", daß es in der ganzen demokratischen Partei nicht einen Einzigen gebe, der für Preußen eine andere als monarchische Staatsform zu wollen, geschweige zu erstreben sich nur im Traume einfallen ließe. Wenn er auch als weißer Rabe am „gleichmäßigen Wahlrecht" festhielt, so protestirte er doch dagegen, daß er es dabei auf eine „Abschlagszahlung", auf eine „sofort zu erfüllende Forderung", auf ein „ungebührliches Drängen", auf eine „festgesetzte Zeit oder gestellte Bedingung" abgesehen habe. In gleichem Sinne erklärte die Volkszeitung,

bedeutende militärwissenschaftliche Abhandlung über die Stärke der militärischen Position, die sich der Bonapartismus durch die Annexion Savoyens und Nizzas verschafft hatte, und diese wichtige Frage hatte Lassalle in seiner Schrift allerdings kaum gestreift.

Ueberhaupt zeigt sich bei einem Rückblick über die ganze Kontroverse, daß Marx und Engels die europäische Politik in tieferem und weiterem Zusammenhange erfaßten, als Lassalle. Aber in dem einen Punkte, in dem er von ihrer Auffassung abwich, sah Lassalle klarer und schärfer, und es war der für Deutschland entscheidende Punkt.

Neuntes Kapitel.

Der preußische Verfassungsstreit.

I. Die Neue Aera und das Ministerium Bismarck.

Die Ereignisse des Jahres 1859 übten eine starke Rückwirkung auf die deutschen und besonders die preußischen Zustände aus. Sie zerstörten die idyllischen Hoffnungen, womit die Regentschaft des Prinzen von Preußen begrüßt worden war.

Man macht sich heute schwer einen Begriff von dem Jubel, den die bürgerliche Klasse dem sechzigjährigen Manne entgegenbrachte, der bis zum Jahre 1848 als der starrste Vertreter des Absolutismus gegolten und diesen Ruf in der Revolution vollauf gerechtfertigt hatte. Ihm selbst läßt sich nicht einmal der Vorwurf machen, daß er eine liberale Gesinnung geheuchelt habe, die er nicht besaß. In dem Programm, womit er die Regentschaft übernahm, erklärte er ausdrücklich, daß von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmer die Rede sein könne, sondern daß nur da, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeige, die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden solle. Aber auch an diese Flickerei ging das liberale Ministerium nicht. Alles blieb beim Alten, ganz so wie es unter Manteuffel gewesen war; der einzige Unterschied bestand darin, daß die neuen Rathgeber der Krone sich persönlich frei von Korruption hielten und auf allzu boshafte Chikanirungen der getreuen Unterthanen verzichteten. Mit politischer Ehrlichkeit hatte ihre persönliche Ehrlichkeit nichts gemein. Als der junge Schriftsteller Wilhelm Eichhoff in tapferen Flugschriften einige Zipfel des Schleiers lüftete, welcher die unergründliche Verrottung des Polizeistaats bedeckte, als sich sogar am Berliner Kammergerichte ein Staatsanwalt fand, der gleichviel aus welchen Beweggründen den Lumpen Stieber wegen der schwersten Amtsverbrechen anzuklagen wagte, da ließ man zwar Stieber, den gefügige Gerichte freigesprochen hatten, gegen ein gutes Wartegeld im Hintergrunde verschwinden. Aber auch der Staatsanwalt mußte vom Platze, der ihn angeklagt hatte, und Eichhoff wurde von denselben

gefügigen Gerichten zu hohen Gefängnißstrafen verurtheilt wegen der „Beleidigungen“, die er Stiebers zerbrechlicher Ehre zugefügt hatte. Im Exil büßte er seinen Glauben an preußische Gerechtigkeit unter liberaler Herrschaft.

Dem Junkerthum, das sich trotzig im Herrenhause verschanzt hatte, wagten die liberalen Minister kein Haar zu krümmen, und ebenso wenig der Bureaukratie, von der nur zwei oder drei Beamte, die den Prinzen von Preußen allzu heftig angeärgert hatten, über die Klinge springen mußten. Bei den Wahlen zum Landtage, die gleich nach Beginn der Regentschaft stattfanden, bekämpften dieselben Landräthe, die unter dem Ministerium Manteuffel das System der ministeriellen Kandidaturen mit unvergleichlicher Virtuosität gehandhabt hatten, eben dies System als fluchwürdige Einschränkung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit, und das Ministerium that so, als ob es in konstitutioneller Unschuld den blutigen Hohn nicht verstände.

Um so mehr entrüstete sich der Liberalismus aller Schattirungen über einen solchen Mangel königstreuer Gesinnung, und er hatte auch volles Recht dazu. Denn er selbst bekundete, daß ihm diese Gottesgabe in überreichlichem Maße beschieden war. In allen Tonarten des Jubels feierte er die „Neue Aera“, obgleich oder auch weil er wußte, daß wie Walesrode spottete, nicht von Verfassungs-, sondern von Prinzregentswegen in Preußen ein wenig konstitutionell regiert werden sollte, daß die Auerswald, Patow, Schwerin nicht wegen ihres Liberalismus, sondern wegen der Harmlosigkeit ihres Liberalismus zu Ministern berufen worden waren, daß ihr Reginient im günstigsten Falle bloß ein Amendement zum Regiment Manteuffel war. Die Steuerverweigerer von 1848 gaben sofort die politische Obstruktion auf und gingen — mit wenigen Ausnahmen — in ihrer patriotischen Aufopferung so weit, die Dreiklassenwahl, um derentwillen sie sich neun Jahre lang in den Schmollwinkel zurückgezogen hatten, als das kostbarste Kleinod des Konstitutionalismus in ihr Herz zu schließen. Und indem sie sich zum Wählen entschlossen, erklärten sie sich selbst für unwählbar. Waldeck, Rodbertus, Schulze-Delitzsch lehnten Kandidaturen ab, um durch Abgeordnete von ihrer Vergangenheit den liberalen Ministern, gegenüber der Rückschrittspartei, keine Schwierigkeiten zu bereiten; die braven Männer thaten so, als ob sie 1848 wirklich die politischen Brandstifter und Königsmörder gewesen seien, als welche sie Manteuffel mit boshafter Ironie an die Wand gemalt hatte. Selbst Johann Jacoby lehnte eine Kandidatur ab, pries das „wahrhaft männliche, verfassungstreue Auftreten“ des Regenten und erklärte es für seine „volle innige Ueberzeugung“, daß es in der ganzen demokratischen Partei nicht einen Einzigen gebe, der für Preußen eine andere als monarchische Staatsform zu wollen, geschweige zu erstreben sich nur im Traume einfallen ließe. Wenn er auch als weißer Rabe am „gleichmäßigen Wahlrecht“ festhielt, so protestirte er doch dagegen, daß er es dabei auf eine „Abschlagszahlung“, auf eine „sofort zu erfüllende Forderung“, auf ein „ungebührliches Drängen“, auf eine „festgesetzte Zeit oder gestellte Bedingung“ abgesehen habe. In gleichem Sinne erklärte die Volkszeitung,

das damals radikalste Blatt, die Kardinalfrage der Demokratie, das allgemeine gleiche Wahlrecht, sei auf Jahre hinaus vertagt. Es war ein Vertrauensdusel sonder Gleichen, in welchem nur sehr wenige bürgerliche Demokraten, wie Waldesrode und Ziegler, einen klaren Kopf behielten.

So fielen denn die Wahlen trotz aller landräthlichen Agitationen zu Gunsten des Ministeriums aus. Unter 352 Abgeordneten besaß es 263 Anhänger, deren Mehrheit sich, geleitet von dem westfälischen Freiherrn v. Vincke, einem schwatzhaften Rechtsbodenschwindler schon vom Vereinigten Landtage her, stramm zusammenschloß. Damit hatte der Liberalismus freie Bahn, aber ehe er sie betreten konnte, brach der Krieg von 1859 herein, der dem Prinzregenten den einzigen Nimbus abstreifte, auf den sich mit einigem Scheine von Recht sein liberaler Ruf gründete. Viel schlimmer, als er die preußische Politik in dem französisch-österreichischen Kriege blamirte, hätte sein romantischer Bruder sie auch nicht blamiren können. Der allgemeine Katzenjammer, worin die nationale Bewegung endete, machte sich in einem allgemeinen Hader Luft; Nord- und Süddeutsche, Katholiken und Protestanten, Demokraten und Konstitutionelle zankten mit einander. Da aber Keiner der Zankenden die Hand an die Wurzel des Uebels legen wollte, an die dynastische Vielherrschaft in Deutschland, so stieg aus dem brodelnden Hexenkessel nur ein Gespenst empor, oder richtiger das Gespenst eines Gespenstes, die selige Reichsverfassung von 1849.

Um sie scharte sich der Nationalverein, der im Herbste 1859 entstand und seinen stärksten Stützpunkt in der Bourgeoisie der Mittel- und Kleinstaaten hatte. Präsident war der hannöversche Liberale v. Bennigsen. Aus allen weitläufigen Redensarten herausgeschält, forderte das Programm des Vereins die deutsche Einheit im Bourgeoissinne. Der Nationalverein wollte namentlich die Gothaer und die Steuerverweigerer, die Konstitutionellen und die Demokraten in der höheren Einheit der materiellen Bourgeoisinteressen verschmelzen. Wie er von ihnen die Preisgabe aller Ideologien verlangte, so machte er auch nicht viel Federlesen mit den Ideologien der Reichsverfassung. Hauptsache war eine starke Zentralgewalt und statt des Bundestages ein deutsches Parlament, zur Erreichung dieser Zwecke aber die Initiative Preußens. Da der Augenblick möglichst schlecht gewählt war, um die „preußische Spitze" als Retterin Deutschlands zu proklamiren, so wurden noch einige Vorbehalte in dem Sinne gemacht, daß die preußische Regierung sich der ihr zugedachten Ehre würdig zu erweisen habe. Aber so gewiegte Diplomaten wie Herr v. Bennigsen erweckten die Hoffnung, daß sie mit sich reden lassen würden, wenn Preußen in dem deutschen Chaos nur erst das Maß von Ordnung schuf, dessen die Klasseninteressen der Bourgeoisie bedurften. Der Nationalverein war auf politischem Gebiete dieselbe Seuche, wie der Volkswirthschaftliche Kongreß auf ökonomischem Gebiete.

In Preußen selbst drängten inzwischen nähere Sorgen. Nachdem die erste Session der neuen Landtagsperiode im Jahre 1859 unter dem Drucke der europäischen Krisis ohne Ergebnisse verflossen war, kam das liberale Ministerium

1860 in der zweiten Session mit seiner ersten großen Maßregel hervor, mit der Forderung einer umfassenden Heeresreform, die den Staatshaushalt mit einer jährlichen Mehrausgabe von ziemlich zehn Millionen Thaler belastete. Um sie gruppirten sich einige bescheidene Reformgesetze über die Zivilehe, eine neue Kreisordnung, eine gesetzliche Eintheilung der Wahlbezirke; der wichtigste dieser Entwürfe betraf die Aufhebung der feudalen Grundsteuerbefreiungen, wodurch hauptsächlich die Kosten der Militärreorganisation aufgebracht werden sollten.

Begründet wurde die Heeresreform, hinter der, wie alle Welt wußte, der Prinzregent persönlich stand, durch die Erfahrungen der Mobilmachung von 1859. Und insoweit besaß sie Hand und Fuß. Die schweren Schäden, die das Heer unter der Finanzklemme des vormärzlichen Absolutismus erlitten hatte, waren bereits nach der Mobilmachung von 1850 hervorgetreten und unter Manteuffel großentheils beseitigt worden. Die neueste Mobilmachung hatte aber gezeigt, daß die alte, rein defensive Landwehrverfassung überlebt und dem Kampfe mit den modernen Heeren nicht mehr gewachsen war. Darüber gab es keine ernsthafte Meinungsverschiedenheit. Vom militär-technischen Standpunkt aus ließ sich auch gegen die Art der Reorganisation nicht viel einwenden, und ebenso wenig von demjenigen bürgerlich-liberalen Standpunkte aus, der in dem preußischen Heere das Schwert sah, das die deutsche Einheit schmieden sollte. Die Vorlage der Regierung machte die allgemeine Wehrpflicht, die einzige demokratische Einrichtung, die in Preußen bestand, wenn auch nur auf dem Papiere bestand, zur annähernden Wahrheit; ihre Forderung, jährlich 63000, statt wie bisher 40000 Rekruten auszuheben, entsprach fast genau der Vermehrung der Bevölkerung von 1815 bis 1860; da der Reichthum Preußens inzwischen noch stärker angewachsen war, als seine Bevölkerung, und die anderen europäischen Großstaaten ihre Heere in demselben Zeitraum in weit höherem Maße verstärkt hatten, so war diese Vermehrung nicht zu hoch gegriffen. Es war auch unzweifelhaft, daß die Kriegstüchtigkeit des Heeres beträchtlich gesteigert werden mußte, wenn die Dienstzeit in der Linie von 5 auf 7 Jahre erhöht — 3 Jahre bei der Fahne und 4 Jahre in der Reserve —, dagegen die Verpflichtung zum zweiten Aufgebot der Landwehr entsprechend abgekürzt wurde. Nur gegen die dreijährige Dienstzeit bei der Fahne, die gesetzlich noch galt, obgleich seit den dreißiger Jahren die zweijährige Dienstzeit thatsächlich bestanden hatte, ließ sich der berechtigte Einwand erheben, daß sie nicht aus technisch-militärischen, sondern aus reaktionär-politischen Gründen gefordert würde.

Bis dahin kam die Heeresreform den Wünschen der liberalen Bourgeoisie entgegen, die sich endlich darüber klar geworden sein mußte, daß die von ihr gemeinte Einheit ohne ein schlagkräftiges preußisches Heer nicht zu haben war. Aber wer gab ihr eine Bürgschaft dafür, daß die Waffe, welche sie schärfen sollte, auch für ihre Zwecke gehandhabt werden würde? Der Prinzregent gewiß nicht. Hatte er sich in der Krise von 1859 schwankend und unentschlossen gezeigt, so kehrte er jetzt sogar das verschrumpfteste Legitimitätsprinzip hervor

wie die Verdrießlichkeit des Königs. Eine kleine Zahl ostpreußischer Abgeordneter, von Vincke als Junglithauen verhöhnt, hatte sich schon im Landtage selbst gegen die halb lächerliche, halb verächtliche Politik der Mehrheit aufgelehnt; nach Schluß der Session trat sie mit alten Achtundvierzigern, die bisher eine Wahl abgelehnt hatten, zu einer geschlossenen Organisation für die neuen Wahlen zusammen. Am 9. Juni 1861 wurde das Programm der neuen Partei veröffentlicht. Sie taufte sich mit dem verschämten Namen der deutschen Fortschrittspartei und hatte auch allen Grund, den ehrlichen Namen der Demokratie zu verschmähen. Ihre Grundsätze hielten sich ganz in den Grenzen des beschränkten bürgerlichen Liberalismus; demokratische Forderungen, die neben der Bourgeoisie auch das Proletariat berücksichtigt hätten, wurden mit vielsagendem Stillschweigen übergangen. So in erster Reihe das allgemeine Wahlrecht, das in den Vorberathungen nach einigem Widerstande von Berlin, Königsberg und Köln her abgemeuchelt worden war; dann aber auch Preß- und Vereinsfreiheit, deren reaktionären Verstümmelungen das Programm der neuen Partei mit keiner Silbe den Krieg erklärte. Es wollte nur der bürgerlichen Klasse die Handhabung dieser Manteuffeleien sichern, indem es „Wiederherstellung der Kompetenz der Geschworenen für politische und Preßvergehen" verlangte.

Alle Hauptsätze des Programms: Treue gegen den König und die Verfassung, feste Einigung Deutschlands, die ohne eine starke Zentralgewalt in den Händen Preußens und ohne gemeinsame deutsche Volksvertretung nicht gedacht werden könne, Reform des Herrenhauses, Ministerverantwortlichkeit, Beschränkung der bureaukratischen Allmacht, Beseitigung der gutsherrlichen Polizei, größte Sparsamkeit im Militärwesen, zweijährige Dienstzeit, Entfesselung der wirthschaftlichen Kräfte und Aehnliches mehr, waren einseitige Forderungen der Bourgeoisie, die ihre Spitzen gegen die Bureaukratie und den Feudalismus richteten; selbst die bescheidensten Ansprüche der arbeitenden Klasse wurden mit trockener Unverschämtheit übersehen, als wären sie nicht da. Im Wesen der Sache unterschied sich die neue Partei nicht von der Fraktion Vincke, der sie auch nur vorwarf, nicht genug gethan zu haben; sie wollte etwas mehr „drängeln", sonst aber dem Ministerium der neuen Aera keineswegs „prinzipielle Opposition" machen. Diejenigen alten Achtundvierziger, die sich noch mit einigem Recht hatten Demokraten nennen dürfen, sträubten sich denn auch, das neugeborene Kindlein aus der Taufe zu heben; die Namen Bucher, Rodbertus, Ziegler und selbst Waldeck fehlten unter dem Programm. Von den Führern der ehemaligen Nationalversammlung hatten nur Unruh und Schulze-Delitzsch unterzeichnet, von den neuen politischen Größen, die mit ihnen unterschrieben hatten, that sich namentlich der Professor Virchow hervor, den sein auf fachwissenschaftlichem Gebiete erworbener Ruhm nicht hinderte, an bürgerlicher Beschränktheit mit dem ersten besten Weißbierphilister erfolgreich zu wetteifern.

Harmlos wie die neue Partei im Grunde war, ließ ihr Entstehen vor den Augen des geängstigten Königs, der den 18. März in seinem Gedächtniß

behalten hatte, Barrikaden aus der Erde wachsen. Er redete wie im Fieber von „Bestrebungen", welche die „früheren unseligen Wirren" hervorrufen könnten. Als Gegenzug erließ er am 3. Juli ein Manifest, worin er verkündete, daß er durch eine feierliche Krönung in Königsberg von dem geheiligten und in allen Zeiten unvergänglichen Rechte der Krone von Gottes Gnaden Zeugniß ablegen wolle. Das war ganz der Stil Friedrich Wilhelms IV; nur daß der Vorgänger sich auf solche Mummereien besser verstand als der Nachfolger. Der geistreiche Romantiker hatte bei derartigen Gelegenheiten doch immer dies oder jenes schimmernde Wort gefunden, der nüchterne Drillmeister platzte mit den plumpsten Herausforderungen hervor. Bei der Krönung haranguirte er das Heer gegen alle Feinde, „von welcher Seite sie kommen mögen", schnarrte er die Vertreter des Landtags an, daß die „Krone nur von Gott komme", daß er sie „vom Tische des HErrn nehmen und auf Sein Haupt setzen" werde. Er fügte hinzu, daß der Landtag „der Krone zu rathen" habe, und er milderte nicht, sondern verschärfte diese gegen die verfassungsmäßigen Befugnisse des Landtags gerichtete Spitze durch das gnädig herablassende Versprechen, Er werde auf diesen „Rath hören". So floß den Wählern mehr und mehr die Milch der frommen Denkungsart über. In den neuen Wahlen gewann die Fortschrittspartei auf einen Schlag 161 Mandate. Die bisherige ministerielle Mehrheit mußte sich mit 95 Sitzen bescheiden, die zumeist ihren entschiedeneren Mitgliedern zufielen; statt Vincke, der nicht wiedergewählt worden war, übernahm ihre Leitung Grabow, der ehemalige Präsident der Nationalversammlung, der ziemlich stark zur Fortschrittspartei neigte und jetzt auch zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde.

Nach so großen Erfolgen „drängelte" diese Partei denn auch tapfer darauf los, als der Landtag im Januar 1862 einberufen wurde. Zunächst beschloß sie, mit dem bisher ganz illusionären Budgetrechte des Abgeordnetenhauses einigen Ernst zu machen. Seit Manteuffels Zeit hatte sich der Unfug eingenistet, dem im Anfange jedes Jahres zusammentretenden Landtag erst den Etat des laufenden Jahres vorzulegen, der also immer schon verausgabt wurde, während ihn das Abgeordnetenhaus berieth, und ferner ihn in einigen großen Summen auszuwerfen, unter deren weitem Deckmantel die Minister allerlei Mogeleien gegen die Absicht der Volksvertretung treiben konnten. Jener Uebelstand ließ sich für den Augenblick nicht beseitigen, wohl aber dieser, und der fortschrittliche Abgeordnete Hagen brachte einen Antrag auf größere Spezialisirung des Budgets ein, der am 6. März mit 171 gegen 143 Stimmen angenommen wurde. In hoher Entrüstung über dieses „Mißtrauensvotum" löste das liberale Ministerium das Haus auf, trollte sich dann aber selbst in seines Nichts durchbohrendem Gefühle nach einigen Tagen. So ruhmlos, wie sie gelebt hatte, starb die Neue Aera.

Darauf berief der König ein reaktionäres Ministerium. Es bestand zumeist aus bureaukratischen und feudalen Nullen; seine Seele war neben dem Kriegsminister von Roon der bisherige Handels- und nunmehrige Finanzminister von der Heydt, der sich mit der dreisten Gottesfurcht des Wupperthaler Muckers

durch die Neue Aera von der alten zu der neuen Manteuffelei durchgeschlängelt hatte. Nun entbrannte eine hitzige Wahlschlacht. Die Reaktion sammelte sich um das Banner: Königthum oder Parlament?, versprach sich aber mit Recht so geringe Zugkraft von dieser erhebenden Devise, daß sie daneben Peitsche und Zuckerbrot gleich wacker handhabte. Schamlosere Wahlbeeinflussungen, als sie jetzt für die Krone von Gottes Gnaden eingesetzt wurden, hatte selbst die Aera Manteuffel nicht gesehen; daneben aber wurden Steuernachlässe und Beschränkung des Militäretats versprochen und besonders auch die Erfüllung der Forderungen, um derentwillen das Abgeordnetenhaus eben aufgelöst worden war: die rechtzeitige Vorlegung und die Spezialisirung des Etats. Dagegen erhob die Fortschrittspartei das betäubende Geschrei, die Verfassung sei eben daran, vom Teufel geholt zu werden, und die Wähler gaben ihr eine eklatante Genugthuung. In den Maiwahlen von 1862 siegte sie auf der ganzen Linie mit etwa 250 Mandaten. Die Fraktion Grabow löste sich gänzlich auf; ein Theil von ihr ging zur Fortschrittspartei über, während ein anderer Theil als melancholische Ruine der ehemaligen Gothaer Herrlichkeit eine gleichgiltige Winkelexistenz fortführte. Die feudale Partei war noch mehr zusammengeschrumpft, sie zählte knapp ein Dutzend Mitglieder.

Jedoch erfüllte sich die anfängliche Hoffnung der Fortschrittspartei nicht, daß dieser Ausfall der Wahlen genügen werde, um das reaktionäre Ministerium von der Bildfläche zu fegen. Sobald der Landtag im Mai einberufen worden war, mußte sie sich über ihre fernere Taktik entscheiden. Ihre nächsten Forderungen waren erfüllt: der Etat für 1862 wurde spezialisirt, der Etat für 1863 rechtzeitig eingebracht, auch hielt die Regierung ihr Versprechen, die Militärausgaben einzuschränken und die Steuerlast zu mindern. Die Fortschrittspartei hatte sich jetzt über die Frage zu entschließen, ob sie die Kosten für die Heeresreform, die von der Regierung in die ordentlichen Ausgaben des Etats für 1862 eingestellt worden waren, genehmigen wolle oder nicht. Nachgerade sah die Fortschrittspartei ein, daß die von ihr geforderte Einigung Deutschlands unter der preußischen Pickelhaube ohne die Heeresreform nicht zu erreichen sei. Aus ihrer eigenen Mitte wurde sie davor gewarnt, Beschlüsse zu fassen, welche sie selbst nicht ausgeführt sehen wolle: so sprach namentlich der Berliner Stadtrichter Karl Twesten, der sich durch eine scharfe, zuletzt mit der Pistole ausgefochtenen Fehde gegen den Chef des Militärkabinets einen politischen Namen gemacht hatte und von dem Verdacht allzu großer Militärfrömmigkeit frei war. Zudem waren die Ausgaben, um die es sich handelte, für das Jahr 1862 zum großen Theile schon gemacht worden, und die Regierung konnte sich darauf berufen, daß sie zweimal vom Landtage bewilligt worden seien. Sie dennoch nachträglich streichen, hieß das Ministerium so zu sagen gewaltsam zum Bruche der Verfassung treiben. Diesen bedachtsamen Erwägungen kamen ähnliche Erwägungen im Schooße der Regierung entgegen. Heydt war bei aller politischen Gesinnungslosigkeit ein viel zu eingefleischter Bourgeois, um nicht auf die wachsenden Militärkosten mit scheelem

Auge und auf die Gefahr eines budgetlosen Regiments mit aufrichtigem Grauen zu blicken.

Einen Augenblick schien es, als ob ein Kompromiß auf der Grundlage der zweijährigen Dienstzeit gelingen werde. Die Fortschrittspartei verfuhr dabei von ihrem Standpunkt aus ganz konsequent. Jedermann wußte, daß die zweijährige Dienstzeit für die Kriegstüchtigkeit des Heeres ausreiche, ja daß sie in den Rahmen der Reorganisation weit besser passe, als die dreijährige; das dritte Dienstjahr sollte nur den „soldatischen Geist" wecken, ohne den das Heer für Staatsstreichzwecke unbrauchbar wurde. Gab die Krone in diesem Punkte nach, so hatte das Abgeordnetenhaus einen wesentlichen Erfolg zu verzeichnen, und die Fortschrittspartei brachte den Wählern eine beträchtliche Erleichterung der Militärlast als Morgengabe entgegen.

Aber was ihr die Eule war, das war dem Könige die Nachtigall. Im Ministerrathe erklärte er, daß er lieber abdanken, als die dreijährige Dienstzeit preisgeben werde. Nach einem offiziösen Biographen des Königs soll der Widerstand der Minister noch weiter gegangen und die Krone wirklich dem Kronprinzen angeboten worden sein, der sie jedoch mit der Begründung abgelehnt habe, daß ein preußischer König, der mit einer Kränkung des „soldatischen Geistes" beginne, eine haltlose Stellung haben werde. Eine Anekdote, die wenn sie nicht wahr sein sollte, im Geiste der damaligen und auch heutigen Situation gut erfunden worden ist. Jedenfalls kehrte der Kriegsminister wieder die rauhe Seite gegen das Abgeordnetenhaus heraus und der Finanzminister gebrauchte als letztes verzweifeltes Mittel die Drohung, wenn das Haus nicht nachgebe, werde etwas geschehen, was nicht ausdrücklich in der Verfassung geschrieben stehe. Damit erzielte er natürlich nicht die gewünschte, eher die entgegengesetzte Wirkung. Die Hartnäckigkeit des Königs machte jedes weitere Ausweichen unmöglich. Am 23. September 1862 stellte das Abgeordnetenhaus die Kosten der Heeresreform unter die außerordentlichen Ausgaben des Etats für 1862 und strich sie dann mit großer Mehrheit. Darauf entließ die Krone den Finanzminister und berief Bismarck, den preußischen Botschafter in Paris, als leitenden Minister nach Berlin.

Bismarck stammte aus einem verarmten Junkergeschlechte der Altmark, das seinen Stammbaum bis ins 14. Jahrhundert auf einen bürgerlichen Patrizier der damals reichen Stadt Stendal zurückführte. Zu höherer Ehre des Kulturkampfs hat Bismarck später aus diesem Ahnherrn eine Art vorspukenden Genius zurechtgeflunkert; er behauptete, daß der Biedermann wegen seiner Händel mit der katholischen Klerisei aus Stendal vertrieben worden sei. Spürte er wirklich atavistische Regungen in sich, so hätte er sie nicht auf religiösem Gebiete suchen sollen. Von wegen der katholischen Klerisei hätte weiland Nikolaus Bismarck ruhig in Stendal leben und sterben können. Was ihn für immer aus seiner Vaterstadt trieb, war ein Aufruhr der Zünfte, den er nebst einigen Genossen durch harte Bedrückung des gemeinen Mannes und eigensüchtige Plünderung des Stadtsäckels erregt hatte. Indessen hatte er sich mit dem ungerechten Mammon

gute Freunde zu machen gewußt, und der damals wittelsbachische Kurfürst, der bei ihm tief in der Kreide steckte, gab ihm ein Burglehen und nahm ihn in die Reihen des altmärkischen Kleinadels auf. Derartige Karrieren waren im 14. Jahrhundert nicht ganz so häufig, wie heutzutage, und der Ahnherr derer von Bismarck ist zweifellos ein sehr geriebener Geschäftsmann gewesen. Die von ihm erworbenen Güter wurden dann um ihrer trefflichen Jagdgründe willen der Familie Bismarck im 16. Jahrhundert von den damaligen Hohenzollern abgedrungen, gegen eine Entschädigung aus geraubtem Kirchen- und Klostergut. Die Frage, ob die Bismarcke dabei von ihrer rechtsmäßigen Landesherrschaft übers Ohr gehauen worden seien, hat der berühmteste Sproß der Familie mit großer Entschiedenheit bejaht, sei es mit Recht, sei es aus achtungswerther Pietät gegen seine Vorfahren, die ihm selbst jedenfalls nur ein paar Schollen hinterließen, auf denen im 19. Jahrhundert mit Mühe und Noth das standesgemäße Leben eines rechtschaffenen Landedelmanns zu führen war.

So spielte er denn in den Revolutionsjahren den junkerlichsten der Junker, kämpfte mit allem Witz eines gesunden und hungrigen Magens um die feudalen Vorrechte und verabscheute die deutsche Einheit, nach der die Bourgeoisie gierte, als eine tödtliche Gefährdung der preußischen Junkerherrlichkeit. Einem so edlen Kampfe versagte die Gegenrevolution die Lorbeeren nicht: Bismarcks fanatische Begeisterung für die Schande von Olmütz lenkte den Blick des romantischen Königs auf ihn als den geeignetsten Vertreter des gedemüthigten Preußens am wiederhergestellten Bundestage. In dem reichen Schachermarkte Frankfurt lernte der arme Junker, daß die kapitalistische Welt bei allen Greueln, mit denen sie ein ehrliches Junkerherz entsetzt, doch auch ganz bezaubernde Perspektiven biete, Perspektiven, die das feudale Leuteschinden auf ostelbischen Sandbüchsen als eine sehr kümmerliche Nahrung erscheinen ließen. Bismarck freundete sich mit dem Hause Rothschild an, dessen Berliner Vertreter Bleichröder seine schmalen Finanzen unter fördernde Obhut nahm. Deshalb zog er aber den Junker nicht aus, und die politischen Herrschaftsansprüche der Bourgeoisie blieben ihm in tiefster Seele verhaßt. Er hat niemals den historischen Zusammenhang des Liberalismus oder gar des Sozialismus begriffen. Das sind ihm all sein Lebtag böhmische Dörfer geblieben, über die er, wo sie vor seinem Blicke auftauchten, nach mittelalterlicher Junkerweise mit Feuer und Schwert herfiel.

Dieser Junker besaß in hervorragendem Maße das Erbtheil seiner Klasse: den gesegneten Appetit, den rücksichtslos dreinfahrenden Willen und, was damit eng zusammenhing, jene historische Bornirtheit, die bei allem findigen Blicke für die Geschäfte und fürs Geschäft doch völlig blind ist für die treibenden Kräfte des Völkerlebens. Im Bonapartismus sah Bismarck nicht eine vorübergehende Episode des weltgeschichtlichen Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern die klassische Form des modernen Despotismus, der die kolossalen Produktivkräfte der Bourgeoisie entwickelt, um ihre politischen Ansprüche mit eiserner Faust niederzuhalten. Schon zur Zeit des Krimkrieges schalt Bismarck auf die Zimperlich-

keit seiner Klassengenossen, die aus feudalen oder legitimistischen Skrupeln sich weigerten, mit dem genialen Staatsmann an der Seine Geschäfte zu machen. Ihn selbst plagten solche Zweifel nicht, und je mehr ihm die bonapartistische Staatskunst einleuchtete, um so mehr wandte er sich von der habsburgischen Staatskunst ab, die aus der ewigen Finanznoth nicht herauskam. Seine amtlichen Obliegenheiten am Bundestage stießen ihn mit der Nase darauf, wie sehr die deutsche Zerrissenheit den Umtrieb der kapitalistischen Geldschlagemaschine hemme, und er lernte bald fluchen auf den „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten". Nämlich derjenigen Fürsten, deren Recht von Gottes Gnaden den Herrschaftsinteressen des preußischen Junkerthums, wie den Profitinteressen der deutschen Bourgeoisie hemmend im Wege stand, wenn es auch an sich von genau demselben Kaliber war, wie das Recht von Gottes Gnaden, auf das sich die preußische Krone zu gleicher Zeit mit solchem Aplomb stützte.

Aus dem kleinen Junker wurde nach und nach ein großer Diplomat. Mit diplomatischem Geschick wand sich Bismarck in den fünfziger Jahren durch die inneren Zwiste der bureaukratisch-feudalen Reaktion. Er lernte den angeborenen Haß der Junker gegen die Bureaukratie so weit überwinden, daß er mit Manteuffel nicht weniger auf gutem Fuße stand, als mit den Gerlachs; beim Könige war er ebenso Hahn im Korbe, wie bei dem Thronfolger, und auch mit der Neuen Aera wußte er sich abzufinden, so daß sie ihn nur an der Newa „kalt stellte", ihn die Treppe hinaufwarf zum Botschafterposten in Petersburg, der herkömmlicher Weise als der erste Posten in der preußischen Diplomatie gilt. Hier studirte Bismarck die gaunerische Gewissenlosigkeit der russischen Diplomatie und trieb während des liberalen Zwischenspiels Politik auf eigene Faust. Damals kannte er noch nicht das diplomatische Dogma, daß die Botschafter einschwenken müßten, wie die Unteroffiziere. Der neue König bewahrte ihm die alte Gunst. Er hörte gern auf Bismarcks verwegene Zukunftspläne, wenn er auch eine viel zu ängstliche und bedenkliche Natur war, um sich dem herrischen Willen seines „churbrandenburgischen Vasallen" ohne Weiteres zu ergeben. Der König betrachtete Bismarck als eine Reserve für den letzten Nothfall, und nach dem Sturze der Neuen Aera mußte sich der thatenlustige Junker noch einmal den Mund wischen. Er benutzte den Aufschub, um sich als Botschafter in Paris den letzten Schliff in bonapartistischen Künsten zu geben. Dann schlug seine Stunde, als mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vom 23. September 1862 der letzte Nothfall eintrat.

Bei der Berufung Bismarcks nach Berlin jubelten die Junker: das kaufmännische Intermezzo ist zu Ende, und die Fortschrittler schrieen: das ist der Staatsstreich. Bismarck selbst aber faßte seine Aufgabe in „höherem" Stile. Nach bonapartistischem Muster wollte er die Bourgeoisie zwar ködern, aber wenn möglich, nicht vor den Kopf stoßen, und so machte er ihr Vorschläge zum Frieden. War ihr A und O bei dem Streit über die Heeresreform gewesen: Ja, wenn wir nur sicher wären, daß dies Werkzeug zur Einigung Deutschlands gebraucht würde!, so versprach er ihr, die deutsche Frage durch „Blut und Eisen" zu lösen,

sobald die Kosten der Militärreorganisation bewilligt seien. Indessen die Fortschrittspartei antwortete schnöde genug: was kannst du armer Teufel bieten? Nichts sinnloser als das reaktionäre Gerede, daß diese Partei damals den „Genius verkannt" habe. Den „Genius" erkannte sie gut genug, aber Schulze-Delitzsch sprach sofort im Abgeordnetenhause die Ansicht aus, daß die feudale Partei nimmermehr eine kräftige auswärtige Politik dulden werde. Ein Jahr später höhnte Virchow in seiner breiten und selbstgefälligen Weise, Bismarck sei nicht mehr der Mann, der in das Ministerium getreten sei mit dem Gefühle, eine energische auswärtige Politik treiben zu müssen, worauf Bismarck mit trockener Kürze erwiderte, irgend wo habe er doch bleiben müssen, und da die liberalen Götter ihn nicht erhört hätten, so habe er sich der konservativen Unterwelt verschrieben. Der „Genius" war also der Fortschrittspartei sehr klar; was ihr aber sehr nebelhaft war, das war die Macht, die hinter dem „Genius" stand.

Bismarck war nicht wegen, sondern trotz seiner deutschen Pläne zum leitenden Minister berufen worden. Er hatte vom König- und Junkerthum Vollmacht, eine budgetlose und verfassungswidrige Regierung zu führen, aber seine auswärtige Politik war seine persönliche Sache, die keineswegs vom König- und Junkerthum genehmigt worden war. So schlechte Geschäftsleute waren die Fortschrittler nicht, ihre politischen Ansprüche in der Gegenwart preiszugeben für ein Linsengericht, das ihnen in irgend welcher geheimnißvollen Zukunft angerichtet werden könnte, ihre kursfähigen Papiere auszuliefern für den unsicheren Wechsel eines zweifelhaften „Genius".

Nachdem die Krone durch die Berufung Bismarcks ihre Absicht bekundet hatte, das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses zu zerreißen, konnte die Fortschrittspartei einen Rückzug in Ehren nicht mehr antreten. Sie mußte den Kampf aufnehmen, und es handelte sich nur noch darum, wie sie ihn siegreich durchführen wollte. In ihrem unverdienten Glücke stieß sie auf einen Pfadfinder, der ihr den einzigen Weg zum Siege wies.

II. Lassalles Feldzugsplan.

Lassalle hatte die Tage der Neuen Aera mit steigender Ungeduld ertragen. „Wer jetzt in Berlin lebt und nicht am Liberalismus stirbt, der wird nie am Aerger sterben", schrieb er einmal an Marx, und ein ander Mal brandmarkte er in noch viel schärferen Worten die liberale „Preßverschwörung", welche eine verrottete Rechtspflege redend und schweigend decke.

Es war, als preußische Richter sich schützend vor die niederträchtigen Lügen stellten, mit denen die Nationalzeitung den persönlichen Charakter von Marx verunglimpfen wollte. In einem Schreiben an Lassalle hatte sich Marx über diese brutale Rechtsverweigerung verwundert, worauf Lassalle erwiderte: „Die preußische Justiz scheinst du in einem noch viel zu rosigen Lichte betrachtet zu

haben. Da habe ich noch ganz andere Erfahrungen an diesen Burschen gemacht. . . . Wenn ich an diesen zehnjährigen täglichen Justizmord denke, den ich erlebt habe, so zittert es mir wie Blutwellen vor den Augen, und es ist mir, als ob mich ein Wuthstrom ersticken wollte! Nun, ich habe das alles lange bewältigt und niedergelebt, es ist Zeit genug seitdem verflossen, um kalt darüber zu werden, aber nie wölbt sich meine Lippe zu einem Lächeln tieferer Verachtung, als wenn ich von Richtern und Recht bei uns sprechen höre. Galeerensträflinge scheinen mir sehr ehrenwerthe Leute im Verhältniß zu unsern Richtern zu sein." Und auf die Bemerkung von Marx, daß die Preußen ihm ein Material geliefert hätten, dessen angenehme Folgen in der Londoner Presse sie bald merken sollten, antwortete Lassalle: „Nein, lieber Freund, sie werden gar nichts merken. Zwar zweifle ich *nicht*, daß du sie in der Londoner Presse *darstellen und vernichten* wirst. Aber merken werden sie nichts davon, gar nichts, es wird sein, als wenn du gar nicht geschrieben hättest. Denn englische Blätter liest man bei uns nicht, und siehst du, von unseren deutschen Zeitungen wird auch keine einzige davon Notiz nehmen, keine einzige auch nur ein armseliges Wörtchen davon bringen. Sie werden sich hüten! Und unsere liberalen Blätter am allermeisten! Wo werden denn diese Kalbsköpfe ein Wörtchen gegen ihr heiligstes Palladium, den ‚preußischen Richterstand' bringen, bei dessen bloßer Erwähnung sie vor Entzücken schnalzen — sie sprechen schon das Wort nie anders als mit zwei vollen Pausbacken aus — und vor Respekt mit dem Kopf auf die Erde schlagen! O gar nichts werden sie davon bringen, es von der Donau bis zum Rhein und soweit sonst nur immer ‚die deutsche Zunge klingt', ruhig todtschweigen! Was ist gegen diese Preßverschwörung zu machen? O unsere Polizei ist, man sage was man will, noch immer ein viel liberaleres Institut als unsere Presse!" Sätze, die in all ihrer Bitterkeit bewiesen, daß Lassalle die preußischen Zustände genauer kannte als Marx.

Lassalle trug sich damals mit dem Plan, als Gegengewicht gegen die liberale Preßkorruption ein großes demokratisches Blatt gemeinsam mit Marx und Engels in Berlin herauszugeben. Noch im Januar 1862 hat er den alten Brockhaus in Leipzig dafür zu interessiren gesucht. Doch ist es kaum zu beklagen, daß der Plan ein spanisches Luftschloß blieb. Mit kapitalistischen Verlegern hätte eine solche Zeitung unter solchen Leitern noch viel schlimmere Erfahrungen gemacht, als die Neue Rheinische Zeitung mit ihren Aktionären gemacht hatte. Auch wäre Lassalles Forderung, daß er in der Redaktion eine Stimme haben solle, Marx und Engels zusammen aber auch nur eine, gewiß nicht das richtige Mittel gewesen, taktische Meinungsverschiedenheiten beizulegen, wie sie im Jahre 1859 entstanden waren. Obendrein erwies sich die ganze Rechnung als ohne den Wirth gemacht, nämlich ohne den liberalen Minister Schwerin, der die schäbigen Vorbehalte der Amnestie so auslegte, daß Marx bei einer Rückkehr nach Deutschland als Ausländer betrachtet, also der polizeilichen Willkür preisgegeben werden sollte.

So lange der bürgerliche Vertrauensdusel währte, war in Deutschland überhaupt noch nichts auszurichten. Als Lassalle im Sommer 1861 sein rechtsphilosophisches Werk herausgegeben hatte, erfrischte er sich auf einer längeren Reise in der Schweiz und in Italien. In Zürich verkehrte er viel mit Herwegh und mit Wilhelm Rüstow, dem bekannten Militärschriftsteller, der als preußischer Lieutenant seinen demokratischen Ueberzeugungen zum Opfer gefallen, im eidgenössischen Generalstabe zum Major avancirt und eben mit frischen Lorbeeren aus Garibaldis Feldzuge gegen Neapel heimgekehrt war. Empfehlungen Rüstows führten Lassalle in die Kreise der italienischen Patrioten. Er besuchte Garibaldi auf der Insel Caprera und scheint sich lebhaft für einen neuen Schlag interessirt zu haben, den die italienische Aktionspartei damals gegen Oesterreich plante. Jedoch ist aus den sporadischen Aeußerungen Lassalles und Anderer über die Episode nicht zu ersehen, welche Rückwirkung er sich von dieser Diversion für die deutsche Entwicklung versprach. Nach einer sehr trüben Quelle, einem offiziösen Biographen Buchers, soll Lassalle von einem Angriffe Garibaldis auf Dalmatien eine Revolution in Ungarn erwartet und „wörtlich" zu Bucher gesagt haben: „Revolution in Pest ist Revolution in Wien, Revolution in Wien ist Revolution in Berlin." Indessen steht diese angebliche Aeußerung Lassalles in schroffstem Widerspruche mit seinem sehr nüchternen Urtheil über die Revolutionslust des deutschen Spießbürgers, selbst wenn man sie der kindischen Form entkleidet, in der Bismarcks literarische Bedientenstube sich revolutionäre Politik zusammenreimt. Lassalle begrüßte freudig alles revolutionäre Handeln, aber er war ein viel zu besonnener und kluger Politiker, um große Hoffnungen auf einen Plan zu setzen, der völlig in der Luft schwebte und bekanntlich auch nie zur Ausführung gelangt ist. Am 9. Februar 1862 schrieb er ziemlich kühl an Rüstow, er habe von den Italienern bestimmte Auskunft verlangt, ob für dieses Frühjahr etwas beabsichtigt werde; drei Wochen früher aber hatte er in einem Briefe an Bucher mit ganz anderer Wärme über Pläne geschrieben, gegenüber deren revolutionärer Tragweite ein italienischer Freischaarenzug nach Dalmatien als eine ziemlich beiläufige Sache erschien.

In den ersten Januartagen 1862 war Lassalle nach Berlin zurückgekehrt und hier fand er eine wesentlich veränderte Lage vor. Die Fortschrittspartei hatte einen Monat vorher ihren ersten Wahlerfolg erfochten und begann nun zu „drängeln". Davon versprach sich Lassalle zunächst nicht viel; er schrieb an Rüstow: „In unserer Kammer der alte Jammer! Die Kerle wissen nicht, ob sie leewärts oder luvwärts brassen sollen! Würden nicht den leichtesten Kahn führen können und wollen ein Staatsschiff leiten!" Hätte Lassalle überhaupt zu Illusionen geneigt, so hätten die drei Jahre der Neuen Aera sie ihm gründlich ausgetrieben, und auch die persönlich freundschaftlichen Beziehungen, in denen er zu manchen Führern der Fortschrittspartei und des Nationalvereins stand, verblendeten ihn keinen Augenblick. Es war ein ganz ähnliches Verhältniß, wie es hundert Jahre früher zwischen Lessing und den Berliner Aufklärern bestanden

hatte. So wenig wie Lessing, spielte sich Lassalle jemals auf die Rolle eines finsteren Gesinnungsfanatikers hinaus, hinter der sich gewöhnlich geistige Beschränktheit verbirgt; ein Gesellschafter von hinreißender Liebenswürdigkeit, immer aufgelegt zu lustigem Scherze und selbst ausgelassenem Uebermuthe, stellte er auch dies Licht nicht unter den Scheffel. Die Gesellschaft, in welcher er lebte, war zweifellos etwas gemischt, und schließlich mag er sich in ihr auch wohler gefühlt haben, als er sich bei einem geringeren Maße persönlicher Eitelkeit gefühlt haben würde. Aber der Einfluß dieses Milieus auf den Denker und den Kämpfer Lassalle darf noch viel weniger überschätzt werden, als der entsprechende Einfluß der Gräfin Hatzfeldt. Er war thatsächlich gleich Null. Lassalle politisirte mit den Tagesgrößen der Fortschrittspartei und philosophirte mit den altersschwachen Hegelianern der Philosophischen Gesellschaft, ohne einen Augenblick zu vergessen, was ihn von all der lieben Mittelmäßigkeit trennte.

Als ebenbürtige Freunde betrachtete Lassalle dagegen einige Achtundvierziger, die über die Fortschrittspartei nicht viel anders dachten als er: Ziegler und Bucher, zu denen sich etwas später Rodbertus als Dritter gesellte. An Ziegler schrieb Lassalle einmal, ihnen habe die Norne bei der Geburt die gleichen Loose geworfen, und an Rodbertus ein ander Mal, sie schienen als siamesische Zwillingsbrüder auf die Welt gekommen zu sein. Mehr aber, als diese beiden, war Bucher ein zweiter Lassalle, so weit ein Lassalle möglich war ohne Lassalles eiserne Knochen und ohne sein stürmisch fließendes Blut.

Bucher hatte mit Lassalle die juristische und philosophische Bildung gemein, nicht minder aber auch den scharfen Blick für die reale Wirklichkeit der Dinge. Eine ganze Reihe von Lassalles Lieblingsgedanken sind zuerst von Bucher angeschlagen worden, nicht in Lassalles klarer und scharfer Fassung, aber doch mit embryonenhafter Deutlichkeit: schon in der preußischen Nationalversammlung die Theorie der erworbenen Rechte und die Verfassungstheorie, wonach Verfassungsfragen ursprünglich nicht Rechts-, sondern Machtfragen sind. Dann hatte Bucher in seinem geistreichen Büchlein über den englischen Parlamentarismus dargelegt, wie die fortschreitende Theilung der Arbeit ganz verschieden auf die Bourgeoisie und auf das Proletariat wirke. Je spezialisirter das Geschäft werde, um so fragmentarischer werde der Mensch, je mehr die großen und kleinen Krämer einzelne Artikel zu monopolisiren suchten, um so mehr verdummten sie in dieser kapitalistischen Spekulation, während umgekehrt die geistige Befreiung des Arbeiters, die Freisetzung seiner ganzen geistigen Kraft sich in demselben Maße vollziehe, in welchem die Vervollkommnung der Maschinen die menschliche Nachhilfe zu einer maschinenartigen Thätigkeit herabdrücke. Der Gedanke selbst war schon von Marx in seiner Streitschrift gegen Proudhon entwickelt worden, aber Bucher erläuterte ihn selbständig durch die praktischen Beobachtungen, die er an der englischen Bourgeoisie und dem englischen Proletariat gemacht hatte. Sein Satz: „Das richtigste Urtheil ist auf den beiden äußersten Stufen der gesellschaftlichen Leiter zu finden, unter den Gentlemen, die nur ihrer Bildung leben,

und unter den Arbeitern, die der Sprachgebrauch als Hände bezeichnet", wurde das Leitmotiv, das durch Lassalles ganze Arbeiteragitation klang.

Bucher schaute der Herrschaft der englischen Bourgeoisie schon in Herz und Nieren, als die deutschen Liberalen an diesem glänzenden Vorbilde schwindelnd emporstaunten, und auch darin hatte er einen wichtigen Berührungspunkt mit Lassalle. Begeisterte sich die deutsche Bourgeoisie in den fünfziger und sechziger Jahren ebenso für die englische Bourgeoisie, wie sie sich in den vierziger Jahren für die französische Bourgeoisie begeistert hatte, so war das nach Lage der Dinge eine entschieden reaktionäre Wendung. Die bürgerliche Franzosenfresserei richtete sich weit weniger gegen den Bonapartismus, mit dem sich der deutsche Bürger bald innig genug befreunden sollte, als gegen die „politische Entwicklung" Frankreichs, von der er sich nach einem Worte der Volkszeitung „emanzipiren" wollte. Und diese „politische Entwicklung" war der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, von dem man sich einbildete, daß er in England überwunden sei, womit dann noch die entnervende Vorstellung verbreitet wurde, als sei die englische Bourgeoisie nicht durch revolutionäres Handeln, sondern durch parlamentarisches Schwatzen zur Herrschaft gelangt.

In seinen Londoner Korrespondenzen für die Nationalzeitung hatte Bucher an der englischen Bourgeoisie nachgewiesen, daß Diplomatie und Politik von der Nationalökonomie verschlungen würden, daß göttliches Recht, historische Tradition und theologische Phrasen sich zähneknirschend unter eine Position des Tarifs beugen müßten, daß Englands auswärtige Politik eine reine Handelspolitik ohne alle ideellen Antriebe und Zwecke sei. Das paßte der deutschen Bourgeoisie aber durchaus nicht in ihren heuchlerischen Kram, sie hatte keine Neigung, sich in ihrem Lieblingsblatt ihre Lieblingsmarotten zerstören zu lassen. Als Bucher nach Erlaß der Amnestie in die Heimath zurückkehrte, wurde er von seinen alten Gesinnungsgenossen sehr unsanft empfangen. Die Nationalzeitung halfterte ihn ab, und ihr Eigenthümer Wolff, ein ganz ungebildeter Geldsack, glaubte noch ein Wunder von Großmuth zu thun, als er Bucher mit einem dürftigen Gnadenbrote zur „Färbung" der Depeschen in sein Telegraphenbureau einstellte. Wolffs Versicherung, daß Bucher ein arger Ketzer sei, genügte der „liberalen Partei", wie Unruh später selbst gestand, sich von jeder Verantwortung für Buchers Schicksal loszusagen. Je kleiner und kleinlicher die deutsche Bourgeoisie von jeher war, verglichen mit der englischen und französischen, um so boshafter und grausamer war von jeher die Meisterschaft, womit sie die Hungerpeitsche über Jeden zu schwingen verstand, der in ihrem eigenen Schooße an ihrer Herrlichkeit zu zweifeln wagte. Buchers immer schwacher Lebensmuth wurde dadurch völlig gebrochen. Als ihm Lassalle in der Philosophischen Gesellschaft mit offener Hand und offenem Herzen entgegenkam, wich er mit scheuem Mißtrauen aus, das er dann erst nach und nach, aber völlig vielleicht niemals überwunden hat.

In eingehenden Unterhaltungen mit Bucher prüfte Lassalle die politische Lage, wie sie sich im Anfange des Jahres 1862 gestaltet hatte. So wenig er

sich auf die verheißenen Heldenthaten der Fortschrittspartei verließ, so sehr brannte er darauf, das regere Leben der Massen für revolutionäre Zwecke auszunützen. Seine erste Unterredung mit Bucher fand am 21. Januar statt. Lassalle knüpfte dabei an den Schlag an, den die italienische Aktionspartei gegen Oesterreich plante, indessen ist er, wie Bucher bezeugt, nie mehr darauf zurückgekommen. Dieser Plan war für ihn nur der konkrete Ausgangspunkt einer prinzipiellen Erörterung, die sich auf die Frage zuspitzte, ob es möglich sei, in Deutschland die bestehende Ordnung (oder Unordnung) der Dinge niederzuwerfen und niederzuhalten. Das Niederwerfen erklärte Bucher für möglich, aber nicht das Niederhalten. Am nächsten Tage schrieb er an Lassalle: „Was Sie an die Stelle (der Bourgeoisordnung) setzen wollen, befriedigt mich nicht. Alle Maßregeln, die Sie nennen, sind doch wieder nur politisch, juristisch kann man sagen, stehen auf dem alten sozialen Boden, schaffen nur neue Bourgeois. Und diese neuen Besitzverhältnisse, neu durch einen Wechsel der Personen, nicht um mich so auszudrücken durch die chemischen Eigenschaften des Besitzes, können nur behauptet werden durch einen permanenten Krieg, einen Terrorismus einer sehr kleinen Minorität. Ich schätze sie nach den statistischen Quellen und meiner genauen Kenntniß der ländlichen Bevölkerung in den östlichen Provinzen." Das sei nur möglich, wenn die Minderheit der Mehrheit einen Genuß, wenigstens einen Glauben zu bieten habe. „Ich komme also auf mein altes Wort zurück: es fehlt dem popolo der dio und uns das, wofür wir mit Ehren untergehen könnten." Aus diesem Briefe Buchers geht hervor, daß Lassalle ihm den allgemeinen Plan seiner späteren Agitation angedeutet haben muß; der Satz Buchers von den politisch-juristischen Maßregeln, die auf dem alten sozialen Boden blieben, enthält im Kern Alles, was später mit Recht gegen Lassalles Produktivassoziationen mit Staatskredit eingewandt worden ist.

In einem umgehenden Schreiben verwahrte sich Lassalle aufs entschiedenste gegen das Mißverständniß, daß „jene Kleinigkeiten sein eigentliches soziales Programm" bildeten. Er habe sie nur vorläufig und ohne jede tiefere ökonomische Verständigung hingeworfen und ausdrücklich betont, sie ließen sich noch rein vom juristischen Boden aus treffen, ohne daß man sich schon auf die soziale Basis zu stellen brauche. Es ist wieder merkwürdig zu sehen, wie Lassalles Ideologie beim praktischen Handeln sofort zu verwittern beginnt. Er spricht hier klar aus, daß die soziale Frage der Zeit sich vom juristischen Boden nicht bewältigen lasse, was er im System der erworbenen Rechte noch nicht weiß. Buchers „überaus glückliches Wort" von den „chemischen Eigenschaften des Besitzes" ist ihm ein sicherer Beweis dafür, daß sie sich verständigen werden. Mit Recht dringe Bucher auf jenen innersten Quellpunkt hin, von dem alle politischen Fragen nur Konsequenzen und Ausflüsse seien, auf das soziale Programm. „Für einen Sozialisten, wie ich bin, kann also die Wahrnehmung, die ich an Ihnen mache, nur eine sympathische sein. Sie wirkt und kann nur wirken als eine Bestätigung, daß ich im Wahren bin und daß jeder Ernsterdenkende sich mit unvermeidlicher

Nothwendigkeit von selbst zu der Quelle hindrängt, an der allein auch ich Klarheit und Lösung, Beruhigung und Gewißheit getrunken habe." Bucher sei schon Sozialist, und sie brauchten nur noch wissenschaftlich-kritische Fragen mit einander zu diskutiren.

Indem Lassalle die juristische Ideologie abstreift, bleibt er noch in der philosophischen Ideologie hängen. Er sagt, mit Mazzinis mystischem Worte vom dio sei nur gesagt, was er seit je als die unerläßliche Bedingung eines neuen Weltprinzips betrachtet habe, nämlich daß es die Kraft habe, eine neue Sozietät aus sich heraus zu schaffen, die politische Form als seine Konsequenz zu setzen und die Grundlage einer neuen Ethik zu bilden. Damit schlägt Lassalle die Grundgedanken seines späteren Arbeiterprogramms an. Nur ein Prinzip, welches zugleich ein sittliches sei, könne sich zu einem neuen Weltzustand entfalten, zu einer Universalität in Wirklichkeit wie Wissenschaft. „Heute würden die Montagnards von 1793, wenn sie heute aus dem Grabe auferständen, und für heute eben, nur in ihrer Einbildung Revolutionäre sein." Der humane Gedanke aber habe im höchsten Grade die Kraft, sich zu solcher Totalität zu entwickeln.

Die zweite Unterhaltung, die Lassalle in diesem Schreiben von Bucher erbittet, hat dann stattgefunden. Am 9. Februar schreibt Lassalle an Rüstow, nach dieser zweiten Unterredung von acht Stunden, in welcher er genöthigt gewesen sei, das „Ganze" der ökonomischen Wissenschaft zur Entfaltung und Perzeption zu bringen, habe sich Bucher für überzeugt und gewonnen erklärt. Bucher selbst hat nach Lassalles Tode in einem Berichte an seinen nunmehrigen Vorgesetzten Bismarck behauptet, Lassalle habe ihn in jener Unterredung nicht überzeugt. Da Bucher sich in diesem Schriftstücke durchaus mit Würde über seinen früheren Verkehr mit Lassalle ausläßt, so ist es nicht erlaubt anzunehmen, daß er sich einfach aufs Leugnen gelegt habe. Vielmehr wird seine Darstellung beiden Männern gerecht, wenn er sagt, zwischen ihnen habe es viele Berührungspunkte, aber auch einen immer wiederkehrenden Gegensatz gegeben: Lassalle sei als Metaphysiker und Hegelianer stets vom Allgemeinen zum Einzelnen, vom Abstrakten zum Konkreten gegangen, während er, Bucher, mit einer realistischeren Anlage, mit lückenhaftem Wissen von den Schulsystemen und mit einem zehnjährigen Aufenthalt in England hinter sich, stets die Neigung gehabt habe, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen. So auch in jener Unterredung. „Das Resultat war eine Uebereinstimmung unserer Vorstellungen von dem Wesen der Gesellschaft und dem Gange der Geschichte im Großen; sofort aber trat der alte Konflikt zwischen uns und nun in der Form hervor, daß er, von der Ideenentwicklung in der Geschichte ausgehend, die Realisirung der nächsten Phase bald, noch während seines Lebens, erwartete, während ich, ausgehend von der Betrachtung der Klassen und Gruppen, wie sie mir in einzelnen Typen erschienen, von dem natürlichen Egoismus der Einen und der Trägheit der Anderen, einen langen Widerstand der Materie gegen den Gedanken, daher den Durchbruch neuer wirthschaftlicher Formen erst in Menschenaltern vorher zu sehen glaubte." Bucher fügt hinzu: Lassalle habe seine Einwürfe nicht leicht genommen, namentlich

habe ein Wort Lessings auf ihn Eindruck gemacht, wonach es zu allen Zeiten Menschen gegeben habe, die richtige Blicke in die Zukunft gethan und nur diese Zukunft nicht hätten erwarten können; wozu sich die Geschichte Jahrhunderte Zeit nehme, das solle im Augenblick ihres Daseins reifen. Aber dann habe der Einfluß einer anderen leidenschaftlichen Persönlichkeit überwogen und Lassalle habe seine Agitation in der oft gegen seine Freunde ausgesprochenen Hoffnung unternommen, sich noch des Sieges zu freuen.

Diese Darstellung trägt das Gepräge der Aufrichtigkeit, und sie verträgt sich auch ganz gut mit Lassalles Darstellung. „Im Großen" war Bucher gewonnen; was beide Männer noch trennte, war nicht sowohl ein Gegensatz der Ueberzeugungen, als ein Gegensatz der Temperamente. Das empfanden Beide auch instinktiv. Lassalle fügte der Meldung seines Triumphes an Rüstow hinzu, er wolle erst sehen, ob Buchers Bekehrung dauern werde, während Bucher sich Lassalles Widerstand gegen seine Einwände nur aus dem Einfluß einer anderen leidenschaftlichen Persönlichkeit zu erklären wußte.

Bekanntlich haben sich Lassalles Zweifel an Buchers Beständigkeit als sehr gerechtfertigt erwiesen, und um seiner praktischen Wirkungen willen würde dieser geistige Ringkampf in einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie keine besondere Erörterung verdienen. Wohl aber verdient er sie im höchsten Maße wegen der tiefen Einblicke, die er in den Ursprung von Lassalles Arbeiteragitation eröffnet. Er räumt gründlich mit der landläufigen Legende auf, als ob Lassalle sie aus verletztem Ehrgeiz oder sonstigen niedrigen Beweggründen eröffnet habe; er zeigt vielmehr, daß sie von vornherein im großen Stil entworfen war, daß ihre Licht- und Schattenseiten untrennbar zusammenhingen, daß sie aus einer tiefen und unerschütterlichen Ueberzeugung floß. Es ist sehr glaubhaft, daß Lassalle Buchers Einwände durchaus nicht leicht genommen hat. Soweit Buchers verschlossene Natur an einem Menschen hängen konnte, hing sie damals an Lassalle; Bucher selbst gestand, wie viele Ueberwindung es ihn koste, so objektiv zu urtheilen, bei allen Gründen, die er habe, diese alte Weltordnung zu hassen. Und seine Einwände waren keineswegs von der Oberfläche geschöpft. Bucher kannte nicht nur das ostelbische Landproletariat, sondern auch die großkapitalistische Entwicklung und das Spiel ihrer immanenten Gesetze besser als Lassalle; er hatte das ökonomisch so wichtige Jahrzehnt von 1850 bis 1860 nicht in Düsseldorf und Berlin, sondern in London und Paris verlebt. Soweit sich Buchers Einwände noch nachprüfen lassen, berühren sie sich nahe genug mit dem, was die objektive historische Kritik an Lassalles Agitation auszusetzen hat.

Trotzdem irrte Bucher gewaltig, wenn er meinte, daß Lassalle gegen seine Einwände taub gemacht worden sei durch den Einfluß der Gräfin Hatzfeldt oder wessen sonst. Lassalle hörte viel feiner als er; das Rauschen einer unaufhaltsam heranstürmenden Zukunft übertönte ihm nur die warnende Stimme der Gegenwart. Nirgends prägt sich die eigenthümliche Stärke wie die eigenthümliche Schwäche von Lassalles Idealismus so deutlich aus, wie in dieser Kontroverse

mit Bucher, die sich dann mit Ziegler und Rodbertus in ähnlicher Weise erneuerte. Was die „realistischere Anlage" seiner Freunde ihm einwandte, hatte Hand und Fuß, aber Lassalle sah schärfer, tiefer und weiter als sie alle, wenn er meinte, daß die Dinge trotz alledem reif genug geworden seien für den kräftigen Stoß der Menschenhand, der sie endlich ins Rollen brächte. Vom Schwärmer war deshalb nichts in ihm, wohl aber vom Genius, der mit sicherem Blicke den innersten Kern der Dinge erfaßte. Ein ganzer Mann ist immer noch etwas anderes, als die tausend Einzelheiten, die ihn zusammensetzen, und mag er in noch so vielen Einzelheiten irren, so kann er doch im Ganzen das Recht auf seiner Seite haben.

III. Lassalle und die Fortschrittspartei.

So begann denn Lassalle seine aktuelle Politik, und der Feldzug, den er vom Frühling 1862 bis zum Frühling 1863 führte, ist von all seinen Feldzügen wie der bedeutendste und folgenreichste, so auch der, wenn der Ausdruck erlaubt ist, künstlerisch vollendetste und menschlich ungetrübteste: ein wahres Meisterstück revolutionärer Strategie, das sich in planvoller Steigerung aufbaute: beginnend mit einem lustigen Husarengeplänkel, dann in geschlossenen Reihen zwingender Logik vordringend, mit kühl überlegter Taktik und doch immer auf der Höhe des Prinzips, endlich mit ehernem Hammer die Thore sprengend, durch die das klassenbewußte Proletariat seinen sieghaften Einzug in die deutsche Geschichte halten sollte.

Wie Marx und Engels im Jahre 1848, so knüpfte auch Lassalle im Jahre 1862 an das äußerste Ende der bürgerlichen Bewegung an. Trotz aller bitteren Erfahrungen, die er in den Tagen der Neuen Aera am Liberalismus gemacht hatte, hielt Lassalle fest an der Auffassung, die ihn in den fünfziger Jahren geleitet hatte: die bürgerliche Klasse nicht anzugreifen und zu schwächen, sondern zu stärken und voranzutreiben, solange noch irgend eine Hoffnung war, daß sie den historischen Beruf der Bourgeoisie erfüllen und mit der absolutistisch-feudalen Reaktion reinen Tisch machen werde. Dank der beschränkten Hartnäckigkeit des Königs hatte die Fortschrittspartei so ziemlich das ganze Land hinter sich, und jedenfalls die politisch entwickeltsten Theile der Bevölkerung: neben den erwachenden Schichten der Arbeiterklasse auch kräftige und tüchtige Elemente des Bürgerthums. Das verkannte Lassalle durchaus nicht, so frei er von allen Illusionen war. Es lohnte schon den Versuch, die Fortschrittspartei vorwärts zu drängen und selbst wenn der Versuch ganz aussichtslos gewesen wäre, so mußte er doch gemacht werden. Ehe die Fortschrittspartei nicht handgreiflich vor allem Volke bewiesen hatte, daß sie die ihr gestellte historische Aufgabe nicht lösen könne und nicht einmal lösen wolle, hatte es keinen Sinn über sie zur Tagesordnung zu gehen.

Als erstes Opfer unter Lassalles Schwerte fiel Julian Schmidt, der von den Grenzboten an die Berliner Allgemeine Zeitung übergesiedelt war. Dies Organ für die Staatsmänner der Neuen Aera feindete die Fortschrittspartei in

giftiger Weise an; ihren ebenso bescheidenen wie berechtigten Antrag auf größere Spezialisirung des Budgets denunzirte es ganz in der Manier offiziöser Soldschreiber als eine „Verdächtigung" des Finanzministers von Patow, der „in seiner Verwaltung als ein Meister und als ein Vorkämpfer konstitutioneller Freiheit im ganzen Lande bekannt" sei. Hierauf bezog sich der verdiente Hieb, den Lassalle dem „Grabowiten" Julian Schmidt versetzte, und nicht, wie irrthümlicher Weise angenommen worden ist, auf die bürgerliche Opposition als solche. Ihr in dem Augenblicke zu nahe zu treten, wo sie es mit dem parlamentarischen Budgetrecht ernsthaft zu nehmen begann, lag Lassalles Absichten vollständig fern; indem er den Julian Schmidt abstrafte, strafte er einen unnützen Burschen ab, welcher der Fortschrittspartei in den Rücken fiel, weil sie einen wirklichen Anlauf zur Vertheidigung der Volksrechte unternahm.

Freilich gedachte Lassalle deshalb nicht, den Büttel der Fortschrittspartei zu spielen. Was er mit den Setzerscholien bezweckte, die er dem biederen Julian widmete, sprach er in der wuchtigen Vorrede aus. Er wollte der geistigen Versimpelung, der mark- und thatenlosen Wortberauschung entgegentreten, die das deutsche Bürgerthum verwüsteten. Er griff Julian Schmidt heraus als den klassischen Typus dieser literarischen und politischen Korruption, ohne zu verhehlen, daß Einer berufen, aber Viele auserwählt wären, ohne auch die Schuld des lieben Publikums an dem Unwesen zu verschweigen. Insofern richtete sich Lassalles Pamphlet auch, ja in erster Reihe an die Adresse der Fortschrittspartei. Aber es geschah in ihrem eigenen Interesse, und in der ganzen Schrift findet sich nicht ein Wort, das ihren Kampf mit der Krone erschweren konnte. Lassalle geißelte den literarischen und politischen Wortführer der Gothaer, die den Kampf mit der Krone schmählich verfahren hatten und jetzt der Fortschrittspartei Steine in den Weg warfen; die Vernichtung dieser Sorte von Liberalismus konnte der Krone nur schaden und der bürgerlichen Opposition nur nützen.

Lassalles Schrift gegen Julian Schmidt reiht sich ebenbürtig den klassischen Streitschriften der deutschen Literatur an, obgleich oder vielmehr weil sie, wie Albert Lange nicht lange nach ihrem Erscheinen sagte, neben einer Fülle bitterer Wahrheiten auch manches Gesuchte und Unbillige enthält. Das Gleiche gilt von Lessings Schriften gegen Klotz und die Klotzianer, von Goethes und Schillers Xenien, von Platens und Heines literarischen Satiren. Will man anders nicht den Kampf aus der Literatur und Politik verbannen — und ihn verbannen, hieße alles literarische und politische Leben tödten —, so muß man sich mit der Thatsache abfinden, daß es im Kriege eben hergeht wie im Kriege. Ja, je berechtigter solche Kämpfe sind, um so ungerechter müssen sie in gewissem Sinne werden. Ihre Berechtigung wächst in dem Maße, in welchem sie die Person treffen um der Sache willen, aber je mehr sie in der Person nur die Sache sehen, um so mehr verkümmern sie der Person ihr persönliches Recht.

Man kann alle Achtung haben vor der kritischen Untersuchung, die nachträglich beweist, daß die Klotz und die Schmidt doch nicht ganz die bösen Buben

gewesen seien, als welche die Lessing und die Lassalle sie dargestellt haben: das ist eine Pflicht der Gerechtigkeit, gegen die Lessing und Lassalle am wenigsten etwas einwenden würden. Aber gegen sie selbst wird damit nichts bewiesen. Sie bekämpften das Faule und Niederträchtige, weil es faul und niederträchtig war, und mit Recht unbekümmert darum, ob es vor dem Richterstuhle der Nachwelt diesen oder jenen mildernden Umstand für sich geltend machen könne. Lassalle war in dieser Beziehung sogar nachsichtiger, als seine berühmten Vorläufer. Er sprach offen aus, daß Julian Schmidts publizistische Thätigkeit das Produkt eines allgemeinen Zersetzungsprozesses sei, er machte dem armen Sünder, den er auf den Richtplatz schleifte, alle Honneurs, die dem Könige des Sudelgeschlechts gebührten, und die Form seiner Setzerscholien schloß von vornherein die Annahme aus, daß er alle die übermüthigen Possen, die er mit seinem Opfer trieb, wörtlich genommen haben wollte. Im Wesen der Sache führte er einen gerechten und guten Kampf, für den ihm alle wirklichen Gelehrte, die es noch in Deutschland gab, dankbar die Hand schüttelten, für den ihm heute noch danken wird, wer immer in Julian Schmidts Literaturgeschichte nachlesen will, mit wie dumpfer Beschränktheit, mit wie trauriger Unwissenheit und — nicht zuletzt — mit wie hämischer Bosheit dieser windige Patron unsere klassische Literatur und Philosophie zu besudeln versuchte.

An dieser Schrift Lassalles hatte Bucher noch mitgeholfen, dann aber ging Lassalle allein vor mit zwei Vorträgen, in denen er die bürgerliche und die arbeitende Klasse über die politische Lage verständigte. Der Vortrag über Verfassungswesen, den er hinter einander in vier liberalen Bezirksvereinen hielt, brachte die nothwendige Klarheit über die damalige Wahlparole der Fortschrittspartei, wonach es die Verfassung zu retten galt.

Lassalle untersuchte das Wesen einer Verfassung und legte dar, daß wie jeder Körper seine Konstitution, so auch jedes Land seine Verfassung habe. Denn in jedem Lande müßten ja irgend welche thatsächlichen Machtverhältnisse bestehen, und diese thatsächlichen Machtverhältnisse seien immer die wirkliche Verfassung eines Landes. Mit drastischer Anschaulichkeit entwickelte Lassalle: Ein König, dem das Heer gehorcht und die Kanonen, ein Adel, der Einfluß auf Hof und König hat, die große Industrie und der große Handel, Bank und Börse, in gewissen Grenzen auch das allgemeine Bewußtsein und in alleräußersten Fällen selbst die Volksmasse, das seien Stücke der Verfassung. Solche thatsächlichen Verfassungen hätten immer bestanden und müßten immer bestehen. Was der neueren Zeit eigenthümlich sei, das seien nicht die wirklichen Verfassungen, sondern die geschriebenen Verfassungen oder das Blatt Papier.

Wie nun entstehe das Verlangen nach geschriebenen Verfassungen? Offenbar nur daher, daß in den Ländern, wo dies Verlangen auftauche, eine Aenderung in den wirklichen Machtverhältnissen eingetreten sei. Eine Gesellschaft, in der diese Verhältnisse sich nicht veränderten, habe gar kein Bedürfniß nach einer neuen Verfassung. Dies Bedürfniß entspringe in neuerer Zeit aus der riesen-

haften Entwicklung des Bürgerthums, dessen Macht die Macht der Krone und des Adels überflügelt habe. Das Bürgerthum wolle nicht mehr eine willenlos beherrschte Menge sein; es wolle vielmehr selbst herrschen und den Fürsten zum Werkzeug seines Willens machen. Im Interesse seiner Herrschaft wolle es alle Institutionen und Regierungsprinzipien des Landes in Einer Urkunde verbriefen und zusammenfassen. Nun sei aber seine thatsächlich größere Macht nicht organisirt, und deshalb sei sie nicht gewachsen der geringeren, aber organisirten Macht, die der König im Heere und in den Kanonen besitze. Erst wenn bei fortgesetzter Leitung und Verwaltung der nationalen Angelegenheiten in einem dem Willen und Interesse der Nation entgegengesetzten Sinne diese sich entschließe, der organisirten Macht ihre unorganisirte Uebermacht entgegenzusetzen, trete — der 18. März 1848 ein.

An diesem Tage wurde die alte Verfassung des Landes zerstört, und es kam nun darauf an, eine neue Verfassung zu machen. Was also war zu thun? Die Nationalversammlung mußte wirkliche Verfassung machen, die im Lande bestehenden realen Machtverhältnisse zu Gunsten der Bürger ändern, die organisirte Macht des Heeres und der Kanonen in ihre Gewalt bringen. Dann konnte sie in drei Tagen die geschriebene Verfassung machen. Statt dessen vertrödelte sie die kostbare Zeit, und als sie endlich mit dem Antrage Stein einen ersten schüchternen Schritt that, um sich des Heeres zu bemächtigen, da schrie die ganze Bourgeoisie und das halbe Land: nicht Allotria treiben, nicht das Ministerium quengeln, sondern Verfassung machen um jeden Preis! Darüber jagte die Krone mit ihren ungebrochenen Machtmitteln die Nationalversammlung auseinander.

Die Krone ihrerseits verstand sich viel besser auf das Wesen einer Verfassung. Als sie gesiegt hatte, dachte sie durchaus nicht daran, eine reaktionäre Verfassung niederzuschreiben. Im Gegentheil, aus freien Stücken verlieh sie eine ziemlich liberale geschriebene Verfassung. Ihre erste praktische Maßregel war vielmehr die Auflösung der Bürgerwehr, die Entwaffnung des Bürgerthums. „Die Besiegten entwaffnen, das ist die Hauptsache für den Sieger, wenn er nicht will, daß sich der Kampf jeden Augenblick wieder erneuern soll.“ Eine geschriebene liberale Verfassung konnte die siegreiche Krone gut und gern gewähren, so lange sie die thatsächlichen Machtverhältnisse in der Hand behielt, sicher, daß die *wirkliche* Verfassung es mit derselben Nothwendigkeit, die im Gesetze der Schwerkraft liegt, Schritt für Schritt über die *geschriebene* Verfassung davontragen werde. Und so ist es geschehen. „Keine Fahne, die hundert Schlachten mitgemacht hat, kann so zerfetzt und durchlöchert sein, wie unsere Verfassung.“ Sich dennoch mit fieberhafter Angst um diesen Fahnenstummel schaaren, heißt nichts anderes als einen Angstruf ausstoßen, heißt nichts anderes als bekennen, daß in der *geschriebenen* Verfassung immer noch etwas ist, was den *wirklichen* Machtverhältnissen widerspricht.

Wo die geschriebene Verfassung den wirklichen Machtverhältnissen entspricht, da wird es nie vorkommen, daß eine Partei ihren besonderen Feldruf aus dem Festhalten an der Verfassung macht. Einer solchen Verfassung bleibt Jeder von

selbst drei Schritte vom Leibe. Wo aber thatsächliche Machtverhältnisse der geschriebenen Verfassung widersprechen, da ist die geschriebene Verfassung — kein Gott und kein Schreien kann ihr helfen — unrettbar verloren. Sie wird entweder nach Rechts abgeändert und den realen Machtverhältnissen der organisirten Macht angepaßt, oder sie wird nach Links abgeändert, indem die unorganisirte Macht der Gesellschaft von Neuem beweist, daß sie stärker ist als die organisirte Macht des Heeres und der Kanonen. Aber verloren ist sie in jedem Falle.

Lassalle faßte seine Ansicht dahin zusammen: „Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechts-, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existirt nur in den reellen thatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Werth und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind.“ Er fügte hinzu, was vom Heere als dem entscheidendsten und wichtigsten der organisirten Machtmittel gelte, das treffe natürlich ebenso auf die Organisation der Justiz-, der Verwaltungsbeamten u. s. w. zu. Ohne daß er ein Wort davon gesprochen habe, würden seine Hörer wissen, aus welchem Bedürfniß die Militärreorganisation hervorgegangen sei. Er schloß: „Das Fürstenthum, meine Herren, hat praktische Diener, nicht Schönredner, aber praktische Diener, wie sie Ihnen zu wünschen wären.“

Es ist heute fast unbegreiflich, beweist aber um so schlagender die damalige Verwirrung, daß dieser Vortrag, der mit schneidender Schärfe den kranken Nerv der Lage traf, keinen großen Eindruck auf die gemacht zu haben scheint, an die er gerichtet war. In den Bezirksvereinen, wo Lassalle sprach, wurden seine Ausführungen mit dem üblichen Beifall begleitet, und zu ganz besonderer Ehre des Redners unterließ man auf seinen Wunsch das Tabakrauchen, während er sprach. Sonst scheinen die guten Philister gar nicht gemerkt zu haben, daß Lassalle ihnen eine ganz andere Kost vorsetzte, als die landläufigen Phrasen, an die sie sonst gewohnt waren. Die Führer der Fortschrittspartei werden sich freilich wohl nicht in so plumper Weise getäuscht haben; ihnen konnte schwerlich entgehen, wohinaus Lassalle wollte. Aber sie kannten damals schon das feine Mittel, unbequeme Dinge todtzuschweigen, wenn es irgend ging, und so lange ihre Schäflein nicht unruhig wurden, hatten sie auch keinen Anlaß, mit Lassalle anzubinden. Größere Aufmerksamkeit als bei diesen „Schönrednern“ fand Lassalles Vortrag bei den „praktischen Dienern“ des Königthums. Die Kreuzzeitung erklärte, daß Lassalle, ein seiner Zeit vielgenannter revolutionärer Jude, mit richtigem Instinkte den Nagel auf den Kopf getroffen und noch nicht Alles gesagt habe, was er wisse und denke. Es war die Sprache der Junker, welche die Krone möglichst schnell und möglichst unheilbar mit der bürgerlichen Klasse überwerfen wollten. Die Regierung selbst benahm sich vorsichtiger; der Kriegsminister v. Roon und die offiziöse Sternzeitung beschuldigten Lassalle subversiver Tendenzen.

Hatte Lassalle in diesem Vortrage die bürgerliche Klasse gewarnt: Hütet euch, wieder dieselben Dummheiten zu machen, durch die ihr euer Spiel im

Jahre 1848 verloren habt, so sagte er in einem anderen Vortrage, den er am 12. April 1862 im Handwerkervereine der Oranienburger Vorstadt vor den Maschinenbauarbeitern dieses Viertels hielt: Vergeßt nicht, daß ihr in der allgemeinen bürgerlichen Opposition besondere Interessen vertretet. Dieser Vortrag war das Arbeiterprogramm, in dem Lassalle „über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" handelte.

Um sein Thema zu erläutern, warf Lassalle zunächst einen Blick in die Geschichte, in die Vergangenheit, die richtig verstanden hier wie immer die Bedeutung der Gegenwart aufschließe und die Umrisse der Zukunft vorauszeige. Im Mittelalter war der Grundbesitz das herrschende Prinzip, das in der ökonomischen wirthschaftlichen Beschaffenheit dieses Zeitalters, in dem Zustande seiner Produktion wurzelte. Auf dem Grundbesitze beruhte die öffentliche Macht, die Lehnsverfassung, beruhte das öffentliche Recht, die Reichsverfassung, beruhte die Steuerfreiheit des großen Grundbesitzes, und die soziale Geringschätzung, die auf jeder anderen Arbeit, als etwa auf der Beschäftigung mit dem Grund und Boden lastete.

Lassalle wies dann eingehend nach, wie der Fortschritt der Industrie, der bürgerlichen Produktion, der sich immer weiter entwickelnden Theilung der Arbeit und der hierdurch entstandene Kapitalreichthum die mittelalterliche Gesellschaftsorganisation aufgelöst habe. Diese historische Darstellung beruht wesentlich auf dem Kommunistischen Manifest, wenn sie auch durchaus kein Plagiat, sondern selbständig durchdacht ist. Der stille, unmerklich revolutionirende Fortschritt der Industrie drückte die Macht des Grundbesitzes herab; die Revolution war bereits im Innern der Gesellschaft, lange ehe sie in Frankreich ausbrach. „Dies ist überhaupt bei allen Revolutionen der Fall, meine Herren! Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den thatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Eine Revolution machen wollen, ist die Thorheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben. Eben deshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder Einzelnen, die sich bei diesem Hebammendienst betheiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren thatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesetzsammlung übergehen." Die Spinnmaschine, welche die mittelalterliche Zunftorganisation sprengte und die freie Konkurrenz vorbereitete, war schon die lebendig gewordene Revolution.

In der großen französischen Revolution gewann die Bourgeoisie, der dritte Stand, die rechtliche Stellung, die ihrer thatsächlichen Macht entsprach. Sie faßte sich im ersten Augenblick als gleichbedeutend mit dem ganzen Volke, ihre Sache als gleichbedeutend mit der Sache der ganzen Menschheit. War dem nun wirklich so oder trug dieser dritte Stand, die Bourgeoisie, innerlich noch einen

vierten Stand im Herzen, von welchem er sich wieder rechtlich abscheiden und ihn seiner Herrschaft unterwerfen wollte? Lassalle erläuterte den Begriff der Bourgeoisie in dem Sinne, daß die bürgerliche Klasse zur Zeit der französischen Revolution wie heute noch aus zwei Unterklassen bestehe: aus denen, die ganz oder hauptsächlich von ihrer Arbeit ihr Einkommen beziehen und hierin durch gar kein oder nur durch ein bescheidenes Kapital unterstützt werden, und aus denen, die über einen großen bürgerlichen Besitz, über ein großes Kapital verfügen und auf Grund einer solchen großen Kapitalbasis produziren oder Renteneinkommen daraus beziehen. Ein solcher Großbürger sei an und für sich noch kein Bourgeois. Freue er sich in seinem Zimmer der großen Annehmlichkeit seiner Lage, so sei nichts einfacher, nichts natürlicher und nichts rechtmäßiger als das. Erst wenn der Großbürger, nicht zufrieden mit der thatsächlichen Annehmlichkeit eines großen Besitzes, diese Thatsache zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft machen wolle, werde er zum Bourgeois. Und in diesem Sinne habe sich der dritte Stand, der durch die französische Revolution zur Herrschaft gekommen sei, allerdings als Bourgeoisie aufgefaßt, habe er das Volk seiner privilegirten politischen Herrschaft unterworfen. Wie im Mittelalter der Adel den Grundbesitz, so habe die Bourgeoisie das Kapital zum herrschenden Prinzip aller gesellschaftlichen Einrichtungen gemacht.

Dies bewies Lassalle durch eine Reihe analoger Thatsachen. Durch die Zensuswahlen mache die Bourgeoisie den Steuerbetrag und also in letzter Instanz den Kapitalbesitz zum Maßstabe, woran sich das Wahlrecht zu den Kammern und somit der Antheil der Einzelnen an der Herrschaft über den Staat bestimme. Durch die indirekten Steuern, die sie zwar nicht eigentlich erfunden, aber zu einem unerhörten System ausgebildet habe, verschaffe die Bourgeoisie dem großen Kapital die Steuerfreiheit, die der große Grundbesitz im Mittelalter genossen habe. Dabei hob Lassalle den eigenthümlichen Widerspruch und die eigenthümliche Gerechtigkeit des Verfahrens hervor, fast die gesammten Staatshaushaltsbedürfnisse den indirekten Steuern und also dem armen Volke aufzubürden, zum Maßstabe aber und zur Bedingung des Wahlrechts und somit des politischen Herrschaftsrechts die direkten Steuern zu machen, die zu dem Gesammtbedürfniß des preußischen Staats von 108 Millionen nur den verschwindend kleinen Beitrag von 12 Millionen lieferten. Mit welcher sozialen Mißachtung denjenigen begegnet werde, die gleichviel worin und wie sehr sie arbeiteten, keinen bürgerlichen Besitz hinter sich hätten, würden seine Hörer leider oft genug im bürgerlichen Leben erfahren. Ja, in mancher Beziehung gehe die Bourgeoisie noch weiter als der feudale Adel, indem sie den Volksunterricht für Erwachsene, der im Mittelalter der Geistlichkeit obgelegen habe und in neuerer Zeit den Zeitungen obliege, durch Kautionen und Stempelsteuern zum Vorrechte des Kapitalbesitzes mache.

Aber auch diese Geschichtsperiode sei innerlich abgelaufen, so wenig dies äußerlich den Anschein habe. „Am 24. Februar 1848 brach die erste Morgenröthe einer neuen Geschichtsperiode an. An diesem Tage brach nämlich in Frankreich,

in diesem Lande, in dessen gewaltigen inneren Kämpfen die Siege wie die Niederlagen der Freiheit, Siege und Niederlagen für die gesammte Menschheit bedeuten, eine Revolution aus, die einen Arbeiter in die provisorische Regierung berief, als den Zweck des Staates die Verbesserung des Looses der arbeitenden Klasse aussprach, und das allgemeine und direkte Wahlrecht proklamirte, durch welches jeder Bürger, der sein 21. Jahr erreicht hatte, ohne alle Rücksicht auf seine Besitzverhältnisse einen gleichmäßigen Antheil an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und des Staatszweckes empfing." War die Revolution von 1789 die Revolution des dritten Standes, so will nunmehr der vierte Stand, der 1789 noch in den Falten des dritten Standes verborgen war und mit ihm zusammenzufallen schien, sein Prinzip zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft erheben und mit ihm alle ihre Einrichtungen durchdringen. Und nun führt Lassalle aus, ganz im Sinne des Kommunistischen Manifestes, daß dieser letzte und äußerste Stand, der enterbte Stand der Gesellschaft, keine ausschließende Bedingung weder rechtlicher noch thatsächlicher Art mehr aufstelle und aufstellen könne, daß dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten sei, eben deshalb zusammenfalle mit dem ganzen Menschengeschlechte. Seine Sache sei in Wahrheit die Sache der gesammten Menschheit, seine Freiheit sei die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft sei die Herrschaft Aller. Wer die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anrufe, der stoße nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden Schrei aus, der stoße einen Schrei der Versöhnung, der Einigung, der Liebe aus, einen Schrei, welcher seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen habe, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein werde, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertöne.

Lassalle betrachtete das Prinzip des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft unter dreifachem Gesichtspunkte: in Bezug auf das formelle Mittel seiner Verwirklichung, in Bezug auf seinen sittlichen Inhalt und in Bezug auf die politische Auffassung des Staatszwecks, die ihm innewohne.

Das formelle Mittel seiner Verwirklichung sei das allgemeine und direkte Wahlrecht. Es sei keine Wünschelruthe, die vor augenblicklichen Mißgriffen schütze, aber es sei das einzige Mittel, welches auf die Dauer von selbst wieder die Mißgriffe ausgleiche, zu denen sein augenblicklich irriger Gebrauch führen könne. Es sei die Lanze, welche selbst wieder die Wunden heile, die sie schlage. Auf die Länge der Zeit müsse bei dem allgemeinen und direkten Wahlrechte der gewählte Körper das genaue treue Ebenbild des wählenden Volkes sein.

Der sittliche Inhalt des Prinzips des Arbeiterstandes müsse, sobald es zur Herrschaft gelangt sei, eine Blüthe der Sittlichkeit, der Kultur und Wissenschaft herbeiführen, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen sei. Seit lange gehe die Entwicklung der Völker, der Athemzug der Geschichte auf eine immer steigende Abschaffung der Vorrechte, die den höheren Ständen diese ihre

Stellung als höhere und herrschende Stände verbürgen. Der Wunsch nach ihrer Forterhaltung oder das persönliche Interesse bringe daher jedes Mitglied der höheren Stände, das sich nicht ein- für allemal durch einen großen Blick über sein ganzes persönliches Dasein erhebe und hinwegsetze, von vornherein in eine prinzipiell feindliche Stellung zu der Entwicklung des Volks, zu dem Umsichgreifen der Bildung und Wissenschaft, zu den Fortschritten der Kultur, zu allen Athemzügen und Siegen des geschichtlichen Lebens. Dieser Gegensatz rufe die hohe und nothwendige Unsittlichkeit der höheren Stände hervor. Anders die unteren Klassen. Zwar sei in ihnen leider immer noch Selbstsucht genug vorhanden, viel mehr als vorhanden sein sollte. Aber wo diese Selbstsucht vorhanden sei, da sei sie ein Fehler der Einzelnen und nicht der nothwendige Fehler der Klasse. Den Gliedern der unteren Klasse sage schon ein sehr mäßiger Instinkt, daß sofern sich jeder von ihnen blos auf sich beziehe und jeder blos an sich denke, er keine erhebliche Verbesserung seiner Lage für sich schaffen könne. Insofern aber die unteren Klassen der Gesellschaft die Verbesserung ihres Klassenlooses erstrebten, falle ihr persönliches Interesse seiner Richtung nach durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesammten Volks, mit dem Siege der Idee, mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst, welche nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit sei. „Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was Ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung." Die Arbeiter könnten sich daher der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß sie um so sittlicher daständen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft in ihrem hier entwickelten reinen Sinne sei.

Hiermit hänge endlich aufs engste zusammen, wodurch sich die Staatsauffassung des vierten Standes von der Staatsauffassung der Bourgeoisie unterscheide. „Die sittliche Idee der Bourgeoisie ist diese, daß ausschließend nichts anderes, als die ungehinderte Selbstbethätigung seiner Kräfte jedem Einzelnen zu garantiren sei. Wären wir alle gleich stark, gleich gescheidt, gleich gebildet und gleich reich, so würde diese Idee als eine ausreichende und sittliche angesehen werden können. Da wir dies aber nicht sind und nicht sein können, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend und führt deshalb in seinen Konsequenzen nothwendig zu einer tiefen Unsittlichkeit. Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Gescheidtere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt. Die sittliche Idee des Arbeiterstandes dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Bethätigung der individuellen Kräfte noch nicht ausreiche, sondern zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung!" Entsprechend diesem Unterschiede fasse die Bourgeoisie den Staatszweck so auf, daß der Staat ausschließlich die persönliche Freiheit des Einzelnen und sein Eigenthum zu schützen habe. Das sei eine Nachtwächteridee, „eine Nachtwächteridee deshalb, weil sie sich den Staat selbst nur unter dem Bilde eines Nachtwächters denken kann,

dessen Funktion darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten.“ Wolle die Bourgeoisie konsequent ihr letztes Wort aussprechen, so müsse sie gestehen, daß der Staat überhaupt ganz überflüssig sei, wenn es keine Diebe und Räuber gebe.

Ganz anders fasse der vierte Stand den Staatszweck auf und zwar so wie er in Wahrheit beschaffen sei. „Die Geschichte ist ein Kampf mit der Natur, mit dem Elende, der Unwissenheit, der Armuth, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befanden, als das Menschengeschlecht im Anfange der Geschichte auftrat. Die fortschreitende Besiegung dieser Machtlosigkeit, das ist die Entwicklung der Freiheit, welche die Geschichte darstellt. In diesem Kampfe würden wir niemals einen Schritt vorwärts gemacht haben oder jemals weiter machen, wenn wir ihn als Einzelne jeder für sich, jeder allein, geführt hätten oder führen wollten. Der Staat ist es, welcher die Funktion hat, diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller Einzelnen, die in dieser Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als Einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt.“ Der Arbeiterstand habe schon durch die hilflose Lage, in der sich seine Mitglieder als Einzelne befänden, den tiefen Instinkt, daß eben dies die Bestimmung des Staates sei und sein müsse, dem Einzelnen durch die Vereinigung Aller zu einer solchen Entwicklung zu verhelfen, zu der er als Einzelner nicht befähigt wäre. „Ein Staat also, welcher unter die Herrschaft der Idee des Arbeiterstandes gesetzt wird, würde nicht mehr, wie freilich auch alle Staaten bisher schon gethan, durch die Natur der Dinge und den Zwang der Umstände unbewußt und oft sogar widerwillig getrieben, sondern er würde mit höchster Klarheit und völligem Bewußtsein diese sittliche Natur des Staates zu seiner Aufgabe machen. Er würde mit freier Lust und vollkommenster Konsequenz vollbringen, was bisher nur stückweise in den dürftigsten Umrissen dem widerstrebenden Willen abgerungen worden ist, und er würde somit eben hierdurch nothwendig einen Aufschwung des Geistes, die Entwicklung einer Summe von Glück, Bildung, Wohlsein und Freiheit herbeiführen, wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte und gegen welche selbst die gerühmtesten Zustände in früheren Zeiten in ein verblassendes Schattenbild zurücktreten.“

Die so entwickelte Ideenreihe spricht Lassalle als die Idee des Arbeiterstandes an und aus ihr folgert er die Pflicht einer ganz neuen Haltung für die Arbeiter. „Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.“ In herrlichen Worten führt Lassalle diesen Gedanken aus, dessen sittliche Gluth auch nur in zwei oder drei Hörern entzündet zu haben, ihn reicher Lohn dünkt. Er mahnt die Arbeiter, vor

Allem Muthlosigkeit und Zweifel ihrem Streben fern zu halten. Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sehe man das Morgenroth eines neuen Tages früher, als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens, und was eine Stunde sei in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das seien ein oder zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs.

Noch weit mehr als in dem Vortrage über Verfassungswesen gab Lassalle im Arbeiterprogramm sein Eigenstes. Die durchsichtig klare Anordnung des Stoffes, die Strenge der logischen Schlußfolgerung, die hinreißende Sprache, die tiefe Sympathie für das Proletariat, die den Vortrag ebenso erleuchtet wie erwärmt, die, gleich fern der kaltblütigen Berechnung des Demagogen, wie dem weinerlichen Pathos des Gefühlsmenschen, in der klaren Erkenntniß der Aufgaben gipfelt, welche die Arbeiterklasse in der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu lösen hat, machen das Arbeiterprogramm in seiner Art zu einem ebenso großen Meisterwerk, wie das Kommunistische Manifest in seiner Art ist. Man kann sagen, Lassalles Arbeiterprogramm sei das Kommunistische Manifest im Spiegel der deutschen Zustände.

Womit denn auch schon gesagt ist, daß es einseitiger ist als das Kommunistische Manifest. Aber in dieser Einseitigkeit liegt zugleich seine Stärke. Lassalle übersieht die englische Revolution des 17. Jahrhunderts, er übersieht die chartistische Bewegung, die lange vor der Februarrevolution das allgemeine Wahlrecht zum Feldrufe des Proletariats gemacht hatte, er übersieht die klassische Form der Bourgeoisie in England. Doch indem Lassalle seine Betrachtung auf die französische und deutsche Entwicklung beschränkt, wird seine Darstellung zwar mehr oder weniger einseitig, aber keineswegs unwahr. Weder subjektiv unwahr, denn Lassalle sah die Dinge wirklich so wie er sie schilderte, und es erklärt sich aus seinem Bildungs- und Entwicklungsgange hinlänglich, weshalb ihm die englische Entwicklung immer ferner lag, als die französische und die deutsche. Noch objektiv unwahr, denn soweit Lassalles Auffassung reichte, war sie richtig, und sie reichte weit genug, um den deutschen Arbeitern klar zu machen, worauf es für sie in der Gegenwart und Zukunft ankomme. Das Kommunistische Manifest mußte unter den gegebenen Verhältnissen für die Massen des deutschen Proletariats ein Buch mit sieben Siegeln sein; für das damalige Maß ihres Verständnisses hätte es höchstens ein dämmerndes Licht auf den Weg geworfen, den die deutsche Arbeiterklasse historisch gehen mußte. Dagegen zeigte ihr Lassalles Arbeiterprogramm zwar nur die ersten Stationen dieses Weges, aber sie auch in vollendeter Klarheit.

Es ist bei alledem ein sehr bedeutendes und sehr maßgebendes Stück der bürgerlichen Geschichtsperiode, das Lassalle im Arbeiterprogramm entrollt. Er irrt eigentlich nur in dem von ihm selbst als mehr nebensächlich behandelten Punkte der Zeitungskautionen und der Zeitungsstempelsteuern, die im Ganzen und Großen als absolutistisch-feudales Herrschaftsmittel gedient haben und von der Bourgeoisie im Allgemeinen bekämpft worden sind. Die entscheidend wichtigen Kennzeichen, an denen er die Herrschaft der Bourgeoisie prüft, stimmen durchaus.

Die Zensuswahlen sind von der englischen Bourgeoisie in den Kämpfen um die Reformbill, von der französischen Bourgeoisie in der Revolution von 1848 aufs hartnäckigste vertheidigt worden; jede Erweiterung des Wahlrechts wurde und wird von dieser Klasse als Erschütterung ihrer Herrschaft empfunden, mußte und muß ihr abgerungen werden. In Preußen war allerdings das Dreiklassenwahlsystem von der absolutistisch-feudalen Gegenrevolution gegen den Willen der Bourgeoisie und unter ihrem papierenen Protest oktroyirt worden, aber zur Zeit als Lassalle das Arbeiterprogramm veröffentlichte, hatte die bürgerliche Klasse ihre augenblickliche Verirrung längst erkannt und machte sie durch eine um so glühendere Anhänglichkeit an die Zensuswahlen wieder gut. Wie auffässig die deutsche Bourgeoisie heute dem allgemeinen Wahlrecht ist, wo es besteht, und wie zähe sie sich seinem Eindringen widersetzt, wo es noch nicht besteht, ist bekannt genug.

Aehnlich steht es mit den indirekten Steuern. Wenn Lassalle sagte, die Bourgeoisie habe diese Steuern nicht eigentlich erfunden, aber sie zu einem unerhörten System entwickelt, so sagte er dasselbe, was Marx schon in der Streitschrift gegen Proudhon mit den Worten gesagt hatte: „Die Verbrauchssteuer hat ihre volle Entwicklung erst mit dem Siege der Bourgeoisie genommen.“ Und die historischen Thatsachen bestätigen diese Ansicht vollkommen. Es ist zwar gegen Lassalle eingewandt worden, gerade im Preußischen trage die „Bourgeoisie“ doch sicher wenig Verantwortung für die Einführung der indirekten Steuern im 17. Jahrhundert, und dieser Einwand ist ganz richtig, insoweit als er sagt, daß es zu dieser Zeit keine preußische „Bourgeoisie“ im modernen Sinn gegeben hat. Thatsächlich haben aber die Städte auf dem brandenburgischen Landtage von 1667 gegen den Willen der Ritterschaft die Einführung der Akzise durchgesetzt, von der sie sagten, daß sie „sowohl Gottes Worte wie der Natur gemäß“ sei. Die Vertreter der Städte flehten ihren liebsten Landesvater an, so viele tausend nach Linderung seufzende Seelen in Städten und Dörfern zu erhören und die Verbrauchssteuer statt der Kontribution, der damaligen direkten Steuer, ganz allgemein im Lande einzuführen. Je durchschlagender jener Einwand gegen Lassalle zu sein scheint, um so mehr schlägt er für Lassalle durch; je verkümmertere Anfänge der heutigen Bourgeoisie die brandenburgischen Städte des 17. Jahrhunderts waren, um so mehr beweist ihr inbrünstiges Flehen um die Akzise, wie tief die indirekten Steuern im Wesen der bürgerlichen Geschichtsperiode wurzeln.

Allerdings handelt es sich bei den indirekten Steuern, wie Lassalle später einmal sagte, um eine „reiche und mosaikartige Materie“. Der Kampf um diese Steuern, die in ihrem Entstehen namentlich auch der feudalen Steuerfreiheit des Adels hinten herum beikommen sollten, hat sich sowohl zwischen den herrschenden und beherrschten Klassen, als auch innerhalb der herrschenden Klassen abgespielt. Fürsten und Junker fanden bald außerordentlichen Geschmack an den indirekten Steuern, während die Bourgeoisie sie heftig bekämpft hat, sobald sie zu ihrem Nachtheile die fiskalische und feudale Macht stärkten, sobald sie die Grundrente steigerten und den Kapitalprofit senkten. In diesem Kampfe hat die bürgerliche

Oekonomie ein reiches Arsenal von Waffen gegen die indirekten Steuern gesammelt, was natürlich die bürgerliche Praxis nicht hinderte, die Staatskosten durch die Verbrauchssteuern auf die arbeitenden Klassen abzuwälzen in Formen, die ausschließlich oder überwiegend ihrem Klasseninteresse entsprachen. In dem großen historischen Zusammenhange, in welchem Lassalles Arbeiterprogramm diese Dinge behandelt, haben sich die indirekten Steuern unzweifelhaft unter der Herrschaft der Bourgeoisie zu einem unerhörten System entwickelt und gehören zu den wesentlichsten Kennzeichen der bürgerlichen Geschichtsperiode.

Auch sonst ist es ein Vorzug des Arbeiterprogramms, dem ökonomischen Grunde der historischen Entwicklung nachzuspüren. Lassalles Ideologie erscheint hier nur noch als eine sehr dünne Haut, durch die man überall das rothe Blut des Lebens rieseln sieht. Das feudale „Prinzip“ wird aus der Produktionsweise des Mittelalters abgeleitet, die „Idee des Arbeiterstandes“ wird thatsächlich als proletarischer Klassenkampf erläutert, und selbst die Ausführungen über den Staat lassen sich mehr nur nach ihrer Form als nach ihrem Inhalte anfechten. In seinem Briefe an Bucher hatte Lassalle es als ein Erforderniß des Prinzips bezeichnet, eine neue Sozietät — nicht einen neuen Staat — zu schaffen, und im Arbeiterprogramm verfolgt er die historische Bewegung nicht an den Umwälzungen des Staats, sondern an den Umwälzungen der Gesellschaft. Gegenüber der manchesterlichen Nachtwächteridee vom Staate, die damals die öffentliche Meinung beherrschte, war es durchaus nothwendig zu betonen, daß die Arbeiterklasse des Staats bedürfe, um ihre Emanzipation durchzuführen. Darin stimmte Lassalle ganz mit dem Kommunistischen Manifest überein, wenn er auch unterließ hinzuzufügen, daß die Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse die Auflösung des Staats in die sozialistische Gesellschaft herbeiführen werde. Diese Unterlassung erklärte sich übrigens einfach genug aus der Aufgabe des Arbeiterprogramms, zunächst das eingeschlafene oder überhaupt noch nicht erwachte Klassenbewußtsein des Proletariats zu wecken; nichts nöthigt zu der Annahme, daß Lassalle jene Schlußfolgerung des Kommunistischen Manifestes nicht gebilligt oder sie absichtlich verschwiegen habe. Wie sehr er bemüht war, jeder irreführenden Auffassung des Staatsbegriffs vorzubeugen, beweist die scharfe Betonung der Thatsache, daß der Staat seinen zivilisatorischen Beruf erst unter der politischen Herrschaft des Proletariats werde erfüllen können, während er ihn bisher erst unbewußt, unter dem Zwange der Umstände und oft gegen den Willen seiner Leiter, mehr oder weniger erfüllt habe.

Unmittelbar scheint auch dieser Vortrag Lassalles keine große Wirkung gehabt zu haben. Der Wahlkampf verschlang alles Interesse; die Wahlbetheiligung war bei den Wahlen von 1862 so stark, wie niemals vorher oder nachher unter dem Dreiklassenwahlsystem. Die Maschinenbauarbeiter, zu denen Lassalle sprach, gehörten zu den treuesten Anhängern der Fortschrittspartei und mögen den tieferen Sinn des Redners um so eher übersehen haben, als der Zweck der Rede ja durchaus nicht darauf hinauslief, sie in dem Wahlkampfe der Fortschrittspartei

abspenstig zu machen. Die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts, die einzige praktische Spitze des Vortrags, konnte für sie auch nichts Ueberraschendes haben, da es damals einen Volksthümlichen Wahlverein in Berlin gab, der unter der Leitung des Schriftstellers Adolf Streckfuß, eines alten Achtundvierzigers, innerhalb der Fortschrittspartei für die Wahl solcher Kandidaten agitirte, die das allgemeine Wahlrecht wiederherstellen wollten. Dies mag denn auch Grund genug für die Führer der Fortschrittspartei gewesen sein, von Lassalles Ketzereien möglichst wenig Aufhebens zu machen. Sie waren entschlossen, mit dem allgemeinen Wahlrechte kurzen Prozeß zu machen, hüteten sich aber wohlweislich, diese edle Absicht allzu offen herauszuhängen, und befolgten die ganz schlaue Taktik, mit unbestimmten Redensarten um den heißen Brei zu gehen, an welcher einschläfernden Methode die von Streckfuß geleitete Agitation denn auch bald einschlief.

Einen schärferen Blick, als Bourgeoisie und Proletariat, hatte die Regierung für die Bedeutung von Lassalles Vortrag. Sofort nach seiner Drucklegung im Juni des Jahres ließ ihn der Staatsanwalt von Schelling konfisziren und zwar mit möglichstem Alarm, mit einer ebenso überflüssigen wie ungesetzlichen Haussuchung in Lassalles Wohnung. Da es selbst für einen preußischen Staatsanwalt schwer sein mußte, die akademische und streng wissenschaftliche Abhandlung unter einen der Kautschukparagraphen zu bringen, von denen das preußische Strafgesetz wimmelte, so hat Lassalles spätere Vermuthung viel für sich, daß er zum Sündenbock ausersehen gewesen sei, auf dessen Kosten sich die Regierung mit der Bourgeoisie einigen wollte. Dem damals leitenden Minister von der Heydt mußte Lassalles Arbeiterprogramm ein Greuel sein, und wahrscheinlich wollte er durch die gerichtliche Verfolgung Lassalles der Bourgeoisie ein Unterpfand dafür geben, daß die Regierung ihr die Arbeiter im Zaume halten würde, wenn sie nur der Regierung die Heeresreform bewilligte. Dafür daß es sich bei der Konfiskation des Vortrags um eine diplomatische Staatsretterei handelte, spricht auch der Umstand, daß zunächst keine Anklage erhoben wurde, ein sehr seltenes Vorkommniß in der preußischen Justiz, die sich sonst bei politischen Prozessen beeifert, durch Fixigkeit gut zu machen, was ihr an Richtigkeit zu fehlen pflegt.

Inzwischen hatte die Fortschrittspartei ihren großen Wahlsieg erfochten, und Lassalle mußte die weitere Entwicklung der Dinge abwarten, mußte abwarten, ob sich die bürgerliche Opposition fähig erweisen würde, ihre Aufgabe zu lösen. In diesen Tagen hat er die Möglichkeit erwogen, abermals zur Theorie zurückkehren zu müssen; er gedachte dann, ein nationalökonomisches Werk zu schreiben, unter dem Titel: Grundlinien einer wissenschaftlichen Nationalökonomie. Vor die große Oeffentlichkeit trat er noch einmal, indem er am 17. Mai als Festredner der Philosophischen Gesellschaft Fichtes hundertjährigen Geburtstag feierte. In dieser Gesellschaft war die privilegirte Gelehrsamkeit stark vertreten. Sie war damals heftig erbittert über die unwürdigen Wahlmachinationen des Kultusministers v. Mühler, und es scheint, daß sie mit der Wahl Lassalles zum Festredner demonstriren wollte. In jedem Falle war diese Wahl ein Beweis

dafür, daß die bürgerlichen Kreise an der bisherigen Agitation Lassalles noch keinen ernstlichen Anstoß genommen hatten. Die Rede über Fichte und ein nicht lange vorher in Walesrodes Demokratischen Studien veröffentlichter Aufsatz über Lessing kennzeichnen nach der idealistischen Seite hin die äußersten Grenzen, die Lassalle als populärer Redner und Schriftsteller erreicht hat. Zwischen beiden Arbeiten besteht jedoch der Unterschied, daß die Rede über Fichte sich ihrer Aufgabe gemäß auf dem Boden des philosophischen Idealismus bewegen muß, daß der Festredner in der Tracht und Gewandung Fichtes einhergehen und seine Farben tragen will, während der Aufsatz über Lessing sich etwas mühsam mit idealistischen Konstruktionen abquält, die obendrein nach einem sehr hausbacken-realistischen Muster zugeschnitten sind. Der Aufsatz über Lessing ist die einzige von Lassalles Arbeiten, wo er etwas angekränkelt erscheint von den unberechtigten Eigenthümlichkeiten der preußischen Demokratie, während die Rede über Fichte ihn wirklich auf der Höhe der klassischen Philosophie zeigt. Sie war zugleich sein Abschiedsgruß an diese Philosophie.

Im Juli 1862 reiste Lassalle nach London und bemühte sich, Marx für seine Pläne zu gewinnen. Sie konnten sich jedoch nicht verständigen, und ihr brieflicher Verkehr schlief danach ein, wenn auch kein wirklicher Bruch erfolgte. Was Marx gegen Lassalle eingewandt hat, ist von ihm später einmal dahin zusammengefaßt worden: Lassalle lasse sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen. Er nehme einen kleinen Ausgangspunkt, wenn er die Staatshilfe im Gegensatze zu der von einem Zwerge wie Schulze-Delitzsch gepredigten Selbsthilfe zum Zentralpunkte seiner Agitation mache. Damit greife er die Parole wieder auf, die Buchez, das Haupt des katholischen Sozialismus in Frankreich, im Gegensatze zur wirklichen Arbeiterbewegung geltend gemacht habe. Mit der Forderung der Staatshilfe für Assoziationen verbinde Lassalle den Chartistenruf des allgemeinen Wahlrechts, wobei er übersehe, daß die Bedingungen in Deutschland und England verschiedene seien, wobei er auch die Lektionen des Bonapartismus über das allgemeine Wahlrecht vergesse. Er verleugne den natürlichen Zusammenhang mit der früheren Arbeiterbewegung und verfalle in den Fehler Proudhons, die reelle Basis seiner Agitation nicht in der wirklichen Klassenbewegung zu suchen und dieser nach einem gewissen doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen, wodurch seine Agitation einen Sektencharakter erhalte.

Das Gewicht dieser Einwände hat Lassalle schwerlich verkannt. Wenn sie ihn dennoch nicht überzeugten, so ist es zweifellos geschehen, weil er zu stark unter dem Drucke der „unmittelbaren Zeitumstände“ stand. Es blieb dann noch die Frage offen, wer diese Umstände für Deutschland richtiger einschätzte, Marx oder, wie schon in der europäischen Krisis von 1859, Lassalle? Und diese Frage mündete wieder in die andere Frage, wie die preußische Bourgeoisie ihren Kampf mit König- und Junkerthum ausfechten werde.

IV. Die politische Abdankung der Bourgeoisie.

Als Lassalle im Herbste von 1862 nach Berlin zurückkehrte, war der preußische Verfassungsstreit auf seine Höhe gelangt. Am 13. Oktober hatte die Regierung die Session des Landtags geschlossen. Vorher hatte es das Abgeordnetenhaus unter Berufung auf den Artikel 99 der Verfassung für verfassungswidrig erklärt, wenn die Staatsregierung eine Ausgabe verfüge, die durch einen Beschluß des Abgeordnetenhauses ausdrücklich und definitiv abgelehnt worden sei. Das Herrenhaus hatte das vom Abgeordnetenhause berathene Budget verworfen, was ihm zustand, und das von der Regierung vorgelegte Budget angenommen, was ein offener Bruch der Verfassung war. Die Regierung endlich hatte erklärt, die Schlußfolgerung, die das Abgeordnetenhaus aus dem Artikel 99 der Verfassung ziehe, sei hinfällig; diesen Artikel in dem jetzt vom Abgeordnetenhause beliebten Sinne zu erläutern, sei von den Revisionskammern ausdrücklich abgelehnt worden. Bei der Berathung der Verfassung sei vielmehr die Frage offen gelassen worden, was zu thun sei, wenn sich die drei gesetzgebenden Faktoren über kein Etatsgesetz einigen könnten. Da dieser Fall jetzt praktisch geworden sei, so müsse die Regierung jedenfalls die bestehenden Staatseinrichtungen aufrecht erhalten und also auch die vom Abgeordnetenhause gestrichenen Ausgaben für die thatsächlich durchgeführte Heeresreform anordnen.

Dabei verhehlte Bismarck durchaus nicht, daß ihm der ganze Streit nichts weniger als angenehm sei. Als praktischer Geschäftsmann wußte er recht gut, daß der Knopf des Geldbeutels in der Hand der Bourgeoisie war. Er hatte das ganze Land gegen sich und in den Fragen, auf die es ihm eigentlich ankam, nicht einmal das König- und Junkerthum hinter sich. Gemäß seiner Junkernatur maßregelte er drauf los, soweit seine Macht irgend reichte; er begriff damals so wenig, wie jemals später, daß er durch solche Brutalitäten den Widerstand, den er brechen wollte, nicht schwächte, sondern stärkte. Auch ließ er sofort seine bonapartistischen Künste spielen und zeigte der Bourgeoisie zugleich ein süßes und ein saures Gesicht; jetzt endlich wurde gegen Lassalles Arbeiterprogramm die blödsinnige Anklage erhoben, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die besitzenden Klassen öffentlich angereizt zu haben, während sich im Proletariat dunkle Gestalten einfanden, die wundersame Mären zu verbreiten wußten von dem Wohlwollen der königlich preußischen Regierung für die Arbeiterklasse. Bei alledem aber machte Bismarck kein Hehl daraus, daß er sich lieber heute als morgen mit der Bourgeoisie vertragen möchte. Er „beklagte" den Zustand, den „Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen" zu müssen. Er wurde nicht müde, der Fortschrittspartei Kompromisse anzubieten, die nach seiner Versicherung die Seele alles Konstitutionalismus waren. Er meinte, die Verfassung begrenze nun einmal nicht die Rechte der drei gesetzgebenden Faktoren bei der Feststellung des Budgets; sie seien auf gegenseitige Nachgiebigkeit angewiesen; erst wenn ein Theil in „doktrinärem Absolutismus" jeden

Kompromiß verschmähe, müsse der Theil, der die Macht in Händen habe, in seinem Sinne vorgehen, da das Staatsleben auch nicht einen Augenblick still stehen könne.

Was immer sich gegen Bismarcks Standpunkt einwenden ließ, so hatte er das eine Verdienst, die Streitfrage als das aufzufassen, was sie wirklich war: als eine reelle Machtfrage. Und was immer sich für die bürgerliche Opposition sagen ließ, so litt sie an dem einen Fehler, die Streitfrage als das aufzufassen, was sie nicht war: als eine formale Rechtsfrage. Die Fortschrittspartei fuhr nach wie vor fort, um die Verfassung zu schreien als um ein gefährdetes Heiligthum, auf das ein unerhörtes Attentat gemacht werde. Sie stellte die preußische Verfassung als eine keusche Jungfrau dar, die noch kein Bureaukrat und noch kein Junker vergewaltigt habe, eine Fiktion, die allerdings einen noch robusteren Glauben erforderte, als das Dogma von der unbefleckten Empfängniß Mariä. Daneben ging durch die aufsässige Bourgeoisie eine Strömung, der Bismarcks Kompromißtheorie nicht so ganz unlieblich klang. Sie war weniger in der parlamentarischen Vorhut der Bourgeoisie, aber um so stärker in ihren ökonomisch-politischen Gewalthaufen, dem Nationalverein und dem Volkswirthschaftlichen Kongreß vertreten. Freilich lag auf der Hand, daß nachdem der Konflikt einmal auf des Schwertes Schneide gespielt war, durch einen Kompromiß ein Stück politischer Macht nicht mehr zu ergattern war, aber über die materiellen Interessen der Bourgeoisie hätte Bismarck reichlich mit sich handeln lassen, und das war doch immerhin etwas, unter Umständen viel und für einen beträchtlichen Theil der Bourgeoisie sogar alles.

In diese Konfusion leuchtete nun Lassalle mit seinem zweiten Vortrag über Verfassungswesen hinein, mit dem Vortrage: Was nun?, den er zuerst im November 1862 und dann auch noch in den folgenden Monaten in einer Anzahl von Berliner Bezirksvereinen hielt. Er konnte sich darauf berufen, daß die Ereignisse die Theorie seines ersten Verfassungsvortrags durchweg bestätigt hätten, daß der Verfassungsstreit sich als eine thatsächliche Machtfrage enthüllt habe. Aus der richtigen Theorie müsse sich nun aber auch das richtige Mittel entwickeln lassen, das den Sieg des Volks verbürge, und dem sei wirklich so.

Zunächst sei es nothwendig, die Frage richtig zu stellen. Sie sei falsch gestellt, wenn man frage, wie die bestimmte preußische Verfassung zu erhalten sei. Auf diese Frage gebe es so wenig eine Antwort, wie auf die Frage, ob ein Leichnam durch Galvanisirung neu belebt werden könne. An der Erhaltung der preußischen Verfassung mit ihren unzähligen Hinterthüren habe das Volk auch durchaus kein Interesse. Die richtige Frage, welche der Verfassungsstreit stelle, laute vielmehr: wie kann das absolute Recht des Volks, das Budgetbewilligungsrecht, das selbst in dieser Verfassung anerkannt sei und für alle Zeiten in alle künftigen Verfassungen werde aufgenommen werden müssen, zur Geltung gebracht werden?

Um diese Frage zu beantworten, zeigt Lassalle zunächst, welche Mittel, wie plausibel sie auch erscheinen möchten, nicht gewählt werden dürften. So denke wohl Mancher an eine Steuerverweigerung. Aber dies Mittel, so vor-

trefflich es sei in einem Volke, das bereits die reale Macht besitze, das sich bereits in der Festung befinde, wie das englische Volk, sei ganz unwirksam für ein Volk, das blos eine geschriebene Verfassung besitze und die Festung, die realen Machtmittel erst erobern wolle. An der theoretischen Unklarheit hierüber sei 1848 die preußische Nationalversammlung zu Grunde gegangen. In einem Volke, das die realen Machtmittel erst erobern wolle, habe eine Steuerverweigerung nur dann einen Sinn, wenn sie dazu bestimmt sei, einen allgemeinen Aufstand zu entflammen, was sich unter den gegebenen Verhältnissen von selbst verbiete. Im Jahre 1848 hätte allerdings eine siegreiche Insurrektion erfolgen können, und die damalige Steuerverweigerung wäre verständig gewesen, wenn die Nationalversammlung konsequent weiter gegangen wäre und den nationalen Aufstand dekretirt hätte. Aber das sei bekanntlich durch den von Unruh erfundenen passiven Widerstand, traurigen Angedenkens, verhindert worden.

Passe dies Mittel also nicht, so besitze die Kammer gleichwohl ein unwiderstehliches Mittel des Sieges, indem sie ausspreche das was sei, mit anderen Worten: indem sie den Scheinkonstitutionalismus zerstöre, ohne den sich der Absolutismus auf längere Dauer nicht halten könne. Der Absolutismus wisse recht gut, daß ihm die gesellschaftliche Macht des Bürgerthums weit überlegen sei; er wisse recht gut, daß er sich auf die Bajonette nicht setzen könne; wie ungeberdig er sich auch stelle, so habe er durchaus kein Wohlgefallen an der unsicheren Existenz, in einem ausgesprochenen und erklärten Widerspruche mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu stehen. Er brauche deshalb den Scheinkonstitutionalismus, um sich möglichst lange fortzusetzen.

Das Wesen des Scheinkonstitutionalismus erläuterte Lassalle mit den Worten: „Der Absolutismus erläßt eine Verfassung, in welcher er die Rechte des Volks und seiner Vertreter auf ein winziges, von keiner reellen Garantie gesichertes Minimum reduzirt und durch welche er also von vornherein den Volksvertretern theils die Möglichkeit, theils die Lust benimmt, eine selbständige Stellung gegen ihn einzunehmen. Jeden Versuch der Abgeordneten, den Willen des Volks gegen die Regierung zur Geltung zu bringen, brandmarkt er unter dem Namen: parlamentarisches Regime — als ob nicht in der That im parlamentarischen Regime und nur in ihm das Wesen einer jeden wahrhaft konstitutionellen Regierung bestände. Endlich behält er sich innerlich vor, falls dennoch einmal die Volksvertretung zu einem unabhängigen, mit dem Willen der Regierung nicht übereinstimmenden Votum sich entschließen sollte, dasselbe wie nicht ergangen zu betrachten, gleichwohl aber immer das äußere Scheingepränge konstitutioneller Formen beizubehalten." Es ist leicht zu ersehen, daß Lassalle diese wahrheitsgetreue Schilderung des Scheinkonstitutionalismus den preußischen Zuständen ablas.

Der Scheinkonstitutionalismus ist also nicht eine Errungenschaft des Volks, sondern im Gegentheil nur eine Errungenschaft des Absolutismus und die wesentlichste Verlängerung seiner Lebensdauer. In seiner alten unverhüllten Form kann der Absolutismus die Spannung des ausgesprochenen anerkannten Gegen=

satzes zu dem ganzen gesellschaftlichen Zustande dauernd nicht aushalten; mit dem leeren Scheine konstitutioneller Formen verhüllt er diesen Gegensatz, lullt ihn in Schlaf, beschwichtigt und lähmt ihn. Dieser Lüge und ihrer Macht gegenüber besteht das absolute, das schlechthin siegreiche Mittel darin, sie aufzudecken, die Regierung zu zwingen, daß sie der Verhüllung entsagt und sich auch formell vor aller Welt als das zeigt, was sie ist: als absolute Regierung. Und so müsse die Kammer unmittelbar nach ihrem Zusammentritt, unter Berufung darauf, daß die Regierung die von der Kammer verweigerten Ausgaben für die Militärreorganisation dennoch fortsetze, ihrerseits beschließen, ihre Sitzungen auf unbestimmte Zeit und zwar auf so lange auszusetzen, bis die Regierung den Nachweis antrete, daß die verweigerten Ausgaben nicht länger fortgesetzt würden.

Damit sei die Regierung besiegt. Löse sie die Kammer auf, so würden die neuen Abgeordneten mit derselben Parole gewählt werden und die neue Kammer würde sofort dieselbe Erklärung abgeben. Auf ewige Zeiten könne die Regierung nicht ohne Kammern regieren. Bei einem Blick auf Europa sehe man, mit einziger Ausnahme Rußlands, das aber eben auch ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse habe, als die anderen Länder, überall Staaten mit konstitutionellen Formen. Selbst der bonapartistische und der habsburgische Despotismus könnten den Scheinkonstitutionalismus nicht entbehren. Und gerade Preußen mit seinem kräftigen Bürgerstande solle ohne konstitutionelle Formen existiren können? Es sei ganz unmöglich. In diesem offen erklärten und permanenten Widerspruche mit dem eigenen Volke könne die Regierung keine auswärtige Politik führen, ohne sich bei jeder Verwicklung den unerträglichsten und übermüthigsten Fußtritten der anderen Regierungen auszusetzen. Lassalle verwahrt sich dagegen, daß dies ein unpatriotisches Räsonnement sei. Wie der Naturforscher habe der Politiker Alles zu betrachten, was sei, und also alle wirkenden Kräfte zu erwägen. Es wäre fast gar nicht abzusehen, auf welcher Stufe der Barbarei die Welt noch stehen würde, wenn nicht seit je die Eifersucht und der Gegensatz der Regierungen unter einander ein wirksames Mittel gewesen wäre, sie zu Fortschritten im Innern zu zwingen. Auch sei die Existenz der Deutschen nicht von so unsicherer Natur, daß eine Niederlage ihrer Regierungen eine wirkliche Gefahr für die Existenz der Nation in sich schlösse. In einem großen äußeren Kriege könnten wohl die einzelnen Regierungen, die sächsische, bairische, preußische zusammenbrechen, aber wie ein Phönix würde sich aus ihrer Asche erheben — das deutsche Volk.

Ebenso werde die Regierung durch die Zerstörung des Scheinkonstitutionalismus im Innern lahm gelegt. Lassalle warf einen Blick auf das reißende Anwachsen der Steuerlast und schloß, eine Regierung, die ein solches Budget aufbringen müsse, die so dastehe, unablässig mit der Hand in Jedermanns Tasche, müsse auch mindestens den Schein annehmen, Jedermanns Zustimmung dabei zu haben. Er nannte das Aussprechen dessen, was sei, das gewaltigste politische Mittel, dem der alte Napoleon, wie schon Fichte nachgewiesen habe, seine großen Erfolge

verdanke. Alle große politische Aktion bestehe in dem Aussprechen dessen, was sei und beginne damit. Alle politische Kleingeisterei bestehe in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was sei. Und hieran knüpfte Lassalle eine bittere Kritik des Vertrauensdusels in den Tagen der Neuen Aera, in denen die „Führer der Volkspartei" die Regierung in den Konstitutionalismus umzulügen versucht, dadurch aber nur das Volk getäuscht und dem Scheinkonstitutionalismus freie Bahn gemacht hätten, bis er bei den Militärforderungen angelangt sei.

Aber, so schloß Lassalle diese Abschweifung, Friede der Vergangenheit! Nur müsse um so eifersüchtiger, um so unerbittlicher in dem schweren Kampf der Gegenwart darauf gehalten werden, daß nicht wieder eine Politik verlogener Bemäntelung das Volk um sein Recht bringe. Die Wähler müßten durch unablässige Agitation die Abgeordneten zwingen, diese allein siegreiche Taktik zu befolgen. Durch Forttagen könne die Kammer die Regierung nicht unterwerfen; sei erst die erste, unbestritten verfassungsmäßige Weigerung der Kammer mit Füßen getreten, so könnte unmöglich eine zweite oder dritte oder vierte Weigerung ein besseres Schicksal haben; Regierung und Volk würden sich nur daran gewöhnen, unbequeme Beschlüsse der Kammer als nicht ergangen zu betrachten. Noch schlimmer wo möglich wäre ein Kompromiß. Nach dem Verlaufe, den die Sache genommen habe, stehe in erster Linie die konstitutionelle Grundfrage: Ist die Regierung gezwungen, Ausgaben einzustellen, welche die Kammer verweigert hat? In dieser Lage der Sache wäre ein Kompromiß nicht ein Vergleich, sondern ein gänzliches Preisgeben des öffentlichen Rechts.

Zum Schlusse führte Lassalle aus, daß sein Mittel jedenfalls unschädlich sei. Wirke es nicht, so würde ein nachgiebiges Forttagen der Kammer noch viel weniger wirken und der Regierung nur das Mittel geben, die Komödie des Scheinkonstitutionalismus fortzuspielen, die Volksintelligenz zu verwirren und wie jedes auf Lüge beruhende Regierungssystem die Sittlichkeit des Volks zu verderben. Das Mittel sei aber auch ungefährlich; um es anzuwenden sei nur Klarheit und Energie, aber keineswegs großer Muth nothwendig; den streikenden Abgeordneten sei weder mit Staatsanwälten noch mit Gerichten beizukommen; schlimmstenfalls hätten sie auf einige Zeit der Wichtigkeit einer offiziellen Stellung zu entsagen. Vielleicht bliebe die Regierung einige Zeit hartnäckig, aber das wäre gar sehr zum Vortheil des Volks. Um so mehr demüthige sie sich dann vor der Majestät des Volks, wenn sie später nachgeben müsse, um so mehr erkenne sie dann die gesellschaftliche Macht des Bürgerthums als die ihr überlegene Macht an. „Dann kein Versöhnungsdusel, meine Herren! Sie haben jetzt hinreichende Erfahrungen gesammelt, um zu sehen, was der alte Absolutismus ist. Dann also kein neuer Kompromiß mit ihm, sondern: den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust!"

Bekanntlich ist die praktische Probe auf die von Lassalle vorgeschlagene Taktik nicht gemacht und so ist sehr viel über sie gestritten worden. Von den Einwänden, welche sie hervorgerufen hat, erledigen sich aber etwa neun Zehntel

dadurch, daß die Kritiker sich nicht die Mühe genommen haben, Lassalles Gedanken richtig aufzufassen. Besonders geistreich ist der am häufigsten gemachte Einwurf, daß Bismarck trotz des Verfassungsstreits siegreiche Kriege mit Dänemark und Oesterreich geführt habe. Lassalle ist natürlich glänzend widerlegt, wenn die seinem Vorschlage genau entgegengesetzte Taktik, von der er im Voraus nachwies, daß sie die Regierung nicht lähmen werde, die Regierung nun auch wirklich nicht gelähmt hat. Diese Kritiker sollten ein wenig darüber nachdenken, weshalb Bismarck, nachdem er auf der ganzen Linie gesiegt hatte, nachdem am 3. Juli 1866 das reorganisirte Heer die österreichisch-sächsische Kriegsmacht und die preußischen Wähler die parlamentarische Opposition zertrümmert hatten, trotz des heftigsten Widerstands der Junker um Indemnität für das budgetlose Regiment einkam und seinen Wunsch besonders durch die Rücksicht auf die auswärtige Politik begründete. Nicht viel weniger geistreich ist der andere Einwand: auch wenn das Abgeordnetenhaus in Lassalles Sinne vorgegangen wäre, hätte der Regierung noch ein sehr wohl ausgerüsteter Apparat zu Gebote gestanden, mittelst Auflösungen, Wahlmanöver, Verwaltungsdruck aller Art schließlich doch die Opposition mürbe zu machen unter steter Wahrung der scheinkonstitutionellen Form. Daß die Regierung durch solche Mittel ihre Kapitulation noch eine Weile hinzögern könne, hatte Lassalle selbst an verschiedenen Stellen seines Vortrags hervorgehoben und mit Recht darin eine günstige Chance mehr gesehen; was er behauptete, war nur, daß eine Opposition, die so große Worte machte, wie damals die Fortschrittspartei, und die wirklich das ganze Land hinter sich hatte, sich nicht „mürbe machen" lassen dürfe. Um so schlimmer für die Fortschrittler, wenn sie die ernsthaften Leute nicht waren, für welche Lassalle sie nahm! Und um so nothwendiger alsdann die Gründung einer Arbeiterpartei, die seit mehr als einem Menschenalter gezeigt hat, daß eine ernsthafte Oppositionspartei ganz andere Dinge aushält, ohne „mürbe" zu werden, als die schließlich doch sehr kleinlichen Chikanen, mit denen Bismarck dazumal die Fortschrittspartei peinigte.

Sieht man wie billig von derartigem kurzsichtigem Gerede ab, so bleibt noch ein beachtenswerthes Urtheil über Lassalles damalige Taktik zu erwägen, ein Urtheil, das je nachdem es richtig ist oder nicht, die Beziehungen zwischen Lassalle und der Fortschrittspartei in ein wesentlich verschiedenes Licht stellt. Es ist nämlich von sozialistischer Seite gesagt worden, Lassalle habe richtig gehandelt, wenn so schnell wie möglich eine Revolution hervorgerufen werden sollte, und dazu sei Lassalle als Revolutionär auch entschlossen gewesen. Aber man könne der Fortschrittspartei nicht Unrecht geben, wenn sie von ihrem Standpunkt, der eine Revolution noch nicht oder überhaupt nicht wollte, Lassalles Vorschlag abgelehnt hätte. Ohne Revolution in unmittelbarer Reserve habe der freiwillige Verzicht auf die parlamentarische Tribüne nicht mehr bedeutet, als der famose passive Widerstand. Da nun aber Lassalle aus der gleichen Argumentation heraus den etwaigen Plan einer Steuerverweigerung verwarf, so ist es unmöglich, daß er bei seinem eigenen Vorschlage einen solchen Hintergedanken gehabt

haben kann. Es war vielmehr sein vollkommener Ernst, daß unter den damals gegebenen Verhältnissen eine Revolution unmöglich sei. In diesem Punkte bestand durchaus keine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und der Fortschrittspartei, ebenso wenig wie in der Frage der Steuerverweigerung. Als Johann Jacoby etwas später diesen Gedanken anregte, erklärte Waldeck, der einflußreichste Führer der Fortschrittspartei, ganz im Sinne Lassalles, um eine Steuerverweigerung erfolgreich durchführen zu können, müsse man Einrichtungen haben, wie seiner Zeit John Hampden, also namentlich die Möglichkeit, vor Gericht über eine gewaltsame Steuererhebung Prozeß führen zu können.

Was Lassalle vorschlug, blieb durchaus auf dem Boden bürgerlicher Möglichkeiten. Ja, es entsprach genau dem innersten Wesen der Bourgeoisie. Lassalle gehörte zu den seltenen Menschen, die aus der Geschichte zu lernen wissen, und er verlangte nicht mehr, als was die preußische Bourgeoisie der vierziger Jahre mit leidlichem Erfolge und leidlicher Haltung durchzuführen gewußt hatte. Es war keine unbillige Zumuthung an die Twesten und Waldeck, unter den ungleich günstigeren Verhältnissen der sechziger Jahre zu leisten, was die Camphausen und Hansemann in den vierziger Jahren geleistet hatten. Um Lassalles Taktik in einem drastisch-populären Worte zusammenzufassen, so beanspruchte er nicht mehr, als daß die Bourgeoisie den Absolutismus dadurch kirre machen solle, daß sie ihm die Temporalien sperrte. Von Alters her hatte der preußische Absolutismus in seiner unverhüllten Form auf dem europäischen Geldmarkte betrübend geringen Kredit. „Diese Herren — nämlich die europäischen Finanzkönige —“, schrieb Engels einige Jahre später, „diskontiren nur Wechsel mit drei Unterschriften, und wenn neben der Regierung nur das Herrenhaus — ohne das Abgeordnetenhaus — darauf unterschrieben hat, oder ein Abgeordnetenhaus von Strohmännern, so sehen sie das für Wechselreiterei an und danken für das Geschäft.“ Eben dies war der eigentliche Kern von Lassalles Gedanken, und mit sozusagen ziffernmäßiger Gewißheit konnte die Bourgeoisie auf dem von Lassalle vorgeschlagenen Wege den Absolutismus zur Kapitulation zwingen.

Selbst aber wenn diese Gewißheit gefehlt hätte, so hatte Lassalle Recht zu sagen, daß auch dann noch sein Vorschlag den Interessen der bürgerlichen Opposition besser entspräche, als die entgegengesetzte Taktik. Der Beweis dafür läßt sich aufs schlagendste aus dem Gegentheile führen. Die schlimmen Folgen, die Lassalle von dem Forttagen der Kammer vorausgesagt hatte, trafen wörtlich ein. Das parlamentarische Budgetrecht wurde dadurch völlig illusorisch gemacht, daß sich das Abgeordnetenhaus einbildete, durch eine zweite und dritte und vierte Verweigerung den Widerstand der Regierung gegen die erste Verweigerung brechen zu können. Man gewöhnte sich nur daran, wie Lassalle prophezeit hatte, unbequeme Beschlüsse der Kammer als nicht ergangen zu betrachten. H. B. Oppenheim, ein Trabant Ruges von 1848 her und zur Zeit des Verfassungsstreits Herausgeber der Deutschen Jahrbücher, welche die Fortschrittspartei als ihr sozusagen „wissenschaftliches“ Organ anerkannte, schreibt darüber: „Bald war die

Budgetberathung nur noch eine leere und fast lächerliche Arbeit, denn die Regierung kümmerte sich auch auf anderen Gebieten, als dem Militäretat, nicht um die Streichungen der zweiten Kammer (z. B. bei den geheimen Fonds) und das Herrenhaus verwarf ohnedies das amendirte Budget und stellte mit notorischer Verfassungsverletzung die Regierungsvorlage wieder her. Ein solches Verhältniß mußte selbst auf den Ernst der Verhandlungen schädlich zurückwirken. Die realste Funktion des Staatslebens wurde zu einer hohlen Demonstration herabgedrückt. Man ging von diesem Punkte aus in der Fiktion, parlamentarische Funktionen auszuüben, immer weiter, und nahm zum Beispiel keinen Anstand, einer schnöde verachtenden Ministerbank, mit der man in hellstem Hader lag, fortwährend Petitionen zur Kenntnißnahme und zur Berücksichtigung oder auch zur Abhilfe der Beschwerde zu empfehlen, ihr gegenüber Wünsche und Hoffnungen zu äußern." Die Deutschen Jahrbücher meinten nun zwar, die Kammer könne sich „in dieser Lage vor dem Fluche der Entwürdigung und Lächerlichkeit schützen", indem sie sich durch einen „naiven Formalismus", durch „ein als juristische Fiktion gesetztes Beharren in der geordneten parlamentarischen Thätigkeit" aus den inneren Widersprüchen einer Existenz „herauswinde", deren rechtliche Grundbedingungen fortwährend gewaltsam bestritten wurden. Aber die Thatsachen bewiesen sehr bald, daß Lassalle von diesem „naiven Formalismus", den er richtiger, wenn auch unhöflicher ein „Umlügen" der thatsächlichen Lage nannte, mit Recht eine Verwirrung des Volksgeistes und eine Entnervung der Volkssittlichkeit befürchtet hatte.

Es war noch kein Jahr ins Land gegangen, als sich die ernsteren und tieferen Naturen innerhalb der bürgerlichen Opposition über das lächerliche Gebahren der Fortschrittspartei empörten, die sich im Spiegel ihrer ohnmächtigen Proteste und Resolutionen geberdete wie eine Riesin, deren Faust die preußischen Bajonette wie Halme knicken könne. Nicht nur Politiker, die das Jahr 1848 mit einigem Verständniß erlebt hatten, wie Bucher, Jacoby, Rodbertus, Ziegler, nahmen mehr oder minder starken Anstoß an der fortschrittlichen Politik, sondern auch jüngere Kräfte, wie Albert Lange, der sehr bald zur Einsicht kam, daß die Fortschrittspartei vor dem eigentlichen Angelpunkte des Konflikts, vor dem Kampfe mit der Krone zurückschrecke, oder wie Heinrich v. Treitschke, der unter den Löwenfellen der fortschrittlichen Volkstribunen brave Leute von der friedfertigsten Gemüthsstimmung entdeckte, Leute, die morgen die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses beschließen könnten und doch übermorgen mit der Ruhe des Weisen ihren Kohl bauen, ihre Steuern zahlen und vor dem Feldjäger den Hut ziehen würden. Und es waren noch nicht zwei Jahre ins Land gegangen, als die radikaleren Organe der Fortschrittspartei, wie die Rheinische Zeitung und die Berliner Reform, trocken erklärten: „Wir sind der feierlichen Proteste nun gerade satt. Die Rederei und Resolutionsfasserei bewegt in ganz Deutschland auch nicht ein dürres Blättchen", und selbst Blätter des landläufigsten Liberalismus, wie die Elberfelder Zeitung und die Breslauer Zeitung, über die „Phrasendrescher" spotteten, „die in der Regel noch nicht wissen, was sie sagen werden, wenn sie

dröhnenden Schrittes die geliebte Rednerbühne besteigen". Mit seiner Kritik der Fortschrittspartei stand Lassalle keineswegs allein; er durchschaute nur am schärfsten den Humbug und that allein das, was die Nothwendigkeit des historischen Fortschritts unter solchen Umständen gebot, indem er die Arbeiterklasse aus der Gefolgschaft dieser heiteren Bourgeoispartei löste. Die anderen Kritiker thaten das Nothwendige entweder spät und zögernd, wie Jacoby und Lange, oder sie blieben schließlich doch im fortschrittlichen Sumpfe stecken, wie Ziegler, oder aber sie gingen, wie Bucher, Rodbertus und Treitschke, zu Bismarck über, der ihnen wenigstens ein dürftiges Stück Einheit zu bescheren bereit war.

Lassalles Vorschlag war denn auch einleuchtend genug, um die Berliner Wähler und sogar die parlamentarische Fraktion der Fortschrittspartei wenigstens stutzig zu machen. Mit dem Todtschweigen ging es diesmal nicht mehr an. Am 10. Januar eröffnete die Volkszeitung die Batterien gegen Lassalle, zwar ohne ihn zu nennen, aber um so giftiger in ihren sachlich ganz haltlosen Ausfällen, und dabei mit unverkennbarer Angst, daß Lassalle diesmal doch bereitwilliges Gehör finden werde. Wirklich brachte, als der Landtag am 13. Januar 1863 zusammengetreten war, der ostpreußische Abgeordnete Martiny Lassalles Vorschlag als Antrag in der Fraktion der Fortschrittspartei ein, und mindestens einige Zeit scheinen die Meinungen geschwankt zu haben. Dafür spricht unzweideutig der Umstand, daß die Reform und die Vossische Zeitung am 13. und 15. Januar scharfe Erwiderungen Lassalles auf die Angriffe der Volkszeitung aufnahmen und auch in einem für Lassalle sehr wohlwollenden Sinne über den stürmischen Verlauf des Prozesses berichteten, der am 16. Januar gegen ihn wegen des Arbeiterprogramms verhandelt wurde. Dann aber lehnte die Fraktion doch den Antrag Martinys mit allen Stimmen ab gegen die eine Stimme des Antragstellers, der nun unter einer entsprechend begründeten Erklärung sein Mandat niederlegte. Als am 27. Januar Graf Schwerin mit offenbarer Verdrehung einer von Bismarck gemachten Aeußerung im Abgeordnetenhause erklärte, im Preußischen gehe allemal Recht vor Macht, und nicht Macht vor Recht, begrüßte die Fortschrittspartei die im Munde des Grafen Schwerin dreimal sinnlose Tirade mit wahnsinnigem Jubel, der ihre Bereitwilligkeit enthüllte, mit verhängten Zügeln in ihr Verderben zu galoppiren.

Die Gründe, welche sie veranlaßten, Lassalles Vorschlag abzulehnen, waren mannigfacher Art, lassen sich im Ganzen aber nach drei Richtungen zusammenfassen. Zunächst sträubte sich der parlamentarische Kretinismus mit Händen und Füßen. Lassalle kannte seine Pappenheimer, als er in seinem Vortrage den fortschrittlichen Abgeordneten sagte, Gefahr für Leib und Leben sei bei der Durchführung seiner Taktik durchaus nicht zu befürchten, und das einzige Opfer, das sie ihnen zumuthe, der zeitweise Verzicht auf eine offizielle Stellung, sei doch nicht so schwer zu bringen. Indessen den biederen Mittelmäßigkeiten, von denen die Fortschrittspartei wimmelte, war diese „offizielle Stellung" ihr Ein und Alles, und sie waren keineswegs geneigt, dies Kleinod von dem „Herrn Lassalle"

antasten zu lassen. Leider fanden sie eine starke Stütze an Waldeck, dessen wohl frisirten Schopf die fortschrittliche Presse als den „Helmbusch der Demokratie“ feierte. Seit seinem Hochverrathsprozesse von 1849 war Waldeck der populärste Mann gerade in den radikaleren Kreisen des Kleinbürgerthums, die sich noch am ehesten für Lassalles Vorschlag erwärmen konnten; eben dieser Prozeß aber hatte dem königlich preußischen Demokraten Waldeck eine niemals völlig vernarbte Wunde geschlagen, deren nagender Schmerz seine anfänglichen Zweifel an der Richtigkeit der fortschrittlichen Politik bald übertäubte. Hatte Waldeck schon 1848 aus dem parlamentarischen Mandate ein Hohepriesterthum gemacht, so verwahrte er jetzt die Fraktion mit eifersüchtigem Mißtrauen gegen jede Einwirkung von Außen, wie er umgekehrt verlangte, daß der Abgeordnete außerhalb der Kammer keine öffentliche politische Wirksamkeit zu entfalten habe. Waldeck erklärte entschiedener als irgend wer: wir berathen weiter, unbekümmert um die Folgen; diese stellen wir Gott und dem Volke anheim. Es war gewiß der höchste Gipfel des parlamentarischen Kretinismus, sich erst hermetisch vom Volk abzuschließen und dann das Volk für die oberste Instanz zu erklären, die für alle Thorheiten der Volksvertreter aufzukommen habe, aber Waldeck war in seiner Weise doch ein ehrlicher Mann, und später hat er seinem olympischen Selbstbewußtsein sogar das bittere Geständniß abgerungen, die Fortschrittspartei habe einen schweren Fehler begangen, als sie den „Herrn Lassalle“ für einen dummen Jungen taxirte.

Ein zweiter und tiefer liegender Grund, der die Fortschrittspartei gegen Lassalles Vorschlag taub machte, war ihre Kompromißnatur. Es bildete ihren ganzen Stolz, daß sie alle Elemente der Opposition „von Becker bis zu Schwerin“ in einer „geschlossenen Phalanx“ vereinige; schade nur, daß die Straße, auf welcher der ehemalige Kommunist Becker und der stramme Monarchist Schwerin Schulter an Schulter marschiren konnten, in Nirgendheim lag. Lassalle hatte mit Recht gesagt, daß seine Taktik zwar keine besondere Kourage, aber allerdings Energie und Klarheit erfordere, und von diesen Eigenschaften hatte die Fortschrittspartei nichts zu vergeben. Wie Albert Lange treffend sagte, bestand ihre berühmte „Geschlossenheit“ darin, daß sich ihre besten Elemente gegenseitig neutralisirten. Die fortschrittliche Presse war so pfiffig zu behaupten, daß Lassalle Nichtsthun predige, während ihre großen Männer praktisch handeln wollten; mit diesem Gerede wurde aber kein Deut an der Thatsache geändert, daß der fortschrittliche Mischmasch sich nicht zu der wirklichen That aufschwingen konnte, die Lassalle von ihm verlangte, während sein unendliches Fortschwatzen in die aschgraue Ewigkeit hinein leeres Nichtsthun war. Um immer den ganzen Haufen bei der Fahne zu erhalten, strich die Fortschrittspartei in jedem entscheidenden Augenblick die Fahne, mit welcher „Unentwegtheit“ sie immer weiter vom Wege und immer tiefer in den Sumpf gerieth. Auf dieser lächerlichen Retirade machten sich ihre Führer dann noch doppelt lächerlich durch die Versicherung, sie seien der kühnsten Heldenthaten fähig, aber das Volk sei noch nicht „reif“ genug, solche Heldenthaten richtig zu würdigen.

Der dritte aber und der am tiefsten liegende Grund, den die Fortschrittspartei gegen Lassalle vorzubringen hatte, wenn sie begreiflicher Weise von ihm auch das geringste Aufheben machte, war der Klassengegensatz der Bourgeoisie zum Proletariat. Zwischen der Bourgeoisie der vierziger Jahre und der Bourgeoisie der sechziger Jahre lagen die revolutionären Anfänge des Proletariats. So unangreifbar Lassalles Vorschlag gerade vom bürgerlichen Standpunkt aus war, so rollte er allerdings die preußische Verfassungsfrage bis zu ihrem Ursprung auf, so reklamirte er allerdings nicht nur die der Bourgeoisie, sondern auch die dem Proletariat entzogenen Rechte. Die Fortschrittler dachten aber nicht im Traume daran, den Arbeitern die Rechte wieder zu geben, um welche sie durch die absolutistisch-feudale Gegenrevolution geprellt worden waren. Gerade wegen der Eskamotirung dieser Rechte war ihnen die preußische Verfassung trotz alledem ans Herz gewachsen, und die verächtliche Art, in der Lassalle von diesem „Fahnenstummel" sprach, seine offene Erklärung, daß der Tanz mit dem Absolutismus noch einmal von vorn getanzt werden müsse, flößte unüberwindliches Grauen in alle Bourgeoisherzen.

Die eigentlich entscheidende Gegenstrophe zu Lassalles Strophe sang Unruh, als er zur selben Zeit, wo Lassalle seinen Vortrag hielt, am 22. Dezember 1862, an der Spitze einer Deputation den fortschrittlichen Abgeordneten für Berlin eine mit vierzigtausend Unterschriften bedeckte Dankadresse überreichte. Unruh sagte: „Wenn doch die Gegner nicht vergessen oder verschweigen wollten, daß unser jetziges Wahlgesetz vom Mai 1849 herrührt, also aus einer Zeit als die Nationalversammlung von 1848 gesprengt, die aus allgemeinem Wahlrecht im Januar 1849 hervorgegangene zweite Kammer im April desselben Jahres aufgelöst worden war! Die Reaktion hatte damals überall gesiegt. Das Wahlgesetz ging nicht aus Kammerbeschlüssen hervor, sondern wurde durch königliche Verordnung unter dem Ministerium Manteuffel erlassen, welches jene beiden Volksvertretungen beseitigt hatte. Zwei Drittheile der Wahlmänner werden von der ersten und zweiten Klasse der Höchstbesteuerten gewählt, die zusammen etwa den zehnten Theil der gesammten Wähler umfassen. Eine solche, aus den Reichen und Wohlhabenden hervorgegangene Minderheit hat die Entscheidung der Wahlen in der Hand. Wenn ein aus solchen Wahlen hervorgegangenes Abgeordnetenhaus nicht nur die besitzenden Klassen, sondern auch den minder wohlhabenden, selbst den mit der Hand arbeitenden Theil der Bevölkerung hinter sich hat, so ist dies ein schlagender Beweis, daß eine seltene Uebereinstimmung in der ganzen Bevölkerung stattfindet." So weit, so gut. Und man hätte nun erwarten sollen, daß Unruh weiter schloß: wenn das Proletariat so tapfer für das vernichtete Budgetrecht der Bourgeoisie eintritt, so muß die Bourgeoisie ebenso tapfer für das vernichtete Wahlrecht des Proletariats eintreten. Aber weit gefehlt! Da von Wagener und anderen Reaktionären damals mit dem Gedanken des allgemeinen Wahlrechts gespielt wurde, um die Bourgeoisie zu ängstigen, so fuhr Unruh fort: „Nach dem klaren Inhalt von Artikel 115 der beschworenen Verfassung ist die Wahl-

verordnung vom 30. Mai 1849 — nämlich die von Unruh eben selbst als ungesetzlich gekennzeichnete Verordnung, die das Dreiklassenwahlsystem oktroyirte — ein integrirender Theil der Verfassung geworden. Jede Abänderung des Wahlgesetzes im Verordnungswege ist also unläugbar ein Verfassungsbruch. Wir können nicht annehmen, daß die Regierung einem vollkommen ruhigen, fest am Gesetze haltenden Volke gegenüber zu einem für das Rechtsbewußtsein und die Machtstellung Preußens so folgenschweren Schritte rathen werde, und sind fest überzeugt, daß des Königs Majestät einem solchen Rathe nicht stattgeben würde." Der geriebene Geschäftsmann und unentwegte Oppositionsführer Unruh wird hier zum Mystiker, vor dessen verzückten Visionen die ganze reaktionäre Romantik erbleicht. Der Eid, den „des Königs Majestät" leistet, wandelt Recht in Unrecht, sowie Unrecht in Recht. Das allgemeine Wahlrecht bestand zu Recht und wurde zu Unrecht durch die Dreiklassenwahl beseitigt, aber da „des Königs Majestät" das Unrecht der Dreiklassenwahl zum Rechte geschworen hat, so muß sich das Recht des allgemeinen Wahlrechts bescheiden, zum Unrechte geworden zu sein. Läge Unruhs Rede nicht wörtlich in den damaligen fortschrittlichen Blättern vor, durch den Staub der Jahrzehnte noch feucht schimmernd von den Thränen der Rührung, welche die also angesprochenen Volksvertreter über sie vergossen haben, man wäre versucht, sie für eine Satire zu halten, die ein ungewöhnlich boshafter Satiriker auf die damalige Politik der Fortschrittspartei verfaßt habe. Aber sie war wirklich keine Satire: sie war vielmehr ein Schrei aus den innersten Eingeweiden der Bourgeoisie.

Sie zeigte zugleich, daß Lassalles Vorschlag auch dann nicht angenommen worden wäre, wenn die Fortschrittspartei eine prinzipiell klare und nicht vom parlamentarischen Kretinismus verseuchte Partei gewesen wäre. Die Bourgeoisie wollte mit Hilfe des Proletariats den Verfassungsstreit genau so weit führen, wie ihrem einseitigen Klasseninteresse entsprach, und kein Haarbreit weiter. Lieber noch wollte sie mit „des Königs Majestät" paktiren, als den Arbeitern einen Antheil an der erwarteten Siegesbeute gönnen. Die „mit der Hand arbeitende" Klasse sollte der besitzenden Klasse die Kastanien aus dem Feuer holen und sich dann trollen, wie dem Mohren geziemte, der seine Schuldigkeit gethan hatte.

Lassalle hatte bis zum letzten Augenblicke der Bourgeoisie die Thür offen gehalten; noch in seiner Gerichtsrede vom 16. Januar erklärte er: „Bourgeoisie und Arbeiter sind wir die Glieder Eines Volks und ganz einig gegen unsere Unterdrücker." Anders die Fortschrittspartei. Nachdem sie ihren Entschluß gefaßt hatte, suchte sie den Wählern den Geschmack an Lassalles Vorschlage zu verderben durch das halb boshafte, halb kindische Gerede, Lassalle ziehe mit Bismarck an einem Strange, er verlange, daß Macht vor Recht gehen solle. Lassalle versuchte sich gegen diese unwürdige Verdächtigung zu vertheidigen, aber jetzt verschlossen ihm auch die Berliner Reform und die Vossische Zeitung ihre Spalten. „Mundtodt machen, todtschweigen, unterdrücken Alles, was nicht in den Gedankenkram der Fortschrittspartei paßt" — das war jetzt wieder, wie Lassalle bitter und wahr

sagte, die Taktik der Bourgeoisie und ihrer Organe. Er half sich damit, daß er den von jenen Blättern abgewiesenen Protest als selbständiges Flugblatt erscheinen ließ unter dem Titel: Macht und Recht. Es war ihm natürlich ein Leichtes nachzuweisen, daß eine historische Untersuchung keine ethische Abhandlung sei. Er habe ausgeführt, daß und weshalb Macht vor Recht gehe, aber indem er aufgezeigt habe, was sei, habe er mit keinem Worte die diesem Nachweise wildfremde Frage berührt, was nach seinem subjektiven Bewußtsein sein solle. Darin stimme er ausnahmsweise dem Grafen Schwerin und der Volkszeitung zu, daß Recht vor Macht gehen solle, aber vom Rechte zu sprechen habe nur die alte Demokratie das Recht, die sich nie auf Kompromisse mit der Macht eingelassen habe. Graf Schwerin, Herr von Unruh, die Volkszeitung hätten dies Recht nicht, denn sie hätten eine Reihe von Rechtsbrüchen mitgemacht oder beschönigt oder nachträglich gut geheißen. Mit der Preisgabe des Rechts hätten sie gehofft, in diesem Handel ein Stück Macht zu ergattern, aber von der Macht nichts erhalten, als wie sich gebühre, die Fußtritte.

Es ist das Schicksal jeder verrätherischen Politik, am stärksten ihre eigenen Urheber zu treffen, und so auch in diesem Falle. Wollte die Fortschrittspartei den Verfassungsstreit nicht als historische Macht, sondern als formale Rechtsfrage behandeln, so mußte sie auf die Aprilgesetze von 1848 zurückgehen. Diese Gesetze waren zwar nur bürgerliches Recht, zusammengeplätzt, um dem Proletariat die Früchte der Märzrevolution zu entreißen; Marx hatte sie von seinem revolutionären Standpunkt aus schon 1849 verworfen und Lassalle hat auf sie auch nur erst später zurückgegriffen, um die Inkonsequenz der Fortschrittspartei zu erläutern. Aber vom Standpunkte der Fortschrittspartei aus waren sie das formale Recht, und sie waren es allein. Denn was nach ihnen gekommen war, die Sprengung der Nationalversammlung, die Oktroyirung der Verfassung und des Dreiklassenwahlsystems, waren widerrechtliche Staatsstreiche, welche auch dadurch nicht zu formalem Rechte werden konnten, daß die aus der widerrechtlichen Dreiklassenwahl hervorgegangene Kammer sie nachträglich gutgeheißen hatte. Vom formalen Rechtsstandpunkt aus hatte die preußische Verfassung, wie Lassalle später wiederholt ausgeführt hat, noch nicht einen Tag rechtlichen Daseins gehabt.

Aber auf die Gesetze vom 6. und 8. April wollte die Fortschrittspartei nicht zurückgehen, obgleich diese Gesetze das Budgetrecht der Volksvertretung in der unzweifelhaftesten Weise verbrieften. Denn diese Gesetze verbrieften auch das allgemeine, wenn schon indirekte Wahlrecht, sie verbrieften auch unbeschränkte Preß- und Versammlungsfreiheit, und an das gewaltsame Unrecht, das die Gegenrevolution der Arbeiterklasse zugefügt hatte, wollte die Fortschrittspartei nun einmal nicht rühren. Ihr Pech war, daß sie selbst den geliebten Rechtsboden unter den Füßen verlor, indem sie sich zur Täuschung des Proletariats krampfhaft an ihn zu klammern suchte. In der preußischen Verfassung, so wie sie lag und stand, so wie sie von den Revisionskammern berathen und vom Könige beschworen worden war, bestand wirklich jene „Lücke“, mit welcher Bismarck die theoretischen Unkosten

des Verfassungsstreits bezahlte. Sollte Sinn und Wortlaut der preußischen Verfassung entscheiden, dann war das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses ebenso zweifelhaft, wie es unantastbar war nach dem Gesetze vom 6. April 1848. Die Revisionskammern hatten ausdrücklich abgelehnt, den Artikel 99 der Verfassung im Sinne dieses Gesetzes zu erläutern; sie hatten absichtlich die Frage offen gelassen, was geschehen solle, wenn die drei gesetzgebenden Faktoren sich über kein Etatsgesetz einigen könnten; an der Hand der preußischen Verfassung konnte Bismarck mit Recht sagen, daß seine budgetlose Regierung zwar nicht verfassungsmäßig, aber auch nicht verfassungswidrig sei. Das „Recht", womit die Bourgeoisie das Proletariat zu prellen gedachte, war der reine Profit für den Absolutismus.

So vollzog die preußische und, was historisch dasselbe sagen wollte, die deutsche Bourgeoisie zum zweiten und letzten Male ihre politische Abdankung. Aus Angst vor dem Proletariat wich sie wiederum dem entscheidenden Kampfe mit dem König- und Junkerthum aus. Mochte sie sich mit noch so großen Worten über die Konsequenzen ihrer kläglichen Politik zu täuschen versuchen, so verfehlten diese Konsequenzen deshalb nicht weniger, sich pünktlich einzustellen. Seit dreißig Jahren hat die deutsche Bourgeoisie den Kampf um die politische Herrschaft aufgegeben; sie hat sich daran genügen lassen, mit unbeschämtem Eigennutze die materiellen Interessen ihrer Klasse zu verfechten und etwa noch ein bescheidenes Theilchen an der politischen Herrschaft vom König- und Junkerthum zu erschleichen oder zu erschmeicheln. Gelang es je Einem aus ihrer Mitte, sich ins Ministerium zu schlängeln, so sah er seine oberste Aufgabe darin, den unterthänigsten Diener des König- und, wenn Noth an den Mann kam, selbst des Junkerthums zu spielen, wie das neueste glorreiche Beispiel eines liberalen Finanzministers täglich zeigt.

Für Lassalle ist diese Entwicklung gewiß keine Enttäuschung gewesen. Deshalb war seine bis dahin konsequent festgehaltene Politik, so lange als irgend möglich Hand in Hand mit der Bourgeoisie zu gehen, nicht weniger richtig. Eine selbständige Politik der Arbeiterklasse war erst dann gerechtfertigt, wenn die Bourgeoisie sich dauernd unfähig erwies, mit dem Absolutismus und Feudalismus abzurechnen, wenn sie gerade deshalb ihre historische Aufgabe nicht lösen wollte, weil sie gemeinsam mit dem Absolutismus und Feudalismus die Arbeiterklasse zu unterdrücken gedachte. Die Thatsachen selbst drückten den Stempel auf Lassalles Politik: im selben Augenblick, wo die Bourgeoisie die letzten Schleier über ihr inneres Wesen zerriß, erhoben sich die ersten Stimmen aus der Arbeiterklasse, die sich bereit und fähig erklärten zu thun, was nunmehr das historische Recht und die historische Pflicht dieser Klasse war.

Indem die deutsche Bourgeoisie politisch abdankte und die Rechte des Volks wegwarf, nahm das deutsche Proletariat die Rechte des Volks auf und meldete seine Ansprüche auf die politische Herrschaft an.

Die Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen

von

E. Bernstein, C. Hugo, K. Kautsky, P. Lafargue,
Franz Mehring, G. Plechanow

Dritter Band, zweiter Theil

Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1898

Geschichte

der

Deutschen Sozialdemokratie

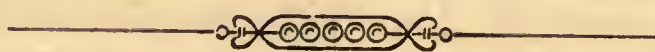
Von

Franz Mehring

Zweiter Theil

Von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm

1863 bis 1891



Stuttgart
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1898

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Inhalt.

Von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm

1863 bis 1891

Berichtigungen.

Erster Theil.

Seite 66,	Zeile 14	von unten:	Philosophie, lies: Philosophen.
„ 125,	„ 18	„ „ :	Herrschaft, lies: Nationalökonomie oder Herrschaft.
„ 223,	„ 4	„ „ :	mehr hängt, lies: mehr, das hängt.
„ 252,	„ 7	„ „ :	Führer, lies: Fürsten.
„ 274,	„ 17	„ oben:	unpersönlich, lies: persönlich.
„ 361,	„ 16	„ unten:	von Bauern, lies: von den Bauern.
„ 370,	„ 3	„ „ :	Deutsche hätte polnisch, lies: Pole hätte deutsch.
„ 386,	„ 1	„ „ :	Kämpfen, lies: Kämpfern.
„ 407,	„ 18	„ oben:	und verlegen, lies: oder vertagen.
„ 444,	„ 20	„ unten:	deutschen, lies: dänischen.
„ 458,	„ 4	„ oben:	der Gewerbeordnung, lies: der preußischen Gewerbeordnung.
„ 467,	„ 20	„ „ :	auszusehen, lies: ausgesehen.
„ 478,	„ 1	„ unten:	Ein-, lies: Wirk-.
„ 482,	„ 21	„ „ :	Schriften, lies: Fragmente.
„ 567,	„ 18	„ oben:	Macht, lies: Macht-.

Zweiter Theil.

Seite 13,	Zeile 10	von unten und noch ein paar Mal:	Dalge, lies: Dolge.
„ 13,	„ 8	„ „ :	von denen, lies: wovon.
„ 14,	„ 7	„ „ :	politischem, lies: polizeilichem.
„ 33,	„ 8	„ oben:	Gefolge, lies: Gesetz.
„ 76,	„ 9	„ „ :	Berufsgenossenschaften, lies: Rohstoffgenossenschaften.
„ 91,	„ 6	„ unten:	von, lies: vor.
„ 168,	„ 5	„ oben:	länglich, lies: gänglich.
„ 356,	„ 3	„ unten:	und die sozialistische Gesellschaft, lies: in die sozialistische Gesellschaft.
„ 368,	„ 12	„ „ :	das, lies: die.
„ 434,	„ 13	„ oben:	vierten, lies: fünften.
„ 448,	„ 3	„ unten:	Witz, lies: Sitz.
„ 472,	„ 18	„ „ :	sezessionirte, lies: sezessionistische.

Einige Buchstabenfehler, die den Sinn nicht stören und sich von selbst verbessern, sind nicht mit aufgezählt worden.

Dritter Abschnitt.

Die jungen Jahre der deutschen Sozialdemokratie.

Erstes Kapitel.

Lassalles Agitation.

I. Das deutsche Proletariat um 1863.

Unter dem raschen Vormarsche, den die deutsche Industrie seit der Märzrevolution gemacht hatte, waren große Veränderungen in den arbeitenden Klassen vor sich gegangen.

Zwar überwog immer noch das ländliche weitaus das industrielle Proletariat. Auf 3½ Millionen selbstthätiger Personen in der preußischen Landwirthschaft kamen erst ¾ Millionen selbstthätiger Personen in der preußischen Fabrikindustrie. Und innerhalb der gewerbetreibenden Bevölkerung war der handwerksmäßige Betrieb stärker als der fabrikmäßige; in Preußen wurden über 1 Million im Handwerke selbstthätiger Personen gezählt. In den deutschen Staaten Preußen, Sachsen, Kurhessen, Baiern, Württemberg und Baden wies die Handwerkertabelle über 2 Millionen, die Fabriktabelle noch nicht 1½ Millionen Köpfe auf. Wobei man nicht übersehen darf, daß wie diese Ziffern im Allgemeinen nur einen ungefähren Werth haben, so im Besonderen eine Masse angeblicher Handwerker in der ökonomischen Wirklichkeit kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrielle waren.

Immerhin war so viel sicher, daß der handwerksmäßige noch den fabrikmäßigen, und der landwirthschaftliche Betrieb beide zusammen in dem weitaus größten Theile Deutschlands überwog. Das umgekehrte Verhältniß fand sich nur in einem deutschen Staate, in dem Königreiche Sachsen, das sich mit schnellen Schritten zu einer großen, weitläufig gebauten Stadt mit einer mäßigen, ackerbautreibenden Gemarkung auswuchs. Auf einer ähnlichen Stufe industrieller Entwicklung befand sich der preußische Regierungsbezirk Düsseldorf. Sonst konnte die Statistik im Anfange der sechziger Jahre, bei all ihrer damaligen Unvollkommenheit, den Anhängern der alten guten Zeit den Trost spenden, daß es mit dem großen Industrielande Deutschland seine guten Wege habe.

Aber thatsächlich bedeutete dieser Trost nicht mehr, als wenn ein weiser Thebaner am Tage nach der Schlacht bei Jena behauptet hätte, das fridezizianische Preußen stehe auf festen Füßen, da noch kein französischer Soldat das rechte Ufer der Elbe betreten habe. Die entscheidenden Würfel waren gefallen. Keine Macht der Welt konnte die schnelle Entwicklung der großen Industrie mehr aufhalten. Hekatomben über Hekatomben von Menschenopfern bezeichneten ihren Siegespfad. Die 84 286 Handspinner, die es 1849 als kleinen Rest der ehemals nach Hunderttausenden zählenden Spinner noch gegeben hatte, waren 1861 auf 14 557 zusammengeschmolzen. Wo die große Industrie einmal festen Fuß gefaßt hatte, da machte alsbald die Konzentration des Kapitals und ihre Begleiterscheinung, die Erhöhung der Intensität der Arbeit, ihre verheerenden Wirkungen geltend. In der preußischen Baumwollweberei allein senkte die Einbürgerung der mechanischen Webstühle von 1846 bis 1861 die Zahl der Handwebstühle von 75 666 auf 4777 und die Zahl der Arbeiter von 82 193 auf 12 541. Und das sind nur ein paar Ziffern aus den Schlachtenbulletins der großen Industrie.

Wie Tod und Verderben hinter ihr, so ging der bleiche Schrecken vor ihr her. Das Handwerk zitterte in allen Fugen. Auch wo es noch nicht unmittelbar von der großen Industrie bedroht war, fühlte es mit dumpfer Angst, daß seine Stunde geschlagen hatte, daß die revolutionäre Umwälzung aller Produktions- und Verkehrsverhältnisse, welche die große Industrie mit sich führte, ihm den Boden unter den Füßen wegzog. Eine Anzahl landräthlicher Berichte, die von 1858 bis 1866 in einem amtlichen preußischen Blatte veröffentlicht wurden, sind voller Klagen über den unaufhaltsamen Niedergang des Handwerks, selbst in solchen Gegenden, die, wie beispielsweise die Provinz Posen, vorläufig weit vom Schusse lagen.

In den Reihen des Kleinbürgerthums siedelte sich der Bankerott als ständiger Gast an. Unfähig, sich vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft loszureißen, deren konvulsivische Zuckungen ihr doch keine ruhige Stunde ließen, trieb diese Klasse eine Politik, die so widerspruchsvoll war wie ihre soziale Lage. Die Pfahlbürger von altem Schrot und Korn ließen sich nach wie vor von mittelalterlichen Luftspiegelungen bethören. Sie gründeten 1862 in Weimar einen Handwerkerbund mit zünftlerischem Programm, zur selben Zeit, wo die ökonomische Entwicklung die letzten Reste der Zunftverfassung in Baden, Württemberg, Sachsen unwiderstehlich sprengte und die schwere Schädigung des preußischen Handwerks durch die Rückwärtsrevidirung der preußischen Gewerbeordnung mit Händen zu greifen war. Diese Richtung der deutschen Kleinbürgerei hatte ihren Führer im Schuhmachermeister Panse und ihre Patronin in der ostelbischen Reaktion. Bruder Junker umhalste zärtlich den Bruder Handwerker, und Bruder Pfaff erklärte salbungsvoll, das Handwerk sei ein Gnadenstand, der in einem besonders wohlgefälligen Verhältniß zu Gott stehe. Achselzuckend kennzeichnete Huber das gespensterhafte Treiben mit dem Bibelworte: Mag auch ein Blinder einem Blinden den Weg zeigen?

Huber selbst befürwortete lebhaft das Genossenschaftswesen, ohne den politischen Beigeschmack, aber auch ohne die überschwänglichen Illusionen, die Schulze-Delitzsch in seine genossenschaftliche Agitation legte. Sie breitete sich im Anfange der sechziger Jahre schnell aus, besonders im Kleinhandel und jenem Kleinbürgerthum, das, so lange die große Industrie sich nur erst entwickelt, in ihrem Schatten als schnell wuchernde und schnell welkende Pflanze gedeiht. In einzelnen Ausnahmefällen haben die Kredit- und Rohstoffvereine, die Schulze-Delitzsch gründete, wohl kleinen Gewerbetreibenden ermöglicht, ihren Betrieb fabrikmäßig zu erweitern. Der Klasse selbst konnten sie nicht mehr bieten, als eine Verlangsamung ihres Todeskampfes. Und am wenigsten ließ sich in diesen Genossenschaften ein reformatorisches soziales Prinzip entdecken. Sie waren rein kapitalistische Palliativmittel, die sich nur auszuwachsen brauchten, um dem kapitalistischen Spekulationsgeiste zu verfallen, trotz aller Warnungen Schulzes. Mehr als einmal hat ihr Zusammenbruch den Wohlstand ganzer Städtchen begraben. Aber einstweilen glaubte ein großer Theil des Kleinbürgerthums an dieses Heilmittel und schwor zur Fahne der Fortschrittspartei, worauf es obenan geschrieben stand.

Wie die Handwerksmeister, so standen die Handwerksgesellen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, jedoch diesem um so näher, je mehr ihre Aussichten auf wirthschaftliche Selbständigkeit zusammenschrumpften. Für das entschwindende weltliche Heil spendete ihnen die Reaktion reichlich geistlichen Trost. Zwar in den evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereinen mit ihren muckerischen Tendenzen sammelten die Hirten nur kleine und wie Flugsand wechselnde Herden, aber die katholischen Gesellenvereine, die der Priester Kolping, ein ehemaliger Schustergeselle, seit dem Jahre 1849 ins Leben gerufen hatte, konnten sich schon eher sehen lassen. Sie waren namentlich im südlichen und westlichen Deutschland weit verbreitet. Die katholische Geistlichkeit hütete sich wohlweislich, religiöse Propaganda in diese Vereine zu tragen. Vielmehr amüsirten und unterhielten sich junge Kapläne vortrefflich mit den Gesellen, unbekümmert um deren Konfession, so daß auch viele protestantische Handwerksburschen den katholischen Gesellenvereinen zugeführt wurden, um in der sonst todtenstillen Zeit ihr Bedürfniß nach geistigem Verkehr zu befriedigen.

Den aufgeweckten Köpfen der Gesellenschaft konnten diese Vereine freilich nur eine Birne für den Durst sein. Was den deutschen Handwerksburschen in den dreißiger und vierziger Jahren zur Ehre gereicht hatte, das trat in den sechziger Jahren noch ungleich stärker hervor: sie begriffen die Hoffnungslosigkeit ihrer Klassenlage und brauchten nicht erst ins Proletariat hinabzustürzen, um zu erkennen, daß im proletarischen Klassenkampf ihre einzige Rettung liege. Der Wanderzwang wurde immer mehr die hohe Schule, welche sie trefflich zu benutzen wußten, und sie brachten in ihren Köpfen viel reellere Schätze heim, als den „Fabrikantenstab", den sie nach der wohlwollenden Versicherung ihrer hochmögenden Gönner von der Fortschrittspartei in ihren Ranzen tragen sollten.

Noch viel weniger verfing diese gemüthliche Verheißung bei dem industriellen Proletariat, das sich in zu dichten Massen zusammenhäufte, um nicht endlich zu begreifen, woran es war. Seine Leiden wurden immer unerträglicher. Aus dem Leben, das die englischen Arbeiter in den großindustriellen Sturm- und Drangjahren führten, ist keine Thatsache überliefert, die nicht ihr Gegenbild in der rheinischen Industrie der sechziger Jahre gefunden hätte. Die Aachener Handelskammer, die offizielle Vertretung der Fabrikanten, nannte die Lage der Arbeiter im Aachener Bezirk einfach trostlos. Ein hoher Staatsbeamter bezeugt, daß in Elberfelder Spinnereien, in engen, ungelüfteten, von einem wahren Höllenlärme durchtobten Räumen den graubleichen muskellosen Arbeitern bei fünfzehnstündiger Arbeitszeit nicht einmal die kleinste Pause zur Einnahme von Nahrung gelassen, sondern eine Blechvorrichtung um den Hals gebunden wurde, woraus sie während der paar Sekunden, wo ein Faden riß, einige Bissen herunterlöffeln konnten. Frauen- und Kinderarbeit nahm in riesigem Umfange zu. Mit schamlosem Zynismus erhoben die Berichte der rheinischen Handelskammern ihre „begründeten" Klagen über den Schulzwang, der ihnen in der Abrackerung des heranwachsenden Geschlechts hinderlich war.

Dabei stand der dreistündige Schulunterricht, den das Fabrikgesetz von 1853 für die in den Fabriken beschäftigten Kinder verordnet hatte, wesentlich nur auf dem Papier, und selbst dies Papier war von der schandbaren Rechtsprechung des Obertribunals mannigfach durchlöchert worden. So hatte der oberste preußische Gerichtshof ausgetiftelt, daß die Dampfschleifereien in Solingen als angebliches Handwerk nicht unter dem Fabrikgesetze ständen. In ihnen mußten die Mädchen, um die Kosten für Schutzvorrichtungen zu ersparen, ihre flatternden Gewänder ablegen und in Knabentracht arbeiten, was den greulichsten Unfug veranlaßte. Als der Fabrikinspektor einen leisen Einspruch dagegen wagte, war der Landrath und die ganze bürgerliche Bevölkerung über eine so rückständige Sentimentalität tief empört, und es kostete einen jahrelangen Kampf, bis der Fabrikinspektor seinen Willen durchsetzte. Im Uebrigen beeilte sich das Ministerium Bismarck, der kapitalistischen Ausbeutung alle Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Es begann seine sozialreformatorische und staatsretterische Thätigkeit damit, die schwachen Spuren von staatlicher Fabrikaufsicht zu beseitigen, die unter seinem Vorgänger noch bestanden hatten.

Bei aller Gleichheit des Elends stand das deutsche Proletariat der sechziger Jahre dem englischen Proletariat der vierziger Jahre doch darin nach, daß ihm fast jede Möglichkeit freier Bewegung fehlte. Nicht nur politische Zwangsgesetze schnürten es ein: auch auf ökonomischem Gebiete wurde es durch die Ueberreste der feudal-zünftigen Gesellschaft auf Schritt und Tritt gehemmt. Die wirthschaftliche Gesetzgebung Deutschlands war noch buntschediger als seine Landkarte: ein weites Gebiet voller Trümmer, nur an wenigen Stellen eingeebnet zu dem Blachfelde, auf dem das Proletariat seinen Riesenkampf mit der Bourgeoisie beginnen konnte, fast überall mit großen und kleinen Felsblöcken besäet, die der

Arbeiterklasse den Weg zum selbständigen Kampfe versperrten. Wohl begann das industrielle Proletariat seine Reihen zu schließen, aber innerhalb dieser Reihen gab es sehr verschiedene Stufen des erwachenden Klassenbewußtseins. War es selbst gewissermaßen die Vorhut des gesammtdeutschen Proletariats, so entfalteten sich zwar schon die ersten Rotten dieser Vorhut auf dem entscheidenden Kampfplatze, aber ihre Masse würgte sich erst langsamer oder schneller aus den feudalzünftigen Engpässen heraus.

Sogar innerhalb des rheinischen Proletariats gab es sehr merkbare Abstufungen. Im Aachener Bezirke standen die Arbeiter, mit der Mütze in der Hand, vor dem gestrengen Herrn Fabrikanten, der sie durch den Hunger, und vor dem gestrengen Herrn Kaplan, der sie durch die Hölle zähmte. Allmälig und langsam, ohne jähe Sprünge, unter bigottem Drucke war dies Proletariat entstanden; ihm fehlte jedes Verständniß der modernen Zeit; gehudelt von einem protzenhaften und rohen Unternehmerthum, zerschmiß es seinen Quälgeistern im Augenblicke höchster Verzweiflung die Fenster oder zertrümmerte ihnen die Maschinen, um dann wieder in die alte Lethargie zu versinken. Die Krefelder Weber hatte die Handelskrise von 1857 und die große Seidenraupenkrankheit von 1859 aus ihren patriarchalischen Meisterträumen aufgeschreckt; in die „goldene Kette" eines drückenden Vorschußwesens verstrickt, waren sie allen Zumuthungen ihrer Brotherren preisgegeben und standen in einem Abhängigkeitsverhältniß, das nach den eigenen Worten der Staatsregierung der Leibeigenschaft früherer Jahrhunderte glich. Aber immer noch konnten sie nicht begreifen, daß sie hausindustrielle Lohnarbeiter seien und blieben eine zusammenhangslose Masse, unfähig für jeden zähen Widerstand. Am stärksten war das Klassenbewußtsein im Proletariat des bergisch-märkischen Industriebezirks entwickelt, wo auch die Ueberlieferungen der Märzrevolution am kräftigsten fortlebten. Manche Führer der Maiaufstände von 1849 wirkten hier unter den Arbeitern: so Hugo Hillmann in Elberfeld, der aus elfjährigem Exile zurückgekehrt eine Schankwirthschaft betrieb, und Karl Wilhelm Tölcke in Iserlohn, der, in vormärzlicher Zeit ein kleiner Gerichtsbeamter, wegen seiner Betheiligung am Iserlohner Barrikadenkampfe von den Geschworenen freigesprochen, aber von einem gelehrten Gerichte zu einer Geldstrafe und zum Verluste der Nationalkokarde verurtheilt worden war — unter dem Vorwande eines angeblichen „Defekts", der während seiner Untersuchungshaft in einer von ihm verwalteten Kasse gefunden worden sein sollte. Er führte jetzt als gefürchteter „Winkelkonsulent" und wirklicher Anwalt der Massen einen ebenso ergötzlichen wie wirksamen Kleinkrieg mit den chikanösen Behörden.

Im östlichen Deutschland hatte das weiße Schreckensregiment alle revolutionären Traditionen zu ersticken gewußt. Höchstens in einzelnen großen Handels- und Industrieplätzen brannten einige kleine Flammen. In Hamburg dauerten schwache Spuren einer Arbeiterorganisation unter der schützenden Decke des harmlosen Bildungs- und Genossenschaftswesens fort; hier hielt Jacob Audorf im härtesten Kampf ums Dasein an der alten Fahne mit unverbrüchlicher Treue fest

und erzog seine Söhne in gleichem Geiste. Wie Audorf einst durch Weitling zum Kommunismus bekehrt worden war, so nährten sich auch Leipziger Arbeiter und Handwerksburschen an Weitlings Schriften: der Tabakarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche, der Schuhmacher Julius Vahlteich und Andere. Es war immerhin eine geringe Anzahl; unter der Masse der Arbeiter herrschte in Hamburg und Leipzig dieselbe Unklarheit wie anderwärts.

Zudem konnten nicht die Erinnerungen der Märzrevolution und noch viel weniger der Weitlingsche Kommunismus unter den gänzlich veränderten Verhältnissen die Losungsworte einer proletarischen Massenbewegung werden. Andere Hebel waren nöthig, um die Arbeiter in die politische Bewegung zu werfen, und diese Hebel lieferte die Bourgeoisie.

II. Die Arbeiterpolitik der Fortschrittspartei.

Immer drillt die Bourgeoisie die Arbeiter ein für den politischen Kampf, in dem sie ihnen schließlich erliegen muß. Ohne die Hilfe der Massen kann sie den Absolutismus und Feudalismus nicht überwinden, und es hängt von ihrer Klugheit ab, wie lange sie das Proletariat als Verbündeten neben sich oder wie bald sie es als Gegner sich gegenüber sehen will.

Für die deutsche Bourgeoisie lag die Sache im Anfange der sechziger Jahre außerordentlich günstig. In Deutschland war so unendlich viel alten Schuttes wegzuräumen, daß sie sich auf lange hinaus die zuverlässige Bundesgenossenschaft der Arbeiter hätte sichern können. Eine mannhafte Durchkämpfung des preußischen Verfassungskonflikts, ein ehrliches Bekenntniß zum allgemeinen Wahlrechte, zur Preß- und Vereinsfreiheit, kurzum die rückhaltlose Herstellung der modernen bürgerlichen Gesellschaft hätten sie davor gesichert, so bald von dem Schatten irgend eines „Zukunftsstaats“ in den Träumen ihres bösen Gewissens geängstigt zu werden. Die absolutistisch-feudale Reaktion stieß sie förmlich auf die richtige Taktik, indem sie schon in den frühesten Stadien des preußischen Verfassungsstreits mit den Arbeitern zu liebäugeln begann. Nicht als ob irgend eine Gefahr bestanden hätte, daß sich die Arbeiter von diesen sanften Liebesblicken bethören lassen würden, sondern umgekehrt: weil die Arbeiter nicht entfernt daran dachten, die Bourgeoisie im Kampfe mit der Reaktion im Stiche zu lassen, mußte die Fortschrittspartei sich entschließen, ihre historische Pflicht in halbwegs großem Stile zu thun und damit den Preis zu zahlen, für den sowohl der Sieg über die Reaktion, als auch für absehbare Zeit das Bündniß mit dem Proletariat zu haben war.

Indessen sie wollte diesen Preis nicht zahlen, und was sie den Arbeitern bot, beschleunigte den Scheidungsprozeß zwischen Bourgeoisie und Proletariat, statt ihn zu verzögern. Der Nationalverein wachte eifersüchtig darüber, eine ungetrübte Bourgeoisklique zu bleiben. Er schloß die Arbeiter in verletzender Weise aus, indem er keine Theilzahlungen für die Jahresbeiträge gestattete; die

Bennigsen und Genossen wollten ihr diplomatisches Werk nicht durch unberechenbare Mehrheiten gestört sehen, die sich auf Grund von Monatsbeiträgen in den Generalversammlungen hätten zusammenfinden können. Dafür übernahm der Nationalverein eine wohlwollende Patronage über die Arbeiter, die eben weil sie wohlwollende Patronage war, aufrechte Proletarier sehr bald vor den Kopf stoßen mußte. Er ließ in Koburg neben seiner Wochenschrift und sozusagen als ihre abhängige Filiale eine Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung erscheinen, welche die Interessen der Arbeiter vertreten sollte, nämlich so wie die Bourgeoisie diese Interessen verstand.

In wirthschaftlicher Beziehung pries die Koburger Arbeiterzeitung nach Schulze das Genossenschaftswesen als das Allheilmittel aller proletarischen Leiden an. Sie predigte die Selbsthilfe in dem privaten Sinne, daß jeder Arbeiter durch Sparen sich selbst helfen müsse, während die Selbsthilfe in dem politischen Sinne, daß die Arbeiterklasse sich selbst helfen müsse, als Greuel aller Greuel verdehmt wurde. Jeder praktische Versuch auf die Probehaltigkeit dieser Theorie mußte die Arbeiter von ihrer Haltlosigkeit überzeugen und trotz allen Lärms, den die Bourgeoisie von ihrem Allheilmittel machte, haben Schulzes Genossenschaften nie besondere Gegenliebe unter den Arbeitern gefunden. Bei den Kredit- und Rohstoffvereinen verbot ihnen die Leere ihrer Taschen von selbst jede Betheiligung, und die Konsumvereine, die in erster Reihe auf sie berechnet waren, blieben immer weit hinter jenen anderen Vereinen zurück. Schulze selbst kannte im Jahre 1863 neben 500 Kredit-, sowie 200 Rohstoffvereinen nicht mehr als 100 Konsumvereine; im Jahre 1864 gab es ihrer nur 96, von denen 38 Berichte an Schulze eingesandt hatten. Diese 38 Vereine zählten 7709 Mitglieder, so daß auf jeden Verein 202 Köpfe kamen. Da nun längst nicht alle Mitglieder der Konsumvereine Arbeiter waren, so ergiebt sich, daß Schulzes Genossenschaften eine verhältnißmäßig sehr geringe Verbreitung im damaligen Proletariat gefunden haben. Gegen die von Fabrikanten geleiteten Konsumvereine hegten die Arbeiter ein instinktives Mißtrauen, während die von Arbeitern gebildeten Konsumvereine von den „gebildeten" Führern des Genossenschaftswesens scheel angesehen wurden.

In politischer Beziehung führte die Koburger Arbeiterzeitung eine hitzige Fehde gegen Junker und Pfaffen, die dem Proletariat schon eher hätte gefallen können, wenn sie nur nicht mit den wirklichen Thaten des Nationalvereins in einem allzu schroffen Widerspruche gestanden hätte. In der Frage des allgemeinen Wahlrechts blies die Zeitung nach der Weise der Bourgeoisie nicht kalt und nicht warm. Es sei schon ein ganz gutes Ding, meinte sie, und die Arbeiter sollten es auch einmal haben, aber erst wenn sie sich durch Bildung auf die geistige Höhe der Bourgeoisie geschwungen hätten. Vorläufig würde es eine Trennung zwischen Bürgerthum und Volk herbeiführen, woran nur der Reaktion gelegen sein könne. Ohne Volksbildung oder auf Grund einer Volksbildung, die im größten Theile von Deutschland unter der Leitung der Reaktion gestanden habe und vielfach noch stehe, könne das allgemeine Stimmrecht zu nichts Gutem

führen. Erst sollten sich die Arbeiter nur in den Arbeiterbildungsvereinen bilden, dann werde man schon weiter sehen.

Die Arbeiterbildungsvereine waren etwa seit dem Jahre 1860 von dem Nationalverein ins Leben gerufen worden. Sie verbreiteten sich schnell über ganz Deutschland und haben zweifellos in der Arbeiterklasse viel tiefere Wurzeln geschlagen, als Schulzes Genossenschaften, trotz allen Unfugs, den die Bourgeoisie in ihnen getrieben hat. Um sie als echte Kinder des Kapitalismus zu beglaubigen, wurden sie als „Genossenschaften zur Erwerbung und Vermehrung des geistigen Kapitals ihrer Mitglieder" getauft. Es giebt ein von kundiger Seite für eine statistische Aufnahme dieser Vereine entworfenes Formular, das alle möglichen Fragen stellt: ob die Vereine Unterricht ertheilen, ob sie Bibliotheken besitzen, ob sie Familienversammlungen, Turnfahrten, Konzerte, Theatervorstellungen, Weihnachtsbescherungen veranstalten, aber auch nicht eine einzige Frage, die nur von fern an eine Beschäftigung mit den politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse rührt. Die „Bildung", die von den bürgerlichen Patronen dieser Vereine verzapft wurde, war allzu oft das hohlste Geschwätz von der Welt; eben weil die deutsche Volksschule, die in den zwanziger und dreißiger Jahren auf einer gewissen Höhe gestanden hatte, von der Reaktion der vierziger und fünfziger Jahre verwüstet worden war, hieß es reinen Hohn mit den Arbeitern treiben, wenn sie mit oberflächlichem Gerede über Uhland und die deutsche Romantik, über Shakespeare und Lessing oder gar „über Samuel Johnson und seinen Biographen Macaulay" zum richtigen Gebrauche des allgemeinen Wahlrechts „gebildet" werden sollten. Zuletzt erhob sich in der Wochenschrift des Nationalvereins selbst ein Fabrikant gegen dies Treiben. Er sagte, die Arbeiter kännten vor lauter Gelehrsamkeit ihren eigenen Vater nicht mehr und sich selbst gar nicht; ihr Gedächtniß würde so vollgestopft, daß sie immer dümmer würden und über die gewöhnlichsten Dinge nichts zu sagen wüßten oder reinen Unsinn sprächen.

Das drastische Urtheil war doch nach zwei Seiten hin übertrieben. Es kam der Bourgeoisie bei den Arbeiterbildungsvereinen zwar auf die politisch-soziale Versimpelung der Arbeiter, aber nicht oder doch nicht ausschließlich auf ihre allgemeine Verdummung an, und soweit es ihr darauf ankam, waren die Arbeiter weit entfernt, sich verdummen zu lassen.

Die Bourgeoisie braucht — unbeschadet der nach Kinderblut lüsternen Fabrikanten, denen freilich jeder Schulunterricht verhaßt ist — einen zahlreichen Stab intelligenter Arbeiter, den ihr die Volksschule unter der Herrschaft der Stiehlschen Regulative nicht mehr lieferte. Sie war deshalb darauf bedacht, mit den Arbeiterbildungsvereinen nach Möglichkeit Fach- und Fortbildungsschulen zu verbinden, die den Arbeitern nützen konnten und wirklich genützt haben. Konnte sie auf diesem Wege eine Elite von Arbeitern mit ihrem Geiste durchtränken, den diese Feldwebel der Bourgeoisie dann in die Arbeitermassen überleiteten, so war ihr doppelt geholfen, und gewiß spielte auch dieser Zweck mit. Der Bürgermeister von Leipzig sprach es einmal in einer offiziellen Rede ehrlich aus, Zweck

der Arbeiterbildungsvereine sei, eine Aristokratie von Arbeitern zu züchten, und die städtischen Behörden dieser berühmten Seestadt unterstützten den dortigen Arbeiterbildungsverein mit einem namhaften Jahreszuschuß, bis er dankend auf jeden „aristokratischen" Charakter verzichtete. Daneben aber gab es auch eine nicht unbeträchtliche Zahl bürgerlicher Ideologen, die den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht begriffen oder doch dahin mißverstanden, daß er durch die Bildung der Arbeiter ausgeglichen werden könne, und die somit redlich daran arbeiteten, die Arbeiterbildungsvereine auf einer gewissen Höhe zu erhalten, sie nicht zu bloßen Spielereien oder noch Schlimmerem entarten zu lassen.

Es waren namentlich tüchtige Naturforscher, die sich anerkennenswerthe Verdienste um diese Vereine erworben haben: Theodor Müller in Frankfurt a. M., Ludwig Büchner in Darmstadt, Roßmäßler in Leipzig. Sie waren mehr oder minder auch demokratische Politiker, aber die einseitig naturwissenschaftliche Auffassung der Dinge versperrte ihnen die scharfe Auffassung der gesellschaftlichen Zustände. Roßmäßler pflegte den Arbeitern zu sagen: Die Bildungsvereine gestatten euch tiefe Einblicke in die Natur, so könnt ihr allesammt Erfinder werden und habt dann des Brotes die Fülle. Nur einer dieser Männer verband die gründliche naturwissenschaftliche mit einer gründlichen sozialwissenschaftlichen Bildung: er hieß Friedrich Albert Lange.

Lange stammte aus westfälischem Bauernblute. Sein Vater hatte sich mit zäher Energie vom Acker- und Fuhrknechte zum orthodoxen Pastor und Professor der Theologie emporgearbeitet. Er lehrte zeitweise an der Züricher Universität, und in der Schweiz empfing Albert Lange die entscheidenden Eindrücke seiner Jugend. Mit freiem und unbefangenem Blicke sah er ins deutsche Leben, als er in rheinischen Städten, in Köln, Bonn, Duisburg, abwechselnd an Gymnasium und Universität, seinem pädagogischen Berufe oblag: ein gerader stracker Jüngling und Mann, dem die Ehrlichkeit und Offenheit auf der Stirne geschrieben stand, von jener echten Liebenswürdigkeit, die nicht Allen Alles giebt, aber Jedem, was Jedem gebührt. Ein geborener Erzieher, voll anspannender geistiger Kraft und dabei ein Meister aller Leibesübungen, ein gelehrter Forscher und doch nichts weniger als ein Stubenhocker, so vielseitig in der wissenschaftlichen Theorie wie in der praktischen Bethätigung, war er das Bild eines Mannes von schönem Ebenmaß, berufen jede Aufgabe zu lösen, die ihm das Leben stellen mochte.

Und er hat sie alle männlich und tapfer gelöst. Er warf sein Amt als Gymnasiallehrer in Duisburg den heiteren Bureaukraten des Koblenzer Provinzialschulkollegiums vor die Füße, als sie ihn „nachdrücklichst verweisen" wollten, weil er sich den unwürdigen Wahlerlassen des Ministers v. Mühler nicht gefügt hatte. Er brach dann ebenso rücksichtslos mit der Bourgeoisie, als er sah, daß ihr die Förderung ihrer materiellen Interessen hoch über dem politischen Kampf um die Volksrechte stand. Er scheute sich nicht, für die Sache der Arbeiter einzutreten, als solch ehrliches Bekenntniß einem Mitgliede der bürgerlichen Klasse noch peinlich schwere Opfer auferlegte. Aber dem Verhängniß jenes tiefsinnigen Wortes, das

auf dem Denkmal des letzten deutschen Papstes in Rom geschrieben steht: Wie viel trägt es aus, in welche Zeiten auch der beste Mann fällt! ist Albert Lange nicht ganz entgangen.

Seinem harmonischen Wesen fehlte jene harte Einseitigkeit, die das entscheidende Wort hat in Tagen, wo ein Hüben ein Drüben nur gilt. In seiner Geschichte des Materialismus kritisirte Lange scharf den naturwissenschaftlichen Materialismus der fünfziger Jahre, den er nur als „brauchbare Maxime für die Naturforschung“ anerkannte, dagegen als „flache Philosophie“ verwarf. Aber er ging nicht vorwärts zum historischen Materialismus, sondern zurück auf Kant, und alle Erkenntniß löste sich ihm auf in einen „obersten und letzten Zweifel“. Reich an gedankenvollen Untersuchungen trifft sein Hauptwerk doch im Endziele daneben. Und wie dem Philosophen ein letzter Zweifel blieb, so auch dem Sozialpolitiker Lange. Früher als irgend ein anderer Vertreter der deutschen Gelehrsamkeit hat er die Bedeutung von Lassalle, Marx und Engels begriffen; er hat ihr Lebenswerk manchmal ungemein fein und sicher beurtheilt, um es dann doch wieder in schwer begreiflicher Weise mißzuverstehen. Lange war ganz frei von den eigennützigen Vorurtheilen der Bourgeoisie, aber die idealistische Bildung und Erziehung eines evangelischen Pfarrhauses hat sein Denken immer etwas beengt. Nichts weniger als ein fauler Vermittler des landläufigen Schlages, ist er dem Loose solcher Vermittler, der schnellen Vergessenheit, doch bis zu einem gewissen Grade verfallen, weil er sich noch mit Zweifeln plagte, als eine große Wende der Geschichte ein schlichtes Ja oder Nein forderte.

Wenn Männer wie Roßmäßler und Lange in den Arbeiterbildungsvereinen wirkten, so trieb sie ihre bürgerlich-ideale Gesinnung, die als solche für die Fortschrittspartei schon mit dem Verdachte des Verdachts behaftet war. Zwischen beiden Theilen bestand durchaus kein zärtliches Verhältniß. Was die Fortschrittspartei den Arbeitern an Führern bot, war denn auch ganz anderen Kalibers. Trotz des in gewissem Sinne ernsthaften Interesses, das sie den Arbeiterbildungsvereinen widmete, konnte sie ihren lächerlichen Bourgeoisdünkel doch nicht so weit überwinden, um ihre besten Leute gerade für gut genug zur Erziehung der Arbeiter zu halten. Mit Ausnahme von Schulze-Delitzsch, dem die soziale Frage in Generalpacht übergeben worden war, und etwa noch von Franz Duncker, der sich um das Unterrichtswesen des großen Berliner Handwerkervereins verdient gemacht hat, erachteten die Führer der Partei es unter ihrer Würde, sich mit den Arbeitern abzugeben. Dieser Theil ihrer Geschäftspolitik wurde Agitatoren dritten oder vierten Ranges überlassen, und das war eine außerordentlich gemischte Gesellschaft.

In Frankfurt a. M. machte Löb Sonnemann in Volksbildung, ein Börsenjobber, der durch das Schachern mit feinen und faulen Papierchens rasch emporgekommen war und als Besitzer einer lukrativen Börsenzeitung nun auch in öffentlicher Meinung zu spekuliren begann. Ebenda seifte Max Wirth die Arbeiter mit dem dünnflüssigen Schaume der Manchesterei ein, ein Nachplapperer Bastiats, der in seiner Weise die Bonapartisirung der deutschen Bourgeoisie vorbereitete,

indem er die blutigen Eroberungen eines Abenteurers als eine besonders schwierige und deshalb besonders lohnbringende Arbeit feierte. In Magdeburg belehrte die Arbeiter der freigemeindliche Prediger Uhlich, ein ehrenwerther Charakter, aber ein politischer Konfusionsrath, ihm zur Seite Max Hirsch, ein junger Mann aus einem großen Spiritusgeschäfte, guter Kerl und sehr schlechter Musikant, nicht ohne eine Art schwächlichen Interesses für das Proletariat, und deshalb für die Bourgeoisie stets mit einem leichten Makel befleckt, aber viel zu eitel, um sich der Arbeiterklasse in Reih und Glied anzuschließen und lange nicht selbstbewußt genug, um nicht vor jedem Stirnrunzeln der Fortschrittspartei zusammenzuknicken. Selbst der Vorstädtische Handwerkerverein in Berlin, in dem Lassalle sein Arbeiterprogramm vorgetragen hatte, besaß in Friedrich Stephany einen Vorsitzenden, wie er nicht hätte sein sollen. Ein verbummelter Gymnasiallehrer, suchte Stephany seine redliche Nahrung in einem so energischen Heucheln arbeiterfreundlicher Gesinnungen, daß er zeitweise selbst kluge Leute täuschte. Lassalle, Schweitzer und Guido Weiß haben sich weidlich abgeplagt, um aus dem Tölpel noch etwas Vernünftiges zurechtzustutzen, aber aus Nichts konnte Nichts werden. So wandte sich Stephany einem nahrhafteren Gewerbe zu, indem er sich mit einer berufenen Wuchererfamilie verschwägerte, und nach dieser praktischen Kulturthat rückte er auf der kapitalistischen Stufenleiter bis zum Chefredakteur der Vossischen Zeitung empor, als welcher er ein leuchtendes Vorbild der liberalen Presse geworden ist: heute so unfähig wie vor einem Menschenalter, einen leidlichen Dutzendartikel zurechtzuflicken, aber erprobt und zuverlässig befunden im verleumderischen Beschimpfen der Arbeiterklasse, im grausamen Abwürgen unbequemer Kulis, im gerichtlichen Falschschwören, im Judenfeiern und im Judenhetzen, kurz in allen, manchmal widerspruchsvollen und immer schmutzigen Handlangerdiensten, deren das Zeitungskapital für seine hohen Kulturzwecke bedarf.

Wie gut aber oder wie schlecht es die Fortschrittspartei mit den Arbeiterbildungsvereinen meinte, den Arbeitern selbst boten sie den ersten Tummelplatz, sich über ihre Interessen zu verständigen. Die reaktionäre Gesetzgebung des deutschen Bundes, wie fast aller Einzelstaaten, erschwerte ihre politische Organisation außerordentlich und machte ihre gewerkschaftliche Organisation so gut wie unmöglich. So übten sie sich denn auf dem Exerzirplatze, den ihnen die Fortschrittspartei öffnete. Die guten wie die schlechten Seiten der Arbeiterbildungsvereine dienten gleichermaßen dazu, sie aufzuklären. Der Fachunterricht schürte den Wissenstrieb, der in den modernen Proletariern steckt, während ihre wachsende Erkenntniß sich sehr bald angeekelt fühlte von dem Dreschen leeren Strohs, das so vielfach in den Arbeiterbildungsvereinen betrieben wurde. Ihr Klassenbewußtsein erwachte langsam, aber unaufhaltsam, und in seinem dunkeln Drange war es sich des rechten Weges wohl bewußt. Die Arbeiter nahmen aus den Gaben der Fortschrittspartei, was ihnen paßte, und was ihnen nicht paßte, das machte sie um so argwöhnischer gegen die wohlwollenden Spender. Die Fortschrittspartei scheiterte an der unmöglichen Aufgabe, das Proletariat als eine politisch

zugleich thatkräftige und willenlose Hilfstruppe zu organisiren; die Enten gehen immer aufs Wasser, auch wenn das Huhn, das sie ausgebrütet hat, sie nur am Ufer spazieren führen will.

So geschah es denn auch mit der Abordnung einer Anzahl von deutschen Arbeitern auf die Londoner Weltausstellung von 1862. Die Mittel dazu wurden von der radikalen Bourgeoisie durch öffentliche Sammlungen aufgebracht. Wie üblich, nahm sie dabei den Mund sehr voll als Wohlthäterin der Arbeiterklasse, obgleich es ihr im besten Falle nur um die bessere technische Ausbildung ihrer lebendigen Arbeitswerkzeuge zu thun war. Aber die entsandten Arbeiter lernten in London Manches mehr, als sie lernen sollten. Von Einzelnen, wie dem Tischler Theodor York aus Harburg, wird ausdrücklich bezeugt, daß sie in den kommunistischen Arbeiterbildungsverein geriethen und hier mit Anschauungen vertraut wurden, die ihnen nach der Absicht ihrer bürgerlichen Gönner ewig fremd bleiben sollten. Jedenfalls wurde gleich in der ersten Versammlung, in der die Berliner Delegirten am 25. August den Bericht über ihre Londoner Erfahrungen abstatteten, der Beschluß gefaßt, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß einzuberufen. Hauptreferent in dieser Versammlung war der Maschinenbauarbeiter Eichler. Die Agitation nahm schnell einen für die damalige Zeit großen Umfang an. Nachdem in den verschiedenen Stadttheilen Berlins besondere Versammlungen abgehalten worden waren, wurde am 7. Oktober in einer Schlußversammlung ein Komite von 25 Personen niedergesetzt, das die Einberufung des Arbeiterkongresses vorbereiten sollte, und dies von Eichler geleitete Komite veröffentlichte am 22. Oktober einen Aufruf, der die Eröffnung des Kongresses auf den 18. November festsetzte.

Gleichfalls auf die Berufung eines solchen Kongresses zielte eine gleichzeitige Bewegung der Leipziger Arbeiter ab. Hier war im Februar 1861 in einer öffentlichen Volksversammlung ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden. Um den reaktionären Vereinsgesetzen keine Handhabe zu bieten, beabsichtigten die bürgerlichen Gründer des Vereins, ihn als „Gewerblichen Bildungsverein" an die Polytechnische Gesellschaft anzuschließen, die aus selbständigen Gewerbetreibenden bestand. Hiergegen hatten Fritzsche und Vahlteich kräftig protestirt, nicht ohne großen Eindruck auf die anwesenden Arbeiter zu machen. Ihre kernigen Ausführungen imponirten namentlich nicht wenig dem jungen Drechsler August Bebel, der zum ersten Male einer Volksversammlung beiwohnte.

Bebel ist ein preußisches Soldatenkind. Sein Vater, ein geborener Pole aus Ostrowo, kam als preußischer Soldat nach Mainz, heirathete hier als Unteroffizier ein Mädchen aus Wetzlar und ließ sich in ein rheinisches Regiment nach Köln versetzen, wo August Bebel geboren wurde und sein Vater zwei Jahre später starb. Die Mutter heirathete dann des Vaters Bruder, der Gefangenenwärter war, und kehrte, als auch dieser früh starb, in ihre Heimathstadt Wetzlar zurück. Seinen Unterricht erhielt Bebel in der Armenschule der kleinen Stadt, und zwar, nachdem ihm die Mutter noch vor seinem zwölften Lebensjahre gestorben war, als Stipendiat des Waisenfonds. Mit vierzehn Jahren kam er zu

einem Drechslermeister in die Lehre. Regen Geistes und lebhaften Temperaments, suchte er sich geistig fortzubilden, aber dazu fehlte ihm in dem traurigen Philisterneste jede Möglichkeit, selbst wenn ihm die durchschnittlich zwanzig Groschen Wochenlohn, außer Kost und Wohnung beim Meister, besondere Sprünge gestattet hätten.

Vom Februar 1858 bis zum März 1860 wanderte Bebel als Handwerksbursche durch Süddeutschland, sowie einen Theil Oesterreichs und der Schweiz. Er arbeitete längere Zeit in Freiburg i. Br., Regensburg und Salzburg, in welchen Städten ihm die katholischen Gesellenvereine geistige und gesellschaftliche Anregung boten. Seine patriotische Gesinnung war noch durchaus nicht angekränkelt. Als während seines Aufenthalts in Salzburg der Krieg von 1859 ausbrach, meldete er sich zum Eintritt in ein Freiwilligenkorps von Tiroler Jägern, wurde aber abgewiesen, weil er kein geborener Tiroler war. Als dann Preußen mobil zu machen begann, eilte Bebel in die Heimath zurück, um sich als Freiwilliger zu melden, indessen der schnelle Friedensschluß vereitelte auch diese Absicht. Und als er im nächsten Jahre gestellungspflichtig wurde, machte seine Zurückstellung wegen „allgemeiner Körperschwäche" seinen militärischen Plänen für immer ein Ende. Er ging nun nach Leipzig, um Arbeit zu suchen und zu finden.

Im Leipziger Arbeiterbildungsverein entwickelten sich seine Fähigkeiten schnell. Ebenso die geistigen Eindrücke, die er von Kindesbeinen an empfangen hatte, als auch sein unersättlicher Wissensdurst machten es erklärlich, daß er sich mit besonderem Eifer den Unterrichtszwecken des Vereins widmete und der Agitation fern blieb, die Fritzsche und Vahlteich unausgesetzt gegen das sanft lebende Fleisch der bürgerlichen Opposition unterhielten. Die Stiftungsfestrede Vahlteichs im Frühjahre 1862 führte zum offenen Ausbruche der vorhandenen Gegensätze, und in dem neu gewählten Vorstande, in dem nun auch schon Bebel saß, standen sich beide Parteien gleich stark gegenüber. Aber auf einer außerordentlichen Generalversammlung wurden Fritzsche und Vahlteich mit großer Mehrheit geschlagen und gründeten nunmehr den Verein Vorwärts, der auf Unterrichtszwecke verzichtete und sich ganz auf die Propaganda warf.

Auf die politische, aber noch nicht auf die soziale Propaganda. Dafür spricht schon der Umstand, daß von den bürgerlichen Stiftern des Vereins die radikaleren mit Fritzsche und Vahlteich gingen: Roßmäßler, ferner Dalge, ein Achtundvierziger, der wegen Theilnahme an dem Dresdener Maikampfe zum Tode verurtheilt und zu langjähriger Zuchthausstrafe begnadigt worden war, von denen er sechs Jahre thatsächlich verbüßt hatte, dann auch der Eisengießereibesitzer Götz, der es später zur Würde eines nationalliberalen Reichstagsabgeordneten gebracht hat. Diese Männer wollten die Kraft der bürgerlichen Opposition durch eine stärkere Heranziehung der Arbeiterklasse vermehren; sie verlangten die Oeffnung des Nationalvereins für die Arbeiter und die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in das fortschrittliche Programm, und zunächst lag ihnen die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses, der diesen Forderungen den gehörigen Nach-

druck geben konnte. Damit durften sich Fritzsche und Vahlteich um so eher einverstanden erklären, als sich ihr an Weitling geschulter Sozialismus über seine weiter gehenden Wünsche noch sehr im Unklaren befand. Der Verein Vorwärts berief große Arbeiterversammlungen zur Erörterung von politischen Tagesfragen ein, und von einer dieser Versammlungen wurde ein Komite zur Einberufung eines Arbeiterkongresses niedergesetzt. Darin saßen neben Roßmäßler, Dalge, Götz, Fritzsche, Vahlteich auch Bebel und Otto Dammer, der in dem Arbeiterbildungsvereine Vorträge über Chemie gehalten hatte.

So bestanden in Berlin und Leipzig zwei Komites, die einen Arbeiterkongreß einberufen sollten, beide erwachsen aus dem Unmuthe über die entwürdigende Rolle, welche die Bourgeoisie dem Proletariat im Kampfe gegen den Feudalismus anwies, aber beide auch noch fern einer grundsätzlichen Opposition gegen die Fortschrittspartei. Der Aufruf des Berliner Komites richtete seinen schärfsten Vorstoß gegen die zünftlerischen Bestrebungen des Handwerks, und die Forderungen, deren Berathung es auf die Tagesordnung des von ihm einberufenen Kongresses setzen wollte, widersprachen in keinem Punkte dem Programm der Fortschrittspartei, ja entsprachen ihm zum großen Theile. Es handelte sich um die Einführung der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit durch ganz Deutschland, um die Feststellung von Grundstatuten für Assoziationen und Invalidenkassen, um die Bewerkstelligung einer Berliner Weltausstellung in den nächsten Jahren, und endlich sollten gewerbliche Mittheilungen der Londoner Arbeiterdelegirten entgegengenommen werden. Aber selbst dies bescheidene Programm genügte schon, die Fortschrittspartei zu reizen. In derselben Nummer der Volkszeitung, die den Aufruf des Komites dicht *unter* dem Redaktionsstriche veröffentlichte, polemisirte Streckfuß dicht *über* dem Redaktionsstriche gegen die „jetzige so unzeitgemäße Arbeiterbewegung“, die, wenn auch unbewußt, den „im Finstern arbeitenden Feinden der Freiheit“ den erwünschten Anhaltspunkt gebe. Und dabei war Streckfuß das einzige, halbwegs namhafte Mitglied der Fortschrittspartei, das mit einiger Energie für das allgemeine Wahlrecht eingetreten war.

Zunächst nahm die Sache eine Wendung, die der Fortschrittspartei noch einmal aufzuathmen gestattete. Der Leiter des Berliner Komites erwies sich als fauler Kunde. Ob Eichler die Arbeitersache von Anbeginn verrathen hat oder erst dann, als er wegen seiner „unzeitgemäßen“ Ansichten von seiner Arbeitsstätte in der Pflugschen Maschinenfabrik, die der biedere Unruh leitete, aufs Pflaster geworfen worden war, mag zweifelhaft sein; unzweifelhaft und von Bismarck selbst anerkannt ist, daß er in politischem Solde gestanden hat. Sein zweideutiges Spiel wurde offenbar, als er im Oktober nach Leipzig hinüberkam und dem dortigen Komite eröffnete, das eben ans Ruder gekommene Ministerium Bismarck habe ein Herz für die Arbeiter und werde sich ihrer Sache annehmen, sobald sie nur erst der Fortschrittspartei den Rücken gekehrt hätten; es sei bereit, zunächst den Maschinenbauarbeitern bedeutende Geldmittel zur Gründung einer Produktivassoziation zu gewähren. Erläutert wurden diese wundersamen Er=

öffnungen durch eine Generalversammlung, die der preußische Volksverein, das feudale Gegenstück zum liberalen Nationalvereine, zur selben Zeit in Berlin abhielt. Von zwei vertrauten Freunden Bismarcks erklärte hier der eine, Blankenburg: die Arbeiterbewegung werde der Fortschrittspartei durch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts ein scharfes Examen auferlegen, und der andere, Wagener: nicht der Geldsack dürfe vorwiegen gegen die Blutsteuer, das allgemeine Wahlrecht müsse eingeführt werden, um eine wahrhafte, nach Ständen geordnete Volksvertretung zu schaffen.

Beim Leipziger Komite blitzten Eichlers Vorschläge natürlich ab, sie wurden mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Nichts lag den dortigen Arbeitern ferner, als ein Verrath der Bourgeoisie an Junker Bismarck. Vielmehr beschloß das Komite, eine aus Dalge, Fritzsche und Vahlteich bestehende Deputation nach Berlin zu senden, um gütlich mit der Fortschrittspartei zu verhandeln und die dortigen Arbeiter über Eichler zu orientiren. Die Deputation fand die fortschrittlichen Abgeordneten sehr zugeknöpft, aber in einer großen Volksversammlung, die am 2. November unter Eichlers Vorsitz und starker Betheiligung der Arbeiter in der Tonhalle stattfand, kam es doch zu einem Kompromiß. Die fortschrittlichen Führer, von denen Schulze-Delitzsch und Unruh zugegen waren, fügten sich in die Einberufung des Kongresses und verlangten nur seine Vertagung, um erst in den Arbeiterbildungsvereinen durch Vorträge über Kapital und Arbeit die Ansichten zu klären. Schulze-Delitzsch erbot sich selbst zu solchen Vorträgen und erklärte vorläufig jede Demokratie, welche nicht die materielle Lage der Arbeiter zu bessern verstehe, für eine hohle Phrase. Dagegen führten Fritzsche und Vahlteich aus, ihnen liege fern, ihre persönlichen Interessen über die allgemeine politische Frage zu stellen, sie seien für ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei, um diese zu einer energischen Vertretung der Arbeiterinteressen zu zwingen. Sie machten auch in dieser Versammlung großen Eindruck und erwiesen sich den Berliner Arbeitern überlegen, die, soweit sie zum Worte kamen, entweder überhaupt nichts von Politik wissen oder einfach im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwimmen wollten. Schließlich wurde nahezu einstimmig Fritzsches und Vahlteichs Antrag angenommen, den Arbeiterkongreß bis Ende Januar 1863 zu vertagen und ihn nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig zu berufen, womit die vorbereitenden Maßregeln dem Leipziger Komite zufielen und Eichler lahmgelegt war. Mit der vom Berliner Komite entworfenen Tagesordnung des Kongresses erklärten sich die Leipziger einverstanden, nur den Plan einer Berliner Weltausstellung lehnten sie ab.

Der also abgeschlossene Kompromiß erwies sich aber sehr bald als brüchig. Kaum verdankte die Fortschrittspartei der Treue der Arbeiter die Beseitigung einer feudalen Intrigue, als sie die Arbeiter wieder in alter Weise mißhandelte. Die Vorträge, die Schulze-Delitzsch im Berliner Arbeiterverein über Kapital und Arbeit zu halten begann, entpuppten sich als ein trauriges Gemengsel aus Bastiats kapitalistischen Sophismen, und die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen

Kongresses machte bei einer Gastrolle, die sie in demselben Vereine gab, kein Hehl aus ihrer edlen Absicht, in „engste Wechselwirkung" mit dem Arbeiterkongreß zu treten, das heißt ihn unter ihre entnervende Leitung zu nehmen. Das Leipziger Komite seinerseits stieß bei seinen eifrigen Vorarbeiten für den Kongreß auf die mannigfachsten Hindernisse: auf den Einspruch der Polizei, die den Verkehr der Arbeiterbildungsvereine unter einander nicht dulden wollte, auf den schweigenden, aber um so hartnäckigeren Widerstand der bürgerlichen Elemente, die in der Arbeiterbewegung thätig waren, und nicht zuletzt auch auf eine große Gleichgiltigkeit der Arbeiter selbst. Hatte doch selbst ein Mann wie Bebel das Interesse an den Kongreß verloren. Er schied aus dem Komite aus, um seine ganze Kraft dem Leipziger Arbeiterbildungsvereine zu widmen, dessen bürgerlicher Vorsitzender, ein Arzt, sich wenig um seine Pflichten kümmerte. Durch rüstige Arbeit verstand Bebel, den Verein zu einem Muster seiner Gattung zu machen, aber wenn ihn diese Aufgabe in erster Reihe lockte, so war um so leichter zu begreifen, weshalb die Masse der Arbeiter sich nicht besonders erwärmte für einen Kongreß, dessen Tagesordnung nicht über das fortschrittliche Programm hinausging.

Das Komite, in dem Fritzsche, Vahlteich und Dammer am unermüdlichsten arbeiteten, sah bald ein, daß auch der Januar 1863 noch ein zu früher Termin für den Zusammentritt des Kongresses sei. Zugleich drängte sich ihm die Erkenntniß auf, daß der ganze Plan zu versumpfen drohe, wenn nicht endlich klarer Tisch zwischen den Arbeitern und der Fortschrittspartei gemacht würde. Entweder mußte die Bourgeoisie unzweideutig das Proletariat als gleichberechtigten Bundesgenossen anerkennen, oder das Proletariat mußte sich als selbständige Partei mit unzweideutigem Aktionsprogramm aufthun. Im Januar 1863 gingen Fritzsche, Vahlteich und Dammer noch einmal nach Berlin, um mit den Führern der Fortschrittspartei zu verhandeln, mit geringer Hoffnung auf Erfolg, und vielleicht nicht einmal mit dem Wunsche eines Erfolges, aber mit der ehrlichen Absicht, soviel an ihnen lag einen Erfolg zu ermöglichen. Die sibyllinischen Bücher wurden der Fortschrittspartei noch einmal angeboten, nicht mehr ganz so wohlfeil, wie im vorigen Herbst, aber doch zu einem leicht erschwingbaren Preise.

Die Leipziger Delegirten verlangten die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in das fortschrittliche Programm und die Zahlung der Mitgliederbeiträge für den Nationalverein in Monatsraten. Beide Forderungen wurden abgeschlagen. Der Kleinbürger Schulze wollte zwar „füglich" das allgemeine Stimmrecht als eine Konsequenz der Rechtsgleichheit vor dem Gesetze zulassen, so nebenbei als fünftes Rad am Wagen, aber der Großbourgeois Unruh, der in der Fortschrittspartei viel einflußreicher war als Schulze, erklärte kurzweg, auch davon könne nimmermehr die Rede sein. Womöglich noch entschiedener wurden die Leipziger von der Thüre des Nationalvereins abgewiesen. Man sagte ihnen, die Arbeiter könnten sich ja als geistige oder Ehrenmitglieder des Vereins betrachten, ein Bescheid, der, wenn er nicht schon ein offenbarer Hohn sein sollte, doch von denen, an die er gerichtet wurde, als offenbarer Hohn empfunden werden mußte.

Somit blieb den Leipziger Delegirten nur die Möglichkeit, sich ihren eigenen Weg zu suchen, und sie waren keineswegs die Leute, davor zurückzuschrecken. Aber in diesem entscheidenden Augenblicke verwies sie der junge Demokrat Ludwig Löwe an Lassalle, der just zur selben Zeit seinen endgiltigen Bruch mit der Fortschrittspartei vollzog. Eben hatte er vor den gerichtlichen Schranken das Bündniß zwischen der Wissenschaft und den Arbeitern als die einzige Rettung der Nation verkündet, und nun folgte die Erfüllung dem prophetischen Wort auf dem Fuße. In Lassalle fanden die Arbeiter Fritzsche und Vahlteich, was sie in der Fortschrittspartei nicht gefunden hatten: eine tiefe Sympathie mit der Arbeiterklasse und ein ebenso tiefes Verständniß ihrer historischen Aufgaben, während Lassalle in den Arbeitern Fritzsche und Vahlteich fand, was er in der Fortschrittspartei vergebens gesucht hatte: einen empfänglichen offenen Geist und eine männliche Gesinnung, die so bereit wie fähig war zu handeln. Im Nu war die Verständigung erreicht. Das Leipziger Komite sollte Lassalle ersuchen, seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und deren Mittel, besonders auch über den Werth der Assoziationen für die ganz unbemittelte Volksklasse auszusprechen, und Lassalle sollte mit einem offenen Sendschreiben antworten. Inzwischen sollte das Komite die Zurüstungen für den Kongreß fortsetzen, aber ihn nicht eher einberufen, als bis Lassalles Schreiben erschienen sei und seine Wirkung gethan habe.

Am 11. Februar richtete das Komite seine Anfrage an Lassalle und am selben Tage erließ es einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, worin die möglichste Beschleunigung des Kongresses empfohlen, aber doch vor einer Uebereilung gewarnt wurde, ehe die Vertreter des Arbeiterstandes sich über alles klar geworden seien. Am 1. März beendete Lassalle sein Offenes Antwortschreiben, und gegen die Mitte dieses Monats flog es in die Welt hinaus.

III. Lassalles Offenes Antwortschreiben.

Das Offene Antwortschreiben geht davon aus, daß es gleich falsch sei zu meinen: sowohl daß die Arbeiter sich überhaupt nicht um die Politik zu kümmern, als auch daß sie den selbstlosen Chor und Resonanzboden für die Fortschrittspartei abzugeben hätten. Der Arbeiter könne die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten, aber die Fortschrittspartei habe durch ihre Haltung in dem preußischen Verfassungsstreite gezeigt, daß sie vollkommen unfähig sei, auch nur die geringste reelle Entwicklung der Freiheitsinteressen herbeizuführen. Der Arbeiterstand müsse sich als selbständige politische Partei konstituiren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands könne in politischer Hinsicht allein seine legitimen Interessen befriedigen. Hierfür eine friedliche und gesetzliche Agitation mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, sei das politische

Programm der Arbeiterpartei. Und die Taktik dieser Partei gegenüber der Fortschrittspartei erhelle von selbst: sie müsse sich überall als eine selbständige Partei aufthun, gleichwohl die Fortschrittspartei in Fragen eines gemeinschaftlichen Interesses unterstützen, ihr entschieden den Rücken kehren und gegen sie auftreten, sobald sie sich davon entferne, eben dadurch die Fortschrittspartei zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt sei.

Lassalle geht dann zur Beantwortung der sozialen Fragen über, die ihm das Leipziger Komite vorgelegt hatte. Er führt aus, daß Debatten über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nicht auf die Tagesordnung eines Arbeiterkongresses gehörten. Sie hätten mindestens den einen Fehler, um mehr als fünfzig Jahre zu spät zu kommen. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit dekretire man stumm und lautlos in einem gesetzgebenden Körper, aber man debattire sie nicht mehr. Spar-, Invaliden-, Hilfs- und Krankenkassen seien wohl geeignet, das Elend von Arbeiterindividuen erträglicher zu machen, aber sie seien ganz und gar ohnmächtige Mittel, um die normale Lage des Arbeiterstandes selbst zu verbessern. Lassalle beruft sich auf die gleiche Ansicht Hubers, um durch das Zeugniß dieses Mannes, der in politischer Hinsicht auf durchaus entgegengesetztem und in ökonomischer Hinsicht auf durchaus verschiedenem Boden mit ihm stehe, am kürzesten den Verdacht zu beseitigen, als sei der geringe Werth, den er auf solche Kassen lege, nur die Folge vorgefaßter politischer Tendenzen.

Und nun die Assoziationen von Schulze-Delitzsch! Lassalle geht an dem Politiker und theoretischen Nationalökonomen Schulze schonend vorüber, um dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens" mit Wärme die Hand zu schütteln. Aber auf die Frage, ob Schulzes Assoziationen die Lage des Arbeiterstandes verbessern könnten, antwortet er mit dem entschiedensten Nein. Die Kredit- und Rohstoffvereine könnten höchstens den unbemittelten Handwerksmeister gleichsetzen mit dem bemittelten Handwerksmeister, der seinerseits die Konkurrenz des großen Kapitals und der fabrikmäßigen Massenproduktion nicht mehr aushalten könne. Sie könnten den Todeskampf des kleinen Handwerkers verlängern, die Qualen dieses Todeskampfes dadurch vermehren und die Entwicklung unserer Kultur unnütz aufhalten: den eigentlichen, in der Großindustrie beschäftigten und täglich wachsenden Arbeiterstand berührten sie überhaupt nicht.

Dagegen würden Schulzes Konsumvereine allerdings den gesammten Arbeiterstand umfassen können. Gleichwohl seien auch sie völlig unfähig, seine Lage zu verbessern. Es sei schon ganz falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo ihn wirklich der Schuh drücke: als Produzenten. Zwar leide auch der Arbeiter als Konsument unter dem Nachtheile, seine Bedürfnisse im Kleinen einkaufen zu müssen und so dem Wucher des Kramladens zu verfallen, und hiergegen hülfen die Konsumvereine bis zu einem gewissen Grade und bis auf eine gewisse Dauer. Dieser Nebenschaden

habe aber nichts mit dem Haupt- und Krebsschaden zu thun, der den Arbeiter bedrücke.

Lassalle entwickelt nun das „eherne ökonomische Gesetz", das unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimme, das den durchschnittlichen Arbeitslohn auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnothdurft beschränke. „Der Lohn kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, denn sonst entstünde durch die leichtere bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen nothwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um seinen Schwerpunkt, in den er fortdauernd zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über ihm (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Nothstands oder der Krisen)."

Lassalle sagt, die liberale ökonomische Schule habe selbst dies Gesetz entdeckt und nachgewiesen, er könne dafür ebenso viele Gewährsmänner anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gebe. Er räth den Arbeitern, Jeden der ihre Lage verbessern wolle zu fragen, ob er dies Gesetz anerkenne oder nicht, und wenn er es nicht anerkenne oder nicht wisse, wie es zu beseitigen sei, ihm als einem leeren Schwätzer den Rücken zu kehren. Und die Wirkung dieses Gesetzes faßt er dahin zusammen: „Von dem Arbeitsertrag (der Produktion) wird zunächst so viel abgezogen und unter die Arbeiter vertheilt, als zu ihrer Lebensfristung nothwendig ist (Arbeitslohn). Der ganze Ueberschuß der Produktion — des Arbeitsertrags — fällt auf den Unternehmerantheil." Die Arbeiter seien die Klasse der Enterbten, weil sie sogar von der, durch die Fortschritte der Zivilisation gesteigerten Produktivität, d. h. von dem gesteigerten Arbeitsertrage, von der gesteigerten Ertragsfähigkeit ihrer eigenen Arbeit nothwendig ausgeschlossen seien. Für sie immer die Lebensnothdurft, für den Unternehmerantheil immer alles, was über die Lebensnothdurft hinaus von der Arbeit produzirt werde.

Lassalle giebt zu, daß wenn bei sehr großen Fortschritten der Produktivität viele Industrieprodukte zu äußerster Billigkeit herabsänken und gleichzeitig eine länger dauernde Periode steigender Nachfrage nach Arbeiterhänden einträte, der Umfang dessen, was gewohnheitsmäßig in einem Volke zum nothwendigen Lebensunterhalte gehöre, erweitert werden, daß wenn man verschiedene Zeiten miteinander vergleiche,

die Lage des Arbeiterstandes in der späteren Zeit etwas besser sein könne als in der früheren. Er macht diese kleine Abschweifung, weil diese etwaige geringfügige Verbesserung im Laufe der Jahrhunderte immer der Punkt sei, auf den diejenigen, die den Arbeitern Sand in die Augen streuen wollten, nach dem Vorgange Bastiats mit ebenso billigen wie hohlen Deklamationen zurückkämen. Ob sich wirklich die Gesammtlage des Arbeiterstandes fortlaufend in den verschiedenen Jahrhunderten gebessert habe, das sei eine sehr schwierige, sehr verwickelte, eine viel zu gelehrte Untersuchung, als daß diejenigen auch nur annähernd ihrer fähig wären, welche die Arbeiter ohne Unterlaß damit amüsirten, wie theuer der Kattun im vorigen Jahrhundert gewesen sei und wie viel Kattunkleider sie jetzt verbrauchen könnten. Er könne diese Untersuchung auch nicht anstellen, da er den Arbeitern nicht nur absolut Feststehendes, sondern auch ganz leicht zu Begründendes geben müsse, aber angenommen, eine solche Verbesserung habe stattgefunden, so verkehre man dadurch jedenfalls die Frage, um die es sich handle. Man täusche, man hintergehe die Arbeiter.

Wenn die Arbeiter von der Verbesserung ihrer Lage sprächen, so seien die Lebensgewohnheiten derselben Zeit ihr Maßstab. Und man amüsire sie mit angeblichen Vergleichen ihrer Lage mit der Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten! Freilich sei es eine ausgemachte Thatsache, daß die Arbeiter sich heute besser ständen als die Botokuden und die menschenfressenden Wilden. Aber jede menschliche Befriedigung hänge immer nur ab von dem Verhältniß der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, und ein gesteigertes Minimum der untersten Lebensbedürfnisse gebe auch Leiden und Entbehrungen, welche frühere Zeiten nicht gekannt hätten. „Was entbehrt der Botokude dabei, wenn er keine Seife kaufen, was entbehrt der menschenfressende Wilde dabei, wenn er keinen anständigen Rock tragen, was entbehrte der Arbeiter vor der Entdeckung Amerikas dabei, wenn er keinen Tabak rauchen, was entbehrte der Arbeiter vor der Erfindung der Buchdruckerkunst dabei, wenn er ein nützliches Buch sich nicht anschaffen konnte?" Wenn also noch so fest stände, daß sich das Niveau der nothwendigen Lebensbedingungen in den verschiedenen Zeiten gehoben hätte, die menschliche Lage der Arbeiter sei in diesen verschiedenen Zeiten immer dieselbe geblieben, immer diese: auf dem untersten Stande der in jeder Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensnothdurft herumzutanzen, bald ein wenig über ihm, bald ein wenig unter ihm zu stehen.

Und nun faßt Lassalle sein Urtheil über die Konsumvereine dahin zusammen: So lange nur einzelne Kreise von Arbeitern zusammentreten, so lange wird der allgemeine Arbeitslohn nicht durch sie berührt, so lange können sie also den Arbeitern, die zu ihnen zusammentreten, in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, durch die billigere Konsumtion, eine untergeordnete Erleichterung ihrer gedrückten Lage gewähren. Sobald sie aber den gesammten Arbeiterstand zu umfassen beginnen, führt das eherne Lohngesetz dazu, daß der Arbeitslohn in Folge des durch die Konsumvereine um so viel billiger gewordenen Lebensunterhalts um

ebenso viel fallen muß, womit denn auch jene geringfügige Erleichterung, welche die Konsumvereine bis dahin einzelnen Arbeiterkreisen gewährt haben, auf Null sinkt.

Somit könnten Schulzes sämmtliche Organisationen dem Arbeiterstande als solchem nicht helfen. „Wie also? Sollte das Prinzip der freien individuellen Assoziation der Arbeiter nicht vermögen, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?" Darauf antwortet Lassalle: „Allerdings vermag es das — aber nur durch seine Anwendung und Ausdehnung auf die fabrikmäßige Großproduktion. Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt! Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer wird, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!" Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisirt, das sei die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? wirft Lassalle sich selbst wieder ein. Ein Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Kattunfabriken u. s. w. und ein Blick auf die leeren Taschen der Arbeiter zeige, daß die Arbeiter niemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen würden, wenn sie ausschließlich und lediglich und allein auf ihre isolirten Anstrengungen als Individuen beschränkt blieben. „Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staats, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten."

Lassalle weist nun nach, daß es ein irreführendes Geschrei sei zu sagen, jede solche Intervention des Staats hebe die soziale Selbsthilfe auf. Der Staat hindere die Jugend nicht daran, sich durch eigene Kraft zu bilden, wenn er ihr Lehrer, Schulen und Bibliotheken halte. Mögen sich Einzelne gebildet haben ohne Lehrer, Schulen und Bibliotheken, mögen unter gewissen besonderen Verhältnissen einzelne Kreise von Arbeitern namentlich in England durch eine lediglich aus ihren eigenen Bemühungen hervorgegangene Assoziation auch in gewissen kleineren Zweigen der großen Produktion und in einem gewissen kleinen Umfang ihre Lage etwas verbessert haben, so bestätigten diese Ausnahmen nur die Regel, daß für den allgemeinen Arbeiterstand eine wirkliche Besserung seiner Lage nur durch die Hilfeleistung des Staats herbeigeführt werden könne.

Und ebenso wenig möchten sich die Arbeiter durch billige Redensarten über Sozialismus und Kommunismus täuschen lassen. „Nichts ist weiter entfernt

von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus, als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heut ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital oder der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird. Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staats, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf, dazu existirt er, hat immer dazu gedient und dienen müssen." Dies beweist Lassalle — statt der Hunderte von Beispielen, die er geben könnte, der Kanäle, Chausseen, Posten, Packetbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirthschaftlichen Verbesserungen, Einführung von neuen Fabrikationszweigen 2c. — eingehend an der staatlichen Zinsgarantie für Eisenbahnbauten. Sie sei eine äußerst starke Intervention des Staats gewesen und zwar zu Gunsten der reichen und begüterten Klassen, die ohnehin über alles Kapital und allen Kredit verfügten und sich der Staatsintervention weit leichter hätten begeben können als die Arbeiter, aber sie gleichwohl gefordert hätten. Da sei sie ganz zulässig gewesen, aber wenn es sich um eine Intervention des Staates zu Gunsten der nothleidenden Klassen, zu Gunsten der unendlichen Mehrheit handle, da sei sie „reiner Sozialismus und Kommunismus". Und was bedeute der durch die Eisenbahnen bewirkte Kulturfortschritt, so groß er sei, gegenüber jenem gewaltigsten Kulturfortschritte, der durch die Assoziation der arbeitenden Klasse vollbracht würde!

In einer Note hierzu bemerkt Lassalle: wie leicht das zu einer allmälig im Laufe der Zeit über den gesammten Arbeiterstand sich erstreckenden Assoziation erforderliche Kapital oder vielmehr der dazu erforderliche Kredit beschafft werden könnte, ließe sich erst nach einer finanztheoretischen Erörterung der sozialen Funktionen des Geldes und Kredits darlegen. Jede solche den Exekutionsmodus betreffende Erörterung würde überdies völlig überflüssig und wirkungslos sein; einen praktischen Werth werde sie erst haben, wenn an die Verwirklichung der Forderung gedacht werden könne. Einstweilen begnügt sich Lassalle mit folgenden Andeutungen: „Diese Assoziationen würden natürlich erst allmälig und im Laufe der Zeit den gesammten Arbeiterstand umfassen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Industriezweigen, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnißmäßig die stärkste Arbeiterzahl beschäftigen, am meisten zur Assoziation eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Distrikten und Lokalitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbsthätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung, sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Assoziation — alles drei in der Regel zusammenfallende Momente — vor den anderen sich zur Assoziation eigneten. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Assoziationen bestehen, immer spielender und leichter für alle anderen Gewerbszweige und Lokalitäten einzuführen sein, da natürlich alle mit Hilfe des Staats sich bildenden Assoziationen in einen Kreditverband unter einander zu treten hätten und treten würden. Außer dem Kreditverband könnte ein Assekuranzverband die verschiedenen Vereine umfassen, welcher

etwaige eintretende Geschäftsverluste durch ihre Vertheilung bis zur Unmerklichkeit ausgliche. Der Staat würde endlich keineswegs den Diktator bei diesen Gesellschaften zu spielen haben, sondern ihm nur die Feststellung oder Genehmigung der Statuten und eine zur Sicherung seiner Interessen ausreichende Kontrolle bei der Geschäftsführung zustehen. Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu vertheilen sein." Um die praktische Ausführbarkeit und höchst lukrative Existenzfähigkeit solcher Assoziationen zu erhärten, weist Lassalle auf die englischen und französischen Arbeiterassoziationen hin, die, obwohl unter den schwierigsten Umständen und ohne jede Hilfe und Unterstützung entstanden, rein auf die Anstrengungen der isolirten Arbeiter angewiesen, dennoch zu hoher Blüthe gelangt seien. Alle diese Gesellschaften seien recht eigentlich Pioniere der Zukunft gewesen, die mit harter Hand den Weg gebrochen und durch die schlagenden praktischen Resultate, die sie trotz der ihnen entgegenstehenden Unmöglichkeiten erreichten, gezeigt hätten, welche ganz andere Resultate zu erreichen seien, wenn der Staat die Hand zur Ueberwindung dieser Unmöglichkeiten biete.

Endlich aber: was sei der Staat? Das amtliche statistische Bureau des Königreichs Preußen habe 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung veröffentlicht, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen vertheile. Die Resultate dieser Berechnung giebt Lassalle mit wörtlicher und ziffermäßiger Treue wieder und faßt sie dann zusammen: „72¾ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 100 Thalern, also in der elendesten Lage! Andere 16¾ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 100 bis 200 Thalern, also in einer kaum besseren, immer noch elenden Lage, andere 7¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200 bis 400 Thalern, also noch immer in einer gedrückten Lage, 3¼ Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 400 bis 1000 Thalern, also theils in einer eben erträglichen, theils in einer behäbigen Lage und ½ Prozent der Bevölkerung endlich in allen möglichen Abstufungen des Reichthums. Die beiden untersten in der allergedrücktesten Lage befindlichen Klassen bilden also allein 89 Prozent der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7¼ Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96¼ Prozent der Bevölkerung in gedrückter dürftiger Lage. Ihnen also, den nothleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er. Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation — das ist der Staat!" Und warum solle nun nicht diese große Assoziation der Arbeiter befördernd und befruchtend auf ihre kleineren Assoziationskreise einwirken?

Lassalle giebt dann noch einen speziellen Beleg für die Unmöglichkeit, anders als mit der fördernden Unterstützung des Staats durch die freie Assoziation die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern, indem er einen Blick auf die Pioniere

von Rochdale wirft, die berühmteste der englischen Arbeiterassoziationen. Er hebt hervor, daß unter ihnen eine Agitation entstanden sei, um diejenigen Arbeiter, die nicht gleichzeitig Aktionäre seien, vom Geschäftsgewinn auszuschließen: Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen, das sei die widrige Karrikatur, in die sich die Pioniere von Rochdale verwandelten. Ferner seien in ihrer Fabrik bei 1600 Arbeiter-Aktionären nur 500 Arbeiter beschäftigt; wenn man sich die Arbeiter nicht gleich geradezu als reiche Leute denken wolle, womit dann freilich alle Fragen in der Illusion gelöst seien, so werde die in einer Fabrik beschäftigte Anzahl von Arbeitern nie ausreichen, um auch das für die Fabrik erforderliche Anlagekapital aus ihrer eigenen Tasche aufzubringen; dazu würde vielmehr immer eine weit größere Anzahl von anderen nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionären nöthig sein. Das Verhältniß 1 : 3, wie es bei den Pionieren von Rochdale bestehe, sei sogar erstaunlich günstig und nur aus ganz besonderen Ausnahmeverhältnissen zu erklären. Zudem müsse dies Verhältniß mit der Entwicklung der Industrie noch gewaltig wachsen, denn die Fortschritte der Zivilisation beständen gerade darin, daß täglich mehr todte Naturkraft, also mehr Maschinen, an die Stelle der menschlichen Arbeit gesetzt werde, daß also täglich das Verhältniß der Größe des Anlagekapitals zur Menge der menschlichen Arbeit wachse. Solle sich die Assoziation auf den gesammten Arbeiterstand ausdehnen, woher dann die drei- und noch weit mehrfache Anzahl von Arbeiter-Aktionären nehmen, die nun noch hinter den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern stehen müßten, um diese Fabriken anzulegen?

So sei es geradezu eine mathematische Unmöglichkeit, den Arbeiterstand auf diesem Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder als blos isolirter Individuen zu befreien; sein einziger Weg aus der Wüste sei die freie individuelle Assoziation, ermöglicht durch die fördernde und unterstützende Hand des Staats. Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Hier stehe nun sofort die Antwort sonnenklar vor aller Augen: dies werde nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus diesem Wahlrecht hervorgingen, dann und nur dann würden die Arbeiter den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen. „Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutirt werden, dann werden — verlassen Sie sich darauf! — die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahle der Wissenschaft bewaffnet zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und so lange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.“ Das allgemeine Wahlrecht sei nicht nur das politische, sondern auch das soziale Grundprinzip des Arbeiterstandes, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe.

Und wie nun die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bewirken? Lassalle verweist auf die mehr als fünfjährige Agitation gegen die englischen Kornzölle, die schließlich durch ein Toryministerium beseitigt werden mußten. „Organisiren Sie sich als ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zwecke einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblick an, wo dieser Verein auch nur 100000 deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher Jeder rechnen muß." Die Arbeiter müßten diesen Ruf fortpflanzen in jede Werkstatt, jedes Dorf, jede Hütte. Die städtischen Arbeiter müßten ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen, überall die Nothwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts debattiren und diskutiren, täglich, unablässig, unaufhörlich. Die Arbeiter müßten Kassen stiften, die trotz der Kleinheit der Beiträge eine für Agitationszwecke gewaltige finanzielle Macht bilden würden, mit diesen Kassen öffentliche Blätter gründen, Flugschriften verbreiten, Agenten aussenden. Sie müßten täglich, unermüdlich dasselbe wiederholen, wieder dasselbe, immer dasselbe. „Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentriren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht oder dazu führen kann." Werde dieser Ruf, was binnen weniger Jahre gelingen könne, wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung fortgepflanzt, welche die armen und unbemittelten Klassen der Gesellschaft bildeten, so werde man ihm nicht lange widerstehen können.

Die Regierungen könnten mit der Bourgeoisie über politische Rechte schmollen und hadern. Sie könnten selbst den Arbeitern politische Rechte und somit auch das allgemeine Wahlrecht verweigern, bei der Lauheit, mit welcher politische Rechte aufgefaßt würden. „Aber das allgemeine Wahlrecht von 89 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Magenfrage aufgefaßt und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hinverbreitet — seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es giebt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde. Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es giebt kein anderes für Sie!" So schließt das Offene Antwortschreiben.

IV. Lassalles Schlachtplan.

Wie die Taktik zur Strategie, wie der Schlacht- zum Feldzugsplan, so verhält sich das Offene Antwortschreiben zu Lassalles Arbeiterprogramm. Es ist die Ordre der Bataille für die erste Schlacht in dem großen Emanzipationskampfe des deutschen Proletariats. Als Arbeiteragitator sprach Lassalle in ihm nicht sein letztes, sondern sein erstes Wort. Er wußte, daß die Massen, die er ins

Feld führen wollte, aus sehr ungeübten Rekruten bestanden, die erst im Feuer exerzirt werden mußten, deren Anschauungsweise und Fassungskraft beschränkt genug war. Lassalle mußte auch sorgsam auf das Gelände achten, auf dem er marschirte, auf den Bau und die Lage der Schanzen, die er stürmte, auf das Kaliber der Geschütze, womit die Feinde feuerten. Er hatte jetzt praktisch jenen dialektischen Widerspruch alles revolutionären Handelns zu überwinden, den er zur tragischen Idee seines Trauerspiels gemacht hatte. Es kam darauf an, die erschöpfende Konsequenz des Prinzips mit der nothwendigen Einseitigkeit der Politik zu verbinden.

Lassalle konnte nicht den „natürlichen Zusammenhang mit der früheren Arbeiterbewegung“ wahren, wenigstens nicht so, wie Marx von ihm verlangt hatte. Verschiedenere Zeiten, als die Tage des Kommunistischen Manifestes und die Tage des Offenen Antwortschreibens, lassen sich kaum denken. Marx und Engels sprachen zu einer kleinen Elite des internationalen Proletariats, die seit Jahren und selbst Jahrzehnten in den Hauptzentren des europäischen Verkehrs gelebt und sich mit den schwierigsten Problemen der deutschen Philosophie wie des englisch-französischen Sozialismus vertraut gemacht hatte, die in einer geheimen Propagandagesellschaft vereinigt war und sich am Vorabend einer Revolution rüstete, unter den gährenden Massen der europäischen Welt für den Kommunismus zu werben. Dagegen sprach Lassalle zu der Arbeiterklasse eines ökonomisch und politisch noch sehr rückständigen Landes, zu einer Klasse, die noch längst nicht den Alp einer drückenden Reaktion abgeschüttelt hatte und in absehbarer Zeit nicht auf die schnelle Entwicklung rechnen durfte, welche die Feuertaufe der Revolution dem proletarischen Klassenbewußtsein zu geben pflegt, zu einer Klasse, die als Massenpartei auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft kämpfen sollte, von deren Wesen doch selbst ihre vorgeschrittensten Mitglieder kaum erst eine Ahnung hatten. Hätte irgend ein Zweifel daran bestanden, daß die damaligen deutschen Arbeiter nur an ihren nächstliegenden Interessen gepackt werden konnten, so mußte er für Lassalle gehoben sein durch die Aufnahme, die sein Arbeiterprogramm gefunden hatte. Es hatte kein Echo in der Arbeiterklasse erweckt, obgleich es doch auch schon die Gedankengänge des Kommunistischen Manifestes den deutschen Zuständen angepaßt hatte.

Lassalle wollte der deutschen Arbeiterbewegung nicht nach einem doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben, sondern nahm, ganz im Sinne von Marx, zur reellen Basis seiner Agitation die wirkliche Klassenbewegung, soweit sie in Deutschland vorhanden war. Er knüpfte an das allgemeine Wahlrecht und die Assoziationsbestrebungen an, die beiden Gedanken, welche die deutsche Arbeiterklasse zu bewegen begannen. Er gab der Forderung des allgemeinen Wahlrechts sofort die erschöpfende Konsequenz des Prinzips, indem er den deutschen Arbeitern darlegte, daß es für sie das einzige Mittel sei, die politische Macht zu erobern, ohne deren Besitz sie ihre Klasseninteressen niemals befriedigen könnten. Wie richtig Lassalle in dieser Beziehung die deutschen Zustände beurtheilt hat, das

haben ihm dreißig Jahre deutscher Geschichte bestätigt. Und sein Verdienst ist um so höher anzuschlagen, als das allgemeine Wahlrecht zur Zeit, da er es zum Schiboleth der deutschen Arbeiterbewegung machte, nicht des besten Rufs genoß. Verwarf es die Masse der Bourgeoisie aus argwöhnischem Klasseninstinkt, so standen ihm doch auch ganz andere Leute mißtrauisch gegenüber nach den Erfahrungen, die mit dem allgemeinen Wahlrecht unter dem zweiten Kaiserreiche gemacht worden waren: nicht nur Lange und Rodbertus, sondern auch Marx und Engels.

Wohl hat Lassalle das allgemeine Wahlrecht überschätzt. Wenn er auch von vornherein erklärte, daß es keine Wünschelruthe sei, wenn er ihm auch nicht augenblicklich, sondern erst auf die Dauer eine durchschlagende Wirkung zuschrieb, so hat er doch diese Dauer nicht so lang bemessen, wie sie sich thatsächlich erwiesen hat. Darin unterlag Lassalle jener optischen Täuschung kühn und weit vorausschauender Denker, der auch Marx und Engels manches Mal unterlegen sind. Aber das ändert nichts an der Thatsache selbst, daß Lassalle richtig erkannte, unter den gegebenen historischen Verhältnissen sei das allgemeine Wahlrecht diejenige Waffe, durch die sich das deutsche Proletariat zu einer unüberwindlichen Macht emporkämpfen müsse und werde. So heftig und von so einflußreicher Seite her diese Ansicht mitunter bestritten worden ist, die Gewalt der Thatsachen hat die deutsche Sozialdemokratie immer wieder auf den Weg gedrängt, den Lassalle ihr vorgezeichnet hatte. Und wie sehr sie gerade durch das allgemeine Wahlrecht als ihre passendste und wirksamste Waffe groß geworden ist, das hat Niemand beredter dargelegt, als Engels in seiner letzten Schrift.

Dann knüpfte Lassalle an das Genossenschaftswesen an. Alle Illusionen über dies angebliche Allheilmittel der Arbeiterklasse zerstäubte er durch das Lohngesetz der bürgerlichen Oekonomie. Mit ihren eigenen Waffen schlug er die Unterdrücker des Proletariats. Lassalle hat die Thatsache, daß alle namhaften Vertreter der bürgerlichen Oekonomie das von ihm entwickelte Lohngesetz der kapitalistischen Gesellschaft anerkannt haben, in späteren Reden und Schriften bis zur Evidenz bewiesen. Aber gerade der „eherne" Charakter dieses Gesetzes, auf den er den schwersten Ton legte, ist von der sozialistischen Oekonomie als unhaltbar nachgewiesen worden, und es ist deshalb von Wichtigkeit, zu untersuchen, ob Lassalle daran geglaubt hat und mit welchem historischen Rechte.

Zunächst ist unrichtig, was Marx später einmal in einer Stunde heftigen Unmuthes geschrieben hat: „Nehme ich das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinne, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tode zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Oekonomisten bewiesen, daß der Sozialismus

das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft vertheilen könne.“ In diesem Widerspruch hat sich Lassalle aber nie verfangen. Er stand zur Malthusschen Theorie nicht wie Lange und die bürgerlichen Oekonomisten, sondern wie Marx und Engels, und fast noch drastischer, als diese beiden, hat er sie gekennzeichnet. Ihren eigentlichen Kern, die Behauptung, daß die Menschen die Tendenz hätten, sich schneller zu vermehren, als die Nahrungsmittel sich vermehren könnten, verwarf er als einen „lange widerlegten Irrthum“, und die aus diesem Irrthum gezogene Theorie von den „weisen Beschränkungen“ der Kinderzeugung verhöhnte er als kindisch, unsittlich, unmenschlich, unnatürlich, als die „reine Schweinerei“. Umgekehrt wie Malthus, sagte Lassalle: Je mehr Arbeitshände, um so mehr Reichthum; wenn dem heute noch nicht so sei, so liege der Fehler in dem „ökonomischen Antagonismus“ der kapitalistischen Gesellschaft. Demgemäß hebt Lassalle im Offenen Antwortschreiben hervor, das Lohngesetz der bürgerlichen Oekonomie gelte „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage“. Er faßt es nicht wie die Malthusianer als ein natürliches, sondern als ein gesellschaftliches Gesetz auf, und deshalb konnte er sehr wohl ohne irgend einen Widerspruch sagen, daß es durch eine andere Organisation der Gesellschaft beseitigt werden könne.

Ohnehin stand diese Auffassung in vollkommenem Einklange mit der Auffassung des Lohngesetzes, die Marx und Engels in ihren früheren Schriften bis einschließlich des Kommunistischen Manifestes kundgegeben hatten. Engels hatte schon in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern ausgeführt, die Bevölkerungsmenge drücke nicht in der Natur auf die Nahrungs-, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Beschäftigungsmittel, in dieser Gesellschaft werde die Erzeugung der Arbeitskraft durch das Gesetz der Konkurrenz regulirt. In seiner Schrift über die Lage der englischen Arbeiter erläutert Engels das Lohngesetz mit nahezu denselben Worten, wie Lassalle im Offenen Antwortschreiben, und Engels hat denn auch anerkannt, daß Lassalle es so übernommen habe, wie er selbst und Marx es in den vierziger Jahren aufgefaßt hätten: als ein ökonomisches Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft, nicht als ein natürliches Gesetz im Sinne der Malthusianer. Beiläufig hat auch Lange nicht gesagt, Lassalle begründe das Lohngesetz durch die Malthussche Theorie, sondern er tadelt umgekehrt, daß Lassalle diese Theorie übersehe und sein Gesetz wie Marx aus der kapitalistischen Produktionsweise ableite.

Aber auch in dieser Beschränkung ist der „eherne“ Charakter des Lohngesetzes von Marx bestritten oder vielmehr in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise für die entwickelte kapitalistische Gesellschaft als unhaltbar nachgewiesen worden. Marx zeigt im ersten Bande des Kapitals auf, daß die moderne Industrie mit ihrem regelmäßigen Periodenwechsel ihr Bedürfniß nach Arbeitskräften nicht durch die absolute Bewegung der Bevölkerung regulire, sondern durch die relative Ueberbevölkerung, durch die industrielle Reservearmee, die das Kapital je nach seiner

Expansion und Kontraktion anziehe oder zurückstoße. „Bevor in Folge der Lohnerhöhung irgend ein positives Wachsthum der wirklich arbeitsfähigen Bevölkerung eintreten könnte, wäre die Frist aber und abermal abgelaufen, worin der industrielle Feldzug geführt, die Schlacht geschlagen und entschieden sein muß." Das eherne Lohngesetz, das in den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise geherrscht hat, ist auf ihrem Höhepunkt zu einem elastischen Lohngesetze geworden. Nach oben hin findet es seine Grenze in dem Verwerthungsbedürfniß des Kapitals, nach unten hin in dem Maße von Elend, das der Arbeiter ertragen kann, ohne den augenblicklichen Hungertod zu sterben. Innerhalb dieser Schranken wird die Lohnhöhe nicht durch die natürliche Bewegung der Bevölkerung bestimmt, sondern durch den Widerstand, den die Arbeiter der steten Tendenz des Kapitals, möglichst viel unbezahlte Arbeit aus ihrer Arbeitskraft zu quetschen, entgegensetzen können. Findet diese Tendenz keinen Widerstand, so wächst sie sich zu Hungerlöhnen aus, die kein Spiel eines ehernen Gesetzes wieder steigert. Findet sie einen Widerstand, so wird sie je nach Kraft und Maß dieses Widerstandes aufgehoben, und deshalb sind Fabrikgesetze, Gewerkvereine und was sonst die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken vermag, keineswegs jenes hoffnungslose Löcken wider den Stachel, das sie nach der Theorie des ehernen Lohngesetzes sein sollen. Was aller Widerstand der Arbeiter aber nicht zu hindern vermag, das ist die fortdauernde Akkumulation des Kapitals, das fortdauernde Anwachsen der industriellen Reservearmee und damit auch die fortdauernde Verschlechterung der proletarischen Klassenlage. „Das Gesetz, das die industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichthum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisirung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produzirt." Dies ist das wirkliche Lohngesetz der großkapitalistischen Gesellschaft, wie es Marx entwickelt hat im ersten Bande des Kapitals, das heißt drei Jahre nach Lassalles Tode.

Konnte Lassalle also zur Zeit, als er das eherne Lohngesetz aufstellte, mit Recht sagen, es sei ein wissenschaftlich unbestrittenes Gesetz, und unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß er an seine Richtigkeit geglaubt hat, so ist allerdings noch hinzuzufügen, daß Marx und Engels schon in den vierziger Jahren auf die industrielle Reservearmee und den von ihr auf die Löhne ausgeübten Druck hingewiesen, daß sie das unaufhaltsame Herabsinken des Proletariats in den Pauperismus vorhergesagt, daß sie gerade daraus im Kommunistischen Manifeste gefolgert haben, die Bourgeoisie sei unfähig zu herrschen, weil sie unfähig sei, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern. Diese Unsicherheit der Existenz, welche die Lage des modernen Proletariats von der Lage aller früheren unterdrückten Klassen zu ihrem Nachtheil unterscheidet, hat

Lassalle denn auch in späteren Schriften, namentlich im Bastiat-Schulze, seiner ökonomischen Hauptarbeit, rückhaltlos erörtert. Wenn er sie nicht schon im Offenen Antwortschreiben hervorhob, so aus dem Grunde, weil er hier nur „absolut Feststehendes und leicht zu Begründendes" geben wollte. Deshalb ließ er die Frage, ob sich die Lage der Arbeiter in der modernen bürgerlichen Gesellschaft dauernd verbessere oder verschlechtere, ganz aus dem Spiele und beschränkte sich auf die Thatsache, daß die Lage der Arbeiter auch dann noch unerträglich sei, wenn man die für die kapitalistische Produktionsweise günstigere Annahme unterstelle.

Und an dieser Thatsache wird natürlich auch nichts durch das von Marx entwickelte Lohngesetz geändert. Im Gegentheile! Um die Sache an einem ziffernmäßigen Beispiele zu erläutern, so sagt das eherne Lohngesetz Lassalles: Die kapitalistische Gesellschaft schuldet dem Proletariat 100, während das elastische Lohngesetz von Marx sagt: Nein, sie schuldet ihm 1000. Die bürgerlichen Klagen darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie das eherne Lohngesetz aufgegeben habe, ohne in Sack und Asche über das „Unrecht" zu trauern, das sie so lange Zeit hindurch auf die „irreführende" Autorität Lassalles der kapitalistischen Gesellschaft zugefügt habe, sind von einer überwältigenden Komik. Ernsthafter wäre die Beschwerde, daß Lassalle, befangen von den Konsequenzen des ehernen Lohngesetzes, die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetze und der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterklasse unterschätzt hat, wenn sie nur nicht praktisch gegenstandslos wäre. Eine gewerkschaftliche Bewegung war in Deutschland vorläufig unmöglich, nicht wegen der theoretischen Irrthümer Lassalles, sondern weil sich fast alle deutschen Regierungen und Volksvertretungen hartnäckig an die Koalitionsverbote klammerten. Und diese erhabenen Instanzen um Fabrikgesetze anzuflehen, statt sie ihnen durch eine drohende Massenbewegung abzutrotzen, wäre eine kindische Spielerei gewesen, deren Lassalle selbst dann unfähig gewesen sein würde, wenn er wirklich nicht die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes unterschätzt hätte.

Für die damalige Praxis konnten erst die Konsequenzen ins Gewicht fallen, die Lassalle für die Konsumvereine aus dem ehernen Lohngesetze zog. Darin hatte er vollkommen recht, daß den Arbeitern als Konsumenten helfen wollen die Pferde hinter den Wagen spannen hieß, aber beschränkt wie diese Hilfe sein mag, ist sie doch nicht so illusorisch, wie Lassalle nach dem ehernen Lohngesetze behauptete. Jedoch rieth er den Arbeitern auch keineswegs von Schulzes Assoziationen ab; er sagte ihnen vielmehr, sie möchten sich dieser Mittel nur immer bedienen, soweit sie einzelnen Arbeitern oder einzelnen Arbeiterkreisen eine gewisse Hilfe zu gewähren vermöchten. Nicht gegen die Assoziation, nicht gegen die genossenschaftliche Produktion und Konsumtion, die seit Saint-Simon im Mittelpunkte des Sozialismus gestanden hatte, wandte sich Lassalle, sondern nur gegen die bürgerliche Verkrüppelung, die der Assoziationsgedanke in der Reaktion der fünfziger Jahre erlitten hatte. In der Schätzung dessen, was dieser Gedanke trotzdem noch zu leisten gewußt hatte, ging Lassalle eher zu weit, als nicht weit genug, wie sein Urtheil über die englischen und französischen Arbeiterassoziationen und die

Wärme zeigt, womit er dem „Vater und Stifter des deutschen Genossenschaftswesens“ die Hand schüttelte.

Jene Verkrüppelung bestand darin, daß dem Assoziationsgedanken die politische Seite entfremdet, daß den Arbeitern, in gutem oder bösem Glauben, eingeredet worden war, sie brauchten nicht die politische Gewalt für ihre Emanzipation, sondern könnten sich als isolirte Individuen selbst helfen. Dieser „Selbsthilfe“ setzte Lassalle die „Staatshilfe“ entgegen. Er schärfte den Arbeitern ein, daß sie sich nur als politisch organisirte Partei den Weg aus der Wüste erkämpfen könnten. Das war gewiß keine originelle Wendung, sondern nur eine Wiederbelebung des proletarischen Klassenkampfs, wie er sich in den vierziger Jahren unbewußt entwickelt hatte und dann im Kommunistischen Manifeste nach allen Seiten seiner weltgeschichtlichen Bedeutung hin beleuchtet worden war. Aber eben deshalb war es auch kein Plagiat an Buchez oder Louis Blanc oder sonst einem Vertreter des „sogenannten Sozialismus und Kommunismus“, der nach irgend einem künstlichen Bauplan eine neue Gesellschaft errichten wollte, statt zu begreifen, daß die menschliche Gesellschaft ein lebendiger Organismus sei, dessen jeweilige Bewegungsgesetze begriffen werden müßten, um beherrscht werden zu können. Wie sich aus dem Zusammenhange ergiebt, meinte Lassalle mit dem „sogenannten Sozialismus und Kommunismus“ dergleichen Utopistereien.

In der Assoziationsfrage stand Lassalle mit Marx und Engels auf demselben Boden. Marx schrieb nach Lassalles Tode 1864 in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation: „Die Erfahrungen der Periode von 1848 bis 1864 haben über allen Zweifel festgestellt, daß Kooperativarbeit, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie nützlich in der Praxis sie auch immer sein möge, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt, niemals im Stande sein wird, das Wachsthum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien, oder auch nur die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern. . . . Um die gewerbsthätigen Massen zu retten, müßte Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und, folgerichtig, durch Staatsmittel gefördert werden.“ Und im gleichen Sinne beschloß der Genfer Kongreß der Internationalen im Jahre 1866 auf einen, vermuthlich von Marx verfaßten Antrag: „Die Kooperativbewegung, beschränkt auf die zwerghaften Forderungen der Entwicklung, welche ihr individuelle Lohnarbeiter geben können durch ihre Verbindungen, ist nicht im Stande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die soziale Produktion in ein großes und harmonisches System der freien und kooperativen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, welche nie verwirklicht werden können ohne die organisirten Gewalten der Gesellschaft: die Staatsgewalt muß aus den Händen der Kapitalisten und Landeigenthümer genommen und von den Arbeitern selbst geübt werden.“ Und die Produktivassoziationen mit Staatskredit stehen schon im Kommunistischen Manifeste, wo unter den mancherlei Maßregeln, die das organisirte Proletariat

nach der Eroberung der politischen Macht zu ergreifen hat, auch die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats und die Einrichtung von Nationalfabriken genannt werden.

Dennoch gab es in dieser Frage einen Punkt, in dem Lassalle von der Auffassung des modernen wissenschaftlichen Kommunismus in die Vorstellungen des kleinbürgerlichen Sozialismus zurückfiel. Nur nicht so, daß der Agitator dem Theoretiker, der, wie Rodbertus sich ausdrückte, „exoterische" Lassalle dem „esoterischen" Lassalle das Konzept verschob, sondern genau umgekehrt. Hätte Lassalle allein aus agitatorischen Rücksichten unter den mannigfachen Aufgaben, die der Diktatur des Proletariats historisch obliegen, gerade die Produktivassoziationen in den Vordergrund geschoben, so wäre dagegen an und für sich nichts einzuwenden gewesen. Da Schulze-Delitzsch selbst die Produktivassoziation für den „Gipfelpunkt" aller Arbeiterassoziation erklärte, so wurde er am bündigsten widerlegt durch den einfachen Hinweis darauf, daß er trotz zehnjähriger Bemühungen keine oder doch keine irgend nennenswerthe Produktivassoziation hatte schaffen können. Geistiger Zwerg, wie Schulze sein mochte, galt er in Deutschland doch als „König im sozialen Reiche" und mußte entthront werden, wenn eine selbständige Klassenbewegung des deutschen Proletariats ins Leben gerufen werden sollte. Es kennzeichnet die damaligen Zustände, daß Schulze in der Hauptstadt der Rheinprovinz zu jener königlichen Würde ausgerufen wurde und obendrein durch zwei alte Genossen von Marx: durch Georg Jung, der an der Rheinischen Zeitung, und durch Heinrich Bürgers, der selbst noch an der Neuen Rheinischen Zeitung mitgearbeitet hatte und im Kommunistenprozesse zu mehrjähriger Festungsstrafe verurtheilt worden war.

Aber Lassalle lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter nicht oder doch nicht allein aus agitatorischen Gründen zunächst auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Er wollte den Arbeitern etwas Praktisch-Greifbares bieten und konnte sein Endziel, die Ablösung des Grund- und Kapitaleigenthums, nicht auf seine Fahne schreiben, ohne daß der „Mob" seiner fortschrittlich-manchesterlichen Gegner die ersehnte Möglichkeit gewann, ihn den noch gänzlich unaufgeklärten Massen gegenüber als kopflosen Schwärmer mit leichter Hand abzuthun. Da er seinen Zweck noch nicht offenbaren konnte, so wählte Lassalle die Produktivassoziationen mit Staatskredit als ein Mittel, das ganz und gar von der eigenen Natur des Zwecks durchdrungen war. Mittelbar schon im Offenen Antwortschreiben und unmittelbar im Bastiat-Schulze spricht er sich dahin aus, es sei erforderlich, die gemeinsame Arbeit der Gesellschaft mit ihren gemeinsamen Vorschüssen zu betreiben, und den Ertrag der Produktion an alle, die zu ihr beigetragen haben, nach Maßgabe dieser ihrer Leistung zu vertheilen. „Das Uebergangsmittel hierzu, das leichteste und mildeste Uebergangsmittel, sind die Produktivassoziationen der Arbeiter mit Staatskredit.... Es ist noch keineswegs die ‚Lösung der sozialen Frage', welche Generationen in Anspruch nehmen wird, aber es ist das organische, unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus

sich entfaltende Senfkorn hierzu.“ Und in einer Anmerkung zu diesen Sätzen sagt Lassalle, gerade weil sein Uebergangsmittel so milde und so praktisch ausführbar sei, und dennoch den organischen Keim aller weiteren Entwicklung in sich enthalte, habe es jenes namenlose Wuthgeheul der Bourgeoisie erregt, die ihn ruhig als ungefährlichen Sektirer todtgeschwiegen haben würde, wenn er irgend eine weitergehende abstrakte Forderung aufgestellt hätte. Eine theoretische Leistung und eine praktische Agitation, wie er sie durch sein Offenes Antwortschreiben eingeleitet habe, hätten in einer Hinsicht ein ganz entgegengesetztes Gefolge. Eine theoretische Leistung sei um so besser, je vollständiger sie alle, auch die letzten und entferntesten Konsequenzen des in ihr entwickelten Prinzips ziehe. Eine praktische Agitation sei umgekehrt um so mächtiger, je mehr sie sich auf den ersten Punkt konzentrire, aus dem dann alles Weitere folge. Nur müsse es eben ein solcher Punkt sein, der bereits alle weiteren Konsequenzen in sich trüge und aus welchem sie sich mit organischer Nothwendigkeit entwickeln müßten.

Genau ebenso sprach sich Lassalle in seinen Briefen an Rodbertus aus. Er sagt hier ausdrücklich, daß ihm die Produktivassoziationen mit Staatskredit nur Mittel zum Zwecke, zur Vergesellschaftung der Produktion seien, und daß er sich gern eines Besseren belehren lassen würde, wenn Rodbertus ein besseres Mittel für den gleichen Zweck wisse. Aber er selbst kenne kein besseres Mittel, er sei überzeugt, daß der Staatskredit für die Arbeiterassoziationen der kleine Finger sei, der, mit der Konsequenz des sich selbst entwickelnden Lebens, allmälig, freilich erst in 100 bis 200 Jahren, zur Ablösung des Grund- und Kapitaleigenthums führen müsse.

Ueber die Gewissenhaftigkeit und Reinheit der Motive, die Lassalle bei der Forderung der Produktivassoziationen mit Staatskredit leiteten, ist somit kein Wort weiter zu verlieren. In dem Lichte, in dem er diese Forderung sah, war es sein gutes Recht, zunächst nur sie zu plädiren. Aber er verfiel dabei einem theoretischen Irrthum, er verfiel in den Fehler des kleinbürgerlichen Sozialismus, anzunehmen, daß sich die Gesetze der Waarenproduktion auf dem Boden der Waarenproduktion aufheben ließen. Setzt man die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraus, so gehören die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wie das Kommunistische Manifest sagt, zu den „Maßregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“ Das heißt, sie können nicht von sich aus die kapitalistische in die sozialistische Produktionsweise überleiten. Sie produziren Waaren, und den Konsequenzen des sich selbst entwickelnden Lebens überlassen, müssen sie den Gesetzen der Waarenproduktion unterliegen. Hatte Bucher gesagt, sie schüfen nur neue Eigenthümer, so sagte Rodbertus, dies neue Kooperativeigenthum werde für die Vergesellschaftung der Produktion sogar noch ein viel schwerer zu überwindendes Hinderniß sein, als das individuelle Eigenthum der Kapitalisten. Freilich wandte Lassalle ein, er wolle ja gar nicht, daß Boden und Kapital und Arbeitsprodukt den Arbeitern

gehören solle, er wolle die gesellschaftliche Produktion in dem Sinne, daß der „Arbeitsertrag" des Einzelnen der Antheil an der gesammten gesellschaftlichen Produktivität sei, der bestimmt werde durch das Verhältniß, in welchem das Arbeitsquantum des Einzelnen zum Arbeitsquantum der gesammten Gesellschaft stehe. Aber so sehr dies sein letzter Zweck war, so übersah er, daß sein Mittel für diesen letzten Zweck nicht taugte. Der „Arbeitsertrag" der Arbeiter, die in den ihrer eigenen Entwicklung überlassenen Produktivassoziationen mit Staatskredit zu „ihren eigenen Unternehmern" gemacht worden wären, würde, wie Rodbertus sagte, Bodenrente + Kapitalgewinn + Arbeitslohn sein und somit, wie Bucher sagte, an den chemischen Eigenschaften des Besitzes nichts ändern.

Man könnte nun meinen, dieser theoretische Irrthum Lassalles laufe schließlich auf einen Streit um des Kaisers Bart hinaus. Hätten die Arbeiter erst, wie das Kommunistische Manifest und das Offene Antwortschreiben gleichermaßen voraussetzen, die politische Macht erobert, so würden sie längst so viel Logik gelernt haben oder durch die Logik der Thatsachen sehr bald darauf hingestoßen werden, daß die Produktivassoziationen mit Staatskredit ein Mittel für die Emanzipation ihrer Klasse nur im Sinne des Kommunistischen Manifestes, aber nicht im Sinne des Offenen Antwortschreibens seien. Indessen hatte Lassalles Irrthum doch auch praktische Folgen. Waren die Produktivassoziationen mit Staatskredit der „organische Keim aller weiteren Entwicklung", so war es schließlich gleichgiltig, welcher Staat diesen Keim pflanzte, und damit wurde allen möglichen reaktionären Schwindeleien das Thor geöffnet. Auf der anderen Seite kannten die bürgerlichen Gegner Lassalles die Ränke und Schwänke der kapitalistischen Gesellschaft viel zu genau, um nicht sofort den schwachen Punkt seiner Rüstung zu erkennen. In diesem Punkte hätten sie ihm sogar weit ärger zusetzen können, als sie wirklich gethan haben, wenn sie nur nicht einen Knüppel an ihren langen Fortschrittsbeinen gehabt hätten. Um Lassalles Irrthum so gründlich aufzudecken, wie es auch für sie und gerade für sie möglich gewesen wäre, hätten sie die Schönheiten der „besten aller Welten" offenherziger enthüllen müssen, als ihnen räthlich erschien, und so begnügten sie sich mit Einwänden, die den Kern der Sache gar nicht oder so obenhin trafen, daß Lassalle mit ihrer Abfertigung verhältnißmäßig leichtes Spiel hatte, was ihn dann freilich wieder in seiner irrigen Auffassung bestärkte.

Zudem aber war Lassalle ein viel zu klarer und scharfer Denker, als daß seine Idee der Produktivassoziationen mit Staatskredit ihm so von Außen angeflogen wäre und so ohne Weiteres von ihm abgelöst werden könnte. Sie verflocht sich vielmehr mit seinem ganzen ökonomischen Denken. Lassalle hatte die Bodenrente und den Kapitalprofit richtig erkannt als Abzüge vom Arbeitsprodukt, aber er sah darin nur eine „Uebervortheilung" der Arbeiterklasse, er faßte die Mehrwerthbildung als eine rechtsphilosophische Frage auf, nicht aber, wie Marx, als eine ökonomische Thatsache, die den Schlüssel zum Verständniß der gesammten kapitalistischen Produktionsweise bietet und berufen ist, die ganze

Oekonomie umzuwälzen. Wie sehr immer Lassalle auf dem Boden des Kommunistischen Manifestes stand, so hatte er doch nicht völlig das Band zerschnitten, das ihn mit dem vormärzlichen Sozialismus verknüpfte. Eine gewisse Anlehnung an den französischen Sozialismus läßt sich, wie schon im Arbeiterprogramm, so auch in Lassalles späteren Agitationsschriften nicht verkennen.

Eine gewisse Anlehnung, die deshalb nicht übersehen werden darf, weil sie oft in der ungeheuerlichsten Weise übertrieben worden ist. Lassalle hatte alles Recht zu der Vermuthung, daß seine und Louis Blancs „nationalökonomische Ansichten sehr erheblich auseinanderlaufen“ dürften; seine Produktivassoziationen mit Staatskredit unterscheiden sich von Louis Blancs sozialen Ateliers so sehr, daß nur deutsche Professoren, die einmal dazu verurtheilt sind, vor den Bäumen den Wald nicht zu sehen, beide Gebilde in einen Topf werfen konnten, wovor schon Albert Lange im Jahre 1865 gewarnt hat. Lassalle schloß sich an die französische Sozialdemokratie der vierziger Jahre an, ohne, wie es im Kommunistischen Manifest heißt, das Recht aufzugeben, sich kritisch zu ihren Illusionen zu verhalten. Er hat ihre Illusionen auch kritisch überwunden bis auf den Rest, der ihm ökonomische Zusammenhänge doch noch juristisch und philosophisch und überhaupt ideologisch verkleidete. Der Mehrwerth wälzt als ökonomischer Hebel die kapitalistische Gesellschaft um, aber als „Uebervortheilung“ der Arbeiter läßt er sich durch den noch so ideal verklärten Staat nicht aus der Welt schaffen. Auch in seinen juristischen und philosophischen Vorstellungen ging Lassalle von ganz anderen Gesichtspunkten aus und gelangte zu ganz anderen Ergebnissen, als die französischen Sozialisten; er kam von Fichte und Hegel, wie Buchez von Saint-Simon und Blanc von Fourier. Aber in der Vertheidigung der Produktivassoziationen mit Staatskredit hat sich Lassalle in eine Reihe von Widersprüchen verwickelt, die bald an Buchez und bald an Blanc anklingen, nicht weil er den Einen oder den Anderen ausgeschrieben hat, sondern weil alle Versuche, denselben unlösbaren Widerspruch zu lösen, nothgedrungen eine gewisse Aehnlichkeit haben müssen.

Mit der ideologisch-schematischen Auffassung von Gesellschaft und Staat hingen auch die falschen Schlußfolgerungen zusammen, die Lassalle aus der preußischen Einkommenstatistik zog. Zwar was er an und für sich damit beweisen wollte, das hat er bewiesen, trotz der unzähligen Ausstellungen, die mit Recht oder Unrecht sei es gegen seine subjektive Auslegung, sei es gegen die objektive Richtigkeit der von ihm mitgetheilten Ziffern erhoben worden sind. Alle ehrlichen und unehrlichen Rechenkünste haben die Thatsache nicht umzustürzen vermocht, daß in Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die große Mehrheit in mehr oder minder elenden, eine verhältnißmäßig geringe Minderzahl in mehr oder weniger erträglichen, ein absolut und relativ verschwindend kleiner Prozentsatz der Bevölkerung in mehr oder minder reichen Verhältnissen lebt. Alle Statistik spiegelt, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagt, das dunkle Loos der unendlichen Mehrheit wieder, „aus deren nachtbedeckten Fluthen die Besitzenden nur hervor-

ragen wie einzelne Pfeiler, gleichsam um zu zeigen, wie dunkel jene Fluth, wie tief ihr Abgrund sei." Aber es war völlig falsch, wenn Lassalle aus seinen Ziffern folgerte, binnen weniger Jahre könnten die 89 bis 96 Prozent der Gesammtbevölkerung, welche die armen und unbemittelten Klassen der Bevölkerung bildeten, um das Banner des proletarischen Emanzipationskampfs geschaart werden, und dieser Irrthum hat ihm selbst die herbsten Enttäuschungen bereitet.

Es sind zwei ganz verschiedene Dinge: das Volk, das der französische Sozialismus der vierziger Jahre, und das moderne Proletariat, welches das Kommunistische Manifest der Bourgeoisie gegenüberstellte. Lassalle übersah den komplizirten Bau der kapitalistischen Gesellschaft. Er übersah, daß die Lohnarbeiter der modernen Industrie erst einen verhältnißmäßig geringen Theil der unbemittelten Klassen bildeten und von diesem verhältnißmäßig geringen Theile wieder nur ein verhältnißmäßig geringer Theil zum proletarischen Klassenbewußtsein erwacht war, daß die große Mehrheit der Klassen, aus denen die arme Mehrheit der Bevölkerung bestand, das ländliche Proletariat, das Gesinde, die kleinen Bauern, die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker bis auf einen Bruchtheil der Gesellen, dem Befreiungskampfe der industriellen Lohnarbeiter feindselig oder mindestens gleichgiltig gegenüberstanden, daß die Anschauungs- und Denkweise dieser verschiedenen Klassen von ihrer besonderen Klassenlage bestimmt wurde und daß noch ganz andere Umwälzungen der kapitalistischen Produktionsweise nöthig waren, um ihnen die ökonomische Dialektik einzupauken, die ihnen zunächst durch die überzeugendste Beredsamkeit nicht eingeflößt werden konnte. Lassalle wollte durch ideologische Triebkräfte erreichen, was nur ökonomische Triebkräfte vollbringen konnten.

So ist das Offene Antwortschreiben an Einseitigkeiten und Schwächen nicht arm. Und doch haben gerade diese Einseitigkeiten und Schwächen seine nächsten Wirkungen eher gestärkt als geschwächt. Das eherne Lohngesetz, die moralisch-rechtliche Verurtheilung des Mehrwerths, die Einkommenstatistik mit ihren packenden Ziffern haben Hunderttausende treuer Herzen entflammt und Hunderttausende starker Arme gestählt. Das soll nicht in irgend einem entschuldigenden, sondern nur in einem erklärenden Sinne gesagt sein. Hätte Lassalle anfechtbare Sätze in die Massen geschleudert, nicht weil er sie für richtig, sondern nur weil er sie für wirksam hielt, so wäre er nicht zu entschuldigen, und da er sie für richtig hielt, so braucht er nicht entschuldigt zu werden. Aber wie die Einseitigkeiten und Schwächen des Offenen Antwortschreibens schließlich alle aus der einen Quelle fließen, daß Lassalle die entwickelte kapitalistische Gesellschaft noch nicht in dem vollen Spiel ihrer immanenten Gesetze erkannte, so erklärt sich ihre starke Wirkung daraus, daß die entwickelte kapitalistische Gesellschaft damals in Deutschland überhaupt noch nicht bestand. Der praktische Maßstab fehlte, woran gemessen werden konnte, was in Lassalles Sätzen irrig war, und gegenüber dem Lügengewebe, womit die Bourgeoisie das Proletariat umspann, hatte er noch immer dreimal Recht, auch da, wo er nach dem heutigen Stande der

wissenschaftlichen Erkenntniß einmal Unrecht hatte. Er war genau der Bahnbrecher, den die deutsche Arbeiterklasse unter den damaligen historischen Zuständen gebrauchte, und deshalb war er stark auch in seinen Schwächen.

Und dann — wie weit traten die schwachen Seiten des Offenen Antwortschreibens gegen seine starken Seiten zurück! Lassalle gab gleich im ersten Schlachtplane der Arbeiterbewegung eine so breite und tiefe Aufstellung, daß alle sektirerischen Abwege von vornherein verlegt waren. Er organisirte sie als politischen Klassenkampf in so geschlossener Phalanx, daß sie immer nur auf der ebenen Erde der modernen bürgerlichen Gesellschaft marschiren und schlagen konnte. Die Stunde mußte kommen, wo seine theoretischen Einseitigkeiten sich dem Vormarsche des klassenbewußten Proletariats hemmend in den Weg legten, aber diese Hindernisse wurden auf die Dauer zermalmt von dem Massenschritte der Bataillone, die der große Denker und Kämpfer organisirt hatte.

Lassalle that seiner Agitation nicht zu viel, sondern zu wenig, als er das Offene Antwortschreiben mit Luthers Thesen gegen den Ablaß verglich. Die Thesen zündeten schneller und unmittelbarer, jedoch nur wie ein Funke, der in ein offenes Pulverfaß fiel, durch eine heftige Explosion die deutschen Massen des 16. Jahrhunderts in eine wirre Bewegung schleudernd. Verglichen mit ihnen war Lassalles Antwortschreiben eine Fackel, die der deutschen Massenbewegung des 19. Jahrhunderts auf Jahrzehnte hinaus Wege und Ziele wies. Luther wurde von den Wirkungen seiner That überrascht, Lassalle wußte mit vollkommener Klarheit, was er that. Er hoffte, durch sein Manifest die Arbeiter von Innen heraus zum Verständniß ihrer ökonomischen Lage gebracht und sie gegen alle Lügen, Illusionen und Täuschungen befestigt zu haben. „Das Ganze liest sich mit solcher Leichtigkeit, daß es dem Arbeiter sofort sein muß, als wüßte er das schon lange, daß Niemand es ihm mehr rauben und mit Trugschlüssen und Sophismen beseitigen kann", schrieb Lassalle an den ihm befreundeten Kaufmann Levy in Düsseldorf. Aber er fügte auch hinzu: „Der Arbeiterstand im Allgemeinen ist vielleicht noch nicht reif zur Klarheit, und ist dies der Fall, so bin ich allerdings ein todter Mann, und die Fortschrittspartei kann jubeln, daß ich mich gestürzt habe." Lassalle wagte, aber er wagte nicht leichtsinnig und nicht unbedacht, sondern im Banne einer großen historischen Pflicht.

Als Bucher und Ziegler ihm noch im letzten Augenblick in den Arm fallen wollten, antwortete er ihnen: „Eine Arbeiteragitation ist da, es ist nöthig, ihr das theoretische Verständniß und das praktische Losungswort zu geben und wenn es dreiunddreißigmal den Kopf kostete." Mit diesen Worten sicherte Lassalle sein Recht in der Mitwelt und seinen Ruhm in der Nachwelt.

V. Die ersten Erfolge und Mißerfolge.

Das Leipziger Komite nahm Lassalles Programm an, freilich nicht ohne heftigen Widerstand, den Roßmäßler, Dalge, Götz und der als Gast anwesende Streckfuß dagegen erhoben. Somit gab das Komite den Arbeiterkongreß auf, zu dessen Vorbereitung es niedergesetzt worden war, und es legte am 24. März sein Mandat in die Hände einer großen Volksversammlung nieder. Zugleich brachte die Mehrheit des Komites den Antrag ein, ein neues Komite zu wählen zur Begründung eines großen Arbeitervereins im Sinne Lassalles. Nach stürmischer Debatte wurde dieser Antrag mit 1350 gegen 2 Stimmen angenommen, wurden Dammer, Fritzsche und Vahlteich in das neue Komite gewählt.

Ein entscheidender Erfolg war damit aber noch nicht einmal in Leipzig selbst erreicht. Der in den sächsischen Arbeiterkreisen sehr einflußreiche Roßmäßler spie Feuer und Flamme gegen die „politischen Ausschreitungen" Lassalles; die Trümmer des Vereins Vorwärts, der mit dem alten Komite zersprengt worden war, näherten sich dem Arbeiterbildungsverein, um bald mit ihm zu verschmelzen, und als Festredner dieses immer mehr aufblühenden Vereins sprach sich Bebel eben jetzt gegen das allgemeine Wahlrecht als ein wirksames Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse aus. Und außerhalb Leipzigs erhoben sich nur in Hamburg und einzelnen rheinischen Städten, wie Düsseldorf, Barmen, Elberfeld, Köln und Solingen, die Stimmen von Arbeiterversammlungen für Lassalle.

Bei alledem war sich die Bourgeoisie ihrer Klasseninteressen viel zu bewußt, um nicht sofort zu erkennen, was für sie auf dem Spiele stand. Die Fortschrittspartei zögerte keinen Augenblick, auf der ganzen Linie gegen Lassalle mobil zu machen. Eine Hetze begann, derengleichen Deutschland noch nicht gesehen hatte, und die bürgerliche Presse bewies mit großem Erfolge, daß sie die Bübereien zu übertreffen wisse, womit ihre eigenen Helden zehn Jahre früher von den Denunzianten der feudalen Presse verfolgt worden waren.

Verhältnißmäßig am anständigsten und würdigsten fand sich Schulze-Delitzsch mit Lassalle ab, so großes Recht dieser auch hatte, von Schulzes „Jammerantwort" zu sprechen. Schulze antwortete auf Lassalles ritterliche Absage in sehr unritterlicher Weise; er schimpfte auf den „Marktschreier" mit seinen „Aufschneidereien" und „Wunderpillen", und meinte in komischer Selbstüberhebung, „die ganze Dreistigkeit, das ganze Halbwissen des Herrn Lassalle" gehöre dazu, um zu behaupten, alle Autoritäten der nationalökonomischen Wissenschaft hätten das eherne Lohngesetz anerkannt. Aber Schulze war noch so gnädig, die Möglichkeit zuzulassen, daß Lassalle der Reaktion als unbewußtes Werkzeug diene, und er gab Lassalles Ansichten wenigstens in dem Punkte richtig wieder, daß die Arbeiterklasse erst die politische Macht erobert haben müsse, ehe große soziale Reformen möglich seien. Das hinderte ihn freilich nicht, sich anzustellen, als wolle Lassalle die Arbeiter Hals über Kopf in die Produktivassoziationen mit Staatskredit schleudern und ihre männliche Würde durch eine erniedrigende Staatsknechtschaft

vernichten. Möglich, daß Schulze, der nun einmal nicht aus seiner kleinbürgerlichen Haut herauskonnte, dabei nicht absichtlich entstellte; jedenfalls brach er dann durch ein plumpes Mißverständniß seiner Polemik gerade da die Spitze ab, wo sie den Gegner noch am ehesten hätte verwunden können. Er schätzte die praktischen Schwierigkeiten, die bei dem damaligen Entwicklungszustande der deutschen Arbeiterklasse ihrer genossenschaftlichen Organisation entgegenstanden, richtiger ein als Lassalle, und auf diesen Punkt hätte er sich beschränken sollen, wenn er überhaupt irgend etwas beweisen wollte. Aber seine grundsätzliche Behauptung, daß die kleinbürgerliche Geschäftemacherei der Arbeiterindividuen ein besseres Erziehungsmittel der Arbeiterklasse sei, als ihre politische Aktion, war einfach kindisch. Sie wurde auch dadurch nicht ernsthaft, daß Schulze so that, als rathe Lassalle den Arbeitern, die Hände in den Schoß zu legen, und nur von Zeit zu Zeit einen Beitrag in die Wahlkasse oder einen Stimmzettel in die Urne zu werfen, worauf ihnen die gebratenen Tauben von selbst in den Mund fliegen würden.

In ähnlicher Weise stumpfte Schulze die eigenen Waffen bei seinen Angriffen auf die Produktivassoziationen mit Staatskredit ab. Als praktischer Kenner der kapitalistischen Gesellschaft sah er ein, daß solche Assoziationen auf dem Boden dieser Gesellschaft auch den Gesetzen der Konkurrenz unterliegen müßten, daß sie das Risiko der planlosen Produktionsweise tragen würden und somit Eigenschaften ihrer Mitglieder voraussetzten, die sich eher an geriebenen Börsenwölfen, als an revolutionären Proletariern finden ließen. Da er aber nicht zugeben konnte, daß Lassalles Fehler darin bestand, das Uebel nicht tief genug an der Wurzel gefaßt zu haben, so verfiel er auf den glorreichen Gedanken, das kapitalistische Risiko für den Inbegriff aller menschlichen Freiheit und alles menschlichen Heils zu erklären. Er meinte: weil den Produktivassoziationen, die Lassalle vorschlug, das Risiko durch den Staat abgenommen würde, müßten sie zur völligen Demoralisation der in ihnen assoziirten Arbeiter und zum völligen Herunterkommen der Gesammtgüterproduktion führen. Seiner besseren Vergangenheit ins Gesicht schlagend, erklärte Schulze, „ein solches Ding, wie Unternehmergewinn, kenne die Wissenschaft nicht“. Was man so nenne, sei erstens Unternehmerlohn und zweitens Risikoprämie. Der Unternehmer sei derjenige Arbeiter, der das Meiste und Schwerste leiste und also auch höheren Lohn haben müsse, während ihm zugleich eine Prämie dafür gebühre, daß er sein Kapital, die Frucht früherer Arbeit, auf die Gefahr des Verlustes hin in ein neues Unternehmen stecke. Mit diesen erhebenden Gedanken schlug der „König im sozialen Reiche“ den sozialen „Marktschreier“ Lassalle.

Nicht minder erhebend war Schulzes Polemik gegen Lassalles politisches Programm. Niemand wußte besser als er, in welcher Weise eben erst die Arbeiter von der Fortschrittspartei und vom Nationalverein als politische Heloten untergeduckt worden waren, und nun schämte er sich nicht, zu sagen, Lassalle beleidige durch seine Kritik der Fortschrittspartei die Arbeiter, die ja „kein An=

hängsel, sondern ein großer und wesentlicher Theil" dieser Partei seien. Ferner aber wies er darauf hin, daß die selbständigen Regungen des Proletariats im Jahre 1848 „die besitzenden und gebildeten Klassen mit und ohne Grund" ins Lager der Reaktion getrieben hätten. Dies feine Argument war damals überhaupt der politische Haupttrumpf der Fortschrittspartei gegen Lassalle, gleichviel ob es als mehr oder weniger verblümte Drohung oder als thränenselige Jeremiade vorgebracht wurde. So jammerte Roßmäßler: jetzt sei endlich einmal die preußische Bourgeoisie gegen König- und Junkerthum auf die Beine gebracht worden, aber sowie die Arbeiter eine selbständige Politik begönnen, würde sie sofort wieder umfallen. Die guten Leute bestätigten damit, was Lassalle bei der Veröffentlichung des Offenen Antwortschreibens an Levy geschrieben hatte: „Glauben Sie mir, ich habe die Fortschrittspartei hier aufs genaueste studirt, ihr erster Hauptsatz ist: Nur keine Revolution von unten, lieber noch Despotismus von oben." Soweit waren beide Theile einig. Es fragte sich nur, ob Deutschland sich, wie Lassalle in einer seiner Gerichtsreden sagte, jahrzehntelang in schweren Konvulsionen gewunden haben sollte, blos damit die Herren v. Unruh und v. Vincke mit dem Könige und den Ministern keifen und sich einbilden könnten, Männer von Wichtigkeit zu sein. Diese Frage wurde von Lassalle eben so entschieden verneint, wie von der Bourgeoisie bejaht.

Nach solchen Leistungen Schulzes klingt es seltsam, zu sagen, daß er sich unter Lassalles Gegnern noch durch Anstand und Haltung ausgezeichnet habe. Und gleichwohl war dem so. Die fortschrittlichen Blätter erklärten Lassalle einfach für einen hergelaufenen Stümper, der statistische Zahlen nicht zu lesen vermöge, der in den umgewandten Hosen des Schneiders Weitling die sozialen Ateliers Louis Blancs wieder aufwärmen wolle, die doch schon im Jahre 1848 so kläglich gescheitert seien, der das faule und längst widerlegte Gesetz Ricardos vom Arbeitslohne breittrete und keine Ahnung von Nationalökonomie habe. Oder sie denunzirten ihn noch summarischer als einen Renegaten, als einen Ueberläufer, der die Arbeiterklasse an das Ministerium Bismarck verrathen wolle, als ein gedungenes Werkzeug der Reaktion. Indem sie Lassalles „Staatshilfe" zu einem Linsengericht umlogen, für das sich die Arbeiter an König- und Junkerthum verkaufen sollten, versuchten sie, den demokratischen Nerv des modernen Proletariats, vor dem sie selbst die heiligste Scheu hatten, gegen Lassalle aufzureizen und dadurch von sich abzulenken. Und während nach Lassalles vollkommen zutreffendem Ausdrucke hundert Kloaken jeden Tag die unerhörtesten Lügen, Entstellungen und Gemeinheiten gegen ihn anschwemmten, beeilten sich die Schlauköpfe der Bourgeoisie, die Arbeiterbildungsvereine möglichst fest an sich zu ketten und so das Terrain abzusperren, auf dem Lassalle seine nächsten Eroberungen machen konnte. Die fortschrittliche Regie verfuhr dabei gewöhnlich so, daß irgend ein Augur den Advokaten des Teufels spielte und Lassalles Lehre den Arbeitern in der denkbar sinnlosesten Form vortrug. Andere Auguren widerlegten ihn dann „glänzend" als die rechtmäßigen Ritter der wahren Freiheit, und eine natürlich „einstimmig"

angenommene Resolution, die Lassalle mit den aus der fortschrittlichen Presse geschöpften Ehrentiteln überhäufte, war das bengalisch beleuchtete Schlußtableau dieser anmuthigen Komödien.

Glücklicher Weise war weder Lassalle noch das Leipziger Komite darnach angethan, sich von dem pöbelhaften Skandal verblüffen zu lassen. Sie arbeiteten mit aller Kraft gegen den Strom, aber bei dem noch ungebrochenen Einfluß der liberalen Presse auf die Arbeiterbevölkerung kamen sie schwer vorwärts. Die Fäden, die sie nach allen Himmelsrichtungen spannen, blieben fast nirgends haften, abgesehen von dem halben Dutzend Städte, in deren Arbeiterschaft das Offene Antwortschreiben sofort gezündet hatte. Ein Offener Brief, den Rodbertus an das Leipziger Komite richtete, war der einzige nennenswerthe Erfolg der ersten Wochen. Und Rodbertus bestätigte zwar alles, was Lassalle zur Kritik der bürgerlichen Oekonomie gesagt hatte, aber er verwarf nicht nur die Produktivassoziationen mit Staatskredit, sondern warnte namentlich dringend vor dem, was für Lassalle die entscheidende Hauptfrage war: vor der politischen Organisation der Arbeiterklasse. Er hatte gegen das allgemeine Wahlrecht an und für sich nichts einzuwenden, aber als „unumgängliche Vorbedingung zur Lösung der sozialen Frage", wie er sich ausdrückte, wollte er es nicht anerkennen. Rodbertus rieth den Arbeitern, keinen politischen Umweg zu machen, sondern sich geradeaus als soziale Partei zu konstituiren, mit dürren Worten eine bessere Stellung in der Gesellschaft zu verlangen und in ihrem neuen Vereine zu diskutiren, wie sie zu dieser besseren Stellung gelangen könnten. Wenn den Arbeitern nur ein allgemeines Gesetz der Staatsgewalt helfen könne, so müsse dies Gesetz doch im tiefsten Frieden mit der Zustimmung aller übrigen Klassen gegeben werden.

Kein Zweifel, daß Rodbertus es ehrlich meinte, daß sein Rath aus den Ueberzeugungen floß, die er seit zwanzig Jahren bekannt hatte. Auch war sein Offener Brief, der den manchesterlichen Humbug den Fortschrittlern ins Gesicht hinein schlagend als das nachwies, was er war, unter allen Umständen eine brave That. Jedoch der Agitation Lassalles gab dieser Helfer nur mit der einen Hand, was er mit der anderen Hand nahm. Der eifrige Briefwechsel, den beide Männer einige Monate lang führten, brachte sie keinen Schritt näher zusammen, trotz aller Sympathien, welche sie für einander hegten. Da Rodbertus mit seiner staatssozialistischen Utopie vorsichtig zurückhielt, so hat Lassalle nie völlig erkannt, wie tiefe Gegensätze sie trennten, wie unüberwindlich die Abneigung des Utopisten Rodbertus gegen den politischen Klassenkampf des Proletariats war. Er glaubte lange, mit seiner stürmischen Beredsamkeit und Liebenswürdigkeit den „stillen Kompagnon" ganz gewinnen zu können und brach dann ziemlich verstimmt die Verbindung ab, als all' seiner Liebe Müh' umsonst war. Hatte Rodbertus aber wenigstens in seinem Sinne ehrliches und klares Zeugniß abgelegt, so erzielten andere Anfragen des Leipziger Komites noch geringeren Erfolg: Bucher schwieg sich vorläufig ganz aus und Wuttke antwortete mit einer allgemeinen Sympathie-erklärung, die zwar frei war von den Vorbehalten, die Rodbertus gemacht hatte,

aber auch frei von der einschneidenden Kritik, womit Rodbertus der freihändlerisch-fortschrittlichen Politik hart zusetzte.

Lassalle selbst entsprach dem Wunsche des Komites, die Statuten des neu zu bildenden Vereins zu entwerfen und den Leipziger Arbeitern persönlich zu überbringen. In einer großen Versammlung, die am 16. April stattfand, widerlegte er die Einwände, die von den Gegnern gegen sein Offenes Antwortschreiben erhoben worden waren. Er bewies durch unanfechtbare Zitate aus Adam Smith, Ricardo, Stuart Mill, Say, Roscher, daß die bürgerliche Oekonomie in ihren hervorragendsten Vertretern das eherne Lohngesetz anerkannt habe. Er deckte die Lüge auf, daß die Nationalwerkstätten, welche die provisorische Regierung der französischen Republik im Jahre 1848 in arbeiterfeindlichem Sinne eingerichtet hatte, mit Louis Blancs sozialen Ateliers oder seinen eigenen Produktivassoziationen gleichartig gewesen sein sollten. Er zerfetzte die stupide Doktrin, wonach sich der Staat nicht in die wirthschaftlichen Verhältnisse mischen dürfe und wies ihre Hohlheit gerade an der englischen Geschichte nach, auf deren angebliches Vorbild sich die deutschen Freihändler besonders gerne beriefen. Damals brachte die Baumwollenkrisis, die durch den amerikanischen Bürgerkrieg entstanden war, große Noth über die englischen und auch die deutschen Weberdistrikte, und Lassalle konnte darauf hinweisen, daß gerade die englischen Manchestermänner mit ohrzerreißendem Geschrei nach Staatsintervention riefen, um die brotlos gewordenen Arbeiter von der Auswanderung abzuhalten. Anknüpfend an Rodbertus betonte er den hohen zivilisatorischen Charakter seiner Agitation, die den Arbeitern in vollem Frieden die Fessel vom Fuße nehmen wolle, warnte er vor Haß und Verachtung gegen die Bourgeoisie, die selbst ein willenloses Produkt der herrschenden ökonomischen Zustände sei, aber anders als Rodbertus, bekannte er sich als radikalen Demokraten, der die Fortschrittspartei nur angreife, weil sie sich unfähig erwiesen habe, mit der Reaktion aufzuräumen, der die Fortschrittspartei unterstütze, soweit sie der Reaktion gegenübertrete, der sie über ihre unentschlossene Stellung hinaus vorwärts drängen wolle. Die Rede hatte eine durchschlagende Wirkung, 1300 gegen 7 Stimmen erklärten sich für Lassalle. Sein Statutenentwurf wurde gedruckt und ebenso eifrig wie das Offene Antwortschreiben verbreitet, als Termin für die konstituirende Versammlung des neuen Vereins erst der Monat Juni ins Auge gefaßt, dann der 23. Mai festgestellt.

Aber schon drei Tage nach der Leipziger Versammlung, am 19. April, erfolgte ein starker Rückschlag. Eine große Arbeiterversammlung in Berlin entschied gegen Lassalle. Sie war von den fortschrittlichen Führern einberufen worden, nach deren, von anderer Seite bestrittener Angabe ihr 1200 Arbeiter beigewohnt haben sollen. Den Vorsitz führte der Schriftsetzer Dittmann, während ein Beamter Borsigs, Namens Haase, den Bericht über den Streit zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch erstattete. Es scheint, daß die bekannteren Vertreter der Fortschrittspartei sich geschämt haben, persönlich die Rolle zu übernehmen, die dieser sonst unbekannte Haase in ihrem Interesse durchführen mußte.

Er behandelte den „Herrn Lassalle" als einen beiläufigen Dummkopf, erklärte die Staatshilfe als ein Attentat auf die individuelle Freiheit und die allgemeine Sittlichkeit, was sich beiläufig besonders schön ausnahm an einem Beamten des Borsigschen Werkes, das durch die ausgiebigste Staatshilfe emporgekommen war, und widerlegte das eherne Lohngesetz durch die entrüstete Frage, ob ein treuer deutscher Mann, der ein treues deutsches Mädchen heirathen wolle, sich wohl darum bekümmern werde, ob sein Tageslohn einen Silbergroschen höher oder niedriger sei. All' der Stumpfsinn wurde aber noch weit übertrumpft durch die Gemeinheit, womit dieser angenehme Vorkämpfer der Fortschrittspartei schloß. Er meinte, Lassalle sei zwar durch rheinische Geschworene von der Anklage des Kassettendiebstahls freigesprochen worden, aber man wisse ja, daß selbst die gescheidtesten Juristen mit dem „Herrn Lassalle" nicht fertig würden, und dann sei auch noch nicht aufgeklärt, in wie weit Lassalle in das Schicksal einer Frau verwickelt gewesen sei, an der kürzlich in seiner Nachbarschaft ein Raubmord um 25 Thaler willen begangen worden war. Zu alledem rief die fanatisirte Menge Hurrah hoch. Zwar ließ es sich verstehen, daß der bei den Berliner Arbeitern *mit Recht verhaßte Eichler, der die Gelegenheit ergreifen wollte, sich zu rehabilitiren*, von der Tribüne geschrieen wurde, aber auch der ehrliche Demokrat Ludwig Löwe, der nicht einmal die Theorien Lassalles vertheidigen, sondern nur dessen persönlichen Charakter vor den nichtsnutzigen Verdächtigungen des Berichterstatters wahren wollte, wurde mit den triftigen Argumenten: Haut ihn! und Schmeißt ihn raus! zum Schweigen gebracht. Eine von dem Arzte Eisner, einem wirklichen Anhänger Lassalles, eingebrachte Resolution, die Versammlung solle vorläufig ein Urtheil über die soziale Frage ablehnen, aber sich wenigstens für das allgemeine Wahlrecht erklären, flog einfach unter den Tisch. Das sogenannte Volksgericht verdonnerte vielmehr den Volksverführer Lassalle, und die Berliner Blätter bliesen die große Kulturthat mit schmetternden Posaunenstößen in die Welt hinaus.

Die elende Komödie jagte Bucher aus seiner furchtsamen Zurückhaltung heraus. Unter Berufung auf sie schrieb er am nächsten Tage dem Leipziger Komite, das von Berlin gegebene Beispiel, die Anwesenden zu terrorisiren und die Abwesenden zu täuschen, mache es doppelt geboten, Farbe zu zeigen. Er versprach einen Vortrag in Leipzig, um nachzuweisen, daß die Lehre der Manchesterschule: der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles Andere gehen zu lassen, vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht bestehe. Kaum aber war dieser Brief in der Oeffentlichkeit erschienen, als die Bourgeoisie den Strick zuzog, den sie um Buchers Hals gelegt hatte. Am 26. April schrieb Bucher schon an Lassalle, der Brief an das Leipziger Komite habe ihm „sehr ernste Verwicklungen" zugezogen. Er müsse den freundschaftlichen Umgang mit Lassalle aufgeben, da er sonst in Verwicklungen gerathen könnte, die ihn zwängen, sich selbst in Verwicklungen zu stürzen. Er versprach, wo es nöthig sei, einfach zu bekennen, er habe sich im Bewußtsein seiner Schwäche

zurückgezogen. Dem Leipziger Komite gegenüber fand sich Bucher mit dem Versprechen ab, statt des Vortrags, der die Frage nicht erschöpfen könne, eine kleine Schrift zu liefern, die er bereits unter der Feder haben wollte, aber niemals veröffentlicht hat. Damit zog sich Bucher völlig aus der Bewegung zurück. Den persönlichen Verkehr mit Lassalle hat er später wieder angeknüpft, aber niemals mehr, wie aus manchem urkundlichen Beweise hervorgeht, einen Einfluß auf Lassalles politische Entschlüsse gewonnen.

Vom rein menschlichen Standpunkt aus scheint Lassalle angenommen zu haben, daß der größere Theil von Buchers Schuld auf die Foltertalente der Bourgeoisie falle. Immer ein treuester Freund seiner Freunde und ein viel zu großer Idealist, um ein guter Menschenkenner zu sein, hat er dem schwachen Manne bis zuletzt ein großes persönliches und leider übel genug gelohntes Vertrauen geschenkt.

VI. Der Frankfurter Tag.

Inzwischen machte die Fortschrittspartei die betrübende Erfahrung, daß auch bei den geriebensten Strangulirungsmethoden gelegentlich der Strick reißen kann. An demselben 19. April, einem Sonntage, wo die Berliner Spektakelversammlung Lassalles Agitation für das östliche Deutschland mausetodt schlug, sollte ein Arbeitertag in Rödelheim bei Frankfurt a. M. dieselbe Aufgabe für das westliche Deutschland lösen. Die Arbeiterbildungsvereine des Maingaues, die in einem besonderen Verbande zusammengeschlossen waren, hatten sich zwar in ihrer Mehrzahl schon gegen Lassalle erklärt, aber Löb Sonnemann und Max Wirth hielten es für angezeigt, den Verband als solchen noch einen besonderen Bannstrahl gegen den Volksverräther schleudern zu lassen. Zugleich sollte nach dem von ihnen eingebrachten Antrage das Komite des Maingaues das Leipziger Komite dadurch lahm legen, daß es die Agitation für eine Zentralisation der deutschen Arbeiterbewegung in fortschrittlich-manchesterlichem Sinne in die Hand nahm. Die Komödie war nach der bewährten Methode und nicht ohne pfiffige Berechnung arrangirt: die Aussichten Lassalles wären auf Null gesunken, wenn der Arbeitertag in Rödelheim, auf dem die Arbeiterbildungsvereine von Hanau, Mainz, Offenbach, Frankfurt, Bockenheim, Rüsselsheim, Darmstadt und Osthofen durch etwa 200 Delegirte vertreten waren, dem Leipziger Komite den ohnehin schwachen Hebel aus der Hand gewunden hätte.

Jedoch hatte die Rechnung ein Loch oder sogar deren zwei. Erstens einmal tanzten nicht alle Vorsitzende der in Rödelheim vereinigten Arbeiterbildungsvereine so wie die Macher pfiffen. Ludwig Büchner, der den Darmstädter, und Theodor Müller, der den Frankfurter Arbeiterbildungsverein leitete, waren nicht geneigt, sich von den Löb Sonnemann und Max Wirth am Narrenseile führen zu lassen. Beide Männer hatten nur ein sehr unzureichendes Verständniß für den Oekonomen und den Politiker Lassalle, von dessen Persönlichkeit sie sich sogar

eher abgestoßen als angezogen fühlten. Aber sie waren viel zu gebildet und meinten es mit den Bildungsbestrebungen der Arbeiter viel zu ehrlich, um nicht die Hetze der Fortschrittspartei gegen Lassalle zu verurtheilen. Theodor Müller, der schon zwei Jahre später an der Auszehrung starb, war kein Mann des Kampfes, vielmehr eine milde und sanfte, aber dabei im Ehrenpunkte feste Natur; er hatte den von ihm geleiteten Verein gehindert, unbesehen gegen Lassalle loszulegen, und rücksichtslos die traurigen Manöver gemißbilligt, durch die Lassalle abgemeuchelt werden sollte. In ähnlicher Weise verhielt sich Ludwig Büchner als Berichterstatter auf dem Rödelheimer Tage. Der metallene Klang von Lassalles Kampfschrei scheuchte ihn zurück, er sah die Bildungsbestrebungen der Arbeiter durch den Bruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat arg gefährdet, und er hatte eine lange Reihe meist sehr laienhafter Einwände gegen Lassalles Vorschläge vorzubringen. Aber er gab diese Vorschläge doch sachlich wieder, er warnte die Arbeiter, sich durch die Schlagworte vom Sozialismus und Kommunismus auf lächerliche Weise in Bockshorn jagen zu lassen und empfahl ihnen, das Offene Antwortschreiben sehr ernsthaft zu prüfen. Lassalle habe jedenfalls ein Herz fürs Volk gezeigt und verdiene um so größere Anerkennung, als er sich im Interesse einer guten Sache allen möglichen Gefahren und Unannehmlichkeiten ausgesetzt habe. Er fehle vielleicht nur darin, daß er mit einem Schlage erreichen wolle, wozu es jahrhundertelanger und gewiß jahrzehntelanger Vorbereitung bedürfe.

Zweitens aber herrschte unter den in Rödelheim versammelten Arbeitern eine gegen den Nationalverein sehr auffässige Stimmung. Es handelte sich dabei noch um einen viel schärferen Gegensatz, als der Gegensatz war, in dem die großdeutschen Strömungen des südlichen Deutschlands überhaupt zu dem kleindeutschen Programm des Nationalvereins standen. Die moderne Industrie des Maingaues war lange nicht entwickelt genug, um in den Arbeitermassen schon ein proletarisches Klassenbewußtsein zu erwecken, wie denn Frankfurt selbst eine Geld-, aber keine Fabrikstadt war. Doch galt die Stadt von 1848 her als ideelle Hauptstadt Deutschlands, sie war der Lieblingstummelplatz für alle möglichen Feste und Tage, hier pulsirte das damalige politische Leben am kräftigsten oder lärmte wenigstens am lautesten. Wie in den Gegenden, wo 1848 die Arbeiterbewegung eine gewisse Höhe erreicht hatte, am Rhein, in Hamburg, in Leipzig, die sozialistischen Ueberlieferungen wieder auflebten, so im südwestlichen Deutschland die kleinbürgerlichen Ueberlieferungen des badisch-pfälzischen Aufstandes. Der Nationalverein hatte sich anfangs eingebildet, mit diesem Feuer spielen zu können; auf der Generalversammlung, die er 1861 in Heidelberg abhielt, hatte er die Einrichtung von Wehrvereinen unter Heranziehung „geeigneter Fachmänner“ und gleichzeitig Sammlungen für den Bau einer deutschen Kriegsflotte beschlossen, deren Ertrag der preußischen Regierung überwiesen werden sollte, um die preußische Krone gern oder ungern an die Sache der deutschen Einheit zu fesseln. Die todesmuthige Bourgeoisie feierte diese Beschlüsse als „deutsche Ballhausszene“,

natürlich mit dem stillschweigenden Vorbehalte, daß Herr v. Bennigsen als Mirabeau der Lüneburger Heide nie in die Lage kommen werde, den Trotz seines französischen Vorbildes nachzuahmen.

Aber es war wieder einmal die Geschichte von dem Huhne, das die Enteneier ausbrütet. Der Beschluß des Nationalvereins rief in der kleinbürgerlichen Jugend des südwestlichen Deutschlands eine große Zahl von Schützen-, Turn- und Wehrvereinen hervor, die viel zu viel von dem „Kartätschenprinzen“ wußten, um sich einzubilden, daß die preußische Regierung durch Trinkgelder zur Vorkämpferin der deutschen Einheit aufgepäppelt werden könne, aber die sonst das Gute nahmen, wo sie es fanden, und gern den Rath des Nationalvereins befolgten, „geeignete Fachmänner“ zu ihrer Ausbildung und Ausrüstung heranzuziehen. Einen solchen Fachmann sahen sie in Rüstow, der ihnen den praktischen Wink gab, daß Wehrvereine vor allen Dingen Waffen haben müßten. Das leuchtete den Wehrvereinen ein; sie wurden immer munterer und auf dem Frankfurter Schützenfeste von 1862 leisteten einige von ihnen den Schwur, im nächsten Jahre das umflorte Banner des „verlassenen Bruderstammes“ gegen den dänischen Unterdrücker zu tragen. So kindlich dieser Schwur, und so irrig Rüstows Meinung war, die verrottete Bundestagswirthschaft in Deutschland könne und müsse mit denselben Mitteln gestürzt werden, wie die verrottete Bourbonenwirthschaft in Süditalien, so zeugte die ganze Bewegung doch von dem guten Willen, endlich einmal aus dem Sumpfe leerer Schwatzhaftigkeit herauszukommen. Ein flüchtiges Interesse hat ihr auch Lassalle geschenkt, als er im Sommer 1862 den Hauptmann Schweigert, der unter Garibaldi und Rüstow gedient hatte und nun in England Gelder auftreiben sollte, um ein paar tausend Gewehre für die Wehrvereine zu beschaffen, eine Empfehlungskarte an Marx mitgab.

Jedoch was ernsthafte Leute etwa an den Wehrvereinen interessiren konnte, das schlug die komischen Führer des Nationalvereins mit panischem Schrecken. Sämmtliche Preßorgane, die unter ihrem Kommando standen, erhielten die Ordre, dagegen zu eifern, daß sich die „unreife Jugend“ in den Schützen-, Turn- und Wehrvereinen mit Politik beschäftige; was ihr gestattet werden sollte, waren körperliche Uebungen und etwa jener alberne Sauffomment, der die „gebildete Jugend“ der Hochschulen verdummt. Zum offenen Bruche kam es im Herbste 1862 auf einem Delegirtentage der Wehrvereine in Heidelberg, dem Rüstow und einige Haupthähne des Nationalvereins beiwohnten. Rüstow verlangte, daß die für den Bau einer deutschen Kriegsflotte gesammelten Gelder zur Beschaffung von Waffen verwandt werden sollten; sie an die preußische Regierung auszuliefern, sei ein „Verrath an der Vernunft“. Die anwesenden Staatsmänner des Nationalvereins beanspruchten die Zurücknahme des „beleidigenden“ Wortes, und als Rüstow sich dessen weigerte, machten sie sich schleunig aus dem Staube. Gleich darauf spendete der Nationalverein auf seiner Koburger Generalversammlung den „patriotischen Bestrebungen“ der Schützen-, Turn- und Wehrvereine zwar noch eine platonische Theilnahme, lehnte aber „alle weitergehenden An-

träge" ab mit jener Vorsicht, die für ihn allemal der bessere Theil der Tapferkeit war.

Diese und ähnliche Vorgänge hatten in der „unreifen Jugend" der südwestdeutschen Bevölkerung eine Stimmung erzeugt, die auf dem Arbeitertage in Rödelheim zu sehr deutlichem Ausdrucke kam. Der Vortrag Büchners wurde mit großem Beifall aufgenommen, und als dann Löb Sonnemann, Max Wirth und andere Kämpen des Nationalvereins auf Lassalle losgepaukt hatten, meinten die Arbeiter sehr kaltblütig, überrumpeln ließen sie sich schon lange nicht. Der Tischler Heymann aus Frankfurt sagte, die Herren möchten sich nur mäßigen, denn wie klug sie immer zu sein glaubten, so könnten sie doch noch Manches von Lassalle lernen, und der Uhrmacher Scheppler aus Mainz fügte hinzu, Lassalle habe wenigstens das Verdienst, die Deutschen aus dem ewigen Nationalvereinsdusel aufzurütteln. Es kam zu heftigen Debatten, welche die Regisseure der Komödie belehrten, daß sie diesmal den Vorhang zu früh aufgezogen hätten. Sie beeilten sich, gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Löb Sonnemann zog seine auf Abmurksung Lassalles gerichteten Anträge zurück und fragte mit gut gespielter Entrüstung, ob so tadellosen Biedermännern, wie ihm und seinesgleichen, wohl eine Ueberrumpelung zuzutrauen sei. Ohne diese heikle Frage zu entscheiden, beschloß der Arbeitertag, Lassalle und Schulze-Delitzsch zu einem neuen Arbeitertage einzuladen, der zum 17. Mai nach Frankfurt a. M. einberufen werden sollte.

Schulze lehnte die Einladung unter dem Vorwande parlamentarischer Geschäfte ab: schwerlich weil er es nicht der Mühe für werth hielt, mit Lassalle zu debattiren, sondern viel wahrscheinlicher, weil er sich mit Recht scheute, in allzu große Nähe von Lassalles Klinge zu kommen. Lassalle dagegen sagte sofort zu, obgleich ihm alle seine Freunde abriethen, den Kampf auf einem Terrain anzunehmen, wo er von vornherein Sonne und Wind gegen sich haben werde. Er übersah mit richtigem Blicke die Sachlage. Er wisse sehr gut, schrieb er an Rodbertus, daß solche rednerische Zweikämpfe nichts entschieden, aber nach der Art und Weise, wie die Berliner Arbeiterkomödie gegen ihn ausgebeutet werde, brauche er einen großen Eklat. Er wolle seine alte revolutionäre Mähne schütteln und alles daransetzen, um zu siegen. Die Ungunst des Terrains werde seinen Triumph erhöhen oder im anderen Falle der Niederlage ihren Stachel rauben.

Nicht zum wenigsten deshalb nahm Lassalle die Einladung an, weil die halbe Wendung zu seinen Gunsten, die in Rödelheim erfolgt war, nicht sowohl ökonomische als politische Beweggründe hatte. Das Gerede von seinen reaktionären Hintergedanken war diejenige fortschrittliche Verleumdung, die ihm am meisten bei den Arbeitern schadete. Sie wurde um so gefährlicher, als die reaktionäre Presse jetzt ein sehr verdächtiges Interesse an seiner Agitation zu bekunden begann. Ein Kampf, in dem ihm die demokratischen Arbeiter des Maingaues den Siegerpreis ertheilten, konnte der stockenden Bewegung einen mächtigen Anstoß geben.

Aber auch sonst brauchte Lassalle in jeder Beziehung einen großen Eklat. Seine Verfassungsreden, das Offene Antwortschreiben, die Leipziger Rede, die Gerichtsreden in dem wegen des Arbeiterprogramms anhängigen Prozesse enthielten eine Fülle des lehrreichsten und packendsten Agitationsmaterials; die kleinste dieser Kundgebungen eröffnete noch immer tiefere Einblicke in das Wesen von Gesellschaft und Staat, als die gesammte Weisheit der Fortschrittspartei zu eröffnen vermochte. Indessen so meisterhaft Lassalle die schwierigsten Fragen leicht faßlich zu behandeln verstand, so war sein Broschüren- und Redekampf doch der Kampf eines Schwerbewaffneten mit den ungezählten Schwärmen eines leichten Pandurengesindels, das jeden Tag mit neuen Angriffen auf ihn eindrang. Bei aller Unerschöpflichkeit seiner Arbeitskraft donnerten seine Kanonenschläge nur in gemessenen Zwischenräumen und verhallten so unter dem knatternden Kleingewehrfeuer, das die fortschrittliche Presse täglich gegen ihn richtete.

Für diesen Guerillakrieg war Lassalle nicht gerüstet. In einem oder zwei Fällen gelang es ihm, der gegnerischen Presse die Aufnahme von Erwiderungen auf ihre Angriffe abzutrotzen: in der Vossischen Zeitung nagelte er den alten Rau auf dem Wenn und Aber fest, womit diese professorale Autorität das eherne Lohngesetz angeblich bestreiten wollte, aber thatsächlich bekräftigte. Das einzige liberale Blatt, das Lassalles Einsendungen mit einiger Bereitwilligkeit aufnahm, war die Deutsche Allgemeine Zeitung in Leipzig, deren Herausgeber Brockhaus das System der erworbenen Rechte verlegt hatte. Lassalle benützte diesen ihm nicht aus politischer Sympathie, sondern aus persönlicher Gefälligkeit eröffneten und deshalb ganz ungenügenden Sprechsaal namentlich dazu, die urkundliche Wahrheit über die französischen Nationalwerkstätten von 1848 festzustellen, die ihm fort und fort in grober Unwissenheit oder perfider Entstellung als abschreckende Vorbilder seiner Produktivassoziationen mit Staatskredit vorgehalten wurden. Sonst konnte Lassalle noch über einige kleine und wenig gelesene Lokalblättchen verfügen, die entweder wie der Nordstern in Hamburg, der Zeitgeist in Leipzig und die Fränkische Volkszeitung in Nürnberg schon in den letzten Zügen lagen, oder wie der Volksfreund in Frankfurt, die Schwäbische Volkszeitung in Stuttgart und der Gradaus in Eßlingen eine kümmerliche Existenz durch eine halbe Arbeiterfreundschaft fortzuschleppen suchten. Mit diesen schwachen publizistischen Hilfsmitteln war gegen die liberale Preßrotte nicht aufzukommen, die sich wenig daraus machte, wenn Lassalle den einen oder den anderen aus ihrer Mitte moralisch abthat. Der Bourgeoisie fehlt es nie an neuen Soldschreibern, die ihre leichte Ehre gern für schweres Gold opfern. Umsomehr mußte Lassalle an einem großen Erfolge gelegen sein, der, mitten im Lager der Gegner erfochten, mit allen Lügen nicht aus der Welt geschafft werden konnte.

Und so waren denn, wie Büchner ohne besondere Uebertreibung sagte, die Augen von halb Deutschland auf den Arbeitertag gerichtet, der am 17. Mai in Frankfurt a. M. stattfand. Das Komite des Maingaues hatte alle Maßregeln getroffen, um Lassalles Niederlage von vornherein zu sichern. Der Frankfurter

Arbeiterbildungsverein war immer schwieriger geworden; sein Vorsitzender Theodor Müller ließ sich nicht fangen, und unter den Mitgliedern agitirte Bernhard Becker, ein eben aus dem englischen Exile heimgekehrter Flüchtling von 1848, mit Schrift und Wort für Lassalle. So hatte man denn als Gegengewicht schnell einige neue Vereine von abhängigen Arbeitern gebildet, die am entscheidenden Tage durch reichliche Trankspenden zum Kampfe für die heilige Sache des Kapitals angefeuert wurden. Der untere Raum des Saales, in dem verhandelt werden sollte, wurde für die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine abgesperrt, die zum großen Theile schon gegen Lassalle abgestimmt hatten, und einer von Löb Sonnemanns Tintenkulis sorgte als bestallter Ordner dafür, daß sich keine Böcke unter die Schafe mischten. Alle Arbeiter, die keinem Verein angehörten, mußten auf die Gallerien wandeln, ohne das Recht mitzustimmen, aber mit der Pflicht, sechs Kreuzer für die Person zur Deckung der Tageskosten zu zahlen. Dann ließen sich fünfzehn Redner „schon vorher", wie Büchner sagt, in die Rednerliste eintragen, um Lassalle, sobald er geendigt hatte, mit den bewährten Tiraden der Fortschrittspartei in sein Nichts zurückzuschleudern. Gewiß hatte das Komite des Maingaues das formelle Recht, die von ihm einberufene Versammlung so einzurichten, wie ihm beliebte, aber Lassalle war sachlich im Rechte, wenn er meinte, die Löb Sonnemann und Max Wirth hätten von ihrem formellen Rechte nicht wohl einen unanständigeren Gebrauch machen können.

Natürlich war er nicht so leicht zu übertölpeln. Er sicherte sich, soweit er es für nöthig hielt, und ließ sich von Büchner das Versprechen geben, daß er sprechen dürfe, so lange er wolle, ohne unterbrochen zu werden. Auf Büchners Wort konnte er sich verlassen, und mehr brauchte er nicht, um seiner Sache und seinem Sterne zu vertrauen. Seine große Rede war vortrefflich der Gelegenheit angepaßt. Arm an neuen Gedanken, zum großen Theile nur eine weitere Ausführung und Begründung dessen, was Lassalle im Offenen Antwortschreiben und in der Leipziger Rede gesagt hatte, war sie reich an schlagenden Wendungen, die mißleitete Hörer gewinnen und hinterlistige Feinde entwaffnen mußten.

Gleich im Anfange verblüffte Lassalle die Versammlung durch den Nachweis, daß Max Wirth das eherne Lohngesetz, das dieser Biedermann seit Wochen als eine nichtswürdige Lüge verfluchte, in einem sozusagen „wissenschaftlichen" Werke selbst als unanfechtbare Wahrheit verkündet hatte. „Sie sehen, meine Herren, ein Lohnarbeiter ist für mich etwas sehr Ehrenwerthes, aber ein Lohnschreiber, das ist eine ganz andere Sache." Mit beißendem Hohne fügte Lassalle hinzu, er habe jenes Werk Max Wirths nicht gelesen, sondern unwillig bei Seite geworfen, als er es bei seinem Erscheinen angeblättert und sofort den „gedankenlosen Zusammenstoppler" erkannt habe. Aber ein Freund habe ihn auf die Stelle aufmerksam gemacht, wo Max Wirth das eherne Lohngesetz anerkenne. Dieser Freund war Rodbertus, dem Lassalle so seinen Dank abstattete in einer Form, die den unglücklichen Max Wirth um so tiefer demüthigte. Vergebens suchten die Drahtzieher des Komites ihren Kumpan durch tumultuarische Schlußrufe zu

rächen. Aus der Versammlung erhob sich energischer Protest gegen die Spektakelmacher; sie wollte diesen interessanten Redner weiter hören.

Lassalle vertheidigte dann die statistischen Ziffern des Offenen Antwortschreibens, gegen die sich ein „Meer von Zweifeln und ein Sturm von Wuth" erhoben habe, weil man den unbemittelten Klassen ihre Zahl verschweigen wolle, um ihnen ihre Macht zu verschweigen. Er zerzauste namentlich einen gewissen Wackernagel, einen obskuren Literaten in Elberfeld, der weder vorher noch nachher etwas geleistet hat, aber damals als große Leuchte der Statistik gefeiert wurde, weil er die Ziffern Lassalles neben ein paar, mehr in der Form als in der Sache zutreffenden Einwänden durch dreiste Schönfärberei aus der Welt zu schaffen gesucht hatte. Lassalle wies dann durch andere und genauere Ziffern der amtlichen Statistik nach, daß es im Wesentlichen immer bei dem Resultate bleibe, welches er im Offenen Antwortschreiben festgestellt hatte, und beleuchtete durch die furchtbaren Sterblichkeitsziffern des Proletariats den Einwand Büchners, es sei nicht zu begreifen, daß die Hälfte der preußischen Bevölkerung nicht lange vor Hunger gestorben sei, wenn die Ziffern der amtlichen Statistik richtig sein sollten. Und daran knüpfte Lassalle den Stoßseufzer: „Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädiren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. So lange ihr noch ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt aber von eurer verdammten Bedürfnißlosigkeit." Unter nun schon ungestörtem Beifalle der Versammlung entwickelte Lassalle, daß die Bedürfnißlosigkeit eine Tugend sei für den indischen Säulenheiligen und den christlichen Mönch, aber nicht für den Geschichtsforscher und den Nationalökonomen, die in den wachsenden Bedürfnissen eines Volkes den Stachel seiner Entwicklung und Kultur erblickten.

Ueber das Prinzip der Staatshilfe verbreitete sich Lassalle ähnlich wie in Leipzig, mit noch eingehenderem und schlagenderem Nachweise der Geistesarmuth, aus der die manchesterlichen Gemeinplätze flossen. Die Frage, woher der Staat das Kapital oder den Kredit für die Produktivassoziationen der Arbeiter nehmen solle, beantwortete er mit der Ausführung, daß dazu nicht „Tausende von Millionen" nothwendig sein würden, wie Schulze behauptet hatte, sondern daß für die erste Zeit hundert Millionen Thaler, mit denen sich 400 000 Arbeiter assoziiren könnten, noch viel zu viel sein würden. Er setzte diese Zahl ausdrücklich nur als Beispiel, was die Gegner nicht gehindert hat, von nun an dies Beispiel zu mißbrauchen, um den Gedanken selbst lächerlich zu machen. Ein junger Zeilenreißer, der damals seine hoffnungsvolle Lügenlaufbahn im Dienste des Kapitalismus begann, er hieß Eugen Richter, schrieb bald darauf als vermummter Arbeiter: „Also kriegt jeder der 400 000 Arbeiter, welche sich die künftigen Minister aussuchen, dermaleinst von den 100 Millionen Thalern 200 Thaler gegen Zinsen gepumpt, mit denen er in der Produktivgenossenschaft unter Polizeiaufsicht zu arbeiten hat?

Weiter nichts? Danke schön!" Der angebliche Arbeiter berechnete, daß er sich in einem Schulzeschen Konsumvereine die 200 Thaler in sieben Jahren und vier Monaten sparen könne, und dann habe er sie zu freiem Eigenthum, während er sie als Staatshilfe von einem sozialdemokratischen Minister geborgt bekommen solle, falls er Glück und gute Vettern habe. „Und darum soll man noch seine Freiheit dahingeben und unter Polizeiaufsicht arbeiten? Das ist zu dumm!" Richters Polemik gegen Lassalle war allerdings zu dumm; hätten diese Klopffechter bei all ihrer Unanständigkeit einen Funken von Verstand gehabt, so hätten sie vielmehr gegen Lassalles Kreditoperation polemisirt, die an einem ähnlichen Fehler litt, wie seine Produktivassoziation überhaupt: an dem Fehler, wie eine neue Eisenbahn so auch eine neue Gesellschaft mit Staatsanlehen ins Leben rufen zu wollen. Aber es war nun einmal das Pech dieser genialen Denker, selbst dann noch immer dreimal Unrecht zu haben, wenn Lassalle einmal Unrecht hatte, und so konnte er ihr irres Gerede von der Unmöglichkeit, der Arbeiterklasse durch den Staat zu helfen, siegreich mit den Worten niederschlagen: „Stellen Sie sich die Sache einmal ganz roh und ganz falsch vor, stellen Sie sich vor, der Staat müsse die hundert Millionen auf den Tisch zahlen. Nun, meine Herren, noch ist kein Krieg geführt worden, der nicht über das Doppelte dieser Summe gekostet hätte, und wofür sind nicht schon Kriege geführt worden? Im vorigen Jahrhundert noch für jede Mätressenliebhaberei, in diesem Jahrhundert noch für jede Eroberungssucht der Fürsten oder für irgend ein beschränktes Absatzinteresse der Bourgeoisie. Der Opiumkrieg, den England in den vierziger Jahren mit China geführt, hat gewiß mindestens das Doppelte gekostet, und er ist nur geführt worden, um den Chinesen Opium in den Leib zu jagen, also für ein ganz spezielles Absatzinteresse der Bourgeoisie. Für Alles in der Welt also sind diese hundert Millionen doppelt so viel dagewesen, für jedes beschränkte Absatzinteresse der besitzenden Klasse, wie für jede Fürstenlaune; nur wenn es sich um die Erlösung der Menschheit handelt, wären plötzlich diese Gelder nicht zu beschaffen?"

Soweit war Lassalle unter steigendem Beifalle gekommen, als die Gegner erkannten, daß höchste Gefahr im Verzuge sei. Die Versammlung erwärmte sich mehr und mehr für Lassalle, während die Aussicht schwand, daß nach seinen nun schon vierstündigen Ausführungen noch andere Redner zum Worte kommen würden. Zwar hatte Lassalle sich bereit erklärt, für diesen Fall in einer neuen Versammlung zu erscheinen und seinen Widersachern Rede zu stehen, aber sie mochten nicht ohne Grund fürchten, daß sie erst recht den Kürzeren ziehen würden, wenn die Rede Lassalles eine ungestörte Wirkung ausüben könnte. So provozirten sie einen Skandal, durch den Lassalle veranlaßt wurde, abzubrechen. Nach kurzer Rücksprache mit ihm erklärte Heymann von der Tribüne, daß Lassalle zwei Tage später seine Rede im Saale des Arbeiterbildungsvereins beenden würde.

Am nächsten Tage behaupteten die Organe der Frankfurter Bourgeoisie, die „große Masse" der Arbeiter hätte mit einem Hoch auf Schulze-Delitzsch den Saal verlassen, doch war diese Rechnung ohne den ehrlichen Theodor Müller

gemacht. In einer öffentlichen Erklärung deckte er „einige Zahlenlügen" auf. Darnach hatte das Komite des Maingaues 1300 Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine ins Protokoll eingetragen, während nach einer genauen Zählung nur 527 anwesend gewesen waren. Von diesen 527 waren bei Schluß der Versammlung noch 250 bis 300 zugegen gewesen, und von diesen hatten höchstens 60 mit einem Hoch auf Schulze den Saal verlassen. Lassalle durfte mit Recht an Rodbertus schreiben, dieser möge sich durch die lügenhaften Berichte der liberalen Presse nicht beirren lassen, kein Wort davon sei wahr. Es sei vielmehr ein entschiedener Sieg gewesen, der, wenn nicht die Intriguen der Gegner alle Grenzen muthmaßlichen Erfolges überschritten, seiner Krönung entgegengehe.

Und in der That entschied die zweite Versammlung am 19. Mai mit 400 gegen 40 Stimmen für Lassalle. In dem Reste seiner Rede erörterte er hauptsächlich die politische Seite der Frage, und es ist glaubhaft genug, was ein Augen- und Ohrenzeuge berichtet, daß nämlich Frankfurter Turner, weniger von proletarischem Klassenbewußtsein, als von jugendlichem Enthusiasmus geleitet, den Erfolg gesichert haben. Mit zündenden Worten führte Lassalle aus, daß gerade die politische Seite seiner Erhebung die Arbeiter nöthigen müsse, ihr zuzujauchzen. „Sind Sie keine Demokraten — wozu rede ich zu Ihnen? Ich habe keine Lust und keinen Beruf, zu Anderen zu sprechen, als zu Demokraten!" Die fortschrittliche Philisterbewegung könne keine Resultate haben, und wenn man Jahrhunderte, wenn man ganze geologische Erdperioden darauf warten wolle. Seitdem die Regierungen schlau genug gewesen seien, die materiellen Interessen der Bourgeoisie zu befriedigen, sei diese Klasse für die politische Freiheit nicht mehr ins Feuer zu bringen. Hinter der Reaktion ständen Klassen mit der höchsten Energie, die Nägel und Zähne daran setzten, hinter der politischen Freiheit stehe keine Klasse, stehe Niemand als eine Handvoll Ideologen und Gefühlsmenschen. Es sei das größte Interesse der politischen Freiheit, ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter sie zu werfen und zwar gerade das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt. Wer ihn beschuldige, der Reaktion zu dienen, der lüge bewußt und schmählich ins Gegentheil hinein! Nicht Reaktion befürchte die liberale Bourgeoisie von ihm, wie sie behaupte, sondern umgekehrt, sie fürchte, daß sich aus dieser Agitation im Laufe einiger Jahre das allerernsthafteste Gegentheil von Reaktion entwickeln werde. „Geben Sie mir 500 000 deutsche Arbeiter, die in meinen Verein eintreten — und unsere Reaktion ist nicht mehr!" In diesem Zeichen gewann Lassalle den Frankfurter Tag.

Und in demselben Zeichen siegte er den Tag darauf in Mainz, wo sich eine Versammlung von 700 Arbeitern einstimmig für ihn erklärte.

VII. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

Nun eilte Lassalle nach Leipzig, wo am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begründet wurde. Lassalle soll gesagt haben, daß er ohne die Erfolge in Frankfurt und Mainz von seinem Unternehmen zurückgetreten sein würde, was immerhin nur mit dem bekannten Körnlein Salzes verstanden sein will. In Lassalles Art lag es nicht, so bald eine Fahne fallen zu lassen, die er einmal erhoben hatte, und gegenüber dem revolutionären Trotz, der sein ganzes Wesen durchdrang, fällt nicht eben schwer ins Gewicht, was er früher oder später in seiner leidenschaftlichen Weise und unter dem Drucke aufreibender Kämpfe über die einzelnen antreibenden oder widerstrebenden Empfindungen gesagt haben mag, die ihn bei der entscheidenden That seines Lebens nicht sowohl geleitet als begleitet haben. Er wäre wohl auch ohne den Frankfurter Sieg auf der einmal betretenen Bahn vorwärts geschritten, und wie sehr ihn dieser Erfolg gehoben hat, so verkannte er deshalb nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die seiner noch harrten.

Die öffentliche Konstituirung des Vereins vollzog sich in Gegenwart von 600 Arbeitern. In den geschlossenen Vorberathungen, welche die Statuten festsetzten, nahmen Delegirte von elf Städten theil: von Leipzig und Dresden, von Hamburg und Harburg, von Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Solingen, endlich von Frankfurt a. M. und Mainz. Leipzig war durch Dammer, Fritzsche und Vahlteich, Dresden durch den Schuhmacher Lässig, Hamburg durch den Buchhalter Perl und den jungen Mechaniker Jacob Audorf, Harburg durch York, Frankfurt durch Bernhard Becker und Heymann, Mainz durch Scheppler vertreten. Als Zweck des Vereins gab der erste Paragraph der Statuten an, auf friedlichem und gesetzlichem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken, als des einzigen Mittels, das eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeiführen könne.

Größere Schwierigkeit, als die Erklärung des Prinzips, machten die organisatorischen Bestimmungen der Statuten. Lassalle hatte mit Ziegler, auf dessen Organisationstalent er große Stücke hielt, den Plan einer allgemeinen Arbeiterversicherungsgesellschaft berathen, und auch nachdem dieser Plan fallen gelassen worden war, an den Grundgedanken des von Ziegler entworfenen Statuts für seinen politisch-sozialen Agitationsverein festgehalten. So namentlich daran, den Verein nicht von vornherein in allzu enge Paragraphen zu schnüren, vielmehr seiner Leitung möglichst freie Hand zu lassen und mindestens dem Vorsitzenden für eine längere Reihe von Jahren eine feste Stellung zu sichern. Es kann auch gar nicht geleugnet werden, daß möglichst diktatorische Vollmachten für den ersten Präsidenten in der Natur der Sache lagen, gleichviel ob sie Lassalles persönlichen Neigungen entsprachen oder nicht. Selbst die Rücksicht auf die reaktionären

Vereinsgesetze, die fast in allen deutschen Staaten bestanden und darin übereinstimmten, den Verkehr politischer Vereine unter einander zu verbieten, stand hierbei nicht einmal in erster Reihe, so sehr sie dadurch auf eine straffe Zentralisation hindrängte, daß keine Zweigvereine gebildet werden durften, sondern alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz dem in Leipzig domizilirten Verein unmittelbar angehören mußten.

Sieht man von alledem ab, so handelte es sich nicht darum, eine sozialistische Propagandagesellschaft, wie weiland den Bund der Kommunisten, sondern eine sozialistische Partei zu gründen, die einheitlich denken und schlagen, die so schnell wie möglich die Massen der Arbeiterklasse als geschlossene Schaaren auf den politischen Kampfplatz werfen sollte. Und das war, so wie die Dinge damals lagen, nicht anders zu erreichen, als durch die diktatorische Leitung eines Mannes, der die proletarischen Interessen mit überlegenem Blicke zu erkennen und zu vertreten verstand. Das beste Rekrutenmaterial, mit dem die neue Bewegung rechnen konnte, waren noch die Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine, das heißt Arbeiter, die, seit Jahren an die leerste Vereinsspielerei und ödeste Schwatzhaftigkeit gewöhnt, überhaupt erst zum Handeln und Schlagen erzogen werden mußten. Lassalle war gezwungen, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken, und es kam auch hier darauf an, in den besonderen Umständen zugleich dem bleibenden Kerne der Dinge gerecht zu werden, jenem demokratischen Geiste, der zu jeder proletarischen Bewegung gehört, wie die Lunge zum Athmen. So wie Lassalle den proletarischen Klassenkampf organisirte, gab er ihm die Kraft, verhältnißmäßig leicht und schnell die vergängliche Form zu zerbrechen, worin er zuerst nur organisirt werden konnte. Niemand hat beredter als Lassalle die im modernen Proletariat schlummernde Kraft, sich selbst zu disziplniren, zu erwecken gewußt. Es ist in erster Reihe sein Erbe, daß die Nothwendigkeit einer festen Organisation in Fleisch und Blut der deutschen Arbeiterklasse übergegangen ist, daß eine solche Organisation in schwersten Zeiten ohne äußere Stützen zu funktioniren vermocht hat, und ein so kostbares Erbe ist gewiß nicht zu theuer erkauft worden durch die zeitweiligen und alles in allem sehr vorübergehenden Wirren, die das allzu sklavische Kleben am Wortlaute von Lassalles Statuten hervorgerufen hat.

Diese Statuten bestimmten etwa Folgendes: Jeder Arbeiter kann durch einfache Beitrittserklärung Mitglied des Vereins mit vollem gleichem Stimmrecht werden und zu jeder Zeit wieder austreten. In zweifelhaften Fällen entscheidet der Vorstand, ob Jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei, auch hat der Vorstand das Recht, Nichtarbeiter in den Verein aufzunehmen oder anstößige Mitglieder auszuschließen, vorbehaltlich ihres Rekurses an die Generalversammlung. Beim Eintritte hat jedes Mitglied zwei Silbergroschen Eintrittsgeld zu entrichten, von da ab einen halben Silbergroschen wöchentlich. Der Vorstand besteht aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, darunter einem Kassirer und einem mit 400 Thalern besoldeten Sekretär. Ihre Wahl erfolgt in der Generalversammlung; für den Präsidenten das erste Mal auf fünf Jahre, sonst auf ein Jahr

nach absoluter Majorität. Der Vorstand verwaltet die Angelegenheiten des Vereins und entscheidet mit einfacher Mehrheit, doch kann der Präsident dringliche Anordnungen sofort treffen mit dem Vorbehalte, innerhalb dreier Monate die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Eine Generalversammlung muß jährlich einmal stattfinden. Ort und Zeit bestimmt der Präsident, doch muß er jederzeit innerhalb sechs Wochen eine Generalversammlung einberufen, wenn die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämmtlicher Vereinsmitglieder schriftlich darauf bei ihm anträgt. Ebenso setzt er Ort und Zeit der Vorstandssitzungen fest, muß sie aber innerhalb vier Wochen einberufen, wenn es die Majorität des Vorstandes verlangt. Der Kassirer ist verpflichtet, alle Ausgaben zu leisten, welche der Präsident anweist, der seinerseits von jeder Kontrolle des Rechnungswesens ausgeschlossen ist. Die laufende Verwaltung führt der Sekretär des Vereins. An der Spitze der örtlichen Mitgliedschaften stehen Bevollmächtigte, die vom Vorstand ernannt werden. Der Vorstand ist befugt, sie jederzeit abzusetzen, der Präsident, sie vorläufig zu suspendiren. Ihre Obliegenheiten bestehen darin, Mitglieder aufzunehmen, Einschreibgelder und Beiträge an die Kasse abzuführen, an den Sekretär zu berichten, öffentliche Versammlungen der örtlichen Vereinsmitglieder einzuberufen und zu leiten. Die Dauer des Vereins wird auf dreißig Jahre festgesetzt, Aenderungen der Statuten sind erst nach dreijährigem Bestehen des Vereins zulässig und müssen dann mit mindestens Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung beschlossen werden.

Es ist klar, wie große Machtvollkommenheiten diese Bestimmungen in die Hand des Präsidenten legten. Die etwaige Einschränkung seiner Macht durch die 24 anderen Mitglieder des Vorstandes hatte wenig auf sich. Sie waren über ganz Deutschland verstreut und dadurch in ihrer Aktionsfähigkeit stark behindert. So ging von vornherein, als verstände es sich von selbst, die wichtige Befugniß, die Bevollmächtigten zu ernennen, vom Vorstande auf den Präsidenten über. Es ist aber bemerkenswerth, daß sich bereits in der konstituirenden Versammlung eine demokratische Opposition gegen die allzu schrankenlose Präsidialgewalt erhob. Sie wurde besonders durch die Delegirten von Hamburg und Harburg vertreten, die Lassalle noch nicht persönlich kannten. Audorf beantragte, die erstmalige Wahl des Präsidenten nicht auf fünf, sondern nur auf drei Jahre zu erstrecken, und als dieser Antrag abgeworfen worden war, demonstrirte York durch einen unbeschriebenen Stimmzettel gegen die Wahl Lassalles zum Präsidenten, nicht aus persönlichem Mißtrauen gegen Lassalle, aber gereizt durch die taktlose Bemerkung Bernhard Beckers, es sei ja selbstverständlich, daß Lassalle das Präsidium erhalten müsse.

Lassalle nahm die Wahl unter zwei Bedingungen an: erstens sollte sie in den bei der Gründung vertretenen Städten durch Urabstimmung bestätigt werden, und zweitens sollte ihm das Recht zustehen, so oft und so lange er wolle, sich durch einen Vizepräsidenten vertreten zu lassen. Zum Kassirer wurde Levy, zum Schriftführer Vahlteich gewählt. Außer ihnen bildeten den Vorstand Dammer

und Niederley in Leipzig, Läßig in Dresden, Perl und Audorf in Hamburg, York in Harburg, der Zigarrenhändler Strauß in Frankfurt a. M., Scheppler in Mainz, der Schriftsetzer Kichniawy, ein alter Freund Lassalles, in Düsseldorf, Hillmann in Elberfeld und endlich Klings und Willms, zwei Schwertarbeiter in Solingen, die mit an der Spitze eines Arbeiterbildungs-, sowie eines Konsumvereins standen und beide Vereine zum Anschluß an Lassalles Agitation bewogen hatten. Die übrigen Stellen des Vorstandes wurden für neu hinzutretende Städte offen gehalten und dem Vorstande das Recht ertheilt, sich aus solchen Städten durch einfache Mehrheit bis zur Zahl von 25 zu ergänzen. Auf diese Weise traten dann noch der Rechtsanwalt Martiny in Kaukehmen und der Schuhmachergeselle Metzner in Berlin dem Vorstande bei.

Nachdem so der Verein gegründet worden war, entfalteten Lassalle in Berlin und Vahlteich in Leipzig eine lebhafte Thätigkeit für seine Ausbreitung. Zunächst wieder mit einem äußerlich sehr geringen Erfolge. Vahlteich versandte das Offene Antwortschreiben überall hin, wo sich die geringste Aussicht zu bieten schien, aber die mit vollen Händen ausgestreute Saat fiel fast überall auf einen spröden Boden. Die Unreife der Arbeitermasse und der Hochdruck, womit die Unternehmer sie der Agitation Lassalles fern hielten, bewirkten eine große Zurückhaltung des Proletariats. Am 19. Juni ernannte Lassalle 16 Bevollmächtigte: den 11 bei der Gründung vertretenen Städten, von denen Dresden kaum ein halbes Dutzend Mitglieder zählte und Mainz schon abzufallen begann, waren erst 5 neue hinzugetreten: Altena, Berlin, Breslau, Hildburghausen und Nürnberg. In Altena und Nürnberg gab es nur einen Bevollmächtigten, aber keine Mitglieder, ebenso in Breslau, wo der durch lange Festungshaft gebrochene Nothjung das Amt als Bevollmächtigter übernommen hatte. Hildburghausen mochte ein Dutzend Mitglieder zählen und in Berlin bekundete fast allein der Schuhmacheraltgesellenverein einige Sympathien. Wie das Vorstandsmitglied Metzner, so war auch der Berliner Bevollmächtigte Arndt ein Schuhmacher.

Mit der publizistischen Rüstung des Vereins sah es gleichfalls sehr windig aus. Unter den kleinen, im Todeskampfe ringenden Blättern, die sich zur Unterstützung anboten, war der Hamburger Nordstern als vorläufiges Vereinsorgan ausersehen und von Lassalle durch eine Geldspende gekräftigt worden. Das kleine Wochenblatt hatte bisher unter dem geistigen Einflusse Heinzens, Kinkels, Blinds und anderer, dem Sozialismus feindlicher Emigranten gestanden; es wurde, und zwar sehr schlecht, von Bruhn redigirt, jenem Verschwörer der dreißiger und vierziger Jahre, der seiner Zeit aus dem Bunde der Kommunisten ausgestoßen worden war. Der Nordstern wurde nicht besser durch seinen Uebergang zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, und das lärmende Orchester der Bourgeoispresse übertönte völlig dies dünne Flötchen, das nicht einmal in richtigem Takte geblasen wurde.

Lassalle selbst richtete sein Hauptaugenmerk darauf, möglichst viele bekannte und gebildete Männer für seine Agitation zu gewinnen. Er hat damit geringes

Glück gehabt, und es läßt sich nicht leugnen, daß er den Werth solcher Rekruten einigermaßen überschätzte. Schon vor dem Frankfurter Tage hatte er einen in die Oeffentlichkeit gelangten Brief Hubers über die Krisis der Arbeiterbewegung in etwas krampfhafter Weise für seine Tendenzen auszulegen gesucht; er hatte damit dem Votum Hubers eine Bedeutung gegeben, die sich jetzt gegen ihn selbst kehrte, als Huber ein Schriftchen über die Arbeiter und ihre Rathgeber veröffentlichte, das sich ungleich schärfer gegen Lassalle als gegen Schulze wandte. Uebrigens war Hubers Polemik gegen Lassalle sehr oberflächlich und theilweise mit einer Leichtfertigkeit begründet, die ebenso groß war, wie die Anmaßung, womit sich Huber als Schiedsrichter über Lassalle und Schulze aufthat. Er hätte im Grunde eine nicht viel gelindere Züchtigung verdient, als der armselige Wackernagel, den Lassalle eben jetzt für eine erneute Anzapfung mit derben Streichen heimtrieb.

Jedoch an Huber schrieb Lassalle, er müßte eigentlich „mit Härte" antworten, aber der Himmel möge ihn davor bewahren, wegen einer augenblicklichen, ihm zugefügten Ungerechtigkeit hart gegen Jemanden zu verfahren, den er seit so manchen Jahren und aus so vielen Schriften achte und liebe, der so voll von Liebe und ehrlichem Wohlwollen für die Arbeiter, so uneigennützig und aufopferungsfähig sei, wie Huber. Lassalle versuchte, sich mit Huber zu verständigen, ihm das Phantom des sozialen Königthums als eine in der Theorie herrliche, aber in der Praxis unmögliche Sache darzulegen, Ausführungen, die später von Bismarcks Oberoffiziösem Hahn, einem alten Schulkameraden Lassalles, schamloser Weise dahin verdreht worden sind, daß Lassalle ein Schwärmer für das soziale Königthum gewesen sei. Aber Huber war in seiner reaktionären Beschränktheit viel zu verbohrt, um sich von Lassalles Beredsamkeit überzeugen zu lassen, und wenn diese Verbohrtheit in ihrer Weise wenigstens ehrlich war, so hat Huber nach Lassalles Tode abermals ein Uebriges gethan und der „katilinarischen Natur", dem „mammonistischen Emporkömmling" einen gehässigen Nachruf gewidmet. Persönlich schließt Lassalle in seinen Beziehungen zu Huber mit seiner Liebenswürdigkeit und Offenheit durchaus vortheilhaft ab, aber politisch war es ein vergebliches Bemühen, den christlich-sozialen Mohren weiß waschen zu wollen.

Logischer konnte Lassalles Werben um die alten Demokraten von 1848 erscheinen. Wenn es von ihnen nur nicht geheißen hätte: Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben! Die Wenigen, die Lassalle gewann, haben seine Erwartungen obendrein getäuscht. Martinys Beitritt erschien ihm als ein „äußerst wichtiges Faktum"; er ließ den neuen Bekenner nicht nur in den Vorstand wählen, sondern ernannte ihn auch zum Generalbevollmächtigten für die Provinz Ostpreußen. Aber Martiny blieb ein General ohne Truppen. Ebenso Herwegh, den Lassalle zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz ernannte, wenn er ihn auch nicht in den Vorstand aufnahm. Mit Mühe und Noth, nach halbjährigem Drängen, eiste Lassalle von Herwegh ein Bundeslied los, das bekannte Bet' und arbeit', eine keineswegs talentlose, aber allzu sklavische Nachahmung eines bekannten Gedichts von Shelley, die niemals recht populär in

deutschen Arbeiterkreisen geworden ist, trotz einzelner, sehr packender Strophen. Einige Schuld daran mochte auch die schwer sangbare Melodie haben, die der Zukunftsmusiker Hans v. Bülow, ein persönlicher Freund Lassalles, dem Gedicht Herweghs gab.

Trotz alledem hatte Lassalles Bestreben, die gebildeten Elemente der Bourgeoisie an seine Agitation zu fesseln, eine sehr beachtenswerthe Seite. Als Moses Heß mit einem Vortrage über die Rechte der Arbeit für die neue Bewegung eintrat und das Amt des Bevollmächtigten für Köln annahm, schrieb Lassalle: „Es ist gerade sehr gut und nöthig, daß nicht alles allein von mir gesagt wird. Die Bewegung nimmt sonst vor Schafsköpfen die Gestalt einer bloßen Person an.“ Und bei allen Absagen hat Lassalle doch auch den Mann gefunden, der nach seinem plötzlichen Tode sein Werk fortsetzen konnte, glücklicher vielleicht, als er selbst es hätte fortführen können. Es war ein Advokat in Frankfurt a. M., Jean Baptist v. Schweitzer, ein junger Mann noch, der kaum 25 Jahre zählte.

Schweitzer stammte aus einem alten Patriziergeschlechte Frankfurts. Er war im geistigen Banne Schopenhauers aufgewachsen, hatte aber bereits im Jahre 1861 eine umfangreiche Studie über den Zeitgeist und das Christenthum veröffentlicht, worin er sich von Schopenhauers unhistorischem Quietismus lossagte und den großen Fragen der historischen Entwicklung zuwandte, noch nicht in irgend einem sozialistischen, aber doch in dem ideologisch-revolutionären Sinne eines Danton und Robespierre. Das Buch ist das Werk eines Jünglings und als solches in seiner Art bedeutend, in seinen Zielen noch unklar und deshalb nicht frei von einer gewissen Phrasenhaftigkeit, aber reich an treffenden Beobachtungen, die ebenso den Scharfsinn wie die Kenntnisse des Verfassers bezeugen. Gleichzeitig hatte sich Schweitzer der Agitation des Nationalvereins zugewandt, beim Frankfurter Schützenfeste im Jahre 1862 die offizielle Festzeitung redigirt und sich auch sonst hervorgethan als Adjutant des Herzogs von Koburg, der damals mit reklamehaftem Gebahren die komische Rolle eines künftigen Kaisers von Deutschland spielte.

Bereits an diese Thätigkeit Schweitzers knüpfte sich das dunkle Gerücht, daß er Festgelder unterschlagen habe. Erwiesen worden ist es niemals und nicht einmal zu einer Zeit zu erweisen versucht worden, als die Bourgeoisie es sich viel hätte kosten lassen, Schweitzer moralisch todt zu machen, wenn es nur irgend möglich gewesen wäre. Man darf also annehmen, daß jenes Gerücht nur eine Quittung gewesen ist darüber, daß Schweitzer sich sehr bald über das hohle und nichtige Treiben des Nationalvereins klar wurde. Einen härteren Stoß erhielt sein Ruf, als er bald nach dem Frankfurter Schützenfeste in Mannheim zu einer zweiwöchentlichen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch Verleitung eines jungen Menschen zu einer unzüchtigen Handlung. Die großbürgerliche Gesellschaft stieß ihn aus, wobei wieder die Annahme gerechtfertigt ist, daß Schweitzer mehr für seine demokratischen Gesinnungen als für seine sexuellen Verirrungen hat büßen müssen, für welche Verirrungen

gerade die großbürgerliche Gesellschaft bei sonst guter Gesinnung der Sünder einen sehr weiten Mantel der Liebe zu haben pflegt. Indessen aus idealeren Beweggründen wollten nun auch die demokratischen Turn- und Wehrvereine, in denen Schweitzer bisher großen Einfluß besessen hatte, nichts mehr von ihm wissen, und so war es sehr begreiflich, daß die Frankfurter Arbeiter ihn keineswegs willkommen hießen, als er sich an Lassalle anschloß und dessen Pathenschaft für einen sozialen Roman erbat.

Lassalle zögerte keinen Augenblick, sich für Schweitzer und gegen die Frankfurter Arbeiter zu erklären. So offen er sich gegen Schweitzer über dessen „bedauerliche und für seinen Geschmack nicht begreifliche Liebhaberei" ausließ, so unumwunden er den Frankfurter Arbeitern die geschlechtliche Neigung Schweitzers als eine „unnatürliche Verirrung" zugab, so meinte er doch, daß sie mit der Ueberzeugungstreue und Redlichkeit, mit dem politischen Charakter eines Menschen nichts zu thun habe. Das griechische Alterthum habe an der Knabenliebe nicht den geringsten Anstoß genommen, und die großen griechischen Denker hätten doch auch gewußt, was Sittlichkeit sei. Er sah in dem Widerstande der Frankfurter Arbeiter gegen die politische Gemeinschaft mit Schweitzer einen schlagenden und sehr verdrießlichen Beweis dafür, wie tief der Deutsche noch in der Philisternachtmütze stecke und wie wenig er das Politische von dem Privaten zu trennen wisse. Lassalle nahm unbedenklich die Widmung von Schweitzers Roman: Luzinde oder Kapital und Arbeit an, und war sehr entzückt, als der erste Band noch im Sommer 1863 erschien. Eine unbefangene Kritik wird sein begeistertes Urtheil freilich nicht unterschreiben. Aesthetisch ist Schweitzers Roman ein formloses Ungethüm, eine ungeheuerliche Vermischung abenteuerlicher Romantik mit sozialpolitischen Erörterungen der Arbeiterfrage, breiten Auszügen aus Lassalles Agitationsschriften und historischen Schilderungen aus den französischen Revolutionskämpfen. Das Beste daran sind die satirischen Schilderungen des Lebens und Treibens im Nationalvereine, wie sie denn auch wohl in erster Reihe Lassalles günstiges Urtheil hervorgerufen haben. Einzelne Bilder nach lebenden Vorlagen sind trefflich gelungen, so der liberale Bankier Itzinger, zu dem Löb Sonnemann gesessen hat, doch als dichterische Komposition ist der Roman mißrathen.

Inzwischen kam die Zeit für Lassalles Sommerreise heran. Am 27. Juni ernannte er durch eine öffentliche Bekanntmachung Dammer zum Vizepräsidenten und übertrug ihm für die Zeit seiner Abwesenheit die Leitung des Vereins. Die Ankündigung erregte den Spott der Gegner und verursachte auch manches Kopfschütteln unter den Anhängern Lassalles. Immerhin lag der Fehler mehr in der Form des Tagesbefehls, durch den Lassalle den „Arbeitern" seine „Abreise in die Bäder der Schweiz" ankündigte, als in der Reise selbst. Lassalles Gesundheit, schon seit Jahren wankend, war durch die schweren Arbeiten und Kämpfe des verflossenen Jahres tief erschüttert worden, und er bedurfte einer gründlichen Erfrischung für die schwereren Arbeiten und Kämpfe des kommenden Jahres. Zudem dachte Lassalle nicht daran, während der Muße die Hände in den Schoß

zu legen; er nahm die Vorträge, die Schulze den Berliner Arbeitern gehalten und nunmehr als Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus durch den Druck veröffentlicht hatte, mit auf die Reise, um in ihrer kritischen Widerlegung einen theoretischen Kodex seiner Agitation zu schaffen.

Zunächst ging Lassalle in die Schweiz, wo ihn eine nicht unempfindliche Niederlage erwartete. Die Fortschrittspartei hatte den Plan ausgeführt, die ihr treu gebliebenen Arbeiterbildungsvereine enger zusammenzufassen; im Juni 1863 war in Frankfurt a. M. der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet worden, unter Mitwirkung Bebels, Roßmäßlers, Eugen Richters und Hermann Beckers, der sich wie Bürgers vom Kommunisten zum harmlosen Selbsthilfler abgewandelt hatte. Es zeigte sich auf diesem Arbeitertage, daß die große Mehrzahl der deutschen Arbeitervereine noch im Fahrwasser der Fortschrittspartei schwamm; in den Ausschuß des neuen Verbandes wurden nicht einmal Männer wie Bebel und Roßmäßler gewählt. Löb Sonnemann und Max Hirsch spielten darin die erste Geige, und der Nationalverein spendete aus seiner Kasse einen klingenden Jahresbeitrag für die Verbandszwecke. Nun feierten 36 deutsche Arbeitervereine der Schweiz am 19. und 20. Juli ein Zentralfest in Zürich, auf dem auch die deutsche Arbeiterbewegung besprochen werden sollte. Einladungen waren sowohl an den Verband der deutschen Arbeitervereine als auch an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ergangen. Zum Generalbevollmächtigten für die Schweiz war eben Herwegh ernannt worden, und es gehörte zu seinen Obliegenheiten, den Verein auf dem Züricher Zentralfeste zu vertreten, zumal er in Zürich wohnte. Aber weder die freiwillig übernommene Pflicht, noch Lassalles dringende Bitten vermochten den trägen Mann, zu thun, was seines Amtes war. Er verschanzte sich hinter irgend welche krähwinkelhaften Bedenken und ließ es lieber auf eine schwere Schädigung der Sache ankommen, als daß er seine heilige Person einem vielleicht rauhen Luftzuge ausgesetzt hätte. „Wir Beide passen für diese kleinen Skandalgeschichten nicht, auf welche die ganze Arbeitersache hinausläuft", sagte sein Freund Rüstow, so erhaben wie heiter.

Flinker war Löb Sonnemann, den der Verband der deutschen Arbeitervereine nach Zürich entsandte. Durch einen gehässig verlogenen Vortrag wußte er den schweizerischen Arbeitertag zu einer scharfen Erklärung gegen Lassalles ökonomische Theorien zu veranlassen, und diese Erklärung wurde dann wieder von der deutschen Bourgeoispresse in gehässig verlogener Weise gegen den angeblichen Reaktionär Lassalle ausgebeutet. Es war mit dem Züricher Tage ähnlich wie mit dem Frankfurter Tage: den schweizerischen Arbeitern standen die großindustriellen Verhältnisse noch zu fern, als daß sie sich für Lassalles soziale Ziele hätten erwärmen können, aber Lassalles politische Opposition gegen die Schläfrigkeit der bürgerlichen Opposition war ihnen durchaus sympathisch. Der ehrliche Augen- und Ohrenzeuge Ladendorf schilderte Sonnemanns Auftreten als „entschieden komisch", und das Komite des Züricher Zentralfestes erließ in schweizerischen Blättern eine Erklärung, worin Herweghs Unterstellung, als sei von den

schweizerischen Arbeitervereinen kein unparteiisches Urtheil zu erwarten gewesen, ebenso scharf zurückgewiesen wurde, wie die angebliche Uebereinstimmung dieser Vereine mit Löb Sonnemann. Die Vereine hätten sich nur gegen Lassalles volkswirthschaftliche Ansichten erklärt, ein Antrag zu Gunsten der Fortschrittspartei sei nicht einmal gestellt, geschweige denn angenommen worden. Die Gegner Lassalles seien für das, was sie an ihm verbrochen hätten, keineswegs geschont worden, die unerhörte Anmaßung, womit sie jede abweichende Meinung niederschrieen, sei nur geeignet, auch bei denen, die in der Sache selbst noch unentschieden seien, den letzten Rest von Sympathie zu zerstören. Aber von dieser Erklärung wurde in Deutschland nichts bekannt, und so blieb der üble Eindruck, daß die deutschen Arbeiter in der Schweiz von Lassalle nichts wissen wollten. Er selbst bewies dem Urheber des Unheils jene Nachsicht, die er für seine Freunde zu haben pflegte; in einem herzlichen Schreiben suchte er nur nochmals Herwegh aus dem träumerisch-thatlosen Nichtsthun aufzurütteln, wenn auch ohne jeden Erfolg.

Vielleicht kam Lassalle leichter über die fatale Sache fort, weil die Entscheidung doch allein bei der Frage lag, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Deutschland selbst schnell zu einer großen Macht entwickeln werde. Er hatte schon vor seiner Abreise aus Deutschland an Vahlteich geschrieben: „Wir können nur durch große Massen marschiren. Eine Massenbewegung mit Nationalvereinszahlen wäre lächerlich. Wir müssen also siebenmal mehr haben als die Nationalvereinler. Sonst haben wir einen lächerlichen Schiffbruch erlitten.“ Er schrieb ihm dann wieder aus dem Engadin, als Vahlteich meldete, die Angelegenheiten gingen nach Außen vortrefflich: „Darin scheint mir die Beschränkung zu liegen, daß sie nach Innen — also in Bezug auf die Mitgliederzahl — weniger gut gehen. Das wäre das Schlimmste! . . . Wenn die Agitation nicht die Massen, den Arbeiterstand ergreift, so ist sie trotz alledem verloren. Wenn wir nicht spätestens nach Ablauf eines Jahres große Zahlen auflegen können, so sind wir ganz ohnmächtig, wie viel ideelle Siege wir auch noch erfechten möchten.“ Da die Gegner die Erfolge der Agitation noch überschätzten und von zehntausend Mitgliedern sprachen, wollte Vahlteich den Bevollmächtigten aufgeben, diese Zahl der Oeffentlichkeit gegenüber festzuhalten, worauf Lassalle erwiderte: „Wenn die Arbeiter so sind, wie Sie sie schildern, so werden wir uns trotz aller meiner Anstrengungen blamiren. Das steht fest. Wir können unsere Bevollmächtigten keine Unwahrheiten sagen lassen. Wir dürfen nicht von zehntausend Mann sprechen, während wir vielleicht tausend haben. Man kann schweigen über diesen Punkt, aber lügen schickt sich für uns nicht.“ Dann aber schrieb Vahlteich Ende August, ein Vierteljahr nach der Gründung des Vereins, an Lassalle, der inzwischen nach Ostende übergesiedelt war, ganz entmuthigt, der Verein zähle nur etwa tausend Mitglieder, er müsse aufgelöst oder auf andere Grundlagen gestellt werden.

Diese Mitgliederzahl wäre ganz stattlich gewesen, wenn es sich um eine sozialistische Propagandagesellschaft gehandelt hätte; der Bund der Kommunisten

hatte niemals so viele Mitglieder gehabt. Aber für eine politische Partei war sie sehr winzig, die Mitgliederzahl des Nationalvereins war nicht um das Siebenfache übertroffen, sondern nur etwa zum zwanzigsten Theile erreicht worden. Bitter genug antwortete Lassalle am 29. August: „Also circa tausend Mitglieder in unserem ganzen Vereine! Das sind vorläufig die Früchte unserer Thätigkeit! Das die Erfolge davon, daß ich mir die Finger abgeschrieben und die Lunge herausgeredet habe! Nicht wahr, lieber Vahlteich, diese Apathie der Massen ist zum Verzweifeln! Solche Apathie bei einer Bewegung, die rein für sie, rein in ihrem Interesse stattfindet, und bei den in geistiger Beziehung immensen Agitationsmitteln, die schon aufgewendet worden sind und die bei einem Volke, wie dem französischen, schon Riesenresultate gehabt haben würden! Wann wird dies stumpfe Volk endlich seine Lethargie abschütteln!" Aber entmuthigt war Lassalle dennoch nicht. „Den Verein auflösen, wie Sie sagen? Ganz unmöglich! Dazu ist die Zeit, die verflossen, viel zu kurz. Noch ist nicht einmal der Winter vorübergegangen. Dann wäre die Schande für unsere Nation und Partei viel zu groß. Man müßte sich ja die Augen aus dem Kopfe schämen! Endlich wäre es bei den gegenwärtigen politischen Zuständen ein immenser Fehler! Während die Dinge stehen, wie sie jetzt stehen, werde ich das Schwert nicht wegwerfen. Zwar kann man sagen, daß bei nur tausend Mitgliedern das Schwert von Holz sei. Allein gleichviel, so lange das Schwert in der Scheide ist, sieht es in Folge seines Griffes aus wie ein Schwert, und man hat schon mit weniger seine Gegner eingeschüchtert. Vor nächstem Frühjahr oder Sommer werde ich also keinenfalls, es gehe nun, wie es wolle, den Verein auflösen." Lassalle erwägt dann die Mittel, dem Verein aufzuhelfen, so namentlich eine persönliche Agitation am Rhein, und weist den Gedanken, sich gefangen zu geben, mit den Worten ab: „Da will ich mich noch dreimal in die Länge und in die Breite legen. Nur Muth!"

Was ihm selber den Muth aufrecht erhielt, war neben dem Vertrauen auf neue Mittel der Agitation die Entwicklung, welche die deutsche Politik im Sommer 1863 genommen hatte.

Zweites Kapitel.

Lassalles taktische Wendung.

Der Streit zwischen Bismarck und der Fortschrittspartei hatte sich von Januar bis Mai im preußischen Abgeordnetenhause mit ermüdender Langweiligkeit fortgesponnen. Je wirkungsloser sich das parlamentarische Fortschwatzen erwies, um so mehr suchten sich die liberalen Kammerhelden mit großen Worten darüber hinwegzutäuschen. Die zahmsten Gothaer, wie Gneist, Simson, Sybel erklärten Bismarck für einen Don Quixote, für einen Seiltänzer, für das Zerrbild eines wirklichen Staatsmannes, was alles nicht hinderte, daß der reaktionäre Minister

in der äußeren und inneren Politik that, was ihm beliebte. Schließlich verrannte man sich in einen parlamentarischen Etikettenstreit über die Frage, ob die Minister der Disziplinargewalt des Präsidenten unterständen, einen Streit, dem die Regierung durch die vorzeitige Schließung des Hauses am 27. Mai ein Ziel setzte.

Nun organisirte die Opposition große Feste, auf denen sie ihren in uferloser Beredsamkeit erprobten Heldenmuth abermals in uferloser Beredsamkeit feierte. Bismarck dagegen führte einen schweren Schlag gegen ihre Presse, indem er am 1. Juni eine Preßordonnanz erließ, die den Verwaltungsbehörden die Befugniß ertheilte, das fernere Erscheinen inländischer Zeitungen wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung nach zweimaliger, vorheriger Verwarnung zeitweise oder dauernd zu verbieten. Eine Ministerialinstruktion erläuterte diese Befugniß dahin, daß die Zeitungen über Regierungsmaßregeln nichts veröffentlichen dürften, was solche Maßregeln als ungesetzlich und verfassungswidrig kennzeichne. Ueberhaupt sollten Angriffe auf die innere oder äußere Politik der Regierung nicht geduldet werden, und nicht einmal eine Besprechung auswärtiger Zustände, sofern sich eine Kritik der preußischen Politik dahinter verberge. In solchen Fällen hätten die Verwaltungsbehörden ohne Zögern und rücksichtslos vorzugehen, und in der That erhielten sechs Berliner Zeitungen, welche gegen die Preßordonnanz als eine verfassungswidrige Maßregel protestirten, sofort die erste Verwarnung.

Damit war die Fortschrittspartei abermals vor die Wahl gestellt, ob sie der absolutistisch-feudalen Reaktion einen wirklichen Krieg machen oder es bei dem bisherigen wesenlosen Scheinkriege bewenden lassen wollte. In jenem Falle standen die Aussichten für sie günstig genug. Zwang sie ihren Gegner, mit der Preßordonnanz bitteren Ernst zu machen, so konnte sie ihn in unerträgliche Verlegenheiten stürzen. Es gab gar kein besseres Mittel, eine ungeheure Aufregung ins Land zu werfen und die materiellen Interessen der Bourgeoisie, die in hundertfacher Weise mit der bürgerlichen Presse verknotet sind, ins Feuer zu bringen. Die Zeitungen, die heute erschlagen wurden, konnten morgen unter neuem Namen wieder auferstehen und den Krieg mit verdoppelter Kraft fortführen. Bismarck mochte mit der Ordonnanz einzelne Kapitalisten verwunden, aber er mußte schließlich dem Kapital erliegen, das die frevle Antastung des heiligen Eigenthums zu rächen entschlossen war. Gerade die Voraussicht, daß Bismarck nach dem Wiederzusammentritte des Landtags die verfassungswidrige Ordonnanz gegen den Widerspruch des Abgeordnetenhauses doch nicht aufrechterhalten könne und werde, trieb um so eher dazu an, die zweischneidige Waffe gegen die Brust ihres Urhebers zu kehren; um so geringeres Risiko lief das in den liberalen Zeitungen investirte Kapital bei hartnäckigem Widerstande gegen die Ordonnanz. Alles das war vollkommen klar, vorausgesetzt, daß die Fortschrittspartei einen wirklichen Krieg wollte.

Sollte dagegen der Verfassungsstreit, wie bisher, so auch fortan nicht über die Grenzen einer parlamentarisch-publizistischen Katzbalgerei hinausgehen, dann

freilich lag es im fortschrittlichen Interesse, dem Schlage auszuweichen, den Bismarck gegen die oppositionelle Presse führte. Dann galt es, sich zu ducken und auf die publizistische Opposition verzichten, bis der Landtag wieder zusammentrat und die Preßordonnanz vom Abgeordnetenhause beseitigt wurde. Indem die Fortschrittspartei sich für diesen Weg entschied, blieb sie in ihrer Weise konsequent, wie nicht bestritten werden kann, nur daß diese Weise sie niemals zum Siege führen konnte. Daneben gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß sie ihrer Kraft in diesem Falle mit noch größerem Rechte mißtraute, als in anderen Fällen. Die bürgerliche Presse ist überhaupt unfähig, von einem gewissen Grade ihrer Entwicklung an politische Kämpfe mit scharfen Waffen durchzufechten. Auf dem Boden der entwickelten kapitalistischen Konkurrenz kann keine Zeitung einen Krieg wagen, in dem es Verwundete giebt, sicher wie sie sein darf, auf dem Kampfplatze, auf dem sie fällt, sofort von den eigenen Kampfgenossen aufgefressen zu werden. Als die Volkszeitung es einige Jahrzehnte später auf ein zeitweiliges Verbot durch das Sozialistengesetz ankommen ließ, schälten die freisinnigen Konkurrenzblätter, allen voran die freisinnige Parteipapst Eugen Richter, der augenblicklich betäubten Kollegin gierig das Fleisch von den Knochen, natürlich unter fließenden Krokodilsthränen über die an ihr verübte Gewaltthat. Eben dies wäre das Schicksal jedes fortschrittlichen Blattes gewesen, das im Sommer 1863 gewagt hätte, der Preßordonnanz rücksichtslos die Zähne zu weisen.

Aus so berechtigter Sorge heraus erklärt sich denn auch, daß sich damals die Presse der Fortschrittspartei noch würdeloser benahm, als man es von ihrer parlamentarischen Vertretung gewöhnt war. Die Rheinische Zeitung fragte empört, wie man einem Zeitungsverleger zumuthen könne, sein Kapital zu riskiren, während die Volkszeitung alle die königstreuen und vertrauensduseligen Artikel, die sie seit Beginn der Neuen Aera veröffentlicht hatte, in einem besonderen Bande herausgab, um ihre politische Harmlosigkeit schwarz auf weiß zu beweisen. Die Schrift erschien allerdings „als Manuskript gedruckt“, aber sie wurde dadurch nicht schöner, daß dies Uebermaß loyaler Gesinnung dem profanen Leserkreise verborgen bleiben sollte. Sie war besonders für den Kronprinzen und die Kronprinzessin bestimmt, die zu den eifrigsten Lesern der Volkszeitung gehörten. Der Kronprinz hatte sich öffentlich gegen die Preßordonnanz erklärt, und die treuen Monarchisten der Bourgeoisie stürmten in die Harfen über die „so vielfach von Gott gesegnete Dynastie“, die nun einen Sproß nach ihrem Herzen zu treiben verspreche. Zu Allem, woran die Fortschrittspartei schon krankte, begann damals der Krebsgang vor dem Kronprinzenliberalismus, der ein volles Vierteljahrhundert währte, bis der Krebs wirklich erschien und den Narrentanz, just da er an sein Ziel gelangt zu sein glaubte, zu einem Todtentanze machte.

Während die fortschrittlichen Abgeordneten auf ihren Festen spektakelten und die fortschrittlichen Zeitungen unter der Fuchtel der Preßordonnanz schwiegen, tauchte plötzlich die deutsche Frage auf. Die österreichische Regierung hielt den preußischen Verfassungsstreit für einen geeigneten Anlaß, sich die preußische

Nebenbuhlerschaft in der Leitung der deutschen Dinge vom Halse zu schaffen. Der Kaiser von Oesterreich berief einen Kongreß der deutschen Fürsten nach Frankfurt a. M., um eine Bundesreform auf Grundlage des mit vollen Backen angepriesenen Föderativprinzips zu berathen, eines Prinzips, das thatsächlich auf die Verewigung des dynastischen Partikularismus und der habsburgischen Oberherrschaft hinauslief. Ein mit einfacher Mehrheit entscheidendes Bundesdirektorium sollte aus dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Preußen und drei Mittel- oder Kleinfürsten, die Oesterreich von vornherein in der Tasche hatte, zusammengesetzt, eine Bundesversammlung von den parlamentarischen Vertretungen der Einzelstaaten gewählt werden. Es erübrigt in die Einzelheiten der groben und plumpen Intrigue einzugehen; ihr Zweck war einerseits die Majorisirung des preußischen Staats und andererseits die Mediatisirung der deutschen Nation.

Bismarck hatte es nicht schwer, den ungeschickten Schlag zu pariren. Er hielt den König dem Frankfurter Fürstenkongresse fern und erklärte trocken, bei den österreichischen Vorschlägen handle es sich um partikularistische Bestrebungen und nicht um die wahren Interessen der Nation. Eine Bürgschaft dieser Interessen könne nur eine wahre, aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung geben. Nur eine solche Vertretung werde für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern habe, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Mechanismus von Bundesbehörden könne das Spiel und Widerspiel dynastisch-partikularistischer Interessen ausschließen, das sein Gegengewicht und Korrektiv in der Nationalvertretung finden müsse. Die österreichische Regierung machte zu dieser Sprache des preußischen Kabinets zwar die boshafte Bemerkung, nach den Erfahrungen der Revolutionsjahre sei es eine „gewagte Voraussetzung", daß sich der spezifisch preußische Standpunkt in einer aus direkten Wahlen hervorgegangenen Versammlung mit dem allgemeinen deutschen Standpunkte identifiziren würde, aber dieser Partherpfeil wurde auf der Flucht abgeschossen; mit aller „Gewagtheit" seiner Beweisführung hatte Bismarck die österreichische Diplomatie gründlich mattgesetzt und den Fürstenkongreß mitsammt der föderativen Bundesreform auf den historischen Kehrichthaufen spedirt, wohin sie gehörten.

Viel ungeschickter als Bismarck stellte sich der Frankfurter Abgeordnetentag, eine von mehr als dreihundert Mitgliedern der deutschen Einzellandtage besuchte Versammlung, zu den österreichischen Plänen. Er biß zwar nicht unmittelbar darauf an, sondern erklärte, daß nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 rechtlichen Ausdruck gefunden habe, die volle Befriedigung der Nation zu hoffen sei. Aber er fügte hinzu, daß er der inneren Krisis und den äußeren Fragen gegenüber nicht in der Lage sei, zu Oesterreichs Entwurfe sich lediglich verneinend zu verhalten. Obendrein beging der Abgeordnetentag die Sottise, diese Resolution dem Fürstenkongresse zu überreichen; die deutschen Volksvertreter spielten die aufdringlichen Bittsteller bei jenem dynastischen Partikularismus, der, seit Jahrhunderten der Fluch des deutschen

Volkes, von Bismarck vor aller Welt geohrfeigt wurde. Gewiß meinten sie es nicht ernsthaft mit dieser verschämten Huldigung, und nicht lange darauf verleugneten sie mit all ihrem Pathos den österreichischen Bundesreformplan. Aber um so abgeschmackter war eine Diplomatie, welche die eigenen Grundsätze in den Schornstein hing, um Bismarck durch das Antichambriren vor mittel- und kleinstaatlichen Potentaten zu ärgern. Bismarck war am wenigsten der Mann, sich um solche Nadelstiche viel zu kümmern. Er spielte vielmehr zum ersten Male die nationale gegen die konstitutionelle Frage aus und löste am 3. September das Abgeordnetenhaus auf, um die Wähler ihr Urtheil fällen zu lassen über das Attentat des Frankfurter Fürstenkongresses auf die Machtstellung, die Unabhängigkeit und die Würde des preußischen Staats.

So hatten sich die deutschen Angelegenheiten im Sommer 1863 entwickelt. Der preußische Verfassungsstreit war vollständig versumpft, und die Unfähigkeit der Fortschrittspartei, irgend eine ernsthafte Frage zu ernsthaftem Austrage zu bringen, lag klar vor aller Welt Augen. Dagegen kam die nationale Frage ins Rollen, und ihr erstes Auftauchen hatte genügt, das reaktionäre Ministerium Bismarck auf einen sozusagen demokratischen Standpunkt zu drängen. Nicht zwar als ob Lassalle den diplomatischen Schachzug Bismarcks höher eingeschätzt hätte, als er verdiente! Wohl aber glaubte er an die unwiderstehliche Logik der Thatsachen und seine eigene Kraft, dieser Logik zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Er hatte schon bei dem Erlaß seines Offenen Antwortschreibens die nationale Revolution mit in seine Rechnung gezogen. Damals schrieb er an Levy: „Es kann vorkommen, daß durch auswärtige Konstellationen, z. B. durch Krieg, eine nationalpolitische Revolution eintritt, und ich hoffe gar sehr auf diesen Fall und glaube an ihn: er wird eintreten, sei es etwas früher oder etwas später. Aber diese Revolution wird nur dann eine wirkliche, energische und vernünftige werden, wenn der Kern einer bewußten Arbeiterpartei schiebend hinter ihr steht. Wenn nicht, wird sie auch in politischer Beziehung in Schwachheit und Reaktion verlaufen. . . . Ein fester Kern einer Arbeiterpartei, einer bewußten, aus sozialen Gründen revolutionären Partei, vorwärts schiebend und drängend — das kann allein einer Revolution, die durch Krieg u. s. w. eintritt, auch in politisch-nationaler Hinsicht einen energischen fruchtbaren Verlauf sichern. Sonst wieder Verschwommenheit, Unklarheit und Reaktion.“ Den Kern einer Arbeiterpartei hatte Lassalle trotz alledem geschaffen. Lohnte es nun nicht, nachdem Bismarck gern oder ungern auf das Programm eines aus direkten Volkswahlen hervorgehenden Parlaments gedrängt worden war, ihn vorwärts zu schieben, ihm das allgemeine Wahlrecht zu entreißen, das von der Fortschrittspartei nimmermehr zu haben war, und so dem Proletariat die Waffe zu erobern, die seine Klasseninteressen befriedigen konnte?

Diese taktische Wendung vollzog Lassalle im Herbste 1863. Ihre moralisch-politische Berechtigung unterliegt an und für sich keinem Zweifel. In den Tagen ihrer Kindheit sind revolutionäre Arbeiterparteien oft darauf angewiesen, die

inneren Spaltungen der herrschenden Klassen für ihre Zwecke auszunützen; wie häufig hatten die Chartisten die Tories gegen die Whigs, und die Whigs gegen die Tories ausgespielt! Ja, die Politik der Fortschrittspartei machte Lassalles taktische Wendung ganz unabweisbar. Diese Partei hatte die Bundesgenossenschaft Lassalles und der Arbeiter wieder und wieder verschmäht, sie schlug mit geballten Fäusten auf die bescheidensten Forderungen des Proletariats ein, sie setzte den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter jenen trotzigen und zähen Widerstand entgegen, den sie den unverschämtesten Zumuthungen der Reaktion langmüthig versagte. Es stand jeden Augenblick bei der Fortschrittspartei, durch eine kräftige und umsichtige Politik, auch nur von ihrem bürgerlichen Standpunkte aus, die Sympathie der Arbeiter wieder zu gewinnen. Zog sie es dagegen vor, immer tiefer in dem Sumpfe politischer Bedeutungslosigkeit zu versinken, dann hatte sie kein Recht, zu verlangen, daß sich die Arbeiter mit in diesen Sumpf reißen lassen sollten.

Gewiß ist das Recht einer Taktik, wie sie Lassalle einschlug, daran gebunden, daß eine revolutionäre Arbeiterpartei, welche die inneren Zwiste der herrschenden Klassen für sich ausnützt, stets aus ihrem revolutionären Rechte heraus handelt, daß sie mit anderen Worten ihre Unterdrücker foppt, aber sich nicht von ihnen foppen läßt. So schrieb die Gräfin Hatzfeldt in Lassalles Sinne: „Es liegt ein förmlicher Abgrund zwischen folgenden zwei Sachen: für seine Gegner zu arbeiten, verdeckt oder unverdeckt, oder wie ein großer Politiker den Augenblick zu erfassen, um von den Fehlern der Gegner zu profitiren, einen Feind durch den anderen aufreiben zu lassen, sie auf eine abschüssige Bahn zu drängen, und die dem Zwecke günstige Konjunktur, sie möge hervorgebracht werden von wem sie wolle, zu benutzen.“ Und ähnlich schrieb Johann Philipp Becker, der in Lassalles letzten Lebenstagen viel mit ihm verkehrt hat und sich in Prinzipienfragen nicht leicht ein X für ein U machen ließ: „Lassalle war in seiner Taktik ein kecker, kühner Akrobat, der bei der festen Zuversicht auf eigene Kraft und Gewandtheit ganz gefahrlos einen Sprung bis an den äußersten Rand eines Abgrundes wagen durfte, denn mit einem Satze stand er stets wieder mitten in seinem befestigten Lager. Er wußte zu überraschen und zu imponiren, er warf der Reaktion zuweilen einen alten Knochen hin, um ihr, während sie sich die Zähne daran ausbiß, desto gründlicher das Fell zu gerben.“ Lassalle hat stets darauf gehalten, die revolutionäre Arbeiterklasse als dritte selbständige und überlegene Macht neben und über das Junkerthum wie die Bourgeoisie zu stellen; ihre Prinzipien sind es, für welche er die Könige und Bischöfe zwingen will, Zeugniß abzulegen; als er in seinem späteren Hochverrathsprozesse darzulegen beabsichtigte, er werde der intellektuelle Urheber sein, wenn Bismarck das allgemeine Wahlrecht oktroyire, verschmähte er Buchers vorsichtigen Rath, statt des „intellektuellen Urhebers“ einen „Herold“ oder „Propheten“ zu setzen, um Bismarck nicht kopfscheu zu machen.

Nicht gegen Lassalles taktische Wendung und auch nicht gegen den Geist, in dem er sie vollzog, wohl aber gegen seine persönliche Befähigung für die

praktische Handhabung dieser Taktik läßt sich Manches einwenden. Lassalle stand am reinsten und schönsten da, wenn er sich kühn in seines eigenen Banners Farben hüllte. Dann traten seine Vorzüge hell hervor und seine Fehler verblaßten. Er kennzeichnete sein innerstes Wesen, als er am Vorabend seines Todes schrieb: „Ohne höchste Macht läßt sich nichts machen, zum Kinderspiele aber bin ich zu alt und zu groß.... Die Ereignisse werden sich, fürchte ich, langsam, langsam entwickeln, und meine glühende Seele hat an diesen Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen keinen Spaß." Vom Herbste 1863 an rechnete Lassalle mit der Langsamkeit, mit den Kinderkrankheiten und chronischen Prozessen der historischen Entwicklung, und er konnte seine glühende Seele, seine tiefen Leidenschaften nicht immer zu der kühlen und ruhigen Ueberlegung bändigen, welche seine Taktik in erster Reihe erforderte. Dazu kamen die nervöse Ueberreizung, die körperliche Ermattung, die ihn im währenden und immer wachsenden Kampf ergriffen.

So traten seine Fehler stärker, seine Vorzüge schwächer hervor. Das Ende seiner Agitation besaß nicht mehr die ursprüngliche Frische und Kraft ihrer Anfänge. Wohl flammte das Feuer seines Geistes noch manchmal auf, strahlender fast als in den besten Tagen seiner Vergangenheit, aber es kamen dann auch wieder Zeiten, in denen es mehr qualmte und rauchte, als leuchtete und wärmte.

I. Die rheinische Heerschau und der Sturm auf Berlin.

Am 20. September hielt Lassalle in Barmen, am 27. in Solingen und am 28. in Düsseldorf die geplante Heerschau über die rheinischen Arbeiter. Er hatte die Rede, die er an sie richtete, auf einsamen Spaziergängen am Meeresstrande entworfen. Sie beschäftigte sich mit den Festen, der Presse und dem Frankfurter Abgeordnetentage, als drei Symptomen des öffentlichen Geistes.

Lassalle knüpfte darin an den politischen Ursprung seiner Agitation an, an die Erhebung gegen die bürgerliche Kopflosigkeit, die in jenen drei Symptomen eine neue Bestätigung erhalten hatte. Was die Feste der Fortschrittspartei und ihre Presse anbetraf, so war es ganz richtig, daß wenn die Bourgeoisie den Bären waschen wollte, ohne den Pelz naß zu machen, die Art, wie sie ihre Feste feierte, und die Art, wie sich ihre Presse unter die Preßordonnanz duckte, in vollkommenem Einklange mit ihrer ganzen Politik standen. Verwarf aber Lassalle diese Politik als feige und hilflos, so war er auch in seinem logischen Rechte, wenn er seinen ätzenden Spott über die fortschrittlichen Feste und die fortschrittliche Presse ergoß.

Die Berechtigung politischer Oppositionsfeste hängt ganz von dem Wesen der Opposition ab, welche sie feiert. Sind sie Begleiterscheinungen einer Politik, die zu handeln und zu schlagen weiß — im Sinne des Goethischen Wortes: Tages Arbeit, Abends Gäste, Saure Wochen, Frohe Feste —, so sind sie wirk-

same Agitationsmittel, deren Berechtigung außer Zweifel steht. Sollen sie aber die politische Arbeit ersetzen, sollen sie durch lärmende Toaste über den gänzlichen Mangel an Thatkraft hinwegtäuschen, so sind sie Depravationsmittel, die nicht scharf genug verurtheilt werden können. Das Kölner Abgeordnetenfest von 1865 sollte bestätigen, daß Lassalle dem Kölner Abgeordnetenfeste von 1863 mit keiner Silbe zu viel gethan hatte.

Anfechtbarer war in gewisser Beziehung Lassalles Polemik gegen die fortschrittliche und überhaupt die bürgerliche Presse. Zwar hieße es Mücken seigen und Kameele verschlucken, wenn man ein großes Gewicht auf das sozusagen konkrete Unrecht legen wollte, das Lassalle dieser Presse in seiner Heerschaurede anthat, beispielsweise auf das allzu harte Urtheil, das er über einen in mancher Beziehung verdienten Mann, wie Bernstein von der Volkszeitung fällte. Nimmt man all dies Unrecht zusammen, so erreicht es noch nicht den zehnten Theil des Unrechts, das Lassalle von der bürgerlichen Presse und namentlich auch von Bernstein zu befahren gehabt hatte. Er beanspruchte durchaus nicht, zu den christlichen Duldern zu gehören, die auch noch die linke Wange hinhalten, wenn sie auf die rechte Wange geschlagen worden sind, und er hätte kein Mensch von Fleisch und Blut sein müssen, wenn er in der Abwehr unglaublicher Beschimpfungen immer die objektiv richtige Grenze hätte einhalten sollen. Zudem konnte er sich darauf berufen, daß sein abfälliges Urtheil über die bürgerliche Presse nicht erst durch die ihm zugefügten Kränkungen hervorgerufen worden sei, sondern daß er ihre Krebsschäden schon in seiner Schrift gegen Julian Schmidt gegeißelt habe.

Wohl aber faßte er diese Schäden zu einseitig auf, indem er die Presse als die ausschließliche Trägerin der geistigen Korruption brandmarkte, die von der kapitalistischen Gesellschaft unzertrennlich ist. Gewiß ist die bürgerliche Presse eine „industrielle Kapitalanlage und Spekulation“, aber als Werkzeug zur Verwüstung des Volksgeistes steht sie nicht allein und unter Umständen nicht einmal in erster Reihe. Die Bourgeoisie hat nicht nur den Zeitungsschreiber, sondern auch, wie es im Kommunistischen Manifeste heißt, „den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“. Die Gelehrten, die Lassalle in der Heerschaurede und auch sonst gegen die Presse ausspielt, sind als Klasse in derselben oder auch in einer noch ärgeren Verdammniß, als das „geistige Proletariat“ der Zeitungspresse. Die Zeiten sollten kommen, wo bezopfte Professoren, im Lande umherhausirend mit Bismarcks gemeingefährlichen Massenplünderungsplänen, den verhältnißmäßig berechtigten Widerstand der industriell-kapitalistischen Zeitungen mit Lassalles Scheltworten über die liberale Presse niederschlagen wollten.

Auch war es zu einseitig geurtheilt, wenn Lassalle hauptsächlich im Inseratenwesen den Ursprung der bürgerlichen Preßkorruption fand. Eine Presse, die im Boden der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt, muß kapitalistisch verseuchen, gleichviel ob sie Inserate bringt oder nicht. Doch handelte es sich hierbei mehr um eine theoretische Einseitigkeit. Für die deutsche Presse, auf die es zunächst

ankam, ist allerdings das Inseratenwesen der Weg in den Abgrund gewesen. Es waren Inseratenbureaus, Mosse und Cohn und wie sie sonst hießen, die bald nach Lassalles Tode jene völlig gesinnungslose Schacherpresse zu gründen begannen, die wie ein Oelfleck um sich fraß und noch tief unter der von Lassalle gegeißelten Presse der sechziger Jahre stand. Ferner aber ist Lassalles Vorschlag, das Inseratenwesen von Staatswegen abzulösen und dadurch die Presse ihrem wirklichen Berufe zurückzugeben, ein durchaus räsonnabler Gedanke, gewiß nicht für den heutigen Staat, aber wohl für den sozialdemokratischen Staat, auf den sich Lassalle allein bezog, für die Zeit, in der das Proletariat die politische Herrschaft erobert hat und die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft überleitet.

Das Schwergewicht der Heerschaurede lag in ihrem dritten Abschnitt, in der Kritik des Frankfurter Abgeordnetentages. Lassalle kennzeichnete die Reichsverfassung von 1849 als eine reaktionäre Utopie, die niemals zum Banner des Proletariats werden könne. Aber er fügte hinzu, daß die Fortschrittler und Nationalvereinler, wenn sie einmal dies Banner erwählt hätten, sich nicht lächerlich machen dürften durch die Inkonsequenz, den österreichischen Bundesreformplan „nicht lediglich verneinend" zu behandeln. „Die Fortschrittler liebäugeln mit den Fürsten, um — Herrn v. Bismarck bange zu machen. Sie hoffen ihn einzuschüchtern durch Kokettiren mit den deutschen Fürsten. Das sind die Mittel dieser Aermsten! Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind — alte Weiber! Und noch niemals haben alte Weiber einen Mann eingeschüchtert, wenn sie nach anderen Seiten hin liebäugelten." So habe Bismarck den Fortschrittlern denn auch bereits durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses geantwortet.

Die Stellung der Arbeiter zu den bevorstehenden Wahlen präzisirte Lassalle dahin, daß die Arbeiter kein prinzipielles Interesse an ihrem Ausfalle hätten. Das allgemeine Wahlrecht bestehe noch nicht oder nicht mehr, und die preußische Verfassung habe noch keinen Tag rechtlichen Daseins gehabt. Sie beruhe auf einer Reihe von Rechtsbrüchen, durch welche die Krone die Aprilgesetze von 1848 beseitigt habe. Die auf sie geleisteten Eide seien nichtig, wie ein am Altare geleisteter Eid nichtig sei, wenn irgend ein Rechtsgrund die beschworene Ehe vernichte. Seit der Revisionskammer von 1849 habe es noch keine gesetzliche Vertretung in Preußen gegeben, die preußischen Kammern seien illegale Usurpatorenhaufen. Freilich hätten die liberalen Kammerhelden auch in ungesetzlichen Kammern zusammentreten können, um das was dem Volke nun einmal an Rechten geblieben war, als eine Waffe zur Wiedererlangung weiterer Volksrechte zu verwenden. Aber dann hätten sie jede Kammersession damit eröffnen müssen, zuvörderst ihre eigene illegale Existenz zu konstatiren und den noch ungesühnten Schatten des Volksrechtes heraufzubeschwören.

Somit hätten die Arbeiter weder am Gegenstande des Kampfes, der preußischen Verfassung, ein prinzipielles Interesse, noch auch hätten sie ein solches

Interesse an den Kämpfenden, die ihnen, Reaktionäre wie Fortschrittler, gleich fremd seien. Wohl aber hätten sie ein sehr großes taktisches Interesse daran, daß der Kampf zwischen Fortschrittspartei und Reaktion fortdauere, und deshalb sollten sie überall, wo der Sieg der Fortschrittspartei nicht unbedingt feststehe, ihre Stimme zu Gunsten dieser Partei als des schwächeren Theils abgeben. Die Fortdauer des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschrittspartei liege im Interesse der Arbeiter, nicht damit einer den andern, sondern, wie Hutten gesagt habe, als Luther sich gegen den Papst erhob, damit sie sich gegenseitig untereinander auffräßen und verschlängen.

An Reden, die Bennigsen und Schulze-Delitzsch auf dem Frankfurter Abgeordnetentage gehalten hatten, legte Lassalle dann noch dar, daß die Bourgeoisie feierlich erkläre, keine Revolution zu wollen, daß sie unaufhörlich damit drohe, sich vom Kampfplatze zurückzuziehen, wenn die Arbeiter eine selbständige Klassenpolitik zu treiben wagten, daß sie niemals darein willigen werde, die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und daß sie lieber noch auf die eigene politische Freiheit verzichten, als den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht gönnen werde. Er verpflichtete die Arbeiter, wenn jemals der Umschwung käme, „sei es auf diesem oder jenem Wege“, es den Fortschrittlern und Nationalvereinlern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblicke erklärt hätten, sie wollten keine Revolution.

Mit diesen Worten sagte Lassalle den Arbeitern, daß sich die Bourgeoisie ihnen ebenso feindlich gegenüberstelle, wie die Reaktion, daß ihr Interesse die gegenseitige Aufreibung dieser Parteien und die Ausnutzung aller Vortheile sei, die sich ihnen aus dem Streite zwischen den herrschenden Klassen ergeben könnten. Käme der Umschwung „auf diesem oder jenem Wege“: eroberten sich die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht aus eigener Kraft oder oktroyirte es Bismarck durch einen Staatsstreich, in keinem Falle hätten sich die Arbeiter um die Kliqueninteressen einer Bourgeoisie zu kümmern, die ein- für allemal nichts vom allgemeinen Wahlrechte wissen wolle.

Irgend einen prinzipiellen Standpunkt seiner Vergangenheit verleugnete Lassalle nicht mit den Ausführungen, durch die er seine taktische Wendung begründete. Die Reichsverfassung von 1849 hatte er bereits in seiner Schrift über den italienischen Krieg als eine reaktionäre Utopie gekennzeichnet. Und bereits in seinem Aufsatze über Fichtes politisches Testament hatte er gesagt: „Neben dem großen Gegensatz von Föderation und Volkseinheit sinkt sogar der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik zu einem relativ unbedeutenden herab, und wir glauben ganz ernsthaft, daß selbst diejenigen, welche ein erbliches, monarchisches, einiges deutsches Kaiserthum mit gänzlicher Kassirung der 35 Untersouveränetäten wollen, und sei es auch mit allen Schnörkeln, Quasten und Sentimentalitäten der Burschenschaftszeit, doch immer noch auf einer viel höheren Stufe der Intelligenz und politischen Wahrheit stehen, als unsere Föderativrepublikaner.“ Im Anschluß an Fichte faßte Lassalle den Föderalismus zwar

als ideologisches Prinzip auf; er spielte in der Heerschaurede den amerikanischen Bürgerkrieg gegen den Föderalismus aus und übersah dabei, daß politische Staatsformen im letzten Grunde durch die ökonomischen Zustände bestimmt werden, aus denen sie erwachsen, daß also der Föderalismus je nach der Lage dieser Zustände ebenso gut eine vernünftige wie eine unvernünftige Staatsform sein kann. Aber das war wieder eine rein theoretische Einseitigkeit; gerade in Deutschland sperrten sich die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung gegen den Föderalismus, wie schon Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung nachgewiesen hatte, und Lassalle blieb durchaus sich selbst getreu, wenn er das Liebäugeln der Nationalvereinler mit der österreichisch-partikularistischen Bundesreform, mit dem denkbar reaktionärsten und verrottetsten Standpunkte, den es in der nationalen Frage überhaupt geben konnte, scharf geißelte.

Es war nun einmal eine Thatsache, daß Bismarck die „föderalistische Intrigue" des Frankfurter Fürstenkongresses geschickter und logischer abgeschlagen hatte, als die Fortschrittspartei, und der drastische Vergleich, den Lassalle zwischen dem Manne und den alten Weibern zog, war sachlich ganz zutreffend. Taktisch wäre er nur dann unpassend gewesen, wenn die Fortschrittspartei sonst einen ernsthaften Krieg mit Bismarck geführt hätte. Aber das that sie eben nicht. Mit seinen Ausführungen über den Werth der preußischen Verfassung blieb Lassalle vollständig auf dem Boden seiner früheren Verfassungsreden. Er nahm auch jetzt kein Blatt vor den Mund, um die Rechtsbrüche der preußischen Krone beim richtigen Namen zu nennen, und was er der Fortschrittspartei sagte, hätte sie sich selbst sagen müssen, wenn sie den Kampf um das Budgetrecht siegreich durchführen wollte.

Hielt sich also die Heerschaurede in den Grenzen einer taktischen Wendung, so führte sie doch zu einem Zwischenfalle, in dem Lassalle die Grenzen des politischen Taktes überschritt. Die Hoffnungen, die er auf die rheinischen Arbeiter gesetzt hatte, trogen ihn nicht; sie empfingen den alten Genossen der Revolutions- und den treuen Freund der Reaktionsjahre mit hellem Jubel. In Barmen sprach Lassalle vor zwei- bis dreitausend Arbeitern. Der Versuch liberaler Fabrikanten und ihrer Helfershelfer, die Versammlung durch Tumult zu stören, mißlang vollständig. Die Störenfriede wurden blitzschnell an die Luft gesetzt, wobei, wie es in Vahlteichs Berichte heißt, mehrere geschwungene Stühle und geworfene Bierseidel ihren Rückzug beschleunigten.

Die Versammlung machte einen tiefen Eindruck auf Albert Lange, der darüber an die Süddeutsche Zeitung in Frankfurt berichtete. In dem anonym veröffentlichten, aber unzweifelhaft von Lange verfaßten Schreiben heißt es, die fade Behauptung, daß Lassalle ein Werkzeug und nun gar ein blindes Werkzeug der Reaktion sei, brauche nicht erst widerlegt zu werden. Die Reaktion arbeite ihm in die Hände, aber er nicht ihr. Die Zahl seiner Anhänger sei in beständigem Wachsthum, und ebenso ihr Fanatismus. Die Art und Weise dieser Jüngerschaft sei ein ganz anderes Wesen, als die stille und harmlose Anhänglich-

keit der Genossenschaftsmitglieder an Schulze-Delitzsch. Die in Barmen auf die abziehenden Fortschrittsleute geworfenen Bierseidel seien nicht die Waffen gewöhnlicher Rohheit gewesen, und in Solingen, dessen Arbeiterbevölkerung von jeher einen aufbrausenden Charakter gehabt habe, mache man sich auf ganz ähnliche Dinge gefaßt. Es sei keine eitle Ueberhebung, wenn Lassalle sein Auftreten als eine Heerschau bezeichnet habe. Ob jemals ein Heer von Schützen und Turnern für die Verfassung ins Feld rücken werde, möge fraglich sein, aber sicher sei, daß ein Lassallesches Arbeiterheer, wenn man die Dinge so weit kommen lasse, von der gegenwärtigen Verfassung Deutschlands kein Stück beim Alten lassen werde, am wenigsten Szepter, Krone, Stern und andere Spielsachen.

Vorläufig bestätigte sich Langes Vorhersage, daß sich die Barmer Vorgänge in Solingen wiederholen und noch verstärken würden. Tausende von rheinischen Arbeitern strömten nach Solingen, um Lassalle zu hören. Der riesige Saal der Schützenburg war zum Ersticken gefüllt, und vor seinen Thüren drängten sich noch dichte Massen. Versuche von Fortschrittlern, Lassalle zu unterbrechen, nachdem er kaum zu sprechen begonnen hatte, wurden wieder im Keime erstickt, jedoch ließen sich einzelne empörte Arbeiter dazu hinreißen, den einen oder den andern der hinausexpedirten Tumultuanten mit Messerstichen zu verletzen. Als Lassalle eine halbe Stunde gesprochen hatte, erschien der Bürgermeister von Solingen mit einem Dutzend bewaffneter Polizisten und löste die Versammlung auf, unter Berufung auf die Verwundungen der fortschrittlichen Spektakelmacher. Lassalle eilte nun, umdrängt von Gendarmen und umgeben von einer nach Tausenden zählenden Arbeitermasse, die ein jubelndes Hoch nach dem andern auf ihn ausbrachte, auf das Telegraphenamt, wo er eine Depesche an Bismarck aufgab, die den Ministerpräsidenten um „strengste, schleunigste, gesetzliche Genugthuung“ bat gegenüber dem „fortschrittlichen Bürgermeister“, der die Versammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst habe.

Dies Telegramm war ein schwerer Fehler Lassalles. Man verklagt den Teufel nicht bei seiner Großmutter. Am wenigsten schickte es sich für einen Revolutionär, einen Träger der feudalen Reaktion, die seit einem halben Menschenalter das Vereins- und Versammlungsrecht aufs schmählichste mißhandelt hatte und noch immer mißhandelte, um Sühne für eine Verletzung dieses Rechtes anzugehen, mochte sie ein Fortschrittler oder sonst wer verschuldet haben. Bismarck gab natürlich die erbetene Genugthuung nicht; weit entfernt, einen liberalen Bureaukraten zu verleugnen, der eine polizeiliche Willkür begeht, wird ihn die feudale Bureaukratie vielmehr stets als bekehrten Sünder dreimal willkommen heißen. Und wenn es den Menschen Lassalle bis zu einem gewissen Grade entschuldigt, daß er, bis aufs Blut gereizt durch die Fortschrittspartei, die unbesonnene Handlung beging, so durfte der Politiker Lassalle um so weniger die Geschäfte seiner Todfeinde besorgen. Die Fortschrittspartei besaß jetzt endlich ein Blatt Papier, womit sie einen scheinbaren Beweis für Lassalles Bündniß mit Bismarck führen konnte.

Lassalle selbst sollte bald genug die peinlichen Folgen seines Fehlers empfinden. Nach der Solinger Versammlung sprach er noch ungestört in Düsseldorf, mußte dann aber wegen gänzlicher Erschöpfung seiner Stimmmittel die Absicht aufgeben, auch seine Hamburger Anhänger zu begrüßen. Am 7. Oktober traf er wieder in Berlin ein und sah nun mit Recht seine wichtigste Aufgabe darin, diese Stadt zu erobern. Er begann den Sturm auf Berlin mit einer Ansprache an die Berliner Arbeiter, die er in 16 000 Exemplaren verbreiten ließ.

Die Fortschrittspartei hatte zunächst beabsichtigt, Lassalles rheinische Erfolge todtzuschweigen; der ehemalige Kommunist Becker schämte sich nicht, in diesem Sinne Wilhelm Hasenclever zu bearbeiten, einen Lohgerbergesellen, der sich zum Redakteur eines bürgerlich-demokratischen Blättchens in Hagen emporgearbeitet hatte. Als es dann doch mit dem Todtschweigen nicht ging, hatten fortschrittliche Blätter, gleichsam als wollten sie bestätigen, daß ihnen in der Heerschaurede nicht zu viel gethan sei, das Märlein verbreitet, Lassalle habe in Solingen durch die Polizisten vor der Wuth der über seine Demagogie entrüsteten Arbeiter geschützt werden müssen. Besonders die Volkszeitung und die Berliner Reform, die in den Berliner Arbeiterkreisen gelesensten Blätter, gefielen sich in diesem Humbug. Hiervon ging Lassalle aus, um den Berliner Arbeitern zu zeigen, in wie beispielloser Weise sie von der fortschrittlichen Presse getäuscht würden. Er benutzte Langes Brief an die Süddeutsche Zeitung zum Beweise dafür, daß die Fortschrittler, wo sie unter sich seien, die Wahrheit aussprächen und den revolutionären Charakter seiner Agitation hervorhöben. Er führte abermals aus, daß die Fortschrittler ihn haßten, nicht weil sie Reaktion, sondern weil sie Revolution von ihm erwarteten. Er nannte das Eintreten für die preußische Verfassung reaktionär, dagegen das Eintreten für das allgemeine Wahlrecht revolutionär. Er verhöhnte die fortschrittlichen Windfahnen, die inzwischen den auf dem Frankfurter Abgeordnetentage begangenen Bockstreich erkannt hatten und die österreichisch-partikularistische Bundesreform fanatisch verleugneten. Lassalle fragte, was die Arbeiter mit Männern anfangen wollten, die im August schwarzgelb und im Oktober schwarzweiß einhergingen, die in den wichtigsten nationalen Fragen nicht wüßten, was sie wollten und also noch viel weniger den Arbeitern sagen könnten, was diese wollen sollten?

Mit besonderer Schärfe protestirte Lassalle dagegen, daß er eine Staatshilfe vom heutigen Staate verlange. Er brach im Voraus den Stab über Bismarcks spätere „Sozialreform“, indem er den Gedanken weit von sich wies, daß die Arbeiter vom Staate pensionirt werden und um eines Almosens willen ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit preisgeben sollten. Er verlange nicht mehr und nicht weniger, als daß der zukünftige, der durch die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts wiedergeborene demokratische Staat durch eine ihm sehr leicht fallende Kreditoperation den Arbeitern die Kapitalvorschüsse verschaffe, welche sie für die Bildung von Produktivgenossenschaften gebrauchten. Diese Staatshilfe sei kein Gegensatz zur Selbsthilfe, sie sei vielmehr die groß-

artigste „soziale Selbsthilfe", sie gewähre den Arbeitern überhaupt erst die Möglichkeit zur Selbsthilfe. Lassalle mahnte die Berliner Arbeiter an ihre großen Todten vom März 1848 und warnte sie vor der Verantwortlichkeit, welche sie durch fortgesetztes Zaudern vor sich selbst, vor ihren Brüdern, vor der gesammten Geschichte auf sich laden würden. Die wichtigsten Zentren Deutschlands seien gewonnen, das preußische Rheinland marschire im Sturmschritte voran, mit Berlin werde die Bewegung unwiderstehlich werden.

Die Ansprache war sehr geschickt abgefaßt, hatte aber so gut wie gar keine Wirkung. Das Berliner Proletariat befand sich damals in einer chaotischen Gährung, die es schon im Vorjahre nicht zu seinem Vortheile von dem Leipziger Proletariat unterschieden hatte. Die preußische Hauptstadt entwickelte sich mit einer Art fieberhaften Tempos zu einem großen Industrie- und Handelsplatze, namentlich auch durch die immer dichtere Verknotung des Eisenbahnnetzes, das von ihr ausstrahlte. Sie sog massenhafte Arbeitskräfte aus den preußischen Hinterwäldern auf, in den Jahren 1860 bis 1867 vermehrte sich die Einwohnerzahl von nahe an 500000 bis über 700000 Personen. Hastig fluthete die Arbeitermasse hin und her unter einem so starken Zufluß neuer Elemente, die bis dahin von Politik so wenig wußten wie vom Manne im Monde und nun in der großen Stadt zunächst ein Goldland gefunden zu haben glaubten, die den ersten Enttäuschungen nur erlagen, um sich desto krampfhafter an die letzten Hoffnungen zu klammern. Und es fehlten fast alle Organisationen, welche die wirre Masse gliedern konnten.

Neben dem großen Handwerkervereine, der sich ausschließlich oder vorwiegend Unterrichtszwecken widmete, und dem Berliner Arbeitervereine, der politischen Hochburg Schulzes, gab es nur drei Arbeitervereine im eigentlichen Sinne des Worts: den Altgesellenverein, der aus Schuhmachern bestand, den Buchdruckergehilfenverein und jenen Verein von Maschinenbauern in der Oranienburger Vorstadt, der sich Vorstädtischer Handwerkerverein nannte. Die Theilnahme dieser Vereine an Lassalles Agitation stellte sich in einer zunächst sehr auffallenden Form dar. Unter den fünf oder, Vahlteich eingerechnet, sechs Arbeitern, welche sich am Schlusse der Ansprache bereit erklärten, Einzeichnungen in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins entgegenzunehmen, befanden sich vier oder fünf Schuhmacher, ein Schriftsetzer und kein Maschinenbauer. Erwägt man nun, daß die Schuhmacherei dem untergehenden Handwerke, die Buchdruckerei der Manufaktur und der Maschinenbau der modernen Großindustrie angehörte, so scheinen sich die Berliner Arbeiter um so ablehnender gegen Lassalle verhalten zu haben, je höher die industrielle Entwicklungsstufe war, auf der sie standen.

Jedoch erklärte sich der innere Zusammenhang dieser seltsamen Erscheinung einfach genug. Die Schuhmacherei, von jeher ein übersetztes, weil leicht und mit geringen Mitteln zu ergreifendes Handwerk, war schon seit den vierziger Jahren zu einem großen Theile eine kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie geworden; in der Armenpflege Berlins und anderer Großstädte spielte seitdem der

hungernde Schuhmacher mit zahlreicher Kinderschaar eine hervorragende Rolle. In den sechziger Jahren brach nun der Maschinenbetrieb über dies Handwerk herein. Der Pariser Ausstellungsbericht von 1867 triumphirte: Mehr als drei Jahrtausende, seit der Zeit der Pharaonen, hat man die Schuhe in gleicher Weise mit der Hand gearbeitet, jetzt ist die rein mechanische Anfertigung gelungen. In den preußischen Militärschuhmachereien wurde mit Maschinen gearbeitet, die eine Berliner Fabrik das Stück zu 200 Thalern lieferte. In diesem Handwerke hieß es: Rette sich wer kann! Der Führer der zünftlerischen Bewegung war ein Schuhmachermeister, von Schulzes 200 Berufsgenossenschaften bestanden nicht weniger als 80 aus Schuhmachermeistern, zu Lassalles ersten und eifrigsten Anhängern gehörten intelligente Schuhmachergesellen, wie Vahlteich, Metzner, Arndt, Heuts, Voigt.

In einer anderen Lage befanden sich die Buchdruckergehilfen. Eine Reihe von Umständen — das rasche Aufblühen des Zeitungswesens und seine örtliche Gebundenheit, die reaktionäre Zerstörung der Schule, welche die Konkurrenz von Arbeitskräften für diesen der Schulbildung in so hohem Maße bedürftigen Beruf einschränkte, die vorläufige Sicherung vor maschinellem Betriebe und Anderes mehr — machten die Buchdruckergehilfen besonders geneigt zu einer gewerkschaftlichen Organisation, die ihnen nach ihrer richtigen Annahme einen gewissen Einfluß auf die Lohnhöhe gestatten würde. Der Berliner Buchdruckergehilfenverein, der 600 Mitglieder und damit etwa die Hälfte aller mit Drucken und Setzen beschäftigten Arbeiter Berlins umfaßte, hatte bereits an die Berliner Buchdruckereibesitzer das Ersuchen gerichtet, einen den Gehilfen in der Reaktionszeit aufgenöthigten Tarif zu revidiren, der zu den inzwischen sehr gestiegenen Lebensmittelpreisen in unerträglichem Mißverhältniß stand. Der Verein war natürlich kurzerhand abgewiesen worden und bekehrte sich jetzt zu Lassalles Grundsätzen, soweit sie ihm paßten. Er beanspruchte die Staatshilfe, indem er eine Petition um Aufhebung der Koalitionsverbote an das Staatsministerium richtete. In der Begründung dieser Petition berief er sich auf das eherne Lohngesetz, aber mit der Einschränkung, daß durch Koalition der Arbeiter eine „annäherungsweise Ausgleichung des Uebergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter" erreicht werden könne. Es war nur eine halbe Anhängerschaft, die Lassalle in dem Buchdruckergehilfenvereine gewann.

Ganz ablehnend stellten sich dann die Maschinenbauarbeiter zu seiner Agitation. Bei der damaligen hohen Blüthe der Maschinenfabrikation gut gelohnt, eine kräftige, rege, echt moderne Arbeiterschicht, waren die Maschinenbauer aller politischen und wirthschaftlichen Reaktion in tiefster Seele abhold. Sie sahen die preußischen Bureaukraten und Zünftler aus nächster Nähe am Werke, und sie waren dadurch sehr argwöhnisch geworden, daß sich der Führer der vorjährigen Arbeiterbewegung, noch dazu einer aus ihrer eigenen Mitte, als ein Werkzeug der Regierung entpuppt hatte. So konnte ihnen die Volkszeitung, mit der sie seit den fünfziger Jahren eng verwachsen waren, die „Staatshilfe" verhältniß-

mäßig leicht verekeln. Zudem petitionirten die fortschrittlichen Maschinenfabrikanten bei der Regierung um Aufhebung der Koalitionsverbote, was zwar nur, wie die Haltung der Fortschrittspartei sehr bald zeigen sollte, ein Fechterstreich war, um den wichtigsten Theil des Berliner Proletariats warm zu halten, aber für den Augenblick seines Eindrucks nicht verfehlte. Zu alledem kam nun noch Lassalles unglückliches Telegramm an Bismarck. Die Maschinenbauarbeiter blieben der Fortschrittspartei treu und ihre Haltung entschied für die Masse des Berliner Proletariats.

Einige Anhänger hatte Lassalle in der bürgerlichen Bevölkerung Berlins gewonnen, die Aerzte Eisner und Neumann, den Buchhändler Reinhold Schlingmann, den Kandidaten Alexi. Auch Liebknecht, der seit einem Jahre aus dem englischen Exile heimgekehrt war, schloß sich ihm um diese Zeit an. Liebknecht war kurze Zeit in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung thätig gewesen, die von August Braß, einem blutrothen Republikaner von 1848 her, als großdeutsch-demokratisches Organ begründet worden war, aber sehr schnell in Bismarcks Lager überging. Sobald Liebknecht dahinter gekommen war, schied er aus, um auf dem Berliner Pflaster wieder den harten Kampf ums Dasein zu beginnen, den er ein Dutzend Jahre auf dem Londoner Pflaster geführt hatte. Was ihn zum Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bewog, war nach seiner eigenen Angabe die Erfüllung einer Ehrenpflicht, eine Kundgebung der Sympathie gegenüber den Angriffen der fortschrittlichen Presse. Er dachte sonst wie Marx über Lassalles Agitation, und es war begreiflich genug, daß ihm nach den bösen Erfahrungen, die er eben mit Braß gemacht hatte, Lassalles taktische Wendung wider den Strich ging und selbst sein Mißtrauen erweckte. Auf der anderen Seite waren ihm die deutschen Verhältnisse fremd geworden, und er hegte die irrige Ansicht, daß Lassalle als alter Kommunist sich dennoch in fortschrittlich-demokratisches Fahrwasser und in die großpreußische Napoleonschwärmerei des Jahres 1859 habe verlocken lassen. So war die Antipathie gegenseitig, wie Liebknecht wohl mit Grund annahm.

Die schwachen Kräfte, mit denen Lassalle den Sturm auf Berlin versuchte, stießen auf einen weit überlegenen Widerstand. Die Fortschrittspartei erklärte, in Berlin habe der Sozialismus sein Haupt erhoben, in Berlin müsse er nun auch aufs Haupt geschlagen werden. Um einen so edlen Lorbeer zu erringen, verschmähte sie nicht die Hilfe der Polizei; sie legte wieder Werth darauf, dreimal Unrecht zu haben, nachdem Lassalle mit seiner Depesche an Bismarck einmal Unrecht gehabt hatte. Lokalabtreibereien, bei denen die Polizei hilfreiche Hand leistete, waren ihr erstes, und tumultuarische Störungsversuche, bei denen die Polizei abermals hilfreiche Hand leistete, ihr zweites Mittel. Eingedenk seiner rheinischen Erfahrungen, hielt Lassalle zunächst geschlossene Mitgliedersitzungen ab, um einen festen Kern seiner Anhänger zu schulen. Aber schon in der ersten dieser Sitzungen am 22. Oktober mußten elf Fortschrittler hinausexpedirt werden, die sich unter betrügerischer Einzeichnung in die Vereinslisten eingeschlichen hatten, um spektakeln

zu können. In der zweiten Sitzung am 2. November drang ein lärmender Menschenhaufe in den Saal ein, worauf sich der überwachende Polizeibeamte beeilte, die Versammlung aufzulösen. Eine dritte Sitzung am 10. November verlief verhältnißmäßig ruhig; es brauchten nur zwei fortschrittliche Radaugesellen hinausgethan zu werden, und die Polizei versagte ihnen sogar den erbetenen Beistand. Nun wollte Lassalle den Stier bei den Hörnern packen und berief eine öffentliche Versammlung in den großen Saal des Eldorado. Jedoch hinderte ihn eine heftige Halsentzündung am Erscheinen, und die Fortschrittler verbreiteten triumphirend, er habe sich aus Angst gedrückt. Als dann aber Lassalle am 22. November in einer neuen öffentlichen Versammlung erschien, die er wieder ins Eldorado berufen hatte, drang ein Haufe Polizeibeamter ein, trieb die Versammelten gewaltsam auseinander und verhaftete Lassalle unter der Anklage, in seiner Ansprache an die Arbeiter Berlins ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitet zu haben. Dazu schrien die anwesenden Fortschrittler, und leider auch fortschrittlich bethörte Arbeiter, wie besessen Bravo!

Lassalle wurde nach drei Tagen gegen Stellung einer Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen, doch sah er ein, daß sein Sturm auf Berlin mißlungen sei. Der Beifall der Arbeiter zu seiner Verhaftung bewies ihm, daß er noch keine Kraft erwecken könne, stark genug, den gemeinsamen Widerstand der Fortschrittspartei und der Polizei zu brechen. Ehrenhalber hielt er noch eine oder ein paar Versammlungen ab, die nicht mehr gestört wurden, sei es, daß ein Rest von Scham in der Fortschrittspartei erwacht war, sei es, daß sie sich der Arbeiter jetzt versichert hielt. Dann gab Lassalle die Agitation in Berlin auf. Die Zahl der Berliner Vereinsmitglieder war in diesen heftigen Kämpfen auf 200 gestiegen, sie sank schnell wieder auf 30 bis 40 herab, und höher hat sie sich nicht mehr erhoben, so lange Lassalle lebte.

II. Lassalle und Bismarck.

Derweil hatten die neuen Wahlen zum Abgeordnetenhause, trotz Bismarcks krampfhaftester Anstrengungen, Beeinflussungen und Maßregelungen, der Fortschrittspartei einen neuen Sieg gebracht. Zwar war auch die Zahl der konservativen Abgeordneten von einem Dutzend auf drei Dutzend gestiegen, aber nicht auf Kosten der Fortschrittspartei, sondern der altliberalen und anderer kleiner Mittelgruppen. Das neue Abgeordnetenhaus hob sofort die Preßordonanz auf, und Bismarck fügte sich ohne Weiteres. Seine Spekulation auf den nationalen Nerv war vorläufig mißglückt, doch fügte es sich, daß er sie sofort mit größerer Aussicht auf Erfolg wiederholen konnte.

Am 15. November starb der König von Dänemark ohne männliche Leibeserben, und am 18. November wurde die dänische Gesammtverfassung erlassen, die entgegen dem Londoner Protokolle das Herzogthum Schleswig dem Königreiche

Dänemark einverleibte. Damit war die schleswig-holsteinische Frage, in der sich seit einem halben Menschenalter die deutsche Schande gewissermaßen verkörperte, wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Eine unzweifelhaft starke Bewegung ging durch die Nation. In Hunderten von Volksversammlungen wurde Gut und Blut für die Befreiung der Herzogthümer vom dänischen Joche versprochen, wurde beschlossen, für diesen Zweck Geld zu sammeln und Freiwilligenschaaren zu werben. Dieser Bewegung traten die deutschen Großmächte, Oesterreich und Preußen, schroff entgegen, indem sie am Londoner Protokolle festhielten, das die schleswig-holsteinische Erbfolgeordnung durch einen widerrechtlichen Gewaltstreich zu Gunsten des dänischen Thronfolgers beseitigt hatte. Sie erklärten, gegen Dänemark nur einschreiten zu wollen, weil es die im Londoner Protokolle gegen Schleswig-Holstein übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, erkannten damit aber gerade die Rechtsbeständigkeit dieser Urkunde an, deren Zerreißung die nationale Bewegung ungestüm verlangte. Soweit waren die Voraussetzungen zu dem revolutionären Volkskriege um Schleswig-Holstein gegeben, den Marx 1848 und Lassalle 1859 verlangt hatten.

Jedoch gelang es der deutschen Bourgeoisie, in holdem Einklange mit der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie, die nationale Bewegung sofort in eine Sackgasse zu verrennen: in das Erbrecht der Augustenburger, ein Fürstenrecht, dessen Legitimität auf irgend einer mittelalterlichen Schafshaut, dessen moralische Unversehrtheit und politische Berechtigung auf einem ganz anderen Blatte geschrieben stand. Der augustenburgische Prätendent selbst gehörte zu den nach Charakter und Geist gleich nichtigen Dutzendprinzen, die Deutschland überschwemmten; er begann den Kampf um sein sogenanntes Recht mit einem Bettelbriefe an Louis Bonaparte. In Deutschland waren seine eifrigsten Vorkämpfer der Herzog von Koburg-Gotha, jener Hans in allen Gassen, der sich einer europäischen Lächerlichkeit erfreute, und der sächsische Minister v. Beust, jener ruchloswindige Zwergdiplomat, dessen an den Dresdener Maikämpfern verübten Schandthaten zum europäischen Skandal geworden waren.

Trotz dieser mißlichen Bundesbrüderschaft beeilte sich die deutsche Bourgeoisie, allen Einfluß, den sie auf die deutschen Massen besaß, der augustenburgischen Agitation dienstbar zu machen. Groß- und Kleindeutsche vereinten sich für diese erhabene Aufgabe, und ein neuer Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. setzte einen Sechsunddreißiger-Ausschuß nieder, der mit den fürchterlichsten Null- und Nichtigkeitserklärungen die österreichischen und preußischen Bajonette aus der Welt zu dividiren unternahm. Es kam bald so weit, daß sich die radikalen Elemente der Bourgeoisie gegen den abstoßenden und nichtssagenden Spektakel empörten. Als dem „rein deutschen" Minister Beust für seine Verdienste um die schleswig-holsteinische Sache ein Nationalgeschenk überreicht werden sollte, erschienen in der Wochenschrift des Nationalvereins einige Aufsätze, die dies Uebermaß der Entehrung dadurch abwandten, daß sie die schauerlichen Geheimnisse des Zuchthauses in Waldheim enthüllten, in denen Beust die Maikämpfer mit satani-

schen Foltern mißhandelt hatte. Und als sich die preußische Fortschrittspartei beeilte, in die Augustenburgerei hineinzutaumeln, ging ihr linker Flügel nicht darauf ein. Vielmehr erklärte Waldeck, das preußische Abgeordnetenhaus habe durchaus keinen Anlaß, sich für einen Prätendenten dieses Schlages zu begeistern, vernünftiger noch als die Etablirung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den schleswig-holsteinischen Grenzmarken sei ihre Annexion an Preußen. Eben dies war der vorläufig geheime Endzweck, den Bismarck auf den verschlungenen Wegen einer durch und durch reaktionären Kabinetspolitik, aber immerhin mit einer Geschicklichkeit verfolgte, die den gemeinsamen staatsmännischen Talenten der mittel- und kleinstaatlichen Diplomatie wie der groß- und kleindeutschen Bourgeoisie überlegen war.

Dem „schleswig-holsteinischen Dusel" stand Lassalle ebenso ablehnend gegenüber wie Marx seiner Zeit dem meerumschlungenen Schoppenenthusiasmus. So weit die nationale Bewegung von echtem Gehalt war, ergriff sie auch die Arbeiter; namentlich die Hamburger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die den umstrittenen Ländern so nahe wohnten, erließen einen Aufruf, der zu Geldsammlungen und Truppenwerbungen für das „gute deutsche Recht" aufforderte, wobei es übrigens auf keine fortschrittliche Schwanzpolitik, sondern auf eine selbständige Aktion der Arbeiterklasse abgesehen war. Es lag auf der Hand, daß eine solche Aktion unter den obwaltenden Verhältnissen den herrschenden Klassen nur einen willkommenen Anlaß bieten konnte, die junge Arbeiterbewegung zu ersticken, und so beeilte sich Lassalle, die drohende Gefahr rechtzeitig zu beschwören. Er verfaßte eine Resolution, die das Londoner Protokoll als einen Gewaltstreich und das legitime Fürstenrecht als ein Phantom kennzeichnete. Es sei die Pflicht aller deutschen Regierungen, die Herzogthümer aus der Gewalt der dänischen Krone zu reißen, aber von der Entsendung von Freiwilligen und von Turnern nach Schleswig-Holstein müsse mit äußerstem Nachdrucke gewarnt werden. Das Volk würde dadurch seine opferwilligsten Vorkämpfer verlieren, deren Zusammenhaltung dringender als je erforderlich sei. Den gewaltigen zentralen Aufgaben gegenüber, die in Deutschland selbst gelöst werden müßten, sei es von verhältnißmäßig sehr untergeordnetem Interesse, ob, so lange in Deutschland einige dreißig Fürsten herrschten, einer davon ein ausländischer Fürst sei. Die sich für das legitime Fürstenrecht begeisternden Anhänger der Fortschrittspartei und des Nationalvereins schienen Schleswig-Holstein als eine Gelegenheit benützen zu wollen, um die Aufmerksamkeit von der inneren Lage abzulenken und der Lösung eines Konflikts, dem sie nicht gewachsen seien, unter dem Scheine des Patriotismus zu entfliehen. Das Volk aber solle nicht vergessen, daß sich durch die Einheit und Freiheit Deutschlands die schleswig-holsteinische Frage von selbst löse, während kein Erfolg in Schleswig-Holstein die deutsche Einheit und Freiheit zu sichern vermöge.

Die Resolution gelangte überall im Vereine zur Annahme. Auch die Hamburger Mitglieder, deren erstes Feuer Lassalle als ganz ehrenvoll anerkannte,

beruhigten sich allmälig. Von den beiden Vorstandsmitgliedern, die in Hamburg wohnten, hatte Audorf von vornherein den Kopf oben behalten, während Perl noch ein besonderes Schreiben Lassalles erhielt, mit der dringenden Warnung, nichts für die Aufstellung von Freiwilligen zu thun. Ohne Zweifel entsprach Lassalles Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage unter den damaligen Verhältnissen durchaus den Interessen des Proletariats, und das galt ebenso von der Resolution, die Lassalle etwa gleichzeitig in der polnischen Frage fassen ließ.

Diese Resolution erkannte dem polnischen Aufstande von 1863 das europäische Verdienst zu, die Illusion des Panslavismus zu zerstören und zugleich die früher von vielen deutschen Patrioten gehegte Befürchtung eines zwischen Napoleon und dem Zaren unter dem Mantel des Nationalitätsprinzips geschlossenen Bündnisses unmöglich zu machen. Damit sei die wichtigste Vorarbeit für eine solidarische Politik der europäischen Demokratie geschaffen. Um Deutschland habe sich der polnische Aufstand das spezielle Verdienst erworben, eines der mächtigsten äußeren Hindernisse für die Herstellung der deutschen Einheit zu beseitigen, wenn Deutschland die polnische Erhebung zu seiner Neugestaltung benütze. Die Wiederherstellung eines selbständigen Polens unter dem Schutze Deutschlands sei dessen glorreichste und legitimste auswärtige Aufgabe, der Krieg zu diesem Zwecke das direkteste Interesse Deutschlands, die einzige Sühnung des durch die Theilung Polens mitbegangenen Unrechts und zugleich seine wahrhafte Emanzipation von dem, von Osten wie von Westen her auf ihm lastenden Drucke. Die einzige Einschränkung, die Lassalle machte, bezog sich auf die friedliche Germanisirung polnischer Landstriche, die er höher einschätzte, als Marx sie in der Neuen Rheinischen Zeitung, und etwa so, wie Marx sie in der New York Tribune eingeschätzt hatte. Lassalle sah darin eine von speziellen Untersuchungen abhängige faktische Frage. Der prinzipielle Inhalt sowohl seiner polnischen wie seiner schleswig-holsteinischen Resolution ließ sich vom kommunistisch-revolutionären Standpunkt aus nicht anfechten, wie denn auch beide Resolutionen vom kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London bestätigt wurden.

Die politische Entwicklung im Winter von 1863 auf 1864 war nun in großen Zügen diese. Das preußische Abgeordnetenhaus verweigerte eine Anleihe von 12 Millionen Thalern, die Bismarck für die Exekution gegen Dänemark gefordert hatte und strich im Etat für 1864 abermals die Kosten der Heeresreorganisation. Da Bismarck von vornherein erklärt hatte, er werde sich an diese Beschlüsse nicht kehren, so schlug Jacoby vor, der Regierung das ganze Budget zu verweigern; einem Ministerium, das absichtlich und grundsätzlich die Verfassung verletze, dürfe überhaupt keine Verfügung über Staatsgelder anvertraut werden. Das war in seiner Art konsequent. Aber die Mehrheit der Fortschrittspartei war in ihrer Art auch konsequent, wenn sie meinte, eine Verweigerung des ganzen Budgets sei rein illusorisch und würde im völligen Verpuffen der beabsichtigten Wirkung die Lage der Opposition noch verschlechtern, es sei denn, daß die Steuerzahler die Steuern zu zahlen verweigerten, und daran sei

nicht zu denken. So begnügte man sich, dem Budget von rund 135 Millionen Thalern noch nicht ganz 6 Millionen Thaler abzustreichen, womit Bismarck nun aber auch gewonnenes Spiel hatte. Er schickte den Landtag am 25. Januar 1864 mit einer sehr ungnädigen Strafpredigt an das Abgeordnetenhaus nach Hause und nahm, wie er verheißen hatte, das Geld, wo er es fand. Für die verhältnißmäßig geringe Höhe der Summen, um die es sich handelte, hatte er vorläufig finanzielle Hilfsquellen genug, und die Staatsgläubiger beruhigte er durch einen, am 12. Februar veröffentlichten Beschluß des Staatsministeriums, der die Finanzverwaltung an bestimmte, fest umgrenzte Normen band. Diese Vorgänge bestätigten aufs Neue Lassalles Ansicht, daß die gänzliche Stillesetzung der konstitutionellen Maschinerie das einzige Mittel der Opposition gewesen sein würde, die Regierung lahm zu legen. Mit seinem Fortparlamentiren hatte das Abgeordnetenhaus nur erreicht, daß es als politische Macht überhaupt nicht mehr mitzählte.

Ja noch mehr: es wurde geradezu eine Stütze seines Gegners. Mit dem Frankfurter Fürstentage und der schleswig-holsteinischen Krisis gerieth Bismarck in ein Kreuzfeuer feudaler und höfischer „Friktionen", von denen er sehr wohl wußte, daß sie sich immer mehr kompliziren würden, je mehr sich seine deutsche Politik enthüllte. Die Königin Augusta, die als Schülerin Goethes eine gebildete Frau war, hatte den ostelbischen Junker nie gern gesehen; das kronprinzliche Paar war liberal und noch weit mehr augustenburgisch gesinnt; die einflußreiche Königin-Wittwe scheute jedes Zerwürfniß mit Oesterreich, und die gleiche Scheu empfand ein sehr großer Theil des Junkerthums. Alle diese Einflüsse stürmten auf das zaghafte Gemüth des Königs ein. Damals wurde ein angebliches Wort Bismarcks viel kolportirt: kaum sei der alte Schimmel an den Rand des Grabens gespornt, so scheue er immer mit einem mächtigen Satze zurück. Was Bismarck trotzdem in der Gunst des Königs erhielt, war die Dreistigkeit, womit er das rebellische Abgeordnetenhaus abtrumpfte. Er wußte sehr wohl, was er that, wenn er die Schatten des 18. März vor dem Könige beschwor, wenn er nach seiner eigenen Erzählung den König mit Karl I. von England, sich selbst mit Strafford und die harmlosen Manchestermänner, die blos ein wenig mit der Kuponschere an den „unproduktiven" Heeresausgaben schnipfeln wollten, mit lauter blutdürstigen Cromwells verglich.

In der schleswig-holsteinischen Sache ging Bismarck auf Grund des Londoner Protokolls vor, gemeinsam mit Oesterreich, das sich jetzt gern von ihm finden ließ, aus Sorge um die nationale Bewegung und daneben, nach einigen parlamentarischen Andeutungen österreichischer Minister, auch wohl aus geheimem Argwohne gegen ihn selbst. Um die bundestägliche Mehrheit und die vernichtenden Resolutionen der Sechsunddreißiger kümmerte sich Bismarck nicht weiter. Er sagte, politische Fragen seien Machtfragen, die deutschen Großmächte seien das Glashaus, das den deutschen Bund vor europäischem Zugwinde schütze, Preußen könne sich nicht von einer Mehrheit majorisiren lassen, die etwa ein paar Millionen

repräsentire. Höchstens benutzte er die pomphaften Resolutionen der Sechsunddreißiger vor den auswärtigen Mächten ähnlich, wie die pomphaften Reden der preußischen Abgeordneten vor dem Könige; er that so, als könnten jene Proklamationen die Revolution in Deutschland entfachen, wenn die deutschen Großmächte nicht wenigstens auf Grund des Londoner Protokolls gegen Dänemark einschritten. Die Komik dieser Mystifikation überboten die Sechsunddreißiger dann freilich noch, indem sie eine neue Proklamation vom Stapel ließen, worin sie sich über ihre sonstigen Mißerfolge damit trösteten, daß sie „Oesterreich und Preußen, diese der nationalen Ehrensache feindlichen, auf ihren prinzipiellen Gegensatz gegen die *nationale* Strömung *pochenden Mächte* dennoch *nach* Schleswig *getrieben*" hätten.

Im Januar 1864 richteten Oesterreich und Preußen die Aufforderung an Dänemark, die neue Gesammtverfassung zurückzunehmen, widrigenfalls sie einschreiten müßten; setze Dänemark ihrem Einschreiten bewaffneten Widerstand entgegen, so löse der Krieg alle Verträge und das Londoner Protokoll stehe dann überhaupt zur Diskussion. Dänemark blieb hartnäckig, und es kam zum Kriege. Am 18. April stürmten preußische Regimenter die Düppeler Schanzen. Auf Betreiben Englands wurden dann auf einer internationalen Konferenz in London neue Ausgleichsversuche gemacht. Nunmehr sagte sich Bismarck von dem Londoner Protokolle los, und zugleich tauchten im preußischen Staate, wie in den Herzogthümern selbst Adressen auf, die mit der einstweilen verschämten und verschleierten Forderung der preußischen Annexion an den König herantraten und von ihm freundlich aufgenommen wurden. Bismarck schrieb darüber an einen Vertrauten, es scheine ihm zweckdienlich, „alle Hunde loszulassen, welche bellen wollten"; das „gesammte Geläut der Meute" wirke dahin zusammen, daß den Ausländern die Unterwerfung der Herzogthümer unter die Dänen unmöglich erscheine. Der Augustenburger und „alle ewig Ungedeelten bis zur Königsau" müßten daran gewöhnt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen könne. Die Adressen sollten den Herzogthümern den „Schwindel" abgewöhnen, sich als Geburtstagskind in der deutschen Familie anzusehen, für dessen Partikularinteressen Preußen mit seiner Existenz einzutreten habe. Und zur „Beleuchtung der Situation" fügte Bismarck „schließlich" hinzu, daß für ihn die preußische Annexion zwar nicht der oberste und nothwendige Zweck, wohl aber das angenehmste Resultat sei.

Während dieser politischen Entwicklung haben persönliche Verhandlungen zwischen Lassalle und Bismarck stattgefunden. Was darüber bekannt geworden ist, beruht auf Mittheilungen, welche die Gräfin Hatzfeldt einer- und Bismarck andererseits im Jahre 1878 gemacht haben. Sie gehen in manchen Punkten auseinander. So ist gleich streitig, wer die Verhandlungen begonnen hat: nach der Gräfin Hatzfeldt ist es Bismarck gewesen, nach Bismarck selbst aber Lassalle. Ueber diesen Punkt läßt sich nichts Sicheres feststellen, und es kommt auch nicht viel darauf an, da Bismarck zugiebt, daß er sich leicht habe finden lassen und

Lassalle, wenn er es für nöthig oder wünschenswerth hielt, überhaupt mit Bismarck zu verhandeln, auf eine formelle Etikettenfrage schwerlich so großen Werth gelegt hat, wie die Gräfin Hatzfeldt später behauptete. Ob die Verhandlungen drei- oder viermal stattgefunden haben, wie Bismarck, oder viel häufiger, wie die Gräfin Hatzfeldt sagt, läßt sich ebenfalls nicht entscheiden und ist auch ziemlich gleichgiltig. In einem dritten Punkte hat die Angabe Bismarcks die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Nach der Gräfin Hatzfeldt hat Lassalle die Beziehungen abgebrochen, weil Bismarck sich geweigert habe, das allgemeine Wahlrecht sofort zu oktroyiren, während nach Bismarck irgend ein Bruch nicht erfolgt ist, was dadurch glaubwürdig wird, daß Lassalle bis an sein Lebensende für die Uebersendung seiner Kundgebungen an Bismarck sorgte. In der ungleich wichtigeren Frage aber, um was es sich bei diesen Unterredungen gehandelt habe, hat die Gräfin Hatzfeldt unzweifelhaft Recht mit der Antwort: um politische Geschäfte. Bismarcks Versicherung, er habe mit Lassalle gemüthlich geplaudert, wie mit einem geistreichen Gutsnachbarn, kann nur den Rang einer lustigen Ausflucht beanspruchen.

Nichts ergötzlicher denn auch, als der Versuch Bismarcks, seine Versicherung zu begründen. Er sagte darüber im Jahre 1878: „Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können! Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stile war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.“ Diese Sätze zeigen, daß Person gegen Person gerechnet bei diesen Unterredungen Bismarck der arme Teufel gewesen ist, und sein Versuch, mit dem Sozialismus Kirschen zu essen, hat denn auch damit geendet, daß er die Steine bekam, wie Lassalle vorausgesagt haben soll.

Ihre Verhandlungen bewegten sich, wie die Gräfin Hatzfeldt angiebt und Bismarck anerkennt, um das allgemeine Wahlrecht und die Produktivassoziationen mit Staatskredit. Und man darf hinzufügen, daß es für Lassalle auf jenes und für Bismarck auf diese angekommen sei. Neuerdings hat ein strebsamer Professor Disraeli, Louis Bonaparte und Bismarck als die drei klassischen Vertreter des Imperialsozialismus gefeiert, wobei Disraeli und selbst Bonaparte unverdient

schlecht fortkommen. Will man überhaupt von einem Sozialismus Bismarcks sprechen, so muß man ihn als Almosen- oder Lakaiensozialismus taufen. Die gehässige Bornirtheit, womit Bismarck nicht nur, wie selbstverständlich, dem revolutionären Emanzipationskampfe des Proletariats, sondern auch allen Sozialreformen entgegengetreten ist, welche die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu heben geeignet sind, ist hinlänglich bekannt; dies Jahrhundert hat keinen Profitwütherich gesehen, der grimmiger als Bismarck die Sonntagsruhe der Arbeiter für ein Danaergeschenk erklärt oder die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit in den Fabriken als einen nichtswürdigen Eingriff in das innere Heiligthum der Familie verflucht hat. Bismarcks sogenannter Sozialismus erschöpfte sich in den Worten, die er einmal einem seiner Tintenkulis als Leitmotiv für die offiziöse Abschlachtung der Arbeiterfrage angab: „Wer Aussicht auf Pension für das Alter oder die Invalidität hat, sei sie auch noch so klein, der fühlt sich wohler und zufriedener mit seinem Schicksal, der ist viel williger und leichter zu behandeln als der, welcher in eine ungewisse Zukunft blickt. Betrachten Sie z. B. den Unterschied zwischen einem Privatdiener und Kanzleidiener oder Hofbedienten, diese werden sich weit mehr bieten lassen, weil sie weit mehr Anhänglichkeit an ihren Dienst haben als jener, denn sie haben Pension zu erwarten." Bismarcks Sozialismus, wenn man denn einmal dies Wort mißbrauchen will, hat immer darin bestanden, die Arbeiter durch Almosen zu verblenden, damit sie wie höfische Lakaien sich leichter behandeln und sich mehr bieten ließen.

Von diesem genialen Gesichtspunkt aus faßte Bismarck auch die Produktivassoziationen mit Staatskredit auf. Seine bonapartistischen Mätzchen waren im Staatsministerium auf einen gewissen Widerstand gestoßen, die alten bureaukratischen Zöpfe verstanden sich noch nicht auf diesen neumodischen Schwindel. Um so mehr sah sich Bismarck anderweitig nach gutem Rathe um. Seine eigene ökonomische Weisheit bestand in einem trüben Mischmasch feudal-mittelalterlicher Reste und vulgär-ökonomischer Anfänge, entsprechend der Stellung eines von kapitalistischem Profithunger angefressenen Junkers. Natürlich täuschte sich Lassalle keinen Augenblick so über Bismarcks sozialistische Gesinnung, wie sich Bismarck über Lassalles monarchische Gesinnung täuschte. Das Entsetzen, womit Lassalle hinter den Almosen- und Lakaiensozialismus gekommen ist, spiegelt sich deutlich genug wieder in den energischen Protesten, die er von nun an wiederholt gegen alles Experimentiren mit seinem Vorschlage der Produktivassoziationen richtete. Er nutzte höchstens Bismarcks Thorheit für seine Zwecke aus, wie im Frühjahr 1864, als eine Deputation von drei schlesischen Webern in Berlin erschien, um die Hilfe des Königs gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter anzurufen.

Die chronische Noth der schlesischen Weber war damals durch die Baumwollenkrisis in eine akute Katastrophe umgeschlagen. Bereits im August 1862 hatten die Fabrikanten des Kreises Reichenbach den Landrath Olearius auf die „bedenkliche Situation" aufmerksam gemacht und für den Winter um Vorkehrungen

gegen die unter den Webern herrschende Noth ersucht. Olearius hatte ihnen geantwortet, daß sämmtliche Fabrikanten gewiß selbst alles aufbieten würden, um aus eigenen Mitteln dem drohenden Nothstande zu begegnen; ihre Lage habe sich im Allgemeinen gebessert, während die Lage der Arbeiter in derselben traurigen Beschaffenheit bleibe. Und als die Fabrikanten nun die Errichtung eines Arbeitshauses für die beschäftigungslosen Weber beantragten, hatte Olearius sie höhnisch beschieden, dieser Vorschlag werde seinen Urhebern „nicht mit Unrecht" den Haß der Arbeiterbevölkerung zuziehen. Ein Arbeitshaus solle eine ohne Verschuldung in Noth gerathene zahlreiche Bevölkerung, die kaum je in der Lage gewesen sei, sich einen Nothpfennig zu erübrigen, und mit deren Thätigkeit Andere reich geworden seien, vor Hunger schützen? Dieser Landrath war ein kleinster Bonaparte und deshalb ein Mann nach dem Herzen des kleinen Bonaparte, der gleich darauf, im September 1862, preußischer Ministerpräsident wurde. Die Sache hatte ziemliches Aufsehen gemacht und auch eine parlamentarische Debatte veranlaßt. Der Kreis Reichenbach, in dem die großen Weberdörfer Langenbielau und Peterswaldau lagen, war ein heißer Boden, und unter den dortigen Fabrikanten befand sich ein Führer der Fortschrittspartei, Leonor Reichenheim, der in Wüste-Giersdorf eine große Spinnerei und Weberei besaß, eine jener Fabriken, welche die Seehandlung in den vierziger Jahren gegründet und Hansemann im Jahre 1848 um jeden Spottpreis verschleudert hatte. Reichenheim war ein kapitalistischer Fabrikant des gewöhnlichen Schlages; er verhöhnte die von ihm ausgebeuteten Arbeiter nicht in der Art der Gebrüder Zwanziger, aber er tröstete sie mit Schulzes Sparrezepten, was die undankbaren Weber auch als bitteren Hohn auffaßten. Sie antworteten wahr genug: Wovon sollen wir sparen, sollen wir unseren Magen in den Rauchfang hängen?

Aus Wüste-Giersdorf kam nun im Frühjahr 1864 der Weber Florian Paul mit zwei Genossen nach Berlin, um ihre Klagen an den Stufen des Thrones niederzulegen; sie waren beauftragt von 300 Webern, die zumeist von Reichenheim beschäftigt wurden. Wahrscheinlich ist den Webern dieser Schritt von feudaler Seite zugeflüstert worden; es ist nicht abzusehen, woher sie sonst ihr Vertrauen zum Königthum geschöpft haben sollten, das zwanzig Jahre früher ihren Widerstand gegen die schamloseste Ausbeutung mit blauen Bohnen, mit Peitschenhieben, mit Karren und Ketten gestraft hatte. Amtlich erklärte der Landrath Olearius allerdings, er könne die Absicht der Weber nicht fördern und nicht hindern. Das Herz dieses Braven war getheilt, da sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Minister des Innern, und ebenso der Handelsminister, dem die Gewerbepolitik unterstand, von bonapartistischen Künsten nichts wissen wollten. Es dauerte denn auch vier Wochen, bis Bismarck seinen Willen durchsetzte und der Weberdeputation eine Audienz beim Könige verschaffte.

In der Zwischenzeit sahen sich die Weber in Berliner Arbeiterkreisen um, und geriethen an den damals vielgenannten Arbeiter Karl Preuße, der sowohl dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine Lassalles, als dem Berliner Arbeiter-

vereine Schulzes angehörte. Die Fortschrittler behaupteten, Preuße sei ein Agent Wageners und suchten auch daraus einen Strick für Lassalle zu drehen, in dessen Hause Preuße gesehen worden war. Soweit sich die Behauptung heute noch nachprüfen läßt, war sie eine grundlose Verdächtigung. Die sehr zahlreichen Reden Preußes, die in den Berichten der damaligen Presse über die Berliner Arbeiterbewegung vorliegen, lassen in ihm einen jener schwatzhaften, aber wohlmeinenden Vereinsmeier erkennen, die sich überall vordrängen und schließlich überall mit einer Art heiteren Wohlwollens geduldet werden; als die Fortschrittler ihn, zur besseren Bekräftigung ihrer Behauptung, aus dem Berliner Arbeiterverein ausschließen lassen wollten, hinderte die große Mehrheit der Mitglieder das Vehmgericht, indem sie erklärte, Preuße sei zwar ein wunderlicher Kauz, aber ein ehrlicher Kerl. Den schlesischen Webern, die ihn um Hilfe und Rath angingen, sagte Preuße, er sei selbst kein Schriftgelehrter, aber sie möchten sich nur an Lassalle, Schulze-Delitzsch und Wagener wenden, die eigentlichen Schriftgelehrten der Arbeiterfrage, und als die Weber meinten, an Schulzes Rezepten hätten sie vorläufig genug, empfahl er ihnen statt des Sparapostels den Schriftsetzer Dittmann, den Vorsitzenden des Berliner Arbeitervereins.

Die Weber fanden an Lassalle weit größeren Geschmack, als an Dittmann und Wagener. Florian Paul wurde Bevollmächtigter für Wüste-Giersdorf, und der Kreis Reichenbach gehörte bald zu den stärksten Stützen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dagegen spielte Bismarck durchaus den armen Teufel, als er die Weberdeputation beim Könige einführte. Das „soziale Königthum" blamirte sich bis auf die Knochen, indem der König den Webern das nie eingelöste Versprechen „einer baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhilfe ihrer Noth" spendete; eine bureaukratische Kommission, die zur Untersuchung der von den Webern erhobenen Beschwerden niedergesetzt wurde, fand alles in schönster Ordnung, und Leonor Reichenheim trug eine Art Märtyrerkrone aus dem Handel davon. Er hatte inzwischen unter den aufsässigen Webern fürchterliche Musterung gehalten, und Bismarck streckte den ausgesperrten Arbeitern aus der königlichen Schatulle ein kleines Kapital vor, um eine Produktivassoziation zu gründen. Jedoch hatte er auch damit kein Glück, denn dies Musterinstitut, in dessen Leitung der Landrath Olearius seine staatsmännischen Talente bewähren sollte, machte binnen Jahr und Tag eine glorreiche Pleite. Die Höhe des Almosens, durch das Bismarck die schlesischen Weber zu höfischen Lakaien schmeidigen wollte, wird verschieden angegeben, im Mindestbetrage zu 6000, und im Höchstbetrage zu 12000 Thalern.

Nahm Bismarck ein demagogisches Interesse an den Produktivassoziationen mit Staatskredit, so nahm Lassalle ein demokratisches Interesse an dem allgemeinen Wahlrechte. Um diese Waffe, mit welcher er sich getraute, sowohl die Fortschrittspartei wie die Reaktion zu schlagen, war es ihm in seinen Verhandlungen mit Bismarck zu thun. Er sah richtig voraus, daß Bismarck über kurz oder lang auf das allgemeine Wahlrecht zurückgreifen müsse, aber er irrte darin, daß er durch

seine persönliche Beredsamkeit diesen Zeitpunkt beschleunigen zu können hoffte. Täuschte sich Bismarck in Lassalle nach der Art eines beschränkt-pfiffigen Geschäftsmannes, so täuschte sich Lassalle in Bismarck nach der Art eines groß und weit blickenden Idealisten, der bei dem Gegner Gesichtspunkte voraussetzte, die diesem so fremd waren, wie einem Südseeinsulaner die Hegelsche Philosophie.

Was Lassalle gesagt hat, um Bismarck zur Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts zu veranlassen, läßt sich aus seinen späteren Reden mit ziemlicher Sicherheit schließen. Von der Auffassung aus, daß die preußische Verfassung noch nicht einen Tag rechtlichen Daseins gehabt habe, sah Lassalle in der Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts nicht einen Bruch, sondern eine Wiederherstellung des Rechts, und das war auch ganz plausibel, falls man überhaupt so gutmüthig sein wollte, von einem Rechte in Preußen zu sprechen, nach den unzähligen Rechtsbrüchen, auf denen dieser gesegnete „Rechtsstaat“ beruhte. Jedoch war diese ganze Beweisführung verschwendete Mühe, soweit sie auf Bismarck und dessen König wirken sollte. Beide hatten an so vielen Rechtsbrüchen theilgenommen, daß es ihnen auf einen Rechtsbruch mehr oder weniger nicht anzukommen brauchte und, wie eine nahe Zukunft zeigen sollte, auch wirklich nicht ankam. Ebenso wenig waren sie zugänglich für Lassalles Appell an die „Allergebildetsten und Allerintelligentesten“, die in ihrem Hader mit der Bourgeoisie die Berufung auf das Volk als einen „Ausweg von der höchsten historischen Weihe“ erkennen würden, oder für Lassalles Appell an das Königthum, das noch „aus seinem ursprünglichen Teige geknetet“ dastehe, auf den Knauf des Schwerts gestützt. Das war ihnen abermals unverfälschtes Sanskrit. Sie kannten jetzt das Volk, das Friedrich Wilhelm IV. in seinen Anfängen noch nicht gekannt hatte, den puer robustus sed maliciosus, den rüstigen und bösartigen Knaben, der am 18. März 1848 den „ursprünglichen Teig“ des legitimen Königthums mit derben Fäusten geknetet und das Schwert des Prinzen von Preußen zerbrochen hatte. Sie hüteten sich wohlweislich, ihn vorzeitig auf die Bühne zu rufen. In der That vergaß Lassalle bei diesem Räsonnement zwei seiner eigenen Sätze, sowohl den Satz: Individuen lassen sich täuschen, Klassen nie, als auch den Satz: Lieber noch als die Revolution von Unten will die Fortschrittspartei den Despotismus von Oben. Bismarck war nicht nur eine Person, sondern auch eine Klasse, und er wußte sehr gut, daß er im Nothfalle die Bourgeoisie viel billiger haben könne, als um ein großes Zugeständniß an das Proletariat.

Er liebte die Dreiklassenwahl durchaus nicht, die in den letzten Jahren neben ihrem antidemokratischen auch ihren antifeudalen Charakter so scharf hervorgekehrt hatte, und er sollte sie bald als das „elendeste und widersinnigste“ Wahlsystem kennzeichnen. Er verkannte auch nicht die einladenden Seiten, welche das allgemeine Wahlrecht für die Junker hat, so lange das ländliche Proletariat unter ihrer Botmäßigkeit steht. Aber sein Klassenbewußtsein war viel zu stark ausgeprägt, um die zweischneidige Art vorzeitig zu probiren. Vor der Hand paßte die gemüthlich-schläfrige Art, in welcher die Fortschrittspartei den Ver-

fassungsstreit führte, durchaus in seinen Kram; er hatte nicht nur keinen dringenden, sondern für absehbare Zeit überhaupt keinen Anlaß, in Preußen das allgemeine Wahlrecht zu oktroyiren. Niemand bewies ja schärfer, als Lassalle, die Hoffnungslosigkeit der fortschrittlichen Opposition.

Die deutsche Frage aber, in welcher Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts zuerst ausgespielt hatte, steckte noch tief in den wirrenreichen Anfängen seiner reaktionären Kabinetspolitik, der Lassalle keinen fortreißenden Athem einhauchen konnte. Bismarck war durchaus ein Diplomat der alten Schule, der nicht daran dachte und nicht einmal daran denken durfte, jenes starke Spiel mit den Karten auf dem Tische zu spielen, das Lassalle ihm zumuthete. Die Offenherzigkeit, die er zeitweise heraushing, um seine Verschlagenheit desto besser zu verdecken, glich jener „stärksten Diplomatie, welche ihre Berechnungen mit keiner Heimlichkeit zu umgeben braucht, weil sie auf erzene Nothwendigkeit gegründet sind", doch nur, wie ein Kameel dem Pferde oder wie die Revolution von Oben der Revolution von Unten gleicht. Das Großpreußen, das Bismarck erstrebte, konnte alles eher brauchen, als jenes „erhöhte Seelenleben" und jene „immense Expansivkraft" der Nation, die Lassalle vom allgemeinen Wahlrechte verhieß.

In seinen Verhandlungen mit Bismarck betrat Lassalle einen falschen Weg, auf den ihn ein Uebermaß persönlichen Selbstvertrauens und eine ideologische Unterschätzung des Gewichts verlockte, das moderne Klassenkämpfe in sich selber tragen. Gewiß wußte Lassalle gegenüber der Reaktion vollkommen freie Hand zu behalten, und immer durfte er sich sagen, daß er mit ihr spiele, und sie nicht mit ihm. Aber der Versuch, mit List in eine Festung zu dringen, die mit Gewalt noch nicht zu erobern war, hat ihn doch zu manchem mißverständlichen Worte verleitet.

III. Lassalles Kämpfe mit Justiz und Polizei.

Wie wenig der altpreußische Staat zu überlisten war, hätte Lassalle schon aus der Wuth entnehmen können, womit die preußischen Behörden über ihn und seine Agitation herfielen. Bismarck schützte ihn dagegen nicht, er hätte es auch schwerlich gekonnt, selbst wenn er es gewollt hätte. Der Polizeistaat hat seinen Kopf für sich, er reagirt instinktiv auf jeden Versuch, die Massen seiner Fuchtel zu entreißen, und die biederen Polizisten, welche die Arbeiter von Lassalle weg zu Schulze-Delitzsch drangsaliren wollten, blieben ganz in ihrer Rolle.

Die Art aber, wie Lassalle den Kampf mit Justiz und Polizei führte, gereicht ihm zur höchsten Ehre. Um einen Strohhalm groß sich regen, steht Ehre auf dem Spiel: das war seine Parole in diesem Kampfe, und er sprach oft aus, was der deutsche Liberalismus nie begriffen hat, daß der Polizeistaat nur dann zu einem Rechtsstaat umgewandelt werden könne, wenn jeder Einzelne jede ihm widerfahrene widerrechtliche Gewalt aus allen Kräften, über jede Rücksicht hinaus und bis in die vollste Oeffentlichkeit hinein verfolge und jedesmal von Neuem an

das öffentliche Rechtsgewissen des Landes appellire. Ideologisch wie dieser Gedanke ausgedrückt sein mag, ist er unendlich viel praktischer, als das Verfahren jener praktischen Leute, die sich jeder polizeilichen Willkür fügen, weil ja doch nicht dagegen aufzukommen sei. Hätte die bürgerliche Opposition sich von je zu Lassalles Grundsatze bekannt, so wäre die preußische Preß- und Vereinsfreiheit längst etwas Besseres gewesen, als ein papierener Paragraph der Verfassung. Statt dessen spendete der Liberalismus seinen lauten oder stillen Beifall allen polizeilichen Chikanen, mit denen die junge Arbeiterbewegung zu unterdrücken gesucht wurde. Um so höher ist es zu achten, daß Lassalle bis zur Erschöpfung seiner geistigen und körperlichen Kraft die bürgerliche Freiheit zu schützen suchte, mochte er dadurch auch einen Haß gegen sich erwecken, dem er als Einzelner auf die Dauer erliegen mußte.

Der Krieg Lassalles mit der rechtlosen Willkür ist vorbildlich bis auf den heutigen Tag. Trotzdem ist es unmöglich, oder eben deswegen lohnt es sich nicht, ihn in seinen Einzelheiten zu verfolgen. Die polizeilichen Chikanen, mit denen Lassalle und seine Anhänger verfolgt wurden, sind heute noch viel zu bekannt, als daß sie einer ausführlichen Schilderung bedürften; wer jemals im proletarischen Klassenkampfe mitgestritten hat, der hat sie auch schon am eigenen Leibe erprobt. Haussuchungen und Verhaftungen, Beschlagnahmen und Konzessionsentziehungen, Auflösungen und Verbote, alles auf Grund von Gesetzen, die der polizeilichen Willkür schon einen weiten Spielraum ließen, aber wo sie ihr eine Grenze setzten, ohne Bedenken von ihr übertreten wurden: das waren die erhebenden Mittel, wodurch die heilige Hermandad ihren gesellschafts- und staatserhaltenden Beruf bethätigte, gegenüber einer friedlichen und gesetzlichen Agitation für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Interesse der arbeitenden Klassen.

Durchaus auf der Höhe der Polizei stand die Justiz. Der Staatsanwälte zu geschweigen, die nur willenlose Werkzeuge des Polizeistaats waren, so hingen auch die Richter in hohem Grade von diesem Staate ab. Sie rekrutirten sich aus den herrschenden Klassen, standen unter harten Disziplinargesetzen und selbst die besseren von ihnen wurden durch die Kautschukparagraphen des preußischen Strafgesetzbuchs gezwungen, ihre Klassenvorurtheile zur Grundlage der Rechtsprechung zu machen. Die Klassenjustiz brauchte weder sich noch Andere mit dem Märchen zu täuschen, daß Lassalle ein Reaktionär sei. Sie bestätigte ihm gern, daß er ein anderer Mann sei, als die Männerchen der liberalen Opposition. Nachdem sich die Gegenrevolution durch eine Reihe schändlicher Justizmorde befestigt hatte, war sie, gemäß dem verschlafenen Tempo des bürgerlichen Klassenkampfs, mit der Handhabung der von ihr korrumpirten Justiz nicht über eine gewisse Grenze hinausgegangen. In den fünfziger Jahren wurden auf Grund der strafgesetzlichen Kautschukparagraphen verhältnißmäßig seltene Anklagen erhoben und verhältnißmäßig geringe Strafen verhängt. Eine Gefängnißstrafe wegen Beleidigung, wegen Erregung von Haß und Verachtung, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen u. s. w. war damals schon ein Ereigniß, und wenn auf sie

erkannt wurde, bemaß sie sich nach Tagen oder höchstens nach wenigen Wochen. Das änderte sich mit einem Schlage, als der Arbeiteragitator Lassalle auf dem öffentlichen Schauplatze erschien. Die Staatsanwälte überstürzten sich mit Anklagen gegen ihn, die es schwer machten, zu sagen, was an ihnen staunenswerther war: die kindische Logik der Begründung oder die kannibalische Höhe der beantragten Strafen. Neun Monate Gefängniß, zwei Jahre Gefängniß, drei Jahre Zuchthaus: so ging es in rascher Stufenfolge innerhalb eines Jahres, und die Richter waren nicht viel langsamer, die Justiz zum Racheschwerte bedrohter Klassenvorrechte zu machen.

In dem ersten und auch bedeutsamsten Prozesse, den Lassalle zu führen hatte, handelte es sich um das Arbeiterprogramm, das die besitzlosen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die besitzenden Klassen angereizt haben sollte. Die Reden, mit denen sich Lassalle erst vor dem Stadtgericht und dann vor dem Kammergericht vertheidigte, waren nicht nur Meisterstücke gerichtlicher Beredsamkeit, sondern auch werth- und wirkungsvolle Waffen für das Rüsthaus seiner sozialpolitischen Agitation. Wie seine Assisenrede von 1849, hatte Lassalle sie schon, ehe er sie hielt, im Drucke herausgegeben. Sie büßten dadurch nichts von ihrer kampffreudigen Frische ein, und ebenso wenig beeinträchtigte die sorgfältige Vorbereitung das bewundernswerthe Maß von Schlagfertigkeit, womit sich Lassalle in allen Wechselfällen der Verhandlungen zurechtfand. In der ersten Instanz vor dem Stadtgericht ging es sehr stürmisch zu, und die Art, wie Lassalle als meisterhafter Debatter trotz aller Unterbrechungen des Präsidenten das Wort immer wieder zu behaupten wußte, war ebenso klassisch, wie die Strafe, die er über den Staatsanwalt v. Schelling verhängte, indem er ihn moralische Spießruthen laufen ließ zwischen den Zitaten aus den Werken seines Vaters, des Philosophen v. Schelling.

Die wissenschaftliche Höhe, auf welcher das Arbeiterprogramm stand, vermochten natürlich weder der Staatsanwalt, noch die Richter zu erklimmen. Sie halfen sich mit einem entsetzlichen Kauderwelsch, von dem Lassalle in seiner beißend scharfen Appellationsrechtfertigung sagte, daß ein Wort das andere aufesse. Wie die Fliegen am Leime, klebten sie am Worte Revolution, das sie nur im „Heugabelsinne“ zu deuten, nur als Mord und Todtschlag aufzufassen verstanden. Im Geiste des preußischen „Rechtsstaats“ machten sie kein Hehl daraus, daß vor Arbeitern nicht gesagt werden dürfe, was sonst zu sagen straflos sei. Der einzige Punkt, in dem sie einen sozusagen sachlichen Anlauf nahmen, war die Bestreitung der Thatsache, daß die indirekten Steuern mit unverhältnißmäßiger Wucht auf den arbeitenden Klassen lasteten. Wohl durfte Lassalle später von dem Kammergerichte sagen: „Es ist hart, es ist erbitternd, gerade für einen Punkt bestraft zu werden, der sich bereits seit drei Jahrhunderten in der Wissenschaft von Buch zu Buch bis in jeden Leitfaden geschleppt hat, blos deshalb bestraft zu werden, weil ein Staatsanwalt und ein Gerichtshof niemals ein Kompendium der Staatswirthschaft zur Hand genommen haben.“ Auf das Konto

dieser blöden Unwissenheit hin wurde Lassalle zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, nachdem der Staatsanwalt neun Monate beantragt hatte. Vergebens beschwor Lassalle die Richter, ihn freizusprechen, um des Andenkens willen, das die Geschichte ihren Namen bewahren werde; sie zogen es vor, ihre Namen — Pielchen, Kolk, v. Wulffen — auf das schwarze Blatt der ungerechten Richter zu schreiben. Den Staatsanwalt v. Schelling aber tröstete eine glänzende Karriere über seine moralische Vernichtung, er hat es bis zum Minister der preußischen und zum Staatssekretär der deutschen Justiz gebracht.

Seiner Vertheidigungsrede erster Instanz hat Lassalle den Titel gegeben: Die Wissenschaft und die Arbeiter. Sie gipfelt in dem Bekenntniß: „Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfalle, der für den tieferen Kenner der Geschichte alle Zustände des öffentlichen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzeugend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter! Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, so lange ich athme, mein Leben zu weihen beschlossen habe.“ Die Rede ist durchaus würdig des Arbeiterprogramms, zu dessen Vertheidigung sie gehalten wurde, kurz ehe Lassalle das Offene Antwortschreiben erließ: nicht frei von ideologischem Ueberschwange und eben auch darin echt Lassallisch, aber noch frei von trübender Erbitterung, das Bild eines Kriegers, in dessen blanken Waffen noch einmal heller Sonnenschein blinkt, ehe denn der Staub des Schlachtfeldes aufwirbelt.

Etwas von diesem Staube liegt schon auf der großen Rede, womit Lassalle das Urtheil des Stadtgerichts vor dem Kammergericht anfocht. Sie handelt über die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse, und sie führt den Nachweis, daß die indirekten Steuern das Mittel seien, die Steuerlast von den besitzenden auf die besitzlosen Klassen abzuwälzen, so gründlich und unwidersprechlich, wie er weder vorher noch nachher geführt worden ist. In dieser Beziehung ist sie von bleibendem Werth und genügt für sich allein schon, um die sinnlose Behauptung zu widerlegen, daß Lassalle ein Dilettant auf ökonomischem Gebiete gewesen sei. Nicht minder schlagend wandte sich Lassalle gegen die alberne Mißhandlung des Wortes Revolution. Er definirte die Revolution nochmals als ein neues Prinzip, das an die Stelle eines bestehenden Zustandes trete, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt, und fügte die berühmt gewordenen Worte hinzu: „In diesem Sinne kann ich sagen, daß ich jedenfalls von dem künftigen Eintreten einer Revolution überzeugt bin. Sie wird entweder eintreten in voller Gesetzlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, wenn man die Weisheit hat, sich zu ihrer Einführung zu entschließen bei Zeiten und von oben herab — oder aber sie wird innerhalb irgend eines Zeitraumes hereinbrechen unter allen Konvulsionen

der Gewalt, mit wild wehendem Lockenhaar, erzene Sandalen an ihren Sohlen. In der einen oder anderen Weise wird sie kommen, jedenfalls, und wenn ich, mich dem Tageslärme verschließend, in die Geschichte mich vertiefe, so höre ich ihr Schreiten.“ Mit beißendem Hohne geißelte Lassalle die Klassenjustiz, welche nicht verurtheile das, was gesagt worden sei, sondern die Person, die es gesagt habe, und den Ort, wo es gesagt wurde. Er durfte sich darauf berufen, daß der Leiter des preußischen statistischen Bureaus, der Geheime Rath Engel, gleichzeitig mit dem Arbeiterprogramm einen Vortrag ganz ähnlichen Inhalts vor dem bürgerlichen Publikum der Singakademie gehalten habe, ohne angeklagt zu werden, und er konnte einen Brief verlesen, in dem Engel tapfer genug war, ihm diese Uebereinstimmung zu bestätigen und mit leicht verständlichem Winke hinzuzufügen, daß in allen Prozessen fachwissenschaftlichen Ursprungs der Schwerpunkt ebenso in das Gutachten der Sachverständigen gelegt werden müsse, wie bei Prozessen technischen oder kommerziellen Ursprungs. So wiegen in dieser Rede Lassalles die bedeutenden und großen Seiten weitaus vor, aber an einzelnen Stellen spürt man doch, daß er sie im Frühling 1863 abgefaßt hat, unter dem ersten frischen Eindrucke der Verleumdungen, mit denen ihn die Fortschrittspartei überhäufte.

Namentlich spitzte er den sehr richtigen Gedanken, daß die ungeheure Zunahme der indirekten Steuern ein unterscheidendes Merkmal der bürgerlichen Geschichtsperiode sei — einer Periode, zu welcher der moderne Absolutismus ebenso gehört wie die Bourgeoisrepublik —, dahin zu, daß er der manchesterlichen Bourgeoisie den Staat gegenüberstellte, vor dessen Richtern er plädirte. Er sagte ihnen, sie gehörten ja nicht zu den Manchestermännern, zu jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern den Staat überhaupt! und welche, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden hätten, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein sittlicher Punkt sei, von welchem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte. „Wie breite Unterschiede Sie und mich auch trennen, meine Herren, — dieser Auflösung alles Sittlichen gegenüber stehen wir Hand in Hand. Das uralte Vestafeuer aller Zivilisation, den Staat, vertheidige ich mit Ihnen gegen jene moderne Barbaren!“ Das war eine sehr gefährliche Beweisführung, die von einer reaktionären Demagogie leicht mißbraucht werden konnte und wirklich mißbraucht worden ist; nämlich fünfzehn Jahre später, als der Staat, dem das Kammergericht diente, über die von ihm gewaltsam geknebelte Arbeiterklasse eine neue furchtbare Last indirekter Steuern stürzte und die „modernen Barbaren“ allein, gleichviel aus welchen Beweggründen, sich dieser Auspowerung der Massen widersetzten. Wie wenig Staat mit diesem Staate zu machen war, erfuhr Lassalle selbst gleich durch das Urtheil des Kammergerichts. Der höhere Gerichtshof trug zwar gerechte Scheu, sich ebenso kläglich bloszustellen, wie der niedere, und er

milderte deshalb die Strafe auf hundert Thaler herab, aber die juristische Monstrosität des ersten Urtheils stieß er nicht um und erkannte ebenso auf die Vernichtung des Arbeiterprogramms.

Der Staatsanwalt v. Schelling rächte sich, indem er der Vertheidigungsrede erster Instanz einen Injurienprozeß gegen Lassalle anhing, der mit dessen Verurtheilung zu einem Monate Gefängniß schloß, und obendrein gegen die Ansprache an die Arbeiter Berlins eine Hochverrathsanklage anhängig machte. Diese Anklage nahm Lassalle sehr kaltblütig auf; „sie ist ein reiner Blödsinn und hat ihren Quell blos in persönlicher Rachsucht des Staatsanwalts v. Schelling", schrieb er an Dammer. Der Prozeß wurde am 12. April 1864 vor dem Staatsgerichtshofe verhandelt und endete in der That damit, daß Lassalle von der Anklage freigesprochen wurde, ein auf gewaltsame Aenderung der preußischen Verfassung gerichtetes Unternehmen vorbereitet zu haben. Dagegen wurden zwei andere, damit verbundene Anklagen wegen Schmähung von Staatseinrichtungen und Beleidigung des Staatsministeriums von dem Ausnahmegerichtshofe dem ordentlichen Gerichte überwiesen und zugleich wieder gegen Lassalles Vertheidigungsrede eine neue Anklage auf Grund irgend welcher Kautschukparagraphen erhoben. So blieb es bei dem schönen Prinzip: aus jeder vernichteten Anklage wuchsen zwei oder drei neue empor. Die Vertheidigungsrede, die Lassalle in dem Hochverrathsprozesse hielt, räumte in ihrem ersten Theile mit dem juristischen Unsinn des Oberstaatsanwalts Adelung spielend auf, während der zweite Theil die politische Seite der Anklage beleuchtete und dabei alles das ausführte, was nach Lassalles Ansicht den König und Bismarck veranlassen konnte, die preußische Staatsverfassung durch Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts gewaltsam zu ändern.

Darüber ist das Gleiche zu sagen, wie über Lassalles Verhandlungen mit Bismarck überhaupt. Der Fortschrittspartei spielt Lassalle in der Rede härter mit, als jemals vorher. Er nennt sie eine Klique, die das Königthum mit einem Halsbande erwürgen wolle, das sie aus seiner Gunst winde. Jedenfalls darf nicht übersehen werden, daß diese Auffassung selbst durchaus der historischen Wahrheit entsprach und stets von Lassalle vertreten worden ist, was immer sich dagegen einwenden läßt, daß Lassalle sie gerade bei dieser Gelegenheit in dieser Form aussprach. In höflicherer Wendung sagte der liberale Publizist H. B. Oppenheim dasselbe, wenn er schrieb: „Die preußische Verfassung war nicht bewaffnet zur Welt gekommen, die Zeichen ihres revolutionären Ursprungs waren längst verwischt, der Stempel der Bewilligung aus der Machtfülle des Königthums war ihr in den Reaktionsjahren aufgeprägt worden." Daraus gerade, daß die Fortschrittspartei ihren angeblichen Kampf um die Freiheit und das Recht des Volkes auf diese Mißgeburt von Verfassung beschränkte, war das Zerwürfniß zwischen ihr und Lassalle entstanden. Auch betonte Lassalle in der Rede vor dem Staatsgerichtshofe immer wieder: Ich bin der Treiber, die Männer an der Regierung aber sind die Getriebenen; er sprach sehr ungenirt von ihrer „Unfähigkeit", wenn sie nicht thäten, was er verlangte. Wie er Buchers Bitte um eine vorsichtigere

Ausdrucksweise abgelehnt hatte, so antwortete er kühl: Das schickt sich nicht, als Bucher ihn bat, sich während der Berathung des Gerichtshofes zu entfernen, um fliehen zu können, falls dennoch auf die dreijährige Zuchthausstrafe erkannt würde, die der Oberstaatsanwalt beantragt hatte.

Ein dritter großer Prozeß entstand aus Lassalles Heerschaurede, die in Düsseldorf mit Beschlag belegt worden war. Er war deshalb besonders bemerkenswerth, weil er vor einem Gerichtshofe des *liberalen* Rheinlandes sich abspielte und der Staatsprokurator seine Tiraden aus der fortschrittlichen Presse schöpfte. Das Verfahren unterschied sich aber sonst nicht von den Prozessen, die Lassalle vor ostelbischen Gerichtshöfen zu bestehen hatte, weder in der Ungerechtigkeit der Anklage und des Urtheils, noch in der Schwere der beantragten und verhängten Strafe. Es führte für Lassalle fast noch größere Schererei mit sich, als irgend ein anderer seiner Prozesse. Die Kontumazialverhandlung erster Instanz hatte mit Lassalles Verurtheilung zu einem Jahre Gefängniß geschlossen, durch seine persönliche Vertheidigung vor der Berufungsinstanz brachte er die Strafe auf die Hälfte herunter, doch blieb auch hier das Nachspiel nicht aus: eine neue Anklage auf Grund der Vertheidigungsrede. Gegenüber Lassalle waren sie wirklich eine „reaktionäre Masse“, die liberale wie die konservative Juristerei.

Lassalles Tod kassirte dann den ganzen kläglichen Aktenberg. Aber als sein sterbliches Theil der Klassenjustiz entronnen war, verfolgte sie noch unermüdlich sein unsterbliches Theil. So erkannte das Berliner Stadtgericht am 15. Februar 1865 auf Vernichtung der Rede über die Wissenschaft und die Arbeiter, auf Grund des Haß- und Verachtungsparagraphen. Justiz und Polizei schlugen noch immer mit Spießen und Stangen nach Lassalles Geiste, derweil sich an ihm und an ihnen schon das Dichterwort erfüllte: Dann wird er mitten durch die Schergen Wie ein erhabnes Wesen gehn.

IV. Bastiat-Schulze.

Inmitten solcher Bedrängnisse hatte Lassalle Kraft und Zeit, seine Streitschrift gegen Schulze-Delitzsch zu schreiben, ein theoretisches Werk, worin er als Arbeiteragitator sein letztes Wort sprach.

Soweit diese Schrift, die im Januar 1864 erschien, gegen Schulze polemisirt, gilt von ihr dasselbe, wie von der Streitschrift gegen Julian Schmidt: sie thut der Person Schulzes manchmal zu viel, weil sie eine ganze faule Sache in dieser Person verkörpert. Freilich hatte Schulze die ihm übertragene Rolle des „Königs im sozialen Reiche“ mit großer Selbstgefälligkeit übernommen und war bereit, mit seinem Namen alle kapitalistische Korruption zu decken, wie denn überhaupt jeder polemischen Ausschreitung Lassalles in dieser Zeit die Entschuldigung zur Seite steht, daß sie gegenüber der Sünden der Gegner ein Kinder-

spiel war. Aber um seiner selbst und um seiner Sache willen hätte Lassalle besser daran gethan, von seinen persönlichen Angriffen gegen Schulze die Hälfte zu streichen und die andere Hälfte von der leidenschaftlich-ungestümen auf eine herablassend-verächtliche Klangfarbe zu dämpfen. Diejenigen Abschnitte seiner Schrift — und sie überwiegen durchaus —, in denen sich die ganze sieghafte Kraft seiner Dialektik noch einmal entfaltet und manchmal hinreißender als jemals zuvor, würden dadurch noch gewonnen haben.

Diese Abschnitte sind in ihrer Art wahre Muster positiver Kritik. Es war eine nahezu unmögliche Aufgabe, aus Schulzes Kapiteln zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, die Bastiats verwaschenes Gerede abermals verwuschen, die richtigen Gesichtspunkte zur Erkenntniß der kapitalistischen Gesellschaft zu gewinnen. Aber Lassalle hat das nahezu Unmögliche möglich zu machen gewußt, und die Hoffnung, die er in der Vorrede aussprach, mag schon richtig gewesen sein: seine Sterne führten ihn günstiger, indem sie ihn zwangen, die wichtigsten Fundamentalsätze der wissenschaftlichen Nationalökonomie in der weit höheren Eindringlichkeit und Lebendigkeit der polemischen Form darzustellen, als wenn sie ihm gestattet hätten, die Grundlinien der wissenschaftlichen Nationalökonomie in einem systematischen Werke schrittweise zu entwickeln. Für die erschöpfende Lösung dieser Aufgabe war Lassalle zu sehr Jurist und Philosoph, und sein ökonomisches Werk würde neben dem ökonomischen Werke von Marx bestanden haben, wie ein hölzernes Linienschiff neben einem Hochseepanzer, während der Bastiat-Schulze diesem Hochseepanzer voranlief, wie ein flinkes Torpedoboot, das einstweilen eine furchtbare Verheerung unter den alten wurmstichigen Kästen der feindlichen Flotte anrichtete.

Im Bastiat-Schulze zerriß Lassalle alle Schleier, welche die Manchesterei und in anderer Weise auch die historische Schule über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft verbreitet hatten: die bornirte Vorstellung, als ob die Zustände dieser Gesellschaft die ewigen Naturzustände der Menschheit seien, das hohle Gerede von der Selbsthilfe, die den einzelnen, auf sich selbst angewiesenen Menschen zu seines Glückes Schmiede machte, die nichtsnutzige Fälschung der ökonomischen Kategorien zur höheren Ehre der Bourgeoisie, die Behauptung, daß Kapitalien nur durch Sparen entstehen könnten, daß der Unternehmergewinn ein Lohn für geistige Arbeit oder moralische Entsagung sei und ein Dutzend ähnlicher Tendenzlügen, die damals als reinste Früchte der Wissenschaft auf Markt und Gassen feilgeboten wurden. Aus ihrer kritischen Auflösung entwickelte Lassalle die thatsächliche Wahrheit; er wies nach, daß die kapitalistische Produktionsweise eine historische Kategorie, eine bestimmte Geschichtsperiode sei, deren Entstehung und deren Auflösung er in gleich einleuchtender Weise zu schildern wußte. Er legte den historischen Prozeß dar, durch den das Kapital mit dem Arbeiter die Rollen vertauscht, den lebendigen Arbeiter zum todten Arbeitsinstrument herabgesetzt, und sich selbst, das todte Arbeitsinstrument, zum lebendigen Zeugungsorgane entwickelt habe, und er zeigte, wie die schreienden Widersprüche der kapitalistischen Gesell-

schaft darauf hindrängten und nur dadurch gelöst werden könnten, daß die große Produktion der gesammten Gesellschaft das Kapital wieder zum todten dienenden Arbeitsinstrument degradire und damit zugleich neue Springquellen des gesellschaftlichen Reichthums eröffne. Gerade das bürgerliche Eigenthum sei ein anarchischer Sozialismus, eine Vertheilung des Eigenthums von Gesellschaftswegen, eine Verkennung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die sich für diese Verkennung als rohe Naturmächte rächten und die kapitalistische Produktionsweise zu einem Ball- und Glücksspiele machten, wobei der Rücken der arbeitenden Klassen der grüne Tisch sei, auf dem die Spekulanten und Unternehmer ihre Gewinn- und Verlustchancen auskämpften. Es sei das eigenthümliche Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaft, auf ökonomischem Gebiete die Selbstverantwortlichkeit der Einzelnen aufzuheben, und gerade der Sozialismus wolle durch die vernünftige Berücksichtigung des Gemeinsamen und Solidarischen in der menschlichen Gesellschaft die Freiheit und Zurechnungsfähigkeit der Menschen herstellen.

Im Einzelnen enthält der Bastiat-Schulze Manches, das vom Standpunkte der heutigen wissenschaftlichen Erkenntniß aus anfechtbar oder unhaltbar erscheint, im Ganzen war er zur Zeit seines Erscheinens, historisch und theoretisch, eine Leistung, die mit der einzigen Ausnahme von Marx und Engels kein Lebender hätte besser oder gleich gut machen können. Nichts putziger, als wenn Roscher mit seinem ängstlich-langweiligen Wuste von konfusen Begriffsbestimmungen und kahlen Notizchen auf den „Feuilletonisten" Lassalle herabzugrinsen versuchte. Der Bastiat-Schulze schlug dreimal die ganze bürgerliche Gelehrsamkeit. Sie hat dafür eine ihrer würdige Revanche genommen, indem sie seit dreißig Jahren nachzuweisen versucht, daß die Geschichte der politischen Oekonomie noch keinen so merkwürdigen und vielseitigen Plagiator gesehen habe, wie Lassalle gewesen sei.

Leider haben Lassalles nächste Freunde mit diesem unholden Spuk begonnen. Ziegler behauptete, Lassalle habe seine ganze Theorie aus dem Fourieristen Toussenel entnommen, Bucher aber vernichtete angeblich und verheimlichte thatsächlich einen Agitationsplan aus Lassalles Nachlaß, weil dieser Plan nach einem Gutachten von Rodbertus aus Proudhon abgeschrieben sein sollte. Daß Rodbertus selbst von Lassalle nachgeahmt worden sei, ist von den verschiedensten Seiten in die Welt posaunt worden. Andere sagten, Lassalle sei der reine Buchez, und wieder Andere, er sei der reine Bazard, ein halbes Schock noch Anderer aber, er sei der reine Louis Blanc. Daß er zu alledem auch noch Marx geplündert hat, gehört zum alltäglichen Futter hoffnungsvoller Privatdozenten. Die kühneren Geister unter ihnen sehen denn auch ein, daß es nachgerade an der Zeit sei, der abgeschmackten Posse eine neue Würze zu geben, und es ist nicht zu leugnen, daß der neueste Kommentator, den Lassalle in Universitätskreisen gefunden hat, in dieser Beziehung eine feine Witterung zeigt. Er beweist nämlich, daß Lassalle einen Aufsatz nachgeplappert hat, den Marx erst mehrere Monate nach Lassalles Tode veröffentlichte, und mit der genialen Wendung, daß Lassalle die Schriften anderer Sozialisten zu plagiiren verstanden hat, nicht nur so weit

sie vor seinem Tode erschienen waren, sondern auch soweit sie nach seinem Tode erschienen sind oder noch erscheinen werden, wird dem Ehrgeize bürgerlicher Forschung allerdings ein unabsehbares Feld geistreicher Entdeckungen eröffnet.

Die Methode dieser Forschung ist ebenso lieblich wie ihr Ergebniß. Da der Sozialismus seit Saint-Simon und selbst schon seit Thomas More aus den Uebelständen der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen ist und diese Uebelstände beseitigen will, so giebt die Gemeinsamkeit des Ursprungs und des Ziels allen Sozialisten der neueren Zeit und besonders dieses Jahrhunderts eine gewisse gemeinsame Denkrichtung. Innerhalb dieser Gemeinsamkeit wird das Wesen, Wirken und Wollen des einzelnen Sozialisten durch seine natürlichen Anlagen, durch seine Bildung und Erziehung, durch die jeweilige Entwicklungsstufe der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassenkämpfe, durch die schon erreichte Höhe sozialistischer Erkenntniß, kurz, durch das ganze historische Milieu bestimmt, in dem er denkt, handelt und spricht. Alles das ist zu untersuchen, wenn man feststellen will, welche Stellung einem einzelnen Sozialisten in der Geschichte des Sozialismus gebührt. Ihn blos nach den allgemeinen Zügen zu beurtheilen, die dem modernen Sozialismus gemeinsam sind, ist so verdammt gescheidt, als wenn ein Naturforscher behaupten wollte, Löwe und Schaf oder Maus und Walfisch seien dieselben Thiere, weil sie die Eigenschaften der Säugethiere gemeinsam haben. Zuzugeben ist immerhin, daß diese unsinnige Methode historischer Kritik ihren sinnigen Grund hat. Je greifbarer und schärfer ein einzelner Sozialist einer bestimmten Gesellschaft auf den Leib gerückt ist, um so mehr bemühen sich die Schönfärber dieser Gesellschaft, ihn als einen abstrakten Schemen darzustellen, der sich allerlei allgemeine Schlagworte aus allen möglichen Winkeln zusammengeklaubt habe. Den theoretisch-wissenschaftlichen Werken Lassalles, die nicht in die Massen gedrungen sind, hat noch kein deutscher Professor oder Privatdozent die Originalität abgestritten; umgekehrt, je mehr das große theoretische Werk von Marx Gemeingut der Massen wird, um so häufiger erscheinen Universitätsschriften mit dem tröstlichen Nachweise, daß Marx auch solch elender Plagiarius gewesen sei wie Lassalle.

Lassalle selbst hat sich nie als einen bahnbrechenden sozialistischen Theoretiker ausgegeben; er hat nicht einmal als sozialistischer Agitator behauptet, neue Gedanken in die Massen zu werfen. Im Gegentheile! Er wird nicht müde zu wiederholen, daß er den Arbeitern nur absolut Feststehendes und leicht zu Begründendes geben wolle, daß er ihnen nichts sage, was nicht längst in der Wissenschaft festgestellt sei, was sich die Männer der Wissenschaft nicht längst an den Schuhsohlen abgelaufen hätten. Wenn Lassalle sich dabei auf bürgerliche Autoritäten zu berufen liebte, so nicht, weil er damit irgend welchen Diebstahl an sozialistischen Vorgängern verdecken wollte, sondern aus dem von ihm selbst ganz offen angegebenen Grunde, weil er mit solchen Autoritäten seine bürgerlichen Gegner desto nachdrücklicher schlagen konnte. Der historische Schwerpunkt seiner Agitation liegt nicht darin, ob seine einzelnen Forderungen und Gedanken schon von Anderen mehr oder weniger ähnlich ausgesprochen worden seien, sondern darin, ob er den

historischen Augenblick, in dem der politische Klassenkampf des deutschen Proletariats organisirt werden mußte, richtig erkannt und ob er diesen Kampf richtig zu organisiren verstanden habe. Nur in dieser Beschränkung kann es sich überhaupt darum handeln, ob Lassalle den Vertretern der sozialistischen Theorie und Praxis, von denen er gelernt hat, in seinen Agitationsschriften immer gerecht geworden ist. Und dieser Gesichtspunkt tritt natürlich am schärfsten hervor beim Bastiat-Schulze, in dem Lassalle seiner Agitation die theoretische Grundlage gab.

Thatsächlich schuldet Lassalle dem Utopismus gar nichts, dem kleinbürgerlichen Sozialismus einiges, um so viel mehr aber dem modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Ob er in den einzelnen Gedanken oder auch Redewendungen, in denen er sich an die französische Sozialdemokratie der vormärzlichen Zeit anlehnte, jedesmal seine Quelle hätte angeben sollen, das ist eine Frage, die sich nur von Fall zu Fall entscheiden ließe. Soll sie ehrlich entschieden werden, so würde sie weit mehr Arbeit und Mühe kosten, als sie schließlich werth ist. Im Wesen der Sache war die deutsche Sozialdemokratie, die Lassalle begründete, grundverschieden von der französischen Sozialdemokratie der Louis Blanc und Genossen; so hatte Lassalle, der sich auf Schritt und Tritt hüten mußte, perfiden Gegnern neuen Anlaß zu Verdrehungen zu geben, triftigen Anlaß genug, sich nicht auf den französischen Sozialismus zu berufen, was er eben nur in sehr äußerlichem und sehr verklausulirtem Maße hätte thun können und was nicht zu thun im schlimmsten Falle mehr eine Unhöflichkeit als eine Ungerechtigkeit war.

Ganz anders steht es um Lassalles Verhältniß zum modernen wissenschaftlichen Kommunismus. Wie er gelegentlich an Marx schrieb: „Du bist mein Lehrmeister gewesen in solchen Dingen“, so ist seine Agitation und namentlich der Bastiat-Schulze nicht denkbar ohne die geistige Vorarbeit von Marx. Nun zitirt Lassalle in seiner ökonomischen Hauptarbeit einmal die Schrift, die Marx im Jahre 1859 zur Kritik der politischen Oekonomie veröffentlicht hatte. Und er zitirt sie nicht nur, sondern überhäuft sie mit den lebhaftesten Lobsprüchen, indem er sie in einem Athemzuge äußerst bedeutend, meisterhaft, vortrefflich, epochemachend, ausgezeichnet nennt. Gegenüber diesem nicht übertriebenen, aber überladenen Lobe sieht es wie rauhe Unfreundlichkeit aus, wenn Marx in der Vorrede zum ersten Bande des Kapitals sagt, Lassalle habe in der Wiedergabe dessen, was er der Schrift von 1859 über Werthgröße und Werthsubstanz entnommen habe, „bedeutende Mißverständnisse“ begangen. Und noch unfreundlicher klingt der Zusatz, den Marx „en passant“ macht: „Wenn F. Lassalle die sämmtlichen allgemeinen theoretischen Sätze seiner ökonomischen Arbeiten, z. B. über den historischen Charakter des Kapitals, über den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsweise u. s. w. u. s. w. fast wörtlich, bis auf die von mir geschaffene Terminologie hinab, aus meinen Schriften entlehnt hat, und zwar ohne Quellenangabe, so war dieses Verfahren wohl durch Propagandarücksichten bestimmt. Ich spreche natürlich nicht von seinen Detailausführungen und Nutzanwendungen, mit denen ich nichts zu thun habe.“ Im Hinblick wohl

auf diese Stelle sagt ein bürgerlicher Biograph Lassalles, Marx habe sich persönlich so weit von Lassalle entfernt, wie sich ein schwerfälliger und verbissener Geist von einem gewandten und beredten Geiste zu entfernen pflege. Aber das ist ein ganz grundloser Ausfall gegen Marx, und man braucht nur die Thatsachen selbst sprechen zu lassen, um eine Erklärung zu finden, die jedem der beiden Männer das Seine giebt, ohne gegen den Einen oder den Anderen ungerecht zu sein.

Wie weit Lassalle davon entfernt war, sich heimlich mit den Federn von Marx schmücken zu wollen, geht schon aus dem hohen Werthe hervor, den er stets darauf legte, mit Marx zusammen zu arbeiten, zeigt sein bis in den Sommer 1862 hinein bekundetes Bestreben, gemeinsam mit Marx die Arbeiteragitation in Deutschland zu beginnen. Wenn aber Marx mit Lassalles „Detailausführungen und Nutzanwendungen nichts zu thun" haben wollte, wenn er mit anderen Worten die besondere Form verwarf, die Lassalle der deutschen Arbeiterbewegung geben zu müssen glaubte, so befand sich Lassalle offenbar in einer Zwangslage. Er konnte weder seine wissenschaftliche Ueberzeugung in dem verleugnen, was er von Marx gelernt hatte, noch auch konnte er sich auf Marx berufen, ohne eine öffentliche Auseinandersetzung über das hervorzurufen, worin sie nicht übereinstimmten. Insoweit, aber auch nur insoweit, sind es gewiß „Propagandarücksichten" gewesen, die Lassalles Verfahren bestimmten, und fast scheint es, als habe er das eine Mal, wo er sich in völliger Uebereinstimmung auf Marx berufen zu können glaubte, durch die Fülle des Lobes ausgleichen wollen, was er an anderen Orten widerwillig genug unterlassen mußte. Diese „Propagandarücksichten" hat Marx nun aber auch geachtet, nicht nur so lange Lassalle lebte, sondern auch noch über seinen Tod hinaus, und das fällt um so schwerer ins Gewicht, als Lassalle an der einen Stelle, wo er sich auf Marx beruft, den Auffassungen von Marx großen Eintrag thut. Marx hat das Verhältniß erst klargestellt, als er im ersten Kapitel des Kapitals seine früheren Ausführungen über Waare und Geld nochmals zusammenfaßte und möglichst popularisirte, gerade mit Rücksicht auf die „bedeutenden Mißverständnisse", die Lassalle hineingebracht hatte.

Diese Mißverständnisse liefen im Grunde auf den tiefsten Unterschied hinaus, der zwischen Lassalle und Marx bestand, auf den Unterschied zwischen rechtsphilosophischer und ökonomisch-materialistischer Auffassung. Lassalle zerpflückte im Bastiat-Schulze die Kategorie des Dienstes, die von Bastiat und anderen Sophisten des Kapitalprofits der Werththeorie der englischen Oekonomie untergeschoben worden war. Er stellte diese Theorie wieder in ihrer Reinheit her, im Sinne Ricardos, wonach sich alle Werthe in Arbeitsquanta und diese in Arbeitszeit auflösen. Er entwickelte dann an der Hand von Marx, daß in einer Gesellschaft, wo der Einzelne nicht Gebrauchs-, sondern Tauschwerthe produzirt, wo der Einzelne nicht für seine, sondern für aller anderen Leute Bedürfnisse arbeitet, nicht die individuelle Arbeitszeit als solche den Werth der Waaren bildet und mißt, sondern nur soweit sie allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit verkörpert, die

im Gelde ihr selbständiges Dasein gewinnt. Jedoch enthielt Lassalles Annahme, mit dieser Darlegung über das Geld und die gesellschaftliche Arbeitszeit als Maßeinheit des Werthes den „gedrängten Gedankenextrakt“ aus dem gegeben zu haben, was Marx über Werthgröße und Werthsubstanz ausgeführt hatte, allerdings „bedeutende Mißverständnisse“. Er nahm aus der Werththeorie, die Marx entwickelt hatte, nur das, was seiner rechtsphilosophischen Weltanschauung zusagte: den Nachweis, daß die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit, die den Werth bilde, die gemeinsame Produktion der Gesellschaft nothwendig mache, um dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern. Für Marx aber war die von ihm entwickelte Werththeorie die Lösung aller Räthsel, welche die kapitalistische Produktionsweise einschließt, ein Faden, an dem sich die Werth- und Mehrwerthbildung verfolgen ließ als ein weltgeschichtlicher Prozeß, der die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umwälzen muß. So übersah Lassalle den Unterschied zwischen der Arbeit, sofern sie in Gebrauchswerthen, und der Arbeit, sofern sie in Tauschwerthen resultirt, jene zwieschlächtige Natur der in den Waaren enthaltenen Arbeit, die Marx dann im ersten Bande des Kapitals nochmals ausführlich nachwies als den Springpunkt, um den sich das Verständniß der politischen Oekonomie dreht. Auf dem neuen Wege, den Marx gebahnt hatte, ging Lassalle eine Strecke mit, um diesen Weg dann durch seine moralisch-rechtliche Auffassung der Werththeorie wieder zu versperren, und es ist ganz selbstverständlich, daß Marx dies Hinderniß wegräumen mußte, als er seine Arbeit von 1859 fortzuführen unternahm.

Lebte Lassalle heute, so würde er die wehleidigen Gemüther, die über das ihm von Marx widerfahrene Unrecht klagen, einfach auslachen. Er war ein viel zu aufrichtiger und ernster Jünger der Wissenschaft, um nicht die Aufklärung eines fundamentalen Irrthums willkommen zu heißen, selbst wenn sie auf seine Kosten erfolgte. Er hätte die Befreiung von einem unwillkommenen Zwange darin gesehen, daß Marx sein geistiges Eigenthum wieder einforderte. Und erst recht könnte er es sich gefallen lassen, daß Marx mit seinen „Detailausführungen und Nutzanwendungen nichts zu thun“ haben wollte. Sie waren die Waffen, mit denen Lassalle das deutsche Proletariat ausrüstete, und die deutsche Arbeiterbewegung aus fünfzehnjährigem Schlummer wieder erweckt zu haben, das ist, wie Marx ein anderes Mal sagt, Lassalles unsterbliches Verdienst.

V. Lassalle und die Arbeiter.

Die gewaltige Arbeitslast, die Lassalle im Winter von 1863 auf 64 zu bewältigen hatte, gipfelte in der Sorge um den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Entwickelte sich dieser zu einer großen politischen Macht, so war das Hauptziel erreicht, und was sonst gelang oder mißlang, konnte als Nebensache gelten. Blieb diese Entwicklung aus, so hatte Lassalle nach seiner eigenen Auf-

fassung doch den großen Einsatz verloren, an den er eine schier übermenschliche Thatkraft setzte. Und in seinem Sinne erfüllten sich die Hoffnungen nicht, mit denen er seine Agitation begonnen hatte.

An und für sich zwar wuchs der Verein in ganz achtungswerthem Umfange. Die tausend Mitglieder, die er im Herbst 1863 gezählt hatte, verfünffachten sich nahezu binnen Jahresfrist. Aber damit blieb der Verein doch nur in den spielerischen Grenzen, die Lassalle verabscheute. Und auch dieses Wachsthum vollzog sich so aufreibend und qualvoll, daß Lassalle in trüben Stunden „des Ekels voll, sehr voll“ wurde. Die Dinge sahen in Wirklichkeit ganz anders aus, als Lassalle sie sich auf dem Papier ausgemalt hatte. Es war unmöglich, ein geschlossenes Arbeiterheer von heute auf morgen aus dem Boden zu stampfen.

Wenn es erlogen ist, zu sagen, daß Lassalles Agitation aus persönlichem Ehrgeiz entsprungen sei, so ist es mindestens übertrieben zu sagen, daß Lassalle nur ein historisch-wissenschaftliches Interesse am Emanzipationskampfe des Proletariats genommen habe. Es liegen beweiskräftige Zeugnisse genug für die Thatsache vor, daß ihn eine tiefe Sympathie zur Arbeiterklasse zog, daß er mit ihr zu empfinden und zu fühlen wußte. Was ihm aber doch im Wesentlichen fremd blieb, das war ihr inneres Leben als Masse, der mühsame Kampf mit dem Elend und der Noth, mit dem Alltäglichen und Kleinen, durch den sie sich auf den sicheren Boden ihres modernen Klassenbewußtseins emporarbeiten muß, die vergeblichen Anläufe und die peinlichen Rückfälle, die davon unzertrennlich sind. Niemals und nirgends kann die proletarische Revolution des 19. Jahrhunderts wie Pallas Athene aus dem Haupte eines kühnen Denkers geboren werden, und für die „Halbheiten, Erbärmlichkeiten und Schwächen ihrer ersten Versuche“ hatte Lassalle kein rechtes Verständniß, wenigstens kein so scharfes Verständniß, wie Marx und Engels dafür hatten.

Das deutsche Proletariat begann zu erwachen, und mit ihm der Geist der freiwilligen Disziplin und Solidarität, in dem es seinen Emanzipationskampf führen muß. Lassalles zündende Beredsamkeit verstand, diesen Geist im Sturme mit sich fortzureißen, aber dem schnellen Aufschäumen folgte ein ebenso schnelles Abschäumen. Von den Tausenden, die athemlos an Lassalles Lippen gehangen hatten, schrieben sich höchstens Hunderte in die Listen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein, und von diesen Hunderten erfüllten kaum Dutzende die Pflichten, welche sie damit übernahmen. Das war für Lassalle die bitterste Enttäuschung, während es in Wirklichkeit ein ganz unvermeidlicher und in seinen Folgen heilsamer Prozeß war. Die moderne Arbeiterklasse muß sich selbst ihr Schicksal schmieden, um es für immer in starken Händen zu halten; der Zwischenraum, der zwischen ihrer ersten mächtigen Aufrüttelung und ihrer dauernden Organisation in kampffähigen Bataillonen liegt, muß durchschritten, kann nicht übersflogen werden.

So kam es, daß Lassalle selbst die Wirkungen seiner Agitation beträchtlich unterschätzte. Es war noch feuchtes Holz, in das die von ihm gestreuten Funken

fielen, und sehr mit Unrecht hielt er sie für erloschen, weil sie nicht gleich in helle Flammen aufschlugen. Was er in die Massen warf, das wirkte weit über die Stunde, den Tag und das Jahr hinaus. Und die Hauptsache gelang ihm doch: er schuf das feste Knochengerüst für ein mächtiges Arbeiterheer. Eine Kerntruppe, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, ließ sich nicht mehr werfen und ist im ärgsten Sturm und Drang nicht mehr geworfen worden. Fast zur selben Zeit, nur wenige Monate später, als Lassalle „über die tiefe, schmerzliche Enttäuschung, den fressenden inneren Aerger" klagte, den ihm die Gleichgiltigkeit und Apathie der Arbeitermasse einflöße, als er das métier de dupe verfluchte, bei dem er sich innerlich zu Tode ärgere, um so mehr als er diesem Aerger nicht Luft machen könne und ihn nach innen würgen, oft noch das Gegentheil behaupten müsse, zu dieser selben Zeit schrieb ein kluger und unbefangener Beobachter, wie Albert Lange, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sei eine „außerordentlich wirksame Pflanzschule leitender Köpfe im Arbeiterstande" und fügte hinzu, daß, wer wirklich mit den Arbeitern umgehe, leicht einsehen müsse, daß der Einfluß dieses Vereins viel weiter reiche, als seine Mitgliederlisten, Anhänger Schulzes gebe es unter den rheinischen Arbeitern überhaupt nicht mehr in nennenswerther Anzahl.

Allerdings war der Verein unter diesen Arbeitern auch stärker vertreten, als irgendwo sonst. Von den 4610 Mitgliedern, die im Herbste 1864 gezählt wurden, entfiel mehr als die Hälfte auf das Rheinland, und von dieser Hälfte wieder mehr als die Hälfte auf Elberfeld-Barmen und die ländlichen Vorposten der im Wupperthale altheimischen, durch die Fortschritte der Technik und die Konjunkturen des Weltmarkts unausgesetzt revolutionirten Textilindustrie, namentlich auf Ronsdorf und Wermelskirchen. Hugo Hillmann, der Bevollmächtigte für Elberfeld, bestrich unermüdlich die ganze Gegend, ein geborener Agitator und politisch nichts weniger als ein unsicherer Kantonist, wofür er in seiner Londoner Exilszeit einmal ohne Grund gegolten hatte, aber persönlich bei zerrütteten Vermögensverhältnissen durchaus nicht peinlich in der Wahl seiner Hilfsmittel und deshalb viel angefochten. Auf die Klagen des Vereinskassirers über Hillmann antwortete Lassalle wohl ärgerlich, es gehe ihm mit Hillmann wie dem ersten Napoleon mit Davoust, hätte er zwei solche, so müßte er einen davon erschießen lassen, aber da er nur den einen habe, so brauche er ihn.

Neben Elberfeld-Barmen war Solingen mit 500 Mitgliedern ein Mittelpunkt der rheinischen Bewegung. Hier hatte Lassalle in Karl Klings und Eduard Willms eifrige Anhänger gewonnen. Der Solinger Arbeiterbildungsverein löste sich vollständig in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf, und der Solinger Konsumverein erklärte öffentlich, er sei seit seinem anderthalbjährigen Bestehen immer weit entfernt gewesen von der „geradezu lächerlichen und prahlerischen Ansicht", als könne durch Konsumvereine die Klassenlage der Arbeiter gehoben werden; er habe immer nur die Absicht gehabt, seine Mitglieder gegen den Wucher des Kramladens und die immer mehr um sich greifende Verfälschung aller Lebens-

mittel zu sichern. Die Schleifer und Scherenarbeiter, die Schwertfeger und Schwertschmiede Solingens hatten seit Jahrzehnten die Ruthenstreiche des Kapitals so schwer empfunden, daß sie den proletarischen Klassenkampf leicht und schnell begriffen. In Remscheid, Hagen, Iserlohn legten handwerksmäßige Vorstellungen der Propaganda noch starke Hindernisse in den Weg, ähnlich in Krefeld auf dem linken Ufer des Rheins. Dagegen ging es in Duisburg mit seiner starken Fabrikbevölkerung rüstig vorwärts, ebenso in Düsseldorf, wo persönliche Erinnerungen an Lassalles Leben am Rheine mitwirkten, jede der beiden Städte zählte etwa 250 Mitglieder. Langsamer entwickelte sich Köln, wo die rheinische Bourgeoisie den stärksten Gegendruck ausübte. Moses Heß war im Dezember 1863 nach Paris zurückgekehrt, und sein Nachfolger im Amte des Bevollmächtigten vermochte die Ungunst des Terrains nicht durch persönliche Geschicklichkeit auszugleichen.

Nächst den Rheinlanden war Hamburg und das benachbarte Harburg die Hauptburg des Vereins. Beide Städte musterten etwa 700 Mitglieder. Der klassische Platz des deutschen Großhandels bot dem proletarischen Klassenkampfe ähnlich günstige Bedingungen wie die klassische Stätte der deutschen Großindustrie. Der Hamburger Arbeiterbildungsverein stammte noch aus dem Jahre 1848 und hatte unter der Asche der Reaktionsjahre fortglimmende revolutionäre Funken genährt; daneben waren in den fünfziger Jahren in Hamburg die beiden größten Konsumvereine Deutschlands entstanden. Als dann die nationalvereinliche Strömung in den Bildungsverein überschlug, entwickelte sich sofort aus seiner Mitte eine energische Opposition. Ihr Führer war Jürgen Lüders, der Oekonom des Bildungsvereins, und ihr Hauptredner August Perl, seines ursprünglichen Berufes ein Advokatenschreiber, der von einem jener Konsumvereine als Buchhalter angestellt worden war. Er wurde wegen seiner Opposition aus dem Bildungsverein ausgeschlossen und Jürgen Lüders als Oekonom abgesetzt, worauf dieser eine kleine Wirthschaft aufthat, in welcher Perl mit seinem Anhange verkehrte. Zu ihnen gesellte sich im November 1862 der junge Jacob Audorf, der als Schlosser am Schraubstock und in der Schmiede fünf schwere Lehrjahre durchgemacht, dann auf fünf Wanderjahren in Deutschland, der Schweiz, Paris, London viel erlebt und erlernt hatte. Echtes Proletarierblut, stand er den Massen viel näher, als Perl, der nicht unbegabt war und es später sogar noch zum Doktor und Rechtsanwalt gebracht hat, aber damit auch der Arbeiterbewegung verloren gegangen ist und schon zur Zeit, wo er in ihr thätig war, durch starke Tagesströmungen leicht abgelenkt und stutzig gemacht wurde. In Harburg war Bevollmächtigter des Vereins Theodor York, ein kühner trotziger Proletarier, dem es auf den Vorwurf der Widerhaarigkeit wenig ankam, wenn es galt, die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung zu sichern. Von Hamburg übertrug Gustav Deckwitz, ein junger Tischlergeselle, die Bewegung nach Bremen, doch ließ er sich von dem Senat einschüchtern, der die Thatsache, daß in Bremen kein Vereinsgesetz bestand, dahin auslegte, daß in Bremen kein politischer Verein geduldet

werden brauche. So beschränkte sich Deckwitz auf eine stille Agitation, die nur einige Dutzend Mitglieder eintrug.

Das Königreich Sachsen war nicht seiner industriellen Bedeutung entsprechend im Verein vertreten. Es stellte ungefähr ebenso viele Mitglieder, wie Hamburg und Harburg zusammen, wovon die Hälfte auf Leipzig mit seinen industriellen Vororten Konnewitz, Stötteritz, Thonberg entfiel. Ehe Vahlteich im Herbste 1863 nach Berlin übersiedelte, hatte er die Agitation nach Großenhain, Großburgk, Neugersdorf, Roßwein getragen, mit anfänglich nicht unbedeutendem, aber schnell zusammenschrumpfendem Erfolge. Ein Bericht aus Neugersdorf spricht sich darüber aus wie folgt: „Die Mitglieder wagen nicht, sich öffentlich für Lassalle zu bekennen wegen der Verfolgungen. Ein Weber verdient schon lange täglich nicht mehr als höchstens 3 Silbergroschen 6 Pfennig. Aus diesem Grunde war auch der Beifall erklärlich, den Herr Vahlteich erntete. Allgemein glaubten die Arbeiter, es ginge an ein Losschlagen, die Zustände zu verbessern." Drastischer als in diesen schlichten Worten eines Arbeiters lassen sich die scheußlichen Wirkungen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie nicht schildern: Hungerlöhne im furchtbarsten Sinne des Wortes, die das Seelenleben des ausgebeuteten Proletariers zwischen sklavischer Furcht und wilder Rachsucht hin- und herschleudern.

In den entwickelteren Arbeiterschichten des Königreichs Sachsen besaß der bürgerliche Radikalismus, der sich hier nicht so abgewirthschaftet hatte, wie am Rheine, noch immer großen Einfluß; das dichte Netz von Arbeiterbildungsvereinen das Sachsen links der Elbe bedeckte, konnte nicht mit einem Schlage zerrissen werden. In Dresden stieg die Mitgliederzahl kaum auf ein Dutzend, unter denen der Kupferschmied Försterling weniger durch Talent als durch Eifer hervorragte. In Leipzig blieb Wuttke dem Vereine treu und hielt den Mitgliedern Vorträge über den französischen Sozialismus. Es wird berichtet, daß er nicht großen Beifall fand, was sich daraus erklären würde, daß seine Fähigkeit der Darstellung nicht auf gleicher Höhe mit seiner Gelehrsamkeit stand. Bevollmächtigter für Leipzig war Dammer, doch ruhte die Agitation vornehmlich in den rüstigen Händen Fritzsches, der zur alten Garde der Dresdener Maikämpfer gehörte.

In den schlesischen Weberbezirken nahmen die Dinge einen besseren Fortgang als in den sächsischen, doch erst nach Lassalles Tode. Was ihm selbst noch viele Freude ohne rechten Grund und viele Plage ohne rechten Erfolg gemacht hat, war ein kleiner Anhang, den er in dem böhmischen Orte Asch gewann. Er bestand aus etwa hundert Strumpfwirkern und Webern, braven und ehrlichen Leuten, die durch die Maschine aufs Pflaster geworfen waren und den „Hungertod als Ausgang solcher Weltkomödie" vor Augen sahen. Aber nur in ihrer frommen, nicht in ihrer revolutionären Gesinnung mochten sie „Abkömmlinge der alten Hussiten" sein, wie Lassalle sie nannte. „Nach der Bibel muß sich Hoch und Niedrig richten, und das gerade ist die Tendenz des Präsidenten Herrn Lassalle und seiner helldenkenden Anhänger", schrieb der Strumpfwirker Martin, den Lassalle zum Bevollmächtigten für Asch ernannt hatte. Diese völlige Un-

klarheit zeigte zur Genüge, daß es sich bei den Mitgliedern in Asch um einen wilden Schößling, nicht um eine echte Wurzel der Agitation handelte, wodurch Lassalles Bemühungen, seine dortigen Anhänger vor den Bedrückungen der Behörden und Fabrikanten zu schützen, natürlich nicht schlechter wurden.

In Süddeutschland fand die Agitation nur geringen Boden, was theils durch ihren preußischen Ursprung, theils durch das noch immer starke Uebergewicht des süddeutschen Kleinbürgerthums verursacht sein mochte. In Frankfurt a. M. waren Heymann und Theodor Müller nicht zu bewegen gewesen, ein Amt des Vereins anzunehmen, obgleich ihre Sympathien bei der Sache blieben. Auch der Frankfurter Arbeiterbildungsverein bestand fort, weil Müller in erster Reihe die Bildungsbestrebungen der Arbeiter fördern wollte und Lassalle aus Rücksicht auf die ihm von Müller geleisteten Dienste diesen Willen respektirte; sein Versuch, Löb Sonnemann wegen der auf dem Züricher Tage bewiesenen Perfidie aus dem Verein stoßen zu lassen, scheiterte an zwei Stimmen Mehrheit. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begann in Frankfurt mit 67 Mitgliedern, die in langsamem, aber stetigem Wachsthum blieben. Es waren zur Hälfte Schneider, daneben andere Handwerker, wie der Gürtler Fritz Ellner und der Portefeuillearbeiter Welcker, auch einzelne Literaten, wie Bernhard Becker und der junge Heinrich Oberwinder. Mit Schweitzer hatte Lassalle seinen Willen doch nicht durchgesetzt, durch seine Vermittlung wurde Schweitzer dann Mitglied in Leipzig. Nachdem sich der anfängliche Bevollmächtigte in Frankfurt, der Zigarrenhändler Strauß, als unzuverlässig erwiesen hatte, trat Bernhard Becker an seine Stelle. Viel schlimmer als in Frankfurt sah es in Mainz aus, wo der Uhrmacher Schöppler sehr schnell in die mütterlichen Arme der Fortschrittspartei zurückkehrte. Die Vorgänge in Mainz waren ein besonders schlagender Beweis für den schnellen Wechsel von Ebbe und Fluth, der die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung so oft kennzeichnet. Lassalles Beredsamkeit schien die Mainzer Arbeiter auf einen Schlag gewonnen zu haben; dann trat ein so völliger Rückschlag ein, daß in den anderthalb Jahren bis zu Lassalles Tode sich erst etwa wieder zehn bis zwölf Mitglieder gesammelt hatten; als dann aber Lassalles Leiche die Stadt passirte, bereiteten ihr die dortigen Arbeiter ein Todtenfest, wie einem Könige.

In der Rheinpfalz, in Baden, in Württemberg, den klassischen Stätten der Kleinbürgerei, vermochte die Agitation noch nirgends festen Fuß zu fassen. Vielmehr schlossen sich die württembergischen Arbeiterbildungsvereine, deren es eine ganze Anzahl in Stuttgart, Eßlingen, Ulm, Heilbronn, Göppingen, Reutlingen, Gmünd, Cannstatt und anderen Orten gab, im Juni 1863 zu einem besonderen Landesverbande zusammen und hielten ein Jahr später ihre erste Landesversammlung in Göppingen ab. In den Vorständen dieser Vereine saßen Fabrikanten, Professoren, Lehrer, Apotheker und andere gelehrte Häuser, aber höchst selten Arbeiter. Etwas anders lagen die Dinge in Baiern. In der Hauptsache ein ackerbautreibendes Land und in seiner gewerblichen Gesetzgebung außerordentlich rückständig, besaß es doch in Augsburg, München und Nürnberg einzelne Mittel-

punkte der Metall- und Textilindustrie, die Tausende von Industriearbeitern zählten. Besonders hatte Augsburg mit seinen großartigen Spinnereien, Webereien und Kattundruckereien ein ganzes Arbeiterheer angezogen. Die Augsburger Arbeiter machten keine schlechte Schule durch, da die Textilbarone im Anfang ihrer Fabrikgründungen fremde Arbeiter aus dem Elsaß und der Schweiz heranzogen, um die heimischen Arbeiter anzulernen; auch gab es in Augsburg eine Anzahl Arbeiter, welche die badisch-pfälzische Erhebung mitgemacht hatten und noch tief in der Rebellenhaut steckten. Am meisten that aber auch hier die baierische Bourgeoisie, um die Arbeitermassen in das politische Leben zu werfen. Sie begann sich zu fühlen und band mit dem Ultramontanismus an, mit dem unter diesem Namen segelnden Junker- und Pfaffenthum; sie wollte namentlich die Schranken der Gewerbe- und Zollgesetzgebung niederbrechen, die ihr die Betheiligung am Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erschwerten. Die Augsburger Spinnerkönige, heute Schutzzöllner, waren damals wüthende Manchesterleute und verhießen den von ihnen ausgebeuteten Arbeitern alle Wonnen des Paradieses vom tausendjährigen Reiche des Freihandels. Einstweilen konnten sie damit das Proletariat bethören, nicht jedoch, ohne daß sich in den vorgeschrittensten Arbeitern eine bessere Einsicht regte. Als ein Augsburger Arbeiter, der Mechaniker Friedrich Dürr, der in Hamburg sich der Agitation Lassalles angeschlossen hatte, in seine Vaterstadt zurückkehrte, gewann er einige Dutzend Kameraden. Doch wollte es zunächst nicht recht vorwärts gehen, da es an Rednerkräften fehlte und die Verketzerung Lassalles durch die liberale Presse noch viel zu großen Glauben bei den Arbeitern fand.

Im Ganzen war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bei Lassalles Tode über etwa 50 deutsche Orte verbreitet, in mehr als einem Drittel davon stand er freilich nur so gut wie auf dem Papier, in einem anderen Drittel zählte er über 100 Mitglieder. Außerhalb Deutschlands erklärte sich der kommunistische Arbeiterbildungsverein in London zum Anschlusse bereit, doch empfing ihn Lassalle sehr zurückhaltend, indem er meinte, nichts sei schwieriger und verwickelter als das Londoner Terrain. Wahrscheinlich wollte er jedem möglichen Zusammenstoße mit Marx ausweichen. In der Schweiz trat Johann Philipp Becker mit einem Offenen Briefe für Lassalle ein, klagte aber über mangelhaften Erfolg, da die Arbeiter des Handwerks noch ganz in Schulzes Illusionen verbissen seien und jeder sich schon als künftiges Mitglied einer einträglichen Genossenschaft betrachte.

Blieb nun die räumliche Ausdehnung des Vereins weit hinter Lassalles Erwartungen zurück, so nicht minder oder eher noch mehr seine innere Entwicklung. Lassalle wollte auch hier ernten, nachdem er kaum gesäet hatte. Er verging vor Ungeduld über die unregelmäßige Berichterstattung der Bevollmächtigten, über die unpünktliche Zahlung und oft gänzliche Stockung der Mitgliederbeiträge, über die „Reibungen, Kleinlichkeiten, Intriguen, Streitigkeiten in Fortschrittlerweise“, an denen das junge Vereinsleben nicht arm war. Die „Vereinsspielerei“ erpreßte ihm unzählige Flüche. Ein regelmäßiges Funktioniren des von ihm geschaffenen Organismus hat er nicht mehr erlebt, so unermüdlich er war, durch

Bitten, Mahnungen und im äußersten Falle selbst Drohungen die Bevollmächtigten anzutreiben. Die Vereinskasse war von vornherein mit einem starken und immer wachsenden Defizit behaftet, das durch Geschenke Lassalles, durch die Erträgnisse seiner Agitationsschriften, durch freiwillige Anleihen bei den paar wohlhabenden Mitgliedern des Vereins, durch Vorschüsse des Kassirers und andere Finanzoperationen gemildert, aber keineswegs behoben wurde. Wenn selbst Hillmann in Elberfeld, Perl in Hamburg und Dammer in Leipzig mit ihren Abrechnungen und Berichten im Rückstande blieben, was war dann groß von den Bevollmächtigten zu erwarten, die verhältnißmäßig wenige Mitglieder hinter sich hatten, als einfache Arbeiter nach des Tages Last und Hitze agitiren und dann noch rechnen oder schreiben sollten, ungeübt, wie sie waren, mit der Feder umzugehen?

Um die innere Lebensfähigkeit des Vereins zu erhöhen, griff Lassalle zu einigen Maßregeln, die auf eine größere Selbständigkeit der Mitglieder abzielten. Zunächst ordnete er für Elberfeld, Barmen und Ronsdorf je eine besondere, von den örtlichen Mitgliedern zu wählende Kassenverwaltung an. Sie sollte aus zwei Kassirern und zwei Kontrolleuren bestehen; neben ihnen hatten zwei Zensoren die Aufgabe, säumige Mitglieder zur Zahlung ihrer Beiträge anzuhalten. Doch blieb der Bevollmächtigte allein berechtigt, über die örtlichen Ausgaben zu verfügen, mit der Maßgabe, daß sie ohne besondere Genehmigung des Präsidenten niemals in einem Monat die Hälfte der Monatseinnahmen übersteigen dürften. Etwas später verfügte Lassalle dann für jene drei Orte und dazu für Düsseldorf, Solingen und Wermelskirchen, daß die örtlichen Mitgliedschaften für den Posten des Bevollmächtigten drei Kandidaten wählen sollten, aus denen der Präsident die endgiltige Auswahl zu treffen habe. Beide Einrichtungen, deren Ausdehnung über den ganzen Verein von vornherein vorgesehen wurde, waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Sie scheinen aber keine große Verbesserung herbeigeführt zu haben, da der Fehler mehr darin lag, daß sich die Organisation überhaupt noch nicht eingelebt hatte, als daß sich ihre Mängel bereits fühlbar machten.

In allen diesen Kinderkrankheiten zeigte der Verein doch, daß er ein sehr gesundes Kind war. Dafür sprachen schon die zahlreichen Beweise treuer Anhänglichkeit und raschen Verständnisses, die Lassalle von den Mitgliedern erhielt. Sie beschwichtigten immer wieder seine Ungeduld und durften ihn wohl mit stolzer Genugthuung erfüllen. Es war doch die Elite des deutschen Proletariats, die ihn in freiwilliger Disziplin als ihren Führer anerkannte. Zugleich aber zeigte sich schon früh, daß der Verein bei alledem keine Sekte war, die sklavisch auf die Worte des Meisters schwor, sondern eine sich schnell entwickelnde Partei, die sehr bald an dem Gängelbande der diktatorischen Leitung zu zerren begann. Es ist zwar nur ein unbeglaubigtes Erzählchen, daß Lassalle auf den entschiedenen Widerspruch seiner Berliner Anhänger gestoßen sein soll, als er ihnen habe das Versprechen abnehmen wollen, bei einem Kampfe zwischen dem Königthum von Gottes Gnaden und der liberalen Bourgeoisie für das Königthum und gegen die Bourgeoisie einzutreten. Diese Aufforderung steht mit allen beglaubigten Aeuße-

rungen Lassalles in so unversöhnlichem Gegensatze, daß sie, ohnehin nur durch dritte Hand überliefert, ins Reich der Fabeln verwiesen werden muß. Aber in einem anderen Falle ließ sich Lassalle leider dazu hinreißen, an die revolutionäre Gesinnung der rheinischen Arbeiter eine sehr unbillige Zumuthung zu stellen. Zwei Solinger Schleifer, Namens Moll, und ein Elberfelder Arbeiter, Namens Lotz, wurden im Frühjahr 1864 zu viermonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, weil angeblich sie die Messerstiche ausgetheilt haben sollten, durch die einige fortschrittliche Spektakelmacher bei Lassalles Heerschaurede in Solingen verwundet worden waren. Lassalle schlug nun vor, die Verurtheilten sollten ein durch eine große Arbeiteradresse unterstütztes Gnadengesuch an den König richten. Indessen die wackeren Männer weigerten sich entschieden. Sie meinten, selbst wenn sie vier Jahre sitzen sollten, würde es doch ihren Gesinnungen widerstreiten, dem Könige verpflichtet zu werden, und ihre Kameraden stimmten ihnen bei. Lassalle mußte sich mit einem rückhaltlosen Nein bescheiden, und er nahm es wenigstens mit dem ehrlichen Bekenntniß hin, daß es ihn mit Stolz erfüllen müsse, an der Spitze solcher Männer zu stehen. Kurirt war er freilich noch immer nicht ganz und holte sich einen zweiten Korb mit dem Vorschlage, eine Beschwerdeadresse ohne Gnadengesuch ins Werk zu setzen.

Sehr viel unberechtigter als dieser Protest der Solinger Arbeiter war an und für sich die Opposition Vahlteichs gegen Lassalle. Vahlteich hatte am 1. Februar 1864 sein Amt als Vereinssekretär niedergelegt, da er sich mit Lassalle nicht persönlich zu stellen vermochte; an seine Stelle trat Eduard Willms aus Solingen, der vortrefflich mit Lassalle ausgekommen ist. Vahlteich siedelte nach Dresden über, wo er das Amt des Bevollmächtigten übernahm. Sein Bestreben ging jetzt auf eine Dezentralisation des Vereins, auf engeren Anschluß an die entschiedeneren Richtungen der Bourgeoisie, und er ließ es dabei an Bemerkungen über die Scheinexistenz des Vereins, über den sehr gefährlichen Humbug des Präsidiums und ähnlichen Aeußerungen nicht fehlen, die eine unverkennbare persönliche Schärfe gegen Lassalle enthielten. Sachlich war Vahlteich mit seinen Bestrebungen jedenfalls auf dem Holzwege; was bei einem Anschlusse der Arbeiter an die Fortschrittspartei herauskam, hatte er ja am eigenen Leibe erprobt. Scheiterte die Zentralisation des Vereins daran, daß sich die Arbeiter noch nicht in eine politische Parteiorganisation zu finden wußten, so war seine Dezentralisation einfach ein Todesurtheil für die ganze Agitation. Lassalle sah darin mit Recht nicht den Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst, einen schicklichen Vorwand, den Verein aufzulösen, wenn er denn wirklich aufgelöst werden mußte. Glaubte Vahlteich an keinen Erfolg mehr, so hätte es gerade für ihn nach seiner Vergangenheit näher gelegen, aus dem Verein auszuscheiden, statt ihn zu zerrütten, und es war durchaus begreiflich, daß Lassalle über Vahlteichs Opposition eine steigende Erbitterung empfand.

Trotz alledem lag in dieser Opposition ein sehr bedeutsames Moment. Es sind von jeher viele ungerechte oder wenigstens stark übertriebene Vorwürfe gegen

die Organisation laut geworden, die Lassalle der Arbeiterbewegung gab; wenn er beispielsweise in seinen Erlassen die örtlichen Mitgliedschaften kurzweg Gemeinden zu nennen begann, so ist diese einfache und sinngemäße Abkürzung eines schwerfälligen Ausdrucks als religiöser Sektengeist angesprochen worden, während sie thatsächlich die Wiederbelebung einer Bezeichnung war, die schon der Bund der Kommunisten für seine örtlichen Mitgliedschaften gebraucht hatte. Aber so viel läßt sich nicht leugnen, daß die Gefahr der Sektenbildung in Lassalles Organisation lag, und deshalb war die Opposition, die sich schon frühzeitig gegen Lassalle innerhalb des Vereins erhob, ein Zeichen innerer Kraft, mochte sie zunächst, wie im Falle der Solinger Arbeiter, eine berechtigte, oder wie in Vahlteichs Falle, eine unberechtigte Form annehmen. Sie ist niemals wieder völlig verstummt, so lange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bestand, und erst mit der Gefahr erloschen, gegen welche sie gerichtet war, mit der Gefahr, die sich an jede persönliche Diktatur knüpft.

Lassalle meinte es in großem Sinne, wenn er im proletarischen Klassenkampfe Autorität und Freiheit vereinigt, wenn er darin ein Vorbild der künftigen Gesellschaftsform sah. Und unzweifelhaft war seine persönliche Diktatur heilsam und nützlich, so lange es darauf ankam, die kopflose Zerfahrenheit zu beseitigen, welche die Fortschrittspartei in die Arbeiterklasse getragen hatte, und ein starkes Klassenbewußtsein des Proletariats zu erwecken. Aber sobald dies Ziel erreicht war, wurde die persönliche Diktatur aus einem Hebel zu einer Hemmung und mußte ihrerseits beseitigt werden. Eine historisch aufsteigende Klasse, die sich ihres revolutionären Willens bewußt geworden ist, vereinigt Autorität und Freiheit in sich selber, und braucht ihren Willen nicht wie einen Hammer in die Hand eines Einzelnen zu legen. Die wahre Berechtigung einer persönlichen Diktatur, wie Lassalle sie handhabte, besteht darin, sich selbst überflüssig zu machen, und in diesem Sinne zeugte es von der selbständigen Triebkraft der Bewegung, daß vorgeschrittene Arbeiter, wie York, Vahlteich und die Solinger Schleifer, schon früh ihren Willen geltend machten gegen Lassalles diktatorische Leitung.

Ehe die persönliche Diktatur sich selbst überflüssig machte, sollte noch manches Jahr vergehen, und ihr Auflösungsprozeß führte mehr als einmal zu heftigen Erschütterungen. Aber darin spiegelte sich nur jener unscheinbare Gang der proletarischen Revolution wieder, der den Gegnern willkommenen Anlaß zu spottwohlfeilen Triumphen giebt, bis sich herausstellt, daß er eine Bedingung ihres unaufhaltsamen Erfolges ist.

Drittes Kapitel.

Lassalles Ende.

Am 8. Mai 1864 trat Lassalle seine Sommerreise an, von welcher er nicht mehr lebend zurückkehren sollte. Einer entschuldigenden Erklärung bedurfte er diesmal nicht, um den Berliner Staub von seinen Schuhen zu schütteln. Die beispiellosen Anstrengungen des Winters hatten seine Gesundheit völlig zerrüttet. An die Bevollmächtigten des Vereins schrieb er schon im Februar: „Ich bin todtmüde, und so stark meine Organisation ist, so wankt sie doch bis in ihr Mark hinein. Meine Aufregung ist so groß, daß ich keine Nacht mehr schlafen kann. Ich wälze mich bis fünf Uhr auf dem Lager und stehe mit Kopfschmerz und tief erschöpft auf. Ich bin überarbeitet, überangestrengt, übermüdet im furchtbarsten Grade", und ähnlich an Rodbertus zur selben Zeit: „Ich bin von übermäßiger Anstrengung und übertriebener Nervenaufregung durch die Arbeit so herunter, daß meine Nerven mir wie Stricke um den Körper schlottern." Lassalles Tage waren gezählt; ein Halsleiden, das ihm schon bei seinen Agitationsreden im Vorjahre arge Schmerzen bereitet hatte, ließ ihm nach dem Urtheil seines Düsseldorfer Arztes nur noch eine kurze Lebensfrist.

Gleichwohl wollte er nicht weichen, so lange noch irgend ein Hoffnungsflämmchen am Horizonte blinkte. Er rechnete immer noch darauf, der Regierung das allgemeine Wahlrecht entreißen zu können, und dieser Gedanke wurde mehr und mehr die treibende Kraft dessen, was er in den letzten Monaten seines Lebens gedacht und gesprochen hat. Da er einem Irrlichte nachjagte, so gerieth er immer weiter vom richtigen Wege ab, obgleich nie so weit, daß ihm nicht die Rückkehr in jedem Augenblicke frei gestanden hätte. Die Kundgebungen dieser Zeit tragen die Spuren geistiger und körperlicher Abspannung in allzu reichem Maße, niemals aber verlor Lassalle in ihnen sich selbst, und seiner Sache ist er mit keinem Hauche untreu geworden. Sein Prinzip blieb stets dasselbe, so eigenthümliche Sprünge auch mitunter seine Taktik machte.

Lassalle verwandte den Monat Mai auf eine neue Heerschau über seine Truppen. Sie begann in Leipzig und erstreckte sich dann namentlich wieder über die rheinischen Gemeinden, um in dem Stiftungsfeste des Vereins zu gipfeln, das am 22. Mai 1864 in Ronsdorf gefeiert wurde. Nach Ronsdorf wird denn auch gewöhnlich die Rede benannt, die Lassalle vorher schon, meist wohl in kürzerer Zusammenfassung, am 9. Mai in Leipzig, am 14. in Solingen, am 15. in Barmen, am 18. in Wermelskirchen gehalten hatte, überall von jubelnden Zurufen der Arbeitermassen empfangen, schwelgend in Triumphen, die ihn wohl für unendliche Plage entschädigen durften. In tiefen vollen Zügen trank sein durstiges Herz diesen vollen Sonnenblick des Erfolges, dem so bald die ewige Nacht folgen sollte. In dem namenlosen Jubel der rheinischen Massen dünkte er sich ein

Faust, der am Ziele seiner Erdenlaufbahn befriedigt stille steht, und er hatte beständig den Eindruck, so müsse es bei der Stiftung neuer Religionen ausgesehen haben. Wer mag heute mit diesen Worten eines Sterbenden rechten?

Die Ronsdorfer Rede gilt allgemein als die schwächste aller Agitationsreden, die Lassalle gehalten hat. Zum Theil liegt ihre Schwäche wohl darin, daß sie nicht aus einem Guß entworfen ist. Ursprünglich sollte sie eine „Revue nach Innen“ werden, wie die vorjährige Heerschaurede eine „Revue nach Außen“ gewesen war. Sie sollte den rechten Eifer und Geist unter den Mitgliedern wecken, und daran eine kurze pralle Schilderung der politischen Lage schließen. Dann verschob sich ihr Konzept nicht unwesentlich dadurch, daß die schlesische Weberdeputation, kurz ehe Lassalle seine Reise antrat, vom Könige empfangen wurde und dieser Zwischenfall eine vortreffliche Ausfallspforte für Lassalles taktische Wendung zu bieten schien. Die Rede wurde nun doch eine „Revue nach Außen“, wie schon ihr eigentlicher Titel sagt: Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. Ueber die Köpfe der Arbeiter weg sprach Lassalle zu den „paar Leuten in Berlin“, auf die er schon mit seiner vorjährigen Heerschaurede einzuwirken versucht hatte.

Aber je stärker die Trümpfe seiner Taktik wurden, um so klarer enthüllte sich auch ihr Grundfehler. Auf der einen Seite wollte Lassalle den König auf den nichtssagenden Redensarten festnageln, womit die Weber abgespeist worden waren; „wir wollen doch sehen, ob das Königthum dieses Versprechen nicht halten, ob es dieses sein den arbeitenden Klassen verpfändetes Wort nicht einlösen wird.“ Lassalle machte den König zum Schwurzeugen für die sozialdemokratischen Grundsätze, indem er ausführte, daß mit dem Versprechen einer gesetzlichen Regelung der Arbeiterfrage auch schon das allgemeine Wahlrecht versprochen worden sei; eine aus der Klassenwahl hervorgegangene Volksvertretung werde ja niemals die zur Abhilfe der Arbeiternoth erforderlichen Gelder bewilligen. Nimmt man hinzu, daß Lassalle das Blatt, auf dem die königliche Antwort der Weberdeputation von der offiziösen Preßstelle übergeben worden war, nach Berichten von Augenzeugen mit einer sehr unzeremoniösen Geste behandelte, so mochte sich vielleicht dieser oder jener zurückgebliebene Arbeiter über den Hohn täuschen, womit Lassalle dem Königthum begegnete, aber die Masse der Arbeiter wußte jedenfalls, woran sie war. Auf der anderen Seite pflegt aber Niemand eine höhnische Behandlung schneller zu verstehen, als ihre Opfer, und wie konnte Lassalle hoffen, daß die Ronsdorfer Rede, deren sorgsame Uebermittlung an Bismarck er dem Vereinssekretär auf die Seele band, einen mit allen Hunden gehetzten Diplomaten aufs Glatteis locken würde!

Auch die Schilderungen, die Lassalle in dieser Rede von seinen agitatorischen Erfolgen gab, waren wohl mehr auf Berliner Adressen, als auf die rheinischen Arbeiter berechnet. Sie litten an argen Uebertreibungen. Da die thatsächlich großen Wirkungen seiner Propaganda zwar vorhanden, aber vorerst nicht zu greifen und zu sehen waren, so suchte Lassalle ihre greif- und sichtbaren Früchte, wo sie nicht, oder doch lange nicht in dem von ihm behaupteten Maße vorhanden waren. Er

entwarf ein Zerrbild, mit dem er sich selbst das bitterste Unrecht that; wie tief stand diese manchmal fast romanhafte Legende unter dem großen historischen Anstoße, den er wirklich gegeben hatte! Mit gutem Fug ist ihm namentlich von jeher zum Vorwurfe gemacht worden, daß er den Bischof von Mainz zu einem Paradegaule gegen die fortschrittlichen Manchesterleute aufzäumte, den „Fürsten der Kirche", der „am Rheine fast für einen Heiligen" gelte, der sich „seit langen Jahren mit gelehrten Forschungen abgegeben" habe und der sich nun „in seinem Gewissen gedrungen" fühle, das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen. Wenn der Bischof Ketteler in einem unbedeutenden Schriftchen das eherne Lohngesetz anerkannte, um die liberale Bourgeoisie zu ärgern, und den göttlichen Ursprung des Eigenthums behauptete, um den Emanzipationskampf des Proletariats niederzuschlagen, so trieb er eine pfäffische Demagogie, die einen Schulze-Delitzsch „fast als Heiligen" erscheinen lassen konnte. Gerade vor rheinischen Arbeitern, deren so viele noch im Geisteszwange des Ultramontanismus lebten, hätte Lassalle besser daran gethan, diesem Wolfe den Schafspelz abzuziehen, statt ihn als eine fragwürdige Autorität gegen den Kapitalismus auszuspielen.

Erst am Schlusse der Ronsdorfer Rede erhob sich Lassalle auf die alte Höhe seiner Beredsamkeit. Als letztes Zeichen des Erfolges nannte er die Verfolgung, die ihn betroffen habe. Er gedachte triumphirend der Prozesse, die er mit der Schärfe des Schwertes vernichtet habe, aber er fügte als guter Kenner proletarischer Klassenkämpfe hinzu, einer gewissen Erbitterung gegenüber sei der Einzelne verloren, wie stark er auch sei. Die Fittiche des Todes rauschten über ihm, als er sein Exoriare sprach, und mit begeisterten Zurufen schworen seine Hörer in seine Hand, daß mit seiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht untergehen, daß die Feuersbrunst, die er entzündet habe, weiter und weiter fressen solle, so lange einer von ihnen noch athme.

Von Ende Mai bis Ende Juni hielt sich Lassalle in Ems auf, wo er Heilung für sein Halsleiden suchte. Hier schrieb er eine Erwiderung auf die Rezension, welche die Kreuzzeitung aus der Feder Wageners über den Bastiat-Schulze gebracht hatte. Unter den feudalen Parteigängern war Wagener derjenige, der am eifrigsten mit dem allgemeinen Wahlrechte krebste. Er nahm den Mund sehr voll mit der feigen muthlosen Bourgeoisie, die ihre politischen Güter und Freiheiten in die Kabuse geworfen habe, um ihren Geldsack zu retten. Jedoch was er selbst retten wollte, das waren die „politischen Güter und Freiheiten" der „christlichen Gesellschafts- und Staatsordnung", und die ständische Verkrüppelung, die er dem allgemeinen Wahlrecht anthun wollte, lief auf nichts anderes hinaus, als auf eine feudale Auflage der plutokratischen Dreiklassenwahl, deren Oktroyirung ja auch damit beschönigt worden war, daß sie das „allgemeine Wahlrecht" am Leben erhalte.

Wagener war ein zu guter Hasser des Kapitalismus, um ihn nicht genau zu kennen. Er wußte, daß die Wiederherstellung der feudal-zünftigen Gesellschaftsorganisation ein Unding sei und gerieth dadurch in einen ausgesprochenen Gegen-

satz zu dem alten Romantiker v. Gerlach, der ihn einst in die Geheimnisse des feudalen Sozialismus eingeweiht hatte, und der jetzt, da die Dinge brennend zu werden begannen, lieber noch mit Schulze-Delitzsch kramen wollte als mit Lassalle. Auch täuschte sich Wagener nicht, wie Bismarck, über Lassalles „monarchische Gesinnung"; er sah sehr wohl ein, daß der konkrete preußische Staat mit der abstrakten Staatsidee Lassalles verteufelt wenig zu thun habe. Aber gegenüber einer konsequenten Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie der Bastiat-Schulze enthielt, war Wagener am Ende seines Lateins, und seine Rezension dieser Schrift erschöpfte sich in einem ganz alltäglichen Gerede über die Fundamente des christlichen Staats, über die Erhaltung des Mittelstandes als der einzig richtigen Verbindung von Kapital und Arbeit, über ähnliche Schlagworte mehr. Wagener machte sogar eine verschämte Anleihe bei dem landläufigsten Manchesterthum, indem er meinte, es käme mindestens ebenso sehr auf die Steigerung, als auf die anderweite Vertheilung des Gesammteinkommens an, und sein Trumpf, daß die Arbeiter auch nicht alle Tugendhelden, die Kapitalisten auch nicht alle Sünder seien, hätte ebenso gut in den Spalten der Volkszeitung paradiren können, wie in den Spalten der Kreuzzeitung.

Lassalle hatte in Berlin persönlich mit Wagener verkehrt und soll ihm, wie Wagener in seinen Denkwürdigkeiten schmunzelnd erzählt, das Kompliment gemacht haben, die drei klügsten Leute im Preußischen seien — in dieser Reihenfolge — Lassalle, Bismarck und Wagener. Hat sich Lassalle diesen Scherz wirklich gestattet, so muß er nicht übermäßig hoch von Wageners geistigen Fähigkeiten gedacht haben, und Wageners Rezension seines Bastiat-Schulze war gewiß nicht geeignet, ihm einen höheren Begriff von diesem feudalen Vorkämpfer beizubringen. Dennoch entschloß er sich, ihm ausführlich zu antworten; wie der Inhalt der Erwiderung zeigt, wollte er einen neuen Anstoß zur Oktroyirung des allgemeinen Wahlrechts geben. Er widerlegte mit leichter Mühe die plumpen Mißverständnisse Wageners, er führte aus, daß es ganz auf die Träger der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung ankomme, ob das gebieterische politisch-soziale Bedürfniß der Gegenwart sich auf reformatorischem oder revolutionärem Wege durchsetzen solle, er protestirte energisch gegen alle kleine Experimentirerei mit Produktivassoziationen und begründete das allgemeine Wahlrecht damit, daß es nichts Organisationsfähigeres gebe, als die großen Massen, und nichts Intelligenteres, als ihren gesunden Verstand. Das war gewiß sehr richtig, nur daß es die Leute stutzig machen mußte, die es gewinnen sollte. Denn wie es immer mit der „Klugheit" Bismarcks und Wageners stehen mochte, so waren sie viel zu gewitzte Vertreter der herrschenden Klassen, um nicht die Massenintelligenz und die Massenorganisation zu fürchten, wie die Pest.

Ende Juni ging Lassalle nach Düsseldorf, um sich persönlich vor der Berufungsinstanz zu vertheidigen, gegen die Anklage, die ihm wegen seiner vorjährigen Heerschaurede angehängt worden war. Soweit sich seine Vertheidigung in politischen Geleisen bewegte, war sie ein Nachklang der Ronsdorfer Rede.

Lassalle hielt sich dann ein paar Wochen in Frankfurt und in der Pfalz auf, namentlich beschäftigt mit den Vorbereitungen für eine regelmäßig erscheinende Vereinszeitung. Die oft aufgeworfene Frage, weshalb er sich nicht früher daran gemacht habe, diese empfindliche Lücke seiner Rüstung auszufüllen, zumal der Nordstern immer schlechter wurde, beantwortet sich sehr einfach dadurch, daß er bis dahin eine dreifache Manneskraft hatte aufbieten müssen, um noch dringlicheren Aufgaben gerecht zu werden. Beschäftigt hatte er sich schon seit dem Winter mit dem Plan eines Vereinsorgans, zum endgiltigen Abschlusse gediehen die Vorarbeiten im Sommer 1864. Die Redaktion des Blattes sollte Schweitzer und neben ihm Jean Baptist v. Hofstetten übernehmen, ein baierischer Exleutnant, der einiges Vermögen besaß, ein gutmüthiger und liebenswürdiger, aber nicht eben begabter und etwas phantastischer Mann, der ganz unter Schweitzers geistigem Einflusse stand. Als Erscheinungsort des neuen Blattes wurde Berlin bestimmt.

Mitte Juli siedelte Lassalle zu einer Molkenkur nach Rigi-Kaltbad über, wo zunächst die Vereinsangelegenheiten fortfuhren, ihn lebhaft zu beschäftigen. In seinem Drange, einen „Druck auf die Ereignisse“ auszuüben, hat er damals den Gedanken erwogen, im Herbste von den Hamburger Arbeitern eine Resolution beschließen zu lassen, durch die Bismarck aufgefordert werden sollte, Schleswig-Holstein gegen den Willen Oesterreichs zu annektiren. Der schleswig-holsteinische Krieg war jetzt beendet. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenzen hatten preußische Truppen am 29. Juni die Insel Alsen erobert, am 10. Juli war ganz Jütland in österreichisch-preußischem Besitze, und am 20. Juli erklärte sich die dänische Regierung zu Friedensunterhandlungen bereit. Lassalle erwies sich als guter Prophet, indem er voraussah, daß Oesterreich und Preußen sich um die gemeinsame Beute in die Haare gerathen würden, indem er hierin die auswärtige Verwicklung erkannte, in deren Verlaufe Bismarck den Trumpf des allgemeinen Wahlrechts ausspielen müßte. Aber freilich war damit die Resolution nicht gerechtfertigt, die er den Hamburger Arbeitern vorzuschlagen gedachte. Sie wäre vielmehr von allen verkehrten Schritten, zu denen Lassalle durch seine taktische Wendung verleitet wurde, der weitaus verkehrteste gewesen; sie hätte durchaus keinen „Druck auf die Ereignisse“ ausgeübt, sondern nur die Arbeiterbewegung zu Gunsten der preußischen Eroberungspolitik blosgestellt. Im Uebrigen ist sehr fraglich, ob sie bei Lassalle eine beschlossene Sache gewesen ist, wie die Gräfin Hatzfeldt und Andere später behauptet haben. So wie er sie in seinen Briefen erwähnt, an einem Tage mit überschwänglichen Erwartungen als „einen großen, sehr großen, vielleicht thatsächlich wichtigen Coup“ und am nächsten Tage schon als eine Sache, von welcher er sich selbst nicht viel verspreche, erscheint sie eher als Ausfluß einer nervös überreizten Stimmung, wie sie sich wohl in vertraulichen Briefen oder Gesprächen auslöst, ohne daß deshalb schon eine Brücke vom Gedanken zur That geschlagen wäre.

Weit mehr als durch diesen noch ganz im Blauen schwebenden Plan wurde Lassalle auf Rigi-Kaltbad durch seinen Streit mit Vahlteich beansprucht. Die

gegenseitige Mißstimmung entlud sich an den Vorbereitungen für die erste Generalversammlung des Vereins, die nach den Statuten noch vor Ende des Jahres 1864 stattfinden mußte. Ueber die Zusammensetzung der Generalversammlung verfügten die Statuten, daß an dem Orte, wo sie stattfinde, sämmtliche erschienenen Mitglieder nach Köpfen, die anderen Orte aber durch gewählte Delegirte abstimmen sollten, die so viele Stimmen abzugeben hätten, als die Gesammtzahl der Mitglieder in den von ihnen vertretenen Orten betrüge. Eine Bestimmung über die Reisekosten der Delegirten enthielten die Statuten nicht. Es war deshalb ganz sachgemäß und in keiner Weise statutenwidrig, daß Lassalle im Einverständniß mit Dammer, den er für die Zeit seiner Abwesenheit von Deutschland wieder zum Vizepräsidenten ernannt hatte, aus der Noth eine Tugend zu machen versuchte. Sie schlugen vor, daß diejenigen Gemeinden, welche die Reisekosten für besondere Delegirte nicht aufbringen könnten oder wollten, sich durch Mitglieder vertreten lassen sollten, die am Orte der Generalversammlung oder in dessen Nähe wohnten. Allerdings mußte eine allgemeine Befolgung dieses Vorschlags die Bedeutung der Generalversammlung sehr herabdrücken, aber bei der Armuth und der ziffernmäßigen Schwäche vieler Gemeinden gab es keine andere Möglichkeit, eine Generalversammlung herzustellen und der entsprechenden Vorschrift der Statuten zu genügen. Jedenfalls beschränkte der Vorschlag kein Recht der Mitglieder, denn es blieb jeder Gemeinde unbenommen, Delegirte aus ihrer Mitte zu senden, vorausgesetzt, daß sie deren Reisekosten aufbringen konnte und wollte.

Nun protestirte Vahlteich als Mitglied des Vorstandes gegen den Vorschlag Lassalles und Dammers. Er behauptete, daß die Gemeinden dadurch in der Wahl ihrer Delegirten beschränkt würden. Vahlteich wollte eine „ordnungsgemäße Abhaltung" der Generalversammlung erst dann anerkennen, wenn die Reisekosten der Delegirten, sei es aus der Vereinskasse, sei es durch eine, den Vereinsmitgliedern aufzuerlegende Extrasteuer gedeckt würden. Aber abgesehen davon, daß die Vereinskasse mit schweren Schulden behaftet war und eine Extrasteuer bei der Unpünktlichkeit, womit die Mitglieder schon ihre regelmäßigen Beiträge zahlten, ein Schlag ins Wasser gewesen sein würde, hatte Vahlteich nicht einmal die Statuten für sich, die nirgends vorschrieben, daß die Reisekosten der Delegirten zur Generalversammlung von Vereinswegen bestritten werden müßten. Formell und materiell war Vahlteich mit seinem Antrage ebenso im Unrecht, wie Lassalle und Dammer mit ihrem Vorschlage im Rechte waren. Obendrein schlug Vahlteich in den Gründen, die er seinem Antrage mitgab, einen wenn nicht gehässigen, so doch feindseligen Ton an, der an sich durchaus geeignet war, Lassalle zu erbittern, um so mehr, als auf der Hand lag, daß Vahlteichs Vorgehen ein Glied mehr in seinen Dezentralisationsbestrebungen war.

Dennoch läßt es sich nur aus Lassalles körperlich leidendem und seelisch erregtem Zustande erklären, daß er in einem langen, vom 27. Juli datirten und an alle Vorstandsmitglieder gerichteten Rundschreiben die Kabinetsfrage zwischen sich und Vahlteich stellte, daß er in kaum noch verblümten Worten drohte, er

werde das Präsidium niederlegen, wenn der Vorstand nicht Vahlteich aus dem Vereine stoße. Diese sehr undemokratische Handlungsweise wurde durch einige Begleiterscheinungen noch unschöner: der Vorstand, der bisher so gut wie gar nicht funktionirt hatte, sollte zum ersten Male in einer Art Büttelrolle auftreten, ferner nahm Lassalle gleichzeitig Bernhard Becker und Schweitzer, von denen er wußte, daß sie seine Ansichten theilten, in den Vorstand auf, und endlich wies er den Vereinssekretär an, das Rundschreiben an alle übrigen Vorstandsmitglieder zwar sofort, an Vahlteich aber erst dann zu senden, wenn Willms vorher nach Dresden gereist sei und Försterling gehörig instruirt habe, um den „Intriguen“ Vahlteichs in Dresden und den sächsischen Gemeinden überhaupt vorbeugen zu können. Und zu allem Unglück schloß Lassalles Thätigkeit für den Verein mit diesem schrillen Mißklange.

Denn am Tage vorher war Helene v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad erschienen, und in rascher Entwicklung spann sich nun das Drama ab, das Lassalles Tod am 31. August herbeiführte. Die Vorgänge selbst hängen nicht unmittelbar mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zusammen, und sie sind auch so oft erzählt worden, daß sie nicht noch einmal dargestellt zu werden brauchen. Nur soweit sich auf Lassalles Kosten ein sentimentales Mitgefühl für jene Dame geltend gemacht hat, verdienen sie eine kurze Beleuchtung.

Aus freiem Antriebe erschien Fräulein v. Dönniges auf Rigi-Kaltbad, und Pharisäer mögen es tadeln, daß Lassalle, krank, seit langen Tagen in unwirthliches Gebirgswetter eingesponnen, von Arbeit und Sorgen aufgerieben, sich einem so weiten Entgegenkommen nicht entzog. Die Dame zerriß dann launenhaft den klug ersonnenen Werbungsplan Lassalles, indem sie ihn in einem Genfer Hotel vor die Wahl stellte, sie entweder wie ein dummer Junge bei Nacht und Nebel zu entführen, oder sie wie ein ehrbarer Philister in ihr elterliches Haus zurückzuleiten. Lassalle hat später bitter bereut, daß er sich, statt zur Flucht, zu der „Großmuths- und bürgerlichen Anstandskomödie“ entschlossen habe, aber damit ist noch lange nicht widerlegt, daß er in der peinlichen Zwangslage, in welche ihn die Dame versetzt hatte, das gethan hat, was noch am ehesten der Würde seiner Person und seiner Stellung entsprach. Die Redewendung, daß er dadurch ein sich rückhaltlos hingebendes Frauenherz tödtlich verletzt habe, würde erst dann diskutirbar sein, wenn die Dame im weiteren Verlaufe der Dinge irgend etwas von einem verletzten Frauenherzen verrathen hätte. Es ist wirklich nichts davon zum Vorschein gekommen. Die Art, wie sich das angebliche Opfer Lassalles nach dem übereinstimmenden Zeugniß Rüstows und des Advokaten Haenle in der entscheidenden Szene des Dramas benahm, begründete vielmehr die subjektive Berechtigung des Wortes, mit dem Lassalle die Dame qualifizirte, um ihren Vater und ihren erst abgelegten und nun wieder angelegten Bräutigam zum Zweikampfe zu zwingen.

Gewiß hat Lassalle sich schwer kompromittirt, um seinen Willen durchzusetzen, um den Fluch einer lächerlichen Niederlage abzuwenden, die für ihn, der schon jede ernste Niederlage haßte wie den Tod, völlig unerträglich war. Die Schritte, die er bei dem baierischen Minister des Auswärtigen that, und durch

die Gräfin Hatzfeldt beim Bischofe von Mainz thun ließ, der Zweikampf selbst, zu dessen prinzipiellen Gegnern Lassalle stets gehört hatte, manche Aeußerungen, die er in diesen stürmischen Tagen mündlich und schriftlich gethan hat, lassen sich nicht rechtfertigen. Es bleibt immer ein Rest zu tragen peinlich, mag man auch alle Entschuldigungsgründe aufzählen: Lassalles Pflicht, ein um seinetwillen mißhandeltes Weib zu schützen, so lange er glauben mußte, daß es geschützt sein wollte, die boshaft-dumme Verletzung seines berechtigten Selbstbewußtseins durch das protzige Gebahren der Familie Dönniges, die hoffnungslose Auflösung seiner Körper- und Seelenkräfte, die mit erschütternder Wahrheit aus jeder Zeile seiner damaligen Briefe spricht. Lassalle hätte einen schöneren Tod sterben können und doch — wenn es gestattet ist, aus dem Inhalt eines reichen Lebens auf die stillen Gedanken der Sterbestunde zu schließen, so mag er auch diesen Tod als einen Befreier und Erlöser begrüßt haben.

Er hing nicht am Leben um des Lebens willen; ihm graute vor dem abstumpfenden Alter, das er schon mit dem vierzigsten Lebensjahre heranziehen sah, auf dessen Schwelle er stand. Ungewiß und unklar lag seine nächste Zukunft vor ihm. Die da meinen, daß er jemals Bismärckische Livree angezogen hätte, wie sein Freund Bucher, sprechen wie der Blinde von der Farbe. Soweit Lassalle überhaupt bestimmte Pläne für die Zukunft gefaßt hatte, gehen sie aus den Aeußerungen hervor, die er in seinen letzten Wochen zu Johann Philipp Becker gemacht hat. Nach dem Berichte des alten Freiheitskämpfers hat Lassalle erklärt, seine Kraft sei aufgerieben, und er müsse Einhalt thun. Er habe geglaubt, die sozialistische Bewegung in etwa einem Jahre zum Durchbruche bringen zu können, aber er sehe ein, daß es Jahrzehnte erheische, und dazu reiche seine leibliche Kraft nicht aus, namentlich werde er die bevorstehenden Freiheitsstrafen nicht überdauern können. Diese Worte tragen den Stempel der Wahrheit. Auf Beckers Rath beabsichtigte Lassalle, sich durch zweijährigen Aufenthalt in Genf das dortige Bürgerrecht zu erwerben, und diese Absicht hätte er bei längerer Lebensdauer wahrscheinlich ausgeführt. Ein Vogel mit gebrochenen Schwingen wäre er dann aber doch gewesen, und er dachte wohl groß genug von sich, um einen raschen Tod einem langen Siechthum vorzuziehen.

Deshalb ist nicht weniger haltlos, was eine neuere Legende wissen will, daß nämlich Lassalle in dem tödtlichen Zweikampfe einen „indirekten Selbstmord" begangen habe, aus Furcht vor einer Konferenz mit Marx und Engels, die im Herbste stattfinden sollte und ihn vor die Alternative gestellt haben würde: Widerruf und Rückzug oder Kampf auf Leben und Tod mit den alten Freunden. In allen vorhandenen Urkunden findet sich nicht die leiseste Hindeutung auf diese Konferenz; vielmehr geht aus einem Briefe, den Lassalle noch am 29. Juni an Willms richtete, unzweideutig hervor, daß er damals völlig im Unklaren darüber war, wie Marx über seine Agitation denken mochte. Es lohnt nicht erst, alle die psychologischen und sonstigen Unmöglichkeiten aufzuzählen, welche die angebliche Konferenz als das Produkt einer irrthümlichen Erinnerung erscheinen lassen. Will

man aber einmal die für Marx und Engels nicht weniger als für Lassalle kränkende Voraussetzung machen, daß ein solches Vehmgericht verabredet worden sei, so hatte Lassalle jedenfalls nicht den geringsten Anlaß, sich davor in einen „indirekten Selbstmord“ zu flüchten. Er konnte seine Agitation mit freier Stirne vor Jedem vertreten, auch vor Marx und Engels. Für ihn zeugten die deutschen Arbeiter, die er zum Klassenbewußtsein erweckt, denen er die Bahn zu gewaltigen Kämpfen und Siegen gebrochen hatte. Sie traten denn auch in ihrer Masse für ihren todten Führer ein, als ein halbes Jahr später die Meinungsverschiedenheiten offenbar wurden, die zwischen Lassalle und seinen alten Freunden bestanden hatten, allen voran die rheinisch-westfälischen Arbeiter und unter ihnen auch ehemalige Mitglieder des Kommunistenbundes.

Mag man doch den bürgerlichen Romanfabrikanten überlassen, sich ihren Lassalle zurechtzukneten, bald als einen frommen Knecht Fridolin, der andächtig am Throne der Hohenzollern kniet, bald als ein wüthendes Ungeheuer, mit dem man patriotische Kindsköpfe unter die Betten scheucht: der historische Lassalle fordert oft den rauhen Athem der historischen Wahrheit heraus, aber sein ehernes Standbild wird davon nicht umgeweht. Er war ein kranker und sterbender Mann, als er in der Schweiz ein dennoch vorzeitiges Ende fand. Die Kugel des wallachischen Junkers schien so sinnlos ein so großes Leben zu schließen, doch sie tödtete nur, was noch sterblich war an dem Denker und Kämpfer Lassalle. So wie die Dinge damals lagen und so wie Lassalle nun einmal war, hatte er seine historische Mission vollbracht; seine glühende Seele hatte ausgeathmet, und der Rest war allzu menschliche Leidenschaft. Ein triftiger Sinn lag gleichwohl in der so völlig irrigen Ansicht seiner treuen Anhänger, daß er für die Arbeitersache gefallen sei. So auch schrieb Marx tröstend an die Gräfin Hatzfeldt: „Er starb jung — im Triumphe — als Achilles.“

Immer hat die deutsche Arbeiterklasse mit gutem Takte abgelehnt, am Grabe Lassalles die Todtenrichterin zu spielen; sie bewahrt ihm eine tiefe und unverwüstliche Anhänglichkeit, die ihn ebenso ehrt, wie sie.

Viertes Kapitel.

Die Internationale Arbeiterassoziation.

Dieselben Ursachen, die in Deutschland eine neue Arbeiterbewegung erweckt hatten, drängten in allen industriell entwickelten Ländern auf die gleiche Wirkung hin. Wo es ein europäisches Proletariat gab, da begann es sich im Anfange der sechziger Jahre zu organisiren, um zunächst auf nationalem Boden um seine Emanzipation zu kämpfen. In den vorgeschrittensten Ländern aber enthüllte sich auch schon der internationale Charakter dieses Kampfes.

In England hatte die Niederlage der festländischen Revolution von 1848 zum völligen Erlöschen des Chartismus geführt. Dazu brachte der gesetzliche Zehnstundentag der Arbeiterklasse eine geistige, sittliche und körperliche Erfrischung, die von ihr als eine Art Wiedergeburt empfunden werden mußte, und die Entwicklung der Trade Unions nahm einen großartigen Aufschwung in der fieberhaften Industriethätigkeit der fünfziger Jahre. Mit der Handelskrise von 1857 häuften sich dann aber die Ereignisse, welche die englischen Arbeiter darüber belehrten, daß auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft für sie doch keine bleibende Stätte bereitet sei. Epochemachend wirkte namentlich der amerikanische Bürgerkrieg, von dem Marx sagte, daß er die Sturmglocke für die europäische Arbeiterklasse läute, wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des vorigen Jahrhunderts die Sturmglocke für die europäische Mittelklasse geläutet habe. Die Baumwollenkrisis stürzte die Arbeiter der englischen Textilindustrie in das fürchterlichste Elend, und dennoch erwies sich das englische Proletariat den herrschenden Klassen überlegen, deren Sympathien für die amerikanischen Sklavenbarone an seinem heldenmüthigen Widerstande zerschellten. Und den Trade Unions wurde jeder Versuch, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, sehr bald verleidet durch die bei jedem Streitfalle wiederkehrende Drohung der Kapitalisten, sie durch die Einfuhr billigerer Arbeitskräfte vom Festlande lahm zu legen. Die Aristokratie der englischen Arbeiterklasse, die in gefährlicher Selbsttäuschung sich auf den Kampf um Arbeitslohn und Arbeitszeit zu beschränken begonnen hatte, mußte gern oder ungern das internationale Gebiet des proletarischen Klassenkampfes betreten.

In Frankreich hatte der italienische Krieg dem bonapartistischen Staatsstreiche nur eine Galgenfrist verschafft. Die Kugel, die der Dezembermann ins Rollen gebracht hatte, rollte wider seinen Willen weiter. Er mußte sich zum Schergen der italienischen Demokratie hergeben, und die französische Demokratie machte ihm eine heftigere Opposition denn jemals früher. Um so mehr sann Bonaparte darauf, sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen. Die Gelegenheit konnte ihm günstig genug erscheinen. Das französische Proletariat war sektirerisch zerklüftet; neben alten Resten der geheimen Gesellschaften und der utopistischen Schulen gab es namentlich Blanquisten und Proudhonisten, von denen jene im Barrikadenkampfe und diese in kleinbürgerlichen Spielereien ihre Rettung sahen. Ein Versuch von sechzig Pariser Arbeitern, sich an den Wahlen für den gesetzgebenden Körper zu betheiligen, wurde von Proudhon herbe getadelt, weil die Arbeiter politisch sich an die radikale Bourgeoisie anschlossen, und von der radikalen Bourgeoisie schnöde verhöhnt, weil die Arbeiter auf eigenen Füßen stehen wollten. Ueberhaupt wurden die französischen Arbeiter von der französischen Bourgeoisie in ebenso alberner Weise gehänselt, wie die deutschen Arbeiter von der deutschen Bourgeoisie. Das war Wasser auf Bonapartes Mühle, und er ließ ihre Räder lustig klappern, geschickter als sein Nachahmer Bismarck, aber mit demselben Mißerfolge. Gleich mit seinem ersten Schachzuge hatte er Unglück; indem er den französischen Arbeitern gestattete, Delegirte zu wählen, die mit offizieller Unter-

stützung auf die Londoner Weltausstellung von 1862 gesandt werden sollten, förderte er alles andere eher als seine Hintergedanken.

Die französischen Arbeiter wählten natürlich ihre klarsten Köpfe, die sich in London schnell mit den englischen Arbeiterführern befreundeten. Am 5. August 1862 fand in London ein „Fest der internationalen Verbrüderung“ statt, auf dem der Austausch der Meinungen den Wunsch nach einer dauernden Verbindung zwischen den Proletariern diesseits und jenseits des Kanals erweckte. Zunächst stellte sich diese Verbindung ganz zwanglos dadurch her, daß einige französische Delegirte in London blieben, wo sie Arbeit gefunden hatten. Enger geschürzt wurden die angeknüpften Fäden durch den polnischen Aufstand von 1863. Die alten polenfreundlichen Ueberlieferungen der westeuropäischen Kulturvölker erwachten am mächtigsten im westeuropäischen Proletariat. Es kann dahingestellt bleiben, ob Bonaparte wieder, wie von mancher Seite behauptet worden ist, die Fraternisirung der englischen und französischen Arbeiter in der polnischen Sache begünstigte, zur Förderung seines angeblich volksthümlichen Despotismus: jedenfalls waren einige französische Arbeiter, die am 22. Juli 1863 auf einem großen Polenmeeting in London erschienen, nicht auf seine Kosten, sondern auf Kosten französischer Werkstätten abgeordnet worden. Sie wollten gemeinsam mit den englischen Arbeitern für den polnischen Aufstand wirken, wobei wieder der Gedanke eines internationalen Arbeiterbundes wie von selbst hervortrat. Ein Ausschuß, in dem der Schuhmacher Odger und andere englische Gewerkschaftsleiter saßen, erließ einen Aufruf an die Pariser Arbeiter, der zunächst für ihre Unterstützung in der polnischen Frage dankte, dann aber fortfuhr, daß eine Verbrüderung der Völker für die Sache der Arbeit höchst nothwendig sei. Denn jedesmal, wenn die englischen Arbeiter ihre soziale Stellung durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung des Arbeitslohns verbessern wollten, drohten die Kapitalisten mit der Einfuhr französischer, belgischer, deutscher oder anderer ausländischer Arbeiter, und eine solche Schmutzkonkurrenz sei nur möglich, weil es an einer systematischen Verbindung zwischen den arbeitenden Klassen aller Völker fehle.

Diese von Professor Beesly ins Französische übersetzte Adresse zündete in den Pariser Werkstätten. Eine eifrige Agitation für den in ihr niedergelegten Gedanken begann, und neue Geldsammlungen unter den Pariser Arbeitern ermöglichten es, ihre Antwort auf die Londoner Adresse durch eine Deputation zu übersenden. Zum Empfange dieser Deputation berief der englische Ausschuß für den 28. September 1864 Arbeiter aller Länder nach St. Martins Hall zu einem großen Meeting, dem Professor Beesly präsidirte. Tolain verlas die französische Antwortadresse, die vom polnischen Aufstande anhob: „Wiederum ist Polen im Blute seiner Kinder erstickt worden, und wir sind machtlose Zuschauer geblieben“, um dann zu fordern, daß die Stimme des Volkes in allen großen sozialen und politischen Fragen gehört werden müsse. Die despotische Macht des Kapitals müsse gebrochen werden. Durch die Theilung der Arbeit sei der Mensch zum mechanischen Werkzeuge geworden, und der Freihandel ohne Solidarität der

Arbeiter müsse eine industrielle Leibeigenschaft herbeiführen, die unbarmherziger und verhängnißvoller sei, als die in den Tagen der großen Revolution zerbrochene Leibeigenschaft. Die Arbeiter aller Länder müßten sich vereinigen, um einem verhängnißvollen System eine unübersteigliche Schranke entgegenzusetzen, einem System, das die Menschheit in einen Haufen fettbäuchiger Mandarinen und eine Masse hungernder unwissender Wesen scheide.

Nach einer lebhaften Debatte setzte das Meeting ein Komite von Arbeitern verschiedener Länder nieder, mit dem Auftrage, Programm und Statuten einer internationalen Arbeitergesellschaft zu entwerfen, die provisorisch gelten sollten, bis im nächsten Jahre ein internationaler Kongreß in Brüssel endgiltig darüber entschiede. Das Komite bestand ganz überwiegend aus englischen Arbeitern. Doch verstärkte es sich in seiner ersten Sitzung am 5. Oktober aus verschiedenen Nationalitäten. Es umfaßte nunmehr etwa 50 Mitglieder. Von ihnen bestand immer noch etwa die Hälfte aus englischen Arbeitern, denen auch die Stellen des Präsidenten, des Schatzmeisters und des Schriftführers vorbehalten wurden. Darnach war am stärksten Deutschland durch 10 Mitglieder vertreten, die wie Marx, Eccarius, Ferdinand Wolff, Leßner, Lochner, Pfänder meist schon dem Bunde der Kommunisten angehört hatten. Frankreich hatte 9, Italien 6, Polen 2 und die Schweiz auch 2 Vertreter. Zu korrespondirenden Sekretären wurden Marx für Deutschland, Le Lubez für Frankreich, Wolff, der Privatsekretär Mazzinis, für Italien, Holthorp für Polen und Jung für die Schweiz ernannt. Das Komite tagte im Bureau des allgemeinen Rathes der Trade Unions, seine Finanzwirthschaft begann mit 3 Pfund Sterling (60 Mark), die in der ersten Sitzung gesammelt wurden.

Seine wichtigste Aufgabe bestand zunächst darin, sich über Wesen und Zweck des geplanten Bundes klar zu werden. Von vornherein ergab sich, daß nicht daran gedacht werden konnte, zerstörend in die bereits vorhandenen nationalen Arbeiterorganisationen einzugreifen, und ebenso wenig konnte es sich darum handeln, neben ihnen eine neue Organisation zu schaffen, die ihre nationale Entwicklung zu hindern geeignet war. Die Fragen des allgemeinen Wahlrechts, der Republik und ähnliche, wie wichtig sie sein mochten, mußten den nationalen Arbeiterorganisationen überlassen bleiben; sie hatten eine ganz verschiedene Bedeutung für die deutschen und die englischen, für die französischen und die italienischen Arbeiter. Worauf es ankam, war die Aufrichtung einer Standarte, welche die kämpfenden Arbeiterheere der einzelnen Länder nie aus den Augen verlieren durften, wenn sie nicht auf trügerische Irrwege gerathen, wenn sie die große gemeinsame Siegesstraße des modernen Proletariats erreichen wollten. Es galt, einen Boden für die internationale Aktion der Arbeiterklasse, einen Rahmen zu schaffen, in dem deutsche Lassalleaner, französische Proudhonisten und englische Gewerkschafter einmüthig zusammen wirken konnten zur Beseitigung der Hindernisse, die der Befreiung der Arbeiter auf internationalem Gebiete entgegenstanden. Nachdem sich das Komite hierüber klar geworden war, wurde ein Subkomite niedergesetzt, um Programm und Statuten zu entwerfen.

In einer neuen Sitzung am 1. November unterbreitete dies Subkomite seine Vorschläge. Hauptsächlich handelte es sich um die Entscheidung zwischen zwei Entwürfen, deren einen Mazzini selbst ausgearbeitet hatte und durch Wolff vertreten ließ, und deren anderen Marx vorlegte. Mazzini war damals unter den englischen Arbeitern sehr populär, doch verstand er sich nicht auf die moderne Arbeiterbewegung. Ihr eigentlicher Herzschlag, der proletarische Klassenkampf, war ihm unverständlich und deshalb verhaßt. Sein Programm verstieg sich höchstens zu einiger sozialistischer Phraseologie, über welche die Arbeiterbewegung im Anfange der sechziger Jahre längst hinaus war. Ebenso waren seine Statuten aus dem Geiste einer vergangenen Zeit geboren; in der streng zentralistischen Weise politischer Verschwörungsgesellschaften abgefaßt, verstießen sie, wie gegen die Lebensbedingungen der Trade Unions im Besonderen, so im Allgemeinen gegen die Lebensbedingungen eines internationalen Arbeiterbundes, der keine neue Bewegung schaffen, sondern nur die in verschiedenen Ländern schon vorhandene, aber verzettelte Klassenbewegung des Proletariats verbinden sollte. Was Mazzini nicht begriff, das verstand Marx um so besser. Seine Inauguraladresse und seine Statuten wurden einstimmig angenommen und sind maßgebend geblieben für die Internationale Arbeiterassoziation, wie sie selbst den neuen Bund tauften.

Von der Inauguraladresse hat Professor Beesly später einmal gesagt, sie sei wahrscheinlich die gewaltigste und schlagendste Darlegung der Sache der Arbeiter gegen die Mittelklasse, die je in ein Dutzend kleiner Seiten zusammengepreßt worden sei. Die Adresse beginnt damit, die große Thatsache festzustellen, daß sich die Noth der Arbeiterklasse in den Jahren von 1848 bis 1864 nicht gemindert habe, obgleich gerade diese Periode in den Jahrbüchern der Geschichte beispiellos dastehe durch die Entwicklung ihrer Industrie und das Wachsthum ihres Handels. Sie führt diesen Beweis dadurch, daß sie urkundlich gegenüberstellt einerseits die fürchterliche Statistik der Blaubücher über das Elend des englischen Proletariats, andererseits die Ziffern, die der Schatzkanzler Gladstone in seinen Budgetreden beigebracht hatte für die berauschende, aber ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichthum und Macht, die in jener Periode vor sich gegangen sei. Die Adresse deckt diesen schreienden Gegensatz an den englischen Zuständen auf, weil England an der Spitze der europäischen Industrie und des europäischen Handels stehe, aber sie fügt hinzu, daß er mit anderer Lokalfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter in allen Ländern des Festlandes bestehe, wo die große Industrie sich entwickele.

Ueberall beschränke sich die berauschende Vermehrung von Macht und Reichthum auf die besitzenden Klassen, es sei denn, daß eine kleine Anzahl von Arbeitern, wie in England, einen etwas erhöhten, aber durch die allgemeine Preissteigerung wieder ausgeglichenen Arbeitslohn erhalten hätte. „Allüberall sank die große Masse der arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, in dem die oberen Klassen auf der sozialen Leiter stiegen. In allen Ländern Europas steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unleugbar für

jeden unbefangenen Forscher, und bestritten nur von denen, die ein Interesse daran haben, Anderen trügerische Hoffnungen zu erwecken, daß weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Nutzbarmachung der Wissenschaft für die Industrie und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und die Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonien oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen, das Elend der gewerbthätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu verschärfen. Hungertod erhob sich in der Hauptstadt des britischen Königreichs beinahe auf den Rang einer sozialen Institution während dieser berauschenden Periode ökonomischen Fortschritts. Diese Periode ist in den Jahrbüchern der Welt gekennzeichnet durch die beschleunigte Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödtlicheren Wirkungen der sozialen Pest, die man Handels- und Industriekrisen nennt."

Die Adresse wirft einen Blick auf die Niederlage der Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren und findet, daß diese Zeit auch ihre entschädigenden Charakterzüge habe. Besonders zwei große Thatsachen werden hervorgehoben. Zuerst der gesetzliche Zehnstundentag mit seinen für das englische Proletariat so heilsamen Folgen. Der Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit war ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze über Angebot und Nachfrage, welche die politische Oekonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten Produktion, den Inbegriff der politischen Oekonomie, welche die Arbeiterklasse vertritt. „Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht blos ein großer praktischer Erfolg, sondern auch der Sieg eines Prinzips: zum ersten Mal am hellen lichten Tag erlag die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse."

Die zweite große Thatsache, in der die politische Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Besitzes einen noch größeren Sieg erfochten hat, ist die Kooperativbewegung, sind die auf dem Prinzip der Kooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte Hände ins Leben gerufenen Fabriken. Der Werth dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. „Durch die That, statt der Gründe, haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und in Uebereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Unternehmern, die einer Klasse von Arbeitern zu thun giebt, daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen den Arbeitenden selbst monopolisirt zu werden brauchen, und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der assoziirten Arbeit, die ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt." Die Adresse führt dann aus, daß Kooperativ-

arbeit, auf gelegentliche Versuche einzelner Arbeiter beschränkt, gleichwohl das kapitalistische Monopol nicht zu brechen vermöge. „Vielleicht haben gerade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkungsart, philanthropische Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluge Nationalökonomen ganz urplötzlich mit widerlichen Komplimenten eben dem Kooperativarbeitssystem gehuldigt, welches sie vergebens im Keime zu ersticken versucht, als die Utopie des Träumers verhöhnt oder als Verruchtheit des Sozialisten gebrandmarkt hatten." Erst die Ausdehnung der Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen und ihre Förderung durch Staatsmittel könne die Massen retten. Dagegen würden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Privilegien aufbieten, um ihre ökonomischen Monopole zu vertheidigen und zu verewigen. Deshalb sei es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern. Dieser Abschnitt der Adresse stimmt dem Sinne nach vollkommen mit dem überein, was Lassalle im Offenen Antwortschreiben über die Bedeutung der genossenschaftlichen Arbeit für das Proletariat ausgeführt hatte.

Indem die Adresse die Pflicht der arbeitenden Klassen betont, sich die politische Macht zu erobern, sagt sie, die Arbeiter schienen diese Pflicht begriffen zu haben, wie ihr gleichzeitiges Wiederaufleben in England, Deutschland, Frankreich und Italien, wie ihr gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei beweise. „Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen; aber Zahlen wiegen nur dann schwer in der Wage, wenn sie durch ein Bündniß vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden." Die Erfahrung der Vergangenheit lehre, daß Mißachtung der Brüderlichkeit, die zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder bestehen und sie anspornen sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest bei einander zu stehen, sich durch eine allgemeine Vereitelung ihrer unzusammenhängenden Anstrengungen räche. Diese Erwägung habe das Meeting in St. Martins Hall zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation veranlaßt.

Und noch eine andere Ueberzeugung habe dies Meeting beherrscht. Erheische die Emanzipation der arbeitenden Klassen ihren gegenseitigen brüderlichen Beistand, wie könnten sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolge, nationale Vorurtheile hervorrufe und in Raubzügen das Blut wie den Schatz des Volkes vergeude? Die Adresse weist auf den amerikanischen Bürgerkrieg und den polnischen Aufstand hin. „Die auf keinen Widerstand stoßenden Uebergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen europäischen Kabinetten thätig sind, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gezeigt, den Mysterien der internationalen Staatskunst nachzuspüren, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nöthigenfalls mit aller Macht entgegenzuarbeiten, und wenn außer Stande, den Streich zu hindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes zu verkünden, die ebensowohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch für den Verkehr der

Nationen die obersten Gesetze sein sollten. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen." Und so schließt die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, wie weiland das Kommunistische Manifest: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Statuten beginnen mit Erwägungsgründen, die sich in folgende Sätze zusammenfassen lassen: Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden; der Kampf für sie ist kein Kampf für neue Klassenvorrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde: dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziele strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jedes Landes und unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe; sie umfaßt alle Länder, in denen die moderne Gesellschaft besteht; sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken aller dieser Länder. Aus diesem Grunde erklären die Statuten, daß die Internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anerkennen. Es ist die Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht blos für sich selbst, sondern für Jedermann zu fordern, der seine Pflicht thut. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Die Organisation des Bundes gipfelte in einem Generalrath, der zusammengesetzt sein sollte aus Arbeitern der verschiedenen, in der Assoziation vertretenen Länder. Bis zum ersten Kongreß übernahm das in St. Martins Hall gewählte Komite die Befugnisse des Generalraths. Sie bestanden darin, die internationale Vermittlung zwischen den Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder zu übernehmen, die Arbeiter jedes Landes fortdauernd über die Bewegungen ihrer Klasse in anderen Ländern zu unterrichten, statistische Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Klassen anzustellen, Fragen von allgemeinem Interesse in allen Arbeitergesellschaften erörtern zu lassen, im Falle internationaler Streitigkeiten eine gleichmäßige und gleichzeitige Aktion der assoziirten Gesellschaften zu veranlassen, periodische Berichte zu veröffentlichen und ähnlichen Aufgaben. Der Generalrath wurde vom Kongreß gewählt, der jährlich einmal zusammentrat. Der Kongreß bestimmte den Sitz des Generalraths, sowie Ort und Zeit des nächsten Kongresses. Doch war der Generalrath befugt, die Zahl seiner Mitglieder zu vervollständigen, und im Nothfalle den Ort des Kongresses zu verlegen, nicht aber die Zeit seines Zusammentritts hinauszuschieben. Die Arbeiter=

gesellschaften der einzelnen Länder, die sich den Internationalen anschlossen, behielten ihre gesonderte Organisation unangetastet bei. Keiner unabhängigen Lokalgesellschaft war verwehrt, unmittelbar mit dem Generalrath zu verkehren, doch wurde es als eine für die wirksame Thätigkeit des Generalrathes nothwendige Vorbedindung bezeichnet, daß die gesonderten Arbeitergesellschaften der einzelnen Länder sich soweit möglich zu nationalen, in Zentralorganen vertretenen Körperschaften vereinigten.

Die Inauguraladresse und die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation waren mit einer Meisterschaft entworfen, die auch von dem Manne anerkannt worden ist, der später am eifrigsten daran gearbeitet hat, den Bund zu zerrütten: von Bakunin. Marx hat die Internationale nicht geschaffen, so wenig wie Lassalle die deutsche Sozialdemokratie geschaffen hat, aber wie dieser der deutschen, so hat jener der internationalen Arbeiterbewegung die Form gegeben, in der sie eine mächtige Wirksamkeit entfalten konnte. Die Internationale war die Erbin des Kommunistenbundes, in dessen Manifeste schon ausgesprochen worden war, daß vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisirten Länder, eine der wesentlichsten Vorbedindungen für die Befreiung des modernen Proletariats sei. Aber wie sehr unterschied sich die Internationale von dem Bunde der Kommunisten! Aus der geheimen Propagandagesellschaft, die der bürgerlichen Gesellschaft den rücksichtslosesten Krieg ansagte, war ein auf die weiteste Oeffentlichkeit begründeter Bund geworden, der Arbeitergesellschaften von den verschiedensten Tendenzen umfaßte, vorausgesetzt, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse auf ihre Fahne geschrieben hatten. Dennoch war es derselbe Geist, der beide Körper beseelte, jener schöpferische Geist, der gleichmäßig seine großen Zwecke verfolgte in allem Wechsel der Mittel, den der Wandel der Zeiten erheischte.

Solange die Internationale bestand, ist Marx ihr Dolmetsch gewesen, und auch schon, ehe ihn das Meeting von St. Martins Hall in das Gründungskomite wählte, hat er sich an den vorbereitenden Schritten betheiligt. Es war sein langgehegter Wunsch, wie Engels einmal sagt, mit dem Wiederaufleben des europäischen Proletariats „eine die fortgeschrittensten Länder Europas und Amerikas umfassende Arbeiterassoziation zu gründen, die den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung sowohl den Arbeitern selbst, wie der Bourgeoisie und den Regierungen sozusagen leiblich vorführen sollte — dem Proletariat zur Ermuthigung und Stärkung, seinen Feinden zum Schrecken“. Und in diesen Worten ist zugleich das innere Wesen der Internationalen treffend gekennzeichnet. Sie ist nie der mit ungeheuren Mitteln wirkende Geheimbund gewesen, der die Bedrücker des Proletariats geängstigt und dessen Schatten sie noch geschreckt hat. Sie war immer nur eine moralische Macht, welche die Arbeiter ermuthigte, stärkte, vorwärts führte, und als solche bildet sie einen ragenden Markstein in der Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Der Gedanke einer internationalen Verbrüderung war seit den Tagen des römischen Weltreichs niemals völlig erloschen. In ihrer Weise verkörperte ihn die

römische Kirche des Mittelalters. Er schien dann allerdings gänzlich verdunkelt zu werden durch die aufkommende kapitalistische Produktionsweise, welche die einzelnen Nationen sowohl schuf, als auch in den erbarmungslosen Krieg um den Weltmarkt warf. Aber er wurde doch immer wieder wach in den Köpfen bürgerlicher Ideologen, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer Nation im Rausche höchster Triumphe über die nationalen Schranken hinweggehoben zu werden schien, sei es wenn die bürgerliche Klasse einer anderen Nation daran verzweifelte, je zu nationaler Selbständigkeit zu gelangen. Das Weltbürgerthum der französischen Revolutionäre und der deutschen Klassiker, wie ähnlich es sich sah, hatte einen ganz entgegengesetzten Ursprung. Immer zerfloß die bürgerliche Internationalität wie ein blutloser Schemen im Sturm und Drang der nationalen Kämpfe, um dann doch immer wieder daraus emporzutauchen. Es gehört zum antagonistischen Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, je länger je mehr die Völker des Erdballs sowohl enger zu verbinden, als auch tiefer zu zerreißen.

Dieser Antagonismus erlischt erst völlig im modernen Proletariat, das überall dieselben Interessen hat. So tritt denn auch schon bei den großen Utopisten die internationale Verbrüderung viel entschiedener und klarer hervor, als bei den weltbürgerlichen Denkern und Träumern der Bourgeoisie. Saint-Simon setzte der Allianz des Feudalismus einen Bund der entwickeltsten Nationen, der Deutschen, Franzosen und Engländer, zur Sicherung des Friedens und der Kultur entgegen, Fourier wollte durch eine große Föderation seiner Phalansteren das alte Staatensystem zerstören, Owen gründete einen Verein aller Klassen und Nationen zur Propaganda für die weltbefreienden Gedanken des Sozialismus. Je klarer sich das moderne Proletariat über seine Interessen wurde, um so entschiedener mußte es das Ideal einer allgemeinen Völkerverbrüderung von allen Nebeln phantastischer Vorstellung befreien. Wie sich die Internationale aus der Sympathie für einen nationalen Aufstand entwickelte und wie sie immer die treue Freundin nationaler Freiheitskämpfe geblieben ist, so packte sie den internationalen Gedanken da an, wo er in der Gestalt nüchterner praktischer reeller Thatsachen in die Wirklichkeit zu treten begann. Zu ihren Hauptwurzeln gehörte das Bemühen der Trade Unions, sich vor der Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus dem Auslande zu schützen.

Ueberhaupt bildeten die englischen Arbeitergesellschaften das Rückgrat des Bundes, eine Thatsache, die an und für sich schon genügt, um die Fabeln, als sei er eine Gesellschaft von Schwärmern oder Verschwörern gewesen, gebührend zu kennzeichnen. Als vier Jahre später die deutsche Fortschrittspartei auf den verwünscht gescheidten Gedanken gerieth, die frommen Musterknaben von englischen Arbeitern gegen die Propaganda der Internationalen auszuspielen, konnte Marx darauf hinweisen, daß alle irgend bedeutenden Bewegungsparteien des britischen Proletariats durch ihre Führer im Generalrathe des Bundes vertreten seien: der allgemeine Rath der Trade Unions durch Odger, Applegarth und Howell, die übrigen affiliirten Trades Unions durch Shaw, Buckley, Cohn, Hales und Maurice, die englischen Kooperativgesellschaften durch Weston und Williams, die Reformligue

durch Dell, Cowell Stepney und Lucraft, die National Reform Assoziation durch Walton und Milner, die atheistische Volksagitation durch Copeland und Mrs. Harriet Law, daß der Beehive, das offizielle Organ der Trade Unions, zugleich dem Generalrathe der Internationalen als offizielles Organ diene.

Wurzelnd in der rauhen Wirklichkeit, hatte die Internationale sich langsam durchzuringen, bis sie festen Boden unter den Füßen bekam, ganz ähnlich dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine, nur daß Marx viel geduldiger und zäher arbeitete als Lassalle. Erst zwei Jahre nach ihrer Gründung war die Internationale so weit, um ihren ersten Kongreß abhalten zu können. Aber wie bei Lassalles Verein wäre es sehr verkehrt, ihre historische Wirksamkeit nur unter dem materiellen Gesichtspunkte zu betrachten. Die Finanzen des Generalraths, der Nerv aller modernen Kriegführung, waren nach einem Worte von Marx stets wachsende negative Größen, während umgekehrt ihr geistiger und moralischer Einfluß eine stets wachsende positive Größe war. Ihre Arbeit hat tausendfältige Frucht getragen, und ihre Verdienste um den proletarischen Emanzipationskampf sind unvergänglich.

Das gilt in erster Reihe von ihrer Rückwirkung auf Deutschland. Die Zahl der deutschen Arbeiter, die sich der Internationalen unmittelbar angeschlossen haben, war immer sehr gering, mehr als tausend werden es schwerlich zu irgend einer Zeit gewesen sein. Aber auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie hat der Bund mit bleibendem Erfolge eingewirkt.

Fünftes Kapitel.

Lassalles Erben.

Dem Unsterne, der über Lassalles letzten Tagen gewaltet hatte, unterlag auch sein Testament. Die namhaften Renten, die Lassalle einzelnen Freunden vermachte, waren wohl dazu bestimmt, diese Männer unabhängig zu stellen und ihnen die Förderung der Agitation zu ermöglichen, aber sie erreichten diesen Zweck nicht. Bucher wurde ein Werkzeug Bismarcks, der Kandidat Alexi ein pietistischer Reaktionär, und Rüstow hat nichts für die Propaganda gethan, wenn er auch ein ehrlicher Demokrat blieb.

Damit allein war noch nicht viel verloren. Verhängnißvoller erwiesen sich die Bestimmungen des Testaments, die sich unmittelbar auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bezogen. Lassalle empfahl dem Verein, den Frankfurter Bevollmächtigten Bernhard Becker zu seinem Nachfolger zu wählen, und diesem band er auf die Seele, an der Organisation festzuhalten, die den Verein zum Siege führen werde, Verfügungen, die sich als Reflexe der Vahlteichschen Opposition erklären, aber statt alte Verwirrung zu schlichten, nur neue Verwirrung

angerichtet haben. Aehnlich stand es um den Paragraphen des Testaments, der dem Vereinssekretär Willms — neben einer persönlichen Jahresrente von 150 Thalern „zum Lohne für seine Bravheit" — auf die Dauer von 5 Jahren jährlich 500 Thaler vermachte, damit er sie nach seinem Belieben zur Agitation für den Verein bestens und gewissenhaft verwende.

Noch ehe Lassalles Sarg geschlossen war, entbrannte der erste Streit zwischen seiner Mutter und der Gräfin Hatzfeldt. Sein Vater war nicht lange vorher gestorben, und seine übrige Familie, Mutter, Schwester und deren Mann, ein Kommerzienrath Friedland, den Lassalle tödtlich gehaßt hatte, bekundeten bei seinem Tode, wie tief sie noch im Sumpfe des Geldjudenthums steckten. Nach weitläufigen Verhandlungen wurde das Uebereinkommen getroffen, daß die Gräfin Hatzfeldt die Leiche Lassalles zur Beerdigung in Berlin ausgeantwortet erhielt, gegen Uebernahme von 10 000 Francs Unkosten, und die Verpflichtung, das Begräbniß nach jüdischem Ritus auszurichten. Die Gräfin beabsichtigte, den Sarg durch die großen Gemeinden des Vereins zu führen und überall feierliche Todtenfeste zu veranstalten. Doch gelang ihr nur in Mainz die imposante Ausführung ihres Vorhabens. Als der Sarg auf einem Dampfer in Köln anlangte, beschlagnahmte ihn die Polizei im Auftrage der Familie und führte ihn nach Breslau, wo er sofort mit würdeloser Eile auf dem jüdischen Friedhofe bestattet wurde. Als die letzte Scholle Erde auf ihn fiel, meinte Friedland schmunzelnd: Nun ist der große Kampf begraben.

Diese Ansicht des edlen Jobbers traf aber gewaltig daneben. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zeigte nun doch, daß er tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse geschlagen hatte. Die Todtenfeiern Lassalles verliefen in allen Gemeinden ernst und erhebend. Der plötzliche Tod des geliebten Führers entmuthigte nirgends, sondern stärkte überall die trotzige Zuversicht des Sieges. Der Kultus, der dabei mit der Person Lassalles getrieben wurde, ging manchmal etwas weit, aber im Allgemeinen nicht weiter, als unter den obwaltenden Umständen begreiflich und verzeihlich war. Am ausgeprägtesten erschien er in einigen Liedern Ludwig Würkerts, die „der Bibel, der Kirche, dem Herrn" Treue schworen oder noch schärfer ans Zerrbildliche streiften. In alledem steckte aber doch ein braver und tüchtiger Kern.

Ludwig Würkert war ein Veteran der vormärzlichen Demokratie, ein schon bejahrter Mann, der ein Vierteljahrhundert zu den ausgezeichnetsten Kanzelrednern des Königreichs Sachsen gehört, dann wegen hervorragender Betheiligung am Maiaufstande vier Jahre Zuchthaus verbüßt hatte und nun das Hotel de Saxe verwaltete, die „Herberge der Gerechtigkeit", wie das Haus bald von den Leipziger Arbeitern genannt wurde. Eine gefeierte Größe des bürgerlichen Radikalismus, hatte Würkert an das Märchen vom Reaktionär Lassalle geglaubt, bis ihn der Nachruf eines demokratischen Blattes stutzig machte, in dem es hieß, Lassalle sei doch einer der Unseren gewesen. Nun las Würkert die Schriften Lassalles, und dem alten Revolutionär fiel es wie Schuppen von den Augen: im Saale seines

Hotels pflegte er jetzt vor einer dichtgedrängten Schaar von Hörern über Lassalle zu sprechen und den todten Genius in Gedichten zu feiern, deren fromme Vergleiche der Sprache des alten Theologen und nicht einer religiösen Empfindung der Massen entsprangen. Was sonst in Prosa und Versen bei Lassalles Todtenfeiern laut wurde, das war von einer durchaus weltlichen Kampflust beseelt; bei der Todtenfeier in Hamburg erklang zum ersten Male die Arbeitermarseillaise des jungen Jacob Audorf, deren schlichte schmucklose Worte seitdem auf unzähligen Arbeiterversammlungen erklungen sind und das zierlich geschliffene Bundeslied Herweghs ganz in den Hintergrund gedrängt haben.

In die Zeit gleich nach Lassalles Tode fielen auch einige Erfolge, die ihm selbst, wenn er sie noch erlebt hätte, die größte Freude gemacht haben würden. Im Oktober 1864 sollte der zweite Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Leipzig stattfinden, und am 2. dieses Monats trat ein Arbeitertag des Maingaues in Offenbach zusammen, um über die in Leipzig zu verhandelnden Gegenstände zu berathen. Als Berichterstatter des Komites entwickelte Löb Sonnemann alle die schönen Dinge, die den Arbeitern blühen sollten, falls sie nur die gehorsamen Diener der Bourgeoisie blieben, wurde aber für die altgewohnten Tiraden nicht mehr mit dem altgewohnten Beifall belohnt. Vielmehr bemerkten die Arbeiter trocken, daß sie alle die verheißenen Herrlichkeiten um das allgemeine Wahlrecht daran geben würden. Löb Sonnemann wandte ein, das allgemeine Wahlrecht könne den Arbeitern nicht vorwärts helfen, wie das Beispiel Frankreichs zeige, dafür sei er bereit, sobald die Stunde schlage, mit den Arbeitern auf die Barrikaden zu steigen. Allein dieser aufopfernde Heldenmuth wurde unter herzerquickender Heiterkeit begraben, und das Komite des Maingaues zog mit der schmerzlichen Erfahrung heim, daß die Tage sich neigten, in denen die Arbeiter so mir nichts dir nichts genasführt werden konnten.

Auf dem Leipziger Vereinstage fing es dann auch an, Abend zu werden für die Bourgeoisie. Ein übles Vorzeichen empfing ihn schon an der Schwelle. In dem Berichte über den vorjährigen Vereinstag, der angeblich 17 000 Arbeiter vertreten haben sollte, war auch ein Solinger Arbeiterverein mit angeblich 1500 Mitgliedern als Theilnehmer aufgeführt worden; an den Leipziger Vereinstag richteten nun die beiden einzigen Arbeitervereine in Solingen einen scharfen Protest, worin sie erklärten, es sei eine „infame Lüge“, daß sie „je mit den ehrenwerthen Herren Löb Sonnemann und Max Wirth in einem Briefwechsel gestanden haben sollten“, die Solinger Arbeiter ständen zu Lassalle, und die 1500 Anhänger, die Schulze-Delitzsch dort haben solle, seien Geschöpfe der Phantasie. Der Leipziger Vereinstag, der am 22. und 23. Oktober tagte, war angeblich von 40 Arbeiterbildungsvereinen beschickt, unter deren Vertretern nur verhältnißmäßig wenige Arbeiter waren.

Am ersten Tage wurde über Freizügigkeit verhandelt, und die üblichen Redensarten über dieses angebliche Heilmittel der Arbeiterbeschwerden spannen sich in der üblichen Weise ab. Dann aber erhob sich Fritzsche, der einen Leipziger

Zigarrenarbeiterverein vertrat, und wies nach, daß die Freizügigkeit zwar ein natürliches, allen Menschen angeborenes Recht sei, das als solches durchgesetzt werden müsse, aber mit sozialen Reformen nicht das Geringste zu thun habe. Was den Arbeitern allein helfen könne, sei das allgemeine Wahlrecht. Fritzsches beredte Ausführungen entfesselten den Beifall der anwesenden Arbeiterdelegirten und der Zuhörer auf den Tribünen. Es mußte schon mit Hilfe der Geschäftsordnung künstliche Vorsorge getroffen werden, um Fritzsche nicht zum zweiten Male zum Worte kommen zu lassen. Am nächsten Tage sprach Albert Lange über Konsumvereine. Er führte aus, daß sie durchaus kein Universalmittel, aber doch ganz nützliche Einrichtungen seien, vorausgesetzt, daß sie von Arbeitern begründet und verwaltet würden, und nicht von den gelehrten Männern der Bourgeoisie, die überhaupt gut daran thun würden, sich nicht so viel in Arbeiterangelegenheiten zu mischen, in denen die Arbeiter selbst viel besser Bescheid wüßten. Den Drahtziehern des Vereinstags wurde immer schwüler zu Muthe, und als Fritzsche in einer Verhandlung über Produktivgenossenschaften sprechen wollte, schnitten sie ihm durch einen rechtzeitig apportirten Schlußantrag das Wort vom Munde ab. Darüber entstand ein heftiger Streit, den der auf beiden Seiten gleich angesehene Albert Lange nur mühsam beschwichtigen konnte. Zu einer wirklichen Versöhnung vermochte er es freilich auch nicht zu bringen; vielmehr verließ Fritzsche den Vereinstag, unter schriftlichem Proteste gegen den „unwürdigen Terrorismus", der an der Redefreiheit verübt worden sei. Erfolglos war sein Vorstoß nicht gewesen. In den Ausschuß des Vereinstages wurde zwar wieder Löb Sonnemann und Max Hirsch, aber neben ihnen Albert Lange und Bebel gewählt. Der gegen die revolutionäre Fluth aufgeworfene Damm zeigte die ersten Risse.

Und nun platzte auch die Bombe im Maingau. Auf einem Arbeitertage, der zum 27. November nach Frankfurt a. M. berufen wurde, um den Bericht über den Leipziger Vereinstag entgegenzunehmen, waren die Anhänger Lassalles in entschiedener Mehrheit. Sie setzten das alte Komite des Maingaues ab und wählten erst vorläufig, dann auf einem neuen stark besuchten Arbeitertage am 18. Dezember endgiltig ein neues Komite, dessen neun Mitglieder zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehörten. Welcker wurde zum Vorsitzenden, Ellner und Oberwinder zu Schriftführern dieses Komites ernannt. Zugleich erklärte der Arbeitertag Schulze-Delitzsch, Faucher, Löb Sonnemann und Max Wirth für unfähig, Führer der Arbeiter zu sein, weil sie nicht die wahren Interessen des Proletariats verfolgt hätten, sondern mit Lügen umgegangen seien.

Während so die Prinzipien Lassalles immer tiefer in die Arbeiterklasse eindrangen und sich unaufhörlich neue Gemeinden bildeten, stand es anders um die Frage, ob die Organisation der Arbeiterpartei in derselben Weise aufrecht erhalten und ihre Taktik in derselben Weise fortgeführt werden könne, wie zu Lassalles Lebzeiten. Die eine wie die andere war je länger je mehr auf seine Person zugeschnitten gewesen, und diese Person konnte durch Niemanden ersetzt werden,

am wenigsten durch den Mann, den Lassalle als seinen Nachfolger empfohlen hatte. Bernhard Becker ragte weder durch Bildung noch durch Talent über das bescheidenste Mittelmaß empor, und das Einzige, was ihn empfahl, war der Ruf der Ehrlichkeit, den er damals genoß.

Es läßt sich wohl erklären, weshalb Lassalle auf ihn verfallen war. Lassalles Hoffnungen auf die schnelle Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse zu einer großen politischen Partei waren arg herabgestimmt worden, und so mochte er es noch nicht an der Zeit halten, einen Arbeiter an die Spitze des Vereins zu stellen. Verzichtete er aber darauf, so war seine Auswahl sehr beschränkt. Mit Liebknecht stand er auf gespanntem Fuße, und an Schweitzer, den er sonst wohl gewählt haben würde, durfte er nicht denken bei der großen Unbeliebtheit Schweitzers in den Kreisen der Arbeiter. Dammer hatte sich als Leipziger Bevollmächtigter lässig und träge erwiesen. Es blieb kaum ein anderer als Becker, der die Frankfurter Gemeinde in guter Ordnung gehalten und Vahlteichs Opposition entschieden verworfen hatte. So weit Lassalle die Dinge vor seinem Tode übersehen konnte, durfte er glauben, die verhältnißmäßig beste Wahl getroffen zu haben, aber die Folge lehrte, daß es dennoch eine sehr unglückliche Wahl war.

Zunächst achtete der Verein die letzten Willensmeinungen seines Stifters. Vahlteich wurde vom Vorstande gegen die Stimmen Metzners und Yorks ausgestoßen. War Vahlteichs Opposition nicht frei gewesen von einem gewissen faktiösen Eigenwillen, so ehrte es ihn jetzt, daß er sich schweigend in sein trotzdem unverdientes Schicksal fügte und keine feindselige Handlung gegen den Verein unternahm. Die Präsidentenwahl machte noch einige formale Schwierigkeiten, doch war sie bis zum 1. November in den meisten Gemeinden vollzogen. Alle abgegebenen Stimmen fielen auf Bernhard Becker, und zwar für die Zeit, für welche Lassalles Präsidium noch gedauert haben würde. Am 2. November legte der Vizepräsident Dammer, der sich von nun an aus der Agitation zurückzog, die Leitung des Vereins in Beckers Hände.

Aber damit begannen erst die eigentlichen Schwierigkeiten. Der Streit um Organisation und Taktik brach aus, als um die Jahreswende von 1864 auf 1865 die erste Generalversammlung in Düsseldorf stattfand und die ersten Nummern des neuen Vereinsorgans erschienen.

I. Die vorhandenen Gegensätze.

Nach der bürgerlichen Auffassung ist die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den nächsten Jahren nach Lassalles Tode ein wildes Gewirr persönlichen Haders und kleinlichen Gezänks gewesen. Und wenn man an der Oberfläche der Dinge haften bleibt, so scheint diese Auffassung auch ganz zutreffend zu sein. Es ist nicht leicht, sich in den gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen zurechtzufinden. Lebt man sich aber in die Dinge selbst ein, und anders wird

der Historiker nie zu einem richtigen Urtheile gelangen, so erkennt man bald das vernünftige Gesetz der Entwicklung, das sie beherrschte.

Die Frage, wie Lassalles politische Erbschaft liquidirt werden sollte, ließ eine verschiedene Beantwortung zu. Die nächstliegende Ansicht war, die Agitation genau in den Geleisen fortzuführen, in denen sie sich bei Lassalles Tode befand. Diese Ansicht hatte in der Gräfin Hatzfeldt ihre eifrigste Befürworterin. Für sie war die Bewegung Lassalle, und Lassalle die Bewegung. In ihrer Trauer um den todten Freund lag eine wilde Größe der Leidenschaft, die menschlich tief ergriff, aber politisch schlecht berieth. Die Gräfin machte jedes Wort Lassalles zu einem Evangelium, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, und dieser Buchstabenglaube mußte sie um so eher irreleiten, als sie nicht durch die Sozialdemokratie zu Lassalle, sondern durch Lassalle zur Sozialdemokratie gekommen war. Sie hätte nicht eine geborene Aristokratin sein müssen, wenn die taktische Wendung Lassalles in ihr nicht Neigungen und Sympathien erweckt hätte, von denen Lassalle selbst sehr weit entfernt gewesen war. Der „große Minister", den Lassalle als Schachfigur betrachtet hatte, wurde ihr zum Ideal.

Als der „beste und einzige Freund" Lassalles hielt die Gräfin sich für seinen berufenen Nachfolger. Deshalb war ihr die Wahl Beckers gerade recht. Sie hoffte, den beschränkten Mann leiten zu können, wie sie wollte. Und aus diesem Grunde hielt sie ebenso streng an Lassalles Organisation fest, wie an seiner Taktik. Der Verein sollte das Werkzeug Beckers bleiben, wie Becker ihr Werkzeug war. Becker selbst verherrlichte die Gräfin „in tiefster Ehrfurcht und Dankbarkeit" als die Retterin des Vereins, der ohne ihre Hilfe aus den Fugen gegangen sein würde. Daran war so viel wahr, daß die Gräfin sich eifrig bemühte und auch ihre reichen Geldmittel nicht schonte, um die Schöpfung Lassalles am Leben zu erhalten. Aber es war ebenso richtig, daß wenn ihre Absichten durchgingen, aus der Arbeiterpartei, die Lassalle hatte schaffen wollen, eine fanatisch-religiöse Sekte werden mußte.

Dagegen wollte Schweitzer den Verein als sozialdemokratische Partei erhalten, und er war klug genug, einzusehen, daß mit dem Herzog auch der Mantel des Herzogs gefallen sei. Schweitzer hatte sich mit überraschender Schnelligkeit in den sozialistischen Theorien zurecht gefunden; ohne ein selbständiger Theoretiker zu sein, hat er doch, so lange er in der revolutionären Arbeiterbewegung wirkte, den wissenschaftlichen Kommunismus richtiger und schärfer vertreten, als irgend wer sonst in den deutschen Grenzen. Worin er aber selbst den großen sozialistischen Theoretikern überlegen war, das war seine genaue Kenntniß der damaligen deutschen Zustände und der klare politische Blick, womit er sie zu würdigen verstand. Ein geborener Süddeutscher, fand er sich sofort in der altpreußischen Kaserne mit einer Umsicht zurecht, um die ihn die altpreußischen Demokraten hätten beneiden können. Schweitzer besaß nicht die mächtigen Leidenschaften Lassalles, aber so konnte er sich von ihnen auch nicht hinreißen lassen. Selten hat ein Politiker so gut wie er begriffen, daß der Groll in der Politik nichts

zu suchen habe. Er hatte wenig vom Feuer des Agitators, und in seinen agitatorischen Kundgebungen klingt manchmal ein gequälter Ton durch, aber er war unübertroffen in der Fähigkeit, den Arbeitermassen eine politische Situation oder ein soziales Problem in faßlicher, lichtvoller und dabei doch niemals flacher Weise auseinanderzulegen.

Vor den Illusionen, denen Lassalle sich in den letzten Monaten seines Lebens hingegeben hatte, war Schweitzer hinlänglich geschützt. Er hielt daran fest, daß die politische Organisation der Arbeiterklasse eine unbedingte Nothwendigkeit sei, ebenso daran, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen nur auf dem Wege möglich sei, den Lassalle beschritten hatte. Er ging noch weiter und erkannte an, daß Lassalles taktische Wendung durch die Gewalt der Umstände erzwungen worden sei. Er gab sie nicht völlig auf, beschränkte sie aber in einer Weise, die alle Mißverständnisse ausschloß. Trotz allen Drängens der Gräfin Hatzfeldt ließ sich Schweitzer nicht dazu herbei, die schleswig-holsteinische Resolution zu befürworten, die Lassalle in seiner letzten Zeit erwogen hatte. Er betonte mit aller Schärfe, daß die Arbeiter der Fortschrittspartei die unbedingteste Heeresfolge zu leisten hätten, sobald diese Partei irgend welche ernsthafte Anstalten mache, die bürgerlichen Freiheiten durchzusetzen. Aber solange die Fortschrittspartei die bürgerlichen Klasseninteressen einfach verrieth und in wahnsinniger Verblendung wüthender auf das Proletariat losschlug, als auf die Regierung, solange vertrat Schweitzer den Standpunkt, daß die Arbeiterpartei sich in völliger Unabhängigkeit zu halten habe, sowohl gegenüber der Bourgeoisie als auch gegenüber dem Junkerthum, daß sie mit wachsamem Auge spähen solle, was sie für sich aus dem Zwiste der unterdrückenden Klassen herausschlagen könne.

In seiner kaltblütigen Weise bildete Schweitzer sich keinen Augenblick ein, der feudalen Reaktion bürgerliche Freiheiten ablisten oder abschmeicheln zu können. Aber er rechnete darauf, daß Bismarck gezwungen werden würde, das allgemeine Wahlrecht und vielleicht auch das Koalitionsrecht durchzudrücken, und er sah darin einen wesentlichen Vortheil für die Arbeiterklasse, der die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation noch so gut wie ganz fehlten. Dem Wahlrechte, das sie besaß, brach die Dreiklassenwahl jede Spitze ab, ein Koalitionsrecht bestand fast nirgends, Preß- und Vereinsrecht waren der schrankenlosesten Polizeiwillkür preisgegeben. Sollte die Arbeiterbewegung ein politisches Gewicht in die Wagschale werfen, so mußte sie vor allen Dingen erstarken, so mußte sie sich einen gesetzlich anerkannten Boden schaffen, auf dem sie sich bewegen konnte, und das war, so lange die bürgerliche Opposition versagte, nach Schweitzers Ansicht nur dadurch möglich, daß sie prinzipiell sich ihre volle Unabhängigkeit wahrte und taktisch den Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Junkerthum ausnützte, unbekümmert um das Gerede der Fortschrittspartei, daß sie der Reaktion diene, und unbekümmert um das Gerede der Reaktion, daß sie sich von der Fortschrittspartei nasführen lasse. So wollte Schweitzer fortbauen auf der Grundlage, die Lassalle gelegt hatte, zunächst den Boden behauptend, der einmal gewonnen war, und kühl rechnend

mit den praktischen Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Agitation, aber gern bereit, die Worte Lassalles preiszugeben, um im Geiste Lassalles die proletarische Bewegung immer fester und tiefer zu begründen.

In diesem Bestreben suchte er sich mit Marx, Engels und Liebknecht zu verständigen. Um das neue Vereinsorgan herauszugeben, waren Schweitzer und Hofstetten nach der preußischen Hauptstadt übergesiedelt, wo sie das preußische Bürger- und das Berliner Heimathsrecht erwarben. Noch zu Lassalles Lebzeiten ging Schweitzer zu Liebknecht und brachte sofort das Gespräch auf die reservirte Haltung der „alten Sozialisten" gegenüber der Agitation Lassalles. Liebknecht setzte ihm die Bedenken auseinander, die Lassalles alte Freunde hegten, und so sagt Liebknecht in einer späteren Erklärung: „Herrn v. Schweitzer schien das einzuleuchten." Unmittelbar nach Lassalles Tode schlug Schweitzer vor, daß Marx das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übernehmen sollte. Indessen Marx lehnte ab, weil er sich mit der Lassalleschen Bewegung nicht identifiziren und unter den herrschenden politischen Zuständen überhaupt nicht nach Deutschland zurückkehren wollte. Auf die dringenden Bitten Schweitzers erklärten sich Marx und Engels aber bereit, an dem neuen Vereinsorgane mitzuarbeiten, freilich nur mit dem größten Widerstreben und erst auf die ausdrückliche Versicherung Liebknechts hin, daß auf Schweitzers Loyalität zu bauen sei. Liebknecht selbst trat in die Redaktion ein.

Es war ein sehr ungleiches Paar, das da zusammengerieth, und es bedurfte keines großen Scharfsinns, um dieser Ehe ein unfriedliches Ende vorherzusagen. Liebknecht, der Revolutionär von 1848, der die Gegenrevolution mit der Waffe in der Faust bekämpft und in schwerem Exile den alten gerechten Haß genährt hatte, ein leidenschaftlicher Agitator, dem ein großes Ziel unwandelbar voranleuchtete: Schweitzer dagegen, um reichlich zehn Jahre jünger, das Kind einer ganz anderen Generation, als in der Liebknecht aufgewachsen war, ein Organisator und Politiker, der mit prüfendem Blicke alle die Hindernisse maß, die dem Vormarsche der Arbeiterklasse im Wege standen. Beide mochten sich wohl in einer akademischen Erörterung über allgemeine Gesichtspunkte verständigen, aber es war unmöglich, daß sie im praktischen Handeln des Tages gleichen Schritt und Tritt halten sollten. Liebknecht wollte doch am liebsten Lassalles Werk über den Haufen stürzen und ohne jede Rücksicht auf die konkreten politischen Zustände, wie sie nun einmal in Deutschland bestanden, die sozialistische Agitation frisch aus radikaler Wurzel entwickeln. Er wollte, wie er neuerdings seine damaligen Absichten erläutert hat, als Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung die Internationale an die Stelle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins setzen, und das hieß, die politische Arbeiterpartei Lassalles und Schweitzers in eine sozialistische Propagandagesellschaft auflösen.

Schweitzer stellte sich keineswegs feindlich zur Internationalen, gleich in den ersten Nummern des neuen Vereinsorgans druckte er ihre Inauguraladresse ab. Auf eine Anfrage Fritzsches, der an dem neuen Bunde kein klares Pro-

gramm, kein einheitliches Ziel und kein bestimmtes Mittel entdecken konnte, antwortete er vollkommen sachgemäß, die Internationale sei ein Band, das durch alle europäischen Kulturstaaten geschlungen werden solle — durch eine Anzahl von Ländern, in denen die Verhältnisse zwar der Hauptsache nach gleichartig, nicht aber gleich seien. Welcher nächste Zweck aufzustellen und welche Mittel zu dessen Verwirklichung anzustreben seien, das richte sich nach den speziellen Verhältnissen eines gegebenen Landes, während die Internationale unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und Eigenthümlichkeit der sozialdemokratischen Arbeitervereine in den verschiedenen Ländern nur den Zweck verfolge, ein Zusammenwirken der sozialdemokratischen Elemente durch alle europäischen Kulturstaaten im Allgemeinen herzustellen: einen Zweck, der seine Begründung in der Gemeinschaftlichkeit der Volksinteressen in allen Kulturstaaten finde. An dieser Auffassung Schweitzers war in keiner Weise etwas auszusetzen. Der Anschluß an die Internationale, der für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als Korporation durch die deutschen Vereinsgesetze verhindert wurde, entschied noch nichts über die politische Organisation und Taktik einer nationalen Arbeiterpartei. Sobald sich die deutschen Arbeiter darauf beschränkten, als einzelne Personen — und anders konnten sie es nicht — der Internationalen beizutreten und für deren Prinzipien zu wirken, so hörten sie eben auf, eine politische Partei zu sein, die auf nationalem Boden zu kämpfen bereit und fähig war.

Irgend ein politisches Aktionsprogramm für die deutschen Zustände stellte Liebknecht nicht auf. Später hat er wohl den „Kultus des allgemeinen Wahlrechts" verworfen und sein Bedauern ausgesprochen, daß Lassalle nicht die Steuerverweigerung verkündet habe, die das einzige Mittel gewesen sein würde, die feudale Reaktion zu Paaren zu treiben. Indessen hatte Lassalle bereits in seinen Verfassungsreden mit den schlagendsten Gründen nachgewiesen, daß mit der Steuerverweigerung unter den besonderen deutschen Verhältnissen nichts auszurichten sei. Dieser Nachweis ist auch niemals widerlegt, vielmehr von allen Kennern der deutschen Zustände als unwiderleglich anerkannt worden. Zu allem Ueberflusse hatte Johann Jacoby im Herbste 1863 den Versuch gemacht, in einer Wahlrede, die bedeutendes Aufsehen machte, zur Steuerverweigerung aufzufordern; die ganze Wirkung war gewesen, daß Jacoby selbst zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde und gerade zwei Steuerzahler, John Reitenbach-Plicken in Ostpreußen und Albert Lange am Rhein, die Zahlung der Steuern verweigerten, worauf sie ihnen abgepfändet wurden. Ebenso wenig traf Liebknechts Vorschlag, den Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch ein Direktorium von drei Männern zu ersetzen, den Punkt, auf den es ankam. Die ganze Organisation des Vereins war auf die diktatorische Leitung zugeschnitten; wenn diese beseitigt werden sollte, so mußte jene von Grund aus umgewälzt werden; die dreiköpfige Diktatur war unter Umständen noch verfehlter, als die einköpfige. Doch hat Liebknecht mit diesen hingeworfenen Gedanken schwerlich einen durchdachten Organisationsplan geben wollen, und an sich war seine Auffassung durchaus konsequent.

Lassalles Erwartung, das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats werde sich im Sturme als eine unwiderstehliche Macht wecken lassen, hatte sich als trügerisch erwiesen. Eine gemeinsame Aktion zwischen Bourgeoisie und Proletariat war unmöglich, das sprach auch Marx zu dieser Zeit mit dürren Worten aus. Beim Stiftungsfeste des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London sagte er, die deutsche Bourgeoisie sei zu feige, ihr eigenes Programm durchzuführen, und er habe allerdings erwartet, daß sie wenigstens so viel durchsetzen werde, wie die englische Bourgeoisie, als er im Kommunistischen Manifeste die Arbeiter aufforderte, gemeinsam mit der Bourgeoisie den Absolutismus zu stürzen. Verwarf es nun Liebknecht als eine unzulässige Taktik, die herrschenden Parteien gegen einander auszuspielen, so blieb in der That nichts übrig, als der deutschen Arbeiterbewegung die Form einer sozialistischen Propagandagesellschaft zu geben, wie ein halbes Menschenalter früher im Bunde der Kommunisten. Denn die gesetzlichen Mittel der Parteiorganisation, Preß- und Vereinsfreiheit, Koalitions- und Wahlrecht, besaß das deutsche Proletariat entweder immer noch nicht oder doch nur erst auf dem Papiere.

II. Der Kampf der Meinungen.

Die Gegensätze, die nach Lassalles Tode in der jungen Arbeiterbewegung erwachten, explodirten zunächst in einem Zerwürfnisse zwischen Becker und der Gräfin Hatzfeldt. Beckers übertriebene Devotion vor der Gräfin schlug in einen ebenso übertriebenen Haß um, als die Spöttereien der Bourgeoispresse über den „Schürzenpräsidenten“ und allerlei sonstige kleinliche Anlässe den armen Teufel aus den Träumen des Ehrgeizes erweckten, in denen sich sein enges Hirn eben zu berauschen begann. Becker suchte jetzt eine Stütze an Lassalles Mutter, von welcher er 200 Thaler für den Verein losbettelte, ein Schritt, der nach dem schnöden Benehmen der Familie Lassalle nicht nur die Gräfin Hatzfeldt, sondern Alle erbitterte, die Lassalles Andenken in Ehren hielten. Becker hatte wohl noch eine weitere Absicht, als er die alte Frau Lassalle für sich zu gewinnen suchte. Sie focht das Testament ihres Sohnes an, und für Becker hatte ihre Gunst um so größeren Werth, als er für sich auf die Rente von 500 Thalern spekulirte, die Lassalle dem Vereinssekretär Willms auf fünf Jahre zur Agitation für den Verein vermacht hatte.

Unter allen testamentarischen Bestimmungen Lassalles war diese wenn nicht die unglücklichste, so doch die unbegreiflichste. Er wußte, daß Becker arm wie eine Kirchenmaus sei und daß vom Verein ein Präsidentengehalt noch nicht aufgebracht werden könne; wenn er trotzdem nicht dem von ihm empfohlenen Präsidenten, sondern dem schon mit 400 Thalern Jahresgehalt honorirten Vereinssekretär eine dauernde persönliche Rente von 150 Thalern und dazu jenes Legat für Vereinszwecke vermachte, so mußte er sich sagen, daß er damit dem Vereinssekretär ein gefährliches Uebergewicht über den Präsidenten gab. Vielleicht ging

Lassalles Absicht dahin, daß der von ihm sehr geschätzte Willms thatsächlich den Verein leiten und Becker eine Art Ehrenstellung als Präsident erhalten sollte, gewissermaßen als Puffer, an dem sich die Eifersüchteleien anderer Arbeiter gegen Willms brechen könnten. Aber selbst dann war der größten Verwirrung Thür und Thor geöffnet, und sie verfehlte nicht sich einzustellen, als die erste Generalversammlung des Vereins am 27. Dezember 1864 in Düsseldorf zusammentrat.

Auf dieser Generalversammlung waren 34 Orte durch 20 Delegirte vertreten, Berlin durch Metzner, Frankfurt durch Ellner, Elberfeld durch Hillmann, Düsseldorf durch Levy, Hamburg durch Perl, Harburg durch York, Dresden durch Försterling, Leipzig durch Fritzsche. Die Vereinskasse hatte einen Bestand von 39 Thalern. Eine Reihe von Anträgen wurde ohne wesentliche Debatte angenommen. Sie gingen dahin, Lassalles Todestag in allen Gemeinden feierlich zu begehen, den Mitgliedern in den schlesischen Weberdistrikten wegen ihrer Armuth die Hälfte der Beiträge zu erlassen, die Kassenorganisation Lassalles auf den ganzen Verein auszudehnen, mit gewissen Vereinfachungen für die kleineren Gemeinden. Der wichtigste Beschluß war, das Sekretariat mit dem Präsidium zu verschmelzen und dem Präsidenten ein Jahresgehalt von 500 Thalern auszuwerfen. Er wurde auf Antrag Fritzsches gefaßt, nachdem ihn Metzner, York, Perl, Levy und Försterling als eine unabweisbare Nothwendigkeit befürwortet hatten.

Und eine solche Nothwendigkeit war er ohne Zweifel. Es wäre völlig unerträglich gewesen, den Präsidenten auf die Gnade der Gräfin Hatzfeldt oder der Frau Lassalle anzuweisen. Vor diesem Gesichtspunkte mußten alle anderen Bedenken zurücktreten, so groß sie sein mochten. Es gab ihrer gewiß viele und wichtige. Der Beschluß war ein handgreiflicher Bruch der Statuten, die nach ihrem Wortlaut die Vereinigung des Sekretariats mit dem Präsidium nicht zuließen und vor drei Jahren nicht geändert werden durften. Die Macht des Präsidenten wurde noch erhöht, der Abstand zwischen Beckers Fähigkeiten und den Aufgaben, denen er genügen sollte, noch vergrößert. Die Gräfin Hatzfeldt gewann einen bequemen Vorwand, auf die schwere Verletzung der Organisation hin Becker als unrechtmäßigen Usurpator zu behandeln. Endlich zerrüttete der Beschluß die Solinger Gemeinde, eine der ältesten und festesten Burgen des Vereins. Willms konnte sich zwar über kein formelles Unrecht beklagen; er war nach Ablauf seiner Amtszeit als Sekretär eben nicht wiedergewählt worden, unter ausdrücklicher Anerkennung, daß ihm damit kein Mißtrauensvotum ertheilt, sondern nur einem unerbittlichen Zwange der Umstände nachgegeben werden sollte. Aber er besaß nicht die Selbstverleugnung, die Vahlteich in viel schwierigerer Lage bewährt hatte, und da sein Freund Klings auf seine Seite trat, so entwickelte sich in der Solinger Gemeinde eine heftige Opposition, die sich dann auch nach Hamburg, Leipzig und anderen Gemeinden verpflanzte.

Viel schärfer noch brachen die vorhandenen Gegensätze in dem neuen Vereinsblatt aus. Die erste Probenummer erschien am 15. Dezember 1864 unter dem Titel: Der Sozialdemokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Eigenthümer und Redakteure waren Hofstetten und Schweitzer, als Mitarbeiter wurden Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Engels, Herwegh, Heß, Liebknecht, Marx, Rüstow und Wuttke genannt. Das Programm beschränkte sich auf drei große Gesichtspunkte: Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze zivilisirte Welt; das ganze gewaltige Deutschland Ein freier Volksstaat; Abschaffung der Kapitalherrschaft. Die zweite Probenummer wurde am 21., die dritte am 30. Dezember ausgegeben. Vom 4. Januar ab erschien dann das Blatt regelmäßig, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Der leitende Kopf der Redaktion war Schweitzer, und er ging in seinem Sinne vor. Der erste Leitartikel schilderte Lassalles Verdienste um die Arbeiterklasse, der zweite aber behandelte die schleswig-holsteinische Angelegenheit in dem Sinne, daß jede im Rahmen der bestehenden Zustände mögliche Lösung dieser Frage für die Nation gleich traurig sei, möchte nun Oesterreich oder Preußen das eroberte Land behalten oder möchte Schleswig-Holstein ein selbständiger Staat werden. In jenem Falle würde der Krebsschaden Deutschlands, der Dualismus der beiden Großmächte gestärkt, in diesem die kleinstaatliche Misere von Neuem verbrieft werden. Annektire Preußen das Land, so sei wenigstens ein Trost in all dem Elend: dem Bundestage, dem einzigen Organe der Gesammtnation, würde der letzte Lebensnerv getödtet, und dann würden die Verhältnisse zur entscheidenden Umwälzung, zur endlichen Ermannung der Nation drängen.

In der inneren Politik betonte Schweitzer die völlige Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Partei. Zwar ständen der Bourgeoisie im Kampfe gegen Junker- und Pfaffenthum die Fäuste des Proletariats mit Recht zur Verfügung, aber wenn sich die liberale Bourgeoisiepartei nicht freundlicher, ja vielleicht noch feindlicher zur Volkspartei stelle, als die monarchisch-absolutistische Partei, so bliebe der Volkspartei nur übrig, je nach den obwaltenden Umständen, zu einzelnen Zwecken und in bestimmten konkreten Fragen mit der einen oder mit der anderen Partei zusammenzuwirken, immer vorausgesetzt, daß „die selbständige prinzipielle Stellung der Volkspartei durch ein derartiges Kooperiren zu einzelnen Zwecken niemals auch nur im Geringsten" berührt werde. Das Geschrei der liberalen Presse über „Zusammenhang mit der Reaktion" wies Schweitzer mit den Worten zurück, daß dieses nichtsnutzige Gerede überhaupt nicht ernst gemeint sei, „indem diese zahmen Professoren und aufgedunsenen Geldsäcke zusammt ihren Lohnschreibern sehr gut wissen, was *wir* sind und was *sie* sind"; die deutsche Sozialdemokratie sei ihre eigene Partei, und ihre Grundsätze würden Fleisch und Blut im Leben der Nation sein, wenn der eherne Gang der Weltgeschichte längst in den Staub getreten habe, was sich jetzt aufblähe.

Das liberale Geschrei über „Zusammenhang mit der Reaktion" wurde am lebhaftesten erweckt durch fünf Leitartikel über das Ministerium Bismarck, die Schweitzer in der Zeit vom 27. Januar bis zum 1. März veröffentlichte. Thatsächlich bewiesen sie nur, daß Schweitzer an Klarheit des politischen Blicks thurmhoch über der fortschrittlichen Presse stand. Liest man die Artikel heute, so erscheinen

sie in gewissem Sinne als sehr trivial, in dem Sinne nämlich, daß die Ereignisse längst bestätigt haben, was Schweitzer zu einer Zeit voraussah, wo nur sehr wenige Köpfe in Deutschland sich zu einer gleich eindringenden Auffassung der politischen Lage emporschwingen konnten.

Schweitzer untersuchte in den Bismarckartikeln historisch, welche Faktoren in der deutschen Frage überhaupt aktionsfähig seien. Er fand deren nur zwei: preußische Bajonette und deutsche Proletarierfäuste. Er wies nach, daß der Bundestag, Oesterreich, die Mittel- und Kleinstaaten sich der deutschen Frage gegenüber schlechthin ohnmächtig erwiesen hätten — im Guten wie im Schlimmen. Zu lösen sei diese Frage nur noch auf zwei Wegen. Entweder dadurch, daß die deutsche Nation durch eine Revolution sich selbst helfe, und dies sei die für jeden Demokraten selbstverständliche Lösung der deutschen Frage im deutschen Sinne. Oder aber dadurch, daß der preußische Staat, getreu seiner historischen Ueberlieferungen, das übrige Deutschland verspeise, und an dieser Lösung der deutschen Frage arbeite Bismarck augenblicklich mit großem Erfolge. „Von diesem Streben ist fundamental unterschieden dasjenige, worauf die Gesammtnation hinarbeitet: einen deutschen, wesentlich auf modernen Ideen beruhenden Volksstaat herzustellen. Aeußerlich haben beide Bestrebungen das Gemeinsame, daß bisher getrennte Theile der Nation einheitlich zusammengefaßt werden sollen; innerlich unterscheiden sie sich dadurch, daß in dem einen Falle die Vereinigung bloßes Mittel im Dienste dynastisch-partikularistischer Interessen, im anderen Falle höchster nationaler Selbstzweck sein würde.“ Aber wie das Preußenthum der Feind des Deutschthums, so sei es auch der Feind der „bestehenden Gewalten“ in Deutschland.

Aus der preußischen Geschichte legte Schweitzer dar, daß der preußische Partikularismus der für die nationale Entwicklung gemeinschädlichste, weil mächtigste Partikularismus sei, daß er ganz etwas anderes bedeute, als der lichtensteinische und der lippe-detmoldische und selbst als der baierische und schwäbische Partikularismus. Ein preußischer Minister, der einmal die alten Ueberlieferungen des preußischen Staats aufnehme, werde durch die Wucht der Dinge selbst vorwärts gerissen werden und könne auf diesem Wege nicht umkehren. Die deutsche Politik der Fortschrittspartei leide an dem Fehler, weder preußisch noch deutsch zu sein. Sie verlange die deutsche Einheit mit der preußischen Spitze, ohne zu begreifen, daß die deutsche Einheit nur durch die deutsche Revolution zu haben sei, und daß die preußische Spitze nur ein Großpreußen schaffen könne. Den Scharfsinn dieser historischen Untersuchung heute noch beweisen wollen, hieße Wasser in die Spree tragen.

Dennoch war an Schweitzers Bismarckartikeln etwas nicht in der Ordnung. So recht er darin hatte, daß der preußische Partikularismus ein besonderes Ding sei, das nach seinen historischen Ursprungs- und Daseinsbedingungen begriffen sein wolle, so schilderte er das eigenthümliche Wesen dieser Bedingungen doch mit einer Lebendigkeit, die manchmal einer Verherrlichung zum Verwechseln ähnlich sah. Es war noch das Wenigste, daß Schweitzer von der „bedeutenden Politik“

Bismarcks sprach. Derselben Politik erkannte Albert Lange zur selben Zeit die „Grundzüge der Kühnheit und einer gewissen großartigen Einfachheit“ zu; diese Reaktion kluger Köpfe auf die einfältigen Kindereien, womit der Nationalverein den preußischen Minister aus dem Sattel zu heben gedachte, war begreiflich genug. Aber die Art, wie Schweitzer den preußischen Staat zu einem Werke „tüchtiger Regenten“ machte, wie er das „mächtige Genie“ des alten Fritz pries, „eines in jeder Hinsicht bewundernswürdigen Mannes“, und Anderes mehr war historisch ebenso anfechtbar wie politisch. Böswillige Gegner, und Schweitzer mußte wissen, daß er mit sehr böswilligen Gegnern zu kämpfen hatte, brauchten nur einzelne Sätze aus dem Zusammenhange zu reißen, um den Anschein zu erwecken, als ob die junge Arbeiterbewegung borussifizirt werden sollte. Namentlich in den beiden ersten Bismarckartikeln machte sich dieser Mißgriff Schweitzers sehr bemerkbar, viel weniger in den drei letzten. Zwischenein hatte er eine sehr empfindliche Lektion erhalten, seine Politik war öffentlich von Marx und Engels verleugnet worden.

Das Widerstreben dieser beiden Männer, am Sozialdemokraten mitzuarbeiten, hatte seine guten Gründe gehabt. Hegten sie schwere Bedenken gegen Lassalles Agitation und wollten sie nicht selbst die Leitung der deutschen Arbeiterbewegung übernehmen, so war es für sie am gerathensten, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen, wie sie schon bei Lassalles Lebzeiten gethan hatten. Die halbe Verantwortung einer bloßen Mitarbeiterschaft am Vereinsorgan mußte zu allerlei Reibereien führen. Daß Schweitzer die ehrliche Absicht hatte, die Agitation auf die breitere prinzipielle Grundlage zu stellen, die den Anschauungen des Kommunistischen Manifestes entsprach, hat er dadurch bewiesen, daß er diese Absicht ausführte, auch nachdem er von den Verfassern des Manifestes eine bittere Absage erhalten hatte. Marx und Engels trauten ihm aber nicht, und die Berichte Liebknechts verstärkten bald dies Mißtrauen. Hat Liebknecht ebenso, wie er gleich darauf sich öffentlich aussprach, nach England geschrieben, so haben Marx und Engels, bei aller subjektiven Wahrhaftigkeit des Berichterstatters, kein objektiv zutreffendes Bild von den damaligen Personen und Zuständen in Deutschland empfangen. Ohnehin haben sie in ihrer Auffassung ostelbischer Dinge die geborenen Rheinländer nie ganz verleugnet, was sich an ihrem Urtheil über Lassalle und Lassalles Agitation ebenso spüren ließ, wie im Jahre 1848 an ihrem Urtheil über Born und die damalige Arbeiterbewegung in Berlin und Leipzig.

Gleich den ersten Leitartikel des Sozialdemokraten über Lassalle verurtheilte Marx als eine „servile Lobhudelei“, was ein unbillig hartes Urtheil war, mag man auch gern zugeben, daß nicht jedes Wort dieses Artikels auf die Goldwage gelegt werden durfte. Schweitzer bat um Geduld, es werde schon nach und nach besser werden. Auf seinen Wunsch schrieb Marx dann sofort einen Nachruf auf Proudhon, als dieser im Januar 1865 gestorben war; nicht jedoch, ohne in dem vortrefflichen Aufsatze „jeden Scheinkompromiß mit der bestehenden Gewalt“ als Verletzung des „einfachen sittlichen Taktes“ zu kennzeichnen. Gleichzeitig sandte Engels die Uebersetzung eines altdänischen Bauernliedes ein, um in

einer Randglosse den deutschen Arbeitern die Nothwendigkeit des Kampfes gegen das Krautjunkerthum ans Herz zu legen. Natürlich druckte Schweitzer diese Beiträge ohne jede Aenderung ab. Dann aber hatte Marx wieder neue Ausstellungen zu machen: über einen Pariser Brief von Heß und über Schweitzers Stellung zur Koalitionsbewegung, die sich damals in Deutschland zu entwickeln begann. Schweitzer bat wiederholt um Geduld. Am 15. Februar schrieb er an Marx, jede theoretische Aufklärung werde er dankbar als Belehrung annehmen, aber um praktische Fragen momentaner Taktik zu beurtheilen, müsse man im Mittelpunkte der Bewegung stehen. Er fügte hinzu: „Auch vergessen Sie nicht, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein konsolidirter Körper ist und bis zu einem gewissen Grade an seine Traditionen gebunden bleibt. Die Dinge in concreto schleppen eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herum." Hierauf antworteten Marx und Engels mit einer öffentlichen, aus London und Manchester vom 23. Februar datirten Erklärung, daß die vom Sozialdemokraten befolgte Taktik ihre weitere Mitarbeit an dem Blatte ausschließe. Sie hätten keinen Augenblick seine schwierige Stellung verkannt und keine für den Meridian von Berlin unpassenden Ansprüche erhoben. Aber sie hätten wiederholt gefordert, daß dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei gegenüber eine mindestens ebenso kühne Sprache geführt werde, wie gegenüber der Fortschrittspartei. Ihre Ansicht vom königlich preußischen Regierungssozialismus und die richtige Stellung der Arbeiterpartei zu solchem Blendwerk hätten sie bereits 1847 in der Deutschen Brüsseler Zeitung entwickelt und unterschrieben heute noch jedes Wort ihrer damaligen Erklärung. Gleichzeitig trat Liebknecht aus der Redaktion aus, und einige Tage darauf sagten Herwegh, Rüstow und Johann Philipp Becker ab. Von den angekündigten Mitarbeitern blieben nur Heß und Wuttke dem Blatte treu.

Die Bourgeoisie jubelte über das Zerwürfniß, und Löb Sonnemanns Börsenblatt wies vom erhabenen Standpunkte seiner antiken Sittlichkeit die „demokratisch gesinnten Arbeiter" darauf hin, was sie von „solchen Chefs", wie Marx und Engels, zu halten hätten, die sich mit dem Sozialdemokraten überhaupt erst eingelassen hätten, obgleich doch schon Lassalle mit der Reaktion geliebäugelt habe. Schweitzer knüpfte an diesen geistreichen Ausfall die Bemerkung, daß die giftigsten Gegner der Lassalleschen Agitation das Verfahren von Marx und Engels dennoch für inkonsequent hielten, und mit dieser taktischen Deckung brauchte man es nicht genau zu nehmen. Sehr ungehörig war aber die verdächtigende Unterstellung Schweitzers, man habe sich zurückgezogen, weil man eingesehen habe, daß man nicht die erste Rolle in der Partei spielen könne. Marx antwortete darauf scharf und schlagend in der Berliner Reform, die Guido Weiß in jener Zeit leitete. Sonst bemühte sich Schweitzer, über „diese persönlichen Geschichten" möglichst schnell zur politischen Tagesordnung überzugehen. Leider aber war seine Rechnung ohne den unglückseligen Bernhard Becker gemacht, der den unmöglichen Versuch unternahm, sich als ebenbürtiger Nachfolger Lassalles zu bewähren und die Gegner

des Vereins mit Keulenschlägen niederzuwerfen. Er hielt den Hamburger Arbeitern am 22. März eine lange Rede, die von den nichtswürdigsten persönlichen Ausfällen gegen die Gräfin Hatzfeldt, sowie gegen Marx, Engels und Liebknecht strotzte.

In der Berliner Gemeinde kam es darüber zu den heftigsten Auftritten. Liebknecht vertheidigte die Gräfin, mit welcher er prinzipiell schon gebrochen hatte, ritterlich gegen Beckers Gemeinheiten und widerlegte all den verleumderischen Unrath, den Becker aus Vogts Pamphlet und ähnlichen schmutzigen Quellen gegen ihn, Marx und Engels zusammengefegt hatte. Auf seinen Antrag beschloß die Berliner Gemeinde fast einstimmig, den Bernhard Becker „als Lügner, Verleumder und unheilbaren Idioten“ aus dem Vereine zu stoßen. In der Hitze des Gefechts trug Liebknecht dann aber auch dazu bei, die Verwirrung zu steigern. Er veröffentlichte in der Rheinischen Zeitung, einer gehässigen Gegnerin der Arbeiterbewegung, eine Erklärung, worin er unter Anderem sagte, daß die Lehre Lassalles nichts sei, als ein „abgeschwächter und verwischter Abklatsch“ der von ihm und seinen Freunden seit Jahren vertretenen Prinzipien. Kurz vorher hatte Marx den öden Schwätzer Blind, der gegenüber der Arbeiterklasse ganz am gleichen Strange zog, wie die Rheinische Zeitung, mit den Worten abgefertigt: „Es liegt mir durchaus fern, einen Mann wie Lassalle und die wirkliche Tendenz seiner Agitation einem grotesken Klown, hinter dem nichts steht als sein eigener Schatten, verständlich machen zu wollen. Ich bin im Gegentheil überzeugt, daß Herr Karl Blind nur seinen von Natur und Aesop ihm auferlegten Beruf erfüllt, wenn er nach dem todten Löwen tritt.“ Und gewiß war damit in musterhafter Weise die Grenze gezeichnet, die unter allen Umständen inne gehalten werden mußte, sobald es sich der Bourgeoisie gegenüber um Lassalles Person und Werk handelte.

Mitten in dem unerfreulichen Hader erschien eine kleine Schrift über die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, die Engels schon vor dem öffentlichen Zusammenstoße entworfen und auch wohl ausgeführt hatte. Jedenfalls ist sie ganz frei von Polemik, wenn auch in ihrem letzten Abschnitte unter fortlaufendem Hinblick auf Schweitzers Taktik verfaßt. In den beiden ersten Abschnitten beleuchtete Engels die preußische Militärfrage vom Standpunkte der Regierung und der Bourgeoisie aus, mit der historischen Unbefangenheit des wissenschaftlichen Forschers, die selbst für Männer wie Heß und Rüstow, geschweige denn für die liberalen Kannegießer unverständlich war. Der dritte Abschnitt untersuchte die Stellung des Proletariats zu dem Streite der Regierung und der Bourgeoisie um die Verfassung. Er mündete in den Sätzen: die Arbeiterpartei vor Allem organisirt halten, soweit es die jetzigen Zustände zulassen; die Fortschrittspartei voran treiben zum wirklichen Fortschreiten, soweit das möglich, sie nöthigen, ihr eigenes Programm radikaler zu machen und daran zu halten, jede ihrer Inkonsequenzen und Schwächen unnachsichtlich züchtigen und lächerlich machen; die eigentliche Militärfrage gehen lassen, wie sie geht, in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterpartei auch einmal ihre eigene deutsche „Armeeorganisation“ machen wird; der Reaktion aber auf ihre heuchlerischen Lockungen mit den stolzen Worten des

alten Hildebrandliedes antworten: Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze.

In diesem Programm lag genau genommen nichts, was der Auffassung Schweitzers widersprach. Schweitzer hätte sich sogar auf Engels berufen können gegen den lärmenden Vorwurf Herweghs, daß der Sozialdemokrat einen ihm von Rüstow eingesandten Aufsatz über die preußische Militärfrage nicht aufgenommen habe. Rüstow stand in dieser Frage auf einem zwar radikaleren, aber doch wesensgleichen Standpunkte mit der Bourgeoisie. Herwegh schlug auch ganz konsequenter Weise auf Engels nicht viel weniger heftig los als auf Schweitzer. Will man die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer entdecken, so muß man etwas näher auf die Ausführungen eingehen, durch die Engels zu seinen Schlußsätzen gelangte.

Er schilderte die bonapartistischen Grimassen der preußischen Regierung und meinte, wenn sie das allgemeine Wahlrecht oktroyire, so werde sie es so verklausuliren, daß es eben kein allgemeines Wahlrecht mehr sei. Er wies auf die französischen Erfahrungen hin, die sich in Deutschland noch verschlimmern würden. Das deutsche Proletariat sei nicht so konzentrirt und habe nicht eine so lange Erfahrung im Kampfe wie das französische. Dann aber sei in Deutschland nicht der kleine Parzellenbauer, sondern der große Grundbesitz die Regel; wenn ein Drittel der deutschen Proletarier unter dem Kommando der Kapitalisten stände, so ständen ihrer zwei Drittel unter dem Kommando der Feudalherren. „Solange das Landproletariat nicht in die Bewegung mit hineingerissen wird, solange kann und wird das städtische Proletariat in Deutschland nicht das Geringste ausrichten, solange ist das allgemeine direkte Wahlrecht für das Proletariat keine Waffe, sondern ein Fallstrick." Hier lag die wirkliche Meinungsverschiedenheit zwischen Engels und Schweitzer. Was Engels dann weiter ausführte darüber, daß die ganze Arbeiterbewegung in Deutschland erst geduldet sei, daß die Regierung ihr jeden Augenblick den Garaus machen könne, bestritt Schweizer nicht nur nicht, sondern diese unanfechtbare Thatsache war gerade die Triebfeder seiner Taktik. Ebenso wenig hatte er je etwas dagegen eingewandt, daß die Arbeiterklasse der Reaktion keinen Dank schulde, wenn diese aus Haß gegen die Bourgeoisie soziale Zugeständnisse mache, wie Koalitionsrecht, Fabrikaufsicht, Normalarbeitstag und so weiter, oder dagegen, daß wenn die bürgerliche Klasse die bürgerlichen Freiheiten verrathe, die Arbeiter dennoch die Agitation für Preßfreiheit und Vereinsrecht trotz der Bürger fortführen müßten.

Schweitzer hatte sich aus der überaus peinlichen Lage, in die ihn Beckers ungewaschene Rede in Hamburg gebracht hatte, so gut er konnte herauszuhelfen gesucht. Er durfte Becker nicht verleugnen, wenn nicht Alles, was noch zusammenhielt, aus Rand und Band gehen sollte, und so beeiferte er sich wieder, den persönlichen Streit so schnell als möglich aus der Welt zu schaffen. Sobald der Verein die Krisis überstanden hatte, hielt er sich von allen persönlichen Angriffen fern, stellte Marx und Engels immer hoch als bedeutende Theoretiker und sprach

ihnen nur das zutreffende Urtheil über die praktischen Möglichkeiten der deutschen Agitation ab. Während der Krisis selbst hatte Heß, der den Abschnitt des Kommunistischen Manifestes über den deutschen Sozialismus nicht vergessen konnte, in einem Pariser Briefe einen beiläufigen Ausfall gegen die Schrift von Engels gemacht, den Schweitzer passiren ließ. Er selbst antwortete dann nach der Krisis in durchaus sachlicher und würdiger Weise, ohne Engels zu nennen, wie Engels ihn nicht genannt hatte.

Schweitzer sagte, gegen das allgemeine Wahlrecht würden zwei Einwendungen gemacht. Der erste gehe dahin, daß es selbst in ehrlicher und richtiger Handhabung bei dem thatsächlichen Bildungsgrade des Volkes, besonders der Landbevölkerung, eine Stütze der reaktionären Gewalten werden könne. Hierauf sei hauptsächlich zu erwidern, daß es vorerst weniger darauf ankomme, Majoritäten in die Volksvertretung zu schicken, als darauf, die Volksstimme überhaupt in den anerkannten und mit formeller Autorität ausgestatteten Staatskörperschaften geltend zu machen, was unter der Dreiklassenwahl nahezu unmöglich sei. Es wäre schon viel, sehr viel gewonnen, wenn die Arbeiterpartei im Parlamente vertreten wäre, sei es auch nur schwach an Zahl.

Der zweite Einwand, daß nämlich das allgemeine Wahlrecht ohne die entsprechende Ergänzung durch volle Preßfreiheit und volle Vereinsfreiheit nicht die Sache des Volkes, sondern die Sache seiner Unterdrücker fördere, sei in Wirklichkeit gar kein Einwand. Die Arbeiterpartei fordere das allgemeine Wahlrecht selbstverständlich nur als den konsequenten Ausbau der sämmtlichen, im Begriff eines freien Staats liegenden Rechte; ein allgemeines Wahlrecht ohne diese Rechte würde das elende Danaergeschenk einer unter volksthümlichem Deckmantel verborgenen volksfeindlichen Despoten- und Willkürherrschaft sein. Allerdings wäre dann noch die Frage, ob nicht selbst ein solches Wahlrecht gegenüber dem bestehenden Wahlgesetze als ein vergleichungsweiser Fortschritt, als ein geringeres Uebel zu begrüßen sei.

Man könne diese Frage mit Ja und mit Nein beantworten. Mit Ja, wenn man erwäge, daß in solchem Wahlrecht doch immer bei besonderer Beharrlichkeit der Massen eine wichtige Handhabe gewonnen sei. Mit Nein, wenn man erwäge, daß der Besitz eines Rechtes, von dem größtentheils nur der Schein vorhanden sei, für die Entwicklung der Massen gefährlicher werden könne, als die unumwundene Vorenthaltung eines wichtigen Rechts. „Wir glauben auch wirklich, daß innerhalb unserer Partei die Meinungen über dieses Ja oder Nein getheilt sind. Darin aber — und dies ist hier die Hauptsache — sind wir jedenfalls alle einig, daß wenn irgendwo das allgemeine Stimmrecht von einer Regierung gegeben würde, ohne daß zugleich die entsprechenden sonstigen Volksrechte sicher gestellt wären: der erste, ja alleinige Gebrauch jenes Stimmrechts zunächst auf Erringung und Sicherstellung jener anderen Rechte gerichtet werden müßte. Denn die Freiheit — die Freiheit brauchen wir vor Allem." Hatte Engels also gemeint, daß die Verleihung des allgemeinen Wahlrechts durch die

preußische Regierung keine Waffe, sondern ein Fallstrick sein würde, so meinte Schweitzer, daß sie zwar ein Fallstrick sein solle, aber eine Waffe werden könne. Und dies war der Kern der Meinungsverschiedenheit, die zwischen Engels und Marx auf der einen, und Schweitzer auf der anderen Seite bestand.

Vierthalb Jahre später, am 13. Oktober 1868, schrieb Marx an Schweitzer: „Ich erkenne unbedingt die Intelligenz und Energie an, womit Sie in der Arbeiterbewegung wirken. Ich habe diese meine Ansicht keinem meiner Freunde verhehlt." Und indem Marx hinzufügte: „Ich verkenne die Schwierigkeiten Ihrer Stellung nicht und vergesse nie, daß Jeder von uns mehr von den Umständen als seinem Wollen abhängt", bekannte er sich mit anderen Worten zu demselben Gedanken, mit dem Schweitzer am 15. Februar 1865 seine Nachsicht erbeten hatte: zu dem Gedanken, daß die Dinge in concreto eben immer irgend ein Fußgewicht mit sich herumschleppen. In seiner überaus schwierigen Stellung hat Schweizer nicht immer die richtigen Grenzen seiner Taktik innegehalten, wie beispielsweise nicht in einzelnen Sätzen der Bismarckartikel, aber die Taktik selbst hat der historische Verlauf der Dinge als richtig bestätigt.

Ein letzter Meinungskampf über die Aufgaben der Arbeiterpartei spann sich zu derselben Zeit zwischen Albert Lange und Schweitzer ab. Die vermittelnde Haltung, die Lange auf dem Leipziger Vereinstage eingenommen hatte, in Verbindung mit seiner Wahl in den Ausschuß, war für ihn der Anstoß, sich im Zusammenhange über die Arbeiterfrage zu äußern, um nicht den Vorwurf einer zweideutigen Haltung auf sich zu laden. Seine kleine Schrift war ungemein reich an feinen und treffenden Bemerkungen über die Arbeiterbewegung, litt aber an dem Grundfehler, daß Lange an dem Malthusschen Bevölkerungsgesetze festhielt, das durch die eben sich ausbreitende Theorie Darwins eine endgiltige Bestätigung zu erhalten schien. Die naturwissenschaftliche Bildung Langes legte seinem sozialwissenschaftlichen Denken doch einen letzten Schlagbaum vor, so fern Lange den korrupten Schlußfolgerungen blieb, welche die Vulgärökonomen aus Malthus gezogen hatten und zogen.

In seinen praktischen Forderungen stand Lange viel näher an Lassalle, als an Schulze. Er verlangte die völlige Selbständigkeit der Arbeiterbewegung, die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse zuerst auf politischem, dann auf genossenschaftlichem Gebiete, die dienende Unterordnung der Bildungsbestrebungen unter diese dringenderen Zwecke, die Demokratisirung des Staats durch unumschränkte Assoziations- und Preßfreiheit, durch allgemeinen und unentgeltlichen Volksunterricht in allen für die Staatsbürger gemeinsamen und nothwendigen Gegenständen, durch finanzielle und gesetzliche Beförderung von Produktivgenossenschaften, besonders auch für den Großbetrieb der Landwirthschaft. Ueber die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts dachte Lange skeptischer als Lassalle, aber er gab zu, daß es gewährt werden müsse, sobald die Massen es forderten, und erkannte auch an, daß es kein besseres, gerechteres und aussichtsreicheres Agitationsmittel für die Durchsetzung sozialer Ideen gebe. Mit diesem Programm war Lange für

die Bourgeoisie unmöglich geworden, und um so bitterer empfand er die „totale Nichtbeachtung der Schrift in den Kreisen der Arbeiter und ihrer Stimmführer". In der That besprach Schweitzer die Schrift in einer ziemlich wegwerfenden Weise, die ihrer geistigen Bedeutung nicht entfernt gerecht wurde, und es scheint auch, daß Lange keine besonders freundliche Aufnahme gefunden hat, als er seine Ansichten der Duisburger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in einem Vortrage entwickelte.

Zum Theil mag dies unverdiente Schicksal Langes sich daraus erklären, daß seine Schrift gerade erschien, als die Gemüther durch die Krisis des Vereins tief aufgeregt waren. Zum anderen Theile lag es aber doch auch daran, daß Lange vermitteln wollte, wo nichts mehr zu vermitteln war, so sehr er in gutem Glauben versicherte, daß ihm alle vermittelnden Absichten fern lägen. Er hat damals von der „neupreußischen verfälschten Sozialdemokratie in Berlin" gesprochen, um dann doch wieder in seiner gerecht abwägenden Weise zu einer Verständigung mit Schweitzer zu gelangen, soweit sie überhaupt möglich war.

Im Boten vom Niederrhein, einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte, das Lange vom Herbste 1865 bis zum Sommer 1866 in Duisburg herausgab, tadelte er es als einen Fehler, wenn auch als einen nach Lage der Umstände sehr entschuldbaren Fehler, daß Lassalle das Genossenschaftswesen zu einseitig unter Schulzes kleinbürgerlich-philiströsen Gesichtspunkten betrachtet und den echt sozialistischen Geist übersehen habe, der in englischen und französischen, theilweise auch schon in deutschen Arbeitergenossenschaften seine Wurzeln geschlagen habe. „Als die aus der Verbannung heimkehrenden Juden ihren Tempel bauten, führten sie in der einen Hand das Schwert, in der anderen die Mauerkelle. So müßten sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Genossenschaften zu einander verhalten. Ihre Aufgabe ist nicht dieselbe, aber sie ergänzen sich." Wie schon aus seiner Schrift über die Arbeiterfrage hervorging, war dies der eigentliche Stein des Anstoßes, den Lange an Lassalles Agitation nahm. Lange wollte durchaus keine charakterlose Verwischung der Gegensätze, sondern eine Vereinigung von Dingen, die sich sehr wohl vereinigen ließen. Aber er verkannte das Recht jener Einseitigkeit, ohne die kein großes praktisches Handeln zu haben ist.

Schweitzer gab bereitwillig zu, daß Lassalles angeblicher Fehler seine Nachtheile gehabt habe. Aber deshalb sei er doch ein entschiedener Vorzug seines Agitationsprogramms. „Der entgegengesetzte Fehler wäre höchstens geeignet gewesen, eine doktrinäre Polemik einiger Fachleute, aber keine zündende Arbeiteragitation hervorzurufen." Der Uebelstand, den Lange beklage, werde sich in der Praxis bald ausgleichen und beginne schon, sich auszugleichen. Jedoch dürfe dadurch in keiner Weise die noch lange nicht genug bekämpfte und beseitigte Illusion genährt werden, daß die auf sogenannter „Selbsthilfe" beruhenden Genossenschaften eine dauernde und gründliche Verbesserung der proletarischen Klassenlage herbeizuführen geeignet seien. Worauf Lange erwiderte, daran möge wohl etwas Wahres sein, nur sei zu beachten, daß die große Masse der Arbeiter nicht

etwa an Ueberschätzung der Selbsthilfe leide, sondern an einfacher Theilnahmlosigkeit. Gerade die Arbeiter, die in das echte Genossenschaftswesen gezogen würden, ständen dadurch den Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schon näher als die theilnahmlose Masse.

Zugleich aber wandte sich Lange gegen einige naseweise Bemerkungen, mit denen sich Löb Sonnemann in die Diskussion gemischt hatte. Dieser Biedermann behauptete nämlich, der Vereinstag der deutschen Arbeitervereine sei die wahre Sozialdemokratie, die mit den Sozialdemokraten Englands, Frankreichs und Amerikas völlig übereinstimme, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in der Luft schwebe mit seiner phantastischen Zukunftspolitik, die auf der einen Seite das allgemeine Stimmrecht, also die Herrschaft der Mehrheit fordere, und auf der anderen Seite dieser Mehrheit schon ein bestimmtes sozialistisches Programm vorschreiben wolle. Lange fertigte das Gewäsche damit ab, daß die Uebereinstimmung der deutschen Arbeitervereine mit den amerikanischen, englischen und französischen Sozialdemokraten noch nicht weit gediehen sei, daß sie erst mit der Emanzipation von Schulzes ängstlicher und einseitiger Leitung anfange und insoweit dem indirekten Einflusse der Lassalleschen Agitation zu danken sei. Die Politik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sei nichts Unerhörtes. Die Anhänger Lassalles rechneten schwerlich auf einen totalen Sieg, wenn ein Parlament durch das allgemeine Wahlrecht gewählt würde. „Es läßt sich aber behaupten, daß der ganze Charakter der Versammlung sich ändern wird, wenn auch nur ein halbes Dutzend entschiedener Sozialdemokraten hineinkommt. Von Stund' an würde auch die ganze Behandlung der sozialen Frage in der Presse eine andere werden.“ Das sei aber doch schon etwas, zumal die Dreiklassenwahl keinen Mann dieser Richtung durchlassen würde, die Wahlen möchten sonst ausfallen wie sie wollten.

Diese Bemerkungen Langes konnte Schweitzer mit Genugthuung registriren. Seine Diskussion mit Lange landete an demselben Punkte, an dem seine Diskussion mit Engels gelandet war, ein Beweis mehr, daß dieser Punkt der Schwerpunkt des ganzen Streits war, der nach Lassalles Tode entbrannte und von den Arbeitern längst praktisch entschieden worden war, ehe er theoretisch ausklang.

III. Die Entscheidung der Arbeiter.

Die Erklärung, worin Marx und Engels dem Sozialdemokraten absagten, erschien in der 29. Nummer des Blattes. Die kurze Zeit hatte genügt, das Bäumchen so fest wachsen zu lassen, daß es den heftigen Sturm bestand.

Die Triumphe, die der Schluß des Jahres 1864 der Arbeitersache gebracht hatte, setzten sich im Anfange des Jahres 1865 ununterbrochen fort. Bernhard Becker war kein geschickter Agitator, aber als er im Januar die schlesischen Weberbezirke besuchte, genügte sein Erscheinen, um mehr als tausend Mitglieder für den Verein zu gewinnen; es gab dort bald 10 Gemeinden, von denen eine

500, eine andere 400, die meisten über 200 Köpfe musterten. Das neue Komite des Maingaues berief für den ersten Sonntag im Februar eine große Versammlung nach Mainz in den kurfürstlichen Marmorsaal, wo sich 2000 Arbeiter jubelnd für Lassalles Prinzipien erklärten. Vorher schon hatte Hillmann einen kecken Vorstoß nach Remscheid, Hagen, Iserlohn mit glänzendem Erfolge ausgeführt, unter den neu gewonnenen Mitgliedern befanden sich Hasenclever und Tölcke.

Die Entwicklung in Iserlohn fesselte einige Monate die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Vereinskreise hinaus. Sobald sich ein Bureaukrat entschied, die Polizeiwillkür auszudehnen, so weit ihm beliebte, zeigte sich auch, daß seinem Belieben keine Grenzen gesetzt waren. Der Bürgermeister Hülsmann war einfach entschlossen, die Arbeiterbewegung in Iserlohn nicht aufkommen zu lassen; wo er einen Schimmer von ihr zu sehen glaubte, verbot, verfolgte, verhaftete er darauf los. Unter Anderem hatte er angeordnet, daß die überwachenden Polizeibeamten jede Versammlung aufzulösen hätten, in der von „Arbeitern" oder „Arbeitervereinen" gesprochen würde. Die Blicke der höheren Bureaukratie ruhten natürlich mit Wohlgefallen auf dem gesinnungstüchtigen Streber. Jedoch Tölcke verstand es, den Lümmel zahm zu kriegen, mochte er mitunter auch dem verzweifelten Uebel mit verzweifelten Heilmitteln auf den Leib rücken.

So ließ er am 22. März den „Arbeiterverein in Iserlohn" einen telegraphischen Glückwunsch zum Geburtstage des Königs Wilhelm absenden und berief für den Abend eine „fröhliche Zusammenkunft" der Mitglieder, um die königliche Antwort zu empfangen. Sie traf pünktlichst und huldvollst ein, aber die Polizeibeamten verboten ihre Verlesung, da sie an einen „Arbeiterverein" adressirt sei und dies Wort laut bürgermeisterlichen Befehls nicht öffentlich ausgesprochen werden dürfe. Nun mußte der Landrath heran, der die Verlesung nicht zu verbieten wagte und damit wider Willen dem getreuen Knechte Hülsmann einen derben Nasenstüber gab. Es ist unmöglich, alle Schachzüge aufzuzählen, durch die Tölcke den Bürgermeister in die Enge trieb; im September 1865 war dieser arme Tropf so weit, daß er völlig überschnappte und einen Ukas an die Gast- und Schankwirthschaften in Iserlohn erließ, der sie mit der Entziehung der Konzession zum Gewerbebetriebe bedrohte, „sobald in den Räumen des Gewerbetreibenden der frühere Privatschreiber, jetzige gewerblose Karl Wilhelm Tölcke geduldet oder demselben in irgend welcher Art Speise oder Getränke verabreicht" werde. Etwaige Entschuldigungen wegen der Unbekanntschaft mit der Person des p. Tölcke würden nicht berücksichtigt werden. Der Beschwerdeweg gegen diese Verfügung stände zwar offen, aber denjenigen, die sich beschwert fühlten, würde „als Persönlichkeiten, die nicht genügende Bürgschaft für einen ordnungsmäßigen Gewerbebetrieb gewährten", die Erlaubniß zum ferneren Gewerbebetrieb untersagt werden. An diesem Uebermaße von Lächerlichkeit starb selbst die preußische Polizei. Tölcke konnte bald im Sozialdemokraten über den Empfang mächtiger westfälischer Würste und anderer Liebesgaben quittiren, die ihm von bürgerlichen Freunden des Humors zum Schutze gegen den Hungertod zugesandt worden waren.

Vor allem aber begann die Agitation sich jetzt in Berlin auszudehnen. Lassalle hatte schon in seiner Ronsdorfer Rede gesagt, daß der Berliner Arbeiterverein gegen die Fortschrittspartei schwierig zu werden beginne. Es war ihm als Prahlerei ausgelegt worden, aber nach seinem Tode zeigte sich, daß es keine Prahlerei war. Je mehr sich die große Industrie entwickelte, um so dringender machte sich für die Arbeiter das Bedürfniß der Koalitionsfreiheit geltend; wäre die Fortschrittspartei gut berathen gewesen, so wäre sie rechtzeitig für diese Konsequenz ihrer eigenen Freihandelslehre eingetreten. In gewohnter Halbheit wollte sie aber, wie jener Philister von 1848, die Republik mit dem Großherzoge. Der famose Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, den die Manchesterleute beherrschten, beschloß im Oktober 1864 eine Agitation für die Koalitionsfreiheit, jedoch für die Koalitionsfreiheit mit einem Maulkorbe: besondere Strafbestimmungen sollten gegen ihren Mißbrauch erlassen werden. Die zu den Berathungen zugezogenen Arbeiter merkten wohl die Absicht, aber ehe sie ihre Verstimmung ausdrücken konnten, überrumpelte sie der würdige Gneist durch einen Geschäftsordnungskniff, und der Zentralverein befürwortete eine Koalitionsfreiheit, die thatsächlich keine war. Der Verdruß darüber fraß in der Arbeiterwelt weiter, und der Berliner Arbeiterverein berief zum 22. Januar 1865 eine Massenversammlung in die Tonhalle, um gegen die Beschlüsse des Zentralvereins und besonders gegen jede, nicht durch allgemeine Landesgesetze bestimmte Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu protestiren.

An diese Bewegung knüpfte der Sozialdemokrat mit großem Geschick an. Ohne zu verhehlen, daß die Koalitionsfreiheit eine einfache Konsequenz der liberalen Wirthschaftsordnung sei und mit dem Sozialismus nichts zu thun habe, vertrat er sie als ein unveräußerliches Recht der Arbeiterklasse. Zu der Arbeiterversammlung am 22. Januar waren die fortschrittlichen Abgeordneten eingeladen worden, jedoch erschienen von ihnen nur etwa zwanzig, und unter diesen großen Volksmännern fand auch nicht einer auch nur ein Wort, das die Herzen der Arbeiter erwärmt hätte. Sie suchten die Macher des Zentralvereins als edle Menschenfreunde herauszuhauen, und meinten, die Arbeiter dürften sich nicht wundern, wenn von der Fortschrittspartei auch noch andere Interessen vertreten würden als Arbeiterinteressen. Die Arbeiter bekundeten in ihren Reden deutlich, daß sie der fortschrittlichen Führerschaft nachgerade satt würden. Der Berichterstatter Dittmann erklärte, der Kultus edler Volksfreunde sei Götzendienerei, die Arbeiter wollten nicht länger unter Ausnahmegesetzen stehen, das allgemeine Wahlrecht möge von Lassalle überschätzt worden sein, aber es sei doch das Recht der Arbeiterklasse, und Recht müsse Recht bleiben. So sprach derselbe Arbeiter, der nicht ganz zwei Jahre früher dem Vehmgericht über Lassalle präsidirt hatte. Die Versammlung nahm einstimmig den von Dittmann vorgeschlagenen Protest an, und Schulze zusammt Faucher ließen sich nun wirklich dazu herbei, im Abgeordnetenhause zu beantragen, daß die Paragraphen 181 und 182 der preußischen Gewerbeordnung von 1845 aufgehoben werden sollten, von denen

der erste die Koalition der Unternehmer, der zweite die Koalition der Arbeiter verbot.

Nun aber erhob sich der Sozialdemokrat und deckte das frivole Spiel auf, das dieser Antrag mit den Arbeitern trieb. Schulze und Faucher unterschlugen die Paragraphen 183 und 184 der Gewerbeordnung, von denen jener die Verbindung von Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen, dieser den zivilrechtlichen Kontraktbruch der Arbeiter, sowie ihren groben Ungehorsam und ihre beharrliche Widerspenstigkeit mit Geld- und Gefängnißstrafen bedrohte. Bernhard Becker wies die Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an, überall große Arbeiterversammlungen zu berufen und sie beschließen zu lassen, daß der Antrag Schulze-Faucher die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse nicht befriedige, daß die Arbeiter die unbeschränkte Koalitionsfreiheit beanspruchen und die Beseitigung aller ausnahmerechtlichen Bestimmungen verlangen müßten, welche die Gewerbeordnung gegen sie enthalte.

Der Versuch der Antragsteller, ihren hinterhaltigen Streich zu rechtfertigen, goß nur neues Oel ins Feuer. Schulze sagte, Paragraph 183 sei schon durch die Verfassung aufgehoben worden, die alle Vereine zulasse, deren Tendenz nicht den Strafgesetzen zuwiderlaufe; ihn ausdrücklich aufheben, heiße die Rechtsbeständigkeit der Verfassung anzweifeln und die heiligsten Grundrechte des Volkes antasten. Diese Ausrede war oberfaul und höchstens ein trauriger Beweis dafür, was diese Leute den Arbeitern zu bieten wagten. Nach der gleichviel wie verächtlichen, aber formell rechtsgiltigen Rechtsprechung des Obertribunals wurden einschränkende Spezialgesetze durch die allgemeinen Grundsätze der Verfassung nicht aufgehoben. Die Beseitigung des Paragraphen 183 tastete kein „heiliges Grundrecht" an, sondern entfernte nur eine Fußangel, die das Vereinsrecht des Proletariats noch illusorischer machte, als das Vereinsrecht der Bourgeoisie. Ferner sagte Schulze, der Paragraph 184 möge ja gehässig sein, aber er lasse sich nicht gelegentlich aufheben, sondern nur zusammen mit denjenigen Beschränkungen, die sonst noch der persönlichen Freiheit entgegenständen. War Schulze wirklich beschränkt genug, dies abgeschmackte Gerede ehrlich zu meinen, so war die Volkszeitung jedenfalls noch ehrlicher, indem sie erklärte, daß die Fortschrittspartei die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs beibehalten wolle, natürlich nur für die Arbeiter. Sie gab gnädig zu, daß der Paragraph 184 in seinen Strafbestimmungen gemildert werden könne, aber ein kontraktbrüchiger Arbeiter begehe Unrecht, und Unrecht müsse bestraft werden. Nur „unwissende Hetzer" könnten behaupten, daß die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs irgend etwas mit der Koalitionsfreiheit zu thun habe „und sehet, sehet, sehet, ihr Arbeiter; von solchen, solchen Leuten werdet ihr gehetzt gegen Männer, die kenntnißreich, besonnen und sorgsam eure Sachen vertreten."

Am selben Tage, wo sich diese sittliche Entrüstung entlud, beschlossen die „kenntnißreichen, besonnenen und sorgsamen Männer", das zu thun, was die „unwissenden Hetzer" verlangten: die Kommission des Abgeordnetenhauses, welcher der Antrag Schulze-Faucher überwiesen worden war, dehnte ihn auch auf die

Paragraphen 183 und 184 aus. Die Peitsche des Sozialdemokraten knallte die fortschrittlichen Tribunen vom kapitalistischen Lotterbette auf; Faucher gestand seufzend, die „bedenkliche Ausdehnung der Bewegung“ lasse kein längeres Zögern zu. Mitte Februar kam es dann im Abgeordnetenhause zu der berühmten dreitägigen Koalitionsdebatte, die in dieser Geldsackvertretung den Sprachenwirrwarr des Thurmbaus von Babel hervorrief. Schulze schrie: Entfesseln Sie die Bestie nicht, Faucher erklärte die Trade Unions für reaktionäre Ueberbleibsel der mittelalterlichen Zünfte, Leonor Reichenheim spielte sich als verfolgte Unschuld auf und feierte die schlesischen Textilfabrikanten als die liebreichsten Gönner der duldenden Menschheit. Ein vierter Fortschrittsheld verhieß, daß Schulzes Genossenschaften die Arbeiter Mann für Mann zu wohlhabenden Bürgersleuten machen würden, ein fünfter meinte umgekehrt, den einzelnen Arbeitern könne geholfen werden, aber nicht der Arbeiterklasse, ein sechster erweckte wiehernde Heiterkeit durch den anmuthigen Witz, Albert Lange verhalte sich zu Lassalle wie Knipperdolling zu Mohamet. Trunken von diesen rednerischen Triumphen wollte die fortschrittliche Mehrheit dann den Antrag der Kommission annehmen, aber als sie ihr Werk näher besah, stellte es sich heraus, daß sie, die ganz klare Fragestellung des Präsidenten mißverstehend, nur die Aufhebung der Paragraphen 181 und 182 beschlossen hatte. Nichts natürlicher, als daß die Arbeiter in dem lächerlichen Unfall einen heimtückischen Umfall argwöhnten, indessen der Sozialdemokrat beruhigte sie. Er schrieb, in einer Arbeiterversammlung könne ein solcher Bock freilich nicht geschossen werden, aber der böse Wille sei den Fortschrittlern diesmal durch das energische Auftreten der Arbeiter gründlich ausgetrieben worden. Die großen Parlamentarier hätten nur zeigen wollen, daß wo einmal ihr böser Wille aufhöre, ihre Unfähigkeit anfange.

Die konservative Partei und die Regierung schlossen in der Koalitionsdebatte nicht besser ab als die Fortschrittler. Wagener ritt sein klapperiges Steckenpferd des allgemeinen, aber ständisch verkrüppelten Wahlrechts und brachte den famosen Antrag ein, die Regierung zur Initiative in der Lösung der sozialen Frage aufzufordern. Bismarck schwafelte von den Königen der Geusen, als welche sich die Hohenzollern von Anbeginn erwiesen haben sollten. Der Handelsminister v. Itzenplitz aber gab die offizielle Erklärung ab, die Regierung sei bereit, die Koalitionsfreiheit zu gewähren, doch damit sei noch lange nicht genug gethan; unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitern solle eine Kommission niedergesetzt werden, um zu berathen, inwieweit durch Förderung des neuzeitlichen Genossenschaftswesens, der Konsum-, Vorschuß- und Produktivvereine, die „Lage der arbeitenden Klasse materiell in erheblichem Belange verbessert“ werden könne. Der Sozialdemokrat nahm diese Erklärung ernsthaft oder that so als ob er sie ernsthaft nehme, um sie gegen die Fortschrittler auszuspielen, und dies wird der Punkt gewesen sein, der für Marx an Schweitzers Stellung zur Koalitionsbewegung anstößig war. Sonst entsprach diese Stellung durchaus den Anschauungen, die Marx oft kundgegeben hatte.

Von irgend einer Sektentendenz ist in dem damaligen Sozialdemokraten nicht die Spur zu entdecken. Er knüpfte überall an die thatsächlichen Regungen der Arbeiterklasse an, um die proletarischen Interessen energisch zu vertreten. Den Tuchmachern in Burg, den Strumpfwirkern in Apolda, den Schriftsetzern in Leipzig und wo immer der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erwachte, stand er mit Rath und That zur Seite. Namentlich der Leipziger Setzerstreik im Frühjahr 1865 machte großes Aufsehen; er war die erste Arbeitseinstellung in Deutschland, die sich einigermaßen entfalten konnte, da es im Königreiche Sachsen seit einigen Jahren eine Art Koalitionsfreiheit gab. Die Setzer kämpften um eine Lohnerhöhung, welche sie nach zehnwöchentlichem Ringen nur halb erreichten; ihre Kraft wurde dadurch gebrochen, daß es den Buchdruckereibesitzern gelang, Streikbrecher in genügender Zahl heranzuziehen. Der Sozialdemokrat war fast das einzige Blatt in Deutschland, das die streikenden Setzer nicht bekämpfte und beschimpfte, und schlechthin das einzige, das ihre Sache mit Ausdauer und Geschick vertrat. In beredtester Weise schärfte das Blatt den Arbeitern ein, wie verwerflich die Handlungsweise der Streikbrecher sei, und das wollte etwas bedeuten zu einer Zeit, wo Löb Sonnemann und ähnliche Arbeiterfreunde das Streikbrechen als eine höchst verdienstliche Sache priesen, beispielsweise Frankfurter Hufschmiede belobten, die als Schwarzbeine einen Streik der Pariser Hufschmiede lahmgelegt hatten.

Diese Entwicklung der Dinge erklärt es in erschöpfender Weise, weshalb die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich für Schweitzers Taktik entschied. Irgend eine Vorliebe für seine Person spielte dabei in keiner Weise mit. Schweitzer war nach wie vor bei den Arbeitern sehr wenig beliebt; von der Düsseldorfer Generalversammlung wurde er nicht wieder in den Vorstand gewählt, nachdem das Loos ihn ausgeschieden hatte, und auch die Anerkennung des Sozialdemokraten als Vereinsorgans war nicht ohne Weitläufigkeiten erfolgt. Die Arbeitermassen wurden einzig von ihrem natürlichen Klasseninstinkt geleitet, indem sie Schweitzers Taktik als die den proletarischen Interessen förderlichste anerkannten. Das angebliche „Kokettiren mit der Reaktion" schreckte sie am wenigsten. Die beispiellose Perfidie der liberalen Bourgeoisie hatte im Proletariat einen solchen Abscheu und Ekel vor dieser Partei erzeugt, daß Schweitzer damals und später mit Recht den Vorwurf abweisen konnte, er verhetze die Arbeiter gegen die bürgerliche Opposition, daß er mit Recht sagen konnte, er schüre den Haß gegen die Fortschrittspartei so wenig, daß er ihn vielmehr oft genug aus politischen Vernunftgründen zügele.

Die erste Entscheidung zu Gunsten seiner Taktik gab ein rheinisch-westfälischer Arbeitertag, der am 12. März in Barmen stattfand und von Düsseldorf, Elberfeld, Wermelskirchen, Solingen, Iserlohn, sowie von einigen kleineren Gemeinden beschickt worden war. Es wurde beschlossen, daß die Arbeiter mit der Haltung des Sozialdemokraten wohl zufrieden sein könnten, da er die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei vollständig wahre: auch sei es zu billigen, die Vor-

schläge der Regierung in der Arbeiterfrage erst abzuwarten, ehe man darüber urtheile, es sei keineswegs unmöglich, daß die Regierung die Dreiklassenwahl aufhebe und an ihre Stelle das allgemeine Wahlrecht setze. Von den drei Rednern, welche diese Resolution befürworteten, gehörten zwei zu den alten Revolutionären aus den Tagen der Neuen Rheinischen Zeitung: Hillmann und dann Röser, der nicht wie Becker und Bürgers, mit denen er im Kommunistenprozesse verurtheilt worden war, die kommunistische Sache preisgegeben hatte. Die Resolution des rheinisch-westfälischen Parteitags fand nach und nach die Billigung aller Gemeinden. Das zweite Stiftungsfest des Vereins, das am 23. Mai 1865 in Frankfurt gefeiert und von 32 Gemeinden durch Delegirte beschickt wurde, verlief in erhebender Weise, zu gleicher Zeit kündigte der Sozialdemokrat an, daß er vom 1. Juli ab täglich erscheinen werde.

Freilich gab es noch eine Opposition, aus der sich in Berlin, Altona, Köln, Solingen, Mainz und manchen anderen Orten besondere Oppositionsgemeinden entwickelten. Sie fanden ein gemeinsames Organ im Nordstern, der sich der Gräfin Hatzfeldt zur Verfügung gestellt hatte. Will man noch heute einen sozusagen körperlichen Beweis dafür haben, weshalb die Taktik Schweitzers siegen mußte, so braucht man nur den Sozialdemokraten und den Nordstern von 1865 neben einander zu legen. Aus jenem tritt alles, was in der damaligen Arbeiterwelt lebte und webte, voll sprudelnder Frische hervor, in diesem erkennt man davon nur einige düster verschwommene Schattenrisse. Es lag ein tiefer Sinn in Lassalles Worte, daß der Geist der Massen, ihrer Massenlage angemessen, immer auf objektive, auf sachliche Zwecke gerichtet sei, daß die Stimmen unruhiger, persönlichkeitssüchtiger Einzelner in diesem Stimmenakkord verklingen, ohne nur gehört zu werden. Wie viele solcher Stimmen verhallten spurlos im Nordstern! Um nur die bekannteren Namen zu erwähnen, so fielen die Erklärungen Herweghs und Rüstows um so pompöser aus, je weniger dahinter steckte. Ob Martiny, der sich nie um den Verein gekümmert hatte, jetzt zum ersten Male die Feder eintauchte, um seinen Rücktritt zu erklären, konnte den Arbeitern gleichfalls sehr gleichgiltig sein. Und selbst das „Unumwundene Wort“, womit der brave Johann Philipp Becker eine Reihe von Nummern hindurch „das Bernhardchen“ zudeckte, mußte auf die Dauer ermüden. Dieser alte Kämpfer versuchte wenigstens, die Oppositionsgemeinden zu organisiren. Jedoch war der einzige Erfolg seines Bemühens, daß sie nun gänzlich zerfielen. Gegen seinen Plan, das Präsidium des Vereins in ein Direktorium von drei Mitgliedern zu verwandeln, das der Kontrolle eines Ausschusses von elf Mitgliedern unterworfen sein sollte, erhob sich die Gräfin Hatzfeldt mit äußerster Heftigkeit, und die Sache verlief im Sande, nach einer oder zwei Delegirtenversammlungen, die in Leipzig stattfanden, ohne etwas vor sich zu bringen. Die Trümmer der Opposition fanden sich dann meistens bald zum alten Stamme zurück.

Marx und Engels hatten mit alledem nichts zu schaffen. Liebknecht aber stieß in der Berliner Oppositionsgemeinde sehr bald mit den Anhängern der

Gräfin Hatzfeldt zusammen, mit denen er sich natürlich in keiner Weise einigen konnte. Daneben hielt er im Buchdruckergehilfenvereine Vorträge über den Bauernkrieg, von denen der Sozialdemokrat anerkennende und sachliche Notiz nahm. Im Sommer 1865 wurde Liebknecht aus dem preußischen Staat ausgewiesen, mit ihm ziemlich zu gleicher Zeit Bernhard Becker. Die feudale Reaktion verwendet immer eine mütterliche Sorgfalt darauf, der Arbeiterbewegung durch gleiche Brutalität gegen ihre verschiedenen Richtungen die Nothwendigkeit festen Zusammenschlusses klar zu machen.

IV. Taktik und Organisation.

Nicht allein in der Koalitionsdebatte bedeckte sich die bürgerliche Opposition des Abgeordnetenhauses mit eigenthümlichen Lorbeeren. In der schleswig-holsteinischen Sache hatte sie überhaupt kein Programm mehr, und in dem Verfassungsstreit erst recht nicht. Selbst mit ihren überhitzten Worten kam sie nicht mehr vom Flecke. Als Gneist den Kriegsminister mit dem „Kainszeichen des Eidbruches" regalirt und Roon trocken erwidert hatte, Gneist sei ein „unverschämter" Patron, da kroch der Uebelthäter demüthig zu Kreuze, und der gerade amtirende Vizepräsident v. Unruh begnügte sich, ein verdutztes Gesicht zu schneiden, wie eine Katze, die donnern hört.

In all dem Jammer überlief es den alten Ziegler, der sich dahinein hatte locken lassen, einmal siedend heiß, und in der erschütterndsten Rede, die je in diesen Räumen gehört worden ist, rief er der Fortschrittspartei das bittere Wort Armand Marrasts zu: „Euch ist die Perversität ins Gehirn gestiegen, ihr könnt nicht mehr gehörig denken." In der Berliner Reform schrieb Guido Weiß über die Rede: „Harmlos beginnend, behaglich sich ergehend, selbst abschweifend in den bunten Bildern des Erlebten, sprang sie plötzlich auf und über den lächelnden Hörer her und schlug ihm eine scharfe Klaue — wir wissen nicht, ob in die Brust oder nur in den Wanst." Ach, es war nur in den Wanst. Die Volkszeitung schwieg die Rede mit sieben unverständlichen Zeilen todt, und in der Elberfelder Zeitung ließ sich ein offiziös-parlamentarischer Korrespondent dahin vernehmen, Ziegler sei die lustige Person des Hauses, dabei komme zwar nicht viel heraus, aber es sei doch unterhaltend. Dieser Sumpf war nicht mehr zu bewegen, auch nicht, wenn man ihn mit Ruthen peitschte.

Nachdem die Session des Landtags im Juni unter dem hergebrachten Haber geschlossen worden war, wollte die Fortschrittspartei, wie üblich, beim Gläserklingen die Thaten feiern, welche sie nicht gethan hatte. Diesmal machte ihr aber Bismarck einen Strich durch die Rechnung, sei es weil er die angeborene Brutalität nicht bändigen konnte, was bei ihm immer vorausgesetzt werden durfte, oder sei es, wie damals manche Leute meinten, weil er selbst unter der Kläglichkeit dieser Opposition litt und sie etwas antreiben wollte, um seine Staatsretterei dem Könige unentbehrlicher zu machen. Am 11. Juli verbot der Polizeipräsident von Köln

ein Abgeordnetenfest, das am 22. und 23. Juli in der rheinischen Hauptstadt gefeiert werden sollte. Das Verbot war die reine Polizeiwillkür, es entbehrte jedes rechtlichen Grundes oder auch nur Scheingrundes. Und es schien nun so, als ob die Fortschrittspartei sich endlich einmal ermannen wollte. Das Kölner Festkomite, an dessen Spitze der Stadtverordnete Classen=Kappelmann stand, erklärte öffentlich, das Fest werde unter allen Umständen stattfinden, und von 250 eingeladenen Abgeordneten sagten 160 ihr Erscheinen zu, zum Theil in sehr geharnischten Briefen.

Der Sozialdemokrat aber beeilte sich, die Arbeiter zur kräftigen Unterstützung der Fortschrittspartei aufzufordern, in einem Falle, wo diese Partei praktisch ein bürgerliches Recht vertreten wolle. Auf Anordnung Bernhard Beckers fanden am 23. Juli überall in Deutschland, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertreten war, große Arbeiterversammlungen statt, in denen die Arbeiter der Fortschrittspartei in der Wahrung des gesetzlich bestehenden Vereinsrechts ihre volle Sympathie und ihre thatkräftige Unterstützung versprachen. In der Berliner Versammlung wurde auf Schweitzers Antrag ein ständiges Komite niedergesetzt, um weitere Schritte zu berathen, und dies Komite, in welchem alle Berliner Arbeitervereine vertreten waren, berief auf den 30. Juli eine Massenversammlung nach der Alhambra. Zwischenein verfiel der Sozialdemokrat fast jeden Tag der polizeilichen Beschlagnahme, wurden die Gemeinden in Berlin und Magdeburg wegen angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz aufgelöst, und erhielt Bernhard Becker den Befehl, innerhalb 24 Stunden das preußische Gebiet zu verlassen. Um so stärkeren Zulauf hatte die Massenversammlung am 30. Juli; sie protestirte energisch gegen die Ausweisung Beckers und Liebknechts, sowie gegen jede Beeinträchtigung des Vereinsrechts.

Von einer ähnlichen Energie war die bürgerliche Opposition weit entfernt. Statt der 160 Abgeordneten, die ihr Kommen zugesagt hatten, erschienen in Köln nur 80. Namentlich fehlten die Präsidenten des Abgeordnetenhauses, als Ersatz hatte Grabow seine 45 Pfund schwere Büste zum Anhochen und Antoastiren gesandt. Und wie den Gästen, so fehlte den Gastgebern das Haupt: Classen=Kappelmann war für die beiden Festtage über die belgische Grenze gegangen, aus Angst vor der Möglichkeit einer Verhaftung. Oeffentlich wurde das heldenmüthige Ausreißen damit beschönigt, daß die Einsperrung des beliebten Volksmannes einen blutigen Krawall verursachen könne, der unter allen Umständen vermieden werden müsse; im Geheimen waren sich die Auguren darüber einig, daß nach der Verhaftung Classen=Kappelmanns auch die paar Dutzend Abgeordneten verduften würden, die noch erschienen waren. Die Schmauserei in Köln wurde dann von Militär und Polizei gehindert. Am nächsten Tage dampften die Festtheilnehmer nach Oberlahnstein, wo sie ihr Gelage abhielten, ungehindert von der nassauischen Kriegsmacht, die zu spät anrückte. Zu einem Proteste gegen die Polizeiwirthschaft langte es aber nicht, sondern nur zu einem Dankschreiben an den Ausreißer Classen=Kappelmann, dessen Unterzeichnung auch nur 46 Ab=

geordnete wagten. Professor Eckardt, ein süddeutscher Demokrat, der sich in Köln eingefunden hatte, um die verheißenen Heldenthaten der Fortschrittler zu bewundern, schrieb halb belustigt, halb empört: „Bismarck, schlummere ruhig! Diese Herren machen keine Revolution, die wollen harmlos gefeiert sein, ruhig essen, schön reden, in den Zeitungen stehen, aber dir Widerstand leisten — nein, wenigstens nie mit Rüstung, eher mit Entrüstung.“ Und bitterer noch schrieb der liberale Historiker Baumgarten, der damals im Auslande lebte: „Ich wünschte, die Herren, welche dieses Fest arrangirt hatten, wären in den nächsten Wochen im Auslande Zeugen der Geringschätzung gewesen, mit der die Nationen Europas von Deutschland redeten.“ Von Deutschland, das heißt von der deutschen Bourgeoisie.

Denn die deutschen Arbeiter hatten in vollem Maße ihre Schuldigkeit gethan, unbekümmert um den Dank der Bourgeoisie, den sie so wenig beanspruchten wie erhielten. In Berlin nergelte die Volkszeitung daran herum, daß die Anhänger Schulzes unter den Arbeitern mit den Anhängern Lassalles in einem gemeinsamen Interesse auch gemeinsam handelten, in Köln rissen die biederen Bürger die Plakate von den Straßenecken, in denen zur Protestversammlung der Arbeiter eingeladen wurde, und in Frankfurt schrieb Löb Sonnemann mit schadenfrohem Grinsen: „Die Sozialdemokraten spielen va banque und werden das Spiel verlieren.“ Für die bürgerlichen Aengsterlinge, die um nichts mehr zitterten, als um das in ihren Zeitungen angelegte Kapital, mochte es ein verlorenes Spiel sein, wenn der Sozialdemokrat zwölfmal kurz hintereinander polizeilich beschlagnahmt wurde und etwa ebenso viele Anklagen auf Grund aller möglichen Kautschukparagraphen erhielt, die dem verantwortlichen Redakteur Schweitzer sechzehn Monate Gefängniß und einjährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte eintrugen. Politisch war das Spiel aber gewonnen, sehr gewonnen. Kein Blatt in Deutschland hatte das bedrohte Vereinsrecht auch nur entfernt mit gleicher Konsequenz und Kourage vertheidigt, wie der Sozialdemokrat; in diesem Kampfe, wie vordem schon im Kampfe um das Koalitionsrecht, hatten die Arbeiter im Sozialdemokraten einen Führer gefunden, auf den ganz anderer Verlaß war, als auf die gesammte Fortschrittspresse. Der Umschwung in ihren Anschauungen trat so scharf hervor, daß Schulze-Delitzsch, als ihn der Berliner Arbeiterverein aufforderte, am 1. Oktober einen öffentlichen Vortrag in der Alhambra zu halten, nur unter der Bedingung zusagte, daß sich keine Diskussion an seine Ausführungen knüpfen dürfe.

Gesichert vor jedem unbequemen Widerspruche, schloß Schulze seinen Vortrag mit dem feinen Worte, daß alle Sozialisten ins Narrenhaus gehörten. Hieran anknüpfend, berief Schweitzer die Berliner Arbeiter am 8. und 15. Oktober gleichfalls in die Alhambra, um ihnen, unter vollständiger Freigabe der Diskussion, das sozialistische Programm zu entwickeln, zum Beweise, daß es just nicht so närrisch sei, wie Schulze behaupte. Die Arbeiter kamen nun schon in hellen Haufen. Sie merkten bald, daß ihnen eine ganz andere geistige Kost vorgesetzt wurde, als Schulzes abgeleierte Phrasen, und ihr Interesse wuchs so schnell, daß jenes ständige Arbeiterkomite, das in der Kölner Festangelegenheit niedergesetzt

worden war, zum 6. November eine Massenversammlung in die Alhambra berief, um über „die beiden Hauptrichtungen in der sozialen Frage" zu diskutiren. Das Komite lud einerseits Schulze-Delitzsch, Faucher, Prince-Smith und Michaelis, andererseits Schweitzer und Wuttke ein. Schulze und Faucher waren verreist, Wuttke aber anderweitig verhindert, während Michaelis und Prince-Smith in hochnäsiger Weise ablehnten zu kommen. Schweitzer fand in der überfüllten Versammlung gar keinen Gegner mehr, der ihm auch nur halbwegs gewachsen gewesen wäre. Er schätzte seinen Erfolg ganz richtig mit den Worten ein, daß es zwar gegenüber dem Wuste der von den herrschenden Klassen verbreiteten Vorurtheile schwer sei, die sozialistischen Prinzipien in geordneter Weise zur Kenntniß der Arbeiter zu bringen, aber daß, sobald es einmal geschehen könne, diese Prinzipien mit unbesieglicher Gewalt zu immer entschiedenerer Herrschaft gelangten. Neben diesen allgemeinen Arbeiterversammlungen hielt Schweitzer als Ersatz für die von der Polizei aufgelöste Gemeinde freie Versammlungen sozialdemokratischer Arbeiter ab, zu denen 400 bis 500 Personen kamen. Leider wurde die aussichtsreiche Agitation bald durch Schweitzers Verhaftung abgeschnitten, die in den letzten Novembertagen gleich nach seiner ersten Verurtheilung erfolgte.

Ueber alledem wurde der Fortschrittspartei nun doch angst und bange. Gleich nach Lassalles Tode hatten ihre Führer, wie Albert Lange bezeugt, die Parole ausgegeben, die Arbeiterbewegung todtzuschweigen, aber damit waren sie nicht weit gekommen. Dann sollte der tiefe Eindruck, den die Vertheidigung des Vereinsrechts durch die Arbeiterpartei in ganz Deutschland hervorgerufen hatte, durch das Gerücht ausgeglichen werden, in feudalen Kreisen werde eine Geldsammlung für Schweitzer und Hofstetten veranstaltet. Von anonymen Schubiaks zweimal in fortschrittliche Blätter lanzirt, fiel die infame Verleumdung zweimal platt zu Boden. Zum dritten Male nahm sie nach Schweitzers Verhaftung der brave Eugen Richter auf und braute sie mit abgerissenen Sätzen aus den persönlichen Erklärungen, die bei der Krisis des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewechselt worden waren, zu einem wüsten Klatsche zusammen, den er als „Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Deutschland seit dem Tode Ferdinand Lassalles" anonym herausgab. Das Pamphlet war so hämisch und schäbig, wie der Charakter seines Urhebers, wurde aber von der Fortschrittspartei mit beträchtlichen Unkosten an alle ihr zugänglichen Arbeitervereine versandt. Friedrich Stephany, heute ein würdiger Kumpan Eugen Richters im Beschimpfen der Arbeiterklasse, weigerte sich damals, als Vorsitzender des Vorstädtischen Handwerkervereins, den ihm gratis zugesandten Packen der Schmutzschrift unter die Mitglieder zu vertheilen; neben anderen Schmeicheleien an den Verfasser sagte er in einer öffentlichen Erklärung: „Diese sogenannte Geschichte der sozialdemokratischen Partei charakterisirt sich als eine höchst unerquickliche, wenn nicht geradezu ekelerregende Schmähung gegen einzelne Personen der sozialdemokratischen Partei, insbesondere gegen den Redakteur v. Schweitzer, der jetzt im Gefängnisse sitzt und sich deshalb nicht einmal zu rechtfertigen vermag." Wenn so schon ein Talmifreund der

Arbeiter sprach, so begreift sich leicht, welches Schicksal dem Wische beschieden war, wo er in wirkliche Arbeiterhände gerieth.

Es half nichts: der „König im sozialen Reiche“ mußte mit einer „wissenschaftlichen“ Widerlegung des Sozialismus heraus, wenn den Arbeitern noch imponirt werden sollte. Unter dem Titel: Die Abschaffung des geschäftlichen Risiko durch Herrn Lassalle, veröffentlichte Schulze-Delitzsch jetzt seine Antwort auf Lassalles Bastiat-Schulze, fast zwei Jahre nach dem Erscheinen dieser Schrift. Und was lange gewährt hatte, wurde diesmal nicht gut. Zwar tiftelte Schulze den einen oder den anderen Widerspruch an den Produktivassoziationen mit Staatskredit heraus, soweit diese Forderung Lassalles noch mit einem letzten Reste des kleinbürgerlichen Sozialismus behaftet war, aber selbst einen so kleinen Erfolg erreichte der Sparapostel nur durch die jämmerliche Fiktion, daß Lassalle seine Forderungen überhaupt für die kapitalistische Gesellschaft, für die Welt der auf Kapital und Spekulation gebauten Einzelwirthschaften berechnet habe. Sonst bedienten sich die beiden „Gedanken“, auf denen Schulzes dürftiges Geschreibsel beruhte, wie zwei Klowns im Zirkus, mit schallenden Maulschellen. Um seine Selbsthilfe anzupreisen, erklärte Schulze, das ökonomische Schicksal des Einzelnen hänge weit überwiegend von seiner persönlichen Fähigkeit und Tüchtigkeit ab; um den Unternehmergewinn zu retten, erklärte er umgekehrt, wer Arbeit und Vermögen an ein Geschäft wage, laufe stets Gefahr, Beides zu verlieren, und müsse für dies niemals zu beseitigende Risiko durch den Kapitalprofit entschädigt werden. Natürlich quittirte die Bourgeoispresse das kindische Gefasel als „glänzende Widerlegung“ Lassalles, aber wo es eigentlich wirken sollte, da erfuhr es eine niederschmetternde Kritik.

Unter dem geistigen Einflusse der sozialdemokratischen Agitation waren die Arbeiterbildungsvereine immer schwieriger geworden. Sie hatten bereits auf ihrem dritten Vereinstage, der im August 1865 in Stuttgart zusammengetreten war, den Beschluß gefaßt, daß jeder Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht wirken müsse. Und nun kam ihr Organ, die Koburger Arbeiterzeitung, die immer so tapfer auf Lassalle geschmählt hatte und auf Schulze immer so gut zu sprechen gewesen war, um dessen neueste Schrift als einen traurigen Wirrwarr von unverbesserlicher Beschränktheit und hinterhaltiger Täuschung zu zerzausen. Sie schloß ihre Besprechung: „Fürwahr, auch der nicht persönlich betheiligte Kritiker muß streng an sich halten, um nicht in ungemessenen Ausbrüchen des verdientesten Unwillens, um nicht in dem Vorwurfe berechneter Treulosigkeit seinem beleidigten Gerechtigkeitsgefühle Luft zu machen. Aber wie kommt denn nur Herr Schulze zu solchen, tief ins menschliche Gewissen hinein reichenden Dingen? Wie erklärt es sich, daß ein bis dahin geachteter Mann so gewissenlos erscheint? Das muß ein Fehler im Kopfe sein, der sein Herz in Verwirrung bringt. Wir sehen nur eine Lösung dieses Räthsels: Herr Schulze steht blindlings auf dem Standpunkte der Unternehmer und kann sich gar keinen Zustand vorstellen, in welchem die heutige Wettbewerbung der Einzelkapitale, das Spekuliren von Geschäft zu Geschäft,

der Krieg aller Millionen Thaler unter sich, jemals aufhören sollte. Vom Arbeiter kann Herr Schulze nichts wissen, aber auch kein Sterbenswort, obgleich er merkwürdiger Weise immer zu Arbeitern spricht. . . . Von der riesigen Frage des Großkapitals im Kampfe mit der Lohnarbeit weiß er nicht das erste Wort; er versteht von der ungeheueren Krise des 19. Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben. Er häkelt und tipfelt an der Nebenfrage herum: wie kann sich das Handwerk gegen die übergreifende Großindustrie halten? Das ist seine Spezialität, dort sollte man ihn gehen lassen, dort genirt er Niemanden. Wenn Herr Schulze sich nur bei seinem Leisten hielte, wenn er nur nicht immer behauptete, von der ‚Arbeiterfrage' zu reden, oder gar die Arbeiterfrage zu lösen! Wir hoffen, ihm durch diese Beurtheilung den Dienst zu erweisen, daß er sich endlich selbst kennen lernt und künftig nur bei staatspolizeilichen Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitsmaßregeln mitredet, aus der sozialen Frage aber vorsichtig seine Finger herausläßt. Denn wenn selbst Lassalle der größte Faselhans seines Jahrhunderts wäre, so würde dadurch Schulze-Delitzsch noch um kein Jota gescheidter." So begannen sich die getreuesten Vasallen gegen den „König im sozialen Reiche" zu empören.

Nach dieser Vorarbeit von bürgerlicher Seite ging Schweitzer selbst daran, zu dem Tänzlein aufzuspielen, das „der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle" gewagt hatte. Es geschah in einer Reihe glänzender Aufsätze, die Schweitzer im Gefängnisse schrieb, der einzigen, und leider der einzigen, seiner ökonomischen Abhandlungen, die heute noch durch einen besonderen Abdruck weiteren Kreisen bekannt ist. Er legte in dieser Arbeit das Hauptgewicht auf die praktische Durchführbarkeit, auf die ungeheueren Vorzüge der vergesellschafteten Produktion und behandelte die Produktivassoziationen mit Staatskredit als bloßes Uebergangsmittel; er fußte mit anderen Worten weit mehr auf dem Bastiat-Schulze, als auf dem Offenen Antwortschreiben Lassalles. Und so war er immer bestrebt, im Geiste Lassalles alles Anfechtbare und Mißverständliche auszuschließen, was die Worte Lassalles enthalten mochten. Die Ansicht, als ob Schweitzer ein Epigone Lassalles in dem Sinne gewesen sei, daß er über der Hülse den Kern verkannt habe, ist völlig hinfällig; man braucht nur die alten Jahrgänge des Sozialdemokraten zu durchblättern, um sie in ihr Nichts zusammenfallen zu sehen.

Nicht als ob Schweitzer theoretisch über Lassalle hinausgekommen wäre, als ob er schon Gesichtspunkte erfaßt gehabt hätte, die Marx erst später im Kapital entwickelt hat. In dieser Beziehung läßt sich nur sagen, daß Schweitzer aus den früheren Schriften von Marx manches richtiger zu erkennen wußte, als Lassalle. In einer längeren Polemik mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung druckte er einmal das klassische Programm des historischen Materialismus ab, das Marx in der Vorrede seiner Schrift von 1859 niedergelegt hatte, und wußte es vortrefflich zur historischen Kennzeichnung der großen französischen Revolution zu verwerthen. So auch führte er im Sinne von Marx aus, daß der von Lassalle vielfach noch gebrauchte Ausdruck: Arbeiterstand ungenau sei, daß die alten historischen Stände in der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschwunden und an ihre

Stelle Klassen getreten seien. In den Fragen aber, die Marx erst später in seinem Hauptwerke klar gestellt hat, in den Fragen des ehernen Lohngesetzes, der moralisch-rechtlichen Auffassung des Mehrwerths und ähnlichen, blieb Schweitzer auf den Pfaden Lassalles, nur daß er sie immer geradeaus auf ihr revolutionäres Endziel verfolgte, auf das Endziel, welches schon im Kommunistischen Manifeste gesteckt worden war.

Die Produktivassoziationen mit Staatskredit behandelte Schweitzer als einen Keil, der die kapitalistische Gesellschaft sprengen, der sozialistischen Gesellschaft die Bahn brechen solle. Er beugte sorgfältig dem Mißverständnisse vor, als ob durch sie eine neue Klasse behäbiger Kleinbürger geschaffen werden solle, und betonte nachdrücklich, daß die Produktivassoziationen nach Lassalles und Schulzes Prinzipien sich nicht graduell, sondern prinzipiell unterschieden. Die Produktivassoziationen, welche die Bourgeoisie für die Arbeiter wolle, seien gewöhnliche Erwerbsunternehmungen und Geldspekulationen ohne tiefere Bedeutung, die Produktivassoziationen aber, die das Proletariat für sich erstrebe, seien soziale, den ganzen Menschen ergreifende Versuche zur Verwirklichung einer großen zivilisatorischen Idee.

In einer Polemik gegen ein konservatives Blatt schrieb Schweitzer über Lassalles Hundertmillionenplan: „Jeder Vernünftige und ehrlich Urtheilende weiß, daß Lassalle damit nur nachgewiesen haben wollte, mit wie verhältnißmäßig geringen Mitteln die neue Produktionsweise angebahnt werden könne. Niemals und an keinem Orte aber hat er ausgesprochen, daß er jetzt, wenn man ihm diese hundert Millionen zur Verfügung stellte, dieselben angenommen hätte und zu solchen Zwecken angewandt wissen wollte.“ Demgemäß hielt Schweitzer auch immer auf eine richtige Erklärung des allgemeinen Wahlrechts und der Staatshilfe, die Lassalle gefordert hatte. Er machte weder ein Hehl daraus, daß allgemeines Wahlrecht und allgemeines Wahlrecht, je nachdem es von der bürgerlichen oder der sozialen Demokratie gefordert werde, noch auch daraus, daß Staat und Staat, je nachdem es sich um den Staat der besitzenden oder den Staat der nichtbesitzenden Klasse handle, völlig verschiedene Dinge seien. Für die bürgerliche Demokratie, die Demokratie der besitzenden Klassen, sei das allgemeine Wahlrecht eine Forderung der Rechtsgleichheit, der freien Persönlichkeit, für die soziale Demokratie, die Demokratie der arbeitenden Klassen, sei es die unmittelbare Herrschaft über alle Organe der Staatsgewalt. Für die besitzenden Klassen sei der Staat ein Mittel, die nichtbesitzenden Klassen zu bändigen, für die nichtbesitzenden Klassen aber ein Mittel, alle sozialen Ungleichheiten aufzuheben. Deshalb hätten wohl die besitzenden Klassen ein großes Interesse an einer starken Staatsgewalt, aber keineswegs die arbeitenden Klassen. Deren Interesse ginge dahin, keinen Präsidenten und am allerwenigsten einen unverantwortlichen Präsidenten an der Spitze der Staatsgewalt zu dulden, vielmehr selbst durch verantwortliche Organe die Staatsgeschäfte zu besorgen und den Staat sich vollkommen decken zu lassen mit der Gesellschaft. Das konstitutionelle Königthum und die bürgerliche Republik seien die mit den Interessen der besitzenden Klassen verträglichsten Staatsformen; im Interesse der nichtbesitzenden Klasse liege die soziale Republik, in der das

Volk und nicht blos eine einzelne bevorzugte Gesellschaftsklasse souverän sei, oder ein starkes selbstherrschendes Königthum, das, eifersüchtig auf die Uebermacht des Besitzes, seine Stütze in den Massen suche. Freilich könne ein solches Königthum die Grundlage des Klassengegensatzes nicht aufheben und nicht politische Freiheit gewähren. Dies sei nur möglich durch die Herstellung des reinen sozialen Volksstaats, des Idealstaats, den die arbeitende Klasse erkämpfen müsse.

In einem einzigen Falle hat Schweitzer die geistige Erbschaft Lassalles nicht vor mißverständlichen Schlagworten behütet, sondern um ein mißverständliches Schlagwort vermehrt. Zur ersten Wiederkehr von Lassalles Todestage druckte er das Konzept einer Rede ab, die Lassalle vor Berliner Arbeitern gehalten hatte, worin es hieß: „Wie sehr ich gerade der Reaktion am feindlichsten gegenüberstehe, wie ich auch der Fortschrittspartei nur insofern feindlich gegenüberstehe, als sie selbst noch mit der Reaktion auf gemeinschaftlichem Boden steht, das mögen Sie am kürzesten aus der Erklärung entnehmen, die neulich ein reaktionärer Abgeordneter, der Graf Wartensleben, in der Kammer abgegeben hat. Herr Virchow hatte nämlich bis in die Räume der Kammer hinein die Verleumdung getragen, daß ich mit der Reaktion im Bunde stehe. Hierauf erklärte Graf Wartensleben wörtlich: ‚Lassalle ist ebenso wenig unser Verbündeter, wie ich ihn für den Verbündeten der Fortschrittspartei halte. Er steht als unser gemeinsamer Feind vor dem Thore.‘ Gegen die Wahrheit dieser Erklärung läßt sich nichts einwenden. Ihren, der Reaktionäre und der Fortschrittspartei, gemeinsamen Feind, der bereits vor den Thoren stehe, und den sie also gemeinsam abwehren müßten, nennt mich Graf Wartensleben. Vor mir also verschwinden die Unterschiede und Gegensätze, welche sonst die reaktionäre Partei und die Fortschrittspartei trennen. Vor mir also sinken sie trotz dieser Unterschiede zu Einer gemeinsamen reaktionären Partei zusammen.“ Auf diese Worte Lassalles bezog sich der Sozialdemokrat häufig in der nächsten Zeit, als ihm fast jeder neue Tag eine neue fortschrittliche Verleumdung und eine neue polizeiliche Plackerei ins Haus brachte. Daraus entwickelte sich dann allmälig das Schlagwort von der „reaktionären Masse“, welche alle anderen Parteien gegenüber der Arbeiterpartei bilden sollten, ein Schlagwort, das später, als sein eigentlicher Ursprung vergessen war, sehr mit Unrecht als ein prinzipieller Theil der Lassalleschen Politik aufgefaßt worden ist, und in diesem Sinne mancherlei Mißverständnisse hervorgerufen hat. Freilich mehr in der Theorie als in der Praxis, denn der bürgerliche Liberalismus hat kaum jemals darauf verzichtet, der Arbeiterbewegung eine mindestens ebenso verbissene Feindschaft zu zeigen, wie ihr die feudale Reaktion nur immer zeigen konnte.

Ohne dem sozialdemokratischen Prinzip irgend etwas zu vergeben, hatte Schweitzer mit seiner Taktik innerhalb eines Jahres bedeutende Erfolge erzielt. Das Proletariat des Maingaues wie des bergisch-märkischen Industriebezirks war ganz von sozialistischen Tendenzen erfüllt. Von Hamburg drang die Propaganda nach Schleswig-Holstein, von Dresden und Leipzig nach Chemnitz, Glauchau, ins Erzgebirge vor. In Braunschweig entwickelte sich eine kleine Gemeinde hoffnungs-

voll unter der sorgsamen Pflege Wilhelm Brackes, eines jungen Kaufmanns, der, in reinstem Idealismus für die Sache der Armen und Enterbten erglühend, schwärmerische Begeisterung mit praktischer Rührigkeit zu verbinden verstand. In der preußischen Provinz Sachsen verzweigte sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nach Magdeburg, Naumburg, Erfurt, und von hier aus in die thüringischen Kleinstaaten, nach Apolda, Weimar, Jena. In Ostelbien wuchsen die schlesischen Gemeinden zu einer immer stärkeren Stütze des Vereins heran, in Stettin sammelte der Schuhmacher Armborst die ersten Anhänger, namentlich aber in Berlin eröffneten sich die erfreulichsten Aussichten. Und fast noch bedeutungsvoller als die unmittelbare Ausbreitung des Vereins war die Strömung, welche die proletarische Bewegung immer stärker auf die sozialistische Seite drängte.

Praktisch wurde den Arbeitermassen die Nothwendigkeit des Klassenkampfes durch den hartnäckigen Widerstand eingepaukt, auf den jeder Anlauf zur Besserung ihrer Lebenshaltung bei der Bourgeoisie stieß, theoretisch wurden sie aufgeklärt durch den Kampf mit ihren sozialdemokratischen Kameraden, in den die Bourgeoisie sie zu hetzen bemüht war. Die fortschrittliche Behauptung, daß nur der untüchtige Bodensatz des Proletariats nach dem Goldregen Lassallescher Staatsgelder schmachte, erwies sich immer mehr als lächerliche Lüge. Was Albert Lange sofort erkannt hatte, das mußte jetzt auch schon dies und jenes einsichtigere Bourgeoisblatt zugeben, daß nämlich gerade die intelligentesten und kräftigsten Proletarier in der sozialdemokratischen Bewegung thätig seien, daß in dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine eine ganz andere Macht heranwachse, als in Schulzes harmlosen Bildungs- und Konsumvereinen. Nicht zuletzt erwiesen sich die sozialdemokratischen Feste als kräftige Agitationsmittel; das klassenbewußte Proletariat wußte schon in seinen Anfängen der altersschwachen Bourgeoisie zu zeigen, wie politische Parteien ihre Feste feiern müßten. In den Festreden einfacher Arbeiter brach eine Fülle aufkeimender Geisteskraft hervor; die Rede, welche der Tuchscherergeselle Wahl, ein ganz junger Mann noch, der leider schon im nächsten Jahre am Magenkrebse starb, im Herbste 1865 bei einer Todtenfeier Lassalles in Augsburg hielt, machte auch in bürgerlichen Kreisen bedeutendes Aufsehen.

Trotz aller dieser Fortschritte war aber die durch Lassalles Tod gestellte Aufgabe erst halb gelöst. Die Taktik der jungen Arbeiterpartei hatte sich bewährt, aber noch nicht ihre Organisation. Zwar die straffe Zentralisation des Vereins hatte bei den politischen Aktionen für die Koalitionsfreiheit und für das Vereinsrecht so große Vorzüge gezeigt, daß Niemand daran denken konnte, sie anzutasten. Sie hatte moralische Wirkungen hervorgebracht, die weit hinausgingen über das Gewicht, das der Verein schon thatsächlich in die Wagschale zu werfen vermochte. Aber moralische Wirkung, so groß sie sein mag, ist noch lange nicht politische Macht; neben dem Geiste, der aufzuklären und zu überzeugen wußte, bedurfte die Arbeiterbewegung eines Körpers, der handeln und schlagen konnte.

Und hiermit sah es sehr trübe aus. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stand als politischer Körper immer noch nicht auf festen Füßen, ihm fehlte

namentlich nach wie vor der Rückgrat einer guten Finanzverwaltung. Der Sozialdemokrat wurde aus den privaten Mitteln Hofstettens unterhalten, er hatte nur erst einige hundert Abonnenten und deckte noch lange nicht seine Unkosten. Die persönliche Diktatur Lassalles war in Bernhard Beckers Händen zu einem widrigen Zerrbilde entartet. Die paar verständigen Anordnungen, die Becker verfügt hatte, waren ihm von Schweitzer vorgeschrieben worden; wo er selbständig zu handeln versuchte, richtete er fast immer nur Unheil an. Sein einziges Verdienst um den Verein blieb die Agitationsreise, die er im Januar 1865 in den schlesischen Weberbezirken unternommen hatte. Wie er den Streit zwischen Marx und Schweitzer durch sein persönliches Eingreifen außerordentlich vergiftete, so machte er den Verein auch sonst lächerlich, sei es, daß er sich als „Präsident der Menschheit" aufspielte, sei es, daß er einen unerquicklichen Lokalskandal in Frankfurt dadurch hervorrief, daß er sich als ungebetener Gast bei einer fortschrittlichen Kneiperei einfand, sei es, daß er in Braunschweig, wie Bracke bezeugt, durch taktloses Auftreten die kaum gewonnenen Arbeiter wieder stutzig machte. So konnten die Dinge unmöglich fortgehen. Der mühsam eroberte Boden ließ sich nur sichern, wenn dem Verein alles Sektenhafte abgestreift, wenn er zu einer wirklichen Arbeiterpartei erweitert wurde, die bei aller straffen Zentralisation doch so organisirt war, daß sie durch die zufällige Unfähigkeit des Präsidenten nicht lahmgelegt werden konnte. Das war die Ansicht Schweitzers, der eine Reihe der tüchtigsten Mitglieder, wie Audorf, Bracke, Fritzsche, York und Andere mehr oder weniger zustimmten.

Der Gegensatz zwischen dem Präsidenten des Vereins und der Redaktion des Vereinsorgans kam zum öffentlichen Ausbruch, als Becker darauf bestand, die zweite Generalversammlung zum 25. November 1865 nach Frankfurt einzuberufen, wo er sich seit seiner Ausweisung aus Berlin aufhielt. Er war formell berechtigt, diese Anordnung zu treffen, aber thatsächlich war sie ein weiterer Schritt zur sektenhaften Verkrüppelung des Vereins. Die erste Generalversammlung hatte in Düsseldorf stattgefunden, dann war das Stiftungsfest, gewissermaßen eine formlose Generalversammlung, in Frankfurt gefeiert worden, nun sollte auch noch die zweite Generalversammlung im Südwesten berathen, während sich im Nordosten eine große politische Katastrophe vorbereitete und an ihrem Zentralpunkte Berlin zugleich die Arbeiterbewegung hohe Wellen zu schlagen begann. Das hieß den Verein gewissermaßen aus der Schußweite der politischen Entscheidungen bringen und zugleich die unfähige Wirthschaft Beckers mindestens auf ein Jahr verlängern. Gerade in Frankfurt hatte er aus seinen besseren Tagen einigen Anhang, und es war vorherzusehen, daß die Generalversammlung, wenn sie hier stattfand, von Auswärts schwach besucht werden würde. Besonders den armen sächsischen und schlesischen Gemeinden konnte nicht zugemuthet werden, ihre Delegirten zum dritten Male binnen Jahresfrist auf eine verhältnißmäßig kostspielige und weite Reise zu schicken. Zur Reorganisation des Vereins war aber eine möglichst zahlreich beschickte Generalversammlung nothwendig, und so verlangte Schweitzer, daß sie

in Leipzig tagen solle, einem Orte, der sich in jeder Beziehung besser empfahl als Frankfurt.

Jedoch hatten die brieflichen Vorstellungen, die er bei Becker erhob, keinen Erfolg. Becker antwortete erst mit leeren Ausflüchten und dann mit Drohungen. Nun ging der Sozialdemokrat öffentlich vor und verlangte am 19. November die Verlegung der Generalversammlung nach Leipzig, wobei er allein die Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit geltend machte, die für Leipzig sprachen. Seine Forderung fand in vielen Gemeinden lebhafte Zustimmung. Becker aber vertagte am 21. November die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit und legte das Präsidium nieder, indem er seine Befugnisse auf Fritzsche als Vizepräsidenten übertrug.

Ob Becker damit bezweckte, die Flinte ein- für allemal ins Korn zu werfen, oder eine Verwirrung zu schaffen, aus welcher er dennoch als Sieger hervorzugehen hoffte, läßt sich um so weniger mit Bestimmtheit sagen, als er überhaupt nicht der Mann klarer Entschlüsse war. Jedenfalls richtete er eine große Verwirrung an, die noch dadurch gesteigert wurde, daß Schweitzer in diesen Tagen verhaftet wurde. Fritzsche, der mit Schweitzers Plänen übereinstimmte, ging am 26. November nach Frankfurt, um die Vereinsakten von Becker zu übernehmen, fand hier aber einige Delegirte vor, die zu der inzwischen vertagten Generalversammlung eingetroffen waren und nunmehr durchsetzten, daß Fritzsche eine neue Generalversammlung zum 30. November nach Frankfurt einberief. Das Verfahren war sehr tumultuarisch, denn der von Fritzsche einberufenen Generalversammlung fehlte selbst die formelle Rechtsgiltigkeit, welche die von Becker ursprünglich einberufene Generalversammlung immer noch hatte für sich beanspruchen können. Die Gründe, welche die in Frankfurt erschienenen Delegirten zu ihrem Vorgehen bestimmten, waren wohl verschieden: die Einen, wie Hasenclever und Tölcke, meinten und sagten, daß die Sorge für die gefährdete Existenz des Vereins jeder anderen Forderung vorangehen müsse; Andere, wie Hillmann, scheinen nach ihrem späteren Verhalten aus weniger anerkennenswerthen Motiven gegen eine gründliche Reorganisation des Vereins und die damit verbundene Beseitigung der finanziellen Mißwirthschaft eingenommen gewesen zu sein. Mit seinen Andeutungen über eine nothwendige Aenderung der Statuten stieß Fritzsche auf taube Ohren, und als er am 30. November die von ihm einberufene Generalversammlung eröffnete, erhielt er sofort eine Art Mißtrauensvotum, indem ein Antrag auf Bestallung eines anderen Vorsitzenden einlief. Fritzsche verließ darauf die Generalversammlung, nachdem er seine Befugnisse als Vizepräsident auf Hillmann übertragen hatte, und reiste nach Leipzig zurück, um dort auch sein Amt als Bevollmächtigter niederzulegen. Er widmete sich jetzt vorwiegend der Gründung eines Gewerkvereins von Zigarrenarbeitern, zu dem die Vorbereitungen schon seit einiger Zeit im Gange waren.

Die Frankfurter Generalversammlung tagte am 30. November und 1. Dezember. Auf ihr waren 9421 Mitglieder in 58 Orten durch 20 Delegirte ver-

treten, die in ihrer Mehrheit aus dem Maingau und dem bergisch-märkischen Industriebezirke kamen. Nach stürmischen Debatten wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die zugleich ein Kompromiß und ein Provisorium darstellten. Die Generalversammlung sprach dem Sozialdemokraten ihre „entschiedene Mißbilligung“ aus, weil er das durchaus berechtigte Verfahren Beckers in der Anordnung der Generalversammlung öffentlich kritisirt habe, wählte aber Tölcke an die Stelle Beckers zum Präsidenten, für die Dauer eines Jahres und vorbehaltlich der Bestätigung seiner Wahl durch die Urversammlungen der Vereinsmitglieder. Bis dahin sollten die Geschäfte des Vereins durch den Vizepräsidenten Hillmann besorgt werden. Zum Vereinskassirer wurde Försterling an Stelle Levys ernannt. Diese Beschlüsse führten noch zu heftigen Auseinandersetzungen in vielen Gemeinden, namentlich weil ihre rechtliche Giltigkeit sehr anfechtbar war. Jedoch siegte der Wunsch, zunächst einmal die Existenz des Vereins zu sichern, über alle Bedenken, und am 1. Januar 1866 konnte Tölcke die Leitung des Vereins übernehmen, da die Urversammlungen seine Wahl bestätigt hatten.

Auch der Sozialdemokrat räumte ein, daß die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung bis auf Weiteres anerkannt werden müßten, um den Verein vor jeder Zersplitterung zu bewahren. Aber er fügte hinzu, daß sobald als möglich eine neue Generalversammlung einzuberufen sei, um die Reorganisation des Vereins zu berathen, und er fuhr fort, diese Reorganisation im Sinne einer Sammlung aller sozialdemokratischen Elemente vorzubereiten. Albert Lange, der jetzt in freundlichstem Einvernehmen mit den Duisburger Vereinsmitgliedern stand, erläuterte die ganze Krisis im Boten vom Niederrhein zutreffend so, daß der Sozialdemokrat auf die Bildung einer sozialdemokratischen Partei und auf die Beseitigung derjenigen Einseitigkeiten hinarbeite, die diesem Streben im Wege ständen, während seine Gegner die sektenähnliche Abschließung des Vereins für nöthig hielten. Deshalb von einem Solinger Sektirer als „Arbeiterfeind“ denunzirt, erhielt Lange von einer Versammlung rheinisch-westfälischer Vereinsmitglieder, die am 17. Dezember in Duisburg tagte, eine schöne Ehrenerklärung. In ähnlicher Weise, wie Lange, faßte Vahlteich die Sachlage auf und sandte dem Sozialdemokraten einige Zeilen zu, worin er sich bereit erklärte, sein Verhalten in dem Konflikte mit Lassalle vor der nächsten Generalversammlung oder auch im Vereinsorgane zu rechtfertigen. Die Aufnahme dieser kurzen und durchaus würdig gehaltenen Erklärung glaubte Hillmann, der sich auf der Duisburger Versammlung weder für noch gegen Lange erklärt hatte, als eine „gemeine Beschimpfung unseres großen Meisters Lassalle“ gegen den Sozialdemokraten ausspielen zu können, erhielt aber eine so treffende Antwort über „Präsidialterrorismus und Sektenfanatismus“, daß er auf eine weitere Diskussion verzichtete. Dagegen entzog er kurzweg am vorletzten Tage seiner Vizepräsidentschaft dem Sozialdemokraten das Recht, sich Vereinsorgan zu nennen. Das kam dem Blatte aber durchaus gelegen, von seiner letzten Nummer des Jahres 1865 an nannte es sich „Organ der sozialdemokratischen Partei“.

Der Amtsantritt Tölckes versprach ein Ende dieser Wirren. Ein energischer und gescheidter Mann, war Tölcke aus anderem Holze geschnitzt als Becker; strammer Lassalleaner und ganz durchdrungen von dem Werthe einer straffen Zentralisation, war er den weiteren Auffassungen Schweitzers doch nicht unzugänglich. Er versprach gleich in seiner ersten Kundgebung, außer in dringlichen Fällen stets die Zustimmung des Vorstandes zu wesentlichen Anordnungen einzuholen. Er ging auch willig auf den Plan der Statutenrevision ein und erkannte bis zur näheren Entscheidung des Vorstandes den Sozialdemokraten als Vereinsorgan an. Es war nun doch alle Aussicht vorhanden, daß eine Organisation geschaffen wurde, welche die Früchte der Taktik in die Scheuern zu bringen gestattete. Nur schade, daß sehr viel zu thun war, um den Verein zu einer politischen Macht zu entwickeln; in der Vereinskasse befanden sich ganze sechs Thaler, als Tölcke die Leitung übernahm. Viele Monate mußten vergehen, ehe ausgeglichen werden konnte, was unter Becker versäumt worden war, und das zu einer Zeit, wo jeder Tag kostbar zu werden begann.

Denn am politischen Horizonte hatten sich schwere Wetterwolken aufgethürmt, und ehe die jungen Saaten der Revolution von Unten durch feste Schranken gesichert werden konnten, brach die Revolution von Oben wie ein verschlammender Strom über sie herein.

Sechstes Kapitel.

Die Revolution von Oben.

I. Der habsburgisch-hohenzollernsche Konflikt.

Sobald der Wiener Friede im Oktober 1864 die Elbherzogthümer in den gemeinsamen Besitz Oesterreichs und Preußens gebracht hatte, begann zwischen diesen Mächten der Hader um die Beute. In absolutistisch-staatsstreichlerischen Gelüsten und in gänzlichem Mangel an nationaler Gesinnung waren das Berliner und das Wiener Kabinet einander würdig; in der schleswig-holsteinischen Frage aber besaß Bismarck stärkere Trümpfe, als seine gleich reaktionären Nebenbuhler an der Donau.

Aus Angst vor der „Revolution" und aus Eifersucht gegen Preußen hatte sich der habsburgische Despotismus in der schleswig-holsteinischen Sache ins preußische Schlepptau nehmen lassen. Er hatte dadurch den mittel- und kleinstaatlichen Partikularismus vor den Kopf gestoßen und die sicherste Stütze seiner Vorherrschaft über den deutschen Bund gefährdet. Dafür konnte ihm der schleswig-holsteinische Mitbesitz um so weniger eine Entschädigung sein, als er mit der unwillkommenen Bescherung überhaupt nichts anzufangen vermochte. So blieb ihm nichts übrig, als reumüthig zu seiner alten Politik zurückzukehren und sich dahin zu entschließen, daß er die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage

dem Bundestage übertragen und, was auf dasselbe hinauslief, die Elbherzogthümer dem augustenburgischen Prätendenten ausliefern wollte.

Das ging nun nicht an ohne die Zustimmung des preußischen Mitbesitzers, und Bismarck dachte nicht daran, den Großmüthigen zu Gunsten des Augustenburgers zu spielen. Höchstens wollte er das unglückliche Wurm als preußischen Vasallen zulassen, richtete aber diese Suppe, die er in den Februarbedingungen von 1865 kredenzte, so mager an, daß sie für die österreichische Eifersucht, und würzte sie durch seine offiziösen Sauhirten so mit Hohn und Spott, daß sie für den dynastischen Dünkel des Prätendenten und der sonstigen Zaunkönige von Gottes Gnaden ungenießbar wurde. Die preußische Diplomatie arbeitete für die hohenzollernsche, wie die österreichische Diplomatie für die habsburgische Hausmacht; deutsch-nationale Gesichtspunkte waren der einen so fremd wie der anderen, und die Vorwürfe, mit denen sie sich gegenseitig wegen Förderung der „Revolution" bombardirten, durften auf beiden Seiten nur im pickwickischen Sinne verstanden werden. Der Vortheil Bismarcks war nur, daß die Erhaltung der bundestäglichen Schandwirthschaft und die Etablirung eines ohnmächtigen Zwergstaats in den Elbherzogthümern mit allen ökonomischen Interessen Deutschlands in schreiendem Gegensatze stand, wodurch die preußische Annexions- und Gewaltpolitik mehr hinter sich bekam.

Im Sommer 1865 waren die Dinge schon zum völligen Bruche zwischen Oesterreich und Preußen gediehen. Aber einstweilen fühlten sich die beiden Gegner noch nicht stark genug zum entscheidenden Waffengange. Sie verkleisterten den Riß noch einmal nothdürftig durch den Vertrag von Gastein, der unter Vorbehalt des gemeinsamen Besitzrechts das Herzogthum Holstein in österreichische, und das Herzogthum Schleswig in preußische Verwaltung gab. Jedermann wußte, daß damit nur eine Galgenfrist gewonnen sei, und Niemand wußte es besser, als die hohen Vertragschließenden selbst. Beide suchten nach Bundesgenossen, wobei Bismarck aber wieder die stärkeren Trümpfe in der Hand hatte. Rußland war durch die am polnischen Aufstande geübten Schergendienste der preußischen Regierung gewonnen, und Bonaparte wurde durch peinliche Verlegenheiten seiner äußeren und inneren Politik dazu gedrängt, der italienischen Bewegung einen neuen Brocken in Gestalt Venetiens hinzuwerfen, auf das Oesterreich weder gegen Geld noch gegen gute Worte verzichten wollte. Im September 1865 reiste Bismarck an den Hof Bonapartes, um von diesem erhabenen „Beschützer der Nationalitäten" die gnädige Erlaubniß zur „deutschen Einigung" zu erhalten. Konspiration mit dem Auslande für dynastische Eroberungszwecke war altpreußische Politik, und Bismarck wurde den glorreichen Ueberlieferungen des alten Fritz durchaus nicht untreu, als er sich zum „nationalen Heros" aufzuschwingen gedachte durch ein preußisch-italienisches Angriffsbündniß gegen Oesterreich unter Bonapartes wohlwollendem Schutze. Die damals weit verbreitete Meinung, daß er bestimmte Verpflichtungen eingegangen sei, im Falle des Erfolges deutsches Gebiet an Frankreich abzutreten, mag in dieser Form übertrieben gewesen sein; sicher ist, daß er Bonapartes Appetit auf

deutsche Landfetzen hinhaltend nährte, was zur Kennzeichnung seines „deutschen Patriotismus" vollkommen genügt. Freilich darf nicht übersehen werden, daß alle anderen „deutschen Staatsmänner", mochten sie in Wien, München, Dresden oder sonstwo hausen, in gleichem Falle nicht anders gehandelt hätten. Deutsche Interessen dynastischen Zwecken zu opfern, war ihr altgewohntes und gern geübtes Metier, höchstens hätte ihnen die Fähigkeit Bismarcks gefehlt, Bonaparte schließlich doch übers Ohr zu hauen. Moralisch waren sie alle von gleichem Kaliber; worin Bismarck ihnen und ebenso seinem guten Freunde an der Seine über war, das waren zwei Eigenschaften, die in der Politik gar viel bedeuten: er hatte erstens einen Willen und zweitens ein Ziel.

Mit dem bonapartistischen Protektorate und dem italienischen Bündnisse hing aufs engste der Bundesreformplan Bismarcks zusammen. Er sagte zum General Govone, der als italienischer Unterhändler nach Berlin kam, aus der schleswig-holsteinischen Frage lasse sich leicht ein Kriegsfall machen, aber für einen großen Krieg sei diese Frage ein zu kleiner Anlaß. Die allgemeine deutsche Frage müsse ins Spiel gezogen werden; handle es sich um ein großes nationales Interesse, so werde Europa um so ruhiger zusehen. Europa hieß in diesem Falle Bonaparte, und auf bonapartistischem Pferdefuße hinkte Bismarcks Bundesreform einher. Nachdem am 8. April 1866 das preußisch-italienische Angriffsbündniß gegen Oesterreich abgeschlossen worden war, richtete die preußische Regierung am 9. April den Antrag an den Bundestag: eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrechte der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für einen noch näher zu bestimmenden Tag zu berufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu berathen, in der Zwischenzeit aber durch Verständigung der Regierungen unter einander diese Vorlagen herzustellen.

Die offizielle Begründung des Antrags enthielt den üblichen Phrasenbrei, womit aller Bonapartismus seine ideenlose, aber ränkevolle Politik zu verkleiden pflegt. Das allgemeine direkte Wahlrecht wurde als konservatives Prinzip empfohlen, das vom konservativen Standpunkt aus jedem anderen, auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus vorzuziehen sei. Die gegenwärtige Bundesverfassung überliefere Deutschland in großen europäischen Krisen entweder der Revolution oder der Fremdherrschaft; um beides zu vermeiden, sei eine Bundesreform nothwendig, die nach den Erfahrungen von 1848 weder durch das einseitige Vorgehen der Regierungen, noch durch das einseitige Vorgehen der Nation erreicht werden könne; nur durch das Zusammenwirken beider Faktoren könne auf dem Grunde und innerhalb des Rahmens des alten Bundes eine neue lebensfähige Schöpfung entstehen. Bismarck empfahl also das famose Prinzip der Vereinbarung, an dem die Parlamente des Revolutionsjahres gescheitert waren, als das unfehlbare Heilmittel der deutschen Wirren. Entweder unterlag er wirklich einem jener drolligen Mißverständnisse, denen sein interessirter Verstand bei der Analyse historischer Ereignisse zu unterliegen pflegte; oder es kam ihm, wofür sich

gleichfalls zahlreiche Beispiele aus seiner Politik beibringen lassen, auf einen Gallimathias mehr oder weniger nicht an, um seine wirklichen Zwecke zu verhüllen.

Diese wirklichen Zwecke gingen unzweideutig aus den Kundgebungen seiner offiziellen und offiziösen Presse hervor. Nach bonapartistischem Muster spielte Bismarck ein Doppelspiel und zwar ein doppeltes Doppelspiel: einmal ein Doppelspiel zwischen den Dynastien und der Nation, und dann ein Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die Kreuzzeitung sagte den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen: Nehmt, was ihr noch bekommen könnt; was euch Bismarck bietet, wird euch niemals wieder geboten werden. Für euch allein werdet ihr niemals mit der bürgerlich-nationalen Bewegung fertig werden; wollt ihr den Parlamentarismus mit seinen eigenen Waffen schlagen, so braucht ihr ein deutsches Parlament. Freilich wird darin der parlamentarische Spektakel erst recht losgehen, aber „gegen alle derartigen Ausschreitungen giebt es ein sehr einfaches Rezept — man kehrt sich nicht daran. Daß dies möglich ist, dafür liefern die letzten sechs Jahre preußischer Geschichte den schlagendsten Beweis." Umgekehrt sagte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Preußen bedauert, die Wahrnehmung machen zu müssen, daß einstweilen der Anschein entstanden ist, als ob die deutschen Regierungen gegen die nationale Reform unter die Waffen treten. Daß Württemberg, Hannover, Sachsen, Hessen-Darmstadt und andere Bundesstaaten sich nicht aus Liebe zum Prinzen von Augustenburg in einen Existenzkampf stürzen wollen, liegt auf offener Hand. Man wird der Wahrheit sehr nahe stehen, wenn man behauptet, daß die Regierungen, welche sich rüsten, indem sie einen gewaltigen Kampf gegen Preußen heraufbeschwören, zugleich gegen die Verwirklichung auch der bescheidensten nationalen Forderungen Truppen aufbieten." Und dann drohte das offiziöse Hauptblatt, kaum noch verblümt, mit der „Revolution", will sagen, mit der Depossedirung widerspenstiger Zwergdespoten durch preußische Gewalt.

Neben diesem Doppelspiele zwischen den Dynastien und der Nation lief das Doppelspiel zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat einher. Die halbamtliche Provinzialkorrespondenz lockte die Fortschrittspartei mit dem Schwindel, die sogenannte Bundesreform werde durch die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Streitkräfte die preußischen Militärlasten auf ganz Deutschland abwälzen und dadurch den Verfassungsstreit beseitigen. Und der ganz amtliche Staatsanzeiger tischte ein für die Bourgeoisie sehr leckeres Gericht auf, indem er als die Grundzüge der Bundesreform eine Reihe ökonomischer Reformen aufzählte, wie Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, einheitliches Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Schutz des deutschen Handels im Auslande, deutsche Konsulate und manches andere noch, das die hemmenden Schranken der kapitalistischen Produktionsweise ziemlich gründlich abzutragen versprach.

Versagte die Bourgeoisie aber dennoch, so sollte das Proletariat durch das allgemeine direkte Wahlrecht geködert werden. Bismarck glaubte, es jetzt mit diesem Trumpfe wagen zu können. Er rechnete mit den Massen der ostelbischen Land-

bevölkerung, in deren geistiger Nacht noch kein Morgenroth politischer Erkenntniß dämmerte; er hoffte, das passive Wahlrecht durch Versagung der Diäten ebenso einzuschränken, wie er das aktive Wahlrecht durch Beseitigung der Klassenwahl erweiterte, und dann lebte er noch immer in dem holden Traum von dem „Monarchisten“ Lassalle. Es hatte zwar schon manche Weckeruhr geschlagen, die diesen angenehmen Schlummer stören konnte; das Berliner Polizeipräsidium gestand später in einem amtlichen Berichte mit dürren Worten, es habe anfangs den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein für eine „besonnene und gesetzliche Agitation“ gehalten und ihn deshalb geduldet „trotz des Verstoßes gegen § 8 des Vereinsgesetzes“ (Verbindung politischer Vereine), aber bei der Kölner Festangelegenheit seien ihm die Augen aufgegangen, und es habe sich beeilt, die Berliner Gemeinde zu schließen. Allein was der gemeine Polizeiverstand begriff, das kapirte der geniale Staatsmann noch lange nicht. Einstweilen glaubte Bismarck, mit dem Feuer spielen zu können.

Die Kommission zur Berathung der Arbeiterfrage, deren Niedersetzung die Regierung bei der Koalitionsdebatte versprochen hatte, war im Sommer 1865 einberufen worden, aber nach einigem weitläufigen Gerede wieder auseinander gegangen, ohne etwas Anderes zu hinterlassen, als einen Haufen werthloser Makulatur oder, wie es in der preußischen Bureaukratensprache heißt, „schätzbaren Materials“. Das rothe Gespenst mußte härter beschworen werden. Im Oktober 1865 schrieb Bucher an Marx, um ihm die Mitarbeiterschaft am amtlichen Staatsanzeiger anzutragen. Als er damit bei Marx abblitzte, wandte er sich mit demselben Anliegen an den Privatdozenten Eugen Dühring, der damals gerade durch einige nationalökonomische Arbeiten bekannt geworden war. Dühring nahm die alte Idee Sismondis von der Unterkonsumtion der arbeitenden Klasse als dem Hauptgebrechen der kapitalistischen Produktionsweise wieder auf, wollte das Uebel aber nicht, wie Rodbertus, durch einen staatlich eingeführten Normalwerkarbeitstag kuriren, sondern durch die selbständige Initiative der Arbeiter, die sich in freien Koalitionen bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen sollten. Dühring ging auf die Mitarbeiterschaft am Staatsanzeiger ein, um sich bald mit der Redaktion zu überwerfen. Trotzdem erschien im April 1866 Wagener bei ihm, und bestellte für den „intimen Gebrauch“ des Staatsministeriums eine Denkschrift über die Frage, wie „etwas für die Arbeiter gethan“ werden könne. Dühring lieferte auch dies Pensum ab. Dann wurde Schweitzer am 9. Mai aus der Haft beurlaubt, nachdem alle ärztlichen Zeugnisse, die er im Laufe des Winters über seinen leidenden Gesundheitszustand beigebracht hatte, bis dahin ohne jede Wirkung geblieben waren. Und endlich nahm die Gräfin Hatzfeldt seit dem Anfange des Jahre 1866 ihre niemals völlig eingeschlafenen Wühlereien mit verzehnfachter Kraft wieder auf. In ihrer thörichten Verblendung faßte sie die preußische Bundesreform als die Erfüllung von Lassalles nationalem Programm auf, und ihr demagogisches Treiben lief darauf hinaus, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu einem Werkzeuge Bismarcks zu machen, mochte sie nun mit dem „großen Minister“ in näherer

oder fernerer Verbindung stehen und die reichen Geldmittel, welche sie aus dem Fenster warf, aus ihrem eigenen Vermögen oder aus anderen Fonds schöpfen.

So sah die Revolution von Oben aus. Gegen die Misere der Bundestagswirthschaft war sie ungemein stark gewaffnet. Sollte sie noch niedergeschlagen werden, so konnte es nur durch die Revolution von Unten geschehen. Aber die Revolution von Unten war ein Ding der Unmöglichkeit. Die Arbeiterklasse, welche sie machen wollte, konnte sie noch nicht machen, und die bürgerliche Klasse, welche sie machen konnte, wollte sie längst nicht einmal mehr in Worten, geschweige denn in Thaten machen. Sobald sich die Dinge auf die Spitze des Schwertes hinauszuspielen begannen, löste sich die bis über den Schellendaus gepriesene Geschlossenheit der Fortschrittspartei in ein wildes Durcheinander auf. Bei den Einen schlug der preußische Partikularismus durch alles Schaumgold nationaler Redensarten durch. Twesten erklärte, daß „jede Alternative der Niederlage der preußischen Politik vorzuziehen" sei, und Ziegler rief seinen Breslauer Wählern zu, das Herz der Demokratie sei stets bei den Fahnen des Landes. Die Anderen wieder erschöpften sich in ohnmächtigem Friedensgewinsel über die Gefährdung der materiellen Bourgeoisinteressen durch den drohenden Krieg und in ebenso ohnmächtigen Flüchen über den Bruch des Landfriedens. Darin that sich besonders der Nationalverein hervor, der auch die Bismärckische Bundesreform feierlich verdammte. Die Kumpanei Bennigsen hatte so viel für die „preußische Spitze" gethan, daß ihr zu thun fast nichts mehr übrig blieb, und nun schrie sie Zetermordio, da sich die „preußische Spitze" enthüllte, so wie sie war und wie sie nicht anders sein konnte.

Eine dritte Gruppe bildete die Deutsche Volkspartei, die sich, an den Erfolgen der fortschrittlichen und nationalvereinlichen Politik verzweifelnd, seit Jahr und Tag von ihr zu trennen begonnen hatte. Es waren manche ehrliche und tüchtige Demokraten darunter, wie Büchner, Eckardt, Ladendorf, Pfau, aber auch sehr zweifelhafte Elemente, Frankfurter Geldjuden vom Schlage Löb Sonnemanns, augustenburgische und welfische Partikularisten, die über die gefährdeten Gerechtsame ihrer angestammten Fürsten ebenso blutige, wenn nicht noch blutigere Thränen vergossen, als über alle sonstigen Verruchtheiten Bismarcks. Als die Deutsche Volkspartei im September 1865 ihre konstituirende Zusammenkunft in Darmstadt hielt, stellte sich sofort heraus, daß über die beiden entscheidenden Probleme der Zeit, die nationale und die soziale Frage, keine Einigung möglich sei. Die Partikularisten klammerten sich an ihr geliebtes Föderativprinzip, von dem es obendrein unentschieden blieb, ob es in monarchischem oder republikanischem Sinne gemeint sein solle, und an der Forderung sozialer Reformen, durch die Büchner und Eckardt eine Annäherung an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anbahnen wollten, stießen sich die Börsendemokraten. Das Deutsche Wochenblatt in Mannheim, das Organ der Deutschen Volkspartei erklärte, die nationale wie die soziale Frage als offene Fragen behandeln zu wollen!

In der zunächst brennenden Frage kam es dann doch zu einer Art Verständigung, insofern als eine „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten" den Keim

der deutschen Einheit und Freiheit bilden sollte. Ludwig Pfau erläuterte in einem besonderen Flugblatte, damit solle nicht die alte Triasidee aufgewärmt werden, die Auftheilung Deutschlands zwischen Oesterreich, Preußen und dem Bunde der Mittel- und Kleinstaaten; diese Triasidee sei „eine dreiköpfige Mißgeburt, von Professorendünkel und Fürstendienerei im geschändeten Bette der Revolution erzeugt." Die Koalition der Mittelstaaten, welche die Deutsche Volkspartei erstrebe, solle kein Ziel, sondern ein Anfang, kein Zweck, sondern ein Mittel sein, ein erster Kern, um den sich die übrigen Stämme gruppiren könnten. Und Eckardt führte im Deutschen Wochenblatte aus, man würfe der Deutschen Volkspartei vor, daß sie zugleich die legitimistische und die republikanische Fahne trüge. Das sei jedoch nur ein scheinbarer Widerspruch. Die Mitglieder der Partei seien Republikaner, aber trotzdem meinten sie es ehrlich mit der Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten, die das letzte Anerbieten des deutschen Volkes an seine Fürsten sei. Wollten die Fürsten den monarchischen Bundesstaat, so würde die Deutsche Volkspartei das Volk zu ihrer Unterstützung aufrufen; wollten sie ihn nicht, so müßten sie sich gefallen lassen, von Bismarck verspeist zu werden. Wenn schon die ehrlichsten und klarsten Köpfe der Deutschen Volkspartei sich in solchen gewiß ehrlich gemeinten, aber unglaublich unklaren Vorstellungen bewegten, so war sie nicht eben zur Lösung der deutschen Frage berufen.

In diesem wüsten Chaos widerstreitender Interessen und Meinungen mußte sich nun die junge Arbeiterpartei ihren Weg suchen.

II. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege.

Seit den Bismarckartikeln hatte der Sozialdemokrat konsequent dieselbe deutsche Politik verfolgt, nur daß er sich vor den mißverständlichen Arabesken hütete, mit denen die Bismarckartikel verziert gewesen waren. Hatte er in ihnen von Bismarcks „bedeutender" Politik gesprochen, so glossirte er Bismarcks Pilgerfahrt an den Hof Bonapartes mit einem beißenden Stoßseufzer über das „arme Preußen", das „seiner großen Pläne voll, fürsichtiglich gen Paris" eile, um sich die Gunst Bonapartes durch den „Kaufpreis deutschen Landes" zu erwerben. Von der altpreußischen Demokratie der Waldeck und der Ziegler hielt sich der Sozialdemokrat völlig fern. Er sagte, die preußische Spitze sei nun einmal die preußische Spitze, und die herrschende Konfusion würde noch viel größer werden, wenn sie sich als verhüllte Reaktion, als Scheinliberalismus geberdete. Preußen sei seinem inneren Wesen nach ein absolutistischer Staat, ein liberales Preußen habe nie existirt und könne nie existiren. „Erwarten, daß dies sich je ändern könne, heißt etwas innerlich Unmögliches erwarten." Mit demselben Rechte könne man hoffen, daß jemals die Muftis und Ulemas der Türkei den christlichen Glauben predigen würden.

Ebenso scharf wie gegen den „preußischen Absolutismus" wandte sich der Sozialdemokrat gegen die „österreichische Konkordatswirthschaft". Oesterreich sei

der Hort der deutschen Zerrissenheit, und deshalb ständen die reaktionären Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten auf seiner Seite. Sei aber die Verösterreichung und die Verpreußung Deutschlands gemeinschädlich und hassenswerth, so sei die „Triäselei“ in jeder Form lächerlich und verächtlich. Der Sozialdemokrat begrüßte die Deutsche Volkspartei als einen an sich anerkennenswerthen Organisationsversuch der bürgerlich-demokratischen Elemente, die es noch in Deutschland gab, erklärte sich auch gern bereit, taktisch mit ihr zusammenzugehen, sobald es die Interessen der Arbeiterklasse erforderten, deckte aber rücksichtslos ihre Unklarheit in der nationalen und der sozialen Frage auf. Er hob hervor, daß die Beust und Dalwigk und die sonstigen mittel- und kleinstaatlichen Diplomaten, die sich jetzt als „rein deutsche Staatsmänner“ aufspielen wollten, „Minister aus der Zeit der blutigsten und krassesten Reaktion, Fürstenknechte durch und durch“ seien, und die „Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten“, welche die Deutsche Volkspartei erstrebte, that er mit dem einfachen Satze ab, daß „wenn es Ernst würde und irgend welche Fürsten z. B. endgiltig und unwiderruflich zu entscheiden hätten, ob sie zu Gunsten des Volkes oder zu Gunsten eines großen Fürstenhauses auf ihre volle Souveränetät verzichten wollten, diese Fürsten sich lieber winselnd ihrem Kollegen zu Füßen werfen, als unter dem Jubel des Volkes durch die Straßen ihrer Hauptstadt ziehen“ würden.

Den einzigen Weg zur deutschen Einheit und Freiheit erblickte der Sozialdemokrat in der deutschen Revolution. Und weil die letzte Aussicht auf eine solche Revolution in den Möglichkeiten gegeben war, die durch den gewaltsamen Zusammenstoß der deutschen Großmächte hervorgerufen werden konnten, stimmte das Blatt nicht in das Friedensgeschrei der Bourgeoisie ein. Ebenso schrieb Albert Lange im Boten vom Niederrhein, wer aus tiefer liegenden Gründen wirklich wünsche, daß Bismarck durch den Versuch zur Ausführung seines Programms der republikanischen Partei Luft mache, der werde ihn jetzt am liebsten still gewähren lassen, bis er nicht mehr zurück könne. Und in einer Versammlung Leipziger Fortschrittler und Nationalvereinler, wo über den drohenden Krieg herzbrechend gejammert wurde, erklärte Bebel als einziger Opponent, man solle doch nicht so furchtsam sein, aus dem Kriege könne ganz etwas anderes hervorgehen, als die Kriegführenden dächten, das Volk werde sich zur rechten Zeit erheben und den Krieg in seinem Sinne beendigen. Schlagfertig auf der Lauer stehen, kampfgerüstet und thatbereit, jedem mißtrauend, sich selbst aber vertrauend: das war die Politik, die der Sozialdemokrat in der Krisis des Jahres 1866 der Arbeiterklasse empfahl.

Eine erste Möglichkeit praktischen Eingreifens sah er in Bismarcks Schachzuge mit dem allgemeinen Wahlrechte. Er täuschte sich natürlich nicht über Bismarcks Beweggründe und erwiderte auf die Lockungen der offiziösen Presse: „Was uns betrifft, so wissen wir, daß wir weder ein Großpreußen noch ein Großösterreich wollen, sondern ein freies und einiges Deutschland, frei und einig durch den Willen der Nation. Will Preußen dieses verwirklichen helfen — gut, so

mag es den Versuch machen, das gerade Gegentheil von dem zu werden, was es bisher war. In diesem Sinne, wenn es seine Sache zu der unserigen gemacht hat, wollen wir bis auf Weiteres zusammengehen, aber in keinem anderen.... So, nicht mehr und nicht weniger günstig für das Großpreußenthum, scheint uns die Stimmung der Arbeiter beschaffen zu sein, dies die Stellung zu bezeichnen, die ihnen der preußischen Regierung und ihren Machtgelüsten gegenüber geziemt. Alles Uebrige gehört ins Gebiet offiziöser Wünsche und Illusionen." Der Sozialdemokrat sprach offen aus, daß Bismarck zu seiner „halben und unkräftigen Parlamentsberufung" „nicht aus freiem Willen, sondern gezwungen durch die Lage der Dinge" geschritten sei; er sprach ebenso offen aus, daß es das „Erbärmlichste von Allem" sein würde, wenn sich die Arbeiter dadurch täuschen ließen. Aber er rieth, die Verlegenheit des preußischen Ministers auszunützen. Durch den guten Willen der Machthaber sei noch nie ein historischer Fortschritt vollbracht worden, aber oft genug durch ihre klug benützte Verlegenheit. Die Arbeiterklasse müsse die dargebotene Waffe gebrauchen, „nicht wie jene wollen, sondern wie wir wollen". Darum gab der Sozialdemokrat die Parole aus: „Wir wählen! Wir wählen nicht, weil Bismarck dies Parlament berufen hat, wir wählen aber auch ebenso wenig, obschon er es berufen hat. Wir wählen darum, weil wir die ohnmächtige Politik des thatenlosen Zusehens verwerfen, weil wir uns betheiligen wollen an Allem, was in öffentlichen Angelegenheiten geschieht, und weil nur wir, die Arbeiterpartei, es zu hindern vermögen, daß der feige Bourgeoisliberalismus neuerdings die Sache des Volkes verrathe." Und zugleich empfahl der Sozialdemokrat die kräftigste Agitation für das allgemeine Wahlrecht, um Bismarck auf dem widerwillig betretenen Wege vorwärts zu treiben.

Diese hier kurz zusammengefaßte Taktik zieht sich wie ein rother Faden durch alle Artikel, welche der Sozialdemokrat über die deutsche Frage veröffentlichte, vor und nach Schweitzers Haft. Mögen bei seiner Beurlaubung aus dem Gefängnisse gewisse Hintergedanken der Regierung mitgewirkt haben, so hat Schweitzer den gewünschten Preis so wenig gezahlt, wie sich Marx auf Buchers Werbung einließ. Aus all dieser Zeit ist auch nicht ein Satz des Sozialdemokraten aufzufinden, der mittel- oder unmittelbar auf eine Förderung der preußischen Gewaltpolitik abzielte. Die Politik, die Schweitzer der Arbeiterklasse empfahl, war zweifellos dieselbe Politik, die Lassalle, wenn er noch gelebt hätte, ihr empfohlen haben würde.

Nicht in der damaligen Taktik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lag der wunde Punkt, sondern in seiner damaligen Organisation. Er war noch kein so festgeschlossener Körper, daß ihn das hereinbrechende Kriegsgewitter nicht in allen Fugen erschüttert hätte. Die große Masse der deutschen Arbeiter war noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, und wo sie es schon war, noch nicht so klar über ihre Klasseninteressen, um nicht in den Strudel gerissen zu werden, in dem die deutschen Dinge einer allgemeinen Katastrophe entgegentrieben. Eine alte Kerntruppe des Vereins hielt sich tapfer genug, aber sie war nicht stark

genug, um den empörten Wogen gebieten zu können, welche die Revolution von Oben aufwarf.

Nirgends in Deutschland prallten auf gleich engem Raume die nationalen und die sozialen Gegensätze so schroff aufeinander, wie im Königreiche Sachsen. Bourgeoisie und Proletariat standen sich unvermittelt gegenüber in dem industriell hoch entwickelten Ländchen, das jetzt, eingekeilt zwischen Preußen und Oesterreich, zum Schauplatze des Krieges zu werden drohte. Die sächsische Politik leitete der österreichische Parteigänger Beust, vielleicht der gewandteste und jedenfalls der ruchloseste jener Zwergdiplomaten, die, noch triefend von allem Blute und Schmutze des weißen Schreckens, mit deutsch-nationalen Schlagworten um sich warfen. Seine Kriegsrüstungen erregten den Unwillen der sächsischen Bourgeoisie, die um keinen Preis die Geschäfte gestört sehen wollte, theilweise auch, wie namentlich in den großen Handels- und Industrieplätzen des Landes, der kleinstaatlichen Verzopftheit müde war und von Preußen verspeist zu werden wünschte. Das sächsische Proletariat kam dadurch in eine sehr schwierige Lage. Es konnte sich weder für Bismarck noch für Beust begeistern; es konnte keine Revolution machen, aber es konnte auch nicht so leicht, wie etwa das rheinisch-westfälische Proletariat, eine abwartend-schlagfertige Stellung einnehmen, denn das Kriegsfeuer brannte ihm allzu dicht auf den Fingern.

An und für sich befand sich das sächsische Proletariat gerade zu dieser Zeit in einer sehr erfreulichen Entwicklung. Die sächsischen Arbeiterbildungsvereine bildeten den Kern und Stamm der deutschen Arbeiterbildungsvereine überhaupt; der Dresdener Verein blühte unter dem Schuhmacher Knöfel, den Leipziger Verein hielt Bebel auf alter Höhe, unter den Lehrern dieses Vereins war Liebknecht besonders thätig, der sich nach seiner Ausweisung aus Berlin in Leipzig niedergelassen hatte. Zwischen den Arbeiterbildungsvereinen und den sächsischen Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bestand schon ein sehr freundliches Einvernehmen; beide Richtungen pflegten gemeinsam große Volksversammlungen abzuhalten, und eben jetzt hatte der Leipziger Arbeiterbildungsverein einen sehr entschiedenen Bruch mit der fortschrittlich-manchesterlichen Agitation der Volkszeitung vollzogen. Zunächst gab auch die nationale Frage keinen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Am 28. April tagte in Dresden eine von 2500 Arbeitern besuchte Versammlung, die von Försterling und Knöfel einberufen worden war und unter ihrem gemeinsamen Vorsitze berieth. Sie forderte die Einberufung eines konstituirenden deutschen Parlaments, auf Grund des gleichen und direkten Wahlrechts, mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit, nicht allein zur Regelung der politischen Verhältnisse, sondern auch zur Inangriffnahme der sozialen Frage, und sie forderte ferner zur Unterstützung dieses Parlaments die allgemeine Volksbewaffnung. Prinzipiell stimmte dieser Beschluß durchaus mit der Haltung des Sozialdemokraten überein; er sprach unumwunden aus, daß nur die deutsche Revolution die deutsche Einheit und Freiheit retten könne. Aber freilich war damit noch nichts gesagt über die taktische Stellung des Proletariats zu den streitenden Mächten.

Diese Frage wurde praktisch, als die Leipziger Bourgeoisie unter der Führung der städtischen Behörden vom sächsischen Ministerium die sofortige Abrüstung verlangte und damit eine preußenfreundliche Agitation eröffnete. Um ihr entgegenzuwirken, fand am 8. Mai eine von nahezu 6000 Personen besuchte Volksversammlung in Leipzig statt, an der ebenso wie an der Dresdener Versammlung beide Richtungen des sächsischen Proletariats gleichermaßen betheiligt waren. Fritzsche, Wuttke, Bebel und Liebknecht wohnten der Versammlung bei; den Vorsitz führte Steinert, der als Nachfolger Fritzsches die Leipziger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins leitete. In ihrem berechtigten Widerstande gegen die Bismärckischen Tendenzen der bürgerlichen Geldsäcke ging diese Versammlung über die Grenze hinaus, welche der Sozialdemokrat inne zu halten trachtete. Alte Demokraten von 1848 meinten, gegen Beusts Vergangenheit lasse sich ja Manches sagen, aber jetzt stehe er wie Oesterreich auf dem deutschen Standpunkte. Eine von Bebel eingebrachte Resolution hielt in ihrem Kerne noch an der Dresdener Resolution fest, erklärte sich aber auch schon einseitig gegen die preußische Eroberungspolitik und billigte die Rüstungen des Ministeriums Beust als „Vertheidigungsmaßregeln", während eine von Wuttke eingebrachte Resolution so gut wie vorbehaltlos die Politik Beusts ermunterte. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen, nachdem außer den Antragstellern und Anderen auch Fritzsche und Liebknecht dafür gesprochen hatten; damit vollzog sich eine erste bedeutende Abweichung von der Politik des Sozialdemokraten.

Aehnlich wie im Königreiche Sachsen lagen die Verhältnisse im Maingau, nur daß hier der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch lange nicht so entwickelt war. Der Sturm, der die deutschen Zustände bis auf den Grund aufwühlte, deckte im südwestlichen Deutschland einen noch kleinbürgerlichen Grund auf. Eine von 3000 Personen besuchte Volksversammlung, die am 20. Mai in Frankfurt stattfand, wurde von den Matadoren der Deutschen Volkspartei beherrscht, wenn auch Arbeiter daran theilnahmen, wie Bebel von den Arbeiterbildungsvereinen und Welcker vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die Beschlüsse dieser Versammlung unterschieden sich in sehr bezeichnender Weise von den Dresdener und auch den Leipziger Resolutionen. Sie erklärten sich ausschließlich gegen die friedensbrecherische Politik Bismarcks und nannten jede Neutralität Feigheit und Verrath. Indem sie die preußische Bundesreform unbedingt verwarfen, forderten sie die sofortige Konstituirung Schleswig-Holsteins als eines besonderen Staats, ferner ohne Erwähnung irgend eines Wahlrechts „ein konstituirendes, mit der nöthigen Macht ausgestattetes Parlament" und endlich als hölzernes Eisen „von den Regierungen die gesetzliche Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung". Gegen diese Beschlüsse sprach sich Welcker bereits sehr entschieden aus, während Bebel sie noch billigte und in den volksparteilichen Ausschuß eintrat, der ein Programm des Widerstandes gegen die preußische Herrschsucht ausarbeiten sollte. Dies bald darauf veröffentlichte Programm hielt sich an die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung, lenkte aber insofern etwas ein, als es

neben der preußischen auch ausdrücklich die österreichische Spitze verwarf. Es wollte die deutsche Einheit als föderative Verbindung der deutschen Staaten auf Grund der Selbstbestimmung herstellen und die Gefahr eines Krieges an der Seite Oesterreichs dadurch mildern, daß die Bundesgenossen im Kampfe keine dynastische, sondern eine nationale Politik verfolgen sollten. Eine Aufforderung, die an und für sich vortrefflich war, aber, an die Beust und Genossen gerichtet, praktisch keine andere Wirkung haben konnte, als die Aufforderung an Hyänen, nicht die Grüfte zu entweihen, sondern sich wie die Lämmlein auf der Weide zu nähren.

Ein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine fand in diesem Jahre wegen der unruhigen Zeitläufte nicht statt, doch trat der Ausschuß am 10. Juni in Mannheim zusammen, wo sich ergab, daß eine Minderheit dem preußenfreundlichen, die Mehrheit aber dem volksparteilichen Standpunkte zuneigte. Sonst wurden viele Klagen über die Theilnahmlosigkeit der Arbeiterbildungsvereine laut, die große Mehrheit von ihnen war mit ihren Kassenbeiträgen rückständig. Die Verwirrung in den Kreisen des deutschen Proletariats erschien so groß, daß Albert Lange die Hoffnung eines ersprießlichen Wirkens aufgab. Er ließ den Boten vom Niederrhein eingehen und sagte in der letzten Nummer vom 29. Juni, er habe stets darnach gestrebt, die Arbeiter zur Einigkeit, zum Nachdenken und zum geregelten Gebrauch ihrer Macht zu bewegen. Jetzt würden die Massen durch Agenten aufgeregt, die ganz andere Zwecke verfolgten und über reichliche Mittel zu gebieten schienen. Im Herbste siedelte Lange dann nach der Schweiz über, von wo er leider erst wieder als todtkranker Mann nach Deutschland zurückkehren sollte.

Ueber die Agenten mit den reichen Mitteln erhob auch der Sozialdemokrat lebhafte Klage. Jedoch nannte er das Kind beim richtigen Namen und beschuldigte die Gräfin Hatzfeldt, hinter diesen Agenten zu stehen. Sie suche die Arbeiter durch die illusorische Hoffnung auf goldene Berge und mächtige Beschützer zu gewinnen, aber der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dürfe nie vergessen, daß er eine deutsch-demokratische Partei sei, der die Freiheit so viel gelte, wie die Gleichheit, die ohne die Freiheit nie zur Gleichheit gelangen könne. Da die Gräfin mit ihren wahren Absichten den Arbeitern nicht kommen durfte, so schlug sie ihre Haken an zwei äußerlichen Umständen ein. Einmal daran, daß die Polizeibehörde in Leipzig, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seinen Sitz hatte, die Wahl Tölckes zum Präsidenten nicht eher anerkennen wollte, als bis Tölcke nachgewiesen habe, daß er durch den Verlust der preußischen Nationalkokarde nicht um die bürgerlichen Ehrenrechte gekommen sei, und zweitens daran, daß die Statuten des Vereins durch die Verschmelzung des Präsidiums mit dem Sekretariat verletzt worden seien. Am 12. März hatte die Gräfin mit Tölcke in Vohwinkel bei Elberfeld eine Unterredung, worin sie ihn zu einem „rettenden Staatsstreich" aufforderte. Tölcke sollte durch einen Machtspruch Alles für null und nichtig erklären, was seit der Düsseldorfer Generalversammlung im Vereine geschehen sei, sich als unmittelbaren Nachfolger Lassalles und Willms als Sekretär

des Vereins proklamiren. Dafür versprach die Gräfin, den Widerstand des Leipziger Polizeiamts gegen seine Wahl zu beseitigen. Tölcke blieb fest, erließ aber, um der Gräfin möglichst jede Handhabe neuen Haders zu entziehen, am 29. März eine Verordnung, die das Sekretariat vom Präsidium wieder trennte und Hasenclever zum Vereinssekretär ernannte. Am 1. Mai sollte Hasenclever an den Wohnort Tölckes, nach Iserlohn, übersiedeln; wegen der Besoldung war zwischen Beiden eine „die Kassenverhältnisse nicht berührende Einigung" getroffen worden. Ferner ernannte Tölcke, bis zur polizeilichen Anerkennung seiner Wahl, den Hamburger Bevollmächtigten Perl zum Vizepräsidenten.

Mit alledem war der Gräfin Hatzfeldt natürlich nicht gedient. Obgleich sie in ihren Verhandlungen mit Tölcke besonders Hillmann als einen Träger der finanziellen Mißwirthschaft im Verein angeklagt hatte, machte sie den so schwer Beschuldigten jetzt mit einer kühnen Schwenkung zu ihrem Mann und Hillmann ging auf die traurige Rolle ein. So lange Tölckes Wahl zum Präsidenten nicht die behördliche Anerkennung gefunden hatte, konnte Tölcke als Präsident auch keine rechtsgiltigen Anordnungen treffen; der einzige berechtigte Vertreter des Vereins war dann immer noch Hillmann, den die Frankfurter Generalversammlung mit der Leitung der Urwahlen betraut hatte, aus denen Tölcke als Präsident hervorgegangen war; so zogen Hillmann, die Gräfin Hatzfeldt und das Leipziger Polizeiamt ihre Schlüsse.

Das Verhalten dieser Behörde war in hohem Grade zweideutig. Die infame Justiz des preußischen Novemberstaatsstreichs hatte manchem ehrlichen Manne die Nationalkokarde abgesprochen, so auch dem alten Ziegler, der gern über den Verlust dieses kostbaren Schmucks zu spaßen pflegte. Wenn ihn aber preußische Junker baten, sie doch nicht gar so oft mit der ollen Kamelle zu necken, an welche sie ungern erinnert seien, so drehte eine bürgerlich-städtische Behörde, wie das Leipziger Polizeiamt, für Tölcke daraus einen moralischen Strick. Vergebens wies Tölcke durch gerichtliche Erkenntnisse nach, daß er längst wieder im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sei, falls er wirklich jemals nicht darin gewesen sein sollte: das Leipziger Polizeiamt verlangte eine Bescheinigung der Iserlohner Polizeibehörde, und die verweigerte Tölckes intimer Feind, der Bürgermeister Hülsmann. Und damit nicht genug! Je eifriger die Leipziger Polizei nach dem Splitter in Tölckes Auge suchte, um so eifriger übersah sie den Balken in Hillmanns Auge. Seit etwa einem Jahre befand sich Hillmann im Konkurs und konnte nach dem sächsischen Vereinsgesetze nicht einmal Mitglied, geschweige denn Vorsitzender eines politischen Vereins sein. Vermuthlich erklärt sich das sonderbare Verhalten des Leipziger Polizeiamts aus demselben Umstande, der es auf den ersten Blick doppelt sonderbar erscheinen läßt; es war als städtische Behörde abhängig von dem Stadtrathe und den Stadtverordneten, die zu eben dieser Zeit der Bismärckischen Politik ihr Wohlwollen zuwandten, just wie die Gräfin Hatzfeldt, die mit ihrem Einfluß auf die Leipziger Polizei nicht genug zu prahlen wußte.

Am 10. Mai machte Hillmann den Staatsstreich, den Tölcke abgelehnt hatte. Er beraumte für den 20. Mai die Wahl eines neuen Präsidenten durch Urabstimmung in den Gemeinden an, berief zum 3. Juni eine außerordentliche Generalversammlung nach Barmen und ernannte Willms zum Vereinssekretär, wobei er das nun endlich an Willms auszuzahlende Legat Lassalles in goldenen Lichtern spielen ließ. Tölcke antwortete auf den Staatsstreich mit der Berufung des Vorstands nach Hamburg zum 21. Mai. Nun brach ein heilloser Wirrwarr herein. Die alten Mitglieder hielten zwar treu zur Fahne und die von Hillmann angeordnete Präsidentenwahl wurde am 20. Mai nur in einzelnen Gemeinden vollzogen. Aber es zeigte sich jetzt wieder, wie sehr die traurige Finanzwirthschaft die Aktionskraft des Vereins geschwächt hatte. Der Sozialdemokrat hatte schon zum 1. April sein tägliches Erscheinen einstellen müssen, und kam wieder nur dreimal wöchentlich heraus, weil die Klagen der Mitglieder über den zu hohen Abonnementspreis nicht aufhörten. In der Vereinskasse war völlige Ebbe, während die Gräfin Hatzfeldt das Gold mit vollen Händen ausschüttete; Tölcke konnte nicht einmal die Reisekosten aufbringen, um bei der von ihm einberufenen Vorstandssitzung in Hamburg zu erscheinen. Der Vorstand kam überhaupt nicht in beschlußfähiger Zahl zusammen, nur etwa sechs seiner Mitglieder waren zugegen, die meisten aus Hamburg selbst oder aus nahegelegenen Orten: neben Audorf und Perl noch York aus Harburg, Deckwitz aus Bremen, Bracke aus Braunschweig und Försterling aus Dresden.

Von Berlin fand sich Schweitzer als Vertreter des Vereinsorgans ein, zugleich aber auch die Gräfin Hatzfeldt Sie rückte jetzt offen mit ihren Plänen heraus. Sie versprach, den Verein aus allen Nöthen zu reißen und den Präsidenten wie den Sekretär aus ihrer Tasche zu besolden, vorausgesetzt, daß Hillmann zum Präsidenten gewählt würde. Die Mehrzahl der anwesenden Vorstandsmitglieder antwortete ihr mit Lionel in der Jungfrau von Orleans: „Madame, geht nur nach Haus zurück! Wir wollen mit guten Waffen, nicht mit Weibern siegen.“ Aber die Gräfin gewann doch Deckwitz für sich und namentlich den Vereinskassirer Försterling, der sich sofort ins Rheinland zu Hillmann und Willms verfügte. Die Organisation des Vereins war nun insofern völlig aufgelöst, als er keinen einzigen Beamten von unangefochtenem Rechtstitel mehr besaß.

Unter diesen Umständen einigten sich Schweitzer und die treu gebliebenen Vorstandsmitglieder dahin, der Auffassung des Leipziger Polizeiamts nachzugeben. Sie rechneten darauf, daß die Mehrheit der Mitglieder sich unmöglich durch das durchsichtige Spiel der Gräfin Hatzfeldt bethören lassen könne. Lehnte die Generalversammlung aber ab, eine Kreatur der Gräfin Hatzfeld zum Präsidenten zu wählen, so war der eingerissenen Verwirrung am kürzesten gesteuert. Da Tölcke nicht in Hamburg erschienen war und also eine Verständigung mit ihm nicht erreicht werden konnte, so wurde beschlossen, durch den Sozialdemokraten öffentlich Perl als den Kandidaten vorzuschlagen, auf den sich die Stimmen aller Mitglieder vereinigen sollten, die den Verein nicht in die Hände der Gräfin

Hatzfeldt und ihrer Hintermänner gerathen lassen wollten. Indem der Sozialdemokrat diesen Auftrag erfüllte, führte er den Arbeitern eindringlich vor, daß sie endlich für eine vernünftige Finanzwirthschaft des Vereins sorgen müßten. Es sei ihrer nicht würdig, sich auf Geschenke und Legate zu verlassen. So begreiflich es sei, daß sie bei der „unerhörten Geldwirthschaft", die bisher im Verein geherrscht habe, ihre Groschen und Pfennige nicht hätten opfern mögen, so nothwendig sei es, daß sie eine gute Finanzorganisation schüfen und unterhielten. Die deutsche Arbeiterbewegung dürfe nicht an einem so elenden Hindernisse scheitern, an dem englische und französische Arbeiterververeine noch nie gescheitert seien.

Das energische Eingreifen wirkte. Die Gräfin Hatzfeldt und ihre Strohmänner suchten nun noch neue Zeit zum Intriguiren zu gewinnen; sie verlegten die Generalversammlung vom 3. auf den 17. Juni, und dann auch noch, als sich die rheinisch-westfälischen Arbeiter in ihrer Masse von Hillmann lossagten, von Barmen nach Leipzig. Aber alle Kreuz- und Quersprünge halfen nichts: am 17. Juni trat die dritte Generalversammlung in Leipzig zusammen und wählte für den Rest des Jahres Perl mit 6082 gegen Hillmann mit 3140 Stimmen zum Präsidenten. Vertreten waren 34 Orte durch 12 Delegirte. Die Mehrheit für Perl wäre noch viel größer gewesen, wenn nicht bereits die Eisenbahnverbindungen nach dem Westen unterbrochen gewesen wären, so daß von den rheinisch-westfälischen Gemeinden, die fast durchweg für ihn gestimmt hatten, nur Barmen auf der Generalversammlung vertreten war. Hillmann versprach, sich dem Beschlusse der Mehrheit zu fügen, und erhielt den Dank der Generalversammlung für seine Haltung, was ihn und seine Beschützerin freilich nicht hinderte, schon am nächsten Tage neue Wühlereien zu beginnen.

Der Streit um das Amt des Schriftführers hatte dadurch seine praktische Spitze verloren, daß sowohl Hasenclever wie Willms als Landwehrmänner eingezogen worden waren. Provisorisch wurde J. Levien in Hamburg zum Schriftführer und J. M. Hirsch in Erfurt zum Kassirer ernannt. Hirsch war Geschäftsführer in einer Weinhandlung, aber trotz seines Berufs und Namens ein echtes Proletarierkind, eines Leinewebers Sohn, der schon mit vier Jahren ans Spulrad gesetzt worden war, und alles Elend der durch den Maschinenbetrieb proletarisirten Weberklasse gründlich durchgekostet hatte, bis ihn ein Zufall, zuerst als Laufburschen, ins Weingeschäft verschlug.

So war vorläufig der Verein neu gefestigt und konnte wieder an politische Aktionen denken. Während der wochenlangen Wirren war auch der Sozialdemokrat politisch lahmgelegt gewesen; eine Artikelreihe über „Habsburg, Hohenzollern und die deutsche Sozialdemokratie" brach er mit der bittern Bemerkung ab, es sei lächerlich, sozialdemokratische Politik zu treiben, so lange der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein aus einem Spiel- und Zankvereine nicht wieder eine ernsthafte Aktionspartei geworden sei. Die Legende, daß Schweitzer nach seiner Beurlaubung aus dem Gefängnisse theils im Sozialdemokraten, theils auf Agitationsreisen durch ganz Deutschland verrätherische Zettelungen für Bismarcks

Politik betrieben habe, ist eben eine Legende. Aus dem Monat Juni liegen von ihm drei Kundgebungen vor, ein Aufsatz in den Nummern des Sozialdemokraten vom 6. und 8. Juni, ein Vortrag, den er am 11. Juni vor 1500 Arbeitern in Erfurt, und endlich ein Vortrag, den er am 16. Juni, am Vorabend der Generalversammlung, in Leipzig hielt. Und alle drei zeugen sowohl für seine Ehrlichkeit, wie für sein Talent.

Der Aufsatz im Sozialdemokraten behandelte die Darlehenskassen, welche die preußische Regierung Mitte Mai eingerichtet hatte, zu dem Zwecke, Scheine im Betrage von 25 Millionen Thalern auszugeben, die bei allen öffentlichen Kassen zu ihrem vollen Nennwerthe angenommen werden sollten, ohne daß im Privatverkehr ein Zwang zu ihrer Annahme bestand. Als Zweck der Kassen wurde „Abhilfe des Kreditbedürfnisses“ angegeben, das sich namentlich für die Kleinbürger um so drückender fühlbar machte, je mehr die politische Krisis eine wirthschaftliche Krisis nach sich zog. Insofern waren die Darlehenskassen unzweifelhaft ein Hilfsmittel der Bismärckischen Politik. Die konservative wie die liberale Presse übertrieben ihre Bedeutung aber nach zwei entgegengesetzten Richtungen. Die konservativen Blätter thaten so, als ob die Errichtung der Darlehenskassen ein wunderbarer Geniestreich der Regierung sei, die damit den ökonomischen Leiden der Massen von Grund aus abhelfen wolle. Die liberalen Blätter aber warnten vor der Annahme des „falschen Geldes“, da das verfassungsmäßige Recht der Regierung zur Errichtung der Darlehenskassen mindestens sehr zweifelhaft sei und die unter allen Umständen nothwendige nachträgliche Genehmigung des Abgeordnetenhauses niemals zu erhalten sein werde. Sie behaupteten außerdem, die Darlehenskassen sollten nur dem großen Kapital helfen, worin die biederen Manchesterleute jetzt mit einem Male den Greuel aller Greuel erblicken wollten.

Gegenüber dieser von rechts und links her betriebenen Demagogie erfüllte Schweitzer die erste Pflicht des Publizisten, Humbug aufzudecken und die Massen über die für sie äußerst wichtige Frage aufzuklären, was es mit dem neuen Gelde auf sich habe. Er untersuchte zunächst die finanztechnischen Bedingungen seiner Ausgabe und kam zu dem Ergebnisse, daß ein Fetzen Papier zwar niemals Geld sei, sondern nur die Stelle des Geldes vertreten könne, aber daß die Darlehenskassenscheine so sicher seien, wie preußisches Staatspapiergeld überhaupt. Ob das eine Papier verfassungsmäßig ausgegeben sei und das andere nicht, kümmere den Geldverkehr nicht, der mehr als irgend ein anderes Element in der menschlichen Gesellschaft die reale Sachlage ins Auge fasse, nicht aber ein doktrinär-theoretisches Gezänk, als zu welchem der preußische Verfassungsstreit längst entartet sei. Gingen die Dinge für Preußen gut, so sei keine Gefahr bei der Annahme der Darlehenskassenscheine, im umgekehrten Falle fehle freilich alle Garantie, denn in Zeiten der Noth machten die Staatsregierungen kurzen Prozeß mit den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen.

Ueber die Darlehenskassen selbst sagte Schweitzer, sie seien nichts weniger als eine geniale Offenbarung, sondern ein schon öfters von den Regierungen an-

gewandtes Mittel, um in großen Krisen eine geringe Linderung zu schaffen. An den ökonomischen Zuständen im Ganzen und Großen änderten sie gar nichts. Die gegenwärtige wirthschaftliche Krise verschuldeten diejenigen, die um dynastischer Zwecke willen die Kriegsgefahr beschworen hätten; durch die Darlehenskassen würde die Krisis nicht beseitigt, sondern nur ein wenig abgeschwächt. Dem großen Kapital kämen diese Kassen aber nur insoweit zu Gute, als diesem Kapital in der kapitalistischen Gesellschaft schließlich Alles zu Gute komme; unter dieser allgemeinen Voraussetzung nützten sie vorzugsweise dem kleinen Kapital, „nur freilich in der unter den jetzigen Verhältnissen einzig möglichen, nicht sehr trostvollen Weise". Was die Arbeiter betreffe, so würden sie vom Kapital ausgebeutet, einerlei ob vom Groß- oder Kleinkapital; für sie hätten die Darlehenskassen den etwaigen Nutzen, daß die Möglichkeit fernerer Ausbeutung immer noch dem einfachen Verhungern vorzuziehen sei. Könnte durch die fortschrittliche Agitation gegen die Darlehenskassen das Budgetrecht der Volksvertretung gesichert werden, so müßten die Arbeiter gewiß in den ersten Reihen der Kämpfer stehen, aber dazu sei nicht die geringste Hoffnung vorhanden, nachdem die Feigheit der liberalen Bourgeoisie die richtige Zeit für ein entscheidendes Auftreten längst verfehlt habe.

Der Vortrag, den Schweitzer am 11. Juni in Erfurt hielt, handelte über den Sozialismus und das Privateigenthum am Grund und Boden. In der faßlichsten Weise erläuterte er das Wesen der Bodenrente und löste die chimärischen Einbildungen auf, in denen sich die Bodenbesitzreformer heute noch bewegen. Er wies nach, daß nur die vergesellschaftete Produktion die furchtbaren Uebel heilen könne, die das Privateigenthum am Grund und Boden über die arbeitenden Klassen verhänge. Der Vortrag gehört nicht nur zu Schweitzers besten Leistungen, sondern auch zu dem Besten, was die sozialistische Literatur über die Grund- und Bodenfrage aufzuweisen hat; in gleich engem Rahmen ist diese Frage vielleicht niemals sonst mit gleich durchsichtiger Klarheit behandelt worden.

Endlich behandelte Schweitzers Vortrag in Leipzig die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Er rekapitulirte die im Sozialdemokraten entwickelte Auffassung der deutschen Frage. Das unendlich Traurige, der namenlose Fluch der Lage sei, daß es sich allein darum handle, ob Preußen oder ob Oesterreich in Deutschland herrschen solle, daß ein Drittes in diesem Augenblick und bis auf Weiteres nicht mehr möglich sei. Die junge Arbeiterpartei, die erst seit etlichen Jahren bestehe, könne diese Lage nicht mit einem Zauberschlage umändern, sie könne in diesem verhängnißvollen Augenblicke nur feststellen, daß, wenn ein Aufschwung des Volkes gegen seine Dynastien unmöglich sei, die liberale, besonders die kleindeutsche Bourgeoisie, der Gothaismus, die Schuld daran trage. Weder für den preußischen Absolutismus, noch für die österreichische Verdummungswirthschaft könne die Arbeiterpartei sich begeistern, sie könne nur ihre Kraft daran setzen, die Konzession an die Arbeiterklasse, welche der preußischen Regierung durch die Schwere der politischen Lage abgezwungen worden sei, zu einer wirk-

lichen Errungenschaft zu machen. „Im ganzen preußischen Staat und in zweiter Reihe durch ganz Deutschland, so weit unser Einfluß reicht, müssen Massenversammlungen gehalten werden, die das allgemeine Stimmrecht als ein unveräußerliches, als ein selbstverständliches Recht des Volkes gebieterisch, ja drohend von der preußischen Regierung verlangen." Und wenn man schließlich frage, ob die Arbeiter nicht doch noch in dem Streite zwischen Oesterreich und Preußen Partei ergreifen sollten, so sei die Antwort: „Noch nicht! Wenn es uns aber gelingt, die preußische Regierung weiter zu treiben auf dem Wege der Konzessionen an uns — wenn die Dinge sich so gestalten, daß in Preußen allein unsere Operationsbasis sein kann, während in Oesterreich uns wie bisher die Hände gebunden bleiben — dann, ja dann werden wir Partei ergreifen, nicht, wie Lügner und einfältige Schwätzer sagen, gegen das Recht und die Freiheit der Nation, wohl aber gegen die österreichische Regierung und die Bundeswirthschaft; dann werden wir hoffen und wünschen, dann werden wir, so viel wir können, das Unsere thun, daß der Sieg nicht bei den Fahnen Oesterreichs, sondern bei den Fahnen Preußens, nicht bei den Fahnen Benedeks, sondern bei den Fahnen Bismarcks und Garibaldis sei." Und gemäß dieser Auffassung beschloß den Tag darauf die Generalversammlung, ungesäumt mit allen Kräften die Agitation für das allgemeine Stimmrecht aufzunehmen, nach welchem nicht nur das deutsche Parlament, sondern auch die einzelstaatlichen Landtage gewählt werden müßten.

Als dieser Beschluß gefaßt wurde, rollten bereits die eisernen Würfel über die Geschicke des deutschen Volkes.

III. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege.

Binnen weniger Wochen war eine völlig veränderte Sachlage geschaffen. In raschen Schlägen warf das preußische Heer die österreichische Kriegsmacht und die Truppen der Mittelstaaten nieder, die sich im entscheidenden Augenblick alle auf die habsburgische Seite geschlagen hatten. Die besiegten Regierungen, einschließlich des Wiener und ausschließlich des Karlsruher Hofes, bekundeten ihren deutschen Patriotismus dadurch, daß sie sich hilfesuchend in Bonapartes Arme warfen. Der französische Einspruch hielt den Siegeslauf der preußischen Waffen auf, und der Friede wurde nach den französischen Vorschlägen abgeschlossen. Die Revolution von Oben bewährte auch darin ihren Charakter, daß sie auf halbem Wege stillstehen mußte, aufgehalten durch den Machtspruch eines auswärtigen Despoten.

So blieben die Dinge in der Schwebe. Oesterreich verzichtete auf jede Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, aber damit waren auch seine deutschen Provinzen für Deutschland verloren. Die Staaten nördlich des Mains bildeten einen Bundesstaat, so zwar, daß die preußische Hausmacht, die sich durch Einverleibung Schleswig-Holsteins, Hannovers, Kurhessens, Nassaus und

Frankfurts noch beträchtlich verstärkt hatte, mit erdrückendem Gewichte über einer Menge kleiner Vasallen stand. Die Staaten südlich des Mains aber, Baiern, Württemberg, Baden und ein Theil von Hessen-Darmstadt hingen in der Luft; es stand bei ihnen, einzeln oder gemeinsam, europäische Macht zu spielen oder auch in eine „nationale Verbindung“ mit dem norddeutschen Bunde zu treten, alles ganz wie es ihnen beliebte.

Von vornherein lag auf der Hand, daß dieser Zustand unmöglich dauern konnte, und thatsächlich glaubte auch Niemand an seine Dauer. Zwar das ganze Deutschland, einschließlich der deutsch-österreichischen Provinzen, war nach wie vor nur durch eine Revolution von Unten zu haben, durch eine Revolution, die nach dem überwältigenden Erfolge der preußischen Waffen in weitere Ferne gerückt war, als jemals seit den Märztagen von 1848. Aber die Mainlinie, so sehr sie den Ueberlieferungen der preußischen Staatskunst entsprach und welche Rolle sie immer in den Unterhandlungen Bismarcks mit Bonaparte gespielt haben mochte, hatte ihren alten vaterlandsverrätherischen Sinn verloren, seitdem Oesterreich aus Deutschland hinausgeworfen worden war. Nicht der preußische Schulmeister hatte bei Königgrätz gesiegt, wie ein schönrednerisches Schlagwort die Siege der Zündnadel erklären wollte, sondern der Zollverein, der seit dreißig Jahren ein großes Wirthschaftsgebiet geschaffen hatte. Die ökonomischen Bedürfnisse dieses Wirthschaftsgebiets, von dem die kapitalistische Produktionsweise täglich neue Striche eroberte, waren der reale Boden, aus dem die nationalen Einheitsbestrebungen emporwuchsen. Die politischen Bande, die dieses Wirthschaftsgebiet mit Oesterreich verknüpften, konnten um so leichter zerrissen werden, je mehr sie zu drückenden Fesseln seiner ökonomischen Konsolidirung geworden waren, aber um so weniger ließen sich seine eigenen ökonomischen Zusammenhänge durch staatsrechtliche Tifteleien lösen. Die süddeutschen Staaten konnten nicht europäische Macht spielen, sie konnten auch nicht zu französischen oder österreichischen Vasallen werden, es sei denn, daß ein großes, seit dreißig Jahren zusammengewachsenes Wirthschaftsgebiet, welches sich im aufsteigenden Aste der kapitalistischen Entwicklung befand, in tausend Trümmern zerschlagen wurde, und das gehörte zu den historischen Unmöglichkeiten.

Bismarck begriff die Lage und wußte ihr seine Politik mit unleugbarem Geschick anzupassen. Er war jetzt mitten in der Ausführung des Programms, das er im Jahre 1864 dem russischen Staatsrath Ewert entwickelt hatte oder entwickelt haben sollte: „Ich werde die Einen erkaufen, die Anderen einschüchtern, noch Andere schlagen, und zuletzt Alle für mich gewinnen, indem ich sie gegen Frankreich führe.“ Bismarck bändigte den Heißhunger des Königs, der mit aller Gewalt hatte in den Krieg getrieben werden müssen, aber jetzt mit seiner Abdankung drohte, wenn er nicht nach altpreußischer Manier so viel Land und Leute verschlingen konnte, als in seiner augenblicklichen Gewalt waren. Wie Oesterreich selbst, so erhielten die süddeutschen Staaten den Frieden zu sehr milden Bedingungen; die vorerst geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse, die

Bismarck dafür von ihnen einhandelte, waren ihm mehr werth, als etwelche Geviertmeilen bairischen oder schwäbischen Landes. Den biederen Bonaparte aber, der jetzt leise wegen etwaiger „Kompensationen“ anklopfte, behandelte Bismarck nach der Losung: Auf einen Schelmen anderthalbe! Er spielte von nun an den strengen Hüter der deutschen Ehre, nicht aus deutscher Gesinnung, die ihm und seinem Könige so fremd war wie je, sondern aus dem wohlverstandenen Interesse der preußischen Politik. Er bekam es nach wie vor über sich, Bonapartes Appetit auf deutsches Gebiet „dilatorisch“ zu behandeln, aber diese Behandlung war ihm nur noch ein Köder, um den Fuchs ins Tellereisen zu locken.

In ihrer Art begriff auch die Bourgeoisie die Lage, aber eben auch nur in ihrer Art. Ehe der Krieg ausbrach, hatte Bismarck das Abgeordnetenhaus aufgelöst, und seine Spekulation auf den nationalen Nerv glückte diesmal besser, als im Jahre 1863. An demselben 3. Juli, an dem die entscheidende Hauptschlacht des deutschen Krieges geschlagen wurde, schmolz in den Urwahlen die fortschrittliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses dahin. Und nun spaltete sich obendrein die bis dahin herrschende Partei. Wie sich aus der alten Feudalpartei eine freikonservative Fraktion absonderte, die endlich begriff, daß ohne gewisse Zugeständnisse an den Kapitalismus die Verpreußung Deutschlands nicht zu haben sei, so sonderte sich aus der Fortschrittspartei die nationalliberale Fraktion ab, die endlich ohne alles Brimborium auf die politischen Herrschaftsansprüche der Bourgeoisie verzichtete, vorausgesetzt, daß die materiellen Interessen dieser Klasse befriedigt würden. Sie war tief gerührt, als Bismarck um Indemnität für die budgetlose Finanzwirthschaft der letzten Jahre einkam; ohne zu begreifen oder begreifen zu wollen, wie nothwendig die Regierung diese Indemnität brauche, ohne einen Versuch, den Artikel 99 der Verfassung so zu ändern, daß für die Zukunft das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses unzweideutig sicher gestellt wurde, bewilligte die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses das Indemnitätsgesetz, um sich dann vom Könige sagen zu lassen, daß er in gleicher Lage stets ebenso handeln würde, wie in den Jahren des Verfassungsstreits. Nicht mit Unrecht legte Wagener diese Sorte Indemnität dahin aus, daß sie nicht ein Unrecht der Regierung ausgleiche, sondern das Recht der Regierung besiegele.

Hätte sich nun wenigstens aus dem Reste der Fortschrittspartei, der an dem alten Namen und dem alten Programm festhielt, eine kleinbürgerliche Demokratie entwickelt! Aber auch davon war keine Rede. In der zusammengeschmolzenen Fortschrittspartei befanden sich sehr verschiedene Elemente; neben kleinbürgerlichen Demokraten saßen konstitutionelle Hasen, wie Classen-Kappelmann, fanatische Preußen, wie Waldeck und Ziegler, gerissene Sykophanten des großen Kapitals, wie Eugen Richter, der zum Prokuristen bei Bleichröder geboren und in der Pein eines verfehlten Berufs auf den unglücklichen Gedanken verfallen war, den Parteiführer und Politiker zu spielen, wozu er taugte, wie der Esel zum Lautenschlagen. Nur ein Mann aus der alten Fortschrittspartei dachte ehrlich und tapfer genug, die bürgerlichen Ideale nach wie vor hochzuhalten,

den siegreichen Machthabern zum Trotze; Johann Jacoby sagte mit dem römischen Zwölftafelgesetze: contra hostem aeterna auctoritas esto, gegen den Feind der Freiheit erlischt nie der Rechtsanspruch des Volkes.

Einer so kläglichen Politik, wie die Bourgeoisie trieb, war das Proletariat unfähig. Seine großen Endziele wurden durch die deutsche Umwälzung überhaupt nicht berührt, es konnte sich nur fragen, ob der Weg zu diesem Ziele verändert sei. Und auch diese Frage fand insofern sofort ihre Erledigung, als der Sieg des Preußenthums auch ein Sieg der Reaktion war, als der Kampf um die politische Freiheit, ohne welche die Arbeiterklasse ihre sozialen Ziele nicht zu erreichen vermag, um so schwieriger und also auch um so nothwendiger geworden war. Es blieb dann nur noch das Eine zu entscheiden übrig, wie sich der Emanzipationskampf des Proletariats am wirksamsten führen lasse: ob vom Boden der neu geschaffenen Zustände aus, oder außerhalb dieses Bodens. Es handelte sich um die richtige Würdigung der historischen Frage, ob der Tag von Königgrätz eine historische Entscheidung oder der plumpe Glückszufall einer abenteuerlichen Politik gewesen sei, ob er der deutschen Entwicklung eine neue Bahn angewiesen oder sie in eine Sackgasse verrannt habe, aus welcher sie vor allen Dingen erst wieder herausgebracht werden müsse. Die verschiedene Beantwortung dieser Frage warf einen jahrelangen Zwist in die deutsche Arbeiterklasse, die damit dem Elend der deutschen Zerrissenheit einen letzten Tribut zahlte.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein entschied sich dafür, auf dem Boden der neuen Zustände zu kämpfen. Während des Krieges selbst hatte die auf der Leipziger Generalversammlung beschlossene Agitation für das allgemeine Wahlrecht einen stattlichen Umfang angenommen. Auf Anordnung des neuen Präsidenten, der zeitweilig nach Berlin übergesiedelt war, gingen zuerst die schlesischen Mitglieder mit großen Versammlungen vor, die während der ersten Juliwoche in Ernsdorf, Dreißighuben, Langenbielau, Peterswaldau, Steinseifersdorf, Stollbergsdorf, Wüste-Giersdorf stattfanden und mit einem schlesischen Arbeitertage in Wüste-Waltersdorf schlossen. In der zweiten Juliwoche beriefen die norddeutschen Gemeinden in Hamburg, Altona, Kiel, Pinneberg, Elmshorn, Glückstadt, Itzehoe, Bremen, Harburg, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Stettin die Arbeiter ein; diese Reihe von Versammlungen gipfelte in einem norddeutschen Arbeitertage, der in Hamburg zusammentrat. In der zweiten Hälfte des Julis gingen in gleicher Weise die mittel- und süddeutschen Gemeinden vor: Leipzig, Thonberg, Stötteritz, Neustadt, Oberkändler, Grüna, Plauenscher Grund, Großenhain, Glauchau, Dresden, Leisnig, Böhlen, Naumburg, Apolda, Beerfelden, Erfurt, Mainz, Frankfurt a. M., Offenbach, Augsburg, Asch in Böhmen; ein mittel- und süddeutscher Arbeitertag in Leipzig machte den Beschluß. Endlich kamen die rheinisch-westfälischen Gemeinden an die Reihe: Köln, Barmen, Elberfeld, Ronsdorf, Remscheid, Solingen, Wald, Wermelskirchen, Düsseldorf, Gerresheim, Hilden, Derendorf, Duisburg, Meyderich, Dünnwald, Mühlheim, Altena, Hagen, Iserlohn, Hörde und manche andere noch; ein rheinisch-westfälischer

Arbeitertag in Barmen beendete die ganze, in ihrer Weise großartige Kundgebung im Monat August.

Zu dieser Zeit hatte sich der Pulverdampf genugsam verzogen, um einen Ueberblick über die Ergebnisse des Krieges zu gestatten. Kein anderes Blatt in Deutschland übersah sie so klar und weit, wie der Sozialdemokrat. Er geißelte unbarmherzig das verächtliche Kriechen des österreichischen Kabinets und des kleinen „Staatengesindels" vor Bonaparte, aber er züchtigte nicht minder, in einer Nummer, die dreimal hintereinander von der Polizei beschlagnahmt wurde, die Agitation für die Mainlinie, welche die Kreuzzeitung und die Nationalzeitung in holder Eintracht betrieben. „Wenn ihr Blut und Eisen nur gefordert habt, um aus einer schmachvollen Zersplitterung unseres Vaterlandes seine noch schmachvollere Zerreißung zu machen, so ist klar, daß ihr gewissenlos waret, für elende dynastische Interessen das Herzblut unseres Volkes zu vergießen." Am Vorabend des Friedensschlusses dämpfte der Sozialdemokrat sowohl das preußenfeindliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Mainlinie, als auch das preußenfreundliche Geschrei über die nunmehr geschaffene Einheit Deutschlands. „Das neue Deutschland ist nicht das Deutschland der Mainlinie. . . . Der beabsichtigte süddeutsche Bund kann nach Lage der Dinge der konsolidirten norddeutschen Macht gegenüber nur ein so schattenhaftes Dasein führen, daß an eine ernstliche Gegenstellung gegen Preußen kaum zu denken ist, ja, daß mit innerer Nothwendigkeit die nationalen Bestrebungen auch dort lediglich um Preußen gravitiren werden. Der ganze Süden wird ein Nebenland sein, das den beständigen Hang, sich mit dem Hauptlande zu vereinigen, in sich trägt." Aber wenn auch von einer Mainlinie in hergebrachtem Sinne nicht gesprochen werden könne, so verdiene die preußische Regierung nicht weniger schweren Tadel. Sie könne das verflossene Blut nicht verantworten, wenn nicht aus diesem Kriege eine wahrhaft nationale Schöpfung hervorgehe. Das offizielle Blatt der preußischen Regierung fordere die Einstellung der Agitation für eine das gesammte Vaterland umfassende Staatsschöpfung gleichsam als patriotische Pflicht. „Allein, nicht was der preußischen Regierung und ihrem Staatsanzeiger angenehm oder unangenehm ist, sondern das bleibende und unverjährbare Recht der Nation kommt hier in Betracht. Es ist wahr, daß wir keine Mainlinie bekommen, aber es ist ebenso wahr, daß wir auch kein einiges Deutschland errungen haben. Früher aber darf die nationale Agitation nicht ruhen, als bis das ganze und große Deutschland vollendet im Herzen Europas steht."

Am bezeichnendsten fast trat der Standpunkt des Sozialdemokraten in seiner Kritik der Rede hervor, durch die Johann Jacoby im preußischen Abgeordnetenhause gegen die neue Gestaltung der deutschen Zustände protestirt hatte. Der Sozialdemokrat druckte die Rede an der Spitze des Blattes ab, was ihm wieder eine polizeiliche Beschlagnahme eintrug, und fügte hinzu: „Wie sollte diese Rede nicht unsere Bewunderung erwecken! Inmitten eines Zustandes verzweifelnder Fahnenflucht und wirrer Auflösung hören wir die markige Stimme

eines Mannes ertönen, der unbeirrt von dem wuchtigen Eindrucke des Stückes Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt hat, unbeirrt von Verrath und Abfall im eigenen Lager, den alten Ruf der Freiheit erhebt — den Kampfruf seines ganzen langen Lebens.“ Jedoch gegen Jacobys Bemerkung, er könne sich über die preußischen Siege nicht freuen, sie hätten das ersehnte Ziel deutscher Einheit und Freiheit weiter hinausgerückt, als selbst der frühere Bundestag und die vor dem Kriege vorhandenen Zustände, wandte der Sozialdemokrat ein, hier sei ein Mißverständniß abzuwehren. Gewiß seien die preußischen Siege beklagenswerth, weil durch einen dynastischen Krieg, nicht durch die selbständige und volksthümliche Erhebung der Nation die Herstellung der deutschen Einheit begonnen worden sei. „Aber entscheidende Ereignisse haben stattgefunden, wir können die Weltgeschichte nicht rückgängig machen. Die beiden Großmächte Deutschlands haben um die Beherrschung unseres Vaterlandes gekämpft — der Sieg war bei Preußen — es giebt fortan nur noch eine deutsche Großmacht. Dies ist nicht die Lösung, die wir wollten — aber es ist eine Lösung — und diese Lösung ist thatsächlich da. Wenn aber einmal die Sache so lag, daß die Frage nur noch zwischen Oesterreich und Preußen stand, nicht mehr zwischen der Nation und diesen, so müssen die liberalen Elemente Deutschlands, muß insbesondere die Arbeiterklasse sich freuen, daß die Preußen vor Wien und nicht die Oesterreicher vor Berlin standen. Man verstehe uns recht: daß die Frage nur zwischen Habsburg und Hohenzollern stand, dies war tief zu bedauern, und nicht uns, die neue, kaum gegründete Arbeiterpartei, trifft die Schuld. Aber nachdem einmal die Frage thatsächlich so lag, war es besser, daß Preußen siegte als Oesterreich. Was hätte ein Sieg Habsburgs uns gebracht? Die erneute Bundeswirthschaft mit der alten Schwäche und Wehrlosigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber, mit den lächerlich kleinlichen Zuständen im Innern, dazu Jesuitenthum, eisernen Druck und entmannende Korruption. Wir wissen wohl, daß auch, was Preußen uns bringt, des Guten nicht allzuviel ist, aber hier ist doch Hoffnung zum Besseren und darauf gerade, diese Hoffnung zu verwirklichen, muß die Agitation aller demokratischen Elemente in Deutschland sich jetzt richten. Nein, wir sind nicht weiter von der deutschen Einheit entfernt, als zur Zeit der Bundeswirthschaft.“

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Auffassung den Anschauungen entsprach, die in den Arbeitermassen, namentlich in den norddeutschen, aber theilweise auch in den mittel- und süddeutschen vorherrschten. Nach all dem blutigen Elend, das die Schandwirthschaft des Bundestags gerade über das Proletariat gebracht hatte, war es nur natürlich, daß diese Klasse eine Wendung der Dinge, die ihr wenigstens etwas freiere Luft zu verschaffen versprach, als ein geringeres Uebel empfand, wenn nun einmal nichts Besseres zu haben war. Aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine wurde kein Laut des Protestes gegen die Stellung des Sozialdemokraten laut, wohl aber manche Kundgebung, die viel weiter nach der preußischen Seite ging, als der Sozialdemokrat gehen wollte. Hasenclever, der als Landwehrmann eingezogen worden war und auf dem Stamm-

schlosse des Augustenburgers im Quartier lag, veröffentlichte in einer Flensburger Zeitung ein Gedicht an den Einheitsmacher Bismarck, und Tölcke entwickelte in einer langen Reihe von Artikeln ein Parteiprogramm, das auf eine „vollständige Einigung Deutschlands unter einem hohenzollernschen Kaiserreiche mit voller politischer und gewerblicher Freiheit" lossteuerte. Schweitzer griff auch hier, wie bei der Abneigung der Arbeiter gegen die Fortschrittspartei, nicht aufstachelnd, sondern zügelnd ein.

In einer Artikelreihe über „Unser Parteiprogramm" führte er gegen Tölcke aus, daß die soziale Forderung des Proletariats, die Emanzipation der Arbeit aus den Fesseln des Kapitals, über allem Wechsel der politischen Zustände stehe. Ebenso klar sei es, daß die deutsche Sozialdemokratie die Lösung der Arbeiterfrage nur von einem Volksstaate verlangen könne, daß die deutschen Arbeiter niemals zu Werkzeugen herrschsüchtiger Junker werden dürften. Der Sieg Preußens über Oesterreich habe die reaktionären Elemente in Preußen mächtiger als je gemacht, in Sachen der Freiheit bleibe es also ganz bei dem alten Kampfe. In Sachen der Einheit sei aber insofern eine Aenderung eingetreten, als der deutsche Dualismus fortgefallen sei. „Preußens Regierung hat das Verdienst, daß sie einen Kern nationaler Kraft geschaffen hat, der die Grundlage der Macht und Größe zwar noch nicht ist, aber werden kann, werden soll, und, wenn die Nation das Ihre thut, auch werden wird." Man dürfe sich deshalb nicht darüber täuschen, daß die preußische Regierung im Interesse des spezifischen Preußenthums handle, daß ihr angebliches Interesse an der deutschen Einheit nur eine leere Versicherung sei. Aber solche Vorspiegelungen seien in der Politik verhängnißvoll, etwas müsse doch geschehen, um sie glaubhaft zu machen. So habe die preußische Regierung ein deutsches Parlament nach dem allgemeinen Stimmrechte vorgeschlagen, von diesem Plane seien durch den Gang der Ereignisse nur Trümmer übrig geblieben, aber selbst das norddeutsche Parlament, ein so schwaches Mittel es gegenüber der so mächtig gewordenen preußischen Regierung sei, müsse von der Arbeiterklasse im Dienste der nationalen Sache benutzt werden, unter Umständen könne es doch eine Macht werden. Nicht aber könne die nationale Aufgabe darin liegen, die Ereignisse des Jahres 1866 rückgängig zu machen, den alten Dualismus wiederherzustellen oder an die Stelle der reaktionären preußischen Kreise die noch weit reaktionäreren österreichischen Kreise zu setzen.

In Berlin sei das Machtzentrum, auf das eingewirkt werden müsse, um die deutsche Einheit zu schaffen. „Nicht nur die süddeutschen Staaten müssen zu dem jetzt vorhandenen Kerne herangezogen werden — auch Deutschösterreich gehört zu uns und wird zu uns gehören, so lange dort deutsche Zunge klingt." Nothwendig sei aber ein Einheits-, nicht ein Bundesstaat. Ein Bundesstaat, in dem ein einzelner Staat mächtiger sei, als alle übrigen zusammengenommen, sei ein beständiger Widerspruch in sich selbst, eine offene Lüge, besonders für die Sache der Freiheit gefährlicher, als ein Einheitsstaat. Denn die Regierung des einen

übermächtigen Staates habe thatsächlich alle Macht in der Hand, während die ihr gegenüberstehende Volkskraft unnatürlich zertheilt und zerklüftet sei. „Möglich freilich — und dies macht Viele irre —, daß man in einem Winkelstaate vielleicht etwas lauter sprechen darf, als im Hauptstaate selbst, aber man bedenke, daß Alles, was dort gesprochen und getrieben wird, überhaupt keine Bedeutung hat.“ Demgemäß habe die Arbeiterklasse die preußische Regierung zu unterstützen gegen partikularistische und habsburgisch-dualistische Bestrebungen, vor Allem auch — und hier mit der vollen Liebe und Gluth vaterländischen Gefühls — in etwaigen Konflikten mit dem einmischungssüchtigen Auslande. Aber sie müsse bei alledem stets festhalten, daß sie nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehe, und auf Schritt und Tritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, wach und rege erhalten jenes Palladium aller echten Volksparteien: das demokratische Mißtrauen.

Als Schweitzer dies Programm veröffentlichte, hatten sich die sächsischen Arbeiter unter dem Eindrucke des Krieges bereits auf ein anderes Programm geeinigt, das am 19. August 1866 auf einer „Landesversammlung der sächsischen Demokratie“ in Chemnitz berathen und beschlossen wurde. Die Versammlung bestand ausschließlich oder doch ganz überwiegend aus Delegirten der sächsischen Arbeitervereine, von denen die Mehrheit, wie Roßmäßler, Bebel, Liebknecht, Knöfel, die Advokaten Schraps und Gebrüder Freytag von Arbeiterbildungsvereinen, die Minderheit aber von den Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Dresden, Leipzig, Glauchau, Limbach und Chemnitz abgeordnet worden war. Nach sechsstündiger Berathung wurde ein Programm angenommen, das zwar auch die Betheiligung an den Wahlen zum norddeutschen Parlament empfahl, aber nur zu dem Zwecke, die durch den Krieg geschaffenen Zustände unversöhnlich zu bekämpfen, die großdeutsch-demokratische Einheitstendenz ungeschmälert aufrecht zu erhalten und die Zusammenberufung eines konstituirenden Parlaments zu erstreben, das von allen deutschen Staaten, mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs zu beschicken sei.

Die sonstigen Forderungen des Chemnitzer Programms liefen auf die völlige Demokratisirung des Staats hinaus, auf das allgemeine Stimmrecht für die Wahl zu allen öffentlichen Körperschaften, Volkswehr statt der stehenden Heere, freie Presse und freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Selbstverwaltung der Gemeinden, Unabhängigkeit der Gerichte, Trennung der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staate, Reform der Volksschulen und Aehnliches. Für das Proletariat wurde verlangt Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimathsrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde. Alle diese Forderungen entsprachen äußerlich dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, unterschieden sich von ihm aber wesentlich dadurch, daß

sie in bürgerlich-demokratischem Sinne gestellt wurden. Weder verstanden sie unter dem allgemeinen Stimmrechte die Herrschaft der Arbeiterklasse über die Staatsgewalt, noch unter der staatlichen Förderung der Produktivgenossenschaften die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise. Unter dem Vorsitze desselben Roßmäßler, der dem Programm Lassalles einen so heftigen Widerstand entgegengesetzt hatte, wurde das Chemnitzer Programm berathen, und die neue Partei nannte sich selbst Sächsische Volkspartei, betrachtete sich als einen Zweig der Deutschen Volkspartei.

Freilich konnte sie, da sie aus einem Stamme von Arbeitern bestand, von vornherein nicht in solche Konfusion verfallen, wie die Deutsche Volkspartei, die nach ihren verworrenen Anläufen in Darmstadt und Frankfurt noch immer nicht wußte, weder was sie in der nationalen, noch was sie in der sozialen Frage wollte. In Württemberg allein hatte sie sich einigermaßen organisirt, und hier trieb ihr schwäbischer Partikularismus gar wundersame Blüthen. So benutzte der Stuttgarter Beobachter, ihr Hauptorgan, die beiläufige Thatsache, daß der Landtag in Weimar ein paar tausend Thaler an der Zivilliste des Herzogs gestrichen hatte, um „seiner treuen Eckartrolle gemäß“ die süddeutschen Fürsten darauf hinzuweisen, was ihnen vom norddeutschen Bunde drohe; entschlössen sie sich, mit der Deutschen Volkspartei gemeinsame Sache zu machen und einen parlamentarisch-militärischen Südbund zu gründen, so würde das Volk dadurch in einem Grade verpflichtet werden, daß „bei dessen ganzer Denkungsweise eine Erschütterung der ökonomischen Grundlage der Throne außer den Kreis aller Wahrscheinlichkeit fiele.“ Vor solchen „Triäseleien“ war die Sächsische Volkspartei natürlich gefeit. Ihren Standpunkt in der deutschen Frage gaben vollkommen klar die Programmsätze wieder: „Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt — kein Kleindeutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen können, sind von der demokratischen Partei auf das Entschiedenste zu bekämpfen.“ Im Prinzip war diese Auffassung dieselbe, welche auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertrat. Der Unterschied lag nur in der Frage, ob die Umwälzungen des Jahres 1866 eine veränderte Taktik geböten. Das Chemnitzer Programm verneinte diese Frage, während der Sozialdemokrat sie bejahte.

Die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die an der Berathung des Chemnitzer Programms theilgenommen hatten, berichteten darüber an das Vereinsorgan, das in einigen redaktionellen Anmerkungen zu den Berichten „Vorsicht“ anrieth; wer es gut mit den Arbeitern meine, könne sich einfach der sozialdemokratischen Partei anschließen. Jedoch kam es zu keiner offenen Fehde. Auch konnten beide Organisationen sehr gut nebeneinander bestehen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte zwar im Königreiche Sachsen ihren Ur-

sprung genommen, sich aber gerade hier nicht im Verhältniß zur industriellen Blüthe des Landes und lange nicht so stark entwickelt, wie in Hamburg und Rheinland-Westfalen. Es stimmt nicht mit den Thatsachen, wenn man diese Erscheinung dadurch hat erklären wollen, daß die sächsischen Arbeiter zu aufgeklärt gewesen seien, um nicht durch den angeblich preußenfreundlichen und angeblich sektenhaften Charakter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückgestoßen zu werden; gerade die wirklich preußenfreundliche und wirklich sektenhafte Form der deutschen Arbeiterbewegung, der orthodoxe Lassalleanismus der Gräfin Hatzfeldt, nistete sich um diese Zeit in Sachsen ein und fand hier ein fruchtbareres Rekrutirungsgebiet als irgendwo anders. Man wird der Wahrheit näher kommen, wenn man annimmt, wofür auch manches Andere spricht, daß einerseits der bürgerliche Radikalismus in Sachsen noch so gesund war, um die vorgeschritteneren Arbeiterschichten an seine Fahne zu fesseln, andererseits aber bedeutende Theile des sächsischen Proletariats, namentlich in der hausindustriellen Arbeiterbevölkerung, noch verhältnißmäßig unentwickelt waren.

Traf diese Annahme zu, so war es ein erfreulicher Fortschritt, daß sich die demokratischen Elemente des sächsischen Proletariats auf Grund eines Programms organisirten, das seinem Inhalte nach schon mit proletarischem Geiste erfüllt war und nur die bürgerliche Form abzustreifen brauchte, um mit dem Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammenzufallen. Die abweichende Taktik in der nationalen Frage mußte als ein nothwendiges Uebel hingenommen werden, da die Auffassung des Chemnitzer Programms unzweifelhaft den Anschauungen der sächsischen, wie überhaupt vieler mittel- und süddeutscher Arbeiterkreise entsprach. Wirklich bedenklich war jedoch, daß die Sächsische Volkspartei, wohl wissend, daß sie von sich aus keine großdeutsche Revolution machen konnte, ihren Anschluß an die Deutsche Volkspartei suchte, mit der sie im Grunde nichts gemein hatte, als die rein negative Eigenschaft des Preußenhasses. Eines Hasses, der obendrein hüben und drüben ganz verschiedenen Quellen entsprang: bei der Sächsischen Volkspartei überwiegend demokratisch-revolutionären Gesinnungen, bei der Deutschen Volkspartei überwiegend partikularistischer Krähwinkelei oder anderen Triebfedern, die das großdeutsche Programm als eine schimmernde Maske für sehr dunkle Zwecke mißbrauchten. Vor einer Fahne, unter der Löb Sonnemann und ähnliche giftige Feinde des klassenbewußten Proletariats sich sammelten, hatten die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine ebenso ausgesprochene, wie berechtigte Abneigung.

Zwei Wochen nach der Chemnitzer Versammlung hielt die Internationale ihren ersten Kongreß ab. Er tagte in Genf, wo Johann Philipp Becker für ihre deutschen Sektionen einen Mittelpunkt der Organisation geschaffen hatte und seit Anfang des Jahres 1866 den Vorboten, eine Monatsschrift, als Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache herausgab. In Deutschland bestanden erst kleine und vereinzelte Sektionen des Bundes, in Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, am Rhein. Im Ganzen war der Kongreß, der während

der ersten Septemberwoche tagte, von 60 Delegirten besucht, 3 Deutschen, 7 Engländern, 7 Franzosen; die Mehrheit bildeten, wie es in der Natur der Sache lag, schweizerische Delegirte.

Der Generalrath wurde namentlich durch Odger, Eccarius und den Uhrmacher Jung vertreten, von ihnen leitete Jung die Verhandlungen des Kongresses. Das Programm und die Statuten der Internationalen fanden mit unwesentlichen Aenderungen ihre endgiltige Bestätigung, wobei ein Antrag der französischen Delegirten, nur Handarbeiter als Mitglieder der Assoziation zuzulassen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Doch gehört eine ausführliche Darstellung der Kongreßverhandlungen in die Geschichte der Internationalen; hier kann es sich nur um diejenigen Beschlüsse des Kongresses handeln, und in ihnen lag ohnehin sein Schwergewicht, die dem gemeinsamen Emanzipationskampfe des internationalen Proletariats gemeinsame Ziele steckten.

Der Beschluß, eine allgemeine Statistik über die Lage der modernen Arbeiterklasse zu veranstalten, konnte vorerst nicht mehr als den akademischen Werth einer fruchtbaren Anregung beanspruchen. Ueber die Kooperativgesellschaften beschloß der Kongreß im Sinne der Inauguraladresse: ihr großer Werth bestehe darin, zu zeigen, daß die Unterjochung der Arbeit durch das Kapital für die Zwecke der Produktion überflüssig sei, aber sie vermöchten nicht durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzuwälzen. Um ihrer Entartung in bürgerliche Schachergeschäfte vorzubeugen, empfahl der Kongreß den Kooperativgesellschaften, einen Theil ihres Gesammteinkommens in einen Fonds für die Propaganda zu verwandeln, und allen von ihnen beschäftigten Arbeitern, gleichviel ob sie Aktionäre seien oder nicht, den gleichen Antheil am Gewinne zu gewähren; als bloß zeitweiliges Mittel gab er den Aktionären eine niedrig bemessene Verzinsung ihrer Geschäftsantheile zu.

Am wichtigsten waren die Beschlüsse des Genfer Kongresses über die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Gewerkvereine, über diejenigen Waffen des proletarischen Emanzipationskampfes, welche die englischen Arbeiter zu über-, die französischen und die deutschen Arbeiter zu unterschätzen geneigt waren. Der Kongreß stellte den Grundsatz auf, daß die Arbeiterklasse sich Arbeiterschutzgesetze erkämpfen müsse. „Indem die Arbeiterklasse solche Gesetze durchsetzt, befestigt sie nicht die regierende Macht. Im Gegentheil wandelt sie jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihr eigenes Werkzeug um.“ Sie bewirke durch ein allgemeines Gesetz, was durch isolirte individuelle Anstrengungen bewirken zu wollen ein nutzloser Versuch sein würde. Der Kongreß empfahl die Beschränkung des Arbeitstages als eine Bedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen des Proletariats um seine Emanzipation scheitern müßten. Sie sei nöthig, um die körperliche Energie und Gesundheit der Arbeiterklasse wiederherzustellen, um ihr die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Umgangs, sozialer und politischer Thätigkeit zu gewähren. Als gesetzliche Grenze des Arbeitstags schlug der Kongreß acht Stunden vor, die in eine bestimmte

Tagesperiode gelegt werden müßten, so zwar, daß diese Periode die acht Stunden Arbeit und die Unterbrechungen für Mahlzeiten umfasse. Der Achtstundentag solle gelten für alle volljährigen Leute, Männer wie Frauen, die Volljährigkeit vom Schlusse des achtzehnten Lebensjahres an gerechnet. Nachtarbeit sei grundsätzlich zu verwerfen, unerläßliche Ausnahmen müßten von der Gesetzgebung festgestellt werden. Frauen seien mit aller möglichen Strenge von der Nachtarbeit auszuschließen, sowie von aller anderen Arbeit, die für den weiblichen Körper gesundheitsgefährlich oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sei.

In der Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, sah der Kongreß einen heilsamen und rechtmäßigen Fortschritt, so abscheulich die Form sei, in welcher er sich unter der Herrschaft des Kapitals verwirkliche. In einem rationellen Zustande der Gesellschaft müßte jedes Kind ohne Unterschied vom neunten Lebensjahre an produktiver Arbeiter werden, ebenso wie keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Naturgesetze ausgenommen werden dürften: nämlich zu arbeiten, um essen zu können, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirne, sondern mit den Händen. In der gegenwärtigen Gesellschaft empfehle es sich, die Kinder und jugendlichen Personen in drei Klassen zu theilen und verschieden zu behandeln: in Kinder von 9 bis 12, in Kinder von 13 bis 15, in Jünglinge und Mädchen von 16 und 17 Jahren. Die Arbeitszeit der ersten Klasse in irgend einer Werkstätte oder häuslichen Arbeit solle sich auf 2, der zweiten auf 4, der dritten auf 6 Stunden beschränken, wobei der dritten Klasse eine Unterbrechung der Arbeitszeit auf wenigstens eine Stunde für Mahlzeiten und Erholung vorbehalten bleiben müsse. Jedoch dürfe die produktive Arbeit von Kindern und jugendlichen Personen nur gestattet werden, wenn sie mit Bildung verbunden werde, worunter drei Dinge zu verstehen seien: geistige Bildung, körperliche Gymnastik und endlich technische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mittheile und zugleich das heranwachsende Geschlecht in den praktischen Gebrauch der elementarischen Werkzeuge aller Arbeitszweige einweihe.

Ueber die Gewerkvereine beschloß der Genfer Kongreß, daß ihre Thätigkeit nicht nur rechtmäßig, sondern auch nothwendig sei. Sie seien das Mittel, die einzige soziale Gewalt, welche die Arbeiterklasse besitze, nämlich ihre Zahl, der konzentrirten sozialen Gewalt des Kapitals entgegenzusetzen. So lange die kapitalistische Produktionsweise bestehe, könnten die Gewerkvereine nicht entbehrt werden, sondern müßten vielmehr ihre Thätigkeit durch internationale Verbindung verallgemeinern. Indem sie sich bewußt den unaufhörlichen Uebergriffen des Kapitals widersetzten, würden sie unbewußt Schwerpunkte der Organisation für die arbeitende Klasse, ähnlich wie die mittelalterlichen Kommunen zu solchen Schwerpunkten für die bürgerliche Klasse geworden seien. Unaufhörliche Guerillagefechte in dem täglichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit liefernd, würden die Gewerkvereine noch weit wichtiger als organisirte Hebel für die Aufhebung der Lohnarbeit.

Bisher hätten die Gewerkvereine zu ausschließlich den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital ins Auge gefaßt, in Zukunft dürften sie sich nicht der allgemeinen politischen und sozialen Bewegung ihrer Klasse fern halten. Sie würden sich am stärksten ausbreiten, wenn die große Masse des Proletariats sich überzeuge, daß ihr Ziel, weit entfernt begrenzt und selbstsüchtig zu sein, sich vielmehr auf die allgemeine Befreiung der niedergetretenen Millionen richte.

So bereiteten die ersten internationalen Assisen der modernen Arbeiterklasse sicheren und weiten Blicks die Befreiung der Menschheit vor, während Europa noch wiederhallte von dem Donner der Schlachten, die ein neues Zeitalter von „Blut und Eisen" heraufbeschworen.

IV. Die erste Probe des allgemeinen Wahlrechts.

Bei aller Größe seiner Erfolge konnte Bismarck nicht daran denken, den Trumpf zurückzuziehen, den er vor dem Kriege mit dem allgemeinen Wahlrecht ausgespielt hatte. Er brauchte einen Tropfen demokratischen Oels, um sich vor Europa als den Vollstrecker des nationalen Willens zu salben, um das mißtönende Knarren der Thüren zu dämpfen, durch welche die kleinen norddeutschen Dynasten in den Tempel der deutschen Einheit wallfahren sollten.

Auch rechnete er nicht ohne Grund darauf, daß ihm das allgemeine Wahlrecht unter dem Eindrucke des siegreichen Krieges ein noch willfährigeres Parlament beschaffen werde, als er jetzt in dem preußischen Abgeordnetenhause besaß. Diese würdige Volksvertretung war der gleichen Ansicht und suchte sich dadurch zu sichern, daß sie die Befugnisse des norddeutschen Reichstags noch mehr beschnitt, als Bismarck sie beschneiden wollte; sie nahm ihm das Recht der „Vereinbarung" und ließ ihm nur das Recht der Begutachtung, indem sie den einzelstaatlichen Landtagen das Recht vorbehielt, die Beschlüsse des Reichstags zu bestätigen oder zu verwerfen. Bismarck ging darauf mit doppeltem Vergnügen ein. Er war nun um so freier gegenüber dem norddeutschen Reichstage gestellt und wußte als gewitzter Politiker natürlich sehr gut, daß, wenn sich einmal die Regierungen mit einem durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Parlamente über die Verfassung des norddeutschen Bundes geeinigt hatten, die Geldsackvertretungen der Einzelstaaten daran nichts mehr zu ändern vermochten.

Für die Arbeiterklasse konnte es sich nur um die Frage handeln, ob sich das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht, so wie es Bismarck gewährte, zu einer brauchbaren Waffe für ihre Zwecke schmieden lasse. Der Sozialdemokrat hob hervor, daß der norddeutsche Reichstag, wehrlos, ohne Aussicht, revolutionäre Volkskräfte um sich zu konzentriren, einer Regierung gegenüberstehe, die, siegreich nach Innen und nach Außen, ein großes Heer und alle anderen Machtmittel eines großen Staates zu ihrer Verfügung habe. Es habe nicht leicht schon ein Parlament so ohne alle reale Macht gegeben. Dennoch müßten die Arbeiter

wählen, einmal weil aus dem einfachen Nichtsthun und bloßen Zusehen überhaupt nichts herauskomme, zweitens weil es von großer Wichtigkeit sei, daß die Arbeiter in einer regelmäßigen staatlichen Körperschaft ihre Forderungen begründen und so das Todtschweigungs- oder Verleumdungssystem ihrer Gegner durchbrechen könnten, und drittens weil es zwar nicht wahrscheinlich, aber doch möglich sei, daß die Umstände, die das Parlament machtlos machten, sich änderten. Die Parole sei also Wählen und nicht nur Wählen, sondern auch Wählen nach tüchtiger Vorbereitung.

An dieser Vorbereitung ließ es Schweitzer nicht fehlen. Die Amnestie, die nach dem Kriege erlassen worden war, befreite ihn von dem Reste seiner Gefängnißstrafe und einer Masse neuer Anklagen. Er hatte die Arme wieder frei und gebrauchte sie rührig. Wo die Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins polizeilich aufgelöst worden waren, wie in Berlin, richtete er sozialdemokratische Arbeitervereine ein, und um der Vereinskasse etwas aufzuhelfen, hielt er gegen ein Eintrittsgeld von einem Thaler in einem vornehmen Hotel Unter den Linden sechs Vorträge über Kapital und Arbeit, die von bürgerlichen Kreisen auch zahlreich besucht wurden. Indessen diese und andere Hilfsmittel waren doch nur Tropfen auf einen heißen Stein. Die verheerenden Folgen des Krieges lasteten am schwersten auf der Arbeiterklasse, und es war unmöglich, daß sie große Geldopfer für die Wahlen aufbringen konnte. Die Zeit war für eine Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins so ungünstig wie möglich, und dazu kam, daß die Gräfin Hatzfeldt ihre Wühlereien mit ungeschwächter Kraft fortsetzte. Sie erklärte die Wahl Perls zum Präsidenten für ungiltig, weil sie auf der Generalversammlung und nicht durch Urabstimmung der Mitglieder vorgenommen sei. Sie hatte dabei zwar den klaren und unzweideutigen Wortlaut der Statuten gegen sich, aber es kam ihr auf die lächerlichsten Auslegungen nicht an, um diesen Sinn in sein gerades Gegentheil zu verkehren. Heute wäre jedes Wort über ihre kindischen Deuteleien und Tifteleien verschwendet; worum es der Gräfin thatsächlich zu thun war, das war die Wahl einer ihrer Kreaturen zum Präsidenten des Vereins, und um diesen Zweck zu erreichen, besaß sie leider noch viel wirksamere Mittel, als Interpretationskünste, um welche sie jeder orthodoxe Theologe hätte beneiden können.

Ihre Macht bestand in dem Ansehen, das sie als alte Freundin Lassalles und angeblich genaueste Kennerin seines Willens in den Augen vieler Arbeiter umgab, und in ihrer stets gefüllten Kriegskasse, wodurch sie einzelne einflußreiche Agitatoren in den Mittelpunkten der Bewegung für sich gewann: Hillmann am Rhein, Försterling in Sachsen, Florian Paul in Schlesien, auch einzelne Mitglieder in Hamburg. Mit deren Hilfe ließ sie ein Wahlprogramm in die Massen werfen und von Arbeiterversammlungen genehmigen, das in orthodoxer Anknüpfung an einzelne Worte Lassalles halb utopistisch-revolutionär und halb bornirt-national war, in seiner praktischen Spitze: Durch Einheit zur Freiheit! aber dem nationalliberalen Programm glich, wie ein Ei dem anderen. Die

Gräfin hoffte jetzt, auf der ordentlichen Generalversammlung, die von Perl auf den 27. Dezember nach Erfurt berufen worden war, endlich das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen und die Wahl Försterlings zum Präsidenten durchzusetzen.

Jedoch zeigte sich auf der vierten Generalversammlung, daß der alte Stamm des Vereins nicht zu erschüttern war; 12 Delegirte, die 26 Orte vertraten, darunter Audorf, Ellner, Tölcke, dachten nicht daran, nach der Pfeife der Gräfin zu tanzen. Von den gräflichen Schildträgern erschienen 6, darunter Försterling und Deckwitz. Sie sahen *sofort, daß ihr Spiel verloren sei und weigerten sich*, ihre angeblich aus Bremen, Hamburg, Dresden und Chemnitz stammenden Mandate zur Prüfung einzureichen, indem sie behaupteten, Perl könne gar keine rechtsgiltige Generalversammlung einberufen. Die Gräfin Hatzfeldt war selbst in Erfurt erschienen, und Schweitzer hatte schon vor dem Zusammentritt der Generalversammlung mit ihr gütliche Verhandlungen angeknüpft, in denen er ihren Ansprüchen außerordentlich weit entgegenkam. Er gab zu, daß der Präsident fürderhin kein Gehalt beziehen und das Gehalt des Sekretärs wie zu Lassalles Zeit auf 400 Thaler festgesetzt werden sollte; namentlich aber wurde das von der Gräfin in die Massen geworfene Programm auf Betreiben Schweitzers von der Generalversammlung angenommen, nur mit einigen unzweifelhaften, wenn auch nicht durchgreifenden Verbesserungen. Dann traten die 12 Delegirten mit den 6 Anhängern der Gräfin zu einer Berathung zusammen, und Audorf machte den Vorschlag, daß die Wahl des Präsidenten, an der die Opposition nach Einreichung und Prüfung ihrer Mandate theilnehmen sollte, noch der bestätigenden oder nicht bestätigenden Urabstimmung aller Vereinsmitglieder zu unterbreiten sei. Nach mehrstündiger Berathung gingen Försterling und seine Genossen mit diesem Vorschlage zur Gräfin, kamen aber bis Mitternacht nicht wieder, worauf die Generalversammlung Perl zum Präsidenten, Audorf zum Schriftführer und J. M. Hirsch zum Kassirer wählte. Da die Wahl Försterlings zum Präsidenten von vornherein aussichtslos war, so ließ sich die Gräfin Hatzfeldt auf nichts ein.

Die von Schweitzer empfohlene Taktik der Generalversammlung war zweifellos sehr gewagt. Sie kostete dem Sozialdemokraten die Mitarbeiterschaft des letzten der „alten Sozialisten", der ihm bis dahin noch treu geblieben war; Moses Heß verwarf das Erfurter Wahlprogramm. Und in der That hatte dessen erster Satz, der jede Föderation, jeden Staatenbund beseitigen, alle deutschen Stämme durch eine innerlich und organisch durchaus verschmolzene Staatseinheit vereinigen und durch Einheit zur Freiheit marschiren wollte, eine bedenkliche Anziehungskraft für allerlei merkwürdige Arbeiterfreunde, die in „dieser Hauptsache" ein Herz und eine Seele mit dem Proletariat sein wollten. Sie meinten auch, die übrigen Punkte des Wahlprogramms — allgemeines Wahlrecht mit Diätenzahlung für alle deutschen Parlamente, Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte, beschließende und nicht blos berathende Befugnisse für den norddeutschen Reichstag, freie Arbeiterassoziationen nach den Prinzipien Lassalles, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen — „im Wesentlichen" annehmen zu können, höchstens machten sie

den Vorbehalt, daß es mit der Staatshilfe für die Arbeiterassoziationen wohl nicht besondere Eile habe. Gewiß lag hier eine große Gefahr vor, wie es an sich schon unerfreulich war, daß die junge Arbeiterpartei mit einer fragwürdigen Fahne in ihre erste Wahlschlacht marschirte. Aber Schweitzer sah eine noch größere Gefahr darin, durch Aufstellung eines hieb- und stichfesten Wahlprogramms am Vorabend der Wahlschlacht den Bruderkrieg im Schooße des Proletariats zu entzünden, und er hielt es für noch unerfreulicher, mit aufgelösten Reihen den Kampfplatz zu betreten. War erst die Gräfin Hatzfeldt auf ihrem eigenen Programm festgenagelt, so ließ sich erwarten, daß die bürgerlichen Verführungskünste, die mit diesem Programm getrieben werden konnten, an der geschulten Kerntruppe des Vereins von selbst scheitern würden. Obendrein gab Schweitzer den Arbeitern den probaten Rath, bürgerliche Arbeiterfreunde erst in zweiter Reihe nach ihrer Stellung zu dem Erfurter Wahlprogramm, in erster Reihe aber darnach zu fragen, ob sie das Proletariat als Klasse vertreten wollten, und im Falle irgend welcher ausweichenden Antwort ihnen sofort den Rücken zu kehren.

Glücklicher Weise bewährte sich Schweitzers Vertrauen auf den gesunden Sinn der Arbeiter. Irgend welche praktische Mißgriffe verursachte das Erfurter Wahlprogramm nicht, dagegen legte es die Agitation der Gräfin Hatzfeldt für die Zeit der Wahlen vollständig lahm. Ihrer Wuth darüber gab sie den unwürdigen Ausdruck, daß sie in den beiden Wahlkreisen, in denen Schweitzer mit einiger Aussicht auf Erfolg kandidirte, diese Aussicht zu zerstören suchte, zum Gaudium der fortschrittlichen undd er reaktionären Gegner. In Elberfeld-Barmen hetzte sie Hillmann gegen Schweitzer und überschwemmte den Wahlkreis mit einem in Genf gedruckten Pamphlet, das die verlogensten Beschuldigungen gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein richtete; in Reichenbach-Neurode wirkten ihre Agenten sogar unverhohlen gegen Schweitzer für den Landrath Olearius. Schweitzer wurde dadurch kaum geschädigt, aber die Gräfin Hatzfeldt vernichtete selbst den Rest des Ansehens, das sie bisher noch bei den rheinischen und schlesischen Arbeitern genossen hatte.

Dank ihren ewigen Intriguen zog der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein fast ungerüstet in die Wahlschlacht, mit nackten Leibern sich den Spießen und Stangen der Regierungsgewalt, den tausend unsichtbaren, aber desto gefährlicheren Waffen der Geldmacht entgegenwerfend. Was ihnen an äußeren Mitteln fehlte, das suchten die Arbeiter durch einen wahren Feuereifer zu ersetzen. Der Wahltermin wurde erst sehr spät von der Regierung auf den 12. Februar 1867 anberaumt, und in wenige Wochen drängte sich das entscheidende Ringen zusammen. Den verhältnißmäßig größten Erfolg hatte die Sozialdemokratie im bergisch-märkischen Industriebezirke, wo sie etwa 18 000 Stimmen musterte. In Altena-Iserlohn fielen 1124 Stimmen auf Hasenclever, in Hagen 1589 Stimmen auf den Arzt Reincke, der sich durch opferbereites Wirken große Liebe bei den Arbeitern erworben hatte und seine humane Gesinnung für sozialistische Ueberzeugung versah. Der Schriftsteller Rittinghausen, ein alter Demokrat von 1848 her, der noch

etwas von dem utopistischen Hange des vormärzlichen Sozialismus bewahrt hatte und in der direkten Gesetzgebung durch das Volk den einzigen Hebel der sozialistischen Gesellschaft erblickte, erhielt in Köln 1095, Schweitzer in Düsseldorf 664, der Schneider Schob in Mülheim a. Rh. 1059, der Eisenarbeiter Böhm in Duisburg 1686, Martiny in Solingen 1437, Audorf in Lennep-Mettmann 4034 und Schweitzer in Elberfeld-Barmen 4668 Stimmen.

In Elberfeld-Barmen kämpfte Schweitzer mit Bismarck als konservativem, und mit Forckenbeck, dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, als liberalem Gegenkandidaten. 70 Prozent der Wahlberechtigten betheiligten sich an diesem Kampfe, der in ganz Deutschland großes Aufsehen erregte. Die Beschimpfungen, welche die konservativen und mehr noch die liberalen Blätter über Schweitzer ergossen, überstiegen alles Maß; nicht nur wurde ihm die geschlechtliche Verirrung seiner Jugendjahre bis zum Ekel vorgeritten, sondern er wurde auch als Betrüger und als Dieb denunzirt. Und alle Gehässigkeit seiner bürgerlichen Gegner wurde fast noch überboten durch die verleumderischen Angriffe der Gräfin Hatzfeldt und ihrer Werkzeuge. Die Arbeiter in Elberfeld-Barmen ließen sich aber keinen Augenblick verblüffen; sie erklärten einfach: wir wählen Schweitzer, und wenn er Mörder und Räuber wäre. Sie wußten recht gut, weshalb ihr Kandidat diese Angriffe erfuhr. Hillmann, der zwei Jahre lang der beliebteste Agitator des Rheinlands gewesen war, erhielt als sozialdemokratischer Gegenkandidat gerade 52 Stimmen. Den Sieg freilich konnten die Arbeiter noch nicht an ihre Fahne fesseln; Schweitzer kam nicht einmal zur Stichwahl, da Bismarck 6523 und Forckenbeck 6123 Stimmen erhalten hatte.

Nächst dem Rheinlande erzielte die sozialdemokratische Wahlagitation im nordwestlichen Deutschland ihre größten Erfolge. In den beiden Kreisen der Stadt Hamburg erhielt Perl zusammen 3223, in Harburg York 3660, in Braunschweig der sächsische Schriftsteller Walster 2267 Stimmen. Nach diesen 9000 Stimmen kam Schlesien mit deren 4000, von denen auf Schweitzer in Reichenbach-Neurode 3109, und auf den Weber Heinrich Schnabel, ein altes eifriges Mitglied des Vereins, in Waldenburg 891 fielen.

Im Königreiche Sachsen trugen Würkert als Kandidat der Stadt Leipzig und Fritzsche als Kandidat des Landkreises Leipzig jeder etwa 1000 Stimmen davon, Würkert etwas mehr, Fritzsche etwas weniger. Sonst wurden noch etwa 6000 sächsische Stimmen für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgegeben, davon 800 in Dresden, 1300 in Chemnitz und 3081 in Freiberg, aber sie vereinigten sich nahezu ausschließlich auf Anhänger der Gräfin Hatzfeldt. Von den Kandidaten der Sächsischen Volkspartei siegten Bebel in Glauchau-Meerane und Schraps in Zwickau-Crimmitschau, beide erst in der Stichwahl. Liebknecht unterlag für diesmal noch in Stollberg-Schneeberg, vermuthlich deshalb, weil er an ausgiebiger Agitation dadurch gehindert wurde, daß er die erste Frucht der „deutschen Einheit" bitter genug zu kosten bekommen hatte. Er hatte nach Erlaß der preußischen Amnestie einen Besuch in Berlin abgestattet und im Buchdrucker-

gehilfenvereine gesprochen; deshalb wegen Bannbruchs verhaftet und angeklagt, wurde er zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, die er bis auf den letzten Tag abbüßen mußte. Selbst die Richter schämten sich ein wenig des skandalösen Urtheils und stotterten in der Begründung einige entschuldigende Redensarten, aber dadurch wurde der Wanzengeruch der Stadtvogtei für Liebknecht nicht in die Morgenluft deutscher Freiheit umgewandelt. In den drei Wahlkreisen, wo Liebknecht, Bebel und Schraps kandidirten, rang die Hausindustrie ihren entsetzlichen Todeskampf mit der Maschinenarbeit; in der Glauchau-Meeraner Handweberei arbeiteten im Jahre 1863 30 700, im Jahre 1880 nur noch 3194 Handwebstühle; mindestens 40 000 Personen hatten die mechanischen Webstühle in diesem einen Kreise innerhalb eines halben Menschenalters „überflüssig“ gemacht. Wie viele Stimmen überhaupt bei den Februarwahlen von 1867 auf die Sächsische Volkspartei fielen, läßt sich nicht mit annähernder Sicherheit sagen, da die Partei damals noch über kein eigenes Organ verfügte, das ihre Entwicklung genau registrirt hätte; soweit verstreute Notizen ein Urtheil zulassen, mögen 12 000 bis 15 000 Stimmen für sie abgegeben worden sein.

Sie besaß aber zwei Mandate, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit seinen 40 000 Stimmen auch nicht einen Sitz erobert hatte. Zur Stichwahl stand nur Audorf in Lennep-Mettmann, während in einigen anderen Kreisen, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Reichenbach-Neurode, die sozialdemokratischen Wähler die Entscheidung zwischen den konservativen und den liberalen Kandidaten zu treffen hatten. Für die Wahlen hatte der Sozialdemokrat die Parole ausgegeben, unter keinen Umständen Wahlkompromisse abzuschließen, lieber in der kleinsten Minderheit und ohne alle Aussicht auf Erfolg nach den eigenen Prinzipien und für den eigenen Kandidaten zu stimmen, als auf Kosten der Prinzipien eine unnatürliche Verbindung einzugehen. Was er dagegen je nach den örtlichen Verhältnissen für erlaubt erklärte, waren Transaktionen mit anderen Parteien, so zwar, daß unbeschadet der beiderseitigen Prinzipien die Arbeiter in einem Wahlkreise für den Kandidaten einer bürgerlichen Partei eintreten könnten, vorausgesetzt, daß sich diese Partei verpflichte, in einem anderen Wahlkreise den Sieg eines sozialdemokratischen Kandidaten zu sichern. Diese Möglichkeit kam bei den Hauptwahlen überhaupt nicht, wohl aber bei den Stichwahlen in ernsthaften Betracht. Und im Februar 1867 lag die Sache sehr einfach. Unterstützten die Fortschrittler in Lennep-Mettmann den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Bismärcker Sybel, so konnten die Sozialdemokraten in Düsseldorf, Elberfeld-Barmen und Reichenbach-Neurode die fortschrittlichen gegen die konservativen Kandidaten heraushauen. Indessen die biederen Fortschrittler bekannten sich damals schon, wie seitdem fast immer, zu der kuriosen Anschauung, daß ihre „unentwegten Mannesbrüste“ durchaus nicht befleckt würden, wenn sie bei Stichwahlen lieber für den unvernünftigsten Reaktionär als für den vernünftigsten Sozialdemokraten stimmten, daß dagegen sozialdemokratische Wähler, die bei Stichwahlen nicht die fortschrittliche Schleppe trügen, sich als „Söldlinge der

Reaktion" brandmarkten. Sie entschieden in Lennep-Mettmann gegen Audorf und für Sybel.

So mußten die sozialdemokratischen Wähler bei den Stichwahlen auf eigene Faust vorgehen. In Düsseldorf stimmten sie für den fortschrittlichen Kandidaten, da die politische Freiheit sowohl für das Volkswohl von höchster Wichtigkeit, als auch besonders die unerläßliche Grundlage für die Bestrebungen der Arbeiterklasse sei. Dagegen beschlossen sie in Elberfeld-Barmen, sich bei der Stichwahl der Abstimmung zu enthalten, da die Arbeiterpartei aus prinzipiellen Gründen nicht für den Kandidaten der konservativen Partei stimmen, aber wegen des beispiellos gehässigen Verhaltens der Fortschrittspartei für dieses Mal auch mit ihr nicht zusammengehen könne. Beide Beschlüsse waren von Schweitzer vorgeschlagen und durchgesetzt worden, in Düsseldorf wie in Elberfeld gegen den heftigen Widerstand der Arbeiter, die unter den Streichen der Hungerpeitsche, welche die fortschrittlichen Fabrikanten über sie schwangen, am liebsten für die konservativen Kandidaten gestimmt hätten. Uebrigens war auch der Elberfelder Beschluß durchaus gerechtfertigt. Ob Bismarck oder sein „guter Freund" Forckenbeck, der ihm schließlich in Allem zu Willen war, im norddeutschen Reichstag saß, das war verhältnißmäßig gleichgiltig; wohl aber war es für die Arbeiterpartei eine dringende Nothwendigkeit, endlich einmal das Lügensystem zu zerbrechen, durch das die Fortschrittspartei noch immer einen großen Theil der Arbeiterklasse über die sozialdemokratische Agitation verblendete. Aehnlich wie in Elberfeld-Barmen lagen die Dinge in Reichenbach-Neurode, doch verliefen sie in beiden Kreisen insofern nicht gleich, als die schlesischen Arbeiter sich wirklich der Abstimmung enthielten oder vielleicht selbst dem liberalen Kandidaten Twesten eine Hilfsmannschaft stellten, so daß er über Olearius siegte, während die rheinischen Arbeiter für Bismarck und gegen Forckenbeck entschieden.

Neben der tiefen Erbitterung über die fortschrittlichen Lügen und Wahlpraktiken wurde diese Entscheidung wohl durch die Erwägung beeinflußt, daß durch den Sieg Bismarcks, der bereits in einem altmärkischen Wahlkreise gewählt worden war, ein neuer Wahlkampf nothwendig werden würde. Schweitzer nannte die Entscheidung der Arbeiter einen „verhängnißvollen Schritt", erklärte sie aber als „eindringliche Lehre" für die Fortschrittspartei, sei es als Quittung über die unfläthigen Schmähungen und nichtswürdigen Verkümmerungen des Wahlrechts, welche die Bourgeoisie dem Proletariat zugefügt habe, sei es als eine Huldigung nicht zwar für den Kandidaten der konservativen Partei, wohl aber für den Minister, der aus eigenem Antriebe ein Volksrecht zurückgegeben habe, das die liberale Opposition zu fordern so hartnäckig vergessen hatte. Wirklich lehnte Bismarck das Mandat ab, und es kam zu einem zweiten Wahlkampfe, in welchem Schweitzer mit 4919 und der liberale Kandidat Gneist mit 4291 Stimmen zur Stichwahl gelangten. Die Konservativen dämpften jetzt selbst alle Illusionen über ihre etwaige Arbeiterfreundlichkeit, indem sie den Sieg Gneists entschieden. Damit schwand die letzte Aussicht auf eine Vertretung des klassenbewußten Prole-

tariats im ersten norddeutschen Reichstage. Aber umsonst hatten die Arbeiter in Elberfeld-Barmen nicht acht Wochen lang alle Fibern angestrengt; sie hatten, wie Schweitzer in einem Abschiedswort an seine Wähler sagte, zweierlei gelernt, einmal daß die Fortschrittspartei mit äußerster Heftigkeit, unter Anwendung aller, selbst der verwerflichsten Mittel, die Arbeitersache niederzuhalten suchte, und dann, daß die konservative Partei trotz aller schönen Redensarten im entscheidenden Augenblick auch versagte.

Ueber den allgemeinen Ausfall der Wahlen schrieb der Sozialdemokrat: „Der lang erwartete, lang ersehnte zwölfte Februar ist vorüber — und wir sind geschlagen auf allen Punkten. Das haben wohl wenige der Unseren erwartet, und sicherlich steht Mancher vor diesem Ergebniß wie vor einem unlösbaren Räthsel. Alle diese großen rauschenden Versammlungen mit ihrer Begeisterung und ihren Triumphen, diese stürmische Bewegung in den Massen — und doch unterlegen, an wenigen Orten ehrenvoll, an manchen Orten schmachvoll unterlegen." Dies Gefühl bitterer Enttäuschung war nur zu berechtigt. Entsprachen die Wahlerfolge selbst da, wo die Niederlage ehrenvoll war, nicht berechtigten Erwartungen, so gab es breite Strecken Deutschlands, wo die sozialdemokratische Agitation sich schon seit Jahren eingewurzelt hatte, wo noch gewaltige Wahlversammlungen den sicheren Sieg zu verbürgen schienen und wo der Partei doch am Wahltage selbst der Boden unter den Füßen wich wie loser Flugsand. So in den thüringischen Bezirken, so im Maingau, der Stätte so vieler Triumphe. In Frankfurt erhielt Welcker armselige 150 Stimmen, während sich eine vierzigfache Ueberzahl auf das goldene Kalb vereinigte, das ihm der bürgerliche Parteienmischmasch in der Person Rothschilds entgegengestellt hatte. Und noch kläglicher war die Niederlage in Berlin, dessen Arbeiterbevölkerung sich doch schon vor zwei Jahren um die Fahne der Sozialdemokratie zu schaaren begonnen hatte. Auf den Buchdruckergehilfen Feistel, den gemeinsamen Kandidaten aller Berliner Arbeiterkreise, die sich nicht mehr ins Schlepptau der Fortschrittspartei nehmen lassen wollten, fielen in allen sechs Wahlkreisen zusammen etwa 75 Stimmen.

Gewiß ließen sich viele Entschuldigungs- und Erklärungsgründe der Niederlage anführen. In Berlin, unter dessen Philistern ein arger Chauvinismus grassirte, hatte die Reaktion als ihre Kandidaten die Minister und Generale aufgestellt, die wegen des Krieges von 1866 dotirt worden waren; um wenigstens deren Sieg zu hindern, entschlossen sich viele Arbeiter im letzten Augenblick dazu, ihre Stimmen den fortschrittlichen Kandidaten zu geben. Am Rhein und auch anderwärts hatte eine schlaue Wahlkreisgeometrie das Ihre gethan; Audorfs Sieg in Lennep-Mettmann war besonders deshalb gescheitert, weil die Weberdörfer des Wupperthals nicht, wie bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause, mit Solingen, sondern mit Remscheid zusammengelegt worden waren, wo das Handwerk noch einigermaßen festen Boden hatte. Dazu kamen die großen Lücken der Wahllisten, die Drangsalirungen der Polizei, die Aushungerungsmethoden der Fabrikanten und was sonst in das schmutzige Kapitel bureaukratischer und kapi-

talistischer Wahlpraktiken gehört. Aber umgekehrt wie die bürgerliche Opposition, welche die Ursachen ihrer Wahlniederlagen überall zu suchen pflegt, nur nicht bei sich selbst, hat die proletarische Opposition stets den preiswürdigen Grundsatz befolgt, immer zuerst vor der eigenen Thüre zu kehren, wenn sie nicht erreichte, was sie wollte. Sie mußte sich ehrliche Rechenschaft abzulegen über ihre Fehler; sich klar zu machen, daß sie vor einem Entweder Oder stände.

Die zahlreichen Erfolge, welche sie seit vier Jahren errungen hatte, waren ihr immer wieder unter den Händen zerronnen, weil sie kein Gewölbe besaß, in dem sie die gewonnenen Schätze bergen konnte. Die konservative Partei gebot über die alt und fest begründete Organisation der Staatsmacht, die liberale Partei über die unsichtbare, aber überall gegenwärtige Wirksamkeit der sozialen Geldmacht; wollte die Arbeiterpartei mit so starken Gegnern erfolgreich kämpfen, so mußte sie sich auch ein festes Gefüge dauernder Kraft schaffen. Es ging so nicht weiter, daß ein einziger großer Geldbeutel, wie ihn die Gräfin Hatzfeldt besaß, die Arbeiterbewegung jahrelang zum Gespötte der Welt machte. Ohnehin drohte die Fahne zu sinken, um welche sich die alte Garde noch immer wieder gesammelt hatte; die geringen Mittel des Sozialdemokraten waren nahezu erschöpft, und er mußte eingehen, wenn sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht endlich auf feste finanzielle Füße stellte. Es konnte sich nicht darum handeln, Lassalles Organisation zu zerstören, denn ihr verdankte der Verein mindestens noch seine moralische Macht, sondern vielmehr sie zu verwirklichen, um hinter die moralische Macht auch politische Macht zu setzen.

Aus dem Sachlichen ins Persönliche übersetzt, hieß das aber nichts anderes, als die moralische Diktatur, die Schweitzer seit dem Tode Lassalles besessen hatte, in eine politische Diktatur zu verwandeln. Die Abneigung der Arbeiter gegen Schweitzer war allmälig geschwunden; in dieser Beziehung hatten die Verleumdungen, mit denen die bürgerliche Presse ihn überschüttete, das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung gehabt. Schweitzer war viel zu klug, um sich je einzubilden, daß eine proletarische Massenbewegung dauernd unter der Diktatur eines Einzelnen stehen könne, aber die Vereinsmitglieder waren auch zu einsichtig, um nicht zu erkennen, daß eine zeitweilige Diktatur unter den damaligen, nach den verschiedensten Seiten hin kritischen Zuständen noch immer nothwendig sei. Wie Tölcke bezeugt, hat sogar York, ein Demokrat durch und durch, dem schon Lassalles Diktatur wider den Strich gegangen war, die vorläufige Nothwendigkeit der Diktatur auf noch längere Zeit bemessen, als selbst Schweitzer. Jede Diktatur ist das schlimmste Verhängniß für den Diktator selbst; diesem Verhängniß ist auch Schweitzer unterlegen, und er hat seine Schuld theuer genug mit seinem ehrlichen Namen gebüßt. Aber das ändert nichts an der Thatsache, daß im Jahre 1867 die ältesten und treuesten Mitglieder des Vereins seine Diktatur für nothwendig gehalten haben.

Er war schon der thatsächliche Leiter der Wahlbewegung gewesen und ließ nach ihrem Schlusse durch den Präsidenten Perl zum 19. Mai eine außerordent-

liche Generalversammlung nach Braunschweig einberufen. Sie wurde von 18 Delegirten besucht, die 45 Orte mit 2508 Mitgliedern vertraten. Die Mitgliederziffer war äußerst gering, sie betrug kaum den vierten Theil der Mitglieder, die ein Jahr früher auf der Generalversammlung in Leipzig vertreten gewesen waren, doch hatten diese Zahlen, so lange keine strenge Kontrolle über die Zahlung der Mitgliederbeiträge geübt wurde, überhaupt nur einen sehr problematischen Werth.

Die fünfte Generalversammlung beschloß zunächst ein Programm, das den Anhängern der Gräfin Hatzfeldt die Thüre wies. Seine Hauptpunkte waren der einheitliche und freie Volksstaat, die gemeinsame gesellschaftliche Produktion und zur Anbahnung des neuen Gesellschaftszustandes Produktivassoziationen mit Staatskredit nach den Grundsätzen Ferdinand Lassalles, die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturvölkern, Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, mit direkter geheimer Abstimmung und Diätenzahlung, zur Beeinflussung der öffentlichen Gewalten. An der Hand dieses Programms sollten die Vereinslisten durchgesehen und alle Mitglieder ausgeschieden werden, die ihm nicht vorbehaltlos zustimmten. Dann sollte eine Neuwahl sämmtlicher Bevollmächtigten stattfinden, deren Amtsdauer von einer ordentlichen Generalversammlung zur anderen beschränkt wurde. Die Bestätigung ihrer Wahl blieb dem Präsidenten vorbehalten, ja formell erhielt der Präsident das unbeschränkte Recht, die Bevollmächtigten zu ernennen, da die Polizei in ihrer Wahl ein Kennzeichen „selbständiger Vereine" entdeckt hatte. Doch wurde eine Kommission niedergesetzt, die etwaige Beschwerden über den Präsidenten entgegennehmen und der nächsten Generalversammlung übermitteln sollte. Um den polizeilichen Verfolgungen einen Riegel vorzuschieben, wurden auch sonst alle Ansätze zur „Zweigvereinsbildung" beseitigt, die Bezeichnung der örtlichen Mitgliedschaften als Gemeinden ausgemerzt, der einheitliche und geschlossene Charakter des Vereins in der Weise festgestellt, daß er in Leipzig seinen Sitz habe und dem sächsischen Vereinsgesetze unterliege, während an den einzelnen Orten nur Versammlungen der Mitglieder stattfinden dürften: Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin und anderen Orten einen augenblicklichen Erfolg hatten, aber bei der Dehnbarkeit und Lückenhaftigkeit der deutschen Vereinsgesetze keinen dauernden Schutz vor polizeilicher Willkür gewähren konnten. Zur Sicherung einer guten Finanzverwaltung wurde unter Anderem angeordnet, daß mindestens die Hälfte der örtlichen Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden müßten und der Kassirer alle Monate die Namen der mit ihren Beiträgen rückständigen Orte im Sozialdemokraten veröffentlichen sollte. Das Kassireramt behielt J. M. Hirsch, doch da er bald darauf wegen Veröffentlichung des ersten sozialdemokratischen Liederbuchs verhaftet und zu mehrmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt wurde, so ging es auf Bracke über. Zum Präsidenten wurde Schweitzer gewählt, und das Sekretariat an seinen Wohnort verlegt; an Stelle Audorfs, der im Jahre darauf nach Rußland ging, trat der Stenograph Roller.

Die erste Wirkung dieser Reorganisation bestand darin, mit der Gräfin Hatzfeldt reinen Tisch zu machen. Sie stiftete jetzt eine besondere Sekte unter

dem Namen des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Es gelang ihr, etwa den sechsten Theil des alten Vereins abzusprengen, die Hauptmasse der Mitglieder im Königreiche Sachsen und einzelne Splitter in Kiel, Bremen und anderen Orten. Zum Präsidenten ließ sie Försterling wählen, neben ihm war ihre rechte Hand der junge Fritz Mende, ein kindischer und ganz unreifer Mensch, den die Berliner Bourgeoispresse als stümperhaften Reporter und die Berliner Polizei als gewitzten Zechpreller kannte. Es giebt keine Entschuldigung für die Art, in welcher sich die Gräfin an dem Andenken ihres todten Freundes versündigte. Ihr Treiben war nicht mehr gefährlich, denn es ließ sich vorhersehen, was sich auch wirklich erfüllte, daß die paar tausend ehrliche Arbeiter, welche sie mit Lassalles Namen verblendete, bald zu besserer Erkenntniß erwachen und dann zum alten Vereine zurückkehren oder sich der Sächsischen Volkspartei anschließen würden. Aber es war im höchsten Grade peinlich, daß die Bourgeoisie ein paar Jahre lang ihren stumpfen Witz an dem Unfuge schärfen konnte, den die Gräfin trieb.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte mit den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung wieder die Spitze der sozialistischen Bewegung in Europa genommen. Ein Prüfstein dafür war der zweite Kongreß der Internationalen, der einige Zeit darauf, während der ersten Septemberwoche, in Lausanne tagte. Er war von 64 Delegirten besucht, der Mehrzahl nach Schweizern, dann 6 Deutschen, 6 Engländern, 17 Franzosen, 2 Italienern und 2 Belgiern. Unter den deutschen Delegirten befanden sich Albert Lange, Ludwig Büchner und Ladendorf.

Der Kongreß beschloß, daß die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse unzertrennlich von ihrer politischen Emanzipation, daß die Eroberung der politischen Freiheit die erste und absolute Nothwendigkeit sei. Das stimmte ganz mit dem Braunschweiger Programm überein. Aber dann zeigten sich auf dem Kongresse der Internationalen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über das Gemeineigenthum am Grund und Boden, über das sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein längst klar war. Diese sozialistische Forderung stand nicht unmittelbar auf der Tagesordnung des Lausanner Kongresses, aber sie brach bei mehreren Anlässen durch, sowohl bei der nochmals aufgenommenen Frage der Kooperativgesellschaften, über welche der Kongreß beschloß, daß sie, auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt, einen ganz elenden fünften Stand bilden würden, als auch bei der von dem Kongresse bejahten Frage, ob die Transport- und Verkehrsmittel verstaatlicht werden sollten. Namentlich die Franzosen traten leidenschaftlich für das individuelle Eigenthum am Grund und Boden ein, während Andere, die das Gemeineigenthum befürworteten, wie Ladendorf, von der kommunistisch-revolutionären Auffassung des Gedankens weit entfernt waren. Fast nur Eccarius und Leßner, die alten Mitglieder des Kommunistenbundes, die jetzt im Generalrathe der Internationalen saßen, behandelten die Frage so gründlich und klar, wie Schweitzer sie schon anderthalb Jahre früher in seiner Erfurter Rede behandelt hatte.

Einen Monat später trat in Gera der vierte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. In seinen Verhandlungen begannen sich jetzt die Geister immer schärfer zu scheiden. Uhlich brachte eine Reihe von Resolutionen ein, wonach die Volksschule den „ewigen Gesetzen der Menschenseele" gemäß eingerichtet werden solle, und Löb Sonnemann überraschte den Vereinstag durch die interessante Mittheilung, daß er nun endlich die soziale Frage gelöst und in der Frankfurter Sozietätsdruckerei eine Produktivgenossenschaft eingerichtet habe, worin er einfacher „Mitarbeiter" der Setzer sei, die in brüderlicher Gemeinschaft mit ihm nach fünf Jahren das Geschäft besitzen würden. Wie sich von selbst versteht, handelte es sich um einen greulichen Schwindel, die Frankfurter Sozietätsdruckerei ist heute ein Millionenunternehmen, in welchem der „Arbeiterfreund" Löb Sonnemann „seine" Setzer nach Noten ausbeutet. Gegenüber diesen widerlichen Hanswurstereien schilderte Bebel in seiner beredten Weise das furchtbare Unglück im Lugauer Steinkohlenbergwerke, wo über hundert Arbeiter der verbrecherischen Profitgier des Kapitals und der schuldvollen Pflichtvergessenheit der sächsischen Bergpolizei zum Opfer gefallen waren, während der Tuchmacher Motteler in einem ergreifenden Berichte das namenlose Elend der fabrikmäßigen Kinderarbeit entrollte. Beide verlangten das rücksichtslose Einschreiten der Staatsgewalt gegen die Ausbeutungswuth des Kapitals. Die kräftigeren Elemente der Arbeitervereine drängte es unaufhaltsam zu engerem Zusammenschlusse, als er bisher durch den über ganz Deutschland zerstreuten Ausschuß hergestellt worden war. Die Schlingen der deutschen Vereinsgesetze mußten auch hier durch allerlei subtile Unterscheidungen umgangen werden. Einer der größeren Vereine wurde damit betraut, die allgemeinen Angelegenheiten des Vereinstags zu besorgen; der Sitz dieses Vereins wurde der Vorort des Vereinstags; seinen Ausschuß bildeten fortan sieben Mitglieder, von denen sechs Beisitzer von dem leitenden Verein aus seiner Mitte gewählt werden sollten, der Vorsitzende aber von dem Vereinstage selbst. Im Wesen der Sache handelte es sich um die Frage, ob der Vereinstag unter kapitalistischer Vormundschaft bleiben oder in proletarischer Selbständigkeit sich entwickeln wolle. Bei der Wahl des Vorsitzenden standen sich Bebel und Max Hirsch als Kandidaten gegenüber. Bebel siegte mit namhafter Mehrheit, ein großer Schritt vorwärts war gethan.

Inzwischen ging die Reorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins rüstig voran. Am 22. November tagte in Berlin die sechste Generalversammlung, auf der 3408 Mitglieder durch 20 Delegirte vertreten wurden. Die Mitgliederzahl schwankte noch immer etwas im Ungewissen; die Generalversammlung stand für diesmal noch von der praktischen Ausführung des Braunschweiger Beschlusses ab, wonach nur die Delegirten solcher Orte zugelassen werden sollten, die ihren Verpflichtungen gegen die Vereinskasse nachgekommen seien. Aber die Kassenverhältnisse waren durch Bracke schon in musterhafte Ordnung gebracht worden, die Abonnenten des Sozialdemokraten hatten sich seit dem Anfange des Jahres nahezu verdreifacht. Sie waren von 450 auf 1200

gestiegen; bis zu 10 Exemplaren bezogen 83, bis zu 25 Exemplaren 25 Orte, voran marschirten Frankfurt mit etwa 50, Elberfeld-Barmen mit etwa 175 und namentlich Hamburg mit etwa 375 Exemplaren. Die einstimmige Wiederwahl Schweitzers zum Präsidenten war von selbst gegeben. Jedoch nahm die Generalversammlung eine tiefgreifende, schon in Braunschweig geplante, aber damals noch verschobene Aenderung an den Statuten vor: der Präsident sollte fortan durch Urabstimmung der Mitglieder mindestens sechs Wochen vor jeder ordentlichen Generalversammlung gewählt werden. Der Beschluß wurde mit 2264 gegen 838 Stimmen gefaßt, während 306 Stimmen, die Schweitzer führte, sich der Abstimmung enthielten. In der Opposition befanden sich besonders die Hamburger und die Iserlohner Mitglieder. Bestimmt, die thatsächliche Diktatur des Präsidenten möglichst zu demokratisiren, war der Beschluß doch sehr zweischneidig, er verstärkte die Macht des Präsidenten gegenüber den anderen Beamten und Behörden des Vereins.

Einstweilen trübte noch keine Wolke die wiederhergestellte Eintracht. Schweitzer, der immer darauf bedacht war, das selbständige Denken der Arbeiter zu befördern, veranstaltete bei dieser Generalversammlung zum ersten Male eine öffentliche Sitzung, in der eine Reihe von wichtigen Problemen debattirt wurde. Die Tagesordnung war etwas zu reichlich besetzt: über Preußen und die deutsche Frage, das allgemeine Wahlrecht, die Aufhebung der Wuchergesetze, die Frauenarbeit, die Zuchthausarbeit, die Verfälschung der Lebensmittel und die Reklame, den Normalarbeitstag und die englische Fabrikgesetzgebung sollte verhandelt werden. Es konnte nicht fehlen, daß dabei manches einseitige und oberflächliche Urtheil laut wurde, aber die eiserne Ausdauer der Redner und Hörer imponirte deshalb nicht weniger den einsichtigeren Organen der bürgerlichen Presse. Sie schrieben: Allen Respekt vor diesen Sozialdemokraten! Wo haben bisher Männer aus dem Volke elf Stunden eines einzigen Tages in sehr mäßig erwärmten Räumen ausgeharrt, um Reformfragen zu diskutiren? Auf den großen Kongressen der verschiedenen Wissenschaften wissen sich's die Leute bequemer zu machen und die geistigen Anstrengungen durch zeitgemäße leibliche Erquickung zu mildern.

Zu der gehobenen Stimmung dieser Generalversammlung trug nicht wenig bei, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eben seinen ersten parlamentarischen Feldzug nicht ohne Verlust, aber doch mit Ehren bestanden hatte.

V. Die parlamentarischen Anfänge der Sozialdemokratie.

Die Verfassung, welche der am 12. Februar gewählte Reichstag mit den verbündeten Regierungen des norddeutschen Bundes berathen hatte, war ganz nach Bismarcks Vorschriften ausgefallen. Die Hauptschuld daran trug die Bourgeoisie der annektirten oder auch noch nicht annektirten Mittel- und Kleinstaaten, die alle Finger nach den Herrlichkeiten eines einheitlichen und großen Wirthschafts-

gebiets schleckte; wie sie dem seligen Nationalvereine die lautesten Schreier gestellt hatte, so stellte sie jetzt in denselben „Staatsmännern" dem preußischen Absolutismus die kläglichsten Ueberläufer. Die Reste der alten Fortschrittler jammerten in einem offiziellen Aktenstücke mit berechtigtem Zorne, wenn auch konfus wie immer: „Die neue Verfassung hat der Regierung mehr Rechte gegeben, dem Volke mehr Rechte genommen, als sie besaßen." Aber das allgemeine Wahlrecht war wenigstens erhalten geblieben, mochte auch Bismarck die dauernde Versagung von Diäten zur Kabinetsfrage gemacht und durchgesetzt haben. Wir werden unsere Abgeordneten schon nicht verhungern lassen, sagten die Arbeiter und gingen frischen Muthes von Neuem ans Werk, als am 31. August 1867 der norddeutsche Reichstag gewählt wurde, für den in der neuen Bundesverfassung eine dreijährige Gesetzgebungsperiode vorgesehen worden war.

Die ziffernmäßigen Wahlerfolge der Sozialdemokratie blieben diesmal noch ziemlich weit hinter dem zurück, was sie in den Februarwahlen erreicht hatte. Mit Ausnahme des Kreises Essen und der Stadt Hannover, die zum ersten Male mit je 1100 Stimmen auf den Kampfplatz traten, wurde kein neuer Boden erobert, und mit Ausnahme der Städte Elberfeld-Barmen, wo Schweitzer auf den ersten Schlag 6110 Stimmen gewann, wurde nirgends eine gleich hohe Stimmenzahl erreicht, wie sechs Monate vorher. Selbst die stets erprobte Veste Hamburg, wo diesmal der Buchhändler August Geib kandidirte, brachte nur wenig über 2000 Stimmen auf. Jedoch mitten in den frischen Hoffnungen seiner kräftig fortschreitenden Reorganisation empfand der Verein diesmal keine besondere Enttäuschung, und zwar um so weniger, als alle übrigen Parteien über eine noch weit größere Abspannung zu klagen hatten. Wie in Elberfeld-Barmen, so kam Schweitzer auch in Reichenbach-Neurode zur Stichwahl, obgleich er in diesem Kreise kaum halb so viele Stimmen erhalten hatte, wie im Februar. Ferner standen Hasenclever in Essen gegen den konservativen Landrath Devens und Reincke in Lennep-Mettmann gegen die alte Ruine Ludolf Camphausen zur engeren Wahl. Reincke, der während des Sommers mit dem Fortschrittler Harkort in westfälischen Blättern eine lange Fehde über die Berechtigung des Sozialismus ausgefochten und dadurch die dankbare Anerkennung der Arbeiter gewonnen hatte, war in einer ganzen Reihe rheinisch-westfälischer Wahlkreise als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt worden, außer in Lennep-Mettmann auch in Düsseldorf, Mülheim, Duisburg, Solingen und Hagen. Vergebens machte Schweitzer, dem die Braunschweiger Generalversammlung die Leitung der Wahlen anvertraut hatte, die Arbeiter darauf aufmerksam, daß sie nicht so zimperlich vor Arbeiterkandidaturen zurückscheuen sollten; die Meinung, daß ein Arbeiter nicht genug Ansehen zum Parlamentskandidaten habe, sei ein „verfluchtes Vorurtheil", das mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müsse, da es die herrschenden Klassen nur in ihrem eigenen Interesse den Arbeitern eingeflößt hätten. Wie so oft, sollte sich auch in diesem Falle erst die praktische Erfahrung als wirksame Lehrmeisterin erweisen.

Für die Stichwahlen hatte Schweitzer die Parole ausgegeben, daß die Arbeiter sich an ihnen unter allen Umständen betheiligen sollten, wenn es sich auch nur um zwei bürgerliche Kandidaten handle: aus dem prinzipiellen Grunde, weil die Arbeiter bei dem unlöslichen Zusammenhange des Politischen und Sozialen doch immer irgend ein Interesse daran hätten, ob dieser oder jener Kandidat siege, aus dem praktischen Grunde, weil eine politische Partei sich bei jeder Gelegenheit geltend machen müsse. Für die Frage, welche der streitenden Parteien die Arbeiter unterstützen sollten, sei in erster Reihe maßgebend, wie sich diese Parteien, besonders während der Hauptwahl, gegen die Arbeiter verhalten hätten. Als junge Partei habe die Sozialdemokratie vor allem festen Fuß zu fassen und das Verleumdungssystem zu zerbrechen, durch das die alten Parteien sie niederhalten wollten. In Düsseldorf hätten beispielsweise bei den Februarwahlen die Arbeiter den Sieg der Fortschrittspartei entschieden, gleichwohl habe die in Düsseldorf erscheinende Rheinische Zeitung den ganzen Sommer hindurch nichts als hämische Schimpfartikel über die Arbeiterbewegung gebracht. Diese infame Kampfweise müsse den Liberalen abgewöhnt werden; wo sie sich ihrer schuldig machten, hätten die Arbeiter bei Stichwahlen unbedingt für den gegnerischen Kandidaten zu stimmen; die Förderung der Parteisache gehe jeder anderen Rücksicht vor. Wo aber die Liberalen in ehrlicher und sachlicher Weise die Arbeiterpartei befehdeten, was selbstverständlich ihr Recht sei, da hätten die Arbeiter bei Stichwahlen für die liberalen Kandidaten zu stimmen, wobei jedoch die sogenannten Nationalliberalen nicht zu den Liberalen gerechnet werden dürften. Sie seien weiter nichts als scheinheilige Reaktionäre im liberalen Schafspelze und noch gemeinschädlicher als offene Konservative.

Nach diesen Gesichtspunkten wurden die Stichwahlen im bergisch-märkischen Industriebezirke behandelt. In Düsseldorf halfen die Arbeiter dem Bismärcker Michaelis zum Siege über den fortschrittlichen Kandidaten Bürgers, während ein Theil der konservativen und nationalliberalen Wähler in Elberfeld-Barmen den Sieg Schweitzers gegen den fortschrittlichen Kandidaten Löwe-Kalbe durchsetzte. Diese von der sozialdemokratischen Partei beobachtete Taktik ist damals von verschiedenen Seiten heftig getadelt worden, und gewiß hatte sie ihre Bedenken. Nur war es falsch, zu sagen, daß sie auf irgend welchen heimlichen und verrätherischen Abmachungen mit der konservativen Partei oder der Regierung beruhen sollte. Sie war vielmehr lange vor der Hauptwahl öffentlich im Sozialdemokraten proklamirt worden, nicht als eine grundsätzlich richtige, sondern im Gegentheile als eine grundsätzlich unrichtige, aber in bestimmten Nothfällen durch die prinziplos unwürdige Politik der Fortschrittspartei erzwungene Taktik. Und jedenfalls hatte sie den Vorzug, den Zweck zu erreichen, den sie erreichen sollte. Sobald die Fortschrittspartei sah, daß die Arbeiter sich nicht als willenloses Stimmvieh mit Fußtritten abspeisen ließen, bequemte sie sich zu anständigen Manieren. Nach gegenseitigem Uebereinkommen stimmten die sozialdemokratischen Wähler in Hagen und Solingen für die fortschrittlichen, die fortschrittlichen Wähler aber in Essen und Lennep-Mettmann für die sozialdemokratischen Kandidaten. Das thatsächliche

Ergebniß war, daß Harkort in Hagen und Reincke in Lennep-Mettmann siegten, während Hasenclever in Essen und Eugen Richter in Solingen durchfielen. In Reichenbach-Neurode unterlag Schweitzer dem liberalen Kandidaten Twesten.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte somit zwei Sitze im norddeutschen Reichstage erobert. Die Sächsische Volkspartei aber behauptete nicht nur die Wahlkreise Glauchau-Meerane und Zwickau-Crimmitschau, sondern gewann noch zwei neue Sitze dazu; Liebknecht siegte in Stollberg-Schneeberg und der Arzt Götz im Leipziger Landkreise. Unter nicht ganz zweifelsfreien Umständen gewann Försterling den Wahlkreis Chemnitz. Er kämpfte mit einem großdeutschen Demokraten in der Stichwahl, und es hieß damals, daß die 3500 Stimmen, die Försterling bei der engeren Wahl mehr erhielt, als bei der allgemeinen Wahl, theilweise von arbeiterfeindlicher Seite herrührten, die durch das voraussichtliche Auftreten Försterlings im Reichstage die sozialdemokratische Sache schädigen zu können hofften.

Ob dem nun so war oder nicht, jedenfalls machte sich Försterling, als der Reichstag am 10. September zu seiner ersten Session zusammentrat, gleich bei der Adreßdebatte durch ein gedankenloses Herplappern einzelner Brocken aus Lassalles Schriften parlamentarisch unmöglich. Aber auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verlor einen seiner Abgeordneten, indem Reincke die erste beste Gelegenheit benützte, um den proletarischen Klassenkampf zu verleugnen, um zu erklären, daß die Aufgabe des Sozialismus durchaus nicht sei, Bourgeoisie und Proletariat auseinander zu hetzen, sondern zu versöhnen. Es blieb dem Verein nichts übrig, als zwischen sich und diesem parlamentarischen Vertreter einfach das Tischtuch zu zerschneiden, was auf der Berliner Generalversammlung geschah. Götz und Schraps waren im Wesentlichen bürgerliche Demokraten, die sich mit der schärferen Zuspitzung des proletarischen Klassenkampfes bald zu erbitterten Gegnern der Sozialdemokratie entwickelten, während Bebel sich noch in der Mauserung von bürgerlich-radikalen zu sozialdemokratischen Anschauungen befand. So lag die parlamentarische Vertretung des proletarisch-revolutionären Standpunkts vorwiegend in Liebknechts und Schweitzers Händen, und zwischen ihnen flammte sofort der alte Streit über die richtige Taktik auf.

Liebknecht sah in dem norddeutschen Bunde ein reaktionäres Werk der Gewalt und des Unrechts, das unter allen Umständen zertrümmert werden müsse; um es nicht noch zu stärken, verwarf er jede praktische Mitarbeit an den gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstags; die parlamentarische Tribüne war ihm nur eine Stätte, von wo er seinen Protest gegen die neue Gestaltung der deutschen Dinge in die Massen schleudern konnte. Schweitzer dagegen faßte den norddeutschen Bund als eine sehr unerfreuliche und sehr unwillkommene, aber dennoch unwiderrufliche Thatsache auf, mit welcher die Sozialdemokratie sich abzufinden, auf deren Boden sie sich als äußerste Opposition einzurichten habe, wenn sie eine politische Partei bleiben wolle. Während Liebknecht ihn als „Doppelgänger Wageners“ verspottete, sagte Schweitzer nicht, daß Liebknecht im Dienste oder im Interesse der depossedirten Fürsten und der österreichischen Regierung arbeite, wohl aber sagte er, daß er

den Standpunkt Liebknechts nicht theilen könne, weil die Zertrümmerung des norddeutschen Bundes nach der Ausreißerei der Bourgeoisie ins Bismärckische Lager nicht mehr möglich sei, es sei denn durch die Gewalt des Auslandes, was aus dem Regen unter die Traufe kommen heiße. Gegenüber den bonapartistischen Umtrieben und den Revanchegelüsten des zum österreichischen Premier avanzirten Beust mußte nach Schweitzers Ansicht die Arbeiterklasse mit allen anderen Klassen der Nation zusammenstehen, während Liebknecht in der Bedrängung Bismarcks durch Bonaparte und Beust das logische Schicksal einer gewaltthätigen Eroberungspolitik sah.

Dem entsprechend ergriff Liebknecht am 17. Oktober das Wort, bei der Berathung des neuen Bundesgesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, um auszuführen, daß die Geschichte hinwegschreiten werde über das Gewaltwerk des norddeutschen Bundes, das nichts anderes bedeute als die Theilung, Schwächung und Knechtung Deutschlands, daß sie hinwegschreiten werde über den norddeutschen Reichstag, der nichts sei als ein Feigenblatt des Absolutismus. Liebknecht protestirte gegen die stehenden Heere als die Werkzeuge solcher Gewaltpolitik, wie Bismarck sie betrieben habe; eine Resolution auf Einrichtung einer Volkswehr nach schweizerischem Muster brachte er nur deshalb nicht ein, weil er sich bei dem Versuche, sie einzubringen, in den Schlingen der Geschäftsordnung verfangen hatte. Die Rede Liebknechts traf mit unbarmherziger Geißel alle wunden Stellen der Revolution von Oben, und das wahnsinnige Geheul, womit die satten Patrioten der herrschenden Klassen um den Redner tobten, ehrte seinen Muth doppelt. Aber die Lauterkeit und Schärfe einer Kritik verbürgt noch nicht in jedem Punkte ihre Richtigkeit. Sah Liebknecht voraus, daß Bismarck sich mit Bonaparte zu messen haben und das Schicksal des norddeutschen Bundes dann in der Wage des Kriegsglückes ruhen werde, so sah Schweitzer noch etwas weiter voraus, daß sich diese Wage zu Gunsten Bismarcks senken müsse, nach dem ganzen Stande der historischen Entwicklung.

Schweitzer meldete sich nach Liebknechts Rede zum Worte, um das hervorzuheben, was ihn von Liebknechts Auffassung trennte. Damals bestand noch die Rednerliste, in welche sich Schweitzer gegen die Vorlage einschreiben ließ. Als dann ein Schlußantrag einlief, wurde vor der Abstimmung darüber die Rednerliste verlesen, und es ergab sich, daß Schweitzer unter den gegen das Gesetz eingezeichneten Rednern an neunter Stelle stand, während für das Gesetz nur noch zwei Redner eingetragen waren. Schweitzer ließ sich nun, um überhaupt noch zum Worte zu kommen, auf die Seite der Redner übertragen, die für das Gesetz sprechen wollten, eine parlamentarische Praxis, die, so lange die Rednerliste bestand, bei allen Parteien gang und gebe war, wenn es sich um die Abgabe irgend einer kurzen Berichtigung oder Erklärung handelte, die den eigentlichen Gegenstand der Berathung nicht berührte. Die völlig gleichgiltige Episode würde heute nicht mehr der geringsten Erwähnung werth sein, wenn sie nicht von jeher einen Hauptbeweis für Schweitzers angeblichen Verrath gebildet hätte. Er war „für“ den preußischen Militarismus eingetreten, die amtliche Rednerliste des Reichstags lieferte ja den urkundlichen Beweis.

Thatsächlich hat Schweitzer für das Bundesgesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste weder gesprochen noch gestimmt. Er gab einfach eine kurze Erklärung ab, von welcher er mit Recht sagen durfte, daß er sie im Namen der Tausende von Arbeitern abgebe, die ihn zu ihrem Führer erwählt hätten: eine Erklärung des Sinnes, daß er mit Liebknecht zwar in der Opposition gegen die inneren Zustände des norddeutschen Bundes, aber nicht in dem Bestreben übereinstimme, diesen Bund selbst zu zertrümmern. Er betonte namentlich, daß er und die Arbeiter seiner Richtung dem Auslande gegenüber auf preußischer Seite ständen. Wenn er dabei den bedenklichen Ausdruck gebrauchte, er wolle nicht die Eigenschaften Preußens bemäkeln, die im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkannt habe, so war diese Uebertreibung hervorgerufen durch Liebknechts Uebertreibung, daß der norddeutsche Bund im Auslande noch verachteter sei, als der Bundestag seligen Angedenkens. Heute wo diese Gegensätze längst der Geschichte angehören, wäre es unbillig, an den Worten des Einen oder des Anderen zu klauben. Jedoch Liebknechts Ansicht, daß jeder, der mit Schweitzer das Werk der Blut- und Eisenpolitik anerkenne, durch eine breite unübersteigliche Kluft von der Sozialdemokratie getrennt sei, stimmte nur so, daß damals eine breite, aber nicht unübersteigliche Kluft mitten durch das klassenbewußte Proletariat lief. Sie war eingeebnet, ehe noch ein Jahrzehnt ins Land ging.

Im Grunde lief der neue Zwist zwischen Liebknecht und Schweitzer auf ihre alte Meinungsverschiedenheit hinaus. Liebknechts Rede war eine rein propagandistische Kundgebung; als in der Konfliktszeit radikale Demokraten für eine schweizerische Volkswehr schwärmten, schrieb Engels achselzuckend: „Wie man sich die Sache vorstellt, ist sie heute für ein Land von 18 Millionen Einwohnern und sehr exponirten Grenzen unmöglich, und selbst für andere Verhältnisse nicht in dieser Weise möglich.“ Gewiß wußte das auch Liebknecht sehr gut, ihm kam es eben nur auf die Propaganda demokratischer Ideale an. Dagegen vertrat Schweitzer die Ansicht, daß eine politische Arbeiterpartei eine praktische Politik treiben müsse, praktische Politik natürlich nicht im Sinne irgend einer bürgerlichen Rechnungsträgerei, sondern von prinzipiell-proletarischem Boden aus. Er stimmte gegen das Militärgesetz, aber er glaubte nicht an ihm, sondern an einer anderen Stelle den parlamentarischen Hebel ansetzen zu sollen, um etwas für die Arbeiterklasse zu erreichen.

Nicht auf militärischem, sondern auf wirthschaftlichem Gebiete lag der Schwerpunkt des norddeutschen Reichstags. Dies schwache Parlament konnte nichts daran ändern, daß die militärischen Einrichtungen Preußens auf den Mittelstaat Sachsen und die paar Dutzend Kleinstaaten erstreckt wurden, die zum norddeutschen Bunde gehörten. Wohl aber konnte es einen Ton mitreden bei der wirthschaftlichen Gesetzgebung, die einigermaßen mit dem feudal-zünftigen Schutt aufräumen sollte. Die Befriedigung ihrer materiellen Interessen war der Preis, um den die Bourgeoisie ihre politischen Ideale an Bismarck verschachert hatte, der Preis, den Bismarck zahlen mußte und auch zahlen wollte. Der Bour-

geoisie, die den Boden ebnete, auf dem sie das Proletariat um so gründlicher auszubeuten gedachte, sofort mit den unverjährbaren Ansprüchen der Arbeiterklasse in den Weg zu treten, das war nach Schweitzers Ansicht die praktische Politik, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten im norddeutschen Reichstage befolgen mußten.

Bei der Aufhebung der Wuchergesetze brachte Schweitzer nach dem Muster der englischen Gesetzgebung den Antrag ein, daß der Wucher bei Darlehen unter hundert Thalern verboten bleiben sollte und begründete ihn in einer vortrefflichen Rede, die zum ersten Male in einem deutschen Parlamente einige Hauptgesichtspunkte des wissenschaftlichen Kommunismus entwickelte. Nicht minder gut vertheidigte er einen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote. Seine parlamentarische Hauptarbeit in der kurzen Session war jedoch ein Gesetz zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital. Der Entwurf bestand aus 47 Paragraphen, die theilweise nur zusammenstellten, was die preußische Gesetzgebung bereits über das Verbot der Kinderarbeit und des Trucksystems verfügt hatte, darüber hinaus aber den zehnstündigen Arbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter, die Einsetzung von Fabrikinspektoren mit ausgiebig bemessenen Befugnissen und endlich auch ständige Parlamentskommissionen „zur Erhebung und Feststellung der im Gebiete des norddeutschen Bundes vorhandenen städtischen und ländlichen Arbeiterverhältnisse“ forderten. Das Gesetz sollte sich auf alle Unternehmungen erstrecken, die mindestens zehn Lohnarbeiter beschäftigten, und zwar nicht nur auf die Fabriken im engeren Sinne, sondern auch auf landwirthschaftliche Güter, Schiffswerften, Eisenbahnen, Dampfschiffe, endlich auch auf die Hausindustrie. Fußend auf den Erfahrungen der englischen Fabrikgesetzgebung, legte Schweitzer das Hauptgewicht auf die Einrichtung einer wirksamen Fabrikaufsicht, womit viel mehr erreicht war, als mit den weitgreifendsten Verboten und Strafandrohungen, die auf dem geduldigen Papiere der Gesetzsammlung ein beschauliches Dasein führten. Einzelne fortschrittliche Abgeordnete, denen Schweitzer seinen Entwurf vorlegte, meinten überlegen, das sei ja gar nichts, und sie würden verschärfende Amendements stellen. Worauf Schweitzer, der diese Pappenheimer kannte, trocken erwiderte: Soll mich freuen.

Zunächst suchte er die 15 Unterschriften, deren er zur Einbringung seines Entwurfs bedurfte, bei den Abgeordneten, die von Arbeitern gewählt worden waren. Jedoch lehnten Försterling und Reincke ab, während Liebknecht für sich und seine engeren Gesinnungsgenossen erklärte, sie könnten keinen Antrag unterschreiben, der den norddeutschen Bund durch wichtige Einrichtungen stützen wolle. Schweitzer wandte sich nun an die weisen Kritiker der Fortschrittspartei, die ihre Unterschriften auch zusagten, aber schon am nächsten Tage auf Grund eines Fraktionsbeschlusses ihre Zusagen zurücknahmen. Genau dasselbe Spiel wiederholte sich bei den Nationalliberalen: erst Zusage, dann Fraktionsbeschluß und endlich Ablehnung. Williger zeigten sich die Konservativen, aber nur unter der Bedingung, daß die ländlichen Arbeiter ausgeschieden würden, worauf Schweitzer natürlich nicht einging. Endlich nach unsäglicher Mühe setzte Schweitzer durch,

daß die Fortschrittler, die Nationalliberalen und die Konservativen sich verpflichteten, je 5 Mann aufstehen zu lassen, wenn der Präsident die Unterstützungsfrage stelle. Aber der Präsident Simson, ein öliger Schönredner und eingefleischter Bourgeois, der sich immer der ungeschminktesten Parteilichkeit gegen die parlamentarischen Vertreter des Proletariats befliß, erklärte nunmehr, das genüge ihm nicht, er wolle 15 Unterschriften sehen. Nun neue Versuche Schweitzers, neue Ausflüchte der Parteien und neue Halsstarrigkeit des Präsidenten, bis der Schluß der kurzen Session die angstschwitzenden Patrioten erlöste.

Von Liebknecht und Anderen ist später der Vorwurf erhoben worden, Schweitzer habe durch diesen Entwurf die Arbeiterbewegung in Bismarcks Hände spielen wollen und dabei mit Wagener unter einer Decke gesteckt. Nun fußte der Entwurf durchaus auf der englischen Fabrikgesetzgebung und enthielt nichts, was nicht ganz ebenso in späteren sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwürfen wiedergekehrt wäre. Bismarck für seine Person gehörte damals wie immer zu den wüthendsten Gegnern jedes gesetzlichen Arbeiterschutzes, und der neue Bundesrath, die Vertretung der Regierungen, kümmerte sich nicht im Mindesten um Schweitzers Entwurf, ja warf selbst den vom Reichstage angenommenen Antrag der Fortschrittspartei auf Beseitigung der Koalitionsverbote vorläufig in den Papierkorb. Daß Schweitzer wie mit den Fortschrittlern und Nationalliberalen, so auch mit den Konservativen über die Unterstützungsfrage verhandelt hat, ist richtig und von ihm selbst sofort mit aller Ausführlichkeit im Sozialdemokraten berichtet worden, auch ist es wahrscheinlich genug, daß er bei dieser Gelegenheit mit Wagener gesprochen hat. Aber er verzichtete lieber auf die konservative Unterstützung, als daß er sie durch ein prinzipwidriges Zugeständniß erkaufte, und so ist nicht abzusehen, welcher Vorwurf ihn treffen soll. Er hatte einfach nach der Auffassung gehandelt, die der Genfer Kongreß der Internationalen im vorigen Jahre mit den Worten kundgegeben hatte, daß Arbeiterschutzgesetze nicht die regierende Macht stärkten, sondern sie vielmehr in ein Werkzeug der Arbeiterklasse verwandelten.

Siebentes Kapitel.

Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus.

Das Jahr 1867 macht auch dadurch Epoche in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß es den ersten und auf lange hinaus einzigen Band des großen Werkes erscheinen sah, durch das Marx seine Kritik der politischen Oekonomie zu klassischer Vollendung brachte. Indem Marx den Produktionsprozeß des Kapitals schilderte, erklomm er die Höhe, von der aus das ganze Gebiet der modernen sozialen Verhältnisse klar und übersichtlich dalag, wie die niederen Berglandschaften vor dem Bergsteiger, der auf der höchsten Kuppe steht.

Im ersten Abschnitte seines neuen Werkes faßte Marx noch einmal zusammen, was er in der Schrift von 1859 über Waare und Geld dargelegt hatte. Und zwar in einer noch ungleich reicheren Darstellung, in einem weltenweit gespannten Rahmen und in einem Bilde voll haarscharfer Schattirungen. Weniges in der Weltliteratur läßt sich an literarischer Meisterschaft mit diesen Kapiteln vergleichen. Ihre vielverschriene Schwerverständlichkeit gilt nur für den Leser, der noch nicht dialektisch geschult ist; bei ernsthafter Bemühung erschließt sich jedem gesunden Verstande diese Quelle der Erkenntniß, die aus der Tiefe des menschheitlichen Werdeprozesses sprudelt nnd dabei so klar und rein ist, daß man jedes Sandkorn auf ihrem Grunde zählen kann.

Marx ging dann zu der Untersuchung über, wie sich Geld in Kapital verwandelt. Tauschen sich in der Waarenzirkulation gleiche Werthe gegeneinander aus, wie kann der Geldbesitzer Waaren zu ihrem Werthe kaufen und zu ihrem Werthe verkaufen, dennoch aber mehr Werth herausziehen, als er hineinwarf? Er kann es deshalb, weil er unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auf dem Waarenmarkt eine Waare von so eigenthümlicher Beschaffenheit vorfindet, daß ihr Verbrauch eine Quelle von neuem Werth ist. Diese Waare ist die — Arbeitskraft. Damit löste Marx das Räthsel, an dem die klassische Oekonomie gescheitert war und der kleinbürgerliche Sozialismus sich vergebens abgequält hatte, damit erklärte er den Unterschied zwischen dem Arbeitslohn und dem Arbeitsprodukt, der dem kapitalistischen Werthgesetze so schreiend zu widersprechen schien.

Die Arbeitskraft existirt in der Gestalt des lebendigen Arbeiters, der zu seiner Existenz sowie zur Erhaltung seiner Familie, welche die Fortdauer der Arbeitskraft auch nach seinem Tode sichert, einer bestimmten Summe von Lebensmitteln bedarf. Die zur Hervorbringung dieser Lebensmittel nöthige Arbeitszeit stellt den Werth der Arbeitskraft dar. Dieser im Lohne gezahlte Werth ist aber weit geringer, als der Werth, den der Käufer der Arbeitskraft aus ihr zu pumpen vermag. Die Mehrarbeit des Arbeiters über die zur Ersetzung seines Lohnes nöthige Zeit hinaus ist die Quelle des Mehrwerths, der stets wachsenden Anschwellung des Kapitals. Die unbezahlte Arbeit des Arbeiters erhält alle nichtarbeitenden Mitglieder der Gesellschaft, aus ihr werden die Grundrenten der Grundbesitzer, die Profite der Kapitalisten, die Staats- und Gemeindesteuern bestritten, die von den besitzenden Klassen aufgebracht werden; auf ihr beruht der ganze gesellschaftliche Zustand, in dem wir leben.

Zwar ist die unbezahlte Arbeit an sich keine Eigenthümlichkeit der modernen bürgerlichen Gesellschaft. So lange es besitzende und besitzlose Klassen giebt, hat die besitzlose Klasse stets unbezahlte Arbeit liefern müssen. So lange ein Theil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nöthigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für die Eigner der Produktionsmittel zu produziren. Die Lohnarbeit ist nur eine besondere historische Form des seit

der Klassenscheidung herrschenden Systems unbezahlter Arbeit, eine besondere historische Form, die als solche untersucht werden muß, um richtig verstanden zu werden.

Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer den freien Arbeiter auf dem Waarenmarkte vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Waare verfügt und daß er andere Waaren nicht zu verkaufen hat, daß er los und ledig ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nöthigen Sachen. Es ist kein naturgeschichtliches Verhältniß, denn die Natur produzirt nicht auf der einen Seite Geld- oder Waarenbesitzer und auf der anderen Seite bloße Besitzer der eigenen Arbeitskraft. Es ist aber auch kein gesellschaftliches Verhältniß, das allen Geschichtsperioden gemeinsam wäre, sondern das Ergebniß einer langen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion.

Die Waarenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. Waarenproduktion, Waarenzirkulation und entwickelte Waarenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht. Von der Schöpfung des modernen Welthandels und Weltmarktes im 16. Jahrhundert datirt die moderne Lebensgeschichte des Kapitals. Die Illusion der Vulgärökonomen, als habe es einmal eine fleißige Elite gegeben, die Reichthum akkumulirte, und eine Masse faullenzender Lumpen, die schließlich nichts zu verkaufen hatten, als ihre eigene Haut, ist eine fade Kinderei: eine ebenso fade Kinderei, wie das Halbdunkel, in dem die bürgerlichen Historiker die Auflösung der feudalen Produktionsweise ausschließlich darstellen als Emanzipation des Arbeiters statt zugleich als Verwandlung der feudalen in die kapitalistische Ausbeutungsweise. Indem die Arbeiter aufhörten, unmittelbar zu den Produktionsmitteln zu gehören, wie Sklaven und Leibeigene, hörten die Produktionsmittel auf, ihnen zu gehören, wie beim selbstwirthschaftenden Bauern und Handwerker. Durch eine Reihe gewaltsamer und grausamer Methoden, die Marx im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation an der englischen Geschichte ausführlich schildert, wurde die große Volksmasse vom Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitswerkzeugen expropriirt. So entstanden die freien Arbeiter, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf; vom Kopf bis zur Zehe, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend kam das Kapital zur Welt. Sobald es einmal auf eigenen Füßen stand, erhielt es nicht nur die Scheidung zwischen dem Arbeiter und dem Eigenthum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit, sondern reproduzirte sie auf stets wachsender Stufenleiter.

Von den früheren Arten unbezahlter Arbeit unterscheidet sich die Lohnarbeit dadurch, daß die Bewegung des Kapitals maßlos, sein Heißhunger nach Mehrarbeit unersättlich ist. In ökonomischen Gesellschaftsformationen, wo nicht der Tauschwerth, sondern der Gebrauchswerth des Produkts überwiegt, wird die Mehrarbeit durch einen engeren oder weiteren Kreis von Bedürfnissen beschränkt,

aber aus dem Charakter der Produktion entspringt kein schrankenloses Bedürfniß nach Mehrarbeit. Anders wo der Tauschwerth vorwiegt. Als Produzent fremder Arbeitsamkeit, als Auspumper von Mehrarbeit und Ausbeuter von Arbeitskraft übergipfelt das Kapital an Energie, Maßlosigkeit und Wirksamkeit alle früheren, auf direkter Zwangsarbeit beruhenden Produktionsprozesse. Es kommt ihm nicht auf den Arbeitsprozeß, die Erzeugung von Gebrauchswerthen an, sondern auf den Verwerthungsprozeß, die Erzeugung von Tauschwerthen, aus denen es mehr Werth herausschlagen kann, als es hineingesteckt hat. Der Hunger nach Mehrwerth kennt kein Gefühl der Sättigung; die Produktion von Tauschwerthen besitzt die Schranke nicht, welche der Produktion der Gebrauchswerthe in der Befriedigung der Bedürfnisse gezogen ist.

Wie die Waare Einheit von Gebrauchs- und Tauschwerth, so ist der Produktionsprozeß der Waare Einheit von Arbeits- und Werthbildungsprozeß. Der Werthbildungsprozeß dauert bis zu dem Punkte, wo der im Lohne gezahlte Werth der Arbeitskraft durch einen gleichen Werth ersetzt ist. Ueber diesen Punkt hinaus wird er zum Erzeugungsprozeß von Mehrwerth, zum Verwerthungsprozesse. Als Einheit von Arbeits- und Verwerthungsprozeß wird er kapitalistischer Produktionsprozeß, kapitalistische Form der Waarenproduktion. Im Arbeitsprozesse wirken Arbeitskraft und Produktionsmittel zusammen; im Verwerthungsprozesse erscheinen dieselben Kapitalbestandtheile als konstantes und variables Kapital. Das konstante Kapital setzt sich in Produktionsmittel um, in Rohmaterial, Hilfsstoffe, Arbeitsmittel, und verändert seine Werthgröße nicht im Produktionsprozesse. Das variable Kapital setzt sich in Arbeitskraft um und verändert im Produktionsprozesse seinen Werth; es reproduzirt seinen eigenen Werth und einen Ueberschuß darüber, Mehrwerth, der selbst wechseln, größer oder kleiner sein kann. So schafft sich Marx klare Bahn für die Untersuchung des Mehrwerths, von dem er zwei Formen findet, den absoluten und den relativen Mehrwerth, die eine verschiedene, aber jeder eine entscheidende Rolle in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise gespielt haben.

Absoluter Mehrwerth wird produzirt, indem der Kapitalist den Arbeitstag über die zur Reproduktion der Arbeitskraft nothwendige Zeit ausdehnt. Ginge es nach seinem Wunsche, so hätte der Arbeitstag 24 Stunden, denn je länger der Arbeitstag ist, desto größeren Mehrwerth produzirt er. Umgekehrt hat der Arbeiter das richtige Gefühl, daß jede Stunde Arbeit, die er über die Ersetzung des Arbeitslohnes hinaus arbeitet, ihm unrechtmäßig entzogen wird, er hat an seinem eigenen Körper durchzumachen, was es heißt, überlange Zeit zu arbeiten. Der Kampf um die Länge des Arbeitstages dauert vom ersten geschichtlichen Auftreten freier Arbeiter bis auf den heutigen Tag. Der Kapitalist kämpft für seinen Profit, und die Konkurrenz zwingt ihn, mag er persönlich ein edler Mensch oder ein schlechter Kerl sein, den Arbeitstag bis zur äußersten Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit auszurecken. Der Arbeiter kämpft für seine Gesundheit, für ein paar Stunden täglicher Ruhe, um außer Arbeiten, Essen und Schlafen sich

auch sonst noch als Mensch bethätigen zu können. Marx schildert in eindrucksvollster Weise den halbhundertjährigen Bürgerkrieg, den die Kapitalisten- und die Arbeiterklasse in England um den Arbeitstag kämpfte, von der Geburt der großen Industrie, welche die Kapitalisten antrieb, jede Schranke zu zertrümmern, die Natur und Sitte, Alter und Geschlecht, Tag und Nacht der Ausbeutung des Proletariats setzten, bis zum Erlaß der Zehnstundenbill, welche die Arbeiterklasse erkämpfte, als ein übermächtiges gesellschaftliches Hinderniß, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.

Relativer Mehrwerth wird produzirt, indem die zur Reproduktion der Arbeitskraft nothwendige Arbeitszeit zu Gunsten der Mehrarbeit verkürzt wird. Der Werth der Arbeitskraft wird dadurch gesenkt, daß die Produktivkraft der Arbeit in denjenigen Industriezweigen gesteigert wird, deren Produkte den Werth der Arbeitskraft bestimmen. Dazu ist nothwendig eine fortwährende Umwälzung der Produktionsweise, der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses. Die historischen, ökonomischen, technologischen und sozialpsychologischen Ausführungen, die Marx hierüber macht in einer Reihe von Kapiteln, welche die Kooperation, die Theilung der Arbeit und die Manufaktur, die Maschinerie und die große Industrie behandeln, gehören zu dem Bedeutendsten, was er je geschrieben hat. Selbst einer seiner bürgerlichen Biographen macht sich darüber lustig, daß die akademischen Leitfäden der politischen Oekonomie, statt aus dieser reichen Fundgrube der Wissenschaft zu schöpfen, noch immer oberflächlich nachbeten, was Adam Smith vor mehr als hundert Jahren über Arbeitstheilung geschrieben hat. Jedoch gereicht ihnen zur Entschuldigung, daß sich eher dem Herkules seine Keule entwinden läßt, als einem revolutionären Denker, wie Marx war, ein Gedanke, der so ohne Weiteres in der Krippe universitärer Stallfütterung aufgeschüttet werden könnte.

Marx zeigt nicht nur, daß die Maschinerie und große Industrie ein so furchtbares Elend geschaffen hat, wie keine andere Produktionsweise vor ihr, sondern er zeigt auch, daß sie in ihrer unausgesetzten Revolutionirung der kapitalistischen Gesellschaft eine höhere Gesellschaftsform vorbereitet. Die Fabrikgesetzgebung ist die erste, bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses. Indem sie die Arbeit in Fabriken und Manufakturen regulirt, erscheint sie zunächst nur als Einmischung in die Ausbeutungsrechte des Kapitals. Aber die Gewalt der Thatsachen zwingt sie alsbald, auch die Hausarbeit zu reguliren und in die elterliche Autorität einzugreifen, damit aber anzuerkennen, daß die große Industrie mit der ökonomischen Grundlage des alten Familienwesens und der ihr entsprechenden Familienarbeit auch die alten Familienverhältnisse selbst auflöst. „So furchtbar und ekelhaft die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesell-

schaftlich organisirten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter. Es ist natürlich ebenso albern, die christlich-germanische Form der Familie für absolut zu halten wie die altrömische Form, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinirten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß." Die Maschine, die den Arbeiter zu ihrem bloßen Anhängsel entwürdigt, schafft zugleich die Möglichkeit, die Produktivkräfte der Gesellschaft auf einen Höhegrad zu steigern, der eine gleich menschenwürdige Entwicklung für alle Glieder der Gesellschaft möglich machen wird, wozu alle früheren Gesellschaftsformen zu arm waren.

Nachdem Marx die Produktion des absoluten und des relativen Mehrwerths untersucht hat, giebt er die erste rationelle Theorie des Arbeitslohns, welche die Geschichte der politischen Oekonomie kennt. Der Preis einer Waare ist ihr in Geld ausgedrückter Werth, und der Arbeitslohn ist der Preis der Arbeitskraft. Nicht die Arbeit erscheint auf dem Waarenmarkte, sondern der Arbeiter, der seine Arbeitskraft feil bietet, und Arbeit entsteht erst durch den Verbrauch der Waare Arbeitskraft. Die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werthe, aber sie selbst hat keinen Werth. Dennoch scheint im Arbeitslohne die Arbeit bezahlt zu werden, weil der Arbeiter erst nach gethaner Arbeit seinen Lohn erhält. Die Form des Arbeitslohns löscht jede Spur der Theilung des Arbeitstags in bezahlte und nicht bezahlte Arbeit aus. Es ist umgekehrt wie beim Sklaven. Der Sklave scheint nur für seinen Herrn zu arbeiten, auch in dem Theile des Arbeitstages, in dem er nur den Werth seiner eigenen Lebensmittel ersetzt, alle seine Arbeit erscheint als unbezahlte Arbeit. Bei der Lohnarbeit erscheint umgekehrt selbst die unbezahlte Arbeit als bezahlt. Dort verbirgt das Eigenthumsverhältniß das Fürsichselbstarbeiten des Sklaven, hier das Geldverhältniß das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters. Man begreift daher, sagt Marx, die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Werth und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Werth und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältniß unsichtbar macht und gerade sein Gegentheil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie.

Die beiden Grundformen des Arbeitslohns sind der Zeitlohn und der Stücklohn. An den Gesetzen des Zeitlohns weist Marx namentlich die interessirte Hohlheit des Geredes nach, mit dem sich unersättliche Ausbeuter, allen voran der

brave Bismarck, gegen die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags zu sträuben pflegen: des Geredes nämlich, als ob durch eine solche Beschränkung der Lohn gesenkt werde. Genau das Gegentheil ist richtig. Vorübergehende Verkürzung des Arbeitstags senkt den Lohn, aber dauernde Verkürzung hebt ihn; je länger der Arbeitstag, desto niedriger der Lohn.

Der Stücklohn ist nichts als eine verwandelte Form des Zeitlohns, er ist die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns. Er gewann größeren Spielraum während der eigentlichen Manufakturperiode und diente in der Sturm- und Drangperiode der englischen Großindustrie als Hebel zur Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Arbeitslohns. Der Stücklohn ist sehr vortheilhaft für den Kapitalisten, da er großentheils die Arbeitsaufsicht überflüssig macht und obendrein die mannigfaltigste Gelegenheit zu Lohnabzügen und sonstigen Prellereien bietet. Für die Arbeiter bringt er dagegen große Nachtheile mit sich: Abrackerung durch Ueberarbeit, die den Lohn steigern soll, während sie ihn thatsächlich zu senken strebt, gesteigerte Konkurrenz unter den Arbeitern und Abschwächung ihres Solidaritätsbewußtseins, Dazwischenschiebung von Schmarotzerexistenzen zwischen Kapitalisten und Arbeitern, von Mittelspersonen, die dem gezahlten Lohne ein erkleckliches Stück abzwacken, und Anderes mehr.

Das Verhältniß von Mehrwerth und Arbeitslohn bedingt, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht nur dem Kapitalisten sein Kapital stets neu produzirt, sondern daß sie auch immer wieder die Armuth der Arbeiter produzirt: auf der einen Seite die Kapitalisten, welche die Eigenthümer aller Lebensmittel, aller Rohprodukte und aller Arbeitsinstrumente sind, und auf der anderen Seite die große Masse der Arbeiter, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft diesen Kapitalisten für ein Quantum Lebensmittel zu verkaufen, das im besten Falle eben hinreicht, sie in arbeitsfähigem Zustande zu erhalten und ein neues Geschlecht arbeitsfähiger Proletarier heranzuziehen. Aber das Kapital reproduzirt sich nicht blos, sondern es vergrößert und vermehrt sich beständig; diesem „Akkumulationsprozesse" widmet Marx den letzten Abschnitt in der Darstellung, die er vom Produktionsprozesse des Kapitals giebt.

Mehrwerth entspringt nicht nur aus Kapital, sondern Kapital auch aus Mehrwerth. Ein Theil des jährlich produzirten Mehrwerths wird von den besitzenden Klassen, unter die er sich vertheilt, als Revenue verzehrt, ein anderer Theil aber als Kapital akkumulirt. Die unbezahlte Arbeit, die der Arbeiterklasse ausgepumpt worden ist, dient jetzt als Mittel, ihr immer mehr unbezahlte Arbeit auszupumpen. Im Strome der Produktion wird überhaupt alles ursprünglich vorgeschossene Kapital eine verschwindende Größe, verglichen mit dem direkt akkumulirten Kapital, d. h. dem in Kapital rückverwandelten Mehrwerth oder Mehrprodukt, ob nun funktionirend in der Hand, die akkumulirt hat, oder in fremder Hand. Das auf Waarenproduktion und Waarenzirkulation beruhende Gesetz des Privateigenthums schlägt durch seine eigene, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegentheil um. Die Gesetze der Waarenproduktion schienen das

Eigenthumsrecht auf eigene Arbeit zu gründen. Gleichberechtigte Waarenbesitzer standen sich gegenüber, das Mittel zur Aneignung fremder Waare war nur die Veräußerung der eigenen Waare, und die eigene Waare konnte nur durch Arbeit hergestellt werden. Jetzt erscheint Eigenthum, auf Seite des Kapitalisten, als das Recht fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters, als Unmöglichkeit, sich sein eigenes Produkt anzueignen.

Als die modernen Proletarier hinter diesen Zusammenhang zu kommen begannen, als das städtische Proletariat in Lyon die Sturmglocke läutete, und das ländliche Proletariat in England den rothen Hahn fliegen ließ, erfanden die Vulgärökonomen die „Abstinenztheorie", wonach das Kapital durch freiwillige „Enthaltung" der Kapitalisten besteht, eine Theorie, die Marx ebenso unbarmherzig geißelt, wie Lassalle sie schon im Bastiat-Schulze gegeißelt hatte. Was aber wirklich zur Akkumulation des Kapitals beiträgt, das ist die erzwungene „Enthaltung" der Arbeiter, die gewaltsame Herabdrückung des Lohns unter den Werth der Arbeitskraft zu dem Zweck, den nothwendigen Konsumtionsfonds der Arbeiter theilweise in einen Akkumulationsfonds von Kapital zu verwandeln. Hier haben die Jammerschreie über das „luxuriöse" Leben der Arbeiter, die endlosen Litaneien über jene Flasche Sekt, welche Berliner Maurer einmal getrunken haben sollen, die wohlfeilen Kochrezepte christlicher Sozialreformer und was sonst in dies Gebiet augenverdreherischen Humbugs gehört, ihren thatsächlichen Ursprung.

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ist nun dieses. Wachsthum des Kapitals schließt Wachsthum seines variablen oder in Arbeitskraft umgesetzten Bestandtheils ein. Bleibt die Zusammensetzung des Kapitals unverändert, erheischt eine bestimmte Masse Produktionsmittel stets dieselbe Masse Arbeitskraft, um in Bewegung gesetzt zu werden, so wächst offenbar die Nachfrage nach Arbeit und der Subsistenzfonds der Arbeiter verhältnißmäßig mit dem Kapital, und um so rascher, je rascher das Kapital wächst. Wie die einfache Reproduktion fortwährend das Kapitalverhältniß selbst reproduzirt, so reproduzirt die Akkumulation das Kapitalverhältniß auf erweiterter Stufenleiter, mehr Kapitalisten oder größere Kapitalisten auf diesem Pol, mehr Lohnarbeiter auf jenem. Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats, und zwar erfolgt sie in dem vorausgesetzten Falle unter den für die Arbeiter günstigsten Bedingungen. Von ihrem eigenen anschwellenden und schwellend in neues Kapital verwandelten Mehrprodukt strömt ihnen ein größerer Theil in der Form von Zahlungsmitteln zurück, so daß sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihren Konsumtionsfonds von Kleidern, Möbeln u. s. w. besser ausstatten können. Jedoch wird dadurch das Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältniß, in dem sie stehen, so wenig berührt, wie ein gut gekleideter und genährter Sklave aufhört, Sklave zu sein. Immer müssen sie ein bestimmtes Quantum unbezahlter Arbeit liefern, das zwar abnehmen kann, aber nie bis zu dem Punkte, wo der kapitalistische Charakter des Produktionsprozesses ernsthaft gefährdet werden würde. Steigen die Löhne über diesen Punkt, so stumpft der Stachel des Gewinnes ab, und die

Akkumulation des Kapitals erschlafft, bis die Löhne wieder auf ein seinen Verwerthungsbedürfnissen entsprechendes Niveau gesunken sind.

Jedoch nur dann, wenn sich bei der Akkumulation des Kapitals das Verhältniß zwischen seinem konstanten und seinem variablen Bestandtheile nicht verändert, spannt sich die goldene Kette, welche der Lohnarbeiter sich selbst schmiedet, loser nach Umfang und Wucht. Thatsächlich tritt aber mit dem Fortgange der Akkumulation eine große Revolution in der, wie Marx sie nennt, organischen Zusammensetzung des Kapitals ein. Das konstante Kapital wächst auf Kosten des variablen Kapitals, die wachsende Produktivität der Arbeit bewirkt, daß die Masse der Produktionsmittel verhältnißmäßig schneller wächst, als die Masse der ihnen einverleibten Arbeitskraft, die Nachfrage nach Arbeit steigt nicht gleichmäßig mit der Akkumulation des Kapitals, sondern sinkt verhältnißmäßig. Dieselbe Wirkung hat in anderer Form die Konzentration des Kapitals, die sich, unabhängig von seiner Akkumulation, dadurch vollzieht, daß die Gesetze des kapitalistischen Konkurrenzkampfs zur Verschlingung des kleinen Kapitals durch das große Kapital führen. Während das im Fortgange der Akkumulation gebildete Zuschußkapital, im Verhältniß zu seiner Größe, weniger und weniger Arbeiter anzieht, stößt das in neuer Zusammensetzung reproduzirte alte Kapital mehr und mehr früher von ihm beschäftigte Arbeiter ab. So entsteht eine relative, das heißt für die Verwerthungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige Arbeiterbevölkerung, eine industrielle Reservearmee, die während schlechter oder mittelmäßiger Geschäftszeiten unter dem Werth ihrer Arbeitskraft bezahlt und unregelmäßig beschäftigt wird, oder der öffentlichen Armenpflege anheimfällt, unter allen Umständen aber dazu dient, die Widerstandskraft der beschäftigten Arbeiter zu lähmen und ihre Löhne niedrig zu halten.

Ist die industrielle Reservearmee nothwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichthums auf kapitalistischer Grundlage, so wird sie umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Akkumulation und der sie begleitenden Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wächst die plötzliche Expansionskraft des Kapitals, die großer Menschenmassen bedarf, um sie plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in anderen Sphären auf neue Märkte oder in neue Produktionszweige zu werfen. Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen, zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größeren oder geringeren Absorption, und Wiederbildung der industriellen Reservearmee. Je größer der gesellschaftliche Reichthum, das funktionirende Kapital, Umfang und Energie seines Wachsthums, also auch die absolute Größe der Arbeiterbevölkerung und die Produktivkraft ihrer Arbeit, desto größer die relative Uebervölkerung oder industrielle Reservearmee. Ihre verhältnißmäßige Größe wächst mit den Potenzen des Reichthums. Je größer aber die industrielle Reservearmee im Verhältniß zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die Arbeiterschichten, deren Elend

im umgekehrten Verhältniß zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.

Und aus ihm ergiebt sich auch ihre geschichtliche Tendenz. Hand in Hand mit der Akkumulation und Konzentration des Kapitals entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, und die Oekonomisirung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Produktionsmittel kombinirter gesellschaftlicher Arbeit. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt, die Enteigner werden enteignet. Das individuelle, auf eigener Arbeit gegründete Eigenthum stellt sich wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: als Kooperation freier Arbeiter und als ihr Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzirten Produktionsmitteln. Natürlich ist die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetriebe beruhenden kapitalistischen Eigenthums in gesellschaftliches Eigenthum bei Weitem nicht so langwierig, hart und schwierig, wie die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Eigenthums in kapitalistisches Eigenthum war. Hier handelte es sich um die Enteignung der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, dort wird es sich um die Enteignung weniger Usurpatoren durch die Volksmasse handeln.

Es ist natürlich unmöglich, auf dem Umfange weniger Seiten einen annähernden Begriff von dem Reichthum der Gedanken und Thatsachen zu geben, den der erste Band des Kapitals enthält. Was in einer solchen Zusammenfassung doch mehr oder weniger nur als unbewiesene Behauptung auftritt, das baut sich in dem Buche selbst Stein um Stein auf, ungemörtelt und ungeputzt, fest gefugt durch die Schlagkraft der Logik, sicher ruhend in der Schwerkraft der Thatsachen. Und in der Fülle geistiger Schätze, die mit fast verschwenderischer Hand über das Werk ausgestreut sind, trägt es den echtesten Stempel des Genius: immer bleibt in dem Leser die Empfindung wach, daß der Meister größer ist, als sein Werk.

Indem Marx die politische Oekonomie kritisirte, vollendete er sie. Er baute auf dem Grunde, den Adam Smith und Ricardo gelegt hatten, er setzte die Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise fort, wo jene selbständigen Denker

sie abgebrochen hatten oder richtiger sie hatten abbrechen müssen, weil das Spiel ihrer immanenten Gesetze noch nicht so weit entwickelt war, um bis auf den Grund erkannt werden zu können. Die bürgerlichen Nachfolger der klassischen Oekonomen waren den umgekehrten Weg gegangen; je mehr die kapitalistische Produktionsweise ihr wahres und gewiß nicht schönes Gesicht enthüllte, um so mehr hatten sie aufs Erforschen und Erklären verzichtet, und sich aufs Beschönigen und Vertuschen geworfen, was sie dann „Fortbildung der Wissenschaft" nannten. Als das Buch von Marx erschien, versuchten sie es zunächst mit dem beliebten System des Todtschweigens, und als es damit nicht mehr ging, erhoben sie ein mörderliches Geschrei über unwissenschaftliche Tendenz. Höchst bezeichnend dafür ist eine Kritik, die der erste Band des Kapitals noch acht Jahre nach seinem Erscheinen in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erfuhr, und zwar nicht von einem beliebigen Manchestermanne, sondern, wie aus dem Inhalte hervorgeht, von irgend einem großen Denker der historischen Schule.

Der kundige Thebaner führte aus, wer dem Wesen des Kapitals auf den Grund kommen wolle, der solle sich daran machen, die wirkliche Geschichte des Kapitals wissenschaftlich zu erforschen. Dazu gehöre die Kraft eines Riesen und die Geduld eines Zwerges. Wer über die Ungerechtigkeit der heutigen Güter=vertheilung reden wolle, der solle die Thatsachen der heutigen Gewinne und Löhne, des Eigenthums, seines Wachsthums und seines Untergangs untersuchen. Damit allein könne er sachkundigen Lesern etwas beweisen. Nun sollte man die Schluß=folgerung erwarten, alle diese Forderungen habe Marx erfüllt. Aber nein! „Marx stellt sich bewußt und absichtlich, jede andere Fortentwicklung der Wissen=schaft geringschätzig ignorirend oder vielmehr wirklich nicht kennend, auf den Standpunkt der englischen Nationalökonomie vor fünfzig Jahren. Er bemüht sich, den David Ricardo in dessen abstrakter Manier fortzuentwickeln und zu ver=vollständigen, gleichsam dessen letztes Wort, das unausgesprochen geblieben, zu ergänzen. Mit dem ganzen Stolze des Autodidakten stellt er sich auf Voraus=setzungen, die er für selbstverständlich hält, die Andere längst für widerlegt halten. Ricardo und die älteren Autoren haben ihr Verdienst, das ihnen nicht bestritten werden darf, die ökonomische Logik geübt und verbessert zu haben, aber dies ist längst geschehen und hat seine Zeit gehabt. Wer heutzutage die Wissenschaft zu fördern glaubt, indem er die brennenden Fragen, die sich an das Kapitaleigen=thum knüpfen, durch jene alte Logik zu erledigen unternimmt, der täuscht sich — und hat ein volles Menschenalter des Lebens der Wissenschaft verschlafen." Dies „volle Menschenalter", das Marx verschlafen haben sollte, war ausgefüllt einerseits durch die elenden Sophismen, womit Bastiat und die Bastiatiden die Lehren der Adam Smith und Ricardo verfälschten, andererseits durch die Aengstesprünge, womit Roscher und die sonstigen Meister der „historischen Methode" über die un=bequemen Konsequenzen der klassischen Oekonomie hinwegzuhüpfen versuchten.

Es mag genug sein an dieser einen Probe, die in all ihrem Unverstande klassisch war für das Maß von Verstand, womit die bürgerliche Oekonomie jahre=

und jahrzehntelang das Werk von Marx zu besprechen wußte. Auf die Dauer konnte auch sie sich seinem Einflusse nicht entziehen. Die Entwicklung der Dinge selbst bestätigte die Schlußfolgerungen, die Marx gezogen hatte, viel zu schlagend, als daß sich diese Beweisführung nicht auch kurzsichtigen Augen hätte aufdrängen müssen. Kein bürgerlicher Oekonom wagt heute mehr, den fossilen Blödsinn in den Mund zu nehmen, womit der erste Band des Kapitals vor zwanzig Jahren von dieser Seite her begrüßt wurde, und man mag selbst ohne Uebertreibung sagen, daß alle reelle Arbeit, welche die bürgerliche Oekonomie noch leistet, mittelbar oder unmittelbar unter dem Einflusse dieses Buches steht. Soweit sie nicht blos mit Strohhalmen, sondern mit halbwegs handfesten Waffen den wissenschaftlichen Kommunismus bekämpft, hat sie diese Waffen in seinem Feuer geschmiedet. Ihrem Schicksal entgeht sie deshalb doch nicht, so wenig wie Barbarenhorden ihrem Schicksal entgehen, selbst wenn sie schließlich mit den Waffen der Zivilisation ihre überlebten Gesellschaftszustände zu vertheidigen suchen.

Jedoch bedurfte auch die Arbeiterklasse der Erziehung durch die ökonomische Entwicklung, ehe ihr das Werk von Marx in Fleisch und Blut überzugehen begann. Die Schuld daran trug jener Stand der Dinge, den Marx selbst in der Vorrede andeutete mit den Worten, Deutschland werde, wie das ganze übrige kontinentale Westeuropa, nicht nur durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch durch den Mangel ihrer Entwicklung gequält. Die lange Reihe ererbter Nothstände, die aus der Fortvegetation alterthümlicher überlebter Produktionsweisen mit ihrem Gefolge von zeitwidrigen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprangen, verdunkelte den Arbeitern noch den inneren Zusammenhang der modernen Nothstände, den das Werk von Marx enthüllte. Johann Philipp Becker taufte es als die Bibel der Arbeiterklasse, was theoretisch ein ungeschickter, aber historisch ein zutreffender Vergleich war. Es wurde zunächst mehr angestaunt als gelesen, mehr bewundert als verstanden, mehr mit orthodoxem Eifer als mit kritischer Einsicht ausgelegt. Damals hatte der Vorwurf des Dogmenfanatismus einen besseren Sinn als heute, wo der unaufhaltsame Fortschritt der deutschen Großindustrie jeden neuen Tag erläutert, wie richtig Marx das vorbildliche Wesen der englischen Großindustrie erkannt hat, wie sehr sein Werk kein dogmatisches, sondern ein historisches Werk ist.

Ein historisches Werk, das eine bestimmte Periode des menschheitlichen Entwicklungsprozesses schildert, kann kein unfehlbarer Weisheitsborn für alle Zukunft sein, und von solchem Anspruche war Niemand weiter entfernt, als Marx. Seit dreißig Jahren hat die kapitalistische Produktionsweise manche Erscheinungen gezeitigt, die er so nicht gekannt und vorhergesehen hat; der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie besteht nicht mehr in der Form jenes zehnjährigen Zyklus, von dem Marx sprach. Jede Abweichung in den Thatsachen hat aber bisher nur die Richtigkeit der Tendenz verstärkt, die Marx in der kapitalistischen Produktionsweise historisch walten sah. Vergebens sucht man die Verelendung, welche die kapitalistische Produktionsweise für die Arbeiterklasse mit

sich führt, dadurch zu widerlegen, daß man auf die Fortschritte hinweist, welche diese Klasse am ehesten da macht, wo jene Produktionsweise am höchsten entwickelt ist. Eben das ist ja die von Marx nachgewiesene Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, daß die große Industrie mit ihrer Frohn- und Hungerpeitsche je länger je mehr das Arbeiterheer drillt und schult, das ihre kapitalistischen Wurzeln ausrotten wird. Und die famose Weisheit, die der Arbeiterklasse den ökonomischen und politischen Klassenkampf verleiden will, indem sie ihr als angebliche Früchte der großen Industrie aufschwatzen möchte, was dieser Industrie in schwerem Ringen vom proletarischen Klassenkampfe abgezwungen worden ist, mag im günstigsten Fall als der Galgenhumor passiren, womit sich die kapitalistische Produktionsweise die Leidensstationen ihres unaufhaltsamen Niedergangs verkürzt.

Wenn gut Ding Weile haben wollte und der erste Band des Kapitals nur allmälig zum geistigen Eigenthum des deutschen Proletariats wurde, so begann doch dieser erfreuliche Assimilationsprozeß sofort nach seinem Erscheinen. Zuerst besprach Schweitzer das Werk im Sozialdemokraten mit völligem Verständniß seines Inhalts, in einer langen Reihe von Aufsätzen, die Marx für sehr beachtenswerth erklärte. Dann erschien im Demokratischen Wochenblatte, das Liebknecht seit dem Anfange des Jahres 1868 als Organ der Sächsischen Volkspartei herausgab, eine anonyme Anzeige, die sich durch zwei Nummern zog und zweifellos von Engels verfaßt ist. Der erste deutsche Arbeiter, dem die Ehre gebührt, das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus geistig bewältigt zu haben, war Josef Dietzgen, ein Lohgerber, der damals in Petersburg lebte und von hier aus dem Demokratischen Wochenblatte eine Kritik des Kapitals einsandte, die in jeder Zeile den Geist des gewaltigen Werkes athmete.

Daran hatte Marx die größte Freude; in den Zeichen des Verständnisses, das seine riesenhafte Arbeit in der Arbeiterklasse selbst fand, sah er ihren „besten Lohn“. Er pflegte Dietzgen, der ein Jahr darauf in einer Schrift über das Wesen der menschlichen Kopfarbeit die materialistische Geschichtsauffassung selbständig entwickelte, „unseren Philosophen“ zu nennen.

Achtes Kapitel.

Deutsche Gewerkschaften.

Hatte die Krisis von 1857 den ersten, wenn auch zunächst nur mittelbaren Anstoß zum Wiedererwachen der europäischen Arbeiterbewegung gegeben, so übte die Krisis von 1866 schon weit stärker und unmittelbarer die gleiche Wirkung aus. Große Bankbrüche englischer Häuser führten zu einer völligen Lähmung der Spekulation. Während eine allgemeine Stockung des Verkehrs eintrat, zahlreiche Fabriken ihre Produktion einschränken oder ganz einstellen

mußten, die Arbeitslöhne sanken und die Arbeitslosigkeit wuchs, schnellten die Preise der für die Arbeiterklasse nothwendigen Lebensmittel durch die schlechten Ernten von 1866 und 1867 beträchtlich in die Höhe.

Unter diesem ökonomischen Drucke schwoll die europäische Arbeiterbewegung mächtig an. Je nach dem Stande, den sie in den einzelnen Ländern erreicht hatte, gab sich die menschliche Empörung des Proletariats gegen unmenschliche Zustände in verschiedener Form kund. In Irland herrschte der Fenierschrecken und in Belgien erhoben sich die Grubenarbeiter gegen den fürchterlichsten Nothstand in einem Hungeraufruhr, den der bürgerliche Musterstaat nur mit Pulver und Blei niederzuschlagen wußte. In Oesterreich, wo die Niederlage von 1866 die deutsche Bourgeoisie ans Ruder gebracht hatte, entfaltete sich sofort eine proletarische Opposition, deren innere Stärke freilich noch nicht in richtigem Verhältnisse zu dem imponirenden Schein ihres äußeren Auftretens stand.

In den Ländern, wo die Arbeiterbewegung bereits auf eine gewisse Höhe gelangt war, bekundete sich der Widerstand gegen die Geißelschläge der Krisis in zahlreichen Arbeitseinstellungen, womit ein engerer Anschluß an die Internationale Hand in Hand ging. Eine Delegirtenkonferenz der Trade Unions, die 1866 in Sheffield stattfand, ermahnte diese Verbände „aufs eindringlichste", sich der Internationalen anzuschließen, deren Unterstützung sich bei Streiks der Londoner Maschinenbauer, Bronzearbeiter, Schneider, Korbmacher und anderer Gewerke von großem Nutzen erwies. Bei einer Aussperrung der Pariser Bronzearbeiter im Frühjahr von 1867 sicherte die Hilfe der Internationalen diesen Arbeitern die eben gewährte Koalitionsfreiheit, und ebenso verschaffte sie im Frühjahr 1868 den Genfer Bauarbeitern den Sieg, als sie in einem großen Streik um Erhöhung des Arbeitslohns und Verkürzung der Arbeitszeit kämpften.

In Deutschland wurden die Wirkungen der ökonomischen Krisis bis zu einem gewissen Grade durchkreuzt und verdeckt durch die Wirkungen der politischen Krisis, welche dasselbe Jahr 1866 mit sich brachte. Die junge Freundschaft zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem preußischen Absolutismus bekam ihren ersten Stoß durch ein erbauliches Gezänk darüber, wer die Schuld an dem herrschenden Nothstande trage, der sich in einzelnen Landestheilen, wie in der Provinz Ostpreußen, zu einer Hungersnoth im schrecklichsten Sinne des Wortes steigerte. Die offiziöse Presse erklärte der unglückseligen ökonomischen Doktrin der liberalen Bourgeoisie den Krieg auf Leben und Tod, denn sie verschulde alles Unheil, während die liberalen Blätter nicht weniger emphatisch behaupteten, daß die Regierungen mit ihren ewigen Rüstungen und der dadurch stetig gesteigerten Kriegsgefahr die allgemeine Nothlage schüfen, indem sie die Produktion und den Verkehr lahm legten. Die Organe der Arbeiterklasse sagten den streitenden Brüdern, jeder von ihnen könne sich an seiner eigenen Nase zupfen, jedoch fanden sie, daß die nächste Ursache der Arbeitslosigkeit für dieses Mal von den Regierungen verschuldet sei. Die bürgerliche Produktionsweise, so führte der Sozialdemokrat aus, ermöglicht überhaupt erst Produktionsstockungen, die zum Massen-

elend führen, aber die Regierung ist schuld daran, daß auf jener Grundlage diese heutige spezielle Stockung eingetreten ist, und ähnlich sagte das Demokratische Wochenblatt, die Saat der Blut- und Eisenpolitik reife in der Geschäftslosigkeit, Hungersnoth und Volksverarmung.

I. Demokratisches Wochenblatt und Sozialdemokrat.

Trotz dieser gleichmäßigen Auffassung wurde der Gegensatz zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei seit dem Erscheinen des Demokratischen Wochenblattes nicht gemildert, sondern beträchtlich geschärft.

Nur lag der Grund nicht etwa in einer schlafferen politischen Haltung des Sozialdemokraten. Gerade in dieser Zeit ging Schweitzer gegen die preußische Regierung mit einer Schärfe vor, die ihn in ein Kreuzfeuer von Anklagen und Gefängnißstrafen, das Blatt selbst aber in ein Kreuzfeuer von polizeilichen Beschlagnahmen brachte, mit einer Schärfe, die sogar von der Volkszeitung rückhaltlos anerkannt wurde. Freilich mußte sich der Sozialdemokrat, um überhaupt mit einiger Regelmäßigkeit erscheinen zu können, in persönlichen Angriffen auf die Träger der Berliner Regierung eine Reserve auferlegen, die das Demokratische Wochenblatt in Leipzig nicht zu nehmen brauchte. Diese nothgedrungene Vorsicht gereichte dem Sozialdemokraten aber durchaus nicht zur Unehre, und zwar um so weniger, als er die einzelnen Fragen, die auf der politischen Tagesordnung standen, weit eindringlicher und faßlicher behandelte, als das Demokratische Wochenblatt. Ohnehin hatte er nicht Unrecht, über die damalige sächsische Preßfreiheit ungefähr in demselben Tone zu sprechen, in welchem Lessing hundert Jahre früher über die preußische Preßfreiheit unter dem alten Fritz gesprochen hatte. Wegen Beleidigung Bismarcks wurde das Demokratische Wochenblatt nicht angeklagt, sondern nur wegen Beleidigung Bonapartes. Im Allgemeinen aber genoß es eine beneidenswerthe Preßfreiheit, während der Sozialdemokrat das verfolgteste Preßorgan in Deutschland blieb, und so wenig das Leipziger Blatt einen Tadel verdiente, weil es seine günstige Lage ausnützte, so wenig verdiente das Berliner Blatt einen Tadel, weil es sich nicht den Kopf an der Mauer einrannte.

Die wirklichen Unterschiede zwischen den beiden Blättern bestanden erstens darin, daß der Sozialdemokrat seine Opposition vom Boden des Norddeutschen Bundes aus führte, während das Demokratische Wochenblatt diesen Bund zertrümmern wollte, und zweitens darin, daß der Sozialdemokrat in sozialwissenschaftlicher Erkenntniß dem Demokratischen Wochenblatte bedeutend voraus war. Das Organ der Sächsischen Volkspartei rechnete mit der Möglichkeit, daß in nächster Zukunft schon das Werk von 1866 vernichtet werden würde. Gegen Bismarck spielte es den Beust aus, der con amore seine „Revanche für König-

grätz" nehme, indem er in Oesterreich das parlamentarische Regiment einführe, die Presse befreie, das Vereinsrecht herstelle, das Heer dem Reichstage unterordne, die Axt an das Konkordat anlege, und selbst für die berufene Welfenlegion hatte das Demokratische Wochenblatt entschuldigende Worte. Dagegen fehlte ihm fast jedes Verständniß für den politischen und namentlich auch den sozialen Standpunkt, den der Sozialdemokrat einnahm. Das Blatt sagte, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein keine andere Grundlage habe, als „die paar ewig wiederholten Lassalleschen Redensarten von Staatshilfe", eine Behauptung, deren Härte nur von ihrer Ungerechtigkeit übertroffen wurde. Der Fülle lehrreicher Aufsätze, die der Sozialdemokrat unausgesetzt über die Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus veröffentlichte, hatte das Demokratische Wochenblatt wenig mehr Gleichwerthiges entgegenzusetzen, als die beiden Besprechungen, die es über den ersten Band des Kapitals veröffentlichte. Um der „gegenwärtigen Theuerung und Geschäftsstockung" abzuhelfen, brachte es sogar noch einmal das papierene Arbeitsgeld des kleinbürgerlichen Sozialismus aufs Tapet, und in einer Artikelreihe über „Staatshilfe und Selbsthilfe" vertrat es zwar die grundsätzlich richtige Auffassung, schliff ihr aber eine sehr schiefe polemische Spitze an, indem es behauptete, Lassalle habe das Stichwort der Staatshilfe in die Massen geworfen, ohne sich klar zu machen, welcher Staat denn helfen könne und solle, und indem es hinzufügte, daß Lassalle „freilich nie ein Politiker" gewesen sei.

Günstiger als über Lassalle urtheilte das Demokratische Wochenblatt über Johann Jacoby, von dessen eingreifender Thatkraft es eine Wiedergeburt der deutschen Demokratie erwartete. Im Januar 1868 hatte Johann Jacoby eine Ansprache an seine Berliner Wähler über das Ziel der deutschen Volkspartei gehalten und diese Rede bald darauf durch einen Brief an einen seiner Anhänger ergänzt. Beide Kundgebungen zeigten ihn als das was er war, als einen edlen und reinen Charakter, aber auch als einen ideologischen Formalpolitiker, dem die Klassenkämpfe der modernen bürgerlichen Gesellschaft verschlossen blieben. Seine allgemeinen Formeln konnten, angewandt auf die konkreten Tagesfragen, etwas sehr Revolutionäres, aber auch etwas sehr Reaktionäres bedeuten. Seine Forderung, daß jedes Volk, jeder einzelne Volksstamm den gleichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung habe, mochte mit einigem guten Willen als die nationale Revolution aufgefaßt werden; so wie Jacoby selbst sie auffaßte, als das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner und sonstiger Bruderstämme, war die Forderung entschieden reaktionär, lief sie auf eine Anschauung hinaus, die nicht wenig dazu beigetragen hatte, die Märzrevolution zu verfahren, und die von wirklichen Revolutionären, wie Marx, Engels und Lassalle, stets in der rücksichtslosesten Weise bekämpft worden war.

Ebenso zweideutig war Jacobys soziales Programm. Er forderte gerechte Vertheilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit, Schranken gegen den Machtmißbrauch des Großkapitals und Großgrundbesitzes, für den Arbeiter aber statt des kärglichen, zum Leben kaum ausreichenden Arbeitslohns den ihm gebühren-

den Antheil an dem Produktionsertrage, die volle Arbeitsrente. Das waren ideologische Redewendungen, die alles Mögliche bedeuten konnten, eben deshalb aber die größte Konfusion anrichten mußten und auch wirklich anrichteten. Bracke, ein edler und reiner Charakter, wie Jacoby, legte sie dahin aus, daß die gerechte Vertheilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit und der Anspruch des Arbeiters auf die volle Arbeitsrente nicht die gleichen Dinge seien; das Kapital habe keinen Anspruch auf die weitere Ausnützung der Arbeitskraft, sondern der Arbeit, die allein alle Werthe schaffe, gebühre der volle Arbeitsertrag. Dagegen erläuterte ein geriebener Börsenwolf, wie Löb Sonnemann, Jacobys Programm so, daß Lohn und Rente die gleichen Dinge seien, daß der Lohn ein Minimum der Arbeitsrente garantire, und daß es darauf ankomme, dem Arbeiter außer dem Lohne einen Antheil an dem Ueberschusse des Ertrages zu sichern; das liege ebenso im Interesse des Fabrikanten wie des Arbeiters, denn die Produktion steige dadurch, daß der Arbeiter wisse, warum er arbeite. Und es ging über Menschenwitz zu sagen, wer die Schlagworte Jacobys richtig auffaßte, der ehrliche Sozialrevolutionär Bracke oder der profitmacherische, auf eine intensivere Ausbeutung der Arbeiter bedachte Börsendemokrat Sonnemann.

Das Demokratische Wochenblatt verkannte nun keineswegs, daß Johann Jacoby noch kein Sozialdemokrat sei. Aber es meinte, er komme der Sozialdemokratie weit entgegen und seine Hand müsse ergriffen werden, um eine große demokratische Partei zu bilden und den politischen Vorkampf gegen den Bismärckischen Zäsarismus auf dessen eigenstem Gebiete einzuleiten. Abgesehen von der grundsätzlichen Seite der Frage, irrte diese Auffassung schon darin, daß sie Jacobys politischen Einfluß weit überschätzte. Jacoby hatte nichts hinter sich, als eine Hand voll bürgerlicher Ideologen, die in der neugegründeten Zukunft von Guido Weiß ein Organ besaßen, das ehrlichste und geistreichste, aber auch das am wenigsten gelesene Blatt der bürgerlichen Presse. Das Berliner Kleinbürgerthum hielt sich entweder zur Volkszeitung, die im Fahrwasser der Bourgeoisie segelte, oder soweit ihm die Augen über die kapitalistische Produktionsweise aufzugehen begannen, verbiß es sich in den quacksalberischen Köder, den ihm der wieder aufgetauchte Demagoge Held in der Staatsbürgerzeitung zuwarf. Vor einem ehrlichen Bündniß mit dem klassenbewußten Proletariat hegte es das alte Grauen.

Schweitzer, der mitten in diesen Verhältnissen lebte und Helds Wühlereien in geschickter Weise lahm zu legen wußte, indem er sich sogar zu öffentlichen Redekämpfen mit dem windigen Schwätzer herabließ, stand dem Programm Jacobys viel nüchterner, als das Demokratische Wochenblatt, jedoch keineswegs unfreundlich gegenüber. Er deckte seine Halbheit auf, stimmte aber der Aeußerung Jacobys: „Volkspartei und Arbeitervereine müssen vereint Hand in Hand mit einander gehen; so nur ist das Beiden gemeinsame Ziel, die Veredelung des Menschen zu erreichen“, „aus vollstem Herzen“ bei und fügte nur hinzu: „Ja, Hand in Hand wollen wir mit den entschiedeneren Elementen des Bürgerthums gehen, aber als selbständige Arbeiterpartei mit eigenen Prinzipien.“ Erst als

am 19. Juli 1868 eine zahlreich besuchte Volksversammlung in der Nähe von Wolfenbüttel auf Antrag Brackes und mit dessen Interpretation eine Resolution annahm, wonach in den Zielen kein prinzipieller Unterschied zwischen dem Programm Jacobys und dem Programm der Sozialdemokratie bestände, fuhr der Sozialdemokrat grobes Geschütz auf. Indem er, an und für sich vollkommen zutreffend, darlegte, daß die Annahme von Jacobys verschwimmenden Redewendungen den europäischen Sozialismus um Jahrzehnte zurückwerfen würde, nannte er sie „albernes, hohles Geschwätz eines wichtigthuenden Bourgeois", was dann das Kind mit dem Bade verschütten hieß. Alle Wichtigthuerei war einem Manne wie Jacoby völlig fremd. Gewiß meinte er es ehrlich mit seiner Arbeiterfreundlichkeit, wenn er auch nicht verstand, worauf es ankam; angesichts der diametral entgegengesetzten Auslegungen, die sein Programm erfuhr, hüllte er sich in tiefes Schweigen.

Es mag an diesen Ausführungen genug sein, um die Meinungsverschiedenheiten zu kennzeichnen, die zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten bestanden. Heute darüber von oben herab abzusprechen, wäre ebenso wohlfeil, wie es wohlfeil sein mag, auf der einen Seite lauter Verrath und auf der anderen Seite lauter Weisheit zu erblicken. Vielmehr handelte es sich um historische Gegensätze, die als solche durchgekämpft werden mußten, ehe sie ihre historische Ausgleichung finden konnten. Einstweilen hätte die Masse der sächsischen und süddeutschen Arbeiter so wenig den Sozialdemokraten verstanden, wie die Masse der Berliner, Elberfelder, Hamburger und überhaupt der norddeutschen Arbeiter das Demokratische Wochenblatt.

II. Hamburger Generalversammlung und Nürnberger Vereinstag.

Das Anschwellen der Arbeiterbewegung förderte ebenso den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, wie die Sächsische Volkspartei. Wie weit immer das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat in ihren Ansichten auseinandergingen, so waren sie doch die beiden einzigen Organe, an denen die deutschen Arbeiter in ihrer harten Bedrängniß kräftige Stützen fanden. Nicht mit „demagogischen Redensarten" gewannen sie, wie die kapitalistischen und offiziösen Federhelden einträchtiglich meinten, ihren wachsenden Einfluß, sondern in der legitimsten Weise von der Welt, durch den treuen Beistand, den sie der Arbeiterklasse in Allem und Jedem leisteten.

Wie im Jahre 1867, so verdreifachte sich der Leserkreis des Sozialdemokraten nahezu im Jahre 1868; er stieg von 1200 auf mehr als 3400 zahlende Abonnenten, die sich über 215 Orte verbreiteten. Nach wie vor marschirte Hamburg weit voran mit 807, dann kam aber schon Berlin mit 224, darauf Elberfeld-Barmen mit 161, Hannover mit 154, Essen mit 107, Braunschweig mit 89, Harburg mit 61, Altona mit 60, Kassel mit 58, Frankfurt

mit 53, Paris mit 50 Abonnenten. In Paris bestand seit Jahren ein fester und treuer Stamm von Anhängern Lassalles, unter denen Petersen, der alte Genosse Weitlings, und Leo Frankel, der spätere Arbeitsminister der Pariser Kommune, durch Eifer und Einsicht hervorragten.

Von jeder beschränkt-nationalen Tendenz hielt sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen frei. Er wußte sich nur auch hier zu sagen, was schon möglich und was noch nicht möglich war. Als die österreichische Arbeiterbewegung um die Jahreswende von 1867 auf 1868 einen gewaltigen Aufschwung nahm, richtete Schweitzer ein vortreffliches Manifest an die Arbeiter Wiens, worin er die Aufgaben und Ziele darlegte, die den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam seien. Er betonte die innere Einheit, welche die deutschen und die österreichischen Arbeiter verband. „Wir wissen, daß wir Eine Nation sind und Eine Nation bleiben wollen. Niemals, niemals wird man uns einreden, wir seien im Auslande, wenn wir im Prater zu Wien oder auf den Bergen Tirols stehen. Soweit deutsche Zunge klingt, ist deutsches Vaterland." Aber Schweitzer verhehlte sich nicht, daß unter den obwaltenden Umständen jeder Versuch zur Herstellung einer äußeren Einheit die innere Einheit gefährden würde. Leider dachte Hofstetten darin phantastischer. Indem er nach Wien ging, um dort ein Arbeiterblatt zu gründen, richtete er eine Verwirrung an, die sowohl der deutschen wie der österreichischen Arbeiterbewegung geschadet hat. In der ganz richtigen Voraussicht, daß die Wiener Bourgeoisie gegen ihn als einen „Bismärcker" und „Preußen" hetzen würde, führte sich Hofstetten unter falschem Namen in den Wiener Arbeiterbildungsverein ein, ein Schritt, der natürlich, als die Maske fiel, nicht nur in verstärkter Weise das bewirkte, was er vermeiden sollte, sondern auch die Wiener Arbeiter mißtrauisch machte. Wenn Schweitzer dies Vorgehen Hofstettens tadelte, in der persönlich schonendsten Weise für seinen „treuesten und bewährtesten Freund" und unter voller Anerkennung der Verdienste Hofstettens um das Vereinsorgan, so erfüllte er eine unabweisbare Pflicht.

Die innere Organisation des Vereins war jetzt vollkommen hergestellt und funktionirte vortrefflich. Zwar die alte Hoffnung Lassalles, alle klassenbewußten Arbeiter in dem Vereine zusammenfassen zu können, zerrann mehr und mehr; selbst in Elberfeld-Barmen und in Hamburg, wo die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter nach Tausenden zählten, gab es nur etwa je 500 Vereinsmitglieder; einzig in Iserlohn gelang es der rastlosen Energie Tölckes, so ziemlich alle Arbeiter zu organisiren, die den sozialdemokratischen Grundsätzen anhingen; in der verhältnißmäßig kleinen Stadt zählte der Verein 700 Mitglieder. Der Verein bildete nur den Kern der Partei, aber einen Kern, an den sich, sobald es darauf ankam, eine sechs-, zehn-, zwölfmal so starke Masse leicht angliederte. Als im März 1867 eine Nachwahl in Essen stattfand, wo es etwa 300 Vereinsmitglieder gab, erhielt Hasenclever im ersten Wahlgange 2065 Stimmen; er unterlag dann in der Stichwahl mit dem konservativen Kandidaten, da die fortschrittlichen Wähler den reaktionären Polizeipräsidenten von Köln für einen ihrer würdigeren Ver-

treter erachteten, als den alten Demokraten Hasenclever. Dagegen gelang es im Juli 1868, als Reincke sein Mandat niederlegte, den Wahlkreis Lennep-Mettmann zu behaupten, wo Fritzsche im ersten Wahlgange 3223 Stimmen erhielt und in der Stichwahl über den konservativen Kandidaten siegte, den Schulze-Delitzsch empfahl und die Mehrheit der fortschrittlichen Wähler mittelbar durch Stimmenthaltung unterstützte.

Auch die Finanzen des Vereins waren unter Brackes umsichtiger Pflege gut geordnet. Die Beiträge der Mitglieder beliefen sich nach wie vor auf einen halben, in besonders armen Gegenden, wie den schlesischen und sächsischen Weberbezirken, auf einen viertel Silbergroschen wöchentlich, doch mußte überall die Hälfte der einlaufenden Beiträge an die Vereinskasse abgeführt werden. Die Verwaltung war äußerst sparsam; die Berliner Generalversammlung setzte das Gehalt des Sekretärs, des einzigen besoldeten Vereinsbeamten, auf 20 Thaler monatlich fest, und bewilligte für das halbe Jahr, in welchem Roller das Amt seit der Braunschweiger Generalversammlung schon geführt hatte, nur eine summarische Entschädigung von 25 Thalern. Konnte der Präsident Mitte 1867 über monatlich etwa 25 Thaler für Vereinszwecke verfügen, so anderthalb Jahre später bereits über monatlich 300 bis 400 Thaler.

Ein großer Theil der Einnahmen ging vorläufig darauf, den Fehlbetrag des Vereinsorgans zu decken, das sich mühsam auf eigene Füße emporarbeiten mußte, nachdem es durch die Erschöpfung von Hofstettens Geldmitteln mehrmals dicht an den Rand des Abgrunds gekommen war. Um es zu halten, mußte sich Schweitzer im Februar 1868 zu einem eindringlichen Aufruf um außerordentliche Geldsammlungen an die Vereinsmitglieder entschließen. Da er der Bourgeoisie nicht das Vergnügen machen durfte, öffentlich zu sagen, worum es sich handle, so gab er nur an, daß wichtige Vereinsinteressen auf dem Spiele ständen und daß er der nächsten Generalversammlung die nöthige Rechenschaft über die Verwendung der einlaufenden Gelder ablegen werde. Trotzdem hatte der Aufruf guten Erfolg. Eine Besoldung bezog Schweitzer als Redakteur des Vereinsorgans so wenig wie als Präsident. Jedoch stellte er, als Hofstetten nach Wien gegangen war und die mit der Leitung des Vereins verbundenen Geschäfte immer mehr anwuchsen, Wilhelm Hasselmann als Hilfskraft in die Redaktion ein, einen jungen Studenten der Chemie, der, in Bremen geboren und früh verwaist, von Kindesbeinen an auf die Wohlthätigkeit reicher Verwandten angewiesen gewesen war und reichlich alle Bitterkeit gekostet hatte, die von solchem Schicksal unzertrennlich zu sein pflegt. Aus diesen traurigen Erfahrungen seines jungen Lebens rührte jener Ausdruck feindseliger Verschlossenheit her, der schon äußerlich Hasselmanns Auftreten kennzeichnete. Ein bitterer Hasser des Kapitalismus und dabei ein aufgeweckter Kopf, fand er sich bald auf sozialpolitischem Gebiete zurecht. An Schweitzers Fähigkeiten reichten die seinen nicht heran, aber er war ein tüchtiger Journalist, der eine kraftvolle, wenn auch mehr auf-, als anregende Feder führte.

Nach dreijährigem schwerem Ringen war Schweitzer nun doch an das Ziel gelangt, das er sich nach Lassalles Tode gesteckt hatte. Indem er an Lassalles Organisation und Taktik festhielt, hatte er die deutsche Arbeiterbewegung in die breiteren und freieren Bahnen des Kommunistischen Manifestes zu leiten verstanden. Mit Marx stand er in freundlichen Beziehungen. Als im Sommer 1868 eine Herabsetzung der Eisenzölle geplant wurde, und die Eisenindustriellen durch demagogische Redensarten die rheinisch-westfälischen Arbeiter dagegen aufzuwiegeln versuchten, wandte sich Schweitzer an Marx mit der Bitte um Rath. Er setzte dann den Arbeitern auseinander, daß die deutsche Eisenindustrie nach der Lage des Weltmarkts eine Herabsetzung der Eisenzölle wohl ertragen könne, aber durch deren Aufrechterhaltung auch nicht in ihrem Fortschritte behindert würde. Es handle sich um einen Konflikt innerhalb der Kapitalistenklasse, der so oder so entschieden werden könne, ohne daß die nationale Entwicklung dadurch beeinträchtigt würde. Somit hätten die Arbeiter einzig auf die Förderung ihrer Klasseninteressen zu sehen. Wenn die schutzzöllnerischen Eisenindustriellen ihre Unterstützung verlangten, so sollten sie einfach erwidern: Gut, wir sind dazu bereit, wir werden dafür eintreten, daß eine Enquete über die Lage der Eisenproduktion stattfinde, ehe die Eisenzölle herabgesetzt werden, wir stellen nur die Bedingung, daß sich diese Enquete nicht blos auf die Interessen der Kapitalisten, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter, besonders auf den Lohn, die Arbeitszeit, die Lebensverhältnisse der in der Eisenproduktion beschäftigten Arbeiter erstrecke. Auf diese Fingerzeige Schweitzers hin berief Tölcke einen rheinisch-westfälischen Arbeitertag nach Hagen, zu dem die Eisenindustriellen eingeladen wurden. Aber keiner der falschen Brüder erschien, worauf der Arbeitertag beschloß, daß die Herabsetzung der Eisenzölle die Gesammtinteressen der Arbeiterklasse in keiner Weise gefährde und somit kein Anlaß für die Arbeiter vorliege, den schutzzöllnerischen Eisenindustriellen die erbetene Hilfe zu gewähren.

Beiläufig war dieser Fall der einzige, in dem Schweitzer aus seiner diktatorischen Vollmacht heraus die sozialpolitische Haltung des Vereins bestimmte. Er berief sich ausdrücklich darauf, daß die richtige Beurtheilung der Eisenzollfrage spezielle fachwissenschaftliche Kenntnisse voraussetze und daß er die „bedeutendste wissenschaftliche Autorität unserer Richtung“ um ihre Ansicht befragt habe. Eine Diktatur in irgend einem subjektiv willkürlichen Sinne hat er nie zu handhaben versucht; er wußte sehr gut, daß moderne Proletarier keine Hammelherde sind, die sich blindlings leiten läßt. Freilich arbeiteten die nicht abreißenden polizeilichen und staatsanwaltlichen Verfolgungen verwerflichen Diktaturgelüsten eifrig in die Hände, indem sie auf eine immer straffere Zentralisation drängten. Doch hat Schweitzer stets entscheidenden Werth darauf gelegt, wie mit der Generalversammlung und dem Vorstande, so auch mit der Masse der Mitglieder in einem vollkommenen Einverständnisse zu bleiben. Trotz seiner formellen Befugniß hat er niemals einen Bevollmächtigten ernannt, der ihm nicht von den Mitgliedern des betreffenden Orts vorgeschlagen worden wäre. Er verstand seine Diktatur

nur im Sinn eines energischen, klaren und raschen Handelns, er faßte sie auf wie einen Hammer, der zwar in der einzelnen Faust am kräftigsten geschwungen werden könne, aber der von der Gesammtheit geschmiedet sein müsse.

Indessen auch einer so beschränkten Diktatur begannen die Dinge über den Kopf zu wachsen. Als sich im Jahre 1865 die ersten Anfänge der Streikbewegung in Deutschland kundgaben, hatte sich der Sozialdemokrat fördernd und wohlwollend zu ihr gestellt, doch noch ganz gemäß der Auffassung Lassalles, wonach die Koalitionsfreiheit ein gutes Recht der Arbeiterklasse sei, aber kein Mittel, ihren Beschwerden in nennenswerthem Umfange abzuhelfen. Die zahlreichen Streiks, die 1867 in England und Frankreich ausbrachen, führten das Blatt dann schon zu einer tieferen Ergründung des Problems. Es sagte sich: überall, wo die moderne Industrie eine gewisse Höhe erreicht hat, brechen die Streiks mit Macht hervor, trotz aller Abmahnungen der bürgerlichen und der sozialistischen Oekonomen, trotz der bitteren Erfahrungen, welche die Arbeiter praktisch mit der Einstellung der Arbeit zu machen pflegen; unmöglich können die Arbeiter sich so hartnäckig und so völlig über ihre eigenen Interessen täuschen, die Streiks müssen eine innere Berechtigung haben. Und diese Berechtigung fand der Sozialdemokrat darin, daß sich das Proletariat zuerst am Lohnverhältniß als eine benachtheiligte und unterdrückte Klasse erkennen lerne und hier zuerst den Hebel seiner Emanzipation ansetze, daß die Streiks somit die ausgezeichnete, nicht hoch genug zu veranschlagende Eigenschaft besäßen, eine Arbeiterbevölkerung, die bisher noch nicht zur Erkenntniß ihrer Klassenlage gelangt sei, aus ihrem Schlummer aufzurütteln, ihr ihre Zurücksetzung in der Gesellschaft und zugleich die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zum Bewußtsein zu bringen. Aber da der Sozialdemokrat an der Ansicht festhielt, daß die Streiks ökonomisch nothwendig erfolglos bleiben müßten, und eben nur ein Mittel seien, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu reifen, so folgerte er daraus, daß sie in der Regel nicht zu billigen seien, wo die Arbeiterklasse bereits offen für ihre letzten Ziele wirke.

Aber auch über diese Auffassung ging Schweitzer im Jahre 1868 einen Schritt hinaus. Theoretisch mag er aus dem Werke von Marx gelernt haben, daß es mit dem ehernen Lohngesetze doch seinen Haken habe, praktisch zeigte ihm die tägliche Erfahrung, daß auch die klassenbewußten Arbeiter keineswegs aufs Streiken verzichteten und daß die ökonomische Erfolglosigkeit der Streiks kein unanfechtbares Dogma sei. Fritzsche hatte schon Ende 1865 den Zigarrenarbeiterverein gegründet, dann war um die Mitte des nächsten Jahres der Verband der Buchdruckergehilfen entstanden, jetzt gründete auch Schob einen Gewerkverein der Schneider und Lübkert einen Gewerkverein der Zimmerleute. In alten sozialdemokratischen Sitzen, wie Elberfeld-Barmen, Essen, Hamburg, brachen zahlreiche Streiks aus, mit wechselnden, aber im Allgemeinen wenigstens nicht ungünstigen Erfolgen. Die erkämpften Lohnerhöhungen glichen meistens wohl nur die gestiegenen Preise der Lebensmittel aus, und insofern bestätigten sie mehr das eherne

Lohngesetz, als daß sie es widerlegten, aber auch dann zeigten sie eben doch, daß die Streiks je nachdem eine sehr nothwendige Sache seien.

Besonders lehrreich waren die Vorgänge in Berlin, wo der herrschende Nothstand die letzten Nebel des chauvinistisch-patriotischen Rausches zerstreute und die Arbeiterbewegung sich wieder mächtig zu regen begann, ähnlich wie zum ersten Male in Breslau, der Vaterstadt Lassalles, die sich ihr allzu lange versagt hatte. In Berlin erreichte die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker wie der Zigarrenarbeiter beträchtliche Erfolge: die Buchdrucker setzten die Beseitigung der regelmäßigen Sonntagsarbeit durch, die Zigarrenarbeiter wehrten in mehrmonatlichem, rühmlich geführtem Kampf eine entwürdigende Fabrikordnung ab, die ihnen von den Fabrikanten aufgehalst werden sollte. Die Bäcker, Maurer, Zimmerer begannen sich gegen jämmerliche Löhne und endlose Arbeitszeit aufzulehnen, und zum ersten Male lüftete sich ein wenig der Schleier von den entsetzlichen Geheimnissen der Konfektionsindustrie, die in Berlin einen großen Aufschwung genommen hatte und schon damit prahlte, hier die erste der Welt zu sein.

Die Ausbeutung in dieser Industrie hatte einen so hohen Grad erreicht, daß die übermüthig gewordenen Kapitalisten nicht einmal mehr davor zurückscheuten, ihre gaunerischen Praktiken selbst ans Tageslicht zu ziehen. Sie pflegten ihren Hausarbeiterinnen feuchte Wolle zu liefern, die bei der Verarbeitung eintrocknete, und dann beim Abliefern der fertigen Waare das Gewichtsmanko zu Lohnabzügen oder Einbehaltung der gestellten Kautionen zu benützen. Eine Firma Schulz und Siebenmark ging in ihrer Frechheit so weit, eines ihrer Opfer, das sich nicht geduldig betrügen lassen wollte, wegen Unterschlagung beim Staatsanwalt zu denunziren. Jedoch wurde die angeklagte Arbeiterin vom Gerichte glänzend freigesprochen, da die Beweisaufnahme ergab, daß die Firma Schulz und Siebenmark das Betrügen ihrer bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiterinnen systematisch betrieben hatte. Das Aufsehen, das diese Gerichtsverhandlung machte, lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Zustände in der Berliner Konfektionsindustrie, und es ergab sich, daß ihre Blüthe einzig und allein auf dem moralischen und physischen Ruin beruhte, durch den sie Zehntausende und aber Zehntausende von jungen Arbeiterinnen hinschlachtete.

Vom ersten Morgengrauen bis tief in die sinkende Nacht hinein mußten die armen Geschöpfe thätig sein, wenn sie genug verdienen wollten, um nicht allzu rasch zu verhungern. Versagten ihre müden Augen endlich bei der trostlosesten Beleuchtung, bei welcher der verwöhnte Blick der Wohlhabenden keinen Faden mehr erkennen konnte, so waren einige Stunden unruhigen Schlafes ihre einzige Erquickung, der einzige Genuß, den sie vom Leben hatten. Mit all' dieser Qual verdienten sie beim Düffel- und Tuchnähen höchstens zehn, beim Weißwaarennähen etwa acht, bei Tapisseriearbeiten etwa drei, höchstens fünf Silbergroschen täglich. Und aus dem grauenvollen Elend gab es für die Arbeiterinnen nur den einen Ausweg in die Prostitution, der sie unter die polizeiliche Kontrolle, ins Arbeitshaus, ins Gefängniß, in einen Tod der Schande führte.

Es ist anzuerkennen, daß durch die bürgerlichen Kreise ein Schauer des Entsetzens flog, als diese Zustände offenbar wurden. Sogar die eingefleischtesten Manchesterleute schwangen sich wenigstens zu einem Tadel der betrügerischen Praktiken auf, wodurch die Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie noch um die paar elenden Pfennige ihrer Hungerlöhne gebracht werden sollten. Nur die preußische Polizei stand ganz auf der Höhe der kapitalistisch-kriminalistischen Plünderungsmethoden. Sie löste die Arbeiterversammlungen auf, in denen die Lage der Konfektionsarbeiterinnen besprochen werden sollte, weil diese Arbeiterinnen selbst daran theilnahmen. Ein Recht dazu hatte sie nicht einmal nach dem jämmerlichen preußischen Vereinsgesetze; ihre einzige Triebfeder war die reine Wollust am Weißbluten der „Aermsten der Armen"; das „soziale Königthum" offenbarte sich so, wie es sich nicht anders offenbaren konnte.

Wieder trat der Sozialdemokrat, wie drei Jahre früher, mit äußerster Energie und unbekümmert um alle polizeilichen Beschlagnahmen, für das bedrohte Vereinsrecht ein. Die fortschrittlichen Weltweisen lahmten erst hinterher, ebenso wie sie dem energischen Betreiben Schweitzers, den vorjährigen Antrag auf Erlaß der Koalitionsfreiheit von Neuem im Reichstag einzubringen, nur in schlaffer Weise nachkamen. Die konservativ-nationalliberale Mehrheit des Reichstags wollte sich vorläufig auf Nichts einlassen, doch stand fest, daß die Koalitionsfreiheit im nächsten Jahre beschlossen werden würde, sei es auch nur in verklausulirter Weise. Wie sehr immer die Polizei die streikenden Arbeiter mit allerlei Chikanen verfolgte, so erhob die Staatsanwaltschaft keine Anklagen mehr wegen Uebertretung des Koalitionsverbots, seitdem die Gerichte 1865 bei dem Tuchmacherstreik in Burg 278 wegen verbotenen Koalirens angeklagte Arbeiter freigesprochen hatten. Es war vorherzusehen, daß die gesetzliche Anerkennung der Koalitionsfreiheit die Streikbewegung noch mächtig anschwellen, daß die nächste Zukunft der Arbeiterklasse dem gewerkschaftlichen Kampfe gehören würde.

Hierüber täuschte sich Schweitzer nicht. Er nannte es nach wie vor eine grobe, für jeden Sozialisten unmögliche Täuschung, anzunehmen, daß die kapitalistische Produktionsweise durch Arbeitseinstellungen gebrochen werden könne, aber er sah ein, daß die Masse der Arbeiterschaft nicht eher zum Klassenbewußtsein gelange, sich nicht eher von der Bevormundung des Polizeistaats und der Geldmacht befreie, bis sie durch praktische Erfahrungen lerne, welcher Erbitterung, welchen unglaublichen Hasses die herrschenden Klassen fähig seien, sobald die Arbeiter auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lage verlangten. „Die Streiks — mit einem Worte — sind ein geschichtlich nothwendiges Uebergangsstadium zur vollen Herrschaft der sozialistischen und kommunistischen Bewegung." Und daraus ergab sich von selbst die Schlußfolgerung, durch eine richtige Organisation der Streiks dies Uebergangsstadium möglichst abzukürzen, die in der Arbeitermasse vorhandene Strömung vor Verzettelung und Zersplitterung zu schützen, sie wenigstens so stark als möglich gegen die kapitalistische Produktionsweise zu waffnen und ihren engen Zusammenhang mit der politischen Agitation zu wahren.

So weit ging Schweitzer, wenn auch nicht weiter. Als gleichberechtigt und selbständig neben der politischen Bewegung erkannte er die gewerkschaftliche Bewegung nicht an. Sie war ihm vielmehr nur ein Hebel, der politischen Bewegung einen desto stärkeren Nachdruck zu geben; er betrachtete sie gewissermaßen als Festung, hinter deren Wällen neue Rekruten einexerzirt werden und im Nothfalle auch die kämpfenden Heersäulen des Proletariats eine Zuflucht finden konnten. Wenn sich auch mehr und mehr herausstellte, daß die politische Organisation nur eine Elite der Arbeiterklasse umfasse, so wurde sie deshalb nicht weniger heftig von der Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt, die immer neue Handhaben suchten und fanden, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein etwas am Zeuge zu flicken. Ungefähr ein Drittel seiner örtlichen Mitgliedschaften wurde schon wieder wegen „Zweigvereinsbildung" angefochten; an einzelnen Orten, wie in Berlin selbst, hatte der Verein in erster Instanz zwar freisprechende Erkenntnisse erstritten, aber die Staatsanwälte gingen sofort an die höheren Instanzen, deren Entscheidung mindestens unberechenbar war. Als Schweitzer im Sommer 1868 die Generalversammlung des Vereins nach Hamburg berief, geschah es in der bösen Ahnung, daß diese siebente Generalversammlung wohl die letzte sein werde.

Sie tagte vom 22. bis zum 26. August. Schweitzer hatte sie nach Hamburg berufen, um die dortigen Mitglieder „für ihre sowohl durch strengste Ordnung, wie durch Prinzipientreue, Thatkraft und Opferwilligkeit ausgezeichnete und für den ganzen Verein mustergiltige Haltung" zu ehren. Zum Danke für sein großes Werk war Karl Marx durch ein offizielles Schreiben des Vorstandes als Ehrengast eingeladen worden. Dringende Geschäfte verhinderten ihn, zu kommen; er entschuldigte sich in einem Schreiben, worin er „mit Freude" feststellte, daß die Generalversammlung auf die Tagesordnung ihrer öffentlichen Sitzungen die Punkte gesetzt habe, von denen jede ernste Arbeiterbewegung ausgehen müsse: Agitation für volle politische Freiheit, Regelung des Arbeitstages und planmäßige internationale Kooperation der Arbeiterklasse in der großen weltgeschichtlichen Aufgabe, welche sie für die ganze Gesellschaft zu lösen habe. Die Generalversammlung beschloß, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Erringung der politischen Freiheit zu kämpfen; sie erklärte die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für nothwendig und verdammte die Sonntagsarbeit, die den Arbeitern den letzten Ruhetag und das letzte Familienglück raube, als den Gipfel der sozialen Tyrannei; endlich faßte sie den Beschluß, daß die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie einheitlich in allen Kulturländern zusammengingen, und daß es somit die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei sei, gemeinsam vorzugehen mit den Arbeiterparteien aller Kulturländer, die von gleichen Prinzipien geleitet würden.

Die drei öffentlichen Sitzungen der Generalversammlung waren imposante Kundgebungen. Die Hamburger Arbeiter erwiesen sich ihres alten Rufes würdig, sie stellten eine dankbare und intelligente Hörerschaft von sechstausend Köpfen. In den vier geschlossenen Sitzungen wurden die eigentlichen Geschäfte des Vereins

erledigt. Vertreten waren 83 Orte mit 7274 regelmäßig zahlenden Mitgliedern durch 36 Delegirte, während 50 bis 60 Orte, die zumeist erst im Laufe des Jahres gewonnen worden waren, noch keine Vertreter gesandt hatten. Die Generalversammlung billigte, daß der Präsident die finanziellen Ueberschüsse zunächst auf die Erhaltung des Vereinsorgans verwandt habe, wofür Schweitzer als Eigenthümer des Sozialdemokraten dem Verein mit 1000 Thalern haftbar blieb. Ferner beschloß die Generalversammlung, bis der Etat des Sozialdemokraten balanzire, von Vereinswegen die fehlenden Abonnements zu beziehen und diese Exemplare zur Agitation zu verwenden. Dagegen lehnte sie einen Antrag Wolfenbütteler Mitglieder, den Sozialdemokraten als Vereinseigenthum zu übernehmen, und ebenso den Antrag eines Düsseldorfer Mitgliedes, die Redaktion von dem Präsidium zu trennen, als unzweckmäßig ab. Sobald der Sozialdemokrat seine Kosten decke, worauf man etwa in zwei Quartalen rechnete, sollten die finanziellen Mittel des Vereins zur systematischen Propaganda durch Aussendung besoldeter Agitatoren, zunächst im Königreiche Sachsen und in Süddeutschland, verwandt werden. Zur Organisation dieser Propaganda erhielt der Präsident die nöthigen Vollmachten. Das Gehalt des Sekretärs wurde auf 25 Thaler monatlich erhöht.

Die wichtigste Verhandlung der geschlossenen Sitzungen bezog sich aber auf die Stellung des Vereins zur Streikbewegung. Braunschweiger Mitglieder hatten den Antrag gestellt, die Arbeitseinstellungen zu organisiren. Dazu beantragte Perl Uebergang zur Tagesordnung, während Fritzsche zwei Anträge einbrachte, wonach die Generalversammlung erstens erklären sollte, daß die Streiks kein Mittel seien, die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise zu ändern, wohl aber ein Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne soziale Mißstände drückender Art, wie übermäßig lange Arbeitszeit und Sonntagsarbeit, aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen, und wonach sie zweitens den Präsidenten beauftragen sollte, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen. Nach lebhaften Debatten wurde Perls Antrag mit 3417 gegen 2583 Stimmen verworfen, der erste Antrag Fritzsches mit gleicher Mehrheit angenommen, sein zweiter Antrag mit 3255 gegen 3044 Stimmen abgelehnt. Die Generalversammlung hatte also eine prinzipiell freundliche Stellung zu den Streiks eingenommen, aber ihre praktische Organisation von Vereinswegen für unnöthig erklärt.

Nach diesem Ausfalle der Abstimmung erklärten Schweitzer und Fritzsche, daß sie nunmehr als Reichstagsabgeordnete einen Gewerkschaftskongreß einberufen würden. Ihre Erklärung rief wieder eine heftige Debatte hervor, in welcher darüber gestritten wurde, ob die Absicht Schweitzers und Fritzsches gegen die Parteidisziplin verstoße. Schweitzer selbst führte aus, daß die Generalversammlung ohne Zweifel das Recht besitze, dem Präsidenten Alles zu untersagen, was sie für eine Schädigung des Vereins halte; wolle er sich nicht fügen, so habe

er aus dem Vereine auszutreten. Nun habe die Generalversammlung abgelehnt, die Organisation der Streiks von Vereinswegen in die Hand zu nehmen, woran sie vielleicht wohlgethan habe, aber prinzipiell habe sie die Streiks gebilligt. Daraus scheine ihm hervorzugehen, daß sie kein Verbot, sich daran zu betheiligen, habe aussprechen wollen, indem sie ablehnte, den Vereinspräsidenten zur Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu verpflichten. Sie möge sich jetzt näher erklären, aber er verhehle nicht, daß er sofort sein Amt niederlegen und aus dem Vereine scheiden müsse, wenn ihm die Generalversammlung die Einberufung des Kongresses verbiete. Nach seiner Auffassung müsse die sozialdemokratische Partei, als das vorgeschrittenste Element unter den Arbeitern, die Streikbewegung organisiren; er dürfe die verantwortliche Leitung nicht weiter führen, wenn er das Bewußtsein habe, daß die Agitation durch ein wesentliches Versäumniß lebensunfähig werden könne. Daraufhin erklärte die Generalversammlung fast einstimmig, daß sie ein Verbot nicht habe aussprechen wollen, als Reichstagsabgeordnete könnten Schweitzer und Fritzsche den Kongreß berufen.

Leider ist über diese Verhandlungen kein ausführlicher Bericht erhalten, aus dem sich ersehen ließe, inwieweit die Opposition von praktischen Bedenken oder von orthodoxem Lassalleanismus geleitet gewesen ist. Mitgespielt hat Beides: Perl hob in den kurzen Motiven, womit er seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung begründete, nur finanzielle und formelle Einwände hervor, während Schweitzer sich in einem Artikel des Sozialdemokraten sehr entschieden gegen den Vorwurf vertheidigte, mit der Einberufung des Kongresses die Ueberlieferungen Lassalles verlassen zu haben. Als den entscheidenden Gesichtspunkt betonte er ganz richtig die Thatsache, daß eine Streikbewegung in den Massen vorhanden sei, die zu Lassalles Lebzeiten gefehlt habe. Eine solche Bewegung ins Leben zu rufen, sei so wenig Lassalles Sache gewesen, wie es jemals die Sache eines Sozialisten sein könne, aber wenn sie einmal da sei, müsse jeder Sozialist, und würde also auch Lassalle, wenn er noch lebte, darauf bedacht sein, ihr das richtige Ziel anzuweisen. Sofort nach Schluß der Generalversammlung, noch von Hamburg aus, richteten Schweitzer und Fritzsche einen Aufruf an die Arbeiter Deutschlands, worin sie einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zum 27. September nach Berlin einberiefen, zur Besprechung und Einrichtung alles dessen, was mit den Arbeitseinstellungen zusammenhänge, zur Begründung einer umfassenden Organisation der gesammten Arbeiterschaft Deutschlands durch und in sich selbst, zum Zwecke gemeinsamen Vorschreitens vermittelst der Arbeitseinstellungen.

Zehn Tage darauf trat in Nürnberg der fünfte Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zusammen. Seit dem Geraer Vereinstage hatte Bebel mit energischer und geschickter Hand die Leitung des Verbandes geführt, um bald zu erkennen, daß eine reinliche Scheidung zwischen den vorwärtsdrängenden und den rückwärtsziehenden Elementen zur unumgänglichen Nothwendigkeit geworden sei. Lieber zehn sichere, als dreißig schwankende Vereine, schrieb er an Albert Lange. Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins vollzog sich innerhalb des

Verbandes in durchaus ursprünglicher Weise, gefördert durch die zwingende Beredtsamkeit der ökonomischen Thatsachen, und nicht, wie die landläufige Erzählung wissen will, durch die angeblichen Ueberredungskünste Liebknechts, der ebenso wie das Demokratische Wochenblatt dem Verbande als solchem noch ferne stand. In der Arbeiterhalle, die in Mannheim erschien, hatte der Verband ein eigenes Organ. Je klarer sich aber die proletarischen Elemente der Arbeitervereine darüber wurden, daß der Verband, wenn er überhaupt noch etwas bedeuten wollte, eine bestimmte Stellung zu den brennenden Fragen auf politischem und sozialem Gebiete einnehmen müsse, um so eifriger rüsteten sich ihre bürgerlichen Elemente, die letzte Position zu vertheidigen, welche die Bourgeoisie noch im Proletariat besaß. Sobald der Vorort Leipzig den Vereinstag zum 5. September nach Nürnberg einberufen und seine Absicht ausgesprochen hatte, als Programm des Verbandes die Hauptsätze aus den Statuten der Internationalen vorzuschlagen, wurde von beiden Seiten mit Macht für die eifrige Beschickung des Tages agitirt, wobei es die bürgerliche Seite nicht an allerlei Mitteln fehlen ließ, die Zahl der ihr noch anhänglichen Arbeiter und Arbeitervereine künstlich hinaufzuschrauben.

Jedoch hatten sie damit kein Glück gegenüber der elementaren Strömung, welche durch die Arbeitermassen ging. Der Nürnberger Vereinstag entschied sich für die Annahme des Programms, das der Vorort Leipzig ihm vorgeschlagen hatte, und für die Begründung zentralisirter Gewerksgenossenschaften, unter Ablehnung eines von Löb Sonnemann eingebrachten Antrags, der Altersversorgungskassen für Arbeiter, unter Vermittlung der Post und demnach als Anstalten, die unter staatlicher Aufsicht ständen, eingerichtet haben wollte. Bei der entscheidenden Programmfrage stimmten 72 Vereine mit 69 Stimmen gegen 37 Vereine mit 46 Stimmen. Die bürgerliche Minderheit machte noch einen Versuch, ihre Sache zu retten, indem sie behauptete, hinter der Mehrheit ständen kaum 1800, hinter der Minderheit aber 8800 Mitglieder der Arbeitervereine. Bebel deckte den Schwindel sofort in einer bündigen Erklärung auf. Zwar rechnete er auch noch 5876 Mitglieder für die Minderheit und nur 6480 Mitglieder für die Mehrheit heraus, aber es zeigte sich alsbald, daß die Minderheit, die sofort aus dem Verbande schied, überhaupt keine Aktionsfähigkeit mehr besaß. Sie versuchte einen Deutschen Arbeiterbund zu gründen, ohne über die ersten Ansätze hinaus zu kommen. Die Vereine der Minderheit schlossen sich entweder bald der Mehrheit an oder sie gingen ein; von ihnen allen besteht heute nur noch der Berliner Arbeiterverein, der sich damals übrigens auch in zwei Vereine spaltete, von denen der eine unter dem alten Namen an dem fortschrittlichen Programm festhielt, während der andere sich als Demokratischer Arbeiterverein aufthat und dem Verbande der Arbeitervereine anschloß.

Wie der Geraer, so bedeutete auch der Nürnberger Vereinstag einen großen Schritt vorwärts, aber zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei führte er noch nicht. Formell wurde der Verband aufrecht erhalten, Bebel wieder zum Vorsitzenden und Leipzig zum Vorort gewählt. Der Vereinstag war von

den österreichischen und schweizerischen Arbeitervereinen beschickt worden, der Generalrath der Internationalen wurde durch Eccarius vertreten, und einige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die eben der Hamburger Generalversammlung beigewohnt hatten, Kirchner aus Hildesheim und Karl Hirsch aus Berlin, sprachen kräftig im Sinne der Mehrheit. Trotzdem befanden sich in der Mehrheit noch mancherlei Elemente, die mit dem proletarischen Klassenkampfe so viel gemein hatten, wie das Wasser mit dem Feuer: ehrliche Kerle wie Ladendorf, falsche Brüder wie Löb Sonnemann, allerlei Schlauköpfe aus der Deutschen Volkspartei, die das internationale Programm zur Noth annehmen mochten, weil es noch nichts über eine nationale Politik der Arbeiterklasse besagte. Die Deutsche Volkspartei hatte den Nürnberger Vereinstag offiziell beschickt, und so beschickte der Nürnberger Vereinstag offiziell eine Konferenz der Deutschen Volkspartei, die am 19. und 20. September in Stuttgart tagte und nach dreijährigen Wehen nun endlich mit einem Programm in der nationalen und der sozialen Frage niederkam.

Die Deutsche Volkspartei war zu einer süddeutschen Partei zusammengeschrumpft, abgesehen von einigen augustenburgischen und welfischen Anhängseln, die in Schleswig-Holstein und Hannover ein hinsterbendes Dasein führten, sowie von den paar Anhängern Jacobys und namentlich von der Sächsischen Volkspartei, die überwiegend aus Arbeitern bestehend, sich rüstig in sozialdemokratischem Sinne entwickelte. Gerade aber in ihrer örtlichen Beschränkung hätte die Deutsche Volkspartei in den Jahren zwischen Königgrätz und Sedan eine historische Bedeutung gewinnen können, wenn sie gegenüber der Ohnmacht und Unfähigkeit der süddeutschen Regierungen, unter dem Schutze der Eifersucht von ganz Europa, eine energische demokratische Propaganda entfaltet hätte, die zugleich das sicherste Mittel gewesen wäre, der Berliner Reaktion das Leben sauer zu machen. Allein der günstige Augenblick verrann nutzlos, weil, ähnlich wie in den Tagen der deutschen Revolution, der krähwinkelhafte Partikularismus über alle demokratischen und republikanischen Redensarten siegte, weil, wie Albert Lange bitter sagte, ein blinder, dem Feinde in die Hände arbeitender Haß gegen Preußen die einzige Triebfeder der Deutschen Volkspartei war.

Das nationale Programm, das sie im Herbste 1868 endlich aufs Papier brachte, war denn auch weiter nichts, als ein öder, mit leeren Redensarten über Freiheit und Selbstbestimmung verkleisterter Partikularismus, und ihr soziales Programm war etwas noch Schlimmeres. Die Deutsche Volkspartei erklärte grundsätzlich ihren „Anschluß an das vom Nürnberger Vereinstage angenommene Programm“ und stellte eine Reihe sozialer Forderungen auf, die, wie Hebung der Volksschule, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, nirgends über den bürgerlichen Horizont hinausgingen, wenn sie auch in einzelnen Punkten, wie Abschaffung der stehenden Heere und Betheiligung der Arbeiter am Reingewinne, die kapitalistischen Konsequenzen etwas radikaler oder etwas verschmitzter zogen, als die norddeutschen Liberalen es thaten. Mit dem Programm der Internationalen, dem sie sich

„anschlossen", standen diese Forderungen auf demselben friedlichen Fuße, wie das Kapital mit der Arbeit. Man begreift nach solchen Leistungen, daß Marx den Konflikt zwischen nationalliberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen eine „kleine Lumperei" nannte. Aehnlich sagte Engels, die Geschichte der nächsten Jahre werde beweisen, daß Nationalliberale und Volksparteiler sich nur deshalb so heftig befehdeten, weil sie die entgegengesetzten Pole einer und derselben Bornirtheit seien.

Während die Nürnberger Mehrheit noch mit der Deutschen Volkspartei zusammenhing, stimmten die Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung weit mehr überein mit den Beschlüssen, die gleichzeitig der dritte Kongreß der Internationalen faßte. Er tagte vom 6. bis zum 12. September in Brüssel und war von 97 Delegirten besucht, deren größere Hälfte aus Belgiern bestand; Frankreich wurde durch 18, England durch 11, die Schweiz durch 8 und Deutschland durch 4 Delegirte vertreten. Ueber die Nothwendigkeit der politischen Aktion und die Bedeutung der Streiks für die Arbeiterklasse beschloß der Brüsseler Kongreß ganz ebenso, wie die Hamburger Generalversammlung darüber beschlossen hatte, und zum ersten Male erklärte sich der Kongreß der Internationalen für das Gemeineigenthum am Grund und Boden, allerdings nur gegen eine starke Minderheit, deren Rückgrat die französischen Delegirten bildeten. Schweitzer hatte eine offizielle Einladung zu dem Brüsseler Kongresse erhalten, konnte aber nicht erscheinen, weil er, unaufhörlich von der Staatsanwaltschaft verfolgt, mehrere Gerichtstermine wahrzunehmen hatte. In seiner Antwort auf das Einladungsschreiben sagte er, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vollkommen auf dem Boden der Internationalen stehe und von seinem formellen Eintritt in den Bund nur durch die deutschen Vereinsgesetze zurückgehalten werde.

Diese Gesetze wurden eben jetzt wieder benützt, um den Verein auch als nationale Organisation zu zerstören. Das Kammergericht entschied in zweiter Instanz, daß die örtliche Mitgliedschaft in Berlin als selbständiger Zweigverein aufzulösen sei. Hiergegen war zwar noch die Berufung an das Obertribunal möglich, aber am 16. September verfügte das Leipziger Polizeiamt die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins überhaupt. Als Vorwand wurde diesmal die Bestimmung genommen, daß die Hälfte der von den Mitgliedern gezahlten Beiträge für Lokalzwecke in den einzelnen Orten verwandt werden dürfe, „solchem nach die Vereinsmitglieder der einzelnen Ortschaften nicht blos als Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sondern als Mitglieder eines Lokalvereins mit eigener Kassenverwaltung" erschienen. Da es sich um einen bloßen Vorwand handelte, so legte Schweitzer kein Rechtsmittel gegen die Verfügung der Leipziger Polizei ein, sondern ordnete einfach an, daß sich der Verein sofort aufzulösen habe, nicht „aus Gehorsam gegen die Obrigkeit", wie er den Mitgliedern auseinandersetzte, sondern „weil es nach Lage der Dinge das Vernünftigste ist, was wir thun können". Schweitzer erkannte und sprach es auch offen aus, daß der in Leipzig geführte Schlag aus Berlin kam; er wollte vermeiden, daß

ein rechtskräftiges und dann für alle preußischen Gerichte maßgebendes Urtheil des Obertribunals in Sachen der „selbständigen Zweigvereine" erginge; mit der freiwilligen Auflösung des Vereins hielt er sich die Möglichkeit offen, ihn sofort wieder in neuen, alle denkbaren Einwände ausschließenden Formen zu eröffnen.

III. Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung.

Bei aller sonstigen Verschiedenheit hatten sich die Hamburger Generalversammlung und der Nürnberger Vereinstag doch in zwei Beschlüssen gefunden, die ein gemeinsames Aktionsfeld für das gesammte klassenbewußte Proletariat in Deutschland zu öffnen schienen: in dem Anschlüß an die Internationale und in der Gründung der Gewerksgenossenschaften. So auch faßte das Demokratische Wochenblatt die Lage auf. In seiner Nummer vom 12. September schrieb es: „In Hamburg, Nürnberg und Brüssel dieselben Bestrebungen, dieselben Ziele: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals, Beseitigung der Klassenherrschaft und der Lohnsklaverei, Schaffung eines auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründeten Staats." Und gleichzeitig erschien in der Zukunft eine Leipziger Korrespondenz, welche ausführte, daß eine mehr oder minder vollständige Verschmelzung der demokratischen Arbeitervereine mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nur eine Frage der Zeit sei.

Wie anerkennenswerth diese Einheitsbestrebungen waren, so wurden sie doch auf Wegen verfolgt, die von dem erstrebten Ziele weitab führten. In der Leipziger Korrespondenz der Zukunft hieß es, „Dieser und Jener" stemme sich aus persönlichen Gründen gegen die Einigung der deutschen Arbeiter. Und noch deutlicher wurde das Demokratische Wochenblatt, indem es auf der zweiten Seite derselben Nummer, auf deren erster Seite die demokratischen Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung anerkannt worden waren, den „Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" kategorisch aufforderte, ein Hamburger Mitglied des Vereins zu maßregeln, den Schuhmacher Praast, der nach der Behauptung eines volksparteilich-welfischen Blattes bei einer Todtenfeier Lassalles in Hannover die preußischen Annexionen gelobt haben sollte. Dabei stand nicht einmal fest, ob von Praast, der sich beiläufig ein Jahr später von Schweitzers auf Liebknechts Seite schlug, wirklich ein prinzipienwidriger Verstoß begangen worden war; die bloße Versicherung eines Blattes, das im Schatten der Welfenhofe für die deutsche Einheit und Freiheit kämpfte, konnte unmöglich als überführender Beweis gelten. Und auch dieser Artikel des Demokratischen Wochenblatts wurde sofort von der Zukunft übernommen.

Schweitzer hatte bis dahin alle Angriffe des Demokratischen Wochenblatts gegen seine persönliche und politische Integrität unbeachtet gelassen. Jetzt antwortete er der Zukunft, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein könne unmöglich für irgend eine Aeußerung eines einzelnen Mitglieds verantwortlich gemacht

werden; auch stehe der Präsident nicht als Polizeibüttel und Zensor hinter jedem Redner; wolle man jedoch wissen, wie er selbst sich zu der angeblichen Ausführung des Hamburger Mitgliedes stelle, so sage er, „daß der von uns erstrebte Eine deutsche Volksstaat weder durch das preußische Annexions-, Militär- und Polizeigetriebe, noch durch den in den Mittel- und Kleinstaaten von der ‚Volkspartei‘ und den Werkzeugen der verjagten Fürsten geschürten, stupiden und widerlichen Preußenhaß näher gebracht“ werde. Und auf die Leipziger Korrespondenz der Zukunft erklärte Schweitzer, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein werde mit der Mehrheit der Nürnberger Vereine ebenso Hand in Hand gehen, wie mit allen ähnlich gesinnten und befreundeten Parteien. Aber von Verschmelzung könne keine Rede sein, es sei denn, daß die Nürnberger Vereine in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein träten, wo sie willkommen sein würden. Niemals aber könne die von Lassalle gegründete straffe Organisation geändert werden, um einem „verschwommenen Wischiwaschi“ Platz zu machen.

Dieser Ausdruck war gewiß sehr unhöflich, obgleich nur eine winzige Grobheit, verglichen mit den bösen Dingen, die sich Schweitzer seit neun Monaten vom Demokratischen Wochenblatte hatte sagen lassen müssen. Jedenfalls war nicht gut mißzuverstehen, was Schweitzer unter dem „verschwommenen Wischiwaschi“ verstand. Er meinte nicht das Programm der Internationalen, dem er sich eben selbst angeschlossen hatte, sondern die verschwommenen Beziehungen der Nürnberger Vereine zur Deutschen Volkspartei. Trotzdem verfiel das Demokratische Wochenblatt dem Mißverständnisse, daß Schweitzer mit dem unhöflichen Worte „nur“ die Lehre von Marx gemeint haben könne, von der sich die Lehre Lassalles allein dadurch unterscheide, daß sie ihr die Spitze abbreche. Und so wurde Schweitzer abermals für einen „Verräther an der Sache des Sozialismus und der Demokratie“ erklärt.

Darnach blieb nur noch die Gewerkschaftsbewegung als ein Feld gemeinsamen Wirkens übrig. Indessen die Nürnberger Vereine beschickten den Arbeiterkongreß nicht, den Schweitzer und Fritzsche zum 27. September einberufen hatten. Und zwar, wie Liebknecht später angegeben hat, deshalb nicht, weil es ihrer Ehre zu nahe gegangen sei, nachdem Schweitzer erklärt habe, die Nürnberger Vereine würden zu dem Kongresse nicht zugelassen werden. Hiermit hatte es nun aber folgende Bewandtniß. Nachdem der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch das Leipziger Polizeiamt aufgelöst worden war, erklärte der Sozialdemokrat, daß mit Rücksicht auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes, wonach politische Vereine sich nicht miteinander verbinden dürften, „Arbeitervereine, die ein politisches Programm haben, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Nürnberger Majorität als solche“, nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten. Bei der ganzen Anordnung handelte es sich einfach um eine Formfrage, die den Kongreß vor polizeilichen Uebergriffen schützen sollte; einen Grund zur Beschwerde hätten höchstens die Vereine der Nürnberger Minderheit gehabt, die kein politisches Programm besaßen, gleichwohl aber, wie der Sozialdemokrat in einer Anmerkung

hinzufügte, als solche auch nicht auf dem Kongresse vertreten sein könnten, da sonst thatsächlich eine politische Partei bevorzugt werden würde. Allen Vertretern bereits bestehender Gewerkschaften, allen Delegirten von Versammlungen der verschiedenen Gewerke, ja von Arbeiterversammlungen überhaupt, war der Kongreß ohne jede Einschränkung geöffnet.

Eher läßt sich der ebenfalls gegen Schweitzer und Fritzsche erhobene Vorwurf hören, daß sie die Einberufung des Kongresses überstürzt, daß sie nicht erst den Verlauf des Nürnberger Vereinstags abgewartet und dann gemeinsam mit dem Vororte der siegreichen Mehrheit die Organisation der gewerkschaftlichen Bewegung angegriffen hätten; besondere Eile habe die Sache nicht gehabt, da die Verleihung der Koalitionsfreiheit doch erst in Jahr und Tag zu erwarten gewesen sei. Jedoch hatten Schweitzer und Fritzsche triftige Gründe, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war. Sie wollten ihre Bataillone bereits organisirt und ihre Kriegskasse bereits gefüllt haben, ehe das Signal zum Kampfe erscholl; dann mußte ihnen auch viel daran liegen, gegenüber dem Widerstande in der eigenen Partei, der aus einer sehr problematischen Spekulation auf die Ergebnisse des Nürnberger Vereinstages nur neue Nahrung gesogen haben würde, möglichst bald eine vollendete Thatsache zu schaffen, und ganz besonders kam es darauf an, ein hinterhaltiges Spiel der Fortschrittspartei zu durchkreuzen, die eben daran ging, sich der proletarischen Streikbewegung zu bemeistern und sie in falsche Bahnen zu leiten.

Es ist ein ganz alberner Schwindel, zu sagen, daß Liebknecht und Schweitzer zur Gründung von Gewerksgenossenschaften geschritten seien, nachdem Max Hirsch eine Reise nach England unternommen habe, um die Trade Unions zu studiren und nach Deutschland zu verpflanzen. Liebknecht kannte die Trade Unions aus der Zeit seines englischen Exils sehr genau und hatte seit seiner Rückkehr nach Deutschland durch zahlreiche Vorträge die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter auf sie gelenkt, während Schweitzer sich mindestens schon seit Jahr und Tag im Sozialdemokraten mit den einschlägigen Fragen befaßt hatte, lange ehe Max Hirsch auf den sauberen Einfall verfiel, die noch fortschrittlich gesinnten Arbeiterkreise durch eine verpfuschte Nachahmung der Trade Unions über ihre wahren Interessen zu täuschen. Er ist erst in England selbst, wohin er sich begeben hatte, um die Kooperativgesellschaften kennen zu lernen, auf die Trade Unions aufmerksam gemacht worden und zwar durch Lujo Brentano, der die englischen Gewerkschaften wirklich studirte; von den „Studien", die Max Hirsch trieb, giebt es eine zutreffende Probe, daß er sich, nachdem er schon wochenlang den deutschen Arbeitern die Schieds- und Einigungsämter als die Allheilmittel der sozialen Frage angepriesen hatte, hilfeflehend an Brentano wandte, dieser möge ihm doch aus seinen Sammlungen aushelfen, da er selbst „leider gar kein Material" über die englischen Schieds- und Einigungsämter besäße. Schloß diese grandiose Unwissenheit aus, daß Liebknecht und Schweitzer etwas von Max Hirsch gelernt haben können, so machte es die frivole Leichtfertigkeit, womit Max Hirsch dennoch

an die Gründung von deutschen Gewerkvereinen zu gehen gedachte, um so wünschenswerther, sein demagogisches Treiben so schnell wie möglich zu durchkreuzen.

Inzwischen hatte der Aufruf Schweitzers und Fritzsches in den deutschen Arbeiterkreisen gezündet. Zu dem Arbeiterkongresse, der am 26. September eröffnet wurde, erschienen 206 Delegirte, die 142 008 Arbeiter in 110 Orten vertraten und zwar Arbeiter der verschiedensten Gewerke. Am stärksten betheiligten sich, wie es in der Natur der Sache lag, die Hauptsitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin durch 27 und das benachbarte Brandenburg eingerechnet, sogar durch 42, Hamburg-Altona durch 22, Elberfeld-Barmen durch 11, Braunschweig durch 7 Abgeordnete. Doch auch aus Süddeutschland fand sich eine nicht unbeträchtliche Zahl Delegirter ein, so aus Offenbach, Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Speyer, Stuttgart, Augsburg, Würzburg, und ebenso wenig fehlten Delegirte aus dem Königreiche Sachsen, aus Dresden, Freiberg, Glauchau und Leipzig.

Somit hatte die Fortschrittspartei das Nachsehen. Sie konnte nur noch zwei Tage vor der Eröffnung des Kongresses den letzten Rest der ihr noch anhänglichen Maschinenbauer zusammenberufen, etwa 400 bis 500 Mann, unter denen aber auch schon die Meinung laut wurde, man dürfe sich nicht deshalb von einer guten Sache ausschließen, weil sie von sozialdemokratischer Seite angeregt würde. Schulze-Delitzsch selbst mußte sich in die Bresche werfen mit einer Rede, worin er sich als den geborenen Arbeiterführer ausprahlte und über die „müßigen Schwätzereien unnützer Buben" schimpfte. Die Versammlung wählte 12 Delegirte, die unter Führung von Max Hirsch den Arbeiterkongreß besuchen und „gegen die Organisirung des sozialen Krieges" protestiren sollten. Natürlich scheiterte dieser Versuch, den Kongreß zu vereiteln; als Max Hirsch in der ersten Sitzung einige unnütze Stänkerei machte, wurde er sammt seinem Anhange entfernt, während Schulze, durch einen Abgesandten Schweitzers gestellt, mehr vorsichtig als wahrheitsliebend ableugnete, mit „den müßigen Schwätzereien unnützer Buben" den Aufruf Schweitzers und Fritzsches gemeint zu haben. Dieses Gegentheil von Heldenmuth trug ihm noch eine sehr derbe Resolution des Kongresses ein, der zugleich erklärte, daß er in den Berliner Maschinenbauern seine Brüder erkenne und daß die Entfernung ihrer Delegirten sich nur gegen absichtliche Störenfriede gerichtet habe. Leider beschwichtigte die gutgemeinte Erklärung den verletzten Korpsgeist der Berliner Maschinenbauer nicht, die sich nun wieder enger an die Fortschrittspartei anschlossen.

Sonst verlief der Arbeiterkongreß in voller Harmonie und führte nach viertägigen Verhandlungen zur Gründung von zehn Arbeiterschaften und eines Arbeiterschaftsverbandes. Man hatte sich für das Wort Arbeiterschaft entschieden, weil die Mehrheit der Delegirten fürchtete, das Wort Gewerkschaft könne bei vielen Arbeitern unliebsame Erinnerungen an zünftlerische Bestrebungen erwecken. Die zehn Arbeiterschaften, die sich sofort bildeten, waren die Schuhmacher, die Schneider, die Maurer, die Bäcker, die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die

Hand- und Fabrikarbeiter, die Buchbinder, Sattler und Riemer, die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, endlich die Färber, Weber und Manufakturarbeiter. Für die einzelnen Gewerkschaften entwarf der Kongreß Musterstatuten, deren Annahme oder Abänderung oder Ablehnung ganz in ihrem Belieben stand; verpflichtet waren sie nur als Mitglieder des Verbandes auf die Satzungen des Verbandes, in den sie eintreten konnten, sobald sie fünfhundert Mitglieder zählten. Der Verband selbst war nach dem Muster des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins organisirt als eine Kampfgenossenschaft für die siegreiche Durchführung von Arbeitseinstellungen. Das Präsidium, das aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern bestand, wurde durch allgemeines Stimmrecht aller Mitglieder erwählt, die Generalversammlung wurde von den einzelnen Arbeiterschaften durch örtliche Delegirte beschickt, deren jeder so viele Stimmen führte, als die Arbeiterschaft in den von ihm vertretenen Orte Mitglieder zählte, im Ausschuß endlich wurde jede Arbeiterschaft durch je einen Bevollmächtigten vertreten, der für jede volle Anzahl von fünfhundert Mitgliedern seiner Arbeiterschaft je eine Stimme zu führen hatte. Immerhin standen dem Ausschusse ungleich größere Befugnisse zu als dem Vorstande, der entsprechenden Behörde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Er hatte namentlich allein darüber zu entscheiden, ob ein Streik zur Verbandssache erklärt werden sollte, er sollte die beschließende und das Präsidium nur die ausführende Behörde sein.

Von den bereits bestehenden Gewerkschaften traten die Schneider provisorisch in den Verband ein, unter dem Vorbehalte, daß ihre Generalversammlung zustimmen würde, während die Delegirten der Zigarrenarbeiter und Zimmerer erklärten, ihren Generalversammlungen dringend den Eintritt empfehlen zu wollen. Dagegen lehnte der Vertreter des Buchdruckerverbandes den Anschluß ab, da er nur für eine föderalistische, nicht aber für eine zentralistische Verbindung der einzelnen Gewerkschaften zu stimmen berechtigt sei. Ein Antrag, mit der Konstituirung des Verbandes zu warten, bis sich die einzelnen Arbeiterschaften organisirt hätten, und dann eine neue Generalversammlung einzuberufen, wurde mit dem Hinweis auf „andere sozialistische Elemente“ begründet, die man nicht vor den Kopf stoßen solle, aber nach eingehender Debatte abgelehnt, wobei die Redner der Mehrheit geltend machten, daß alle Richtungen der deutschen Arbeiterklasse sich auf dem Kongresse hätten vertreten lassen können, daß eine neue Generalversammlung große Unkosten verursachen würde, und daß den bürgerlichen Gegnern der Arbeitersache jede Möglichkeit neuer Umtriebe abgeschnitten werden müsse. Der Kongreß that sich als erste Generalversammlung auf und setzte das erste Präsidium ein, das aus Schweitzer, Fritzsche und dem Fabrikarbeiter Klein in Elberfeld bestand. Ebenso konstituirte sich sofort der erste Ausschuß, indem die Delegirten der Gewerke, die sich in Arbeiterschaften organisiren wollten, je einen Bevollmächtigten wählten. Zum Verbandsorgane wurde der Sozialdemokrat erkoren.

Schweitzer hatte in Sachen des Kongresses am 15. September und am 8. Oktober an Marx geschrieben. Der Wortlaut seiner Briefe ist bisher nicht

bekannt geworden, wohl aber der Wortlaut der Antwort, die Marx am 13. Oktober an Schweitzer richtete. Soweit sich daraus schließen läßt, hatte Schweitzer gewünscht, daß Marx seine Vorlagen an den Kongreß begutachten und in der gewerkschaftlichen Bewegung zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und den Nürnberger Vereinen vermitteln solle. Marx erklärte sich zu dieser Vermittlung bereit und versprach volle Unparteilichkeit; er fügte hinzu, daß er, als Sekretär der Internationalen für Deutschland, schon wiederholt zum Frieden gemahnt habe; auf die ihm gewordene Antwort, daß Schweitzer selbst den Krieg provozire, wozu ihm Belegstellen aus dem Sozialdemokraten gesandt seien, habe er erklärt, daß er sich nothwendig auf die Rolle des Unparteiischen beim Duell beschränken müsse. Man kann nicht loyaler sprechen, als Marx hier spricht, doch ist er auch diesmal über die Verhältnisse in Deutschland nicht zutreffend unterrichtet worden. Provozirt hat Schweitzer den Krieg nicht, und das mag Marx auch aus den ihm eingesandten „Belegstellen" ersehen haben, in denen Schweitzer nur Provokationen abwehrte; sonst hätte er schwerlich so freundlich an Schweitzer geschrieben. In eben diesem Briefe erkennt er „unbedingt die Energie und Intelligenz" an, womit Schweitzer in der deutschen Arbeiterbewegung wirke, sehr im Unterschiede von dem Demokratischen Wochenblatte, das ein paar Wochen vorher Schweitzer wegen Verraths an der Demokratie und am Sozialismus zum so und so vielten Male angeklagt hatte.

Indessen loyal wie Marx gegen Schweitzer war, so war er auch ehrlich gegen ihn. Er verhehlte nicht, daß die Statuten des Arbeiterschaftsverbandes prinzipiell verfehlt seien. So sehr die gewählte Organisation für geheime Gesellschaften und Sektenbewegungen tauge, so sehr widerspreche sie dem Wesen der Trade Unions. Er halte sie für unmöglich, aber selbst wenn sie möglich wäre, so wäre sie nicht wünschenswerth, am wenigsten für Deutschland. Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bureaukratisch gemaßregelt werde und an die Autorität, die vorgesetzte Behörde glaube, gelte es vor Allem, ihn selbständig gehen zu lehren. Auch seien die Statuten nicht geeignet, die „rasche Aktion" zu fördern, die Schweitzer beabsichtige; die Generalversammlung, der Ausschuß, das ganz überflüssige Präsidium, drei unabhängige Mächte verschiedenen Ursprungs, würden überall in Kollision gerathen; bei den Trade Unions handle es sich großentheils um Geldfragen und in denen höre alles Diktatorenthum auf. Bei alledem gab Marx die Möglichkeit zu, daß die Fehler der Organisation vielleicht durch rationelle Praxis mehr oder minder ausgemerzt werden könnten.

Marx tadelte, daß Schweitzer an die Klassenbewegung die Forderung stelle, sich einer Sektenbewegung unterzuordnen. Dieser Tadel war vollkommen berechtigt, insofern als Schweitzer die gewerkschaftliche Bewegung als ein Hilfsmittel zweiter Ordnung der politischen Organisation einspannen wollte. Aber er war unberechtigt, insofern als Marx in diesem Briefe von Lassalle wie von einem Sektenstifter und vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wie von einer Sektenbewegung sprach, und er wäre doppelt unberechtigt gewesen, wenn Marx, was er nicht aus-

sprach und vielleicht auch nicht meinte, aber was sich zwischen den Zeilen seines Briefes herauslesen ließ, unter den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei die ausschließliche Klassenbewegung des deutschen Proletariats verstanden hätte. So lagen die Dinge in Deutschland nicht. Sie lagen vielmehr so, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eine ungleich entwickeltere Form der Klassenbewegung war, als die Nürnberger Vereine und die Sächsische Volkspartei. An demselben 13. Oktober, an dem Marx seinen Brief in London schrieb, veröffentlichte der Sozialdemokrat in Berlin aus Schweitzers Feder einen Artikel, der Begriff und Wesen der Internationalen ganz im Sinne von Marx erläuterte. Es wurde darin gesagt, wer zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gehöre, der gehöre auch zur Internationalen, etwa wie ein Bürger des Kantons Uri auch ein Bürger der Schweiz sei. Die nationalen Organisationen der Arbeiter seien nothwendig, weil und so lange in den einzelnen Kulturnationen große Verschiedenheiten beständen, mit denen der proletarische Emanzipationskampf zu rechnen habe, aber die Entwicklung gehe dahin und müsse in dem Sinne gefördert werden, daß die Zentralleitung der Internationalen mehr und mehr die Wirksamkeit der nationalen Zentren der Arbeiterbewegung ersetzen könne. Das waren gewiß nicht die Ansichten eines Sektenhäuptlings, und Schweitzer mußte dadurch, daß Marx ihm Irrthümer vorhielt, von denen er sich frei wußte, unwillkürlich verleitet werden, das Gewicht des Tadels zu unterschätzen, den Marx ihm mit Recht aussprach. Blieb er aber einmal bei der Ansicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung ein untergeordnetes Hilfsmittel der politischen Bewegung sei, so waren seine Arbeiterschaften vollkommen konsequent und logisch gedacht, und auch deshalb wird er über die Mißbilligung von Marx leichter hinweggekommen sein, weil seine fortschrittlichen Gegner anerkannten, käme es auf den Krieg zwischen Kapital und Arbeit an, so sei sein Arbeiterschaftsverband vortrefflich organisirt.

Die Fortschrittler selbst gingen gleich nach dem Schlusse des Arbeiterkongresses daran, Gewerkvereine nach dem famosen Prinzip zu gründen, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Harmonie der Interessen bestände. Der Harmonieapostel Hirsch sollte den vollständig abgewirthschafteten Sparapostel Schulze ablösen. Unter Vertuschung der Thatsache, daß die in den Trade Unions organisirten Arbeiter es ihren jahrzehntelangen, mühevollen, mit den kolossalsten Opfern durchgeführten Kämpfen verdankten, wenn sie in den Schieds- und Einigungskammern von den Fabrikanten als gleichberechtigte Männer behandelt wurden, bildete Max Hirsch sich ein oder that so, als ob er sich einbildete, daß der Krieg, dem die Trade Unions einzig und allein ihre Erfolge verdankten, ein kolossaler Irrthum gewesen sei, daß der leidliche Zustand sozialen Friedens, zu dem sich die englischen Fabrikanten aus Respekt vor der Macht der Trade Unions bequemten, der natürliche Zustand zwischen Kapital und Arbeit sei. Die Musterstatuten der fortschrittlichen Gewerkvereine ahmten die Statuten der großen Trade Unions nach, nur daß sie ihnen das Rückgrat ausbrachen; sie luden die Unternehmer ebenso zu freundlichem Beitritt ein, wie die Arbeiter, und Max Hirsch erklärte,

daß „seine" Gewerkvereine keineswegs „ausschließlich das Recht und die Interessen der Arbeiter", sondern ebenso das Recht und die Interessen ihrer Ausbeuter sichern sollten. Die praktischen Aussichten des Humbugs beruhten auf der lächerlichen Annahme, daß die deutschen Unternehmer den „gutgesinnten" Gewerkvereinen freiwillig gewähren würden, was die Trade Unions den englischen Unternehmern abgetrotzt hatten. Der erste Fabrikant, mit dem die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, war Borsig. Er sollte auf Verlangen des fortschrittlichen Gewerkvereins der Maschinenbauer einen Werkmeister entlassen, der einen Arbeiter geohrfeigt hatte; aber als Schultze-Delitzsch und Max Hirsch den Lokomotivkönig deshalb antraten, beschränkte er sich darauf, sie mit moralischen Ohrfeigen hinauszuweisen.

Es war vorherzusehen, daß die fortschrittlichen Gewerkvereine bald auf den Sand gesetzt sein würden, und auch der Widerstand, den die Fraktion der Gräfin Hatzfeldt, in ihrer orthodoxen Weise an Lassalles Worten klebend, gegen die gewerkschaftliche Bewegung überhaupt richtete, hatte nicht viel zu bedeuten. Sollte die Zersplitterung dieser Bewegung vermieden werden, so kam es darauf an, ob sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein mit den Nürnberger Vereinen und der Sächsischen Volkspartei einigen werde. Marx hatte sein Versprechen gehalten und vermittelnd eingegriffen; das Demokratische Wochenblatt besprach den Berliner Arbeiterkongreß in seiner Weise verhältnißmäßig freundlich. In diesem Blatte veröffentlichte dann Bebel als Vorsitzender des Verbands deutscher Arbeitervereine von ihm entworfene Statuten für deutsche Gewerksgenossenschaften, welche die Mitte und zwar die richtige Mitte zwischen den Wegen hielten, die Schweitzer und Max Hirsch eingeschlagen hatten. Sie begannen den Bau nicht beim Giebel, sondern beim Fundament, und verzichteten auf jede diktatorische Zentralisation der Gewerkschaften, während sie die einzelnen Gewerkschaften als kräftige Verbände organisirten, welche die Interessen und die Rechte ihrer Mitglieder gegenüber dem Kapital wahren sollten. Sie machten durch ihre einfache Anspruchslosigkeit einen günstigeren Eindruck, als der kunstvoll gethürmte Bau Schweitzers oder gar als das doktrinär verwaschene Gerede der fortschrittlichen Statuten; verglichen mit diesen, seien sie much more workmanlike, meinte ein englischer Kenner der Trade Unions.

Zugleich nahm eine Versammlung von Delegirten Leipziger Gewerke, die am 26. November unter Bebels Vorsitz tagte, einstimmig eine von Liebknecht beantragte Resolution an, wonach, unter Ausschluß jeder Gemeinschaft mit den fortschrittlichen Gewerkvereinen, die Arbeiterschaften Schweitzers und die Gewerksgenossenschaften der Nürnberger Vereine nach gegenseitiger Verabredung eine gewerkschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung einberufen, bis dahin aber in ein Vertragsverhältniß zu einander treten, sich namentlich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen sollten. Auf dies Angebot, das ihnen wieder zuerst durch die Zukunft bekannt wurde, antworteten das Präsidium und

der Ausschuß des Arbeiterschaftsverbandes am 29. November gleichfalls durch einstimmigen Beschluß schroff ablehnend. Die Einigkeit der Arbeiter sei das erste Erforderniß für das Gedeihen der Gewerkschaften. Die Gründung einer dritten Gruppe von Gewerkschaften fördere aber die Uneinigkeit, die Herren Bebel und Liebknecht könnten sich also sparen, durch das Angebot eines Vertragsverhältnisses die von ihnen gestörte Einigkeit wieder herzustellen. Wollten sie wirklich nicht die Einigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung stören, so sei es ihre Pflicht, in den Arbeiterschaftsverband einzutreten, innerhalb dieses Verbandes für die ihnen gut scheinenden Aenderungen zu wirken und unter allen Umständen sich der Mehrheit zu fügen.

Damit war die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Bewegung entschieden. Eine ausschließliche Schuld fällt weder auf die eine, noch auf die andere Seite, was mit anderen Worten nur heißt, daß die Zersplitterung in all ihren beklagenswerthen Wirkungen doch durch die Verhältnisse gegeben war. Wären die Einigungsversuche auch weiter gediehen, als sie thatsächlich gediehen sind, so wären sie doch früher oder später auf einen Punkt gestoßen, wo sie scheitern mußten. Der Riß, der durch die deutsche Arbeiterklasse ging, klaffte noch zu tief, als daß ihn ärztliche Kunst von heute auf morgen schließen konnte. Er mußte sich erst völlig ausbluten, ehe er gründlich von Innen heraus heilte.

Neuntes Kapitel.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Nach dem Schlusse des Berliner Arbeiterkongresses, am 10. Oktober 1868, hatte Schweitzer, gemeinsam mit einigen Parteifreunden, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wieder eröffnet, und zwar, um den Behörden möglichst alle formalen Handhaben zur Drangsalirung der Arbeiterbewegung zu entwinden, mit denjenigen Aenderungen des Geschäftsreglements, welche durch die verschiedenen gerichtlichen und polizeilichen Entscheidungen nothwendig geworden waren. Zugleich verlegte Schweitzer den Sitz des Vereins nach Berlin. Auch das ist ihm zum schweren Vorwurfe, ja als „Schurkenstreich", als Auslieferung der Arbeiterbewegung an Bismarck angerechnet worden, doch war es zweifellos die richtigste Taktik, die Schweitzer befolgen konnte. In Leipzig oder Hamburg war der Verein nicht sicherer als in Berlin, gerade in Leipzig begann jetzt die Polizei einen unsäglich boshaften und kleinlichen Feldzug gegen die beginnende Gewerkschaftsbewegung, wohl aber konnte er sich, wenn er sich am Zentralpunkt der deutschen Politik in voller Oeffentlichkeit unter peinlicher Beobachtung der Vereinsgesetze immer kräftiger entfaltete, besser gegen Angriffe schützen, als irgendwo anders.

Möglich, daß die preußische Regierung den Sitz des Vereins in Berlin haben wollte, um ihn je nach den Bedürfnissen ihrer Politik zu dulden oder zu unterdrücken; wenigstens läßt darauf schließen, daß sie bei allen sonstigen Chikanen den Verein als solchen einige Jahre hindurch nicht auflöste. Seitdem die Bourgeoisie seine ergebene Dienerin geworden war, hatte sich Bismarcks demagogisches Interesse an der Arbeiterbewegung bedeutend abgekühlt. Dührings Denkschrift war von einer staatsmännischen Aktion zu einer privaten Spekulation herabgesunken; Wagener hatte sie unter seinem eigenen Namen herausgegeben, ohne Genehmigung des Verfassers, der ihm deshalb jetzt einen ärgerlichen Prozeß machte. Immer aber wußte Bismarck, daß ihm die schwerste Prüfung seiner Politik noch bevorstand, und die systematische Verfolgung der Arbeiterbewegung, wie sie seinen Herzensgelüsten entsprach, hat er am Ende der sechziger Jahre noch nicht betrieben. Es war ein Zwitterzustand, in den Schweitzer sich fügte, wie Liebknecht und Bebel sich in den Zwitterzustand der sächsischen Preßfreiheit fügten; sein Endziel blieb nach wie vor, durch die Gunst und Ungunst der Zeitumstände hindurch die Arbeiterbewegung zu einer Macht zu entwickeln, die mit aller Gewaltpolitik des reaktionären Polizeistaats auch nicht mehr zeitweise unterdrückt werden konnte.

Er durfte es wohl als einen schönen Erfolg betrachten, daß die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins keine Verwirrung in den Reihen der Partei hervorgebracht hatte. Nach der dreiwöchentlichen Stockung floß ihr Blut desto heißer und schneller um. Als Schweitzer am 1. Dezember 1868 eine dreimonatliche Strafhaft antrat, konnte er in einer Finanzansprache verkünden, daß mit dem Beginne des neuen Jahres die systematische Agitation durch besoldete Agitatoren eröffnet werden würde, womit endlich ein Ziel erreicht war, das sich Lassalle schon im Offenen Antwortschreiben gesteckt hatte. Während Schweitzers Haft übernahm Tölcke, der zu diesem Zwecke nach Berlin übersiedelte, die Leitung des Vereins, Fritzsche die Leitung des Verbandes, Hasselmann die Leitung des Sozialdemokraten. Im Anfange des neuen Jahres zeigten einige Nachwahlen die wachsende Kraft der Partei. In Duisburg erfocht sie zum ersten Male gleich im ersten Wahlgange einen Sieg; Hasenclever schlug mit 6792 Stimmen sowohl den konservativen wie den nationalliberalen Gegenkandidaten. In Celle fielen bei der Hauptwahl 2336 Stimmen auf York, während er in der Stichwahl mit 5259 Stimmen nur um ein Geringes unterlag.

Um die Jahreswende erhielt Schweitzer einen mehrwöchentlichen Urlaub aus dem Gefängnisse, zum Begräbniß seines Vaters und zur Ordnung von Erbschaftsangelegenheiten. Er benützte die wiedererlangte Freiheit, um die Präsidentenwahl anzuordnen und die Generalversammlung zum Osterfeste nach Elberfeld-Barmen einzuberufen, auch um die Agitation in Süddeutschland und im Königreiche Sachsen ins Werk zu setzen. Das Demokratische Wochenblatt machte darüber sehr böse Bemerkungen: Schweitzer habe in „Familienangelegenheiten" Urlaub erhalten, um Zwietracht in der Demokratie zu säen, jetzt wo sich Bis-

marcks Schöpfung vor einer schweren Krisis befinde. Einen thatsächlichen Grund hatten die argen Andeutungen nicht. Weder befand sich Bismarcks Werk vor einer schweren Krisis, noch auch that Schweitzer etwas anderes, als was die Interessen des Vereins geboten. Die Einberufung der Generalversammlung und die Anordnung der Präsidentenwahl sollten die Wiederherstellung der Organisation beglaubigen, sie waren Zugeständnisse an das demokratische Prinzip. Mit der Agitation in Süddeutschland und Sachsen aber führte Schweitzer einen Beschluß der Hamburger Generalversammlung aus.

Und nicht einmal mit der praktischen Ausführung dieses Beschlusses ging er einseitig vor. Er benützte seinen Aufenthalt in Frankfurt, um die Agitation in Süddeutschland mit 25 Vorstandsmitgliedern und Bevollmächtigten zu berathen. Auf deren Vorschlag übertrug er sie an den Techniker v. Bonhorst in Wiesbaden, den Schuhmacher Kölsch in Mainz und den Metallarbeiter Haustein in Offenbach, ordnete ihre Dauer auf sechs Wochen an und warf 200 Thaler aus der Vereinskasse für sie aus. In Berlin regelte er dann in ähnlicher Weise die Agitation im Königreiche Sachsen, die dem Schneider Liebisch in Hamburg und dem Schuhmacher Schumann in Berlin übertragen wurde.

I. Agitationen in Süddeutschland und Sachsen.

In Süddeutschland war die Arbeiterbewegung seit dem Tode Lassalles nur in sehr langsamem Flusse vorwärts gekommen. Der alte Preußenhaß, den die Ereignisse des Jahres 1866 neu aufgefrischt hatten, griff aus den kleinbürgerlichen in die proletarischen Kreise über, die dadurch dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein entfrembet wurden.

Namentlich in Württemberg hatte die sozialdemokratische Agitation bis zum Jahre 1869 nirgends festen Fuß zu fassen vermocht. Wohl waren die Illusionen Schulzes in dem Verbande der württembergischen Arbeitervereine ausgestorben; die Geschwindigkeit, womit das große Kapital allerlei kleine Anstalten der Selbsthilfe, Weberassoziationen, Banken für den Handwerker, Genossenschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen vom Erdboden fegte, öffnete den Arbeitern bald die Augen. Während des deutschen Krieges hatte der Verband eine Jahresversammlung in Biberach abgehalten, wo sich die entschiedenste Neigung zur Beschäftigung mit politischen Fragen kundgab, zum höchsten Verdruß der Eduard Pfeiffer, Kilian Steiner, Gustav Siegle und anderer Stuttgarter Börsen- und Fabrikmagnaten, die bisher das große Wort in den Arbeiterbildungsvereinen geführt hatten. Ihr Groll bewirkte nur, daß der Sitz des Verbandes auf der Jahresversammlung von 1867 von Stuttgart nach Göppingen verlegt wurde, wo er fortan blieb und wo auch eine kleine Monatszeitung als sein Organ herauskam. Die Pfeiffer und Genossen behielten nur den Stuttgarter Arbeiterverein unter ihrer Fuchtel, den sie durch die Vorarbeiter und Werkmeister der Siegleschen Farbenfabriken

beherrschten. Daneben bestand in Stuttgart ein demokratischer Arbeiterverein, den erst der Buchbinder Notz und dann der Korbmacher Lorenz leitete. Wenn nun aber auch der Verband mit Schulze gebrochen hatte, so hielt er sich doch nur erst zur schwäbischen Volkspartei, aus deren Landeskasse auch die Kosten für seine Vertretung auf dem Nürnberger Vereinstage bestritten wurden. Im Anfange des Jahres 1869 zählte der Verband 21 Vereine mit 1564 Mitgliedern, die nächst den sächsischen Vereinen die stärkste Stütze der Nürnberger Mehrheit bildeten; in der Januarnummer des Verbandsorgans wurde den Agitatoren Schweitzers der Krieg erklärt, falls sie irgendwo auf schwäbischem Boden erscheinen sollten.

Aehnlich wie in Württemberg lagen die Dinge in dem größten Theile Süddeutschlands. Ja theilweise war selbst in hochentwickelten Industrieplätzen die proletarische Bewegung noch nicht einmal so weit gediehen. Die alten Arbeitervereine von Fürth und Nürnberg blieben auch nach dem Nürnberger Vereinstage im fortschrittlichen Fahrwasser, und erst die vorgeschrittensten Arbeiter standen hier auf dem volksparteilichen Standpunkte. In Fürth waren sie in dem Arbeiterverein Zukunft organisirt, der sich mehr mit politischen, als mit sozialen Fragen beschäftigte und sich feindlich zur Lassalleschen Bewegung stellte, weil er ihren Klassencharakter noch nicht begriff. Bürgerliche Demokraten hatten in ihm eine gewichtige Stimme, doch fand ihr Einfluß bald ein Gegengewicht an dem Bortenmacher Gabriel Löwenstein, dem Vorsitzenden des Vereins, der neben Bebel dem Nürnberger Vereinstage präsidirt hatte und, ein ungemein praktisches und rühriges Talent, an den nächstliegenden Fragen des Gemeindewesens, im Kampfe gegen den städtischen Klüngel, sich selbst und seine Kameraden über die proletarischen Klasseninteressen aufzuklären verstand. In Nürnberg splitterte sich nach dem Vereinstage ein kleiner Bruchtheil von dem alten Arbeiterverein ab, um sich unter dem Namen der Pioniere und später unter dem Namen des Arbeiterbildungsvereins selbständig zu organisiren. Es war ein kleines Häuflein, das zunächst ein recht idyllisches Parteidasein führte, immer voll guten Muthes und immer ohne Geld war. Aber allmälig setzten sie dem alten Arbeiterverein hart zu, der seinerseits dahinter kam, daß die fortschrittlichen Bonzen sich nur um ihn kümmerten, wenn sie ihn brauchten. Ohnehin gab ihm der Krach eines mit ihm eng verbundenen Konsumvereins einen unverwindlichen Stoß.

Ganz ohne Erfolg war indessen auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein jenseits des Mains nicht geblieben. Von Mainz aus drang seine Propaganda nach Worms, Heidelberg und namentlich nach Mannheim vor, wo sich bald 400 Mitglieder um seine Fahne sammelten. In Augsburg hielt sich ein kräftiger und zäher Stamm von Anhängern, an deren Spitze jetzt der Schriftsetzer Tauscher stand. Im Vereine mit dem Schriftsetzer Neff hatte Tauscher auch in München agitirt, wohin Neff bald übersiedelte, um gemeinsam mit dem Schriftsetzer Franz in dem Proletariat der baierischen Hauptstadt zu wirken. Dem unermüdlichen Eifer dieser Männer gelang die Ausbreitung des Vereins nach

Ansbach, Würzburg, Schweinfurt, Hof, Kaufbeuren und Kolbermoor, dagegen vermochten sie ihn in Fürth und Nürnberg nicht einzubürgern.

Derweil rannte die ökonomische Entwicklung die papierenen Wälle über den Haufen, hinter denen sich der grimmige Preußenhaß des süddeutschen Partikularismus verschanzt hatte. Der nüchterne Zollverein ließ sein nicht spotten. Seine Erneuerung lag so sehr im Interesse der Bourgeoisie und des Proletariats, daß diese großen Klassen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, wo sie sich bereits klar herausgebildet hatten, rücksichtslos über alle kindischen Schmerzen der monarchischen und auch republikanischen Krähwinkelei hinwegschritten. Als die baierische Reichsrathskammer sich gegen die Erneuerung der Zollvereinsverträge sperrte, berief Tauscher am 29. Oktober 1867 in den Saal zu den drei Königen eine Versammlung, in der Tausende von Arbeitern unter der Ermunterung ihrer Ausbeuter erschienen. Tauscher verlas mit mächtiger Stimme und unter stürmischem Beifall den Entwurf einer Adresse an die Reichsrathskammer, worin kategorisch die Genehmigung der Zollvereinsverträge verlangt wurde. Obgleich er selbst schon die Frakturschrift gewählt hatte, die zur Erleuchtung von Junkerschädeln nothwendig ist, so erschien einigen liberalen Redakteuren die Adresse doch noch als „zu solide“ abgefaßt, und sie beantragten die Einfügung eines Satzes, worin der Reichsrathskammer verheißen wurde, daß sie bei längerem Sperren die Fäuste der Arbeiter an ihrer Thüre hören solle. Mit dieser gern genehmigten Verschönerung ging die Adresse nach München ab, und zwei Tage später sprangen die Junker über den Stock.

Auf Grund der Zollvereinsverträge fanden im Frühling 1868 in Süddeutschland die Wahlen zum Zollparlamente statt. Es fielen nur erst wenige hundert Stimmen auf Arbeiterkandidaten, auf Tauscher in Augsburg ihrer 152, aber der praktische Gebrauch des allgemeinen Wahlrechts blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung auf die süddeutschen Arbeiter. Ebenso wenig wie die gewerkschaftliche Bewegung, die im nördlichen Deutschland begann. Der Zigarrenarbeiterverein breitete sich in Mannheim und selbst in Stuttgart aus, wo auch die Buchdrucker eine stramme, fast sämmtliche Gehilfen umfassende Organisation hatten; in Augsburg gab es binnen kürzester Frist 1500 organisirte Arbeiter, darunter 800 Manufaktur- und 400 Metallarbeiter; auch in Nürnberg begannen sich die Metallarbeiter, die Schuster und Schneider zusammenzuschließen. An den verschiedensten Orten regte sich das süddeutsche Proletariat, und so waren die Vorzeichen günstig genug, unter denen Bonhorst, Kölsch und Haustein ihre Agitation begannen.

Indessen die süddeutsche Bourgeoisie wußte auch die Gefahr zu würdigen und bot Alles auf, um die gefürchteten Eindringlinge zurückzuschlagen. Es gelang ihr in Karlsruhe und Pforzheim, aber dafür unterlag sie um so schmählicher in Freiburg, wo die alte Mumie Venedey und der junge Streber Adolf Wagner mit einer nach dem glaubwürdigen Zeugniß der bürgerlichen Presse „vernichtenden“ Beredsamkeit den „Hetzaposteln“ entgegentraten. Auf der anderen Seite blieb

dieser Sieg aber der einzige große Erfolg, den die Agitatoren auf noch jungfräulichem Boden errangen. Sonst gaben sie nur der Agitation da, wo sie schon bestand, einen neuen Anstoß: in Worms, Heidelberg, Mannheim, dann in Augsburg, München und Würzburg. In Fürth und Nürnberg, wohin Tauscher sie begleitete, mußten sie sowohl mit den Fortschrittlern, als auch mit den Volksparteilern pauken. Die Fürther Versammlung wurde polizeilich aufgelöst, in der Nürnberger Versammlung siegten die Volksparteiler. Das württembergische Gebiet umgingen die Agitatoren, mit Ausnahme eines kleinen Abstechers nach Ulm, doch wurde auch hier gleich darauf das Eis gebrochen. Um Pfingsten 1869 kehrte der Schreiner Leickhardt, ein geborener Stuttgarter, der zwei Jahre unter den Hamburger Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewirkt hatte, in seine Vaterstadt zurück und begann die sozialistische Agitation.

Für einen ersten Anlauf hatten die süddeutschen Agitatoren genug vor sich gebracht; der Lärm der bürgerlichen Presse verrieth, wie bange ihren Patronen bei den paar Pyrrhussiegen war, welche sie noch erfochten hatten. Ungünstiger verlief die Agitation im Königreiche Sachsen, obgleich Liebisch und Schumann bis zu völliger Erschöpfung ihrer körperlichen Kräfte ihre Aufgabe gerecht zu werden suchten. Sie sollten die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung wieder herstellen, die „Sonderbestrebungen“ der Gräfin Hatzfeldt, sowie der „Herren Bebel und Liebknecht“ lahm legen, allein das war mehr als sie leisten konnten. Der Verein der Gräfin Hatzfeldt war freilich schon mitten in seiner inneren Auflösung, allein der Kampf gegen die Gewerkschaften entflammte gerade jetzt noch einmal den Fanatismus der Sekte, und im März 1869 wurde Mende bei einer Nachwahl in Freiberg gegen einen konservativ-partikularistischen Kandidaten in den Reichstag gewählt. Trotzdem wäre dieser Gegner leicht zu überwinden gewesen, wenn die sächsischen Agitatoren nur nicht ihre beste Kraft in dem Kampfe mit den Arbeiter- und Volksvereinen hätten aufreiben müssen, die sich um das Demokratische Wochenblatt schaarten.

Politisch hielt dies Organ noch immer den preußenfeindlich-volksparteilichen Kurs inne; in seiner Neujahrsnummer von 1869 begrüßte es das „verjüngte“ Oesterreich, das kriegsgerüstet dastehe, den treulosen Ueberfall von 1866 zu rächen. In schroffem Gegensatze hierzu schrieb der Sozialdemokrat gleichzeitig von dem „liberalen Bourgeoisschwindel“ in Oesterreich, der rücksichtsloser, willkürlicher und gehässiger gegen die Arbeiter verfahre, als es in Preußen jemals geschehen sei. Und nicht lange darauf sagte auch Marx, wenn irgendwo, so stelle in Oesterreich die liberale Mittelklasse ihre selbstsüchtigen Instinkte, ihre geistige Inferiorität und ihren kleinlichen Groll gegen die Arbeiterklasse zur Schau, während Albert Lange sich nicht bitter genug über die erbärmliche Sorte von Liberalismus auslassen konnte, wodurch Beust die jämmerlichsten Reaktionsstreiche zu verheucheln suchte. Aber neben dem einseitigen Preußenhasse trat der proletarische Charakter des Demokratischen Wochenblattes viel schärfer hervor, seitdem der Verband der deutschen Arbeitervereine es im Dezember 1868 zu seinem

Organe erkoren hatte. Geschwächt durch die Nürnberger Spaltung, hatte er die Arbeiterhalle in Mannheim eingehen lassen müssen; im Demokratischen Wochenblatte redigirte jetzt Bebel die „Vororts- und Arbeiterangelegenheiten", wobei er sich wenig mit hoher Politik, aber um so eindringlicher und geschickter mit der strafferen Organisation des noch immer sehr lose zusammenhängenden Verbandes beschäftigte. Kräftig unterstützt wurde er dabei durch Motteler, der ihm an organisatorischer Begabung gleichkam, und in Crimmitschau gewerkschaftlich wie politisch eine sehr erfolgreiche Propaganda entwickelte, namentlich im Proletariat der Textilindustrie.

Von den 72 Vereinen der Nürnberger Mehrheit schieden nach und nach 5 aus verschiedenen Ursachen aus, dagegen kamen im Laufe eines Jahres 42 neue hinzu, so daß der Verband 109 Vereine mit 10 000 Mitgliedern zählte. Trotzdem hatte er mit den größten und namentlich mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da jedes Mitglied nur einen Silbergroschen Jahresbeitrag an den Verband zu zahlen hatte, so beliefen sich die Jahreseinnahmen auf wenig über 300 Thaler, wovon nicht nur die Agitations- und Organisationskosten, sondern auch die beträchtlichen Fehlbeträge des Demokratischen Wochenblattes gedeckt werden mußten. In einem Rundschreiben an die Verbandsmitglieder forderte Bebel im März 1869 zu außerordentlichen freiwilligen Beiträgen auf, indem er hervorhob, daß die Verbandskasse bisher noch auf die „Unterstützung anderer, außerhalb unseres engeren Kreises stehender Freunde" angewiesen gewesen sei. Diese Freunde waren der Hofbaurath Demmler in Schwerin, ein so wackerer Demokrat, wie er ein namhafter Künstler war, und namentlich der Revolutionsfonds, den einst Kinkel und Willich in den Vereinigten Staaten gesammelt hatten, und den jetzt Ladendorf und andere Flüchtlinge in Zürich verwalteten. Aus diesem Fonds erhielt der Verband der deutschen Arbeitervereine nach und nach 3500 Francs, die zu einem bedeutenden Theile auf das Demokratische Wochenblatt verwandt wurden.

Mitten in diese schwere Reorganisationsarbeit brach nun die feindliche Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herein, und ihre Abwehr verschlang die an und für sich geringen Summen, die für nützlichere Zwecke hätten verwandt werden können. So erklärt sich die heftige Erbitterung, womit sich Bebel und Liebknecht gegen Schweitzer wandten, und der Erfolg, den sie mit ihren Anklagen bei den sächsischen Arbeitern fanden. Sie betonten dabei selbst, daß sie mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf dem gleichen prinzipiellen Boden ständen, und in der That endete am 11. Februar die erste Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Bebel und Liebknecht gegen Schumann kämpften, mit dem Beschlusse, zum 7. März im Anschluß an eine Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei einen sächsischen Arbeitertag nach Hohenstein-Ernstthal einzuberufen, um gegen die sächsische Reaktion zu agitiren, die jetzt ihre Krallen vorzustrecken begann. Zur Einberufung dieses Arbeitertags wurde ein Komite niedergesetzt, in dem neben einem Anhänger der Gräfin Hatzfeldt je drei Mit-

glieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sächsischen Volkspartei saßen. Auch drei Tage darauf endete eine zweite Versammlung Leipziger Arbeiter, in der Liebisch sprach, mit einer Art Einigungsversuchs, mit der Einbringung des Antrags, daß Liebknecht und Schweitzer sich in einer öffentlichen Versammlung über ihre gegenseitigen Anschuldigungen auseinandersetzen sollten.

Freilich zeugte es auch von großer Verwirrung, daß niemals völlige Klarheit darüber geschaffen werden konnte, ob der Antrag abgelehnt oder angenommen worden war. Jedoch machte sich Liebknecht, der so wenig wie Bebel der Versammlung selbst beigewohnt hatte, in einer öffentlichen Erklärung anheischig, allein oder mit Bebel, sei es in Leipzig oder Berlin oder in der nächsten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins oder in einem Schiedsverfahren vor dem Generalrathe der Internationalen zu beweisen, daß Schweitzer, für Geld oder aus Neigung, seit dem Ende des Jahres 1864 die Organisation der Arbeiterpartei systematisch hintertreibe, das Spiel des Bismärckischen Zäsarismus spiele und alle Bemühungen vereitele, die Einigung der Partei herzustellen. Diese Herausforderung nahm der Sozialdemokrat an und zwar in der Form, daß Bebel und Liebknecht eine offizielle Einladung zur Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erhielten, um dort ihre Anklagen gegen Schweitzer zu begründen.

II. Der Eisenacher Kongreß.

Schweitzer saß wieder im Gefängnisse, als sich diese Vorgänge abspielten. Doch durfte Tölcke sicher sein, daß er durch die Annahme von Liebknechts Herausforderung in Schweitzers Sinne handelte. Diesem konnte nichts willkommener sein, als der Versuch Liebknechts, ihn vor der Generalversammlung anzuklagen. Er hatte eben durch seine so gut wie einstimmige Wiederwahl zum Präsidenten ein Vertrauensvotum des Vereins erhalten, der Liebknechts bekannte Anklagen nicht bestätigen konnte, ohne seine sechsjährige Geschichte zu verleugnen. So erklärte Schweitzer denn, als er am 5. März wegen Zusammentritts des norddeutschen Reichstags wieder aus dem Gefängnisse entlassen wurde, er werde seinen Einfluß dafür einsetzen, daß Nichtmitglieder in der Generalversammlung erscheinen und ihn anklagen könnten. Aber er fügte hinzu, daß er nicht daran denke, sich mit Jedem herumzuzanken, der es für gut befinde, ihn anzugreifen. Seine Haltung und seine Thätigkeit lägen so offen da, daß jedes Vereinsmitglied, welches eine Vertheidigung für nöthig halte, sie selbst führen könne.

Der hochmüthige Ton, den Schweitzer damit anschlug, war keineswegs der Deckmantel eines bösen Gewissens. Schweitzer durfte sich bei einem Rückblick auf das letzte Jahrfünft sagen, daß er die deutsche Arbeiterbewegung kräftiger entwickelt und gefördert habe, als sonst irgend ein Einzelner, und es war begreiflich genug, wenn er dem ewigen Gerede von seiner Verrätherei ein starkes Selbstbewußtsein entgegensetzte. Immerhin aber hätte er sich des hausbackenen

Sprichworts erinnern sollen, daß Hochmuth vor dem Falle kommt. Es ist der Fluch jeder Diktatur, daß der Diktator niemals zu erkennen vermag, wann seine Diktatur überflüssig zu werden beginnt. Nicht nur Schweitzer selbst, sondern ebenso die große Masse der Mitglieder hielt die diktatorische Leitung des Vereins noch für nothwendig, und für diese Auffassung ließen sich einstweilen sehr triftige Gründe anführen. Gleichwohl entzog sich die Arbeiterbewegung, je mehr sie erstarkte und über je weitere Gebiete sie sich erstreckte, um so mehr der Leitung eines Einzelnen. Der Hochmuth, den Schweitzer herauszuhängen begann, war thatsächlich der Anfang vom Ende, sowohl weil er unwillkürlich verrieth, daß die Diktatur innerlich überlebt war, als auch weil Schweitzer damit auf eine schiefe Bahn gerieth, worauf es unaufhaltsam bergab gehen sollte.

Eine gewisse Opposition gegen seine Diktatur war lange im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erwacht. Männer, wie Bracke und York, und ebenso Geib, der sich durch opferbereite und rastlose Thätigkeit für die Arbeiterklasse ein großes Ansehen bei den Hamburger Arbeitern erworben hatte, sahen an der Sächsischen Volkspartei und dem Verbande der deutschen Arbeitervereine weniger die volksparteilichen Eierschalen, als das muntere Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins, und sie bewährten darin einen schärferen Blick, als Schweitzer. Noch entschiedener näherten sich die thüringischen Mitgliedschaften den sächsischen Arbeitern, deren preußenfeindlicher Pessimismus ihnen dadurch sehr verständlich gemacht wurde, daß sie zu dem gewohnten Elende der Kleinstaaterei noch den preußischen Exekutor und Feldwebel aufgehalst bekamen. In Berlin selbst führte Schweitzers Diktatur zu mancherlei persönlichem Hader in seiner nächsten Umgebung, namentlich mit dem Vereinssekretär Roller und noch mehr mit Hofstetten, der, nach seinem völligen Fiasko in Wien, wieder das Mitverfügungsrecht über den Sozialdemokraten beanspruchte, auf das er bei seinem Abgange nach Wien nur provisorisch verzichtet haben wollte, nicht aber, wie Schweitzer behauptete, definitiv.

In dem häßlichen Zanke, der daraus entstand, läßt sich heute noch nicht klar sehen. Es war lächerlich, von einem Betruge Schweitzers in kriminalistischem Sinne zu reden, denn erstens ist der Sozialdemokrat niemals ein Vermögensobjekt gewesen, und zweitens erkannte Schweitzer den Anspruch Hofstettens auf die Hälfte eines etwaigen Reinertrages vollkommen an. Zudem war das Blatt als geistige Potenz nicht das Werk Hofstettens, sondern Schweitzers, und da Hofstetten offen erklärte, daß er jetzt ein Gegner von Schweitzers Politik sei, so wäre durch das Wiederaufleben seines Mitverfügungsrechts das Vereinsorgan völlig lahm gelegt gewesen. Hat Schweitzer unkameradschaftlich gegen seinen alten Kameraden gehandelt, was sich heute so wenig wie damals entscheiden läßt, da die Verabredungen, um die es sich handelte, unter vier Augen getroffen worden waren, so hat er es nicht um des Geldes, sondern um seines politischen Einflusses willen gethan, aber eben deshalb verstärkten Hofstettens Klagen das Mißtrauen gegen Schweitzers Diktatur bei Allen, in denen es schon aus anderen Gründen erwacht war.

Nach einer anderen Seite sicherte Schweitzer sein Eigenthumsrecht an dem Vereinsorgan, indem er seit der Neubegründung des Vereins auf jede Aushilfe der Vereinskasse verzichtete und den wieder gewachsenen Fehlbetrag des seit Gründung der Gewerkschaften beträchtlich vergrößerten Blattes aus eigener Tasche deckte, aus der Erbschaft, die ihm durch den Tod seines Vaters zugeflossen war. Damit lud er aber auch das Odium der Klagen über die Redaktion auf sich, die von vielen Seiten beschuldigt wurde, in der Aufnahme von Berichten parteiisch und rücksichtslos zu verfahren.

Durch alle diese Mißstimmungen war Schweitzers Stellung aber noch nicht ernstlich gefährdet, und er sah der Generalversammlung mit voller Zuversicht entgegen. Er hatte sie, wie im Vorjahre nach Hamburg, so diesmal nach Elberfeld-Barmen berufen, wo auf Schritt und Tritt der rauchende Schlot, das Wahrzeichen der großen Industrie, die brennende Frage des Jahrhunderts verkünde: um die dortigen Arbeiter zu ehren, die zuerst mit beispielloser Ausdauer, mit unbeugsamem Muthe die Waffe des allgemeinen Wahlrechts zu führen verstanden hätten. Er selbst brachte nur einen Antrag an die Generalversammlung, auf engen Anschluß des Vereins an die Internationale, so weit es die deutschen Vereinsgesetze gestatteten; in der Begründung hob er den internationalen Zusammenhang der reaktionären und volksfeindlichen Elemente, des offenen und verhüllten Absolutismus, der Militär-, Adels- und Priesterherrschaft, der Kapitalmacht als den für die internationale Verbindung des Proletariats entscheidenden Gesichtspunkt hervor. Um so zahlreicher waren die Anträge, die aus der Mitte des Vereins angemeldet wurden. Die meisten beschäftigten sich mit Einzelfragen der Agitation und Propaganda, aber einige suchten die Diktatur des Präsidenten einzuschränken, sei es durch die Konzentrirung des Vorstandes an einem Orte, sei es durch die Einsetzung einer Preßkommission, sei es durch die Trennung des Präsidiums vom Vereinsorgane. Am weitesten ging der Pharmazeut Vogel und drei andere Mitglieder aus Berlin, welche die „Führerschaft bestimmter Personen" für entbehrlich erklärten und die Einberufung eines Kongresses beantragten, auf dem sich alle sozialdemokratischen Elemente in Deutschland über ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Organisation verständigen sollten.

Die achte Generalversammlung wurde am 28. März 1869 eröffnet; auf ihr waren 126 Orte durch 57 Delegirte vertreten, hinter denen 12053 regelmäßig zahlende Mitglieder standen. Liebknecht und Bebel, die gleich am ersten Tage gehört wurden, brachten gegen Schweitzer die aus dem Demokratischen Wochenblatte bekannten Anklagen vor: Schweitzer habe im Reichstage Verrath geübt, den norddeutschen Bund anerkannt, für das Militärgesetz das Wort ergriffen, das Nürnberger Programm ein Wischiwaschi genannt, die Nürnberger Vereine vom Arbeiterkongresse ausgeschlossen und so weiter. Ein Duisburger Delegirter beantragte sofort, dem Vereinspräsidenten das volle Vertrauen der deutschen Arbeiter auszusprechen, da in Liebknechts und Bebels Ausführungen nichts Neues und Erhebliches enthalten gewesen sei, und dieser Antrag wäre

einstimmig oder so gut wie einstimmig angenommen worden, wenn Schweitzer nicht durch sein unzeitiges Diktatorspielen die für ihn sehr günstige Lage verfahren hätte.

Er blieb auf seinem alten Standpunkte stehen: eine Verschmelzung mit anderen Parteien sei unmöglich, wer Sozialdemokrat sein wolle, habe sich dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein anzuschließen. Wohl aber sei ein friedliches und freundliches Verhältniß mit anderen Parteien möglich, die ähnliche Ziele verfolgten, und dazu sei er gern bereit, sobald Liebknecht und Bebel ihm als dem erwählten Vereinspräsidenten ihre Wünsche vortragen wollten, statt ihn beständig anzugreifen und an der Organisation des Vereins zu rütteln. Auf die gegen ihn erhobenen Anklagen ließ sich Schweitzer aber nicht sachlich ein, sondern beanspruchte einfach ein Vertrauensvotum, nicht für seine Verwaltung überhaupt, deren Prüfung die Generalversammlung noch erst vorzunehmen habe, sondern als Nichtigkeitserklärung der von Bebel und Liebknecht vorgebrachten Beschuldigungen. Dazu konnten sich nun manche Delegirte nicht entschließen, und zwar wieder nicht, weil sie das Vertrauensvotum überhaupt verweigern, sondern weil sie sich erst darüber schlüssig machen wollten, wenn der Gesammtzustand des Vereins geprüft worden sei. Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde das Vertrauensvotum von 42 Delegirten mit 7400 Stimmen bewilligt, während 14 Delegirte mit 4635 Stimmen sich der Abstimmung enthielten. In der Mehrheit befanden sich Bonhorst, Ellner, Fritzsche, Hasenclever, Tölcke, in der Minderheit Bracke, Geib, J. M. Hirsch, Perl, Vogel, York.

Die Abstimmung war für Schweitzer ein empfindlicher Schlag, aber keine warnende Lehre. Am zweiten Tage der Berathungen, denen Liebknecht und Bebel nun nicht mehr beiwohnten, erklärte er, die Minderheit der Delegirten habe ihn der Außenwelt gegenüber im Stiche gelassen, und so werde er die Mitglieder der Orte, von denen diese Delegirten abgesandt seien, zu einer Urabstimmung darüber veranlassen, ob sie ihm ferner ihr Vertrauen schenkten oder nicht. Die Delegirten der Minderheit erwiderten darauf, zum Theil unter heftigen Angriffen auf Liebknecht und Bebel, daß sie mit ihrer Stimmenthaltung durchaus kein Mißtrauensvotum beabsichtigt hätten, sie hätten nur keiner Pression nachgeben wollen und hielten es überhaupt nicht für ihre Aufgabe, bei jeder Gelegenheit heranzuhüpfen und den Präsidenten zu schützen. Aus ihren Reden ging hervor, daß ein wirkliches Mißtrauen gegen Schweitzer höchstens bei einzelnen Delegirten bestand, so bei J. M. Hirsch, der die thüringischen Mitglieder vertrat, und bei Vogel, der trotzdem seine Anträge zurückzog, da sie keine Aussicht auf Annahme hatten. Wohl aber verriethen auch die Reden der Minderheit, daß Schweitzers diktatorisches Gebahren denjenigen Anträgen den Weg bereitet hatte, die das Präsidium unter schärfere Kontrolle zu nehmen bezweckten.

So beschloß denn die Generalversammlung eine Redaktionskommission von drei Mitgliedern als Beschwerdeinstanz über den Sozialdemokraten zu stellen, und dem Vorstande einen größeren Spielraum zu schaffen, als er bisher jemals in dem

Vereinsleben gehabt hatte. Die Zahl seiner Mitglieder wurde von 25 auf 15 herabgesetzt, von denen 12, d. h. alle außer dem Präsidenten, dem Sekretär und dem Kassirer, an einem und demselben, aber jährlich wechselnden Orte wohnen und sich als eine Art Kontrollkommission über jenen drei eigentlichen Vereinsbeamten konstituiren sollten. Zu diesem Behufe wurde die Frist von drei Monaten, innerhalb deren der Präsident die Zustimmung des Vorstandes zu den von ihm selbständig getroffenen Anordnungen einzuholen hatte, auf acht Tage herabgesetzt; auch erhielt der Vorstand das Recht, „in Fällen einer politischen Unredlichkeit oder eines groben Kassenvergehens" den Präsidenten, Sekretär und Kassirer vom Amte zu entheben. Doch unterlag ein solcher Beschluß der innerhalb vierzehn Tagen einzuholenden Bestätigung durch eine außerordentliche Generalversammlung oder durch Urabstimmung aller Mitglieder, der übrigens auch alle diese Bestimmungen, soweit sie Statutenänderungen enthielten, noch unterbreitet werden sollten. Schweitzer fügte sich darein, ja, der Vorschlag, dem Vorstande ein vorläufiges Absetzungsrecht der Beamten einzuräumen, ging sogar von ihm aus. Aber schwerlich war er dabei ohne Hintergedanken. Es sei schon recht, meinte er, der großen Macht des Präsidenten dadurch ein Gegengewicht zu geben, daß der Präsident im Falle eines Mißbrauchs statutenmäßig abgesetzt werden könne, aber so lange der Präsident im Amte sei, dürfe seine freie und kräftige Wirksamkeit nicht behindert werden. Dies war jedoch nicht eigentlich der Sinn, den die Generalversammlung mit den neuen Bestimmungen verband, die vielmehr auch und in erster Reihe auf eine schärfere Kontrolle der laufenden Verwaltung abzielten.

Nach fünftägigen Verhandlungen ging die Generalversammlung in leidlichem Frieden auseinander. An Stelle Rollers wurde Tölcke zum Sekretär gewählt, und wie Tölcke, so zählten auch die Mitglieder der neuen Redaktionskommission, Fritzsche, Lübkert und Schumann, zu Schweitzers treuen Anhängern. Der neue Vorstand wurde fürs erste Jahr nach Hamburg verlegt, wo Geibs durch und durch loyaler Charakter nicht minder als der klare Blick und die sturmfeste Haltung der inzwischen auf 1300 Köpfe angewachsenen Vereinsmitglieder die sicherste Bürgschaft gegen jede unzeitige Chikanirung des Präsidenten boten. In dem Streite zwischen Hofstetten und Schweitzer erklärte die Generalversammlung sich für unzuständig, wie es in der Natur der Sache lag, doch wurde Vogel, der Hofstettens Aussagen durch eine grobe Beschimpfung Schweitzers zu stützen suchte, durch einstimmigen Beschluß der Delegirten aus dem Vereine gestoßen. Ja, auch mit Liebknecht und Bebel fand eine gewisse Annäherung statt, die Generalversammlung nahm Schweitzers Antrag auf engen Anschluß an die Internationale an, und Schweitzer erklärte, Liebknecht und Bebel nicht angreifen zu wollen, vorausgesetzt, daß sie ihn nicht behelligen würden. Unter der entsprechenden Voraussetzung stellte auch das Demokratische Wochenblatt seine Angriffe auf Schweitzer ein, da nun gegründete Aussicht auf Einigung, wenn auch nicht Verschmelzung der sozialdemokratischen Richtungen sei.

Leider aber erschien gleichzeitig mit dieser Notiz des Demokratischen Wochenblattes in dem Frankfurter Journal, einem volksparteilichen Organe, eine Korrespondenz, die zwar von Bebel gemißbilligt, aber von der kapitalistischen Presse deshalb nicht weniger ausgebeutet wurde, um Schweitzer bloßzustellen. Es hieß darin, daß Schweitzer auf Liebknechts „durchaus objektiv gehaltene“ Anklage sich nicht vertheidigt, sondern viermal um ein Vertrauensvotum gebeten habe, das ihm von 6500 Stimmen bewilligt, von 4500 Stimmen aber versagt worden sei; äußerst betreten, habe Schweitzer sein Amt dennoch nicht niedergelegt, trotz seiner Erklärung, zurücktreten zu wollen, wenn ihm eine nennenswerthe Minderheit ihr Vertrauen entzöge. Gereizt durch diese neue Attacke, deren thatsächliche Darstellung sich allerdings nur durch die in Kriegszeiten herkömmliche Einseitigkeit der Auffassung erklären ließ, kam Schweitzer nun auf seine frühere Absicht zurück und verfügte für alle Orte, deren Delegirte sich in Elberfeld-Barmen der Abstimmung enthalten hatten, eine Urabstimmung der Mitglieder über die Vertrauensfrage. Er hatte die Genugthuung, daß ihm, mit Ausnahme von Braunschweig-Wolfenbüttel und Eisenach, die Mitglieder über die Köpfe ihrer Delegirten fort ihr Vertrauen aussprachen, doch war sein Erfolg etwas theuer erkauft durch die neuen Reibungen und Verstimmungen, die davon unzertrennlich waren. Immerhin ging dieser erste Windstoß vorüber, ohne großen Schaden anzurichten; in der Mitte des Aprils erklärten das Demokratische Wochenblatt und der Sozialdemokrat, daß eine Vereinbarung getroffen worden sei, wonach das Kriegsbeil zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sächsischen Volkspartei begraben sein solle.

Und wirklich war dringender Anlaß genug vorhanden, gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Feinde zu machen. Der norddeutsche Reichstag berieth in diesem Frühjahr die neue Gewerbeordnung, wobei die parlamentarischen Vertreter der Bourgeoisie in wahren Orgien schwelgten. Es war eine ganz unglaubliche Gesellschaft: der Witzbold Braun, der mit den Späßchen eines rheinischen Schoppenstechers die Arbeiterfrage aus der Welt schaffte, der Tugendbold Lasker, der sich aus der Hefe des polnischen Schacherjudenthums zu spießbürgerlicher Ehrbarkeit emporgearbeitet hatte und von dieser erhabenen Warte aus mit unerträglicher Schwatzhaftigkeit in seinem fürchterlichen Judendeutsch den Moralprediger für alle Welt, aber besonders für das Proletariat spielte, der Profitbold Stumm, der die Sozialdemokratie zum Frühstück verspeiste, ohne zu ahnen, welch schmerzliches und unheilbares Magendrücken er sich dadurch für die nächsten dreißig Jahre holte, und wer sie sonst noch waren. Selbst Miquel, der gescheidteste Kopf dieser Gesellschaft, der sich vom kommunistischen Organisator von Bauernaufständen zum schmatzenden Kostgänger an den gründerischen Fleischtöpfen der Diskontogesellschaft abgewandelt hatte, wußte den angeblichen Arbeiterfreund Wagener nur dadurch todtzuschlagen, daß er die Argumente des Kommunistischen Manifestes gegen den feudalen Sozialismus nachbetete, mit der vorsichtigen Randglosse, er habe die vortrefflichen Gedanken in einem „englischen Schriftsteller“ gefunden.

Schweitzer hatte sich zeitig gerüstet, in diese kapitalistischen Orgien dreinzufahren. Bereits in der Generaldebatte hielt er eine ausgezeichnete Rede über die allgemeinen Gesichtspunkte des modernen Arbeitsverhältnisses, an der Hand des Kapitals von Marx, wie er selbst hervorhob; in der Spezialdebatte brachte er eine große Zahl von Amendements ein, die sich wie sein früherer Arbeiterschutzgesetzentwurf an die englische Fabrikgesetzgebung anlehnten, aber sich wiederum in durchaus bescheidenen Grenzen hielten. Er forderte in Sachen der Sonntags- und Nachtarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, des Normalarbeitstags nicht mehr, als die Bourgeoisie in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse bewilligen konnte. Lehnte sie dennoch in hergebrachter Stupidität ab, so trat die Oekonomie der Arbeiterklasse intellektuell und moralisch um so glänzender der Oekonomie der Bürgerklasse gegenüber. Schulter an Schulter mit Schweitzer führten diesen Kampf Fritzsche, Hasenclever und auch Bebel, dessen gewinnende Beredsamkeit die Stumm und Konsorten trefflich abzutrumpfen verstand.

Praktische Erfolge hatte die proletarische Opposition fast gar nicht; nur ein Antrag Bebels, die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern aufzuheben, wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Mit Mühe und Noth gelang es, die kärglichen Bestimmungen der preußischen Gesetzgebung über Kinderarbeit und Truckwesen in die neue Gewerbeordnung zu retten, doch lehnte der Reichstag hartnäckig die Anstellung von Fabrikinspektoren ab, die aus so kümmerlichen Keimen vielleicht doch noch eine Spur gesetzlichen Arbeiterschutzes hätten entwickeln können. Schweitzer beantragte vergebens die Einführung von Fabrikinspektoren, die von der Regierung zu ernennen, aber vom Reichstage zu bestätigen seien. Nur bei den Konservativen fand sich ein sehr verdächtiges Interesse für dies erste Erforderniß einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung vor. Die Fortschrittspartei eiferte durch den Sparapostel Schulze und den Harmonieapostel Max Hirsch dagegen, und der nationalliberale Witzbold Braun meinte, er habe in seinem Leben auch oft mehr als fünfzehn Stunden täglich arbeiten müssen, ohne daran umzukommen, das Hausrecht müsse gegen polizeiliche Eingriffe nicht geschwächt, sondern gestärkt werden, Niemand werde Nächtens in seinem Bette vor den Fabrikinspektoren sicher sein, denn sie brauchten bei ihrem Eindringen ja nur zu erklären, daß sie geglaubt hätten, hier sei ein industrielles Unternehmen; aus der amtlichen Fabrikaufsicht werde eine spanische Hermandad, eine Art Vehmgericht entstehen. Diesen entsetzlichen Gallimathias begrüßten die „Vertreter von Besitz und Bildung“ mit lebhaftem Beifall, reichlich ein Menschenalter nach der Einführung der englischen Fabrikinspektoren, über deren Wirksamkeit längst eine reiche Literatur vorlag. Man glaubt manchmal zu träumen, wenn man in den damaligen Verhandlungen liest, mit welcher nonchalanten, ihnen seitdem freilich gründlich ausgeräucherten Schnoddrigkeit die frechen Dachse des Kapitalismus die bescheidensten Forderungen der Arbeiterklasse abzufertigen versuchten.

Von einem selbstverständlich ganz verschiedenen Standpunkt aus verwarf Liebknecht das „Parlamenteln“ Schweitzers. Er sah darin eine Opferung des Prinzips, die Herabwürdigung des ernsten politischen Kampfes zu parlamentarischer Spiegelfechterei, in dem Antrage Schweitzers auf Anstellung von Fabrikinspektoren argwöhnte er die Absicht, die Arbeiterbewegung in die Hände Bismarcks zu spielen. Am 31. Mai sprach Liebknecht in einer öffentlichen Versammlung des Demokratischen Arbeitervereins über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Der Demokratische Arbeiterverein hatte unter den Berliner Arbeitern nur einen spärlichen Anhang, dagegen waren unter seinen Mitgliedern junge Literaten und Kaufleute, Adolf Hepner, Karl Hirsch, Paul Singer und Andere, verhältnißmäßig stark vertreten, und unter ihnen wog das jüdische Element vor; als „Intelligenzen“ und „Mühlendammer“ verspotteten die Anhänger Schweitzers diese nicht zahlreiche, aber rührige und unbequeme Opposition. Indem Liebknecht das „Parlamenteln“ als einen Ausfluß von „Kurzsicht oder Verrath“ verwarf, erklärte er den Sozialismus für eine Machtfrage, die in keinem Parlamente, sondern nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen sei. Er befürwortete engeren Anschluß der Sozialdemokratie an die bürgerliche Demokratie, wie sie Jacoby vertrat. Die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter verhalte sich deshalb gleichgiltig zur Sozialdemokratie, weil diese nur erst den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, aber nicht den politischen Vorkampf führe, weil die Reaktion den „nationalliberalen Sozialismus“ ausbeute, dessen Widersinn schon daraus hervorgehe, daß er politisch an demselben Strange ziehe, wie die nationalliberale Bourgeoisie, deren soziale Herrschaft er brechen wolle.

Liebknecht hat später über die „unverbesserlichen Kindsköpfe“ gespottet, die diese Rede gegen ihn zu zitiren pflegten, weil sich mit veränderten Umständen auch seine Ansicht über die politische Stellung der Sozialdemokratie geändert habe. Und sicherlich kommt es für das historische Urtheil einzig und allein darauf an, ob Liebknechts Taktik den Umständen angemessen war, unter denen er sie empfahl. Allein diese Frage bejahen, hieße einem Todten bitteres Unrecht thun, um einem Lebenden unwürdig zu schmeicheln. Das „Parlamenteln“, so wie Schweitzer und mit ihm Bebel es trieb, war vom Genfer Kongreß der Internationalen, ja, im Demokratischen Wochenblatte selbst von Engels empfohlen worden. Engels schrieb in seiner Anzeige des Kapitals: „Der nächste norddeutsche Reichstag wird auch eine Gewerbeordnung zu berathen haben und damit die Regelung der Fabrikarbeit. Wir erwarten, daß keiner der Abgeordneten, die von deutschen Arbeitern durchgesetzt worden sind, an die Berathung dieses Gesetzes geht, ohne sich vorher mit dem Buche von Marx vertraut gemacht zu haben. Es ist da Vieles durchzusetzen. . . . Vier oder fünf Vertreter des Proletariats sind unter diesen Umständen schon eine Macht, wenn sie ihre Stellung zu benutzen wissen, wenn sie vor allen Dingen wissen, um was es sich handelt, was die Bürger nicht wissen.“ Genau so, mit dem ersten Bande des Kapitals in der Hand, hatte Schweitzer sein „Parlamenteln“ betrieben.

Aber auch den „politischen Vorkampf" führte der Sozialdemokrat mindestens ebenso entschieden, wie die Zukunft. In Fragen der politischen Opposition bestand ein Unterschied zwischen beiden Blättern höchstens darin, daß Schweitzer die partikularistische Demokratie wegwerfender behandelte, als Guido Weiß. Und selbst dieser Unterschied war nicht sehr groß, denn Guido Weiß kannte die deutschen Verhältnisse viel zu gut, um zu hoffen, daß die sieben Schwaben der Deutschen Volkspartei den norddeutschen Bund über den Haufen rennen würden. Hiervon abgesehen, führte Schweitzer den „politischen Vorkampf" sogar viel entschiedener, als Johann Jacoby. Als Liebknecht seine Rede im Demokratischen Wochenblatte abdruckte, richtete Leo Frankel aus Paris einen Offenen Brief an ihn, worin er gegen diese Angriffe die entschiedenste Partei für Schweitzer nahm. Es war gewiß ein schwerer Irrthum Schweitzers, in Liebknecht und Bebel die Dupes einer rein politischen Bourgeoispartei zu sehen, aber die Art, wie Liebknecht ihn immer wieder angriff, mußte ihn in seinem verhängnißvollen Irrthum bestärken.

Dies anzuerkennen gebietet die Gerechtigkeit, so wenig damit Schweitzers nunmehriges Vorgehen gerechtfertigt werden kann. Er empfand die Einschränkung seiner Diktatur als einen unleidlichen Zwang, und wie er in ihr das Ergebniß einer heimlichen Verschwörung sah, so scheute er nicht davor zurück, sie sich wieder vom Halse zu schaffen, sei es so oder so. Die Umstände gestalteten sich für ihn günstig genug. Die Urabstimmung über die Aenderung der Statuten war auf eine starke Gleichgiltigkeit der Mitglieder gestoßen, kaum 50 Orte hatten es überhaupt der Mühe für werth gehalten, abzustimmen. Dabei hatten die Beschlüsse der Generalversammlung zwar eine überwiegende Mehrheit gefunden, doch nicht ohne energischen Widerspruch, den große Mitgliedschaften des Rheinlandes, wie Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, dagegen erhoben. Als Schweitzer nach Hamburg ging, um den neuen Vorstand einzurichten, empfingen ihn hier die alten Kerntruppen des Vereins mit lautem Jubel, und ebenso lebhaft wurde er in Hannover begrüßt, wo der Verein mächtig aufblühte und schon tausend zahlende Mitglieder musterte. In demselben Monat Mai, wo Liebknecht vor vielleicht sechzig Mitgliedern des Demokratischen Arbeitervereins das „Parlamenteln" Schweitzers verwarf, jauchzten sechstausend Berliner Arbeiter in der Alhambra eben diesem „Parlamenteln" zu; der Sozialdemokrat konnte den Bericht über die imposante Massenversammlung mit den stolzen Worten schließen: Berlin gehört uns! Große Streiks der Berliner Bauarbeiter, von Lübkert geschickt und kraftvoll geleitet, trugen den proletarischen Klassenkampf in die immer noch breiten Schichten der Berliner Arbeitermasse, die von der politischen Bewegung noch nicht berührt worden waren. Und zum 22. Mai berief Schweitzer die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes nach Kassel, um das Heer zu mustern, das nunmehr die Waffe des Koalitionsrechts schwingen konnte.

Freilich hatte die norddeutsche Gewerbeordnung absichtlich manche Scharte in diese Waffe geschliffen. Die gehässige Arbeiterfeindlichkeit des norddeutschen Reichstags ließ sich nicht einmal da bändigen, wo es sich um einfache Kon-

sequenzen der Freihandelslehre handelte, die den Arbeitern nützen konnten. An und für sich war der deutsche Liberalismus schon so schwachherzig, daß er sogar die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit nur in den der Bureaukratie wohlgefälligen Schranken zu beschließen wagte und die Hauptchikane, das bureaukratische Konzessionswesen, ruhig fortbestehen ließ. Um so mehr war er darauf bedacht, die Koalitionsfreiheit so zu verstümmeln, daß, wie Lasker sagte, eine „mächtige und durchgreifende" Polizei jede Streikbewegung in den Grenzen der Gesetzlichkeit, will sagen in den Grenzen halten konnte, die den herrschenden Klassen bequem waren. Nicht nur wurde den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten, sondern auch ein besonderer Strafparagraph eingefügt, der den sogenannten Terrorismus streikender Arbeiter bändigen sollte und kautschukartig genug abgefaßt war, um bei einem nur geringen Aufwande des bösen Willens, über den die Polizei allemal verfügt, jede proletarische Lohnbewegung zu lähmen. Diesem gehässigen Vorrechte für klassenbewußte Arbeiter fügte der norddeutsche Reichstag ein günstiges Vorrecht für Schwarzbeine hinzu; gegen Verletzung von Verabredungen, die auf Grund des Koalitionsrechtes getroffen worden waren, sollte weder Klage noch Einrede stattfinden.

Trotz alledem war ein Stück Koalitionsfreiheit gerettet, und so beseelte eine kampffreudige und siegesfrohe Stimmung die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes in Kassel. Zugegen waren 100 Delegirte, die 220 Orte mit 35 232 zahlenden Verbandsmitglieder vertraten; für den ganzen Verband wurden mehr als 50 000 steuerzahlende Mitglieder berechnet. Am stärksten waren in Kassel die Zigarrenarbeiter mit 10 000, die Zimmerer mit 5585, die Maurer mit 3955, die Hand- und Fabrikarbeiter mit 3666, die Metallarbeiter mit 3281, die Holzarbeiter mit 2137, die Schuhmacher mit 1808, die Manufakturarbeiter mit 1742, die Berg- und Hüttenarbeiter mit 1558, die Schneider mit 671 Mitgliedern vertreten; andere Arbeiterschaften, wie die Bäcker, die Buchbinder, die Maler und Lackirer waren noch nicht aus den ersten Anfängen der Entwicklung heraus. Die Generalversammlung beschäftigte sich überwiegend mit Agitations- und Organisationsfragen. Ins Präsidium trat neben Schweitzer und Fritzsche an die Stelle Kleins, der nicht nach Berlin übersiedeln konnte, Lübkert ein. Die Mitglieder des Präsidiums erhielten als solche keine Besoldung, doch wurden um diese Zeit für Schweitzer als Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 45 Thaler Monatsgehalt ausgeworfen, von einer Kommission, die von der Generalversammlung in Elberfeld-Barmen für diesen Zweck eingesetzt worden war. Wie es scheint, war die Besoldung des Präsidenten auch als eine Beschränkung seiner Diktatur gedacht; jedenfalls sträubte sich Schweitzer dagegen, setzte die ihm ausgeworfenen 45 auf 25 Thaler herab und erhob auch diese nicht. In Kassel machte sich übrigens kaum etwas von der Mißstimmung bemerkbar, die in Elberfeld-Barmen unter einem Theile der Delegirten geherrscht hatte; das Vertrauensvotum für Schweitzer wurde von einem thüringischen Delegirten beantragt und mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Im Ganzen und Großen

gestalteten sich die fünftägigen Verhandlungen zu einem neuen Triumphe für Schweitzer, der auf dem gewerkschaftlichen Gebiete ebenso glücklich organisiren zu können schien, wie auf dem politischen.

Zu alledem fügte sich, daß er die Anhänger der Gräfin Hatzfeldt für sich günstig zu stimmen wußte. Mende, der jetzt als Präsident des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fungirte, war in München-Gladbach verhaftet worden, als angeblicher Rädelsführer eines Tumults, den die Polizei durch die ungesetzliche Auflösung einer Arbeiterversammlung hervorgerufen hatte. Jedoch versagte der Reichstag auf Schweitzers sofort eingebrachten Antrag seine verfassungsmäßig nothwendige Zustimmung zu Mendes Verhaftung, und damit waren freundliche Beziehungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen angebahnt, die sich auf Lassalle beriefen. Gleich darauf aber hielt Liebknecht jene Rede in dem Demokratischen Arbeitervereine, die in Schweitzer die Ansicht hervorrufen mußte, daß mit diesem Gegner kein dauerndes Einvernehmen möglich sei, und unternahm Bebel eine Agitationsreise in die thüringischen Bezirke, wo er in Gera, Pößneck, Apolda, Jena, Weimar, Gotha und Erfurt mit großem Erfolge sprach. Bebel hielt sich dabei von allen Angriffen auf Schweitzer frei und befürwortete nur die Einigung aller sozialdemokratischen Fraktionen, womit er auch bei den thüringischen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lebhaften Anklang fand. Entsprechende Resolutionen wurden in den meisten dieser Versammlungen angenommen, in einzelnen freilich nicht, ohne zugleich eine Einigung der sozialdemokratischen Fraktionen mit der bürgerlichen Demokratie zu befürworten. Jedenfalls hielt Schweitzer an seinem Anspruche fest, daß Einigungsversuche dieser Art nur mit ihm als dem erwählten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins geführt werden dürfen. Er sah in Bebels thüringischer Agitation einen „Vertragsbruch“ und hielt den Augenblick für günstig genug, um loszuschlagen.

Am 18. Juni veröffentlichten der Sozialdemokrat in Berlin und die Freie Zeitung in Leipzig, das Organ der Gräfin Hatzfeldt, eine pomphafte Proklamation Mendes und Schweitzers, worin dem „souveränen Volke“ die „Wiederherstellung der Einheit der Lassalleschen Partei“ vorgeschlagen wurde. Und zwar auf folgende Bedingungen hin. Die beiden bisher getrennten Vereine sollten am 24. Juni von den beiderseitigen Präsidenten aufgelöst und an demselben Tage ein neuer Gesammtverein mit dem alten Statut vom 23. Mai 1863 gegründet werden. Der Präsident dieses Vereins sollte dann sofort nach allgemeinem Stimmrechte in sämmtlichen Mitgliedschaften gewählt und das Ergebniß der Wahl am 3. Juli verkündet werden. Dann sollte auf gleiche Weise die Wahl eines neuen Vorstandes stattfinden, der bis zur nächsten Generalversammlung zu fungiren habe, und endlich sollte Mende in der Zeit vom 24. Juni bis zum 3. Juli provisorisch den neuen Gesammtverein leiten. Diese Vorschläge wurden von Mende und Schweitzer den Mitgliedern beider Vereine mit der Verfügung unterbreitet, daß über sie bis einschließlich des 22. Juni mit Ja oder Nein abgestimmt werden müßte.

Es war ein regelrechter Staatsstreich Schweitzers, dem von nun an seine Diktatur nicht mehr blos Mittel zum Zwecke, sondern selbst Zweck war. Der Verein der Gräfin Hatzfeldt litt an unheilbarer Schwindsucht. Die Lebenszeichen, die er noch von sich gab, waren die krampfhaften Zuckungen einer absterbenden Sekte, wie sein verbissener Widerstand gegen die gewerkschaftliche Organisation und die gewaltthätige Rohheit, womit er im März die Landesversammlung der Sächsischen Volkspartei in Hohenstein-Ernstthal gesprengt und damit auch den geplanten gemeinsamen Kongreß der sächsischen Arbeiter vereitelt hatte. Schweitzer, der ein Jahr vorher mit seinem Rücktritte gedroht hatte, wenn ihm die Hamburger Generalversammlung nicht die Organisation der Gewerkschaften gestatte, verbündete sich jetzt mit den geschworenen Gegnern dieser Organisation, und während er selbst auf jedes Zugeständniß an die höhere Entwicklung seines Vereins verzichtete, machte er dem sektenhaften Lassalleanismus des anderen Vereins das weittragende Zugeständniß, das alte Statut Lassalles wiederherzustellen. Worauf es ihm ankam, war darnach freilich klar: auf die Erneuerung seiner uneingeschränkten Diktatur. Nicht zum wenigsten ging seine geheime Absicht aus seiner Forderung hervor, daß das „souveräne Volk" innerhalb dreier Tage die Gesammtheit seiner Vorschläge annehmen oder ablehnen solle. Allerdings berief er sich darauf, daß große Eile geboten sei, da die Polizei sonst beide Vereine auflösen könne, weil sie in Verbindung mit einander getreten seien, aber diese formelle Schwierigkeit hatte er selbst erst durch die Art seines Vorgehens geschaffen. Er rechnete darauf, daß der Ueberdruß aller tüchtigen Arbeiter an dem Fraktionsgezänk, ihr aufrichtiger und dringender Wunsch nach Einheit ihnen über alle Bedenken hinweghelfen würde, und diese Rechnung trog ihn im Allgemeinen auch nicht.

Seine Vorschläge wurden in beiden Vereinen mit überwältigender Mehrheit durch Urabstimmung angenommen. Der neue Vorstand in Hamburg stellte nur zwei Bedingungen: erstens sollte die Gräfin Hatzfeldt nicht in die Einigung aufgenommen werden, und zweitens sollte Schweitzer sich verpflichten, auf der ersten Generalversammlung des neuen Vereins für die Wiederherstellung der Beschlüsse einzutreten, die in Elberfeld-Barmen gefaßt worden waren. Als Tölcke, der persönlich nach Hamburg herübergekommen war, im Auftrage Schweitzers beide Bedingungen einräumte, gab der Vorstand seine Zustimmung und löste damit sich selbst auf. Offenen Widerspruch erhoben zunächst nur einige Mitglieder in Braunschweig, Celle, Harburg, Magdeburg, Erfurt, Gotha, Frankfurt, darunter Bracke, York, Bonhorst, Ellner. In einem Aufrufe vom 22. Juni schlugen sie einen allgemeinen Kongreß der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands vor, um eine wirklich demokratische Organisation zu schaffen: Schweitzers Staatsstreich sei die reinste Ueberrumpelung, der Argwohn, daß Schweitzer den Verein zur Befriedigung seines Ehrgeizes mißbrauche, ihn zum Werkzeug einer arbeiterfeindlichen reaktionären Politik herabwürdigen wolle, sei nunmehr zur Gewißheit erhoben. Den Tag darauf erklärten Liebknecht und Bebel, denen

Schweitzer nun auch öffentlich wegen der thüringischen Agitation „Vertragsbruch“ vorgeworfen hatte: sie seien zum Kampfe bereit, es werde sich zeigen, ob die „Korruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite, oder die Ehrlichkeit und Reinheit der Absichten auf unserer Seite“ den Sieg davontragen werde. Dann aber brach Schweitzer sein durch Tölcke verpfändetes Wort; er sagte im Sozialdemokraten, weder dürfe die Gräfin Hatzfeldt von der Einigung ausgeschlossen werden, noch sei eine Aenderung des Statuts von 1863 wünschenswerth, und nun sagten ihm auch zehn Mitglieder in Hamburg ab, an ihrer Spitze Geib und andere Mitglieder des ehemaligen Vorstandes.

Begleitet wurden diese Kundgebungen durch eine heftige Kanonade zwischen dem Demokratischen Wochenblatt und dem Sozialdemokraten. Wie immer in solchen Fällen, wurde dabei hüben und drüben gesündigt. Von der einen Seite wurde Schweitzer als Söldling Bismarcks und Tölcke als ein unheimlicher Verbrecher hingestellt, der nicht einmal die bürgerlichen Ehrenrechte besitze, von der anderen Seite wurde Liebknecht als ein heimlicher Verbündeter der Bourgeoisie und Bebel als ein Stipendiat des Exkönigs von Hannover angeklagt. An solchen gegenseitigen Beschuldigungen hatte die Bourgeoisie ihre helle Freude, wobei sie dann glücklich wieder den großen Fortschritt übersah, der sich in dieser schweren Krisis der deutschen Arbeiterbewegung vollzog. Am 17. Juli veröffentlichte das Demokratische Wochenblatt einen Aufruf an die „deutschen Sozialdemokraten“, worin ein „allgemeiner deutscher sozialdemokratischer Arbeiterkongreß“ zum 7., 8. und 9. August nach Eisenach berufen wurde. Unterzeichnet war der Aufruf von 63 ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, 3 ehemaligen Anhängern der Gräfin Hatzfeldt, einem Ausschusse der österreichischen Arbeiter, dem Zentralkomite der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, der deutschen Sektion der Internationalen in Genf, dem deutsch-republikanischen Verein in Zürich und endlich dem Verbande der deutschen Arbeitervereine, für den etwa 100 Mitglieder unterschrieben hatten, darunter Bebel, Liebknecht, Vahlteich, Metzner, Hugo Hillmann, Motteler, Stolle, Gabriel Löwenstein, Karl Hirsch, J. M. Hirsch, Hepner, Vogel und Wilhelm Eichhoff.

Als dieser Aufruf veröffentlicht wurde, stand schon fest, daß die Masse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu ihrem neugewählten Präsidenten Schweitzer halten und der Eisenacher Kongreß somit die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie gewissermaßen unwiderruflich machen werde. Insofern mochte die Schadenfreude der Bourgeoisie einen gewissen Sinn haben. Aber in Wirklichkeit lagen die Dinge ganz anders. So lange die realen Ursachen fortdauerten, die das deutsche Proletariat zersplitterten, war eine getrennte Organisation beider Richtungen allen Einigungsversuchen vorzuziehen, die immer wieder an jenen Ursachen scheitern und immer neue Erbitterung hervorrufen mußten. Besser als dies schleichende und zerrüttende Fieber war ein offener Krieg, der neben allen Nachtheilen doch auch große Vortheile hatte, der die wirklich vorhandenen Gegensätze klar hervortrieb, sie gewissermaßen auf ihre knappste und

kürzeste Formel brachte, der die Propaganda mächtig anspornte und zwei kraftvolle Organisationen schuf, die, sobald die historische Entwicklung die wirklichen Hindernisse der Einigung beseitigt hatte, einen Frieden schließen konnten, in dem es keine Sieger und keine Besiegten gab.

Der Krieg begann schon auf dem Eisenacher Kongresse. Schweitzer entschloß sich ihn zu beschicken, in der Hoffnung, die neue Organisation noch im Keime zu ersticken oder doch durch eine imposante Kraftentfaltung von vornherein in den Schatten zu stellen. Da er selbst noch eine zweimonatliche Gefängnißstrafe zu verbüßen hatte, so erschien Tölcke an der Spitze von 110 Delegirten, die 102 000 Arbeiter vertraten, die Kosten der Delegation wurden je zur Hälfte aus den Kassen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Arbeiterschaftsverbandes bestritten. Von der Gegenseite aber erschienen 262 Delegirte, hinter denen 140 000 Arbeiter standen. Man begann damit, sich gegenseitig „Mandatsschwindel" vorzuwerfen, von beiden Seiten mit gleichem Unrecht oder in gewissem Sinne auch mit gleichem Rechte. Da die ganze Krisis eine lebhafte Bewegung in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen hatte, und die Mandate zum großen Theil von Massenversammlungen ausgestellt worden waren, so mochten die Ziffern an und für sich nicht unrichtig sein, aber wenn sie kein Schwindel waren, so waren sie doch auch kein sicherer Maßstab für die Kraft der streitenden Theile. Schweitzer hatte in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation noch lange nicht 102 000 Köpfe zusammengebracht, und ebenso wenig traten 140 000 Mitglieder in die neue Organisation ein, die in Eisenach gegründet wurde.

Zunächst waren die österreichischen und schweizerischen Hilfstruppen rein dekorativ. Schweitzer behielt darin Recht, daß eine organisatorische Verbindung der deutschen und der österreichischen Arbeiter eine Illusion sei, sie war es höchstens nicht in der traurigen Wirkung, daß die Betheiligung der österreichischen Arbeiter an dem Eisenacher Kongreß von der österreichischen Reaktion zum Vorwande genommen wurde, um die junge Arbeiterbewegung an der Donau durch tückische Verfolgungen so schnell niederzuwerfen, wie sie schnell aufgeblüht war. Thatsächlich setzte sich die neue Organisation aus zwei Elementen zusammen: aus dem Verbande der deutschen Arbeitervereine und den abgefallenen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wie stark diese waren, läßt sich mit ziffernmäßiger Genauigkeit nicht angeben; Tölcke schätzte sie auf 300, Liebknecht aber auf 5000, wobei die Wahrheit nicht sowohl in der Mitte, als ziemlich nahe bei Tölckes, und recht weit von Liebknechts Schätzung liegen mochte. Es waren ihrer schwerlich auch nur tausend, aber es befanden sich darunter verhältnißmäßig viele, im organisirten Klassenkampfe trefflich erprobte und geschulte Kräfte. Der Verband der deutschen Arbeitervereine aber zählte 10 000 Mitglieder, die nach einer damaligen Aufstellung Bebels in 58 sächsischen, 25 württembergischen, sowie einigen badischen, hessischen und bairischen Orten organisirt waren, wozu dann noch einzelne schwache Absenker in Berlin und am Rheine kamen.

Nach einer tumultuarischen Verhandlung, in welcher sich ein Zusammenarbeiten als unmöglich erwies, hielt jede der beiden Richtungen ihren besonderen Kongreß in Eisenach ab, der für die Delegirten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins natürlich nur eine demonstrative Kundgebung war. Dagegen konstituirte sich die Gegenseite als Sozialdemokratische Arbeiterpartei, im Wesentlichen nach den Plänen, die Bebel schon von langer Hand für die Reorganisation des von ihm geleiteten Verbandes vorbereitet hatte. Dem prinzipiellen Theile des Eisenacher Programms wurden die Sätze des Nürnberger, seinen „nächsten Forderungen" die Sätze des Chemnitzer Programms zu Grunde gelegt. Dabei zeigte sich sofort, daß es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern, wie sich von nun an, unholderer Kriegsnamen zu geschweigen, die gegnerischen Fraktionen zu nennen pflegten, gar nicht bestanden. Wenn Liebknecht mit Recht sagte, daß in dem Eisenacher Programm die letzten Konsequenzen des Kommunismus stäken, so sagte Tölcke mit gleichem Rechte, das Eisenacher Programm sei wesentlich das Lassallesche Programm. Es enthielt auch nicht einen Punkt, der seit fünf Jahren nicht vom Sozialdemokraten vertreten worden war. Ja, der wirklich anfechtbare Satz des Lassalleschen Programms gelangte in das Eisenacher Programm in noch anfechtbarerer Fassung. Indem auf Antrag von Karl Hirsch unter die „nächsten Forderungen", die alle schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden konnten, auch aufgenommen wurde: Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischer Garantie, wurde der revolutionäre Sinn der Lassalleschen Produktivassoziationen mit Staatskredit, den Schweitzer oft genug aufgedeckt hatte, wieder verschleiert.

Wesentlicher waren die Verschiedenheiten in der Organisation. Bebel war selbst ein viel zu guter Organisator, um nicht die Vorzüge der Lassalleschen Organisation zu würdigen, aber da sowohl die Diktatur vermieden, als auch der Polizei möglichst alle Chikanen abgeschnitten werden sollte, so hatte er eine gebundene Marschroute. Die Leitung der Partei wurde einem Ausschusse von fünf Mitgliedern übertragen, über dem eine Kontrollkommission von elf Mitgliedern stand, beide Behörden sollten von den Parteimitgliedern der Orte gewählt werden, an die der Parteikongreß ihren Sitz verlegen würde. Sie fungirten auch als obere Instanzen des Parteiorgans, unterstanden aber selbst dem Parteikongreß, der mindestens einmal im Jahre zusammentreten sollte. Jeder Delegirte sollte auf dem Kongreß eine Stimme führen, doch durften die Parteimitglieder eines Ortes nicht mehr als fünf Delegirte absenden. Als Parteisteuer hatte jedes Parteimitglied einen Groschen monatlich an den Ausschuß zu entrichten oder auf das Parteiorgan zu abonniren. Die Parteimitglieder jedes Ortes waren verpflichtet, auf Grund des Parteiprogamms sozialdemokratische Arbeitervereine zu gründen, die monatlich einen Groschen auf den Kopf jedes Mitgliedes für allgemeine Agitationszwecke zu zahlen hatten. Zum Parteiorgane wurde das Demokratische Wochenblatt ernannt, das vom 1. Oktober ab zweimal wöchentlich

erscheinen, sich Volksstaat nennen und der Partei gehören sollte. Der Sitz der Partei wurde nach Eisenach, der Ausschuß nach Braunschweig-Wolfenbüttel, die Kontrollkommission nach Wien verlegt. Es ist klar, daß diese Organisation viel demokratischer, aber auch viel loser und zerbrechlicher war, als die Organisation Lassalles.

Ueber die Stellung zur Internationalen konnte der Eisenacher Kongreß auch nichts anderes beschließen, als schon die Generalversammlungen in Hamburg und Elberfeld-Barmen beschlossen hatten. Bebel sprach nun auch aus, was Schweitzer so oft betont hatte: „Unter allen Umständen muß zunächst die sozialdemokratische Partei in Deutschland sich selbst konstituiren, da neben der internationalen auch die nationale Organisation unentbehrlich ist und jene ohne diese nur ein Schatten wäre.“ Allerdings empfahl der Eisenacher Kongreß den Parteimitgliedern den persönlichen Eintritt in die Internationale, aber dieser Beschluß mußte die ohnehin schwerfällige Organisation noch schwerfälliger machen, wenn er anders nicht blos auf dem Papier stehen blieb. Auch den Gewerkschaften, die sich auf Grund von Bebels Statuten gebildet hatten, empfahl der Kongreß die internationale Organisation, und sie nannten sich von nun an Internationale Gewerksgenossenschaften. Es waren ihrer erst wenige: die Buchbinder hatten sich in Leipzig, die Berg- und Hüttenarbeiter in Zwickau, die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter in Crimmitschau organisirt; die Metallarbeiter schritten eben jetzt in Nürnberg, die Maurer und Zimmerer in Dresden, die Schuhmacher in Leipzig zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Vorerst waren diese Verbände noch schwach; die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, die zu Pfingsten ihren ersten Kongreß in Leipzig abgehalten hatten, zählten etwa 3000 Mitglieder, und sie hatten sich unter Mottelers geschickter Leitung verhältnißmäßig am stärksten entwickelt.

Als der Eisenacher Kongreß seine Sitzungen geschlossen hatte, trat der Verband der deutschen Arbeitervereine zu seinem letzten Vereinstage zusammen. Vor sechs Jahren gegründet als Bollwerk der Bourgeoisie gegen die eben erst anrollenden Wellen der proletarischen Bewegung, war er jetzt schon von der steigenden Fluth überschwemmt und unterwaschen. Er löste sich auf in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

III. Die ersten Fraktionskämpfe.

Hatte sich schon bei der Abfassung des Eisenacher Programms gezeigt, daß keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des klassenbewußten Proletariats in Deutschland bestanden, so begannen gleich die Kämpfe der nächsten Monate mit den praktischen Hindernissen der Einigkeit aufzuräumen. Sie zerrieben die Diktatur, welche die Lassalleaner beherrschte, und zerrissen die Bande, welche die Eisenacher mit der Deutschen Volkspartei verknüpften.

Zunächst nahmen die Dinge eine für Schweitzer günstige Wendung. Der vierte Kongreß der Internationalen, der vom 5. bis zum 12. September in Basel tagte, hatte sein Schwergewicht in der Berathung der Grund- und Bodenfrage. Zwar war die Frage schon ein Jahr vorher auf dem Brüsseler Kongresse im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus entschieden worden, aber gegen eine starke Minderheit der französischen Delegirten, und um völlige Klarheit zu schaffen, hatte sie den Generalrath auf die erste Stelle der Tagesordnung für den Baseler Kongreß gesetzt. Dieser Kongreß wurde von 78 Delegirten besucht, von denen gerade der dritte Theil aus Frankreich kam, darunter Varlin, der edle Märtyrer der Kommune. Der Generalrath hatte Applegarth, Lucraft, Cowell Stepney, Eccarius, Jung und Leßner gesandt, von Deutschen waren außer Liebknecht, der die Eisenacher vertrat, Moses Heß, Rittinghausen, der Lehrer Spier aus Wolfenbüttel und der Professor Jannasch aus Magdeburg, von Schweizern Johann Philipp Becker, Bürkli und Greulich zugegen, als Vertreter neapolitanischer Arbeiter kam Bakunin. Es war eine sehr stattliche Versammlung, und ihre Entscheidung fiel über die Hauptfrage der Verhandlungen wie in Brüssel. Der Kongreß erklärte mit 54 Stimmen, die Gesellschaft habe das Recht, den Grund und Boden in Gemeineigenthum zu verwandeln, und mit 53 Stimmen, diese Verwandlung sei im Interesse der Gesellschaft nothwendig. Die Minderheit enthielt sich überwiegend der Abstimmung; gegen den zweiten Beschluß stimmten nur 8, gegen den ersten nur 4 französische Delegirte. Aber wenn die Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus damit einen entschiedenen Erfolg über die kleinbürgerlichen Illusionen des Proudhonismus davongetragen hatte, so kam die Schlacht doch noch einmal zum Stehen bei der Frage des Erbrechts, die auf der zweiten Stelle der Tagesordnung stand. Eccarius vertrat die konsequente Auffassung des Generalraths, wonach das Erbrecht mit dem Privateigenthum steht und fällt, während Bakunin den ideologischen Ueberbau mit der ökonomischen Unterlage verwechselte und das Erbrecht aus Gründen der Gerechtigkeit als selbständige Quelle der Ungleichheit beseitigen wollte. Keine der beiden Auffassungen gewann die Mehrheit und die Frage blieb in der Schwebe.

Die Baseler Beschlüsse über das Grundeigenthum riefen nun eine allgemeine Aufregung in dem deutschen Bürgerthum hervor. Nicht nur patriotische „Männer der Wissenschaft", wie Adolf Wagner, verfluchten sie als leichtfertig, nichtswürdig und wüst, sondern auch die tapferen Mannen der Deutschen Volkspartei zogen alle Schimpfregister über das „herrschsüchtige Knotenthum" der Internationalen und denunzirten die Baseler Mehrheit als heimliche Helfershelferin der kranken Männer in Berlin und Paris. Der eben aus dem Gefängnisse entlassene Schweitzer hatte die Genugthuung, den Arbeitern sagen zu können: sowie die Internationale unzweideutig den sozialistischen Standpunkt vertritt, wird sie genau so von der bürgerlichen Opposition verleumdet, wie die Lassallesche Agitation. Ueber das Gemeineigenthum am Grund und Boden brauchte Schweitzer nicht mehr viele Worte zu verlieren, da er diese Frage längst mit erschöpfender Klar-

heit im Sozialdemokraten behandelt hatte. Aber er schrieb nunmehr zwei ausgezeichnete Artikel über das Erbrecht, die in bemerkenswerther Weise zeigten, wie vollkommen er den wissenschaftlichen Kommunismus beherrschte. Seine Auffassung stimmte aufs Haar mit dem Berichte, den der Generalrath über das Erbrecht an den Baseler Kongreß gerichtet hatte, nur daß dieser Bericht erst im Oktoberhefte des Vorboten erschien, während Schweitzer seine Artikel auf die ersten flüchtigen Zeitungsberichte über die Baseler Verhandlungen in den Nummern vom 17. und 19. September veröffentlichte. Schweitzer führte darin eingehend aus, daß die Abschaffung des Erbrechts in der kapitalistischen Gesellschaft eine utopische und in der sozialistischen Gesellschaft eine überflüssige Forderung sei, aber daß sie für die Diktatur des Proletariats in der Uebergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ihre große praktische Bedeutung habe.

Natürlich schmiedete Schweitzer das Eisen, so lange es heiß war. Er konnte sich nunmehr darauf berufen, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein nicht nur die organisatorisch geschlossenste, sondern auch die prinzipiell vorgeschrittenste Arbeiterpartei sei. Mit der Internationalen bemühte er sich in Frieden zu bleiben, und erkannte die Bedeutung der Baseler Beschlüsse an, wenn er auch meinte, daß die „Schule von Karl Marx" auf den internationalen Kongressen mit dem „Halbsozialismus" ihre „liebe Noth" habe. Um so bitterer ließ er sich über die Sozialdemokratische Arbeiterpartei aus, die nicht für die Baseler Beschlüsse einzutreten wage; die ehemaligen Lassalleaner, die den Braunschweiger Ausschuß bildeten, seien die reinen Strohpuppen, sie dürften nicht gegen die Bourgeois der Volkspartei aufmucken.

In Wirklichkeit beabsichtigte der Braunschweiger Ausschuß, in dem Bracke, Bonhorst und Spier saßen, eine offizielle Kundgebung zu Gunsten der Baseler Beschlüsse. Aber er stieß damit auf den Widerstand Liebknechts. Bereits in Basel hatte Liebknecht praktische Bedenken dagegen geltend gemacht, das Gemeineigenthum am Grund und Boden zum Gegenstand eines programmatischen Beschlusses zu machen, so entschieden er selbst sich zu dieser Konsequenz des wissenschaftlichen Kommunismus bekannte. Er wollte jetzt, wie er dem Braunschweiger Ausschusse schrieb, nicht vorzeitig mit der Deutschen Volkspartei in Krakehl gerathen, und hielt es für genügend, wenn das Parteiorgan die Baseler Beschlüsse nicht verleugne. Auf die Frage, welche Stellung die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu diesen Beschlüssen nehme, antwortete das Demokratische Wochenblatt in seiner letzten Nummer: „Gar keine. Jedes einzelne Parteimitglied kann und soll Stellung nehmen; der Partei als solcher steht dies nicht zu, zumal sie nach keiner Seite hin durch die Beschlüsse gebunden ist, ebenso wenig wie die Internationale Arbeiterassoziation selbst." Diese Auffassung ließ sich aber unter den verschiedensten Gesichtspunkten anfechten, und nicht zum wenigsten unter dem taktischen Gesichtspunkte, der für Liebknecht maßgebend war. Schweitzer sagte nunmehr, die Eisenacher wagten sich nicht zu dem Kardinalsatze des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekennen, zu der Vergesellschaftung der Produktions-

mittel, und die Deutsche Volkspartei verlangte eine ausdrückliche Verleugnung der Baseler Beschlüsse.

So kam es doch zu dem Bruche, den Liebknecht vorläufig vermeiden wollte. Einzelne Häupter der Volkspartei hatten noch in Eisenach mitgetagt, wie Löb Sonnemann, der die Thatsache zwar vor ein paar Jahren auf Tod und Leben abzustreiten versuchte, aber nur mit dem Erfolge, daß er von der Frankfurter Volksstimme an die dreiste Lüge genagelt wurde, wie die Eule ans Scheunenthor. Daß sich die mit allen kapitalistischen Wassern gewaschenen Börsendemokraten über die Tragweite des Nürnberger und des Eisenacher Programms getäuscht haben sollten, ist schwer anzunehmen; vermuthlich haben sie eine Hand im Spiele behalten wollen, um bis in die zwölfte Stunde hinein zu versuchen, ob sich die Arbeiter nicht doch noch nasführen ließen. Eher darf man zu Gunsten der schwäbischen Kleinbürger annehmen, daß sie einfach nicht verstanden haben, was in Nürnberg und Eisenach beschlossen worden war; nun da ihnen die Baseler Beschlüsse ein Licht angezündet hatten, geberdeten sie sich wie von der Tarantel gestochen. Besonders bemühten sie sich, die süddeutschen Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei abzusprengen; sie spekulirten auf die Reste des Kantönligeistes namentlich unter den schwäbischen Arbeitern, und auch nicht ganz ohne Erfolg. Der Landesverband der württembergischen Arbeitervereine löste sich trotz seines Anschlusses an die Eisenacher nicht auf, und sein Schriftführer Bronnenmeyer, der von je die Seele dieses Verbandes gewesen war, äußerte sich im Stuttgarter Beobachter sehr mißtrauisch gegen die Diktatur von Marx, die er in dem ganz unverfänglichen Beschlusse des Baseler Kongresses sah, wonach der Generalrath der Internationalen im Bedürfnißfalle die internationale Verbindung der Gewerksgenossenschaften vermitteln sollte.

Jedoch Bebel fuhr den volksparteilichen Machenschaften geschickt und schnell durch die Parade. Er unternahm vom 5. bis zum 30. November eine Agitationsreise nach Süddeutschland, die ihn über Koburg, Bamberg, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Regensburg, Augsburg und München in eine Reihe württembergischer Orte führte und die süddeutschen Arbeiter vollständig aufklärte. Der schwäbische Landesverband verzichtete auf eine fernere Sonderexistenz, und in Stuttgart, wo Bebel im großen Saale der Liederhalle sprach, wäre es schon zum völligen Bruche mit der Volkspartei gekommen, wenn nicht noch der Redakteur des Stuttgarter Beobachters vermittelnd eingegriffen hätte. Aber gerade der Stuttgarter Beobachter brachte dann aus der Feder Julius Freeses, eines volksparteilichen Preußenfressers, der bald darauf habsburgisches Reptil wurde, gegen Bebels Rede drei lange Artikel, die an stupender Unwissenheit in sozialen Fragen womöglich noch unter der Weisheit von Schulze-Delitzsch standen. Bebel antwortete im Volksstaate mit einer Reihe von Aufsätzen, die er auch gesammelt unter dem Titel: Unsere Ziele herausgab. Es war seine Erstlingsschrift; frisch und kräftig geschrieben, bekundete sie an mehr als einer Stelle ein fleißiges Studium des Kapitals von Marx, fußte im Wesentlichen aber noch auf den Agitationsschriften

Lassalles. Liebknecht gab jetzt auch die Volkspartei auf; am 13. Januar 1870 schilderte er sie den Leipziger Arbeitern ungemein treffend mit den Worten: „Sie ist eine durch den Zufall entstandene Gelegenheitspartei; völlig machtlos, kann sie nimmermehr den Nordbund zerstören. Sie kann poltern, nichts weiter. In Norddeutschland, das ökonomisch entwickelter ist als Süddeutschland, besteht sie blos aus ein paar Namen. Nur in Süddeutschland, und auch hier nur in Schwaben, hat sie Massen hinter sich, aber dort ist sie ein Mischmasch der verschiedenartigsten, augenblicklich durch den Kampf gegen die ‚Verpreußung' zusammengehaltenen Elemente." Und ein paar Monate später hielt Liebknecht im Schützenhause zu Meerane einen Vortrag über die Grund- und Bodenfrage, der die Baseler Beschlüsse gegen die lächerlichen Angriffe der Volkspartei wirksam vertheidigte und, später in erweiterter Form gedruckt, ebenso wie Bebels Streitschrift eine vortreffliche Agitationswaffe der Eisenacher wurde.

Ohne Frage aber hatte die anfängliche Zurückhaltung dieser Fraktion gegenüber den Baseler Beschlüssen dazu beigetragen, Schweitzers Stellung wieder zu befestigen. Das Abonnement auf den Sozialdemokraten nahm im Oktober zwar nicht zu, wie seit zwei Jahren in jedem neuen Quartal, aber doch auch nicht ab. In 16 Orten war es gesunken, aber in 12 Orten gestiegen; wie immer marschirte Hamburg voran mit 1214, dann kam Berlin mit 765, Elberfeld-Barmen mit 176, Hannover mit 130 Abonnenten. Im Ganzen hielt sich der Sozialdemokrat mit 5000 Abonnenten, während der Volksstaat ihrer erst 2000 zählte. Indem der Sozialdemokrat eine genaue Abrechnung über das Abonnement veröffentlichte, fügte er triumphirend hinzu, der ganze Ansturm der „bürgerlichen Demokratie" habe also nicht mehr erreicht, als eine augenblickliche Stockung in dem Siegesmarsche der Arbeiterklasse. Gewiß war die Behauptung der Eisenacher, daß Schweitzer nur noch eine fanatisirte Herde hinter sich habe, vollkommen unrichtig. Die geschulten Arbeitermassen in Hamburg und am Rhein wußten sehr wohl, weshalb sie an der alten Fahne festhielten, und die Ersatzmänner, die an die Stelle der Bracke, Geib und York traten, waren nicht minder rege und tüchtige Kräfte: der Weber Harm in Elberfeld, der Tischler Dreesbach in Düsseldorf, der Zigarrenarbeiter Reimer in Altona, der Maschinenbauer Frohme und der Zigarrenarbeiter Meister in Hannover, der Tischler Pfannkuch in Kassel, der Tischler Reinders in Breslau, die Zimmerer August und Otto Kapell in Berlin und viele andere noch. Schweitzer unternahm jetzt eine siebenwöchentliche Organisationsreise durch Deutschland, um die letzten Spuren der Verwirrung innerhalb des Vereins zu beseitigen. Er ging erst nach Stettin, von da nach Breslau und Peterswaldau, dann ins Königreich Sachsen nach Dresden, Limbach und Leipzig, darauf über Staßfurt, Egeln, Magdeburg nach Hamburg, Altona, Kiel, Neumünster, Harburg, Lüneburg, Hannover, Bremen, Kassel. Am Rhein besuchte er Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, Essen, Remscheid, Köln, und schließlich in Süddeutschland Frankfurt, Offenbach, Karlsruhe, Stuttgart, Augsburg, München und Würzburg. In allen diesen Orten hielt er ge-

schlossene Mitgliederversammlungen ab und stellte jedem Mitgliede frei, ihn über die persönlichen Vorwürfe zu interpelliren, die gegen ihn erhoben würden; an Honorar für die anstrengende Reise bezog er den für die Agitatoren des Vereins ausgeworfenen Satz: Fahrgeld dritter Klasse und anderthalb Thaler täglicher Diäten.

Noch während seiner Abwesenheit eroberte Tölcke nun auch endlich Berlin. Die Fortschrittspartei verstand seit 1866 die Welt nicht mehr; sie wollte um keinen Preis an dem Tische der materiellen Vortheile fehlen, den Bismarck der Bourgeoisie deckte, aber sie wollte ihre politischen Ideale auch nicht so unbekümmert, wie die Nationalliberalen, unter diesen Tisch vor die Hunde werfen, sondern sie etwa noch als harmlosen Tafelschmuck verwenden, was Bismarcks Nerven nun einmal nicht vertrugen. In diesem jammervollen Dilemma schwand sie dahin; als sie im Sommer 1869 ein kleines Spektakelchen gegen die Gründung eines Klösterchens in der „Stadt der Intelligenz" anzurichten versuchte, zeigte sich in erbarmenswürdiger Weise, wie altersschwach und lendenlahm sie geworden war; ein energischer Schlossermeister sammelte die paar ultramontanen Elemente, die es in Berlin gab, und schlug regelmäßig ein Loch in die Kulturpauke, auf der die Fortschrittler ihr Bumbum zu schlagen versuchten. Sie probirten es nun mit einem anderen Streiche; ihre Landtagsabgeordneten forderten die preußische Regierung durch einen feierlichen Antrag auf, für eine allgemeine Abrüstung der europäischen Großstaaten auf diplomatischem Wege thätig zu sein. Der Antrag war nicht Fisch und nicht Fleisch: am Vorabend des deutsch-französischen Krieges, den jeder denkfähige Europäer voraussah, hatte er nicht einmal einen Sinn von dem Standpunkt aus, den der zahme Bürgersmann „praktische Politik" zu nennen pflegt, während er als prinzipieller Protest gegen den Militarismus eine schwächliche Halbheit war; obendrein wurde er im preußischen Abgeordnetenhause gestellt, wo die konservativ-nationalliberale Mehrheit den bequemen Vorwand der Unzuständigkeit hatte, da die diplomatischen und militärischen Angelegenheiten auf den norddeutschen Bund übergegangen waren. Aber eben weil ihr der Antrag keine ernsthafte politische Verantwortlichkeit auflud, war die Fortschrittspartei auf ihn verfallen als ein Agitationsmittel, um die unter dem wachsenden Drucke des Militarismus ächzenden Massen wieder an ihre Fahne zu fesseln.

Sie berief am 7. November, an einem Sonntagvormittage, eine Volksversammlung in den mächtigen Saal des Konzerthauses und setzte ihren Abrüstungsantrag auf die Tagesordnung. Nicht nur lautete die offizielle Bekanntmachung auf eine Volksversammlung, sondern die fortschrittlichen Blätter betonten noch ausdrücklich, es solle keine Partei-, sondern eine Volksversammlung sein, obgleich sie wußten, daß sich an einer Volksversammlung, die ohne Unterschied der Partei berufen wurde, auch die sozialdemokratischen Arbeiter betheiligen würden. Die Volkszeitung sagte siegesbewußt, das einladende Komite, in dem so ziemlich alle fortschrittlichen Größen saßen, habe die nöthigen Vorkehrungen gegen „etwaige Störungsversuche" der „großartigen Demonstration" getroffen.

Es wurde eine „großartige Demonstration", aber nicht zu Ehren der Fortschrittspartei. Nach Eröffnung der überfüllten Versammlung stellte sich bei der Wahl des Vorsitzenden sofort heraus, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Anwesenden aus sozialdemokratischen Arbeitern bestand. Tölcke wurde zum Vorsitzenden gewählt, worauf der fortschrittliche Stab, der sich schon behäbig auf dem Bureau eingerichtet hatte, spurlos über eine Hintertreppe verschwand. Nun versuchte die fortschrittliche Minderheit im Saale selbst die Verhandlungen durch tobenden Lärm zu stören, aber sie wurde, sanfter oder unsanfter, je nachdem sie es trieb, sofort entfernt, worauf die Verhandlungen unter Tölckes Vorsitz in völliger Ruhe verliefen. Nicht nur Lassalleaner, sondern auch Eisenacher und Anhänger Schulzes, die sich zum Worte meldeten, wurden aufmerksam angehört. Die Versammlung schloß mit einer Resolution, die den fortschrittlichen Antrag für eine unverzeihliche Halbheit erklärte; was die europäischen Völker brauchten, sei Beseitigung der stehenden Heere und Einrichtung von Volkswehren, die sich auf eine kriegerische Jugenderziehung gründeten; die fortschrittlichen Abgeordneten seien Vertreter der Bourgeoisie; den Arbeitern könnten nur Abgeordnete nützen, die der sozialdemokratischen Partei angehörten.

Die Fortschrittspartei erhob nun ein betäubendes Geschrei über Vergewaltigung des Vereinsrechts. Dieselben Leute, die Lassalles geschlossene Parteiversammlungen in der pöbelhaftesten Weise gesprengt oder zu sprengen versucht hatten, spielten jetzt die gekränkte Unschuld, weil die Kraftprobe, welche sie selbst provozirt hatten, gegen sie ausgefallen war. Sie und sie allein hatten die Vereinsfreiheit geschädigt, indem ihre Bonzen sich weigerten, die rechtmäßige Wahl Tölckes anzuerkennen, und indem ihr Troß die Fortsetzung der Verhandlungen unter Tölckes Vorsitz zu stören suchte. Der Standpunkt des Sozialdemokraten war ebenso einfach wie klar: „Wenn man allgemeine Volksversammlungen einberuft, zu denen Jeder ohne Unterschied der Parteirichtung erscheinen kann, so hat man zu gewärtigen, daß in allen Fällen, wo es uns gut scheint, auch unsere Partei am Platze ist. Man hat in allen solchen Versammlungen nach allgemeinem und demokratischem Brauche den Vorsitzenden durch die Mehrheit wählen zu lassen. Will man keine Sozialdemokraten haben, so berufe man Versammlungen von bestimmter Parteifarbe ein. In Versammlungen der Fortschrittspartei und Volkspartei werden wir nicht kommen." Deshalb war es auch durchaus nicht angebracht, daß der Demokratische Arbeiterverein, der im Konzerthause durch mehrere seiner Mitglieder völlig unbehelligt zum Worte gekommen war, „sämmtlichen Parteien" ein Bündniß zum Schutze der Vereinsfreiheit anbot, obendrein noch unter ausdrücklicher Berufung auf seine Zugehörigkeit zur Internationalen. Die bürgerlichen Parteien sahen ihn deshalb nicht weniger über die Achsel an, während Tölcke mit Recht fragte, was wohl der Generalrath der Internationalen zu einer solchen Taktik sagen werde. Eine häßliche Polemik zwischen den „Sprenggarden" und den „Judenjüngelchen" war die leider unausbleibliche Folge des sehr verfehlten Vorgehens. Der Volksstaat seinerseits sagte ehrlich, den Fortschrittlern

sei nicht mehr als ihr Recht geschehen, wenn er auch bedauerte, daß die Früchte des Sieges zunächst dem „Hofsozialismus" in den Schoß gefallen seien.

Jedoch wollte sich die racheschnaubende Bourgeoisie nicht blos mit schwindelhaften Verdächtigungen trösten. Sie stifteten die ihr noch anhänglichen Maschinenbauer auf, wieder auf einen Sonntagvormittag, am 28. November, eine allgemeine Arbeiterversammlung ins Universum zu berufen, wo „die Berliner Arbeiter in ihrer Majorität das wüste und skandalöse Treiben Schweitzers mit Entschiedenheit verdammen" sollten. Eine widerliche Hetze in den fortschrittlichen Vereinen und Zeitungen leitete die heimtückische Aktion ein, die darauf hinauslief, einen kleinen Putsch unter den Berliner Arbeitern zu veranstalten. Der Beginn der Versammlung war auf elf Uhr angesetzt, aber schon um neun Uhr sollten sich die fortschrittlichen Arbeiter durch eine Hinterthür ins Universum schleichen, so daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn sie um elf Uhr einträfen, den Saal bereits besetzt finden sollten. Die fortschrittlichen Macher hofften, dann werde Mord und Todtschlag entstehen, und mit wie innigem Verständniß die Polizei diese Blüthe bürgerlichen Gemüthes würdigte, zeigte das Aufgebot der gesammten Polizeimannschaft, die an dem entscheidenden Morgen unter dem Befehle des Polizeipräsidenten selbst die Plätze und Straßen um das Universum besetzt hielt. Aber Tölcke war ein umsichtiger Feldherr. Als etwa tausend fortschrittliche Arbeiter um neun Uhr anrückten, fanden sie das Universum von viertausend sozialdemokratischen Arbeitern umstellt, die in aller Kälte des Wintermorgens schon seit sieben Uhr am Platze waren. Kaum war ein kleiner Vortrab der fortschrittlichen Truppen unter dem Schutze des Nebels durch die Hinterthür geschlichen, als die sozialdemokratischen Arbeiter diese Thür entdeckten und sofort verrammelten. Und als sich nun die feindlichen Schaaren auf offener Straße gegenüberstanden, da erwachte in den fortschrittlichen Arbeitern mächtig das Klassenbewußtsein. Um keinen Preis eine Prügelei unter den Arbeitern zum Gaudium der Bourgeoisie und der Reaktion: in diesem Gedanken fanden sich die Herzen. Als sich um elf Uhr die Pforten des Universums öffneten, strömten die Massen ruhig hinein. Der fortschrittliche Maschinenbauer Andreack eröffnete die Verhandlungen mit einer herzlichen Mahnung zu Eintracht und Frieden unter den Arbeitern, dann wurden Tölcke und Lübkert zu Vorsitzenden erwählt, und nach bewegten, aber friedlichen Debatten beschloß die Versammlung, daß die Unruhen im Konzerthause durch die Fortschrittspartei veranlaßt worden seien, weil sie den Beschluß der Mehrheit nicht habe anerkennen wollen, und daß Jeder, der durch Lärm oder unreelle Geschäftsführung eine Versammlung störe, dadurch ein ehrloses Attentat auf das Versammlungsrecht unternehme. Mit der Herrschaft der Fortschrittspartei über die Berliner Arbeiter war es für immer vorbei.

So schienen Schweitzers Sterne heller zu strahlen als je. Aber die moderne Arbeiterbewegung kann nie zum Fangball diktatorischer Gelüste werden; sie rächt unerbittlich jeden Versuch, mit ihr ein selbstsüchtiges Spiel zu treiben. Bereits auf seiner Rundreise, so erfolgreich sie im Allgemeinen war, hatte Schweitzer

einen empfindlichen Nackenschlag erhalten. Die bairischen Mitglieder gehörten auch noch nach dem Eisenacher Kongresse zu seinen treuesten Anhängern; gegen einen Annäherungsversuch, den die Eisenacher auf einem Nürnberger Arbeitertage machten, verhielten sie sich ablehnend. Sie waren jetzt schon so weit, ein kleines Wochenblatt, den Proletarier, in München halten zu können. Aber hiermit war Schweitzer unzufrieden; als er nach Augsburg kam und die Mitglieder durch eine packende Rede elektrisirt hatte, forderte er das Eingehen des Proletariers, da es wie eine Organisation, so auch nur ein Blatt geben dürfe. Er wollte die Herausgeber des Proletariers dadurch entschädigen, daß Franz und Tauscher je 400 Exemplare des Sozialdemokraten zum Vertriebe für ihre Taschen erhalten sollten. Indessen die Baiern weigerten sich, obgleich Schweitzer drohte, lieber alle süddeutschen Mitgliedschaften daran geben zu wollen, als das fernere Erscheinen des Proletariers zu dulden. Er nahm sich dann noch Tauscher allein vor, um ihn heftig zu bearbeiten, jedoch Tauscher erklärte, daß er sich von seinen Genossen nicht trennen werde. Schweitzer wollte nun am nächsten Tage in einer Versammlung der Münchener Mitglieder das Eingehen des Proletariers beschließen lassen, aber er scheiterte auch damit. Das Gerücht von seiner Absicht verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Münchener Arbeitern, denen der Proletarier lieb geworden war. Als Schweitzer kam, wurde er unfreundlich empfangen. Er sprach kein Wort vom Eingehen des Proletariers und verschwand, um niemals wiederzukehren.

Die Folge dieser Vorgänge war die Lostrennung sämmtlicher bairischer Mitgliedschaften vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Sie beriefen für den 23. Januar 1870 einen allgemeinen Arbeiterkongreß nach Augsburg, um eine „Lassalleanische Arbeiterpartei" zu gründen, die sich einerseits aller „Führerschaften" entledigen, andererseits scharf von der Deutschen Volkspartei scheiden sollte. Der Kongreß wurde fast nur von bairischen Arbeitern beschickt. Im Auftrage des Braunschweiger Ausschusses erschien Bebel, um für den Anschluß der Baiern an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu plaidiren. Seine Rede machte einen guten Eindruck und würde wahrscheinlich ihren Zweck erreicht haben, wenn Bonhorst nicht ein Pamphlet im Saale verbreitet hätte, worin Tauscher als eine, durch Sektgelage trunken gemachte Kreatur Schweitzers verdächtigt wurde. Erbittert durch diese völlig unwahren Behauptungen, beschlossen die Baiern, vorläufig die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Sie konstituirten sich als vierte Fraktion.

Als vierte Fraktion, denn inzwischen hatte sich die Gräfin Hatzfeldt schon wieder mit Schweitzer überworfen. Sie beschuldigte Schweitzer des Vertragsbruchs: er halte nicht die bei der Einigung eingegangene Verpflichtung, die gewerkschaftliche Bewegung mehr und mehr im Hintergrunde verschwinden zu lassen und organisirte Arbeitseinstellungen möglichst zu hindern. Schweitzer bestritt, jemals eine solche Verpflichtung eingegangen zu sein; er habe den Gewerkschaften und Arbeitseinstellungen im Vergleiche zur politischen Bewegung stets eine unter-

geordnete Stellung angewiesen, aber er habe nie versprochen, sie noch unter diese Stellung herabzudrücken. Es ist schwer anzunehmen, daß er sich so bloßgestellt haben sollte, wie die Gräfin Hatzfeldt behauptete, aber ebenso wenig hat er bewiesen oder auch nur zu beweisen gesucht, daß er die Anhänger der Gräfin je zu seiner Auffassung der gewerkschaftlichen Bewegung bekehrt habe. War er dennoch die Verschmelzung eingegangen, so hatte er eine Schuld auf sich geladen, die er jetzt schwer büßen mußte. Ein halbes Jahr nach der pomphaft verkündigten Einigung der deutschen Arbeiterpartei war sie vierfach zersplittert, und dies klägliche Ergebniß einer diktatorischen Politik gab dem politischen Ansehen des Diktators einen harten Stoß. Wohl sagte Schweitzer nicht mit Unrecht, daß der Gräfin Hatzfeldt bei dem neuen Abfalle nur ein kleiner Theil ihrer früheren Anhänger folge; wirklich verschwindet diese Sekte nun bis auf ein paar gespensterhafte Lebenszeichen aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Aber vorläufig hatte sie noch so viel Kraft, eine Art Generalversammlung nach Halle zu berufen, wo die heftigsten Anklagen gegen Schweitzer laut wurden, die ihn fast noch mehr kompromittirten, wenn sie unrichtig, als wenn sie richtig waren. Denn wie hatte er sich bei auch nur einigem Scharfblick über die Unzuverlässigkeit dieser Bundesgenossen täuschen können?

Und was noch weit schlimmer war: die gewerkschaftliche Bewegung wurde wirklich durch Schweitzers Taktik schwer geschädigt. An und für sich befand sie sich in einem erfreulichen Aufschwunge. Eine ganze Reihe von Streiks wurde in großen Industrieplätzen immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg durchgefochten. In Berlin erkämpften sich die Maurer und Zimmerer eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit. In Hamburg wehrten die Holz- und Metallarbeiter der Lauensteinschen Wagenfabrik eine Herabsetzung ihrer Akkordsätze um 33⅓ Prozent, welche die Fabrikleitung mit der anmuthigen Begründung angeordnet hatte, daß die Arbeiter keinen Speck aufs Brot brauchten, durch einen hartnäckigen Streik voll aufregender Zwischenfälle ab. In Augsburg richteten sich zwei große Streiks gegen die Entfernung despotischer Vorgesetzter; die Eisengießer in der Maschinenfabrik Augsburg siegten nach einer Woche durch das einmüthige Zusammenhalten der Arbeiter, dagegen unterlagen die Arbeiter in der Weberei von Kraus nach zwei Wochen, da es dem Fabrikbesitzer gelang, 500 Weber in Böhmen anzuwerben und durch Extrazug nach Augsburg zu schaffen; mit welchem Opfermuth diese Streiks durchgeführt wurden, beweist die Thatsache, daß allein in zwei Versammlungen, von denen die eine in Augsburg und die andere in München stattfand, 700 Gulden an Unterstützungsgeldern gesammelt wurden. Wenn aber die sozialdemokratischen Arbeiter immer mit Ehren und oft auch mit Erfolg ihre gewerkschaftlichen Kämpfe durchfochten, so erhielten die fortschrittlichen Gewerkvereine durch den Waldenburger Streik den Todesstoß. Um der sozialdemokratischen Agitation ein Paroli zu bieten, hatte sich Max Hirsch mit seiner Agitation im Waldenburger Bezirke anzusiedeln versucht, aber die geschundenen Bergarbeiter nahmen sein frivoles Spiel für bitteren Ernst und

legten, 6500 Köpfe stark, die Arbeit nieder, während die großentheils liberalen Grubenbesitzer den Harmonieapostel als einen böswilligen Unruhestifter behandelten und mit der Hungerpeitsche die Auflösung „seines" Gewerkvereins diktirten. Der Streik endete mit einer vollständigen und, soweit es sich um Max Hirsch und dessen fortschrittliche Helfershelfer handelte, überaus schimpflichen Niederlage. Die schlesischen Bergarbeiter mußten ihren Irrthum theuer bezahlen und gingen als verständige Leute zur Sozialdemokratie über, ähnlich wie die Forster Fabrikarbeiter, die bald darauf mit Max Hirsch ähnliche traurige Erfahrungen machten. Das Spiel der Fortschrittspartei war lahmgelegt, kaum daß es begonnen hatte.

Alle diese günstigen Aussichten der gewerkschaftlichen Bewegung wurden durch Schweitzers selbstsüchtige Diktatorpolitik schwer geschädigt. In fast alle Arbeiterschaften drang der politische Hader, nur die Maurer und Zimmerer hielten unter Lübkert geschlossen zu Schweitzer. Die anderen Arbeiterschaften spalteten sich und zwar so, daß ihre Präsidenten einschließlich Fritzsches von Schweitzer abfielen, während ein mehr oder minder beträchtlicher Theil der Mitglieder ihm treu blieb. In der gewerkschaftlichen Organisation wirkte der Streit der Fraktionen weit vergiftender, als in der politischen, weil er ihrem Wesen nach ihr fremd war, die schon gewonnenen Kräfte nutzlos zersplitterte und die noch nicht gewonnenen Massen um so mehr abschreckte, als er den Verlust manches Streiks verschuldete, so namentlich eines Zigarrenarbeiterstreiks in Leipzig. Schweitzer war aber jetzt schon so verblendet, daß er erst recht auf dem Wege des Diktatorspielens vorwärts schritt; von seiner Organisationsreise zurückgekehrt, schlug er vor, sämmtliche Arbeiterschaften in einen Allgemeinen Unterstützungsverband zu verschmelzen, was die Fehler der von ihm begründeten Gewerkschaftsorganisation einfach verdoppeln hieß.

Auf der neunten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die am 5. Januar 1870 in Berlin zusammentrat und von 8062 zahlenden Mitgliedern durch 39 Delegirte beschickt wurde, zeigte sich, daß die Opposition gegen Schweitzers Diktatur keineswegs erloschen war. Es kam zu manchen unerquicklichen Auseinandersetzungen. Schweitzer klagte über die „Aristokratie des Vereins" und die „Intelligenzen", die immer neue Verwirrung stifteten; er verstände nicht, wie sich Männer tagelang mit Altweibergeklatsch befassen könnten; er habe es satt, sich in dieser Weise erst mit den Vereinsgegnern und dann mit den Vereinsmitgliedern herumzustreiten. Worauf Pfannkuch treffend erwiderte, Schweitzer habe durch sein Bündniß mit der Gräfin Hatzfeldt dem Vereine das Altweibergeklatsch aufgehalst. Im Ganzen und Großen freilich verliefen die sechstägigen Verhandlungen noch günstig genug für Schweitzer. Namentlich die immer wiederholte Behauptung der Eisenacher, daß Schweitzer die Agitation aus den geheimen Fonds der preußischen Regierung bestreite und dabei seinen persönlichen Vortheil nicht vergesse, wurde nach eingehendster Prüfung der Kassenverhältnisse für vollkommen unrichtig erklärt; auch vermochte Schweitzer seine Diktatur ziemlich unversehrt aufrecht zu erhalten. Der Präsident sollte nach wie

vor durch die Urabstimmung der Mitglieder gewählt werden, nur nicht mehr vor, sondern nach jeder Generalversammlung; die Uebernahme des Sozialdemokraten als Vereinseigenthum wurde abgelehnt und die Preßkommission nicht wieder erneuert; nur der Vorstand erhielt etwas verstärkte Befugnisse. Es blieb bei seiner Zerstreuung über ganz Deutschland, aber er sollte in geregeltem Schriftenverkehr stehen und einige Male im Jahre zusammentreten. Er war befugt, gegen „jeden Machtmißbrauch“ des Präsidenten einzuschreiten, dem sonst jedoch die „volle Macht“ nicht verkürzt werden sollte. Zum Sekretär wurde Tölcke gewählt und zum Kassirer Hasenclever, der zugleich in die Redaktion des Sozialdemokraten eintrat.

Unmittelbar an diese Generalversammlung schloß sich die Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes, auf der 20674 zahlende Mitglieder durch 89 Delegirte vertreten wurden. Sie endete nach dreitägigen Verhandlungen gleichfalls mit einem Erfolge Schweitzers. Die Kassenverhältnisse befanden sich in guter Ordnung, und Schweitzers Antrag auf Verschmelzung aller Arbeiterschaften in einen einzigen Verband wurde mit etwa 12000 gegen etwa 9000 Stimmen angenommen. Aus Rücksicht auf die starke Minderheit beschloß die Generalversammlung, die thatsächliche Ausführung des Beschlusses bis zum 1. Juli 1870 zu verschieben, doch lag darin kein Mißtrauen gegen Schweitzer. Wie aus den Verhandlungen hervorging, war die Minderheit dem Antrage Schweitzers keineswegs abgeneigt, sondern wollte ihn nur allmälig ausgeführt wissen, aus Rücksicht auf die „zünftigen“ Vorurtheile vieler Arbeiter.

Gleich nach diesen Versammlungen erfocht Schweitzer noch einen Sieg über Johann Jacoby. Der Wahlvorstand des zweiten Landtagswahlbezirks von Berlin berief die Wähler zum 20. Januar ins Neue Gesellschaftshaus am Kottbuser Thor, um den Bericht ihrer Abgeordneten, des Stadtraths Runge und eben Johann Jacobys, entgegenzunehmen. Unter diesen Wählern befanden sich viele Sozialdemokraten. Sie erschienen unter Führung Schweitzers und Hasenclevers, die gleichfalls in dem Bezirke wohnten, und bei der Wahl des Vorsitzenden ergab sich, daß sie die große Mehrheit hatten. Die fortschrittlichen Gevattern spielten wieder die gekränkten Biedermänner und trabten mit Runge an der Spitze davon; Jacoby aber dachte logisch genug, das demokratische Prinzip nicht nur mit dem Munde, sondern auch mit der That zu bekennen. Er blieb unter Schweitzers Vorsitze und sprach, trotz seiner leisen Stimme achtungsvoll von den Arbeitern angehört, über die Ziele der Arbeiterbewegung. Seine Rede enthielt das berühmt gewordene Wort: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von größerem Werthe sein, als der Schlachttag von Sadowa“; sie näherte sich dem wissenschaftlichen Kommunismus so weit, wie es für einen bürgerlichen Ideologen möglich war, und jedenfalls weit genug, um die Berliner Philister und die Frankfurter Geldjuden mit gleichem Entsetzen zu schlagen. Aber sie hütete sich, theoretisch wie praktisch, den letzten Schritt zu thun. Weder bekannte sie sich theoretisch zum Gemeineigenthum an den Produktionsmitteln, das

jede Ausbeutung unmöglich macht, noch auch bekannte sie sich praktisch zum Klassenkampfe, im Einklange mit der Thatsache, daß Jacoby kurz vorher einen Aufruf der fortschrittlichen Manchesterleute für die Waldenburger unterzeichnet hatte, worin es hieß, daß in Deutschland kein Raum für einen Klassenkampf sei. Jacoby wollte die soziale Frage durch ein Handinhandgehen des Staates, der Unternehmer und der Arbeiter gelöst wissen, und so war es vollkommen zutreffend, wenn die Versammlung auf Antrag Hasenclevers beschloß, daß Jacoby manche sozialistische Wahrheit in sich aufgenommen habe, aber auf halbem Wege stehen geblieben sei.

Jedoch wenn Schweitzer damit einen großen Schlag gegen die Eisenacher geführt zu haben glaubte, so überschätzte er seinen Erfolg beträchtlich. Praktisch hatte Jacobys Rede keine besondere Bedeutung; der Volksstaat druckte sie zwar in ihrem Wortlaut ab und vertheidigte sie auch gegen Schweitzers Angriffe, aber er war viel zu tief in allen Sturm und Drang des Klassenkampfes verwickelt, als daß er sich von Jacoby hätte beirren lassen. Sowohl die sächsische Regierung wie die sächsischen Fabrikanten zerstörten durch ihre gehässigen Verfolgungen die Utopie eines friedlichen Zusammenwirkens zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, und sie hätten es selbst dann gethan, wenn diese Utopie irgend wo anders entstanden wäre, als in Jacobys gelehrter Stubenluft. Die Eisenacher hatten sehr schwer zu kämpfen, namentlich mit der Finanznoth; der Revolutionsfonds, dessen bürgerlich-republikanische Verwalter nun auch schwierig zu werden begannen, half mit 3500 Francs noch einmal über die ersten Hindernisse fort, aber sie kämpften sich redlich durch und schufen sich namentlich im sächsischen Proletariat eine uneinnehmbare Festung. Im April 1870 wurde Plauen, die wichtigste Fabrikstadt des Voigtlandes, wo Max Hirsch 1869 in einer Nachwahl durchgeschlüpft war, durch Bebel erobert; wie Max Hirsch selbst verzweifelt klagte, verdankte er es nur der Großmuth Bebels, daß er als erwählter Vertreter des Wahlkreises überhaupt noch zum Worte kam. Mit Ausnahme Zittaus und Frankenbergs hatte die fortschrittlich-manchesterliche Herrschaft über die Arbeiter jetzt überall in Sachsen ausgespielt. Die Abonnentenzahl des Volksstaats stieg bis zur Mitte des Jahres 1870 auf etwas über 3000 Abonnenten; er zählte deren in Leipzig 198, in Dresden 159, in Köln 128, in Crimmitschau 124, in Glauchau 119, in Mainz 96, in Zwickau 93, in Meerane 91, in Breslau 88, in Chemnitz 85, in Braunschweig 78, in Hamburg 75, in Stuttgart 71, in Berlin 63, in Werdau 61, in Pest 55, in Augsburg 40 und ebensoviel in Nürnberg.

Aeußerlich spielten sich die Kämpfe der beiden Fraktionen in sehr unerfreulichen Formen ab. In der Presse warf man sich gegenseitig Verrath an der Arbeitersache vor, und in den Arbeiterversammlungen kam es oft zu tumultuarischen Auftritten. In jenem Punkte traf die Eisenacher, in diesem die Lassalleaner der größere Theil der Schuld. Aber trotz dieses Kampfes und in gewissem Sinne auch durch ihn vollzog sich eine wachsende Annäherung der Fraktionen. Typisch dafür war der Verlauf des zweiten Kongresses, den die Eisenacher zu Pfingsten 1870

in Stuttgart abhielten. Nach der Feststellung der Mandatsprüfungskommission betheiligten sich daran 74 Delegirte von 111 Orten; nicht vertreten waren 47 Orte, in denen die Partei Anhänger zählte. Die Gesammtzahl der in Stuttgart vertretenen Parteigenossen belief sich auf 15 398, also nur auf den zehnten oder neunten Theil der Arbeiter, die in Eisenach vertreten gewesen waren, und selbst diese Ziffer war sehr anfechtbar, da sie sich nicht ausschließlich auf zahlende Mitglieder beschränkte und auch noch mehrere tausend österreichische und schweizerische Arbeiter umfaßte. Der Volksstaat, dem sich keine pessimistische Auffassung der eigenen Parteierfolge vorwerfen ließ, schätzte die Zahl der aktiven Parteigenossen nach der Uebersicht, die der Stuttgarter Kongreß gewährte, auf 10 000 ein.

Die Lassalleaner versuchten nun den Kongreß zu stören. Durch Leickhardts eifrige Agitation hatten sie auf dem ungünstigen Boden der schwäbischen Hauptstadt dennoch festen Fuß gefaßt; ein paar Wochen vor der Eröffnung des Kongresses reisten noch einige Agitatoren von Auswärts zu, und es gelang ihnen, etwa 250 Arbeiter in einer strammen Organisation zusammenzufassen, welche die Stuttgarter Organisation der Eisenacher in öffentlichen Versammlungen lahm zu legen wußte. Als dann der Kongreß der Eisenacher selbst zusammentrat, beschloß er in einer geschlossenen Vorberathung, für seine öffentlichen Versammlungen zwar Nichtmitglieder zuzulassen, aber von der Debatte auszuschließen, was in der ersten öffentlichen Versammlung zu stürmischen Szenen und zum vorzeitigen Abbruche der Verhandlungen führte. Der Kongreß konnte sein ungestörtes Forttagen nur dadurch sichern, daß er Nichtmitglieder auch von seinen öffentlichen Versammlungen ausschloß.

Trotz dieses häßlichen Anfangs trugen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses viel dazu bei, die Beziehungen zwischen den beiden Fraktionen zu klären. Sowohl was die Organisation, als auch was die Prinzipien, als auch was die Taktik anbetraf. Es hatte sich bald herausgestellt, daß die in Eisenach beschlossene Organisation zu schwerfällig war. Man beließ den Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel, verlegte aber die Kontrollkommission von Wien nach Hamburg-Altona-Harburg. Ferner ließ sich nicht durchführen, daß jeder Eisenacher Parteigenosse zugleich Mitglied der Internationalen, der Partei und eines Lokalvereins sein sollte. Die Forderung, persönlich in die Internationale einzutreten, war nur von einer geringen Zahl der Mitglieder befolgt worden und blieb auf sich beruhen. Dagegen hob der Stuttgarter Kongreß die Verpflichtung der Mitglieder auf, Lokalvereine zu gründen. Er beschloß, daß die örtlichen Mitgliedschaften Vertrauensmänner und Revisoren wählen sollten, um durch sie mit dem Ausschusse zu verkehren, womit eine bedeutende Annäherung an die Organisation der Lassalleaner vollzogen wurde. In einer anderen Beziehung vertiefte sich der Unterschied zwischen der Organisation beider Fraktionen zwar noch, jedoch so, daß die richtigere Auffassung der Eisenacher klar hervortrat. Der Sozialdemokrat war an folgerichtiger Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus dem Volksstaate noch immer sehr überlegen, aber der weite Raum, den das Organ der Eisenacher der Selbstverständigung der Parteigenossen einräumte, hatte doch auch eine gute

Seite, indem er ihr geistiges Interesse wirksam anregte. In Stuttgart wurde die Gründung eines literarischen Aktienunternehmens zur Verbreitung der Parteiliteratur beschlossen, und der bairischen Fraktion, die sich nunmehr endgiltig mit den Eisenachern verschmolz, die Fortführung des Proletariers gestattet. Gleich darauf gründete Karl Hirsch in Crimmitschau den Bürger- und Bauernfreund, das erste täglich erscheinende Lokalblatt der Partei. Allerdings hatte auch Schweitzer, um den Proletarier zu erdrücken und die Massen namentlich in Süddeutschland besser zu packen, im Einverständniß mit dem Vorstande am 1. April 1870 den Agitator ins Leben gerufen, ein kleines Wochenblatt mit so billigem Abonnementspreise, daß es, wenn überhaupt, so doch nach der günstigsten Berechnung erst mit 50 000 Abonnenten auf seine Kosten kommen konnte. Aber es gewann nicht mehr als 15 000 Abonnenten und schädigte obendrein den Sozialdemokraten, von dem es bei aller geschickten Redaktion nur ein Ableger war, so sehr, daß dies Hauptorgan der Lassalleaner vom 1. Juli ab wieder in kleinerem Format erscheinen mußte. Die allzu straffe Zentralisation hatte eben auch ihre Schattenseiten.

Was die Prinzipienfragen anbetraf, so erklärte der Stuttgarter Kongreß auf einen Antrag Bebels, „daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen werde, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigenthum zu verwandeln". Damit war die Einigkeit beider Fraktionen in einer wichtigsten Frage des wissenschaftlichen Kommunismus festgestellt. Eine andere Uebereinstimmung ergab sich in der Gewerkschaftsfrage, wenngleich zunächst mehr in der Unklarheit, als in der Klarheit. Die Verschmelzung der Gewerkschaften in einen einzigen Verband wurde auch in Stuttgart lebhaft befürwortet und nur aus demselben Grunde abgelehnt, aus welchem eine starke Minderheit auf der Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes sie bekämpft hatte: weil es sich empfehle, an die den Arbeitern aus früherer Zeit bekannten und vertrauten Einrichtungen, an die Innungen und Zünfte anzuknüpfen. So führte der Berichterstatter York aus, und auf seinen Antrag erklärte der Stuttgarter Kongreß die Bildung und Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte für die Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Nicht mit Unrecht sagt ein bürgerlicher Schriftsteller, es sei aus den Debatten nicht zu ersehen, wie der Stuttgarter Kongreß gerade zu diesem Beschlusse gekommen sei. Anscheinend spielten dabei zwei Triebfedern mit. Man war kopfscheu geworden durch die Streiks, die in der ersten Hälfte des Jahres 1870 etwas wild ins Kraut geschossen waren, im umgekehrten Verhältniß zu der stockenden Entwicklung der Gewerkschaften. Wie sich dies Verhältniß gestaltete, geht aus einer Abrechnung hervor, die Schweitzer im September 1870 veröffentlichte; darnach belief sich in den ersten acht Monaten 1870 das Verwaltungskonto des Arbeiterschaftsverbandes auf 637, sein Agitationskonto auf 217 und sein Streikkonto auf nur 395 Thaler, womit 11 Streiks in Hamburg, Kiel, Lüneburg, Uelzen, Magdeburg, Elberfeld, Solingen, Münster und München unterstützt worden waren. Allerdings berechnete Schweitzer die Beiträge, welche die Kassen der ein-

zelnen Arbeiterschaften und die freiwilligen Sammlungen auswärtiger Parteigenossen, ungerechnet der örtlichen Sammlungen, für jene 11 Streiks aufgebracht hatten, auf etwa 22 500 Thaler, aber auch das wollte nicht allzu viel sagen, und dabei waren die Gewerkschaften der Lassalleaner unzweifelhaft die stärkeren. Wie das Präsidium des Arbeiterschaftsverbandes, so hatte auch der Volksstaat schon gegen das „unsinnige Streikmachen" protestirt, und York warnte in Stuttgart davor, die „unbedingte Aufgabe" der Gewerkschaften in den Streiks zu sehen, bei denen die „meiste Kraft erfolglos vergeudet" werde. Dann aber unterschied man noch nicht genügend zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften, die selbst ein so vorgeschrittener Proletarier wie York unterschiedslos durcheinander warf. In der Partei wurde nur vereinzelter Widerspruch gegen den Beschluß des Stuttgarter Kongresses in der Gewerkschaftsfrage laut; bezeichnender Weise erhoben ihn zwei ehemalige Lassalleaner, Hugo Hillmann und der Sattler Kräcker in Breslau. Sie führten im Volksstaat aus, daß der Beschluß die bedenklichsten Mißdeutungen zulasse und das historische Wesen der Gewerkschaften verkenne, wozu die Redaktion die nicht sowohl abwehrende als ausweichende Bemerkung machte, die von den Gewerkschaften zu gründenden Produktivgeschäfte sollten nur experimentalen Werth haben, wie die englischen Kooperativgesellschaften.

In den Fragen der Taktik beschloß der Stuttgarter Kongreß auf einen Bericht Liebknechts, sich an den im Herbste bevorstehenden Reichstags- und Zollparlamentswahlen „lediglich aus agitatorischen Gründen" zu betheiligen. Die gewählten Vertreter der Partei sollten sich im Ganzen und Großen negirend verhalten und jede Gelegenheit benutzen, um die Verhandlungen beider Körperschaften als Komödienspiel zu entlarven, immerhin aber auch „soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klassen wirken", womit sich wieder eine starke Annäherung an den Standpunkt der Lassalleaner vollzog. Etwa zu gleicher Zeit präzisirte Schweitzer im Agitator die Aufgaben der sozialdemokratischen Abgeordneten dahin, daß für sie Reichstag und Zollparlament „im Wesentlichen nichts weiter als Agitationsmittel" seien. Sie hätten bei guter Gelegenheit die sozialistischen Prinzipien zu verkündigen, das reaktionäre, nur scheinparlamentarische Treiben öffentlich zu entlarven und bei wichtigen Abstimmungen (z. B. gegen alle Steuern) mitzuwirken. Thatsächlich gestaltete sich der Unterschied im Frühjahre 1870 so, daß Bebel und Liebknecht sich sehr wenig an den parlamentarischen Verhandlungen betheiligten und, wenn sie es thaten, den bürgerlichen Parteien in scharf provozirender Weise den Fehdehandschuh vor die Füße warfen, während Schweitzer regelmäßiger an den Sitzungen theilnahm und in sachlicherer, wenn auch keineswegs weniger einschneidender Kritik der einzelnen Vorlagen die sozialdemokratische Auffassung vertrat.

Verfolgte Schweitzer hierin eine Taktik, die von der historischen Erfahrung der nächsten Jahrzehnte als die richtige bestätigt werden sollte, so gab er sich in einer anderen taktischen Frage eine Blöße, die klar vor aller Welt enthüllte, daß er mit seinem Diktatorspielen nun wirklich auf den beschränkten Sektenhäuptling

herabkam. Der Stuttgarter Kongreß hatte beschlossen, bei den Wahlen mit keiner anderen Partei Allianzen oder Kompromisse einzugehen, aber da, wo die Partei keine eigenen Kandidaten aufstelle, solchen Kandidaten, die wenigstens in politischer Hinsicht wesentlich ihren Standpunkt einnähmen, namentlich aber von anderen Arbeiterparteien aufgestellten wirklichen Arbeiterkandidaten ihre Stimmen zu geben. Dagegen beschloß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Schweitzers Vorsitz einen Monat später in Hannover, überall da, wo sich Parteimitglieder befänden, eigene Kandidaten aufzustellen und bei engeren Wahlen für den fortgeschrittensten liberalen Kandidaten, niemals aber für einen Reaktionär oder einen Eisenacher zu stimmen; für Stichwahlen zwischen Reaktionären und Eisenachern wurde Stimmenthaltung, für Stichwahlen zwischen Eisenachern und Liberalen Abstimmung für den Liberalen angeordnet. So daß bei einer Stichwahl zwischen Bebel und Lasker die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Lasker zu stimmen hatten. Begründet wurde dieser ausschweifende Beschluß mit der angeblichen Heuchelei der Eisenacher, welche die Arbeitersache viel mehr schädige, als ihr durch die Erringung der politischen Forderungen des Eisenacher Programms genützt werden könne. Aber treffend antwortete der Braunschweiger Ausschuß der Eisenacher auf die traurige Sophisterei, das heiße Arbeiter gegen Arbeiter, Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten hetzen, und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei werde daran festhalten, jedem Arbeiterkandidaten vor jedem bürgerlichen Kandidaten den Vorzug zu geben.

Auf den Wegen, auf die sich Schweitzers Diktatur mehr und mehr verirrte, mußte sie elend untergehen. Es war noch ein Glück für sie, daß sie vor ihrer völligen Abwirthschaftung in einem gewaltigen Gewitter zusammenbrach, und dies Gewitter schwemmte mit ihr zugleich den tiefsten Grund des Haders fort, der das klassenbewußte Proletariat in Deutschland spaltete.

Zehntes Kapitel.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie.

Seit dem Jahre 1866 hatte der Zank zwischen Bismarck und Bonaparte ununterbrochen fortgedauert. Immer aber so, daß die stärkeren Trümpfe in Bismarcks Hand waren. Hinter ihm stand eine ökonomische Nothwendigkeit, die nationale Konsolidirung eines großen Wirthschaftsgebiets, das auf eigenen Füßen zu stehen fähig war, während Bonaparte durch die wachsenden Verlegenheiten eines verkommenden Despotismus vorangetrieben wurde, und etwa noch durch die profitgierige Scheelsucht der französischen Bourgeoisie, die nach „Rache für Sadowa" schrie. Der Bonapartismus war jenseits des Rheins längst in absteigender, diesseits des Rheins aber noch in aufsteigender Bewegung; Bismarck konnte noch

einigermaßen aus dem Vollen wirthschaften, während Bonaparte es mit den kläglichen Künsten eines halb kindisch gewordenen Glücksritters versuchen mußte. Daraufhin mochte es aber Niemand wagen, weder Dänemark, Italien und Oesterreich, die Bonaparte zu einem Angriffsbündniß gegen den norddeutschen Bund gewinnen wollte, noch auch Bismarck, dem Bonaparte zwischenein allerlei Schachergeschäfte mit Land und Leuten vorschlug.

Deshalb war Bismarcks Politik natürlich noch keine ehrliche, reinliche, volksthümliche oder gar revolutionäre Politik. Wenn er den freiwillig angebotenen Eintritt Badens in den norddeutschen Bund abschlug, weil dadurch der Kriegsfall mit Frankreich gegeben sei, so war der eigentliche Grund seines Widerstrebens nicht der Kriegsfall als solcher, sondern der allzu ehrliche und volksthümliche Kriegsfall. Hätte Bonaparte den Krieg vom Zaune gebrochen, um sich in rein deutsche Angelegenheiten zu mischen, so konnten die nationalen Leidenschaften in Deutschland bis zu einem Grade entflammen, den Bismarck mit gutem Fug scheute. Er wollte den Krieg mit Frankreich, aber er wollte ihn als einen dynastischen und kontrerevolutionären Krieg, und so zimmerte er die Falle, die er dem alten Freunde an der Seine stellte, aus den Trümmern einer längst überlebten Kabinetspolitik. Er betrieb heimlich die Kandidatur eines Prinzen aus einer hohenzollernschen Nebenlinie für den spanischen Thron, der im Jahre 1868 durch eine Revolution erledigt worden war. Hätte Bonaparte ihn ruhig gewähren lassen, so wären die Konsequenzen dieser diplomatischen Intrigue für die deutschen Interessen verhängnißvoller geworden, als für die französischen. Aber Bonaparte tappte täppisch in die plumpe Falle und erklärte den Krieg wegen der angeblichen Beleidigung, welche die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern der französischen Ehre zufüge. Als der geschicktere der beiden Schwarzkünstler verstand es dann Bismarck, der bonapartistischen Kriegserklärung vollends das Gepräge eines ruchlosen Ueberfalles aufzudrücken: durch die Fälschung der Emser Depesche, durch die staunenswerth eiserne Stirn, womit er seine Betheiligung an der hohenzollernschen Kandidatur in einer Reihe offizieller Erklärungen abstritt und ähnliche Dinge mehr.

Die Bourgeoisie taumelte hüben und drüben ihren Bonapartes nach, während das klassenbewußte Proletariat diesseits wie jenseits des Rheins sich über den eigentlichen Charakter des Krieges klar war. Die französischen Mitglieder der Internationalen erließen im Reveil vom 12. Juli einen Aufruf an die Arbeiter aller Nationen, worin es hieß: „Krieg wegen einer Frage des Uebergewichts oder wegen einer Dynastie kann in den Augen aller Arbeiter nichts sein als eine verbrecherische Thorheit“, und zahlreiche ähnliche Adressen französischer Arbeiter verurtheilten den „ausschließlich dynastischen“ Krieg. Diese Kundgebungen fanden einen lebhaften Wiederhall im deutschen Proletariat; Massenversammlungen in Chemnitz, Leipzig, Fürth, Nürnberg, München schlossen sich ihnen unbedingt an. Dagegen machten andere Massenversammlungen, so namentlich in Braunschweig, wo Bracke, und in Berlin, wo Schweitzer sprach, bei aller grundsätzlichen Zustimmung doch den thatsächlichen Vorbehalt, daß der Friedensstörer für diesesmal Bonaparte

sei und daß Deutschland den Vertheidigungskrieg als ein unvermeidliches Uebel hinnehmen müsse, es sei denn, daß Bonaparte rechtzeitig durch die französische Nation beseitigt würde. Beide Versammlungen fanden am 16. Juli statt, und um 23. Juli sagte auch der Generalrath der Internationalen in einer Adresse über den Krieg, bei aller scharfen Verurtheilung sowohl der bonapartistischen wie hohenzollernschen Politik, daß der Krieg auf deutscher Seite ein Vertheidigungskrieg sei, dem die deutschen Arbeiter nur nicht erlauben dürften, seinen streng defensiven Charakter abzustreifen, während Johann Philipp Becker im Vorboten mit kernigem Verstande den kläglichen Chauvinismus geißelte, der auch in der bürgerlichen Demokratie Frankreichs sein Unwesen trieb.

Kein Zweifel, daß wie in den deutschen Volksmassen überhaupt, so auch in der Masse des deutschen Proletariats das Verlangen vorwog, mit gewaffneter Hand den bonapartistischen Angriff zurückzuweisen. Und es wäre schwerlich viel anders gewesen, wenn Bismarcks diplomatische Machenschaften damals schon so bekannt gewesen wären, wie sie es heute sind. Mochte Bismarck was immer gesündigt haben und der norddeutsche Bund wie wenig immer mit einem nationalen Idealstaate gemein haben, so galt es, dem Auslande endlich einmal zu zeigen, daß Deutschland entschlossen und fähig sei, seinen eigenen Willen zu haben. Durch alle diplomatischen Lügen hindurch sah das Volk nur die eine Thatsache, daß der Krieg geführt werden müsse, um die nationale Existenz sicher zu stellen. Die süddeutschen Dynastien und Volksvertretungen wurden von dem unwiderstehlichen Strome fortgerissen, und in kampffreudiger Begeisterung strömten Reserven und Landwehren zu den Fahnen. Soweit der Krieg der Abwehr eines bonapartistischen Angriffs galt, war er im höchsten Grade populär, und die offiziellen Gewalten des norddeutschen Bundes beeiferten sich, ihn für rein defensiv, für einen Krieg gegen die französische Regierung, aber nicht gegen das französische Volk zu erklären.

Der norddeutsche Reichstag, der am 19. Juli zu einer außerordentlichen Session zusammentrat, bewilligte einstimmig die geforderte Kriegsanleihe. Jedoch enthielten sich Liebknecht und Bebel der Abstimmung, weil sie weder der preußischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet habe, ein Vertrauensvotum geben, noch auch die frevelhafte und verbrecherische Politik Bonapartes billigen könnten. Es war eine demonstrative Kundgebung, die als solche durchaus logisch war, denn an und für sich waren Bismarcks Ränke genau ebenso verwerflich, wie Bonapartes Ränke. Aber praktische Politik wäre diese moralische Demonstration erst dann gewesen, wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, den Bismarcks und den Bonapartes das Handwerk zu legen. So lange diese Möglichkeit fehlte, kam es darauf an, wessen Sache die schlechtere sei und wessen Sieg der verhängnißvollere sein würde. Diese Entscheidung konnte aber nicht zweifelhaft sein. Mit Recht sagte der Sozialdemokrat: „Sieg Napoleons bedeutet Niederlage der sozialistischen Arbeiter in Frankreich, bedeutet die Allmacht der bonapartistischen Soldateska in Europa,

bedeutet vollständige Zerstückelung Deutschlands." Deshalb stimmten die parlamentarischen Vertreter der Lassalleaner für die Bewilligung der Kriegsanleihe, und zwar nicht nur Schweitzer und Hasenclever, sondern auch Fritzsche, der sich den Eisenachern angeschlossen hatte, während die ehemaligen Lassalleaner des Braunschweiger Ausschusses mit Liebknechts und Bebels Stimmenthaltung im höchsten Grade unzufrieden waren.

Ebenso unzufrieden waren sie mit der Haltung des Volksstaats, der in diesen Tagen allerdings bewies, daß mit moralischen Wallungen allein keine konsequente Politik getrieben werden kann. In seiner Nummer vom 17. Juli erklärte das Blatt, der „großmächtige Nordbund" streiche vor der bonapartistischen Herausforderung die Segel; wer nicht in der Welt nationalliberaler Dichtung lebe, habe dies Resultat voraussehen müssen; „hätte Preußen die französische Herausforderung angenommen, es wäre Wahnsinn gewesen." In seiner nächsten Nummer vom 20. Juli mußte der Volksstaat diese irrthümliche Auffassung preisgeben und sagte nun vollkommen zutreffend: „Bonaparte will durch Demüthigung Preußens seinen schwankenden Thron befestigen, der sozialrepublikanischen Bewegung in Frankreich ein ‚inneres Sadowa' bereiten. Der Dezemberthron ist der Eckstein des reaktionären Europas. Fällt Bonaparte, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie besiegt. Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes. Unser Interesse steht in Harmonie mit dem Interesse des französischen Volkes." Aber in der darauffolgenden Nummer vom 23. Juli hieß es wieder: „Mag sich deutscher und französischer Zäsarismus in Begleitung des Geldprotzenthums allein schlagen, wir Proletarier haben mit dem Kriege nichts gemein." Aus dieser Haltung des Parteiorgans ergab sich ein schwerer Konflikt mit dem Braunschweiger Ausschusse, der in einem Manifeste vom 24. Juli bei vollkommener Aufrechterhaltung des demokratischen und sozialistischen Prinzips dennoch die Auffassung vertrat, daß der Krieg, weil und so lange er ein Vertheidigungskrieg sei, von den deutschen Arbeitern unterstützt werden müsse.

In den nächsten Wochen kam es zu einer sehr scharfen Spannung dieser Gegensätze. Bracke sprach mit bitteren Worten von der „Monarchie Liebknecht" und den „Strohpuppen", welche die Mitglieder des Ausschusses darstellen sollten, während Liebknecht meinte, unmöglich könnten fünf Personen in Braunschweig ihre individuelle Auffassung als Norm für die Partei aufstellen; das würde ebenso lächerlich sein, wie jenes über Galilei zu Gericht sitzende Kardinalskollegium. Nun waren aber die „fünf Personen in Braunschweig" die vom Parteikongresse bestellte Leitung der Partei, und ihre Auffassung hatte unstreitig den weitaus größeren Theil des klassenbewußten Proletariats hinter sich, war also weit weniger „individuell", als die Auffassung Liebknechts. Nochmals drohte ein Konflikt in der nationalen Frage die deutsche Arbeiterklasse zu zerreißen, aber es war endlich der letzte seiner Art.

I. Sedan, Lötzen, Versailles.

Er fand seine Lösung in der verrätherischen Politik der herrschenden Klassen. Der rasche Siegeslauf der deutschen Heere hatte in kurzer Frist den Thron Bonapartes zertrümmert; am Tage von Sedan war jenseits des Rheins die bürgerliche Republik gesichert, diesseits des Rheins aber die deutsche Einheit, soweit sie für absehbare Zeit zu erreichen war. Deutschland konnte jetzt einen Frieden diktiren, der seine Ehre und seine Interessen vollauf gewahrt, zugleich aber den beiden vornehmsten Kulturvölkern des Kontinents ein freundliches Zusammenleben ermöglicht und damit eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Entwicklung der europäischen Zivilisation gesichert hätte.

Jedoch eben dies paßte durchaus nicht in den reaktionären Kram der deutschen Fürsten und Junker. Wie war von ihnen eine großmüthige und weitsichtige Politik zu erwarten in dem Augenblicke, wo sie der französischen Nation eine unheilbare Wunde schlagen konnten, dieser Nation, die der feudal-romantischen Herrlichkeit so viel gebranntes Herzeleid angethan hatte! Allerdings hatte der König von Preußen wiederholt in feierlichster Weise erklärt, er führe den Krieg nicht gegen die französische Nation, sondern gegen den französischen Kaiser, der jetzt unschädlich gemacht war, aber die deutsche Bourgeoisie übernahm gern die schäbige Rolle der Ratte, die mit geschäftigem Zahne das Pentagramma auf der Schwelle des Eroberungskrieges zernagte. „Diese Mittelklasse, die in ihren Kämpfen für die bürgerliche Freiheit von 1846 bis 1870 ein nie dagewesenes Schauspiel von Unschlüssigkeit, Unfähigkeit und Feigheit gegeben hat, war natürlich höchlichst entzückt, die europäische Bühne als brüllender Löwe des deutschen Patriotismus zu beschreiten." Bereits am 30. August traten fortschrittliche und nationalliberale „Notabilitäten" in Berlin zusammen, um in einer Adresse an den preußischen König und in einem Aufrufe an das deutsche Volk die Annexion von Elsaß-Lothringen und damit den Eroberungskrieg vorzubereiten. Neben einem „einigen Reiche" forderten sie „geschützte Grenzen", die Welt müsse erfahren, daß „Herrscher und Volk" entschlossen seien, nachzuholen, was 1815 versäumt worden sei; diese Schuld der Diplomatie habe Europa ein halbes Jahrhundert im bewaffneten Frieden gebüßt, und sie dürfe sich nicht wiederholen. Die bürgerlichen Abrüstungshelden erklärten mit biedermännischer Zuversicht, Europa könne entwaffnen, wenn Deutschland in einem Eroberungskriege Elsaß-Lothringen an sich gerissen habe. Sie verließen sich aber keineswegs allein auf die überzeugende Kraft dieser tiefsinnigen Beweisführung, sondern verhängten in der bürgerlichen Presse einen schamlosen Terrorismus über Alle, die sich dem Eroberungskriege widersetzten. Allerlei schwindsüchtige Tintenkulis schrieen über „Vaterlandsverrath", sie riefen das „Volk" auf, solche Bösewichte „entschlossen von seinem Leben, von seinen Versammlungen in Stadt und Staat auszuschließen", und fügten zu besserer Deutlichkeit in jenen Tagen der Pariser Deutschenaustreibung hinzu: „Wären wir Franzosen, wie schnell würde ihnen das Handwerk gelegt werden." Heute

erscheinen diese Ausbrüche eines blödsinnigen Fanatismus ungleich mehr grotesk als fürchterlich, aber in der Gluthitze eines großen Krieges waren sie nicht ganz so harmlos, und die Regierung zögerte nicht, sie durch eine Reihe rechtloser Gewaltthaten zu krönen.

Gegenüber dem nunmehrigen Eroberungskriege waren der Braunschweiger Ausschuß und der Volksstaat sofort einig, und auch die Lassalleaner schwenkten in die Front gegen den Aberwitz des Afterpatriotismus. Während sich aber der Sozialdemokrat darauf beschränkte, die Politik der herrschenden Klassen scharf zu kritisiren, rief der Braunschweiger Ausschuß in einem Manifeste vom 5. September die deutschen Arbeiter auf, in Massenversammlungen großartige Kundgebungen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik zu veranstalten. Dem Aufrufe waren einige briefliche Aeußerungen von Marx einverleibt, dessen Rath die Braunschweiger in ihrem Konflikt mit Liebknecht eingeholt hatten. Darin sagte Marx haarscharf alles Unheil voraus, das die Annexion thatsächlich gehabt hat: die tödtliche Verfeindung Deutschlands und Frankreichs, die europäische Hegemonie Rußlands; er nannte sie das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in einen bloßen Waffenstillstand zu verwandeln. Und nicht minder hat sich seine andere Prophezeiung bewährt: dieser Krieg, in welchem Deutschland bewiesen habe, daß es selbst mit Ausschluß von Deutsch-Oesterreich fähig sei, unabhängig vom Ausland seine eigenen Wege zu gehen, werde den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen. Noch ausführlicher geißelte eine zweite Adresse, die der Generalrath der Internationalen am 9. September über den Krieg erließ, den historischen Widersinn der Annexionspolitik; der Volksstaat schrieb von nun an in jeder Nummer: Ein billiger Friede mit der französischen Republik! Keine Annexionen! Bestrafung Bonapartes und seiner Mitschuldigen!

Nationalliberale Heldenseelen denunzirten das Braunschweiger Manifest dem General Vogel v. Falckenstein, der in Hannover als Generalgouverneur der Küstenlande schaltete und bereits einige harmlose Dänen und Welfen wider Gesetz und Recht ins Gefängniß gesteckt hatte. Auf Befehl Falckensteins wurden die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses, Bracke, Bonhorst, Spier, der Schneider Kühn und der Zimmermann Gralle verhaftet und in Ketten nach der Veste Boyen bei Lötzen an der russischen Grenze geschleppt. Dasselbe Schicksal theilten noch an demselben Tage der Gelbgießer Ehlers, ein früheres Mitglied des Ausschusses, und der Buchdruckereibesitzer Sievers, ein halb gelähmter Greis von sechzig Jahren und dazu ein politischer Gegner der Sozialdemokratie, dessen Verbrechen darin bestand, daß sein Geschäftsführer ohne sein Vorwissen den Druck des Manifestes aus Geschäftsrücksichten übernommen hatte. An dem dreitägigen Transport der Gefangenen durch die Gaue des hoffnungsvoll der Gottesfurcht und frommen Sitte entgegendämmernden Vaterlands hatte der patriotische Janhagel seinen heillosen Spaß. Bald wurden Bracke und seine Genossen als Leichenräuber und

Marodeure geneckt, bald als die frisch gefangene französische Regierung angestaunt, bald mit sittlicher Entrüstung empfangen, weil sie sich Essen und Trinken, so viel sie dessen habhaft werden konnten, gut schmecken ließen. Sie ertrugen die holde Kritik der patriotischen Empörung mit einem Galgenhumor, der sie auch dann nicht verließ, als der Etappenkommandant des Potsdamer Bahnhofs in Berlin, ergriffen vom heiligen Grimme des Krieges, in ihnen „Lümmel, Lumpen und Ruppsäcke" begrüßte, die „in Lötzen etwas hinten drauf kriegen" würden. In Lötzen selbst wurden sie anfangs sehr hart, dann etwas besser behandelt.

Eine Reihe anderer Verhaftungen, darunter auch Yorks in Harburg, vervollständigte die patriotische Haupt- und Staatsaktion, doch blieben diese Verhafteten in den Gefängnissen ihrer Heimathsorte. Dagegen wurde Geib gleichfalls in Ketten nach Lötzen geschleppt, als die Kontrollkommission in Hamburg auf Liebknechts und Bebels Aufforderung einen neuen Ausschuß niedergesetzt hatte, und zwar in Dresden, das Falckensteins Befehlen nicht unterstand. Die Versammlungen, in denen gegen die Annexion protestirt werden sollte, hinderte Falckenstein, und ebenso verbot er den Volksstaat im Bereiche der Küstenlande. All diese rechtlose Willkür begleitete der liberale Philister mit heimlichem Schmunzeln oder mit lautem Jubel. Erst als auch Johann Jacoby verhaftet und nach Lötzen transportirt wurde, weil er am 14. September in einer Königsberger Versammlung gegen die Annexion protestirt hatte, wurde in fortschrittlichen Kreisen einiger Widerspruch laut.

Irgend eine rechtliche Finte, womit sich Falckensteins Wüthen hätte beschönigen lassen, gab es nicht. Allerdings war der Kriegszustand in den Küstenlanden proklamirt worden, aber nicht zugleich die Aufhebung des gesetzlich verbürgten Maßes von Preß- und Versammlungsfreiheit oder der verfassungsmäßigen Vorschrift, wonach Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden durfte. In seiner Antwort auf einen Protest der städtischen Behörden von Königsberg verkroch sich Bismarck hinter die Ausrede: die Bewegung gegen die Annexion bestärke die Franzosen in ihrem Widerstande, und die militärische Gewalt dürfe deshalb die Urheber der Proteste unschädlich machen, kraft ihres Rechtes, Alles zu beseitigen, was die Erreichung des Kriegszwecks zu hindern geeignet sei. Eine Behauptung, die, von ihrer staatsrechtlichen Unhaltbarkeit abgesehen, schon an der Schwäche litt, zwei Lügen in einem Athemzuge zu enthalten. Erstens nämlich bestärkten die deutschen Proteste gegen die Annexion keineswegs den Widerstand der neuen französischen Regierung, deren Organe vielmehr ganz richtig ausführten, Bismarck werde sich dadurch in seinem Eroberungskriege nicht beirren lassen, und zweitens war, als die Proteste erfolgten, die Annexion noch keineswegs als Kriegszweck anerkannt. Die Arbeiter, die dagegen protestirten, geleitet von hohen Gesichtspunkten humaner Kultur, hatten genau dasselbe verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung, wie die Mastbürger, die dafür demonstrirten, geleitet von der Profitgier nach einem neuen Absatzmarkte. Die paar schüchternen Proteste, die aus dem Schoße der Bourgeoisie gegen die Annexion

laut wurden, gingen beiläufig von Baumwollindustriellen aus und wurden mit der Angst vor der Konkurrenz der elsässischen Baumwollindustrie begründet.

Einzelne Umstände deuten darauf hin, daß Bismarck, nicht aus Gründen des Rechts, sondern aus Gründen der Politik, die Paschawirthschaft des Generals Falckenstein unter den obwaltenden Umständen nicht besonders gern gesehen hat. Aber einen preußischen General wegen gesetzwidriger Handlungen zu verleugnen, ging, wenn nicht über seinen Willen, so doch über seine Macht; der Moloch des Militarismus ließ sich auch von ihm nicht am Barte zupfen. Er benutzte dann die preußischen Landtagswahlen, die im November stattfanden, um durch königlichen Befehl vom 24. Oktober die „preußischen Unterthanen“ unter den Lötzener Gefangenen, „soweit nicht inzwischen die gerichtliche Haft gegen sie beschlossen sei und vorbehaltlich des etwa gegen sie einzuleitenden gerichtlichen Verfahrens“, in Freiheit zu setzen. Unter den Braunschweiger Ausschußmitgliedern war Bonhorst als annektirter Nassauer der einzige Preuße; die anderen mußten bis zum 14. November ausharren, worauf sie, da das Braunschweiger Kreisgericht inzwischen ihre gerichtliche Untersuchungshaft „wegen Verdachts des Hochverraths“ angeordnet hatte, mit Stricken gefesselt in das Braunschweiger Gefängniß abgeliefert wurden. In den ersten Tagen des Dezembers ermannte sich dann auch der Hamburger Senat soweit, um Geib zu reklamiren, und in Lötzen blieb nur noch Sievers. Da bei ihm selbst jeder Schein einer Schuld fehlte, so mußte er nach der bezaubernden Logik preußischer Gerechtigkeit besonders schwer büßen; er wurde erst zu Weihnachten entlassen, nachdem seine bürgerliche Existenz durch die von Falckenstein verfügte Schließung seiner Druckerei zerstört worden war. Wenigstens aber ist diese Schandthat nicht ganz ungesühnt geblieben; nach jahrelangem Prozessiren erstritt Sievers ein Urtheil des Braunschweiger Kassationshofs, das den Falckenstein zur Leistung einer Entschädigung verurtheilte.

Derweil hatten die deutschen Fürsten die deutsche Einheit zurecht gezimmert, so schlecht sie irgend konnten. Wäre es auf ihre Herzenswünsche angekommen, so wäre die deutsche Einheit auch nicht um einen Schritt gefördert worden; der preußische König war, wie er an seine Gemahlin schrieb, in einer „morosen Emotion“, weil er in diesen Pott steigen sollte, und der bairische, damals schon halb oder ganz wahnsinnige König knirschte in den Zügel, der einem Wittelsbacher von einem Hohenzoller angelegt werden sollte. Fast allein der preußische Kronprinz, ein liebenswürdiger, zwar nicht geistig bedeutender, aber mit moderner Bildung so weit vertrauter Mann, daß er mit aufrichtigem Grauen auf die Greuel der Schlachtfelder blickte, schwärmte für die deutsche Einheit, freilich auch er mehr aus dynastischem Ehrgeiz, als aus nationaler Gesinnung. Es war wieder, wie einst bei der Gründung des Zollvereins, eine eherne ökonomische Nothwendigkeit, die das neue deutsche Gemeinwesen schuf. Sie beugte die „großen Helden“ unter ihre starke Faust, und vor ihrem nüchternen Muß zerstob aller souveräne Trutz. Delbrück, ein trockener preußischer Bureaukrat, aber einer von

jener Sorte, welche die Nothwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung begriffen hatte, leitete die Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen, deren Ergebnisse dann im Versailler Hauptquartier niet- und nagelfest gemacht wurden. Soweit sich darin ein historischer Fortschritt vollzog, war er den namenlosen Todten der Schlachtfelder geschuldet, deren stromweise vergossenes Blut der feste Kitt des neuen Baues wurde, den die Fürsten und Minister nicht dürftig, kläglich und zerbrechlich genug herstellen konnten.

Die Verfassung des norddeutschen Bundes, die an gesicherten Volksrechten nicht einmal so viel enthielt, wie die preußische Verfassung, und die von dem getreuen Patrioten Miquel dahin gekennzeichnet worden war, daß sie höchstens als „zeitweilige Aufhelfung eines kurzlebigen Militärstaats Norddeutschland" passiren könne, wurde die Grundlage der deutschen Verfassung, nur noch mit wesentlichen Verschlechterungen. Die süddeutschen Dynastien, auf welche die Deutsche Volkspartei ihre Freiheitshoffnungen gesetzt hatte, bestätigten jetzt Schweitzers Wort, daß sie sich lieber noch einem von Ihresgleichen unterwerfen, als den nationalen Interessen die geringsten Zugeständnisse machen würden. Ja mehr noch: sie bekräftigten selbst Bismarcks Hohn, daß die preußische Politik für die süddeutschen Staaten zu liberal sei. Namentlich der bairische Partikularismus hatte jetzt einmal eine große Gelegenheit, dem „protzigen, übermüthigen Preußenthum" einen schweren Schlag zu versetzen, die Interessen der bürgerlichen Klassen, vom Proletariat ganz zu geschweigen, gegenüber dem ostelbischen Junkerthum kräftig zu fördern. Von der Macht, die er damals durch die Gunst der Umstände besaß, giebt es einen zutreffenden Begriff, daß er von den neunundsiebzig Paragraphen der norddeutschen Bundesverfassung sechsundzwanzig durchlöcherte, einige davon allerdings nur formell, und andere fünfundzwanzig für sich ganz oder theilweise aufhob. Aber auch nicht eine seiner Forderungen ging darauf hinaus, die Volksrechte auch nur um Strohhalmsbreite zu erweitern. Vielmehr beeiferte er sich, die deutsche Einheit, die vom preußischen Partikularismus schon genügend vermurkst worden war, noch weiter zu vermurksen. Ein besonderer Dorn im Auge war ihm die vorgeschrittene Gesetzgebung des norddeutschen Bundes über Niederlassung und Verehelichung; daß der bairische Staatsbürger, der in Preußen oder Sachsen ohne Genehmigung seines Königs eine Ehe schloß, auch fernerhin den Genuß haben sollte, seine ehelichen Kinder innerhalb der blauweißen Grenzpfähle von Rechtswegen als Bastarde behandelt zu sehen, das war eins jener erhabenen Ziele, für die der bairische Partikularismus seinen kostbaren Schweiß in Strömen vergoß. Für die Volksmassen fielen bei den Versailler Verhandlungen nur die feudal-romantischen Titel Kaiser und Reich ab, wobei es auch noch zu mancherlei tragikomischen Zwischenfällen kam. Der preußische König erklärte, sich „nicht ein Haar breit" daraus zu machen, und der bairische König mußte, mit der Pistole auf der Brust, gezwungen werden, jenes „hochherzige", von Bismarck verfaßte Schreiben zu unterzeichnen, durch das dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde.

Von vornherein hatten die deutschen Dynastien entscheidenden Werth darauf gelegt, daß die Stimme des Volkes bei der Gestaltung seiner künftigen Geschicke nicht gehört werde. Wohl aber waren sie gezwungen, die Genehmigung ihrer Versailler Abmachungen einerseits vom norddeutschen Reichstage, andererseits von den süddeutschen Volksvertretungen einzuholen. Es geschah mit der anmuthigen Drohung: Annehmen oder Ablehnen; wird auch nur ein Titelchen daran geändert, so ist es mit der deutschen Einheit wieder einmal Essig. Von den süddeutschen Kammern verstand es sich von vornherein, daß sie sich trotz allen Sperrens und Zerrens fügen mußten, aber auch der norddeutsche Reichstag, dessen Zuständigkeit in seiner Julisession bis zum Schlusse des Jahres verlängert worden war, wagte keinen wirksamen Widerspruch. Er wurde am 24. November mit einer Thronrede eröffnet, die in schneidendem Widerspruche mit der Thronrede vom Juli erklärte, daß Bonaparte den Krieg „mit Zustimmung der ganzen französischen Nation" unternommen habe. Sie verkündete jetzt die Annexion von Elsaß-Lothringen als den Zweck des Krieges, für dessen Fortführung sie eine neue Anleihe verlangte. Liebknecht und Bebel brachten dazu den Verbesserungsantrag ein, daß der Reichstag die Anleihe verweigern und den Bundeskanzler auffordern solle, unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebiets mit der französischen Republik schleunigst Frieden zu schließen, doch stimmten außer ihnen für diesen Antrag nur noch Schweitzer und Hasenclever. Bei der Abstimmung über die Anleihe selbst votirten außerdem noch Fritzsche, Mende, Schraps und der welfische Partikularist Ewald mit Nein; Försterling hatte sein Mandat schon im Frühjahr niedergelegt. Ebenso hielten die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen in der Opposition gegen die Versailler Verträge und gegen die Titelverzierung Kaiser und Reich; nur bei der Abstimmung über den bairischen Vertrag fanden sich die fortschrittlichen und selbst ein paar national-liberale Stimmen dazu.

Bei alledem vollzog sich die Wiedergeburt von Kaiser und Reich keineswegs unter erhebenden Vorzeichen. Delbrück legte die neugebackene Kaiserkrone auf den Tisch des Hauses wie eine unbekannte Waarenprobe, von der er nicht recht im Klaren war, in welche Rubrik des Zolltarifs sie eigentlich gehöre. Der Kronprinz grollte über dies geschäftsmäßige Gebahren, und auch Bismarck gab zu, daß Delbrück für eine bessere Inszenirung hätte sorgen sollen. Es fragt sich nur, ob die „weltgeschichtliche Szene" durch eine komödiantenhafte Aufstutzung viel gewonnen hätte. So wie sie sich abspielte, brachte sie wenigstens die wirkliche Lage der Dinge zum ungeschminkten Ausdruck. Der freikonservative Führer Friedenthal, der in seiner Person den großen Grundbesitzer und den großen Industriellen vereinigte, fragte in dürrem Geschäftston an, ob das deutsche Volk nicht ein Oberhaupt bekommen werde, und Delbrück verlas mit seiner blechernen tonlosen Stimme als Antwort jenes „hochherzige" Schreiben, das Bismarck dem bairischen Könige abgezwungen hatte. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien sagten ihr Ja und Amen zu den Abmachungen der Fürsten, wohl wissend, daß sie kein

Reich der Freiheit, sondern ein Reich der Bourgeoisie schüfen; sie verschacherten abermals ihre politischen Ideale an die materiellen Interessen ihrer Klasse und fielen mit wüthendem Gefauche über Liebknecht und Bebel her, die als Sprecher der sozialdemokratischen Opposition mit tapferer Entschiedenheit die unveräußerlichen Rechte des Volkes vertreten hatten. Es entsprach denn auch der wirklichen Lage der Dinge, daß nach Schluß der Reichstagssession am 17. Dezember Liebknecht und Bebel und mit ihnen Hepner, der in die Redaktion des Volksstaats eingetreten war, wegen Vorbereitung zum Hochverrath verhaftet wurden: zur selben Zeit, wo sich eine dreißigköpfige Deputation der Reichstagsmehrheit nach Versailles begab, mit einer von Lasker in seinem kauderwälschesten Deutsch begründeten Adresse, die den preußischen König himmelhoch anflehte, im Interesse des Vaterlands die deutsche Kaiserkrone anzunehmen.

Im Schloßhofe von Versailles standen die Vertreter der deutschen Nation wie weiland Kaiser Heinrich im Schloßhofe von Canossa. Hohn und Spott regnete auf sie herab. Hofleute und Krautjunker variirten in allen Tonarten das verächtliche Wort des preußischen Königs: „Ei, da verdanke ich ja Herrn Lasker eine rechte Ehre." Jedoch fand die Deputation in Versailles auch ein fühlendes Herz und dies Herz schlug in der Brust Stiebers, den Bismarck in richtiger Schätzung seines eigenen Regierungssystems wieder zum Leiter der politischen Polizei gemacht hatte. Der meineidige Faiseur des Kölner Kommunistenprozesses hatte den guten Instinkt, daß solche Hallunken, wie er einer war, im Reiche der Bourgeoisie noch bessere Aussichten auf gute Verköstigung hätten, als im absolutistisch-feudalen Staate, und er schwänzelte wohldienerisch um die Deputation des Reichstags. Sie war auch nicht undankbar, und in einem feierlichen Schreiben empfing Stieber ihren „verbindlichsten Dank" und ihre „vollkommene Ergebenheit". Er sandte den Brief nach Berlin, damit er den spätesten Stiebern noch als ein Ehrenzeugniß ihres Ahnherrn aufbewahrt werde, und schrieb dazu: „Mir hat die Deputation viel Arbeit gemacht, um ihr einen anständigen Empfang zu bereiten. Die Hof- und Militärpartei war ziemlich kühl, ich vertrat hier die Zivilpartei und das deutsche Volk. Wunderbare Zeiten!" Ja, die „Zeiten" waren „wunderbar", und es begreift sich, daß selbst dieser hartgesottene Sünder über sie erstaunte.

Der deutsche Eroberungskrieg weckte den hartnäckigen und zähen Widerstand der französischen Nation. Die Franktireurs führten den Krieg, als hätten sie das preußische Landsturmgesetz von 1813 studirt, und Bismarck schäumte vor Wuth über diese „Mörder", die alle aufgeknüpft zu werden verdienten, ganz wie einst Napoleon Schills Offiziere als brigands hatte erschießen lassen. Erst nach halbjährigem Ringen, das beiden Völkern unermeßliche Opfer kostete, konnte der französische Widerstand gebrochen werden. Am 26. Februar wurde der Präliminarfriede in Versailles geschlossen, in dem Frankreich sich verpflichtete, Elsaß-Lothringen abzutreten und fünf Milliarden an Deutschland zu zahlen.

Unter dem frischen Eindruck des endlich geschlossenen Friedens, der zugleich ein Sieg der Reaktion war, fanden am 3. März die Wahlen zum deutschen Reichstage statt. Es war der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die mit unerschütterlicher Konsequenz dem Eroberungskriege widerstanden, diejenige Partei, die am schwersten unter dem Drucke des Krieges gelitten hatte, von der ein großer Theil noch unter den Waffen in Frankreich stand, ein verhältnißmäßig viel größerer Theil, als von jeder bürgerlichen Partei. Dennoch fielen 101 927, gegen 3 Prozent aller abgegebenen Stimmen, auf sozialdemokratische Kandidaten, und zwar 62 952 auf Lassalleaner, 38 975 auf Eisenacher. Die Lassalleaner hatten ihren Hauptrekrutirungsbezirk (46 313) im Königreiche Preußen, und hier wieder im Rheinlande (14 821), in Schleswig-Holstein (11 182) und in Hannover (6805), die Eisenacher im Königreiche Sachsen (31 043). Die Lassalleaner zählten in Sachsen nur 2246, die Eisenacher in Preußen nur 2544 Stimmen. Ueberwiegend vertreten waren die Eisenacher in Baiern mit 2519 und in Braunschweig mit 2486, die Lassalleaner in Hessen mit 3973, in Lübeck mit 543, in Bremen mit 1506, in Hamburg mit 5071 Stimmen. Alle diese Ziffern haben aber nur einen relativen Werth, in Anbetracht der außerordentlichen Umstände, unter denen die Wahlen von 1871 stattfanden. In Berlin, wo noch kurz vor dem Kriege 4000 Lassalleaner, in geschlossener Reihe unter Führung Schweitzers, an dem Begräbniß Waldecks theilgenommen hatten, fielen in allen sechs Wahlkreisen auf den Zimmergesellen Grau nur 2058 Stimmen. In Württemberg wieder, wo die Eisenacher entschieden viel stärker waren als die Lassalleaner, kamen die 491 sozialdemokratischen Stimmen, die überhaupt abgegeben wurden, aufs Konto der Lassalleaner, die in Stuttgart einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. In Süddeutschland überhaupt wirkten die Neuheit der Wahl und die überaus miserable Aufstellung der Wählerlisten hindernd auf die Wahlbetheiligung der Arbeiter. Je größer aber die Schwierigkeiten waren, mit denen die sozialdemokratische Wahlagitation zu kämpfen hatte, um so bemerkenswerther war der doch sehr beträchtliche Fortschritt der Stimmenzahl, den sie seit 1867 verzeichnen konnte. Nur fielen die meisten sozialdemokratischen Mandate aus. Von den Lassalleanern kamen nicht mehr als drei in die Stichwahl, in der alle unterlagen; der Schneider Bräuer in Altona, Hasselmann in dem hannöverschen Wahlkreise Goslar, und Schweitzer in Elberfeld-Barmen, wo er mit 8477 Stimmen unterlag gegen eine Koalition aller bürgerlichen Parteien, die 9540 Stimmen aufbrachte. Von den Eisenachern ging nur Bebel in Glauchau-Meerane schlank durch gegen Schulze-Delitzsch, den die Bourgeoisie als demonstrativen Gegenkandidaten aufgestellt hatte; daneben siegte Schraps in Zwickau-Crimmitschau, und in Mittweida unterlag Spier erst in der Stichwahl einem nationalliberalen Gegenkandidaten.

Am 24. März erklärte Schweitzer, daß er von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurückzutreten beabsichtige. Als Grund gab er an, daß er lange Jahre hindurch Zeit, Arbeitskraft, Seelenruhe und Geld der Partei

geopfert habe; Niemand könne ihm zumuthen, diese Opfer weiter fortzusetzen, er dürfe verlangen, daß Ablösung stattfinde. Inwieweit Schweitzer innerlich die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit seiner Diktatur gewonnen hatte, läßt sich nicht feststellen; äußerlich war ihr schon dadurch ein Ziel gesetzt, daß Schweitzer den Sozialdemokraten nicht mehr halten konnte, der in Folge des Krieges auf 2700 Abonnenten gesunken war. Er konnte das Blatt nicht einmal mehr fortsetzen, bis die von ihm einberufene Generalversammlung in der Mitte des Mais zusammentrat, die letzte Nummer erschien am 26. April. Mußte aber die Partei selbst das Blatt übernehmen, so konnte Schweitzers Diktatur nicht mehr in der bisherigen Weise fortdauern. Möglich, daß auch seine Wahlniederlage bestimmend auf seinen Entschluß eingewirkt hat. Er selbst gab es sogar in dem Sinne zu, daß er nun nicht mehr seinen Wählern gegenüber gebunden sei; thatsächlich schlug aber auch der Verlust der überlegenen Stellung, die er sich durch seine parlamentarische Wirksamkeit zu sichern gewußt hatte, seiner Diktatur eine andere wichtige Stütze fort. Während des Krieges war seine politische Haltung durchaus richtig, aber schwächlicher gewesen, als die Haltung Liebknechts und Bebels; die Einsicht, daß er sich den Eisenachern gegenüber völlig verrannt habe, daß seit Sedan die Verschmelzung der beiden Fraktionen nur eine Frage der Zeit und für seine Diktatur überhaupt kein Platz mehr in der deutschen Arbeiterbewegung sei, mag ihn nach und nach überkommen, mag nicht wenig dazu beigetragen haben, seinen Entschluß zu reifen.

Die zehnte Generalversammlung, die am 18. Mai in Berlin zusammentrat und von 5356 zahlenden Mitgliedern in 74 Orten durch 34 Delegirte beschickt wurde, drückte ihr Bedauern aus, daß Schweitzer „durch persönliche Verhältnisse" behindert sei, die Parteileitung ferner beizubehalten, sprach ihm durch ein einstimmiges Vertrauensvotum ihren Dank für seine „langjährige umsichtige Leitung" aus und empfahl den Mitgliedern, Hasenclever als neuen Präsidenten zu wählen. Bis zum 1. Juli wurde Schweitzer mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Wie schon auf der vorjährigen Generalversammlung wurden die Kassenverhältnisse aufs eingehendste geprüft und durchaus richtig befunden. Das Eigenthumsrecht an den beiden bisherigen Parteiorganen trat Schweitzer an die Partei ab, wogegen die Generalversammlung die Schulden des Sozialdemokraten bis zum Betrage von 1000 Thalern übernahm. Es wurde bestimmt, daß der Agitator bis zum 1. Juli als Parteiorgan dienen, dann aber eingehen und der Sozialdemokrat wieder als alleiniges Parteiorgan dreimal wöchentlich erscheinen solle. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Unterstützungsverbands, die am 25. Mai zusammentrat, waren nur noch 4257 Mitglieder in 27 Orten durch 19 Delegirte vertreten; einen großen Theil an dem schnellen Zusammensinken der gewerkschaftlichen Organisation trug zweifellos der Krieg, aber auch die Durcheinanderwürfelung der einzelnen Arbeitszweige war den Mitgliedern bedenklich geworden; die Generalversammlung beschloß, sie wenigstens so weit zu beseitigen, daß Arbeitern eines und desselben Gewerbes gestattet wurde,

überall, wo sie es für nöthig hielten, eine eigene Mitgliedschaft des Verbandes zu gründen und nach dem Gewerke zu benennen. Die Maurer hatten sich eine solche Sonderstellung von vornherein vorbehalten.

Am 1. Juli übernahm der neugewählte Präsident Hasenclever das Präsidium und an demselben Tage erschien die erste Nummer des Neuen Sozialdemokraten.

II. Bismarcks Erleuchtung.

Am 18. März 1848 war der Prinz von Preußen als der beschränkteste und gehässigste Vertreter des vormärzlichen Absolutismus von der Revolution aus Berlin vertrieben worden. Am 17. März 1871 zog derselbe Mann als deutscher Kaiser in Berlin ein, siegreich heimkehrend aus Versailles, umjubelt von den herrschenden Klassen als der würdige Erbe der Ottonen und der Hohenstaufen. Er durfte sich sagen, daß er am 17. März 1871 kein anderer war, als am 18. März 1848. Und so mag sich selbst seinem engen Geiste die Vorstellung aufgedrängt haben, daß die inneren Kämpfe um die Freiheit, die sich seit mehr als zwei Jahrzehnten auf deutschem Boden abgespielt hatten, eitel Lug und Trug gewesen seien, daß seine Krone von Gottes Gnaden so ewig sei, wie jener himmlischer Herr sein soll, von dessen Tische er sie genommen haben wollte.

Hat er sich diesem Traume hingegeben, so erschien schon am nächsten Tage an der Wand seines Palastes die unsichtbare Hand, die ihr Mene Mene Tekel Upharsin schrieb. Am 18. März 1871 erhob sich das Pariser Proletariat und bewies, daß die europäische Geschichte seit 1848 einen großen Sinn gehabt hatte, wenn auch einen von den Völkern theuer erkauften. Ueberall, wo es in deutschen Landen ein klassenbewußtes Proletariat gab, antwortete ein heller Jubelruf der revolutionären Erhebung der Pariser Arbeiter. Weder die Lassalleaner noch die Eisenacher schwankten auch nur einen Augenblick; Massenversammlungen in Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Elberfeld, wie in Dresden, Leipzig und Chemnitz erklärten der sozialen Revolution in Paris ihre huldigende Sympathie, entboten ihren Kämpfern die brüderlichen Grüße der deutschen Arbeiter. Sozialdemokrat und Volksstaat verspotteten mit gleicher Verachtung die „naive Unverschämtheit" einiger Bourgeoisblätter, die von der deutschen Sozialdemokratie die Verleugnung der Pariser Kommune oder doch ihrer „Greuel" verlangten. Möglich, daß durch solche pfiffige Taktik dieser oder jener kleine Vortheil zu erlangen gewesen wäre, aber es wäre eine Taktik zum Speien gewesen, und die Sozialdemokratie wäre der Erbkrankheit des deutschen Liberalismus verfallen, um ein paar zweifelhafter Profitchen willen nicht nur die eigene Ehre und Würde, sondern auch einen großen und dauernden Gewinn zu verscherzen. Das rückhaltlose Bekenntniß zur Pariser Kommune hat sich der deutschen Sozialdemokratie reich gelohnt. Heute sind die „Greuel der Kommune" zum Kinderspott geworden; jeder halbwegs unterrichtete Bourgeois weiß ebenso gut, wie die deutschen Arbeiter von Anfang an gewußt haben,

daß die wirklichen Greuel von den Feinden der Kommune, von den Vorkämpfern der bürgerlichen Ordnung begangen worden sind, daß die Schwäche der Kommune nicht ihre Unmenschlichkeit, sondern ihre Scheu vor durchgreifenden Maßregeln war.

So entschieden wie die deutsche Sozialdemokratie, trat der Generalrath der Internationalen für die Pariser Kommune ein. In der von Marx verfaßten Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich richtete er sofort das leuchtende Banner auf für das streitende Heer der Arbeiterklasse, dessen französischer Flügel eben eine so furchtbare Niederlage erlitten hatte. Niemand wußte besser als Marx, daß er damit die Existenz der Internationalen gefährdete, die in der That zum Theil an den Folgen und Wirkungen dieser meisterhaften Adresse untergegangen ist. Nicht alle europäischen Arbeiterparteien waren politisch schon so reif, wie die deutsche Sozialdemokratie, und namentlich die englischen Trade Unions schreckten vor dem Schreckgespenste zurück, das die europäische Bourgeoisie aus der Pariser Kommune zu machen beflissen war. Aber für Marx kam nichts auf die Form der Sache an, wo es ihr Wesen zu retten galt. Und schlagender konnte seine Politik nicht gerechtfertigt werden, als durch die Adresse selbst, die, niedergeschrieben unter dem frischen Eindrucke der Thatsachen, noch heute weit voran an der Spitze der ganzen massenhaften Literatur steht, die seitdem über die Pariser Kommune entstanden ist. Obgleich sie die Rechtfertigung der Kommune bezweckte und in einem Augenblick, wo ein Für und ein Wider nur galt, ihr Für nicht dadurch abschwächte, daß sie bei den Fehlern des Aufstandes verweilte, so hob sie doch die entscheidenden Gesichtspunkte mit solcher Klarheit und Schärfe hervor, daß sie bis auf den heutigen Tag die klassische Schrift über die Pariser Kommune geblieben ist.

Von Bismarck aber ging damals das Wort um, daß die Kommune ihm wieder die „erste schlaflose Nacht“ verursacht habe. Ein Wort, das in jedem Falle seine damalige Lage gut kennzeichnete, mag er es nun gesprochen haben oder nicht. Der Aufstand der Pariser Arbeiter zeigte ihm, daß seine Diplomatie einem Beust oder Bonaparte gegenüber geistreich genug sein mochte, aber gegenüber den großen Massenbewegungen des Jahrhunderts ein kindischer Scherz von vorgestern war. Als Ergebniß seiner nächtlichen Denkübungen trug er dem Reichstage die verblüffende Entdeckung vor, der berechtigte Kern der Pariser Kommune sei die Sehnsucht nach der preußischen Städteordnung gewesen, dieser verhunzten Parodie auf unabhängige Verwaltung der Gemeinden. Bebel, der einzige Sozialdemokrat, der im ersten deutschen Reichstage saß, drückte sein Erstaunen aus, daß eine Versammlung ernsthafter Männer darüber nicht in die größte Heiterkeit ausgebrochen sei und fügte seinerseits hinzu: „Seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und Alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Und wenn auch im Augenblicke Paris unterdrückt ist, so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten,

Tod der Noth und dem Müßiggange der Schlachtruf des gesammten europäischen Proletariats sein wird.“ Die hohe Versammlung glaubte diesen Worten die unbändige Heiterkeit spenden zu sollen, welche sie dem skurrilen Einfalle Bismarcks versagt hatte; seitdem ist ihr das Lachen freilich gründlich vergangen.

Später hat Bismarck selbst gestanden, diese Rede Bebels sei der „Lichtstrahl“ gewesen, der ihn über das Wesen der sozialdemokratischen Bewegung erleuchtet habe; von nun an habe er sie zu bekämpfen und zu unterdrücken gesucht als einen Feind, gegen den der Staat und die Gesellschaft sich im Zustande der Nothwehr befinde. Man braucht nicht an der Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses zu zweifeln, schon deshalb nicht, weil es für einen sogenannten Staatsmann demüthigend genug war. In der That begann jetzt der offene Kampf Bismarcks gegen die Sozialdemokratie, anfangs ruck- und stoßweise geführt mit dem lässigen Hochmuth eines größenwahnsinnig gewordenen Junkers, dann in dem verzweifelten Kampf um die eigene Existenz immer verzweifelter, bis diese Existenz ehr- und ruhmlos zusammenbrach.

Hatte Bismarck die gesetzwidrigen Gewaltthaten Falckensteins anscheinend nicht mit ungetrübtem Wohlgefallen betrachtet, so erschienen sie ihm jetzt gut genug zu einem ersten Schlage gegen das klassenbewußte Proletariat. Sowohl die Braunschweiger wie die Leipziger Gefangenen waren Ende März entlassen worden, nachdem jene etwa 200, diese etwa 100 Tage um Nichts und wieder Nichts hinter den Kerkermauern verbracht hatten. Derweil war alles Material, das durch zahlreiche Haussuchungen in den Wohnungen der Verhafteten oder ihrer Gesinnungsgenossen errafft worden war, von Polizei, Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter auf Hochverrath und Majestätsverbrechen gesiebt worden, jedoch ohne jeden Erfolg. Dies Endresultat so vieler Mühen mußte um so mehr beschämen, als das erbeutete Material an erschöpfender Ergiebigkeit nichts zu wünschen übrig ließ; der plötzliche Ueberfall des Falckenstein hatte alle Briefschaften und Bücher der Eisenacher Parteileitung in die Hände ihrer Verfolger gebracht. Weder die Gerichte in Braunschweig, noch die Gerichte in Sachsen verriethen eine besondere Neigung, sich mit der faulen Sache noch weiter zu befassen, wobei die Art, wie diesen Gerichten zugemuthet worden war, die demüthigen Helfershelfer militärischer Gewaltthaten zu spielen, auch wohl dämpfend mitwirken mochte. Der Oberstaatsanwalt in Wolfenbüttel beantragte selbst, das Verfahren gegen die Braunschweiger Verhafteten wegen Vorbereitung zum Hochverrath einzustellen, und der Anklagesenat des Obergerichts trat dem Antrage bei. Zwar blieb dabei vorbehalten, wegen anderweitiger Vergehen, die nicht zur Kompetenz des Kriminalsenats, sondern zur kreisgerichtlichen Kompetenz gehörten, gegen Bracke und Genossen vorzugehen, doch lag auf der Hand, daß mit dieser anmuthigen Redewendung nur einigermaßen die blamable Thatsache verhüllt werden sollte, daß vollkommen schuldlose Leute monatelang ihrer Freiheit beraubt worden waren.

Allein diese Braunschweiger Rechnung war ohne den Berliner Wirth gemacht. Bismarck drängte darauf, die Verheißung des Oberstaatsanwalts in

Wolfenbüttel einzulösen, und am 10. Oktober 1871, mehr als ein halbes Jahr nach der Entlassung der Verhafteten, hatte der Staatsanwalt Koch in Braunschweig das saure Stück Arbeit fertig gebracht, wenigstens gegen Bracke, Bonhorst, Spier und Kühn eine Anklage zurechtzuzimmern. Einige Kautschukparagraphen des alten braunschweigischen und des neuen norddeutschen Strafgesetzes dienten als nebelhafte Stützen der Anklage, die auf Vergehen gegen die öffentliche Ordnung gerichtet war. Wirklich verurtheilte auch das Kreisgericht nach dreitägigen Verhandlungen Bracke und Bonhorst zu 16, Spier zu 14 und Kühn zu 5 Monaten Gefängniß, unter Anrechnung der Untersuchungshaft, aber das Obergericht kassirte dies Urtheil soweit, daß für Bracke und Bonhorst nur noch 3, für Spier 2 Monate und für Kühn 6 Wochen Haft übrig blieben, wegen Betheiligung an einem Vereine mit angeblich gesetzwidrigem Zwecke. Auch dies Urtheil war noch sehr anfechtbar, zumal es sich auf eine alte vormärzliche Verordnung stützte, aber wieviel sich theoretisch dagegen sagen ließ, so lief es praktisch auf die Freisprechung der Angeklagten hinaus, da das Obergericht die verhängte Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtete.

Williger als die gelehrten Gerichte in Braunschweig erwiesen sich die bürgerlichen Geschworenen in Leipzig den Berliner Zumuthungen. Liebknecht, Bebel und Hepner standen im März 1872 zwei Wochen lang vor dem Leipziger Schwurgericht, angeklagt wegen Vorbereitung zum Hochverrath. Das Belastungsmaterial war wesentlich dasselbe, wie in dem Braunschweiger Verfahren, nur noch vermehrt durch einen Haufen „Beweise", die nichts bewiesen, als daß den Angeklagten um jeden Preis ein Tendenzprozeß gemacht werden sollte. Nicht weniger als 140 Beweisstücke wurden den Geschworenen vorgelegt, Briefe, Reden, Zeitungsartikel, Programme, eine verworrene Masse der unterschiedlichsten Kundgebungen aus der revolutionären Literatur seit 1848, verfaßt nicht nur von den Angeklagten und ihren Gesinnungsgenossen, sondern auch von ihren politischen Gegnern. Und auch nicht eins dieser Schriftstücke lieferte auch nur den Schatten eines Beweises dafür, daß die Angeklagten im Sinne des Strafgesetzes ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitet hätten. Dafür half der Präsident v. Mücke aus mit einer parteiischen Leitung der Verhandlungen, die damals in deutschen Landen noch ziemlich ungewohnt war und fast ausnahmslos von der unabhängigen Presse aller bürgerlichen Parteien scharf verurtheilt wurde. Auch sonst fehlte es nicht an allerlei Druck auf die Geschworenen, von denen sich dann wirklich acht, genau die zur Verurtheilung nothwendige Anzahl, dazu hergaben, Liebknecht und Bebel schuldig zu sprechen. Der Gerichtshof verurtheilte sie zu je 2 Jahren Festung, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, während Hepner frei ausging.

Mit Recht aber sagten Liebknecht und Bebel, der Prozeß habe so unendlich viel für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze gethan, daß sie gern die paar Jahre Festung hinnähmen. Sie hatten nicht nur die persönlichen Sympathien gewonnen, die alle rechtlich denkenden Menschen unschuldig Verurtheilten zu spenden pflegen, sondern darüber hinaus eine höchst wirksame Propaganda für

ihre politischen und sozialen Ziele gemacht. Während Hepner, der von vornherein zu einer Nebenrolle in diesem gerichtlichen Drama bestimmt war, sich mit gutem Takte begnügte, durch drastischen Witz die gegen ihn gerichtete Anklage zu verspotten, vertraten Liebknecht und Bebel die Sache, die in ihren Personen getroffen werden sollte, mit würdigem Ernste, und dabei so eindringlich und schlagfertig, daß sie die tölpelhaften, fast mehr noch von kläglicher Unwissenheit, als von schnöder Perfidie zeugenden Angriffe des Präsidenten und des Staatsanwalts spielend zurückschlugen. Liebknecht zumal, der den Arbeitermassen bisher ferner gestanden hatte als Bebel, entfaltete jene prächtige Eigenart, die dem „Soldaten der Revolution" im Fluge die Proletarierherzen gewann. So hatten die Prozeßverhandlungen einen hohen agitatorischen Werth; sie räumten mit weitverbreiteten Vorurtheilen über die Arbeiterbewegung auf; ihr Frage- und Antwortspiel gestaltete sich zu einer anregenden Einführung in die Gedankenwelt der Sozialdemokratie.

Im Juli 1872 wurde Bebel dann nochmals das Opfer der Klassenjustiz. Das Leipziger Bezirksgericht verurtheilte ihn wegen Majestätsbeleidigung, weil Bebel in einer öffentlichen Versammlung die unanfechtbare Wahrheit ausgesprochen hatte, daß der preußische König nicht das Versprechen gehalten habe, die Frucht des Krieges solle die einheitliche und freiheitliche Gestaltung Deutschlands sein. Das Urtheil lautete auf 9 Monate Gefängniß und „Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte". Das Gericht kassirte Bebels Reichstagsmandat und dieses war der Humor davon. In der ersten Session des deutschen Reichstags war Bebel schnell zu einem gefürchteten Kämpfer geworden; ohne den Rückhalt einer Partei, ganz allein stehend, hatte er auf dem Parkett des bürgerlichen Parlamentarismus ein paar renommirteste Tänzer platt niederzusetzen gewußt. Sowohl den braven Lasker, der von Bebel in die Enge getrieben, mit dem „Knüppel" des Philisters gedroht und dann den stenographischen Bericht gefälscht hatte, weil ihm diese furchtbare Drohung selbst allzu lächerlich erschienen war, als auch den braven Simson, der von Bebel auf einer groben Verletzung der Geschäftsordnung ertappt und nur dadurch gerettet wurde, daß ihn die bürgerliche Mehrheit wider ihr besseres Wissen von Schuld und Fehle freisprach. Nun rächte das Leipziger Bezirksgericht nicht nur den König von Gottes Gnaden, sondern auch den bürgerlichen Parlamentarismus an dem Missethäter.

Aber die wackeren Weber des Wahlkreises Glauchau-Meerane verstanden sich schlecht auf den patriotischen Spaß und schickten Bebel, mit dreitausend Stimmen mehr, als er vordem erhalten hatte, in den Reichstag zurück. Die hohe Versammlung mußte sich nun doch selbst zum Henkersamte bequemen, sie lehnte den von Schraps gestellten Antrag ab, Bebel zu reklamiren, der inzwischen seine Festungshaft in Hubertusburg angetreten hatte. Und welcher Patriot konnte ihr verdenken, daß sie nicht mehr die helle und klingende Stimme hören mochte, die ihr so überzeugend darzulegen wußte, wie thönern des neuen deutschen Reiches Herrlichkeit sei!

Elftes Kapitel.

Die Hochfluth der Milliarden.

I. Gründungsschwindel und Kulturkampf.

Wie die Revolution von Oben durch ein Kompromiß zwischen dem preußischen Militärstaate und der deutschen Bourgeoisie gesichert worden war, so hatten diese Mächte den Eroberungskrieg nach Sedan geführt und so theilten sie sich in die Beute. Die närrischen Vorspiegelungen der liberalen „Notabilitäten", wonach die Annexion Elsaß-Lothringens zur europäischen Entwaffnung führen sollte, that Moltke mit den kühlen Worten ab: „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen werde." Der Militarismus trat in seiner Sünden Blüthe, er schwoll zu Dimensionen an, die den ärgsten Pessimisten der sechziger Jahre unglaublich erschienen wären, und die liberale Bourgeoisie mußte sich mit dieser einen Folge ihrer genialen Politik abfinden, so gut oder so schlecht sie konnte.

Besser fuhr sie mit der anderen Folge des Eroberungskrieges. Die Kolbenstöße der deutschen Heere hatten ihr die Thore des Weltmarkts weit geöffnet. Zwar kam der Milliardenregen ganz überwiegend dem Militärstaate zu Gute, um Schulden abzutragen, Dotationen und Pensionen zu zahlen, Festungen und Kasernen zu bauen, die Bestände von Waffen und Militäreffekten zu erneuern, aber die enorme Vermehrung des disponiblen Kapitals und der zirkulirenden Geldmenge gab der jungen Großindustrie einen mächtigen Aufschwung. Die Konzentration des Kapitals ergriff alle Zweige des gewerblichen Lebens; die Jahre 1871 bis 1873 schufen an Aktienkapitalien mehr als 1200 Millionen Thaler, fast so viel, wie die französische Kriegsentschädigung betrug; Bankinstitute und Industriegesellschaften schossen in den buntesten Formen aus dem Boden hervor. Eisen- und Kohlenwerke wurden in großer Zahl gegründet, Eisenbahnlinien massenhaft entworfen. Es war ein wilder Taumel der Spekulation, worin die Bourgeoisie den letzten Rest von politischer Haltung verlor.

Sie warf sich platt auf den Bauch vor dem „Säkularmenschen", der ihr all die goldene Herrlichkeit beschert hatte. Ihr politisches Programm faßte Ludwig Bamberger, der sich nach seiner Flucht aus dem badisch-pfälzischen Aufstande in der aufgeschwemmten Schmutzerde des zweiten Kaiserreichs als gescheidter Schatzgräber bewährt hatte, in den bündigen Worten zusammen: Hunde sind wir ja doch! Und auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Gesetzgebung ließ Bismarck der liberalen Bourgeoisie vorläufig noch freie Hand. Er war durch reiche Dotationen aus einem Vertreter des halb bankerotten Kleinadels zu einem Vertreter des kapitalistisch-industriell wirthschaftenden Großgrundbesitzes geworden, einer Klasse, die ein

lebhaftes Interesse an dem Wegräumen der feudal-zünftigen Ruinen hatte. Ohnehin mußten seine bonapartistischen Instinkte angenehm gekitzelt werden von dem Gründungsschwindel, der die ganze Nation in eine Spielhölle verwandelte, um sie en masse beschwindeln zu können. Bismarck hatte nichts einzuwenden, wenn Delbrück, der einstweilen seine rechte Hand in der Wirthschaftspolitik blieb, vom Regierungstische mit zynischem Behagen verkündete, es sei das Geheimniß der Zeit, keine Zinsen zu verlieren, und keine Gesetzgebung könne die Dummen daran hindern, ihr Geld loszuwerden. Gewiß waren die neuen Gesetze über gemeinsames Bürgerrecht und Freizügigkeit, über Gewerbefreiheit, über gemeinsame Maße, Münzen und Gewichte, über Handelsschutz im Auslande und so weiter, wie viel sie im Einzelnen zu wünschen übrig ließen, als Ganzes ein historischer Fortschritt, aber es war ein thörichtes Gerede, wenn Treitschke, der Prophet des neuen Reichs, in seiner pomphaften Weise versicherte, die Bourgeoisie habe diese Gesetzgebung „aus Pflichtgefühl der höheren Stände", „in richtiger Erkenntniß ihrer sozialen Pflichten" der Arbeiterklasse geschenkt. Selten oder nie haben herrschende Klassen einen längst nothwendigen Fortschritt der ökonomischen Entwicklung in so beschränkt-selbstsüchtiger Weise protokollirt, wie in diesem Falle; das zeigte sich sofort, als sie entdeckten, daß die Bourgeoisie nicht vorwärts marschiren kann, ohne daß auch das Proletariat vorwärts marschirt.

Und es zeigte sich selbst schon früher, als nur erst die partikularistische Opposition gegen die Reichsgründung sich zu einer großen parlamentarischen Partei zusammenballte. Die deutschen Waffen hatten mittelbar auch die weltliche Herrschaft des Papstes gestürzt und dadurch alle streitbaren Kräfte des Katholizismus mobil gemacht. Unter dem Namen des Zentrums trat eine spezifisch katholische Fraktion von 57 Mitgliedern in den ersten deutschen Reichstag ein. Sie kam nicht eigentlich schon mit feindseligen Absichten gegen Bismarck, der noch kurz vor dem deutsch-französischen Kriege die Jesuiten als schätzenswerthe Bundesgenossen gefeiert und sich allen Zumuthungen widersetzt hatte, durch diplomatisches Einschreiten die Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas auf dem Vatikanischen Konzile von 1870 zu hindern. Aber es lag in der Natur der Dinge, daß die neue Fraktion der Sammelplatz aller partikularistischen Elemente wurde. In den altkatholischen Gegenden am Rhein, in Schlesien, in Baiern war von jeher die Antipathie gegen das spezifische Preußenthum am stärksten gewesen; dazu kamen die katholischen Polen und etwas später auch die katholischen Elsässer; ja der partikularistische Charakter des Zentrums überwog von vornherein so sehr seinen religiösen Charakter, daß sich ihm auch die orthodox-protestantischen Welfen anschlossen. Unter dem gemeinsamen Banne des Ultramontanismus fand sich Alles zusammen, was aus partikularistischen Gründen der neu-reichsdeutschen Herrlichkeit widerstrebte, eine Masse der politisch und sozial verschiedensten Elemente, die nach den verschiedensten Richtungen auseinandergingen, von den Auffassungen kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Demokratie bis zu den Auffassungen feudaler Romantik und zünftlerischer Krähwinkelei; es war bezeichnend, daß der ehemals

welfische Minister Windthorst, kein Prinzipienmann, sondern ein Diplomat der alten Schule wie Bismarck, aber ein ungleich gewitzterer Diplomat, der Führer des bunt gemischten Haufens wurde.

Für einen Staatsmann, der gar nicht einmal genial, sondern nur ein wenig mit dem modernen Kulturleben vertraut zu sein brauchte, konnte nichts einfacher sein, als diese Opposition lahm zu legen. Sie mußte sich in ihre heterogenen und alles in allem historisch rückständigen Bestandtheile auflösen, sobald das neue Reich nicht mehr mit dem preußischen Korporalstocke, sondern wie ein moderner Kulturstaat regiert wurde. Aber was Bismarck nach 1866 bis zu einem gewissen Grade geleistet hatte, das leistete er nach 1870 nicht mehr; er verstand die gegebene Lage nicht mit einigem Geschick auszunützen, der Weihrauch, der dem „Herkules des neunzehnten Jahrhunderts" verbrannt wurde, hatte ihm jede Aussicht über den alten beschränkten Junkerhorizont hinaus vernebelt. Er glaubte erst recht an der Spitze des Jahrhunderts zu marschiren, wenn er mit dem preußischen Korporalstock auf Alles losschlug, was nicht gleich nach seiner Pfeife tanzen wollte. Wer sich seinen Launen und Nerven nicht fügsam anschmiegte, war ein „Reichsfeind" und wurde in den Reichsbann gethan. Im Besonderen wirkte der Anschluß der Polen an das Zentrum auf seinen blinden Polenhaß, wie das rothe Tuch auf den Puterhahn. Das Zentrum selbst stieß ihn gewissermaßen mit der Nase auf die richtige Fährte, indem es von den beiden Forderungen seines im Frühjahr 1871 veröffentlichten Programms den partikularistischen Gesichtspunkt, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen Staaten, an die erste, und den religiösen Gesichtspunkt, den Schutz der Religionsgesellschaften vor Eingriffen der weltlichen Gesetzgebung, erst an die zweite Stelle setzte. In tragikomischer Verkennung dieser Sachlage bildete Bismarck sich ein, die partikularistische Opposition bändigen zu können, indem er mit der katholischen Kirche anband. Er setzte ihr mit allerlei Ausnahmegesetzen und gewaltsamen Eingriffen in ihr inneres Leben zu, obgleich er selbst es in seinen jungen Jahren miterlebt hatte, wie trefflich der römische Priester den preußischen Gendarmen abzutrumpfen versteht. Statt selbst mit den Waffen bürgerlicher Freiheit zu kämpfen, drängte er diese Waffen dem Zentrum auf und machte es dadurch für seine vermuffte Staatskunst unüberwindlich, mochte er sich auch als ein rechter Prahlhans vermessen, daß er nicht nach Canossa gehen werde.

Konnte freilich seine Thorheit noch übertroffen werden, so wurde sie von der Thorheit der liberalen Bourgeoisie übertroffen, die ihm auch auf diesem Wege durch Dick und Dünn nachstampfte, obgleich sie nicht einmal den mildernden Umstand angeerbter Junkerverbohrtheit für sich geltend machen durfte. Sogar ein Mann von Virchows Bildung hielt sich nicht für zu schlecht, das Satyrspiel mit dem ehrwürdigen Namen eines Kulturkampfes zu taufen. Immerhin war für die gerissene Gründersippe dieser „Kulturkampf" nur eine Kulisse, um die Massen desto bequemer zu plündern; man konnte mit tödtlicher Sicherheit darauf rechnen, daß wer in Parlament und Presse am heftigsten „gegen Rom" donnerte

und am feierlichsten den Schatten des armen Ulrich Hutten beschwor, auch den meisten Gründerdreck am Stecken hatte. Viele Dutzende kulturkämpferischer Reichstagsabgeordneter schlugen ihre Mandate an die Schandsäulen fauler Gründungsprospekte, um deren betrügerische Verheißungen zu vergolden, und begaben sich in den Dienst der „patriotischen Geldmächte", namentlich der Diskontogesellschaft und des Hauses Bleichröder, der beiden Riesen unter den Schröpfköpfen, die den Wohlstand der Mittelklassen aufsogen. In der parlamentarischen Kohorte der Diskontogesellschaft ragte Miquel hervor, der ehemalige Kommunist und nunmehrige nationalliberale Parteiführer; als Mitdirektor der Diskontogesellschaft bezog er in vier Jahren ein Einkommen von 1 338 730 Mark 10 Pfennig, beklagte sich aber mit thränenden Augen als verleumdete Unschuld, wenn irgend ein vorwitziger „Reichsfeind" auf den Gedanken verfiel, er könne eine diesen Bezügen entsprechende Thätigkeit bei den schauerlichen Gründungen der Diskontogesellschaft entfaltet haben; Miquel wollte das niedliche Einkommen nur erhalten haben für nebensächliche juristische Gutachten, die jeder arme Schlucker von Assessor für ein paar tausend Mark Jahresgehalt mit Wonne gemacht haben würde. Nicht minder hübsch redete sich der schlesische Junker und freikonservative Parteiführer v. Kardorff aus, der in Bleichröders parlamentarischer Kohorte hervorleuchtete; er hatte eine Reihe der blutigsten Gründungen nur verfaßt, um ohne Vermögensverluste der parlamentarischen Thätigkeit obliegen und seine unersetzliche Kraft als Gesetzgeber dem Vaterlande erhalten zu können.

Den parlamentarischen Vorkämpfern der liberalen Bourgeoisie entsprachen ihre publizistischen Vorkämpfer. An die Stelle Gustav Freytags mit seinen Grenzboten trat jetzt Paul Lindau mit seiner Gegenwart, ein literarisches Talent sechsten Ranges, das nicht einmal die Literatur des zweiten Kaiserreichs, sondern nur ihren Abhub nach Deutschland zu importiren verstand. Ruge, der nach 1866 zu Bismarck übergelaufen war, schrieb jetzt, aus allen Träumen gerissen: „Bluntschli ist leitender Schriftsteller und Redwitz angekündigt. Ist dies die ‚Gegenwart'? Ist dies unsere Zeit? . . . Lindau hat alle Berühmtheiten ohne jeden Unterschied der Richtung zusammengemauschelt und die Geschichte scheint reine Spekulation zu sein." Sie war wirklich reine Spekulation. Guido Weiß machte in der Wage den letzten Versuch, ein Banner der bürgerlichen Demokratie aufzuwerfen, aber wie hoch die kleine Wochenschrift an Charakter, Geist und Wissen über Lindaus Gegenwart stand, so brachte sie es nicht über ein langsames Siechthum von wenigen Jahren.

In der bürgerlichen Tagespresse wimmelten die Schmocks wie die Würmer in einem Leichnam. Ganz zu geschweigen der Börsen- und Handelspresse, von der nur ein Narr Anderes erwarten konnte, so watete auch die „große" und „vornehme" politische Presse im Gründersumpfe, wo er am tiefsten war. Bis in die Spalten der frommen Kreuzzeitung verirrten sich Börsenreklamen, die Handelsredakteure der nationalliberalen Nationalzeitung und der fortschrittlichen Vossischen Zeitung, Schweitzer und Ebeling, mißbrauchten ihre öffentliche Stellung zu schamloser Prellerei des Publikums, und der demokratische Freiheitsheld Sonnemann

spielte als Besitzer der Frankfurter Zeitung den mittelalterlichen Schnapphahn, der erkleckliche Trinkgelder von jeder Gründung erhob, die das Weichbild der Frankfurter Börse passirte. Sein Handelsredakteur und Spießgeselle Bernhard Doktor aber schrieb an die Times: „Hätten wir nicht den stänkernden Geist extravaganter Demagogen, welche die Arbeiter gegen ihre Meister aufwiegeln und sie mit Hoffnungen kitzeln, die nie verwirklicht werden können, so würden sich alle Klassen der Gesellschaft wohlbefinden, und das Land würde eine bis jetzt nicht gekannte Glückseligkeit genießen.“ Dafür zauste Marx ihn derbe ab, ohne doch bei all seinem Scharfsinn zu ahnen, daß nicht ein Jahrfünft ins Land gehen sollte, bis das ganze offizielle Deutschland, vom genialen Staatsmann Bismarck bis zum nicht minder genialen Oppositionsführer Eugen Richter auf denselben Ton gestimmt sein würde, den jener dunkle Revolvermann zuerst angeschlagen hatte.

II. Agrar- und Kathedersozialismus.

Inmitten des kapitalistischen Gründerschwindels entwickelten sich zwei Arten des bürgerlichen Sozialismus, die, ihrem Wesen nach nicht neu, unter den damals in Deutschland gegebenen Verhältnissen ihre besondere Form annahmen, in welcher sie die Klassenkämpfe der Zeit zu beeinflussen suchten.

Der Agrarsozialismus entsprang aus der „Kreditnoth“ der preußischen Landjunker, deren Grundbesitz, sei es wegen liederlicher Wirthschaft, sei es wegen Besitzveränderungen, Veräußerungen oder Erbtheilungen, sei es aus anderen Gründen, stark mit Hypotheken belastet war. Zwar hatte auch diese Klasse trotz ihres rückständigen Betriebes ihren Antheil an der großindustriellen Entwicklung, denn mit der wachsenden Bevölkerung stiegen die Getreidepreise. Aber der Kapitalprofit stieg noch schneller als die Grundrente, und dadurch wurde der junkerliche Grundbesitz entwerthet. Der Grund und Boden hat als solcher keinen selbständigen Tauschwerth, da er kein Produkt menschlicher Arbeit ist; sein scheinbarer Tauschwerth entsteht dadurch, daß im gesellschaftlichen Verkehre die Grundrente, die ein Grundstück abwirft, als der Zins eines Kapitals betrachtet und nach dem laufenden Zinsfuße kapitalisirt wird. Der Tauschwerth eines Gutes, das 4000 Mark Grundrente abwirft, beläuft sich zur Zeit, wo der Zinsfuß vier Prozent beträgt, auf 100 000 Mark. Nun regulirt sich der Zinsfuß nach dem Kapitalprofit; steigt dieser schneller als die Grundrente, so sinkt der Tauschwerth des Grund und Bodens. Wenn in dem angezogenen Beispiele die Grundrente auf 4500, zugleich aber der Zinsfuß von vier auf fünf Prozent steigt, so ist das Gut nur noch 90 000 Mark werth; sein Ertragswerth ist um mehr als zwölf Prozent gestiegen, aber sein Tauschwerth um zehn Prozent gefallen. Von der Mitte der fünfziger bis zum Anfange der siebziger Jahre war nun der Zinsfuß in der That von vier auf fünf Prozent gestiegen, während die Grundrente nur um so viel entsprechend langsamer wuchs, daß sich der Werth des landwirthschaftlich

bebauten Bodens um nahezu ein Fünftel verminderte. Damit war aber dem ostelbischen Krautjunkerthum, das sich schon seit den Tagen des alten Fritz nur durch verschämte oder auch unverschämte Staatshilfe über Wasser gehalten hatte, abermals die Lebensfrage gestellt.

Wohlgemerkt dieser Fraktion der besitzenden Klassen, nicht aber, wie die Junker zu behaupten liebten, der landwirthschaftlichen Produktion selbst. Die Junker kamen nicht um, weil die landwirthschaftliche Produktion versiegte, sondern die landwirthschaftliche Produktion schien zu versiegen, weil sie sich in den Händen einer feudal beschränkten und tief verschuldeten Klasse befand. Sie harrte der kapitalkräftigen Hände, die sie der großen modernen Produktionsweise anpassen und dadurch auf eine noch nie dagewesene Höhe bringen konnten. Diese Entwicklung ergab sich so unbedingt aus den Lebensbedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft, daß auf kapitalistischem Boden kein Kraut dagegen gewachsen war. Die Heilmittel, die dennoch probirt oder vorgeschlagen wurden, hatten das Schicksal aller Anläufe, die sich einer historischen Nothwendigkeit entgegenstemmen: sie verstärkten den Druck, den sie schwächen wollten. Die zahlreichen Hypothekenbanken, die der „Kreditnoth" der Junker dadurch abzuhelfen versuchten, daß sie die Hypotheken in börsen- und weltmarktfähige Papiere verwandelten, quälten sich vergebens ab, wie Rodbertus sagte, aus dem Roß einen Vogel zu machen; halfen die künstlichen Flügel dem Rosse für einen Augenblick in die Höhe, so stürzte es um so sicherer im nächsten Augenblicke nieder und zerbrach erst recht alle Glieder. Aber um die Kur, die Rodbertus anrieth, war es nicht besser bestellt. In echt utopistischer Weise wollte er das kündbare Hypothekenkapital durch den unkündbaren Rentenbrief ersetzen; die Waare sollte als Waare produzirt, aber nicht als Waare ausgetauscht werden; Rodbertus wollte die Grundrente, die überhaupt erst durch die bürgerliche Produktionsweise entsteht, durch den mittelalterlichen Rentenbrief, die Verschuldungsform der feudalen Produktionsweise, vor allen unangenehmen Abenteuern schützen, die ihr in der bürgerlichen Welt zustoßen können. Wäre diese Absicht so ausführbar gewesen, wie sie aus einem Dutzend Gründe nicht war, so hätte sie die Junker erst recht in die Tinte gebracht, denn auf unkündbare Rentenbriefe hätten sie das Kapital, das sie brauchten, von der Bourgeoisie nur unter noch viel ungünstigeren Bedingungen erhalten, als auf kündbare Hypotheken.

Unmittelbar ging nun diese ganze Sache das Proletariat nichts an. Die Arbeiter hatten keinen Anlaß, den „historischen Geschlechtern" des alten Preußens, die seit manchem Jahrhundert die kleinen Bauern gelegt hatten, um nun selbst von dem modernen Großbürger gelegt zu werden, eine Thräne nachzuweinen, und die Umwandlung der patriarchalischen in die großindustrielle Landwirthschaft brachte das ländliche Proletariat zwar nicht aus dem Regen in den Sonnenschein, aber doch aus der Traufe in den Regen. Gleichwohl gab es einen Gesichtspunkt, aus dem sich eine Interessengemeinschaft zwischen Junkern und Proletariern konstruiren ließ. Die „Kreditnoth" der Junker entstand dadurch, daß der Kapital-

profit schneller wuchs als die Grundrente; wie nun, wenn der Antheil des Kapitals an dem Nationalprodukte durch den steigenden Antheil des Lohnes gesenkt wurde, wobei der vermehrte Konsum von Brot und Fleisch durch die Arbeiter auch die Grundrente in die Höhe schnellte? Auf diesem Gedanken beruhte der Agrarsozialismus, der in Rodbertus und Rudolf Meyer seine beredtesten Vorkämpfer fand.

Rudolf Meyer war reichlich dreißig Jahre jünger als Rodbertus. Seine Geburt und Erziehung wiesen ihn in die Interessenkreise der ostelbischen Landwirthschaft, während ihn sein kräftiges bürgerliches Selbstbewußtsein und die reichen Kenntnisse, die er sich auf historischem und ökonomischem Gebiete erworben hatte, hinlänglich davor schützten, auf die Irrwege feudaler Romantik zu gerathen oder gar ein literarischer Bedienter des Junkerthums zu werden. Er war ein engerer Landsmann Wageners, unter dessen Leitung er in der konservativen Presse emporkam. Aber weder Wagener noch auch nur Rodbertus bestimmten ihn ausschließlich. Rudolf Meyer war schon das Kind einer neuen Zeit, die der proletarische Klassenkampf zu beherrschen begann. Für die Utopien, in denen Rodbertus lebte und webte, empfand er mehr akademische Bewunderung, als wirkliches Interesse; dafür verstand er um so besser, was für Rodbertus im letzten Grunde doch immer unverständlich blieb. Eine echte Kampfnatur, hatte Rudolf Meyer ein wahlverwandtes Empfinden für den „Emanzipationskampf des vierten Standes", dessen Zeugnisse er mit fleißiger und kundiger Hand erst in der Berliner Revue, dann auch in einem umfangreichen Werke sammelte. Während er dem liberalen Manchesterthum einen überlegenen Krieg machte, erschien er gern in sozialdemokratischen Versammlungen, und ehrlicher Kerl, wie er auf seinem besonderen Standpunkt war, wurde er von den Arbeitern als willkommener Gast betrachtet. Wenn er nicht schon zu ehrlich gewesen wäre, so war er viel zu klug, um soziale Demagogie zu treiben: er verhehlte den Arbeitern nicht, daß ihre und seine Wege schließlich weit auseinander gingen, aber die Strecke, die er mit ihnen gehen wollte, führte nicht abseits in die Sümpfe, sondern lag wirklich auf ihrem Wege, so etwa bis zum Meilensteine des Normalarbeitstages.

Bei den Arbeitern fand Rudolf Meyer das bedingte Verständniß, das seiner bedingten Freundschaft für sie entsprach. Die Junker aber, denen er unbedingt helfen wollte, versagten ihm unbedingt jedes Verständniß. Waren sie schon mißtrauisch gegen Rodbertus, der ihnen seine Pillen doch immer in diplomatisch verzuckerter Form eingab, so entsetzten sie sich je länger je mehr vor dem „konservativen Barrikadenstile" Rudolf Meyers. „Rustikus ist zu dumm", klagte Rodbertus. Gewiß konnte auch der Agrarsozialismus auf die Dauer den Junkern nicht helfen, aber er konnte ihnen historisch ein anständiges Begräbniß sichern nach einem Tagewerke, dem jeder Begriff historischen Anstandes mehr und mehr abhanden gekommen war. Lieber griffen die Braven nach alt beliebter Art zur „Klinke der Gesetzgebung", um sich durch noch ärgere Auspressung und Unterdrückung der Massen eine Galgenfrist zu erkaufen, und so lange die Grundrente noch stieg, fühlten sie das Messer auch noch nicht so recht an ihrer Kehle.

Politisch zerfielen sie in den Tagen des Gründerschwindels und des Kulturkampfs in drei Fraktionen. Die Freikonservativen rekrutirten sich aus den Großgrundbesitzern, die zugleich Großkapitalisten waren, und die Landwirthschaft schon industriell betrieben. Sie gründeten heftig in holdem Wetteifer mit der Bourgeoisie; wie Kardorff das parlamentarische Mundstück Bleichröders war, so spannten sich die Herzöge Ujest und Ratibor vor den Triumphwagen des kapitalistischen Abenteurers Strousberg; zu Klassengenossen der Bourgeoisie geworden, genirten sich die Junker dieser Richtung sogar nicht, die „Kreditnoth" ihrer Standesgenossen auszubeuten. Gegen eine mäßige Provision bildeten sie den ornamentalen Verwaltungsrath jener berufenen Zentralbodenkreditgesellschaft, die von sechs großen Gründerfirmen: Rothschild, Oppenheim, Fould, Fremy, Bleichröder und Hansemann-Miquel ins Leben gerufen und von der Regierung mit außergewöhnlichen, theilweise selbst gesetzlich anfechtbaren Privilegien ausgestattet worden war, angeblich um den Grundbesitz zu retten, und wirklich, um ihn in die Gewalt des Kapitals zu liefern. Die Neukonservativen aber bestanden aus den Junkern, die überhaupt keinen oder doch so geringen Grundbesitz hatten, daß sie mit Haut und Haaren von der Regierung abhängig waren, aus dem „Chor der Landräthe", der den Mantel nach dem Winde hing, der von Oben wehte. Endlich die Altkonservativen waren der eigentliche Schlachthaufen des Krautjunkerthums, das noch immer nicht begriff, was in der Welt vorging. Durch Beten und Fluchen glaubten sie die Wiederkehr der patriarchalischen Zeit ertrotzen zu können; sie nahmen, wie Rudolf Meyer spottete, das Schnurren der Räder und das Fauchen der Dampfmaschine für das sinnige Summen des Spinnrades und die Töne des Kuhhorns, und die Arbeiter wollten sie durch „Strafen bessern", um so der sozialdemokratischen Bewegung den Garaus zu machen.

Bedenklicher und zaghafter, als der Agrarsozialismus eines Rodbertus und eines Rudolf Meyer, geberdete sich der Kathedersozialismus, der im akademischen Treibhause heranwuchs. In seinem Ursprunge war er eine Gelehrtenrevolte gegen die manchesterliche Weisheit, die, da sich nun alles so herrlich erfüllte, nachgerade überschnappte. Sie posaunte die bedenklichsten Profitinteressen des Kapitals als heilige Errungenschaften der Menschheit aus, und das ödeste Sykophantengewäsch, das in England und Frankreich kaum noch ein mitleidiges Achselzucken erregte, tummelte sich als „nationalökonomische Wissenschaft" auf den deutschen Märkten und Gassen. Hatte Lassalle in geißelnder Uebertreibung gesagt, die deutschen Manchesterleute würden am liebsten allen Staat abschaffen und die Justiz an den Mindestfordernden verganten, so erklärte jetzt der Witzbold Braun in bitterbösem Ernste, der Staat spiele den auftraglosen Geschäftsführer der bürgerlichen, will sagen kapitalistischen Gesellschaft, wenn er die Justiz administrire; das Finden und Fällen der Urtheile sei Sache der Rechtstechniker, die jene Gesellschaft mit ihrem Vertrauen beehre; deren Urtheile habe der Staat einfach zu vollstrecken. Bamberger aber pries die Börse als eine gigantische Arbeitsstätte; er meinte, andere Daseinsformen der Gesellschaft als die gegen-

wärtigen seien der menschlichen Vorstellung so unzugänglich wie die Vorstellung einer außerweltlichen Existenz, und selbst die Erforschung der gegenwärtigen Gesellschaft durch die Statistik erklärten die Manchesterleute für überflüssiges Kopfzerbrechen, da die Volkswirthschaft durch ewige Naturgesetze beherrscht werde.

Gegen diesen Hexensabbath erhob sich eine Anzahl meist jüngerer Gelehrter, die durch historische und statistische Studien gebildet waren. Die Statistik flößte ihnen ketzerische Zweifel an den ewigen Naturgesetzen der Manchesterei ein, und aus der Geschichte kannten sie noch andere Daseinsformen der Menschheit, als die kapitalistische Produktionsweise. Um sie für solchen Frevel den Regierungen zu denunziren und den Spießbürgern zu verdächtigen, wurden sie von den zürnenden Manchesterleuten als Kathedersozialisten getauft, und eines dieser gereizten Gemüther zwang seinem prosaischen Geschäftssinne sogar das schöne Verschen ab: Zum Liebknecht und zum Bebel fehlt ihnen nur der Muth. In Wirklichkeit hatten die Kathedersozialisten weder etwas mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, noch mit dem Klassenkampfe des Proletariats zu thun. Sie waren überhaupt keine geschlossene Schule. Ihr rechter Flügel, wie ihn etwa Held vertrat, hegte eine „prinzipielle Abneigung gegen Prinzipien" und unterschied sich sehr wenig von den etwas vernünftigeren Manchesterleuten. Ihr linker Flügel aber, wie ihn etwa Adolf Wagner vertrat, kopirte wohl gelegentlich mit plumpem Ungeschick Lassalles polemische Art oder kokettirte auch mit Rodbertus, um dann wieder in die lächerlichste Muckerei zu verfallen oder den Apportenträger für Bismarcks arbeiterfeindliche Demagogie zu spielen.

Es war kein Zufall, daß der Schwerpunkt des Kathedersozialismus in seine mittlere Richtung fiel. In ihr reagirte die bürgerliche Ideologie, so viel es davon noch in Deutschland gab, gegen das Auseinanderklaffen der bürgerlichen Gesellschaft in die auf Leben und Tod ringenden Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats. Schmollers Buch über das deutsche Kleingewerbe und Brentanos Buch über die englischen Gewerkvereine, zwei historische Leistungen von bleibendem Werthe, enthielten den Kern des Kathedersozialismus, so weit er eine geschichtlich bemerkenswerthe Erscheinung war. Er befürwortete Fabrikgesetze und Gewerkvereine, aber nicht im Sinne des wissenschaftlichen Kommunismus, nicht als Etappen des proletarischen Emanzipationskampfes, sondern gerade umgekehrt, im Sinne der bürgerlichen Oekonomie, welche die bürgerliche Gesellschaft erhalten will unter den Bedingungen, unter denen sie logischer Weise erhalten werden kann. Diese Kathedersozialisten waren so wenig Gegner der bürgerlichen Klassen, daß sie vielmehr ihre verständigsten Freunde waren. Sie irrten darin, daß sie die dauernde Rettung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt für möglich hielten, aber wenn diese Rettung noch möglich gewesen wäre, so allerdings nur auf den Wegen, die Brentano und Schmoller vorschlugen. Wäre ihr Rath rechtzeitig gehört worden, so wäre die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland zwar nicht erstickt, aber bedeutend verlangsamt worden.

Was aber immer die Kathedersozialisten geleistet haben, das leisteten die Einzelnen als Einzelne. Ihr Versuch, sich zu organisiren und als höhere In-

stanz über den kämpfenden Klassen zu etabliren, war von vornherein mit völliger Unfruchtbarkeit geschlagen. Sie hatten kein gemeinsames Prinzip und konnten die verschiedenen Köpfe nur unter die nebelhafte Kappe des „ethischen Pathos" bringen. Damit war aller möglichen Konfusion das Thor geöffnet, und sie verfehlte nicht, sich pünktlich einzustellen, so daß der Kathedersozialistenkongreß schon nach wenigen Jahren mit dem Volkswirthschaftlichen Kongresse ein Kartell auf Du und Du einging. Sein Einfluß auf die Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte ist gleich Null gewesen.

Die Bourgeoisie ihrerseits zeigte im Frühjahre 1873 praktisch, was sie unter „ethischem Pathos" verstand. Wagener, der seit dem Jahre 1866 wieder in den Staatsdienst getreten war, hatte sich von alten Neigungen bethören lassen, ein wenig am Gründerschwindel zu naschen. Er war kein Sünder vor Anderen und nur an der Pommerschen Zentralbahn betheiligt, einem an sich nützlichen Unternehmen, bei dessen Gründung eher geringere denn ärgere Gesetzesverletzungen vorgekommen waren, als bei hundert anderen Gründungen; verglichen mit den Bahnen Hannover-Altenbeken und Löhne-Vienenburg, die Bennigsen gegründet hatte, sah die Pommersche Zentralbahn beinahe noch so sauber aus, wie ein Kind unter dem Badeschwamm. Auch waren die paar tausend Thaler Gründergewinn, die sich Wagener ausbedungen hatte, in der Milliardenzeit eine solche Lappalie, daß die Börse später spottete, Wagener sei mit Recht gestraft worden, weil er mit derartigen Lumpereien das Geschäft verdorben habe. Aber Wagener, der von den Liberalen schon als der böse Genius Bismarcks gefürchtet wurde, stand seiner Anciennetät nach vor der Ernennung zum ersten Rath im Staatsministerium, als welcher er den persönlichen Vortrag beim Kaiser gehabt haben würde. Dieser einflußreiche Posten, den bisher ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft inne gehabt hatte, durfte auf keinen Fall an einen abgesagten Gegner und zugleich gründlichen Kenner des Kapitalismus übergehen, und so brach denn Lasker, in dessen Fraktion mindestens drei Dutzend dreimal so schuldige Gründer saßen, im preußischen Abgeordnetenhause mit „ethischem Pathos" gegen Wagener los, indem er ihn als das Urbild aller Gründerkorruption niederdonnerte.

Es war eine unbeschreiblich freche Komödie, aber sie gelang. Bismarck opferte seinen alten Freund den „patriotischen Geldmächten", und an die Stelle, von der Wagener fern gehalten werden sollte, trat wieder ein Vertrauensmann der Diskontogesellschaft. Auch wurde eine königliche Untersuchungskommission niedergesetzt, die sich in der Ausrottung der Gründerei als ein gar kurioser Kehrbesen entpuppen sollte. So wenig wie der Agrarsozialismus vom Junkerthum, so wenig wurde der Kathedersozialismus von der Bourgeoisie erhört; diesen Geldprotzen war guter Rath viel zu wohlfeil; lieber ließen sie ihr Lehrgeld aufsummen, bis es unerschwinglich wurde, selbst für ihre tiefen Geldkasten, die nun schon der große Krach auszufegen begann.

Zwölftes Kapitel.

Lassalleaner und Eisenacher.

I. Das Proletariat im Milliardenregen.

Die Arbeiterbewegung erholte sich schnell von den Schlägen des Krieges. Hatte die Krisis nach 1866 sie denken gelehrt, so lehrte der industrielle Aufschwung nach 1870 sie handeln. Durch den Milliardensegen wurde das Geld billiger und der nothwendige Lebensbedarf der Arbeiterklasse theurer; wollte sie ihren Reallohn auf derselben Höhe halten, so mußte sie ihren Geldlohn steigern; eine große Streikbewegung ging durch das deutsche Proletariat.

Diese durchaus unerläßliche Abwehr verschrie die bürgerliche Presse als einen frivolen Angriff. Sie bewegte sich dabei in einem eigenthümlichen Widerspruche. Da nach der manchesterlichen Theorie jeder Streik an den ewigen Naturgesetzen der Volkswirthschaft scheitern mußte, so wurde an jedem noch so siegreichen Streik mit haarsträubender Mißhandlung der Thatsachen nachgewiesen, daß die Arbeiter ihn verloren hätten, aber da auch bewiesen werden mußte, daß die Arbeiter durchaus keinen Anlaß zum Streiken hätten, so wurden sie, trotz aller angeblich verlorenen Streiks, als Schlemmer dargestellt, die zum Frühstücke den Sekt in Weißbiergläsern verpraßten. Die sittliche Empörung darüber nahm sich in den Organen der Bourgeoisie besonders anmuthig aus neben dem Behagen, womit in der nächsten Spalte geschildert wurde, wie auf den Zauberfesten der Gründer Goldfischbecken mit Sekt gefüllt wurden, um die Gäste durch die Todeszuckungen der Thierchen zu ergötzen.

In gewissem Sinne lag die Sache gerade umgekehrt, wie die Manchesterblätter behaupteten. Eines von ihnen sagte denn auch einmal in einem unbewachten Augenblicke speziell über die Berliner Streiks, sie seien häufig siegreich, möge manchmal auch die Lohnerhöhung in dieser oder jener verschämten Form gewährt werden, aber sie verbesserten die gedrückte Lage der Arbeiter nicht, die, was sie heute dem Profite des Kapitalisten entrungen hätten, morgen der Grundrente des Hausbesitzers ausliefern müßten; im Allgemeinen hätten die gestiegenen Löhne der Berliner Arbeiter noch nicht einmal die Steigerung der Wohnungsmiethen ausgeglichen. Damit wurde auf die Wohnungsnoth angespielt, die nach dem Kriege in einer Reihe älterer Städte und namentlich in Berlin allen sozialen Quacksalbern viel Kopfzerbrechen verursachte, obgleich sie eine alte Begleiterscheinung der großindustriellen Revolution war. Wo sich die große Industrie in alten Städten niederläßt, lockt sie ein Heer von Arbeitern an und reißt die engen winkligen Gassen nieder, um dem modernen Verkehre breite Straßen zu schaffen; während die Nachfrage nach Arbeiterwohnungen wächst, sinkt ihr Angebot. In Berlin, Breslau, Köln hatte die Wohnungsnoth in chronischer Form schon seit

den vierziger Jahren bestanden; nach 1870 nahm sie nur durch den reißend schnellen Aufschwung der großen Industrie eine akute Form an. Auch war sie keineswegs das einzige Symptom der drängenden Arbeiternoth; die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse machte sich überall geltend, nur daß sie hier mehr an unerschwinglichen Wohnungsmiethen und dort mehr an unerschwinglichen Brot- oder Fleischpreisen hervortrat; in Berlin irrten Hunderte von Obdachlosen umher, ohne zu wissen, wohin sie ihr Haupt legen sollten, in Nürnberg zogen Hunderte von Hungernden durch die Straßen, um den Bäcker- und Metzgerläden die Fenster einzuwerfen. In Berlin wurde damals berechnet, daß die Wohnungsmiethe um 114, der Haushalt um 67 und die Kleidung um 18 Prozent, die gesammte Haushaltung also um 66 Prozent im Preise gestiegen sei. Von den Berliner Arbeitern hatten aber nur die Maurer und Zimmerer mehr als 90, die Tischler und vielleicht auch noch die Maler etwa 70 Prozent Lohnerhöhung erkämpft, alle übrigen Arbeiter waren mit den Lohnerhöhungen, welche sie durchgesetzt hatten, mehr oder weniger weit hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben.

Gelang es nun einem Theile der deutschen Arbeiter wirklich, seine Lebenshaltung etwas zu erhöhen, konnte ein anderer Theil die Steigerung der Lebensmittelpreise durch Erhöhung der Löhne wenigstens einigermaßen ausgleichen, so scheiterte ein dritter Theil überhaupt daran, seine Arbeitsbedingungen zu verbessern. Und wenn der zweite Theil schon zahlreicher war, als der erste, so mochte der dritte Theil zahlreicher sein, als die ersten beiden zusammengenommen. Gerade in den maßgebenden Zweigen der großen Industrie kam es entweder wegen allzu großer Entkräftung der Arbeiter überhaupt nicht zu Massenstreiks, wie in der Textilindustrie, oder die Massenstreiks verliefen überwiegend unglücklich, wie bei den Bergleuten und den Metallarbeitern. 16 000 Bergleute des Ruhrthals mußten im Sommer 1872, nachdem sie mehrere Wochen hindurch tapfer um die achtstündige Schicht und 25 Prozent Lohnerhöhung gekämpft hatten, bedingungslos die Waffen strecken. Dasselbe Schicksal hatten im November 1871 etwa 8000 Maschinenbauarbeiter in Chemnitz, und gleich resultatlos verlief zu gleicher Zeit eine Lohnbewegung unter den 3000 Arbeitern der großen Maschinen- und Waggonfabrik Cramer-Klett in Nürnberg, obgleich diese Arbeiter, in sicherer Voraussicht ihrer Niederlage, die Arbeit nicht erst niederlegten; auch in Berlin verunglückten zwei Maschinenbauarbeiterstreiks. Im Allgemeinen brachte die Milliardenzeit der deutschen Arbeiterklasse eine entschiedene Verschlechterung ihrer Klassenlage; der Minderzahl, der sie eine vorübergehende Erleichterung ermöglichte, stand die Mehrzahl gegenüber, deren Lebenshaltung durch die Vertheuerung der Lebensmittel gesenkt wurde, ohne daß sie die Löhne entsprechend oder auch überhaupt nur zu steigern vermochte.

Erhielten die Arbeiter dadurch eine eindringliche Lehre über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, die nicht einmal unter den denkbar günstigsten Umständen dem Proletariat ein erträgliches Dasein zu bieten vermag, so zeigte ihnen die Haltung der herrschenden Klassen gegenüber den Streiks, was sie von diesen

ihren „besten Freunden“ zu erwarten haben. Wenn die Unternehmer selbst mit Aussperrungen und Maßregelungen vorgingen, Gegenkoalitionen bildeten und schwarze Listen einführten, so war das auf bürgerlichem Boden ein mehr oder minder legitimer Krieg; auch war es keine neue Erscheinung, daß die Staatsgewalt, wo sie irgend konnte, zu Gunsten der Unternehmer in die Lohnkämpfe eingriff, daß bei einem großen Maurerstreik in Berlin das „soziale Königthum“ den Maurermeistern die Kontrakte für Staatsbauten verlängerte und die Maurergesellen, die ihrer Militärpflicht genügten, den Meistern zur Verfügung stellte. Eher konnte es verwundern, daß die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der politischen Richtung mit gleich blindem Hasse auf die streikenden Arbeiter einschlugen. Keine von ihnen schwang sich auch nur zu einer objektiven Würdigung der Gründe auf, welche die Lohnbewegung der Arbeiter hervorriefen und hervorrufen mußten. Der höchste Grad ihrer Weisheit bestand darin, die Streiks als „sozialdemokratische Machenschaften“ zu denunziren, ein Pfiff, der alles andere eher als pfiffig war.

Denn er drängte den Arbeitermassen unabweisbar die Erkenntniß auf, daß sie unter allen politischen Parteien allein in der Sozialdemokratie eine allezeit zuverlässige Freundin besäßen. Nicht als ob die sozialdemokratischen Fraktionen der Streiklust der Arbeiter irgendwie geschmeichelt hätten. Sie unterstützten die Lohnbewegung der Arbeiter, indem sie ihre Berechtigung nachwiesen, und sie traten auch mit aller Kraft für die siegreiche Durchführung der Streiks ein, wenn sie einmal ausgebrochen waren, aber nichts lag ihnen ferner, als Streiks zu provoziren, und sie wurden nicht müde, den Arbeitern einzuschärfen, daß sie für eine tüchtige Organisation sorgen müßten, ehe sie zu dem zweischneidigen Mittel der Arbeitseinstellung griffen. Selbst ein unruhiger Kopf, wie der Buchbinder Johann Most aus Augsburg, der früher in der österreichischen Arbeiterbewegung thätig gewesen war und sich im Jahre 1871 der Eisenacher Fraktion angeschlossen hatte, nicht ohne von Anfang an durch manche Extravaganzen in der eigenen Partei anzustoßen, bemühte sich doch in Chemnitz bis zum letzten Augenblicke, den Ausbruch des Maschinenbauarbeiterstreiks zu hindern. Besser als ihm glückte es dem Schlosser Karl Grillenberger, der die Lohnbewegung in der Cramer-Klettschen Fabrik umsichtig geleitet hatte, den unvermeidlichen Rückzug ohne die Verluste eines Streiks anzutreten; den Dank dafür zahlten die bürgerliche Presse und der fortschrittliche Magistrat, der zugleich Polizeibehörde war, durch die blödsinnige Behauptung, Grillenberger und die paar Sozialdemokraten, die es sonst erst in Nürnberg gab, hätten den gleichzeitigen Brotkrawall angestiftet. Darüber gingen den Nürnberger Arbeitern, die noch bis nach dem Kriege zu den treuesten Anhängern der Fortschrittspartei gehört hatten, die Augen auf, und sie kamen in hellen Haufen zur Sozialdemokratie.

Wie den Streiks, so stellten sich die Regierungen und die bürgerlichen Parteien mit gehässiger Feindseligkeit der gewerkschaftlichen Bewegung entgegen, die sich aus den Streiks entwickelte. Am gehässigsten im Königreiche Sachsen,

wo sich die politische Szenerie gänzlich geändert hatte seit dem Eisenacher Kongreß und seit dem Tage von Sedan, seitdem der sächsische Partikularismus eingesehen hatte, daß er mit den Arbeitern nicht spielen und gegen die preußische Hegemonie nicht mehr aufkommen könne. Sobald sich die sächsischen Arbeiter offen zum proletarischen Klassenkampfe bekannt hatten, schmolz auch der bürgerliche Radikalismus in Sachsen wie Schnee an der Sonne; schon bei den Reichstagswahlen von 1871 war er großentheils zum verwaschensten Nationalliberalismus übergelaufen, und der Leipziger Polizeidirektor Rüder, ein alter Genosse Robert Blums, gehörte schon zu den ärgsten Peinigern der sächsischen Arbeiter. Das ganze polizeiliche Rüstzeug, das einst der ränkevolle Geist eines Beust ausgeklügelt hatte, um die bürgerliche Opposition zu mißhandeln, wurde jetzt von der bürgerlichen Opposition in trauter Gemeinschaft mit allen rückständigen Elementen dazu gemißbraucht, die Arbeiterbewegung lahm zu legen, und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung fast mehr noch als die politische. In einem Lande, wo eine große Konzentration der gesundheitsgefährlichen Textilindustrie mit ihren Riesenetablissements, ihrer Frauen- und Kinderarbeit, ihrer seit Jahrzehnten hinsiechenden Hausindustrie, mit ihrer Abhängigkeit von auswärtigen Märkten, Krisen und Stockungen über eine schwächliche, schlechtgelohnte, zu 8000 Köpfen auf die Geviertmeile dicht zusammengedrängte Arbeiterbevölkerung ein wahres Hungerdasein verhängte, arbeiteten die herrschenden Klassen, von der reaktionären Regierung bis zu den bürgerlichen Freiheitshelden, im Schweiße ihres Angesichts daran, jeden Weg aus diesem Hungerdasein zu versperren. Im Anfang des Jahres 1872 schilderte Motteler die Chikanen, wodurch die gewerkschaftliche Bewegung in Sachsen unterdrückt wurde, mit den Worten: „Bald nennt man uns eine Verbindung von Vereinen, die das Gesetz verbiete, bald stempelt man uns zu politischen Vereinen, um uns unter gewisse Gesetzesparagraphen bringen zu können. Bald stehen wir im Geruche, mit der Londoner Internationalen zu gehen, und bald bedrohen wir die Ordnung dadurch, daß wir uns mit öffentlichen Angelegenheiten befassen.“ Und wenn die sächsische Regierung in diesem polizeilichen Kleinkriege vorläufig voran marschirte, so ging die preußische Regierung gleich aufs Ganze; im Jahre 1873 brachte sie an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs einen Entwurf über die kriminelle Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs, der die kaum gewährte Koalitionsfreiheit wieder aufheben sollte.

Alle die wehleidigen Klagen darüber, daß die deutschen Arbeiter, im Unterschiede von ihren englischen Kameraden, lieber revolutionären Utopien nachjagen, als auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ihre Klassenlage verbessern, erledigen sich durch die einfache Thatsache, daß die deutschen Arbeiter immer durch ein raffinirtes System polizeilicher Unterdrückung aufs politische Gebiet zurückgeworfen worden sind, wenn sie sich auf gewerkschaftlichem Gebiete anzusiedeln gedachten. An und für sich giebt es wenige Dinge auf der Welt, die sich so wenig über einen Kamm scheren lassen, wie die gewerkschaftliche Organisation der modernen Arbeiterklasse. Die Möglichkeit dieser Organisation und damit das Interesse der

Arbeiter für sie wechselt in der verschiedensten Weise; sie ist um so stärker, je mehr die einzelnen Gewerbe noch handwerks= oder manufakturmäßig betrieben werden; sie sinkt tief in der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie und auch in den maschinenmäßig betriebenen Großindustrien, in denen die Frauen= und Kinderarbeit eine große Rolle spielt; sie steigt wieder, wo im Maschinenbetriebe die Konkurrenz der Arbeiterhände durch besondere Ansprüche an physische Kraft oder technische Ausbildung beschränkt wird oder wo eine einschneidende Fabrik=gesetzgebung die Arbeiter vor schrankenloser Ausbeutung schützt. Alle diese und andere Gesichtspunkte kompliziren sich zu einer bunten Musterkarte von Möglich=keiten und Unmöglichkeiten, und bekanntlich haben auch die englischen Gewerk=schaften Jahre und Jahrzehnte hindurch schweres Lehrgeld zahlen müssen, ehe sie zu einer Macht herangewachsen sind.

Wenn sie aber dennoch zu einer Macht heranwachsen konnten, so nur, weil sie wenigstens die allerunerläßlichste Voraussetzung einer gewerkschaftlichen Or=ganisation besaßen. Gewiß haben die englischen Koalitionsverbote schwerere Strafen angedroht und in manchen Fällen auch verhängt, als die deutschen, aber die eng=lischen Arbeiter hatten, was die deutschen Arbeiter noch nie gehabt haben: Preß= und Vereinsfreiheit. Mit der Koalitionsfreiheit verhält es sich ähnlich wie mit dem allgemeinen Wahlrechte: ohne Preß= und Vereinsfreiheit wird sie zum Messer, dem der Griff fehlt. Ihre volle Wirksamkeit kann sie erst entfalten, wenn sie sich auf leistungsfähige Verbände stützt, und solche Verbände lassen sich nicht ohne Preß= und Vereinsfreiheit erhalten. Werden die Anfänge gewerkschaftlicher Verbände durch die chikanöse Handhabung reaktionärer Preß= und Vereinsgesetze erstickt, so bleibt den Arbeitern nichts übrig, als der politische Kampf gegen eine Reaktion, die ihnen alle Vorbedingungen ihrer Klassenorganisation abschneidet.

Von vornherein waren deshalb die deutschen Arbeiter auf den politischen Kampf angewiesen, und es kann gewiß nicht bestritten werden, daß ihr Blick für die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation dadurch manchmal getrübt worden ist. Ganz ähnlich, nur umgekehrt, wie die gewerkschaftliche Organisation den Blick der Trade Unions für die Bedeutung der politischen Organisation ge=trübt hat, und zwar noch viel andauernder. Denn im Anfange der siebziger Jahre war das Interesse der deutschen Arbeiter fast ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, auf ihre gewerkschaftliche, wie auf ihre politische Organisation ge=richtet. Natürlich machten sich auch da die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten geltend, die in der Natur der gewerkschaftlichen Organisation liegen. Wenn von den beiden ältesten deutschen Gewerkschaften die Schriftsetzer erfolgreichere Lohn=kämpfe führten, als die Tabakarbeiter, so war damit nicht gesagt, daß die Tabak=arbeiter ihre Sache schlechter gemacht hätten, als die Schriftsetzer. Auch daß sie stärker als diese in die politischen Fraktionskämpfe verwickelt waren, gab nicht den Ausschlag, da Fritzsche als Gewerkschaftsführer geschickt genug zu laviren verstand. Der wirkliche Grund ihrer geringeren Erfolge war vielmehr, daß den Tabakarbeitern die hausindustrielle und die weibliche Arbeit als ein Dorn im

Fleische saß. Die Schriftsetzer und Tabakarbeiter hatten je ein eigenes Organ, und ebenso weit brachten es die Hutmacher, die Gold- und Silberarbeiter, die Porzelliner. Kräftige Ansätze zu gewerkschaftlichen Bildungen entwickelten sich auch bei den Bauhandwerkern, den Maurern, Zimmerern, Tischlern, Putzern. Schlechter kamen die Metallarbeiter vorwärts, theilweise weil sie sich ohne genügende Sonderung der Branchen organisirten, wodurch sehr verschiedene und sogar gegensätzliche Interessen zusammengesperrt wurden. Die Weber tagten 1871 in Glauchau und 1872 in Berlin; so wenig es ihnen an gutem Willen zur gewerkschaftlichen Organisation gebrach, so große Schwierigkeiten hatten sie zu überwinden.

In den politischen Organisationen der Arbeiterklasse gab es noch immer eine Richtung, die der gewerkschaftlichen Organisation mehr oder weniger ablehnend gegenüberstand. Sie trat bei den Lassalleanern stärker hervor, als bei den Eisenachern, aber auch die Lassalleaner stellten tüchtigste Gewerkschaftsmänner, wie den Maurer Grottkau und die Zimmerer Kapell, von denen nach Lübkerts Auswanderung jener den Bund der Maurer, diese den Bund der Zimmerer leiteten. Von den Eisenachern begann der Sattler Ignaz Auer, ein geborener Baier, in Berlin seine Berufsgenossen zu organisiren, in Sachsen war Motteler unermüdlich thätig, und fast am unverdrossensten von allen bemühte sich der damalige Parteisekretär York um die Förderung der Gewerkschaften. Er in erster Reihe brachte auch im Juni 1872 einen Gewerkschaftskongreß in Erfurt zusammen, der von 9920 gewerkschaftlich organisirten Arbeitern beschickt wurde. Davon gehörten 6152 den Internationalen Gewerksgenossenschaften, 3768 lokalen Fachvereinen an. Diese Ziffern waren nicht bedeutend und der Kongreß hatte auch keine einschneidenden Folgen; je schwerer aber die Hindernisse zu bewältigen waren, die in der Sache selbst lagen, um so entscheidender wurde es, daß die sorgsam gepflegten Keime, wo es irgend anging, von der rohen Gewalt der Polizei ausgerottet wurden.

Vergebens suchten die herrschenden Klassen ihre feindselige Gesinnung hinter der Behauptung zu verstecken, daß sie nicht den Gewerkschaften selbst, sondern dem Mißbrauche an den Kragen wollten, den die sozialdemokratische Agitation mit den Gewerkschaften triebe. Mit dieser Heuchelei mochten sie dumme Spießbürger, aber konnten sie nicht die Arbeitermassen täuschen. Sicherlich wollten die sozialdemokratischen Förderer der Gewerkschaftsbewegung durch sie nicht etwa den Emanzipationskampf des Proletariats verflachen, aber ebenso wenig wollten sie mit ihr ein frivoles Spiel treiben. Ein so eifriger Parteimann wie York führte immer wieder aus, die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung müßten auseinander gehalten werden; beide seien gleichberechtigt, aber jede habe ihre besondere Berechtigung; solle die gewerkschaftliche Bewegung gedeihen, so dürfe sie nicht zum bloßen Schwanze der politischen Bewegung werden. Was York und seine Genossen mit den Gewerkschaften wollten, das war die selbständige und unabhängige Organisation der Arbeiterschaft auf ökonomischem Gebiete. Sie verstanden

die Trade Unions viel besser als die bürgerlichen Zeitungsschreiber, viel besser auch als die kathedersozialistischen Professoren, die sich zunächst für die fortschrittlichen Gewerkvereine begeisterten, um dann nach einigen Jahren durch den Mund Brentanos zu gestehen, daß diese Mißgebilde überhaupt keine Gewerkschaften seien, sondern reine Kranken-, Invaliden- und Begräbnißkassen, deren Mitglieder eine platonische Liebe für gewisse Gewerkvereinsideale hegten. Die Regierung und die Bourgeoisie ertrugen aber selbst die fortschrittlichen Gewerkvereine nur mit schlecht verhehltem Widerwillen; schon eine scheinbare Organisation der ökonomischen Arbeiterinteressen war ihnen fatal, und indem sie mit politischen Waffen auf die wirklichen Ansätze einer gewerkschaftlichen Organisation losschlugen, machten sie den Arbeitern klar, daß vor allem anderen die politische Macht der besitzenden Klassen gebrochen werden müsse, gaben sie der revolutionären Arbeiterbewegung einen gewaltigen Anstoß.

Einen nicht minder kräftigen Anstoß empfing diese Bewegung aber auch auf rein politischem Gebiete. Das altpreußische Regierungssystem, das unverändert im neuen deutschen Reiche fortbestand, machte aller schwärmerischen Begeisterung für Kaiser und Reich ein sehr schnelles Ende. Die Militär- und Steuerlasten nahmen nicht ab, und sie wirkten doppelt abschreckend überall in Deutschland, wo die Bevölkerung noch nicht an diese angenehme Fuchtel gewöhnt war. Neben dem Soldatwerden und Steuerzahlen blieb auch das Maulhalten in altpreußischen Ehren. In dem neuen norddeutschen Strafgesetze waren die Kautschukparagraphen des alten preußischen Strafgesetzes ein wenig schärfer gefaßt worden; nun ging dem Reichstage im Jahre 1873 ein neuer Preßgesetzentwurf zu, in dessen § 20 mit Gefängniß oder Festungshaft bis zwei Jahren bedroht wurde, „wer in einer Druckschrift die Familie, das Eigenthum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtssinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreife, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichne, als nachahmungswerth, verdienstlich oder pflichtmäßig darstelle, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise angreife". Wie das Kontraktbruchgesetz auf ökonomischem, so war dieser Paragraph auf politischem Gebiete Bismarcks erstes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, aber in seiner kautschukenen Fassung, gegen die Manteuffels Kautschukparagraphen die reinen Waisenkinder waren, konnte er auch jede bürgerliche Opposition erschlagen, und so ging er den bürgerlichen Parteien doch über den Spaß. Da die neuen Wahlen herannahten, so wagte Lasker sogar einmal ein schüchternes Wort von den „Rechten des Volks" zu murmeln, aber das bekam ihm sehr schlecht. Bismarck schnarrte ihn an: „Zum Volke gehören wir Alle, zum Volke gehöre ich ebenso gut wie Sie, ich habe auch mein Volksrecht, ich verbitte es mir, den Namen Volk zu monopolisiren und mich davon auszuschließen. Das verbitte ich mir." Auf diese schnöde Herausforderung fand die liberale Opposition nicht die gebührende Antwort. Die Fortschrittler unterschieden sich

kaum noch von den Nationalliberalen; der von Virchow verfaßte Wahlaufruf, den sie im Jahre 1873 für die nächsten Reichstagswahlen erließen, wurde von dem offiziösen Hauptblatte mit dem sehr verdienten Lobe geehrt, auch der konservativste Mann könne ihm seinen Beifall nicht versagen, und als ein anderes Regierungsblatt die immerhin wohlwollende Voraussetzung machte, der linke Flügel der Fortschrittspartei werde mit Virchows überloyaler Stilübung nicht einverstanden sein, spielten diese Braven noch die beleidigten Patrioten; sie versicherten, keiner ihrer Wahlaufrufe habe je eine so einstimmige Billigung aller Parteimitglieder gefunden, wie dieser.

So förderte das stete Anwachsen der politischen Unzufriedenheit diejenigen Parteien, die gegenüber Bismarck noch ein festes Rückgrat zu bewahren wußten, die rothe und die schwarze Internationale, wie sie im reichspatriotischen Jargon hießen, die sozialdemokratische und die ultramontane Partei. Die katholische Kirche hatte ihre alte und noch immer mächtige Organisation auf den Kriegsfuß gesetzt, seitdem Bismarck und die liberalen Kulturkämpfer in ihr inneres Leben griffen, und schlangenklug, wie sie in den Händeln dieser Welt ist, wußte sie die Waffen der bürgerlichen Freiheit zu schwingen, die Bismarcks Gendarmenpolitik ihr aufnöthigte. In den katholischen Gegenden des Reichs leitete sie den wachsenden Strom des politischen Grolls in ihre Kanäle und kreuzte selbst bis zu einem gewissen Grade die Arbeiterbewegung. Am Rhein und in Schlesien nahm die sozialdemokratische Agitation nach dem Jahre 1870 ein entschieden langsameres Tempo an, und in Baiern verschob sich ihr leitender Standort von den katholischen Städten Augsburg und München auf das protestantische Nürnberg-Fürth. Der Ultramontanismus war durchaus nicht blöde, die in seinem Geistesbanne aufgewachsene Arbeiterbevölkerung mit sozialistischen Forderungen zu födern; sein weitverzweigtes Vereinswesen, das er geschickt auszubauen wußte, bot namentlich den Handwerksgesellen mancherlei Anziehungspunkte; das sozialpolitische Programm, das der Domkapitular Moufang in Mainz aufstellte, sah von Weitem beinahe so aus, wie das Programm Lassalles. Und die brutale Verfolgung, deren Opfer sie waren, beglaubigte die katholischen Priester bei den katholischen Arbeitern noch weit besser, als aller irdische und himmlische Segen, den sie verhießen.

In den protestantischen Gegenden aber, wo die preußische Fuchtel bisher nicht bekannt gewesen war, nahm die sozialdemokratische Agitation einen Aufschwung, der mehr oder minder weit über die Grenzen hinausging, die ihr nach den historisch gegebenen Bedingungen gesteckt waren. So im protestantischen Baiern, so in Hannover, so namentlich in Schleswig-Holstein. Dies verwöhnte Lieblingskind teutscher Nation machte gar verwunderte Augen, als es nun endlich die Milch frommer Denkungsart aus dem mütterlichen Busen trinken durfte. Neben einigen industriellen Orten, Altona, Ottensen, Pinneberg, Kiel, Neumünster, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von jeher Mitgliedschaften gehabt hatte, schien Schleswig-Holstein mit seiner ackerbautreibenden Bevölkerung,

seiner behäbigen Bauernklasse, seinem eingewurzelten Partikularismus und nicht zuletzt auch seinem plattdeutschen Dialekt der sozialdemokratischen Agitation verschlossen zu sein, und doch machten hier die Lassalleaner nach 1870 verhältnißmäßig noch größere Fortschritte, als die Eisenacher im Königreiche Sachsen. Allerdings spielten dabei auch soziale Gesichtspunkte mit. Auf den Latifundien des östlichen Holsteins entstand dadurch eine tiefe Aufregung des ländlichen Proletariats, daß die Junker die Tagelöhner, die an und für sich schon in den erbärmlichsten Verhältnissen lebten, massenhaft auf die Straße warfen, und zwar deshalb, weil die neue deutsche Gesetzgebung schon nach zweijährigem Aufenthalte den Unterstützungswohnsitz gab, während das holsteinische Recht erst nach fünfzehnjährigem Aufenthalte das Armenrecht gegeben hatte. Aber im Allgemeinen schwellte doch der Zorn über die politischen Bescherungen der Berliner Vorsehung die Segel der sozialdemokratischen Agitation in den Elbherzogthümern, und das Uebrige that dann die schleswig-holsteinische Polizeiwirthschaft, die auch nur in Sachsen ihres Gleichen hatte.

Es waren noch einigermaßen verschobene Verhältnisse. Viele Proletarier, die ihrer Klassenlage nach zur Partei der sozialen Revolution gehörten, schworen einstweilen zur Fahne des innerlich reaktionären Ultramontanismus, während sich unter den Anhängern der Sozialdemokratie in den neupreußischen Landstrichen viele unsichere Kantonisten befanden. Der Besitzstand der Partei in Schleswig-Holstein blieb jähen Schwankungen unterworfen. Aber zahlreiche Mitläufer wurden doch treue Parteigenossen und was die Hauptsache war: die Sozialdemokratie konnte leisten, was der Liberalismus überhaupt nicht mehr und der Ultramontanismus nur vorübergehend leisten konnte: auf sie war auch in rein politischen Fragen steter Verlaß. Indem die leidenden und unterdrückten Klassen der Bevölkerung, weit über das Proletariat hinaus, auf sie blicken lernten als auf eine immer zuverlässige Stütze, erschloß sich ihr eine neue Quelle der Macht, die um so reicher strömen mußte, je mehr die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik Bismarcks sich übertrumpfte.

II. Der Haager Kongreß.

Die Pariser Kommune hatte Bismarck nicht nur über die deutsche Sozialdemokratie, sondern ihn und seinesgleichen auch über die Internationale aufgeklärt. Die europäische Reaktion waffnete sich gegen den Bund der Arbeiter und verfolgte ihn in allen Ländern des Kontinents. Einer gemeinsamen polizeilichen Razzia, welche die spanische Regierung vorschlug, widersetzte sich die englische Regierung zwar noch, zum Verdrusse Bismarcks, der in seiner offiziösen Presse den britischen Boden als die Freistatt denunzirte, von welcher aus die heilige Sache der Ordnung untergraben würde. Aber auch die englische Regierung schritt gegen die Sektionen der Internationalen in Irland ein und ließ durch

ihre auswärtigen Vertreter Informationen über Verzweigungen des Bundes einziehen, während die republikanische Regierung der Schweiz nur mit Mühe gehindert werden konnte, Flüchtlinge der Kommune an die Rachsucht der französischen Bourgeoisie auszuliefern.

Hand in Hand mit den Unterdrückungsmaßregeln, die der vereinigte Regierungsverstand von Europa auszuklügeln wußte, ging der Verleumdungskrieg, den die Lügenkraft der zivilisirten Welt dem Bunde machte. Apokryphe Geschichten und Geheimnisse der Internationalen, Lärmtelegramme und dreiste Fälschungen öffentlicher Urkunden jagten einander. Den großen Brand von Chicago kündete der elektrische Funke rings um die Erde als die höllische That der Internationalen an, und es war noch ein Wunder, wie ihr Generalrath mit treffendem Spotte sagte, daß nicht auch ein Orkan, der damals Westindien verwüstete, ihrem dämonischen Wirken zugeschrieben wurde. Ihren Gipfelpunkt erreichte diese europäische Hetze, als im September 1872 die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin stattfand, von welcher die patriotischen Zinkenisten ein neues Zeitalter des Weltfriedens und des Weltenglücks datirten. Nach ihrer Behauptung war der alte feudal-reaktionäre Bund der Ostmächte wiederhergestellt zur Rettung der modernen Gesittung, und uneingedenk der Erfahrung, daß Vögel, die Morgens zu früh singen, Abends von der Katze gefressen zu werden pflegen, erläuterten sie Väterchens Erscheinen in Berlin als endgiltige Absage an alle französischen Revanchegelüste.

Scheinbar ertönten ihre Triumphgesänge auch nicht ganz ohne Grund. Denn in derselben Herbstwoche, wo der deutsche, der österreichische und der russische Kaiser im Schlosse an der Spree tagten, beendete die Internationale auf ihrem fünften Kongreß ihr historisches Dasein. Durch den Fall der Kommune war der Bund in eine sehr schwierige Lage gekommen. Engels, der sich im Jahre 1870 aus der kaufmännischen Thätigkeit zurückgezogen hatte und gemeinsam mit Marx im Generalrath arbeitete, sagt darüber: „Die Internationale wurde in den Vordergrund der europäischen Geschichte gedrängt in einem Augenblicke, wo ihr die Möglichkeit aller erfolgreichen praktischen Agitation abgeschnitten war. Die Ereignisse, die sie zur siebenten Großmacht erhoben, verboten ihr gleichzeitig, ihre Streitkräfte mobil zu machen und thätig zu verwenden, bei Strafe der unfehlbaren Niederlage und Zurückdämmung der Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte." In der That, so und nicht anders lag die Sache. Die „respektablen" Trade Unions hatten sich von der Internationalen zurückgezogen, wegen der Parteinahme des Generalraths für die Kommune, und das französische Proletariat bedurfte nach dem erschöpfenden Kriege, der Aushungerung von Paris und dem furchtbaren Aderlaß der Kommune einer geraumen Zeit, um neue Kräfte zu sammeln. Für die Stütze, welche die Internationale in ihren französischen Sektionen verlor, war es ein sehr zweifelhafter Ersatz, daß die Flüchtlinge der Kommune den Generalrath in London überschwemmten und in den endlosen Streit rissen, der den unausbleiblichen Niederschlag jeder gescheiterten Revolution bildet. Eine Ahnung von diesen Wirren gab es, wenn Frau Marx an Johann Philipp

Becker schrieb, man gelte schon für preußisch, wenn man nicht auf all den französischen Firlefanz von Lug und Trug schwören wolle, was ihr platterdings unmöglich sei.

Während so die Internationale in England und Frankreich mehr oder weniger den Boden unter den Füßen verlor, wurde sie in einer Reihe ökonomisch oder politisch weniger entwickelter Länder, in Belgien, Holland, Italien, Spanien, einem Theile der Schweiz, durch inneren Hader zerrüttet. Das Proletariat dieser Länder befand sich theilweise noch in einem Entwicklungsprozeß, den die englischen, französischen und deutschen Arbeiter schon in vormärzlicher Zeit durchgemacht hatten: in der Periode des Sozialismus, der von Politik nichts wissen will, weil die Arbeiter in den politischen Kämpfen der besitzenden Klassen stets die Betrogenen gewesen sind. Dieser Sozialismus versteht die kapitalistische Gesellschaft noch nicht nach ihren historischen Existenzbedingungen; er begreift weder die Nothwendigkeit ihres Entstehens noch die Nothwendigkeit ihres Vergehens; er ist sich deshalb auch völlig unklar über die Mittel, durch die das Proletariat befreit werden kann. In dem politischen Kampfe der Arbeiterklasse sieht er einen Rückfall in alte Irrthümer, eine neue Täuschung, die eine neue Macht der Unterdrückung heranzüchte. Er will die bürgerliche Gesellschaft bis auf den letzten Stein niederreißen, jede Spur ökonomischer und politischer Herrschaft vernichten, aber er will dies Ideal der Zukunft auch schon in der Gegenwart verwirklichen, indem er dem Proletariat die „politische Enthaltung", den Verzicht auf seine Organisation und damit den Verzicht auf die einzige Waffe empfiehlt, die ihm den Sieg über die konzentrirten Machtmittel der herrschenden Klassen verschaffen kann.

Der unpolitische Sozialismus ist ein Durchgangsstadium in der historischen Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins. Er mußte deshalb auch in der Internationalen vertreten sein, deren Aufgabe gerade darin bestand, die verschiedenen Arbeiterparteien der einzelnen Länder über die weltgeschichtliche Aufgabe des modernen Proletariats aufzuklären und dadurch ihre nothwendigen Entwicklungsstadien abzukürzen. Jedoch wurde er eine Gefahr für die Internationale, als Bakunin ihn am Ende der sechziger Jahre unter dem Stichworte des Anarchismus zu sammeln begann und mit seiner Hilfe die Herrschaft über den großen Arbeiterbund an sich zu reißen versuchte. Daß Bakunin ein Agent der russischen Regierung gewesen sei, ist oft behauptet, aber nie bewiesen worden, und die Gründe, die dafür zu sprechen scheinen, lassen sich sehr wohl aus Bakunins panslavistischen Neigungen erklären, wegen deren er schon in den Revolutionsjahren von seinen alten Freunden Marx und Engels bekämpft worden war. Es wäre auch zu viel gesagt, wenn man Bakunins anarchistische Theorie einzig und allein auf das Konto seines persönlichen Ehrgeizes setzen wollte. Ein geborener Russe, stammte er aus einem Lande, das den proletarischen Klassenkampf noch nicht einmal in seinen ersten Anfängen kannte, und über ein Jahrzehnt lang dem europäischen Geistesleben fern gehalten, bewegte er sich noch ganz in den Anschauungen des vormärzlichen Sozialismus, als er im Jahre 1860 seinem sibirischen

Eiskerker entflohen war. Theoretisch knüpfte er mit seinem Anarchismus an Proudhon und Stirner an, und praktisch berührte er sich mannigfach mit Weitling: in der wachsenden Verelendung der Masse sah er den wirksamsten Hebel der sozialen Revolution und in den Deklassirten ihre stärksten Vorkämpfer. Aber soviel ist auch richtig, daß persönlicher Ehrgeiz und persönliche Eifersucht auf Marx mitspielte bei Bakunins Versuchen, die Herrschaft über die Internationale zu gewinnen, zu diesem Zweck ihre Organisation zu zerrütten und die europäische Arbeiterbewegung auf eine längst überwundene Stufe ihrer historischen Entwicklung zurückzuwerfen.

Es ist klar, daß der unpolitische Sozialismus einen Januskopf trägt, der auf der einen Seite ein sehr harmloses, auf der anderen Seite ein sehr blutdürstiges Gesicht zeigt. Ein Sozialismus, der die politische Enthaltung empfiehlt, aber doch die bürgerliche Gesellschaft umwälzen will, verläuft entweder in die harmloseste Selbsthilflerei, Sektenstifterei und Utopisterei, oder in geheime Verschwörungen, Attentate und Putsche. Und es ist ebenso klar, daß er in den vierziger Jahren, wo noch so viel Utopismus im Schwange ging, mehr sein harmloses, und in den sechziger Jahren, wo der naturwüchsige Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat schon so schroff ausgeprägt war, mehr sein blutdürstiges Gesicht hervorkehrte. Durch die „Propaganda der That" gewannen die Anarchisten eine gewisse Fühlung mit den Blanquisten, dem entschlossensten Flügel der Kommuneflüchtlinge. Beide gingen sehr weit in ihren Zielen auseinander, denn die Anhänger Blanquis wollten sich gerade der politischen Gewalt durch einen raschen Handstreich bemächtigen, um durch sie eine revolutionäre Diktatur auszuüben, aber beide kamen überein in der Praxis der revolutionären Handstreiche. Einer Praxis, die den Regierungen die willkommene Gelegenheit bieten mußte, gegen die arbeitenden Klassen eine Praxis der reaktionären Handstreiche einzuleiten, und zwar mit einer zermalmenden Wucht, gegenüber der alle Attentate und Putsche, welche die Bakunisten und Blanquisten, einzeln oder gemeinsam, ausrichten konnten, nur als unreife Knabenspiele erschienen.

Der Generalrath der Internationalen und Marx als sein leitender Kopf widersetzten sich Bakunins Wühlereien mit äußerster Kraft, und würden sie unter gewöhnlichen Verhältnissen bald bewältigt haben. Wurden sie ihrer doch sogar Herr unter den außergewöhnlichen Verhältnissen, die nach dem Falle der Pariser Kommune eingetreten waren. Aber eine andere Frage war, ob die Aufrechterhaltung der von Außen und Innen gleich sehr bedrängten Internationalen der europäischen Arbeiterbewegung nicht unverhältnißmäßig große Opfer auferlegte. Marx bejahte diese Frage, und entschloß sich, die von dem internationalen Proletariat für sein praktisches Handeln und Schlagen geschmiedete Waffe vom anarchistischen Roste zu säubern und sie dann bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten auf dem Fechtboden niederzulegen. Und auf dem Haager Kongresse führte er seinen Entschluß aus.

Die internationale Ausdehnung der Arbeiterbewegung trat auf diesem Kongresse noch klarer und schärfer hervor, als auf den früheren Kongressen des

Bundes. Nach ihren Geburtsländern berechnet befanden sich unter den 64 Delegirten 20 Franzosen, 16 Deutsche, 8 Belgier, 6 Engländer, 3 Holländer, 3 Spanier, 2 Schweizer, 2 Ungarn, 1 Pole, 1 Irländer, 1 Däne und 1 Korse. Und es stellte sich alsbald heraus, daß der bisherige Generalrath über eine starke Mehrheit verfügte; namentlich die Deutschen und — mit einer Ausnahme — auch die Franzosen standen zu ihm, während die Engländer getheilt und ungleich stimmten. Das Bestreben der Bakunisten, entsprechend ihrer anarchistischen Doktrin den Generalrath zu einem bloßen „Briefkasten", zu einem „Bureau für Korrespondenz und Statistik" herabzudrücken, wurde vereitelt, der Generalrath in seinen Befugnissen als vollziehender Ausschuß der Assoziation bestätigt und gesichert. Der Kongreß sagte sich durch einen feierlichen Beschluß von jeder Verantwortlichkeit für das Treiben der Bakunisten los und stieß Bakunin nebst einem seiner Helfershelfer aus dem Bunde.

Um so schwerer wurde es der siegreichen Mehrheit, den Generalrath nach New York zu verlegen, wie die Mehrheit seiner bisherigen Mitglieder beantragte, und darunter auch Marx, der mit Engels dem Kongresse persönlich beiwohnte. Namentlich die deutschen Delegirten widersetzten sich dem Antrage, der schließlich nur mit einer schwachen Mehrheit durchging. Den Ausschlag gab, daß die Mehrheit des bisherigen Generalraths eine Wiederwahl ablehnte, Marx und Engels speziell, weil ihnen sonst die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten unmöglich sei, ein Grund, der natürlich nicht in subjektivem, sondern in objektivem Sinne verstanden sein sollte und auch verstanden wurde. Wie Marx allemal willig seine wissenschaftliche Arbeit unterbrach, wo sich eine Möglichkeit praktischen Handelns für die Arbeiterklasse bot, so nahm er sie gern wieder auf, wo diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden war. Trat aber die bisherige Mehrheit des Generalraths zurück, so konnte die oberste Leitung des Bundes nicht in London bleiben, ohne die dringende Gefahr, entweder den französischen Blanquisten mit ihrer Putschtaktik oder den englischen Arbeiterführern mit ihren „respektablen" Tendenzen in die Hände zu fallen. Und wenn London fortfiel, so war New York der einzige Ort, der die beiden nöthigen Bedingungen vereinte: Sicherheit der Archive und internationale Zusammensetzung des Generalraths.

Ohne Zweifel ging es bei diesen Berathungen und Beschlüssen des Haager Kongresses ein wenig diplomatisch her, was durch die damalige Lage der Internationalen zur Genüge erklärt und gerechtfertigt wurde. Ein paar Jahre später schrieb Engels kürzer und offener: „Angesichts der Unmöglichkeit, gegenüber der allgemeinen Reaktion den an sie gestellten gesteigerten Forderungen zu entsprechen und ihre volle Wirksamkeit anders aufrecht zu erhalten, als durch eine Reihe von Opfern, an denen die Arbeiterbewegung hätte verbluten müssen, — angesichts dieser Lage zog sich die Internationale vorläufig von der Bühne zurück, indem sie den Generalrath nach Amerika verlegte." Und nicht nur vorläufig zog sie sich zurück, sondern für immer. Die Internationale hielt im Jahre 1873 noch einen Kongreß in Genf ab, aber thatsächlich stellte sich heraus, daß ihre historische

Aufgabe vollbracht war. Der Gedanke der internationalen Solidarität hatte in dem modernen Proletariat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß er keiner äußeren Stütze mehr bedurfte, und die nationalen Arbeiterparteien entwickelten sich durch die industriellen Umwälzungen der siebziger Jahre so eigenthümlich und kräftig, daß sie über den Rahmen der Internationalen hinauswuchsen, ähnlich wie die europäische Arbeiterbewegung durch die industriellen Umwälzungen der fünfziger Jahre über den Rahmen des Kommunistenbundes hinausgewachsen war.

III. Die letzten Fraktionskämpfe.

In die deutsche Arbeiterbewegung griff die Krisis der Internationalen gar nicht oder so gut wie gar nicht ein. Der Generalrath des Bundes machte in einer gegen Bakunin gerichteten Veröffentlichung die beiläufige und ziemlich vom Zaune gebrochene Bemerkung, daß die Lassalleaner zu einfachen Werkzeugen der Polizei geworden seien, nachdem sie jahrelang die Organisation der deutschen Arbeiter gehindert hätten, und dieser ungerechte Ausfall reizte den Neuen Sozialdemokraten zu nicht weniger ungerechten Ausfällen gegen Marx und die Internationale. Aber mit Bakunins anarchistischer Theorie und Praxis hatten die Lassalleaner so wenig zu thun wie die Eisenacher.

Seit dem Tage von Sedan waren die beiden Fraktionen in der nationalen Frage einig. Sie standen im gemeinsamen Kampfe gegen das Berliner Regierungssystem. Auch in der prinzipiellen Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus hielten sie eine gemeinsame Höhe inne, insofern als beiden die historisch-materialistische Dialektik noch immer fremd war. Hasselmann entwickelte im Neuen Sozialdemokraten auf „naturrechtlichem" Wege, daß den Arbeitern die Produkte gehörten, welche sie allein geschaffen hätten, und der Versicherungsbeamte C. A. Schramm, der im Volksstaat eine Reihe bemerkenswerther Artikel über die ökonomischen Grundbegriffe veröffentlichte, folgerte in ganz ähnlicher Weise, aus der Werththeorie von Marx ergebe sich die Berechtigung der sozialistischen Forderungen, der Anspruch der Arbeiter auf die von ihnen geschaffenen Werthe. Selbst Liebknecht stellte Buckle, den Historiker des Manchesterthums, als den bahnbrechenden Geist auf geschichtswissenschaftlichem Gebiete hin, wie es Marx auf sozialwissenschaftlichem und Darwin auf naturwissenschaftlichem Gebiete sei.

Der einzige der damaligen Parteischriftsteller, der in seiner Weise den historischen Materialismus erfaßt hatte, war Dietzgen, der fleißigste Theoretiker der Eisenacher, doch bewegten sich seine trefflichen Aufsätze zu eng im philosophischen Geleise, als daß sie auf die mitten im praktischen Kampfe stehenden Arbeiter wirksamen Eindruck hätten machen können. Eine Reihe älterer und neuerer Arbeiten von Marx und Engels, die der Volksstaat veröffentlichte, die Abhandlungen über den Bauernkrieg, die Adresse über die Pariser Kommune, setzten zu viel voraus, um den Arbeitern schon in Fleisch und Blut überzugehen,

und in die praktischen Tagesfragen, an denen sich die historisch-materialistische Auffassung am anschaulichsten hätte erläutern lassen, griffen die Altmeister des wissenschaftlichen Kommunismus selten ein. Die Anhänger der Eisenacher Fraktion klagten oft über die allzu gelehrten und schwerfälligen Artikel des Volksstaats, und selbst der Parteiausschuß hielt der Redaktion die Schreibweise des Neuen Sozialdemokraten als Muster vor. Die geistige Hauptnahrung blieben auch für die Arbeiter dieser Richtung die Agitationsschriften Lassalles; „der Organisation nach waren wir Eisenacher, dem Prinzip und der Agitation nach Lassalleaner“, schrieb später bei einem Rückblick auf diese Zeit Karl Grillenberger, der Tüchtigsten einer aus dem Nachwuchse der Eisenacher.

Unzweifelhaft war auch der Neue Sozialdemokrat nicht blos in der populären Darstellung, sondern auch in der scharfen Auffassung der ökonomisch-sozialistischen Probleme dem Volksstaat überlegen. Als die Frage der Wohnungsnoth alle Welt beschäftigte, knüpfte Hasselmann an sie an, um in einer Reihe musterhaft klarer Artikel die Grund- und Bodenfrage auseinander zu legen, während der Volksstaat über dieselbe Frage dem Proudhonisten Mülberger das Wort gab zu allerlei konfusen Ausführungen, die dann Engels durch seine klassischen Abhandlungen über die Wohnungsfrage ins Reine brachte. Zu dem überhebenden Tone, den die Eisenacher gerade in theoretischen Fragen gern gegen die Lassalleaner anschlugen, hatten sie durchaus keinen Anlaß. Der Krieg, den Bracke gegen den „Lassalleschen Vorschlag“ der Produktivassoziationen mit Staatshilfe eröffnete, zeigte den trefflichen Mann auf einem Holzwege; das Zerrbild, das er von Lassalles Vorschlag entwarf, indem er ihn den „vergeblich nach Hoffähigkeit strebenden königlich preußischen Regierungssozialismus“ nannte, existirte nur in seiner Phantasie; Hasselmann vertrat, wie schon Schweitzer vor ihm, die Produktivassoziationen mit Staatskredit immer in dem Sinne, daß sie nach dem Siege des Proletariats die erste praktische Handhabe zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein sollten. Der Drang zur gründlichen Revision ihres Programms machte sich unter den Eisenachern stark geltend, aber in einer Form, die eben nur die noch große theoretische Unklarheit dieser Fraktion verrieth. Bodenreformerei, Abschaffung des Erbrechts und sonst allerlei eklektischer Sozialismus, der bei den Lassalleanern schon von Schweitzer abgethan worden war, machte sich in ihren besten Köpfen noch sehr breit, und sogar bei Bracke war noch nicht die Neigung erstorben, durch zeitweilige Verhüllung des prinzipiellen Kommunismus dem radikalen Kleinbürgerthum entgegenzukommen.

Nur in einer Frage, und zwar in der sehr wichtigen Gewerkschaftsfrage, war die theoretische Klarheit bei den Eisenachern entschieden größer als bei den Lassalleanern. Im Mai 1873 veröffentlichte der Volksstaat mehrere vorzügliche Artikel über die Gewerkschaften, die heute noch mit Genuß und Nutzen gelesen werden können. In diesen „praktischen Emanzipationswinken“ wurde nachgewiesen, daß die gewerkschaftliche Bewegung eine gleich bedeutsame und gleich berechtigte Waffe des proletarischen Emanzipationskampfes sei, wie die politische Bewegung,

aber daß zwischen beiden Bewegungen eine scharfe Trennung durchgeführt werden müsse. In lichtvoller Weise wurden die einzelnen Aufgaben der Gewerkschaften erörtert, wurde gezeigt, was sie als wirksame Hebel der proletarischen Klassenlage, als Uebungsfelder demokratischer Selbstverwaltung, als Keime der zukünftigen Gesellschaftsorganisation, genug als Organe des bewußten Kampfes für die Emanzipation des Proletariats leisten können, immer unter der Voraussetzung, daß die gewerkschaftliche Bewegung das ihr mit der politischen Bewegung gemeinsame Ziel auf anderem selbständigen Wege verfolge. Die anonym erschienenen Artikel waren von dem Schriftsetzer Karl Hillmann verfaßt und bekundeten einen bedeutenden Fortschritt gegen die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses über die Gewerkschaftsfrage. Allerdings erhob sich im Volksstaate sofort eine protestirende Stimme gegen sie, doch war die Auffassung Hillmanns unverkennbar die herrschende in der Eisenacher Fraktion. Dagegen hatten die Gewerkschaftsmänner der Lassalleaner einen schweren Stand, und sie würden einen noch schwereren Stand gehabt haben, wenn nicht die Berliner Bauhandwerker mit ihren erfolgreichen Streiks im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine beherrschende Stellung eingenommen hätten. Der Allgemeine Unterstützungsverband hatte sich einer ernsthaften Streikbewegung gegenüber als ohnmächtig erwiesen, und der Versuch, ihn auf lokaler Stufenleiter als Berliner Arbeiterbund zu erneuern, hatte keinen besseren Erfolg. Die fachlich gegliederten Gewerkschaften, wie den Maurer- und Zimmererbund, hielt die Macht der Thatsachen aufrecht, aber der doktrinäre Widerstand verstummte nicht. Auf jeder Generalversammlung erhob er seine Stimme, und erzielte auch immer Beschlüsse, welche die bestehenden Gewerkschaften auflösen oder mindestens zu Filialen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herabdrücken wollten.

In der Organisation hatten wieder die Lassalleaner den Vortritt. Ihr Heer war gerüsteter, schlagfertiger, zahlreicher. Auf ihren Generalversammlungen, die wie 1871, so auch 1872 in Berlin, 1873 aber in Frankfurt a. M. stattfanden, musterten sie in ansteigender Zahl bis zum zweiten Zehntausend aktiver Mitglieder, während die Eisenacher, die ihre Kongresse 1871 in Dresden, 1872 in Mainz und 1873 in Eisenach abhielten, eben nur knapp ans erste Zehntausend herankamen. Freilich hatte die Organisation der Lassalleaner auch ihre bedenklichen Seiten. Zugeschnitten auf eine diktatorische Leitung, mußte sie zu bösen Rivalitäten um den beherrschenden Einfluß führen, wenn der Präsident ein Mann war, wie Hasenclever, dem im Guten und Schlimmen das Zeug zu einem Diktator fehlte. Neben ihm standen Hasselmann als Redakteur des Vereinsorgans, der Hutmacher Derossi aus Düsseldorf als Sekretär und der Kassirer Grüwel, die alljährlich durch die Generalversammlung gewählt wurden, wie der Präsident durch Urabstimmung aller Mitglieder. Im Vereinsorgan wachte Hasselmann eifersüchtig darüber, daß keine schriftstellerische Kraft neben ihm aufkam; das geistige Leben des Vereins erhielt dadurch, so wenig es sektenhaft war, doch eine sektenhafte Färbung. Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes kamen unter Hasen-

clever zu weit größerem Einfluß, als sie unter Schweitzer besessen hatten, Grottkau, die Kapells, namentlich auch der nach Iserlohn zurückgekehrte Tölcke. Das wäre ein unzweifelhafter Fortschritt gewesen, wenn die Parteileitung eine demokratische Verfassung gehabt hätte, in der die einzelnen Kräfte nebeneinander hätten arbeiten können; da ihnen dieser legitime Spielraum fehlte, so stießen sie feindlich aufeinander. Der Kultus, den die Lassalleaner mit ihrer Organisation trieben, hatte seine triftigen Gründe, aber er wurde sehr übertrieben; seinen starrsten Vertreter fand er in Tölcke, dem die Berliner Leitung immer noch nicht genug zentralisirte, obgleich er selbst in der Provinz saß.

Die Eisenacher hatten ihren Ausschuß seit 1871 in Hamburg, wo Geib und York die leitenden Köpfe waren, die Kontrollkommission wurde 1871 nach Berlin, 1872 nach Breslau, 1873 nach Frankfurt a. M. verlegt. Ihre Organisation war viel loser als die Organisation der Lassalleaner, die Mitglieder zahlten ihre Beiträge saumseliger und spärlicher, gegenüber den blühenden Finanzen der Lassalleaner kamen die Eisenacher nicht aus der Schuldennoth heraus. Aber bei allen unverkennbaren Schattenseiten hatte ihre Organisation doch auch ihre Vorzüge. Schon daß die unvermeidlichen Reibungen zwischen den verschiedenen Organen der Parteileitung immer offen und sachlich ausgetragen werden konnten, war nicht hoch genug zu schätzen.

Besonders aber hatten die Eisenacher eine reichere Literatur und Presse als die Lassalleaner. Schon im Jahre 1871 entstanden neben dem Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund der Dresdener Volksbote, die Chemnitzer Freie Presse, der Braunschweiger Volksfreund als Lokalblätter der Partei, bald auch in Nürnberg-Fürth das Demokratische Wochenblatt, das 1873 ins Eigenthum der Partei überging. In fast überreicher Fülle erwuchsen dann neue Lokalblätter in Hof, Gera, Eisenach, Mainz, München, wo der Proletarier inzwischen eingegangen war. Aus dem geplanten literarischen Aktienunternehmen war die Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig geworden, die neben dem Volksstaat eine schnell anwachsende Broschürenliteratur pflegte. Auch Bracke, der den Braunschweiger Volksfreund verlegte, gab eine Reihe Parteischriften heraus.

Die „Intelligenzen" erwiesen sich für die Eisenacher keineswegs als so verhängnißvoll, wie die Lassalleaner behaupteten. Nur in Nürnberg-Fürth führte ein häßlicher Krakehl zwischen den sonst sehr begabten Literaten Memminger und Mook zu peinlichen Störungen der fränkischen Bewegung, die dann aber nach Beseitigung der beiden Störenfriede unter den treuen Händen der Arbeiter Grillenberger, Gabriel Löwenstein, Scherm, Wörlein um so gedeihlicher emporwuchs. Auch mochte es ein Erfolg von zweifelhaftem Werthe sein, daß Bernhard Becker sich bei den Eisenachern einfand; seine Redaktionsführung in dem Braunschweiger Volksfreund und seine gehässigen Schriften über Lassalles Agitation und Lebensende trugen viel zur Verhetzung mit den Lassalleanern bei. Aber sonst bewährten sich die jungen literarischen Kräfte der Eisenacher durchaus: Bruno Geiser und Max Reißer in Breslau, Johannes Wedde in Hamburg,

Wilhelm Blos, der von der süddeutschen Volkspartei kam und bald neben Hepner den Volksstaat redigirte, während Liebknecht seine Festungshaft abbüßte. Im fernen Königsberg gab der Referendar Kokosky eine Monatsschrift, die Demokratischen Blätter heraus, die sich freilich nicht lange halten konnten, Kokosky ging dann an den Braunschweiger Volksfreund.

Auch die Arbeiter betheiligten sich bei den Eisenachern viel eifriger an der Broschüren- und Zeitungsliteratur, als bei den Lassalleanern, bei denen die mündliche Agitation überwog. Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die Arbeiterbewegung in den siebziger Jahren nicht solche Theoretiker stellen konnte, wie in den vierziger Jahren, wo der Bund der Kommunisten die Kämpfe der deutschen Philosophen- und der englisch-französischen Sozialistenschulen mit theilnehmendem Verständniß begleitet hatte; der einzige, der an die Weitling, Eccarius, Pfänder erinnerte, war Dietzgen. Die neue Arbeiterbewegung war von vornherein mit praktischen Aufgaben über und über belastet, und die theoretische Arbeit hatten vorläufig die großen Denker des wissenschaftlichen Kommunismus vollbracht. Ihre Untersuchungen zu popularisiren und den Tageskampf mit den bürgerlichen Oekonomen zu führen, das war die bescheidene, aber nützliche und mit gutem Erfolge gelöste Aufgabe der Arbeiter, die in der Eisenacher Fraktion zur Feder griffen. Den Vogel schoß der Schriftsetzer Franz ab, der sich im Jahre 1870 einem gegen ihn als Redakteur des Proletariers eingeleiteten Hochverrathsprozesse der baierischen Regierung mit Zustimmung seiner Parteigenossen durch die Flucht nach Zürich entzogen hatte. Hier war Viktor Böhmert, ein deutscher Manchestermann, zum Professor an der Universität avancirt, und da er zu den verständigeren Vertretern seiner Schule gehörte, so hielt er sich für verpflichtet, das „ewige Naturgesetz“ von manchesterlichen Gnaden, wonach mit der Akkumulation des Kapitals auch der Wohlstand des Kleinbürgerthums und des Proletariats wachsen soll, einmal durch die offizielle Statistik des Kantons Zürich zu beweisen und daneben den Sozialismus aus freier Faust abzuthun. Franz bewies nun in einer etwas derben und grobschlächtigen, aber inhaltlich vortrefflichen Schrift, daß der beamtete Lehrer der Statistik aus den von ihm beigebrachten Zahlen das Gegentheil von dem herauslese, was thatsächlich darin stehe. Ernst Engel, der bedeutendste deutsche Statistiker, der mit seiner charakteristischen Ehrlichkeit ehedem schon zu Lassalles Eideshelfer geworden war, erkannte jetzt in der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus an, daß Böhmert von Franz gründlich geschlagen worden sei; Franz habe unwiderleglich nachgewiesen, daß eine Verminderung des Mittelstandes und somit eine Vermehrung des Proletariats, und zwar in absolutem wie relativem Sinne, stattgefunden habe, und daß selbst im idyllischen Schweizerlande, in einer freien Republik, „eine wahnsinnige Konzentration des Kapitals in immer weniger Hände“ eine unleugbare Thatsache sei.

Die Unterschiede zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurzelten in der Verschiedenheit ihrer historischen Entwicklung. Die Lassalleaner waren

die ältere Fraktion und hatten eine sechsjährige Kriegserfahrung vor den Eisenachern voraus; die günstigsten Quartiere waren schon in ihren Händen, als die Eisenacher begannen. Die Lassalleaner waren weit überwiegend in dem einzigen Großstaate des neuen Reichs vertreten; sie hielten die Reichshauptstadt und eroberten von ihr aus die Mark Brandenburg, das Stammland der neuen Kaiser. Sie beherrschten den Lauf der Oder von Breslau bis Stettin. Ihre Fahne wehte über dem alten mächtigen Hamburg mit dem schleswig-holsteinischen Vorlande, über Bremen und Lübeck und Hannover, alten Hansestädten, in denen moderner Handel und moderne Industrie kräftig emporblühten. Im Westen besaßen sie Elberfeld-Barmen mit dem bergisch-märkischen Industriebezirk, im Südwesten Frankfurt a. M. mit dem Maingau. Dagegen beherrschten die Eisenacher zwar auch ein altes Vorland deutscher Kultur, aber das Königreich Sachsen war seit dem Anfange des Jahrhunderts politisch sehr ins Hintertreffen der nationalen Entwicklung gekommen, worunter mit der einzigen Ausnahme Leipzigs namentlich auch seine großen Städte litten. In der Residenzstadt Dresden hatten die langen Jahre Beustischen Regiments das öffentliche Leben schauerlich verkümmert, und die Fabrikstadt Chemnitz war weit und breit verrufen wegen der geistigen Verlotterung ihrer ungebildeten Emporkömmlinge von Fabrikanten; der Volksstaat selbst wies einmal drastisch nach, daß keine Stadt in Deutschland unter sonst gleichen Verhältnissen auf einer so unglaublich niedrigen Kulturstufe stände, wie das sächsische Manchester. Dann erstreckten sich die hauptsächlichen Besitzungen der Eisenacher über die kapitalistisch ausgebeutete Hausindustrie der mitteldeutschen Klein-, über die erst wie Inseln aus dem handwerksmäßigen Betriebe emporragenden Industriebezirke der süddeutschen Mittelstaaten. Der Drang nach landsmannschaftlicher Gruppirung, der bei den Eisenachern stark hervortrat, war in den Verhältnissen begründet, und wenn die Blätter dieser Fraktion manchmal im Uebermaß für Dezentralisation schwärmten, so mochten sie mehr aus der Noth eine Tugend machen, als daß sie die Vorzüge der Zentralisation verkannt hätten.

Soviel zeigte sich auf den ersten Blick, daß die Unterschiede der beiden Fraktionen mehr auf ihre Ergänzung, als auf ihre Bekämpfung hinwiesen. Auf jede besondere Stärke der Lassalleaner kam eine besondere Schwäche der Eisenacher, und umgekehrt. Die gegenseitige Unterstützung bei Streiks, die gemeinsame Arbeit in Gewerkschaften, der praktische Kampf gegen die gemeinsamen Feinde führte die Mitglieder beider Fraktionen an manchen Orten auch schon zusammen; in Württemberg, wo die Lassalleaner allerdings nur in der Hauptstadt einen starken Posten hatten, war sogar schon ein völliges Einvernehmen hergestellt; die Süddeutsche Volkszeitung, die im Jahre 1873 unter der Redaktion Karl Hillmanns in Stuttgart zu erscheinen begann, wurde von Lassalleanern und Eisenachern begründet. Aber die praktisch angesponnenen Fäden der Versöhnung zerrissen doch meistens wieder bei den unvermeidlichen Grenzfehden; besonders übel nahmen es die Eisenacher, als Frohme und der Schuhmacher Hartmann aus Hamburg im Sommer 1872 eine umfassende Agitation in Süddeutschland unter-

nahmen. Eine wirkliche Versöhnung war nur auf offiziellem Wege möglich und damit hatte es eine eigenthümliche Bewandtniß.

Die Lassalleaner spielten ein wenig den älteren Sohn vom Hause, dem sich der jüngere Sohn zu fügen habe; sie ließen die Einigungsfrage sehr an sich kommen, aber soweit sie sich darüber äußerten, hatte die Sache wenigstens Hand und Fuß: ihre Ansichten über die unpraktische Organisation und den „Halbsozialismus" der Eisenacher, dem es mit dem proletarischen Klassenkampfe kein rechter Ernst sei, mochten übertrieben oder ganz unrichtig sein, aber sie ließen eine aufklärende Diskussion zu. Umgekehrt waren die Eisenacher die viel eifrigeren Friedensprediger, aber die viel ungeschickteren Friedensstifter. Sie warfen den Lassalleanern hauptsächlich deren angebliche, bewußte oder unbewußte Abhängigkeit von der preußischen Regierung vor, und damit waren natürlich alle sachlichen Verhandlungen von vornherein abgeschnitten. Selbst Lassalle wurde von der Presse der Eisenacher als ein ganz guter Poet, aber ein sehr schlechter Politiker behandelt; in den Volksstaat verirrte sich sogar einmal das böse Wort: Wäre Lassalle nicht von selbst gekommen, so hätte Bismarck ihn erfinden müssen.

Der einzige Beweis für alle solche Unterstellungen war die Behauptung, daß die Lassalleaner von Polizei und Staatsanwaltschaft so gut wie unbehelligt blieben, während die Eisenacher die schwersten Verfolgungen zu ertragen hätten. Mit der Richtigkeit dieser Behauptung war es aber nicht zum Besten bestellt. In Schleswig-Holstein wurden die Lassalleaner ebenso drangsalirt, wie die Eisenacher in Sachsen. Frohme, der angeblich als „Polizeiagent" in Süddeutschland agitirt hatte, wurde wegen dieser Agitation unter eine Reihe von Anklagen gestellt, von seinem Wohnorte Bremen wie ein gemeiner Verbrecher und öfter mit gemeinen Verbrechern zusammengefesselt, von einem Gefängniß ins andere geschleppt; den Weg von Bensheim nach Lorsch an der Bergstraße, wo er das Verbrechen des „Hochverraths" begangen haben sollte, mußte er mit Ketten an Händen und Füßen zu Fuß zurücklegen, obgleich er an einer schweren Beinwunde krankte; schließlich wurde er wegen absoluter Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Anklagen aus der Untersuchungshaft entlassen, was alles für einen „Polizeiagenten" doch höchst wunderbare Schicksale waren. Richtig war immerhin, daß der Volksstaat schwerer mit Preßprozessen bedrängt wurde, als der Neue Sozialdemokrat, aber das war ein sehr vorübergehender Zustand und bewies ebenso wenig, als die verhältnißmäßige Preßfreiheit, die das Demokratische Wochenblatt seiner Zeit in Leipzig genossen hatte. Ohnehin rühmte sich der Neue Sozialdemokrat nicht ganz ohne Grund, daß er den Fußangeln der reaktionären Preß- und Strafgesetze besser auszuweichen wisse, als der Volksstaat.

Jedoch gereichte der aussichtslosen Versöhnungstaktik der Eisenacher zur Entschuldigung, daß die Lassalleaner ihr einen Schein von Berechtigung gaben. Tölcke wollte an die Generalversammlung des Jahres 1872 einen Antrag bringen, der allen Gewerkschaften der Lassalleaner das Lebenslicht ausblasen sollte. Aber Hasselmann weigerte sich, den Wortlaut des Antrags im Vereinsorgane zu ver-

öffentlichen, und die Preßkommission stimmte ihm auf eine Beschwerde Tölckes zu. Unzweifelhaft hatte sie dazu ihre sachlichen Gründe; es war ganz zwecklos, einen solchen Zankapfel in die Arbeiterwelt zu werfen, während die Streikbewegung am höchsten ging. Nun witterte Tölcke in seinem Eifer für die reine und unversehrte Organisation Lassalles hinter dem ablehnenden Bescheide eine Intrigue Schweitzers, und in einer Sitzung des Vorstandes, die am 3. März 1872 in Hannover stattfand, richtete er gegen Hasselmann die Beschuldigung, unter einer Decke mit Schweitzer zu spielen, der im Dienste der preußischen Regierung für die Gewerkschaften eingetreten sei, um die Kraft der Arbeiterbewegung durch ihre Vertheilung in verschiedene Kanäle zu brechen. Schweitzer stehe mit dem Berliner Polizeipräsidium in Verbindung und hinterbringe dieser Behörde alles, was in der Arbeiterbewegung vorfalle. Tölcke erzählte aus der Zeit, wo er die stellvertretende Leitung des Vereins gehabt hatte: „Schweitzer sagte mir kurz vor dem Antritte seiner Haft, daß ich mich zu jeder Zeit, wenn etwas passire, an das Polizeipräsidium wenden könne. Schweitzer ist mit mir dorthin gegangen und hat mich vorgestellt, wobei er eine große Kenntniß der Räumlichkeiten entwickelte." Zu alledem erklärte Tölcke weiter, daß Schweitzer die einlaufenden Beiträge der Mitglieder in seinem Interesse verwandt habe; auch aus der Kasse des Unterstützungsverbandes habe Schweitzer 500 Thaler entnommen und zu seinem Bankier getragen.

Der erste Eindruck dieser Enthüllungen auf die Hörer war der sehr natürliche Ausruf: Wenn das alles wahr ist, wenn du das alles gewußt und dennoch immer die Partei Schweitzers genommen hast, so bist du ja ein noch viel ärgerer Verräther als Schweitzer. Diese Schlußfolgerung war ganz unabweisbar. Entweder verhielten sich die Dinge so, wie Tölcke behauptete, und dann hatte er seit dem Herbste 1868 eine ebenso schimpfliche, aber noch viel kläglichere Rolle gespielt, als Schweitzer, oder Tölcke hatte sich durch seinen fanatischen Organisationskultus in allerlei Wahngebilde hineingelebt, um den ihm unbegreiflichen Widerstand gegen die strenge Wiederherstellung der Lassalleschen Organisation zu erklären. Heute, wo sich alle einschlägigen Verhältnisse klar übersehen lassen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der zweite Fall vorlag. Tölcke war ein ehrlicher Mann und glaubte an seine Einbildungen; moralisch entlastet es ihn, daß er sich selbst darin die allerschlechteste Rolle zuertheilte, aber ihre völlige Grundlosigkeit tritt dann nur um so schärfer hervor. Ueber die Annahme, daß Schweitzer im Dienste der preußischen Regierung die gewerkschaftliche Bewegung eingeleitet habe, ist überhaupt kein Wort zu verlieren, aber auch der Besuch auf dem Polizeipräsidium verliert alles Anstößige, wenn man sich die Umstände vergegenwärtigt, unter denen Tölcke von Schweitzer nach Berlin gerufen wurde. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war damals gerade in Leipzig verboten und in Berlin etwas formlos wieder eröffnet worden; wenn Schweitzer, der immer großen Werth darauf legte, die formelle Vereinsorganisation so lange als möglich aufrecht zu erhalten, mit Tölcke aufs Polizeipräsidium ging, um sich zu

vergewissern, daß Tölckes Stellvertreterschaft von der Polizeibehörde anerkannt werden würde, so that er nichts Schlimmeres, als ein Jahr später Bracke, der sich gleichfalls auf die Polizeidirektion in Braunschweig begab, um nachzuforschen, ob dem nach dieser Stadt verlegten Ausschusse der Eisenacher polizeiliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden. Schweitzer wäre ja auch nicht nur ein Schuft, sondern ein kompleter Narr gewesen, wenn er sich, um während seiner Haft die Arbeiterbewegung in verrätherischen Händen zu lassen, den ungefähr gescheidtesten und gewitztesten seiner Anhänger hundert Meilen weit verschrieben hätte, um ihn dann als Zuträger beim Polizeipräsidium anzustellen. Und sicherlich hätte der alte Barrikadenkämpfer Tölcke sofort Lärm geschlagen, wenn die Dinge sich wirklich so abgespielt hätten, wie er fünf Jahre später sich einbildete.

Auch die angeblichen Unterschlagungen Schweitzers lösen sich in leeren Dunst auf, wenn man ihnen auf den Leib rückt. Allerdings hatte er 500 Thaler aus der Verbandskasse genommen und zu seinem Bankier getragen, aber dieser Bankier war auch der Bankier des Verbandes, an den die Einnahmen, sobald sie eine gewisse Höhe überschritten hatten, abgeführt werden mußten; Schweitzer hatte nur den formellen Fehler begangen, bei der Hinterlegung der Summe nicht zwei Mitglieder des Verbandsausschusses zuzuziehen, wie die Statuten vorschrieben. Unterschlagungen konnte er überhaupt nicht machen ohne Mitschuld des Vereins- und des Verbandskassierers; zudem hatten, gerade mit Rücksicht auf die schon von den Eisenachern gegen Schweitzer erhobenen Vorwürfe, die Generalversammlungen von 1870 und 1871 die Kassenverhältnisse aufs eingehendste untersucht und durch einstimmigen Beschluß ihre völlige Ordnung anerkannt.

Im Verlaufe dieser Streitigkeiten ist Schweitzer dann beschuldigt worden, die Vereinskasse zwar nicht widerrechtlich geplündert, aber kraft seiner diktatorischen Vollmachten in aller Form Rechtens geschröpft zu haben. Allein Schweitzer hatte alle seine Arbeit für den Verein unentgeltlich gethan, bis ihm im Jahre 1869 wider seinen Willen 45 Thaler Monatsgehalt aufgedrungen wurden, die er selbst auf 25 Thaler herabsetzte und zunächst überhaupt nicht erhob; hat er sie später erhoben, so kann es nur im letzten Jahre seines Präsidiums geschehen sein, wie er denn auch für seine letzte große Rundreise im November und Dezember 1869 die gewöhnlichen Agitatorendiäten angenommen hat. Die sonstigen Tausende von Thalern, die er geschluckt haben soll, sind allein im Interesse des Vereinsorgans aufgebracht worden und übersteigen wenig die Höhe der Gerichtskosten und Geldstrafen, die der Sozialdemokrat während seines mehr als sechsjährigen Bestehens zu leisten hatte. In den ersten Jahren seines Bestehens wurden die Fehlbeträge des Blattes aus Hofstettens Mitteln gedeckt, nach Erschöpfung dieser Mittel half die Vereinskasse aus, bis Schweitzer durch den Tod seines Vaters zu einigem Vermögen kam. Dann kam er selbst für die Unterbilanz des Sozialdemokraten auf, bis die Partei das Blatt und zum Theil auch die Verbindlichkeiten des Blattes übernahm. Die Summen, die nominell Schweitzer, thatsächlich aber das Vereinsorgan auf diese Weise erhalten hat, bestanden hauptsächlich aus den

1000 Thalern, welche die Generalversammlung von 1868, und den 1000 Thalern, welche die Generalversammlung von 1871 bewilligte; dazu kamen noch kleinere Beträge, wie ein paar hundert Thaler, welche die Berliner Mitglieder während des deutsch-französischen Krieges für den Sozialdemokraten aufbrachten. Von Gegnern Schweitzers ist die Gesammtsumme einmal auf 2500 Thaler angegeben worden; mag sie so hoch oder höher oder niedriger gewesen sein, immer handelte es sich um Aufwendungen für einen wichtigen, um nicht zu sagen den wichtigsten Parteizweck, um Aufwendungen, die Wucherzinsen getragen haben, und in der Geschichte der Partei ehrenvoll gebucht sind: der Sozialdemokrat war für die sechziger Jahre ein so klassisches Organ des Proletariats, wie die Neue Rheinische Zeitung für die Revolutionsjahre gewesen war und wie der Züricher Sozialdemokrat für die achtziger Jahre werden sollte.

Eine dritte Behauptung geht dahin, daß Schweitzer der Kasse des Vereins kein Leid gethan, sie im Gegentheil aus den geheimen Fonds der Regierung gespeist und aus dieser Quelle zugleich für sich die Mittel zu einem luxuriösen Leben geschöpft habe. Aber die Generalversammlungen von 1870 und 1871 haben nach sorgfältigster Prüfung einstimmig erklärt, daß nie ein Pfennig unrechtmäßigen Gutes in die Vereinskasse geflossen sei, und die Behauptungen über Schweitzers verschwenderische Lebensführung sind auch nur in der Zeit laut geworden, wo er seinen Vater beerbt hatte: vorher hat er durchaus eine bescheidene Existenz geführt, und nach seinem Rücktritte von der Agitation hat er sich mühsam als Bühnendichter durchgeschlagen.

Diese Einzelheiten sind etwas ausführlicher klargelegt worden, weil sie einmal eine große Rolle in der sozialdemokratischen Parteigeschichte gespielt haben und weil die Ehre eines Mannes an ihnen hängen geblieben ist: für die historische Frage nach Schweitzers Schuld oder Unschuld sind sie natürlich ohne jede Bedeutung. Diese Frage löst sich in die beiden anderen Fragen auf: Hat Schweitzer eine konsequente und wohldurchdachte Politik getrieben, die bei aller Anfechtbarkeit im Einzelnen sich im Ganzen nur aus den Interessen der Arbeiterklasse, nicht aber aus den Interessen der Regierung erklären ließ? Und konnte eine mächtig anschwellende, von den kräftigsten und vorgeschrittensten Schichten des Proletariats getragene Bewegung lange Jahre hindurch von einem Polizeiagenten genasführt werden? Die Antwort auf diese Fragen geben die historischen Thatsachen.

Die Debatten der Vorstandssitzung fanden ihre Fortsetzung in der Generalversammlung, die im Mai 1872 in Berlin zusammentrat. Wieder wurden die lebhaftesten Anklagen gegen Tölcke laut, und ein Delegirter beantragte seine Ausschließung, was vollkommen berechtigt war, wenn sich alles so verhielt, wie Tölcke behauptete. Damit drohte aber auch eine neue Krisis über den Verein hereinzubrechen, und nun zeigten sich die bedenklichen Seiten des Kultus, der mit der straffen Zentralisation getrieben wurde. Bei den Eisenachern wäre der Konflikt bis in seine letzten Konsequenzen ausgetragen worden, welcher Art sie immer sein mochten, bei den Lassalleanern entschied das Vereinsinteresse. Noch

während der Verhandlung wurde Schweitzer, der als Zuhörer zugegen war, zum Verlassen des Saales aufgefordert, da er nicht Mitglied des Vereins sei. Dann wurde die Sache einer Kommission zur Prüfung übergeben, die mit dem Entscheide zurückkam, gegen Schweitzer lägen große gewichtige, aber durch ganz bestimmte Thatsachen nicht erweisbare Gründe zum Mißtrauen vor, dagegen habe Hasselmann sich von allem Verdachte gereinigt und Tölcke habe früher nicht anders handeln können, da er keine genügende Beweise gehabt habe. Beide hätten sich verständigt, womit der Antrag auf Ausstoßung Tölckes erledigt sei, die Generalversammlung müsse Beiden ihr Vertrauen schenken. Diese Entscheidung der Kommission wurde mit allen gegen eine Stimme genehmigt, dann faßte die Generalversammlung noch den Beschluß, daß Schweitzer nicht mehr in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aufgenommen werden könne. 5595 Stimmen waren dafür, 1177 dagegen, 1219 enthielten sich der Abstimmung.

Sobald diese Vorgänge durch das Protokoll der Generalversammlung ruchbar wurden, riefen sie unter den Eisenachern natürlich eine große Aufregung hervor. Der Volksstaat sagte nicht nur: So ist Alles bestätigt, was von unserer Seite gegen Schweitzer eingewandt worden ist, sondern er sagte auch, wie so viele Lassalleaner: Ist Schweitzer schuldig, so sind es Hasenclever, Hasselmann, Tölcke auch. Es war den Eisenachern nicht zu verdenken, wenn sie in schärfster Weise namentlich gegen Tölcke vorgingen, der im Jahre 1869 Liebknecht und Bebel als falsche Brüder angeklagt hatte, während er nach seiner jetzigen Behauptung damals schon gewußt haben wollte, daß Schweitzer in heimlichen Beziehungen zur preußischen Polizei stehe. Die Lassalleaner erkannten zu spät ihren schweren Fehler und suchten nun einzulenken. Der Neue Sozialdemokrat sagte, bei Schweitzers Verurtheilung habe es sich nicht um seine Beziehungen zur preußischen Regierung, die ihm nicht nachgewiesen und nicht einmal vorgeworfen seien, sondern um „ganz andere Dinge“ gehandelt. Nachgewiesen waren ihm solche Beziehungen gewiß nicht, aber vorgeworfen allerdings, und die „ganz anderen Dinge“ entpuppten sich als einige unverfängliche Notizen über die Geschichte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die Rudolf Meyer auf seinen Wunsch für seine historischen Arbeiten über die Arbeiterbewegung von Schweitzer erhalten hatte. Schweitzer selbst hatte die harmlose Sache gelegentlich auf der Redaktion des Neuen Sozialdemokraten erzählt, und die kleine literarische Gefälligkeit, die er einem konservativen, aber unabhängigen und mit der Arbeiterbewegung sympathisirenden Schriftsteller erwiesen hatte, konnte nur dadurch zu einem „Verrathe“ aufgebauscht werden, daß der Neue Sozialdemokrat die Form, die Meyer den Mittheilungen Schweitzers gegeben hatte, auf Schweitzers Konto schrieb.

So waren die Versöhnungsversuche der beiden Fraktionen vollständig verfahren. Die Bemühungen des Volksstaats, sie dennoch fortzusetzen, indem er darauf drang, daß die Lassalleaner auch die Schweitzer absägen müßten, nachdem sie den Schweitzer losgeworden seien, konnten nur das Gegentheil der be-

absichtigten Wirkung erzielen. In einer scharfen Verfügung, die der Volksstaat an der Spitze des Blattes abdrucken mußte, machte die Kontrollkommission in Breslau dieser Einigungstaktik ein Ende, die nach ihrer richtigen Bemerkung den Riß immer noch erweitern mußte, statt ihn zu schließen.

Inzwischen hatte die Notiz, daß Schweitzer nun auch von den Lassalleanern verworfen worden sei, die Runde der bürgerlichen Presse gemacht, und in seiner ersten Aufregung richtete Schweitzer an die Organe dieser Presse ein Schreiben, worin er sagte, daß solche Erscheinungen „des Undanks oder des Blödsinns" nicht verwundern könnten „bei Leuten, von denen nur ein sehr kleiner Theil durch die Begeisterung für eine neue Idee bewegt werde, während die weitaus Meisten nur durch den Neid gegen die höheren Gesellschaftsklassen oder durch andere unschöne Motive angetrieben würden", wozu dann noch ihr beschränkter Horizont komme. Das war ein sehr häßliches Wort, das Schweitzer schon um seiner selbst willen nicht hätte sprechen sollen, aber es war nicht sein letztes Wort. Als wegen des ihm zugefügten Unrechts der Hamburger Bevollmächtigte Bräuer mit einigen hundert Anhängern vom Verein abfiel, weigerte sich Schweitzer, ihre Führung zu übernehmen und der Arbeiterbewegung um seiner Person willen einen Stein in den Weg zu werfen. Statt neuer Zersplitterung empfahl er dringend in einem „an die Arbeiter Deutschlands" gerichteten Flugblatt die Einigung der beiden Fraktionen. Ueber die erlittene Kränkung ging er mit den Worten hinweg: „Bin ich schuldlos, dann hat die Generalversammlung an mir ein schändliches Unrecht begangen. Bin ich schuldig, dann that die Generalversammlung ein schändliches Unrecht am Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, indem sie diejenigen Personen im Amt der Parteileitung ließ, die jahrelang in meiner nächsten Umgebung waren, jeden meiner Schritte beobachten konnten, bei jeder meiner Amtshandlungen die ausführenden Werkzeuge waren und somit als meine Mitschuldigen dastanden." Dann begründete Schweitzer in durchsichtig-klarer, an seine besten Tage erinnernden Weise die Nothwendigkeit wie die Möglichkeit der Einigung: „mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie unthätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben, Einheit um jeden Preis." Man liest nicht ohne Bewegung die vergilbten Blätter, das ehrliche und kluge Abschiedswort eines Mannes, der in schwierigsten Zeiten das Steuer der Sozialdemokratie mit sicherer Hand geführt und dem klassenbewußten Proletariat unvergängliche Dienste geleistet, der dann, verstrickt in die Folgen seines besten Thuns, manches Unrecht gethan und schlimmeres Unrecht erduldet hat. Noch nicht drei Jahre später, im Juli 1875, ist Schweitzer in der Schweiz gestorben.

Eine praktische Wirkung hatte sein Flugblatt nicht, selbst die „Bräuerschen" blieben als einflußloses Sonderfraktiönchen bestehen. Zwischen den beiden großen Fraktionen dauerte der Krieg im Jahre 1873 fort, in unerträglicheren Formen fast als jemals früher. Der Volksstaat stimmte zu, als Löb Sonnemann im Frühjahr dieses Jahres einen Bierkrawall in Frankfurt a. M. dahin erläuterte, daß die Lassalleaner ihn im Auftrage der preußischen Regierung angestiftet hätten,

um den ehernen Felsen aller Bürgertugend, Menschenfreundschaft und Volksherrschaft, nämlich die Frankfurter Börsen- und Gründerdemokratie zu erschüttern, und Tölcke veröffentlichte eine Broschüre, worin er nachweisen wollte, daß die Gräfin Hatzfeldt, Liebknecht und Schweitzer immer geheime Verbündete gewesen wären, die durch ihre öffentlichen Scheinkämpfe die Arbeiterbewegung hätten ruiniren wollen. Es war, als ob jede der Fraktionen dafür sorgen wollte, daß am nahenden Tage der Versöhnung keine der anderen etwas vorzuwerfen habe.

IV. Die Aera Tessendorff.

Die neuen Wahlen zum Reichstage, die am 10. Januar 1874 stattfanden, deckten vor aller Welt die Thatsache auf, daß Bismarck im Laufe dreier kurzer Jahre eine unvergleichlich günstige Situation in unglaublich kurzsichtiger Weise verfahren hatte. Er wurde nunmehr gestraft, womit er gesündigt hatte. Durch seine Preßsöldlinge war jeder Widerstand gegen seinen Despotismus als „Reichsfeindschaft" denunzirt worden, und nun ergaben die Wahlen, daß, ohne Anrechnung der halben Million fortschrittlicher Stimmen, die nach Bismärckischer Rechnung halb „reichsfreundlich" und halb „reichsfeindlich" einzuschätzen waren, 2 408 549 unbedingt „reichsfreundlichen" Stimmen gegenüber standen 2 339 936 unbedingt „reichsfeindliche" Stimmen. Die „Reichsfreunde" hatten also nur noch die bescheidene Mehrheit von 74 613 Stimmen, und diese Mehrheit war thatsächlich schon eine bedenkliche Minderheit, wenn man erwog, wie manches Hunderttausend „reichsfreundlicher" Stimmen durch die bekannten Wahlmittelchen erpreßt worden war.

Günstiger, als das Verhältniß der abgegebenen Stimmen, stellte sich für Bismarck freilich die Vertheilung der Mandate. Die Nationalliberalen und die Ultramontanen hatten in runder Summe je anderthalb Millionen Stimmen davongetragen, jene aber etwa 150 und diese etwa 100 Mandate. Am ungünstigsten fuhren in dieser Beziehung die Sozialdemokraten. Sie hatten die ansehnliche Zahl von 351 670 Stimmen erobert, über sechs Prozent aller abgegebenen Stimmen, die Lassalleaner 180 319, die Eisenacher 171 351. Aber die Lassalleaner hatten im ersten Wahlgange nur zwei Wahlkreise in Schleswig-Holstein gewonnen, Altona (Hasenclever) und Plön-Segeberg (Reimer), die Eisenacher nur sechs Wahlkreise im Königreiche Sachsen, Freiberg (Geib), Mittweida (Vahlteich), Chemnitz (Most), Glauchau-Meerane (Bebel), Zwickau-Crimmitschau (Motteler) und Stollberg-Schneeberg (Liebknecht). Zur Stichwahl standen noch 11 sozialdemokratische Kandidaten: in Berlin VI und Westhavelland, in Hamburg I und II, in Itzehoe und Kiel, in Dresden-Altstadt, Leipzig-Land und Borna, im Fürstenthum Reuß ä. L. und in Elberfeld-Barmen. Von ihnen allen siegten nur Hasselmann in Elberfeld-Barmen und Johann Jacoby im Leipziger Landkreise. Aber Jacoby lehnte die Wahl ab, und sein Wahlkreis ging in der Nachwahl wieder verloren.

Jacoby hatte sich nach dem Leipziger Hochverrathsprozesse den Eisenachern durch eine öffentliche Erklärung angeschlossen, praktisch wollte er nun aber doch nicht mitthun, da er den Rechtsbruch nicht anerkennen könne, auf dem das neue Reich beruhe. Darauf antwortete der Volksstaat mit aller Achtung vor Jacoby, so gesetzlich wie die preußische Verfassung und der preußische Landtag, wo Jacoby doch so lange mitgethan habe, sei das neue Reich noch alle Tage, und wenn Jacoby einmal auf diesem Standpunkte stehe, so hätte er sich nicht in einem aussichtsreichen Wahlkreise aufstellen lassen dürfen. Wie anders klang diese Sprache schon, als die Sprache des Demokratischen Wochenblattes, das sechs Jahre früher auf Jacobys verstimmte Protestpolitik die größten Hoffnungen gesetzt hatte!

Trotz der geringen Zahl von nur neun eroberten Mandaten konnten die sozialdemokratischen Wähler mit höchster Genugthuung auf das Ergebniß ihrer Anstrengungen blicken. Im Königreiche Sachsen, in Schleswig-Holstein, in den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck war schon mehr als der dritte Theil aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten gefallen, in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten, namentlich in Braunschweig und im Thüringischen, hatten sie die stattlichsten Ziffern auf den Tisch geworfen; von allen preußischen Provinzen war Posen die einzige, wo sie noch keine Anhänger zählten, in Ostpreußen hatten sie schon 3262, in Pommern 4918 Stimmen gemustert. Die 11 279 Stimmen Berlins erreichten nicht ganz die erwartete Höhe, doch kam Hasenclever in der fortschrittlichen Hochburg des Maschinenbauerviertels mit Schulze-Delitzsch in die Stichwahl, und der panische Schreck der Bourgeoisie über dies symptomatische Vorzeichen kommender Dinge entschädigte für die leichte Enttäuschung. Verhältnißmäßig langsam war der Fortschritt in Rheinland-Westfalen, in Schlesien und in Baiern, den drei Hauptrekrutirungsbezirken des Ultramontanismus. Doch machte in Baiern das protestantische Franken mit 11 029 Stimmen eine rühmliche Ausnahme. In Württemberg war noch nicht ganz klare Bahn geschaffen; in mehreren Wahlkreisen schloß die Sozialdemokratie von vornherein Kompromisse mit der Volkspartei, und in Stuttgart selbst flammte durch die Wahl noch einmal der Hader zwischen Eisenachern und Lassalleanern auf. Diese gewannen 1977, jene 434 Stimmen, im ganzen Lande wurden 8954 sozialdemokratische Stimmen gezählt. In Baden leiteten die Agitation von Mannheim aus für die Lassalleaner Dreesbach, und für die Eisenacher der Tapezierer Ehrhart; auf beide Fraktionen zusammen fielen 3516 Stimmen. In Rheinbaiern, wo sich seit dem Kriege die große Industrie in Kaiserslautern und namentlich in der Vorderpfalz anzusiedeln begann, fehlte dem Proletariat noch die nöthige Schulung; als sich die gänzlich verarmten Weber des Städtchens Lambrecht bei einer Gemeindewahl mit jähem Entschluß aufrafften und das ganze Fabrikantenthum vom Rathhause fegten, wurden die neuen proletarischen Gemeinderäthe mit leichter Hand wieder beseitigt, da sie den Kniffen und Maßregelungen ihrer Ausbeuter nicht gewachsen waren.

Die sozialdemokratischen Fraktionen waren getrennt in die Wahlschlacht marschirt. Anscheinend zu ihrem Schaden, denn wenn sie von vornherein gemein-

sam operirt hätten, so würden sie vielleicht ein paar Mandate mehr gewonnen haben. Thatsächlich zu ihrem Vortheile, denn die fast gleiche Zahl von Stimmen, die jede Fraktion aufgebracht hatte, wirkte abkühlend auf die gegenseitige Ueberreizung. Die Lassalleaner sahen, daß die Eisenacher mehr als ein Anhängsel der bürgerlichen Demokratie seien, und die Eisenacher erkannten, daß die Regierungsfreundlichkeit der Lassalleaner ein Märchen sei. Die politische Haltung der Lassalleaner in dem Wahlkampf war geradezu tadellos gewesen; in Frankfurt a. M., wo sie in der Stichwahl zwischen Lasker und Sonnemann entscheiden mußten, hieben sie trotz alledem ihren alten giftigen Gegner Sonnemann heraus. Bei ihren eigenen Stichwahlen unterstützten die beiden Fraktionen sich gegenseitig, und thatsächlich datirt ihre Einigung vom 10. Januar 1874. Die äußere Bedrängniß gab den letzten Anstoß zur völligen Verschmelzung, aber ihr erster und treibender Grund war sie nicht. Die Solidarität des Proletariats, seine unbedingt wirksame, aber auch seine einzige Waffe, hat die elementare Gewalt einer Naturkraft; sie kann verwüstend und zerstörend wirken, wo sie sich noch über ihre Ziele unklar ist, wo sie selbst gefährdet zu sein scheint; so erklären sich die überaus heftigen Fraktionskämpfe, die gegenseitigen Beschuldigungen von Männern, die sich all ihr Lebtag als gleich treue Vorkämpfer der Arbeiterklasse bewährt haben, die harten Schicksale Schweitzers. Aber wo die Solidarität des Proletariats Weg und Steg klar vor sich sieht, da drängt sie auch mit unwiderstehlicher Gewalt hinein, wie ein Strom, der sich schäumend und sprudelnd durch felsigen Grund zwängen mußte, ruhig in ein breites und tiefes Bette strömt. Dem bürgerlichen Verstande ist diese Erscheinung freilich unfaßbar, er würde sich sonst nicht seit Jahrzehnten in hoffnungslosem Irrsal über die Frage bewegen, wann Spaltungen innerhalb des klassenbewußten Proletariats möglich sind und wann nicht.

Gleich nach den Wahlen wurde der Reichstag einberufen und nun traten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch persönlich näher. Der neue Präsident v. Forckenbeck war womöglich noch parteiischer als sein Vorgänger Simson, und Bamberger erdreistete sich, die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse zu manierlichem Benehmen aufzufordern, damit sie sich als Gäste nicht die Ungnade der Hausherren zuzögen. Natürlich weigerte sich die bürgerliche Mehrheit auch, die Beurlaubung Liebknechts und Bebels, die noch in Hubertusburg saßen, für die Dauer der Session zu verlangen. So waren die sieben sozialdemokratischen Abgeordneten auf ein enges Zusammenhalten angewiesen. Anfangs kam es noch zu einigen Meinungsverschiedenheiten, aber sie wurden durchaus schon in parteigenössischem Geiste erledigt, und sie zeigten obendrein, wie sehr sich die alte feindselige Gruppirung der Fraktionen zu verschieben begann. Die Lassalleaner brachten jetzt zum neuen Militärgesetze den demonstrativen Antrag auf Einführung einer Volkswehr ein, den Liebknecht im Jahre 1867 hatte einbringen wollen, und als Motteler das Reich als nationales Gemeinwesen anerkannte, wandte Hasselmann ein, ohne die Deutsch-Oesterreicher sei das neue Reich kein nationales

Gemeinwesen, die Sozialdemokratie müsse das ganze Deutschland wollen, das freilich nur in der Freiheit einig werden könne. In allen praktischen Fragen der Politik standen die beiden Fraktionen Schulter an Schulter; sie verwarfen gleich energisch die Gendarmenpolitik gegen die katholische Kirche und geißelten mit gleicher Schärfe das pöbelhafte Gebahren, womit die elsaß-lothringischen Abgeordneten bei ihrem ersten Eintritt in den Reichstag von der chauvinistischen Mehrheit empfangen wurden.

Bismarck brachte an den neuen Reichstag sofort wieder die beiden Ausnahmegesetze gegen das Proletariat, womit er im vorigen Reichstag gescheitert war, sowohl das Kontraktbruchgesetz, als auch den § 20 des Preßgesetzes, diesen in etwas gemilderter Form. Glück hatte er damit aber auch jetzt noch nicht. Das Kontraktbruchgesetz blieb in der Kommission hängen, nachdem Hasselmann es in der ersten Lesung als „Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse" gebrandmarkt hatte, und vom § 20 des Preßgesetzes wollten die liberalen Parteien einstweilen noch nichts wissen. Sonst freilich bewilligten sie das Preßgesetz nach Bismarcks Diktaten, als einen Abklatsch des altpreußischen Preßgesetzes, der für Preußen selbst geringe Verbesserungen enthielt, für viele Mittel- und Kleinstaaten aber ein entschiedener Rückschritt war. Bei diesem Umfalle waren die preußischen Liberalen die Hauptschuldigen, die Bismarck mit dem kapitalistischen Profit geködert hatte; um die Beseitigung der Kautionen und der Stempelsteuer verschacherten sie ihr politisches Ideal einer freien Presse. Die Fortschrittspartei hätte neben dem Profit freilich auch gern die Konsequenz gerettet, aber als sie eben ihren ersten erschrecklichen Bannfluch auf die nationalliberale Verrätherei losgelassen und jede Verantwortung für eine solche Mißgeburt von Preßgesetz abgelehnt hatte, erklärte ihnen Lasker trocken: Gleiche Brüder, gleiche Kappen, und so nützlich es im Allgemeinen sein mag, daß ihr Fortschrittler das Banner des Prinzips in unentwegter Faust schwenkt, während wir Nationalliberale die praktischen Geschäfte der Bourgeoisie besorgen, so habt ihr diesmal die Rederei doch allzu heftig übertrieben und müßt nun schon mit uns für das Preßgesetz stimmen, wenn wir nicht mit euch gegen das Preßgesetz stimmen sollen. Auf diesen freundschaftlichen Rippenstoß ließen die Fortschrittler die Konsequenz fahren und retteten nur den Profit. Es waren sehr runde Summen, die dabei in die Taschen der liberalen Zeitungsbesitzer fielen, aber die liberale Bourgeoisie machte doch ein sehr schlechtes Geschäft. Wenigstens ein bürgerlicher Publizist sah dem Handel auf den Grund; Guido Weiß sagte in der Wage richtig voraus, wenn der politische Druck auf der Presse bliebe und nur ihre materiellen Existenzbedingungen erleichtert würden, so würde sie noch weit mehr, als bisher schon, einen industriellen Charakter annehmen und auch die Gesinnung sich in steigendem Maße den Gesetzen des Marktes bequemen. Der bürgerliche Freisinn, der heute so herzbrechend über die Konkurrenz der gesinnungslosen Schacherpresse jammert, hat sich selbst diese Ruthe gebunden.

Wichtiger noch, als das Preßgesetz, war das Militärgesetz, das der Reichstag im Frühjahre 1874 zu berathen hatte. Es berührte die Lebensfrage des

bürgerlichen Parlamentarismus, die in der preußischen Konfliktszeit nicht gelöst, sondern durch die Revolution von Oben nur vertagt worden war. Die Einrichtung des norddeutschen Bundes und der deutsch-französische Krieg hatten bequeme Gelegenheiten geboten, durch Bewilligung mehrjähriger Pauschquanten die Beantwortung der Frage hinauszuschieben, ob das Parlament alljährlich das Militärbudget zu bewilligen habe; nun aber half kein Maulspitzen mehr, und es mußte gepfiffen sein. Der Entwurf des Militärgesetzes, den die Regierung vorlegte, verlangte in seinem ersten Paragraphen, daß die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in der Höhe von 401 659 Mann für immer gesetzlich festgelegt werde. Damit war nach der Auffassung, welche die schwächlichsten Liberalen noch im Jahre 1867 bekundet hatten, der „nackte Absolutismus“ proklamirt; verzichtete der Reichstag auf das weitaus wirksamste seiner wenigen Machtmittel, so war der Scheinkonstitutionalismus verewigt.

Nun hatte die liberale Bourgeoisie im Frühjahre 1874 weder große Einsicht noch großen Muth nöthig, um Bismarcks Attentat auf ihren geliebten Konstitutionalismus zurückzuschlagen. Die Fortschrittler und die Nationalliberalen zusammen besaßen schon eine knappe Mehrheit, und da sie in der Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts sämmtliche „Reichsfeinde“ hinter sich hatten, so verfügten sie über eine erdrückende Mehrheit. Allein Bismarck kannte diese Leute, denen er schon einmal mit herber Verachtung das Wort hingeworfen hatte, sie wüßten gar nicht, wie viel sie ihm 1867 hätten abzwingen können, wenn sie nur festgestanden hätten. Nicht minder verächtlich sagte er jetzt den Nationalliberalen, sie seien „auf seinen Namen gewählt“ und hätten einfach zu pariren. Diese Drohung und ein lächerlicher Entrüstungsrummel, den Bismarck durch seine Soldschreiber inszeniren ließ, genügten denn auch, die große Masse der Nationalliberalen umzuwerfen, und ihr Führer Bennigsen that noch ein Uebriges, indem dieser ehemalige Leiter des Nationalvereins seiner immerhin besseren Vergangenheit den Hohn anthat, zu sagen, seit 1848 sei noch keine so primitive Bewegung durch die Volksmassen gegangen, wie der offiziöse Spektakel gegen das Budgetrecht des Reichstags. Ein kleiner Rest der Nationalliberalen unter Laskers Führung versuchte zwar stehen zu bleiben, aber als er bei der Fortschrittspartei anfragen ließ, ob auf diese Reserve zu rechnen sei, kam die Schreckenskunde zurück, daß auch unter den Unentwegten die Ausreißerei in vollem Gange sei. So bekam Bismarck das Septennat, die gesetzliche Festlegung der Friedenspräsenzstärke auf sieben Jahre, die seinen Wünschen sogar noch mehr entsprach, als ihre dauernde Festlegung. Denn die Hof- und Militärpartei, die auf sein Hausmeierthum mit scheelen Augen sah, hätte ihn leichter abhalftern können, wenn das Militärbudget ganz aus der parlamentarischen Machtbefugniß gebracht worden wäre, während das parlamentarische Budgetrecht durch seine einmalige Verschacherung auf sieben Jahre doch schon einen unverwindlichen Stoß erhielt. Bismarck hatte ein wenig früh auf ein „Plebiszit“ zurückgreifen müssen, aber er hatte auch gesehen, daß dies letzte Hilfsmittel des Bonapartismus bei den biderben Deutschen

weit kräftiger anschlug, als bei den wetterwendischen Franzosen. Er räumte ihm fortan den Ehrenplatz in seiner diplomatischen Hausapotheke ein.

In allen diesen Fragen hielten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Fuß beim Male. Es ist auch nicht wahr, daß sie immer nur die „eine sozialdemokratische Rede" gehalten hätten. Ohne nach den zweifelhaften Lorbeeren parlamentarischer Geschwätzigkeit zu trachten, sprachen sie einfach und klar und sachlich über jede Frage, bei der sie zum Worte kamen; höchstens Hasselmanns sonst durchaus anerkennenswerthe Reden hatten manchmal eine etwas stark agitatorische Form. Der Haß der Feinde machte auch durchaus keinen Unterschied mehr zwischen den beiden Fraktionen; er schlug auf die Eisenacher wie auf die Lassalleaner los, mit der Feder wie mit dem Knüppel.

Seit den Wahlen spukte das rothe Gespenst von dem Schreibtische des Säkularmenschen bis zum Biertische des Philisters. Ueber blöde Angst und über blödes Schimpfen kam aber weder der Säkularmensch noch der Philister hinaus. Und dabei fehlte es ihnen nicht einmal an verständigem Rathe. Nach der albernen Makulatur des Manchesterthums über die Arbeiterbewegung war die agrar- und die kathedersozialistische Richtung ihrem historischen Verständnisse schon näher gerückt, und im Jahre 1874 erschienen ein paar Schriften, welche die herrschenden Klassen eindringlich genug vor den Konsequenzen ihrer selbstmörderischen Verblendung warnten.

Die bedeutendste dieser Schriften war die dritte Auflage von Albert Langes Büchlein über die Arbeiterfrage. Manche Umstände hatten dazu beigetragen, Lange der bürgerlichen Weltanschauung wieder zu nähern. Er war bereits ein todtkranker Mann, als er im Jahre 1872 an die Universität Marburg berufen wurde; in der Schweiz hatte er rühmliche Kämpfe an der Spitze einer kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Demokratie von noch ungebrochener Kraft geführt; auch war Brentanos Werk über die Trade Unions nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben. Lange meinte, Brentanos „bedeutende Arbeiten" hätten die „extremen Ansichten" von Marx erschüttert, wonach eine kräftige Gewerkschaftsorganisation und eine wirksame Fabrikgesetzgebung gegenüber der Nothwendigkeit einer sozialen Revolution bedeutungslos seien. Aber wenn sich Lange nicht mehr speziell an die Adresse der Arbeiter wandte, so hatte er deshalb nicht aufgehört, der alte treue Freund der Arbeiterklasse zu sein. Immer stellte er die „wirkliche und vollständige Emanzipation der Arbeiter aus ihrer unwürdigen Abhängigkeit von den Unternehmern" als das oberste Ziel jeder ernsthaften Sozialreform hin, und mit deutlicher Anspielung auf den kathedersozialistischen Schwätzer Adolf Wagner meinte er, daß wer in besonderen Broschüren Franklin zitire, um zu beweisen, daß die Arbeiter ihr Loos einzig durch Fleiß und Sparsamkeit verbessern könnten, überhaupt nicht mitzähle. Auch sagte Lange bei aller Achtung vor Brentanos Arbeiten, es sei mindestens zweifelhaft, ob nicht alle mühevollen Errungenschaften der Arbeiter, die so oft wieder durch die Macht des Kapitals durchbrochen und zurückgeworfen würden, nicht dennoch blos als Vorbereitungen zu einer durch-

greifenden Umgestaltung der Verhältnisse zu betrachten seien, die auch das Staatswesen und die Form des Besitzes ergreife. Er kam dadurch der Auffassung von Marx sehr nahe, der die Gewerkschaftsorganisation und die Fabrikgesetzgebung niemals für bedeutungslos erklärt, aber allerdings stets nur als „Vorbereitungen zu einer durchgreifenden Umgestaltung" aufgefaßt hat. Jedoch im Wesen der Sache sprach Lange in der dritten Auflage seiner Schrift zur bürgerlichen, wie in ihrer ersten Auflage zur proletarischen Leserwelt. Er löste die Fälschungen interessirter Bourgeoisökonomen in ihr Nichts auf und trat den Vorurtheilen der gebildeten Philister mit einleuchtenden Gründen entgegen: einen getreueren Eckardt konnte sich die bürgerliche Kultur nicht wünschen, die überhaupt noch ihren Namen verdiente.

Beträchtlich tiefer stand schon die andere Schrift, die im Frühjahr 1874 als mahnende und warnende Stimme im bürgerlichen Lager laut wurde: Schäffles Quintessenz des Sozialismus. Politisch ein sehr unklarer Kopf, ehedem partikularistisch-demokratischer Preußenfresser im Schwabenlande, dann österreichischer Handelsminister in einem feudalen Ministerium, endlich Egeria bei Bismarcks Bettelreformen, hat Schäffle die historische Berechtigung der Arbeiterbewegung, die Lange in hohem Grade verstand, niemals verstanden. Er faßte den wissenschaftlichen Kommunismus als ein utopisches System auf, das auf der Grundlage des kapitalistischen Werthbegriffes die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführen wolle, und kam so zu einer Reihe grober Mißverständnisse. Was er aber wirklich geleistet hat und was zu leisten im Jahre 1874 ein wirkliches Verdienst war, das war die offene Opposition „gegen den wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorspiegelungen, der Leidenschaften, der Vorurtheile, der Selbstbelügung und der Denunziationen", womit sich die Bourgeoisie über die angeblichen „Theiler" von Sozialisten erheben zu können glaubte. Schäffle erklärte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel für ein Ziel, dessen Erreichung sehr zweifelhaft sei, aber er wies nach, daß sie, wenn sie möglich sei, dem kapitalistischen Privatbetriebe, der „besten der Welten", unendlich überlegen sein würde. Seine Beweisführung blieb so wenig, wie Langes Beweisführung ganz ohne Eindruck auf die bürgerliche Ideologie, jedoch ehe diese Wirkung sich irgend erweitern und vertiefen konnte, kam schon der Herold und Prophet des neuen Reichs mit mächtigen Tamtamschlägen heran, um die Köpfe der Philister wieder zu betäuben.

Im Sommer 1874 veröffentlichte Treitschke die Aufsätze über den Sozialismus und seine Gönner, worin er allen Patrioten die kathedersozialistische Limonade und nun gar den unverfälschten Wein des wissenschaftlichen Kommunismus als gefährliche Gifttränke denunzirte. Nach seinem Bildungs- und Entwicklungsgange hätte Treitschke selbst zur kathedersozialistischen Richtung gehört, aber als der ehrlichste und geistreichste unter den Einheitsfanatikern der Bourgeoisie sah er mit richtigem Instinkte voraus, daß in der Sozialdemokratie die Macht heranwachse, die über alle seine mühsam mit Blut und Eisen gekitteten Ideale siegenden Fußes

hinwegschreiten werde. So wurde er der leidenschaftlichste und gehässigste aller Sozialistentödter. Ohne je ernsthafte ökonomische Studien getrieben zu haben, mußte er mit den abgedroschensten Gemeinplätzen des Manchesterthums hantiren, die er so feierlich einherdröhnte, als brächte er eine frische Sendung göttlicher Geheimnisse vom Berge Sinai heim. Indem er behauptete, seine sozialpolitische Weisheit aus der sozialen Statistik der Freihändler geschöpft zu haben, also aus einer Quelle, die nie und nirgends gesprudelt hat, bescheinigte er selbst seine bodenlose Unwissenheit in ökonomischen Fragen, und er opferte auch gern seinen Ruf als Historiker auf dem Altare des Vaterlandes, durch die verblüffende Behauptung, daß die englischen Freihändler die Urheber der englischen Fabrikgesetze seien. Wo ihn aber doch die freihändlerische Doktrin im Stiche ließ, da rettete er sich durch die naturwissenschaftliche Doktrin. Kam die alleinseligmachende Konkurrenz als Regulator der menschlichen Gesellschaft in Mißkredit, so segelte es sich ebenso bequem unter der Flagge des Kampfes ums Dasein. Die Entwicklung des menschlichen Geschlechtes hängt von der ewigen Ungleichheit der Menschen ab, denn sie nährt sich vom Elend der Massen und sie verjüngt sich im Blutbade der Schlachtfelder. Was Darwin in aller Gewissenhaftigkeit des Forschers als unbewußten Erhaltungstrieb des thierischen Daseins nachgewiesen hatte, das rief Treitschke als Sittengesetz der Menschheit aus. Treffend bemerkte Guido Weiß dazu: die Bestialität hat sich ihres Namens fürder nicht zu schämen, gehet hin und lernet vom Raubthier.

Sie gingen hin und lernten vom Raubthier. Wie hoch die konservative und die liberale Presse den endlich gefundenen Drachentödter Treitschke pries, so war Bismarck doch ein viel zu praktischer Politiker, um an ein biblisches Wunder zu glauben, um zu hoffen, daß die Mauern von Jericho durch eine noch so mächtige Posaune umgeblasen werden könnten. Er rechnete mit handgreiflichen Machtmitteln, und da ihm der Reichstag noch Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse verweigerte, so war er der plausiblen Meinung, daß sich das Handwerkszeug der Manteuffelschen Reaktion weit ausgiebiger gegen die Sozialdemokratie verwenden lasse, als bisher geschehen sei. Sein Hauptwerkzeug bei dieser staatsmännischen Aktion wurde der Staatsanwalt Tessendorff, ein verbohrter Bureaukrat und stümperhafter Jurist, aber eine jener servilen Naturen, die vor keinem Handlangerdienste zurückschrecken. Tessendorff, der sich als Staatsanwalt in Magdeburg durch die wüthende Verfolgung der sozialdemokratischen Agitation hervorgethan hatte, wurde nach Berlin berufen und fand in der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts ein Dreimännerkollegium, das eines solchen Staatsanwalts würdig war.

Bereits im Januar 1874 erwarb sich Tessendorff seine ersten staatsretterischen Sporen an dem Schriftsetzer Heinsch, dem Berliner Vertrauensmann der Eisenacher, der sich weder durch Rede noch Schrift versündigt hatte, aber als ausgezeichneter Organisator der Arbeiterklasse eine gründliche Abstrafung verdiente. Heinsch wurde der Aufreizung und sonstiger Verbrechen angeklagt, weil

er bei einem Arbeiterfeste Karten vertheilt hatte, auf deren Rückseite ein weitverbreitetes und niemals angefochtenes Arbeiterlied abgedruckt war. Tessendorff beantragte zwei Jahre, und die siebente Deputation erkannte auf ein Jahr Gefängniß. Dabei verkündete Tessendorff, er werde demnächst auch mit Most ein „Hühnchen pflücken", der jenes Gedicht in eine von ihm veranstaltete Liedersammlung aufgenommen hatte. Gleich nach Schluß der Reichstagssession wurde Most in Mainz verhaftet, nach Berlin transportirt, mit Dieben und Gaunern zusammengesteckt, endlich angeklagt, in einer Rede über die Pariser Kommune aufgereizt zu haben durch die Bemerkung, daß eine Revolution unvermeidlich sei, wenn die herrschenden Klassen sich nicht zu rechtzeitigen Reformen entschlössen. Wegen dieser „frechen Drohung", die thatsächlich ein selbst den zahmsten Kathedersozialisten geläufiger Gemeinplatz war, beantragte Tessendorff dritthalb Jahre und erkannten die würdigen Richter, die es in Berlin gab, auf anderthalb Jahre Gefängniß.

Jedoch beschränkten sich Tessendorff und die Staatsanwälte ähnlichen Schlages keineswegs auf die Verfolgung der Eisenacher. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1874 wurden, ungerechnet die mit Geldstrafen erledigten Bagatellsachen, allein im preußischen Staate nicht weniger als 87 Lassalleaner in 104 Prozessen zu insgesammt 211 Monaten und 3 Wochen Gefängniß verurtheilt, durchweg auf Grund von Kautschukparagraphen, wegen Schmähung von Staatseinrichtungen, wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Majestäts- und sonstiger Beleidigung, nicht zum wenigsten wegen Bismarckbeleidigung, die neben vielen Anderen Hasenclever mit 3 Monaten Gefängniß zu büßen hatte. Der Säkularmensch hatte endlich auch einmal einen originalen Gedanken, auf den sein alter Gönner Manteuffel noch nicht verfallen war; er ließ sich Tausende von Strafantragsformularen lithographiren, die er in seinen Mußestunden mit seiner eigenhändigen Namensunterschrift verzierte, um sie gegen die Kritiker seines Systems als gegen angebliche Beleidiger seiner Person abzufeuern. Die Urtheile, durch welche die angeklagten Lassalleaner verdonnert wurden, waren durchweg von demselben juristischen Kaliber, wie die über Heinsch und Most gefällten Urtheile, und der Ruhm der siebenten Deputation, in ihrer Art einzig zu sein, verblich sehr schnell. Abermals bestätigte sich, was Helvetius einst über besoldete Richter gesagt und ein namhafter Jurist, wie Twesten, in etwas höflicheren Worten bestätigt hatte: Hätte die Pest Orden und Pensionen zu vergeben, so würden die Juristen beweisen, daß die Pest von Gottes und Rechtswegen bestehe, und daß sich ihr zu entziehen Hochverrath sei.

Die gleichmäßig harte Verfolgung der Lassalleaner und der Eisenacher räumte wieder ein tüchtig Theil des alten Schuttes fort, der noch zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen lagerte. Dennoch lehnte die Generalversammlung der Lassalleaner, die zu Pfingsten in Hannover tagte, einen Antrag auf Einigung mit den Eisenachern ab, während der Kongreß der Eisenacher, der ein paar Monate später in Koburg zusammentrat, zwar seine Geneigtheit zur

Einigung aussprach, aber die praktische Erörterung ihrer Möglichkeit aufs nächste Jahr verschob. Das einzige Hinderniß der völligen Verschmelzung war jetzt nur noch die Organisationsfrage. Die Eisenacher wollten sich der allzu strammen Organisation nicht fügen, während die Lassalleaner nicht von ihr lassen wollten, obgleich gerade die Generalversammlung in Hannover von Neuem gezeigt hatte, daß ihre peinlichste Wirkung, die Reibereien unter den Führern, immer wieder auftauchte. Da verfiel Tessendorff auf den rettenden Gedanken: Zerstören wir die sozialdemokratische Organisation, und die sozialdemokratische Partei ist nicht mehr. Nichts war verdienter, als der Lorbeer, den die sozialdemokratischen Blätter der siebziger Jahre diesem Helfer in der Noth zu spenden pflegten.

Gleich nach der Generalversammlung in Hannover wurden bei den bekannten Lassalleanern in Berlin massenhafte Haussuchungen gehalten, und Körbe voll ihrer Papiere aufs Polizeipräsidium geschleppt. Sie erkannten, worauf es abgesehen war, und Hasenclever verlegte den Sitz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sofort nach Bremen. Doch die Zeiten waren vorüber, in denen die Reaktion wenigstens Sinn und Wortlaut ihrer eigenen Gesetze geachtet hatte. Tölcke versuchte noch einmal im Neuen Sozialdemokraten nachzuweisen, daß der Organisation des Vereins selbst mit dem preußischen Vereinsgesetze nicht beizukommen sei, und in der That war sie diesem Gesetze strenger angepaßt, als die Organisation irgend einer anderen politischen Partei. Aber die Redaktion machte zu Tölckes Ausführungen die ebenso kurze wie treffende Bemerkung, wenn der Verein aufgelöst werden solle, so würden juristische Skrupel das allerletzte Hinderniß sein. Bereits am 25. Juni konnte Tessendorff einen gerichtlichen Beschluß produziren, der die vorläufige Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins anordnete. Als Vorwand mußte, wie bei den früheren Schließungen, der § 8 des Vereinsgesetzes wegen Bildung von Zweigvereinen dienen. In ähnlicher Weise wurde gegen die Gewerkschaften der Lassalleaner und gegen den Arbeiterinnenverein eingeschritten, in dem sich die proletarische Frauenbewegung zu organisiren begonnen hatte, auch die Berliner Organisation der Eisenacher kam bald an die Reihe. Wie das Vereins-, so wurde auch das Versammlungsrecht für die Arbeiter illusorisch, indem ihre Versammlungen als angebliche Fortsetzung der geschlossenen Vereinsorganisation aufgelöst wurden. Genug, die Aera Tessendorff zeigte, daß die reaktionären Vereinsgesetze der Gegenrevolution gegen das Proletariat noch ganz anders mißbraucht werden könnten, als sie dermaleinst gegen das Bürgerthum mißbraucht worden waren.

Damit wurde aber die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zur unaufschiebbaren Nothwendigkeit. Waren die äußeren Stützen der Organisation fortgeschlagen, so stand die Partei um so fester, je größer sie war. Das wußten sich die Lassalleaner zu sagen und darnach zu handeln. Bis zu einem gewissen, aber doch nur nebensächlichen Grade wirkten auch die Eifersüchteleien unter ihren Führern auf die schnellere Verschmelzung mit den Eisenachern hin; in der Hauptsache entschied, daß Tessendorff den letzten Zankapfel

aus der Welt geschafft und durch seine brutalen Verfolgungen die einheitlich geschlossene Phalanx aller klassenbewußten Proletarier zurecht gehämmert hatte. Tölcke, bis dahin der starrste Organisationsfanatiker der Lassalleaner, wandte sich im Herbste 1874 an Geib und Liebknecht, die ohne Zögern in die dargebotene Hand der Versöhnung schlugen.

Ueber die Einzelheiten der Vereinigung beriethen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zum ersten Male am 15. Dezember 1874. Auf Geibs Frage nach den Bedingungen der Lassalleaner erklärte Hasselmann als die entscheidende Forderung die beiderseitige rückhaltlose Anerkennung des proletarischen Klassenkampfes. Davon scheinen die Eisenacher etwas überrascht gewesen zu sein, weil sie eine spezifische Forderung des Lassalleschen Programms, etwa die Produktivassoziationen mit Staatskredit, erwartet haben mochten, doch konnte Hasselmann nach der ganzen historischen Entwicklung der Lassalleaner eben nur diese Forderung als das A und O der Vereinigung stellen. Natürlich waren die Eisenacher damit sofort einverstanden. Am Abend desselben Tages fand eine Massenversammlung statt, in der die Abgeordneten beider Fraktionen von den Berliner Arbeitern mit stürmischem Jubel begrüßt wurden.

Drei Wochen später flossen auch in Hamburg die beiden Ströme der Arbeiterbewegung in einander. Am 1. Januar 1875 war der treue York gestorben, im frischesten Mannesalter, frühzeitig aufgerieben von Arbeiten und Kämpfen. Lassalleaner und Eisenacher gaben ihm gemeinsam das letzte Geleit, in einem stattlichen Zuge von fünftausend Mann, über dem zwanzig Fahnen wehten. Als ein alter Freund Yorks am Holstenthore in die Reihen trat und einen Fahnenträger fragte, welchem Gewerke die schöne Fahne gehöre, antwortete ihm der junge kräftige Arbeiter: Das ist gleichgiltig, wozu die Frage? Wir sind alle eins.

Dreizehntes Kapitel.

Der Gothaer Einigungskongreß.

Die eingehenden Berathungen über die Frage, wie die Verschmelzung der beiden Fraktionen durchgeführt werden könne, fanden am 14. und 15. Februar 1875 in Gotha statt. Von jeder Seite waren je neun Mitglieder zugegen, von den Lassalleanern Hasenclever, Hasselmann, Hartmann, die beiden Kapells, Reinders, von den Eisenachern Liebknecht, Motteler, Vahlteich, Geib, dazu Eduard Bernstein, ein junger Bankbeamter aus Berlin, Wilhelm Bock aus Gotha, der sich um die gewerkschaftliche Organisation der Schuhmacher verdient gemacht, und Ignaz Auer, der als Leiter der sächsischen Wahlschlacht hervorragende Talente bekundet und seit dem Sommer 1874 als Ersatzmann Yorks die Stelle des Parteisekretärs übernommen hatte. Bebel saß noch im Gefängnisse.

Das Protokoll dieser Vorkonferenz wurde nicht veröffentlicht, wohl aber ihr Ergebniß, zwei Vorlagen über Organisation und Programm der neuen Gesammtpartei. Der Organisationsentwurf verzichtete nach den reaktionären Verfolgungen auf jede Vereinsbildung; der Partei konnte Jeder angehören, der sich zum Parteiprogramm bekannte und für die Förderung der Parteiinteressen thatkräftig, auch durch Geldopfer, eintrat. Die diktatorische Spitze wurde abgestoßen, dagegen im Interesse einer starken Zentralisation die Wahl aller Parteibehörden durch den jährlichen Parteikongreß angeordnet. Als Parteibehörden fungirten neben den Redaktionen der beiden offiziellen Organe, die vorläufig neben einander fortbestehen sollten, ein Vorstand von fünf, eine Kontrollkommission von sieben und ein Ausschuß von achtzehn Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstandes und der Kontrollkommission mußten je an einem und demselben Orte, die Mitglieder des Ausschusses konnten auch an verschiedenen Orten wohnen. Seine Aufgabe sollte sein, Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorstand und Kontrollkommission zu entscheiden.

Die Programmvorlage war ein Kompromiß zwischen den bisherigen Programmen der Lassalleaner und der Eisenacher, ein Kompromiß jedoch weit mehr der Form als dem Wesen nach. Von ihren Ueberzeugungen brauchte keine der beiden Fraktionen etwas preiszugeben, aus dem einfachen Grunde, weil diese Ueberzeugungen sich im Wesentlichen deckten. Soweit darin überhaupt noch ein Unterschied bestand, waren die Lassalleaner die entwickeltere Fraktion, und es gelang ihnen denn auch, alle ihre Sturmworte in das neue Programm zu bringen, den unverkürzten Arbeitsertrag für die Arbeiter, das eherne Lohngesetz, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die Eine reaktionäre Masse, aber alle so, daß damit den Eisenachern kein Opfer ihrer besseren Einsicht zugemuthet wurde. Die einzige dieser Forderungen, die nicht auch den Eisenachern geläufig war, die Produktivassoziationen mit Staatskredit, wurde ausdrücklich in dem Sinne erläutert, in dem sie stets von den Lassalleanern aufgestellt worden war, und in dem sie von den Eisenachern ohne jedes Bedenken unterzeichnet werden konnte.

Gleich der erste grundlegende Satz: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern", war Gemeingut beider Fraktionen. Er war die getreue Formulirung des Gedankens, daß da die gesellschaftlich nothwendige Arbeit alle Werthe schaffe, diese Werthe auch unverkürzt allen Arbeitern gehören. Der Anspruch des Arbeiters auf den „vollen Ertrag seiner Arbeit" war ein moralisch-rechtlicher, ein „naturrechtlicher" Protest gegen die Grundrente und den Kapitalprofit, gegen die Aneignung des Mehrwerths durch die herrschenden Klassen. Die Auffassung des Mehrwerths aber als eines Hebels, der die kapitalistische und die sozialistische Gesellschaft umwälzt, die Auffassung, daß die sozialistische Gesellschaft als solche produzirt, der Ertrag der gemeinsamen Arbeit also auch der Gesellschaft gehört, und unter die einzelnen Gesellschaftsglieder nur „verkürzt",

nur so weit vertheilt werden kann, als er für die gemeinsamen Zwecke der Gesellschaft nicht beansprucht wird, war beiden Fraktionen noch verschleiert. Sonst kamen in den prinzipiellen Theil des Programms, unbeschadet einzelner anfechtbarer und ungenauer Ausdrücke, die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft, die gänzliche Beseitigung der Lohnarbeit, der proletarische Klassenkampf als das einzige Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, zu vollkommen klarem Ausdruck. Nicht minder klar wurde die Nothwendigkeit betont, zunächst im nationalen Rahmen zu wirken, aber auch den Aufgaben und Pflichten der internationalen Arbeiterbewegung gerecht zu werden.

Die praktischen Forderungen, die der Programmentwurf an die kapitalistische Gesellschaft richtete, liefen auf die möglichste Demokratisirung des Staats, auf unbeschränkte Koalitionsfreiheit und eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung hinaus. Als Uebergangsmittel von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft figurirten die Produktivassoziationen mit Staatskredit, die unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes und für Ackerbau wie Industrie in solchem Umfange ins Leben gerufen werden sollten, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entstehen mußte.

Wie bekannt, unterwarf Marx diesen Programmentwurf einer sehr scharfen Kritik, die er von London aus am 5. Mai an Bracke, Geib, Auer, Bebel und Liebknecht sandte. Sie ist heute noch überaus lesenswerth wegen ihrer prinzipiell-positiven Gesichtspunkte; ihre negative Auffassung aber traf vielfach daneben, und zwar deshalb, weil sie von thatsächlich unrichtigen Voraussetzungen ausging. Marx verkannte, daß der Programmentwurf die theoretischen Anschauungen beider Fraktionen getreu wiederspiegelte; er glaubte, daß die Eisenacher den wissenschaftlichen Kommunismus bereits in allen seinen Konsequenzen erfaßt hätten, während die Lassalleaner eine zurückgebliebene Sekte seien, die, von der historischen Entwicklung auf den Sand gesetzt, sich den Eisenachern ergeben müsse. Aus diesem Irrthum erklärt sich vollkommen der heftige Unmuth, in dem Marx schrieb. Er übertrieb keineswegs den Werth von Programmen, sondern sagte ganz offen: Jeder Schritt praktischer Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Aber er wollte keinen „Prinzipienschacher" und meinte, ehe man sich darauf einlasse, solle man sich lieber mit einer Uebereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind begnügen. An und für sich war diese Ansicht ganz unanfechtbar; hätte eine der beiden Fraktionen auch nur ein Titelchen ihrer Prinzipien geopfert, so wäre die neue Gesammtpartei dadurch allerdings „demoralisirt" worden; es wäre dann auch sehr bald zu neuen Spaltungen gekommen, und zwar zu um so gefährlicheren Spaltungen, als die Zeit herannahte, wo sich der Mangel einer erschöpfenden theoretischen Auffassung praktisch sehr fühlbar machen sollte.

Marx irrte darin, daß er theoretisch die Eisenacher über- und die Lassalleaner unterschätzte. Wie er zu dem Irrthum über die Eisenacher gekommen ist, läßt sich nicht mit voller Bestimmtheit sagen. Hat er den Volksstaat aufmerksam und regelmäßig gelesen, so konnte er schwer verkennen, wie breit sich noch mancherlei

eklektischer Sozialismus in den Spalten des Eisenacher Organs machte. Es scheint, daß Marx in Männern wie Dietzgen die Masse der Eisenacher Partei verkörpert gesehen hat und daß er durch den Kampf des Volksstaats gegen das angebliche Sektenthum der Lassalleaner unwillkürlich zu der Meinung verleitet worden ist, die Eisenacher seien theoretisch entwickelter, als sie thatsächlich waren. Leichter ist zu verstehen, weshalb Marx die Lassalleaner unterschätzte. Wie der Volksstaat zur Zeit der Fraktionskämpfe zu versichern pflegte, las Marx den Neuen Sozialdemokraten überhaupt nicht, und wenn er sich die Lassalleaner so vorstellte, wie sie im Volksstaat abkonterfeit wurden, so mußte er sich allerdings ein grundfalsches Bild von ihnen machen.

So wenig die Eisenacher bei dem Gothaer Programmentwurfe ihre Prinzipien verschacherten, so wenig machten die Lassalleaner dabei die Vorbehalte, wegen deren Marx sie im Verdacht hatte. Sonst gewöhnt, die Arbeiterbewegung immer nach ihrem großen Wurfe zu beurtheilen, nahm er für dieses Mal die Dinge allzu sehr unters Mikroskop und suchte hinter kleinen Unbehilflichkeiten, Unebenheiten, Ungenauigkeiten des Ausdrucks hinterhaltige Absichten, die wirklich nicht dahinter steckten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß seine Antipathie gegen Lassalle in diesem Briefe sein Urtheil beeinflußt hat. Es war ein ebenso harter, wie ungerechter Vorwurf, wenn er sagte, Lassalle habe das Kommunistische Manifest grob verfälscht, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern der Bourgeoisie zu beschönigen. Lassalle hat weder diese Allianz abgeschlossen, noch das Kommunistische Manifest grob verfälscht. Beim ehernen Lohngesetz ging er nicht von Malthus aus, sondern faßte es genau so auf, wie es im Kommunistischen Manifest aufgefaßt worden war. Auch hat Lassalle das Schlagwort von der Einen reaktionären Masse nicht geprägt, sondern es war sozusagen von selbst entstanden, aus der zwölfjährigen Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse, die, wenn sie die liberale Bourgeoisie im Kampfe gegen den Absolutismus und Feudalismus unterstützen wollte, die ersten und wüthendsten Schläge immer von der liberalen Bourgeoisie erhielt. Nicht minder irrte Marx, wenn er hinter dem Satze: In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse, ein verwerfliches Erbe Lassalles sah, der nur die Kapitalisten, aber nicht die Grundeigenthümer habe angreifen wollen. Die „Kapitalistenklasse" stammte gerade aus dem Eisenacher Programm, wo sie natürlich auch in dem allgemeinen, das Grundeigenthum einschließenden Sinne gemeint war, während gerade die Lassalleaner die Grund- und Bodenfrage viel prinzipieller zu erörtern gewußt hatten, als die Eisenacher. In diesen und ähnlichen Sätzen hat sich Marx zu weit fortreißen lassen von einem Unmuth, der, wenn seine thatsächlichen Voraussetzungen gestimmt hätten, durchaus berechtigt gewesen sein würde.

Sein Brief hatte die Wirkung, die er unter den obwaltenden Umständen überhaupt nur haben konnte. Er führte dazu, daß einzelne Sätze des Programmentwurfs klarer und schärfer gefaßt wurden, änderte aber nichts am Wesen der Sache. Ein neuer Beweis dafür, daß der Entwurf der theoretischen Erkenntniß

beider Fraktionen entsprach, war die fast ungetheilte Zustimmung, die er überall bei den klassenbewußten Arbeitern fand. Am einschneidendsten kritisirte ihn noch der Westdeutsche Arbeitertag, der am 15. April in Dortmund tagte. Die Ausstellungen, die hier gemacht wurden, berührten sich mannigfach mit den prinzipiellen Einwänden, die Marx einige Wochen später in seinem Programmbriefe erhob, und es war bezeichnend, sowohl daß der Westdeutsche Arbeitertag nahezu ausschließlich von Lassalleanern beschickt worden war, als auch daß der Volksstaat diese Kritik verdrießlich aufnahm. Am 18. Mai schrieb Tölcke begütigend an das Blatt, dem Westdeutschen Arbeitertag habe nichts ferner gelegen, als die Absicht, einen Zankapfel zwischen die Einigungsbestrebungen zu werfen; seine Theilnehmer würden, wenn die Einigung davon abhinge, jedes Programm annehmen, das nicht gegen die Parteiprinzipien verstieße, und wäre es nur ein weißes Blatt Papier mit einer geballten Faust darauf.

Die Einigung selbst vollzog sich dann auf dem Gothaer Kongresse, der vom 22. bis zum 27. Mai tagte. Vertreten durften nur solche Parteigenossen sein, die im letzten Vierteljahre für eine der beiden Fraktionen gesteuert hatten. Von den Lassalleanern waren 73 Delegirte mit 15 322, von den Eisenachern 56 Delegirte mit 9121 Stimmen zugegen. Die Verhandlungen wickelten sich glatt und rasch ab, ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle. Den Bericht über die Programmfrage erstatteten Liebknecht und Hasselmann in vollkommenem Einvernehmen. Liebknecht focht zwar das eherne Lohngesetz an, aber nicht von den Gesichtspunkten aus, die Marx im Kapital dargelegt hatte, sondern weil ein „ehernes Gesetz“ dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nach ein unwandelbares und ewiges Gesetz sei, während das Lohngesetz doch nur in der kapitalistischen, nicht aber in der sozialistischen Gesellschaft bestehe. Selbstverständlich hatte Lassalle aber von einem „ehernen Gesetz“ immer nur im Hinblick auf die kapitalistische Gesellschaft gesprochen, worüber niemals das geringste Mißverständniß bestanden hatte, und so blieb das eherne Lohngesetz im Programm. Ebenso blieben darin die Produktivassoziationen mit Staatskredit, von denen Hasselmann nicht mit Unrecht sagte, daß sie niemals von den Lassalleanern, sondern immer nur von den Eisenachern mißverständlich aufgefaßt worden seien. Ueber die „Eine reaktionäre Masse“ wurde namentlich abgestimmt; 111 Delegirte mit 23 022 Stimmen waren dafür, 12 Delegirte mit 2191 Stimmen dagegen; die Minderheit bestand zumeist aus sächsischen und süddeutschen Delegirten, die keineswegs vom Standpunkte des Kommunistischen Manifestes aus das Schlagwort anfochten, sondern es nur als ein Hinderniß für ein taktisches Zusammengehen mit der Volkspartei beseitigen wollten. Dürftig, wie die Verhandlungen über das Programm waren, bestätigten sie eben dadurch, daß ernstliche theoretische Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Fraktionen nicht bestanden.

Auch die Organisationsfrage machte nicht besonderes Kopfzerbrechen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war durch richterliches Erkenntniß vom 16. März für Preußen endgiltig aufgelöst worden, und ebenso die meisten Gewerkschaften

der Lassalleaner; man wußte aus den Erfahrungen des letzten Jahres, daß sich schließlich, auch nach anfänglichem Sträuben, immer Gerichte fänden, die jede beliebige Auslegung des Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörden bestätigten. Im Wesentlichen wurde die Organisationsvorlage angenommen, auch die etwas schwerfällige Gruppirung der drei obersten Parteibehörden beibehalten, gegen den Rath Auers, der in der Organisationsfrage den Bericht erstattete. Ob sie sich bewährt haben würde, läßt sich nicht sagen, da die Gothaer Organisation bald durch Tessendorff zertrümmert wurde. Ueberhaupt traten die formellen Organisationsfragen von nun an ganz in den Hintergrund. Dank ihren Verfolgern konnte sich die Partei den Luxus eines Organisationskultus nicht mehr gönnen; sie warf einfach ihre Schanzen auf, wo immer der Feind anrückte, und die Solidarität des Proletariats sorgte dafür, daß diese Schanzen allemal von widerstandsfähiger Mannschaft besetzt wurden. Der Sitz des Vorstands wurde nach Hamburg verlegt, der Hauptstadt des sozialistischen Deutschlands, wie Bebel sagte; auf seinen Vorschlag wurden, entsprechend dem Stärkeverhältniß der beiden Fraktionen, drei Lassalleaner und zwei Eisenacher in den Vorstand gewählt: Hasenclever und Hartmann als Vorsitzende, Auer und Derossi als Sekretäre und Geib als Kassirer. Getauft wurde die neue Organisation als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Ueber die Fragen, die sich auf die Parteipresse bezogen, kam es gleichfalls zu schneller Einigung. Ein einziges Hauptorgan wurde von allen Seiten gewünscht, doch mußten vorläufig aus zwingenden, namentlich auch finanziellen Gründen der Neue Sozialdemokrat und der Volksstaat als Zentralorgane beibehalten werden. Lokale Parteiblätter sollten nur dann als Parteiorgane gelten und die materielle wie moralische Unterstützung der Partei beanspruchen können, wenn bei ihrer Gründung die Zustimmung der Parteibehörden eingeholt worden wäre. Es machte sich schon eine gewisse Reaktion gegen das allzu eifrige Gründen von Lokalblättern geltend, auch bei den Eisenachern, und gerade bei ihnen, die in diesem Punkte praktische Erfahrungen gesammelt hatten; das Für und Wider einer zahlreichen Lokalpresse wurde eben zu dieser Zeit in einer lehrreichen Polemik zwischen Karl Hirsch und Auer abgewogen. Damit hing noch eine andere Frage zusammen, die Gründung von Genossenschaftsbuchdruckereien, womit die Eisenacher in Leipzig vorangegangen waren, während die Lassalleaner bisher abgelehnt hatten, sich als Kampfpartei mit dem Gepäck konfiszirbaren Eigenthums zu beschweren. In dieser Frage siegte die Auffassung der Eisenacher. In den großen Zentren der Bewegung war das Bedürfniß nach eigenen Organen viel zu stark, als daß es sich hätte hintanhalten lassen, und die Genossenschaftsbuchdruckereien empfahlen sich, um den Parteigenossen ein möglichst breites und festes Eigenthumsrecht an den Parteiblättern zu sichern.

In der Gewerkschaftsfrage gab es keinen Streit mehr. Auf Antrag Fritzsches erklärte der Kongreß, daß, solange die Lohnarbeit bestehe, die Organisation der Gewerkschaften nothwendig sei und die Sache der Arbeiter fördere, soweit es

unter den wirthschaftlichen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft nothwendig sei. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die auf beiden Seiten bestanden, verschmolzen sich; für einen großen Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung war freilich die Zeit vorbei.

Der Gothaer Einigungskongreß schloß um die Mitternachtsstunde des 27. Mai zu allseitiger Befriedigung seiner Theilnehmer. Es waren genau zwölf Jahre verflossen, seitdem Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gegründet hatte. Der Lassalleanismus erlosch in diesen Gothaer Tagen für immer, und doch waren sie die leuchtendsten Ruhmestage Lassalles. Wie recht immer Marx mit seinen positiven Einwendungen gegen das Gothaer Programm haben mochte, das Schicksal seines Programmbriefes zeigte klar, daß die Wege, auf denen sich in Deutschland eine mächtige und unbesiegbare Arbeiterpartei als Trägerin der sozialen Revolution entwickeln konnte, von Lassalle richtig erkannt worden waren.

Vierzehntes Kapitel.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

I. Beginnender Reichsbankerott.

Zur selben Zeit, wo sich die revolutionäre Arbeiterpartei zu einem fest geschlossenen Körper zusammenfaßte, begann in der „reaktionären Masse“ der bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Zersetzung. Der große Krach, dessen erste Schatten schon in die Reichstagswahlen von 1874 gefallen waren, hatte einen furchtbaren Umfang angenommen. Nach einem kurzen Rausch erfuhr das neue Reich in einem langen Katzenjammer, was es bedeute, als ebenbürtige Macht auf dem Weltmarkte konkurriren zu können. Aus dem Anfange des Jahres 1875 liegt eine Berechnung vor, wonach der Werth der Aktien von 556 Aktiengesellschaften, darunter 105 Eisenbahnen, von 6770 Millionen Mark Ende 1872 auf 4425 Millionen Mark Ende 1874 gesunken, somit eine Werthverminderung von 2345 Millionen Mark oder über 30 Prozent eingetreten war. Die Eisenindustrie allein berechnete ihren Verlust auf 455 Millionen Mark.

In ihrer Verzweiflung über die Absatzkrise erhoben die Großindustriellen ein mark- und beinzerschneidendes Geschrei nach Schutzzöllen. Diese Forderung hatte jetzt eine ganz andere Bedeutung als ein Menschenalter früher. Wenn in den dreißiger und vierziger Jahren Schutzzölle als vorübergehendes Erziehungsmittel der nationalen Industrie gefordert worden waren, so konnte davon nicht mehr die Rede sein. Der deutsche Gesammthandel stand in der Mitte der siebziger Jahre auf dem Weltmarkte nur noch dem englischen nach; er belief sich 1874 (Ausfuhr und Einfuhr addirt) in Millionen Mark: Großbritannien 13380, Deutschland 9300, Frankreich 6800, Vereinigte Staaten 4980. In Industrie und

Transport hatte Deutschland mehr Dampfkraft im Betriebe, als irgend ein anderer Staat des europäischen Festlandes. Unter solchen Verhältnissen war es mit dem ursprünglichen historischen Sinne der industriellen Schutzzölle vorbei. Die Großindustriellen verlangten sie nunmehr zu dem edlen Zwecke, sich hohe Preise auf dem inneren Markte zu sichern, um auf dem Weltmarkte desto erfolgreicher durch Schleuderpreise konkurriren zu können. Die eigenen Volksgenossen sollten weißgeblutet werden, damit die überschüssigen Produkte der Großindustrie um so wohlfeiler an fremde Nationen abgesetzt werden könnten.

Eine mächtige Bundesgenossenschaft fanden die schutzzöllnerischen Großindustriellen an den schutzzöllnerischen Großgrundbesitzern. Im Laufe weniger Jahre wurden die ostelbischen Junker aus eingefleischten Freihändlern zu eingefleischten Schutzzöllnern. Der industrielle Aufschwung hatte die industrielle Bevölkerung relativ auf Kosten der landwirthschaftlichen Bevölkerung vermehrt, und in der Landwirthschaft die Produktion von Genußmitteln und Rohstoffen für die Industrie auf Kosten der Produktion von Nahrungsmitteln. Der Konsum von Nahrungsmitteln stieg rascher, als ihre Produktion im Inlande; Getreide und andere landwirthschaftliche Produkte konnten nicht mehr ausgeführt, sondern mußten eingeführt werden. Diese Einfuhr wurde außerordentlich erleichtert durch die kolossale Umwälzung der Verkehrsmittel, die treibhausartige Entwicklung der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt; namentlich die Landwirthschaft der Vereinigten Staaten wurde in der Mitte der siebenziger Jahre zu einer Exportindustrie, welche wie die europäischen Märkte überhaupt, so auch den deutschen Markt mit Fleisch und Getreide überschwemmte. Aber damit sanken auch die Fleisch- und Getreidepreise, und die Grundrente der preußischen Junker begann zu fallen. In solcher Noth hätten diese allemal bewährten Patrioten Gott, König und Vaterland verrathen, geschweige denn daß sie ihre freihändlerischen Grundsätze auf den Kehrichthaufen warfen. Wie die Großindustriellen entschlossen sie sich zum Weißbluten der Massen, um ihre sinkende Grundrente wieder zu steigern.

Bei der Regierung aber fand die schutzzöllnerische Agitation einen verständnißinnigen Wiederhall. Bismarck war sowohl Großindustrieller wie Großgrundbesitzer, und der Genius, der den Säkularmenschen beseelte, trauerte mit beiden so schwere Noth leidenden Klassen. Daneben hatte er noch seine besonderen Schmerzen. Die fünf Milliarden waren durch den Rauchfang gegangen, aber der Militarismus war geblieben und forderte von Jahr zu Jahr größere Opfer. Neue Steuerquellen mußten erschlossen werden, und zwar Steuerquellen, die massenhaft strömten und durch Parlamentsbeschlüsse nicht verstopft werden konnten. Die Wege dazu waren indirekte Steuern, Finanzzölle, Verstaatlichung großer Erwerbs- und Verkehrszweige. Im deutschen Reiche wurde das Tabaksmonopol das Ideal Bismarcks, im preußischen Staate die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Säkularmensch entdeckte jetzt sein „sozialistisches“ Herz. Die Väter dieses glorreichen „Sozialismus“ waren beim Tabaksmonopol der alte Fritz, der erste Napoleon und Metternich, als seine Geburtshelferin aber diente bei der Ver-

staatlichung der preußischen Eisenbahnen die Diskontogesellschaft, die dem Reichsinvalidenfonds eine Unmasse von Eisenbahnaktien aufgehalst hatte, deren Marktwerth nach dem Krach in einem unangenehmen Mißverhältnisse zu ihrem Nominalwerthe stand. So wurde der preiswürdige Ankauf der preußischen Bahnen durch den Staat zu einem Ziele, für das jeder rechte Patriot im innersten Herzensgrunde erglühen mußte.

Die geplante Massenplünderung war bei alledem nicht wohl möglich, wenn die Kälber nicht selbst ihre Kehlen den Metzgern darboten. Zu diesem aufopfernden Liebesdienste erwiesen sich die kleinbürgerlichen Klassen gern bereit. Die Bauern ließen sich leicht von dem Schreckgespenste der amerikanischen Konkurrenz ins Bockshorn jagen, obgleich die große Mehrzahl der ländlichen Kleinbesitzer, die überhaupt nicht genug Lebensmittel für den eigenen Bedarf produzirte, von den Getreidezöllen direkten Schaden haben mußte, die kleine Minderzahl der wohlhabenderen Bauern aber höchstens einen geringen Nutzen, der durch die gleichzeitige Einführung von Finanz- und Industriezöllen sofort wieder aufgesaugt wurde. Bei den Handwerkern, welche die rapide Entwicklung der großen Industrie massenhaft deklassirt hatte, war auch keine große Ueberredungskunst nothwendig, um ihnen die Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der alten Zoll- und Zunftschranken zu erwecken. Unfähig, die historische Entwicklung zu verstehen oder sich gar schon als rettungslos Ertrinkende an einen Strohhalm klammernd, ließ sich der kleine Besitz in Stadt und Land von den Schlaraffenbildern bethören, die ihm die agrarischen und industriellen Schutzzöllner vorgaukelten.

Ein besonders wirksamer Hebel der kleinbürgerlichen Reaktion wurde die biedermännische Entrüstung über die Schwindelgeschäfte des großen Kapitals. Je klarer der Krach die ruchlosen Gaunereien der Gründerjahre aufdeckte, um so klarer stellte es sich auch heraus, daß es in der großbürgerlichen Gesellschaft für solche großen Diebe keine Galgen gab. Die königliche Untersuchungskommission, die nach Laskers glorioser Verheißung „mit der Fackel bis in den letzten Winkel leuchten" sollte, blies selbst das schwächste Nachtlicht aus, das einen „Edelsten und Besten" zu streifen drohte; schon durch die eine wundersame Historie vom „unauffindbaren Zeugen" Adickes nahm sie die französischen Panamaskandale vorweg. Adickes konnte und sollte über die Gründerprofite aussagen, die bei Hannover-Altenbeken gemacht worden waren, aber die Untersuchungskommission konnte ihn trotz krampfhaften Suchens nicht auffinden, zur selben Zeit, wo Adickes als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter täglich auf derselben Bank sowohl mit Lasker als auch mit Bennigsen saß. Fast alle Versuche, eine gerichtliche Sühne für die offenkundigsten Betrügereien der Schwindeljahre zu erlangen, scheiterten von vornherein oder verliefen im Sande; im günstigsten Falle führten sie zu gerichtlichen Verhandlungen, bei denen bebrillte Aktenmenschen alsbald in einem todten Winkel des kapitalistischen Labyrinths festzufahren und in ihrer juristischen Verlegenheit ein moralisches Kauderwälsch über die „gewerbsmäßige Verleumdung" der „angesehensten Männer" herzustottern pflegten. Der altväterische Glaube des

Spießbürgers, daß Recht doch Recht bleiben müsse, wurde zur Seifenblase, und darüber wurden alle Spießbürger wüthend.

Sie ergänzten den „Sozialismus“ der Schutzzölle und des Tabakmonopols durch den „Sozialismus des dummen Kerls“, durch den Antisemitismus. Dem Bauern und dem Handwerker trat das sie vernichtende Kapital gewöhnlich in der Gestalt des Juden entgegen, und in ihrer beschränkt-rückständigen Auffassung nahmen sie den Träger der Sache für die Sache selbst. Das war um so erklärlicher, als das Geldjudenthum sich während der Schwindelperiode in einer Weise mausig gemacht hatte, die ihm unvermeidlich eine unliebsame Aufmerksamkeit zuziehen mußte; namentlich in Berlin hatte die Vermauschelung des öffentlichen Lebens einen Umfang angenommen, der die unerschrockensten Verehrer des weisen Nathan beunruhigen konnte. Der Antisemitismus fand eine Menge flinker Federn in dem „Proletariate der Intelligenz“, in dem kleinbürgerlichen Nachwuchse, der sich seit dem Versinken des Kleinbetriebes in die gelehrten Berufe gerettet hatte, aber schon in der eigenen Ueberfülle erstickte und wüthend auf die jüdische Konkurrenz losschlug, die ihm auch auf diesem Gebiete gemacht wurde. In der praktischen Politik war der Antisemitismus eine völlig sinn- und ziellose Bewegung, er war es doppelt unter der Aegide Bismarcks, der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer. Diese Leute mochten im Stillen dem Geldjudenthum eine kleine Lektion gönnen, aber sie waren viel zu enge mit ihm verknotet, um ihm ein ernsthaftes Leid anzuthun; für sie war der „Sozialismus des dummen Kerls“ nur ein Mittel, den „dummen Kerl“ um so fester am Narrenseile zu halten.

Diese ganze rückläufige Bewegung fand nun aber doch einen Widerstand, an dem sie sich unter normalen Verhältnissen hätte brechen müssen. Ein namhafter Theil der deutschen Bourgeoisie ließ sich aus guten Gründen nicht von den Großindustriellen ins schutzzöllnerische Schlepptau nehmen, namentlich nicht der große Handel und die große Rhederei, auch nicht die freihändlerischen Theoretiker. Sie erkannten ganz richtig, daß diese Art Schutzzoll von der Hand in den Mund lebte und die Henne schlachtete, welche die goldenen Eier legte. Die staatliche Förderung der reichsdeutschen Schleuderpreise im Auslande mußte zu Repressalien der anderen Industriestaaten führen, zur Aufrichtung von Zollschranken, die den auswärtigen Markt für Deutschland sehr verengten; nicht weniger wurde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch die Vertheuerung der Produktionskosten bedroht, die der Vertheuerung aller inländischen Waaren folgen mußte; die Industriezölle boten auf die Dauer keinen Ersatz für den Schaden, den die Lebensmittelzölle der Industrie zufügten. Und dazu kam, daß Bismarcks Finanz- und Steuerpolitik die so schon geringe politische Macht der Bourgeoisie beträchtlich schmälern sollte. Gerade ihre entschiedeneren, klareren und weitsichtigeren Köpfe hielten an ihren freihändlerischen Grundsätzen fest.

Ohne Zweifel war ihre Lage in der Mitte der siebziger Jahre sehr schwierig. Sie hatten den Feind im eigenen Lager, ihr kleinbürgerliches Gefolge schwand ihnen unter den Händen fort, die Bureaukratie machte gegen sie mobil und die

frisch bekehrten Junker drangen mit besonderem Zorne auf die verstockten Sünder ein. Es war überhaupt eine verzweifelte Aufgabe, die manchesterliche Fahne hochzuhalten, während das *Märchen vom tausendjährigen* Reiche des Freihandels in den tausend Ruinen der Schwindelperiode zerschmettert am Boden lag. Die freihändlerische Bourgeoisie mußte den großen Krach aus der Welt zu schwindeln, die nichtswürdigsten Gründungen als „korrekteste" Geschäfte darzustellen suchen, und das gelang ihr nur unvollkommen, trotz der massiven Verlogenheit, welche die Eugen Richter und Konsorten bei der Lösung dieser erhebenden Aufgabe entwickelten. Und am wenigsten entwaffnete sie den „Sozialismus des dummen Kerls" durch einen künstlich gezüchteten Philosemitismus, der mindestens ebenso dumm, aber noch ungleich widerlicher war, als der naturwüchsige Judenhaß der Bauern und der Handwerker.

Trotz alledem konnte sich die freihändlerische Bourgeoisie eine Position schaffen, aus welcher sie schwer hinauszumanövriren war. Sie mußte sich auf das klassenbewußte Proletariat stützen, in dem die drohende Massenplünderung von vornherein ihren entschlossensten und rücksichtslosesten Gegner hatte. Selbstverständlich war eine Verständigung zwischen beiden Theilen nur in der Beschränkung möglich, daß sie den Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft, auf dem sie beide standen, gemeinsam gegen den verwüstenden Einfall historisch rückständiger Gegner schützten. Gerade aber in dieser Beschränkung hätte auch die Kraft eines solchen Bündnisses gelegen, dessen Gefahr die Zöllner aller Arten wohl zu schätzen wußten. Sie suchten die Arbeitermassen mit allerlei sozialistelnden Schlagworten über den „Schutz der nationalen Arbeit" zu ködern, ja sie stellten die Erhöhung der Löhne als den eigentlichen Zweck der Schutzzölle hin. Bismarck faselte von dem Tabaksmonopol als dem „Patrimonium der Enterbten"; er kramte seinen Almosen- und Lakaiensozialismus wieder hervor, und Hand in Hand mit seinen verstärkten Anläufen, die politisch entwickelten Schichten der Arbeiterklasse gewaltsam niederzuschlagen, ging sein Bestreben, ihre politisch noch unentwickelten Schichten durch das Linsengericht einer verbesserten Armenpflege über ihr politisches Erstgeburtsrecht zu täuschen.

Je geringere Aussichten diese plumpe Demagogie hatte, um so dringenderen Anlaß hatte die freihändlerische Bourgeoisie, im klassenbewußten Proletariat einen festen Stützpunkt ihrer wackeligen Lage zu suchen. In ihrer althergebrachten historischen Verblendung that sie aber das gerade Gegentheil. Sie fiel hemmend in den Arm, den das Proletariat gegen die ökonomische Reaktion erhob. Die Freihandelshausirburschen rühmten sich, auf dem „Ehrenposten" im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu stehen; im Lästern über die „Führer", welche „die Arbeitergroschen verpraßten", und ähnlichem Schwindel leisteten sie auch wirklich noch mehr, als die offiziösen und reaktionären Blätter. Während die schutzzöllnerischen Agitatoren mit ihren Vorspiegelungen über die beabsichtigte Erhöhung der Löhne doch wenigstens die Nothwendigkeit einer solchen Erhöhung anerkannten, wurde der preußische Finanzminister Otto Camphausen, neben Delbrück

das staatsmännische Ideal der liberalen Bourgeoisie und übrigens ein fetter Geldprotz, dem von der Ideologie seines älteren Bruders Ludolf kein Schimmer mehr geblieben war, nicht müde zu quäken, das einzige Heilmittel der Krise sei eine Herabsetzung der Arbeitslöhne. Die empfindlichen Niederlagen, welche sich die deutschen Unternehmer dadurch holten, daß sie trotz ihres wachsenden Reichthums nicht auf die schäbigen Geschäftskniffe ihrer Anfänge verzichten mochten, wurden von den freihändlerischen Tintenkulis auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen gesucht; nach ihrer liebenswürdigen Darstellung verschuldete es die Faulheit und Ungeschicklichkeit der Arbeiter, daß der Reichskommissar Reuleaux der Vertretung der deutschen Industrie auf der Weltausstellung in Philadelphia das Brandmal: Billig und schlecht aufdrücken mußte, oder daß die deutsche Baumwollindustrie ihren Markt in China verlor, weil, wie Treitschke spottete, die Asiaten an die Echtheit der Waare strengere Ansprüche stellten, als die geduldigen Deutschen. Der Humbug Bismarcks, daß der proletarische Klassenkampf die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter verderbe, fand in Eugen Richter seinen getreuesten Nachplapperer. Mit dieser genialen Politik kapitulirte die freihändlerische Bourgeoisie schmachvoll genug vor ihren reaktionären Gegnern; sie ebnete den Weg der Gewaltpolitik, auf dem Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne durchsetzen sollte.

Selbstverständlich vollzog sich der ökonomisch-politische Krebsgang in Deutschland nicht im Laufe weniger Wochen oder Monate. Das ging um so weniger an, als er sich in der Gesetzgebung des Reichs nur durch ein vollständiges Herumwerfen der politischen Parteien durchsetzen konnte. Das ostelbische Krautjunkerthum hatte seit Jahr und Tag einen so bissigen und boshaften Kleinkrieg gegen Bismarcks kapitalistische und kulturkämpferische Politik geführt, daß sich die holde Eintracht zwischen diesen schönen Seelen nicht gleich auf den ersten Hieb wiederherstellen ließ. Von den beiden stärksten Fraktionen des Reichstags war das Zentrum mit seinen rheinischen Großindustriellen und schlesischen Großgrundbesitzern, mit seinem Gefolge von Bauern und Kleinbürgern und politisch noch unreifen Arbeitern sofort für eine reaktionäre Wirthschaftspolitik zu haben, während unter den Nationalliberalen die freihändlerische Bourgeoisie vorherrschte. Nun war aber das Zentrum bis an die Zähne gerüstet gegen den „diokletianischen Christenverfolger“ Bismarck, während die Nationalliberalen zu einer immer willenloseren Schutztruppe des Säkularmenschen herabgesunken waren, wie sie noch im Jahre 1876 durch das schmähliche Kompromiß in Sachen der Justizgesetze bewiesen. Es lohnte für Bismarck schon der Versuch, die Nationalliberalen für die wirthschaftliche Reaktion breitzuschlagen, ehe er den sauren Gang nach Canossa antrat. Denn soviel stand freilich für diesen genialen Staatsmann fest, daß der „weltgeschichtliche Kampf zwischen Kalchas und Agamemnon“ wie ein Schattenspiel von der Wand verschwinden müsse, wenn auf keinem anderen Wege die Steigerung der Grundrenten und der Kapitalprofite zu haben war.

Immerhin aber trieb der große Krach die Dinge doch verhältnißmäßig schnell voran. In der Mitte des Jahres 1875 gipfelte der krautjunkerliche Feld-

zug gegen Bismarck in den Aeraartikeln der Kreuzzeitung, aber in demselben Jahre begann auch die Grundrente zu fallen, und schon im Frühjahre 1876 organisirten sich die Junker unter stiller Förderung Bismarcks ökonomisch als Steuer- und Wirthschaftsreformer, politisch als deutsch-konservative Partei. Zur selben Zeit sah Delbrück ein, wie die Sachen standen, und ging, ehe er gegangen wurde. Bismarck aber erklärte in der Herbstsession des Reichstags von 1875, der Reichshaushalt müsse „möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern" aufgebracht werden. Gleichzeitig enthüllte er die Grundzüge seiner künftigen Arbeiterpolitik, einerseits durch ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, andererseits durch ein Hilfskassengesetz, das den Arbeitern einige Almosen spenden sollte, um sie dadurch zu Lakaien der Fabrikanten und Gemeindebehörden zu machen.

Die Sozialdemokratie täuschte sich nicht über den Ernst der Lage. Sie hatte ihre inneren Kämpfe nur abgeschlossen, um desto heftigeren Kämpfen mit der Außenwelt entgegenzugehen. Für sie gab es ringsum nichts als Feinde. Sie sah den Sturm heraufziehen und rüstete sich eifrig, ihn zu bestehen.

II. Praktische Agitationserfolge.

Nach der Verschmelzung ihrer beiden Fraktionen ging die sozialdemokratische Agitation doppelt rüstig voran. Die alten bewährten Kräfte arbeiteten einträchtig zusammen und neue Kräfte traten hervor: der Zigarrenarbeiter Molkenbuhr in Ottensen, der Schriftsetzer Oldenburg in Rendsburg, der Seemann Schwartz in Lübeck, der Gerber Schuhmacher in Solingen, der Tischler Tutzauer in Düsseldorf, der Kommis Kayser in Berlin, der Schneider Kühn in Langenbielau, der Zigarrenarbeiter Geyer in Großenhain, der Hutmacher Heine in Halberstadt, der Holzbildhauer Rödiger in Gera, der Schlosser Ulrich in Offenbach, der Kaufmann Wiemer in Nürnberg, der Schriftsetzer Richard Fischer in Augsburg. Auch aus den klar blickenden Ideologen der bürgerlichen Klassen erhielt die Partei neuen Zuwachs: den Referendar Viereck in Berlin, den Lehrer Sabor in Frankfurt a. M., den Dichter Dulk in Stuttgart und den ehemaligen Offizier Georg v. Vollmar, einen geborenen Münchener, der, als Postbeamter im deutsch-französischen Kriege schwer verwundet, in langen Jahren körperlichen Leidens sich in die sozialistische Weltanschauung eingelebt hatte.

Die Gegner sorgten reichlich dafür, daß es an packendem Agitationsstoffe nicht gebrach. In den ersten fünf Jahren des neuen Reiches hatten sich die besitzenden Klassen, da sie das Kreuz besaßen, reichlich mit Gesetzen zur Förderung ihrer Klasseninteressen gesegnet; während dieser ganzen Zeit war im Interesse oder vielmehr im angeblichen Interesse der arbeitenden Klassen nur ein überaus klägliches Haftpflichtgesetz verabschiedet worden, das durch seine halb lodderigen, halb perfiden Bestimmungen den Unternehmern die bequeme und reichlich benützte Gelegenheit bot, sich der Haftpflicht für die Unglücksfälle in ihren Betrieben

zu entziehen. Ein ähnlicher Geist wehte durch das Hilfskassengesetz, das dem Reichstage im Herbst 1875 zuging. Die Vorlage der Regierung behandelte die Arbeiter, unter dem Scheine einer ihnen zu erweisenden Wohlthat, als unmündige Kinder, die auf Schritt und Tritt gegängelt werden müßten; sie bedrohte schwer die Freizügigkeit des Proletariats und verkümmerte ihm nicht minder schwer die Selbstverwaltung seiner eigensten Angelegenheiten; den freien Hilfskassen der Arbeiter machte sie das Leben auf Schritt und Tritt sauer. Der böse Wille der Regierung ging sogar den bürgerlichen Parteien des Reichstags zu weit. Immerhin waren auch sie reichlich genug mit diesem Artikel versehen. So schlossen sie von der kommissarischen Berathung der Vorlage die sozialdemokratischen Abgeordneten aus, die weitaus die erfahrensten Sachkenner waren.

Obgleich das Hilfskassengesetz im letzten Grunde nur den Zweck hatte, die Armenpflege der Gemeinden zu entlasten, so nahmen die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse die bürgerliche Gesellschaft wie sie ist, und verlangten nicht mehr, als daß in ihr den Arbeitern billig sein sollte, was allen anderen Klassen recht war. Sie stimmten dem Kassenzwange zu, aber sie verwarfen die Zwangskassen; sie verzichteten auf alle Almosen der Bourgeoisie, aber sie verlangten die unverkümmerte Selbstverwaltung der Arbeiterkassen durch die Arbeiter. Eine Unzahl Petitionen und Proteste aus den verschiedensten Arbeiterschichten bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung. Mußten doch auch den Arbeitern, die dem proletarischen Klassenkampfe noch fern standen, die Augen übergehen, wenn sie in der Verwaltung ihrer kümmerlichen Krankengroschen beaufsichtigt und behindert werden sollten von denselben gesetzgebenden Körperschaften, die es für ein Ding der Unmöglichkeit erklärten, die Raubzüge der kapitalistischen Aktiengesellschaften zu beaufsichtigen und zu verhindern. Trotzdem wurde das Gesetz in einer Form angenommen, die von den sozialdemokratischen Vertretern schlechthin verworfen wurde, mochte sie auch den freien Hilfskassen der Arbeiter etwas größeren Spielraum lassen, als die Regierung ihnen gewähren wollte.

Nicht weniger revolutionirend wirkte das politische Ausnahmegesetz, das die Regierung gegen die Arbeiterklasse einbrachte. In einer Novelle zum Strafgesetzbuche, das die paar kleinen Fortschritte des deutschen Strafrechts rückwärts zu revidiren versuchte, befand sich ein § 130, welcher lautete: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft." Zur Vertheidigung dieses Paragraphen vor dem Reichstage hatte Bismarck mit feinem Takte den preußischen Minister des Innern berufen, denselben Grafen Eulenburg, der ein Menschenalter früher als Zensor in rheinischen Bordellen heldenhafte Kämpfe mit Nachtwächtern geführt und seitdem als lebenslustiger Junggeselle so viele praktische Angriffe auf das Institut der bürgerlichen Ehe gemacht hatte, daß er als theoretischer Vertheidiger dieser heiligen Einrichtung besonders berufen erschien. Graf Eulenburg

verhehlte nicht, daß § 130 direkt auf die Sozialdemokratie gemünzt sei, und schleppte zum ersten Male den großen Zitatensack heran, der hinfort einen Ehrenplatz unter den Waffen deutscher Staatskunst einnehmen sollte. Durch einzelne Artikel oder auch durch einzelne, aus dem Zusammenhange gerissene Sätze der sozialdemokratischen Presse suchte er die Gemeinschädlichkeit des proletarischen Klassenkampfes zu erweisen; er meinte, daß die als besser situirt bezeichneten Klassen freiwillig niemals auf ihre Rechte verzichten würden, und daß die Gesellschaft niemals auf den Punkt kommen werde, sich freiwillig, ohne Zwang, zu egalisiren; § 130 sei also unbedingt nothwendig, wolle man es nicht dahin kommen lassen, daß die Flinte schieße und der Säbel haue.

Auf einer gleichen Höhe geistreicher Beredtsamkeit bewegte sich Bismarck selbst, indem er die sozialdemokratische Agitation für den großen Krach verantwortlich machte und mit bösen Sticheleien auf die „Gutmüthigkeit" der deutschen Richter eine noch größere Korruption der deutschen Strafrechtspflege vorbereitete. In komischer Verwechslung der Thatsachen verlangte er größeren Schutz der deutschen Polizeibeamten vor dem böswilligen Publikum, damit sie die allgemeine Achtung der englischen Polizeibeamten genössen, und erklärte übrigens dem Reichstage, er werde die Ablehnung des § 130 hinnehmen, aber es sei vielleicht einer der Würmer, die nicht stürben, und die Enkel der gegenwärtigen Abgeordneten, wenn er eine Gesetzgebungsperiode als eine Generation auffassen dürfe, würden sich noch mit denselben Fragen beschäftigen müssen. Und auf dem Gebiete solcher schmutzigen Reaktionsstreiche war Bismarck immer ein guter Prophet.

Vorläufig bewilligte ihm der Reichstag ein gutes Stück seiner reaktionären Strafgesetznovelle, aber noch nicht den § 130. Vielmehr wurde das Monstrum einstimmig abgelehnt und sogar unter allgemeiner Heiterkeit, so daß die staatsmännische Würde des hohen Hauses gefährdet gewesen wäre, wenn der fortschrittliche Führer Hänel sie nicht durch die pathetische Erklärung gerettet hätte, der § 130 sei ein schwerer, durch nichts begründeter Angriff auf die Grundlagen unserer verfassungsmäßigen Zustände im Reich und in jedem Einzelstaate, ein schwerer, durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf diejenigen Grundsätze, die alle liberalen Parteien seit zehn und zwanzig Jahren als unverrücktes Ziel vor Augen gehabt hätten.

In der zweiten Gesetzgebungsperiode darauf sagte sich derselbe Herr Hänel, ganz nach Bismarcks prophetischem Worte: Weh' dir, daß du ein Enkel bist! und verfolgte das nicht mehr unverrückte, sondern sehr verrückte Ziel, durch die fast wörtliche Wiedereinbringung des § 130 die Sozialdemokratie todtzuschlagen. Tessendorff aber rächte das einstweilige Fiasko seines Gönners Bismarck dadurch, daß er Ende März 1876 einen Beschluß des Berliner Stadtgerichts beibrachte, der die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands wegen angeblicher „Zweigvereinsbildung" im preußischen Staate schloß.

Während so die herrschenden Klassen den trefflichsten Agitationsstoff heranschleppten, unterhielten sich die bürgerlichen Auguren von dem angeblichen „Rück-

gange“ der Sozialdemokratie, den ihre Maulwurfsaugen, der Himmel weiß wo, entdeckten. Sicherlich hätte die Geschäftskrisis, die mit einer noch nie gekannten Schwere in erster Reihe auf dem Proletariat lastete, einen erlahmenden Einfluß auf die so zu sagen körperliche Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung ausüben können, wenn sie nur nicht zugleich die Geister revolutionirt hätte. Dazu räumte die überaus feindselige Haltung der herrschenden Klassen, die infame Lüge, daß die Arbeiter den großen Krach verschuldet haben sollten, und ähnliche Ausbrüche eines tobsüchtigen Hasses mehr, mit den letzten Illusionen der vorgeschrittenen Arbeiterschichten auf. So wie die Dinge lagen, eroberte die sozialdemokratische Agitation täglich neues Terrain, und der vom 19. bis 23. August 1876 in Gotha tagende Parteikongreß zeigte einen „Rückgang“ auf, der die Neunmalweisen der Bourgeoisie peinlich überraschte.

Der Kongreß war als allgemeiner Sozialistenkongreß einberufen worden, um auch den Parteigenossen aus denjenigen Staaten, wo die Parteiorganisation „geschlossen“ worden war, die Theilnahme zu ermöglichen. Die meisten Mittel-, und manche Kleinstaaten dazu, in erster Reihe Baiern und Sachsen, hatten eifrig den Lorbeeren Tessendorffs nachgetrachtet; kaum noch in dem fünften Theile des Deutschen Reiches, in den Hansastädten, sowie in einigen thüringischen und süddeutschen Staaten, waren sozialistische Verbindungen möglich, deren Mitglieder an verschiedenen Orten wohnten.

Jedoch zeigte der Kongreß von 1876, daß Tessendorff und sein edles Gefolge zu spät aufgestanden war; die Zertrümmerung ihrer äußeren Organisation war längst kein Mittel mehr, die Entwicklung der Partei aufzuhalten, sondern nur noch ein Hebel, ihren Aufschwung zu beflügeln. Auf dem Kongresse erschienen 98 Delegirte, die 291 Orte mit 38 254 Mitgliedern vertraten; die Gesammteinnahme der Parteikasse belief sich für vierzehn Monate, für die Zeit vom 8. Juni 1875 bis zum 10. August 1876, auf 58 763 Mark, darunter 4330 Mark vom Verleger des Wählers, eines handgroßen Blättchens, das einmal monatlich erschien und für 20 Pfennig das Exemplar an „geschlossene“ Parteigenossen verkauft wurde, um ihnen so die Zahlung ihrer Beiträge zu ermöglichen. Die Einnahmen der Parteikasse erschöpfte aber nicht entfernt die Summe, die deutsche Arbeiter trotz aller schweren Noth der Zeit für die Emanzipation ihrer Klasse aufzubringen wußten; Auer, der den Bericht des Vorstandes erstattete, schätzte die Aufwendungen für örtliche Parteizwecke mindestens auf das dreifache ein.

Auch sonst bot Auers Bericht ein sehr erfreuliches Bild. Der Partei standen 145 wohlgeschulte Redner zur Verfügung, die alle schon die Feuertaufe in Versammlungen rühmlich bestanden hatten, darunter 8 voll, sowie 14 zum Theil besoldete Agitatoren, und 46 Parteibeamte, hauptsächlich Redakteure und Expedienten der Parteiblätter. 12 politische Organe und ein belletristisches Unterhaltungsblatt, die Neue Welt, waren seit dem Einigungskongresse neu entstanden. Die Partei verfügte über nicht weniger als 23 politische Organe, von denen

15 in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt wurden; 8 erschienen sechsmal, 8 dreimal, 4 zweimal und 3 einmal in der Woche. Der Broschürenvertrieb belief sich in die Hunderttausende, als Parteikalender wurde der Arme Konrad in vierzigtausend Exemplaren abgesetzt. Und so durfte Auer sagen, daß von dem ausposaunten „Rückgange" der Sozialdemokratie nichts übrig bleibe, als Schrecken in allen feindlichen Lagern vor der wachsenden Macht der Arbeiterpartei.

Der Verfolgungen gedachte er nur, um festzustellen, daß namentlich in Preußen und Baiern das Vereinsrecht für die Arbeiter durch rechtlose Willkür so gut wie völlig aufgehoben sei. Nicht über die reaktionären Vereinsgesetze beklage sich die Sozialdemokratie, denn mit ihnen wisse sie sich, bei aller Agitation für die gesetzliche Beseitigung solcher Machwerke, doch abzufinden; wogegen sie protestire, das sei die tendenziöse reaktionäre Manier, womit die bestehenden Gesetze gegen sie ausgelegt würden, während sie auf alle anderen politischen Parteien eine loyale Handhabung fänden. Ueber die Möglichkeit einer neuen Parteiorganisation sprach sich Auer sehr resignirt aus. Die preußischen Parteigenossen hätten mit peinlichster Genauigkeit die Klippen und Untiefen des Vereinsgesetzes umschifft, indessen wenn die preußische Regierung entschlossen sei, innerhalb ihrer Machtsphäre keine sozialistische Organisation zu dulden, so fände sie immer Staatsanwälte und Richter, die ihren Willen vollstreckten, unter freudiger Zustimmung der konservativen und der liberalen Parteien. Möge aber das offizielle Band zerrissen sein, so binde alle Parteigenossen fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen enterbten Volkes.

Der Kongreß hatte zwei Hauptaufgaben zu erledigen: einmal den Schlußstein ins Einigungswerk zu fügen und dann für die nächsten Reichstagswahlen mobil zu machen. Ganz leicht war es nicht, den Dualismus zu beseitigen, der in den beiden Zentralorganen der ehemaligen Fraktionen noch fortbestand; bei der Abstimmung über die entscheidende Frage, ob das neue Zentralorgan in Leipzig oder Berlin erscheinen solle, trat der alte Unterschied noch einmal ziemlich scharf hervor; überwiegend stimmten die ehemaligen Lassalleaner für Berlin, die ehemaligen Eisenacher für Leipzig. Als sich ergab, daß, bei 6 Stimmenthaltungen, für Leipzig 49 und für Berlin 38 Delegirte gestimmt hatten, wurde die Klage laut, daß die geographische Lage des Kongreßortes den sächsischen und thüringischen Delegirten ein unverhältnißmäßiges Uebergewicht gegeben habe, und die Spannung verschärfte sich noch durch die Weigerung Hasselmanns, in die Redaktion des neuen Zentralorgans in Leipzig einzutreten. Doch der redliche Wille, um jeden Preis die Einheit zu erhalten, siegte über alle Schwierigkeiten. Alte Lassalleaner, wie Rackow und Zielowsky, tadelten Hasselmanns Obstruktion scharf, während Hasenclever sich bereit finden ließ, die von Hasselmann verschmähte Stelle anzunehmen. Unter Liebknechts und Hasenclevers Redaktion sollte das neue Zentralorgan unter dem Titel Vorwärts vom Oktober 1876 ab in Leipzig erscheinen, dreimal wöchentlich, wie auch schon der Volksstaat

seit 1873 erschienen war. Hasselmann, der bisher eifrig an der Einigung der Fraktionen gearbeitet hatte, nahm von nun an eine frondirende Stellung in der Partei ein; nach dem Eingehen des Neuen Sozialdemokraten ging er in seinen Wahlkreis Elberfeld-Barmen und gab hier die Rothe Fahne heraus, angeblich ein regelmäßig erscheinendes Wahlflugblatt, thatsächlich ein schwach verhülltes Konkurrenzunternehmen des Vorwärts. Soweit der verschlossene Charakter Hasselmanns ein Urtheil zuließ, bestimmte ihn die Enttäuschung persönlichen Ehrgeizes. Seine Fronde war unbequem, aber nicht gefährlich; eine sachliche Handhabe zur Opposition fehlte ihm, und selbst wenn eine Sektenbildung noch möglich gewesen wäre, wie sie es nicht mehr war, so langte Hasselmanns ganze Persönlichkeit nicht zu einem fanatisirenden Sektenhäuptling.

Die zweite Hauptaufgabe des Kongresses war die Rüstung für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse wurden etwa vierzig Wahlkreise für „offiziell" erklärt, das heißt für Kreise, in denen die Partei mit nennenswerther Aussicht auf Erfolg kandidiren könne und also von Parteiwegen in den Wahlkampf eingreifen müsse: zwölf sächsische und fünf schleswig-holsteinische Kreise, die beiden Stadtkreise und der Landkreis Hamburg, Berlin IV und VI, Braunschweig I, in Schlesien Reichenbach-Neurode und Waldenburg, im Rheinlande Elberfeld-Barmen, Lennep-Mettmann und Solingen, im Maingau Hanau und Offenbach, in Baiern Nürnberg, in Württemberg Eßlingen-Kirchheim, dazu einige Wahlkreise in mitteldeutschen Kleinstaaten, wie Anhalt-Bernburg, Sachsen-Meiningen und Reuß ä. L.

Zur Leitung der Wahl wurde ein Zentralwahlkomite von fünf Personen in Hamburg niedergesetzt, das zugleich alle sonstigen Aufgaben der Parteileitung übernehmen sollte; nach einem Erkenntnisse des preußischen Obertribunals stand eine Organisation, die eine bestimmte Wahl im Auge hatte, nicht unter dem preußischen Vereinsgesetze. In das Zentralwahlkomite wurden die Mitglieder des früheren Vorstandes gewählt, Hartmann, Derossi, Geib, Auer, an die Stelle Hasenclevers, der nach Leipzig übersiedelte, trat H. Brasch. Für die beiden Vorsitzenden wurden je 45, für die beiden Schriftführer je 150, für den Kassirer 135 Mark, für die beiden Redakteure des Zentralorgans je 195 Mark Monatsgehalt ausgeworfen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten an Diäten täglich 9 Mark erhalten, sofern sie nicht mit mindestens 100 Mark monatlichen Gehalts angestellte Parteibeamte waren, in diesem Falle erhielten sie nur 6 oder, falls sie in Berlin wohnten, nur 3 Mark täglich. Ein ständiger Agitator bezog monatlich 135 Mark, auf Reisen außerhalb seines Agitationsbezirks außerdem ein Lediger 1,50, ein Verheiratheter 3 Mark täglichen Zuschusses. Nicht fest angestellte Agitatoren bezogen, wenn ledig, täglich 6, wenn verheirathet, täglich 7,50 Mark Diäten. Diese Regelung der Parteigehälter auf dem Kongresse von 1876 zeigt zur Genüge, was es mit dem „Verwüsten der Arbeitergroschen" auf sich hatte, derjenigen Klopffechterei, an der sich die geistreiche Bourgeoisie neben dem angeblichen „Rückgange" zumeist ergötzte. Wenn die Partei ihren Angestellten

die Lohnsätze besser gestellter Arbeiter zahlte, so genügte sie einer Anstandspflicht, die sie ihrer eigenen Würde schuldete; Hungerlöhne, wie der erste beste Kapitalist, konnte sie nicht zahlen. Aber über diese Grenze ist sie nie hinausgegangen und Seide hat noch kein Mensch in ihrem Dienste gesponnen; unter den zahllosen Kräften, die sich in diesem Dienste aufgerieben haben, mögen wenige gewesen sein, die nicht, wenn sie einen bürgerlichen Erwerb gewählt hätten, auf einen höheren Entgelt ihrer Arbeitsleistung hätten rechnen können. Einfach und klar, wie dies Verhältniß ist, scheint es für die Tintenkulis, die im Solde der Bourgeoisie ihre sozialistentödterischen Phrasen dreschen, ein ewiges Geheimniß bleiben zu sollen.

Die Reichstagswahlen, die am 10. Januar 1877 stattfanden, erfüllten die Hoffnungen, die das klassenbewußte Proletariat auf sie gesetzt hatte. In 175 Wahlkreisen waren sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden, auf die 493 447 Stimmen fielen, mehr als 9 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie war nun schon die viertstärkste Partei im Reiche; beträchtlich stand sie nur noch den Nationalliberalen und den Ultramontanen, um ein Geringes den Konservativen nach; abgesehen von den kleinen Parteigruppen des Reichstags überflügelte sie von den eigentlichen Parteien schon die Fortschrittler und die Freikonservativen. Die Vertheilung der Stimmen zeigte die härtere und schärfere Ausprägung des Klassenkampfs. Die Bewegung war stehen geblieben oder selbst etwas abgeflaut, wo sie sich hauptsächlich aus der allgemeinen politischen Unzufriedenheit nährte; dafür hatte sie einen überraschenden Aufschwung in den großen Städten gewonnen, in Berlin, Hamburg, Altona, Breslau, Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Dresden und vielen anderen. Berlin holte jetzt mit einem Schlage ein, was es bei den früheren Reichstagswahlen versäumt hatte; es brachte 31 522 sozialdemokratische Stimmen auf, fast 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen noch etwas günstigeren Prozentsatz stellten die 25 942 sozialdemokratischen Stimmen in Hamburg dar. Die Drehorgeln der bürgerlichen Demagogen mußten gänzlich umgestimmt werden. War nach den Wahlen von 1874 der sozialdemokratische Erfolg dem „verkommenen“ Fabrikproletariat und der ländlichen Industriebevölkerung geschuldet, während die großen Städte als Hort der Bildung und Gesittung gefeiert wurden, so wurden jetzt die großen Städte zu Stätten vaterlandslosen Gesindels, während der Landmann zu der Ehrenrolle gedieh, mit fester Hand die schwankende Wage ins Gleichgewicht gebracht und den rollenden Stein aufgehalten zu haben, der die bestehende Ordnung zu zertrümmern drohe.

Es gab keine preußische Provinz mehr und nur noch sechs preußische Regierungsbezirke, die noch nicht „verseucht“ waren. Freilich befanden sich darunter neben einem pommerschen (Stralsund) und einem westpreußischen (Marienwerder), ein schlesischer (Oppeln), ein westfälischer (Münster) und zwei rheinische Regierungsbezirke (Aachen und Koblenz), ein Beweis, daß die ultramontane Agitation noch immer stark die Arbeiterbewegung kreuzte. Aber es zeigte sich doch

auch, daß dieser Bann gebrochen zu werden begann; seit 1874 waren die sozialdemokratischen Stimmen in Rheinland-Westfalen von 28 824 auf 44 690, und in Schlesien von 9004 auf 23 449 gestiegen. Unter den Mittelstaaten stand Sachsen obenan mit prächtig ansteigenden Ziffern; hier hatte sich die sozialdemokratische Stimmenzahl in sechs Jahren nahezu vervierfacht; sie belief sich auf 123 978, auf 38 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Baiern zeigte sich gleichfalls schon, doch schwächer als in Rheinland-Westfalen und Schlesien, eine rückläufige Bewegung gegen den ultramontanen Strom; unter den baierischen Provinzen stand Franken mit der sozialdemokratischen Hochburg Nürnberg weit im Vordertreffen. In Württemberg und Baden war die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 ziemlich stehen geblieben, doch machte sich auch in diesen Staaten die Konzentration der Bewegung in den größeren Städten geltend. In Stuttgart waren 4609 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, und fast ebenso viel schon einen Monat früher bei den Erneuerungswahlen zum württembergischen Landtage, an denen sich die Sozialdemokraten zum ersten Male betheiligten. Viel Mühe und Sorge machte die Erhaltung der Süddeutschen Volkszeitung, in deren Redaktion und Verwaltung der Schriftsetzer Georg Baßler eintrat, nachdem Karl Hillmann an das Hamburger Parteiorgan übergesiedelt war; seit dem Erlaß des reaktionären Preßgesetzes und dem scharfen Winde vom Norden her begannen auch im Schwabenlande die Verfolgungen. Wie Stuttgart in Württemberg, so wurden Mannheim in Baden und Ludwigshafen in der Pfalz zu leitenden Orten der Bewegung. Mannheim brachte 1689 Stimmen auf, und noch im Laufe dieses Jahres gründete Dreesbach das Badisch-pfälzische Volksblatt, das wöchentlich einmal erschien und bald ein paar tausend Abonnenten zählte. Von Mannheim wurde vorläufig auch noch, namentlich durch Ehrhart, die Agitation in der Pfalz betrieben, wo nach der Vereinigung der beiden Fraktionen der erste, von zwanzig Orten beschickte Arbeitertag stattgefunden hatte. In den drei Wahlkreisen der Pfalz wurden 2500 Stimmen abgegeben. Ein Hauptherd der Agitation war die Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, vom Volksmunde Knochenmühle genannt, die Tausende von Arbeitern beschäftigte, doch wurde die Bewegung dadurch sehr gehindert, daß die rheinbaierische Großindustrie weniger gelernte Handwerker anzog, als Kleinbauern und ländliche Taglöhner, die durch die immer schärfer sich zuspitzende Parzellenwirthschaft im Ueberschusse produzirt wurden. Diese bedürfnißlosen und noch vom Eigenthumsteufel besessenen Elemente waren ideale Arbeiter im Sinne der ausbeutenden Bourgeoisie, und deshalb dem proletarischen Klassenbewußtsein schwer zugänglich.

Bei der Vertheilung der Mandate schnitt die Partei wieder sehr schlecht ab. Mit ihren vierzig offiziellen Wahlkreisen hatte sie so ziemlich das Richtige getroffen; sechsunddreißig Mandate hätten ihr nach dem Verhältniß ihrer Stimmenzahl zur Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen gebührt. Thatsächlich mußte sie sich mit zwölf Mandaten begnügen. Im ersten Wahlgang behauptete sie von ihren bisherigen neun Sitzen nur fünf: Altona (Hasenclever), Glauchau-Meerane

(Bebel), Stollberg-Schneeberg (Liebknecht), Zwickau-Crimmitschau (Motteler) und Chemnitz (Most). Sie gewann dazu Berlin IV und VI (Fritzsche und Hasenclever), die sächsischen Kreise Auerbach-Reichenbach (Auer) und Leipzig-Land (Demmler), endlich den Wahlkreis Reuß ä. L. (Blos). Von diesen zehn Sitzen ging aber Altona wieder in der Nachwahl verloren, die dadurch nöthig wurde, daß Hasenclever in Berlin VI annahm. Daneben war die Partei an zwanzig Stichwahlen betheiligt: in Berlin III, Breslau I und II, Magdeburg und Nürnberg, in den schleswig-holsteinischen Kreisen Itzehoe, Glückstadt, Plön-Segeberg, in den sächsischen Kreisen Dresden-Altstadt, Borna, Freiberg, Plauen und Zschopau, in den rheinischen Kreisen Elberfeld-Barmen und Solingen, in den schlesischen Kreisen Reichenbach-Neurode und Waldenburg, endlich in Gotha, Hanau und Offenbach. Von ihnen allen aber gewann sie nur drei: Dresden-Altstadt (Bebel), Reichenbach-Neurode (A. Kapell) und Solingen (Rittinghausen). Bebel nahm in Dresden-Altstadt an, in Glauchau-Meerane trat Bracke an seine Stelle.

Doch die Partei brauchte sich die Freude an ihrem großen Erfolge nicht durch die verhältnißmäßig geringe Zahl der Mandate trüben zu lassen. In den Wahlkreisen, welche sie verloren hatte, war ihre Stimmenzahl beträchtlich gestiegen, mit der einzigen Ausnahme Plön-Segebergs, wo die Großgrundbesitzer fürchterliche Musterung unter dem ländlichen Proletariat gehalten hatten, und bei den Stichwahlen brachte sie 62 368 Stimmen mehr auf, als ihre Kandidaten in diesen Kreisen bei den Hauptwahlen erhalten hatten. Von diesem Zuwachs entfiel nur eine verhältnißmäßig geringe Zahl auf volksparteiliche Elemente und katholische Arbeiter. Wo es galt, einen sozialdemokratischen Wahlsieg zu hindern, schlossen sich auf bürgerlicher Seite Krethi und Plethi unbedenklich zusammen, trotz allen sonstigen, noch so giftigen Haders, und dies schlagende Zeugniß der Furcht, das sie ihren Gegnern einflößte, konnte der Partei schon eine Hand voll Mandate ersetzen. Im Reichstage selbst empfing die sozialdemokratischen Abgeordneten eine noch viel gehässigere Gesinnung, als in der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode; der nationalliberale Abgeordnete Valentin machte sich einen berüchtigten Namen durch die Schlußanträge, die den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse das Wort abschnitten.

Der Jahreskongreß für 1877 wurde von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einberufen, nach Gotha für die Zeit vom 27. bis 29. Mai. Vertreten waren 251 Orte durch 95 Delegirte, hinter denen, soweit ihre Mandate Angaben über die Stimmenzahl enthielten, 32 000 aktive Parteimitglieder standen. Auer erstattete wieder den Bericht im Auftrage des Zentralwahlkomites, diesmal für die Zeit vom 11. August 1876 bis zum 30. April 1877. In diesen noch nicht ganz neun Monaten waren 54 217 Mark in die Parteikasse eingelaufen, darunter 10 000 Mark vom Verleger des Wählers. Dazu kamen aber noch die gewaltigen Anstrengungen, welche die einzelnen Wahlkreise für den Wahlkampf gemacht hatten. Die Abrechnung für Altona ergab eine Ausgabe von 30 000 Mark, in Berlin hatten 307 Versammlungen mit Vorträgen und Diskussion, sowie

144 Wahlhilfsmännerversammlungen stattgefunden, waren 1346145 Exemplare von Drucksachen überwiegend unentgeltlich durch Parteigenossen verbreitet worden. Ferner hatte dieser kurze Zeitraum heißen Kampfes 18 neue Blätter hervorgerufen; die Partei zählte jetzt neben dem Vorwärts 41 Zeitungen, von denen 13 wöchentlich sechsmal, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal, 12 wöchentlich einmal erschienen. 25 dieser Blätter wurden in Genossenschaftsbuchdruckereien hergestellt, deren 14 in Deutschland existirten. Unter den 44 Redakteuren der Partei befanden sich nach der Zusammenstellung Auers: zwölf Literaten mit fast durchgehends akademischer Bildung, elf Schriftsetzer, vier Kaufleute, drei Schlosser, ein Maurer, ein Lohgerber, ein Riemendreher, ein Mechaniker, ein Zigarrenarbeiter, ein Zimmerer, ein Böttcher, ein Schuhmacher, ein Goldarbeiter, ein Buchhändler, zwei Schneider, ein Lehrer, ein Zeichner. Auer brandmarkte durch diese Aufzählung das Märchen von den „verbummelten Genies", die sich angeblich durch Aufhetzung und Ausbeutung der Arbeiter ein Lotterleben verschaffen sollten. Wie es mit diesem Lotterleben thatsächlich stand, zeigten die Strafanträge und Strafurtheile, die mit dem Wachsthum der Parteipresse in wachsendem Maße auf sie herabhagelten; die Chemnitzer Freie Presse hatte im Laufe eines Jahres acht Jahre Gefängniß zudiktirt bekommen, und ähnlich ging es den meisten Parteiblättern. Aber in solchen Verfolgungen erstarkte die Partei, und sicher ihres unzerstörbaren Lebens konnte der alte Organisationsfanatiker Tölcke den einstimmig und ohne jede Debatte angenommenen Antrag stellen, daß der Kongreß „mit Rücksicht auf die von preußischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proklamirte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen" auf jede Organisation der Partei verzichte, und den Parteigenossen überlasse, sich je nach den örtlichen Bedürfnissen und Verhältnissen zu organisiren.

Die deutsche Sozialdemokratie galt jetzt schon als die mächtige Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung, und die Proletarier der verschiedensten Länder sandten ihren Kongressen brüderliche Grüße. Um die Solidarität der Sozialisten aller Länder zu bekunden, beschloß der Gothaer Kongreß von 1877 auf Vollmars Antrag einen Weltkongreß zu beschicken, der von bakunistischer Seite für den September nach Gent einberufen worden war. Auf diesem Weltkongresse fanden sich ungefähr 30 Delegirte der europäischen Arbeiterparteien ein; als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie kam Liebknecht. Die anarchistische Richtung unterlag nach heftigen Debatten mit 13 gegen 16 Stimmen. Die siegreiche Mehrheit schloß einen Solidaritätspakt ab und erließ ein Manifest, das im Sinne der alten Internationalen die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Agitations-, Organisations- und Propagandamittels begründete. Doch warnte Liebknecht selbst im Vorwärts davor, diese Vorgänge zu überschätzen; ebenso zahlreiche wie zwingende Gründe verboten den Versuch, die Internationale in der alten Form zu erneuern.

In engeren Grenzen, als die politische, hielt sich die gewerkschaftliche Bewegung. Den neuen Anstoß, den auch sie durch die Einigung der Fraktion

empfing, machte die seit Jahren andauernde Geschäftskrise wett, und die polizeilichen Verfolgungen schädigten die gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur äußerlich, sondern begannen sie auch innerlich zu lähmen durch den Streit um die beste Form der Organisation. Einen Streit beiläufig, der den Trade Unions, die niemals mit 21 verschiedenen Vereinsgesetzen in 26 verschiedenen Einzelstaaten zu thun gehabt haben, auch immer ferngeblieben ist. Wenn um die Jahreswende von 1877 auf 1878 reichlich 50 000 Arbeiter in 1300 Orten gewerkschaftlich organisirt waren, so mochte diese Zahl an und für sich sehr gering sein, und wirklich betrug sie nur 1½ Prozent der Arbeitermasse, die es in den betreffenden Industriezweigen überhaupt gab, aber trotz alledem legte sie ein ehrenvolles Zeugniß für den unverwüstlichen Trieb des deutschen Proletariats nach gewerkschaftlicher Organisation ab.

Eine Uebersicht über die damaligen Gewerkschaften giebt eine sorgfältige Statistik, die Geib veranstaltete und im Januar 1878 veröffentlichte. Er zählte 26 Zentralverbände und 5 Lokalvereine, diese entschieden zu niedrig. 9 Zentralverbände hatten ihren Sitz in Hamburg, wohin die von Tessendorff aufgelösten Gewerkschaften geflüchtet waren. In Hamburg erschien auch das größte und meistgelesene der 15 Gewerkschaftsblätter, der Pionier mit 9350 Abonnenten. Er diente den Böttchern, den Stellmachern, den Tischlern und den Zimmerern zum Organ, daneben auch den Manufaktur- und Handarbeitern beiderlei Geschlechts, von denen, bei einer Gesammtziffer von 400 000 Köpfen, freilich nur erst 1250 organisirt waren. Die stärksten Organisationen, welche die Hälfte ihrer Berufsgenossen umfaßten und über ziemliche Geldmittel verfügten, waren die Buchdrucker mit 5500 und die Schiffszimmerer mit 3000 Mitgliedern; von 65 000 Tabakarbeitern, die etwa je zur Hälfte aus Männern und Frauen bestanden, waren nur 8100 organisirt, aber auch sie waren pekuniär einigermaßen auf einen grünen Zweig gekommen. Die Gold- und Silberarbeiter, die sich zuerst in Pforzheim, dem Hauptsitze deutscher Juwelierarbeit, organisirt hatten und dann nach Schwäbisch-Gmünd übergesiedelt waren, verfügten nach sechsjährigem Bestehen über 18 000 Mark in ihrer Invalidenkasse. Die Schuhmacher hatten in Gotha ihren Sitz mit 3585, die Metallarbeiter in Braunschweig mit 4000 Mitgliedern; von ihnen waren nun schon die Schlosser und die Schmiede als besondere, vorerst nur schwache Verbände getrennt. Die Maurer und Steinhauer zählten 2500 Köpfe und hatten den Grundstein in Hamburg als Organ. Der monatliche Ueberschuß sämmtlicher Gewerkschaften belief sich etwa auf 8000 Mark, wovon der Löwenantheil mit 3538 Mark auf die Buchdrucker entfiel. An eine Erhöhung der Beiträge war nicht zu denken, solange der Nothstand währte, um so weniger, als die Gewerkschaften sich beeilten, den mit dem Hilfskassengesetze gegen sie geführten Schlag zu pariren und sich auf dem engen Gebiete anzusiedeln, das jenes Gesetz der unabhängigen Krankenversicherung der Arbeiter noch gelassen hatte. 16 Gewerkschaften hatten eingeschriebene Hilfskassen. Geib empfahl als nächsten Fortschritt die Zentralisation der sehr zersplitterten Gewerkschaftspresse; über diese und andere

Organisationsfragen sollte zu Pfingsten 1878 ein Gewerkschaftskongreß in Magdeburg berathen.

Immer aber dröhnte der „Massenschritt der Arbeiterbataillone“ erst in der politischen Bewegung wieder. „Das sind nicht mehr Bataillone, das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen, das sind ganze Armeekorps“, schrieb die Magdeburgische Zeitung voll tragikomischen Entsetzens, als die Berliner Arbeiter am 10. März dem Organisator ihrer Wahlsiege das letzte Geleit gaben. In der Blüthe seiner Jahre war August Heinsch der schleichenden Proletarierkrankheit erlegen; sein Leichenbegängniß gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie Berlin seit dem Begräbniß der Märzgefallenen nicht wieder gesehen hatte. Da die Polizei, großsinnig wie immer, die Entfaltung von Fahnen und selbst das Tragen verhüllter Fahnen verboten hatte, so sammelten sich Tausende und aber Tausende, mit rothen Nelken im Knopfloche, vor dem Trauerhause; auf dem weiten Wege zum Friedhofe, mitten durch die Arbeiterquartiere des Ostens, flaggten schwarze Fahnen von den Dächern und aus den Fenstern; Hunderttausende säumten die Straßen und entblößten still ihre Häupter, sobald der Leichenwagen vorüberfuhr. In ähnlich feierlicher Weise wurde am 28. April Paul Dentler bestattet, ein Redakteur der Berliner Freien Presse, der, gleichfalls in hohem Grade schwindsüchtig, in der Untersuchungshaft gestorben war, obgleich der Gefängnißarzt seine Freilassung beantragt hatte.

Ein Heer, das seine gefallenen Kämpfer so zu ehren wußte, war nicht zu foppen, wie etwa die biedere Bourgeoisie: so viel begriffen Bismarck und die mit ihm auf die Plünderung der Massen sannen.

III. Theoretische Unsicherheit. Engels gegen Dühring.

Jedoch die Rüstung der deutschen Sozialdemokratie hatte noch eine große Lücke: ihre Praxis war ihrer Theorie weit vorausgeeilt, und für die schweren Kämpfe der nächsten Zukunft brauchte sie die Theorie ebenso nothwendig wie die Praxis. Sie hatte bisher das Manchesterthum bekämpft, das von der halbamtlichen Provinzialkorrespondenz bis zur Volkszeitung tausend Sprachrohre hatte, und nun stand eine Wendung bevor, welche sie oft genug an die Seite der konsequenten Manchestermänner führen mußte, gegen noch viel rückständigere Richtungen, die sich gleichwohl mit sozialistischen Schlagworten ausstaffirten. Eine so mächtige Volksbewegung, wie die sozialdemokratische Agitation geworden war, durfte sich nicht mehr auf die Propaganda für die sozialistischen Endziele beschränken, sie mußte in die politischen und sozialen Tagesfragen praktisch eingreifen, ohne jedoch prinzipiell zu verflachen: diese Aufgabe konnte sie nicht mit den Resultaten, sondern nur mit der Methode, nicht mit den letzten Gedanken, sondern nur mit der ganzen Denkweise, mit der materialistischen Dialektik des wissenschaftlichen Kommunismus lösen, und daran fehlte es noch so gut wie vollständig.

Gewiß war die Partei viel zu weit entwickelt, als daß sie so ohne Weiteres von den landläufigen Lockungen des reaktionären „Sozialismus“ hätte geködert werden können. Der Kongreß von 1876 faßte bereits Resolutionen gegen Bismarcks Schutzzöllnerei und Verstaatlichungspläne, und beschloß seinerseits, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ein Arbeiterschutzgesetz im Reichstag einbringen sollten. Doch zeigten die Verhandlungen, daß sich der Kongreß über die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes keineswegs klar war. Der Antragsteller Hasselmann wollte das Gesetz nur als ein, zur Eroberung rheinischer Wahlkreise schlechterdings nothwendiges, Angriffsmittel gegen die Ultramontanen haben, während A. Kapell gar einen prinzipwidrigen Mißgriff darin sah; in dem Sinne, in welchem die Kongresse der Internationalen Fabrikgesetze befürwortet hatten, sprach in der kurzen Debatte kein einziger Redner. Der Gesetzentwurf, den die sozialdemokratischen Abgeordneten dann 1877 im Reichstage einbrachten, forderte den zehnstündigen Arbeitstag, die Wahl von Gewerbekammern und Gewerbegerichten, Anstellung von Fabrikinspektoren, gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Arbeitsräume, Befreiung der gewerkschaftlichen Organisation von den reaktionären Vereinsgesetzen. Er wurde der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen, gemeinsam mit allerlei zahmen Anträgen zur Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die von der Mehrzahl der bürgerlichen Parteien gestellt worden waren.

Dank der sozialdemokratischen Agitation standen manche Elemente der Bourgeoisie und auch der Bureaukratie dem gesetzlichen Arbeiterschutze nicht mehr so ganz verständnißlos gegenüber, wie beim Erlaß der Gewerbeordnung, gleichviel ob die bessere Einsicht blasser Angst oder einem besseren Gefühle entsprang. Preußen hatte seit 1875, Sachsen schon ein paar Jahre früher mit der Anstellung einzelner Fabrikinspektoren begonnen, im preußischen Handelsministerium war sogar eine Novelle ausgearbeitet worden, welche die obligatorische Einführung von Fabrikinspektoren für das Reich anordnete. Sie wurde freilich in der Geburt erstickt durch die Großindustriellen, denen sie zur Begutachtung vorgelegt worden war, und namentlich von Bismarck, dessen Herz wenigstens für eine Freiheit, für die Freiheit der Ausbeutung, mit glühender Inbrunst schlug. Die Gewerbeordnungsnovelle, die dem Reichstage im Frühjahr 1878 zuging, enthielt nichts über die Anstellung von Fabrikinspektoren, sondern nur einige schwächliche Verbesserungsvorschläge zu den kümmerlichen Schutzvorschriften der Gewerbeordnung. Diese nahm der Reichstag an und fügte aus eigenem Antriebe die Einführung von Fabrikinspektoren hinzu, zwar nicht für das Reich, aber so, daß die Landesregierungen Fabrikinspektoren mit allen amtlichen Befugnissen der Ortspolizeibehörden anstellen sollten. Die Regierungen wagten nicht, diesen Beschluß des Reichstags offen abzuwerfen; sie brachen ihm nur heimlich die Spitze ab, indem sie in ihren Dienstanweisungen die neuen Beamten verpflichteten, von ihrem Rechte auf die amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden keinen Gebrauch zu machen.

Aehnlich wie mit dem sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurfe stand es mit den Resolutionen gegen die Schutzzölle und die Eisenbahnverstaatlichung.

Der Kongreß von 1876 ließ sich mehr von dem praktischen Instinkt des lebhaft erwachten Klassenbewußtseins auf den richtigen Weg stoßen, als daß er ihn in klarer Erkenntniß der Sachlage betreten hätte. Die Resolution gegen die Eisenbahnverstaatlichung bewegte sich etwas stark in dem kleinbürgerlichen Einerseits — Andererseits: einerseits sollten die Eisenbahnen in den Besitz des Staats übergehen, um dem Privateigenthum ein ungerechtfertigtes Monopol zu entreißen, andererseits würde der Besitz der Eisenbahnen dem Reiche ein neues Uebergewicht im volksfeindlichen Sinne verleihen; es fehlte der übergreifende Standpunkt, der diesen scheinbaren Widerspruch in eine konsequente Auffassung auflöste. In der Resolution gegen die Schutzzöllnerei stritten gar drei verschiedene Gesichtspunkte miteinander. Die rheinischen und namentlich auch die Berliner Delegirten, wie Fritzsche, Rackow, Hasselmann und Most, neigten dem Schutzzolle zu; so wurde in mühsamer Zangengeburt ein Kompromiß fertig, wonach erstens die Sozialdemokratie dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Streite zwischen Freihandel und Schutzzoll fremd gegenüberstehe, zweitens aber die freihändlerischen Handelsverträge ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen seien und eine Aenderung erheischten, drittens die Arbeiter davor gewarnt werden müßten, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Demgemäß stimmten auch die sozialdemokratischen Abgeordneten dreifach getheilt, als gleich darauf die Regierung mit einer sogenannten Ausgleichsabgabe auf Eisen einen schutzzöllnerischen Anfang machte: die Einen enthielten sich der Abstimmung, die Anderen stimmten dafür, und die Dritten dagegen.

Die Presse der Partei war sehr in die Breite, aber nicht ebenso in die Tiefe gewachsen. Viele der neuen Blätter standen noch auf sehr schwachen Füßen und mußten mit äußerster Anstrengung ums nackte Dasein ringen. Ihren meist proletarischen Redakteuren fehlte jede Muße, sich in ihren Beruf einzuleben; wo es ihrer Beweisführung an sachlicher Kraft mangelte, halfen sie sich durch einen um so kräftigeren Ausdruck ihrer Ueberzeugungen darüber hinweg. Und auch ein leitendes Organ besaß die Partei nicht. Ein solches Organ innerhalb einer durch und durch demokratischen Arbeiterpartei zu schaffen, ist nicht leicht; es gilt da, immer mit großem Takte zwischen der Szylla eines militärischen Befehlbuchs und der Charybdis eines weitherzigen Briefkastens hindurchzusegeln; dennoch haben der Sozialdemokrat der sechziger und der Sozialdemokrat der achtziger Jahre gezeigt, daß die schwierige Aufgabe glänzend gelöst werden kann. In den siebziger Jahren und namentlich seit der Einigung der Fraktionen ward es der Partei nicht so gut. Dem Vorwärts fehlte nicht die demokratische Praxis, aber wohl die überlegene Theorie; so ließ er noch im Sommer 1878 in einer weitläufigen, sich durch viele Nummern hinziehenden Diskussion die kunterbuntesten Ansichten über die Werththeorie zu Worte kommen, aber er verzichtete darauf, das Fazit der ganzen Auseinandersetzung in einer klärenden Zusammenfassung zu ziehen, was gerade die eigentliche Aufgabe eines Zentralorgans war; nach dieser Diskussion mußte

sich die Werththeorie in den Köpfen der Arbeiter noch viel krauser darstellen, als vordem.

In den politischen und sozialen Tagesfragen gebrach es dem Vorwärts an genauer Kenntniß der Verhältnisse, an konkreter Schärfe in der Auffassung der deutschen Dinge; alles Unbequeme wurde mit einigen Schlagworten „abgefertigt", wodurch ein süffisanter und nicht eben erfreulicher Ton in die Partei kam. Und die Ausflüge des Vorwärts in die auswärtige Politik verdeckten nicht, was in seiner inneren Politik unzulänglich war; seine türkenfreundliche Haltung in dem russisch-türkischen Kriege war in ihrer Art kaum weniger anfechtbar, als die russenfreundliche Haltung der herrschenden Klassen. Nicht viel anders stand es um die Berliner Freie Presse, das einflußreichste Tageblatt der Partei. Hier sprach Most allzu oft über Dinge, die er wirklich auch nicht verstand. Zwar seine Polemik gegen Mommsens Römische Geschichte war keineswegs so abgeschmackt, wie die bürgerliche Presse behaupten wollte, obschon sie sehr viel zu wünschen übrig ließ, aber der populäre Auszug, den Most aus dem ersten Bande des Kapitals anfertigte, wimmelte von den ärgsten Mißverständnissen, und sein Vortrag über die Lösung der sozialen Frage riß die großen, bis dahin in der sozialistischen Literatur stets mit Achtung genannten Utopisten in häßlicher Weise herunter, um dann selbst in der Ausmalung des „Zukunftsstaats" einem sehr seichten Utopismus zu verfallen.

Allzu tragisch brauchte man diese Schatten großen Lichtes nicht zu nehmen. Es waren keine Symptome greisenhaften Verfalls, sondern im Gegentheil Symptome eines kräftig aufschießenden Wachsthums, einer Periode, die man im Leben des einzelnen Menschen als Flegeljahre zu kennzeichnen pflegt. Immer blieb die sozialistische Literatur siegreich in dem Streite mit ihrer bürgerlichen Gegnerin. Einen drastischen Maßstab dafür bieten die beiden Agitationsbroschüren Brackes für die Wahlen von 1877 und ihre liberalen Gegenschriften. Obgleich Bracke nur vom ideologisch-moralischen Standpunkt aus die Ungerechtigkeit und Unvernünftigkeit des bürgerlichen Eigenthums anfocht, so bewältigte er doch spielend sowohl die kindlichen Faseleien der Magdeburgischen Zeitung, als auch die ekelhaften Schmutzereien, mit denen der biedere Unruh seinen dreißigjährigen Verrath an der Arbeiterklasse würdig beschloß. Auf Liebknechts Frage, ob Europa kosakisch werden solle, antwortete H. Levy, ein Bankbeamter, der damals zu den schlagfertigsten Mitarbeitern des Vorwärts gehörte, in einer sehr lesenswerthen Schrift mit der Gegenfrage, ob die deutsche Arbeiterpartei türkisch werden solle. Das Gefühl der drohenden Verflachung war in der Partei sehr lebendig und führte, mittelbar und unmittelbar, zur Gründung zweier wissenschaftlicher Zeitschriften, die seit dem Oktober 1877 erschienen.

Die Neue Gesellschaft, eine Monatsschrift, die F. Wiede in Zürich herausgab, hing nur durch einen Theil ihrer Mitarbeiter mit der deutschen Sozialdemokratie zusammen, dagegen fügte sich die Zukunft, eine Halbmonatsschrift, die Karl Höchberg in Berlin herausgab, in den Rahmen der Partei ein. Höchberg,

der Sohn eines Frankfurter Lotteriekollekteurs, war ein opferwilliger Idealist, der die Kosten der Zukunft übernahm, ohne dabei irgendwelche Nebenzwecke zu verfolgen, und wären es nur die Zwecke persönlichen Ehrgeizes gewesen. Der Sozialismus war ihm eine Herzenssache, aber freilich nicht blos im guten, sondern auch im schlechten Sinne des Wortes. Ein Schüler Albert Langes, aus der Zeit, wo Lange sich mehr an die staatsmännische Einsicht der besitzenden, als an die revolutionären Instinkte der arbeitenden Klassen gewandt hatte, scheute Höchberg vor den rauhen Seiten des proletarischen Klassenkampfes zurück. Er glaubte, die Sache des Kommunismus zur Sache aller rechtlich und vernünftig denkenden Menschen machen zu können. Seine ideale Gesinnung wurde durch seine idealistische Philosophie irregeleitet; gleich in den ersten Heften der Zukunft erklärte er, daß der Sozialismus „seine Forderungen, Ziele und Zwecke nur aus der Idee entnehme", daß „die einzige schöpferische Quelle des sozialpolitischen Ideals das von den gegebenen Zuständen unabhängige, ja denselben sich entgegenstellende, autonome Bewußtsein mit seinem Begriffe von dem Seinsollenden" sei, daß die wichtigste Aufgabe der „Sozialistik" darin bestehe, den „sozialistischen Staat" auszumalen und seine Durchführbarkeit zu beweisen. Damit war der theoretische Sozialismus so ziemlich ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen; Marx und Engels müssen diese programmatischen Kundgebungen, dreißig Jahre nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, mit eigenthümlichen Empfindungen gelesen haben.

Sie hielten gute Disziplin und schwiegen. Und wenn der Zukunft ein längeres Leben beschieden gewesen wäre, so würde sie auch wohl bald von ihrem himmelblauen Sozialismus kurirt worden sein. Mancherlei Ansätze dazu finden sich sogar schon in ihrem einzigen Jahrgang, mag er auch bunt und verworren genug aussehen. Zu Höchbergs fleißigsten Mitarbeitern gehörte C. A. Schramm, der in den Kampf gegen das Manchesterthum gut eingefuchst war, so gut, daß er sich schon einen unleidlichen Unfehlbarkeitston zugelegt hatte, aber der darin nun auch den Sozialismus beschlossen wähnte und Bismarcks reaktionären Verstaatlichungsplänen, denen es auf eine Handvoll Flüche gegen das verwerfliche Manchesterthum durchaus nicht ankam, unsicher genug gegenüber stand. Auch Mülberger kam mit seinen proudhonistischen Quacksalbereien noch einmal angezogen, und ein allzu beträchtlicher Theil der Zukunft wurde wirklich den Erörterungen über die Einrichtung des „Zukunftsstaates" gewidmet. Doch erhob sich dagegen auch schon eine Opposition; besonders Bebel machte kurzen Prozeß mit Mülbergers Verkehrtheiten und mit Schramms Unsicherheiten, während er zugleich in einem Aufsatze über das Reichsgesundheitsamt zeigte, daß er die Fähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, wirkliche Kulturaufgaben zu lösen, soweit diese Fähigkeit thatsächlich vorhanden war, wohl zu würdigen verstand. Alles in Allem freilich vermehrte die Zukunft vorläufig die theoretische Unsicherheit in der Partei, und das galt ebenso, wenn nicht noch in höherem Grade, von der Neuen Gesellschaft, deren Herausgeber nicht einmal das echte und tiefe Gerechtigkeitsgefühl

besaß, das Höchbergs verstiegenen Idealismus bis zu einem gewissen Grade ausglich.

Es waren überhaupt nicht Alle Höchbergs, die damals aus den besitzenden Klassen zur Sozialdemokratie kamen, um sich in den Strahlen dieser aufsteigenden Sonne zu wärmen. Verkannte Erfinder und Reformer, Impfgegner, Naturheilärzte und sonstige schrullenhafte Genies suchten in den arbeitenden Klassen, die sich so mächtig regten, die ihnen sonst versagte Anerkennung zu finden. In dem frischen Drange, eine verrottete Welt umzuwälzen, zeigte sich das klassenbewußte Proletariat auch nicht sehr spröde und sah mehr auf den guten Willen der Helfer, als auf die Kraft ihrer Lenden. Besonders stark war der Zustrom aus den akademischen Kreisen. Die Ueberlieferungen des bürgerlichen Radikalismus, die sich seit den Tagen der alten Burschenschaft in studentischen Kreisen erhalten hatten, erloschen in der gänzlichen Verwahrlosung der Fortschrittspartei; je nach Anlage, Herkunft und sozialem Milieu ergaben sich die Studenten entweder einem widrigen Streberthum, das sich höchstens noch mit antisemitischem Schwadroniren aufspielte, oder aber sie suchten sich mit der Sozialdemokratie anzufreunden.

Der weitaus bedeutendste unter den bürgerlichen Adepten des Sozialismus war der Privatdozent Eugen Dühring, der sich über seine alten Machenschaften mit Bismarck und Wagener weit hinaus entwickelt hatte. Er las unter großem Zulauf über die verschiedensten Fächer, und zugleich hatte er in mehreren, schnell aufeinander folgenden Werken ein eigenes, philosophisch-sozialistisches System aufgestellt, worin er eine Fülle von Wahrheiten letzter Instanz entdeckt zu haben behauptete. So hohen Ansprüchen entsprechend, behandelte er seine philosophischen und sozialistischen Vorgänger mit wenigen Ausnahmen sehr von oben herab; besonders über Marx und Lassalle ergoß sich sein Zorn in vollen Schalen. Trotzdem waren es nicht die schlechtesten Elemente der Sozialdemokratie, auf die Dühring durch Schrift und Wort einen ziemlichen Einfluß gewann; es gehörte immerhin mehr dazu, ihn zu verstehen, als ihn einfach wieder zu verdonnern, wie er seinerseits Marx und Lassalle verdonnert hatte. Ohne Zweifel besaß Dühring große Fähigkeiten. Anders als die Kathedersozialisten verwarf er jeden Sozialismus, der das Lohnsystem nicht völlig beseitigte, er befürwortete die Fabrikgesetzgebung und namentlich die Gewerkschaftsorganisation, aber nur als Mittel zum Zwecke, und er vertrat einen politischen Radikalismus, der in Byron und Shelley, in Marat und Babeuf und den Männern der Kommune seine Ideale sah. Gerade die geistig regen Elemente der Sozialdemokratie, denen Lassalles Agitationsschriften nicht mehr genügten, und das Kapital von Marx in allen seinen historischen Zusammenhängen noch nicht erschlossen war, mußten durch Dührings Lehre stark angezogen werden.

Auch war das Leben des Mannes nicht ohne Größe. Ein preußisches Beamtenkind, früh verwaist, in Waisenhäusern und Alumnaten erzogen, kurz nach seinem Eintritt in den Justizdienst völlig erblindet, hatte er sich aus so bedrängenden und beengenden Verhältnissen heraus zu einer freien und großen Welt-

anschauung emporgerungen, und hielt im schwersten Kampfe mit des Lebens Nothdurft daran fest. Freilich kannte er praktisch nur altpreußische Zustände; er mußte deshalb mit aller Energie und Kühnheit seiner Denkarbeit in luftigen Regionen bleiben, ohne doch den peinlichen Erdenrest des zurückgebliebenen Weltwinkels los zu werden, den er einmal wirklich mit eigenen Augen gesehen hatte. Dühring verneinte den spezifisch preußischen Sozialismus, aber er überwand ihn nicht, wenn er in der politischen Gewalt den Ursprung aller Knechtschaft sah. Ohne die moderne bürgerliche Gesellschaft zu kennen, knüpfte er an die Aufklärungsliteratur des revolutionären Bürgerthums an, wie einst die großen Utopisten, aber so kam er auch in die Utopie hinein, in die dürftige Nüchternheit seiner Zukunftskommune, durch deren Zeichnung er nun gar noch über Marx hinausgekommen zu sein glaubte. Er sprach verächtlich von den bloßen „Futterzwecken" der ökonomischen Klassenkämpfe, und dabei spielten die armseligen Futtertröge preußischer Universitätsprofessuren die gewaltigste Rolle in seinem Denken und Kämpfen. Dasselbe Mißverhältniß zwischen kleinlichsten Ausgangspunkten und utopistisch verschwommenen Zielen trat in anderer Weise hervor, wenn Dühring in seinem Krakehl mit dem offiziellen Universitätsklüngel zu einem unheimlichen Größenwahn kam, so daß er schließlich in allen möglichen Wissenschaften bahnbrechend auftreten wollte, ohne auch nur in einer bis auf den Grund zu dringen.

Unter solchen Umständen stand es bedenklich genug um den wachsenden Einfluß, den Dühring auf die revolutionäre Arbeiterbewegung gewann. Gerade das, was sie am meisten brauchte: die dialektisch-historische Methode der Auffassung, konnte sie am wenigsten von einem Manne lernen, der in seinem System, wie es denn nun war, für absehbare Zeit die wissenschaftliche Entwicklung abgeschlossen haben wollte. Die Sozialdemokratie war freilich viel zu groß geworden, als daß Dühring sie zum Fußschemel seines Größenwahns hätte machen können, aber wohl konnte er in der eben erst geeinigten Partei von Neuem eine verhängnißvolle Verwirrung hervorrufen. Dieser Gefahr trat Engels entgegen in einer Reihe von Aufsätzen, die seit dem Anfange des Jahres 1877 im Vorwärts erschienen. Sie beleuchteten das System Dührings von den verschiedensten Seiten und erprobten in seiner kritischen Auflösung die historisch-materialistische Dialektik in Geschichte und Natur an einer Reihe großer Probleme.

Was Dühring gegen Marx und Lassalle vorgebracht hatte, war wenig mehr als eine Sammlung von Schimpfereien gewesen, verbrämt mit einigen Mißverständnissen, deren guter Glaube gerechten Zweifeln unterlag. So war Engels jeder schonenden Rücksicht auf Dühring überhoben, die ohnehin, wie Engels nicht mit Unrecht sagte, für einen Mann von solchen Ansprüchen die tödtlichste Beleidigung gewesen sein würde. Dühring war für Engels „eine der bezeichnendsten Typen dieser vorlauten Pseudowissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und alles übertönt mit ihrem dröhnenden höheren Blech". Engels verhehlte nicht, daß der deutsche Sozialismus

neuerdings auch erklecklich in höherem Blech mache; aus mehr als einer Stelle seiner Aufsätze geht hervor, daß er und Marx sich nicht mehr in den irrigen Voraussetzungen befanden, aus denen heraus Marx seinen Programmbrief geschrieben hatte. Sie haben schlimmere Angriffe, als Dührings Schimpfereien schließlich waren, mit gelassenem Schweigen beantwortet; wenn Engels diesmal eingriff, so handelte es sich für ihn um ganz andere Dinge, als um Dührings Person, die ohnehin sehr bald aus dem Handel schied.

Noch während die Aufsätze von Engels im Vorwärts erschienen, gelang es dem offiziellen Universitätsklüngel, dem Dühring um seiner guten Seiten willen längst ein Dorn im Auge war, den verhaßten Gegner durch ein schmähliches Ketzergericht lahm zu legen. Auf die fadenscheinigsten Gründe hin wurde Dühring vom Katheder vertrieben. Seine sozialdemokratischen Anhänger traten tapfer für ihn ein und entfachten eine lebhafte Studentenbewegung, die letzte in Deutschland, die einen idealen Schwung zu entfalten wußte. Dühring selbst machte sich aber unmöglich, indem er sich nunmehr offen als Sektenstifter aufthat und die unfehlbare Autorität eines Sektenhäuptlings beanspruchte. Das war für klassenbewußte Arbeiter zu dumm, und mit Dührings Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung war es für immer vorbei.

Nicht aber mit der Polemik, die Engels gegen ihn führte. Sie ist heute noch lebendig und wirksam. Sie hat in ihrer meisterhaften Form das Verständniß des wissenschaftlichen Kommunismus dem deutschen und dann auch dem internationalen Proletariat erschlossen; eine umfangreiche Literatur ist von ihr ausgegangen und fußt auf ihr. So überaus werthvoll ihre positiven Resultate waren, deren überzeugender Beweiskraft sich zum großen Theile selbst die bürgerliche Gelehrsamkeit bei aller sonstigen Verstocktheit nicht hat entziehen können, so lag ihre epochemachende Bedeutung doch darin, daß sie durch Lehre und Vorbild dem dialektischen Denken zu seinem Rechte verhalf. Engels gab mit dieser Streitschrift der deutschen Sozialdemokratie genau das, was sie in jenem Augenblicke wie das liebe Brot brauchte; er gab einen Anstoß, der in seiner Art nicht minder bedeutungs- und wirkungsvoll werden sollte, als der Anstoß, den ein halbes Menschenalter früher Lassalles Offenes Antwortschreiben gegeben hatte.

Wie nothwendig die Schrift war, zeigte vielleicht am schlagendsten ihre etwas unwirsche Aufnahme durch die Partei. Most und Andere hatten nicht übel Lust, ihr den Vorwärts zu verschließen und über Engels ein ähnliches Ketzergericht zu halten, wie der offizielle Universitätsklüngel über Dühring gehalten hatte. Glücklicher Weise ließ sich der Kongreß von 1877 nicht darauf ein. Er beschloß nur aus agitatorisch-praktischen Gründen, die Veröffentlichung dieser rein wissenschaftlichen Polemik nicht im Hauptblatte, sondern in einer wissenschaftlichen Beilage des Zentralorgans fortzuführen. Böse Worte fielen freilich genug. Reißer wollte den Vorwärts damit entschuldigen, daß die Redaktion nicht genügende Kräfte gehabt habe, um die Arbeit von Engels gehörig

zu prüfen, und Vahlteich meinte in jener überhebenden Weise, die schon Lassalles Verdruß gewesen war, daß der Ton, den Engels anschlage, zu einer Geschmacksverirrung führen müsse, und daß Engels die geistige Speise des Vorwärts ungenießbar mache.

Im Sommer 1878 erschien die vollendete Streitschrift als besonderes Buch. Just da eine dunkle Gewitterwand den politischen Horizont verfinsterte, flammte das ruhig strahlende Licht dieses Leuchtfeuers auf.

Fünfzehntes Kapitel.

Das Sozialistengesetz.

Inzwischen hatte Bismarck seine Finanz-, Steuer- und Zollpläne mit zäher Hartnäckigkeit verfolgt. Bei den Wahlen von 1877 konnte er auch schon einen ersten Erfolg verzeichnen. Die Nationalliberalen verloren etwa 20 Mandate, die der konservativen Fraktion zufielen; die freihändlerische Richtung war etwas geschwächt und die schutzzöllnerische Richtung etwas gestärkt worden. Gleichwohl ließ sich noch keine schutzzöllnerische Mehrheit im Reichstage herstellen, Konservative und Ultramontane zusammen bildeten immer erst eine Minderheit, und Bismarck mußte, was ohnehin für ihn am bequemsten war, mit dem Versuche fortfahren, die Nationalliberalen kirre zu machen.

Es erübrigt, alle die Streiche aufzuzählen, die er zu diesem Behufe auslaufen ließ: drohende Abschiedsgesuche, schmollendes Zurückziehen auf seine Güter und was dergleichen Kram mehr war. Die entscheidenden Verhandlungen zwischen ihm und Bennigsen fanden zu Weihnachten 1877 in Varzin statt, und sie scheiterten. Bennigsen war damals noch nicht so weit, wie heute sein Freund Miquel ist; was Bismarck bot, war ihm zu wenig, und was Bismarck verlangte, war ihm zu viel. Die Nationalliberalen sollten einen oder ein paar Statisten ins Ministerium stellen dürfen, aber dafür das Tabaksmonopol und einen Haufen Finanzzölle bewilligen, ohne „konstitutionelle Bürgschaften“, ohne Sicherung des dadurch arg geschmälerten parlamentarischen Budgetrechts; sie sollten einen scheinbaren Antheil an der politischen Macht erhalten, den wirklichen Antheil daran aber, so weit sie ihn noch besaßen, zu gutem Theile preisgeben. Das war ihnen doch eine allzu bittere Zumuthung, und zwar um so mehr, als Bismarcks wachsende Intimität mit dem ostelbischen Junkerthum sie längst um ihre Gottähnlichkeit bange gemacht hatte.

In der Session des Reichstags, die im Februar 1878 begann, verschärften sich die Gegensätze noch bedeutend. Bismarck forderte unverhohlen das Tabaksmonopol; Camphausen, der sich allzu krampfhaft an sein Ministerportefeuille geklammert hatte, mußte über die Klinge springen; feudale Nullen, wie der Graf

Stolberg-Wernigerode, oder farblose Bureaukraten, wie Hobrecht, setzten sich auf die Ministerstühle, die Bennigsen verschmäht hatte. Um die Osterzeit führte die offiziöse Presse eine Sprache, die keinen Zweifel darüber ließ, daß Bismarck, der sich schulkrank oder wirklich krank nach Friedrichsruh zurückgezogen hatte, nur nach einem Anlaß spähe, um den Reichstag aufzulösen und durch irgend ein „Plebiszit" sich ein Parlament zu schaffen, das ihm ein paar hundert Millionen neuer Steuern entgegenbrächte und dabei todesmuthig seine eigenen Rechte verstümmelte.

Für Bismarcks alten und noch immer ungestillten Sozialistenhaß lag es nahe, an das rothe Gespenst als einen *vortrefflichen Treiber für seine Treibjagd* auf die Taschen des Volkes zu denken. Hätte er aber in dieser Beziehung noch eines Anstoßes bedurft, so lieferte ihn die Fortschrittspartei, die in dieser Zeit die Spitze der bürgerlichen Sozialistenhetze übernahm. Ihre älteren und immerhin gescheidteren Führer waren gestorben, und ihr Heft hatte jetzt ein so gewöhnlicher Kuli des Kapitalismus in der Hand, wie der brave Eugen Richter war. Es mochte bei einigem Wohlwollen als krankhafter, aber unschädlicher Blödsinn passiren, wenn dieser hervorragende Denker die Sozialdemokratie als „Nachgeburt des Polizeistaats" verfluchte, oder wenn er meinte, Niemand brauche das Kapital von Marx zu lesen, worin nichts bewiesen sei, als daß die kapitalistische Produktionsweise ihre Schattenseiten habe, so lange die Menschen noch keine Engel seien. Aber Eugen Richter erklärte auch im Namen seiner Partei den Kampf mit den reaktionären Parteien wörtlich für eine Neben-, den Kampf mit der Sozialdemokratie aber für die Hauptsache, und gab die Parole aus: Lieber Lucius, als Kapell! Die Volkszeitung hatte nämlich, nicht etwa thatsächlich gefordert, sondern nur hypothetisch gemeint, daß wenn es bei einer Nachwahl in Erfurt zur Stichwahl zwischen dem Bismärcker Lucius und dem Sozialdemokraten Kapell käme, die fortschrittlichen Stimmen für Kapell und gegen Lucius abgegeben werden müßten, worauf nicht nur alle anderen fortschrittlichen Blätter über das Schreckenskind herfielen, sondern auch das fortschrittliche Zentralwahlkomite feierlich die Bühne beschritt, um zu erklären, die Hypothese der Volkszeitung widerspräche allen heiligen Ueberlieferungen der Partei. Mit welchen nicht sowohl heiligen, als hündischen Ueberlieferungen diese bürgerliche Opposition denn auch mehr und mehr auf den Hund gekommen ist.

I. Die christlich-soziale Agitation.

Freilich konnte sie sich damit trösten, daß die christlich-soziale Agitation, die gleichzeitig mit beträchtlichem Gepolter auf die Bühne sprang, auch nur für die Katze war. Der Versuch der feudalen Reaktion, sich durch den christlichen Sozialismus der revolutionären Arbeiterbewegung zu bemächtigen, war ziemlich ebenso verwünscht gescheidt, wie die fortschrittliche Politik.

Der christliche Sozialismus des 19. Jahrhunderts hat zwei historische Wurzeln. Entweder ist er die Begleiterscheinung des naturwüchsigen Arbeiterkommunismus, der seiner theoretischen Form nach an das ihm vertraute Gedankenmaterial anknüpft, ganz ähnlich wie die großen Utopisten an das ihnen vertraute Gedankenmaterial der Aufklärung angeknüpft haben. In den ersten Anfängen seines Emanzipationskampfes erinnert sich das moderne Proletariat gern des Urchristenthums, und die historisch bedeutsamsten Formen des urwüchsigen Arbeiterkommunismus, die sich an die Namen Cabet und Weitling knüpfen, hatten beide die religiöse Färbung. Nur verwittert diese Tünche regelmäßig sehr schnell; je klarer sich die Massen über den proletarischen Inhalt ihrer Bewegung werden, um so rücksichtsloser zerbrechen sie ihre patriarchalische Form.

Oder der christliche Sozialismus entspringt in den besitzenden Klassen und ist eine Begleiterscheinung des feudalen Sozialismus. Deshalb braucht er nicht von vornherein bewußter Humbug zu sein. Religiöse Ideologen mögen in aller Ehrlichkeit glauben, auf religiösem Wege den Armen und Enterbten helfen zu können. In jedem Falle aber ist dieser Form des christlichen Sozialismus auch nur ein kurzer Kreislauf des Lebens beschieden; bei ihr zerbricht der reaktionäre Inhalt sehr bald die proletarische Form. Sie kämpft unter Umständen sehr heftig gegen die kapitalistische Ausbeutung, aber sobald sie der feudalistischen Ausbeutung auf die Zehen tritt, oder das Ausbeutungsverhältniß an und für sich anficht, muß sie so oder so kapituliren, bleibt ihren Bekennern nur die Wahl, in die Wüste zu fliehen oder zu Kreuze zu kriechen.

Die historische Entwicklung brachte es mit sich, daß die deutsche Arbeiterbewegung vom christlichen Sozialismus weder in dieser noch in jener Form lange behelligt worden ist. Die klassische Philosophie, die von den Handwerksburschen und vorgeschrittenen Arbeitern so lebhaft begrüßt worden war, hatte ihre Köpfe früh von allem überweltlichen Spuk gesäubert. Bei Weitling trat das religiöse Moment sogar schon in direkt rückständiger Form auf, und die vormärzliche Reaktion machte mit ihrem sozialistelnden Pietismus nicht die geringsten Eroberungen unter der Arbeiterklasse. Als die Arbeiterbewegung im Anfange der sechziger Jahre wieder anhob, verhielt sie sich vollkommen gleichgiltig gegen alle religiösen Fragen. Nur die Eisenacher traten zeitweise als theoretische Anhänger des Atheismus auf; Bebel bekannte sich einmal im Reichstage zum Atheismus auf religiösem, wie zum Republikanismus auf politischem und zum Kommunismus auf wirthschaftlichem Gebiete, und der Mainzer Kongreß lehnte 1872 zwar einen Münchener Antrag ab, den Parteimitgliedern den Austritt aus der Landeskirche zur Pflicht zu machen, empfahl ihnen aber den formellen Austritt aus den kirchlichen Genossenschaften, nachdem sie durch die Annahme des Parteiprogramms thatsächlich mit jedem religiösen Bekenntniß gebrochen hätten.

Jedoch gerade ihre eingehendere Beschäftigung mit religiös-philosophischen Problemen belehrte die Eisenacher darüber, wie gänzlich schon die religiösen von den ökonomischen Fragen verschlungen worden waren. Das Buch von David

Strauß über den alten und neuen Glauben predigte in seiner ersten Hälfte den entschlossensten Atheismus, in seiner zweiten Hälfte aber den reaktionärsten Reichspatriotismus. Bruno Bauer veröffentlichte seine epochemachenden Untersuchungen über die Entstehung des Christenthums in der Hauptzeitschrift des Manchesterthums, gründete mit Faucher zusammen die Post, das Organ Strousbergs, und schrieb zugleich für die Berliner Revue Rudolf Meyers die politischen Uebersichten. Der Modephilosoph v. Hartmann, der an Geist und Kenntnissen ebenso weit hinter Schopenhauer zurücktrat, wie er ihn an blöder Rückwärtserei noch übertraf, orakelte über die „Selbstzersetzung des Christenthums" und gehörte dabei zu den verbohrtesten Sozialistenhetzern. Eben dazu gehörten fast alle deutschen Darwinisten. Genug, die Thatsache, daß sich die ökonomischen Klassenkämpfe nicht mehr in religiöser Verkleidung durchsetzten, trat mit jedem Tage unzweideutiger hervor; sie war eine leicht erklärliche Folge der großen Industrie, die ohne eine weitreichende Herrschaft über die Natur und also auch ohne eine tiefgreifende Zerstörung aller übernatürlichen Vorstellungen nicht möglich ist.

In dem Gothaer Programm fand diese Erkenntniß einen noch halb unbewußten, aber gerade deshalb sehr drastischen Ausdruck. In dem ursprünglichen Entwurfe war „Gewissensfreiheit" gefordert, dann aber in der endgiltigen Fassung dies Wort durch „Erklärung der Religion zur Privatsache" ersetzt worden, zunächst aus dem rein äußerlichen Grunde einer schärferen Präzisirung des Begriffs, die sehr nothwendig erschien zu einer Zeit, wo die preußische Reaktion sich als Vorkämpferin der „Gewissensfreiheit" gegen die römische Kurie aufzuspielen liebte. Jedoch die „Erklärung der Religion zur Privatsache" erhielt praktisch sofort den übertragenen Sinn, daß die Religion auch für den proletarischen Klassenkampf eine Privatsache sei. Soweit die Religion als Machtmittel der herrschenden Klassen dient, war ihre Bekämpfung in anderen Punkten des Programms enthalten, so darin, daß alle Gesetze abgeschafft werden sollten, die das freie Denken und Forschen verböten und daß die Schule vom Staate verwaltet werden sollte. Aber gegen die Religion als solche zu kämpfen, entfiel mehr und mehr jeder Anlaß, da jeder Tag zeigte, sowohl daß zum Kampfe gegen den letzten preußischen Gendarmen größere Kourage gehörte, als zum Kampfe gegen den lieben Gott, den die verschrumpftesten Philister in aller Gemüthsruhe führten, als auch daß alle noch vorhandene religiöse Vernebelung das Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins durchaus nicht hindere.

Allerdings hatte der Kulturkampf der Arbeiterbewegung manche Steine in den Weg geworfen, indem er die katholischen Arbeiter wieder fester an die verfolgten Priester ihrer Kirche knüpfte. Aber wenn dadurch bewiesen wurde, daß die Bekämpfung rein kirchlicher Anschauungen eine unfruchtbare und zweischneidige Waffe sei, so zeigte sich auch seit der Mitte des Jahrzehnts, daß die Entwicklung der großen Industrie und die von ihr unzertrennliche Verschärfung des kapitalistisch-proletarischen Klassengegensatzes gründlicher, als alle Beredsamkeit, mit der religiösen Ideologie aufräume. Wo katholische Unternehmer und katholische Arbeiter

sich unvermittelt gegenüber standen, wo sich also die Ablenkung der proletarischen Rebellion auf die „liberalen“ und „protestantischen“ Kapitalisten von selbst verbot, da enthüllte sich der demagogische Charakter des katholischen Sozialismus, und die ultramontane Bourgeoisie erwies sich um kein Haarbreit besser, als die liberale Bourgeoisie. Eine klassische Stätte dieser Metamorphose war die große rheinische Fabrikstadt Aachen. Hier, wo es „liberale Kapitalisten“ nur in geringer Anzahl gab, verschärfte sich von Jahr zu Jahr der Kampf zwischen den katholischen Ausbeutern und den katholischen Ausgebeuteten, während die katholische Kirche zeigte, daß sie, sobald es zum Klappen kam, auf Seiten der herrschenden Klassen zu finden war. Der Widerstand, den die Kapläne Cronenberg, Laaf, Litzinger versuchten, wurde von ihren kirchlichen Oberen nicht minder als von profitgierigen Fabrikanten niedergeworfen. Die Einen, wie Laaf und Litzinger, mußten zu Kreuze kriechen, die Anderen, wie Cronenberg, wurden in die Wüste gestoßen. Und über sie hinweg hielt der revolutionäre Sozialismus seinen Einzug in die alte Kaiserstadt.

Die evangelische Geistlichkeit war in ihrer gänzlichen Abhängigkeit vom Staate von vornherein auf eine viel bescheidenere Rolle gegenüber der Arbeiterbewegung angewiesen, als die katholische. Der sogenannte „Muckerkongreß“, der 1871 in Berlin tagte, hatte sich von Adolf Wagner mit einem verlegenen Eiertanze über die soziale Frage erlustiren lassen, ohne daß sonst etwas dabei herauskam, und auch die Bemühungen Rudolf Meyers, der, in diesem Punkte viel unklarer, als sein Lehrer Rodbertus, die evangelischen Geistlichen für die agrarsozialistischen Ziele mobil machen wollte, hatten keinen besonderen Erfolg. Den etwa willigen Geistlichen wurde von Oben her „abgewunken“, wie Einer von ihnen zu Rudolf Meyer sagte. Bismarck war ein viel zu praktischer Ausbeuter, um auf eine religiöse Vergleißung der Ausbeutungsmethoden besonderen Werth zu legen; auch wollte er kein „evangelisches Zentrum“ haben, das möglicher Weise seinem Hausmeierthum in die Quere kommen konnte. Den Bemühungen Rudolf Meyers und Wageners, ihn für eine ernste Fabrikgesetzgebung zu gewinnen, hatte er sich längst verschlossen; als dann Rudolf Meyer in einer fulminanten, von bitteren Wahrheiten überfließenden Streitschrift einen wuchtigen Vorstoß gegen das System der kapitalistischen Korruption unternahm, von dem Bismarck nicht lassen wollte, wurde das Buch sofort beschlagnahmt und sein Verfasser wegen Bismarckbeleidigung vor Gericht gestellt. Rudolf Meyer zog das Exil der harten Gefängnißstrafe vor, zu welcher er verurtheilt wurde.

Jedoch hatte er einige evangelische Geistliche für sich gewonnen, in erster Reihe den märkischen Landpfarrer Rudolf Todt, der im Jahre 1877 mit einer umfangreichen Schrift über den radikalen deutschen Sozialismus und die christliche Gesellschaft hervortrat. Todt war ein durchaus ehrlicher Mann, dazu ein gescheidter Kopf und ein fleißiger Arbeiter, wie auch sein Buch eine sehr respektable Leistung war, namentlich wenn man erwog, daß es aus einer weltentlegenen Landpfarre kam. Es bekundete ein weitreichendes Verständniß der sozialdemo-

sollten, mußten sie an die Gutsherren steuern, die Angesessenen einen Dukaten, die Nichtangesessenen einen halben Dukaten für den Kopf. Und wie in Krotoschin, so überall in jenen polnisch-schlesischen Distrikten, aus denen die Familie Lassalles stammte und in denen sie ihre gesellschaftlichen Beziehungen hatte.

Unendlich viel schwerer als Marx hat Lassalle zu leiden gehabt unter „dem tausendjährigen Familienübel, der aus dem Nilthal mitgeschleppten Plage, dem altägyptisch ungesunden Glauben“. In denselben Lebensjahren, in denen Marx sich schon auf den geistigen Höhen der damaligen bürgerlichen Gesellschaft bewegen durfte, hauste Lassalle zur Zeit der Leipziger Messe auf dem Brühl in einem schachernden Gewühle von russischen und polnischen Juden, die nun einmal beim günstigsten Vorurtheile nicht zur Blüthe der Menschheit gerechnet werden konnten. Freilich hatte sich Lassalles Vater schon aus dem Gröbsten herausgearbeitet. Er war ein wohlhabender Mann, an dessen bürgerlicher Ehrbarkeit nichts auszusetzen war, in der Synagoge hielt er sich zum Reformjudenthum. Aber das Reformjudenthum wollte eben doch auch noch Judenthum bleiben, und in jedem Augenblicke lebhafterer Erregung erwies sich die bürgerliche Bildung, die dem elterlichen Hause Ferdinand Lassalles angeflogen war, als ein sehr dünner Firniß. Die häuslichen Szenen, die der fünfzehnjährige Knabe in seinem Tagebuche schildert, sind nichts weniger als anmuthig. Er verzeichnet mit unverkennbarem Wohlbehagen die grellen Töne alttestamentarischer Wuth, womit er seine Schwester um irgend eines kleinlichen Anlasses willen verflucht hat; dann erörtert er wieder mit der Seelenruhe eines erprobten Schadchens ihre geistigen und körperlichen Vorzüge, um daran die Höhe der Mitgift abzuwägen, welche ihre Bewerber beanspruchen könnten; wie im Großen, so schachert er im Kleinen und bucht sorgfältig jeden Groschen, um den er seine Angehörigen und seine Mitschüler bemogelt; selbst seine Sprache zeigt sich stark angemauschelt.

Sein Judenthum ist noch ganz unverfälscht. Mag er auch das jüdische Zeremonialgesetz mißachten, er glaubt an Jehovah und will einer der besten Juden sein, die es giebt. Er scheut nicht das Schaffot, könnte er die Juden wieder zu einem geachteten Volke machen. Er schreibt: „O, wenn ich meinen kindischen Träumen nachhänge, so ist es immer meine Lieblingsidee, an der Spitze der Juden, mit den Waffen in der Hand, sie selbständig zu machen.“ Aber das waren in der That „kindische Träume“, und in Wirklichkeit gab sich dies theatralische Makkabäerthum als eine Art junkerhafter Faulheit und Liederlichkeit, deren unerfreuliche Folgen dem eingebildeten und naseweisen Knaben den Aufenthalt auf dem Breslauer Gymnasium unerträglich machten. Er überwand den Widerstand seiner Eltern, die ihn gern studiren lassen wollten, und siedelte im Frühjahre 1840, eben 15 Jahre alt, an die Handelsschule in Leipzig über.

So unbedacht der Entschluß war, so erfreulich gestalteten sich seine Folgen. Die Schlacken des jüdischen Schachers, die dem jungen Lassalle anhingen, schliffen sich ab an dem christlichen Schacher, der in der Handelsschule nach allen Regeln der Kunst gelehrt wurde. War weder von den Lehrern noch von den Schülern

Die Mittel, die Stöcker anwandte, um namentlich auf den achtzigjährigen Kaiser zu wirken, waren durchaus seines erhabenen Zweckes würdig. Er warb einige faule Früchte an, welche die Sozialdemokratie abgeschüttelt hatte und berief mit ihrer Hilfe zum 3. Januar 1878 eine Volksversammlung in den Eiskeller, auf deren Tagesordnung die Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei stand. Wie er gehofft und gewünscht hatte, fanden sich ein paar tausend sozialdemokratische Arbeiter ein, um sich das Ding einmal anzusehen, und es kam zu einem lebhaften Wortgefechte zwischen Most und Stöcker, das sich dann noch in mehreren anderen Volksversammlungen fortsetzte. Es war ein von Stöcker nicht ungeschickt ausgenützter Glückszufall, daß er auf Most stieß, dessen unbesonnener Eifer an solchen oratorisch-spektakelhaften Wettkämpfen großes Gefallen fand, und sich selbst dazu hinreißen ließ, in einer jener Volksversammlungen, und zwar im Widerspruche mit der allgemeinen Parteitaktik, eine Agitation für Massenaustritt aus der Landeskirche einzuleiten. Sie verlief ziemlich im Sande, nicht aus Anhänglichkeit der Arbeiter an die Kirche, sondern aus dem entgegengesetzten Grunde, weil den Arbeitern die Kirche viel zu gleichgiltig geworden war, als daß ihnen der formelle Austritt noch die mancherlei Scherereien gelohnt hätte, die damit verbunden waren. Stöcker aber war nicht faul, diesen scheinbaren Mißerfolg eines sozialdemokratischen Vorstoßes für sich auszubeuten, und wußte auch sonst gehörig die Trommel zu rühren. Obgleich Rudolf Meyer manches Mal vor Berliner Arbeitern gesprochen hatte und keinem konservativen Redner in sozialdemokratischen Volksversammlungen Schlimmeres drohte, als etwa ausgelacht zu werden, so spielte Stöcker den Ritter ohne Furcht und Tadel, der zum ersten Male in die Höhle des Löwen zu dringen wage, und blähte Mosts banales Zitat: Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen, in öffentlichen Sendschreiben als angebliche Aufforderung zum Meuchelmorde auf. Der alters- und geistesschwache Kaiser war von diesem „Lanzenbrecher" denn auch sehr erbaut und half als oberster Bischof der protestantischen Landeskirche der orthodoxen Richtung wieder auf die im Kulturkampf etwas lahm gewordenen Beine.

Das klassenbewußte Proletariat fiel aber natürlich auf Stöckers christlich-soziale Agitation nicht hinein. Die sozialdemokratische Parteileitung nahm vielmehr Most an den Zügel und hinderte die Fortsetzung der Redewettkämpfe, die dem Treiben Stöckers eine thatsächlich gar nicht vorhandene Bedeutung zu geben schienen. Als die Arbeiter sich nicht mehr darum kümmerten, klappte die christlich-soziale Schwindelblase sofort zusammen. Stöcker blieb nur noch der Magnet für allerlei Lumpenproletariat, das bei ihm nach den gefüllten Fleischtöpfen schnupperte, die es bei der Sozialdemokratie nicht gab, und in dieser schwefligen Gesellschaft schwehlte denn auch der Schwefelfaden auf, nach dem Bismarck auslugte, um seine Minen zu entzünden.

II. Die Attentate und der weiße Schrecken.

Am 11. Mai 1878 gab der Klempnergeselle Hödel in Berlin Unter den Linden einige Revolverschüsse ab, als gerade der Kaiser in einer offenen Kalesche vorüberfuhr. Die Behauptung des gänzlich verkommenen, aber durchaus nicht lebensmüden Menschen, daß er sich selbst habe erschießen wollen, um dadurch die Aufmerksamkeit des Kaisers auf das Elend der Massen zu lenken, war sicherlich unwahr, aber mit der Glaubwürdigkeit der Behauptung, daß er den Kaiser habe treffen und tödten wollen, stand es um nichts besser. Hödels Revolver gehörte zu jenen Mordwerkzeugen, die um die Ecke schießen; er hatte einen schiefen Lauf und schoß, nach dem Zeugniß eines als Sachverständigen vereidigten Hofbüchsenmachers, auf neun Schritte einen Fuß zu hoch und ebensoviel nach links.

Hödel selbst war nichts weniger als ein politischer Fanatiker. Bei seinen zwanzig Jahren schon ein menschliches Wrack, trug er die Striemen und Wunden an sich, mit denen die bürgerliche Gesellschaft die Unglücklichen zu strafen pflegt, die sich ungeladen zu ihren Gastmahlen einfinden. Unehelich geboren, mit vererbter Syphilis behaftet, im Kindesalter schon als Taschendieb gepeitscht und als Vagabund in eine Korrektionsanstalt gesteckt, dann bei einem Klempnermeister als wehrloses Ausbeutungsobjekt untergebracht, war er all sein Lebtag herumgeknufft und herumgepufft worden. Krank an Geist und Körper, besaß er nicht die Kraft einer revolutionären Entwicklung, und kämpfte als Gauner und Tagedieb gegen die feindlichen Gewalten, die ihn auf ein halb thierisches Dasein herunterdrückten. Er war nicht mehr zu retten, als er sich in Leipzig, wo seine Mutter als Wäscherin und sein Stiefvater als Flickschuster lebten, der sozialdemokratischen Bewegung anzuschließen versuchte. Seine lumpenproletarischen Gewohnheiten machten ihn in dem klassenbewußten Proletariat sehr bald unmöglich, und nachdem ihn die Leipziger Parteigenossen schon im März abgeschüttelt hatten, war er am 9. Mai durch ausdrücklichen Beschluß des Hamburger Zentralwahlkomites aus der sozialdemokratischen Partei gestoßen worden. Zwischenein hatte Hödel den „Anarchisten vom reinsten Wasser“ gespielt und sich mit dem Schriftsetzer Werner eingelassen, einem der zwei oder drei Anhänger Bakunins, die es in Deutschland gab, dann hatte er sich dem nationalliberalen Lokalhäuptling Sparig in Leipzig offenbart, der ihn für sogenannte „Enthüllungen“ aus der sozialdemokratischen Partei baar entlohnte, und endlich hatte ihn Stöckers schmetternde Reklametrompete nach Berlin gelockt, wo Hödel übrigens auch noch einmal mit den Sozialdemokraten anzubändeln versuchte, aber nur um von ihnen abermals unzweideutig die Thür gewiesen zu bekommen.

So hatte Hödel bei der Sozialdemokratie wiederholt einen ungastlichen Empfang gefunden, während der anarchistische Wirrkopf, der nationalliberale Prozentpatriot und der christlich-soziale Hofprediger ihn mit offenen Armen aufgenommen hatten. Immerhin wäre es unbillig, den verlotterten Burschen irgend einer politischen Richtung aufzuhängen, wie verkehrt sie sonst sein mochte. Hödels

Herandrängen an politische Parteien hatte für ihn nur den Zweck, sich ein möglichst bequemes und faules Dasein zu sichern, und eben hierauf zielte seine Revolverschießerei Unter den Linden ab. Sie war ein grober Unfug, durch den Hödel sich interessant machen wollte, in der Hoffnung, daß dabei Mancherlei für ihn abfallen werde; als er verhaftet wurde, hatte er keinen Pfennig mehr in der Tasche. Die Posse ist dem armen Tropfe schlecht bekommen, aber bis an die Stufen des Blutgerüstes, die er mit leidlichem Muthe betrat, hat er geleugnet, auf den Kaiser geschossen zu haben, und das hätte, wenn es nicht wahr gewesen wäre, um so geringeren Sinn gehabt, als Hödel herostratische Eitelkeit genug besaß, sich kokettirend auf den „Attentäter Seiner Majestät" hinauszuspielen.

Selbst aber wenn man annehmen wollte, daß Hödel dem Kaiser nach dem Leben getrachtet habe, so war dies Attentat ein mit idiotischen Mitteln gemachter Mordversuch eines Idioten, der nicht aufs Schaffot oder auch nur ins Zuchthaus, sondern ins Irrenhaus gehörte. Alle mündlichen und schriftlichen Kundgebungen Hödels zeigen handgreiflich, daß er juristisch und moralisch gleich unzurechnungsfähig war, und diese Thatsache wäre auch medizinisch über jeden Zweifel hinaus festgestellt worden, wenn die Regierung Virchows Wunsch, ihm den Kopf des Hingerichteten zur anatomischen Untersuchung zu überlassen, nicht rundweg abgeschlagen hätte. Die Verhandlung, die gegen Hödel vor dem Staatsgerichtshofe geführt wurde, bewies in allen ihren Theilen nichts, als daß die Regierung ihn schlechterdings als ernsthaften Hochverräther behandelt wissen wollte, von der krampfhaft tendenziösen Anklageschrift an bis zur überaus kläglichen Vertheidigung und dem widerspruchsvollen Urtheil, das „den geistig und körperlich zerrütteten Menschen" gleichwohl für zurechnungsfähig genug hielt, um ihn zum Tode zu verurtheilen.

In jedem Falle gehörte dies Attentat, wenn es denn wirklich ein Attentat war, zu den harmlosesten Attentaten des Jahrhunderts. Trotzdem machte der Byzantinismus und Servilismus, der die besitzenden Klassen seit dem deutsch-französischen Kriege verheerte, eine große Haupt- und Staatsaktion daraus; der patriotische Mob zog vor das Palais des Kaisers und sang: Nun danket alle Gott; der Kaiser selbst, der zunächst auch an kein Attentat glauben wollte, ließ sich dann doch überreden, daß er einer furchtbaren Gefahr entronnen sei und erklärte, daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse, um solche Greuelthaten zu vermeiden. Von den bürgerlichen Blättern behielten nur wenige den Kopf oben, die meisten delirirten mit, etwa wie die Nationalzeitung: „Welch große inhaltschwere Entscheidung ist heute über dem Haupte der nichts ahnenden Welt dahingerauscht! Eine kleine Hebung oder Senkung der Pistole mehr, ein kaum zu berechnendes Etwas", und dann kam eine lange Litanei darüber, daß die ganze Weltgeschichte umgekrempelt worden wäre, ohne die „so wunderbare" Rettung des Kaisers. Und wie die politische, so die belletristische Presse. Sie füllte ganze Nummern mit der Beschreibung des „Attentats" und verewigte den „Attentäter" in so prächtigen Holzschnitten, wie sie gewöhnlichen Unsterblichen

nicht zu widmen pflegte. Natürlich zischten durch all den Paroxysmus mehr oder minder hämische Denunziationen gegen die Sozialdemokratie als angebliche Nährmutter Hödels. Es versteht sich, daß die sozialdemokratische Presse für den albernen Spuk nichts übrig hatte, als was ihm gebührte: beißenden Hohn und Spott. Sie war ganz unschuldig daran, wenn eine künstliche Attentatsmanie herangezüchtet wurde in derselben kapitalistischen Gesellschaft, die so viele verlorene Existenzen heranzüchtet. Das widerliche Treiben konnte nicht einmal die Entschuldigung harmloser Naivetät für sich geltend machen. Die englische und französische Geschichte bot warnende Beispiele genug dafür, daß Attentate ansteckend wirken und dreimal ansteckend, wenn der Verbrecher, mag er selbst ein so armseliger Patron sein, wie Hödel war, mit allen Ehren eines Luzifer gefeiert wird.

Bismarck seinerseits faßte den grotesken Zwischenfall weniger von der sentimental-pathetischen, als von der demagogisch-praktischen Seite auf und telegraphirte auf die erste Kunde von Hödels Revolverschüssen umgehend aus Friedrichsruh: Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie! Wenige Tage darauf war denn auch schon ein solches Machwerk fertig, das Bucher nach einer Angabe seines offiziösen Biographen verbrochen haben soll. Es hob in sechs Paragraphen die Preß- und Vereinsfreiheit für die Sozialdemokratie auf, so viel davon für diese Partei überhaupt noch bestand. Der Bundesrath sollte befugt sein, „Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen", zu verbieten, doch blieb dem Reichstage das Recht vorbehalten, die ergangenen Verbote „bei seinem nächsten Zusammentritte" zu beseitigen. Die Dauer des Gesetzes war auf drei Jahre beschränkt.

Dieser Entwurf hatte schon im Bundesrath einigen Widerspruch erfahren, im Reichstage war er seiner Ablehnung von vornherein sicher. Bei der Verhandlung, die am 23. und 24. Mai stattfand, stimmten nur die beiden konservativen Fraktionen dafür. Ihr Hauptsprecher war Moltke, der die unsäglichsten Gemeinplätze über die „Gütertheilung" der Sozialisten ausbot und „Elend und Noth" als „zwingende Elemente" in „Gottes Weltordnung" verherrlichte. Die anderen bürgerlichen Parteien scheuten noch davor zurück, der Polizei ins Blaue hinein diktatorische Vollmachten zu übertragen. Die Nationalliberalen, auf die es in erster Reihe ankam, wußten trotz all ihres byzantinischen Zeitungsgeträtsches recht gut, daß Hödels Attentat der Dummejungenstreich eines, wie Bennigsen sagte, „nichtsnutzigen jugendlichen Subjekts" gewesen sei; sie waren durch das Scheitern der Varziner Verhandlungen kopfscheu geworden und wollten „bei den jetzigen verworrenen ministeriellen Zuständen in Preußen und im Reiche" keine Diktatur der Verwaltung. Solche Gewalt, meinte Bennigsen, dürfe man nur einräumen, wenn man wisse, wer sie ausübe, und an diesem Grundsatze müsse man um so fester halten, wenn keine Gefahr sichtbar sei, die eine Diktatur erheische. Der nationalliberale Redner fand manche glückliche Wendungen; er wollte die bürgerlichen Freiheiten auf dem Boden des für Alle gleichen Rechtes erhalten und protestirte gegen Ausnahmemaßregeln, die Hunderttausende deutscher

Mitbürger träfen. Freilich ganz vermochte Bennigsen mit der wallenden Toga seiner feierlichen Beredsamkeit den reaktionären Pferdefuß nicht zu verstecken; er fand unglaublicher Weise, daß die bestehende Gesetzgebung noch nicht bis zur äußersten Grenze des Zulässigen gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet worden sei und erklärte sich bereit, ihre etwaigen Lücken auf dem Boden des gemeinen Rechtes auszufüllen.

Die Ultramontanen waren natürlich noch viel mißtrauischer als die Nationalliberalen gegen die polizeiliche Diktatur; so lange sie selbst unter Ausnahmegesetzen standen, konnten sie überhaupt nicht gleich mit beiden Füßen in die Ausnahmegesetzgebung gegen eine andere Partei springen. Von der Fortschrittspartei sprach Eugen Richter, ähnlich wie Bennigsen, nur viel keifender und kleinlicher. Während Bennigsen doch eine gewisse historische Auffassung der Sozialdemokratie bekundet hatte, sah der seichte Fortschrittsschwätzer in ihr „wesentlich und in der Hauptsache ein Kunstprodukt" der preußischen Regierung; er warf der Polizei ungeschickte Handhabung der Preß- und Vereinsgesetze vor, die doch selbst Manteuffel für genügend zur Aufrechterhaltung der Ordnung gehalten habe, und die auch er, der große Freiheitsheld, „geschickt gehandhabt für vollkommen ausreichend" halte. Nur zur Ausfüllung ihrer „Lücken" erklärte er sich noch nicht bereit, das sollte erst etwas später kommen. Die sozialdemokratische Fraktion fand es, wie sie in einer von Liebknecht verlesenen Erklärung sagte, „mit ihrer Würde nicht vereinbar", an der Debatte theilzunehmen, wenn sie auch „zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit" gegen die Vorlage stimmen werde; der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen sei, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberschaft" eines unerwiesenen Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, die den Mord in jeder Form verurtheile und die politische wie wirthschaftliche Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffasse, richte sich selbst in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen. Die Vorlage der Regierung wurde mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Die Parteien stimmten fast ganz geschlossen; nur von den Freikonservativen gingen drei zur Opposition über, während von der nationalliberalen Opposition ein Professorenkleeblatt abblätterte: Treitschke und Beseler stimmten mit Ja, während Gneist sich der Abstimmung enthielt. Noch an demselben Tage wurde die Session des Reichstags geschlossen.

Am neunten Tage darauf, am 2. Juni, reifte die Saat, die der patriotische Mob und das politische Drahtzieherthum vom Schlage Bismarcks ausgestreut hatten: eine verlorene Existenz, diesmal aus den besitzenden Klassen, ein Doktor Karl Nobiling, der Sohn eines Domänenpächters, schoß aus einem Hause Unter den Linden mit einer Schrotbüchse auf den vorüberfahrenden Kaiser und verwundete ihn schwer. Ehe Nobiling ergriffen werden konnte, hatte er sich selbst eine Kugel durch den Kopf gejagt, und die erste authentische Meldung, die wieder über ihn in die Oeffentlichkeit drang, war die Nachricht seines Todes,

der am 10. September erfolgte. Ob und was er in der Zwischenzeit über die That und ihre Beweggründe ausgesagt hat, darüber hat die Regierung immer sorgsam geschwiegen, ein negativer, aber durchschlagender Beweis dafür, daß sie für einen Zusammenhang Nobilings mit der Sozialdemokratie auch nicht die entfernteste Spur hat entdecken können.

Nach dem, was sonst über Nobiling bekannt geworden ist, gehörte der ebenso eitle, wie unfähige Mensch seinen geistigen Anlagen und Neigungen nach etwa in die Region nationalliberaler Sozialistentödter. Er war noch dümmer als Hödel, wie der Untersuchungsrichter zu einem ultramontanen Redakteur sagte; und der Gefängnißarzt, der ihn behandelte, theilte einem Kollegen brieflich mit, angeregt durch eine historische Bemerkung Schillers über die französischen Capets, habe Nobiling nach seiner eigenen Behauptung den Kaiser erschießen wollen, weil dieser sich zum Schaden des Volkes von Anderen leiten lasse, und der Kronprinz selbständiger regieren würde. Diese idiotische Auffassung stimmt zu der Thatsache, daß Nobiling erblich belastet war, wozu noch kam, daß er an derselben geschlechtlichen Krankheit wie Hödel litt. Er hatte sich keine Stellung erringen können, die seinen Ansprüchen entsprach, und als er vor dem Nichts stand, wollte er nicht ruhmlos aus der Welt scheiden, wie andere Selbstmörder, von denen er einmal gesagt hatte, er begreife nicht, wie sie gehen könnten, ohne einen Großen mitzunehmen. Hödels Glorie zeigte seiner Eitelkeit den Weg, nur daß er bei seinem höheren Bildungsgrade den Fluch der Lächerlichkeit erkannte, der dem Attentate Hödels trotz alledem anhing. Dagegen schützte er sich durch die bösartige Ausführung seines Mordplans.

Ueber das hinterlistige Abschießen eines mehr als achtzigjährigen Mannes, der politisch längst allen Haß überlebt hatte, empörten sich die weitesten Volkskreise. Auch die sozialdemokratische Presse war weit davon entfernt, das zweite Attentat so spöttisch zu behandeln, wie sie das erste mit vollem Recht behandelt hatte; sie verkannte keinen Augenblick den Ernst der Lage, der durch Nobilings Schrotschüsse geschaffen worden war. Nur der „churbrandenburgische Vasall“ Bismarck hatte keinen anderen Gedanken, als daß die Gelegenheit günstig sei, einen bonapartistischen Schalksstreich auszuführen. Noch am Abend desselben Tages, an dessen Mittag Nobilings Schüsse gefallen waren, versandte der offiziöse Telegraph eine angeblich „amtliche“, thatsächlich ihrem ganzen Inhalt nach erfundene Depesche, wonach der mit einer Kugel im Kopfe darniederliegende Nobiling bei seiner „gerichtlichen Vernehmung“ ausgesagt haben sollte, daß er sozialistischen Tendenzen huldige, daß er auch wiederholt in Berlin sozialistischen Versammlungen beigewohnt habe, und daß er schon seit acht Tagen mit der Absicht umgegangen sei, den Kaiser zu erschießen. Dieser mitten in die gährende Menge geworfene Funke entzündete jene Stimmung, von der ein Gedicht im Vorwärts treffend sagte: Ein ganzes Volk in Haß und Wahn, Von tollem Grimm entstellt die Züge, und von der Guido Weiß in der Wage noch epigrammatischer schrieb: Der Kaiser hat die Wunden und die Nation das Wundfieber.

Die nationalliberalen Abgeordneten und Preßorgane erklärten jetzt mit allen Zungen, daß sie bereit seien, das verlangte Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu bewilligen. Aber sie fanden bei Bismarck taube Ohren. Der Biedermann wollte gerade die Nationalliberalen „an die Wand drücken, daß sie quietschten", und führte dies Programm mit der ihm eigenen Skrupellosigkeit aus. Unter der Regentschaft, die der Kronprinz mit gebundenen Händen für den darniederliegenden Kaiser führte, hatte der Hausmeier womöglich noch freiere Bahn als vordem. Er überwand leicht den Widerstand, den er sowohl im preußischen Staatsministerium als auch im Bundesrathe fand, und bereits am 11. Juni war der Reichstag aufgelöst, der 30. Juli als Termin für die Neuwahlen anberaumt. Für die Wahlzeit verhängte Bismarck ein System des weißen Schreckens, das denn auch den Zweck erfüllte, die aufgeregten Spießbürger blind und toll vor Angst zu machen, so daß sie sich voll brünstigen Eifers an die Schlachtbank drängten. Am sinnlosesten geberdete sich wieder die Fortschrittspartei, die sehr gut wußte und auch offen aussprach, wohinaus Bismarck wollte, nichts desto weniger aber in wüthenden Schmähungen auf das klassenbewußte Proletariat die reaktionärsten Parteien noch zu überbieten versuchte.

Anklagen und Haussuchungen, Verhaftungen, Versammlungsauflösungen und Zeitungsbeschlagnahmen brachen über die sozialdemokratische Partei mit einer bis dahin doch immer noch nicht erhörten Heftigkeit herein. Der nach Gotha einberufene Parteikongreß wurde verboten, ebenso der nach Magdeburg und dann nach Hamburg einberufene Gewerkschaftskongreß. Mit allen denkbaren Chikanen drückte die Polizei auf die Wirthe, ihre Säle nicht mehr für sozialdemokratische Versammlungen zu öffnen; mit welcher Frivolität das darnach noch vorhandene Versammlungsrecht der Arbeiter niedergetreten wurde, mögen einige der „Gründe" erläutern, aus denen polizeiliche Auflösungen von Arbeiterversammlungen erfolgten: weil der Mittelgang im Saale nicht frei war; weil ein Fenster offen stand und die Versammlung also unter freiem Himmel tage; weil Menschen hinter einer verschlossenen Glasthür standen und in den Saal hineinsahen, möglicher Weise also eine Scheibe eingedrückt werden könne; weil ein Anwesender während eines Vortrages: Lächerlich! gerufen hatte; weil einzelne Anwesende über die Aeußerung eines Redners gelacht hatten; weil sich ein Hund in die Versammlung verlaufen hatte. Im Königreiche Sachsen wurde grundsätzlich jede Versammlung aufgelöst, in der die Attentate erwähnt wurden. Und nicht besser als der Versammlungs-, ging es der Preßfreiheit der Arbeiterklasse. Selbst vogelfrei für die nichtswürdigsten Verleumdungen, durfte sie durch ihre Presse nicht Schlag mit Schlag erwidern; Staatsretter Tessendorff sühnte, wie es Staatsretter Eugen Richter verlangt hatte, selbst jede „Beleidigung" von Privatpersonen mit einem Strafantrage von Amtswegen. In Halle wurde jeder Redakteur des dortigen Parteiblattes sofort verhaftet, so daß schließlich genau so viele Redakteure im Gefängnisse saßen, wie Nummern des Blattes erschienen waren.

Hand in Hand mit der politischen ging die wirthschaftliche Bedrängung des klassenbewußten Proletariats. Treitschke schrie wie ein rasender Schamane: „Warum erklären unsere großen Unternehmer nicht, daß sie in ihren Werken keinen Arbeiter beschäftigen werden, der an der sozialdemokratischen Wühlerei theilnimmt?" In dieselben Kerbe hieben viele Organe der bürgerlichen Presse, und bald konnten sie lange Listen von Firmen veröffentlichen, die sich verpflichteten, keinen Sozialdemokraten mehr anzustellen. Es waren besonders solche Firmen, die sich in der Gründerzeit durch die infamsten Schwindeleien hervorgethan hatten; die Gauner drängen sich immer vor, wenn es ehrliche Leute zu verbehmen gilt. Offiziell wurde dies noble Aechtungsverfahren durch einen Erlaß des preußischen Handelsministers Maybach an die Handels- und Gewerbekammern geweiht. Gegenüber einem solchen Gewissenszwange, der in der Geschichte gesitteter Völker beispiellos dastand, forderten die sozialdemokratischen Blätter die bedrohten Arbeiter auf, Alles zu versprechen und Nichts zu halten; Unternehmer, die mit der Hungerfolter drohten, müßten sich gefallen lassen, angelogen zu werden, auf ihr Haupt kämen die Folgen. Und es hat nie ein unantastbareres Recht der Nothwehr gegeben, als die Arbeiterpresse in diesem Fall anrieth.

Aber nicht nur in der Geschichte der gesitteten Völker, sondern selbst in der Geschichte des byzantinischen Reichs beispiellos waren die Majestätsbeleidigungsprozesse, in denen der patriotische Wahnsinn ausschäumte. Eine gemeingefährliche Denunziantenpest tobte durch alle Schichten des deutschen Volkes, mit alleiniger Ausnahme des klassenbewußten Proletariats: in München denunzirte der berühmte Maler Piloty den ihm bekannten siebzigjährigen Arzt Trettenbach wegen einer, im Privatgespräche über den geisteskranken König von Baiern gethanen Aeußerung, in Berlin gaben sich die Spitzbuben in den Spelunken des Lumpenproletariats gegenseitig an. Bis in den Schoß der Familie drang die ekelhafte Seuche; der Gatte war nicht mehr vor der Gattin, der Vater nicht mehr vor dem Sohne sicher. Ein beliebter Trick der Denunzianten bestand darin, in Arbeiterversammlungen oder in Wirthshäusern, wo Arbeiter verkehrten, plötzlich ein Hoch auf den Kaiser auszubringen; wer dann nicht aufstand oder nicht das Haupt entblößte, war wegen Majestätsbeleidigung geliefert. Es kam so weit, daß der amerikanische Gesandte in Berlin den Staatssekretär in Washington ersuchte, die amerikanischen Staatsbürger, die nach Deutschland herüberkämen, vor jedem politischen Gespräche zu warnen.

Bei manchen Beamten und Behörden in Deutschland regte sich das Gewissen, und sie suchten, den schmutzigen Strom zu stauen. Doch ohne nennenswerthen und namentlich ohne dauernden Erfolg. Der ehemals hannöversche und nunmehr preußische Justizminister Leonhardt, dem die Elastizität seines Gewissens gestattet hatte, von dem unterlegenen Welfen Georg zu dem siegreichen Hohenzollern Wilhelm herüberzuwechseln, wies die Staatsanwälte zur schärffsten Verfolgung der Majestätsbeleidiger an, und diesem Druck erlagen die Gerichte, wie immer in solchen Fällen. Die berüchtigte siebente Deputation des Berliner Stadtgerichts erkannte an einem einzigen Tage, am 8. Juni, gegen 7 Personen wegen Majestäts-

beleidigung auf 22 Jahre 6 Monate Gefängniß, darunter gegen einen Angeklagten auf 2 Jahre 6 Monate, weil er beim Nachhausegehen in angetrunkenem Zustande vor sich hingemurmelt hatte: „Wilhelm ist todt, er lebt nicht mehr.“ Eine Frau in Brandenburg a. H. erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängniß, weil sie auf die erste Nachricht von Nobilings Attentat geäußert hatte: „Der Kaiser ist wenigstens nicht arm, er kann sich pflegen lassen.“ Wegen einer ähnlich harmlosen Aeußerung kam ein Mann in Bonn in erster Instanz mit 3 Monaten Gefängniß davon, wurde dann aber auf die Berufung des Staatsanwalts in zweiter Instanz zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. Liberale Blätter, die mit einer Statistik der Majestätsbeleidigungsprozesse begonnen hatten, hörten schon Anfangs Juli damit auf, überwältigt von Ekel und Scham; in einem einzigen Monate war auf weit über 500 Jahre Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung erkannt worden.

In solchen Delirien „genas“ die teutsche Nation von dem „Gifte“ der sozialdemokratischen Theorien.

III. Die Entrechtung der Arbeiterklasse.

Von den beiden Zielen, die Bismarck durch den weißen Schrecken verfolgte, erreichte er das eine vollständig: er drückte die Nationalliberalen so an die Wand, daß ihnen die Ueberbleibsel eines politischen Rückgrats zerbrochen wurden. Die liberalen Fraktionen verloren etwa 40 Sitze, und ebensoviel gewannen die konservativen Fraktionen. Mit ihren 115 Mandaten konnte Bismarck, je nachdem es ihm paßte, eine konservativ-nationalliberale oder eine konservativ-ultramontane Mehrheit bilden, insoweit stand die Bahn für seine reaktionären Pläne offen.

Nicht aber erreichte er sein zweites Ziel, die Zerschmetterung der Sozialdemokratie, trotz der selbstmörderischen Beihilfe, die ihm dabei die liberalen Parteien leisteten. Zwar als in den Hauptwahlen sieben von den bisherigen zwölf sozialdemokratischen Reichstagssitzen verloren gingen: Chemnitz, Leipzig-Land, Zwickau-Crimmitschau, Auerbach-Reichenbach, Berlin VI, Reuß ä. L. und Reichenbach-Neurode, und nur zwei behauptet wurden: Glauchau-Meerane (Bracke) und Stollberg-Schneeberg (Liebknecht), da erhob sich ein verfrühtes Triumphgeschrei der „Ordnungsparteien“. Aber es verstummte sehr schnell, als die „Sieger“ ihre Herrlichkeit näher besehen wollten, und nur ihren eigenen Schaden besahen.

Unter bedrängteren Umständen, als diesmal, hatte die sozialdemokratische Partei noch nie einen Wahlkampf geführt. Die gesetzlichen Waffen, die allen bürgerlichen Parteien zur unbeschränkten Verfügung standen, wurden ihr zerbrochen oder wenigstens aufs äußerste verkümmert, ein Versammlungsrecht hatte sie in weiten Strecken des Reiches überhaupt nicht, in anderen Gebieten nur im beschränktesten Maße; ihre Flugblätter wurden unter den nichtigsten Vorwänden beschlagnahmt, und ebenso ihre Zeitungen durch einen ununterbrochenen Guerillakrieg der Polizei und Staatsanwaltschaft lahmgelegt; mindestens die Hälfte ihrer Vorkämpfer in Schrift und Wort saß hinter Gefängnißgittern. Gegen Sozial-

demokraten ist der Polizei Alles erlaubt, sagte ein liberales Blatt, und ein konservatives Blatt bestätigte, daß die Polizei „in jeder denkbaren Weise“ die sozialdemokratische Wahlagitation behindere. Doch solche Geständnisse wurden nur gelegentlich in dem inneren Hader der bürgerlichen Parteien gemacht; weder Konservative noch Liberale genirten sich, die polizeiliche Drangsalirung der Arbeiterklasse für ihre Zwecke auszunützen, auch die Fortschrittspartei kämpfte, unentwegt wie immer, unter dem mütterlichen Schutze der Polizei gegen das klassenbewußte Proletariat. Dazu kam der unerhörte Nothstand, der nun schon ins fünfte Jahr die Arbeiter niederdrückte, die wirthschaftliche Maßregelung zahlloser Parteigenossen und nicht zuletzt der Wirbelsturm des Hasses und der Wuth, den die angebliche moralische Verantwortung für die Attentate gegen die Sozialdemokratie entfesselte. Der Vorwärts übertrieb nicht, wenn er sagte: „Es war kein ehrlicher Kampf mit gleichen Waffen und mit gleicher Sonne. Der Feind vom Kopfe bis zum Fuße gepanzert und gerüstet. Die Sozialdemokratie wehrlos, an Händen und Füßen gefesselt.“ Und selbst der Hamburgische Korrespondent, damals dasjenige bürgerliche Blatt, das verhältnißmäßig noch das größte Verständniß für die revolutionäre Arbeiterbewegung hatte, meinte dennoch, daß die von allen Seiten angegriffene, unter dem Eindruck der schwierigsten Verhältnisse stehende Partei einen erheblichen Rückschlag erleiden, vielleicht gar die Flinte ins Korn werfen und sich nur der Ehre wegen schlagen werde.

In der That verkannte das Hamburger Zentralwahlkomite keinen Augenblick, daß unter solchen Verhältnissen keine Angriffs-, sondern nur eine Vertheidigungsschlacht möglich sei. In seinem Wahlaufrufe vom 18. Juni sagte es: „Wie groß die Partei ist, hat uns der vorige Wahlkampf gezeigt; wie widerstandsfähig sie sein kann, soll uns der 30. Juli zeigen.“ Laute der gemeinsame Schlachtruf der Gegner: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage! so gelte es, die im Reichstage eroberte Position mit allen Kräften zu behaupten. Deshalb sei der Kampf auf die aussichtsreichsten Wahlkreise zu konzentriren; in anderen Wahlkreisen solle agitatorisch da vorgegangen werden, wo es sich, wie in Städten und industriereichen Gegenden, ohne große Kosten und Mühen thun lasse; wo aber die Agitation sehr erschwert sei, viel koste und wesentliche Vortheile nicht verspreche, sei auf sie zu verzichten. Als offizielle Kreise, in denen die Partei mit höchstem Nachdruck vorgehen müsse, nannte das Zentralwahlkomite 29: Berlin IV und VI, Hamburg I und II, in Schleswig-Holstein Altona, Glückstadt, Kiel, im Rheinlande Elberfeld-Barmen und Solingen, im Maingau Hanau und Offenbach, in den mitteldeutschen Kleinstaaten Gotha und Reuß ä. L., in Schlesien Breslau I und II, Reichenbach-Neurode und Waldenburg, in Baiern Nürnberg, im Königreiche Sachsen Auerbach-Reichenbach, Borna, Chemnitz, Dresden-Altstadt, Freiberg, Glauchau-Meerane, Leipzig-Land, Mittweida, Stollberg-Schneeberg, Zschopau und Zwickau-Crimmitschau.

Die Haltung der Arbeiter in dem Wahlkampfe war gleich musterhaft durch Besonnenheit wie durch Energie. Der Vorwärts veröffentlichte wochenlang an

der Spitze seiner Nummern die Mahnung: „Parteigenossen! Laßt euch nicht provoziren! Man will schießen! Die Reaktion braucht Krawalle, ihr Spiel zu gewinnen!“ Zu dieser Mahnung hatte die Parteileitung die gewichtigsten Gründe; Bismarck verfolgte damals schon den Plan, zu dem er sich seither mit zynischer Gemeinheit auch öffentlich bekannt hat: die Sozialdemokratie bis aufs Blut zu reizen, damit sie losschlage und um so gründlicher ausgerottet werden könne. Aber die klassenbewußten Arbeiter setzten allen noch so brutalen Herausforderungen kaltblütige Verachtung entgegen und warfen ihre ganze Kraft in den Wahlkampf. In die Kasse des Hamburger Zentralwahlkomites liefen vom 1. Februar bis zum 18. Oktober 1878 64218 Mark ein, etwa die Hälfte davon für den Wahlfonds. Nach einer eher zu niedrigen, als zu hohen Schätzung wurden einschließlich der örtlichen Kosten 150000 Mark für den Wahlkampf aufgebracht. Dänische, belgische, englische, französische, österreichische und schweizerische Arbeiter sandten etwa 8000 Mark ein, eine Unterstützung, die moralisch noch wirksamer war als materiell. Auch Marx warf aus London eine Bombe ins feindliche Lager, die eine nicht geringe Verwirrung anrichtete. Als die Nachricht auftauchte, daß der Diplomatenkongreß, der im Sommer 1878 in Berlin zusammentrat, um die Ergebnisse des russisch-türkischen Krieges zu ratifiziren, von Bismarck zu einer internationalen Arbeiterhetze mißbraucht werden sollte, enthüllte Marx mit beißendem Sarkasmus die anmuthigen Angebote, die ihm Bucher, der offizielle Sekretär des Kongresses, im Herbste 1865 für die Mitarbeiterschaft am amtlichen Blatte der preußischen Regierung gemacht hatte. Durch seine verlegenen Ausreden machte sich Bucher vor aller Welt nur lächerlich.

Die Wahltaktik der sozialdemokratischen Partei glich dem Verfahren eines Festungskommandanten, der beim Heranrücken einer überwältigenden Feindesmacht die Vorstädte abbrennt, um sich desto sicherer hinter seinen Mauern und Wällen zu verschanzen. Von vornherein verzichtete die Partei darauf, eine so große Stimmenzahl zu mustern, wie im Jahre 1877, und es war thatsächlich schon ein beträchtlicher Erfolg, daß sich trotzdem 437158 Stimmen, gegen acht Prozent der abgegebenen Stimmen, auf ihre Kandidaten vereinten, nur 56289 Stimmen weniger als im Vorjahre. Viel schwerer aber fiel natürlich in die Wagschale, daß sich die feindlichen Sturmkolonnen an ihren verschanzten Lagern wirklich die Schädel eingerannt hatten. In den 29 offiziellen Wahlkreisen war die Stimmenzahl von 220000 auf 240000 gestiegen. Und wenn auch dieser große Erfolg eine Schattenseite hatte, wenn sich das Wachsthum der Stimmenzahl nicht gleichmäßig über alle jene Wahlkreise vertheilte, so trat viel stärker noch die Lichtseite hervor, daß die Stimmenzahl in allen größeren Städten mit der Ausnahme Nürnbergs bedeutend gewachsen war, und zwar wieder um so bedeutender, je heißer das Feuer war, in dem die Wähler dieser Städte gestanden hatten. In Berlin, wo der weiße Schrecken in all seiner Weißgluth brannte, waren die sozialdemokratischen Stimmen von 31522 auf 56147 gestiegen. Den biederen Fortschrittlern blieb das heisere Geschrei über den „Sieg“, den sie an

der mütterlichen Hand der Polizei erfochten hatten, in der Kehle stecken, wenn sie auf die 15000 Stimmen blickten, mit denen Hasenclever in Berlin VI unterlegen war, oder auf die 20000 Stimmen, mit denen Fritzsche in Berlin IV zur Stichwahl gelangte. Der Hamburgische Korrespondent erkannte ehrlich an, daß solche Wahlerfolge reichlich ein Dutzend Reichstagsmandate werth seien.

Selbst in ihrer dürrsten Form blieb die famose Wahlparole: Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage! wenig mehr als ein frommer Wunsch. Außer den beiden Sitzen, welche die Partei behauptet hatte, war sie an 16 Stichwahlen betheiligt, in Hannover und in 15 ihrer offiziellen Wahlkreise: in Berlin IV, in Breslau I und II, in Altona und Glückstadt, in Elberfeld-Barmen und Solingen, in Hanau und Offenbach, endlich in den sächsischen Kreisen Auerbach-Reichenbach, Borna, Dresden-Altstadt, Freiberg, Mittweida und Zschopau. Die Stichwahlen vollzogen sich schon unter beträchtlicher Ernüchterung der „Ordnungsparteien". Der heilige Eifer für die Rettung des Vaterlandes war bei den Konservativen wie bei den Liberalen verdampft, als der Ausfall der Hauptwahlen sie mit der Nase auf ihre Klasseninteressen gestoßen hatte; die Liberalen wollten die siegreichen Konservativen nicht noch mehr stärken, und die Konservativen wollten den geschlagenen Liberalen nicht wieder neuen Muth einflößen; der zähe Ordnungsbrei zerfloß einigermaßen bei den Stichwahlen, und die sozialdemokratische Agitation hatte etwas freiere Hand.

So gewann die Partei in ihren 16 Stichwahlen noch 7 Sitze: Berlin IV (Fritzsche), Breslau I (Reinders), Elberfeld-Barmen (Hasselmann), Dresden-Altstadt (Bebel), Mittweida (Vahlteich), Freiberg (Kayser) und Zschopau (Wiemer). Mit besonderer Begeisterung begrüßte sie die Wahlerfolge in Berlin und Breslau, den beiden größten preußischen Städten; über Breslau flatterte zum ersten Male die rothe Fahne, und in Berlin hatte Fritzsche mit 22000 Stimmen die größte Stimmenzahl auf sich vereint, die noch je auf einen Reichstagskandidaten gefallen war. Es gab nun doch wieder 9 sozialdemokratische Reichstagsmandate, so viel wie im Reichstage von 1874, und wie damals 3 preußische und 6 sächsische. 3 Mandate und noch nicht 60000 Stimmen waren die kümmerliche Beute der Hetzjagd, in der sich der sogenannte „Rechtsstaat" bis auf die Knochen prostituirt hatte; die Panduren hatten ein wenig auf den freiwillig preisgegebenen Außenwerken der Partei geheert, während ihre geschlossene Phalanx so ungebrochen wie je das Schlachtfeld behauptete.

Jedoch war dieser schwere Mißerfolg der Schreckenskampagne weder für Bismarck noch für die bürgerlichen Parteien eine Warnung. Mitte August veröffentlichte die Regierungspresse den Entwurf eines neuen Sozialistengesetzes, zu dessen Berathung der Reichstag am 9. September zusammentrat. Gemäß dieser Vorlage sollten die Landespolizeibehörden befugt sein, Vereine, Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen, sowie Druckschriften, „welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden

Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen", zu verbieten. Das Verbot sollte für das ganze Reichsgebiet giltig, eine Beschwerde dagegen, ohne aufschiebende Wirkung, an den Bundesrath zulässig sein. Versammlungen, bei denen gleiche Tendenzen vorauszusetzen seien, sollten gleichfalls verboten, oder falls diese Tendenzen erst in ihrem Verlaufe hervorträten, aufgelöst werden, eine Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörden stattfinden. Ferner sollte das Einsammeln von Beiträgen für sozialdemokratische Zwecke verboten sein. Verstöße gegen alle diese Verbote, die Theilnahme an verbotenen Vereinen, die Fortsetzung und Verbreitung verbotener Druckschriften und so weiter wurden mit schweren Geld- und Gefängnißstrafen bedroht. Berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund dieses Gesetzes rechtskräftig verurtheilten Personen sollte die Polizei den Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten untersagen, unter gleichen Voraussetzungen auch Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, sowie Gast- und Schankwirthen die Erlaubniß zum Gewerbebetriebe entziehen können. Endlich sollte über Bezirke und Ortschaften, welche durch sozialdemokratische Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht seien, „von den Zentralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer von mindestens Einem Jahre" ein kleiner Belagerungszustand verhängt werden können, so zwar, daß der öffentliche Vertrieb von Druckschriften, das Versammlungsrecht, das Recht zum Besitze oder zum Tragen von Waffen von polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht, namentlich aber der Polizei die Befugniß ertheilt wurde, Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten sei, den Aufenthalt in diesen Bezirken und Ortschaften zu versagen. Eine Begrenzung in der Zeitdauer des Gesetzes war nicht vorgesehen.

Wie hart immer alle diese Bestimmungen waren, so waren sie für Bismarck noch lange nicht hart genug. Da er wußte, wie gehörig er die Massen schröpfen wollte, so konnten die Vorkämpfer der Massen für ihn nicht fest genug geknebelt werden. In einem Schreiben aus Kissingen rüffelte dieser Gemüthsmensch seine Kanzlei, weil sie den Entwurf zu früh veröffentlicht habe, so daß nunmehr wohl weitere Verschärfungen nicht durchzusetzen sein würden. Als Verschärfungen nach seinem Herzen bezeichnete Bismarck namentlich zweierlei: erstens den erweislichen Sozialdemokraten das Wahlrecht und die Wählbarkeit zum Reichstage zu entziehen, und zweitens jedem sozialdemokratisch gesinnten Beamten die Entlassung ohne Pension anzudrohen; er wollte dadurch den „schlecht bezahlten Subalternbeamten", den „Bahnwärtern, Weichenstellern und ähnlichen Kategorien", die nach seiner ganz richtigen Annahme in ihrer Mehrzahl schon Sozialdemokraten waren, patriotische Gesinnung einpauken. Er kam nun aber wirklich mit diesen schöpferischen Gedanken zu spät; vorläufig hatte die Oeffentlichkeit an dem veröffentlichten Entwurfe genug.

Die sechswöchentlichen Verhandlungen des Reichstags über die Vorlage gestalteten sich zu einer Komödie der Irrungen. Die 115 Mitglieder der beiden

konservativen Fraktionen waren bereit, mit Haut und Haaren Alles anzunehmen, was die Regierung verlangte. Dagegen wollte eine bürgerliche Opposition von etwa 160 Mitgliedern, in der Hauptmasse die Ultramontanen nebst ihren Anhängseln, und daneben die Fortschrittler, von der Vorlage nichts wissen. Prinzipiell ablehnend gegen eine ärgere Bedrückung der Arbeiter verhielt sich diese Opposition aber keineswegs. Obgleich seit der Aera Tessendorff und besonders seit dem Attentate Nobilings handgreiflich gezeigt worden war, was alles mit dem „gemeinen Rechte“ gegen die sozialdemokratische Partei ausgerichtet werden konnte, jedenfalls unendlich viel mehr, als die bürgerliche Demokratie in der „schamlosen Reaktionszeit“ Manteuffels und die ultramontane Partei in der „diokletianischen Christenverfolgung“ Bismarcks zu ertragen gehabt hatte, so erklärten sich sowohl die Fortschrittler wie die Ultramontanen bereit, die „Lücken“ des „gemeinen Rechts“ auszufüllen. Und zwar durch den wenig veränderten § 130, den der ganze Reichstag drei Jahre früher unter allgemeiner Heiterkeit abgelehnt hatte. Natürlich war dieser Paragraph, wenn auch in der Form eines allgemeinen Gesetzes, thatsächlich auch nur ein gegen die arbeitenden Klassen gerichtetes Ausnahmegesetz, wie seine ursprünglichen Väter Bismarck und Eulenburg immer ganz unverhohlen bekannt hatten. Umgekehrt richteten sich die fortschrittlich-ultramontanen Angriffe in der Form zwar gegen den ausnahmegesetzlichen Charakter der Regierungsvorlage, ihre wirkliche Sorge aber war, daß die schrankenlosen Polizeibefugnisse, welche sie forderte, nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen bürgerliche Oppositionsparteien angewandt werden könnten. Sobald die Fortschrittler und die Ultramontanen hierüber beruhigt waren, haben sie das Sozialistengesetz nicht gestürzt, als sie es stürzen konnten, und somit war der ebenso reichliche wie volltönende Tiradenschwall, den sie bei der ersten Berathung losließen, ohne jede ernsthafte Bedeutung.

Die Entscheidung lag bei den Nationalliberalen, für welche die Vorlage immerhin auch ein sehr harter Bissen war. Lasker nannte sie „eine juristische und politische Monstrosität“ und erklärte sie für „völlig unannehmbar“. Und besser noch als der ideologische „Strangschläger“ dieser Bourgeoispartei sahen ihre geriebeneren Geschäftsleute ein, daß wenn Bismarck mit solcher Gewaltpolitik die Sozialdemokratie wirklich zerschmettere, die liberale Bourgeoisie der leidtragende Theil sein würde. Vollends wurden sie beunruhigt durch die unaufhörliche Versicherung der Regierung, daß es mit der polizeilichen Unterdrückung allein freilich nicht gethan sei, sondern auch auf „positivem“ Wege für das Wohl der arbeitenden Klassen gesorgt werden müsse; der „Sozialismus“ Bismarcks konnte ihnen sehr viel unbequemer werden, als für absehbare Zeit der Sozialismus des Proletariats. Sie tanzten wie die Bären auf glühenden Platten; wer diese wunderlichen Sprünge noch heute bewundern will, der lese die damaligen Reden Bambergers. Aber freilich konnte an einen wirklichen Widerstand dieser Partei, die, immer feige, eben eine so gehörige Tracht Prügel in den Wahlen besehen hatte, nicht gedacht werden, und es war kaum noch nöthig, daß Bismarcks Hauptblatt sie durch die

drohende Frage einschüchterte, ob die Nation sich bei Herrn Lasker für einen nochmaligen Wahlkampf bedanken solle.

Aber natürlich ging es bei dem nationalliberalen Umfalle nicht ohne die übliche Portion politischer Heuchelei ab. Die würdigen Männer wollten nicht der Sozialdemokratie an den Kragen, sondern nur ihren gemeingefährlichen Bestrebungen und ihrem revolutionären Charakter. Das Gesetz, das sie schufen, sollte nicht „eine Anzahl Bürger wegen ihrer politischen Gesinnungen in Acht und Bann thun"; „wir haben", so sagte Lasker, „so deutlich als möglich das Gegentheil ausgedrückt; nicht die Sozialdemokratie und ihre Tendenzen, sondern die friedengefährdende Agitation soll unter das Gesetz fallen." Die Nationalliberalen brachten dies gesetzgeberische Kunststück durch eine Reihe von „Verbesserungen" fertig, die mit einigen juristischen Zwirnsfäden die mörderischen Tatzen der polizeilichen Diktatur fesseln sollten. An das kautschukene Kleid der Vorlage wurden noch ein paar kautschukene Knöpfe genäht, das Wort „Untergrabung" mußte dem Worte „Umsturz" weichen, statt des Bundesraths sollte als Beschwerdeinstanz eine Reichskommission von neun Mitgliedern fungiren, von denen der Bundesrath vier aus seiner Mitte und fünf aus den höchsten Gerichtshöfen wählte, einige neu eingestellte Paragraphen waren dazu bestimmt, eingetragene Genossenschaften und eingeschriebene Hilfskassen besser vor der polizeilichen Willkür zu schützen. Von allen diesen und ähnlichen „Verbesserungen" hatten nur zwei eine etwas größere Bedeutung: die Begrenzung des Gesetzes auf die Dauer von $2^1/_2$ Jahren und die Bestimmung, daß nicht durch eine polizeiliche Verfügung, sondern nur durch ein gerichtliches Erkenntniß berufsmäßigen Agitatoren oder auf Grund des Gesetzes bestraften Personen der Aufenthalt beschränkt oder der Gewerbebetrieb untersagt werden dürfe, wobei dann auch noch festgesetzt wurde, daß sich die Aufenthaltsbeschränkung nicht auf den Wohnsitz des Verurtheilten erstrecken dürfe, vorausgesetzt, daß er ihn schon sechs Monate inne habe.

Von diesen beiden Punkten abgesehen, waren die „Milderungen" der Nationalliberalen nichts als Kartenhäuser, die große Kinder aufbauten. Minder harmlos stand es um die treuherzige Fuchsmiene, womit Bismarck und seine Leute auf das kindliche Spiel eingingen. Sie wußten recht gut, daß wenn sie nur erst den Aeolusschlauch dieses Gesetzes öffnen durften, der erste Windstoß alle nationalliberalen Kartenhäuser spurlos vom Tische fegen würde. Es paßte ihnen aber ganz gut in den Kram, so zu thun, als ob sie die Arbeiterklasse nur aus lauter Liebe auffressen wollten, und weshalb sollten sie an dem hänfenen Strick, den sie ihr um den Hals legten, nicht ein paar unschuldige Zwirnsfäden flattern lassen? Der neue preußische Minister des Innern, wieder ein Graf Eulenburg, war ganz damit einverstanden, wenn Lasker für Schonung der Genossenschaften und Hilfskassen plädirte, und Bismarck selbst brach eine Lanze für das Koalitionsrecht und die Streiks der Arbeiter, die er in vortheilhaften Gegensatz brachte zu den dunklen Zukunftsbildern der Sozialdemokratie. Von Bebel wegen seiner Verhandlungen mit Lassalle in die Enge getrieben, wollte Bismarck sogar stets

für das Wohl der Arbeiterklasse geschwärmt haben, wobei ihm nur das kleine Pech zustieß, seine lächerliche Unwissenheit in der größten Frage des Jahrhunderts allzu kraß zu bekunden. Die Quelle der revolutionären Arbeiterbewegung sah er, darin ein Herz und eine Seele mit seinem intimen Feinde Eugen Richter, in dem unwiderstehlichen Zauber, den das kunstvoll verschleierte Bild des „Zukunftsstaats“ auf die Massen ausübe. Wer sich freilich auf die Finessen preußischer Staatskunst verstand, konnte sich durch Bismarcks Reden nicht bethören lassen; seine wehmüthigen Klagen über die nicht hinlänglich scharfen Bestimmungen des Gesetzes, die elende Perfidie, womit er wieder gegen „die gutmüthigen Richter und die milden Gesetze“ hetzte, seine Henkersfreude an der Hinrichtung des Idioten Hödel zeigten den Wolf auf seinem wirklichen Pfade.

Die sozialdemokratische Fraktion, die unanständiger Weise von der kommissarischen Berathung der Vorlage ausgeschlossen worden war, kämpfte im Plenum tapfer um jeden Paragraphen. In überzeugender Weise legten ihre Redner dar, daß die Attentate auch nicht in dem entferntesten Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Agitation gestanden hätten, deckten sie das treulose Spiel auf, das Bismarck von jeher mit der Arbeiterklasse gespielt hatte, wiesen sie nach, daß der „revolutionäre Charakter“ der proletarischen Bewegung noch lange nicht an das heranreiche, was die bürgerliche Bewegung in ihren revolutionären Zeiten an herzerfrischender Deutlichkeit gegenüber allen himmlischen und irdischen Autoritäten geleistet habe. Sie sagten voraus, daß die praktische Wirkungslosigkeit der Vorlage so groß sein werde, wie ihre himmelschreiende Ungerechtigkeit, und Bracke that den Schuß ins Schwarze: Wir pfeifen auf das Gesetz. Das Kern- und Treffwort fuhr den Patrioten so in die Glieder, daß sie im ersten Augenblicke vermeinten, es sei in der Form so unhöflich gewesen wie im Inhalte; der Präsident von Forckenbeck schickte einen Schriftführer auf die Journalistentribüne, der den Berichterstattern der Zeitungen einprägen mußte, Bracke habe nur auf das Gesetz „pfeifen“ — und nicht noch ganz etwas Anderes wollen.

Am 19. Oktober wurde das Sozialistengesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Außer ihm war in der Session nur noch eine politische Machenschaft zurechtgezettelt worden; 204 Mitglieder verschiedener Parteien, mehr als die absolute Mehrheit des Hauses, erklärte eine „Reform des deutschen Zolltarifs“ für nothwendig, nach der angeblich die „weitesten Kreise des deutschen Reichs“ schrieen. Das Signal zur Massenplünderung erscholl in demselben Augenblicke, wo das Siegel auf die Knebelakte des Proletariats gedrückt wurde. Jedoch hatte die feine Rechnung ein großes Loch. Die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse war vollbracht, aber ihr Heldenzeitalter hob an.

Vierter Abschnitt.

Unter dem Sozialistengesetze.

Erstes Kapitel.

Ein Jahr der Verwirrung.

Die moderne Arbeiterbewegung ist frei von aller bürgerlichen Romantik. Nichts fällt dem kämpfenden Proletariate mühelos in den Schoß; Schritt für Schritt muß es sich Alles erringen, das Geringste wie das Größte, nach mancherlei Wirrniß erst führt sein Pfad ans gewollte Ziel. Das Sozialistengesetz hatte die deutsche Sozialdemokratie vor eine völlig neue Aufgabe gestellt; so mußte sie sich prüfend und tastend neue Wege suchen, und fand nicht immer gleich den richtigen Weg. Nur daß sich mit ihrer höheren Entwicklung die Etappen ihrer Aufklärung entsprechend abkürzten; nicht mehr ein Jahrzehnt, sondern nur noch ein Jahr innerer Wirren steht am Eingang ihrer zweiten großen Lebensperiode.

Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz im Reichsanzeiger veröffentlicht, und sofort begann die Niedermetzelung der sozialdemokratischen Blätter, Schriften und Vereine. Den Reigen der Verbote eröffnete Leopold Jacobys Gedichtsammlung: Es werde Licht; es schien, als ob der Polizeipräsident v. Madai, in dessen Händen sich die Handhabung des Gesetzes für ganz Deutschland zusammenfaßte, seiner selbst mit einem schäbigen Witze spotten wolle. Von den 47 politischen Blättern der Partei retteten nur 2 ihr Dasein, eines in Nürnberg und eines in Offenbach. Sie hatten rechtzeitig ihre Titel geändert und schrieben ganz zurückhaltend, bei anderen Blättern versagten auch diese Hilfsmittel. Der Versuch, an die Stelle der verbotenen Zeitungen farblose Blätter zu setzen, gelang auch nicht überall, namentlich nicht in Berlin. Zugleich wurden die zahlreichen Arbeitervereine verboten, die seit der Auflösung der Parteiorganisation entstanden waren, ebenso alle Gewerkschaften, mit wenigen Ausnahmen, unter denen der, übrigens auch stark geschuriegelte, Buchdruckerverband die namhafteste war. In demselben Umfange, wie die Gewerkschaften, verschwanden die Gewerkschaftsblätter. Die Hauptschläge fielen gleich in den ersten Wochen; der Vorwärts, die Berliner Freie Presse und das Hamburg-Altonaer Volksblatt, die drei namhaftesten Blätter der Partei mit zusammen etwa 45 000 Abonnenten,

mußten schon in den ersten Tagen daran glauben. In den nächsten Monaten wurde dann gründliche Nachlese gehalten; bis zum 30. Juni 1879 waren 217 Vereine, 5 Kassen, 127 periodische und 278 nicht periodische Druckschriften verboten.

Der Brutalität dieses Massenmordens entsprach seine Perfidie. Mochte man noch so verächtlich von der Kurzsichtigkeit der Nationalliberalen denken, die sich durch Bismarcks und Eulenburgs Redensarten über die „loyale Handhabung" des Gesetzes hatten täuschen lassen, so wurde dadurch natürlich der Wortbruch der Regierung in keiner Weise entschuldigt. Sie trat alle ihre halben und ganzen Versprechungen mit Füßen, unterdrückte nicht die „gemeingefährlichen Bestrebungen" der Sozialdemokratie, sondern Alles, was zu ihr gehörte, schonte weder die wissenschaftliche Literatur des Sozialismus, noch die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren eingeschriebenen Hilfskassen, fegte die „Schutzmaßregeln" der Nationalliberalen wie Spinneweben fort. Die Reichskommission, um deren „richterliche Garantien" wochenlang gestritten worden war, erwies sich als das reine Schattenspiel an der Wand; von den 627 Verboten, die bis zur Mitte des Jahres 1879 ergangen und mindestens zu drei Vierteln nach dem Sinne und Wortlaut selbst dieses Gesetzes unzulässig waren, hob sie gerade 6 auf, meist nur solche, welche die bürgerliche Literatur betroffen hatten, wie Schäffles Quintessenz des Sozialismus und eine Nummer eines fortschrittlichen Blattes; von allen irgend nennenswerthen Erzeugnissen der sozialistischen Literatur gab sie nur Lassalles Assisenrede von 1849 wieder frei.

Während der Berathung des Sozialistengesetzes war innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich schon die Frage erwogen worden, was nach seinem Erlasse zu thun sei. Ein gewaltsamer Widerstand gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse wäre einfacher Wahnsinn gewesen, aber auch der naheliegende Gedanke einer geheimen Organisation wurde sofort und für immer verworfen. Für eine breite und mächtige Volksbewegung war alle Geheimbündelei unmöglich, und wäre sie dennoch versucht worden, so würde sie nur ein der Polizei erwiesener Liebesdienst gewesen sein. Es blieb nichts übrig, als vorläufig abzuwarten, wie das Gesetz gehandhabt werden würde. Am Tage seiner Veröffentlichung erklärte der Vorwärts, die „schwere saure Leistung" einer den Bestimmungen des Gesetzes entsprechenden Schreibweise auf sich nehmen zu wollen.

Die polizeiliche Praxis übertraf dann freilich die schlimmsten Erwartungen. Die Vorkämpfer des heiligen Eigenthums gaben ein erbauliches Vorbild, Eigenthum zu vernichten. An den 16 Genossenschaftsbuchdruckereien waren 400 Personen als Drucker, Setzer, Expedienten und Redakteure angestellt, über 2500 Arbeiter und Kleinmeister mit ihren paar Ersparnissen und — mittelbar durch die Solidarhaft — mit ihrer ganzen Habe betheiligt. Die Berliner Genossenschaftsbuchdruckerei, der selbst die farblosesten Blätter und auch die Zukunft verboten wurden, mußte sofort liquidiren; da es ihr gelungen war, mit ihrem Schriftenlager fast ganz aufzuräumen, so kamen die Genossenschafter mit dem Verlust ihrer Einlagen

davon. Für die meisten Genossenschaftsdruckereien wäre die sofortige Liquidation gleichbedeutend mit dem Konkurse gewesen, und es lag gar nicht einmal im Interesse der Partei, sofort alle diese Schanzen zu räumen. Der Versuch, sich so oder so auf das Sozialistengesetz einzurichten, mußte bis zum letzten Ende durchgeführt werden; hinderte die Verblendung der Gegner jede mildere Kampfmethode, so konnte eine härtere Kampfmethode um so nachdrücklicher angewandt werden. Viele Parteimitglieder glaubten, wenn nur der erste Sturm ausgetobt habe, würde wieder ein aktives Vorgehen möglich sein; bis dahin, so hofften sie, würden die farblosen Blätter, womit die Genossenschaftsbuchdruckereien sich zu halten suchten, den geschulten Genossen als „Erkennungszeichen und Legitimation" dienen.

Allerdings sprach dabei auch eine gewisse Entmuthigung mit. Nach den heißen Kämpfen der letzten Jahre und der letzten Monate, in denen jeder Nerv angespannt worden war, machte sich eine natürliche Abspannung geltend. Sie wurde durch das Gefühl der absolutesten Rechtlosigkeit beträchtlich verstärkt, und dazu kamen der immer noch andauernde Nothstand, die immer noch andauernden Maßregelungen und Verfolgungen. Nicht alle Führer, die bisher ihren Mann gestanden hatten, waren der neuen und um so schwierigeren Lage gewachsen, und das Heer von Spitzeln, das an ihre Fersen gehängt wurde, zwang auch die Entschlossensten zu behutsamer Vorsicht. Das Hamburger Zentralwahlkomite hatte sich am 19. Oktober aufgelöst, und mancherlei Personenverhältnisse brachten es mit sich, daß es seine Verbindungen vollständiger preisgab, als vielleicht nöthig und jedenfalls wünschenswerth gewesen wäre. Geib war todtkrank; ein Herzleiden, dem sein blühendes Leben sonst wohl noch lange widerstanden hätte, entwickelte sich schnell unter den furchtbaren Aufregungen der Sozialistenjagd, die den edel denkenden und fein empfindenden Mann täglich erschütterten; Auer war schon vor längerer Zeit nach Berlin gesandt worden, um die zerfahrenen Redaktionsverhältnisse der Berliner Freien Presse zu ordnen; Hartmann, der bald darauf der Partei völlig untreu wurde, besaß nicht die nöthige Festigkeit und Umsicht. So fehlte jede Leitung, während sich von allen Seiten vernichtende Schläge über die Partei entluden; was Wunder, daß mancherlei Unsicherheit und Verwirrung in ihren Reihen einriß.

Die erste Wendung zum Besseren gab Bismarck dadurch, daß er zum letzten vernichtenden Schlage gegen die Sozialdemokratie ausholte. Am 28. November, kurz vor der Rückkehr des von seinen Wunden genesenen Kaisers nach Berlin, wurde über diese Stadt, die Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam, sowie die Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland der kleine Belagerungszustand verhängt, der in § 28 des Sozialistengesetzes vorgesehen worden war. Und zwar in zwei seiner vier Bestimmungen: in der lächerlichsten, die das Waffentragen ohne Erlaubnißschein verbot und die nur allerlei komische Zwischenfälle veranlaßt hat, und in der gehässigsten, die der Polizei die Ausweisung aller ihr mißliebigen Personen gestattete. Am nächsten Tage erhielten bereits 67 Partei-

mitglieder, an der Spitze Auer und Fritzsche, die lithographirten Ausweisungsbefehle; den meisten war eine zwei-, anderen nur eine ein-, wenigen eine dreitägige Frist gelassen; alle Gesuche um weiteren Aufschub wies Madai in rohester Form zurück. Manche der Ausgewiesenen hatten sich schon seit Jahren von der Agitation zurückgezogen, viele besaßen ein kleines Geschäft, alle mit einer einzigen Ausnahme waren Familienväter. In einem würdig gehaltenen Flugblatte, das sofort verboten, aber doch in Tausenden von Exemplaren vertrieben wurde, verabschiedeten sie sich von ihren Parteigenossen. Sie wiesen darauf hin, daß ihr erstes und letztes Wort immer gewesen sei: Keine Gewaltthätigkeiten, achtet die Gesetze, innerhalb ihres Rahmens vertheidigt euere Rechte. So auch forderten sie jetzt: Seid ruhig, laßt euch nicht provoziren, an unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde untergehen. Und zum Schlusse die Bitte: Keiner von uns vermag seinen Angehörigen mehr als den Unterhalt der nächsten Tage zurückzulassen, gedenkt unserer Weiber und Kinder! Viele Ausgewiesene gingen nach Hamburg und nach Leipzig, andere ließen sich in märkischen Städten an der Grenze des Belagerungsgebiets nieder, um ihren Angehörigen möglichst nahe zu bleiben.

Von allen schnöden Wortbrüchen Bismarcks war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin der schnödeste. Den § 28 des Sozialistengesetzes hatten die Nationalliberalen nur für den äußersten Nothfall bewilligt: wenn ein Bezirk von der sozialdemokratischen Agitation so unterwühlt wäre, daß jeden Augenblick ein gewaltsamer Ausbruch erwartet werden könnte, sollte der Paragraph angewandt werden, um der Verhängung des wirklichen Belagerungszustandes zu entgehen. Von alledem gab es damals in Berlin nichts. Ohne den geringsten Versuch eines Widerstandes waren die harten Bestimmungen des Sozialistengesetzes ausgeführt worden; auch nicht ein Berliner Arbeiter dachte daran, Bismarcks Spiel zu spielen, ein Attentat oder einen Putsch zu provoziren. Selbst die bürgerliche Presse war einstimmig darin, daß alle thatsächlichen Voraussetzungen fehlten, unter denen § 28 angewandt werden könne; nur die reaktionären Blätter stotterten einige verlegene Redensarten über das „theuere Haupt" des Kaisers, das geschützt werden müsse. Dahinter versteckte sich auch Graf Eulenburg, als ihn die Fortschrittler im preußischen Abgeordnetenhause wegen der Maßregel interpellirten. Wäre es mehr als bloßer Vorwand gewesen, so hätte dieser Polizeiminister an einer wahrhaft polizeiwidrigen Beschränktheit gelitten. Männer, wie Auer und Fritzsche, sollten des Meuchelmords verdächtig und die rechtlose Vernichtung von 67 Existenzen sollte geeignet sein, Attentate nicht etwa zu züchten, sondern im Keime zu ersticken! Aber das ganze Gerede vom „theueren Haupte" war eitel Vorwand. Bismarck selbst gestand bald darauf im Reichstage, seine Absicht sei eigentlich gewesen, den kleinen Belagerungszustand über alle Hauptorte der sozialdemokratischen Agitation zu verhängen. Nach seinen Andeutungen scheinen die anderen Regierungen noch vor diesem Henkersdienste zurückgescheut zu sein; er selbst machte jedenfalls kein Hehl daraus, daß er beabsichtigt habe, den Reichstag mit dem § 28 zu übertölpeln.

Aber wie der schnödeste unter seinen schnöden Wortbrüchen, so war die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin auch der dümmste unter seinen dummen Gewaltstreichen. Er zeigte der sozialdemokratischen Partei sonnenklar, daß ihr keine Ruhepause gestattet sei, daß ein Kampf auf Leben und Tod gegen sie geführt werde. Ueberall, wo die Parteimitglieder einen Augenblick ermattet waren, kehrten sie nun massenhaft auf ihre alten Posten zurück. Die Sammlungen für die Ausgewiesenen und ihre Familien knüpften die ersten Fäden einer neuen Organisation, und die Ausgewiesenen selbst, ja mehr noch ihre hungernden Weiber und Kinder wurden Agitatoren, wie sie das klassenbewußte Proletariat noch nicht besessen hatte. Ergraute Kämpfer, die jahrelang im Gefängniß gesessen hatten, ohne mit der Wimper zu zucken, haben oft gesagt, daß keine Folter der Unterdrückung sie so mit kochendem Ingrimm erfüllt habe, wie die Ausweisung, die launenhafte Vernichtung ihrer menschlichen Existenz in der Wurzel. Und nicht der geringste Vortheil, den die Partei als solche, bei aller tödtlichen Verwundung der Einzelnen, aus dem kleinen Belagerungszustande zog, war die allmälige Lösung des moralischen Bannes, der seit den Attentaten in der Vorstellung weiter Volkskreise auf ihr gelastet hatte. Die beschränktesten Spießbürger, die schon in der Schule von der Vertreibung der protestantischen Salzburger als von einer infamen Schandthat sprechen gelernt hatten, sahen mit Schaudern ihren bewunderten Nationalheros nach den Lorbeeren des Erzbischofs Firmian trachten, und ihre Sympathie begann sich unwillkürlich dem verfolgten Proletariat zuzuwenden. Lasker und der Fortschrittler Ludwig Löwe sammelten unter ihren Parteigenossen und führten namhafte Summen an den Unterstützungsfonds für die Ausgewiesenen ab; in der bürgerlichen Presse wagte nur Julius Stettenheim, ein Possenreißer des Börsenpöbels, die Opfer des kleinen Belagerungszustandes zu verhöhnen.

Und noch eine andere bedeutsame Folge hatte Bismarcks ebenso tölpelhafter wie boshafter Streich. Karl Hirsch, der seit einiger Zeit in Paris gelebt hatte, wurde von dort ausgewiesen; in solchen kleinen Gefälligkeiten gegen Sozialdemokraten wuschen die offiziellen „Erbfeinde" an der Seine und an der Spree sich gegenseitig gern die Hände. Hirsch beabsichtigte, nach Berlin zurückzukehren, als ihn die dortigen Ausweisungen eines Besseren belehrten. Er ging nun nach Brüssel und gründete die Laterne, eine kleine Wochenschrift im Format und Stile von Rocheforts Laterne. Am 9. Dezember aber wurde Most aus Plötzensee entlassen und sofort aus Berlin ausgewiesen. Er siedelte nach London über, wo er mit Hilfe des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins die Freiheit gleichfalls als Wochenschrift herausgab. Die Laterne erschien von Mitte Dezember 1878, die Freiheit von Anfang Januar 1879 ab.

So hatte die deutsche Sozialdemokratie auf einen Schlag zwei ausländische Organe, die in dem von der Reaktion gedüngten Boden gewissermaßen wild gewachsen waren. Beide Blätter vertraten die Interessen der Partei mit derjenigen Offenheit, die ihnen die Preßfreiheit des Auslandes gestattete. Ihre Einschmugge-

lung nach Deutschland gelang erst sehr unvollkommen, aber die Hast, womit Bismarck diese neuen Waffen der Sozialdemokratie zu zerbrechen suchte, zeigte genugsam, wie sehr er sie fürchtete. Der Generalpostmeister mußte eine Verfügung erlassen, welche die Postbeamten zu Helfershelfern der politischen Polizei degradirte und sehr stark mit dem verfassungsmäßig gewährleisteten Briefgeheimniß karambolirte, was in Deutschland, dem klassischen Lande der Schwarzen Kabinette, freilich nichts Neues war. Im März wurde Karl Hirsch vom belgischen Ministerium ausgewiesen. Damit waren Bismarcks Schmerzen aber nicht gelindert, denn Hirsch ging nach England und führte die Laterne weiter. Sie war geistreicher und geschickter geschrieben, als die Freiheit, aber mehr aufs politische Pamphlet angelegt; die Freiheit hatte in höherem Grade das Wesen eines politischen Parteiblattes, wurde aber durch die persönlichen Eigenschaften ihres Herausgebers weit subjektiver, als die Laterne. Most, dessen exzentrischer Charakter der Partei schon vor dem Sozialistengesetze manche Noth gemacht und manche Ungelegenheiten geschaffen hatte, war nach der Art und Weise, wie Justiz und Polizei ihm zehn Jahre lang mitgespielt hatten, in einem Grade aufgeregt und verbittert, die sich psychologisch sehr wohl erklären ließ, aber das Bewußtsein seiner politischen Verantwortlichkeit stark herabminderte. In seiner fahrigen und hastigen Art hatte er es für überflüssig gehalten, sich mit der deutschen Parteileitung wegen der Herausgabe der Freiheit ins Einvernehmen zu setzen. Seine Entschuldigung, daß es eine solche Parteileitung ja gar nicht gegeben habe, war doch nur formell zutreffend; in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab es immer noch eine Parteiorganisation, und für Most als ehemaligen Abgeordneten hätte es doppelt nahe gelegen, ihren Rath einzuholen.

Für die deutsche Partei entstand nun die Frage, wie sie sich zu den beiden ausländischen Preßorganen stellen solle. Die Laterne vermied sorgfältig, die Partei zu engagiren oder zu kritisiren, die Freiheit aber drang unausgesetzt auf eine revolutionäre Taktik. Damals jedoch noch nicht im „Heugabelsinne", sondern in dem Sinne, in dem vor dem Sozialistengesetze agitirt worden war. Most wollte die Freiheit mit derselben Tinte schreiben, mit welcher einst der Volksstaat und der Vorwärts geschrieben worden war. Eine grundsätzliche Einigung mit ihm, geschweige denn mit Karl Hirsch war keineswegs ausgeschlossen, mochte sie auch durch das eigenmächtige Vorgehen namentlich Mosts sehr erschwert sein. Allein die leitenden Parteikreise in Deutschland wollten überhaupt nichts von beiden Blättern wissen. Sie richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, den unnatürlichen Haß, der in den neutralen Schichten der Nation gegen die Sozialdemokratie herangezüchtet worden war, durch kluge Zurückhaltung zu entwaffnen, und sie fürchteten, daß er aus der rücksichtslosen Sprache ausländischer Blätter neue Nahrung saugen würde. Bismarck lebe von den Attentaten und müsse kapituliren, wenn ihm dieser Proviant ausgehe. Die Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines ausländischen Blattes wurde deshalb nicht eigentlich bestritten, aber man meinte, es sei noch viel zu früh, damit vorzugehen. Seine erste Folge würden

neue Verfolgungen sein, und die beträchtlich geschmälerten Mittel der Partei reichten so schon nicht hin für die genügende Unterstützung der Ausgewiesenen und Gemaßregelten. Nach der aufreibenden langjährigen Agitation könnten die Parteigenossen eine Ruhepause wohl ertragen; für die sozialistische Propaganda sei noch reichlich gesorgt durch die zahllosen, ins Proletariat geschleuderten, aber noch nicht zum vierten Theile gelesenen und geistig verdauten Agitationsschriften.

Diese Auffassung hatte im Februar 1879 nicht mehr die relative Berechtigung, die sie im Oktober 1878 gehabt hatte. Als der Reichstag am 12. Februar zusammentrat, brachte Bismarck sofort einige Vorlagen an ihn, welche die Sozialdemokratie gänzlich zerschmettern sollten. Bismarck lebte nicht allein von dem sinnlosen Sozialistenhaß des Philisters, und die Sozialdemokratie brauchte gegen ihn noch andere Waffen, als die moralische Sympathie neutraler Zuschauer. In der That drängten denn auch die Massen wieder auf den Kampfplatz, auf dem sie dem Feinde ins Weiße des Auges schauen konnten. Am 5. Februar fand für den verstorbenen Fortschrittler Bürgers in Breslau II, dem westlichen Wahlkreise der Stadt, in dem die schlesische Aristokratie und Plutokratie hauste, eine Nachwahl statt, und in ihr brachten die Arbeiter trotz polizeilicher Unterdrückung aller und jeder Wahlagitation, trotz des Verbots ihrer Flugblätter und der Auflösung ihrer Versammlungen, trotz der ganz ungerechtfertigten Verhaftung ihres Kandidaten Kräcker 5175 Stimmen auf. Kräcker kam in die Stichwahl, in welcher er zwar unterlag, aber nicht ohne daß die für ihn abgegebenen Stimmen auf 7544 gestiegen wären. Ein ähnlich glänzendes Ergebniß hatte am 27. Februar eine Nachwahl im sächsischen Wahlkreise Waldheim-Döbeln, bei der 4322 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen.

Die Verhandlungen des Reichstags waren bis zu den Osterferien gewissermaßen ein Nachklang zu den Debatten über das Sozialistengesetz. Bismarck wollte nachholen, was er damals noch versäumt hatte: den Ausschluß der Sozialdemokratie aus dem Reichstage. Er spannte gleich zwei Stränge auf seinen Bogen: einmal sollte der Reichstag genehmigen, daß Fritzsche und Hasselmann, die als Berliner Ausgewiesene sich zu den Berathungen des Reichstags eingefunden hatten, wegen Bannbruchs strafrechtlich verfolgt würden, und dann sollte die Disziplinargewalt des Reichstags dahin erweitert werden, daß er seine Mitglieder wegen ungebührlicher Reden ausschließen, ja ihnen die Wählbarkeit entziehen, und die ungebührlichen Reden selbst aus den stenographischen Berichten entfernen könne. Der Reichstag ging weder auf das Eine oder das Andere ein; sogar die nationalliberalen Redner fanden kräftige Worte, um ein solches Maß der Selbstentwürdigung abzuweisen. Sie handelten dabei aber vielmehr in ihrem eigenen Interesse, als im Interesse des Prinzips oder gar der verfolgten Sozialdemokratie; gleich darauf zeigten sie bei einer anderen Angelegenheit, ein wie wohlfeiler Artikel bürgerliche Sympathie überhaupt war. Ueber die praktische Anwendung des § 28 war dem Reichstage alljährlich Bericht zu erstatten, und auch diese „Schutzmaßregel“ löste sich bei der ersten Probe in blauen Dunst auf.

Man ließ einen sozialdemokratischen Redner sprechen und dann stimmten nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch mit einigen Ausnahmen die Fortschrittler und die Ultramontanen für einen konservativen Schlußantrag. Bei der Interpellation im preußischen Abgeordnetenhause war Virchow ein wenig dreister gewesen und hatte gemeint, die Polizei dürfe doch „gute Revolutionäre" nicht gleich mit Königsmördern in einen Topf werfen. Aber seitdem hatte Bismarck seine offiziöse Meute auf die „revolutionäre" Fortschrittspartei gehetzt und nun schwiegen die Unentwegten fein vorsichtig zu den gröbsten Mißbräuchen des Sozialistengesetzes, um sich dafür zur Abwechslung als „konservativste aller Parteien" aufzuspielen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Bebel am 4. März zu dem sogenannten Maulkorbgesetze, Liebknecht am 17. März zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin. Bebel fertigte sehr glücklich das Geschwätz Bismarcks ab, der wegen sogenannter „Beleidigung" seiner Person mit seinen lithographirten Strafanträgen tausende von Menschen, selbst alte Spittelweiber, ins Gefängniß gebracht und nun mit wehleidiger Miene gemeint hatte, als Mitglied des Bundesrathes müsse er sehr vorsichtig sein, da er nicht die verfassungsmäßige Redefreiheit der Abgeordneten besäße. Der Einbruch in dieses Volksrecht stand einem Manne vortrefflich an, der für sich die unbeschränkteste Verleumdungsfreiheit nicht nur besaß, sondern auch wirklich ausnützte, indem er, wenn ein von ihm Verleumdeter ihn einmal belangte, sofort einen heroischen Rückzug unter die Schöße seiner Offiziersuniform antrat. Liebknechts Rede war auf die Taktik der deutschen Parteiführer zugeschnitten. Sie zerpflückte unbarmherzig die paar faulen Redensarten des Rechenschaftsberichts, und dann sagte Liebknecht, er würde ein Feigling sein, wenn er formell desavouiren wollte, was Parteigenossen im Auslande schrieben, aber die Partei habe damit absolut nichts gemein und er könne sagen, daß viele der einflußreichsten Parteimitglieder die Gründung der Freiheit und der Laterne gemißbilligt hätten. Die Partei werde das Sozialistengesetz beobachten, weil sie eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes und gewaltsames Revolutionsmachen überhaupt ein Unsinn sei; Brackes Pfeifen auf das Gesetz habe nicht bedeutet, daß sich die Partei dem Gesetze nicht fügen werde, sondern habe nur die geschichtliche Wahrheit festgestellt, daß sie durch das Gesetz nicht unterdrückt werden würde; die unparlamentarische Form seiner Aeußerung habe Bracke nachträglich bedauert, und er, Liebknecht, wolle sie auch nicht gutheißen.

Diese Rede Liebknechts rief eine, nicht von Most persönlich, sondern von Mielke, einem alten Berliner Parteimitgliede, entworfene Denkschrift des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London hervor, in der es hieß: „Nicht umsichtige Taktik *unter* dem Sozialistengesetze, sondern eine schlaue Taktik *gegen* das Gesetz ist nöthig und auch zu ermöglichen. Noch giebt es glücklicher Weise einige Länder, in denen das freie Wort gestattet ist, auch ist um das deutsche Reich noch keine Mauer gezogen. Und selbst Mauern lassen sich übersteigen, wenn man muthig und entschlossen ist. Wenn jede Propaganda im Innern abgeschnitten ist, dann ist noch die Propaganda des gedruckten Wortes aus dem

Auslande möglich." Viel anfechtbarer waren andere Theile der Denkschrift, die sich mit gutem Fuge so auslegen ließen, als werde darin eine Geheimbündelei nach dem Muster der russischen Nihilisten und eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfohlen. Hiergegen erhob sich sofort die Laterne, wenn sie auch sonst ihre vielfache Uebereinstimmung mit der Denkschrift bekundete. Auf ihren Protest erklärte die Freiheit zwar, daß sie weder eine geheime Organisation, noch eine parlamentarische Enthaltungspolitik empfehlen wolle, aber sie war dennoch auf dem besten Wege dazu. Most fing an, von einer „neuen Partei" zu sprechen und traktirte die parlamentarischen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in einem Stile, der mehr und mehr jede Verständigung ausschloß.

Und doch wurde eine Verständigung über die nunmehrige Taktik immer nothwendiger. Nach den Osterferien begann der Reichstag an die berufene „Finanz- und Wirthschaftsreform" zu gehen. Er wurde dabei zur Börse, an der Bismarck mit den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern um den Antheil schacherte, den jeder dieser drei edlen Verbündeten aus der Haut der konsumirenden Massen schneiden könne. Nach langen und widerlichen Verhandlungen hatten die Großindustriellen ihre Eisen- und Textil-, die Großgrundbesitzer ihre Getreide- und Vieh-, Bismarck seine Finanzzölle in der Tasche, dem Volke aber kostete der Spaß eine Vertheuerung aller Lebensmittel und 130 Millionen Mark neuer Steuern. Politisch vollzog sich dabei eine völlige Parteiverschiebung. Die gebrochenen Nationalliberalen gaben ihren Mitgliedern die Abstimmung in allen wirthschaftlichen Fragen frei; ein Theil blieb mit den Fortschrittlern bei der freihändlerischen Fahne, ein anderer Theil lief zu den Schutzzöllnern über. Aber an ihren „konstitutionellen Garantien" hielten sie fest, das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags wollten sie nicht ganz in der Versenkung verschwinden lassen; so mußte Bismarck mit den Ultramontanen abschließen, die sich mit „föderativen Garantien", mit der Ueberweisung aller Ueberschüsse an die Einzelstaaten und — als angenehmer Beigabe — der Entlassung des kulturkämpferischen Kultusministers Falk begnügten. Einen großen Geist, wie Bismarck war, genirte das nicht; wo solche Summen heimzuramschen waren, lohnte nicht nur der Gang nach Canossa, sondern auch eine Reverenz vor dem Partikularismus.

Um sich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden, konnten den Arbeitern weder die farblosen Blätter, noch die früheren Agitationsschriften etwas nützen. Und auch die parlamentarische Tribüne erwies sich als ein sehr unzulängliches Sprachrohr. In den langen Wochen, in denen um den neuen Zolltarif gestritten wurde, gelangten die sozialdemokratischen Abgeordneten fast gar nicht zum Worte, trotz unzähliger Meldungen. Sie konnten ihre Auffassung nicht entfernt in erschöpfender Weise entwickeln. Ihre Stellung wurde noch dadurch erschwert, daß Kayser sich für einzelne industrielle Schutzzölle zu begeistern begann. Und die Arbeitermassen der großen Städte drängten immer stärker vor. Als Reinders, der den Breslauer Ostkreis vertrat, am 22. Mai gestorben war, bereiteten ihm die Breslauer Arbeiter ein großartiges Leichenbegängniß, dann wählten sie Hasenclever in zweimaliger

Wahlschlacht als seinen Ersatzmann. Fünfmal im Laufe weniger Monate hatte das Breslauer Proletariat die kräftigsten Lebenszeichen gegeben; es war gar kein Zweifel, daß die Berliner, die Hamburger, die Leipziger, genug, die Arbeiter in den großen Zentren der Bewegung sich gleich mächtig geregt hätten, wenn ihnen gleiche Gelegenheiten geboten worden wären. Dagegen zeigte eine Nachwahl in dem märkischen Wahlkreise Kottbus-Spremberg einen bedenklichen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf: das vorgeschrittene Proletariat konnte der Führung der unberechenbaren Freiheit verfallen, das weniger entwickelte an den farblosen Blättern versumpfen.

Nun ging auch die Laterne schärfer vor. So sehr sie gegen Most das treue Festhalten an der Partei vertrat, so verhehlte sie nicht, daß die Vorgänge in London unmöglich gewesen sein würden, wenn nicht in Deutschland böse Fehler begangen worden wären. Sie sagte: Keine Organisation ohne Organe; taugen die ausländischen Organe nicht, so schafft neue, aber zögert nicht länger, denn es ist höchste Zeit. Sie geißelte Kaysers schutzzöllnerische Sprünge und wies überzeugend die Gemeinschädlichkeit des neuen Zolltarifs nach, so wie er lag und stand. Sie druckte einen Brief Liebknechts ab, worin gegen Most gesagt war, Losschlagen oder Verbleiben auf dem Boden des Sozialistengesetzes, ein Drittes gebe es nicht, aber sie veröffentlichte auch eine Zuschrift „Aus Berlin", worin es hieß, mit dem Glauben, daß die Sozialdemokratie tief genug in den Massen eingewurzelt sei, um ganze Jahre äußerer Ruhe ertragen und jedes materiellen Bandes entbehren zu können, sei ebenso wenig ausgerichtet, wie mit Theatereffekten; es gebe wohl noch ein Drittes: eine energische Haltung, defensiv und offensiv, unter Benutzung der Umstände innerhalb und außerhalb des deutschen Reichs.

Endlich griffen auch Marx und Engels in die unklaren Verhältnisse ein. Höchberg hatte sich nach dem Sozialistengesetze wie vor ihm als der treue Freund der Partei erwiesen; er half und unterstützte, wo er immer konnte, sein Vermögen galt ihm nur noch als Eigenthum der Partei. Aber über seinen Schatten vermochte er nicht zu springen; er hielt an der Hoffnung fest, namhafte Kreise der herrschenden Klassen durch Belehrung und Berufung auf ihr Gerechtigkeitsgefühl für die Sozialdemokratie zu gewinnen; er wünschte, daß die Partei solchen Elementen den Uebertritt möglichst erleichtere, ihr wirthschaftliches Programm mehr betone, ihre politisch-revolutionären Ueberlieferungen mehr in den Hintergrund dränge. So ließ er zu Ostern 1879 von Brüssel aus zehntausend Exemplare von Schäffles Quintessenz des Sozialismus an Beamte, Juristen, Lehrer in Deutschland versenden, und in gleichem Sinne begründete er als Ersatz für die verbotene Zukunft ein paar neue wissenschaftliche Zeitschriften, die Staatswirthschaftlichen Abhandlungen unter dem Pseudonym eines Dr. R. F. Seyfferth in Leipzig und das Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik unter dem Pseudonym eines Dr. Ludwig Richter in Zürich. Die Leipziger Zeitschrift, die in unregelmäßigen Zwischenräumen erschien, entging den Krallen des Sozialisten-

gesetzes; sie beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen der praktischen Sozialpolitik und stellte dem schutzzöllnerischen Trugbilde des Schutzes der nationalen Arbeit eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung als das wirkliche Interesse der Arbeiterklasse entgegen. Nicht so glücklich fuhr das Züricher Jahrbuch, das sofort verboten wurde, trotz seiner sehr vorsichtigen Haltung. Die erste Hälfte des ersten Jahrgangs, die im Sommer 1879 herauskam, enthielt ein paar Aufsätze von Greulich und Vollmar, eine Anzahl von Rezensionen und eine Reihe von Berichten über die sozialistische Bewegung in den modernen Kulturländern, zum großen Theile treffliche Arbeiten, die einen nicht unwesentlichen Fortschritt über die Haltung der Zukunft hinaus bekundeten.

Aber dieses Heft enthielt auch in einem besonderen Aufsatze „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland", die sich als „kritische Aphorismen" gaben. Die Verfasser waren Höchberg und C. A. Schramm; Eduard Bernstein, der als literarischer Beirath Höchbergs in die Schweiz übergesiedelt war und als dritter Verfasser galt, hatte nur einige nebensächliche Zeilen beigesteuert. War eine Selbstkritik der Sozialdemokratie im Augenblick ihrer härtesten Unterdrückung an sich schon bedenklich und schwierig, so gelang sie diesem Aufsatze nicht entfernt in halbwegs befriedigender Weise. Die bisherige Agitationsweise wurde einer bitteren, nicht einmal immer zutreffenden, geschweige denn taktvollen Kritik unterzogen; vor den „unfruchtbaren Debatten über den Zukunftsstaat" wurde gewarnt, aber keineswegs im Sinne einer alle Utopien ausschließenden revolutionären Aktion, sondern nur im Sinne der bürgerlich-reformatorischen Praxis, und endlich wurde die Nothwendigkeit betont, zahlreiche Anhänger aus den besitzenden und gebildeten Klassen zu gewinnen, wenn anders die mit so vielen Opfern an Kraft und Familienglück betriebene Agitation greifbare Erfolge erreichen solle. Hiergegen protestirten Marx und Engels in einem Rundschreiben an Bebel, Bracke und Andere; sie forderten, daß solche Ansichten nicht an leitender Stelle ausgesprochen werden sollten, wenn man sie überhaupt in der Partei dulden wolle.

Nun war das Züricher Jahrbuch freilich nicht zur Leitung der Partei berufen, aber neben der Laterne und der Freiheit vertrat es jetzt schon eine dritte taktische Richtung, ohne daß sich die berufene Stimme der Partei hören ließ. Die Nothwendigkeit eines offiziellen, im Auslande erscheinenden Parteiorgans war nicht länger abzuweisen; das sah auch Geib ein, der sich am längsten dem Plane widersetzt hatte. Er selbst sollte das Erscheinen des neuen Blattes nicht mehr erleben. Am 1. August endeten seine Leiden; seinem Sarge folgten die Hamburger Arbeiter in einem gewaltigen Zuge, den bürgerliche Blätter auf 30 000 Köpfe schätzten, und an seiner offenen Gruft gelobten sich seine alten Freunde, unermüdlich im Geiste des unvergeßlichen Mannes weiter zu wirken.

Als Erscheinungsort des Parteiorgans wurde Zürich gewählt, wo die schweizerische Arbeiterbewegung eine eigene Druckerei besaß und auch sonst die günstigsten Bedingungen für das Gedeihen des Unternehmens vorhanden waren.

Die Laterne hatte bereits Ende Juni ihr Erscheinen eingestellt, da Karl Hirsch selbst erkannte, daß die von ihm gewählte Form eines politischen Pamphlets den Bedürfnissen der Partei nicht genüge. Die Freiheit konnte aber nach allem Vorangegangenen um so weniger zum offiziellen Organ ernannt werden, als Most sich immer mehr in eine sinnlose Revolutionsspielerei verlor. In Zürich gab „Der Sozialdemokrat, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge" am 28. September seine Probenummer heraus.

Er bekannte sich selbst als ein Kind des Sozialistengesetzes. Die farblosen Blätter, die in Deutschland noch von Parteigenossen herausgegeben würden, könnten bei mancherlei sonstigen Vortheilen doch kein Ersatz für die frühere Parteipresse sein; sie müßten nicht nur jede, auch die leiseste Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation vermeiden, sondern dürften sich nicht einmal, ohne die Gefahr der sofortigen Unterdrückung zu laufen, den dritten Theil der Offenheit erlauben, womit die bürgerliche Presse bisweilen gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen bespreche. Prinzipiell und taktisch stellte sich der Sozialdemokrat auf den Boden des Gothaer Programms; als Organ der deutschen Sozialdemokratie, die nach wie vor eine revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes sei, werde er für die allmälige Aufklärung und Organisation der Massen wirken und alle scheinbar eher zum Ziele führende, in Wahrheit aber thörichte und verderbliche Revolutionsmacherei bekämpfen. Obgleich er sich nicht im Machtbereiche der deutschen und österreichischen Partei befinde, gedenke er in der Form nach Möglichkeit jede Verletzung des gemeinen Rechts zu vermeiden, was seiner Rücksichtslosigkeit in der Sache keinen Eintrag thun solle.

Damit löste sich ein peinlicher Bann, und durch die Reihen der Partei lief wieder der alte bewährte Schlachtruf: Vorwärts auf der ganzen Linie!

Zweites Kapitel.

Der neue Aufmarsch.

I. Die Musterung im Schlosse Wyden.

Gleich in seiner Probenummer konnte der Sozialdemokrat einen bedeutsamen Erfolg verzeichnen, den die Partei bei den sächsischen Landtagswahlen errungen hatte.

Die Entstehungsgeschichte der Lassalleschen Agitation erklärte zur Genüge, weshalb die sozialdemokratische Wahlthätigkeit sich zunächst auf die Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht, also auf die Reichstagswahlen konzentrirt hatte. Aber mit ihrem stärkeren Wachsthum hatte die Partei begonnen, sich auch an den Zensuswahlen für die einzelstaatlichen Landtage und die Gemeinden zu betheiligen, unbeschadet aller prinzipiellen Bedenken, in dem unverwüstlichen Drange, sich wo

es irgend anging einen neuen Platz zum Handeln und zum Schlagen zu erobern. Dieser Drang wurde nur da gezügelt, wo die Möglichkeit jedes selbständigen Erfolges ausgeschlossen war, wie bei den Wahlen zum preußischen Landtage. Wo sich in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten günstigere Aussichten boten, waren sie vielfach, und oft genug mit Erfolg, ausgenützt worden, nicht zuletzt im Königreiche Sachsen. In den sächsischen Gemeindevertretungen saßen zahlreiche Sozialdemokraten, und auch die Betheiligung an den sächsischen Landtagswahlen, die alle zwei Jahre stattfanden, um je ein Drittel der zweiten Kammer zu erneuern, hatte allmälig so zugenommen, daß Crimmitschau 1877 den Anwalt Freytag als ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in den sächsischen Landtag sandte. Immerhin war vor dem Sozialistengesetze kein allzu großes Gewicht auf die Betheiligung an den Zensuswahlen gelegt worden; als nun aber am 10. September 1879 neue Wahlen für den sächsischen Landtag stattfanden, und zwar besonders in solchen Bezirken, die wie Leipzig-Land, Chemnitz, Zwickau bei den Reichstagswahlen von 1878 verloren gegangen waren, beschlossen die sächsischen Parteimitglieder eine Kraftprobe zu unternehmen.

Etwa zwei Drittel der sozialdemokratischen Reichstagswähler wurden durch den Zensus von der Landtagswahl ausgeschlossen, trotzdem gelang es, Liebknecht in der westlichen Hälfte von Leipzig-Land und den Rechtsanwalt Puttrich in Zwickau durchzubringen. Auch in den Bezirken, wo die Parteikandidaten unterlagen, war die eroberte Stimmenzahl verhältnißmäßig sehr günstig, und besonders hatte sich die private Organisation von Mann zu Mann, die unter dem Sozialistengesetze allein noch möglich war, vortrefflich bewährt. Bis zum dritten Tage vor der Wahl befanden sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien in vollständigem Dunkel über die sozialdemokratischen Absichten. Zwar schwante ihnen eine Ueberrumpelung, und die Polizei hatte den strengsten Befehl, jede sozialdemokratische Wahlbewegung sofort zu unterdrücken; um ihren patriotischen Heldenmuth vorläufig zu kühlen, verbot sie drei Blätter in Dresden, Chemnitz und Glauchau, von denen keines auch nur im entferntesten gegen das Sozialistengesetz verstoßen hatte. Aber der Ueberfall gelang vollkommen: in der Frühe eines Herbstsonntages schwärmten Hunderte von Parteigenossen aus den verschiedenen Zentren der Wahlbewegung aus, und am Abend desselben Tages hatte jeder Wähler seinen sozialdemokratischen Wahlaufruf und Stimmzettel. Nur in Chemnitz, wo der Polizeier Siebdraht wie ein türkischer Pascha wüthete, wurden zwanzig Personen, darunter die Reichstagsabgeordneten Vahlteich und Wiemer, beim Falzen der Wahlaufrufe und Stimmzettel überrascht und alle, wie ein Bündel Zigarren mit einem Stricke zusammengebunden, auf das Polizeigebäude geschleppt. Sie mußten freilich bei gänzlichem Mangel eines auch nur scheinbar verbrecherischen Thatbestandes sofort wieder entlassen werden, nur den Kandidaten Vahlteich behielt man bis nach vollzogener Wahl in Haft, mit welchem widergesetzlichen Streiche denn auch der Sieg von „Gesetz und Ordnung" in Chemnitz gesichert wurde.

Der Treueid, den Liebknecht und Puttrich bei ihrem Eintritt in den sächsischen Landtag leisten mußten, wirbelte einigen Staub in der Partei auf, obgleich er nichts als eine leere Formalität war. Der gehässigen Polemik Mosts zu geschweigen, so focht auch Karl Hirsch deshalb eine scharfe Fehde mit Hasenclever aus. Doch schlief der Streit sehr schnell ein. Machten die besitzenden Klassen die Erfüllung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten von dem Hersagen einiger schwülstigen Sätze abhängig, so durften sich die arbeitenden Klassen dadurch nicht einen Augenblick beirren lassen; Most selbst hatte bei seiner Aufnahme in den sächsischen Staatsverband einen ganz gleichen Treueid geleistet. Ein trauriges Ereigniß zeigte all zu bald und all zu gründlich, wie nützlich eine Vertretung der Arbeiterklasse im sächsischen Landtage war. Kaum hatte Liebknecht am 27. November im Dresdener Landhause die gemeingefährliche Ausbeutung der sächsischen Bergarbeiter kräftig gegeißelt, als am 2. Dezember eine furchtbare Explosion im Zwickauer Brückenbergschachte 89 Menschenleben vernichtete, einzig durch die Schuld des ausbeuterischen Kapitals, das trotz der gestörten Ventilation die Kohlenförderung nicht auf ein paar Stunden aussetzen wollte. Unter dem Eindrucke dieser entsetzlichen Katastrophe fand eine Woche später in Magdeburg eine Nachwahl zum Reichstage statt, die der Sozialdemokratie einen großen Erfolg einbrachte. Auf ihren Kandidaten Viereck fielen in der Hauptwahl 4721, in der Stichwahl 7312 Stimmen. Gleich darauf kamen bei einer Gemeindewahl in Eßlingen von sieben zu wählenden Gemeinderäthen fünf Sozialdemokraten durch, und im pfälzischen Städtchen Lambrecht eroberten die blutarmen Weber abermals das Rathhaus. Allerdings mußten sie wieder weichen, da die fünfzehn zu Stadträthen gewählten Arbeiter von ihren Ausbeutern mit sofortiger Entlassung bedroht wurden, aber welcher Ruhm für die Gesellschafts- und Staatsretter, wenn ihre „Siege" noch schmählicher waren, als ihre Niederlagen!

Derweil hatte der Sozialdemokrat seine klärende und sammelnde Wirksamkeit begonnen. Für Redaktion und Verlag zeichnete der schweizerische Parteigenosse Herter, und an der finanziellen Sicherung des Blattes, das vorerst nur mit Fehlbeträgen arbeiten konnte, betheiligte sich Höchberg mit gewohnter Opferwilligkeit. Aber der Sozialdemokrat wurde doch von vornherein, was er werden sollte: ein Organ der Gesammtpartei. Die enge und nahe Verbindung mit der deutschen Partei schützte ihn vor den Gefahren der Emigrantenliteratur. In seinem ersten Jahrgange machte sich eine gewisse theoretische Unsicherheit geltend, nicht mehr jedoch, als in der Partei selbst davon noch vorhanden war; die eiserne Nothwendigkeit des Kampfes drängte zunächst alle Theorie in den Hintergrund. Die Sprache des Blattes war ernst und würdig, gewiß nicht frei von kräftigen Ausdrücken, sobald es infame Handlungen richtig zu kennzeichnen galt, aber frei von allem vulgären Zynismus.

Die Beschuldigung, daß der Sozialdemokrat damit begonnen habe, den im Dienste der Partei geleisteten Meineid zu rechtfertigen, beruht auf einer nichts-

würdigen Fälschung. In Frankfurt a. M. war der Parteigenosse Ibsen von den Geschworenen wegen angeblichen Meineids schuldig gesprochen und vom Gerichtshofe zu dreijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden, weil er durch eine falsche Zeugenaussage einen, wegen Verbreitung einer verbotenen Schrift angeklagten Freund gedeckt haben sollte. Wegen angeblichen Meineids, denn Ibsen war vollkommen unschuldig verurtheilt worden. Hiervon abgesehen, billigte der Sozialdemokrat in einem von Hasenclever verfaßten Artikel mit keiner Silbe den Meineid, wenn er geleistet worden wäre; er stellte nur die damals landesübliche Gewissensfolter an den Pranger, die einen Mann entweder zum Verrath an einem Freunde oder zum gerichtlichen Meineide zwinge; er beanspruchte menschliches Erbarmen mit dem Unglücklichen, der in solchem Konflikt strauchele und gegen das Gesetz verstoße: „Für uns ist der Mann ein Märtyrer, kein Verbrecher.“ Es war dieselbe Anschauung, aus welcher heraus Schiller seinen Verbrecher aus verlorener Ehre geschrieben hatte; daraus eine Rechtfertigung des Meineids im Dienste der Partei zu konstruiren, bewies und beweist nichts als die geistige und sittliche Verwahrlosung derer, die sich mit der schmutzigen Lüge besudelten und besudeln.

Was sich, wenigstens dem äußeren Anscheine nach, eher gegen den Sozialdemokraten einwenden ließ, war der beträchtliche Raum, den er auf das Ausreuten des in der Partei aufgeschossenen Unkrauts verwenden mußte. Es wollte nicht viel besagen, ja es war ein entschiedener Vortheil, wenn der scharfe Wind des Sozialistengesetzes sehr schnell die Spreu von dem Weizen sonderte und alle unsicheren Elemente wegblies, die sich dem raschen Siegeszuge der Partei nach dem Gothaer Vereinigungskongresse angeschlossen hatten. Viel beklagenswerther war es schon, daß manche altbewährte Genossen ermattet die Waffen von sich warfen oder selbst der Versuchung unterlagen, sobald die Polizei sie vor die Wahl stellte, entweder ihre und ihrer Familien Existenz vernichtet zu sehen oder zu Verräthern an ihrer Sache zu werden. Aber auch diese Fälle verschwanden in der Fülle aufopfernder Treue, und der Jubel der Gegner über die Proskriptionslisten des Sozialdemokraten bestätigte nur, daß die Partei eiserne Zucht in ihren Reihen aufrecht zu erhalten entschlossen war. Wirklich bedenklich war dagegen der Einfluß, den Most in dem ersten Jahre der Verwirrung gewonnen hatte. Es waren nicht immer die schlechtesten und nicht immer die zurückgebliebensten Elemente, sondern auch kühne und trotzige Naturen, die auf die Stimme der Londoner Freiheit hörten, die um so mehr darauf hörten, je härter sie unterdrückt wurden. Namentlich in Berlin, wo der kleine Belagerungszustand im November 1879 erneuert worden war und fortdauernd dazu benutzt wurde, das klassenbewußte Proletariat zu zehnten, hatte Most einen gewissen Anhang gewonnen, und auch unter den Berliner Ausgewiesenen herrschte eine entzündliche, jedem Argwohn und Verdacht leicht zugängliche Stimmung. Da die Polizei die Sammlungen für die Ausgewiesenen verboten hatte, mußten sie im Geheimen fortgesetzt, und mußte ihr Ergebniß auch im Geheimen vertheilt werden, woraus allerlei Klatschereien und Reibungen entstanden. Most erklärte diese Samm=

lungen überhaupt für eine philisterhafte Thätigkeit. Seitdem ihm mit dem Erscheinen eines ausländischen Parteiorgans jeder ernsthafte Grund zur Beschwerde genommen worden war, verrannte er sich ganz und gar, warnte die Arbeiter vor der Theilnahme an den Wahlen, feierte die Attentate Hödels und Nobilings, arbeitete mit wenig ehrenhaften Mitteln auf die Bildung einer neuen „sozialrevolutionären" Partei hin. In allen diesen Dingen freie Bahn zu schaffen, war eine oft unerfreuliche, mit vielem kleinlich-persönlichem Hader verknüpfte, aber nothwendige Aufgabe.

Im Allgemeinen wurde ihr der Sozialdemokrat mit großem Takte gerecht. Er drang von Woche zu Woche tiefer ins deutsche Proletariat ein, trotz aller polizeilichen Spürkünste, trotz der Hunderte von Haussuchungen, die an den verschiedensten Orten Deutschlands stattfanden, trotz aller postalischen Briefstiebereien. In diesem Guerillakriege schürzten sich die neuen Fäden der Organisation, die mit den Sammlungen für die Ausgewiesenen angeknüpft worden waren, zu einem Gewebe, das, wie ein Staatsanwalt in Magdeburg schon 1880 klagte, wohl in einzelnen Maschen aufgelöst, aber niemals zerrissen werden könne. Das hungernde und verachtete Proletariat erwies sich als der wirkliche Herr der modernen Produktions- und Verkehrskräfte, mit deren Waffen es die historisch längst überlebte Polizeiwirthschaft spielend überwand. Alles Ding will gelernt sein, und gelegentlich wurde eine Sendung des Sozialdemokraten oder anderer verbotenen Schriften abgefangen, aber bald arbeitete die „rothe Feldpost" mit einer Genauigkeit und Pünktlichkeit, vor der die reklamenhaft aufgebauschte „Findigkeit" der offiziellen Reichspost ruhig die Segel streichen konnte. Neben dem Sozialdemokraten erwies sich die Verbreitung von Flugblättern als ein wirksames Agitationsmittel; ehe ein Verbot hinterher hinken konnte, waren die Flugblätter gewöhnlich vertheilt. Als die Dresdener Polizei eine mündliche Berichterstattung Bebels an seine Wähler verbot, erstattete Bebel den Bericht in einem Flugblatte, das an einem Sonntagmorgen zwischen 7 und 9 Uhr von 700 Mann in 30 000 Exemplaren so geschickt und schnell vertheilt wurde, daß die Polizei, als sie dahinter kam, nur noch ein paar einzelne Exemplare erwischte.

So sicher wurden die Arbeiter bald ihrer unbezwinglichen Kraft, daß sie mit ihren Verfolgern spielen lernten, wie die Katze mit der Maus. Im Februar 1880 ging ein Züricher Parteigenosse, den der Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen über die Expeditionsweise des Sozialdemokraten ausholen wollte, scheinbar darauf ein, jagte den biederen Staatsretter mit seinem Gefolge von Spitzeln an die belgische Grenze, während dessen eine große Sendung verbotener Schriften über die schweizerische Grenze ging, und lieferte den erhaltenen Sündensold an die Kasse des Sozialdemokraten ab, der darüber als „von Schnüffel und Langohr im Deutschen Reiche" quittirte. Einen Monat darauf wurde in Lindau von der Zollbehörde ein großes Kolli angehalten, das, aus einem kleinen Orte in Vorarlberg in ein Mainstädtchen in Franken adressirt, angeblich Papierabfälle, unter solchen Abfällen verpackt aber eine Sendung des

Sozialdemokraten enthielt. Stolz auf ihren Fang bargen die Zöllner ihn in ihrem Keller, aber am nächsten Morgen war er verschwunden, und die Sendung gelangte in die richtigen Hände. Im Reiche selbst wurde zu gleicher Zeit der Magdeburger Polizei ein lustiger Streich gespielt. Mit ihrer Genehmigung hatte ein patriotischer Buchhändler eine Schrift in rothem Umschlage veröffentlicht, unter dem verlockenden Titel: Der Sieg der Sozialdemokraten oder die Idee Deutschland als Republik, von einem Parteifreunde. Die Schrift begann mit radikalen Phrasen, um dann in eine dringliche Empfehlung polizeifrommer Gesinnung auszulaufen. Flugs erschien eine zweite Schrift, genau in der gleichen Ausstattung, mit dem gleichen Titel und der gleichen Einleitung, aber darnach mit einem Inhalte, der des Sozialistengesetzes spottete. An 25 000 Exemplare wurden unter der fördernden Mitwirkung der hohen Polizei verbreitet, die erst nach zwei Monaten dahinter kam, welches Kuckucksei sie ausgebrütet hatte. Nun war guter Rath theuer. Sollte sie ihr eigenes Machwerk mitverbieten oder die Kontrebande mitlaufen lassen? Das schwierige Dilemma schärfte ihre trüben Sinne, und am 9. Mai 1880 verfügte die königliche Regierung in Magdeburg, die Schrift mit dem blaßrothen Umschlage sei polizeilich erlaubt, aber die Schrift mit dem hellrothen Umschlage sei polizeilich verboten. Also zu lesen im Deutschen Reichsanzeiger und nicht etwa im Amtsblatte von Schilda.

Ueber solchen ergötzlichen Scherzen verkannte die Sozialdemokratie nicht den Ernst der Lage. Für alle moralischen Niederlagen entschädigte sich die Polizei durch den gehässigen Gebrauch, den sie von den materiellen Machtmitteln ihrer schrankenlosen Diktatur machte. Und im Frühjahre 1880 brachte Bismarck den Antrag an den Reichstag, das noch auf ein Jahr laufende Sozialistengesetz auf fünf weitere Jahre zu verlängern. Der Säkularmensch konnte nicht mehr ohne den Belagerungszustand regieren, mit dem nach Cavours bekanntem Worte jeder Esel regieren kann.

Die schönen Früchte, die nach Bismarcks Versicherung das Sozialistengesetz zeitigen sollte, hatten sich als eitel Staub und Asche erwiesen. Der Nothstand, den angeblich die sozialdemokratische Agitation verschuldet hatte, war nach ihrer Unterdrückung fast noch unerträglicher geworden, als vorher. Seinen Höhepunkt erreichte er um die Jahreswende von 1879 auf 1880. An den verschiedensten Orten Deutschlands, im Spessart, in Thüringen, im sächsischen Erzgebirge, in Oberschlesien herrschte selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse eine grauenhafte Hungersnoth. Ein überaus strenger Winter und verheerende Ueberschwemmungen im Frühjahre kamen hinzu. Wenn aber selbst dadurch die Kraft der sozialdemokratischen Partei nicht gebrochen wurde, so wurden um so weiter die Augen der armen Bevölkerung geöffnet, die bisher noch an den Erlöser Bismarck geglaubt hatte. Bis auf den Tod entkräftet, wie sie war, fühlte sie doppelt scharf die neuen Schröpfköpfe der Finanz- und Schutzzölle. Die Lohnerhöhung, welche die Schutzzölle den industriellen Arbeitern bescheren sollten, blieb natürlich aus; vielmehr wurden die Löhne, wo es irgend anging, noch

gedrückt; waren die Arbeiter doch auch in dieser Beziehung durch die Zerstörung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen wehrlos gemacht worden! Das ländliche Proletariat wurde aufgeklärt durch das Feld- und Forstpolizeigesetz, womit die preußische Geldsackvertretung in ihrer unstillbaren Profitgier die Blaubeeren und Fichtennadeln verschlang, die der blutigen Armuth noch vom alten Gemeineigen am Walde geblieben waren. Unter so bewandten Umständen wußte ein erleuchteter Staatsmann, wie Bismarck, nichts Besseres zu thun, als den Belagerungszustand zu verschärfen: in der Frühjahrssession 1880 verlangte er vom Reichstage die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Erneuerung des im nächsten Jahre ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 25 615 Mann.

Die Militärvorlage wurde von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit ohne viel Federlesens bewilligt. Einzelne Nationalliberale jammerten allerdings ein wenig über Molochs Unersättlichkeit, aber einiges Säbelgerassel Moltkes machte sie bald verstummen. Seit dem russisch-türkischen Kriege hatte das Dreikaiserbündniß einen unverwindlichen Stoß erhalten; die widerstreitenden Interessen Oesterreichs und Rußlands in der Orientfrage waren scharf auf einander gestoßen, und wie eifrig immer Bismarck in den siebenziger Jahren und namentlich auf dem Berliner Kongresse die zarischen Interessen vertreten hatte, so klagte Väterchen doch bitter über die Undankbarkeit des getreuen Vasallen. Die neue Gruppirung der europäischen Mächte stellte Deutschland, Oesterreich und bald auch Italien dem Zweibunde Rußland-Frankreich gegenüber. Die Annexion Elsaß-Lothringens reifte jetzt ihre bitteren Früchte. Die sozialdemokratische Politik nach Sedan konnte nicht bündiger gerechtfertigt werden, als durch die steigenden Militärforderungen, die nach der Versicherung der Regierung nothwendig seien, um gegen „zwei Fronten", gegen Frankreich und Rußland gerüstet zu sein. Eben das hatte der Braunschweiger Ausschuß in seinem Manifeste vorausgesagt. Von gleichem Standpunkt aus kritisirte Bebel die Militärvorlage, ohne zu verhehlen, daß auch die Sozialdemokratie bereit sei, den vaterländischen Boden gegen fremde Eroberungsgelüste zu vertheidigen. Er begründete diese von Most, aber auch von einzelnen treuen Parteimitgliedern angefochtene Auffassung ausführlich im Sozialdemokraten: die international gesinnte Sozialdemokratie sei nicht vaterlandslos, ihr dürfe nicht gleichgiltig sein, ob Deutschland unter Fremdherrschaft komme oder ausländische Eroberer Fetzen deutschen Landes an sich rissen, auch das Proletariat brauche die nationale Unabhängigkeit, um seinen Emanzipationskampf mit Kraft und Nachdruck führen zu können. Es war die alte Auffassung, die 1859 von Marx, Engels und Lassalle bethätigt, in den Anfängen der deutschen Partei von Lassalle und Schweitzer vertreten und nur in den wirrenreichen Jahren des norddeutschen Bundes hier und da verdunkelt worden war.

Die Sozialistenvorlagen der Regierung enthielten nichts als einige dürftige und nichtssagende Redensarten, sowohl der Rechenschaftsbericht über die Handhabung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, als auch der Gesetzentwurf,

der die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf fünf Jahre verlangte. Sie waren, wie alle Vorlagen ähnlicher Art, die dem Reichstage im nächsten Jahrzehnte zugingen, nach dem Schema gearbeitet, das Macaulay einmal als die Logik aller schlechten Regierungen in die Formel gebracht hat: „Wenn das Volk unruhig ist, so ist es für die Freiheit nicht reif; wenn es ruhig ist, so verlangt es nicht nach Freiheit.“ So sagte das brave System Bismarck entweder: das Sozialistengesetz hat Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es verlängert werden, oder aber es sagte: das Sozialistengesetz hat noch keine Ruhe im Proletariat geschaffen, und deshalb muß es erst recht verlängert werden. Zwischen diesen beiden genialen Gesichtspunkten taumelten seit 1880 die „Begründungen“ aller Sozialistenvorlagen wie betrunken einher; vielleicht haben die Tintenkulis, die sie auszuarbeiten hatten, wirklich beim Frühschoppen ausgeknobelt, ob sie ihre Redensarten mehr auf diesen oder auf jenen Leisten schlagen sollten, jedenfalls war niemals irgend ein Zusammenhang mit der konkreten Entwicklung der Dinge in diesen Schriftstücken zu entdecken. Die unabhängigen Organe der bürgerlichen Presse erklärten bald genug, es lohne nicht, die Wische erst abzudrucken, und um so weniger darf sich eine historische Darstellung damit befassen. Im Jahre 1880 war die Frage des Sozialistengesetzes, die 1878 noch für viele seiner Befürworter mit mancherlei ideologisch-moralischem Ballast bepackt gewesen war, längst zur simplen Machtfrage geworden, die allein nach den Bedürfnissen des praktischen Klassenkampfes entschieden wurde.

Die konservativ-nationalliberale Mehrheit war bereit, das Gesetz zu verlängern. Die Nationalliberalen stellten nur zwei Bedingungen: die Verlängerung sollte sich nicht auf 5, sondern nur auf $3\frac{1}{2}$ Jahre, bis zum 30. September 1884 erstrecken, und die polizeiliche Ausweisungsbefugniß nach § 28 sollte Mitglieder gesetzgebender Körperschaften während deren Sessionen nicht berühren. Beides bewilligte die Regierung; auf die kleine Abkürzung der Frist kam es ihr nicht an, und mit der Verfolgung Fritzsches und Hasselmanns wegen Bannbruchs war sie inzwischen auch bei den Gerichten abgeblitzt. Von allen Nationalliberalen stimmte nur Lasker unbedingt gegen jede Verlängerung; damals schon ein sterbender Mann, der seine politischen Sünden erkannte und sie an seinem Theile zu sühnen versuchte, sprach er die Wahrheit aus, daß die Regierung die ihr gegen die Sozialdemokratie übertragenen Befugnisse, entgegen ihren Versprechungen, in grober Weise mißbraucht habe. Seine Parteigenossen halfen sich über das unbequeme Geständniß mit der schnöden Bemerkung fort, wenn Unkraut ausgejätet werde, lasse es sich nicht vermeiden, daß auch gesunde Pflanzen mit ausgerissen würden.

Von den bürgerlichen Oppositionsparteien waren die Ultramontanen jetzt darüber beruhigt, daß sie von dem Ausnahmegesetze nicht behelligt würden, und also auch bereit, es zu verlängern, nur sollten um des lieben Scheins willen ihnen einige „Milderungen“ zugestanden werden. Der alte Fuchs Windthorst verlangte, daß der kleine Belagerungszustand auf Berlin beschränkt, Sammlungen

für Ausgewiesene nicht verboten, Wahlversammlungen nicht den Beschränkungen des Gesetzes unterliegen sollten, und Anderes mehr. Die Regierung und ihre konservativ-nationalliberale Mehrheit gingen nicht darauf ein: die bekehrten „Reichsfeinde“ sollten ohne weiteres Flennen über den Stock springen; 14 Ultramontane waren auch dazu bereit. Da so die Mehrheit für das Gesetz reichlich gesichert war, konnten sich die Fortschrittler noch einmal den ungetrübten Genuß ihrer gesinnungstüchtigen Tiraden gönnen.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach Vahlteich in der ersten Lesung sehr gut und kräftig. Gegenüber dem Gerede der Gegner, daß die Sozialdemokratie die Revolution im „Heugabelsinne“ wolle, nach dem Muster des nihilistischen Terrorismus in Rußland, der damals in seiner Blüthe stand, legte er dar, daß die Revolution in altem Stile mit Barrikaden und dergleichen bei der Vervollkommnung der Waffen und der Ausbildung des modernen Militarismus schon aus rein technischen Gründen unmöglich sei; deutsche Sozialdemokraten und russische Nihilisten seien nach ihren Ursprüngen und Zielen ganz verschiedene Parteien und demgemäß auch auf eine ganz verschiedene Taktik angewiesen. Aehnlich stellte sich Bebel zum russischen Nihilismus. An der zweiten Lesung betheiligte sich die Fraktion durch Abänderungsanträge, natürlich nur zu dem Zwecke, ausreichend zum Worte kommen und die ungeheuerliche Polizeiwirthschaft nach den verschiedensten Seiten beleuchten zu können. Ohnehin waren ihre Anträge so abgefaßt, daß, wie ein nationalliberaler Redner sagte, bei ihrer Annahme nur das Schneckenhaus bleiben, die Schnecke selbst aber verschwunden sein würde. In der dritten Lesung sprach Hasselmann, im Ganzen nicht ungeschickt, aber mit der perfiden Wendung schließend: er bedauere, daß mehrere seiner Kollegen die Gemeinschaft mit den russischen Nihilisten abgelehnt hätten, er nehme sie an, die Zeit des parlamentarischen Geschwätzes sei vorüber, und die Zeit der Thaten beginne. Dann wurde die Vorlage der Regierung mit 191 gegen 94 Stimmen genehmigt.

Einen ungünstigeren Augenblick, als den Tag, an dem die Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse auf eine Reihe von Jahren erstreckt wurde, hätte sich Hasselmann für sein Pronunziamento nicht wählen können. Seit dem Gothaer Kongresse von 1876 hatte er in seiner frondirenden und intriguirenden Haltung beharrt, ohne irgend ein erkennbares Prinzip, es sei denn, daß er mit der „schwieligen Faust“ der Arbeiter kokettirte. Die unbestreitbaren Verdienste, die er sich als geistiger Leiter des Neuen Sozialdemokraten erworben hatte, erhielten ihm die Anhänglichkeit mancher Arbeiterkreise, besonders in Berlin und Elberfeld-Barmen, den Stätten seiner persönlichen Wirksamkeit, jedoch zu einer Fraktion Hasselmann brachte er es nicht. Nach dem Erlasse des Sozialistengesetzes waren von seinen Reichstagskollegen die verschiedensten Versuche gemacht worden, ihn wieder zur rückhaltlosen Mitarbeit für die Parteiinteressen heranzuziehen, aber sie scheiterten an seinem mißtrauischen und verschlossenen Wesen. Er schürte vielmehr alle Verstimmungen, die irgendwo in der Partei auftauchten,

und die parlamentarische Fraktion hatte längst die Frage erwogen, ob diesem heimlichen Verdächtigungskriege nicht ein offenes Zerschneiden des Tischtuches vorzuziehen sei. Um so besser, daß Hasselmann jetzt selbst brach und sich freiwillig zu einem politisch todten Manne machte.

Seine hartnäckige Absonderung scheint seinen politischen Blick vollständig getrübt zu haben; sonst hätte er aus einer Reihe von Nachwahlen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1880 stattfanden, erkennen müssen, wie wenig das klassenbewußte Proletariat die politische Thätigkeit mit der „Propaganda der That" zu vertauschen gedachte. Am 2. März wurde Auer in Glauchau-Meerane mit 8225 gegen 7288 Stimmen gewählt, an Stelle Brackes, der wegen schwerer Krankheit sein Mandat niedergelegt hatte. Der Wahlkreis war freilich ein altes Besitzthum der Partei, aber gerade damals herrschte in ihm ein furchtbarer Nothstand, dessen lähmenden Einfluß zu überwinden eine hohe geistige Energie der hungernden Weber erforderte. Viele dieser Braven verzichteten auf jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, um nur ja ihr Wahlrecht nicht zu verlieren. Scheinbar nicht ganz so günstig verlief am 15. April eine Nachwahl in Berlin II, wo auf den sozialdemokratischen Kandidaten nur etwa 3000 Stimmen fielen, um die Hälfte weniger als im Attentatsjahre. Erwog man aber, daß in Berlin jeder sozialdemokratische Wähler vor der Gefahr sofortiger Ausweisung stand, so war auch dies Ergebniß aller Ehren werth, und den Jubel der Gegner über eine so „segensreiche" Wirkung des kleinen Belagerungszustandes dämpfte selbst ein konservatives Blatt mit der skeptischen Frage, wie viele liberale oder konservative Stimmen wohl unter den Umständen aufgebracht worden wären, unter denen die Sozialdemokratie doch immer noch 3000 Stimmen gemustert habe. Und wenn es eine kleine Scharte gewesen wäre, so wurde sie am 27. April glänzend ausgewetzt durch die Wahl Hartmanns in Hamburg II, wo 13 155 sozialdemokratische Wähler gleich im ersten Anlauf 6451 fortschrittliche und 3583 nationalliberale Wähler schlugen. Damit war der erste Wahlkreis unter dem Sozialistengesetze neu erobert worden; mitten in die Berathungen des Reichstags über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schleuderte das alte treue Hamburg diesen schneidenden Protest. Der Sieg wurde unter den schwierigsten Umständen erfochten, trotz der Unterdrückung jeder Wahlagitation, trotz der Verhaftung des Wahlkomites und der Beschlagnahme des Wahlfonds, trotz der Konfiskation selbst eines harmlosen Flugblattes, das die Wähler zur Einsicht der Wahllisten aufforderte. Nur ein Schatten fiel auf den schönen Erfolg; an demselben Tage starb Bracke, durch einen Blutsturz dahingerafft; wie Geib, hatte er noch nicht sein vierzigstes Lebensjahr erreicht.

Auch für die inneren Parteiverhältnisse war diese Wahl von Bedeutung. In Hamburg gab Hasselmann einige farblose Wochenblätter heraus, und wenn irgendwo, so mußte er hier seine „Thaten" beginnen. Er dachte aber nicht daran, wagte sogar seine Brandrede nur verstümmelt in seinen eigenen Blättern abzudrucken und stänkerte blos in der alten Weise weiter, nur daß seine Ver-

dächtigungen ihr Gift verloren hatten, seitdem er offen damit hervorrücken mußte. Sein kleiner Anhang schmolz vollständig zusammen, und der große Revolutionär wurde der willenlose Spielball preußischer Spitzel. Als ein gewisser Neumann, ein angeblicher „Sozialrevolutionär“ aus Berlin, auf der Reise nach London bei Hasselmann vorsprach, gab dieser dem falschen Bruder einen blutdürstigen Artikel für die Freiheit mit. Als dann verlautete, daß Neumann wahrscheinlich ein Spitzel sei, wie er es denn wirklich war, hielten Hasselmann und sein Helfershelfer Karl Schneidt, ein ehemaliger Privatlehrer, schleunige Flucht für um so gerathener, als sie bei den deutschen Arbeitern nichts mehr zu verlieren hatten. Gefördert und unterstützt wurde ihre Ausreißerei durch einen anderen Spitzel, den Blaufärber Wichmann, und zwar im Auftrage des Polizeikommissars Engel in Altona, der vor Hasselmann so große Angst hatte, daß er den „Mann der That“ zur Ausspionirung der ausländischen Anarchistenparteien mißbrauchte. Hasselmann, der erst nach Belgien, dann nach England und endlich nach Amerika ging, empfahl den Helfer seiner Flucht überall als einen treuen Gesinnungsgenossen; Wichmann wurde ein geschätzter Korrespondent der Freiheit und erhielt von den ausländischen Anarchisten die vertraulichsten Mittheilungen, die er brühwarm zu Engel trug. Ebenso kläglich, wie Hasselmanns Pronunziamento, verlief der Versuch zweier Berliner Ausgewiesenen, des Maurers Körner und des Zimmerers Finn, der Partei von rechts her in den Rücken zu fallen; kaum hatten sie sich für die „Sozialreformer“ Bismarck und Stöcker begeistert, als sie abgethane Leute waren; es hat sich niemals auch nur ein dritter Mann zu ihnen gefunden, um wenn nicht eine reichsfreundliche Arbeiterreformpartei, so doch einen reichsfreundlichen Arbeiterreformskat zu bilden.

Mit Most war im Monat Mai noch ein letzter Versuch der Verständigung gemacht worden. Um diese Zeit sollte in Rorschach am Bodensee ein geheimer Parteikongreß stattfinden, zu dem Most als Delegirter mit Mandaten von Berlin und Crimmitschau in der Schweiz erschienen war. Der Kongreß mußte verschoben werden, da die Polizei hinter seine Vorbereitungen gekommen war, und Most agitirte nun in den schweizerischen Städten. Dabei kam es in Zürich mit den dortigen Anhängern der Partei zu eingehenden Auseinandersetzungen und zur einstimmigen Annahme einer Resolution, wonach alle persönlichen Angriffe auf beiden Seiten eingestellt und die sachlichen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise ausgetragen werden sollten. Jedoch als Most nach London zurückgekehrt war, verleugnete er diese Abmachung und setzte die alten Hetzereien fort. Sie wurden den Arbeitern nun bald so widerlich, wie Hasselmanns Brandreden. Als in Berlin V, wo im Attentatsjahre 3615 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden waren, im Juni eine Nachwahl stattfand, bei der die Partei wegen absoluter Aussichtslosigkeit einer Parteikandidatur demonstrative Wahlenthaltung angeordnet hatte, ließ sich Most von seinen Anhängern als Kandidaten aufstellen und erhielt gerade 203 Stimmen. Unter den Berliner Parteigenossen herrschte mancherlei Mißstimmung, und die schmerzende Geißel des kleinen Be-

lagerungszustandes machte sie noch am ehesten empfänglich für eine Taktik, die Auge um Auge und Zahn um Zahn forderte. Aber sie waren viel zu erprobte und geschulte Parteigenossen, um ihrer Parteipflicht nicht in vollem Umfange nachzukommen, und alle separatistischen Bestrebungen lagen ihnen durchaus fern.

Der geplante Kongreß tagte dann vom 20. bis zum 23. August auf dem alten Schlosse Wyden, das bei Ossingen im Kanton Zürich etwas abseits von der Heerstraße liegt. Er wurde von 56 Delegirten besucht, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus den verschiedenen Theilen Deutschlands gekommen waren; außerdem waren Vertreter der deutschen Sozialisten in der Schweiz, in Frankreich und in Belgien, sowie je zwei österreichische und schweizerische Parteigenossen zugegen. Die Sozialisten aller Länder schickten zahlreiche Begrüßungsschreiben und Sympathiezuschriften. Obgleich der Sozialdemokrat seit dem 20. Juni wiederholt zur Beschickung des Kongresses aufgefordert hatte, war das Geheimniß von Ort und Zeit so gut gewahrt worden, daß die viertägigen Berathungen völlig ungestört verliefen. Most und Hasselmann hatten sich nicht eingefunden, und sonst befanden sich unter den 56 Theilnehmern nur 3 „Sozialrevolutionäre", ein rheinischer Delegirter und die beiden Delegirten für Berlin.

Die acht Sitzungen des Kongresses führten zu manchem kräftigen Aufeinanderplatzen der Geister, aber zuletzt doch zu vollkommener Einigung. Die Kritik der im ersten Jahre des Sozialistengesetzes begangenen Fehler hatte jetzt nur noch ein historisches Interesse; mochten die Einen die überaus schwierige Lage und die drückende Verantwortlichkeit der Führer nicht gebührend veranschlagen, so übertrieben die Anderen mit der Frage, was die Führer denn hätten ausrichten können, wenn die Massen versagten. Zweifellos war die Situation nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden. Aber an der seit Jahr und Tag eingeschlagenen Taktik ließ sich grundsätzlich nichts mehr aussetzen. Man fügte sich nicht mehr dem Sozialistengesetze, sondern setzte die alte Agitation in der alten Weise fort, trotz des Ausnahmegesetzes und gegen dieses Gesetz. Das klassenbewußte Proletariat nahm die ihm geraubten Rechte aus eigener souveräner Kraft zurück, sicher, daß seine Todfeinde eher die Stürme des Himmels mit ihren Händen greifen, als seine Riesenglieder mit ihren rostigen Ketten fesseln könnten.

So beschloß der Kongreß, das Gothaer Programm dahin zu ändern, daß die Partei ihre Ziele mit allen Mitteln und nicht mehr blos mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebe, die Reichstagsfraktion als Parteileitung und den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan anzuerkennen, in der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre einen Parteikongreß abzuhalten, die Organisation an den einzelnen Orten den Parteigenossen zu überlassen, an den Wahlen für Reichstag, Landtag und Gemeinde aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten theilzunehmen, insbesondere aber für die Reichstagswahlen von 1881 die allgemeinste und kräftigste Propaganda zu entfalten. So zwar, daß die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, ohne Rücksicht auf ihre Zahl, selbständig vorgehen

und eigene Kandidaten aufstellen, bei Stichwahlen aber im Allgemeinen sich der Stimme enthalten sollten. Die Stimmenthaltung bei Stichwahlen war ein altes Erbstück von den Gothaer Kongressen der siebenziger Jahre her; durch die jämmerliche Haltung der bürgerlichen Oppositionsparteien veranlaßt, hatte dieser Beschluß gewöhnlich nur ein papiernes Dasein geführt; war der vorgeschrittenere der beiden bürgerlichen Kandidaten, zwischen denen die Entscheidung lag, kein gar zu kläglicher Patron, so konnte er im Allgemeinen auf die sozialdemokratischen Stimmen rechnen.

Auch die internationale Stellung der Partei wurde durch einige Beschlüsse bestimmt. Der Kongreß sprach dem Befreiungskampfe der russischen Nihilisten seine Sympathie aus, wenn ihre durch die russischen Verhältnisse bedingte Taktik auch nicht für die deutschen Verhältnisse geeignet sei, und beschloß einen, von den belgischen Sozialisten für das Jahr 1881 geplanten Weltkongreß zu beschicken. Auf Anregung eines mit den amerikanischen Verhältnissen vertrauten Delegirten sollten ein paar bekanntere Parteigenossen noch vor den nächsten Reichstagswahlen in den Vereinigten Staaten öffentliche Vorträge über die politischen Verhältnisse Deutschlands zum Besten des Unterstützungs- und Wahlfonds halten.

In den inneren Parteiwirren beschloß der Kongreß die Ausstoßung Hasselmanns und Mosts. Die drei „sozialrevolutionären" Delegirten enthielten sich der Abstimmung, doch nur aus formalen Gründen, sie erkannten das falsche Spiel, das Hasselmann und Most gespielt hatten; namentlich ergab die sorgsame Prüfung der Rechnungen, daß alle Beschuldigungen wegen Verschleuderung der Parteigelder aus der Luft gegriffen worden waren. Eingelaufen waren von Beginn des Sozialistengesetzes bis zum 1. August 1880 rund 37 310 Mark, und davon für die verschiedensten Unterstützungszwecke ausgegeben 27 650 Mark. Ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, die sich mindestens ebenso hoch beliefen.

Schloß das erste Jahr des Sozialistengesetzes mit einem Signale zum Sammeln, so schloß sein zweites Jahr mit der Musterung der gesammelten Truppen. Das Heer war marschbereit, und seine Fahnen wehten voran zu neuen Siegen.

II. Der entscheidende Kampf.

Als Antwort auf die Hamburger Wahl und den Wydener Kongreß führte Bismarck einen Schlag, den er schon lange geplant hatte: am 28. Oktober 1880 wurde über Hamburg-Altona und Umgegend, über ein Gebiet von 20 Geviertmeilen mit 600 000 Einwohnern, der kleine Belagerungszustand verhängt. Der Hamburger Senat hatte lange mit seiner Einwilligung gezögert; die Bourgeoisie der großen Handelsstadt lag damals in heftigem Zwiste mit Bismarck, der im Interesse seiner schutzzöllnerischen Politik den Eintritt Hamburgs in den Zollverein betrieb; für ihn war es natürlich ein doppeltes Vergnügen, mit dem revolutionären

Proletariat zugleich die widerhaarige Bourgeoisie zu treffen, die bald darauf denn auch die Waffen streckte.

Mit der Bourgeoisie waren die Hamburger Arbeiter für die Freihafenstellung der Stadt gegen Bismarck eingetreten, und wesentlich wohl diesem Umstande hatten sie es zu danken gehabt, daß sie in den beiden ersten Jahren des Sozialistengesetzes nicht übermäßig gequält worden waren. Nicht als ob es ihnen an mancherlei Drangsalirung gefehlt hätte; war doch das Hamburg-Altonaer Volksblatt so schnell verboten worden, wie der Vorwärts und die Berliner Freie Presse. Aber noch vor der Verkündigung des Sozialistengesetzes hatte Heinrich Dietz, ein geborener Lübecker, der Leiter der Hamburger Genossenschaftsbuchdruckerei, dies Geschäft käuflich erworben, um es vor den Klauen der Polizei zu schützen, und es gelang, die ersten Schläge durch die Gründung der Gerichtszeitung zu pariren, die von Blos, Karl Hillmann, Heinrich Oldenburg, dann auch von Auer redigirt wurde und schnell 12 000 Abonnenten gewann. Vorsichtig gehalten, wurde sie in Hamburg geduldet, dagegen in Altona in ihren ersten 42 Nummern fortgesetzt konfiszirt. Die preußische Polizei wollte darin eine Fortsetzung des verbotenen Volksblatts sehen, und es entspann sich zwischen ihr und den Altonaer Kolporteuren, die um ihr tägliches Brot kämpften, ein wochenlanger Krieg, der schließlich auf eine durch zwei Instanzen getriebene Anklage des Altonaer Polizeianwalts mit dem Siege der angeklagten Kolporteure endete. Auf Vorstellungen, die Dietz bei dem Polizeikommissar Engel erhob, erwiderte dieser christliche Biedermann: „Sie haben Berliner Ausgewiesene in Ihrem Geschäfte angestellt, das genügt." Die Hamburger Wahl vom 27. April zeigte dann, daß auch in den Sammethandschuhen der Hamburger Polizei scharfe Nägel steckten, aber sie zeigte auch, daß den Hamburger Arbeitern nichts ferner lag, als gewaltsames Losschlagen. Damit fehlte jede Voraussetzung für die Anwendung des § 28, die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Hamburg und Umgegend war nichts als ein frivoler Racheakt.

Und nicht minder frivol war seine Ausführung. Ausweisungsbefehle erhielten sofort 75 Personen, darunter 67 Familienväter, ein paar Monate darauf folgten noch 30 Personen. Dem Gastwirth Fahl in Pinneberg, der seit einem Jahre an der Schwindsucht darniederlag und das Bett nicht verlassen konnte, wurde ein Gesuch um vorläufige Fristverlängerung rundweg abgeschlagen; es war ein echtestes Stücklein preußischen Christenthums, daß Fahl in seinem schwer leidenden Zustande forttransportirt werden mußte. Unter den Hamburger Ausgewiesenen befanden sich Auer, Blos, Dietz, Hartmann, Karl Hillmann, die Brüder Kapell, Oldenburg, Praast, Reimer; die Mehrzahl von ihnen ging nach Amerika. Dietz begab sich mit Auer und Hillmann nach Harburg, um die Gerichtszeitung aufrecht zu erhalten, doch wurde sie schon am 30. März 1881 verboten, angeblich wegen einer Notiz über — russische Polizeiwirthschaft, thatsächlich wegen ihrer Opposition gegen den Hamburger Zollanschluß. Sie wurde zwar sofort durch die Bürgerzeitung ersetzt, an der Johannes Wedde in erster

Reihe thätig war, doch hatte das Hamburger Geschäft, wie Dietz von einer Kommission bürgerlicher Fachmänner feststellen ließ, durch die Unterdrückungen und Verfolgungen seit dritthalb Jahren 100 000 Mark an Werth verloren. Zudem sperrte die Ausdehnung des kleinen Belagerungszustandes auf Stadt und Amt Harburg bald auch diesen Zufluchtsort.

Die Hamburger Ausweisungen kosteten der Partei manche alten Kämpfer; Hartmann, Karl Hillmann, Oldenburg, die beiden Kapells zogen sich von der Bewegung zurück. Aber die geschlossenen Reihen schwankten nicht einen Augenblick, und als der Reichstag am 30. und 31. März 1881 die Denkschriften über den Berliner und Hamburger Belagerungszustand diskutirte, gestand selbst die bürgerliche Presse, so kühn wie diesmal sei die Sozialdemokratie noch niemals im Reichstage aufgetreten. Und wohl verdienten die Reden Auers und Bebels das Lob des Sozialdemokraten: Kein Zugeständniß, aber auch kein kindisches Drohen, kein Appell an die guten Herzen, aber auch kein theatralisches Gepolter. Es war in den Tagen, wo die russischen Terroristen den Zaren Alexander hingerichtet hatten und eine neue Heulmeierei unter den deutschen Spießern im Schwange ging. Die sozialdemokratischen Redner verschmähten jede wohlfeile Entrüstung darüber, daß der Fluch schwerer Thaten ihren Thäter getroffen habe; sie lehnten die Taktik der russischen Revolutionäre für die deutschen Verhältnisse ab, aber für ihr gutes Recht sprachen sie, wie noch in keinem Parlamente der Welt dafür gesprochen worden war. Auer schloß: Thun Sie was Sie wollen, wir sind auf Alles gefaßt, und Bebel: Ihre Waffen werden in diesem Kampfe zersplittern, wie Glas am Granit.

Am Tische des Bundesraths trat ihnen zum ersten Male ein neuer preußischer Polizeiminister entgegen, jener hinterpommersche Grande v. Puttkamer, dessen Name für die Tage des Sozialistengesetzes so sprichwörtlich werden sollte, wie die Namen Kotzebue, Kamptz, Tzschoppe für die Tage der Demagogenhetze sprichwörtlich geworden sind. Ein Junker ohne jede historische und ökonomische Bildung, alt geworden in der gedankenlosen Routine der preußischen Bureaukratie, auf die gewöhnlichsten Polizeikniffe dressirt, nur begabt mit einer gewissen theatralischen Fähigkeit, große Worte um sich zu schleudern, trotz des zerknirschenden Bewußtseins, daß nichts, aber auch rein gar nichts dahinter stecke. Er machte der sozialistischen Feldpost das schmeichelhafte Kompliment, daß sie den Sozialdemokraten „mit wahrhaft infernalischer Geschicklichkeit“ nach Deutschland einzuschmuggeln wisse, und schleppte seinen großen Zitatensack heran, den er fortan bei jeder Sozialistendebatte den bürgerlichen Angstmeiern um die Ohren schlagen sollte. Einen Grund oder auch nur den Schatten eines Grundes für den über Berlin und Hamburg verhängten kleinen Belagerungszustand konnte er natürlich nicht vorbringen. Trotzdem begnügte sich der Reichstag, die Denkschriften zur Kenntniß zu nehmen; Bismarck wußte, was er den bürgerlichen Parteien bieten durfte.

Er mußte nun aber endlich mit seinen „positiven Reformen“ heraus, in der letzten Session des Reichstags, der in den Attentatswahlen gewählt worden

war. In den drei ersten Sessionen war das altpreußische Thema Soldatwerden, Steuerzahlen und Maulhalten gründlich durchgedroschen worden; wurde nicht noch im letzten Augenblicke irgend ein Augenverblenden angerichtet, so konnte es bei den neuen Wahlen im Herbst 1881 böse ausschauen. Ein Gesetzentwurf über Unfallversicherung der Arbeiter war die Bescherung, die Bismarck den geknechteten und hungernden Massen aufbaute. An die Stelle des elenden Haftpflichtgesetzes, das den Unternehmern nur ermöglichte, sich der Entschädigung für Unfälle der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entziehen, sollte eine Versicherung aller Unfälle durch eine Reichsbank treten. Die Kosten der Versicherung sollten die Unternehmer zu zwei Dritteln, die Arbeiter zu einem Drittel tragen, mit der Einschränkung, daß für Arbeiter, deren Jahresverdienst 750 Mark nicht übersteige, die Reichskasse das zu leistende Drittel übernehmen solle. Jedoch sollte die Unfallversicherung im Falle der Arbeitsunfähigkeit erst in der vierten Woche nach geschehenem Unfall eintreten, und bis dahin hatten die Krankenkassen die Last zu tragen. Die Begründung der Vorlage troff von arbeiterfreundlichen Redensarten, von „sozialistischen Momenten" und Christenthum und Humanität. Bei ihrer Berathung im Reichstage that Bismarck dann noch ein Uebriges, ganz nach der Art plumper Demagogen, die, wenn sie einmal den Mund aufthun, ihn nicht voll genug zu nehmen wissen. Dieser Mensch, der eben Hunderte von Arbeiterfamilien seinen sultanischen Launen geopfert hatte, vergoß heuchlerische Thränen über die Enterbten und die Arbeitergreise, die langsam auf dem Kehricht verhungern müßten.

Jetzt zeigte sich, ein wie trauriger Stümper er war, selbst nur verglichen mit einem Disraeli oder Louis Bonaparte. Er brachte die ganze Bourgeoisie gegen sich auf, ohne auch nur einen einzigen Arbeiter zu gewinnen. Seine nationalliberale Schutztruppe hatte sich schon im Sommer 1880 gespalten; die allzu heftig „geärgerten Freihändler" waren ausgeschieden und trieben unter dem Namen der Sezessionisten eigene Politik. Aber auch die schutzzöllnerische Bourgeoisie war keineswegs mit „sozialistischen Experimenten" einverstanden. Besonders die Börse, deren Matadore die schutzzöllnerische Politik heftig unterstützt und auch schon ihren Rahm in einem neuen kleinen Aktienschwindel abgeschöpft hatten, wurde täglich wüthender über die Judenhetze. Nachdem Stöcker mit seiner christlich-sozialen Agitation bei den Arbeitern abgeblitzt war, hatte er sich mit gar nicht unebenem Instinkt auf die antisemitisch-kleinbürgerliche Agitation geworfen und jetzt wenigstens in Berlin ganz ansehnliche Haufen zusammengebracht. Bismarck war kurzsichtig genug, diesem konfusen Spektakel wohlwollenden Schutz zu gewähren. Freilich als Stöcker im Juni 1880 seinen Leibjuden Bleichröder angetastet hatte, wollte der Säkularmensch den zweiten Luther aus Berlin ausweisen lassen, „wie andere Sozialdemokraten auch", eine Absicht, die daran scheiterte, daß der Kaiser von seinem „Lanzenbrecher" nicht lassen mochte und ihn mit einem derben Rüffel davonkommen ließ. Aber öffentlich verleugnete Bismarck die antisemitische Agitation nicht, ließ sich vielmehr unter dankender

Erwiderung von ihr anhochen und erkannte gar nicht, daß die feurigsten Huldigungen der sinnlosen Lärmmacher ihm die wachsende Erbitterung der jüdischen Hochfinanz nicht aufwiegen konnten. Diese geriebene Klasse begann ihn zu kitzeln, wo er am empfindlichsten war. Sie plagte den Kronprinzen, der, von seinem liebevollen Vater überaus knapp gehalten, auf ihr Wohlwollen angewiesen war, so lange, bis er etwas von der „Schande des Jahrhunderts" murmelte oder gemurmelt haben sollte, denn sicher ist dieses Wort, das die ganze kapitalistische Presse fortan als die herrlichste Blüthe menschlichen Geistes gegen den antisemitischen Schutzpatron Bismarck ausspielte, niemals festgestellt worden.

Das Unfallversicherungsgesetz war nun der Tropfen, der den massenhaft angehäuften Groll der Bourgeoisie zum Ueberlaufen brachte. Sie nahm Bismarcks „Sozialismus" viel ernster, als er gemeint war, sah in der Reichsbank für Unfallversicherung einen Anfang, das gesammte Versicherungswesen der privaten Spekulation zu entreißen, und in dem Reichszuschuß einen Versuch, einen Bruchtheil des Staatskredits, den die Bourgeoisie ungeschmälert für sich beansprucht, der Arbeiterklasse zuzuwenden. So in Herz und Nieren angegriffen, bewies die deutsche Bourgeoisie etwas von der Kourage, welche sie für ihre politischen Ideale niemals zu erproben vermocht hat, und sie schwang sich zu dem heroischen Entschluß auf, ihren genialen Helden bei den nächsten Wahlen für seine rollenwidrigen Seitensprünge ein wenig zu zausen.

Die Arbeiter aber durchschauten Bismarcks Spiel sofort. Liebknecht traf den Nagel auf den Kopf, indem er von der „unübersteiglichen Kluft" sprach, die zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem Urheber des Sozialistengesetzes gähne. Gleichwohl lag es nicht im Interesse der Partei, unbesehen in das Anathem der Bourgeoisie gegen das Unfallversicherungsgesetz einzustimmen. Indem sie den falschen Bruder Sozialismus abwies, durfte sie sich nicht von dem falschen Bruder Manchestermann umgarnen lassen. Selbst in dem antisemitisch-philosemitischen Froschmäusekriege, in dem die Arbeiter noch am ehesten neutral bleiben konnten, nahmen sie sofort eine entschiedene und klare Stellung über den Parteien. Sie hatten nicht den geringsten Anlaß, sich für das Geldjudenthum zu begeistern, aber durften sie sich deshalb von der christlich-germanischen Schachererpolitik nasführen lassen, die nichts als das Geldjudenthum in höchster Potenz war und von Stöcker durch Dick und Dünn vertheidigt wurde? Als die Berliner und die Breslauer Polizei im Januar 1881 den Arbeitern ein wenig Luft ließ, in der Hoffnung, daß sie auf den antisemitischen Leim gehen würden, warnten große Versammlungen „alle ländlichen und städtischen Lohnarbeiter vor den Bethörungsversuchen gewisser angeblicher Volksfreunde der verschiedensten Art". Die Arbeiter sollten sich nicht aktiv an der sie gar nichts angehenden Antisemitenbewegung betheiligen und bei den Reichstagswahlen nur solche Kandidaten wählen, die alle Ausnahmegesetze verwürfen. Worauf in Berlin wie in Breslau wieder die strengste Sperre über die Arbeiterversammlungen verhängt wurde.

Von gleich überlegenem Standpunkt aus faßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Bismarcks Unfallversicherungsgesetz auf. Sie kritisirte den Entwurf im Interesse der Arbeiterklasse ungleich einschneidender und sachlicher, als die bürgerliche Opposition, aber sie deckte zugleich die Schwäche dieser Opposition auf. Die sozialdemokratischen Redner wiesen spöttisch darauf hin, daß gerade diejenigen Liberalen, die am eifrigsten für die kapitalistische Reichsbank zur Regelung der Geldzirkulation eingetreten waren, jetzt am heftigsten die sozusagen proletarische Reichsbank zur Regelung der Unfallversicherung bekämpften. Eine solche Bank habe ihre unbestreitbaren Vorzüge, indem sie billiger als die private Versicherung verwalte und eine große Kontrollinstanz bilde, um Schutzmaßregeln zur Verhütung von Unfällen zu treffen, was schließlich doch der Hauptzweck aller Unfallversicherung sei. Gegen den Reichszuschuß sprachen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch aus, aber aus ganz anderen Gründen, als die Manchesterleute. Sie stellten sich auf die unanfechtbare, gerade von der bürgerlichen Oekonomie anerkannte Thatsache, daß die Kosten der Unfallversicherung zu den Produktionskosten gehörten und also allein von den Unternehmern getragen werden müßten. Das Reich habe den Unternehmern keine Geschenke zu machen, aber freilich noch viel weniger die Arbeiterklasse, und wenn zwischen Beidem die Wahl stände, sei der Reichszuschuß allerdings noch ein geringeres Uebel, als die Beitragspflicht der Arbeiter. Im Einzelnen präzisirte die Fraktion ihre Auffassung in einer Reihe von Abänderungsanträgen, die selbstverständlich abgelehnt wurden, zum abermaligen Beweise, daß die Arbeiterinteressen nur in den sozialdemokratischen Abgeordneten kundige und willige Vertreter hatten. Die bürgerlichen Parteien begnügten sich, die Reichsbank und den Reichszuschuß als freble Attentate auf den heiligen Geist des Kapitalismus zu streichen und im Uebrigen den Entwurf so zu verballhornen, daß er vom Bundesrath als unausführbar abgelehnt wurde.

In der allgemeinen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu Bismarcks „sozialistischer" Schwenkung machte sich die theoretische Unsicherheit der Partei noch einigermaßen fühlbar. In agitatorisch wirksamer, auch praktisch zutreffender, aber theoretisch mindestens mißverständlicher Weise wurde der Unfallversicherungsentwurf als Kapitulation Bismarcks vor der Sozialdemokratie ausgelegt. Und zwar so, daß Bismarck nicht die Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie ihn habe, daß er im sozialistischen Schlepptau schwimme und mit seiner Vorlage in die kapitalistische Gesellschaftsorganisation die dünne Spitze eines Keils treibe, dessen dickes Ende folgen müsse. So weit dachte Bismarck aber gar nicht; sein Entwurf wollte weder den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen, noch verließ er ihn. Ohne Zweifel sind damals in diesem Zusammenhange manche anfechtbaren Sätze ausgesprochen worden, doch hatten sie gegenüber der praktisch durchaus richtigen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion durchaus nicht die Bedeutung, zu der sie bei späteren Gelegenheiten aufgebauscht worden sind, um wenn möglich einige Verwirrung in der Partei zu stiften.

Nach Schluß der Reichstagssession, am 27. Juni 1881, wurde der kleine Belagerungszustand über die Stadt und die Amtshauptmannschaft Leipzig verhängt. Puttkamer hatte schon im März darauf angespielt, aber wie der Hamburger Senat, so hatte sich die Dresdener Regierung eine Weile dagegen gesträubt. Es fehlte eben auch hier jede Spur eines Grundes für die Anwendung des § 28, und der Polizeidirektor Rüder, ein alter Peiniger der Sozialdemokratie, der bisher auch das Sozialistengesetz roh genug angewandt hatte, legte sein Amt nieder, da er sich zu den nunmehr von ihm geforderten Henkersdiensten doch nicht bequemen mochte. Die ersten Ausweisungsbefehle aus Leipzig ergingen nicht ganz so zahlreich, wie sie in Berlin und Hamburg ergangen waren; sie trafen 31 Personen, 6 Ledige und 25 Familienväter, darunter Liebknecht, Bebel und Hasenclever. Freilich folgten bald 22 Ausweisungen nach, namentlich in der östlichen Hälfte des Leipziger Landkreises, wo eben die Wahl zum sächsischen Landtage anstand. Jedoch das Schreckensmittel verfing nicht; die Wahl Bebels war die tapfere und trotzige Quittung der Leipziger Industriedörfer über die ihnen angethane Gewalt.

Besonders zahlreich waren unter den Ausgewiesenen die Gemeinderathsmitglieder von sozialdemokratischer Gesinnung, deren es in 25 Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig 76 gab. Keiner von ihnen hatte daran gedacht, in Stötteritz, Thonberg oder Volkmarsdorf blutige Putsche zu veranstalten; es waren fleißige und tüchtige Leute, die nach dem Zeugniß der Gemeindevorstände, ihrer politischen Gegner, ihr Amt unverweislich verwaltet hatten, einzelne von ihnen trugen das eiserne Kreuz aus dem deutsch-französischen Kriege. Der wahre Grund der empörenden Maßregel war Bismarcks Absicht, in Leipzig, wie schon in Berlin und Hamburg, ein Hauptzentrum der sozialdemokratischen Agitation lahm zu legen. Als Bebel, der sich mit Liebknecht in dem Dorfe Borsdorf, hart an der Grenze des Belagerungsgebiets, niedergelassen hatte, nach seinem Eintritt in den sächsischen Landtag von dem Minister v. Nostitz-Wallwitz Rechenschaft forderte, wußte dieser Handlanger der Berliner Gewaltpolitik nur ein paar, nicht gehauene und nicht gestochene Redensarten vorzubringen, worauf ihn die bürgerliche Mamelukenmehrheit durch die schleunige Annahme eines Schlußantrags vor einer noch gründlicheren Abstrafung rettete.

Im Hochsommer und Frühherbst entbrannte dann der Wahlkampf mit großer Heftigkeit. Die bürgerlichen Parteien verhetzten einander „in einer den öffentlichen Frieden, besonders die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“ dermaßen, daß sie von Rechtswegen alle unter das Sozialistengesetz gehört hätten, wenn dies Gesetz sonst nur etwas mit dem Rechte zu thun gehabt hätte. Der größte Hetzer aber war Bismarck selbst. Er hatte es diesmal nicht auf die längst mürbe gewordenen Nationalliberalen, sondern auf die Fortschrittler und die Sezessionisten abgesehen, die er als „Republikaner“ denunzirte, wogegen sich die harmlose Gesellschaft mit tragischen Geberden des Entsetzens komisch genug wehrte.

Doch war Bismarcks Hauptziel, und von seinem Standpunkt aus auch mit Recht, die neuen Heersäulen der Sozialdemokratie zu zertrümmern. In seinen Söhnen stieg er selbst „zum Volke herab", wie ein verrückter Schulmeister preisend zur Harfe sang; einer dieser hoffnungsvollen, aber unfähigen Jünglinge erklärte in einer Berliner Radauversammlung, die Hundesperre sei schwerer zu ertragen, als der kleine Belagerungszustand, für welches freche Junkerwort die Berliner Arbeiter dem Erzeuger des „Reichshundejungen" gebührend heimgeleuchtet haben. In den Provinzen reiste Adolf Wagner als Bismarcks Kommis und versprach den Arbeitern das Tabaksmonopol als „Patrimonium der Enterbten", wenn sie nur an den „Sozialismus" des Säkularmenschen glauben wollten. Ein gründlicher Durchfall in den vier Wahlkreisen, wo er kandidirte, belehrte den akademischen Großmogul, daß man nicht ungestraft solche, intellektuell und moralisch gleich klägliche Rolle spielt.

Wie immer aber vertraute Bismarck weit mehr noch als allen Demagogenkünsten der nackten Gewalt. In den Belagerungsgebieten folgten die Ausweisungen Schub auf Schub, die sozialdemokratischen Wahlflugblätter wurden beschlagnahmt, mochte ihr Inhalt noch so harmlos sein, die Wahlversammlungen der Arbeiter unterlagen einem allgemeinen Verbote. Wer sozialdemokratische Flugblätter oder auch nur Stimmzettel verbreitete, wurde verhaftet, tage- und selbst wochenlang in Untersuchungshaft gehalten. Nicht weniger als 600 solcher vollkommen ungerechtfertigter Verhaftungen konnten in den letzten Wochen vor der Wahl gezählt werden. Hilfreiche Hand fand die Polizei bei der Bourgeoisie, die trotz aller sonstigen Feindschaft doch darin mit der Regierung einig war, jeden sozialdemokratischen Wahlerfolg zu hindern. Sie verbreitete das Gerücht, jedem Wahlkreise, der einen Sozialdemokraten wähle, drohe der kleine Belagerungszustand oder gar, jeder auf einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegebene Stimmzettel sei ungiltig. Besonders die sächsische Bourgeoisie war unerschöpflich in der Erfindung von schmutzigen Fallstricken, über welche die Arbeiter bei Ausübung ihres Wahlrechts stolpern sollten. In Stollberg-Schneeberg vertrieb sie Stimmzettel in Viertelfolioformat, die durch ihre Größe leicht kenntlich waren, im Leipziger Landkreise Stimmzettel aus Hanfpapier mit Wasserzeichen und rauhen Rändern, wobei zur Verhütung jeder Nachbildung der ganze Vorrath dieses nur in einer Fabrik vorhandenen Papiers aufgekauft wurde, in Glauchau-Meerane überwiesen die „ordnungsfreundlichen" Gemeindevorstände die Steuerrückstände der halb verhungerten Weber den Armenkassen und rechneten sie den Schuldnern als Armenunterstützung an, wodurch viele Hunderte von Arbeitern um ihr Wahlrecht kamen. In diesem Kreise übertraf auch die Polizei sich selbst, indem sie den sozialdemokratischen Kandidaten für die ganze Wahlzeit unter ihre fürsorgende Obhut nahm. Auf den Dörfern wurde Auer stets von einem Gensdarmen, in den Städten von zwei uniformirten Polizisten begleitet, die ihm vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf zehn Schritt Entfernung folgten. Nicht weniger als sechs sächsische Wahlen, in denen „Gesetz und Ordnung" ge-

siegt hatten, wurden später sogar von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags wegen des unverschämtesten Wahldrucks beanstandet.

Doch die Arbeiter wußten, was es galt, und sie waren entschlossen, die Generalprobe des Sozialistengesetzes als Männer zu bestehen. Die Vortragsreise, die Fritzsche und Viereck gemäß dem Beschlusse des Wydener Kongresses durch die Vereinigten Staaten gemacht hatten, brachte der sozialdemokratischen Wahlkasse das hübsche Handgeld von 13 000 Mark ein; sonst waren die proletarischen Massen auf ihre eigene Kraft angewiesen, gegen alle Gewalt und List der übermächtigen Gegner. Eine heiße Kampflust trieb sie über alle Hindernisse voran; als Fritzsche und Vahlteich nicht lange vor der Wahl nach Amerika auswanderten, wurden die bittersten Urtheile laut über diese ältesten Parteigenossen, die doch fast zwei Jahrzehnte immer im Vordertreffen gestanden haben. Viele der alten Führer waren in der einen oder der anderen Weise dem Sozialistengesetze zum Opfer gefallen; an ihre Stelle traten neue Männer, die wie von selbst aus den Massen emporwuchsen und, vor wenigen Monaten noch ganz unbekannt, den schwierigsten Aufgaben gerecht zu werden verstanden. Niemals noch war das Märchen von den „verführten Massen“, den Opfern „leichtfertiger Verführer“, so gründlich zerstört worden, wie bei dieser Wahl.

Am 27. Oktober gewann die Partei in der Hauptwahl 311 961 Stimmen. Es waren immerhin 125 197 Stimmen weniger, als bei den Attentatswahlen, aber auch nicht einem Gegner fiel es ein, den Unterschied gegen die Sozialdemokratie auszubeuten. Mehr als dreimalhunderttausend Stimmen für die seit drei Jahren mit allen Gewaltmitteln gehetzte, unterdrückte, verfolgte Sozialdemokratie, das hieß mit anderen Worten: das Sozialistengesetz ist ein Schlag ins Wasser gewesen. Der Berliner Korrespondent der Times meldete nach London die große Bestürzung, die „in den hohen und höchsten Regionen“ über den sozialdemokratischen Wahlerfolg herrsche. Engels aber schrieb erfreut aus London: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen.“

In der Hauptwahl war nur ein Mandat gewonnen worden: der Gärtner Stolle, ein alter Streiter noch von der Sächsischen Volkspartei her, hatte in Zwickau-Crimmitschau gesiegt. Doch verstanden es die „Ordnungsfreunde“, den Sieg zu eskamotiren, indem sie eine Anzahl sozialdemokratischer Stimmzettel mit Unrecht für ungiltig erklärten, so daß auch in diesem Kreise noch eine Stichwahl stattfinden mußte. Im Ganzen war die Sozialdemokratie an 22 Stichwahlen betheiligt. Voran standen in der Größe des Erfolges die drei Belagerungsgebiete: Stichwahlen in Berlin IV und VI, in Hamburg II und Altona, in der Stadt Leipzig, die noch nie zuvor so nachdrücklich berannt worden war: 30 171 Stimmen im Berliner, 30 087 Stimmen im Hamburg-Altonaer, 17 006 Stimmen im Leipziger Belagerungsbezirke. Nicht minder rühmlich hatte sich Breslau, das unter dem Sozialistengesetze zuerst die Fahne vorangetragen hatte, mit Stichwahlen in seinen beiden Wahlkreisen gehalten. Weiter standen zwei andere preußische Provinzialhauptstädte, Hannover und Magdeburg, zur Stich-

wahl, und im Rheinlande die Industriezentren Elberfeld-Barmen und Solingen. Im Königreiche Sachsen waren Glauchau-Meerane, Stollberg-Schneeberg und Leipzig-Land den infamen Wahlpraktiken der Gegner gerade noch knapp unterlegen. Stichwahlen standen, außer in Leipzig-Stadt und Zwickau-Crimmitschau, in Dresden-Altstadt, Freiberg, Mittweida und dem wichtigen Chemnitz an. In den mitteldeutschen Kleinstaaten war Reuß ä. L. halb erobert. Glänzend hatte sich der Maingau herausgepaukt mit Stichwahlen in Mainz, Frankfurt, Hanau, Offenbach, in Baiern wankte Nürnberg, das Hauptzentrum der bairischen Industrie.

Von den verlorenen Stimmen fiel ziemlich der dritte Theil auf das Königreich Sachsen. Es hatte ihrer seit den Attentatswahlen etwa 40 000 eingebüßt und war fast genau auf die Ziffer von 1874 zurückgeworfen worden. Doch dieser Theil der Verlustliste zählte keine Todten und keine Ueberläufer, sondern nur lauter Gefangene und Verwundete; sie kamen alle wieder, die Aermsten der Armen, die für den Augenblick der Hunger gelähmt und die Hungerpeitsche zerschlagen hatte. Aehnlich lag es mit den 6000 in Schlesien verlorenen Stimmen. Gründlicher hatte sich die Bewegung in den vorwiegend ländlichen Distrikten verschoben: in Schleswig-Holstein, wo die sozialdemokratische Stimmenzahl seit 1874 in dauerndem Abschwellen um mehr als zwei Drittel gesunken war, von 44 933 auf 14 109, in den ostelbischen Provinzen des preußischen Staats und in den Kleinstaaten nördlich des Mains. Dagegen hatte sich, wie der Maingau, so ganz Süddeutschland ausgezeichnet gehalten, obgleich die Polizeiwirthschaft in den süddeutschen Staaten längst in eine erfolgreiche Konkurrenz mit ihren preußischen und sächsischen Vorbildern getreten war. Hätte das Gesammtergebniß der Wahl den Stimmenverlust nicht schon in den Hintergrund gedrängt, so würde die feste Haltung des süddeutschen Proletariats und die Konzentration der Bewegung in den großen Industrieplätzen ihn ohnehin ausgeglichen haben. In diesem Sinne meinte Engels, die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse sei jetzt der Kern der Partei geworden, die, über das ganze industrielle Deutschland gleichmäßig vertheilt, nun erst eine nationale Bewegung werde.

Die Bourgeoisie ihrerseits hatte ihrem ehemaligen Abgotte den zugedachten Denkzettel wirklich ertheilt. Die Fortschrittler und die Sezessionisten rückten über 100 Mann stark in den Reichstag ein; sowohl die konservativ-nationalliberale wie die konservativ-ultramontane Mehrheit war zertrümmert. Bismarcks Bestürzung verrieth sich zum Erbarmen in dem rathlosen Irrlichteriren, womit er für die Stichwahlen zu retten suchte, was noch zu retten war. Er schwatzte davon, als konstitutionell denkender Mann einem fortschrittlich-ultramontanen Koalitionsministerium das Feld räumen zu wollen und berief schleunigst einen seiner Geschäftsjuden, um ihm zu offenbaren, wie warm sein Herz stets für das Volk Israel geschlagen habe. Dann aber klagte er auch, die Bourgeoisie lohne ihn mit Undank, auf ihr Drängen habe er das Sozialistengesetz gemacht, das die Arbeiterklasse gegen ihn erbittere, ihm liege gar nichts daran, und er verzichte lieber heute als morgen darauf. Gleichzeitig bot sein Kommis Adolf

Wagner, in Verbindung mit Stöcker, den Berliner Sozialdemokraten ein politisches Geschäftchen an. Liebknecht, Bebel und Hasenclever sollten erklären, daß sie die arbeiterfreundliche Absicht der Regierung in ihrer Reformpolitik anerkännten, daß sie ernstlich gewillt seien, gemeinsam mit den sozialreformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten, und daß sie hofften, durch energische soziale Reformen die Revolution zu überwinden. Dafür versprachen Wagner, Stöcker und Genossen, bei den Stichwahlen in Berlin IV und VI für die sozialdemokratischen gegen die fortschrittlichen Kandidaten einzutreten und im gegebenen Falle für die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu stimmen.

Wenn diese Verhandlungen nicht schon mit Vorwissen Bismarcks geführt worden sind, so fanden sie jedenfalls bei ihm verständnißinnigen Wiederhall. Das offiziöse Hauptblatt schlug den Takt dazu: Dank dem Sozialistengesetze finde die Bourgeoisie politische Verbündete in der Klasse der Arbeiter, ihrer wirthschaftlichen Erbfeinde, deren unbequeme Ansprüche auf ökonomischem Gebiete sie nach wie vor zu vereiteln suche. Dagegen hindere das Sozialistengesetz die Arbeiter, die wohlwollenden Absichten der Regierung zur Hebung ihrer Lage zu würdigen. Das sei für die Bourgeoisie eine angenehme Lage — so lange sie vorhalte. Von der staatsmännischen Auffassung der Regierung dürfe aber erwartet werden, daß sie durch Befriedigung der gerechten Arbeiterforderungen den gesunden Kern der sozialistischen Ideen verwirkliche, und dann sei das Sozialistengesetz überflüssig. Ungeschminkter konnte nun schon gar nicht geschachert werden.

Liebknecht, Bebel und Hasenclever antworteten, wie es der Ehre der Partei entsprach. Sie wiesen jeden Stimmenkauf zurück, dreitausend ehrlich gewonnene Stimmen seien ihnen lieber, als dreißigtausend erkaufte, sie könnten nicht die mit Erlaß des Sozialistengesetzes inaugurirte Wirthschaftspolitik der Regierung, die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf nothwendige Lebensmittel, die Erhöhung der Militärlast und dergleichen mehr als arbeiterfreundlich anerkennen. Sie hätten nie abgelehnt, wie noch zuletzt ihre Haltung gegenüber dem Unfallversicherungsgesetze gezeigt habe, Reformvorschläge der Regierung ernsthaft zu prüfen und den Arbeiterinteressen gemäß umzugestalten, aber sie müßten ablehnen, mit reaktionären und deshalb volksfeindlichen Parteien gemeinsame Sache zu machen. Es sei eine ganz willkürliche Annahme, daß sie die gewaltsame Revolution *wollten*; sie hätten stets erklärt, daß gleichmäßige, gründliche und ganze Reformen einer Revolution, die andernfalls eine nothwendige Folge unserer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen *könnten*; sie seien nicht verantwortlich für Dinge, die nicht von ihrem Willen und ihrer Macht, sondern vom Willen und von der Macht ihrer Gegner abhingen. Die Wirkung dieser mannhaften Erklärung war bezeichnend; die konservativen Schacherhelden proklamirten Stimmenthaltung für ihre Leute, trotzdem schnellten bei den Stichwahlen die Stimmen für Bebel in Berlin IV von 13 573 auf 18 979, für Hasenclever in Berlin VI von 10 629 auf 17 378 empor. Der fortschritt-

liche Gegenkandidat siegte in Berlin VI mit 569, in Berlin IV gar nur mit 51 Stimmen, wobei noch mancherlei Wahlmachenschaften der Unentwegten eine sehr fragwürdige Rolle spielten.

Sonst verliefen die Stichwahlen verhältnißmäßig günstig für die Partei. Das liberale Geschrei über massenhafte Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten durch konservative Stimmen war im Ganzen ein Schwindel, wenn es auch in einzelnen Kreisen nicht ohne thatsächlichen Anhalt war. Ganz so dumm wie der liberale Spießer, der sich bei Stichwahlen die Finger an der eigenen Hand abhackt, blos um seinen moralischen Abscheu vor den kommunistischen „Theilern" zu bekunden, sind die ans Herrschen gewöhnten Konservativen nie gewesen. Im Wesentlichen waren es doch neue, durch den Ausfall der Hauptwahl elektrisirte Arbeitermassen, die bei den Stichwahlen ins Feld rückten. Gewonnen wurden 13 Sitze: Breslau I (Hasenclever), Breslau II (Kräcker), Hamburg II (Dietz), Solingen (Rittinghausen), Mainz (Liebknecht), Hanau (Frohme), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillenberger), Mittweida (Vollmar), Freiberg (Kayser), Chemnitz (Geiser), Zwickau-Crimmitschau (Stolle) und Reuß ä. L. (Blos). Liebknecht nahm für Offenbach an, und Mainz ging in der Nachwahl verloren, so daß die sozialdemokratische Fraktion, 12 Köpfe stark, in den Reichstag eintrat.

Am Schlusse seines dritten Jahres war das Sozialistengesetz als gesetzgeberische Leistung ein zerrissener Fetzen Papier. Es kamen noch schwere Tage, aber das Schwerste war überwunden.

III. Der anarchistische Spuk.

Der sozialdemokratische Wahlerfolg beseitigte nun auch die letzten Zweifel an der Richtigkeit der eingeschlagenen Taktik. Unter der scheinbar alles zermalmenden Härte, womit das Sozialistengesetz gehandhabt wurde, waren solche Zweifel doch wieder hier oder da aufgetaucht; Berlin I und V, die beiden Wahlkreise der deutschen Hauptstadt, wo die Wahlaussichten am niedrigsten standen und Most den verhältnißmäßig größten Anhang gehabt hatte, waren sogar dem Wahlkampfe fern geblieben. Zudem fügte sich, daß gleichzeitig mit der Wahlschlacht der erste Hochverrathsprozeß vor dem Leipziger Reichsgerichte verhandelt wurde, der die ganze Hoffnungslosigkeit der „sozialrevolutionären" Aktion aufdeckte und übrigens jeden klassenbewußten Arbeiter anspornte, die unsägliche Korruption des Systems Bismarck mit jedem politischen Mittel zu bekämpfen.

Most war seit seiner Ausstoßung aus der Partei tiefer und tiefer gesunken. Er bekannte sich äußerlich zur anarchistischen Richtung, ohne auch nur ihr in irgend einem ernsten Sinne anzugehören. Den Inhalt der Freiheit bildete von der ersten bis zur letzten Zeile ein sinnloses Wuthschäumen, und die Agitationsschrift: Taktik kontra Freiheit, die Most im Herbst 1880 gegen die deutsche Sozialdemokratie richtete, war, in nicht ganz so tobender Sprache, doch nur ein konfuses

Durcheinander. Der Belgier Dave, ein gebildeter Schüler Proudhons und Bakunins, der selbst zur friedlich-harmlosen Richtung des Anarchismus gehörte und in diesem Sinne auf Most einzuwirken suchte, sagte von jener Schrift in seinem gebrochenen Deutsch: „Das hat keine Ahnung von anarchistischen Ideen. Die Broschüre ist ganz und gar eine jakobinistische, gemildert mit Blanquismus, mit Ideen von Blanqui." Der „Blanquismus" war aber auch nicht eigenes Fabrikat von Most, sondern ihm durch Hasselmann soufflirt worden, und zwar in dem Artikel der Freiheit, den der Spitzel Neumann nach London überbracht hatte.

Most hatte diesen Artikel am Schlusse seiner Broschüre gewissermaßen als ihren praktischen Fünftelsaft abgedruckt, und es hieß darin: „Es fällt uns nicht ein, den Arbeitern Deutschlands ‚Verschwörungsspielerei' zu empfehlen, mit geheimen Zentralleitungen und so weiter, denn dieses nützt nur dem finstern Treiben der Geheimpolizei. Aber vollkommen wirksam können wir uns organisiren, wenn in den vertrauten Kreisen je zehn und zwanzig genau bekannte Freunde zusammentreten, ohne durch Mitgliederverzeichnisse, Statuten und so weiter Anhaltspunkte zu Verfolgungen zu bieten, wenn diese freigebildeten Gruppen mit aller Energie durch Wort und Schrift die revolutionäre Idee verbreiten, wenn sie mit ihren Freunden und Gesinnungsgenossen im Militär stete Fühlung halten, wenn sie sich schließlich, Jeder auf eigene Hand, mit einem guten Hinterlader versehen. Viertausend derart organisirte und bewaffnete Sozialisten in der Reichshauptstadt Berlin und eine entsprechende Anzahl in den Hauptindustrieplätzen gesammelt — und Moltke soll die Nuß nicht leicht knacken." Hasselmann hatte, ehe er nach Amerika ging, die Adressen seiner spärlichen Anhänger an Most übergeben. Darunter waren namentlich einige Arbeiter in Frankfurt und Darmstadt, mit denen Most sofort anknüpfte; auch adressirte er seinen Freund Dave an sie, als sich dieser im November 1880 nach Deutschland begab, um literarische Beziehungen für ein Korrespondenzbureau zu suchen, das er zu gründen beabsichtigte, daneben auch wohl, um sich den deutschen Anarchismus einmal in der Nähe anzusehen. Er war peinlich überrascht, nichts davon zu entdecken, als ein paar geistig zurückgebliebene und politisch vollkommen unklare Arbeiter.

Nicht so kurzsichtig, wie der anarchistische Ideologe, war die preußische Polizei. Sie deutete Mosts blutdürstige Prahlereien viel richtiger und beeilte sich, ihn in ein dichtes Spitzelnetz einzuspinnen. In der Expedition der Freiheit saß der Spitzel Neumann als Mosts Vertrauensperson, während die Spitzel Wichmann und Wolff von Altona aus für das Blatt korrespondirten. Sie verfolgten mit dieser „schriftstellerischen" Thätigkeit verschiedene Zwecke: sie hoben die Nachsicht der „republikanisch gesinnten" Polizei in Hamburg gegen die Sozialdemokratie hervor, sie verleumdeten die sozialdemokratischen Abgeordneten in der schamlosesten Weise als Betrüger und Diebe an den Parteigeldern, sie entwarfen ein ungeheuerliches Schreckbild von der anarchistischen Bewegung in Deutschland, und endlich, aber nicht in letzter Reihe lieferten sie reiches Material für Puttkamers großen Zitatensack. So schrieb Wichmann nach dem gelungenen Attentat auf den

russischen Zaren: „Möge der Tag nicht mehr fern sein, wo ein gleiches Ereigniß uns von allen Tyrannen befreit! Wir bedauern nur, daß den andern Schuften ihr verdienter Lohn nicht gleichzeitig ausgezahlt worden ist.“ Und das war noch lange nicht der „sozialrevolutionärste“ Ausbruch. Wer begriffe da nicht „den sittlichen Abscheu und die tiefste Indignation“, womit Puttkamer im Reichstage an solche Perlen seines Zitatensacks nur zu denken wagte! Später haben Wolff und Wichmann ihre „schriftstellerischen“ Fähigkeiten gegen ihre eigenen Patrone gekehrt. Wolff bot seine „Memoiren“ der preußischen Polizeibehörde zu einem Honorar an, das nicht einmal für die erlesensten Meisterwerke der Weltliteratur gezahlt zu werden pflegt; er wurde von den Berliner Gerichten unter strengstem Ausschlusse der Oeffentlichkeit wegen Erpressung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt, nach seiner Entlassung aus Plötzensee in Altona wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wieder verhaftet und am nächsten Morgen in seinem Gefängniß erhängt gefunden. Wichmann aber fing an zu plaudern, als ihm, nach seiner Entlarvung durch die Altonaer Arbeiter die Polizei keine Pension gewähren wollte, weil er nun für sie unbrauchbar geworden war. Auf diese Weise ist über die beiden Lumpen Genaueres bekannt geworden; selbstverständlich bildeten sie nur einen kleinen Bruchtheil der Spitzelbande, die nach dem Sozialistengesetze losgelassen wurde und im Verborgenen ihr schuftiges Handwerk betrieb.

Ehe noch Dave nach Deutschland kam, war sein Signalement in den Händen aller deutschen Polizeibehörden, und ebenso kannte die Frankfurter Polizei die paar Anhänger Mosts im Maingau. Dies halbe Dutzend armer Teufel bildete in Frankfurt, Darmstadt und noch ein paar Orten „Gruppen“, nicht etwa, um sich gute Hinterlader anzuschaffen, sondern um gemeinsam auf die Freiheit zu abonniren und Geld für Most zu sammeln; ganze fünf Mark führten sie wirklich nach London ab. Ihre größte That bestand darin, daß sie in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1880, kurz vor einem Besuche des Kaisers in Frankfurt, ein verbotenes Flugblatt in ein paar hundert Exemplaren verbreiteten. Nach seiner eigenen eidlichen Angabe kannte der Polizeirath Rumpf, der Leiter der politischen Polizei in Frankfurt und Umgegend, die Thäter, aber er verfolgte sie nicht, sondern warb den Schneider Horsch als Spitzel, der sich ins Vertrauen der „Verschwörer“ einschleichen sollte. Natürlich warnte Rumpf seinen „Vertrauensmann“ davor, sich aktiv an Mord- und Umsturzplänen zu betheiligen, wie das so die heitere Einleitung jeder polizeilichen Spitzelei ist, setzte ihn aber, ebenfalls nach altbewährter polizeilicher Methode, nicht auf Tage-, sondern auf Stücklohn, je nach der „Wichtigkeit“ der gemachten „Enthüllungen“. Horsch, ein bestrafter Dieb, der seine zahlreiche Familie hungern ließ und seinen Sündenlohn mit liederlichen Dirnen verpraßte, brauchte natürlich Geld, viel Geld, und rapportirte täglich „wichtigere“ Nachrichten: ein Mordattentat auf Rumpf selbst und einen geheimen Kongreß in Darmstadt oder Eberstadt, wo die gewaltsame Schilderhebung berathen werden sollte. Am 1. Dezember 1880 zog Rumpf dann das Netz zusammen; in Frankfurt und Umgebung wurden einige fünfzig

Personen verhaftet, in Augsburg Dave und auch in Berlin einige Freunde Mosts. Unter den Verhafteten befand sich Horsch, den Rumpf mit einsteckte, angeblich um ihn vor der Rache der Sozialisten zu schützen. Daß Rumpf damit ein in § 341 des deutschen Strafgesetzes mit Zuchthaus bedrohtes Verbrechen beging, scheint diesen sorgsamen Wächter der Gesetze nicht weiter gegrämt zu haben.

Schon in Frankfurt wurden in die Zellen der Verhafteten gemeine Verbrecher gesteckt, um sie auszuspioniren, und dies schöne System fand seine Fortsetzung in Berlin, wohin bald alle Verhafteten zusammengebracht wurden. Dem betrügerischen Bankerotteur Schnitzer, der namentlich auf Dave gehetzt wurde, sagte der Polizeikommissar Graf Stillfried, es komme auf 1000, ja auf 10 000 Mark nicht an, wenn Wichtiges entdeckt würde, und der Untersuchungsrichter Hollmann verhieß demselben Patrioten eine Herabminderung seiner Strafe im Gnadenwege. Die Verhafteten führten auch bittere Beschwerde über die Art, wie Hollmann ihre Aussagen protokollirte. Ihre große Mehrzahl mußte aber nach längerer Untersuchungshaft entlassen werden, da nicht einmal der Schein einer strafbaren Handlung gegen sie aufzufinden war, und dritthalb Monate nach dem großen Schlage erklärte auch Horsch, der Unrath witterte, eines schönen Morgens dem Untersuchungsrichter, er wolle entlassen werden, da er ja gar kein Verbrecher, sondern ein großer Patriot sei. Auf eine Anfrage Hollmanns antwortete Rumpf in drei Briefen von demselben Tage, worin er zwar die Spitzelei des Horsch zugestand, aber seinen „Vertrauensmann" wegen aktiver Betheiligung an der „Verschwörung" verdächtigen wollte und dabei bemerkte, daß ihm die Vernehmung des Horsch als Zeugen „mindestens" nicht angenehm" sein würde. Das wurde dem Untersuchungsrichter nun doch allzu brenzlich, und er ließ den Horsch frei.

Die Verhandlungen dieses großen Hochverrathsprozesses, der inzwischen monatelang zum Frommen des Sozialistengesetzes ausgebeutet worden war, fanden vom 10. bis zum 21. Oktober 1881 statt. Vor den Schranken des Reichsgerichts erschienen noch 15 Angeklagte, und zwar 11 Süddeutsche, 3 Berliner und Dave. Von den Belastungszeugen, die mit Horsch an der Spitze aufmarschirten, sagte selbst die Magdeburgische Zeitung: Ist seit den Tagen der schwärzesten Reaktion je ein Prozeß vorgekommen, der unter den Belastungszeugen eine solche Fülle widerlicher bestrafter Subjekte, offenkundiger Spione der Polizei aufzuweisen hätte? Gegen Dave zeugte im Besonderen noch der Polizeirath Krüger, indem er über das Vorleben dieses Angeklagten Angaben machte, die Dave sofort Punkt für Punkt widerlegen konnte. „Sehen Sie, das ist Ihre Kunst und Wissenschaft", rief er dem Berliner Polizeigenie zu, und nachdem er noch ein paar nebensächliche Angaben Krügers berichtigt hatte, schloß er: „Es ist nur um zu beweisen, daß er gar nichts weiß." Krüger berief sich auf seine „Vertrauensmänner", die er im Staatsinteresse nicht nennen dürfe; die gloriose Methode, daß die Polizeibeamten auf ihren Eid nahmen, was ihnen Geister wie Horsch, Wichmann und Wolff gegen Stücklohn je nach der „Wichtigkeit" mit-

getheilt hatten, ging in diesem Prozeß aus ihrer altpreußischen Vergangenheit in ihre neudeutsche Gegenwart über.

Die Anklage „wegen Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens" fiel natürlich platt zu Boden. Ein Theil der Angeklagten hatte verbotene Druckschriften verbreitet und somit gegen das Sozialistengesetz, vielleicht auch wegen des Inhalts dieser Druckschriften gegen einen oder den andern Kautschukparagraphen des Strafgesetzes verstoßen, aber das alles war keine Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens. Und ebenso wenig wäre es eine solche Vorbereitung gewesen, wenn die Angeklagten sich von dem Lockspitzel Horsch wirklich hätten verleiten lassen, ein Attentat gegen Rumpf oder einen geheimen Kongreß zu planen. So viel erkannte das Reichsgericht auch an, jedoch verurtheilte es 9 Angeklagte, und unter ihnen Dave, zu einer Gesammtstrafe von 19 Jahren Zuchthaus, indem es die „Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens" daraus folgerte, daß die Verurtheilten im Sinne Mosts gehandelt hätten. Most aber plane das hochverrätherische Unternehmen, die moderne Gesellschaft mittelst Gewalt umzustürzen und also auch die Verfassung des Deutschen Reichs gewaltsam zu ändern. Von allem andern abgesehen, beruhte dies Urtheil auf einem groben juristischen Schnitzer. Der angezogene § 86 des deutschen Strafgesetzes war wörtlich aus dem preußischen Strafgesetze übernommen worden, und der preußische Staatsgerichtshof hatte Lassalle noch 1864 ohne Zögern freigesprochen auf den sonnenklaren Nachweis, daß ein hochverrätherisches Unternehmen nach Sinn und Wortlaut dieses Paragraphen eine nach Ort, Zeit und Umständen greifbare Realhandlung sein müsse, nicht aber nur irgend eine allgemeine, irgendwann, irgendwie und irgendwo auszuführende Absicht sein dürfe. Bei dem ersten Hochverrathsprozesse, den das deutsche Reichsgericht zu entscheiden hatte, übertraf es an unrichtiger Auslegung des Strafgesetzes schon den preußischen Staatsgerichtshof Manteuffelischen Ursprungs.

Das Urtheil erregte auch in bürgerlichen Kreisen peinliches Aufsehen. Da es aber dem bürgerlichen Klasseninteresse wider den Strich ging, zuzugestehen, daß der oberste Gerichtshof des Deutschen Reichs gleich bei der ersten Probe eines politischen Strafprozesses neun im Sinne der Anklage vollkommen unschuldige Männer zu entehrender Zuchthausstrafe verurtheilt habe, so half sich die liberale Presse damit, das Reichsgericht zu feiern, weil es den Zeugen Horsch für unglaubwürdig erklärt und daneben einen leisen Tadel der polizeilichen Machenschaften mehr angedeutet als ausgesprochen hatte. Jedoch als sich einige keckere Organe unterstanden, auf die Autorität des Reichsgerichts hin den Rumpf etwas schärfer anzufassen, wurden sie sofort wegen Beleidigung eines, wie Puttkamer im Reichstage sagte, „sehr ausgezeichneten und über jeden Verdacht erhabenen Beamten" angeklagt und zu schweren Strafen verurtheilt.

Bei aller Sympathie mit den unschuldig Verurtheilten zeigte der Prozeß den Arbeitern klar, was bei der „sozialrevolutionären" Taktik herauskam. Most selbst war inzwischen von den englischen Gerichten zu 16 Monaten Zwangs-

arbeit verurtheilt worden, weil er sich über die Tödtung des Zaren ungefähr in demselben Stile ausgelassen hatte, wie der preußische Polizeiagent Wichmann. Die Freiheit konnte sich in London nicht mehr halten und suchte eine Zuflucht in der Schweiz. Im Jahre 1882 erschien sie bei dem Drucker Wilhelm Bührer in Schaffhausen; die Druckkosten zahlte der Schreiner Schröder-Brennwald, der nach einer unbestrittenen Feststellung der Züricher Polizeibehörde im Dienste der Berliner Polizei stand und seine Kiste Dynamit mit sich führte, wie ein Probereiter seinen Musterkoffer.

Drittes Kapitel.

Frage und Antwort.

Die erste Periode des Sozialistengesetzes erstreckt sich über seine drei ersten Jahre. Sie enthält den siegreichen Widerstand der Partei, der in drei Etappen gleichmäßig und unwiderstehlich heranwächst. Die zweite Periode des Gesetzes währt fünfthalb Jahre und zerfällt gleichfalls in drei Abschnitte von ziemlich gleicher Länge. Es ist die Zeit der „milden Praxis", der Versuche, die Sozialdemokratie nicht mehr blos mit der Peitsche, sondern auch mit dem Zuckerbrote zu zähmen, die Zeit, wo auf dem Wege der Korruption erreicht werden soll, was auf dem Wege der Gewalt mißlungen war. Der erste Abschnitt dieser Periode reicht von der kaiserlichen Botschaft im Herbst 1881 bis zum Kopenhagener Kongreß im Frühjahr 1883, von der Frage des Kaisers an das Proletariat bis zur Antwort des Proletariats an den Kaiser.

I. Die kaiserliche Botschaft.

Am 17. November 1881 wurde der neue Reichstag durch eine Thronrede eröffnet, die in die feierliche Form einer kaiserlichen Botschaft gekleidet war.

Darin hieß es, daß die Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen nicht genüge, sondern auch das positive Wohl der Arbeiter gefördert werden müsse. Die Unfallversicherungsvorlage werde, umgearbeitet an der Hand der früheren Verhandlungen, dem Reichstage von Neuem zugehen, und als Ergänzung eine Vorlage zur gleichmäßigen Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens. Aber auch die Erwerbsunfähigkeit durch Alter oder Invalidität bedürfe eines höheren Maßes staatlicher Fürsorge, als sie bisher gefunden habe. Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und deren Zusammenfassung in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werde die Lösung von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sei. Immer-

hin würde auch dabei die Aufwendung erheblicher Mittel nöthig sein, und ebenso weise die Durchführung der begonnenen Steuerreform auf die Erschließung ergiebiger Einnahmequellen aus indirekten Reichssteuern hin, wofür drückende direkte Landessteuern abgeschafft und die Gemeinden entlastet werden könnten. Der sicherste Weg dazu sei das Tabaksmonopol und die stärkere Besteuerung der Getränke, Bestrebungen, die nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei seien.

Diese „Staatsschrift von weltgeschichtlicher Bedeutung“ war thatsächlich ein ziemlich plumpes Verlegenheitsmanöver Bismarcks. Ihn schmerzten noch alle Glieder von den Schlägen, die ihm die Bourgeoisie und weit mehr noch das Proletariat applizirt hatte. Er that Reu' und Leid vor den kapitalistischen Interessen, indem er diesen „realen Kräften des christlichen Volkslebens“ eine neue Organisation versprach und ihr Händchen zuließ bei den „Sozialreformen“, die der Staat auf eigene Faust nicht ausführen könne. Das Proletariat aber wollte er durch die für den alten, kranken und verunglückten Arbeiter verheißene Fürsorge über die furchtbaren Leiden hinwegtäuschen, welche die kapitalistische Produktionsweise über den gesunden und kräftigen Arbeiter verhängt. Und beiden Klassen suchte er reichlich strömende Finanzquellen abzulocken, wodurch er nach wie vor Herr der politischen Situation bleiben könnte. In gleichem Geiste war eine Vorlage gedacht, welche die Gewerbeordnung rückwärts revidiren sollte, halb im zünftlerischen und halb im polizeilichen Sinne, um das Kleinbürgerthum zu födern und die Machtmittel der Regierung zu stärken.

In diesem Rahmen bewegte sich für die nächste Zeit die praktische Politik Bismarcks. Bei der ersten Gelegenheit erklärte er sich gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz und gab dadurch den kapitalistischen Interessen eine weitere Bürgschaft seines Wohlverhaltens. In dieser Beziehung heuchelte er wenigstens nicht, denn sein Haß gegen die Fabrikgesetzgebung entsprang der echtesten Profitsucht und entlud sich in den abgeleierten Tiraden, deren halbwegs unterrichtete Manchesterleute sich längst schämten. Die Provinzialkorrespondenz ging in der Erfüllung ihres Auftrags, dem Kapital ja nicht auf die Zehen zu treten, sogar soweit, daß sie im September 1882 der überraschten Mitwelt verkündete, der „wahre Sozialismus“ bestehe darin, das Kapital zu schonen; wolle der Staat seinen Bedarf überwiegend dem großen Kapital entnehmen, so würde er den größten materiellen Hebel aller Zivilisation vernichten. Wegen dieses allzu kompromittirenden „Mißverständnisses“ mußte sich das halbamtliche Blatt dann freilich acht Tage später selbst ohrfeigen. Die „lieben Brüder“ Stöcker und Adolf Wagner dämpften ihren antisemitischen Zorn zu ebenso giftigen wie kindischen Ausfällen gegen die „Juden“ Lassalle und Marx, die den arbeitsamen, fleißigen und uneigennützigen Fabrikanten als faulenzenden Ausbeuter verschrieen, aber den wahren Witz der Ausbeutung, den spekulirenden Handel, sorgsam verschleiert hätten. Die Arbeiter selbst erhielten etwas freiere Bewegung in Schrift und Wort, um die neuen Heilsbotschaften zu vernehmen und auf sie zu schwören. Und um diesen

Botschaften die Weihe der Wissenschaft zu geben, wurde Rodbertus als ihr Schwurzeuge angerufen. Der Aermste hätte sich im Grabe umgedreht, wenn er den frivolen Mißbrauch seines Namens hätte hören können; Rudolf Meyer handelte durchaus im Geiste seines Lehrers mit den energischen Protesten, die er vom Auslande her gegen das Sozialistengesetz und die Bismärckische Wirthschaftspolitik richtete. Aber wer daran zweifelte, daß Rodbertus aus dem Jenseits diese menschenfreundliche Aera segne, wurde von Adolf Wagner niedergedonnert: Rodbertus habe erklärt, die Volkswirthschaft müsse Staatswirthschaft werden, und eben dies erfülle sich glorreich.

In der ersten Session des neuen Reichstags wurden die laufenden Geschäfte erledigt. Da die sozialdemokratische Partei sich als wirkliche Macht erwiesen hatte, so fand ihre parlamentarische Fraktion, obgleich sie nur ein Dutzend Köpfe zählte, im Reichstage einen ganz anderen Empfang als früher. Die Rücksichtslosigkeiten gegen sie, die bisher an der Tagesordnung gewesen waren, hörten auf, und ihre Redner kamen ausreichend zum Worte. Alle bürgerlichen Parteien begannen in „Arbeiterwohl“ zu machen. Die liberalen Fraktionen brachten einen Antrag auf Revision des Haftpflichtgesetzes ein, der im Grunde zwar nur bezweckte, die Arbeiterversicherung der privaten Spekulation zu erhalten, aber der schon um des lieben Scheins willen wirkliche Verbesserungen jenes verpfuschten Gesetzes vorschlagen mußte; die Ultramontanen interpellirten die Regierung wegen Fortbildung der Fabrikgesetzgebung; nur die Konservativen, die von Wagener auf Stöcker gekommen waren, wußten nichts Besseres zu ersinnen, als eine obligatorische Wiedereinführung der Arbeitsbücher. Die sozialdemokratische Fraktion half gern dazu, die bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit in die richtige Schmiede zu geleiten. Sie brachte den Antrag ein, die Regierung zur Beseitigung aller Ausnahmegesetze aufzufordern, und der Mehrheit des Reichstags, die jetzt aus lauter pathetischen Gegnern jeder Ausnahmegesetzgebung bestand, hätte dieser Antrag so willkommen sein müssen, wie er der politischen Lage angemessen war. Merkwürdiger Weise hämmerte diese Mehrheit aber das glühende Eisen nicht, sondern ging in weitem Bogen daran vorbei; keine bürgerliche Partei, auch die Fortschritts- und die Volkspartei nicht, wollte den sozialdemokratischen Antrag unterstützen; mit Mühe und Noth fanden sich ein Volksparteiler und ein paar Fortschrittler, um die fünfzehn Stimmen voll zu machen, die zur Einbringung eines selbständigen Antrags nothwendig waren. Dann wurde der Antrag auf die lange Bank geschoben.

In der Debatte über die Jahresberichte, die den kleinen Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig begründen sollten, sprachen diesmal Hasenclever und Blos als Redner der Partei. Sie schnitten nicht so gut ab, wie neun Monate früher Auer und Bebel, einzelne ihrer Aeußerungen führten zu lebhaften und scharfen Auseinandersetzungen im Sozialdemokraten. Immer aber gelang es ihnen, den Fechterkunststückchen Puttkamers durch die Parade zu fahren. Es war so recht in der Manier dieses Poseurs, daß er seine Nieder-

lage mit der Klage verdecken wollte, Hasenclever habe die Frage nicht aus „großen Gesichtspunkten" aufgefaßt. Das fehlte gerade noch, die Polizeischurkereien der Horsch und Rumpf zu besingen, wie Vater Homer die Thaten Achills und Hektors besungen hat.

In der Frühjahrssession 1882 ging der Reichstag dann an seine „großen Geschäfte". Bismarck pries das Tabaksmonopol, das selbst im willigen Bundesrathe nur mit 36 gegen 22 Stimmen angenommen worden war, über den grünen Klee. Er fürchte sich nicht vor dem sozialistischen Gedanken, der wie Goethe vom braven Reiter und vom guten Regen sage, überall seinen Weg finde. Wie großes Heil habe der Sozialismus dem Lande schon gebracht! Sozialistisch sei die Bauernemanzipation gewesen, sozialistisch sei jede Enteignung zu Gunsten der Eisenbahn- oder Wassergesetzgebung, sozialistisch sei die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau. Diese unglaubliche Unwissenheit, wenn es anders nichts Schlimmeres war, hatte nur einen mildernden Umstand und zwar darin, daß Bamberger und ähnliche liberale Weltweise begierig darauf eingingen, um das „sozialistische" Tabaksmonopol „im Interesse der bürgerlichen Freiheit" zu bekämpfen. „Sagen Sie richtig: im Interesse der bürgerlichen Ausbeutung", warfen die sozialdemokratischen Abgeordneten dazwischen. Hauptredner der Fraktion war Vollmar, dessen in ihrer Art meisterhafte Jungfernrede den bürgerlichen Freunden wie den bürgerlichen Gegnern des Tabaksmonopols die Wege wies. Mit 276 gegen 43 Stimmen wurde der Entwurf abgelehnt.

Zugleich hatte die Regierung ein Kranken- und ein Unfallversicherungsgesetz vorgelegt. Beide standen in engem Zusammenhange, denn in noch weit höherem Maße, als in dem ersten Entwurfe, sollte die Unfallversicherung auf die Krankenkassen abgewälzt werden; nicht mehr eine vier-, sondern eine dreizehnwöchentliche Karenzzeit war vorgesehen. Die Reichsbank für Unfallversicherung ließ Bismarck fallen, an ihre Stelle sollten Betriebsgenossenschaften der Unternehmer treten. Wohl aber hielt er am Reichszuschusse fest, in der Höhe von 25 Prozent der zu leistenden Entschädigungen. Es war immer noch mehr, als die Bourgeoisie sich bieten lassen mochte. Zunächst beschäftigte sich der Reichstag mit der Vorlage über die Krankenversicherung, die nicht viel mehr als eine Verallgemeinerung des Hilfskassengesetzes von 1876 bedeutete. Eine Kommission gewerkschaftlich und politisch geschulter Arbeiter hätte in acht Tagen das Gesetz hieb- und stichfest hergestellt. Der Reichstag aber verhedderte sich so, daß er nach zahllosen Kommissionssitzungen noch nicht fertig war. Kam es doch für die bürgerlichen Parteien darauf an, den Arbeitern möglichst sorgfältig jede Möglichkeit einer neuen Organisation zu versperren! Das Haus war nicht mehr zusammenzuhalten, ehe auch nur das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet war, und um nicht wieder von vorn anfangen zu müssen, wurde die Session nicht geschlossen, sondern bis zum nächsten Winter vertagt.

Im Dezember 1882 trat der Reichstag wieder zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion wollte diesmal die bürgerlichen Parteien in der fälligen

Debatte über § 28 des Sozialistengesetzes nicht so wohlfeilen Kaufes davonkommen lassen, wie bisher; sie beantragte eine Resolution, worin der Reichstag erklären sollte, daß die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig nicht gerechtfertigt sei. Vollmar eröffnete die Debatte mit einer durchschlagenden Rede, die von dem stolzen Kehrreime wiederhallte: Wir sind die Sieger und ihr seid die Besiegten. Puttkamer antwortete unsäglich schwach, indem er ein paar Schnitzel aus dem großen Zitatensack ablas; die Ausweisungen aus Berlin, Hamburg und Leipzig sollten dadurch begründet werden, daß der Sozialdemokrat ketzerische Aeußerungen über das Gottesgnadenthum gemacht oder die Freiheit über Ehe und Familie in einer der bürgerlichen Heuchelei mißfälligen Weise geschrieben hatte. Mit all seinem leeren Pathos lockte Puttkamer nicht einmal die bürgerlichen Parteien hinter dem Ofen hervor; so raffte er sich zu dem Verzweiflungsstreich auf, die „kühnen" Anarchisten als die stärkere Arbeiterpartei herauszustreichen und alle holden Geheimnisse seiner schönen Polizistenseele in dem Trumpfe zu enthüllen: Most ist mir lieber als Sie.

Die bürgerlichen Parteien hätten nun gern die Debatte geschlossen. Aber sie mußten ihre Armesündersprüchlein herstottern, so gut oder so schlecht es ging, denn die sozialdemokratische Fraktion drohte, einen Schlußantrag mit einem Antrag auf Auszählung des beschlußunfähigen Hauses zu beantworten. Einigermaßen mannhaft sprach der Volksparteiler Köhl und neben ihm der Fortschrittler Wendt, ein Hamburger Lehrer, der sich offen als Republikaner bekannte. Die preußischen Fortschrittler, denen Bismarck eben in den Landtagswahlen eine böse Schlappe beigebracht hatte, schwatzten matt und nichtssagend, wenn sie sich auch nicht offen der sozialdemokratischen Resolution zu widersetzen wagten. Der Syrupsredner Hänel bot wieder verschämt eine Verschärfung des gemeinen Rechts als Ersatz für das Sozialistengesetz an, und der königstreue Patriot Eugen Richter verleugnete heftig das republikanische Bekenntniß seines Fraktionskollegen Wendt. Die Sezessionisten verkrochen sich hinter formale Ausreden, ebenso der ultramontane Redner Windthorst, der, selbst beschämt über diese klägliche Rolle, sich zu der komischen Drohung verstieg, die soziale Revolution mit dem Schwerte niederschlagen zu wollen. Noch erbärmlicher geberdete sich der polnische Junker Czarlinski, der sich bereit erklärte, die „Verirrungen" der Arbeiter an die Polizei zu verrathen. Die konservativen und die nationalliberalen Pagoden nickten einfach ihr Ja zu allen Puttkamereien, nur Stöcker that ein Uebriges und verlangte womöglich eine Verschärfung des Sozialistengesetzes. Gegen die fortschrittlichen und die volksparteilichen Stimmen wurde die sozialdemokratische Resolution abgelehnt.

Vorher hatte Grillenberger noch mit festem Griffe das sophistische Spinnengewebe Puttkamers zerrissen. Er fertigte die heuchlerischen Redensarten über die Heiligkeit der bürgerlichen Ehe und Familie so derbe wie treffend durch einen drastischen Hinweis auf die Mätressenwirthschaft der oberen Zehntausend ab; dann langte er sich einen von Bismarcks Söhnen, der damals eine verheirathete Frau entführt und auf eine Drohung des Alten mit dem dieser Familie eigenen

Heldenmuthe das verführte Weib verlassen hatte, um zu den väterlichen Fleischtöpfen zurückzukehren. Die in all ihrer Heiligkeit gekränkte Familie Bismarck schnob fürchterliche Rache, und auf eine telegraphische Depesche aus Berlin wurde umgehend ein harmloser Arbeiternotizkalender verboten, den die Nürnberger Genossenschaftsbuchdruckerei herausgab. Sie kam dadurch an den Rand des Konkurses, aber nur Thoren konnten sich einbilden, mit solchen Mitteln einen Mann, wie Grillenberger, zu schrecken. Ein Bild urwüchsiger Manneskraft, hatte sich der Führer der Nürnberger Arbeiter zu einem trefflichen Kämpfer auf parlamentarischem Boden entwickelt. Kundig, wie wenige, in allen Fragen der Arbeitergesetzgebung, immer bereit und fähig, in sachlichster Weise zu prüfen, was selbst von dieser Regierung dem Proletariate Gutes kommen konnte, war Grillenberger nicht minder voran, die Schlingen des Sozialistengesetzes zu zerreißen. Sein besonderes Interesse widmete er den berüchtigten Zwanziggroschenjungens, die den sozialdemokratischen Abgeordneten auf Schritt und Tritt, bei Tage und bei Nacht, ja bis in die Räume des Reichstags nachspitzelten. Als Grillenberger einmal die Regierung wegen dieses unwürdigen Treibens interpellirte, drückte sich Puttkamer, und der Staatssekretär v. Böttcher sagte mit der unschuldigsten Miene von der Welt: Mein Name ist Hase und ich weiß von gar nichts. Grillenberger verhieß, wenn der Unfug nicht aufhöre, einen der schmutzigen Spione leibhaftig auf dem Tische des Hauses niederzulegen, und er war der Mann, sein Wort zu halten; mehr als einmal sind die feigen Kanaillen vor seinen kräftigen Fäusten ausgerissen.

Hatte sich ein Theil der bürgerlichen Opposition noch dazu bequemt, die mißbräuchliche Anwendung des § 28 zu tadeln, so fiel auch dieser Theil fast vollzählig um, als am 11. Januar 1883 endlich der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung aller Ausnahmegesetze verhandelt werden mußte. Die Sezessionisten erfanden die alberne Finte, daß die Behandlung verschiedener Rechtsmaterien in einer und derselben Vorlage sich nicht empfehle, und auf diesem Seitenpfade trabten so ziemlich alle „prinzipiellen Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung" in die Büsche, an der Spitze der fortschrittliche Bullenbeißer Eugen Richter und der ultramontane Fuchs Windthorst. Auch die Frankfurter Zeitung, das Organ der Volkspartei, faselte von einer „verlorenen Schlacht" der Sozialdemokratie, als ob die sozialdemokratische Fraktion von der Annahme ihres Antrags die sofortige Beseitigung der kirchen- und sozialpolitischen Ausnahmegesetze erwartet hätte! Was sie beanspruchte und beanspruchen konnte, war vielmehr nur, daß die Mehrheit des Reichstags ihren angeblichen Abscheu vor Ausnahmegesetzen offiziell bekunde. „Wir stehen auf dem Boden des Prinzips", sagte Liebknecht in den ausgezeichneten Reden, womit er den sozialdemokratischen Antrag begründete, „wir verlangen, daß Sie sich auch auf diesen Boden stellen. Wer gegen unseren Antrag stimmt, bekennt sich als prinzipiellen Anhänger von Ausnahmegesetzen." Es gehörte eine schon sehr weit gediehene Verblödung des Geistes dazu, in der prinzipiellen Ausreißerei der bürgerlichen Opposition eine „gewonnene Schlacht" zu erblicken.

Soviel hatte Bismarck mit dem Sozialistengesetz allerdings erreicht, daß zwar nicht der proletarische Sozialismus, aber wohl der bürgerliche Liberalismus und Radikalismus gelähmt war. Die Unentwegten, und in erster Reihe die Frankfurter Zeitung, bekamen alle den Staatsmannskoller, der durch die possierlichsten Sprünge die heimliche Angst um den geliebten Geldsack zu verdecken suchte.

II. Der Kongreß in Kopenhagen.

Die innere Kräftigung der deutschen Sozialdemokratie hatte seit den Reichstagswahlen von 1881 ununterbrochene Fortschritte gemacht. Das Bewußtsein, daß die Partei so kräftig lebe wie je, wirkte anfeuernd auf die Arbeitermassen, und in den Spalten des Sozialdemokraten fochten Vollmar und Bebel schon eine kleine Fehde über die Frage aus, ob das Ausnahmegesetz Alles in Allem nicht dem gemeinen Rechte vorzuziehen sei. Vollmar meinte, die Frage bejahen zu sollen, wogegen Bebel doch eine Reihe triftiger Einwände geltend machte.

Dieser Streit war vorläufig noch Zukunftsmusik; für die Gegenwart genügte, daß die Entwicklung der Partei von dem Sozialistengesetze unabhängig war. Sie besaß jetzt im Auslande einen starken Außenposten, der ihr völlige Freiheit der Bewegung gestattete. Die deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz hatten sich zu einer festen Organisation zusammengefaßt, nachdem sie sich im Herbste 1880 auf einem Kongresse in Olten von ihren schweizerischen Gesinnungsgenossen friedlich-schiedlich getrennt hatten, und auch die Schweizerische Vereinsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung, in welcher der Sozialdemokrat hergestellt wurde, war in den Besitz deutscher Parteigenossen übergegangen. Das Geschäft stand unter der technischen Leitung eines tüchtigen Fachmannes, des schweizerischen Buchdruckers Conzett, die deutsche Partei hatte darin fünf Vertreter. Es waren Eduard Bernstein, der seit dem Herbste 1880 die Redaktion des Sozialdemokraten führte, Julius Motteler, der die Expedition besorgte, der bisher in Dresden agitatorisch thätig gewesene Kaufmann Hermann Schlüter als Verwalter der Buchhandlung, endlich Leonhard Tauscher als Faktor und Richard Fischer als Metteur der Druckerei.

Seitdem Bernstein die Redaktion führte, hielt das während seines ersten Lebensjahres mitunter etwas schwankende Parteiorgan eine streng konsequente Richtung inne, mit einer Schärfe, die den Verfolgungen der Partei entsprach. Ob es in urkräftigen Ausdrücken des Zornes nicht manchmal mehr leistete, als gerade nothwendig war, das mochte fraglich sein; Bernstein selbst hat später einmal ehrlich gestanden, daß er, von den heimischen Verhältnissen losgerissen und der Atmosphäre des Exils überwiesen, durch den Konkurrenzkampf mit Mosts Freiheit in der Form seiner Polemik beeinflußt worden sei. Doch handelte es sich dabei allein um die Frage, ob nicht, wie Engels an Bernstein schrieb, die vorwiegende Anwendung des Hohnes und des Spottes die Gegner schärfer

verwunde, als die heftigsten Worte der Entrüstung sie verwunden könnten. Sonst war mit den stärksten Ausdrücken, die der Sozialdemokrat je gebraucht hat, der deutschen Polizeiwirthschaft gerade nur ihr Recht geschehen, und dies war auch die sehr entschiedene Ansicht der deutschen Arbeiter. Als Hasenclever und Blos Ende 1881 im Reichstage einige Redewendungen gebraucht hatten, die halb und halb als eine Verleugnung des Sozialdemokraten gedeutet werden konnten, entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung über die Schreibweise des Zentralorgans, die mit dem nahezu einstimmigen Votum des klassenbewußten Proletariats endete: Je kräftiger, desto besser! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, auch Hasenclever und Blos, erkannte bei dieser Gelegenheit nochmals den Sozialdemokraten als offizielles Parteiorgan an, wobei sie nur den ganz selbstverständlichen Vorbehalt machte, nicht für jeden einzelnen Artikel oder Ausdruck haftbar zu sein.

In der Expedition des Sozialdemokraten bewährte Motteler als „rother Feldpostmeister" seine alten Organisationstalente. Was noch niemals in der Geschichte gelungen war, das gelang jetzt mit unübertrefflicher Leichtigkeit und Sicherheit: ein verbotenes Emigrantenblatt, dessen Verbreitung mit schweren Strafen bedroht war und dessen Wege von dem polizeilichen Heerbanne eines großen Staates besetzt waren, wurde allwöchentlich in vielen Tausenden von Exemplaren bis in die entlegensten Orte dieses großen Staates pünktlich vertrieben. Die Möglichkeit eines so beispiellosen Erfolges schufen freilich erst die modernen Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Die Napfkuchen, die Schweizerkäse, die Kürbisse, die Gipsfiguren, die Zuckerhüte, in die gestopft der Sozialdemokrat angeblich die deutsche Grenze passiren sollte, gehörten in das Reich der Fabel. Die modernen Transportmittel und die moderne Technik machten solche altväterischen, für die zu transportirenden Mengen auch ganz unzulänglichen Methoden überflüssig. Der Schmuggel ins Reich bot überhaupt nicht die größten Schwierigkeiten. Viel wichtiger war die Weiterverbreitung und an den einzelnen Orten die Vertheilung an die Abonnenten und Leser. Das erforderte ein ganzes Heer energischer, geschickter, unbedingt zuverlässiger Parteigenossen, und ohne ein Massenaufgebot der pflichttreuen Soldaten, die durch die moderne Produktionsweise geschult waren und aus der Solidarität des modernen Proletariats ihre Kraft schöpften, hätte der Sozialdemokrat seine historische Aufgabe nicht vollbringen, hätte auch die Verbreitung von Flugblättern sich nicht zu einer immer schärferen Waffe der Partei entwickeln können. Jeder Einzelne dieser Tapferen bewährte einen Opfermuth und eine Ueberzeugungstreue, die um so fleckenloser strahlten, als sie nicht einmal durch die edelste menschliche Leidenschaft, die Begierde nach Ruhm, getrübt wurden. Die namenlosen Kämpfer wußten, daß „kein Lied, kein Heldenbuch" künden würde, wie sorgsam sie ihre, im Dienste ihrer Klasse übernommene Pflicht erfüllt hätten.

Solche Phalanx zu sprengen, war für die offizielle Polizei des Deutschen Reiches unmöglich, trotz der krampfhaftesten Anstrengungen. In Berlin allein

verzehnfachten sich die etatsmäßig angestellten Beamten der politischen Polizei innerhalb dreier Jahre, ungerechnet das ungezählte Heer der Spitzbuben, die gegen Stücklohn für die Vertheidigung der heiligsten Güter kämpften. Diese Bande überschwemmte namentlich auch die Schweiz, aber so leicht sie in die anarchistischen Konventikel eindrang, so sicher prallte sie an der sozialdemokratischen Organisation ab. Die schmähliche Methode der Polizei, arme, gehetzte, hungernde Arbeiter so lange zu martern, bis sie sich zu Verrätherdiensten bequemten, half auch nicht weit. Wurde gelegentlich ein Posten verbotener Schriften „geschnappt", so rückte sofort Ersatz nach, und es dauerte nie lange, bis der Verräther in der schwarzen Liste des Sozialdemokraten prangte und aller Schande Müh' umsonst war.

Ein Hauptfang gelang den Zürichern im November 1882, als sie mit dem Spitzel Schmidt auch dessen „amtliche" Korrespondenz ergriffen. Schmidt war ein betrügerischer, von den ordentlichen Gerichten steckbrieflich verfolgter Bankerotteur aus Dresden, den die Schweiz nach den bestehenden Verträgen ausliefern mußte, wenn die deutschen Behörden seine Auslieferung verlangten. Das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte trug danach aber kein Verlangen, sondern benützte den Gauner als Lockspitzel unter den deutschen Sozialdemokraten in Zürich. Schmidt empfahl Attentate mit vergifteten Nadeln und überhaupt die Stiftung eines Attentatsfonds, was allein schon genügte, ihn denen verdächtig zu machen, die er bespitzeln wollte. Bei seiner Entlarvung fanden sich die zärtlich-vertraulichen Briefe vor, die der Kriminalrath Weller und der Polizeikommissar Paul in Dresden, sowie der Polizeiinspektor Kaltenbach mit dem notorischen Verbrecher als ihrem „Vertrauensmanne" gewechselt hatten, theilweise unter der Deckadresse eines höheren Postbeamten in Mülhausen. Aus diesen Schriftstücken erhellte dann auch die Art, wie Lockspitzel gezüchtet wurden, unbeschadet der feierlichen Verwarnung an alle polizeilichen „Vertrauensmänner", ja nicht zu Verbrechen aufzureizen. Nachdem der Appetit des Schuftes durch reichliche Vorschüsse gereizt war, wurde er an die Hungerkandare genommen, mit dem Bedeuten, daß neue Gelder nur „locker gemacht" werden könnten, wenn er „Wichtiges" zu melden habe. Es war nicht die Schuld des dummen Teufels, wenn all seine Lockspitzeleien keine „wichtigen" Attentate gezeitigt hatten. Aus Zürich hinausgepeitscht, floh er ins Deutsche Reich zurück, wo ihn die ordentlichen Gerichte, die sich nun nicht mehr unter die höheren Bedürfnisse der Polizei zu ducken brauchten, wegen betrügerischen Bankerotts zu vierjährigem Zuchthause verurtheilten.

Der Sozialdemokrat konnte nun schon den Spieß umkehren und ein „Verbrecheralbum" anlegen, worin er die in der deutschen Polizei herrschende Korruption aufdeckte. In Elberfeld-Barmen allein brachen darüber ein halb Dutzend polizeilicher Sozialistenhetzer so oder so den Hals, und der Oberbürgermeister klagte, daß sich Niemand mehr zu dem gefährlichen Amte der Staatsrettung hergeben wolle. Um dem Mangel abzuhelfen, wurden „bewährte Kräfte" von Auswärts gesandt, ein Polizeiinspektor Oehlschläger aus Altona mit noch einem

Komplizen, aber auch sie mußten schleunigst aus dem Wupperthale retiriren, da ein Berliner Ausgewiesener, den sie zu Spitzeldiensten ködern wollten, ihre Uriasbriefe sofort im Sozialdemokraten veröffentlichte. Dabei kamen gleich noch ein paar Lockspitzel an den Pranger, die seit längerer Zeit im bergisch-märkischen Proletariat gewühlt hatten.

Die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse war zertrümmert worden, aber ihre ökonomische Organisation konnte nicht vernichtet werden, es sei denn, daß die moderne Zivilisation aufgehoben wurde, der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses, der die Arbeiterklasse vereint, schult und organisirt. Mit ihm waren tausend Wege der schnellen Verständigung eröffnet, ohne daß zu dem gefährlichen und zweischneidigen Mittel einer hierarchisch gegliederten Geheimorganisation gegriffen zu werden brauchte. Jeder gemeinsame Arbeitstag in den großen Werkstätten der modernen Industrie, jede Form geselliger Vereinigung, jeder Bildungs- und Leseverein, jeder Rauch- und Tanzklub, jeder sonntägliche Ausflug in Feld und Wald, jeder Spaziergang am Feierabend spottete der polizeilichen Anstrengungen, die sozialdemokratische Organisation zu zerbrechen. Geheim war diese Organisation, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen in der verschiedensten Weise gestaltete und jeder Form des Angriffs ihren siegreichen Widerstand anzupassen wußte, nur insoweit, als sie geheim sein mußte, um dem Proletariat gleiches Recht mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu sichern. Eben deshalb war sie moralisch so unüberwindlich, wie sie ökonomisch unzerbrechlich war.

Mit der neuen Wendung seiner Politik war Bismarck nun aber auch gezwungen, den Arbeitermassen größeren Spielraum zu lassen, als sie in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes gehabt hatten. Sie mußten sprechen können, sei es auch nur, um ihm für seine „Wohlthaten" zu danken, um ihren „Verführern" zu fluchen, und nicht zuletzt, um die Bourgeoisie ins Bockshorn zu jagen. Bismarck spann denselben Faden, aber eine andere Nummer der polizeilichen Willkür. In seiner täppischen Weise bildete er sich ein, damit die Arbeiter fangen zu können. In der That statteten sie ihm ihren Dank ab, indem sie sofort jeden Fußbreit des ihnen eingeräumten, noch so schwankenden Bodens besetzten, aber nicht den Dank, den er beanspruchte, sondern den Dank, den er verdiente.

Mit dem Jahre 1882 nahm die gewerkschaftliche Bewegung einen neuen Aufschwung. Ganz hatte sie selbst durch das Sozialistengesetz nicht unterdrückt werden können. Den ersten größeren Lohnkampf unter dem Gesetze führten die Berliner Tischler im Frühjahr 1880, seit dem Ende dieses Jahres waren auch einzelne Fachvereine entstanden, und noch früher, fast unmittelbar nach dem Verbot der alten Gewerkschaftsblätter, einzelne Fachblätter. So der Wecker, den Bock in Gotha für die Schuhmacher gründete, so die Neue Tischlerzeitung und der Schiffbauerbote in Hamburg, der Gewerkschafter für die Tabaksarbeiter in Leipzig und andere mehr. Dann gab ein gewisser Aufschwung der Industrie, der sich im Anfange der achtziger Jahre bemerklich machte, der gewerkschaftlichen Bewegung einen starken Anstoß.

Als im März 1882 der Vergolder Ewald die Vorstände der Berliner Fachvereine zusammenberief, um eine Petition zu berathen, die der Regierung die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter vortragen sollte, gab es solcher Vereine schon 18. Aus ihnen entstand das Generalkomite der Berliner Gewerkschaften, das eine lebhafte Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz entfachte. Gleich in der ersten Arbeiterversammlung, die darüber berieth, wurde beschlossen, die Petition nicht an die Regierung, sondern an den Reichstag zu senden, auch ohne Bismarck werde sie an den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse kräftige Befürworter finden. Noch deutlicher trat der Geist, der die Berliner Arbeiter beseelte, in späteren Versammlungen hervor, in denen Hasenclever, Frohme und andere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete mit stürmischem Jubel begrüßt wurden. Immerhin lavirte Ewald sehr vorsichtig, und die gehässigen Angriffe der fortschrittlichen Presse, die mit ihren abgetakelten Manchesterphrasen gegen die Petition ins Feld rückte, boten ihm auch einen ungezwungenen Anlaß, zunächst mit der Fortschrittspartei abzurechnen. So hofften Stöcker und Konsorten monatelang sich der Bewegung bemeistern zu können, sie schwangen sich sogar zu Angriffen gegen die Polizei auf, die mit der Auflösung der Arbeiterversammlungen gar zu schnell bei der Hand sei.

Lange währte der süße Traum natürlich nicht. Als die konservative Partei um die Jahreswende mit ihrem Antrag auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher ans Tageslicht kam, schoben die klassenbewußten Arbeiter die lahmen Proteste der fortschrittlichen Worthelden gleichmüthig bei Seite und brandmarkten den reaktionären Streich in geziemender Frakturschrift. In zwei großartig besuchten Versammlungen nannten die Berliner Arbeiter die Behauptung, daß die Arbeitsbücher vom Proletariat gewünscht würden, eine bewußte Lüge und erklärten, daß die Urheber dieses Antrags die Verachtung aller Arbeiter verdienten und an den Schandpfahl der Geschichte gehörten. Aehnliche Resolutionen faßten etwa hundert Arbeiterversammlungen, die von Rendsburg und Wilhelmshaven bis Nürnberg, München und Stuttgart stattfanden. Wo sich Stöcker und seine Kumpane vor Arbeitern blicken ließen, wurden sie mit lautem Gelächter weggefegt. Die Polizei wußte jetzt, woran sie war, und am 15. Februar 1883 bekam das Generalkomite der Berliner Gewerkschaften eine Anklage angehängt, weil die Fachvereine als politische Vereine durch ihre Verbindung das Vereinsgesetz übertreten haben sollten.

Trotz der „milden Praxis“ hatten die Verfolgungen der sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht aufgehört. Der kleine Belagerungszustand in Berlin, Hamburg und Leipzig wurde am Tage seines Ablaufs regelmäßig erneuert, die Ausweisungen aus den drei Belagerungsgebieten dauerten ununterbrochen fort, die Arbeiterversammlungen wurden nach der Laune der Polizei ebenso gut aufgelöst wie gestattet, die Verbote von Druckschriften und Vereinen rissen nicht ab, und die Beschwerdekommission handhabte ihre „richterlichen Garantien“ so lustig wie je zuvor, wenn die Arbeiter, was seit geraumer Zeit nur noch in irgend

welchen Ausnahmefällen geschah, der Mühe für werth hielten, die „Reichsgalgenkommission“ zu behelligen. Auch die Aufruhrs-, Hochverraths-, Majestätsbeleidigungs-, Aufreizungs- und sonstige Kautschukprozesse blieben auf der Tagesordnung. Es gehörte zum Wesen der „milden Praxis“, daß die Arbeiter keinen Augenblick vergessen durften, unter welchem Damoklesschwerte sie lebten. Im Einzelnen wäre es auch zu viel behauptet, wenn man sagen wollte, daß die Justiz der Polizei erst nachgehinkt sei. Das würde namentlich nicht auf das Reichsgericht zutreffen, dessen politische Rechtsprechung seit dem ersten großen Hochverrathsprozesse bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein ein immer peinlicheres Aufsehen erregte. Nur so viel darf gesagt werden, daß zwar nicht alle, aber viele Gerichte in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes eine gewisse Reserve beobachteten. Es kamen manche Urtheile vor, die an die Attentatsperiode erinnerten, so wurden vom Juli 1880 bis zum Januar 1882 in Dresden über 90 Parteigenossen gegen 18 Jahre Gefängniß verhängt, aber in vielen Fällen blitzten die Polizeibehörden mit ihren Denunziationen bei den Gerichten ab, wie denn in Berlin bis Ende 1881 von 359 polizeilich denunzirten Sozialdemokraten nur 26 gerichtlich bestraft wurden.

Mochte sich nun aber auch die Partei gegenüber der neuen Taktik Bismarcks schnell zurecht finden, so machte sich doch in ihren Reihen das Bedürfniß geltend, auf einem neuen Kongresse eine völlig unzweideutige Stellung zu der seit dem Wydener Kongresse mannigfach verschobenen Lage der Dinge zu nehmen. Gab es keine prinzipiellen, so immerhin mancherlei taktische Meinungsverschiedenheiten, wie sie namentlich in dem Streit über die Haltung des Sozialdemokraten hervorgetreten waren. Zudem mußten die nächsten Reichstagswahlen vorbereitet werden, und das dritte Jahr, in dem nach dem Wydener Beschlusse spätestens ein neuer Kongreß zusammentreten sollte, war bereits angebrochen. Im August 1882 traten die Reichstagsabgeordneten und eine Anzahl Vertrauenspersonen zu einer dreitägigen Konferenz in Zürich zusammen, wobei die gesammte Lage der Partei einer gründlichen Erörterung unterzogen, und die Einberufung eines allgemeinen Kongresses fürs nächste Frühjahr festgesetzt wurde. Am 4. Januar 1883 forderte der Sozialdemokrat zur Wahl von Delegirten auf, die bis Ende Februar erfolgt sein müsse, worauf den Delegirten weitere Mittheilungen zugehen würden. Obgleich der Natur der Dinge nach sehr viele Personen Ort und Zeit des Kongresses erfuhren, wurde die deutsche Polizei doch vollständig getäuscht. Unter dem Befehle des Polizeiraths Krüger hielt ein Kordon von Spitzeln die schweizerische Grenze von Lindau bis Basel besetzt; als dann in deutschen Blättern die Nachricht auftauchte, daß der Kongreß im Norden tage, preschte Krüger nach London, um hier zu erfahren, daß der Kongreß in Kopenhagen getagt habe und bereits geschlossen sei. Die Polizei konnte ihre ohnmächtige Wuth über ihre greuliche Blamage nur noch dadurch bekunden, daß sie in Kiel und Neumünster mehrere heimkehrende Delegirte, darunter einige Reichstagsabgeordnete, wider Gesetz und Recht auf ein paar Stunden sistirte.

Der Kongreß hatte vom 29. März bis zum 2. April in sieben Sitzungen seine Geschäfte zur allseitigen Befriedigung seiner sechzig Delegirten erledigt. Von einem Mitgliede, das seit 1872 sämmtlichen Kongressen der Partei beigewohnt hatte, konnte festgestellt werden, daß noch auf keinem früheren Kongresse alle Parteibezirke so gleichmäßig vertreten gewesen seien, wie auf diesem. Die Gesammtlage der Partei erwies sich als in hohem Grade befriedigend. Innerhalb Deutschlands waren vom 5. August 1881 bis zum 28. Februar 1883 in den Sammelstellen 95 000 Mark eingelaufen, daneben nach Zürich für die verschiedensten Zwecke 20 729 Franken gesandt worden. In den drei Belagerungsgebieten war der Geist der Partei am ausgezeichnetsten, opferten die Genossen am großartigsten und besaß das Parteiorgan die stärkste Verbreitung. Ueber den Stand des Sozialdemokraten berichtete Richard Fischer: die Abonnentenzahl war seit dem Wydener Kongreß aufs Vierfache gestiegen, das Blatt deckte nicht nur seine Kosten, sondern konnte schon mit der Rückzahlung der ihm gemachten Vorschüsse beginnen.

Die Leitung der nächsten Reichstagswahlen wurde der Reichstagsfraktion übertragen, mit dem Rechte der Kooptation und der Befugniß, ein Subkomite zur Besorgung der Geschäfte einzusetzen. Sie erhielt den Auftrag, ein allgemeines Wahlmanifest und eine Instruktionsbroschüre zum Schutze gegen ungesetzliche Uebergriffe der Behörden und der herrschenden Klassen auszuarbeiten. Als Ziel der Wahlbetheiligung wurde nicht die Eroberung möglichst vieler Mandate, sondern möglichst zahlreicher Stimmen aufgestellt, demgemäß unter Beseitigung der offiziellen Wahlkreise die regste Wahlagitation empfohlen, wo immer es Parteigenossen gab. Die prinzipielle Haltung bei der Wahl blieb nach den Wydener Beschlüssen geordnet; ein Antrag auf absolute Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten fiel mit 24 gegen 34 Stimmen. Mit dem System, bekannte Kandidaten in möglichst vielen Wahlkreisen aufzustellen, sollte gebrochen werden; alle Kandidaten mußten nicht nur das Parteiprogramm unbedingt anerkennen, sondern sich auch verpflichten, an allen durch Gesammtbeschluß der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen theilzunehmen.

Die Haltung des Sozialdemokraten wurde im Ganzen gebilligt, ebenso nach eingehender Aufklärung einzelner Punkte die Gesammthaltung der Reichstagsfraktion. In einer besonderen Resolution forderte der Kongreß ein „rücksichtsloses Vorgehen“ der Partei und verwarf jede Nachgiebigkeit gegenüber den Verfolgungen der herrschenden Klassen, jede auf die Nachsicht der Behörden spekulirende Rücksichtnahme. Ueber die sogenannte Sozialreform im deutschen Reiche erklärte der Kongreß einstimmig ohne Debatte, daß er nach dem bisherigen Verhalten der herrschenden Klassen weder an ihre ehrlichen Absichten noch an ihre Fähigkeiten glaube. Vielmehr sei er überzeugt, daß die angebliche Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt werde, um die Arbeiter vom richtigen Wege abzulenken. Wohl aber halte es der Kongreß für die Pflicht der Partei und ihrer parlamentarischen Vertreter, bei allen auf die ökonomische Lage des

Volks gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entsprängen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesammtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.

Dies war, klar, nett und rund, die Antwort des Proletariats auf die Botschaft des Kaisers.

Viertes Kapitel.

Wissenschaftliche Sammlung.

Noch eine traurige Pflicht war in Kopenhagen erfüllt worden, durch die Huldigung, die dem Andenken des Mannes gespendet wurde, der seit vier Jahrzehnten die proletarische Bewegung zweier Welten mit seinen gewaltigen Gedanken befruchtet hatte. Karl Marx war am 14. März 1883 gestorben. In seinem letzten Lebensjahrzehnt hatte er mit schweren Leiden zu kämpfen gehabt; vor ihm sanken seine Frau und seine älteste Tochter ins Grab; ernst und erschütternd klang dies große Leben aus. Doch es erlosch nicht in hoffnungsloser Nacht, wie einst das Leben eines Lessing oder eines Fichte, sondern im aufdämmernden Frühroth der besseren Zeit; die fortschreitenden Erfolge der deutschen Arbeiterklasse erhellten die Lebensneige von Karl Marx.

Sein Erbe übernahm Engels, der noch zwölf Jahre lang unermüdet für das internationale Proletariat gearbeitet und geschafft hat. Aus den von Marx hinterlassenen Manuskripten gab er den zweiten und dritten Band des Kapitals heraus, die den Mechanismus des Kontors und des Markts zerlegten, wie der erste Band den Mechanismus der Fabrik. Doch konnten diese Bände ihrem Inhalte nach nicht so tief und unmittelbar in die Arbeiterbewegung eingreifen, wie ehedem der erste Band; die Fülle neuer Erkenntniß, die in ihnen erschlossen war, ließ sich nur von theoretisch durchgebildeten Lesern bewältigen. Gemeinverständlicher war die Schrift, die Engels im Anschluß an Morgans Forschungen und an Vorarbeiten von Marx, doch im Wesentlichen als selbständige Arbeit über den Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staats herausgab; sie füllte die eine große Lücke in der welthistorischen Auffassung des Kommunistischen Manifestes aus und gab dem wissenschaftlichen Kommunismus mit der lichtvollen Aufdeckung der menschheitlichen Urgeschichte eine neue Stütze. Immer aber gehörte der größere Theil der fruchtbaren und reichen Arbeit, die Engels in seinem letzten Lebensjahrzehnt vollbracht hat, den praktischen Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes. In unzähligen Aufsätzen, Briefen und Unterhaltungen berieth er die Arbeiterparteien aller Länder; alle Mühsal, die ihm daraus erwuchs, war ihm eine unabweisliche, augenblicklich zu er=

füllende Pflicht. Hatte er sein Lebenlang etwas im Schatten von Marx gestanden, so lohnte ihn jetzt ein frisch blühendes Greisenalter in reicher, wie er selbst mit der echten Bescheidenheit des großen Denkers meinte, überreicher Fülle.

Seine Schrift gegen Dühring hatte mitten in dem tobenden Kampflärm, der die ersten Jahre des Sozialistengesetzes erfüllte, langsam in einzelnen hellen Köpfen zu wirken begonnen; eine populäre Zusammenstellung ihrer wichtigsten Kapitel, die Engels zur Zeit des Kopenhagener Kongresses herausgab, um die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft in ihren großen Zügen darzulegen, wurde nun schon in einer starken Auflage heißhungrig von den Massen verschlungen, bald auch mit ähnlicher Wirkung in die Sprache aller Länder übersetzt, wo es eine Arbeiterbewegung gab. Höchbergs wissenschaftliche Zeitschriften waren eingegangen, obgleich namentlich das Züricher Jahrbuch in seinen späteren Bänden eine fortschreitende Entwicklung bekundet hatte; so lange die Partei um ihr politisches Dasein ringen mußte, schob sie alle Theorie zurück. Nach den Wahlen von 1881 drängte die wundervolle Spannkraft, die in der modernen Arbeiterbewegung lebt, um so stärker zur wissenschaftlichen Sammlung. Das Heer, dem noch ein langwieriger Krieg bevorstand, bedurfte der Rüst- und Zeughäuser, um alte Waffen zu schärfen und neue Waffen zu schmieden; die Gründung eines Parteiarchivs war schon in Wyden erwogen, in Kopenhagen mit verstärktem Nachdruck beschlossen worden; es fand in Schlüter einen sehr findigen Pfleger.

In dieser Beziehung, wie in allen anderen, täuschte das Sozialistengesetz die verblendeten Erwartungen seiner Urheber. Nicht mit Unrecht klagten die Manchestermänner, der verfolgte Sozialismus sei ein „großer Herr" geworden, dem alle Welt den Hof mache. Gewiß lief dabei viel Schwindel mit unter, wofür schon die Verbeugungen Bismarcks vor dem Sozialismus hinlänglich zeugten. Jede schäbige Maßregel der fiskalischen Plusmacherei oder der bürgerlichen Profitwuth wurde als Sozialismus verherrlicht, sobald nur der Arm des Staates dazu diente, sie durchzuführen. Aber ungestraft spielt Niemand mit diesem Feuer, und was noch an wissenschaftlichem Gewissen in der bürgerlichen Gelehrsamkeit lebte, empörte sich gegen den Humbug. Manche junge Forscher veröffentlichten verdienstliche Arbeiten über die Lebenslage des deutschen Proletariats; einzelne davon, wie Emanuel Hans Sax und Schnapper-Arndt, bekannten sich ehrlich zu den Anregungen, die sie durch Engels und Marx empfangen haben. Mit tiefen Einblicken in die historische Entwicklung und das typische Wesen der kapitalistisch ausgebeuteten Hausindustrie schilderte Sax thüringische Bezirke, Schnapper-Arndt fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus; ihre Bilder waren bei aller Sorgfalt der Untersuchung mit der schöpferischen Kraft entworfen, die den wissenschaftlichen Forscher von dem gelehrten Handwerkspöbel trennt. Aber auch das Spiel dieses Pöbels mit Rodbertus erwies sich als zweischneidig. Ueber einen so harten Knorren, wie Rodbertus doch immer gewesen war, stolperte die akademische Jugend, die auf ihn dressirt wurde: die feilen Streber plumpsten lieber gleich

in den Bismärckischen Sumpf, indem sie fanden, daß Rodbertus mehr als Marx sein möge, aber Bismarck entschieden noch viel mehr als Rodbertus sei, die wirklichen Talente aber retteten sich auf die ebene Erde des wissenschaftlichen Kommunismus. So namentlich Max Schippel, ein geborener Chemnitzer, der gleich in seinem literarischen Erstling über das moderne Elend und die moderne Uebervölkerung eine werthvolle Arbeit gab und schnell die materialistische Geschichtsauffassung beherrschen lernte.

Mehr als ihren begabtesten Nachwuchs konnte der wissenschaftliche Kommunismus der offiziellen Gelehrsamkeit nicht entreißen, die eben weil sie offizielle Gelehrsamkeit ist, sich nicht vom Boden des bürgerlichen Klassenstaats zu lösen vermag. Nur wenige Jahre, und die deutschen Universitäten erklärten sich noch unter dem Sozialistengesetze zu Werkzeugen der Klassenherrschaft. Als Konrad Schmidt, ein junger Königsberger aus altdemokratischer Familie, sich als Privatdozent mit einer Schrift einführen wollte, die ein Problem des wissenschaftlichen Kommunismus in rein spekulativ-theoretischer Form mit großem Scharfsinne behandelte, wurde ihm überall bedeutet, daß ein „Marxist“ an deutschen Hochschulen nicht geduldet würde. Die sozialdemokratische Partei brauchte nicht erst bei diesem Anlasse zu erfahren, daß die Freiheit der Wissenschaft auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine sinnlose Redensart ist. Sie hatte sich längst ihre wissenschaftlichen Waffenschmieden im eigenen Lager errichtet. Nach bewährter Gewohnheit war sie dabei von ihren nächsten Bedürfnissen ausgegangen; ihre erste Stätte theoretischer Erörterung wurde ihr Züricher Zentralorgan, dessen Aufgaben sich wandelten, seitdem den deutschen Arbeiterblättern einige Bewegungsfreiheit eingeräumt worden war.

Es kam jetzt nicht mehr in erster Reihe darauf an, den brutal gehetzten, unterdrückten und verfolgten Arbeitern die Leidenschaft des Kampfes einzuflößen und eine revolutionäre Sprache zu führen, die der reaktionären Verfolgungswuth entsprach. Vielmehr trat die andere Aufgabe in den Vordergrund, das Spiel der offiziellen Sozialdemagogie zu durchkreuzen, die Partei über die ökonomisch-sozialen Strömungen in Gesellschaft und Staat aufzuklären, mißverständliche Schlagworte in das richtige Licht zu stellen, wie den „Kampf gegen das Manchesterthum“, der einmal seinen guten Sinn gehabt hatte und wieder seinen guten Sinn haben konnte, damals aber die deutsche Arbeiterklasse in eine bedenkliche Waffenbrüderschaft mit den schmutzigsten Elementen des herrschenden Ausbeuterthums zu bringen drohte. Ueber alle diese Fragen konnten die deutschen Arbeiterblätter nicht mit der nöthigen Offenheit sprechen, ohne sofort dem Beile des Sozialistengesetzes zu verfallen. So zerfetzte der Sozialdemokrat in einer Reihe lehrreicher Artikel das Märchen vom sozialen Königthum, die jammervollen Gaukeleien der Stöcker und Wagner, die unsinnige Vorstellung, als ob jede „Verstaatlichung“ ein Schritt zum Sozialismus sei. Er wies nach, daß die ökonomische Aufgabe der Sozialdemokratie zur Zeit, wo sich der Staat in den Händen der schlimmsten Arbeiterfeinde befinde, nicht darin bestehen könne, den

Einfluß des Staates zu verstärken und sein Machtgebiet zu erweitern, sondern nur darin, die proletarischen Klasseninteressen zu fördern und zu wahren. Sein Hauptaugenmerk aber müsse das klassenbewußte Proletariat unter den obwaltenden Umständen darauf richten, politische Macht und politische Rechte zu erobern.

Für diese aufklärende Thätigkeit war Eduard Bernstein mindestens ebenso geeignet, wie für die revolutionirende Thätigkeit des Sozialdemokraten. Er stammte aus einer armen jüdischen Familie in Berlin, sein Vater war Lokomotivführer auf der Anhalter Bahn, sein Oheim der politische Leiter der Volkszeitung, in geistig angeregter und anregender Umgebung wuchs er auf, in einem Milieu, in dem sich politische, religiöse, soziale Interessen verschiedenster Art kreuzten. Die Mittel seiner Eltern gestatteten ihm den Besuch des Gymnasiums nur bis zum Zeugniß für den einjährigen Militärdienst, dann war er zwölf Jahre lang in einem Bankgeschäfte thätig. Im Jahre 1872, im Alter von 22 Jahren, schloß sich Eduard Bernstein nach manchem Tasten der sozialdemokratischen Partei an, sofort als praktischer Agitator, der Eifrigsten einer unter den damaligen Eisenachern in Berlin. Er theilte die theoretische Unklarheit dieser Fraktion und kam in nahe Beziehungen zu Dühring und Höchberg; über den wissenschaftlichen Kommunismus wurde er sich erst klar, als er im Winter von 1878 auf 1879 die Streitschrift von Engels gegen Dühring studirte. Im Herbst 1880 machte ihn eine Reise nach London persönlich mit Marx und Engels bekannt; nach Zürich zurückgekehrt, übernahm er vorläufig die Redaktion des Sozialdemokraten, um sie dann endgiltig zehn Jahre lang zu führen.

Bernstein hat es verstanden, das Blatt als Organ der Gesammtpartei zu erhalten und ihm zugleich eine bestimmte, feste, klare Richtung zu geben, die allen taktischen Anforderungen gerecht wurde, ohne doch das Prinzip zu verletzen. Fast in keiner, jedenfalls in keiner entscheidenden Frage, die der politische Tageskampf eines Jahrzehnts aufwarf, ist der Sozialdemokrat auf einen Seitenweg abgeirrt. Aus seiner agitatorischen Zeit war Bernstein viel zu vertraut mit den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes, um sie je zu verkennen, aber gründlich und langsam schaffend, eine nachdenkliche Natur, selbst mit einem leisen Anfluge von Skepsis, der das relative Recht der Gegner eher zu hoch, als zu niedrig einschätzte, liebte er den Kampf nicht um des Kampfes willen, war er stets zu jeder fruchtbaren Diskussion bereit. Berathen von Engels, hat Bernstein durch seine Leitung des Sozialdemokraten mindestens ebensoviel zur theoretischen Aufklärung der deutschen Arbeiterklasse beigetragen, wie zu ihrer praktischen Schulung.

Ergänzt wurde diese theoretische Aufklärung durch die Neue Zeit, eine wissenschaftliche Monatsschrift, die vom Januar 1883 ab in Stuttgart erschien. Hierher hatte sich Dietz nach seiner Vertreibung aus Hamburg-Harburg zurückgezogen und die Trümmer der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei übernommen, die durch die polizeilichen Verfolgungen auf einen Werth von 10000 Mark herunter drangsalirt worden war, von einem zehnfach so hohen Werthe, den sie

beim Erlaß des Sozialistengesetzes gehabt hatte. Auch im Schwabenlande, das sich seit der Attentatsperiode eine recht niedliche Polizeiwirthschaft zugelegt hatte, wurde Dietz mit argen Scherereien empfangen, doch ganz konnte sein neues Unternehmen nicht todtgeschlagen werden.

Die Redaktion der Neuen Zeit übernahm Karl Kautsky, ein geborener Prager. Er stammte aus einer internationalen Künstlerfamilie, in seinen Großeltern von väterlicher Seite mischte sich polnisches und tschechisches, von mütterlicher Seite italienisches und deutsches Blut, sein Vater war ein bekannter Maler, seine Mutter hat sich durch eine Reihe trefflicher sozialer Romane einen rühmlichen Namen gemacht. Dank seiner tschechischen Abstammung wurde Karl Kautsky durch die Quälereien seiner deutschen Schulkameraden früh in die Opposition gedrängt, in der Benediktinerabtei Melk, wo er einen Theil seiner Erziehung erhielt, lernte er die Pfaffenwirthschaft kennen und hassen, dann ergriff ihn mächtig die Erhebung und der Fall der Pariser Kommune. Als er in der Mitte der siebziger Jahre zur Universität abging, stand sein Entschluß fest, daß sein Leben der Partei gehören solle. Sein Lieblingsfach war die Geschichte, daneben trieb er eifrig Naturwissenschaften und studirte den Sozialismus, zunächst an den französischen Quellen. Das Stück Utopismus, das er von daher überkommen hatte, seine genaue Kenntniß des Darwinismus und der Einfluß Albert Langes veranlaßten ihn zu seiner ersten Schrift, über die Bevölkerungsfrage im Zukunftsstaate. Sie war gerade druckfertig, als Hödel in die Luft schoß. Das Sozialistengesetz schädigte die österreichische Arbeiterbewegung, die nach ihren ersten stürmischen Anläufen verkümmert war und mühsam im Schlepptau der deutschen Bewegung segelte, ärger als diese; im österreichischen Proletariat fand Most ein verhältnißmäßig ergiebiges Rekrutirungsfeld. Trotz wiederholter Versuche gewann Kautsky auf seinem heimathlichen Boden nicht den nöthigen Spielraum für eine Thätigkeit, die seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprochen hätte. Sein Leben nahm dann die entscheidende Wendung, als Höchberg ihn im Januar 1880 nach Zürich berief, zum Mitarbeiter an seinen Zeitschriften. Wie Bernstein, so befreite sich nun auch Kautsky von allen Resten theoretischer Unsicherheit durch das Studium des zwischen Dühring und Engels geführten Streits. Höchberg hatte einen guten Blick gehabt, als er Bernstein und Kautsky zu seinen literarischen Gehilfen wählte, nur dies Eine hatte er übersehen, daß sie nicht wie er als Philanthropen, sondern als Rebeller zur Partei gekommen waren. Beide wuchsen ihm schnell über den Kopf, die Trennung erfolgte in persönlich freundschaftlicher, aber grundsätzlich entschiedener Weise.

Unter der Redaktion Kautskys vertrat die Neue Zeit von vornherein den „Marxismus“, die einheitliche und geschlossene Weltanschauung, die von Marx und Engels begründet worden war. Nicht jedoch in irgend einem dogmatisch-ausschließlichen Sinne, der am wenigsten „marxistisch“ gewesen sein würde. Weit entfernt zu sagen, daß der „Marxismus“ überhaupt das letzte Wort der Menschheit sei, hielt Kautsky nur darauf, daß der „Marxismus“ in der Neuen Zeit

sein letztes Wort sprechen könne. Ehe eine Weltanschauung überwunden werden kann, muß sie sich historisch ausgelebt haben, und wie relativ immer die Wahrheit sein mag, die ihr innewohnt, so steht eine solche relative Wahrheit hoch über der absoluten Unwahrheit der Konfusion, die überhaupt nicht logisch zu denken vermag. Geschult durch vielseitige Studien und ganz frei von der herkömmlichen Literateneitelkeit, die um gegenseitigen Lobhudelns willen mantscht und mantschen läßt, schied Kautsky in mühsamen Arbeiten, mit unerbittlicher Kritik den „Marxismus" in seiner historischen Eigenthümlichkeit aus dem Wuste des Allerweltssozialismus, der sich um ihn gehäuft hatte. Des Rathes von Engels erfreute er sich in noch höherem Grade als Bernstein; seit 1884 leitete er die Neue Zeit von London aus.

Hatte diese Monatsschrift ihr Schwergewicht in der historischen und ökonomischen Forschung, so beschäftigte sich das Recht auf Arbeit, eine Wochenschrift, die Louis Viereck in München herausgab, vorwiegend mit praktischer Sozialpolitik, mit den Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerkschaftsorganisation. Seit dem Jahre 1882 bemühte sich Viereck in der bairischen Hauptstadt einen belebenden Mittelpunkt für die Parteipublizistik innerhalb der deutschen Grenzen herzustellen; in der Süddeutschen Post und einer Reihe von Kopfblättern, die vom Rheine bis zum Pregel an den verschiedensten Orten erschienen, schuf er einen kleinen Blätterwald, den die Nachtfröste des Sozialistengesetzes oft genug verheerten, aber doch nicht zerstörten. Die geistig leitende Kraft dieser Unternehmungen war Bruno Schönlank, ein junger Thüringer, der auf deutschen Universitäten gelernt hatte, was sie lehren konnten, und daneben vieles, was sie nicht lehren konnten, ein rascher und rüstiger Arbeiter, den ein glänzendes Formtalent und eine reiche Bildung vor aller Verflachung des publizistischen Kleinkriegs schützten.

Aus unscheinbaren Anfängen, in Wetterschein und Regenguß, erwuchs der Partei eine wissenschaftliche Literatur, die einen bedeutenden Fortschritt über ihren geistigen Stand in den siebenziger Jahren bekundete. Man konnte diesen Fortschritt messen, wenn man Kautskys populären Auszug aus dem ersten Bande des Kapitals mit Mosts entsprechender Pfuscherei verglich, die zehn Jahre früher vollgiltigen Kurs in der Partei gehabt hatte. Die Pächter der bürgerlichen Weisheit glaubten die junge Saat mit stupiden Redensarten über „fanatische Epigonen" niederhageln zu können; als ob ein anmaßliches und unfähiges Epigonenthum nicht vielmehr das naturnothwendige Erbe der Klasse wäre, die ihre Ideale auf dem Trödelmarkte verschachert hatte.

Fünftes Kapitel.

Peitsche und Zuckerbrot.

Der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes dauerte ebenfalls anderthalb Jahre. Er reichte vom Frühjahr 1883 bis zum Herbste 1884 und erledigte praktisch, was im ersten Abschnitte dieser Periode durch die Frage des Kaisers und die Antwort des Proletariats prinzipiell erledigt worden war: Bismarck machte seine „Sozialreform" und die Sozialdemokratie quittirte darüber in den Wahlen.

Die Handhabung des Sozialistengesetzes war in diesem Zeitraum ungefähr dieselbe, wie in dem vorhergehenden, höchstens daß die Peitsche noch etwas lässiger regiert und das Zuckerbrot noch etwas reichlicher ausgestreut wurde. Die Anklage gegen das Generalkomite der Berliner Gewerkschaften nahm einen glimpflichen Ausgang, Ewald und seine Genossen wurden zu kleinen Geldstrafen verurtheilt, die Fachvereine aber nicht geschlossen. Und als sich die Berliner Arbeiter im Jahre 1883 zum ersten Male an den Gemeindewahlen betheiligten, die zwar auch nach dem Dreiklassenwahlsystem stattfanden, aber sich dadurch von den Landtagswahlen unterschieden, daß jede Klasse ihre eigenen Vertreter wählte, wurden sie wenig behindert. Die jämmerlich-unwürdigen Klagen der Fortschrittler darüber beschied Puttkamer in seiner pompösesten Attitüde: „Wer giebt uns das Recht, wenn hier bei den Kommunalwahlen, sagen wir einmal der vierte Stand sich zusammenthut und ganz bestimmte Beschwerden vorzubringen hat, solche Leute unter die Paragraphen 1 und 9 des Sozialistengesetzes zu subsumiren? Das würde eine flagrante Gesetzesverletzung sein." Seit dem Januar 1884 konnte auch ein Arbeiterorgan, das Berliner Volksblatt, täglich erscheinen. Daneben aber wurden 1883 in Berlin 46, 1884 gar 80 Arbeiterversammlungen aufgelöst. Aehnlich wie in der Hauptstadt stellte sich das System von Peitsche und Zuckerbrot im ganzen Reiche dar.

Auf die Arbeiter machte es einen Eindruck, der den Wünschen Bismarcks und Puttkamers schnurstracks widersprach. Der Sozialdemokrat kennzeichnete es mit den Worten, die Regierung wolle die Arbeiter dressiren, daß sie einmal gegen den Liberalismus als Wadenkneifer losführen und dann wieder, wenn ihnen gepfiffen würde, gehorsam kuschten. Aber gerade dieses launenhafte Willkürregiment erbittere die Arbeiter noch mehr, als eine konsequent durchgeführte, wenn auch noch so harte Verfolgung. An einem schonungslosen Gegner könne man wenigstens die Ehrlichkeit achten. „Aber wenn der Gegner uns nicht zu vernichten, sondern zu korrumpiren sucht, wenn er uns rechtlos macht und unsere Familien dem Elende preisgiebt, nicht weil unsere Ziele ihm unsittlich und verderblich erscheinen, sondern weil wir uns nicht korrumpiren lassen, dann wird

nicht nur unser Haß ein tieferer, es gesellt sich zu ihm auch die Verachtung: wir verachten Bismarck und seinen Troß, wir verachten ihn in seiner Strenge, und wir verachten ihn noch viel mehr in seiner Milde." Und in den sozialdemokratischen Flugblättern wurde es zum geflügelten Worte: Sein Zuckerbrot verachten wir, seine Peitsche zerbrechen wir.

Für diese Sprache von Männern fehlte dem von Hundeseelen umschwärmten Säkularmenschen jedes Verständniß. Er hielt an der Hoffnung fest, durch seine Bettelreformen die „verführten Massen" gewinnen und durch seine Lockspitzeleien die „verbrecherischen Führer" aufs Glatteis locken zu können. Die oppositionelle Bourgeoisie aber drängte er in die Zwickmühle, sich entweder vor ihrer eigenen Klasse zu kompromittiren, indem sie mit dem „Umsturze" gemeinsame Sache machte, oder allen Kredit bei den Massen zu verlieren, indem sie über den Stock des Sozialistengesetzes sprang. Dieser plumpe Taschenspieler, mit dem verglichen selbst ein Louis Bonaparte in den unverdienten Ruf eines staatsmännischen Genies gelangen konnte, war jetzt schon verloren, wenn die oppositionelle Bourgeoisie so festen Stand hielt, wie das klassenbewußte Proletariat. Um die Frage, ob sie so festen Stand halten würde, drehte sich der zweite Abschnitt in der zweiten Periode des Sozialistengesetzes.

I. Bettelreformen und Lockspitzeleien.

Nach dem Kopenhagener Kongresse brachte der Reichstag das Krankenversicherungsgesetz endlich fertig, das Unfallversicherungsgesetz verschleppte er noch einmal, trotz einer neuen kaiserlichen Botschaft, womit Bismarck es durchzudrücken versuchte. Erst im Jahre 1884 wurde ein dritter Entwurf dieses Gesetzes verabschiedet, der auf den Reichszuschuß verzichtete und auch sonst nach den Diktaten der Großindustriellen zurechtgeschustert war. Eine ganze Gesetzgebungsperiode hatten Regierung und Reichstag gebraucht, um ein paar „sozialreformatorische" Gesetze fertig zu stellen, von denen es schwer war zu sagen, welches stümperhafter ausgefallen sei.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm in den langwierigen Berathungen die von der Kopenhagener Resolution gebotene Haltung ein. Prinzipiell hatten diese Gesetze mit sozialen Reformen überhaupt nichts zu thun. Sie berührten auch nicht ein Problem der modernen Arbeiterfrage, sondern bewegten sich auf dem Gebiete der Armenpflege, die lange vor der modernen Industrie und überhaupt so lange bestanden hat, als es Klassengesellschaften giebt, die Arme produziren. Etwaige Verbesserungen der Armenpflege als „Sozialreformen" auszuspielen, war ein längst sogar schon von bürgerlicher Seite gebrandmarkter Humbug; zehn Jahre früher hatte Albert Lange geschrieben: „Jede politische Maßregel ist zu verwerfen, welche die Tendenz hat, etwa gegen kleine materielle Verbesserungen in der Lage der Arbeiter ihre Abhängigkeit oder ihre moralische Unterordnung unter die höheren Klassen zu erhalten und zu befestigen." Genau diese, von

Albert Lange als „unbedingt verwerflich“ gekennzeichnete Tendenz hatten das Kranken- und das Unfallversicherungsgesetz. Sie waren keine „Sozial-“, sondern Bettelreformen, indem sie die Arbeiterklasse wieder unter das Joch des Kapitals drücken wollten, gegen die fragwürdige Verheißung, die kranken oder verunglückten Arbeiter vor dem Bettel zu schützen. Jede Selbsttäuschung hierüber war für die deutschen Arbeiter längst ausgeschlossen, und die Vorhersage der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß diese und ähnliche Gesetze im Sinne ihrer Urheber auch nicht den leisesten Einfluß auf die revolutionäre Arbeiterbewegung haben würden, ist seitdem durch die Erfahrungen eines halben Menschenalters bestätigt worden.

Damit war aber eine praktische Mitarbeit insofern nicht ausgeschlossen, als die Armenpflege auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft je nachdem besser oder schlechter eingerichtet sein kann. Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich auf diesen Boden, indem sie verlangte, daß die Unfallversicherung Sache der Unternehmer sein solle, die sich dafür weder an den Kassen des Staats noch an den Taschen der Arbeiter zu erholen hätten, die Krankenversicherung aber Sache der Arbeiter, die weder vom Staat noch von den Unternehmern irgend ein Almosen beanspruchten, sondern nur verlangten, was für alle übrigen Klassen der Gesellschaft selbstverständlich sei: die selbständige Verwaltung ihrer Krankenkassen. So einleuchtend die sozialdemokratischen Redner ihre Auffassung im Einzelnen begründeten, mit einer Sachkenntniß, die den Rednern sowohl der bürgerlichen Parteien, als auch des Regierungstisches weit überlegen war, so wurden ihre Vorschläge dennoch abgeworfen.

Den herrschenden Klassen war die Verbesserung der Armenpflege nicht Zweck, sondern Mittel. Ihnen kam es auf ein Schaugericht an, das die Arbeiter über die proletarischen Klasseninteressen täuschen und möglichst auch noch von den Arbeitern bezahlt werden sollte. Auch in der unfähigsten Bureaukratie fehlt es nie ganz an tüchtigen Elementen, welche die Arbeit leisten, die schließlich von jeder regierenden Klasse geleistet werden muß. Die paar Geheimräthe im preußischen Handelsministerium, die wirklich etwas von der Arbeiterversicherung verstanden, suchten sie in ihrer Weise vernünftig einzurichten, so besonders der Geheimrath Lohmann. Er drang auf eine kräftige Ausbildung der staatlichen Fabrikaufsicht, auf die obligatorische Verpflichtung der Unternehmer, alle Unfälle in ihren Betrieben sofort anzuzeigen, und auf den Erlaß technischer Schutzvorschriften. Das waren in der That die unerläßlichen Vorbedingungen einer ernsthaften Unfallversicherung. Aber eben deshalb „belästigten sie die Industrie“ und waren für Bismarck ein Greuel. Er unterdrückte die schwachen Anfänge der staatlichen Fabrikaufsicht, wo er irgend konnte, ließ einen im preußischen Handelsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die obligatorische Anzeigepflicht der Unternehmer vom Bundesrath eskamotiren und ebenso eine Reihe ziemlich schüchterner Schutzvorschriften, die ein Ausschuß von Sachverständigen ausgearbeitet hatte. Klarer konnte der eigentliche Kern der offiziellen „Sozialreform“ gar nicht beleuchtet werden. Die Regierung und die bürgerliche Reichstagsmehrheit

verkoppelten die Kranken- und die Unfallversicherung in der zweckwidrigsten Weise, um ein bourgeois-bureaukratisches Ungethüm von Organisation zurechtzubasteln, in dem die Beamten und die Unternehmer fast alles, die Arbeiter fast nichts zu sagen hatten. Seitdem es eine moderne Arbeiterfrage gab, hatte die „korporative Organisation" im sozialreformatorischen Sinn immer und überall als eine Organisation der Arbeiterklasse gegolten; es war die epochemachende That des Säkularmenschen, die „realen Kräfte des Volkslebens" mit seinen „sittlichen Fundamenten", worüber die kaiserliche Botschaft so feierlich gedröhnt hatte, in dem ausbeuterischen Kapital zu entdecken und ihm unter dem Schutze der Bureaukratie eine neue Organisation zu schaffen.

Hätten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dadurch bethören lassen, so würden sie um einiger Silberlinge willen die unveräußerlichen Rechte des Proletariats verrathen haben. Sie stimmten sowohl gegen das Kranken-, als auch gegen das Unfallversicherungsgesetz, und die wiederholten Versuche Bismarcks, ihnen daraus einen Strick zu drehen, haben nie auch nur bei einem Arbeiter verfangen. Ebenso wenig erreichten die Denunziationen ihren Zweck, die an die Opposition der sozialdemokratischen Fraktion gegen jede polizeiliche oder zünftlerische Rückwärtsrevidirung der Gewerbeordnung geknüpft wurden. Alle angeblichen oder wirklichen Auswüchse des Manchesterthums reichten nicht an den einen großen Auswuchs der rückständigen Polizeiwirthschaft heran, und für den biedern Handwerksmeister, der sich redlich vom Schweiße seiner Gesellen und Lehrlinge nähren will, hat die deutsche Arbeiterklasse nie etwas übrig gehabt.

Während die deutsche Sozialdemokratie immer mehr über die bürgerlichen Parteien hinauswuchs, wurde der deutsche Anarchismus immer mehr vom Lockspitzelthum genarrt. Nicht als ob die deutschen Anarchisten durchweg aus Lumpen und Maulhelden oder auch nur aus zurückgebliebenen Arbeitern bestanden hätten; es befanden sich feurige, leidenschaftliche Naturen darunter, die dem psychologisch erklärlichen, aber politisch verhängnißvollen Irrthum verfielen, daß die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse nur gewaltsam gebrochen werden könne. Die eigentliche Gefahr der anarchistischen Bewegung lag gerade in solchen Männern, wie dem holsteinischen Tischler Neve, die jeden Augenblick bereit waren, ihre Freiheit und ihr Leben an ihre Ueberzeugung zu setzen. Ihr zuverlässiger Charakter verschaffte ihnen Vertrauen bei den Arbeitern, während ihre fanatische Beschränktheit sie den Einflüsterungen der Lockspitzel zugänglich machte. Dennoch gelang es der anarchistischen Agitation nicht, eine irgend nennenswerthe Ausbreitung unter den deutschen Arbeitern zu gewinnen. Most hatte sich seit seiner Entlassung aus dem englischen Gefängnisse nach New York zurückgezogen, wo nun auch die Freiheit erschien, tobsüchtiger geschrieben als je und um so einflußloser in der deutschen Arbeiterwelt. Die anarchistischen Kassen blieben leer, und da auch zur anarchistischen Kriegführung Geld gehörte, so entwickelte sich eine neue Form der „sozialrevolutionären" Taktik: der gemeine Raubmord, der sofort von den polizeilichen Lockspitzeln sorgfältig gepflegt wurde.

Bereits im Juli 1882 wurde der Schuhwaarenfabrikant Merstallinger in Wien von Anarchisten mit Chloroform betäubt und um tausend Gulden beraubt. Zu den intellektuellen Urhebern des Anschlags gehörte ein gewisser Hotze, der nach Amerika flüchten durfte, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte. Ihre Besorgniß, Hotze werde nicht ausgeliefert werden, da der von ihm angestiftete Raub einen politischen Hintergrund habe, wurde allerdings durch die Regierung in Washington zerstreut, die sich bereit erklärte, den gemeinen Verbrecher auszuliefern, jedoch die Staatsretter an der Donau beharrten bei ihren zartfühlenden Bedenken. Einen größeren Aufschwung nahm die Raubmordtaktik aber erst im Herbste 1883, gleich nach einer anarchistischen Konferenz, die in Zürich getagt hatte. Unter ihren Theilnehmern befanden sich der Schuhmacher Stellmacher aus Schlesien, der die Freiheit während ihres Erscheinens in der Schweiz redigirt hatte, der Buchbinder Kammerer und der Schreiner Kumics, zwei geborene Oesterreicher, dann aber auch der Lockspitzel Schröder-Brennwald und der Mechaniker Kaufmann, ein anderer Lockspitzel der deutschen Polizei. Schnell hinter einander folgten nun am 22. Oktober der Raubmord an dem Apotheker Lienhard und einer Schildwache in Straßburg, am 29. Oktober eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, am 21. November das Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart, endlich in Wien am 15. Dezember die Erschießung des Polizeibeamten Hlubeck, am 10. Januar 1884 der Raubmord an dem Wechselagenten Eisert und dessen zwei Söhnen, und am 25. Januar die Erschießung des Polizeiagenten Blöch.

Die Urheberschaft dieser Verbrechen ist nicht durchweg klar gestellt worden. So mag die ziemlich harmlose Explosion im Frankfurter Polizeigebäude ein Privatvergnügen des biederen Rumpf gewesen sein. Jedoch an den meisten waren nachweislich Kumics, Kammerer und Stellmacher betheiligt. Als Stellmacher in Wien prozessirt wurde, ergab sich noch eine andere Variante der anarchistischen Taktik. Stellmacher hatte an den Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen und den österreichischen Gesandten in Bern geschrieben, um sich zu Spitzeldiensten anzubieten. Nicht in der Absicht, diese Dienste wirklich zu leisten, sondern im Einverständnisse mit seinen Gesinnungsgenossen, um auf solche Art Geld zu erschwindeln. Stellmacher hat bis an den Fuß des Galgens eine trotzige Haltung bewahrt und ist in festem Glauben an seine Sache gestorben, aber was war aus dieser Sache geworden, wenn ihre Grenzen vollständig in das gemeinste Verbrechen und die schuftigste Spitzelei verliefen! Nach Stellmachers Hinrichtung erschienen blutrünstige Plakate in der Schweiz, die ihn zu rächen aufforderten und von dem Klempner Weiß aus Dresden angeschlagen wurden. In Liestal deshalb vor Gericht gestellt, entpuppte sich auch dies Früchtchen als deutscher Lockspitzel. Seine Entlarvung zog dem Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen einen tödtlichen Schlaganfall zu, der arme Patriot hatte im Kampfe für die heiligsten Güter auch allzu großes Pech gehabt. Zur selben Zeit stöberten die deutschen Sozialdemokraten in Zürich noch den deutschen Lockspitzel Friedemann

auf, der auf anarchistischen Festen mit henkerhaftem Pathos zu deklamiren pflegte: Mein Kaiser, mein Kaiser muß hangen.

Eine andere Reihe anarchistischer „Thaten" ging im Herbste 1883 von Elberfeld-Barmen aus. Ihr leitender Kopf war der Schriftsetzer August Reinsdorf, der aus einem Leipziger Vororte stammte und schon im Jahre 1877 von den Sozialdemokraten wegen seiner anarchistischen Umtriebe ausgeschlossen worden war. Er war kein Polizeispitzel, wofür er lange Zeit galt, und er gab sich auch nicht, wie die Kammerer und Stellmacher, mit gemeinen Verbrechen ab, aber über einen Verschwörer nach dem Geschmacke der Polizei brachte er es doch nicht hinaus. Er hatte fünf oder sechs Anhänger um sich gesammelt, fast durchweg junge und unreife Menschen, die er zu Dynamitattentaten anstiftete. Drei solcher Versuche wurden gemacht, ohne daß ein Menschenleben geschädigt wurde, bei dem wichtigsten explodirte auch nicht das Dynamit. Reinsdorf, der an weit vorgeschrittener Schwindsucht litt und im Hospitale lag, hatte den Sattler Rupsch und den Schriftsetzer Küchler nach Rüdesheim gesandt, um am 27. September den deutschen Kaiser und dessen fürstliches Gefolge bei der Enthüllung des Germaniadenkmals auf dem Niederwalde in die Luft zu sprengen. Nach Reinsdorfs eigener Behauptung flossen die Kosten der Expedition zum größten Theil aus polizeilichen Fonds, und diese Behauptung wurde nur deshalb nicht urkundlich festgelegt, weil der Weber Palm, der die fraglichen 40 Mark beigesteuert hatte, gleichwohl aber nicht mitangeklagt worden war, sondern als Zeuge vernommen wurde, jede Angabe über die Herkunft des Geldes verweigerte. Das Reichsgericht sah von der Vereidigung dieses „Zeugen" ab, der nach dem Prozesse notorisch polizeiliche Dienste gethan hat. Das Attentat war in so kindischer Weise versucht worden, daß es nicht die geringsten Spuren hinterließ. Wie es dennoch „entdeckt" wurde und weshalb seine „Entdeckung" nicht gleich an die große Lärmglocke gehängt wurde, die unaufhörlich über die „sozialistischen Attentate" tönte, blieb auch bei den späteren Verhandlungen vor dem Reichsgerichte sehr im Unklaren.

Anscheinend sollte es in der Hinterhand bleiben, als großer Wahlpuff, wenn der Reichstag sich weigerte, das Sozialistengesetz zu verlängern, und deshalb aufgelöst werden mußte. Um die nöthige Stimmung für die Verlängerung des Gesetzes zu machen, hatten die Lockspitzel genügend zahlreiche Attentate geliefert.

II. Die Kronprinzenpartei und ihr Krach.

Das Sozialistengesetz lief am 30. September 1884 ab, und wenige Wochen später das Mandat des Reichstags. Bismarcks Absicht, dies Zusammentreffen für seine Pläne auszunutzen, erhielt einen neuen Sporn, als ein halbes Jahr vorher, an einem schönen Märzmorgen, die Freisinnige Partei unvermuthet auf dem Plane erschien. Sie war von den Fortschrittlern und den Sezessionisten hinter den Kulissen gegründet worden, ohne daß es eine der beiden Fraktionen

der Mühe für werth gehalten hätte, die Ansicht ihrer Wähler einzuholen. Was sie bedeutete, war freilich kein Geheimniß, und am wenigsten für Bismarck. Die neue Partei erhielt ihren ersten Glückwunsch vom Kronprinzen, und der Volkswitz taufte sie sofort als die Kronprinzenpartei. Das Ableben des bald neunzigjährigen Kaisers wurde damals in naher Zukunft erwartet, und der Kronprinz wollte eine „große liberale Partei" haben, auf die er sich bei seinem Regierungsantritte stützen könne.

Schade nur, daß diese große Partei sich selbst auf nichts stützte, als auf den „liberalen" Kronprinzen! Die liberale Opposition hatte seit 1881 eine ungemein schwächliche Politik getrieben. Das galt selbst von der süddeutschen Volkspartei, die sich höchstens durch noch größere Phrasenhaftigkeit von den engbrüstigen Fortschrittlern unterschied; man brauchte nicht die Finger einer Hand, um in beiden Parteien die paar Leute herzuzählen, die zur Noth als bürgerliche Demokraten passiren konnten, und übrigens von den eigentlichen Parteiführern sehr scheel angesehen wurden. Die Sezessionisten waren überhaupt nichts als „geärgerte Freihändler". Das einzige Verdienst dieser Opposition hatte denn auch darin bestanden, neue Erhöhungen des Zolltarifs abzuwehren, die Sezessionisten waren nicht einmal in der Frage neuer Finanzzölle sattelfest. Das Programm der neuen Partei formulirte die Klasseninteressen des mobilen Kapitals und verbrämte sie mit einigen allgemeinen Redensarten über Freiheit, Volkswohlfahrt und dergleichen; um hoffähig zu werden, hatten die Fortschrittler die paar Spitzen ihres alten Programms abgebrochen oder doch so umgebogen, daß sie keinen Hofmarschall stechen konnten. Darüber erhob sich etwelches Murren in der fortschrittlichen Wählerschaft, das von den Führern mit der Versicherung beschwichtigt wurde, eine kostbare Mitgift bringe die sezessionirte Schöne doch in die junge Ehe mit: die neuen Bundesgenossen würden nicht mehr für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen.

Wirklich hieß es in dem freisinnigen Programm: Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen der Person und der Partei. Es war auch nicht unglaubhaft, daß alle Liberalen, die noch einige Spannen weit über ihre Nasenspitze hinweg blicken konnten, mit dem Sozialistengesetze reinen Tisch machen wollten. In den gebildeten Kreisen der Bourgeoisie ächzte und stöhnte man schon über das „Unglücksgesetz"; seine „erzieherischen Wirkungen" wurden öffentlich nur noch von dem Modephilosophen v. Hartmann gepriesen, der an seinem Theil beweisen wollte, daß die bürgerliche Philosophie fünfzig Jahre nach Hegels Tode wirklich bis auf die letzten Knochen verfault sei. Niemand konnte von der liberalen Bourgeoisie verlangen, daß sie um des revolutionären Proletariats willen ihre Hoffähigkeit schädigen solle, aber unter der Versumpfung des öffentlichen Lebens, die das Sozialistengesetz hervorrief, litt sie am meisten. Sie hatte den Schaden von dem Ausnahmegesetze, während das Proletariat den Vortheil davon hatte. Gerade wenn sie hoffähig bleiben, wenn sie dem Kronprinzen einen sicheren Halt bieten wollte, mußte sie dem „Unglücksgesetze" lieber heute als morgen den Kehraus tanzen.

Bismarck war auch so galant, die neue Partei noch in ihren Flitterwochen zu diesem Tanze aufzufordern. Er verlangte vom Reichstage die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre. Die erste Lesung seiner Vorlage fand schon am 20. und 21. März statt, zugleich mit der Debatte über die Fortdauer des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Leipzig. Zu ihrem Haupttrumpfe hatte die Regierung natürlich die anarchistischen Verbrechen gemacht, für welche niemand anders verantwortlich war, als sie selbst. Bebel sagte: „Die Anarchisten sind nur möglich geworden durch das Sozialistengesetz, und die Väter des Sozialistengesetzes sind zugleich die Väter der Anarchisterei." In gleichem Sinne sprachen Hasenclever, Grillenberger und Liebknecht; es war ihnen leicht nachzuweisen, was jeder kundige Beobachter der Zeitgeschichte wußte, daß nämlich die Sozialdemokratie vielmehr der einzige Damm gegen ein gefährliches Uebermuchern des verbrecherischen Anarchismus sei. Gegen die Sozialdemokratie selbst schleppte Puttkamer den großen Zitatensack heran, wußte aber aus dieser unerschöpflichen Fundgrube nichts weiter hervorzuzaubern, als einige, obendrein gefälschte Zitate aus Bebels Buch über die Frau und den Sozialismus. Sogar die getreue Nationalzeitung murrte darüber: sie meinte, wenn etwas bei Erlaß des Sozialistengesetzes niet- und nagelfest gemacht sei, so die Absicht, theoretische Spekulationen, wie Bebel in jener Schrift angestellt habe, nicht zu verbieten. Bismarck zankte sich mit Windthorst über die vorsintfluthliche Frage, ob die katholische Kirche der Sozialdemokratie einen unzerbrechlichen Widerstand entgegen stelle, und Hänel sah den Schaden des Sozialistengesetzes darin, daß die bürgerlichen Parteien vergäßen, eine „gewisse Verbindung" unter sich aufrecht zu erhalten gegen den gemeinsamen sozialdemokratischen Feind. Sehr glorios machte sich dies Bekenntniß der Kronprinzenpartei zur „einen reaktionären Masse" gerade nicht, und es war schon ein erster Schritt zum Umfall, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien den Entwurf der Regierung, statt ihn kurzer Hand abzuwerfen, in eine Kommission abschoben. Trotzdem besah die Deputation des Reichstags, die am Tage darauf dem Kaiser zu seinem achtundachtzigsten Geburtstage gratulirte, einen derben Rüffel und die Drohung, der Kaiser werde die Ablehnung der Vorlage als einen Schlag gegen seine Person betrachten. Hätte noch irgend ein Zweifel an Bismarcks Absichten bestanden, so war er nun beseitigt; eine zweite Auflage der Attentatswahlen stand vor der Thür, wenn der Reichstag nicht zu Kreuze kroch.

Unter solchen Vorzeichen gestalteten sich die Verhandlungen der Kommission zu einer erbarmungswürdigen Komödie. Windthorst kam mit seinen „Milderungsanträgen", die der Polizei den Spaß gemacht hätten, noch ein paar juristische Zwirnsfäden mehr zu zerreißen, als sie schon zerrissen hatte, und Hänel präsentirte seine Verschärfung des gemeinen Rechts, die das Proletariat aus dem Regen unter die Traufe gebracht hätte. Sie wollten ja alles thun, die unerschütterlichen Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung, wenn ihnen nur erlassen würde, dies so oft verfluchte Gesetz jetzt selbst zu bewilligen. Einen verhältnißmäßig geschickten Schach-

zug machten die Fortschrittler, indem sie das mysteriöse Niederwaldattentat ans Tageslicht zogen und so den Wahlkarren der Regierung etwas verfuhren, aber statt daran eine kräftige Kritik der Lockspitzelwirthschaft zu knüpfen, apportirten sie vielmehr das Dynamitgesetz, vermuthlich die dümmste Leistung, die je von der Gesetzgebung eines modernen Staats verbrochen worden ist. All das Flehen und Jammern hätte einen Stein erweichen können, aber Puttkamer hatte strengste Ordre von Bismarck und erklärte einfach: Hopla, meine Herren, hier ist der Stock, nun springen Sie!

Und so sprangen sie denn wirklich. Die offiziöse Wahlmaschine war schon in voller Thätigkeit, und diesen Druck hielt die Kronprinzenpartei nicht aus. Der innere Kampf ihrer Mannesseelen spiegelte sich getreulich in einem Briefe wieder, den Mommsen an seine Koburger Wähler richtete. Mit anerkennenswerthem Scharfsinne wies der berühmte Historiker darin nicht nur die Nutzlosigkeit, sondern auch die Verderblichkeit des Sozialistengesetzes nach, um dann zu schließen: besteht die Regierung auf dem Gesetze, so werde ich dafür stimmen, und alles Unheil komme über ihr Haupt. Von den Ultramontanen fielen 39, von den Freisinnigen 27 um; da aber Eugen Richter dem Frieden noch nicht traute, so ließ er durch seinen Tintenkuli Otto Hermes den ehemaligen Fortschrittlern schreiben, es sei nicht nöthig, daß sie zur entscheidenden Abstimmung im Reichstage erschienen. Der urkundliche Wortlaut der Briefe liegt vor und ebenso die Erklärung des Hermes, daß er sie im Auftrage Richters geschrieben habe. Wenn Richter sich hinter die Ausrede versteckt hat, die Abkommandirungen seien nicht „im Auftrage des Parteivorstandes“ erfolgt, so steht diese Redensart auf derselben Höhe mit Puttkamers Redensart, „im Auftrage der Regierung“ würden keine Lockspitzel gezüchtet. Als ob solche Geschichten jemals offiziell gemacht würden! Die beiden „großen Staatsmänner“ mußten eigenthümliche Begriffe von der Ausdehnungsfähigkeit menschlicher Dummheit haben, wenn sie für ihre brünstigen Betheuerungen ein gläubiges Publikum zu finden hofften. Im Uebrigen entschuldigte Richter die Ausreißerei seiner 27 Parteigenossen etwa so, wie jenes Mädchen, die noch Jungfer sein wollte, weil sie nur ein ganz, ganz kleines Kind geboren habe. Er sagte: Einmal ist keinmal, und künftig werden wir um so unentwegter das fluchwürdige Ausnahmegesetz bekämpfen. Sie haben es auch wirklich gethan, da sie, Dank ihrer Verrätherei, niemals wieder in die Lage gekommen sind, die Entscheidung über das Gesetz zu geben. Am 10. Mai wurde die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre mit 189 gegen 157 Stimmen beschlossen.

Bei den Verhandlungen der zweiten und dritten Lesung trat das wirkliche Wesen der Machenschaft klar hervor. Bismarck sagte der Kronprinzenpartei grimmige Fehde bis zum letzten Athemzuge an, und Richter, der eben die Zukunft seiner Partei vernichtet hatte, antwortete nicht minder grimmig, die nächsten Wahlen würden die Zukunft des Liberalismus sichern. Vom Sozialistengesetze sprachen die beiden Kampfhähne nur ganz nebensächlich, doch warf Bismarck bei

dieser Gelegenheit den Köder aus von dem Rechte auf Arbeit, das dem Proletariat im preußischen Landrechte verbürgt sei. Während deutsche Professoren sofort tiefsinnige Abhandlungen über den Blödsinn schrieben, hatte die sozialdemokratische Fraktion nur ein verächtliches Achselzucken dafür übrig; sie stellte den spöttischen Antrag, Bismarck möge schleunigst einen Gesetzentwurf einbringen, der das Recht auf Arbeit verwirkliche. Sonst hielten es die sozialdemokratischen Abgeordneten unter ihrer Würde, sich sachlich an Debatten zu betheiligen, bei denen die Entrechtung der Arbeiterklasse den schnöden Deckmantel abgeben mußte für persönliche und politische Machtfragen, die mit dem Sozialistengesetz und dem Sozialismus nichts zu thun hatten. Sie beschränkten sich darauf, thatsächliche Unwahrheiten der Gegner zurückzuweisen und am Schlusse der dritten Lesung durch eine von Liebknecht verlesene Erklärung festzustellen das, was war.

Gleich nach der Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde das Dynamitgesetz beschlossen, das die bürgerliche Opposition apportirt und Puttkamer in seiner stilvollen Weise verschönert hatte. Die Mehrheitsparteien, die sich eben noch giftig befehdet hatten, waren nun ein Herz und eine Seele, die sozialdemokratische Kritik ihres gemeinsamen Machwerks zu hintertreiben. Die Fraktion kam nicht zum Wort und enthielt sich, da sie ihre Auffassung nicht begründen konnte, der Abstimmung. In ihrem Namen gab Hasenclever eine kurze Erklärung ab, worin er die Unannehmbarkeit des monströsen Gesetzes feststellte und der Regierung überließ, wie sie mit dem von ihr gezüchteten Anarchismus fertig werden wolle. Bekanntlich hat das Dynamitgesetz nie einem anarchistischen Verbrecher ein Haar gekrümmt, wohl aber manchen harmlosen Gewerbetreibenden ins Unglück gestürzt.

Hatte die Kronprinzenpartei gehofft, mit ihrer politischen Prostitution wenigstens den Wahlschwindel Bismarcks zu vereiteln, so täuschte sie sich auch darin. Bismarck hatte sogar schon, als die Verlängerung des Sozialistengesetzes beschlossen wurde, einen neuen Trumpf ausgespielt, nämlich die Kolonialpolitik. Er war bis dahin ein abgesagter Gegner dieser Politik gewesen. Als im März 1871 das Gerücht ging, er wolle sich mit französischen Kolonien für die Kriegskosten bezahlt machen, meinte er: „Ich will gar keine Kolonien. Die sind blos zu Versorgungsposten gut. Für uns in Deutschland — diese Koloniegeschichte wäre für uns genau so, wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die kein Hemd haben." Er blieb auch noch taub, als nach dem Krache der siebenziger Jahre in kapitalistischen Kreisen eine Kolonialschwärmerei erwachte. Ihr Ziel waren Ackerbaukolonien, um durch eine organisirte Auswanderung der Uebervölkerung als der Hauptquelle der sozialen Leiden zu steuern und gleichzeitig der deutschen Industrie einen neuen Stamm wohlhabender Käufer zu sichern. Davon wollte Bismarck nichts wissen; „ich bin kein Freund der Auswanderung", sagte er einmal im Reichstage, „ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift, wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr." Wie konnte man auch diesem ostelbischen Junker, der von allen hartherzigen Grundherren stets der hartherzigste gewesen ist, die Auswanderung besitzloser Tagelöhner zumuthen, die den

Arbeitslohn des ländlichen Proletariats steigern mußte? Anders aber, als jetzt eine kapitalistische Agitation für Handelskolonien, für neue Stätten der ärgsten Ausbeutung begann.

Im April 1884 telegraphirte Bismarck zur Ueberraschung von aller Welt an den deutschen Konsul in Kapstadt, er solle Angra Pequena, die südwestafrikanische Niederlassung eines Bremer Kaufmanns, unter den Schutz des Deutschen Reiches stellen. Gleichzeitig sandte er den Generalkonsul Nachtigall auf einem deutschen Kriegsschiffe nach Kamerun und Togo, um dort die deutsche Flagge zu hissen. Dann aber begann die offiziöse und sonst dienstwillige Presse mit allem Hochdrucke jene „Schützenfeststimmung" hervorzurufen, über die Bamberger nicht ohne inneres Grauen witzelte. In der That lockerte Bismarck ein paar Grundsäulen der Kronprinzenpartei: die große Rhederei und den großen Handel einer-, den Biertischphilister andererseits. Er sagte im Reichstage, die königlichen Kaufleute sollten die neuen Kolonien regieren, die dem Reiche sehr wenig kosten würden. Die Sorge des Philisters um seinen Geldbeutel war damit beschwichtigt, und seinen hinter dem Stammtische stets in unendlichen Massen vorhandenen Thatendrang reizte Bismarck durch den Spott, die Deutschen seien bisher Stubenhocker gewesen, sie hätten auf den Thüringer Bergen zusammengesessen und dem Meere den Rücken zugekehrt. Da widerstand der nationale Dusel nicht, den nicht zuletzt die liberale Opposition herangezüchtet hatte.

Die Lage der Kronprinzenpartei war um so übler, als sie keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Kolonialpolitik wagen durfte. Sie war eine Kapitalistenpartei vom reinsten Wasser, und jeder kapitalistische Kater schnurrt behaglich, wenn er Profit wittert. Das ist seine Natur, die ihm nicht ausgetrieben werden kann. Die Bamberger und Richter mußten sich darauf beschränken, nachzuweisen, daß Bismarcks Kolonialpolitik ein unprofitables Geschäft sei, das nichts einbringen und viel kosten, die nationale Glorie nicht mehren, sondern mindern und der auswärtigen Politik des Reichs manche „Nasenstüber" eintragen werde. Sie haben damit Recht behalten, aber im Sommer 1884 kurirten diese Wasserstrahlen den tollgewordenen Spießer nicht. Bismarcks Börsenfreunde, die Bleichröder und Konsorten, opferten ein paar lumpige Millionen, um Gesellschaften für die Ausbeutung der neuen Kolonien zu gründen, und mit schmatzenden Lippen schilderten unzählige Soldschreiber die unerschöpflichen Schätze, die in den afrikanischen Sand- und Sumpfwüsten verborgen sein sollten. Es gelang, in dem großen und namentlich auch in dem kleinen Bürgerthum einen Taumel hervorzurufen, als wäre eine neue Gründer- und Schwindelperiode angebrochen.

In dem Wahlkampfe selbst hütete sich Bismarck diesmal vor dem Tabaksmonopol und ähnlichen verfänglichen Parolen. Er schwärmte für die Sozialreform und die Kolonialpolitik, und bekämpfte den vaterlandsverrätherischen Freisinn, der die deutsche Nation um solche Herrlichkeiten bringen wolle. In dieselbe Posaune stießen die Konservativen und auch die Nationalliberalen, die sich nach

der Gründung der freisinnigen Partei auf ihrem Heidelberger Tage der Regierung unbesehen verschrieben hatten. Die nationalliberale Wahltaktik, die den fanatischen Treiber für Bismarck machte, war allerdings noch elender, als die freisinnige Wahltaktik, die schon elend genug war. Die Kronprinzenpartei vergalt nicht Schlag mit Schlag, sie schrieb nicht auf ihre Fahne: Fort mit Bismarck! sondern stöhnte nur herzbrechend: Wir sind ja so gute Patrioten, und wie kann man uns Vaterlandsverräther nennen! Den Gnadenstoß gab ihr, daß manche ihrer Koryphäen, wie Forckenbeck, sich vorbehielten, auch in der Zukunft für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen. Sie verlor etwa 40 Sitze, von denen über 30 an die Altkonservativen fielen. Die Nationalliberalen ernteten den verdienten Lohn der Verräther und erwischten von der Beute nur eine Kleinigkeit, so viel etwa ein eifriger Lakai an Trinkgeld verdienen mag. Der Liberalismus in seinen verschiedenen Schattirungen hatte einer konservativ-ultramontanen Mehrheit den Weg in den Reichstag geebnet.

Das war nicht Alles, was Bismarck wünschte, denn neben der konservativ-ultramontanen ließ sich noch keine konservativ-nationalliberale Mehrheit bilden. Aber eine schutzzöllnerische Mehrheit war doch schon ein hübsches Handgeld, und da der alte Kaiser ruhig weiter lebte, so konnte bald ein zweiter Anlauf mit noch besserem Erfolge gemacht werden. Die feste und kühne Haltung des Proletariats hatte den Junker so weit verkracht, daß die Bourgeoisie ihn nur noch umzuwerfen brauchte, aber statt ihn umzuwerfen, ließ sich die Bourgeoisie von dem halb verkrachten Junker ganz verkrachen. Es war die alte Geschichte, die seit den Märztagen so oft auf deutschem Boden spielen sollte.

III. Sozialdemokratische Wahlsiege.

Für die Sozialdemokratie wurde der 28. Oktober ein Tag des Triumphes. Bald nach dem Kopenhagener Kongresse hatte Bebel in einer Nachwahl Hamburg I erobert, so daß die Fraktion beim Schlusse dieser Gesetzgebungsperiode 13 Köpfe zählte. In den neuen Wahlen gewann sie 24 Sitze und, was für sie weit mehr galt, 549 990, also 238 029 Stimmen mehr als 1881. Von 6,1 war sie auf 9,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen gestiegen.

Die Vorbereitungen der Wahl waren nach den Kopenhagener Beschlüssen getroffen worden. Die Fraktion hatte ein Zentralwahlkomite niedergesetzt, das aus Auer, Bebel, Grillenberger, Hasenclever und Liebknecht bestand. Das in anderthalb Millionen Exemplaren verbreitete Wahlmanifest war sehr gut gelungen; in knappem Rahmen wies es nach, daß die Pfuschversuche der Schutzzöllner, der Zünftler, der Kolonialschwärmer und wie diese Doktoren Eisenbart sonst noch heißen, die kranke Gesellschaft nicht heilen könnten, daß deren Gesundung nur auf den Wegen möglich sei, die der wissenschaftliche Kommunismus weise. Ohne alle Prahlerei, aber auch ohne alle Zweideutigkeit führte das Manifest eine klare,

ruhige, überzeugende Sprache. Nicht minder gute Dienste leistete die Instruktionsbroschüre, die alle widergesetzlichen Wahlschliche aufdeckte; ohnehin waren jetzt die Arbeiter an das Sozialistengesetz gewöhnt und ließen sich nicht mehr so leicht verblüffen.

Ganz so arg, wie 1878 und 1881, wurden sie bei diesen Wahlen nicht bedrängt. Bei den Wahlprüfungen hatte der Reichstag doch etwas wie Scham empfunden über die empörenden, allen Begriffen von Gesetz und Recht ins Gesicht schlagenden Wahlorgien der Polizei, und ihnen für die Zukunft ein paar Riegel vorgeschoben. So hatte er beschlossen, daß die Anmeldung einer Wahlversammlung durch einen Sozialdemokraten an sich, auch selbst in Verbindung mit der Ankündigung, daß in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde, noch nicht unter das Sozialistengesetz falle. Ferner hatte der Reichstag eine Bestimmung in die Gewerbeordnung aufgenommen, wonach Stimmzettel keine Druckschriften im Sinne des Sozialistengesetzes sein sollten. Damit wurde ein Urtheil des Reichsgerichts kassirt, das Stimmzettel für Drucksachen solcher Art erklärt hatte, nach einer beweglichen Klage Puttkamers über den Mangel an Mitteln, die Wahlagitation durch Stimmzettel zu verbieten. Freilich waren viele Polizeibehörden weit davon entfernt, diese Reichstagsbeschlüsse zu beachten; in einem Lande von bürgerlich-rechtlichen Gewohnheiten wären die polizeilichen und sonstigen Bedrängungen der Arbeiter bei den Wahlen von 1884 noch immer als himmelschreiende Willkür empfunden worden; nach preußisch-deutschen Begriffen hatte die sozialdemokratische Agitation aber eine Art freier Bewegung.

An der Spitze der sozialdemokratischen Wahlsiege marschirten wie immer die drei Belagerungsgebiete. Von den neun Sitzen, die in der Hauptwahl erobert wurden, stellten sie die fünf glänzendsten: Berlin IV (Singer) mit 25 386, Hamburg I (Bebel) mit 12 280, Hamburg II (Dietz) mit 14 276, Altona (Frohme) mit 10 266, Leipzig-Land (Viereck) mit 15 238 Stimmen. Im Ganzen warfen die sechs Berliner Wahlkreise 68 275, die drei Hamburger Wahlkreise und Altona 46 550, die beiden Wahlkreise Leipzig Stadt und Land 24 914 Stimmen auf den Tisch. Dabei hatten in Berlin die Sozialdemogogie Stöcker-Wagner all ihren trügerischen Hokuspokus losgelassen, waren in Hamburg alle Arbeiterversammlungen gehindert worden und gab es in Leipzig kein Blatt, das den Arbeitern auch nur einigermaßen unparteiisch gegenüber stand. Man weiß nicht, wem man den Preis zuerkennen soll, schrieb rühmend der Sozialdemokrat: dem geschlossenen Karree im nordwestlichen Deutschland, den gewaltigen Forts im Norden und Südosten der Reichshauptstadt oder den sozialistischen Arbeiterbataillonen in Leipzig Stadt und Land.

Die vier übrigen, in der Hauptwahl gewonnenen Mandate vertheilten sich auf Sachsen und Thüringen: es waren alte Sitze der Partei, Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Crimmitschau (Stolle), Chemnitz (Geiser) und Reuß ä. L. (Blos). Daneben war die Partei an 24 Stichwahlen betheiligt: in Berlin VI und Hamburg III, dem Landkreise der großen Handelsstadt, in alten rheinischen und

sächsischen Sitzen: Elberfeld-Barmen, Solingen, Dresden-Altstadt, Auerbach-Reichenbach, in sieben preußischen Provinzialzentren: Breslau I und II, Königsberg, Magdeburg, Kassel, Hannover, Kiel, in drei nord- oder mitteldeutschen Kleinstaaten: Braunschweig I, Gotha, Reuß j. L., in fünf Maingaukreisen: Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Mainz, Hanau, endlich in drei süddeutschen Kreisen: Nürnberg, München II und Frankenthal-Speyer.

An vielen Orten war die Partei auch in der Lage, Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden. Die früheren Wahlen hatten häufig gezeigt, daß der Kampfeifer der Parteigenossen sich nicht zügeln ließ, wenn bei solchen Stichwahlen nur ein halbwegs präsentabler Kandidat der bürgerlichen Linken mit im Spiele war, trotz aller Kongreßbeschlüsse, die im Allgemeinen Wahlenthaltung in solchen Fällen empfahlen. Diesmal mußte auch das Zentralwahlkomite dem drängenden Strom nachgeben; am 30. Oktober erließ es einen Aufruf, worin es anordnete, daß wo sich die Parteigenossen für eine Betheiligung an Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien entschieden, jedenfalls nur Kandidaten in Frage kommen könnten, die sich bestimmt und unzweideutig verpflichteten, gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes, gegen die Verschärfung der Strafgesetze, gegen die Verkümmerung oder Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, gegen die Verlängerung der Gesetzgebungsperioden, gegen die Einführung der Arbeitsbücher und gegen neue Zölle und Steuern auf nothwendige Lebensbedürfnisse zu stimmen.

Mitte November waren die Stichwahlen beendigt. In ihnen hatte die sozialdemokratische Partei noch 15 Sitze gewonnen: Berlin VI (Hasenclever), Breslau I (Kräcker), Breslau II (Hasenclever), Magdeburg (Heine), Hannover (Meister), Solingen (Schumacher), Elberfeld-Barmen (Harm), Auerbach-Reichenbach (Kayser), Braunschweig (Blos), Gotha (Bock), Reuß j. L. (Rödiger), Frankfurt a. M. (Sabor), Offenbach (Liebknecht), Nürnberg (Grillenberger) und München II (Vollmar). Hasenclever nahm in Breslau II und Blos in Braunschweig an, bei den Ersatzwahlen wurde Berlin VI (Pfannkuch) und Reuß ä. L. (Wiemer) behauptet. Eingebüßt hatte die Partei die Wahlkreise Freiberg, Mittweida und Hanau, von altem Besitze zurückerobert Berlin IV und VI, Altona, Glauchau-Meerane, Auerbach-Reichenbach, Leipzig-Land und Elberfeld-Barmen, zum ersten Male besetzt Braunschweig I, Frankfurt a. M., Gotha, Hannover, Magdeburg, Reuß j. L. und München II.

Obgleich die sozialdemokratische Wahlleitung bei den Stichwahlen den Freisinnigen nach Möglichkeit beigesprungen war, so suchte die geschlagene Kronprinzenpartei doch in ihrer hämischen Art die Wahlerfolge der Arbeiterpartei dadurch zu verkleinern, daß sie behauptete, bei den Stichwahlen sei die Partei durch konservative und nationalliberale Stimmen unterstützt worden. In erster Reihe natürlich zu dem Zwecke, das eherne Bollwerk der Freiheit, das heißt die Kronprinzenpartei, zu überrennen; anders als durch „Verrath“ hat Eugen Richter die zahllosen Schläge, die er in seinem politischen Leben davongetragen hat, ja noch nie besehen, nämlich wenn man ihm selber glaubt. Nun ist so viel richtig,

daß bei den Stichwahlen von 1884 in manchen Wahlkreisen, so in Hannover, Magdeburg, München II, nationalliberale oder selbst konservative Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind. Auch erklärte die Kölnische Zeitung, ein sozialdemokratischer Abgeordneter sei unter Umständen ein kleineres Uebel, als ein fortschrittlicher, und in ähnlichem Sinne sprach sich der Magdeburger Polizeipräsident aus. Aber was immer daraus gegen die Nationalliberalen oder die Konservativen folgen mag, so ist nicht abzusehen, wie dadurch die sozialdemokratischen Wahlsiege verkleinert werden sollen. Selbst wenn dieser oder jener Sitz der nicht erbetenen und unerwünschten Hilfe der Reaktion zu danken gewesen wäre, so wäre damit noch nicht entfernt das krasse Mißverhältniß ausgeglichen worden, das damals, wie vorher und nachher stets zwischen der Zahl der sozialdemokratischen Mandate und der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bestanden hat und unendlich oft durch das schmachvolle Bündniß der freisinnigen Helden mit der „finstersten Reaktion“ verursacht worden ist. In den Stichwahlen von 1884 hätte die Sozialdemokratie sich nur dann etwas vergeben, wenn sie irgendwie oder irgendwo mit den reaktionären Parteien kokettirt hätte. Das ist aber nirgends geschehen.

In der widerlichsten Weise bewährte sich dagegen bei diesen Stichwahlen die Gesinnungslosigkeit der „einen reaktionären Masse“. In Offenbach, wo Liebknecht mit einem Nationalliberalen zur Stichwahl stand, hieß es in einem nationalliberalen Flugblatte: „Die Namen der Mordgesellen Hödel, Nobiling, Kammerer, Stellmacher tragen das Gepräge des Feindes, der Sozialdemokratie nämlich, die sich nicht scheut, offen zu erklären, daß ihr Weg nur über Blut und Leichen führt, recht deutlich an sich.“ In Hannover aber, wo Meister mit dem Welfen Brüel kämpfte, liefen die Nationalliberalen den Sozialdemokraten als echte Schmarotzer nach. Sie erklärten, Meister sei „eigentlich“ ein Anhänger der Bismärckischen „Sozialreform“, obgleich es in dem sozialdemokratischen Wahlaufrufe hieß: „Die nationalliberale Partei, die Partei der Charakterlosigkeit und der politischen Heuchelei, ist todt und bereits in Fäulniß gerathen ... Sie ist nur noch eine Anzahl von Hanswursten ... Ihrer erbärmlichen Feigheit und Charakterlosigkeit ist es zu verdanken, daß die Reaktion in Deutschland so stark geworden ist ... Die bisher vom Reichstage fabrizirten sozialpolitischen Gesetze (Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) sind so hundserbärmlich schlecht, daß unsere Vertreter nothgedrungen dagegen stimmen mußten ... Der ganze Staatssozialismus, wie er heute von der Regierung und den Konservativen betrieben wird, ist der reinste Schwindel.“ Wenn dennoch nationalliberale Stimmen für Meister als einem „eigentlichen“ Anhänger Bismarcks abgegeben wurden, so mag man zweifeln, ob man die Verlogenheit oder die Dickfelligkeit dieser Gentlemen mehr bewundern soll, aber derselbe Zweifel gilt auch von den freisinnig-volksparteilichen Brüdern, die angesichts solcher Thatsachen von einem Bündniß zwischen „Reaktion und Sozialdemokratie“ schwatzten.

So veröffentlichte die Frankfurter Zeitung zur Stichwahl für ihren heißgeliebten, aber unrettbar verlorenen Sonnemann einen Wahlaufruf, von dem sie

in ihrem lokalen Theile preisend sagte, er gehe von den hervorragendsten Vertretern des Frankfurter Handelsstandes, der Industrie und des Gewerbes, der Advokatur u. s. w. aus, die zum guten Theile der nationalliberalen, zum Theil auch der konservativen und der ultramontanen Partei angehörten. Und in dem politischen Theile derselben Nummer erfrechte sich das Blatt, zu sagen, daß „der Konservative und der Sozialdemokrat eigentlich Brüder seien, nach gleichem Ziele strebend, Freud' und Leid mit einander theilend, ein edles Paar von Brüdern". Der Sozialdemokrat machte dazu die beißende Bemerkung, das Börsenorgan rechne wohl darauf, in seinem politischen Theile nur von den Dummen gelesen zu werden.

Ueberhaupt gehörte die beginnende Verekelung der Volksmassen an der bürgerlichen Parteiwirthschaft zu den hervorragenden Kennzeichen der Wahlen von 1884. Prüfte man die amtliche Wahlstatistik, so zeigte sich, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen überall beträchtlich zugenommen hatte, wo die Arbeiterbewegung schon vor dem Sozialistengesetze tief eingewurzelt gewesen war. Im Königreiche Sachsen war mit 128124 Stimmen der Stand von 1878 erreicht worden; im bergisch-märkischen Industriebezirke, im Maingau, in Braunschweig und Hannover, in der Provinz Sachsen, in Schlesien und Thüringen zeigte sich ein gleich günstiges oder ein noch günstigeres Ergebniß. Aber auch in Gegenden, die von kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Vorstellungen beherrscht wurden, begann die rothe Fahne wieder lustig im Winde zu wehen.

Damit setzte eine Entwicklung von Neuem ein, die bis in die ersten Jahre des Deutschen Reichs zurückreichte. Sie war durch die jähen Gewaltstöße des Sozialistengesetzes und die verführerischen Lockungen der bürgerlichen Sozialdemagogie unterbrochen worden, denen von vornherein gleichmäßig einen unerschütterlichen Widerstand entgegenzustellen erst das moderne Proletariat der großen Industrie gereift genug war. Wenn die sozialdemokratische Propaganda nun aber wieder auf einem Boden vordrang, den der industrielle Kehrbesen noch nicht geebnet hatte, so geschah das unter viel günstigeren Umständen, als zehn Jahre früher. Die Enttäuschung der Volksmassen war gründlicher und nachhaltiger, als im Anfange der siebziger Jahre. Sie hatten alle bürgerlichen Heilmittel des sozialen Elends durchgekostet, den Freihandel und den Schutzzoll, die liberale Manchesterei und die reaktionäre Zünftlerei, und waren immer schlechter gefahren; ihre gesündesten und tüchtigsten Schichten begannen sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß nur die Radikalkur der Sozialdemokratie ihnen helfen könne, oder doch mindestens einzusehen, daß alle Beschwerten und Unterdrückten nirgends als an dieser prinzipienklaren und prinzipientreuen Partei einen festen Halt hätten. Nicht allein das konservative und das liberale Blendwerk war gründlich verblaßt, sondern auch das ultramontane Blendwerk begann zu verblassen. Je mehr der Kulturkampf versumpfte um der Massenplünderung willen, desto greifbarer trat der innerlich reaktionäre Charakter des Zentrums hervor. Vielleicht kein Einzelergebniß der Wahlen erregte so großes Aufsehen,

wie die Erschütterung der ultramontanen Hochburgen Köln und München durch den Ansturm des klassenbewußten Proletariats.

Noch bedeutsamer wurde diese Ausdehnung der sozialdemokratischen Propaganda dadurch, daß sie gleichmäßig die verschiedensten Hindernisse überwand. In Brandenburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein warf sie das feudale Junkerthum zurück, in Baden und Württemberg das demokratische Kleinbürgerthum; in Elsaß-Lothringen hob sie sich mit 3111 Stimmen über den nationalen Gegensatz empor. Von Mannheim bis Königsberg zog sich quer durchs Reich fast schon eine ununterbrochene Postenkette der Partei. In Mannheim hatte Dreesbach über 5000 Stimmen erhalten und kam bald darauf in einer Nachwahl mit ziemlich 7000 Stimmen zur Stichwahl, auch saß er mit noch einem Genossen im Stadtrath, während im Bürgerausschusse die dritte Klasse durch 16 Sozialdemokraten vertreten war. Auf Königsberg waren überhaupt keine Hoffnungen gesetzt worden; nach der Berufszählung von 1882 hatte die Stadt unter allen deutschen Großstädten die verhältnißmäßig geringste Industrie, dagegen ein auffälliges Ueberwuchern kleiner selbständiger Betriebe aufzuweisen. Bis zum Jahre 1878 bestand die Königsberger Sozialdemokratie wesentlich aus einem Häuflein radikaler, von Johann Jacoby beeinflußter Ideologen, deren weitaus größten Theil das Sozialistengesetz zerstäubte. Bei den Wahlen von 1881 wurden nur 284 sozialdemokratische Stimmen gezählt, und diese kleine Truppe hatte der Schlossermeister Godau unter schweren Mühen gesammelt. Godau war von der Ostbahnwerkstätte wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung aufs Pflaster geworfen worden; aus demselben Grunde überall abgewiesen, wo er Arbeit suchte, mußte er sich als Kleinmeister aufthun und lernte allen Jammer des handwerksmäßigen Kleinbetriebs am eigenen Leibe kennen. Mit packender Beredtsamkeit wußte er die Klasse aufzuklären, in die ihn nicht seine Neigung, sondern die Noth gestoßen hatte. Die gelehrten Vorkämpfer der Bourgeoisie unterlagen diesem echten Proletarier, den ein eiserner Bildungstrieb und Wissensdurst beseelte, trotz der Proletarierkrankheit, die ihn unaufhaltsam aufrieb. In erster Reihe war es sein Verdienst, daß die Partei in Königsberg jetzt schon 4349 Stimmen musterte.

Jedoch die Thatsache, daß die unaufhaltsame Zersetzung der bürgerlichen Parteien mehr und mehr alle historischen Aufgaben, die zu lösen der historische Beruf der Bourgeoisie war, auf die breiten Schultern des klassenbewußten Proletariats wälze, trat nirgends so klar und unzweideutig hervor, wie in dem zweitgrößten Staate des Deutschen Reichs, wie in Baiern. So lange es eine deutsche Sozialdemokratie gab, hatte sie ihre Anhänger auch in Baiern gehabt, aber einen bairischen Flügel der Gesammtpartei, der in gesetzmäßiger Entwicklung seine Reihen und Rotten entfaltete, gab es erst seit den Wahlen von 1884.

IV. Die bairische Eroberung.

In Baiern war das Sozialistengesetz von Anfang an mit großer Härte gehandhabt worden, wenn auch nicht ganz in dem Berliner Stile. Es war mehr urwüchsige Brutalität, als hinterhaltige Berechnung dabei, oder so weit hinterhaltige Berechnung dabei war, zielte sie nach einer anderen Richtung, als nach der höheren Gaunerei der „milden Praxis". Das sozusagen liberale Ministerium in München hatte ein dringendes Interesse an der fortdauernden Sozialistenhetze, um sich dem geisteskranken König als erfolgreichen Bändiger des rothen Gespenstes unentbehrlich zu machen. Daneben spielte ein gewisser Antagonismus zwischen Berlin und München, den Viereck für seine publizistische Thätigkeit in der bairischen Hauptstadt auszunützen verstand. Die Kopfblätter, die er für das außerbairische Deutschland herstellte, betrachtete die bairische Regierung nach dem Grundsatze: Heiliger Florian, beschütz' mein Haus, zünd' andere an; wenn sie aber die Süddeutsche Post verbot, die ihr selbst im Nacken saß, so hob die Reichskommission, entgegen ihrer sonstigen Praxis, das Verbot wieder auf.

In der linksrheinischen Pfalz hatte das Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung für den Augenblick vollständig zertreten. Jede ihrer Kundgebungen wurde rücksichtslos unterdrückt und es blieb ihr kein Mittel der Agitation, als die nächtliche Verbreitung von Flugblättern, die von Mannheim aus organisirt wurde. Bald aber zeigte die kräftige Minirarbeit die erfreulichsten Wirkungen. Im Jahre 1882 siedelte Ehrhart von Mannheim nach Ludwigshafen über, die Pfalz konnte sich als selbständiger Agitationsbezirk aufthun. Als sich das pfälzische Proletariat in der Wahlbewegung von 1884 durch gewaltige Kundgebungen das Versammlungsrecht zu erzwingen versuchte, wurden 800 Mann Soldaten nach Ludwigshafen verlegt, doch scheiterte die Provokation eines Blutbades an der ebenso besonnenen wie entschiedenen Haltung der Arbeiter. Sie kamen vielmehr im Wahlkreise Frankenthal-Speyer, worin Ludwigshafen liegt, mit 4822 Stimmen zur Stichwahl, und die „Strafbaiern" mußten mit langer Nase abziehen. Seitdem nahm die pfälzische Bewegung ihren stetigen Fortgang.

Im rechtsrheinischen Baiern blieb Nürnberg-Fürth der Mittelpunkt der Bewegung für die drei fränkischen Regierungsbezirke. Freilich mehr erst als rings umbrandeter Fels, denn als Knotenpunkt eines weit verzweigten Netzes. Ein anmuthiges Kleeblatt: die staatliche Bureaukratie, die freisinnig-kommunale Polizei und einzelne anarchistische Elemente machten den Nürnberger Arbeitern das Leben blutsauer. Da diese Arbeiter von Grillenbergers hartem Schlage waren, so hielten sie sich unerschütterlich, doch wurde es ihnen schwer, auch nur in Franken selbst erobernd vorzudringen. Als Grillenberger im Februar 1884 die oberfränkischen Hausarbeiter der Korbflechterei, die durch den infamsten Truckunfug bis auf die nackte Haut geplündert wurden, organisiren wollte und zunächst einen Fachverein der Korbmacher in Schney gründete, beeilte sich die oberfränkische Regierung, diesen Verein auf wahrhaft kindische Rabulistereien hin für

einen politischen Verein zu erklären, der weder Minderjährige noch Frauen zu Mitgliedern haben und mit anderen Vereinen in keine Verbindung treten dürfe, womit der gesetzliche Widerstand der Korbflechter gegen die ungesetzlichen Praktiken ihrer Ausbeuter von Obrigkeitswegen todtgeschlagen war. Immerhin wurde eine so empörende Mißhandlung wehrloser Arbeiter mittelbar die wirksamste Propaganda für die Sozialdemokratie, die unter den oberfränkischen Korbflechtern bald Tausende von Anhängern zählte; schwieriger war es, andere fränkische Wahlkreise, selbst mittelfränkische ganz in der Nähe Nürnbergs, anzugreifen, weil die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung, der Mangel an Industrie und Städten, die schroffen konfessionellen Gegensätze und Anderes mehr einem so hochentwickelten Proletariat der modernen Großindustrie, wie die Nürnberger Arbeiter waren, geringe Anknüpfungspunkte boten.

Für den schwäbischen Regierungsbezirk leistete Augsburg leider nicht oder noch nicht das, was Nürnberg für die fränkischen Regierungsbezirke leistete. Augsburg war ein typisches Beispiel dafür, wie schwer es die Arbeiterklasse zu büßen hat, wenn sie sich von der Höhe sozialistischer Erkenntniß noch einmal herabwerfen läßt. Aus dem sozialdemokratischen Vororte, der ehedem die bairische Reichsrathskammer mit kräftigen Hieben zu Paaren getrieben hatte, war eine Fabrikstadt traurigster Art geworden. Jedes Werk hatte seine Kassen-, Konsum- und Spareinrichtungen, die Arbeiter wurden elend bezahlt und standen völlig unter der Fuchtel ihrer Ausbeuter; ein Ausgesperrter bekam nirgends sonst Arbeit. Wohl fühlten sich die Arbeiter als Proletarier, aber sie hatten alle Fehler systematisch Unterdrückter und durch den Industrialismus Ausgesogener; in platten Vergnügungen, in Lärmen und Schreien unter sich erschöpften sie die Kraft, die sie ihren Vorgesetzten nicht zu zeigen wagten. Doch war auch in Augsburg die schlimmste Zeit schon überstanden; 1550 sozialdemokratische Stimmen bekundeten unzweideutig, daß Disziplin und Energie von Neuem im Augsburger Proletariat erwachten und nun wieder schnell erstarken würden.

Nicht aber die fränkischen und schwäbischen, sondern die altbairischen Landschaften, die Regierungsbezirke Oberbaiern, Niederbaiern und Oberpfalz konnten den Hebel bilden, der den größten süddeutschen Staat in den Malstrom der sozialdemokratischen Massenbewegung warf. Sie nährten den verhältnißmäßig ungebrochensten der alten deutschen Volksstämme und prägten den Charakter Baierns als eines Bauernlandes am schärfsten aus. Große Industrie gab es eigentlich nur in und um München, auch da neben einem ziemlich starken Handwerke, dazu kamen ein paar mittlere Bergwerke, sonst wuchsen in den Städtchen und auf dem platten Lande erst industrielle Anfänge, hier oder da Sägen, Zementhütten, Hammerwerke, Papiermühlen, langsam empor. Alles Uebrige war Land- und Forstwirthschaft, neben einem wenig umfangreichen und politisch machtlosen Großgrundbesitze hauptsächlich mittlere und kleine Bauernschaft. Die ägyptische Plage eines preußischen Junkerthums war unbekannt, nicht erst seit der französischen Revolution, sondern schon vom Mittelalter her, wo die Geistlichkeit der Hauptfeudalherr ge-

wesen war und an ihrem Theile die alte Erfahrung bestätigt hatte, daß sich unter dem Krummstabe besser leben ließ, als unter der Junkerpeitsche. Der oberbairische Adel entstand zumeist aus Ministerialen der Klöster; er konnte um so schwerer aufkommen, als ihm die bairischen Herzoge schon früh den Daumen aufs Auge drückten und die Bauern ein ebenso gerechtes wie gründliches Mißtrauen gegen den Baron hegten. So wenig wie das Junkerthum hatte das Großbürgerthum eine überwiegende Macht, der Liberalismus war eine reine „Gebildeten"partei, die der ländlichen Bevölkerung fern stand. Auch ließ sich wenig für die Antisemiten holen, da der jüdische Wucher die Bauern noch nicht so sehr geplündert hatte; höchstens unter den beschränktesten Kleinbürgern der Flecken und Märkte fand die antisemitische Agitation einigen Anklang. Den maßgebenden Einfluß besaß die katholische Geistlichkeit.

Die altbairischen Volksmassen lebten verhältnißmäßig reichlich. Sie kannten noch nicht das allein seligmachende Sparevangelium der kapitalistischen Sykophanten und führten jede Vermehrung ihres Einkommens sofort ihrer Lebenshaltung zu. Die Einkommensunterschiede waren weit geringer, als in dem kapitalistisch entwickelten Deutschland; es gab weniger Luxus und weniger Bettelarmuth, geringen Klassenhaß, keine gegenseitige Absperrung und Ueberhebung. Damit hingen die altbairischen Charaktereigenschaften zusammen: unerschütterte Volkskraft, Starrsinn, Steifnackigkeit, wenig Unternehmungsgeist, gar keine Profitgier, mäßige Arbeitslust, Genußfreudigkeit, keine Spur von Unterwürfigkeit. Ein wahres Bauernvolk, frei von Grübelei und mystischer Spekulation, fast ohne jeden Sinn für Theorien, mit geringem formalen Bildungstriebe. Die Religion wirkte unter diesen Massen als Gewohnheit und Kunst, in der Politik waren sie kernige Gefühlsdemokraten. Eine „starke" Regierung nach Berliner Muster konnte unter solchen Verhältnissen nicht gedeihen; die bairischen Beamten waren lange nicht so gebunden und unterwürfig, wie die preußischen. Dem widersprach auch nicht die wilde Sozialistenhetze; sie bewies nur, daß die bairischen Arbeiter noch nicht mitzählten unter den treibenden Kräften, zwischen denen die Münchener Vorsehung hin- und herschaukelte, unfähig wie sie war, einem wirklich starken Anstoße zu widerstehen.

Wie in Augsburg, so war auch in München die junge Arbeiterbewegung von der ultramontanen Fluth überschwemmt worden, und in der Hauptstadt des Landes arbeitete die Polizei natürlich mit dem höchsten Drucke, um den gestörten Geist des Königs Ludwig aus einem Sozialistenschrecken in den anderen zu jagen. Die gerichtlichen und polizeilichen Prozeduren gegen die klassenbewußten Arbeiter rissen nicht ab, der Polizeikommissar Michael Gehret organisirte ein nichtswürdiges Denunziationssystem und nahm die verlogensten Erfindungen seiner Lockspitzel so unerschrocken auf seinen Diensteid, daß er sich bis in die bürgerliche Welt hinein den schmeichelhaften Uebernamen des „Meineidsmichels" erwarb. Da an einen Entsatz der Hauptstadt durch das Land einstweilen nicht zu denken war, so galt München in der Partei als auf lange hinaus verloren, und um so mehr überraschten die hohen Ziffern, die es 1884 in seinen beiden Wahlkreisen aufbrachte.

In hohem Maße konnte Vollmar das Verdienst dieser glücklichen Wendung beanspruchen. Er war selbst ein echter Sohn des alten Baierns. In einer Beamten- und Offiziersfamilie aufgewachsen, mit 15 Jahren schon ein Hüne an Körperbau, mit 16 Jahren Lieutenant, war er mit 21 Jahren durch seine schwere Verwundung im deutsch-französischen Kriege auf ein langwieriges Krankenlager geworfen worden. Er hatte bereits einen bewegten Lebenslauf hinter sich, als ihn ernste wissenschaftliche Studien erst zur Demokratie und dann folgerichtig zum Sozialismus führten. Wie er, von Natur trotzig und aufbrausend, in schweren Erfahrungen das Maßhalten gelernt hatte, so schützte ihn die praktische Wucht dieser Erfahrungen vor der naheliegenden Gefahr, in der einsamen Denkarbeit des Krankenzimmers sich ins Absolute, Abstrakte, Dogmatische zu verlieren. Er studirte viel, aber alle Schablone blieb ihm verhaßt, und um so verhaßter, je mehr sie ins Riesenhafte ging. Seine Anlagen und sein Geschmack hätten ihn vielleicht eher auf den Beruf des Künstlers, als auf den Beruf des Politikers hingewiesen, aber da er diesen Beruf erwählte, so gaben sie ihm einen scharfen Sinn für Thatsachen, der sich schnell auf den verschiedensten Gebieten zurechtfand, und eine plastische Form der Darstellung, die sicher den springenden Punkt einer gegebenen Lage hervorzuheben wußte. Er besaß ein tüchtiges Stück der bairischen Kampflust, die keinem Gegner auswich, ein tüchtiges Stück der bairischen Gutmüthigkeit, die sich von aller verbissenen Gehässigkeit fern hielt, und nicht zuletzt auch ein tüchtiges Stück des bairischen Phlegmas, dem jeder unruhige Ehrgeiz fremd blieb. Alles Getümmel des öffentlichen Marktes erstickte nie seine Anhänglichkeit an die menschenarme Heimath; am liebsten lebte er an den Ufern des melancholisch-schönen Walchensees, in einer Berg- und Waldeinsamkeit, die ein moderner Großstädter auf die Dauer nicht ertragen könnte.

Sobald es die Wiederherstellung seiner Gesundheit gestattete, hatte Vollmar sich der sozialdemokratischen Agitation gewidmet. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes verbüßte er eine lange Haft im Zwickauer Gefängnisse, wo er eine Schrift über den isolirten sozialistischen Staat verfaßte. Theoretisch in mancher Beziehung anfechtbar, bekundete die kleine Arbeit in eigenthümlicher Weise Vollmars Neigung, überall an praktische Verhältnisse anzuknüpfen. Deshalb war er für die Redaktion des ausländischen Parteiorgans, die er im ersten Jahre des Sozialdemokraten führte, vielleicht weniger geeignet, aber um so glücklicher fand er sich in den praktischen Kämpfen des Reichstags zurecht. Seine bekannte Rede über das Tabaksmonopol war die erste parlamentarische Kundgebung der Partei, die eine völlig unanfechtbare und unzweideutige Stellung in dem Wirrwarr der bürgerlichen, sich als angebliche Sozialreformen maskirenden Interessenkämpfe nahm.

Jedoch in sein eigentliches Fahrwasser kam Vollmar erst, als er im Jahre 1883 nach München zurückkehrte, um die Leitung der bairischen Agitation zu übernehmen. Er wußte sich zu sagen, daß eine schablonenmäßig auf das großindustrielle Proletariat zugeschnittene Taktik in München geringen, im übrigen Altbaiern so gut wie gar keinen Erfolg haben werde... Ohne den prinzipiellen

Standpunkt der Partei zu verleugnen, mußte er ihn doch den besonderen bairischen Verhältnissen anzupassen. Er blieb dem sozialdemokratischen Programm vollkommen treu, wenn er die Religion als solche aus dem Parteikampfe schied, eben deshalb aber die ultramontane Verquickung der Religion mit der Politik, die politische und soziale Unterdrückerrolle einzelner Geistlichen und der ganzen Kirche um so schärfer anfaßte. Indem er nachdrücklich auf die Gefühlsdemokratie des bairischen Stammes wirkte, klärte er sie über sich selbst auf, legte er den unversöhnlichen Widerspruch bloß, in dem sie zu der unheilbar reaktionären Wirthschaft der Pfaffenpartei stand. Weder auf kleinbürgerliche Vorurtheile spekulirte Vollmar, noch auch auf partikularistische: die zehntausend Münchener Arbeiter, die er schon nach der kurzen Thätigkeit eines Jahres gesammelt hatte, waren eine proletarische Kerntruppe. Sie konnte sich gut und gern mit den Berliner, Hamburger und Leipziger Arbeiterbataillonen messen.

Ebenso wenig gefährdete die eindringliche Beschäftigung mit den Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung, durch die der sozialdemokratischen Agitation der Weg in die bairische Landbevölkerung gebahnt wurde, die Prinzipien und das Programm der Partei. Gewiß mußte hier eine scharfe Grenzlinie gezogen werden zwischen den Bauern, die sich vom Schweiße ihrer paar Knechte und Tagelöhner so redlich nähren wollten wie der Zunftmeister von dem Schweiße seiner paar Gesellen und Lehrlinge, und den selbstwirthschaftenden Bauern, die sich von dem modernen Proletarier nur dadurch unterschieden, daß sie sich noch im Besitze ihrer Arbeitsmittel befanden. Mit jenen hatte das klassenbewußte Proletariat so wenig etwas zu schaffen, wie mit den Zünftlern, diese aber waren seine nächsten Bundesgenossen, und aus solchen selbstwirthschaftenden Bauern bestand die bairische Bauernklasse zu neun Zehnteln. Immer gehörte viel praktischer Schick und Takt dazu, die nothwendige Grenzlinie streng innezuhalten, aber die Schwierigkeit der Aufgabe war kein Grund, sie fallen zu lassen. Ihre Lösung drängte um so mehr, je gründlicher die Dummheiten und Verräthereien des Zentrums die selbstwirthschaftenden Bauern kurirten, genau so, wie die Dummheiten und Verräthereien des Freisinns den selbstwirthschaftenden Kleinmeister über seine Lage aufklärten.

Die stetig fortschreitenden Erfolge der bairischen Bauernagitation zeigten sehr bald, daß sie kein künstliches Pfropfreis, sondern eine wurzelechte Pflanze war. Wie die altbairischen Provinzen überhaupt die bairische Eigenart am ausgeprägtesten aufwiesen, so wies sie unter ihnen selbst Oberbaiern und in Oberbaiern wieder der Reichstagswahlkreis Rosenheim-Miesbach-Tölz am schärfsten auf. Ebenso dünn bevölkert wie räumlich ausgedehnt, lief dieser Kreis vom Walchensee bis zum Chiemsee die Tiroler Grenze entlang. Er enthielt fast gar keine Industrie, nur eine Stadt und ein paar Marktflecken, nicht einmal viele Dörfer von nennenswerther Einwohnerzahl. Das Einödsystem herrschte durchaus vor, die zerstreute Bauart, wobei jeder Hof oder Weiler seine ganzen Besitzthümer abgerundet um sich liegen hat. Eine Menge dieser Höfe waren von Alters her,

seit dem 16. Jahrhundert, und weiter selbst bis ins 11. Jahrhundert zurück, urkundlich in derselben Familie, besonders im oberen Isarthal, in der einsamen Jachenau und an den Seen, manche von ihnen waren einst Edelsitze gewesen. Konservative Neigungen und Sitten wurzelten tief in diesem Kreise, dem Hauptsitze des Almenlebens, des Haberfeldtreibens, des Wildschützenwesens; theoretisch ließ sich gar kein für die sozialdemokratische Agitation ungünstigerer Rekrutirungsbezirk denken. Dennoch ist dieser Kreis im Laufe eines kurzen Jahrzehnts der beste bairische Landkreis der Partei geworden, in regelmäßiger Stufenfolge stieg der sozialdemokratische Einfluß, wie der ultramontane Einfluß sank.

Die ganze Entwicklung, deren hervorragendstes Kennzeichen die bairische Eroberung bildete, war ein Produkt der deutschen Geschichte. Wollte man erklären, weshalb sich die gesunden Kräfte aller leidenden Volksklassen um das sozialdemokratische Banner zu sammeln begannen, so mußte man erklären, weshalb sich die große Industrie, die kapitalistische Produktion, die moderne bürgerliche Gesellschaft in Deutschland so reißend schnell entwickelt und weshalb der politische Fortschritt nicht die gleiche Höhe mit dem sozialen Fortschritt inne gehalten hatte, weshalb die Machtmittel der Regierung in den Händen rückständiger und verlebter Klassen geblieben, weshalb die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie so feige und träge, die kleinbürgerlichen Klassen so zaghaft und zwiespältig waren. Unter solchen Voraussetzungen mußte es kommen, wie es nun kam. Das hatte Lassalle schon vorausgesehen, als er alle Enterbten in der sozialdemokratischen Partei sammeln wollte, deren Vorhut das großindustrielle Proletariat bilde, nur daß er die Schnelligkeit der historischen Entwicklung überschätzt hatte.

Die deutsche Sozialdemokratie war damit vor neue schwere Aufgaben gestellt. Ihre Gegner schwatzten wochenlang von ihrem „Damaskus“ und trösteten sich über das Wachsthum der sozialdemokratischen Stimmenzahl mit der Hoffnung, daß neue tiefgehende Spaltungen in der bisher so geschlossenen Partei eintreten würden. Wirklich schienen auch solche Spaltungen im Jahre 1885 einzutreten. Dennoch war der bürgerliche Hoffnungsrausch voreilig und endete mit dem üblichen Katzenjammer. Die Frage, vor welche die Partei mit dem Ausfalle der Wahlen von 1884 gestellt war, konnte für sie überhaupt keine Frage sein. Geflissentlich die Quellen abzusperren, woraus ihr täglich neues Leben zurann, wäre der erste Schritt zur sektenmäßigen Verkümmerung gewesen. An diesen langsamen Selbstmord hat die Partei keinen Augenblick gedacht; sie fühlte kraftvolles und ursprüngliches Leben genug in sich, um den Kampf und Streit nicht zu scheuen, der mit der Assimilirung neuer Elemente an ihre alten großen Ziele verbunden war. Gewiß sah die Partei in Gegenden mit überwiegend kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Bevölkerung etwas anders aus, als in Gegenden mit großindustriell-proletarischer Bevölkerung. Man brauchte nur die beiden größten Mittelstaaten mit einander zu vergleichen, um den Unterschied sofort zu erkennen; während sich in Sachsen der Abgrund zwischen den „zwei Nationen“ täglich erweiterte und vertiefte, wurden Grillenberger und Vollmar in Baiern die populärsten Männer

des Landes, die allezeit willigen Berather und Helfer der allerverschiedensten Bevölkerungsschichten. Aber an der geschlossenen Einheit der Partei hatten alle ihre Theile das gleiche wie das höchste Interesse; jeder Zweig, der sich vom Stamme gelöst hätte, wäre vertrocknet, wäre ein dürres Holz geworden, nur noch gut genug, den Ofen der politischen und der sozialen Reaktion zu heizen.

Innerhalb des festen Rahmens, den die historische Entwicklung der deutschen Zustände zimmerte, konnten praktische und taktische Meinungsverschiedenheiten kein trennendes und zerstörendes, sondern nur ein belebendes und erfrischendes Element sein. Wie sie gleich nach den Wahlen von 1884 auftauchten, so sind sie manches Mal wiedergekehrt und werden noch manches Mal wiederkehren, aber nur um zu erweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie ein lebendiger Organismus ist, geboren aus dem historischen Leben eines großen Volkes, gewachsen mit ihren wachsenden Aufgaben, treu dem Gebote des Dichterworts: Reif sein ist Alles.

Sechstes Kapitel.

Der Anfang vom Ende.

I. Worte und Thaten.

Die Hoffnung auf ein „Damaskus" der Sozialdemokratie verlängerte die zweite Periode des Sozialistengesetzes noch um einen dritten Abschnitt, der wieder anderthalb Jahre, vom Herbste 1884 bis zum Frühjahre 1886 währte.

Nach seinem halben Wahlerfolge strebte Bismarck dahin, den neuen Reichstag auszuquetschen, soweit er für ihn Zitrone war, den Kolonialhumbug zu inszeniren und eine neue schutzzöllnerische Plünderung zu veranstalten, zugleich aber einen frischen Wahlkampf nach dem Muster bonapartistischer Plebiszite vorzubereiten für den Augenblick, wo der Reichstag sich fiskalischen Attentaten auf die Taschen des Volkes unzugänglich erweisen sollte. Einen ersten kleinen Entrüstungsrummel leitete er schon zu Weihnachten 1884 ein, aus ganz geringfügigem Anlasse, aber mit dem tröstlichen Erfolge, daß sich der deutsche Philister nach wie vor leicht übertölpeln ließ. Schwerer war es zu begreifen, daß Bismarck noch immer mit der Möglichkeit rechnete, das Proletariat gegen die Bourgeoisie auszuspielen. Allein es ging ihm, wie es den Machthabern zu gehen pflegt, die für ihre eigennützigen Zwecke die Presse zu korrumpiren trachten: sie glauben schließlich selbst an die Lügen ihrer Soldschreiber. Die Hoffnung der offiziösen Blätter auf das „zahme Hausthier", in das sich wenigstens ein Theil der Sozialdemokratie verwandeln werde, um sich mit der „dünnen Milch" der Arbeiterversicherung zu begnügen, fand seinen Wiederhall in Bismarcks Rede vom 26. November 1884, worin er der Sozialdemokratie noch ein Dutzend Mandate wünschte und sie „ein ganz nützliches Element" nannte, ohne das die mäßigen Fortschritte, die bisher

in der Sozialreform gemacht seien, auch noch nicht existiren würden. Sogar Puttkamer schnitt der Partei, die „in weniger revolutionäre Bahnen eingelenkt" sei, ein möglichst freundliches Gesicht und behauptete zur Abwechslung, das Sozialistengesetz richte sich nur gegen die anarchistische Gruppe, die vor keinen Uebelthaten zurückschrecke, um den unmittelbaren gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung zu erreichen. Freilich als dies Debüt in einer neuen Rolle nur die Heiterkeit der sozialdemokratischen Fraktion erweckte, kletterte Puttkamer auf den kaum verlassenen Kothurn zurück und verschwor sich hoch und theuer, die Sozialdemokratie habe den Dolch geschliffen, womit eben, im Januar 1885, einer seiner Lieblinge, der Lockspitzelvater Rumpf in Frankfurt a. M., niedergestochen worden war.

Im Dezember 1884 hatte das Reichsgericht das mysteriöse Niederwaldattentat abgeurtheilt, ohne jedoch die Schleier zu lüften, die darüber lagen. Von den acht Angeklagten wurden drei freigesprochen, zwei zu langjähriger Zuchthausstrafe und drei, Reinsdorf, Küchler, Rupsch, zum Tode verurtheilt. Küchler und Rupsch reichten Gnadengesuche ein, und Rupsch wurde auch zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt, während Küchler als gebrochener Mann aufs Schaffot schwankte. Dagegen verschmähte Reinsdorf, um Gnade zu bitten; nicht in der Haltung eines politischen Märtyrers, aber gelassen und gleichmüthig, ein Schlemperlied auf den Lippen, verlebte er seinen letzten Tag, und ehe sein Haupt unterm Beile fiel, rief er: Nieder mit der Barbarei!

Vordem war Rumpf schon ein Opfer seiner Menschenjagd geworden. In diesem Attentat hatte kein Lockspitzel sein Händchen, und so hat die Polizei seine Urheber auch niemals entdeckt. Sie brachte nur einige schwache Indizien gegen den Schuhmachergesellen Lieske zusammen, Indizien, die etwa den Verdacht begründeten, daß Lieske irgendwie um die That gewußt haben könne, aber die ihn der That selbst nicht im entferntesten überführten. Gleichwohl sprachen ihn Frankfurter Geschworene schuldig, und Lieske wurde hingerichtet. Er starb als ein Mann, und sein Fluch jagte seinen Ankläger, den Staatsanwalt Frehse, ins Irrenhaus. Puttkamer aber ließ den preußischen Landtag in einem besonderen Gesetze beschließen, daß die Gehaltsbezüge des Rumpf seinen Erben unverkürzt gesichert bleiben sollten; welch' würdigeren Helden konnte die Aera Bismarck-Puttkamer auch auf dem Prytaneum speisen, als einen Lockspitzelvater, der in seinem schmutzigen Handwerk umgekommen war!

In beschämender Weise zeigte damals die kleine Schweiz dem großmächtigen preußisch-deutschen Reiche, wie das anarchistische Gespenst zu bannen sei. Ein angeblicher Plan, das Bundesrathshaus in Bern in die Luft zu sprengen, führte zu einer Untersuchung des eidgenössischen Generalanwalts über die „anarchistischen Umtriebe" in der Schweiz, und ergab das Resultat, daß die anarchistische Bewegung, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden konnte, in „rapidem Verfalle" sei, daß Most gerade durch seine wahnwitzigen Hetzereien die Arbeiter immer stärker von der „Propaganda der That" zurückstoße, daß die anarchistischen Umtriebe,

die überhaupt noch existirten, allein hervorgerufen würden durch die gehässigen Verfolgungen der Arbeiter in Deutschland und Oesterreich. „Die Ausnahmegesetze treiben uns die anarchistischen Agitatoren zu und führen sie bei uns zu agitatorischer Thätigkeit gegen ihr Vaterland." Da die bürgerliche Gesellschaft nicht ohne Polizei leben kann, so bleibt die Polizei immer bürgerliche Polizei: demgemäß wies die Schweiz ein Dutzend anarchistische Agitatoren aus ihrem Gebiete aus, neben deutschen Lockspitzeln wie Kaufmann und Weiß auch ehrliche Anarchisten wie Neve. Aber der Bundesanwalt warnte dringend davor, die anarchistische Gefahr durch das Mittel zu beschwören, das sie gerade hervorrufe, nämlich durch die Knebelung der politischen Freiheit, und wie die schweizerische Polizei darin das gerade Widerspiel der deutschen Polizei war, so auch in der Geschicklichkeit, das anarchistische Gewebe aufzudecken. Die Unfähigkeit der deutschen Polizei, wirkliche Attentate zu verhüten, wurde nur erreicht von ihrer Routine in der Anzettelung künstlicher Attentate.

Ein ähnliches Verhältniß bestand zwischen den sozialpolitischen Worten und den sozialpolitischen Thaten Bismarcks. Die platonische Liebeserklärung, die er im November 1884 der sozialdemokratischen Partei gemacht hatte, war der holde Anfang einer Schalmei, die sehr bald aus einem ganz anderen Loche blies. Wie 1881, so hatten auch 1884 die sozialdemokratischen Wahlerfolge das bürgerliche Gewissen geschärft, und zwar um so mehr geschärft, je größer sie waren: die Ultramontanen brachten nicht mehr blos eine Interpellation, sondern einen Antrag auf Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung ein. Sie forderten Verbot der Sonntags-, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, für die erwachsenen männlichen Arbeiter aber einen Maximalarbeitstag. Die anderen bürgerlichen Parteien kamen mit ähnlichen Anträgen vor, nur die Kronprinzenpartei wollte die Schrankenlosigkeit der kapitalistischen Ausbeutung nicht einmal scheinbar, geschweige denn ernsthaft angetastet wissen. Darin war sie mit Bismarck ein Herz und eine Seele.

Wie Don Quijote seine Rosinante, so spornte der Geniale den abgetriebenen Manchestergaul. Seine phänomenale Unwissenheit mochte ihn zur Noth entschuldigen, wenn er die praktisch und theoretisch tausendmal widerlegte Behauptung vortrug, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Verkürzung des Arbeitslohnes nach sich ziehen müsse, aber sein böser Wille trat in grotesker Nacktheit hervor, wenn er sagte, der Maximalarbeitstag schädige die Interessen der Arbeiter; würde beispielsweise ein vierzehnstündiger Arbeitstag festgesetzt, so würden auch die Unternehmer, die sich bisher mit zehn oder elf Stunden begnügt hätten, vierzehn Stunden arbeiten lassen. Das schnöde Geschwätz erfüllte selbst die bürgerlichen Parteien mit gelindem Grauen, und wieder nur die Kronprinzenpartei empfing mit wollüstigen Schauern diese befruchtenden Gedanken des Säkularmenschen. Der ehemalige Fortschrittler Eugen Richter erklärte, der „Herr Reichskanzler" könne, wenn er so vernünftig spräche, auf die Kerntruppe der Unentwegten zählen, und der ehemalige Sezessionist Baumbach fragte, was denn über die

Kinderarbeit viel zu reden sei, da die Kinder der Hohenzollern doch auch ein Handwerk erlernen müßten. Jedoch gebietet die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß eine freisinnige Minderheit, mit Ludwig Löwe und dem alten Virchow an der Spitze, gegen die allzu unbeschämte Profitwuth zu rebelliren begann.

Statt des gesetzlichen Arbeiterschutzes pflanzte Bismarck am 13. März 1885 in einer Debatte des Reichstags über die Kolonialpolitik die Züchtung von Millionären als sein Banner auf. Die Bleichröder und Hansemann seien sozusagen doch auch Menschen, ja sogar Deutsche, die Schutz für ihren Reichthum beanspruchen könnten; „ich wollte, wir könnten sofort ein paar Hundert Millionäre mehr im Lande schaffen." Wie Bismarck ein Jahr vorher im preußischen Landrechte das „Recht auf Arbeit" entdeckt hatte, so berief er sich jetzt auf die merkantilistische Politik der alten Hohenzollern; der „Herkules des 19. Jahrhunderts" war immer auf der Höhe seiner Bildung, wenn er in dem vermufften Kehricht vergangener Jahrhunderte schnüffelte. Praktisch beging er mit seiner Millionärzüchtung ein Plagiat an Guizots Enrichissez-vous, nur daß ihm Guizots persönliche Uneigennützigkeit fehlte. In der ersten Session des neuen Reichstags richtete er eine zweite Auflage der schutzzöllnerischen Orgie von 1879 an; da die Wölfe sechs Jahre gehungert hatten, so stürzten sie sich mit wilder Gier auf die konsumirenden Massen. Die Getreidezölle wurden verdreifacht, die Holzzölle verdoppelt, die Vieh- und Branntweinzölle erhöht und ebenso eine große Anzahl industrieller Zölle. Die Session, die unter dem Zeichen der „Sozialreform" begonnen hatte, endete mit einer allgemeinen Plünderung der Armen durch die Reichen, mit einem „Raubzuge am arbeitenden Volke", wie Auer als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion sagte.

II. Fraktion und Partei.

Diese Fraktion war zum ersten Male stark genug, um im Reichstage selbstständig vorgehen zu können. Getreu den Ueberlieferungen der Partei und den Beschlüssen von Wyden und Kopenhagen legte sie das Hauptgewicht ihrer parlamentarischen Thätigkeit in die Agitation und Propaganda, aber daneben nahm sie mit, was für die proletarischen Interessen mitzunehmen war, ohne alle sonstigen Illusionen über die Leistungsfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie betheiligte sich an manchen, wenn auch nicht an allen Kommissionen, nicht an der Budgetkommission, da sie das Budget des Militärstaats doch ein- für allemal verwerfen mußte, wohl aber an der Petitions- und der Wahlprüfungskommission, in denen wichtige Interessen der Arbeiterklasse geschützt werden konnten.

Zu den drei Hauptfragen der Session war die Stellung der Fraktion von selbst gegeben. Dem neuen schutzzöllnerischen Hexensabbath stand sie in unversöhnlicher Opposition gegenüber, während sie die verlegenen und verlorenen Anläufe der bürgerlichen Parteien zur Fortbildung der Fabrikgesetzgebung durch einen

umfassenden Arbeiterschutzgesetzentwurf auf die Höhe moderner Kultur hob. Die Kernpunkte ihres Entwurfs waren der zehnstündige Arbeitstag für erwachsene, der achtstündige für jugendliche Arbeiter, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit mit den unumgänglichen Ausnahmen, der Kinderarbeit, der Frauenarbeit auf Hochbauten und unter Tag, der Nachtarbeit unter bestimmter Feststellung der zulässigen Ausnahmen, wöchentliche Lohnzahlung am Freitag und ein Minimallohn, ein umfassendes, reich gegliedertes System zur Ueberwachung der Arbeitsverhältnisse durch ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte. Der Entwurf war gerade nicht in jedem Punkte hieb- und stichfest, so nicht in der Forderung des Minimallohns, die schon in der Fraktion auf starken Widerspruch gestoßen war, aber im Allgemeinen zeigte er den bürgerlichen Parteien in vortrefflicher Weise, wie eine klare und konsequente Sozialreform auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft aussah. Natürlich fand er die landesübliche Aufnahme: nach einem fürchterlichen Geschrei darüber, daß die Sozialdemokratie durch diesen Entwurf ihren „revolutionären Utopien" entsagt habe, wurde jede seiner praktischen Forderungen als „revolutionäre Utopie" zurückgewiesen.

Der Kolonialpolitik setzte die sozialdemokratische Fraktion denselben Widerstand entgegen wie der Zollpolitik, und zwar nicht nur der unprofitablen, sondern der Kolonialpolitik überhaupt, deren Kosten die Arbeiter tragen und deren Profite die Kapitalisten genießen sollten. Neben kleineren Etatsposten präsentirte Bismarck die erste Rechnung der Kolonialpolitik in einer Forderung von jährlich 4 400 000 Mark, als einer Beihilfe für die Einrichtung und den Unterhalt von regelmäßigen, an Unternehmer zu übertragenden Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien, Australien und Afrika. Soweit diese Forderung die Kolonialpolitik fördern sollte, lehnte die sozialdemokratische Fraktion sie einstimmig ab. Jedoch ergab sich dabei eine Meinungsverschiedenheit zwischen einer durch Auer, Dietz, Frohme, Grillenberger vertretenen Mehrheit, und einer durch Liebknecht, Bebel, Vollmar vertretenen Minderheit der Fraktion. Die Mehrheit meinte, daß einzelne der vorgeschlagenen Dampferlinien mit der Kolonialpolitik nicht zusammenhingen, sondern nur dazu dienen würden, den internationalen Verkehr der Völker und damit die Werke des Friedens zu fördern, was auch im Interesse des Proletariats liege. Ohne diese grundsätzliche Auffassung zu bestreiten, wandte die Minderheit ein, die deutsche Handelsmarine sei ohne Subvention groß geworden und man solle deshalb die Steuerzahler aus dem Spiele lassen, die Subvention würde ungesunde Tarifverhältnisse schaffen, und sie hinge doch mit den Bismärckischen „Wirthschaftsreformen" zusammen, indem sie eine Schmutzkonkurrenz züchte; den Handelsverkehr durch Reichsbeihilfe fördern, heiße neue Krisen heraufbeschwören. Diese Bedenken berücksichtigte die Mehrheit dadurch, daß sie alle Hintergedanken, die Bismarck bei der Dampfersubvention haben mochte, zu vereiteln suchte.

Der Handel Deutschlands mit Ostasien und Australien war zu elf Zwölfteln in den Händen Hamburgs, während Bremen nur eine starke Reiseinfuhr hatte,

und es war ein offenes Geheimniß, daß Bismarck die Subvention dem Bremer Lloyd zuwenden wollte, wodurch der Hamburger Handel und nicht zuletzt das Hamburger Proletariat arg geschädigt werden mußte. Als das größte Rhedereigeschäft Deutschlands konnte der Bremer Lloyd sofort eine große Flotte älterer Schiffe einstellen, dagegen mußte die Hamburger Rhederei, wenn ihr die neuen Linien übertragen wurden, neue Schiffe bauen, womit den damals zu vielen Tausenden brotlosen Schiffsbauern Arbeit geschafft worden wäre. Aus diesen Erwägungen heraus entschloß sich die Mehrheit, für die ostasiatische und die australische Linie, für diese mit Ausnahme der Samoalinie, zu stimmen, in Konsequenz der Stellung zur Kolonialpolitik die afrikanische und die Samoalinie abzulehnen, jedoch auch ihre Zustimmung, so weit sie ging, davon abhängig zu machen, daß die einzustellenden Schiffe neue Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut sein müßten, schließlich aber die ganze Vorlage zu verwerfen, falls diese Bedingung abgelehnt oder eine der zurückgewiesenen Linien vom Reichstage bewilligt werden sollte. Beide Fälle traten ein, indem der Reichstag die Vorlage annahm, wie sie Bismarck eingebracht hatte, und so stimmte die sozialdemokratische Fraktion geschlossen gegen die gesammte Dampfersubvention.

Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit war innerhalb der Fraktion nicht hervorgetreten, und das verschiedene Urtheil über eine thatsächliche Frage hatte zu keiner praktischen Trennung in der Abstimmung geführt. Dennoch erregte der Zwischenfall heftige Debatten in der Partei, die heftigsten, die überhaupt in ihrem Schoße vorgekommen sind, so lange das Sozialistengesetz bestand. Zuerst erhob sich die Züricher Mitgliedschaft gegen die Mehrheit der Fraktion, und im Einklange mit ihr auch der Sozialdemokrat, dann folgten die Genossen in Bern, London, Brüssel, Kopenhagen, in Deutschland selbst die Leipziger, Rostocker, Königsberger Parteimitglieder. Am 20. März erließ die Fraktion eine Erklärung, worin sie sich diese Angriffe als „durchaus ungehörig" verbat; das Parteiorgan dürfe sich unter keinen Umständen der Fraktion widersetzen, die für seinen Inhalt verantwortlich sei; „nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrolliren hat." Diese Erklärung goß Oel ins Feuer und rief neue Stürme hervor; am heftigsten protestirten Frankfurter Genossen gegen die „diktatorische Maßregelung", gegen den „Sumpf des Parlamentarismus", in den die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht verlaufen dürfe. Glücklicher Weise einigten sich die Fraktion und das Parteiorgan schnell; am 23. April veröffentlichte der Sozialdemokrat den Friedenspakt: die Fraktion erkannte an, daß der Sozialdemokrat nicht ihr persönliches Organ, sondern das Organ der Gesammtpartei sei und bleiben müsse, dagegen stimmte ihr die Redaktion darin zu, daß die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, daß die Fraktion, so lange sie unter dem Kriegszustande des Ausnahmegesetzes die Leitung habe, unbedingt auf die Unterstützung aller Genossen zählen müsse, sobald sie einmal einen bestimmten Entschluß gefaßt habe. Damit waren freilich

die erregten Gemüther noch lange nicht besänftigt; bis in die Spalten der bürgerlichen Presse spann sich die innere Fehde fort; erst nach Monaten glätteten sich wieder die Wellen.

Auf beiden Seiten gab sich eine Empfindlichkeit und Ueberreizung kund, die in gar keinem Verhältnisse zu dem eigentlichen Gegenstande des Streites stand. Die Minderheit der Fraktion hatte die Dampfersubvention als echt Bismärckische Machenschaft schneller erkannt, als ihre Mehrheit, aber dieser Mehrheit ließ sich kein Vorwurf daraus machen, daß sie die Vorlage etwas genauer auf dem Schmelztiegel der Kritik prüfte, ehe sie ihr den Abschied gab. Eine so eminent zivilisatorische Partei, wie die Sozialdemokratie, hat allen Anlaß, die Keime der Zivilisation zu pflegen, die sich schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können; da alle solche Keime in dieser Gesellschaft kapitalistisch infizirt sind, so ist die richtige Grenze zwischen dem kapitalistischen und dem zivilisatorischen Interesse oft schwer zu unterscheiden; bei der Dampfersubvention war sie nicht so leicht zu erkennen, wie beim Nordostseekanal, dessen Bau die Fraktion bald darauf ohne irgend einen Widerspruch aus der Partei bewilligte, obgleich er zunächst auch nur kapitalistischen und militärischen Interessen dienen sollte.

In der That war die Dampfersubventionsfrage nur der Anlaß, nicht die Ursache des bitteren und langwierigen Streites. Die Behauptung, daß die Partei durch den „eisernen Reifen" des Sozialistengesetzes zusammengeschmiedet würde, gehörte zu den wohlfeilen Halbwahrheiten des Liberalismus; sie stand auf gleicher Stufe mit der Behauptung, daß geistige Bewegungen durch gewaltsame Mittel nicht unterdrückt werden könnten; die sehr relative Wahrheit dieser Behauptungen läßt sich nirgends so klar erkennen, wie aus der Geschichte des deutschen Liberalismus, der sie mit so großem Pathos zu predigen pflegt. Die sozialdemokratische Partei wurde durch ganz andere Reifen zusammengehalten, als durch das Sozialistengesetz. Um dies Gesetz zu entkräften, schloß sie sich gewiß um so enger und fester zusammen, aber die Kraft dazu schöpfte sie aus ihren historischen Existenzbedingungen, nicht aus einer brutalen Unterdrückung, die, soweit sie überhaupt wirkte, nur zerstörend und verwirrend wirken konnte. Wie sie wirkte, kam ganz auf das Wesen der Klassen an, die sie traf; sie wirkte erschlaffend und erlahmend auf die mittelbar betroffene Bourgeoisie, aufregend und erbitternd auf das unmittelbar betroffene Proletariat. Ein Symptom dieser Ueberreizung, die in dem nun schon ins siebente Jahr währenden Kampf um Leben und Tod von selbst entstehen mußte, war der Streit um die Dampfersubvention, die heftige Reibung zwischen der Fraktion und der Partei.

Das Sozialistengesetz erheischte, daß die Leitung der Partei der parlamentarischen Fraktion übertragen wurde, daß überhaupt der Reichstagstribüne, dem einzigen Orte in Deutschland, wo noch ein freies Wort möglich war, eine Bedeutung zufiel, die der bürgerliche Parlamentarismus an und für sich nicht beanspruchen konnte. Irgend eine ernsthafte Verfehlung ließ sich der Fraktion nicht nachweisen; noch vor den Wahlen von 1884 hatte sie den alten Rittinghausen,

der sich ihrer strammen Disziplin nicht fügte, rücksichtslos ausgeschlossen. Nach den Wahlen von 1887 that sie mit ihrer stärkeren Betheiligung an den parlamentarischen Arbeiten nur, was sie nicht lassen durfte; wie frei sie sich dabei vom parlamentarischen Kretinismus hielt, zeigte am schlagendsten das Schimpfen Eugen Richters über ihre angebliche Saumseligkeit im Reichstage. Eine gewisse Zwiespältigkeit der Auffassung lag freilich in der Natur der Dinge: einerseits enttäuschte nach den furchtbaren Anstrengungen der Wahlschlacht das fruchtlose Klappern der parlamentarischen Mühle, und diese Enttäuschung war schon nach den Wahlen von 1881, ja selbst schon nach den erfolgreichen Wahlen der siebziger Jahre in ganz ähnlicher Weise hervorgetreten, andererseits regte sich namentlich da, wo der Druck des Sozialistengesetzes am schwersten auf den Arbeitern lastete, doch immer wieder die Befürchtung, daß sich die Fraktion, um nur etwas zu erreichen, mit den bürgerlichen Parteien zu tief einlassen und im parlamentarischen Treiben versumpfen könne. Die souveräne Selbständigkeit der Partei hüteten gerade die ältesten und treuesten Mitgliedschaften als ihr köstlichstes Kleinod; obgleich im sächsischen Landtage nun schon fünf Sozialdemokraten saßen und im Frühjahr 1885 auch zwei in den hessischen Landtag gelangten, stießen Frohme und Hasenclever doch auf einen unbeugsamen Widerstand, als sie die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen befürworteten.

Am wenigsten ließ sich gegen das Arbeiterschutzgesetz einwenden, das die Fraktion im Reichstage eingebracht hatte, doch führte es auch zu mancherlei Reibungen in der Partei. Der ökonomische Zustand der achtziger Jahre war eine chronische Stagnation, unterbrochen durch einzelne Schwankungen, die am Anfange, in der Mitte und am Ende des Jahrzehnts eintraten, und zwar so, daß sich jedes Mal ein stärkerer Aufschwung der Industrie bemerkbar machte. Von der ersten dieser Hebungen datirte die neue Streik- und Gewerkschaftsbewegung, die von der Reaktion nicht ganz ungeschoren gelassen, aber im Allgemeinen nicht unterdrückt wurde. Sie dehnte sich kräftig aus, als in der Mitte des Jahrzehnts eine höhere Welle des industriellen Aufschwungs heranrauschte; zahlreiche Streiks brachen aus, und im Jahre 1885 hatten fast alle Berufe schon wieder gewerkschaftliche Organisationen, theils Lokal-, theils Zentralverbände, die zusammen über 80000 Mitglieder umfaßten. Sie entwickelten sich gewöhnlich naturwüchsig aus den Streiks, so der Verband der Bildhauer aus einem mißlungenen Streik in Berlin, der Verband der Tischler aus einem Streik in Stuttgart, den Karl Kloß mit großer Umsicht zu einem glücklichen Ende geführt hatte. Natürlich mußte bei der Gründung gewerkschaftlicher Verbände mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden, die verschiedensten Formen der Organisation wurden durchgeprobt, um den Eingriffen der Behörden jede denkbare Handhabe zu nehmen, die Zentralverbände verlegten ihren Sitz mit Vorliebe in die kleineren Staaten mit etwas freierem Vereinsrechte, die Schneider nach Hamburg, die Tabakarbeiter nach Bremen, die Manufakturarbeiter nach Gera, die Metallarbeiter nach Mannheim. Mit den Versicherungsgesetzen war den gewerkschaftlichen Verbänden eine

kräftige Stütze fortgeschlagen worden, doch wußten auch hier die Arbeiter in ihrem unstillbaren Drange nach Organisation aus der Noth eine Tugend zu machen; sie drängten sich in die freien Hilfskassen, die das Krankenkassengesetz zugelassen hatte; im Jahre 1885 zählten diese Kassen 874 507 Mitglieder, vierzehnmal so viel, als sie fünf Jahre früher gezählt hatten.

In diesem Jahre erlebte auch die Arbeiterinnenbewegung, nach ihren sporadischen Anläufen in den sechziger und siebziger Jahren, ihre erste Hochfluth. Sie konnte sogar schon einen kleinen praktischen Erfolg verzeichnen; als die Regierung einen Zoll auf Nähfäden legen wollte, erhoben die Berliner Konfektionsarbeiterinnen einen so lebhaften Einspruch, daß der Reichstag zunächst die Lage der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und Konfektionsbranche zu untersuchen beschloß. In ganz oberflächlicher und unzulänglicher Weise von der Regierung angestellt, deckte die Untersuchung doch ungeheuerliche Zustände auf diesem umfangreichen Ausbeutungsgebiete weiblicher Arbeitskraft auf. Sie entrollte eine bunte Musterkarte der verschiedensten Produktionsweisen und Wirthschaftsformen, die im Gange der ökonomischen Gesammtentwicklung eine die andere abgelöst hatten: nebeneinander fanden sich Handwerk, Hausindustrie, Kaufmannskapital, Schwitzmeisterschaft, Verleger und Fabrikant, Mittelbetrieb und Großunternehmen, Exporthäuser, die für den Weltmarkt produzirten, Firmen, die den lokalen und provinziellen Bedarf deckten, Zwerggeschäfte, die auf Bestellung arbeiteten, Handarbeit und Maschine, Thätigkeit im Fabriksaal und in der Werkstätte, im Keller und in der Dachkammer, aber allen gemeinsam war die Schröpfung der weiblichen Arbeitskraft bis auf das Mark der Knochen, so daß auch die amtlichen Berichterstatter ziemlich unverblümt zugaben, Hungers zu sterben oder sich zu prostituiren sei die einzige Wahl der Arbeiterinnen, die nicht von ihren Familien unterstützt werden könnten. Auf die offizielle „Sozialreform" machte das schauerliche Bild nicht den geringsten Eindruck; hatte Bismarck doch alle Hände voll damit zu thun, den „Nothstand" der Großgrundbesitzer und Großindustriellen zu heilen.

Um so mehr zündete das sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetz in der Gewerkschafts- und Streikbewegung. Petitionen, die seine Annahme vom Reichstage forderten, bedeckten sich mit einer halben Million Unterschriften. Wie in jedem heißen Kampfe, erwachten aber auch diesmal in den Kämpfern manche Hoffnungen, die über das Ziel hinausschossen. Wie das Jahr 1885 mit dem Streit um die Dampfersubvention begonnen hatte, so endete es mit einer scharfen Polemik zwischen Liebknecht und Viereck über die Bedeutung des Normalarbeitstages: Viereck gab sich der Illusion hin, daß der Normalarbeitstag die industrielle Reservearmee mehr oder minder aufsaugen würde, während Liebknecht schlagend nachwies, daß der Normalarbeitstag, so sehr er eine große Etappe im Emanzipationskampfe des Proletariats sei, doch nicht die Uebel der kapitalistischen Produktionsweise an der Wurzel heilen könne. Auch hier schuf das Sozialistengesetz künstliche Gegensätze. Der Sozialdemokrat hielt der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüber aus guten Gründen eine strenge Reserve inne, während das Recht auf

Arbeit ebenfalls aus guten Gründen ihr allzu ausschließlich seine Aufmerksamkeit zuwandte. So entstand ein gewisser Antagonismus zwischen beiden Blättern. Und er wurde nun wieder der Anlaß, daß Höchberg und C. A. Schramm noch einmal ihre besondere Auffassung der modernen Arbeiterbewegung durchzusetzen versuchten.

Höchberg hatte sich von den Schlagworten der Kolonialpolitik einfangen lassen und befürwortete im Recht auf Arbeit eine Börsensteuer, unter der Bedingung, daß ihre Erträgnisse zur Gründung von Produktivgenossenschaften für Arbeiter verwandt würden. Diesen Vorschlag that der Sozialdemokrat sofort ab, ohne darüber Höchbergs Verdienste um die Partei zu vergessen; als Höchberg im Sommer 1885 starb, widmete ihm das Parteiorgan einen Nachruf voll herzlichen Dankes. Härter gestaltete sich der Zusammenstoß mit Schramm, der gegen das „Dogma des Marxismus" anzurennen versuchte. Er brach einen ganz überflüssigen Streit vom Zaun, als Kautsky in der Neuen Zeit einen durchaus sachlichen und zutreffenden Artikel über ein nachgelassenes Werk von Rodbertus veröffentlicht hatte; schlagend zurückgewiesen, brachte Schramm dann noch in Viereck's Verlage eine Broschüre über Rodbertus, Marx und Lassalle heraus, worin zur Abwechslung Lassalle auf den Schild gehoben wurde, freilich in einer Weise, die Lassalle selbst, wenn er noch gelebt hätte, sich sehr entschieden verbeten haben würde. Der Sozialdemokrat fertigte das Schriftchen in einer Reihe vortrefflicher Artikel ab, und Schramm verbesserte seine Sache nicht durch eine taktlose Spekulation auf den Groll, der in manchen Gemüthern der Fraktion noch gegen das Parteiorgan nachzittern mochte. Auch mit Schönlank, der sich um diese Zeit von Viereck trennte und ein fleißiger Mitarbeiter der Neuen Zeit wurde, zankte Schramm, um zum dritten Male abgeführt zu werden.

Trotz mancher taktischen Meinungsverschiedenheiten ließ sich die Partei von der mühsam erklommenen Höhe der theoretischen Erkenntniß nicht mehr herabwerfen. Sie marschirte vielmehr rüstig auf dem gewonnenen Hochlande vorwärts. Der Sozialdemokrat sammelte in der Sozialdemokratischen Bibliothek die hervorragenden Schriften der älteren sozialistischen Literatur, während sich die Internationale Bibliothek, die im Dietzischen Verlage in Stuttgart erschien, neuen sozialistischen Forschungen eröffnete; als Schäffle jetzt über die „Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie" zu orakeln begann, mochte er manche sorgenvolle Bourgeoisgemüther beruhigen, aber in der Partei erzielte er keine andere Wirkung, als daß sie sich über die Schwächen von Schäffles Quintessenz des Sozialismus klar wurde, die sie zehn und selbst noch fünf Jahre früher sehr bewundert hatte.

III. Bismarcks Enttäuschung.

So sehr die taktischen und theoretischen Auseinandersetzungen, die das Jahr 1885 für die Partei mit sich brachte, von der bürgerlichen Presse ausgebeutet wurden, um über die „Zerfahrenheit der Sozialdemokratie" zu jubeln, so wenig

täuschten sie auf die Dauer den praktischen Genius des Säkularmenschen. Viereck formulirte das Programm des sogenannten „rechten Flügels“ einmal in den drei Forderungen: Beseitigung des Sozialistengesetzes, unbedingte Koalitionsfreiheit, Fabrikgesetzgebung nach englischem Muster, und das war für Bismarck ein noch größerer Greuel, als selbst das Gemeineigenthum, sintemalen diese Forderungen seinem geliebten Profit unmittelbar auf den Leib rückten. War doch die Abwehr „revolutionärer Ausschreitungen“ nur der angebliche, die thatsächliche Knebelung der Arbeiterklasse aber der wirkliche Zweck des Sozialistengesetzes! In Bismarcks Denkerschädel dämmerte gemach die Erkenntniß auf, wie närrisch seine Einbildung gewesen sei, daß sich die deutsche Arbeiterklasse von einem hergelaufenen Junker mit Peitsche und Zuckerbrot kuranzen lassen würde.

Noch dauerte die „milde Praxis“ an, aber es meldeten sich auch schon die Vorboten neuer Nücken und Tücken. In der gehässigsten Weise befehdete die offiziöse Presse jeden Streik, den freien Hilfskassen wurden Knüppel auf Knüppel zwischen die Beine geworfen, und mit dem Verbote des Metallarbeiterverbandes griff das Sozialistengesetz zum ersten Male tief in die Fachvereinsbewegung ein. In Breslau verbot die Polizei die Buchdruckerei Silesia, deren einziger Besitzer Kräcker war, als einen angeblichen Verein, und die Reichskommission bestätigte die nackte widergesetzliche Vermögenskonfiskation, ohne mit der Wimper zu zucken. Ueber Bielefeld wurde sogar auf einige Tage der große Belagerungszustand verhängt, weil die streikenden Arbeiter einer Nähmaschinenfabrik, gereizt durch ihren „Brotgeber“, vor dessen Wohnung demonstrirt hatten, und in Frankfurt a. M. ließ ein Polizeikommissär Meyer seine Mannschaften mit blanker Klinge auf das Leichengefolge eines braven Sozialdemokraten einhauen, ohne jeden Anlaß, aus purer Brutalität. Die greuelvolle Friedhofsmetzelei, bei der 30 bis 40 Personen verwundet wurden, brachte freilich selbst die schläfrigsten Philister auf; Meyer und ein paar seiner Komplizen wurden vor Gericht gestellt und im Höchstmaße zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, zur selben Zeit, wo der Zigarrenarbeiter Kückelhahn in Altona wegen Verbreitung des Sozialdemokraten in einer Reihe von Fällen zu 3½ Jahren Gefängniß verurtheilt wurde. Obendrein begnadigte die Krone den Meyer und seine Mitschuldigen sofort, auf daß ja kein Zweifel an der „Gerechtigkeit“ dieses berühmten „Rechtsstaats“ auftauche.

Auch sonst begann Bismarck jetzt von der Justiz zu beanspruchen, was ihm die Polizei nicht leisten konnte. Zur Feier seines siebzigsten Geburtstags wurde eine allgemeine Schnorrerei für irgend einen erhabenen nationalen Zweck veranstaltet, wobei auch Tausenden von armen Arbeitern ihre Pfennige von patriotischen Unternehmern abgezwackt wurden, aber als etwa zwei bis drei Millionen Mark beisammen waren, legte Bismarck seine Hand auf die größere Hälfte der Summe, um dafür einen Theil seines Stammguts wieder zu kaufen, der von seinen Ahnen verplempert worden war. Noch brannte die Scham darüber auf den Wangen seiner Bewunderer, als der Geniale gegen freisinnige und sozialdemokratische

Reichstagsabgeordnete eine Reihe von Prozessen einleiten ließ, um ihnen auf einen vermoderten Paragraphen des preußischen Landrechts hin die aus ihren Parteikassen bezogenen Diäten als „wider die Ehrbarkeit“ verstoßenden Gewinn abzuzwacken. Doch fällten die ersten Instanzen in sieben dieser Prozesse freisprechende Urtheile, und ebenso scheiterte ein anderes gerichtliches Verfahren, das sich seit Jahren gegen die ihrer Zeit in Kiel und Neumünster sistirten Delegirten des Kopenhagener Kongresses fortgeschleppt hatte. Ein Versuch, ihnen einen Hochverrathsprozeß anzuhängen, hatte der Reichsanwalt abgelehnt und ebenso waren die an mehreren Landgerichten versuchten Anklagen auf Geheimbündelei gescheitert. Endlich fand der sächsische Justizminister Abeken in Chemnitz, wo Vollmar 1883 seinen Wohnsitz gehabt hatte, freundliches Gehör beim Staatsanwalt, wenngleich auch hier noch nicht beim Gerichte. Vielmehr sprach das Landgericht in Chemnitz alle neun Angeklagten frei, da nicht der geringste Beweis für eine geheime Verbindung im Sinne des Strafgesetzes erbracht worden sei.

Im November 1885 trat der Reichstag zu seiner zweiten Session zusammen und Bismarck kam nun bald mit ihm hinter einander. In erster Reihe wegen eines Schnapsmonopols, das dazu bestimmt war, sowohl die Taschen des Fiskus, als auch die Taschen der Junker zu füllen. Die Rohproduktion des Branntweins sollte nämlich von der Monopolisirung ausgeschlossen sein und den Produzenten ein Durchschnittspreis von 35 Mark (im Minimum 30, im Maximum 40 Mark) für den Hektoliter gesichert werden, während der Marktpreis des Hektoliters 24 Mark betrug. Wie angenehme Schnitte dabei für die Junker abfielen, zeigte schon das eine Beispiel des Schnapsbrenners Bismarck, der auf seinen hinterpommerschen Brennereien monatlich 900 Hektoliter brennen konnte. Dies saubere Monopol ging aber der Mehrheit des Reichstags doch wider den Strich, und da seine Annahme ausgeschlossen war, so wagten nicht einmal die Junker dafür zu stimmen, aus Furcht, sich zwecklos vor der aufgeregten öffentlichen Meinung zu prostituiren. Am 27. März 1886 fiel das Schnapsmonopol im Reichstage mit allen gegen drei Stimmen.

Gleichzeitig hatte sich der Reichstag über die Verlängerung des Sozialistengesetzes schlüssig zu machen, und einzelne Umstände deuteten darauf hin, daß Bismarck aus diesem Anlasse gern eine sofortige Auflösung herbeigeführt hätte. Aber wenn er wirklich die Absicht gehabt haben sollte, so mußte er sich bald überzeugen, daß den bürgerlichen Oppositionsparteien in dieser Frage jede Konfliktsstimmung fehlte. Nicht als ob sich ihnen die Unerträglichkeit des Sozialistengesetzes nicht immer fühlbarer gemacht hätte; sprachen doch selbst schon Nationalliberale, wie Gneist, öffentlich von der Nothwendigkeit seiner Beseitigung! Aber der Sozialdemokrat hatte Recht, wenn er zu all solchem Gerede trocken bemerkte: die herrschenden Klassen werden das Sozialistengesetz beseitigen, wenn es ihnen wie Feuer auf den Nägeln brennt, jedoch keinen Augenblick früher. Die bürgerliche Opposition litt an greisenhafter Müdigkeit; im Hinblick auf die immer frische und kampfesmuthige Sozialdemokratie sagte damals Bamberger mit einem Seufzer

des Neides: Die haben noch den Glauben! Die Freisinnigen waren heilfroh, diesmal ihre alten Tiraden ungestraft ableiern zu können, und die Ultramontanen begnügten sich damit, die zur Verlängerung des Gesetzes nöthige Hilfsmannschaft unter einer betäubenden Kanonade über ihre „Milderungsanträge" abschwenken zu lassen. Die widerliche Komödie täuschte Niemanden mehr; wie üblich, flogen die „Milderungsanträge" unter den Tisch, und wie üblich, ließ sich die Regierung ein paar Jahre an der von ihr vorgeschlagenen Dauer der Verlängerung abhandeln.

Sonst nahm sie, da sich nun einmal keine große Haupt- und Staatsaktion herausschlagen ließ, auch mit dem vorlieb, was sie kriegen konnte. Puttkamer holte nur ein kleines Schnipfelchen aus dem großen Zitatensacke hervor, einen Artikel des Sozialdemokraten, der die Königin Luise, die preußische Nationalheilige, im Lichte der historischen Wahrheit zeigte, und deklamirte sonst über Arbeiterunruhen, die zwar nicht in Deutschland, aber doch in Belgien stattgefunden hatten, während Bismarck einen vollkommen zutreffenden Satz Bebels über russische Zustände so zu verdrehen suchte, als predige die deutsche Sozialdemokratie Mord und Todtschlag. Da er es als zweifelhaft hinstellte, ob Marx nicht „Mörder gezüchtet" habe, um sie gegen ihn, den großen Bismarck, auszusenden, so erklärten die überlebenden Töchter von Marx öffentlich: für ihren Vater sei Bismarck nur eine erheiternde Figur und höchstens noch ein stellenweise recht brauchbarer unfreiwilliger Helfershelfer an der proletarischen Revolution gewesen; die Schauerromanvorstellung, als ob ein Mann wie Marx sich damit abgeben könne, „Mörder zu züchten", zeige aufs Neue, mit wie großem Rechte Marx in Bismarck nur einen, bei aller Verschlagenheit höchst bornirten preußischen Junker gesehen habe, der total unfähig sei, irgend welche große geschichtliche Bewegung zu verstehen. Am 31. März wurde das Sozialistengesetz mit 169 gegen 137 Stimmen auf zwei Jahre verlängert, bis zum 30. September 1888.

Aber wenn die bürgerliche Opposition das System Bismarck-Puttkamer wohlfeilen Kaufs davon kommen ließ, so war die sozialdemokratische Fraktion anspruchsvoller. In den fälligen Debatten über den kleinen Belagerungszustand zog Singer einen Lockspitzel ans Tageslicht, den Schutzmann Ihring, der sich unter dem Namen eines Mechanikers Mahlow in einen Berliner Arbeiterverein geschlichen hatte, um hier durch grobe Majestätsbeleidigungen, durch den Vertrieb anarchistischer Schriften und durch Aufreizung zu Dynamitattentaten zu wirken. Alle schönen Ausreden, womit Puttkamer sich um die früheren Lockspitzeleien herumgeredet hatte, fielen diesmal fort: Ihring-Mahlow war ein etatsmäßig angestellter Beamter, der im Auftrage seiner Vorgesetzten, aber in direkter Uebertretung des Vereinsgesetzes unter falscher Maske in einem vom Sozialistengesetze geduldeten Arbeitervereine spionirt hatte. Das allein begründete schon den Verdacht verbrecherischer Absichten, der durch eine Reihe unanfechtbarer Zeugen zur unbedingten Gewißheit erhoben wurde.

Man begreift, daß sich Puttkamer in seine glorreichsten Posituren warf, um die Wucht dieser Enthüllung abzuschwächen: der reine Komödiant, wie ihm

ein freisinniger Abgeordneter zurief. Jedoch war er darin konsequent, daß er dem verunglückten Träger des Systems die sühnenden Machtmittel des Staates zur Verfügung stellte. Der Staatsanwalt mußte die Ankläger des Ihring-Mahlow, den Schriftsteller Christensen und den Maurer Berndt, wegen Verleumdung belangen, und in den gerichtlichen Verhandlungen zweier Instanzen traten die amtlichen Vorgesetzten des Lockspitzels begeistert für ihn ein. Nach ihrer eidlichen Versicherung hatte es nie einen untadelhafteren Ehrenmann gegeben; ehe sie etwas auf Ihring-Mahlow kommen ließen, ziehen sie sich lieber selbst der mangelhaften Umsicht. Denn wie hatten sie nur einen so durch und durch wahrhaftigen Mann zu einem Dienste kommandiren können, worin er von früh bis spät lügen, lügen und wieder lügen mußte! Mit schmatzenden Lippen sprachen sie von dem „kostbaren Material", das Ihring geliefert habe, während Ihring selbst wenigstens die kleine Schwäche zugab, in seinen klassischen Berichten immer Marx und Most verwechselt zu haben. Es machte nun doch einen tiefen Eindruck auch auf die bürgerliche Welt, daß von dem Gefasel solcher Jammerburschen die ganze Existenz ehrlicher Leute abhängig sein sollte. Nur das Schöffengericht unter dem Vorsitze des Amtsrichters Bardisius hielt noch patriotischen Stand und verurtheilte die beiden Angeklagten zu sechsmonatlichem Gefängniß; vor dem Landgerichte brach der ganze offizielle Apparat unter der erdrückenden Fülle des gegen Ihring beigebrachten Beweismaterials zusammen, und die Angeklagten wurden freigesprochen, da sie nichts als die reine Wahrheit gesagt hätten. Puttkamer aber blieb auch jetzt konsequent und verschaffte dem gerichtlich überführten Lockspitzel die „eklatante Genugthuung" des Allgemeinen Ehrenzeichens, zugleich mit dem Schutzmanne Naporra, der nicht lange nachher auf ähnlichen Schlichen ertappt worden war.

Gleichwohl gerann die Milch der „milden Praxis", die dem System Bismarck-Puttkamer schon sauer geworden war, in gährend Drachengift, als die Sozialdemokratie amtlich abgestempelte Lockspitzel anzutasten wagte. Trotz aller heroischen Stellungen in der Oeffentlichkeit sagte sich das System in seinem stillen Kämmerlein, daß im Frühjahr 1886 die Methode der Korruption so bankerott geworden sei, wie im Herbste 1881 die Methode der nackten Gewalt.

Siebentes Kapitel.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes.

Die dritte und letzte Periode des Sozialistengesetzes währte, wie die zweite, fünfthalb Jahre und zerfiel auch in drei Abschnitte, nur in Abschnitte von ungleicher Länge. Vom Frühjahre 1886 bis zum Frühjahre 1888 dauerten die Todeskrämpfe des Ausnahmegesetzes, worin das von der kräftigen Faust des Proletariats an der Gurgel gepackte Ungethüm noch einmal wüthend um sich schlug;

vom Herbste 1888 bis zum Herbste 1890 vollzog sich sein endgiltiger Zusammenbruch, und mit ihm der Zusammenbruch des ganzen Systems Bismarck; dazwischen lagen die deutschen Thronwechsel, die 99 Tage des Kaisers Friedrich.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes spielten sich ab, wie sich Todeskrämpfe abzuspielen pflegen. Die Nationalzeitung traf in ihrer Weise den Nagel auf den Kopf, wenn sie im Jahre 1886 sagte, ein Prinzip lasse sich in der Handhabung des Sozialistengesetzes nicht entdecken, aber die einzelnen Maßregelungen der Regierung bekundeten jene Gleichgiltigkeit in der Wahl der Mittel, die am Vorabend großer Erschütterungen von den Vertretern der bestehenden Ordnung bekundet zu werden pflege. Das nationalliberale Blatt bezog sich namentlich auf das Bestreben Bismarcks, die Justiz für die Dienste heranzuziehen, welche die Polizei nicht hatte leisten können. Das war ohne Zweifel vom bürgerlichen Standpunkt aus sehr bedenklich, um so bedenklicher, als die verhältnißmäßige Reserve der offiziellen Rechtspflege in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes wieder eine Art grönländischen Sonnenscheins über sie ergossen hatte; Bebel meinte einmal, man möge sagen, was man wolle, aber die Justiz sei immer doch noch ein ander Ding, als die Polizei. Nun von Neuem die breitesten Massen des Volks über das Wesen der Klassenjustiz aufklären, hieß gewiß um der zweifelhaftesten Vortheile willen die nach einem bekannten Worte stärkste Stütze der Klassenherrschaft erschüttern. Aber was blieb den verzweifelten Trägern des Systems noch anderes übrig, nachdem sowohl die polizeiliche Gewalt wie die polizeiliche Korruption unrettbar gescheitert war?

Soweit die blinden Gewaltstöße, die gleich nach der dritten Verlängerung des Sozialistengesetzes einander folgten, einen inneren Sinn hatten, hat später Bismarck diesen Sinn mit den Worten enthüllt, die Sozialistenfrage sei für ihn nur noch eine „militärische" Frage gewesen. Genau dies war die Meinung des Sozialdemokraten, der im Frühjahr 1886 immer wieder aussprach, der neue Wolkenbruch brutaler Verfolgungen solle proletarische Aufstände hervorrufen, auf daß dem schlagflüssigen System durch einen Aderlaß großen Stils noch eine Galgenfrist verschafft werden könne.

I. Streikerlaß und Geheimbundsprozesse.

Am 11. April erschien Puttkamers Streikerlaß, einen Monat darauf wurde die Genehmigung öffentlicher Versammlungen in Berlin von der Erlaubniß der Polizei abhängig gemacht, noch etwas später auch der öffentliche Vertrieb von Druckschriften für Berlin und Altona verboten; in der Reichshauptstadt waren damit alle vier Vollmachten des § 28 aktiv geworden. In allen Belagerungsgebieten nahm die Ausweisungspraxis einen neuen Aufschwung; dazu wurde dem märkischen Landstädtchen Spremberg der kleine Belagerungszustand aufgehängt, weil gestellungspflichtige Rekruten die Flegeleien eines Polizeidieners mit dem Absingen der Arbeitermarseillaise beantwortet hatten.

Nichts bezeichnender für die offizielle „Sozialreform", als daß der erste Gewaltstoß der gewerkschaftlichen Bewegung galt. An und für sich enthielt der Streikerlaß nichts Neues; er machte nur die Polizeibehörden darauf aufmerksam, daß nach der zeitweiligen Schonung der Fachvereine wieder mit ihrer Drangsalirung vorzugehen, also die Praxis wieder aufzunehmen sei, die sofort nach Erlaß des Sozialistengesetzes beobachtet worden war. Die heuchlerische Aufforderung, dabei die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu achten, glich wie ein faules Ei dem anderen den heuchlerischen Versicherungen, womit Bismarck und Eulenburg bei der Berathung des Ausnahmegesetzes jene Freiheit zu respektiren versprochen hatten. Der Streikerlaß fand sofort die rücksichtsloseste Ausführung; um die Frühjahrsbewegung der Bauhandwerker lahm zu legen, wurden die Führer der Berliner Maurer ausgewiesen, obgleich sie nie den geringsten Zusammenhang mit der politischen Arbeiterpartei gehabt hatten, wurde der Fachverein der Maurer und die Preßkommission der Bauhandwerker aufgelöst. Dasselbe Schicksal theilten die drei Arbeiterinnenvereine und sämmtliche Arbeiterbezirksvereine, in deren einem der Lockspitzel Ihring-Mahlow entlarvt worden war. Im Monat Mai wurden in Berlin 47, darunter 33 gewerkschaftlichen Versammlungen die Genehmigung versagt; Maurer und Tischler konnten jahrelang keine Versammlung halten. Und wie in Berlin, so überall in den Provinzen, wo es eine gewerkschaftliche Bewegung gab.

Die bürgerlichen Klassen sahen diesem polizeilichen Wüthen mit schlecht verhehlter Genugthuung zu. Soweit sich vereinzelter Widerspruch erhob, kam er von einsichtigen Großindustriellen; namentlich die Zünftler hatten ihre helle Freude an der Treibjagd, wie denn auch eine Deputation der Bauinnungsmeister bei Puttkamer ausdrücklich um den Streikerlaß petitionirt hatte. Als die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wegen des Erlasses interpellirte, sprachen nur ihre Redner, wie es sich gehörte; von der bürgerlichen Opposition „hoffte" Bamberger, daß der Erlaß die Koalitionsfreiheit nicht abwürgen werde, während Windthorst ihn, so lange einmal das Sozialistengesetz bestehe, für nicht gesetzwidrig erklärte. Hierdurch üppig gemacht, schimpfte Puttkamer auf die Agitatoren, die sich vom Schweiße der Arbeiter „mästeten" und deren „sauer erworbene Spargroschen durch den Rachen jagten", und dann erklärte er, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution laure. Dies geflügelte Wort war nicht ganz so dumm wie es aussah, denn allerdings sind die Streiks die ABC-Schule des proletarischen Klassenkampfs, aber natürlich sprach Puttkamer nicht in historisch-psychologischem, sondern in subaltern-polizeilichem und bourgeois-ausbeuterischem Sinne. Er hielt die Früchte des Koalitionsrechts für „äußerst beklagenswerth" und nannte den Werth dieses Rechts „im höchsten Maße zweifelhaft". Alles das nahm die bürgerliche Opposition schweigend hin, so daß selbst die Frankfurter Zeitung meinte, der Reichstag trage ein gehäuftes Maß der Mitschuld, wenn der Polizeistaat sich immer herrlicher entfalte.

Am Entfalten ließ er es denn auch nicht fehlen. Da die gewerkschaftliche Bewegung nach den früheren Erfahrungen mit dem Sozialistengesetze allein doch nicht

klein zu kriegen war, so sollte sie außerdem nach verschiedenen gerichtlichen Methoden erdrosselt werden. Zunächst wurde der Kautschukparagraph, den die Gewerbeordnung gegen Ausschreitungen bei Streiks enthielt, bis zur Menschenmöglichkeit ausgereckt; der Verurtheilungen auf Grund dieses Paragraphen gab es im Jahre 1886 nicht weniger als 179, gegen 5 im Jahre 1882. Wo aber dieser Paragraph nicht weiter zu recken war, da wurde er durch die Paragraphen des Strafgesetzbuchs über groben Unfug, über Nöthigung, über Erpressung ergänzt; fast die Krone dieser Leistungen war ein Erkenntniß des Reichsgerichts, wonach die Aufforderung zur Einstellung der Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist unter § 110 des Strafgesetzbuchs fiel, der die, auch erfolglose, Aufforderung „zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgiltige Verordnungen“ mit dem Höchstmaße von zweijährigem Gefängniß bedroht, während § 111 auf die erfolglose Aufforderung zu einer strafbaren Handlung nur ein Höchstmaß von einjährigem Gefängniß setzt. Nach der Feststellung des obersten Gerichtshofs konnten Arbeiter, die zum Kontraktbruche gegen die Unternehmer aufreizten, mit zwei Jahren Gefängniß bestraft werden, während Verbrecher, die zu Mord und Raub aufreizten, höchstens ein Jahr Gefängniß erhalten durften! Ferner wurden die Gewerkschaften als angebliche Versicherungsanstalten, die nach einem Paragraphen des Strafgesetzbuchs der Genehmigung durch die Staatsbehörde bedurften, unter polizeiliche Kontrolle zu bringen gesucht. Ganz besonders mußte auch die Bestimmung der meisten deutschen Vereinsgesetze herhalten, die politischen Vereinen die Verbindung unter einander verbot. Der „politische“ Charakter der Gewerkschaften wurde sehr einfach dadurch hergestellt, daß die Gerichte die Fragen des gesetzlichen Arbeiterschutzes für „politisch“ erklärten. So hatte ein Tischlerverein in Altona um gesetzliche Regelung der Arbeitszeit an den Reichstag petitionirt und einige Petitionsbogen von einem Tischlervereine in Hamburg entnommen, der die gleiche Petition abgesandt hatte. Darauf erfolgte die polizeiliche Schließung des Altonaer Vereins unter der famosen Begründung, daß er durch die Entnahme der Petitionsbogen mit einem anderen „politischen“ Verein „in Verbindung getreten“ sei. Der Staatsanwalt beantragte je 4 Wochen Gefängniß gegen die Mitglieder des Vorstandes, und wenn das Landgericht auch nur auf je 30 Mark Geldstrafe erkannte, so bestätigte es doch die Schlußfolgerung der Polizei als richtig, und ebenso that das Reichsgericht als letzte Instanz.

Damit sind keineswegs alle, aber einige besonders schöne Foltern der gewerkschaftlichen Bewegung gekennzeichnet. Wenn es dennoch nicht gelang, sie auszurotten, so war dieser Erfolg der bewundernswerthen Ausdauer und Zähigkeit der Arbeiter geschuldet. Sie brauchten sich wahrlich nicht vor den Trade Unions zu verstecken, die mit solchen, in modernen Kulturstaaten unerhörten Hindernissen niemals zu kämpfen gehabt haben. Freilich hatten die raffinirten Verfolgungen der gewerkschaftlichen Bewegung auch eine Wirkung, die der Entwicklung des klassenbewußten Proletariats einen mächtigen Ruck nach Vorwärts gab: die unbeschämte Einseitigkeit, womit die Behörden des Klassenstaats an den Arbeiter-

verbänden verfolgten, was sie den Unternehmerverbänden gestatteten, womit sie geflissentlich die Augen zudrückten vor den gröbsten Verstößen der Unternehmer gegen die Koalitions- und Vereinsgesetze, während selbst dem behutsamsten und vorsichtigsten Verhalten der Arbeiter immer neue Schlingen gelegt wurden, säete eine Saat von Drachenzähnen, woraus geharnischte Männer erwachsen sind.

Wie die ökonomische, so sollte die Justiz auch die politische Organisation der Arbeiterklasse ausrotten helfen. Die offiziöse Presse hatte mit den unverschämtesten Drohungen auf die freisprechenden Urtheile erster Instanz in den Diätenprozessen geantwortet; sie konnte dann mit hoher Genugthuung die verurtheilenden Erkenntnisse zweiter Instanz verzeichnen. Auch kassirte das Reichsgericht das freisprechende Urtheil in dem Chemnitzer Geheimbundsprozesse und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Freiberger Landgericht, nachdem es den Begriff der Verbindung so erläutert hatte, daß der Rechtsanwalt Munckel vor den Freiberger Richtern sagen konnte, glücklicher Weise habe der höchste Gerichtshof des Reichs erklärt, die „Verbindung“ müsse sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigen, denn sonst wäre jede Familie in Gefahr, als eine Verbindung im Sinne des Strafgesetzbuchs angesehen zu werden. Am 4. August 1886 verurtheilte das Freiberger Landgericht Auer, Bebel, Frohme, Ulrich, Viereck und Vollmar zu je 9, Dietz, Heinzel und Müller zu je 6 Monaten Gefängniß, auf Grund von § 129 des Strafgesetzbuchs, wonach die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern, mit Gefängniß bis zu einem Jahre bedroht wird. Weil auf dem Kongresse in Kopenhagen über den Stand des Sozialdemokraten berichtet und die Gesammthaltung des Blattes einstimmig gebilligt worden war, sollten die Verurtheilten durch eine „konkludente Handlung“ einer verbotenen Verbindung beigetreten sein, deren Dasein zwar nicht bewiesen, aber vom Gericht vorausgesetzt wurde.

Das Freiberger Urtheil entfesselte eine wahre Fluth von Geheimbundsprozessen in allen bedeutenden Zentren der Arbeiterbewegung. An und für sich boten diese Prozesse, so wenig wie der Streikerlaß, den Reiz der Neuheit. Bis zum Freiberger Erkenntniß, also in ungefähr 8 Jahren, waren 24 Geheimbundsprozesse angestrengt worden, davon hatten 6 mit Freisprechung, 10 mit Einstellung des Verfahrens geendet, während in 8 Prozessen (Frankfurt 1880, München und Posen 1882, Stettin 1883, Breslau 1884, München, Altona, Augsburg 1886) Verurtheilungen erfolgt waren. Von Anfang August 1886 bis Ende Januar 1889, also in dritthalb Jahren, wurden nun aber 55 Geheimbundsprozesse eingeleitet, von denen nur 10 mit Einstellung des Verfahrens und nur 8 mit Freisprechung, dagegen 33 mit der Verurtheilung von insgesammt 236 Personen endeten, während 4 noch in der Schwebe waren. Unter diesen vieren stand obenan der Elberfelder Geheimbundsprozeß, der Ende 1889 nach langer Vorbereitung 87 Personen auf die Anklagebank brachte. Er war bestimmt, neben einem örtlichen Geheimbunde einen gesammtdeutschen Geheimbund

unter der obersten Leitung der Fraktion nachzuweisen, worauf dann als Krönung des ganzen Feldzugs ein Geheimbundsprozeß gegen sämmtliche Mitglieder der Fraktion geplant war. Jedoch brach an dem Elberfelder Prozesse nicht die Partei, sondern das System der Geheimbundsprozesse schmählich zusammen. Hatten schon alle diese Prozesse nichts enthüllt, als daß durch ein fluchwürdiges Spitzelsystem brave Arbeiter vor die Gerichte geschleppt wurden, um durch künstlich ausgeklügelte Auslegungen des Strafgesetzbuchs für Dinge bestraft zu werden, die zu thun jeder anderen Bevölkerungsklasse frei stand, so enthüllte das gerichtliche Verfahren in Elberfeld so arge Dinge, daß selbst zahme liberale Organe schaudernd riefen: Genug der Schande! Viel mehr noch an dieser moralischen Rebellion verkam die Aera der Geheimbundsprozesse, als an der juristischen Feststellung des Landgerichts in Elberfeld, daß eine allgemeine Verbindung in Deutschland, an deren Spitze die Fraktion stehe, trotz „schwerer Verdachtsmomente" nicht zu erweisen sei. Ohnehin wurden nur 43 Angeklagte freigesprochen, 44 aber wegen des angeblichen örtlichen Geheimbunds zu reichlich zehn Jahren Gefängniß verurtheilt.

Neben den Geheimbundsprozessen liefen auch die sonstigen, seit Erlaß des Sozialistengesetzes üblichen Prozesse in verstärkter Auflage einher. Als im September 1886 dem aus Leipzig ausgewiesenen Genossen Schumann eine Anzahl Freunde das Geleite gab, wobei ein rothes Tuch an einem Stocke getragen wurde, stürzten sich vier Polizisten in Zivil in den Zug, um sich dieses Tuches zu bemächtigen. Ein paar von den Häschern, die sich weder legitimirt noch auch nur gesagt hatten, daß sie Polizisten seien, wurden niedergeschlagen, ohne sonst einen Schaden an ihrer kostbaren Gesundheit zu nehmen. Schumann aber und seine Freunde mußten sich wegen angeblichen Aufruhrs verantworten und ihrer 11 wurden zu $10^{1}/_{2}$ Jahren Zuchthaus und $12^{1}/_{2}$ Jahren Gefängniß verurtheilt. Schumann starb nach einigen Monaten im Zuchthause, ein anderer der Verurtheilten wurde irrsinnig. Auch die alte, von Manteuffel in der preußischen Reaktionszeit erfundene Praxis, solche Angeklagte, denen nichts oder wenig nachzuweisen war, durch ausgiebige Untersuchungshaft zu martern, gelangte zu neuer Blüthe, und nicht blos in Preußen. In drei Hamburger Prozessen mußten die Angeklagten 15 Jahre Untersuchungshaft aushalten, um dann entweder freigesprochen oder zu Gefängnißstrafen verurtheilt zu werden, die in ihrem Gesammtbetrage noch nicht 6 Jahre erreichten.

In solchen Zuckungen verröchelte ein greulicher Wechselbalg, die deutschen Arbeiter aber wußten für alle Zukunft, was Klassenjustiz war.

II. Die Faschingswahlen.

Derweil hatte Bismarck die Frage zu entscheiden, was mit der ausgepreßten Zitrone von Reichstag anzufangen sei. Von allem anderen abgesehen, drängte nun auch der bevorstehende Thronwechsel. Der Kaiser konnte jeden Tag sterben, und wenn der Kronprinz zur Regierung kam, mußte Bismarck eine gefügige Reichstagsmehrheit haben.

Da der Reichstag sich in den Fragen der Schutzzöllnerei und des Sozialistengesetzes gehorsam erwiesen hatte, mit dem Schnapsmonopol aber keine Wahldemagogie getrieben werden konnte, und auch die Kolonialpolitik durch verschiedene „Nasenstüber" schon etwas ruppig geworden war, so hatte Bismarck nur ein Mittel, die Wählermassen zu betölpeln, dasselbe Mittel, das ihm zu seinem ersten erfolgreichen „Plebiszite" verholfen hatte, nämlich den Militärschrecken. Ein Jahr früher, als nöthig war, im November 1886, verlangte er die Erneuerung des erst im Frühjahr 1888 ablaufenden Septennats, zugleich mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 41 145 Mann und des Militäretats um 23 Millionen Mark. Dies Mittel hatte für ihn noch den Vortheil, daß die bürgerliche Opposition ihm schwer ausweichen konnte, denn in der Septennatsfrage waren sowohl die Freisinnigen wie die Ultramontanen festgenagelt.

Gleichwohl scheute die bürgerliche Opposition den Kampf und trat sofort die Retirade an. Als im Januar 1887 die zweite Lesung begann, hatte sie nicht nur jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, sondern auch das Prinzip der jährlichen Etatsbewilligung verschachert, so zwar, daß sie nur noch das Triennat statt des Septennats, die Bewilligung auf drei statt auf sieben Jahre vertrat. In der gerechtfertigten Besorgniß, daß auch dieser Widerstand bis zur dritten Lesung verduften könne, löste Bismarck sofort nach der ersten Abstimmung der zweiten Lesung, die für das Triennat und gegen das Septennat entschieden hatte, den Reichstag auf und beraumte die Neuwahlen auf den Faschingstag, auf den 21. Februar an.

Die sozialdemokratische Fraktion war natürlich von den Schwachherzigkeiten der bürgerlichen Opposition frei und bewilligte „keinen Mann und keinen Groschen". Sie verwarf das Septennatsgesetz, wie sie den ganzen Militäretat verwarf. Aber so weit der Streit zwischen Bismarck und der bürgerlichen Opposition, zwischen Regierung und Reichstag stand, unterstützte sie die bürgerliche Opposition, die dadurch die Mehrheit bekam, vertrat sie den prinzipiellen Standpunkt, daß der Reichstag, und nicht die Regierung über den Militäretat zu befinden habe. Sie nahm den Kampf auf, wie er geboten wurde, und verfocht das Recht der bürgerlichen Opposition energischer, als diese selbst. Die Freisinnigen spielten wie gewöhnlich die verfolgten Unschuldslämmer, denen der hartherzige Bismarck nicht einmal die drei statt der sieben Jahre zugestehen wolle, obgleich sie ihm alles Andere mit vollen Händen bewilligt hätten, und die Ultramontanen hatten nur ein parteitaktisches Interesse daran, die Rechte des bürgerlichen Parlamentarismus zu wahren. Immerhin hielten sie sich strammer, als die Freisinnigen. Als Bismarck sich soweit wegwarf, zu thun, was er im Kulturkampfe so oft als die ärgste nationale Schmach verflucht hatte, als er die Hilfe des Papstes gegen das Zentrum erbettelte und damit einen auswärtigen Souverän zum Schiedsrichter über innere deutsche Angelegenheiten berief, da wies Windthorst selbst dem heiligen Vater die Zähne, der sich zu dem kläglichen Liebesdienste hergegeben hatte. Der ultramontane Führer war von jeder Vorliebe für den modernen Konstitutionalismus frei;

er sah sein politisches Ideal etwa in der feudalen Verfassung des Herzogthums Arenberg-Meppen, und als ehemals welfischer Justizminister hatte er eine reiche Erfahrung in Staatsstreichaffären. Aber er wußte sich zu sagen, daß eine geborene Minoritätspartei, wie das Zentrum, die Rechte des Reichstags nicht völlig abbröckeln lassen dürfe, wozu dann noch kam, daß die Ultramontanen nach ihrer ausgiebigen Betheiligung an Bismarcks Plünderungszügen einer Auffrischung ihrer Reputation als angebliche Vorkämpfer „für Wahrheit, Freiheit und Recht" bei den katholischen Wählermassen dringend bedurften.

Auf der anderen Seite schlossen sich die beiden konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen zum Kartell zusammen, das sich um Bismarck als seinen Bannerträger scharte. Es war dasselbe Bündniß zwischen Großgrundbesitz und Großindustrie, das zehn Jahre früher die reaktionäre Wirthschaftspolitik eingeleitet hatte, jedoch mit dem Unterschiede, daß die nationalliberalen Großindustriellen mit ihrer jämmerlichen Drehscheibenpolitik ganz unter den Schlitten der konservativen Großgrundbesitzer gekommen waren. Die Kreuzzeitung gab das Signal zum Kartell, und Bamberger übersetzte dies Fremdwort sehr richtig mit den Worten: Die feudalen Junker des Ostens ziehen in die Reichsfestung ein, und die liberalen Bürger des Westens blasen die Trompeten dazu.

Der Wahlkampf war von vornherein durch die Schwäche der bürgerlichen Opposition verfahren worden. Mit der dünnen und prinzipiell verkröpften Halbheit: Triennat oder Septennat? ließen sich große Wählermassen schwer auf die Beine bringen. Bismarck fand einen viel zugkräftigeren Trumpf in der Wahlparole: Krieg oder Frieden? Während der ganze polizeiliche Apparat aufgeboten wurde, um die Wahlagitation der oppositionellen Parteien lahm zu legen, arbeitete der ganze Apparat der offiziellen und offiziösen Preßmache daran, bis in die entlegenste Hütte des Reichs die infame Lüge zu verbreiten, daß dem Siege der Oppositionsparteien eine französische Kriegserklärung an das nunmehr entwaffnete Deutschland auf dem Fuße folgen würde. Die Regierungsblätter verbreiteten falsche Nachrichten über französische Pferdeankäufe und Rüstungsmaßregeln, über die Anfertigung von Melinitbomben und Pikrinsäure; um diesem Schwindel den gehörigen Nachdruck zu geben, wurden deutsche Pferdeausfuhrverbote erlassen und zu ganz ungewöhnlicher Zeit, im Februar, zahlreiche Reserve- und Landwehrmänner zu Uebungen mit einem neuen Gewehr einberufen. Die Kartellbrüder erwiesen sich ihres Heros würdig. Sie verbreiteten massenhaft Karten, die durch gefälschte Darstellungen und Ziffern beweisen sollten, daß an den deutschen Grenzen französische Truppenmassen aufgehäuft seien, denen gleich starke deutsche Heereskörper nicht gegenüberstünden, sie verbreiteten dazu Bilderbogen im grellsten Jahrmarktstile, worauf zu sehen war, wie französische Rothhosen deutsche Frauen mißhandelten, Vieh wegtrieben, Ortschaften anzündeten. Der Sozialdemokrat schrieb: „Es war keine Wahl, es war ein Kesseltreiben, ein Ueberfall, eine moralische und physische Vergewaltigung, ein Plebiszit im schlechtesten napoleonischen Sinne — nur roher, heuchlerischer, verlogener, wie das der niedrigere

Bildungsstand unseres Junkerthums mit sich bringt. So plump und brutal konnte es Bonaparte der Kleine nicht treiben — die französische Durchschnittskultur, die der unserigen leider überlegen ist, setzte ihm kategorische Schranken." Eben auf diese französische Kultur spekulirten aber die Kartellpatrioten. Hätten sie nicht mit Recht die Chauvinisten der französischen Bourgeoisie für zehnmal so anständig und besonnen eingeschätzt, wie sich selbst, so wäre aus dieser aberwitzig-nichtswürdigen Wahlhetze ein deutsch-französischer Krieg entstanden.

Trotz seiner gelegentlichen großmäuligen Redensarten über den Appell an die Furcht, der in deutschen Herzen niemals ein Echo finde und über die Deutschen, die Gott fürchteten und sonst nichts auf der Welt, war sich Bismarck darüber klar, daß die Wurzel seines Despotismus in letzter Instanz die Dummheit und die Feigheit des deutschen Philisters sei, und nicht vergebens betete er zu diesen hilfreichen Beschützerinnen. Mit der Angst um die letzte Kuh, die von den Turkos geholt werden würde, brachte er die letzten Ochsen aus dem Hause; über anderthalb Millionen Stimmen mehr, als bei irgend einer früheren Reichstagswahl, wurden am 21. Februar abgegeben, und der Narrentag gebar eine Kartellmehrheit.

Einem wirklichen Staatsmanne, gesetzt, daß ein wirklicher Staatsmann je auf solche Streiche verfallen könnte, hätte freilich vor diesem Siege gegraut. Politisch unreife Wählermassen, die durch einen blinden Schrecken an die Urne gejagt werden, sind ein schwankes Rohr im Winde, und selbst sie hatten der Regierung nicht einmal die Mehrheit der überhaupt abgegebenen Stimmen gesichert. Für das Kartell waren in runder Summe $3^1/_2$ Millionen, gegen das Kartell 4 Millionen Stimmen abgegeben worden. Hätte die Vertheilung der Mandate in richtigem Verhältniß zur Stimmenzahl gestanden, so wäre trotz alledem nur eine Kartellminderheit in den Reichstag gezogen. Die ultramontanen Kandidaten hatten trotz Kaiser und Papst fast eine Viertelmillion Stimmen mehr erhalten, als 1884, und selbst der Verlust der Freisinnigen bezifferte sich gegen 1884 auf wenig über 20 000 Stimmen.

Vor allem aber trug die Sozialdemokratie, die einzige Oppositionspartei, die den Kampf mit voller prinzipieller Schärfe geführt hatte, einen großen Erfolg davon. Sie hatte 763 128 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, 10,1 Prozent der Gesammtzahl, 213 038 Stimmen mehr als 1884. In allen preußischen Provinzen, fast in allen Mittel- und Kleinstaaten war die Bewegung stark angewachsen, auch im südlichen und südwestlichen Deutschland, wo sonst die Kriegslüge am stärksten gewirkt hatte; nur in Hessen und in Elsaß-Lothringen, sonst nirgends im ganzen Reiche, war die sozialdemokratische Stimmenzahl nicht gestiegen, sondern etwas gesunken. Dabei hatte die Partei die Last des Wahlkampfs am schwersten zu tragen gehabt; sie mußte unter ganz ähnlichen Umständen kämpfen, wie 1878 und 1881. Am Vorabende der Schlacht war der kleine Belagerungszustand über Frankfurt und Umgegend verhängt worden, ohne den geringsten Anlaß, zu dem thatsächlichen Zwecke, den Maingau zu bändigen,

der sich bei den früheren Wahlen unter dem Sozialistengesetze so tapfer hervorgethan hatte; um von vornherein den nöthigen Schrecken zu verbreiten, wurden die ersten Ausweisungsbefehle ihren Opfern, darunter vielen Familienvätern, unter den Weihnachtsbaum bescheert, so recht im Geiste jenes „praktischen Christenthums“, womit Bismarck hausirte. Während des Wahlkampfs wurde der kleine Belagerungszustand, nach längerem Sträuben der hessischen Regierung, auf Offenbach ausgedehnt, und zu gleicher Zeit fiel er auf Stettin. Hier war eine Wahlversammlung von Arbeitern ohne jeden Grund aufgelöst worden, und dann hatten verkleidete Polizeispitzel vor dem Versammlungslokale einen kleinen Tumult hervorgerufen. Ein „schneidiger“ Bajonnetangriff der bewaffneten Macht rettete die pommersche Hauptstadt, viele Arbeiter wurden leicht oder schwer verwundet, einer getödtet, dann regnete es Ausweisungsbefehle. Aber die neuen Belagerungsgebiete erwiesen sich der alten würdig; eine reißende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen war die Antwort, die sie ihren Quälern ins Gesicht warfen. 93 000 Stimmen in Berlin, 65 000 in Hamburg-Altona, 30 000 in Leipzig Stadt und Land, 9000 in Frankfurt, 7000 in Offenbach, 4000 in Stettin, 4000 in Kottbus-Spremberg: mehr als ein Viertel der sozialdemokratischen Stimmen kam aus den Belagerungsgebieten. In den 23 rein städtischen Wahlkreisen des Reiches musterte die Partei 36,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen; einen tief ergreifenden Ausdruck fand die Aufopferung des deutschen Proletariats bei diesen Wahlen in dem Opfertode dreier Berliner Arbeiter, des Gürtlers Nauen, des Schlossers Hensel, des Formers Bachmann, die, aus einer nächtlichen Versammlung von Vertrauensmännern heimkehrend, auf dem Eise des Spandauer Schifffahrtkanals einbrachen und ertranken.

Nach ihrer Stimmenzahl hätte die Partei 40 Mandate beanspruchen können, thatsächlich erhielt sie nur 11, gegen 25, die sie im vorigen Reichstage gehabt hatte, nachdem der Wahlkreis Stollberg-Schneeberg 1886 in einer Nachwahl von Geyer erobert worden war. Von vornherein gingen in den Faschingswahlen alle sächsischen Wahlkreise verloren bis auf eine Stichwahl in Dresden-Altstadt. Die sächsischen Ordnungsfanatiker hatten ihre Leistungen von 1881 fast noch überboten, freilich nur mit einem viel geringeren Erfolge: sie hatten einen großen Haufen träger Philister an die Urne geschleppt, aber nicht mehr die sozialdemokratischen Heersäulen erschüttert, die in ganz Sachsen seit 1884 um 20 000 Köpfe gewachsen waren. In den Hauptwahlen gewann die Partei 6 Sitze: Berlin IV und VI (Singer und Hasenclever), Hamburg I und II (Bebel und Dietz), Altona (Frohme) und Nürnberg (Grillenberger). Stichwahlen hatte sie 18 zu bestehen: außer in Dresden-Altstadt in Berlin III, Breslau I und II, Königsberg, Kottbus-Spremberg, Magdeburg, Hannover, Gotha, Reuß ä. L., Hamburg III, Lübeck, Kiel, Glückstadt, Elberfeld-Barmen, Solingen, Frankfurt a. M. und München II.

Die Stichwahlen waren diesmal von besonderer Bedeutung. Hatte die Wahlkreisgeometrie den Sieg des Kartells gesichert, so konnte der Schaden durch

festes Zusammenhalten der Oppositionsparteien in den Stichwahlen bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen, die Kartellmehrheit nicht mehr völlig verhindert, aber doch auf eine so geringe Stimmenzahl beschränkt werden, daß sie dadurch schwankend und unzuverlässig gemacht wurde. Das sozialdemokratische Zentralwahlkomite, Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht, Meister und Singer, forderte schon am 23. Februar die sozialdemokratischen Wähler auf, in den Stichwahlen für alle Kandidaten der bürgerlichen Opposition zu stimmen, die sich bindend über ihre Stellung zum allgemeinen Wahlrecht und zu den Ausnahmegesetzen erklärten, und auch das Zentrum gab die Stichwahlparole aus: Wider den Mischmasch! Mit ultramontaner und namentlich mit sozialdemokratischer Hilfe wurden den Freisinnigen so viele Mandate gerettet, daß sie noch 32 Mann stark im Kartellreichstage antreten konnten. Aber die Unentwegten selbst rissen aus wie Schafleder; Eugen Richter, der den widerlichsten Kliquendespotismus in die freisinnige Partei eingeführt hatte, war nicht zu der Stichwahlparole heranzukriegen, die Ehre und Vernunft geboten; er mochte fürchten, dadurch seinen Ruf als bewährtester Organisator von Wahlniederlagen zu gefährden. In Berlin III und Kiel, wo Freisinnige und Sozialdemokraten stachen, bettelten die Freisinnigen in erbarmungswürdigster Weise um die Hilfe der Kartellbrüder; wo aber Kartell und Sozialdemokratie gegenüberstanden, liefen sie in schamlosem Verrath ihrer eigenen Sache zum Kartell über, am skandalösesten in Hamburg III, Glückstadt, Lübeck, Magdeburg und Königsberg. So spielte der Freisinn noch etwa zehn Wahlkreise in Bismarcks Hände und machte die Kartellmehrheit ganz schußfest. Die Sozialdemokraten eroberten in den Stichwahlen nur Breslau II (Kräcker), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Hannover (Meister) und Frankfurt a. M. (Sabor).

Für drei Jahre hatte Bismarck jetzt wieder freie Hand, und wie Don Philipp nutzte er diesen Abend aus. Das Kartell bewilligte ihm auf den ersten Hieb nicht nur die Septennatsvorlage, sondern auch eine Erhöhung der Branntweinsteuer um jährlich mehr als 100 und der Zuckersteuer um jährlich etwa 40 Millionen, daneben aber auch noch aus den Taschen der Steuerzahler eine jährliche Liebesgabe von 40 Millionen für die Schnapsbrenner und von 30 Millionen für die Zuckersieder. Der „moralische Aufschwung des Volksgeistes", wie das Kartell den blinden Schrecken der trägen Philister taufte, hatte allerdings so viel erreicht, daß die Plünderer der Massen keine imaginären Schreckgestalten in rothen Hosen waren.

III. Der Parteitag in St. Gallen.

Wie einer ehrlichen und konsequenten Politik alle Dinge zum Besten zu gerathen pflegen, so brauchte die sozialdemokratische Partei die Herabminderung ihrer parlamentarischen Mandate nicht zu bedauern. In dem Kartellreichstage durfte sie sich gut und gern mit einem starken Wachtposten begnügen, der bei

geeigneten Anlässen die volksfeindlichen Machenschaften vor allem Volk aufdeckte. Der Streit über das Maß der Betheiligung an den parlamentarischen Geschäften fiel nunmehr fort, und desto straffer konnte die Partei ihre Kraft zusammenfassen, um die neuen Angriffe des Systems Bismarck abzuwehren und ihrerseits erobernd vorzudringen.

Soweit die Geheimbundsprozesse darauf abzielten, das Parteiorgan und die Parteikongresse lahm zu legen, waren sie, wie in allem Uebrigen, ein Schlag ins Wasser. Nach der Bestätigung des Freiberger Urtheils durch das Reichsgericht hatte die Fraktion den offiziellen Charakter des Sozialdemokraten aufgehoben, wodurch sein Einfluß nicht um einen Deut geschwächt und sein Leserkreis nicht um einen Kopf gemindert wurde. Und im September 1887 veröffentlichte die Fraktion, gemeinsam mit den früheren Reichstagsabgeordneten und den parlamentarischen Vertretern der Partei in den Landtagen, einen Aufruf zur Beschickung eines Parteitags, zu dem jeder Genosse eingeladen wurde. Vorbehalten blieb dem Parteitage selbstverständlich nur, um die Ihring-Mahlow abzuhalten, der Beschluß über die Zulassung der einzelnen Theilnehmer. Der Aufruf theilte die Tagesordnung des Parteitags mit und hob ausdrücklich hervor, daß die geplanten Verhandlungen dem gemeinen Recht in Deutschland nicht widersprächen. Nur die Handhabung des Ausnahmegesetzes zwinge zu besonderen Schutzmaßregeln; deshalb könne Ort und Zeit vorläufig nicht bekannt gegeben werden.

Damit waren alle Fußangeln des Freiberger Urtheils umgangen und die edlen Brüder Bismarck-Puttkamer saßen wieder einmal mit langen Nasen da. Ihre Soldschreiber machten sich sogar in bürgerlichen Kreisen verächtlich mit der Frage, weshalb denn der Parteitag nicht in Deutschland tage, wenn seine Verhandlungen nicht dem gemeinen Rechte widersprechen sollten. Sie erhielten von Bebel die wohlgezielte Ohrfeige: „Wenn wir doch einmal von ‚fremder Gnade‘ in Bezug auf unsere innersten Parteiangelegenheiten abhängen sollen, so wollen wir lieber von der ‚Gnade‘ einer fremden Regierung, als von der Gnade der deutschen Polizei abhängen. Das mögen sich die offiziösen Blätter und ihre Hintermänner hinter die Ohren schreiben.“ Natürlich gelang es den Tolpatschen der deutschen Polizei diesmal so wenig, wie bei den früheren Gelegenheiten, Ort und Zeit des Parteitags vorzeitig zu entdecken.

Er hielt seine Berathungen vom 2. bis 6. Oktober in der Brauerei zu Schönenwegen bei Bruggen, eine halbe Stunde von St. Gallen. Im Ganzen hatten sich 79 Theilnehmer eingefunden, 74 davon aus Deutschland. Der Rechenschaftsbericht der Fraktion ergab, daß seit dem Kopenhagener Kongresse 135 748 Mark in die Parteikasse eingelaufen waren, dazu von ausländischen, namentlich amerikanischen und schweizerischen Genossen 52 907 Mark, ungerechnet die örtlichen Aufwendungen, von denen man mit Fug annehmen konnte, daß sie noch das Mehrfache dieser Summen erreichten. So ungebeugt und ungebrochen wie je trat die Partei ihren Verfolgern entgegen; gleich der erste Beschluß des Parteitags tadelte scharf die Flucht von Genossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnißstrafen.

Ein nicht weniger scharfes Tadelsvotum erhielten Geiser und Viereck, weil sie sich aus unzureichenden Gründen geweigert hatten, den Aufruf zur Beschickung des Parteitags zu unterzeichnen. Ueber die parlamentarische Thätigkeit der Partei, über ihre Stellung zur Sozial- und Wirthschaftspolitik der Regierung wurde ebenso beschlossen, wie in Wyden und in Kopenhagen; nur für die Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten empfahl der Parteitag, gestützt auf die Erfahrungen der Faschingswahlen, diesmal unbedingt Stimmenthaltung. Das Berliner Volksblatt urtheilte über die Verhandlungen: Hat es je einen „rechten Flügel" der Partei gegeben, so giebt es ihn nicht mehr.

Das schlagendste Zeugniß für die unerschöpfliche Kraft der Partei lag aber darin, daß sie sich inmitten aller Bedrängniß anschickte, die Leitung der internationalen Arbeiterbewegung zu übernehmen. Seit dem großen Krache der siebziger Jahre hatten sich die Uebel der kapitalistischen Produktionsweise in allen Kulturländern dermaßen gesteigert und waren allen Klassen der Bevölkerung dermaßen beschwerlich geworden, daß sich ein starkes Bewußtsein von der Nothwendigkeit sozialer Reformen weit über die Arbeiterkreise hinaus geltend zu machen begann. Es wurde immer klarer, daß die allgemeine Schutzzöllnerei jene Uebel nicht schwächte, sondern steigerte, daß auch die Kartelle, Ringe und sonstigen Unternehmerverbände, die sich im Laufe der achtziger Jahre zur Regelung der Produktion bildeten, thatsächlich auf eine Stärkung der kapitalistischen Macht gegenüber den Konsumenten wie gegenüber den Proletariern hinausliefen. Eine ungleich gründlichere Abhilfe verhieß der gesetzliche Schutz der Arbeiterklasse vor der kapitalistischen Ausbeutung. Dabei lief mancherlei Illusion und auch viel Heuchelei mit unter, aber eine starke Strömung drängte doch in allen industriell entwickelten Ländern nach dieser Richtung, und sie nahm eine internationale Wendung, sowohl aus Gründen, die in der Natur der Sache lagen, als auch weil die Klopffechter der kapitalistischen Ausbeutung, wie besonders der biedere Bismarck, stets auf die internationale Konkurrenz und die verschiedene Sozialgesetzgebung der konkurrirenden Länder hinwiesen, nicht zwar, um eine internationale Fabrikgesetzgebung zu fördern, aber um eine nationale Fabrikgesetzgebung zu hindern.

Die erste Anregung zu internationalen Verhandlungen auf diesem Gebiete hatte die Schweiz schon im Jahre 1881 gegeben, jedoch ohne jeden Erfolg. Seitdem hatte sich das Bedürfniß überall noch fühlbarer gemacht; vielleicht das sprechendste Zeugniß dafür war, daß sogar der deutsche Kartellreichstag gleich in seiner ersten Session auf eine Fortbildung der deutschen Fabrikgesetzgebung drängte. Wie er auf einen unerschütterlichen Widerstand Bismarcks stieß, so stieß der gesetzliche Arbeiterschutz in allen Ländern auf mächtige Gegnerschaften, ganz abgesehen von der Erfahrung, daß mit der wachsenden Popularität des Gedankens auch sehr unsichere Kantonisten sich seiner bemächtigten, darunter sogar kapitalistische Bauernfänger, wie Eugen Richter und seine Kohorte von fanatischen Manchesterleuten, die, als sie ganz sicher waren, daß Bismarck in dieser Frage nicht nachgeben werde, nicht üble Lust verriethen, „sozialreformerische" Demagogie

zu treiben. Um so näher lag es, daß die internationale Arbeiterklasse die Frage auf ihre volle Höhe hob, und das Spiel der hartnäckigen Gegner wie der halben oder heuchlerischen Freunde vereitelte.

Sie brauchte dabei nur an die Ueberlieferungen der alten Internationalen anzuknüpfen, auf deren Kongressen dieser Frage stets ein so bedeutender Raum gewährt worden war. War die Internationale an dem Abfalle des Anarchismus einer-, der Trade Unions andererseits untergegangen, so war jetzt die Zeit reif, sie auf höherer Stufenleiter zu erneuern. Die Anarchisten hatten überall abgewirthschaftet. Wie in Deutschland und der Schweiz, so waren sie auch in Oesterreich, Frankreich, Belgien, England von der verruchtesten Lockspitzelei durchsetzt; im Jahre 1887 wurde der ehrliche und uneigennützige Anarchist Neve von den Lockspitzeln Trautner, Peukert und Reuß in niederträchtigster Weise der deutschen Polizei ans Messer geliefert und vom Reichsgericht hinter verschlossenen Thüren zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Einzig in den Vereinigten Staaten hatte sich der Anarchismus zu einer gewissen Macht entwickelt, aber nur dadurch, daß er sich einer gewaltig anschwellenden Bewegung für den Achtstundentag bemächtigte, und nur mit der Wirkung, daß er diese aussichtsreiche Agitation auf lange hinaus verfuhr. Die von der anarchistischen Presse gepredigte Gewaltpolitik ermöglichte den amerikanischen Kapitalisten ein infam abgekartetes Spiel: den Bombenwurf auf dem Heumarkt in Chicago und die verächtliche Justizposse, durch die von acht anarchistischen Führern einer zu langjährigem Zuchthause und sieben zum Tode verurtheilt wurden. Diese Männer waren an dem Bombenattentate so unschuldig wie die deutschen Sozialdemokraten an Nobilings Schrotschüssen, aber Dank ihrer falschen Taktik unterlag die amerikanische Arbeiterbewegung dem künstlich entfachten Wirbelsturme des Hasses und der Wuth, den die deutsche Arbeiterbewegung Dank ihrer richtigen Taktik siegreich bestanden hatte.

Auf der anderen Seite wurden die Trade Unions aus ihrer exklusiven Zurückhaltung aufgeschreckt, als das englische Weltmarktmonopol mehr und mehr durch die deutsche, französische und namentlich amerikanische Konkurrenz gebrochen wurde. Sie verloren dadurch ihre bis zu einem gewissen Grade geschützte Stellung und wurden unsanft auf die Solidarität des internationalen Proletariats zurückgestoßen. Das ließ sich Schritt für Schritt an den internationalen Kundgebungen der Arbeiterklasse in den achtziger Jahren verfolgen. Der von belgischer Seite angeregte Weltkongreß, den die deutsche Partei in Wyden zu beschicken beschlossen hatte, war 1881 in Chur zusammengetreten, aber wie vier Jahre früher der Genter Weltkongreß ohne bemerkenswerthe Ergebnisse. Fast noch unfruchtbarer verlief 1883 eine internationale Arbeiterkonferenz in Paris; höchstens gab sie der bürgerlichen Presse durch ihre nichtssagenden Beschlüsse willkommene Gelegenheit, wohlfeile Triumphgesänge über eine „moralische Niederlage des Sozialismus" anzustimmen. Die Konferenz wurde vollständig von den Trade Unions beherrscht, neben denen fast nur noch die Possibilisten vertreten waren; P. Brousse, der Führer dieser französischen Arbeiterfraktion, hatte sogar zu ver-

hindern gewußt, daß die deutschen Arbeiter überhaupt eingeladen wurden. Ganz anders sah es schon auf einer internationalen Arbeiterkonferenz aus, die 1886 gleichfalls in Paris stattfand. Zu ihr waren die Arbeiterparteien aller Länder eingeladen worden; die deutsche Sozialdemokratie wurde durch den in Paris wohnenden Genossen Grimpe vertreten, während Rackow als Delegirter des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London erschien. Neben Deutschland, England und Frankreich hatten auch Oesterreich, Ungarn, Belgien, Schweden, Norwegen und Australien die Konferenz beschickt. Grimpe richtete einen vielleicht nicht sehr höflichen, aber sehr geschickten Vorstoß gegen die Politik der Trade Unions, wobei ihn Rackow wirksam unterstützte; es kam zu einer lebhaften zweitägigen Debatte, in der die sieben Delegirten der Trade Unions eine sehr erschütterte Haltung zeigten; schließlich stimmten sie dem sonst einstimmig angenommenen Beschlusse der Konferenz, die Regierungen der einzelnen Länder zu einer internationalen Fabrikgesetzgebung auf der Grundlage des Achtstundentags anzutreiben, nur aus dem formalen Grunde mangelnder Vollmacht nicht bei, in der Tendenz erklärten sie sich damit einverstanden. Ein Jahr darauf beschloß der Kongreß der Trade Unions in Swansea von sich aus die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses, freilich noch unter Beschränkung auf Gewerkschaften und unter Zulassungsbedingungen, die für Länder mit polizeilicher Ausnahmegesetzgebung, wie Deutschland und Oesterreich, eine ausreichende Vertretung unmöglich machten.

Hier nun griff der Parteitag in St. Gallen ein. Er faßte eine Resolution gegen den Anarchismus, deren Schwergewicht in einer rücksichtslosen Verurtheilung der anarchistischen Taktik lag; in der Geschichte der Völker sei die Gewalt ebenso gut, ja sogar häufiger ein reaktionärer, als ein revolutionärer Faktor, ihre individuelle Anwendung führe nicht zum Ziele, sie sei vielmehr schädlich und verwerflich, weil sie das Rechtsgefühl der Masse verletze. „Für die individuellen Gewaltakte bis aufs äußerste Verfolgter und Geächteter machen wir die Verfolger und Aechter verantwortlich; wir begreifen die Neigung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat und die gegenwärtig durch bezahlte Lockspitzel für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgenützt wird." Dieser Schlußsatz verwahrte den Parteitag vor dem Verdachte, in das Horn der bürgerlichen Angstmeierei zu stoßen; als einen Monat darauf die Hinrichtung der sieben in Chicago verurtheilten Anarchisten erfolgen sollte, richteten Bebel, Grillenberger, Liebknecht und Singer im Namen der deutschen Arbeiter ein Telegramm an den Gouverneur des Staates Illinois, worin sie um Menschlichkeit baten, unbekümmert darum, daß Puttkamer und die Puttkämerlinge diesen Schritt in gehässigster Weise ausbeuteten. Bekanntlich wurden nur zwei der Verurtheilten zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt, einer tödtete sich vor der Hinrichtung selbst, vier aber starben am Galgen als entschlossene und muthige Männer: seitdem ist ihre Unschuld auch offiziell anerkannt worden.

Mit der Abwehr der anarchistischen Taktik verband der Parteitag in St. Gallen die Abwehr des engherzigen Geistes, der noch immer in den Trade Unions spukte. Er beauftragte die Parteileitung, im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder, für den Herbst 1888 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen, zu dem Zwecke, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen, und brach dadurch dem internationalen Klassenkampfe des modernen Proletariats eine neue Gasse.

IV. Das Aechtungsgesetz.

Als der Kartellreichstag im November 1887 zu seiner zweiten Session einberufen wurde, hatte der Säkularmensch neben neuen schweren Militärforderungen noch eine dreischwänzige Peitsche geflochten, um die Wähler dafür zu zerfleischen, daß sie sich am Narrentage hatten vergewaltigen lassen; die Erhöhung der Brotzölle von 3 auf 5 Mark, die Erstreckung der Gesetzgebungsperioden von 3 auf 5 Jahre und endlich die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf 5 Jahre mit kannibalischen Verschärfungen. In all seiner bornirten Rückwärtserei war Bismarck nun schon wieder so weit, nicht einmal mit dem Kartellreichstage fertig zu werden. Nur bei der Verlängerung der Gesetzgebungsperioden als der ersten Attacke auf das allgemeine Wahlrecht machte die Kartellmehrheit gerne mit; gegen die Erhöhung der Brotzölle sträubten sich die meisten Nationalliberalen im Interesse der Industrie, und diese neue Plünderung der Massen gelang erst durch den Zuzug der ultramontanen Sippschaft, dagegen waren weder die Nationalliberalen noch die Ultramontanen für das Aechtungsgesetz gegen die Sozialdemokratie zu haben, und Bismarck saß damit auf.

Das Gesetz erhöhte die Strafe für die Verbreitung verbotener Druckschriften im Höchstmaße um das Doppelte, von sechs Monaten auf ein Jahr, und bedrohte die „geschäftsmäßige" Agitation für die Ziele der Sozialdemokratie mit Gefängniß nicht unter zwei Jahren. Da es vollständig im Belieben des Richters stand, was er für „geschäftsmäßig" erklären wollte und was nicht, so war mit diesem Kautschukparagraphen die Möglichkeit gegeben, jeden unbequemen Sozialdemokraten erst auf Jahre ins Gefängniß zu werfen und dann aus dem Lande zu treiben. Denn gegen die nach ihm Verurtheilten, sowie gegen alle wegen Geheimbündelei Verurtheilten sollte die Entziehung der Staatsangehörigkeit ausgesprochen werden können. Ebenso gegen Alle, die im Auslande an Versammlungen zur Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen theilnehmen würden. Außerdem wurde dieses neu geschaffene Verbrechen noch mit Gefängniß bedroht.

Die Vorlage war die einfache Bankerotterklärung des Sozialistengesetzes. Sie suchte mit der russischen Knute zu erreichen, was mit dem deutschen Polizeiknüppel nicht erreicht worden war. Nach § 22 des Sozialistengesetzes konnte

über geschäftsmäßige Agitatoren die Einschränkung des Aufenthalts verhängt werden, und diese schmähliche Waffe hatte reichliche Anwendung gefunden. Christensen war wie ein wildes Thier durch Deutschland gehetzt worden für das Verbrechen, den Lockspitzel Ihring-Mahlow entlarvt zu haben, ebenso Kayser für das Verbrechen, in der sozialdemokratischen Fraktion am weitesten nach Rechts zu stehen, und der Baumeister Keßler für das Verbrechen, an der politischen Agitation gar nicht, sondern nur an der gewerkschaftlichen Organisation der Bauhandwerker betheiligt gewesen zu sein. Jedoch hatten diese Hetzereien und die Ausweisungspraxis in den Belagerungsgebieten nichts anderes bewirkt, als eine um so kräftigere Ausbreitung der sozialdemokratischen Propaganda; die Begründung des Aechtungsgesetzes gestand selbst, daß die Ausweisungen häufig die Agitation in Gegenden verpflanzt hätten, die von ihr bis dahin noch wenig oder gar nicht berührt gewesen seien. Dieser selbstmörderischen Folge ihrer staatsmännischen Weisheit wollten die Bismarck und Puttkamer nun dadurch abhelfen, daß sie alle des Verdachts Verdächtigen gleich über die deutsche Grenze jagten. Daneben richtete das Aechtungsgesetz seine giftigste Spitze gegen den Sozialdemokraten, der in mehr als zehntausend Exemplaren allwöchentlich mit unübertrefflicher Pünktlichkeit durch ganz Deutschland verbreitet wurde, obgleich das Reichsgericht inzwischen noch die wunderbare Entdeckung gemacht hatte, daß schon das Bestellen, ja selbst das Annehmen und Aufbewahren von einzelnen Exemplaren als Beihilfe oder Anstiftung zur Verbreitung zu bestrafen sei; „der gewaltthätigste aller Raubvögel erklärt sich für unfähig, den Kampf mit dem Rothkehlchen zu führen, dessen unerschrockenes Lied ihn verdrießt", spottete das bedrohte Blatt. Bis in konservative Kreise hinein empfand man die blutige Schande, die diese Vorlage über den deutschen Namen brachte.

Puttkamer selbst war freilich sehr siegesgewiß. Seit dem Narrentage gefiel er sich in einer neuen närrischen Pose: in der stummen Dulderrolle des seiner Zeit weit voraus geeilten Denkers, der mit gelinder Verzweiflung, aber doch mit rührender Geduld die Verkennung seiner weisen Absichten durch das thörichte Volk ertrug. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten über die Handhabung des Sozialistengesetzes sprachen, so betrachtete er lässig hingelehnt seine Lackstiefel oder strich seine flatternden Bartkoteletten, aber kein Wort entrann dem Zaune seiner Zähne, gleich als ermüde sein göttergleiches Ingenium, mit menschlicher Dummheit zu kämpfen. So auch hielt er es für überflüssig, die Berathung des Aechtungsgesetzes einzuleiten; er ließ den Sozialdemokraten den Vortritt, die ihn nun sofort von der sinnenden Bewunderung seiner Lackstiefel auf- und in seine letzte Rolle als Staatsretter hineinjagten, in die Rolle des Stiers im Porzellanladen, die er, eben weil sie die letzte war, nicht mit affektirter Kunst, sondern mit überzeugender Naturwahrheit spielte.

Die Sozialdemokratie setzte nach ihrem guten Brauch auf einen Schelmen anderthalbe: sie antwortete auf das Aechtungsgesetz mit einer umfassenden Enthüllung der Korruptions- und Spitzelwirthschaft, womit das System Bismarck-

Puttkamer nicht nur das ganze Deutschland, sondern auch das halbe Europa verpestete. Der Sozialdemokrat hatte bereits im Mai 1887 das schuftige Spiel enthüllt, das den braven Neve in die Hände der deutschen Polizei geliefert hatte; am Ende dieses Jahres schaufelte er nicht weniger als zwölf Polizeiagenten aus dem Sumpfe hervor: in London den Schriftsteller Sachs und den verkrachten Sänger Reuß, in Paris den Schriftsteller Oberwinder, der einst zu Lassalles ersten Anhängern gehört und dann zeitweise in der österreichischen Arbeiterbewegung gewirkt hatte, den Schriftsteller Trautner und den Sprachlehrer Nonne, in Zürich den Schreiner Schröder und den Weißbierwirth Heinrich, in Genf den Gießer Haupt, in Magdeburg den Schriftsteller Schwennhagen, in Altona den Blaufärber Wichmann, in Hamburg den Tischler Neumann, in Leipzig den Buchhändler Nebel. Einzelne davon, wie Oberwinder, mochten sich mit der Rolle moderner Kotzebues begnügt haben, die meisten waren Dynamit- und Lockspitzel der verworfensten Art, wie die Reuß und Wichmann, die Schröder und Haupt. Diese beiden hatte das geschickte und schnelle Eingreifen der Züricher Mitgliedschaft zu umfassenden Geständnissen veranlaßt; die gerichtliche Untersuchung, die gegen die überführten Lockspitzel eingeleitet wurde, bestätigte in vollstem Umfange ihre Schuld, was der Züricher Polizeihauptmann und Untersuchungsrichter Fischer auf eine Anfrage Bebels und Singers amtlich beglaubigte. Gleichzeitig wies der Bundesrath in Bern den ehemaligen badischen Generalstabsoffizier v. Ehrenberg aus der Schweiz, der sich seit Jahren vergebens abgequält hatte, die sozialdemokratische Partei in hoch- und landesverrätherische Unternehmungen zu verstricken. Ehrenberg war bis dahin als hirnloser Abenteurer betrachtet worden; aus der Schweiz gewiesen, stellte er sich jetzt dem Militärgericht in Karlsruhe, das die Untersuchung wegen Hoch- und Landesverraths gegen ihn eröffnete, aber ihn trotz der schwersten Inzichten nicht verhaftete; als dann seine krampfhaften Versuche mißlangen, die Sozialdemokratie dennoch hineinzulegen, die Untersuchung vielmehr für ihn und seine Gönner immer brenzlicher wurde, flüchtete er ungehindert aus dem Reiche.

Die Enthüllungen, die Bebel und Singer im Reichstage über die Lockspitzelwirthschaft machten, zerschmetterten das Aechtungsgesetz. Puttkamers wüthendes Gebahren setzte den Punkt aufs i der entblößten Schande. Er redete wie im Irrsinne: die Haupt und die Schröder seien freilich keine Gentlemen, aber ohne solche Staatsstützen könne die politische Sicherheit eines Kulturstaats nicht auf einen Tag aufrecht erhalten werden. Die ehrlichen Leute, die den Lockspitzeln die Maske abgerissen hatten, schimpfte Puttkamer „eine Bande von Strolchen", den Polizeihauptmann Fischer aber „ein vertrauensunwürdiges Subjekt"; der Schweiz drohte er mit einer diplomatischen Aktion, um sie an ihre Pflichten gegen die benachbarten Großmächte zu erinnern. In aller besinnungslosen Wuth hatte er noch einen lichten Augenblick, indem er ehrlich gestand, sich keine Vorstellung von einem Kulturzustande machen zu können, wie er in der Schweiz herrsche; gewiß war es sein und Bismarcks historisches Pech, sich in den Vorstellungen

feudaler Barbarei selig zu fühlen und von moderner Kultur nicht einmal etwas zu ahnen. Leider aber vernichtete Puttkamer die versöhnende Wirkung dieses mildernden Umstandes wieder durch die Dichtung, daß er aus den Reihen der Sozialdemokratie mit Angeboten von Spitzeldiensten überstürmt würde; mit wie großer Befriedigung er sonst auf die Ausdehnung seiner Korruptionsthätigkeit blicken mochte, so hat er die Arbeiterklasse doch niemals zu korrumpiren vermocht. Als er endlich alle Kraft zusammen nahm und pathetisch schwor, er müsse ja vor Scham in die Erde sinken, wenn er im Punkte der Lockspitzelei kein reines Gewissen hätte, antwortete ihm ein eisiges Schweigen des ganzen Hauses; nur ein paar Landräthe auf der äußersten Rechten würgten ein mühsames: Sehr richtig! hervor. Die klägliche Komödie war an ihr klägliches Ende gelangt.

Einzig die beiden konservativen Fraktionen waren bereit, sich selbst an den Pranger zu schmieden. Die Nationalliberalen erklärten als das äußerste Maß ihrer Bereitwilligkeit, das unveränderte Sozialistengesetz auf zwei weitere Jahre zu bewilligen, während die Ultramontanen, im sicheren Verlaß auf die Kartellmehrheit, bis auf einen kleinen Rest von acht Mann die Hilfsmannschaft einzogen, die sie bisher für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestellt hatten; Reichensperger, der Führer dieser Hilfsmannschaft, hielt sogar schon wieder eine donnernde Rede gegen Ausnahmegesetze. Am 18. Februar 1888 wurde das Sozialistengesetz mit 164 gegen 80 Stimmen zum vierten und letzten Male verlängert, bis zum 30. September 1890.

Achtes Kapitel.

Die neunundneunzig Tage.

Kurz darauf, am 9. März, starb Kaiser Wilhelm, über neunzig Jahre alt, und als todtkranker Mann bestieg sein Nachfolger den Thron.

Kein Genie und schwerlich auch nur ein Talent, sogar stark beherrscht von feudalem Fürstenbewußtsein, hatte Kaiser Friedrich doch einen Hauch modernen Geistes gespürt. In seinem Thronmanifeste verkündete er sich als einen Mann des Friedens; unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großthaten, wollte er zufrieden sein, wenn die Nachwelt seiner Regierung nachrühmen könne, daß sie dem Volke wohlthätig, dem Lande nützlich, dem Reiche ein Segen gewesen sei. Im Einzelnen freilich ließ das Manifest alle möglichen Auslegungen zu. Verfaßt von dem christlich-konservativen Professor Geffcken, wurde es von der freisinnigen Partei mit den tollsten Loyalitätssprüngen begrüßt; die Unentwegten vertheilten an ihren Kneiptischen unermüdlich alle Portefeuilles unter sich, während der Tod Kaiser Friedrichs fast schon auf Tag und Stunde berechnet werden konnte.

So närrisch war Bismarck nicht, aber dafür desto boshafter. Er hatte alle Trümpfe in der Hand; was konnte ihm der sterbende Kaiser anhaben oder

die Partei des sterbenden Kaisers, die noch nicht den zehnten Theil des Reichstags umfaßte? Wollte Bismarck, wie Stöcker als kundiger Mann sich ausdrückte, „für die voraussichtlich kurze Regierungszeit des kranken Kaisers ein System der Stabilität und Solidarität schaffen", mit anderen Worten, jede selbständige Handlung des Kaisers von vornherein lahm legen, so war das sehr wenig monarchisch gedacht, aber es war verständlich vom Standpunkt eines Hausmeiers aus. Allein damit begnügte sich Bismarck nicht. Der moderne Geist, der trotz alledem aus dem Thronmanifeste Kaiser Friedrichs wehte, der ohnmächtige, aber zähe Widerstand, auf den Bismarck seit Jahrzehnten beim Kronprinzen und bei der Kronprinzessin gestoßen war, erheischte blutige Rache, und indem Bismarck den patriotischen Pöbel in Seidenhüten gegen das ohnmächtige Kaiserpaar hetzte, zu einer der wildesten Orgien, worin menschliche Niedertracht sich jemals ausgetobt hat, bestätigte er gern Geffckens verzweifelte Frage: Wann wäre in dem Leben dieses Menschen ein Zug edelmüthiger Gesinnung zu entdecken gewesen?

Natürlich erstreckte sich Bismarcks „Stabilität" auch auf die Handhabung des Sozialistengesetzes, an dem Kaiser Friedrich kein Gefallen hatte. Um so größer war Bismarcks diabolisches Vergnügen, die Quälereien der Arbeiterklasse fortzusetzen, als lebte der alte Wilhelm noch. Ja, die einzige Aktion der auswärtigen Politik unter Kaiser Friedrich war die Vertreibung des Sozialdemokraten aus der Schweiz. Durch persönliche Anrempelung des schweizerischen Gesandten in Berlin, durch drangsalirendes Toben des deutschen Gesandten in Bern, nicht zuletzt auch durch Zugeständnisse, die den Geldprotzen der schweizerischen Industrie für die demnächstige Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages versprochen wurden, ließ sich der Bundesrath in Bern dazu breitschlagen, im April 1888 Bernstein, Motteler, Schlüter und Tauscher aus dem eidgenössischen Gebiete zu weisen. Als Vorwand mußte die Schreibweise des Sozialdemokraten dienen, wodurch die schweizerische Gastfreundschaft gemißbraucht und die guten Beziehungen der Schweiz zu einem befreundeten Staate gefährdet sein sollten. Darüber sagte Otto Lang, ein schweizerischer Beamter, bei einem den Ausgewiesenen gegebenen Abschiedsfeste das gute Wort: „Es ist in der Weltgeschichte noch jedesmal etwas laut hergegangen, wenn große Dinge im Werden waren. Das Völkerglück ist keine Frucht, die im Sonnenscheine gedeiht; nein, in Sturm und Wetter ist sie gereift." Und die Vertriebenen selbst erklärten in einem Aufruf „an alle Freunde der Freiheit und des Rechts in der Schweiz", nicht eine einzige Handlung sei ihnen nachgewiesen worden oder könne ihnen nachgewiesen werden, die sich als ein Verstoß gegen das gemeine Recht qualifizire, weder Vorbereitung noch Aufforderung noch auch nur Ermunterung zu gewaltthätigen oder hochverrätherischen Unternehmungen. Was ihnen schuld gegeben werde, das bewege sich auf dem Gebiete der Meinungsäußerung durch die Presse, auf einem Gebiete, für welches die eidgenössische Verfassung volle Freiheit gewährleiste. Der wahre Grund ihrer Ausweisung seien die Enthüllungen des Sozialdemokraten über das schmachvolle Treiben des deutschen Lockspitzelwesens,

wofür Puttkamer seine Rache nehme. Durch die Ausweisung würde die Schweiz zum Büttel der Bismärckischen Polizei erniedrigt.

In allen aufrechten Bürgern der Schweiz rief der Gewaltakt tiefe Beschämung und Entrüstung hervor. Zahlreiche Kundgebungen der Sympathie begleiteten die Ausgewiesenen, und Schweizer Bürger, in erster Reihe der wackere Conzett, sicherten das ungestörte Weitererscheinen des Sozialdemokraten im bisherigen Geiste und Tone. Jedoch um auch den Schein eines äußeren Drucks zu vermeiden, wurde er vom Oktober 1888 ab in London herausgegeben. An seinem Wesen änderte sich dadurch nichts; er blieb genau, was er bisher gewesen war. Bismarck und Puttkamer hatten an ein paar Personen ihr Müthchen gekühlt, aber sonst nur nach alter lieber Gewohnheit einen klatschenden Schlag ins Wasser gethan. Die größere Entfernung vom deutschen Kriegsschauplatze stumpfte die Wirksamkeit des Parteiorgans in keiner Weise ab. Seine Aufgaben waren mit der dritten Periode des Sozialistengesetzes andere geworden, wie einst mit der zweiten; die deutsche Arbeiterbewegung hatte einen solchen Umfang angenommen und besaß so viele Organe innerhalb der deutschen Grenzen, daß sie ein ausländisches Organ bis zu einem gewissen Grade entbehren konnte. Aber eben nur bis zu einem gewissen Grade, denn die deutschen Arbeiterblätter lebten unter dem Damoklesschwerte, das von Zeit zu Zeit auch auf sie niederfiel. Sie mußten eine scharfe Selbstzensur üben, und diese Zensur ist die schlimmste, da sie sich nicht täuschen läßt; den beschränkten Spielraum, den sie besaßen, verdankten sie nicht zuletzt der gerechten Scheu der deutschen Gewalthaber vor den schmerzenden Geißelschlägen des Sozialdemokraten. Um dem ausländischen Parteiorgane möglichst die Wurzeln abzugraben, wurden die einheimischen Arbeiterblätter geduldet; so lange das Sozialistengesetz bestand, durfte der Sozialdemokrat nicht aufhören zu erscheinen. Seine nunmehrigen Aufgaben konnte er von London aus so gut erfüllen, wie von Zürich aus, namentlich den Spitzeln wurde er noch fürchterlicher als bisher; kaum hörte solch ein Lumpazius das erste Gold in seiner Tasche klingen, als ihn die „Eiserne Maske“ auch schon ans Tageslicht springen ließ.

Als „Erfolg“ Puttkamers waren die Züricher Ausweisungen so kläglich, wie alle seine „Erfolge“, und sie waren zugleich sein letzter „Erfolg“. Kaiser Friedrich sträubte sich, das noch unter seinem Vorgänger fertig gewordene Gesetz über die Verlängerung der Gesetzgebungsperioden zu vollziehen; er mochte seinen Namen nicht mit dem ersten Einbruch in das wichtigste Volksrecht verknüpfen. Aber als Kaiser hatte er kein Veto gegen ein Gesetz, das Bundesrath und Reichstag genehmigt hatten. Eher konnte er sich im preußischen Staate wehren, dessen Geldsackvertretung den reaktionären Streich des Reichstags sofort nachgeahmt hatte, doch kämpfte er auch hier vergebens gegen den Widerstand des Ministeriums. Indem er das preußische Gesetz vollzog, konnte er seinen guten Willen nur noch durch den Befehl bethätigen, Puttkamer solle die amtlichen Wahlbeeinflussungen unterlassen, deren schamlose Ausdehnung eben in einer Wahlprüfung des preußischen Abgeordnetenhauses von Neuem aufgedeckt worden war. Puttkamer antwortete in

dem komisch-patzigen Tone der gekränkten Unschuld, den die bürgerliche Opposition ihm erlaubt hatte, sich anzugewöhnen, allein diesmal kam er an den Unrechten und erhielt am 8. Juni seine Entlassung. Die schnelle Expedition machte den allmächtigen Hausmeier doch vorsichtig; er dehnte die „Solidarität" nicht auf seinen getreuesten Helfershelfer aus, sondern begnügte sich, den verunglückten Kumpan durch ein Abschiedsessen zu trösten. Eine Woche darauf befreite ihn der Tod des Kaisers von aller Sorge.

Die Sozialdemokratie hatte in den 99 Tagen, da Kaiser Friedrich herrschte, eine ernste, männliche und würdige Haltung beobachtet. Sie blieb gleich fern den albernen Illusionen des Freisinns, wie der ekelhaften Fronde des Kartells. Ein von Auer verfaßter Nachruf des Berliner Volksblattes gab dem guten Willen des todten Kaisers das gebührende Recht und kennzeichnete doch scharf die Grenzen, die diesem Willen gesetzt gewesen wären, selbst wenn er freie Bahn gehabt hätte; von der „Engländerin" aber, die damals schutzlos der kläffenden Meute Bismarcks preisgegeben war, sagte er mit einem einfachen Worte, das all den schwülstigen Bombast der freisinnigen Presse aufwog: „Das bis zum Tode getreue und hingebende Weib bleibt immer ein erhabener Anblick, ob es uns im Palast oder in der Hütte begegnet." Nicht nur in seiner klaren und kräftigen Politik wuchs das klassenbewußte Proletariat über die herrschenden Klassen empor, sondern auch in dem, worin diese Klassen von jeher ihr unveräußerliches Besitzthum gesehen hatten: in der Gesinnung des Gentleman, in dem echten Herzenstakte menschlichen Empfindens.

Neuntes Kapitel.

Der Zusammenbruch.

I. Es gelingt nichts mehr!

Bismarcks Hausmeierthum trat in eine neue Phase, als er nicht mehr mit einem neunzig-, sondern mit einem dreißigjährigen Kaiser zu thun hatte. Er selbst war schlechter Psycholog genug, bei der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. an eine zweite Auflage der „wilhelminischen Tage" zu glauben. Er überließ mehr, als in seinem Interesse lag, seinem ältesten Sohne, vermuthlich dem unfähigsten aller Nepoten, von denen die Geschichte zu erzählen weiß; in kaum noch verhüllten Anspielungen schwatzten die offiziösen Soldschreiber von einer „Dynastie Bismarck", die neben den Hohenzollern stehen sollte, wie einst die Karolinger neben den Merowingern standen.

Einstweilen bekundete der junge Kaiser auch eine tiefe Verehrung für Bismarck. Ein Knabe von elf Jahren bei Gründung des Reichs, ein Jüngling von neunzehn Jahren bei Erlaß des Sozialistengesetzes, zum Manne herangereift in der Zeit, wo der Posaunenschall des sozialen Königthums von allen offiziellen

Thürmen ertönte, lebte und webte er in einer geistigen Atmosphäre, die vor jedem ketzerischen Gedanken gesichert zu sein schien. Allerdings fehlte es nicht ganz an warnenden Vorzeichen, daß es auch anders kommen könne. Der Geheimrath Hinzpeter, der den Kaiser erzogen hatte, nannte ihn eine eigenthümlich starke Individualität, in der sich welfischer, leicht in Energie umgesetzter Starrsinn und hohenzollernscher, mit Idealismus gepaarter Eigenwille verbinde, und Stöcker wollte bereits im August 1888 mit seinen leisen Hofpredigerohren den Kaiser sagen gehört haben: „Sechs Monate will ich den Alten verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst." Aber es waren fast schon dreimal sechs Monate ins Land gegangen, als der Kaiser zu Neujahr 1890 die Bitte an Gott richtete, ihm den erprobten Rath Bismarcks noch viele Jahre zu erhalten. Inzwischen war er wiederholt für Bismarcks Kartellpolitik eingetreten, unter herber Abweisung der freisinnigen Loyalitätsfräcke.

Die „Dynastie Bismarck" aber wurde von jener Verblendung ergriffen, die das sicherste Zeichen des unaufhaltsamen Untergangs ist. Als Geffcken aus den Tagebüchern Kaiser Friedrichs Bruchstücke veröffentlichte, die das Heroenthum der „großen Heroen" von „Reichsgründern" in all seiner Fadenscheinigkeit enthüllten, war Bismarck unsinnig genug, zu behaupten, der Verfasser des Tagebuchs habe in Versailles überhaupt nichts Wichtiges erfahren, auf Befehl des alten Kaisers Wilhelm, der von seinem Thronfolger landesverrätherische Zettelungen befürchtet habe. Bismarcks Nepote, der den noch lebenden Diplomaten Morier in das Lügengewebe verstrickte, mußte sich dafür von dem derben Engländer vor ganz Europa als boshafter Verleumder ohrfeigen lassen. Derselbe Nepote machte die deutsche Diplomatie gleichzeitig auf der Samoakonferenz zum europäischen Gespötte und verwickelte sie durch einen neuen Handel mit der Schweiz in einen europäischen Skandal.

Wie die Katze das Mausen nicht läßt, so konnte auch die deutsche Polizei das Lockspitzeln nicht lassen, trotz aller Prügelsuppen, die ihr unheilbares Ungeschick ihr schon eingebrockt hatte. Der Polizeiinspektor Wohlgemuth in Mülhausen schlich sich mit nichtswürdigen Verlockungen an den Schneider Lutz in Basel, um von diesem treuen Parteigenossen in der Falle gefangen zu werden. Die schriftliche Aufforderung Wohlgemuths: „Wühlen Sie nur lustig drauf los!" machte alles Ableugnen unmöglich; der Biedermann wurde verhaftet und nach amtlicher Feststellung seiner Schuld aus der Schweiz verwiesen. Obgleich der schweizerische Bundesrath die nothgedrungene Abwehr mit der unschönen Liebedienerei gegen Bismarck verband, zugleich Lutz auszuweisen, so kannte die Wuth des Säkularmenschen doch keine Grenzen; sein Nepote erging sich wochenlang offiziell wie offiziös in so frechen Drohungen gegen das schweizerische Asylrecht, gegen die „wilde Schweiz", wie sie die Metternich und die Bonaparte, gehindert durch einen Rest von Scham, niemals gewagt hatten. Obgleich der Bundesrath in Bern auch jetzt noch nicht sein gutes Recht so tapfer vertheidigte, wie möglich und nöthig gewesen wäre, so mußte er dem kindischen Bramarbas doch schlagend heimzuleuchten.

In Deutschland selbst wurde das Sozialistengesetz von Puttkamers Nachfolger, dem preußischen Polizeiminister Herrfurth, ziemlich ebenso gehandhabt wie von Puttkamer selbst. Als ehemaliger Unterstaatssekretär Puttkamers und Vorsitzender der Reichskommission kam Herrfurth wohlvorbereitet zu seinem hehren Berufe. Freilich waren ihm die Junker als einem bürgerlichen Eindringling in einen Junkerposten gram, und so suchte er eine gewisse bureaukratische Ehrbarkeit herauszubeißen, aber was er dadurch gewann, verlor er wieder durch seine Schwäche. Im März 1889 gelang ihm sogar, was selbst Puttkamer nicht zu thun gewagt hatte: er duldete, daß der Berliner Polizeipräsident v. Richthofen, der Nachfolger Madais, ein bürgerliches Blatt auf Grund des Sozialistengesetzes verbot. Seit der Mitte des Jahrzehnts hatte die Volkszeitung, nach einem Wechsel in ihrer politischen Leitung, die bürgerlich-demokratische Opposition mit derjenigen Konsequenz vertreten, die der politischen Lage angemessen war; sie hatte nach dem Urtheile des Sozialdemokraten eine so rücksichtslose Sprache geführt, wie sie seit Jahrzehnten kein bürgerliches Blatt in Deutschland gewagt hatte. Als sie nun gar dem widerlichen, mit dem alten Kaiser Wilhelm getriebenen Götzendienste zu widersprechen wagte, verfiel sie dem Sozialistengesetze und erhielt dazu einen Majestätsbeleidigungsprozeß angehängt, unter der bezaubernden Begründung, daß ein ungeschminktes historisches Urtheil über den todten Großvater eine blutige Beleidigung des lebenden Enkels sei.

Alle diese Streiche überspannten nun aber doch den Bogen. Es knisterte und krachte überall in dem morschen Bau des Bismärckischen Despotismus, der am Ende des 19. Jahrhunderts nach der Weise eines toll gewordenen Hamsters regieren wollte. Die sichersten Stützen begannen zu wanken. Eine Preßknebelakte, die Bismarck im Frühjahr 1889 an den Bundesrath brachte, verschwand spurlos in dieser sonst so willigen Körperschaft; die Reichskommission gab nicht nur die Volkszeitung, sondern auch manche verbotenen Arbeiterblätter frei; das Reichsgericht stellte nach hunderttägiger Untersuchungshaft das gegen Geffcken wegen Landesverraths eingeleitete Verfahren ein; die Majestätsbeleidigungsklage gegen die Volkszeitung blitzte in allen Instanzen ab und das Münchner Landgericht fegte den „Meineidsmichel" von der Bildfläche, nachdem er in einem Geheimbundsprozesse von den Angeklagten unter Auers geschickter Führung betäubend aufs Haupt geschlagen worden war. Ja, der Reichsgerichtsrath Mittelstädt, der wacker in den Hochverrathsprozessen gegen Dave und Neve mitgeholfen hatte, stellte sich schon auf den öffentlichen Markt, um über die Korruption der Rechtspflege zu greinen, und als gleich schlaue Ratte pfiff die Nationalzeitung dieselbe Melodie. Es gelingt nichts mehr, meinte die ultramontane Germania, und durch seine treffende Kürze wurde der Satz schnell ein geflügeltes Wort.

Nun sah man auch schon die Kartellratten in unruhiger Hast auf dem scheiternden Schiffe hin- und herrennen. Die Nationalliberalen fanden unter ernsthaftem Runzeln ihrer staatsmännischen Brauen, daß Bismarck alt werde, während die dreisteren Kreuzzeitungsleute ihn bereits in die Wade zwickten. Eine

wüthende Hetze, die Bismarck deshalb gegen den Grafen Waldersee, den Chef des Generalstabs, als den kommenden Mann des Junkerthums eröffnete, hatte keine andere Wirkung, als daß sie die Deroute der „maßgebenden Regionen" noch mehr enthüllte. Eine gleiche Deroute zeigte der Kartellreichstag in seiner dritten Session. Er bewilligte neue schwere Militärlasten, aber an die „Krönung des sozialen Gebäudes" wollte die Kartellmehrheit nicht mehr heran. Trotz allen Hochdrucks hielt sie Bismarck nicht zusammen, um das Alters- und Invaliditätsgesetz durchzudrücken, ein noch verpfuschteres Machwerk, als die früheren Versicherungsgesetze gewesen waren. Kein Mensch glaubte mehr an die Zauberkraft der offiziellen „Sozialreform". Hätte sich nicht ein Häuflein feudaler Ultramontaner erbarmt und eine schwache Mehrheit bilden helfen, so wäre das Gesetz gescheitert. Sicherlich entsprang der Widerstand der bürgerlichen Parteien zum großen Theile nichts weniger als ehrwürdigen Motiven, aber darin hatten die Kartellpatrioten doch einen schärferen Blick als Bismarck, daß sie sich nicht mehr einbildeten, durch so klägliche Almosen könne die Arbeiterklasse noch bethört werden.

Vielmehr trat mit jedem Tage klarer hervor, daß der tiefste Grund des Bismärckischen Zusammenbruchs eben der siegreich unaufhaltsame Vormarsch des klassenbewußten Proletariats sei. Während die bürgerliche Opposition, schlaff und träge wie immer, die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstand, rüstete sich die sozialdemokratische Partei mit starker Hand, das vernichtende Urtheil des Jahrhunderts an dem Säkularmenschen zu vollstrecken.

II. Der 20. Februar.

Nach einem wirthschaftlichen Rückschlage im Jahre 1887 trat ziemlich gleichzeitig mit den deutschen Thronwechseln eine Blüthe der Industrie ein, wie sie seit einem halben Menschenalter nicht mehr erlebt worden war. Sie täuschte die Arbeiterklasse nicht über das innere Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, aber sie stählte ihre Muskeln und Sehnen zum Kampfe gegen eine Gesellschaftsordnung, die nur in dem wahnwitzigen Taumel zwischen Aufschwung und Niedergang leben konnte. „Die Zeiten sind uns günstig wie nie zuvor", hieß es in einem Aufruf, den die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags am 27. November 1888 erließ. Der Aufruf forderte zur Agitation bis in die entlegenste Hütte auf; eine Million Stimmen und eine entsprechende Anzahl Mandate müsse das Mindeste sein, was die Partei in den nächsten Wahlen erobere. Und am 24. Februar 1889 kündigte das Berliner Volksblatt einen Lohnkampf an, wie ihn Berlin noch nie gesehen habe.

Nicht aber nur durch die deutsche, sondern auch durch die europäische Arbeiterwelt ging ein frischer, gewaltiger Zug. Zwei große Thatsachen machen das Hundertjahr der großen französischen Revolution für immer denkwürdig in der Geschichte des internationalen Proletariats. Die eine dieser Thatsachen war

die Erneuerung der Internationalen auf erweiterter und vergrößerter Stufenleiter. Seit dem Parteitage von St. Gallen hatte sich die deutsche Parteileitung in langwierigen Verhandlungen mit den englischen Trade Unions und den französischen Possibilisten bemüht, erst für 1888, dann für 1889 einen allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß zu berufen, der diesen Namen wirklich verdiente, der, von den sozialistischen Parteien aller Länder geladen, in der Prüfung der Mandate und der Festsetzung der Tagesordnung souverän war. Trotz des größten Entgegenkommens erreichte sie ihren unmittelbaren Zweck nicht, aber mittelbar trug ihr uneigennütziger Eifer gute Früchte. Von den beiden internationalen Arbeiterkongressen, die am 14. Juli 1889, dem Tage des Sturmes auf die Bastille, in Paris zusammentraten, war der bedeutendere und wichtigere derjenige, den die deutschen Sozialdemokraten zuerst angeregt, die französischen Marxisten und Blanquisten praktisch vorbereitet hatten. Er zählte allein so viele deutsche, wie der possibilistische Kongreß überhaupt ausländische Delegirte. Seine 395 Theilnehmer setzten sich zusammen aus 221 Franzosen, 81 Deutschen, 22 Engländern, 14 Belgiern, 10 Oesterreichern, 3 Ungarn, 4 Holländern, 6 Russen, 2 Schweden, 3 Norwegern, 3 Dänen, 6 Schweizern, 5 Polen, 2 Spaniern, 5 Rumänen, 5 Amerikanern, je 1 Böhmen, Bulgaren, Argentinier und Finnländer.

Von den Kongressen der alten Internationalen unterschied sich dieser Kongreß, wie die Mobilmachung eines großen Heeres von den vorbereitenden Arbeiten des Generalstabes. Auf den Wegen, die einst in Genf, Lausanne, Brüssel und Basel abgesteckt worden waren, strömten jetzt die Arbeitermassen der verschiedenen Länder dem gemeinsamen Ziele entgegen. Auf das thörichte Geschwätz der bürgerlichen Presse, daß der Kongreß die Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht weitläufig berathen habe, konnte er mit Lassalles Worten erwidern: Solche Fragen diskutirt man nicht mehr, sondern man dekretirt sie. Der Pariser Kongreß proklamirte die absolute Nothwendigkeit einer wirksamen, auf den Achtstundentag begründeten Arbeiterschutzgesetzgebung überall, wo die kapitalistische Produktionsweise herrsche, und forderte die Arbeiter aller Länder auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen zu wirken, sie insbesondere zur Beschickung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu veranlassen, die im Mai 1889 wiederum von der Schweiz angeregt worden war. Der Kongreß erklärte weiter, es sei die Pflicht der Arbeiter, die Arbeiterinnen in ihre Reihen aufzunehmen; er forderte für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität gleiche Löhne für gleiche Arbeit, sowie unbeschränktes, vollkommen freies Koalitions- und Vereinsrecht. Endlich beschloß der Kongreß, daß jährlich am 1. Mai eine allgemeine Kundgebung des internationalen Proletariats für den Achtstundentag stattfinden solle.

Die zweite große Thatsache des Jahres 1889 war eine allgemeine Streikbewegung, die gewaltige Schichten des bisher von der Arbeiterbewegung noch nicht berührten Proletariats zum Klassenbewußtsein erweckte. Ihre Gipfelpunkte bildeten der Dockerstreik in England und der Bergarbeiterstreik in Deutschland. In der Mitte des Mai streikten 90000 Bergleute in Rheinland-Westfalen,

13 000 im Saargebiete, 10 000 im Königreiche Sachsen, 17 bis 19 000 in Schlesien. Ultramontane Einflüsse veranlaßten die westfälischen Bergleute, ihre Führer Schröder, Bunte und Siegel nach Berlin zu schicken, um die Hilfe des Kaisers anzurufen. Der Kaiser versprach, ihre Forderungen durch die Behörden prüfen zu lassen, doch müsse er ihnen sein Wohlwollen versagen, wenn sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen sollten; in diesem Falle würde er mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten, denn für ihn sei jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Kaiser- und Vaterlandsfeind. Die Kaiserdeputation der Bergleute war an und für sich ein falscher Schritt, der den Riesenstreik verfahren mußte und wirklich verfuhr, aber sie hatte bedeutsame moralische Wirkungen. Mitten in die satte Selbstzufriedenheit der herrschenden Klassen trat aufrüttelnd ein ungeheures Schicksal. Was wollte dagegen die unbeholfene und widerwillige Pfuscherei des Kartellreichstags an dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze besagen! Und selbst in die dumpfe Luft dieses Reichstags drang ein Hauch der mächtigen Bewegung, die durch das europäische Proletariat wogte. Er kam wiederholt auf die Forderung zurück, den gesetzlichen Arbeiterschutz auszubauen. Doch Bismarcks Antwort blieb immer ein kaltes und starres Nein. Der „Oedipus der sozialen Frage", den die offiziösen Trompeter prahlend ausbliesen, war thatsächlich der beschränkteste jener Profitwütheriche, die, ehe sie den Bruchtheil eines Pfennigs opferten, lieber alle Gebote der Menschlichkeit zertraten.

Neben ihren zahlreichen Lohnkämpfen vergaß die deutsche Arbeiterklasse nicht die Vorbereitung für die nahende Wahl, die zum ersten Male einen Reichstag für fünf Jahre schaffen sollte. Noch am Vorabend des Sieges verlor die Partei mehrere ihrer alten parlamentarischen Vertreter durch den Tod, Hasenclever, Kayser, Kräcker, von denen namentlich Kayser und Kräcker die ärgsten Bitternisse des Sozialistengesetzes durchzukosten gehabt hatten; Hasenclevers Sitz in Berlin VI wurde durch Liebknecht, Kräckers Sitz in Breslau II durch Kühn siegreich behauptet. In großem Maßstabe wandte die Partei eine neue Waffe an, um sich das Schlachtfeld zu ebnen; durch den Boykott sicherte sie sich die Säle für ihre Versammlungen, sicherte sie ihren Zeitungen überall eine Stätte, wo Arbeiter verkehrten. Wie der Streik, so ist der Boykott eine zweischneidige Waffe, und es fehlte nicht an Fällen, wo er die Arbeiter selbst schädigte, weil er mißbräuchlich angewandt wurde. Im Allgemeinen aber wurde er in durchaus berechtigter Weise gehandhabt, um der Arbeiterklasse gleiches Licht und gleiche Luft mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu schaffen, um den Druck zu brechen, durch den die Behörden und die Unternehmer das Proletariat vom politischen Kampffeld absperren wollten, und so hatte er großen Erfolg.

Auch die sozialdemokratische Presse blühte trotz alledem fröhlich empor. Fast jeder Monat sah neue Arbeiterblätter entstehen, manchmal vielleicht in zu reicher Fülle, doch wuchs die Literatur der Partei nicht nur in die Breite. Die Neue Zeit vertiefte mit jedem Jahrgang ihre Forschungen, in der Internationalen Bibliothek veröffentlichte Kautsky seine Schrift über Thomas More, ein Werklein

historisch-materialistischer Forschung, das in erschöpfender Würdigung des Reformationszeitalters die dickleibigen Bände sowohl der katholischen wie der protestantischen Geschichtsbaumeister schlug, Blos gab den deutschen Arbeitern eine fesselnde Geschichte der großen französischen Revolution, J. Stern rechnete gründlich mit der bürgerlichen Halbheit des religiös-philosophischen Freidenkerthums ab. Neben der Neuen Zeit besaß die Partei nun auch zwei vortreffliche Wochenschriften. In Berlin gab Schippel die Volkstribüne heraus, zugleich mit der Berliner Arbeiterbibliothek, einer periodischen Folge populärer Flugschriften, in denen sich Klara Zetkin durch eine ausgezeichnete Abhandlung über die Frauenfrage als die begabteste Vorkämpferin der deutschen Arbeiterinnen ankündigte. In Nürnberg leitete Schönlank die Arbeiterchronik, nachdem er lange Gefängnißstrafen wegen unfindbarer Staatsverbrechen verbüßt hatte. Eine Frucht seiner erzwungenen Muße war die Studie über die Fürther Quecksilberspiegelbelegen und ihre Arbeiter, die auf dem einzigen Gebiete, wo die bürgerliche Oekonomie noch etwas leistete, die überlegene Auffassung des wissenschaftlichen Kommunismus bekundete und mit der brennenden Wahrheit ihrer Darstellung selbst die Münchener Vorsehung auf ihre lahmen Reformbeine brachte.

Während so die schaffende Lust des Frühlings die Arbeiterklasse beseelte, quälte sich ihr giftigster Feind in dem Winter seines Mißvergnügens mit der Frage, wie er sich abermals einen willfährigen Reichstag schaffen könne. Bismarck konnte nur noch von bonapartistischen Plebiszіten leben, aber woher einen neuen Köder für ein neues Plebiszit nehmen? Die Narretei der Faschingswahlen ließ sich nicht wiederholen, nicht nur weil sie sich als Narretei enthüllt, sondern auch weil jede Session des Kartellreichstags aus der Haut der Massen so breite und lange Riemen für den Moloch des Militarismus geschnitten hatte, daß daran selbst die allergrößten Kälber genug haben durften. Die Kolonialpolitik war durch die greuliche Blamage der Samoakonferenz kompromittirt, ebenso die „nationale Wirthschaftspolitik“ durch die Branntwein- und Zuckersteuer mit ihren Liebesgaben, nicht zuletzt auch durch das rapide Anwachsen der kapitalistischen Kartelle, Ringe und Trusts. Sie stiegen im Jahre 1889 auf 95, wovon 20 auf die Textil-, 25 auf die Metallindustrie entfielen, ungerechnet 11 internationale Kartelle für Blei, Kupfer, Zink u. s. w. Selbst die Vereinigten Staaten, die in der Zahl der Kartelle gleich nach Deutschland kamen, zählten ihrer nur 62, das Deutsche Reich marschirte in der künstlichen Preistreiberei an der Spitze aller Nationen. Wie diese Prellerei ein wirksamstes Mittel war, die allgemeine Unzufriedenheit zu nähren, so brachte sie die „nationale Wirthschaftspolitik“ um ihren letzten Glorienschein. Die Freihändler wurden nicht müde, die Schutzzöllnerei als die Ursache der Kartellbildung zu denunziren, was zwar nicht die ganze Wahrheit, aber doch ein gut Stück Wahrheit war. An und für sich wachsen die Kartelle aus der kapitalistischen Produktionsweise hervor, aus der Akkumulation und Konzentration des Kapitals; sie enthalten ähnlich, wie die Frauen- und Kinderarbeit, bei aller Gemeingefährlichkeit ihrer kapitalistischen Form den-

noch Keime der sozialistischen Gesellschaftsorganisation. Auch das freihändlerische England hatte seine Kartelle, aber obgleich es die entwickeltste Großindustrie besaß, rangirte es in ihrer Zahl erst an vierter Stelle, erst hinter den schutzzöllnerischen Staaten Deutschland, Amerika, Oesterreich-Ungarn: so viel war schon richtig, daß die Schutzzöllnerei gerade die gemeinschädlichste Form der Kartelle treibhausmäßig züchtete.

So war Bismarck für ein neues Plebiszit auf den Sozialistenschrecken beschränkt, was nun aber auch seine verschiedenen Haken hatte. Zur „militärischen Lösung" der Frage gehörten zwei, und die deutschen Arbeiter dachten nicht im Traume daran, sich vor die Kleinkalibrigen jagen zu lassen, um einen bankerotten Junker wieder zahlungsfähig zu machen. Auf der anderen Seite war der Kaiser nicht unberührt geblieben von der historischen Entwicklung, die sich seit seiner Thronbesteigung vollzogen hatte. Bei allem Abscheu, den er vor der Sozialdemokratie empfand, schien ihm ein System, das die raffinirtesten Ausbeutungstriebe der Bourgeoisie mit den brutalsten Unterdrückungstrieben des Junkerthums verband, immer weniger geeignet, eine moderne Monarchie sicher zu stützen. Er verschloß sich der Einsicht nicht, die sich den hellen Köpfen der herrschenden Klassen immer unwiderstehlicher aufdrängte, daß nämlich gerade im Interesse dieser Klassen die Beseitigung des Sozialistengesetzes und die Fortbildung des gesetzlichen Arbeiterschutzes dringend nothwendig sei. Die Thatsache, daß er selbst auf Wegen und Stegen von einer Spitzelwolke umgeben war, soll den Kaiser, als er sie aus einer sozialdemokratischen Reichstagsrede erfuhr, auch persönlich gegen das Sozialistengesetz eingenommen haben. Genug, wenn die Sozialdemokratie für die „militärische Lösung" der Frage nicht zu haben war, so war der Kaiser nicht für einen Streich vom Schlage der Attentatswahlen zu haben.

Schiffbrüchig geworden, dachte Bismarck in der Verblendung seines Größenwahns doch nicht daran, die Fleischtöpfe zu verlassen, woraus er sich so lange genährt hatte. Im Oktober 1889 brachte er in der vierten und letzten Session des Kartellreichstags einen Gesetzentwurf ein, der das Sozialistengesetz nicht mehr auf Zeit verlängern, sondern dauernd verewigen wollte, unter Verstärkung der „richterlichen Garantien" und mit ein paar anderen „Milderungen" desselben heiteren Kalibers. Welche Teufelei dahinter steckte, kann den glücklichen Biographen des Säkularmenschen zur Enträthselung überlassen bleiben; daß eine Teufelei dahinter steckte, zeigte der thatsächliche Verlauf der Dinge. Die Kartellmehrheit war bereit, das Gesetz zu verewigen, nur wollten die Nationalliberalen die polizeiliche Ausweisungsbefugniß des § 28 gestrichen haben, damit die „Milderungen" doch ein bischen nach was aussähen, während die Konservativen selbst ein verewigtes Gesetz ohne diese Befugniß für unannehmbar erklärten. Geschwindelt wurde dabei auf beiden Seiten. In der Begründung des Aechtungsgesetzes war von der Regierung überzeugend ausgeführt worden, daß die polizeiliche Ausweisungsbefugniß des § 28 die sozialdemokratische Agitation über das ganze Land verbreite, und gerade die Konservativen hatten beweglich gejammert, wie sehr

dadurch der idyllische Friede der junkerlichen Ausbeutungsdomänen bedroht würde, womit ihre nunmehrigen Tiraden darüber, daß Gesellschaft und Staat ohne diese Befugniß nicht bestehen könnten, im Voraus gekennzeichnet worden waren. Aber seit dem Scheitern des Aechtungsgesetzes war die Ausweisungspraxis namentlich in Berlin auch thatsächlich eingestellt worden, eben weil sie ihre Urheber schwerer traf als ihre Opfer, und somit war es ein nationalliberaler Schwindel, ihre nur noch formelle Beseitigung zu einer „Milderung" aufzublähen, um die das übrige Sozialistengesetz für immer in den Kauf genommen werden könne. Die Posse wurde bis zum Schlusse durchgespielt; in der zweiten Lesung setzten die Nationalliberalen ihre „Milderung" durch, worauf die Konservativen in der dritten Lesung gegen das so „gemilderte" Gesetz stimmten. Es fiel am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen, und die Ironie des Schicksals wollte, daß es nicht wieder auferstehen sollte. In einer grotesken Lüge geboren, starb das Sozialistengesetz in einer grotesken Lüge; es wäre auch ein zu schöner Tod für die Mißgeburt gewesen, wenn sie in einer Aufwallung ehrlicher Reue abgewürgt worden wäre.

Ein wirklicher Verzicht auf das Sozialistengesetz lag weder bei den Konservativen, noch bei den Nationalliberalen und am allerwenigsten bei Bismarck vor. Hat er die Kartellposse nicht selbst arrangirt, so förderte er sie wenigstens durch schweigende Zurückhaltung. Mit einer Verewigung des abgewirthschafteten Sozialistengesetzes war ihm um so weniger gedient, als sie ihm seinen letzten Plebiszittrumpf verdarb; wie ganz anders ließ sich der Sozialistenschrecken ausbeuten, wenn eine staatsmännische Aktion der Ihring-Mahlow oder Naporra die schmerzliche Klage gestattete: Gegenüber so furchtbaren Gefahren versagt der Reichstag die unerläßlichen Waffen der Nothwehr! Noch lief das Sozialistengesetz acht Monate und in dieser Frist ließ sich sehr viel machenschaften.

Jedoch vorläufig mußte sich Bismarck dem Willen des Kaisers fügen, der für die auf den 20. Februar anberaumten Neuwahlen das Panier sozialer Reformen aufgeworfen zu sehen wünschte. Am 5. Februar wurden zwei kaiserliche Erlasse veröffentlicht, deren einer die Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, namentlich die Beschränkung der Arbeitszeit, versprach, während der andere die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz anordnete. Beide Erlasse erschienen ohne ministerielle Gegenzeichnung, doch hat Bismarck später behauptet, daß er sie aus weiter gehenden Entwürfen zusammengestrichen, insbesondere die internationale Konferenz eingeschaltet habe, gleichsam als ein Sieb, um den „humanen, arbeiterfreundlichen Elan" des Kaisers zu hemmen. Die Erlasse erregten großes Aufsehen und verstärkten die hohe Fluth, die zu Gunsten der Sozialdemokratie lief, unter deren moralische Erfolge sie mit Recht von den Arbeitern gerechnet wurden.

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomite, das diesmal aus Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer bestand, veröffentlichte keinen Wahlaufruf. Seine Erlasse trafen nur praktische Anordnungen, über die Prüfung der Wählerlisten, über die Aufbringung der Wahlkosten; sie warnten vor Störungen gegne-

rischer Versammlungen, empfahlen strenge Sachlichkeit in der Führung des Wahlkampfs; „die Thaten der Gegner sind die wirksamsten Waffen für uns." Jeder klassenbewußte Arbeiter wußte, worauf es ankam, in ernstem Schweigen vollzog sich der Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Sie waren entschlossen, einen harten Schlag zu thun und rechneten auf einen großen Erfolg, doch der 20. Februar übertraf weit ihre kühnsten Erwartungen. 1427298 Stimmen fielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten, fast 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen, 664170 mehr als 1887. Das Königreich Preußen allein brachte fast eben so viele sozialdemokratische Stimmen auf, wie drei Jahre früher das Deutsche Reich, das Königreich Sachsen kam dicht an die Viertelmillion heran, das Königreich Baiern überschritt das erste Hunderttausend. Wollte man jede deutsche Landschaft nennen, deren Proletariat sich an diesem unvergeßlichen Tage mit Ruhm bedeckte, so müßte man alle deutschen Landschaften aufzählen. Drastischer noch, als in der ziffernmäßigen Aufrollung der Wahlstimmen, zeigte sich die Größe des sozialdemokratischen Wahlsieges bei einem Blick auf die 78 Wahlkreise, in denen die Partei entweder gesiegt hatte oder zur Stichwahl stand.

Man mochte dann sagen, daß der deutsche Boden von fünf verschanzten Heerlagern der Sozialdemokratie beherrscht werde. Das erste dieser Lager umklammerte das ostelbische Junkergebiet mit 17 Wahlkreisen. Um Berlin II, III, IV, V und VI gruppirten sich als Außenforts dieser sozialistischen Riesenveste 6 märkische Kreise: Niederbarnim, Westhavelland, Zauch-Luckenwalde, Teltow-Beeskow-Starkow, Frankfurt a. O., Kottbus-Spremberg, dann als vorgeschobene Posten 2 pommersche Kreise: Stettin und Randow-Greifenhagen, 1 ostpreußischer: Königsberg, 3 schlesische: die beiden Breslauer Kreise und Reichenbach-Neurode. Noch etwas stärker, als dies nordöstliche, war das nordwestliche Heerlager der Partei mit 18 Kreisen; an die 5 Wahlkreise der alten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck schlossen sich 3 mecklenburgische: Schwerin, Rostock, Güstrow, 4 schleswig-holsteinische: Altona, Kiel, Glückstadt, Flensburg, 5 hannöversche: Hannover, Hameln, Harburg, Stade, Geestemünde, dazu 1 braunschweigischer Kreis. Ein drittes sozialdemokratisches Heerlager mit 21 Kreisen zog sich durch das mittlere Deutschland; es bestand aus 9 Kreisen im Königreiche Sachsen: Leipzig Stadt und Land, Mittweida, Chemnitz, Glauchau-Meerane, Zwickau-Crimmitzschau, Stollberg-Schneeberg, Auerbach-Reichenbach, Plauen, aus 5 Kreisen in der Provinz Sachsen: Magdeburg, Halle, Erfurt, Naumburg, Kalbe-Aschersleben, 5 kleinstaatlichen Kreisen: den beiden Reuß, Gotha, Sonneberg, Sondershausen, und 2 neupreußischen Kreisen: Kassel und Marburg. Als viertes Heerlager liefen 13 Kreise die westliche Grenze des Reiches entlang; 2 westfälische: Bielefeld und Dortmund, 5 rheinische: Lennep-Mettmann, Elberfeld-Barmen, Solingen, Düsseldorf, Köln, 6 Maingaukreise: Frankfurt a. M., Höchst, Hanau, Offenbach, Mainz, Darmstadt. Endlich schloß ein fünftes Heerlager von 9 Kreisen im Süden die Kette: Mülhausen im Elsaß, Mannheim in Baden, Stuttgart in Württemberg, München I und II, Nürnberg, Fürth, Kronach und Würzburg in Baiern.

Nach dem Verhältniß der auf sie gefallenen Stimmen hätte die Partei gerade 78 Wahlkreise beanspruchen können; thatsächlich erhielt sie ihrer nur 35. In den Hauptwahlen gewann sie 20: Berlin IV und VI (Singer und Liebknecht), Hamburg I, II und III (Bebel, Dietz und Metzger), Altona (Frohme), Leipzig Land (Geyer), Mittweida (A. Schmidt), Chemnitz (Schippel), Glauchau-Meerane (Auer), Zwickau-Crimmitzschau (Stolle), Stollberg-Schneeberg (Seifert), Magdeburg (Bock), Reuß ä. L. (Förster), Reuß j. L. (Wurm), Elberfeld-Barmen (Harm), Solingen (Schumacher), Mülhausen (Hickel), München II (Vollmar), Nürnberg (Grillenberger). Für die Stichwahlen war die Partei, wie gewöhnlich, auf ihre eigene Kraft angewiesen; in Breslau lief der edle Freisinn schon am Tage nach den Hauptwahlen zum Kartell über. Es fragte sich nur noch, wie sich die Partei bei denjenigen Stichwahlen verhalten solle, wo sie die Entscheidung zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten zu geben hatte. In St. Gallen war für diesen Fall unbedingte Stimmenthaltung beschlossen worden, unter dem Eindrucke der bei den Faschingswahlen gemachten Erfahrungen; jetzt aber lag es in der Hand der sozialdemokratischen Wähler, durch die Unterstützung der bürgerlichen Opposition den gigantischen Volksbetrug der Faschingswahlen zu sühnen, durch die völlige Zerschmetterung des Kartells allem verrätherischen Spiele mit dem Sozialistengesetze ein Ziel zu setzen. Die klare politische Nothwendigkeit siegte über alle formellen Bedenken; bereits am 22. Februar gab das Zentralwahlkomite die Stichwahlparole aus: Nieder mit dem volksfeindlichen Kartell, nieder mit den Verewigern des Sozialistengesetzes! Es forderte die Genossen auf, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien für alle Kandidaten zu stimmen, die sich gegen jedes, wie immer geartetes Ausnahmegesetz, gegen jede Verschärfung der Strafgesetze, gegen jede Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts verpflichten würden. Ausdrücklich wurde auf Gegendienste anderer Parteien verzichtet, wurde hervorgehoben, daß nur im Interesse der Partei und des öffentlichen Wohls so verfahren werden müsse. Diesem Aufrufe kam die Kampflust der Arbeitermassen schon auf mehr als halbem Wege entgegen. Die Stichwahlen vollendeten die Vernichtung des Kartells, in der hoffnungslosen Minderheit von 135 Köpfen trat es in den neuen Reichstag ein, auch eine konservativ-ultramontane Mehrheit war unmöglich.

Für sich selbst hatte die Partei in den Stichwahlen nur 15 Sitze gewonnen: Niederbarnim (Stadthagen), Breslau I (Tutzauer), Königsberg (Schultze), Bremen (Bruhns), Lübeck (Schwartz), Glückstadt (Molkenbuhr), Hannover (Meister), Braunschweig (Blos), Halle (Kunert), Kalbe-Aschersleben (Heine), Frankfurt a. M. (W. Schmidt), Mainz (Joest), Offenbach (Ulrich), Mannheim (Dreesbach) und München I (Birk). Unter den parlamentarischen Vertretern der Partei befanden sich nun schon viele, die im Kampfe gegen das Sozialistengesetz ihre Sporen verdient hatten; die Minderzahl kam aus bürgerlichen Berufsschichten, die Schriftsteller Schippel und Wurm, der Rechtsanwalt Stadthagen, der Lehrer Kunert, der Gastwirth Birk, die Mehrzahl aus der Arbeiterklasse, wie die Zigarrenarbeiter

Bruhns und Förster, die Tischler Joest und Hickel, der Klempner Metzger, der Schriftsetzer A. Schmidt, der Lithograph W. Schmidt, der Schuhmacher Seifert.

Der 20. Februar schwemmte dem Hausmeier Bismarck den Boden unter den Füßen weg; an dem Tage, wo die geächtete und verfehmte Sozialdemokratie einen größeren Heerbann aufbot als irgend eine bürgerliche Partei, wurde über sein System der Stab gebrochen. In der Stunde der Noth fielen alle trügerischen Hüllen von seiner nackten Selbstsucht; würdelos schied er von der Macht, die er gewissenlos verwaltet hatte. Diesmal sollte ein großer Sünder nicht in die Grube fahren, ehe die Nemesis ihr Werk vollbracht hatte: lärmend und lügend, polternd und protzend nahm der Säkularmensch an sich eine Rache, wie sie grausamer sein grimmigster Gegner nicht hätte ersinnen können.

Zehntes Kapitel.

Die Liquidation.

Das Sozialistengesetz überlebte seinen Vater um ein halbes Jahr, doch gab es in dieser Frist kaum dieses oder jenes schwache Lebenszeichen von sich. Thatsächlich war der 20. Februar der Tag, an dem eine neue Periode in der Geschichte des Deutschen Reichs, wie in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie anhob, eine Periode, die bisher nicht abgeschlossen ist und bis zu ihrem Abschlusse sich der historischen Würdigung entzieht. Dagegen fällt noch in den Rahmen dieser Darstellung die Liquidation des Sozialistengesetzes, womit die Partei in den letzten Monaten seines Bestehens begann und womit sie ein Jahr nach seinem Ablaufe fertig war.

I. Die Bilanz des Sozialistengesetzes.

Eine erschöpfende Darstellung der Opfer, die das Sozialistengesetz der Arbeiterklasse gekostet hat, läßt sich nicht entwerfen. Als der Sozialdemokrat nach zehnjähriger Dauer des Gesetzes die Veröffentlichung einer Denkschrift anregte, die eine genaue Statistik aller Verbote geben, die Namen aller Ausgewiesenen mittheilen, alle zerstörten Existenzen der Reihe nach aufmarschiren lassen, die Haussuchungen, Verhaftungen, Verurtheilungen mit allen nöthigen Einzelheiten festnageln, von dem künstlich gezüchteten Denunziations- und Lockspitzelwesen ein umfassendes Bild liefern sollte, erwies sich damals schon die Lösung dieser Aufgabe als unmöglich. Die eifrigsten Genossen in den größeren Parteiorten erlahmten daran, und was sie dennoch zusammenbrachten, war so umfangreich, daß es sich in einer halbwegs handlichen und lesbaren Schrift nicht zusammenfassen ließ.

Nach einer ungefähren Statistik waren unter dem Sozialistengesetze 1300 periodische oder nicht periodische Druckschriften und 332 Arbeiterorganisationen der einen oder der anderen Art verboten worden. Ausweisungen aus den Belagerungsgebieten waren gegen 900 erfolgt, von denen über 500 die Ernährer von Familien betroffen hatten; auf Berlin fielen 293, auf Hamburg 311, auf Leipzig 164, auf Frankfurt 71, auf Stettin 53, auf Spremberg 1; in Offenbach hatte sich die hessische Regierung an der Ausweisung nicht ortsangehöriger Reichsbürger genügen lassen. Die Höhe gerichtlich verhängter Freiheitsstrafen belief sich auf etwa 1000 Jahre, die sich auf 1500 Personen vertheilten. Wenn alle diese Ziffern noch nicht entfernt an die Wirklichkeit heranreichten, so gaben sie auch an und für sich nur ein ganz ungenügendes Bild von der Fülle des vernichteten Menschenglückes und Menschenlebens, von den zahllosen Märtyrern, die durch kapitalistische oder polizistische Drangsalirungen von ihrem armen Herde vertrieben, ins Elend der Verbannung gejagt, in ein frühes Grab gestürzt worden waren.

Aber anders als einst die Todten des 18. März durch den Mund ihres Dichters, konnten die Opfer des Sozialistengesetzes von sich sagen: Hoch zwar war der Preis, doch echt auch ist die Waare. Keiner der Tapferen und Treuen, die von der Sense des Sozialistengesetzes dahingemäht worden sind, hat umsonst gelitten; auch aus den Knochen derer, die im Dunklen gestorben und verdorben sind, erstanden die Rächer. Beim Erlaß des Sozialistengesetzes besaß die Partei 437 158 Wahlstimmen und 42 politische Blätter, zählten die gewerkschaftlichen Organisationen 50 000 Mitglieder und 14 Organe, beim Erlöschen des Sozialistengesetzes musterte die Partei 1 427 298 Wahlstimmen und 60 politische Blätter, musterten die gewerkschaftlichen Organisationen über 120 000 Mitglieder und 41 Organe. In den drei Jahren seit dem Parteitage in St. Gallen hatte die Parteikasse 325 000 Mark eingenommen; als der Krieg erlosch, war die Kriegskasse der Partei noch reich gefüllt, mit nahezu 172 000 Mark.

Aber wie der Verlust, so läßt sich auch der Gewinn des Sozialistengesetzes nicht in einigen, sei es noch so rühmlichen Ziffern zusammenfassen. Nach dem bekannten dialektischen Gesetze war die Quantität auf einem gewissen Punkte in die Qualität umgeschlagen; die Partei war in dem zwölfjährigen Kampfe nicht nur größer und stärker geworden, sondern hatte sich auch in ihres Wesens Wesenheit reicher entwickelt. Sie hatte nicht nur gekämpft und geschlagen, sondern auch gearbeitet und gelernt; sie hatte nicht nur den Beweis der Kraft, sondern auch den Beweis des Geistes geliefert. Das waren unschätzbare Erfolge, die sich in Zahlen überhaupt nicht ausdrücken ließen, so wenig wie das Bewußtsein der Unbesieglichkeit, das die Partei durchdrang, seitdem sie den Krieg mit allen Machtmitteln eines modernen Großstaats zwölf Jahre hindurch siegreich bestanden hatte. Die Massen waren der Held des proletarischen Heldenzeitalters, gerade darin lag seine eigenthümliche Größe und Hoheit.

Vergebens quälten sich die bürgerlichen Neidbolde mit dem Nachweis ab, daß die herrschenden Klassen freiwillig auf das Sozialistengesetz verzichtet hätten,

daß die Partei ohne diesen freiwilligen Verzicht ihrer Feinde das Joch ruhig hätte weiter tragen müssen. Das war für einen Theil der herrschenden Klassen überhaupt nicht, und für den anderen Theil nur insoweit richtig, als er „freiwillig" seine Niederlage erkannt hatte. Dieser Theil verzichtete auf das Sozialistengesetz, weil das klassenbewußte Proletariat den Pfeil auf die Brust seiner Urheber zurückgelenkt hatte. Gewiß konnten die herrschenden Klassen das Sozialistengesetz noch aufrecht erhalten, aber nur um den Preis einer allgemeinen Verlumpung, die dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation gestattet hätte, verächtlich auf das neu-deutsche Reich herabzusehen. Man mag es verständig nennen, wenn ein General aus einer hoffnungslos verlorenen Schlacht seine Truppen zurückzieht, ehe sie völlig aufgerieben werden, aber welcher Narr hätte einen solchen General je als einen Sieger gefeiert und nun gar als einen „freiwilligen" Sieger?

Nicht minder thöricht war die bürgerliche Spötterei, weshalb denn die Sozialdemokratie das Sozialistengesetz so heftig bekämpft habe, wenn es ihr doch so nützlich gewesen sei? In gewissem Sinne ist es ganz richtig, zu sagen: Je toller, desto besser, aber dieser Sinn ist niemals der Sinn der deutschen Sozialdemokratie gewesen und wird es auch niemals sein. Das klassenbewußte Proletariat ist seiner Zukunft sicher und überläßt gern seinen Gegnern den Vortritt, wenn es gilt, die Dinge mit Gewalt auf die Spitze zu treiben. Man kennt das mythische Erzählchen aus der Schlacht bei Fontenoy, wo ein englischer Offizier einem französischen Offizier zurief: Lassen Sie Ihre Leute schießen! und die Antwort erhielt: Wir feuern niemals zuerst. So auch antwortet die Sozialdemokratie auf die Herausforderungen ihrer Gegner, nicht zwar aus feudaler Galanterie, aber aus der wohlerwogenen Taktik ihres Emanzipationskampfes; erst wenn die Gegner die Dinge mit Gewalt auf die Spitze treiben, kann sie die Politik des Je toller, desto besser, mit reichstem Gewinn für sich selbst ausnützen, wie sie in den Tagen des Sozialistengesetzes gethan hat.

Sie war in den Kampf gezogen, ein Jüngling mit schnell aufgeschossenen Gliedern, mit manchen schwärmenden Gedanken im Kopf: als sie heimkehrte, war sie ein muskelkräftiger und wettergehärteter Mann, entschlossen, fertig, klar, gewachsen welch Höchstem immer.

II. Die Alten und die Jungen.

Bei der Abrüstung der Partei kam es zu inneren Reibungen, die an und für sich von keiner besonderen Bedeutung waren, aber nicht zum wenigsten durch den Lärm der bürgerlichen Presse zu einer großen Angelegenheit aufgebauscht wurden. Eben diese freundlichen Gevattern tauften den Streit als den Kampf zwischen den Alten und den Jungen; wie oft in solchen Fällen, bürgerten sich die Kriegsnamen ein, obgleich sie wenig zutrafen.

Im Wesen der Sache handelte es sich um eine gewisse Unzufriedenheit in einigen großen Städten, wie Dresden, Magdeburg und namentlich Berlin. Soweit diese Unzufriedenheit einen ernsthaften Hintergrund hatte, konnte man sie am ehesten mit der Stimmung kriegsgewohnter Veteranen vergleichen, die beim Aufhören des Krieges ungern ihre mit Geschick und Glück geführten Waffen ablegen. Gerade in Berlin war eine solche Stimmung sehr erklärlich. Nirgends hatte die Partei einen so schweren Stand gehabt, wie in der Reichshauptstadt, und unzweifelhaft war es von großem Nutzen gewesen, daß sich in Berlin ein fest und straff gegliederter Stamm radikal gesinnter Genossen gebildet hatte, an dem sich in erster Reihe alle Gewalt- und alle Korruptionsstreiche der Bismärckerei brachen. Dabei mochte freilich auch wohl einmal ein schärferer Ton angeschlagen werden als gerade nothwendig war, und besonders bei den Berliner Gemeindewahlen pflegten Streitereien zu entstehen, die den Genossen in den Provinzen nicht immer den angenehmsten Eindruck hinterließen. Aber wenn die Berliner Genossen reichlich brummten, so ließen sie es sich auch reichlich sauer werden, und es war wirkliche Sorge um die Partei, wenn sie von dem Aufhören des Sozialistengesetzes eine gewisse Verweichlichung befürchteten, umsomehr befürchteten, als die Partei jetzt wieder verhältnißmäßig stark im Reichstage vertreten war. Ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die Fraktion machte sich geltend, ähnlich wie nach dem Wahlkampfe von 1884, in dem auch eine verhältnißmäßig große Zahl von Mandaten erobert worden war, und wie damals an der Frage der Dampfersubvention, so entbrannte die offene Fehde jetzt an den Fragen der Stichwahlen und der Maifeier.

Unzweifelhaft hatte das Zentralwahlkomite einen in St. Gallen gefaßten Beschluß übertreten, als es zur Unterstützung der bürgerlichen Opposition in den Stichwahlen aufforderte. Aber das Interesse der Partei daran lag so klar und die Zustimmung der weitaus meisten Parteigenossen war so zweifellos, daß der Streit hierüber bald einschlief. Nicht ganz so einfach stand die Sache bei der Maifeier. Unter dem erhebenden Eindruck des 20. Februar hatten zahlreiche, gewerkschaftliche und politische Arbeiterversammlungen beschlossen, den 1. Mai durch Einstellung der Arbeit zu feiern. Daß die Maifeier in dieser Weise begangen werden solle, war in Paris nicht beschlossen, im Gegentheil, jedem Lande je nach Lage der Verhältnisse die Art der Feier überlassen worden. Nun gab es jedenfalls auch große Kreise des deutschen Proletariats, die aus triftigen Gründen von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai nichts wissen wollten. Der industrielle Aufschwung war vorüber, die Geschäfte stockten von Tage zu Tage mehr, und der Versuch, trotzdem am 1. Mai die Arbeitsruhe zu erzwingen, konnte zu schweren wirthschaftlichen und selbst politischen Konflikten führen, deren siegreiche Durchführung unter den obwaltenden Umständen geradezu ausgeschlossen war. Die Unternehmer und die ihnen gesinnungsverwandten Behörden lauerten nur darauf, den Arbeitern den Sieg des 20. Februar durch eine Niederlage am 1. Mai zu entreißen; als diese schöne Hoffnung gescheitert war, gestand Bennigsens Organ,

der Hannoversche Kurier, naiv genug, nun erst sei dem Sozialistengesetze der Todesstoß versetzt worden.

Bei dieser Lage der Dinge schwieg die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wohl allzulange. Sie scheint, erschöpft von den Anstrengungen des Wahlkampfs, die Dringlichkeit der Frage nicht genügend geschätzt zu haben; ihre Absicht, sofort nach dem Zusammentreten des neuen Reichstags einen Fraktionsbeschluß über die Maifeier herbeizuführen, genügte schon deshalb nicht, weil gar nicht feststand, ob der Reichstag vor dem 1. Mai einberufen werden würde, wie er denn thatsächlich erst am 6. Mai zusammentrat. So veröffentlichte am 23. März ein Kreis Berliner Genossen einen Aufruf, der alle Industriestädte, wo starke Arbeiterorganisationen beständen, zur allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai aufforderte. Von diesem eigenmächtigen Vorgehen wurde nun wieder die Fraktion unangenehm berührt, immerhin trat sie jetzt am 13. April in Halle zusammen und beschloß mit allen gegen eine Stimme, von der allgemeinen Arbeitsruhe zwar nicht unbedingt, aber überall da abzurathen, wo sie ohne Konflikte nicht zu erreichen sei. Der Beschluß war unzweifelhaft richtig und würde allgemeine Beachtung gefunden haben, wenn nicht schon viele Arbeiter für die Arbeitsruhe engagirt gewesen und daran durch hetzerische Bemerkungen der Bourgeoispresse über die „Feigheit" eines Rücktritts festgehalten worden wären. Namentlich in Hamburg wurde der Versuch gemacht, die Arbeitsruhe durchzusetzen, führte aber auch in diesem, gewerkschaftlich und politisch am besten gerüsteten Waffenplatze der Partei nur zu schweren und verlustreichen Kämpfen. Der Einwand der oppositionellen Stimmen, daß die Sache einen besseren Verlauf genommen und mit einem großen proletarischen Triumphe geendet haben würde, wenn die Fraktion nicht abmahnend eingegriffen hätte, war nun zwar an und für sich hinfällig; eher war der Vorwurf richtig, daß die Fraktion nicht früh genug abgemahnt habe; jedenfalls aber hinterließ diese Streitfrage mancherlei Mißstimmungen.

Die Oppositionselemente in Dresden, Magdeburg und Berlin bestanden aus praktisch vielfach sehr tüchtigen, aber in Rede und Schrift unbeholfenen Leuten, und so konnte es geschehen, daß sich einige junge Schriftsteller zu ihren Wortführern aufwarfen. Insoweit sprach Engels mit Recht von einer „Literaten- und Studentenrevolte", denn durch diese theilweise noch sehr jugendlichen Kräfte wurde der Streit um einige konkrete Fragen zu einem prinzipiellen Kampfe zwischen den Alten und den Jungen aufgeblasen. Einzelne von ihnen, wie Paul Ernst und Paul Kampffmeyer, besaßen Gaben und Kenntnisse; sie fehlten nur darin, daß sie, noch unerfahren in den praktischen Bedingungen politischer Kämpfe, das Kommunistische Manifest in zu einseitig-formalistischer Weise auffaßten. Andere aber, wie Hans Müller und Bruno Wille, forderten ein härteres Urtheil heraus. Müller phantasirte sich innerhalb der Partei einen fürchterlichen Klassenkampf zwischen Kleinbürgerthum und Proletariat zurecht, indem er, ganz nach Puttkamers Zitirmethode, wenn auch in umgekehrter Tendenz, aus den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes etwa ebenso viele mündliche oder schriftliche Aeußerungen

hervorragender oder nicht hervorragender Parteigenossen zusammenscharrte, worin etwa ein kleinbürgerlich-radikaler Stich zu entdecken war, und daran geschmackvolle Redensarten über „eiternde Geschwüre" am Leibe der Partei knüpfte. Bruno Wille gar, ein öder Schwätzer des freigemeindlichen Schlages, gab die dummdreiste Albernheit von sich: das Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, ist die Korruption.

Von den Alten nahm Bebel den Kampf gegen diese Jungen auf. Taktisch wäre es gewiß richtiger gewesen, wenn er die Müller und Wille mehr von der humoristischen Seite aufgefaßt, wenn er nicht von „bubenhaften", sondern etwa von knabenhaften Angriffen gesprochen hätte; aber wer mochte es einem Manne, der zwölf Jahre lang in erster Reihe des Kampfes Last und Hitze getragen hatte, groß verdenken, wenn solche Anrempelungen ihm die Galle überlaufen ließen? Am wenigsten verdachten es ihm die Arbeiter; in großen Versammlungen, die am 10. August in Dresden und am 13. August in Magdeburg tagten, namentlich aber in einer Berliner Riesenversammlung am 25. August erklärten sie sich mit erdrückender Mehrheit für Bebel und gegen Müller-Wille, für die Alten und gegen die Jungen, zum herzbrechenden Kummer der bürgerlichen Presse, die statt sich über die Bekehrung der Alten zum „kleinbürgerlichen Possibilismus" zu freuen, merkwürdiger Weise ein rührendes Interesse für die „revolutionären" Tiraden der Jungen bekundet hatte.

III. Die Parteitage in Halle und in Erfurt.

Die wichtigsten Aufgaben, die der Partei nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes oblagen, bestanden darin, eine neue Organisation und ein neues Programm zu schaffen. Sie wurden auf den Parteitagen in Halle und in Erfurt gelöst.

Der Parteitag in Halle tagte vom 12. bis zum 18. Oktober 1890. Er verlief überaus glänzend und stattlich, 400 Delegirte wohnten ihm bei, 17 Gäste überbrachten die Glückwünsche und Grüße der österreichischen, schweizerischen, englischen, französischen, belgischen, holländischen, dänischen, schwedischen und polnischen Schwesterparteien. Die Debatten über die neue Organisation führten nach lebhaften Verhandlungen zu völligem Einverständnisse. Eine Vereinsorganisation, wie sie vor dem Sozialistengesetze bestanden hatte, wurde aufgegeben; dafür war die Partei viel zu groß geworden, ganz abgesehen von den polizeilichen Schwierigkeiten. Die nothwendige Zentralisation wurde durch den jährlichen Parteitag, den jährlich vom Parteitage zu wählenden Parteivorstand und das Zentralorgan hergestellt; an die Stelle des Sozialdemokraten, der nach rühmlich erkämpftem Siege freiwillig sein Erscheinen eingestellt hatte, trat das Berliner Volksblatt unter dem neuen Namen Vorwärts. Die Verbindung zwischen dem Parteivorstande und den örtlichen Mitgliedschaften stellten von diesen zu wählende Vertrauensmänner her. Der Parteivorstand wurde aus 12 Personen zusammengesetzt, von denen 5 die eigentlichen Geschäfte führen, 7 aber die Kontrolle haben sollten.

Die Opposition fand auf diesem Parteitage ihren Sprecher in dem Buchdrucker Werner, der sehr ungeschickt auftrat und sich in kleinlichen Klatsch verlor. Seine Beschuldigungen zerfielen in Nichts, als sie in einer Kommission geprüft wurden, und Werner versprach Ruhe zu halten, nachdem der Parteitag gesprochen habe. Es geschah auch bis in den Sommer 1891 hinein. Dann aber erweckte eine Rede, die Vollmar am 1. Juni in München gehalten hatte, die Opposition in Berlin und in Magdeburg von Neuem. Auf Vollmars Auffassungen hatte seine erfolgreiche Thätigkeit in Baiern ein wenig abgefärbt; er befürwortete keineswegs, die Endziele der Partei aufzugeben, aber doch, ihre Hauptkraft auf einige praktische Punkte zu konzentriren, wie Weiterführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, Sicherung des Koalitionsrechts, Beseitigung der Lebensmittelzölle. Er meinte: dem schlechten Willen die Faust, aber dem guten Willen die offene Hand! Schade nur, daß sich von dem „guten Willen" der herrschenden Klassen auch nach Bismarcks Sturze so verzweifelt wenig erkennen ließ. Die internationale Arbeiterschutzkonferenz war ausgegangen wie das Hornberger Schießen; die Novelle zur Gewerbeordnung, die in den Februarerlassen angekündigt worden war, hatte nicht einmal den mäßigsten Ansprüchen an eine Fortbildung der Fabrikgesetzgebung entsprochen und war obendrein mit einem schmählichen Attentat auf das Koalitionsrecht bepackt gewesen; an den Lebensmittelzöllen hielt Bismarcks Nachfolger so zähe fest, wie Bismarck selbst. Es war kein Wunder, daß Vollmars Rede von weiten Parteikreisen als bedenkliche Schwenkung empfunden wurde.

Viel bedenklicher aber stieß nun die Berliner Opposition nach der entgegengesetzten Seite vor. Nachdem sie in öffentlichen Versammlungen namentlich mit Bebel und Fischer heftig zusammengeprallt war, faßte sie ihre Ansichten in einem Flugblatte zusammen, das, vermuthlich von dem Tapezierer Wildberger verfaßt, einen Stamm erprobter Arbeiter hinter sich hatte, und als männliche Kundgebung unzweifelhaft über den faden Kindereien der Müller und Wille stand. Trotzdem litt es an dem schlimmsten Fehler, den eine programmatische Kundgebung haben kann; es hatte so wenig einen praktischen Griff, wie eine praktische Spitze. Seinen Hauptstoß richtete es gegen die parlamentarische Thätigkeit der Partei und behauptete, von einer solchen Thätigkeit habe keine Rede sein können, so lange die Partei jung gewesen sei und aus Proletariern bestanden habe. Nichts aber konnte unrichtiger sein, als diese Behauptung. Es war bezeichnend, daß ihre Urheber aus der ganzen Parteigeschichte nur ein einziges Zeugniß für sie beizubringen vermochten, nämlich jene Rede Liebknechts aus dem Jahre 1869, die von Liebknecht selbst längst als unhaltbar aufgegeben worden war und die zur Zeit, wo sie gehalten wurde, schon in vollkommenem Widerspruche mit der nicht nur von Lassalle und Schweitzer, sondern auch von Bebel und Engels empfohlenen Parteitaktik stand. In dem vergeblichen Versuche, einen ganz haltlosen Standpunkt zu stützen, verfielen die Wortführer der Opposition wieder auf gehässige Verdächtigungen der Parteileitung und allerlei ungreifbaren Klatsch. Das war ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse, die den dunklen Anschuldigungen ein

hundertfaches Echo durch das ganze Land gab, und so wurde es zu einem unvermeidlichen Akte der Nothwehr, daß die Parteileitung den oppositionellen Elementen auf dem Parteitage in Erfurt die Schlacht anbot unter dem Zeichen: Beweist oder widerruft; könnt ihr das eine und wollt ihr das andere nicht, so scheidet aus der Partei.

Der Parteitag in Erfurt tagte vom 14. bis 20. Oktober 1891. Er war von 250 Delegirten besucht, von denen knapp ein Dutzend zur Opposition zählte. Die Debatten über die Taktik beanspruchten mehrere Tage. Mit Vollmar, der durchaus kein Pronunziamento beabsichtigt hatte, wurde eine völlige Verständigung erreicht, nicht so mit der Berliner und Magdeburger Opposition. Jeder ihrer Delegirten vertrat seinen eigenen Standpunkt, und nicht einmal Wildberger, geschweige denn Werner vermochte mit seinen Darlegungen einen tieferen Eindruck zu erzielen. Diese beiden, sowie drei Magdeburger Delegirte erklärten ihren Austritt aus der Partei, als eine Kommission niedergesetzt wurde, um ihre Anklagen zu prüfen; gleichwohl erledigte die Kommission ihre Arbeit und beantragte die Ausschließung Wildbergers und Werners, die vom Parteitage mit allen gegen elf Stimmen bestätigt wurde.

Die Opposition versuchte sich nunmehr als eine Partei der Unabhängigen zu organisiren, doch verlief der Versuch im Sande. Eine Minderzahl splitterte sich zu einem anarchistischen Fraktiönchen ab, die Mehrzahl fand sich wieder in der Partei zurecht. So auch Paul Ernst und Paul Kampffmeyer, während die Müller und Wille sich mit den schmerzlichen Enttäuschungen verkannter Genies abfanden, so gut oder so schlecht sie konnten.

IV. Das Erfurter Programm.

Die erfreuliche Seite des Erfurter Parteitags bildete die Feststellung eines neuen Parteiprogramms. Die Nothwendigkeit, das Gothaer Programm zu revidiren, war immer lebhafter hervorgetreten, je mehr sich die Partei unter dem Sozialistengesetze über ihr historisches Wesen und ihre historischen Ziele klar geworden war. In St. Gallen hatten Auer, Bebel und Liebknecht bereits den Auftrag erhalten, ein neues Parteiprogramm vorzubereiten. In dem heißen Drange der praktischen Kämpfe war es nicht dazu gekommen; um so eifriger wurde die Frage erörtert, als die Partei nach dem Falle des Sozialistengesetzes wieder einigen freien Spielraum besaß.

Irgend eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit trat dabei nirgends hervor, auch nicht soweit sich die Opposition an der Debatte betheiligte; ein Magdeburger Entwurf, an dem wohl Paul Kampffmeyer den größten Antheil hatte, zeichnete sich sogar vor dem Entwurfe des Parteivorstandes durch theilweise geschicktere Fassung aus. Die noch zu leistende Arbeit war wesentlich redaktioneller Natur; es kam darauf an, die Gedankenwelt, auf deren Höhe sich die Partei empor-

gearbeitet hatte, in der klarsten und knappsten Form zusammenzufassen, einerseits die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, das Endziel der proletarischen Klassenbewegung aus der historischen Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, andererseits die praktischen Wege der Partei auf dem Boden dieser Gesellschaft abzustecken. Eine solche Zweitheilung entsprach der Taktik des klassenbewußten Proletariats, das unter praktisch gegebenen Verhältnissen kämpfen muß, aber als sicheren Kompaß auf dem klippenreichen und stürmischen Meere moderner Klassenkämpfe nur sein Endziel besitzt. Der Entwurf, den der Erfurter Parteitag nach eingehender kommissarischer Berathung einstimmig genehmigte, war von Kautsky verfaßt.

Die Gegner sprachen von einem „Programmhumbug" in dem Sinne, daß die „Parteigelehrten" das Erfurter Programm zurecht geflickt hätten, um den wilden Zerstörungsappetiten der Massen ein schimmerndes Mäntelchen umzuhängen. Soweit damit gesagt sein sollte, daß nicht jeder der nahezu anderthalb Millionen Wähler, die am 20. Februar für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt hatten, ein überzeugter Anhänger der sozialdemokratischen Bestrebungen sei, wurden offene Thüren eingerannt. In einer seiner letzten Nummern hatte der Sozialdemokrat darüber treffend geschrieben, ein dümmerer Trost sei nicht denkbar. So weit die sozialistischen Stimmen kein unbedingtes Mißtrauensvotum gegen die bürgerliche Gesellschaft seien, seien sie ein unbedingtes Vertrauensvotum für die Partei des „Umsturzes", deren Pläne von allen bürgerlichen Parteien als ausbündiger Wahnsinn geschildert würden. Was sei also mit dieser Beweisführung für die Gegner gewonnen? Damit war die eine Seite des „Programmhumbugs" schon im Voraus abgethan worden.

Seine andere Seite aber war ein wirklicher Humbug. Von der Partei selbst war jeder Satz des neuen Programms in jahrzehntelangem Ringen erarbeitet, erkämpft, erlebt worden; dies im Einzelnen nachzuweisen, hieße die innere Geschichte der Partei noch einmal erzählen von Lassalles Offenem Antwortschreiben bis zum Erfurter Programm.

Elftes Kapitel.

Kunst und Proletariat.

Zu den Mitteln der Jungen, die Arbeiterkreise zu gewinnen, gehörte nebenbei der Versuch, sie durch künstlerische Spiele an sich zu fesseln. Hatte der bürgerliche Emanzipationskampf, namentlich in Deutschland, eine Reihe seiner entscheidenden Schlachten auf künstlerischem Gebiete geschlagen, so vollzog sich der proletarische Emanzipationskampf, und zwar nicht zu seinem Schaden, von vornherein auf ökonomischem und politischem Gebiete. So wollte es die historische Entwicklung. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fehlte noch so gut

wie ganz die ökonomische und die politische Freiheit, von der es in seiner zweiten Hälfte doch wenigstens ein Stück gab; das kämpfende Proletariat kam unmittelbar an den Feind und brauchte keinen künstlerischen Umweg einzuschlagen. Dann aber beruht die Kunst in der modernen bürgerlichen Gesellschaft durchaus auf kapitalistischen Voraussetzungen; so alle bildende Kunst, so Musik und Theater, nur in der lyrischen und epischen Dichtung war dem Proletariat überhaupt die Bethätigung seines Klassengeistes möglich, woran es denn auch nicht gefehlt hat.

Aber immer nur in dem Sinne, daß die Muse zu begleiten, doch zu leiten nicht versteht. Die „tendenziöse Kunst" des Proletariats war im Grunde offener und wahrer, als die „reine Kunst" der Bourgeoisie, die nie und nirgends existirt hat, die nur eine reaktionäre Erfindung ist, gerichtet gegen die großen revolutionären Dichter des Bürgerthums, die alle „tendenziös" im Sinne ihrer Klasse gewesen sind. Seit den zahlreichen Klageliedern, die um Lassalles frühen Tod erschollen, schlang sich ein Kranz schlichter und schmuckloser Weisen durch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, „manch rund, manch rauh gestammelt, manch still, manch wild Gedicht": Audorf, Hasenclever, Frohme, Geib und wie viele noch schmiedeten ihren wackeren Reim in den Mußestunden des politischen Tageskampfs; andere, wie Max Kegel, Leopold Jacoby, Rudolf Lavant, standen der Politik ferner und der Dichtung näher, aber auch sie beanspruchten keine neue Aera der Kunst zu eröffnen. Sie wollten nur, wie sich der formvollendetste von ihnen einmal ausdrückte, allem Zorn, aller Trauer, allem Jubel Luft machen, womit sie der proletarische Befreiungskampf in seinen wechselnden Phasen erfüllte, sich den Ueberschwang der Empfindungen, der ihnen die Brust zu zersprengen drohte, vom Herzen singen; ob die zünftige Literaturgeschichte sie einmal in einem ihrer vielen Fächer unterbringen werde, das hat ihnen niemals eine schlaflose Stunde gemacht.

Ein literarisches Unterhaltungsblatt, das sich die Partei nicht lange vor dem Sozialistengesetze gegründet hatte, unterlag den mittelbaren Wirkungen dieses Gesetzes. Dann schuf Dietz unter Beihilfe von Rudolf Lavant und Blos im Wahren Jacob einen neuen Sammelplatz für das literarische Parteileben. Nach seiner ursprünglichen Anlage ein Witzblatt, erst vorsichtig einherschreitend auf schwankem Boden, gestaltete sich der Wahre Jacob mit den Jahren in Bild und Wort immer reicher aus, er gewann Hunderttausende von Lesern und wurde das verbreitetste Blatt der Partei: ein frischer und lustiger Bursch, der auf seinem mächtigen Rücken auch ein gut Stück ernster Parteiarbeit trug. Neben ihm gedieh der Süddeutsche Postillon in München. Dazu kamen die Parteikalender, um deren novellistischen Ausbau sich Robert Schweichel große Verdienste erwarb. Ein alter Achtundvierziger, dem als gereiftem Manne im Exil unter dem einfachen und einsamen Bauernvolke der Alpen die Dichtkunst, die sonst der Jugend lockige Scheitel liebt, als ernste Freundin zur Seite trat, blieb Schweichel den Idealen seiner Jugend immer treu; an einem bedeutsamen Tage der politischen Parteientwicklung, auf dem Nürnberger Kongresse von 1868, half er mit seiner ergreifenden Programmrede den Sieg entscheiden; er war der altväterischen

Meinung, daß zum ganzen Dichter nicht nur ein Kopf und ein Herz, sondern auch ein Stück Rückgrat gehöre. Immer anmuthig und klar in der Form, aus echt dichterischem Geiste geboren und gestaltet, athmeten seine zahlreichen Erzählungen für die Kalender der Partei, obenan die wundervollen Skizzen aus dem Bauernkriege, eine feste und männliche Gesinnung.

Davon war leider wenig zu spüren in der künstlerischen Rebellion, die sich während der achtziger Jahre innerhalb der deutschen Bourgeoisie erhob. Unzweifelhaft war sie ein Fortschritt gegenüber der Bedientenhaftigkeit, womit die Dichter und Künstler in den siebziger Jahren an den überladenen Tischen des Börsenpöbels schmarotzt hatten. Mit dem schamlosen Auswachsen des kapitalistischen Banausenthums war es nun doch zu viel der Erniedrigung geworden: wie die Impressionisten der bildenden, so rüttelten die Naturalisten der dichtenden Kunst an den Ketten, die ihre Glieder lähmten; von der vergiftenden Atmosphäre einer verfaulenden Gesellschaft wollten sie sich durch unbedingte Hingabe an die Natur retten. Dabei übersahen sie den entscheidenden Gesichtspunkt, daß es gegen gesellschaftliche Krankheiten nur gesellschaftliche Heilmittel giebt, daß aus dem kapitalistischen Sumpfe nur ein entschlossener Sprung auf den festen Boden der proletarischen Weltanschauung retten kann. Hierzu mochten sich die sogenannten Modernen nicht verstehen. Auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft wollten sie bleiben, als ob mit der möglichst naturgetreuen Wiedergabe des kapitalistischen Schmutzes eine neue Aera der Kunst eröffnet werden könne! Sie sahen nur die alte vergehende, aber nicht die neue entstehende Welt; sie fanden das Lumpenproletariat im Bordell und in der Schnapskneipe, aber sie wußten nicht, wo das klassenbewußte Proletariat arbeitet und kämpft. Daher blieben sie eine Dekadentenschule, die in der historischen Auflösung der bürgerlichen Klasse eine ähnliche Stellung einnahm, wie einst die romantische Dichterschule in der historischen Auflösung der feudalen Klasse.

Die romantische Dichterschule hatte ihren Kleist und ihren Uhland gehabt, so auch zählten die Modernen ein paar große Lyriker, wie Liliencron und namentlich Arno Holz, die im Kampfe für ihre künstlerischen Ideale mannhaft dem Hunger trotzten, sie besaßen auch einige dramatische Talente, wie Hauptmann und Halbe. Aber in ihrer Masse litten sie an ähnlichen Schwächen, wie einst die Romantiker: an der Abhängigkeit von größeren Meistern des Auslandes, an überstiegenem Größenwahn und widerlicher Reklamewirthschaft, an politischer Gesinnungslosigkeit, an der Ueberschätzung formeller Stilkünsteleien, die den Mangel an wirklicher Schöpferkraft mehr enthüllten als verdeckten. Typisch für sie war die Entwicklung ihrer anspruchsvollsten Größe. Als Hauptmann in seinen Webern, deren mächtiger Stoff für ihn gedichtet und gedacht hatte, wie mit revolutionärem Feuer getauft erschien, rannten seine Freunde klagend durch die Gassen der Bourgeoisie, so sei es nicht gemeint gewesen, Hauptmann habe nur ein christlich-mitleidig-sentimentales Melodrama schreiben wollen; dann zersplitterte die Kraft dieses Dichters gänzlich an den granitenen Massen des Bauernkrieges, und endlich wurde er mit der

Versunkenen Glocke, einer romantischen Lüge ganz im alten romantischen Stile, der gefeierte Liebling des Bourgeoispublikums. Den Dichtern dieser Schule entsprachen ihre Kritiker, die, angebliche Gegner der Lindauerei, sich sofort mit ihr verbündeten, sobald es die kapitalistische Korruption zu vertheidigen galt. Sie hatten ihre paar rasselnden Schlagworte von Nietzsche gelernt, dem Philosophen der großkapitalistischen „Uebermenschheit", der seinerseits die alten Hefte Leos und Treitschkes plünderte, um überhaupt etwas vom Sozialismus sagen zu können, und wäre es nicht mehr, als der erste beste Jobber oder das erste beste Reptil davon zu sagen hat. Begabte Jünger Nietzsches wurden Bismärckische Pack- und Preßknechte des gewöhnlichsten Schlages, feierten überschwänglich die russische Knute, härteten ihre Hand durch Begrüßung mit dem schlimmsten Polizeigesindel des Sozialistengesetzes.

Soweit sich in diesen Modernen wirkliches Leben und wirklicher Trotz gegen die kapitalistische Gesellschaft kundgab, fanden sie zunächst in den entwickeltsten Arbeiterschichten eine gewisse Beachtung. Eine tiefe Sehnsucht nach der Kunst lebt unausrottbar in dem klassenbewußten Proletariat, das alles große Vermögen gesitteter Menschheit für sich zu erobern entschlossen und fähig ist. Aber die Arbeiter erkannten schnell genug die unheilbaren Schwächen des dichterischen Naturalismus und kehrten lieber zu den bürgerlichen Klassikern zurück, in denen sie fanden, was ihnen die Modernen nicht geben konnten: den vorwärtsstürmenden Kampf wirklicher Kultur. Das Proletariat lehnte ab, sich für eine Kunst zu begeistern, die in sehr unkünstlerischer Tendenz nichts von dem wissen wollte, was sein eigenstes und ursprünglichstes Leben ist; sollte die Arbeiterklasse demüthiger sein, als die Bourgeoisie, die in ihren großen Tagen auch immer jede Kunst abgelehnt hatte, die nicht aus ihrem Geiste geboren war? Vergebens suchten sich die Modernen für diese Zurückweisung durch Spöttereien über die geistige Rückständigkeit der Arbeiter zu rächen: das Proletariat stand ihnen mit gelassener Kühle gegenüber, nicht weil es ihre hehren Geheimnisse nicht zu fassen wußte, sondern weil ihre Kunst nicht entfernt heranreichte an die historische Größe des proletarischen Emanzipationskampfes.

Die einzige Spur, die diese Dichterschule in der Arbeiterbewegung zurückließ, war die Gründung der Freien Volksbühne in Berlin. Das kleine Unternehmen trat mit dem Falle des Sozialistengesetzes ins Leben unter der „volkspädagogischen" Leitung der Jungen und der Modernen, doch dauerte es nicht lange, bis die Berliner Arbeiter sich die heitere Vormundschaft abschüttelten und selbst ihre Bühne leiteten, die nun nach kränkelnden Anfängen zu großer Blüthe gedieh und bald in Hamburg eine Schwester gewann. Gleichwohl darf der Werth dieser künstlerischen Organisationen für die moderne Arbeiterbewegung nicht überschätzt werden. Von vornherein auf einige große Städte beschränkt, fristen sie auch in ihnen nur ein unsicheres Leben, da das Theater zu den stärksten Burgen des Kapitalismus gehört; immer müssen sie sehr auf der Hut sein, nicht zu gleichgiltigen Spielereien herabzusinken, die wichtigere Aufgaben des Proletariats

schädigen, in der Weise etwa, wie ein Bismärckischer Offiziöser schon in den siebziger Jahren die Gründung einer königlich preußischen Volksbühne zur „Bildung“ und „Beruhigung“ des Proletariats empfahl. Die Kunst darf ihre Wiedergeburt erst von dem ökonomisch-politischen Siege des Proletariats erwarten; in seinen Befreiungskampf vermag sie nicht tief einzugreifen.

Zwölftes Kapitel.

Rück- und Vorblicke.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts blickt erst auf eine verhältnißmäßig kurze Spanne Zeit zurück; was bedeuten im Leben der Völker ein oder zwei Menschenalter! Dennoch hat ihr die flüchtige Frist genügt, sich zu einer Macht zu entwickeln, die nicht mehr niedergeworfen werden kann. Es ist übertrieben, zu sagen, daß sie nur noch mit Siegen zu rechnen brauche, denn die schwersten Kämpfe stehen ihr noch bevor. Sie kann in ihnen Niederlagen erleiden, wie sie deren in der Vergangenheit erlitten hat; ja, wenn sie Niederlagen in der Zukunft erleiden sollte, so werden sie schmerzlicher sein, als ihre Niederlagen in der Vergangenheit gewesen sind. Aber was durch keine Niederlage mehr, auch durch die schwerste nicht, gebrochen werden kann, das ist die revolutionäre Arbeiterbewegung selbst. Sie ist der Eckstein der menschheitlichen Kulturentwicklung geworden, und mit Recht sagt Rudolf Meyer von der deutschen Sozialdemokratie, ohne ihre Blüthe sei die Blüthe der deutschen Industrie undenkbar, was mit anderen Worten nur heißt, daß Deutschland aus dem Reigen der großen Kulturvölker verschwinden würde, wenn die Zerschmetterung seines klassenbewußten Proletariats gelänge, wie sie denn freilich niemals gelingen kann.

Eine weltgeschichtliche Massenbewegung ist wie ein großes Freskogemälde, das aus einer gewissen Entfernung betrachtet sein will; wer mit der Nase darauf liegt, sieht nichts anderes als einen wirren Haufen grober Klexe und Striche. Der kurzsichtige Blick interessirter Gegner läßt sich dadurch leicht irre führen; wie seltsam liest sich heute, was ein angesehener bürgerlicher Schriftsteller vor wenig mehr als zwanzig Jahren schrieb: man dürfe einen deutschkatholischen Wanderprediger nicht dem verächtlichen Hohne preisgeben, der einem in Wirthshäusern dozirenden reisenden Lassalleaner schon recht sei! Wer historisch zu denken und zu urtheilen vermag, wird die revolutionäre Arbeiterbewegung immer nur nach ihren großen historischen Zusammenhängen auffassen. Aber freilich wird sich auch ihm in anderer Weise empfindlich machen, wie klein der Einzelne gegenüber dieser ungeheuren Weltwende ist. Er wird den sieghaften Lauf des Stromes verfolgen, aber von dem, was in purpurner Tiefe lebt, von der geistigen und sittlichen Energie, von dem menschlichen Adel, von dem Thatendrang und

Wissensdurst, der in tausenden und tausenden von Einzelschicksalen die Wasser vorwärts treibt, wird er nur eine schwache Vorstellung geben können. Hier wäre eine unerschöpfliche Fundgrube des herrlichsten Stoffes für moderne Dichter, die dieses Namens würdig sein wollen.

Nicht als ob der Proletarier, der zum Klassenbewußtsein erwacht, dadurch ein vollkommener Mensch würde! Mag sich die verkommende Bourgeoisie mit „übermenschlichen" Aeffereien über ihr jammerhaftes Schicksal trösten: die Arbeiterbewegung ist echt menschlich und rein menschlich. Wie sollten auch unter den unmenschlichen Zuständen, die der Kapitalismus über die Masse der Menschen verhängt, ideale Menschen entstehen können! Gerade aus den Tiefen menschlicher Erniedrigung ringt sich die Arbeiterklasse zu einem menschenwürdigen Dasein empor, aber in diesem Ringen entfalten sich alle jene Züge echter Menschlichkeit, die der kapitalistische Philosoph Nietzsche nicht genug zu schmähen weiß: Gemeinsinn, Wohlwollen, Rücksicht, Fleiß, Mäßigkeit, Bescheidenheit, Nachsicht. Nicht von einem Tage zum anderen, nicht überall gleichmäßig, auch nicht ohne Hemmnisse und Rückfälle, aber wer die moderne Arbeiterklasse kennt, wird einen mächtigen Fortschritt erkennen, der für die Kultur der Menschheit unendlich viel mehr bedeutet, als die Dogmen aller Religionen und die Lehren aller Philosophen je für sie bedeutet haben.

Deshalb ist es so ruch- wie sinnlos, deshalb zeugt es ebenso von abgrundtiefer Gemeinheit des Charakters, wie von schauerlicher Verblödung des Geistes, die revolutionäre Arbeiterbewegung niederkartätschen zu wollen. Aber auch die wohlmeinenden Ideologen, die dem proletarischen Klassenkampfe aus angeblich ethischen Gründen und mit angeblich ethischen Mitteln an den Kragen wollen, wissen im günstigsten Falle nicht, was sie thun. Als ob der noch so herausfordernde und unbequeme Trotz dieses Kampfes nicht immer eine rauhe und männliche Tugend wäre, wie die freiwillige Unterwerfung unter ein unwürdiges Joch ein feiges und weibisches Laster ist!

Nicht mehr darum handelt es sich für das moderne Proletariat, ob es den Klassenkampf führen soll, um sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien, sondern nur noch darum, wie es diesen Kampf am schnellsten zum sicheren Siege führen kann. Seit dem Erlöschen des Utopismus sind darüber alle wesentlichen Zweifel zerstreut; die Taktik der Sozialdemokratie ist heute dieselbe, die einst das Kommunistische Manifest und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles Offenes Antwortschreiben empfahl. In dem rastlosen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft stellt jedes neue Jahr neue Aufgaben, über deren Lösung die Meinungen in der Partei oft auseinandergehen werden. Immer wird es eine Richtung geben, die mehr auf das revolutionäre Endziel, immer eine andere Richtung, die mehr auf die praktischen Wege zu diesem Ziele sieht: das liegt in der Natur der Dinge, wie in der Natur der Menschen. Aber wie Weg und Ziel untrennbar zusammenhängen, so ergiebt sich aus diesem Widerstreit nur die Diagonale der Kräfte, die den schnellen Vormarsch

der Partei bewirkt. Sie hat geirrt und kann wieder irren, aber keiner Macht der Welt ist es mehr gegeben, sie dauernd ihrem Ziel abwendig zu machen oder sie dauernd über die richtigen Wege zu ihrem Ziele zu täuschen.

Lohnt es sich noch, ein Wort über die Narren zu verlieren, die von den „Utopien" der Sozialdemokratie faseln, eben weil die moderne Sozialdemokratie allen Utopismus abgethan hat? Sie läßt sich daran genügen, daß jeder Schritt, den sie vorwärts thut, um die Lohnsklaverei zu zerbrechen, auch ein Schritt vorwärts ist, um die kommunistische Gesellschaft zu schaffen. So vollziehen sich weltgeschichtliche Befreiungskämpfe überhaupt, und anders können sie sich gar nicht vollziehen. Die Sozialdemokratie verhöhnen, weil sie kein Bild der kommunistischen Gesellschaft in der Tasche hat, heißt die großen Vorkämpfer der bürgerlichen Klasse verhöhnen, weil sie das feudale Joch zerbrachen, ohne eine Ahnung von der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Dampfschiffen und Eisenbahnen und tausend technischen Wundern zu haben. Vor gerade hundert Jahren entwarf Fichte, damals sicherlich der freieste Kopf in Deutschland und nebenbei einer der größten Denker aller Zeiten, ein Bild des bürgerlichen Zukunftsstaats, das heute selbst Junker und Pfaffen als eine reaktionäre Utopie zurückweisen würden. Deshalb war die Abschüttelung des feudalen Jochs keine bürgerliche Utopie, so wenig wie heute die Abschüttelung des kapitalistischen Jochs eine proletarische Utopie ist, weil das Proletariat ein- für allemal darauf verzichtet, Bilder einer Zukunft zu entwerfen, die kein Mensch vorhersehen kann.

In dem einen wie in dem anderen Falle vollzog und vollzieht sich eine historische Nothwendigkeit mit unerbittlicher Gewalt. Nur darin liegen wirkliche Unterschiede, daß die Schnelligkeit, womit sich die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft umwälzt, zu der Schnelligkeit, womit sich die feudalistische in die kapitalistische Gesellschaft umgewälzt hat, etwa so verhält, wie die Schnelligkeit einer Lokomotive zur Schnelligkeit einer Postkutsche, daß mit dem kapitalistischen Joche das letzte Joch zerbrochen wird, das die Menschheit büttelt.

Der Emanzipationskampf der modernen Arbeiterklasse ist der glorreichste und größte Befreiungskampf, den die Weltgeschichte kennt, und Jahrhunderte deutscher Schmach löscht die Thatsache aus, daß die deutsche Sozialdemokratie diesen Kampf in der Vorhut führt.

Anmerkungen.

Die alte Erfahrung, daß jedes Buch sich selbst das Recht seines Daseins erkämpfen muß, trifft dreimal zu auf eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, die wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden versucht. Ich habe deshalb darauf verzichtet, meiner Arbeit ein Vorwort beizugeben; ein solcher Geleitsbrief würde in dem einen Falle überflüssig, in dem anderen Falle wirkungslos sein. Jede Kritik, die ihre Sache so ernst nimmt, wie ich meine Sache genommen habe, wird mir willkommen sein; gegen die giftigen Bisse der kapitalistischen Presse oder ihr feines Todtschweigesystem bin ich längst immun. Gerade die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zeigt auf jedem Blatte die klägliche Ohnmacht dieser Waffen.

Sollte ich nicht ganz umsonst gearbeitet haben, so brauche ich nicht zu entschuldigen, daß sich das Erscheinen des Bandes etwas hingezögert hat. Es war nicht leicht, den gewaltigen, in die verschiedensten Gebiete übergreifenden Stoff in eine durchsichtige und verhältnißmäßig enge Form zu schlagen. Ohnehin habe ich den ursprünglich geplanten Umfang weit überschritten, sehr gegen meinen Willen, aber unter einem Zwange, der sich nicht abweisen ließ. Es ist das Schicksal der modernen Sozialdemokratie, das Erbe einer Kultur von Jahrtausenden anzutreten; ihre Geschichte kann so wenig ganz kurz sein, wie ihr Programm.

Wer das Erfurter Programm versteht, wird hoffentlich auf keine Schwierigkeit in der Darstellung stoßen; eine Gemeinverständlichkeit, die darüber hinausginge und nothwendig zur Gemeinplätzlichkeit geworden wäre, habe ich nicht erstrebt. Ebenso wenig sind die nachfolgenden Quellennachweise auf Leser berechnet, die dem Gegenstande noch ganz fremd gegenüberstehen. Auch trachten sie durchaus nicht nach bibliographischer Vollständigkeit. Lessings bekanntes Wort: Das schlechte Buch solle rar sein, in das sich gar nichts Gutes, auch nicht von Ungefähr eingeschlichen hätte, ist an der zeitgenössischen Literatur über die deutsche Sozialdemokratie längst zu Schanden geworden. In ihr finden sich Hunderte von Schriften, die nichts enthalten, als plumpe Mißverständnisse, perfide Entstellungen, flache Plagiate. Es hat gar keinen Zweck, diesen Schund zu registriren. Ich gebe nur so viel, als zur Kontrolle meiner Darstellung genügen und anderen Arbeitern auf diesem Gebiete ein wenig vorwärts helfen mag.

Allgemeines.

Eine umfassende Geschichte der deutschen Sozialdemokratie fehlt bisher. Ansätze dazu bei Herkner, Arbeiterfrage, 2. Aufl., Berl. 97, und bei Sombart, Sozialism. u. soz. Bewegung i. 19. Jahrh., Jena 96. Jedoch liegen die Verdienste dieser Schriften nicht auf historischem Gebiete. Herkners geschichtliche Auffassung überschreitet nirgends den bürgerlichen Horizont, und Sombart versperrt sich selbst den Weg tieferer Erkenntniß durch die famose Unterscheidung zwischen den genialen Denkern Marx und Engels einer-, und den politischen „Welteneichhörnchen" Marx und Engels andererseits.

Wo die Professorenliteratur über die allgemeine Geschichte des Jahrhunderts auf die Arbeiterbewegung zu sprechen kommt, wird sie einfach kindisch. Man lese in dem Onckenschen Sammelwerke Flathe über die Märzrevolution und Oncken selbst

über die Attentatsperiode. Oncken läßt den blutjungen Idioten Hödel als sozialdemokratischen Agitator in Italien, Frankreich und Spanien reisen, was im Sommer 1878 nicht einmal die ärgste Denunziantenpresse zu behaupten gewagt hat. Harmloser, aber wo möglich noch einfältiger behauptet Sybel in seinem vielbändigen Werk über die Reichsgründung, das „ganze sozialdemokratische System" sei daran gescheitert, daß, nach der „praktischen" Durchführung der Lassalleschen Produktivgenossenschaften mit Staatskredit, entweder „für Fabriken, deren Thätigkeit eine komplizirtere Technik voraussetzte, die republikanische Verwaltung durch die Arbeiter sich als unbrauchbar" erwiesen habe, oder aber daß, wo sie „bei einfachen Betrieben gediehen" sei, die „ursprünglichen Genossen" in die „geächtete kapitalistische Wirthschaft zurückgefallen" seien und sich geweigert hätten, neue Gehilfen in ihre Genossenschaft aufzunehmen. Das nennt sich heutzutage „archivalisch-wissenschaftliche" Geschichtsforschung! Das brauchbarste Werk dieser historischen Literatur ist immer noch Treitschkes Deutsche Geschichte. Treitschke war wenigstens in seiner Art ein ganzer Mann; seine Schilderung des vormärzlichen Sozialismus ist zwar auch keinen Schuß Pulver werth, aber wo ihn sein wilder Sozialistenhaß nicht verblendet, da hat er manchmal einen nicht üblen Blick für die ökonomische Entwicklung der deutschen Zustände.

Was die bürgerlichen Nachschlagewerke anbetrifft, so zählt die flüchtige und unzutreffende Skizze des Sozialismus und Kommunismus, die Scheel in Schönbergs Handbuch giebt, nicht weiter mit. Ausführlicher ist das Handwörterbuch der Staatswissenschaften von Conrad und Genossen, doch sind die einschlägigen Artikel meist von G. Adler verfaßt, einem hervorragenden Knownothing; im ersten Supplementbande enthält der Artikel Sozialdemokratie weiter nichts, als ein rachsüchtiges Geschimpfe über Kautsky und mich, zu dessen Verbreitung die Herausgeber ihr anspruchsvolles Wissenschaftswerk hergegeben haben. Viel brauchbarer, wenn auch in seinen einzelnen Aufsätzen von ungleichem Werth, ist das Handbuch d. Sozialism. von C. Stegemann und C. Hugo, Zür. 94 bis 96. Die Bibliographie d. Sozialism. u. Kommunism. von J. Stammhammer, Jena 93, hat noch viele Lücken, so fleißig sie immer gearbeitet sein mag.

Die sozialistische Literatur besitzt für die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung in ihren verschiedensten Ausstrahlungen ein umfassendes Nachschlagewerk in dem Volkslexikon von Em. Wurm, Nürnb. 94 bis 97; drei Bände sind erschienen, ein vierter steht noch aus. Das Volkslexikon ist eine sehr dankens- und empfehlenswerthe Arbeit, die gut orientirt und sich mir bei fleißiger Benutzung kaum jemals versagt hat; auch die Anlage, die ohne das Suchen und Finden zu erschweren, doch immer möglichst abgeschlossene und selbständige Abhandlungen giebt, scheint mir vortrefflich zu sein; die Arbeiter sollten das Unternehmen kräftig unterstützen und sich dadurch von dem verdummenden Einfluß der bürgerlichen Eselsbrückenliteratur befreien.

Einleitung.

Marx u. Engels, Kommunist. Manifest. Engels, D. Entwicklg. d. Sozialism. v. d. Utopie z. Wissenschaft, Zür. 83. Engels, Internationales a. d. Volksstaat, Berl. 94. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mit der Einleitung, die eben nur ein Hilfsmittel des Verständnisses sein soll, in keiner Weise den Darstellungen vorgegriffen haben will, die der englische und der französische Sozialismus im zweiten Bande des Gesammtwerks finden werden.

Julirevolution und Reformbill. Marx, Kapital 1, 815, 2. Aufl., Hamburg 72.

Der westeuropäische Sozialismus. Die Werke Steins und Grüns sind im Text erwähnt. Wirklich erkannt ist die historische Bedeutung der großen Utopisten erst durch den wissenschaftlichen Kommunismus. Kommun. Manif. Engels, Anti-Dühring,

Stuttg. 94. Fourier: Greulich, Karl Fourier, Zür. 81, und Bebel, Charles Fourier, Stuttg. 88. Owen: Marx, Kapital 1, 73, 304, 509, 526; aus diesen wenigen Anmerkungen lernt man Owen besser kennen, als aus dem langen Kapitel bei Held, Zwei Bücher zur sozial. Gesch. Engl., Leipzig 81. Siehe auch A. d. Erinner. e. Owenitischen Agitators, NZ 10², 205.* Ricardo, Grundsf. d. Volkswirthsch., deutsch v. Baumstark, Leipz. 79. Nach-owenitische Sozialisten in England: Marx, Elend d. Philosophie, deutsch v. Bernstein u. Kautsky, Stuttg. 85, dazu das Vorwort von Engels; ebenso das Vorwort von Engels zum zweiten Bande des Kapitals, Hamb. 85, und Juristen-sozialismus, NZ 5, 49. Sismondi, Nouveaux principes d'économie politique, Paris 19. Sismondi: Kommun. Manif. und Marx, Z. Kritik d. polit. Oekon., Berl. 59, n. Aufl. Stuttg. 97. Zur Lage der französischen Bauern: Marx, 18. Brumaire, Hamb. 69.

Klassenkämpfe des englischen und französischen Proletariats. Engels, D. Lage d. arbeit. Klass. i. Engl., Leipz. 45, n. Aufl. Stuttg. 92. Ueber die englische Fabrikgesetzgebung die klassischen Abschnitte bei Marx im ersten Bande des Kapitals. Die Chartistenbewegg. i. Engl., Zür. 87. Eine erschöpfende Geschichte des Chartismus steht noch aus, ganz ungenügend Pauli, Gesch. Engl., Leipz. 64. Brentano, Arbeitergilden, Leipz. 71. Sidney u. Beatrice Webb, Gesch. d. brit. Trade Unionism., deutsch v. R. Bernstein, Stuttg. 95. Disraeli, Sybil, deutsch v. N. Liebknecht, Berl. 87. Bernstein, Carlyle u. d. sozialpol. Entwickl. Engl., NZ 9¹, 665. Marx, D. Klassenkämpfe i. Frankr. 48 bis 50, Berl. 95. L. Blanc, Histoire de dix ans, Paris 41. Hillebrand, Gesch. d. Julikönigthums, Gotha 81. Lexis, Gewerkver. u. Unternehmerverb. i. Frankr., Leipz. 79. Kautsky, Recht a. Arbeit, NZ 2, 299. Lux, Cabet, Stuttg. 94. Leroux: Heines Werke 6, 85, Hamb. 76, auch der Brief von Marx a. Feuerbach, L. Feuerbachs Briefw., Leipz. 74. Proudhon, Was ist d. Eigenth.? Deutsch v. F. Meyer, Bern 44.

Erster Abschnitt.

Zusammenhängend behandelt den vormärzlichen Sozialismus G. Adler, Gesch. d. ersten sozialpol. Arbeiterbewegg. i. Deutschl., m. besonderer Rücks. auf die einwirk. Theorien, Bresl. 85: eine wilde, mit der Reporterscheere geschnipfelte Kompilation ohne jeden historischen Sinn und Verstand.

Feudal-zünftige Reste. Knapp, Bauernbefreiung i. d. altpreußischen Landestheilen, Leipz. 87: sehr lehrreich für die erste Bauernplünderung von 1816, aber ganz unzureichend für die zweite von 1848 ab. Engels, Z. Gesch. d. preuß. Bauern, als Einleit. z. Wolffs Schlesischer Milliarde, Zür. 86. Hesekiel, D. Buch v. Grafen Bismarck, Bielef. 69: auf Seite 168 das famose „Eingesandt" an die Berliner Zeitungen von 48, worin Junker Bismarck die idyllischen Zustände seines Gutes Kniephof schildert. Engels, Preuß. Schnaps i. deutsch. Reichst., Leipz. 74. Schönlank, Gesellenverbände, HSt. 3, 820. Schmoller, Z. Gesch. d. deutsch. Kleingewerbe, Leipz. 70. Ziegler, Ges. Reden, Berl. 80, mit köstlichen Einzelheiten über die berühmte Selbstverwaltung der preußischen Städte. Süddeutsches Kleinbürgerthum: Engels, Reichsverfassungskampagne, Revue d. N. Rhein. Ztg., Hamb. 50.

Kapitalistische Anfänge. Marx, Kapital 1, 786. Gülich, Geschichtl. Darstell. 2c., Jena 30, im zweiten Bande. Ueber Hausindustrie als kapitalistische Betriebsform Marx, Kapital 1, 484. D. deutsche Hausind., Berichte d. Vereins f. Sozialpol., 5 Bde., Leipz. 89 u. 90, sind eine ziemlich dürftige Quelle der Belehrung, dagegen äußerst

* NZ: Neue Zeit, Stuttgart 83 bis 98. HSt: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 90 bis 94. DB: Deutsches Bürgerbuch, Darmstadt 45 und Mannheim 46. RJ: Rheinische Jahrbücher, Darmstadt 45 und Konstanz 46. ZSD: Züricher Sozialdemokrat, Zürich 79 bis 88.

reichhaltig die im Text erwähnten Schriften von Hans Emanuel Sax, Hausind. i. Thür., Jena 82 bis 88, und Schnapper-Arndt, Fünf Dorfgemeind. a. d. hohen Taunus, Leipz. 83. Schlesische Zustände: A. d. Papieren Schöns, Halle 75. Brentano, Ueber d. Einfluß der Grundherrlichk. a. d. schles. Leinengewerbe, Zeitschr. f. Soziale u. Wirthschaftsgesch. 2, 3: in dieser Abhandlung weist Brentano den grundherrlichen Charakter der hausindustriellen Spinnerei und Weberei gegen Grünhagen und Sombart schlagend nach. Ueber die schlesischen Weberrevolten von 1793 Philippson, Preuß. Gesch., Leipz. 82, im zweiten Bande. Die feudal-industriellen Zustände Schlesiens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schildert am packendsten W. Wolff, D. Elend u. d. Aufruhr i. Schlesien, DB 1, 178, und Schles. Milliarde, Zür. 86. Sächsische Zustände: Kautsky, D. Bergarbeiter u. d. Bauernkrieg, NZ 7, 289, Wieck, Industr. Zust. Sachsens, Chemn. 40, und Gülich a. a. O. Rheinische Zustände: Engels, Reichsverfassungskampagne; Thun, D. Industr. a. Niederrh., Leipz. 78; Günther K. Anton, Gesch. d. preuß. Fabrikgesetzg., Leipz. 91. Thun ist ein solider Forscher, wie Sax und Schnapper-Arndt, während Anton stark am Hohenzollernbyzantinismus leidet. Doch ist die dicke Tünche seiner Loyalität leicht von der allzu deutlichen Sprache der Akten zu lösen. Gründlich behandelt die in diesem und dem vorhergehenden Kapitel geschilderten Zustände P. Kampffmeyer, Gesch. d. modernen Klassenk. i. Deutschl., Berl. 96.

Geistiges Leben. Mehring, Lessing-Legende, Stuttg. 93. Roscher, Gesch. d. Nationalökonomik i. Deutschl., München 74. Marx, Kapital 1, 814. Thünen, Der isolirte Staat, Berl. 75. Thünen: Marx, 1, 646. Ueber die Antheilswirthschaft, die Thünen für die Arbeiter seines Gutes Tellow einrichtete, ist einzusehen Böhmert, Gewinnbetheil., Leipz. 78. Thünens Enkel schreibt an Böhmert: „Der Antheil fesselt die Leute an das Gut, da dieselben beim Fortgange das Kapital nicht erhalten, sondern nur nach wie vor ihre Zinsen. Er schreckt vor Diebstahl und dergleichen zurück, sichert dem Arbeiter ein sorgenfreies Alter und verringert dadurch die Armenlast des Guts.“ Hiernach wäre auch klar zu stellen, was Lassalle in seiner Frankfurter Rede auf Anregung von Rodbertus darüber sagt, daß Thünen „im Kleinen eine Assoziation seiner Leute eingerichtet“ habe. Savigny, Vom Beruf unserer Zeit f. Gesetzg., Heidelb. 14. Marx, D. philos. Manif. d. histor. Rechtsschule, Rhein. Ztg. v. 9. August 42, bezieht sich auf Hugos Lehrbuch des Naturrechts. Marx, Z. Kritik d. Hegelschen Rechtsphilos., Deutsch-Französ. Jahrb. Seeger, D. deutsche Rechtswissenschaft, in Herweghs 21 Bogen a. d. Schweiz, Glarus 44. Kant, Kritik d. reinen Vernunft. Kant, Kritik d. prakt. Vernunft. Kant, Z. ewigen Frieden. Diese und andere Schriften Kants sind in vortrefflichen Ausgaben bei Reclam erschienen. Fichte, D. geschloss. Handelsstaat. Fichte, Reden a. d. deutsche Nation. Hegel, Philos. d. Rechts, Berlin 21. Engels u. Marx, D. heilige Familie, Frankf. 45. Engels, Anti-Dühring. Engels, Feuerbach u. d. Ausgang d. klass. Philos., Stuttg. 88. Engels, Ueber histor. Materialism., NZ 11¹, 15. Lassalle, Fichtes polit. Vermächtniß. Lassalle, D. Philos. Fichtes u. d. Bedeutung d. deutschen Volksgeistes. Ich zitire die Schriften Lassalles nach Bernsteins Ausgabe, Berl. 92 u. 93. F. A. Lange, Gesch. d. Materialism., Iserlohn 87. Plechanow, Beiträge z. Gesch. d. Materialism., Stuttg. 96.

Die dreißiger Jahre. Gervinus, Gesch. d. 19. Jahrh., 8. Bd., Leipz. 66. Treitschke, Deutsche Gesch. i. 19. Jahrh., 4. Th., Leipz. 89. Georg Büchners Sämmtl. Werke u. Handschriftl. Nachl., Frankf. 79, hgg. v. Franzos, mit belletristisch-werthloser Einleitung. Büchner ist vor Jahrzehnten einmal in einem sozialdemokratischen Unterhaltungsblatt ein Vorläufer Lassalles genannt worden, was seitdem in der bürgerlichen Literatur wiederholt wird: thatsächlich ist der Vergleich schief, wenn man nicht eben in einem ganz allgemeinen Sinne die Männer der großen französischen Revolution als Vorläufer der modernen Kommunisten auffassen will: mit dem Sozialismus seiner Zeit

hatte Büchner nichts zu thun. Schweichel, E. Opfer d. geheim. Untersuchungsverfahr., NZ 3, 395. Engels, Schutzzoll u. Freihandel, NZ 6, 289. Roscher, Nationalökonomik. Schmoller, Kleingewerbe. Platens, Börnes, Heines, Immermanns, Freiligraths u. s. w. Werke zitire ich nicht im Besonderen. Gutzkow, Rückblicke a. m. Leben, Berl. 75. Strauß, Leben Jesu, Tüb. 35. Strauß, Literar. Denkwürdigk., Bonn 76. Echtermeyer u. Ruge, Hallische Jahrbücher, Leipz. 38, 39. Ruge, Sämmtliche Werke, Mannh. 47. Ruge, Aus früherer Zeit, 4. Bd., Berl. 66. Ruges Briefwechsel, Berl. 86. Leo, D. Hegelingen, Halle 38.

Handwerksburschen-Kommunismus. Engels, Z. Gesch. d. Bundes der Kommunisten, als Einleit. z. d. Enthüllungen v. Marx über d. Kölner Kommunistenprozeß, Zür. 85. Bei Engels, und auch in der bürgerlichen Literatur, findet sich die Angabe, daß Schapper an Büchners Verschwörung betheiligt gewesen sei, doch muß hier ein Irrthum obwalten: als Schapper am Frankfurter Wachensturme theilnahm und darnach aus Deutschland floh, studirte Büchner noch in Straßburg, ohne an eine politische Agitation zu denken, während zur Zeit, wo Büchner seinen Geheimbund in Darmstadt leitete, Schapper mit Mazzini den Einfall nach Savoyen machte. Venedey, D. Geächtete, Paris 34 bis 36. Stammhammer giebt den Umfang des Geächteten auf 6 Hefte an, doch befanden sich 12 Hefte in dem von mir eingesehenen und vielleicht auch noch nicht vollständigen Exemplare, das ich wie andere seltene Schriften dem findigen Eifer meines jungen Freundes Martin Breslauer verdankte. Ueber Schuster, der viel eher als Büchner ein Vorläufer Lassalles genannt werden kann, siehe auch H. Schmidt, NZ 16[1], 150. D. geheim. deutsch. Verbindungen i. d. Schweiz, Basel 47, ein Abdruck aus Hubers Janus und anscheinend auch von Huber verfaßt, mit einigem sonst ungedruckten Material. Wermuth u. Stieber, Kommunistenverschwör., Berl. 53. Das berüchtigte Polizeimachwerk darf natürlich nur benutzt werden, soweit es aktenmäßiges und sonst unbestrittenes Material enthält. — Weitling, D. Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte, Paris 38, n. Aufl. München 95. Der Verlag für Gesellschaftswissenschaft (M. Ernst) in München bereitet eine neue, sehr wünschenswerthe Gesammtauflage von Weitlings Schriften vor. Weitling, Garantien d. Humanität u. Freiheit, Vivis 42. Bluntschli, D. Kommunisten i. d. Schweiz nach d. bei Weitling gefundenen Papieren, Zürich 43. Kaler, Wilh. Weitling, Zürich 87. Kaler überschätzt den Einfluß Cabets auf Weitling; Cabets Utopie erschien erst 1840, während Weitlings erste Schrift, die wie Kaler mit Recht sagt, seine Lehre schon in ihren wesentlichen Zügen enthält, bereits 1838 herausgegeben wurde. Feuerbachs Briefw., 1, 365.

Der Sieg der Romantik. Treitschke, Deutsche Gesch., 5. Th., Leizig 94. Biedermann, 30 Jahre deutscher Geschichte, Bresl. 82. Preußen vor dem Februarpatent von 1847, in der Gegenwart v. Brockhaus 2, 30. Kraus, Vermischte Schriften, Königsb. 08. Hansemann, Preußen u. Frankreich, Leipz. 34. Schön, Woher u. Wohin? Nebst e. Nachw. v. Fein, Straßb. 42. Jacoby, Vier Fragen, Ges. Reden u. Schriften, Hamb. 72.

Die Auflösung der klassischen Philosophie. B. Bauer, Krit. Gesch. d. Synoptiker, Leipz. 41. L. Feuerbach, Wesen d. Christenth., Leipz. 41. B. Bauer, D. Judenfrage, Braunschw. 43. B. Bauer, D. Fähigkeit d. heut. Juden u. Christen, frei zu werden, in Herweghs 21 Bogen. — Deutsche Jahrbücher, Leipz. 40 u. 41. Ruge, Anekdota z. neuest. deutschen Philos. u. Publizistik, Zür. 43. Gedichte v. Dingelstedt, Hoffmann, Prutz, Herwegh. B. Bauer, Vollst. Gesch. d. Parteikämpfe i. Deutschl. während d. Jahre 1842 bis 1846, Charlottenb. 47. Guido Weiß, Nekrolog Herweghs, Wage 75.

Rheinische Zeitung. Engels beabsichtigte nicht lange vor seinem Tode, die Aufsätze von Marx aus der Rhein. Ztg. neu herauszugeben, und ich hatte die Freude, sie für ihn zusammenzustellen. Leider starb er, als eben das Material beisammen

war. Ueber seine erste Begegnung mit Marx schrieb er mir: „Als ich gegen Ende November (42) auf der Durchreise nach England (in der Redaktion der Rhein. Ztg.) wieder vorsprach, traf ich Marx dort, und wir hatten bei der Gelegenheit unser erstes sehr kühles Zusammentreffen. Marx war inzwischen gegen die Bauers aufgetreten, d. h. hatte sich dagegen erklärt, daß die Rh. Ztg. vorwiegend ein Vehikel für theologische Propaganda, Atheismus &c., statt für politische Diskussion und Aktion werde und ebenso gegen den Edgar Bauerschen, auf bloßer Lust am ‚am weitesten Gehen' beruhenden Phrasenkommunismus, der dann auch bald bei Edgar durch andere extrem klingende Phrasen ersetzt wurde; da ich mit den Bauers korrespondirte, galt ich für ihren Alliirten, während Marx mir verdächtigt war von jenen." Gleichzeitig verständigte ich mich mit Engels über einige kleine Irrthümer, die ihm in seinem Artikel über Marx, HSt 4, 1130, untergelaufen sind. Marx ist nicht am 1. Januar, sondern am 17. März 43 aus der Redaktion geschieden, auch hat er nicht eine Arbeit über die bäuerlichen Winzer an der Mosel in dem Blatte veröffentlicht, sondern die Sache hat den von mir im Texte dargelegten Zusammenhang: in diesen beiden Punkten stimmte mir Engels zu. Dagegen glaubte er sich genau zu entsinnen, daß nicht nur, wie ich nach allem mir zugänglichen Quellenmaterial annahm, eine doppelte, sondern eine dreifache Zensur über die Rh. Ztg. verhängt gewesen sei; seine Absicht, mir darüber ausführlich zu schreiben, wurde durch seine schwere Erkrankung vereitelt. Ich bin im Texte bei der doppelten Zensur geblieben, namentlich auch weil mich die Thatsache, daß Engels in seinem Aufsatze über Marx in Brackes Volkskalender für 78 auch nur von einer doppelten Zensur spricht, in der Annahme bestärkt, daß ihm später ein Gedächtnißfehler begegnet sei.

Deutsch-französische Jahrbücher. Die beiden einzigen Lieferungen der Zeitschrift sind Paris 44 erschienen. Briefw. Feuerbachs u. Ruges. Bauer, Parteik. Engels u. Marx, Heil. Fam. Allgem. Literaturzeitung, Monatsschrift v. B. Bauer, Charlottenb. 44. Engels, Nekrolog Bauers, ZSD 82, Nrn. 19 u. 20. Um ein möglichst geschlossenes Bild der Auffassung zu geben, die Marx von der Judenfrage hatte, habe ich im Texte zusammengezogen, was er darüber in den Jahrb. u. in der Heil. Fam. ausgeführt hat.

Karl Marx und Friedrich Engels. Biographisches über Marx: Engels an den eben angezogenen Stellen, ferner ZSD 83, Nrn. 19 u. 21. Nekrolog NZ 1, 441 Lafargue NZ 9[1], 10. Leßner NZ 11[1], 780. G. Groß, Karl Marx, Leipz. 85: diese in mancher Hinsicht lobenswerthe Skizze leidet an dem, neuerdings von Sombart wiederholten Grundfehler, zwischen Marx als aufreizendem Demagogen und tiefem Denker zu unterscheiden; hat es je einen untheilbaren Menschen gegeben, so war es Marx. Liebknecht, Karl Marx z. Gedächtn., Nürnb. 97. Die bürgerlichen Verhältnisse d. Juden i. Deutschl., Gegenwart v. Brockhaus 1, 353; ebenda 10, 526, D. religiöse u. kulturhistor. Bewegung i. Judenthum. Mehring, Die von Westphalen, NZ 10[2], 481. — Biographisches über Engels: Kautsky, NZ 9[1], 225, ferner im Oesterreich. Arbeiterkal. für 88 und — am ausführlichsten — im Pionier für 92, dem Kal. der New Yorker Volkszeitung. Ueber die Firma Engels und Ermen siehe Thun a. a. O., 2, 175. Ein Exemplar des Vorwärts habe ich trotz jahrelanger Bemühungen nicht auftreiben können; die Polemik zwischen Marx und Ruge gebe ich nach einer ausführlichen Darstellung in der Deutschen Brüsseler Zeitung, Brüssel 47; neuestens ist der, wie es scheint, einzige Artikel, den Marx für den Vorwärts geschrieben hat, in der Wiener Zeit abgedruckt worden. Vulgäres Blech über den Vorwärts schmiedet Börnstein, 75 Jahre, Leipz. 81. Ueber die Ausweisung der deutschen Schriftsteller aus Paris siehe die Polemik G. Adlers mit Kautsky und Mehring: NZ 13[1], 502, 571, 604, 693, 754 und 13[2], 377.

Proletarische Bewegungen. Kaler, Weitling. Bluntschli-Bericht. Der Hilferuf der deutschen Jugend, 4 Hefte vom September bis Dezember 41, und die Junge Generation, 17 Hefte vom Januar 42 bis Mai 42, mit wechselnden Verlagsorten. Die beiden Zeitschriften Weitlings befinden sich in einem vollständigen Exemplar in der Bibliothek des deutschen Reichstags. Weitling, D. Evangel. e. arm. Sünders, Bern 45, n. Aufl. München 94. Ueber den Kommunismus i. d. Schweiz, Bern 43. A. Becker, Was wollen die Kommunisten? Bern 43. Generalbericht an den Staatsrath v. Neuchatel ü. d. geh. deutsche Propag., Zür. 46. Marr, D. junge Deutschl., Leipz. 46. Heß, D. Verhandl. des gesetzgeb. Staatskörpers d. Republ. Waadt ü. d. soz. Frage, RJ 2, 61. D. schweizerischen Kommunistenfresser, DB 2, 295. Siehe auch Engels, Zur Gesch. d. Urchristenth., NZ 13[1], 4. — Lengerke, D. ländl. Arbeiterfr., Berl. 49. Ueber die Entstehung des deutschen Massenproletariats enthalten neben DB und RJ viel Material Heß, Gesellschaftsspiegel, Elberf. 45 u. 46, und Dronkes Buch über Berlin, Frankf. 45. P. Kampffmeyer, D. ökonom. Grundl. d. deutsch. Sozialism. d. vierziger Jahre, NZ 5, 502. Wolff, El. u. Aufr. i. Schles.; Schneer, Ueber d. Noth d. schles. Leineweber, Berlin 44; Wahrlieb, Schlöffel u. Wander, Konstanz 45; Wander, Drei Jahre a. m. Leben, Leipz. 78. Wermuth-Stieber, Kommunistenverschw. u. die ebenso verlogenen Denkwürdigk. Stiebers, Berlin 84. Treitschke 5, 520.

Der deutsche Sozialismus. Die bürgerlich-sozialistischen Spielereien der dreißiger und vierziger Jahre behandelt ausführlich Stein, Der Sozialism. i. Deutschl., Gegenwart v. Brockhaus 7, 527. G. Weiß, Z. Gesch. d. Sozialism., Wage 75. Pücklers Briefw., hgg. v. L. Assing, 3. Bd., Berlin 74. Gall: RJ 2, 147, Handb. d. Sozialism. 272, R. Singer, D. erste deutsche Sozialist, Zeitschr. f. Volkswirthsch., Sozialpol. u. Verwaltung 3, 417. — Bettina v. Arnim, Dies Buch gehört d. Könige, Berl. 43. Brentano, D. gewerbl. Arbeiterfrage in Schönbergs Handbuch. Thadden-Triglaff, D. Schacher m. Rittergütern, Stettin 42. Jäger, V. A. Huber, Berlin 80. Wagener, Erlebtes, Berlin 84. G. Weiß, Herr Wagener, Wage 72. Rheinischer Beobachter, Köln 47. — Meyen, D. Berliner Lokalverein f. d. Wohl d. arbeit. Klassen, RJ 1, 198; ebenda 255 D. allgem. Hilfs- und Bildungsverein in Köln. — Ueber den philosophisch-schöngeistigen Sozialismus orientiren ausreichend seine im Text erwähnten Organe. Seine Beziehungen zu Marx und Engels sind neuerdings mehrfach erörtert worden: Struve, NZ 14[2], 4, Bernstein 216 und Mehring 395, ferner Struve, NZ 15[2], 228 und Mehring 379. — Stirner, D. Einzige u. sein Eigenthum, Leipz. 44. Stirner: Bernstein, NZ 10[1], 421, und Plechanow, Anarchism. u. Sozialism., Berl. 94. Neuestens Mackay, Stirners Leben, Berlin 98: eine kritiklose Verherrlichung mit viel persönlichem, überwiegend gleichgiltigem Kleinkram. — Roscher, Grundr. z. Vorles. über d. Staatswirthsch. n. geschichtl. Methode, Göttingen 43. Schüller, Die klass. Nationalökonomie u. ihre Gegner, Berlin 95: diese dankenswerthe Schrift weist überzeugend die Versündigungen der „historischen Methode" an den klassischen Vertretern der bürgerlichen Oekonomie auf. Rodbertus, Z. Erkenntn. unserer staatswirthschaftl. Zust., Neubrandenburg 42. Rodbertus, D. Normalarbeitstag, Berl. 71. Rodbertus, Z. Beleucht. d. sozialen Frage, Berl. 75. Rodbertus, Kreditnoth d. Grundbesitz., 2. Aufl., Berl. 93. Rodbertus, Literar. Nachl., hgg. v. A. Wagner u. A., Berl. 78 bis 85. Rodbertus, Briefe u. sozialpol. Auff., hgg. v. R. Meyer, Berl. 81. Im Nachlasse 3, 195 und in den Briefen 2, 575 ist der erste Aufsatz von Rodbertus wieder abgedruckt. Kozak, Rodbertus-Jagetzows sozialökonom. Ansichten, Jena 82, ist eine fleißige Zusammenstellung der in den verschiedenen Schriften von Rodbertus zerstreuten Ansichten. Streberliteratur über Rodbertus: G. Adler, Dietzel u. A. Das Märchen von dem Plagiat, das Marx an Rodbertus begangen haben soll, ist endgiltig abgethan von Engels in den Vorreden zum El. d. Philos. und zum zweiten Bande des Kapitals.

Wenn dagegen A. Wagner im dritten Bande des Nachlasses auf der neuen Finte herumreitet, Rodbertus habe die Priorität wichtigster Gedanken vor anderen sozialistischen Schriftstellern und namentlich vor Marx, so beweist der „erste Lehrer der Volkswirthschaft an der ersten deutschen Hochschule" nur seine drollige Unwissenheit in der Geschichte und der Theorie des Sozialismus. In allen entscheidenden Fragen waren die Ansichten, die Rodbertus und Marx vertraten, sich ausschließende Gegensätze; was man als beiden gemeinsam bezeichnen kann, hatten beide aus der englisch-französischen Literatur der Oekonomie und des Sozialismus übernommen und weiter zu entwickeln versucht: Rodbertus, der um zwölf Jahre ältere, einige Jahre früher, aber mit einem Mißerfolge, den seine Verehrer vergebens zu vertuschen suchen, Marx, der um zwölf Jahre jüngere, einige Jahre später, aber mit einem Erfolge, den die Welt kennt. Siehe über den Humbug, den Wagner und Dietzel mit Rodbertus treiben, *Mehring*: Z. neueren Rodbertuslit., NZ 12^{2}, 523. *Becks* Lieder vom armen Manne, *Meißners* Gedichte, *Lenaus* Albigenser, *Heines* Wintermärchen, *Freiligraths* Glaubensbekenntniß und Ça ira. *Heine* an Marx, NZ 14^{1}, 14. Biographisches über Weerth, *Engels*, ZSD 83, Nr. 24.

Der historische Materialismus. *Versammlungen in Elberfeld*, RJ 1, 35. *Engels*, Lage. F. A. *Lange*, Arbeiterfrage, 3. Aufl., Winterthur 75. B. *Hildebrand*, Nationalökonomie d. Gegenw. u. Zukunft, Frankf. 48. *Engels*, L. Feuerbach, im Anhange die Thesen von *Marx* über Feuerbach. *Marx*, Z. Kritik, in der Vorrede. *Engels*, Anti-Dühring. *Labriola*, Essais sur la conception matérialiste de l'histoire, Paris 97. Da die historisch-materialistische Methode, wie jede Forschungsmethode, ihre Richtigkeit durch ihre Ergebnisse zu erweisen hat, so muß man die ganze Literatur des wissenschaftlichen Kommunismus kennen, um sie richtig zu beurtheilen. Zahlreiche Quellennachweise bei *Mehring*, Ueber d. histor. Materialism., i. Anhange z. Lessingleg. Engels schrieb mir darüber am 14. Juli 93: „Sie haben die Hauptthatsachen vortrefflich und für jeden Unbefangenen überzeugend dargestellt. Wenn ich etwas auszusetzen finde, so ist es, daß Sie mir mehr Verdienst zuschreiben, als mir zukommt, selbst wenn ich alles einrechne, was ich möglicher Weise selbständig ausgefunden hätte — mit der Zeit —, was aber Marx bei seinem rascheren coup d'oeil und weiterem Ueberblicke viel schneller entdeckte. Wenn man das Glück hatte, vierzig Jahre lang mit einem Manne wie Marx zusammen zu arbeiten, so wird man bei dessen Lebzeiten gewöhnlich nicht so anerkannt, wie man es zu verdienen glaubt; stirbt dann der Größere, so wird der Geringere leicht überschätzt, und das scheint mir gerade jetzt mein Fall zu sein; die Geschichte wird das alles schließlich in Ordnung bringen, und bis dahin ist man glücklich um die Ecke und weiß nichts mehr von nichts. — Sonst fehlt nur noch ein Punkt, der aber auch in den Sachen von Marx und mir regelmäßig nicht genug hervorgehoben ist und in Beziehung auf den uns Alle gleiche Schuld trifft. Nämlich wir Alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die *Ableitung* der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelter Handlungen aus den ökonomischen Grundthatsachen gelegt und *legen müssen*. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen 2c. zu Stande kommen. Das hat dann den Gegnern willkommenen Anlaß zu Mißverständnissen gegeben, wovon Paul Barth ein schlagendes Exempel. — Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt, sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß. Er imaginirt sich also falsche oder scheinbare Triebkräfte. Weil es ein Denkprozeß ist, leitet er seinen Inhalt wie seine Form aus dem reinen Denken ab, entweder seinem eigenen oder dem seiner Vorgänger. Er arbeitet mit bloßem Gedanken-

material, das er unbesehen als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernteren, vom Denken unabhängigen Prozeß untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken vermittelt, auch in letzter Instanz im Denken begründet erscheint. — Der historische Ideolog (historisch soll hier einfach zusammenfassend stehen für politisch, juristisch, philosophisch, theologisch, kurz für alle Gebiete, die der Gesellschaft angehören und nicht blos der Natur) — der historische Ideolog hat also auf jedem wissenschaftlichen Gebiet einen Stoff, der sich selbständig aus dem Denken früherer Generationen gebildet und im Gehirne dieser einander folgenden Generationen eine selbständige eigene Entwicklungsreihe durchgemacht hat. Allerdings mögen äußere Thatsachen, die dem eigenen oder anderen Gebieten angehören, mitbestimmend auf diese Entwicklung eingewirkt haben, aber diese Thatsachen sind nach der stillschweigenden Voraussetzung ja selbst wieder bloße Früchte eines Denkprozesses, und so bleiben wir immer noch im Bereiche des bloßen Denkens, das selbst die härtesten Thatsachen glücklich verdaut hat. — Es ist dieser Schein einer selbständigen Geschichte der Staatsverfassungen, der Rechtssysteme, der ideologischen Vorstellungen auf jedem Sondergebiete, der die meisten Leute vor Allem blendet. Wenn Luther und Calvin die offizielle katholische Religion, wenn Hegel den Fichte und Kant, Rousseau indirekt mit seinem contrat social den konstitutionellen Montesquieu „überwindet", so ist das ein Vorgang, der innerhalb der Theologie, der Philosophie, der Staatswissenschaft bleibt, eine Etappe in der Geschichte dieser Denkgebiete darstellt und gar nicht aus dem Denkgebiete herauskommt. Und seitdem die bürgerliche Illusion von der Ewigkeit und Letztinstanzlichkeit der kapitalistischen Produktion dazugekommen ist, gilt ja sogar die Ueberwindung der Merkantilisten durch die Physiokraten und A. Smith als ein bloßer Sieg des Gedankens, nicht als der Gedankenreflex veränderter ökonomischer Thatsachen, sondern als die endlich errungene richtige Einsicht in stets und überall bestehende thatsächliche Bedingungen; hätten Richard Löwenherz und Philipp August den Freihandel eingeführt, statt sich in Kreuzzüge zu verwickeln, so blieben uns fünfhundert Jahre Elend und Dummheit erspart. — Diese Seite der Sache, die ich hier nur andeuten kann, haben wir, glaub' ich, alle mehr vernachlässigt, als sie verdient. Es ist die alte Geschichte: im Anfange wird immer die Form über dem Inhalt vernachlässigt. Wie gesagt, ich habe das ebenfalls gethan, und der Fehler ist mir immer erst post festum aufgestoßen. Ich bin also nicht nur weit entfernt davon, Ihnen irgend einen Vorwurf daraus zu machen, dazu bin ich als älterer Mitschuldiger ja gar nicht berechtigt, im Gegentheil — aber ich möchte Sie doch für die Zukunft auf diesen Punkt aufmerksam machen. — Damit hängt auch die blödsinnige Vorstellung der Ideologen zusammen: weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwicklung absprechen, so sprächen wir ihnen auch jede historische Wirksamkeit ab. Es liegt hier die ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzter Pole zu Grunde, das absolute Uebersehen der Wechselwirkung; daß ein historisches Moment, sobald es einmal durch andere, schließlich ökonomische Thatsachen in die Welt gesetzt ist, nun auch reagirt, auf seine Umgebung und selbst seine eigenen Ursachen zurückwirken kann, vergessen die Herren oft fast absichtlich. So Barth z. B. bei Priesterstand und Religion, S. 475 bei Ihnen." Einige Sätze, worin Engels die geschichtsphilosophischen Studien des Herrn Paul Barth beurtheilt, lasse ich wegen ihrer etwas drastischen Form weg. Ich bin der Letzte, auf die Worte der Meister zu schwören und habe im Texte genugsam gezeigt, daß ich mir auch gegenüber Marx, Engels und Lassalle ein selbständiges Urtheil zu wahren weiß, aber ich habe keinen Grund zu verhehlen, daß Engels, wie in dem vorstehenden Briefe meiner Abhandlung über den historischen Materialismus,

so auch meinem Buche über Lessing seinen Beifall geschenkt und mir noch kurz vor seinem Tode seine Freude darüber ausgesprochen hat, daß mir in dem Gesammtwerke über die Geschichte des Sozialismus der deutsche Theil zugefallen war. Es ist ganz in der Manier der bürgerlichen Gegner, die paar Leute, die auf dem Gebiete des historischen Materialismus reell arbeiten, gleichviel mit welchem Erfolge, als „Marxisten" zu verspotten, die Marx verleugnet haben würde; aber wer ernsthaft über die gewiß noch eingehendster Prüfung bedürftigen Probleme dieser geschichtswissenschaftlichen Methode mitreden will, sollte sich doch vor dergleichen geschmacklosen Anzapfungen hüten. F. A. Lange, Mills Ansichten, Duisb. 66. — Proudhon, Philos. d. Elends, deutsch v. K. Grün, Darmst. 47. Marx, El. d. Philos. Proudhon, Correspondance, Paris 75, d. Brief Proudhons a. Marx 2, 198.

Der Bund der Kommunisten. Deutsche Brüsseler Zeitung, Brüssel 47. Westfälisches Dampfboot, Bielefeld, später Paderborn 45 bis 48. Engels, Einl. z. Schles. Mill. u. z. d. Enthüll. Engels, D. Fest d. Nationen, NJ 2, 1. Marx, Lohnarbeit und Kapital, Berl. 91. Marx, Rede über Freihandel, im Anhange z. El. d. Philos. Marx, Herr Vogt, London 60. Ueber die Szene zwischen Marx und Weitling Kaler, Weitling 72 und NZ 1, 236. Eccarius, D. Schneiderei i. London, Revue d. N. Rhein. Ztg. Adresse der deutschen Arbeiter in London an Ronge, NJ 1, 327. Wermuth-Stieber, Kommunistenverschw. Zwischen den Angaben, die Marx und Engels zu verschiedenen Zeiten über den Bund der Kommunisten gemacht haben, finden sich kleine Unterschiede, die an sich von geringer Bedeutung sind. Jedoch habe ich sie nach Möglichkeit aufzuklären gesucht, und wo es nicht möglich war, die Angabe vorgezogen, die unter dem Eindrucke der frischeren Erinnerung gemacht worden ist.

Das Kommunistische Manifest. Labriola, In Memoria del Manifesto dei Komunisti, Roma 95. Der einzige deutsche Proudhonist ist bekanntlich Mülberger, und in ganz richtiger Konsequenz der Proudhonisterei ist er denn auch glücklich so weit gelangt, einen so verbissenen Klopffechter der kapitalistischen Ausbeutung, wie Eugen Richter ist, als „zielbewußten Vertreter der wirthschaftlichen Freiheit" zu verherrlichen; siehe Stuttgarter Beobachter vom 16. Jan. 92. Eisenhart, Gesch. d. Nationalökonomik, Jena 81. G. Adler, Sozialdemokratie, HSt 5, 733. Marx, Bürgerkrieg i. Frankr., Berl. 91. Engels, Einleit. z. Marx, Klassenkämpfe i. Frankr.

Zweiter Abschnitt.

Die Zeit vom Ausbruche der Märzrevolution bis zum Erlaß von Lassalles Offenem Antwortschreiben ist bisher unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Entwicklung noch nicht behandelt worden.

Die Klassenkämpfe der deutschen Revolution. Eine sei es noch so summarisch skizzirte Geschichte der deutschen Revolutionszeit konnte natürlich nicht gegeben werden; in dieser Beziehung verweise ich auf Blos, Deutsche Revolut., Stuttg. 92. Die bürgerliche Literatur über 48 ist meist unbrauchbar, besonders die Professorenliteratur, auch Scherrs dröhnender Leihbibliothekenroman. A. Bernstein, D. Jahre d. Volkes, Berl. 75, ist nicht byzantinisch-reaktionär, aber bürgerlich-beschränkt. Für meinen Zweck kam es hauptsächlich darauf an, die urkundlichen und zeitgenössischen Quellen nach Allem zu durchforschen, was ein erklärendes Licht auf die spätere Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie wirft. Es ist ganz unmöglich, sie richtig zu verstehen, wenn man nicht mit kritischem Verständniß in die Klassenkämpfe der Revolutionsjahre eingedrungen ist; namentlich kann ein erschöpfendes und gerechtes Urtheil über Lassalle und seine Agitation nur auf diesem Wege gewonnen werden. Große Förderung verdanke ich natürlich der Neuen Rheinischen Zeitung und dem was Marx und Engels sonst historisch über die deutsche Revolution ausgeführt haben, siehe besonders

auch Marx, Revolution u. Kontrerevolution i. Deutschl., deutsch v. Kautsky, Stuttg. 96. Indessen mußte ich viele Beziehungen klarstellen, die von Marx und Engels nur summarisch oder gar nicht berührt worden sind. Von anderen Zeitungen der Revolutionsjahre habe ich die Nationalzeitung und die Vossische Zeitung durchgesehen, von Arbeiterblättern ist mir Volk, Verbrüderung, Konkordia und Prometheus zugänglich gewesen, alle in mehr oder weniger unvollständigen Exemplaren. Stephan Born, Erinnerungen, Leipz. 98, bietet wenig Neues, doch ist darnach im Texte zu berichtigen, daß Born nicht am Berliner Barrikadenkampfe theilgenommen hat, sondern erst einige Tage darauf in Berlin eingetroffen ist. Im Okt. 97 schrieb mir Born, mit dem ich bis dahin keine Beziehungen gehabt hatte, erfreut darüber, daß ich seine historische Thätigkeit gegen das allzu harte Urtheil von Engels vertheidigt hatte; er wollte nun eine lang gehegte Absicht ausführen und seine Erinnerungen herausgeben: leider nimmt er darin eine unschöne Revanche an Engels. Gleich darauf ist er gestorben, und so wenig ich seine letzte Schrift zu loben vermag, so halte ich selbstverständlich alles aufrecht, was ich im Texte über sein verdienstvolles Wirken in den Revolutionsjahren gesagt habe. Dann habe ich die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, 9 Bde., Berl. 78, einer eingehenden Analyse unterzogen; sie sind historisch ungleich wichtiger, als die weit mehr beachteten Verhandlungen des Frankfurter Schwatzklubs. Für die Berliner Zustände ist Ad. Wolffs Revolutionschronik, Berl. 51, eine sehr reichhaltige Quellenschrift, doch reichen ihre drei umfangreichen Bände nur bis zum Sturze des Ministeriums Camphausen. Treffliche Beiträge zur sozialen Geschichte der Revolutionsjahre giebt Schlüter, NZ 3, 28. Sonst habe ich benutzt: Jacoby, Preußen u. Deutschland; Unruh, Skizzen, Magdeb. 49; Gneist, Berliner Zustände, Berl. 49; Rodbertus, Mein Verhalten 2c., Berl. 49; P. Reichensperger, D. preuß. Nationalvers., Berl. 49, geg. Rodb.; Prozeß Waldeck, Stenogr. Ber., Berl. 49; Weichsel, D. Zieglersche Proz., Magdeb. 50; Ranke, Briefwechs. Friedr. Wilh. IV. m. Bunsen, Leipz. 73; H. Blum, Robert Blum, Leipz. 78, bemerkenswerth wegen mancher urkundlichen Mittheilungen, sonst trauriger Schwatz; A. Bernstein, Schulze-Delitzsch, Berl. 79; H. B. Oppenheim, Waldeck, Berl. 80.

Neue Rheinische Zeitung. Ich habe mich bemüht, den Inhalt des berühmten Revolutionsblattes nach allen Seiten zu skizziren, mußte mich eben deshalb aber im Einzelnen oft mit sehr flüchtigen Strichen begnügen. Die Denkschrift des Zaren vom Frühjahr 1848 findet sich, Berlin und Petersburg, Leipz. 80. Weerth, Leben u. Thaten des berühmten Ritters Schnapphahnski, Hamb. 49: ein Sonderabdruck der genial-witzigen Feuilletons, die das Sittlichkeitsbewußtsein hoffnungsvoller Dozenten heute noch so schwer gefährden.

Ferdinand Lassalle. Die Literatur über Lassalle zeichnet sich weit mehr durch ihren Umfang als durch ihren Inhalt aus. Eine wirklich fördernde Arbeit ist nur die biographisch-kritische Skizze, womit Bernstein seine Lassalle-Ausgabe einleitet; ich verdanke ihr wichtige Fingerzeige, wenn ich auch vielfach von Bernsteins Auffassung abweiche. Neben der frischen Gedenkschrift Kegels, Stuttg. 89, sind sonst nur noch erwähnenswerth Brandes, Ferd. Lassalle, e. literar. Charakterb., Berl. 77, und Plener, Ferd. Lassalle, Leipz. 84. Brandes giebt gute Bemerkungen über Lassalles formal-literarische Begabung; am Vorabend des Sozialistengesetzes war seine Schrift auch ein tapferes Bekenntniß; ihr politisch-soziales Verständniß ist aber sehr gering; mit geistreicher, oft genug auch nur geistreichelnder Belletristik kommt man an Lassalles Lebenswerk nicht heran. Aehnliches gilt von Plener, nur daß er nicht als einseitiger Belletrist, sondern als einseitiger Jurist schreibt. Sehr wichtig für das psychologische Verständniß Lassalles ist sein Tagebuch, Bresl. 92, hgg. v. P. Lindau, mit unglaub-

lich abgeschmackter Einleitung. Hatzfeldtsche Händel: Lassalle, Kassettenrede, und die von Lassalle verfaßte Ehescheidungsklage der Gräfin Hatzfeldt, ein Exemplar davon im Parteiarchiv, auch E. Liebesepisode a. d. Leben Lass., Leipz. 78. Lassalles Betheiligung an den Revolutionskämpfen: N. Rhein. Ztg. und Lassalle, Assisenrede.

Die Ausgänge der deutschen Revolution. Zum Theil dieselben Quellen wie im ersten Kapitel dieses Abschnitts. Dresdener Maiaufstand: Waldersee, D. Kampf in Dresden, Berl. 49; Röckel, D. Erheb. Sachsens u. d. Zuchthaus i. Waldheim, Frankf. 65, auch ein Aufsatz Borns in der Verbrüderung, dürftig Borns Erinnerungen, wo Bakunin mit unzureichender Beweisführung als fünftes Rad am Wagen geschildert wird. Rheinpreußischer Aufstand: N. Rhein. Ztg. und Engels, Reichsverfassungskampagne. Badisch-pfälzischer Aufstand: J. Ph. Becker, Gesch. d. südd. Mairevol., Genf, 49 und wiederum Engels, a. selben Ort. Die deutsche Emigration: Revue d. N. Rhein. Ztg., die schon zitirten Schriften über den Kommunistenbund, Marx, Herr Vogt und (geg. Willich) d. Ritter vom edelm. Bewußtsein, London 53. Rüegg, A. d. Erinner. e. Achtundvierzigers (Borkheim), NZ 8, 125.

Der Kölner Kommunistenprozeß. Schriften über den Kommunistenbund, namentlich Marx, Enthüllungen und Herr Vogt. A. Bernstein, D. Jahre d. Reaktion, Berl. 81. Weitlings Ende: Sorge, NZ 9², 234, u. Zukunft 78.

Die fünfziger Jahre. Neben Biedermanns und Sybels histor. Werken die Briefe und Denkwürdigkeiten Bernhardis, Bunsens, Gerlachs, Roons, Wageners. Riedel, Bismarcks Reden (i. d. kontrerevol. Parl.), Berl. 81. Poschinger, Preußen i. Bundestage, Leipz. 82. Meitzen, Landwirthsch. Verhältn. d. preuß. Staats, Berl. 68. Thun, Industr. a. Niederrh. Anton, Preuß. Fabrikges. — Diest-Daber, Geldmacht u. Sozialism., Berl. 74. Baumgarten, D. deutsche Liberalism., Preuß. Jahrb. 18, 455. Bastiat, Volkswirthschaftliche Harmonien, deutsch v. Prince-Smith, Berl. 52. Die deutsche Manchesterliteratur (Prince-Smith, Faucher, Braun u. s. w.) ist nur ein Abklatsch namentlich Bastiats. Schulze-Delitzsch, D. arbeit. Klass. u. d. Assoziationswesen i. Deutschl., Leipz. 58. Die Quellen für die literarisch-philosophische Entwicklung der fünfziger Jahre ergeben sich aus dem Texte selbst. Was ich über Stirners Ende sage, beruht auf einer vor ein paar Jahren von G. Weiß veröffentlichten Darstellung; im Gegensatz dazu führt Mackay neuestens a. a. O. aus, daß Stirner wegen unzureichenden Staatsexamens niemals Gymnasiallehrer gewesen sei, daß er seine Stellung als Lehrer an einer privaten Mädchenschule freiwillig niedergelegt habe, nachdem er ein vermögendes Mädchen geheirathet hatte, und daß sich die Ehegatten nach durchgebrachtem Vermögen unter dem landesüblichen Philistergezänke getrennt hätten.

Fortschritte des wissenschaftlichen Kommunismus. Marx, Z. Kritik. Lassalle, Herakleitos d. Dunkle, Berl. 57. Zeller, D. Philos. d. Griechen, Leipz. 92. Noack, Histor.-biogr. Handwörterb. z. Gesch. d. Philos., Berl. 79. Lassalle, Franz von Sickingen. Lassalle, System der erworbenen Rechte, Leipz. 61. Eine vortreffliche Analyse des zweiten Bandes, der nicht in den Rahmen meiner Darstellung fällt, giebt Bernstein a. a. O. Lassalles Briefe an Rodbertus, Leipz. 78. Jhering, D. Kampf ums Recht, Wien 72. A. Wagner, Allgem. Volkswirthschaftslehre, Berlin 76.

Die europäische Krisis von 1859. Rodbertus, Kleine Schriften, Berl. 90, hgg. von M. Wirth. Wuttke, Pro patria, Leipz. 59. Vogt, Studien z. gegenw. Lage Europas, Genf 59. Engels, Po und Rhein, Berl. 59. Lassalle, Der italien. Krieg u. d. Aufg. Preuß. Vogt, M. Proz. geg. d. Allgem. Ztg., Genf 59. Lassalle, Fichtes polit. Vermächtn. Engels, Savoyen, Nizza u. d. Rhein, Berl. 60. Marx, Herr Vogt.

Der preußische Verfassungsstreit. Wie die Geschichte der deutschen Revolution, so mußte die Geschichte des preußischen Verfassungsstreits in ihren entscheidenden Hauptzügen klar gestellt werden, und zwar aus dem gleichen Grunde: weil die Arbeiter-

agitation Lassalles und überhaupt die historische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie sonst nicht zu verstehen ist. Welche Konfusion auf diesem Gebiete noch herrscht, zeigt Sombart, der bei all seinen Prätensionen fertig bekommt, zu schreiben, daß Lassalle aus „dämonischem Ehrgeiz", aus „titanischer Ruhmbegierde" eine Arbeiterpartei gestiftet habe, denn die fortschrittliche Opposition habe Nichts von ihm wissen wollen und — man denke nur! — „wo Bismarck stand, konnte ein Anderer nur im Schatten stehen". Walesrode, Demokr. Stud., Hamb. 60 u. 61. Jacoby, Grundſ. d. preuß. Demokr. Parisius, Deutschl. polit. Part., Berl. 78. Müller, Kais. Wilh., Berl. 78. Marcks, Kais. Wilh. I., Leipz. 97. Götze, Urkundl. Gesch. d. Stadt Stendal, Stend. 73. Hahn, Fürst Bismarck, Berl. 78, sowie die sonstige Bismarckliteratur, namentlich Busch und Poschinger. Wenn Bismarck einmal gesagt hat, anständige Leute schrieben für ihn nicht, so hätte er hinzufügen können, daß es solide Schriftsteller auch nicht thäten; liederlichere Skribifaxe, als die Hahn, Busch, Poschinger und ihresgleichen giebt es auf der Welt nicht. — Lassalles Briefe a. G. Herwegh, Zür. 96, hgg. v. M. Herwegh, in ganz unzulänglicher Weise. Bucher, D. Parlamentarismus wie er ist, Berl. 55. Poschinger, E. Achtundvierziger, Berl. 91, eine unsäglich lodderige Biographie Buchers, die ihren Helden selbst zu heller Wuth entfacht hat, aber die wegen einiger urkundlichen Mittheilungen benutzt werden muß. Das Berliner Milieu, worin Lassalle lebte, kommt nicht schön, aber gut getroffen heraus bei L. Pietsch, Wie ich Schriftst. gew. bin, Berl. 93. — Lassalle, Herr Julian Schmidt d. Literarhist. Lassalle, Ueber Verfassungsfragen. Lassalle, Arbeiterprogramm. Marx an Schweitzer NZ 15[1], 5. Lassalle, Was nun? Die Rede Unruhs vom 22. Dez. 62 auch bei Schultheß, Europ. Geschichtskal., Nördl. 63. Lassalle, Macht u. Recht.

Dritter Abschnitt.

Lassalles Agitation und die Zeit bis zum Gothaer Einigungskongresse ist verhältnißmäßig häufig bearbeitet worden: Jörg, Gesch. d. sozialpol. Part., Freiburg 67, und Jäger, D. moderne Sozial., Berl. 73, beide vom ultramontanen, R. Meyer, Emanzipationsk. d. viert. Standes, Berl. 74, vom konservativ-sozialen, Mehring, D. deutsche Sozialdemokr., Bremen 77, vom bürgerlich-liberalen Standpunkt aus. Jörgs und Jägers Schriften, namentlich aber Meyers umfangreiches Werk waren für ihre Zeit sehr verdienstliche Arbeiten; was meine damalige Schrift angeht, so sei, wer sich etwa dafür interessiren sollte, auf Mehring, Kapital u. Presse, Berl. 91, verwiesen. Laveleye, Le socialisme contemporain, Bruxelles 81, auch deutsch v. Eheberg, Tüb. 84, ist oberflächlich, namentlich nach Jäger und Meyer zusammengeschrieben; eine ungleich bessere Uebersicht des sozialpolitischen Parteiwesens in den siebziger Jahren giebt Scheel, Unſ. sozialpol. Part., Leipz. 78, doch sind alle diese Schriften, soweit sie eine historische Würdigung der deutschen Sozialdemokratie versuchen, mehr oder weniger überholt. Meine Darstellung beruht in erster Reihe auf den damaligen Zeitungen der Partei, der weitaus wichtigsten, wenn auch nicht ganz erschöpfenden Quelle: Nordstern, Hamb. 63 bis 65, Sozialdemokrat, Berl. 64 bis 71, Demokr. Wochenbl., Leipz. 68 u. 69, Volksstaat, Leipz. 69 bis 76, Neuer Sozialdemokrat, Berl. 71 bis 76, Vorwärts, Leipz. 76 bis 78. Ich habe diese paar Dutzend Zeitungsbände zu wiederholten Malen Blatt für Blatt durchforscht, und mich redlich bemüht, das Ergebniß der überaus mühsamen und weitläufigen Arbeit objektiv wiederzugeben; wenn ich mit einem Vorurtheil an die Arbeit gegangen bin, so war es jedenfalls kein Vorurtheil zu Gunsten Schweitzers, den ich nie gekannt und den ich nach der herkömmlichen Ueberlieferung für einen sehr bedenklichen Politiker gehalten habe, bis ich eben den Dingen selbst näher trat. Der mir mehrfach in freundlicher Absicht ausgesprochene Wunsch, möglichst reiche Auszüge aus den Parteizeitungen als Beilagen zu geben, ließ sich

schon aus räumlichen Rücksichten nicht erfüllen, ganz abgesehen davon, daß auch die reichhaltigsten Auszüge doch immer nur ein unvollständiges Bild bieten, das unter Umständen weit mehr irre führen kann, als eine zusammenfassende Schilderung. Eine Kontrolle meines Textes, die mir selbst sehr erwünscht wäre, läßt sich, wie bei allen auf weitschichtigem Quellenmaterial beruhenden Darstellungen, nur dadurch ermöglichen, daß auch Andere denselben historischen Stoff bearbeiten. Zu einer sachlichen Diskussion auf Grund der Quellen bin ich jederzeit gern bereit, denn ich beanspruche nicht die geringste Unfehlbarkeit, so sehr ich mich bemüht habe, objektiv zu verfahren. Was ich jedoch nach wie vor ablehne, sind Zänkereien über meinen „Helden" Schweitzer und dergleichen deplazirte Scherze mehr; wer durchaus in dem Glauben selig werden will, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Reihe bedeutsamster Jahre hindurch der lächerliche Spielball eines Polizeiagenten gewesen sei, mag es meinetwegen werden.

Lassalles Agitation. Schmoller, Kleingewerbe. Kampffmeyer, Mod. Gesellschaftsklassen. J. S., Beiträge z. Entwicklungsgesch. d. deutschen Großindustrie NZ 11², 620. Huber, Handwerkerbund u. Handwerkernoth, Nordh. 67. Thun, Industr. a. Niederrh. Vahlteich, Weitling, Zukunft 78. — Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung, Koburg 63. Ellissen, Langes Biographie, Leipz. 94. Schulze-Delitzsch, Arbeiterkatechismus, Leipz. 63. — Lassalle, Off. Antwortschr. In den Einleitungen und Anmerkungen zu Lassalles Agitationsschriften giebt Bernstein viel historisches Material über Lassalles Agitation. — Marx, Programmbrief NZ 9¹, 561. Marx, Kapital 1, 662. Bernstein, Z. Frage d. ehern. Lohnges. NZ 9¹, 294. Lassalle, Briefe a. Rodbertus, Bucher a. Lassalle bei Poschinger. — B. Becker, Gesch. d. Arbeiteragitation Lass., Braunschw. 74; bemerkenswerth wegen urkundlicher Mittheilungen, die Auffassung Beckers ist fast durchweg verfehlt und oft sehr hämisch gegen Lassalle. Rodbertus, Off. Brief, Leipz. 63, wieder abgedruckt bei Kozak a. a. O. Lassalle, Z. Arbeiterfrage, Leipziger Rede. — L. Büchner, Herr Lassalle u. d. Arbeiter, Frankf. 63. L. Büchner, M. Begegn. m. Lass., Berl. 94. Oberwinder, Sozialism. u. Sozialed., Berl. 78, enthält einzelne interessante Mittheilungen über die damalige Lage in Frankfurt und Umgegend. Lassalle, Arbeiterlesebuch, Frankfurter Rede. — Huber, D. Arbeiter u. ihre Rathgeber, Berl. 63. Schweitzer, D. Zeitgeist u. d. Christenthum, Leipz. 61. Schweitzer, Luzinde, Frankf. 64.

Lassalles taktische Wendung. Die Volkszeitung i. ihr. Gesammthalt., a. Manuskr. gedr., Berl. 63. Lassalle, D. Feste, d. Presse u. d. Frankf. Abgeordnetent. Die Autorschaft A. Langes an dem Briefe der Süddeutschen Zeitung ist von Bernstein überzeugend nachgewiesen worden. Lassalle, An d. Arbeiter Berlins. Busch, Unser Reichskanzler, Leipz. 84. Lassalle, D. Wissensch. u. d. Arbeiter. Lassalle, Kriminalprozeß II und III. Lassalle, D. indir. Steuer u. d. Lage d. arbeit. Klasse. Der Hochverrathsprozeß wider Lassalle. Lassalle, Bastiat-Schulze. Das Unvermögen der Universitätsgelehrsamkeit, Lassalles Wirksamkeit in ihrem historischen Zusammenhange zu begreifen, ist heute so groß, wie vor dreißig Jahren: neben Sombart und auch Herkner siehe darüber G. Mayer, Lassalle als Sozialökonom, Berl. 94 und L. O. Brandt, Lassalles sozialökon. Anschauungen u. prakt. Vorschläge, Jena 95. Ueber den angeblich proudhonistischen Agitationsplan, der in Lassalles Nachlaß gefunden worden sein soll, schrieb Bucher am 15. Jan. 66 an die Gräfin Hatzfeldt: „Ich glaube den Willen Lassalles zu exekutiren, indem ich diese Skripta vernichte", sagte aber im Sommer 89 zu seinem Biographen Poschinger, wenigstens nach dessen Versicherung: „Ich sagte nicht, daß ich die Lassalleschen Skripta vernichtet hätte, habe sie auch nicht vernichtet, und mich absichtlich zweideutig ausgedrückt, um ferneren Forderungen der Gräfin zu entgehen, die nach dem Testamente auf diese Papiere kein Recht hatte." Darnach müßte sich Lassalles Agitationsplan noch in Buchers Nachlaß vorfinden, und so wenig schön

Buchers „Zweideutigkeit" an sich sein mag, so wäre er in diesem einen Punkte nicht so schuldig, das ihm von Lassalle geschenkte Vertrauen mißbraucht zu haben, wie in anderen Punkten.

Lassalles Ende. Lassalle, Ronsdorfer Rede. Ketteler, D. Arbeiterfrage u. d. Christenthum, Mainz 64. Lassalle, Erwiderung auf Wageners Rezension des Bastiat-Schulze. Der Düsseldorfer Prozeß wider Lassalle. B. Becker, Lebensende Lassalles, neue Bearb., Nürnb. 92. Es ist schade, daß die „neue Bearbeitung" nicht gründlicher mit Beckers widerlichen Glossen aufgeräumt und sich nicht genügend vor der Gefahr gesichert hat, diesen oder jenen neuen Faden in die Legenden über Lassalles Tod zu spinnen. Helene v. Racowitza (Dönniges), M. Bezieh. z. Ferd. Lass., Bresl. 79, ist eine peinliche Sensationsschrift, ebenso Poschinger, Lassalles Leiden, Berl. 88, soweit sich diese Veröffentlichung des gedankenlosen Vielschreibers nicht auf die Wiedergabe Lassallescher Briefe beschränkt.

Die Internationale Arbeiterassoziation. Die beste Schrift über die Entstehung und die ersten Jahre der Internationalen ist immer noch Eichhoff, D. Intern. Arbeiterassoz., Berlin 68. Die Bücher Testuts, Villetards u. A. taugten von vornherein nicht viel und sind längst veraltet. M(oritz) B(usch), Z. Gesch. d. Intern., Leipz. 72, mischt in der plagiatorischen Weise der Bismärckischen Tintenkulis allerlei Bruchstücke aus anderen Schriften, die er zur besseren Reklame für sein eigenes Machwerk, aber sonst nicht unrichtig, als „seichte Produkte" verhöhnt, zu einem ungenießbaren Häringssalat zusammen. Die wichtigste Quelle für die Geschichte der Internationalen, namentlich in ihren deutschen Beziehungen, ist J. Ph. Beckers Vorbote, Genf 66 bis 71. Ueber den angeblich von Marx gefälschten Satz Gladstones in der Inauguraladresse siehe Brentano, M. Polem. m. Karl Marx, Berl. 90, und Engels, In Sachen Brentano kontra Marx, Hamb. 91.

Lassalles Erben. Die Zeit von Lassalles Tod bis zum Ausbruche des deutschen Krieges muß überwiegend an der Hand des Nordsterns und des Sozialdemokraten geschrieben werden. K. Schilling, D. Ausstoß. B. Beckers, Berl. 65, giebt einen Bericht über die Kämpfe innerhalb der Berliner Gemeinde, als Partisan der Gräfin Hatzfeldt, so daß die Richtigkeit seines Berichts sowohl von Liebknecht als auch von Schweitzer angefochten worden ist. Engels, D. preuß. Militärfrage u. d. deutsche Arbeiterpartei, Hamb. 65. F. A. Lange, D. Arbeiterfrage, Duisb. 65. (Eugen Richter), Gesch. d. sozialdemokr. Partei i. Deutschl. seit d. Tode Lassalles, Berl. 65. Schulze-Delitzsch, D. Abschaff. d. geschäftl. Ris., Berl. 66. Schweitzer, Der todte Schulze geg. d. leb. Lassalle, Zür. 86. Tölcke, Zweck 2c. d. Allgem. Deutsch. Arbeitervereins, Berlin 73.

Die Revolution von Oben. In noch höherem Grade, als das vorige, beruht dies Kapitel auf der Zeitungsliteratur, namentlich auf dem Sozialdemokraten und dem Vorboten, die reichliche Berichte über alle damaligen Regungen des deutschen Proletariats enthalten. Die historischen Urkunden zur Geschichte des deutschen Krieges bei Hahn, Schultheß u. A. Verwaltungsbericht des Berliner Polizeipräsidiums f. d. Jahr 71 bis 80, Berl. 82. Dühring, Sache, Leben u. Feinde, Karlsruhe 82. Der Sozialdemokrat und seine Helfershelfer, Genf 67, das Pamphlet, womit die Gräfin Hatzfeldt die Wahl Schweitzers in Elberfeld-Barmen und Reichenbach-Neurode bekämpfte. Stenograph. Berichte des norddeutschen Reichstags.

Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus. In das Verständniß des Kapitals führt vortrefflich ein Kautsky, Marx' Oekonom. Lehren, Stuttg. 87. Allgemeine Zeitung, Augsb. 75, Nrn. 49 u. 50.

Deutsche Gewerkschaften. Demokr. Wochenbl., Sozialdemokr., Vorbote. Jacoby, D. Ziele d. deutsch. Volkspartei u. Z. demokr. Progr. Ueber die Leichtfertigkeit,

womit M. Hirsch die fortschrittlichen Gewerkvereine begründet hat, siehe Brentano, D. Hirsch-Dunckerschen Gewerkver., Jahrb. f. Gesetzgebung ꝛc., Leipz. 78. M. Hirsch, D. deutsch. Gewerkver. u. ihr neuest. Gegn., Berl. 79, hat die urkundlichen Nachweise Brentanos keineswegs zu entkräften vermocht. Im Uebrigen lohnt es sich längst nicht mehr, über die fortschrittlichen Gewerkvereine viele Worte zu verlieren.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Demokr. Wochenbl., Sozialdemokr., Vorbote. Hoffstetten, M. Verhältn. z. Schweitzer u. z. Sozialdemokr., Berl. 69. Stenograph. Berichte über d. Gewerbeordnungsdebatte d. nordd. Reichst. Liebknecht, Ueber d. polit. Stellung d. Sozialdemokr., insbes. m. Bezug a. d. Reichst., Leipz. 69. A. Wagner, D. Abschaff. d. privaten Grundeigenth., Leipz. 70. Bebel, Unsere Ziele, Leipz. 70. Liebknecht, Z. Grund- u. Bodenfrage, Leipz. 74. Jacoby, D. Ziel d. Arbeiterbewegung.

Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie. Nächst den Parteizeitungen Engels, Gewalt u. Oekonomie b. d. Herstell. d. deutschen Reichs NZ 14[1], 676. Durch die Denkwürdigkeiten des Königs Karl von Rumänien, Berl. 94, ist nunmehr erwiesen, daß Bismarck die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern als Falle für Frankreich betrieben hat, und daß Bismarcks Ableugnungen bewußte Unwahrheiten waren. Von geringerer Bedeutung ist die Fälschung der Emser Depesche, die sich zwar mit allen Auslegungskünsten nicht aus der Welt schaffen läßt, aber die den Krieg nicht verursacht hat. Ueber die Vorgänge in Versailles Busch, Graf Bismarck u. s. Leute, Leipz. 78; Tagebuch des Kronprinzen i. d. Deutschen Rundschau vom Okt. 88; die neuerdings von Oncken in einer byzantinischen Festschrift veröffentlichten Briefe des Königs Wilhelm; die Denkwürdigkeiten Stiebers; Reichstagsverhandlungen über die Versailler Verträge. Die Adressen der Internationalen über den Krieg bei Marx, Bürgerkr. i. Frankr. Bracke, Braunschweiger Ausschuß, Braunschweig 72. Leipziger Hochverrathsprozeß, Berl. 94.

Die Hochfluth der Milliarden. Gründungsschwindel: R. Meyer, Pol. Gründer u. d. Korrupt. i. Deutschl., Leipz. 77, die geistreichste und gründlichste Schilderung der Milliardenperiode. Glagau, D. Börsen- u. Gründungsschwindel, Leipz. 76, ist zuverlässig in seinen thatsächlichen Angaben, was um so mehr hervorgehoben werden muß, als die Vossische Zeitung, wohlweislich nach Glagaus Tode, mit dreister Stirne log, Glagau habe unangenehme Erfahrungen vor den Gerichten gemacht, aber die Auffassung Glagaus ist beschränkt-kleinbürgerlich-philiströs. Bericht über die preußischen Eisenbahngründ., in den Drucksachen d. preuß. Landtages. Mehring, D. gerettete Miquel, NZ 12[1], 801, u. Bleichröders Kommis (Kardorff), NZ 16[1], 705, ferner über Sonnemanns Gründerbetheil. Kapital u. Presse. Kulturkampf: Engels, Gewalt ꝛc. Agrarsozialismus: Berliner Revue; Rodbertus, Kreditnoth u. Briefe; R. Meyer, Emanzipationskampf. Kathedersozialismus: Verhandlung. d. Eisenach. Versamml. am 6. u. 7. Okt. 72, Leipz. 73. Oppenheim, D. Kathedersozialism., Berl. 72. A. Wagner, Off. Brief a. Oppenheim, Berl. 72, eine mißlungene Nachäfferei Lassallescher Keulenschläge. Wie historisch, so haben auch polemisch Brentano und Schmoller den Kathedersozialismus am besten vertreten: Brentano, D. „wissenschaftliche“ Leistung d. Herrn Bamberger, gegen Bamberger, Arbeiterfrage, Stuttg. 73, und Schmoller, Ueber einige Grundfr. d. Rechts u. d. Volkswirthsch., Jena 75, gegen Treitschke, D. Sozialism. u. s. Gönner, Berl. 75. Für die Unzulänglichkeit des Kathedersozialismus gegenüber der Sozialdemokratie ist typisch Held, D. deutsche Arbeiterpresse, Leipz. 73, und Held, Sozialism., Sozialdemokr. u. Sozialpolit., Leipz. 78.

Lassalleaner und Eisenacher. Neuer Sozialdemokr. u. Volksstaat. Engels, Z. Wohnungsfrage, Leipz. 72. Offizieller Bericht d. Londoner Generalraths a. d. Haager Kongreß, Braunschw. 72. Les prétendues scissions dans l'Internationale,

Genève 72. Ein Komplott gegen d. Intern. Arbeiterassoz., Braunschw. 74. K. Hirsch, D. angebl. sozialen Theorien u. d. wirkl. polit. Bestreb. d. Herrn Bakunin, Leipz. 72. Rüegg, A. Briefen an J. Ph. Becker, NZ 6, 449. Engels, Biographie v. Marx in Brackes Volkskal. 78. Ueber die Verhandlungen des Haager Kongresses enthält der Volksstaat sehr gute Berichte. Dietzgen, D. Religion d. Sozialdemokr. u. a. Aufsätze im Volksstaat. C. A. Schramm, Grundz. d. Nationalökon., Leipz. 76. Liebknecht, Festreden: Wissen ist Macht, Macht ist Wissen und Zu Schutz u. Trutz, Leipz. 72. Bracke, Der Lassallesche Vorschlag, Braunschw. 73. Karl Hillmann, Prakt. Emanzipationsw., Leipz. 73. Franz, Herr Böhmert u. s. Fälsch. d. Wissensch., Zür. 73, gegen Böhmert, Sozialism. u. Arbeiterfr., Zür. 72. Schweitzer, A. d. Arbeiter Deutschl., Hamb. 72. Lange, Arbeiterfr., 3. Aufl. Schäffle, Quintessenz d. Sozialism., Gotha 74. Treitschke, D. Sozialism. u. s. Gönner.

Der Gothaer Einigungskongreß. Protokoll d. Einigungskongr., Leipz. 75. Marx, Programmbrief. Bernstein, Z. Vorgesch. d. Gothaer Progr., NZ 15¹, 466. K. Hirsch, D. Parteipresse, Leipz. 76.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Engels, Schutzzoll u. Freihand. Kautsky, Deutsche u. amerik. Zollpolitik, NZ 9¹, 161. Die massenhafte Literatur der antisemitischen und schutzzöllnerischen Reaktion zähle ich nicht im Einzelnen auf. Poschinger, Bismarck a. Volkswirth, Berl. 89 bis 91. Quarck, Z. äuß. Gesch. d. Fabrikinspekt. i. Deutschl., Frankf. 89. Protokolle d. Gothaer Kongresse v. 76 u. 77. Bracke, Nieder mit d. Sozialdemokraten! Braunschw. 76. (Unruh), D. Sozialdemokr., was sie d. Wählern versprechen u. was sie wollen, Berl. 76. W(ilhelm) S(plittgerber), Ins Schlaraffenland m. d. Sozialdemokr., Magdeb. 76. Bracke, D. Verzweifl. i. liberal. Lager, Braunschw. 76. Liebknecht, Soll Europa kosakisch werden? Leipz. 78. H. L(evy), Soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden? Zür. 78. Most, Kapital u. Arbeit, Chemn. Most, D. sozial. Beweg. i. alten Rom u. d. Zäsarismus, Berl. 78. Most, D. Lösung d. sozial. Frage, Berl. 76. Die Zukunft, Sozialist. Revue, Berl. 77/78; vom Jahrgange 78/79 sind noch 3 Hefte erschienen. Die neue Gesellschaft, Monatsschr. f. Sozialwissensch., Zür. 77 bis 80, im Ganzen 30 Hefte. Dühring, Krit. Gesch. d. Philos., Krit. Gesch. d. Nationalökon. u. d. Sozialism., Kursus d. National- u. Sozialökon., alle Berl. i. d. siebz. Jahren. Engels, Anti-Dühring. Bernstein, Z. dritten Auflage d. Anti-Dühring, NZ 13¹, 101.

Das Sozialistengesetz. Eug. Richter, Fortschrittsp. u. Sozialdemokr., Berl. 78. Eug. Richter, D. Sozialdemokr., was sie wollen u. wie sie wirken, Berl. 78. Thun, Industr. a. Niederrh. Todt, D. radikale deutsche Sozialism. u. d. christl. Gesellsch., Wittenb. 78. Stöcker, 13 Jahre Hofpred. u. Politiker, Berl. 95. Göhre, D. evangel.-soz. Bewegung, Leipz. 96. Ueber die Attentate und den weißen Schrecken reichliches Material im Vorwärts, hier auch die Polemik zwischen Marx und Bucher, neuerdings abgedr. bei Poschinger. Treitschke, D. Sozialism. u. d. Meuchelmord, Berl. 78. Reichstagsverhandlungen über die beiden Entwürfe des Sozialistenges.

Vierter Abschnitt.

Für die ersten zehn Jahre des Sozialistengesetzes bietet reichen Stoff die von kundiger Hand verfaßte Denkschrift: Nach zehn Jahren, Mater. u. Gloss. z. Gesch. d. Sozialistenges., London 89 u. 90. Die gewerkschaftliche Bewegung dieser Zeit hat einen fleißigen und unterrichteten Bearbeiter gefunden in Schmöle, D. sozialdemokr. Gewerksch. i. Deutschl. s. d. Erlasse d. Sozialistenges., Jena 96. Zwölf Jahre Sozialistengesetz, Berl. 90, ist eine leichte ultramontane Journalistenarbeit. Polizeiliche Verzeichnisse der auf Grund des Sozialistengesetzes ergangenen Verbote von Brandt, Berl. 82, und Atzrott, Berl. 86. Werthlose Polizeimachwerke sind Zacher, D. rothe

Intern., Berl. 84; Sozialism. u. Anarchism. v. 83 bis 86, Berl. 87; D. Anarchism. u. s. Träger, Berl. 87; Krieter, D. geheime Organis. d. sozialdemokr. Partei, Magdeb. 87, und ein paar ähnliche Schriften. Die Hauptquellen bleiben immer die elf Jahrgänge des Zürich-Londoner Sozialdemokraten und die Stenogr. Reichstagsberichte. Mein Ziel war in erster Reihe, diese Zeit in ihrer gesammten historischen Gliederung darzustellen. So reich an menschlichem Heldenthum der Chartismus und der Trade Unionismus, die Juni- und die Kommunekämpfe sind, so hat doch die deutsche Sozialdemokratie zum ersten Male in einem zwölfjährigen, klug, konsequent und kühn geführten Kampfe einen modernen Großstaat mit seinen ungeheuren Machtmitteln zu besiegen gewußt. Indem ich mich bemühte, diese weltgeschichtliche Thatsache ins klarste Licht zu stellen, mußte freilich das Detail manche Noth leiden. Jedoch glaubte ich mich dadurch um so weniger beirren lassen zu dürfen, als die oben erwähnte Denkschrift schon reichliches Detail enthält und vieles sonstige Detail heute für die Veröffentlichung noch nicht reif ist. Es sei nur daran erinnert, daß gegen manche verdiente Vorkämpfer des klassenbewußten Proletariats, die unter dem Sozialistengesetz in erster Reihe gefochten haben, regelmäßig die Steckbriefe erneuert werden und daß die unergründliche Verbohrtheit der herrschenden Klassen sich aufs Eis eines neuen Sozialistengesetzes trauen möchte. Dadurch war schon an und für sich eine gewisse Reserve geboten, selbst wenn es sich nicht aus sachlichen Gründen empfohlen hätte, das Bild dieser gewaltigen Zeit zunächst in großen Strichen zu zeichnen. Sollte mir später vergönnt sein, den Stoff noch einmal zu bearbeiten, so würde ich meine Darstellung mit den Einzelheiten ausbauen, die in ihrer Art für die deutsche Arbeiterklasse nicht weniger ruhmwürdig sind, als der große Gang dieses zwölfjährigen Heldenkampfes.

Ein Jahr der Verwirrung. K. Hirsch, D. Laterne, Brüssel, 29 Nummern vom 15. Dez. 78 bis 29. Juni 79. Most, Taktik kontra Freiheit, London 80, enthält die wichtigsten Artikel aus den Anfängen der Freiheit. Jahrbuch für Sozialwissensch., Zür. 79 bis 81, 2. Jahrgg. in 3 Bdn. Staatswirthschaftliche Abhandl. Leipz. 79 bis 81, etwa 20 Hefte.

Der neue Aufmarsch. (Karl Schneidt), Die Hintermänner der Sozialdemokratie, Berl. 90, enthält einzelne beachtenswerthe Mittheilungen über die Sezession Hasselmann-Most. Protokoll d. Wydener Kongresses, Zür. 80. Künzel, D. erste Hochverrathsproz. vor dem deutschen Reichsgericht, Leipz. 81, nach stenogr. Niederschrift.

Frage und Antwort. Die deutsche Geheimpolizei i. Kampfe m. d. Sozialdemokr., Aktenstücke u. Enthüll., Zür. 82. D. Monstreprozeß gegen die Vorstände der Berliner Gewerkschaften, München 83. Schmöle a. a. O. Protokoll d. Kopenhagener Kongresses, Zür. 83.

Wissenschaftliche Sammlung. Engels, Ursprung d. Familie, d. Privateigenth. u. d. Staats, Zür. 84, 3. Aufl. Stuttg. 92. Schippel, D. moderne Elend u. d. moderne Uebervölker., Leipz. 83, n. Aufl. Stuttg. 88. K. Schmidt, D. Durchschnittsprofitrate a. Grund d. Marxschen Werthges., Stuttg. 89. Bernstein, Kautsky, Schönlank, zahlr. Auff. NZ u. ZSD.

Peitsche und Zuckerbrot. Kautsky, D. Arbeiterbewegg. i. Oesterr. NZ 8, 49. Prozeß Stellmacher, Wien 84. Bebel, D. Frau u. d. Sozialism., 25. Aufl., Stuttg. 95. Vollmar, D. isolirte sozialist. Staat, Zür. 78.

Der Anfang vom Ende. Anarchistische Umtriebe i. d. Schweiz, Bericht d. eidgenöss. Generalanwalts, Bern 85. K. Braun, Berichte u. Betracht. über die beiden großen Hochverrathsprozesse v. d. Reichsgericht, in Pandämonium, Hamb. 85. Quarck, D. Arbeiterschutzgesetzg. i. deutschen Reiche, Stuttg. 86. Enquetebericht über die Arbeiterinnen der Wäschefabrikation u. Konfektionsbranche, Drucks. d. deutsch. Reichst.,

bespr. v. Schönlank NZ 6, 116. Siehe auch K. Frankenstein, D. Lage d. Arbeiterinnen i. d. deutsch. Großstädt. Leipz. 88. Die zwanzigjährige Arbeiterinnenbew. Berlins, Berl. 89. Recht auf Arbeit, München 85. Kautsky, D. Kapital v. Rodb., NZ 2, 337. C. A. Schramm, K. Kautsky u. Rodb., NZ 2, 481, Kautsky, E. Replik 494. C. A. Schramm, Antwort a. Herrn K. Kautsky, NZ 3, 218, Kautsky, Schlußwort 224. C. A. Schramm, Rodb., Marx, Lassalle, München 86. Bernstein, E. moral. Kritiker u. s. krit. Moral, ZSD 86, Nrn. 4 bis 7 u. Nr. 9. Schäffle, D. Aussichtslosigk. d. Sozialdemokr., Tüb. 85. Ausführliche Besprechungen NZ und SZD.

Die Todeskrämpfe des Sozialistengesetzes. Ueber die Verfolgung der gewerkschaftlichen Bewegung neben Schmöle namentlich Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter im Lichte der Thatsachen, e. Petit. a. d. Reichst. v. d. Agitationskommission der Maurer, Hamb. 89. Bebel, Preßstimmen über das Freiberger Urtheil, Leipz. 86. Muser, Sozialistenges. u. Rechtspfl., Karlsruhe 89. Protokoll über den Parteitag in St. Gallen, St. Gallen 87.

Die 99 Tage. Ueber die Entlassung Puttkamers giebt es noch eine andere Lesart, wonach Bismarck sie veranlaßt haben soll, weil Puttkamer der „kommende Mann" der kartellfeindlichen orthodox-reaktionären Klique gewesen oder doch als solcher von Bismarck beargwöhnt worden sei. Wahrscheinlich ist dieser Zusammenhang aber nicht nach Allem, was bisher über Puttkamers Entlassung bekannt geworden ist.

Der Zusammenbruch. Immediatbericht Bismarcks über das kronprinzliche Tagebuch. Briefwechsel zwischen Bismarck Sohn und Morier. Die Volkszeitung wurde vom Jan. 86 bis Okt. 90 von mir geleitet; die von mir verfaßten Artikel zum 9. und 18. März 89, von denen dieser den vorgeschobenen, jener den wirklichen Anlaß zum Verbote des Blattes gab, waren ziemlich harmlos, wurden aber trotzdem von der bürgerlich-oppositionellen Presse, einschließlich der Frankfurter, der Freisinnigen und der Vossischen Zeitung heftig verleugnet. Der erste Nichtgentleman (Meineidsmichel) auf dem Zeugenstande, München 89. Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, Nürnb. 89. Oldenberg, Studien z. rheinisch-westfäl. Bergarbeiterbewegung, Leipz. 90. Kautsky, Thomas More u. s. Utopie, Stuttg. 88. Blos, D. französ. Revolut., Stuttg. 89. J. Stern, Halbes u. ganzes Freidenkerth., Stuttg. 89. Klara Zetkin, D. Arbeiterinnen- u. Frauenfrage d. Gegenw., Berl. 89. Schönlank, D. Fürther Quecksilber-Spiegelbelegen u. ihre Arbeiter, Stuttg. 88.

Die Liquidation. H. Müller, D. Klassenk. i. d. deutsch. Sozialdemokr., Zür. 92. Vollmar, Ueber d. nächst. Aufg. d. deutsch. Sozialdemokr., München 91. Protokolle der Parteitage in Halle u. Erfurt, Berl. 90 u. 91. Kautsky u. Schönlank, Grunds. u. Ford. d. Sozialdemokr., Erläuterungen z. Erfurt. Progr., Berl. 92. Kautsky, Das Erfurter Programm i. s. grundsätzl. Theil, Stuttg. 92. Eine putzige Gegenschrift A. Wagner, D. neue sozialdemokr. Progr., Berl. 92.

Kunst und Proletariat. Deutsche Arbeiterdichtung, 5 Bde., Stuttg. 93. Schweichel, Deutschlands jüngste Dichterschule, NZ 9^2, 624. Die sehr aphoristischen Bemerkungen, auf die ich mich im Texte beschränken mußte, beruhen wenigstens auf eingehender Beschäftigung mit den Wechselbeziehungen zwischen Kunst und Proletariat. Neben Lessingl. u. manchen Auss. in NZ siehe auch Mehring, D. Volksbühne, Berl. 92 bis 95. Um die proletarische Volksbühnenbewegung hat Julius Türk die größten Verdienste.

Rück- und Vorblicke. Ueber die sozialpsychologische Umwälzung des Proletariats unter dem Einfluß der großindustriellen Entwicklung liegt erst verhältnißmäßig geringes und weit verstreutes Material vor. Vom christlich-sozialen Standpunkte Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter, Leipz. 91. Ich unterschreibe, was Schippel,

NZ 9², 468, über die Schrift sagt: „In dem Bilde ist Vieles verzerrt und verzeichnet, Vieles aber auch mit überraschender Sicherheit gesehen und wiedergegeben, fast Alles jedoch ist äußerst lesenswerth und belehrend.“ Auf diesem Gebiete sind überaus lohnende Aufgaben zu lösen.

Schluß.

Es bleibt mir noch übrig, für die vielfache Hilfe zu danken, die ich bei meiner Arbeit gefunden habe. Wollte ich Alle nennen, die mich durch diese Auskunft oder jenen Nachweis unterstützt haben, so müßte ich mehrere Seiten mit Namen füllen; wenigstens derer aber muß ich namentlich gedenken, die mich, wie Audorf, Bebel, Bernstein, Kautsky durch eigene Ausarbeitungen belehrt oder mir, wie Gerisch, Schippel und Auer mit immer gleicher Bereitwilligkeit die Schätze des Parteiarchives erschlossen haben. Besonders werthvoll waren mir eingehende Mittheilungen über die süddeutschen Verhältnisse, die ich von Fentz für Baden, von Baßler für Württemberg, von Grillenberger, dem ich meinen Dank nun schon ins Grab nachrufen muß, für das nördliche, von Vollmar für das südliche Baiern, von Ehrhart für die Rheinpfalz, ja auch für einzelne bairische Städte, von G. Löwenstein für Fürth und von Tauscher für Augsburg, erhalten habe. Leider habe ich nicht Alles verwerthen können, was mir in freundlichster Weise geboten wurde; hätte ich die Bewegung in den einzelnen Landestheilen so ausführlich schildern wollen, wie mir beispielsweise Baßler die württembergische Entwicklung in einer ganz ausgezeichneten Abhandlung dargelegt hat, so hätte ich einen dritten Band hinzufügen müssen, und das verbot sich von selbst. Mittelbar hat diese Bereicherung meiner Kenntnisse meine Auffassung aber doch auch erweitert und geschärft. Allen Freunden, die mein Buch so wirksam gefördert haben, nicht zuletzt auch seinem Verleger als seinem wirksamsten Förderer, sage ich meinen herzlichsten Dank.

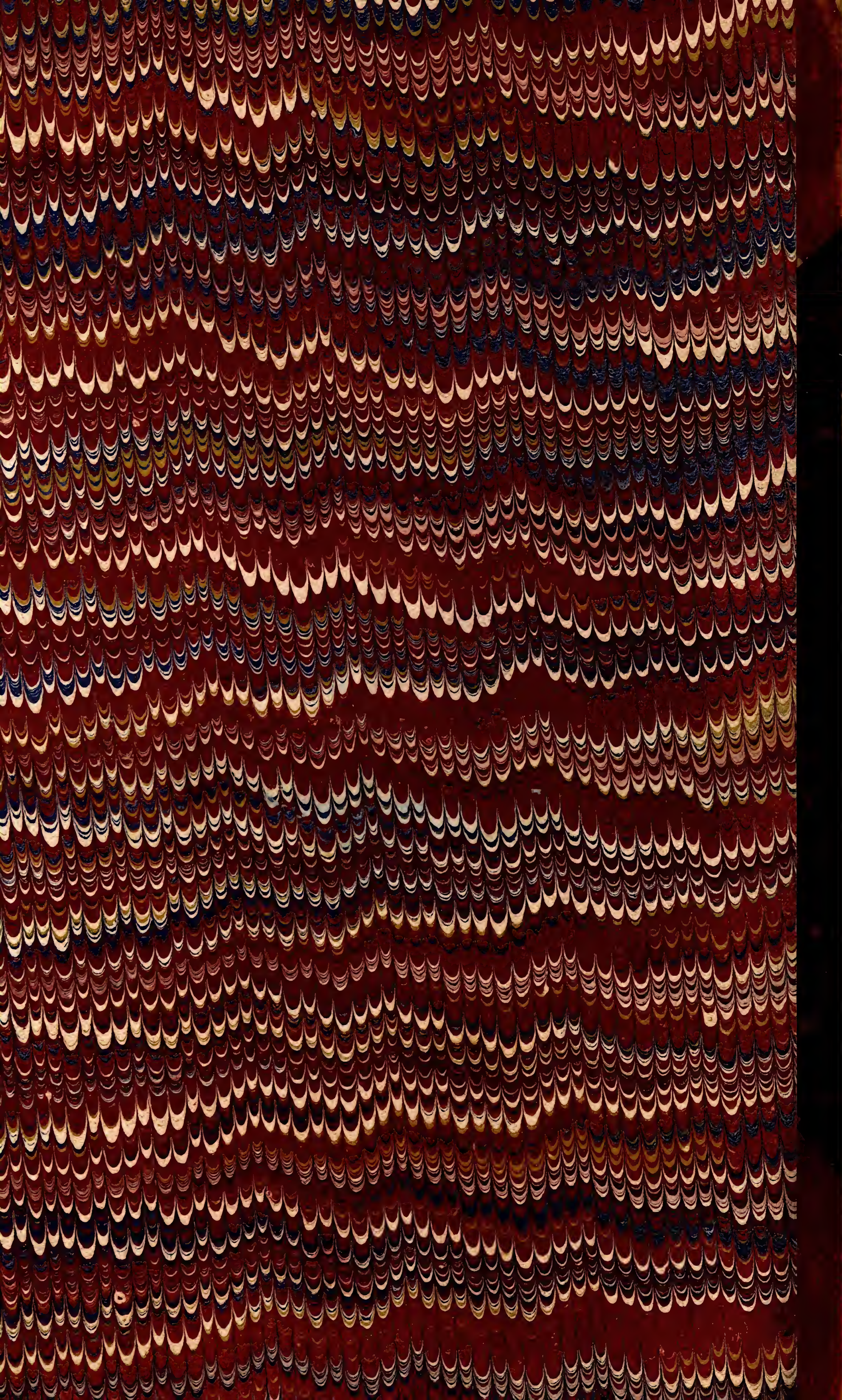
Könnte sich das vollendete Werk die Theilnahme erhalten, die es in seinem Werden gefunden hat, so würde ich darin den schönsten Lohn einer fünfjährigen Anstrengung sehen. Niemand kann besser wissen, als ich, wie viel meiner Arbeit noch fehlt, wie mancherlei Lücken und Unrichtigkeiten sie enthalten muß, trotz allen Fleißes, den ich mich rühmen darf, an sie gesetzt zu haben. Dem Einzelnen wird es immer unmöglich sein, die Massenbewegung des modernen Proletariats in ihrer ganzen Fülle und Tiefe zu erschöpfen; sein Ehrgeiz muß sich darauf beschränken, seine Darstellung nach Kräften ihres großen Gegenstandes würdig zu machen, und so werde ich für jeden belehrenden oder berichtigenden Hinweis dankbar sein.

Steglitz-Berlin, im Juni 1898.

Franz Mehring.

399
402
407
409
411
413
415
416
425
432
441
453
459
479
495
536
538

AT




UVIC - McPHERSON
3 2775 90354252 9